Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus

Jahrgang 1908

Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei Aktien-Gesellschaft
Berlin W. 35, Lützowstr. 105.

Sach-Register 1908.

A

B

J

K

L

P

Q

R

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 1. Berlin, 2. Januar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Rückblick auf das Jahr 1907.

Die breiten Volksschichten, die Jugend und namentlich die weibliche Jugend, die allerdings bis in sehr hohe Semester geht, lieben es beim Jahreswechsel, in Hoffnungen und Wünschen zu schwelgen und mit Hilfe von allerlei Zaubermitteln in die doch ewig verhüllte Zukunft zu blicken und zu ergründen, was ihnen wohl das neue Jahr bringen werde. Wir haben das nüchternere, aber praktisch doch wohl etwas nützlichere Geschäft des Zurückblickens zu besorgen, wobei wir die freilich nur schwache, oft genug auch getäuschte Hoffnung hegen dürfen, daß man hier und da doch etwas aus der Vergangenheit lernen könnte. Aber ach! auf unserem Spezialgebiet lernt die Menschheit so ganz besonders wenig, lebt das alte Vorurteil, nur wenig abgeschwächt, fort, werden die ältesten und Tausende von Malen widerlegten Lügen immer von neuem aufgetischt und — geglaubt. Legt für dieses tieftraurige Bekenntnis nicht Zeugnis ab allein schon die Tatsache, daß auch im Jahre des Heils 1907 das Ritualmordmärchen hier und da, nicht immer nur in den dunkelsten Hinterwäldern des Erdballs, aufgetaucht ist, so daß selbst eine so ernste Versammlung wie der deutsche Naturforscher- und Aerztetag in Dresden es für geraten hielt, sich mit dem uralten Unsinn zu befassen, um die bittere Wahrheit zu vernehmen, daß die allgemeine Aufklärung, die den Aberglauben des Ritualmordes aus der Welt schafft, sicher noch lange auf sich warten lassen werde, und man bis dahin die Pflicht habe, die verdächtigen Fälle zu klären und die gelegentlich als Exempel angeführten Fälle der Vergangenheit zu beleuchten.

Wir haben auch im letzten Jahre an dieser Aufklärungsarbeit rührig teilgenommen. Aber ach! wir haben es so sehr viel schwerer als Sisyphus, der sich nur zu bemühen hatte, *eine* vergebliche Arbeit zu verrichten. Die Antisemiten zwingen uns, gar viele Arbeiten zu verrichten, die vergeblich sind, nicht weil sie zu schwer für menschliche Kräfte sind, weil sie vergeblich sein müssen, sondern weil es zu den antisemitischen Grundsätzen gehört, sich niemals belehren zu lassen, so daß uns fast nur die Aufgabe bleibt, die den Feuerwehren und Seuchenüberwachungskommissionen häufig gestellt ist: die Feuersbrunst bezw. die Seuche möglichst nur auf den Herd zu beschränken und ein Umsichgreifen zu verhindern. Dazu kommt noch, daß die Antisemiten immer neue Lügen ersinnen. Und wie viele haben sie nicht in dem eben verflossenen Jahre ersonnen. Ein ekelhaftes Laster, von dem anläßlich eines Sensationsprozesses viel die Rede war, sollte ein altjüdisches sein, dem auch die heutigen Juden fröhnten. Dennoch wurde dieses Laster, dem noch tausend Jahre später die übersättigte Elite Roms und Athens huldigte, bei den Juden mit Todesstrafe bedroht.

Und wie das Ritualmordmärchen in etlichen Köpfen selbst in zivilisierten Ländern fortspukte, so blühte bei uns in Deutschland fort und gedieh das Märchen, daß die Juden sich zu keiner autoritativen Stellung in der Armee eigneten, und wäre es auch nur die eines Leutnants, ja Unteroffiziers. Selbst die Gefreitenknöpfe werden mit Vorliebe den jüdischen Soldaten, sogar Einjährigen vorenthalten. Nicht im Geringsten ließ man sich stören durch die Tatsache, daß in England, Amerika, Frankreich und anderen Ländern Juden sogar bis zu Generälen avanciert sind, daß in Italien ein Jude als Kriegsminister fungiert hat. Wir werden noch wer weiß wie lange den Felsblock des Nachweises, daß die Juden ganz ebenso gut wie andere Menschen auch im Heere alle Dienste leisten können, zu welchen sie nach ihren individuellen Anlagen sich eignen, rollen müssen; der Felsblock wird noch lange immer wieder herabrollen. Hat man sich ja kaum noch zu der Höhe emporgeschwungen, daß Juden auch zu Schöffen und Geschworenen berufen werden können und müßten. Wir hatten im Laufe des Jahres genug zu berichten, daß man Juden, lediglich weil sie Juden waren, zurückgesetzt hat.

Dennoch hat man, als die Kolonialkarre ganz verfahren war, keinen Anstand genommen, einen „Judenstämmling" zum Nachfolger des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg zu ernennen und bald darauf zum Staatssekretär des neugegründeten Reichskolonialamts. Herr *Dernburg* ist ein Sproß jüdischer Vorfahren, wie es seinerzeit der Chef der Kolonialabteilung Dr. Kayser gewesen ist, und er ist obendrein ein Mann der Börse!

Die Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß gerade dieser Mann, kaum daß er das neue Amt angetreten hatte, den äußeren Anlaß zur Reichstagsauflösung gab. Das neue Jahr stand im Zeichen der *Reichstagswahlen*, die durch das Auflösungsdekret vom 13. Dezember nötig geworden waren, und alle bösen Geister des Parteikampfes in seiner gehässigsten Form waren entfesselt und am Werke. Und wie das zeitlich erste, so waren die Wahlen und ihr Ausgang auch das wichtigste Ereignis des Jahres, dessen uns zu freuen wir keine Ursache haben. Schon der erste Wahlgang am 25. Januar brachte den Gegnern 6 Mandate, deren endgültige Zahl durch die Stichwahlen auf 17 stieg, während bei den Wahlen von 1903 die Antisemiten nur 14 Sitze erobert hatten. Diesen Zuwachs verschleiern oder auf Zufälligkeiten herausreden zu wollen, hieße Selbsttäu-

schung begehen. Wohl fällt der Umstand ins Gewicht, daß die „nationale Welle“ des letzten Wahlkampfes da und dort einen antisemitischen Mandatjäger mit emporgetragen hat, wo den Wählern die Bekämpfung der schwarzen und roten Opposition als Pflicht erschien aber gezeigt wurde. Wohl ist es richtig, daß die ganze Parteikanstellation, wie sie durch die Blockparole und Blockpolitik der Regierung geschaffen worden war, dem parlamentarischen Antisemitismus in höherem Grade günstig war, als die Auspizien, unter denen frühere Wahlen stattgefunden hatten; sind doch in einer Anzahl van Wahlkreisen sogar die freisinnigen Wähler für den Antisemiten in der Stichwahl eingetreten! So wenig Grund zur Entmutigung dieses Resultat auch geben kann und darf, sa wenig dürfen wir diesen realpolitischen Tatsachen gegenüber die Augen verschließen; und wenn die Lehren, die dieser Wahlkampf gebracht hat, bei dem nächsten ihre volle Wirkung tun, wenn die Fehler, die gemacht worden sind, nicht vergessen, sandern rechtzeitig beherzigt werden, wenn die Erkenntnis dessen, was nattut, dadurch geschärft und gestärkt warden ist, sa sallen die unerfreulichen Erfahrungen des Jahresanfangs hassentlich nicht umsonst gewesen, sondern nur ein Ansparn zu unverminderter angestrengter Tätigkeit für unsere Ziele sein.

Sonstige hervarstechende Ereignisse auf innerpalitischem Gebiete hat das vergangene Jahr nicht gebracht, es sei denn der oft angekündigte Wechsel im preußischen Kultusministerium, wo an Stelle des endlich ins wohlverdiente Altenteil gehenden Herrn von Studt ungesegneten Angedenkens in Dr. Holle ein neuer Mann ahne palitische Merkmale auf dem Plan erschien. Ob und welche günstigen Folgen diese Neubesetzung eines der wichtigsten deutschen Ministersessel für die Kultus- und Schulpolitik in Preußen haben wird, darüber ließ die kurze bisherige Amtsdauer des neuen Ministers noch keine sicheren Schlüsse zu, wenn auch Anzeichen dafür vorzuliegen scheinen, die vor aptimistischen Erwartungen warnen.

Mit sehr viel größerem Bedauern als den fortschrittfeindlichen Herrn Studt sah man den hachverdienten Grafen Posadawsky aus dem von ihm mit varbildlichem Fleiß und seltener Arbeitskraft verwalteten Reichsamt des Innern scheiden. Auch hier fehlte es dem ihn ersetzenden Nachfolger, Herrn von Bethmann-Hollweg, noch an der Gelegenheit, sich in richtunggebendem Sinne zu betätigen.

Eine trübe Flutwelle ergaß sich im letzten Quartal des Jahres aus dem sattsam besprochenen Moltke-Hardenprozeß in die Oeffentlichkeit; eine Flutwelle, von der im Augenblick nach nicht zu übersehen ist, wie und wa sie überall größere Flurschäden angerichtet und schlechter Masseninstinkten neuen Vorschub geleistet hat.

Unter den Toten des Jahres ist an erster Stelle des im hohen Patriarchenalter aus dem Leben geschiedenen Großherzogs Friedrich I. von Baden zu gedenken, dessen lange, im wahren Sinne des Wortes landesväterliche Regierung aus dem Großherzogtum nach Möglichkeit diejenigen Erscheinungen fernzuhalten gewußt hat, deren Bekämpfung diese Blätter dienen sollen. So weit ein gütiger, gerechter und menschenfreundlicher Fürst, der zugleich mit strenger Selbstzucht die ihm als konstitutionellem Monarchen gezogene Machtgrenze einhielt, der Gehässigkeit und Roheit gegenüber seinen Landeskindern jüdischen Glaubens einen Damm zu setzen vermag, hat dieser edle Mitbegründer des deutschen Reiches das Seinige allezeit getan, und die badischen Juden durften ihm noch aus diesem besonderen Grunde von Herzen mit ihren nichtjüdischen Landesgenossen und dem gesamten nichtbadischen deutschen Volke betrauern. Alles spricht dafür, daß der Erbe seines Thrones und seines Namens auch als Erbe seiner Regierungsweisheit und unbedingten Taleranz sein hohes Amt verwalten wird.

Van sonstigen bedeutenden Toten sei an dieser Stelle noch des heimgegangenen Geigerkönigs Professor Dr. Joseph Joachim gedacht; nicht um ihn irgendwie für das Judentum in Anspruch zu nehmen, dem er entstammte, denn wir kennen in der Kunst keine kanfessionellen Unterschiede, sondern nur, weil sein Beispiel wie wenige geeignet ist, das von antisemitischer Seite gerne behandelte Thema vom „Judentum in der Musik“ in einem für diese Art Rassen-Aesthetiker hinreichend unbequemen Weise zu illustrieren. —

Erwähnen wir noch die Tatsache, daß der gemeingefährlichste Clown der politischen Arena, Graf Pückler, endlich der Irrenhauszelle überliefert worden ist, der er in einem anderen Lande als dem Königreiche Preußen längst anvertraut warden wäre, so sind die einigermaßen markanten Begebenheiten des Jahres innerhalb der Reichsgrenzen überblickt.

Auch das Ausland gab im Laufe dieses Zeitabschnittes weniger Anlaß als sanst zu näherer Beschäftigung. In Rußland ist die Lage zwar ziemlich unverändert geblieben und von einer Verbesserung der elenden Lage des dortigen jüdischen Praletariats kann kaum die Rede sein; immerhin wies die Chranik der Gewalttaten und blutigen Menschenjagden nicht mehr die erschreckende Ueberfüllung auf, die die varangegangenen Jahre zu Schandflecken der russischen Geschichte gemacht hatten. In der dritten Duma sind die Kadetten, die stärkste kanstitutionelle Gruppe der beiden ersten Volksvertretungen, fast ahnmächtig. Die Regierung ist abhängig van den Schwarzen Hundert, die der Zar ahne Scheu begünstigt, abgleich sie nach wie vor Pogrome veranstalten. Selbst die Oktabristen denken nicht mehr an die Aufhebung der Rayonsbeschränkungen, abschon van nichtliberalen Staatsmännern anerkannt worden ist, daß in dieser Beschränkung der Juden auf ein gewisses Terrain die Wurzel alles Uebels, nicht freilich die Erklärung aller anderen Mißstände, unter welchen die fünf Millianen Juden Rußlands zu leiden haben, zu finden ist.

Nach Rußland hatten es die Juden im letzten Jahr am schlechtesten in Rumänien, wa wiederholt Verfolgungen und Mißhandlungen, sawie Einschränkungen der wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten und Bildungsgelegenheiten stattgefunden haben. Trotzdem der Finanzminister den agrarischen und anarchistischen Charakter dieser hauptsächlich in Judenhetzen ausartenden Bewegung öffentlich feststellte und der Känig selbst die Schuld daran der demoralisierten Verwaltung des Aufstandsgebietes zuschrieb, hat die deutsche antisemitische Presse die ganze Revalte der seit Jahrzehnten systematisch entrechteten und als Fremde behandelten jüdischen Bevölkerung Rumäniens allein auf Rechnung gesetzt und dabei in der Ignorierung historischer Tatsachen und der böswilligen Verkennung wirtschaftlicher Zusammenhänge das gewohnte Maß geleistet.

In Oesterreich, wo jetzt, d. h. seit den letzten Reichsratswahlen, die Christlichsozialen die erste Geige spielen, sind die Aussichten für die Juden auch nicht die besser gewarden. Ihre Vertretung im Reichsrate ist zusammengeschmalzen.

Gut geht es dagegen den Juden in den westeurapäischen und noch besser in den transozeanischen Ländern. In Frankreich ist die Dreyfusaffäre durch die Pensionierung des unglücklichen Opfers dieser Affäre in Erinnerung gebracht warden. Aber so gründlich sind die Franzosen kuriert worden, daß selbst der Verrats- oder Erpressungsversuch eines jüdischen Offiziers den Antisemitismus nicht neu beleben konnte. Die Iranie des Schicksals wallte es daß ein jüdischer Unterpräfekt die Aufgabe hatte, einen Bischof aus seinem Palast zu entfernen. Natürlich tat er nur, was das

Gesetz ihm vorschrieb. Eine andere Ironie des Schicksals wollte es, daß in der „ewigen Stadt", in Rom, wo die Juden wahrlich genug zu leiden gehabt haben, ein Jude zum Bürgermeister erwählt worden ist.

In England ist die Gleichstellung der Juden so fest begründet, daß ein Unterschied überhaupt nicht besteht, auch in sozialer Hinsicht nicht. Juden sitzen im Unterhause, gehören in verhältnismäßig großer Zahl dem Oberhause als Peers an, sind selbst Mitglieder des Hohen Adels geworden und mit den ersten Adelsgeschlechtern verschwägert und bekleiden die höchsten Ehren- und Staatsämter. Die gegen die Einwanderung russischer Juden ursprünglich gerichtete „Aliens Bill" hat zu keinen Härten geführt und soll trotzdem gemildert werden.

In den Verein. Staaten von Nordamerika liegen die Dinge kaum anders. Nur gibt es unter den amerikanischen Parvenus und Snobs, sowie unter den Eingewanderten, die ja jährlich zu Hunderttausenden ins Land kommen, und von denen natürlich nicht alle ihren heimischen Antisemitismus gleich ablegen, einen beträchtlichen gesellschaftlichen Antisemitismus. Der gewaltige Zustrom russischer und rumänischer, d. h. in modernem Sinne am wenigsten gebildeter Juden, namentlich die Vollpfropfung New Yorks mit diesen Juden — zählt ja New York über 800 000 Juden — hat diesen gesellschaftlichen Antisemitismus natürlich nicht vermindert. Dagegen dürfte die jetzige Rückwanderung, an der sich Juden nur in sehr geringem Maße beteiligen, sowie die Bemühungen, die jüdischen Einwanderer möglichst zu verteilen, den Juden wieder zu statten kommen, zumal sie erstaunlich schnell sich assimilieren und als tüchtige Arbeiter geschätzt werden.

Da hier auch der soziale Antisemitismus schon infolge der überaus zahlreichen Mischehen fehlt, geht es den Juden in Australien wie in dem zum britischen Reiche gehörenden Südafrika sehr gut, besser noch als in den Verein. Staaten. In diesen ist der jüdische Minister Straus immerhin noch eine Ausnahme, in Australien aber bekleiden Juden längst die ersten Aemter. Das Gleiche gilt von Südafrika.

Die Depression auf wirtschaftlichem Gebiete, die sich vor allem in einer chronischen Geldknappheit und einer bis dahin noch nicht vorgekommenen Steigerung des Bankdiskonts äußerte, gab in vieler Hinsicht auch dem alten Jahre seine Signatur und darf hier nicht unerwähnt bleiben. Denn was das Blut für den Körper, bedeuten die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihr vielverzweigter Kreislauf für den Organismus einer Nation. Auch hier gilt das Wort: Mens suna in corpore sano. Möchte uns, wie auf diesem für die Volkswirtschaft so wichtigen Gebiete auch auf allen anderen das neue Jahr „frische Nahrung, neues Blut" und eine planvolle Entwicklung auf- und vorwärts bringen: in Politik und Gesetzgebung, in Wissenschaft, Kunst, Handel und Gewerbe, in der allmählichen Ausgleichung aller Gegensätze sozialer und konfessioneller Art. Mit dieser Hoffnung ausgerüstet, treten wir in das neue Jahr, das achtzehnte, seitdem diese Blätter ihrem Zwecke gerecht zu werden bemüht sind.

Wenn zwei dasselbe tun.

Wenn unsere Antisemiten, die Repräsentanten des Geistes der Unduldsamkeit, über den Mangel an Toleranz im lieben Vaterlande jammern, so hat das immer einen komischen Anstrich. Selbst da, wo sie mit einem Scheine von Recht sich über Intoleranz beklagen, muß man den Mangel an Logik und Konsequenz immer wieder konstatieren. Bekanntlich hat die hessische Regierung in der Zeit der Hochflut der antisemitischen Bewegung zwei Erlasse gegen die Ausschreitungen in dieser Richtung erlassen. Sie hat den Amtsanwälten empfohlen, der antisemitischen Bewegung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und sie verbot den Beamten, sich an dieser Bewegung zu beteiligen. Das tat sie sicherlich nicht aus zu großer Liebe zu den Juden, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die Art der antisemitischen Agitation für den Frieden der Bevölkerung gefährlich sei. Nun hat der antisemitische Abgeordnete Köhler der zweiten Kammer einen Antrag auf Beseitigung dieser Erlasse unterbreitet, und der Gesetzgebungsausschuß beriet den Antrag und beschloß, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, beide Erlasse zurückzuziehen. Unsere Antisemiten machen jetzt in allen Tonarten für diesen Antrag Reklame und sie klagen über das schwere Unrecht, das ihnen durch diese Erlasse geschehen ist. Sie sind formell im Rechte, und doch wird ihnen derjenige, der ihre Politik erkennt, nicht so leicht zustimmen können, weil er eben weiß, daß sie stets die Freiheit mißbrauchen, um die Freiheit anderer zu unterdrücken.

Wir haben nie für Ausnahmebestimmungen geschwärmt und haben nie solchen Maßnahmen das Wort geredet, die die Gewissensfreiheit unterdrücken. Es wäre ein Unrecht, jemand im Staate zu benachteiligen, weil er antisemitischer Gesinnung ist. Aber soweit wir die Verhältnisse in Hessen kennen, ist die Gewissensfreiheit der Antisemiten durchaus nicht bedroht und ihre Werbearbeit nicht gehemmt. Der Antisemitismus gehört in Hessen sicherlich nicht zu den seltensten Erscheinungen und man kennt da gar viele Beamte, die antisemitisch sind, ohne daß die Behörden jemals disziplinarisch gegen sie einschreiten. Was die Regierung verlangt, ist offenbar das, daß die Beamten sich im Amte ihres Antisemitismus enthalten und keine solche Agitation treiben, die sich mit der Würde eines Beamten nicht verträgt. Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob es gerecht ist, sich in einem Erlasse gegen eine bestimmte Partei zu wenden, — aber solche Erlasse und Verordnungen existieren in allen deutschen Staaten gegen die Sozialdemokratie, ohne daß unsere Antisemiten es jemals als unrecht empfunden hätten. Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Die Sozialdemokraten sind ja die Feinde der heutigen Gesellschaft. Die Antisemiten stellen sich aber im Grunde noch mehr außerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, als die Sozialdemokraten. Auch sie verlangen die Abschaffung des Kapitals, — freilich nur des jüdischen. Auch sie schimpfen auf die heutige Ordnung, verdächtigen die Behörden und unterwühlen den Boden der heutigen Gesellschaft. Läßt man Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie gelten, — und das tun unsere Antisemiten täglich mit Wonne —, dann ist es eine Heuchelei, über Intoleranz gegen die antisemitische Bewegung zu klagen. Will man aber jede Ausnahmebestimmung beseitigt wissen und einzig und allein den geistigen Kampf walten lassen, dann wäre es konsequent, wenn unsere Antisemiten auch aufhörten, Ausnahmegesetze gegen die Juden zu verlangen und namentlich ihren Ausschluß aus allen Staatsämtern zu fordern. Die Juden haben gewiß viel mehr unter der Einseitigkeit mancher Behörden gelitten, als die Antisemiten. Ja, es gibt Behörden in Deutschland, die den Antisemitismus geradezu verhätschelt haben. Etwas mehr Logik müßte man dem Antisemitismus zum neuen Jahre wünschen, wenn man nicht wüßte, daß hier auch die Macht der Götter versagt.

Recht und Moral.

Der Abgeordnete Dove hat neulich treffend auseinandergesetzt, daß die Haltung, die der Vertreter des Zen-

trums Dr. Bitter zum Börsengesetz eingenommen hatte, wesentlich auf dem kanonischen Recht beruhe, das immer die Grenze zwischen Recht und Moral verwischt und dadurch Unglück angerichtet hat. Der antisemitische Abgeordnete Zimmermann hat demgegenüber verlangt, „daß das Recht sich gründen solle auf das, was das Volk als Recht empfindet, wie es im Volke lebt, das die Grenzen zwischen Recht und Moral nicht verwischen will; da komme eben der schroffe Gegensatz in der Auffassung zum Ausdruck, der zwischen dem Manchestertum und der modernen Auffassung des Lebens bestehe.“ Herr Zimmermann hat sich hierbei außerordentlich dunkel und unklar ausgedrückt, denn, da er die Grenze zwischen Recht und Moral nicht verwischt wissen will, so würde das dem Standpunkt gleichkommen, den der Abgeordnete Dove eingenommen hat, während er sich mit seinen anderen Worten auf den „kanonischen“ Standpunkt des Abgeordneten Dr. Bitter gestellt und demgegenüber die Auffassung des Abgeordneten Dove als eine „manchesterliche“ bezeichnet hat. Es geht hieraus hervor, daß die Rechtsbegriffe des Abgeordneten Zimmermann höchst unklar sind, oder daß es ihm wenigstens nicht gegeben ist, das, was er meint, klar auszudrücken. Jedenfalls wird jeder unbefangene Leser aus seinen Worten entnehmen müssen, daß für ihn Recht und Moral eins seien, ein Standpunkt, der ja von sehr vielen geteilt wird, die sich mit Rechtsbegriffen nicht näher befaßt haben.

Wir möchten aber einmal an Herrn Zimmermann die Frage richten, ob er denn wirklich alles das durch Gesetz bestraft wissen will, was mit der Moral nicht im Einklang steht? Wenn z. B. ein Student ein intimes Verhältnis mit einem weiblichen Wesen unterhält und gleichzeitig von deren Geldbeutel Gebrauch macht, so wird man das als im hohen Grade unmoralisch bezeichnen müssen, aber wir glauben, auch der Abgeordnete Zimmermann wird nicht auf dem Standpunkte stehen, daß dieses unmoralische Verhalten gesetzlich mit Gefängnisstrafe belegt werden müsse.

Ein anderes Beispiel: Bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals stellte der Norddeutsche Lloyd den Reichstagsmitgliedern einen Salondampfer zur Verfügung und bewirtete sie auf ihm als seine Gäste. Er hatte dabei zugelassen, daß jeder Abgeordnete auf seinen Wunsch einen Diener für seine persönliche Bedienung mit an Bord bringen dürfe. Es ist nun vorgekommen, daß ein Abgeordneter das Gastrecht dahin mißbrauchte, daß er einen seiner Freunde als Diener einschmuggelte, von dem er keine persönliche Bedienung verlangte, sondern mit dem er ganz fidel kneipte und den er sich unter die Abgeordneten mischen ließ. So etwas ist sehr unmoralisch, aber niemand, selbst der Abgeordnete Zimmermann nicht, wird wünschen, daß solche unschönen Handlungen gesetzlich bestraft werden. Und so gibt es Tausende von Handlungen im menschlichen Leben, die der anständige Mensch verurteilen und die er nicht begehen, von denen er aber nie verlangen wird, daß sie durch das Gesetz verboten werden. Moral und Recht sind eben zweierlei, das wird danach hoffentlich auch der Abgeordnete Zimmermann, den die beiden angeführten Beispiele gewiß auch persönlich interessieren werden, einsehen.

Der Marburger Hochschulkonflikt.

☐ In der Marburger Studentenschaft gibt es seit langem. Das liegt daran, daß die reaktionären „alten“ Korporationen der Marburger Universität, die ganz unverblümt antisemitischen Tendenzen huldigen, in der Studentenschaft eine Gewaltherrschaft sich angemaßt haben, die jeder freiheitlichen Gestaltung des Studententums bis ins Innerste feindlich gegenübersteht.

Die freiheitlich denkenden studentischen Elemente hatten sich in der „Freien Studentenschaft“ organisiert, gegen die sich der ganze Haß der „alten“ Korporationen und auch das Uebelwollen der Universitätsbehörden richtete. Man verargte es den freien Studenten, daß sie sich so ganz anders gebärdeten, als wie die Korporationsstudenten es taten. Im Wintersemester 1905—06 hatte die „Freie Studentenschaft“ z. B. mehr als 60 gemeinnützige Veranstaltungen getroffen, bestehend aus Vorträgen über Staatswissenschaft, Volkswirtschaft, Politik, Geographie, Literatur, Kunst, Musik, Rezitationen usw. Die Korporationen dachten nicht daran, ähnliches zu tun, um ihre Mitglieder in den Erfordernissen des modernen Lebens vorzubilden. Sie begnügten sich damit, sie auf den Paukfälen und in den Kneipen heimisch zu machen.

Die „freien Studenten“ waren ihnen darum von jeher ein Dorn im Auge, und sie nahmen jede Gelegenheit wahr, ihnen etwas am Zeuge zu flicken. Die „alten“ Korporationen, die sonst aus kleinlicher Eifersüchtelei nie einig waren, schlossen sich sofort zusammen, wenn es galt, den freiheitlich gesinnten „Finken“ eins zu versetzen.

Von der allgemeinen studentischen Vertretung schloß man sie de facto aus, indem man den 21 Korporationen im Ausschuß 22 Sitze zugestand und der Finkenschaft, die die Hälfte aller Studierenden umfaßt, gütigst zwei Sitze zubilligte, während sie in einem 24-gliedrigen Ausschuß nach Recht und Billigkeit deren 12 zu beanspruchen hatte. Die „alten“ Korporationen trieben — immer unter den Augen der hohen Universitätsbehörden — das Spiel sogar soweit, daß sie einzelne neu gegründete Korporationen einfach nicht anerkannten und sie an der studentischen Vertretung nicht teilnehmen ließen. Tatsächlich wurde z. B. der „Verein jüdischer Studenten“ nicht aufgenommen, weil er „nicht national“ sei, anderen (katholischen) Organisationen wurde die Aufnahme gleichfalls verweigert.

Die „Freie Studentenschaft“ versuchte zu ihrem Rechte zu kommen. Als die Herren vom Ausschuß ihre Vertreter aber in gröblicher Weise brüskierten, verzichteten sie auf den ganzen Ausschußrummel und schenkten den „alten“ Korporationen ihre beiden wertlosen Mandate; indem sie für die Nichtinkorporierten bei jeder Ausschußwahl Wahlenthaltung proklamierten. In diesem Semester machte die „Freie Studentenschaft“ noch einmal den Versuch, der Marburger Studentenschaft eine würdige Vertretung zu verschaffen. Eine Studentenversammlung wurde beabsichtigt, nachdem der Rektor seine Genehmigung in Aussicht gestellt hatte. Die „freien Studenten“ ließen inzwischen ein Flugblatt verbreiten, in dem sie auf diese Versammlung hinwiesen. In der Presse folgte eine Erklärung des „Ausschusses“, die von Verdächtigungen der freien Studentenschaft strotzte. Das Wort Kommilitonen wurde in Anführungszeichen gebraucht; antinationale Gesinnung wurde ihr vorgeworfen. Die Forderung einer tatkräftigen Studentenvertretung sollte das Vertrauensverhältnis zu den Professoren stören wollen, die sozialen Einrichtungen der freien Studentenschaft (Bücheramt) die Eintracht zwischen Bürgern und Studierenden stören usw. Den Schluß bildete eine Art Verrufserklärung.

Am nächsten Tage standen die Mitglieder des Präsidiums der „Freien Studentenschaft“ — unter Anklage vor dem Rektor. Das böse Flugblatt soll gegen die akademische Disziplin verstoßen haben, weil es eine Studentenversammlung ankündigte, die noch nicht vom Rektor genehmigt war. Einen Studenten relegierte man, die anderen Angeklagten kamen mit gelinden Strafen davon, denn man wollte die Sache treffen.

Man suspendierte die Organisation „wegen der Erregung der Gemüter“. Was emsiger Fleiß seit Jahren zum Besten der Allgemeinheit geschaffen

hatte, wurde mit einem Schlage vernichtet, weil man es wagte, dagegen aufzutreten, daß nicht alle Studenten gleiche Rechte haben. Berufung gegen das Urteil gibt es nicht. Veralteter Kastengeist hat frische Jünglingsarbeit mit einem Federstrich vernichtet.

Aber man ging noch weiter. Dem verdienten Marburger Staatsrechtslehrer Professor Dr. *Schücking*, dem man es zum Vorwurf macht, daß er es gewesen sei, der die „Freie Studentenschaft“ zu *liberalen Ideen* geführt hat, ließ man eine *Verwarnung* zuteil werden.

Es liegt also klar auf der Hand, daß man die nichtige Geschichte mit dem Flugblatt an den Haaren herbeizog, um die *liberalen* Studenten wegen der *politischen Gesinnung* zu treffen. Und der neue preußische Kultusminister *Holle* hat die *Verwarnung* bestätigt! Wenn das etwa der „neue Kurs“ sein soll, so kann der Liberalismus nur trauernd sein Haupt verhüllen.

Rassen-Aberglauben.

Im Bürgersaale des Berliner Rathauses hielt am Montag an einem gut besuchten Vortragsabend der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, zu dem auch die Mitglieder unseres Vereins eingeladen worden waren, Herr Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Wilhelm *Foerster* einen Vortrag über *Rassen-Aberglauben*.

Er führte ungefähr Folgendes aus:

„Mit meinem heutigen Vortrage über das Thema „Rassen-Aberglauben“ möchte ich einen Beitrag zur Kennzeichnung und Bekämpfung der Irrungen und Uebertreibungen liefern, die in Bezug auf die biologische und sozialethische Bedeutung der Rassenverschiedenheiten zur Zeit eine weit verbreitete und zwar, wie ich meine, überwiegend kulturfeindliche Geltung haben. Das Wort „Rassen-Aberglauben“, das einen milderen Klang hat, als die Worte „Rassendünkel“, „Rassenwahn“, „Rassenhaß“ usw., habe ich besonders deshalb gewählt, weil bei der Bekämpfung derartiger sozialer Erscheinungen sich immer mehr als wesentliche Bedingung für ihre Heilung oder Ueberwindung die Notwendigkeit herausstellt, daß die empörten und empörenden Ausdrücke vermieden werden. Ich will den Rassenaberglauben wesentlich charakterisieren nach der ihm zu Grunde liegenden Irrung des Denkens.

Zu diesem Zwecke ist es zunächst nötig, einige Betrachtungen über den Aberglauben und über sein Emporkommen in gewissen Entwicklungsphasen des Zusammenwirkens von Glauben und Wissen vorangehen zu lassen.

Es gab zuerst einen Glauben der Menschen an gemeinsame Schöpfungen von Idealgestalten, d. h. von Gottheiten, und daneben einen Aberglauben an Dämonen, sowie an Orakel und Hexerei, ferner fast zugleich hiermit auf den ersten Stufen des Wissens einen Glauben an die Gesetzmäßigkeit der himmlischen Erscheinungen und hieraus hervorgehend einen Aberglauben an die Einwirkung der veränderlichen Stellungen der Gestirne auf die Schicksale der Menschen. Es gab ferner einen Aberglauben an gewisse andere, halb wissenschaftlich, halb mystisch lenkbare Einwirkungen von irdischen Naturkräften und Naturerscheinungen auf Leben und Gesundheit der Menschen. Sternkunde und Heilkunde sind in der Tat Jahrtausende lang erfüllt gewesen von einem Zusammenwirken stetiger Forschungsarbeit mit Einbildungen und mit Theorien von leichtmütiger Unkritik. Und auch jetzt sind die Gefahren dieses Zusammenwirkens in der wissenschaftlichen Arbeit noch nicht mit voller Klarheit erkannt und begrenzt. Ganz besonders groß ist die Gefahr in der jungen Wissenschaft der Biologie.

Es gibt eine *elementare Harmonik* unserer Erinnerungs- und Gedankenwelt, eine Harmonik, die sich offenbar nach den einfachsten Bewegungsgesetzen entwickelt im Anschluß an die Gesetzmäßigkeit und Stetigkeit gewisser aus der Umwelt oder Außenwelt in uns eindringenden Erscheinungen oder Wahrnehmungen, Wahrnehmungen des Nacheinander oder Nebeneinander, wie sie in der Außenwelt uns fast instinktiv gegeben sind in der Erscheinung des Rhythmus, der Harmonie und Reinheit der Töne, ferner in den Erscheinungen der Symmetrie und stetigen Gesetzmäßigkeit reiner Naturformen. Diese elementare Harmonik der Innenwelt des Menschen bildet dann eine dauernde autonome Grundlage der umfassenderen Harmonik, zu der die Gedankenwelt unablässig durch von außen eindringende Wahrnehmungen veranlaßt wird, die sich der Erinnerungswelt einordnen.

So entstehen in der Gedankenwelt dauernde Nachbildungen des Nacheinander und Nebeneinander der Vorgänge in der Außenwelt. Eine Art von Innenwelt, welche sich allmählich immer bewußter als eine Nachbildung der Außenwelt ausbaut. Aus dem inneren Ausbau des Nacheinander in der Vergangenheit entsteht dann in dieser Erinnerungswelt eine Vervollständigung der Gedankenbauten von der Vergangenheit her über die Gegenwart hinaus, und hiermit eröffnet sich nun die eigentliche Herrlichkeit der Gedankenwelt, die Vorausgestaltung der Zukunft. Als die höchste Bestätigung der den Erscheinungen der Umwelt entsprechenden Gesetzmäßigkeit, mit anderen Worten der „Wahrheit“ eines Gedankenbildes erscheint dann die Uebereinstimmung der Folge-Ordnung der Vorgänge in der Außenwelt mit den sie voraussagenden Gedankengebilden.

Das Für-Wahr-Annehmen oder Glauben entsteht also aus diesen Bestätigungen der Schöpfungen des Gedankens, also der Innenwelt, durch die fortgehenden Wahrnehmungen aus der Außenwelt.

Man *glaubt* den Propheten, welche solche Bestätigung aufweisen. Aber nun kommt auch sofort *die Verwirrung durch die Denkfehler* im Einzelwesen und in der Gemeinschaft. Aus dem geordneten Erkennen und Wissen entstand zuerst das Glauben an die Wahrheit und sodann der Aberglauben an das eingebildete Wissen, schließlich an das korrumpierte, orakelnd lügnerische Vorauswissen und Wissen überhaupt.

In den Grundlagen des ersten Ausbaues der Wahrheit bleibt aber doch ein Gebiet gesetzmäßiger reiner Gemeinsamkeit von Gedanken zurück, nämlich das Gebiet der bereits erwähnten *Elementar-Harmonik*, sozusagen die Welt der abgeklärten, idealen Gedanken, die das letzte Maß auch für die Abklärung und Verklärung des Wissens bilden. An diese Abklärung idealer Art glaubt man, und man glaubt an sie, obwohl sie keine inhaltliche Bestätigung in den Vorgängen der Außenwelt findet, da sie auch keine solche Bestätigung verlangt.

Diese echte und erste Harmonik ist auch die eigentliche Quelle aller *Kunst*. Auch die reinsten und autonomsten Gebiete des Gedankenlebens entarten aber sofort, sobald sie sich durch soziale Uebereinstimmung erweitern zur Machtgewinnung über das Gemeinschaftsleben und dann irgendwelchen Aberglauben in ihren Dienst nehmen.

Der *Rassenaberglauben* ist nun eine solche unvollkommene Form des Wissens und Erkennens mit voreiliger und unvollständiger Sanktionierung durch die Affekte und Leidenschaften der menschlichen Natur. Die Wohl- und Wehgefühle unseres Organismus sind die Quellen dieser Affekte und Leidenschaften. Diese Wohl- und Wehgefühle drängen sich dann in die Harmonik der Seele hinein und fälschen und trüben die Entscheidungen des Gedankenlebens und die aus diesen hervorgehenden Willensäußerungen der menschlichen Natur. Es ist der aus solchen Denkfehlern entstandene *Aberglauben*, der seine Bestätigung auf demselben Wege zu finden vorgibt, auf dem der Glauben an die Wahrheit seine unablässige Kontrolle, Läuterung und Erhebung sucht.

Auf dem Gebiete der Biologie haben sich diese Trübungen, diese Einwirkungen des störenden, unberechtigten Augenblickseinflusses der Affekte und Leidenschaften auf die Forschung, auf das Wissen, auf die Entwicklung unseres Gedankenlebens, mit besonderer Intensität entwickelt.

Die Lehre vom *Kampf ums Dasein*, welche in den Deutungen der Entwicklungserscheinungen der Lebewelt eine so wesentliche Stufe bildete, und die eine so populäre Bedeutung jetzt noch einnimmt, diese Lehre hat mit den Affekten und Leidenschaften der Menschennatur und den dadurch hervorgebrachten Trübungen des reineren Denkens, in den letzten Entwicklungsphasen ein immer gefährlicheres Spiel getrieben. Die Lehre vom Kampf ums Dasein wird jetzt aber von der Wissenschaft selber immer mehr eingeschränkt. Schon auf sehr frühen Stufen treten in der gesamten Lebewelt immer deutlicher soziale Regungen in merkwürdiger Feinheit hervor, und nicht blos in den der Menschheit am nächsten stehenden Stufen der Lebewelt. Es werden immer deutlichere Erscheinungen beobachtet, welche darauf hinweisen, daß die Lebewelt mit gleichartigen, und sogar mit einander bekämpfenden Gemeinschaften eine *Harmonisierung* sucht. Der Kampf ums Dasein, auf die Höhe der menschlichen Entwicklung ausgedehnt, hat dort sicherlich keine entscheidende Bedeutung mehr.

Die Menschenwelt ragt über die Entwicklung der übrigen Lebewelt dadurch hervor, daß ihre Seelenwelt sich zu der hohen Gabe einer immer reicheren Mitteilungsfähigkeit entwickelt hat. In diesem hohen Stadium der Lebewelt hat sich immer deutlicher gezeigt, daß der Kampf ums Dasein hier sich immer mehr unterordnet unter die Harmonisierung, und daß die Verfeinerung des Gemeinschaftslebens durch den Bund von Selbstbehauptung und Selbstbescheidung doch den eigentlichen Gipfel der Lebewelt bildet.

Aber die Konflikte und Berührungen, die zwischen den verschiedenen Rassen jetzt in immer gesteigertem Maße entstehen, verbunden mit der bisherigen Lehre von dem rohen Kampf ums Dasein, haben dieser Lehre eine Realität in dem Kampfe um den Besitz der Erde gegeben, die zu den trübsten und ergreifendsten Erscheinungen der Gegenwart gehört.

Die Lehre von der Beseitigung der Schwachen, die zum Kampfe ums Dasein gehört, ist eine der bedauerlichsten Irrungen der Biologie gewesen. Die Schwachen haben eine eminente Bedeutung in der sozialen Entwicklung. Sie sind oft in geringerem Grade den Affekten und Leidenschaften unterworfen, so daß in der Tiefe ihrer Seele die herrlichsten musischen Gestaltungen entstehen können. Andererseits ist aber auch die Sorge für die Schwachen die schönste sozialethische Aufgabe der Starken. Hoffen wir, daß diese Theorie von der Beseitigung der Schwachen und von der absoluten Ueberlegenheit gewisser Rassen bald überwunden sein wird.

Die Lehre vom Rassenkampf und der diesen durchglühende Rassendünkel hat auch zu der Lehre von der Erhaltung der Reinheit der Rassen geführt. Diese Lehre hat in der verwirrendsten Weise mit den stärksten Denkfehlern gearbeitet. Die Erfahrungen, die wir mit der Ausbreitung der Menschheit in der Welt gemacht haben, erweisen, daß die angeblich so große intellektuelle Verschiedenheit der Rassen gröblichst übertrieben worden ist. Es wäre sehr leicht, die zum Beweise der fundamentalen Bedeutung der Rassenverschiedenheiten angeführten kulturgeschichtlichen Einzelheiten durch entgegengesetzte zu widerlegen.

Ein großer Teil der Denkfehler, mit denen die Menschheit auch in diesen Fragen sich abquält, beruht darauf, daß eklatante ungünstigere Erfahrungen einen überwiegenderen Eindruck machen, als günstige, und daß alles, was der Norm näher steht, überhaupt geringeren Eindruck macht. Unsere ganze Publizistik ist überhaupt erfüllt mit Nachrichten über Erscheinungen, die an der Grenze des sozialen Zusammenlebens stehen, während man von den gesunden Dauererscheinungen, die der maßgebenden Mitte entsprechen, viel zu wenig Kunde gibt. Wenn wir aber keine Entscheidung in derartigen Erfahrungen treffen wollen, da die verschiedensten Einzelheiten sich gegenüberstehen, so tritt doch immer deutlicher in der Menschenwelt der Gedanke hervor, daß mit der überwiegenden Herrschaft der niederen Wehgefühle ein Ende gemacht werden muß.

Wo ist nun Hilfe gegen diese Verwirrung, die uns noch immer belastet mit Gewaltgedanken und Gedanken an Gewaltmaßregeln?

Die Hilfe gegen diese Verwirrung kann nur gefunden werden in dem einmütigen Appell an das Gemeinsame der Menschenseele, an ihre tiefste Harmonik. Es muß gepflegt werden im Zusammenleben, in allen höheren Einrichtungen und besonders in der Erziehung der Kampf — um es so auszudrücken — der dynamische Kampf der Dauer-Energie in der menschlichen Seelenwelt, gegen die Dynamik der Augenblickserscheinung, welche ihre Wurzeln und ihre Stärke in den Affekten und den Leidenschaften des Organismus hat. Die Macht der Dauer-Energie im menschlichen Seelenleben, die ihre Wirkung im Willensimpuls ausübt, bevor die Entscheidung durch Affekte und Leidenschaften sich vollzieht, bildet unsere Hoffnung. Die Gewöhnung zur Rückfrage an die tiefsten Mächte des Seelenlebens und an den dauernden Einklang, an das dauernde Glück der Seele gegenüber den Augenblickserscheinungen — das ist das Wesen der neuen gemeinsamen ethischen Forderungen. Die Disziplin der Einholung des letzten Bescheides bei diesen Mächten des Seelenlebens, die überall schon ihren Ausdruck in Wissenschaft und Kunst gefunden haben, muß überall in der Erziehung gepflegt werden.

Die ethische Bewegung hat in neuester Zeit in dieser Richtung eine umfassendere internationale Organisation eingeleitet. Im Herbst des neuen Jahres wird in London ein Kongreß für Moralpädagogik zusammentreten, um über die Erziehungs-Reformen zu beraten, die eine höhere Entwicklung des Menschenlebens verbürgen könnten. Gemeinsame Einrichtungen sollen zu diesem Zwecke geschaffen werden. Aus England, Frankreich und Deutschland haben sich namhafte Männer mit dem Gedanken einverstanden erklärt. Das französische Unterrichtsministerium steht der Sache sehr sympathisch gegenüber. Die deutschen und englischen Unterrichtsbehörden werden sich nicht ausschließen. Auch Oesterreich, Italien, Skandinavien, Nordamerika und Rußland werden sich anschließen. Wir hoffen, daß auch Vertreter der theologischen Richtungen sich beteiligen werden. An die Stelle des Kampfes ums Dasein muß der edle Kampf der Meinungen treten, der edle Wetteifer der gegenseitigen Förderung, die uns ein neues Leben auf Erden schaffen wird." (Lebhafter Beifall.)

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Antisemiten und das Reichstagswahlrecht. Th. Fritsch, der Begründer der „Deutschsozialen Blätter", macht seiner Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht in der ersten Januar-Nummer seines „Hammer" wie folgt Luft:

„Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist ein Ausfluß der Bequemlichkeit, der Oberflächlichkeit, der gedankenlosen Schablone. Es erschien der politischen Unreife als besonders gerecht und vorteilhaft, verleugnete aber alle geistigen und sittlichen Maßstäbe. Welches Unheil damit angerichtet wurde, das sehen wahrhaft politische Köpfe seit Jahrzehnten mit Jammer. Es verhalf nicht blos der Unvernunft zum Siege, sondern züchtete noch außerdem in den unteren Schichten einen verhängnisvollen Größenwahn, der Autorität und Sittlichkeit untergräbt.

Es ist nun an der Zeit, die feige Massen-Schmeichelei endlich zu überwinden und der ernsten politischen Vernunft ihre Rechte einzuräumen. Jeder wahre Fortschritt im Leben beruht auf gewissenhafter Scheidung und Unterscheidung. Das Gleichsetzen, das „Alles in einen Topf werfen" ist kein Kultur-Prinzip, ist weder gerecht noch vernünftig. Darum darf man getrost sagen: jedes Wahlrecht ist besser als das allgemeine gleiche. Jedenfalls brauchen wir im Interesse der Gesundung unseres politischen Lebens eine vernünftige Abstufung nach geistiger, sittlicher und sozialer Wertung der Stimmen, — also ein Plural-System. Man halte sich nicht unnötig bei peinlichen Abwägungen auf und wolle nicht etwas „absolut Vollkommenes" schaffen. Vollkommenes gibt es auf Erden nicht; es genügt, daß man das Bessere erstrebt. Was uns bisher niederzwang, war das vernunftlose Prinzip der Mißachtung aller kulturellen und geistig-sittlichen Werte. Mit dem Augenblick, wo der Staat anerkennt, daß man Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen soll, tritt ein neues und sittigendes Prinzip in unser politisches Leben ein, und damit wird die Bahn geöffnet für einen weiteren segensvollen Fortschritt. Die reaktionären Mächte der Lüge und Volks-Betörung müssen endlich zu Boden gezwungen werden."

Es ist ja nicht das erste Mal, daß Herr Fritsch in dieser Weise gegen das Reichstagswahlrecht wütet; interessant ist nur, daß seine engeren Parteifreunde von der deutschsozialen Partei, die ja angeblich für das Reichstagswahlrecht eintritt, bisher mit keiner Silbe dagegen Einspruch erhoben haben. Wer schweigt, scheint zuzustimmen.

Vermischtes.

Bischof und Jude. In Königsberg wurde vor einigen Tagen der jüdische Kommerzienrat Gottschalk bestattet, der zu den angesehensten Kaufleuten der Provinz gehörte und Ehrenbürger der Stadt Bischofsburg war. An dem Leichenbegängnisse nahmen auch ein mit dem Verstorbenen innig befreundeter Weihbischof und andere Geistliche teil. Der Weihbischof war ein so guter Freund des Verstorbenen, daß er, wie er dem Kommerzienrat schrieb, als dieser in Berlin schwer erkrankt war, ihn täglich in sein Gebet einschloß. Auch bei den höchsten Beamten der Provinz stand der sehr wohltätige und bei allen gemeinnützigen Unternehmungen zur Mithilfe bereite Mann in hohem Ansehen. Als einmal ein junger protestantischer Geistlicher in das Wirkungsgebiet des Kommerzienrats versetzt wurde und hier glaubte, in Antisemitismus machen zu können, kam es zu einem interessanten Zwischenfall. Der Kommerzienrat, der überall, wo es not tat, ohne Unterschied der Konfession hilfsbereit einsprang, hatte auch eine Altardecke für die Kirche des neuen Geistlichen gestiftet. Aber der Geistliche glaubte das von einem Juden herrührende Geschenk zurückweisen zu sollen. Als man dies höheren Orts erfuhr, wurde ihm ein so scharfer Verweis zuteil, daß er dem Antisemitismus den Laufpaß zu geben für gut fand und alsbald mit der Frau Pastorin der Familie des Kommerzienrates einen Besuch machte. Zur Charakteristik des Juden wie des Weihbischofs sei noch bemerkt, daß Kommerzienrat Gottschalk ein strenggläubiger Jude war. Man sieht, es können frommer Jude, katholischer Bischof, hohe Staatsbeamte sehr wohl mit einander in Frieden und Freundschaft leben.

Die Firma Gebr. Stollwerck in Köln hatte in einem von uns jüngst mitgeteilten und kritisierten Schreiben

an einen jüdischen Stellensuchenden dessen Bewerbung mit dem Bemerken abgelehnt, daß sie jüdische Reisende prinzipiell nicht beschäftige. Hierzu erklärt die Firma, daß das betr. Schreiben „auf einen Irrtum zurückzuführen ist und daß bei der Firma sowohl Männliche wie Weibliche israelitischen Glaubens beschäftigt sind. Es ist überhaupt bei dem internationalen Charakter unseres Geschäftes naheliegend, daß weder Religion noch Politik in der Wahl von Mitarbeitern wie Lieferanten von Einfluß ist, was selbstverständlich auch bei Fragen, Wohltätigkeit betreffend, der Fall ist. Wir bedauern den stattgehabten Irrtum."

Es ist auffallend, daß ein Korrespondent einen solchen Irrtum begehen konnte, zumal doch wohl die Leiter der Firma selbst die auslaufenden Korrespondenzen unterzeichnen.

Ein jüdischer Nobelpreisträger. Denen, die in Amerika nach einem strengen Einwanderungsgesetz schreien, wird eine gute Lehre gegeben dadurch, daß ein aus Strelno in Posen eingewanderter Jude in dieser Woche den Nobelpreis gewonnen und dadurch die amerikanische Wissenschaft zu hohen Ehren gebracht hat. Es ist dies Professor Albert Abraham Michelson in Chicago, der mit seinem Vater Samuel Michelson vor 50 Jahren nach Amerika kam und als Professor der Physik an der Universität Chicago zu großem Ansehen gelangt ist. Michelson ist erst nach einem ungewöhnlichen Umwege auf die wissenschaftliche Laufbahn geraten. Mit 17 Jahren ward er Unteroffizier der amerikanischen Marine und blieb 12 Jahre in dieser Stellung. Dann ward er Instruktor der Physik und Chemie an der Naval-Academy zu Annapolis in Maryland. 1889 ward Michelson, der inzwischen in New York und Washington wissenschaftlich tätig gewesen war, zum Professor ernannt, seit 1893 lehrt er in Chicago. Er hat hauptsächlich auf dem Gebiete der Optik und besonders der Interferenz des Lichtes gearbeitet. Seine wichtigste Erfindung ist das sogenannte Stufenspektroskop, ein Apparat der das Licht sehr weitgehend spektral zerlegt. Berühmt ist auch sein Versuch, den Einfluß der Erdbewegung auf die Fortpflanzung des Lichtes festzustellen, der freilich nur einen negativen Erfolg hatte. Michelson ist Mitglied der Akademien zu London und Paris; er hat auch vor einigen Jahren die große Rumford-Medaille erhalten.

Ernesto Nathan und der Vatikan. Die Koblenzer Zentral-Auskunftsstelle der katholischen Presse hat ein begreifliches Interesse daran, die Angaben über die persönliche Wertschätzung, deren sich der jüdische Bürgermeister von Rom bei dem Papste nach dem Bericht eines römischen Korrespondenten erfreut, nachzuprüfen und glaubt diese wie folgt abschwächen zu können:

„1. Pius X. hat sich in keiner Weise befriedigt über die Wahl des ehemaligen Großmeisters der Freimaurerei Ernesto Nathan geäußert; er hat auch niemals gesagt, Nathan sei „besser als die anderen". 2. Pius X. kannte den jetzigen Bürgermeister von Rom nicht, als er noch Patriarch von Venedig war, er hat ihn auch nicht schätzen gelernt. 3. Richtig ist, daß der jetzige Papst ebenso wenig Antisemit ist wie Leo XIII. Der Antisemitismus wie er in Deutschland, Frankreich, Oesterreich usw. existiert, ist in Italien überhaupt unbekannt. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß der Italiener im allgemeinen ebenso klug und schlau ist wie der Jude, anderseits daraus, daß in vielen Gegenden die mittelalterliche Abschließung der Juden noch lange bis ins 19. Jahrhundert hinein bestehen blieb, so daß auch äußerlich der Christ vor der Ausbeutung durch den Juden geschützt war. 4. Richtig ist, daß Pius X. schon als Pfarrer von Salzano im besten Verhältnis zur Familie des Juden Romanin Jacur stand. Die Freundschaft hat aber nicht er gesucht, sondern Herr Jacur. Diese Freundschaft, die der Ehrenmann Jacur wohlverdient, wurde auch später fortgesetzt."

Eine Beleidigung. Unter dieser Spitzmarke schreibt Alexis Frhr. von Engelhardt, der Mitarbeiter des „Tag" speziell in russischen Angelegenheiten:

In Petersburg sind dem Port-Arthur-Prozeß nun schon elf Gerichtssitzungen gewidmet worden, ohne daß ein klares Bild der Verfehlungen und Unterlassungen bis jetzt enthüllt worden wäre. Am Schlusse der traurigen Affäre wird wohl noch aufs Ganze zurückzukommen sein. Einstweilen sei nur eine kleine Episode hervorgehoben, die ungemein charakteristisch ist für die verschrobene Denkweise nicht gerade weniger alter russischer Militärs und Beamten in Rassefragen. In diesem Falle ist die Komik so ungewöhnlich und erfrischend naiv, daß man an dem drolligen Intermezzo nicht stumm vorübergehen möchte.

Der Feuilletonist Menschikow hatte in einem Aufsatz geäußert, daß General Fock und besonders der General Stössel „semitisch" aussähen. Am nächsten Tage erhielt Menschikow folgenden Brief des Generals Fock: „In Ihrem Feuilleton nannten Sie mich einen „Vaterlandsverräter" und erlaubten sich zugleich, mich und mein Geschlecht zu beleidigen, indem Sie mich dem semitischen Stamme zuzählten, um damit meine verräterischen Neigungen zu erklären. Mit Verachtung Ihre erste Anschuldigung beiseite schiebend, die nur das auf Allerhöchsten Befehl eingesetzte oberste Kriegsgericht klarstellen kann, kann ich die Beleidigung, die Sie mir als dem Vertreter einer alten adligen Familie antaten, nicht ohne Erwiderung lassen. Ich fordere daher von Ihnen Genugtuung innerhalb dreitägiger Frist."

Dem General Fock kommt es also nicht darauf an, daß Menschikow ihn Vaterlandsverräter bezeichnet. Diese Beschuldigung weist er mit Verachtung zurück. Allein daß man den Verdacht äußerte, er könne ein Semit sein — das ist es, was der General als durchaus ehrverletzend empfindet. Diese prächtige Verschrobenheit erinnert mich an das salomonische Urteil, daß in einem Falle ähnlicher Gewissensnot der Friedensrichter eines Landstädtchens in Russisch-Litauen fällte. Es war zu jener Zeit als das Deutschtum den härtesten Verfolgungen und Verleumdungen ausgesetzt war. In den achtziger Jahren. Da kam zu jenem Friedensrichter ein kleiner russischer Bürger und verklagte einen Mann, der ihn tief beleidigt habe; er habe ihn nämlich einen — Deutschen „geschimpft". Der Friedensrichter überlegte sich den Fall und kam zu folgender Entscheidung: Der Kläger sei abzuweisen, denn es sei nicht schmachvoll ein Deutscher zu sein, auch läge darin nichts Verbrecherisches, vielmehr sei es nur ein — Unglück . . .

Dieser weise Bescheid hat auf den Semiten angewendet, in Rußland noch heute seine Gültigkeit und Menschikow könnte der beleidigten Exzellenz antworten: Jude zu sein ist kein Verbrechen, aber ein Unglück."

Die jüdischen Kolonisten in Rußland. Man schreibt uns aus Petersburg: Die verfassungswidrigen Agrarreformen Stolypins haben auch die jüdischen Kolonisten des Gouvernements Ekaterinoslaw empfindlich berührt. Die jüdischen Kolonisten treiben dort Ackerbau unter ungünstigen Verhältnissen und führen ein kümmerliches sorgenvolles Bauernleben. Nun hat die Landeinrichtungskommission des Bezirkes Alexandrowsk (des genannten Gouvernements) beschlossen, 3700 Desjatinen Kronländereien, die Jahrzehnte lang von den jüdischen Kolonisten gepachtet waren, zu verkaufen. Schon sind die diesbezüglichen Bekanntmachungen gedruckt und in den Dorfämtern ausgehängt. Die betreffenden Landstücke waren, wie gesagt, Jahrzehnte lang von jüdischen Ackerbauern gepachtet. Der

Verlust dieses einzigen, den jüdischen Kolonisten zugänglichen, Bodenfonds ist ihr vollständiger wirtschaftlicher Ruin, denn die Hälfte der Kolonisten besitzt zu wenig Land, um eine selbständige Wirtschaft, ohne Pachtland, führen zu können. Die angrenzenden Krongüter waren die einzigen, die sie pachten und bearbeiten konnten. Da die dortigen jüdischen Kolonien nur Ackerbau treiben und andere Erwerbsquellen ihnen fehlen, so wird ein bedeutender Teil der Kolonisten gezwungen sein, die bisherige Scholle zu verlassen. Damit entstehen aber auch für die Bleibenden große Schwierigkeiten in ihrer Bewirtschaftung.

Die Beschwerden der Kolonisten über die Beschlüsse der Bezirkskommission an die höheren Instanzen blieben vorläufig erfolglos. Man untersagt also den Juden, Land zu erwerben oder zu pachten, man vertreibt sie sogar von ihren alten bebauten Kolonien. Und dann behauptet man, sie seien arbeitsscheu und zur Landwirtschaft unfähig.

Ueber die Rechtlosigkeit der rumänischen Juden veröffentlicht Prof. van Bar, der ausgezeichnete Staatsrechtslehrer und frühere freisinnige Parlamentarier, in der „Revue de droit international" ein fesselndes Essai, dem wir das Nachstehende entnehmen:

„Die beiden Prinzipien, nach denen die Nationalität eines Individuums bestimmt werden kann, sind das jus soli und das jus sanguinis. Um nach dem jus soli die Staatsangehörigkeit zu bestimmen, genügt die Tatsache, in dem betreffenden Lande geboren zu sein. Für die Bestimmung der Staatsangehörigkeit nach dem jus sanguinis muß die Staatsangehörigkeit des Vaters oder eines früheren Vorfahren festgestellt werden, der durch einen besonderen Akt eine bestimmte Staatsangehörigkeit erworben hat. Da in praxi die Bestimmung der Nationalität durch das jus sanguinis vielfach unmöglich oder äußerst schwierig ist, so muß sie durch das jus soli oder durch einen besonderen Akt der Aufnahme in den einzelnen Staatsverband ergänzt werden. Hierbei darf weder die Rassenverschiedenheit, noch Unterschiede der Sprache und der Konfession ein Grund dafür sein, um einer Person das Recht einer bestimmten Staatsangehörigkeit abzusprechen. Während nun in den anderen Staaten die Juden die — freilich vielfach beschränkten — Rechte des Staatsbürgers genießen, hängen sie in Rumänien von dem Gutdünken der Regierung ab, die sie bald als Ausländer, bald als rumänische Staatsangehörige behandelt. So hat einerseits der Appellationshof in Bukarest in seiner Entscheidung vom 13. März 1903 dahin erkannt, daß ein Jude, der in Rumänien von dort ansässigen Eltern geboren ist, keinerlei Strafe unterliegt, wenn er, trotz einer Ausweisung auf administrativem Wege, nach Rumänien zurückkehrte, weil er in keinem anderen Staate angenommen worden ist. Im Gegensatz dazu liegt eine Entscheidung des Kassationshofes in Bukarest vor, nach der ein in Rumänien von dort ansässigen Eltern geborener Jude als Ausländer ausgewiesen werden kann, obgleich er gar seiner Militärpflicht genügt hat und früher einen rumänischen Paß erhalten hat. Abgesehen von der ungerechten Bedrückung, die diese widerspruchsvolle Behandlung der Juden enthält, widerspricht sie obendrein den Bestimmungen des Berliner Vertrages, nach denen laut Artikel XLIV und XLV niemand in Rumänien auf Grund von Unterschieden der Religion und Konfession von der Nutznießung bürgerlicher und politischer Rechte ausgeschlossen werden kann."

Deshalb hätten, bemerkt Professor Bar zum Schluß, die unterzeichneten Mächte des Berliner Vertrages das Recht und die Pflicht, Rumänien an die Einhaltung dieser Bestimmungen zu erinnern. — An solchen Ermahnungen hat es bisher gewiß nicht gefehlt; die Balkanfrage ist aber für alle Großmächte ein Kräutlein Rührm'chnichtan geworden.

Vom Büchertisch.

„Ut Landdokters Leben" betitelt Sanitätsrat Dr. med. Gustav Stille in Stade das kürzlich bei Max Hansen in Glückstadt erschienene Büchlein, das als Fortsetzung des im vorigen Winter erschienenen und wegen seiner antisemitischen Partien auch in diesem Blatte besprochenen Buches „Ut'n Steilann" erscheint. Es sind kleine Geschichten, die das Bauernleben der kleinen Bauernrepublik Hadeln an der Elbmündung durchweg zutreffend und anschaulich schildern und zeigen, daß der Verfasser wohl das Zeug hat zu einem richtigen Volksschriftsteller. Schade nur, daß er es sich auch in diesem Büchlein nicht versagen kann, seinem Antisemitismus die Zügel schießen zu lassen. Das setzt sein Buch bei vorurteilslosen Lesern (und Gott sei Dank ist die Mehrzahl der Landsleute des Verfassers noch nicht von dem antisemitischen Gift infiziert) entschieden herab und ist geeignet, ihnen die reine Freude an ihm zu beeinträchtigen, erscheint auch um so befremdlicher, als es in dem Ländchen, das als Schauplatz der kleinen Geschichten allein in Frage kommt, Juden gar nicht gibt und die Situationen, in denen der Verfasser seine antisemitischen Mätzchen anbringen kann, darum gewaltsam geschaffen werden müssen. So berichtet z. B. ein Schneider Umland von seiner Reise in Galizien von dem „schlechtesten Lande, das er gesehen hat, weil da nichts als verfallene Palacken und schmierige Juden wohnten", aber er erzählt von einem Lehrer Fast, der den Kindern erzählt haben solle, die alten Juden wären nicht besser gewesen, als die neuen. Isaak und Jakob, David und Salomo, je weniger die Kinder davon hörten, je besser wäre es. Natürlich wird auch der „Heinjud", der aus dem ersten Buch bekannte betrügerische Pferdehändler, wieder erwähnt. Am unangenehmsten aber berührt jeden mit den Verhältnissen im Lande Hadeln, demnach auch mit den Privatverhältnissen Dr. Stilles vertrauten Leser das Auftreten des Juden Seligmann auf dem Beberkesaer Markt, da man unwillkürlich das Gefühl hat, als wollte der Verfasser damit dem früher mit ihm auf seinem Dorfe praktizierenden jüdischen Arzt Dr. Seligmann, der sich bei den Landleuten eines hohen Ansehens erfreute, einen Eselsfußtritt versetzen. Es würde den Verfasser bei seinen Hadler Landsleuten und sicher in weiten Kreisen unseres Volkes nur empfehlen, wenn er in weiteren Volksbüchern seine antisemitischen Allüren nicht nur mäßigen, und in dieser Hinsicht ist das zweite Buch schon entschieden ein Fortschritt gegen das erste, sondern ganz einschränken wollte, um so von den Zuständen seines Heimatländchens ein völlig zutreffendes, durch keine Parteileidenschaft gefärbtes Bild zeichnen zu können. L.

Briefkasten.

B. F. in Breslau. Aus dem ganzen Zusammenhang der Stelle ging hervor, daß sich unsere Bemerkung nur auf Wedekinds Bühnenwerke bezog, denn nur diesen verdankt er sowohl seine Erfolge wie seine Angriffe. Im übrigen war von einem „scharfen Eintreten" für den Autor keine Rede; wir haben vielmehr wiederholt ausdrücklich bemerkt, daß wir für sein Schaffen keinerlei Sympathie besitzen. Worauf es ankam, war zunächst die Widerlegung der antisemitischen Kritik, die diesem angeblich vom Judentum begünstigten Autor unsittliche Tendenzen unterschob, Tendenzen also, die eben ihrer Unsittlichkeit halber besondere Förderung von jüdischer Seite gefunden haben sollten; sodann der Nachweis, daß diese letztere Behauptung nichts als eine blanke Lüge war. Wir hätten außer den schon von uns angeführten Beweisen für das Gegenteil auch noch auf das jüngst erschienene Buch des jüdischen Theaterkritikers Paul Goldmann hinweisen können, das dessen gesammelte Theaterkritiker der letzten Jahre (aus der „N. Freien Presse") enthält und worin speziell Wedekind mit ungewöhnlicher Schärfe des Ausdrucks bekämpft wird. Zufällig hat gerade dieser Wedekind-Passus des Goldmannschen Buches in den letzten Wochen die Runde durch fast die ganze Presse gemacht. Auch die „Deutsche Tagesztg." hat in diesen Tagen „von dieser vernichtenden Anklage aus der Feder eines demokratischen (warum gibt das Blatt nicht der Wahrheit die Ehre und setzt, wie es ja sonst in solchen Fällen zu tun pflegt, hinzu: jüdischen) Schriftstellers" mit großem Behagen Notiz genommen.

Wir haben uns übrigens schon einmal im abgelaufenen Jahrgang (Nr. 6 der „Mitt." vom 6. Februar) mit derselben Behauptung eines anderen Blattes (Willy Pastor in der „Tägl. Rundsch.") auseinanderzusetzen gehabt, wonach der „verjüdete Berliner Westen" Wedekind auf den Schild gehoben habe, und schon damals eine ganze Anzahl Tatsachen zur Widerlegung falscher willkürlicher Wahrheitsentstellungen angeführt.

☛ **Das Register zum Jahrgang 1907 der „Mitteilungen" wird der nächsten Nummer beiliegen.**

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: F. Sammer, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 81.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 2. | Berlin, 8. Januar 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaktion and Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W, Magdeburgerstr. 14.

Antisemitismus und liberale Weltanschauung.

„Alles fließt", sagt der alte griechische Philosoph, und wie in der Natur, so ist auch im Geistesleben alles veränderlich, alles dem ewigen Wechsel unterwarfen. Alles ist relativ und von keiner absoluten Bedeutung, und auch die „ewigen Wahrheiten" sind, wenn die Zeit sich ändert, dem Untergange geweiht. Worte und Begriffe wanken und sie nehmen zu jeder Zeit eine andere Färbung und andere Gestalt an. Was sich lange erhält und in der Geisteswelt für immer Spuren hinterläßt, das ist die in sich geschlossene Weltanschauung, der lebendige Quell des konsequenten Denkens und sittlichen Empfindens. Die Weltanschauung bildet bewußt oder unbewußt den Hintergrund aller wichtigen Handlungen des Kulturmenschen. Parteien und Programme, Verfassungen und Gesetze sind äußerliche Dinge und sie repräsentieren nur dann einen großen Wert, wenn sie das Instrument einer hochentwickelten kulturell-sittlichen Weltanschauung darstellen. Jede Partei ist gesund, solange sie sich von der Weltanschauung, der sie entsprungen ist, nicht zu weit entfernt. Sie wird aber zu einer leeren Schablone, ja oft zu einer Karikatur, wenn sie ihre Weltanschauung ganz vergißt. Daher tut es von Zeit zu Zeit not, den Blick von der Partei zur Weltanschauung zu erheben und aus ihr neue Kraft zu schäpfen.

Die liberale Weltanschauung ist die Weltanschauung des modernen Lebens, die Weltanschauung, die sich vam Mittelalter frei gemacht und seit der ersten französischen Revolution zu einer harmonischen, freiheitlichen Erkenntnis emporgerungen hat und zur Richtschnur aller großen Begebenheiten geworden ist. Sie erstreckt sich auf alle Gebiete des Lebens und des Wissens, und der politische Liberalismus ist eigentlich nur ihr Ministerium des Aeußeren. Die liberale Weltanschauung hat *den Wert der Persönlichkeit*, der seit dem klassischen Mittelalter fast ganz verlaren gegangen war, wieder auf ihre Fahne geschrieben. Sie hat all die angeborenen und ererbten Vorrechte abgeschafft, all die Klassen und Stände beseitigt und den Menschen in seiner kulturellen und sittlichen Bedeutung wieder auf den Thron erhoben. Es gibt keinen Adel außer dem der Seele und des Geistes, es gibt keine Vorrechte einzelner Klassen und keinen Dünkel einzelner Stände. Losgelöst von seiner Abstammung und von seiner geborenen Kaste kann der Mensch seinen Wert geltend machen und sich als Individuum durchsetzen. Nicht der Stand, sondern der Mensch selbst steht im Mittelpunkt der Dinge und des Lebens und er ist gerade soviel wert, als er sittlich und kulturell leistet. Der einzige Maßstab für seine Beurteilung ist sein eigenes Können und Wollen, seine Verdienste um den Staat, um die Kunst, die Wissenschaft und das bürgerliche allgemeine Wohl. Daher müssen alle Bürger gleich vor dem Gesetze sein, daher müssen sie mit denselben Rechten und denselben Waffen im Kampfe ums Dasein ausgerüstet werden. Es muß jedem die Möglichkeit geboten werden, seine Individualität zu entfalten und alles das zu erreichen, wozu ihn seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft berechtigen. Dagegen müssen auch alle Bürger die gleichen Pflichten für den Staat übernehmen, sich als gleiche Glieder der sozialen Gesellschaft fühlen und sich den Forderungen der Kultur und der Moral unterwerfen. Das war die Hauptlehre und erste Tat des Liberalismus, die Verkündung des *Evangeliums des gleichen Bürgertums*.

Damit zerstärte der Liberalismus den ganzen Plunder morscher Traditionen und setzte an ihre Stelle das wissenschaftliche *Prinzip der Entwickelung*. Der Mensch ist keinem Fatum unterworfen und ist nicht an Fesseln gekettet, er kann sich auf der Bahn der freien Entwickelung den Platz erobern, der ihm zukommt. Die Aufgabe des öffentlichen Lebens ist es, die Kräfte frei zu machen und im Geiste der Zeit fortzuschreiten. Der Staat soll die Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik, die Erkenntnisse der Gedankenwelt und die Vorzüge der Kunst dem öffentlichen Leben dienstbar machen, er soll sie ausbauen und zum Wohle aller fortsetzen. Nicht soll die Zeit törichter Weise zurückzuschrauben gesucht werden, sondern im Lichte des Fortschrittes soll gestritten und gekämpft werden. Frei soll das Leben van allen künstlichen Hemmnissen werden, damit die natürliche Entwickelung ihren Lauf nehmen kann. Der wahre Liberalismus sieht die Welt und die Dinge nicht mit dem Auge der Vergangenheit, sondern mit dem der Zukunft.

Daher hat der Liberalismus *die Vernunft auf den Thron gesetzt* und die Herrschaft des Instinkts zerstört. Nicht das Blut mit seinen Wallungen und seinen dunklen Trieben, sondern die klare Vernunft und das leuchtende Recht sollen in allen großen Fragen des Lebens entscheiden. Das logische Denken und das sittliche Empfinden sollen an Stelle der wilden Leidenschaften herrschen und uns leiten. Die Wissenschaft soll nicht in den Dienst chauvinistischer Gefühle gestellt werden, sondern alle Regungen des Seelenlebens sollen sich der Erkenntnis unterordnen. Staat und Gesellschaft sollen durch eine gesunde Kultur das Tier in der menschlichen Brust besiegen und den Menschen zu den Höhen des sittlichen Lebens führen. Daher sollen auch die Sitten und Umgangsformen gemildert und das Alltags-

leben veredelt werden. Es ist ein Verdienst der liberalen Weltanschauung, daß sie den Barbarismus überwunden hat und auch da, wo sie den Haß und das Vorurteil nicht beseitigen konnte, sie wenigstens in mildere, menschlichere Formen zwängte. Wie die Erkenntnis durchdrang, daß das Blut nicht die Quelle des Rechtes ist, so lernt der Mann auch allmählich einsehen, daß Differenzen nicht durch Blut ausgeglichen zu werden brauchen. Nicht nur das öffentliche, sondern auch das private Leben nahm immer mehr eine zivilisierte Gestalt an und schrittweise wurde das Mittelalter mit seinen Grausamkeiten verscheucht. Ein feinerer Geist muß auch feinere Formen annehmen, und in der Kultur ist oft die Form alles. Während die Moral des Mittelalters eigentlich nur eine Oekonomie der rohen Kräfte ist, sucht der Geist der Neuzeit die sittlichen Kräfte zu stärken und Schönheit und Hoheit an Stelle von Roheit und Grausamkeit zu setzen.

Diese Erkenntnis von den höheren Aufgaben der Kulturmenschheit konnte erst gefördert werden, nachdem der blinde Autoritätenglaube, der zu einer unheimlichen Macht geworden war, erschüttert wurde und die Kritik in ihr Recht eingesetzt worden ist. Jede Erkenntnis und jeder Fortschritt fängt mit der Kritik an. Wie man ein neues herrliches Gebäude erst dann errichten kann, wenn der alte Schutt aufgeräumt ist, so muß aus dem Pfade der fortschrittlichen Entwickelung jeder Aberglaube, jedes falsche Dogma und jedes kranke Vorurteil beseitigt werden, um Platz für die veredelte Menschlichkeit zu schaffen. Wie die exakte Wissenschaft nur dann gedeihen kann, wenn sie ohne jede Voraussetzung ihre Untersuchungen macht, so darf sich auch das Leben nicht nach alten Autoritäten richten, sondern es muß seiner Bestimmung folgen. Nichts ist ewig, und auch die besten Wahrheiten veralten, daher ist keine freie Entfaltung möglich, wenn das Alte als heilig und unantastbar erklärt wird. Nichts ist heiliger als die menschliche Vernunft, nichts höher als die fortschreitende Erkenntnis. Nur da, wo die eigene Kraft versagt, soll man sich auf unkontrollierbare Autoritäten stützen, und auch da soll man sehr vorsichtig damit umgehen. Wo man mit der eigenen Vernunft fertig wird, ist sie der zuverlässigste Führer und Wegweiser in den Wirrnissen des Lebens.

Das sind ungefähr die Hauptpostulate der liberalen Weltanschauung und aus ihnen ergibt sich die Stellung des wahren Liberalismus zu allen großen Fragen von selbst. Es mag gewiß innerhalb des Liberalismus verschiedene Richtungen geben, aber hinter all diesen Richtungen muß die liberale Weltanschauung stehen, und nur ihr kann die Norm des öffentlichen Lebens entnommen werden. In großen Fragen, die an den Säulen der liberalen Weltanschauung rütteln, darf es innerhalb der liberalen Schattierungen keine Differenzen geben. Der Liberalismus muß alles fördern, was im Geiste des Fortschrittes ist, und er muß alles bekämpfen, was den Fortschritt hemmt oder gar untergräbt. In der Form und in den Mitteln mögen die verschiedenen liberalen Richtungen auseinandergehen, das Ziel und die großen Gesichtspunkte müssen ihnen allen gemein sein. Sie können alle nur aus diesem Gesichtspunkte das öffentliche Leben betrachten und den Fragen des Tages entgegentreten.

Speziell in konfessionellen und Rassenfragen ist die Stellungnahme des Liberalismus so genau vorgezeichnet, daß man gar nicht begreift, wie hier Mißverständnisse möglich sind. Der wahre Liberalismus kennt keine Unterschiede der Konfession und der Abstammung im rechtlichen Leben, — er darf sie nicht kennen. Es dürfen für ihn nur gleiche Bürger im Staate existieren, die nach ihrem Intellekt und nach ihrer Moral, aber nicht nach ihrem Bekenntnis und ihrem Blutlauf zu bewerten sind. Der Liberale darf nicht darnach fragen, wie die Vorurteile einer finsteren Zeit und die Rudimente des Barbarismus diese oder jene Kategorie von Bürgern beurteilen, sondern: wie muß ich aus meiner modernen Erkenntnis heraus mich zur Sache stellen? Hier hat nur das klare Recht, die reine Gerechtigkeit zu gebieten, alles andere muß verstummen. Der Liberale muß, wenn er sich selber nicht untreu werden will, der Vernunft und dem Gebiete des Fortschrittes folgen.

Es ist kein Zufall, daß die bedeutendsten Denker und Kämpfer des Liberalismus aller Zeiten und aller Völker die ausgesprochensten Gegner des Antisemitismus waren. Sie mußten es aus ihrer Weltanschauung heraus sein, sie mußten es sein, wenn sie konsequent bleiben wollten. Wie der Liberalismus alle Reaktionen und allen Klassenhaß, alle Ausnahmen und Rückständigkeiten bekämpft, so muß er auch den Judenhaß, der den Frieden der Bürger untergräbt und die Grundlage des modernen Staatslebens unterwühlt, als sittlich falsch, als barbarisch im Sinne der Kultur und als gefährlich vom politischen Standpunkt aus verwerfen. Es gibt kaum eine rückschrittliche Richtung, die so sehr die Entwickelung hemmt und den Fortschritt hindert, wie dieser Antisemitismus. Die Bestrebungen des Antisemitismus gehen darauf hinaus, die Errungenschaften der Zeit zu ignorieren und die Zeit rückwärts zu drehen. Jeder politische Schritt der Antisemiten ist ein Axthieb gegen den Liberalismus. Der Antisemitismus ist der Antipode des Liberalismus, der Feind des modernen Geistes.

Es kennzeichnet die Verworrenheit unserer Zeit, daß es Leute gibt, die sich zum Liberalismus bekennen und sich dabei eine antisemitische Gesinnung als eine Art von Reservatrecht bewahren. Die Leute scheinen nicht den Widerspruch zu merken, in welchem sie leben. Entweder ist ihr Liberalismus nicht echt oder ihr Antisemitismus fließt nicht aus der innern Erkenntnis, sondern bildet nur einen „vornehmen" Sport. Das menschliche Herz ist freilich oft voller Widersprüche, und die harmonische Weltanschauung ist nur das Gut einzelner, auserwählter Menschen, aber so krasse Gegensätze, so schreiende Dissonanzen wie Liberalismus und Antisemitismus sind durch alle Kunstmittel der Welt nicht mit einander zu versöhnen. Wer einer liberalen Partei angehört und von antisemitischen Anwandlungen nicht frei ist, der beweist dadurch nur, daß hinter seiner Parteizugehörigkeit keine Weltanschauung lebt, daß die Politik ihm nur eine ganz äußerliche Angelegenheit ist, die sein inneres Leben nicht berührt. Wer politisch liberal und gesellschaftlich antisemitisch ist, der zeigt, daß er sich zu einer klaren Einsicht noch nicht hinaufgerungen hat und daß die Instinkte in ihm stärker als die Erkenntnis sind. Der Liberalismus, wenn er richtig verstanden wird, ist kein Ausschnitt des Lebens, sondern der große Rahmen für das ganze Gebiet des Denkens und Empfindens. Ebenso wenig wie man wirklich liberal und fanatisch rückschrittlich sein kann, ebenso wenig läßt sich in Wirklichkeit eine liberale Gesinnung mit einem Antisemitismus auf irgend einem Gebiete vereinigen. Wo der gemeinsame Boden fehlt, da ist eine innere Verschmelzung nicht möglich. Mag das Gefühlsleben noch so unklar sein, die Politik bedarf der Klarheit, der gesunden Logik, weil sie sonst, wie die Philosophie nach Herbart, zum Spielball der Mißverständnisse wird.

Man hat in den letzten Jahren auf antisemitischer Seite angefangen, die Liberalen als Philosemiten zu schmähen, und manche schämten sich dieses Epithetons so sehr, daß sie demonstrativ mit dem Antisemitismus kokettierten, um sich dadurch von schrecklichem Vorwurfe zu reinigen. Philosemitismus ist ein lächerliches Wort, es bedeutet eine besondere Liebe zu den Juden, eine Bevorzugung des jüdischen Wesens. Das von den Liberalen zu verlangen, wäre töricht und ungerecht zugleich. Die Liberalen brauchen die Juden nicht zu lieben, wenigstens nicht mehr als die andern Bürger, sie sollen sie nur als Bürger achten und ihre Rechte an-

erkennen, ebenso wie sie es bei den Bürgern anderer Kategorien tun. Das ist kein ungerechtes Verlangen, denn dazu verpflichtet den Liberalen das Parteiprogramm und die liberale Weltanschauung. Der Liberale soll in jedem Bürger den Menschen und den Deutschen sehen und ihn nach seinen Handlungen beurteilen. Um rein private Dinge, wie Glaubensbekenntnis und Abstammung, hat er sich nicht zu bekümmern. Wir leben heute im modernen und nicht im christlichen Staate, die Religion soll alle Freiheiten genießen, aber keinen Einfluß auf das öffentliche Leben haben. Wenn man guter Katholik und guter Protestant und dabei guter deutscher Bürger sein kann, so ist nicht einzusehen, wie das jüdische Bekenntnis ein Hindernis für das deutsche Denken und Empfinden sein könnte. Wenn man mit slavischem und romanischem Blute in den Adern Großes für Deutschland und seine Kultur leisten kann, so ist es nicht zu verstehen, warum man gerade beim Juden nach dem Blute forschen soll. Das jüdische Blut hat sicherlich keine antideutschen Bazillen und ist durchaus ungefährlich. Nur Bosheit, mit geistiger Beschränktheit gepaart, vermag es zu bestreiten, daß die Juden gute deutsche Bürger sind und auf allen Gebieten für die Gesamtheit ebenso viel leisten wie die anderen. Sie würden aber wahrscheinlich nach viel mehr leisten können, wenn der Antisemitismus, der überall verstimmend und oft entmutigend wirkt, gänzlich verstummen würde.

Nur diesen Standpunkt kann der konsequente liberale Politiker gegenüber der sogenannten Judenfrage einnehmen. Er muß sich auf den Boden des gleichen Rechtes stellen, wenn er sich selber nicht untreu werden und ungesunden Zeitströmungen auf Kosten der Weltanschauung Konzessionen machen will. Der Nebel, den die Rassentheorien verbreitet haben, muß weichen, wo wir vor klaren konkreten Aufgaben stehen. Denn es handelt sich hier um nichts Geringeres, als um die Verteidigung der Grundpfeiler der Verfassung, um den Schutz der elementarsten Begriffe des modernen Kulturlebens. Wenn wir in den letzten Jahren bei manchem liberalen Politiker eine klarere und energischere Stellungnahme gegenüber dem Antisemitismus gewünscht haben, so geschah es nicht aus Liebe zum Judentum, sondern im Sinne der allgemeinen Gerechtigkeit und der liberalen Entwickelung Deutschlands. Nichts hat nach unserer Ansicht der inneren Entfaltung Deutschlands so sehr geschadet, als die Heraufbeschwörung des Mittelalters durch unsere Antisemiten. Der Wagen der Kultur kann nicht vorwärts schreiten, wenn er fortwährend rückwärts gezerrt wird. Besinnt sich der fortschrittliche Politiker auf seine liberalen und nationalen Aufgaben, dann kann er nicht im Zweifel darüber sein, daß er den Klassen- und Rassenhaß als das größte Hemmnis bekämpfen muß. Der Liberalismus schützt sich selbst, wenn er das Prinzip der Gerechtigkeit verteidigt, denn es wäre sein Ruin, wenn er seinen Ursprung und seine Weltanschauung vergessen würde.

Wir leben in einer Periode, wo der Liberalismus in Deutschland durch die Blockpolitik nicht ganz ohne Einfluß auf die Entwickelung der Dinge ist. Uns will es aber scheinen, daß der Liberalismus weit über seine numerische Bedeutung hinaus durch seine große Weltanschauung wirken könnte, wenn er sich seiner Mission bewußt wird. Eine Erstarkung des Liberalismus kann nur durch eine engere Fühlung mit den freiheitlichen Elementen des Volkes und durch eine gesunde Kulturarbeit im Geiste des Fortschrittes erfolgen.

Hebbel c/a Bartels.

Die Don-Quixoterien des wackeren Professors Adolf Bartels in Weimar haben nun durch Jahre — besonders, soweit sie Heinrich Heine betreffen — eine Unzahl von Federn in Bewegung gesetzt. Großenteils war man liebenswürdig genug, Bartels mit „schönem Zorn“ und unter Anrufung aller möglichen Götter ernsthaft entgegenzutreten. Damit erreichte man, daß der unentwegte Kämpfer mit der Selbstgefälligkeit, die derartige Geister auszeichnet, die Stimmen seiner Gegner in einem Buche dem lieben Publiko unterbreitete.

Von keiner Seite indes ist der Versuch gemacht worden, Bartels mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Den „Wissenden“ erschien es vielleicht nicht lohnend. Verranntheit wirkt ja ab und zu tragisch, aber es ist doch amüsant, aufzuzeigen, daß die Spezies des Wahnsinns im Falle Bartels nicht einmal Methode hat. Die Verbohrtheiten erscheinen dann plötzlich in komischem Lichte und was übrig bleibt, ist das Mitleid mit Bartels und seiner Gefolgschaft. Mit diesem Mitleid im Busen mögen dann Gefühlvolle noch einige Zeit vor dem Phänomen verweilen.

Bartels hat sich einen Schutzpatron, ein Panier, eine Leuchte erkoren, er simuliert fortgesetzt eine unheimliche Vertrautheit mit Friedrich Hebbel, der, „auch“ aus Wesselburen stammend, ihm als Inkarnation alles Germanischen gilt. Hebbel muß es sich gefallen lassen, von B. überall zitiert zu werden, Maßstäbe und Urteile werden ihm entlehnt, die Wahlverwandtschaft scheint von einer unüberbietbaren Innigkeit. Wie verhält sich nun Hebbel zu Heine? Hebbel wird jedenfalls, könnte man meinen, „Hebbelscher“ denken als sein Statthalter und Testamentsvollstrecker hier auf Erden. Mit ihm im Bunde muß es gelingen, den undeutschen Schädling für alle Zeiten in den Abgrund zu werfen.

Vor mir liegt der Band X der „großen“ Hebbel-Ausgabe (Behr, Berlin 1903), der auf den Seiten 415—419 einen Aufsatz Hebbels über Heines „Buch der Lieder“ enthält. Der Aufsatz ist entstanden anläßlich des Erscheinens der vierten Auflage von Heines Werk und gehärt zu den sogenannten Telegraphen-Aufsätzen aus den Jahren 1840 bis 1841. Er untersucht zunächst die Gründe des Erfolges:

„Heinrich Heines „Buch der Lieder“ wird dem Publikum in der vierten Auflage vorgelegt, ein Erfolg, von dem es scheinen möchte, daß er alle weitere kritische Besprechung überflüssig mache . . . . . aber wenn es dem Dichter überhaupt oft genug begegnet, daß er seine nächsten und lautesten Wirkungen Elementen verdankt, die ihm seine ganze Zelebrität verleiden könnten, so hat Heine dieses vielleicht nach öfter erfahren, als ein anderer.“

Hebbel, der — vor 66 Jahren — unangenehme Bewunderer von Heine wegscheuchen will und . . . Bartels, Hebbels Pächter, eine Groteske, die kaum überboten werden kann. Aber das ist nur Einleitung:

„Bewundert man **d e n f r e i e n G e i s t**, der **S t o f f e**, welche die Kunst bisher **v e r s c h m ä h e n** zu müssen glaubte, in ihren Dienst zu ziehen verstand, ohne sich und ihn zu beschmutzen.“

Die Groteske wird wirksamer.

„**W e g e n d e s B e s t e n, w a s m a n g e g e b e n h a t, v o n b e s c h r ä n k t e n G e i s t e r n a n g e k n u r r t z u w e r d e n, w a s w i l l e s h e i ß e n?**“

Hebbel untersucht darauf die Lyrik Heines auf ihre Fähigkeit, Ausdrucksmittel einer nationalen Stimmung (nicht im oberflächlichen Sinne des **Herrn Bartels**) zu sein und findet:

„Diesem Grundtypus entspricht Heines Poesie durchaus, und darum ist Heine **e i n echter deutscher Dichter**.“

In der Tat sehr unangenehm für Bartels und seine Gesinnungsgenossen. Welche Wut hat er bei dem Versuche entwickelt, Heine die Qualifikation abzusprechen, die Hebbel hier geradezu als charakteristisch heraushebt; ja er sagt das mit besonderer Betonung und in der Absicht, Heine in einem geplanten „Kritischen Abriß der neueren Literatur und namentlich der Lyrik“ einen reichlich bemessenen Abschnitt zu widmen.

„Aus dem Innern des Gemüts quellen seine Lieder hervor und wenn, seinem Naturell gemäß, bei ihm die Reflexion auch mei-

stens die Gestalt des Witzes annimmt, ja ist kein Witz doch nur das launige Votum, das dem Herzen gegenüber der Geist einlegt, niemals aber oder selten das kahle Zentrum des Gedichtes. . . . . Alle Kunst ist Notwehr des Menschen gegen die Idee."

Da die Dosis Künstlertum, die den Literaturhistoriker vom Lexikographen unterscheidet, Herrn Bartels wirklich und bestimmt fehlt, hat er auch nicht nötig, sich gegen eine Idee zu wehren und sei sie noch so verbohrt.

„Man hat der Heine'schen Poesie vielfältig die innere Wahrheit abgesprochen. Wohl nur, weil man ihr Individuelles nicht immer aufzufassen verstand . . . . Auch der Darstellungsprozeß, worin die Form gewonnen wird, soll wahr sein, er soll aus dem Drange des Ueberflusses hervorgehen und Götter in die Welt setzen, nicht Lemuren. Dieses ist der wichtigste Punkt, ... denn von der Gestalt, worin eine Idee zur Erscheinung gelangt, hängt es ab, ob sie wie ein Jupiter verehrt, oder wie ein Vitzliputzli verspottet werden soll, doch eben um diesen Punkt wird der plumpe Aesthetiker sich nie bekümmern. Er rechnet dafür die Gedanken und Bilder zusammen und vergißt, daß man dies Alles bei jedem der Berücksichtigung irgend würdigen Gegenstand voraussetzen muß. . . . . . Viele, die Heine und alles Neuere tadeln, haben es jedoch gar nicht mit Stoff und Form seiner Poesie, sondern nur mit dem Materiellen und Elementaren derselben, worin sie freilich schon den Stoff sehen, zu tun . . . . Jede Lebensaußerung, die von der ihrigen abweicht, nennen sie eine Krankheit . . ."

Ja, ja, Herr Bartels, schlimm wurde es, als der Spießer den Begriff „gesund" erfand!

„Bei diesen allgemeinen Bemerkungen möchte ich es bewenden lassen. Wer es nicht fühlt, daß Lieder, wie das Fischermädchen, die Wallfahrt zu Kevlaar, die Moorlilie und andere ganze Bände Lehrgedichte und ähnliches in die Lüfte schnellen, dem wird es keiner begreiflich machen . . . . Ich wollte vom freien und unparteiischen Standpunkte über Heine ein gründliches, ruhiges Wort sagen. Ich glaubte, ihn nicht besser ehren zu können, als wenn ich, statt mich bei dem Einzelnen aufzuhalten, meinen Gegenstand, wie er es verdient, mit den höchsten Prinzipien der Kunst in Beziehung brachte und Wert und Wahrheit dieser Gedichte durch Veranschaulichung des individuellen Lebensprozesses, woraus sie hervorgingen, darzutun suchte."

Diese Sätze aus Hebbels Aufsatz stehen, selbst aus ihrem Zusammenhang gelöst, so unendlich hoch über der klapprigen Prosa des Weimarer Kunstklitterers, daß man schon aus äußeren Gründen nicht zu befürchten braucht, Bartels könnte aus einem solchen ruhig-kraftvollen Glaubensbekenntnis des Lyrikers Hebbel etwas lernen. Seine Unentwegtheit wird uns vielmehr noch lange in alter Schöne blühen. Was wird Hebbel zu den ganz außerordentlichen Gedichten des Heine der letzten Periode: „Das Land Citronia", „Bimini" und vor allem „An die Mouche" gesagt haben? Inwieweit überhaupt versteht sich B. auf „seinen" Hebbel, auf seine Lyrik, auf so eminent — im Unterton — lyrische Dinge wie etwa Gyges' letzter Akt?

Solche und ähnliche Fragen könnte man viele stellen, wenn es bei dem „Heinetöter" lohnen würde, auch noch die Vertrauensfrage der Konsequenz zu stellen.

Der Mann, der Heine gegen seinen Friedrich Hebbel und dessen Anschauungen über Lyrik überhaupt — das ist wichtiger — bekämpft, der Mann, der in Brentanos Adern jüdisches Blut sucht, sei seinen Freunden überlassen. Er möge sich aber nicht mit einem Gewaltigen einlassen, den er am Schnürchen zu haben meint. Sonst könnten diesem fatalen Dementi noch andere folgen. Genies pflegen sich bitter zu rächen. S. S.

Rassenfragen.

Die „Neue Freie Presse" hat am Ausgang des verflossenen Jahres aus Anlaß des erneuerten Sturmlaufes der Wiener Christlichsozialen gegen die „Verjudung" der Universitäten einige prominente Gelehrte um ihre Ansichten über dieses moderne Schlagwort der Antisemiten befragt; wir geben aus den eingegangenen Antworten nur einige prägnante Sätze wieder:

Adolf **Harnack** schreibt in seinem „Rasse, Ueber-er auseinandergesetzt hat, daß das, was wir Volks- und lieferung und Individualismus" betitelten Artikel, nachdem nationalen Typus nennen, mindestens ebenso sehr durch die gemeinsam durchlebte Geschichte, wie durch die Rasse hervorgebracht worden ist:

„. . . Diese entscheidenden Beobachtungen legen die Annahme sehr nahe, daß auch der **jüdische Typus**, wie er unter uns besteht, viel weniger ein Rassetypus ist als ein **erworbener**. Die Geschichte, welche die Juden erlebt haben, diese größte Tragödie eines Volkes, hat in erster Linie ihre Eigenart gestaltet. Jedenfalls fehlt jedes Mittel, um zu unterscheiden, was der Rasse gebührt und was den geschichtlichen Mächten.

Aber selbst wenn sich eine solche Unterscheidung vollziehen ließe, sei es hier, sei es in Bezug auf die Verschiedenheiten von Deutschen, Tschechen, Polen, Italienern usw., wäre es unverständlich und unsittlich, den Wettkampf zwischen den Völkern als Rassenkampf zu führen. Ich muß bemerken, daß schon das Wort „Rasse" in den Verbindungen, in denen es heute vielfach gebraucht wird, inhuman und beleidigend lautet, als hätten wir es mit dem Tierreich zu tun. Was die „Rasse" bewirkt, das können wir weder ergründen, noch durch zornige Worte verändern; darum dürfen wir in dem Wettkampf wie der Geister, so der Völker nur unseren geschichtlichen Erwerb einsetzen. Ihn sollen wir mit allen loyalen Mitteln bewahren, ausbilden und verteidigen. Für ihn müssen und dürfen wir streiten, und wenn wir ihn über unsere eigenen Grenzen hinaus zur Anerkennung und zum Siege bringen, so ist es ein rechtschaffener Sieg und eine rechtschaffene Eroberung; denn alles, was geschichtlich erworden ist, kann übertragen werden, und es soll sich mit dem Erwerbe anderer messen, damit das Stärkste und Beste allmählich zu immer ausgebreiteter Herrschaft kommt. Mag es sich dann nach der unergründlichen Eigenart der verschiedenen Völker aufs neue wieder modifizieren — das geistig Gemeinsame wird sich stärker erweisen als alle durch die „Rasse" herbeigeführten Modifikationen, und allein in dieser Gewißheit wurzelt die Hoffnung auf den Fortschritt und die zunehmende geistige Einheit des Menschengeschlechtes. Diese Hoffnung wird dagegen durch nichts anderes so sicher niedergehalten wie durch den Appell an die „Rasseninstinkte" und die „Rassenkämpfe". Doppelt **verwerflich** aber sind diese Kämpfe, wenn sie zugleich **im Namen der christlichen Religion** geführt werden sollen; denn es ist ein Hohn auf diese Religion, die von der Einheit des Menschengeschlechtes ausgeht und sich die Verbrüderung der Menschheit zum Zweck gesetzt hat, sie für Rassenkämpfe zu mißbrauchen. Die Herabwürdigung, die sie dadurch erfährt, kann durch nichts entschuldigt werden — am wenigsten durch die Sorge für die Aufrechterhaltung der Religion, als bedürfe sie eines solchen Schutzes. Ich gestehe, daß es für mich auf dem ganzen sozialpolitischen Gebiet **keine widerwärtigere und empörendere Erscheinung** gibt, als der Fanatismus und die Heuchelei, welche die egoistischen Ansprüche auf Macht und Herrschaft mit dem doppelten Tuch der Rasse und der Religion zu decken sucht. Das ist noch viel schlimmer als ein Rückfall auf geschichtliche Stufen, die längst überwunden sein sollten; denn es geschieht mit beflecktem Gewissen und in der Regel wider besseres Wissen . . ."

Geh. Med.-Rat Prof. Dr. **Schweninger** wendet sich in seinem gegen die christlichsozialen Rassenpolitiker gerichteten Artikel ebenfalls gegen die Hineinzerrung der Religion in die Politik und kommt dann auf die **Universitätenfrage** zu sprechen:

„. . . Schon vor Jahrzehnten konnte man feststellen, daß die für das Studium an den Universitäten vorbereitenden Gymnasien (Berlin!) von einer das Verhältnis der Bevölkerungsziffer um ein Mehrfaches übersteigenden Zahl von Juden besucht wurden — eine Erscheinung, die nicht überraschen kann in einer Zeit, da — teilweise infolge mangelhafter Schulpolitik — selbst der kleine Mann seinen Jungen auf das Gymnasium zu bringen sucht — Mangel an Intelligenz und Anlagen ist es gewiß nicht, was neben den Christen auch die Juden in relativ erhöhter Zahl auf die Universitäten führt, wo ihnen nur die sogenannten freien Berufe offen stehen, während die Christen reichlich in den Dienst des Staates abwandern.

Glaubt man wirklich durch eine christlichsoziale Rassenpolitik die Mittel zu finden, um diesem Uebel — wenn es als solches empfunden wird — zu steuern? Auf dem Boden der bestehenden staatlichen Ordnung, der bürgerlichen Gleichberechtigung wird es trotz fleißigster christlichsozialer Düngung nicht wachsen.

Angenommen aber, der Plan der „christlichsozialen Rassenpolitik", wie er so schön gedacht ist, könnte gelingen, die Universitäten würden „verchristlicht", „rekatholisiert" oder gar vollständig unter die Herrschaft der christlichen Oberhoheit gestellt — hat die

christlichsoziale Rassenpolitik sich schon überlegt, was dann geschehen würde? Hält sie die Juden wirklich für so untüchtig und ungeschickt, daß diesem Druck nicht eine gewaltige Anspannung aller Kräfte zu entschiedenem Gegendruck folgen würde? Statt simultanen — konfessionelle Hochschulen oder Universitäten, oder neben christlichen eine jüdische Universität? Vielleicht könnten wir dann erleben, daß Christen die jüdische Universität aufsuchen, — nur um die verlorene Freiheit wieder zu finden.

Eine christlichsoziale Rassenpolitik mit solchem Ziele scheint mir daher nicht nur die hohen Aufgaben echten Christentums und dadurch dessen Machtentfaltung in der Politik zu verkennen, sondern auch die ideelle und materielle Kraft des Judentums zu unterschätzen.

Jedenfalls scheinen mir die Universitäten kein glückliches Kampfobjekt für solche Politik, wenn man auf- und ausbauen, nicht zerstören will. Nur sozial, im weitesten Sinne, mit allen im geordneten Staate nur möglichen Freiheiten ausgestattet, werden die Universitäten das sein können, was sie uns sein sollen: Freistätten wissenschaftlichen Forschens und wissenschaftlicher Arbeit zur Bereicherung unseres Wissens und Bestärkung unseres Glaubens in all dem, was wir nicht wissen, nicht wissen können.

In der gemeinsamen Arbeit der Klassen und der Rassen an diesen sozialen Freistätten der Wissenschaft liegt ein guter Teil jener Garantien, die wir durch eine christlich soziale Rassenpolitik vergeblich suchen, ein guter Teil jener gewaltigen Arbeit, mit der wir den politischen Gesamtorganismus des Volkes zu erhöhter Tätigkeit anspannen können, auf daß er aus eigener Kraft das ausscheide und abstoße, was seine Funktionen stört, das gewinne, was er zum Auf- und Ausbau nötig hat . . ."

Der Wiener Hochschullehrer Professor Ernst Mach weist darauf hin, daß die persönlichen Variationen von Individuum zu Individuum innerhalb einer Rasse „oft weit größer als die Variationen der Mittelwerte von Rasse zu Rasse sind, und führt in diesem Zusammenhange aus:

„Nicht jeder Jude ist ein Spinoza, K. G. J. Jacobi oder Heinrich Hertz, nicht jeder Germane ein Kant, Robert Mayer oder Helmholtz, nicht jeder Brite ein Newton, Faraday oder William Thomson, nicht jeder Franzose ein Descartes, Pascal oder Laplace. Gewiß ist aber, daß jede Rasse oder jeder Volksstamm, was ohne tiefgehende, umständliche, schwierige Untersuchungen kaum zu sondern ist, neben solchen höchsten Typen auch sehr minderwertige Vertreter aufzuweisen hat. Bei solchen Divergenzen ist es eine kaum lösbare Aufgabe, Rassen und Völker im ganzen zu vergleichen und präzise gegen einander abzuschätzen."

Mach schließt mit folgenden beherzigenswerten Darlegungen:

„Der Rassenkampf unserer Tage wird nicht durch den Rechenstift des Statistikers, nicht durch wissenschaftliche oder philosophische Untersuchungen oder geniale künstlerische Institutionen entschieden werden, sondern durch die Leistungen dieser Rassen. Und das ist ein Glück! Man müßte blind sein, wollte man den kulturellen Fortschritt, den wetteifernden allseitigen Aufschwung verkennen, der heute schon aus dem Zwist der Rassen hervorgewachsen ist, wenn dieser Kampf auch in seinen einzelnen Auswüchsen einem Streben nach Humanität auf dem Umwege über die Bestialität verzweifelt ähnlich sieht.

Das achtzehnte Jahrhundert, welches die allgemeinen Menschenrechte verkündet hat, war von einem anderen Kampf in Anspruch genommen, vom Kampf um Ideen. Wenn gewisse Anzeichen glücklich gedeutet werden dürfen, wird das zwanzigste Jahrhundert diesen Kampf wieder aufnehmen. Jeder hat natürlich die größte Sympathie für das Volk, in dem er geboren, aufgewachsen und erzogen ist, ob dieses nun eine Rasse darstellt oder ein Konglomerat, welches durch historische Umstände zusammengewachsen ist. Heute nun wird es dem freisinnigen Deutschen schon recht schwer, dem klerikalen, christlichsozialen oder antisemitischen Deutschen die vollen brüderlichen Gefühle entgegenzubringen. Denn was hat er von einem blanken, nackten Deutschtum, ohne die deutsche Kultur, oder sogar gegen diese Kultur? Das wäre ja eine leere Aeußerlichkeit, die durch die Erziehung in ein bis zwei Generationen gewonnen und auch wieder verloren wird. Ein solches Gut wäre ja überhaupt kaum eines Kampfes wert. Schon jetzt steht manchem freidenkenden Deutschen der freidenkende Tscheche, Jude, Franzose, Italiener näher als mancher andere „Deutsche". Das Ergebnis solchen Kampfes um Ideen wird nicht dieser oder jener Rasse, diesem oder jenem Volke allein, sondern allen Völkern zugute kommen."

Zum Schluß sei noch folgende Entgegnung des Berliner Hochschullehrers J. H. van't Hoff auf die Behauptung, daß der „jüdische Einfluß" an der Wiener Universität im Zunehmen begriffen sei, wiedergegeben:

„. . . . Vom allgemeinen Standpunkt ist es für die Frage der freien Forschung überaus wichtig, daß der Jude nicht dahin strebt, der Wissenschaft irgend ein Dogma aufzuzwingen. Im Gegenteil, die Geschichte zeigt, daß von der jüdischen Seite für die freie Forschung mitunter das Beste geleistet wurde sowohl durch persönliche Leistung als durch materielle Unterstützung. Meine persönlichen Erfahrungen waren dementsprechend. In Amsterdam, wo die Bevölkerungsverhältnisse, was Juden betrifft, denjenigen in Wien ziemlich entsprechen dürften, habe ich nahezu 20 Jahre mit rund zehn Prozent jüdischer Kollegen ganz gut leben können. Unter meinen besten Schülern waren gerade auch Nichtarier, und zu wiederholten Malen wurde gerade von dieser Seite die Universität reichlich beschenkt. Handelte es sich, wie einmal, um einen teuren Laboratoriumsgegenstand, den schweren Platinapparat zur Darstellung des Fluors nach der letzten Entdeckung von Moissan, so stellte alsbald Herr Rosenthal den fehlenden Check zur Verfügung; wollte die Universität eine ihrer hervorragenden Stellung entsprechende Aula, so trat alsbald dafür Herr Lehmann ein; und als ich nach Berlin übersiedeln wollte, wurden von derselben Seite Mittel flott gemacht, um durch Gründung einer neuen Professur mich zu entlasten. Während der zehn Jahre in Berlin habe ich dann einen unersetzlichen treuen Mitarbeiter gefunden in dem leider zu früh gestorbenen Meyerhoffer, der ebenfalls Nichtarier war. Was mich aber besonders stutzig gemacht hat auf dem Gebiete der Rassenbeurteilung und Rassenverurteilung ist, daß ich dreimal hier in Berlin erst bei der Beerdigung — und es handelte sich um berühmte Namen — entdeckte, daß es richtige Arier waren, die ich und viele mit mir im Leben nicht dafür gehalten hatten. Warum? Ja, das waren verschiedenartige Kleinigkeiten, die wir als Merkmale betrachtet hatten und also auch bei den anderen vorkommen können. Und so kommt man auf den allgemein menschlichen Grundsatz immer wieder zurück, daß man sich von sogenannten Rassen- oder Kasten-, nationalen oder sonstigen Gruppeneigentümlichkeiten nicht unnötig beeinflussen lassen muß und jeden Menschen für sich nehme, so wie er sich allmählich zeigt. Die vielseitigen Beziehungen, welchen die immer mehr erleichterten Verkehrsmöglichkeiten den Weg bahnen, gleichen natürlich diese Gruppenmerkmale mehr und mehr aus und entwickeln schließlich den Menschen als davon ziemlich unabhängige Persönlichkeit. Ein großer deutscher Staatsmann hat die Lösung der Rassenfrage in der Rassenheirat gesucht und im eigenen Kreis das Beispiel gegeben; im deutschen Heer soll dasselbe nicht ohne Nachahmung geblieben sein; der Rassenkampf kann sich dann ruhig in der Häuslichkeit abspielen und die Vorteile der Rassenkreuzung bekommt man obendrein."

Wiener Brief.

I.

(Geßmann, der vieles kann. — Ein Gerücht. — Goldschmidt (!). — 360 Millionen neuer Schulden)

Wien, den 5. Januar 1907.

Zwei geringfügige Vorfälle lassen die Demoralisation des politischen Lebens in Oesterreich scharf erkennen, denn sie veranschaulichen das Spiel mit Prinzipien, das von den Christlichsozialen mit gutem Erfolge eingebürgert worden ist. Ein Budapester Blatt brachte unlängst ein Interview mit dem parteipolitischen Agitationsminister Dr. Geßmann, das unter anderem die Bemerkung enthielt, im Programm der Christlichsozialen komme der Antisemitismus nicht vor. Man hätte diese Aeußerung Herrn Geßmann ganz gut zutrauen können, denn der ehrgeizige Mann redet je nach Bedarf. Steht er einem magyarischen Journalisten gegenüber, durch dessen Vermittlung er zu den „Judäo"-Magyaren sprechen will, dann schlägt er sanftere Töne an und sein Judenhaß fällt unter den Tisch. Es ist ja noch in aller Erinnerung, daß Herr Geßmann unmittelbar nach den Hauptwahlen für den Reichsrat „Toleranz" predigte; warum sollte er da nicht auch einmal den Antisemitismus ganz ableugnen? Allein der Judenhaß hat jetzt in Wien einen gar aufmerksamen Fürsprecher: Herrn Vergani. Seitdem die christlichsoziale Partei ins klerikale Fahrwasser eingelenkt ist und so die reichen Geldmittel des „Pius-Vereins" für ihre Zwecke dienstbar gemacht hat, sucht sie sich mit aller Kraft von Herrn Vergani loszuwinden, denn das „Deutsche Volksblatt", das selbst den „Dummen Kerl von Wien" anwidert, scheint ihr eine mehr kompromittierende als nützliche Waffe zu sein. Die „Reichspost" wurde deshalb ausgestaltet, von einem kleinen Abendblatt in ein umfangreiches Morgenblatt umgewandelt und zum Parteiorgan erhoben. Das „Deutsche

Volksblatt" aber sieht einen Abonnenten nach dem anderen schwinden und bald wird es dastehen, wo die vor kurzem eingegangene „Deutsche Zeitung" stand: es wird ohne Abnehmer erscheinen. Herr Vergani, dem ein glänzendes Verdummungsgeschäft zerstört ward, sinnt nach süßer Rache. Er wirft den Christlichsozialen aus dem Hinterhalt einen Speer nach dem anderen in den Rücken. Auch Herr Geßmann wurde von ihm überfallen; in einem Leitartikel erhielt er eine derbe Lektion wegen des Interviews. Nun freilich konnte der „Parteitaktiker" nicht mehr schweigen und er sandte aus dem sonnigen Süden, wo er sich von den Strapazen eines Ministers ohne Portefeuille ausruht, ein Dementi, in dem er nach der Art der Jesuiten leugnete, mit dem magyarischen Journalisten über Antisemitismus gesprochen zu haben. Jetzt hat man die Gewißheit, daß Herr Geßmann Antisemit ist. Wie aber steht's mit der Toleranz? Als dieses — im Munde eines Geßmann — köstliche Wort fiel, war das „Deutsche Volksblatt" noch nicht halb vernichtet; der Wunsch nach einer Ableugnung war deshalb nicht laut geworden und so muß denn die Welt annehmen, daß Seine Exzellenz, der Minister für Versammlungsreden, wohl Antisemit, aber auch ein Verfechter der Toleranz sei . . . .

Man sieht: Ein christlichsozialer Parteimann kann alles sagen, ohne daß die Oeffentlichkeit aufschäumt und im Namen des guten Geschmackes und des politischen Anstandes Protest erhebt. Ein Blatt, das seinerzeit größtenteils von Juden gegründet wurde, glaubt aber auch alles schreiben zu dürfen, wenn es den schlechten Geschäftsgang durch Meinungslosigkeit zu bannen hofft. Jüngst brachten zwei Wiener Montagsblätter und einige Provinzblätter die Mitteilung, daß eine große Wiener Tageszeitung, die als freiheitliches Organ gilt, vom „Pius-Verein" angekauft worden sei und vom 1. Januar ab der christlichsozialen Partei dienen werde. Und diese Nachricht wurde geglaubt, konnte geglaubt werden! Die Herausgeber mußten sogar geharnischte Erklärungen veröffentlichen, um die Meldung zu entwurzeln. Das ist charakteristisch. Wenn heute irgendwo die Kunde auftauchen würde, die „Neue Freie Presse" sei zu den Antisemiten übergegangen, so würde man über die plumpe Erfindung ruhig zur Tagesordnung übergehen. Jeder wüßte, daß es sich um eine Lüge handle. Allein es gibt in Wien ein „liberales" Blatt, das mit Vorliebe aus christlichsozialen Nachrichten - Quellen schöpft, das Lueger — auch politisch — bejubelt, das stolz die Artikel christlichsozialer Minister bringt, das aber niemals für den Liberalismus und gegen den Antisemitismus mit natürlichem Temperament und sachgemäßer Begeisterung eintritt. Wenn da, wie die Herausgeber behaupten, lügnerische Mitteilungen geglaubt werden, ist es wahrlich nicht überraschend.

Die Christlichsozialen haben in den zwanzig Jahren ihrer Wirksamkeit die Presse zur Unanständigkeit erzogen. Was soll man zum Beispiel zur geistreichen Kampfesart des „Deutschen Volksblattes" sagen, die darin besteht, daß hinter jeden jüdisch klingenden Namen, der in einem unerfreulichen Zusammenhang gebracht wird, ein kräftiges Rufzeichen tritt. Wieder ein Jude! soll das heißen. Als jüngst im Wiener Arsenal ein verwegener Kaseneinbruch verübt wurde und die Vermutung auftauchte, daß der Einbrecher mit einem Mann namens Goldschmidt identisch sei, brach für das Blatt des Obligationenfreundes ein wahres Fest an. Goldschmidt (!), Goldschmidt (!): es wimmelte im „Deutschen Volksblatt" von Rufzeichen. Nicht nur das: Am Falle Goldschmidt (!) — man hatte zu dieser Zeit den Mann noch nicht und vermutete blos seine Schuld — wurde die Verderbtheit des Judentums demonstriert und der „jüdische" Deserteur und Einbrecher, der sich des Inhalts einer Regimentskasse zu bemächtigen verstand, bestärkte das edle Blatt in der Ueberzeugung, daß die Juden von der Armee — sofern sie nicht gerade als Kanonenfutter Verwendung fänden — ferne gehalten werden müßten. Doch das „Deutsche Volksblatt" hatte sich zu weit hinreißen lassen. Es wurde nämlich rasch nachgewiesen, daß G o l d s c h m i d t ein A r i e r sei. Das war Montag morgens der Fall. Im Montag-Abendblatt ließ das „Deutsche Volksblatt" zerknirscht die Rufzeichen weg, selbstredend, ohne seinen Irrtum einzubekennen. Im Dienstag-Morgenblatte aber wurde der Fall Goldschmidt psychologisch untersucht und nun plötzlich fand der Schreibknappe Verganis, daß der brave Kasseneinbrecher förmlich mit Naturnotwendigkeit so handeln mußte, wie er gehandelt hat. Es fragt sich nur, was sich die paar Leser, die dem „Antisemitenhof" treu geblieben sind, gedacht haben mochten? Oder nein! Man weiß es ohnehin: Leser des „Deutschen Volksblattes" denken überhaupt nicht . . . .

Viel ließe sich jetzt über die christlichsoziale Gemeindeverwaltung sagen. Als Herr Dr. Lueger noch in der Opposition stand, da war er ein gefürchteter Bekämpfer der Schuldenmacherei. Die armen Liberalen konnten es ihm nie recht tun, denn sie brauchten für Häuser-, Brücken- und Wasserleitungsbauten wirklich Geld, wenngleich wenig. In der liberalen Aera von 1860—1895 wurden 165 Millionen Kronen Schulden aufgenommen. Das hieß Dr. Lueger eine „elende Wirtschaft"; gleichzeitig aber schimpfte er weidlich darüber, daß „nichts geschehe". Doch aus dem Oppositionsmanne ist ein Bürgermeister geworden und es verlohnt sich, ihm in die Karten zu blicken. Dr. Lueger nahm folgende Anleihen auf:

Im Jahre	1898	60 Millionen Kronen,
„ „	1900	30 „ „
„ „	1902	285 „ „

In kaum zehn Jahren wurden also mehr als doppelt soviel Gelder aufgenommen, als die „elende liberale Wirtschaft" in 35 Jahren „verschlungen" hatte. Daß Dr. Lueger für fast 400 Millionen Kronen etwas schaffen konnte, daß dafür Gärten angelegt, ja sogar Blumenkörbe an den Masten der elektrischen Beleuchtungskörper angebracht zu werden vermochten, kann nicht Wunder nehmen. „Eins, zwei, drei, das ist keine Zauberei", darf Herr Lueger mit manchem Jahrmarktsbudenkünstler ausrufen. Doch mit den 400 Millionen findet das Verwaltungsgenie kein Auskommen. Freitag soll der Gemeinderat eine neue Anleihe im Betrage von

— 360 Millionen Kronen —

bewilligen. Mit welcher Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit dabei zu Werke gegangen wird, mag die Tatsache beweisen, daß die Vorlagen über eine Riesenschuldaufnahme, über die am 10. verhandelt werden soll, erst am 4. an die Gemeinderäte geleitet wurden. Was hätte der junge Dr. Lueger gesagt, wenn sich ein Prix eine solche Ueberrumpelung bei einer Anleihe von einigen Millionen erlaubt hätte? Gewiß, für die 400 Millionen Kronen wird manches Nützliche geschaffen werden. Ein Jubiläumsspital, der Wald- und Wiesengürtel usw. Allein mit dem vielen Gelde hätten auch andere Kapazitäten wie Dr. Lueger etwas zu leisten vermocht. Andere als christlichsoziale Stadtväter, die sich denken: Nach uns die Sintflut!, würden es aber nicht über sich bringen, eine so verwegene Geldwirtschaft zu treiben. Die Stadt Wien besitzt ein Eigentum, das sich auf 912 Millionen Kronen beziffert. Diesem stehen Schulden im Betrage von 578 Millionen Kronen gegenüber; die Schuldenlast ist also bisher um 334 Millionen Kronen überdeckt gewesen. Das wird sich nun mit einem Schlage ändern. Die Gemeinde Wien wird wohl nicht passiv werden, weil neue Werte entstehen —, aber sie wird doch in eine Situation geraten, in der es schwer sein wird, neue Anleihen aufzubringen, wenn neue Werte entstehen sollen. Doch darüber mögen sich seine Nachfolger den Kopf zerbrechen, denkt Dr. Lueger. rm.

Amerikanischer Brief.

Der erste Teil dieses Briefes sei den Antisemiten Deutschlands im allgemeinen und Herrn Liebermann von Sonnenberg im besonderen gewidmet, der mit solcher Mißachtung von den kriegerischen Eigenschaften der Juden zu sprechen liebt. In New York gibt es nämlich einen achthundert Mitglieder zählenden Verein jüdischer Veteranen, die als Freiwillige aber auch reguläre Soldaten — da in den Vereinigten Staaten keine allgemeine Wehrpflicht existiert, müssen auch diese aus freien Stücken sich dem Militärdienst gewidmet haben — den spanisch-amerikanischen Krieg mitgemacht haben. Man hatte erst geschwankt, ob man sich einem allgemeinen Verein der Kriegsveteranen anschließen oder einen besonderen jüdischen Veteranenverein gründen sollte. Den Ausschlag gaben die Gesinnungsgenossen des Herrn Liebermann von Sonnenberg, deren es auch hier einige gibt. Nichts findet ja so leicht Verbreitung, wie die Verleumdung. Man wollte den Verleumdern zeigen, daß es auch jüdische Patrioten in großer Zahl gibt, Patrioten, die nicht zögern, wenn das Vaterland ruft, nicht nur unter dem Zwang des ehernen Gesetzes, sondern aus freien Stücken in den Krieg zu ziehen. Man wolle nicht vergessen, daß vor acht Jahren, zur Zeit des spanischen Krieges, die Zahl der Juden in den Vereinigten Staaten kaum halb so groß wie heute war, da die Masseneinwanderung aus Rußland erst später eingesetzt hat. Und nicht alle jüdischen Krieger gehören diesem Veteranenverein an, schon weil viele der Ansicht sind, daß es keine jüdischen, protestantischen, katholischen und noch andere religiöse Kriegervereine geben sollte.

Müßte Herr Liebermann von Sonnenberg sich schon über die bloße Existenz eines solchen Vereins wundern, dann müßte die ganze Antisemitenschar sich kaum minder wundern darüber, daß dieser jüdische Kriegerverein ein Gastmahl zu Ehren eines katholischen Geistlichen veranstaltet, der als Kaplan im Kriege Dienste getan hat. Und ganz besonders müßten sie sich wundern über den Trinkspruch, den ein Rabbiner auf den Geistlichen ausgebracht hat. Mit einem Talmudspruch beginnend, sagte Rabbiner Dr. Rudolph Großmann u. a.:

„Wir ehren Pater Reaney heute, weil er sich als Mann, als echter, fester Mann bewährt hat, mitfühlend, gütig, seiner Religion getreu, der aber auch in seinem täglichen Tun die höchste und erhabenste Religion repräsentiert, die Religion, die lehrt, daß Gott der Vater des All und die Menschen auf der ganzen weiten Welt Brüder sind . . . . Wir achten in ihm den Priester seiner Kirche, aber lieben ihn als einen Freund und Vater. Besonders ehren wir ihn heute nicht nur für das, was er diesem Vereine gutes tat und tut, sondern weil er beseelt ist von dem wahren Geist eines Dieners seines Herrn und Meisters, der gelehrt hat: Liebet einander! Diese schöne Lehre von der brüderlichen Liebe hat Pater Reaney in die Tat übersetzt. Wenn jemals der Tag kommen sollte, an dem Vorurteil und Bosheit sich in Liebe und Sympathie verwandelt haben, dann wird es dem Einflusse und dem Beispiele solcher Männer wie Pater Reaney zu danken sein."

Der Rabbiner übergab hierauf dem Pater, der ein leidenschaftlicher Raucher langer Zigarren ist, als Ehrengeschenk eine prachtvolle lederne Zigarrentasche.

Der Geistliche war so gerührt, daß er kaum antworten konnte. Er sagte auch, daß er sich schon oft in schwierigen Lagen befunden habe, aber nie in einer solchen wie der jetzigen, da er kaum Worte finden könne. Er könne nur anerkennen, daß er von der Aufrichtigkeit der geäußerten Empfindungen des Redners überzeugt sei, überzeugt auch, daß alle wie der Redner empfänden.

Der als Philanthrop auch in Deutschland wohlbekannte jüdische Bankier Jacob Schiff hielt noch eine Ansprache, in welcher er sagte, es sei seine feste Ueberzeugung, daß zu jeder Zeit darauf gerechnet werden könne, daß die Juden bereit sein werden, ihr Alles, auch ihr Leben zu opfern für das Land, dem sie angehören . . . . „Besonders stolz, fuhr er fort, bin ich darauf, daß Sie, meine Glaubensbrüder, nicht die Gebote der Dankbarkeit vergessen haben und so bereitwillig den ehren, der, obgleich nicht Ihres Glaubens, Ihnen doch so viel Liebes erwiesen hat. Ich habe von den vielen freundlichen Handlungen Pater Reaneys gehört, und ich will gern ihm mit Ihnen die Versicherung aussprechen, daß die Juden, die keine Scheidelinie in der Ausübung bürgerlicher Tugenden kennen, freudig zu allen Zeiten und unter allen Umständen die Hand ergreifen, die ihnen brüderlich über die Glaubensgrenzlinie hinweg entgegengestreckt wird."

Nachdem wir so die Reden zweier Juden den deutschen Antisemiten ans Herz gelegt, möchten wir den kurzen Inhalt einer Vorlesung, die ein Christ, Professor Franklin H. Giddings von der Columbia-Universität, gehalten hat, ihrer Beachtung empfehlen. Zunächst wies er darauf hin, daß, wenn die Angaben der Bibel zuverlässig seien, das jüdische Volk aus einer reichlichen Mischung von Rassen bestand, von denen fast jede einzige in besonderer Weise irgendwie begabt war. Er behandelte sodann die Frage, ob wohl die Juden so in das Amerikanertum aufgehen werden, wie es unzweifelhaft die anderen Völker würden. Er beantwortete diese dahin, daß der Prozeß sicherlich ein langsamerer sein, aber schließlich doch zu einer vollständigen Vermischung führen werde. Jedenfalls würden die Juden in wenigen Generationen mehr beeinflußt, umgewandelt und absorbiert werden durch den in Amerika herrschenden freien Geist, als dies in einem Jahrtausend in Europa der Fall gewesen ist. Unterdrücke und verfolge man Menschen, dann ziehen sie sich auf sich selbst zurück und werden ein Typus, lasse man ihnen aber die Freiheit des Denkens und Handelns, dann könnten sie gar nicht anders als aufhören, ein besonderer Typ zu sein. Infolge dieser Mischung würden die Juden, gleichviel wie sie in der Vergangenheit, in Jerusalem oder in den Ghettos der alten Welt gewesen sein mögen, wieder Individualität erlangen, würden sie die Farbe ihrer Umgebung annehmen, und in diesem Lande, in welchem jedem Gelegenheit zu freier Entwickelung gegeben sei, würden sie zunächst Menschen werden und dann Juden bleiben, soviel sie wollten.

Nach diesem Vortrage wurde an den Professor die Frage gerichtet, ob er die Bewegung gegen die christlichen Andachtsübungen in den Schulen für berechtigt halte. Zum Verständnis dieser Frage sei bemerkt, daß fromme Christen trotz der Verfassung immer von neuem danach streben, direkt oder indirekt der Schule einen christlichen Stempel aufzudrücken, die Schüler Hymnen singen lassen, ihnen Aufsätze über religiöse Themata aufgeben, Traktate zum Lesen verabfolgen usw. Die Juden sträuben sich dagegen, und natürlich fehlt es auch hierzulande nicht an solchen, die den Juden das sehr übelnehmen, ihnen nach Stöckerschem Rezept mehr Bescheidenheit empfehlen oder gar ihnen mit dem antisemitischen Schreckgespenst drohen. Die Juden und mit ihnen sehr zahlreiche Christen wollen unter Berufung auf die Verfassung und die bisherigen Entscheidungen allen in das religiöse Gebiet einschlagenden Unterricht, Gebete, religiöse Gesänge von den Schulen wie bisher ferngehalten wissen. Die Frommen beginnen den Kampf immer von neuem und verlangen, daß die Minorität sich ihnen, die die Majorität vertreten, fügen sollten. Professor Giddings nun antwortete auf die erwähnte Frage etwa wie folgt:

„In Amerika ist jede Bewegung berechtigt. Wenn wir nicht freie Rede haben und freies Zusammenwirken, etwas herbeizuführen, was irgend eine Gruppe für wünschenswert hält, dann haben wir noch nicht das Ideal amerikanischer Zivilisation erreicht. Ich kann nicht verstehen, wie irgend jemand eine Lehre billigen kann,

daß es recht sei, einer Anzahl Steuerzahler Steuern aufzuerlegen und sie zu zwingen, sich Dinge gefallen zu lassen, die nicht nötig für den Frieden und die Sittlichkeit des Landes, wohl aber gegen ihr Gewissen sind. Ich bin der Ansicht, daß wir in unserem Vaterlande absolute Religionsfreiheit haben sollten und daß in den öffentlichen Schulen nur das gelehrt und geübt werden dürfe, was von allen Leuten mit gesundem Menschenverstande akzeptiert werden kann, und nichts anderes."

Aus dem antisemitischen Lager.

Die „Kreuzzeitung" behauptet, daß die „ganze jüdische Presse" ihren „Stammesgenossen" **Harden** nicht im Stiche lasse. Sie zitiert das „Berl. Tagebl.", die „Frankf. Ztg.", die „N. Freie Presse". Das fromme Blatt sagt bewußt die Unwahrheit. Denn der „Kreuzztg." ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Blättern, die sie sonst als „jüdisch" zu bezeichnen pflegt, in denkbar schärfster Form gegen Harden Stellung genommen haben, und daß andererseits bekannte Blätter, die weder in jüdischen Händen sind, noch von Juden geleitet und geschrieben werden, für Harden eingetreten sind und noch eintreten. Wir nennen u. a. die „Nationalliberale Korrespondenz", das „Leipziger Tageblatt", den „Hannoverschen Courier", die „Rheinisch-Westfäl. Ztg.", die bauernbündlerisch-antisemitische „Neue Bayerische Landesztg." in Würzburg und die Münchener Witzblätter „Jugend" und „Simplizissimus", von denen es sogar in einer süddeutschen Zuschrift an die „Kreuzztg." heißt, daß dort die unentwegten Parteigänger des Herausgebers der „Zukunft" sitzen.

Das führende Organ der konservativen Partei macht sich also einer Kampfesweise schuldig, die es selbst kürzlich in einer Polemik mit einem andern antisemitischen Blatte als „journalistische Gaunerei" qualifiziert hat.

Die „Deutsche Hochwacht" in Stettin sieht sich schon wieder einmal — zum wievielten Male wohl? — zu einer Umwandlung genötigt; sie erscheint vom 1. Januar ab wieder als Wochenblatt. Der Zwist im Lager des „Deutschen Volksbundes" hat sicherlich zu einem starken Verlust an Mitgliedern und damit auch zu einer finanziellen Schwächung geführt. Die Magdeburger „Sachsenschau" kann ihren Triumph darüber daß sie „wieder einmal Recht behalten" hat mit ihren Warnungen vor übereilten Neugründungen oder Erweiterungen bestehender antisemitischer Blätter, nur unschwer verbergen; der Herausgeber Karl Faßhauer schreibt nämlich:

„Das Schicksal der „Deutschen Hochwacht" ist die glänzendste Rechtfertigung für meine damalige Haltung. Ich hätte ja nun alle Veranlassung, den zahlreichen Gesinnungsgenossen gram zu sein, welche mich damals persönlich beschimpften und zum Teil sogar meine Ehrenhaftigkeit aufs schwerste verdächtigten. Ich tue das selbstverständlich nicht, da ich weiß, daß alle jene Männer wohl im besten Glauben oder aus Unkenntnis der Verhältnisse mich befeindeten. Sie wußten nicht, was sie taten. Deshalb verzeihe ich ihnen. Jedenfalls werden sie nun aber aus diesem Vorfalle sich die Mahnung hinter die Ohren schreiben, daß nur die Dinge heute Bestand haben, welche reiflich erwogen und vorbereitet sind. Phantastische Zukunftspläne bilden keine sichere Grundlage für geschäftliche und politische Unternehmungen, sondern allein Nüchternheit und vorsichtige Erwägungen.

Ich möchte allen Gesinnungsgenossen zum Jahreswechsel wünschen, daß sie fortan nicht auf die Leute hören, welche Zukunftsmusik machen, sondern auf die Männer, die ihnen klipp und klar sagen, wie die Dinge liegen.

Es sind wahrhaftig in unserer Bewegung soviele Dummheiten gemacht worden, daß eigentlich keine mehr zu machen übrig sein kann. Möge das damalige Experiment der Umwandlung der „Deutschen Hochwacht" in eine Tageszeitung die letzte sein."

Ob's was helfen wird?

Die Beförderung antisemitischer Postkarten. Abschläglich beschieden hat der Staatssekretär des Reichspostamtes ein Gesuch des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" um ein generelles Verbot der Beförderung und Bestellung antisemitischer Postkarten. Die Beförderung einer Postkarte, welche ein Wirtshaus als „judenreinen Aufenthalt" empfahl und daneben Karikaturen von Juden, sowie antisemitische Verse enthielt, veranlaßte den Zentralverein, sich an die Kaiserliche Oberpostdirektion mit der Bitte zu wenden, unter Hinweis auf die Postordnungen vom 11. Juni 1892 und vom 19. März 1900, sowie auf die in der Reichstagssitzung vom 4. Februar 1898 von dem damaligen Staatssekretär des Reichspostamts abgegebenen Erklärungen derartige Postkarten von der Beförderung auszuschließen. Die Kaiserliche Oberpostdirektion lehnte das Gesuch ab und der Staatssekretär des Reichspostamtes erteilte dem Zentralverein nachstehenden Bescheid:

„Wie der Zentralverein in der Eingabe vom 31. August selbst anerkannt hat, ist es bei der großen Zahl der Briefsendungen und bei der Eile, mit der im Interesse ihrer möglichst schnellen Beförderung das Sortiergeschäft bei den Postanstalten wahrgenommen werden muß, den Beamten nicht möglich, den Inhalt jeder einzelnen Postkarte daraufhin zu prüfen, ob er gegen die Bestimmungen der Postordnung verstößt. Hierauf ist es zurückzuführen, daß mitunter Postkarten zur Absendung gelangen, die zur Postbeförderung nicht geeignet sind. Hätte der Abfertigungsbeamte beiliegende Postkarte als gegen die Bestimmungen im § 5 der Postordnung vom 20. März 1900 verstoßend erkannt und als unzulässig erachtet, so würde dies nicht zu mißbilligen gewesen sein. Von dem Erlaß einer allgemeinen Verfügung des Inhalts, daß die Postbeamten auf das Vorkommen von Postkarten der anliegenden Art besonders achten sollen, muß aber abgesehen werden, weil der vorliegende Einzelfall zu einer derartige Maßnahme keinen genügenden Anlaß bietet und weil eine solche Anordnung sich nicht durchführen läßt."

Vermischtes.

Hugo von Hofmannsthal. Ueber die Familiengeschichte dieses jetzt wohl meistgenannten österreichischen Poeten der jüngeren Generation, gibt Arthur Schurig im Rahmen eines größeren Essais („Deutsche Rundschau", Januarheft 1908) einige bisher nicht bekannte, offenbar authentische Daten. Danach entstammt der am 1. Februar 1874 geborene Hugo Hofmann, Edler von Hofmannsthal (wie der Name eigentlich lautet) als einziges Kind einer wohlhabenden Wiener Kaufmannsfamilie. Sein Urgroßvater, Isak Löw Hofmann, der um 1780 als armer Student der Theologie nach Wien kam und dann die Enkelin des reichen jüdischen Kaufherrn heiratete, in dessen Hause er Lehrer war, hat sich seinen Adelsbrief als Repräsentant der israelitischen Gemeinde Wiens im Jahre 1835 erworben. Er selbst stammte aus Prostiebor in Böhmen, wohin seine Familie um die Mitte des 18. Jahrhunderts aus ihrem früheren Wohnsitz Bayreuth übergesiedelt war. Für die Behauptung, daß Hofmannsthals Vorfahren in Oberitalien ansässig gewesen seien und daß noch sein Urgroßvater im Ghetto einer lombardischen Stadt gelebt habe — womit man den angeblich „romanischen Einschlag" in seiner dichterischen Natur erklären wollte —, fehlt jede Spur eines Beweises.

☛ Der heutigen Nummer der „Mitteilungen" liegt das

∴ Sachregister für 1907 ∴

bei.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 3. Berlin, 15. Januar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Bankrat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemitische Postkarten.

Wie mitgeteilt, hat der Staatssekretär des Reichspostamtes das Gesuch des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, Postkarten, die Judenkarikaturen enthalten, von der Beförderung auszuschließen, mit der Begründung, daß dies bei der Schnelligkeit der Bestellung nicht durchzuführen sei, zurückgewiesen. Unsere antisemitischen Zeitungen sind nun in froher Stimmung darüber, und vor Freude jubilieren sie Spalten lang. Es wäre ja schrecklich, wenn man diesen edlen Geistern ihr schönes Vergnügen, schmutzige Karten zu schreiben, geraubt hätte; da müßten sie ja ihre ganze Poesie auf ihre Winkelblättchen und — die Abarte beschränken. Die Freiheit des Schimpfens und des Schmutzes ist die einzige, die unsere Antisemiten stets energisch verteidigen. Am tollsten treibt es die liebliche „H a ch w a ch t“. Drei volle Spalten ihres kostbaren Raumes verschwendet sie für diese Angelegenheit, ohne dabei auch nur einen vernünftigen oder gerechten Satz fertig zu bringen. Das ist der einzige, freilich unbeabsichtigte Witz im ganzen langatmigen Artikel. Das Blatt meint, daß es mehr nottäte, „den Verbreitern von wirklichem Schmutz in Wort und Bild das Handwerk zu legen“. Dagegen haben wir gewiß nichts einzuwenden. Direkt erlogen aber ist es, wenn hinzugefügt wird, daß sich diese Verbreiter „anerkanntermaßen fast ausschließlich aus Angehörigen des Stammes Sem rekrutieren“. Gehört etwa Herr Bruhn mit seiner „Wahrheit“ auch zum Stamme Sem? Sind die Wiener Schmutzblätter, wie „Pschüt“, „Kikeriki“, die von Judenhaß förmlich triefen, auch semitische Produkte? Die „Hachwacht“ regt sich ferner über die Witzblätter auf, „die Karikaturen von Königen und Fürsten, von hohen Beamten und Personen des öffentlichen Lebens, von Angehörigen aller Stände, die uns Deutschen lieb und wert sind, mit großem Behagen „genießen“.“

Wir haben keine Ursache, diese Witzblätter zu verteidigen, und es fällt uns nicht ein, alles, was sie schreiben oder zeichnen, gutzuheißen. Aber wiederum frech gelogen ist es, wenn diese Witzblätter als „meist jüdisch“ bezeichnet werden. Diese Taktik, alles, was einem nicht paßt, als „jüdisch“ zu stempeln, ist ebenso dumm wie niedrig. Wir haben kaum zwei Witzblätter in Deutschland, die jüdische Verleger haben, und die sind wahrlich nicht die schlimmsten.

Von köstlicher Ironie ist es, wenn sich unsere Antisemiten zu Hütern der Preßfreiheit aufwerfen. Sie scheinen nicht zu wissen, daß Preßfreiheit und Schimpffreiheit keine identischen Begriffe sind. Die „Hochwacht“ fürchtet, daß diese Angelegenheit noch im Reichstage behandelt wird. Das glauben wir nicht. Wenn sie aber mit dem Schachzuge droht, daß man eine Petition gegen die schmutzigen Witzblätter einbringen wird, so wird das niemand aufregen. Nur soll man endlich die Unsitte ablegen, allgemeine ungesunde Erscheinungen mit einer jüdischen Etikette zu versehen. Sehr kennzeichnend für die Vornehmheit dieses Blattes ist folgender Satz:

„Wenn heute ein Schutz gegen satirische oder satirisch sein sollende Angriffe erforderlich ist, ist das deutsche Volk dieses Schutzes gegen die maßlose Ueberhebung unserer jüdischen Staatsbürger viel bedürftiger, als der Jude, der stets das Maul aufreißt, sobald ihm mit derselben Münze gedient wird.“

Unsere Antisemiten, die eine politische Karnevalsgesellschaft darstellen, nehmen allerhand Masken an, die sich fast immer durch ihre Geschmacklosigkeit auszeichnen. In keiner Maske aber erscheinen sie so komisch, wie in der der verfolgten Unschuld.

Antisemitische Revolver-Presse.

Man schreibt uns aus M ü n ch e n:

Revolver-Journalisten ist ein häßliches Wort für eine noch häßlichere Sache. Es sind Journalisten, die nicht von ihrer Feder, sondern von ihrem Revolver leben; die ihr bischen Können prostituieren und von Drohungen und Bestechungen ihr Leben fristen; die berufsmäßig Schmutz aufwühlen, um dadurch ihre Existenz zu bekunden. Die schöne Stadt Wien ist die Hauptstätte, wo diese Sumpfpflanzen gedeihen. In der Kaiserstadt an der Donau tauchen fast jede Woche solche „Zeitungen“ auf, die nicht mehr als zwei oder drei Nummern erleben und dann verschwinden, um unter einem neuen Namen wieder Auferstehung zu feiern. Sie sind ja nur zu einem gewissen Zwecke geschaffen, um für jemand eine unsaubere Reklame zu machen oder jemand zu bedrohen. Berlin besitzt, soviel wir wissen, nur ein Blättchen dieser Art, die verlogene „Wahrheit“ des antisemitischen Reichstagsabgeordneten B r u h n. Je mehr man sich aber der österreichischen Grenze nähert, desto häufiger trifft man diese Reptilien. Das liebe München besitzt nicht weniger als 4 Blättchen dieser Art. Der hochbegabte, aber politisch nicht ernst zu nehmende Dr. S i g l mit seinem sattsam bekannten „Vaterland“ war der erste, der dieses österreichische Gewächs auf bayerischen Boden verpflanzte. Aber dieses Blatt ist längst von den andern Revolver-Journalen der lustigen Bier- und Kunststadt an der Isar überholt worden. Es scheint, daß es moralisch nach unten mehr Abstufungen

als nach oben gibt und daß da die Möglichkeiten unerschöpflich sind.

Das Wesen dieser Art Presse ist leicht geschildert, die Charakterlosigkeit ist ihr Charakter. Auf der ersten Seite eines solchen Blättchens findet man meist das Bild eines Mannes, der sich um Bier und Weißwürste oder um Kalbshaxen und „Geselchtes" unsterbliche Verdienste erworben hat. Ein Leitartikel schildert die Tugenden dieses Wirtes oder Metzgers, damit die Welt erfährt, welche Größe Herr Huber ist und welche Anerkennung sie ihm schuldet. Daß dieser Artikel bestellt und gut bezahlt ist, ist Nebensache, die Hauptsache ist, daß dem wahren Verdienst die Krone gereicht wird, — Ehre, wem Ehre gebührt. Der zweite Artikel ist eine zarte Anrempelung des Magistrats, der dritte eine versteckte Drohung gegen eine Person, die vorläufig nur verschleiert vorgeführt wird. Es folgen dann Nachrichten über neueröffnete Lokale, über die Geburtsfeier irgend eines biedern Bierphilisters und dann — abscheuliche pornographische Schilderungen, die einen anwidern. Im Inseratenteile werden hauptsächlich Weinlokale mit „chiker Bedienung" angezeigt, deren Vorzüge übrigens auch im redaktionellen Teile gepriesen werden. Dieses Programm wiederholt sich in jeder Nummer mit der einzigen Abwechslung, daß immer neuer Klatsch- und Skandalstoff gesucht wird.

Diese Macher der öffentlichen Meinung bedürfen aber eines politischen Hintergrundes, um sich mit einem gewissen Nimbus zu umgeben, und daher sind sie partikularistisch und antisemitisch. Ja, diese beiden Eigenschaften spielen hier eine Hauptrolle, und sie sind nicht zufällig, sondern sie entströmen dem eigentlichen Wesen. Sie wenden sich an die niedrigsten Instinkte und sie wissen, daß für derlei Scherze und wüstes Schimpfen auf Preußen und Juden immer, in der Gassenschenke wenigstens, ein dankbares Publikum zu finden ist. Dazu kommt, daß eine niedrige tierische Gesinnung sich stets mit antisemitischen Trieben gut paart. Schimpfen ist an und für sich ein großes Vergnügen, weil es Durst erzeugt, und auf Preußen und Juden zu schimpfen, ist dazu noch eine bajuvarische erlösende Tat. Dieser antipreußische und antisemitische Zug ist charakteristisch für alle Blättchen dieser Kategorie. Der verstorbene Dr. Sigl hat damit begonnen, daß er jeden Tag 30 Preußen zum Frühstück und 20 Juden zum Veiper verzehrte, und die anderen machen es ihm nach, freilich mit weniger Witz. Bei der Lektüre des „Vaterland" konnte man noch manchmal lachen, wenn auch der Witz grotesk war, bei seinen Epigonen kann man den Ekel kaum überwinden. Es ist geradezu unglaublich, was für ein Schmutz in diesen politischen Rieselfeldern verzapft wird.

Eins der schlimmsten dieser Banditenblättchen ist der „Münchener Stadtanzeiger und Ratschkathl", der in jeder Nummer mindestens ein Viertelduntzend Skandale niedrigster Natur ausschlachtet und dabei nie seine antisemitische Gesinnung vergißt. Daß die Juden mit diesen Dingen ungefähr soviel zu tun haben, wie das Blättchen mit der Wahrheit, geniert den Herrn Redakteur nicht, denn daß die Juden für alles Uebel in der Welt verantwortlich sind, steht ja im antisemitischen Handbuche. In der letzten Nummer finden wir einen Artikel über den Prozeß Horden, der von sittlicher Entrüstung gegen die Juden förmlich überläuft. Dieser Artikel strotzt von gemeinen Beschimpfungen der jüdischen Moral, und das geschieht auf derselben Seite, auf der eine geradezu Ekel erregende Geschichte von zwei perversen Weibern in behaglichster Breite erzählt wird. Der Verfasser dieses Artikels schreibt einen Stil, der wohl antisemitisch, aber nicht deutsch ist, und auch seine Moral und seine Aesthetik muten uns wenigstens sehr fremdartig an. Aber die Kunst des Lügens, die erste Prämisse der antisemitischen Wissenschaft, versteht er ausgezeichnet und im Schwindeln ist er Virtuose. Dieser Artikel enthält mehr Unwahrheiten als Zeilen und ist sehr kennzeichnend für die tiefe Bildung und die hohe sittliche Auffassung des Verfassers. Selbstverständlich handelte Horden im Auftrag der „Alliance Israélite Universelle" und das Ganze war eine „Kraftprobe des Judentums gegen das deutsche Volk". Köstlich ist der Satz:

„Es ist gut, daß das Judentum in seinem Bestreben, Deutschland von unten bis oben zu beherrschen, ab und zu in seinen Vertretern einen richtigen Fußtritt bekommt. Es läßt auch tief blicken, wie gearbeitet wurde."

In diesem Tone geht es weiter. So eine sittliche Predigt an so ernster Stelle muß doch wirken. Und sie wirkt auch. Die Radaubrüder sind entzückt und schlagen mit ihren Maßkrügen auf den Tisch vor Begeisterung, und die Gebildeten werfen mit Ekel das Blättchen von sich. Wie man die antisemitische Poesie mit Vorliebe an nicht gerade gutriechenden Plätzen findet, so scheint überall, wo sittlicher Schmutz sich häuft, der Antisemitismus das Aroma zu sein. Für die Idee der Abwehr gibt es keine größere Genugtuung, als die sich immer wieder bestätigende Erfahrung, daß die antisemitische Gesinnung in ihrer krassesten Gestalt am häufigsten da zu treffen ist, wo eine entartete Kultur und ein schwaches sittliches Empfinden den Boden für alles Ungesunde bildet. Wir würden es tatsächlich unbegreiflich finden, wenn unsere Revolver-Journalisten keine Antisemiten wären.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die frühere antisemitische Mehrheit der Dresdener Stadtverordneten-Versammlung war schon durch die letzten Wahlen bedenklich ins Wanken geraten. Jetzt hat auch der langjährige antisemitische erste Vizevorsitzende, Dr. Häckel, seinen Platz räumen müssen; an seiner Stelle wurde infolge Kompromisses der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Vogel mit 41 gegen 39 Stimmen der vereinigten reaktionären Parteien gewählt. Die „Deutsche Reform" stellt bekümmert fest, „daß sich an der Agitation gegen Dr. Häckel am regsten der Stadtverordnete Rechtsanwalt Hans Kohlmann beteiligt hat, der frühere 3. Vorsitzende des Reformvereins und Reichstagskandidat der Reformpartei, später allerdings Syndikus des Hartwig'schen Hausbesitzervereins und konservativer Hospitant!"

Graf Pückler wird entmündigt. Nach einer Meldung aus Glogau hat gegen den Grafen Pückler-Klein Tschirne, der gegenwärtig in einem Sanatorium bei München weilt, der Staatsanwalt das Entmündigungsverfahren eingeleitet.

Der Prozeß Liebermann von Sonnenberg c/a. Wilke, der seinerzeit als Redakteur der „Hessischen Rundschau" dem antisemitischen Abgeordneten die Worte in den Mund gelegt hat: „Meine Schwälmer Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine", ist endlich am Anfang dieses Jahres vor dem Schöffengericht in Kassel endgültig erledigt worden. Nach dem Bericht des deutschsozialen Kasseler „Beobachters" konnte kein Zeuge positives aussagen. Der Angeklagte betonte, daß die beleidigenden Artikel in der Erregung über Herrn von Liebermanns Verhalten und ein von ihm unterzeichnetes Flugblatt, sowie über einen Aufsatz, in dem die Rede von 1½ Dutzend politischen Hausknechten gewesen ist, geschrieben seien. Dadurch hätten er und

seine Parteigenossen sich beleidigt gefühlt. Er wollte aber mit seiner Abwehr nicht den Abgeordneten von Liebermann persönlich beleidigen, das habe ihm völlig ferngelegen. Er habe sich gesträubt, die fragliche Aeußerung aufzunehmen, schließlich aber sich doch von **seinen Gesinnungsgenossen bestimmen** lassen.

Ein Vergleich wurde abgelehnt. Das Urteil des Gerichts lautete dahin, daß der Angeklagte Wilke in einem Falle zu 150 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt, im anderen Falle freigesprochen wird.

Im Anschluß hieran läßt Liebermann von Sonnenberg in den Preßorganen seiner Partei mitteilen, daß er auch noch gegen den Herausgeber des „freideutschen" Monatsblättchens „Reichsherold", **Walbach**, Klage wegen **Beleidigung erhoben habe**. „Der Umstand, daß eine kleine Gruppe von Leuten in Kassel, die sich Antisemiten nennen und von der schadenfrohen Judenpresse planmäßig mit uns zusammengeworfen werden, fortgesetzt ihre vergifteten Pfeile nach den Vorkämpfern unserer Bewegung abschießen, ist auf die Dauer unerträglich geworden," sagt Herr von Liebermann in seinem Neujahrsgruß an seine Wähler. „Diesem traurig-häßlichen Treiben muß ein Ende gemacht werden."

☐ **Aus Baden.** Im badischen Landtag ist der Antisemitismus dem Namen nach nicht mehr vertreten, seitdem man den früheren Abg. Mampel bei den letzten Wahlen ganz kalt gestellt hat; aber antisemitisch sind auch mehr oder weniger die Konservativen, welche mit Zentrumshilfe bei der letzten Wahl in das Haus gelangten. Man kann jedoch nicht sagen, daß sie der antisemitischen Tonart in ihren Reden folgen, oder auch nur bei ihrer Kandidatur folgten, bis auf einen, der als Mittelständler, als Agrarier, Landwirtschaftsbündler und Antisemit auftrat und sich als Konservativer wählen ließ, nämlich der Abg. **Schmidt-Bretten**. Er hat sich als Neuling sehr laut gezeigt, aber er wird sich nunmehr wohl hüten, weiter so aufzutreten, wie vor zwei Jahren, wo er, der schon im Vorbereitungsdienst als Jurist sich sonderbare Blößen gegeben hatte, erwarten mußte, daß man ihn gelegentlich das fühlen lassen würde. Jetzt ist der Herr von der **Anwaltskammer** wegen böser Dinge, die er als Anwalt mitgemacht hat, zu **500 Mark Geldstrafe verurteilt** worden, während er schon im letzten Jahre die Anwaltskarriere mit der eines gräflichen Wirtschaftsbeamten vertauschte. Hätte er das nicht getan, wer weiß, wie dann das Urteil der Anwaltskammer ausgefallen sein würde? Man nahm in manchen Kreisen an, er würde sein Mandat niederlegen, aber wir glaubten daran nicht, und so verlautet auch jetzt nichts davon. Aber ruhig verhalten wird sich der Herr, und seine Freunde werden sich hüten, ihn nächstes Jahr wieder kandidieren zu lassen, die sich damit sonst selbst ein böses Zeugnis ausstellten und ihr Mandat auch von vornherein verloren geben müßten. Bei entsprechender Rührigkeit wird das Mandat für die Liberalen im Jahre 1909 wohl zurückgewonnen werden und so auch der Antisemitismus ohne Firma aus dem badischen Landtag verschwinden.

Die „Kreuzztg." schreibt anläßlich einer Polemik mit der alldeutschen Presse in Sachen der Flottenvereinskrisis:

„Wir wünschen und hoffen zuversichtlich, daß der Deutsche Flottenverein einer Reorganisation entgegengeht, wenn er sich erst aus der Herrschaft der alldeutschen Leidenschaften befreit hat und zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller Deutschen geworden ist, die auf dem Boden des Reichsgedankens stehen. Er kann Großes wirken, wenn er stillschweigend annimmt, daß sich die nationale Gesinnung bei seinen Mitgliedern von selbst versteht. Auf Polen und Sozialdemokraten rechnet er ja nicht. Aber er darf so wenig im Prinzip zentrumsfeindlich sein, wie er antisemitisch sein darf. Seine Politik muß einigend, nicht trennend sein, muß die Parteien zusammenfassen, nicht verhetzen."

Also **antisemitisch** darf der Flottenverein auch nicht sein! Es geschehen Zeichen und Wunder.

Vermischtes.

Antisemitische Gesinnung und Beamtentum. Die „Deutsche Israel. Ztg." in Regensburg greift uns wegen unseres Artikels über die Erlasse der hessischen Regierung gegen die Antisemiten in Nummer 1 der „Mitteilungen" an und nennt unsere Ausführungen unlogisch, ja beinahe antisemitisch. Wir glauben nicht, es nötig zu haben, uns gegen solche Vorwürfe verteidigen zu müssen, möchten aber unseren Standpunkt nochmals genau präzisieren. Unsere Stellungnahme zu dieser Frage ist keine andere als die des **konsequenten Liberalismus**. Wir betrachten die Gewissensfreiheit als die erste Bedingung im modernen Staat und erachten jede Ueberzeugung — sei sie religiöser, politischer oder wissenschaftlicher Natur — als Privatsache, die niemand angeht, so lange sie nicht der Gesamtheit gefährlich wird und in die Rechte und die Freiheit anderer eingreift. Wir bedauern jede antisemitische Gesinnung und bekämpfen sie mit anständigen Waffen. Solange sie aber nicht demagogisch aufreizend sich bekundet, kann sie, wie jede andere politische Ansicht, kein Hindernis für den Beamten bilden. Ein Beamter darf nicht gemaßregelt werden, weil er antisemitisch gewählt hat, denn das ist seine Privatsache. Erst wenn er im Amte seinen Antisemitismus zeigt oder wenn er außeramtlich eine hetzerische Agitation treibt, dann hat die Behörde das Recht und die Pflicht, gegen ihn einzuschreiten. Nur das haben wir behauptet und behaupten wollen. Man muß eben private Gesinnung und öffentliche Betätigung scharf auseinanderhalten. Herr Professor Adolf **Wagner** z. B. war seiner Gesinnung nach ein Freund Stöckers, aber er hat diese Gesinnung in seinen Vorlesungen nie gezeigt und als Rektor und Dekan der Berliner Universität war er den jüdischen Studenten gegenüber stets gerecht und vornehm. **Heinrich Treitschke** dagegen benutzte seine Vorlesungen, um Witze über die Juden zu machen, und verwandelte das Auditorium in eine politische Versammlung. Hier liegt der Unterschied.

Ob die Erlasse in Hessen heute noch nötig sind, können wir nicht beurteilen. Es kommt auch nicht auf den Wortlaut der Erlasse an, sondern auf den Geist der Behörden. Wir bekämpfen jede antisemitische Gesinnung, aber wir halten die geistige Waffe für die einzig gerechte und die einzig wirksame. Wir gönnen jedem Bürger die weitgehendste Freiheit, solange er sie nicht mißbraucht, um die Freiheit anderer zu gefährden. Eine kranke geistige oder politische Richtung kann nur im Lichte wahrer Aufklärung und im Geiste der Wahrheit bekämpft werden.

Ein Andachtsbuch für jüdische Soldaten. Unter dem Titel „Mein Werk dem Könige" hat der Rabbiner Dr. Beermann-Insterburg ein Andachtsbuch für jüdische Soldaten verfertigt, dessen patriotische Tendenz auch von den maßgebenden Stellen anerkannt worden ist. Der Reichskanzler **Fürst Bülow** hat den Empfang des Buches mit folgendem Schreiben beantwortet:

Euer Hochwohlgeboren

bitte ich für die freundliche Uebereignung Ihrer Andachtsbücher für die deutschen Soldaten jüdischen Glaubens meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Möchten unsere deutschen Mitbürger jüdischen Glaubens im Heere daraus den Geist der Gottesfurcht und Königstreue schöpfen. **Bülow.**

Auch der **K a i s e r** hat dem Verfasser ein Dankschreiben zugehen lassen nachstehenden Inhaltes:

H i g h c l i f f e C a s t l e, 7. Dezbr. 1907.

Seine Majestät der Kaiser und König haben das van Euerer Hachehrwürden verfaßte und Allerhöchst demselben überreichte Andachtsbuch für die deutschen Saldaten jüdischen Glaubens gnädig entgegenzunehmen und mich zu beauftragen geruht, den Allerhöchsten Dank für die Darbietung des Buches Euer Hachehrwürden zu übermitteln.

In Erledigung des mir erteilten Allerhöchsten Befehls beehre ich mich Euerer Hachehrwürden hiervon ergebenst Kenntnis zu geben.
G r a f H ü l s e n.

Desgleichen hat der Kriegsminister dem Autor eine persönliche Audienz gewährt und die General-Kommandos angewiesen, die Verbreitung der Schrift im Heere zu genehmigen.

XX **Studentisches.** In der Kartell-Zeitung, dem Organe des Eisenacher Kartells Akademisch-T h e o l o g i s c h e r Vereine, war unlängst ein Artikel eines Kartellmitgliedes erschienen, der für die Akademisch-Theologischen Vereine das „n a t i o n a l e" P r i n z i p im Sinne der antisemitischen Vereine Deutscher Studenten predigte. In der letzten Dezembernummer der Zeitschrift nimmt nun ein Alter Herr des Kartells gegen diese Ausführungen entschieden Stellung, indem er den Mißbrauch des Wörtchens „national", das besonders bei den studentischen Kämpfen an der Berliner Universität eine große Rolle spielt, gehörig an den Pranger stellte. Er ist der festen Ueberzeugung, daß die „Aufstellung eines festen „nationalen" Prinzips eine studentische Korporation u n r e t t b a r z u r P h r a s e, zu unklarer Begeisterung, zum Totschlagen schwerer Probleme, kurz zur Unwissenschaftlichkeit verführt". — Er erklärt in Erinnerung an seine Berliner Studentenzeit weiter:

„Dieses grause Gemisch aus „zielbewußter", „gesinnungstüchtiger", „natianaler" Begeisterung, aus ungeklärten, sehr wenig zielbewußten Bestrebungen, die für bare Münze galten, aus unbewiesenen Dagmen, die ihre Herkunft aus bestimmten natianalökonomischen Kollegs nicht verleugnen kannten und in rührender Naivität auch gar nicht verleugnen wallten — dieses ganze g r a u s e G e m i s c h v a n P h r a s e n, das damals in vielen Berliner studentischen Karparatianen gebraut wurde, verursachte mir einen gewaltigen Abscheu."

Der Verfasser spielt hier augenscheinlich auf die öde Phrasendrescherei im V e r e i n D e u t s c h e r S t u d e n t e n an. Interessant sind noch folgende Ausführungen:

„Gewiß ist die Jugend die Zeit der Begeisterung. Und wenn akademische Jugend sich einmal unklar begeistert, sa ist das auch nach kein Unglück. Was ich aber verabscheue, das ist B e g e i s t e r u n g v a n K a r p a r a t i a n s w e g e n. — Ich selbst wäre als Student niemals einer Karparatian beigetreten, die sich als „natianal" betrachtet. — Ein Kartell, das sich glaubt ex officio „n a t i a n a l" b e g e i s t e r n zu müssen, wahl gar mit einer diesbezüglichen Bestimmung im Pragramm, nenne sich nicht mehr wissenschaftlich."

Diese Stimme, aus dem Lager der T h e o l o g e n, die sich mit so beachtenswerter Schärfe gegen das „nationale" Maulheldentum gewisser studentischer Kreise wendet, wird sicherlich im gegnerischen Lager viel Unbehagen erwecken. — —

Die **V e r e i n e D e u t s c h e r S t u d e n t e n**, die im Kyffhäuserbunde vereinigt sind, und die an den deutschen Hochschulen sich um die Fahne des Antisemitismus scharen, haben im letzten Semester einen a u f f a l l e n d e n R ü c k g a n g der Zahl ihrer Mitglieder erfahren. Sollte ihr „nationales" Phrasentum schon an Wirkung verlieren? Im letzten Semester hatten die an 27 deutschen Hochschulen aller Art bestehenden Vereine Deutscher Studenten nur 471 Aktive, so daß durchschnittlich jeder Verein nur etwa 17 Mann stark ist. Das ist gegen frühere Semester sehr wenig. Dann kommen noch hinzu 261 Inaktive und 3001 Alte Herren. Die stärksten Vereine bestehen zu Berlin (73), Leipzig (57) und Halle (30). Bei den anderen Vereinen sinken dann die Zahlen rasch unter den Durchschnitt. 10 Mitglieder und weniger, bis zu vier herab, haben die Vereine in Braunschweig, Danzig, Darmstadt, Gießen, Greifswald, Heidelberg, Münster, Rostock, Straßburg und Tübingen. Man sieht, abgesehen von den reaktionären akademischen Plätzen — Berlin, Halle, Leipzig — hat der antisemitische V. D. St.-Gedanke nur ganz geringe Werbekraft.

Der **A k a d e m i s c h e B u n d „E t h o s"**, der vor etwa drei Jahren zur „Regeneration" der deutschen Studentenschaft begründet wurde, und dessen erste „Tat" die war, daß er seine jüdischen Mitglieder ausschloß und sich auf den Antisemitismus festnagelte, dieser von den Behörden vielfach verhätschelte Bund, führt sein ereignisloses Traumdasein weiter. Er zählt jetzt in ganz Deutschland ganze 161 Bundesangehörige, nämlich 81 Mitglieder, 52 Anfreunde und 28 Bundesfreunde. Und mit Stolz verkündet das Bundesorgan bei Aufstellung dieser Statistik, daß die Zahl der Bundesangehörigen gegen das Vorjahr um 20 zugenommen hat. Organisierte Ortsgruppen bestehen überhaupt nur noch in Berlin-Charlottenburg und in München. Und die Tätigkeit der Berlin-Charlottenburger Ortsgruppe bestand nach dem Jahresbericht in — mehreren gemeinsamen Ausflügen. In München benutzte man das vergangene Semester dazu, ein Flugblatt zu verbreiten. —

Schwedische Phantasien. Ein orientalischer Spruch sagt: „Wer lügen will, der verlegt mit Vorliebe den Platz seiner Schilderung in ferne Länder." Unsere Antisemiten bestätigen die Wahrheit dieses Spruches. Wenn sie ganz ungeheuere Dinge über Juden und Judentum verbreiten wollen, dann wandern sie mit ihrer Phantasie über die Grenze, wo die Kontrolle natürlich viel schwieriger ist. Was sie z. B. in letzter Zeit über Rußland zusammen gelogen haben, das grenzt beinahe ans Unmögliche. In den letzten Wochen scheint das Sündenregister der deutschen Juden sehr mager ausgefallen zu sein, und auch das gelobte Land des Judenhasses, das heilige Rußland, versagte. In der Not nahm man zum äußersten Norden seine Zuflucht und über Nacht wurde in der Redaktion der „Deutschsozialen Blätter" ein Artikel über die Missetaten der Juden in Schweden fabriziert. Was da von den Juden Schwedens erzählt wird, mutet wie eine karnevalistische Rede an. Der russische Jude galt stets in Schweden als Vertreter des Deutschtums, weshalb ein Bauer, der zum ersten Male einen Deutschen kennen lernte, verwundert äußerte: „Aber, er ist kein Jude!" Nun ist es jetzt durch die russische Einwanderung noch schlimmer geworden, schwedische Patrioten sind daher mit ernsten Sorgen um die Zukunft erfüllt. Der jüdische Einfluß macht sich geschäftlich und geistig immer bemerkbarer, das Judentum entwickelt sich zu einem zersetzenden Element des Volkslebens, denn es sucht die radikalen Parteien unter seine Leitung zu bringen und seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die Universität ist selbstverständlich ganz zerfressen und von Juden beherrscht. Natürlich mußte das eine Reaktion hervorrufen, und der Antisemitismus, der einzige Retter in allen Nöten, ist nun im Entstehen. Vorläufig freilich ruht der Antisemitismus in Schweden auf den Schultern eines Mannes, aber dieser einzige wirkliche Schwede gibt eine Zeitung heraus, und er bahnt mit nordischer Energie einer besseren, judenreinen Zeit den Weg.

Als wir diese Jeremiade lasen, schlugen wir voller Verzweiflung die Statistik nach, und siehe da, wir fanden, daß S c h w e d e n nach der höchsten Schätzung k a u m

4000 **Juden zählt.** Was müssen diese 4000 Juden doch für eine überirdische Kraft besitzen, daß sie das ganze Volk beherrschen und die Zukunft des Landes bedrohen! Soviel wir wissen, sind diese Juden nicht einmal besonders reich, und dennoch dieser unheimliche Einfluß! Das geht nicht mit natürlichen Dingen zu. Wir fragen ferner: wo bleibt die vielgepriesene nordische Kraft, die Hoffnung des Germanentums, wenn ein Haufen Juden eine so zersetzende Macht auf sie ausüben kann? Wir würden wirklich dem Leiborgan Liebermann von Sonnenbergs raten, in der Folge bei der Fabrikation seiner Nachrichten nicht etwa ehrlicher — das scheint unmöglich —, aber doch wenigstens etwas geschickter zu sein. Auch die Unwissenheit eines antisemitischen Lesers hat schließlich ihre Grenzen.

Frankfurt a. M. Ein hiesiger jüdischer Kaufmann war an einem Sonnabend in einem Ermittelungsverfahren vor das hiesige Amtsgericht als Zeuge geladen worden. Als ihm der untersuchende Richter nach Beendigung der Vernehmung das Protokoll zur Unterschrift vorlegte, erklärte er, er sei Jude und dürfe aus religionsgesetzlichen Gründen am Sonnabend nicht schreiben; er könne daher das Protokoll nicht unterzeichnen. Der Richter entgegnete darauf: „Das ist Wortklauberei, es muß Ihre Ehrenpflicht sein, in einer derartigen Angelegenheit das Protokoll zu unterschreiben." Als der Zeuge nun sagen wollte, er würde das Protokoll nach Ausgang des Sabbat oder an einem der nächsten Tage unterschreiben, ließ der Herr Richter ihn nicht zu Worte kommen und rief: „Ich kenne vornehmere Juden, die am Sonnabend schreiben. Erst drängen sich die Juden in die Staatsstellen, nachher streiken sie". Wegen dieser Aeußerung führte der Zeuge beim Landgerichtspräsidenten Beschwerde, in der er sich darüber beklagte, daß im Gerichtssaal solcher Antisemitismus zutage treten könne, und daß der Richter, statt seine religiöse Ueberzeugung zu achten, sie im Gegenteil zum Angriffspunkt auf die Gesamtheit der Juden machte; auch abgesehen davon sei das Verhalten des Richters mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren, denn es genüge auch, wenn der Grund angegeben werde, warum die Unterschrift fehlt. Auf diese Beschwerde erhielt der Zeuge folgenden Bescheid:

„Der Präsident des Königl. Landgerichts

hier.

Frankfurt, 22. 12. 07. Ihre Beschwerde vom 11. ds. Mts. ist begründet, ich habe dem A.-G.-Rat (folgt der Name) wegen seines Verhaltens in dem Termin vom 30. November d. Js. meine ernste Mißbilligung ausgesprochen.

gez.: Der Präsident."

Rom. An den Oberbürgermeister von Rom Ernesto Nathan hatte die Israelitische Religionsgemeinde in Fünfkirchen (Ungarn) anläßlich seiner Wahl zum Oberhaupt der Stadt Rom ein Begrüßungsschreiben gerichtet, in dem zugleich auf den Wandel der Zeiten hingewiesen wurde, der darin liege, daß er, als Jude, zum Oberbürgermeister Roms berufen worden sei. Auf dieses Begrüßungsschreiben erhielt Herr von Engel, der Präsident der Fünfkirchner Israelitischen Religionsgemeinde, einen in herzlichem Tone gehaltenen Brief Ernesto Nathans, in dem sich u. a. die folgende interessante Stelle findet: „Ich bin als Jude geboren und bin seit meiner Geburt stolz auf meine Zugehörigkeit zum Judentume. Lieb sind mir die herzlichen Worte, mit denen Sie und die Fünfkirchner israelitische Religionsgemeinde Ihren für mich gehegten Gefühlen Ausdruck verleihen. Es wäre wünschenswert — und vielleicht ist meine Erwählung ein Vorzeichen hierfür —, daß je früher die Zeit komme, da die Menschen im Zeichen des Fortschrittes sich vereinigend, den Glaubensunterschied nicht mehr als Zeichen der Superiorität oder Inferiorität ansehen, sondern als gleiche und freie Menschen von dem gemeinsamen Bestreben erfüllt sein werden, die menschliche Seele zu verfeinern und zu veredeln."

Recht amüsant fertigt die antisemitische Magdeburger „Sachsenschau" einen ihrer Gesinnungsgenossen, der an der Wahl des Juden Nathan schweres Aergernis genommen hat, in folgender Briefkastennotiz ab:

„Da haden Sie allerdings Recht. Die Politik der dunklen Gassen mag wohl noch minderwertiger als die gewöhnliche Wald- und Wiesenpolitik sein. In den dunklen Gassen wissen wir aber nicht Bescheid, wir müssen uns da Ihrer fachmännischen Kenntnis fügen. Im übrigen warten Sie doch erst ab, wie der neue Oberbürgermeister Roms, Herr Nathan, dort wirtschaftet. Die Römer müssen Herrn Nathan doch mehr als Ihnen zutrauen, sonst hätten sie doch sicherlich Sie gewählt."

Ueber die wirtschaftspolitischen Grundsätze der mosaischen Gesetzgebung ist kürzlich im christlichsozialen Verein zu Langerfeld von dem Kaufmann Luttringhaus ein Vortrag gehalten worden, über den das Stöckersche „Volk" wie folgt berichtet:

„Das Land Kanaan, in welches Moses das Volk Israel führen sollte, war ein mehr kontinental gelegenes Land, dessen Küste für den Hanbel ungünstig war. Da der Baden für Ackerbau und Viehzucht geeignet war, so mußte die Gesetzgebung vor allem darauf Rücksicht nehmen. Und sie tut es mit voller Entschiedenheit nach klaren und bestimmten Gesichtspunkten, die den religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Anschauungen gleichermaßen gerecht werden. Wenn man Adam Smith nachrühmt, daß er sein wirtschaftliches Lehrgebäude auf die Arbeit gegründet habe, so ist ihm darin die mosaische Gesetzgebung längst zuvorgekommen. Der israelitische Staat war auf die Arbeit als allgemeine Menschenpflicht, als göttliches Gebot gebaut, aber auf eine Arbeit mit bestimmten Ruhepausen (3. Gebot). Die Arbeit war in erster Linie als landwirtschaftliche Arbeit auf eigenem Grund und Boden gedacht, weshalb die Verteilung des Grundbesitzes im Brennpunkte der mosaischen Wirtschaftsgesetze steht. Moses wählte für die Ackerverteilung das Prinzip der Gleichheit für die Familien. Für den Priesterstand aus dem Stamme Levi wurde der Zehnte eingeführt, der Acker gehört als Werkzeug zur Erzeugung des Brotes nur der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Gesetzgebung sorgt in umfassender Weise für die Erhaltung der einmal gewählten Ackerverteilung. Ausdrücklich verboten war der Freihandel mit Land, der Grundbesitz sollte nicht als Ware angesehen werden; Israel war gleichsam nur der Erbpächter des Landes, das Gott gehört und unveräußerlich ist. Zur Erhaltung des Grundbesitzes innerhalb des Stammes wurde bestimmt, daß Erbtöchter mit Landbesitz nicht außerhalb des Stammes heiraten sollten; im Geschlechte bewirkte es die Gaelschaft (ein Verwandter erwarb den Besitz bei Verarmung); in der Familie sorgte die Leviratsehe (mit dem Bruder des kinderlos verstorbenen Ehemannes) für Erhaltung des Grundbesitzes. Um nicht zu großen Reichtum in die Hände einzelner kommen zu lassen, verbat Moses allen und selbst dem König das Ansammeln von viel Gold und Silber, weil er darin eine große Gefahr für den Einzelnen wie für die Gesamtheit sah. Die masaische Gesetzgebung ist eigentlich eine konsequente Mittelstandspolitik, die zunächst für die Landwirtschaft sorgt. Wer einem Volksgenossen in der Not hilft, soll keine Zinsen fordern, nur das geliehene Gut ist zu erstatten. Damit unter ungünstigen Verhältnissen die Schulb nicht auflaufe, sollen im siebenten Jahre, dem Sabbathjahre, alle Schulden nachgelassen werden. Unter solchen Gesetzen ist natürlich das Geldkapital nicht in der Lage, die arbeitende Masse des Volkes zugunsten weniger auszubeuten, das mobile Gut ist nur zur Aushilfe da. Kann sich jemand gar nicht mehr helfen, so darf er seinen Besitz verkaufen, behält aber bach noch das Einlösungsrecht (in der Stadt auf ein, auf dem Lande auf zwei Jahre). Sollten alle diese Bestimmungen nicht die ursprüngliche Ackerverteilung erhalten können, so findet durch die Einsetzung des Jubel- aber Halljahres (alle 50 Jahre) eine völlige Wiederherstellung der ursprünglichen Besitzverhältnisse statt. Damit der Einzelne nicht seinen Besitzstand durch Raubbau vernichte, ist in jedem siebenten Jahre ein Brachjahr, in dem der Acker ruhen soll. Die Armen dürfen ernten, was in diesem Jahre wächst; sie können überhaupt auf dem Felde oder im Weinberg ihren Hunger stillen, dürfen überall Nachernte halten, und jeder Besitzer soll dafür sorgen, daß sie etwas finden

können. Durch Arbeit konnte auch der arm gewordene Israelit wieder in die Höhe kommen, sodaß er niemals unrettbar dem Proletariat überliefert war. Neben Knechten und Mägden auf eine gewisse Zeit gab es auch solche auf Lebensdauer; das Jubeljahr brachte allen die Freiheit zurück nebst dem ehemaligen Grundbesitz. Der Schwerpunkt der mosaischen Arbeitergesetzgebung ruht in der größtmöglichen Erleichterung des Aufsteigens der Arbeiter in die Klasse des selbständigen Mittelstandes und in der Erhaltung desselben. Das sucht er zu erreichen, indem er die Ausbreitung des Kapitalismus verhütet, den Freihandel mit Land verbietet, den Getreidebau und den bäuerlichen Grundbesitz mit allen Mitteln zu erhalten sucht. Für Moses ist der Grundbesitz kein Kapital, sondern ein Rentenfonds, der durch die 50jährige Jubelperiode ganz bestimmt begrenzt ist; nach den bis zum nächsten Jubeljahre möglichen Bodenerträgen richten sich Wert und Verkaufspreis, wobei auch die für die Bewirtschaftung ausgeworfenen Sonderausgaben in Anrechnung kommen. — Die agrarischen Bestimmungen werden mit den zehn Geboten auf eine Stufe gestellt, ihrer Befolgung Segen und ihrer Nichtbeachtung Dürre, Verödung des Landes und Vertreibung und Untergang des Staates und seiner Kultur in Aussicht gestellt."

Wir haben dieses Referat ausführlich nach dem „Volk" wiedergegeben, weil hier einer der nächsten Parteifreunde Stöckers, des Vaters des Antisemitismus, der jüdischen Gesetzgebung und dem jüdischen Ackerbaustaat so sympathische Seiten abgewinnt.

Die jüdischen Kolonien in Argentinien. Aus dem Bureau der Jewish Colonisation Association wird geschrieben: „Die Ernte, welche dieser Tage begonnen hat, wird wahrscheinlich in allen Kolonien eine sehr gute sein. Die Kolonisten haben dieses Jahr bestellt: 30 622 Hektar Weizen, 10 057 Hektar Flachs, 44 288 Hektar Hafer, 370 Hektar Gerste, insgesamt an Winterkulturen 85 337 Hektar. Hierzu kommen Mais- und Luzernefelder, über deren diesjährige Ausdehnung uns bis jetzt genaue Angaben fehlen. Wir schätzen, daß an 7—8000 Hektar mit Mais besät sind, und daß die Luzernefelder, die Anfang des Jahres 19 300 Hektar einnahmen, sich seitdem um zirka 7000 Hektar vergrößert haben. In Mosesville sind acht Pressen zur Luzerne in vollem Gange. Der größte Teil dieser Pressen gehört den Kolonisten. Die Baumkultur beginnt ebenfalls in den Kolonien einen gewissen Aufschwung zu nehmen. Zwei Kolonisten in Mauricio haben vier frühere Zöglinge der Ackerbauschule in Orgejew (Bessarabien) damit beauftragt, einige Gehölze von Weiden und Pappeln, sowie eine gewisse Anzahl von Fruchtbäumen zu pflanzen. Der eine dieser Kolonisten läßt 15 000 Weiden und Pappeln, 600 Fruchtbäume und 400 Weinstöcke pflanzen. Ein erfreuliches Zeichen des Aufschwunges der Viehzucht in den Kolonien ist ebenfalls zu melden. Bei einer landwirtschaftlichen Ausstellung, die neulich in Rafaela (Provinz Santa-Fé) stattgefunden hat, haben mehrere Kolonisten aus Mosesville Zuchttiere ausgestellt, welche allgemeine Aufmerksamkeit erregten. Einer derselben, Hirsch Kaller, hat ein Pferd der Percheronrasse präsentiert, das den ersten Preis davontrug und dessen Wert auf zirka 5000 Pesos (zirka 9000 Mark) geschätzt worden ist. Derselbe Kolonist hat auch für andere Tiere Preise erhalten. Ein weiterer Kolonist, Tramper, hat eine bei ihm geborene Stute für 200 Pesos (zirka 350 Mark) verkauft. Ein dritter, namens Rothmann, hat für 500 Pesos (zirka 900 Mark) einen Zuchtstier gekauft, der dazu bestimmt ist, die Rasse seiner Herde zu verbessern. Gleichzeitig vermehrt sich die Erzeugung von Milch. Die Butter- und Käsefabriken in Clara empfangen und verarbeiten zirka 3000 Liter Milch pro Tag. Die Butterfabrik in Lucienville ist nicht imstande, sämtliche Milch zu verarbeiten, die ihr geliefert wird; man ist im Begriffe, die Produktion der Maschinen zu verdoppeln. Größere Summen werden jetzt allwöchentlich aus den Kolonien nach Europa (hauptsächlich nach Rußland) an Verwandte gesandt. Neulich ist eine Kollekte für die Verunglückten in Casablanca veranstaltet worden, die eine ganz hübsche Summe eingebracht hat."

David Friedrich Strauß und seine Stellung zum Judentum.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Nachdruck verboten.)

I.

Vor 100 Jahren — am 27. Januar 1808 — wurde einer der scharfsinnigsten und geistreichsten evangelischen Theologen und einer der glänzendsten Schriftsteller der deutschen Literatur, *David Friedrich Strauß*, geboren, dessen kritisch-historische Arbeiten über das „Leben Jesu", die „christliche Glaubenslehre", über „den Christus des Glaubens und den Jesus der Geschichte" und sonstige biographische, literatur- und kulturgeschichtliche, teilweise auch politische Schriften eine förmliche Revolution auf geistigem Gebiet hervorriefen und ein beispielloses Aufsehen erregten.

Es ist hier nicht mein Zweck, auf die Bedeutung des ausgezeichneten Forschers, Gelehrten und Schriftstellers näher einzugehen und die Frage zu untersuchen, welche Ergebnisse seine Studien und kritischen Abhandlungen auf dem Gebiete des Glaubens, der Literatur und Wissenschaft gezeitigt haben. Dem Charakter dieses Blattes entsprechend, sei hier nur anläßlich seines bevorstehenden Säkulartages auf die Stellung hingewiesen, die er *dem Judentum* gegenüber einnahm. Man mag über den Theologen, Philosophen, kurz, den Denker David Friedrich Strauß wie immer urteilen, so muß jeder unparteiisch Entscheidende ihm *die* Anerkennung zuteil werden lassen, daß er an die Religion, die Moral und die Ethik die höchsten Anforderungen stellte, und daß der Standpunkt, den er den idealen Gütern des Lebens gegenüber einnahm, ein geradezu erhabener war. In seinem berühmten Werk: „Der alte und neue Glaube, ein Bekenntnis" (Leipzig 1872) hat er das schöne Wort gesprochen, das gewissermaßen den Kern seiner humanistischen Lebens- und Weltanschauung enthält: „Vergiß in keinem Augenblick, daß Du Mensch und kein bloßes Naturwunder bist; in keinem Augenblick, daß alle anderen gleichfalls Menschen, d. h. bei aller individueller Verschiedenheit dasselbe wie Du, mit den gleichen Bedürfnissen und Ansprüchen wie Du sind, — das ist der Inbegriff aller Moral. Vergiß in keinem Augenblick, daß Du und alles, was neben Dir und um Dich, wahrnimmst, was Dir und anderen widerfährt, kein zusammenhangloses Bruchstück, kein bloßes Chaos von Atomen und Zufällen ist, sondern daß es alles nach den ewigen Gesetzen aus dem einen Urquell alles Lebens, aller Vernunft und aller Güte hervorgeht, — das ist der Inbegriff der Religion."

Einen Mann von solch geläuterten Ansichten und einem so weiten und ungetrübten Gesichtskreis mußte begreiflicherweise das *Judentum* als der Träger des unverfälschten, gleichsam absoluten *Monotheismus* sympathisch berühren, und wie sehr er auch gegen die Dogmen eiferte, sie kritisch zergliederte, ja, am Ende seiner literarischen Laufbahn sogar an Stelle der positiven Religion die neueste materialistisch und monistisch gerichtete Naturforschung eines Darwin, Haeckel und anderer setzte, so war doch der ehemalige Repetent am theologischen Seminar zu Tübingen von der erhabenen Gotteslehre, von dem Prinzip, daß nur ein einziges, allmächtiges und allweises Wesen die Welt beherrsche, so überzeugt, daß er in zahlreichen Schriften dem Monotheismus seine Huldigung darbrachte; dies tat er z. B. in dem schon angeführten Werk: „Der alte und neue

Glaube". Dort untersucht er die geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Verdienste, die sich der Monotheismus erworben, auf die außerordentliche Wirkung hinweisend, die diese Religionslehre erzielt hat. Er sagt dann in seinen Betrachtungen über Polytheismus und Monotheismus u. a.: „Die vielen Götter werden ihrer Entstehung gemäß, auch wenn sie noch so sehr auf das sittliche Gebiet hinübergezogen werden, immer an einzelne Naturkräfte und Naturerscheinungen gebunden bleiben und damit, wie wir an den griechischen Göttern sehen, in ihrem Wesen etwas Sinnliches behalten. Schon der vom Polytheismus unzertrennliche Geschlechtsunterschied der Götter ist der Beweis dafür. Dagegen wird sich der eine Gott, schon weil er der Eine und die Natur eine Vielheit von Erscheinungen und Kräften ist, notwendig über die Natur erheben. Diese Erhebung wurde von seiten des jüdischen Volkes zwar nur allmählich und gleichsam widerwillig, doch schließlich um so strenger vollzogen, je tiefer die Nachbarstämme, mit denen sie zu kämpfen hatten, in den Dienst roher Naturgötter versunken waren. Diese waren dem Juden bis auf ihre Bilder hinab abscheulich; darum untersagte er sich schließlich von seinem Gotte jedes Bild. Der Dienst jener Naturgötter, bald ins Greuelhafte, bald ins Sinnliche ausschweifend, mußte dem Verehrer des ihnen über die Natur stehenden Gottes als ein unreiner erscheinen; er widmete seinem Gotte zwar noch lange keinen geistigen, doch einen solchen Dienst, bei welchem Reinheit ein Hauptaugenmerk war. Aus dieser zunächst äußerlichen Reinheit entwickelte sich durch allmähliche Vertiefung die innerliche; der eine Gott wurde zum strengen Gesetzgeber, der Monotheismus die Pflanzschule der Zucht und Sittlichkeit."

Es wäre natürlich töricht, David Friedrich Strauß, den Kant der christlichen Theologie, ich meine, den „All-Zermalmer", den Zweifler, den Nörgler, der die positive Religion in ihren Grundfesten erschütterte, als einen der Unserigen, etwa als „Judengenossen" hinzustellen und den Nachweis führen zu wollen, daß er vor dem Alten Testament, dem Mosaismus und der geoffenbarten Religion auf dem Sinai die kritischen Waffen gestreckt hätte. Aber es muß stark betont werden, daß das Gebot des freien und reinen Menschentums, das seine Seele allezeit stark erfüllte, er vom Staate und der Gesellschaft auch für das Judentum forderte. Er verlangte Humanität, Duldung, Gleichberechtigung und Liebe für die Kinder Israels und ihre Religion, Moral und Ethik. Am glänzendsten und eingehendsten hat er diese seine Forderungen in einem anziehenden, interessanten und anregenden Vortrag, den er am 9. Dezember 1861 in Heilbronn über Lessings „Nathan den Weisen" hielt — dieser Vortrag erschien 3 Jahre später, 1864, Berlin, Verlag von J. Guttentag — ausgesprochen. Bemerkenswert ist, daß denselben eine politische Veranlassung erzeugte: er wurde nämlich „zum Besten der deutschen Flotte unter Preußens Führung" gehalten. Eine Anzahl patriotisch gesinnter Männer, die für eine deutsche Flotte schwärmten, hatten sich zu einer Reihe von Vorträgen zu diesem Zweck mit David Friedrich Strauß vereinigt, und dies brachte für die damaligen Verhältnisse und Stimmungen immerhin anständige Summen zusammen. Aber ehe die Herren mit ihren Vorträgen noch zu Ende waren, begann 1863 mit dem Kampf um Schleswig-Holstein die neue Entwickelung der deutschen Geschicke; die deutsche Flotte unter Hannibal Fischer wurde versteigert und die betreffenden Herren sahen sich veranlaßt, das Geld in einer Bank auf Zinsen anzulegen, bis in der preußischen Politik das Eis geschmolzen sein würde, das jeden Gedanken an das Auslaufen einer deutschen Flotte vorerst unmöglich machte. Der süddeutsche Denker ließ sich nie an seinem Glauben an die Mission Preußens, in Deutschland die Führerrolle zu übernehmen, irre machen. An seiner Ueberzeugung von Preußens Beruf hielt er unerschütterlich fest. Er gehörte bekanntlich zu denen, die 1866 die neue Wendung der vaterländischen Dinge mit ungeteilter Freude begrüßten und von der Zukunft die Ergänzung der Mängel, die dem Werk jenes Jahres noch anhafteten, mit Zuversicht hofften. Als der Entscheidungskampf von 1870 diese Hoffnungen ihrem Ziel näher zu führen versprochen, war er es, der unmittelbar nach dem ersten deutschen Siege — 12. August 1870 — an Ernst Renan, den man den französischen David Friedrich Strauß nennen könnte, in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" ein Sendschreiben richtete, worin er den Versuch machte, mit diesem Pariser Kollegen zugleich das Ausland überhaupt über die neue politische und nationale Entwickelung des deutschen Volkes, die äußerlichen Ursachen des Krieges und das Recht Deutschlands in demselben aufzuklären. In einem zweiten Sendschreiben stellte er mit größter Ueberlegenheit den Sachverhalt klar, den Beweis führend, daß Deutschland berechtigt, ja sogar gezwungen sei, die ihm im 17. Jahrhundert entrissenen Länder zurückzunehmen.

In seinem Vortrag über „Nathan den Weisen" nun schildert Strauß zunächst die Entstehungsgeschichte des philosemitischen Schauspiels und weist die Quellen nach, aus denen Lessing geschöpft hat. Von dem Träger der Titelrolle, „Nathan dem Weisen", wie sich ihn Lessing gedacht, sagt David Friedrich Strauß u. a.:

„Es war eine furchtbare Prüfung, die eben dazumal, als ihm das fremde Kind — nämlich das Töchterchen Assads, des Bruders des Sultans Saladin, der mit einer Stauffin vermählt war, nach dem Tode der letzteren — zur Pflege übergeben worden, über Nathan ergangen war. In einer Judenverfolgung von fanatischen Christen war seine Frau mit sieben hoffnungsvollen Söhnen, seinen sämtlichen Kindern, im angezündeten Hause seines Bruders, zu dem sie geflüchtet waren, verbrannt. Drei Tage und Nächte hatte Nathan in Staub und Asche in verzweiflungsvollem Ringen vor Gott gelegen, hatte bald den Christen unversöhnlichen Haß geschworen, bald der sanfteren Stimme Gehör gegeben, als ihm das Kind gebracht und von ihm als göttlicher Wink zu einem neuen Leben der Vergebung und Liebe empfangen wurde. Die siebenfache Zärtlichkeit, die er für die eigenen Kinder gehegt hatte, übertrug jetzt Nathan, vergeistigt und geläutert überdies, auf das eine fremde Mädchen, dessen Erziehung er sich bald zur heiligsten Lebensaufgabe machte. Nathan hatte die Höhe des Standpunktes erreicht, auf welchem als das Wesentliche der Religion nur das Humane, Vernünftige, Sittliche erscheint, das Dogmatische, die Wunder und Geheimnisse, als Hüllen erkannt werden, die der Weise zwar nicht vor der Zeit abreißt, aber, wenn die darunter keimende Vernunfteinsicht herausgereift ist, mit schonenden Händen entfernt. Nach diesen Grundsätzen hatte er auch die Tochter erzogen und keine Pflicht zu verletzen geglaubt, wenn er das Christenkind vom Judentum aus auf eine Stufe brachte, die ebenso das Ziel einer vernünftigen christlichen Erziehung hätte sein müssen, obwohl sie es, wie Nathan die Christen zu kennen glaubte, schwerlich gewesen sein würde."

Strauß hebt dann die Fülle der glänzenden Charaktereigenschaften dieses Typus eines weisen Juden hervor. Dieser erzieht seine Pflegetochter Recha vernünftig, ist frei von jedem religiösen Fanatismus, klebt nicht am Gelde, sondern ist im Gegenteil freigebig und hochherzig. Die ihr als Dienerin beigegebene christlich-bigotte Daja, die in das Geheimnis eingeweiht ist, d. h. die da weiß, daß Nathan nicht der wirkliche, sondern nur der Pflegevater Rechas ist, versucht zwar, Recha gegen die Juden aufzuhetzen und in ihre Seele Haß statt Liebe zu säen, aber auch diesem Beginnen tritt Nathan nicht mit Heftigkeit oder Leidenschaftlichkeit entgegen, sondern er ist bemüht, durch vernünftige und weise Lehren aufklärend zu wirken. Die Gefahr, daß Recha durch

Daja zur Schwärmerin werden könnte, sucht er dadurch zu beseitigen, daß er die Tochter über die Grundlosigkeit und mehr noch über das Schändliche und Verwerfliche der Grille, die sie sich in den Kopf gesetzt, die Augen öffnet und ihr das Wort zu Gemüt führt:

> Begreifst du aber,
> Wie viel andächtig schwärmen leichter, als
> Gut handeln ist? Wie gern der schlaffste Mensch
> Andächtig schwärmt, um nur — ist er zu Zeiten
> Sich schon der Absicht deutlich nicht bewußt —,
> Um nur gut handeln nicht zu dürfen?

Auf der Höhe seiner wahrhaft ethischen Lebens- und Weltanschauung, seiner Weisheit und seines edlen Charakters steht Nathan, als er sich im Empfangszimmer des Sultans Saladin befindet und der Sultan, der in Geldverlegenheit ist, an ihn die Frage richtet, welche von den drei Religionen, der jüdischen, christlichen und sarazenischen (muhamedanischen), die beste sei. Mit dieser Frage sucht der Großherr dem Juden eine Falle zu stellen, um ihn zu verderben, denn Nathan mochte sie beantworten, wie er wollte, er war in die Hände des Sultans gegeben. Gab er als Jude der jüdischen Religion den Vorzug,, so hatte er den Islam beschimpft und mußte viel, viel bezahlen, erhob er den Islam über die anderen, so mußte er folgerichtig Muselmann werden oder gewaltig finanziell bluten, und ähnlich ließ sich die Sache wenden, falls er dem Christentum den Preis zuerkannte. Aus diesem Zwang zieht sich aber Nathan der Weise durch die berühmte Erzählung von den drei Ringen. Der Sultan ist von ihrem tiefen Sinn so ergriffen, daß er in Nathan den Eingeweihten einer religiösen Einsicht, die auch in seinem Innern lebt, erkennt. Einen solchen Philosophen um Geld zu pressen, widerstrebt ihm so sehr, daß er ihn nur mit der Bitte um seine Freundschaft entlassen will. Die Hochherzigkeit und das feinsinnige Empfinden Nathans offenbaren sich jetzt gerade am schönsten; unter dem Vorwande, als wäre es ihm um eine sichere Anlage für seinen Barvorrat zu tun, bietet er dem Herrscher der Gläubigen dasjenige an, was der Khalif mit List und Gewalt von ihm zu erhalten entschlossen gewesen. Saladin nimmt sein Anerbieten an, wird aber bald darauf durch das Einlaufen des ausgebliebenen und längst sehnlichst erwarteten egyptischen Tributs in den Stand gesetzt, seine Schuld bei Nathan wieder abzutragen

Nachdem Strauß geschichtlich, literar-historisch und kritisch den Charakter des Trägers der Titelrolle des unsterblichen Lessing'schen Schauspiels beleuchtet, erörtert er die Frage, ob dem Dichter in der Tat, wie vielfach angenommen werde, für den Charakter des Nathan sein Freund, der große jüdische Philosoph Moses Mendelssohn, zum Modell gedient habe, und gelangt schließlich zu folgenden interessanten Ausführungen:

„Vergeblich sieht man sich nach bestimmten individuellen Zügen die sich beiderseits entsprechen sollen, um. Nur die allgemeine Stimmung der sittlichen Ruhe und Milde, die auf Nathans Tun und Sprechen liegt, kann an Mendelssohn erinnern, dessen kränkliches, gedrücktes Wesen aber in seinem angeblichen Nachbilde ohne jeden Nachklang geblieben wäre. Nathan ist von Haus aus eine ideale Figur die Verkörperung einer Idee. Diese Idee ist keine andere, als die des religiösen Standpunktes, auf welchem Lessing stand, die Idee der Humanität der allem Dogmen-Wesen entwachsenen, in Liebe tätigen Vernunft-Religion, und insofern könnte man eher Lessing selbst, als Mendelssohn in der Person des Nathan wiederfinden. Jedenfalls gibt die Solidarität der Denkart, die zwischen dem Dichter und seinem Helden stattfindet, dem Bilde des letzteren eine Lebenswärme, die dasselbe für sich schon über die Sphäre einer toten Abstraktion erhebt. Es kommt aber hinzu, daß diese Idee von dem Dichter in den Körper und das Wesen eines Juden gesenkt ist. Dazu veranlaßte ihn zunächst die Erzählung des Boccaccio. Dessen Melchisedek nun aber zum Nathan zu idealisieren, war ihm allerdings durch seine Bekanntschaft mit Mendelssohn besonders nahegelegt: „Welch ein Jude!" sagt der Tempelherr von Nathan — „und der so ganz nur Jude scheinen will." Dies ist auch ein Wink für den Schauspieler, freilich nicht in Nathans Sprache den jüdischen Dialekt klingen zu lassen, wie dies mit großer Verkennung des Unterschiedes zwischen dem idealen Schauspiel und der Komödie schon geschehen ist, aber eine gewisse Schlauheit, die Menschen heranzuholen, ein Sichschmiegen und Kleinmachen, um seine Zwecke, die freilich bei ihm die reinsten und höchsten sind, zu erreichen; auch in seiner Ausdrucksweise neben der dialektischen Schärfe, eine Neigung zu Bild und Gleichnis sind echt orientalisch-jüdische (letzteres allerdings auch wieder persönlich Lessingsche) Züge, die der im Nathan dargestellten Idee zu einer sehr bestimmt ausgeprägten Verkörperung verhelfen. Erinnert uns die Erzählung von den drei Ringen an die Geschichte mit den 3 Kästchen im „Kaufmann von Venedig", so wird man kaum umhin können, bei dem Juden des Lessingschen Stückes an den des Shakespeareschen, freilich als das reine Widerspiel von jenem, zu denken. Wie in „Shylock" der Jude den Menschen nahezu aufgezehrt hat, so ist bei Nathan umgekehrt der Jude bis auf wenige formelle Spuren im Menschen aufgegangen."

Briefkasten.

R. B. in B. Die von der gesamten agrarischen und antisemitischen Presse gierig aufgegriffene tendenziöse Darstellung, die der antisemitische Abg. Raab in der Sitzung des Reichstags vom 7. Dezember d. Js. über den Anteil der Juden an der Kriminalstatistik gegeben hat und die wir in Nro. 51—52 der „Mitteilungen" näher beleuchtet haben, wäre natürlich von jedem, der sich nur einigermaßen mit diesen Dingen beschäftigt, sofort zu widerlegen gewesen, und es ist gewiß bedauerlich, daß diesem erneuten antisemitischen Hetzversuch nicht sofort im Reichstage von einem Redner der Linken entgegengetreten worden ist. Ihre Annahme, daß Rücksichten auf die Blockpolitik hierbei für die freisinnigen Parteien mitbestimmend gewesen sein könnten, vermögen wir jedoch nicht zu teilen; in dem — notabene — ungeschriebenen und von keiner Partei unterzeichneten Blockabkommen steht unseres Wissens nichts davon, daß die linksliberalen Parteien den unwahren Behauptungen der Antisemiten von nun an nicht mehr widersprechen dürfen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 4. Berlin, 22. Januar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Umt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Asemitismus.

Neue Erscheinungen auf dem Gebiete der Palitik und des Geisteslebens erzeugen neue Worte und hinterlassen so für alle Zeiten die Spuren ihrei Wirkung. In den letzten Jahren zeigte sich in Deutschland eine neue Erscheinung: *der passive unpolitische Antisemitismus.* Früher gab es wahl in Deutschland auf dem Gebicte der Judenseindschaft gewisse Abstufungen und Nüancen und man konnte eine ganze Skala aufzählen, so den wissenschaftlichen, den religiösen, den literarischen, palitischen und sazialen Antisemitismus. Der Form nach konnte man zwischen dem sanft säuselnden Salon-Antisemitismus mancher preußischer Minister und dem blutrünstigen Straßen-Antisemitismus eines Grasen Pückler eine ganze Tonleiter van Disharmonien wahrnehmen. Aber — sie waren, in der Sprache wenigstens, nicht differenzieren und für den Laien verbargen. Was äffentlich in die Erscheimung trat, das war ein ausgesprochener Judenhaß, der sich offen als das gab, was er war, und sich hauptsächlich *politisch* betätigte. So galt auch die Abwehr in der Hauptsache dieser Richtung, die leicht zu fassen und vom Standpunkt der Lagik und der Gerechtigkeit zu bekämpfen war.

In jüngster Zeit bildete sich aber allmählich der passive umpalitische Antisemitismus zu einem eigenen Zweige aus, und er fand in der Literatur die Bezeichnung *Asemitismus.* Passiv ist dieser Antisemitismus eigentlich nur nach außen, denn jeder innere Trieb sucht seine Betätigung durch lebendige Handlungen und jede Idee spiegelt sich in der Welt der Wirklichkeit ab. Tatsächlich ist dieser fast ausschließlich *gesellschaftliche* Antisemitismus eine sehr gefährliche Erscheinung, gefährlich um sa mehr, da er weit verbreitet ist und da man seine Schädlichkeit auf den ersten Augenblick nicht so leicht erkennt. Es ist im geistigen wie im physischen Leben, je mehr eine Krankheit im Geheimen wirkt, desto schädlicher sind ihre Folgen. Ja, von dieser neuen Phase, die man jetzt im Gegensatz zu den palitischen Antisemiten als Asemiten bezeichnet, droht für die Zukunft vielleicht die größte Gefahr, weil sie in der Farm nicht abschreckend wirkt und zum Anziehungspunkt für alle unklaren Köpfe wird. Es kammt noch hinzu, daß hier eine Abwehr sehr erschwert ist, weil man den in allen Farben schillernden Asemitismus nicht recht fassen kann. Es scheint ums daher not zu tun, das Wesen und die Wirkungen dieses Antisemitismus zu beleuchten.

Dieser Asemitismus geht van dem Standpunkte aus, daß die jüdischen Elemente in Deutschland sittlich und kulturell niedriger als die Deutschen anderen Glaubens und anderer Abstammung stehen und daß die Vermengung mit ihnen für das deutsche Volk nicht vorteilhaft ist. Er räumt den Juden die erwarbenen politischen Rechte ein, möchte aber *gesellschaftlich* eine Trennung herbeiführen, um die Juden zu isalieren. Die Weltanschauung ist hier alsa dieselbe wie bei den palitischen Antisemiten, nur ist die Farm hier etwas weniger roh, wenigstens nach außen hin. Wie jede antisemitische Richtung hat auch diese ihre Wurzel im Instinkt und auch das Endziel ist wie bei jeder judenfeindlichen Strömung *die Vernichtung der Judenheit.* Nur auf dem Wege vom Ausgangspunkt bis zum Endziel zeigen sich die Differenzen und zwar hauptsächlich in der Wahl der Mittel und in der Form der Bestrebungen.

Ist dieser Asemitismus berechtigter als der Antisemitismus? Nein, wohl aber ist er noch inkonsequenter als der palitische Antisemitismus. Denn wäre die Voraussetzung richtig, daß die Juden wegen ihrer Religion oder ihrer Abstammung irgend welche Gefahr für die deutsche Entwickelung bedeuten, dann wäre es nur logisch, ihnen auch die Bürgerrechte zu verweigern. Trifft aber diese Voraussetzung nicht zu, dann ist es ein schreiendes Unrecht, eine Bevölkerungsklasse durch eine feige und dumme Palitik gesellschaftlich vernichten zu wollen. Wir nennen diese Politik feig, weil sie im Grunde nur aus Schüchternheit die Mittel der Radauantisemiten verwirst. Wenn man einen Menschen nicht tötet, ihn aber aushungert, so ist das nicht maralischer, sandern noch widerlicher. Und diese Taktik ist auch dumm, weil sie im Grunde nicht allein den Juden, sondern auch dem ganzen deutschen Volke nur zu schaden vermag.

Wir leben in einer Zeit, wo das gesellschaftliche Leben seine Niederschläge auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens immer deutlicher zeigt. Eine radikale gesellschaftliche Isolierung müßte daher auch unheilvalle soziale Folgen haben. Wenn der Jude nicht gut genug ist, um mit ihm gesellschaftlich zu verkehren, dann müßte man schließlich auch dahin gelangen, keine Geschäfte mehr imit ihm zu machen, ihm nichts zu verkaufen und nichts von ihm zu kaufen. Denn es wäre dach eine traurige Vornehmheit und eine heuchlerische Moral, im Salon sich streng abzusondern, im Handel aber, wo ein Gewinn winkt, gern zusammenzugehen. Nun bilden die Juden überall, auch in den großen Städten, nur geringe Minoritäten, und wenn sie nur unter sich Geschäfte machen dürften, dann wären sie wirtschaftlich gänzlich ruiniert, ohne daß jemand davon.

einen Nutzen hätte. Durch diese Politik würde man die Juden zwingen, sich in großen Städten zu konzentrieren, um wenigstens an einander einigen Halt zu suchen. Das aber wäre in kultureller wie in sozialer Hinsicht das verkehrteste, das man tun könnte, denn das wäre ja die Erneuerung des Ghettos mit allen seinen Schattenseiten. Und würde etwa die Gesamtheit dabei etwas gewinnen, wenn ihr das jüdische Kapital, die jüdische Unternehmungslust und die jüdische Emsigkeit und Ausdauer entzogen würde? Wer vermag diese Frage zu bejahen? Ein Blick auf Spanien, das von der Natur so begnadigte und wirtschaftlich so arme Land, zeigt uns, wie das Sehnsuchtsreich unserer Antisemiten, das judenreine Paradies, in Wirklichkeit aussieht. Wir haben gewiß keine mystische Auffassung von den Juden und wir schreiben ihnen weder überirdische noch unterirdische Eigenschaften zu, aber nur die Torheit vermag es zu leugnen, daß die Juden einen wichtigen Faktor im modernen sozialen Leben bilden. Sie aus dem wirtschaftlichen Organismus gewaltsam herauszureißen, hieße den ganzen sozialen Körper schwächen. Kann man eine solche Politik noch als vernünftig bezeichnen, von der moralischen und rechtlichen Seite ganz abgesehen? Es ist ein plan- und zielloses Umherirren, ein gefährliches Traumwandeln.

Aber auch die Säulen dieser Weltanschauung sind aus hohlem Thon und sie wanken, wenn man sie mit scharfen Fingern berührt. Die Voraussetzungen dieses Asemitismus sind falsch und beruhen, wenn sie überhaupt von einer innern Ueberzeugung begleitet sind, auf Einbildung. Weder in der jüdischen Religion noch in der Abstammung kann der nüchterne, gerecht denkende Mann eine Gefahr erblicken. Die Religion der Juden ist für jeden Sachkenner kein Geheimnis, sie ist die Mutter aller monotheistischen Religionen und wahrlich eine schlechte Mutter hätte keine herrlichen Töchter zur Welt bringen können. Es gehört ein blinder Fanatismus oder eine für Wahrheit unempfindliche Natur dazu, um nicht einzusehen, daß die jüdische Moral keine andere als die christliche ist. Die schlechten Juden leben ebensowenig im Sinne der jüdischen Moral wie die schlechten Christen im Geiste der christlichen Moral leben. Die Bibel gebietet, daß Kinder nicht wegen der Sünden ihrer Väter und Väter nicht wegen der Sünden ihrer Kinder bestraft werden sollen. Unsere modernen Antisemiten aber möchten die ganze jüdische Bevölkerung für die Vergehen jedes einzelnen Individuums jüdischen Glaubens verantwortlich machen.

„Aber warum sorgen die Juden nicht, daß ihre schlechten Elemente besser werden?" Diesen Einwand hört man oft von allen Salonantisemiten. Ja, wie wollen es die Juden anfangen, diese Aufgabe durchzuführen? In keiner Religionsgesellschaft sind die Bande so locker wie in der jüdischen. In den meisten Staaten Deutschlands besitzen die Juden nicht einmal eine einheitliche kirchliche Organisation. Welche Disziplinmittel kann nun die jüdische Gesamtheit anwenden, um Vergehen und Verbrechen einzelner zu verhindern? Und hat es die christliche Gemeinschaft jemals fertig gebracht, alle räudigen Schafe aus ihrer Mitte auszumerzen und eine Gemeinde von lauter sittlich hochstehenden Menschen darzustellen? Der Verbrecher stellt sich außerhalb jeder Religion und jeder Moral, und er fragt ebensowenig nach den Geboten des alten wie des neuen Testaments. Man gewöhne sich das törichte und ungerechte Generalisieren ab, und man wird zu der Einsicht gelangen, daß man hier wie dort Menschen vor sich hat, Menschen mit Tugenden und Schwächen, mit guten und schlechten Eigenschaften. Alles andere kommt erst in zweiter Reihe in Betracht.

Auf eben so schwachen Füßen steht die Begründung der Minderwertigkeit der Juden durch ihre Abstammung. Die Rassenlehre spuckt heute in vielen Köpfen, und sie richtet viel Unheil an, und wir wollen hier nicht die Unhaltbarkeit dieser Theorie zum so und sovielten Male beweisen. So viel aber ist sicher und für jeden Einsichtigen klar, praktisch läßt sich ein moderner Staat nicht nach den Prinzipien der Rasse regieren. Es gibt heute keinen Staat in Europa, der aus einer Rasse bestände, und die Oeffentlichkeit kann sich mit den dunklen Problemen der Blutmischung nicht befassen. Es ist die Aufgabe des Staates, gute Bürger und moderne Kulturmenschen zu erziehen, aber nicht Rassenzucht nach den verrückten Theorien Hentschels zu betreiben. Die jüdische Abstammung hat viele Männer nicht daran gehindert, hervorragende Gelehrte, Künstler und sogar Kirchenfürsten zu werden. Wie soll sie ein Hindernis bilden, ein nützlicher guter Bürger zu sein? Auch die jüdische Abstammung prädestiniert also weder zum Guten noch zum Bösen.

„Aber — so antworten wieder andere — die Juden haben keine feine Manieren. Man kann daher nicht mit ihnen gesellschaftlich verkehren." Wenn das wirklich der Fall wäre, dann würde dieser Vorwurf nicht die Juden, sondern die christliche Gesellschaft treffen. Denn wenn man eine Bevölkerung zur Isolierung verdammt, dann hat man nicht das Recht, sich darüber zu beklagen, daß sie in den gesellschaftlichen Formen zurückbleibt. In Wirklichkeit aber ist auch dieses ein altes antisemitisches Dogma, das einer dem anderen sinnlos nachschwätzt. Wer ohne Voreingenommenheit die Sache untersucht, der findet, daß es Juden mit den feinsten Gesellschaftsformen und dem zartesten Taktgefühl gibt, ja manche sind sogar von einer krankhaften Sensibilität und Empfindlichkeit. Gewiß gibt es auch unter den Juden entgegengesetzte Naturen, aber — unter welcher Bevölkerung gäbe es solche Elemente nicht? Die guten Leutchens machen meistens den Fehler, daß sie jüdische Hausierer mit christlichen Geheimräten vergleichen, da muß man natürlich zu grotesken Schlußfolgerungen gelangen. Vergleicht solche Leute miteinander, die dieselbe Bildung besitzen, im selben Milieu leben und demselben Stande angehören, und ihr werdet finden, daß Religion und Abstammung hier kaum in Betracht kommen.

Gewiß, jeder hat das Recht, im intimsten Familienverkehr und auch im Vereinsleben sich solche Leute herauszusuchen, die ihm innerlich zusagen. Niemand, auch der liberalste Mann nicht, ist verpflichtet, mit allen Juden gesellschaftlich zu verkehren. Wenn aber jemand einer ganzen Bevölkerungsklasse grundsätzlich wegen ihres Glaubens den Eintritt in die Gesellschaft verweigert, so ist das ein Barbarismus, der mit einer modernen Gesinnung nicht zu vereinbaren ist. In der Normierung nach blinden Instinkten liegt der Fehler. Das Individuum und nicht die Gesamtheit, zu deres gehört, soll geprüft werden, sein Handeln und nicht seine Abstammung soll maßgebend sein.

Daher ist der Antisemit, von welcher Seite man auch ihn betrachten mag, eine durchaus ungesunde Erscheinung, von der nichts Gutes für die Zukunft kommen kann. Nicht auf den Namen kommt es an, sondern auf das Wesen. Äußerlich mag dieser gesellschaftliche Antisemitismus etwas weniger unsympatisch berühren, als der Straßenradau rauflustiger Brüder, innerlich aber ist er ebenso ungerecht und in seinen Folgen ebenso gefährlich wie jener. Haß, bewußter oder unbewußter Haß, ist die Quelle, der alle antisemitischen Strömungen entspringen, und das Meer des Barbarismus ist die Stätte, wohin sie alle münden.

Es ist der Fluch unserer Zeit, daß wir immer auf neue Mittel sinnen, um zu differenzieren und die Menschen von einander zu trennen, statt darauf bedacht zu sein, sie einander näher zu führen. Wie soll da eine gesunde Kultur gedeihen? Alles wird betont, Rasse, Religion, Stand und Klasse, nur das Eine wird beinahe bald vergessen, daß

sie alle Menschen und Bürger sind. Und doch bedürfen wir des bürgerlichen Friedens heute dringender denn je, weil er die erste Bedingung für jedes gesunde soziale Werk und für jeden Kulturfortschritt ist. Wir haschen nach neuen Idealen und vernachlässigen das höchste Ideal der Menschlichkeit. Vor lauter Differenzen sehen wir den einheitlichen Himmel über uns und die gemeinsame Erde unter uns nicht. Bleiben wir mit den Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit, der gemeinsamen Interessen, und erheben wir unseren Blick zu den Höhen der Menschheit, dann wird es besser um uns werden!

Wiener Brief.

II.

(Wie man Schuldenmacher bekämpft und wie man Schulden macht — Niederösterreich — ein Schulparadies. — Dr. Geßmann als moderner Reformer. — Neue Stellen.)

Wien, den 17. Januar 1908.

Die 360 Millionen Kronen-Anleihe ist bewilligt. Der Wiener Gemeinderat hat mit einer Gemütsruhe, als würde es sich um ein kleines Geschäft handeln, die Riesenschuld auf die Schultern der hauptstädtischen Bevölkerung gewälzt. Die Majorität wurde zur Annahme kommandiert; der Bürgerklub wollte es und da mußten die paar Leute unter den Christlich sozialen, die nicht recht für die Sache eingenommen waren, ihre Bedenken zurückhalten. Die Minderheit konnte sich gegen den „Millionenpump" wohl wehren, aber die Majorität entschied doch gegen die begründeten Einwände. Man wird sich gewiß keiner Uebertreibung schuldig machen, wenn man behauptet, daß die Leichtfertigkeit, mit der die 360 Millionen-Anleihe rechnerisch motiviert wurde, in der Geschichte aller Kommunalverwaltungen einzig dasteht. Den Gemeinderäten sind ein paar auf Millionen abgerundete Ziffern vorgelegt worden und jede Detailangabe- und Verrechnung fehlte. Die Mitteilung, daß man die enorme Summe brauchen werde und zwar für die ganz allgemein angeführten Zwecke, müßte auf Treu und Glauben hingenommen werden. Wenn dem Lueger der Achtzigerjahre oder selbst noch der Neunzigerjahre gesagt worden wäre, daß unter seiner Aegide einmal so gewirtschaftet werden würde: Der gute Mann hätte entweder an einen Scherz oder an eine böswillige Verdächtigung gedacht. Damals rechnete der Volkstribun den liberalen Machthabern jede Kreuzerausgabe nach und nichts konnte ihm recht geschehen. Ein fortschrittlicher Gemeinderat, Herr Dr. Hein, war boshaft genug, dem Bürgermeister den Oppositionsmann Dr. Lueger in Erinnerung zu bringen. Ach, armer Karl, ich kenne dich nicht mehr! muß man unwillkürlich ausrufen. Am 5. Mai 1893 hatte der Führer der Christlich sozialen zum Beispiel pathetisch ausgerufen: „Der alte manchesterliberale Grundsatz, daß man gewisse Leistungen auf die Zukunft, auf Söhne und Enkel überwälzen müsse, hat die Staaten und Gemeinden zur Verschuldung gebracht. Der Grundsatz hat nicht bloß die Zukunft belastet, sondern auch die Gegenwart . . ." Vor fünfzehn Jahren drehte es sich nur um ganz kleine Beträge, während man jetzt mit hunderten von Millionen umspringt. Das ist eben der Unterschied zwischen „manchesterliberaler" Sparsamkeit und christlichsozialer Unbedachtsamkeit. Freilich, wenn man eine Partei von „Barrierestöckeln" zur Verfügung hat, dann darf man sich vieles erlauben. Die „Herren von Wien" werden bald Geld in Hülle und Fülle haben und aller Sorgen ledig lustig fortleben können. Reißt irgendwo ein Loch auf, so läßt es sich bei der Fülle der Reserven leicht verstopfen. Da kann man ohne viel Kopfzerbrechen günstige Jahresabschlüsse vorlegen. Und wenn einmal die Kassen leer sein sollten, werden auch die Füße derer, die das herrschende „System" zu Grabe tragen, bereits vor der Türe stehen.

Seine Exzellenz Dr. Geßmann, der Minister ohne Ressort und ohne Arbeit, ist ein trockener humorloser Mensch. Dennoch hat er seine heiteren Tage und zwar gerade dann, wenn er ernste Reden halten will. Im niederösterreichischen Landtage hielt er am 14. d. M. einen langen Speech, der zur Verherrlichung seiner Wirksamkeit als Leiter des Landesschulwesens dienen sollte. Wenn man der jesuitischen Exzellenz Glauben schenken könnte, dann müßten all die großen Sterne am Himmel der Volkserziehung vor Geßmanns Sonnenglanz verblassen. Was bedeutet ein Comenius, ein Pestalozzi? Es gibt nur einen großen Schulmann und das ist Dr. Geßmann! So etwa war der Tenor der Rede gestimmt. Soll man sich mit diesem deplacierten Faschingsscherz ernst auseinandersetzen, soll man die dreisten Lügen Punkt für Punkt widerlegen? Die Christlichsozialen hätten noch Herrn Geßmanns Dafürhalten das Verdienst, den unteren Volksschichten die Möglichkeit einer höheren Bildungserlangung eröffnet zu haben; dieselben Leute, die den niederösterreichischen Landtag mit der Parole: Verringerung der achtjährigen Schulpflicht erobert haben, wären sich also selbst untreu geworden, indem sie das Land zu einem Schulparadies machten? So viele Wandlungen die Antisemiten auch hinter sich haben: Zu Schulfreunden sind sie wahrlich nicht geworden. Aber es ist eine bodenlose Kühnheit — ein derberes Wort wollte aus der Feder fließen — daß sich gerade der Mann als Bildungsfreund gebärdet, der im Jahre 1904 für Niederösterreich eine Schulreform schuf, gegen die selbst die zurückhaltenden, vorsichtigen Wiener Universitätsprofessoren feierlich protestierten. Seine Exzellenz glaubt auch auf das stolz sein zu können, was Niederösterreich für die Ausbildung der Lehrer geleistet hat. Gewiß, die Bevölkerungsvermehrung und die natürliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß da und dort eine neue Anstalt gebaut werden mußte. Ja, hätte nicht einmal dies wenige geschehen sollen? Von dem Geiste, der in diesen neuen Gebäuden lebt, sprach der Minister nicht. Er redete auch nicht davon, daß die Lehrer in Niederösterreich auf das Niveau von Parteiagitatoren gewaltsam herabgedrückt wurden und unsäglichen Drangsalierungen ausgesetzt sind, wenn sie ihren Charakter nicht preisgeben wollen. Soll man die Geschichte der Beförderungen in Wien und Niederösterreich erzählen und all' der Opfer einer schmachvollen Günstlingswirtschaft gedenken? Wer für den „Organisator der christlichsozialen Siege" ein brauchbares Werkzeug abgab, der avancierte, einerlei, was er als Lehrer leisten mochte. Wer dagegen der Jugend lebte, seinem schönen Berufe mit Leib und Seele diente und pädagogische Fähigkeiten besaß, der war verloren, so ferne er nicht parteipolitische Geschäfte besorgte und mit den Katecheten (Religionslehrern) auf gutem Fuße stand. So war es, so ist es im Lande Niederösterreich, das Geßmanns schwere Hand seit langem fühlen muß.

Geßmann, jetzt der eigentliche Führer der Christlichsozialen — Dr. Lueger ist wieder krank — hat aber die Maske eines modernen Mannes nicht nur im niederösterreichischen Landtag aufgesetzt, wo es schließlich bloß einen ernst zu nehmenden oppositionellen Abgeordneten gibt, sondern er wagte sich damit unter ernste, nüchterne Leute, von denen man meinen sollte, daß sie sich kein X für ein U vormachen ließen. Seine Exzellenz hielt am 12. d. M. im Wiener „Verein für Schulreform" ein ausgewachsenes Referat, das ihn zur Abwechslung in der Rolle eines warmen Freundes der Reform des Gymnasialunterrichtes zeigte. Schöne Worte sind billig wie Brombeeren, dachte Geßmann und überschüttete damit die Zuhörer. Wirklich ging ihm die Oeffentlichkeit auf den Leim, die von der Rede durch die Zeitungen Kenntnis erhielt. Ein kluger Mann: argumentierten

viele, einer der nur angeschwärzt wird, aber nicht schwarz sein kann. So sind eben die Oesterreicher! Hat eine Exzellenz ein freundliches Wort übrig, gleich ist die Urteilskraft verloren. Daß Herr Geßmann nur modern redet, um bei seiner reaktionären Tätigkeit weniger beaufsichtigt zu sein, sehen die Biederen nicht ein. Seine Exzellenz aber kennt seine Pappenheimer.

Die Welt mit einem christlichen Sozialismus zu beglücken, zogen die ersten christlichsozialen Theoretiker aus, die Welt mit dem Antisemitismus zu verpesten, haben die ersten christlichsozialen Praktiker in Oesterreich angestrebt. Jetzt aber konzentriert sich ihr ganzes Denken auf die Erjagung von Aemtern, auf die persönliche Bereicherung. Der Liebling Dr. Luegers, Herr Dr. Weißkirchner, hat unlängst den Ruf nach neuen Parteipfründen ausgestoßen und die Schaffung von parlamentarischen Sektionschefstellen in den Ministerien verlangt. Ein Dutzend Exzellenzen mehr und die christlichsoziale Partei ist zufrieden, ob auch der „dumme Kerl von Wien“? — wer fragt danach? rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Antisemiten und die Blockpolitik. Das Organ der sächsischen Reformpartei scheint allen Ernstes die Auffassung zu vertreten, daß im Zeichen der Blockpolitik die Besitzstände der Antisemiten sakrosankt seien, während sie selber natürlich das Recht haben, in den Jagdgebieten anderer Parteien nach Herzenslust zu pürschen. Die Vertrauensmänner der Liberalen Vereinigung der drei Reichstagswahlkreise Dresden-Neustadt, Bautzen-Kamenz und Riesa-Großenhain haben kürzlich eine umfassende organisatorische und agitatorische Arbeit in diesen Wahlkreisen beschlossen. Dieser Beschluß hat die „Deutsche Reform“, das Organ des Abg. Zimmermann in gelinde Raserei versetzt; das Blatt tobt also:

„Noch interessanter ist uns der Pferdefuß, den die Liberale Vereinigung herausstreckt. Welche Absichten sie beseelen, beweist die Tatsache, daß die edle judenfürchtige Vereinigung sich zwei Kreise herausgesucht hat, die reformerisch vertreten sind, während in dem dritten (Dresden-Neustadt) der Reformer gegenüber dem Sozialdemokraten die meisten Stimmen bei der letzten Reichstagswahl erhielten. Wir heißen die Freunde vom Blocksberge herzlich willkommen. Keinen größeren Gefallen können uns die Söldlinge der Judenbörse erweisen, als offen ihre geheimen Absichten zu verraten. Dagegen gibt es nur eine ehrliche grade Losung: Hinaus mit den Berliner Judenknechten aus Sachsen! Pfui über den Deutschen, der sich zur Kalte ihres Bedienten entwürdigt!“

So wird den Freisinnigen die aktive und passive Unterstützung, die sie bei den Stichwahlen den Antisemiten leider geleistet haben, noch nachträglich gelohnt. Die Liberale Vereinigung dieser drei Reichstagswahlkreise, deren politische Bemühungen, die Scharte der letzten Wahl auszuwetzen, wir nur anerkennen können, wird hoffentlich die Antwort herauf nicht schuldig bleiben.

Der Antisemitismus und das Wahlrecht. Bekanntlich sind unsere Antisemiten vor den Reichstagswahlen stets die lebhaftesten und treuesten Verteidiger des freien Wahlrechts. Nach den Wahlen zeigen sie aber in ihrer Presse häufig ein anderes Gesicht und es ist interessant, ihre jetzige Stellung zum Wahlrechtskampf in Preußen zu beobachten. In langen Artikeln höhnen sie über die „Freisinnigen“ wegen ihrer getäuschten Hoffnungen in der Frage der Wahlreform und werden nicht müde, die Regierung zu ermuntern, dem Liberalismus keine Konzessionen zu machen. Wahrscheinlich sind sie sich dessen bewußt, daß für sie bei einer gesunden Reform nicht viel zu gewinnen ist. Sie betrachten ja alles vom kleinlichen Standpunkte des Parteiinteresses. Kennzeichnend für sie ist auch die wilde Hetze gegen die Sozialdemokratie, die man überall in ihren Blättern findet. Nun kann man über Volksdemonstrationen auf der Straße denken, wie man will. Aber unsere Antisemiten, die in ihren Versammlungen und in ihren Flugblättern stets an die niedrigsten Instinkte des Volkes appellieren, haben kein Recht, sich über die Sozialdemokraten aufzuregen. Ihre Kampfesweise ist zweifellos viel roher und volksaufreizender als die irgend einer Partei, und was sie erstreben, ist die Anarchie, also ein sehr gefährliches Ideal. Nur giebt es leider immer noch Leute, die sich durch die billigen patriotischen Phrasen täuschen lassen. Der Antisemitismus ist eben seiner ganzen Natur nach eine reaktionäre Bewegung, und wenn er hie und da mit freiheitlichen Ideen kokettiert, so geschieht es nur, um politischen Bauernfang zu treiben und unklaren Köpfen durch große Worte zu imponieren.

Zu den diesjährigen Ordensverleihungen an Parlamentarier insbesondere der Blockparteien macht die „Deutsche Reform“ des Abg. Zimmermann folgende mißvergnügte Glosse:

„Die Verdienste um den Block begründen die Auszeichnung, aber die ungeberdigen Anhänger draußen haben dafür vielleicht nicht das rechte Verständnis. In solche schlimme Gewissenspein werden die reformerischen Abgeordneten nicht versetzt; schon weil sie Antisemiten sind, geht der preußische Ordenssegen an ihnen vorüber. Die Kreuze verleiht man heute den Juden und Judengenossen und wir sagen vergnügt: das ist richtig.“

Also sind die Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Lattmann, die ebenfalls Orden erhalten haben, „Juden und Judengenossen“!

Vermischtes

Der kürzlich verstorbene Rentier Herr **Max Moll** in Charlottenburg hat dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus die Summe von 2000 Mark vermacht. Für diese Förderung seiner Bestrebungen ist der Verein dem edlen Spender zum aufrichtigsten Danke verpflichtet. Er erblickt in dem Akte der Liberalität eine Ermutigung, auf dem bisher aan ihm verfolgten Wege fortzufahren.

Aus den Kreisen jüdischer Studenten werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unsere in Nr. 35 der „Mitt.“ v. J. in einem Artikel welcher sich mit der Auflösung der Heidelberger „Badenia“ beschäftigte, enthaltene Charakteristik dieses Vereins, wie des „K. C.“-Verbandes, nicht zutreffend ist. Die im „K. C.“ vereinigten Akademiker verfolgen keineswegs separatistische Bestrebungen, wie die verschiedenen auf national-jüdischem (zionistischem) Baden stehenden Korporationen, zu denen sie in ausgeprägtem Gegensatz stehen; sie dienen ebenfalls lediglich der Abwehr des Antisemitismus. Der § 3 der Statuten des „K. C.“ lautet:

„Die Verbindungen im K. C. haben zum Zweck den Kampf gegen den Antisemitismus in der deutschen Studentenschaft und die Erziehung ihrer Mitglieder zu selbstbewußten Juden, die auf deutsch-vaterländischer Grundlage im bürgerlichen Leben die vollständige politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der deutschen Juden erstreben.“

„Die Verbindungen im K. C. nehmen keine Stellung zu irgend welchen politischen und religiösen Sonderbestrebungen innerhalb des Judentums.“

Wir gestehen ganz offen, daß wir nicht gerade oft in die Lage kommen, von einer Richtigstellung mit solcher Befriedigung Kenntnis zu nehmen, wie im vorliegenden Falle; unser Irrtum war wohl aber angesichts der großen Zahl der in jedem Semester erfolgenden Neugründungen

spezifisch jüdischer Studentenkorporationen verzeihlich. Zur Sache selbst — der Suspension der „Badenia" — wird uns von autentischer Seite noch Folgendes mitgeteilt:

Die Aufhebung wurde seitens der Disziplinarbehörde nur damit begründet, daß eine farbentragende jüdische Verbindung an und für sich, schon durch ihre Existenz, den akademischen Frieden gefährde, weil die antisemitischen Korporationen und der antisemitische Teil der Studentenschaft schon an ihrer bloßen Existenz Anstoß nähmen, so daß Konflikte auf die Dauer kaum zu vermeiden wären. Hat doch sogar der damalige Heidelberger Universitätsamtmann Dr. Holderer, jetzt in Kehl, einem Vertreter der „Badenia" wörtlich erklärt: „Setzen Sie Kouleur ab und Sie haben Ruhe vor uns", ein Verlangen dessen Unerfüllbarkeit jeder mit studentischen Verhältnissen halbwegs Vertraute ohne Weiteres erkennen wird. Daß jene Entscheidung der akademischen Behörde eine unverhüllte Kapitulation vor dem Antisemitismus gewisser studentischer Kreise darstellte, die erfolgte, ohne daß überhaupt in die geringste Untersuchung darüber eingetreten war, wen die Schuld an den Konflikten zwischen „Badenia" und den gegnerischen Korporationen traf, und daß jene Entscheidung das Inkorporationsrecht der jüdischen Studenten, ihr Recht, Farben zu tragen, ganz einfach dem Belieben irgendeiner antisemitischen Korporation überantwortete, kann nur ein Uebelwollender leugnen.

Dr. Liman, auch eine antisemitische Leuchte, hat im Harden-Prozesse eine so seltsame Rolle gespielt, daß die antisemitischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" es für angezeigt hielten, ihn nicht mehr als Chefredakteur zeichnen zu lassen. Ganz hat das Blatt sich jedoch nicht von ihm zu trennen vermocht. Er wird nach wie vor sein antisemitisches Licht als Leitartikler und Berliner Korrespondent in dessen Spalten leuchten lassen dürfen, aber das Publikum, das große, dumme, wird nichts davon merken. So gelingt der antisemitischen Ehrlichkeit das nicht ganz leichte Kunststück, den Pelz zu waschen und ihn doch nicht naß zu machen. Wegen der Rolle aber, die die Herren Harden, Justizrat Bernstein und Dr. Magnus Hirschfeld in dem Prozesse gespielt haben, glaubt die „Staatsbürgerztg." die Berechtigung haben zu dürfen, zu verlangen, daß den Juden überhaupt die Offizierskarriere und die Laufbahn des höheren Beamten verschlossen bleiben. Seltsame Logik, seltsamer Gerechtigkeitssinn! Denn den guten Glauben der Herren Justizrat Bernstein und Dr. Magnus Hirschfeld und selbst des Herrn Harden hat kaum jemand bezweifelt, ihr Verhalten mag sonst noch so sehr mißbilligt werden. Herr Dr. Liman aber hat vor dem Prozesse so gesagt, so in die Feder diktiert, vor Gericht aber sagte er ganz anders.

Hagen i. W., 12. Januar. Ein drastisches Vorkommnis ereignete sich hier kürzlich. Im städtischen Musikverein sollte über die Aufnahme einer jüdischen Dame abgestimmt werden. Der Verein setzt sich fast nur aus christlichen Mitgliedern zusammen; eine einzige jüdische Dame gehört ihm an. Bei der heutigen Zeitströmung wäre es nun selbst im „liberal" denkenden Hagen nicht verwunderlich gewesen, wenn man bei der Wahl die zweite jüdische Dame einfach nicht aufnahm. Wer aber beschreibt das Erstaunen der Anwesenden, als sich nach der Wahl herausstellte, daß sämtliche christliche Mitglieder für, und nur die jüdische Dame gegen die Aufnahme der Jüdin gestimmt hatten. Nach dem Grunde dieses sonderbaren Benehmens gefragt, antwortete jene, daß es nicht angängig sei, die Glaubensgenossin aufzunehmen, weil der Gatte der Dame seinem Berufe nach — er ist Viehhändler — ihr nicht gefalle. Die christlichen Mitglieder des Vereins aber nahmen daran nicht den geringsten Anstoß. Wenn man noch berücksichtigt, daß die protestierende Dame Vorsteherin eines jüdischen Frauenvereins zur Förderung von Liebeswerken ist, so erübrigt sich wohl eine weitere Bemerkung.

Rassen-Hochmut. In dem „Pädagogischen Archiv" plädiert Dr. Grävell-Heidelberg für die Belehrung der Schüler über das Rassenproblem mit folgenden Argumenten:

„Bei der ungeheuren Bedeutung, die die Rassenprobleme immer mehr gewinnen, kann auch die Schule sie nicht länger „vornehm" ignorieren. Besonders pädagogisch wichtig aber erscheint die Einführung des Verständnisses für die Bedeutung der germanischen Rasse für die Welt. Es ist geradezu beschämend für unser angeblich „nationales" Schulwesen, daß man von solchen Dingen noch nichts vernimmt. Dafür ist es ja auch „klassisch", aber beileibe nicht volkstümlich. Die Franzosen richten ihre Schüler förmlich ab, in ihrer Nation das einzig Große in der Welt zu sehen; wir aber versäumen, das wenige, was wir von Nationalstolz haben, zu erhalten und zu erweitern." Der Verfasser geht dann auf die Besprechung des Buches von Woltmann über „Die Germanen in Frankreich, eine Untersuchung über den Einfluß der germanischen Rasse auf die Geschichte und Kultur Frankreichs" ein und kommt zu folgenden Resultaten:

„1. Wir sollen im Unterrichte die großen Romanen als das ansehen, was sie waren, als Germanen, die durch romanische Zivilisation, Klima, Umwelt usw. verfeinert waren, so daß wir sie als unser in Anspruch nehmen und bewundern können ... Wir sollten arisch erziehen. Es gibt keine trennenden Schranken innerhalb des Ariertums.

2. Wir sollen beim Unterrichte beständig darauf hinweisen, daß unsere Rasse die maßgebende, die Genies schaffende ist. Das gibt den Schülern Stolz und Zuversicht und gleichzeitig den Wunsch, es den Ahnen gleich zu tun. Ich verweise dieserhalb auf meine „Zehn Gebote des Germanen", die man in den Schulen auswendig lernen und erklären sollte.

3. Man soll der Jugend einen klaren Begriff geben, was Reinheit der Rasse bedeutet. Alle Völkerbewegungen beruhen auf dem instinktiven Vordringen der einzelnen Rassenschichten; jede will herrschen. Aber die Herrschaft gebührt nur der edlen arischen Rasse. Geht sie eine schlechte Mischung ein, dann hört die Aristokratie auf, und die Demokratie bringt schlechte Elemente oben hin. Die Zukunft gehört dem rasseneinsten Volke."

In der „Ethischen Kultur" gestattet sich „ein Mitglied einer nichtarischen Rasse" (Dr. Immanuel Lewy) diesen drei Vorschlägen folgende drei andere entgegenzustellen:

„1. Man soll die Jugend belehren, daß eine Person oder Menschengruppe nicht durch das geadelt wird, was ihre Ahnen taten, sondern was sie selbst tut. 2. Man soll die Jugend belehren, daß eine gesittete Person oder Menschengruppe ihre kostbare Zeit nicht damit verbringt, nur ihre eigenen Vorzüge zu sehen und damit zu prunken, sondern sich Mühe gibt, die Vorzüge anderer zu sehen, um von ihnen zu lernen. 3. Man soll die Jugend belehren, daß das einträchtige Zusammenarbeiten verschiedenartiger Menschen und Menschengruppen für die Kulturentwickelung mehr Heil bringt als die unerträgliche Menschen- und Völkerzwietracht."

Judenriecherei. Ein richtiger Antisemit sollte eigentlich von Mutter Natur mit einem besonders scharfen Riechorgan ausgestattet werden. Denn die Judenriecherei gehört doch einmal zum antisemitischen Berufe, und sie ist gar nicht so leicht, denn oft lassen einen alle Rassenregeln im Stiche und man überzeugt sich erst zu spät, daß man mit einem Juden oder „Judenstämmling" gesprochen hat. Im Geschäftsleben freilich macht es nichts, denn nach dem antisemitischen Ehrenkodex gilt es durchaus nicht als unanständig, mit Juden Geschäfte zu machen und durch sie Geld zu verdienen, ja sogar jüdische Inserate darf eine gesinnungstreue antisemitische Zeitung annehmen, wenn sie dafür im redaktionellen Teile um so heftiger auf die Juden schimpft. Aber das Gesellschaftsleben muß „judenrein" sein und namentlich in der Literatur und in der Wissenschaft muß man bei jedem, der keine antisemitische Gesinnung zeigt, genau forschen, ob sich nicht unter seinen Ahnen ein Jude findet. Denn natürlich kann nur ein „Judenstämmling" eine freundliche Gesinnung für die Juden hegen. Ja, selbst eine konservative Weltanschauung schützt vor dem Verdachte nicht, von Juden abzustammen, wenn man in irgend einer Beziehung zu einem getauften oder nicht getauften Juden steht.

Professor Schwenninger ist zwar kein Antisemit, aber ein durchaus konservativer Mann. Er war lange der Leibarzt und intimer Freund des Fürsten Bismarck, und der erste Reichskanzler setzte es trotz des Protestes der Liberalen und namentlich Virchows durch, daß er Professor an der Berliner Universität wurde. Damals hat, soviel wir uns erinnern können, kein Antisemit in Deutschland die urgermanische Abstammung dieses Gelehrten angezweifelt.

Aber — Schwenninger hat inzwischen ein großes Verbrechen begangen, er ist der Freund des getauften Juden Harden geworden, und das kann selbstverständlich nur davon kommen, daß auch in seinen Adern semitisches Blut rollt. In einer der letzten Nummern der „Deutsch-Soz. Blätter" finden wir im „Briefkasten" folgende vielsagende Notiz:

„L. B. in Karlsruhe wünscht zu wissen, ob der schwarzhaarige Prof. Schwenninger reindeutscher Abstammung ist. Vielleicht weiß einer der Leser dazu etwas Sicheres mitzuteilen."

Wir fürchten, daß der um die Reinheit des Deutschtums so besorgte Herr in Karlsruhe und mit ihm sein geliebtes Leibblatt eine Enttäuschung erleben werden und daß Schwenninger bajuvarischer, also „rein deutscher" Abstammung ist. Wir würden aber den Antisemiten raten, in jeder größeren Stadt Deutschlands eine Untersuchungsstation für Blutanalysen zu errichten und jeden, der mit einem Juden spricht oder verkehrt, einer gründlichen Rassenuntersuchung zu unterziehen.

Aus Tilsit wird uns geschrieben: Der Parteisekretär der Freisinnigen Volkspartei, Herr Schumacher, hielt vor kurzem in einem Vororte Tilsits eine Versammlung ab, in der einige Sozialdemokraten skandalierten. In dem durch die Tageszeitungen gehenden Versammlungsbericht wurde auch der Name eines tonangebenden Sozialdemokraten erwähnt; der Mann heißt Medlenburger. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" — vielleicht sind andere gleichgesinnte Antisemitenblätter dem Beispiele gefolgt — setzte aber hinter den Namen ein (!). Diese Gepflogenheit der antisemitisch gesinnten Zeitungen bedarf einer Erklärung nicht. Die „Deutsche Tageszeitung" kann sich jedoch beruhigen, das Ausrufungszeichen würde viel besser für ihre Judenriecherei passen. Der Tilsiter Sozialdemokrat, Schriftsetzer Friedrich Medlenburger, ist weder Jude noch Judenabkömmling. Mit der Judenriecherei war es diesmal also wieder nichts.

Zugunsten des Vereins für ein Heine Denkmal in München hat der dortige Literarische Verein „Phöbus" am 19. d. M. einen Vortragsabend veranstaltet; der vornehm ausgestatteten Festgabe entnehmen wir folgende Beiträge:

Wilhelm Raabe schreibt:

„Ich glaube nicht, daß der deutsche Michel sich jemals in seiner Hausbücherei den Barbier und den Pfarrer über das „Buch der Lieder" kommen lassen wird."

Otto Julius Bierbaum's Widmung lautet:

„Dem deutschen Dichter Heinrich Heine gebührt ein Ehrenplatz in der Ahnengalerie der guten Europäer."

Richard Voß dichtete:

„Wenn Deutschland endlich Dir dein Denkmal gibt,
Dem Dichter, den die Muse hat geliebt,
So muß, wenn Deutschlands Kinder vor dein Bildnis treten,
Der bloße Marmor selbst vor Scham erröten,
Weil Du erst jetzt in Stein erstehen wirst,
Geliebter großer deutscher Dichterfürst."

Die Schlußstrophe eines Gedichts von Wilhelm Jensen lautet:

„Ihn lächeln sah' ich: Deutsche Träumerei!
Wozu aus totem Stein mein Konterfei?
War ich ein General der Kavallerie?
Ein Säulenheil'ger der Orthodoxie?
Ich lebe ja in euch, werd' in euch allen
Fortleben noch, wenn Erz und Stein zerfallen.
Denkmäler mögt ihr, wollt ihr mich ergetzen,
Für Rosegger und Adolf Bartels setzen.
Dem deutschen Volk ins Herz hinein gedichtet,
Hab' ich das meinige mir selbst errichtet."

Alfred Kerr, der den Festabend mit einer Ansprache eröffnete, teilte darin mit, daß auch ihm Max von Rottenburg, der langjährige Chef der Reichskanzlei, bestätigt habe, daß Fürst Bismarck das Wort gesprochen habe: „Vergessen die Herren denn ganz, daß Heine ein Liederdichter ist, neben dem nur noch Goethe genannt werden darf?" Er, der Nationalist einer, war für ein Heine-Denkmal. Die Devise der Kämpfer für das Heine-Denkmal ist: „Schlage die Trommel und fürchte Dich nicht!" Zu den bereits vorhandenen 40 000 Mk. sollte der Festabend neue Mittel hinzuführen.

Antisemitischer Lakaienstil. Ob Buffon mit seinem Ausspruche Le style c'est l'homme recht hat, ist sehr fraglich, aber daß der Stil etwas von der Persönlichkeit ist und ein Stück des Charakters offenbart, das ist sicher. Ein innerlich wirklich freier Mann wird nie einen servilen Stil schreiben. Ebenso wird ein klar denkender Mann sich auch in seinem Stile als schlicht und klar erweisen. Auch unsere Antisemiten verraten häufig in ihrem Stile ihren Charakter und ihre Menschlichkeit. Sie schreiben den rohen Hausknechtsstil, wenn sie den Gegner angreifen, und den widerlich süßlichen Lakaienstil, wenn sie ihre Führer verherrlichen wollen. In einem Berichte aus Kassel über eine antisemitische Versammlung, in der der Abgeordnete Lattmann die Hörer beglückte (Deutsch-Soz Blätter v. 15. Januar) finden wir folgende herrliche Stilblüte, die der Nachwelt überliefert zu werden verdient:

„Mit mustergiltiger Aufmerksamkeit und steigender Spannung folgte man überall den hochinteressanten, von nationalem Geiste getragenen Ausführungen des Redners. Immer wieder mußte der Redner das Wort nehmen, um in ernsten und heiteren Bildern die Aufgaben, wie auch das Leben und Treiben des Reichstages zu beleucht n. Drei bis vier Stunden selbst folgten die Versammlungsbesucher den geistvollen Gedankengängen, ohne daß sich auch nur die geringste Abspannung bemerkbar machte. Wer in die leuchtenden Augen schaute, wer den herzlichen Verkehr zwischen den Wählern und ihrem Abgeordneten beobachten konnte, dem zeigten sich Stimmungsbilder, die es erkennen ließen, wie tief die Anhänglichkeit und Zuneigung zu ihrem Amtsgerichtsrat Lattmann in den Herzen auch dieser Volkskreise wurzelt."

Der Verfasser dieses edlen Elaborats scheint ein direkter Nachkomme des seligen Schmock zu sein, aber — er hat seinen Vorfahren längst übertrumpft. Solche „Diamanten" hätte der gute Schmock auch in seiner Blütezeit nicht erzeugen können.

David Friedrich Strauß und seine Stellung zum Judentum.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Nachdruck verboten.)

II.

Strauß unterläßt es nicht, auch bei diesem Anlaß gegen das unduldsame Pfaffentum, das die Parole ausgegeben und ausgiebt: „Der Jude wird verbrannt" in schärfster Weise seine Stimme zu erheben. In der Person des Patriarchen habe Lessing einen wenig empfehlenswerten Vertreter des Fanatismus, der Rachsucht und der Bigotterie dem deutschen Volke vorgeführt. Strauß weist nach, daß dieser Patriach von Jerusalem eine geschichtliche Person gewesen und eigentlich Heraklius geheißen habe. In einer handschriftlichen Note bedauert Lessing, daß der Patriarch in „Nathan dem Weisen" bei weitem nicht so schlecht erscheine, wie der Geschichte und diese Ansicht bestätigt Strauß mit den Worten

„Dieser Kirchenfürst war zugleich ein höchst sittenloser Mensch, der mit der Königin Sybille von Jerusalem in anstößigstem Verhältnisse lebte und ein feiger Mensch, der in Stunden der Gefahr das heilige Kreuz, das er im Heere zu führen hatte, einem andern überließ. Doch hat der Dichter dies als nicht zu seinem Zweck gehörig bei Seite gelassen, um den Mann mit einfachen aber um so stärkeren Zügen nur als Hierarchen, als das Vorbild eines Pfaffen wie er nicht sein soll zu zeichnen. Wie er sich in einem Prunke gefällt, der einem christlichen Seelenhirten übel ansteht, so liegt ihm auch alles

andere eher als das Heil der ihm anvertrauten Seelen am Herzen. Er hat seine Hände in allen politischen Händeln, er weiß alles auszukundschaften und auch alles an verborgenen Fäden zu seinem Zwecke zu lenken. Diese Zwecke laufen, wenn man ihn hört, alle in dem Wohle der Christenheit, in der größeren Ehre Gottes zusammen. Was zu diesem Zwecke zu tun sei, das hat der Laie vom Priester, vom Bischof zu vernehmen und seiner Anweisung wie der Stimme eines Engels ohne viel Grübeln zu gehorchen. Vor diesem höchsten Gebot hat jede scheinbar entgegenstehende Pflicht, alle eitele Vorspiegelung der sich überhebenden Vernunft zurückzutreten; selbst Verrat und Mord sind nicht nur erlaubt, sondern Pflicht, wenn zur größeren Ehre Gottes der Priester sie vorschreibt. Daß hinter dieser größeren Ehre Gottes nur die größere Ehre der Hierarchie, hinter dem Wohl der Christenheit nur das Wohlsein der Pfaffheit steckt, versteht sich von dergleichen Mitteln von selbst. Einem solchen Hierarchen ist dann natürlich am Christentum das äußere Bekenntnis die Hauptsache. Mag der Jude das Christentum, menschlich genommen, noch so gut erzogen haben, da er es nicht nach dem christlichen Katechismus erzogen hat, so kann ihm jenes nichts helfen, er wird verbrannt; und hat er es vollends in gar keiner positiven Religion, nur rein vernünftig erzogen, so ist das noch schlimmer; lieber einen falschen Glauben als gar keinen Glauben; dabei hofft der Priester auch den weltlichen Machthaber zu fassen; er will ihm begreiflich machen, wie gefährlich selbst für den Staat es ist, wenn der Mensch nichts glauben darf."

Gotthold Ephraim Lessing hat wohl noch nie einen kongenialeren verständnisvolleren und begeisterten Kommentator seines „Nathan" gefunden, wie David Friedrich Strauß es war. Was dieser von den drei Ringen und ihrer geheimnisvollen Kraft sagt, gehört mit zu dem Schönsten, was er überhaupt geschrieben. Bei Lessing, so führt er unter anderem aus, habe der Ring oder der Besitzer des Ringes außer seiner vorweisbaren äußeren Gestalt noch eine geheimnisvolle Kraft, nämlich die, vor Gott und Menschen angenehm zu machen; eine magische Kraft dieser Art lasse sich weder nachmachen, noch könne sie ohne Wirkung bleiben. Demjenigen von den drei Brüdern, der den echten Ring besitze, könne die Liebe der beiden andern unmöglich fehlen. Streiten sie sich aber statt dessen untereinander, zeige sich keiner im Besitze der Kraft, die Herzen der beiden anderen zu gewinnen, so folge daraus, daß keiner den echten Ring habe, daß dieser verloren gegangen sei, und daß diejenigen, die sie haben, alle falsch seien:

„Wenn der Richter die Söhne auffordert, der Kraft des Steins in ihrem Ring mit Sanftmut, mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun, mit innigster Ergebenheit in Gott zu Hilfe zu kommen, so geht hier das Bild in seine eigene Auslegung über: diese Tugenden, als die sittlichen Wirkungen der Religion sind es eben, was durch die magische Kraft des Steins im Ring abgebildet wird. In ihnen, nicht in dem äußeren geschichtlichen Grunde, liegt der untrügliche Beweis für die Wahrheit ihrer Religion. Diejenige Religion wird die wahre sein, nicht deren Stifter angeblich das übermenschlichste Wesen war, die meisten Wunder getan und die unbegreiflichsten Geheimnisse gelehrt hat, sondern die, welche die besten Menschen und die meisten guten Menschen macht".

Lessing habe, so weist Strauß nach, in dem Schauspiel „Nathan der Weise" all' das gegeißelt, was er um sich her als christliche Frömmigkeit sah und was er an den meisten Orten noch heute als solche sehen würde. Seinen Standpunkt habe er dem Nathan in den Mund gelegt, indem er diesen zum Tempelherrn sprechen lasse:

Sind Christ und Jude eher Christ und Jude
Als Mensch? Ach, wenn ich einen mehr in Euch
Gefunden hätte, dem es genügt, ein Mensch
Zu heißen!

So habe Schiller auch Rousseau deshalb gelobt, weil er „aus Christen Menschen geworben" habe. Kampf gegen die Mächte der Finsternis habe Lessing in seinen Streitschriften wider den Hauptpastor Göze in Hamburg geführt, während er im Nathan, der zu diesem Kampf das Nachspiel gebildet, nur nach die Versöhnung habe geben wollen gleichsam den Triumphgesang der Vernunft über den Wahn, des Lichts über die Finsternis. Lessing habe sich in seiner Bescheidenheit geirrt, wenn er angenommen, daß Nathan der Weise, wenn er wirklich einmal aufs Theater kommen sollte, auf demselben wenig Wirkung haben würde. Der glänzende Erfolg, seit mehr als einem Jahrhundert, den das Drama erlebt, habe diese Befürchtung widerlegt. Es sei ein höchst wirksames Bühnenstück geworden und habe viel Segen gestiftet. Der hohe Sinn des Ganzen steige wie ein fernes Gebirge vor dem Wanderer vor dem Geiste auf, und die goldenen Sprüche, die dem Zuschauer oft wörtlich oder doch dem Sinne nach längst vertraut sind, Sprüche, auf denen der ganze sittlich-religiöse Bildungsgrad der Gegenwart beruhe, geben dem Spiel, das sich vor uns abrollt, eine heilige Weihe, dem empfänglichen Zuschauer eine andächtige Stimmung. Dabei vermisse man die stärker packenden Eindrücke eines drastischen Stückes so wenig, als man bei den tiefen Friedensklängen von Mozarts Zauberflöte die mannigfaltigen Charakteristiken und die schäumenden Leidenschaften in den Melodien des Don Juan vermisse.

Die großartige Abhandlung über Lessings Nathan schließt mit den Worten, die noch heute, wo der Antisemitismus leider noch immer sein Medusenhaupt erhebt, ihre volle Berechtigung haben:

„Dergleichen aus einer besseren Welt stammende Schöpfungen, einer Welt, in welcher die Gegensätze ewig schon gelöst, die Kämpfe ewig schon gewonnen sind, worin wir uns oft so aussichtslos abarbeiten, sind uns aber nicht zu tatenlosem Genuß, zu bloßer ästhetischer Anschauung gegeben: Vielmehr als Unterpfänder und Mahnungen zugleich, daß dem ernsten und redlichen Kampfe der endliche Sieg nicht fehlen werde, daß die Menschheit, wenn auch langsam und unter Rückfällen, aus der Dämmerung dem Lichte, aus der Knechtschaft der Freiheit entgegenschreite; daß aber auch nur der als Mensch mitzähle, der im weiteren oder engeren Kreise, als Nathan oder als Klosterbruder, als Sittah oder Recha, nach Kräften geholfen hat, den Anbruch dieses Tages, das Kommen dieses Gottesreiches zu beschleunigen."

Der Bibelforscher und Bibelkritiker par excellence beschäftigt sich begreiflicherweise an gar manchen Stellen seiner Werke mit Juden und Judentum auf eingehende Weise. Dies geschieht z. B. auch in seinem „Leben Jesu", speziell im dem Kapitel, betitelt: „Das Leben Jesu im geschichtlichen Umriß". Wenn wir selbstverständlich mit den geschichtlichen, kulturgeschichtlichen, religiösen und auch sonstigen Ueberzeugungen des Verfassers, da wir auf einem ganz anderen Standpunkt stehen, als er, nicht übereinstimmen, so muß man sagen, daß er aufs eifrigste bemüht ist, objektiv zu sein und die Wahrheit zu erforschen. Bei der Prüfung der Quellen bekundet er größte Umsicht und Vorsicht. Das neue Testament läßt er als Quelle nicht gelten, da dasselbe nur gelegentlich und gleichsam unwillkürlich einzelne Winke über die Bildungsverhältnisse der Juden beim Auftreten Jesu gebe. Besser orientiere schon der Geschichtsschreiber Josephus, der seine beiden Hauptwerke über den jüdischen Krieg und die jüdischen Altertümer nach der Zerstörung Jerusalems in Rom geschrieben habe, und über die politischen und dynastischen Verhältnisse Judäas während des fraglichen Zeitraumes sehr ausführlich sei. Doch lasse er uns gerade über diejenigen Seiten der Religionsweissagungen seines Volkes, die für uns die wichtigsten seien, nämlich die messianischen Erwartungen, im Stich, da er des Christentums und seiner Stifters entweder gar keine oder, selbst wenn die berühmten Stellen echt wären, doch nur ungenügende Erwähnung tue. Was nun den Entwickelungsgang des Judentums betrifft, so führt Strauß u. a. aus, daß die Priester und Propheten Israels, um die Erkenntnis des einen wahren Gottes dem Volke zum Bewußtsein zu bringen, sich genötigt gesehen haben, ursprünglich den Opferdienst beizubehalten, da sich Israel sonst schwer einen bildlosen Gott habe vorstellen können und einen opferlosen Gottesdienst kaum begriffen hätte. Aber je mehr von den edlen Geistern der jüdischen Nation der eine Gott zwar als Schöpfer der Natur, aber als geistiges Wesen und sittliche Macht begriffen worden sei, desto mehr habe ihnen auch darüber ein Licht aufgehen müssen, daß der wahre Dienst dieses Gottes nicht in Opfern oder sonstigem äußeren Tun, sondern in der Reinigung des Herzens und des Lebens be-

stehen müsse. „Bekanntlich," sagt Strauß wörtlich, „war dies die Einsicht, welche die Propheten und besonders diejenigen unter denselben, die seit dem Wanken des 10 Stämmereichs bis zur Rückkehr aus dem babylonischen Exil nacheinander auftraten, sich errungen haben und dem Volk ans Herz legten. So läßt z. B. Jeremias Gott zum Volke sprechen (Kapitel 7,22 ff.) „Nicht habe ich Euern Vätern, als ich sie aus Aegypten führte, wegen Brand- und Schlachtopfern Gebote gegeben, sondern dies gebot ich ihnen: „Gehorchet meiner Stimme, so will ich Euer Gott sein." Dies war jedoch noch lange nicht so gemeint, als sollten die Vergeistigungen der Religion bis zum Fallenlassen des Opferwesens gestrichen, neben dem moralischen Gottesdienst der zeremonielle aufgegeben werden. Selbst der hochsinnige Verfasser der Jesaianischen Weissagungen, der als die rechte Zubehör zum Fasten nicht Kopfhängen und Bußgeberden, sondern Werke der Wohltätigkeit und Menschenliebe verlangt, will dabei die Festtage beobachtet wissen und legt besonders auch auf die Heiligung des Sabbaths großes Gewicht (56. 1 ff., 58, 3 ff.). Die Idealsten und die Besten im Volke Israel haben bereits beim Auftreten Jesu die reine Moral, Sittlichkeit und Ethik verkündet. Es waren dies die Essäer; sie hielten sich von dem nationalen Tempel- und Opferdienst fern und waren bemüht, die Seele von dem Bann des Körpers zu lösen. Dazu sollten Abhaltung vom sinnlichen Genuß, Arbeit, gemeinsame Erbauung und Förderung der Menschenliebe und Wohltätigkeit beitragen. Von ihnen sage Philo, daß sie Gott verehren, nicht dadurch, daß sie Tiere schlachten, sondern dadurch, daß sie ihre Gesinnung zu einem Gott wohlgefälligen Opfer zu machen streben. Der Stifter der christlichen Religion habe also nichts Neues verkündet, sondern nur den Gedanken und Empfindungen Ausdruck gegeben, die schon lange in den besten Söhnen Israels gelebt und gewirkt haben.

Der ausgezeichnete Bibelkritiker befaßte sich mit Vorliebe auch mit der Besprechung namhafter Novitäten des Buchhandels, doch besitzen wir nur eine verhältnismäßig kleine Auswahl dieser seiner Rezensionen. Es ist sehr zu beklagen, daß dieselben nicht samt und sonders in der 12bändigen Gesamtausgabe seiner Schriften Aufnahme gefunden haben, da sie nicht unwesentlich das literarische Charakterbild des Verfassers abzurunden geeignet sind. Unter diesen Besprechungen befinden sich auch zwei hochinteressante Urteile über Schriften jüdischer Autoren. Sie sind in dem Werk „Charakteristiken und Kritiken" (Leipzig 1839) erschienen und beschäftigen sich (S. 377 ff. und 448 ff.) mit den Schriften: „Selma, die jüdische Seherin" von Dr. M. Wiener (Berlin 1838) und „Spinoza, ein historischer Roman" von Berthold Auerbach (Stuttgart 1837, 2 Teile.

Beide Kritiken sind mit Wärme und Sympathie für die betreffenden Autoren abgefaßt Insbesondere die letztere Rezension, die auch einen literar- und kulturgeschichtlichen Wert hat, verdient es, daß wir uns eingehender mit ihr befassen.

David Friedrich Strauß bespricht die Stellung, die die sogenannten Künstler- und Gelehrtenromane in der schöngeistigen Literatur einnehmen. Auf die Schwierigkeit der Behandlung dieses Stoffes hinweisend, denn das Leben des Gelehrten, Philosophen, des Dichters und Schriftstellers sei gewöhnlich nicht nur durch seine Abwendung von dem Markte des menschlichen Verkehrs und seine Beschränkung auf Haus und Studierzimmer ein Stilleben, sondern innerhalb dieses Kreises der Innerlichkeit selbst sei es wieder auch vorwiegend die intellektuelle, für die poetische Darstellung so wenig ausgiebige Seite, auf welcher es sich bewege. Desto mehr anzuerkennen sei die gelungene Art und Weise, wie Berthold Auerbach seine so heikle Aufgabe gelöst habe. Das Leben Spinozas sei äußerlich kaum bewegt, vielmehr das Ideal eines gelehrten und philosophischen Stillebens gewesen. Ohne Familie, abgeschnitten von dem Verkehr mit der Welt, von wenigen Freunden besucht, habe er auf seinem Zimmer im Haag gelebt, optische Gläser geschliffen, physikalische Versuche gemacht, die Ergebnisse seines Nachdenkens niedergeschrieben und von der geistigen Anspannung bei den Spinnen, die er fütterte und miteinander kämpfen ließ, oder bei seinen Hausleuten im einfachen Gespräch sich erholt. Indes seien es doch zwei Umstände gewesen, durch welche Spinozas Leben dem Dichter Berthold Auerbach Anhaltspunkte geboten habe, nämlich eine äußere Bewegung und eine gemütliche. Er sei wegen seiner angeblichen Irrlehren auf philosophischem und theologischem Gebiete exkommuniziert und sei einmal verliebt gewesen.

„An diese beiden Punkte", so führt David Friedrich Strauß aus," hat sich der talentvolle junge Dichter vorzugsweise gehalten. Er zeigt uns zuerst den Jüngling Spinoza im väterlichen Hause und als lernbegierigen Schüler der Rabbinen. Weiterhin werden die aufsteigenden Zweifel, die Erweiterung des Gesichtskreises durch Erlernung der lateinischen Sprache unter einem aufgeklärten Lehrer, die Liebe zu dessen Tochter, die Konflikte mit den jüdischen Gelehrten, die Ausstoßung aus der Gemeinde, der Verlust der Geliebten, endlich der Mordangriff auf den Abtrünnigen geschildert, wobei mit der Erscheinung des ewigen Juden bei Spinoza (eine Idee, mit welcher sich bekanntlich schon Goethe trug) und der Abreise desselben aus Amsterdam die Erzählung schließt. Hierbei wird man dem Herrn Verfasser das Lob nicht versagen können, vor allem die jüdischen Zustände mit kräftigen Lokalfarben gemalt zu haben.

Wir finden also: poetisch gezeichnet hat der Herr Verfasser den Spinoza nur als Menschen, als Philosophen prosaisch; die Bewegungen des Werdens, der Spannung und Entwickelung gehen weniger in als außer dem Helden, zum Teil ohne sein eigentliches Wesen zu berühren, vor. Es hat demnach der Herr Verfasser aus dem Marmorblock, den er vor sich nahm, uns zwar den Rumpf der Figur, den Spinoza, in angemessener Stellung und mit hübscher Drapierung fleißig ausgemeißelt, statt des Kopfes aber hat er eine Ausgabe der Werke des Philosophen oben aufgelegt. Ob ein anderer hierin mehr hätte leisten können, weiß Referent nicht zu bestimmen. Für den Anfang seiner poetischen Laufbahn jedenfalls hat Herr Auerbach sich eine zu schwierige Aufgabe gestellt. Sein Werk mußte unbefriedigend ausfallen, wenngleich das Ernste des Grundgedankens sein Streben ehrt und das Gelungene einzelner Züge von seinem Talente Hoffnungen erweckt.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 5. **Berlin, 29. Januar 1908.** **18. Jahrgang.**

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Die Versendung für Süd- und Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 No. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Bankrat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Fortschritt oder Rückschritt?

In einem jüdischen Preßorgan findet man die seltsame Auffassung, daß die seit den letzten Reichstagswahlen veränderte politische Orientierung im Reiche für die Juden nur vorteilhaft und „für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Juden der Fortbestand des Blocks dringend wünschenswert" sei.

Uns ist bisher von irgendwelchem Entgegenkommen der staatlichen Behörden gegen die berechtigten Forderungen der Juden seit Inaugurierung der Blockpolitik leider noch nichts bekannt geworden. Nach wie vor werden die Juden von dem größten Teil der staatlichen Aemter ohne jeden stichhaltigen Grund ferngehalten, oder in der Beförderung beschränkt. Die in letzter Zeit vielleicht hier und da konstatierte Milderung des Drucks in der preußischen Justizverwaltung hat mit der Blockpolitik nichts zu tun, sondern datiert von dem letzten Personenwechsel in der Leitung des preußischen Justizministeriums. Dagegen gibt es staatliche Verwaltungen, deren neuerliches Verhalten gegenüber den Juden ganz zweifellos einen Rückschritt bedeutet. Hierzu gehört z. B. die Reichspostverwaltung.

Wir haben in einer der letzten Nummern den Bescheid wiedergegeben, den der Staatssekretär des Reichspostamts, Krätke, auf eine Eingabe des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wegen der Beförderung antisemitischer Postkarten erteilt hat. Der Staatssekretär lehnte im Gegensatz zu der von seinem Vorgänger am 4. Februar 1898 im Reichstage abgegebenen entgegenkommenden Erklärung den Erlaß einer allgemeinen Verfügung des Inhalts, daß die Postbeamten auf das Vorkommen von Postkarten antisemitischen Charakters besonders achten sollen, entschieden ab mit der Motivierung, daß „der vorliegende Einzelfall zu einer derartigen Maßnahme keinen genügenden Anlaß bietet und weil eine solche Anordnung sich nicht durchführen läßt."

Mit derselben Angelegenheit hat sich, wie bereits erwähnt, schon einmal der Reichstag in seiner Sitzung vom 4. Februar 1898 beschäftigt. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg glaubte, den Staatssekretär des Reichspostamts wegen eines nach seiner Ansicht den Beschwerdeführern zu weit entgegenkommenden Bescheides zur Rede stellen zu sollen; er führte damals aus:

„Ich muß voranschicken, daß die Postkarte, um die es sich dabei handelt, keineswegs nach meinem Geschmack ist, und daß ich überhaupt kein Freund (? D. R.) von einer Agitation bin, die durch Versendung von Judenkarrikaturen betrieben wird. Die hier in Betracht kommende Karte ist übrigens ziemlich harmlos. Vor einem Hotel in Frankfurt a. M. steht ein Mann jüdischer Abkunft und der Pförtner weist ihn auf das Wirtshausschild hin, wo geschrieben steht, daß Juden hier der Eintritt verboten sei. Ein kleines Publikum sieht der Szene zu und freut sich. Das Bild ist also ziemlich harmlos. Die Adresse der Karte lautet: „Neu-Jerusalems deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, Frankfurt a. M. im judenreinen Gasthafe Kölner Hai." Der Text lautet: „Haltet aus im Sturmgebraus, Heil und Sieg", dann folgen eine Anzahl Unterschriften. Wie gesagt, über den Geschmack will ich nicht streiten."

Herr v. Podbielski, der damalige Staatssekretär des Reichspostamts, verteidigte jedoch energisch die Maßnahmen, die die Frankfurter Oberpostdirektion getroffen hatte, um diesem Unfug ein Ende zu machen; er erklärte:

„... Ich fühle mich speziell veranlaßt, auf eine direkt an mich gerichtete Anfrage betreffs einer Postkarte, ob sie beleidigenden Inhalts gewesen ist oder nicht, Rede und Antwort zu stehen. Auf der einen Seite kümmert sich die Reichspostverwaltung nicht um den Inhalt. Unsere Beamten sollen also auch von dem Inhalt der Postkarten keine Kenntnis nehmen. Aber es sind hier zwei Seelen in unserer Post; denn auf der anderen Seite kommt die Frage der Beleidigung in Betracht, wie sie auch hier in § 14 der Postordnung richtig angezogen ist. Ich kann in dem vorliegenden Falle nur konstatieren, daß auch umgekehrt bei der Reichspostverwaltung schon lange vorher im Laufe des Sommers Beschwerden eingingen über diese speziell aus Frankfurt a. M. abgesandten Postkarten. Ueber die Auffassung des Adressaten ein Urteil zu fällen, steht uns garnicht zu. Es fühlten sich aber Bewohner Deutschlands durch diese Karten beleidigt. Also den einzelnen Empfänger zu fragen, wie nachher seitens des betreffenden Absenders geschehen ist, ob er sich dadurch beleidigt fühlt, ist etwas, was die Reichspostverwaltung unmöglich ausführen kann, sondern sie kann nur sagen, nach diesen Bildern, die dort in Frankfurt a. M. zur Versendung kamen, fühlen sich Bewohner Deutschlands beleidigt. Infolgedessen haben wir solche Postkarten von der Beförderung ausgeschlossen. Das mit den Einzelnen zu erörtern, halte ich für vollkommen unmöglich auszuführen."

Wir fügen hier noch den Bescheid der Frankfurter Oberpostdirektion an den dortigen Beschwerdeführer im Wortlaut an:

„Die Ausschließung der anliegenden Postkarte von der Bestellung ist **leider unterblieben**, weil die beteiligten Beamten des Kaiserlichen Postamts 3 (Langestr.) auf den Inhalt der Karte nicht geachtet haben wollen. Da ein ähnlicher Fall bereits früher vorgekommen ist, so sind die Beamten zur **Betätigung größerer Aufmerksamkeit dringend aufgefordert** worden. Auch ist ihnen über das **befremdliche** Vorkommnis das **Erforderliche eröffnet**. Das genannte Postamt wird besondere Einrichtungen treffen, daß die Bestellung ähnlicher Karten **künftig unterbleibt**."

Die Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. und ihr damaliger oberster Chef waren also im Gegensatz zu dem derzeitigen Leiter der Reichspost der Meinung, daß eine solche generelle Anordnung sich sehr wohl durchführen läßt.

Die Reichstagsnachwahl in Norden-Emden-Leer.

Das Reichstagsmandat in dem Wahlkreise Norden-Emden-Leer, auf den, wie unsere Leser wissen, die Antisemiten schon lange ein lüsternes Auge geworfen haben, ist nunmehr durch den Tod des bisherigen Mandatsinhabers, des konservativen Fürsten zu In- und Knyphausen, vakant geworden. Mit der ihnen eigenen Rücksichtslosigkeit haben die Antisemiten dank der guten Beziehungen Liebermann von Sonnenberg's zum Bund der Landwirte die Konservativen einfach bei Seite geschoben und unter dem Protektorat der Agrarier und der Flagge der Wirtschaftlichen Vereinigung einen Mann ihrer Parteifarbe, den Rechtsanwalt Groenewald-Weener, als gemeinsamen Kandidaten aller rechtsstehenden Gruppen aufgestellt.

Die Nationalliberalen, die bis in die 90er Jahre das Mandat besessen hatten, in der Zwischenzeit aber ihre Wähler immer mehr an die freisinnigen Parteien verloren haben, machen noch einmal mit der Aufstellung des Landtagsabgeordneten Oberbürgermeisters Fürbringer-Emden einen letzten, aber wahrscheinlich ganz aussichtslosen Versuch, das Mandat wieder zu erobern.

Dahingegen eröffnet sich jetzt den vereinigten freisinnigen Parteien, deren Kandidat Garrels-Hamburg 1903 und 1907 dem Fürsten Knyphausen nur mit ganz wenigen Stimmen in der Stichwahl unterlegen war, eine günstige Chance, ihre Bemühungen, das Mandat den Konservativen zu entreißen, endlich von Erfolg gekrönt zu sehen; sie dürften mit der Aufstellung des im Wahlkreise ansässigen, allgemein beliebten und redegewandten Domänenpächters Fegter einen guten Griff getan haben. Die Sozialdemokraten haben wiederum Redakteur Wagner-Bant aufgestellt.

Daß die Konservativen, die noch vor wenigen Monaten sich so energisch jede Einmischung der Antisemiten in die Kandidatenfrage verbaten und mit Vergeltungsmaßregeln drohten, jetzt mit einem Male vor dem drohenden Stirnrunzeln des Herrn Liebermann von Sonnenberg ins Mauseloch kriechen, ist in der Tat sehr erstaunlich. Nach Anfang Oktober war in der „Kreuzztg." folgende geharnischte Epistel an die Deutschsozialen zu lesen:

„Wenn die deutsch-soziale Partei, deren Vertreter im Kreise Emden-Norden tätig sind, ferner auf ein gutes Verhältnis zur konservativen Partei Wert legt, so möge sie davon ablassen, ihre Eroberungsgelüste auf konservative Wahlkreise zu richten. Schon früher haben die antisemitischen Richtungen vorwiegend konservative Wahlkreise als Objekte für ihre Mandatsgelüste in Aussicht genommen und damit das Verhältnis zur konservativen Partei stark getrübt. Will jetzt die deutsch-soziale Partei wieder in diese Bahnen einlenken, so kann sie sich nicht wundern, wenn die konservative Partei sich energisch dagegen wehrt und auch ihrerseits keinerlei Rücksicht auf den deutsch-sozialen Besitzstand mehr nimmt."

Und die parteioffiziöse „Konf. Korr." sekundierte dem Hauptorgan der preußischen Konservativen 14 Tage später mit folgender Notiz:

„Wenn nun auch die Abgg. Liebermann von Sonnenberg, Raab und Lattmann sich die größte Mühe geben, den Wahlkreis Emden-Leer zu gewinnen, so wird ihre Agitation unter allen Umständen scheitern."

Uns scheint, daß hier ganz etwas anderes „gescheitert" ist, nämlich der „Mannesmut" der Konservativen, die ihren Besitzstand ohne Schwertstreich aufgeben, weil ihnen die Kourage fehlt, den mit dem Bund der Landwirte vereinigten Antisemiten entgegenzutreten. Herr Liebermann mag über die konservativen Drohungen mit Vergeltungsmaßregeln denken: „Da lach' ich öwer". Uebrigens haben die Deutschsozialen schon angekündigt, daß sie demnächst noch eine Reihe anderer bisher konservativ vertretener Wahlkreise für sich mit Beschlag belegen werden.

Ueber die Aufstellung der freisinnigen Kandidatur Fegter berichtet die „Lib. Korr." noch folgende Einzelheiten:

„Nirgends hat ein Mißton die Vorbesprechungen der liberalen Kandidatur getrübt, einstimmig ist in den Vertrauensmännersitzungen die Kandidatur Herrn Domänenpächter Jan Fegter übertragen worden, mit allgemeinem Jubel wurde seine Zusage im liberalen Lager aufgenommen. Allerdings ist aber Jan Fegter der stärkste Kandidat, den die Liberalen gewinnen konnten, ein stärkerer, als selbst Herr Garrels, der sich heute noch allgemeinster Sympathien im Wahlkreis erfreut und dessen notgedrungene diesmalige Absage überall lebhaft bedauert wird. Fegter ist geborener Ostfriese, im ganzen Wahlkreis wohlbekannt und selbst bei seinen agrarischen Gegnern als tadelloser Charakter und überzeugter Liberaler geachtet. Dazu ist er Landwirt und kennt die ländlichen Dinge in diesem vorwiegend agrarischen Wahlkreise natürlich aufs genaueste. Redegewandt und in allen politischen Fragen vorzüglich bewandert, hat er schon bei den letzten beiden Wahlen Herrn Garrels auf das wirksamste unterstützt, und der Zuruf, den er vorigen Winter in einem sehr hitzigen Redekampf mit seinen agrarischen Widersachern aus den Reihen der eifrig lauschenden kleinen Landleute bekam: „Jan Fegter is de beste Buur in ganz Ostfreesland", wird jetzt in allen linksliberalen Kreisen bei der ersten Kunde von dieser Kandidatur freudig wiederholt. Landwirt Fegter ist Mitglied der freisinnigen Volkspartei, will sich aber mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse seines Wahlkreises, und um die linksliberale Einigkeit gegenüber den Nationalliberalen recht augenfällig zu illustrieren, der Fraktion der freisinnigen Vereinigung anschließen. Da die linksliberale Fraktionsgemeinschaft besteht, sind in der Praxis diese fraktionellen Unterschiede mehr Formsache und können deshalb tatsächlich ganz gut nach den Spezialwünschen der Wähler geregelt werden. Herrn Fegter, der als Fünfziger noch in der Vollkraft der Jahre steht und als freier, unabhängiger Mann mit allem Eifer an die Wahlarbeit herantritt, werden außer den starken linksliberalen Vereinen auch noch zahlreiche wohlbeschlagene und gewandte Einzelpersonen aus dem Wahlkreis unterstützen, sodaß den zu erwartenden antisemitischen Wühlereien überall energisch entgegengetreten werden kann. Die Organisation des schweren Kampfes ist bereits fertig ausgebaut. Die Arbeit wird in diesen Tagen überall aufgenommen. Die gutgegründete Hoffnung auf den Sieg beflügelt sie."

Zur Orientierung unserer Leser sei hier noch das Ergebnis der letzten Wahl wiedergegeben. Es erhielten in der Hauptwahl die Konservativen 11 433, die Freisinnigen 8127, die Sozialdemokraten 3711 Stimmen; in der Stichwahl siegte der konservative Fürst Knyphausen mit 12 344 über den freisinnigen Garrels, auf den sich 12 151 Stimmen vereinigten.

Amerikanischer Brief.

Daß russische Judenmassacres von vielleicht entscheidendem Einfluß auf die amerikanische Präsidentenwahl sein könnten, scheint unglaublich. Dennoch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen und sie wird von den amerikanischen Wahlmachern ernstlich in Betracht gezogen. Es hängt dies in folgender Weise zusammen. Die Juden im New Yorker Osten, die bekanntlich zum größten Teil aus Rußland stammen, haben es dem Kiegsminister Taft, der bekanntlich der von Roosevelt begünstigte Präsidentschaftskandidat ist, sehr verargt, daß er auf seiner Weltreise neulich dem Zaren gegenüber mehr als nötig und vorgeschrieben höflich gewesen ist. Den Zaren machen die russischen Juden, besonders die in Amerika, in erster Reihe verantwortlich für die Pogroms, und sie grollen dem Manne, der ihm übertrieben gehuldigt, und wollen ihm nicht ihre Stimmen in der Präsidentschaftswahl geben. Es sind aber keineswegs nur Juden, die aus diesem Grunde ihre Stimme Taft vorenthalten wollen, obwohl sie ihn sonst ganz gern wählen würden. Trotz der weit verbreiteten Korruption hierzulande, trotzdem die Politiker hier in so schlechtem Rufe stehen, daß „Politician" geradezu ein Schimpfwort ist, und viele vornehme Männer aus diesem Grunde sich vom politischen Leben vollständig fernhalten, gibt es andererseits hier Viele, die auch in der Politik die Moral zur Anwendung gebracht wissen wollen,

die verlangen, daß mit einem Souverän, der für das Vergießen so vielen Bruderbluts verantwortlich ist, wie der Zar, keine Liebenswürdigkeiten ausgetauscht werden sollten. Sie wären sogar Willens, wenn sie die Macht dazu hätten, aggressiv gegen eine ausländische Regierung vorzugehen, die so viel Unheil wie die russische in ihrem eigenen Lande anrichtet. Natürlich kommen nun noch die verschiedenen Drahtzieher hinzu, die diese Konjunktur ausnutzen und zu Gunsten ihres Kandidaten die Juden gegen Taft aufhetzen. Nun ist aber der Staat New York bei einer Präsidentenwahl einer der in erster Reihe Ausschlag gebenden Staaten, und es wäre daher sehr wohl möglich, daß Taft, obgleich Roosevelt ihn unterstützt lediglich durchfällt, weil ihn die Juden im New Yorker Armenviertel wegen seiner Liebenswürdigkeit dem Beherrscher des Pogromlandes gegenüber nicht wollen. Es wurde eine solche Folge sogar bereits vor Tafts Reise vorausgesehen, und er war deswegen vor dem Aufenthalt in Rußland und besonders am Zarenhofe gewarnt worden. Die Anhänger Tafts hatten den Juden versprechen wollen, daß für den Fall seiner Wahl ein Jude von diesem in das Kabinett berufen werden würde, aber man hat ihnen erklärt, daß ein solcher Bestechungsversuch seine Aussichten nur noch mehr herabmindern würde.

Doch lassen wir die hohe Wahlpolitik!

Es ist ein Brauch von Alters her bei den christlichen Antisemiten — wenn das nicht eine contradictio in adjecto ist, da es „christliche“ Antisemiten von Rechts- und Religions wegen eigentlich nicht geben kann und jedenfalls nicht geben sollte — *den Juden Haß gegen das Christentum und seinen Stifter zum Vorwurf zu machen.* Aber höchstens konnte dieser Vorwurf in jenen Zeiten eine Berechtigung haben, da die Juden vom Christentum nichts wußten, es nur aus der gegen sie gerichteten nur allzu grausamen Betätigung kannten. Heute wissen die Juden mehr vom Christentum, wissen sie sehr wohl, daß niemand so gegen die Gebote des Christentums handelt, wie die Judenfeinde und Antisemiten. Daß sie auf diese nicht gut zu sprechen sind, verarge ihnen, wer kann. Der den Antisemiten geltende, leider nur zu berechtigte Haß hat nicht das Geringste mit der christlichen Religion und mit seinem erhabenen Stifter zu tun. Das führt des längeren ein *Rabbiner* in einem *jüdischen Fachblatte*, dem „American Israelite“ in durchaus einleuchtender Weise aus. Man wird zugeben müssen, daß ein Rabbiner über das Denken und Fühlen der Juden besser unterrichtet sein wird, als Herr Stöcker und seine deutschen und etwaigen amerikanischen Gesinnungsgenossen.

„Wir,“ heißt es in dem Aufsatz u. a., „sprechen stets mit sympathischer Liebe von dem großen Stifter der christlichen Religion. Wir tun dies nicht etwa sozusagen der Not gehorchend, sondern weil wir mit gutem Gewissen das Leben und den Dienst billigen können, den dieser Sohn Israels der Welt geleistet hat. Wir leugnen ganz entschieden, daß die Juden Christus und die Christen hassen, daß die Juden das Christentum und die christlichen Gebräuche verabscheuen, usw. Die Juden leugnen nur, daß Jesus der jüdische Messias war. Wenn sagen, was man für Wahrheit hält, Haß ist, wenn seine Ueberzeugung festhalten Haß ist, wenn für seine Ueberzeugung die fürchterlichsten Verfolgungen aushalten Haß ist, wenn heidnischen Auffassungen von der Gottheit widerstehen Haß ist, dann freilich müssen die Juden sich schuldig bekennen. Aber kein Mensch mit gesundem Verstand wird die Opposition Israels gegen das, was ihm ganz und gar unrichtig erscheint, so benennen. Noch so starke und nachgibige Liebe zur Wahrheit kann nimmermehr Haß bedeuten, aber doch nur Haß gegen Unrecht und Irrtum. Das aber ist kein Fehler, sondern eine Tugend. Wenn die Juden einmal, was selten der Fall ist, auf wirkliche Christen stoßen, dann lieben sie sie mehr, als jene Kritiker der Juden überhaupt zu verstehen vermögen. Wo hassen denn die Juden die Christen? Man frage doch nur, ob es einmal vorkommt, daß ein Christ einer jüdischen Wohltätigkeitsanstalt etwas hinterläßt, und man frage bei den christlichen Institutionen nach, wie oft nicht Juden ihnen Unterstützung angedeihen lassen. Niemand würde sich so wie die Juden freuen, wenn alle, die sich zum Christentum bekennen, die christlichen Lehren befolgen würden. Nicht gegen die christlichen Lehren haben die Juden etwas einzuwenden, sondern gegen die Handlungen der Christen, d. h. derer, die sich Christen nennen. Angenommen, daß alles wahr ist, was die Gläubigen von Jesus behaupten, dann wären die Juden die letzten, die Schönheit seines Lebens, die Liebenswürdigkeit seines Charakters, das Mannhafte seines Widerstandes gegen Formalismus, die Tiefe seines Idealismus, die Großartigkeit seines Beispiels, die Kraft seiner Verurteilung des Unrechts, den herrlichen Dienst, den er der Menschheit durch seine Lebensweise geleistet hat, den Heroismus seines Märtyrertums zu leugnen usw.“

Man könnte bei besonders tiefgewurzeltem Mißtrauen meinen, das sei nur so gesagt, um das Wohlwollen der Christen zu gewinnen, es sei alles dies nur geschrieben behufs einer captatio benevolentiae. Ja, wenn ein heuchlerischer Rabbiner es nur einem Christen *sagte*. Aber das, was hier auszugsweise wiedergegeben, steht, wie wir erinnern wollen, in einem *jüdischen Fachblatte*, dem beliebtesten, größten und verbreitetsten in den Vereinigten Staaten. Das ist also Ueberzeugung, und mehr als das, das ist Wahrheit. Und danach hat niemand anders als die Antisemiten, ganz besonders die antisemitischen, christlichen Geistlichen Schuld, wenn es oft den Anschein hat, als hätten die Juden eine ganz andere, eine beklagenswerte Anschauung von Christus und dem Christentum. Sie versündigen sich also ganz besonders gegen die eigene Religion, sie sorgen dafür, daß man nicht weiß, wieviel Anerkennung der Stifter ihrer Religion auch bei denen findet, die ihm nicht gläubig folgen, weil sie nach ihrer Ueberzeugung nicht folgen können, darum aber doch ihn bewundern und verehren.

Die Leser dürfte nicht wenig interessieren, eine Rede, die der Präsident der berühmten Havard-Universität *Eliot* in einem *jüdischen Studentenverein* gehalten hat. Schon daß der erste Vertreter einer so berühmten Universität es der Mühe für wert hält, an einen Verein jüdischer Studenten, der sich die Förderung der Kenntnis der Geschichte des jüdischen Volkes und seiner Ideale in Kunst, Literatur und Religion zum Ziele gesetzt hat, eine Ansprache zu halten, und dies offenbar mit großem Vergnügen tut, dürfte nach europäischen Begriffen, zumal nach deutschen, eine ungewöhnliche Erscheinung sein. Aber auch was er sagte, ist in mehr als einer Beziehung für eine solche Persönlichkeit ungewöhnlich. Eliot erwähnte, daß das jüdische Volk nahezu 2000 Jahre unter der schrecklichsten Verfolgung gelitten habe und fast jeder Freiheit beraubt gewesen sei, mit Ausnahme der Freiheit zu denken und zu hoffen. Aber in Amerika hätten die Juden endlich volle Freiheit, physische wie intellektuelle, gefunden. An der Havard-Universität seien die jüdischen Studenten ganz gern gesehen. „Es herrscht,“ sagt er, „an dieser Universität nicht ein Atom Antisemitismus, wie man ihn heutzutage etwa an den *meisten deutschen Universitäten finden* kann. Einige der ausgezeichnetesten Mitglieder des Dozentenkollegiums sind Juden, entweder nach Abstammung oder nach ihrer Zugehörigkeit. Ich schätze sie hoch. Einige meiner besten Freunde sind Juden.“

Im Laufe seiner Rede erwähnte der Präsident, daß er das vollendetste Familienleben bei Juden gesehen habe, und wies darauf hin, daß, wenn ein jüdischer Schüler erkranke, sofort jemand ihn besuche, was bei den christlichen Familien nicht entfernt zutreffe. Deutschen Antisemiten wird

es sonderbar vorkommen, daß der Redner die jüdische Arbeitsamkeit als eine besonders jüdische Tugend hervorhebt und die Ueberzeugung aussprach, daß die Isolierung der Juden aufzuhören beginne, jedenfalls nicht mehr so markant sei wie früher. Der Grund sei, daß, was an dem Christentum korrupt sei, von dessen Wesen mehr und mehr entfernt werde, und daß die zahlreichen heidnischen Einflüsse auf das Christentum abgeschliffen werden, so daß übrig bleibe nur die reine Lehre des jüdischen Lehrers (Cristus). Schon sei es schwer, wesentliche Unterscheidungen zu finden zwischen dem Judentum und zwei oder drei Zweigen der christlichen Kirche.

Zum Schluß erteilte Präsident Eliot den jüdischen Studenten den Rat, sich mehr dem Sport und den Uebungen im Freien zu widmen. Die Juden hätten Jahrhunderte hindurch keine Waffen tragen dürfen, und sie seien darum jetzt kein kriegerisches Volk, obgleich sie es vor Tausenden von Jahren in hohem Maße gewesen seien. Nichts an ihnen hindere, daß sie wieder ein kriegerisches Volk würden. Sie sollten sich also auch physisch mehr zu betätigen suchen, wodurch sie die Achtung der anderen Völkerschaften, in deren Mitte sie wohnen, besonders der teutonischen und keltischen, gewinnen. —

Es ist für Deutsche gewiß nicht angenehm zu hören, daß das Haupt einer amerikanischen Universität es als so selbstverständlich hinstellt, daß an den meisten deutschen Universitäten der Antisemitismus zu Hause ist. An den Universitäten, die doch der Sitz der Bildung und der Veredelung der Menschen sein soll! Leider kann man kaum Widerspruch erheben. Wenn es ein Trost ist, Genossen im Unglück zu haben, dann können die jüdischen Studenten der deutschen Universitäten sich vielleicht damit trösten, daß die neugermanische Unduldsamkeit sich nicht bloß gegen sie wendet. Man zitiert in den amerikanischen Zeitungen aus der Münchener Hochschulzeitung, daß die Verbindungen der Münchener Technischen Hochschule Juden und Sozialdemokraten nicht aufnehmen, der Verein Deutscher Studenten Freidenker ausschließe, der Bismarckbund die Ultramontanen und die deutsche Hochschulverbindung die Katholiken. Und da wundert man sich noch, daß Deutschland so zerklüftet ist. Zum Glück hat es vor 1870 einen solchen Abschließungs- und Absonderungswahnsinn nicht gegeben, sonst würde das Deutsche Reich vermutlich noch heute nicht existieren. Aber man sollte den altererprobten Satz nicht vergessen, daß Reiche nur durch die Mittel erhalten werden, durch die sie entstanden sind. Deutschland bedarf zu seiner Erhaltung ebenso der Einigkeit, wie es ihrer zu seiner Gründung bedurft hat. Darum ist es ja unverzeihlich, daß sogar an den Universitäten der Zwispalt, man könnte schon sagen der Vielspalt systematisch herangezogen wird.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein pflichttreuer Volksvertreter.

Im Reichstage erregte es kürzlich unliebsames Aufsehen, als während einer Plenarsitzung der amtierende Vizepräsident Dr. **Paasche** einen Herren hinauswies, der in Ueberzieher, Hut, Regenschirm und Gummischuhen in den Saal gedrungen war. Man vermutete einen frechen Störenfried in ihm und wies ihm die Tür.

Ihm ist bitter Unrecht geschehen. Wie die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, hatte der Betreffende wirklich ein Recht, sich im Sitzungssaale aufzuhalten — freilich ohne Ueberzieher, Hut, Regenschirm und Galloschen. Der zu Unrecht Hinausgewiesene war nämlich — **ein antisemitischer Abgeordneter aus Hessen**, der eben aus seiner Heimat in Berlin eingetroffen war, um seiner Pflicht als Vertreter des deutschen Volkes zu genügen. Er war gleich vom Bahnhof nach dem Reichstag gestürmt und hatte sich sofort in Reisetoilette nach dem Sitzungssaale begeben, um zu sehen, ob die Sitzung — es war gegen 5 Uhr — nicht etwa schon beendet war. Wenn ihn eine Schuld trifft, so ist sie jedenfalls nur fahrlässig.

Aber auch dem amtierenden Präsidenten kann man keinen Vorwurf machen, denn der betreffende Abgeordnete hat seit seinem Eintritt in den Reichstag sich dort erst nur wenige Male sehen lassen; er gehört zu den antisemitischen Dauerschwänzern.

Der konservative Reichstagsabg Kreth ein Scharfmacher übelster Sorte, glaubte in der Wahlrechtsdebatte vom 22. Januar seine Polemik gegen die Sozialdemokraten mit antisemitischen Späßen würzen zu sollen. Ueber sein Auftreten in dieser Sitzung äußert sich die nationalliberale „Nationalztg." wie folgt:

Das provokatorische Auftreten des Herrn Kreth ist zum mindesten seit seiner berüchtigten Etatsrede bekannt genug, und da meinen wir denn doch, hätten auch die Konservativen Veranlassung gehabt, nicht unnötig Oel ins Feuer zu gießen und nicht ausgerechnet einen Herrn vorzuschicken, dessen ganze Beredsamkeit sich offenbar in klobigen, witzlosen Anzapfungen erschöpft. Die Herren von der konservativen Partei sollten doch nicht vergessen, daß die preußische Wahlreform heute für Tausende, die in schärfstem Widerspruche zur Sozialdemokratie stehen, die wichtigste Forderung ihres politischen Programms geworden, und schließlich sind doch wohl auch Straßendemonstrationen, wie wir sie in den letzten Tagen gehabt haben, zu ernst, als daß man über sie mit einigen massiven Witzeleien hinweggleiten kann. Wir gönnen Herrn Kreth alle möglichen Vorzüge, gönnen ihm auch gern den Adel, wo er doch so viel Rühmens von den preußischen Junkern zu erzählen weiß, sein politisches Feingefühl ist jedenfalls nur in sehr geringem Maße entwickelt, und so hätte er im Reichstag eine Szene mit heraufbeschworen helfen, wie sie sonst nur im österreichischen Parlament Usus war.

In dem Prozeß Liebermann v. Sonnenbergs gegen den Redakteur **Witke** von der inzwischen eingegangenen reformerischen „Hessischen Rundschau", der bekanntlich mit Witkes Verurteilung zu 150 Mark endete, wurde Herrn v. Liebermann auch vorgeworfen, daß er die Reformpartei „aufs brutalste beleidigt habe." Herr v. Liebermann gab zu, den hessischen Reformern gegenüber den Ausdruck „**politische Hausknechte**" gebraucht zu haben. Derselbe sei, so erklärte er, für diese Herren aber **noch viel zu milde**.

Herr **Werner** von den Reformern, der im Reichstage den Kreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg vertreten soll, war als Zeuge geladen. Er entschuldigte aber sein Fernbleiben mit dringender Beschäftigung im Reichstage. So konnten sich die beiden Brüder im antisemitischen Glauben nicht ins treue Auge sehen.

Die deutsche Mittelstandsvereinigung, deren reaktionärer Charakter bei jeder Gelegenheit klar zu Tage tritt, sucht der Oeffentlichkeit wieder einmal Sand in die Augen zu streuen. So veröffentlicht sie in der wöchentlich erscheinenden „Deutschen Volks-Post" aus Hannover ein „Programm", in dem sie erklärt, sie wolle alle Teile des Mittelstandes zur Arbeit heranziehen. Es heißt dann weiter:

„Daher öffnet die Mittelstandsvereinigung folgerichtig allen Konfessionen ihre Pforten, aber sie verlangt von jedem eifrige Mitarbeit, damit ihr wirtschaftliches und soziales Ziel verwirklicht werde. Ebenso folgerichtig verschließt sie sich auch der absoluten Verneinung, (wie die z. B. im Wesen des **Antisemitismus** begründet liegt), weil sie klar erkannt hat, daß das Ende der Verneinung innere Unfruchtbarkeit und Auszehrung und äußerliches Absterben im Volkstum bedeutet. Alle Bewegungen, die sich auf den Standpunkt der Verneinung gestellt haben, waren unfruchtbar und erfolglos."

Wer die Drahtzieher der Mittelstandsvereinigung kennt, wird sich durch solche Deklamationen eines Predigers

in der Wüste in seiner grundsätzlichen Bewertung des reaktionären Parteigebildes nicht beirren lassen.

Die „Deutschsozialen Blätter“ berichteten mit großer Ausführlichkeit über einen Russen, der sich in Berlin niedergelassen und eine Fabrik für Kartons und Zigarettenhülsen eingerichtet hatte, plötzlich aber mit Hinterlassung graßer Schulden verschwand, weil das Geschäft zusammengebrochen war. Dazu bemerkt die gleichfalls antisemitische Magdeburger „Sachsenschau“:

„Die „Deutschsozialen Blätter“ veröffentlichen den Fall nur aus dem Grunde, weil L. Jude ist. Dabei ist Herr L. immer noch bescheiden gewesen Es gibt Christen, welche in solcher Lage weit mehr zusammengepumpt hätten.“

Vermischtes.

Verein zur Zeugung von Germanen. In der letzten Nummer des „März“ finden wir folgende hübsche Glosse über die Rassenfex', die ihr armes bischen Hirn Tag und Nacht an dem Problem zermartern, wie eine „Edelrasse“ von Menschen geschaffen werden kann.

In einer deutschen Fabrikstadt hat sich ein neuer Bund aufgetan, der unter einer graßen Menge hoher und edler Ideale auch einen höchst praktischen Kerngedanken birgt. Wie alle Kerne liegt auch dieser nicht offen da, ist sozar schwer zu erreichen. Man muß durch einen ziemlich dichten und beschwerlichen Niederschlag von Ugermanentum und Edelmut hindurch. Aber schließlich kriegt mans raus.

Altruistisch gesannen, wie ich bin, will ich meinen Mitmenschen den praktischen Kerngedanken des Bundes, die Art, wie er sein „Hochziel“ zu erreichen gedenkt, aerraten, ahne ihnen zuzumuten, erst den ganzen beschwerlichen Weg durch die großen „aölkischen“, „heldischen“, urgermanischen Gedanken durchzuwater.

Es ist aar allem dieser, daß der bekannten Warte nun genug gewechselt sind; demnächst, daß wir endlich Taten sehen wallen. Diese Taten aber der immer mehr überhandnehmenden aölkichen Entartung und rassischen Verwesung gegenüber, worin könnten sie anders bestehen als in Taten neuer Blutschöpfung? Es ist alles umsonst, was man sprechen und rufen kann, „solange nicht neues Blut in den Adern strömt“!

Es handelt sich also, um kurz und deutlich zu sprenche, um Erzeuzung aon Urgermanen.

Die meisten Menschen haden Geschäft, Beruf und allerlei Arbeit. Sie können sich nicht dem allein wichtigen Tatentum, der Zeugung, hingeben. Dafür bedarf es viel freie Zeit und sozusagen Trainage.

Denken Sie nur erstens die Menge Blut, die nötig ist, um sechzig Millionen mehr oder weniger entarteter Deutschen durch neue, urgermanische Deutsche zu ersetzen!

Und zweitens die geringe Zahl derer, die in der Lage sind, urgermanisches Blut fortzupflanzen! Denn wenn man alle hinzuließe, sa wäre ja natürlich die alte Schweinerei wieder da!

Nach welchen Prinzipien man bei der Auswahl zur Zucht zu oerfahren gedenkt, hat man noch nicht oerraten. Vorläufig handelt es sich noch um die Sammtung der Gelder, die nätig sein werden, um die Zuchtexemplare für ihren hohen Beruf — frei zu halten; und da ist es gewiß richtig, möglichst alte zu berufen und das Auserwählen zur Zucht selber noch aufschieben. Man kann es nachher durch Majorität entscheiden oder sonst der Entwicklung überlassen.

Aber über die Möglichkeit selbst muß man sich oorher klar werden; sonst wird das eigentliche „Hochziel“ gar nicht erkennbar. Und wenn es nicht erkennbar wird, dann wird es auch nicht zugkräftig. Man wird gleich sehen.

Nämlich die geringe Zahl der nach übriggebliebenen Urgermanen! Nach dem, was die Blätter des Vereins darüber verraten, kann es nur eine ganz minimale Auslese sein. Seien es selbst hundert. Alle Jahre ein Kind, macht hundert Kinder. Gegen fast eine Million Kinder Entarteter! Man sieht schan, das geht nicht.

Nun würde es an den Männern nicht liegen; sie würden das Opfer bringen, mehr als ein Kind pro Jahr zu zeugen. Wenn nur die Weiber mehr als eines tragen könnten.

Diese so deutlich sprechende Not hat den richtigen Ausweg finden gelehrt. Schon einmal nach der Verwüstung im dreißigjährigen Kriege hat in einigen deutschen Landstrichen die hohe Obrigkeit setbst, um nur Bebauer für das wüst liegende Land zu erhalten, das Mittel gesunden. Weiber waren damals genug übrig, aber wenig Männer. Also! Um der Not der Zeit willen.“

Sallte die ideale Not unserer Zeit, die Nat an richtig gehenden Urgermanen kleiner sein als die Not der damaligen Zeit an Bauern? Wenn die wenigen Germanen, die wir haben, so viele Kinder zeugten, wie ihnen möglich ist, so müßte es gehen!

Natürlich ist das Geschäft schwer und aufopferungsooll. Man muß es ihnen erleichtern, sozusagen lieb und angenehm machen.

Sollten nicht alle die Hunderte, Tausende, Millionen, die zu entartet sind, um selbst echte Germanen zu zeugen, mit Freuden ihr Hab und Gut auf den Altar derer legen, welche die schwere Pflicht ihnen abnehmen. Man muß es ihnen nur richtig klarmachen!

Denn jene erlesene Schar, welche ihr Leben hingibt für das künftige, bessere Geschlecht, muß gut genährt und aan entkräftender Arbeit frei sein.

Jeder Vorurteilsfreie wird die Ansicht der Gründer des Bundes teilen, daß die erste „Gemeinde“ dieser Art „die Augen der Welt auf sich lenken“ wird, daß die Offenbarung von ihr, „den schier verzweifelnden gebracht“, „neue seelische Kräfte in den Herzen entfalten, einen neuen Blütenfrühling am Baume der germanischen Menschheit“ heroortreiben wird.

Nur einige kleine Bedenken haden die Begründer, soweit ich sehe, noch nicht aus dem Wege geräumt. Es wird leicht sein, das nachzuholen; deshalb mögen sie es bald tun.

Erstlich nämlich scheinen mir die Begründer des Bundes nach nicht erwiesen zu haden, daß die jetzige „völkische Entartung“, ähnlich der Verwüstung des dreißigjährigen Krieges, in der Hauptsache nur die Männer angegriffen hat, sodaß auf einen urgermanischen Mann die zum Gebären so vieler, als ihm zu zeugen möglich ist, nötige Menge urgermanischer Frauen sich finden wird.

Zweitens ist mir aus allgemein psychologischen Gründen wahrscheinlich, daß die Frauen nicht ganz ebenso begeistert dafür sein werden, die vielen neuen Urgermanen zu gebären, wie die Männer, sie zu zeugen.

Solange diese Bedenken nicht gehoben werden, steht zu befürchten, daß die aarher besagte Entwicklung diese Erlösungsgemeinde ziemlich schnell in eine Art urgermanischen Vergnügungsaerein umbilden wird mit Landpartien behufs „Liebeslebens in der Natur“.

Nachschrift: Ist Ihnen eigentlich klar, weshalb alle diese lustigen Leute das Wort „Germanen“ so sehr lieben? Das Wort ist doch ursprünglich ganz ernst gewesen? Es tut einem fast leid darum.

Ob sie es van germinare herleiten? Die immerfort Keimenden, andauernd mit Keimung Beschäftigten? Die Keimlgen sozusagen.

„Echt jüdisch.“ Es wäre eine interessante Aufgabe, einmal zusammenzustellen, was in den Augen unserer Antisemiten alles echt jüdisch ist. Echt jüdisch ist es, feige zu sein, echt jüdisch ist es, in kürzester Zeit Millionär zu werden, echt jüdisch aber auch, ein Schnorrer sein Leben lang zu sein; echt jüdisch ist fanatische Frömmigkeit und echt jüdisch auch radikaler Atheismus. Kurzum, alles, was einem nicht paßt, alles was nicht direkt antisemitisch ist, ist „echt jüdisch“. Vor kurzem hat ein Jude irgendwo Bankerott gemacht, — das ist natürlich echt jüdisch. Der „Konfektionär“ schrieb, daß es nicht Mangel an Tüchtigkeit war, was den Ruin herbeiführte, — das ist selbstverständlich wieder nur echt jüdisch. Ueber solche Kindereien kann man schließlich noch lachen. Aber das Leiborgan Liebermann v. Sonnenbergs gestattet sich dazu die Bemerkung:

„Es ist daher gar nicht so seltsam, daß die hebräische Sprache kein Wort hat, das sich mit den deutschen Begriffen von Redlichkeit und Ehrlichkeit deckt.“

Das ist eine Gemeinheit und eine Unwissenheit, wie sie sich bei den Antisemiten so gern mit einander paaren. Die hebräische Sprache hat für Recht und Ehrlichkeit nicht weniger als vier Ausdrücke. Aber freilich, was braucht man hebräisch zu können, um auf die hebräische Sprache zu schimpfen? Es gibt ja Leute, die nicht einmal deutsch können und doch Antisemitenführer sind!

Antisemitische Heuchler. Es ist immer interessant, unsere Antisemiten in ihrer Politik außerhalb der Parlamente zu beobachten, um sich davon zu überzeugen, wie verlogen ihre Phrasen im Reichstage und in den Wahlversammlungen sind. Im Reichstage behaupten sie, sie seien die größten Freunde der religiösen Toleranz und bekämpften die Juden nur als Rasse. Im Leben aber haben sie nicht nur vor der religiösen Ueberzeugung anderer keine Achtung, sondern sie möchten dem Juden die Ausübung seiner religiösen Pflichten ganz unmöglich machen. Wenn sie das Schächten bekämpfen, dann umgeben sie sich mit dem Mantel der Humanität und geben vor, Gegner der Tierquälerei zu sein. Es ist zwar längst bewiesen, daß das Schächten mindestens nicht qualvoller als jede andere Tötungsart ist, und wir haben nie gehört, daß die Antisemiten gegen die Treibjagd, den Sport der „Edelsten der Nation“, Front gemacht hätten. Aber — hier gibt es doch eine Ausrede. In manchen Fällen aber zeigt sich ihre Heuchelei ganz nackt ohne jegliches Feigenblatt. Wozu auch? Das Feigenblatt ist ein überflüssiger Luxus, wenn man sich das Schamgefühl abgewöhnt hat.

In Frankfurt a. M. wurde vor Kurzem, wie wir berichtet haben, ein strenggläubiger Jude am Sonnabend vor Gericht als Zeuge vernommen. Als der Richter ihn aufforderte, das Protokoll zu unterschreiben, weigerte er sich, mit der Begründung, daß das Schreiben am Sonnabend gegen seine Ueberzeugung sei, erbot sich aber, dieses später an einem anderen Tage zu tun. Statt diese religiöse Ueberzeugung zu respektieren, was hier ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit wäre, machte der amtierende Richter ungehörige und beleidigende Bemerkungen über die Juden. Auf eine Beschwerde sprach der Präsident dem Amtsgerichtsrat seine ernste Mißbilligung aus. Die „Deutschsozialen Blätter“ ärgern sich nun darüber, daß ein jüdischer Bürger hier Recht gefunden hat und sie machen dazu folgende bezeichnende Randglosse:

„Ob die sehr richtigen Worte des betr. Amtsgerichtsrats eine ernste Mißbilligung verdient haben, darüber werden die Ansichten geteilt sein. In der Sache selbst hat er jedoch vollkommen recht; wenn die nach Gleichberechtigung schreienden Juden am Staatsleben mitarbeiten wollen, dann haben sie sich vor allem den allgemein geltenden Regeln zu fügen. Man kann doch nicht gut verlangen, daß der Staat Beamte anstellt, deren Gewissen durch irgend welche Vorschriften so gebunden sind, daß sie nur an 200 Tagen im Jahre ihren Berufspflichten voll nachkommen können. Will ein Staat dem Andrängen der Juden in die höheren Berufe nachgeben, dann wird ihm schließlich nichts übrig bleiben — um die volle Arbeitskraft seiner Beamten auszunutzen — als eine Verlegung des Sonntags auf den Sonnabend und die Einführung des jüdischen Festkalenders.“

Diese Bemerkung ist eben so töricht wie ungerecht. Niemals haben die Juden verlangt, daß man mit ihnen als Beamte Ausnahmen machen soll, und wenn ein Jude sich zu einem Amte meldet, so ist es selbstverständlich, daß er freudig die Pflichten dieses Amtes übernimmt. Die orthodoxen Juden streben, soviel wir wissen, nicht nach Staatsämtern, weil sie mit der religiösen Sabbathfeier schwer zu vereinigen sind. Hier handelt es sich aber um einen Zeugen, der nicht freiwillig ein Staatsamt übernommen hat, sondern gezwungen wurde, vor Gericht zu erscheinen, da ist es eigentlich selbstverständlich, daß man auf seine religiöse Ueberzeugung gebührende Rücksicht nimmt. Aber für unsere Antisemiten ist auch das Selbstverständlichste unverständlich, wenn es sich um einen Juden handelt.

Judenmission und Antisemitismus. In Leipzig gab es unlängst eine im psychologischen Sinne interessante Versammlung, in der Zionisten und Missionare sich über den Wert der Judentaufen auseinandersetzten. Daß jede dieser Richtungen die Sache von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet und daher zu andern Resultaten gelangt, ist sehr begreiflich. Ebenso natürlich ist es leider, daß die Zionisten wie häufig auch hier in ihrem Eifer zu weit gingen und in manchen Ausdrücken das Taktgefühl vermissen ließen. Wir mischen uns grundsätzlich nicht in religiöse Fragen und wir sind der Ansicht, daß die Taufe ein rein persönlicher Akt ist und daß die Motive oft schwer zu prüfen sind. Eine Taufe ohne Ueberzeugung ist gewiß keine schöne Sache, aber in religiösen Dingen gibt es so viele Schattierungen, daß im Grunde jeder Mensch seine eigene Religion hat. Man kann daher nicht leicht sagen, wo innere und wo nur äußere Gründe obwalten. Daß die charakterlosen Taufen auf Konto der antisemitischen Strömungen zu schreiben sind, das unterliegt keinem Zweifel. Man braucht nur den Blick nach England zu wenden, um zu sehen, wie selten da die Taufen als Passierschein in die christliche Gesellschaft vorkommen. Wie gesagt, wir würden dieser Sache keine Beachtung schenken, wenn die Antisemiten sich ihrer nicht bemächtigt hätten. Die antisemitische Presse aber möchte aus der Sache Kapital schlagen und sie schlachtete sie zu langen Leitartikeln aus. Das Leiborgan Liebermann von Sonnenbergs schreibt:

„Man würde über die vergebliche Arbeit der Missionsschwärmer lächeln können, wenn die Sache nur ein Zeichen echtdeutscher Verranntheit wäre; aber es liegt eine Sünde darin wider das eigene Volk, das von Juden in einen Abgrund geführt wird politisch und — religiös. Darum muß einmal gesagt sein, daß die Kluft zwischen Deutschen und Juden auch nicht durch die Mission überbrückt werden kann, da die Juden dem innersten Kern des Christentums unzugänglich sind. Das liegt gewiß an der Rasse, deren Verschiedenheit nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vorhanden ist. Jüdische Ethik und Moral — soweit man hiervon überhaupt sprechen kann — gleichen der deutschen Veranlagung wie ein „verdorreter“ Ast dem grünenden. Das sagt sogar die Missionszeitschrift „Friede über Israel“ selber, indem sie schreibt von: „religiöser Herzenswüste, hoffnungsloser Unempfänglichkeit für geistliche Dinge und Widersprechen eines „verkehrten Geschlechts“.

Der Verfasser dieses schon stilistisch merkwürdigen Artikels scheint nicht nur das Alte, sondern auch das Neue Testament nur aus den Auszügen des famosen antisemitischen Handbuches zu kennen. Christus selbst dürfte wohl das Wesen des Christentums und die wahre Natur der Juden doch gekannt haben, und — er wendet sich bekanntlich mit viel Wärme an die Juden. Der Verfasser wird wohl auch schon gehört haben, daß die Apostel und die ersten Verkünder der Lehre Jesu zum größten Teil Juden waren und daß die christliche Gemeinde in der ersten Zeit nichts anderes

war als eine reformierte Judengemeinde. Freilich verstanden Christus und seine Jünger sehr wenig von der hohen Rassenlehre, sonst müßten sie ja gegen sich selber kämpfen. Eine große Kluft zwischen der jüdischen und christlichen Ethik kann nur der Antisemit finden, der sich durch den Rassenstandpunkt außerhalb jeder Ethik stellt. Christus hat hauptsächlich aus jüdischen Quellen geschöpft und seine Ethik kann daher nur die jüdische Ethik sein. Die Kluft zwischen Juden und Christen wäre längst überbrückt worden, wenn es nicht berufsmäßige Hetzer gäbe, die an der Schürung des Hasses ein Interesse haben. Aber die ewige Kluft zwischen Christentum und Antisemitismus kann durch alle Heuchelei und durch alle Phrasen der Welt nicht überbrückt werden. Der Rassen- und Klassenhaß ist ebenso unchristlich wie ungerecht.

David Friedrich Strauß und seine Stellung zum Judentum.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Doch nicht allein in seinen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen kritischen Schriften, sondern auch in seinen Dichtungen und Reden verkündet David Friedrich Strauß mit flammenden Worten die Bibel der Duldung und Humanität. In seinem herrlichen, leider noch viel zu wenig bekannten „poetischen Gedenkbuch" finden wir u. a. ein im Jahre 1848 verfaßtes Gedicht, betitelt: „Duldung," worin Strauß in reizvoller und scherzhafter Form, aber im Grunde doch sehr ernst gemeint, das heilige Gebot der Toleranz predigt. Mögen daraus nur die beiden Strophen hier mitgeteilt werden:

Ich hört' als Knab' ein Ratrenwort,
Das noch den Mann erbaut.
Es hustet in der Predigt einst
Die Närrin überlaut.
„Ei, hust' sie doch so widrig nicht,"
Fuhr sie der Pfarrer an.
„Herr Pfarrer", gab sie ihm zurück,
„Ich huste, wie ich kann."
Daß schlecht zum Nachtigallgesang
Der Frösche Quaken stimmt,
Das hab' ich oft genug erprobt
Und war darob ergrimmt.
Doch sucht ich Steine, war es mir,
Als rief der Frosch mich an:
„Was willst du, ungerechter Mensch,
Ich huste, wie ich kann."

Strauß war auch Politiker und Parlamentarier. 1848 stellte ihn seine Vaterstadt Ludwigsburg als Kandidat n für das deutsche Nationalparlament in Frankfurt auf, doch unterlag er dem Mißtrauen, welches die pietistische Partei unter dem württembergischen Landvolk gegen ihn wachrief. Später wurde er jedoch zum Abgeordneten der Stadt Ludwigsburg für den württembergischen Landtag gewählt. Die Reden, die er in jenem sturmbewegten Jahr in verschiedenen Wählerversammlungen hielt, erschienen damals unter dem Titel „6 theologisch-politische Wahlreden" und hier zeigt sich der in religiösen Fragen so vorurteilslose Humanist auch in politischer Beziehung als ein Mann des rastlosen Fortschritts, der Freiheit und des Rechts, denn er forderte auch für die Juden volle Emanzipation und staatsbürgerliche Gleichberechtigung, seiner Entrüstung darüber Ausdruck gebend, daß die Konfession und nicht die Gediegenheit und Tüchtigkeit des Einzelnen ausschlaggebend sein könnte. In der Rede, die er in der Volksversammlung in Steinheim an der Murr am 20. April 1848 hielt, versicherte er hoch und heilig, daß er keineswegs ein Gotteslengner und ein Mensch ohne Religion sei. Von jeher habe ihm der Gedanke fern gelegen, jemandem seinen Glauben nehmen zu wollen, vielmehr lasse er jeden seines Glaubens leben und verlange nur, daß man auch ihn in seiner Ueberzeugung ungekränkt lasse . . .

„Ueberhaupt," fuhr er fort, „der Religion zu nahe treten zu wollen, war nie meine Meinung, die Religion ist auch mir ein ehrwürdiger Gegenstand, wie mir alles ehrwürdig und heilig ist, was zu den Kräften, den Anfängen der menschlichen Natur gehört. Zu diesen Grundkräften der menschlichen Natur gehört aber vor allem die Religion, allein ich glaube (und die Erfahrung, die Geschichte lehrt es mich), daß alle Anlagen der menschlichen Natur in ihrer Aeußerung, ihrer Entfaltung der Entartung unterworfen sind. Wie Blumen und andere Gewächse mit der Zeit auszuarten pflegen, so auch die Anlagen der menschlichen Natur, und zwar nicht bloß die niederen, die sogenannten sinnlichen Triebe, sondern auch die höheren und edleren . . . Wie das Wasser Kalk absetzt, der Wein Hefe und Weinstein, so hat jede Religion zu jeder Zeit Erzählungen, Legenden abgesetzt, die erbaulich sind, aber nicht wahr, die dem Gemüte wohltun, aber vor dem Verstande nicht bestehen. Diese abzusondern und den edlen Wein der Religion durch eine Art von Ablagern von seiner Hefe zu befreien, ihn dadurch heller, genießbarer, haltbarer zu machen, das allein war meine Absicht."

Ein Gebot der Religion sei es aber, daß vernünftige und sittliche, unterrichtete und aufgeklärte Staatsbürger herangebildet werden müßten. Die Kirche müßte vom Staate frei gegeben werden.

„Die bürgerlichen Rechte dürfen an kein Glaubensbekenntnis mehr gebunden sein. Ob einer seine Kinder taufen oder beschneiden läßt oder nicht, ob er die katholische Messe besucht oder die protestantische Predigt, oder ob er es vorzieht, sich zu Hause auf seine Weise zu erbauen, wenn er nur die Gebote hält, wenn er sich gesagt sein läßt: Du sollst nicht töten, nicht ehebrechen, nicht stehlen, kein falsches Zeugnis reden wider Deinen Nächsten. Du sollst dich nicht lassen gelüsten deines Nächsten Hauses — so soll er unser Bruder und Mitbürger sein, soll wählen und gewählt werden dürfen, soll Aemter bekleiden wie ein Anderer."

Und in einer Rede, die er auf dem Rathause in Schwieberdingen am 23. April vor seinen Wählern hielt, verwahrte er sich gegen seine Widersacher, die ihn beschimpften, daß er ein Antichrist sei, der die guten Christen alle mit sich zur Hölle reisen lassen wollte. Dann fuhr er in seiner humoristisch-ernsten Weise fort:

„Vor hundert Jahren, ja, da galt es als ausgemacht, daß jeder Andersgläubige, und nun vollends der Ungläubige, des Teufels sei. Nicht bloß von Heiden und Juden glaubte das der Christ, sondern auch vom Protestanten der Katholik, und hinwiederum vom Katholiken der Protestant, so daß, wenn beide Teile recht gehabt hätten, dann der Böse beide Teile, mithin die gesamte Christenheit geholt haben würde. Unterdessen ist es heller in den Köpfen geworden, und wie man keine Hexen mehr bei uns verbrennt, so wird auch der Andersgläubige nicht mehr von vornweg verdammt. Wir leben in einem christlichen Lande, aber derjenige würde unter uns für einen rohen Menschen gelten, welcher behaupten wollte, daß es keine rechtschaffenen Juden gäbe. Wir leben in einem vorzugsweise protestantischen Lande, und doch erkennen wir Ehrenmänner genug unter den Mitgliedern der katholischen Kirche an. Ich bin nun freilich kein Katholik und kein Jude, nicht einmal Deutsch-Katholik. Ich bin nicht bloß ein Andersgläubiger, sondern sie sagen, daß ich ein Ungläubiger sei. **Man nennt, wie Ihr vielleicht schon gehört habt,** einen solchen Vogel, wie ich bin, einen Philosophen . . . . Ueber Euren Glauben wird in Frankfurt gar nicht verhandelt werden, also ist es auch nicht nötig, daß Euer Abgeordneter ein Gläubiger sei. Wir lächeln, wenn wir zufällig erfahren, daß gewisse Fromme nur bei sogenannten christlichen Schneidern, christlichen Schustern, christlichen Küfern und Schmieden arbeiten lassen. Ihr, die Ihr einen Mann aufzustellen habt, welcher helfen soll, das auseinandergefallene deutsche Reich frisch in Reif und Band zu fassen, Ihr wollt, statt nach seiner Geschicklichkeit in dieser Kunst, nach seinem Glaubensbekenntnis fragen? Seht, von Glaubens- und Kirchensachen wird in Frankfurt nur die einzige Frage aufs Tapet kommen, ob auch ferner, wie bisher, bürgerliche Rechte an ein gewisses Glaubensbekenntnis gebunden sein sollen, ob einer getauft sein, und zwar in einer der drei anerkannten Konfessionen getauft sein müsse, um Ortsvorsteher, Beamter, Richter, Abgeordneter werden zu können; das wollen die meisten, und gerade die besten und aufgeklärtesten unter Euch nicht dulden. Sie sagen, das zieht nur Heuchler und tut nicht gut. Das kann aber ein sogenannter Ketzer am wenigsten länger haben wollen. Er am meisten muß wünschen, daß man jeden seines Glaubens

leben lasse, jede Ueberzeugung achte, so lange sie der bürgerlichen Gesellschaft keine faulen Früchte trägt."

Wie schön, wie wahr und wie erhebend lautet noch jetzt nach fast 60 Jahren das von Strauß in der Wählerversammlung im Schloßhof zu Ludwigsburg am 24. April 1848 gesprochene politische Glaubensbekenntnis:

„Auf dem Altar des Einen Vaterlandes wollen wir nicht nur unsere provinziellen Sonderinteressen als Württemberger, Bayern usw. opfern, sondern ebenso auch den alten religiösen Hader, der unserem Vaterland seit drei Jahrhunderten schon so manche Wunde geschlagen hat, alle wollen wir, Christ und Jude, Katholik und Protestant, Lichtfreund und Philosoph einmütig zum großen Werke zusammenwirken und am wenigsten es uns einfallen lassen, irgend einen, der sich als Arbeiter an dem Bau des neuen Deutschlands anbietet, wenn er nur sonst tüchtig ist, um seiner religiösen Meinungen willen zurückweisen. Heuer vor 200 Jahren ist der westfälische Friede geschlossen worden, welcher dem dreißigjährigen Religionskrieg in Deutschland ein Ende machte, aber den Haß, das Mißtrauen, die Intoleranz und Engherzigkeit der religiösen Parteien fortbestehen ließ. Zeigen wir, daß wir in 200 Jahren weitergekommen sind, daß wir gelernt haben, jede ehrliche Ueberzeugung zu achten und den rechtschaffenen Mann auch im Andersgläubigen nicht zu mißkennen . . . Jeder Deutsche müßte fortan in sämtlichen deutschen Staaten Aufenthalts- und Ansiedelungsrecht haben. Alle Deutschen sollen gleiches Recht und Gericht haben, alle Standesprivilegien abgeschafft, alle Lasten von allen gleichmäßig getragen werden. Um seiner Religion willen soll keiner eines bürgerlichen Rechtes verlustig gehen. Jude und Christ soll, wenn er unbescholten ist, in der Gemeinde stimmen, soll, wenn ihn das Vertrauen seiner Mitbürger dazu beruft, nicht nur Gemeinderat und Ortsvorstand, sondern auch Abgeordneter und, wenn er seine Tüchtigkeit nachweist, Staatsbeamter jeder Art werden können. Auch die beschränkenden Ausnahmegesetze gegen Wucher und Schacher sollen nicht ausschließlich gegen Juden, sondern auch gegen gewisse Erwerbsarten, treibe sie nun Christ oder Jude, gerichtet sein."

So manches ist von den einzelnen Programmpunkten, die David Friedrich Strauß aufgestellt, seit den letzten Jahrzehnten verwirklicht worden, aber so manches bleibt noch zu wünschen übrig. Allerdings sind die Juden vor dem Gesetz gleich, aber vielfach nur auf dem Papier, indem auf dem Verwaltungswege, wie man weiß, die Wohltaten des Gesetzes zuweilen eine gründliche Korrektur erleiden.

David Friedrich Strauß hatte auch persönliche freundschaftliche Beziehungen zu einzelnen namhaften und hervorragenden Juden seiner Zeit. So verkehrte er z. B. freundschaftlich mit **B e r t h o l d A u e r b a c h**, dessen Werk über Spinoza er eingehend besprach, ebenso stand er mit ihm in fleißigem Briefwechsel. Er schwärmte für die Dorfgeschichten seines Landsmannes und zollte in den Briefen an seine Korrespondenten diesen dichterischen Schöpfungen vollste Anerkennung. So schrieb er z. B. einmal an seinen intimen Duzfreund Märklin (München, 29. Januar 1849) die charakteristischen Worte:

„Von den Dorfgeschichten habe ich in Stuttgart ganz zuletzt mehrere gelesen und sie haben auch mir recht wohl gefallen. Sie sind ohne Affektation erzählt. Ich habe mich gewundert, wie es Auerbach als Juden möglich war, so in das Wesen und Leben unseres Landvolkes einzudringen, und aller Ehren wert ist es, wie er die Erinnerungen seiner Kindheit und Knabenzeit (denn das scheinen es größtenteils zu sein) so poetisch auszubauen gewußt hat."

Als Auerbach nach Berlin übersiedelte, besuchte ihn Strauß und war ihm dafür sehr dankbar, daß er ihm manche für ihn wichtige Bekanntschaften vermittelte. Man lese nur die Briefe von Strauß, die er an den Pfarrer Christian Rapp aus jener Zeit sandte, worin er die Gefälligkeiten, die ihm Auerbach erwiesen, rühmt. Durch Auerbach lernte er auch den Verfasser von „Mendel Gibbor", „Vögele der Maggid" und anderer Ghetto-Geschichten, **A. B e r n s t e i n**, damals Leitartikler der Berliner „Volkszeitung", persönlich kennen. Ueber ihn berichtet Strauß an Rapp in einem Briefe vom 5. Januar 1865: „Von jüngeren Männern war mir der interessanteste der Schreiber der „Volkszeitung", mit dem ich neben Politik auch von Theologie sprechen kann. Er ist ein getaufter Jude und großer Kenner der rabbinischen Theologie. Hier ist David Friedrich Strauß ein Irrtum unterlaufen. Ich war 30 Jahre mit A. Bernstein bekannt und befreundet und so viel ich weiß, war er aus dem Schoße des Judentums bis an sein Lebensende **n i c h t** ausgetreten. Was Strauß zu dieser Annahme veranlaßt haben konnte, ist mir unerfindlich.

Wiederholt verteidigte er aufs lebhafteste **H e i n r i c h H e i n e** gegen die Angriffe Gustav Pfizers, Wolfgang Menzels u. a., indem er für das dichterische Genie und den glänzenden Humor des ungezogenen Lieblings der Grazien die größten Sympathien hegte. Ja sogar für seinen Charakter trat er lebhaft ein. So schrieb er einmal an den bekannten Aesthetiker Vischer in Stuttgart, der ein Gegner des Dichters war (Heilbronn, 24. Oktober 1844):

„Ich halte Heine im Grunde für einen guten Kerl, vergleiche ihn in vielem mit seinem Vetter Gans und verzeihe ihm auch seine Eitelkeit eher, als einem Pathetiker wie Herwegh. Ueberdies glaube ich, daß ihm von geistlich-sittlichem Interesse das politisch-liberale wirklich ernst ist. Es wäre doch der Mühe wert, wenn Du bei Gelegenheit seine eben erschienenen neuen Gedichte, den Prozeß des Mannes von vorn einstudiertest."

Ebenso rühmt er den „Salon" und die romantische Schule Heines:

„Man bekommt die Leute doch immer vors Gesicht," schreibt er an den Genannten, „von denen er spricht und auch, wo es ihnen fehlt, trifft er meistens. Die faulen Ideen vom Christentum usw. sind freilich Unsinn, aber begründet im Zusammenhang, im geschichtlichen Werden seiner Richtung, was Pfizer gar nicht ahnt oder ahnen will. Er sagt, manche Lieder von Heine wären schön, wenn sie nicht so ironisch abschnappten, gerade als wollte einer sagen, es wäre ein gutes Essen um einen Hering, wenn er nicht so salzig wäre, oder um eine Muskatellertraube, wenn sie nicht, wie man sagt, nach Katzendreck schmeckte . k . . . Jetzt hat ja Ruge*) einen Aufsatz über Heine angekündigt. Das ist aber auch nicht der Mann, nach seinem Buch zu urteilen, das er mir kürzlich geschenkt hat, und wo er sich ziemlich in der gewohnten Weise über ihn äußert."

Anregende Stunden verlebte der süddeutsche Forscher, der bekanntlich zugleich ein hervorragender Musiker war, mit dem jüdischen Musikschriftsteller Otto Gumprecht, damals Musikreferent der Berliner „Nationalzeitung". Gumprecht war blind und bewegte sich dennoch in den Straßen Berlins ganz allein mit einer erstaunlichen Sicherheit — freilich gab es damals weder elektrische Bahnen noch Automobile. Mit diesem „höchst interessanten Mann", wie Strauß ihn nennt, unterhielt sich der gemütliche Süddeutsche mit Vorliebe. Intim befreundet wurde er ferner mit dem jüdischen Maler **E d. M a g n u s**. Dieser war ihm bei seinem Besuche der Gemäldegallerie behilflich, tat auch sonst alles, was in seinen Kräften stand, um Strauß den Aufenthalt in Spreeathen so angenehm als möglich zu gestalten.

Dabid Friedrich Strauß klagt in einem seiner Gedichte, daß sein Leben wie ein Licht verglimme und wie ein Ton verschwimmen werde, aber mit Unrecht, nur das, was sterblich an ihm war, ist verglommen und verschwommen, aber der unsterbliche Genius, der große geistige Freiheitsheros lebt für alle Zeiten.

Briefkasten.

J. S. in B. Wir danken Ihnen für Ihre Ergänzung unserer Notiz über den verstorbenen Kommerzienrat G. aus Bischofsburg, möchten jedoch von einer wörtlichen Wiedergabe Ihrer Zuschrift absehen, da unser Vereinsorgan sich mit **i n t e r n e n** Angelegenheiten des Judentums nur in dringenden Ausnahmefällen beschäftigt.

Abonnent in Berlin. Der Verein der deutschen Kaufleute wird gerade von den Antisemiten auf das heftigste angegriffen; Ihre Zweifel sind daher durchaus unbegründet.

*) Arnold Ruge, der bekannte Herausgeber der Halleschen Jahrbücher.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 6. Berlin, 5. Februar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Senott, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Unsere akademische Jugend.

Die Jugend ist der Stolz und die Hoffnung einer jeden Nation. Jede ideale Bewegung auf allen Gebieten des Lebens, des Wissens und der Kunst rechnet mit ihr, denn jedes wirklich große und gesunde Werk ist für die Zukunft bestimmt. Die Gegenwart ist ja nur die Brücke, die die Vergangenheit mit der Zukunft verbindet, und wir sind die Kommissionäre, die die alte Kultur, bereichert und vermehrt im Geiste unserer Zeit, der kommenden Generation übertragen. Der Jugend gehört die Zukunft, dabei bildet sie einen so wichtigen Faktor in allen unseren Bestrebungen. Speziell die akademische Jugend gilt als die Blüte eines jeden Volkes, als der Wegweiser in eine bessere, glücklichere, lichtvollere Zeit. Denn in ihr denken wir uns verkörpert idealen Sinn, frisches pulsierendes Leben und warme Begeisterung für alles Gute und Schöne Hier wirkt noch das heilige Feuer ungehemmt, hier tobt und stürmt die innere Kraft des Temperaments und quillt der Drang nach Hoheit und Vollkommenheit. Die Jugend ist dazu berufen, das ererbte Gut der Väter zu wahren und zu vermehren.

Wer von uns erinnert sich nicht mit Lust der herrlichen, sorglosen Studentenzeit, wo das Herz voll seligen Hoffens und der Kopf voll schöner Zukunftsträume war und wir den höchsten Zielen der Menschheit mit voller Kraft entgegenzusteuern wähnten? Da gab es keine Hindernisse und keine Unmöglichkeiten, da thronte der Wille in seiner ganzen Majestät und die jugendliche Phantasie umgab alles mit einem heiligen Glorienschein Von einem grenzenlosen Optimismus beseelt, glaubte man in diesen glücklichen Jahren, alles erreichen zu können, und alles erschien uns da idealisiert, verschönert Mag die überschäumende Lebensfreude auch manchen dummen Streich begehen, nur der Bierphilister kann sich darüber aufregen. Die Jugend soll jung und frisch sein und soll uns Aeltere jung machen und uns vor Erstarrung und Versteinerung bewahren Das ist ihre innere Bestimmung.

Die akademische Jugend war Jahrhunderte hindurch der Ruhm der deutschen Nation, und gar manches Volk beneidete Deutschland um die Träger seiner Zukunft. Wo es galt, für nationale und menschliche Ideale zu kämpfen, da standen die deutschen Studenten in den ersten Reihen. In den ersten Dezennien des vorigen Jahrhunderts, als die politische Lage Deutschlands den Tiefstand erreichte und das Deutsche Reich zerklüftet und aus vielen Wunden blutend dalag, da waren es unsere Studenten, die den Traum der deutschen Einheit träumten und für alles eintraten, was die Ehre Deutschlands haben konnte. Als Märtyrer ihrer Ueberzeugung wanderten sie oft ins Gefängnis oder wählten das Brot der Verbannung. Im „tollen Jahre" 1848 trugen sie die nationale Fahne und fochten wie Helden für Freiheit und Menschenwürde im teueren Vaterlande. In Wort und Tat verherrlichten sie den deutschen Gedanken, der für sie zugleich der Gedanke der bürgerlichen Freiheit und des menschlichen Fortschrittes war In den deutschen Burschenschaften wurde das Eisen zur Vereinigung des deutschen Volkes und zur Wiederaufrichtung des Reiches geschmiedet. Hier fand das Streben unserer Denker und Dichter eine sichere Stätte, hier wurden die besten deutschen Jünglinge zur Freiheit, zur Männlichkeit und zum idealen Denken erzogen.

In der zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts vollzieht sich langsam, aber für das Auge des Kulturforschers vernehmbar, eine Wandlung auf diesem Gebiete, und der alte Ruhm verblaßte immer mehr Die Burschenschaften verlieren immer mehr ihre innere Bedeutung und vergessen oft ihren eigenen Beruf. Während des großen Krieges von 1870-1871 und in den Flitterwochen der neu erstandenen deutschen Einheit zehrt die deutsch-akademische Jugend noch von ihrem alten Ruhme, und der kurze, nationale Freiheitsrausch zeitigt manche ideale Blüte. Aber schon anfangs der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist der Idealismus bis zur Neige ausgekostet, und es tritt eine neue Erscheinung auf den Plan, eine Erscheinung, die dem deutschen Wesen bis dahin ganz fremd war: die Hohlheit, der Schein, das Prunken und Großtun. Wie auf dem Gebiete der Kunst und der Literatur die letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts ein Zeitalter des sterilen Epigonentums bilden, so begnügen sich auch viele unserer Studenten damit, auf die großen Errungenschaften der Nation zu pochen, ohne danach zu streben, das Erreichte lebendig zu erhalten und weiter auszubauen. Aber jeder Stillstand trägt die Keime der Zersetzung in sich, und Stagnierung ist fast überall die Mutter der Reaktion. So erleben wir hier tatsächlich eine Reaktion, wie wir sie vorher niemals für möglich gehalten hätten. Als Herr Stöcker seine ersten Triumphe in Berlin feierte und seine Ideale auf den Ruinen der humanen Kultur aufrichtete, waren es die Studenten, die ihm zujubelten, und die Lehrsäle des Herrn Professors von Treitschke, des geistreichsten Antisemiten Deutschlands, wurden immer voller. Die alten Ideale wurden in die Rumpelkammer geworfen und neue Götzen bestiegen deren Throne An Stelle des Nationalismus trat der Chauvinismus, anstelle des Freiheitsdranges das hohle Strebertum und anstelle des idealen Sinnes der Schein, die Prunk- und Ziersucht Man fing an, sich mit billigen

Phrasen zu begnügen und damit seinen jugendlichen Tatendrang zu stillen, und man glaubte, durch Lärmen und Trinken sein Germanentum zu bekunden.

Dieser neue Germanismus war im Grunde nur die Rückkehr von der Vernunft zum Instinkt, von Nationalismus zu einer falsch verstandenen Romantik. Man lebte und wirkte nicht nach einer inneren Weltanschauung, sondern man schuf sich eine Weltanschauung, die sich der neuen Mode anpaßte. Zu dieser neuen so bequemen Weltanschauung paßte der sich sozial und germanisch drapierende Antisemitismus und die Treitschke'sche Lehre von den „Wirts- und Gastvölkern" ausgezeichnet. Oder richtiger: diese neue mit so viel Tiraden verkündete neogermanische Weltanschauung war nur das Feigenblatt für den instinktiven Haß. Die innere Abneigung gegen die Juden wird wohl in vielen Herzen stets latent gewesen sein, aber während man sie vorher als Rudiment finsterer Zeiten betrachtete, sich ihrer schämte und gegen sie mit den Mitteln der modernen Kultur anzukämpfen suchte, proklamierte man jetzt die Herrschaft des Instinkts als das eigentliche Wesen des Deutschtums. Der Antisemitismus wurde zu einem modernen Sport, und man kokettierte nun öffentlich mit seinen tierischen Trieben. Man nahm für seine niedrigsten Instinkte ein wissenschaftliches Mäntelchen, nannte sie Rassentheorie, Rückkehr zum Germanentum, und nun braucht man sich seiner atavistischen Gefühle nicht mehr zu schämen.

So sehen wir in den letzten zwanzig Jahren einen großen Teil der Studenten in Deutschland und noch mehr in Oesterreich als die treueste Schar der Reaktion, und sie geraten immer mehr auf die Bahn der Verrohung und Entartung. Die Burschenschaften, die einst die Stätten der Freiheit waren, sind heute stolz darauf, judenrein zu sein. Die Verbindungen, die deutsche Tapferkeit pflegen sollen, verweigern heute häufig den jüdischen Kommilitonen die Satisfaktion, d. h. sie beleidigen und beschimpfen sie, ohne ihnen Genugtuung zu geben. Und dieses von Liebermann von Sonnenberg vor Jahren verschriebene Rezept der Feigheit nennen diese Jünglinge germanisch. Die Reihen der liberalen Studenten wurden in den letzten Jahren immer mehr gelichtet, und auf einen großen Teil der deutschen Studentenschaft hat die liberale Weltanschauung heute wenig Einfluß.

Kleine Episoden, die man in den Universitätsstädten täglich erlebt, zeigen uns die Verrohung eines Teiles der heutigen deutschen Studentenschaft. Ein antisemitischer Witz ruft am Biertische geradezu Lachsalven hervor. Oft schämt man sich nicht, den harmlosen jüdischen Nachbar auf jede mögliche Weise zu chikanieren, um dadurch sein Heldentum zu bekunden. Selbst in den Hörsälen wird häufig mit den Füßen gescharrt, wenn ein jüdischer Name zitiert wird. Noch lebt in unserer Erinnerung folgende schmackvolle Episode: Als Professor Kohler in Berlin eines Tages in seiner Vorlesung den Kommentar von Justizrat Levy lobend erwähnte, scharrten die Hörer mit den Füßen, zum Zeichen des Unwillens. Als der Professor aber fortfuhr, daß das bedeutendste juristische Werk unvollendet geblieben ist, weil der Verfasser vor einigen Jahren ermordet wurde, — da trampelten die edlen Jünglinge zum Zeichen des Beifalls. Also diese angehenden Juristen sind empört darüber, daß ein jüdischer Gelehrter die Wissenschaft bereichert hat und sind entzückt, daß er meuchlings ermordet worden ist. Dieses Betragen kann man schlechterdings nur als tierische Rohheit bezeichnen. Und aus diesen Reihen soll der Staat später seine Richter und Verwaltungsbeamten nehmen? Eine traurige Aussicht für die Zukunft der deutschen Kultur.

Es scheint überhaupt, als wenn die Auffassung unserer Studenten eine nüchterne, mehr auf das Reale gerichtete geworden wäre. Viele sagen es auch offen heraus, daß sie nur darum in die Korps eintreten, weil sie dann bessere Aussicht auf Anstellung haben. Viele sind schon als Zwanzigjährige vorsichtig mit ihrer politischen Ansicht wie alte Philister, weil ein offenes Wort ihnen vielleicht schaden könnte. Die meisten haben gar keine Zeit mehr für ideale Bestrebungen, weil sie mit nervöser Hast dem Erwerb zueilen. In den politischen Versammlungen der liberalen Parteien findet man heute viel seltener Studenten, als in den siebziger und achtziger Jahren. Das ist sehr traurig, denn es gibt nichts, was der Jugend so schlecht steht, als der kalte Geschäftssinn, das nüchterne Rechnen. Der universale und ideale Grundzug geht so immer mehr verloren, und das Fachsimpeln wird schon bei den Studenten Mode. Man ist kein akademischer freier Bürger mehr, sondern in erster Reihe ein angehender Arzt, Rechtsanwalt, Beamter. Das mag wohl der immer schwieriger werdende Kampf ums Dasein zum Teil verschulden, im Sinne der Kultur aber muß diese Erscheinung bedauert werden.

Als Begleiterscheinung dieser neuen Gestaltung tritt in unserer Zeit häufig noch etwas hinzu, was wir als die Militarisierung der Studenten bezeichnen möchten. Das Offizierstum scheint in jüngerer Zeit das höchste Ideal der akademischen Jugend, wenigstens der korporierten, zu sein. Wer Reserveoffizier ist, der spielt im Korps die erste Rolle. Er gibt den Ton an, und alle sind bemüht, seinen Schneid getreu nachzuahmen. Psychologisch ist das aus dem Absonderungsbedürfnis heraus zu erklären. Man strebt nach Exklusivität und möchte sich mit dem Nimbus einer vornehmen privilegierten Kaste umgeben. Kann man sich nicht gegenseitig zu Tode schießen, so will man wenigstens mit zerschnittenen Gesichtern renommieren und Säbelduelle gelten schon heute als besonders vornehm. Man will eben etwas anderes als der gewöhnliche Bürger sein. Man hat eine andere Lebensweise, eine andere Auffassung vom Leben und seinen Aufgaben, andere Ehrbegriffe, andere Sitten und andere Bräuche. So tritt anstelle der ungezwungenen Fröhlichkeit ein steifes, oft geradezu komisches Gebahren, anstelle lebendigen Humors hohles Pathos und anstelle warmer Begeisterung ein abscheulicher Cynismus.

Wie sehr dieses arrogante Verfahren dem eigentlichen Wesen des Studententums widerspricht, kann man leicht begreifen, wenn man dieses Problem tiefer erfaßt. Der Student ist ja ein Soldat der Wissenschaft und ein Pionier der Zukunft. Er sammelt alle Kenntnisse und Erfahrungen für das Volk, dem er nachher dienen will, und er sollte zeitig suchen, mit dem Volke Fühlung zu gewinnen und seine sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu verstehen. Wir leben ja in einer Zeit, wo die soziale Frage im Vordergrund aller Betrachtungen steht und wo die Milderung der Gegensätze und die Aussöhnung der Volksklassen das höchste Ideal bildet. Für diesen Beruf sich vorzubereiten, sollte die Aufgabe eines jeden sozial empfindenden jungen Mannes sein. Es ist beschämend, daß die heutigen deutschen Studenten den Studenten anderer Nationen an idealem Sinn und gemeinnützigem Streben häufig nachstehen. Während die schwedischen und dänischen Studenten Volkskurse gründen und den Arbeitern Unterricht erteilen, laufen unsere Studenten in die antisemitischen Versammlungen und zollen den blödsinnigsten Märchen über Juden und Judentum Beifall. Die russischen Studenten gehen freudig in den Tod für die Freiheit, und die unsrigen freuen sich, wenn sie einen armen jüdischen Hausierer quälen können. Wahrlich, da könnte man wehmütig mit dem Dichter ausrufen:

„O, alte Burschenherrlichkeit,
Wohin bist du geschwunden!"

In den letzten Jahren ist das Protestieren zu einer Mode geworden. Man protestiert öffentlich gegen alles, was einem nicht gefällt, erläßt schön klingende Resolutionen, — und das liebe Vaterland ist gerettet. Einen Einfluß auf den Gang der Dinge haben diese Kundgebungen fast nie, aber sie zeigen uns die Gesinnung der Parteien. Unsere Studenten tun nun fleißig bei diesen Demonstrationen mit

und trampeln nach Herzenslust, aber nur selten haben wir sie da gesehen, wo es gilt, gegen eine Reaktian Frant zu machen und seine freie Gesinnung zu zeigen. Dagegen traten sie in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen gegen die ausländischen Studenten häufig in einer Weise auf, die eine Ironie auf die akademische Würde ist. An verschiedenen Hochschulen sind die ausländischen Studenten, namentlich wenn sie Juden sind, direkten Beleidigungen und Beschimpfungen ausgesetzt, und unsere Studenten begreifen gar nicht, wie sehr sie in allen ihren Schritten dem Barbarismus zusteuern.

Gewiß gibt es auch heute noch viele ernste Studenten, die einer liberalen Gesinnung huldigen und die Wege des Fortschrittes wandeln, aber sie bilden heute nicht mehr die Majorität. Eine große Anzahl bekümmert sich um öffentliche Fragen überhaupt nicht, und die Bierverhältnisse haben für sie mehr Interesse, als die palitischen und sozialen Zustände des Reiches. Diese Indifferenten lassen sich aber van den Fanatikern des Vereins Deutscher Studenten bei mancher Gelegenheit ins Schlepptau nehmen, und sie tun mit, ahne zu wissen, um was es sich eigentlich handelt. Die Gesamtheit der deutschen Studenten zeigt heute an keiner Hochschule ein liberales Gepräge. Kein gerechter Mensch verlangt von den jungen Akademikern, daß sie sich in die engen Geleise einer Partei hineinzwingen lassen sollen, aber eine freie, vorurteilslase Gesinnung auf der Grundlage der modernen Kultur und der Humanität muß der Idealist von dem Jünglinge erwarten, der der Wissenschaft sein Leben weiht. Aber in dieser Erwartung wird man immer wieder getäuscht, und manche Symptome erinnern nur daran, daß wir in einer Zeit der Begriffsverwirrung leben. Nicht nur bei politischen Wahlen, sondern auch bei Festlichkeiten und Kundgebungen findet man heute eine große Anzahl der deutschen Studenten in den Reihen des Rückschrittes. Bei Stiftungsfesten akademischer Vereine ist es heute leider häufig Made, lächerliche Judenfiguren vorzuführen, und das Mauscheln gehört zum höchsten Genuß eines Teiles unserer Studentenschaft. Diese jüdischen Figuren sind oft direkt aus der Luft gegriffen, und das Mauscheln hat man nicht von Juden, sondern von Antisemiten erlernt. Bei einigem Nachdenken würden diese Leute leicht einsehen können, wie töricht und wie unwürdig dieses Treiben ist. Aber der Rausch der Phrasen verscheucht das vernünftige und gerechte Denken, und das menschliche Fühlen muß dem barbarischen Wesen Platz machen. Schan heute sind bei diesen jungen Leuten die Begriffe von Pflicht und Anstand sehr unklar und verschwommen, und ihre ganze Weltanschauung ist ein Chaos von Gefühlen und Instinkten.

So liegen die Dinge, und sie mahnen zum ernsten Nachdenken. Van dieser Seite droht tatsächlich der ethischen und geistigen Kultur Deutschlands eine große Gefahr. Diese Jünglinge sollen ja einst Lehrer, Richter und Leiter des Valkes werden. Wie werden sich nun da die Verhältnisse gestalten? Es ist eine traurige Perspektive in die Zukunft, die sich uns hier darbietet. Alle ethischen und geistigen Kräfte müssen dieser Gefahr entgegenarbeiten. Alle, die eine gesunde Entwicklung des Vaterlandes auf allen Gebieten des Lebens wünschen, müssen danach streben, einen wirksamen Damm gegen Verrohung und Barbarei zu errichten.

Schöpferische Geister.

Wie alle unsere Antisemiten ist auch Herr Theodar Fritsch ein begeisterter Freund des flachen Landes. Diese Liebe zum flachen Lande ist aber sekundärer Natur und sie entspringt nicht der Schwärmerei für die Natur. Primär ist bei all diesen reaktionären Geistern der Haß gegen die Großstadt, weil sie die Stätte der modernen Bildung und des Fartschrittes ist. Der Haß gegen die Industrie wurzelt ebenso tief in ihren Herzen, weil sie den feudalen Geist verscheucht und die Macht des Junkertums geschwächt hat. Um diesen Haß zu verbergen, wird die Liebe zum flachen Lande in den Vordergrund geschoben. Die ganze Palitik dieser Reaktionsapostel geht im Grunde dahin, den Einfluß des flachen Landes auf Kosten der Stadt zu stärken, und es werden immer neue Maßregeln erdacht, um die alten Traditianen des Rückschrittes zur Herrschaft zu bringen. Denn die Stadt ist der Sitz der Intelligenz, der Todfeindin des Antisemitismus.

Nun ist die Landflucht eine Erscheinung, die in den letzten Jahren die Interessen der Agrarier stark bedroht, und durch die antisemitische „Aufklärungsarbeit" kann man diese Gefahr nicht aufhalten. Der Arbeiter mag immer nach nicht einsehen, daß er dazu da ist, um das Glück der Agrarier auf den Ruinen seiner eigenen Existenz zu mehren. Er strebt nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, und er findet sie in der Industrie in viel höherem Maße als in der Landwirtschaft. Der Arbeitermangel macht sich daher in der Landwirtschaft sehr fühlbar, und man weiß, daß unsere patentierten konservativen Patriaten, die in jedem ausländischen Juden eine große Gefahr für Deutschland erblicken, gern hunderte polnisch-russischer Landarbeiter beschäftigen, ja var Jahren sogar ernstlich die Einführung von Kulis verlangten. Am liebsten würden sie die Freizügigkeit ganz aufheben, denn der Staat ist doch nur dazu da, um ihnen billige Arbeiter auf Kosten der Konsumenten zu verschaffen. Dieser Traum aber ist unerfüllbar, und sa muß man sich vorläufig mit Surrogaten behelfen.

Herr Fritsch in Leipzig, der Begründer der „Antis. Korr.", ist zwar in erster Reihe Retter des Mittelstandes, aber in seinem großen Herzen hat auch die glühende Liebe zum flachen Lande Platz. Sa sinnte er lange nach, wie man dem Lande helfen könnte, und endlich hat er das Ei des Kalumbus entdeckt. Natürlich ist diese Idee, wie alles, was vom großen Fritsch stammt, originell und genial, — sie entströmt eben seiner graßen Weltanschauung. Alsa: das Land ist die ewig gütige Spenderin, die Stadt der Moloch, der alles zerstärt, alles vergiftet. Das Land liefert gesunde und kräftige Menschen, die in Geld umgerechnet, ein großes Vermögen präsentieren. Die Stadt macht sie krank und siech und belastet dann das Land mit graßen Kasten. Das Land erzeugt die gesunde Maral, die Stadt dagegen macht die Menschen unsittlich. „Wie kommt nun das Land dazu, fartwährend den Menschenersatz für Stadt und Industrie zu liefern?" Fritsch faßt das Resultat seiner Betrachtungen dahin zusammen:

„In der Stadt also beständig ein Zustrom von Menschen, ein Zufluß von Geld, und darum überall Zuwachs, Vermehrung, Aufschwung; auf dem Lande hingegen beständig Abzug, Verminderung, Rückgang. Was Wunder, wenn in der Stadt immer mehr Reichtum und Wohlleben entsteht, auf dem Lande aber Stillstand und Verkümmerung! Das Konto zwischen Stadt und Land entbehrt jedenfalls des vernünftigen Ausgleiches. Das Land gibt immer, die Stadt nimmt immer. Es könnte erst von einer reinlichen Rechnung die Rede sein, wenn Stadt und Industrie entsprechende Gegenleistungen für das bezogene „Menschen-Material" an das Land übernehmen würden."

Unsere ganze Volkswirtschaft beruht nach seiner Ansicht auf einem „Rechenfehler", und diesen Fehler will er durch seinen großartigen Vorschlag beseitigen. Es soll nämlich eine Heimatsteuer eingeführt werden, die der in der Stadt lebende Arbeiter an das Darf, in dem er geboren zu werden das Glück hatte, zu zahlen hat. Nach Befriedigung der Familie sallen diese Gelder für die Zwecke der Landgemeinde verwendet werden. Die fröhliche Kinderschar würde dadurch zum wirklichen Segen, die auswandernde Jugend zur Quelle des Wahlstandes für die Gemeinde werden:

„Diejenige Gemeinde, heißt es dann weiter, die am meisten tüchtige Menschen in die Welt hinaus zu senden hat, würde hieraus

einen greifbaren Nutzen ziehen; ihre Einkünfte würden sich steigern. Nun erst wäre wieder ein starkes Gemein-Interesse an dem Gedeihen des Nachwuchses vorhanden; man würde mit Stolz auf ein zahreiches und tüchtiges heranwachsendes Geschlecht blicken und darin eine Bürgschaft für eine frohe Zukunft sehen. Ja, im Interesse des Gedeihens der Jugend müßte das Bedürfnis nach einer vernünftigen Lebens-Gestaltung sich schließlich bis zu *züchterischen Gedanken erweitern*. So würde wieder Wohlstand und Lebensfreude auf dem Lande einkehren und das Gefühl verschwinden, daß man das mißachtete und ungerecht behandelte Flickholz für fremde Interessen ist."

Man glaubt gar nicht, welche Wohltaten dieser neue Plan der leidenden Menschheit zu erweisen vermag, welche Probleme zu lösen imstande wäre. „Mit dieser Einrichtung würde erst Vernunft in den wirtschaftlichen Organismus des Staates kommen. Nun erst wäre in der Ausgabe der Kräfte eine Art Gleichgewicht geschaffen."

Ja, die soziale Frage ist so leicht zu lösen, wenn man sich nur auf den konservativ-antisemitischen Standpunkt stellt und die Ideen von Theodor Fritsch verwirklicht.

Uns, die wir freilich mit der Logik nüchterner Menschen denken, will es scheinen, daß der verhängnisvolle Rechenfehler auf Seiten des Herrn Fritsch liegt. Ein Mensch ist keine tote Ware, er ist Selbstzweck, er gehört nicht der Gemeinde an, in der er zufällig geboren wurde, sondern in erster Reihe sich selber und dann der ganzen Gesamtheit des Reiches. Wenn er also, um sein Los zu verbessern, in die Stadt zieht, dann wäre es ein Unsinn und ein Unrecht, ihm Hindernisse zu bereiten und ihn mit mittelalterlichen Steuern zu belasten. Erreicht würde durch eine solche kopflose Maßregel nur, daß die Jugend nach dem Auslande wandern würde. Es ist auch absurd, das Land als Geberin und die Stadt als Nehmerin hinzustellen. Das Land kann heute die Stadt viel weniger entbehren, als die Stadt das Land. Nicht nur in kultureller, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung ist das Land von der Stadt abhängig, und es empfängt viel mehr, als es gibt. Die Arbeiter, die vom Lande kommen, werden ja für ihre Arbeit bezahlt, sie schenken also der Stadt nichts. Der ganze Plan ist so reaktionär, daß er nur im Kopfe eines Feindes aller modernen Ideen entstehen konnte. Der Schluß ist besonders charakteristisch für die Denk- und Schreibweise dieses antisemitischen Apostels. Er schreibt:

„Die klugen Handelsleute aus dem Orient spotten gern über die rechnerische Unfähigkeit des Deutschen. Und in der Tat: bis heute ist der *Deutsche ein jämmerlich schlechter Rechner* gewesen. Unsere ganze Volks- und Sozial-Wirtschaft krankt an großen Rechenfehlern. Jedoch, sie sollen sich vorsehen! Vielleicht lernt der Deutsche eines Tages noch das Rechnen; und in dem Augenblicke wird es um die Herrlichkeit der fremden Schlaumeier geschehen sein. Sie werden dann mit ihren Waffen geschlagen werden".

Daß auch schon die Mathematik jüdisch ist, haben wir freilich bisher nicht gewußt. Die Zeit ist dahin, wo man den Deutschen für einen bloßen Träumer gehalten hat. Das deutsche Volk des zwanzigsten Jahrhunderts — das sei zu seinem Ruhme gesagt — kann vorzüglich rechnen, denn es ist nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Industrie und im Handel tonangebend. Wenn es aber zur Größe auf diesen Gebieten gebracht hat, so geschah es nicht wegen, sondern trotz der reaktionär-agrarischen Bestrebungen. In diesem höhern Sinne also kann Deutschland sehr gut rechnen. Versteht man aber unter „Rechnen" niedrigen Geschäftssinn, kleinlichen Egoismus, dann sind unsere Antisemiten Virtuosen auf diesem Gebiet, denn bei ihnen ist ja alles Geschäft, freilich kein ehrliches Geschäft, sondern der jämmerlichste Eigennutz unter dem heuchlerischen Mantel des deutschen Idealismus. Wenn Herr Fritsch also das Charakterbild derjenigen, die ihm nahe stehen, zeichnen will, dann ist es nicht stilvoll, einen orientalischen Rahmen dazu zu wählen.

Eine gefährliche Fusion der Handlungsgehilfen-Verbände auf antisemitischer Grundlage.

Als die Handlungsgehilfen vor drei Jahren die erste Wahlbewegung zu den Kaufmannsgerichten hinter sich hatten, nahmen wir Veranlassung, in den „Mitteilungen" (S. 53, Jahrg. 1905) auf das gefährliche Treiben des antisemitischen „Deutschnationalen Verbandes" hinzuweisen. Wir berichteten, wie sich jene Pückler-Jünger nicht entblödeten, in einem unverantwortlichen Treue-Bruch die Wahlkartelle zu durchkreuzen, die sie unter „ehrenwörtlicher" Verpflichtung mit anderen kaufmännischen Organisationen abgeschlossen hatten.

Wiederum wird jetzt die Wahlperiode mit einem Akt antisemitischer Raffiniertheit eingeleitet. Man gibt jetzt der erstaunten Oeffentlichkeit kund, daß eine Konferenz der führenden Personen des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes" und des „Verbandes deutscher Handlungsgehilfen" zu Leipzig stattgefunden hat, um eine völlige Fusion beider Verbände herbeizuführen. Es folgt dann die Bekanntmachung eines gemeinsamen an die leitenden Körperschaften beider Verbände ergehenden Aufrufes, der den Schein erwecken könnte, als handle es sich darum, der so notwendigen Einheit des deutschen Handlungsgehilfenstandes die Wege zu ebnen.

Weit gefehlt. Wer die Hilfstruppe der Antisemiten Raab und Schack kennt, wird sich schwerlich solchen Illusionen hingeben. Jene Herren haben es vielmehr verstanden, durch einen wohl vorbereiteten Coup die Führer des Leipziger Verbandes für eine Verschmelzung einzufangen, bei der die Kasse der Antisemiten eine ihr wahrscheinlich sehr notwendige Stärkung erfahren wird durch die gut fundierten Kasseneinrichtungen des Leipziger Verbandes.

Geld riecht ja nicht, und was fragen die Deutschnationalen danach, ob die Gelder, die der Leipziger Verband mit in die Ehe bringt, von den nach Hunderten zahlenden *jüdischen* Handlungsgehilfen stammen, die Mitglieder des Leipziger Verbandes sind. Was tut's, wenn die Mitgift, welche die Leipziger mitbringen, von den unterstützenden jüdischen Prinzipalen herrührt, aus Beiträgen, die gegeben wurden in der Meinung, der Leipziger Verband sei und bleibe allezeit auf religiösem Gebiet tolerant. Es wäre aber auch falsch, zu glauben, daß die beiden Verbände nach ihren Tendenzen irgendwie zusammengehören; das Gegenteil trifft zu. Denn in grundsätzlichen Fragen, wie z. B. der Frauenfrage, der Stellung zu der Prinzipalität usw., bestehen Gegensätze, wie sie schärfer nicht gedacht werden können. Vor allem aber ist es ein Unding, wenn der *Leipziger Verband* mit ungefähr 20 000 *jüdischen Mitgliedern* ins Schlepptau der Deutschnationalen genommen werden sollte, die in ihrem § 2 Juden von der Aufnahme in den Verband ausschließen. Nun haben naive Gemüter geglaubt, mit der Fusion würde dieser Paragraph vielleicht fallen, aber rechtzeitig wurde auch dieser Wahn zerstört. Denn als ein deutschnationaler Redner, der den Aufruf mit unterzeichnet hat, am 30. v. M. in einer Schöneberger Versammlung gefragt wurde, was wohl aus den jüdischen Mitgliedern des Leipziger Verbandes werden würde, erklärte er unverblümt: *Sie bekommen eine Fahrkarte nach Jerusalem.* Derselbe Mann, Führer der neuen Einheitsorganisation, erklärte am nächsten Tage in Berlin, wenn er als Richter in einer politischen Angelegenheit einen Juden und einen Antisemiten vor sich hätte, so müßte er als befangen zurücktreten. So sieht die Basis dieser sonderbaren Fusion aus, und die Tagespresse erinnert mit Recht daran, daß die sich jetzt plötzlich so freundschaftlich einander nähernden Verbände sich noch bis vor kurzem aufs heftigste befehdeten, Prozesse führten und sich mit Beleidigungen förmlich überschütteten. So wurde beispielsweise noch vor ganz kurzem die Leitung des Leipziger

Verbandes in antisemitischen Flugblättern als „Karrikatur einer Standesvertretung" bezeichnet, die an „sozialer Knochenerweichung" leide und „Selbstentmannung getrieben" habe. Das Leipziger „Pack" wurde als „Urheber solcher Schurkenstreiche" denunziert, das „Bauchtanze" ausgeführt habe, „Verräterei und Gesinnungslumperei" treibe, eine „Bedientensprache" führe, und in diesem lieblichen Tone ging es weiter.

Jetzt mit einem Male sollen die Mitglieder des Leipziger Verbandes, die jahrelang auch in ihren lokalen Organisationen den Deutschnationalen in erbittertem Kampfe gegenüberstanden, auf Kommando einschwenken und dem Erdfeind in die Arme sinken?!

Wäre es dem antisemitischen Verband um ein wirkliches Einigungswerk der bestehenden Handlungsgehilfen-Organisationen zu tun gewesen, so hätte man eine Form der Unterhandlung wählen müssen, bei der jede Fusion von der Bedingung abhängig gemacht worden wäre, daß der § 2 des deutschnationalen Statuts (Ausschluß der Juden) fallen müsse.

Es darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß auffallender Weise unter den Führern, die den Aufruf unterzeichnet haben, der Name L i ß t e vermißt wird, ein Beamter des Leipziger Verbandes, der zu den fortschrittlichen Elementen dort zählt und bei der letzten Reichstagswahl als Kandidat der Freisinnigen Vereinigung aufgestellt war. Wir lassen die Frage noch offen, weshalb gerade e r von jener Einigungskonferenz fern geblieben war. Jedenfalls wird er nicht allein bleiben, denn auch einige andere Mitglieder dieses Verbandes, die sich das selbstständige Denken noch nicht abgewöhnt haben, werden sich kaum der Zumutung ihrer Führer fügen. Schon jetzt beginnen einzelne Kreisvereine des Leipziger Verbandes Protest einzulegen gegen die ihnen zugedachte Verbrüderung. So beschwert sich der Kreisverein Oschatz nach einem Artikel der „Leipz. Neuesten Nachr." über die Art der Fusion und warnt in einer Resolution an die Verbandsleitung, „von dem einseitigen Zusammenschluß mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, falls dessen Praktiken etwa auch nur zum Teil auf unsere bisher beobachtete Interessenvertretung Anwendung finden sollten."

Man darf wohl annehmen, daß dieser Protest noch zahlreiche andere Ortsgruppen des Leipziger Verbandes sich anschließen werden.

Antisemiten und die Tapuyos-Maués.

Die exotischen Herrschaften werden wir gleich vorstellen. Erst wollen wir auf die vorige Nummer der „Mitteilungen" zurückkommen. Da wurde in der Notiz über Judenmission und Antisemitismus mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß Christus selbst das Wesen des Christentums und die wahre Natur der Juden gekannt haben werde, besser jedenfalls, als das Leiborgan Liebermann v. Sonnenbergs. — In dem „Amerikanischen Brief" in der letzten Nummer findet sich folgender Satz, gegen dessen Richtigkeit wohl auch Niemand etwas wird einwenden können: „Man wird zugeben müssen, daß ein Rabbiner über das Denken und Fühlen der Juden besser unterrichtet sein wird, als Herr Stöcker und seine deutschen und etwaigen amerikanischen Gesinnungsgenossen."

Aber die Antisemiten begnügen sich nicht damit, über die Juden besser Bescheid zu wissen als Juden, nicht damit, über Christus, die Apostel und die ganze frühere Juden-Christenheit hinwegzusehen, ihr Ehrgeiz treibt sie, über die Juden besser Bescheid zu wissen, als die Tapuyos-Maués, die mit den Juden zufrieden sind und darum von dem antisemitischen Blumenauer „Urwaldboten" eines Besseren belehrt werden. — Die Tapuyos-Maués sind ein wilder Volksstamm in Südbrasilien, deren Häuptling in einem Briefe an den Gouverneur von Amazonas sich über die gegen seinen Stamm von den Bewohnern der Stadt Ceara verübten Gewalttätigkeiten, Gaunereien und Spitzbübereien beklagt und sein Schreiben wie folgt schließt: „Deshalb wollen wir von den Cearensern nichts mehr wissen. Mit Italienern, J u d e n , Portugiesen und Guyabanern wollen wir Handel treiben, weil diese nicht mit jenen gemeinsame Sache machen." — Dazu bemerkt das „deutschnationale" Blatt, das in Blumenau erscheint, der „Urwaldbote", der sich des Beifalls des Berliner Stöckerorgans erfreut: „Wenn sie den Juden und Portugiesen, für die sie eine Vorliebe zu haben scheinen, in die Hände fallen, werden sie vom Regen in die Traufe kommen, denn gegen die Sorte helfen auch Pulver und Blei nichts." — Wie kommen die Antisemiten in Blumenau dazu, besser zu wissen, was den Tapuyos frommt, als deren eigener Häuptling? Selbst wenn die Blumenauer Antisemiten schlechte Erfahrungen mit Juden gemacht hätten, könnten die Tapuyos doch bessere gemacht haben. Es könnte ja sein, daß die Juden mit den Blumenauer Antisemiten schlecht umspringen, weil sie Antisemiten sind, mit den Tapuyos aber ganz anders verfahren, weil diese Wilden doch bessere Menschen sind. Oder kann ein Urwäldler, wenn er auch am Redaktionstische hantiert, so etwas gar nicht fassen?

Und doch hätten die Deutschen in Südbrasilien im allgemeinen und in Blumenau im besonderen allen Grund, mit Hetzen sich weniger abzugeben, auf daß sie selbst, gegen die auch gehetzt wird, mit reinerem Gewissen Angriffe abwehren können. Es gibt nämlich brasilianische „Patrioten", die systematisch ebenso, aber in Anbetracht der größeren Zahl der Deutschen und des hinter ihnen stehenden Deutschen Reiches mit mehr Recht von einer „deutschen Gefahr" sprechen und schreiben, wie unsere Antisemiten von einer „Judengefahr"". In seinem Werke „America Latina" schreibt Sylvio Romero den Deutschen in Südbrasilien Emanzipationsgelüste zu und macht ihnen zum Vorwurf, daß die Deutschen an ihren Sitten, ihrer Sprache und an ihrer Religion hängen und durch Generationen hindurch intakt die charakteristische Individualität ihrer Rasse bewahren. Derartiges machen ja unsere Antisemiten auch den Juden zum Vorwurf. Nur gibt es in Deutschland keine Stadt, bei der bei einer Bevölkerung von 40 000 das n a t i o n a l e Element n u r i n d e n h a u p t s ä c h l i c h s t e n B e h ö r d e n vertreten wäre. Ferner können die deutschen Antisemiten den Juden in Deutschland höchstens den Vorwurf machen, daß sie mit der übrigen Bevölkerung gleichberechtigt sein, nicht aber, daß sie sich von der übrigen Bevölkerung emanzipieren, d. h. unabhängig machen wollen. Die Juden in Deutschland d nken nicht daran, was den Deutschen in Brasilien vorgeworfen wird, einen Staat im Staate m i t e i g e n e n G e s e t z e n und e i g e n e r p o l i t i s c h e r Verwaltung zu gründen. Gerade das Gegenteil streben die deutschen Juden an, und gerade die Antisemiten sind es, die dieses Streben bekämpfen.

Ein anderer Brasilianer, Crispin Mira, ist vernünftig genug, im „Correio da Manha" die deutsche Gefahr für ein Hirngespinnst zu erklären, und das, obgleich er früher an eine solche Gefahr selbst geglaubt hat. Er war sogar direkt nach Blumenau gegangen und hat das ganze Munizipium durchstreift, um unwiderlegbare Daten zu sammeln, auf Grund deren er die hohen Behörden von der Schwere der deutschen Gefahr überzeugen wollte. Er überzeugte sich aber nur, , daß sein „Nativismus völlig unbegründet" war, haftes Hirngespinnst". Er ist anständig genug, seinen Irr-
daß die deutsche Gefahr nichts anderes sei, als „ein krank-
tum einzugestehen und sich zu bemühen, zur Wiederherstellung der Wahrheit beizutragen. Ja, er sieht in der treuen Anhänglichkeit der Deutschen in Brasilien an ihrer Religion, Sprache, Sitte sogar eine „große Tugend", die aufzugeben man von den Deutschen zu verlangen keinen Grund habe.

Wenn deutsche Antisemiten lernen könnten, würden wir ihnen zur Beherzigung einige Bemerkungen dieses Freundes der Deutschen gern ins Stammbuch schreiben. Er sagt u. a.: „Die flüchtigen und aus der Ferne angestellten Beobachtungen können nur falsche Beurteilungen zur Folge haben und hauptsächlich dann, wenn sie einzelne Fälle herausgreifen". — Weiter sagt er: „Die Schule und die Zeit werden das Verbrüderungswerk zu Ende führen. Es wäre besser und viel nützlicher, wenn wir, anstatt von phantastischen Gefahren zu schwatzen, versuchten, unserem Volke die Liebe zur Arbeit und die Verachtung kleinlicher Richtigkeiten zu predigen".

Die hier zitierten Sätze sind wirklich nicht von einem deutschen Judenknecht oder Judengenossen zu Gunsten der Juden in Deutschland geschrieben, sondern wörtlich von einem Brasilianer zu Gunsten der in Südbrasilien ansässigen Germanen.

Hatten wir nicht recht, den Deutschen in Blumenau, die den aus Deutschland mitgebrachten Antisemitismus nicht los werden zu können scheinen, zu empfehlen, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern und den Tapuyos zu überlassen, ob sie mit Juden Handel treiben wollen oder nicht? Vielleicht engagiert man den Stammeshäuptling der Tapuyos, daß er nach Blumenau gehe und den antisemitischen Urwald-Redakteur Mores beibringe, die besser und vernünftiger sind als seine antisemitischen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Joachim Gehlsen, der berüchtigte „Reichsglöckner", ist kürzlich im Alter von 67 Jahren gestorben. In seiner bewegten publizistischen Laufbahn hat er reichlich auch mit dem antisemitischen Kalbe gepflügt; was nicht verhinderte, daß er in letzter Zeit mit etlichen seiner antisemitischen Gesinnungsgenossen sich überwarf und sie vor den Kadi schleppte. Daß Gehlsen aus diesem Anlaß einmal bei uns seine Zuflucht suchte, aber selbstverständlich hinauskomplimentiert wurde, wird unsere Leser interessieren.

Eine Beleidigungsklage des Münchener Antisemitenhäuptlings Wenng gegen den Redakteur des liberalen „Bayreuther Tagblattes," Fr. Kunkel ist kürzlich verhandelt worden. Die Sache geht auf die letzten Reichstagswahlen zurück, bei denen Wenng im Wahlkreise Bayreuth kandidierte. Das „Bayreuther Tagblatt" griff ihn am Tage vor der Wahl heftig an, nannte ihn unter anderem einen „ordinären Judenhetzer", „politischen Ignoranten", „in allen Farben schillernden Politiker"; ferner hieß es, Wenng besitze eine „angeborene, unerhörte Frechheit". Das Gericht erkannte auf Freisprechung unter Auferlegung sämtlicher Kosten auf den Privatkläger. Wie das Münchener „Deutsche Volksblatt" in seiner letzten Nummer berichtet, hat das Landgericht München die gegen den Freispruch eingelegte Revision als begründet erklärt und die Klage zur neuerlichen Verhandlung vor das Landgericht verwiesen. In der Begründung heißt es, die Ausdrücke seien zwar sehr scharf, aber dem Beklagten stehe der § 193 schützend zur Seite. Es sei erwiesen, daß Wenng zu gleicher Zeit bezahlter Agitator des Bundes der Landwirte und Vorsitzender der antisemitischen Partei in München gewesen und sich auch als Zentrumsmann aufgespielt habe. Auch habe er sich, obwohl er Mitglied des Zentralvereines des Bundes der Landwirte war, bei der Landtagswahl als Gegenkandidat gegen den bündlerischen Kandidaten aufstellen lassen! . . .

Antisemitischer Lakaienstil. Unserer unter vorstehender Spitzmarke gebrachten Notiz Nr. 4 der „Mitt." ist noch folgende Lesefrucht aus der letzten N. der „Deutschsozialen Blätter" nachzutragen:

„Der nächste Verbandstag der Westmark findet am Sonntag nach Ostern statt; wo, wird noch bekannt gegeben werden. Herr Dr. Böhme wird ihn durch seine Anwesenheit interessant machen."

Und das antisemitische Blatt wird sich, wenn es diesen Hofschranzenstil beibehält, auch weiterhin lächerlich machen.

Hauptmann Franz Herter-Gr.-Lichterfelde und die „sozialdemokratische Judenschutztruppe". Ueber ein auffälliges Gerichtsurteil erfährt man aus der „Leipz. Volksztg." einiges Nähere. Der Maurerverband in Gr.-Lichterfelde hatte den als konservativ-antisemitischen Heißsporn bekannten Herrn Hauptmann a. D. Herter wegen Preßbeleidigung verklagt. Das Groß-Lichterfelder Amtsgericht lehnte jedoch im Oktober v. J. die Klageerhebung ab mit der Begründung, daß dem Beschuldigten nicht darum zu tun gewesen sei, dem Privatkläger in ehrenkränkender Weise zu nahe zu treten, sondern lediglich darum, das Treiben des sozialdemokratischen Verbandes bloßzulegen, dem zur Erreichung seiner Zwecke jedes Mittel heilig sei; er habe nur im allgemeinen das rigorose Vorgehen der Sozialdemokratie als solche brandmarken wollen. Die vom Landgericht hingegen eingelegte Beschwerde ist jedoch, wie die Stöckerpresse triumphierend verkündet, abgelehnt worden. Herr Herter hatte nämlich eingewendet, daß er seinem Artikel die Ueberschrift gegeben habe: „Neue Schamlosigkeiten der sozialdemokratischen Judenschutztruppe"; die Abänderung in „sozialdemokratischen Machthaber" habe die Groß-Lichterfelder Zeitungsredaktion selbständig vorgenommen. Darauf gestützt, begründet nun die Beschwerdekammer ihre Abweisung unter anderm so:

„Der Beschuldigte steht auf dem Standpunkte daß die Sozialdemokratische Partei von dem internationalen Judentum irregeleitet sei. Letzteres bekämpft er, wie die überreichten Broschüren und gedruckten Reden beweisen, eifrig in Wort und Schrift. Wie die von ihm gewählte Ueberschrift ergibt: Neue Schamlosigkeiten der sozialdemokratischen Judenschutztruppe, ein Wort, das auch im späteren ursprünglichen Text noch einmal vorkommt, nahm der Beschuldigte offenbar an, daß auch bei dem Groß-Lichterfelder Vorfalle die in den Reihen der Sozialdemokratie befindlichen Juden die Hände im Spiele hätten. Dafür spricht auch, daß er an einer anderen Stelle von Singer-Zubeilschen Freiheiten des Zukunftsstaates spricht. Singer wenigstens ist aber, wie gerichtsnotorisch ist, jüdischer Abstammung! —

Die sozialdemokratischen Juden in führender Stellung, die „Judenschutztruppe", wie der Beschuldigte sie nennt, wollte er daher offenbar mit seinen scharfen Aeußerungen treffen."

Also wäre die „Judenschutztruppe" für antisemitische Beschimpfungen vogelfrei. Es ist bedauerlich, daß das Urteil nicht in vollem Wortlaut veröffentlicht wird.

Vermischtes.

Unentschuldigtes Fehlen der Reichstagsabgeordneten bei namentlichen Abstimmungen. Die Antisemiten im Reichstage, von denen früher einzelne zu den hartnäckigsten Schwänzern gehören, glauben jetzt den Spieß umdrehen und gegen die freisinnigen Parteien denselben Vorwurf erheben zu können. Bei den namentlichen Abstimmungen in dem Sessionsabschnitt 1905/6 sollen unentschuldigt gefehlt haben:

von der Wirtschaftl. Vereinigung . . .	12,7	v. H. Abg.
„ den Nationalliberalen	17	„ „
„ der Reformpartei	19	„ „
„ „ Freisinnigen Volkspartei . . .	19,3	„ „
„ den Sozialdemokraten	21,6	„ „
„ „ Deutschkonservativen	22,7	„ „

vom Zentrum	23,6	„	„
von der Reichspartei	24,5	„	„
„ „ Freisinnigen Vereinigung . .	29	„	„
„ „ Süddeutschen Volkspartei . .	31	„	„
„ den Polen	65	„	„

Dazu wird nun bemerkt:

„Bei den Polen läßt sich die hohe Ziffer aus der grundsätzlichen Gleichgiltigkeit allen deutschen Angelegenheiten gegenüber erklären, bei der Süddeutschen Volkspartei zum Teil aus der weiten Entfernung. Daß aber ausgerechnet die Freisinnige Vereinigung, die überall am größten den Mund aufmacht und auf die Omnipotenz des Reichstages pocht, in diesem Sündenregister so ziemlich an der Teie marschiert, ist bezeichnend."

Bezeichnend ist, bemerkt hierzu die „Lib Korr.", hier nur die Oberflächlichkeit und Böswilligkeit solcher Zusammenstellungen und Bemerkungen. Die Freisinnige Vereinigung hatte damals zehn Mitglieder. Bei einer so kleinen Gruppe mit Prozentzahlen zu arbeiten, ist unter allen Umständen irreführend. Das Fehlen eines einzigen Mitgliedes bedeutet hier immer gleich zehn Prozent! Es kommt hinzu, daß die damaligen 21 namentlichen Abstimmungen sich alle in einen kurzen Zeitraum im Frühjahr zusammenpreßten (Finanzreform!) und hier gerade ein besonders fleißiger Abgeordneter aus rein persönlichen Gründen häufig fehlen mußte. Nur ein einziger Abgeordneter konnte wegen weiter Entfernung und Verhinderung durch Berufsgeschäfte nur selten den Sitzungen beiwohnen. Die anderen Herren waren notorisch mit die fleißigsten und ständigsten Besucher der Sitzungen, und es ist ein glatter Zufall, wenn sie bei den namentlichen Abstimmungen wegen Krankheit oder persönlicher Verhinderung gerade einmal weniger stark präsent gewesen sind. **Mit solchen Angaben ist also gar nichts zu beweisen.**

Haß gegen Ausländer. Der Antisemitismus, der sich oft nach außen modern gibt, zeigt für den Kenner alle Symptome einer rückschrittlichen, nach dem Mittelalter strebenden Bewegung. Rassen- und Klassenhaß, Religionsfanatismus und Chauvinismus gehören zum beständigen Repertoire dieser Bewegung. Auch die Hetze gegen die Reichsausländer entspringt dieser Quelle. In fast jeder Nummer der antisemitischen Presse findet man giftgeschwollene Artikel gegen die in Deutschland lebenden Ausländer, und wenn es nach dem Sinne dieser merkwürdigen Sozialpolitiker ginge, müßte Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben werden, und man müßte jedem Fremden die Tore schließen. Das nennt man im antisemitischen Jargon eine moderne Politik im Zeitalter des Verkehrs. Komischer noch wirkt diese Bestrebung, wenn man bedenkt, daß wir darauf angewiesen sind, unsern Export immer mehr auszudehnen und den deutschen Erzeugnissen neue Gebiete zu eröffnen. Begreift man denn nicht, daß dieses Ziel nur auf der Bahn der kulturellen Annäherung der Völker und des gegenseitigen Entgegenkommens erreicht werden kann? Noch mehr: Es gibt kaum ein zweites Volk, das so viele seiner Söhne im Auslande hat, wie das deutsche. Mit welchem Recht wollen wir dann eine Achtung vor dem Deutschen und ein freundliches Entgegenkommen für seine kommerziellen und kulturellen Bestrebungen verlangen, wenn wir uns gegen die Söhne anderer Völker als Barbaren zeigen? Diesen Argumenten aber ist der echte Antisemit unzugänglich, und er verklausuliert sich mit allen möglichen Sophismen, um den klaren Standpunkt des Rechtes nicht einzusehen. Sein Gebiet ist eben die rohe Kraft, und er ist gegen alles, was nach Fortschritt riecht, instinktiv eingenommen.

Kann ein Angestellter wegen antisemitischer Aeußerungen entlassen werden? Diese Frage unterlag der Entscheidung des Kaufmannsgerichts Berlins in einem Rechtsstreit, dem folgender Sachverhalt zu Grunde lag: Der Kläger, Herm. B., war Verkäufer in der Werkzeughandlung von M. & O., deren beide Inhaber Juden sind. Eines Tages kam er mit einem jüdischen Angestellten einer anderen Firma, der zum Einkauf hingeschickt war, wegen Benennung einer bestimmten Zange in eine Meinungsverschiedenheit, und als ihm ein Mitangestellter darauf aufmerksam machte, daß er sich im Unrecht befand, erwiderte er: „Ich werde mir doch von dem Judenbub nichts sagen lassen?" Kurze Zeit darauf kam derselbe junge Mann wieder in das Geschäft der Beklagten, um einzukaufen. B. bediente aber erst die anderen Kunden, die später als jener gekommen waren und ließ ihn ganz bis zuletzt stehen. Als der Mitangestellte dem Kläger über das Ungerechte seines Verfahrens Vorhaltungen machte, erwiderte dieser: „Ach was! Erst kommen wir Christen und ganz zuletzt die Juden. Ich bin Antisemit und Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Den Judenbub bediene ich überhaupt nicht mehr." Die Geschäftsinhaber verfügten, nachdem sie von dem antisemitischen Gebahren in Kenntnis gesetzt wurden, die sofortige Entlassung des Angestellten, und das Kaufmannsgericht entschied, daß diese Entlassung zu recht erfolgt sei. Das Wort „Judenbub", das der Kläger gegenüber dem jüdischen jungen Mann gebraucht hat, war zwar nicht direkt gegen die Chefs des Klägers gerichtet, jedoch liegt es auf der Hand, daß diese Aeußerung eine Mißachtung der jüdischen Konfession im allgemeinen in sich schließe. Das bestätigt auch seine später erfolgte Aeußerung, er sei Antisemit. Die Inhaber brauchten sich derartige gegen ihre Konfession sich richtende Aeußerungen nicht bieten zu lassen, es kann ihnen auch nicht zugemutet werden, einen Angestellten weiter zu beschäftigen, der in ihrem Geschäft in Gegenwart von Personal und Kundschaft sich antisemitischer Tendenzen rühmt.

Danzig. Dieser Tage sind es 100 J a h r e g e w e s e n, s e i t d e r e r s t e J u d e i n D a n z i g s e i n e n E i n t r i t t i n d i e B ö r s e e r z w a n g, also hundert Jahre, seit hier die Juden „börsenfähig" wurden. Die „Danz. Ztg." erinnert an diesen Tag mit folgenden interessanten historischen Reminiszenzen von Walter Domansky:

Daß in den früheren Jahrhunderten sich Juden in Danzig zwar aufgehalten haben, aber ohne gesetzliches Niederlassungsrecht, dürfte bekannt sein. Ebenso die Tatsache, daß sich in den um Danzig gelegenen Ortschaften unter dem Schutze verschiedener weltlicher und geistlicher Fürsten jüdische Gemeinden bildeten, die allmählich erstarkten. Seit der preußischen Zeit etwa bestanden denn schließlich fünf Gemeinden nebeneinander, und diese waren: die Altschottländer, die Weinberger, die Langfuhrer, die Mattenbudener und die Breitgasser Gemeinde. Doch ließ auch noch am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts zur Zeit der französischen Fremdherrschaft die rechtliche Stellung der Juden manches für sie zu wünschen übrig. Wiewohl die Generale Rapp und Massias darauf drangen, Handelsfreiheit zu gestatten und diesen Grundsatz auch auf die Juden auszudehnen, protestierten die Danziger damals doch gegen die Zumutung, Juden an der Börse zuzulassen, indem sie sich darauf beriefen, „es solle, dem Willen des Kaisers Napoleon zufolge, Danzig nach seinen alten Gesetzen regiert werden." So wurde denn im April 1808 den Juden der Zutritt zur Börse untersagt. Ein Regierungskommissar las das Dekret in der Altschottländer Synagoge vor. Aber es sollte ein unvorhergesehenes Ereignis eintreten. Im Verlaufe des Jahres 1808 befand sich nämlich ein Kaufmann Moses Kassel aus Berlin auf einer Geschäftsreise in Danzig. Er wollte auch die Danziger Börse besuchen, da ihm von dem oben erwähnten Verbote nichts bekannt war. Aber sobald er sich dort sehen ließ, wurde er auch schon von einem Börsendiener ausgewiesen. Moses Kassel wandte sich nun mit einer Beschwerde persönlich an General Rapp, den Gouverneur von Danzig. Dieser ließ sogleich zwei Gendarmen rufen und schärfte ihnen ein, sie sollten sich den Kaufmann Moses Kassel genau ansehen, damit sie ihn wiederzuerkennen imstande wären. Alsdann sollten sie sich am folgenden Tage vor der Börse postieren und sofort zur Hand sein, um den genannten Kaufmann vor etwaiger Unbill zu schützen. Anderen Tages betrat Moses Kassel wiederum die Börse, aber erst, nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Beschützer auf ihren Posten waren. Die Gendarmen hatten ihn ebenfalls bemerkt und gaben es ihm durch Zeichen zu verstehen. Bei seinem Eintritt erhob sich zugleich ein allgemeines Gemurmel. „Hinaus!" ertönte es im Chor. Aber

Moses Kassel drehte nun den Spieß um und rief, daß er im Gegenteil seine Angreifer würde hinausbringen lassen. Dabei winkte er die beiden Gendarmen heran, und diese erklärten im Namen des Gouverneurs, daß jeder, der sich an dem jüdischen Kaufmann vergreifen sollte, ihr Gefangener sein würde. Noch an demselben Tage erschien ein Dekret, daß jedem ehrbaren Kaufmann der Zutritt zur Danziger Börse gestattet wäre, ohne Unterschied der Religion. Seitdem erst, also seit 1808, sind die Danziger Juden „börsenfähig" geworden.

Den Mittelständlern legt die Magdeburger antisemitische „**Sachsenschau**" eine **kitzliche** Frage gleichzeitig mit ihrer Antwort vor:

„**Wer gehört auf dem Lande zum Mittelstand?** Wer ein Schwein mästet und selbst verzehrt, ist **Proletarier**. Wer zwei Schweine mästet, eins verzehrt und eins verkauft, ist **Mittelstand**. Wer vier Schweine mästet, zwei verzehrt und zwei verkauft, ist **Großgrundbesitzer** und darf sich **nicht mehr zum Mittelstande zählen**."

Schon früher hat es der Spezialgelehrte des Bundes der Landwirte, Professor Dr. **Suchsland**, unternommen, eine wissenschaftliche Definition für den Mittelstand zu geben. Nach ihm bedeutet der Mittelstand alle selbständigen Existenzen mit einem mittleren Einkommen, und als solches bezeichnet er das von M. 600.— bis M. 9500.—. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Die Spannung ist keine ganz kleine, sie verhält sich nahezu wie 1 : 16. Vielleicht wird in manchen ärmeren Gegenden der kleine Häusler, der im eigenen Häuschen wohnt und auf 2 bis 3 Morgen Spatenwirtschaft betreibt und dabei ein kümmerliches Dasein führt, dann, wenn er seine Wohnung mit 80 bis 100 Mark einschätzt, sich noch zum Mittelstand rechnen. Die große Masse der selbständigen Bevölkerung, die ein Tageseinkommen von zwei Mark hat, gehört sicher zum Proletariat; ja in den größeren Städten und in den westlichen Industriebezirken wird ein selbständiger Handwerker, der das doppelte und dreifache davon verdient, sich wahrscheinlich auch nach dem Proletariat zuzählen. Anderseits aber würde auch der verschuldete Rittergutsbesitzer, der sich seine Equipage und Reitpferde hält, der vielleicht zu den Festlichkeiten, die er gibt, seine Gäste in einem Extrazug der Bahn kommen läßt, zum Proletariat gehören; denn bekanntlich gibt es darunter solche Steuerkünstler, die es verstehen, sich ein Minuseinkommen auszurechnen, wie es bei einem bekannten Führer des Bundes der Landwirte in Pommern der Fall war. Ueberhaupt ist es doch ein sehr mißliches Ding, gerade bei denjenigen Leuten, deren Einkommen mit der Konjunktur und der Geschäftstüchtigkeit außerordentlich schwankt, das Einkommen zum Maßstab der Zugehörigkeit zu einem Stande zu machen. Wer heute 9499 Mark Einkommen hat, der ist Mittelstand, und wenn er sparsam ist und vielleicht auf 10 000 Mark kommt, so wird er aus diesem ehrsamen Stande hinausgeworfen. Er gehört zum verhaßten Großkapital, und wenns Geschäft vielleicht im nächsten Jahre schlecht geht, dann wird er wieder in Ehren aufgenommen. Er wird in seiner Zugehörigkeit zum Mittelstand in des Wortes verwegenster Bedeutung eine unsichere Existenz.

Russisches. Der Kadettenführer Professor **Miliukoff** ist auf einige wenige Tage nach den Vereinigten Staaten gereist, um dort in einem Vertrage für Rußland Propaganda zu machen. Er ist von Interviewern überlaufen worden und hat dem Vertreter eines New-Yorker jüdischen Fachblattes, des „American Hebrew" erklärt, die **Judenfrage** werde von der jetzigen **Duma** nicht angeschnitten werden. Geschähe das, dann würde das nur **zur Auflösung** der Duma führen. Das müsse aber unter allen Umständen vermieden werden. Denn es sei wichtig, daß das russische Volk sich an das Vorhandensein der russischen Duma gewöhne. Später werde die Duma wohl soviel Einfluß gewonnen haben, daß sie an die Befreiung der Juden denken könne. Er persönlich sei unbedingt dafür, daß den Juden die Gleichberechtigung mit den übrigen Russen gewährt werde, aber jeder Versuch, die Judenfrage in der letzten Duma zur Erörterung zu bringen, würde die Leidenschaften so entfesseln, daß die Regierung sofort zur Auflösung schreiten würde. Aber es sei unbedingt nötig, die Duma zu erhalten, damit eben das russische Volk sich an eine parlamentarische Vertretung gewöhne. — Wir aber fürchten, diese Duma dürfte das russische Volk eher von einer Volksvertretung entwöhnen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 7. | Berlin, 12. Februar 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die **„Mitteilungen“** direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3576

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Knoll, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Antisemitische Belletristik.

Man kennt ja die kleinen oft köstlichen „wahren Geschichtchen“ der „Jugend“. Sie sind oft von einer prächtigen Ironie und sie parodieren die schablonenhaften, heuchlerischen „moralischen“ Erzählungen in wunderbarer Art. Auch unsere antisemitische Presse bringt oft „wahre Geschichten“, nur sind sie weder wahr noch witzig. Sie haben auch nicht den Zweck zu unterhalten, sondern zu hetzen, und sie scheinen der Urteilskraft ihrer Leser nicht allzuviel zuzutrauen.

In einer der letzten Nummern der „Deutschsozialen Blätter“ finden wir eine solche „wahre Erzählung“ unter dem Titel „Im Kampfe mit der Konkurrenz“. In dieser Erzählung sind zwei Helden, ein Ehrenmann und ein Scheusal. Die ganze Welt zerfällt ja nach der antisemitischen Philosophie in Engel und Teufel. Der Ehrenmann ist natürlich hier wie immer der Christ, das Scheusal der Jude. Der Jude heißt Isidor Schmuhl — die Juden heißen ja alle Schmuhl — und der Christ Hannes Michel. Diese beiden typischen Vertreter zweier Welten eröffnen wunderbarer Weise ein Geschäft für Kleiderreparatur. Der Schneider und eigentliche Arbeiter ist natürlich der Michel, der gerissene Geschäftsmann der Schmuhl. Selbstverständlich betrügt Schmuhl die Kundschaft gegen den Willen des biedern Michels. Das läßt sich dieser Ehrenmann trotzdem noch eine lange Zeit gefallen. Nun wendet sich aber die Geschäftstätigkeit Schmuhls auch gegen seinen eignen Kompagnon. Schmuhl war nämlich — das scheint eine besondere Spezialität aller Kleiderhändler zu sein — Sozialdemokrat. Unser Dichter fügt hinzu: „Weil es dabei was zu verdienen gibt“. Er steht Wochen hindurch Streikposten, wiederum natürlich um Geld zu verdienen, und so vernachlässigt er das Geschäft. Das muß wohl wiederum eine Eigenschaft aller gerissenen Geschäftsleute sein. Es entsteht nun Zank und Streit zwischen den ungleichen Kompagnons, und schließlich kommt es zu einer Trennung. Nun etabliert sich Schmuhl mit einem neuen Kompagnon, Fritz Ehrlich, in der unmittelbaren Nachbarschaft und bringt ein großes Glasschild an. Dann kommen marktschreierische Plakate und unglaubliche Reklamemittel, — alles um die Konkurrenz zu vernichten und dem armen Michel das Brot zu rauben. Der Michel bringt nun eine große Verzweiflungstat fertig, er bringt ein Schild an:

„Hier wird auf **deutsche Art** sauber und tadellos gearbeitet!“

Damit wäre nun der Schmuhl erdrosselt, denn in Hamburg, wo diese Tragödie spielt, muß es doch viele Männer geben, die einsehen, daß eine echt deutsche Hose nur auf deutsche Art geflickt werden darf. Hamburg ist ja der Sitz der „Deutschsozialen Blätter“, die Residenz der Herren Raab und Schack und die Zentrale des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Doch nein, Hamburg ist eine jüdische Republik, und alles Deutsche ist darin verpönt. Unser Dichter stößt folgenden Seufzer aus:

„Bravo, Michel! — Doch war das klug? In „Neu-Jerusalem“ wohnen und leben und dennoch sein Deutschtum betonen wollen, o jeh! — Polen, Russen, Galizier und Kroaten, und sind es auch die schmierigsten, Amerikaner und Botokuden, sie alle duldet man dort (vielleicht weil's lauter Juden!), doch auch den „Deutschen?“

Ja, unser Michel mußte leider einsehen, daß das Deutschtum wohl für einen Antisemitenführer ein gutes Geschäft ist, aber nicht für einen Flickschneider, und da er die Kundschaft der „Botokuden“ nicht entbehren konnte, so entfernte er das germanische Schild schleunigst wieder. So war er dem Schmuhl gegenüber im Nachteil, und um ihn ganz zugrunde zu richten, bot Schmuhl seinen Kunden noch 10 Prozent Preisermäßigung. Da raffte sich unser Michel wiederum zu einer heroischen Tat auf, denn das Deutschtum war in ihm wieder entflammt, und er ließ auf einem neuen Plakat verkünden:

Preisermäßigung gebe ich nicht!
— Dafür halte ich auf korrekte, reelle Bedienung. —
Vereinbarte Preise
werden hier nicht durch nichtige und unwahre Vorspiegelungen bei Ablieferung der Reparatur erhöht.
Jüdengasse 5. Hans Michel.

Aber, o weh, wir leben ja in Deutschland, wo die Juden allein herrschen und gebieten; dieses Experiment mußte daher dem armen Michel zum Verhängnis werden. Schmuhl lief zum Richter, und dieser, der den Juden zu gehorchen hat, erkannte für Recht:

„Sofortige Entfernung des schmutzigen Zettels. 50 Mark Geldstrafe für jeden Fall des nochmaligen Wiederanklebens.“ —

Die Richter pflegen sich zwar sonst einer anderen Sprache zu bedienen, doch von einem Richter, der Judenknecht ist, kann man keinen anderen Stil erwarten.

Der Schluß ist besonders drastisch und sehr charakteristisch, — nicht für die Verhältnisse in Hamburg oder sonstwo, sondern für die dichterische Feinheit und die hohe Wahrheitsliebe unseres Erzählers. Er läßt seine erschütternde Tragödie in folgenden Worten austönen:

„Stehste, Michel“, grinste Schmuhl jetzt, „da hast es, wir sind die grauße Nation der Intelligenz. Ich sog dir, wos ich will, und kain Strafrichter kann mer was!“

Ja, so ist es! Wie mag der Kampf noch enden? —

Doch jede Geschichte muß ja eine „Moral“ haben, und eine antisemitische Geschichte erst recht. Unser Erzähler

schließt, tief betrübt um das Schicksal des van jüdischen Flickschneidern geknechteten deutschen Volkes:

„Und die Maral von der Geschichte? Freundlicher Leser, die erläßt du mir wohl, wir kennen sie alle zur Genüge! —"

Wir glauben, die meisten Leser, selbst wenn sie mit einem antisemitischen Gehirn begabt sind, könnten ahne Schaden dem Dichter nicht nur die Moral, sondern auch die ganze Erzählung erlassen. Eine Erzählung für Tollhäusler könnte nicht erbärmlicher ausfallen, und auch die niedrigste Darfzeitung würde sich für salche Belletristik bestens bedanken. Der schlimmste Schauerroman steht künstlerisch höher, als dieses jämmerliche Machwerk eines litterarischen Analphabeten. Und die Wahrheit? Nun, die Erzählung ist gewiß wahr, nur passierte sie nicht in Hamburg an der Elbe, sondern in Hamburg im Mande, und der verehrte Herr Verfasser hat die Geschichte nicht erlebt, sondern nach einer schwer durchgezechten „echt germanischen" Nacht im Traume gesehen. Ein Jude, der Flickschneider, gerissener Handelsmann, Sozialdemakrat und Streikposten in einer Persan ist; ein Richter, der ein harmloses Schild verurteilt, — das sind Dinge, die nur in der antisemitischen Phantasie leben.

Und was kein Verstand der Verständigen sieht,
Das übet in Einfalt ein antisemitisch Gemüt.

Und eine salche geistige Kost wird unsern Antisemiten, ohne Widerspruch hervorzurufen, gebaten! Wahrlich, jede Valksgruppe besitzt die Dichter und Führer, die sie verdient.

Die Zurücksetzung der Juden im Heere.

Ueber die Zurücksetzung der Juden im Heer führte bei der diesjährigen Beratung des Militäretats der aolksparteiliche Abg. Dr. Mugdan in der Sitzung des Reichstags aom 4. d. M. Beschwerde; er sagte nach dem stenagraphischen Bericht:

Mein Freund Eickhoff hat vor mehreren Jahren einmal Klagen über die Ungerechtigkeiten vorgetragen, denen die Soldaten jüdischer Konfessionen ausgesetzt sind. In dieser Beziehung ist leider eine Besserung nicht eingetreten. Ich spreche nicht etwa davon — das will ich mit Absicht heute nicht tun —, daß man jüdische Einjährige noch immer zurückhält, Reserveaffizier zu werden. Nein, die Sache ist schlimmer. Mir sind Fälle bekannt, in denen von vornherein der eintretende junge Mann, nur weil er Jude war, also zu einer Zeit, in der man von seinen Fähigkeiten körperlicher und geistiger Natur noch gar nichts wußte, von gewissen Instruktionsstunden sofort zurückgehalten wurde, die andere nehmen müssen, die es eventuell zum Reserveaffizier bringen wollen. Mir sind Fälle bekannt, in denen beim Eintritt des Einjährigen sofort in einer bestimmten Liste der Vermerk gemacht wurde, daß der junge Mann jüdisch ist. Kurzum, ich kann leider nicht davon abgehen, zu behaupten, daß die Deutschen jüdischer Religion bei unserem Militär nicht gleiches Recht finden, wie die anderen, und das darf eine Armee, die die Pflanzstätte des Rechts sein soll, nicht auf sich sitzen lassen."

In Stellvertretung des erkrankten Kriegsministers aon Einem erwiderte hierauf General-Leutnant Sixt von Armin:

„Es ist ferner erwähnt worden, es komme vor, daß Mannschaften jüdischer Konfession von vornherein bei ihrem Dienstantritt schlechter behandelt werden, irgendwie zurückgesetzt würden hinter ihren Kameraden. Meine Herren es sind keine einzelnen Fälle genannt worden, ich kann also auf einzelnes nicht eingehen und beschränke mich auf die ganz allgemeine Bemerkung, daß, wenn das geschieht oder geschehen ist, selbstverständlich zu mißbilligen ist.

Was die Wahl von Reserveoffizieraspiranten aus den Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu Reserveoffizieren anlangt, so liegt sie, wie den Herren bekannt ist, in der Hand des Offizierkorps des Beurlaubtenstandes, und es muß ihm im einzelnen Falle überlassen sein, die Momente pflichtmäßig zu ermessen, die ausschlaggebend sind, ob der junge Mann Reserbeaffizier werden soll oder nicht. (Sehr richtig!)" —

Mit anderen Worten: es bleibt alles beim Alten. Das Offizierskarps des Beurlaubtenstandes ist mächtiger als die Armeeaerwaltung und der aberste Kriegsherr. Der Vertreter des Kriegsministers machte diesmal den formalen Einwand, daß ihm keine einzelnen Fälle angegeben worden seien. Aber auch wenn das geschehen wäre, so würde die Antwort wahrscheinlich genau sa gelautet haben, wie am 22. März 1905, wo Herr van Einem erklärte:

„Sie können sich darauf verlassen, daß ich überall da, wo mir Klagen darüber gegenüber getreten sind, daß Einjährigfreiwillige nicht zu Reserveoffizieren befördert worden sind, daß Unteroffiziere nicht das Qualifikationsattest bekammen hätten, diesen Klagen auf das gewissenhafteste nachgegangen bin. Meine Herren, ich habe mir die Zeugnisse kommen lassen, und ich habe immer gefunden: der junge Mann ist aus den und den Gründen, die genau angegeben waren, nicht geeignet, zum Reserveoffizier befördert zu werden"

Natürlich! Gründe sind in salchen Fällen, wa man partant nicht will, immer wahlfeil wie Brombeeren. Die Armeeaerwaltung aersichert regelmäßig bei diesen Debatten hoch und heilig daß „die jüdische Religian unter keinen Umständen einen Grund abgeben kann, Juden nicht zu befördern" — und doch verschließt einzig und allein die Zugehörigkeit zum Judentum diesen Aspiranten die Offizierslaufbahn; der Taufschein beseitigt sofort alle Hindernisse. Wo bleibt da die „deutsche Ehrlichkeit'?

Wiener Brief.

III.

(Geßmanns Träume — Die Freunde des Anarchisten. — Ein eingegangenes Blatt. — Ein jüdischer Gönner des „Pius-Vereins". — Wie Ritualmorde entstehen.)

Wien, den 8. Februar 1908.

„Nun wahlan, es ist vallbracht!" In den letzten Tagen wurde der Plan für das Arbeitsministerium des Herrn Geßmann fertig gestellt, und nun kann der Aufbau beginnen Freilich van dem, was der ehrgeizige Führer der Christlichsozialen erträumt hat, ist fast nichts in Erfüllung gegangen. Ein sazialpalitisches Ministerium wallte Herr Geßmann schaffen, eine Zentralstelle für christliche Sozialreform begründen. Aber der selbstbewußte Mann mutete sich Leistungen zu, die ihm gewissenhafte Leute nicht zutrauen können. Der „Organisatar der christlichsazialen Frage" eignet sich zum sozialpalitischen Minister etwa so, wie ein Bock zum Gärtner. Ein Mann, der sein ganzes Leben lang mit wilder Leidenschaftlichkeit Haß gepredigt hat, der insbesondere den Arbeitern als Todfeind erscheint, konnte unmöglich ein Amt zugewiesen erhalten, das seinem Leiter die Ralle eines friedlichen Vermittlers zuteilt. Gegen die Pläne des Herrn Geßmann wurde auch von vielen Seiten sa heftig Einspruch erhoben, daß die Errichtung eines sazialpalitischen Ministeriums scheiterte. Aber der „wackere" Volksbeglücker, der unmittelbar nach dem Eintritte in die Regierung seine nach Befriedigung schreiende Eitelkeit mit großen Reformabsichten zu bemänteln suchte, zag durchaus nicht die Konsequenzen. Er gab sich nach einem längeren Geplänkel, das im Rate der Krone entstanden war, damit zufrieden, daß ihm ein künstlich konstruiertes, jeder inneren Einheitlichkeit entbehrendes, wie ein störender Black zwischen die anderen Ressorts gelagertes Ministerium überantwartet wird. Die drei Sektionen — Bauwesen, Gewerbeförderung und Mantanwesen — werden zwar Arbeitsministerium genannt werden, aber niemand wird wissen, warum.

Wegen der Verzögerung der Errichtung eines Arbeitsministeriums ist zwischen Herrn von Beck und den Christlichsozialen eine Spannung eingetreten, die zu allerliebsten Szenen führte. Die „Reichspost", die sich bereits mit Würde in das Los eines allergetreuesten Regierungsblattes hineingefunden hatte, mußte einigemale Brandartikel laslassen und das arme „Vaterland" keuchte hinterher. Interessant er-

scheint die Tatsache, daß zwischen dem Ministerpräsidenten und Herrn Geßmann eine Meinungsdifferenz über die Befragung des Parlaments wegen der Errichtung und Organisation des neuen Ministeriums bestand oder eigentlich noch besteht. Herr von Beck wollte ursprünglich den Reichsrat in seine Rechte treten lassen, aber der „Volksmann“ Geßmann war mit seinem Anhange dagegen, weil er ganz gut weiß, daß er im Parlamente höchst unbeliebt ist. Die Christlichsozialen wollen dem Abgeordnetenhause nicht gestatten, in die Organisation der zu schaffenden Aemter dreinzureden, sondern den Einfluß des Parlaments auf die Bewilligung der notwendigen Gelder beschränken. Und Herr von Beck, der jüngst im Budgetausschuß einen schmählichen Rückzug angetreten hat, wird wahrscheinlich nachgiebig sein. Doch mit welchem Nutzen? Er war so unvorsichtig, Herrn Geßmann an sich heranzuziehen, obwohl jeder personenkundige Mensch vorhersagen konnte, daß der starke Demagoge zuletzt den schlauen Beck erdrücken werde. Fast täglich bereitet die „Regierungspartei“ der 96 Mann dem Ministerpräsidenten andere Schwierigkeiten. Im Heeresausschuß der österreichischen Delegation hat Herr Schrafl, der tiroler jungliberale Sendling Dr. Luegers, einen Antrag betreffend die Erhöhung der Offiziersgagen und Mannschaftslöhnung eingebracht, der Herrn von Beck aus rein politischen Gründen — wegen der Rückwirkung auf Ungarn — unangenehm ist. Die Regierung versuchte denn auch alle Künste, um den Antragsteller von seinem Vorhaben abzubringen, das übrigens keinen praktischen Erfolg haben kann und unter allen Umständen eine leere Demonstration bleiben muß. Doch der Ministerpräsident, der die Christlichsozialen mit zwei Portefeuilles kaufte, bemüht sich vergebens. Wie auch anders? Schon fordern die gefräßigen Herren gar ein drittes Ministerium, und bald werden sie auch offen nach dem schönen Kopf des Herrn von Beck Verlangen tragen. Das kommt davon, wenn man keine Prinzipien hat und sich mit den Antisemiten gemein macht.

Wie es mit der Moral der in Oesterreich leider so mächtigen Partei bestellt ist, konnte man Ende des vorigen Monats im Gerichtssaale erfahren. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte den Falkenauer Abgeordneten Starck unter anderem beschuldigt, daß er von den Christlichsozialen 10 000 Kronen verlangt und bekommen habe. Herr Starck nennt sich einen Freisozialisten, allein, er ist der Vertrauensmann der anarchistischen Bergarbeiter Böhmens. Da er von der Sozialdemokratie, der er früher angehörte, ausgeschlossen ward, beschimpft und bekämpft er nun diese Partei auf jede denkbare Weise. Ein solcher Mensch ist den „Herren von Wien“ immer willkommen. Warum sollte die reiche Partei einem derartig qualifizierten Abgeordneten nicht beispringen und ihn für sich ausnützen? Als die Affaire der Oeffentlichkeit bekannt wurde, leugneten die Antisemiten. Herr Simon Starck klagte sogar doch der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ erbrachte am 28. Januar den Wahrheitsbeweis und wurde freigesprochen. Dem Richter wurde folgendes Originalschreiben vorgelegt, das von einem Zeugen in Starcks Schreibtischlade gesehen worden war:

Sekretariat der christlichsozialen Parteileitung Oesterreichs.

Interurbanes Telephon Nr. 22 442. — Telegramm-Adresse Parteisekretariat Hamerlingplatz Wien.

Wien, am 2. September 1907.

Wohlgeboren
Herrn Simon Starck,
Reichsratsabgeordneten
Wien.

In Beantwortung Ihres Ersuchens um Bewilligung einer Subvention von 10 000 Kronen zur Gründung antisozialdemokratischer Arbeiterorganisationen und eines ebensolchen Blattes teilen wir Ihnen höfl. mit, daß Sie sich in diesem Falle verpflichten müßten:

1. gegen die christlichsoziale Partei und die von dieser unternommenen Aktionen niemals und nirgends, weder direkt noch indirekt zu arbeiten oder Stellung zu nehmen;
2. gegen christlichsoziale Kandidaten weder bei Landtags- noch bei Reichsratswahlen Gegenkandidaten aufzustellen;
3. Kandidaten dieser Partei nach Maßgabe der Umstände bei eventuellen Wahlen direkt oder indirekt zu unterstützen und ihre Wahl zu fördern.

Im Falle Ihnen obige Bedingungen entsprechen, bitten wir um gefällige Rückäußerung und zeichnen

Hochachtungsvoll

Christlichsoziales
Parteisekretariat:
R. W.

Durch die Vorweisung dieses Dokuments waren die Christlichsozialen natürlich gerichtet. Aber die Frechheit der „staatserhaltenden, patriotischen“, gegen den „Umsturz“ losziehenden Herrschaften, die sich gelegentlich allerdings mit Anarchisten und dergleichen Männern verbunden, kennt keine Grenzen. Jetzt bestreiten sie die Echtheit des Dokuments, obgleich sie die Echtheit des Papiers zugeben müssen.

Ein Toter ist anfangs dieses Monats nach fünfwöchentlichem schmerzvollen Leben in das Reich der ewigen Nacht eingezogen: Die „Deutsche Presse“ hat zu erscheinen aufgehört. Wir haben vor einigen Monaten, als wir an dieser Stelle von der Bevorzugung der „Reichspost“ gegenüber dem „Deutschen Volksblatt“ sprachen, schüchtern bemerkt, daß der kaiserliche Rat, Herr Vergani, nun wahrscheinlich gerne liberal würde. So unrecht hatten wir nicht. Unterdessen ist die besagte „Deutsche Presse“ von ihm, beziehungsweise von seinem Schwiegersohne herausgegeben worden, die Herrn Vergani als Deutschnationalen zeigte. Doch es fanden sich in ganz Oesterreich bloß 150—200, sage einhundertundfünfzig bis zweihundert Abonnenten, die den Ehrenbürger von Mühldorf täglich in seiner neuen Maske sehen wollten. Deshalb muß die Zeitung sang- und klanglos, nur von Herrn Vergani beweint, eingehen. Wann wird das „Deutsche Volksblatt“ seinem Schwesterlein folgen?

In der „Reichspost“ lesen wir heute:

Eine Nachricht für Freunde der christlichen Presse!

Der lustige Wiener Sonntag, der vom „Pius-Verein“ veranstaltet wurde, hat 3 600 Kronen Reinerträgnis geliefert, ein erfreulicher Erfolg, der
der Rührigkeit
zu danken ist!

Erlahmen wir nicht in der Agitation, und wir werden Erfolg an Erfolg reihen.

Diese Notiz wird erst verständlich, wenn man den „Kikeriki“ — ein antisemitisches Witzblatt — liest. Dieser bringt einen wirklich gelungenen Witz — des Lebens. . . Unter der Ueberschrift: Der Tanz um das goldene Kalb, zeigt uns eine Illustration eine tanzende Gesellschaft von Aristokratinnen, in deren Mitte sich ein Mann mit krummer Nase befindet. Zur Erklärung dienen die Worte: „Einer der hervorragendsten Arrangeure des „lustigen Sonntags“ für die katholische Presse war Louis Rothschild.“ Man sollte es nicht für möglich halten! Der „Pius-Verein“ wurde gegründet, um die notleidende klerikale respektive antisemitische (christlichsoziale) Presse aufzurichten. So bekommt die Wiener „Reichspost“, das führende Organ der Antisemiten, jährlich 70 000 Kronen, das „Vaterland“ 60 000 Kronen als Subvention. Auf einer Veranstaltung dieses Kampfvereines, der seine Spitze — klug verhüllt — auch gegen die Juden richtet, brilliert nun ein Baron Rothschild. „Höher geht's nimmer!“ Man muß diesen einen Fall annageln, obwohl es uns sonst ferne liegt, persönlich zu werden. Doch der eine junge Mann bildet bedauerlicherweise nicht einmal eine Ausnahme. Bei klerikalen Veranstaltungen — und die Klerikalen und Christlichsozialen stellen jetzt eine parteipolitische Organisation dar — kann man in Wien manchem Großindustriellen und Finanzkönig be-

gegnen, der besser täte, seine offenen Feinde zu meiden. Die Luegerei hat leider in weiten Kreisen — und nicht nur in antisemitischen — das Sittlichkeitsgefühl erstickt.

Zum Schlusse sei noch ein Beitrag zu dem unerschöpflichen Kapitel: „Wie Ritualmord-Märchen entstehen“ beigebracht. Beim Währinger Polizeikommissariat (im XVIII. Wiener Gemeindebezirk) erschien dieser Tage die Dienstmagd Marie Biela und erzählte erregt, daß ihr jüdischer Dienstgeber an ihr einen Ritualmord verüben wollte. Vorher aber hätte er ihr in der Nacht Blut abgezogen. Nur schwer gelang es, das zitternde Mädchen zu beruhigen. Die Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein, deren Resultat jedoch die Feststellung war, daß die Magd bei Christen im Dienste stand, die es für Juden gehalten haben mochte. Natürlich war an der ganzen Erzählung kein wahres Wort; das bedauerliche Geschöpf scheint das Opfer eines wüsten Traumes geworden zu sein. Was sagt wohl der Mechaniker Schneider — der „Held“ von Polna — dazu?

Aus dem antisemitischen Lager.

Die politische Selbständigmachung der Mittelständler macht immer weitere Fortschritte. Den Landtags-Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt sehen sich die Konservativen gezwungen, bei der nächsten Wahl den mit den Antisemiten und dem Bund der Landwirte verbündeten Mittelständlern zu überlassen. Es sind schon offiziell aufgestellt Herr Obermeister Rahardt und Landwirt Boeker; daher auch die energische Erklärung des Herrn Rahardt in der letzten Nummer der „Deutschen Volkspost“, des offiziellen Organs der Mittelstandsvereinigung:

„Solange ich, vom Vertrauen unserer Mitglieder getragen, den Vorsitz der Deutschen Mittelstandsvereinigung führen darf, werde ich mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften dafür sorgen, daß in besonders gearteten Fällen die einzige und wirksamste Waffe des Mittelstandes, die Aufstellung einer eigenen Kandidatur, angewandt wird. Diesen Standpunkt halte ich für den allein richtigen, welcher uns zum Ziele führen kann.“

Für diese beiden Kandidaturen ist z. Z. besonders lebhaft agitatorisch tätig Herr Lehrer Berg, der Reichstagskandidat der Reformpartei im Wahlkreise Deutsch-Krone.

Auch im Landtags-Wahlkreise Calbe-Aschersleben, der z. Z. durch die beiden freikonservativen Abgg. Stengel und Graf Douglas vertreten ist, möchten sich die Mittelständler unter der Flagge der Wirtschaftlichen Vereinigung, deren Kandidat bei den letzten Reichstagswahlen den Nachbarwahlkreis Wanzleben den Nationalliberalen abgenommen hat, gern einnisten. Es hat in voriger Woche im Beisein des mittelständlerischen Abgeordneten Rieseberg in Aschersleben eine Konferenz der Vertrauensmänner der rechtsstehenden Parteien stattgefunden, die sich mit der Kandidatenfrage für die nächsten Landtagswahlen beschäftigte.

Die Fusionsbestrebungen zwischen dem deutschnationalen und dem Leipziger Verbande von Handelsangestellten werden sich schwerlich in dem erhofften Umfange realisieren lassen; davon daß die 85 000 Mitglieder des Leipziger Verbandes restlos in die antisemitische Organisation übertreten, kann gar keine Rede sein. Bei den am 9. d. M. stattgehabten Wahlen zum Berliner Kaufmannsgericht hat der Leipziger Verband energisch gegen die Deutschnationalen insbesondere auch wegen ihres Antisemitismus Stellung genommen. Der Kreisverein Pankow des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen hat eine Resolution angenommen, in der die Mitglieder sich einstimmig gegen eine Fusion mit dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband aussprechen. Desgleichen hat der Königsberger Kreisverein des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes sich in einer großen Versammlung gegen eine Verschmelzung oder ein Kartell mit den deutschnationalen Gehilfen ausgesprochen. Allenfalls will man einer losen Vereinbarung nach Streichung des „Judenparagraphen“ und der Revision der Frauenfrage zustimmen. Alle Kreisvereine werden ersucht, sich dem Protest anzuschließen.

Der Kreisverein Berlin des Leipziger Verbandes nahm in seiner letzten Monatsversammlung mit allen gegen 6 Stimmen folgende Resolution an:

„Unter Berücksichtigung der vielfach beleidigenden Art, in welcher der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bisher unseren Verband bekämpft und beschimpft hat, und in Anbetracht der ganzen Tendenz, die der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband verfolgt, halten wir es für völlig ausgeschlossen, eine Interessengemeinschaft mit dem Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände herbeizuführen. Wir sind überzeugt, daß eine derartige Fusion einen Massenaustritt älterer und bewährter Mitglieder aus unserem Verbande zur Folge haben müsse.“

Wichtiger als diese Einzelkundgebungen ist aber folgendes Zirkular, das der Verbandsvorstand in Leipzig offenbar auf viele Beschwerden und Warnungen hin versendet:

„Wir können unseren Mitgliedern durchaus nachfühlen, wenn die Zeitungsnotiz von einer „Verschmelzung“ beider Verbände sie stutzig macht, und wenn insbesondere unsere jüdischen Mitglieder meinen, daß damit für sie unser Verband allen Wert verliere. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Zeitungen nicht genau unterrichtet sein können, und wir verweisen Sie deshalb auf die Nr. 3 der Verbandsblätter und auf beifolgendes Flugblatt, aus dem Sie ersehen werden, daß es zu einem Aufgehen der Verbände noch sehr gute Weile hat.

Was mit dem fraglichen Abkommen beabsichtigt ist, das ist in erster Linie, die gegenseitige Bekämpfung, die dem Stande als solchem nur schadet, aus der Welt zu schaffen und die Bestrebungen, die den beiden Verbänden gemeinsam sind, also die sozialpolitischen, gemeinsam zu betreiben. Es ist eben bedauerlich, daß kein anderer Verband als der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband auf demselben Standpunkte steht wie wir, und daß, wenn eine Einigung aller Handlungsgehilfen herbeigeführt werden soll, sich erst diejenigen einigen, die sich sozialpolitisch am nächsten stehen, wenn sie sich bisher auch, wohl zum Teil aus Agitationsgründen, befeindet haben.

Aus einem Artikel des „Leipziger Tageblattes“, den wir Ihnen mitsenden, werden Sie ersehen, welche Beweggründe uns zu dem vorläufigen Abkommen veranlaßt haben, und was der Verfasser dieses Artikels über die antisemitische Richtung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sagt, dürfte auch von Ihnen gebilligt werden; ebenso wie das Verlangen, daß die Deutschnationalen ihren Antisemitenparagraphen opfern müssen, wenn sie mit uns in engere Interessengemeinschaft treten wollen. Diese Forderung ist auch in Berlin bei der Beratung des Abkommens von uns mit Nachdruck aufgestellt worden . . .

Wir bitten Sie also, durchaus beruhigt zu sein und gerade jetzt Ihre Werbetätigkeit zu verdoppeln.“

Dieses Beschwichtigungsschreiben verstärkt nur zu sehr den Verdacht, daß sich die treibenden Kräfte im Leipziger Verbande in Wirklichkeit schon weit stärker für das Verschmelzungsprojekt festgelegt haben, als sie jetzt angesichts der zahlreichen Protestkundgebungen aus ihren eigenen Reihen zugeben möchten. Jedenfalls hat die, wie man annehmen darf, hauptsächlich auf das Betreiben des antisemitischen Verbandes, der damit parteipolitische Geschäfte bei den Kaufmannsgerichtswahlen machen wollte, erfolgte vorzeitige Publikation des „vorläufigen Abkommens“ das eine Gute gehabt, daß die Mitglieder des Leipziger Verbandes noch rechtzeitig gewarnt worden sind.

Bei den Berliner Kaufmannsgerichtswahlen, die am 9. d. M. stattfanden, hat relativ am besten gegen das Vorjahr abgeschnitten der Verein der deutschen Kaufleute, am schlechtesten der sozialdemokratische Zentralverband. Das Wahlresultat war folgendes:

Für Liste 1 (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) wurden abgegeben 4516 Stimmen gegen 3247 bei der letzten Wahl, Liste 2 (Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig) erhielt 1543 Stimmen, Liste 3 (Zentralverband der Handlungsgehilfen 1953 (bei der letzten Wahl 2107), Liste 4 (Verein der deutschen Kaufleute) 2442, Liste 5 (Verein junger Kaufleute) 433, Liste 6 (Verein für Handlungskommis von 1858) 1120, Liste 7 (Buchhandlungsgehilfen) 229, Liste 8 (Katholische Kaufleute) 218, Liste 9 (Bankbeamte) 918, Liste 10 (Kaufmännischer

Hilfsverein) 962 Stimmen. Nach diesem Stimmenverhältnis entfallen von den Beisitzern auf Liste 1: 57, Liste 2: 19, Liste 3: 24, Liste 4: 31, Liste 5: 5, Liste 6: 14, Liste 7: 3, Liste 8: 3, Liste 9: 12, Liste 10: 12.

Ein Vergleich des Resultats mit dem der letzten Wahl ist nicht ohne Weiteres zu ziehen, weil die Zahl der Beisitzer diesmal von 100 auf 180 erhöht worden ist und weil die Kompromißlisten diesmal fortgefallen sind.

Die ehrlichen Bauernbündler. Die Agrarier aller Richtungen berufen sich gern auf „Deutsche Redlichkeit in Handel und Wandel", wenn es sich um den Kampf gegen Börse, Warenhäuser und ähnliche Teufeleien handelt. Wie es aber oft in dem Geschäftsbetrieb ihrer eignen Organisationen aussieht, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Wir lesen z. B. jetzt in dem Bericht über die Generalversammlung des Niederbayrischen Bauernvereins wörtlich folgendes:

„Der Abg. Metzinger berichtete über folgendes Vorkommnis: Es sei ein Rundschreiben von Ansbach (früher Sitz der Genossenschaften des Abg. Dr. Heim) ausgegangen, worin die Bauern beim Einkaufen von Rapskuchen vor indischem Senf gewarnt worden seien, der ihnen für Rapskuchen von andern Lieferanten als der Ansbacher Zentrale geliefert würde. Als daraufhin ein Darlehnskassen-Verein bei Passau von Ansbach Rapskuchen bezogen habe, habe sich bei der Untersuchung herausgestellt, daß der Ansbacher Rapskuchen indischer Senf und etwas Unkraut gewesen sei. In der „Südwestdeutschen Müllerzeitung" sei nachgewiesen worden, daß die Bauern durch Vermengen der Kleie mit wertlosem Reishülsenmehl um viele Tausende gebracht worden seien. — Abg. Dr. Pichler erklärte kurz und bündig, daß Dr. Heim seine großen Erfolge vielfach unter Verletzung der christlichen Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit errungen habe."

Dergleichen kommt nur an die Oeffentlichkeit, wenn zwei Agrarier sich zanken!

Vermischtes.

Theodor Fritschs Heimatsteuer. Man schreibt uns:

Sehr geehrte Redaktion! Sie haben zwar schon in Ihrem Artikel „Schöpferische Geister" Herrn Theodor Fritschs Heimatsteuerprojekt gründlich zerzaust, aber ich möchte doch noch hinzufügen, daß er mit seinem Projekt nicht nur nicht originell ist, sondern daß er auch nur etwas allgemein Bekanntes gründlich verballhornt hat. Vielleicht hat er seine Idee sogar, was allerdings für einen Antisemitenhäuptling peinlich wäre, ganz besonders den Juden zu verdanken. Von den ins Ausland, in erster Reihe nach Amerika, ausgewanderten Juden wird an die armen zurückgebliebenen Angehörigen regelmäßig Jahr ein Jahr aus eine ganz beträchtliche Abgabe heimgeschickt. In den preußischen Ostprovinzen besonders leben zahlreiche jüdische Familien ganz oder doch hauptsächlich von der Heimatssteuer, die sich die Ausgewanderten freiwillig auferlegt haben. Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Zeitungen, in welcher angegeben war, wie viele, wie sehr viele Millionen, selbst die noch so karg bezahlten russischen Juden, die in Amerika eingewandert sind, unter großen Entbehrungen in die Heimat entsenden. Eine andere Notiz sagte dasselbe von den Japanern. Ja, die japanische Regierung, hieß es da, rechnet sogar mit dieser freiwilligen Heimatsteuer der ausgewanderten Japaner. Bis zu einem gewissen Grade gilt das auch von den vom Lande in die großen Städte Abgewanderten, und zwar aus denselben beiden Hauptgründen. Im Auslande bezw. in der Stadt verdienen die Leute mehr und können eher was abgeben, und diese Leute wissen auch, daß in ihrer neuen Heimat das Geld weniger Wert hat, als in ihrer früheren Heimat. Der in Amerika Eingewanderte weiß sehr wohl, daß der Dollar zu Hause seinen Angehörigen sehr viel mehr Komfort schaffen kann als ihm, und er opfert den Dollar, der ihm nicht so viel nützt, den Angehörigen in der Heimat, denen er so sehr viel mehr nützen kann. Ungefähr dasselbe gilt von der Mark in der Stadt im Vergleich zu der Mark auf dem Lande.

Ja, wird man fragen, wo bleibt da die Gemeinde, der ja der große Herr Theodor Fritsch auch helfen will. Nun, ich denke, daß seine erst zu bewilligende Heimatssteuer, aus der ja erst die Familie befriedigt werden soll, auch nicht entfernt so viel einbringen würde, wie die bereits existierende freiwillige Heimatsteuer. Sie würde wahrscheinlich nicht einmal für die Familie ausreichen, geschweige daß noch etwas für die Gemeinde übrig bleibe, denn erstens gibt man mehr, wenn man etwas freiwillig und aus Liebe zu seinen Angehörigen tut, sodann würde jeder, der es nicht gerade übrig hat, die amtliche Heimatsteuer als Vorwand benutzen, um nichts mehr nach Hause zu schicken. Die amtliche Steuer, die schablonenhaft und mechanisch fixiert werden müßte, könnte doch nur eine mäßige sein, und von dem Ertrag müßten noch die Erhebungskosten abgehen. Von den Schwierigkeiten der Verteilung, von den unvermeidlichen Ungerechtigkeiten bei einer solchen soll hier gar nicht erst die Rede sein. Die Gemeinde, verehrter Herr Fritsch, hat den großen Vorteil, daß die freiwillig gesandten Summen in der Heimat verzehrt werden, und das ist oft mehr, als verzehrt werden könnte, wenn der in die Stadt oder ins Ausland Ausgewanderte in der Heimat ein dürftiges Leben weitergeführt hätte.

Das alles geht vor sich, „ohne jeden Apparat", ohne des Herrn Fritsch geniale Heimatsteuer, die schon freiwillig, besonders von den Juden, entrichtet wurde, lange bevor es einem Herrn Fritsch, bevor es Mittelstandsretter, Antisemiten und dergleichen sonderbare Schwärmer mehr gegeben hat. Wie gesagt, Herr Theodor Fritsch hat im Grunde nur mit fremdem Kalbe gepflügt, hat keine originelle Idee gehabt, sondern etwas seit langer Zeit Bestehendes verballhornt. K.

Dr. Konrad Wohlfahrt, der Kandidat der Reformpartei bei der im Herbst 1904 stattgehabten Reichstagsersatzwahl in Jerichow I und II, war mit seiner Partei, von der er sich inzwischen losgesagt hat, wegen Bezahlung der Wahlschulden in Differenzen geraten. Die von den Parteianhängern gesammelten Gelder reichten bei weitem nicht zu der großen Wahlagitation aus. Dr. Wohlfahrt forderte von der „Deutschen Reformpartei" die Erstattung der weiteren Auslagen in Höhe von etwa 3000 Mk., die durch die Wahlagitation entstanden und von ihm bestritten worden sind, eventuell Befreiungen von Zahlungsverpflichtungen dritten Personen gegenüber. Auf die Klage des W. entschied das Landgericht Dresden auf einen Eid von zwei Vorstandsmitgliedern des beklagten Vereins, daß W. bei einer Vorstandssitzung des Vereins nicht erklärt habe, zu den Wahlkosten höchstens 1000 Mk. beitragen zu wollen. Bei Leistung dieses Eides sollte die Klage abgewiesen sein. Auf die Berufung des Klägers wurde diese Entscheidung im wesentlichen vom Oberlandesgericht Dresden bestätigt. Das Oberlandesgericht führt dazu aus, daß die Wahl eines von einem Parteiorgan aufgestellten Kandidaten nicht bloß eine Angelegenheit der Partei, sondern auch seine eigene sei.

Auf die Revision des Klägers tritt das Reichsgericht, in einer dieser Tage veröffentlichten Entscheidung, dieser Auffassung bei, indem es erklärt, daß, wenn jemand eine Wahl zu fördern sucht, angenommen werden müsse, daß er dies im Interesse der von ihm vertretenen politischen und wirtschaftlichen Anschauung tue. Demzufolge müsse auch angenommen werden, falls nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung erfordern, daß er dabei nicht ein fremdes Unternehmen unterstütze, sondern die Opfer an Zeit, Arbeit und Geld für die Erreichung eines Erfolges bringe, den er selbst in seinem Interesse, bezw. im Interesse bestimmter Volkskreise anstrebe. Dies müsse aber auch für denjenigen gelten, der selbst von einer Partei als Kandidat aufgestellt sei und seine Wahl fördere. Hier könne noch mit größerer Sicherheit angenommen werden, daß er seine eigenen Geschäfte besorge; denn es müsse angenommen werden, daß er an der Erwählung ein persönliches Interesse deshalb habe, weil sie ihm die Möglichkeit verschaffe, seine politischen und wirtschaftlichen Anschauungen an einer für die Gestaltung der Verhältnisse mitmaßgebenden Stelle zur Geltung zu bringen. Mit Recht habe sich die Vorinstanz deshalb darauf berufen, daß der Anspruch des Klägers nur dann begründet erscheine, wenn zwischen ihm und dem beklagten Verein eine bestimmte Willenseinigung über die Tragung der Kosten durch den Verein zustande gekommen wäre. Nachdem aber der Kläger selbst die Eidesbehauptung bezüglich der 1000 Mk. im Berufungsverfahren zurückgenommen habe, liege eine solche Willenseinigung nirgends vor. Auch die mit dem Abgeordneten Bruhn ge-

pflogene Korrespondenz ergebe nicht, daß der **beklagte Verein** die Haftung für den durch den Wahlbetrieb entstehenden Aufwand übernehmen müsse. Infolgedessen sei die **Klage** mit Recht **abgewiesen** und müsse die Revision des Klägers zurückgewiesen werden.

Die Ausweisung polnisch-jüdischer Arbeiter vor dem badischen Landtage. Wir brachten vor kurzem eine Korrespondenz aus Baden, welche Protest erhob gegen die Maßnahmen des Mannheimer Bezirksamtes gegen ruhige in Arbeit stehende ausländische Juden. In anerkennenswerter Weise hat sich die demokratische Landtagsfraktion der Sache angenommen und der Abgeordnete von Mannheim, Herr Karl **Vogel**, hat das Ministerium des Innern darüber im Landtage interpelliert. Laut amtlichem Protokoll sagte er:

„Es ist in Mannheim vorgekommen, und kommt, glaube ich, auch in anderen Städten vor, daß man von Seiten des Bezirksamts unter Hinweis auf einen Erlaß des Ministeriums des Innern vom Jahre 1900 einzelne russische und polnische Arbeiter und Arbeiterinnen ausweist. Ich will gleich anführen: ‚ich verkenne nicht, daß mit Rücksicht auf die Gesundheitspolizei, mit Rü... auf unsere eigenen badischen Arbeiter das Hinzuziehen von ausländischen Arbeitern eine Kontrolle von Seiten des Staates notwendig macht. Aber diese einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen, die hier in Frage kommen, haben mit jener großen Frage, nach meiner Ansicht, nichts zu tun. Das Vorgehen gegen sie bildet nichts wie eine Schikane, es stellt eine Brotlosmachung armer, gehetzter Menschen dar, für die auch wir hier ein Wort einlegen müssen. Es sind keine Wähler, es kann keine Parteipolitik getrieben werden, sondern hier kann nur das rein menschliche Gefühl sprechen. Geschäftsinhaber, die gar nicht gewußt haben, daß einzelne in ihrem Betriebe beschäftigte Arbeiter Ausländer sind, wurden eines Tages von der Polizei aufmerksam gemacht, sie müßten diese Arbeiter entlassen, sonst würden sie ausgewiesen. Es wurde auch ein Ausländer in einem Eisenwarengeschäft, der Familienvater, Vater von drei Kindern war, von dieser schweren Maßregelung betroffen. Nach jenem Erlaß dürfen diese Arbeiter nur vom 15 Februar bis 15. Dezember beschäftigt werden, um dann acht Wochen dem Elend anheimzufallen. Das hat also mit der Fürsorge für unsere badischen Arbeiter, das hat mit der Gesundheitspolizei nichts zu tun. Denn wenn die Leute zehn Monate im Jahre unsere Arbeiter nicht schädigen, dann meine ich, können sie genau so wenig Schaden bringen, wenn sie zwölf Monate da sind. Derartige Erlasse, derartige Verordnungen sollen in anderen Ländern, mit Ausnahme von Preußen und Baden, nicht bestehen. Es ist daher vorgekommen, daß die Ausgewiesenen sich einfach nach dem anstoßenden Ludwigshafen begeben haben: dort konnten sie unbehelligt weiterarbeiten. Eine solche Politik der Schikane sollte von einem badischen Ministerium, welches sich gemäßigt liberal genannt hat, nicht ausgeübt werden."

Nach der Beendigung der Rede des Abg. Vogel erhob sich sofort der Minister des Innern, Freiherr von Bodmann, und erklärte: „Bezüglich des Punktes der Ausweisung einzelner polnischer Arbeiter will ich hier sofort erklären, daß **ich diese Ausweisung rückgängig gemacht habe.**"

Der nächste Roosevelt-Professor in Berlin ein Jude. Wie bekannt, findet seit einigen Jahren ein Professoren-Austausch zwischen Berlin und New-York statt. Der „Jewish-Anwal" brachte nun kürzlich die Mitteilung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, Theodor Roosevelt, als den nächsten Austausch-Professor in Berlin für das Schuljahr 1908-1909 einen Juden, den Professor für soziale und politische Ethik an der Columbia-Universität, Dr. **Felix Adler**, designiert habe. Diese Nachricht wurde s. Zt. von dem Berliner Korrespondenten des „American Israelite", Herrn Dr. M. L. Margolis, dahin richtig gestellt, daß Roosevelt wohl Professor Dr. Adler in Berlin vorgeschlagen habe, dieser jedoch von der preußischen Regierung abgelehnt worden wäre. Nun veröffentlicht das genannte Blatt ein Schreiben des bekannten Gelehrten Stephan S. Wise, in welchem u. a. folgendes gesagt wird:

„In einem an Ihr Blatt gerichteten Schreiben des Herrn Dr. Max Margolis wird behauptet, daß die Nominierung Dr. Felix Adlers von der Columbia-Universität als Theodor Roosevelt-Professor in Berlin nicht zur Kenntnis genommen worden sei. In Richtigstellung dieser durchaus irrigen Meldung, bitte ich feststellen zu wollen, daß Professor Felix Adler tatsächlich von der Columbia-Universität als Theodor Roosevelt-Professor für das Jahr 1908-09 nach Berlin designiert und von der preußischen Regierung als solcher auch akzeptiert wurde. Auf der siebenten Tagung des Friedenskongresses in Newyork am 16. April 1907 stellte der Präsident Nicholas Murray Buttler von der Columbia-Universität Professor Adler dem Kongresse mit folgenden Worten vor: „Professor Adler ist nicht nur der Führer der Newyorker Gesellschaft für ethische Kultur und nicht nur Professor für soziale und politische Ethik an der Columbia-Universität, sondern — wie ich hiermit zum ersten Male mitzuteilen die Ehre habe — auf Betreiben des preußischen Ministers für Unterricht, der erwählte Theodor Roosevelt-Professor an der Berliner Universität für das Jahr 1908-09." Ich habe nach dem Erscheinen der Berliner Meldung des Herrn Dr. Max L. Margolis an kompetenter Stelle über die Angelegenheit Informationen eingeholt, und ich bin in der Lage zu konstatieren, daß Professor Dr. Adler in der Tat auf Betreiben des preußischen Unterrichtsministers und im Einverständnis beider Teile als nächster Austauschprofessor nach Berlin gehen wird."

Zu dieser Erklärung des Dr. Stephan A. Wise bemerkt die Redaktion des „American Israelite": Da Dr. Wise in der Lage ist, gut informiert zu sein, kann seine Behauptung als autoritativ und endgiltig angesehen werden.

Vom neuen Bürgermeister von Rom, Ernesto Nathan, entwirft die letzte Nummer des „März" ein fesselndes Charakterbild, dem wir folgenden Abschnitt entnehmen:

Nathan entstammt einem der ältesten Geschlechter der Judengemeinde, die schon seit Julius Cäsar im Trastevere und um die Inselbrücke des heiligen Bartholomäus ansässig, alle Stürme Roms überdauert hat. Ein Häuflein Hebräer von etwa 200 Hausvätern, unvermischt mit Römern und Barbaren, sah in Staub fallen die altrömische Republik, das Zäsarentum, die unermeßlich reiche Marmorstadt Rom, ein zweites fränkisches Kaisertum; aber es überlebte, unzerstörbarer als Bildsäulen von Erz, die furchtbare Nemesis der Jahrtausende. Gegen Schluß der Völkerwanderung waren diese Juden die einzigen Römer aus antiker Zeit, Ueberbleibsel der von Grund aus zerstörten Roma, caput mundi, während schon im sechsten Jahrhundert der Hof und Adel, die Kaufmannschaft, das Bürgertum und die Plebs so ziemlich überallhin sich geflüchtet hatten, nach Ravenna mit Honorius Anno 402, nach Byzanz, nach Sizilien, Südfrankreich und in den Orient. In den verfallenen Kaiserpalästen auf dem Palatin hausten die Bischöfe Roms und duldeten später, als sie die Macht an sich gerissen, die Anhänger der Judenschule zu ihren Füßen als „ein monumentales Symbol, welches die alttestamentliche Wurzel des Christentums darstellte."

Als zur Zeit Alexanders III Bandinelli der Rabbi Benjamin von Tudela die „Ewige Stadt" besuchte, fand er unter seinen Glaubensgenossen einflußreiche Leute, sogar am päpstlichen Hofe, und „sehr weise Rabbiner, wie Menahem, Daniel, Jehiel, Joab und Nathan." Nathan hat sein Wörterbuch Aruch Anno 1101 in Rom verfaßt; sein Vater schrieb liturgische Dichtungen. Den Juden von Rom, Salerno und Cordova bleibt der Ruhm, als Aerzte und Handelsleute Heilkunde und Handelswissenschaft aus dem Altertum in die Neuzeit herübergerettet zu haben. So oft die Päpste sich in gesundheitlicher oder finanzieller Bedrängnis fühlten, vertrauten sie regelmäßig ihren Leib und Schatz den Juden an. In Erkenntlichkeit für die empfangenen Dienste hat das Papsttum nie gezaudert, den Volksleidenschaften seine hebräischen Knechte zum Opfer zu bringen; als Anno 1020 ein Erdbeben die sieben Hügel schüttelte, mußte die göttliche Vorsehung durch die Hinrichtung einiger Juden versöhnt werden. Also hat es Honorius II befohlen.

Die Nachkommen des geknechteten Stammes, der, jahrhundertelang in einem finsteren und feuchten Ghetto eingeschlossen, zur Warnung der „ehrbaren Christenheit" einen gelben Hut tragen mußte, haben an ihren geistlichen Bedrängern eine noble Rache genommen.

Unter der Regierung Gregors XVI. Cappellari erklärte der englische Gesandte Lord Seymour den Sturz des Kirchenstaates für unausbleiblich. Der Hof seufzte in schrecklichsten Geldnöten, der Schatz erwies sich völlig ausgeleert, und in den öffentlichen Kassen tanzten statt der goldenen Münzen die Fliegen. Die Schatzmeister Monsignor Mattei und sein Nachfolger Tosti hatten alle Kisten und Kasten, Schubladen und Beutel umgestülpt und den absoluten Finanzruin durch die Anwerbung der Fremdenregimenter, durch die Aufstellung der Militärkommission und durch die Neuordnung der päpstlichen Polizei vervollständigt; die Polizei, von begnadeten Banditen geführt, stahl wie ein Rabe. Schon hatte

Pellegrino Rossi die nahe bevorstehende Revolution angekündigt, als im Augenblick der höchsten Not Amsel Rothschild aus Frankfort am Main den Kirchenstaat rettete, indem er ihm ein bedeutendes Dahrlehen gewährke.

Darauf befahl Papst Gregor XVI Cappellari, daß zum Dank alsbald das Allerheiligste Altarsakrament zur öffentlichen Andacht in allen Kirchen Roms ausgestellt werden solle. Der Erretter Rothschild aber wurde zu Rom mit königlichen Ehren empfangen.

Pius IX Mastai-Ferretti fühlte sich als Grandseigneur, der etwas draufgehen ließ. Seit der Rückkehr von Gaëta stak er fortgesetzt in den ärgsten Bedrängnissen: denn allein sein Staatssekretär Giacomo Antonelli hatte aus dem gemeinen Gut neunzig Millionen Franken in sein Privatvermögen überzuführen verstanden. So suchte denn Pio Nono Hilfe bei Rothschild, bei Tedesco in Wien und Samuel Alatri in Rom. Zum Danke dafür trat Pius IX als Großwähler für seinen finanziellen Nothelfer ein, bezeichnete den israelitischen Bankier Alatri als den „allerchristlichsten aller Wahlbewerber“ und erwirkte ihm dadurch die glänzendste Erwählung in den Gemeinderat Roms.

Leo XIII Pecci war lange Zeit als Antisemit verschrien. Die Abweisung, die er Madame Dreyfus zuteil werden ließ, mußte schroff genannt werden. Dagegen verdient ein auf Doktor Lueger in Wien gemünztes Wort dieses diplomatischen Papstes bekannt zu werden. Doktor Lueger hieß damals noch nicht der allmächtige Bürgermeister von Wien, sondern galt als politische Mauserungsfigur von der Demokratie zur christlichsozialen Partei. Als nun Doktor Lueger damals dem Kongreß der Katholiken Oesterreichs präsidierte, wurde ihm die energische Betonung der Rechte, der Freiheiten und der souveränen Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles durch den päpstlichen Nuntius ans Herz gelegt und die Drohung beigefügt, daß bei Unterlassung einer geharnischten Resolution zugunsten des wieder herzustellenden Kirchenstaats der Papst niemals die Intentionen derjenigen zu segnen vermöge, welche die Religion zu einer Waffe im brudermörderischen Kriege machten. „Fratricida“ lautete der Ausdruck, womit Leo damals das Treiben der Lueger-Partei belegte.

Während dieser weltkluge Herrscher im Vatikan den Bischoffsheim zu Paris, einen stillen Wohltäter in großem Stile, den Oppenheim und andere Hochfinanzer des Auslandes allzeit in hohen Ehren hielt, sprach er von dem „Buddhisten“ Luigi Luzzatti aus Padua immer nur in wegwerfendem Sinne: „Dieser angebliche Finanzgelehrte ist eine absolute Null und durch Reklamewind zum Ballon gebläht.“

Pius X Sarto mußte als Kaplan von Tombolo mit dreißig Franken Monatsgehalt sich und seine älteste Schwester durchbringen; da taten ihm die Nebeneinnahmen wohl, die er durch Privatunterricht in einer jüdischen Familie verdiente, welche regelmäßig in der Mark Treviso ihre Sommerfrische genoß. Später als Pfarrer von von Salzano schloß Papst Sarto eine intime Freundschaft mit dem Abgeordneten Leone Romonin Jacur, der sich durch seine rastlosen Bemühungen für die Kanal- und Wasserbauanlagen in der Po-Ebene und für die Verbindung des Langensees mit Mailand und Venedig bleibende Verdienste erworben hat.

Der Verein Bayerwald. Im Jahre 1902 wurde ein „*Waldverein Straubing*“ gegründet, dessen Zweck es war, den bayerischen Wald zu erforschen, literarisch zu behandeln und ihn für den Fremdenverkehr zu erschließen. In den im Jahre 1902, dem Gründungsjahre, erlassenen Statuten hieß es in § 4: „In den Verein „Bayerwald“ können als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden erwachsene Personen beiderlei Geschlechts von unbescholtenem Charakter und *christlicher Konfession*.“ Im Vereinsheft von 1906 finden wir die reformierten Statuten abgedruckt. Da heißt es in § 3: „In den Verein „Bayerwald“ können als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden Personen beiderlei Geschlechts von unbescholtenem Charakter und *deutsch-nationalen* Stammes.“ Inzwischen war dem *Prinzregenten* das Protektorat angeboten und dieses von ihm auch angenommen worden. Er selbst hatte die Verhältnisse augenscheinlich nicht geprüft, und diejenigen, die ihn zur Uebernahme des Protektorats veranlaßten, wahrscheinlich auch nicht. Im Jahre 1902 hatten die Gründer trotzdem wohlhabende niederbayerische Juden veranlaßt, dem Verein beizutreten, aber man hat sie alsbald veranlaßt, wieder auszutreten. Ende 1906 scheint der Judenparagraph aus den Statuten gestrichen worden zu sein. Es war aber bisher nicht möglich, Bestimmtes hierüber zu erfahren oder die neuen Statuten zu erhalten.

Konfessionelle Betonarbeiter. Im Anzeiger zum Zentralblatt der Bauverwaltung (Nr. 9 vom 1. Februar 1908), das vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegeben wird, findet sich folgende Anzeige einer staatlichen Behörde:

Zur Aufstellung von Entwürfen, insbesondere aber zur Beaufsichtigung der Bauausführung zweier Dampfschöpfwerke wird ein gewandter, im Wasserbau erfahrener Ingenieur oder Techniker evangelischer Konfession, mit praktischen Erfahrungen in der Ausführung von Stampfbetonarbeiten usw., zum 1. März, spätestens 1. April 1908 gesucht. . . . Landsberg a. d. Warthe, 28. Januar 1908. Der Deichhauptmann des Warthebruchs, Rauch, Baurat.

Hierzu bemerkt die nationalliberale „*Köln. Ztg.*“:

„Die „Kölnische Volkszeitung“ *rügt* mit Recht, daß in dieser Ausschreibung die *Konfession* zur *Bedingung* gemacht ist. Auch wir vermögen schlechterdings nicht einzusehen, was die Ausführung von Stampfbetonarbeiten mit der Konfession zu tun haben soll, und sind der Meinung, daß die Behörden im Interesse der Allgemeinheit die Pflicht und Schuldigkeit haben, staatliche Arbeiten von den tüchtigsten Leuten ausführen zu lassen, die dafür zu haben sind, mögen sie ihre Gebete in einer katholischen oder einer protestantischen Kirche, in einer Synagoge oder sonstwo, wie es ihnen beliebt, verrichten.“

Den moralischen Bankerott des russischen Beamtentums glossiert eine Serie von „Abenteuern eines Naiven“, die in dem kadettischen Hauptorgan, der „Rjetsch“ enthalten ist, nicht übel. Wir entnehmen ihr folgende zwei Momentbilder:

Beim Volksverbändler.

Ein Naiver kommt zu einem Volksverbändler und sagt ihm: „Teurer Bruder in Christo! Wenn auch ich Sie für einen Räuber hielte — wofür Sie infolge eines leichtverständlichen Mißverständnisses vielfach gehalten werden — so wäre ich natürlich nicht zu Ihnen gekommen. Aber ich habe den Glauben an die Menschheit noch nicht verloren; — der Mensch! das klingt doch so stolz! So bin ich überzeugt, daß Sie aus ehrlicher Ueberzeugung sich irren! Unser heiliger Glaube, für dessen Ruhm Sie bereit sind, den letzten Groschen Ihres Vermögens und den letzten Blutstropfen zu opfern — unser heiliger Glaube, das schwör' ich Ihnen, verlangt nicht, die Fremden und Andersgläubigen zu hassen, sondern er befiehlt uns, sogar Mitleid mit ihnen zu haben, wie mit einem verirrten Bruder von uns. Sie haben sich an allerhand hetzerischem Unsinn überlesen, von dem die Broschüren und Flugblätter, die zu „Pogroms“ auffordern, erfüllt sind, und die von den Wölfen im Schafspelz herausgegeben werden, den Intriganten und Christusverrätern, die ihre nichtigen, egoistischen Wünsche unter der Maske des Patriotismus und eines eisernen Glaubens verstecken.“

Der Naive nahm aus seiner Tasche ein kleines Buch in braunem Kalikoeinband.

„In diesem Buche,“ fuhr er fort, „finden Sie alles, was uns der göttliche Lehrer gepredigt hat. Haben Sie es gelesen? Lesen Sie es, und Sie werden dann sehen, wie frech Ihre Führer unsern Glauben mißbrauchen und verlästern.“

„Erlauben Sie,“ sagte der Volksverbändler, „wer hat denn dieses Buch geschrieben?“

„Matthäus, Markus, Lukas und Johannes!“

„So,“ sagte der Volksverbändler, „und kann man erfahren, wie es heißt?“

„Das Evangelium.“

„So,“ sagte der Volksverbändler, „und haben Sie sich das Buch gekauft, oder wie haben Sie es bekommen?“

„Ich habe es schon lange!“ antwortete der Naive, „von meiner Mutter.“

„So,“ sagte der Volksverbändler, stand auf, öffnete die Tür zum Nebenzimmer und rief:

„Anton, Anton, bring' mal diesen Herrn auf die Polizeistation und melde Stanislaw Kasimirowitsch, daß er ein Agitator ist. Und das Buch nimm mit. Denk' Dir, da steht, daß man die verteufelten Juden nicht totschlagen soll, sondern sie lieben muß.“

„Was die Juden sich nicht alles ausdenken,“ murmelte mit seiner rauhen, heiseren Stimme Anton und legte seine schweren Fäuste auf die mageren Schultern des Naiven.

Beim Bürokraten.

Der Naive kam zu einem Bürokraten.

„Man sagt sich, daß Sie ein sehr humaner Mensch sein sollen“, — sagte er, ich habe viel davon gehört.“

„Ja,“ sagte der Bürokrat, „ich bin durchaus kein Menschenfresser. Wenn die Umstände es verlangen, scheue ich vor keiner

strengen Maßregel zurück. Doch die Grausamkeit um der Grausamkeit willen erkenne ich nicht an."

„Man sagt sich" — sagte der Naive — „daß Sie die Juden auch für Menschen halten?"

„Ich finde — antwortete der Bürokrat — „daß die Juden ohne Zweifel Menschen sind. — Die Gleichberechtigung mit den übrigen kann man ihnen natürlich nicht geben, aber sie ohne jeden Grund prügeln sollte man nicht. Denn das wäre vor allem — eine Unordnung!"

„Man erzählt sich" — sagte der Naive — „daß Sie sehr viel von der Presse halten!"

„Ich habe nichts gegen die Presse" — sagte der Bürokrat, „selbstverständlich nur so lange, wie sie unschuldige und für einen Untertan nötigen Dinge berichtet, wie z. B.: die Fahrplane der Eisenbahnen, Theaterprogramme, Meldungen über Erdbeben, Ueberschwemmungen und patriotische Manifestationen. Die Hetz-Presse aber, die nur Zwietracht säet und Unruhen hervorruft, hat in mir einen heftigen Gegner."

„Man meint" — sagte der Naive — „daß Sie keinerlei Nachsicht mit den Unterbeamten der Verwaltung üben, die ihre Macht mißbrauchen?"

„Ich trete durchaus für eine gefestigte Macht auf allen ihren Stufen ein!" antwortete der Bürokrat, „aber offenbare Mißbräuche, besonders wenn sie Lärm verursachen, dulde ich nicht. Erst gestern habe ich einen Wächter dem Gericht übergeben, der einen ihm anvertrauten rüstigen Gefangenen zum Krüppel geschlagen hatte."

„Wie froh bin ich," rief der Naive aus, „daß ich die Möglichkeit hatte, mit Ihnen zu plaudern. Ich werde Ihnen einen Artikel widmen, den ich in einem unserer Residenzblatter veröffentlichen will. Ich werde darin schreiben, daß in Ihrer Person unser Gouvernement einen humanen Beamten besitzt, der sich freundlich zu den Juden verhält und streng alle Mißbräuche verfolgt, die seine Untergebenen sich zu schulden kommen lassen!"

Der Bürokrat sprang auf.

„Um Gottes willen, tun Sie das nicht!" rief er in größter Aufregung. „Um aller Heiligen willen! Schreiben Sie nichts über mich, und wenn Sie es dennoch durchaus wollen, so schreiben Sie, daß ich ein heftiger Feind der Juden bin, die Presse hasse und allen Vergehen meiner Untergebenen durch die Finger seh'!"

„Welch ein bezaubernd bescheidener Mann!" dachte der Naive. „Er will nicht, daß man ihn lobt. Daß sich in unserem Zeitalter der Reklame noch solch feinfühlige Naturen finden!"

Ein Kaiserwort. Aus Petersburg wird der „Russ. Korresp." geschrieben:

Die lange Reihe der Begnadigungen der Verbrecher vom Verbande des russischen Volkes vermehrt sich durch die neuerdings erfolgte Begnadigung der Unholde, welche im Oktober 1905 den Pogrom in Tscherniagoff veranstaltet haben und im vergangenen Jahre vom Gericht zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und einigen Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden waren. — Die große Zahl der Begnadigungen war auch bisher ein Beweis dafür, daß man es hier mit einem System — der Ermutigung der Räuber und Mörder — zu tun hat, die man als Bundesgenossen im Kampfe gegen die Revolution willkommen heißt. — Nun erfahren wir, daß der Zar in einer Audienz, die er dem Grafen Konownitzyn gewährte, offen die Versicherung abgegeben hat, daß er keine von den Personen, die wegen der Pogrome verurteilt worden sind, eine Strafe erleiden lassen werde. — Es ist wahr, erwiderte der Monarch auf die Klagen Konownitzyns, daß die Gerichte oft formell vorgehen und die Angeklagten verurteilen müssen. Ich gebe Ihnen aber mein Kaiserwort darauf, daß den Verurteilten die Strafe erlassen werden wird. Die Straflosigkeit ist auch wirklich für diese Verbrecher allgemein geworden. Die Angeklagten im Prozeß wegen des Pogroms in Orscha riefen den Richtern zu: „Verurteilt uns, so viel ihr wollt. — Wir haben unseren Beschützer — den Kaiser."

Rumänischer Antisemitismus. Kein Gesetz wird in Rumänien erlassen, ohne daß man nicht dabei der Juden gedenkt. So sind jetzt wieder Hunderte von Juden von der Gefahr bedroht, ihre Existenz zu verlieren. Es handelt sich um das Gesetz zur Unterstützung der nationalen Industrie. Dieses bestimmt, daß diejenigen Unternehmungen, die Anspruch auf die staatliche Vergünstigung haben, zwei Drittel ihres Personals aus rumänischen Bürgern haben müssen. Das Gesetz bestand zwar schon mehrere Jahre, wurde aber wenig beachtet. Die neue Regierung in ihrem Eifer nach liberalen Reformen hat dagegen jetzt eine Verfügung erlassen, wonach streng darauf zu achten ist, daß die Vorschriften dieses Gesetzes innegehalten werden. Infolgedessen sind Hunderte jüdischer Arbeiter und Angestellter, darunter gelernte Ingenieure usw., schon entlassen worden, und weitere Massenentlassungen stehen bevor. Nun soll man nicht etwa glauben, daß an Stelle dieser entlassenen jüdischen Angestellten rumänische treten. Dafür ist der Rumäne viel zu faul. Er giert lieber nach einem, wenn auch noch so kleinen, staatlichen oder städtischen Amt, aber in die Fabrik oder ins Bureau zu gehen, ist nicht seine Sache. Infolgedessen stellt man einfach an die Stelle der entlassenen rumänischen Juden christliche Ausländer aus Siebenbürgen, Ungarn usw. an. Diese sind zwar auch keine rumänischen Staatsbürger, aber sie werden sehr gerne geduldet.

Briefkasten.

Dr. K. in H. Sie erinnern daran, daß Professor Hans Delbrück kürzlich in einer Charakteristik Maximilian Harden's in den „Preuß. Jahrb." schrieb:

„Er ist der Mann, der sich nicht gescheut hat, das Unglück seiner im Grabe ruhenden Eltern in die Oeffentlichkeit zu zerren, um einen Vorwand für die Aenderung seines Namens zu haben."

Die Tatsache war uns wohl bekannt; wir glauben auch, Herrn Maximilian Harden, so oft er uns und der Oeffentlichkeit im allgemeinen Gelegenheit bot, sich mit ihm zu beschäftigen, dementsprechend bewertet zu haben.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. – H. S. Hermann, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 8. Berlin, 19. Februar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W, Magdeburgerstr. 14.

Palastrevolution in der Reformpartei.

Die Eifersüchteleien in den Berliner antisemitischen Organisationen lodern wieder einmal in hellen Flammen empor. Der Friedensstörer ist diesmal Herr Wilhelm Bruhn, dem der Deutsche Antisemitenbund nunmehr den Stuhl vor die Tür gesetzt hat.

Zum 10. d. M. hatte der Vorstand des „D. A. B." eine „außerordentliche Hauptversammlung" einberufen, um über Herrn Bruhn wie den ehemaligen Geschäftsführer des „D. A. B." zu Gericht zu sitzen. Das uns vorliegende Einladungsschreiben hierzu fängt gleich vielversprechend an:

„Der Deutsche Antisemiten-Bund ist in Gefahr, aufgerieben zu werden. Durch schnöden Verrat unseres bisherigen Geschäftsführers sind dem Verleger Wilh. Bruhn unsere Kasse, Bücher, Karten etc. in die Hände gespielt worden. Trotzdem der Deutsche Antisemiten-Bund in der außerordentlichen Hauptversammlung im Oktober 1907 sich ganz von dem Deutschen Mittelstandsbund getrennt hat, läßt Herr Bruhn dennoch bei unsern Mitgliedern Beiträge einkassieren.

Wir bitten Sie, hochgeehrter Bundesbruder, dringend, auf keine Quittung eine Beitragszahlung zu leisten, auf der „Deutscher Mittelstandsbund" steht, unterschrieben mit W. Bruhn und Silberstorff."

In der Versammlung führte nach dem Bericht der „Staatsbürger Ztg.", die zwei Tage später freilich be- und wehmütig bei der Parteileitung der Reformpartei wegen ihrer Indiskretion Abbitte leistet, der erste Vorsitzende, Lehrer Holtz u. a. aus:

„Der Grund der Einberufung dieser Versammlung sei das Verhalten des Vorsitzenden des Deutschen Mittelstandsbundes, Herrn Wilh. Bruhn, sowie des ehemaligen Geschäftsführers des Deutschen Antisemitenbundes, Herrn Silberstorff. Herr Bruhn fühlte sich zurückgesetzt. Nach der Selbständigkeitserklärung des Deutschen Antisemitenbundes im Oktober 1907 habe er trotz genügender Mitteilung völlig geschwiegen. Monate nachher habe er plötzlich bei Herrn Silberstorff die Kasse und die Geschäftsbücher des Deutschen Antisemitenbundes gesperrt. Herr Bruhn sei der Ansicht, der Deutsche Antisemitenbund könne Beschlüsse ohne Mitbestimmung des Deutschen Mittelstandsbundes nicht fassen. Selbst wenn das richtig wäre, hatte er noch kein Recht, die Kasse des Deutschen Antisemitenbundes zu beschlagnahmen; er habe auch nach den Statuten des ehemalig vereinten Mittelstandsbundes und Deutschen Antisemitenbundes nicht das Recht, mit Herrn Silberstorff abzurechnen, sondern mit dem Antisemitenbundsvorsitzenden zu verhandeln. Herr Bruhn sowohl wie Herr Silberstorff seien beide zu dieser Versammlung eingeladen, aber keiner von ihnen sei erschienen. Herr S. habe die Einladung unter Androhung mit dem Staatsanwalt schroff abgelehnt." (Gelächter.)

In der Diskussion erklärte das Mitglied Letz, „alle Vorsitzenden hätten bisher dem Deutschen Antisemitenbund geschadet, weil sie immer das Ich vor die Sache gestellt hätten."

Nach dem Bericht der „Staatsbürger Ztg." scheint in der Versammlung selbst den Angegriffenen kein Verteidiger erstanden zu sein; alle von dem Blatt angeführten Diskussionsredner, darunter auch der bekannte Gastwirt Sommer, verurteilten das Verhalten der beiden nicht erschienenen Angeklagten. Es wurde ein Antrag „fast einstimmig" angenommen, in welchem dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen wurde und ihm die weiteren Schritte anheimgestellt wurden.

Als Antwort hierauf veröffentlichte der Vorsitzende der Reformpartei, Abg. Zimmermann, in der „Staatsbürger Ztg." folgendes Schreiben:

„. . . Die Leitung der Deutschen Reformpartei hat aus den ihr unterbreiteten Unterlagen die Ueberzeugung gewonnen, daß der bisherige Deutsche Antisemitenbund nur ein Glied des Deutschen Mittelstandsbundes ist. Die Parteileitung muß demgemäß bis zum Beweise des Gegenteils das Vorgehen des Abg. Bruhn als durchaus korrekt und satzungsgemäß ansehen. Es ist ganz folgerichtig, daß Herr Abg. Bruhn der an ihn ergangenen Einladung nicht gefolgt ist, denn auch die Parteileitung vermag die von Herrn Holtz einberufene außerordentliche Sitzung nicht als das Forum anzuerkennen, vor dem Abg. Bruhn sein Verhalten zu rechtfertigen hätte. Es ist ein eigentümliches Verlangen des Herrn Holtz, daß die Reformpartei sich nicht zu Wilhelm Bruhn bekenne. Die Partei bekennt sich weder zu Herrn Bruhn, noch zu Herrn Holtz, noch zu sonst einer Person. Sie verlangt vielmehr von den einzelnen, daß sie sich zum Parteiprogramm bekennen, und daß sie ihr Ich nicht vor die Sache stellen, sondern ihr unterordnen. Herr Wilh. Bruhn bekennt sich bedingungslos zur Reformpartei und hat seine Pflichten als Gesinnungsgenosse und Abgeordneter getreulich erfüllt. Die Herren Holtz und Genossen, die gerade den Ausschluß eines Abgeordneten zur Vorbedingung ihres Beitritts zu unserer Organisation machen, verstoßen damit gegen jede Parteidisziplin. Glaubten sie, gegen Bruhn sachliche Gründe zu Beschwerden und Anklagen von so weitgehender Bedeutung zu haben, so hätten sie dieselben längst der Parteileitung als der dazu berufenen Instanz unterbreiten sollen, statt Zuschriften der Parteileitung längere Zeit unbeachtet zu lassen und dann Berichte in die Oeffentlichkeit zu geben, die der gemeinsamen Sache nur schaden können. Verharren die Herren Holtz und Genossen auf diesem von ihnen beliebten Standpunkte, so müssen sie ihre eigenen Wege gehen; in der Partei ist kein Raum für zersetzend wirkende Elemente."

Neben dieser parteiamtlichen Kundgebung veröffentlicht Abg. Bruhn in den Publikationen des „Deutschen Mittelstands-Bundes" einen langatmigen Rechtfertigungsversuch. Ist es selbst für uns, die wir doch mit den verschiedentlichen antisemitischen Gruppen und Grüppchen sozusagen von Berufswegen vertraut sind, recht schwer, in dem Gewirr all dieser Parteisplitter — die Firmen „Deutscher Mittelstands-Bund", „Deutscher Anti-

semiten-Bund", „Reichsbund der deutschen Reformpartei" schwirren einem nur so um den Kopf — sich einigermaßen zurechtzufinden, so muß es den armen mit Gaben des Intellekts ohnehin von Mutter Natur zumeist nicht gerade opulent ausgestatteten Mitgliedern dieser Verbände bei der Lektüre dieses Bandwurmartikels, der die formalen Beziehungen dieser Vereine zu einander festzulegen sucht, wie dem Schüler im „Faust" ergehen. „Mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum."

Natürlich handelt es sich bei dem ganzen Streit — wie könnte es auch bei Antisemiten anders sein? — um schnöden Mammon. Die wiederholentlichen Namensänderungen des „D. A. B.", seine Eingliederung in andere neugegründete Organisationen sind nur Schiebungen gewesen, um die Kassen dieser Vereine der Zentralleitung der Reformpartei in möglichst ertragreicher Weise tributpflichtig zu machen. Auf „Schiebungen" versteht sich ja auch die „Wahrheit" — lucus a non lucendo — des Herrn Bruhn ganz vortrefflich. Eine Klärung dieser verworrenen Kompetenzfrage wird wahrscheinlich erst der am 26. und 27. April in Leipzig stattfindende Parteitag der Reformpartei bringen, wo alle diese der Reformpartei mehr oder minder nahestehenden Vereine einem neu zu gründenden „Reichsbund" der Reformpartei angeschlossen werden sollen.

Der „Deutsche Antisemiten-Bund" hat, wie Herr Bruhn in diesem Memorandum rühmend hervorhebt, im Wahljahr 1903 nicht weniger als 23 000 Mark Unterstützungen den einzelnen notleidenden Wahlkreisen gewähren können. Unsere Freunde mögen sich an dieser finanziellen Opferwilligkeit der Gegner ein Beispiel nehmen.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Die diesjährige Heerschau des Bundes der Landwirte stand unter dem Zeichen der politischen Sättigung der Agrarier. Sie haben ihre Ernte durch die letzten Handelsverträge in den Scheuern. Mit dem derzeitigen Reichskanzler Fürsten Bülow, der sich selbst mit Stolz als Agrarier bekennt und keinen sehnlicheren Wunsch hat, als daß dereinst auf seinem Leichenstein stehen möge: „Dieses ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen", waren die Herren im Zirkus Busch wiederum überaus zufrieden. Sie sind auch bereit, weiterhin seiner Blockpolitik zu folgen, lehnen es jedoch, wie es in der einstimmig angenommenen Resolution heißt, ab, sich dadurch etwa von der Verfolgung ihrer „die allgemeine nationale Wohlfahrt anstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen".

Die freisinnigen Parteien wurden — trotz der Blockfreundschaft — sehr von oben herab behandelt. Insbesondere Herr Dr. Hahn schlug einen ungemein anmaßenden schulmeisterlichen Ton an; er erklärte nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" u. a.:

Wenn ich mir aber den Freisinn ansehe, — Herr von Wangenheim hat ihn schon teilweise charakterisiert — so finde ich, daß er lediglich doch noch ein trauriger Rekrut ist. Man sieht es den Freisinnigen als Regierungsmännern an, daß sie erst kürzlich etwas geworden sind. Sie machen den Eindruck der Neulinge, die noch nicht wissen, welche Pflichten sie zu erfüllen haben, um sich der Rechte würdig zu erweisen, die ihnen zugefallen sind. (Heiterkeit und sehr richtig!)

Ich möchte daher an den Freisinn in guter Wohlmeinung, nicht in Feindschaft, — wir sind ja im Block verbunden (große Heiterkeit) — am heutigen Tage und von dieser Stelle aus die höfliche Mahnung richten und ihm den höflichen Rat geben, er möge es lernen, mit zu regieren, damit er möglichst lange mitregiert; denn sonst wird diese Herrlichkeit bald zu Ende sein. (Stürmischer Beifall.)"

Herr Liebermann von Sonnenberg gefiel sich als Realpolitiker:

„Der gegenwärtige Block ist eine Schöpfung, die man mit dem Verstande beurteilen muß, für die man sich aber beim besten Willen nicht mit dem Herzen begeistern kann. Er kann, richtig geleitet, seinen Nutzen haben, und vielleicht hat er auch einen bleibenden Nutzen insofern, als er die üblen Wahlsitten etwas mildert, die jetzt herrschen, und die jeden Wahlkampf immer mehr zu einer Art kleinen Bürgerkrieges gestalten. (Heiterkeit!)"

In Norden-Emden-Leer, worüber noch an anderer Stelle dieser Nummer berichtet wird, lassen aber die Antisemiten von dieser angeblichen Milderung ihrer sattsam bekannten üblen Wahlsitten herzlich wenig verspüren.

Generalmajor v. Klöden-Wiesbaden, der für eine Junggesellensteuer eintritt, glaubte einen großen Witz gerissen zu haben, als er einen „Raub der Rabbiner — Verzeihung Sabiner" prophezeite. Eines von den Begrüßungstelegrammen schließt mit den Worten: „Hep, Hep, Hurra", deren Verlesung großen Jubel hervorruft —

Herr von Oldenburg-Januschau, der bekannte konservative Heißsporn und Provinzialvorsitzende des Bundes für Westpreußen, fühlte sich gedrungen, wahrscheinlich um den üblen Eindruck früherer hanebüchener Anrempelungen der Regierung von derselben Stelle aus einigermaßen zu verwischen — auch den Vorgängern des Fürsten Bülow einige posthume Komplimente zu machen:

„Dann aber ist ein zweites Wort gesprochen worden. Es wurde von dieser Stelle aus gesagt, der Name des Grafen Caprivi würde in der Geschichte noch leben, wenn niemand mehr an die Namen der Führer des Bundes der Landwirte dächte. Und es ist, was ich hier zurückweisen will, gesagt worden, wir verfolgen den Grafen Caprivi noch über das Grab hinaus. Meine Herren, wir lieben über das Grab hinaus, über das Grab hinaus hassen, das tun wir nicht. (Stürmischer Beifall.) Aber wir haben auch den Grafen Caprivi nicht gehaßt, denn wir haben immer anerkannt, daß er ein tapferer General und ein braver Mann war. (Bravo.) Was wir an ihm bekämpft haben, das war seine Wirtschaftspolitik."

Herr von Oldenburg und der Chorus der ihm applaudierenden Bündler scheinen ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Es war auf der Generalversammlung des Bundes im Jahre 1901, wo Herr von Wangenheim seine gehässige Polemik gegen die Aera „Caprivi-Hohenlohe" mit der von donnerndem Beifall begleiteten geschmackvollen Wendung schloß:

„Der Kanzler Namen kündet
Kein Lied, kein Heldenbuch.
Verschallen und vergessen
Ist ihrer Taten Fluch."

Zeugt das nicht von einem geradezu beispiellosen losen Haß, und noch dazu niedrigster Art? Wenn die Herren im Zirkus Busch jetzt die Erinnerung an ihre früheren politischen Rohheiten gern auslöschen möchten, so beweist das nur, daß sie sich jetzt ihrer demagogischen Vergangenheit selber zu schämen anfangen. Man braucht es aus diesem Grunde auch nicht tragisch zu nehmen, daß Herr v. Wangenheim auch auf dieser Generalversammlung — er hat das Zitat schon auf mindestens einem halben Dutzend Zirkus Busch-Paraden gebraucht — die Lachmuskeln seiner Zuhörer mit dem angeblichen Ausspruch Friedrich Wilhelms IV. nach der ersten Aufführung der Meyerbeerschen „Hugenotten" in Bewegung setzte: „Evangelische und Katholiken schneiden sich die Hälse ab, und der Jude macht die Musik dazu". Wir wissen nicht, wie es mit der Autenticität dieses Wortes bestellt ist. Dem Andenken des in den letzten Jahren schwer kranken Monarchen hat Herr von Wangenheim mit dieser „pikanten" Reminiszenz aber sicherlich keinen Dienst erwiesen. Herr von Wangenheim glaubte auch sein Mütchen an der liberalen Presse kühlen zu sollen:

„Will die Linke mit uns zusammengehen, so darf sie sich in diesen Fragen nicht der Erkenntnis verschließen, daß vieles zu bessern ist (sehr richtig), so sollte sie auch dafür sorgen, daß ihre Presse uns nicht fortgesetzt beschimpft

(sehr richtig), in einer Weise, die vielfach noch das übertrifft, was sozialdemokratische Blätter leisten. Wer in den letzten Tagen — entschuldigen Sie das Wort, das ich hier ausspreche — das „Berliner Tageblatt“ gelesen hat (Pfui!), der wird sich sagen müssen, diese Gemeinheit der Gesinnung und diese Beschimpfung, wie sie dort hervortritt, sollte in einem sogenannten bürgerlichen Blatte nicht mehr möglich sein. (Stürmischer Beifall.)“

Herr von Wangenheim hätte besser getan, sich diese Entrüstung zu sparen. Uns ist kein freisinniges Blatt bekannt, das in der Polemik gegen andere Parteien auch nur entfernt einen so aufreizenden und gemeinen Ton anschlägt, wie speziell die Presse des Bundes der Landwirte, die kleinen zur Massenverbreitung bestimmten Wochenblätter sowohl wie das Berliner Hauptorgan. Sollen wir die Herren erst daran erinnern, welche giftgeschwollenen Bosheiten die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Bericht über die in denselben Räumen abgehaltene Volksversammlung der Freisinnigen Volkspartei anläßlich des vorjährigen Parteitags verübte, worin es u. a. hieß:

„Auf der erhöhten Tribüne saßen die Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei aus Reichstag und Landtag. Die gegenüberliegende Ehrenloge war augenscheinlich ganz für den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde vorbehalten. Mit Recht konnte am Schluß der Versammlung der Rektor Kopsch feststellen, daß es dem Freisinn gelungen sei, lockige Jünglinge mit Glut und Begeisterung für politische Ideale zu erfüllen, aber er hätte im Hinblick auf die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden sich genauer ausgedrückt: Schwarzlockige Jünglinge. Auch die anwesenden Damen waren ziemlich zahlreich durchweg in der Gegend der Börse und der „Grand-Synagoge“ nicht fremd.“

Wo war damals die Entrüstung des Herrn von Wangenheim über diese unerhörte Beschimpfung noch dazu einer „befreundeten Blockpartei“?

Die Reichstagsnachwahl in Norden-Emden-Leer.

Man schreibt uns aus dem Wahlkreise:

Der Wahlkampf tobt bereits so scharf, daß man meinen könnte, die Wahl sei nicht am 19. März, sondern am 19. Februar. Obwohl die Antisemiten bei der ruhigen und gesitteten Bevölkerung Ostfrieslands sich als Anstandslehrer und Leute aufspielen, die noch nie ein Wässerchen getrübt haben, fallen sie fortwährend aus der Rolle. Mit Entrüstung weisen sie es zurück, „Radauantisemiten“ genannt zu werden. Dabei störten sie am 11. Februar zwei nationalliberale Versammlungen derartig, daß helle Entrüstung darüber in der ganzen Gegend herrscht. Der nationalliberale Redner mußte abends mit dem Zuge zurück und wollte daher nur beschränkte Redezeit den unter Führung des Generalsekretärs Hennigsen erschienenen Antisemiten gewähren. Das benutzten die Antisemiten zu turbulenten Szenen. Sie forderten, man solle mit der Leitung der (nationalliberalen) Versammlung einen Antisemiten betrauen. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie Gäste in der Versammlung seien, verließen sie mit ihrer Sprengkolonne demonstrativ den Saal, um im Nebenzimmer das Grammophon spielen zu lassen, Heilrufe auszubringen und die Nationalhymne (sic!) zu singen. In liberalen Versammlungen wurde ihnen bisher unbeschränkte Redezeit gewährt. Herr Henningsen redete meist länger als der liberale Kandidat.

In der Versammlung in Wirdum, dem Wohnorte des freisinnigen Kandidaten, meldeten sich gleich vier Antisemiten zum Wort. Sie verfolgten offenbar die Absicht, den liberalen Kandidaten durch physische Strapazen kampfunfähig zu machen. Als am Sonntag aber ein liberaler Parteisekretär das Wort erbat, bekam er es überhaupt nicht. Herr Hennigsen meinte, er habe keine Zeit (!). Um den Eindruck liberaler Versammlungen zu zerstören, greifen die Antisemiten zu dem Trick, sofort im Anschluß an die liberalen Versammlungen vorher angemeldete antisemitische abzuhalten.

Das Treiben dieser Herren findet natürlich hier allgemeine Verurteilung. Die konservativen Elemente sind unangenehm berührt und machen privatim kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen den Antisemitismus. Sie haben nur nicht den Mut, offiziell von der Kandidatur Groeneveld zurückzutreten, die ihnen gewisse redegewandte antisemitische Abgeordnete aufzuschwatzen verstanden haben. Diese konservative Mißstimmung kommt drastisch in einem wehmütigen Gedicht zum Ausdruck, das ein konservativer ostfriesischer Volksdichter veröffentlicht. Wir geben es nachstehend wieder:

Sin Arwe.

Knyphausen dood! Ostfräslands Fürst!
Nu slap gerüst un in Freeden!
Off Fründ off Feand, du trüren dürst,
Ostfräslands Stolt owerleeden!
Nu lat uns nät langer klagen
Un denkt van uns darum nät schlecht,
Well lewt, will warken und wagen,
De Lewende allän hett Recht!
Doch hett de Lewende Pflichten
Ook teo sin oerstürwene Herr!
Düß nüms denn van Jeo uprichten
Sin Banner, sin Schild un sin Speer?!
Mußten Ji Jeo mit slappe Tägel
Ut de Sadel laten smieten?
De Fürst sin Arwel ut de Vögel
Van'n Handje vull Antisemiten?
Sünner Kamp! de Büsse in't Korn,
So gau de Meod teo verläsen!
Gawen Ji all de Schlacht oerlor'n!
Un dat sünd Fürst Edzards Fräsen?!

Die Antisemiten merken, daß ihnen der Boden entschwindet. Mit äußersten Kraftanstrengungen suchen sie ihre Position zu halten. In den ersten Wochen waren die Abgg. v. Liebermann, Lattmann und Raab im Kreise, am letzten Sonntag erschienen die „Größen zweiten Ranges“ Herzog, Gräf und Böhme. Der übrige Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung soll auch noch kommen. Daneben agitieren eine größere Zahl angestellter Agitatoren, wie Henningsen, Wulfes, Hesse, Siebolts usw.

Die Eiertänze und Bocksprünge der antisemitischen Agitatoren sind oft höchst belustigend. So war Herr Raab am 10. Februar gezwungen, sich in Norden über die Judenfrage auszulassen. Nach dem Bericht der „Deutschsozialen Blätter“ (Nr. 14, v. 15. 2.), sagte der Abgeordnete, der noch vor ganz kurzer Zeit im Reichstage so wacker unsere jüdischen Mitbürger schmähen konnte:

„Die Deutschsozialen haben nur einen bescheidenen Paragraphen über die Judenfrage ganz am Ende des Programms . . . Sie haben niemals bestimmte Ausnahmegesetze gegen das Judentum gefordert.“

Diese Heuchelei kann kaum überboten werden. Ziemlich am Anfang des deutschsozialen Programms steht folgender Satz:

„Als eine zersetzende Kraft auf allen Gebieten unseres Volkslebens hat sich das stammfremde jüdische Volk erwiesen, dessen Macht weit größer ist, als es seiner Zahl entspricht. Um eine gedeihliche Entfaltung deutscher Eigenart sicher zu stellen und die Arbeit des deutschen Volkes gegen Ausbeutung zu schützen, erscheint uns der Kampf gegen die Macht des Judentums als eine sittliche, politische und wirtschaftliche Notwendigkeit.“

Und die Punkte 19 und 20 des deutschsozialen Programms lauten:

„19. Erweiterung der Strafbestimmungen gegen Tierquälerei, Erlaß eines Schächtverbotes.

20. Fernhalten der Juden von allen Berufen, in denen ihre Eigenart für unsere Kulturentwicklung schädlich ist, namentlich Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande, vom Offizierstande und vom Berufe eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, sowie Beschränkung der Zulassung zum Berufe eines Anwalts oder Notars, tunlichstes Fernhalten von Kindern aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Verbot der Aenderung jüdischer Familien-

namen, Führung einer Statistik über die im Deutschen Reiche lebenden Personen jüdischen Stammes, Verbot der Einwanderung von Juden, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften und deren Uebersetzung ins Deutsche."

Sind das keine „bestimmten Ausnahmegesetze", Herr Raab? Das einzige Erfreuliche hieran ist die Tatsache, daß es doch noch Gegenden in Deutschland gibt, wo sich die Antisemiten ihrer Forderungen schämen und sie infolgedessen abzuleugnen suchen.

Die Fusionsbestrebungen unter den Handlungsgehilfen-Verbänden.

Das eigentliche Motiv, das für den antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bei seiner Fühlungnahme mit dem Leipziger Verband bestimmend gewesen ist, tritt jetzt in einem Artikel, den Herr Schack, der Vorsitzende des antisemitischen Verbandes in der „Deutschen Handels-Wacht" veröffentlicht, ziemlich deutlich hervor: Herrn Schack's Ehrgeiz genügt es nicht, nur über einen Teil der deutschen Handlungsgehilfen zu herrschen, er will über alle das Szepter schwingen. So vorsichtig dieses Endziel auch umschrieben und verhüllt wird, so ist Herr Schack doch offenherzig genug, einzugestehen:

„Gelingt es uns, ein einheitliches Ziel, einen einheitlichen Boden für beide Verbände zu finden, so ist damit das Schicksal der übrigen Organisationen entschieden. Damit wird die Einigkeit der deutschen Handlungsgehilfen kein Traum mehr sein, sondern zur Wirklichkeit werden."

Das Bestreben der Herren vom Deutschnationalen-Verband ist also darauf gerichtet, durch Zusammenschluß mit dem ihm an Zahl beinahe ebenbürtigen Leipziger Verband die anderen Organisationen der Handlungsgehilfen, wie den Hamburger Verein vom Jahre 1858, den Verein Deutscher Kaufleute zc. zunächst zu isolieren, um sie dann durch ihr Stimmenübergewicht und den dadurch bewirkten Zuwachs an politischem und sozialem Einfluß einfach zu erdrücken Wohl ausgedacht, Herr Schack! Wär der Gedanke nicht so verwünscht gescheidt, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen. Es fragt sich nur, ob der Leipziger Verband wirklich ein solches Harakiri, wie es ihm hier angesonnen wird, an sich vollziehen wird. Bisher hat es nicht den Anschein, als ob die Mehrheit oder auch nur ein ansehnlicher Bruchteil der Mitglieder des Leipziger Verbandes das Vorgehen eines Teiles ihres Vorstandes billigt. Die Ortsgruppen, die bisher zu dem Fusionsprojekt Stellung genommen haben — es sind dies außer den in früheren Nummern der „Mitt." genannten noch die Vereine in Leipzig, Ratibor, Sagan, Oschersleben, Görlitz, Bernburg, Guben, Tilsit — haben sich sämtlich schroff ablehnend geäußert, zumeist noch mit der Motivierung daß die liberalen Traditionen des Leipziger Verbandes prinzipiell eine engere Verbindung mit der politisch-reaktionären Hilfstruppe der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg ausschlössen.

Trotzdem wird natürlich von deutschnationaler Seite das Fusionsprojekt weiter verfolgt werden. Ueber die „beiderseitigen Bedenken" soll ein engerer Ausschuß beraten, in den von jeder Seite vier Führer entsandt werden. Die „Deutsche Handelswacht", die noch vor einigen Wochen den Leipziger Verband mit den unflätigsten Worten beschimpfte, trieft jetzt geradezu von zärtlicher Rücksichtnahme auf den heißbegehrten Bundesgenossen. Herr Schack verlangt in dem mit seinem Namen gezeichneten Artikel nur eins, daß „die Minderheit sich der Mehrheit anzupassen versuchen muß, ganz gleich, ob sie aus dem einen oder dem anderen Lager kommt." „Denn, Disziplin und Charakter" müss die neue Vereinigung im Leibe haben — d. h. natürlich antisemitischen Charakter, wenn auch Herr Schack klug genug ist, den antisemitischen Pferdefuß vorerst noch zu verstecken. Von der Stellung zu den jüdischen Handlungsgehilfen, wie von der abweichenden Auffassung über die Frauenarbeit im Handelsgewerbe ist in dem ganzen Artikel mit keiner Silbe die Rede. Das wird alles vorsichtig ausgeschieden, um den Mitgliedern des Leipziger Verbandes den Zusammenschluß möglichst schmackhaft zu machen. Wären die Leipziger wirklich solche reinen Toren gewesen und auf die Leimrute der Herren Deutschnationalen gegangen, so würden nicht nur ihre reich gefüllten Kassen sehr bald den ehrgeizigen Bestrebungen der Hamburger Oberbonzen dienstbar gemacht worden sein, sie selber wären alsdann nur noch die Heloten der politischen intimen Freunde des Herrn Schack

---

Antisemitismus unter den akademischen Turnern.

Die akademischen Turnvereine, die im akademischen Turnbund zusammengeschlossen sind, zeigen in letzter Zeit auffallend antisemitische Neigungen. Sie sind fast aller Orten mit den Hütern des Antisemitismus, den „Vereinen Deutscher Studenten" ein Herz und eine Seele. Und erst kürzlich erschien noch in dem offiziellen Organ des akademischen Turnbundes ein Artikel, der ausdrücklich die gemeinsamen Ziele der Turnvereine und der „Vereine Deutscher Studenten" betonte, und der die akademischen Turnvereine auf das antisemitische Glaubensbekenntnis festzunageln suchte. Dabei gehören alle akademischen Turnvereine der liberalen großen deutschen Turnerschaft an, die mehr als 800 000 Mitglieder um ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen schart.

Schon einmal schwoll einzelnen antisemitischen Kampfhähnen im akademischen Turnbunde der Kamm. Sie erlaubten sich, den Ausschuß der deutschen Turnerschaft wegen seiner Haltung in der „österreichischen Frage" zu rüffeln, wofür sie aber von ihren Alten Herren gebührend rektifiziert wurden.

Nun lassen sich gar die „Akademischen Turnbundblätter", die amtliche Monatsschrift, dazu verleiten, in das Horn des Antisemitismus zu stoßen. Vor wenigen Wochen erschien der erste antisemitische Verbrüderungsartikel. Jetzt bietet die neueste Februarnummer schon wieder eine neue Leistung auf diesem Gebiete.

Diesmal ist es sogar ein Alter Herr, der aus seinem antisemitischen Herzen keine Mördergrube macht.

Der praktische Arzt, Herr Dr. Robert Lehmann zu Greifswald, spricht spaltenlang zu seinen lieben Turnbrüdern in eindringlichen ultra-antisemitischen Tönen. „Parteipolitik, Nationalpolitik, Rassenpolitik" betitelt er seine Offenbarungen. Im ersten Teile preist er den jungen Studenten, der sich von jeder Politik fernhält und nur das getreulich nachspricht, was ihm in seinem antisemitischen Verein gelehrt wird. Im zweiten Abschnitt gibt er die Ideen seiner Vorbilder, Liebermann von Sonnenberg und Anhang, wieder. Im dritten philosophiert er über Rassenhaß, indem er unter Anlehnung an die „Wahrheiten" Houston Stewart Chamberlains das Lob der germanischen „Herrenrasse" singt. Zugleich gibt er aber zu, daß auch diese „Herrenrasse" durch allerlei Kreuzungen schon angekränkelt sei und daß sie nur noch in den „oberen Schichten" noch wirklich einigermaßen rein sei. — Eine sonderbare Anschauung, die dadurch imponiert, daß sie einzig ist, denn bisher wurde gerade immer geklagt, daß die „oberen Schichten" durch Geldheiraten zu international würden.

Dr. Robert Lehmann sieht für das jetzige deutsche Herrengeschlecht besonders drei riesengroße Gefahren vor sich: 1) den „zum großen Teil durch Juden geführten Sozialismus"; 2) den römisch-hierarchischen Jesuitismus und 3)

last not least — das Judentum. Von ihm fürchtet er besonders große Gefahr, mehr als von den beiden anderen „Feinden des Deutschtums“, denn er sagt:

„Wenn wir aber nicht das Auge hell, den Arm stark und den Schwertstahl scharf halten, dann wird uns ein dritter Feind vernichten, der in unserer Mitte gar prächtig gedeiht, den wir zärtlich züchten und der sich zu seiner Zeit entpuppen wird als das, was er ist, als der Wolf im Schafsfell!“ —

Mit diesem „dritten Feind“ meint der urgermanische Turnbruder das Judentum. Bitter klagt er:

„Wer es heutzutage, wenn auch im noch so vertrauten Kreise, unternimmt, Ansichten über das Judentum und seine Bedeutung für uns zu entwickeln, die nicht in einen Lobgesang auf die Hebräer, aber mindestens in das berühmte „Es gibt doch auch sehr nette Juden“ ausklingen, der läuft gar leicht Gefahr, als komischer Alter oder als abstchitlicher Krakehler angesehen zu werden.

Eine geradezu ängstliche Spannung bemächtigt sich des deutschen Gemüts, wenn sich jemand erkühnt, in Gegenwart eines Juden das Wort „Jude“ in den Mund zu nehmen. Fußmahnungen unter dem Tisch sind das mindeste.“

Der Herr Verfasser muß in sonderbarer Gesellschaft heimisch sein. Die „Fußmahnungen“ werden aber sicherlich nur dann erfolgen, wenn sich einer der Herren eine rüpelhafte Bemerkung antisemitischer Art zu schulden kommen läßt. Wenn der Verfasser einmal in wirklich gebildete Kreise kommen sollte, wird er bald merken, daß man dort ganz gut in Gegenwart von Juden über Juden sprechen kann, ohne Fußtritte zu bekommen.

Nicht die Religion trennt das deutsche Volk von den Juden, heißt es dann weiter, sondern das Volkstum. Die Rasse sei alles. Der Verfasser behauptet dann, weder mit dem Grafen Pückler noch mit dem Rektor Ahlwardt verwandt oder verschwägert zu sein. Man muß es ihm glauben. Wenn in dem Elaborat noch ein Fünkchen Geist vorhanden wäre, so könnte man behaupten, es bestände zwischen den drei Herren eine Geistesverwandtschaft. Aber dieser Verbindungspunkt fällt weg. Geist besitzen alle drei nicht.

Der Herr will nicht auf die Juden schimpfen, aber schimpfen will er auf die „im deutschen Volke weit verbreitete Humanität, auf die aus Denkfaulheit gezeugte Gefühlsduselei, welche sich keine Rechenschaft darüber gibt, was es heißt, wenn wir immer nur darauf bedacht sind, daß es nur die lieben Juden recht gut bei uns haben, daß sie nur recht viel Geld verdienen und in gute Stellen kommen, von denen aus sie über uns herrschen können.“ —

Dann folgt eine kleine Abhandlung über das Thema: „Kauft nicht in Warenhäusern!“

Nun aber wirft sich der Herr stolz in die Brust, und emphatisch schmettert er hinaus: „Man nenne mich ruhig einen Antisemiten, ich will dies Wort als einen Ehrentitel tragen.“

Das ist stark, Herr Lehmann. Das leisten sich ja Ihre antisemitischen Freunde nicht einmal. Die suchen sich gern um den anrüchigen Namen „Antisemit“ herumzudrücken, indem sie sich bald Mittelständler, bald Deutschsoziale, Reformer, Jungdeutsche, Volksbündler, Vaterlandsbündler, Freideutsche usw. nennen.

Herr Lehmann ist durch sein offenes antisemitisches Glaubensbekenntnis so echauffiert worden, daß er nicht weiter kann. Er läßt darum seinen Schutzheiligen, H. St. Chamberlain, für sich reden und zitiert für seine lieben Turnbrüder ganze lange Reihen. Nach den „überzeugenden“ Darlegungen Chamberlains ist es ihm „einfach unverständlich“ wie man die Judenfrage als quantité négligeable betrachten und mit einigen human klingenden Floskeln abtun kann.

Er kramt dann Reminizenzen aus seiner Studentenzeit aus, die darauf hinausgehen, daß an allen jüdischen Studenten, die ihm zu Gesicht kamen, herzlich wenig dran war, daß sie sich aber alle recht gern mit fremden Federn schmückten. Er beklagt dann, daß die Zahl der jüdischen Professoren an den medizinischen Fakultäten so groß sei und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß nach seiner Erfahrung die Juden am liebsten zu nichtjüdischen Aerzten gehen. Zu ihm auch? Auch an den großen Krankenhäusern seien nichtjüdische Assistenten weiße Raben. Er schließt seine Betrachtungen über dieses medizinische Kapitel mit der Behauptung: „Die Verjudung der medizinischen Fakultät ist eine Tatsache, über die in deutschen Aerztekreisen oft bitter geklagt wird.“ — Von Herrn Lehmann und ein paar Gesinnungsgenossen wahrscheinlich. —

Herr Lehmann bedauert dann den armen deutschen Michel, der etwa glaube, durch eigene Kraft vorwärts zu kommen. Er zeigt dem deutschen Michel — hier seinen lieben Turnbrüdern —, wie es gar nicht möglich ist für einen Germanen vorwärts zu kommen, da ja alle Macht in den Händen der Juden liege.

Herr Lehmann kennt das „geistige“ Rüstzeug seiner Gesinnungsgenossen ganz genau, und er weiß es getreulich zu zitieren. Der Verfasser schließt mit einer schroffen Aufforderung zum Kampf gegen das Judentum. —

Was sagt eigentlich der Akademische Turnbund zu einem solchen Inhalt seiner Turn-Zeitschrift? Viele Mitglieder des Turnbundes sitzen im Ausschuß der liberalen deutschen Turnerschaft. Was sagen sie zu diesem beispiellosen Hetzartikel? Was sagen sie dazu, daß die vielen Tausende jüdischer Turnbrüder in dieser Weise beleidigt werden von einem Angehörigen derselben liberalen Deutschen Turnerschaft? Denn alle Turnbundsangehörigen zahlen eo ipso zur Turnerschaft. Nun ist in kurzer Zeit schon der zweite antisemitische Hetzartikel in den Turnbundsblättern erschienen. Man muß sich wundern, daß noch nicht energische Maßnahmen gegen eine derartige Brunnenvergiftung ergriffen sind.

Amerikanischer Brief.

Dem Leser dürfte es lohnen, den folgenden Zeilen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Einmal, weil es ein sehr seltenes, aber darum um so erfreulicheres Vorkommnis ist, daß geistliche Herren in einem kirchlichen Blatte für die Juden eintreten, sodann, weil Fragen erörtert werden, die auch in Deutschland Gegenstand heftiger Kontroversen sind, und endlich, weil zu sehen ist, daß jüdische Fragen durchaus nicht bloß jüdische Fragen sind.

Jedesmal vor Weihnachten erhebt sich hier der Streit, ob in den öffentlichen Schulen Weihnachtslieder eingeübt werden sollen, und dieser Streit zieht sich gewöhnlich bis lange in das neue Jahr hinein. In den letzten Monaten ist er mit besonderer Erbitterung geführt worden, und da in der Hitze des Gefechts ein Geistlicher soweit gegangen war, daß er sich strafbar gemacht hat, ist die Erbitterung aufs Höchste gestiegen. Die Juden widersetzen sich nämlich mit aller Macht dieser Forderung christlicher Eiferer, und da sie doch einmal das Recht auf ihrer Seite haben, wird ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie keine Rücksicht auf die christliche Mehrheit nehmen, und ihnen der Rat erteilt, daß sie, wenn ihnen nicht passe, was diese Mehrheit wünsche, doch lieber das Land verlassen sollten.

Da schreiben denn zwei Brüder unabhängig von einander, der Geistliche W. A. und sein Bruder, der Rektor Dr. E. A. Wassen in der „Crown“, einer von der St. Stephans-Kirche in Newark, im Staate New Jersey, herausgegebenen Monatsschrift, was sie über den Streit zu sagen haben. Und es wird schwer fallen, gegen ihre logischen und überzeugenden Ausführungen etwas Stichhaltiges zu entgegnen.

„Ich habe,“ schreibt der Rektor E. A. Wassen, „niemals eine ruhige und vernünftige Verteidigung der in Rede stehenden religiösen Weihnachtsübungen in den Schulen ge-

sehen. Was ich auch immer gesehen habe, war ein roher, giftiger Appell an das Rassenvorurteil, wie z. B., daß man den Juden sagt, „sie sollten zurückgehen, woher sie gekommen sind, wenn sie unsere Wege nicht mögen“. Die Juden haben sich in dieser Frage und in der Art, wie sie protestieren, als weit bessere Christen gezeigt, als unsere sich Christen nennenden Mitbürger, die darauf ausgehen, auf Staatskosten Jesus Christus nichtchristlichen Kindern aufzuzwingen. Vor einigen Tagen erklärte der Lehrer an einer öffentlichen Schule der Klasse, daß die jüdischen Kinder, wenn sie nicht wollten, an den Weihnachtsübungen und Gesängen nicht teilzunehmen brauchten. Darauf wurden die zwei, drei jüdischen Kinder in der Klasse van den Mitschülern verhöhnt. Wie lieblich das ist, daß unsere christlichen Kinder in den mit Staatsmitteln unterhaltenen öffentlichen Schulen dazu verführt werden, ihre Kameraden zu verspotten, weil sie andern Glaubens sind. Nicht lange, und wir werden katholische Kinder veranlassen, protestantische, und protestantische Schüler in derselben Weise katholische Mitschuler zu behandeln.

Und wie töricht und kurzsichtig ist es für Protestanten, eine solche Waffe in die Hände der Katholiken zu legen. Denn wenn es nach der Majorität der Schuler gehen soll — und das ist das Prinzip in der Behauptung, daß unsere eine christliche Nation sei —, warum dann ist es nicht in Ordnung für die Katholiken, wo sie in der Mehrheit sind, zu erklären: „Dies ist ein katholischer Bezirk,“ „Dies ist eine katholische Stadt“, „Dies ist ein katholisches Darf“, und darauf hin Mönche und Nonnen anzustellen, um den Kindern der öffentlichen Schulen die Ave Marias, die Oberhoheit des Papstes und den ganzen katholischen Katechismus zu lehren. Ihr, die Ihr die Herausforderung nichtchristlicher Kinder rechtfertigt, werdet finden, daß dieses üble Präzedenz sich gegen Euch selbst wenden wird.

Man sollte niemals vergessen, daß dies in der Hauptsache nicht eine Frage bloß der Rechte der **Juden** ist. Es handelt sich um eine große politische Prinzipsfrage, die der gänzlichen Trennung von Staat und Kirche. Wenn es nicht **einen** Juden im Lande gäbe und nicht **einen** Nichtchristen, wäre das Verlangen des Ausschlusses religiöser Uebungen irgend welcher Art aus den öffentlichen Schulen hinreichend gerechtfertigt. Ich persönlich wehre mich entschieden dagegen, daß meine Kinder direkt oder indirekt religiösen Unterricht in irgend einer Form oder in irgend einem Maße in der öffentlichen Schule erhalten. Ich betrachte es als eine Impertinenz seitens der Schule, sich in die Religion meiner Kinder einzumischen. Das ist nicht Sache der öffentlichen Schule. Ich schicke sie nicht hin, Religion zu lernen, und gegen so manche religiösen Lehren in den Schulen habe ich einzuwenden, daß sie nichts weiter sind, als herabwürdigender Aberglaube. In der Stadt gibt es ja genug Kirchen und Prediger, so sollen doch Eltern und Kinder sie hören, wenn sie es der Mühe für wert halten.

Und ist es die Pflicht des Lehrers, mit den Schülern Gebete zu verrichten und Hymnen zu singen, wie können wir umhin, von den Lehrern eine religiöse Qualifikation zu verlangen? Wir wollen doch nicht, daß sie Heuchler seien und Lehren vortragen, die sie nicht glauben. Ein Lehrer soll ganz gewiß glauben, das, was er lehrt. Wenn daher Grundsätze der christlichen Religion gelehrt werden sollen, dann ist es nur Recht zu verlangen, daß die Lehrer diese christlichen Grundsätze glauben. Es ist nicht lange her, daß die Nachkommen der Puritaner gleich ihren Ahnen jede Heilighaltung von Weihnachten verdammten. Ist es nun nicht zum Totlachen, daß sie jetzt darauf bestehen, daß Weihnachten in einem durch allgemeine Steuern erhaltenen Institute anerkannt werde?

Und an die Juden, die einen Teil der durch die religiösen Uebungen in den öffentlichen Schulen Benachteiligten bilden, möchte ich ein Wart richten: Ihr Juden seid zu verständig und gerecht, um das Christentum oder seinen großen Stifter für dieses Euch angetane Unrecht, für diese Euch zugefügte Beleidigung, für diese Zurücksetzung Eurer Kinder zu tadeln. Es ist nicht das Christentum, noch Christus, die verantwortlich sind für irregeleitete Männer, die es nicht besser wissen, und die mit dem Euch zugedachten Schlage Jesus ins Gesicht treffen. Eure glänzende, lange Geschichte lehrt Euch, daß die Hand, die gegen Euch erhoben wird, nicht van Glück begünstigt ist. Im Vergleich mit den Ungerechtigkeiten, die Ihr erduldet habt, ist die in Rede stehende nur eine geringfügige. — . . . . . Und was haben Eure Feinde erreicht? Die meisten von ihnen sind untergegangen. Ihr aber seid groß und größer geworden; Eure Stimme ist hinausgegangen in alle Lande. Nachdem Ihr die christlichen Teufeleien der Jahrhunderte überlebt habt, brauchen Euch die heutigen Nadelstiche nicht sonderlich zu beunruhigen. Diejenigen, die, weil ihnen sowohl Gesittung als wahre Religion fehlen, Euch beleidigen, indem sie Euch befehlen, dorthin zu gehen, woher Ihr gekommen seid, wenn Ihr es wagt, anderer Meinung zu sein, als sie, repräsentieren in Wahrheit ebensowenig das amerikanische Valk, wie sie ihren göttlichen Lehrer repräsentieren. Ob sie die Kirche vertreten, weiß ich nicht. Aber es gibt christliche Geistliche und Scharen christlicher Laien, die sie nicht vertreten. Bewahret Eure wunderbare Würde und die gute Laune, mit welcher Ihr stets für Eure bürgerlichen Rechte eingetreten seid. Ueberlaßt es Euren Feinden, aus der Haut zu fahren und Beleidigungen auszustoßen. Das wird nur auf sie zurückfallen. Aber laßt nicht nach in Eurer Agitation, bleibt konsequent dabei! Fahret fort, an die Vernunft und das Bildungsgefühl des amerikanischen Volkes zu appellieren. Ihr verlangt nicht, daß christliche Kinder gezwungen werden, wenn sie nicht verhöhnt werden sollen, die Lehren Mosis anzuhören. Und das amerikanische Volk wird nicht lange dulden, daß Eure Kinder gezwungen werden zu hören, daß Jesus Gott und Herr ist, daß Gott dreieinig ist und daß Jesus die Sünden der Welt auf sich genommen hat. Dieses ist das zwanzigste Jahrhundert, nicht das zwölfte, und die Gerechtigkeit ist heute schnellfüßiger als damals.“ —

Aus dem Aufsatze des zweiten Geistlichen, der den Juden vollständig Recht gibt und erklärt, daß deren Forderung aus konstitutionellen Gründen unanfechtbar sei, wollen wir besonders hervorheben, was er über die Bezeichnung einer Nation als einer christlichen sagt: „Unsere Vorfahren,“ schreibt er u. a., „kamen zusammen ohne Rücksicht auf Nationalität und Glauben, begründeten eine Republik und organisierten eine Regierung zu gemeinsamer Verteidigung und zur Wohlfahrt aller. Diese Institutian, die als Nation bekannt ist, wurde als eine rein weltliche Organisation begründet und muß eine solche bleiben. Sie ist weder **für** noch **gegen** irgend eine Religion. Es ist so absurd, die Vereinigten Staaten eine christliche Religion zu nennen, wie es töricht wäre, eine Fabrik, eine Bank oder eine Eisenbahngesellschaft als eine christliche zu bezeichnen. Angenommen, die Besitzer und alle Arbeiter einer Baumwallenfabrik wären Christen, würde dadurch die Fabrik eine christliche werden? Ganz gewiß nicht. Es würde eben eine einfache weltliche Baumwollenfabrik sein, weil ihre Aufgabe als Fabrik darin besteht, Baumwollwaren herzustellen und nicht, irgend ein Religionssystem zu verteidigen oder zu bekämpfen. Wenn also selbst — was nicht der Fall ist — alle Leute in diesem Lande Christen wären, dann wäre die Nation nichtsdestoweniger eine rein weltliche Institution. Es wird dies ganz klar, wenn wir sie weiter zergliedern. Haben wir einen christlichen Senat und ein christliches Repräsentantenhaus, einen christlichen höchsten Gerichtshof, ein christliches Kabinett, ein christliches Heer oder eine christliche Marine, oder ein christliches Schatzamt, eine christliche Postverwaltung? Haben wir in der Stadt ein christliches Straßenreinigungsdepartement, eine christliche

Steuerbehörde? Nun, der Staat ist eben nur die Vereinigung all dieser Verrichtungen und Behörden zu einem großen System. Wenn keines der Teile mit Fug als christlich bezeichnet werden kann, dann folgt daraus, daß auch das Ganze, das heißt die Nation, nicht christlich genannt werden kann."

Der Verfasser protestiert dann dagegen, daß behauptet werde, die Juden seien nur geduldet. Sie hätten genau dasselbe Recht wie die anderen. Man habe kein Recht, ihnen zu sagen, sie sollten dankbar sein, daß man sie aufgenommen habe, als wenn sie Landstreicher wären, denen man gestattet hat, sich in der Küche am Feuer zu wärmen unter der Bedingung, daß sie sich anständig und hübsch bescheiden verhalten. Das ist eine Unverschämtheit.

Rev. Dr. Wassen wendet sich dann noch gegen diejenigen, die da meinen, eine so geringe Minderheit wie die Juden, dürfe nicht der großen Mehrheit hinderlich sein. Wenn es sich darum handle, die Minorität eines verfassungsmäßigen Rechts zu berauben, dann müsse die Minderheit ihr Recht verteidigen. Wenn das Christentum irgend etwas lehre, dann lehre es, die Rechte auch des Geringsten zu achten. Es sei inkonsequent von einem Christen, mit Hilfe des Majoritätsarguments ein Unrecht und eine Ungerechtigkeit zu verteidigen.

Man wird zugeben, daß Herr Stöcker und andere Antisemiten nicht nur, sondern auch andere deutsche Politiker von diesen beiden Geistlichen manches lernen könnten. Nachdem wir aber den beiden christlichen Geistlichen den Vortritt gelassen, möchten wir noch einem Juden das Wort geben, der diejenigen abfertigt, die zu sagen lieben, wenn es den Juden in Amerika nicht gefalle, so gebe es doch kein Gesetz, das ihnen das Land zu verlassen verbiete. William Friedmann schreibt in dem „American Israelite":

„Man möge sich gesagt sein lassen, daß die Juden so wenig, wie irgend welche andere amerikanischen Bürger im Lande nur g e d u l d e t werden. Sie sind da, nicht aus Gnade, sondern Kraft ihres Rechtes. Der Jude hat sein Recht erworben durch so hervorragende und ausgezeichnete Dienste, wie irgendwelche anderen Landsleute, und dieses Recht ist so klar und unanfechtbar, wie das des fremden Britaners, der stolzen Knickerbockers oder der Herren in Virginia. Das wird urkundlich bestätigt. Juden ermöglichten Columbus, seine Flotte auszurüsten. Wenigstens fünf Juden segelten mit ihm, dieses Land zu entdecken. Sie haben ihr Blut vergossen und ihr Geld hergegeben im Unabhängigkeitskriege, und obgleich es zur Zeit der Revolution kaum 3000 Juden in Amerika gab, kämpften 27 jüdische Offiziere für die Freiheit. Manuel Mordecai Noah und Oberst Isaac Franks waren Stabsoffiziere Washingtons, und Franks hat der Regierung 100 000 Dollars gegeben. Haym Salomon lieh der Regierung 300 000 Dollars, die nicht zurückgezahlt worden sind. Major Benjamin Nones kämpfte unter Lafayette und wurde für seine erstaunliche Tapferkeit belobt. In dem zweiten Kriege gegen England waren die Dienste der Juden nicht weniger bedeutend. Brigadegeneral Joseph Bloomfield, Oberst Nathan Meyers, Kapitän Isaac Merz sind einige wenige der wegen ihrer patriotischen Hingabe ausgezeichneten jüdischen Offiziere. Im merikanischen Kriege ist die Liste jüdischer Soldaten, Kapitäne, Obersten und Generale überraschend groß. General Uriah Levy war der höchste amerikanische Marineoffizier bis zu seinem Tode im Jahre 1862. Ueber fünf Prozent der amerikanischen Juden kämpften im Sezessionskriege, nämlich von 150 000 damals im Lande wohnenden 8000, und darunter waren 16 Stabsoffiziere auf Seiten der Union und vierundzwanzig auf Seiten der Konföderierten. Frederick Knefler wurde zum Generalmajor ernannt für seine heroischen Dienste in der Schlacht bei Chickamauga. Im spanisch-amerikanischen Kriege waren die Juden im Heere zahlreicher vertreten, als ihrem Prozentsatz entsprach. Viertausend erhielten Urlaub, die jüdischen Feiertage zu feiern. Präsident Roosevelt hat ihre anerkennenswerte Tapferkeit unter den Rough Riders hervorgehoben.

Auch im Frieden haben sich die Juden nicht minder loyal und patriotisch erwiesen. Sie haben sich den Künsten und der Wissenschaft, dem Handel und der Arbeit gewidmet; sie haben mit Ehren öffentliche Vertrauensposten bekleidet, sie haben in ihrer Menschenfreundlichkeit jede große Stadt im Lande mit nichtkonfessionierten Krankenhäusern für Heilbare und Unheilbare, mit Asylen für Alte und Schwache, mit Waisenhäusern für hilflose kleine Kinder ausgestattet. Angesichts der patronisierenden Haltung, die man seit einiger Zeit den Juden gegenüber einzunehmen beliebt, wird es nötig, daß diese ihre Beglaubigung als amerikanische Bürger, deren Patriotismus nicht in Frage gestellt werden darf, nachweisen."

Aus dem antisemitischen Lager.

Die **„Deutsche Hochwacht"**, das Organ des „Deutschen Volksbundes" scheint in den l e t z t e n Z ü g e n zu liegen. Nach dem Stettiner „Volksboten" hat das Blatt nicht einmal mehr die Krankenkassenbeiträge für das Personal bezahlen können. Die Z w a n g s b e i t r e i b u n g fiel in Stettin f r u c h t l o s aus. Der Vollziehungsbeamte gab den Auftrag zurück mit folgenden Vermerk:

„Die Geschäftsräume der „Deutschen Hochwacht" befinden sich seit dem 4. Februar d. Js. in B e r l i n , Zimmerstraße 3-4."

Also wieder einmal das „Lokal gewechselt". In der letzten, vom 15. d. M., datierten Nummer des Blattes, die übrigens diesen Domizilwechsel mit keiner Silbe erwähnt, wird nur eine „wichtige" Sitzung des Gaues Berlin angekündigt; wahrscheinlich handelt es sich um einen letzten „Sanierungs"-Versuch. Der bisherige Redakteur, Thomas H ü b b e , ist schon am 1. Januar ausgeschieden und soll, wie der „Magdeburger Sachsenschau" mitgeteilt wird, in die Redaktion der „Hamburger Nachrichten" eingetreten sein. Ob das wohl wahr sein mag? Herr Hübbe, der Erz-Antisemit in der Redaktion des rechtsnationalliberalen Hamburger Blattes?

Zur Naturgeschichte der „Wirtschaftlichen Vereinigung" schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz":

Es ist immer wieder nützlich und gelegentlich sogar ungemein lehrreich, von Zeit zu Zeit die Herrschaften ein wenig unter die Lupe zu nehmen, die unter der schillernden Bezeichnung der „Wirtschaftlichen Vereinigung" politische Geschäfte zu machen versuchen. Diese Leute sind sozusagen in einer glücklichen Lage. Sie beherbergen in ihren (allerdings nicht sehr ausgedehnten) Zeltlagern Männer, die schlankweg aus der Demokratie kommen und wieder andere, die nach ihrer ganzen politischen Struktur den Konservativen, dem Bund der Landwirte und den von Zünftelei durchzogenen Mittelstandsvereinigungen angehören. Wirkliche Parteien würden an dieser Vielgestaltigkeit zugrunde gehen. Den Herren von der wirtschaftlichen Vereinigung ist sie einfach ein Mittel mehr im Kampf ums politische Dasein. Sie können halt so und können auch anders. Heute die Susanne und morgen die Johanne; demokratisch den einen Tag und am anderen agrarisch-konservativ. Von wannen just der Wind weht, dahin wird flugs das Mäntelchen gehängt.

Das neueste Stücklein: Am letzten Sonntag findet in O s c h e r s l e b e n eine nationalliberale Versammlung statt, in der die Abgeordneten Fuhrmann und Rimpau sprechen. In der Diskussion erklärt sich, was von seinem Standpunkt ja auch durchaus berechtigt ist, der freisinnige Redner für die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen. Aber flugs erhebt sich auch der Vorsitzende der dortigen Mittelstandsvereinigung — ein Herr Heinemann — schließt sich seinem Vorredner vollinhaltlich an, nennt das Pluralwahlrecht, für das Herr Fuhrmann plädiert hatte, ein kapitalistisches Wahlrecht und verlangt ganze Arbeit: Einführung der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl auch für die Wahlen in Preußen und daneben (man beachte wohl) zur Behebung der finanziellen Nöte im Reich eine Reichseinkommensteuer. Die Herren aber, denen so doch das demokratische Blut durch die Adern pulst, sind noch vorm Jahr bei der

Wahl des Abg. Rimpau mit den Konservativen zusammengegangen.

Ein zweites Stücklein, ein nur um ein geringeres älteres: In Neuhaldensleben ersucht die Mittelstandsvereinigung bei der Stichwahl Herrn Fehlhauer u. a. sich zu erklären 1. für Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht, 2. für Einführung direkter Reichssteuern. Man ist also damals „demokratisch bis auf die Knochen“. Heute aber paradiert in demselben Wahlkreis der Vorsitzende der deutschen Mittelstandsvereinigung als konservativer Landtagskandidat: heißt sich Vielseitigkeit, nicht?

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ sollte sich von einem ihrer Heraldiker ein Wappen entwerfen lassen und darunter kerndeutsch, wie sie nun einmal ist, den Spruch setzen: „Wie's trefft“.

Eine Falschmeldung der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“. Das Organ des Herrn Memminger brachte am 31. v. M. unter der Spitzmarke „Sensationelle Verhaftung“ folgende Notiz, die ihr angeblich aus Paris telegraphiert wurde:

„Im I. Bezirk wurde der Direktor eines Knabenpensionats, in welchem die Alliance Israélite die jüdischen Waisenkinder unterbringt, unter der Beschuldigung verhaftet, sich an den ihm anvertrauten Kindern in sträflicher Weise vergangen zu haben. Der Name des Direktors ist Rosenthal. Die Verhaftung erfolgte auf Grund der Anzeige der Mutter eines Knaben, der infolge des Umgangs mit Rosenthal erkrankte.“

Eine ähnliche Notiz soll in der „Libre Parole“ gestanden haben. Die „Alliance Israélite stellt nun fest, daß sie in Paris überhaupt kein Pensionat zur Unterbringung jüdischer Waisenkinder habe. Daß ein Rosenthal in Paris als Direktor eines Knabenpensionats fungiert, sei entschieden falsch. Daß ein Rosenthal unter der in der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ hervorgehobenen Beschuldigung steht, möge an und für sich wahr sein; außer in der „Libre Parole“ hat aber davon nirgends in einer anderen Zeitung gestanden. Jedenfalls hat die Alliance mit diesem Rosenthal, wenn er überhaupt existiert, nichts gemein.

Vermischtes.

Junker und Juden. Herr v. Oldenburg hatte zur Verherrlichung der preußischen Junker im Reichstage eine hübsche Episode aus dem südwestafrikanischen Feldzuge erzählt, wo ein Gardedukorpsoffizier einem schwer verwundeten Reiter unter Drangabe seines eigenen Lebens Hilfe zu bringen versuchte. Dem „B. T.“ übermittelt man folgenden Brief aus den Tagen nach Königgrätz:

„Herrn Heymann Hirschberg, Gnesen.

Leider habe ich die schmerzliche Pflicht, Ihnen anzuzeigen, daß Ihr Sohn Leopold Hirschberg der 10. Komp. 2. Garde-Regts. in der großen Schlacht am 3. July beim Sturm auf das Dorf Rosberitz als Held gefallen ist, wo er seinen verwundeten Major von Eckert aus dem heftigsten Kugelregen forttragen wollte. Eine Flintenkugel in den Kopf tödtete ihn sofort. Er fiel als braver Soldat treu seinem König. Gott stütze Sie in Ihrem Kummer.

Ihr

Graf Rantzau, Premier-Lieutn. im 2. Garde Regiment, Führer der 10. Komp. Rosberitz, d. 5. July 1866.

Den Raub des Judenknaben Mortara in Bologna, der s. Z. das größte Aufsehen erregte, schildert Dr. A. Zacher, wenn wir nicht irren, der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ in Rom, in einer soeben erschienenen Broschüre (Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M.) nach den neuesten Forschungen. Die wechselvollen Schicksale des mit Gewalt den Eltern von fanatischen Priestern geraubten Kindes, die Grausamkeit des Inquisitors Feletti, das Eingreifen Cavours, schließlich nachdem der Knabe Pater und Dichter geworden war, die dramatische Bearbeitung dieses „pikanten Falles“ dürfen auch heut — knapp 50 Jahre nach Beginn dieser Tragödie — noch ein starkes Interesse beanspruchen.

Die Untat, welche die gesamte damalige Kulturwelt aufregte, eine ganze Familie unglücklich machte und zum Exil aus des Papstes Staaten zwang, entsproß bekanntlich dem Leichtsinn eines jungen Dienstmädchens, Anna Morisi, familiär Annina genannt, das seit fünf Jahren bei der Familie Mortara lebte und, als der kleine Edgardo im Alter von elf Monaten erkrankt war, ohne Wissen der Eltern dem Patienten mit gewöhnlichem Wasser die Nottaufe gegeben hatte, in der Meinung, ein Gott wohlgefälliges Werk zu tun.

Der ungeheure Menschenraub fand ein lautes Echo. Cavour machte ihn zum Gegenstand vieler lebhaften diplomatischen Noten, die Zeitungen Piemonts, Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten hielten mit ihrem Tadel der grausamen päpstlichen Regierung nicht zurück. Auch Napoleon III., der durch seinen Vetter, den bolognesischen Marchese Gioachino Pepoli in vielen Briefen über den Skandal unterrichtet worden war, zeigte sich sehr entrüstet. Das hatte zur Folge, daß Pius IX. und sein Staatssekretär, Kardinal Antonelli, die Eltern des Knaben nicht nur in Audienz, sondern auch höflich empfingen, wenn sie auch von Wiedererstattung des Knaben nichts wissen wollten. Doch gestatteten sie ihnen, Edgardo zu besuchen, der mittlerweile in das Collegio Lateranense von Alatri (bei Anagni) aufgenommen worden war. Als die beiden dort ankamen, mußten sie vor der Wut der Bauern fliehen, war diesen doch eingeredet worden, die beiden Hebräer seien gekommen, um den Sohn zu töten, weil er jetzt Christ sei. Nach langen Schikanen, unsäglichen Leiden und großen finanziellen Verlusten blieb der Familie Mortara nichts anderes übrig, als nach Turin auszuwandern. Dort starb der Vater im Jahre 1871. Von den überlebenden Söhnen ist einer, Augusto, jetzt Generalinspektor des Schatzministeriums in Rom.

Auch Cavour verwendete sich für die armen Eltern, zumal in der Zeit gerade Piemont die diplomatischen Beziehungen zum Kirchenstaate abgebrochen hatte. In einem Antwortschreiben an den Präsidenten der Alliance Israélite heißt es unter anderem:

„Ueberzeugt, wie ich von der Berechtigung der Beschwerden des Hern Mortara bin, habe ich die Ehre, Sie zu versichern, daß die Regierung des Königs alles, was in ihrer Macht ist, tun wird, damit dieses Kind, für das sich die öffentliche Meinung Europas interessiert hat, seiner Familie zurückgegeben wird. Bringen Sie bitte diese Bereitwilligkeit der Regierung des Königs den Mitgliedern der Alliance Israélite zur Kenntnis und nehmen Sie die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung entgegen.“

Die Familie Mortara ließ es bei dieser Propaganda nicht bewenden. Der Großvater Edgardos, Samuel Levi Mortara, beschwerte sich, gleich nachdem Bologna dem italienischen Staate einverleibt worden war, bei der neuen Regierung. Infolgedessen wurde gegen Pater Pier Gaetano Feletti vom Predigerorden ein Prozeß angestrengt. Am 2. Januar 1860 wurde Feletti unter Beschuldigung, der moralische Urheber des Knabenraubes zu sein, verhaftet. Er leugnete die Schuld nicht, rechtfertigte sich aber mit seiner Amtspflicht. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens sowohl gegen ihn, als gegen den Oberleutnant der Gendarmen, Luigi Domenicis, der die Befehle Felettis ausgeführt hatte. Feletti wurde nach dreieinhalbmonatlicher Haft freigelassen.

Dr. Zacher veröffentlicht den ausführlichen Prozeßbericht, der in seiner Art auch ein Kulturdokument darstellt.

Später machte Girolamo Mortara bei dem Gouverneur Roms, General Lamarmora noch einige Versuche um seinen Sohn wiederzuerlangen. Aber umsonst; denn dieser, um ihn der Militärpflicht zu entziehen, war von seinen geistlichen Obern ins Ausland geschickt worden und ging in Tirol, Frankreich, Spanien von einem Kloster zum andern, wo er sich dem Unterricht und der Predigt widmete. Nach zwanzig Jahren kehrte er nach Rom zurück, nachdem er von den Militärbehörden Dispens erhalten hatte. Auf der Versammlung der deutschen Katholiken, die anfangs der neunziger Jahre in Würzburg stattfand, trat er als Redner auf. Pater Pio Edgardo Mortara, so unterschreibt er sich, ist nicht nur Missionar, sondern auch Professor der Theologie; er spricht mehrere Sprachen und gehört zu den hervorragendsten Mitgliedern seines Ordens. Trotz seiner Trennung von der Familie und der Verschiedenheit der Religion hat er seinen Geschwistern aufrichtige Liebe bewahrt und gedenkt auch, wie Abgeordneter de Cesare schreibt, seiner Eltern mit ehrerbietiger Anhänglichkeit.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 9. Berlin, 26. Februar 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit**, **Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Karl Bleibtreu über Judentum und Literatur.

Von der alten revolutionären Garde, die vor zwanzig Jahren die neue Aera unserer modernen Literatur anbahnen half, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Von den Brüdern Hart ist Heinrich gestorben, Julius längst nur noch der lyrische Mittsommernachtsträumer und seine Aesthetiker, ein Kritiker sanft und milde, als schiene Vollmond drein. Der alte Michael Georg Conrad ist auf seine späteren Tage fränkischer Heimatkünstler geworden, und seiner bajuvarischen Löwentatze von einst sind die kritischen Klauen ausgefallen. Hermann Conradi, Wolfgang Kirchbach u. a. sind tot, Arno Holz, der lange verbissen eigene Wege verfolgt hat, ist mit dem Erfolgstück „Traumulus" in die Gemeinschaft der „soliden" Schriftsteller zurückgekehrt, Johannes Schlaf wandelt in seiner Weimarischen Zurückgezogenheit beschaulich auf den Bahnen bald Stifters, bald Walt Whitmans! Conradi Alberti, auch einst ein heftiger Rufer im Streit, hat längst nur noch den Ehrgeiz, ein federgewandter Journalist zu sein. Einzig Karl Bleibtreu hat seinem Namen Ehre gemacht und ist seiner alten Kampflust treu geblieben. Zwar hat er seine erstaunliche Fruchtbarkeit — über 100 Werke zählt der neueste Kürschner von dem noch nicht Fünfzigjährigen auf — mehr und mehr auf einige nichtliterarische Sondergebiete verteilt: auf die Militärschriftstellerei und Schlachtenforschung, auf den Buddhismus, auf die Napoleonverherrlichung — aber von Zeit zu Zeit taucht er in irgend einer Zeitung oder Zeitschrift als blutiger Kritiker der zeitgenössischen Literaturzustände auf, deren Verrohung und Entartung allein daran schuld ist, daß man eine Dichterpersönlichkeit, wie Karl Bleibtreu sie selbst in sich sieht, so konsequent verkennen und unterschätzen kann. Dann grollt und wettert und blitzt und donnert es über unsere literarischen Fluren her, und der grimmige Karl hat sich wieder einmal ausgetobt. Den neuesten An- und Ausfall dieser Art hat kürzlich die „Gegenwart" in Form eines „Briefes an einen literarischen Anfänger" wiedergegeben, dem Bleibtreu „einige Wahrheiten" über den gegenwärtigen Literaturbetrieb auf den Dornenweg des Schriftstellers mitzugeben wünscht, und bei dieser Gelegenheit fallen auch einige Bemerkungen über Judentum und Literatur, die eine kurze Betrachtung verlohnen

Bleibtreu hat sich bei vielen Gelegenheiten in antisemitischem Sinne vernehmen lassen Aber die Gerechtigkeit gebietet es, zu sagen, daß er mit einer gewissen polternden Ehrlichkeit zu Werke geht und sich wenigstens bemüht, nicht zu sehr zu verallgemeinern und so viel, als ihm möglich ist, gelten zu lassen. Gegenüber der dickfelligen und verbohrten Einseitigkeit eines Adolf Bartels wirkt Bleibtreus grobianische Art beinahe erträglich, schon deshalb, weil er nicht nur jüdische Fehler, sondern auch jüdische Vorzüge und Verdienste hervorhebt und vorhandene Mißstände nicht wie die Bartelsgenossen blindlings auf das Schuldkonto des Judentums zu setzen geneigt ist. So stellt er zwar die Behauptung auf, das „Literaturjudentum beurteile alles nur vom persönlich-jüdischen Standpunkt", fügt aber gleich einschränkend hinzu: „Vielleicht hängt dies aber mehr mit dem Kapitalismus jüdischer Verlegersultane, als mit dem eigenen Empfinden jüdischer Literaten zusammen; denn man soll nicht vergessen, daß so wilde Antisemiten wie Richard Wagner und Eugen Dühring begeisterte jüdische Anhänger fanden." Dann heißt es weiter:

„Zur Ehre der Juden sei es gesagt: alles Großzügige berührt anregend ihr lebhaftes Geistesleben. Nur daß eben oft das Minderwertige eines Großen (z. B. bei Wagner seine ungebärdige Sinnengier) ihre Instinkte erfreut [eine auf antisemitischer Seite ebenso beliebte wie unbewiesene Behauptung. D. Red.] und das Starrgermanische, wo immer es auftritt, sie abstößt. Daß nur durch die Berliner Clique das Verdienst in die Ecke gedrängt und die Blague auf den Schild gehoben werde, heißt einseitig urteilen. Es wäre vornehmdenkenden Juden gewiß unsäglich unangenehm, wenn die Zustände der Literaten-Canaille einzig vom findigen Hebräertum herrührten. Aber ein Vernünftiger wird auch nie behaupten, daß die Juden als solche hier die allein Schuldigen sind. Allerdings haben sie den alten Geisteslastern der Deutschen neue eingeimpft, doch es muß stets betont werden, daß die deutsche Literatur verloren wäre, an materieller und akademischer Auszehrung stürbe, wenn nicht die Juden mit ihren starken geistigen Bedürfnissen und ihrer Emotionsfähigkeit, die auf künstlerische Reize reagiert, das Stagnieren hinderten Und bei einer Nation, wo tüchtige Volksschriftsteller, wie Rosegger, Ganghofer u. dgl., oder tiefer hinab gar ein Tanero oder May zu den allergelesensten Autoren zählen, kann man im Verhältnis hierzu die vom Judentum inszenierten Modegrößen noch als wenigstens „literarisch" begrüßen."

Bleibtreu führt dann als diese „Modegrößen" erst Lindau, Blumenthal neben Heyse und Ebers an, dann Sudermann und Hauptmann. Neuerdings habe man besonders mit Beiseiteschiebung Liliencrons und Dehmels vier „weihevolle" Eklektiker, sämtlich Juden, als „Messiasse" proklamiert: Schnitzler, Hofmannsthal, Beer-Hofmann, Stephan George (deren Bedeutung übrigens nicht verkannt werden solle). Das ist objektiv unrichtig. Dehmel und Liliencron „beiseite zu schieben", ist keinem Menschen je eingefallen, beide erfreuen sich mehr denn je ungeschmälerter Schätzung. Andererseits ist es sinnlos, einen Beer-Hofmann zu den proklamierten Modegrößen zu zählen, da der ganze Erfolg dieses Wiener Schriftstellers in seinem frei nach einer

alten englischen Vorlage gedichteten Schauspiel „Der Graf von Charolais“ bestand, das auch alsbald wieder vom Schauplatz verschwunden ist. Bleibtreu redet sich solche Dinge mit Vorliebe ein, um mit den künstlich gezüchteten Erfolgen Anderer seinen eigenen Mangel an dichterischen Dauererfolgen zu erklären. Er glaubt unerschütterlich an die Allmacht der Clique und im besonderen natürlich an die der jüdischen Clique. „Kann es da Wunder nehmen,“ ruft er aus, „wenn bei manchem Unterdrückten eine persönlich-antisemitische Tendenz erwacht, wobei persönlicher Zorn sich mit idealer Ueberzeugung verschmilzt, indem man die Alleinherrschaft jüdischen Geschmackes für den Ruin deutscher Literatur hält? Jeder Vernünftige wird sich stets von Pöbelantisemitismus und Vorurteil gegen den einzelnen anständigen Juden freihalten, sich wirkliche jüdische Genialitätserscheinungen wie Heine und Lasalle nicht rauben lassen. Aber vermutlich täuscht man sich überhaupt, wenn man den Einfluß des Judentums in Literaturvorherrschung anders als rein materiell und praktisch auffaßt . . . Ein pietätsloses Strebergeschlecht ist aufgekommen, das über alle einstigen Vorkämpfer zur Tagesordnung übergeht und mit jugendlicher Frechheit von sich aus einen neuen Stil datiert Wer sind denn diese Kerr, Bartels, Busse u. s. f., diese schönredenden Literaturdozierer wie Meyer und Erich Schmidt, daß sie als Finder neuer Maße sich brüsten?“ usw.

Wer vor zwanzig Jahren Bleibtreus Berliner Literaturroman „Größenwahn“ gelesen hat und dazu seinen kürzlich erschienenen Roman „Geist“ (ein Gegenstück zu jenem), der wußte schon, daß dieser temperamentvolle einstige Literatur-Revolutionär in Bezug auf die hier gestreiften Dinge wenig gelernt und gar nichts vergessen hat. Und der letzte angeführte Passus, die Zusammenkoppelung Alfred Kerrs mit Adolf Bartels, berührt in ihrer Ahnungslosigkeit beinahe rührend. Aber sie zeigt auch, daß Bleibtreu kein beschränkter Partei- und Rassenfanatiker ist, sondern nur ein persönlich Verbitterter, dessen Unterscheidungsvermögen subjektiv getrübt erscheint Denn trotz mancher bösen Uebertreibung und einem reichlichen Vokubularium an Grobheiten, über das dieser vielseitig begabte Autor von jeher verfügt hat, fehlt seinen Ausführungen doch jenes schleichende Gift des Hasses dem wir so oft in den Kundgebungen der Bartelsschule begegnen, und man merkt wenigstens das anständige Bestreben, Grenzen zu ziehen, Maßstäbe anzulegen, Licht und Schatten zu verteilen Gegner dieser Art kann man bedauern, weil persönliche Gereiztheit sie zu falschen Schlüssen und Ungerechtigkeiten verleitet aber man darf sie als Persönlichkeiten achten ohne sich etwas zu vergeben. Bleibtreu ist in seiner Art überdies eine einzigartige und in gewissem Sinne tragische Erscheinung Ihm hat das in magnis voluisse nicht diejenige Geltung verschafft, die sein hochfliegender Geist erhofft hatte und ihn nicht zu der Konzentration gelangen lassen, die allein große Kunstwerke reifen läßt. Daß er die Ursachen dieses Mißerfolges außerhalb seiner Person sucht ist menschlich begreiflich, und wenn er sich dabei bisweilen verrennt muß man ihm das nicht allzu scharf anrechnen Denn der Irrtum ist das Leben . . . .

Antisemitische Enteignungsforderungen.

Man weiß, welchen Eindruck die preußische Enteignungsvorlage gegen die polnischen Grundbesitzer im Inlande wie im Auslande gemacht hat, daß selbst Konservative im Herrenhause sich mit größtem Nachdruck gegen sie erklärt haben. Es ist nicht unseres Amtes, für oder gegen diese vielumstrittene Vorlage Stellung zu nehmen. Was aber will selbst die Enteignung des Besitzes, von der nach feierlichstem Versprechen nur sehr vorsichtig Gebrauch gemacht werden soll, was, fragen wir, will eine solche Enteignung gegen gute Bezahlung sagen im Vergleich mit den Enteignungsvorschlägen, welche von dem christlichsozialen Pfarrer — ja der Herr ist Pfarrer — B e r n b e c k - Okarben neulich auf dem in Berlin abgehaltenen christlichsozialen Parteitag für Ostdeutschland zum Nachten der Juden gemacht worden sind! Die Juden sollen aus allen obrigkeitlichen Aemtern ausgeschlossen werden. Zu anderen Aemtern und zur Advokatur sollen sie nur nach dem Bevölkerungsverhältnis zugelassen werden, der Besuch höherer Knaben- und Mädchenschulen seitens jüdischer Kinder soll eingeschränkt, ebenso das „Ueberwuchern“ der jüdischen Lehrkräfte an den Universitäten eingedämmt werden.

Mit anderen Worten, die Juden sollen ihrer bürgerlichen Rechte enteignet, sie sollen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, sie sollen nicht nach gleichem Rechte wie die anderen Staatsbürger behandelt, sie sollen ohne jede Entschädigung dauernd geistig und moralisch enteignet werden. Man wird zugeben, daß eine solche Enteignung unendlich grausamer, unendlich einschneidender wäre als die Enteignung der Polen, die doch nicht nur entschädigt werden, sondern auch in jedem anderen Teile des Landes und Reiches sich ungehindert niederlassen dürfen, während die Juden, wollten sie als Menschen behandelt werden, auswandern müßten.

Und warum eine solche Deutschland auf die Kulturstufe etwa Rußlands und Rumäniens herabdrückende Maßregel? Was haben die Juden getan? Treiben sie eine landesgefährliche, eine landesverräterische Propaganda? Sind sie durch ihre Zahl dem Reiche gefährlich, selbst wenn es wahr wäre, daß sie, wie der oben genannte geistliche Herr behauptet, eine eigene Nation bilden wollen? Aber das ist n i c h t wahr, oder der Herr Pfarrer weiß über die jüdischen Wünsche besser Bescheid, als die Juden selber. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sollte der Pfarrer uns mit den Zionisten kommen wollen, dann möchten wir ihn ersuchen, die Zionisten im Lande zu zählen; er würde dann finden, daß sie — nicht zählen, und die Zionisten sind, sind es fast ausschließlich wegen solcher Ungerechtigkeiten, die der Herr Pfarrer vorschlägt. Wie viele Juden bekleiden denn obrigkeitliche Aemter? An welchen Universitäten ü b e r w u c h e r n denn die jüdischen Lehrkräfte? Und ist die Tatsache, daß die wenigen Juden Universitätslehrer sind, nicht schon an sich Beweis, daß sie besonders tüchtig sein müssen? Denn das wird doch selbst der Herr Pfarrer Bernbeck zugeben, aus Liebe für die Juden werden in Deutschland keine Juden als Universitätslehrer angestellt, sollen es auch nicht Was aber die Privatdozenten betrifft, so haben sie entweder Hörer, oder sie haben sie nicht. In letzterem Falle sind sie doch sicher unschädlich, in ersterem müssen sie ganz besondere Lehrkräfte sein, wenn sie viele Hörer an sich ziehen können! Aus welchem Grunde will man Juden verhindern, entweder Jura zu studieren oder ihre gewonnenen juristischen Kenntnisse praktisch zu verwerten? Aus welchem Grunde will man Juden verhindern, ihre Söhne und Töchter auf höhere Schulen zu schicken? Sind diese Kinder nicht begabt, nicht fleißig, nicht ordentlich genug, so lasse man sie doch sitzen, bis sie schwarz werden, oder verweise sie von der Schule, in welcher sie ihre Pflichten nicht erfüllen wollen oder können.

Verbot der Judeneinwanderung! Selbst diejenigen Länder, die wegen eines nach Zehn- und nach Hunderttausenden zählenden Zustrams aus Rußland vor Raub, Mord, Totschlag und Entbehrung geflüchteter Juden tatsächlich gegen die Juden gemünzte Einwanderungsgesetze erlassen haben, haben erstens die Einwanderung nicht verboten, sondern nur für gewisse Kategorien unerwünschter Elemente erschwert, und alle haben es absichtlich vermieden, dieses Gesetz als gegen die Juden gerichtet erscheinen zu lassen Hier aber will ein christlicher Geistlicher die Einwanderung von Juden direkt verbieten, obwohl von einer

jüdischen Masseneinwanderung, wie sie in Frankreich, England oder gar in den Vereinigten Staaten stattgefunden hat, bei uns gar keine Rede ist.

Wir müssen gestehen, wir können uns weder von dem Herzen, noch von dem Hirn eines solchen Mannes, der obendrein ein Geistlicher ist, eine Vorstellung machen, sondern wir wissen nur, daß er eine ganz außerordentliche Stirn haben muß. Wir führen aus einem uns zugegangenen *amerikanischen* Briefe einen Fall an, den sich der Pfarrer Bernbeck zu Herzen nehmen sollte, aber sicher nicht nehmen wird, wie es der zurechtgewiesene amerikanische Herr in vornehmer Weise getan hat.

Nach einem Berichte der „New York Times" sollte Herr *William H. Corbin* in einer öffentlichen Versammlung die Jugend vom Lande gewarnt haben vor dem Wettbewerb in der Stadt. Besonders machte er aufmerksam auf den Wettbewerb, der von Juden herrühre aus allen Ländern unter dem Himmel, unwissenden und schmutzigen, die aber gewitzt und eifrig seien, und die die gewöhnlichen und höheren Schulen überfüllten, wo sie nach Kenntnissen strebten als etwas, das sie ja umsonst haben können, und dann die Berufe überfüllten, die sie als bloßes Geschäft behandelten und in denen sie mit Eifer, Geschicklichkeit und Schlauheit, aber mit niedrigen Idealen und schmierigen Kniffen arbeiteten.

Darauf hat *Louis Marshall*, bekanntlich einer der ersten unter den führenden Juden in den Vereinigten Staaten, einen langen Brief an Herrn Corbin gerichtet, in welchem er diesem vorhielt, daß er eine ernste Anklage gegen eine ganze Rasse erhoben habe und gegen die Anhänger einer alten Religion, denen die Welt ihre erhabensten Ideale und viel von ihrer besten Literatur verdanke. Als ein Mann, der bessere Gelegenheit Beobachtungen anzustellen habe, als Herr *Corbin* je haben könnte, *leugne er absolut die Richtigkeit* der von Herrn *Corbin* gezogenen Schlüsse.

„Es ist wahr, fährt er fort, daß die Kinder der jüdischen Einwanderer beseelt sind von Wissensdurst, von Verlangen nach geistiger Ausbildung, von Eifer, sich amerikanische Denkweise anzueignen, von Ehrgeiz vorwärts zu kommen und ihre Lage zu verbessern. Es ist wahr, daß sie sich in die Schulen drängen, daß sie einzig und allein durch Energie, Fleiß, Ausdauer und Intelligenz in den Klassen gut vorwärts kommen, und daß sie in den Berufen dieselben Gelegenheiten wahrnehmen, die jedem Einwohner geboten sind. Ferner ist es wahr, daß viele von ihnen in den gewählten Berufen Erfolg gehabt haben, daß einige von ihnen für richterliche Stellungen erwählt worden sind, denen sie zur Zierde gereicht haben, daß andere als Aerzte, Forscher und Experimentatoren in Laboratorien viel zur Linderung menschlichen Leids beigetragen haben. Die erste Anwendung des Kokain in der Chirurgie ist ein Erfolg eines jüdischen Arztes in dieser Stadt. Die Entdeckung eines Antitoxin, das der Gehirn- und Rückenmarkhautentzündung ihre Schrecken genommen hat, ist einem jüdischen Arzte zu verdanken. Noch Andere haben, geleitet von den höchsten Idealen, so manche glänzende Seite der Geschichte der Wissenschaft und Volkswirtschaft hinzugefügt.

Es kann nicht geleugnet werden, daß es einige Juden gibt, die ihren Beruf als ein bloßes Mittel Geld zu verdienen ansehen, und daß es auch andere gibt, die sich schmieriger Kniffe bedienen. Haben aber etwa Juden in akademischen Berufen hierin ein Monopol? Gibt es nicht viele Rechtsanwälte, die ihre Abkunft von den „Pilgrim fathers" und deren Zeitgenossen herleiten, die gleichfalls ganz von Handelsgeist durchdrungen sind und die auch schmutziger Kniffe sich bedienen? Haben sich nicht unter Ihren eigenen Augen zahlreiche Fälle ereignet, wo in unserem eigenen Berufe Hochstehende, die aber nicht Juden waren, sich zu Schlichen und Kniffen herabgelassen haben, die dem Berufe in den Augen des großen Publikums nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt haben? Berechtigt die Tatsache, daß diese Leute, die jeden Juden als „schmutzig" ansehen, ihre Schandtaten, eine Zeit lang heuchlerisch zu verdecken vermögen, einen Mann in Ihrer Stellung, darüber hinweg zu sehen und harte Ausdrücke zu gebrauchen gegen einen armen kleinen Schmierkerl, der auf Tugend gar keinen Anspruch macht, nur weil er ein Jude ist? Sie und ich könnten Männer nennen, die hervorragende Stellungen in ihrem Berufe einnehmen, die dem Gemeinwohl mehr Schaden zugefügt haben, als alle die obskuren jüdischen Rechtsanwälte zusammengenommen, die Sie als Repräsentanten aller akademisch Gebildeten jüdischen Ursprungs angesehen wissen wollen.

Sollten Sie sich für eine Prüfung der Liste der Rechtsanwälte dieses Staates interessieren und eine ehrliche Nachforschung anstellen wollen, nach dem Ansehen und den Leistungen der Männer jüdischer und nicht-jüdischer Abkunft, dann würden Sie zu Ihrem Erstaunen finden, daß keine Klasse von Männern in dem Staate mehr getan hat, das Ansehen des Berufes zu heben, von höheren Idealen geleitet worden ist, mehr zu der Entwickelung der Jurisprudenz beigetragen, größere Opfer für das Gemeinwohl und für eine gute Regierung gebracht hat, als die Juden, die Sie verspotten, von denen einige im Auslande geboren, andere Söhne kürzlich eingewanderter Juden sind, die sich zu unseren Küsten geflüchtet haben vor einer überaus grausamen Verfolgung, der sie mit Leichtigkeit durch die Taufe hätten entgehen können. Dennoch sagen Sie so ganz ruhig, sie hätten niedrige Ideale usw.

Schon am folgenden Tage antwortete Herr *Corbin*, daß der Zeitungsbericht ganz entstellt gewesen sei:

„Ich habe — so lautet die wichtigste Stelle — in meinem Vortrage von der Notwendigkeit gesprochen, die ländliche Jugend, die sich in die Städte begibt, noch besser zu unterrichten, wenn sie im Geschäft oder in den Berufen eine hervorragende Stellung gewinnen wollten. Ich erwähnte sodann ganz kurz den gewaltigen Zustrom unwissender Einwanderer, nicht allein jüdischer, sondern aller Einwanderer, und daß es Pflicht der amerikanischen Jugend sei, mit darauf hinzuwirken, daß diese eine bessere Erziehung erhalten, daß sie zu höheren Idealen und zu besserem Bürgersinn emporgehoben werden. *Mir lag jeder Gedanke vollständig fern, eine ganze Rasse oder irgend einen Teil einer Rasse anzuklagen* ... *Ich glaube, ich bin so frei von Rassenvorteilen wie irgend einer, den ich kenne.* Ich habe viele Bekannte und etliche Freunde unter Juden und freue mich über jeden Fortschritt, den ich bei ihnen sehe. Selbstverständlich ist das, was Sie sagen, daß nämlich unwürdige und schmierige Praktiken allen möglichen Leuten, Juden wie Anderen, zur Last gelegt werden können, vollständig der Wahrheit gemäß.

Was mich mit besonderem Bedauern erfüllt, ist, daß Sie oder sonst Jemand den Eindruck empfangen haben sollte, daß ich Jemand angreife und mit Schmutz bewerfe, denn kein solcher Gedanke war in meinem Sinne, *meine Sympathien sind ganz im Gegenteil gänzlich auf der anderen Seite.* Ich habe mit großem Interesse und lebhafter Sympathie Ihre eigenen Bemühungen in den Schulangelegenheiten des Staates New-York und anderen Rassenvorurteile betreffenden Fragen verfolgt. *Was ich zu sehen hoffe, ist, daß in Amerika alle Rassenunterschiede ausgemerzt werden, daß eine höhere Zivilisation entsteht und eine Zeit kommt, da Niemand sich dafür interessieren wird*, zu erfahren, ob Ihre Väter aus Oesterreich oder Deutschland, oder meine aus England oder Frankreich gekommen sind, sondern nur zu wissen, daß wir beide hochgesinnte Amerikaner sind."

Man wird zugeben, daß, was Louis Marshall seinem vermeintlichen Gegner sagt, mit Fug und Recht auf die bei uns zu Lande üblichen Angriffe gleichfalls gesagt werden kann. Ja, es braucht nicht einmal erst gesagt zu werden, weil Jeder, der nur ein ganz klein wenig sich umschauen, nachdenken und nur ein ganz klein wenig gerecht sein will, sich das ganz allein sagen kann.

Was wohl unsere Antisemiten sagen würden, wenn in den Vereinigten Staaten Jemand aufstünde, der da verlangte, daß man die Deutschen der amerikanischen Bürgerrechte enteigne, da ihre mehrere Millionen betragende Anzahl dem Lande gefährlich werden könnte, zumal sie zähe der Sprache und den Sitten ihres Ursprungslandes treu blieben, ja ihnen treu zu bleiben und zusammenzuhalten von dem offiziellen Vertreter ihres Heimatlandes, dem Botschafter, ermahnt und ermuntert werden, des Heimatlandes, das seine Flotte immer mehr verstärkt und auf dem Weltmarkte einer der größten Rivalen der Vereinigten Staaten ist. Man brauchte sich um so weniger zu scheuen, gegen die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen vorzugehen, als ja in ihrer Heimat fortwährend gegen Bewohner nichtgermanischen Ursprungs gehetzt werde.

Keine Sorge, derartige Forderungen werden weder in Amerika noch sonst einem Kulturlande jemals gestellt werden. Dieses Privileg haben sich nur deutsche Antisemiten angeeignet, und zwar auch nur solche mit ganz besonders dreister Stirn.

Verpestete oder verpestende Kleinstädte?

Der Reichstagsabgeordnete Potthoff hat den Zorn der Antisemiten erregt durch einen Zeitungsartikel, in welchem er einer Eingeweihten und halbwegs guten Beobachtern längst bekannten Wahrheit ungeschminkt Ausdruck gegeben hat: nämlich der, daß das Laster in Berlin seine Hauptpfleger und Ernährer vom flachen Lande und aus den Kleinstädten bezieht. Wir wissen es bereits seit Jahrzehnten aus polizeilichem Munde, daß das Heer der Berliner Prostituierten sich aus Mädchen vom Lande rekrutiert. Ob die Berlinerinnen zu tugendhaft oder zu klug sind, um sich in großer Zahl auf die unvermeidlich in den Abgrund führende Ebene des Lasters zu begeben, können wir nicht untersuchen, die Tatsache bleibt darum doch wahr. Auch wer die Lokale und Straßen durchstreift, in denen das Laster sich breit macht, wird bei nur oberflächlicher Beobachtung bald genug herausfinden, daß die Mehrzahl aus der Provinz oder aus dem Auslande stammt, die in dem Gewühl der Weltstadt bequem unterzutauchen zu können glaubt. Ein großer Teil der Berliner in der Gesellschaft besteht aus sogenannten „Bärenführern", die die wenig erfreuliche und wenig begehrte Rolle übernehmen müssen, den Vetter vom Lande, den Kunden und Geschäftsfreund aus der Provinz umherzuführen zu müssen, wobei meist von den kundigen Thebanern bestimmt wird, wohin sie geführt werden wollen. Ja, es kommt nicht selten vor, daß der Berliner durch diese Herrschaften nicht nur zum ersten Male gewisse Lokale kennen lernt, sondern überhaupt erst von ihrer Existenz etwas erfährt.

Der Gewährsmann der antisemitischen „Deutsch-sozialen Blätter", der so tut, als müßte er sich entrüsten über das, was der Abgeordnete Potthoff geschrieben hat, kennt entweder die Verhältnisse gar nicht, oder er heuchelt Unkenntnis, um Entrüstung markieren und den Abgeordneten seinen ländlichen und kleinstädtischen Wählern denunzieren zu können. Man kann auch die wahren Tatsachen erfahren, ohne den Weg der Tugend um Haaresbreite verlassen zu müssen, und Herr Potthoff kann seine Erfahrungen so gesammelt haben, wie seinerzeit der jetzige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Herr v. Schuckmann.

Was von Berlin aus „durch eine gemeine Presse an Schmutz und Unrat über unser Volk ausgegossen wird, schreit zum Himmel", schreibt der Entrüstete der „Deutschsozialen Blätter". Da kann dem Herrn Entrüsteten schon eher Sachkenntnis zur Seite stehen. Er hätte nur gewissenhaft hinzufügen sollen, daß ein von einem antisemitischen Reichstagsabgeordneten, nämlich dem sattsam bekannten Herrn Wilhelm Bruhn verlegtes Blatt, „Die Wahrheit" am meisten an dieser Ausgießung unheiligen, vergifteten Geistes beteiligt ist. Vor einigen Tagen ist in einem gerichtlichen Nachspiel zu dem Brandt-Bülow-Prozeß der Sitzredakteur dieses Schmutzblattes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, und bei dieser Gelegenheit ist das Blatt vor Gericht deutlich und der Wahrheit gemäß genug charakterisiert worden. In den Straßen Berlins wird dieses Blatt durch gerissene Anreißer den Passanten marktschreierisch angepriesen. Der Berliner kennt Herrn Bruhn und weiß, was er von der „Wahrheit", die er herausgibt, zu halten hat, und sein Nickel ist ihm viel zu schade, um ihn für dieses Schund- und Schandblatt herzugeben. Aber die Provinzialen, die kaufen es, da ihnen der verlockende Inhalt unter der falschen Flagge der „Wahrheit" mit lautem Geschrei und in fettesten Buchstaben angepriesen wird. Da wird aus dem Inhalt der letzten Nummer beispielsweise (vom 22. Februar) angepriesen:

„Graf Hohenthal, der Heiratslustige", „Neues von der Kupplerin Smigielska, „Der Bandit und die schöne Otero" und „Dekolletierte Damen".

Wenn das nicht den Leuten aus der Provinz die Nickel aus der Tasche lockt, dann wissen wir nicht, was ziehen sollte. Herr Reichstagsabgeordneter Wilhelm Bruhn, geschäftskundiger und geschäftseifriger Antisemit, kennt seine Pappenheimer. Hat er ja in Konitz und ähnlichen Nestern sich lange genug als Agitator umhergetrieben, um sie genügend kennen gelernt zu haben. Wir haben oben aus dem Inhalt eben nur der letzten Nummer zitiert. Es braucht dies nicht gerade eine „Glanznummer" zu sein. In anderen mag noch viel mehr Unrat zusammengetragen sein.

Und genau so wie die Berliner von dem Schmutz des Blattes des antisemitischen Reichstagsabgeordneten wissen, ohne sich dazu herabzulassen, es auch nur anzurühren, so wissen die meisten Berliner von den Lastern der Reichshauptstadt nur, was sie im Vorbeigehen sehen, was ihnen gewissermaßen aufgedrängt wird. Gut um ein Drittel müßten die Lasterstätten und auch namentlich die minderwertigen Theater der Metropole verringert werden, wenn die von der „Wahrheit" des Herrn Antisemitenhäuptlings Bruhn, der so gern über die Judenpresse herzieht, auf dem Laufenden gehaltenen Provinzialen im Allgemeinen und Antisemiten im Besonderen nicht wären.

Der Wahlkampf in Norden-Emden-Leer.

Entlarvte antisemitische Vorspiegelungen.

Es ist die Gepflogenheit der Antisemiten, in Wahlkämpfen immer den Anschein zu erwecken, als ständen alle möglichen Erwerbsgruppen hinter ihrer Kandidatur. Bei einzelnen Vereinigungen läßt sich das auch hübsch arrangieren. So fehlt z. B. die famose „Mittelstandsvereinigung" fast unter keinem antisemitischen Wahlaufrufe. In Wahlkreisen ist es meist nicht bekannt, daß sich hinter diesem schön klingenden Namen eine sehr gemischte Gesellschaft verbirgt. Entweder sind die Ortsgruppen der M.-V. jüdische Filialen des Bundes der Landwirte oder antisemitische Konventikel. In beiden Fällen ist es nicht verwunderlich, daß solche Ortsgruppen den Antisemiten Gefolgschaft leisten. Natürlich soll durch diese Sonderbenennung eines Teiles der Antisemiten der Anschein erweckt werden, als träte eine berufene Organisation des gesamten Mittelstandes für den antisemitischen Kandidaten ein. Wiederholt haben die Antisemiten auch in ihren Wahlaufrufen behauptet, die christlich-nationalen Arbeiter ständen hinter ihnen. Dabei sind sie aber mehrfach recht energisch, von den betreffenden Arbeiterorganisationen abgewiesen worden. Es dürfte auch in Erinnerung sein, daß z. B. in Eisenach bei der letzten Reichstagswahl der Vorsitzende des christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes, Kott, eine Erklärung veröffentlichte, deren Schluß folgendermaßen lautete:

„Wir wollen noch besonders zum Ausdruck bringen, daß es nicht richtig ist und der Wahrheit nicht entspricht, wenn in Wahlkundgebungen für den Antisemiten Schack der Anschein zu erwecken gesucht wird, daß die christlichen Arbeiterverbände für diesen Herrn eintreten. Es ist dies durchaus nicht der Fall."

Eine noch ungeschminktere Abweisung erfuhren die Antisemiten mit derselben Vorspiegelung jetzt im Wahlkampfe um den Wahlkreis Norden-Emden-Leer. Im ersten Wahlaufrufe der deutschsozialen Antisemiten hieß es (siehe „Deutschsoz. Bl." Nr. 12 v. 8. Febr. 08): „Der Unterstützung der evangelischen Arbeitervereine des Kreises sind wir sicher."

Daraufhin veröffentlichte der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitervereine für die Provinz Hannover, Lehrer E. Engelke in Norden nachstehende Erklärung:

„Um irrigen Auffassungen vorzubeugen, weise ich darauf hin, daß die Evangelischen Arbeitervereine, welche bekanntlich Anhänger aller nationalen Parteien zu ihren Mitgliedern zählen, vereinsseitig sich nicht am Wahlkampf beteiligen dürfen. Es wäre deshalb auch nicht den Tatsachen entsprechend, wenn behauptet werden

sollte, daß die Evangelischen Arbeitervereine als solche für einen bestimmten Kandidaten eintreten werden."

Von da an erschien der antisemitische Wahlaufruf mit einer Reihe von Unterschriften, darunter auch die Bezeichnung „christlichnationale Arbeiterschaft". Aber auch diese Unterschrift wird jetzt als falsche Vorspiegelung entlarvt. In einer christlichen Gewerkschaftsversammlung in Norden kam der Referent, Gewerkschaftssekretär Zumbrock-Münster auch auf das antisemitische Manöver zu sprechen. Der „Ostfriesische Courier" berichtet darüber:

„Unter anderem ging Redner auch auf den Wahlaufruf für den Kandidaten Groenewald ein. Dieser Aufruf erwecke den Anschein, als ob die christlich-nationale Arbeiterschaft, zu der auch die christlichen Gewerkschaften gehören, offiziell ihre Mitglieder auffordern, die Kandidatur Groenevelds zu unterstützen. Das sei keineswegs der Fall."

Zum Schlusse stimmte die Versammlung folgender Erklärung zu:

„Da in dem Wahlkampf zur bevorstehenden Reichstagswahl die christlich-nationale Arbeiterschaft hineingezogen ist, fühlen sich die heute im Saale des Herrn Haak versammelten christlichen Gewerkschaften als Glieder der Christlichen Arbeiterbewegung zu folgender Erklärung veranlaßt: Die christlichen Gewerkschaften stehen nach wie vor auf politisch-neutralem Boden. Sie müssen es daher auch ihren Mitgliedern bei der bevorstehenden Wahl überlassen, ihrer Ueberzeugung nach auf einen der bürgerlichen Kandidaten zu stimmen. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die christlichen Gewerkschaften der Unterzeichnung des Wahlaufrufs der rechtsstehenden Parteien fern stehen."

Diese Abfuhr haben die Antisemiten reichlich verdient!

In antisemitischen Versammlungen und Reden fordert man immer die Erweiterung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Wenn das Gesetz auf die politische Agitation ausgedehnt würde, würden wohl am meisten die Antisemiten davon betroffen.

Antisemitischer Mißbrauch der Versammlungsfreiheit

Am 21. März 1906 wurde im Reichstage ein Antrag der deutschsozialen Antisemiten verhandelt, der für öffentliche Versammlungen der Polizei erweiterte Befugnisse zu erteilen wollte. In der Begründung wurde von den Antisemiten geltend gemacht, der Antrag bezwecke nur einen größeren Schutz der Versammlungsfreiheit. Fast von allen Parteien, mit Ausnahme der konservativen wurde dieser Antrag als freiheitfeindlich bekämpft. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts und der nationalliberale Abgeordnete Patzig wandten sich gleich scharf dagegen, die Polizeiwillkür zu erweitern. Gewiß wird die Versammlungsfreiheit oft durch radaulustige Elemente beeinträchtigt. Daß aber ausgerechnet die Antisemiten dagegen Schutz verlangen, klingt für jeden Kenner der antisemitischen Bewegung wie unfreiwillige Selbstverhöhnung. Das beweisen die Antisemiten wieder einmal oft recht im jetzigen Wahlkampfe in Norden-Emden-Leer. In den meisten liberalen Versammlungen erscheinen die Antisemiten mit einer größeren Sprengkolonne. Zur Debatte melden sich oft bis zu 6 antisemitische Redner. Die in liberaler Weise erteilte Versammlungsfreiheit wird von ihnen voll ausgenutzt. Wenn dann die liberalen Redner das Schlußwort sprechen, werden sie von der antisemitischen Sprengkolonne durch fortgesetzte Zwischenrufe gestört. Aber damit noch nicht genug! Im Anschluß an die liberalen Versammlungen haben dann die Antisemiten sofort ebenfalls eine Versammlung angemeldet. Auf Kosten der Liberalen sind die Wähler einberufen worden, und die Antisemiten machen sich das zunutze. Meistens freilich reden sie nur vor sehr wenig Publikum, denn die Mehrzahl der Wähler verläßt — angewidert von dem antisemitischen Treiben — nach Schluß der liberalen Versammlung das Lokal. Diesem Terrorismus wird aber die Krone aufgesetzt durch den Umstand, daß man dann in der antisemitischen Versammlung keine Redefreiheit gewährt, sondern das Wort unter der Begründung glatt verweigert, man habe keine Zeit. Dabei hält der antisemitische Referent in diesen Versammlungen meist eine Rede, die von unwahren Behauptungen und persönlichen Angriffen gegen die Liberalen nur so wimmelt.

Dieser antisemitische Mißbrauch der Versammlungsfreiheit verdient festgenagelt zu werden. Wenn die Herren wieder einmal über Störungen ihrer Versammlungen sich beklagen, dann wird man gut tun, ihnen ihr Treiben in Norden-Emden-Leer gehörig unter die Nase zu reiben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Christlichsoziale und Konservative. Auf dem dieser Tage abgehaltenen Christlichsozialen Parteitag für Ostdeutschland, dem Herr Stöcker wegen Krankheit nicht beiwohnen konnte, hielt der Reichstagsabg. Dr. **Burckhardt** einen Vortrag über das Verhältnis der christlichsozialen Partei zu den anderen Parteien. Ueber die Stellung zu den Konservativen sagte er:

Die Christlichsozialen stimmten mit den Konservativen überein in Fragen, welche die Autorität, Tradition, das Christentum, die Landwirtschaft, das Handwerk betreffen. Meinungsverschiedenheiten herrschten betr. geheimer Wahlen und Reform des Landtagswahlrechts, der Arbeiterfrage, der Schulaufsichtsfrage und der Steuergesetzgebung. Trotzdem dürften die Christlichsozialen ihre Kräfte nicht zersplittern und das Eingehende mit den Konservativen nicht verneinen.

Auch in der Diskussion wurde, trotzdem man das Verhalten der Konservativen in mehrfacher Beziehung rügte, die Beibehaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses zur konservativen Partei befürwortet.

Aus Anlaß dieser Kundgebung entspann sich zwischen den Christlichsozialen und den Konservativen eine heftige Preßpolemik, in deren Verlauf die „Kreuzzeitung" sich wie folgt äußerte:

„Wenn diese Gruppe, statt sich in den Jagdgründen der linksstehenden Gegner zu tummeln und ihrer selbstgewählten Aufgabe nachzugehen, die Arbeiter aus den Händen der Sozialdemokratie zu befreien, Anstalten trifft, in konservative Gebiete einzufallen, wenn sie die ehemalige Taktik das „Volk" wieder aufleben läßt und die konservative Partei — zwar nicht in allen, aber doch in wesentlichen Punkten — als reaktionär, als überlebt hinstellt und den Zeitpunkt für gekommen erachtet, das „Erbe" dieser „nicht mehr widerstandsfähigen" Partei anzutreten, dann ist es für uns an der Zeit, zu zeigen, daß die konservative Partei „auch noch da" und fest entschlossen ist, den im Trüben Fischenden das Handwerk zu legen. Nach den neueren Anzeichen ist, daß wiederholen wir, Vertrauensseligkeit gegen die Christlichsozialen auf keinen Fall angebracht." .... Daß (auf dem Parteitage) von dem Referenten, wie auch aus der Versammlung heraus, betont worden ist, mit den Konservativen solle ein freundliches Verhältnis aufrechterhalten werden, ist recht liebenswürdig; die Tragweite dieser Versicherung wird sich aber erst an dem weiteren Verhalten der christlichsozialen Gruppe bemessen lassen."

Diese trotzige, mutige Sprache des leitenden Organs der konservativen Partei kann in keiner Weise imponieren. So hat die „Kreuzzeitung" schon öfter den Antisemiten aller Schattierungen gedroht, um, wenn es zur Entscheidung kam, den Degen einzustecken. Wir brauchen nur an den Vorgang im Wahlkreise Norden-Emden-Leer zu erinnern, wo man auch zuerst sich recht kouragiert geberdete, aber nach drei Monaten schon unter das laudinische Joch der deutschsozialen Antisemiten kroch.

Und so wird es bleiben: Die Antisemiten werden sich die Unterstützung der Konservativen jederzeit gern gefallen lassen, aber sich dadurch nicht abhalten lassen, „in konservative Gebiete einzufallen". —

Ueber die Mittelständler gießt die antisemitische Magdeburger „Sachsenschau", die selbst nur ein Organ für den werktätigen Mittelstand sein will, wieder einmal die volle Schale ihres Spottes aus. Anknüpfend an einen schwülstigen Lobeshymnus antisemitischer Blätter auf die jüngste Versammlung der sächsischen Mittelstandspartei, auf welcher auch der sächsische Ministerpräsident Graf Hohenthal sprach, schreibt das Blatt:

„Wenn man dies liest, möchte man wahrhaftig glauben, daß die Rettung des Mittelstandes nun wahrhaftig angebrochen sei. Aber soweit sind wir noch lange nicht. Und wenn je in einer Bewegung mit Phrasen gearbeitet worden ist, so ist dies in der Mittelstandsbewegung geschehen. Das Wort „Mittelstand“ selbst ist schon eine inhaltlose Phrase, weil kein Mensch zu sagen weiß, wer Mittelstand ist oder nicht.“

Interessant ist, daß das Blatt auch schon die Wahrnehmung gemacht hat, daß Hochstapler sich die Leichtgläubigkeit der mittelständlerischen und antisemitischen Anhänger zu nutze machen; es jammert nämlich:

„Seit Jahren trieben sich in der deutschnationalen Bewegung mehrere gerissene Hochstapler umher und brandschatzten die Gesinnungsgenossen in der plumpsten Weise. Unsere eindringlichsten Warnungen blieben bei den meisten Gesinnungsgenossen unbeachtet. Welche horrenden Summen sind jenen Gaunern nicht in die Hände gefallen? Man muß heute sogar auf den Argwohn kommen, daß sie von irgend einer gegnerischen Organisation bestochen sind, um unsere Bewegung zu ruinieren. Wo diese Leute bisher ihren Fuß hinsetzten, da ist unsere Bewegung infolge der Gaunereien dieser Leute völlig lahmgelegt. Wir, die wir es ehrlich meinten, sind dafür noch als Jesuiten verschrien.“

Am Ende haben gar in Magdeburg und Berlin, wo ja der „Deutsche Antisemiten-Bund“ ebenfalls sich bitter über die „Brandschatzungen“ beklagt, Juden, die ehrlichen antisemitischen Teutabolde bestochen. Wehe, dreimal Wehe!

Der unlautere Wettbewerb des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der seit Jahren regelmäßig „Handlungsgehilfentage“ einberuft, obwohl es sich nur um spezifische Veranstaltungen des antisemitischen Verbandes handelt, ist den Herren jetzt auch gerichtlich bescheinigt worden. Wie der Verein der deutschen Kaufleute der „Brest. Ztg.“ mitteilt, laden, wie im vergangenen Jahre, so auch jetzt wiederum die Herren Otto Wege, J. Nitschke, Wilh. Zialka, sämtlich in Breslau, unter dem Titel „Ausschuß des schlesischen Handlungsgehilfentages“ zu einem sogenannten Handlungsgehilfentag auf den 1. März nach Breslau ein und beschicken die Presse mit Artikeln, die den Anschein erwecken, als handle es sich um ein Unternehmen wenigstens der bedeutenderen Handlungsgehilfen-Organisationen. Demgegenüber stellt der genannte Verein fest, daß die genannten Herren alle dem antisemitischen (sogen. deutsch-nationalen) Verbande angehören, und daß alle anderen Organisationen bei der Sache unbeteiligt sind, ja sogar ausdrücklich sich dagegen verwahren, etwa als Mitbeteiligte angesehen zu werden. Im letzten Jahre erschienen Inserate der maßgebenden Organisationen zur Aufklärung, und es wurde den Herren des Ausschusses öffentlich der Vorwurf der „versuchten Täuschung“ unter Verwendung „unlauterer Mittel“ gemacht. Das kgl. Amtsgericht in Schweidnitz hatte sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und legte in der Begründung des Urteils vom 24. Oktober 1907 fest:

„Die Privatkläger (Wege, Nitschke, Ziolko) haben sich mithin eines Täuschungsversuches schuldig gemacht. Es handelt sich um ein wider Treu und Glauben verstoßendes Benehmen, das mit Recht als unlauter zu bezeichnen ist.“

Und an anderer Stelle:

„Unter diesen Umständen ist es als erwiesen zu betrachten, daß die Privatkläger (Wege, Nitschke, Ziolko) den Versuch einer Täuschung gemacht und unlautere Mittel benutzt haben.“

Trotz dieser gerichtlichen Feststellung soll dieses Jahr der nämliche Unfug fortgesetzt werden. Jedermann vermag ohne weiteren Kommentar zu beurteilen, was davon zu halten ist. Die „Deutsch-Nationalen“ werden aber nach wie vor den „Mut“ haben, die „deutsche Treue“ und die „urgermanische Ehrlichkeit“ als ihr Erbteil in Anspruch zu nehmen!

Antisemitismus auf Hochschulen. Aus Straßburg, 18. Febr., wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

Seit dem letzten Sommer sind an der hiesigen Universität Bestrebungen im Gange, einen allgemeinen Ausschuß der gesamten Studentenschaft mit Einschluß der katholischen Verbindungen in die Wege zu leiten. Der vermittelnden Tätigkeit der akademischen Behörden gelang es auch, die erste Klippe zu umfahren, indem man verhinderte, daß den katholischen Verbindungen die bekannte Gewissensfrage wegen der „nationalen Gesinnung“ offiziell gestellt wurde. So konnte man zu Anfang des Wintersemesters zur Bildung eines provisorischen Ausschusses gelangen, der bis zur Annahme eines Statuts die Geschäfte führen sollte. Anläßlich der Beratungen über die Zusammensetzung der Deputation, die einer Einladung des Prinzen August Wilhelm folgen sollte, stellten sich jedoch unvorhergesehene Schwierigkeiten in den Weg. Als es sich bei der Gruppierung der nicht zu einem Verband gehörenden Verbindungen um die Einrangierung des „Vereins jüdischer Studenten“ handelte, erklärte der Vertreter eines akademischen Gesangvereins, daß er zwar gegen eine aktive Beteiligung des jüdischen Vereins nichts einzuwenden habe, daß seine Korporation es aber ablehne, sich eventuell „von einem Juden vertreten zu lassen“; die gleiche Haltung nahmen ein nicht farbentragender Turnverein und ein wissenschaftlicher Verein ein. Der beim Rektor Beschwerde führende jüdische Verein versprach, im Hinblick auf den bevorstehenden Empfang durch den Prinzen bis nach Erledigung dieser Angelegenheit zu schweigen. Als dann Mitte Januar die Vorbereitungen zum gemeinschaftlichen Kaiserkommers der Studentenschaft getroffen wurden, ohne daß dem „Verein jüdischer Studenten“ eine Genugtuung gegeben worden wäre, erklärte er, an dem gemeinsamen Kommers nicht teilnehmen, sondern den Geburtstag des Kaisers für sich feiern zu wollen. Da dies auch geschah, so war die Aeußerung des Rektors beim gemeinsamen Kommers über „die soeben erzielte Einigkeit“ mit diesem Vorbehalte aufzunehmen. Die Sachlage ist nun die: Der Rektor hatte zu Anfang der Einigungsbestrebungen erklärt, er werde einen Gesamtausschuß nur dann genehmigen, wenn er die Vertretung der ganzen Studentenschaft darstelle. Diese Voraussetzung ist durch die antisemitischen Tendenzen einer gewissen Gruppe nicht erfüllt. Es darf also wohl erwartet werden, daß der Rektor entweder die Bildung eines Gesamtausschusses versagt oder aber erfolgreich sich bemüht, jene Gruppe von der ferneren Betätigung ihrer antisemitischen Gelüste wenigstens im Rahmen der Ausschußgeschäfte abzubringen. Inzwischen scheinen sich auch in den Verhandlungen mit den katholischen Korporationen neue Schwierigkeiten ergeben zu haben, denn gegenwärtig liegt dem Rektorat ein Antrag zur Entscheidung vor, der die Bildung eines Gesamtausschusses auch dann fordert, wenn demselben sich 10 Korporationen nicht anschließen sollten. Wenn wir es schon nicht annehmen, daß der Rektor den Ausschluß etwa 200 jüdischer Studenten duldet, so ist wohl auf der Grundlage des eben erwähnten Antrages erst recht an eine Einigung nicht zu denken.

Zu dem mehrfach von uns erwähnten studentischen Konflikt in Marburg wird uns noch geschrieben:

Wie weit die Verhetzung in Marburg gediehen ist, zeigt der Umstand, daß alle Buchhändler der Stadt aus Furcht vor dem reaktionären Klüngel sich weigerten, eine Aufklärungsschrift der Freien Studentenschaft zu dem Konflikt in ihren Läden auszulegen. Nach vielen Mühen fand sich endlich eine kleine Papierhandlung dazu bereit. — Das Marburger Beispiel zeigt wieder, daß leider viele unserer kleinen Universitätsstädte immer noch ein Tummelplatz öden Kastengeistes und des blödesten Antisemitismus sind. —

Von der „Deutschen Hochwacht“, die demnächst selig entschlafen wird, ist der bisherige Leiter, Thomas Hübbe, wie das „Geistige Eigentum“ meldet, tatsächlich zu den „Hamburger Nachrichten“ gegangen. — Der „Deutsche Volksbund“ erscheint also zur Zeit ganz verwaist. Auch von dem Konkurrenzunternehmen, dem „Deutschen Vaterlandsbunde“, des vom Volksbunde verjagten Hans von Mosch hört man nichts mehr. Auch er scheint schon die Wege aller antisemitischen Vereinsgründungen gegangen zu sein. Hans von Mosch aber läßt sich wieder in Berliner reformerischen Versammlungen, die Herr Bruhn leitet, vernehmen.

Antisemitische Begünstiger des Königsmordes. Das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt“ schreibt über den doppelten Fürstenmord in Portugal:

„Den Abschluß der revolutionären Bewegung bildet somit ein blutiger Fürstenmord. Gewiß, jeder Mord, auch der Tyrannenmord ist ein Verbrechen. Aber im vorliegenden Falle waren die Mörder die Diener der öffentlichen **Meinung und der empörten** Stimmung des Volkes. Das portugiesische Königshaus wurde von einer schier gerechten Strafe ereilt. Der Mord und der Mörder an sich sind zu verdammen — aber, das Volk hat gesprochen. „Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme.“ Das Gericht des Volkes in seiner Begründung läßt sich vollauf verstehen.“

O diese Heuchler! Wehe dem sozialdemokratischen Blatt, das eine solche Verherrlichung der

blutigen Lissabener Mordtat gewagt hätte. Und das nennt sich christlichsozial!

Vermischtes.

Der freistudentische Gedanke, der die Studentenschaft liberal und modern machen will und der daher von den Antisemiten mit grimmem Hasse verfolgt wird, machte auch im letzten Semester in ganz Deutschland erfreuliche Fortschritte. In Jena, in Mannheim und in Berlin-Charlottenburg fanden viel beachtete freistudentische Kongresse statt, die den freiheitlichen Studenten neue Anhänger zuführten. Die einzelnen freistudentischen Organisationen schlossen sich zu einem Deutschen Freistudentischen Bunde zusammen, der alle freien Studenten Deutschlands und ehemaligen freien Akademiker zu gemeinsamer, ersprießlicher moderner Arbeit sammeln will, um das deutsche Studententum aufzurütteln aus Sauferei und Rauferei zu geistiger Betätigung auf allgemein-studentischem und sozialem Gebiete.

Eine Renaissance des Studententums ist dringend nötig, wenn nicht der letzte schwache Schimmer von akademischer Freiheit dem zopfigen Bureaukratismus rettungslos verfallen soll. Die verknöcherten Korporationen auf „rein-studentischer" Grundlage können sich niemals losreißen von ihren altfränkischen Absonderlichkeiten, sie leben und sterben mit ihnen. Freilich, einige studentische Gruppen bekennen sich bereits jetzt vorbehaltlos zum Modernismus trotz aller gehässigen Anfeindungen. Aber da sie sich auf Grund ihrer modernen Anschauungen noch zu keinem Bunde zusammengefunden haben, fehlt ihrem Auftreten vorläufig noch die Wucht.

Da ist es immer noch allein die Deutsche freie Studentenschaft, die an nahezu allen deutschen Hochschulen für akademische und soziale Freiheit mit unleugbarer Stoßkraft auftritt. Am trefflichsten entwickelt hat sich die freistudentische Organisation an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. In den letzten Monaten wurden neue Organisationen an der Universität Straßburg i. E. und an der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt a. M. begründet.

Ein neuer studentischer Bund inkorporativer Art, der sich vor allem die Verbreitung politischen Verständnisses für die Fragen der Gegenwart unter den Studenten zum Ziel gesetzt hat, ist der Freibund, der im Januar 1907 in Berlin gegründet wurde, wo auch sein Zentralausschuß sitzt. Er strebt die Pflege und Erweiterung freiheitlicher Gesinnung in allen Kulturfragen an. Er steht in allen wesentlichen Fragen auf dem Standpunkt der Freien Studentenschaft, ohne ihr jedoch wegen ihres politischen Sonderzieles ins Gehege zu kommen. Ueber die Mitgliedschaft sagen seine Satzungen:

„Jeder deutsche Akademiker ohne Unterschied des Geschlechts und des religiösen Bekenntnisses kann Mitglied des Freibundes werden."

Kräftige Organisationen dieses Bundes bestehen bereits in Berlin, Freiburg i. Br. und in Göttingen.

Es geht also doch wieder erfreulicherweise ein frischerer Zug durch die Studentenschaft.

Wunderliche Politik. Von jüdischer Seite wird uns geschrieben: Die „Jüdische Rundschau", das Organ der Zionisten, scheint stets darauf bedacht zu sein, durch immer neue Ungeschicklichkeiten von sich reden zu machen. Hätte die Redaktion politisch zu denken vermocht, dann müßte ihr der Umstand, daß ihre „Politik" häufig den Beifall der Antisemiten findet, zu denken Veranlassung geben müssen. Es kann doch nicht die Aufgabe eines jüdischen Blattes sein, für den Antisemitismus zu arbeiten. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan hat bekanntlich bei der Beratung des Heeresetats gegeißelt, daß die jüdischen Einjährigfreiwilligen gegen den Geist der Verfassung lediglich wegen ihres Glaubens von der Beförderung zu Reserveoffizieren prinzipiell ausgeschlossen würden. Es ist für jeden, der politisch zu denken vermag, klar, daß Dr. Mugdan nicht im Namen der Juden sprach, sondern den liberalen Standpunkt vertrat und nur eine alte gerechte Forderung aller liberalen Parteien wiederholte. Ob er selber Jude oder Christ oder Renegat ist, tut hier sicherlich nichts zur Sache. Die „Jüdische Rundschau" aber gerät dadurch in eine fanatische Wut, die uns einfach unbegreiflich ist. Sie schreibt:

„Wir müssen entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß es den Anschein hat, als hätte der Abgeordnete Mugdan im Namen der Juden oder überhaupt irgend welcher ungetaufter Juden gesprochen. Zwischen ihm und uns ist keine Gemeinschaft, und wir verbitten uns ganz entschieden und unzweideutig, von ihm verteidigt zu werden. Wenn er es doch wieder tut, so soll man wissen, daß wir Juden gegen die Verteidigung von dieser Seite den energischsten Protest erheben."

Diese Sprache ist nicht nur töricht, sondern auch grenzenlos anmaßend. Die Zionisten bilden in Deutschland kaum 1 Prozent der jüdischen Bevölkerung, sie sind also sicherlich nicht mit der deutschen Judenheit identisch. Aber wir glauben nicht einmal, daß dieses Blatt im Namen der deutschen Zionisten spricht, denn unter ihnen gibt es gewiß viele politisch reife Männer, die mit uns diese Geschmacklosigkeit aufrichtig bedauern.

Welcher Wertschätzung sich das Zionistenorgan bei den Antisemiten erfreut, zeigt folgende Auslassung der „Staatsbürgerztg.", die im Anschluß an obige Bemerkungen der „Jüdischen Rundschau" ihr folgendes Kompliment macht:

„In unserem Kampfe gegen das Judentum ist sie uns eine unserer besten Waffen, weil sie über ihre Volksgenossen öfter die Wahrheit sagt, als man es sonst in jüdischen Blättern zu finden gewohnt ist. Daß diese Wahrheit meist mit den Behauptungen des Antisemitismus über das Judentum übereinstimmt, dafür können wir nicht; das muß wohl am Judentum selbst liegen. Deshalb können wir auch durchaus nicht die „Jüdische Rundschau" als das „langweiligste zionistische Organ" ansehen, als das sie vor ein oder zwei Jahren auf einem Zionistenkongreß bezeichnet wurde. Darum sollte die „Jüdische Rundschau" auch nicht in Wutanfälle darüber geraten, daß wir Mugdan als „sonst nicht unsympathischen" Abgeordneten bezeichnet haben. Wir können ihr sogar verraten, daß auch sie uns durchaus „nicht unsympatisch" ist und daß sie in unserer Registratur sogar einen Ehrenplatz einnimmt. Das mag ihr und dem Judentum peinlich sein, wir können es aber nicht ändern. Im Gegenteil wir werden sie noch recht oft als Schwurzeugen gegen das moderne Judentum zu verwenden wissen!"

Juden und Katholiken. In Bayern tobte in letzter Zeit der Kampf zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum, und die Nationalliberalen regten sich namentlich über das Schreiben des Bamberger Erzbischofs Dr. v. Abert an den bekannten Abgeordneten Pfarrer Grandinger auf. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" glaubten am besten dadurch argumentieren zu können, daß man ein guter Katholik und dabei politisch liberal sein könne, indem sie auf die Juden hinwiesen. Das Blatt schrieb wörtlich:

„Der Christ müßte sich ja von den Juden beschämen lassen, die durchaus mit liberalen Anschauungen positive Gläubigkeit verbinden zu können beanspruchen."

Darauf erwiderte der „Bayerische Kurier", das führende Organ der Zentrumspartei in Bayern:

„Wenn die liberalen Parteiführer resp. deren Organe die Juden nur ein einziges Mal in ihren Glaubensangelegenheiten und Dogmen so angreifen würden, wie sie schon unzähligemale die Katholiken angegriffen haben, dann wäre kein einziger Jude mehr so charakterlos, dieser Partei noch länger anzugehören, ganz abgesehen davon, ob diese Angriffe berechtigt wären oder nicht. Nur deshalb, weil die liberale Partei den Juden überall schont und weil sie bloß auf die Einrichtungen (die „wälschen", „römischen") der Katholiken losziehe, nur deswegen ist gerade der Israelit so gerne bei der Partei."

Uns scheint diese ganze künstliche Hineinzerrung der

Juden in die Debatte verfehlt zu sein. Am wenigsten aber wird man die Ausführungen des Zentrumsblattes gerecht nennen dürfen. Wenn die Liberalen wirklich den katholischen Glauben und die katholische Kirche in verletzender Weise angegriffen hätten, so würden wir es sicherlich nicht verteidigen. Denn wir verlangen volle Gewissensfreiheit für jede religiöse Richtung. Aber die Juden in Deutschland haben nie Politik und Religion mit einander verquickt und haben nie eine politische Partei gebildet. Sie nehmen den einzig richtigen Standpunkt ein, daß die Religion in die Kirche und nicht in die Politik hineingehört, und sie sind im öffentlichen Leben deutsche Bürger und nicht Juden. Wenn alle so denken würden, dann würde allen kulturkämpferischen Bestrebungen und allen konfessionellen Engherzigkeiten der Boden entzogen werden.

Es trifft übrigens auch nicht zu, daß die Juden von den Nationalliberalen stets besonders zart behandelt werden. Verschiedene nationalliberale Zeitungen, namentlich die angesehene „Kölnische Zeitung", haben schon oft den Juden gegenüber eine sehr ungerechte Stellung eingenommen. Ja, bei der letzten Reichstagswahl paktierten die Nationalliberalen an vielen Orten mit den Antisemiten, und einige der schlimmsten Judenhasser im Reichstage sind nur mit ihrer Hilfe gewählt worden. Das zeugt gewiß von keinem besonderen Wohlwollen gegen die jüdischen Bürger. Wenn viele Juden, namentlich in Süddeutschland, trotzdem Anhänger dieser Partei sind, so geschieht es darum, weil sie die liberale Weltanschauung, die sie huldigen, nicht für die Fehler eines Blattes oder eines Vereins verantwortlich machen. Es wäre gut, wenn der „Bayerische Kurier" sich dieselbe Erkenntnis zu eigen machen würde. Denn schon oft hat gerade die Zentrumspresse Bayerns wegen irgend eines Ausspruches eines liberalen Blattes, das zu den Juden in gar keiner Beziehung steht, das ganze Judentum heftig angegriffen. Man sollte sich endlich die Unsitte abgewöhnen, den Juden als Prügelknaben für alle Vergehen der Welt anzusehen.

Bei der Eröffnungsfeier des Kölner Israelitischen Asyls für Kranke und Altersschwache am 19. d. Mts. hielt der Oberpräsident Freiherr von Scharlemer-Liefer eine Ansprache, in der er nach dem Bericht der „Köln. Ztg." ausführte:

„An dem Tage, wo das Israelitische Asyl für Kranke und Altersschwache seine stattlichen Neubauten vollendet und ihrer Bestimmung übergeben sieht, liegt auch mir daran, dieser Anstalt und der israelitischen Gemeinde in Köln meine herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche und zugleich auch Dank und Anerkennung allen denen auszusprechen, die sich um das Zustandekommen dieses großartigen und humanen Werkes bemüht und verdient gemacht haben. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ich als Oberpräsident der Rheinprovinz allen Eingesessenen ohne Unterschied des Standes und Bekenntnisses wohlwollendes Interesse, Rat, Hilfe und Unterstützung schuldig bin, es freudig anerkennend, daß in dieser Anstalt in der Nächstenliebe und im Wohltun nicht Halt gemacht wird an der Grenze der Konfession, spreche ich mein ganz besonderes Interesse für das Zustandekommen dieses Neubaues und meinen aufrichtigen Wunsch dahin aus, daß es dem israelitischen Asyl für Kranke und Altersschwache unter seiner bisherigen bewährten Leitung vergönnt sei, auch im neuen Heim im alten Geiste mit immer wachsendem Erfolge den Kranken, Armen und Hilfsbedürftigen Schutz, Unterkommen und Hilfe zu gewähren."

Antisemitisches aus der Reichsduma. In der Dumasitzung vom 11. d. M. wiederholte Herr Kinpenskt, der Deputierte für Bessarabien, die alte Lüge, daß die Juden sich dem Militärdienste zu entziehen suchen, und erwähnte dabei, daß sich in Bessarabien im Jahre 1904 von den 500 einberufenen jüdischen Reservisten nur einer gestellt habe. Zum Schluß leistete er sich noch den Witz, die patriotische Majorität würde sich mit der Opposition nie verständigen können, da erstere russisch spricht, während letztere sich des jüdischen Jargans bediene. All dies begründe die Notwendigkeit der geheimen Sitzungen der Landesverteidigungskommission.

Als nachher der Deputierte Nisselowitz, Mitglied der Kadettenpartei und einer der drei Juden, die in der dritten Duma sitzen, zum Wort kam, war es ihm nicht schwer, die alten Verleumdungen zu widerlegen und die Angriffe zurückzuweisen. Und ebenso natürlich ist es, daß die echt russischen Deputierten seine Ausführungen mit lauten „Oho"- und „zur Sache!"-Rufen zu unterbrechen suchten. Was die jüdischen Reservisten in Bessarabien anbetrifft, erklärte Herr Nisselowitz, so müsse man in Betracht ziehen, daß ein Teil von ihnen von Kinpenskis Gesinnungsgenossen in Kischenew getötet worden sind, während die übrigen flüchten mußten, um ihr und ihrer Angehörigen Leben zu retten. Wie es mit der angeblichen böswilligen Entziehung der Juden vom Militärdienst aussieht, zeigt eine lehrreiche Statistik, die Nisselowitz aufstellte und deren Richtigkeit von mehreren Dumamitgliedern konstatiert wurde.

Diese Statistik beweist, wie die „Russ. Korr." hierzu bemerkt, was allerdings nicht neu ist, daß die Juden in erheblicherem Umfange ihre Militärpflicht erfüllen, als es das Gesetz erfordert. Nach den Feststellungen der Volkszählung von 1907 bildeten die Juden 4,13 Prozent der Gesamtbevölkerung Rußlands. Wenn wir diesen Prozentsatz auf die Rekrutenaushebungen von 1902 und 1903 anwenden, so ergibt sich, daß die Juden mehr Rekruten lieferten, als man von ihnen verlangen durfte. Dies erhellt aus folgender Tabelle:

1902	Christen und Juden	Die Anzahl Juden sollte gemäß der 4,13 % Mann ausmachen	Wirklich einberufene Juden	Differenz zum Nachteil der Juden
Stellungspflichtige .	11 017 267	42 013	56 632	14 349
Zur Aushebung wurden bestimmt . .	318 745	13 013	19 705	6 541
1903				
Stellungspflichtige .	11 053 572	43 512	58 635	15 123
Zur Aushebung wurden bestimmt . .	320 832	13 250	19 911	6 661

Da die offizielle „Rossia" bei dieser, wie bei jeder anderen Gelegenheit auch über die Tapferkeit jüdischer Soldaten während des letzten Krieges ironisiert, so könnte sich Herr Nisselowitz auf das Zeugnis eines „antisemitischen" Schriftstellers, des Herrn Taburna, der Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" ist, berufen, der in seinem Buche „Wahrheit über den Krieg" die jüdischen Soldaten ganz besonders als ausgezeichnete, tapfere und verständige Krieger lobt. — Dies verdient eine besondere Beachtung angesichts der entwürdigenden Stellung der Juden in der russischen Armee, wo sie nicht einmal Unteroffiziere sein dürfen und nach vollendeten Dienst nicht das Wahnrecht erwerben.

Die Anteilnahme der jüdischen Studenten an den Universitätsunruhen in Rußland. Die russische Bureaukratie war und ist der Meinung, daß die Universitätsunruhen ein Werk der jüdischen Studenten seien, weshalb gegen diese immer besonders scharfe Maßregeln gebraucht wurden. Dies war auch der Fall bei den Unruhen in Kiew im vorigen November. Aber die vom Ministerium der Volks-Aufklärung verlangten und ihm von der Universität zugestellten Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache. Die Kiewer Universität zählte Inskribierte

	vor den Unruhen	exmatrikuliert	nach den Unruhen
insgesamt . .	5443	785	4658
Juden	1105	217	888
Juden in % aller Student.	20,3	27,6	19,1

Ist auch der Prozentsatz der exmatrikulierten (d. h. wegen Beteiligung an der revolutionären Bewegung aus der Universität verwiesenen) Juden ein etwas größerer, als er sein sollte, so wird dieser Ueberschuß ohne Zweifel durch die Ungerechtigkeit, mit der gegen die Juden verfahren wird, reichlich aufgewogen. Ohne die große Rolle der Juden am Umschwunge der Dinge in Rußland leugnen zu wollen, scheint es doch, daß ihr Anteil jetzt bei der Hochflut der revolutionären Bewegung nur ein normaler geworden ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 10. Berlin, 4. März 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Konfession und Fallissements.

Der „Fall Friedberg“ in Berlin gibt der antisemitischen Presse wieder einmal willkommenen Anlaß, über „jüdische Bankrotteure“ und die Vernichtung zahlreicher Existenzen des Mittelstandes durch jüdische Bankiers zu zetern.

Zum eisernen Inventar antisemitischer Verleumdungen gehört bekanntlich auch die Behauptung, daß die jüdischen Kaufleute und Bankiers Treue und Redlichkeit im geschäftlichen Leben mit Füßen treten. Da ist es interessant, einige christliche Bankiers, die in sensationellen Bankkrachen der letzten Jahre eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben und die als Säulen von Thron und Altar galten und durch eine ostentative äußerliche Frömmigkeit sich weitreichenden Einfluß zu verschaffen verstanden hatten, etwas näher zu beleuchten.

Da ist zunächst der fromme Gerhard Terlinden, der in seinem Privatbüro ein Emailleschild mit der Aufschrift:

„Ehrlich im Handel!
Christlich im Wandel!“

angebracht hatte, in demselben Büro, in dem er unzählige Berufsgenossen, Kaufleute und Industrielle zu täuschen verstanden hat.

Ihm reiht sich würdig an Kommerzienrat Sanden, der seine prächtige Villa in Potsdam mit dem Zellengefängnis in Moabit vertauschen mußte. Auch er stand im Geruche besonderer Frömmigkeit, und da er fürchtete, im öffentlichen Gottesdienste zu seinem Gebet nicht die rechte Sammlung zu finden, hatte er sich von den erschwindelten Geldern in seinem Garten eine Privatkapelle bauen lassen, in die er sich nach erledigten Geschäften zu Stunden stiller Andacht zurückzog.

Der Dritte im Bunde ist der berühmte „Treber-Schmidt“, der Direktor der großen Trebertrocknungsgesellschaft, der im Vestibül seiner Kasseler Geschäftshäuser die schöne Widmung angebracht hatte:

„Im Kopfe die Klarheit,
Im Munde die Wahrheit,
Im Herzen die Treue,
Und nimmermehr Reue.“

Auch die vor einigen Jahren verkrachte Leipziger Bank war ein antisemitisches Institut in dem Grade, daß ihr Direktor Exner, ein großer Alldeutscher, sich gelegentlich weigerte, mit einem der ersten deutschen Bankinstitute Geschäfte zu machen, da es ihm zu „jüdisch“ sei.

Mit welchen Summen „Treber“-Schmidt operiert haben muß, kann man daraus ermessen, daß die Zinsen eines Jahres von den Beträgen, welche die Leipziger Bank bei der Trebertrocknungsgesellschaft verloren hat, einen größeren Betrag ausmachen, als die Gläubiger im Konkurse von Hirschfeld und Wolff verloren haben, und etwa dreimal soviel, als das Manko im Konkurse Friedländer und Sommerfeldt betrug. Das gibt einen ungefähren Begriff von dem immensen Schwindlertalent dieser christlichen Bankiers.

Ein anderes Bankinstitut, das den stolzen Titel „Hannoversche Landesbank“ führte, eine spezifisch antisemitische Gründung des Handwerkskammersekretärs Dr. Lindström, verkrachte im Spätsommer des Jahres 1902. Die „Antisemitische Korrespondenz“ bezeichnete den Zusammenbruch als sehr traurig, weil es sich in diesem Falle um ein Unternehmen handele, das aus antisemitischen Kreisen hervorgegangen sei.

Das waren christliche Bankinstitute, die mit den ihnen anvertrauten Geldern frevelntlich Mißbrauch getrieben haben. Gerade diese Konkurse stehen in ihrem Totalbeträgen ohne Gleichen da und haben Tausende von Existenzen zu Grunde gerichtet.

Mit Recht konnte daher auch der Landtagsabgeordnete Funck-Frankfurt a. M. in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 18. Februar 1903 in einem Rückblick auf die wirtschaftliche Krisis des Jahres 1901 sagen:

„Unter allen Banken, die damals verkracht sind, ist nicht eine einzige jüdische Bank, es waren sämtlich christliche Banken, es waren zum Teil sogar sehr fromme Banken; ich erinnere an Herrn Sanden und Herrn Exner, der sich ausdrücklich immer als judenrein gerühmt hat. Ich habe mit einem Herrn der hohen Finanzwelt über die Sache gesprochen, und der hat mir gegenüber sich dahin geäußert, daß von den 250 Millionen, die vom Nationalvermögen verwirtschaftet worden sind, über 200 Millionen — das übrige mag gestohlen sein — lediglich aus Dummheit verwirtschaftet worden sei, und er meinte, das hätten die Juden wahrscheinlich nicht fertig gebracht. Das ist auch charakteristisch“.

Die Fusionsbestrebungen unter den Handlungsgehilfen-Verbänden.

Bisher hat das von dem Deutschnationalen und dem Leipziger Verband geplante Fusionsprojekt nur eine sichtbare Wirkung gehabt: eine offene Auflehnung der Ortsgruppen und Mitglieder des Leipziger Verbandes gegen die Verbandsleitung. Eine Zustimmungserklärung ist bisher überhaupt noch nicht veröffentlicht. Die Herren Hiller und Bernhard, die Direktoren des (Leipziger) Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen die beide u. W. der nationalliberalen Partei angehören, spielen ein sehr gewagtes Spiel; sie

werden zweifellos in der nächsten Generalversammlung des Vereins wegen ihres unbedachten Vorgehens zur Rechenschaft gezogen werden. Zur Kennzeichnung der erbitterten Stimmung, die in den Kreisen der Mitglieder über das Verhalten dieser Vorstandsmitglieder Platz gegriffen hat, sei hier nur folgender Passus aus einer dieser Tage in der Ortsgruppe Liegnitz des Leipziger Verbandes einstimmig angenommenen Resolution wiedergegeben:

„Die heute hier versammelten Mitglieder des Kreisverein Liegnitz im V. D. H. zu Leipzig sprechen hiermit der Verbandsleitung zu Leipzig ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Anbahnung einer Fusion mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande zu Hamburg stattgefunden hat, und erwartet den sofortigen Abbruch der Verhandlungen, die nur dazu angetan sind, unser schwer erkämpftes gutes Ansehen in der Oeffentlichkeit herabzusetzen."

In der schriftlichen Begründung wird u. a. ausgeführt:

„Unser Verband ist jahrelang vom D. H. V. beschimpft und verfolgt worden; unzählige Prozesse wurden geführt; Dutzende, mit großen Kosten verknüpfte Versammlungen wurden durch Radau und Krawalle in der unanständigsten Weise gesprengt, besonders unsere jüdischen Kollegen sind in der rüpelhaftesten Weise beschimpft worden: Schlägereien, von Deutschnationalen angezettelt, kamen öfter vor. Dazu kommt ferner, daß die antisemitische Partei, mit Liebermann von Sonnenberg und Raab an der Spitze, die Protektoren des D. H. V. sind, und es also bei einer etwaigen Fusion nicht ausgeschlossen erscheint, daß die ganze Bewegung in das antisemitische Fahrwasser gerät. Viele Tausende liberaler Kollegen würden unserm Verband den Rücken kehren, auch dann, wenn der D. H. V. den Paragraphen 2 seiner Statuten in entsprechender Weise ändern würde. Es ist ferner zu beachten, daß uns sehr viele große liberale Chefs das uns bisher geschenkte Vertrauen sofort entziehen würden, wenn der V. D. H. mit dem D. H. V. zusammengeht."

Bemerkenswert ist auch, daß die Vertrauensmänner des Leipziger Verbandes, die den Fusionsaufruf mitunterzeichnet hatten, von ihren Ortsgruppen, soweit sie bisher Stellung genommen haben, ausnahmslos desavouiert worden sind.

Die deutschnationale Verbandsleitung hat natürlich das Bestreben, die Unvorsichtigkeit der Herren vom Leipziger Verband nach Möglichkeit für sich auszunützen und das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist. Ihr Verbandsorgan, die „Deutsche Handelswacht", schreckte zu diesem Zweck selbst vor einer kleinen Täuschung nicht zurück; sie behauptete nämlich, es sei beschlossen:

„Ohne Verzug die erforderlichen Schritte zur Bildung einer Interessengemeinschaft mit dem sobald als möglich, zu erstrebenden Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände vorzunehmen."

Die „Verbandsblätter", das offizielle Organ des Leipziger Verbandes, stellen dagegen fest, daß beschlossen wurde:

„Die erforderlichen Schritte zur Erörterung einer Interessengemeinschaft usw."

Man sieht, in der Kunst des politischen Volteschlagens sind die Herren vom Deutschnationalen Verband noch immer unbestrittene Meister.

Das gilt auch von dem programmatischen Bekenntnis des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zum Antisemitismus. Obwohl schon der § 2 der Statuten, der jeden Juden von der Aufnahme in den Verband ausschließt, jeden Zweifel über den konsequenten Antisemitismus des Verbandes ausschließen müßte, haben doch die „Deutschsozialen Blätter", also das parteipolitische Organ der Herren Schack, Döring, Roth und Genossen, die Stirn, in der Nummer vom 19. d. M. von dem „Deutschnationalem Verband", zu behaupten, daß „in einer Berufsorganisation niemals von parteipolitischer Tendenz die Rede sein kann, weil die politische Ansicht der Führer noch nicht die politische Ansicht der meisten Mitglieder ist".

Das mag sein, das Parteiorgan des Herrn Liebermann v. Sonnenberg wird doch aber nicht in Abrede stellen wollen, daß „die Führer" des deutschnationalen Verbandes seine Mitglieder am liebsten sammt und sonders in die parteipolitischen Organisationen des Antisemitismus überführen möchten. Für jede Reichstagsnachwahl, an der ein deutschsozialer Kandidat beteiligt ist, wird der Klingelbeutel in den Ortsgruppen des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes gerührt. Wir haben noch nichts davon gehört, daß auch schon einmal für den Kandidaten einer andern Partei von Ortsgruppen des Verbandes auch nur ein Pfennig gegeben worden wäre. Und besitzen die Herren ein so kurzes Gedächtnis, daß sie vergessen haben, daß auf der ersten Hauptversammlung des Verbandes in Hamburg als Ziel ganz offen proklamiert worden ist, die Mitglieder zu Antisemiten zu machen?

Der Wahlkampf in Norden—Emden—Leer.

Je näher der Wahltermin rückt, desto wüster wird die antisemitische Agitation. Nunmehr üben die Antisemiten auch wieder den bekannten Trick, Sonderversammlungen für einzelne Erwerbsgruppen zu veranstalten, um die einzelnen Stände besser gegeneinander ausspielen zu können. So war in Leer zu einer vertraulichen Versammlung die Beamtenschaft eingeladen worden, in der der antisemitische „Generalsekretär" Henningsen sprach. Aus den Kreisen der Beamten war vor der Versammlung die Einladung in der Presse bekannt gegeben und gegen diese Art der Agitation lebhafter Protest erhoben worden.

Ein weiterer Trick besteht darin, daß der famose „Bund der Handwerker" auf dem Plane erscheint und eine Handwerkerversammlung einberuft. Natürlich ist es von vornherein eine abgekartete Sache, daß die Versammlung sich dann für die Antisemiten entscheidet, die die ganze Komödie arrangiert haben.

Inzwischen haben sich die Antisemiten nun auch dazu bequemt, in ihren Versammlungen den liberalen Rednern Redefreiheit zu gewähren. Der Erfolg war der, daß in Heisfelde eine Versammlung, in der der antisemitische Abgeordnete Dr. Böhme sprach, mit einem allseitigen spontanen Hoch auf den freisinnigen Kandidaten auseinanderging."

Wenn die Antisemiten in liberalen Versammlungen erscheinen, so ist es ihnen nie um sachliche Auseinandersetzungen zu tun. Ihre Absicht ist lediglich, zu stören. Zu diesem Zweck erscheinen dutzende antisemitischer Anhänger, besetzen die vorderen Plätze im Versammlungslokal und die antisemitischen Redner — meist ein halbes Dutzend — werden in der maßlosesten Weise persönlich ausfällig. So verstieg sich am 28. Februar in Loppersum der antisemitische Agitator Herr Henningsen zu der empörenden Aeußerung, der Kandidat der Liberalen, Herr Jan Fegter, sei ein „vaterlandsloser Geselle", „ein Hoch auf das Vaterland, von Herrn Fegter ausgebracht, sei eine Entweihung des Vaterlandes." Ferner hatte Herr Henningsen die Stirn, dem als lauteren Charakter und Ehrenmann in ganz Ostfriesland bekannten Herrn Fegter „Wahllügen" vorzuwerfen. Am selben Abend fand in Emden eine antisemitische Versammlung statt, die von dem Herrn Henningsen geleitet wurde. Nach Referaten des antisemitischen Kandidaten und des Abgeordneten Böhme trat u. a. der liberale Redakteur Ruschke in der Diskussion auf, der Herrn Henningsen seine Aeußerungen von Loppersum vorhielt. Herr Henningsen besaß die Keckheit, diese Aeußerungen abzuleugnen. Sofort meldeten sich eine Anzahl Zeugen. Herr Henningsen weigerte diesen jedoch das Wort, trotzdem die Versammlung sie stürmisch zu hören verlangte. Als dem Verlangen aber nicht entsprochen wurde, erhob sich die 600 Mann starke Versammlung wie ein Mann und protestierte gegen die antisemitische

Vergewaltigung durch einmütiges Verlassen des Saales und in wenigen Minuten sahen die Antisemiten außer einem halben Dutzend ihrer Anhänger niemanden mehr im Saal. Weiterhin wurde die Handlungsweise des antisemitischen „Generalsekretärs" in allen Zeitungen durch folgende Erklärung gebrandmarkt:

Eidesstattliche Versicherung.

Da von Herrn Henningsen in der Tivoli-Versammlung am Montag bestritten wurde, in Loppersum gesagt zu haben, die Liberalen seien auch heute noch vaterlandslose Gesellen, so erklären die Unterzeichneten hiermit an Eidesstatt, daß diese Aeußerung genau so gefallen ist, wie sie Herr Ruschke am Montag abend berichtete. Wir haben sowohl der Versammlung in Loppersum, wie der Tivoli-Versammlung beigewohnt. Daß Herr Henningsen Herrn Fegter in Loppersum „Wahllügen" vorgeworfen hat, gab Herr Henningsen im Tivoli ja selbst zu.

Emden, 28 Februar.

Ald. Kuhlmann. Ruschke. Klinkers. Hartrampf.

Charakteristisch für die antisemitische Agitation ist auch eine Versammlung in Hage verlaufen Die „Weserzeitung" berichtet darüber:

„Hoch gingen wieder die Wellen in der gestrigen Versammlung zu Hage. wo Herr Sibolts aus Norden von der antisemitischen Partei als Gegenredner auftrat und in höchst unsachlicher Weise die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Herrn Fegter zu entkräften suchte. Auch hier spielte Herr Siebolts sich wie sein Freund Burckhardt neulich in Norden als Hüter von Religion und Sitte auf. Dem Wunsche des Vorsitzenden, doch nicht die Religion so herabzuwürdigen und in das Parteigetriebe hinabzuzerren, entsprach er nicht, sondern versuchte nachzuweisen, daß die Liberalen sich als Feinde der Religion erwiesen hätten. Seine Ausführungen wurden unter lautem Beifall von dem liberalen Herrn Ruschke widerlegt. Dramatisch gestaltete sich die Szene, als Herr Siebolts in äußerst beleidigender Weise die Norder Lehrer angriff, die er als freisinnig hinstellte und deren Liberalismus er mit ihrem Religionsunterricht in Verbindung brachte, derart, daß er hervorhob, die christlichen Eltern Nordens müßten ernste Bedenken tragen, ob sie ihre Kinder bei diesen Lehrern ferner zur Schule schicken wollen oder nicht Dieser unerhörte Angriff wurde sowohl von dem Vorsitzenden als auch in äußerst wirksamer Weise von einem anwesenden Norder Lehrer unter ungeteiltem Beifall zurückgewiesen!!

Antisemitische Versprechungen und antisemitische Politik in Oesterreich.

Wien, im März 1908.

Wenn die Führer der „Wiener Rathauspartei" heute auf die Anfänge der christlichsozialen Partei zurückblicken, so muß sie ein Gefühl der Befriedigung überkommen. Ihnen fällt es ja nicht ein, zu erwägen, was sie für das Volk geleistet haben, sondern sie finden bloß an der Frage Interesse, was sie für sich erreichen konnten. Die Partei steht jetzt nach außen hin mächtiger denn je da, obgleich es im Innern der Organisation gefährliche Risse und Sprünge gibt. Aber solange Dr. Lueger lebt, werden die nur lose zusammenhängenden Teile nicht zerfallen, und um die ferne Zukunft haben sich die antisemitischen Politiker niemals gekümmert. Sie leben stets wie die alten Landsknechte, deren Denken und Fühlen Schiller in seinem herrlichen Reiterliede so trefflich geschildert hat, bloß für den Tag und lassen sich die Freude an dem „Heute" nicht durch die Sorge um das „Morgen" vergällen. Zwei Minister haben die Christlichsozialen im Rate der Krone und einem dritten Parteifreunde bahnen sie heute emsig und ämtersüchtig den Weg zu einem Portefeuille, den ihnen freilich die freiheitlichen Deutschen verrammelt halten könnten, wenn sie wollten. Der Präsident des Abgeordnetenhauses ist ihr Parteimann, und Dr. Lueger hat erst vor einigen Monaten gesagt, daß er ihn noch höher und immer höher bringen wolle. 96 Reichsratsabgeordnete folgen der Partei, die ihre Organisationen über alle Gaue des Reiches auszubauen sucht und mit ihren reichen Mitteln allerorts Zeitungen und Agitatoren arbeiten lassen kann. Die große Masse der alpenländischen Bauernschaft ist durch das allgemeine gleiche Wahlrecht auf Jahre hinaus zur Herrin über eine stattliche Anzahl von Mandaten geworden, und sie wird diese ohne zu denken willig einer klerikalkonservativen Partei zum Opfer bringen. Die Städte freilich fallen ab, bekennen sich zum Fortschritte! Aber was tuts, solange die Dorfkirchen voll und die Kapläne christlichsozial sind? In Niederösterreich fühlen sich die Antisemiten seit langem als die herrschende Partei, und in Oberösterreich sind sie gleichfalls daheim, wenngleich dort noch die altklerikale Spielart den Vorrang hat. Wien, die Haupt- und Residenzstadt, ist durch ein beispiellos parteiisches und unsinniges Wahlrecht für geraume Zeit an die Gruppe Dr. Luegers gekettet — sofern die Parteiorganisation eben nicht früher in Trümmer fällt — und auch Niederösterreich wurde durch die jüngste Wahlreform für lange der mächtigen Partei ausgeliefert.

So ungewöhnliche Macht vermag alle Schranken niederzureißen, alle Hemmnisse zu besiegen. Wenn irgend eine Partei sich voll ausleben kann, so ist es die Lueger-Gruppe. Wer also untersuchen will, wie sich der Antisemitismus als Regierungs- und Verwaltungsprinzip bewährt, der wird nach Oesterreich gehen müssen; hier kann er seinem Forscherdrange genüge tun. Die Christlichsozialen haben sich die Jahre ihres Aufstieges hindurch als Patentantisemiten aufgespielt, und niemand hat ihnen die Siegespalme zu bestreiten vermocht. Die Rassenantisemiten unter Schönerers Führung boten ihnen anfangs der Neunzigerjahre ihre Bundesgenossenschaft an, und sie mußten schließlich das Feld räumen, weil sie den Antisemitismus der schneidigeren Lueger-Leute nicht zu überbieten vermochten und weil sie sonst über kein für Niederösterreich zugkräftiges Schlagwort verfügten. Die Christlichsozialen waren glücklicher. Sie hatten nicht bloß ein negatives Programm, das die Verdrängung und Vernichtung der Juden predigte, das den Staat und die Gemeinden von der Herrschaft des „jüdischen Großkapitals" befreien und die „jüdische Korruption" und Aemtergier beseitigen wollte. Ihnen war auch ein allerdings nie scharf formuliertes und voll erkanntes positives Programm eigen. Sie hatten von den konservativen Sozialreformern das Ideal des christlichen Sozialismus übernommen und versicherten den Männern aus dem Volke, der großen Masse des Mittelstandes und — anfänglich noch — der Arbeiterschaft, daß sie ein Reich der kleinen, der von der kapitalistischen Betriebsform fast erdrückten Schichten aufrichten würden. Mit dem Antisemitismus trieben die Wiener Demagogen die Menge gegen die Juden, die in der liberalen Partei eine recht bedeutende Rolle gespielt hatten; damit reizten sie und stachelten sie auf. Der christliche Sozialismus aber war eine wunderbare, nicht verstandene, aber in ihrer Verschwommenheit umso stärker wirkende Zukunftshoffnung. Noch sollte also nicht alles verloren sein! Der Industrialismus — hinter dem die Wiener Menge vornehmlich Juden witterte, weil sie das unpersönliche in Aktiengesellschaften tätige Kapital und die in der Provinz angesiedelten nichtjüdischen Fabrikanten nicht sah — war doch nicht unbesiegbar, und der Boden, auf dem das Handwerk stand, konnte wieder zum goldenen werden? Der Mittelstand, der damals gerade durch die Wahlreform bevorzugt worden war, warf sich rasch den Volksrednern in die Arme, die ihm die Botschaft des Heils brachten.

Die Christlichsozialen haben demnach in Oesterreich eine große Aufgabe zu erfüllen, ein bedeutsames Versprechen einzulösen gehabt. Sie mußten, wollten sie ihren tönenden Worten vollgiltige Taten folgen lassen, den Beweis erbringen, daß die großkapitalistische Produktionsweise wirklich nur ein Fluch sei, den das „mobile jüdische Kapital" heraufbeschworen hat, und daß ihr Ideal einer christlichsozialen Wirtschaftsordnung zu verwirklichen sei. Denn wenn einzig die Juden die Bösewichter waren, an denen alle Schuld lag, was konnte nach der Vertreibung der Israe-

liten aus allen Aemtern und Würden hindern, ideale volkswirtschaftliche Zustände herbeizuführen? Sehen wir uns deshalb an, was die Christlichsozialen in Stadt, Land und Reich geleistet haben.

Die **Verwaltung Wiens** ist das große Probierfeld für ihre Pläne gewesen. Hier sind sie nun zwölf Jahre am Ruder, hier hätten sie zeigen müssen, wie das Reich des Heils aussieht, so wie es die Wiedertäufer in der Reformationszeit zu zeigen versucht haben. Allein von den Taten der Christlichsozialen in Wien weiß man überhaupt nur zwei zu rühmen. Die Donaustadt sei schön geworden, seitdem Dr. Lueger im Rathause sitzt, sagt der Wiener Bürgerstolz, wenn man auf den Bankerott des christlichen Sozialismus hinweist. Wir haben zwar in den hunderten von Artikeln, die Freiherr von Vogelsang, der scharfsinnige Theoretiker des österreichischen christlichen Sozialismus geschrieben hat, keine Stelle gefunden, die uns sagen würde, daß die Erneuerung der Gesellschaft und die Einführung des christlichen Geistes in das Wirtschaftsleben in der Schaffung einiger sehr geschmackvoller Blumenbeete und in der Herstellung einiger kleiner Gärten ihren höchsten Triumph erblicken würden. Uns ist nicht bekannt, daß der fleißige Redakteur des „Vaterland" im Stadtgärtner die wichtigste Person eines christlichsozialen Gemeinwesens gesehen hätte. Aber wie groß müßten dann die „Judenliberalen" vor uns stehen, diese bösen Männer, die das moderne Wien geschaffen haben, in deren Herrschaftszeit entstanden ist, was Neu-Wien zum Schmucke gereicht: Der Ring mit seinen herrlichen öffentlichen und privaten Bauten, mit seinen Gärten und Denkmälern? Gewiß, Herr Lueger hat nicht geschlafen; er hat rüstig das Werk fortgesetzt, das die Felder, Uhl und Prix begonnen haben, und er tat dies ebenso, wie seine verpönten, verhöhnten Vorgänger. Die zweite „Riesenleistung" der Christlichsozialen sollen die neuen Kommunalbetriebe darstellen, die — wie das neue Gaswerk — zweifellos sehenswert sind. Zugegeben: Die Altliberalen, die wir nicht zu verteidigen haben, hätten gesündigt, weil sie die private Unternehmungslust nicht einschränken und der Stadt keine Monopole schaffen wollten. Aber wieder müssen wir uns fragen, was die Errichtung eines kommunalen Gaswerks, die Monopolisierung der Versorgung Wiens mit Elektrizität, die Verstadtlichung der Verkehrsmittel, die Uebernahme eines Brauhauses, die Errichtung einer kommunalen Gastwirtschaft, die einige Restaurationen in der Umgebung schwer schädigt und den Detail-Weinhandel an sich reißt, mit jener „Rettung" des Mittelstandes zu tun hat, die das A und O des christlichen Sozialismus bildet? Wohlgemerkt: Wir loben Herrn Dr. Lueger, weil er die Verstadtlichungsaktion energisch durchführte, aber wir müssen dabei immer wieder und wieder betonen, daß er mit dieser nicht Gedanken des christlichen Sozialismus, sondern der fortschrittlichen Demokratie verwirklichte. Leider nur einige Gedanken! Denn alles andere, was die Christlichsozialen geschaffen haben, die Gesinnung, die sie dem städtischen Beamtenkörper einflößten oder aufzwangen, die Rücksichtslosigkeit in der Ausübung einer Parteiherrschaft; das ist Geist von ihrem Geist, ist eine Schmach Wiens. Die Korruption jedoch, die sich an die Fersen der heutigen „Herren von Wien" und die den Bürgermeister als weißen Raben in einer Gruppe von Sündern erscheinen läßt, stinkt zum Himmel. In der „judenliberalen" Aera gab es einige Männer, die sich bereicherten — die altliberalen Bürgermeister stehen ebenso unbemakelt da wie Dr. Lueger, und selbst die Christlichsozialen wagten sie nicht mit Schmutz zu bewerfen —; in der Partei, die jetzt am Ruder ist, findet man aber kaum einen „Führer", der nicht so viele Stellen ergattert hätte — meistens natürlich Sinekuren —, daß er das Leben wie ein Großkapitalist genießen kann. Ja, die überwiegende Zahl der glänzend dotierten arbeitslosen Posten wurde erst geschaffen, damit der „gerettete" kleine Mann, der „Führer" weich zu sitzen vermöge. Man prüfe daraufhin nur das offizielle Adreßbuch Wiens — den „Lehmann" —, in dem die Würden getreulich verzeichnet sind.

Was lehrt uns nun die Landesverwaltung in Niederösterreich? Die Christlichsozialen haben hier nichts anderes geleistet, als die Fortsetzung der Arbeit, die von den Liberalen begonnen wurde. Den „Stolz" der Partei bilden einige — wir sagen rückhaltlos: mustergültige — Wohlfahrtseinrichtungen. Doch der Mann, der sie geschaffen hat — Herr Leopold Steiner —, paßte nie in die Gesellschaft der Schneider und Gregorig; er wurde in der letzten Zeit auch schwer gekränkt und zurückgedrängt. Der erste Landesbeamte aber, dem Herr Steiner die Anregungen und die Referate verdankt, wäre von den Christlichsozialen schon längst auf das Pflaster geworfen worden, wenn er ihnen nicht unentbehrlich sein würde. Im übrigen sei daran erinnert, daß z. B. die Fürsorge für die Geisteskranken aus der josefinischen Aera stammt, also keinen originellen christlichsozialen Gedanken darstellt. Was aber die Förderung des Genossenschaftswesens, was die Sorge für die Landwirtschaft anlangt, kann sich Niederösterreich — bei Berücksichtigung seiner Steuerkraft — durchaus nicht einer Vorzugsstellung, beispielsweise gegenüber Böhmen, erfreuen, wo die Klerikalen eben jetzt eine Niederlage erlitten haben.

Die Christlichsozialen und das **Reich**? Die hohen Lebensmittelpreise, die auf die Zollpolitik zurückzuführen sind, werden dem „kleinen Mann" in Wien nicht willkommen sein und kaum zur Empfindung christlichsozialer Glückseligkeit verhelfen. Mag sein, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten „Wunder" leisten wird, obgleich wir an Wunder nicht glauben. Aber diese „großartige" Schöpfung, die Herrn Geßmann jährlich 40 000 Kronen mehr einbringen wird, kann ebenfalls nicht als spezifisch christlichsoziales Geistesprodukt angesehen werden, denn in ihrem wichtigsten Ressort sucht sie einen Gedanken zu fruktizieren, den der — altliberale Exner seit Jahren, nein: Jahrzehnten vertritt: Eine bestimmte Art der Gewerbeförderung. Zur Erreichung eines Arbeitsministeriums hätte es mithin wahrlich nicht des Siegeszuges des christlichsozialen Gedankens bedurft. Das hätten die Altliberalen auch getroffen, nur mit dem Unterschiede, daß sie mit den Geldern nach bestem Wissen und Gewissen verfahren wären, während Herr Geßmann, der „Organisator der christlichsozialen Siege" einige Pfründe für kleine christlichsoziale Gewerbeagitatoren schaffen durfte. Das wird wohl das „Wunder" sein, auf das die Dummen, die nicht alle werden, hoffen mögen.

Was aber haben die Antisemiten von ihren Versprechungen gehalten? Den Antisemitismus stellten sie — vorläufig — „zurück", weil dieses Schlagwort nicht mehr ziehen will und sich für eine Regierungspartei nicht schickt. Der christliche Sozialismus aber ist schon längst über Bord geworfen worden. Jetzt suchen die Führer bei einem modernisierten Klerikalismus ihr Heil, der tausendmal schlechter ist als der alte Klerikalismus, der nicht in Vermummung einherschritt, der nicht täuschte und belog, der den Mut hatte, Farbe zu bekennen. Bei dieser Station ist nun der christlichsozial schillernde Antisemitismus in Oesterreich angelangt: er hat sich selbst verraten.

rm.

Juden und Arier*)

„**Wenn die Juden jetzt anfangen zu empfinden wie die Arier**", — — dieses Juwel eines Satzteils habe ich mir erlaubt, mit Genehmigung der Redaktion, von der anspruchslosen Sprechsaal-Ecke der jüngsten Nummer dieses Blattes, wo es leicht übersehen ward, heraufzuholen und, wie es sich für Juwelen schickt,

*) Aus Nr. 5 der „Ethischen Kultur".

für alle Welt sichtbar, in die volle helle Schaufensterbeleuchtung von großen, an der Spitze prangenden Drucktypen zu rücken. Es wäre doch schade gewesen! —

Also fünfzig bezw. sechzig Jahre nach dem Tode Heinrich Heines und Felix Mendelssohn-Bartholdys, die die Klangfarbe des deutschen Volksgemüts, wie männiglich bekannt mit am wunderbarsten zu treffen verstanden, gerade hundert Jahre, nachdem die edelste Auslese vornehm empfindender Menschen im Salon einer Rahel Levin sich zusammengefunden, fangen *jetzt — vielleicht?* — die Juden an zu empfinden wie die Arier? Wie merkwürdig, könnte man meinen, daß, als die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M., auch bereits vor sechzig Jahren, mit tiefer Bewegung einem Gabriel Rießer lauschte, ja als diese erlauchte Schaar den Juden Eduard Simson an ihre Spitze berief und ihn für würdig hielt, namens der Erwählten des deutschen Volkes dem Könige von Preußen die Kaiserkrone anzubieten, keiner etwas davon gemerkt hat, daß diese Leute keine Deutsche, keine Arier seien, sondern anders empfindende Fremde. Ja, als eine Anzahl hochgebildeter deutscher Männer im Zeichen Goethes nach einer dauernden Vereinigung strebte und für die Stellung des obersten Leiters nach einer besonders kongenialen, des großen Mannes würdigsten Persönlichkeit ausschaute, fanden die in Weimar versammelten Dichter und Denker wieder keinen Besseren, als den Juden Simson, der nebenbei auch auf Bismarcks eigenste Initiative die höchste richterliche Stellung im Deutschen Reiche bekleidete.

Dem als Jude geborenen, kürzlich verstorbenen Juristen Heinrich Dernburg wurde auch von Konservativen nachgerühmt, daß er einer der feinsten und tiefsten Kenner und Deuter germanischer Rechtsanschauungen gewesen sei. In jedem deutschen Zivil-Gerichtshof, sagte man, auf seine Werke weisend, sei er ein stiller Beisitzer gewesen.

Und Berthold Auerbach, der Dichter des Barfüßele? Wie seltsam, daß die Gothaische Hofgesellschaft, die nach der einschlägigen Memoirenliteratur den Dichter der Schwarzwälder Dorfgeschichten umjubelte, bei dem früheren Talmudschüler von fremden Empfinden nichts verspürte! —

Als Gottfried Keller entzückt von der Gemeinsamkeit ihres Denkens und Empfindens Moritz Lazarus das brüderliche „Du" anbot, — wie grob wäre wohl Keller geworden, wenn man ihm bedeutet hätte, der andere sei ein Mann fremder Rasse, ein Fremder?

Dergleichen Beispiele ließen sich unendlich vermehren. Was erläutern sie? Daß es heißt, die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn man zu verstehen gibt, daß die Juden „jetzt" anfangen zu empfinden wie die Arier, sie zeigen, daß derartige isolierende Begriffsbildungen wie „arisches Empfindungsleben" auf Menschen angewendet, die der heutigen Kulturgemeinschaft angehören, keine reale Basis haben und durch die Tatsachen fortwährend widerlegt werden. Es ist mir im Grunde herzlich gleichgiltig, welcher Rasse ich entstamme, aber nicht gleichgiltig ist es mir, welcher Nation ich mich heute zuzuzählen habe. Auf die Frage nach dem Wesen des nationalen Zusammenhanges antwortete Lazarus: „Geistige Gemeinschaft"! Und diese ist unabhängig von der Abstammung. Darum durfte auch Steinthal seinem Freunde und Schüler, dem evangelischen Theologen Glogau schreiben, man könne ihn wohl davon ausschließen, ordentlicher Professor oder dergleichen zu werden, aber niemand sei imstande, ihn zu hindern, der deutschen Nation anzugehören.

Das Pochen auf die Superiorität „arischen Empfindungslebens" wirkt aber um so komischer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die höchstentwickelten arischen Völker sich nun Jahrtausende lang vollgesogen haben an semitischen Gottesvorstellungen, daß sie für das Höchste und das Tiefste, was die Menschenbrust zu fassen vermochte, ihre Inspirationen ausschließlich suchten und fanden im Schrifttum des jüdischen Volkes. Und hat doch auch die Bibel, im Lichte des strengsten Kritizismus, jedes religiösen Nimbus entkleidet, noch immer nicht aufgehört, ein reich befruchtender Quell zu sein auch für unsere heutige Gefühlswelt! — In viel höherem Maße als die „heiligen" Schriften selbst sind es aber noch die in ihnen geschaffenen, vom Mythus umrankten Bilder überragender Persönlichkeiten semitischen Stammes, die das religiöse Empfindungsleben der arischen Völker entwickelt und gestaltet haben und noch beherrschen. Um nun mit einem logischen salto mortale über diesen gräßlichen Widerspruch hinwegzukommen, hat man mit gedanklich sehr rohen Kunstgriffen sich zu helfen gewußt. Für die Gläubigen genügte die übernatürliche Einwirkung, die „Gnade", die den Auserwählten zu teil geworden, einerseits, der „Fluch" andererseits, der nach der Kreuzigung Christi auf dem jüdischen Stamme lastete. Für die „aufgeklärten" Rassenfanatiker lag die Sache schwieriger. Mit allerhand sophistischem Scharfsinn, mit Aufwendung von allerlei angeblich historischem und ethnographischem Material konstruierte man sich die Hypothese, die man wie eine Dogma oder wie eine wissenschaftliche Wahrheit verkündete, der Zimmermannssohn aus Nazareth sei garnicht jüdischen Stammes, sei ein Arier gewesen. Da nun über den historischen Jesus das geschichtlich beglaubigte Material bekanntlich auf sehr schwachen Füßen steht, war es um so leichter, jene paradoxe These denen glaubhaft zu machen, die es mit dieser Frage nicht so ehrlich nehmen mochten wie Lessing's Klosterbruder, für den „unser Herr doch auch ein Jude gewesen ist". Wie steht's aber mit Paulus, wie mit allen Aposteln? — Gustav Freytag, gewiß, um einmal im Kraftjargon zu reden, ein bis ins Mark der Knochen germanischer, arischer Mann, schrieb einmal in einem Aufsatz, den ich unter seinen gesammelten Schriften leider nicht wiedergefunden habe, man möge sich einmal vorstellen, zur Zeit als die Jünger Jesu hinauszogen in alle Lande, um Juden und Heiden das Evangelium zu verkünden, da hätten unsere stolzen „Arier" auf der Mauer gestanden und jenen Sendboten des Heils in's Angesicht geschaut: unsere „Arier" wären vermutlich sehr enttäuscht gewesen, denn wie sie nach ihrer Theorie von der Beständigkeit der Rassenanlage zugeben müßten, sei ein hohes Maß von Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß z. B. die *Nasen* jener heiligen Männer von dem uns geläufigen Schönheitstypus nicht weniger abgewichen hätten, als es bei vielen ihrer heute unter uns wandelnden Stammesgenossen der Fall sei. Ja, Freytag hat Recht gehabt: wir müssen uns, auch wenn wir uns gern die Adelsmenschen vorstellen etwa wie Wilhelm von Kaulbach in seinem Turmbau zu Babel uns den herrlichen griechischen Jüngling und hoch zu Roß den wanderlustigen, stattlichen Germanen zeigt, wir müssen uns wohl oder übel mit der Vorstellung befreunden, daß es ein „krummnasiger" Jude gewesen ist, der uns z. B. das dreizehnte Kapitel des ersten Korintherbriefes geschrieben hat, d. h. mit das Schönste und Ergreifendste, was für arisches, wie für nicht arisches Empfinden den Menschen jemals verkündet worden ist. Freilich, der Beschauer des Kaulbach'schen Wandgemäldes gewinnt von dem Nebeneinander semitischer und japhetitischer Typen einen sehr harmonischen Eindruck. Eine wundervolle junge Mutter stellt mit ihren Kleinen sehr wirksam das patriarchalische jüdische Familienleben dar, beschützt durch die ragende Gestalt des Hohepriesters. Kaulbachs beide Rassentypen mit einander gleichsam versöhnende Auffassung entsprach den in den geistig führenden Kreisen herrschenden Anschauungen um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

Man könnte nun einwenden, daß diese Anschauungen auch heute noch die herrschenden wären, ja, daß die aller geistigen Knechtung zum Trotz fortschreitende Geistesfreiheit, wie die Revolution der menschenverbindenden Verkehrsmittel die kulturfreundlichen Solidaritätsgedanken nur noch befestigt und vertieft hätten, daß es daher ein müßiges Beginnen sei, ein so schweres Geschütz zu richten gegen das Pygmaentum kurioser Eigenbrödelei. Diese von jeher in liberalen Kreisen weit verbreitete Denkweise glaubt aller Gefahr zu entgehen, wenn man wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt. Gewiß, gegen die einzelne Persönlichkeit des Doktor X-Y, der in seines Herzens Redlichkeit und seines Kopfes Unklarheit sich für berufen und verpflichtet hält, der im Dunkeln tappenden Menschheit neue Lichter anzuzünden, soll man, auch wenn die objektive Schädlichkeit ihres Lehrens und Wirkens mit Händen zu greifen wäre, mit der Milde und Schonung vorgehen, die allen gebührt, die „reinen Herzens" sind. Viel bedenklicher wird aber die Sache, sobald Lehren, die die Menschen gegen einander verstimmen und verbittern müssen, Eingang finden in der wissenschaftlichen Publizistik, ja in demjenigen Bereiche geistigen Schaffens, der der planmäßigen Jugenderziehung gewidmet ist, und wo es längst als heiligste Aufgabe erkannt sein sollte, alles zu pflegen, was die aufwachsenden Menschenkinder mit sympathischen Impulsen erfüllt und das Unkraut der Ueberhebung nicht emporwuchern läßt in jungen Gemütern. Die sozialen und sonstigen Kulturaufgaben der Gegenwart erheischen gebieterisch straffe Zusammenfassung aller Elemente fortschreitender Gesittung, ganz unabhängig von den mannigfachen äußeren und inneren Ausprägungen, in denen alle — unnütz aufzuzählenden Verschiedenheiten der jeweiligen Entwickelung sich widerspiegeln. Das ungebildete Urteil ist fertig beim Erkennen der an der Oberfläche wahrnehmbaren Abweichungen; der einen weiteren Gesichtskreis erfassende, aus reicherer Lebenserfahrung und Weltkenntnis schöpfende Kulturmensch sucht in die Tiefe zu dringen, wo das menschlich Gemeinsame, Wertvolle sich oft scheu verbirgt. Alle Kulturgeschichte kommt beinah hinaus auf die Ueberwindung äußerer Gegensätze, auf das sich Bewußtwerden des innerlich Gemeinsamen. Wer denkt hier nicht an den Erbfehler deutscher Uneinigkeit? Fremd für den Oberbayern „empfand" anscheinend der Ostfriese, der Pfälzer für den Pommern. Der „Kantönligeist" der „Leute von Seldwyla" und ihrer Nachbarn belustigt uns in Kellers Novellen. Als ich nach längerem Aufenthalt im Auslande, wo man nur das deutsche Vaterland gern als einheitliches Ganze ansah, vor Jahrzehnten heimkehrte, war ich überrascht, bei ganz gebildeten Leuten in Berlin einem tiefwurzelnden Vorurteil gegen — die Sachsen zu begegnen. Daß Berliner und Hamburger einander nicht ausstehen konnten, war von jeher selbstverständlich. Und nun erst die Bayern und die Preußen. Etwas Rassenfremderes als der „Preuß" gab's ja gar nicht!

Alle Kultur, so ließ man sich verlauten, beruht auf Differenzierung. Ein ausgezeichnetes Schulbeispiel für das Gefährliche der *Teilswahrheiten*, die von den Gläubigen als unumstößliches Dogma, als „Heilswahrheiten" verkündigt werden. Nein, nein! die Differenzierung ist nur die eine Kulturfunktion, die als notwendiges Korrelat der Integration bedarf. Es ist eben kennzeichnend für die unser geistiges und gesellschaftliches Leben verwüstenden Zeitkrankheiten, daß bald eine blöde Intoleranz Platz greift gegen harmlose Sondergemeinschaften, deren individuelle und historische Berechtigung ein unausstehlicher Autokratismus einem geistlosen Nivellement geopfert sehen will, bald ein mittelalterlicher Rassen- und Standes-

dünkel namentlich in gewissen akademischen Kreisen sich breit macht, die in der Pflege geradezu kindischer Exklusivität ihren Persönlichkeitswert zu erhöhen glauben, des Wortes vergessend: „Setz' Deinen Fuß auf ellenhohe Socken, Du bleibst doch immer was Du bist."

Wo Krankheiten sind, forscht man nach Ursachen. Auf den Spuren Darwins und der Seinen pflegt man sie zu suchen, wiewohl doch der Begründer der Entwicklungslehre gerade die Veränderlichkeit der Arten gelehrt und gezeigt hat, wie Ererbtes veränderter Umgebung sich anzupassen sucht. Mißverstanden hat man ihn gewiß, wenn man aus dem rohesten Daseinskampf innerhalb der Tierwelt Normen und Regulative glaubt herleiten zu dürfen für menschliche Ordnungen in Gegenwart und Zukunft. Dieses unheilvolle Mißverstehen hat auch unzweifelhaft zu den Wahngebilden mit hingeführt, die überall eine herrschende Rasse und dienende Rassen sehen will. Dazu hat die fortschreitende Naturwissenschaft, namentlich auf den Gebieten der Heilkunde, immer neue Zusammenhänge aufgedeckt zwischen körperlichen Phänomenen und der Willens- und Empfindungssphäre. Daher übertreibende Verallgemeinerungen hinsichtlich der physischen Einflüsse auf Geist und Charakter, auch im Leben großer Volksschichten. In den Verallgemeinerungen lauert die Schlange, latet anguis in generalibus, sagt Harnack einmal sehr treffend in seinem „Wesen des Christentums". Zu alledem kommt als Wesentliches die vielfache Abkehr des öffentlichen Geistes von den Ueberlieferungen der Aufklärungszeit. Man blickt hochnäsig herab auf die französische Revolution mit ihrer Verkündung der Menschenrechte. Der liberale Gedanke ward zur „liberalen Phrase." Bismarck und Treitschke taten ein Uebriges.

In dieser allgemeinen Rückwärtserei wurden die vernichtenden Niederlagen, die die körperlich so unansehnlichen Japaner den Russen beibrachten, vielfach als ein befreiendes, beglückendes Ereignis empfunden. Ein Berliner Oberlehrer hatte beim Ausbruch des Krieges gemeint, die ins Auge fallende physische Ueberlegenheit der Russen, des „Ariers" über den Zwerg von Japaner lasse bei keinem verständigen Menschen Raum für einen Zweifel an den endgiltigen Siege der Russen. Es kam anders. **Der Geist** hatte einmal wieder gesiegt! Der Geist, der sich den Körper baut, der Geist, der Hexenwahn und Glaubenskriege überwunden hat, der Geist, der — keine Erfindung jüdischer Journalisten!" — alle Hindernisse zu überwinden weiß, die Bosheit und Unverstand ihm entgegenstellen in seinem Ringen nach Menschenbefreiung und Menschenveredelung.

P. J.

Aus dem antisemitischen Lager.

Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut — so denken nicht nur die ostelbischen Junker, sondern auch manche Preßorgane der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Der „Göttinger deutsche Bote", ein Organ der Deutschsozialen, entrüstet sich furchtbar über das Wahlbündnis, das die Nationalliberalen in Baden bei der letzten Landtagswahl mit den Sozialdemokraten abgeschlossen haben und das voraussichtlich für die nächsten Wahlen erneuert werden wird. Den Schluß dieses, wie es scheint, der Korrespondenz des Bundes der Landwirte entnommenen Artikels fügt die „Schriftleitung" des Blattes aus eigenem noch folgende Taktlosigkeit gegen den verstorbenen Großherzog von Baden hinzu:

„Wir haben diese badischen Verhältnisse nicht nur zur Charakteristik des Liberalismus herbeigezogen, sondern auch zur Charakteristik des kirchlichen Linksliberalismus. Wie ist es möglich, daß in einem Lande nicht nur der Freisinn, sondern auch der nationale Liberalismus sich so urteilslos mit der Sozialdemokratie verbindet? Die Erklärung für die moralische und politische Begriffsverwirrung gibt ein Blick auf die kirchlichen Verhältnisse in Baden. Das großherzogliche Haus trifft die Schuld, s. Z. den Phantasten Strauß begünstigt und in der theologischen Fakultät in Heidelberg denselben phrasenhaften und unwahren Geist haben wuchern lassen. Der verstorbene Großherzog hat seit 20 Jahren und länger den Versuch gemacht, eine andere Bahn einzuschlagen, aber ohne genügende Kraft und Klarheit. Er hat sich allzusehr damit beruhigt, salbungsvolle Reden zu halten. Jetzt sehen wir Herrscherhaus und Ministerium in der Verlegenheit, nur erst einmal sein eigenes Beamtentum von der Umarmung mit der Sozialdemokratie loszumachen. Ein lehrreiches Beispiel für liberalisierende, viel Reden haltende Monarchen."

So viel konzentrierte Bosheit gegen den Träger der Monarchie findet man selbst in sozialdemokratischen Blättern nur höchst selten. Und die Partei, deren Organ der „Göttinger Deutsche Bote" ist, treibt noch dazu die Heuchelei so weit, sich über die Sozialdemokratie als Zerstörer des monarchischen Gedankens zu entrüsten.

Eine antisemitische Gemeinheit. In dem Artikel der „Deutschsozialen Blätter" gegen den Abg. Dr. Potthoff, den wir schon in der letzten Nr. unseres Blattes beleuchtet haben, findet sich noch folgender Satz:

„Ich weiß nur, daß man zu den Potthoff'schen „Berufs- und Gelegenheitssündern die dann noch übrig bleiben", alle Prostituirten, Tagediebe, Zuhälter, ausländische Juden, Hochstapler, Lustmörder und den ganzen Schwarm des internationalen Reisepöbels rechnen muß."

Diese Zusammenstellung von ausländischen Juden, unter denen sich Schriftsteller, Gelehrte und angesehene Kaufleute befinden, mit Verbrechern und Zuhältern kann man nur als antisemitische Gemeinheit bezeichnen. Wenn ein Jude so frech wäre, ausländische Katholiken oder Protestanten mit Verbrechern auf eine Stufe zu stellen, dann würde sich mit Recht ein Sturm der Entrüstung dagegen erheben. Gibt es unter den Antisemiten und ihren konservativen Gönnern gar keine Männer mehr, die sich über eine solche schamlose Sprache empören? Jeder gebildete Mensch hält es für seine Pflicht, Ausländern gegenüber besonders höflich zu sein. Nun, Höflichkeit erwarten wir von unsern Antisemiten nicht mehr, aber etwas Anstand wäre doch wohl nicht zu viel verlangt. Herr Lattmann hat es im Reichstage mit Entrüstung zurückgewiesen, daß man seine Partei für die **Tonart Pücklers** verantwortlich macht. Dieser Ton seines Leibblattes aber ist nicht um ein Haar anständiger als der Pücklers und man kann hier nicht einmal geistige Krankheit als Milderungsgrund anführen. Vielleicht sieht sich Herr Lattmann, wenn es ihm Ernst ist, seine Partei zu einer anständigen machen zu wollen, sein Parteiorgan etwas genauer an. Die Heuchelei, das platte Land und die Provinzstädtchen als den Jungbrunnen deutscher Sittlichkeit hinzustellen, ist wenigstens politisch begreiflich, denn die antisemitischen Wahlkreise sind fast ausschließlich ländliche Wahlkreise und in den großen Städten haben sie bis jetzt wenig Glück gehabt. Daß man aber hier in einer so abscheulichen Weise die Juden hineinzerrt, geschieht wohl, um vor dem politischen Pöbel eine tiefe Verbeugung zu machen. Es hat sich im Grunde im Antisemitismus seit Ahlwardt und Pückler sehr wenig geändert. **Man ist wohl etwas klüger, aber nicht anständiger geworden.**

Das Organ der Mittelstands-Vereinigung, die „**Deutsche Volkspost**", hat seinen Verleger gewechselt. Jetziger Leiter ist der Vorsitzende der Schöneberger Ortsgruppe **Oskar Buchholz**, der bei der letzten Reichstagswahl bekanntlich Kandidat der Konservativen und Bündler in Liegnitz-Goldberg-Haynau war. Bezeichnend für die mangelnde Werbekraft der Zünftler ist, daß das erst vor Jahresfrist gegründete Blatt in der Zwischenzeit schon eine erhebliche textliche **Einschränkung** erfahren hat. Daß Herr Buchholz, dessen politische Gefolgschaft in Schöneberg bei den Kommunalwahlen eine Niederlage nach der andern erleidet, das Blatt wieder hoch bringen würde, werden wohl auch seine intimsten Freunde schwerlich glauben.

Zur Zusammensetzung der Wirtschaftlichen Vereinigung. In **Offenbach** haben sich die Reaktionäre aller Schattierungen zu einer **Ortsgruppe** der W. V. zusammengeschlossen. Nach dem Kasseler deutschsozialen Blatte sind in dem Vorstand folgende Parteien, Gruppen und „Richtungen" vertreten:

Christlichsoziale, Deutschsoziale, Deutschnationale Handlungsgehilfen, die christlichen Gewerkschaften, die konfessionellen (evangelischen) Arbeitervereine und die — Gemeinschaftsleute.

Der reine politische Ramschbazar!

Einen Steckbrief hat die Münchener Polizeibehörde hinter dem Verleger des antisemitischen Revolverblättchens „**Grobian**", Ant. Jos. **Leid** von dort, erlassen. L. hatte wegen Regentenbeleidigung 6 Monate 3 Tage Gefängnis erhalten und sich der Strafverbüßung durch die Flucht in die Schweiz entzogen.

Zu der Korrespondenz „Antisemitismus auf deutschen Hochschulen" (Vgl. Nr. 9 der „Mitteilungen"), in der unter anderem auch von einer angeblichen antisemitischen Erklärung des Vertreters eines akademischen Gesangvereins Straßburger Studenten die Rede ist, teilt der „Frankfurter Zeitung" der Studenten-Gesang-Verein Arion als zur Zeit der einzige Gesangverein an der Universität mit, daß sein Vertreter die ihm zugeschriebene Erklärung durchaus nicht abgegeben habe, und der Verein antisemitischen Bestrebungen vollkommen fern stehe.

Der Marburger Hochschulkonflikt ist auch im preußischen Abgeordnetenhause in der Abendsitzung vom 24. Februar besprochen worden. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg nahm bei der Beratung des Etats der Universität Marburg die Gelegenheit wahr, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, wie sie bereits von uns geschildert wurde. Vom Regierungstische antwortete ihm der Geheime Oberregierungsrat Tilmann. Er erklärte, die ganze Sache schwebe noch, da gegen das Disziplinarurteil Berufung eingelegt worden sei. Er könne also zur Zeit sich zu der Angelegenheit nicht äußern.

Vermischtes.

Antipolengesetz und Antijudengesetz. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt" in München, dessen Herausgeber, Wenng, Geschäftsführer des Bundes der Landwirte für Bayern ist, schreibt in seiner Nr. vom 1. März:

„Wenn man gegen die Polen Ausnahmegesetze machen kann, kann man sie auch gegen die Juden schaffen. Vielleicht wird von antisemitischer Seite einmal der Antrag eingebracht, das Vermögen unserer jüdischen Banken, Millionäre und Milliardäre zu expropriieren. Ein nationales Interesse läge dafür unstreitig in weit höherem Maße als bei dem Antipolengesetze vor."

Man sieht, mit dem sogenanntem „nationalen Interesse", wie es Antisemiten und Alldeutsche verstehen, läßt sich schließlich jede Art Gewaltpolitik „rechtfertigen."

Noch einmal die „Heimatsteuer". Herr Theodor Fritsch überrascht uns dadurch, daß er in seinem „Hammer" vom 1. März auf unsere Kritik seiner Heimatsteuer in Nr. 6 und 7 unseres Blattes reagiert. Er pflegt es nämlich sonst nicht zu tun. Wie die antisemitischen Studenten ihre Tapferkeit dadurch bekunden, daß sie den von ihnen beleidigten jüdischen Kommilitonen keine Genugtuung geben, so beweisen die antisemitischen „Gelehrten" ihre Größe dadurch, daß sie auf die ihnen nachgewiesenen Lügen, Fälschungen und Verleumdungen mit einem ebenso vornehmen wie mutigen Schweigen antworten. Als wir Herrn Fritsch vor einigen Monaten bewußte Fälschungen und tendenziöse Entstellungen in seinem „wissenschaftlichen" Handbuche vorgeworfen haben, ignorierte er es einfach. Kein Schriftsteller, der auf seine Ehre etwas hält, würde diese Vorwürfe ruhig hingenommen haben, der große Fritsch aber, der antisemitische Prophet und privilegierte Mittelstandsretter, schwieg bis heute. Diesesmal ist er so liebenswürdig, auf unsere Glosse zu antworten und das zeigt uns, daß er der Besserung nicht ganz unzugänglich ist. Seine Logik ist freilich noch nicht besser geworden. Er meint nämlich, daß man den Wert einer Idee am besten danach ermessen kann, wie sie von den Gegnern aufgenommen wird und daß das, was leidenschaftliche Gegnerschaft hervorruft, ganz besonders gut sein müss'. Nun hat wohl jeder, der im öffentlichen Leben steht, Gegner, die seine Ideen bekämpfen, folglich müßten also alle Ideen gut und gesund sein. Herr Fritsch gibt aber zu, daß auch seine nächsten Freunde, die Konservativen und Agrarier, die „deutschen Köpfe", dieser neuen Heimatsteuer keinen großen Geschmack abgewinnen. Herr Fritsch wird, wie wir fürchten, bald der große isolierte Unverstandene sein, der nur noch von der auserwählten „Hammergemeinde" ernst genommen wird.

Auf unsere Einwendungen in Nr. 6 der „Mitt." weiß Herr Fritsch nicht viel zu sagen. Wozu auch? Schon die Tatsache, daß wir diese Ideen ungerecht und unvernünftig finden, beweist ihm ja ihre Größe. Dagegen klammert er sich an unsere Bemerkung in Nr. 7 der „Mitt." daß die nach Amerika ausgewanderten Japaner und russischen Juden freiwillig ihre in der Heimat zurückgebliebenen Angehörigen nach Kräften unterstützen. Er schreibt:

„Also! Ist die Idee nun wirklich noch so ungeheuerlich, so kulturfeindlich, so reaktionär? Sollte das, was bei den Juden und Japanern sich so bewährt hat, nicht auch anderswo einzuführen sein? Warum nur eine vernünftige Idee, die sonst schon in der Welt in Wirksamkeit ist, nun auf einmal so furchtbar dumm und reaktionär erscheint, wenn der Deutsche sie in Anwendung bringen will!"

Wir meinen, daß es doch noch ein kleiner Unterschied ist, ob jemand freiwillig seine Angehörigen unterstützt oder ob er gezwungen wird, der Gemeinde, in der er zufällig geboren ist, eine Steuer zu zahlen. Kann Herr Fritsch diesen Unterschied wirklich nicht begreifen?

Die Abstammung Richard Wagners. Der „bürgerliche" Vater Richard Wagners war bekanntlich der Aktuarius bei den Leipziger Stadtgerichten: Karl Friedrich Wilhelm Wagner, gestorben zu Leipzig am 22. November 1813, geboren zu Leipzig am 18. Juni 1770 als Sohn des Obersteuereinnehmers Gottlieb Friedrich Wagner zu Leipzig († 1795) und der Johanna Sophie Eichel († 1814).

In der englischen „Jewish Chronicle" stand unlängst die, übrigens nicht neue, Behauptung, Richard Wagner habe nicht in diesem, seinem „bürgerlichen" Vater, dem Ehemann seiner Mutter, sondern in dem bekannten und begabten Schauspieler, Maler, Schriftsteller usw. Ludwig Heinrich Christian Geyer, dem Richard Wagners Mutter am 28. August 1814 zu Pötewitz die Hand zum zweiten Ehebunde reichte, und der auf alle Fälle auf den Bildungsgang des jungen Richard den allergrößten Einfluß ausgeübt, seinen Erzeuger zu erblicken gehabt.

Von dort ist die Angabe in einen großen Teil der europäischen Presse übergegangen. Hierzu bemerkt der bekannte Stammbaum-Forscher Dr. Stephan Kekule von Stradonitz:

„Eine Stelle bei Glasenapp (dem bekannten Biographen Wagners d. R.) läßt erkennen, daß Richard Wagner selbst mit dieser Möglichkeit gerechnet hat, und bei den nahen Beziehungen, in denen Glasenapp zum Hause Wahnfried steht, wird man sagen müssen, daß auch dort mit solcher Möglichkeit gerechnet wird.

Ob die Frage je mit Gewißheit beantwortet werden kann, steht dahin. Wichtig erscheint es, nunmehr auch die Ahnentafel Ludwig Geyers zum Gegenstande sorgsamer Nachforschungen zu machen, mit denen ich zurzeit beschäftigt bin, die aber gegenwärtig noch nicht abgeschlossen sind.

Von ihrem Ergebnis wird die Beantwortung der in mehr als einer Richtung bemerkenswerten Frage abhängen, die gleichfalls von der „Jewish Chronicle" bereits zum Gegenstande der Erörterung gemacht worden ist: ob Richard Wagner in seinen Adern jüdisches Blut gehabt hat oder nicht.

Von seiner mütterlichen Ahnenseite ist ihm keinesfalls ein Tropfen jüdischen Blutes überkommen.

Sein „bürgerlicher" Vater hatte gleichfalls erweislich keinen Tropfen jüdischen Blutes in den Adern.

Bei Ludwig Geyer glauben viele, wegen des y in seinem Namen und aus anderen Gründen, an jüdische Herkunft. Was ich darüber bisher ermittelt habe, spricht nicht für die Richtigkeit dieser Annahme. Doch ist ein Abschluß noch nicht erzielt. Familiengeschichtliche Forschungen sind mühsam und zeitraubend."

Der **Generalarzt a. D. Dr. Stein,** der am 31. Januar d. J. im Alter von 85 Jahren in Bayreuth verstorben ist, hat die Feldzüge der Jahre 1866 und 1870 mitgemacht und wurde durch die goldene Sanitätsmedaille und das eiserne Kreuz ausgezeichnet. Am Grabe gedachte Regimentskommandeur Freiherr von Haimendorf der hervorragenden Tätigkeit des Verstorbenen während seiner Dienstzeit, insonderheit während der Feldzüge der Jahre 1866 und 1870. Namens des Sanitätskorps wies Oberstabsarzt

Dr. Stöbaus auf die vorbildlichen Leistungen des Heimgegangenen hin. Bayern besaß vor Jahren nicht weniger als 16 jüdische Generalärzte im Generalrang. Von diesen 16 leben nach der „Deutschen Israelit. Ztg." jetzt nur noch vier, darunter Generalarzt Dr. Ullmann in Straßburg, Generalarzt Dr. Mahr und der Generalmajor Obermeyer. Vor kurzem verstarben außer Dr. Stein noch die Generalärzte Dr. Moritz Neuhöfer in München und Dr. Simon Kuznizky in Freiburg.

Für die Begnadigung Leopold Hilsners macht sich in angesehenen Kreisen Oesterreichs eine lebhafte Bewegung geltend. Zur Unterstützung dieser Aktion findet am 18. d. M. in Wien eine Versammlung statt, zu der ein Komitee einladet, das recht klangvolle Namen aus den Kreisen der Aristokratie, des höheren Beamtentums und der Wissenschaft aufweist. Das Referat wird Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Friedr. Elbogen erstatten.

Die wirtschaftliche Krise und die Fortschritte des Luxus. In der letzten Nummer des „März" veröffentlicht der bekannte italienische Nationalökonom Prof. Guglielmo Ferero ein fesselndes Essai über die kausalen Zusammenhänge der derzeitigen volkswirtschaftlichen Krise, das geeignet ist, manche von reaktionärer Seite genährten Vorurteile gründlich zu zerstören. Ferrero sagt u. a.:

„Die Krise, die über Europa und Nordamerika braust, entspringt teilweise aus einer sich rapid über die Weltteile verbreitenden ungesunden Neigung der Menschen: der Verschwendungssucht. Es wird heutzutage zuviel in der Welt ausgegeben und zu wenig gespart. Vor allem aus diesem Grunde folgt dem zum Teile sichtbaren Wohlstande der früheren Jahre die jetzige Zeit der Krisen.

Die moderne Welt hat den Begriff dessen, was die tatsächliche Zerstörung und die tatsächliche Erschaffung der Reichtümer bedeutet, so sehr verloren, daß sie sich fortwährend darüber wundert, daß die zerstörten Reichtümer nicht mehr da sind. Sie scheint zu glauben, daß sie von Rechts wegen noch da sein sollten. Wie viele Leute staunten und betrachteten es als unerklärliche Ueberraschung, daß die Welt heute so knapp bei Geld ist, mitten in den Wohlstandsillusionen, deren man sich noch vor sechs Monaten erfreute! Fast jedermann hat vergessen, daß von 1897—1907 sechs Kriege geführt wurden: zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Amerika und Spanien, Amerika auf den Philippinen, Europa in China, England in Transvaal und Rußland mit Japan, sechs Kriege, die mindestens 20 Milliarden Mk. gekostet haben. Wer wußte, daß dieser zerstörte Reichtum nicht mehr existiert und von neuem ersetzt werden muß, der erwartet eine Krise wie die jetzige als unvermeidliche Folge der riesenhaften Geldverschwendung auf so vielen Schlachtfeldern.

Schließlich kommt zu der Vermehrung der öffentlichen Ausgaben noch die persönliche Ausgabe hinzu, die vielleicht noch größer ist. Nicht nur ist die Bevölkerung beinahe in ganz Europa gewachsen, auch die Lebensansprüche aller Klassen haben sich bedeutend vermehrt.

Wir sprechen nicht von Nord- und Südamerika, wo die Menschen seit dem Ursprung ihrer Geschichte immer großzügig gelebt haben, aber auch in Europa, bei den Nationen, die seit Jahrhunderten an ein einfaches, sparsames Leben gewöhnt waren, wie in Italien, der Schweiz und in Deutschland, verbreiteten sich die Verschwendung und der Luxus sogar in den unteren Klassen, die man gewöhnlich „arm" nennt. Ich habe gelegentlich meiner jüngsten Reise in Südamerika bemerkt, daß dort viele Leute glauben, das Volk lebe in Europa noch so elend wie vor fünfzig Jahren, zufrieden mit einer Hütte und einem Stück Brot. Welch ein Irrtum.

In ganz Europa, in den Städten wie auf dem Lande, beansprucht das Volk größere und bequemere Behausungen, es will mehr und besser essen, will sich eleganter kleiden, gewöhnt sich daran, Likör zu trinken und zu rauchen. Durch die einfache Vermehrung der Konsumenten allein hätten so viele Industrieen in letzter Zeit nicht in so hohem Maße fortschreiten können. Die Ursache liegt darin, daß heute jedermann mehr konsumiert, als ein Mensch in gleicher Lebenslage vor einem halben Jahrhundert.

Die mittleren und höheren Klassen haben ihren Luxus natürlich noch mehr als das Volk vermehrt. Man findet heute nicht mehr, wie vor einem halben Jahrhundert, nur einige außerordentlich reiche Familien, die Millionen um sich sammeln; außerordentlich gewachsen ist die Zahl der Familien, die glanzvoll leben, umgeben von allen Bequemlichkeiten und allem Wohlbehagen, die die Industrie für Geld liefern kann.

Die Krise, die heute in der Welt wütet, beweist, daß das Wachsen zu schnell ging. Der Wunsch, mehr zu besitzen, um mehr konsumieren zu können, ist gerechtfertigt, aber mehr besitzen und mehr konsumieren, das ist nicht möglich, wenn der Reichtum nicht im entsprechenden Verhältnis wächst, deshalb ist es nötig, jedes Jahr einen Teil der geschaffenen Reichtümer nicht dazu zu verwenden, gegenwärtige Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen, sondern dazu, wieder neue Reichtümer zu schaffen, mit denen die Bedürfnisse und Wünsche der Zukunft gedeckt werden können. Das nenne ich Sparen und Kapitalisieren.

Viele Reichtümer werden heute in Festlichkeiten, in Schmuck, in Vergnügen, in kostbaren Kriegsmitteln, in politischen Abenteuern, in öffentlichem und privatem Luxus vergeudet, die besser dazu dienen würden, in verlassenen Gegenden Straßen zu bauen, noch brachliegendes Feld zu kultivieren, die Industrie zu heben, die neuen Generationen besser zu erziehen, die noch recht rohen Sitten eines recht großen Teiles der Menschheit zu verfeinern. Die jetzige Krise ist ein natürliches und heilsames Vorgehen der Dinge, das die Menschen mit Gewalt zwingt, zu tun, was sie aus Weisheit und Einsicht nicht von selbst zu tun imstande waren.

Die jetzige Krise war notwendig, um so notwendiger, als in den letzten zehn Jahren Europa und Amerika fast gänzlich vergaßen, daß die Sparsamkeit eine durchaus nötige Bedingung für wirtschaftlichen Fortschritt bedeutet. In der Welt von heute gibt es noch eine Nation, die mehr erspart, als sie für sich allein braucht, das ist Frankreich. Dank Frankreich und den immensen Kapitalien, die es angehäuft hat, wird die jetzige Krise weniger hart und weniger andauernd sein. Die Verschwender werden die Folgen ihrer Irrtümer weniger empfinden, und alle erkennen es heute als ein großes Glück für die moderne Zivilisation, daß mitten in der allgemeinen Verschwendung wenigstens eine Nation die Tugend der Sparsamkeit immer noch so hoch hielt. Und doch: seit einiger Zeit fing man sogar in Frankreich an, diese Sparsamkeit und die Traditionen und Sitten, die sie ermöglichen, beinahe als Laster zu betrachten. Man gewöhnte sich daran, im Gegensatze zu der Mäßigkeit, der Vorsicht, dem Spargeist, welche die Merkmale des französischen Bürgertums sowohl im Geschäft wie im Leben, bilden, den Glanz, die Freigebigkeit, den abenteuerlichen Geist der Nordamerikaner zu setzen.

Das ist an und für sich nicht befremdend. Die Verschwender liebten die Sparsamkeit immer nur wenig, wie die Sparsamen die Verschwender immer verachtet haben. Die Juden wurden früher so sehr gehaßt, weil sie vor allem zu sparen verstanden, und zwar gerade zu den Zeiten, wo die Aristokratie ihre Erbgüter toll vergeudete und sich mit Schulden belastete. Inmitten der allgemeinen Verschwendung mußte die sparsamste Nation Europas ungefähr wie seinerzeit die Juden beurteilt werden."

Briefkasten.

N. S. in B. Die verstorbene Pauline Lucca ist in Wien 1841 als das Kind jüdischer Eltern geboren worden. Wann sie zum Christentum übergetreten ist, wohl kaum noch mit Sicherheit festzustellen. Daß Bismarck sich mit einer geborenen Jüdin Lucca auf einem Bilde hat photographieren lassen, scheint besonders in christlichen pietistischen Kreisen großes Aergernis hervorgerufen zu haben; denn der Alt-Reichskanzler schrieb dann bekanntlich folgenden Entschuldigungsbrief an den geistlichen Herrn André v. Roman:

„Lieber André! Ueber die Lucca-Photographie würden vermutlich auch Sie weniger streng urteilen, wenn Sie wüßten, welchen Zufälligkeiten sie ihre Entstehung verdankt hat; außerdem ist die jetzige Frau v. Rhaden, wenn auch Sängerin, doch eine Dame, der man ebensowenig wie mir selbst jemals unerlaubte Beziehungen nachgesagt hat. Dessenungeachtet würde ich, wenn ich in dem ruhigen Augenblick das Aergernis erwogen hätte, welches viele und treue Freunde an diesem Scherz genommen haben, aus dem Bereiche des auf uns gerichteten Glases zurückgetreten sein. Sie sehen aus der Umständlichkeit, mit der ich Ihnen Auskunft gebe, daß ich Ihr Schreiben als ein wohlgemeintes auffasse, und mich in keiner Weise des Urteils Derer, die mit mir denselben Glauben bekennen, zu überheben strebe. Von Ihrer Freundschaft aber und von Ihrer eignen christlichen Erkenntnis erwarte ich, daß Sie den Urteilenden Vorsicht und Milde bei künftigen Gelegenheiten empfehlen, wir bedürfen deren Alle."

K. L. in N. Die Bemerkung hat wohl ihren Ursprung in einer biographischen Skizze Rahel Varnhagens aus der Feder der bekannten Frauenrechtlerin Ellen Key, die in dem Vorwort hinzuschreibt: „Meine Absicht war, ein charakteristisches Bild der größten Frau zu geben, die das Judentum hervorgebracht hat, für mich zugleich die größte Frau, die Deutschland seine Tochter nennen kann."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sammer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 11. Berlin, 11. März 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3676.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Antisemitische Zukunftsträume.

Es war stets ein besanderes Kennzeichen unserer antisemitischen Palitiker, daß sie, theoretisch wenigstens, Traum und Wirklichkeit nicht von einander zu trennen vermochten. Der Wunsch war bei ihnen immer der Vater des Gedankens und sie bauten gern Luftschlösser und malten das judenreine Paradies der Zukunft in allen möglichen Farben. Ja, oft vergaßen sie nicht nur die Wirklichkeit draußen, sandern auch ihre eigene Vergangenheit und sie redeten sich in Dinge hinein, die niemand ernstlich glaubte, — nicht einmal sie selber. Darin haben sie mit der Zeit große Fortschritte gemacht und mit jedem Tag treten sie anspruchsvaller und kühner auf. Es taucht var ihren Augen ein neues Zukunftsreich auf, originell und [illegible]ant, ohne festen Boden und ahne Konsequenz freilich, aber — ein Reich, in dem sie die alleinigen Herrscher sind. Und schan haben sie die Aemter und Würden in diesem Reiche verteilt und sie möchten, wie es scheint, beim deutschen Valke Hypatheken auf diesen Zukunftsstaat aufnehmen. Wenn man alle diese phantastischen Artikel liest, weiß man aft nicht, ob man sich mehr über die beispielslase Dreistigkeit aber über die grenzenlose Torheit, die sich darin kund gibt, wundern sall.

Schon im Reichstage war das Auftreten der Antisemiten in den letzten Wochen immer dreister und sie geberdeten sich oft, als wenn sie quantitatia und qualitativ die bedeutendste Partei in Deutschland wären. Ihre wirklichen Pläne und das eigentliche Ziel ihrer Wünsche verraten sie aber erst in ihrer Presse, wa sie keine Rücksichten zu nehmen brauchen und ihrem Herzen keine Schranken auferlegen. Ein Artikel der „*Deutsch-sazialen Blätter*“ ist dazu geeignet, salche, die nach immer nicht das wahre Gesicht des Antisemitismus sehen wollen, über die letzten Ziele dieser privilegierten Stützen des Reiches aufzuklären. Dieser Artikel wünscht eine *Scheidung der Geister* nach der Richtung, daß die liberalen und radikalen Elemente immer mehr nach links, die kanservativen und halbliberalen sich ganz nach rechts entwickeln. Sa würde eine Parteigruppierung van zwei Hemisphären entstehen, in deren einer die Sazialdemokratie, in der andern der Antisemitismus die Führung übernehme. Im *heutigen Antisemitismus* ist nämlich nach der Ansicht des Verfassers die *Paarung konservativen und liberalen Geistes* bereits vallzogen. Er schreibt:

> „Heute allerdings sind erst wir die einzige Partei, durch deren Programm gleichmäßig ein kanservativer und ein liberaler Faden gezogen ist Fast genau je zur Hälfte sind unsere Forderungen bewahrsamen (konservativen) Charakters und freiheitlicher (liberaler) Art.
>
> Am guten Alten getreulich halten!
>
> ist eine schöne Gesinnung, weil sie durch die Pietät uns mit den Varfahren und der Vergangenheit verbindet, durch die wir gewarden sind, was wir heute sind. Aber auch
>
> am schönen Neuen sich herzlich freuen!
>
> ist dem ersten Spruch innerlich gleichwertig und ergänzt ihn eigentlich nur. Denn erst dann arbeiten wir für die Zukunft und unsere Nachkammen, wenn wir affenen Auges den Forderungen des Tages gerecht zu werden versuchen.“

Nun, etwas wunderlich sieht diese illegitime Paarung freilich aus und befruchtend hat sie bis heute nur nach der reaktianären Seite gewirkt. Es geht den Antisemiten hier wie dem klugen häßlichen Bauer, der sich eine schöne dumme Frau wählte, in der Hoffnung, daß die Kinder dann so klug wie er und sa schön wie seine Frau geraten würden. In Wirklichkeit aber wurden dann die Kinder so häßlich wie er und sa dumm wie seine Frau. Die Antisemiten nehmen auch alles Schlechte und Kranke von beiden Richtungen, daher sind die Pradukte ebenso häßlich wie dumm. Uns ist übrigens auch nicht eine einzige antisemitische Forderung bekannt, die in liberalem Geiste wäre. Freilich, unsere Antisemiten springen mit dem Begriff *liberal* ebenso um, wie mit den Begriffen *patriotisch* und *natianal*. Sie nehmen die äußere Hülle und füllen sie mit einem fremden Geiste. Ja, was sind die alten Begriffe? Doch nur Trugschlüssel oder jüdische Sophismen! Liberal und kanservativ haben ja nur die schlauen Semiten künstlich zu Gegensätzen zugespitzt. Wahrscheinlich sind auch die Juden daran schuld, daß schwarz und weiß, bitter und süß, kalt und warm, dumm und klug als Gegensätze gelten. Unser Autor schreibt:

> „Es ist, wie H. v. Pfister einmal schrieb, nur der Einfluß eines fremden Geistes, der die im deutschen Wesen liegenden konservativen und liberalen Gedanken zu einem unversöhnlichen Gegensatz aufpeitscht. Auch in diesem Punkt ist alsa der deutschsoziale Hebel an der richtigen Stelle eingesetzt: der Jude muß aus dem politischen Leben unseres Vaterlandes entfernt werden.“

Also, der Jude muß aus dem Leben oder wenigstens aus dem palitischen Leben entfernt werden, dann ist die Basis für eine graßzügige Politik gegeben, in der alle Gegensätze ausgeglichen werden und alle Unterschiebe ganz verschwinden. Ja, unsere Antisemiten sind nicht unversöhnlich, sie würden sogar den bösen Freisinnigen die Bruderhand reichen, nur müßten sie sich freilich dankbar zeigen und aufhören freisinnig zu sein. Das ist doch ein sehr billiges Verlangen. Sie würden ihnen, die sie als Judenknechte und Vaterlandsverräter stets mit bitterem Hohne behandelt haben, sogar die Epitheta Patrioten und nationale Deutsche, über die natürlich sie allein zu bestimmen haben, graßmütig zuerkennen. Nur müßten die Freisinnigen durch einen kräftigen Antisemitismus zeigen, daß sie sich wirklich zu der einzigen Heilslehre bekehrt haben. Es scheint überhaupt, von den Juden abgesehen,

in der Politik und in der Ideenwelt Deutschlands gar keine divergierenden Punkte zu geben. Denn der Mantel des Antisemitismus deckt alles liebevoll zu. Unser Gewährsmann versichert:

„Wenn der Liberalismus den Juden den Laufpaß erteilt, dann geht auch das ihn jetzt ausschließlich beherrschende Interesse für Handel und Börse durch die Lappen. In dem Augenblick hätten wir mit ihm ebenso viele Berührungspunkte wie mit der konservativen Rechten."

Ja, er geht in seiner Opferfreudigkeit noch weiter:

„Wir würden tatsächlich einsichtig genug sein, selbst Parteiprogrammpunkte abzuändern, wenn die Erfahrung uns lehrt, daß sie auf Irrtum begründet waren."

Weiter kann man tatsächlich in der Zuvorkommenheit nicht gehen. Und was unsere Antisemiten in ihrer Bescheidenheit verschweigen, möchten wir noch hinzufügen. Sie würden jedes mögliche und unmögliche Programm akzeptieren, wenn es nur nicht von Fortschrittsideen angekränkelt ist und wenn ein recht kräftiger Antisemitismus darin zum Ausdruck kommt. Denn alle Ideen und Sprüche sind ja für sie nur äußere Dekorationen, die Hauptsache ist und bleibt der Judenhaß, der die antisemitische Politik erzeugt hat und der ihr Lebenselement ist. Das höchste Ziel, das allen Antisemiten vorschwebt, ist die Drangsalierung der Juden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jedes, aber auch jedes Mittel gut genug. Programme, Parteiprinzipien, — das sind alles nur Lockmittel für die Dummen, die Hauptsache ist, daß man dem heißersehnten Ziele näher kommt, auf welchem Wege, — darauf kommt es weniger an.

Nun gibt es freilich zwischen den erträumten zwei großen Parteien noch eine große politische Masse, das Zentrum, aber auch dieser Umstand bereitet unseren kühnen Zukunftspolitikern kein Kopfzerbrechen. Sie denken sich die Sache ganz einfach: auch im Zentrum wird sich diese Scheidung der Geister vollziehen, die demokratischen Elemente werden sich zum linken Flügel und die reaktionären Geister natürlich zu ihnen schlagen. Ist dieser Prozeß durchgeführt, dann beginnt die große Schlacht zwischen den beiden einander feindlichen Parteien, und da die Antisemiten die ewigen Sieger sind, so kann schließlich der Ausgang nicht zweifelhaft sein, namentlich wenn sie sich der Hilfe aller bürgerlichen Kreise und der Regierung gesichert haben. Dann erst wird die geniale Politik eines Liebermann von Sonnenberg einsetzen und den Himmel auf Erden hervorzaubern. Dann schwindet alles Uebel, das doch schließlich nur von den Juden stammt und es beginnt eine Zeit wahrer Glückseligkeit für alle Bürger.

Der Antisemitismus vertraut auf seine große Kraft, daß er diese Aufgabe zum Heile aller Germanen lösen wird. Unser Autor ist von einem fröhlichen Optimismus beseelt. Er schreibt:

„Unser Kampf gegen den Freisinn bezweckt in erster Reihe, eine Besserung bei ihm zu erzielen. In nationaler Hinsicht ist das unbestreitbar schon eingetreten, wer wollte behaupten, daß ein Gleiches nicht auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete möglich ist? Herr Dr. Wiemer wird ungläubig lächeln, aber trotzdem gilt es, wenn wir sagen: Weil ich dich liebe, deshalb strafe ich dich."

Allerdings scheint heute in den freisinnigen Kreisen das Verständnis für die große selbstlose Liebe der Antisemiten noch zu fehlen. Manche glauben sogar, daß diese Liebe der Liebe des Raubtieres zu seinem Opfer verzweifelt ähnlich sieht. Ja, die Antisemiten werden eben immer noch in ihren edelsten Absichten verkannt. Im Grunde lieben sie ja auch die Juden und nur aus Liebe möchten sie sie so gern züchtigen. Aber diese undankbaren Juden können eben keine große Liebe vertragen und sie wehren sich gegen diese so gut gemeinte Züchtigung. Es ist die Tragik des Antisemitismus, das man, um seine Ideale zu verstehen, mit einem antisemitischen Gehirn ausgestattet sein muß. Aber wer Großes erstrebt, kann eben warten. Der Antisemitismus und seine Führer nehmen diese schnöde Verkennung mit in Kauf, weil sie das stolze Bewußtsein in der Brust tragen, die alleinigen Retter des Volkes zu sein. Bescheiden drückt das unser bahnbrechender Politiker aus:

„Vorläufig werden die ihrer Zeit etwas Voraufgeeilten das Schicksal aller Bahnbrecher zu teilen haben: Widerstreben von rechts und links. Der einen Seite ist der besonnene freiheitliche Faden ein Aergernis, die andere Seite scheut vor dem vernünftig bewahrsamen konservativen Teil zurück. Und doch ist eins sicher: der gesunde Menschenverstand ist auch in der politischen Entwickelung nicht aufzuhalten. Die Partei der Zukunft wird vielleicht nicht den Namen, dafür aber sicherlich deutschnationale Gesichtszüge tragen, denn sie ist das Kennzeichen des wahren Fortschritts."

So wissen wir es nun, die Zukunft gehört einzig und allein den Antisemiten, denn sie wandeln im Lichte des wahren Fortschrittes, sie sind konservativ und liberal, alt und modern, frei und fromm zugleich und sie vereinigen alle möglichen Tugenden in sich. Wer sich dieser Erkenntnis verschließt, ist eben Jude oder Judenknecht. Uns, die wir uns berufsmäßig mit all den Wegen und Zielen des Antisemitismus befassen, war freilich diese Tatsache nicht neu, denn wir kennen die antisemitische Weltanschauung und wissen, wohin ihr Wünschen und Sehnen zieht. Es mag aber für viele doch interessant sein, einen Einblick in das antisemitische Zukunftsreich zu gewinnen. Vor allem dürfte es für manche Liberale, die glauben, gemeinsam mit den Antisemiten Politik treiben und wenigstens in vielen Fragen mit ihnen zusammengehen zu können, lehrreich sein, die Pläne dieser politischen Hochstapler kennen zu erlernen. Vielleicht sieht man endlich doch ein, daß die ganze Taktik dieser geriebenen politischen Schacherer nur dahin geht, die Köpfe zu verwirren, um im Trüben fischen zu können.

Eine reinliche Scheidung der Geister tut heute mehr als je not, freilich — in einem andern Sinne, als unsere Antisemiten sie wünschen. Es tut bitter not, daß der Liberalismus die Augen offen hält und endlich einsieht, wohin der Weg führt. Ob der heutige Block von langer Dauer sein wird, ist mehr als fraglich, aber wie für alle Länder Westeuropas wird auch für Deutschland bald die Zeit kommen, wo der Liberalismus berufen sein wird, eine praktische positive Politik zu treiben und die innere Entwickelung des Reiches im Geiste des Fortschritts zu beeinflussen. Möge diese Zeit einen in sich gestärkten, zielbewußten Liberalismus finden, der seiner großen Aufgabe gewachsen ist! Die Reaktion kann im 20. Jahrhundert nicht für die Dauer die leitende Macht in einem geistig so hoch entwickelten Reiche wie Deutschland bilden. Die Entwickelung ist stärker als alle künstlichen Hindernisse, sie wird den ihr von der Geschichte und vom modernen Geiste vorgeschriebenen Weg weiter wandeln. Mögen die großen Ideen des Fortschritts dann große Männer finden, die ihnen Leben verleihen!

Die Juden als „Christenhasser".

Von jüdischer Seite wird uns geschrieben:

Unter der Ueberschrift „Wie Israel wider den Stachel löckt" bringen die „Deutschsozialen Blätter" in ihrer letzten Nummer vom 29. Februar einen der Missionszeitschrift „Zionsfreund" entnommenen Artikel, der sich mit dem Schulwesen in Amerika befaßt. Wir vermögen nicht zu sagen, ob die geschmackvolle Ueberschrift ebenfalls der Missionszeitschrift entlehnt oder eigenes Fabrikat des Hamburger Blättchens ist. Aber der Artikel geht von so falschen Voraussetzungen aus und gelangt zu so schiefen Urteilen, daß uns eine Widerlegung dringend geboten scheint. Der Artikel verzeichnet die richtige Tatsache, daß der Vorsitzende des Komitees für den öffentlichen Elementarunterricht, ein jüdisches Mitglied der New Yorker Schulbehörde,

vor einiger Zeit beantragte, daß aus den Rezitationen und Liedern der öffentlichen Schulen alle Anspielungen auf die Geburt und den Tod Christi weggelassen werden. Wenn aber daraus gefolgert wird, daß die Juden Christenfeinde sind, so ist das ungerecht und töricht. Die Tatsache, daß angesehene christliche Prediger warm für die Forderung der Juden eintraten, kann jeden davon überzeugen, daß das Verlangen der Juden kein ungerechtes war. Nirgends ist so viel wahre Toleranz zu finden, wie in Amerika, und es ist begreiflich, daß die Juden, die im Laufe der Geschichte so viel durch die Unduldsamkeit gelitten haben, die begeistertsten Verfechter der Idee der Versöhnung aller Religionen sind. In der Tat verkehren in den meisten Städten Amerikas die jüdischen Geistlichen freundschaftlich mit ihren christlichen Amtsgenossen und es ist schon oft, wie den Lesern der „Mitt." aus den Amerikanischen Briefen bekannt ist, vorgekommen, daß jüdische Gemeinden ihre Synagoge einer protestantischen Gemeinde für eine lange Zeit als Betsaal überlassen haben. Von einer Aversion gegen das Christentum kann also nicht die Rede sein. Der wahre Sachverhalt ist folgender:

In Amerika sind die öffentlichen Schulen nicht nur dem Namen nach, sondern auch de facto Simultanschulen, d. h. sie zielen dahin, einheitliche freie Bürger und sittliche Kulturmenschen zu erziehen und überlassen alles Konfessionelle, also auch den Religionsunterricht, den Eltern. Nun hat es sich aber in letzter Zeit gezeigt, daß manche Lehrer gegen den Geist der Schule durch Hintertüren den konfessionellen Charakter einzuschmuggeln suchen und die Kinder Lieder und Gedichte christlich-religiösen Inhalts in der Schule vortragen ließen. Daß sich die jüdischen Eltern dagegen wehrten, ist sehr begreiflich. Die christlichen Eltern würden es sich ja auch nicht gefallen lassen, wenn man ihre Kinder zwingen würde, jüdisch-religiöse Lieder zu singen. In einer freien Schule muß jeder Gewissenszwang und jede unberechtigte Beeinflussung vermieden werden. Die amerikanischen Juden gönnen den Christen jede Freiheit, aber ihre eigenen Kinder wollen sie eben nicht christlich erzogen wissen. Daß die Schulbehörden, die doch wohl nicht christenfeindlich sind, dieses Verlangen als berechtigt ansahen, beweist ja, daß die Juden nichts Ungeheuerliches verlangt haben.

In dem Artikel der Missionszeitschrift heißt es:

„Damit haben die Juden Amerikas das Signal für einen Kreuzzug gegeben, der durchs ganze Land hin eröffnet werden soll. Sie wollen alle Anklänge an das Christentum aus der öffentlichen Schule für immer ausmerzen."

Das ist eine tendenziöse Schilderung, die der Dichtung viel näher als der Wahrheit ist. Wenn man seine Freiheit wahrt und den Charakter der modernen Schule verteidigt, so ist das kein Kreuzzug und keine Engherzigkeit. Würde unser Artikelschreiber etwa dafür eintreten, daß evangelischen Kindern das Papsttum als heilige Einrichtung gelehrt wird, oder daß man vor katholischen Kindern Martin Luther verherrlicht? D. Eltern haben das gute Recht zu verlangen, daß ihren Kindern die Religion ihrer Väter erhalten bleibt und daß in der Schule nichts gelehrt werde, was ihre religiösen Gefühle verletzen könnte.

Unser Autor schreibt weiter:

„Die von den Juden gestellte Forderung verlangt, daß jeder Hinweis auf das Christentum und jede Erwähnung des Namens Christi auf den verbotenen Index gesetzt wird. Unter der Bezeichnung „Schulunterhaltungen im Winter" verstehen sie das dem Christen heilig und teuer gewordene Weihnachtsfest und jedenfalls wäre es diesen Leuten lieber, wenn man dasselbe mit dem Ausdruck „Saturnalia" bezeichnen würde, denn sie wollen lieber an den heidnischen Gott „Saturn" als an Christum erinnert werden. Wenn sie nicht ertragen können, daß eine Lehrerin gelegentlich in offizieller Weise ein christliches Lied singen läßt, so ist es um die jüdische Sache schlecht bestellt. Sie können sich dem christlichen Einfluß nicht entziehen und ihre Kinder werden auf Schritt und Tritt vor Weihnachten wochenlang an das Christfest erinnert, denn Handel und Industrie dreht sich im Monat Dezember im großen Maße um das Christkind. Es steht einem Juden, der der Verfolgung entronnen ist und unter dem Schutz einer mächtigen christlichen Nation alle Rechte und Freiheiten des Bürgers genießt, schlecht an, diese Wohltaten zu vergessen und sich zum Verfolger Andersdenkender aufzuwerfen."

Das ist — milde gesagt — ein Unsinn. Das Judentum steht dem Heidentum ebenso fern wie das Christentum. Es liegt den Juden jeder Christenhaß fern, aber sie sind der Ansicht, daß christliche Unterhaltungen in die christliche Familie und in den christlichen Religionsunterricht gehören, aber nicht in die Simultanschule. Es ist auch ein Unsinn, von einer christlichen Nation in diesem Zusammenhange zu sprechen. Der amerikanische Staat ist kein christlicher Staat und will auch keiner sein. Er ist ein moderner Kulturstaat und damit ist die Richtung für seine Politik und sein Erziehungswesen gegeben. Die eingewanderten Juden sind dankbar für die Freiheit, die sie in Amerika genießen, und sind treue Bürger ihres neuen Vaterlandes. Das haben sie im Kriege gegen Spanien bewiesen und das beweisen sie im Frieden durch ihre freudige Teilnahme an allen sozialen und kulturellen Werken. Sie würden aber der Sittlichkeit einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie auf ihre Religion verzichteten und zu Heuchlern würden. Es scheint aber, daß die Herren in der Judenmission mit einer andern Logik denken und daß ihnen jeder Standpunkt, der nicht der ihrige ist, unverständlich ist.

Der Artikel schließt:

„Wird es ihnen gelingen, „das Christkind" zu verbannen? Herodes hat es versucht, und schon vorher hatte das Kindlein „keinen Raum gefunden in der Herberge". Die Juden haben den Herrn ans Kreuz geschlagen, und das Volk hat gerufen: „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder!" Das hat sich in schrecklicher Weise erfüllt. Noch jetzt schmachtet dieses Volk unter dem Druck des Fluches, den es auf sich herabgeschworen hat."

Diese Sätze klingen wahrlich nicht nach Toleranz und auch nicht nach Humanität. Nicht die Juden haben Christus hingerichtet, sondern die Römer, die Juden kannten die Kreuzigung überhaupt nicht. Aber selbst wenn die Juden Christus hingerichtet hätten, so wäre es gewiß nicht im Sinne seiner milden Lehre, daß ihre Nachkommen noch nach 2000 Jahren vom Fluche verfolgt werden. Es ist sehr bequem, aber weder gerecht noch mutig, ein Volk zu bedrängen und dann zu behaupten, daß es Gottes Fluch ist. Auch die Armenier, die gute Christen sind, werden verfolgt und gar viele Völkerschaften leiden unter dem Vorurteil der Menschen. Wir würden es aber als Blasphemie betrachten, Gott für solche unmenschliche Dinge verantwortlich zu machen. Diejenigen, die sich über die Intoleranz der Juden beklagen, sollten in erster Reihe selber das Beispiel wahrer Toleranz geben und sich als gerecht und milde in ihrem Urteile erweisen.

Europa schweigt.

Oesterreich will ein ihm im Berliner Vertrag von dem vereinigten Europa eingeräumtes Recht benutzen und eine Eisenbahn bauen, die aus wirtschaftlichen wie aus kulturellen Gründen, ja, in anbetracht daß Eisenbahnen viel mehr und schneller als Wissenschaft und alle neun Musen zur Milderung der Sitten beitragen, und die sich gegenseitig ausplündernden und abschlachtenden Völkerschaften in Mazedonien eine Milderung ihrer Sitten gar sehr nötig haben, aus rein menschlichen Gründen ungemein erwünscht sein müßte, und halb Europa entrüstet sich und setzt eine kriegerische Miene auf, so daß eine Zeit lang ernstliche Kriegsbefürchtungen gehegt wurden. Vielleicht wäre es auch wirklich zu einem Kriege gekommen, weil Oesterreich sich anschickt, eine Bestimmung des Berliner Vertrages auszuführen, wenn nicht Rußland in letzter Zeit die Erfahrung gemacht hätte, daß Kriege ein gar gefährlich Ding sind und nur geeignet, russische Großfürsten und Generale sowie Admirale arg zu kompromittieren.

Rumänien erfüllt eine ihm in demselben Berliner Vertrage und von demselben vereinigten Europa auferlegte Pflicht nicht, und ganz Europa rührt sich nicht, schweigt dazu in sämtlichen europäischen Sprachen. Daraus könnte, ja müßte eigentlich der Schluß gezogen werden, daß es ganz unnötig, ja gefährlich sei, Bestimmungen des Berliner Vertrages auszuführen, daß der Berliner Vertrag zerrissen ist.

Aber Rumänien tut mehr als blos den Berliner Vertrag ignorieren. Das kleine Land, das dem Berliner Vertrag und dem vereinigten Europa seine Unabhängigkeit verdankt, verhöhnt dieses selbe vereinigte Europa, dreht ihm seit drei Jahrzehnten beständig eine Nase. Und dazu schweigt Europa.

In jenem Berliner Vertrage ist Rumänien verpflichtet worden, den Juden das Bürgerrecht zu gewähren. Und seit den dreißig Jahren, die dieser Vertrag besteht, hat Rumänien ganzen fünfundzwanzig Juden das Bürgerrecht verliehen. Die übrigen im Lande lebenden etlichen hunderttausend Juden sind in dem Lande ihrer Geburt, in dem Lande, in welchem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten leben, gelebt und gelitten haben, „Fremde". Wo diese „Fremden" nicht fremd sind, das vermag kein rumänischer oder nichtrumänischer Staatsmann zu sagen. Die sind die Entwurzeltsten, die es jemals in der Weltgeschichte gegeben hat. Wäre der Gedanke, eine im Lande seit Jahrhunderten lebende und nirgends anderswo heimalberechtigte Bevölkerung als fremd zu erklären, nicht gar so dumm, man wär' versucht, ihn „verwünscht gescheit" zu nennen, das heißt vom spitzbübischen Standpunkt. Er läßt sich so ungemein schön ausnützen, wenn man ein robustes Gewissen hat. Und die rumänischen Minister, gleichviel ob sie konservativ sind oder liberal sich nennen, sind mit einem solchen ganz besonders ausgestattet. Vor kurzem erst hat die jetzt angeblich liberale rumänische Regierung den Teufelsgedanken zu einem niederträchtigen Streich ausgenutzt. Sie hat ein Gesetz erlassen, daß Fremde keine Schankwirtschaft halten dürfen. Nichts Antisemitisches darin, nicht wahr? Da aber die Juden als Fremde gelten, so müssen die 2500 Juden, die Schankwirtschaften haben, diese aufgeben. Das Gesetz ist, wenn auch noch nicht nominell, so ausschließlich gegen Juden gerichtet. Denn daß Ausländer eigens nach Rumänien gehen würden, wenigstens in einigermaßen in Betracht kommender Zahl, um dort Schankwirtschaften zu eröffnen, das ist kaum anzunehmen. Aber dieses so harmlos scheinende Gesetz hat eine noch größere Tragweite. In den kleinen Städten und Flecken Rumäniens ist der Schankwirt gleichzeitig der „Kaufmann", d. h. derjenige, der alle möglichen Bedarfsartikel feilhält. Er kann weder von der Schankwirtschaft allein, noch von seinem Kaufmannsladen allein leben. Das Gesetz, von dem hier die Rede ist, verbietet also tatsächlich, ohne das es direkt gesagt ist, den Juden das Handelsgeschäft, macht also die 2500 jüdischen Familien brotlos.

Nun muß man sich noch die anderen Beschränkungen ins Gedächtnis zurückrufen, denen in letzter Zeit die rumänischen Juden unterworfen worden sind. In den Fabriken darf nur höchstens der dritte Teil aller in ihnen Beschäftigten Juden sein. Selbst in den industriellen Etablissements, die sich im Besitz von Juden befinden, darf nur der dritte Teil aller Angestellten Juden sein. Jüdische Studenten dürfen nicht in den Kliniken studieren, und wenn sie ihre medizinischen Studien vollendet haben, werden sie an der Ausübung ihres medizinischen Berufs gehindert. Jetzt agitiert auch Professor Cuza von der Universität Jassy, daß die Juden von der Presse ausgeschlossen werden, weil die jüdischen Journalisten angeblich Rumänien verleumden, daß es die Juden unterdrücke, was doch ganz und gar nicht der Fall sei. Bis zu einem gewissen Grade hat der gute Mann ja auch Recht, denn die rumänischen Gesetze sind ja fast immer nur gegen die Fremden gerichtet, selten auch nominell gegen die Juden.

Nun fragen wir: Steht alles dies im Einklang mit dem Berliner Vertrag? Darf Europa diese Verhöhnung seines feierlich unterzeichneten wichtigen Vertrages sich gefallen lassen? Macht es sich nicht zum Mitschuldigen Rumäniens an diesem Kontraktbruch? Was kann es einwenden, wenn andere Mächte auch Verträge zerreißen? Was hätte es zu entgegnen, wenn Rußland den die Alandsinseln betreffenden Annex zum Pariser Vertrag in Stücke risse? Sind unter solchen Umständen die internationalen Verträge auch nur das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind?

Die sonstigen Ausreden, mit denen Europa sein sich bei Mißständen regendes Gewissen beschwichtigt, daß man nämlich sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates nicht einmischen dürfe, fallen doch einem feierlichen Vertrage gegenüber fort. Abgesehen davon, daß der Grundsatz der Nichteinmischung auch nicht immer aufrecht erhalten werden kann. Wir anerkennen, daß unser Nachbar Herr in seinem Hause sein muß. Wenn er aber in seinem Hause den Nachbarhäusern schädliche Dinge vornimmt, dann haben Staat, Polizei, Gemeinde und eventuell die Nachbarn selbst nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darauf zu bringen, daß dem ein Ziel gesetzt wird. Und das geschieht auch. Wir möchten einmal sehen, was die Nachbarländer selbst Rußlands dazu sagen und was sie tun würden, wenn dieses alle hygienischen Gesetze verspottend die ins Ausland gehenden Flüsse durch Choleradazillen vergiften ließe oder sonst etwas duldete was den Nachbarländern Gefahr drohte.

Die Behandlung der Juden in Rumänien bildet abgesehen von ihrer Vertragswidrigkeit eine Gefahr für die angrenzenden Länder. Die rumänische Polizei ist in der Lage nach rumänischen Gesetzen jeden Juden, auch wenn er in Rumänien geboren ist, auszuweisen. Kein Land ist verpflichtet, diese Juden, die, wenn schon in Rumänien, dann in anderen Ländern doch gewiß Ausländer sind, aufzunehmen. Was geschieht dann?

Wir in Deutschland anerkennen Gott sei Dank die Pflicht, selbst in dem Neger das Menschenantlitz zu ehren und ihn als Mensch zu behandeln, ihm gewisse Menschenrechte zu lassen. Die zahlreichen Proteste gegen die Behandlung der Neger im Kongostaate sind der Hauptgrund, daß König Leopold sich hat entschließen müssen, diesen Staat an Belgien abzutreten. Sind die Juden in Rumänien weniger wert als die barbarischen Neger? Hat Europa infolge des Berliner Vertrages den rumänischen Juden gegenüber nicht mindestens ebensolche Pflichten wie den Kongonegern gegenüber infolge der Beschlüsse der Berliner Kongokonferenz?

Warum schweigt Europa zu der vertragswidrigen Behandlung der rumänischen Juden? Etwa weil Rumänien ein christliches Land ist, weil ein Hohenzoller es als König regiert und eine deutsche Fürstin, eine Dichterin, seinen Thron teilt?

Wie Gesetze nicht ungestraft von Individuen verletzt werden dürfen, so dürfen Verträge nicht ungestraft von Völkern mißachtet werden. Die Nemesis bleibt nie aus. Rumänien gegenüber hat Europa das Recht nicht nur, sondern auch die heilige Pflicht, entschieden zu verlangen, daß es nicht ferner menschliches und göttliches Recht verletze und Individuen und Völkern ein im höchsten Grade verderbliches Beispiel gebe.

Zur Erneuerung des deutschen Studententums.

Unter diesem Titel hat Wilhelm Ohr, der eine der treibenden Kräfte in den neu gegründeten freistudentischen Vereinen ist, eine kleine Broschüre (Bavaria-Verlag, München 1908) herausgegeben, in der eine freimütige Kritik an den Gebresten des neuzeitlichen deutschen Studententums geübt wird. Wer möchte dem Verfasser nicht zustimmen, wenn er den „modernen" Durchschnitts-Studenten also schildert:

„Er trinkt sein Bier, ist völlig davon überzeugt, daß alles auf patente Kleider und forsches Benehmen ankommt, vertändelt seine Zeit mit den läppischsten Dingen der Welt, vermeidet ängstlich den Verkehr mit anderen Leuten, die nicht zu seinem engeren Kreise gehören, und wenn sein Stündlein gekommen ist, paukt er sich das allernötigste Examenswissen ein und tritt dann ins Leben hinaus, — eine taube Nuß, die zwar gelernt hat, wie man Vorgesetzten gegenüber sich benimmt, aber keine Ahnung vom modernen Leben besitzt. Ja, noch mehr! Die eitlen Gecken sind meist bis zum Halse mit den rückständigsten Vorurteilen angefüllt, sie bringen ein fertiges Schema mit, nach dem sie das Leben messen, das Schema der „Gesinnungstüchtigkeit", bei der man Karriere macht und seinen Bauch füllt. Es ist nichts anders: Der deutsche Student, dem während mehrerer Jahre im empfänglichsten Lebensalter die ganze Fülle der modernen Kultur zum Genusse dargeboten wird, während andere Schichten sich diesen Gütern sehnend entgegenstrecken, er ist selbst in nur allzu vielen Fällen eines der unmodernsten, im eigentlichsten Sinne des Wortes ungebildetsten Elemente des deutschen Volkes. Das ist freilich ein Gedanke, an dem man innerlich ersticken kann, aber wer darf mich Lügen strafen?"

Ohr greift aus der Fülle der studentischen Zeit- und Streitfragen einige besonders aktuelle Kapitel heraus und formuliert daraus Leitsätze für die Erneuerung des deutschen Studententums. Von besonderem Interesse für uns ist seine Definition des Wortes „national"; er sagt darüber u. a.:

„Nun hat leider das Wort „national" dank der agitatorischen Tätigkeit des Vereins Deutscher Studenten auf akademischem Boden vielfach den Beigeschmack des Antisemitismus erhalten. Daher ist es nötig zu betonen, daß für uns das Wort „national" seinen alten liberalen Sinn behalten hat, den es seit den Tagen der Freiheitskriege bis zu dem Augenblick gehabt, da der Rassenbegriff der Jugend die Augen zu blenden begann. National sein heißt auf dem Boden des 1871 begründeten Reiches stehen, denn dieses Reich ist die Grundlage unseres Hochschulwesens. National wirken heißt dafür sorgen, daß dieses Reich im Konkurrenzkampfe der Weltmächte siegreich seinen Platz behaupte, daß es fortschreite auf der Grundlage freiheitlicher Kultur und im Innern möglichst einig sei. Antinational wirkt also der, der im Innern die Fackel der Zwietracht ansteckt, der die Volksgenossen gegeneinander hetzt und aus der unserer grünen Erde entsprossenen Vaterlandsliebe einen innerlich hohlen, dynastischen Hurrahpatriotismus macht. Das gilt auch auf akademischem Boden! Wer die protestantischen Kommilitonen gegen die katholischen, die arischen gegen die semitischen hetzt, der handelt gegen das nationale Interesse. Wer aber wie die freie Studentenschaft alle Gegensätze auf breiter Basis zu vereinter Arbeit zusammenbringt, wer über alle religiösen, politischen und gesellschaftlichen Unterschiede hinweg auf die großen, allgemeinen Interessen der Studentenschaft verweist, der erzieht die Jugend im nationalen Sinne. Denn nichts ist nötiger für unser deutsches Volk als Konzentration aller Kräfte auf die großen, allgemeinen Ziele, die uns das Zeitalter des Industrialismus steckt, und nichts ist uns verderblicher als die innere Zerrissenheit, der Parteizank und die ohnmächtige Konfessionsnörgelei!"

Auf denselben Ton echter Toleranz und vornehmer Erfassung der studentischen Pflichten ist Nr. 2 der „Leitsätze" gestimmt:

„Die Gleichberechtigung aller politischen und religiösen, aller philosophischen und wirtschaftlichen Weltanschauungen auf akademischem Boden ist zunächst nur ein formales Prinzip. Soll dieses Prinzip inhaltsreich und konstitutiv werden, so muß es in den einzelnen Individuen den Willen auslösen, alle diese für gleich berechtigt erachteten Strömungen auch kennen zu lernen, zu erfahren, woher sie kommen und wohin sie zielen. Das ist akademisches Streben: „Erkenntnis des Lebens! Die Frucht aber wird sein: Daß man sich bewußt wird, wie sehr relativ alle menschlichen Dinge sind, und daß es doch nicht gleichgültig ist, ob die Wellen so oder so laufen. Nach dieser Erkenntnis aber kommt der lange Kampf, der kein Kampf des Hasses ist, sondern ein Kampf schonender Bruderliebe gegen alles Hemmende, Störende und Schlackenartige innerhalb jener einzelnen Bewegungen und Bestrebungen."

Die Jugend ist das kostbarste Gut jeder Nation. Wer wollte nicht wünschen, daß speziell unsere akademische Jugend sich endlich von der Umklammerung durch rückständige Anschauungen und überlebte Vorurteile befreien und das siegreiche Banner des kulturellen Fortschritts allen anderen vorantragen möge?

Der Wahlkampf in Norden-Emden-Leer.

Wenn man das Treiben der deutschsozialen Antisemiten im Wahlkampfe um das Erbe des Fürsten Knyphausen jetzt kurz vor der Wahl betrachtet, so kommt einem unwillkürlich das Urteil einer reformparteilichen Zeitung über ihre deutschsozialen „Brüder" in den Sinn, das da lautete: „Der Jude muß erst geboren werden, der es im Schwindeln mit der Truppe des Herrn Liebermann von Sonnenberg aufnehmen kann!" Was jetzt an Lügen und Verdrehungen von den Deutschsozialen geleistet wird, übersteigt alle Begriffe. Es ist in diesen Blättern schon des Näheren geschildert worden, wie die Antisemiten gleichmäßig nationalliberale und freisinnige Versammlungen gestört haben, wie gehässig-persönlich sie den Kandidaten der Vereinigten Liberalen, den Landwirt Jan Fegter, bekämpfen. Ganz Ostfriesland weiß es.

Nationalliberale und Freisinnige beschränken sich darauf, abgesehen von bisher zwei Ausnahmen, eigene Versammlungen abzuhalten und die gegnerischen zu meiden, um allen unliebsamen Schärfen vorzubeugen. Nur die Antisemiten erscheinen in den gegnerischen Versammlungen mit dem offensichtlichen Bestreben zu stören. Man kann es dem nationalliberalen Kandidaten Geheimrat Fürbringer nicht verdenken, wenn er es ablehnte, den beiden antisemitischen Agitatoren Henningsen und Wulfes am Sonntag in seinen Versammlungen das Wort zu erteilen.

Es ist nur zu billigen, wenn das Wahlbüro der Vereinigten Liberalen mit Bezug auf eine die Freisinnigen beschimpfende Versammlungsanzeige der Antisemiten erklärt:

„Wir sind gern bereit, uns mit anständigen Gegnern, selbst von der antisemitischen Partei, im offenen Redekampfe zu messen. Das haben wir schon oft bewiesen. Die verletzende und beschimpfende Form der Einladung des Herrn Henningsen verbietet es uns jedoch von selbst, seine Versammlung in Pewsum zu besuchen."

Es ist außerordentlich erfreulich, daß die ostfriesische Bevölkerung in immer stärker werdendem Maße die antisemitischen Versammlungen meidet. In Weener, dem Wohnort des antisemitischen Kandidaten, sprach der antisemitische Abgeordnete Dr. Böhme vor siebzig Personen. Der liberale Abgeordnete Dr. Potthoff redete dagegen am Samstag in Weener vor etwa 300 Zuhörern. In Norden waren zu einer antisemitischen Versammlung des Herrn von Levetzaw sechzig Leute erschienen, in der am andern Tage stattgefundenen liberalen Versammlung waren über 400 Besucher zugegen. Zu der in dem erwähnten Inserat bombastisch angekündigten Versammlung in Pewsum waren noch nicht 10 Leute erschienen, während am Tage darauf der liberale Kandidat in diesem Ort vor 320 Wählern sprach. Am Sonntag zuvor fanden in dem Orte Jhren aufeinanderfolgend eine antisemitische und eine liberale Versammlung statt, in der beide Male die Kandidaten sprachen. In der antisemitischen Versammlung waren 40 in der liberalen aber etwa 120 Personen anwesend. Wenn es gelingt, am 19. März den agrarischen Druck wirkungsvoll zu parieren, dürfte der Antisemitismus in Ostfriesland eine kräftige Schlappe erleiden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Konservativen und die reaktionären Parteisplitter. Die „Kreuzzeitung" hat in ein Wespennest gestochen, als sie neulich heftig gegen die im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte von der konservativen Partei abgesplitterten reaktionären kleineren Gruppen und Grüppchen wetterte. Die „Deutschsozialen Blätter", das Organ der Liebermann von Sonnenberg'schen Antisemiten geben darauf folgende gepfefferte Antwort:

„Statt ihre Pflicht zu tun und die Konservativen unablässig zu ermahnen, die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen in Preußen zu treffen — wenn man sich nicht absichtlich von den rührigen Liberalen überrumpeln lassen will — reibt sie sich lieber an den nahestehenden Gruppen. Wie töricht ein solches Verfahren ist, mag die in taktischen Fragen noch in Kinderschuhen steckende „Kreuzzeitung“ aus den hämischen Bemerkungen der liberalen Presse ersehen.“

Seitens der Stöckerpresse muß sich das Hauptorgan der preußischen Konservativen „schlechte Manieren“ nachsagen lassen und der zweite Vorsitzende der ebenfalls von Stöcker gegründeten „Freien Kirchlich-sozialen Konferenz“, Dietrich von Oertzen, schreibt gar in dem Vereinsorgan, nachdem er dem Blatt häßliche Denunziation und Verdächtigung vorgeworfen:

„. . . Ich kann verlangen, daß die „Kreuzztg.“ nichts schreibt über Dinge, von denen sie nichts weiß, und ich kann versichern, daß ich als Chefredakteur mit der Ehre und dem guten Namen meiner Mitmenschen gewissenhafter umgegangen bin, als es die „Kreuzztg.“ tut, und nie ohne Not einem Angegriffenen das Recht und den Raum zur Verteidigung beschränkt habe . . . . Die persönlich gegen mich gerichteten Angriffe tragen nicht den Stempel ritterlicher Waffe.“

Daß gerade das Organ des preußischen Junkertums das einen ganz besonders feinen point d'honneur zu besitzen vorgibt, sich dieses Privatissimum über Ehre und Anstand halten lassen muß, macht die Auseinandersetzung zwischen den feindlichen Brüdern noch besonders pikant.

Auf den „Junker-Bund“ der Landwirte ist der „Reichsherold“, das Kasseler Organ der antisemitischen Reformpartei, neuerdings wieder sehr schlecht zu sprechen. Ueber die diesjährige Zirkus Busch-Versammlung des Bundes schreibt das Blatt:

„Der Verlauf dieser Tagung kann uns nur veranlassen, dem politischen Treiben dieser wirtschaftlichen Organisation noch mehr wie bisher auf die Finger zu sehen und die Bauern zu veranlassen, ihren Führern auch auf die Finger zu klopfen. Oder glauben die Herren Führer des Bundes der Landwirte tatsächlich, daß ihre Reden ein donnerndes Echo in den Herzen der Bauern erwecken würden?

Wenn ein Redner äußerte:

„An den bewährten Grundsätzen des preußischen Landtagswahlrechtes dürfe nicht gerüttelt werden“

und dieser Redner und seine Zuhörer, einschließlich des Herrn Liebermann von Sonnenberg, glauben, daß der Bauer mit ihnen einverstanden sei, dann irren sich die Herren gewaltig . . .

Wir haben immer gesagt, daß eine Organisation der Landwirte notwendig sei, aber nicht eine solche unter Führung der ostpreußischen Junkerschaft.“

Die deutschsoziale „Bruderpartei“ des Herrn Liebermann von Sonnenberg, die die agitatorische und klingende Unterstützung des Bundes der Landwirte sehr wohl zu schätzen weiß, denkt über die „Führung des ostpreußischen Junkertums“ im Bunde freilich wesentlich anders.

Von „Lattmann dem Streber“ erzählt der Kasseler „Reichsherold“, das Organ der antisemitischen Reformpartei in Hessen, ein nettes Histörchen, das wir hier wiedergeben, in der Voraussetzung, daß die parlamentarischen Gewährsmänner des Blattes für die Richtigkeit ihrer Angaben einzustehen vermögen:

Gelegentlich der Beratung des ersten „Handelsprovisoriums mit Amerika“ im Reichstage stellte sich heraus, daß Fürst Bülow auf eine Mehrheit keineswegs mit Sicherheit rechnen konnte; die als landwirtsfreundlich bekannten Parteien lehnten das Provisorium entschieden ab. Da in der höchsten Not kam Fürst Bülow auf den alt bewährten Frühstücks-Gedanken. Er lud verschiedene Herren zum Frühstück und zur Besprechung des Provisoriums ein. Von der deutschsozialen Partei war Herr Lattmann geladen. Die Wirkung des Frühstücks auf Herrn Lattmann war durchschlaggebend.

Als der Präsident des Reichstages die Herren, welche für das Provisorium stimmen wollten, aufzustehen bat, erhob sich von den konservativen Parteien nur ein Abgeordneter.

Der reformerische Abgeordnete Bruhn, der den deutschsozialen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg auf diesen Herrn hinwies, erhielt die charakteristische Antwort: „Ach der ist ja beim Reichskanzler zum Frühstück gewesen!“ Als dann der Abgeordnete Bruhn bemerkte: „Aber Herr von Liebermann, Herr Lattmann steht ja auch,“ da klang es aus dem Munde des deutschsozialen Parteigewaltigen: „Ach, der ist auch beim Reichskanzler zum Frühstück gewesen!“

Die Antisemiten betrachten sich bekanntlich als Mittelstandspartei par excellence. Da ist es interessant, daß das reformerische Blatt Herrn Lattmann wegen seiner Abstimmung bei den Reichsfinanzreformvorlagen (Erhöhung des Ortsportos usw.) direkt einen „Verräter am Mittelstande“ nennt; es charakterisiert ihn alsdann noch folgendermaßen:

„Sein Angriff auf das Vereins- und Versammlungsrecht, bei dem er das bekannte Revolvermärchen vortrug, und seine „berühmte“ Simplicissimus-Rede waren Meisterstücke der Reaktion. Der verstorbene deutschsoziale Abgeordnete Graf Reventlow gebrauchte für die Leistung jener Rede derartig drastische Ausdrücke, daß wir sie, ohne den Anstand zu verletzen, in unserer Zeitung nicht veröffentlichen können.“

Nanu! Das Blatt ist doch sonst nicht so zimperlich, ganz abgesehen davon, daß die Rücksichtnahme auf die Verletzung des Anstandes bei einem antisemitischen Blatt einigermaßen komisch wirkt.

Die Bündler und der „Wahrheit“-Bruhn. Seit einiger Zeit ist das Organ des Bundes der Landwirte auf den Reichstagsabg. Wilhelm Bruhn schlecht zu sprechen. In ihren Parlamentsresumés behandelt die „Deutsche Tageszeitung“ Herrn Bruhn en canaille. Er wird als „Wahrheit“-Bruhn abgetan, dessen Reden nicht ernst zu nehmen seien. Der Angegriffene revanchirt sich in seinem Schandblatt mit Ausdrücken, wie „Anpöbelung“, „Dummdreiste unschöne Anrempelung“, „Ungezogenheit“. Ja, dem Artikelschreiber wird sogar nachgesagt, daß er — horribile dictu — unanständiger sei als die jüdischen Journalisten.

Daß die Bündler von einem Bruhn abrücken, ist nicht auffällig. Kein auf Reputation haltender Mensch wird die Gemeinschaft oder auch nur die Nachbarschaft mit diesem Herrn teilen wollen. Diese Erkenntnis kommt aber den Bündlern etwas spät. Noch bei den letzten Reichstagswahlen haben in Arnswalde-Friedeberg die Bündler, die 1903 fast 3000 Stimmen aufgebracht hatten, dem „Wahrheit“-Bruhn im ersten Wahlgang ihre Stimmen gegeben. Damals nahmen also die bei jeder Gelegenheit auf ihr Christentum und ihre Sittlichkeit pochenden Leute keinen Anstoß an der Kandidatur des Herausgebers eines pornographischen Blattes.

Die Antisemiten im Wahlkreise Offenbach-Dieburg sind recht rührig. Besonders diejenige Gruppe der „entarteten Konservativen“, die sich als „christlichsozial“ bezeichnet, gründet eifrig Vereine. Die Nationalliberalen müssen diesem Eindruch in „ihren“ Wahlkreis mit süß-saurer Miene widerspruchslos zusehen, sie dürfen doch Leute, von denen sie Wahlunterstützung erhoffen, nicht kränken. Es ist dies, bemerkt die „Hessische Liberale Wochenschrift“ hierzu, dasselbe Verhältnis wie im Wahlkreis Darmstadt—Groß-Gerau, wo die Nationalliberalen das Unglaublichste tun, um die Antisemiten bei guter Laune zu erhalten. Dieses Wohlverhalten der Darmstädter Nationalliberalen wurde denn auch dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Osann von der antisemitischen „Gießener Wochenzeitung“ huldvollst bestätigt, indem sie meinte, Herr Dr. Osann habe gelegentlich seiner Gießener Rede — sehr im Gegensatz zu seinen Gießener Parteifreunden — keine Silbe gegen die Antisemiten geredet, da er nur durch deren Unterstützung gewählt worden sei. Wenn den Darmstädter und Offenbacher Nationalliberalen von seiten der Antisemiten früher oder später dieselben Fußtritte zuteil werden, wie sie jetzt ihrer Partei in den Wahlkreisen Bensheim, Gießen und Alsfeld versetzt werden, dann haben sie solche durch ihr schwächliches und geradezu liebedienerisches Verhalten gegen diese schlimmsten Feinde des Liberalismus ehrlich verdient.

Das Stöckersche „Reich“ muß schon wieder einmal mit dem Klingelbeutel herumgehen. Der vorjährige bewegliche Aufruf des Herrn Ex-Hofpredigers hat zwar die damals als ausreichend bezeichnete Summe von 60 000 Mark nahezu voll eingebracht — es sind 57 050,30 Mark eingegangen, — das Defizit ist aber keineswegs geschwunden. Daher der neue Notschrei nach mehr Annoncen und „2000 neuen Abonnenten“. Geschäftstüchtig, wie die Christlichsozialen nun einmal sind, wollen sie sich, wenn keine Neigung für Abonnement vorhanden sein sollte, auch mit „2000 Abonnenten in Silber“ begnügen und werden „auch halbe und Fünftelabonnenten in Silber gern angenommen.“

Ob der jetzige Aufruf denselben Erfolg haben wird, wie der vorjährige, steht dahin. Damals wurde den Geldgebern vorgespiegelt, daß der Betrag zur Unterstützung der christlichen Arbeitervereinsbewegung benötigt werde, wie ja das „Reich“ überhaupt nur der Propaganda dieser Vereine dienen sollte. In der Zwischenzeit hat sich aber das „Reich“ als ein in der Wolle gefärbtes christlichsoziales Blatt Stöcker'scher Observanz entpuppt. Das dürfte doch wohl manch einen, der für die parteipolitisch völlig unabhängige christlich-nationale Arbeiterbewegung gewisse Sympathien hatte, stutzig gemacht haben.

Als Schüler des Grafen Pückler-Kl. Tschirne hatte sich dieser Tage der „Schriftsteller“ Weißenborn wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Am 2. September war nach dem Luisenstädtischen Konzerthause eine antisemitische Versammlung einberufen worden, in welcher der Angeklagte eine nach dem Vorbilde des Grafen Pückler geformte Brandrede gegen die Juden hielt. Sein Thema lautete: „Protest gegen das Redeverbot des Grafen Pückler! Judentum, Irrenärzte und Behörden. Der Polizeipräsident von Berlin.“ Der Angeklagte ließ sich durch die Anwesenheit des Grafen in eigener Person zu besonders scharfen Aufforderungen zur Gewalt gegen die Juden in einem Maße begeistern, daß der überwachende Polizeileutnant die Versammlung auflöste. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 50 Mk. Geldstrafe eventuell 5 Tagen Gefängnis. Der Verurteilte ist identisch mit dem Arbeiter Weißenborn, der sich s. Z. zur Bekämpfung seines Herrn und Meisters uns zur Verfügung stellte.

Klatschgeschichten. Unter diesem Titel zieht das Stöckersche „Reich“ gegen die Sorte Presse gehörig vom Leder, die ihre Leser an Stelle ernster Artikel mit seichten Plaudereien, Klatsch- und Hoftratschgeschichten regaliert. Das Blatt findet es „unglaublich, mit welchen Scherzen manchmal ernsthafte Blätter ihre Leser zu unterhalten suchen. Und zwar nicht nur im vermischten, sondern sogar im politischen Teil!“ Wir sind, bemerkt der „Vorwärts“, hierzu, in der gewiß seltenen Lage, diesmal der Kritik des christlichen Blattes zustimmen zu können, besonders wenn es in flammender Entrüstung beispielsweise fragt, was denn die Familienangelegenheiten des Kaisers andere Leute zu kümmern brauchen. Aber wir sind doch nicht wenig erstaunt darüber, daß gerade das „Reich“ sich berufen fühlt, seinen bürgerlichen Zeitungsgeschwistern in der angedeuteten Richtung Vorhaltungen zu machen. Gehört doch das „Reich“ in erster Linie zu jener Sorte Blätter, die ihre Leser tagtäglich mit dem ödesten Hofklatsch und byzantinischem Geschreibsel aller Art bedienen. Erst in seiner Donnerstagsnummer brachte das „Reich“ unter dem Rubrum „Hof und Gesellschaft“ eine solche Mitteilung aus dem Familienkreise des Kaiserhauses zum Abdruck, die trotz ihres ekelhaften Servilismus — aber vielleicht gerade deswegen? — an gewisser Stelle Anstoß erregt hat, denn in der Freitagsnummer betet das „Reich“ zerknirscht ein pater peccavi: „Es tut uns leid, durch die Notiz „Ein kleines Idyll“ Anstoß gegeben zu haben. Der aufnehmende Redakteur hatte die Notiz als völlig harmlos, rein familiär empfunden.“ Vierundzwanzig Stunden später hat dasselbe Blatt den Mut wiedergefunden, über „ödeste Klatschsucht“ und „Sensationshascherei“ der bürgerlichen Presse ein von Charakterfestigkeit und hohem Standesbewußtsein triefendes Kollegium zu lesen. Wer wagt's den Rekord der Stöckerpresse zu schlagen?

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme. Unter dieser Spitzmarke wird in der Presse über eine in Halle vorgekommene Roheit, bei welcher der Sohn Ritter Georg von Schönerers, des bekannten österreichischen alldeutschen Antisemiten, die Hauptrolle spielte, das Folgende berichtet:

„Ein skandalöser Vorgang, der jetzt erst bekannt wird, spielte sich kürzlich im Neuen Theater in Halle a. S., ab, wo das Drama „Frou-Frou“ zur Aufführung gelangte. Eine beliebte Schauspielerin hatte ihren Benefizabend. Wie erstaunte man aber gegen 8 Uhr, als sich die Proszeniumlogen links und rechts von der Bühne, die sonst von der Crême der Gesellschaft besetzt sind, mit „Lattchern“ und Pennbrüdern in schmutzigen, zerrissenen Kleidern füllten. Aber auch alle Logenplätze wurden von Leuten ohne weiße Wäsche und von Typen, wie man sie hier tagtäglich mit der Schnapsflasche an den Ecken stehen sehen kann, besetzt. Ein Dienstmann in Uniform und blauem Leinwandkittel hatte in den Logen die Führung der Korona übernommen. Das „bessere Publikum“ schaute geängstigt auf die sonderbaren Logenbrüder, die sich an der Flasche labten. Man revidierte, fand daß sämtliche 4 Mark-Billetts echt waren und erfuhr dann, daß ein nobler Herr dem Theaterdirektor die Bassermannschen Gestalten zugeführt hatte, um den Benefizabend stören zu lassen. Jeder „Logenherr“ hatte noch 15 Groschen Schnapsgeld bekommen. Als man die Logen räumen ließ, meldete sich der Entrepreneur in der Person des Studenten der Landwirtschaft v. Schönerer, der in dreistem Tone 88 Mk. für die Billetts zurückverlangte. Man setzte den Herrn gleichfalls wie seine Spießgesellen an die frische Luft. Der Student ist der Sohn des bekannten österreichischen Antisemitenführers Reichsrat Ritter v. Schönerer. Die Sache ist dem Staatsanwalt zur Untersuchung übergeben worden.“

Vermischtes.

Ueber die Berufung von jüdischen Professoren an deutsche Universitäten macht Prof. Dr. J. Schwalbe in einem im „Tag“ veröffentlichten Aufsatz, der sich mit den Mängeln der Institution beschäftigt, folgende interessante Mitteilungen:

„. . . Abgesehen davon aber wird der Kreis der für die Besetzung von Ordinarien geeigneten jüngeren Akademiker von den Fakultäten in zwiefacher Hinsicht unnötiger- und unberechtigterweise verkleinert. Einmal durch die Zurücksetzung der jüdischen Universitätslehrer. Daß unter diesen eine nicht geringe Zahl von bedeutenden Männern vorhanden ist, die die Wissenschaft durch hervorragende Arbeiten gefördert haben, wird gewiß nicht bestritten werden. Durch ihre Fernhaltung von den Fakultäten wird sowohl dem akademischen Unterricht wie der Wissenschaft Abbruch getan: denn dem Ordinarius ist in der Regel der größte Einfluß auf die Heranbildung der akademischen Jugend ermöglicht, ihm stehen die besten Mittel zur wissenschaftlichen Arbeit zu Gebote, und manches Lehrtalent, mancher schöpferische Geist hat seine Kräfte nicht zugunsten der Wissenschaft und des Unterrichts verwerten können, da ihm die rechte Arbeitsstätte verwehrt war. Ich will hier nicht in eine subtile Untersuchung darüber eintreten, wer an dieser seit langem bestehenden Exklusivität die wesentliche Schuld trägt. Nur so viel möchte ich bemerken, daß die von mancher liberalen Zeitung mit Vorliebe für die Schwächen des Staatslebens verantwortlich gemachte Regierung nicht einmal in Preußen, geschweige denn in Ländern wie Baden bei dieser Frage die Führung gehabt hat. Ich kann Beispiele angeben, wo das so arg angefeindete „System Althoff“ bei dem Versuche, hochbedeutende jüdische Gelehrte als Ordinarien zu berufen, das konfessionelle Widerstreben der betroffenen Fakultäten nicht zu überwinden vermochte. „Abgesehen von dem Theologischen ist der Konfessionalismus der Todfeind des Universitätswesens,“ hat einmal Theodor Mommsen geschrieben. Sollte gerade die heutige Zeit, in welcher konservativer und liberaler Geist durch den Reichskanzler „gepaart“ und die politische Intoleranz bei den beiden hauptsächlichen Gegnern gemildert ist, es nicht vermögen, auch der konfessionellen Intoleranz, wenigstens auf dem Gebiete der hehren Wissenschaft und ihrer Lehre, den Lebensnerv zu verkümmern? Wenn die „Kreuzzeitung“ vor kurzem in einem

Leitartikel vom Deutschen Flottenverein schrieb: . . . „er da[illegible] so wenig im Prinzip zentrumsfeindlich sein, wie er antisemitisch sei, doch" — sollte diese Mahnung für die amtlichen Vertreter der wissenschaftlichen Heilkunde mutatis mutandis wenig Geltung haben?"

Alldeutsche Lyrik. Die der „Deutschen Tageszeitung" (Nr. 9) beiliegenden „Zeitfragen" veröffentlichen an leitender Stelle einen Skaldensang, der folgendermaßen anhebt:

Wotans Mondesauge, schwebe
Ueber meiner Seele Nacht!
Löse meine Zweifel, hebe
Mich empor mit sonster Macht!

Hierzu bemerkt die „Köln. Volksztg.": Die „Deutsche Tageszeitung" opfert an zwei Altären, im Hauptblatt durch Dr. Oertel dem Christentum und in der Beilage durch Fritz Bley dem großen Wotan. Auch das ist kennzeichnend für das Organ des Bundes der Landwirte.

Katholische Hemden und Unterkleider sind die neueste Errungenschaft, die ein anscheinend politisch sehr betriebsamer Zentrumsgeistlicher der Pfalz seinen Gläubigen zum Kaufe empfiehlt. Die sozialdemokratische „Pfälzische Post" veröffentlicht einen Brief, unterzeichnet: das katholische Pfarramt Billigheim, worin die Berufsgenossen des Pfarrers Bruno von diesem gebeten werden, einem Kaufmann Fensterer, der in nächster Zeit sich einfinden werde, Ware abzukaufen und ihn weiter zu empfehlen. Zur Empfehlung des Betreffenden wird in dem Briefe gesagt: „Derselbe ist ein braver Katholik, der jederzeit treu zur katholischen Sache und zu unserer Partei hält" usw. Das wäre an sich noch nichts besonders Merkwürdiges, da man weiß, wie Zentrum und Katholizismus trotz gelegentlichen Ableugnens als gleichbedeutend gelten. Tadelnswert wird die Empfehlung erst durch den Ton, den der Empfehlungsbrief anschlägt. Es heißt darin nämlich: „Das unterfertigte kathol. Pfarramt bittet nun Ew. Hochw., Herrn Fensterer womöglich einige Aufträge zu reservieren in Herren- und Damenkleiderstoffen und sonstigen Ausstattungsartikeln, wie Hemden, Unterkleider usw. und ihn vielleicht in der einen oder anderen Familie Ihrer Pfarrei mittels beiliegender Zettel zu empfehlen. Daß die Stoffe sicherlich ebenso gut sind und durchaus nicht teurer als die irgend eines liberalen Juden, können mehrere Herren Konfratres bezeugen, die schon seit Jahren Kunden des Fensterer sind."

Antisemitische Bade- und Kurorte usw. Zu der in der antisemitischen Presse mit großer Genugtuung verzeichneten Meldung der „Büsumer Nachrichten", daß in der Generalversammlung des Büsumer Badevereins auf Vorschlag des Hotelbesitzers Rumssen einstimmig ein' Antrag angenommen worden sei:

„Der Verein wolle die Badekommission ersuchen, auf der ersten Seite des Prospektes und in den Anzeigen deutlich zu drucken: „Deutsches Bad", um damit die Juden aus Büsum fern zu halten"

ist der Zeitschrift: „Im Deutschen Reich" unterm 12 Febr. das folgende Schreiben der Büsumer Badekommission zugegangen:

„Der betreffende Antrag des hiesigen Badevereins ist von uns noch nicht beantwortet; er wird aber voraussichtlich seinerzeit abgelehnt werden. Mit besonderer Hochachtung J. A.: P. Stüben, Schriftführer."

Bald darauf veröffentlichten denn auch die „Büsumer Nachrichten" folgenden Beschluß:

„Die Badekommission beschloß, den Antrag des Badevereins, unser Bad als ein „Deutsches Bad" in ihren Prospekten und sonstigen Veröffentlichungen zu bezeichnen, abzulehnen, wie auch Borkum und Juist keinerlei antisemitische Maßregeln treffen. Es bleibt also einzelnen Hotels, Pensionen usw. überlassen, sich in ihren Anzeigen als „Deutsches Haus" zu bezeichnen."

Russische Juden als amerikanische Soldaten. In Amerika gibt es bekanntlich keine militärische Dienstpflicht, die Rekrutierung geschieht freiwillig. In jüngster Zeit melden sich viel mehr Personen zum Militärdienst als sonst und die Ausmusterung der Freiwilligen ist auch in diesem Jahre viel erfolgreicher als es bisher der Fall war. Dieses Resultat ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die aus Rußland eingewanderten Juden sich jetzt infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis in großen Massen zum Militärdienst melden. Besonders in New York ist der Prozentsatz jüdischer Rekruten ein sehr großer. Fast bei allen Assentkommissionen in New York machen die jüdischen Rekruten fast fünfzig Prozent der Gesamtzahl der Assentierten aus. Am interessantesten jedoch ist die Erscheinung, daß nahezu siebzig Prozent der jüdischen Rekruten gewesene russische Soldaten sind, die zum größten Teile am russisch-japanischen Kriege teilgenommen haben. Viele von ihnen haben sogar den Gregorsorden. Diese jüdischen Rekruten sind natürlich fast durchweg „Grüne", die auch noch kaum englisch verstehen, aber die Offiziere der Assentierungskommissionen erblicken hierin kein Hindernis und bevorzugen diese Rekruten, die mit der militärischen Disziplin schon vertraut sind, vor allem andern, die erst mit mit den Elementarkenntnissen des Soldatenlebens bekannt gemacht werden müssen. Die wenigen englischen Ausdrücke, die zum Verständnisse der Kommandos notwendig sind, werden sie schließlich rasch erlernt haben.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 12. Berlin, 18. März 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Genossenschaft und Christentum.

Das Stöcker'sche „Volk" hat wieder einmal das Bedürfnis, sich über alles Unchristliche aufzuregen und sein patentiertes wahres Christentum zu bekunden. Wenn man, wie Herr Stöcker, mit dem Begriffe Christentum alles Mögliche und Unmögliche verbindet und sogar einen kräftigen Judenhaß damit vereinigen zu können glaubt, dann ist es ja nicht schwer, alles, aber auch alles spielend zu beweisen. Es wird einfach so definiert: Alles, was Herr Stöcker und seine Christlichsozialen tun und erstreben, ist echt christlich; alles, was liberal und modern ist, ist unchristlich und verderblich. Mit dieser Definition kann man alle Probleme des sozialen, politischen und ethischen Lebens sehr leicht lösen. Wir müssen aber sehr bezweifeln, ob Christus seine Lehre noch wieder erkennen würde, wenn er sie in der praktischen Interpretation Stöckers vor sich sehen würde.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. *Crüger* hat unlängst in einer Abgeordnetenhaus-Rede über das Genossenschaftswesen folgende Aeußerung getan:

„Es wird nun von unseren Gegnern im Genossenschaftswesen bei der ganzen Frage immer das Christentum in den Vordergrund geschoben. *Das Christentum hat mit den Genossenschaften nichts* zu tun. (Oho! rechts.) Die Genossenschaften sind geschäftliche, wirtschaftliche Unternehmungen, also lassen Sie das Christentum heraus."

Wer logisch zu denken vermag, weiß wohl, was Herr Dr. Crüger damit meint. Er will nicht den sozial-ethischen Gedanken und die humane Bedeutung der *Genossenschaft* bestreiten, möchte aber den *engherzigen Konfessionalismus* der Genossenschaft *ausgeschaltet* wissen. Das Stöcker'sche „*Volk*" aber wütet, als wenn Herr Crüger dem Christentum den Krieg erklärt hätte. Es schreibt:

„Diese Aufforderung läßt tief blicken in den Geist, von dem dieser freisinnige Genossenschaftsanwalt beseelt ist. Nach unserem Dafürhalten ist eine gedeihliche Entwickelung und möglichst weitgehende Ausbreitung des Genossenschaftswesens nur möglich, wenn sich die Teilnehmer von dem Geiste *christlicher Nächstenliebe* leiten lassen, der auch dem wirtschaftlich Kräftigen gebietet, die Schwachen unter seinen Nächsten zu stützen und in ihrer Selbständigkeit zu erhalten."

Und es belehrt den freisinnigen Abgeordneten:

„Nach unserer Ansicht sollen die Genossenschaften sich gerade dadurch vor anderen Vereinigungen auszeichnen, daß sie nicht in erster Linie die Erzielung recht hoher Geschäftsgewinne im Auge haben, sie sind eben nicht rein geschäftliche, sondern *Wohlfahrtsunternehmungen*."

Das hat niemand bestritten. Nur meinen wir, *daß man den christlichen Geist nicht durch Phrasen, sondern durch lebendige Taten am besten bekundet*. Es ist viel bequemer, das Wort Christentum stets in den Mund zu nehmen, als durch lebendige Werke wahre christlich-menschliche Hilfe zu schaffen. Das beweisen unsere Christlichsozialen jeden Tag. Des Pudels Kern aber kommt erst zum Schluß. Die antisemitische Gesinnung darf in einem Elaborat christlichsozialer Natur ja nie fehlen. Stöcker und seine Getreuen können sich ja ein nichtantisemitisches Christentum gar nicht denken. Das Blatt schreibt:

„Die seltsamen Anschauungen des freisinnigen Genossenschaftsanwalts mögen aber wohl schon früher von den leitenden Persönlichkeiten seines Genossenschaftsbereichs geteilt worden sein, weshalb die lokale Leitung der hierher gehörigen Genossenschaften namentlich im *Osten* so häufig *in jüdischen Händen lag*. Wo es nur darauf ankommen soll, gute pekuniäre und politische Geschäfte zu machen ohne jede Rücksicht auf die Wohlfahrt anderer, da ist ja *das Judentum* auch mehr am Platze als das Christentum, von dem Dr. Crüger nichts wissen will."

Das ist echt antisemitisch. Wo alle Gründe fehlen, da muß der Judenhaß herhalten. Daß die lokalen Leitungen der modernen Genossenschaften in jüdischen Händen liegen, trifft nicht zu, aber im Interesse der „guten Sache" darf man schon ein wenig flunkern. Geradezu unerhört ist die Behauptung, daß das Judentum im Gegensatz zum Christentum den Gewinn ohne Rücksicht auf die allgemeine Wohlfahrt gestattet. Weiß das Stöckerblatt nicht, daß alle Aussprüche Christi auf dem Gebiete der Nächstenliebe *jüdischen Quellen entnommen sind*? Sie können also unmöglich gegen das Judentum gerichtet sein. Aber selbst, wenn man *Judenheit* statt *Judentum* setzt — es herrscht ja im antisemitischen Jargon eine chaotische Verwirrung — wird man diese Behauptung als gänzlich ungerecht zurückweisen müssen. Es mag schon zutreffen, daß die Juden, wo sie auf den Gang der Genossenschaft Einfluß haben, bestrebt sind, für die Genossenschaftler Vorteile zu erzielen. Das scheint uns aber viel vorteilhafter für die Gesamtheit und die Idee der Nächstenliebe, als die antisemitischen Genossenschaften, die elend verkrachen und dem so geliebten Mittelstand großen Schaden bringen. Unsere frömmelnden Stöckerianer haben bis jetzt ihre christliche Nächstenliebe nur dadurch bewiesen, daß sie mit den Wotananbetern im Judenhaß wetteifern. Wir meinen, daß das eine schlechte Art ist, sich als die alleinigen Vertreter des Christentums zu legitimieren.

Die Antisemiten in Hessen.

Auf der Landesversammlung der Deutschsozialen in Hessen, die am 8. d. M. in Frankfurt a. M. stattgefunden hat, wurden folgende Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen aufgestellt: Dr. Werner für Grünberg; Bürgermeister Zinßer-Schlitz für Lauterbach-Schlitz; Landwirt Schmalbach für Herbstein; Bürgermeister Biehl-Rainrod für Laubach-Nidda; Stadtverordneter Götz-Darmstadt für Darmstadt. Für die anderen Kreise sind die Kandidaten noch nicht nominiert.

Die Aufstellung des Herrn Götz in Darmstadt ist nur denkbar auf Grund einer Abmachung mit den Nationalliberalen, die demnach ihren Kandidaten Herrn Dr. Gläßing fallen lassen müßten. Damit wird zugleich die wünschenswerte Klarheit über die Gefechtsstellung der Parteien für die kommenden Wahlen zu einem guten Teil gegeben.

Mit dem Bund der Landwirte scheinen die Antisemiten in Hessen übrigens in letzter Zeit nicht sonderlich zu harmonieren. Vor kurzem erst wurde der bauernbündlerische Abg. Bähr aus dem Bunde der Landwirte ausgeschlossen. In der Landesversammlung der Antisemiten wurde der „Friedberger Neuen Tageszeitung" zufolge kurz und bündig erklärt: „Wenn der Bund der Landwirte bei den bevorstehenden Landtagswahlen die Deutschsozialen nicht unterstützt, so hat er den Krieg". Darauf antwortete das Bündlerblatt: „Die deutschsoziale Partei ist gewöhnt, den Mund sehr voll zu nehmen, und ihre Stärke steht im Großherzogtum Hessen im umgekehrten Verhältnis zu ihren Gebärden".

Bis jetzt ist ein Unterschied zwischen dem Bund der Landwirte und den Antisemiten im wesentlichen nur in der Tonart zutage getreten. Ersterer trägt feinere Handschuhe, er ist „vornehmer" im Ausdrucke und bekennt sich im Benehmen und in der politischen Anschauung durchaus als feudaler Konservativer. Er ist gegen Wahlrecht und überhaupt gegen Volksrechte und ist von keinem sozialen Gedanken angekränkelt. Der hessische Antisemitismus dagegen gibt sich viel demokratischer. Wenigstens nennens einige Vertreter so, andere Leute nennen freilich das Auftreten der Herren Köhler, Bähr usw. anders. Den Liberalen kann es nur recht sein, wenn sich die agrarischen Brüder in die Haare geraten. Fördert es doch wenigstens die Einsicht beim Bauer, daß seine Interessen beim Bund der Landwirte nicht gewahrt sind, und das ist immerhin ein Fortschritt.

Der Parteitag hat auch für die Landtagswahlen ein Programm aufgestellt, das zur „Judenfrage" wie folgt Stellung nimmt:

„Fernhaltung der Juden, auch der getauften, von allen Berufen, in denen ihre Eigenart für unsere Kulturentwickelung schädlich ist, namentlich Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstand, vom Beruf als Lehrer an öffentlichen Schulen, die von Kindern deutschen Stammes besucht werden. Beschränkung der Zulassung zum Beruf eines Anwalts oder Notars, Verweigerung der Aufnahme ausländischer Juden in den hessischen Staatsverband, Verhinderung der Aenderung jüdischer Familiennamen, Schächtverbot."

Man ersieht aus diesen Forderungen, die eine Verschärfung des bisherigen „Programms" in der Judenfrage darstellen, was es mit der gerade jetzt wieder in Norden-Emden-Leer von den Deutschsozialen beliebten Verschleierung ihres Antisemitismus für eine Bewandtnis hat.

Der Wahlkampf in Norden—Emden—Leer.

Man schreibt uns aus dem Wahlkreise von einer am Wahlkampfe hervorragend beteiligten Seite:

Beim Erscheinen dieser Zeilen wird die Entscheidung im ersten hannoverschen Wahlkreise schon gefallen sein. Von seiten der deutschsozialen Antisemiten ist eine Wühlarbeit geleistet worden, wie sie in Ostfriesland bisher noch unbekannt war. Am Samstag veröffentlichten die Antisemiten ein Inserat, in dem es hieß:

Für die Kandidatur des Herrn Rechtsanwalts und Notars Enno Groeneveld-Weener sprachen bis einschließlich zum Sonnabend, 14. d. Mts., der Kandidat selber sowie Reichstagsabgeordnete und andere Redner in **192 eigenen Versammlungen** oder in Versammlungen der Gegner. Weiter veranstalten wir am Sonntag, den 15., Montag, den 16., Dienstag, den 17., und Mittwoch, den 18. März **noch rund 100 Wählerversammlungen.**

Im ganzen sind das also rund 300 antisemitische Versammlungen, mit denen der Wahlkreis heimgesucht wurde, abgesehen von den vielen Versammlungen, die die Antisemiten noch zu Lebzeiten des Fürsten Knyphausen abgehalten haben. Da die Konservativen und der Bund der Landwirte für den antisemitischen Kandidaten eintreten und damit der agrarische Druck und der amtliche Apparat für den Antisemitismus wirken, dürfte Herr Groeneveld sicher in die Stichwahl gelangen, trotzdem Ostfriesland alles andere als antisemitisch ist. Die Frage ist nur, welcher der beiden liberalen Kandidaten in die Stichwahl kommt. Daß infolge der liberalen Zersplitterung der Sozialdemokrat in die Stichwahl gelangen könnte, ist zwar nicht absolut ausgeschlossen, aber immerhin nicht wahrscheinlich. Nach menschlicher Voraussicht dürfte daher einer der liberalen Bewerber zur engeren Wahl gelangen. Für diesen Fall ist es Pflicht der unterlegenen liberalen Partei, mit allen Kräften für den liberalen Stichwahlkandidaten zu arbeiten. Der Wahlkampf zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen ist so geführt worden, daß ein Zusammengehen für die Stichwahl sehr leicht erreicht werden kann. Es ist für den Gesamtliberalismus ein Lebensinteresse, den Antisemitismus in Ostfriesland nicht hoch kommen zu lassen. Der antisemitische Parteisekretär Wulfes hat bereits in Oldersum erklärt, das weitere Ziel der Antisemiten sei, den Wahlkreis Aurich-Wittmund, den jetzt der nationalliberale Abg. Dr. Semler vertritt, zu erobern.

Mögen die liberalen Parteileitungen die Gefahr erkennen und auch ihrerseits dafür sorgen, daß der Antisemit auf jeden Fall in der Stichwahl geworfen wird!

* * *

Ueberaus bezeichnend für die Hinterhaltigkeit der Antisemiten im Wahlkampfe ist die Tatsache, daß die Deutschsoziale Partei, welcher doch der Kandidat Groeneveld sowie die rednerischen Hauptvertreter dieser Kandidatur angehören, nirgends neben den anderen „rechtsstehenden Parteien" unter den Versammlungsankündigungen verzeichnet steht. Das bis dahin sorgfältig verhüllte antisemitische Programm wurde erst in der letzten Nummer der „Wahlnachrichten" — drei Tage vor der Wahl — publiziert; es heißt da zur „Judenfrage":

„Forderung, daß die bei uns das Gastrecht genießenden Juden sich unseren Gesetzen anpassen. Kampf gegen jüdische Auswüchse auf wirtschaftlichem Gebiete — Wucher usw —. Verbot der Einwanderung fremder Juden. Schutz des Eigentums einheimischer Juden, ebenso gut wie des Eigentums der Deutschen, damit jeder Staatsbürger in Ruhe seinem Erwerb nachgehen kann."

Die Antisemiten in der Rolle der Schützer jüdischen Eigentums stellen ein Bild von geradezu grotesker Komik dar. Aber das eine muß man ihnen jedenfalls lassen: sie verstehen die Wurst nach der Speckseite zu werfen.

Die pöbelhafte Kampfesweise der Antisemiten hat je länger je mehr auch bei den *Nationalliberalen* helle *Empörung* hervorgerufen. Die Beschimpfung der Freisinnigen als „Beschützer der Wucherfreiheit und des Bauschwindels“, deren „Wolfsnatur“ unter ihrem „Schafskleide“ bloß gelegt werden müsse, veranlaßte den „*Hannoverschen Kurier*“ zu folgender scharfen Charakteristik:

„Das ist wohl das Aeußerste an Verhetzung, was man bisher im Wahlkreise Emden-Norden erlebt hat; wir *glauben aber* nicht, daß sich die ostfriesischen Wähler derartiges *gefallen lassen* werden. Bürgerliche Parteigruppen, mögen sie auch politisch anderer Meinung sein, als Lügner, Störer, Feinde der Kultur und des Vaterlandes zu bezeichnen, ist eine *Leistung des Antisemitismus*, die man jedenfalls in Ostfriesland *gebührend einzuschätzen* wissen wird!“

Desgleichen hat der nationalliberale Kandidat *Fürbringer* in seinen Reden wiederholt jedes Paktieren mit den Antisemiten entschieden abgelehnt. In einer Rede in Oldersum erklärte er u. a. nach dem übereinstimmenden Bericht mehrerer Blätter des Wahlkreises:

Namentlich sollten sich doch die Wähler wohl überlegen, ob sie sich einem *kleinen Häuflein* von Personen, die *aus allen Sinnesrichtungen* zusammengewürfelt seien, ohne ausschlaggebend wirken zu können, anschließen und ihre Ueberzeugung einer Partei opfern wollten, die in solch *maßloser Weise*, wie in dieser kurzen Zeit des Wahlkampfes geschehen, in den entlegensten kleinsten Dörfern die Agitation treiben und dabei sich der *rohesten Ausdrücke*, wie *vaterlandsloser Gesette*, *Vaterlandsfeinde*, Wahllügen usw. bedienten. Den Herrn Fegter wegen seiner politischen Ueberzeugung einen vaterlandslosen Gesellen zu nennen, habe niemand ein Recht, am wenigsten die Partei Graeneveld, die einmal sich konservativ, ein andermal Bund der Landwirte, wieder ein andermal Mittelstandsvereinigung, auch christlich-national sich nenne; sie seien eben alles und glauben darum für sich die Alleinherrschaft in Anspruch nehmen zu können. Lediglich die ehrwürdige Person des Fürsten Knyphausen habe die nationalliberale Partei in den letzten Jahren davon abgehalten, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, jetzt aber sei es Pflicht, uns der Friesenart zu erinnern, die frei in ihrer Meinung sei, aber über alles die nationale Ehre stelle. Der *Antisemitismus*, der die Führung der Graeneveldschen Partei übernommen, habe niemals in Ostfriesland festen Boden gehabt *und dürfe auch nicht dazu kommen*.

In einer anderen Versammlung erklärte der nationalliberale Kandidat, „daß es *der Ostfriesen nicht würdig*, und ihrem Charakter mit Rücksicht auf die Mitmenschen nicht entspricht, einen *Antisemiten* in den Reichstag zu *wählen*.“ Das nationalliberale Wahlkommitee veröffentlichte auch eine besondere Erklärung, die sich ausschließlich mit der Verwerflichkeit der deutschsozialen Agitation beschäftigte.

Wenn es den Nationalliberalen mit dieser entschiedenen Gegnerschaft gegen die Kandidatur Groeneveld Ernst ist, so müssen sie, zwischen welchen Kandidaten auch immer die Stichwahl zu entscheiden haben wird, unter allen Umständen den Gegner der Antisemiten als das kleinere Uebel betrachten

---

Fichte und die Juden.

Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Kreuzzeitung“ in ihrer Nummer vom 14. März:

„Gegenüber dem „abstoßenden Gemisch von Schlaffheit und Feigheit, von Trivialität und Gedankenlosigkeit“ von heute begeistert das „Berliner Tageblatt“ sich für den politischen Idealismus J. G. Fichtes, der vor 100 Jahren seine Reden an die deutsche Nation gehalten und, nach dem genannten Blatte, nicht aus Augenblickserwägungen, sondern aus der Tiefe des Gedankens heraus „ein Ideal nationalen Lebens“ gezeichnet hat. Das jüdisch-freisinnige Blatt ruft den Geist Fichtes an, damit „die noch nicht stumpf gewordene Jugend allmählich von neuem lerne, immer wieder in den reinen kastalischen Quell der Ideenwelt hinabzutauchen“ usw. Offenbar war es dem „Berliner Tageblatt“, als es sich für Fichte und seine nationalen Ideale begeisterte, nicht bekannt, was dieser deutsche Patriot in seinen „Beiträgen zur Berechtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution im Jahre 1793“ mit Bezug auf die Juden geschrieben hat.“

Und nun folgen die auch in dem Antisemiten-Katechismus wiedergegebenen bekannten judenfeindlichen Bemerkungen des Philosophen. Aber die Antisemiten haben hier wieder einmal unehrlich operiert. Mitten in diesen Artikel gegen die Juden finden sich folgende Sätze (a. a. O. 190 f), *die der Antisemiten-Katechismus ausgelassen hat*:

„Fern sei von diesen Blättern der Gifthauch der Intoleranz, wie er es von meinem Herzen ist. Derjenige Jude, der über die festen, man möchte sagen, unübersteiglichen Verschanzungen, die vor ihm liegen, zur allgemeinen Gerechtigkeits-, Menschen- und Wahrheitsliebe hindurch dringt, ist ein Held und ein Heiliger . . .“

„ . . . Zwinge keinen Juden wider seinen Willen, und leide nicht, daß es geschehe, wenn du der nächste bist, der es hindern kann; das bist du ihm schlechterdings schuldig. Wenn du gestern gegessen hast, und hungerst wieder, und hast nur auf heute Brot, so gib's den Juden, der neben dir hungert, wenn er gestern nicht gegessen hat, und du tust sehr wohl daran.“

Um jenen Ausfall gegen die Juden richtig zu verstehen, muß man in Erwägung ziehen, daß Fichte in seiner Schrift die Frage aufwirft, ob ein Staat berechtigt sei, die Bildung eines Staates im Staate zu verhindern. Als Beweis für solche Staaten im Staat führt er drei an: *Die Juden*, *das Militär* („ein beinahe ebenso fürchterlicher Staat“ a. a. O. S. 191 ff.), *den Adel*. Gegen den letzten führt Fichte die Hauptstreiche: „Der Besitzer der Produkte, der Landeigentümer, verteuert unablässig die Dinge, die wir haben müssen . . . Der Landbauer hat Nichts und wird nie etwas haben, als den kümmerlichen Lebensunterhalt auf den heutigen Tag.“ (a. a. O. S. 246.) Die heftigen Ausfälle Fichtes gegen Militär und Adel hat der „Antis.-Katech.“ wohlweislich ignoriert. Wenn sich die Antisemiten ferner darauf berufen, daß Fichte den Juden gern Menschenrechte, aber keine Bürgerrechte zustehen wollte, so könnten wir uns auf denselben Fichte vom Jahre 1793 berufen, der in demselben Buche schreibt (S. 346): „Ich behaupte, daß jedes Amt im Staate nach überwiegenden Verdiensten besetzt werden müsse“. Ferner auf den Fichte, der 12 Jahre später (s. Grundlagen des gegenwärtigen Zeitalters 1804 bis 1805. Werke Th. 7 S. 188 f. f. Wilhelm Busse, J. G. Fichte, Halle 1849. II. 331) schrieb:

„Der Staat muß allen den gleichen Zugang zu den vorhandenen Quellen der Bildung für dieselbe gestatten und, als Verweser der Zwecke der menschlichen Gattung, verschaffen. Dies ist nur möglich durch Errichtung absoluter Gleichheit, der persönlichen, sowie der bürgerlichen Freiheit Aller in Ansehung *des* Rechts und *der* Rechte. Dasselbe daher, was schon als bloßer Staat sein Zweck sein muß, wird ihm durch die Religion von neuem zum Zwecke gemacht; und dieses ist der positive Einfluß der Religion auf den Staat: nicht, daß sie ihm einen neuen Zweck gebe, welches der soeben behaupteten Absonderung beider von einander widerspräche, sondern daß sie seinen eigenen Zweck ihm näher ans Herz legt, und ihn treibt, die Erreichung desselben zu beschleunigen.“

Hier verlangt also im Namen der christlichen Religion Fichte die bürgerliche Gleichberechtigung für alle.

Diese ganzen Stellen *fehlen auch wieder* in dem neuaufgelegten Antisemiten-Katechismus, der jetzt unter dem Namen „Handbuch der Judenfrage“ erscheint.

Die „Kreuzzeitung“, die ihre Weisheit aus dem Antisemiten-Katechismus bezw. aus dem „Handbuch“ geschöpft hat, sagt im Anschluß an ihre Zitate:

„Nachdem das „Berliner Tageblatt“ die Autorität Fichtes ausdrücklich anerkannt hat, wird es sich gefallen lassen müssen, daß sein Versuch, den deutschen Patrioten und dessen nationales Ideal für freisinnige Parteizwecke auszuschlachten, in vorstehenden Sätzen die notwendige Vervollständigung findet. Seinen Lesern wird es davon sicherlich nichts mitteilen, wie es bekanntlich über alles, was ihm unbequem erscheint, mit Stillschweigen hinweggeht; aber seine bisherige Meinung über Fichte wird es, wenigstens im Stillen, jedenfalls bedeutend ändern.“

Wir brauchen nur statt „Berliner Tageblatt“ — „Kreuzzeitung“, statt „freisinnige“ — „konservativ-antisemitische“ zu setzen, so haben wir die beste Antwort, die wir

der „Kreuzzeitung“ geben können. Das führende Organ der konservativen Partei täte besser, so unlautere Quellen, wie es das Machwerk des Herrn Theodor Fritsch ist, nicht zu benutzen.

Wiener Brief.

IV.

(Vergani (!) ein Semit. — Beweis: Sein Vortrag über das Judentum. — Vor und hinter den Kulissen. — Wahrmund.)

Wien, den 14. März 1908.

Eine nicht unwesentliche Feststellung ist mir in den letzten Tagen gelungen. Der publizistische Führer der waschechten Wiener Antisemiten, Herr Vergani, muß zweifellos ein Jude sein. Schon lange haben aufmerksame Beobachter den Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ im Verdacht gehabt, daß er nicht ein edler Germane sei, aber nun ist es klärlich bewiesen, daß die „zaubergewaltige“ Erscheinung aus dem Antisemitenhofe zu den „Hebräern“ — o Schrecken! — gehört. Alle Merkmale, die die antisemitische „Wissenschaft“ an dem „Schachervolke“ der Juden wahrgenommen hat, finden sich auch bei dem nunmehr entlarvten Verkünder des deutschen Rassenstolzes. Er ist geldgierig — man denke nur an seine gerichtsordnungsmäßig bewiesene Vorliebe für Obligationen, die gerade nicht sein Eigentum sein mußten; er hat ererbten Krämergeist und versteht sich auf das Profitmachen. Diesbezüglich studiere man die Geschichte der Gründung des „Deutschen Volksblattes“, die von den betrogenen Deutschnationalen unter Beibringung der für Herrn Vergani so kompromittierenden Akten erzählt wurde. Weiter beobachte man den Hang zur Titelsucht, die in dem rührend hartnäckigen Streben nach der kaiserlichen Ratswürde zum Ausdrucke gekommen ist. Auch die von der antisemitischen „Wissenschaft“ als jüdisches Spezifikum festgestellte Sucht, sich vorzudrängen, findet sich bei Herrn Vergani stark ausgeprägt, und seine Parteifreunde können darüber manches Geschichtchen erzählen. Die „jüdische Großmannssucht“ verrät der Besitzer des „Deutschen Volksblattes“ gleichfalls, ebenso wie ihm das „jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl“ eigen ist. War es nicht bezeichnend, daß Herr Vergani seinem Schwiegersohne ein Blatt gründete; erkennt man aus dieser Tatsache nicht deutlich den Trieb, die „Mispoche“ — der Fachausdruck ist aus dem „Deutschen Volksblatt“ geholt — zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zu machen. Der verderbliche Einfluß auf die öffentliche Meinung, den Herr Vergani seit Jahren nimmt, spricht ebenso für unsere Annahme. Hat er sich nicht wie „ein echter krummbeiniger Sohn Israels“ im Wiener Zeitungswesen breit gemacht? Aber all' das würde wenig besagen, wenn die Rassenzugehörigkeit zum Judentum nicht durch das Vorhandensein des wichtigsten Kennzeichens darzutun wäre. Dieses aber ist nach der antisemitischen „Wissenschaft“ die Art, sich im Geistesleben der Völker vorzudrängen. Dieses Bestreben konnte man beim Eigentümer des Antisemitenhofes früher wirklich nicht wahrnehmen, und so stieß der wissenschaftliche Beweis für die Verjudung des „echtesten“ unentwegtesten Antisemiten immer auf Schwierigkeiten. Nun aber ist auch hierin ein Wandel eingetreten. Der kaiserliche Rat Vergani ging unter die Historiker. Wir machen keinen Witz, sondern genügen nur unserer traurigen publizistischen Pflicht, wenn wir dies feststellen. Der Scherz liegt auf Seiten Verganis (!), denn der nunmehr als Jude Entlarvte hat einen gelehrten Vortrag über „das Judentum im Spiegel seiner Geschichte“ gehalten, — schon wollten wir sagen: „gemauschelt“.

Wie jeder Jude — man verzeihe, daß wir uns einmal des antisemitischen Wortschatzes bedienen —, sah sich auch der Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ bemüßigt, zu fälschen und zu verdrehen. Habt Ihr schon einen „Hebräer“ wie Herrn Vergani gesehen, der nicht das Strahlende geschwärzt hätte? Mit „jüdischer Frechheit“ verhöhnte er das heilige Alte Testament, das ja der Fels ist, auf dem die christliche Kirche steht. Die erhabenen, jedem Christen teuren Patriarchengestalten wurden natürlich verlästert. Man höre doch, wie er die Geschichte vom Linsengericht darstellte. Esau war ein Arier, der schwere Feldarbeit leistete, Jakob dagegen ein fauler Jude, der sich durch die Ausbeutung anderer bereicherte.

„Es ist symbolisch vartrefflich angedeutet“, führte der Farscher „mit der krummen Nase und der breiten Stirn Israels“ aus, in welcher Weise er dies tut. Er erreicht es durch ein „Gericht Linsen“. Die Linsen sind die Früchte des Ackerbaues, alsa die Erzeugnisse Esaus selbst! Der schlaue Jakob paßt eine Verlegenheit, eine Natlage Esaus ab, um ihm gegen ein „Gericht“, das soll heißen: gegen eine verhältnismäßig kleine Menge Ackerfrüchte seine Besitzrechte abzunötigen. In modernen Begriff übersetzt, bedeutet das Gleichnis nichts anderes, als der Jude Jakob kaufte in günstiger Zeit die Ackerfrüchte der Arier auf, um sie zur Zeit einer Verlegenheit mit graßem Nutzen laszuschlagen und sich hierdurch allerlei Varrechte zu erwerben und zu sichern. Das gleiche Manöver finden wir bei der Geschichte Josefs in Aegypten, aber auch heute bei uns insbesaudere in Galizien, Ungarn und vielen anderen Ländern. Die Fruchtbörse ist eine Einrichtung, die den Juden Gelegenheit gibt, das Beispiel ihrer Vorfahren gründlich nachzuahmen.

Wahrlich, ein solches Spiel mit der heiligen Schrift kann doch — nach der antisemitischen Anschauung — bloß ein freimaurerischer Jude treiben. Da sieht man wieder, wie gefährlich die Juden à la Vergani sind.

Wer nun glaubt, daß sich Herr Vergani die Sache leicht gemacht hätte, der kennt das zähe Volk, das sich voll Fanatismus gegen alles Großartige auflehnt, nicht. Arier wie Herr Schneider konnten zeitlebens ohne wissenschaftliche Vertiefung in ihren Disziplinen — z. B. in der Ritualmordkunde — das führende Wort innehaben. Aber ein jüdischer Schlaukopf wie Vergani weiß sich ein Ansehen tiefer Gelehrsamkeit zu geben. Von einem seiner Tintenkuli wurde ihm offenbar verraten, daß einmal ein Tacitus gelebt hat, und dieser boshafte Mensch ließ seinen Chef auch mit Mommsen hineinfallen. Vergani berief sich auf diesen Gelehrten und zitierte nach bewährtem Muster eine aus dem Zusammenhange gerissene Stelle; diese beweist freilich nichts gegen die Juden, sondern legt nur dar, daß Vergani emsig von Ausschnitten lebt, die ihm gelegentlich gezeigt werden.

Im ganzen und großen hoffen wir unsere These, daß der Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ ein Jude sein müsse, so gut bewiesen zu haben, als es eben bei der Enge des Raumes möglich war. Ueber dieses Thema müßte man, — um mit dem neuen „Gelehrten“ zu sprechen — ganze Bücher schreiben, wenn man ausführlich werden wollte . . . . . Die rhetorische Uebung des kaiserlichen Rates ernst zu nehmen, liegt kein Grund vor, und es wäre Zeitvergeudung, auf die Albernheiten einzugehen. Der Vortrag selbst dürfte nach dem Zeitungsbericht nur vor den altgetreuen Tarokpartnern des ehemaligen Bürgermeisters von Mühldorf stattgefunden haben, und kein Lied, kein Heldenbuch hätte davon Kenntnis gegeben, wenn nicht das „Deutsche Volksblatt“ dem öden Geschimpfe seine Sonntagsnummer vom 8. März würde gewidmet haben. Das „Deutsche Volksblatt“ aber ist schon längst dem Blümlein, das bloß im Verborgenen blüht, vergleichbar.

In Wien stehen jetzt Gemeinde- und Bezirkswahlen bevor. Die Christlichsozialen, die sich rechtzeitig hinter einem ganz nach ihren Bedürfnissen gestalteten Wahlrechte verschanzt haben, eilen trotzdem von Versammlung zu Versammlung. Dabei geht es nicht ohne die alten antisemitischen Verleumdungen und Beschuldigungen ab. Am possierlichsten hat sich jedoch Seine Exzellenz Herr Dr. Weißkirchner, der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses und Direktor des Wiener Magistrats, benommen. In einer Wählerversammlung im IX. Bezirke schimpfte er über die bösen Juden in einer Weise, daß jedem Antisemiten das

Herz lachen mußte. Das hinderte freilich die „liberalen“ Zeitungen nicht, über den Speech Seiner Exzellenz — zum Teil sogar mit Hinweglassung der Rüpeleien — zu berichten. Am nächsten Tage aber trat Herr Weißkirchner mit Herrn L. — der ein Jude ist — gemeinsam eine Studienreise an. Daß Herr L. zu Weißkirchners Freunden gehört, ist bekannt, ebenso wie es kein Geheimnis bildet, daß andere Antisemitenhäuptlinge mit Juden sehr gut auskommen. Das Volk, der „dumme Kerl von Wien“, aber wird weiter mit den verwirrenden Phrasen abgespeist. Die kleinen Leute hetzt man nach wie vor gegen „Israel“.

Wenn man sich über die moralische Beschaffenheit der christlichsozialen Partei klar werden will, dann muß man vor allem auf die Stimmen der Mißvergnügten hören. So mancher rächt sich durch die Preisgabe von Geheimnissen. Der Mechaniker Schneider, der es dem Geßmann nicht verzeihen kann, daß dieser und nicht etwa er Minister geworden ist, hat dieser Tage wieder viel Interessantes ausgeplaudert. Man weiß, daß die Christlichsozialen es nach ihren Worten in erster Linie auf die Rettung des kleinen Mannes abgesehen hatten, und daß sie sich als Hüter der gewerblichen Genossenschaften, als Schützer des Handwerks bejubeln ließen. Nun stellen sie abermals einen Kandidaten auf, von dem Herr Schneider erzählt, daß er sich als Obmann einer Genossenschaft für diese und als Privatmann für sich um eine kommunale Arbeit bewarb. Als Privatmann offerierte er um 10 Prozent billiger, denn als Genossenschaftsvorsteher, so daß ihm die Lieferung und damit ein hübscher Profit zufiel.

Die Hetze gegen die freien Universitäten, gegen die freie Wissenschaft, die Dr. Lueger auf dem letzten Katholikentage inszenierte und deren Urheberschaft er — als sich ein Sturm des Unwillens erhob — zu leugnen suchte, lebt nun wieder auf. Im heiligen Land Tirol, wo die Christlichsozialen jetzt die Bauern beherrschen, werden gegen Professor Ludwig Wahrmund Kreuzzüge geführt. Dieser Gelehrte, der an der Innsbrucker Universität Kirchenrecht vorträgt, ist ein Wahrheitssucher, der keine Rücksichten kennt. Ohne Politiker zu sein, geriet er durch seine wissenschaftlichen Arbeiten mit den Klerikalen in Zwiespalt. Bei der Kulturdebatte, die vor einiger Zeit im österreichischen Abgeordnetenhause abgehalten wurde, denunzierte ein Kollege den Gelehrten; ein christlichsozialer Universitätsprofessor verleumdete den mutigen Forscher. Seither kamen die Tiroler nicht zur Ruhe, aber erst jetzt — nachdem sich Professor Wahrmund durch eine Schrift und durch eine Rede, die er im Verein „Freie Schule“ hielt, neuerlich den Haß der Dunkelmänner zugezogen hat — wird das Kesseltreiben systematisch geführt. Professor Wahrmund von der Universität zu verdrängen ist der Wunsch der Klerikalen aller Nuanzierungen, und den Ministern werden die Türen eingelaufen. Doch noch ist die freie Forschung in Oesterreich nicht schutzlos, und dem Angegriffenen eilen von allen Seiten Kampfesgenossen zu. Der Sieg sei mit ihnen! rm.

Graf Ivan Tolstoi über die Judenfrage.

Aus Petersburg wird der „Russ. Korr.“ geschrieben:

Graf Ivan Tolstoi, ehemaliger Minister für Volksaufklärung im ersten konstitutionellen Kabinett Witte's, veröffentlicht soeben im Blatte seines früheren Kollegen, des damaligen Handelsministers Thedorow, „Slowo“, einen langen Artikel, in dem er den Charakter und die politische Bedeutung der Judenfrage in Rußland eingehend erörtert. Einer der Trümpfe in den Händen der „Ordnungshüter“ und „Vaterlandsretter“, schreibt der Graf, sei die Judenfrage, oder richtiger nicht die Frage an sich, sondern das systematische Aufhetzen der Regierung, des Publikums und des Volkes gegen die Juden. „Diese Hetze nenne ich einen Trumpf, weil sie leider einen günstigen Boden findet; einerseits, infolge der uralten Vorurteile; anderseits, wegen der übertriebenen Befürchtungen der wirtschaftlicher Konkurrenz.“ Besonders wird gegenwärtig die Beteiligung der Juden an der revolutionären Bewegung hervorgehoben, da man daraus ihren verderblichen Einfluß auf das „patriarchalische“ russische Volk folgern will. Nun fragt sich jedoch, wer daran schuld sei? Dürfe man denn die Stimmung innerhalb des russischen Judentums in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der Staats- und Gesellschaftsantisemitismus ein wenig nachließ, mit der jetzigen vergleichen — nach einem viertel Jahrhundert gesetzgeberischer und administrativer Verfolgungen, nach einer Reihe Pogrome, die das patriotische Herz des Nationalisten so sehr erfreuten, und die sogar von einem gewissen Teil der Presse unterstützt und befürwortet werden. Die Juden dürften wohl hoffen, auf revolutionärem Wege jene natürlichen Menschenrechte erlangen zu können, deren Gewährung ihnen der Staat hartnäckig verweigerte und noch jetzt verweigert. Es war wirklich ein Augenblick — und zwar am 30. Oktober 1905 — wo die besten Hoffnungen zur Tat werden sollten, wo die Gleichberechtigung der Bürger feierlichst verkündigt wurde; die Wirklichkeit hat jedoch nur allzubald die Hoffnungen grausam enttäuscht — es sei also nur ein Traum, nur ein augenblicklicher „Schwächeanfall“ gewesen. Und wer hat dann von der organisierten Kontrerevolution am meisten gelitten? Hauptsächlich die Juden, in vielen Orten ausschließlich sie, und dabei gerade diejenigen, die mit dem „Aufruhr“ absolut nichts zu tun hatten. Es wäre Zeit, daß die patriotische Presse die Hetze gegen die Juden auf diesem Boden einstellte, denn sonst sei es unmöglich, die Judenfrage ruhig zu erwägen, unmöglich, dieselbe einigermaßen unparteiisch zu prüfen und zu lösen. Eine Lösung sei aber unbedingt notwendig — dies müssen die Freunde, wie die Feinde der Juden anerkennen. Während aber die ersteren sich klar darüber sind, in welcher Richtung die Frage schnell zu lösen sei, beeilen sich die letzteren überhaupt nicht mit der Prüfung dieses Problems; offenbar einfach aus dem Grunde nicht, weil sie nicht wissen, wie es zu lösen ist, ohne den Boden des Antisemitismus zu verlassen, während es andererseits kaum möglich erscheint, auf diesem Boden weiter zu gehen. Die Antisemiten verstehen nur, von der alten, vielmals widerlegten Motivierung ausgehend, die Beibehaltung der komplizierten Ausnahmegesetze, die entgegengesetzte Ergebnisse zeitigten, zu verlangen.

Die Mißerfolge des „erprobten“ Regimes will man durch seine Verschärfung beseitigen! Wie sähen denn jetzt die Verhältnisse aus? Man habe die Juden in den berüchtigten Ansiedelungsrayon vertrieben und dazu noch ausschließlich in die Städte, und sie dort einer Unzahl verschiedener Verbote und entwürdigender Daseinsbedingungen unterworfen, und wenn sich die Leute fast instinktiv dagegen sträuben und ihre Unzufriedenheit mit solcher Lage äußern, dann werden sie der Rebellion beschuldigt und entsprechend behandelt. Die Antisemiten werden nicht müde, über die Gefahr zu schreien, die dem russischen Volke von den Juden drohe. Statt einer rationellen Prophylaxis empfehlen sie aber bloß solche Mittel und Maßnahmen, die diese „jüdische Gefahr“ nur verstärken müßten. Nur in einem Punkte hätten die Antisemiten recht; solange die Judenfrage bei uns im status quo verharre, seien Unruhen und Exzesse gegen die Juden nicht nur möglich, sondern direkt unvermeidlich und zwar in Zeiten, die für den Staat höchst unbequem und kritisch wären. Im Interesse der Ruhe, der normalen Entwicklung und des friedlichen Verlaufes des russischen Lebens müßte da Wandel geschaffen werden — denn die bestehende Lage sei unerträglich, und das gegenwärtig herrschende System müsse laut und entschieden von allen, die ihr Vaterland lieben und ihm ein friedliches Gedeihen wünschen, verurteilt werden.

In der Judenfrage, so wie in vielen anderen, wenn nicht in allen Fragen, fiele der einzig richtige Standpunkt, auf den man sich stellen sollte, mit dem ethischen zweifellos zusammen: solange Rußland die russischen Juden als Stiefsöhne behandle, habe es weder das moralische Recht noch die tatsächliche Möglichkeit, von ihnen die Erfüllung der Pflicht zu verlangen, die Söhne ihrem Vaterlande schuldig sind. Man könne nicht ein ganzes Volk, 6 oder 7 Millionen russischer Bürger, als Verbrecher betrachten, ohne sie dadurch auf den Weg des Hasses gegen Staat und Gesellschaft, die sie aus ihrer Mitte ausstoßen, zu treiben. Man dürfe die Zufälligkeit der Geburt und die Zugehörigkeit zu einer gewissen Religion nicht nur nicht zu einer Ursache der Entrechtung, sondern selbst nicht einmal der Rechtsschmälerung machen. Die Gesetzgebung eines Landes, in der der Wille und die ethischen Grundlagen des Staates zur Geltung kommen sollen, müsse das Ideal der absoluten Gerechtigkeit erstreben, nur dann könne sie ein Recht auf Achtung und Erfüllung der Gesetze nicht aus Furcht, sondern dem Gewissen folgend, beanspruchen. Die Zeitungen, die die Hetze gegen die Juden führen, erachtet der Graf als das die öffentliche Ruhe gefährlichste Element, und schließt mit der ernsten Mahnung an die dritte Duma, baldmöglichst, wenn nicht mit der Lösung so doch mit der vorangehenden Prüfung der Judenfrage anzufangen. Aber schon jetzt müssen die sämtlichen ungerechten und schädlichen Rechtsbeschränkungen der Juden beseitigt werden: ein solcher Anfang im Sinne der Huma-

nität und Wohrheit würde die größte Wirkung auf das Verhalten sämtlicher ehrlicher Menschen zur dritten Duma ausüben.

So weit Graf Tolstoi. Seine Ausführungen enthalten allerdings nichts neues, aber auch die selbstverständlichsten Dinge werden bei uns noch immer hartnäckig bestritten und müssen tagaus, tagein wiederholt werden. Und wenn die Widerlegung, wie im vorliegenden Falle, seitens eines Mannes erfolgt, der zu den obersten Schichten der russischen Aristakratie gehört und noch unlängst einen Ministerposten im Staate bekleidete, so verdient sie gewiß Beachtung. Leider wird seine Mahnung an die dritte Duma wohl ahne Erfolg bleiben, denn die dart sitzen, haben Ohren, um nicht zu hören.

Aus dem antisemitischen Lager.

Von den antisemitischen Stützen des Blocks. Wir haben in der letzten Nummer unseres Blattes darauf hingewiesen, wie unsere Antisemiten sich ihre Zukunft im Block denken. Das Doppelspiel, das sie dabei treiben, gestaltet sich immer widerlicher. Einerseits möchte man sich des Freisinns bedienen, um Forderungen durchzusetzen, für die der frühere Bundesgenosse, das Zentrum, nicht zu haben war, und auf der anderen Seite wird der Freisinn immer wieder angepöbelt, um ihm das Zusammenarbeiten mit der Mehrheit noch schwerer zu machen. Wohin diese Taktik führt, ist nicht schwer zu begreifen. Man möchte den Liberalismus entweder in Widerspruch zu seinen Grundideen bringen oder ihm jede pasitive Politik verekeln. Am tapfersten zeigt sich darin das Leiborgan des Herrn Liebermann von Sonnenberg. In seiner Nummer vom 15. März rempelt es den Freisinn mit folgenden Ungezogenheiten an:

„Wahrlich, das Gefühl für nationale Würde ist beim Freisinn riesengroß gewachsen, seitdem er im Block mit Trinkgeldern bei guter Laune erhalten wird und sich den Anschein geben darf, als ab er positiv mitarbeite im nationalen Sinne."

Der Liberalismus muß sich van antisemitischen Interessenpolitikern jede Belehrung über nationale Würde entschieden verbitten.

Im Landtagswahlkreise Hersfeld Rotenburg ist der antisemitische Abg. Werner, das einzige Mitglied, das die Refarmpartei im preußischen Abgeardnetenhause besitzt, in einer dieser Tage in Bebra abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung wieder aufgestellt warden. Werner ist bei der letzten Wahl nur mit 119 gegen 106 Stimmen, die auf den Kanservativen van Stackhausen entfielen, gewählt worden. Kanservative und Bund der Landwirte werden voraussichtlich einen gemeinsamen Kandidaten gegen Werner aufstellen. Anfangs war von den Kanservativen die Kandidatur des Landrats Türck in Aussicht genammen; sie ist jedach an dem Widerstand des Bundes der Landwirte gescheitert, welcher sich gegen die Kandidatur eines Beamten schroff ablehnend verhält. Am 15. d. M. ist van einer Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte in Bebra die Kandidatur Herrn van Badelschwingh-Schwarzenhasel, einem enragierten Agrarier, der u. W. auch den Deutschsazialen nahesteht, angetragen warden. Die konservative Parteileitung erläßt eine Erklärung, daß sie mit dem Bunde der Landwirte Hand in Hand gehen walle. An der Unterstützung der Kandidatur von Bodelschwingh durch die Kanservativen ist alsa kaum zu zweifeln; ebenso wird Herr Liebermann von Sonnenberg alles tun, um dem Kandidaten der antisemitischen „Bruderpartei" die Rückkehr in den Landtag zu versperren. Vielleicht revanchiert sich die Refarmpartei für diesen Akt der Feindseligkeit dadurch, daß sie Herrn Lattmann, dem einzigen Vertreter der Deutschsozialen im Landtage, in Kassel einen eigenen Kandidaten gegenüberstellt.

Ueber das Wesen und den Umfang des Mittelstandes können sich die zunächst Beteiligten selber noch immer nicht klar werden. Herr Baurat Enke, eine bekannte antisemitische Leuchte in Leipzig, erklärte in einer vorige Woche stattgehabten Versammlung der dortigen Ortsgruppe der Mittelstandsvereinigung, das Wort Mittelstand sei ein weitgehender Begriff. Selbst Leute, die heute ein Einkommen von 10 000 Mk. hätten, gehörten zum Mittelstand.

Das ist bekanntlich auch die Ansicht des Herrn Professors Suchsland, des wissenschaftlichen Spezialisten des Bundes der Landwirte, dessen großgrundbesitzerliche Mitglieder sich ja ebenfalls gelegentlich, d. h., wenn es gilt, die Wahlstimmen des wirklichen Mittelstandes zu gewinnen — zum „bäuerlichen Mittelstande" rechnen.

Mit den Fortschritten der reaktionären Mittelstandsvereinigung ist es noch immer sehr schlecht bestellt. Die „Deutsche Valkspast", ihr offizielles Organ, veröffentlicht eine Zuschrift aus Barmen, die ein großes Klagelied anstimmt über die Gleichgiltigkeit im Lager der Mittelständler. Die gleichfalls mittelständlerische und antisemitische Magdeburger „Sachsenschau" bemerkt hierzu trocken:

„Die Mittelstandsbewegung kommt besonders deshalb nicht varwärts, weil der eine Mittelständler dem andern nicht traut und — — nichts gönnt."

Für die reaktionären Mittelständler, die das Blatt ja sehr genau kennen muß, wird diese Charakteristik wohl stimmen; glücklicherweise aber nicht für die großen und breiten Schichten des Mittelstandes, deren Lebenskraft noch ungebrochen ist, und die sich nicht durch die Unkenrufe rückständiger Elemente ihres Standes ihre Freude an der Arbeit und an den durch eigene Kraft errungenen Erfolgen verkümmern lassen wollen.

Den Stimmbettel der Antisemiten bei den Juden um Unterstützung der Kandidatur Lattmann in Kassel, der im Verfolg der letzten allgemeinen Reichstagswahlen wiederholt zur Sprache gebracht worden ist, sucht Herr Dr. Winterstein-Kassel, der Leiter der dortigen antisemitischen Wahlagitation, jetzt in einer Erklärung in dem „Beobachter" abzuschwächen. Nach seiner Darstellung habe ein Herr Julius Mecca in Kassel, Hohenzollernstr. 8, am 29. Januar v. J., einen Brief an Herrn Lattmann geschrieben, in dem er ihn bat, „er möge wenigstens versprechen, daß er keinem Ausnahmegesetz gegen die deutschen Juden zustimmen werde. Eine solche Erklärung würde für das Verhalten des Briefschreibers und wohl auch seiner israelitischen Glaubensgenossen bei der bevorstehenden Stichwahl bestimmend, ja entscheidend sein". Gleichzeitig hat Herr Mecca die Kasseler Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gebeten, auf Herrn Lattmann in demselben Sinne einzuwirken.

Dr Winterstein erklärt nun, daß er nach Rücksprache mit 2 Vorstandsmitgliedern des deutschsozialen Vereins dieses Ansinnen in folgendem Schreiben an die Kasseler Ortsgruppe des „Reichsverbandes" abgelehnt habe:

„Auch wir können uns nicht auf Einzelheiten binden, am allerwenigsten ganz kurz vor der Stichwahl, bei der es nur noch auf allgemeine Grundzüge ankommen kann und darf. Aber auch wenn wir wollten, können wir nicht einen Punkt unseres Parteiprogrammes aufgeben, ahne damit selbst aus der Partei auszutreten. Selbstverständlich stehen wir dem sogenannten Radau-Antisemitismus vollkommen fern. Unsere Hauptarbeit liegt auf allgemein nationalem und sozialem Gebiete. Niemals bekämpfen wir auch den einzelnen Juden wegen seines religiösen Bekenntnisses."

Die Behauptung, daß „die Deutschsozialen dem Radau-Antisemitismus fernstehen", ist ebenso unrichtig wie die heuchlerische Versicherung, daß sie nicht den einzelnen Juden wegen seines religiösen Bekenntnisses bekämpfen. Noch in den letzten Nummern haben die „Deutschsozialen Blätter" des Herrn Liebermann von Sonnenberg ihre Geistesverwandtschaft mit Pückler deutlich genug bewiesen, und die von Zeit zu Zeit immer wieder erneuerten gemeinen Angriffe des Blattes gegen religiöse Institutionen des Judentums zeugen von nichts weniger als von einer Schonung des „religiösen Bekenntnisses des einzelnen Juden".

Indeß kann man ruhig zugeben, daß Herr Dr. Winterstein bei dieser Erklärung der antisemitischen „Parteiehre“ nichts vergeben hat. Wovor die *offizielle* antisemitische Parteileitung aus begreiflichen Gründen zurückscheute, dafür mußten eben die „nichtoffiziellen“ Antisemiten einspringen; so war denn auch in einem „Eingesandt“ der „Kasseler Allg. Ztg.“ folgender bewegliche Appell an die jüdischen Wähler zu lesen:

„*Lattmann ist kein Antisemit*“ in dem landläufigen Sinne; er will deutschsozial wirken und gehört der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ an. *Keine Tat, kein Wort* noch Antrag im Reichstag oder sonstwo ist ihm nachgewiesen, wodurch *dem rechtschaffenen Judentum auch nur ein Haar gekrümmt werden könnte*, oder wodurch es in seinen Empfindungen hinsichtlich Sitte, Glauben oder Beruf sich verletzt fühlen müßte. . . . . Eure wirtschaftlichen Interessen liegen ja gerade auf der Seite, welcher Lattmann seinen Schutz angedeihen läßt. Darum denkt an Eure Existenz als kleinere und mittlere Handels- und Kaufleute, als Glieder des Mittelstandes und denkt an unser aller *gemeinsames Vaterland!!!!*“

Wenn Herr Dr. Winterstein jetzt — nach über Jahresfrist — die parteioffizielle Verantwortung für diesen antisemitischen Stimmbettel ablehnt, so kommt dieses Desaveu sehr post festum. Warum hat er nicht *damals* — noch vor der Stichwahl — eine solche Erklärung abgegeben?

Das kürzlich verstorbene Herrenhausmitglied v. Helldorf=Bedra war in der Bismarckschen Zeit einer der hervorragendsten parlamentarischen Führer der Konservativen. Nach dem Sturze des großen Kanzlers, insbesondere seit dem 8. Dezember 1892, geriet die Leitung der Partei immer mehr in die Hände der extremen Richtung, und von da ab war die politische Rolle des Herrn v. Helldorf ausgespielt. Der berüchtigte Freiherr v. Hammerstein wurde der maßgebende Führer. Man schrieb den *Antisemitismus* auf die Fahne der Partei, man *legte ihn programmatisch fest*. In das sogenannte Tivoli-Programm wurden folgende Sätze aufgenommen:

„Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schulen.“

Der vorgeschlagene Schlußsatz: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“ wurde abgelehnt. Es wäre auch eigentümlich gewesen, diese Worte aufrecht zu erhalten in demselben Augenblicke, wo man Hochs auf Ahlwardt ausbrachte, wo die Aeußerung fiel: „Lieber 10 Ahlwardts als einen Freisinnigen!“, und wo man sich rühmte, Ahlwardt in den Reichstag gewählt zu haben.

Gegen diese Aenderung des Parteiprogramms, insbesondere auch gegen die Festlegung des Antisemitismus, erklärten sich 21 Delegierte unter Führung des Herrn v. Helldorf.

Die *Gegnerschaft* Helldorf's gegen die „Kreuzztg.“ fand wohl ihren schärfsten Ausdruck in folgender Auslassung des konservativen Parteiführers in dem „Konservativen Wochenblatt“ anläßlich des Kampfes um das Zedlitz'sche Volksschulgesetz:

„Es soll der *Herrschergeist*, so schrieb er damals, und das *Prophetentum* in der konservativen Partei einseitig der „Kreuzzeitung“ bewahrt bleiben. Was nicht bescheiden hinter ihr einschwenken und sich neben ihr geltend machen will, wird mit *fanatischer Herrschsucht vor den Kopf geschlagen* oder so lange gehetzt, *bis es am Boden liegt*. Wir für unseren Teil wollen unentwegt unsere Straße weiter ziehen und unsere Fahne des besonnenen, gedankenklaren Konservatismus festhalten. Das System der Einschüchterung und der *persönlichen Beschimpfung*, mit dem die „*Kreuzzeitung*“ *arbeitet*, und mit dem sie in der Tat bemerkenswerte Erfolge erzielt, läßt uns kalt. 3

Das flegelhafte Verhalten des Sohnes Georg von Schönerer's im Theater in Halle richtete sich gegen eine *jüdische Schauspielerin*. Selbst die „*Deutsche Reform*“ des Abg. Zimmermann, der sonst gerade mit der Richtung Schönerer unter den österreichischen Antisemiten sympathisiert, kann nicht umhin, ihre Mißbilligung darüber auszusprechen; das Blatt schreibt nämlich:

„Wir können einen derartigen Antisemitismus ganz entschieden *nicht billigen*. Es ist weiter nichts als ein höchst *übel angebrachter* Studentenulk, der dem Herrn Schönerer *noch schlecht bekommen* dürfte.“

Die Wiederkehr des Todestages des Konitzer Gymnasiasten Ernst Winter (11. März) gibt der „*Deutschen Hochwacht*“ wiederum Anlaß zu der nichtswürdigen Verdächtigung, daß Winter von Juden ermordet sei; das Stettiner Hetzblatt schreibt nämlich:

„An diesem Tage des Jahres *Ernst Winter* in Konitz *von fanatischen Hebräern ermordet*. Sein Blut wurde beiseite geschafft.“

Natürlich kann das Blatt, dem es nur um eine Aufreizung der niedrigsten Leidenschaften gegen die Juden zu tun ist, für seine schamlose Behauptung auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen; es läßt selber den Artikel in der Frage ausklingen: „Wer sind die Mörder?“ **Wie lange** wird das Schandblatt aber noch diese Hetzereien ungestraft fortsetzen dürfen?

Vermischtes.

Die Fallissements in der Konfektionsbranche. Man schreibt uns: Mit der Friedberg-Affaire war für die Antisemiten nicht viel zu machen, wenn sie es auch nicht ganz verabsäumt haben, auch aus dieser Sumpfpflanze antisemitischen Honig zu saugen. Aber um so eifriger stürzen sie sich auf die in den letzten Wochen gemeldeten zahlreichen Fallissements in der Konfektionsbranche. Hätten sie freilich eine Spur von Sachkenntnis oder Billigkeitsgefühl, dann würden sie nicht so viel Eifer entwickeln. Es sollte selbst Antisemiten wohl bekannt sein, daß, wenn in einem Geschäftszweige ein, zwei größere Fallissements vorkommen, in demselben Geschäftszweige und in diesem nahestehenden Branchen eine Reihe von Bankerotten geradezu notwendig folgen muß. Und da die Berliner Konfektion vorzugsweise von Juden beherrscht wird, so müssen notwendig viele jüdische Firmen fallieren. Das ist so selbstverständlich, daß wir kaum glauben können, daß selbst die Antisemiten, die in der Regel durch Sachkenntnis nicht allzusehr beschwert sind, das nicht wissen sollten. Es ist ihnen vermutlich nur darum zu tun gewesen, die Konfektionäre der Spielwut und der üppigen Lebensweise zu beschuldigen. Nun ist ja das Spiel zweifellos ein Laster, aber wir glauben nicht, daß diesem besonders Juden, speziell jüdische Konfektionäre, fröhnen. Wenigstens hört man oft genug von Spielerkatastrophen in sehr hohen germanischen Kreisen. Ja, es ist doch wohl bezeugt, daß das Spiel ein schon in ältesten Zeiten bei den Germanen sehr verbreitetes Laster war. Das soll zwar die Juden, und besonders jüdische Konfektionäre, wenn sie leidenschaftlich spielen, nicht rechtfertigen, sondern nur die antisemitischen Moraltrompeter und auf Andere Steine werfende Sittenrichter daran erinnern, daß sie selbst im Glashause sitzen.

Die Königsmörder in Portugal sind natürlich *Juden*. Ein *Vicomte* d'Almeida teilt dies brühwarm den „Deutschsozialen Blättern“ mit, die diese Bombennachricht ihren Lesern hocherfreut wie folgt servieren:

In geradezu beängstigender Weise berichtet die gesammte internationale Presse immer und immer wieder, daß der Königsmord von „*portugiesischen Handlungsgehilfen*“ verübt worden sei. Es war für jeden Wissenden von *vornherein klar*, was man unter diesen „Handlungsgehilfen“ zu verstehen habe. Mit großer Gerissenheit wird die Frage der „Konfession“ der Mörder nicht erwähnt, es war auch merkwürdigerweise nicht möglich, auch nur einen Namen zu erfahren. Ein kleines Lissaboner Blatt war unvorsichtig genug, nun endlich einen Namen zu nennen, der aber von der internationalen Presse nicht weitergegeben wird. Der eine der „por-

lugiesischen Handlungsgehilfen" heißt nämlich Dacosta. Wenn die Herrschaften zu Ihnen nach Deutschland kommen, heißen sie natürlich „d'Acosta". Wer denkt da nicht an den „berühmten" Juden Uriel Acosta? Acostas, alte portugiesische Juden, gibt es wie Sand am Meer. So wissen wir nun, wie die Firma Mandelstamm hier unten am Tajo gerade so gut „arbeitet", wie dort oben an der Newa! Alles, was in der letzten Zeit passiert ist, beruht auf einem genau durchdachten Plan mit einer bewunderungswürdigen Exekutive. Der Kampf gegen Bülow, Prozeß Brand, Prozeß-Moltke-Isidor Witkowsky usw. usw. — es sind nur Mittel zum Zweck, Wege zum Ziel — der Weltherrschaft. Der Ersatz für Bülow ist schon bereit! Er soll den Ring für die Unterjochung der Kultur Europas schließen. Finis coronat opus! Ihr Kampf, den Sie führen, ist ehrenvoll, aber wohl vergeblich. Sind es nicht gerade die Dynastien und die Völker, die ihre Schlächter selber wählen? Es gibt nur deutsche Dynastien in Judengewalt und ihnen gegenüber eine willenlose Herde Proletarier unter Judenkommando.... Und so ist es in Portugal erst recht. Hier ist es zuspät .... ein furchtbares Wort.

Man sieht, Pückler's gibt es überall, selbst in Portugal; nur dürfte man dort solche gemeingefährliche Geisteskranke wohl kaum so lange frei herumlaufen lassen, wie in dem gesegneten Preußen, das nach dem bekannten Ausspruch in der Herrenhausrede des Fürsten Bülow Deutschland und der ganzen Welt voranmarschieren soll.

Richard Wagner und das Judentum. Die Erst-Aufführung der „Meistersinger" in Berlin war insbesondere der tatkräftigen Verwendung der Gräfin Schleinitz bei dem König Wilhelm I zu verdanken. Ganz ohne Friktionen ging es aber nicht ab. Der „Köln. Ztg." berichtet im Anschluß an die jetzigen Wagner-Gedenkfeiern ein Augen- und Ohrenzeuge der ersten Aufführung:

„Wagner hatte — wieder einmal infolge einer seiner unberechenbaren und höchst unpraktischen Eigensinnigkeiten — seine Broschüre über das Judentum in der Musik, trotz des Abmahnens seines Gönners und Freundes Wesendonck, drucken lassen. Die Berliner Opernhaus-Abonnenten, zum großen Teil Israeliten, rasten und scharten sich, wie aus sehr bedrohlichen Zeitungsanzeigen zu ersehen war, zu einer geschlossenen Gegnerschaft zusammen. Da Wagner damals im großen Berliner Publikum keinen großen Anhang besoß, so war für die Erstaufführung der Meistersinger das Schlimmste zu befürchten.

Frau v. Schleinitz zitterte Da nahte sich ihr in der Person des Tabakfabrikanten Bernhard Loeser der Retter. Er war Israelit, aber noch mehr Wagnerianer. Er bildete eine Art Gegensyndikat und kaufte an jedem Meistersingerabend an 300 Billetts auf. Bei der Verteilung dieser Karten an gesinnungstüchtige Leute fielen seine Blicke auf mich, den er mit 30 Karten begnadete. Ich war damals Primaner des Joachimsthalschen Gymnasiums und verkehrte infolge meines Klavierspiels vielfach in der Familie unseres Direktors, des prächtigen alten Kießling. Er gestattete ohne weiteres, daß ich mich mit 30 Mitschülern in die Meistersinger begab, um die gute Sache zu retten. Die Auswahl unter ihnen richtete sich weniger nach der musikalischen Intelligenz, als nach der Handschuhnummer und Muskelstärke. Ich las meiner Kohorte vorher aus Berlioz' Orchesterabenden die Organisation der Pariser Claque vor, die uns zum Vorbild diente: ich selbst nahm an einem vorgeschobenen Platz des dritten Ranges Platz, während meine Genossen die Galerie, „Bullerloge" oder „Olymp" genannt, bevölkerten.

Folgt alsdann eine Schilderung, wie das geniale Meisterwerk aufgenommen wurde. Ein tückischer Zufall wollte es, daß gerade einer dieser mit einem Freibillet begnadeten Tertianer durch ein naives Lachen bei der Prügelszene des zweiten Aktes den entrüsteten Protest der enragierten Wagnerianer hervorrief, was wiederum unter Freunden und Gegnern Wagner's eine wahre Komödie der Irrungen zur Folge hatte. Das entrüstete Zischen der Vollblut-Wagnerianer wurde nämlich von anderen Wagnerianern als eine Bekundung des Mißfallens aufgefaßt und mit einem wütenden Beifallssturm beantwortet

Die Behandlung deutscher Reichsangehöriger jüdischer Religion in Rußland. Der Verein der Ostdeutschen Holzhändler und Holzindustrieller macht Folgendes bekannt:

„Die bessere Verwertung der russischen Landeserzeugnisse, speziell auch die Verwertung russischer Forsten selbst unter dem Verfahren der russischen Regierung. Größte deutsche Importfirmen, deren Inhaber jüdischer Religion sind, lehnen es ab, dem Ankauf angebotener Waldungen näher zu treten, da sie es als unwürdig empfinden, bei den unerläßlich nötigen Besuchen Rußlands gewissermaßen als deutsche Reichsangehörige zweiter Klasse behandelt zu werden. Nachdem die unterschiedliche Behandlung von Kaufleuten jüdischer Religion in Bezug auf die Dauer des Passes und die Höhe der Gildensteuer durch den Handelsvertrag aufgehoben ist, sollte die russische Regierung konsequent sein und endlich allen Reisenden, sofern nur der Paß in Ordnung ist, die gleiche Gültigkeitsdauer des Passes und die gleichen Rechte in ganz Rußland zuerkennen, und demgemäß endlich verfügen, daß das Visum ohne Hinweis auf die Religion eingetragen wird Dem Bemühen Rußlands, seinen Handel und seine Industrie auf eine höhere Stufe zu bringen, ist dieses Festhalten an solchen mittelalterlichen Anschauungen zweifellos sehr hinderlich."

Rhina (bei Fulda). Für die hiesige evangelische Volksschule sind in den Schulvorstand drei jüdische Handelsleute gewählt. Den neueren gesetzlichen Bestimmungen widerspricht das auch nicht, denn in Landgemeinden sollen nach dem neuen Schulunterhaltungsgesetz die Schulangelegenheiten verwaltet werden von einem Schulvorstand, der besteht aus dem Gemeindevorsteher, einem Lehrer, einem katholischen resp. evangelischen Geistlichen und bei mindestens 20 jüdischen Volksschülern dem Ortsrabbiner und aus 26 Gemeindebürgern, die ohne Rücksicht auf die Konfession von der Gemeindevertretung zu wählen sind. Es ist ein Zeichen der Vorurteilslosigkeit, die hier herrscht, daß der Gemeindevorstand ohne Rücksicht auf die Konfession in den Schulvorstand die Person wählt, von der er sich die besten Dienste verspricht

Aus Rumänien. Im Alter von erst fünfundfünfzig Jahren ist in Jassy der rumänische Dichter des „Manasseh", Ronetti Roman, gestorben. In früher Jugend hatte er sich bereits durch hebräische Gedichte hervorgetan, dann lenkte er durch seine Gedichte „Rußland" und namentlich „Radu" die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Hierauf wandte er sich der Landwirtschaft zu und griff erst wieder zur Feder, als den jüdischen Kindern die Schulen verschlossen wurden und sie auch aus der Armee ausgeschlossen werden sollten. In einer kleinen Broschüre „Zwei Maßregeln" trat er entschieden für seine Glaubensgenossen ein. Geradezu Sensation aber machte sein Drama „Manasseh", das selbst antisemitische Rezensenten als das beste bisher geschriebene rumänische Drama anerkennen mußten. Wir haben seinerzeit anläßlich der Aufführung in den „Mitt." über den einzigartigen sensationellen Erfolg des Dramas berichtet. Ronetti Roman wurde 1852 geboren, studierte erst in Rumänien und später in Berlin, wo er, da seine Eltern ganz mittellos waren, sich mit Stundengeben ernährte. Nach Rumänien zurückgekehrt, schrieb er politische Artikel für die Zeitungen. Er wurde zum Professor ernannt und diente dem Ministerium als Uebersetzer aus dem Deutschen. Zuletzt befaßte er sich mit Vorbereitungen zu einem großen Werke über die agrarische Bewegung in Rumänien.

Briefkasten.

Geh. Rat R. in B. Der Junker von Marwitz, der die Aufhebung der ständischen Privilegien am fanatischsten bekämpft hat und der in der bekannten Immediateingabe an Friedrich Wilhelm III die groteske Frage aufwarf, ob denn „unser altes ehrwürdiges Brandenburg-Preußen ein neumodischer Judenstaat werden" solle, gehört leider noch keineswegs der Vergangenheit an. Das heutige Junkertum ist ein nicht minder erbitterter Gegner jedes konstitutionellen Fortschritts; nur daß es nicht zu befürchten braucht, wegen unehrerbietiger Kritik an den Maßnahmen des Trägers der Krone nach Spandau wandern zu müssen wie Herr von der Marwitz.

W. K. in D. Den Grillparzerpreis, die höchste litterarische Auszeichnung in Oesterreich, der alle drei Jahre vergeben wird, hat diesmal Artur Schnitzler, also ein Jude, mit seinem Drama „Zwischenspiel" erhalten.

G. S. in M. Das „Deutsche Volksblatt" in München, das Organ des antisemitischen Geschäftsführers des Bundes der Landwirte in Bayern, hat nach einer dieser Tage veröffentlichten eigenen Angabe 1800 feste Abonnenten.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 13. Berlin, 25. März 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Zenott, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Reichstagsnachwahl in Norden-Emden-Leer.*)

Von Dr. med. Strube-Kiel, M. d. R.

Das Ergebnis der Reichstagsersatzwahl in Ostfriesland ist von den Lesern der „Mitteilungen" wohl ebenso mit Spannung erwartet worden wie von uns, die wir in diesem Kampfe mit tätig waren. Es war deutlich. Eine vernichtende Niederlage des Antisemitismus! Trotz aller Arbeit in Versammlungen, durch Flugblätter, Wahlzeitungen, durch Annoncen aller Art, trotzdem die gesamte deutschsoziale Fraktion und deren nähere Freunde wochenlang mit Nachdruck und unter Anwendung aller Mittel arbeiteten, ein Rückgang der Stimmen auf der Rechten um fast die Hälfte. Wir Freisinnigen sollten vom Erdboden verschwinden, keine Stimme unserem Kandidaten, das war ständige Losung: im ersten Wahlgange würde der antisemitische Kandidat als Sieger durchs Ziel gehen. Und jetzt haben wir überall unsere Stimmenzahl behauptet und an manchen Orten einen guten Zuwachs erhalten. Und das, trotzdem unsere nationalliberalen Nachbarn in ihrem Oberbürgermeister von Emden, dem Herrn Geh. Regierungsrat Fürbringer, einen sehr angesehenen, tüchtigen Kandidaten hatten und für ihn emsig und geschickt arbeiteten. Es soll ihnen nicht vergessen werden, daß sie ihre Front ebenfalls fast ausschließlich gegen Rechts wendeten und mit klaren Worten erklärten, daß, wenn sie auch positive Berührungspunkte mit den weiter Rechtsstehenden hätten, sie doch aus Anstandsgründen niemals dem Antisemiten ihre Stimme geben könnten: „vor der antisemitischen Schande müsse Ostfriesland bewahrt bleiben."

Unsere Freunde sind jetzt eifrig an der Arbeit, um unsern Erfolg in der Hauptwahl zu einem Siege bei der Stichwahl zu gestalten. Ich möchte nun auf ein einzelnes Ergebnis der Hauptwahl noch hinweisen, da ich glaube, daß dieses auf allgemeineres Interesse rechnen kann:

Die Wahl in Borkum.

Die Insel Borkum, „das urteutsche judenreine Bad," gehört auch zum Wahlkreise. 1907 waren hier für den Fürsten Knyphausen 48 Stimmen, für den Sozialdemokraten 29 und für den Liberalen Garrels 294 Stimmen abgegeben worden. Hier war also für den Antisemitismus viel zu verdienen. Die Inselbevölkerung mußte darauf aufmerksam gemacht werden, daß jetzt ihr die Gelegenheit geboten wurde, gemäß der politischen Stimmung der Borkumlied-Sänger des Sommers einen echt antisemitischen Stimmzettel abzugeben. Es wurde der Reichstagsabgeordnete Raab auf die Insel geschickt. Er sprach am Vorabend der Wahl im Hotel „Seestern", dem traditionellen Wahlversammlungslokal. Am selben Platze hatten kurze Zeit vorher die Herren Fegter und Fürbringer gesprochen. Ich sprach am selben Abend im Dorfhotel. Wir hatten beide guten Besuch und beide Diskussion. Herrn Raab trat ein Borkumer Lehrer mit Geschick und Wärme entgegen. Er hatte bald den größten Teil der Versammlung auf seiner Seite, er konnte natürlich Herrn Raab nicht an seiner felsenfesten Siegeszuversicht irre machen: Hundert Stimmen für den Antisemitismus würden zeigen, daß die Borkumer wüßten, wie sie zu wählen hätten. Mir trat ein Rechtskandidat entgegen, der als „achtjähriger Borkumer Badegost", wie er sich vorstellte, sich das Recht zusprach, die Borkumer daran zu erinnern, daß sie ihrer „Judenreinheit" ihren Aufschwung zu verdanken hätten. Er warnte vor dem Flugblatt der Liberalen, in dem es hieß:

> Bürger von Borkum!
>
> Uns allen ist wohl bekannt, daß wir bereits längst im Geruche des Antisemitismus stehen, und daß wir allen Grund haben, der Welt kund zu tun, daß sie bezüglich dieser Meinung falsch unterrichtet ist. Wir haben darunter schon vielfach zu leiden. Wir wissen, daß die Juden nicht allein unserm Badeorte fernbleiben, sondern daß diese zugleich auch viele andere fernhalten. Bürger von Borkum, zeigt, daß Ihr keinen Anteil haben wollt an dem verderblichen und uns schädigenden Bestrebungen des Antisemitismus und an seiner ungeheuerlichen und widerlichen Wahlagitation."

Der Vorsitzende der Versammlung, der Badearzt Dr. Schmidt, setzte dem Redner auseinander, er irre sich sehr, wenn er glaube, daß die Borkumer irgend einen Anteil hätten an der Judenhetze, die von den Badegästen im Sommer getrieben würde; unter dem Jubel der Anwesenden stellte er als die allgemeine Borkumer Meinung fest, daß ihnen jüdische Mitbürger ebenso willkommen wären, wie die irgend einer anderen Konfession. Sie wollten, daß ihre Badegäste und sie mit ihnen „Mensch unter Menschen" wären.

Ich wies noch darauf hin, daß ich aus meiner ärztlichen Tätigkeit wüßte, daß Borkum nicht als Kurort empfohlen würde, weil die „lebhafte" antisemitische Tätigkeit der Badegäste jedem Ruhebedürftigen den Aufenthalt auf der Insel unmöglich mache.

*) Der Verfasser des Artikels, unser Vorstandsmitglied, hat an dem Wahlkampfe hervorragenden persönlichen Anteil genommen; von besonderem Interesse dürfte für unsere Leser seine Schilderung der Wahlvorgänge auf dem sommerlichen Antisemiten-Dorado Borkum sein, das ganz zu Unrecht als Domäne und Pflanzstätte des Rassen- und Klassenhasses verschrien ist.

So sollte nun die Wahl am 19. entscheiden, ob die Borkumer Bevölkerung ihre „judenreine" Sonderstellung billigen und beibehalten wollte oder nicht. Für den Antisemiten wirkte ein einflußreicher Bauunternehmer. Und das Resultat?

Ganze 21 Stimmen für den Antisemiten! Also nicht einmal die Hälfte der Konservativen! Trotz aller Agitation! Für die beiden liberalen Kandidaten wurden dagegen 344 Stimmen abgegeben, das sind noch 50 mehr als 1907.

So sieht es mit der wahren Stimmung der Borkumer Bevölkerung aus! Keine Spur von Antisemitismus — trotz allen Geredes und trotz aller „teutschen" Gesänge.

* * *

Ehe wir auf weitere Einzelheiten der Wahl eingehen, sei noch das amtliche Wahlergebnis der Hauptwahl mitgeteilt. Es wurden insgesamt 22 269 giltige Stimmen abgegeben (gegen 23 354 im Vorjahre). Davon erhielten der Kandidat der vereinigten freisinnigen Parteien, Domänenrat Fegter, der sich im Falle der Wahl der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant anschließen wird, 8422, der Kandidat der „vereinigten rechtsstehenden Parteien", R.-A. Groenevelb 6346, der Kandidat der Nationalliberalen, Landtagsabg. Oberbürgermeister Fürbringer 4581 und der Kandidat der Sozialdemokraten, Buchdruckereibesitzer und Landtagsabg. Hug 2916 Stimmen. Bei der Wahl im vorigen Jahre erhielten die Konservativen im ersten Wahlgange 11 487, die Freisinnigen 8151, die Sozialdemokraten 3711 Stimmen; in der Stichwahl siegten die Konservativen mit 12 344 gegen 12 151 Stimmen. Die Nationalliberalen, die ei der jetzigen Nachwahl mit einer selbständigen Kandidatur auf dem Plan erschienen sind, hatten im vorigen Jahre zum größeren Teil für die Freisinnigen, zum kleineren für den als Mensch sehr beliebten konservativen Fürsten Knyphausen gestimmt

Die Kampfesweise der Antisemiten.

Obwohl von den Nationalliberalen und Freisinnigen, die die verächtliche Kampfesweise antisemitischer Agitatoren aus anderen Wahlkreisen und früheren Wahlkämpfen zur Genüge kennen, die Antisemiten dringend davor gewarnt worden waren, etwa im letzten Augenblick, wo eine Entgegnung der angegriffenen Partei kaum noch möglich ist, mit verleumderischen Behauptungen gegen die Person des freisinnigen Kandidaten zu operieren, so war doch diese Warnung eine vergebliche gewesen. Zwei Tage vor der Wahl wurde an verschiedenen Stellen und aus dem Hinterhalt, so daß die eigentlichen Urheber der Verleumdung nicht in einer dem Strafrichter genügend faßbaren Form gekennzeichnet werden konnten, das Gerücht verbreitet, der freisinnige Kandidat Fegter hätte in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher Unterschlagungen begangen. Dank der Wachsamkeit der Freisinnigen war es möglich, dieser lügnerischen Ausstreuung noch rechtzeitig mit einer Erklärung ihres Kandidaten entgegenzutreten, welcher feststellte, daß an dieser Behauptung nicht ein wahres Wort sei, daß er vielmehr mehrere Hundert Mark an abzuliefernden Steuern seiner Gemeinde, die noch nicht eingegangen seien, aus eigener Tasche ausgelegt habe. Herr Fegter ist notorisch ein gut situierter Mann. Noch nicht ganz aufgeklärt ist die Rolle, die der Landrat von Freese bei der Verbreitung dieser Tartarennachricht gespielt hat. Er soll nämlich, wie in einem Blatte des Wahlkreises behauptet wurde, einem konservativ-antisemitischen Bauern auf dessen Anfrage eine (von diesem vielleicht aber nicht recht verstandene, d. R.) Darstellung des Sachverhalts gegeben haben, die den Antisemiten erst die Unterlage für ihre verleumderische Insinuation gab. Am Tage vor der Wahl wurden die tollsten Ammenmärchen über die Freisinnigen und ihren Kandidaten verbreitet; Fegter hätte seine Kandidatur zurückgezogen, die Freisinnigen litten an Geldmangel — mit dem antisemitischen Wahlfonds konnten sich freilich die den Freisinnigen zur Verfügung stehenden Mittel nicht messen —, das untrüglichste Zeichen dafür, daß die freisinnigen Geldgeber als „berechnende Geschäftspolitiker" zu dem Ausgang der Wahl wenig Vertrauen hätten, — und dergleichen Unsinn mehr. Entsprechend dem in antisemitischen Kreisen sehr beliebten Grundsatz, ein Unrecht, das sie selbst zu begehen sich anschicken, dem Gegner anzudichten, behaupteten sie denn dreist und gottesfürchtig, über ihren Kandidaten Groenevelb werde das Gerücht in Umlauf gesetzt: „Er soll mit einer Jüdin verheiratet sein, soll nicht zur Kirche gehen" z. Die Tatsache, daß Liberale und Sozialdemokraten, die allein als Gegner den Antisemiten gegenüberstanden, gerade von ihrer politischen und religiösen Weltanschauung aus unmöglich solche Vorwürfe erheben konnten, kennzeichnet für sich allein schon die geistige Armut dieser Erfindung.

Ihr antisemitisches Programm ist den deutschsozialen und bündlerischen Agitatoren in diesem Wahlkampfe eine unangenehme Bürde gewesen. Sie hatten sich sehrbald davon überzeugen müssen, daß der freie Friese, der seit Jahrzehnten mit jüdischen Gewerbetreibenden im besten geschäftlichen Einvernehmen steht, von Rassen- und Klassenhaß nichts wissen will. Draußen im Lande aber wartete die an gepfefferten Antisemitismus gewöhnte Anhängerschaar ungeduldig darauf, daß die „Deutschsozialen Blätter" in ihren Siegesbulletins über den „glänzenden Verlauf" der antisemitischen Versammlungen endlich einmal von einer frischen fröhlichen Judenhatz berichten würden. Nichts von alledem. Herr Raab bereitete ihnen im Gegenteil den herben Schmerz, daß er anfangs den Antisemitismus verleugnete (wir haben darüber in Nr. 8 der „Mitt." ausführlich berichtet). Auf entrüstete Proteste der antisemitischen „Geldgeber", welche ihre Wahlscherflein doch für einen antisemitischen Kandidaten hergegeben hatten, erfolgte dann in dem offiziellen Parteiorgan eine beschwichtigende Notiz, welche alle Schuld an diesem „Mißverständnis" natürlich auf die „unehrliche" Berichterstattung der gegnerischen Presse zurückführte und die merkwürdige Auffassung vertrat, daß es sich „nicht für berechtigt hielt, Irrtümer richtig zu stellen, und nicht für verpflichtet, lange Erklärungen dazu abzugeben". Eine seltsame, aber freilich unter Umständen recht profitable Logik. Der Kandidat Groenevelb selbst hat diese Zurückhaltung inbezug auf das antisemitische Programm seiner Partei bis zuletzt beobachtet. Denn während noch in Nr. 3 der (antisemitischen) „Wahlnachrichten" alle Geistesheroen der Welt als Eideshelfer für den Antisemitismus herangezogen werden — selbst das Andenken des verstorbenen Abg. Eugen Richter wird dabei geschmäht — heißt es in einer von einem seiner näheren Parteifreunde unterzeichneten Erklärung zu seinen Gunsten, die am Tage vor der Wahl erschien:

„Das von der linksstehenden Partei so gern ausgenützte Wort „Antisemitismus" kann bei keinem Wähler mehr ziehen, weil der Standpunkt unseres Kandidaten Groenevelb in dieser Hinsicht genügend beleuchtet ist, und jeder kann mit ruhigem Gewissen am Wahltage aus diesem Grunde dem Rechtsanwalt Groenevelb seine Stimme geben kann."

Höher kann die antisemitische „Vorurteilslosigkeit" wirklich kaum noch getrieben werden.

Die Hilfstruppen der Antisemiten.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß sich in dem Wahlausschuß der vereinigten rechtsstehenden Parteien die reaktionären Elemente aus allen Parteien — die Konservativen freilich gezwungenermaßen — zusammengefunden hatten, und daß nur die Deutschsozialen, obwohl der Kandidat ihrer Partei angehörte, für die Oeffentlichkeit als Teilhaber der Firma ausschieden, ein Täuschungsversuch, der freilich kläglich miß-

glückt ist. Redner in den dreihundert Versammlungen, mit denen die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg den Wahlkreis überschwemmte und die Bevölkerung erregte, waren neben den antisemitischen Parteisekretären aber nur die Reichstagsabgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung, und zwar sowohl die spezifisch antisemitischen wie agrarischen, und die beiden christlichsozialen Abgeordneten Behrens und Burckhardt. Kein Abgeordneter der konservativen Partei ist den Antisemiten zu Hilfe geeilt, aus Gründen, auf die wir an anderer Stelle noch näher eingehen. Die christlichen Arbeitervereine, deren satzungsgemäße politische Neutralität zu Gunsten des antisemitischen Kandidaten durchbrochen werden sollte, haben dieses Ansinnen, wie s. Z. mitgeteilt, energisch zurückgewiesen. Die Aufführung des „Nationalen Arbeiterausschusses“ unter der gemeinsamen Parfirma war demnach die reine Farce.

Etwas näher eingegangen werden muß auf die zweifelhafte und zweideutige Rolle, die der sogenannte Bund der Handwerker und insbesondere sein Vorsitzender, Herr Voigt-Friedenau, in diesem Wahlkampfe gespielt hat. Diese etwas dunkle Organisation — dunkel insofern, als die Oeffentlichkeit niemals etwas davon erfährt, welche Kreise des Handwerks eigentlich dahinterstecken und wieviel Mitglieder überhaupt der ganze „Bund“ besitzt — erscheint nämlich bei jeder Nachwahl, ob gerufen oder ungerufen, bleibe dahingestellt, in dem Wahlkreise zur Unterstützung der reaktionären Kandidaten. Auch in Norden-Emden-Leer tauchte mitten in der Wahlbewegung Herr Voigt-Friedenau auf. Zuerst pürschte er sich an die Nationalliberalen an, allerdings mit negativem Erfolge. Herr Fürbringer teilte in einer Versammlung mit, daß er zu Beginn des Wahlkampfes von dem „Bund“, der in Wirklichkeit nur einen verschwindend kleinen Teil der Handwerker umfasse, einen Brief bekommen, in dem ihm mitgeteilt sei, der „Bund“ wolle in 25 wichtigen Orten des Wahlkreises Versammlungen für ihn abhalten, er solle jedoch zunächst 100 Mark zur Deckung der ersten vorbereitenden Kosten einsenden. Dieses Ansinnen habe er auf den Rat des Zentralvorstandes der Partei abgelehnt, da Herr Voigt als ein recht „teurer“ Agitator bekannt sei. Der „Wahlausschuß für die nationalliberale Kandidatur Fürbringer“ sah sich, nachdem Herr Voigt inzwischen intimere Fühlung mit der Kandidatur Groeneveld genommen hatte, zu folgender öffentlichen Erklärung veranlaßt:

„Herr Voigt-Friedenau, welcher sich augenblicklich als Vorsitzender des „Bundes der Handwerker“ ausgibt, hält Versammlungen für die antisemitische Kandidatur ab. Bei Beginn des Wahlkampfes hielt dieser Herr es für gut sich nationalliberal zu gebärden, indem er sich unserem Kandidaten zur Verfügung stellte. Da wir den Herrn kennen, lehnten wir seine Wahlhilfe ab. Ein hübscher neuer Beitrag für die Art der antisemitischen Agitation.“

Diese empfindliche Bloßstellung nicht nur seiner eigenen Person, sondern auch des eigenartigen Prozedierens des „Bundes der Handwerker“ war den Herren, die an der Spitze stehen, begreiflicherweise sehr peinlich. Der Bundes-„Vorstand“, gez. Göttert, gez. Leddin, erließ eine Erklärung des Inhalts, daß die Verhandlungen des Herrn Voigt mit der nationalliberalen Partei mit seiner Kenntnis und seinem „vollen Einverständnis“ erfolgt seien. Man kennt den Trick: die Herren machen es genau so wie ihre Freunde von der Mittelstands-Vereinigung. Sie wenden sich pro forma an alle Parteien, haben aber meist vorher schon der am weitesten rechtsstehenden Partei ihre Unterstützung zugesagt. Im vorliegenden Falle hat allerdings die Unterstützung durch den „Bund der Handwerker“ den Antisemiten verzweifelt wenig genützt, trotzdem er eine hochtrabende Erklärung veröffentlicht hatte, daß die „Vertrauensmänner des Wahlkreises“ beschlossen hätten, für die Kandidatur Groeneveld einzutreten. Die Zahl der „Vertrauensmänner“ des Bundes im Wahlkreise ist wahrscheinlich an den zehn Fingern abzuzählen. Wie wenig Gegenliebe Herr Voigt-Friedenau auch für die eigene Organisation bei den Handwerkern des Wahlkreises gefunden hat, zeigt schon die Tatsache, daß in einer städtischen Versammlung, die von 80 Handwerksmeistern besucht war, nicht ein einziger den Sirenenklängen des Friedenauer Geschäftsführers Folge leistete. Einigermaßen merkwürdig berührt es, daß der gesamte „Bundes-Vorstand“ in Friedenau domiziliert zu sein scheint; daraus kann man seine Bedeutung außerhalb des Vororts von Berlin ermessen.

Die Beurteilung des Wahlergebnisses in der Presse.

Wenn wir den Antisemiten zuerst das Wort geben, so geschieht das aus dem Grunde, weil sie als Leidtragende, als alleinige Leidtragende, ein gewisses Vorrecht beanspruchen dürfen. An den Wassern Hammonias sitzen sie und weinen. Hamburg ist schon seit einigen Jahren die Zentrale der deutschsozialen Partei. Nicht nur befinden sich Redaktion und Verlag des offiziellen Parteiorgans daselbst, auch der zahlungskräftige gewerkschaftliche Bundesgenosse, die deutschnationale Handlungsgehilfen-Organisation hat in Hamburg ihren Sitz. Politisch ist freilich diese Konzentration antisemitischer Elemente in unserer größten Handels- und Seestadt für diese selbst ohne Belang geblieben. Sie haben es weder bei den Reichstagswahlen noch bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft jemals auch nur zu einem Achtungserfolg bringen können. Dafür haben sie eine um so größere Bedeutung für die antisemitische Parteikasse, d. h. für die Kasse der Deutschsozialen. Hamburg liefert der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg für Wahlzwecke prozentuell den größten Anteil. Daher ist es auch sehr erklärlich, daß die Zahl der betrübten antisemitischen Lohgerber, denen am 19. d. M. in Norden-Emden-Leer die Felle weggeschwommen waren, in Hamburg eine ganz besonders große war. Waren doch schon infolge freundlicher Aufmunterung durch das Parteiorgan Wetten — natürlich zu Gunsten der Parteikasse — abgeschlossen worden, daß Herr Groeneveld im ersten Wahlgange siegen werde — und der Schatzmeister, Herr Raab, hatte schon mit freundlichem Schmunzeln über diese Beträge quittiert. Aber diese Hoffnung wurde grausam enttäuscht. Anfangs standen die Parteihäupter dem Resultat, das sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, direkt fassungslos gegenüber. Nachdem sie sich von ihrem Schrecken einigermaßen erholt hatten, wissen sie nun nichts besseres zu tun, als nach Art gewisser Marktweiber in ein wütendes Geschimpfe über die „Verderbtheit“ ihrer Gegner auszubrechen. Mann kann nun ja von den Antisemiten nach ihrer ganzen Vergangenheit nicht verlangen, daß sie einen schweren Schicksalsschlag mit Würde ertragen, etwas mehr Selbstbeherrschung hätte man aber doch wohl auch bei diesen politischen Landsknechten voraussetzen dürfen. Statt dessen führt das parteioffizielle Organ geradezu Orgien des Paroxysmus auf. Es phantasiert von einem „Anprall feindlicher Schmutzfluten“, von einer „brutaler Agitation“, gegen die „anständige (!) Gegner“ nicht aufkommen können, von einer „Versündigung an der deutschen Volksseele“ — und dergleichen Abgeschmacktheiten mehr. Zum Schluß heißt es dann noch:

„Wir bedauern die Regierung aufs tiefste, die sich in dieser Spielart des ruchlosen Asphaltfreisinns eine Stütze aufpäppeln möchte. Daran würde sie eines guten Tages ihr blaues Wunder erleben; denn die Leute sind viel schlimmer als die offenen Umstürzler, weil sie schlauer sind.“

D. h. auf deutsch: Die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg wird in Zukunft in jedem Sozialdemokraten das kleinere Uebel gegenüber einen Freisinnigen erblicken. Diese Offenherzigkeiten werden sich hoffentlich die

freisinnigen Parteileitungen für spätere Fälle merken. Der Kuriosität wegen sei noch mitgeteilt, daß in der Hamburger antisemitischen Versammlung, welche am Abend des Wahltages das Wahlergebnis in Empfang nahm, ein Herr G. Haase „vor einer *Ueberschätzung des Parlamentarismus*" warnte: „Durch viele sieg glücklich verlaufene Nachwahlen seien die *Deutschsozialen* wohl etwas *verwöhnt*." — *Bescheidener* in ihren Erwartungen dürften sie aber auch in Zukunft kaum werden.

Von den Preßkommentaren der übrigen Parteien interessiert im Augenblick nur die scharfe Abrechnung, die das führende konservative Organ, die „Kreuz-Ztg." mit den Antisemiten hält, die die Beiseiteschiebung der Konservativen immer mit dem Hinweis darauf „begründet" hatten, daß ein mittelständlerischer, der Wirtschaftlichen Vereinigung angehöriger Kandidat der städtischen Wählerschaft weit weniger Angriffspunkte biete als ein Konservativer, und die dann statt des voreilig in die Welt hinausposaunten Wahlsieges im ersten Wahlgange nur einen völligen Zusammenbruch der konservativen Stimmenzahl von 1907 erzielt haben. Die „Kreuz-Ztg." schreibt u. a.:

„Leider haben sich die Deutschsozialen hier wieder einmal als die *Verderber konservativer Wahlaussichten* bewährt. Wir haben von Anfang an aus unserem Bedauern darüber, daß unsere Parteifreunde in dem Wahlkreise sich auf ein Kompromiß zu Gunsten der Deutschsozialen eingelassen haben, kein Hehl gemacht. Das *Vertrauen* zu dieser Richtung ist überall im Volke *stark geschwunden*, sie hat noch ein paar Kreise aus den ersten Zeiten ihres Emporkommens gerettet, aber *werdende Kraft besitzt sie nicht mehr*. Das wissen ihre Führer selbst am besten. Darum gehen sie nicht dahin, wo sie sich ein nationales Verdienst durch Eroberung sozialdemokratischer Sitze erwerben könnten, sondern sie suchen ihre Expansionsgelüste dadurch zu befriedigen, daß sie in konservativen Kreisen die *Fackel der Zwietracht* unter die rechtsstehende Wählerschaft schleudern und sich dann als die geeignetsten Träger einer Kompromißkandidatur anpreisen. Hier wird stets nach dem gleichen Rezept gearbeitet. Eine Anzahl von Führern und Wanderrednern bricht in einen Wahlkreis ein und mit großem Geräusch werden möglichst viel Versammlungen veranstaltet, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als hätte die Partei einen zahlreichen Anhang im Kreise. So ist ja auch in Emden-Norden verfahren. Schon im vorigen Sommer und Herbst haben die Deutschsozialen in den größeren Orten des Wahlkreises Agitationsversammlungen abgehalten, um bei der nächsten Wahl anspruchsvoll auf den Plan treten zu können. Das jetzt vorliegende Ergebnis hat aber deutlich gezeigt, daß *hinter diesen Schaustellungen keine reale Macht* steckte. Die deutschsoziale Kandidatur hat danach nicht sammelnd, sondern *kräftezersplitternd* auf der Rechten gewirkt. Obgleich die Wahlbeteiligung ebenso stark war wie im Vorjahre, sind die Stimmen für den rechtsstehenden Kandidaten von 11 433 auf 6579 zurückgegangen, also um rund 5000, fast die Hälfte, gesunken. Das ist der *größte Tiefstand*, den die rechtsstehenden Parteien bisher seit die Eroberung des Wahlkreises im Jahre 1893 aufweisen. So sehen die *Früchte* der deutschsozialen Kandidatur aus."

Die „*Staatsbürgerztg.*" springt natürlich den Antisemiten bei; sie lanzelt die „Kreuz Ztg." wegen dieses Artikels gehörig ab und erklärt zum Schluß:

„Die *Quertreiberei* der „Kreuzztg.", die im *Gegensatz zu den zuständigen konservativen Instanzen* den Deutschsozialen Knüppel zwischen die Beine wirft, ist durchaus *verwerflich*."

Die Stichwahl-Aussichten.

Während die „Kreuz-Ztg.", das Hauptorgan der konservativen Partei, am Schluß des vorstehend erwähnten Artikels nach dem Wahlergebnis der Hauptwahl einen Sieg der Antisemiten in der Stichwahl „ernstlich kaum in Betracht" zu ziehen vermag, pflanzen die „*Deutschsozialen Blätter*" noch am Grabe die Hoffnung auf, oder geben sich wenigstens den Anschein, als glaubten sie selber, daß noch ein leiser Hoffnungsschimmer winke. Das ist natürlich eine *Mache*, um noch einmal die Mildtätigkeit der Parteigenossen für die Stichwahl in Anspruch nehmen zu können. Es wird da behauptet, es sei „ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen die Parole für den zahmen Umsturz ausgeben". Das wird man abwarten müssen, ganz sicher ausgeschlossen ist es aber, daß von irgend einer maßgebenden nationalliberalen Seite innerhalb und außerhalb des Wahlkreises die Parole für den antisemitischen Kandidaten ausgegeben werden wird, wenn auch in wirtschaftspolitischer Beziehung vielleicht einige Berührungspunkte zwischen beiden Parteien vorhanden sein mögen. Wir haben bereits in früheren Schilderungen des Wahlkampfes hervorgehoben, daß die Nationalliberalen und insbesondere ihr Kandidat die Front fast ausschließlich gegen die Antisemiten gerichtet haben, und daß feierliche öffentliche Erklärungen und Versicherungen der Partei und des Kandidaten vorliegen, daß es eine sittliche Pflicht sei, den Antisemitismus in Ostfriesland nicht aufkommen zu lassen. Bisher ist eine offizielle Stichwahlparole der nationalliberalen Partei noch nicht veröffentlicht, für den Kreis *Norden* ist jedoch, wie die „Ostfries. Ztg." hört, schon die *Parole* für die Nationalliberalen ausgegeben worden, für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Diese Parole steht auch sicherlich im Einklang mit den Intentionen der erdrückenden Mehrheit der hannoverschen Nationalliberalen, deren Hauptorgan, der „*Hannov. Kurier*", am Schlusse einer längeren Betrachtung schreibt:

„Die *Stichwahlaussichten* sind für die Antisemiten *herzlich schlecht*. Ohne Frage wird ein großer Teil der nationalliberalen Wähler in der Stichwahl für Fegter eintreten. Ein *antisemitischer Wahlsieg muß unter allen Umständen verhindert* werden."

Auch die „*Nationalliberale Korrespondenz*", das parteioffizielle Organ, schreibt in demselben Sinne:

„Es *versteht sich wohl von selbst*, daß die Nationalliberalen in der Stichwahl *für den freisinnigen Bewerber eintreten*, mit dem uns immerhin gewisse liberale Grundauffassungen und ein gut Stück gemeinsamer Weltanschauung verbinden. Mit den *antisemitischen Demagogen*, die ihren Wettkampf auch jetzt wieder in der gehässigsten Weise gegen uns geführt haben, haben wir *nichts gemein*."

Für Herrn Liebermann von Sonnenberg dürfte es unter diesen Umständen ein magerer Trost sein, wenn die „*Deutsche Tagesztg.*", das offizielle Organ des Bundes der Landwirte, nochmals die Werbetrommel für Herrn Groeneveld schlägt, indem sie erklärt:

„Wir *wünschen* dem Kandidaten *Groeneveld* aufrichtig und *aus vollem Herzen den Sieg* in der Stichwahl und bitten unsere Freunde im Kreise, alles daran zu setzen, daß unser Wunsch in Erfüllung geht."

Nach menschlichem Ermessen ist dem freisinnigen Kandidaten, der über 2000 Stimmen dem antisemitischen voraus ist und auf den sich sicherlich ein großer Teil der sozialdemokratischen und nationalliberalen Stimmen vereinigen wird, gleichviel, ob die Parteileitungen beider Parteien eine entsprechende offizielle Wahlparole ausgeben oder nicht, nahezu sicher. Der freisinnige Kandidat hat, weit entfernt von der in manchen Parteikreisen beliebten systematischen Scharfmacherei gegen die äußerste Linke, den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie so geführt, daß diese, ganz abgesehen von ihrem programmatischen und taktischen Standpunkt, schon aus Gründen der Selbsterhaltung die Freisinnigen unterstützen muß. Die Stichwahl ist auf den 1. April angesetzt.

Konfessionalismus auf dem Gebiete der Schule.

Bei der dritten Beratung des Unterrichtsetats in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20. März und speziell bei der Debatte über den Antrag v. Brandenstein auf *verstärkte Heranziehung weiblicher Lehrkräfte zum Elementarunterricht* und

auf entsprechende Vermehrung der Lehrerinnenseminare, führte (nach dem amtlichen Stenogramm) der freisinnige Abg. Rosenow aus:

.... Wenn nun weitere Lehrerinnenseminare errichtet werden sollen, so muß ich dabei auf eine Angelegenheit zurückkommen, die gestern hier besprochen worden ist; ich muß nämlich den Herrn Minister fragen, ob, wenn weiter staatliche Lehrerinnenseminare errichtet werden, diese einzelnen Konfessionen überwiesen werden, ob sie konfessionell oder paritätisch sein sollen. Das einzige staatliche Lehrerinnenseminar, das wir in Berlin haben, hat neuerdings katholischen und jüdischen Schülerinnen, die sich zur Aufnahme gemeldet haben, die Annahme verweigert, und zwar, weil das Provinzialschulkollegium eine Verfügung erlassen hat, daß dieses bisher unbestritten paritätische Seminar konfessionell, und zwar evangelisch konfessionell, sein soll. Ich habe durch ein jüdisches Mitglied dieses Hohen Hauses erfahren, daß seine Frau und später seine Töchter dieses Lehrerinnenseminar besucht haben, und daß jedenfalls seit Mitte der 70 er Jahre bis jetzthin dieses Seminar unbestritten paritätisch gewesen ist. Ich habe mir erlaubt, den Herrn Minister zu fragen, wie es möglich ist, daß eine ihm nachgeordnete Behörde eine solche Verfügung erlassen kann, die eine jüdische Schülerin ausschließt, und wie es kommt, daß eine jüdische Schülerin zurückgewiesen werden kann, trotzdem es sich um eine paritätische Anstalt handelt. Ich habe gestern schon dargelegt, daß durch Eingriff des Herrn Ministers die jüdische Schülerin nachträglich geprüft worden ist, obwohl noch Zeit war, sie mit den anderen Bewerberinnen zu prüfen, und daß sie bei dieser Gelegenheit durchgefallen ist. Ich habe weiter gesagt, daß dieselbe Schülerin dann in dem gemeinschaftlichen Lehrerinnenseminar von Boxhagen-Rummelsburg bestanden hat, und habe daran die Bemerkung geknüpft, daß ich weit davon entfernt bin, eine Tendenz hier unterzulegen, daß aber doch eine ungerechte Behandlung vorzuliegen scheint.

Bezüglich des bestandenen Examens muß ich mich nun — ich halte das auch dem Hohen Hause gegenüber für meine Pflicht — ergänzen oder berichtigen, wie Sie es nennen wollen. Die jüdische Schülerin hat in dem Gemeindelehrerinnenseminar von Boxhagen-Rummelsburg das Aufnahmeexamen bestanden. Wenn aber über ihre Fähigkeiten, ob sie nun auch in Berlin mit Recht durchgefallen ist, ein Urteil gegeben werden soll, so habe ich aus einer neuerlichen Nachricht des Vaters, die hier vor mir liegt, folgendes zu sagen. Es hatten sich 22 Prüflinge in Boxhagen-Rummelsburg eingefunden, davon wurden 2 zurückgewiesen; 12 — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident v. Kröcher (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Rosenow, ich weiß nicht ganz genau: Sie sprechen, glaube ich, von einer allgemeinen Kultussache; es steht bloß dieser Antrag zur Diskussion. Das scheint mir doch in den Antrag nicht hineinzugehören.

Abg. Rosenow (fortfahrend): Herr Präsident, ich habe mir die Frage an den Herrn Minister erlaubt, ob die von ihm in Aussicht gestellten Lehrerinnenseminare konfessionell oder paritätisch sein sollen.

Also es hatten sich dort 22 Prüflinge eingefunden. Davon wurden zwei zurückgewiesen. 12 davon wurden mündlich geprüft. Acht bestanden auf Grund der schriftlichen Arbeiten ohne mündliche Prüfung, und diese jüdische Schülerin, von der ich vorhin sprach, die im Augustaseminar bei der nachträglichen Prüfung durchgefallen ist, befindet sich unter denjenigen, welche auf Grund ihrer schriftlichen Arbeiten, also unter Dispens von der mündlichen Prüfung, bestanden haben. Ich muß jetzt mehr als gestern sagen, daß mir eine Ungerechtigkeit in der Behandlung der Schülerin bei der Augustaschule vorzuliegen scheint. Es handelt sich für mich besonders darum, von dem Herrn Minister zu erfahren, ob der Entscheid, den er dankenswerterweise gegeben hat, daß diese Schülerin nachträglich auf dem Lehrerinnenseminar der Augustaschule geprüft werden soll, die Frage des paritätischen Charakters generell oder nur im Einzelfalle entschieden hat. Ich würde für eine Erklärung in dieser Beziehung dankbar sein, weil das in katholischen und jüdischen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen hat, die doch sicher im Interesse der Oeffentlichkeit beseitigt werden soll.

(Bravo! links)

Hierauf erwiderte der Minister Dr. Holle:

Die staatlichen Seminare zur Ausbildung von Volksschullehrerinnen sind konfessionell, ebensowie in der Regel auch die Seminare zur Ausbildung von Volksschullehrern konfessionell gehalten sind nach dem Vorgange der konfessionellen Volksschule. Die staatlichen Seminare zur Ausbildung von Lehrerinnen für höhere Schulen sind paritätisch. Das von dem Herrn Vorredner erwähnte staatliche Seminar an der Augustaschule behauptet, daß es stiftungsmäßig eine lediglich evangelische Anstalt sei. Das Provinzialschulkollegium hatte sich auf denselben Standpunkt gestellt und darum die Zulassung der Tochter des Herrn Jakob Auerbach, die jüdisch ist, zu dem Lehrerinnenexamen abgelehnt. Ich habe daraufhin das Kind zum Examen zugelassen, bis die Frage, ob es sich um eine stiftungsmäßig rein evangelische Anstalt handelt, völlig geklärt ist. Die Prüfung ist im Gange. Sie muß klarstellen (Zuruf links: katholisch!), ob das Seminar stiftungsmäßig evangelisch ist. Andernfalls wird die Anstalt zukünftig ohne konfessionelle Unterscheidung alle Prüflinge aufnehmen.

* * *

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Februar trat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Schröder für die Zulassung der künftigen Zöglinge des jüdischen Lehrerseminars zu Kassel, zur Präparandenanstalt in Eschwege ein, weil die Kasseler Anstalt eine eigene Vorbereitungsanstalt nicht unterhalten könne. Der Regierungskommissar, Geheimrat Bremen, erwiderte, die jüdischen Zöglinge könnten nur von Fall zu Fall, nicht generell zugelassen werden, weil die Präparandenanstalt in Eschwege auf streng konfessioneller Grundlage eingerichtet werde.

Hierzu bemerkt die „Frankf. Ztg.“:

„In Würzburg besteht ein jüdisches privates Seminar, jüdische Seminaristen besuchen aber trotzdem das staatliche Seminar. Auch in Baden, Württemberg, in Hessen, in der Pfalz, in den thüringischen Staaten gibt es keine jüdischen Seminare. Die künftigen jüdischen Lehrer werden dort fast überall mit den künftigen christlichen Lehrern ausgebildet, und keiner dieser Staaten hat darüber seinen „christlichen Charakter“ eingebüßt; das Zusammenleben der verschiedenen Bekenntnisse hat aber dabei gewonnen.“

Talmud-Märchen.

Des Repertoir der antisemitischen Komödie ist noch ärmer als das einer Provinzialbühne. Kein Wunder daher, daß die Paradestücke sich so oft wiederholen. Namentlich der böse Talmud muß immer wieder herhalten. Er ist ja so umfangreich und auch unter den Gebildeten so unbekannt, daß man alle möglichen Märchen darüber dichten kann. Die „Deutsche Hochwacht“ hat nie an Ueberfülle von Stoff zu leiden gehabt, und in ihrem Kalender gibt es mindestens dreihundert Hundstage im Jahre. Aus Verzweiflung hat sie bereits den „wissenschaftlichen“ Fritsch geplündert und schon häufig ganze Kapitel aus seinem Handbuche abgeschrieben. Was ist also begreiflicher, als daß sie den Talmud zum Gegenstand eines Feuilletons macht.

Daß der Verfasser von allen Schriften über den Talmud nur die des berüchtigten Rohling kennt oder kennen will, ist erklärlich. Man ist ja viel unbefangener, wenn man möglichst wenig von der Sache versteht. Daß dieses Buch Rohlings von allen christlichen Kennern des Talmuds längst widerlegt worden ist, daß alle seine Behauptungen als auf Ignoranz und Fälschung beruhend längst nachgewiesen worden sind, — davon scheint der Verfasser des Artikels noch nichts gehört zu haben. Er scheint auch nicht zu wissen, daß dieser Rohling trotz aller Angriffe seinen Beleidigungsantrag gegen Dr. Bloch in letzter Stunde zurückgezogen hat. Wozu all diese überflüssige Arbeit? Im antisemitischen Lager braucht man nur zu behaupten, das Beweisen ist ein gänzlich überflüssiger Luxus. Wenn man über griechische Kultur zu schreiben wagen würde, ohne griechisch zu verstehen, dann würde man es als unerhörte Dreistigkeit betrachten. Ueber den Talmud aber darf man dicke Bücher schreiben, ohne auch nur das hebräische Alphabeth zu kennen. Das ist nun einmal eine Erscheinung, mit der man sich abfinden muß. Traurig aber ist es, daß alle antisemitischen Artikel über den Talmud einander gleichen und nicht einmal in der Form eine Abwechslung bringen. Alte Lügen in alter Gestalt, ohne jegliche kritische Untersuchung, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, auch nur in der Form objektiv zu sein. Das ist die Zensur, die der Gelehrte all diesen Machwerken erteilen muß.

Der Artikel der „Deutschen Hochwacht“ in ihrer Nummer vom 7. März enthält mehr Lügen und Entstellungen als Zeilen. Wir wollen hier daher nur auf einige Punkte eingehen. Auf alles zu reagieren, gestattet uns nicht der Rahmen dieses Artikels. Es ist wahr, daß die heutigen Rabbiner den Talmud oder wenigstens einen Teil davon auf den Rabbinerschulen studieren. Aber ebensowenig wie unsere heutigen Richter nach dem Corpus juris Recht sprechen, ebensowenig lehren und entscheiden die heutigen Rabbiner nach dem Talmud. Der Talmud ist für sie, wie das Corpus juris für den Rechtsgelehrten ein gewaltiges Quellenbuch, nichts weiter. Es hat nie im Judentum eine Zeit gegeben, in der der Talmud kanonische Bedeutung hatte. Eine unerhörte dreiste Lüge ist es daher, daß der Talmud „einen bedeutend höheren Wert, als das Gesetz Mosis“ erhielt. Ein Blödsinn ist es auch, wenn der Verfasser behauptet, daß „die Juden nie wagen, sich völlig von der Lehre des Talmuds zu emanzipieren.“ Von den 600 000 deutschen Juden sind noch keine Tausend, die imstande sind, den Talmud zu lesen. Die meisten Juden der Gegenwart haben nie einen Traktat des Talmud gesehen, und sie verstehen davon soviel, wie ungefähr der „gelehrte“ Fritsch. Daß sie aber nicht dulden, daß dieses große orientalische Quellenbuch beschimpft wird und daß darüber allerhand Lügen verbreitet werden, das stimmt wohl. Das sind sie aber der Wahrheit und der Selbstachtung schuldig. Der Verfasser hat die Stirn zu schreiben:

„Die Rabbiner der Gegenwart haben es ja oft genug eingestanden, daß sie den Talmud heutigen Tages noch über die Bibel stellen, und so ist es gekommen, daß der Talmud, der für einen vernünftigen Menschen nichts weiter sein dürfte, als eine Zusammenstellung der widerlichsten rabbinischen Spitzfindigkeiten, auch heute selbst dem gebildeten Juden als ein göttliches Buch erscheinen muß, nach dessen Lehre er dann ja auch — wie es uns die Gegenwart lehrt — treulich zu leben sich bemüht.“

Solange uns nicht der Rabbiner genannt wird, der diesen Unsinn behauptet hat, solange betrachten wir es als dreiste, schamlose Lüge und Verleumdung. „Unantastbarkeit der talmudischen Sittenlehre“ hat noch kein Jude in Deutschland verlangt. Der Talmud enthält, wie jedes alte Werk, viel Veraltetes und Irrtümliches. Es ist für die Gegenwart ebensowenig sittlich wie juristisch bindend. Aber aus seiner Zeit heraus betrachtet steht er wissenschaftlich und sittlich auf einer gewaltigen Höhe und bildet ein großes Kulturwerk. „Schändlichkeiten“ vermag nur der Ignorant oder der Fälscher im Talmud zu entdecken. Das nur, und nichts anderes haben die jüdischen und christlichen Apologeten des Talmuds behauptet.

Der Verfasser zitiert zur Charakteristik des Talmuds einige Sätze. Er charakterisiert dadurch aber nur sich selber und die antisemitische Methode, nicht aber den Talmud. Bei keinem Ausspruch wird der Zusammenhang angeführt, ja nicht einmal die Quelle angegeben. So bequem hat sich der gute Herr die Sache gemacht. Nun, so wollen wir nur kurz konstatieren, daß auch nicht einer dieser angeführten Sätze richtig und ehrlich übersetzt ist. Daß der Talmud in vielen Teilen eine jüdisch-chauvinistische Weltanschauung bekundet, bestreiten wir gar nicht. Wenn aber unsere Rassenschwärmer noch heute, im 20. Jahrhundert, die germanische Rasse als die einzige menschliche Edelrasse betrachten, so wird man es einem kleinen monotheistischen Völkchen vor 2000 Jahren, das mitten in einer Welt von Heiden lebte, nicht verargen dürfen, wenn es sich für besonders auserwählt hielt. Nie haben die Juden den anderen Völkern Menschenrechte und Menschenwürde abgesprochen, und die Lage der Nichtjuden im jüdischen Staate war viel günstiger, als die der heutigen Juden in Rumänien und Rußland.

Geradezu komisch ist der Schluß dieses Artikels. Er lautet:

„Mit einem Volke, welches nach solchen Gesetzen und Sittenlehren zu leben sich bemüht, ist ein gemeinsames Ringen und Schaffen auf dem Gebiete der ehrlichen Arbeit undenkbar. Ehe sich das Judentum nicht völlig von dem Banne des Talmud lossagt, ehe es nicht die Wahrheit unserer christlichen Religion schätzen und lieben lernt, eh' werden wir auch nicht nachlassen, offen gegen den für unser deutsches Vaterland so verderblichen Einfluß der jüdischen Moral aufzutreten.“

Das ist echt antisemitisch, in der Logik, wie in der Gerechtigkeit. Erst wird Emanzipierung vom Talmud verlangt, dann plötzlich gänzliche Anerkennung des Christentums. Wir sind aber überzeugt, daß selbst, wenn alle Juden mit einem Male Christen würden, die Antisemiten sie ebenso mit ihrem barbarischen Hasse verfolgen würden, wie heute. Sie verfolgen ja auch heute den „Judenstämmling“ bis ins fünfte Geschlecht und geben sogar jedem christlichen liberalen Manne großmütig einige jüdische Ahnen. Seit wann übrigens sind unsere Wotananbeter so tapfere Verteidiger des „verjudeten Christentums“? Wir wollen unserem „Talmudforscher“ zum Schlusse eine andere These entgegensetzen: Ehe sich der Antisemitismus nicht völlig von dem Banne des beruflichen Hasses lossagt, ehe er nicht die Fundamente der menschlichen Kultur schätzen und lieben lernt, ehe werden wir auch nicht nachlassen, offen und ehrlich gegen den für unser deutsches Vaterland so verderblichen und schädlichen Einfluß des antisemitischen Wirkens zu kämpfen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Zu den „Unstimmigkeiten“ im Lager der hessischen Antisemiten bemerkt die Magdeburger „Sachsenschau“:

„Wie sich jetzt herausstellt, geraten nunmehr die beiden Seelen in der deutschsozialen Brust in Widerstreit. Als seiner Zeit auch die hessischen Bauernbündler von der Reformpartei mit fliegenden Fahnen ins deutschsoziale Lager hinübermarschierten, drückten wir unsere Erwartung aus, wie lange wohl die radikalen hessischen Bauernbündler mit den christlichsozialen Arbeiterfreunden Schack und Raab zusammengehen würden. Schon vor einem Jahre wurde der Vorwurf auf dem Bezirkstage erhoben, daß die Interessen der Bauern die Interessen der Arbeiter und Beamten zu sehr in den Hintergrund drängten. Jetzt hat die deutschsoziale Partei auch Wahlkreise zu ihrem Besitzstand zugezählt, welche der Bauernbündler Hirschel für den Bund der Landwirte in Anspruch nimmt. Hirschel bläst in der „Neuen Tageszeitung“, in dem neugegründeten Bauernbundblatte gewaltig zum Tanze auf. Vorläufig wird wohl wieder Friede geschlossen werden, so lange der Bund und die Deutschsozialen einander nach nicht entbehren können. Später wird die Scheidung der Geister doch kommen.“

Vermischtes.

Antisemitische Rassentheorie. Es gehört zwar nicht zu den anständigen, aber leider bei manchen Parteien und Politikern beliebten Kampfmitteln, die Vertreter unbequemer politischer Gedanken persönlich zu verdächtigen oder wenigstens ihnen Eigenheiten anzudichten, die sie beim großen Haufen unbeliebt zu machen geeignet sein könnten. Als jetzt der Innsbrucker Kirchenrechtslehrer Wahrmund seine grimmigen Streiche gegen die Klerikalen führte, war diesen das umso schmerzhafter, als Wahrmund eine Zeit lang Mitglied der christkatholischen Leo-Gesellschaft gewesen war. Nun schien ihnen aber doch in ihrer Not eine Hilfe zu kommen. Ein Wiener Blatt wollte entdeckt haben, daß Wahrmund jüdischen Stammes sei. Die Zeitung, welche diese Entdeckung machte, wird wohl selbst auf arische Rasseneinheit keinen Anspruch machen, aber den Klerikalen imponierte die Entdeckung doch so sehr, daß der bekannte Fürst Alois Liechtenstein sie schleunigst

in einer Versammlung in der Form erweiterte: „Wahrmund ist, wie wir von **zuverlässiger** Seite erfahren, jüdischer Abkunft." Es wurde noch weiter hinzugefügt, daß Wahrmunds Vater selbst noch Jude gewesen sei, und dann ließ sich Fürst Alois über das Thema: „Wasser tut's freilich nicht" also vernehmen:

„Es ist unmöglich, daß man aus seiner eigenen Haut herausschlüpft, und wenn durch 2000 Jahre ein Volksstamm im direkten Gegensatz zur christlichen Ueberzeugung gelebt hat, gehört eine große Ueberwindung des Gegensatzes dazu, um nicht, selbst wenn man Christ geworden ist, plötzlich wieder umzuschnappen ins Gegenteil und nicht den Haß gegen die christliche Ueberzeugung hervorzukehren. Das ist nun bei Wahrmund geschehen, denn die Blasphemien, die er ausgesprochen hat gegen die Mutter Gottes, gegen den Heiland, kommen bei den Ariern nicht vor. Der Arier hat wenigstens das Schamgefühl, jene Empfindungen, die die christliche Welt hegt, nicht zu verletzen; dazu gehört der Haß, der im Juden seit 2000 Jahren steckt."

Wie schade, daß diese arisch-ultramontane Rassentheorie durch eine Erklärung des angeblich schlecht getauften Wahrmund einigermaßen ins Wanken gerät. Der Innsbrucker Professor erklärt nämlich:

„Von väterlicher Seite aus stammt meine Familie aus Wiesbaden. Die Stellung meines Vaters Professor Dr. Adolf Wahrmund ist bekannt. Mein Großvater war Protestant, Bürger und kleiner Grundbesitzer in Wiesbaden, mein Urgroßvater, ebenfalls Protestant, soll Zimmermann, gleichfalls in Wiesbaden, gewesen sein. Mütterlicherseits ist meine Familie teils wienerischen, teils italienischen Ursprungs. Meine Mutter ist Katholikin und die Tochter eines Oberkriegskommissars, der seinerzeit in Peterwardein stationiert war. Meine Großmutter war eine Reichsfreiin v. Albergotti und stammte aus einem uralten italienischen Adelsgeschlecht."

Das sind ja nun alles Dinge, die mit dem Buche Wahrmunds nichts zu tun haben. Aber für das arische Rassenschamgefühl des Fürsten Liechtenstein und die Durchschlagskraft seiner Argumente werden sie immerhin einigermaßen störend wirken.

Ein antisemitischer Mittelschulprofessor in Stuhlweißenburg. Ein österreichisches jüdisches Blatt erhält folgende Zuschrift aus Stuhlweißenburg:

„Zwischen den Professoren der hiesigen Staatsoberrealschule herrschte bisher das beste Einvernehmen, welches jedoch seit einigen Monaten durch einen jungen Professor gestört wurde. **Desider Szabo**, der zu Beginn des vorigen Schuljahres von der Oberrealschule des zweiten Bezirkes in Budapest hierher transferiert wurde, lehrt ungarisch und französisch in der Oberrealschule. Seit November vorigen Jahres schrieb er in seiner freien Zeit Artikel, welche er in dem klerikalen Tagblatte „Fejermeghei Naplo" veröffentlichte und deren Inhalt gegen die Juden gerichtet war. Die **jüdischen Mitglieder des Professorenkörpers** besprachen die Angelegenheit des Oefteren unter sich, brachten sie aber auch anläßlich der letzten, unter Vorsitz des Direktors Bela Kelemen abgehaltenen Professorenkonferenz zur Sprache. In einem seiner Artikel schrieb Szabo, daß er keinen Unterschied zwischen seinen jüdischen und nichtjüdischen Schülern mache und fuhr folgendermaßen fort: „Das Kind ist übrigens weder Katholik, noch Protestant oder Jude, sondern Kind. Die unangenehmen Rassenzüge lassen eine Entwicklung der allgemeinen Eigentümlichkeiten der kindlichen Seele: die naive, hingebende Liebe, die durchsichtige Aufrichtigkeit nicht zu. Die schmutzigen Leidenschaften erscheinen erst dann, wenn der Jude als Erwachsener in eine Interessengenossenschaft tritt. Wenn die Juden immer Kinder bleiben würden, wäre niemand Antisemit. Leider aber bleiben sie keine Kinder, sondern wachsen auf. Die allerobjektivste Kritik ist ihnen gegenüber Majestätsbeleidigung. Wenn jemand den nichtswürdigsten unter ihnen geißelt, erhebt auch der hervorragendste ein Geschrei." Dies erschien in seinem letzten Artikel. Die Angelegenheit hatte schließlich mehrere **Ehrenaffären zwischen den Professoren** zur Folge, welche jedoch auf friedlichem Wege ausgetragen wurden. Die israelitische Kultusgemeinde machte die Sache zum Gegenstande einer speziellen Sitzung, doch wurde ausgesprochen, auf den Artikel des jungen Professors nicht zu reagieren. Der Lehrbezirks-Oberdirektor Karl Varady, der sich in amtlicher Angelegenheit in Kaposvar aufhielt, erfuhr von dem Stande der Sache und verfügte telegraphisch, daß Professor Szabo bis auf weiteres von **seiner Stelle zu entheben** sei. Bei seiner Nachhausekunft ordnete der Oberdirektor an, daß Professor Szabo seine Vorlesungen fortsetzen könne, leitete jedoch gleichzeitig die Untersuchung ein. Ueber die Details der Angelegenheit wurde dem Kultusminister Grafen Apponyi eingehend berichtet."

Auf die Beschwerde über differentielle Behandlung der deutschen und nichtdeutschen jüdischen Geschäftsreisenden in Rußland ist der **Handelskammer** in Oppeln seitens des Handelsministers Dr. Delbrück ein Bescheid zugegangen, in dem es u. a. heißt:

„Die Behauptung, daß nichtdeutsche ausländische Handlungsreisende mosaischer Religion besser behandelt werden als die deutschen, ist schon wiederholt, auch bei den Etatsdebatten im Reichstage aufgestellt worden; es hat sich aber **niemals ein Anhalt** für die Wahrheit dieser Behauptungen **ermitteln lassen**. Im Gegenteil finden, wie die früher und auch nach in neuester Zeit auf solche Behauptungen hin erforderten Berichte der kaiserlichen Missionen im Auslande ergeben, die für deutsche Juden geltenden russischen **Paßvorschriften** in gleicher Weise auch auf die jüdischen Reisenden aller anderen Nationen Anwendung. Insbesondere fügen auch die russischen Konsuln in England und Frankreich den ihnen zur Visaerteilung vorgelegten Pässen beim Visavermerk regelmäßig den Zusatz hinzu, daß der Inhaber Jude sei. Bei dieser Sachlage erscheint es angezeigt, in Zukunft den Quellen derartiger Gerüchte möglichst auf den Grund zu gehen. Ich ersuche daher, den bei Ihnen eingehenden Beschwerden des in Rede stehenden Inhalts in jedem einzelnen Falle genau nachzugehen, den Sachverhalt möglichst protokollarisch festzustellen und darüber zu berichten."

Die Anregung, in jedem einzelnen Falle den Tatbestand zweifelsfrei festzustellen, ist gewiß beachtenswert; im übrigen wird mit dieser Darstellung die Richtigkeit der Behauptung noch nicht entkräftet, daß die **amerikanische Union** tatsächlich eine vollständige Beseitigung der Differenzierung ihrer christlichen und jüdischen Geschäftsreisenden nach Rußland durchgesetzt hat.

„Aus der Väter Zeiten". Unter diesem Titel hat **Johann Müller** Erinnerungen aus dem Leben seines Vaters, des Pastors Joh. Ludw. Müller in Mettmann (E. Biermann in Barmen) veröffentlicht, die u. a. folgende Schilderung der Stadt **Köln** aus der Franzosenzeit enthält:

„Hatten die Katholischen in reichsstädtischer Zeit der Kirchen zuviel, so hatten die Evangelischen bis zur französischen Zeit keine, die Juden durften sogar ohne den **Judenjäger** nicht einmal die Stadt betreten. Wie sie sich des lästigen Boten, der sie dem Spott und Hohn des Pöbels aussetzte, zeitweilig entledigten, wird uns an einem interessanten Beispiel gezeigt. **Cahn** in Bonn, der Begründer des späteren Bankhauses „Jonas Cahn", hatte in Köln häufig Geschäfte zu besorgen. Wollte er sie erledigen, so schrieb er seinem Geschäftsfreunde Nierstras, ihm 9 Uhr morgens den „Judenjäger" vor das Severintor zu schicken. Dieser begleitete alsdann seinen Schutzbefohlenen in die Wohnung von Nierstras, erhielt ein Glas Wein und die Weisung, sich abends 5 Uhr wieder einzustellen, sein Trinkgeld in Empfang zu nehmen und Cahn, der inzwischen seine Geschäfte in der Stadt ohne den lästigen Boten besorgt hatte, wieder ans Tor zu begleiten."

Die Arbeit bei den Juden.

Von der **Faust**arbeit bei den Juden soll in folgendem die Rede sein, **der** Arbeit, die manche rückständigen Elemente allein als Arbeit ansehen. Diesen Leuten gilt ja die Arbeit des Gelehrten, des Schriftstellers, des Juristen, des Arztes, des Kaufmannes und Finanziers für nichts, sondern nur diejenige Arbeit gilt als wirtschaftliche Arbeit, die mit der Hand in der Landwirtschaft oder im Handwerk verrichtet wird. Nach Behauptung der Antisemiten verschmähen die Juden diese Arbeit, hätten nie etwas von ihr wissen wollen, sondern zögen es vor, als Parasiten von Anderen, die arbeiten, sich ernähren zu lassen, Andere auszubeuten.

Stellen wir uns einmal auf den ganz selbstverständlich verkehrten Standpunkt, daß die Geistesarbeit, die künstlerische, die rechnende und kombinierende, die vermittelnde Tätigkeit nicht als Arbeit gelten solle. Aber auch die antisemitische Behauptung, daß die Juden die Arbeit im antisemitischen Sinne scheuen, ist grundfalsch, sondern gerade das Gegenteil ist historisch nachweisbar der Fall. Ja bei **keinem anderen** Volke, auch bei den Germanen nicht, hat die Arbeit in solchem Ansehen immer gestanden, wie bei den Juden. Oder waren etwa die Griechen, Athener wie Spartaner, Freunde der Arbeit, die sich einen

freien Mann, der im antisemitischen Sinne arbeitete, gar nicht denken konnten, die die Arbeit als höchstens gut genug für Sklaven ansahen? War im alten Rom etwa die Arbeit angesehen? Und waren die Römer nicht die größten Ausbeuter der Welt, die nur von der Arbeit der Sklaven und der eroberten Länder lebten? Und wie stand es bei den Indern? Waren bei diesen Ariern die Handwerker nicht so verachtet, daß ein Brahmane sich schon entwürdigt und entheiligt erachtete und sich reinigen mußte, wenn ihn ein Angehöriger der Arbeiterkaste nur berührte? Und wie war es im Mittelalter und ist es bis in die neueste Zeit bei vielen Völkern, den Germanen nicht ausgeschlossen? Hielt sich nicht der Raubritter, der Mitglieder des Nährstandes auf der Landstraße anfiel, für etwas weit besseres, als den ehrlich arbeitenden Mann? Schämten und schämen sich nicht manche sich selbst zu den vornehmen Ständen rechnenden Kreise noch heute jeder Arbeit und ziehen es vor, nach einer reichlichen Mitgift zweifelhaftester Herkunft zu angeln, selbst wenn der mit in den Kauf zu nehmende Goldfisch noch so minderwertig ist? „Man verachtete," schreibt Alexander von Gleichen-Rußwurm in der Sonntagsbeilage der „Vossischen Zeitung" vom 22. März, „in der ganzen mittelalterlichen Welt jede Art von Erwerb, die nicht kriegerisch war oder dem Landbau verdankt wurde."

In Wirklichkeit hat also selbst in Deutschland jeder, der etwas auf sich hielt, das Handwerk verachtet. Wie viele von den Millionen, die im Laufe der Jahrhunderte in Deutschland gut oder schlecht sich vom Handwerk ernährten, haben sich einen Namen gemacht oder Einfluß auf die Geistesbildung, die ethische Erziehung ihrer Zeitgenossen und gar Nachgeborenen erlangt? Wenn wir Hans Sachs und Jakob Böhme genannt haben, müßten wir schon sehr emsig suchen, um noch einen dritten zu finden.

Die Juden sollten die Landarbeit scheuen und hatten doch eine Agrarverfassung, die noch heute unübertroffen ist. Sie sollten die Landarbeit scheuen und haben dennoch Palästina zu einem starkbevölkerten Agrarstaate gemacht, gegen das das Palästina von vor wenigen Jahren eine Wüste war, und die es heute nicht mehr in dem Maße ist, weil in neuerer Zeit die Juden dort wieder mehr den Boden bebauen dürfen und können.

Unter den Größen des Talmud finden wir Schneider, Schuhmacher, Landwirte, Winzer, Schmiede, Bäcker, Töpfer, Köhler, ja Holzhacker und Wasserträger. Die Namen könnten aufgezählt werden, aber sie wären doch nur Schall und Rauch, diese fremden Namen. Jeder, der sich dafür interessiert oder der an der Richtigkeit des hier Gesagten zweifelt, braucht sich nur an den ersten besten Rabbiner oder Talmudgelehrten zu wenden, und dieser wird ihm die Namen nicht nur nennen, sondern auch die Stelle im Talmud zeigen können, wo von ihnen die Rede ist, zeigen können, daß die Stimme dieser Männer, wenn sie ihre Meinung gut begründen konnten, genau so galt, wie die der reichsten und durch ihre Stellung angesehensten Männer. Die katholische Kirche rühmt sich mit Recht, daß sie den für ihre Zwecke Tauglichen ohne Rücksicht auf seine Herkunft bis zu den höchsten Stellen befördere, ihm selbst Mitra und Tiara gebe. Daß sie auch Fürstlichkeiten und den hohen Adel begünstigt, ändert nichts an dieser Tatsache. Was aber will das sagen im Vergleich zu der Schätzung auch der niedrigsten Arbeiter bei den Juden? Der Papst, der einst Schweinehirt war, ist seit langen Jahren kein Schweinehirt mehr; die Söhne armer und kleiner Leute sind infolge ihrer Laufbahn selbst lange nicht mehr die kleinen Leute. Die Talmudgrößen aber waren gleichzeitig Größen im Gelehrtendisput und ganz, ganz kleine Handwerker und simpelste Arbeiter. Sie achteten sich trotz ihrer geistigen Größe und ihres Ansehens in der Gelehrtenwelt nicht für zu gut, mit ihrer Hände Arbeit sich den Lebensunterhalt zu erwerben, wie es viele Jahrhunderte später der Jude Baruch Spinoza trotz seines sehr hohen Ansehens bei Fürsten und Gelehrten nicht unter seiner Würde hielt, sich durch Schleifen von Brillengläsern seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Kein Wunder, daß bei solchem Ansehen von Handwerkern und Arbeitern zur Zeit der Herstellung des Talmud auch Handwerk und Arbeit selbst in hohem Ansehen standen und im Talmud oft gepriesen werden. Davon kann sich jeder leicht aus den Talmud-Zitaten des gewiß unverfänglichen Franz Delitzsch überzeugen. „Wenn Jemand seinen Sohn kein Gewerbe lernen läßt, ist es so, als lehrte er ihn Straßenraub" — „Lieber decke ein Aas auf der Straße ab, als daß Du sagst, ich bin ein Priester, oder ich bin ein Gelehrter und folglich steht mir Arbeit nicht zu." Noch viele Stellen könnten aufgezählt werden zum Lobe der Arbeit, aus dem Talmud sowohl, wie aus den Büchern des Alten Testaments. Wenn nun die Antisemiten so bewandert sind im Talmud, daß sie sogar von keinem andern ausfindig gemachte Ritualmorde in ihm kennen, warum zitieren sie nicht lieber diese und andere nachweisbare Talmudlehren und zeigen so die Richtigkeit ihrer Behauptungen?

In einem preußischen Städtchen des heutigen Ansiedelungsgebietes, in welchem Schreiber dieser Zeilen seine Jugend verlebte, gab es sechsundzwanzig jüdische Familienhäupter. Davon waren zwei Schlächter, zwei Bäcker, einer Schuhmacher, einer Glaser, einer Fuhrmann, einer Barbier und seine Frau Hebamme, und zehn Schneider. Zwei waren Gastwirte, einer hatte einen Laden mit allen möglichen Gebrauchsgegenständen und die übrigen ernährten sich durch Handel mit Wolle, Fellen 2c. Ein beträchtlicher Teil trieb auch etwas Landwirtschaft nebenbei, einer sogar war auch nebenbei Imker. Schreiber hat keinen Grund zu der Annahme, daß dieses Städtchen eine ausnahmsweise werktätige jüdische Einwohnerschaft hatte.

Sind etwa in Rußland Juden nicht in allen möglichen Gewerben in großer, übergroßer Zahl beschäftigt? Gegen wen wurde in London und später in New York 2c. zuerst das Schwitzsystem angewendet als gegen die übergroße Anzahl jüdischer Handwerker? Vor einigen Jahren berichtete der ungarische Staatsrat Kaffka der vorgesetzten Behörde über die im Komitat Maramarosch ansässigen Juden: „Tatsächlich erfährt man, daß ein großer Teil der Juden dort von seiner Körperkraft lebt. Sie arbeiten teils in Wäldern, teils mit ihren Familien auf Feldern auf eigenen oder auf fremden in Tagelohn; sie mähen und häufeln, sie hämmern in Werkstätten und spannen sich vor kleine Lastwagen. Die schwere Fuhrwesenarbeit — Bretter- und Schindelverfrachtung ist unter ihnen sehr bedeutend — bildet fast ausschließlich der Juden Erwerbsquelle. Der Maramaroscher Jude würde sich schämen, mit dem Hausierbuckel, wie der Jude des ungarischen Tieflandes, herumzugehen, da dies darauf hinweisen würde, daß er vermögenslos und die Arbeit scheue" usw. —

Gleichviel, in welchem Handwerk, Gewerbe oder Geschäft und Beruf die Juden tätig sein mögen, Mangel an Rührigkeit und Fleiß wird man ihnen mit gutem Gewissen nicht zum Vorwurf machen können.

Ludwig Klausner-Dawoc.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 14. Berlin, 1. April 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der Journalistenstreik im Reichstage.

Der Journalistenstreik im Reichstage ist keinerlei parteipolitische Angelegenheit gewesen. Das Zentrum befindet sich in einem tatsächlichen Irrtum, wenn es angenommen hat, daß schon seit einiger Zeit — wie behauptet wird, seit Inaugurierung der Blockpolitik — die Journalistentribüne eine Animosität gegen die Partei bekunde. Andererseits war die gesamte Presse-Vertretung auf der Journalistentribüne von der „Kreuzztg." bis zum „Vorwärts" — mit Ausnahme nur der Zentrumsjournalisten — vom ersten bis zum letzten Tage vollkommen einig. Die Führung der Verhandlungen hat zeitweise in den Händen eines dem Vertrauensmänner-Ausschuß angehörenden Herrn gelegen, der ein bekannter Parteigänger der Stöcker'schen Richtung ist. Der Herr hat sich übrigens in jedem Stadium der Verhandlungen nicht nur als ein überaus geschickter Politiker gezeigt, sondern seinen Kollegen gegenüber, gleichviel welcher Parteistellung und welcher Konfession, ein geradezu mustergiltiges Verhalten an den Tag gelegt. Der Herr ist im politischen Tageskampfe eine der stärksten Stützen des Antisemitismus.

Bei diesem Streit, bei welchem es sich für die Journalisten ausschließlich um die Wahrung ihrer Berufsehre handelte, ist in den viertägigen Verhandlungen der Reichstagsjournalisten auch nicht ein Mißton zu verzeichnen gewesen. Die gesamte deutsche Presse hat ihre Solidarität mit den in ihrer Standesehre schwer gekränkten Kollegen im Reichstage in wahrhaft glänzender Weise bekundet. Nur einige antisemitische Blätter — die den Nationalliberalen nahestehende „Rheinisch-Westfälische Ztg." schloß sich aus anderen Motiven aus — machten eine unrühmliche Ausnahme. Der Göttinger „Deutsche Bote", ein deutschsoziales Organ, erklärte gleich am ersten Tage mit lächerlicher Selbstüberhebung, daß es das Vorgehen der Journalisten nicht billigen könne und sich von anderer Seite den Reichstagsbericht verschaffen werde. Um dieses jämmerliche Verhalten des Blattes richtig würdigen zu können, genügt die Feststellung der Tatsache, daß selbst das Hauptorgan und offizielle Parteiorgan der deutschsozialen Antisemiten bei Ausbruch des Streiks schrieb:

„Auch die Leser unseres Blattes müssen einstweilen auf die Bilder aus dem Reichstage verzichten, denn unserer Berichterstatter streikt selbstverständlich mit."

Auch die „Staatsbürgerztg." stellte die Berichterstattung ein, konnte sich aber nach Beilegung des Streiks nicht enthalten, einige hämische Glossen über die „schwarz- oder rotgelockten Judenjünglinge" auf der Tribüne zu machen. Auch die „Deutsche Reform" des Abg. Zimmermann fand nach Wiederaufnahme der Tätigkeit der Journalisten den traurigen Mut, ihnen noch nachträglich in den Rücken zu fallen. Die ganze Sache sei „über Gebühr in der Judenpresse aufgebauscht worden"; der „Judenpresse müsse ihr vergiftender Einfluß" genommen werden. Das schreibt das Organ einer Partei, deren Reichstagsfraktion ein Mann angehört, dessen ganze Existenz früher auf einer für ihn sehr vorteilhaften Geschäftsverbindung mit einem jüdischen Parlamentsjournalisten aufgebaut war. Herr Werner spielt noch heut in der Reformpartei eine erste Rolle, obwohl ihm durch Gerichtsurteil s. Z. bescheinigt worden ist, daß er, als er diese Geschäftsverbindung ableugnen wollte, gelogen hat.

Es bleibt also als einzige unerfreuliche Begleiterscheinung des mannhaften Einstehens der Journalisten für ihre Berufsehre die Tatsache zu verzeichnen, daß die Interessen-Solidarität der Presse durchbrochen worden ist gerade von solchen Elementen, welche sonst sich immer den Anschein geben, als hätten sie die deutsche Treue und deutschen kameradschaftlichen Geist in Erbpacht genommen.

Die Zurücksetzung der Juden im Heer.

Es war zu erwarten, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Reichstages sich mit der gewundenen Erklärung, die der Vertreter des Kriegsministers bei der ersten Beratung des Etats auf die Beschwerde des Abg. Dr. Mugdan abgegeben hat, nicht zufrieden geben, sondern bei der dritten Lesung die Angelegenheit von neuem zur Sprache bringen werde. Das ist denn auch geschehen. Der Abg. Kopsch hat in der Sitzung vom 30. März nochmals eingehend die Sachlage erörtert, indem er zugleich dem s. Z. von dem Vertreter des Kriegsministers geäußerten Wunsch nach Spezialisierung der Beschwerden Rechnung trug. Wir sind in der Lage, diese Rede schon heut nach dem stenographischen Wortlaut in Folgendem wiederzugeben:

Abg. Kopsch:

In der Sitzung vom 4. Februar d. J. wies mein Parteifreund Dr. Mugdan darauf hin, daß Mannschaften jüdischer Konfession bei ihrem Eintritt in das Heer von vornherein schlechter behandelt würden, als ihre christlichen Kameraden. Darauf erklärte der Vertreter der Regierung wörtlich folgendes:

> Es ist ferner erwähnt worden, es komme vor, daß Mannschaften jüdischer Konfession von vornherein bei ihrem Diensteintritt schlechter behandelt würden, irgend wie zurückgesetzt würden hinter ihren christlichen Kameraden. Es sind keine einzelnen Fälle genannt worden, ich kann also auf Einzelnes nicht eingehen und beschränke mich auf die ganz allgemeine Bemerkung, daß dies, wenn das geschieht oder geschehen ist, selbstverständlich im höchsten

Grade zu mißbilligen ist. Was die Wahl von Reserveoffiziersaspiranten anlangt, so liegt sie, wie den Herren bekannt ist, in der Hand des Offizierskorps des Beurlaubtenstandes, und es muß ihm im einzelnen Falle überlassen sein, die Momente pflichtmäßig zu ermessen, die ausschlaggebend sind, ob der junge Mann Reserveoffizier werden soll oder nicht.

Diese Erklärung erscheint nicht genügend, um die Tatsache aufzuklären, daß bereits seit dem Jahre 1878, mindestens aber seit dem Jahre 1880 im Gebiet der preußischen Militärverwaltung kein einziger Jude Reserveoffizier geworden ist. Eine etwaige allgemeine Untüchtigkeit der Juden kann den Grund nicht bilden, denn noch jetzt werden Juden innerhalb der bayrischen Militärverwaltung zu Reserveoffizieren befördert, und auch in Preußen sind vor den angegebenen Terminen gleichfalls Juden zu Reserveoffizieren ernannt worden. Die Erklärung des Herrn Vertreters der Regierung, daß die Wahl der Offiziere in der Hand des Offizierkorps des Beurlaubtenstandes liegt und dieser Umstand allein ausschlaggebend sei, entbindet m. E. die Regierung nicht von der Pflicht, darüber zu wachen, daß bei den Wahlen nicht etwa Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, die den allgemeinen Staatsgesetzen zuwiderlaufen, wie es ein allgemeiner Boykott gegenüber Mitbürgern jüdischer Konfession sein würde.

Das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 enthält die ausdrückliche Anordnung, es „soll die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Glaubensbekenntnis unabhängig sein“, und die preußische Verfassung bestimmt in Art. 12:

> „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.“

Wenn daher aus der Tatsache des dauernden Ausschlusses der Angehörigen einer bestimmten Glaubensgemeinschaft der Verdacht sich ergibt, daß das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes bei Ausübung seines Wahlrechtes dennoch das religiöse Bekenntnis entscheidend sein läßt, um die Befähigung zur Bekleidung eines Amtes als Reserveoffizier zu verneinen, so ist es m. E. die Pflicht der vorgesetzten Behörden, durch wiederholte Belehrung oder durch anderweitige Maßnahmen einem derartigen gesetzwidrigen Mißbrauch entgegenzuwirken.

(Sehr richtig! links.)

Ferner ist die Aeußerung des Herrn Regierungskommissars unzutreffend, daß die Verhinderung der Beförderung von Juden zu Reserveoffizieren lediglich oder auch nur vorzugsweise auf dem freien Wahlrecht des Beurlaubtenstandes beruhe. Jüdische Einjährige erfahren vielmehr fortgesetzt dienstliche Zurücksetzungen schon während der aktiven Dienstzeit und während der Reserveübungen. Infolge dieser Zurücksetzungen kommt die übergroße Zahl der jüdischen Einjährigen überhaupt nicht dazu, dem Offizierskorps zur Wahl vorgeschlagen zu werden. Die Zurücksetzungen erfolgen in den verschiedenen Stadien der militärischen Laufbahn, allerdings — wie ich gerne und dankbar anerkenne — in vielen Fällen im Widerspruch mit einem Teil der Offiziere, die gerecht denken und sich bemühen, auch den ihnen untergebenen jüdischen Einjährigen in jeder Weise gerecht zu werden. Es zeigt sich aber auch die betrübende Erscheinung, daß, wenn nach den Ursachen dieser Zurücksetzung gefragt wird, von den beteiligten Offizieren oft Antworten gegeben werden, die doch den Anschein erwecken, als bemühe man sich, andere Ursachen anzugeben, als die wirklich ausschlaggebenden.

An welcher Stelle der militärischen Laufbahn die Zurücksetzung erfolgt, ist sehr verschieden. Von Stelle zu Stelle wird es den jüdischen Einjährigen schwer gemacht, vorwärts zu kommen. Entweder werden sie von vorneherein vom Offiziersunterricht ausgeschlossen, oder ihre Beförderung zum Gefreiten erfolgt nicht rechtzeitig nach 6 Monaten. Wenn man sie aber zum Offiziersunterricht zuläßt, so werden sie nicht zu Reserveoffiziersaspiranten vorgeschlagen. Nur wenige erreichen überhaupt die Befähigung zum Reserveoffizier. Aber selbst, wenn sie diese Befähigung erreicht haben, sind noch keineswegs alle Klippen umschifft. Von den Betreffenden scheitert wieder ein Teil nach der Reserveübung A, ein weiterer nach der Reserveübung B, indem sich der Regimentskommandeur weigert, sie zur Wahl vorzuschlagen. Nur in den allerseltensten Fällen kommt das Offizierskorps des Beurlaubtenstandes überhaupt dazu, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu

Der Herr Regierungskommissar hat erklärt, daß ein Einfluß auf die Offiziere des Beurlaubtenstandes nicht möglich sei. Sicherlich ist aber doch ein Einfluß möglich auf die Offiziere des aktiven Dienstes, und ob hier der rechte Einfluß stattgefunden hat, wage ich allerdings zu bezweifeln. Ich gestatte mir, dem Herrn Regierungskommissar hier eine Zusammenstellung einer großen Reihe von Fällen zu überreichen, mit der Bitte, die einzelnen Fälle nachprüfen und sie eventuell zur Grundlage weiterer Maßnahmen gegen rückständige Anschauungen machen zu wollen. Aus dieser reichen Fülle von Material will ich nur Weniges anführen, das gewissermaßen für das Vorgehen der Militärverwaltung und der militärischen Behörden typisch ist.

In einem Falle handelt es sich um das Königin Elisabeth Garde-Regiment in Berlin. Hier war es der Herr Hauptmann v. Wangenheim, der sich in anerkennenswerter Weise bemühte, auch den jüdischen Einjährigen gerecht zu werden, aber seine Bemühungen scheiterten an dem Verhalten des Herrn Oberst v. Buddenbrock. Der Vater des in Frage stehenden Einjährigen wandte sich infolge dessen an das Regiment und erhielt von dem Herrn Hauptmann v. Wangenheim ungefähr folgende Antwort:

> Ich bestätige an dieser Stelle nochmals, daß sich Ihr Sohn als Soldat stets gut geführt hat. Jedoch ist es durchaus nichts Seltenes, daß Einjährige im Dienstjahre nicht befördert werden. Nach Ansicht des Herrn Oberst wäre Ihr Sohn nicht befähigt gewesen, als Vorgesetzter zu fungieren.

Hierzu ist aber zu bemerken, daß der Oberst, der dies Urteil abgegeben hat, kaum in der Lage war, dies Urteil aus eigner Sachkenntnis zu fällen, da er den Einjährigen niemals einer Prüfung unterzogen hat, überhaupt ihn kaum jemals gesehen hat, außer auf der Straße.

In einem anderen Falle handelt es sich um einen Einjährigen jüdischer Konfession, namens Griesbach. Er diente im Jahre 1905-6 im dritten Kurhessischen Regiment Nr. 83 in Kassel. Der Herr Oberst bestätigt dem Vater in einem Briefe, daß sein Sohn durchaus gewissenhaft und pflichtgetreu sei. Hier liegt aber die Schuld im Gegensatz zum ersten Falle an dem Herrn Hauptmann, der seine antisemitischen Neigungen zu wiederholten Malen in recht schroffer Form zu erkennen gegeben hat, worauf ja Remedur seitens der Militärverwaltung eintrat.

In anderen Fällen werden die Einjährigen nicht weiterbefördert, man verweigert ihnen die Zulassung als Reserveoffiziersaspirant. Interessant ist nach der Richtung ein Fall, der Fall des Einjährigen Meyer vom Jahre 1901-2 in Danzig. Hier hatte der Hauptmann durchgesetzt, daß der betreffende Einjährige zum Unteroffizier befördert wurde. Der Einjährige Meyer ist ein Mann, der nach jeder Richtung militärisch seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, wie das Zeugnis beweist, welches er von der militärischen Behörde erhielt. Es lautet:

> Der Einjährig-Freiwillige Unteroffizier Meyer hat sich während seiner militärischen Dienstzeit vortrefflich geführt, er hat dem Dienst stets das regste Interesse entgegengebracht und sich in allen Fächern recht gute Kenntnisse angeeignet. Sein außerdienstliches Verhalten war in jeder Hinsicht mustergiltig. Formvoll und bescheiden im persönlichen Verkehr, durchdrungen von vornehmer, königstreuer Gesinnung, war er ein vortreffliches Element in der Kompanie, aus welcher ich ihn nur ungern scheiden sehe.

Man sollte meinen, daß ein Einjährigen, der mit einem derartig glänzenden Zeugnis sein Regiment verläßt, wohl geeignet sein sollte, auch weiter befördert zu werden.

(Sehr richtig! links.)

Bekannt ist ja das Verhalten der militärischen Behörde in dem Falle des Sohnes des Herrn Justizrats Feige in Breslau. Wenn ich nicht irre, ist dieser Fall in diesem hohen Hause schon zur Erörterung gekommen. Der Fall interessiert uns um so mehr, als es sich hier um einen Vater handelt, der selbst Offizier gewesen ist, um einen Mann, der es verstanden hat, durch seine Tüchtigkeit sich das Vertrauen der militärischen Behörden in dem Maße zu erringen, daß er 1870-71 mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet worden ist. Daß seine Zurücksetzung, wie es den Anschein hat, um des Glaubens willen, bei einem solchen Vater um so mehr ins Gewicht fallen muß, liegt wohl auf der Hand. Ich versage es mir, auf die Schreiben, die der Vater an die Militärbehörde gerichtet hat, des näheren einzugehen.

Wenn nun auch die Zulassung zu dem Offiziersunterricht stattfindet, und auch der Betreffende das Zeugnis als Reserveoffiziersaspirant erhält, so treten nachher von neuem Schwierigkeiten ein, wenn er zu den Reserveübungen eingezogen wird. Auch dafür liegen eine Reihe interessanter Fälle vor. Ich erwähne nur den Fall Oppenheim vom Trainbataillon Nr. 15 in Straßburg. Es handelt sich hier gleichfalls um einen überaus tüchtigen Mann nach dem Urteil der militärischen Behörden selbst. An den Einjährigen Oppenheimer wird herangetreten von einem Oberleutnant, der Mitglied der Wahlprüfungskommission ist, und zwar mit der Frage, ob er geneigt ist, seinen jüdischen Glauben aufzugeben und zur christlichen Religion überzutreten, und zwar wird diese Frage gestellt mit dem ausdrücklichen Hinweis auf des Offizierskorps, das ihn gern wählen, ihn gern in seiner Mitte sehen möchte.

Meine Herren, ich versage es mir in Rücksicht auf die eng bemessene Zeit, weitere Fälle des näheren darzulegen, aber ich glaube, daß jeder unbefangene Prüfer dieser Verhältnisse die Ueberzeugung gewinnen wird, daß, wenn es auch nicht ausgesprochen

wird, in Wirklichkeit die Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben ausschlaggebend dafür ist, ob ein junger Mann zum Reserveoffizier als tauglich befunden wird oder nicht.

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat zugesagt, mehr als bisher liberalen Anschauungen Rechnung zu tragen. Es genügt aber nicht, diese Zusage in der Weise zu erfüllen, daß man sich bemüht, liberale Gesetze zustande zu bringen, sondern ebenso wichtig, wie liberale Gesetze, ist es, die Verwaltung in liberale Bahnen zu leiten.

(Sehr richtig! links.)

Wir verkennen nicht, daß hier viele und schwere Hindernisse zu überwinden sind, daß der Herr Reichskanzler und die militärischen Behörden beim besten Willen oft nicht in der Lage sein werden, ihre Anschauungen durchzusetzen und zur Tat werden zu lassen. Wie schwer es nach der Richtung hin ist, Wandel zu schaffen, hat mir eine Mitteilung aus letzter Zeit, aus Minden, bewiesen, wo bei der letzten Reichstagswahl das dortige militärische Kommando einen Reserveoffizier verwarnt hat, wie bisher für den freisinnigen Kandidaten, den überaus hochgeachteten Brauereidirektor Kiel in Minden, einzutreten. Wenn das jetzt bei den letzten Wahlen geschah, so kann man verstehen, wie nach anderer Richtung hin alle Bemühungen der Behörden vergeblich gewesen sind.

Der Herr Reichskanzler hat ferner im preußischen Abgeordnetenhause ausgeführt, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen es Aufgabe der Behörden sein werde, volle Unparteilichkeit walten zu lassen. Die nächsten Monate werden uns darüber belehren, wie weit der Wille und die Absicht der Behörden seitens der nachgeordneten Behörden in Erfüllung gehen wird. Wir werden alle Uebergriffe nach der Richtung hin öffentlich zur Sprache bringen, damit die Verwaltung die Möglichkeit hat, zur rechten Zeit einzuschreiten, und das, was die oberste Instanz will, auch zum Durchbruch kommen zu lassen.

Wenn hier im hohen Hause Ausführungen gemacht worden sind, die auch nur den Anschein erwecken konnten, als kamme in demselben ein Eingriff in die Kommandogewalt der höchsten Stelle in Betracht, so haben die Herren der Regierung mit aller Entschiedenheit stets derartige Eingriffe zurückgewiesen. Ich gebe der Hoffnung und der Erwartung Ausdruck, daß in gleicher Weise auch die Kommandogewalt der Staatsgesetze und der Reichsverfassung seitens der Kriegsverwaltung gegenüber den nachgeordneten Instanzen in der Behandlung unserer jüdischer Mitbürger geschützt werden.

(Bravo links.)

Generalleutnant Sixt von Armin, der als Stellvertreter des noch immer erkrankten Kriegsministers den Etat vertrat, machte sich die Antwort auf diese detaillierten Beschwerden sehr leicht; er bezog sich einfach auf seine am 4. Februar getane Aeußerung, daß die Regierung Zurücksetzungen aus konfessionellen Motiven „selbstverständlich mißbillige" und daß im Uebrigen die Militärverwaltung auf die Wahl von Offizieren des Beurlaubtenstandes keinen Einfluß habe. Es sprachen zu diesem Thema außerdem noch der Antisemit Bindewald, der Zentrumsabg. Gröber und der Freisinnige Dr. Hermes. Wir bringen den stenographischen Wortlaut dieser Reden in der nächsten Nummer.

Aus dem Reichstage.

(Juden-Einwanderung. Antisemitische Wahldemagogie.)

In der Sitzung des Reichstags vom 26. März kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem antisemitischen Abg. Lattmann und dem freisinnigen Abg. Dr. Potthoff. Zum besseren Verständnis der Motive des antisemitischen Angriffs ist es notwendig, die Reden im Zusammenhange wiederzugeben.

Abg. Lattmann:

Wir glauben, daß unsere Regierung einer im Laufe der letzten Jahre steigenden Gefahr einer Einwanderung aus dem Osten nicht mit genügend klaren Augen entgegengeht.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich verweise auf die steigende Einwanderung der Juden aus dem Osten.

(Sehr richtig!)

Ich weiß sehr wohl, daß in demselben Augenblick, wo ich den Ausdruck „Juden" hier gebrauche, der ganze Blätterwald der liberalen Presse wieder von „Radauantisemitismus der Latt- und Liebermänner" reden wird. Daran sind wir gewöhnt!

(Zuruf links: Emden!)

— Sind Sie, Herr Abgeordneter Mommsen, in unseren Versammlungen gewesen? Dann reden Sie nicht, wenn Sie uns nicht gehört haben!

(Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung. — Lachen links.)

Aber das darf uns nicht abhalten, wenn wir den bitteren Ernst einer solchen Frage erkannt haben, sie auch mit dem nötigen Nachdrucke hier zu behandeln. Von einem Radauantisemitismus kann hier gar nicht die Rede sein, und ich weise jetzt schon diesen Angriff aufs schärfste zurück; denn ich weiß ganz bestimmt, daß hier im Reichstage kein einziger ist, dem nicht gerade so wie mir jeglicher wirklicher Radauantisemitismus zuwider ist.

(Zuruf und Lachen links.)

Daß Ihnen eine Behandlung dieser Fragen peinlich ist, wissen wir.

Ich will zunächst auf folgende Tatsachen hinweisen. Im Jahre 1900 hatten wir 41 113 ausländische Juden in Deutschland; aus diesen 41 000 im Jahre 1900 sind nach den Angaben des hauptsächlich von Juden besetzten „Vereins für Statistik der Juden" durch Zuwanderung bis jetzt über 100 000 Juden geworden.

(Hört! hört! rechts.)

Bei der Volkszählung in Sachsen im Jahre 1905 hat sich ergeben, daß unter 14 666 Juden 7772 Ausländer sind.

(Hört! hört!)

Aus Oesterreich, Galizien, Ungarn, Polen, Rußland und Rumänien steigert sich in den letzten Jahren diese Einwanderung.

Nun schreibt die „Kreuzzeitung" am 24. März 1908, nachdem sie die Angaben des Herrn Dr. Segall in dem genannten Verein über die Zahlen, die ich eben mitgeteilt habe, aufführte, folgendes:

> Das Ansehen der in Deutschland ansässigen Juden wird durch die starke Einwanderung nicht vermehrt. Besonders bedenklich bleibt die starke Einwanderung polnischer Juden aus Rußland. Als erwünschte Einwanderung können auch die bemittelten und politisch unverdächtigen Juden nicht angesehen werden. Will man sie vorläufig dulden, so wäre doch darauf Bedacht zu nehmen, daß sie, von besonderen Ausnahmen abgesehen, von der Naturalisation ausgeschlossen werden. Deutschland hat Juden zur Genüge.
>
> (Sehr richtig! sehr wahr! rechts.)
>
> Eine künstliche Vermehrung dieser Angehörigen aber einer anderen Rasse durch Zuwanderung ist nicht wünschenswert. Wegen der einheitlichen Verweigerung der Naturalisation wäre eine Verständigung der einzelstaatlichen Behörden darüber dringend zu empfehlen.

Ich möchte meinerseits diese Bitte der konservativen Zeitung unterstützen, und es kann ja auch sein, daß der Herr Abgeordnete Naumann mit der Zeit dieser Unterstützungsfrage nähertritt, wenn er liest, was sein vorgestriger, freiheitlicher Gewährsmann Kant in der „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht" über das Judentum schreibt. Er wird, wenn er mehr nachforscht, Gelegenheit haben, in Kant, in Fichte und in Schriften fast aller bedeutenden Männer Deutschlands ähnliche Worte über das Judentum und über den Rassenunterschied zu finden.

Nun geht ein großer Teil dieser jüdischen Einwanderung an unsere Universitäten, und damit hängt die Spezialfrage der Notwendigkeit der Zurückdrängung des Ausländertums an unseren Universitäten und Hochschulen zusammen. Vielleicht wird sich zu einer anderen Zeit Gelegenheit finden, genauer, eingehender auf diese wichtige Frage zurückzukommen; heute nur kurz folgendes darüber. Im Wintersemester 1907 waren in Heidelberg unter den Studenten 16 Prozent Ausländer, in Leipzig, Jena und Berlin 14 Prozent, an den deutschen technischen Hochschulen 22,5 Prozent.

(Hört! hört! rechts.)

An der landwirtschaftlichen Schule in Leipzig waren neben 95 Deutschen 101 Ausländer.

(Hört! hört! rechts.)

Die 4151 Ausländer an preußischen Hochschulen kosten dem preußischen Staate jährlich das nette Sümmchen von 1 179 000 Mark. Dafür könnten 1000 begabte, aber unbemittelte Söhne unseres Volkes selber an die Universitäten und Hochschulen gebracht werden.

(Sehr gut! rechts.)

Nun muß anerkannt werden, daß im Laufe der letzten Monate durch Eingreifen von einzelnen Hochschulen eine Zurückdämmung des Ausländertums stattgefunden hat. Ich glaube aber, daß darin nur dann Genügendes geleistet werden kann, wenn ein möglichst einheitliches Vorgehen aller Universitäten, aller Hochschulen erfolgt

(sehr richtig! rechts),

und deshalb möchte ich mich der gerade aus Hochschulkreisen, auch von Lehrern der Hochschulen erhobenen Bitte anschließen, daß der Reichskanzler ein solches möglichst einheitliches Vorgehen vermittelt. Wir dürfen uns hier auf das Beispiel der freien Schweiz berufen. Nach den „Baseler Nachrichten" vom 14. August 1907 sind sämtliche schweizerische Universitätsrektoren zu einer Konferenz zusammentreten, um über gemeinsame Maßnahmen gegen die überhandnehmende Russeninvasion an den Schweizer Hochschulen zu beraten. Das Resultat war ein einmütiger Beschluß, die Auf-

nahmebedingungen dieser Russen tüchtig zu erschweren. Diesem Vorbild der freien Schweiz sollten wir folgen. Ich glaube, das liegt im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes in Rücksicht auf den Konkurrenzkampf unserer Industrie gegen das Ausland . . . .

(Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Dr. Potthoff:

„. . . Was die Rede des Herrn Abgeordneten Lattmann betrifft," so brauche ich wohl nicht näher auf Einzelheiten einzugehen; eine solche Bedeutung hat sie für uns nicht. Ich hatte, offen gestanden, den Eindruck, als ob Herr Lattmann hier eine Art Stichwahlrede für Norden-Emden hielte.

(sehr gut! links — Zuruf rechts: Ach Gott!),

und will nun ein Wort sagen gegen das, was er gegen meinen Freund Naumann ausgesprochen hat. Er hat ihm mit aller Schärfe den Vorwurf der Demagogie und der Schauspielerei gemacht.

(Sehr richtig! rechts.)

Das muß auffallen, nachdem Herr Lattmann selbst erklärt hat, daß er ja ein früherer alter Anhänger Naumanns gewesen ist. Er muß dann wohl ein sehr schlechter Menschenkenner sein sonst würde er den Unterschied zwischen Schauspielerei und Gemütsbewegung etwas richtiger erkennen.

(Lachen rechts.)

Meine Herren, wer den Herrn Abgeordneten Naumann kennt, der wird wissen, daß es höchstens eine seiner politischen Schwächen ist, daß er zuviel mit dem Herzen redet, aber nicht, daß er schauspiekert.

(Sehr richtig! links.)

Und erst recht muß es auffallen, wenn hier ausgerechnet der Herr Abgeordnete Lattmann den Vorwurf der Demagogie erhebt

(lebhafte Zustimmung links),

und zwar ausgerechnet in dem Augenblicke, wo er aus dem Wahlkampfe zurückkehrt. Wenn irgendwo demagogisch gearbeitet worden ist, so war es doch bei der letzten Wahl in Ostfriesland

(Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Von seiten der Freisinnigen!),

und zwar nicht von seiten der Freisinnigen, Herr Liebermann

(Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Mit Lügen),

sondern von seiten der Antisemiten.

(Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Das ist direkt unwahr!)

Herr Liebermann, auch wenn Sie mir Beleidigungen entgegenrufen, so berührt mich das absolut nicht!

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Beweisen Sie es ihnen doch! — Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Wenn das Beweisen so leicht wäre! — Zuruf von den Sozialdemokraten: Ich werde es Ihnen beweisen. — Glocke des Präsidenten.)

Herr Liebermann, wenn Sie Wert darauf legen — —

(Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg: Ich heiße von Liebermann!)

— Herr v. Liebermann, wenn Sie Wert darauf legen, werde ich mich bemühen, das „von" Ihres Namens nicht zu vergessen! — Herr v. Liebermann, wenn Sie durch Zwischenrufe Wert darauf legen, so bin ich gern bereit, festzustellen, daß die Deutschsozialen im letzten Wahlkampf in Waldeck einen direkten gemeinen Wahlschwindel versucht haben

(lebhafte Unterbrechung von seiten der Wirtschaftlichen Vereinigung),

der sich jederzeit auch gerichtlich wird nachweisen lassen.

(Zuruf: Das ist eine ordinäre Lüge von Ihnen! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident **Kaempf**: Herr Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg, Sie haben eben dem Herrn Abgeordneten Dr Potthoff zugerufen: „Das ist eine direkte Lüge!"

(Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg: Bedaure sehr, das habe ich nicht getan! — Abgeordneter Raab: Ich war's, Herr Präsident!)

Ich bitte sehr, die Verwechslung zu entschuldigen; Herr Abgeordneter Raab hat dieses Wort gerufen. Ich rufe ihn deswegen zur Ordnung! ꝛc.

Dr. **Potthoff,** Abgeordneter: Es handelt sich um eine Tatsache, die sich jederzeit feststellen läßt.

(Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Läßt sich nicht festsießen!),

um die Fälschung von Stimmzetteln

(Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Jederzeit? Dann sofort!),

um die Sozialdemokratie zur Abgabe ungültiger Stimmzettel in der Stichwahl zu meinen Ungunsten zu veranlassen.

Aber, meine Herren, wir brauchen uns ja hier um das Verhalten der Deutschsozialen nicht zu streiten. Ich kann einen Zeugen anführen, der wirklich als unverdächtig gelten muß, nämlich das führende Blatt der Konservativen, die „Kreuzzeitung"

(Lachen bei der Wirtschaftlichen Vereinigung)

die sich sehr entsprechend gerade mit Rücksicht auf die Wahl in Emden-Norden über die Deutschsozialen geäußert hat.

Sie schreibt:

> Eine Anzahl von Führern und Wanderlehrern bricht in einen Wahlkreis ein, und mit großem Geräusche werden möglichst viel Versammlungen veranstaltet
>
> (Zuruf von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Ja, Naumann, Potthoff usw.!),
>
> um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als hätte die Partei einen zahlreichen Anhang im Kreise. — — Das jetzt vorliegende Ergebnis hat aber deutlich gezeigt, daß hinter diesen Schaustellungen keine reelle Macht steckte.

Und eine andere konservative Zeitung, die „Post", hat über den Ausgang der Wahl mit dem einen kurzen Satze quittiert:

> Der Erfolg ist klägliche Blamage . . . ."

Man sieht, das für sie so blamable Ergebnis der Hauptwahl in Norden-Emden-Leer hat die Antisemiten so nervös gemacht, daß sie ihren Aerger in Radauszenen im Reichstage Luft machen.

Wenn Herr Lattmann kühnlich zu behaupten wagte, „daß hier im Reichstag kein einziger ist, dem nicht gerade so wie mir jeglicher wirklicher Radauantisemitismus zuwider ist," so müssen wir ihn doch daran erinnern, daß nicht weit entfernt von ihm Herr Bruhn sitzt, der nicht nur aus dem Radauantisemitismus des Grafen Pückler ein für ihn höchst ertragreiches Geschäft gemacht, sondern der auch durch seine Beteiligung an der Hetze in Konitz sich als ein Aufwiegler der gefährlichsten Sorte gezeigt hat, was ihm ja auch durch Gerichtsurteil bestätigt worden ist.

Auf die in der Rede des Abg. Lattmann angeführten statistischen Zahlen über die Einwanderung ausländischer Juden nach Deutschland und die von ihm daraus gezogenen Schlußfolgerungen kommen wir gelegentlich noch zurück.

Die Reichstagsnachwahl in Norden-Emden-Leer.

Zu dem Zeitpunkt, wo diese Nummer der „Mitt." in den Besitz unserer Leser gelangt, ist die Stichwahlentscheidung schon gefallen. Es erübrigt sich daher für uns nur noch ein kurzer Rückblick auf die Vorgänge nach dem ersten Wahlgange. Die Wahlbewegung zwischen Haupt- und Stichwahl zeigt eine unverkennbare Erschlaffung nach den vorausgegangenen ungewöhnlich großen Anstrengungen der Parteien, die vor allen Dingen darauf gerichtet waren, in die Stichwahl zu gelangen. Die Freisinnigen, denen der Sieg nach menschlicher Voraussicht nicht mehr strittig gemacht werden kann, richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, die Positionen zu stützen und zu kräftigen, die sich im ersten Wahlgange als nicht genügend widerstandsfähig gegen den antisemitischen Ansturm gezeigt hatten. Die Antisemiten verzichteten für die Stichwahl überhaupt auf Versammlungen; sie haben nach dem Ergebnis der Hauptwahl in solchen Massenversammlungen ein Haar gefunden. Ursprünglich war ihre Spekulation freilich eine andere; sie glaubten zu Beginn der Wahlbewegung, durch eine beispiellose Kräfteentfaltung in der Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen die Gegner einfach niederrennen zu können. Diese Erwartung hat sie freilich schmählich betrogen. Man mußte also notgedrungen Resignation üben. Ihre ganze Tätigkeit bis zum Stichwahltage bestand in der Verunglimpfung der Freisinnigen durch Annoncen in der Presse des Wahlkreises. In einem Schreiben der antisemitischen Parteileitung an ihre Vertrauensmänner kam die ganze Wut über den schmählichen Zusammenbruch der Partei zu drastischem Ausdruck; es hieß darin u. a.:

> „Sehr geehrter Herr! Der gestrige Tag hat uns leider eine Entscheidung nicht gebracht, weil durch Schnaps und andere Mittel unterstützte Verhetzung der verschiedenen Berufsschichten des Wahlkreises viele Wähler blind machte."

Den jüdischen Viehhändlern wurde öffentlich angedroht, daß man jede Geschäftsverbindung mit ihnen lösen werde, wenn sie weiterhin für den freisinnigen

Kandidaten agitieren wollten. In einer antisemitischen Annonce fand sich auch der geschmackvolle Satz:

„Darum folgt nicht den Leuten, die für Jan Fegter werben, sondern seht Euch vor, als wenn Ihr ihnen ein Schwein oder Schaf verkaufen müßtet!"

Weiter wurde die Schauermär verbreitet, wenn Fegter gewählt würde, dann würde die holländische Grenze geöffnet, das holländische Vieh käme zu ungezählten Tausenden herein, und der viehzüchtende Ostfriese würde ein armer Mann. Die Religion würde abgeschafft, denn Fegter sei freisinnig, das heißt freireligiös! Ein paar hochstehende antisemitische Führer haben es offen ausgesprochen: „Jetzt müssen wir mit der Religion arbeiten."

Wiederum wurden die einzelnen Erwerbsstände herausgegriffen und es wurden nun den Binnenschiffern, den Arbeitern, Landgebräuchern, Kolonisten, Handwerkern Einzelvorträge über die Verwerflichkeit der Freisinnigen in Form von Inseraten oder Zuschriften aus dem Leserkreise gehalten. Auch die 8422 Wähler, die dem freisinnigen Kandidaten im ersten Wahlgange ihre Stimme gegeben hatten, wurden beschimpft, indem man Annoncen veröffentlichte: „Börsenspekulanten, Feinde der ehrlichen Arbeit wählen Jan Fegter".

Wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß diese ekelhafte Verleumdungskampagne der Antisemiten gegen die Freisinnigen bei manchen unschlüssigen, oder noch nicht in sich gefestigten Elementen unter den Liberalen einige Verwirrung anstiften wird, so ist doch der Vorsprung der Freisinnigen zu groß, als daß der Sieg der in der Stichwahl vereinigten Freisinnigen und Nationalliberalen dadurch in Frage gestellt werden könnte. Die „Vorstände der nationalliberalen Partei im 1. hannoverschen Reichstagswahlkreise" veröffentlichten folgende Stichwahlparole:

„Wir bitten sämtliche Wähler, die in der Hauptwahl für unseren Kandidaten, Herrn Geheimrat Fürbringer gestimmt haben, nunmehr in der am 1. April stattfindenden Stichwahl ihre Stimmen auf Herrn Landwirt Jan Fegter Kloster Aland abgeben zu wollen".

Gegen diese Parole der nationalliberalen Partei erhob allerdings einer ihrer Vertrauensmänner öffentlich Widerspruch. Herr August Karl Wolff in Leer veröffentlichte in allen Zeitungen ein Schreiben, das der antisemitische Kandidat R.-G. Groeneveld auch eine Anfrage an ihn gerichtet hat und indem er insbesondere seine Stellung zur Judenfrage auseinandersetzt. Herr Groeneveld machte in diesem Antwortschreiben gar kein Hehl daraus, daß er überzeugter Rassen-Antisemit und daher Gegner der Anstellung jüdischer Richter, Gegner der Beförderung von Juden im Heer und in der Verwaltung ist. Nichtsdestoweniger glaubte der nationalliberale Vertrauensmann in Leer, den Wählern des Herrn Fürbringer für die Stichwahl Herrn Groeneveld empfehlen zu sollen, weil dieser „in seinen wirtschaftlichen Anschauungen den Interessen des Wahlkreises" näherstände als der freisinnige Kandidat.

Es ist anzuerkennen, daß die nationalliberale Parteileitung des Wahlkreises dieser Quertreiberei eines einzelnen ihrer Anhänger dadurch entgegentrat, daß sie ihre offizielle Parole zu gunsten Fegters bis zum Stichwahltage wiederholt ihren Wählern in Erinnerung brachte. Wesentlich erleichtert wurde der nationalliberalen Parteileitung diese Stellungnahme freilich durch die Tatsache, daß der nationalliberale Landtagsabgeordnete für Emden, ihr jetziger Reichstagskandidat, Oberbürgermeister Fürbringer, bei den Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause nur mit Hilfe der Freisinnigen wiedergewählt werden kann; er hat schon das letzte Mal mit Unterstützung der Freisinnigen nur mit einer Stimme Mehrheit über den Kandidaten des Bundes der Landwirte gesiegt.

Die Sozialdemokraten proklamierten für die Stichwahl Stimmenenthaltung; das sozialdemokratische Wahlkomitee veröffentlichte folgende Erklärung:

„An die Wähler des sozialdemokratischen Kandidaten Paul Hug-Bant.

Das unterzeichnete Komitee empfiehlt, gemäß einem Konferenzbeschlusse, den Wählern, in der Stichwahl Stimmenthaltung zu üben, da eine unterschiedliche Bedeutung der in Frage kommenden Parteien infolge des Bestehens der Blockpolitik und der Erscheinungen, die sich bis jetzt bereits daraus ergeben haben, unmöglich ist."

Ob diese Parole im sozialdemokratischen Interesse lag, darüber dürfte die Partei später vielleicht wesentlich anders urteilen als jetzt. Jedenfalls haben die Sozialdemokraten in Zukunft kein Recht mehr, sich darüber zu beklagen, daß Liberale oder Freisinnige direkt oder indirekt die Wahl von Antisemiten gegenüber Kandidaten ihrer Partei begünstigt haben.

Der Lissaboner Königsmord.

Ein portugiesischer Graf Pückler, der sich Vicomte d'Almeida nennt, hat es, wie in Nr. 12 mitgeteilt, in dem Parteiorgan der Liebermann von Sonnenberg'schen Antisemiten fertig gebracht, den Lissaboner Königsmord den Juden in die Schuhe zu schieben. Die Täter sind bekanntlich zum größten Teil entkommen, doch weiß alle Welt, daß die Verschwörer nur unter den durch das Francosche Schreckensregiment auf das Schwerste erbitterten politischen Gegnern des Diktators zu suchen sind. In der „Neuen Freien Presse" veröffentlicht Joao Chagas, ein Führer der republikanischen Partei, einen Artikel „Das Lissaboner Attentat und sein Ursprung", der die wachsende Erbitterung der Bevölkerung über das tyrannische Regiment des Diktators im einzelnen schildert; nirgends ist jedoch darin von Juden als Anführern die Rede. Dagegen finden wir, was die „Deutschsozialen Blätter" gewiß sehr interessieren wird, in dieser Schilderung als einen der Hauptgegner Francos den Republikaner Almeida, also einen Namensvetter, vielleicht gar Verwandten des Gewährsmannes des deutschen antisemitischen Blattes verzeichnet; in der Darstellung heißt es u. a.:

„Am 21. Januar wurden zwei republikanische Journalisten, worunter der Chefredakteur des gelesensten Blattes Portugals, „O Mundo", ins Gefängnis geworfen. Der Lärm war groß, doch dabei sollte es nicht bleiben. Franco glaubte, die Hand auf die republikanische Partei gelegt zu haben, und ließ nicht locker. Tags darauf ließ er den hochpopulären republikanischen Führer Almeida verhaften und fahndete eifrigst nach Alfonso Costa, dem feurigen Deputierten, dem es gelang, sich den Verfolgungen zu entziehen und in der Stadt verborgen zu halten. Es folgten gerichtliche Nachforschungen und Hausdurchsuchungen. Die Polizei hatte bereits neue Vorführungsbefehle in Händen. Nun brach jene furchtbare Volksfieberkrise aus, die sich erst bei der niederschmetternden Attentatsnachricht beruhigen sollte."

Wie Franco gewütet hat, zeigt folgende lebendige Darstellung:

„Am Abend des 28. Januar und die ganze Nacht durch bis Tagesanbruch war die Polizei in allen Vierteln der Stadt losgelassen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, wobei es stellenweise zu erbittertem Widerstand kam. Eine Rotte von Polizisten wurde von einem Volkshaufen mit Revolverschüssen verjagt, wobei ein Polizist zum Opfer fiel, während sechs andere verwundet wurden. Man wechselte Flintenschüsse. Zweihundert Personen, worunter Aerzte, Professoren, Journalisten, Schriftsteller, Studenten, wurden festgenommen, zuerst in die Polizeigefängnisse und dann nach den Forts im Weichbilde Lissabons gebracht. In den Polizeigefängnissen wurden sie den ärgsten Mißhandlungen unterworfen, denen zwei von ihnen erlagen. Den Ereignissen an diesem Abend war die Verhaftung Alfonso Costas und des Vicomte da Ribeira-Brava von der monarchistischen Linken vorangegangen. Tags darauf brachte die Polizei zwei Dissidenten, den Deputierten Pinto dos Santos und Egas Moniz, Professor an der Universität von Coimbra, hinter Schloß und Riegel. Der Dissidentenführer, der gewesene Justizminister Alpoim, entkam über die Grenze. Die Vicomtes du Ameal und de Pedralva folgten ihm. Viele andere nach gingen in die Selbstverbannung. Franco wütete nicht mehr bloß als Diktator, sondern als Geißel."

Kein Wunder, daß die bis aufs Blut gepeinigte Opposition, nachdem inzwischen noch bekannt geworden war, daß die politischen Gefangenen geächtet und deportiert werden sollten, sich zu einem Akt der Verzweiflung gedrängt sah:

„Der König ist auf der Jagd im Revier von Villaviçosa. Am 31. Januar kommt der Justizminister, was das Pferd laufen kann, angeritten. Er bringt in seiner Mappe das Dekret, das die Regierung ermächtigt, ohne Richterspruch zu deportieren. Der *König* unterzeichnet. Er soll dabei gesagt haben: „*Ich unterzeichne mein Todesurteil.*" Der Minister jagt zurück, und Tags darauf, am 1. Februar, erscheint das Dekret im „Officiel", während zugleich die Blätter die Rückkehr des Königs für denselben Tag ankündigen.

„Unsinnig! Eine Herausforderung! Was wird's geben?" hört man allenthalben. Ein herrlicher Tag kündigt sich an, die Straßen sind jedoch unbelebt und alle Stirnen mehr denn je sorgenumwölkt, wie beim Herannahen eines Sturmes, dessen schwarzes Gewölk man bereits aufsteigen sieht. Ich erfinde nicht, ich erzähle Geschichte. Zahlreiche Zeugen haben es mir bestätigt, alle erwarteten etwas. Einige eine Kundgebung gegen den König, andere ein Bombenattentat. Wenige Minuten vor der Ankunft des Königs auf der Praca do Commercio schieden zwei Freunde mit den raschen Worten voneinander: „Bringen wir uns in Sicherheit." Der Platz war übrigens menschenleer, als die königlichen Equipagen angefahren kamen. An den Fenstern der Ministerien ringsum sah man Leute, die neugierig dessen harrten, was da kommen sollte.

Während die Flinten- und Revolverschüsse auf dem Platze knatterten, stürzte einige Schritte davon entfernt ein in einen langen Ueberzieher gehüllter Mann auf die erste beste Tür zu, die er offen fand und entfloh durch die abgelegenen Gänge des Kriegsministeriums.

Der Mann war Joao Franco."

So die Schilderung des republikanischen Führers, in der man vergeblich auch nur den leisesten Anhaltspunkt dafür suchen wird, daß Juden überhaupt an den ganzen politischen Umtrieben beteiligt waren.

Der geschäftsführende Ausschuß (engerer Vorstand) des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus war in der vergangenen Woche mit den Leitern des Berliner Hauptbureaus und des Frankfurter Bureaus zu einer Sitzung zusammengetreten. Den Kern der mehrstündigen Verhandlungen bildeten Anträge auf *Herausgabe aufklärender Schriften* insbesondere über die *Hilfstruppen der Antisemiten*, Anträge über *Neubearbeitung* des vom Verein herausgegebenen *grundlegenden Werkes über den Antisemitismus*. Ferner wurden Vorschläge über den wünschenswerten weiteren *Ausbau der Organisationen* gemacht. Es wurde im Hinblick auf die in Preußen, und wahrscheinlich auch im Reiche, sich ihrem Ende zuneigende parlamentarische Session und mit Rücksicht auf den nahen Zeitpunkt der *Landtagsneuwahlen in Preußen* beschlossen, die diesjährige *Generalversammlung* zum Herbst nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen zu berufen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Im Zeichen der Blockpolitik. Die *Antisemiten* haben seit Inaugurierung der sog. Blockpolitik sich niemals irgendwelche Reserve in ihren Angriffen gegen die liberalen Blockparteien auferlegt. Sie bekämpfen sie mit denselben vergifteten Waffen wie früher. Die „*Deutschsozialen Blätter*", die allerdings die vernichtende Niederlage ihrer Partei in Norden-Emden-Leer in einen Zustand gelinder Raserei versetzt hat, richten neuerdings folgenden wütenden Angriff gegen die Freisinnigen wegen ihrer schweren Bedenken gegen den *Sprachenparagraphen* des Vereinsgesetzes:

„Wir sehen gar nicht ein, weshalb man dem Freisinn in nationalen Belangen ein so weites Entgegenkommen bezeigt. Es sieht beinahe so aus, als ob Regierung und Rechtsstehende mit allen Mitteln *den Freisinn großpäppeln* wollen. Beide wären zu bedauern, denn die *falsche Schlange* wird sich keinen Augenblick besinnen, wenn sie nur erst warm geworden ist, ihre *gutherzigen Nährväter durch ihre Bisse zu vergiften*."

Das ist wohl der Dank dafür, daß freisinnige Organisationen bei den letzten Reichstagswahlen nahezu einem halben Dutzend antisemitischer Kandidaten in den Reichstag verholfen haben.

Antisemitische Großmannssucht. Die „Deutschsozialen Blätter", das Parteiorgan der Deutschsozialen, verzeichnen mit großer Selbstgefälligkeit, daß der Abg. *Raab* „*vom Reichskanzler zum Mitgliede einer besonderen Kommission* berufen worden ist, die zur Vernehmung von Sachverständigen über verschiedene *Bank- und Geldfragen* Ende April oder Anfang Mai zusammentreten soll".

Diese Berufung ist wohl nur auf eine mangelhafte Informierung des Herrn Reichskanzlers zurückzuführen. Denn gerade die deutschsoziale Partei und Herr Raab insbesondere haben bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen, welche sich mit der Bank- und Börsenfrage beschäftigten, bisher immer eine geradezu stupende Unwissenheit und Unfähigkeit an den Tag gelegt. Im Lande renommieren sie unter den obligaten Hetzereien gegen die „jüdische Hochfinanz" mit ihren Reformvorschlägen zum Börsengesetz und ihren Anträgen betreffend die Umgestaltung der Reichsbank. Die Bankfrage, hieß es bei der Wahl 1898 in den antisemitischen Versammlungen, müsse in den Mittelpunkt der Wahlbewegung gestellt werden. Als die *Bankgesetznovelle* aber in der nächsten Legislaturperiode zur Verhandlung kam, *beteiligten* sich an der zweiten Plenarberatung die *Antisemiten überhaupt nicht*, und in der Kommission, die doch die Hauptarbeit zu leisten hatte, hat das antisemitische Mitglied, der Abg. *Raab*, nach einer drastischen Schilderung des freisinnigen Abg. Fischbeck auch *nicht einen Antrag gestellt*, überhaupt nicht den Mund aufgetan, sondern „*nur mit den Armen gearbeitet*", indem er immer auf die Konservativen guckte und, je nachdem diese abstimmten, den Arm gen Himmel streckte oder auf dem Tisch ruhen ließ. Der Abg. *Fischbeck* durfte damals mit Recht sagen: „Diese Partei (die antisemitische) hat es nicht fertig gebracht, auch nur einen Antrag zu stellen, auch nur ein Wort zu sagen, und ich halte es für notwendig vor dem Lande zu konstatieren, welch *geistiges* Gesicht denn eigentlich diese Partei hat."

Die Fusions-Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und dem Leipziger Verbande der Handlungsgehilfen werden trotz des nahezu einmütigen Widerstandes der Ortsgruppen des Leipziger Verbandes hinter den Kulissen eifrig fortgesetzt. Man will offenbar möglichst bald ein fait accompli schaffen. Am 18. März hat die erste Sitzung der von beiden Verbandsleitungen eingesetzten Kommission getagt. Das Ergebnis ist, daß künftig beiderseitig *je neun Mitglieder* zu wählen sind, um eine *Uebereinstimmung beider Verbände* in der Stellungnahme zu den Standesfragen herbeizuführen, und daß man sich später schlüssig machen will, ob die Beschlüsse dieser neuen Kommission einem *gemeinsamen Verbandstag* beider Verbände vorzulegen sind.

Die Taktik der Deutschnationalen ist eine sehr klare. Sie möchten die ablehnenden Voten der einzelnen Ortsgruppen

des Leipziger Verbandes einfach bei Seite schieben und dem gemeinsamen Verbandstag, wo per majora entschieden werden soll, die endgiltige und be de Teile verpflichtende Entscheidung überlassen. Daß auf einer solchen gemeinsamen Tagung die Deutschnationalen mit ihrer strafferen Organisation die Mehrheit auf ihrer Seite haben würden, ist gar nicht zweifelhaft. U. E. sollten die Ortsgruppen des Leipziger Verbandes darauf dringen, daß vor Fortsetzung der Verhandlungen der Ausschußmitglieder beider Verbände ein eigener Verbandstag einberufen wird, auf dem die Vorstandsmitglieder ihr bisheriges weit über den Rahmen ihrer Befugnisse hinausgehendes Vorgehen zu rechtfertigen haben würden.

In einzelnen liberalen Preßorganen ist merkwürdigerweise die optimistische Anschauung zu finden, daß die Deutschnationalen vielleicht nicht abgeneigt sein würden, den „Judenparagraphen“ fallen zu lassen, wäre es auch nur zu dem Zweck, die Fusion zustande zu bringen und dann die Führung in der großen gemeinsamen Organisation an sich zu reißen. Vor einem solchen verhängnisvollen Irrtum kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die deutschnationale Handlungsgehilfen-Organisation wird, solange sie unter der Führung der Herren Schack, Roth und Döring steht, die sämtlich enragierte Parteigänger der Herren Liebermann von Sonnenberg, Lattmann und Raab sind, niemals ihren antisemitischen Charakter aufgeben. Alle in dieser Beziehung gemachten unverbindlichen Versprechungen und Andeutungen haben nur den Zweck, das vorläufig gesteckte Ziel auf Umwegen zu erreichen.

×× **Studentisches.** Man schreibt uns: Der Verein Deutscher Studenten macht gern von sich reden. Da es nun an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität keinen studentischen Ausschuß gibt, empfiehlt er sich als den Mittelpunkt der Berliner Studentenschaft, den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht. Feiert irgend eine Größe ein Jubiläum, so kann sie mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß sie vom V. D. St. antelegraphiert wird und zwar in dem Sinne, als ob die ganze Berliner Studentenschaft hinter dem Drahtgruß stände. Hinter Jubiläen und Gedenktagen jeglicher Art ist der V. D. St. scharf her, um sie seinem Reklamebedürfnis dienstbar zu machen. Diesmal muß der zehnjährige Todestag Bismarcks herhalten.

Vom V. D. St. gingen vor einigen Wochen an alle Berliner Korporationen Schreiben aus, die zur Beteiligung an einer Bismarck-Gedenkfeier im Rahmen eines Fackelzuges mit Brandreden usw. einluden. Verschiedene Korporationen berieten mit einander. Eine Vertreterkonferenz fand statt, über der der chauvinistisch-antisemitische Geist des V. D. St. schwebte, und die Folge war, daß wirklich 40 bis 50 Korporationen und Korporatiönchen — wobei die letzteren in der Mehrzahl waren — sich dem V. D. St. anschlossen. Allerdings erst, nachdem ein Vertreter des V. D. St. in Aussicht gestellt hatte, daß zu der Feier aus dem Allgemeinen Studentenfonds der Universität eine nennenswerte Summe zur Verfügung gestellt werden würde!!

Woher kam dem V. D. St. diese Kunde? Gehen die Herren bei dem allmächtigen Universitätsrichter, Herrn Daude, so aus und ein, daß sie schon amtliche Unterstützung für ein Unternehmen zusagen können, das erst in den ersten Anfängen steckt?

Nun liegt aber die Sache noch viel ernster, wenn man bedenkt, was das für ein „Allgemeiner Studentenfonds“ ist. Dieser „Allgemeine Studentenfonds“, über den die Universitätsbehörden nach Gutdünken schalten können, ist bestimmt zur Unterstützung notleidender und bedürftiger Studierender. Er soll hungernde Akademiker eine Zeit lang über Wasser halten. Er wird gebildet aus obligatorischen Beiträgen der Studentenschaft. Jeder Student, ob reich, ob arm, muß in jedem Semester 50 Pfennige an diesen Fonds entrichten. Und von diesem Gelde, das zur Unterstützung um ihre Existenz ringender Studenten verwendet werden soll, zu dem der ärmste Student seinen Beitrag geben muß, von diesem Gelde will man größere Beträge hingeben, damit ein paar chauvinistische, reklamebedürftige Studentenvereine mit Fackeln durch die Straßen ziehen können!!! —

Die Berliner Studentenschaft steht auch in dieser Frage durchaus nicht hinter dem V. D. St. Von den 100 Korporationen der Universität haben sich die Hälfte — also etwa 50 — von der Sache ferngehalten, darunter starke, angesehene Vereine. Auch die große Freie Studentenschaft steht abseits. Ein schwacher Bruchteil der Berliner Studenten folgt also nur der Führung des V. D. St., der trotzdem in den ihm befreundeten Blättern eine „einmütige Kundgebung der Berliner Studentenschaft“ ankündigen läßt. Aber man ist ja von diesen Herren nichts anderes gewöhnt.

×× **Die Berliner Freie Studentenschaft**, eine auf liberaler Grundlage aufgebaute studentische Organisation, erfreut sich seit einiger Zeit der besonderen Aufmerksamkeit des Universitätsrichters Dr. Daude. Eifrig verfolgt er alle ihre Ankündigungen und legt, wenn ihm etwas bedenklich erscheint, sein Veto ein.

Er scheint die Berliner freien Studenten in seine besondere Obhut genommen zu haben, denn eifrig sorgt er dafür, daß sie nicht Schaden nehmen an ihrer Seele, an ihrer Moral. Es gehen uns hierüber aus studentischen Kreisen folgende Mitteilungen zu: Der bekannte Psychiater Dr. Moll wollte in der Freien Studentenschaft über das „Sexualleben des Kindes“ sprechen. Das erlaubte Herr Daude nicht. Und als der bekannte Spezialist Iwan Bloch und die Frauenrechtlerin Adele Schreiber ähnliche Themen behandeln wollten, da rief der Rektar Herr Stumpf, der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät, ein grimmes Nein. Das Nein wiederholte er noch, als Frau Dr. Ohr-Tübingen, die Gattin des bekannten freistudentischen Führers, über „Student und Alkohol“ sprechen wollte.

Das Vorgehen der Berliner Universitätsbehörde ist so unbegreiflich, daß sich unwillkürlich die Frage aufdrängt, ob denn der preußische Unterrichtsminister Dr. Holle von diesen Vorgängen Kenntnis besitzt.

In Gambrino unitas. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Welt am Montag“:

„In Berlin existieren so viele einander befehdende oder doch wenigstens mit einander konkurrierende antisemitische Gruppen und Grüpplein, daß selbst ein Gedächtniskünstler sich nicht mehr auskennen kann. Es ist deshalb ganz vernünftig, daß sich ein Teil dieser antisemitischen Vereine zu dem „Bund deutsch-völkischer Vereine“ zusammengeschlossen hat. Noch vernünftiger ist, daß dieser neue Bund beschlossen hat, seine Existenzberechtigung dadurch zu beweisen, daß er als erste gemeinsame „Tat“ einen Bismarckkommers am 1. April veranstaltet. Wir sind davon überzeugt, daß der Kommers zur Produktion von sehr viel Begeisterung und zum Konsum von sehr viel Bier führen, mindestens also er für den Wirt von erheblichem Nutzen sein wird. Denn saufen können die Antisemiten, das muß ihnen der neidischste Semit lassen. Beschränkt sich der „Bund deutsch-völkischer Vereine“ auf die Veranstaltung ähnlicher Trinkgelegenheiten, so wird ihm voraussichtlich ein ziemlich langes Leben beschieden sein. Denn in dem Punkte waren die Antisemiten immer einig, sind sie einig und werden sie wohl einig bleiben. Außer den Juden kennen sie keinen größeren Feind als den Alkohol. Beide müssen vertilgt werden, es koste, was es wolle.“

Herr Kröfell vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Stargard wurde gegen Herrn Kröfell, den bekannten früheren Agitator, Reichstagsabgeordneten und Pastor, wegen körperlicher Mißhandlung des Geschäftsführers Dröscher verhandelt. Kröfell soll am 11. Dezember v. J., erbittert über eine vor dem Pyritzer Schöffengericht abgegebene Zeugenaussage des Herrn Dröscher, diesen am Abend des gleichen Tages „gestellt" und **ihm unter beleidigendem Zuruf zwei Schläge ins Gesicht versetzt haben. Kröfel bestritt,** der Täter gewesen zu sein. Auf Grund der Zeugenaussagen hielt jedoch das Gericht für erwiesen, daß Kröfell und nicht ein anderer der Täter sei. Kröfell wurde zu 300 Mark Geldstrafe oder im Unvermögensfalle zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils wurde unter anderem ausgeführt:

„Bei Abmessung der Strafe komme die große Roheit, die der Angeklagte bei der Tat an den Tag gelegt, in Betracht, indem er einen Zeugen, der für ihn ungünstig aussagte, körperlich mißhandelt habe; erschwerend auf das Strafmaß einwirkend sei auch das hartnäckige Leugnen des Angeklagten . . . Die Aussagen des Fräulein Koch, denen voll Glauben geschenkt werde, seien sehr belastend für den Angeklagten, außerdem habe er versucht, diese Zeugin in strafbarer Weise zu beeinflussen, und in dieser versuchten Verleitung zum Meineide liege ein Schuldbewußtsein des Angeklagten. Trotzdem der Angeklagte bereits zwölfmal vorbestraft ist, habe das Gericht noch einmal von der Verhängung einer Freiheitsstrafe abgesehen."

Die erwähnte Zeugin Koch, frühere Expedientin des „Mittelstands", hatte bekundet, Kröfell sei am fraglichen Tage um ¼ 7 Uhr oder höchstens fünf Minuten später vom „Mittelstand" weggegangen. Kröfell habe jedoch ihr wiederholt erklärt, sie möge ruhig sagen, es sei ½ 7 Uhr gewesen.

Nach der Verhandlung trat, wie das „Pyritzer Kreisblatt" noch mitteilt, Herr Kröfell an eine vor dem Gerichtsgebäude stehende kleine Gruppe, in der sich auch Fräulein Koch befand, heran, und rief dieser mit drohend erhobenem Arme zu, „er werde es ihr noch besorgen!"

Vermischtes.

Dem Rechtsanwalt Dr. Carl Braband, Führer der Liberalen in der Hamburger Bürgerschaft, Oberleutnant der Landwehr, wurde unter dem 19. März der Abschied als Offizier erteilt, weil er kürzlich für die Stichwahl im 45. Bürgerschaftsbezirk die Parole ausgegeben hatte, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, indem er diesen gegenüber dem konkurrierenden antisemitischen Kandidaten als das kleinere Uebel bezeichnete.

Man vergleiche mit diesem Fall das Auftreten des antisemitischen Agitators und früheren Reichstagsabg. Prof. Paul Förster, der s. Z. erklärt hatte, daß er als Landwehroffizier es mit seinem Gewissen nicht verantworten könne, mit „Judenflinten" seine Leute vor den Feind zu führen. Und das, trotzdem der damalige Kriegsminister v. Kaltenborn im „Reichsanzeiger" erklärt hatte, daß die von der Firma Lud. Löwe für die Militärverwaltung gelieferten 425 000 Gewehre 88 allen Anforderungen entsprächen, die an die Kriegsbrauchbarkeit derselben zu stellen wären. Herrn Förster aber, dessen Verhalten fast einer Gehorsamsverweigerung gleichkam, ist nicht ein Haar gekrümmt worden. Sollte vom militärischen Standpunkt aus sein Vergehen wirklich nicht mehr zu verurteilen sein als die ehrlicher politischer Ueberzeugung entspringende Handlungsweise des Herrn Dr. Braband?!

Ueber den Grafen Leo Tolstoi gehen offenbar die Meinungen unter den russischen Antisemiten stark auseinander. Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg veröffentlicht in der letzten Nummer einen begeisterten Hymnus auf den großen Dichter und Volksmann aus der Feder seines Petersburger Mitarbeiters. Es heißt darin u. a. in dem geschmackvollen internationalen Antisemitenstil:

„Nun Hirschsons, Plausons, Mandelstamms und Bärenblüts in den Komitees, Euer ist Tolstoi noch nicht! Tolstoi ist wahrhaftester Russe, in Rußland bodensässig, russisch bis aufs Mark. Ist er auch ein Gegner der russischen Kirche, so ist er doch ein Christ. Dem Christentum hat er sein ganzes Leben und Wirken geweiht.

Der Leu ist alt, ihn umwimmeln die Schakale. Aus seinen Schriften will man ein Geschäft machen, weil er selbst uneigennützig ist. Man drapiert dieses Geschäft mit dem Mäntelchen „für die russische Freiheitsbewegung."

Tolstoi ist eine Autorität. Tolstoi hat aus christlicher Milde niemals gegen die wahre Krankheit der Menschen, das Judentum, gewettert, denn er predigte die „Passivität gegen alles Uebel." Darum spielen ihn die Juden für ihre „Gleichberechtigung" aus, sie spielen ihn gegen die christliche Kirche aus, gegen alles Arische. Sie hoffen, die Regierung werde bei diesem Feldzuge kapitulieren."

Ganz anders urteilt die „Wescha", eines der Hauptorgane des „Verbandes des russischen Volkes" über Tolstoi; das Blatt schreibt u. a.:

„Tolstoi hat gewiß Großes geleistet nicht für Rußland oder die Russen, sondern für die Juden und den Rest des liberalen Abschaums. Wenn die Duma an der infamen Feier (dem 80. Geburtstag Tolstois. D. R.) teilnehmen sollte, würde sie das denkbar größte Verbrechen gegen Rußland und alle gottesfürchtigen Russen begehen. Die Adresse, die Tolstoi überreicht werden soll, wird zweifellos Millionen von Unterschriften tragen, nämlich die Unterschriften der verfluchten und feigen Juden, deren es sieben Millionen in Rußland gibt, und der elenden Intellektuellen und des Restes des liberalen Gesindels, dessen Kopf von Tolstoi verdreht wurde. Aber die Duma und die heilige Synode sollten sich nicht durch die Feier dieses gottlosen Schuftes degradieren, der Rußland mehr Leid angetan hat, als alle Räuber der Vergangenheit zusammen."

Man sieht, sachlich gehen diese beiden Urteile über Tolstoi weit auseinander; dafür herrscht eine um so innigere Uebereinstimmung schöner antisemitischer Seelen in der Roheit des Tones, der gegen die Juden angeschlagen wird.

Von dem „Verband der echt russischen Leute" rückt übrigens jetzt selbst die freikonservative „Post" ab, die bisher immer mit den Antisemiten durch dick und dünn gegangen ist; das Blatt schreibt nämlich:

„Seit drei Jahren besteht der sogenannte Verband der echt russischen Leute. Im Laufe dieses Jahres hat der Verband als solcher, wie auch die einzelnen Mitglieder desselben das russische Volk systematisch gegen Polen, Juden, Deutsche und andere Untertanen des Reiches aufgehetzt. Haben denn diese, der Nationalität nach Nichtrussen, nicht ebenso treu gedient, als die reinen Russen? Die russische Geschichte aller Zeiten kennt viele hervorragende Männer, die sich große Verdienste um Rußland erworben haben und deren Namen doch auf ihre nichtrussische Abstammung hinweisen. Auch im letzten russisch-japanischen Kriege haben Russen, Polen, Deutsche, Juden usw. Schulter an Schulter gefochten und die Ehre ihres gemeinsamen Vaterlandes verteidigt. Als großes Unrecht muß es daher angesehen werden, wenn gewisse Verbände oder Preßorgane bemüht sind, das Volk gegen die Untertanen nichtrussischer Abstammung aufzuhetzen. Der Rassenkampf hat von jeher eine häßliche und traurige Rolle gespielt. Deshalb sollten alle Mittel angewendet werden, um eine Einigung der Völkerschaften und Rassen in Rußland möglich zu machen. Die Lehren der Geschichte haben dem russischen Volke schon manchen Nutzen gebracht. In vielen Gegenden sieht es auf seine nichtrussischen Mitbrüder nicht mehr mit feindlichen Augen, wie früher. Diese friedliche Richtschnur weiter zu entwickeln sollte das Ziel der Presse und einzelnen Verbände sein. Die Gesellschaft hat das zum Glück auch schon anerkannt. Und wenn die echt russischen Leute oder gewisse Hetzorgane gegen die nichtrussischen Nationalitäten wühlen, so rufen sie dadurch zumeist nur Unwillen und Beunruhigung hervor. Ganz abgesehen von dem Gefühle brüderlicher Gemeinschaft muß ein jeder, besonders der Gebildete, dessen bewußt sein, daß Rußland ebenso wie jeder andere Staat nur durch Einigkeit stark und mächtig sein und werden kann."

Hoffentlich beherzigt die „Post" die Mahnung, die sie hier an die russischen Antisemiten richtet, nun auch selber im engeren Vaterlande.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. (und 12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 15. Berlin, 8. April 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die **Expedition,** Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die **„Mitteilungen“** direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14,** und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Die Niederlage der Antisemiten in Norden—Emden—Leer.

Die Stichwahl am 1. April hat in vollem Maße erfüllt, was das Ergebnis der Hauptwahl mit Sicherheit erwarten ließ. Der Kandidat der freisinnigen Parteien, der sich im Reichstage der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant anschließen wird, Landwirt Jan Fegter, hat mit über 3600 Stimmen Mehrheit (nach der amtlichen Feststellung wurden insgesamt 21,787 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Fegter (Freis. Vereinigung) 12,687 Stimmen; Groeneveld (Deutschsozial) 9015 Stimmen; zersplittert waren 85 Stimmen) über den Kandidaten des vereinigten reaktionären Mischmaschs R.-A. Groeneveld gesiegt. Die Wahlbeteiligung war etwas schwächer als am Tage der Hauptwahl, da nur ein Teil der sozialdemokratischen Wähler der von der Partei ausgegebenen Parole auf Stimmenenthaltung gefolgt ist; immerhin dürften von den 2900 sozialdemokratischen Stimmen der Hauptwahl etwa 1500 in der Stichwahl auf den freisinnigen Kandidaten übergegangen sein.

Die von der nationalliberalen Parteileitung ausgegebene und bis zum Tage der Stichwahl nahezu täglich publizierte Parole zu Gunsten des freisinnigen Kandidaten ist von den Wählern nur teilweise befolgt worden. Auf dem Lande sind, wie aus einem Vergleich der Abstimmungsziffern zwischen Haupt- und Stichwahl in einzelnen Wahlbezirken klar zu ersehen ist, die nationalliberalen Stimmen zum großen Teil auf den Antisemiten übergegangen. Selbst in den Städten Emden und Weener stieg die antisemitische Stimmenzahl in der Stichwahl von 211 auf 642 bezw. von 185 auf 284, obwohl der nationalliberale Kandidat Oberbürgermeister Fürbringer am Tage vor der Wahl noch einmal mit seinem Namen öffentlich zur Befolgung der von seiner Partei ausgegebenen Parole aufgefordert hatte. Auf dem Lande hat es der bündlerisch-antisemitische Terrorismus sogar zu Wege gebracht, daß in einigen Orten die Zahl der freisinnigen Stimmen gegen die Hauptwahl zurückging. In den genannten Städten und auf dem platten Lande hat zweifellos die in der vorigen Nr. der „Mitt.“ erwähnte Quertreiberei des einen nationalliberalen Vertrauensmannes im Verein mit der skrupellosen Hetze gegen die Freisinnigen zur Verwirrung der nationalliberalen Wähler beigetragen.

Mit welchen verwerflichen demagogischen Mitteln die Antisemiten noch in letzter Stunde den Sieg an sich zu reißen suchten, dafür nur einige wenige, aber typische Beispiele. Die Freisinnigen wurden für taktlose Aeußerungen des „jüdisch-freisinnigen Witzblattes Simplizissimus“ über einen protestantischen Pfarrer und den Papst verantwortlich gemacht, obwohl jedermann weiß, daß das genannte Blatt seinen Witz oft genug auch an den Juden ausübt. Man zielte mit dieser Hineinzerrung der konfessionellen Leidenschaften in den Wahlkampf insbesondere auf die Unterstützung durch die Zentrumswähler ab, obwohl es im ganzen Wahlkreise kaum 300 wahlberechtigte Katholiken giebt; Herr Erzberger als Zählkandidat des Zentrums erhielt vor wenigen Jahren etwa 200 Stimmen. Man erreichte mit diesem unehrlichen Wahltrick in der Tat auch, daß „mehrere Zentrumswähler“ einen Aufruf erließen, in dem es u. a. hieß:

„Aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen darf der Liberalismus keine Stimme von uns erhalten.“

Auf den Dörfern wurde auch über unerhörten Terrorismus der antisemitischen Bauern geklagt, die 80jährigen Arbeitern wegen ihrer freisinnigen Stimmenabgabe die Schafweiden verboten. Ein bekannter Führer des Bundes der Landwirte hatte schon vor der Hauptwahl in einem durch die T gespresse bekanntgegebenen Schreiben seinen Mietern, deren Angehörige für die freisinnigen Parteien agitatorisch tätig waren, mit der Exmission gedroht. Zuletzt wurden ganz sinnlose Anschuldigungen gegen den freisinnigen Kandidaten erhoben. „Mehrere Arbeiter“ warnten in einer öffentlichen Erklärung vor Fegter, weil er „selbst Kornbauer ist und etwa 180 ha Land lediglich für Kornbau bewirtschaftet“; er habe infolgedessen „selbst das größte Interesse für Kornzölle“ und an der Hochhaltung der Preise für Lebensmittel. Wenn sozialdemokratische Arbeiter sich diese Argumentation gegen Fegter zu eigen gemacht hätten, so wäre ihr — vom sozialdemokratischen Standpunkte — eine gewisse Folgerichtigkeit nicht abzusprechen gewesen. Das Erstaunliche und nur durch den Wahl-Paroxysmus einigermaßen Begreifliche aber ist, daß diese Arbeiter ihre Erklärung mit der Aufforderung zugunsten des antisemitischen Kandidaten schlossen, also desjenigen Kandidaten, der den extremsten schutzzöllnerischen Standpunkt vertritt.

Sehr verschnupft hat die reaktionären Parteien insbesondere das mutige Eintreten der Lehrer für die Freisinnigen. Ein konservativer Vertrauensmann sprach es in einem Preßartikel offen aus, daß der Freisinn sich „in den jüngeren Lehrern eine zweite Kerntruppe“ geschaffen habe. Der antisemitische Reichstagsabg. Raab verschmähte infolgedessen kein Mittel, um die Lehrer gegen die Freisinnigen aufzuhetzen. In einer Versammlung ließ er sich nach dem Bericht des „Ostfries. Kurier“ vom 17. März zu der giftigen Unterstellung verleiten: „Die Lehrerfreund-

lichkeit des freisinnigen Müller-Sagan werde dadurch charakterisiert, daß er eine Deputation von Lehrern nicht habe empfangen wollen mit der Begründung, er lasse sich nicht zum Hausknecht für die Beamten degradieren." — Die Lehrer und die Beamtenschaft des Wahlkreises haben freilich die Antisemiten schon vorher zur Genüge erkannt, um zu wissen, was sie von solchen Behauptungen skrupelloser Agitatoren zu halten haben. Mußte doch selbst das den Konservativen nahestehende „Rheiderland" in einem Rückblick auf das Endergebnis eingestehen, daß die manchmal „recht unfaire Art der Agitation der Deutschsozialen man in Ostfriesland bislang nicht gewöhnt war"; das Blatt kam zu dem Schluß, daß die rechtsstehenden Parteien „für den Verlust des Wahlkreises die deutschsozialen Agitatoren zur Rechenschaft ziehen" sollten.

Unsere Leser dürfte noch die Abstimmung der Inseln, speziell der als antisemitisch geltenden, interessieren. Es wurden abgegeben:

	Hauptwahl				Stichwahl	
	Ant.	Freis.	Not.	Soz.	Ant.	Freis.
Auf Borkum	21	104	204	12	46	268
„ Juist	10	44	22	11	22	58
„ Norderney	15	226	204	115	126	426

So hat denn auch die Wählerschaft auf den ostfriesischen Inseln dazu beigetragen, daß die Antisemiten einen gehörigen Denkzettel bekommen haben, der sie nach eigenem vorherigen Eingeständnis dazu gezwungen hat, „am Bismarcktage ihre Fahne mit Trauerflor zu umhüllen". Die antisemitische „Bruderpartei" reibt sich über diesen schmählichen Reinfall ihrer Konkurrenz schmunzelnd die Hände. Das parteioffizielle Organ der Reformpartei, die „Deutsche Reform", bemerkt zu dem Wahlergebnis:

„Die jetzige Ersatzwahl bedeutet ein klägliches Fiasko für die Deutschsozialen. Es ist dem Rechtsanwalt nicht einmal gelungen, in seinem Heimatsort Weener die Mehrheit zu erlangen, ebenso hat der antisemitische Badeort für Groeneveld nichts übrig gehabt.

Es ist gewiß sehr bedauerlich, daß das Erbe des Wahlkreises des wackeren Knyphausen ein Freisinniger vom reinsten Wasser antritt. Die Deutschsozialen sind aber in erster Linie verantwortlich, daß ein nationaler Besitzstand mit Schmutz und Schande in die Hände des Judenliberalismus gelangt."

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden Deutschsoziale und Reformpartei diese „Schande" noch recht oft erleben.

„Moses und Aron."

Die Herren der deutschsozialen Partei scheinen vor Zorn über die so glänzend verlorene Schlacht in Emden ganz den Verstand verloren zu haben. Wenigstens ist der Leitartikel ihres Parteiorgans in der Nummer vom 1. April sicherlich im Zustande des Paroxysmus geschrieben. Ja, die Herren rächen sich, aber — eigentlich nicht an den Juden und an dem Liberalismus, sondern an der gesunden Vernunft und an der Logik, die ja wohl auch stark „verjudet" sind. In diesem Artikel „Im roten Meer" bietet sich dem Psychiater eine seltene Fülle wertvoller Beobachtungen. Es ist immer interessant, wenn auch nicht erfreulich, den Verwirrungen der menschlichen Seele nachzugehen und zu beobachten, wie sehr ein fanatischer Haß zersetzend und zerstörend, ja selbstzerfleischend wirken kann.

Der Reichskanzler hat den Antisemiten den Gefallen getan, von Moses und Aron zu sprechen, und dieser hingeworfene Knochen wird von den Antisemiten gierig aufgefangen. Natürlich genügt es nicht, auf die heutigen Juden zu schimpfen, man muß auch alle ihre Ahnen bis auf Adam und Eva in ihrer Verderbtheit zeigen. Der Adam war ja schon sehr naschhaft und nahm verbotenes Obst, die Eva trieb sogar ein unlauteres Geschäft mit Paradiesäpfeln und stand mit der Schlange in Verbindung, dazu die schamlose Nudität, in der sie sich zeigten, und das Schmarotzerleben, das sie führten, bis sie zur Arbeit gezwungen wurden. Das sind ja alles „echtjüdische Eigenschaften", und Herr Fritsch wird wohl nicht versäumen, in der neuen Auflage seines epochalen „Handbuches" darauf hinzuweisen. Einstweilen gehen die Antisemiten bloß bis auf Abraham zurück und unser Artikelschreiber begnügt sich sogar, mit Jakob zu beginnen. Diesen armen Jakob nimmt er aber scharf mit. Schon den Namen leitet er etymologisch von Schelm, Spitzbube ab, trotzdem die Bibel selbst, die doch wohl auch Hebräisch verstand, den Namen auf ekeb — Schritt zurückführt. Er betrügt zwar seinen Bruder nur um ideale Güter, um die religiöse Erstgeburtswürde und um den Segen, und er gibt dafür etwas Reales, ein Linsengericht. Das pflegen sonst Juden nach dem antisemitischen Katechismus nicht zu tun, aber — er heißt Jakob, er ist ein Gauner. Ja, sogar dem schlauen, durchtriebenen Gauner Laban gegenüber wird Jakob als Betrüger hingestellt. Den Juden werden ferner die goldenen und silbernen Geräte beim Auszuge aus Egypten als unverzeihliche Sünde angerechnet. Nun war das nach unseren heutigen Begriffen gewiß nicht moralisch. Aber — waren die anderen Völker vor viertausend Jahren sittlich besser? War nicht das Beutemachen, d. h. das Berauben des eroberten Volkes, bis ins Mittelalter hinein allgemein üblich? Sind die Juden, die unter dem schwersten Drucke den Egyptern lange Jahre Frondienste geleistet haben, nicht mehr dazu berechtigt gewesen, sich Vermögen anzuschaffen, als die wilden Krieger, die alles verpestet haben? Uebrigens ist es eine merkwürdige Logik, auf der einen Seite das Wunder des Durchzuges durch das rote Meer als Tatsache hinzunehmen und sich auf der anderen Seite über das bischen Gold aufzuregen. Ist das Eine ein Werk Gottes, dann muß es auch das Andere sein. Ist aber das Eine Märchen, dann ist es wohl auch das Andere. Aber freilich unsere Antisemiten betrachten ja Jehova selbst als Gott der Betrüger. Sie vergessen wohl, daß er auch der Gottvater der Christenheit ist und daß sein Buch, die Bibel, von allen Kulturmenschen geachtet wird. Dieser etwas verwickelte Gedankengang und die Fülle von inneren Widersprüchen gehören einmal zur Psychologie des Antisemitismus, und man muß sich damit abfinden.

Die Juden der Neuzeit sind selbstverständlich schlimmer als die des Altertums, „sie sind inzwischen natürlich raffinierter geworden" Ihr Hauptgeschäft ist die Revolution, ein Artikel, an dem noch viel zu verdienen ist. Unser Autor schreibt:

„Seit reichlich einem halben Jahrhundert haben Juden sich der Führung der revolutionären Bewegung in allen Kulturstaaten bemächtigt. Papst und Kaiser der Umstürzler gehörten dem Judentum an, die Bilder von Marx und Lasalle schmücken noch heute die Hüte der politisch Einsichtslosen. Scheinbar winkt Israel hierbei ein glänzendes Geschäft und dafür tut es alles."

Was man doch von solchen antisemitischen Gelehrten alles lernen kann. Wir wußten es bis heute wirklich nicht, daß Karl Marx und Ferdinand Lassalle an ihrer revolutionären Politik viel Geld verdient hätten. Uns schien es sogar bis jetzt, daß Herr von Liedermann viel bessere Geschäfte mit der Politik machte. Auch das wußten wir bisher nicht, daß die französische Revolution, die Bauernaufstände, die deutsche Revolution von 1848 und alle Aufstände der Welt lediglich von Juden und im Dienste des Judentums besorgt wurden. Aber wenn es unsere Antisemiten behaupten, dann beugen wir unser Haupt in Ehrfurcht und lernen alles, was uns in der Schule gelehrt worden ist, wieder um.

Unser empörter Verfasser von der alten Firma Schmock Nachfolger spricht von einem neuen Exodus der Juden, an den er wohl selber kaum glaubt. Es scheint

uns auch, daß ihn die Antisemiten nicht einmal ernstlich wünschen — was sollte dann aus ihren Geschäften werden? Reaktionäre und Ignoranten gibt es ja auch ohne sie genug, und wenn ihre einzige zugkräftige Spezialität, die Judentöterei, wegfällt, dann ist ihre Existenzberechtigung und ihre Existenzmöglichkeit dahin. Es ist auch nicht gut, wenn die Hundstagsstimmung schon am 1. April beginnt. Lügen und schwindeln darf man im antisemitischen Lager so viel man will, aber — sich vor aller Welt lächerlich machen, das ist denn doch ein wenig gefährlich.

Wiener Brief.

V.

(Wie Wiener Gemeinderatswahlen gemacht werden. — Tolstoi der „Tepp" oder was Vielohlawek von der Literatur versteht.)

Wien, den 5. April 1908.

In der letzten Zeit haben in Wien Ergänzungswahlen zum Gemeinderat stattgefunden, die in mehr als einer Hinsicht interessant waren. Neben einem Mandat des zweiten Wahlkörpers mußten alle Sitze, die der dritte Wahlkörper zu vergeben hat, besetzt werden. Es kamen also Kreise zu Wort, die den Christlichsozialen unbedingt ergeben sind, die gleichsam die feste Garde der herrschenden Partei bilden. Schon an und für sich gibt es ja nichts Irreführenderes, als Wiener Gemeindewahlen, denn diese sind nicht dazu berufen, den Strömungen in der Bevölkerung zum politischen Ausdruck zu verhelfen, sondern sie haben die einzige Aufgabe, den Machtschein der Luegerpartei neu aufzurichten. Die Wahlordnung, die im Jahre 1900 geschaffen wurde, hat das Prinzip der Interessenvertretung karrikiert. In den einzelnen Wahlkörpern wurden nicht Leute zusammengetan, die sich vermöge ihrer geistigen oder wirtschaftlichen Interessen verwandt fühlen, wie dies in der alten liberalen Zeit der Fall war, sondern man gruppierte die Bevölkerung so, daß für die weitaus überwiegende Zahl der Mandate christlichsoziale Stimmenmehrheiten resultieren mußten. Die Interessenvertretung, die das Bürgertum ins Auge faßte, gestaltete sich unter dem Einflusse Dr. Luegers zu einer Vertretung eines bestimmten Parteiinteresses um. Deshalb war es sehr bemerkenswert, daß die Christlichsozialen dennoch von ihrem schlechten Gewissen gepeinigt wurden und mit Bangen in den Wahlkampf gingen. Sie scheinen innerlich von den vielgepriesenen „Wunderleistungen" ihres länger als zehnjährigen Regimes doch nicht so sehr überzeugt zu sein, denn sie glaubten zu außerordentlichen Mitteln greifen zu müssen, um ihre Haut zu schützen. Zu diesem Zweck, der in ihren Augen wohl die Mittel heiligt, entwürdigten sie die Wahlen in einer Weise, die ein Skandal genannt zu werden verdient. Die Wiener Wahlordnung ist von einer gut berechneten Unklarheit. Die staatlichen Ueberwachungsbehörden aber sind gegenüber den kommunalen Funktionären von einer Nachsichtigkeit, die die berühmte „Autorität des Staates" zur Farce macht. Welcher Statthalter oder Statthaltereibeamte wird es auch mit einer Partei verderben wollen, die zwei ihrer Führer im Rate der Krone sitzen hat und die im Ministerium außerdem noch zwei Gönner besitzt? Mag also die Moral und das gute Recht in Trümmer gehen, wenn nur die Gunst der Luegerleute erhalten bleibt!

Die Christlichsozialen sind zu allem, was jenseits der politischen Anständigkeit liegt, fähig. Sie begannen die Wahltage damit einzuleiten, daß sie den gegnerischen Parteien ausnahmslos die Entsendung von Vertrauensmännern in die Wahlkommissionen versagten. Die Antisemiten wollten unter sich bleiben, obwohl es bisher in Wien immer üblich war, daß sich jede Partei durch einen Vertreter davon überzeugen konnte, daß der Akt der Stimmenabgabe und Stimmzettelzählung in Ordnung vorgenommen werde. Den „Herren von Wien" beliebte es jedoch noch, weiter zu gehen. Sie stellten die Einrichtung des „Strichlierens" für die oppositionellen Parteien ab, trotzdem diese Institution durch das Herkommen geheiligt erscheint. Der „Strichler" ist am Wahltage eine sehr wichtige Person. Er verzeichnet jeden Wähler, der an der Urne erschienen ist und verständigt seine Partei sofort davon, damit diese sich danach bei der Agitation richten könne und damit sie imstande sei, zu kontrollieren, ob nicht der eine oder andere zweimal wählte. Die Christlichsozialen taten aber noch ein Uebriges. Sie setzten gleichsam die Bestimmung der Gemeindewahlordnung, daß die „Wahlen öffentlich sind", außer Kraft. Sie beschränkten oder untersagten den Aufenthalt im Wahllokale, wodurch die Oeffentlichkeit der Wahlhandlung — die Stimmabgabe erfolgt mittels zusammengefalteter Stimmzettel, ist demnach geheim — illusorisch gemacht wurde.

Das wären die großen, groben Eigenmächtigkeiten. Nicht weniger typisch sind indes die kleinen Eigenmächtigkeiten, die sich die Christlichsozialen leisteten. Die Anfertigung der Wählerlisten obliegt dem Bürgermeister, der sie durch den Magistrat besorgen läßt. Dazu dient ein eigenes Departement, das berühmte Wahlkatasterbureau, das bekanntlich alles kann. Wird vom englischen Parlament gesagt, daß es jegliches könne, nur nicht aus dem Weib einen Mann machen, so muß man dem Herrn Pawelka, dem getreuen Departementschef, zugestehen, daß er wirklich alles zuwege bringe. Tote werden lebendig; Leute, die sich blühenden Lebens erfreuen, verschwinden für den Wahlkataster, kurz, es ist die reinste Hexerei, was da vollbracht wird. Sind die famosen Wählerlisten endlich sechs Wochen vor der Wahl zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt worden, dann beginnt das Geschäft des Reklamierens und Rekurrierens. Aber dabei stößt man auf den Bock, der nun als Gärtner erscheint. Ueber die Reklamationen und Rekurse entscheiden dieselben Herren, die über die Leute, die am Wahlkataster arbeiten, befehlen. Die Bürger sind mithin zur Ohnmacht verurteilt, denn der Weg zum Verwaltungsgerichtshof hat keine praktische Bedeutung. Man kann sich daher vorstellen, wie die Beschwerden behandelt werden, wenn sie nicht von Parteigenossen der Christlichsozialen erhoben worden sind. So wurden — um nur zwei Beispiele anzuführen, — Geistliche, die in Wien polizeilich nicht gemeldet sind, also für den Wahlkataster garnicht existieren können, nicht aus der Liste gestrichen, und die Reklamation eines Hausmeisters (Portiers) wurde abgewiesen, weil der Betreffende angeblich nicht bewiesen habe, daß er in Wien wohne. Wohlgemerkt: Ein Wiener Hausmeister. Ein anderes Mittel, das Glück zu korrigieren, sahen die Christlichsozialen darin, den Juden die Legitimationskarten nicht zuzustellen und die Ausfertigung nachher zu verweigern. So wurde von der freiheitlichen Partei (den Deutschdemokraten) im 1. Bezirk den Versuch gemacht, einem stadtbekannten jüdischen Wähler, der in der Wählerliste verzeichnet war, die Legitimation, die er nicht erhalten hatte, dadurch die Möglichkeit der Stimmabgabe zu verschaffen, daß sie ihm mit einem kaiserlich königlichen Notar, der seine Identität feststellen sollte, zur christlichsozialen Wahlkommission sandte. Von dieser wurde er jedoch trotz alledem nicht anerkannt.

Das sind nur einige Bilder. Kleinliche Dinge! wird man vielleicht sagen. Daß sie aber charakteristisch sind, kann niemand leugnen. Deshalb haben wir sie einmal angeführt. Wir wollen, daß man in Deutschland sehe, wie die Christlichsozialen daheim arbeiten, wie unmoralisch und verlogen sie nicht bloß in ihrem Denken, sondern auch in ihrem Tun sind. Die kommunalen „Biedermänner" reisen jetzt gerne in Deutschland herum und sie protzen zuhause damit, daß sie von den liberalen Stadtoberhäuptern so freundlich empfangen und persönlich mit so viel Liebenswürdigkeit umgeben werden. Jeder nach seinem Ge-

schmack! meint der Franzose. Wir wüßten den Herrschaften — soweit es sich um ihre Person und nicht um die schöne Stadt Wien handelt — anders zu begegnen. . . . . Der Vollständigkeit wegen sei hier noch hinzugefügt, daß die Christlichsozialen bei den letzten Wiener Gemeinde- und Bezirkswahlen ihre Position behaupteten; allerdings war die Opposition numerisch ziemlich erstarkt.

Jetzt etwas Heiteres! Herr Hermann Bielohlawek möchte gerne interessant sein. Oder sagen wir gleich: geistreich. Er ringt nach dem richtigen Worte, das ihn berühmt machen könnte. Sein genialer Ausspruch, daß er die Bücher „gefressen“ habe, hat ihn zwar populär gemacht, aber in die Reihe der großen Geister hat er durch diese mutige Offenbarung doch nicht Aufnahme gefunden. Die Welt ist eben undankbar. Sie glaubt genug getan zu haben, da sie den kleinen Krämer von einstmals zum Gemeinderat, Landtagsabgeordneten, Landesausschuß, Reichsratsabgeordneten, Sekretär der Franz Josefs-Stiftung, Besitzer vieler Orden und zum Zeitungsherausgeber aufsteigen ließ. Bielohlawek aber strebt nach Höherem, nach dauerndem Ruhm. Er will nicht immer der Hanswurst des „dummen Kerls von Wien“ sein, nicht bloß durch eine tadellos moderne Kleidung zeigen, daß er sich als Mann der Zeit fühlt. Doch es ist nicht leicht, sich auch außerhalb der christlichsozialen Partei eine Position zu verschaffen, wenn man — nun sagen wir: ein Bielohlawek ist. Aber Ehrgeiz läßt nicht ruhen. Dieser Tage hat der schöne Hermann wieder einen Anlauf genommen, um sich in den Vordergrund zu schieben und im Parlament zu beweisen, daß er „wer“ sei. Darum öffnete er den Mund gar weite, um sich über Tolstoi zu äußern. Tief, präzis, bestrickend. Und so nannte er denn den alten Weisen einen „Trottel“ und einen „alten Tepp“, was ungefähr dasselbe ist. Wie tiefsinnig und originell! Ein Wort, und das Lebenswerk eines Mannes — freilich so wie es sich im Hirne eines Schwachkopfes spiegelt — ist charakterisiert. Tolstois Ruhm erstirbt. Oder nicht? Ist Herr Bielohlawek am Ende der Blamierte? Kommt das Urteil über den Russen nur davon her, daß er dessen Schriften „gefressen“, aber nicht gelesen hat? Gilt der arme Bielohlawek noch immer nicht als großer Mann wie Graf Tolstoi? rm.

• • •

Der in dem Briefe unseres Wiener Korrespondenten erwähnte Vorgang im Reichsrat, bei dem der christlichsoziale Abg. **Bielohlaweck** sich so arg kompromittierte, spielte sich folgendermaßen ab:

Vor der Plenarsitzung fand eine Beratung des Legitimationsausschusses statt. Zur Verhandlung stand der Bericht des Abgeordneten Schlegel über die Wahl des Abgeordneten Dr. Stölzl in Salzburg, die von den Sozialdemokraten angefochten wurde. Während der Berichterstatter für die Agnoszierung des Mandates eintrat, verlangten die Sozialdemokraten deren Annullierung, wobei sie unter den Gründen anführten, es sei in einem Flugblatte dem sozialdemokratischen Kandidaten Preußler vorgeworfen worden, er sei wegen Betruges im Gefängnis gesessen, während Preußler tatsächlich bloß wegen eines politischen Deliktes abgestraft wurde. Abgeordneter Pernerstorfer erinnerte in seinen Ausführungen an einen Ausspruch Tolstois: „Das einzige Haus, wo ein anständiger Mensch in Rußland wohnen kann, ist das Gefängnis!“ Hier rief Abgeordneter Bielohlawek dazwischen: „Tolstoi ist ein alter Tepp!“ Abgeordneter Pernerstorfer wendete sich zum Abgeordneten Bielohlawek und fragte ihn, ob er es sich auch gut überlegt habe, was er da sagte, worauf Bielohlawek erwiderte: „Gewiß, ich übernehme die Verantwortung dafür! Sie können das meinetwegen fett drucken lassen!“

Das Borkumlied im Herrenhause.

In der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 31. März hat unser früheres langjähriges Vorstandsmitglied Oberbürgermeister Dr. Struckmann Veranlassung genommen, auf die alljährlich sich wiederholenden skandalösen Vorgänge auf Borkum hinzuweisen und den Minister des Innern um Schutz der Juden vor diesen antisemitischen Belästigungen und Beschimpfungen zu ersuchen. Der Minister v. Moltke versprach eingehende Untersuchung und Abhilfe. Aus dem Hause selbst hat kein Mitglied mehr zu diesem Gegenstand gesprochen. Wir geben die Verhandlungen in Folgendem nach dem amtlichen stenographischen Bericht wieder:

Dr. **Struckmann:** . . . . Dann möchte ich in einer anderen Sache den Herrn Minister des Innern um Abhilfe ersuchen, nämlich wegen Mißstände, die sich seit einer Reihe von Jahren auf der Insel Borkum herausgebildet haben und von denen ich glaube, daß sie im Interesse der öffentlichen Ordnung und im staatlichen Interesse nicht ferner geduldet werden dürfen.

Es hat sich auf der Insel Borkum unter einer Gruppe von Badegästen seit einer Reihe von Jahren eine Richtung geltend gemacht, die gegen die Juden gerichtet ist und dieselben von der Insel fernzuhalten sucht. Sie haben das anfänglich in der Weise versucht, daß sie die Wirte veranlaßt haben, den Juden kein Logis zu vermieten, daß sie die Restaurateure veranlaßt haben, keine Speisen zu verabreichen, und daß sie auf andere ähnliche Weise den Juden den Aufenthalt auf Borkum unmöglich oder sehr unangenehm zu machen versucht haben. Meine Herren, das sind alles Mittel gewesen, die ich meinerseits nicht schön und nicht richtig finde; am wenigsten, glaube ich, verdienen sie den Namen „christlich“ oder „sozial“. Etwas Christliches kann ich darin nicht finden. Aber die Mittel haben sich mehr auf dem privatrechtlichen Gebiet bewegt, und dagegen ist wohl schwerlich etwas anderes zu machen, als daß man durch Aufklärung auf das Unangemessene derartiger Mittel hinweist.

Es scheinen dann aber diese von mir angeführten Mittel nicht genügt zu haben, denn seit einer Reihe von Jahren ist man zu drastischen Mitteln übergegangen. Man hat ein Gedicht verfaßt, das sogenannte Borkumlied. Man verbreitete es massenhaft auf Borkum, und dort ist es überall bei den Kellnern, in den Wirtschaften und in den Handlungen zu haben. Es wird auf Ansichtskarten gedruckt und durch die Post vertrieben. Diese Ansichtskarte liegt mir vor, und ich werde mir erlauben, sie nachher auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Sie enthält erstens ein Bild, in dem geschildert wird, wie die Badegäste unter großem Hurra unter Mitwirkung der Badekapelle das Gedicht singen. Daneben findet sich ein anderes Bild, in dem ein Gastwirt einer jüdischen Familie den Weg weist mit den Worten, die ich nachher mitteilen werde. Ferner befindet sich auf der Ansichtskarte jenes Borkumlied mit dem Motto: Hep, hep, hurra! Es enthält drei Verse. Die beiden ersten interessieren hier nicht. Der letzte Vers lautet folgendermaßen:

Es herrscht im grünen Inselland
Ein echter deutscher Sinn,
Drum alle, die uns stammverwandt,
Ziehn freudig zu ihm hin.
An Borkums Strand nur Deutschtum gilt,
Nur deutsch ist das Panier.
:,: Wir halten rein den Ehrenschild
Germaniens für und für. :,:

Der Vers schließt dann:

„Doch wer Dir naht mit platten Füßen,
Mit Nasen krumm und Haaren kraus,
Der soll nicht Deinen Strand genießen,
Der muß hinaus! der muß hinaus!
Hinaus!“

Nun steht auf dem erwähnten Bilde eine jüdische Familie, die auf diese Weise aus Borkum hinausbefördert wird, indem ihr von seiten des Wirtes erklärt wird: „Bedaure, doch wer sich naht mit platten Füßen usw., der muß hinaus! — hinaus!“

Damit aber nicht genug. An jedem Abend ist in Borkum öffentliche Musik. Diese ist allerdings in einem Wirtshause, im Koehlerschen Strandhotel; das Strandhotel liegt aber unmittelbar an der Strandpromenade, also an einem öffentlichen Wege, und die Strandhalle, wo die Gäste und die Musik sitzen, ist nach dorthin offen, so daß man am ganzen Strande und vom Wege aus die Musik und etwaigen Gesang hören kann. An jedem Abend nun, wo dort Musik ist — abwechselnd soll es auch in anderen Wirtschaften der Fall sein, aber hier doch am meisten —, wird zum Schluß die Melodie jenes Liedes verlangt. Und dann erhebt sich ein lauter Gesang eines großen Teiles der Badegesellschaft und des Publikums, das sich in Voraussicht dieser Dinge bereits am Strande versammelt hat, unterhalb dieser Strandhalle; es wird dieses Lied gesungen, und dann mit großem Hurra und mit großem Getöse wird dann das aufgeführt, was auf dem Bilde dargestellt wird, indem man singt: sie (die Juden) müssen hinaus, die müssen hinaus, hinaus!

(Heiterkeit.)

— Ja, meine verehrten Herren, zum Lachen ist die Sache, glaube ich, nicht; ich finde sie außerordentlich ernst, ich finde diese Angelegenheit sehr traurig.

Meine Herren, es ist mir wohl gesagt worden: das ist ein harmloses Vergnügen. Nein, harmlos ist es nicht, dieses tolle

Johlen, dieses Schimpflied, wie man es nicht anders bezeichnen kann. Es ist ein Lied, das direkt zu einer Gewalttätigkeit herausfordert, zum Hinauswerfen; es soll damit eine ganze Klasse vollberechtigter Bürger verhindert werden, an den öffentlichen Plätzen Borkums, in den Wirtshäusern, die jedem zugänglich sind, zu erscheinen. Man will, da die früheren Mittel nicht drastisch genug gewirkt haben, es auf diese Weise unmöglich machen, daß irgend ein anständiger, ehrliebender Jude überhaupt noch auf Borkum sich einfindet. Denn, meine Herren, wenn er sich einfinden würde, dann können Sie sich ja ganz genau sagen, was ihm bevorstehen würde; dann würde es nicht bei diesem Liede bleiben, sondern dann würde es noch zu anderen Dingen kommen, zu tätlichen Beleidigungen usw. Man will also dadurch, daß man den Juden das in Aussicht stellt, sie von vornherein verhindern, dorthin zu gehen, wo jeder hingehen darf, dort zu weilen, wo jeder zu weilen das Recht hat.

Meine Herren, es ist aber tatsächlich zu Tätlichkeiten gekommen. Mir ist ein Fall bekannt — einer unserer Kollegen hier hat ihn miterlebt und wird Ihnen vielleicht noch darüber berichten —, wie jemand, der kein Jude, sondern ein Christ war, sich aber über diese Vorgänge so entrüstet hat, daß er — allerdings vielleicht unvorsichtigerweise — am folgenden Tage ein Gegengedicht verbreitete. Das hat dazu geführt, daß man ihm nachspürte; man hat ihn gefunden und durchgeprügelt, und er hat, um weiterem aus dem Wege zu gehen, die Insel verlassen müssen. Es war dies ein höherer königlicher Beamter, dem es so ergangen ist, und die Sache hat damals sehr großes Aufsehen erregt. Also es ist nicht bei der Harmlosigkeit geblieben, sondern das sind die Folgen davon gewesen.

Nun, meine Herren, noch ein anderes Beispiel! Ich weiß von einem Augenzeugen, daß der Herr Regierungspräsident mit anderen Beamten eines Tages dort im Strandhotel gewesen ist und daß auch da diese Sache aufgeführt worden ist. Erklärlicherweise — und zu seiner Ehre sei es gesagt — ist ihm das im äußersten Maße unangenehm gewesen. Er hat den Wirt kommen lassen und ihm gesagt, er wolle dafür sorgen, daß der Unfug aufhöre. Der Wirt hat das der Musik mitgeteilt; dann aber ist ein Heulen und Johlen losgegangen von der Badegesellschaft, und der Wirt ist zum Regierungspräsidenten gekommen und hat ihm erklärt, er werde der Sache nicht mächtig, er könne sie nicht hindern, und das Lied ist unter Musikbegleitung wieder angestimmt worden. Dann hat der Herr Regierungspräsident das Lokal verlassen, weil er diesem Unfug nicht hat ferner beiwohnen wollen. Ich glaube, wenn nachgeforscht würde, würden sich noch mehrere Fälle finden, wo es zu derartigen Ungehörigkeiten geführt hat.

Nun, meine Herren, wie sollen wir dieses Benehmen charakterisieren? Harmlosigkeiten kann ich es nicht nennen; denn es ist eine bewußte und bestimmte Absicht bei der ganzen Sache. Es ist die Absicht, einen Zwang gegen deutsche vollberechtigte Bürger auszuüben, ihres Rechtes sich zu begeben, in Borkum auf den öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Wirtschaften ebenso zu weilen wie jeder andere. Das aber halte ich für eine unerlaubte Handlung, ich halte es ferner für eine Handlung, die aller Sitte, die dem Anstande widerspricht. Wenn die von jenen Handlungen Betroffenen diesem oder jenem vielleicht nicht angenehm sind, dann mag er andere Mittel ergreifen, um nicht mit ihnen zusammenzutreffen; aber öffentlich in dieser beschimpfenden Weise aufzutreten mit der Drohung, ihn hinauszuwerfen, das ist mehr, glaube ich, als der Staat zugeben darf. Die Sache ist nicht mehr harmlos; sie ist Absicht und ist nach meiner Auffassung etwas Trauriges und durchaus Unzulässiges. Ich meine, wenn derartiges jeden Tag vorkommt, daß dann der Staat nicht mehr umhin kann, dieser Sache entgegenzutreten und Ordnung zu schaffen. Es ist ja auf Borkum ein Hilfsbeamter des Landrats. Ich meine, der wäre doch verpflichtet, gegen so etwas einzuschreiten; es wäre die Polizei verpflichtet, denen Schutz zu geben, die in der Weise beschimpft werden, und dafür zu sorgen, daß derartiges nicht vorkommt.

Meine Herren, ich gehe aber weiter: ich glaube, die Sache ist auch strafbar. Zunächst deshalb, weil eine ganze Klasse von Menschen beleidigt wird. Denn wenn hier angedroht wird, daß wenn bestimmte Personen sich in Borkum sehen lassen, sie hinausgeworfen werden, wenn dies öffentlich mit Musik angedroht wird, so ist das eine grobe Beleidigung gegen die betreffende Klasse von Menschen. Und wenn auch einzelne Mitglieder dieser Klasse nicht anwesend sind, da sie, um sich keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen, gezwungen fernbleiben, so wird dadurch die Sache nicht anders; aus der Ferne wird die ganze Judenschaft beleidigt. Wenn sie sich dadurch beleidigt fühlt, auf das bitterste beleidigt fühlt, so finde ich das durchaus erklärlich. Sie hat sich auch beleidigt gefühlt. Der Vorgänger des jetzigen Herrn Ministers des Innern hat mir selbst gesagt, daß, wenn ich nicht irre, von seiten einer jüdischen Korporation eine Beschwerde bei dem Minister eingelaufen ist; aber sie hat keinen Erfolg gehabt. Der Herr Minister glaubt, dagegen nicht einschreiten zu können.

Also auch aus einem anderen Grunde handelt es sich hier nach meiner Auffassung um ein strafbares Vergehen; ich halte das Vergehen für groben Unfug. Der Grobeunfugparagraph ist ja etwas in Mißkredit geraten, weil er mitunter da angewandt ist, wo man von grobem Unfug vielleicht nicht sprechen kann. Aber, meine Herren, wenn das, was hier vorgefallen ist, kein grober Unfug ist und nicht, sobald er zur Kenntnis kommt, als grober Unfug bestraft wird, so weiß ich nicht mehr, was überhaupt grober Unfug sein soll.

Nun, meine Herren, kommt man hier unwillkürlich zu der Frage: wie würden sich wohl die staatlichen Organe verhalten, wenn das, was hier den Juden gegenüber aufgeführt wird, Katholiken oder Protestanten gegenüber aufgeführt würde? Wenn in einer katholischen Gegend die Protestanten aus dem Lande vertrieben würden und so gegen sie vorgegangen würde, so würde doch die Polizei keinen Anstand nehmen dürfen, alsbald dagegen aufzutreten. Und das gleiche würde der Fall sein, wenn in einem protestantischen Lande gegen Katholiken so verfahren würde; da würde die Polizei sehr bald diesem Unfug, dieser Verhetzung ein Ende machen.

Nun ist allerdings gesagt worden, hier handle es sich nicht um die Religion, sondern um die Rasse.

(Rufe: Schluß!)

— Bitte, ich habe das Wort und werde die Sache so gründlich vortragen, wie sie es verdient, und nach dem werde ich dann schließen. — Meine Herren, was die Rassenfrage betrifft, so stelle ich die Frage: würde es sich um Franzosen, um Polen handeln oder auch um Japanesen oder Chinesen, glauben Sie, die Polizei dürfte das zugeben? Dann würde sofort der Herr Reichskanzler aus internationalen Rücksichten eingreifen und fordern, daß einem derartigen Unfug und einer solchen Gefährdung des Friedens vorgebeugt würde. Hier aber handelt es sich um deutsche Mitbürger. Meine Herren, sind die etwa weniger als die Franzosen oder die Japaner oder die Chinesen? Was aber letzteren recht ist, wird den deutschen Mitbürgern billig sein. Und die Frage wird keiner von Ihnen, meine Herren, verneinen, daß, wenn es sich um die Angehörigen von mir genannter Rassen gehandelt hätte, die Polizei alsdann unbedingt verpflichtet sein würde, einzuschreiten. Was aber jenem recht ist, ist den Juden, unseren Landsleuten, billig.

Nun, meine Herren, wie ist denn die Haltung des Publikums zu dieser Sache gewesen? Zu meiner Freude muß ich feststellen, daß keineswegs das ganze Badepublikum damit einverstanden ist. Es befindet sich eine ganze Reihe von Personen darunter, denen dieses Verhalten unangemessen erscheint; ein hervorragendes Beispiel habe ich ja vorhin schon angeführt. Noch kürzlich hat auch ein evangelischer Geistlicher mir darüber geschrieben, dem ich auch diese Karte verdanke; er hat dieses Verhalten im höchsten Grade gemißbilligt und viele andere ebenso. Aber sie sind machtlos, und sowie es jemand wagt, dem Unfug zu steuern, fängt das Johlen und Heulen an; sie können einfach nichts dagegen machen, sie stehen alle unter dem Banne dieser vielleicht kleinen Gesellschaft, die die anderen beherrscht. Man kann sich also nicht etwa darauf berufen, daß jenes Vorgehen sich des allseitigen Beifalls erfreue.

Meine Herren, ich hätte diese Sache hier nicht vorgebracht, wenn es nicht nötig gewesen wäre. Ich habe mich schon im vorigen Jahre mit dem Gedanken getragen, die Sache vorzubringen, es aber doch für gut gehalten, mich an den damaligen Herrn Minister des Innern zu wenden, um ihm die ganze Sachlage darzulegen und ihn zu ersuchen, dadurch, daß er von sich aus Abhilfe schaffe, mich der Aufgabe zu überheben, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen. Ich hielt das im Interesse des Staates und des staatlichen Ansehens nicht für erwünscht und hätte es vorgezogen, wenn die Sache unter der Hand beseitigt würde und der Staat sich nicht erst dadurch, daß die öffentliche Meinung angerufen würde, zwingen lasse, Wandel zu schaffen. Der damalige Herr Minister des Innern hat mir auch versprochen, er wolle der Sache nähertreten, und er hat, soviel ich weiß, Schritte getan, indem er sich an den Herrn Justizminister gewandt hat. Herr von Bethmann-Hollweg verließ aber seine Stellung, ohne daß ich weiter etwas von dem Erfolge gehört hätte. Um nun ganz vorsichtig und einwandsfrei zu verfahren, habe ich im Dezember vorigen Jahres auch den jetzigen Herrn Minister des Innern auf die Sache aufmerksam gemacht. Uebrigens hatte ich — ich habe das vergessen zu erwähnen — damals mit Herrn von Bethmann Hollweg auch verabredet, ich wollte ihm einen Bericht über die ganze Frage in einer Eingabe, unterschrieben in meiner Eigenschaft als Herrenhausmitglied, zuschicken. Das habe ich getan in einer Eingabe, die vom Mai vorigen Jahres datiert ist. Eine Antwort darauf habe ich aber nicht bekommen. Ich habe dann also auch dem jetzigen Herrn Minister mündlich von der Sache Mitteilung gemacht und ihn wiederum dringend gebeten, er möge doch Abhilfe schaffen, weil ich das für zuträglicher hielt, als die Sache hier im Herrenhaus zur Sprache zu bringen. Zu meinem Bedauern habe ich wieder keine Antwort bekommen, und deshalb sehe ich mich allerdings genötigt, die Frage hier doch vorzubringen. Ich glaube, ich habe dabei so vorsichtig gehandelt, wie man überhaupt nur handeln kann.

Mir ist gesagt worden: Ja, findest Du denn im Herrenhause dafür auch die nötige Resonanz? Ich habe erklärt: ja,

davon bin ich fest überzeugt! Es wäre mir selbstverständlich ein Leichtes gewesen, irgend jemand zu veranlassen, die Sache im Abgeordnetenhause vorzubringen. Ich habe vorgezogen, das nicht zu tun, weil ich glaube, daß gerade das Herrenhaus der gegebene Ort ist, solche Fragen in Ruhe und Objektivität zu erörtern; ich wollte sie nicht gewissermaßen zu einer Parteisache machen, zu einem öffentlichen Skandal. Ich habe den betreffenden Herrn, der mir sagte: Findest du wohl die nötige Resonanz im Herrenhause? darauf verwiesen, daß im vorigen Jahre eine andere Frage, die von den meisten Mitgliedern dieses Hauses in einem anderen Sinne beurteilt wurde, als von dem Herrn Interpellanten, der damals die Sache zur Sprache brachte, nämlich die Duellfrage, trotz der Verschiedenheit der Ansichten in einer so sachlichen und ruhigen Weise erörtert worden sei, daß ich nicht den geringsten Zweifel hätte, daß das Herrenhaus für die gegenwärtige Frage ebenfalls das richtige Forum sei. Ich glaube, daß gerade das Herrenhaus berufen und geeignet ist, dem Gefühle des Rechtes und dem Gefühle — ich kann es nicht anders ausdrücken — dessen, was sich öffentlich schickt und was der Anstand mit sich bringt, in hervorragender Weise Rechnung zu tragen.

An den Herrn Minister möchte ich nun das Ersuchen richten, die Abhilfe, die bisher nicht geschaffen worden ist, möglichst bald zu schaffen; denn die Frage ist nun in der Oeffentlichkeit ganz offen und klar und aktenmäßig dargestellt, und darum werden diese Zustände doch nicht ferner bestehen können. Dem preußischen Staate und dem Rechtsgefühl im preußischen Staate würde damit wesentlich Abbruch getan werden; man würde ihm den Vorwurf machen, daß hier nicht mit gleichem Maße zwischen den verschiedenen Konfessionen und Volksarten gemessen wird. Ich lege also die Sache vertrauensvoll in die Hände des Herrn Ministers und bitte ihn dringend, hier einzuschreiten, aber so, daß wirklich ernstliche Abhilfe geschaffen wird.

Minister des Innern **von Moltke**: Ich habe zu meinem Bedauern die Eingabe, von welcher der verehrte Herr Oberbürgermeister Struckmann sprach, nicht bekommen; meine Akten liegen hier, ich kann es beweisen. Ich habe die Eingabe leider nicht erhalten. Das nur zur tatsächlichen Berichtigung.

Im übrigen muß ich ihm zugeben, daß dieses Lied, welches er uns mitgeteilt hat, namentlich in dem letzten Verse, ganz unzweifelhaft eine grobe Beleidigung der anwesenden Einzelpersonen, gegen welche es gerichtet ist, darstellt. Anders liegt die Sache aber, wenn das ganze Publikum das Lied offensichtlich und ohne die Absicht der Beleidigung einzelner Personen, die anwesend sind, singt, wie das meist geschehen sein soll, wie ich höre. Im letzteren Falle ist nach den gemeinschaftlich von dem Herrn Justizminister und mir angestellten Erörterungen es nicht möglich, strafrechtlich gegen das bloße Absingen dieses Liedes vorzugehen. Ich nehme aber keinen Anstand, dieses ganze Verfahren als eine grobe Ungehörigkeit zu bezeichnen, zu der nicht einmal Mut erforderlich ist, (Bravo!)

und ich habe die mir unterstellten Behörden angewiesen und mich mit den Justizbehörden in Beziehung gesetzt, um zu veranlassen, daß mit allen Mitteln, die möglich sind, dagegen eingeschritten wird. (Bravo!)

Dr. **Struckmann**: Die Beschwerde ist abgegangen am 16. Mai 1907 an Seine Exzellenz Herrn von Bethmann-Hollweg, und ich weiß auch von ihm persönlich, daß sie in seine Hände gekommen ist. Sie muß also notwendig in den Akten sein, und da habe ich selbstverständlich annehmen müssen, daß sie zur Kenntnis des Nachfolgers des Herrn von Bethmann gelangt ist; sonst würde ich leicht eine Abschrift Seiner Exzellenz haben zugehen lassen können.

Im übrigen darf ich vielleicht die Gelegenheit benutzen, meiner Freude Ausdruck zu geben über die Erklärung, die der Herr Minister soeben abgegeben hat, und ich glaube, daß es ihm auch nicht an Mitteln fehlen wird, der Sache ein Ende zu machen.

Minister des Innern **von Moltke**: Die Eingabe vom 14. Mai 1907 an den Staatsminister und Minister des Innern von Bethmann-Hollweg ist Gegenstand der Akten. Der Herr Oberbürgermeister Struckmann sprach aber davon, daß er dem neuen Minister im Herbst vorigen Jahres eine Eingabe gemacht, die den Vorgang detailliert schildert, und darauf keine Antwort erhalten habe. Nur gegen diese zweite Mitteilung habe ich mich gewendet.

Dr. **Struckmann**: Ich habe mich vielleicht nicht ganz richtig ausgedrückt. Ich habe im Dezember Anlaß genommen, Seine Exzellenz hier mündlich zu sprechen unter Verweisung auf die frühere Eingabe. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Der Herr Minister hat mir zugesagt, er werde sich informieren, und da habe ich selbstverständlich angenommen, daß das inzwischen geschehen ist.

Die Zurücksetzung der Juden im Heere.

Auf die eingehend begründeten Beschwerden des Abg. **Kopsch** in der Sitzung des Reichstags vom 30. März (vergl. die vorige Nummer der „Mitt.") antwortete Generalleutnant Sixt v. Armin zunächst kurz, „daß das Material, welches der Herr Abg. Kopsch uns übergeben hat, natürlich gewissenhaft geprüft werden soll". Wir lassen nunmehr die weiteren Verhandlungen nach dem amtlichen stenographischen Bericht folgen:

Dr. **Hermes**, Abgeordneter: Meine Herren, auf die schwere Anklage meines Freundes Kopsch hat der Herr Vertreter des Kriegsministers nur die Antwort gegeben, daß er das von dem Kamissar übergebene Material prüfen wolle. Jedenfalls, meine Herren, erwarten wir, daß der Herr Vertreter des Kriegsministers das Ergebnis dieser Prüfung uns auch mitteilen wird.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, die Frage der offenkundigen Zurücksetzung der Juden gegenüber ihren christlichen Kameraden ist wiederholt in der Budgetkommission wie hier im Hause behandelt worden, und daher hätte man wohl erwarten können, daß der Herr Vertreter des Kriegsministers eine bestimmte Erklärung abgeben würde. Klagen über diese unhaltbaren Zustände sind wiederholt hier vorgebracht worden; aber bisher ist auch nicht das geringste geschehen, um diese berechtigten Klagen aus der Welt zu schaffen. Meine Herren, in weiten Kreisen des Volkes hat die Ueberzeugung Platz gegriffen, daß der Grundsatz des gleichen Rechts für alle gerade durch die Militärverwaltung verletzt wird.

(Sehr richtig! links.)

Es wird hohe Zeit, hier Wandel zu schaffen.

(Bravo! links.)

Gröber, Abgeordneter: Meine Herren, das Material, welches der Herr Abgeordnete Kopsch dem Vertreter der Regierung vorgelegt hat, ist von dem Ausschuß des Verbandes der deutschen Juden auch mir mitgeteilt worden. Es handelt sich um 26 Fälle, die aktenmäßig, wie es scheint, behandelt sind, und über deren Zuverlässigkeit ja eine nähere Untersuchung Aufschluß geben muß.

Die Zusammenfassung so vieler Fälle, die mit Namen und Umständen näher bezeichnet sind, hat etwas Auffallendes. Auch wenn man bei dem einzelnen Falle die Beziehungen auf das Glaubensbekenntnis des betreffenden Einjährig-Freiwilligen vielleicht nicht ganz feststellen kann — es wird wenigstens sehr schwer fallen, das festzustellen —, bekommt man doch den Eindruck, als ob hier allerdings die Durchführung des gesetzlichen Grundsatzes der Parität unter den Glaubensbekenntnissen zu wünschen übrig läßt, und daß endlich einmal nach dieser Richtung eine amtliche Untersuchung das nötige Material dem hohen Hause unterbreiten sollte. (Sehr richtig! links.)

Ich schließe mich in dieser Beziehung der Bitte der Herren Vorredner an; denn ich glaube, die Militärverwaltung selbst hat das dringendste Interesse, nicht den Schein aufkommen zu lassen, als ob sie ihrerseits eine disparitätische Behandlung dulden wollte.

Unter den mitgeteilten Fällen befinden sich auch solche, in welchen direkt über namentlich genannte Offiziere die Behauptung aufgestellt wird, daß sie den betreffenden Einjährig-Freiwilligen Vorhalt wegen ihres Glaubensbekenntnisses gemacht haben sollen. Ich glaube, die Militärverwaltung muß nach der Richtung mit aller Strenge die Untersuchung führen, mag bei der Untersuchung herauskommen, was da will.

Ich hebe zunächst den fünften Fall hervor, einen Fall aus dem Jahre 1891, vorgekommen in Breslau. Ich brauche das nähere nicht anzuführen, da die Akten übergeben sind. Da wird behauptet, daß der betreffende zuständige Hauptmann ausdrücklich erklärt habe: die beiden israelitischen Einjährig-Freiwilligen, um die es sich handelte, brauchten sich gar nicht am Offiziersunterricht zu beteiligen, da er prinzipiell keine Juden befördere, selbst wenn sie noch so tüchtig seien.

(Hört! hört! links.)

Wenn das wahr sein sollte, wäre das eine grobe Verletzung der gesetzlichen Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse.

Der 21. Fall, Fall Oppenheimer, ist bereits mitgeteilt worden, ich wiederhole ihn deshalb nicht. Es folgt der Fall Nr. 23, der im Jahre 1891 beim Infanterieregiment Nr. 34 in Bromberg sich ereignet haben soll. Hier lesen wir die Behauptung, daß dem betreffenden Einjährig-Freiwilligen „von befreundeter Seite" der Wink erteilt worden sei, er möge an einen Religionswechsel denken, der dem Wunsche des Offizierkorps entsprechend sei. Meine Herren, so etwas darf beim Militär nicht vorkommen

(sehr richtig! links),

auch nicht unter der Hand, auch nicht in freundschaftlicher Weise, wie es hier bezeichnet wird.

Endlich finde ich noch in dem vorgelegten Material einen vierten Fall, in welchem konfessionelle Beziehungen ebenfalls behauptet sind, den letzten 26. Fall. Da soll in Neisse dem betreffenden Offiziersaspiranten bei der Offiziersprüfung angedeutet worden sein, daß er nur nach erfolgtem Glaubenswechsel Aussicht haben würde, Reserveoffizier zu werden; daraufhin sei der Betreffende zum Christentum übergetreten und sei kurz nachher in der Tat zum Reserveoffizier gewählt worden. Ich enthalte mich jeder Kritik in diesem konkreten Fall selbst; ob die betreffende christliche Kirche, die den Offiziersaspiranten aufgenommen hat, damit einen großen Gewinn gemacht hat, will ich nicht unter-

suchen. Im allgemeinen liegt aber doch die Gefahr offenbar vor, daß man, wenn derartige Belehrungen und Hinweisungen auf das Glaubensbekenntnis beim Militär vorkommen, auf diese Weise sich Heuchler heranzieht, und das ist etwas, was man beim Militär am allerwenigsten irgendwie fördern sollte.

Meine Herren, solche Behauptungen müssen, zumal nachdem sie unter Bezeichnung von Ort, Personen und Namen und der näheren Umstände aufgestellt worden sind, untersucht werden; denn eine solche Behandlung würde direkt dem Reichsgesetz widersprechen, und ich bin der Ueberzeugung, daß jede Konfession dasselbe Interesse an einer Untersuchung dieser Sache hat

(sehr richtig! links),

zunächst selbstverständlich jede Minderheitskonfession, die ganz in derselben Lage ist wie diejenige Konfession, von der ich rede, aber auch die Mehrheitskonfession, die sich nicht dem Schein aussetzen darf, als ob sie eine derartige Behandlung etwa dulden wollte. Ich will in dieser Beziehung nicht einmal das Hauptgewicht auf die formale gesetzliche Berechtigung legen, obgleich das staatsrechtlich vollkommen ausreicht, sondern ich sage: wenn die Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, dann haben sie auch den moralischen Anspruch auf gleiche Behandlung im Staat, und ich darf hervorheben, daß die Angehörigen der Minderheitskonfession in Deutschland im Moment der Gefahr, speziell im letzten großen Kriege, ebenso gekämpft und geblutet haben wie die Angehörigen der Mehrheitskonfession.

(Sehr richtig! links. — Zuruf bei der Deutschen Reformpartei: In viel geringerem Prozentsatz!)

— Ach, da wird mir von dem Herrn Kollegen zugerufen: in minderem Prozentsatz!

(Zuruf: Jawohl, ein minderer Prozentsatz als die Deutschen!)

Werden denn die Staatsbürgerrechte nach Prozenten verteilt? Das ist eine Blockerfindung, aber nicht staatsrechtlicher Grundsatz.

(Zuruf: Aber das ist eine Tatsache!)

— Aus einer solchen Tatsache darf doch aber nicht, verehrter Herr Kollege, eine Zurücksetzung der gesamten Angehörigen einer Konfession abgeleitet werden. Sie würden sich auf einen ganz falschen Standpunkt stellen, wenn Sie aus dieser vielleicht — ich weiß es im Augenblick nicht — prozentual geringeren Beteiligung eine Zurücksetzung der staatsbürgerlichen Rechte für die gesamte Konfession ableiten würden, die vom Gesetz selber verworfen wird.

(Zuruf: Das tut ja nichts!)

— Ja, verehrter Herr Kollege, wenn Sie über die Sache eine andere Meinung haben, so können Sie ja nachher das Wort ergreifen; ich spreche jedenfalls meine Ueberzeugung aus, gestatten Sie, daß ich diese Ueberzeugung ganz ruhig darlege.

Ich darf hervorheben, daß im vorigen Jahre eine private Statistik darüber aufgemacht worden ist, wieviel israelitische Offiziere und solche Unteroffiziere, die unmittelbar nach dem Feldzuge zu Offizieren ernannt worden sind, sich am Feldzuge beteiligt haben. Es war eine private Statistik, die natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann; es sind aber im ganzen gezählt worden 93 Offiziere, eingerechnet diejenigen, die unmittelbar nach dem Feldzuge zu Offizieren ernannt worden sind, darunter habe ich 19 gefunden, die mit dem eisernen Kreuz dekoriert worden sind. Nun, meine Herren, unter den Einjährigen, die hier in dem Aktenmaterial angeführt sind, befindet sich auch der Sohn eines solchen israelitischen Offiziers vom letzten Feldzuge, und da ist es nun doch merkwürdig, wenn gerade dem Sohn eines solchen früheren Offiziers wegen seines Glaubensbekenntnisses, wie behauptet wird, Schwierigkeiten gemacht werden.

Ich fasse das alles zusammen in die Bitte an die Militärverwaltung, sie möge dem vorgelegten Material ihre Aufmerksamkeit zuwenden, sich aber nicht bloß mit einer Prüfung der einzelnen Fälle, gleichsam als einer internen Angelegenheit beim Militär begnügen, sondern uns auch die Ergebnisse dieser Untersuchung mitteilen, damit wir endlich erfahren, was an der Behauptung wahr ist oder nicht wahr ist.

(Sehr richtig! links.)

Ich enthalte mich also eines Urteils über die einzelnen Fälle, zunächst liegt nur eine einseitige Behauptung vor, und es wird abzuwarten sein, was die amtliche Untersuchung ergibt.

Meine Herren, daß alle konfessionellen Minderheiten Anlaß haben, solchen Fällen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, das scheint auch die Mitteilung des Abgeordneten, der hier Klagen über die Behandlung der katholischen Polen beim Militär vorgebracht hat, zu beweisen. . . .

Bindewald, Abgeordneter: Meine Herren, ich würde mich nicht zum Worte gemeldet haben, wenn nicht gewisse Ausführungen der Herren Abgeordneten **Dr. Hermes** und Gröber mich zum Widerspruche herausforderten. Was die Klage anbetrifft, daß die Angehörigen des jüdischen Volkes — die Herren Abgeordneten Hermes und Gröber haben von Angehörigen der jüdischen Konfession oder Religion gesprochen, ich sage aber des jüdischen Volkes —, daß diese in der Armee anders behandelt würden als die Angehörigen des deutschen Volkes, so muß ich dem widersprechen; das stimmt nicht. Ich habe mir vorhin gestattet, dem Herrn Kollegen Gröber, als er auseinandersetzte, daß die Angehörigen aller Religionen in den Feldzügen ihre Schuldigkeit getan und ihr Blut für das deutsche Vaterland verspritzt hätten, und als er dann speziell auf die Juden zu sprechen kam, den Zwischenruf zu machen: sie waren aber in geringerem Prozentsatz in der Armee beteiligt! Das ist eine Tatsache, die wohl in diesem Hause von niemandem, der sich ernstlich mit der Statistik beschäftigt hat, bestritten werden kann. Der Deutsche ist von Haus aus kriegerischer als der Jude

(Lachen links)

und stellt verhältnismäßig einen viel höheren Prozentsatz an tauglichem Material für die Armee. Das ist eine Wahrheit, an der wir nicht vorbeikommen.

Wenn Sie sich nun vergegenwärtigen, daß durchweg die jüdischen Familien in Deutschland sich in einer besseren sozialen Stellung befinden als die deutschen Familien, wenn Sie ferner berücksichtigen, daß infolge dieser besseren sozialen Stellung auch in viel höherem Maße die höheren Schulen, Realschulen, Realgymnasien, Gymnasien usw. von jüdischen Schülern besucht werden, so ist es erklärlich, daß auch ein höherer Prozentsatz jüdischer Einjährig-Freiwilliger vorhanden ist als bei den Deutschen. Das müßte in der Praxis dahin führen, daß wieder ein weiteres Mißverhältnis eintritt zwischen den jüdischen Gemeinen und den jüdischen Vorgesetzten. Das kann doch gewiß kein Mensch mehr als eine Gleichberechtigung ansehen, wenn, wie ich einmal annehmen will, auf etwa 100 jüdische Gemeine 100 jüdische Vorgesetzte kommen, Unteroffiziere, Reserveoffiziere u. dgl. Es würde das tatsächlich auf eine Bevorrechtung des jüdischen Volkes hinauslaufen. Die Judenfrage ist nicht Religions-, sondern Rassenfrage. Wenn der Fall, den der Herr Kollege Gröber angeführt hat, wirklich vorgekommen sein sollte, daß ein höherer Offizier den Ausspruch getan hat: will der jüdische Einjährig-Freiwillige befördert werden, so kann er zur christlichen Religion übertreten, — so möchte ich sagen, daß ich den Ausführungen des Herrn Kollegen Gröber vollkommen beistimme. Der betreffende Offizier, der das getan hat, vertritt nicht den richtigen Standpunkt; mit der Religion hat die Sache absolut nichts zu tun, und man soll nicht auf diese Weise einen Menschen zwingen, seinen Glauben zu wechseln. Aber ein anderer Standpunkt ist der, den ich vorhin schon bezeichnet habe, der der Rasse, des Volkstums. Wir wollen ein Volksheer haben und können es selbstverständlich nur sein, wenn diejenigen, die dieses Volksheer führen, auch der indogermanischen Rasse, dem deutschen Volke angehören.

(Lachen links)

Wir freuen uns darüber, daß unser Offizierkorps es bisher verstanden hat, dem Eindringen fremdrassischer Elemente einen Damm entgegenzustellen. Wir erwarten von unserem Offizierkorps, daß es sich diese fremdrassigen Elemente der Juden innerhalb seiner Kreise vom Leibe halten möge. Wir haben nur dann Vertrauen zu unserem Offizierkorps, wenn wir wissen, es ist deutschen Blutes und erfüllt von deutschem Geiste.

(Bravo! bei den Antisemiten und rechts — Zurufe links.)

Ich glaube, Herr Kollege Gröber, daß es doch auch für Sie, wenn Sie sich die Sache überlegen, noch einen weiteren Unterschied gibt, der Sie von den Juden trennt als bloß den Unterschied der anderen Religion. Ich bin fest überzeugt, Herr Kollege Gröber, Sie können auch an dem, was ich vertrete, und was wir Antisemiten wollen, nicht vorübergehen, indem Sie die Frage immer auf das religiöse Gebiet herüberspielen und meinen: der Jude ist ebenso Deutscher wie wir; er hat nur eine andere Religion. Nein, anderes Blut hat er in seinen Adern! Darauf kommt es an.

(Unruhe links.) . . . .

Kopsch, Abg.: Bezüglich der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bindewald glaube ich, mir den Dank des Hohen Hauses dadurch zu verdienen, daß ich nur konstatiere: der Rassenantisemitismus des Herrn Kollegen Bindewald hat in diesem hohen Hause keine Zustimmung, aber die lebhafteste Heiterkeit fast des ganzen Hauses hervorgerufen. (Lebhaftes Bravo links.)

Gröber, Abgeordneter: Meine Herren, ich stelle ausdrücklich fest, daß ich in meinen Ausführungen lediglich die Fälle hervorgerufen habe, in welchen die Behauptung aufgestellt war, es sei den betreffenden Einjährig-Freiwilligen oder Unteroffizieren das israelitische Glaubensbekenntnis als Hinderungsgrund für die Beförderung bezeichnet worden. Damit ist, glaube ich, der Standpunkt gewahrt worden, von dem ich allein die Sache zu besprechen hatte, und es freut mich, aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bindewald konstatieren zu können, daß er in diesem Punkte sich vollständig einverstanden erklärt hat. Es ist also im hohen Hause ein Zweifel darüber gar nicht, daß von allen Seiten eine Zurücksetzung wegen des Glaubensbekenntnisses verworfen wird, auch von antisemitischer Seite.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Die übrigen Fragen, meine Herren, der Gegensatz zwischen Germanentum und Semitentum, die Stellungnahme der Zentrumspartei zur Judenfrage hat gar nicht den Gegenstand meiner Erörterungen gebildet. Ich habe gar nicht nötig, auf die diesbe-

züglichen Ausführungen des Herrn Bindewald heute auch nur mit einem Worte einzugehen.

(Bravo! in der Mitte.)

Sixt v. Armin, Generalleutnant, Departementsdirektor im Kriegsministerium, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Preußen: Meine Herren, ich möchte nur noch ganz kurz bemerken, daß, wenn ich auf die Behandlung jüdischer Angehöriger des Heeres heute nicht näher eingegangen bin, ich dies unterlassen habe, weil ich es für überflüssig hielt, nachdem ich bei der zweiten Lesung des Etats dazu schon Stellung genommen hatte, und weil nach den Ausführungen, die der Herr Kriegsminister früher in diesem Hause gemacht hat, die Heeresverwaltung keine andere Stellung in dieser Frage einnehmen kann, als daß sie sich lediglich auf den Boden des Gesetzes stellt.

Präsident: Ich schließe die Diskussion.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete Bindewald.

Bindewald, Abgeordneter: Meine Herren, wenn der Herr Kollege Kopsch soeben die Behauptung aufgestellt hat, meine Ausführungen vorhin, soweit sie auf dem Rassenstandpunkt fußen, hätten die Heiterkeit des ganzen Hauses hervorgerufen

(Rufe: sehr richtig! links),

so stelle ich fest, daß diejenigen, die soeben „sehr richtig!“ gerufen haben, von den Nationalliberalen bis zu der äußersten Linken sitzen.

Ich stelle ferner fest, daß, als der Herr Abgeordnete Kopsch seine Verbeugung vor dem internationalen Judentum machte

(Glocke des Präsidenten)

Präsident: Das ist nicht mehr persönlich

Bindewald, Abgeordneter: — er keinen Beifall fand.

Präsident: Das ist nicht mehr persönlich.

(Große Heiterkeit.)

Vermischtes.

Der Deutsche Hochschulverband, dessen Tendenz ausschließlich gegen die katholischen Studentenkorporationen gerichtet war, und dessen Auflösung wir schon vor einiger Zeit voraussagten, befindet sich in den letzten Zügen. Der Abbröckelungsprozeß hat immer mehr zugenommen; zuletzt waren nur noch drei Hochschulen, Bonn, Göttingen und Münster übrig geblieben. Nun ist auch ihr Organ die „Deutsche Hochschule“, selig entschlafen, weil die konfessionelle Hetze sich — erfreulicher Weise — nicht mehr als zugkräftig erwies. Hoffentlich macht dieser Gesundungsprozeß weitere Fortschritte.

Der Deutsche Hochschul-Verband hätte segensreich wirken können, wenn er die Vorbedingungen für die Lebensfähigkeit wirklich paritätischer studentischer Organisationen geschaffen hätte, von Organisationen, in denen weder nach der sozialen Herkunft, noch nach dem politischen oder dem religiösen Glaubensbekenntnis gefragt wird, in denen andrerseits ein wirkliches herzliches Verhältnis zwischen den Kommilitonen wie zwischen Freund und Bruder herrscht.

Die Art aber, wie der Deutsche Hochschul-Verband die konfessionelle Absonderung auf den Universitäten „bekämpfte“, indem er die katholischen Korporationen auszuräuchern suchte, selber aber ganz ungeniert offenem oder verstecktem Antisemitismus fröhnte, hieß wirklich den Teufel durch Beelzebub austreiben. Darum haben auch wir, die wir die Errichtung konfessioneller Scheidewände auf den Universitäten immer bekämpft haben, keinerlei Veranlassung, dem Verbande deutscher Hochschulen bei seinem Hinscheiden etwa eine Träne nachzuweinen.

„National.“ Bei den Verhandlungen und Preßdiskussionen über das polnische Enteignungsgesetz in Preußen und den Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes hat das schillernde Schlagwort wieder eine große Rolle gespielt. In der letzten Nummer des „März“ sagt Otto Harnack den Chauvinisten und Rassenfanatikern einige bittere Wahrheiten:

„Unsere Polenpolitik hatte es in den letzten Jahren fertiggebracht, in den österreichischen Polen denselben Haß gegen uns zu entfachen, den die anderen österreichischen Slawen schon immer gegen uns hegten. Und überhaupt — wenn sich das Deutsche Reich und speziell Preußen mit seinem militärisch bureaukratisch staatskirchlichen Charakter niemals großer Sympathien im Ausland erfreute, so genoß es doch das Ansehen strenger Rechtlichkeit und Gerechtigkeit. Die nationale Unterdrückungspolitik hat ihm nun den Ruf verschafft, daß Gewalt in ihm vor Recht gehe. Unsere nationalen Versammlungs- und Preßhelden sind freilich schon so weit gekommen, daß sie diesen Ruf für ehrenvoll halten, daß sie im Rechtssinn eine verächtliche Schwäche und in der Gewalt den Inbegriff des Staatslebens erblicken. Diese Leute vergessen, daß ein Staat aus dem das Recht vertrieben wird, zu einer Hölle wird, der die Anarchie vorzuziehen wäre.

Dieselben Leute aber geraten, wenn sie eine absolute, nationale Gewaltherrschaft über alle Nichtdeutschen fordern, in einen merkwürdigen Widerspruch mit sich selbst. Denn sie gerade sind es ja auch, welche als Alldeutsche die weiteste Ausdehnung deutscher Macht über alle von Deutschen bewohnten oder jemals deutsch gewesenen Länder als Zukunftsideal verehren und die Rolle einer weltbeherrschenden Macht für Deutschland ersehnen. Glauben sie nun wirklich, daß die kleinliche und quälerische Politik, die sie gegen die nichtdeutschen Reichsbürger verlangen, — daß diese Politik irgendeine Möglichkeit biete, ein Weltreich zu regieren, das die verschiedenartigsten Gebiete und Völkerschaften neben den Deutschen vereinigen müßte? Unsere jetzige Nationalitätenpolitik richtet sich nach den kleinstdeutschen und engstdeutschen Gesichtspunkten; eine solche Weltpolitik aber müßte nach den großzügigsten und freilassendsten Grundsätzen geübt werden. Man schaue doch auf die Engländer, die sich in der Tat fähig erwiesen haben, ein Weltreich zu regieren. In Canada ist die französische Sprache der englischen gleichberechtigt, in Kapland die holländische. Ja, sogar in Transvaal ist wenige Jahre nach Beendigung des haßerfüllten Krieges ein Parlament begründet worden, in dem die holländische Sprache volles Bürgerrecht hat, und ein parlamentarisches Ministerium eingesetzt, dessen Präsident Botha, der Obergeneral der Buren, wurde.

Vor solchen Tatsachen stand der deutsche Spießbürger, der eben noch geglaubt hatte, die Buren seien verpflichtet, bis zu ihrer völligen Ausrottung gegen England zu kämpfen, ganz verdutzt und niedergedonnert da. Ob General Botha nicht doch im Herzensgrunde die Existenz eines selbstständigen Transvaals ebenso gern sähe, wie Herr von Koscielski die eines selbstständigen Polens? — Jedenfalls ist England politisch kühl genug, solche Herzenswünsche zu ignorieren.

In Deutschland sind wir aber im Rassenfanatismus soweit gelangt, daß wenn Dernburg für eine wirtschaftlich rationellere und darum menschenwürdigere Behandlung der afrikanischen Eingeborenen eintritt, schon dies angeblich kolonialfreundliche Zeitungen und deren Geldgeber in komische Wut versetzt. Selbst das Gefühl dafür, welch traurige Rolle man spielt, wenn man den beschränktesten Egoismus mit so brutaler Offenheit hervortreten läßt, ist schon verloren gegangen. Oder sollte es auch hier eine nationale Pflicht sein, die den national gesinnten Deutschen zwänge, arbeitende Neger deutschen Plantagenbesitzern schutzlos und schonungslos auszuliefern?

Es ist doch ein schönes Wort: „national“ — — — Corruptio optimi pessima!“

Die Juden und die russische Revolution. In seinem Werke: „Die Grundidee der russischen Revolution“ kommt der bekannte russische Dichter und Philosoph Nikolai Minskij auch auf den Anteil der Juden an den Befreiungskämpfen des russischen Volkes zu sprechen; er findet dafür eine einfache, aber völkerpsychologisch sehr interessante Erklärung:

„Die Feindschaft unter Juden und Russen, die sich in den zahlreichen blutigen Pogroms geäußert hat, beruht hauptsächlich darauf, daß beide Nationalitäten bisher nur mit ihren am meisten voneinander abweichenden und rein negativen Eigenschaften miteinander in Berührung gekommen sind; also Faulheit und Habgier, Grausamkeit und Feigheit. Ihre Verwandtschaft, die in der gleichen Fähigkeit, eine einzelne Persönlichkeit heldenmütig zugunsten der Allgemeinheit zu opfern, besteht, blieb aber auf beiden Seiten unbemerkt und verkannt. Dieses Mißverständnis konnte nicht ewig bestehen; es wurde eines Tages erkannt, und da bemerkten erst beide Völker, wie sie beide gleich von Liebe und Heldenmut erfüllt sind. . . . . Zwei Völker, die in allen Aeußerlichkeiten einander fremd sind, haben sich nun in ihrer tiefsten Sehnsucht zusammengetan, nicht weil es von praktischen Erwägungen des Augenblicks geboten ist, sondern weil sie beide von einem tiefen seelischen Drang dazu bestimmt werden. Der erste Antrieb wurde von der russischen Literatur gegeben; die jüdische Jugend, die von der Geschichte dazu genügend vorbereitet war, folgte dem Signal und hängte sich liebevoll an das russische Volk, das ihr bis dahin so fremd war. An der russischen Revolution haben ja freilich auch andere Nationalitäten teilgenommen, aber nur die Juden haben in dem Kampfe alle Sonderinteressen aufgegeben und ihr Schicksal unlöslich an das Schicksal Rußlands gekettet. Das anscheinend Unmögliche hat sich als höchst einfach erwiesen, das Heldenmütige als ganz natürlich, und alles gestaltete sich so, wie es bei einer echten, tiefgehenden Liebe immer der Fall ist. Wir bemerken nicht das Wunderbare an diesen Vorgängen, weil wir uns an diesen Anblick schon gewöhnt haben. Wir wundern uns nicht mehr, wenn ein jüdischer Jüngling mutig das Schafott besteigt, um sein Leben der Freiheit jenes Volkes zu opfern, das vielleicht in gleichem Augenblick seine Mutter während eines Pogroms zu Tode martert. Für die Liebe ist eben nichts unmöglich.“

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. (und 12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 16/17. Berlin, 15. April 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der Osterfeiertage wegen fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen" aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Die Antisemiten und das Börsengesetz.

Wer im Reichstage bei dem Börsengesetz den anderen Kontrahenten übervorteilt hat, ist eine nach ungelöste Preisfrage. Einzelne liberale Blätter, die freilich aus jeder Blüte der Blockpolitik Honig saugen, wollen allen Ernstes auch in dem Börsengesetz einen „Erfolg des Liberalismus" erblicken. Dem steht freilich gegenüber, daß die gesamte konservativ-agrarische Presse in der Auffassung vollkommen einig ist, daß das Börsengesetz einen bedeutsamen Fortschritt in der Richtung ihrer Farderungen darstellt. Doch dem sei, wie ihm walle. Bemerkenswert und einer gewissen Tragikomik nicht entbehrend ist jedenfalls die Tatsache, daß sich in den beiden antisemitischen Gruppen wegen der Abstimmung ihrer parlamentarischen Vertreter eine gelinde Empörung geltend macht. Die Führer beider Parteien haben alle Hände voll zu tun, um die Protestler zu beschwichtigen. Besonders reizvoll wird die Situation durch den Umstand, daß die Deutschsozialen geschlossen für, die Reformparteiler in ihrer Mehrheit gegen das Gesetz gestimmt haben. Gegen die beiden reformparteilichen Abgeordneten Bruhn und Gäbel, die sich bei der Abstimmung von ihren näheren Parteifreunden trennten und für das Gesetz votierten, wird wahrscheinlich auf dem Ende dieses Monats stattfindenden Parteitage ein hochnotpeinliches Verfahren eröffnet werden.

Die „Deutsche Reform" des Abg. Zimmermann, der schon lange nach einer Gelegenheit lechzte, den ihm und der Reformpartei wegen seiner vielfachen breiten Angriffsflächen unbequem gewordenen, Herrn Bruhn den Stuhl vor die Tür zu setzen, führt schon jetzt das schwerste Geschütz gegen die beiden Delinquenten auf. Die „alten Reformer" hätten den „Kuhhandel" nicht mitmachen können. — „Wir können nicht auf einmal anbeten, was wir bisher verbrannten". Die Gesinnungsgenossen im Lande verlangten, „daß die Antisemiten Rückgrat zeigten". Statt dessen sei der Reichstag „und mit ihm auch manche unsere Freunde weich geworden". Im „Briefkasten" wird noch ein ganz anderer Ton angeschlagen. Gefällige Freunde haben Herrn Zimmermann in die angenehme Lage versetzt, aus dem Hinterhalt nach einige Giftpfeile gegen die „Verräter" abzuschnellen. Dem einen „Briefkasten"-Anfrager wird erwidert:

„Die alten Führer der Reformer haben ausgehalten, wenn ihnen auch durch die anderweite Abstimmung zweier Herren geradezu die Tatkraft gelähmt wurde. Deutscher Gruß!"

Und in einer nach dem Rheinland gerichteten Notiz heißt es noch deutlicher:

„Aus rheinischen Herzen ertönt Ihr Ruf: Nieder mit den Verrätern des Volkswohlstandes an die Hochfinanz! — Wir erwidern Ihr kräftiges Heil und danken für das Vertrauen."

Wenn das parteioffizielle Organ gegen die beiden Dissidenten schon jetzt eine solche Sprache riskiren darf, so werden die Herren Bruhn und Gäbel auf dem Leipziger Parteitage einen sehr schweren Stand haben.

In der deutschsozialen Partei wiederum sieht sich der Abg. Raab genötigt, durch einen Artikel in den „Deutschsozialen Blättern" die Zustimmung seiner Parteifreunde zum Gesetz zu rechtfertigen mit der Motivierung: „Einige unserer Freunde, und gerade die eifrigsten sind durch unsere Zustimmung zum Börsengesetz beunruhigt worden." Nachdem er zunächst versichert, daß „die Freisinnigen gar nicht vielen Anlaß zur Freude hätten", daß „die Vorteile die Nachteile erheblich „überstiegen" und daß es den freisinnigen Abgeordneten wegen ihrer Zustimmung zum Gesetz „nach manchmal in die Bude regnen werde", stellt er das taktische Motiv in den Vordergrund:

„Mit der Ablehnung des Börsengesetzes wäre der „Block" gesprengt worden. Wenn uns das auch nicht sonderlich geschmerzt laben würde, so wäre doch die Folge der Abgang des Reichskanzlers gewesen. Und wer wäre wohl sein Nachfolger geworden?"

Man sieht, für manche Freisinnige wie Antisemiten ist schließlich ein und dasselbe Motiv entscheidend gewesen, die Erhaltung der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow.

Die politische Mittelstands-Vereinigung.

Während in Berlin und in den meisten Teilen des Reichs die nur dank bündlerischer Unterstützung mühsam

über Wasser gehaltenen Ortsgruppen der Mittelstands-Vereinigung fast nur nach ein Schattendasein fristen, setzt sich ihr affizielles Organ, die „Deutsche Valks-Post“ nach in der letzten Nummer aufs hohe Pferd und glaubt die Freisinnigen wie folgt abtrumpfen zu können:

„Die freisinnige Partei wird sich eben daran gewöhnen müssen, daß die „kleine Gruape um Rahardt“ ein ernster Faktor der Politik ist, vielleicht gerade deshalb, weil sie nicht kritiklos genug ist, um hinter Schlagworten herzulaufen.“

Einen solchen hochtrabenden Ton wagt das Blatt in demselben Augenblick noch anzuschlagen, wo Herr Rahardt sich genötigt sah, den Vorsitz in der Berliner Ortsgruppe der Mittelstands-Vereinigung niederzulegen. Damit dürfte die politische Rolle des Herrn Rahardt wahrscheinlich für alle Zeiten ausgespielt sein; er bewirbt sich zwar in Kalbe—Aschersleben bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen um ein Landtagsmandat, dürfte aber mit dieser Kandidatur wohl denselben Reinfall erleben wie bei der Reichstagswahl.

Es ist für diese Sarte Mittelständler geradezu ein Verhängnis, daß sie unter allen Umständen eine politische Ralle spielen wollen. Sie verscherzen sich dadurch selbst die Sympathien derjenigen politischen Parteien, deren wirtschaftliches Programm ihnen am weitesten entgegenkommt. Das hat auch der Verlauf der Generalversammlung der sächsischen Mittelstands-Vereinigung, die in variger Woche in Chemnitz tagte, gezeigt. Der wildkonservativ-antisemitische sächsische Landtagsabg. Baurat Enke, der, wie in einer der letzten Nummer der „Mitt.“ erwähnt, auch die Besitzer eines jährlichen Einkommens von 10000 M. noch zum Mittelstande rechnet, sprach sich dort entschieden für eine politische Selbständigmachung des Mittelstandes aus; er erklärte nach einem Bericht der „Deutschen Valkspost“, die es bei dieser Offenherzigkeit eines führenden Mittelständlers freilich mit der Angst — wegen eines etwaigen Fortfalls der klingenden Unterstützung durch die rechtsstehenden Parteien — zu tun dekommt und in Paranthese einen schüchternen Einspruch erhebt:

„Vom Mittelstand, der verlernt habe, die Initiative zu ergreifen, dürfe man nicht gleich zu viel erwarten. Das erste, was die junge Organisation tun müsse, sei, sich von der Vormundschaft der politischen Parteien frei zu machen und ihre eigenen Wege zu gehen. (Das wäre doch sehr bedauerlich. Die Red.) Die konservative Partei habe ja immer ein freundliches Wort und ein gutes Herz für den Mittelstand gehabt, aber Erfolge habe das Wohlwollen nicht gezeitigt.“

In die gleiche Kerbe hieb der Generalsekretär der sächsischen Mittelstands-Vereinigung, Fehrenbach-Leipzig, der nach dem Bericht des genannten Blattes u. a. ausführte:

„Die politischen Parteien haben eine Existenzberechtigung gehabt, als es galt, die Stellung des Bürgers im Staate festzustellen. Jetzt da dies erreicht sei, brachen mehr die natürlichen Interessen hervor, jetzt entstehe eine natürliche Partei. Diese vertrete den wahren Freiheitsgedanken. Die Berufsstände könnten sich selbst befreien.“

Folgt eine prahlische Statistik über die organisatorischen „Erfolge“ der sächsischen Mittelstands-Vereinigung, der jetzt „über 400 Organisationen mit 140 000 Mitgliedern“ angehörten. Merkwürdig nur, daß eine so große Organisation bei den varigen Landtagswahlen in Sachsen so spottschlechte Geschäfte gemacht hat. Auf das spezielle Programm der Mittelstandspartei ist u. W. auch nicht ein einziger Abgeordneter gewählt worden, und die Konseraativen, die ihr am nächsten stehen, haben ein haldes Dutzend Mandate an die Nationalliberalen abgeben müssen.

Der konservative Landtagsabg. Ullrich suchte in der Versammlung für seine Partei zu retten, was überhaupt noch zu retten war, hatte aber, wie es scheint, damit herzlich wenig Erfolg. Die von dem Blatt nach aufgeführten weiteren 4 Redner sprachen sämtlich „in einem dem Referenten zustimmenden Sinne“. Van der Beschlußfassung über eine diesen Gedankengängen des Referenten entsprechende Resolution nahm man indeß Abstand, wahrscheinlich um die Konseraatiaen nicht allzusehr aor den Kopf zu stoßen. Dahingegen wurde eine Resolution angenammen, welche zur Wahlrefarm, die ebenfalls aon dem Referenten behandelt warden war, und zur Umsatzsteuer Stellung nimmt, angenammen.

* * *

Ueber die in varstehendem Artikel erwähnte Versammlung der Berliner Ortsgruppe der Mittelstands-Vereinigung bringen Parteiorgane der Rechten folgenden Bericht:

„In einer am Freitag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Mittelstandsvereinigung wurde eine neue Taktik vorgeschlagen, die einen vollständigen Bruch mit der bisherigen Agitationsmethode bedeutet. Der Vorsitzende, der zweite Vorsitzende des rheinisch-westfälischen Landesverbandes in Düsseldorf, knüpfte an die geringen Erfolge der Werbetätigkeit der Mittelstandsvereinigung besonders in Berlin an. Es ist in beinahe vier Jahren nicht gelungen, den Mitgliederstand über eine verhältnismäßig geringe Zahl hinauszubringen. Ein erheblicher Teil der Mitglieder ist abgesprungen, weil durch Vorstandsbeschluß der Beitrag von 2 auf 3 Mk. erhöht wurde. Die großartigen Erfolge, die man in Düsseldorf und in der Rheinprovinz im allgemeinen mit der Selbsthilfe erzielt hat, müßten auch die Berliner zu einer durchgreifenden Aenderung der Taktik nötigen. In Düsseldorf hat man durch Gründung von Rabattsparvereinen, denen eine größere Zahl von kleineren und mittleren Geschäftsleuten angeschlossen sind, die Mittelstandsvereinigung so lebensfähig gemacht, daß sie jetzt das Versicherungswesen in die Hand nehmen, eine Transportzentrale, einen Zentralarbeitsnachweis und ähnliches einrichten will. Sie beschäftigt nicht weniger als 22 angestellte Beamte. In Berlin lasse sich, so meinte der Redner, dasselbe erreichen. Notwendig wäre in erster Linie jedoch ein vollständiger Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten. Antisemitismus müsse vollständig aus der Mittelstandsvereinigung ausscheiden. Zur Umwandlung der Berliner Organisation will die Düsseldorfer Ortsgruppe 6000 Mk. zur Verfügung stellen und einen Beamten nach hier senden, der die ersten Einrichtungen zu treffen hat. An Stelle der beiden Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe, des Obermeisters Rahardt und des Postsekretärs Stockmann, die ihre Aemter niederlegten, wurden die Herren Fritz Schmidt und Ernst Hagemann gewählt.“

Die „Deutsche Tages-Ztg“ bemerkt hierzu ganz erbost:

„Wenn diese die Sache einem gerissenen Juden übergeben, dann wird wohl endlich was daraus werden. Vielleicht übernimmt auch einer der großen Warenhausler das Protektorat.“

Der hessische Regierungserlaß gegen die Antisemiten in der II. hessischen Kammer und im Reichstage.

Der bereits mehrfach von uns erwähnte Antrag der Antisemiten in der hessischen II. Kammer auf Aufhebung der Regierungserlasse vom 20. Dezember 1890 und 20. Oktober 1892 ist, nachdem die Kommission ihn in mehrfachen Sitzungen beraten und angenommen hot, am 26. März auch im Plenum zur Verhandlung gekommen und mit allen gegen 3 Stimmen (2 Freisinnige und 1 Nationalliberaler) angenommen worden. Gegen den Antrag sprachen unser Vorstandsmitglied Geh. Justizrat Gutfleisch und der Vertreter der Regierung Staatsminister Dr. Ewald, für den Antrag die antisemitischen Bauernbündler Wolf und Hirschel, der Sozialdemokrat Fulda und der Zentrumsabg. Schmitt.

Wir haben mit der Wiedergabe der parlamentarischen Verhandlungen über diesen Antrag gewartet, bis das amtliche Protokoll herausgegeben wurde, das wir im Folgenden reproduzieren:

Abg. Dr. **Gutfleisch:**

Meine Herren, was diesen Antrag angeht, über den der Herr Kollege Leun Bericht erstattet hat, so bedauere ich, daß er gestellt ist, und ich stimme bei den Darlegungen, die die Regierung darauf gegeben hat. Es wäre vielleicht heute nicht mehr nötig, die Erlasse, insbesondere den sogenannten Schlippeschen Erlaß zu geben, obschon ich nicht sagen möchte, daß er ganz unnötig wäre auch heute, aber man würde ihn jetzt vielleicht trotzdem nicht erlassen, da die Verhältnisse in mancher Hinsicht sich geändert haben. Aber, meine Herren, ein Zurückziehen des Schlippeschen Erlasses, das würde ich für äußerst bedenklich halten, denn das würde das argumentum e contrario herausfordern, da würde man sagen, da der Erlaß jetzt aufgehoben ist, kann man alles tun, was der Erlaß nicht wünscht.

(Zuruf: Abwarten!)

Also meine Herren, ich halte den Antrag des Herrn Abg. Köhler und den Antrag des Herrn Abg. Leun nicht für richtig. Meine Herren, es ist ja nicht zu erwarten, daß wir bei der heutigen Gelegenheit tief in die Frage einsteigen. Wir haben in der Kammer nach den verschiedenen Parteien verschiedene Auffassungen über die Dinge, um die es sich hier handelt; von einer Verständigung darüber ist man noch weit entfernt, und es ist fraglich, ob überhaupt diese Verständigung in absehbarer Zeit kommen wird. Aber in diesen Streit der verschiedenen Meinungen hinein möchte ich doch dringend bitten, nicht noch weitere Beschlüsse zu bringen, die die Sache nur noch verschärfen. Ich glaube, die Regierung wird Anlaß haben, dem Antrag keine Folge zu geben, und glaube, daß infolge davon die ganze Sache nicht weiter in Betracht gezogen wird.

Staatsminister Dr. **Ewald:**

Ich will dem Herrn Abg. Gutfleisch folgen und auch einige Bemerkungen zum Schlippeschen Erlaß machen. Meine Herren, als im Jahre 1898 ein gleicher Antrag von dem Herrn Abg. Köhler hier eingebracht und verhandelt worden ist, hat der damalige Minister, Staatsminister Dr. Finger, erklärt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, den Beamtenerlaß zurückzuziehen, einmal nicht aus dem Grunde, weil der Regierung das Recht zustehen müsse, ihren Beamten gegenüber bezüglich deren Auftretens, besonders im öffentlichen Leben die Direktiven zu geben, die sie selbst für angemessen hält, außerdem aber aus dem Grunde, den der Herr Abg. Gutfleisch angeführt hat, daß eine Zurückziehung des Erlasses zu ganz falschen Schlüssen führen müßte, nämlich zu dem Schluß, daß der Grundgedanke, der dem Erlaß zugrunde gelegen hat, von der Regierung aufgegeben worden sei. Das gleiche gilt von dem Schlippeschen Erlaß. Die Herren werden sich erinnern, daß der Anlaß zu dem Schlippeschen Erlaß der gewesen ist, daß in der Provinz Starkenburg, im Amtsgerichtsbezirk Fürth, Ausschreitungen gegen Israeliten stattgefunden haben, die unmöglich von der Regierung gleichgültig hingenommen werden konnten. Damals ist, nicht ganz allgemein, sondern für die Staatsanwaltschaft der Provinz Starkenburg, von dem Generalstaatsanwalt die Weisung ergangen, dieser antisemitischen Bewegung besondere Beachtung zu schenken, also nur für die Provinz Starkenburg, und den Amtsanwälten, die in Frage kamen, ist der Auftrag erteilt worden, sie mögen die antisemitische Bewegung als das behandeln, was sie ist, als eine Gefahr für den öffentlichen Frieden. Nur in dem Sinn ist davon geredet worden, daß, wenn der Jude als Jude beleidigt werde, von Amts wegen eingeschritten werde; nur in dem Sinn, wenn mit der Beleidigung eines Juden zugleich ein Angriff verbunden ist, der in den Religionsfrieden eingreift, daß da von Amts wegen einzuschreiten ist. Nicht aber ist der Erlaß so zu verstehen gewesen und verstanden worden, als ob jede Beleidigung der Israeliten von Amts wegen zu verfolgen sei. Inzwischen ist die antisemitische Bewegung — Gott sei Dank — in ruhigere Bahnen eingelenkt; man würde auch heute den Schlippeschen Erlaß nicht mehr nötig haben, aber es gilt ganz dasselbe, was vorhin vom Herrn Abg Gutfleisch gesagt worden ist: ihn zurückzuziehen würde doch zu falschen Schlüssen führen. Es würde auch da die Meinung aufkommen können, als ob der gesunde und richtige Grundgedanke von der Regierung aufgegeben werde, der dem Erlaß zugrunde gelegen hat. Und dann, meine Herren, entspricht es auch nicht der Verwaltungspraxis, daß man eine Verfügung zurückzieht, wenn der Anlaß zu ihr nicht mehr vorliegt. Keiner Polizeibehörde fällt es ein, im Sommer eine Verfügung zurückzuziehen, die sie im Winter wegen Glatteis oder Schnee erlassen hat, weil im Sommer der Anlaß nicht mehr vorliegt. Ich bitte Sie, meine Herren, treten Sie dem Ausschußantrag nicht bei, überlassen Sie den Schlippeschen und den Beamtenerlaß der Geschichte.

Abg. **Wolf:**

Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Kollegen Gutfleisch setzen mich in Erstaunen. Als freier Mann und Angehöriger der freisinnigen Partei dürfte er meines Erachtens nicht in der Weise sprechen. Und wenn nun die Regierung sagt, es gab andere Zeiten, wo dieser Erlaß notwendig war, wo die Voraussetzungen dafür gegegeben waren, und sie in demselben Augenblick erklärt, die Voraussetzungen sind weggefallen, es ist alles beseitigt, was damals Veranlassung zu dem Erlaß gegeben hat, so meine ich, die natürliche Folge im Interesse der Juden und im Interesse aller, die auf einigermaßen freiheitlichem Boden stehen, wäre die: daß die Regierung den Erlaß zurückziehen muß, weil eben die Voraussetzungen desselben nicht gegeben sind, Gott sei Dank sage ich, nicht mehr gegeben sind. Und ich verstehe einfach nicht, wie die Regierung dazu kommen kann, zu sagen: Ja, wenn wir den Erlaß zurückziehen, ist es ein Zeichen der Schwäche oder es wird aufs neue die rohe antisemitische Bewegung einsetzen. O nein, das wird niemals der Fall sein, solange die Juden keine solche Bewegung provozieren. Ich glaube, daß die Juden in Hessen nichts sehnlicher wünschen als das Zurückziehen dieses Erlasses, der den freisinnigen Ansichten, den Ansichten, die darauf hinauslaufen, auch dem Beamten unbeschränkt die Freiheit zu geben, in der Politik tätig zu sein, wie er es für gut hält, wie es ihm beliebt, niemals entsprechen kann.

Abg. **Hirschel:**

Meine Herren, ich möchte Sie ebenfalls bitten, dem Antrag des Ausschusses beizutreten, weil sonst die Auffassung Platz greifen könnte, als ob den jüdischen Staatsbürgern in Hessen ein besonderer Schutz des Gesetzes zuteil würde. Ich erinnere daran, daß es doch nicht immer so gewesen ist, wie der Herr Staatsminister gesagt hat, daß der Erlaß verstanden worden sei. Es ist der Fall hier vor drei oder vier Jahren zur Sprache gekommen, wo ein Redakteur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, weil er geschrieben hat, daß bei einem jüdischen Einwohner eingebrochen worden sei; es wurde von dem Tatbestand etwas angeführt und am Schlusse hieß es: man kann über diesen Einbruch seine eigenen Gedanken haben; das sollte wohl so durchblicken lassen, als ob der Einbruch etwa fingiert worden wäre. Eine Beleidigung des Juden wegen seiner Religion lag hier nicht vor, trotzdem ist auf Grund des Schlippeschen Erlasses Offizialklage erhoben worden.

Ich stehe auf demselben Standpunkt wie mein Freund Wolf, die antisemitische Bewegung ist heute wesentlich eine andere, sie ist im wesentlichen ins rein agrarische Fahrwasser gekommen.

(Sehr richtig!)

Die Aufhebung des Schlippeschen Erlasses würde auch den jüdischen Staatsbürgern zugute kommen, weil es eben gerade den Eindruck erweckt, als ob sie besondere Vorrechte hätten.

Abg. Dr. **Fulda:**

Meine Herren, es würde auffallen, wenn ich hier zu den Anträgen nicht das Wort nehmen würde. Ich habe mich bereits in den Ausschüssen dafür ausgesprochen, daß die beiden Anträge angenommen werden, ich bin dafür eingetreten, daß die betreffenden Erlasse ausscheiden, daß sowohl der Schlippesche als der Beamtenerlaß aufgehoben werden.

Was zunächst den Schlippeschen Erlaß anbelangt, so scheint meines Erachtens sachlich kein Bedürfnis nach derartigen Erlassen zu bestehen und ich bin der Ueberzeugung, daß auch seinerzeit keine Veranlassung hierzu bestanden hat. Nach meiner Ansicht sind die Bestimmungen der Strafprozeßordnung derart, daß die Staatsanwaltschaft ohne weiteres in der Lage ist, einzuschreiten, insoweit sich ein öffentliches Interesse ergibt, und das würde dann zutreffen, wenn Personen und Personenkreise lediglich ihres Glaubens wegen angegriffen werden. In solchen Fällen ist die Staatsanwaltschaft imstande, auf Grund der prozessualen Bestimmungen einschreiten zu können, weil sie dann ein öffentliches Interesse ohne weiteres annehmen kann. Insofern scheint mir ein solcher Erlaß weder damals begründet gewesen, noch weniger heute begründet zu sein. Ich glaube auch, daß es durchaus den Wünschen der Juden entspricht, wenn dieser Erlaß aufgehoben wird.

(Hört, hört!)

Denn, meine Herren, es handelt sich hier um ein sogenanntes privilegium odiosum, um ein Privilegium, das die Juden, welche doch gleichberechtigte Staatsbürger sind, gewissermaßen in die Lage von mittelalterlichen Schutzjuden zurückbringt. Die Juden wollen auf der einen Seite nicht beeinträchtigt sein und auf der anderen Seite sich nicht in mittelalterliche Schutzzustände zurückdrängen lassen, und in diesem Fall bin ich erfreut, daß der Kollege Köhler einmal für die Gleichberechtigung der Juden eingetreten ist.

Was den weiteren Erlaß anbelangt, den sogenannten Beamtenerlaß, so glaube ich, daß ebensowenig Anlaß besteht, diesen Erlaß bestehen zu lassen. Man kann vielleicht zweifelhaft darüber sein, ob gerade der Herr Kollege Köhler die Legitimation hat, einen derartigen Antrag zu stellen, nachdem er wiederholt hier erklärt und durch seine Abstimmung bestätigt hat, daß er nicht für eine Gleichberechtigung, für eine unbedingte Gleichberechtigung zu haben ist. Ich erinnere an die Stellungnahme, die seine Partei eingenommen hat zur Frage der Bestätigung von Beigeordneten, ich erinnere an die Stellung, die jüngst noch der Herr Kollege Wolf eingenommen hat hinsichtlich der Frage, ob die Beamten das Recht haben, sich auch an sozialdemokratische Abgeordnete zu wenden. Also an sich könnte man im Zweifel sein, ob die Herren legitimiert wären, einen derartigen Antrag zu stellen, aber er ist gestellt und auch berechtigt. Ich bin der Auffassung, daß auch die Beamten — das habe ich wiederholt ausgesprochen und insbesondere vor zwei Jahren gelegentlich der Etatsberatung ausgesprochen — dasselbe Recht auf Betätigung ihrer politischen Anschauungen haben wie alle anderen Staatsbürger, und daß in dieser Hinsicht den Beamten irgendwelche Vorschrift nicht gemacht werden kann. Tatsächlich haben sich auch die Beamten durch diesen Erlaß in keiner Richtung abhalten lassen — das ist doch fest-

stehende Tatsache —, ihre politische Ueberzeugung zu betätigen, insbesandere auch in der Oeffentlichkeit zu betätigen und für ihre politische Ueberzeugung einzutreten. Daß natürlich ein Beamter das mit dem notwendigen Takt tun muß, ist klar, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber im übrigen bin ich mit meinen Parteigenassen der Meinung, daß die Aufhebung dieses Erlasses, der die Beamten unter ein Ausnahmerecht stellt, gleichfalls geboten ist.

Staatsminister Dr. **Ewald:**

Ich möchte doch einem Irrtum vorbeugen, der entstehen könnte infolge einer Aeußerung des Herrn Abg. Fulda, nämlich, daß er sich in Uebereinstimmung befände mit der Meinung der übrigen israelitischen Bevölkerung hier. Mir liegt eine Zeitung vor, die „Deutsche Israelitische Zeitung", die in israelitischen Kreisen viel gelesen wird. Sie bringt einen Aufsatz, der sich gerade beschäftigt mit dem Beschluß des Ausschusses bezüglich der Aufhebung dieser Erlasse. Da ist denn gerade das Gegenteil gesagt von dem, was der Herr Abg. Fulda meint, daß „der wahren Gewissensfreiheit und dem Frieden nur gedient werde, wenn die Erlasse aufrechterhalten bleiben. Sie haben sich bewährt, denn noch haben wir keine antisemitische Religion in Deutschland, welche Gewissensfreiheit verlangen könnte für den Satz: Du sollst deinen Nebenmenschen hassen, verachten und verfalgen!"

Daraus dürfte dach hervargehen, daß die Meinung des Herrn Abg. Fulda, daß die Israeliten, wenn sie sich heute noch unter dem Schutze des Erlasses befinden, sich etwa als Schutzjuden betrachten, von vielen Israeliten nicht geteilt wird. Meine Herren, der Schutzjude ist etwas anderes gewesen als der heutige Israelit. Der Schutzjude war derjenige, der ausgenommen war von der Rechtlosigkeit des Mittelalters, der unter der Protektian des Kaisers oder eines sonstigen Mächtigen stand. Hier aber handelt es sich nur darum, den Israeliten die Gleichberechtigung, die sie durch die Verfassung haben, zu erhalten. Deshalb meine ich, daß das Schlagwort „Schutzjude" nicht geeignet ist, den Sinn dieser Erlasse richtig zu bezeichnen.

Abg. Dr. **Schmktt:**

Meine Herren, wir sind in diesem Hause alle darüber einig, daß diese Erlasse keinerlei Bedeutung für die Gegenwart mehr haben: man befürchtet nur, daß aus der Aufhebung dieser Erlasse unter Umständen ein Mißverständnis entstände. Wenn wir nun in diesem Hause von allen Parteien aus erklären, daß wir für die Aufhebung dieser Erlasse stimmen, weil sie überflüssig geworden sind, so kann wahrhaftig niemand die Gefahr laufen, daß aus unserem Beschluß ein anderer Schluß gezogen wird. Das Mißverständnis könnte doch nur bei Leuten entstehen, die tatsächlich kein Verständnis haben für das, was wir hier verhandeln. Daß wir tatsächlich auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Konfessionen stehen und daß wir dafür kämpfen, ist eine altbekannte Tatsache, und wenn wir sagen: nach allgemeiner Ansicht von Regierung und Landtag erklären wir, es ist kein Anlaß mehr für diese Erlasse, wir stimmen für die Beseitigung, dann wird weder über dasjenige, was wir wollen, noch über dasjenige, was die Regierung will, irgendein Zweifel und Mißverständnis

(Heiterkeit)

entstehen. Dazu kommt, daß, wenn ich aus den Kreisen der Israeliten heraus selbst höre: wir wollen gar nicht, daß diese Erlasse aufrechterhalten werden,

(Zuruf: Und zwar mit Recht!)

ich nicht einsehen kann, daß wir trotzdem sagen sollen: das soll uns nicht hindern, wir wollen die Erlasse doch bestehen lassen. Meine Herren, wir müssen uns zunächst sagen, daß, wenn wir aus den Kreisen der Israeliten unseres Großherzogtums heraus solche Meinungsäußerungen bekommen, daß wir unseren israelitischen Mitbürgern nicht Unrecht tun, wenn wir darauf eingehen. Es mag einzelne Kreise des Judentums geben, die tatsächlich in ihrer Aengstlichkeit der Meinung sind, daß auch heute noch ein Bedürfnis für die Erlasse vorhanden sei. Dann soll man dafür sorgen, daß die Meinung dieses Hauses verbreitet werde, dann wird die Aengstlichkeit verschwinden; denn es ist tatsächlich unmöglich, daß ein Mißverständnis aus dem Beschluß gefolgert werden könnte. Und, meine Herren, wenn es einen Beamten geben sallte innerhalb des Großherzogtums, der aus der Aufhebung heraus zu dem Mißverständnis käme — ich will mich recht stark ausdrücken —, als ob die Juden vogelfrei wären, sa wäre sicher der Staatsanwalt sehr rasch bei der Hand, um ihn eines anderen zu belehren.

(Sehr richtig!)

Abg. Dr. **Gutslecksch:**

Meine Herren, es ist erfreulich, wenn auf diesem Boden der Herr Kallege Fulda sich mit dem Herrn Kollegen Köhler begegnet

(Heiterkeit)

und man ein Einvernehmen sieht, auf das zu hoffen und an das zu glauben ich nicht gewagt hätte. Aber dieses Einvervehmen ist so unnatürlich — ich will keinen Vergleich aus dem Tierreich nehmen —, daß ich glaube, daß dieses Einvernehmen nicht Stand hält, wenn einmal die Praxis kommt, und ich will hoffen, daß dann der Herr Kollege Fulda nicht Veranlassung hat, seine Auffassung zu bereuen und sie als unrichtig anzusehen. Meine Herren, wenn der Herr Kollege Wolf mich auf den Liberalismus verweist — von dem ich etwas mehr weiß als er —,

(Heiterkeit)

daß ich gegen den Liberalismus verstoße, wenn ich sage, Erlasse, die in bewegter Zeit bei ganz bestimmten Exzessen mit ganz gutem Fug erlassen worden sind, seien heute nicht mehr nötig, so sage ich, wenn die Frage zu erwägen wäre, ob die Erlasse heute zu geben wären, so wäre die Notwendigkeit zu bezweifeln, aber, meine Herren sie aufzuheben, das bedeutet etwas anderes. Und wenn auch der Herr Kollege Schmitt meint, es könnte für einen verständigen Menschen daraus kein Mißverständnis entstehen, sa möchte ich doch sagen, daß verständig nicht alle Menschen sind

(Sehr richtig!)

und daß, da hier die graße Masse in Betracht kommt mit ihren Wünschen und besonderen Instinkten, die Gefahr von Mißverständnissen sehr nahe liegt.

Meine Herren, im übrigen, Sie mögen heute beschließen wie Sie wollen, von Schutzjuden kann, wie der Herr Minister schon gesagt hat, nicht die Rede sein; die Juden werden nicht in die Kategorie der Schutzjuden gebracht. Sie mögen heute auch nach dem Antrag der Regierung beschließen. Ich habe die Hoffnung, daß die vernünftige Ansicht der in der Regierung waltenden Personen schließlich denselben Weg führen wird zur Lösung dieser Frage, den sie gefunden hat oder finden wird bei der Lösung der Frage, ob in Pfeddersheim ein weiteres Steuerkommissariat errichtet werden soll.

Abg. Dr. **Fulda:**

Ich glaube mich kurz fassen zu können insbesondere angesichts der Aeußerung, die seitens des Herrn Kollegen Schmitt abgegeben worden ist. Ich bin auch der Ansicht, daß angesichts der Erklärung, die seitens der Regierung abgegeben worden ist, und angesichts der verschiedenen Erklärungen, die aus dem Hause abgegeben warden sind, gar kein Zweifel bestehen kann über die Gründe, aus denen die Aufhebung der beiden Erlasse ersalgen soll. Ich bin auch nicht so ängstlich, wie etwa der Kollege Gutfleisch meint, der glaubt, in der könnte ich eines Besseren belehrt werden. Meine Herren, als ich noch Gerichtsassessor war, bin ich während der antisemitischen Hochflut von der vorgesetzten Behörde in Gegenden geschickt warden, in denen der Antisemitismus ganz besonders blühte, z. B. nach Trebur, Groß-Umstadt und anderen Gegenden: ich glaube, auch ich sehe nicht allzu christlich-germanisch aus,

(Heiterkeit)

so daß ich alsa wohl Anfechtungen hätte ausgesetzt sein können. Es ist mir aber niemals das geringste passiert. Man soll deshalb doch nicht allzu ängstlich sein. Jedenfalls sind die Gründe, die den Herrn Kollegen Gutfleisch bewegen, für die Beibehaltung des Erlasses zu stimmen, unter keinen Umständen für uns maßgebend; sie sind aber auch nicht maßgebend für einen großen Teil — und ich kann wohl sagen für den größten Teil meiner Glaubensgenossen, und in dieser Hinsicht kann nicht in Betracht kommen, was in einem israelitischen Blatte gesagt wird. Es sind mir auch derartige Stimmen bekannt geworden, insbesondere ist ein derartiger Artikel z. B. in dem Hamburger israelitischen Familienblatt erschienen; das kann uns, und insbesandere auch uns hessische Juden nicht hindern, wie ich annehmen darf, wohl in der Mehrzahl für Beseitigung dieser Bestimmungen einzutreten.

Wenn die Regierung, wie heute durch den Mund des Herrn Staatsministers zum Ausdruck gebracht wurde, der Auffassung ist, was ja dankbar anerkannt werden muß, daß die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier bestehen bleiben soll, wie es leider bei uns in Hessen seither, wie man sagen muß, vielfach der Fall war, sondern daß die Gleichberechtigung auch in die Wirklichkeit überführt werden solle, so hat sie es in der Hand und kann es praktisch betätigen, den Juden als gleichberechtigten Staatsbürger erscheinen zu lassen, und zwar dadurch, daß sie ihm eben dieselben Rechte zugesteht, die unseren christlichen Mitbürgern zugestanden werden, insbesondere auch in Bezug auf die Anstellung usw. Ich glaube, wenn die Regierung in dieser Art und Weise vorgeht, sa wird sie am allerbesten die antisemitischen Tendenzen bekämpfen.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen und der Antrag, wie bereits erwähnt, gegen die Stimmen der freisinnigen Abgg. Gutfleisch und Noack und des nationalliberalen **Abg. B e t z angenommen. Nach der bestimmten Erklärung des** Ministers Dr. Ewald ist jedoch nicht daran zu denken, daß **die Regierung dem Antrag auf Aufhebung der Erlasse Folge geben wird.**

Ihrem Mißvergnügen darüber gaben die Antisemiten bei der nächsten Gelegenheit im R e i c h s t a g e **Ausdruck. In der Sitzung vom 2. d. M. bei der zweiten Be**ratung des Reichsvereinsgesetzes kam der Abg. B i n d e -
w a l d in einer reichlich konfusen Rede, die ihm wiederholt
w a l d in einer wirklich konfusen Rede, die ihm wiederholt
den ironischen Beifall des ganzen Hauses eintrug, auf die hessischen Regierungserlasse zu sprechen. Der hessische Bun**desratsbevollmächtigte Dr. von N e i d h a r d terwiderte darauf:**

Ich weiß nicht, meine Herren, ob ich die Heiterkeit des Hauses in sa hohem Maße erregen werde wie der Herr Vorredner. Ich glaube

aber doch, aus seiner Rede Veranlassung nehmen zu müssen, hier einige Worte zu sagen. Er hat sich mehrfach mit der Großherzoglich Hessischen Regierung in nicht besonders wohlwollender Weise beschäftigt.

(Lebhafte Zurufe: Im Gegenteil!)

— Der Schlußsatz macht daran nichts besser! Ich komme vielleicht darauf noch zurück.

Zunächst möchte ich mit zwei Worten die alte, ausgegrabene Geschichte aus einer antisemitischen Zeit in Hessen abtun. Ich glaube, es war anfang der neunziger Jahre, da war im hessischen Odenwald eine antisemitische Bewegung entstanden, die so weit ging, daß man den Juden die Fenster einschlug, man demolierte zum Teil die Häuser, man verprügelte die Juden auf der Straße — —

(Hört! Hört! Lebhafter Widerspruch von der Deutschen Reformpartei und Zurufe: Beweise!)

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Ich bitte, nicht zu unterbrechen, meine Herren!

Dr. **v. Neidhardt:** Ich habe nur die Absicht, zu widerlegen und richtig zu stellen, was hier gesagt worden ist! — Damals hat der Oberstaatsanwalt in Darmstadt den betreffenden Staatsanwalt des Bezirks angewiesen, wegen dieser die öffentliche Ordnung im höchsten Grade gefährdenden Zustände scharf einzuschreiten. Das ist der sogenannte berüchtigte Oberstaatsanwaltserlaß aus den 90er Jahren. Und ich frage nun die hohen Herren: ist das nicht ein Erlaß, wie er gerechtfertigt ist?

(Lebhafte Bewegung.)

Dieser Erlaß war auf den betreffenden Bezirk beschränkt und hat nur vorübergehend Bedeutung gehabt; in Hessen denkt kein Mensch mehr an ihn; nur die wenigen Herren hier sind es, die sich seiner erinnern.

(Große Heiterkeit.)

Das war der eine Punkt.

Abg. **Zimmermann:** Meine Herren, nur wenige Worte. Die Ausführungen des hessischen Bundesratsbevollmächtigten zwingen mich nämlich, aufs schärfste Verwahrung gegen die Behauptungen einzulegen, die gegen die frühere antisemitische Bewegung im Odenwald und in Hessen hier erhoben worden sind. Es ist nach meiner Kenntnis der Dinge — und ich habe damals mit in der hessischen Bewegung gestanden — keineswegs richtig, daß durch die politische antisemitische Bewegung Ausschreitungen veranlaßt worden wären, wie der Herr hessische Bundesratsbevollmächtigt behauptet hat

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Reformpartei.)

daß Juden Fenster eingeworfen seien, daß sie vergewaltigt wären usw. Die Beweise dafür fehlen gänzlich.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Reformpartei.)

Ich muß betonen: die politische Bewegung, die damals in Hessen begann, hat sich durchaus auf dem Boden der Ordnung bewegt

(lebhafte Zustimmung bei der Deutschen Reforpartei),

und gerade die damaligen Führer Dr. Böckel, ich und andere sind bemüht gewesen, die Bewegung in rein gesetzliche Bahnen zu halten. In Hessen sind damals Uebelstände gewesen, da ja nicht bloß von antisemitischer Seite, die auch von ganz unparteiischer Seite, in der Gartenlaube usw., geschildert worden sind als unerträgliche Zustände unter dem Druck des Judentums. Daß da bisweilen einzelne Ausschreitungen vorgekommen sind, das mag sein. Wer ist aber der provozierende Teil gewesen? Das dortige übermütige und das Volk auswuchernde Judentum!

(Sehr richtig! bei der Deutschen Reformpartei. — Lachen links.)

Wenn nun aber weiter der Herr hessische Bundesratsbevollmächtigte sich veranlaßt fühlte, sich in der Weise über die antisemitische Bewegung auszulassen und zu behaupten, die Schlippschen Erlasse wären durch solche Uebergriffe herbeigeführt, so muß ich zur Steuer der Wahrheit im Gegenteil sagen: ich habe damals mit meinen Freunden kennen gelernt, wie es mit der sogenannten hessischen „Freiheit" bestellt ist. (Hört! hört!)

Da war die bureaukratische Willkür am allerärgsten, wie sie nur denkbar ist.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Reformpartei.)

Es wurden Versammlungen ohne Angabe von Gründen verboten.

(Hört! Hört!)

Sobald in der Versammlung nur das Wort „Jude" fiel, erhob sich der Ueberwachende, der Bürgermeister oder sonst ein behördliches Organ und löste die Versammlung einfach auf.

(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und große Heiterkeit.)

Das war die Redefreiheit in Hessen.

(Erneute Heiterkeit.)

In den Versammlungen in Hessen, die von antisemitischer Seite veranstaltet wurden, erschienen die hessischen Gendarmen und luden vor den Augen des Publikums ihre Flinten

(Heiterkeit),

— nicht etwa, um uns zu schützen, nein, sie hatten den bösen Verdacht, wir marschierten gleich los und wollten die Juden totschlagen. In derartig naiven und voreingenommenen Anschauungen hat sich damals die hessische Regierung befunden. Ja es ging sogar so weit, daß auch Bauernfeste verboten wurden, daß Bergfeste, die von der bäuerlichen Bevölkerung aus mehreren Ortschaften veranstaltet wurden, nicht gestattet wurden, oder daß dort Ansprachen einfach von vornherein verboten wurden

(hört! hört!);

auch ohne jegliche Angabe eines Grundes.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— In König im Odenwald ist es passiert, daß ein derartiges Bauernfest Mitte der neunziger Jahre verboten worden ist. Den Sozialdemokraten hatte man aber wenige Tage vorher festliche Umzüge in Offenbach gestattet.

(Hört! hört! und Heiterkeit.)

Da sehen Sie, wie wenig gleichmäßig damals in Hessen die Parteien behandelt wurden. Wenn das sich nun heute in Hessen geändert hat, so geschieht das nur unter dem Druck der Stimmung, die sich aus der hessischen Kammer geltend macht.

(Zuruf rechts.)

— Ja, meine Herren, ich komme nun zu § 1 des Gesetzes . . . .

Dr. **v. Neidhardt:** Meine Herren, der Widerspruch, in welchem die Abgeordneten Bindewald und Zimmermann, beide von gleicher Partei, sich bewegen, überhebt mich der Mühe, auf die desfallsigen Ausführungen näher einzugehen.

(Abgeordneter Zimmermann: Sehr bequem!)

Ich habe mir nur das Wort erbeten, um festzustellen, daß meine Behauptungen über die antisemitischen Vorgänge im Odenwald auf Wahrheit beruhen und aktenmäßig zu beweisen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Zimmermann.)

— Wer die Bewegung veranlaßt hat, das weiß ja der Herr Abgeordnete ganz genau; denn er hat uns gesagt, daß er und seine Genossen in der Lage gewesen sind, diese Bewegung im Zügel zu halten.

(Abgeordneter Zimmermann: Wir haben es bewiesen, die hessische Regierung nicht!)

* * *

Die „Mitteilungen" haben schon im Januar zu dem antisemitischen Antrage Stellung genommen. Wir haben damals erklärt, daß wir selbstverständlich prinzipiell gegen Ausnahmegesetze sind, daß es sich aber hierbei gar nicht um ein Ausnahmegesetz gegen die Antisemiten, sondern um die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gegenüber antisemitischen Ruhestörern handelt. Das ist, wie aus den parlamentarischen Verhandlungen hervorgeht, auch die Auffassung der hessischen Regierung. Was die Antisemiten in Wahrheit erstreben, ist ganz etwas anderes als die strikte Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Konfessionen. Sie wollen, daß die Juden für minderen Rechts erklärt werden und beanspruchen auch für die persönlich zum Antisemitismus hineinragenden staatlichen Beamten nach dieser Richtung volle politische Betätigungsfreiheit. Dazu kann aber eine Regierung, die nicht selber die Disziplin in ihrer Beamtenschaft untergraben will, unmöglich die Hand bieten.

Die preußische Polenpolitik und die Juden in Posen und Westpreußen.

Bei der am 7. April im Abgeordnetenhause stattgehabten Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886 betr. die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, für das Jahr 1907, hielt der freis. Abg. Wolff (Lissa) folgende Rede:

Meine Herren, ich habe schon bei der ersten Beratung der Enteignungsvorlage darauf hingewiesen, daß wir das Wirken der Ansiedlungskommission in bezug auf die ländlichen Verhältnisse außerordentlich hoch schätzen. Die Ansiedlungskommission hat in der Tat, wie wir anerkennen müssen, im Laufe von mehr als 20 Jahren ein Kulturwerk ersten Ranges in der Provinz Posen und in Westpreußen geschaffen. Sie hat stellenweise geradezu Musterwirtschaften errichtet, sie hat in bezug auf Wegebau, Bodenmelioration, Schaffung von Schul- und Kirchensystemen das denkbar Mögliche in den genannten Provinzen getan. Gern und aus vollstem Herzen würden wir dieses Kulturwerk, soweit es eben ein Kulturwerk ist, mit allen Mitteln unterstützen.

Wenn wir den letzten Weg nicht haben mitmachen können, den die Königliche Staatsregierung gegangen ist, so haben wir die Gründe dafür bei der Beratung der Enteignungsvorlage angegeben. Wenn es sich um nichts weiter handelte, als jenen durch die Ungunst der Verhältnisse zurückgebliebenen Teilen des Staates neue wirtschaftliche, ethische und sonstige Kultur zu bringen, so sind wir die allerersten — das kann ich im Namen der Volkspartei sowohl wie der Vereinigung erklären —, die dann solches Werk unterstützen würden. Soweit es aber eine politische Waffe sein

soll, soweit es eine Waffe sein soll mit Mitteln, die sich als Ausnahmemaßregeln gegen einen Teil der Bevölkerung darstellten, konnten wir uns an dem Vorgehen der Regierung nicht beteiligen.

So sehr wir aber das Kulturwerk auf dem Lande hoch veranschlagen, so wenig können wir anerkennen, daß die Regierung in den Städten das geleistet hat, was die Ansiedlung von über 100 000 Menschen unter einen Aufwand von 350 Millionen ermöglicht hätte. Der Herr Vorredner hat bereits auf die schwierigen Verhältnisse in den Städten hingewiesen. Ich will mir erlauben, bei der Wichtigkeit der Sache, auf diesen Punkt näher einzugehen.

Die Städte der Provinzen Posen und Westpreußen — ich behandle hier hauptsächlich die Provinz Posen — haben im wesentlichen einen Fortschritt nicht genommen. Zwar findet sich mancherlei, was die Spuren neuer Kultur zeigt: die Schaffung von Schulen aller Art, Seminaren und ähnlichen Instituten. Aber was doch so wichtig für die Städte ist: die Hebung von Handel und Gewerbe, die Schaffung der Möglichkeit eines besseren Fortkommens — das ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, bedauerlicherweise zu vermissen.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen)

Woran das liegt, das ist ja natürlich schwer zu sagen; der Gründe wird es zahlreiche geben. Für einen der wichtigsten halte ich den Faktor, den der Landesdirektor der Provinz Posen Herr v. Dziembowski im Herrenhause angegeben hat.

Die Art, wie die Ansiedler angesetzt sind, und wie sie in Genossenschaften — ich kann wohl sagen — hineingedrängt werden, bringt es mit sich, daß die Ansiedler sich absondern und mit der anderen Bevölkerung nicht verwachsen. Das gilt im ganz besonderen Maße für ihr Verhältnis gegenüber der städtischen Bevölkerung, und es ergibt sich daraus die Folge, daß sie mit dem städtischen Gewerbebetrieb nicht in dem Maße in Verbindung stehen, wie es möglich und wie es auch erforderlich wäre, wenn der städtische Gewerbebetrieb aus dem Zuwachs von 100 000 Menschen den entsprechenden Vorteil haben soll.

Ja, wir sehen in den Städten sogar, daß zu einem großen Teil ein erheblicher Rückgang in Handel und Gewerbe stattfindet. Einen Fortschritt sehen wir in den Ansiedlungsprovinzen nur im Baugewerbe und dem, was damit zusammenhängt. Es liegt ja auf der Hand, daß, wenn neue Ansiedlungen geschaffen werden, erhebliche Bauten erforderlich werden, und daß das seine günstige Rückwirkung auf den Baumeister der Stadt, auf die im Baugewerbe beschäftigten Personen und auf die Lieferanten von Baumaterialien, wie Ziegel, Kalk, Zement, Eisen, ausübt. Aber im übrigen ist doch eine große Schädigung der Gewerbetreibenden, namentlich der Personen, die den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten betreiben, eingetreten. An die Stelle der Rittergüter sind die Ansiedlungen getreten; aber die Stellle der Rittergutsbesitzer, die ihre Geschäfte mit dem Kaufmann der benachbarten Stadt geschlossen haben, haben nicht die Ansiedler eingenommen. Sie betreiben ihre Geschäfte in Getreide, Futtermittel, Saatgut, Vieh usw. nicht mit dem Händler, sondern in Genossenschaften. Die Folge davon ist eine starke Abwanderung städtischer Bevölkerung, namentlich der Einwohnerschaft, die auf diesen Handel angewiesen war. Die Abwanderung ist unter der christlichen Bevölkerung nicht unbedeutend; ganz erstaunlich ist sie aber in der jüdischen Bevölkerung.

Meine Herren, die jüdische Bevölkerung der Provinz Posen ist vom Jahre 1885, der letzten Volkszählung vor der Emanation des Ansiedlungsgesetzes, bis zum Jahre 1905, dem Jahre der letzten Volkszählung, von 50 886 gesunken auf 30 433.

(Abgeordneter Peltasohn: Hört, hört!)

Der Rückgang ist in diesem Zeitraum ein auffallend regelmäßiger gewesen. Im Jahre 1885 wies die Volkszählung, wie gesagt, 50 886 Juden in der Provinz Posen auf, 1890 nur noch 41 437, 1895 40 019, 1900 35 327 und 1905 wie erwähnt 30 433. Das sind im Laufe jeder Zählungsperiode von 5 Jahren etwa 5000, aufs Jahr 1000.

Meine Herren, was diese Zahlen so bedeutungsvoll macht, ist nicht ihre absolute, sondern ihre relative Größe. Bedenken Sie, daß in dieser Zeit die Zahl der Bevölkerung in Posen an sich nicht unerheblich zugenommen hat! Von 1901 bis 1905 z. B. haben sich die Katholiken um 10 000, die Evangelischen um 8000 vermehrt; die Zahl der Juden aber ist in dieser Zeit um 1000 zurückgegangen. Meine Herren, man wird sich fragen müssen, wodurch dieser ganz außergewöhnliche und ganz bedenkliche Rückgang erfolgt ist. Der Rückgang bleibt außergewöhnlich, wenn es auch richtig ist, daß die Zahl der Juden sich schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts verringert hat. Aber früher war die Verminderung nicht entfernt so groß, namentlich im relativen Verhältnis nicht so bedeutend, wie seit Bestehen des Ansiedlungsgesetzes.

Meine Herren, die Abwanderung der Juden hat ja natürlich zu einem Teil ihren Grund darin, daß manche das Bedürfnis haben, aus einer Gegend, die wenig landschaftliche Reize und sonstige Vorteile bietet, nach schöneren Gegenden oder nach der größeren Stadt zu ziehen. Das bezieht sich in der Hauptsache natürlich auf die Vermögenden. Es versteht sich auch ganz von selbst, daß eine Anzahl deswegen abwandert, weil mancher Gewerbetreibende in der größeren Stadt eine bessere Erwerbsgelegenheit erwartet, als sie sich in den kleineren Städten der Provinz bietet. Aber solche Umstände, meine Herren, wie andere kleine Faktoren, können diese Vorgänge nicht erklären. Zu einem Teil spielen die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine nicht unwesentliche Rolle. Der Herr Vorredner hat schon von dem Kastengeist gesprochen, der sich in der Provinz breit macht. Er macht es vielen Leuten unmöglich, die gesellschaftliche Stellung und den gesellschaftlichen Verkehr und Umgang zu erlangen, der ihnen nach ihrer Bildung und ihren materiellen und sonstigen Verhältnissen zukommt.

Meine Herren, es kommt hinzu, daß die Worte des Herrn v. Tiedemann noch nicht genügend berücksichtigt sind, die dahin gingen, daß in der Provins Posen Antisemitismus treiben nichts anderes heiße, als mit sehenden Augen einen Teil des Bürgertums von der deutschen Partei absprengen. Meine Herren, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ein derartiges Verhalten um so weniger gerechtfertigt ist, als die Juden in der Provinz Posen einen der wesentlichsten Faktoren des Deutschtums bilden. Der Deutsche jüdischen Glaubens ist in der Provinz Posen ein ausgesprochener Vertreter der deutschen Sprache, deutscher Bildung und deutscher Kultur, in manchen Orten und Gegenden sogar der wichtigste und geeignetste Vertreter des Deutschtums.

(Abgeordneter Ernst: Sehr richtig!)

Meine Herren, allerdings wird einem dieses Deutschtum mitunter nicht leicht gemacht, weil der Ostmarkenverein davon ausgeht, daß das Deutschtum, das er vertritt, die wahre nationale Gesinnung darstellt, und weil manche nicht geneigt sind, ihr Deutschtum in chauvinistischer Weise zu äußern und zu bestätigen. Ich meine, es sollte Aufgabe jedes Einzelnen in der Provinz Posen sein, auf eine Besserung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse hinzuwirken, so daß den Einwohnern das Leben angenehmer gemacht wird; dann wird bei einem Teil das Bedürfnis schwinden, nach anderen, weniger unbehaglichen Gegenden zu verziehen.

Meine Herren, nach dieser Richtung hin ist auch die Schlechterstellung der akademisch gebildeten jüdischen Bewohner der Provinz Posen nicht ohne Bedeutung. Gegenwärtig wird von amtlichen Arztstellen ein Arzt jüdischen Glaubens verhältnismäßig selten zugezogen. Das entspricht nicht dem Grundsatze der Parität, der speziell in der Provinz Posen gelten sollte, wo eben die Frage des Deutschtums in Betracht kommt und nicht die der Konfession. Es werden von außerhalb Aerzte, wo jüdische Aerzte ihren Wohnsitz haben und ihren Unterhalt finden, mit der Begründung herangezogen, daß es notwendig sei, zur Hebung des Deutschtums einen christlichen Arzt am Orte zu haben, und es wird dann dem jüdischen Arzt die Existenzmöglichkeit mitunter genommen. Was die Rechtsanwälte betrifft, so wissen Sie ja, meine Herren — wir haben hier im Hause früher darüber schon geklagt —, daß die jüdischen Rechtsanwälte nicht etwa in der Reihe der Anciennität zu Notaren befördert werden, sondern sie müssen, wenn sie überhaupt das Notariat erhalten, viele Jahre länger warten als ihre christlichen Kollegen.

Nun, meine Herren, kommt der wesentliche Faktor, der die Abwanderung herbeiführt: die unendliche Zahl von Genossenschaften, die mit Hilfe der Königlichen Staatsregierung geschaffen ist. Genossenschaften aller Art: Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Brennerei-, Molkerei-, Fleischerei-, Bäckerei-, Zuckerrübengenossenschaften und viele andere versorgen die Ansiedler. Der Ansiedler wendet sich an die Genossenschaften; er liefert ihnen, was er produziert, und bezieht von ihnen, was er verbraucht. Der Händler in der Stadt, namentlich der Kleinhändler, ist dadurch fast gänzlich außer Kurs gesetzt. Ihm wird die Existenzmöglichkeit geraubt, und er wird zur Abwanderung genötigt.

Das wäre allerdings noch zu ertragen; aber, meine Herren, nun ist mit Mitwirkung der Königlichen Staatsregierung, und zwar nicht bloß mit ihrer moralischen, sondern auch mit ihrer materiellen Beihilfe, in Posen ein deutsches Lagerhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung — nicht etwa eine Genossenschaft — nimmt alles das, was sich in den Genossenschaften ansammelt, bei sich auf; sie ist ein Brennpunkt für die Produkte der Ansiedler und strahlt von sich auf die Ansiedler das aus, was diese an Saatgut, an Düngemittel und ähnlichen Dingen gebrauchen. Damit ist nicht bloß der kleine Händler, sondern auch der mittlere Händler ausgeschaltet. Die Sache wird aber noch schlimmer dadurch, daß das Lagerhaus sich nicht etwa auf die Genossenschaften beschränkt, sondern seine Geschäfte mit den Rittergutsbesitzern und mit den ansässigen Bauern macht und dadurch dem ansässigen Handel eine Konkurrenz macht, die ihm das Dasein außerordentlich erschwert. Das Lagerhaus hat vor den Kaufleuten einen großen Vorsprung, da es durch seine Beziehungen zu den Ansiedlungsgenossenschaften schon reichlich alle Unkosten deckt. Es kauft nämlich nicht etwa die Produkte der Genossenschaften und verkauft seine Waren an diese auf eigene Rechnung; es ist vielmehr nur Kommissionär: es verkauft die Produkte für Rechnung der Genossenschaften und

kauft sie ebenso ein. Es weist durch Schlußschein nach, welchen Preis es erhalten bezw. bezahlt hat, und erhält aus diesem Preise eine Provision hinzu. Das Geschäft enthält also fast gar kein Risiko; die Provision deckt aber bei dem großen Umsatz natürlich alle Unkosten. Damit ist dem Lagerhaus mit moralischer und materieller staatlicher Hilfe ein Vorsprung gegeben, der im wirtschaftlichen Wettkampfe zuungunsten des städtischen Kaufmannes ausschlagen muß.

Nun sind die Kaufleute weit davon entfernt, irgend welche staatliche Hilfe zu verlangen Was sie aber fordern, ist, daß die Königliche Staatsregierung dahin wirkt, daß das Lagerhaus seine Geschäfte auf die Genossenschaften beschränkt und nicht noch weiter den Rest des Handels mit landwirtschaftlichen Düngemitteln, Futtermitteln und Sämereien an sich zieht. Man verlangt dies mit Recht; denn die Königliche Staatsregierung kann wohl ein Institut fördern, das ihren Ansiedlern dient, nicht aber ein solches, das den Handel in diesen Artikeln zu unterdrücken in der Lage ist und den mittleren und kleineren Händler tatsächlich ausschaltet.

In der Denkschrift wird nun gesagt: wenn die Händler aus der Provinz Posen fortziehen, so liegt das daran, daß der Kleinhandel naturgemäß untergehen muß, weil ihm die Daseinsbedingungen fehlen. Meine Herren, ich will mich auf die Erörterungen dieser Frage nicht einlassen. Aber wenn es so wäre, so hat doch die Staatsregierung nicht den mindesten Anlaß, diesen Prozeß noch durch ihre Macht- und Geldmittel zu fördern.

Dies um so weniger, als der jüdische Kaufmann in der Provinz Posen sich in einer ganz besonders schlimmen Lage befindet. Er steht zwischen zwei Feuern; die Polen bekämpfen ihn ebenso wie die Deutschen. Das Wort: „Kauft nicht bei Juden" haben die Polen von den Deutschen sehr schnell gelernt. Der Geschäftsantisemitismus macht schnell Schule. Was aber ist die Folge, wenn ein jüdischer Kaufmann seine Existenzmöglichkeit verliert? An Stelle eines jeden Juden, der abwandert, tritt nicht etwa ein anderer Deutscher, sondern ein Pole;

(sehr richtig! bei den Freisinnigen)

denn die Polen haben es verstanden, sich einen Mittelstand zu schaffen. Dieser Mittelstand ist tüchtig und leistungsfähig, und mit Eifer wird von ihnen darüber gewacht, wo sich die Möglichkeit zur Betätigung findet. Für das Deutschtum ist also damit nichts gewonnen. Die Frage ist sehr ernst. Denn die starke Abwanderung hat schon manches jüdische Schul- und Gemeindesystem vernichtet und bedroht manches andere. Möge die Regierung diesen Tatsachen ihre Aufmerksamkeit mit Entschiedenheit zuwenden!

Den Herren von der Rechten möchte ich aber noch ein Wort sagen. Sie werden dieser Frage, insbesondere dem Kleinhandel und Mittelhandel der Juden, Ihre Unterstützung nicht versagen können; denn Sie sprechen so häufig und so gern und so eindringlich über Ihre Liebe zum Mittelstand. Hier handelt es sich um Leute vom Mittelstand, um Leute von kleinem und mittlerem Einkommen, und Ihr Interesse für den Mittelstand kann doch nicht da aufhören, wo es sich um Juden handelt.

(Bravo! bei den Freisinnigen.)

* * *

In der am 8. April fortgesetzten Debatte ist weder einer der Redner aus dem Hause noch der Landwirtschaftsminister v. Armin auf die höchst instruktiven Ausführungen des Abg. Wolff über die jüdische Bevölkerung zurückgekommen.

Abg. Lattmann und die auswärtigen Juden.

Der ehemalige Verehrer und heutige Beschimpfer Naumanns, der antisemitische Reichstagsabgeordnete Lattmann, scheint das Bedürfnis zu haben, seinen Wählern und treuen Anhängern zu zeigen, daß sein jetziger Antisemitismus fester und unentwegter als sein ehemaliger Liberalismus ist. Da er augenblicklich keine Gelegenheit findet, sich über die deutschen Juden sittlich zu entrüsten, so regt er sich über die ausländischen Juden auf. Er hat, wie in Nr. 14 der „Mitt." bereits erwähnt worden ist, ausgerechnet, daß sich gegenwärtig 100 000 ausländische Juden in Deutschland aufhalten, und er erblickt natürlich darin eine große Gefahr. Uns scheint diese Statistik sehr anfechtbar zu sein. Sieht man von den durchreisenden und sich nur vorübergehend in Deutschland aufhaltenden ab, dann dürften es höchstens 30 000 ausländische Juden sein. Das größte Kontingent dürfte Rußland stellen, und diese russischen Juden warten nur ab, bis die Ruhe im Zarenreiche einigermaßen hergestellt ist, um in ihre Heimat zurückzukehren. In den meisten Fällen sind diese Einwanderer ruhige, friedliche Elemente, sie sind bessere Steuerzahler und stehen auch kulturell und sittlich höher, als die italienischen Kanalarbeiter oder gar die russisch-polnischen Feldarbeiter, die unsere Agrarier so sehr begünstigen. Die preußische Regierung geht sicherlich rigoros genug gegen die russischen Juden vor, und wenn sie einige Leute ausnahmsweise nicht ausweist, so sind diese jedenfalls nach jeder Richtung hin einwandfrei. Der um das deutsche Volk so besorgte Herr Lattmann wünscht mit der „Kreuzzeitung", daß die russischen Juden von der Naturalisation ausgeschlossen werden. Das geschieht aber heute schon. Wir glauben kaum, daß in Preußen in den letzten zehn Jahren auch nur 20 russische Juden naturalisiert worden sind. Wir kennen in Rußland geborene Juden, die seit 20 bis 40 Jahren in Preußen leben, deutsche Gymnasien und deutsche Hochschulen absolviert haben, angesehene Stellungen einnehmen, und die dennoch ohne jeden Grund mit ihrem Naturalisationsgesuch abgewiesen worden sind. In Hessen, Baden und Bayern geschieht es wohl hie und da, daß ein russischer Jude Heimatsrechte erlangt, aber in den letzten Jahren auch nicht allzuhäufig. Es liegt also gewiß kein Grund vor, die Regierungen zu noch größerer Strenge anzuspornen.

Noch reaktionärer und inhumaner ist die Forderung, den ausländischen Juden das Studium auf den deutschen Hochschulen noch mehr zu erschweren. Schwer genug ist dies schon heute, denn die Aufnahmebedingungen sind in den letzten Jahren immer strenger geworden, auf den meisten Hochschulen müssen diese Ausländer viel höhere Beträge für die Immatrikulation und Vorlesungen oder Laboratorien zahlen als die Inländer was an sich vollkommen berechtigt ist. Dazu kommt, daß daß sie meistens von den Inländern getrennt immatrikuliert werden und erst dann ihre Plätze in den Zeichensälen und Laboratorien zugewiesen bekommen, wenn die Inländer bereits versehen sind. Liegt da noch ein Grund vor, diesen ausländischen Studenten das Studium in den Stätten der deutschen Wissenschaft noch mehr zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen? Man darf nicht vergessen, daß diese Studenten nicht zum Vergnügen, sondern von bitterer Not getrieben zu uns kommen, weil sie eben in Rußland ihres Glaubens wegen nur selten zur Universität zugelassen werden. Für sie ist also das Studium in Deutschland eine Lebensfrage. Ist es nicht ein nobile officium, diesen wissensdürstigen jungen Leuten das Leben nicht zu verkümmern?

Herr Lattmann rechnet aus, daß die ausländischen Studenten dem preußischen Staate jährlich 1 179 000 Mark kosten. Diese Rechnung ist bloße Theorie und für die Beurteilung der Sache von wenig Wert. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß der Staat dieselbe Anzahl von Dozenten und dieselben Ausgaben für Lehrmittel brauchen würde, wenn keine Ausländer an unseren Hochschulen studieren würden. Herr Lattmann meint ferner, es liege im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und in Rücksicht auf den Konkurrenzkampf unserer Industrie, die Ausländer von den deutschen Hochschulen fern zu halten. Wir sind der Ansicht, daß gerade das Gegenteil davon der Fall ist. Die Konkurrenz Rußlands brauchen wir für Jahrzehnte hindurch nicht zu fürchten, und unser Absatz in Rußland könnte schwer dadurch gefährdet werden, wenn wir da unnötigerweise eine Erbitterung gegen Deutschland hervorrufen. Heutzutage geht ja das wirtschaftliche Leben überall Hand in Hand mit dem politischen. Die wahren Motive der Politik unserer Antisemiten sind so allgemein bekannt, daß es keinen Sinn hat, sie mit einem wirtschaftlich-sozialen Mäntelchen zu verhüllen.

Der antisemitische Abg. Hirschel wegen Unterschlagung verurteilt.

Spät, aber doch hat den Führer des hessischen antisemitischen Bauernbundes das Verhängnis ereilt. Zwei Jahre hindurch hat der Herr „Genossenschaftsdirektor" Hirschel durch allerlei Winkelzüge und Vorschiebung seiner parlamentarischen Immunität die Gerichtsverhandlungen zu verschleppen verstanden, bis er sich endlich dem Gießener Gericht stellen mußte, das ihn am 10. d. M. wegen **Unterschlagungen in Höhe von 1200 Mark, begangen in 6 Fällen, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilte.** Der Staatsanwalt hatte nur 300 Mark Geldstrafe beantragt. **Das Gericht beurteilte jedoch die kriminellen Verfehlungen ungleich ernster.**

Hirschel war beschuldigt, Gelder für die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft zu Friedberg i. H. widerrechtlich **vereinnahmt und verspätet abgeliefert zu haben. Im Termin** bestritt er die Verfehlungen im Sinne der Anklage. Er habe nicht einmal die Absicht einer vorübergehenden Aneignung fremder Gelder gehabt. Das Gericht schenkte diesen Versicherungen indes keinen Glauben und fällte folgendes Urteil:

Als Unterschlagung nach § 246 des St.-G.-B. stellen sich die beiden Fälle Kaldhenn und die vier Posten, die Hirschel für Kartoffeln in Darmstadt einkassiert hat, dar. Der Fall Kaldhenn in Höhe von 585 Mark, in welchem der Angeklagte das Geld durch Wolf jun. in Darmstadt einzahlen ließ, wobei jener bei Aufstellung des Sortenzettels bei der Bank einen fingierten Namen gebraucht hat, ist ein typischer Unterschlagungsfall. Der Angabe Hirschels, ihm sei es später brühwarm eingefallen, daß ihm bereits das Geld gezahlt worden sei, hat das Gericht keinen Glauben schenken können. Man nahm sogar an, daß die falsche Namensbeilegung des Wolf jun. in Darmstadt doch wohl auf Zutun des Angeklagten zurückzuführen sei. Jedenfalls sei es auch auffällig, daß der zweite Geldbetrag Kaldhenns über 136 Mark, den bereits Hirschel in der Tasche hatte, als diesem eingefallen sein will, daß er die 585 Mark noch abzuführen habe, daß dieser zweite Betrag, was doch nahegelegen hätte, nicht damals mitbezahlt worden sei. In beiden Fällen handelt es sich um die rechtswidrige Zueignung einer fremden Sache. Hirschel durfte nicht so darüber verfügen, wie es geschehen ist. Er mußte wissen, daß er sich dadurch strafbar machte. In den vier Fällen der Kartoffellieferung nach Darmstadt hat Hirschel selbst erklärt, er habe geglaubt, das einkassierte Geld zunächst zurückhalten zu dürfen bis zur Abrechnung. Er hat diese Abrechnung aber nicht einmal versucht vorzunehmen. Weiter aber kommt hier belastend für den Angeklagten in Betracht, daß er wußte, daß jeder einzelne zur Ablieferung gekommene Kartoffelposten dem betreffenden Empfänger belastet war und die Beträge dafür an die Landwirtschaftliche Bank in Darmstadt überwiesen wurden. Hierzu kommt, daß Hirschel auf Monierung Schlenkes den Empfang der Zahlung in Darmstadt entgegen der Wahrheit in Abrede stellte, dann erst einen Teil der Schuld und später den Rest ablieferte, wobei er selbst von Darmstadt aus an seine Adresse nach Friedberg sich der Posteinzahlung bediente, die nach der Bekundung des Zeugen Wolf sen. von ihm auf dem Abschnitt mit dem Namen Jungk versehen wurde, wobei zweifellos der Glaube erweckt werden sollte, als ob nicht Hirschel, sondern Jungk die Zahlung erst verspätet geleistet hat.

Der Angeklagte hat in sechs Fällen objektiv rechtswidrig gehandelt, ob auch subjektiv in den Fällen eine Rechtswidrigkeit vorliegt, hatte der Gerichtshof zu prüfen. Er kam dabei zur Bejahung. Hirschels Verhältnisse waren damals ungeordnet. Er hat, wie nachgewiesen ist, die Hilfe von dritten Personen in Anspruch nehmen müssen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Daß Hirschel, wie nach der ganzen Sachlage anzunehmen ist, die hinterzogenen Beträge nicht dauernd an sich bringen konnte, kann dessen Strafbarkeit nicht ausschließen. Denn die Absicht, später Ersatz zu leisten, besteht in den meisten Fällen aller Personen, die Unterschlagungen begehen. Ebenso kann die Möglichkeit der Ersatzbereitschaft, die der Verteidiger herangezogen, die Strafbarkeit Hirschels nicht ausschließen, denn es würde sonst dazu führen, daß ein wohlhabender Mann wegen Unterschlagung nicht verantwortlich gemacht werden könnte. In den Fällen, wo Freisprechung erfolgt, handelt es sich um kleine Beträge, von denen nicht nachgewiesen ist, daß sie direkt in die Hände Hirschels gelangt sind. Ebenso ist der Fall mit den Möbeln nicht ganz aufgeklärt, wenn es auch auffällig sei, daß Hirschel die 400 Mark, die ihm Schlenke für Rechnung der Genossenschaft auf Vorlegung der Neusschen Rechnung gab, zur Tilgung einer Privatschuld verwendete.

Zum Strafmaß übergehend, erklärte der Vorsitzende, daß hier von einer Geldstrafe, wie sie eventuell der Vertreter der Anklage beantragt habe, keine Rede sein könne. Es handele sich um 1200 Mk., die unterschlagen seien, also um einen garnicht kleinen Betrag. Es liege aber auch ein Vertrauensbruch vor, der bei der Strafzumessung erschwerend zu wirken habe. Strafmildernd sei berücksichtigt, daß ein Schaden durch Hirschels Tun nicht entstanden sei. Die Erkennung einer Geldstrafe im vorliegenden Fall würde gegen jede Gepflogenheit der Kammer verstoßen; die selbst in milder gearteten Unterschlagungsfällen auf Freiheitsstrafen erkannt habe. Der Verteidiger selbst habe das Empfinden gehabt, daß eine Geldstrafe gegen seinen Klienten auf einen Gnadenakt hinauslaufe.

Merkwürdig berührte in dem Prozeß das Verhalten des Entlastungszeugen Geh. Rat Haas, des bekannten nationalliberalen Parlamentariers und Vorsitzender des **Bundes der Landwirte in Hessen, der Herrn Hirschels Verfehlungen** durch seine Ueberlastung mit Landtagsabgeordneten zu entschuldigen suchte.

Den Antisemiten ist diese empfindliche Bloßstellung eines ihrer Hauptkämpen in der „Glanzperiode" des hessischen Antisemitismus begreiflicher Weise sehr peinlich. Die „Deutsche Reform" bemerkt dazu:

„Es wird verschwiegen, daß der Abg. Hirschel seit dem Verlust seines Reichstagsmandats für den Antisemitismus und die Reformpartei nicht mehr tätig war, sondern sich ausschließlich der bäuerlichen Organisation widmete.

Das ist natürlich nur ein Spiel mit Worten. Im hessischen Landtage repräsentiert aber der Bauernbund den **politischen Antisemitismus. Wenn Herr Hirschel noch im** Reichstage säße, würde er ganz sicher einer der beiden antisemitischen Gruppen angehören.

Der Fall Hirschel ist, **wie man uns aus Darmstadt hierzu noch schreibt, bezeichnend für die Vettern- und Lotterwirtschaft, die bei den agrarischen Genossenschaftsgründungen geherrscht hat. Hirschel wurde zum Direktor einer Genossenschaft gemacht, obwohl er gar keine kaufmännischen Kenntnisse besaß. Aber er, der „Politiker", mußte irgendwo untergebracht werden! Das ist derselbe Mann, der oft in sittlichem Pathos gegen die sozialdemokratischen Konsumgenossenschafts-Beamten rc. gewettert hot, die für ihre Parteidienste mit einem Pöstchen dotiert wurden. Jedenfalls reiht sich Hirschel seinen antisemitischen Vorgängern Dr. Böckel und Pickenbach würdig an. Als Antisemit fing er an, um schließlich im Streit mit den Antisemiten zu enden. Politisch ist er jetzt nach seiner Verurteilung wegen Unterschlagung tot, denn die Bündler können ihn mit Rücksicht auf ihre Agitation nicht halten. Er wird wohl ähnlich wie Dr. Böckel vom Bunde das Gnadenbrot bekommen. Ob er sein Mandat niederlegen wird, ist unbestimmt. Es gibt Leute, die es nach Kenntnis seines Charakters bezweifeln. Vielleicht versucht er es zunächst mit der Revision gegen das Urteil, und bis dieses entschieden ist, wird der Landtag geschlossen sein.**

Ist der Talmud ein giltiges Gesetzbuch?*)

I.

Es ist keine angenehme Sache, sich mit Ignoranten und literarischen Charlatanen über ein wissenschaftliches Thema auseinanderzusetzen. Es kommt nicht viel dabei heraus. Man ist oft gezwungen, Bekanntes zu wiederholen und trivial zu werden, wogegen sich der schriftstellerische Stolz sträubt. Wollten wir also unserer inneren Neigung

*) Wir beschränken uns in dieser Erwiderung unseres Mitarbeiters auf den „Hammer-Artikel", auf den Nachweis der sachlichen Unrichtigkeiten bezw. direkten Fälschungen. Eine Entgegnung auf die in dem Pamphlet enthaltenen persönlichen Angriffe gegen den Herausgeber und verantwortlichen Redakteur der „Mitt." halten wir für unter unserer Würde. Durch eine kurze Anfrage bei seinen parlamentarischen Freunden im Reichstage hätte sich übrigens Herr Fritsch leicht davon überzeugen können, daß seine Behauptungen über die soziale und berufliche Stellung des Herausgebers dieser Blätter jeglicher Grundlage entbehren. D. R. d. M.

entsprechen, dann müßten wir jeder Polemik über den Talmud aus dem Wege gehen, solange sich nicht im antisemitischen Lager ein wirklicher Sachkenner, eine wissenschaftliche Autarität auf diesem Gebiete befindet. Aber der geistvolle Lichtenberg sagt: „Manchen Leuten gegenüber darf man nicht bescheiden sein, denn sie nehmen einen beim Wort.“ Antisemitische Behauptungen, und seien sie noch so unsinnig, unwidersprochen zu lassen, ist stets gefährlich, weil die Herren dann in bekannter Bescheidenheit ausposaunen, ihre Wahrheiten seien unwiderlegt geblieben. Und so müssen wir uns in diesem Blatte, das nicht für Gelehrte bestimmt ist, hin und wieder mit dem Talmud befassen, trotzdem wir uns wohl bewußt sind, daß dieses Thema eigentlich nur in Fachzeitschriften hineingehört.

Im ersten Oktoberheft 1907 seines „Hammer“ suchte Herr Theodor Fritsch zu beweisen, daß die Juden in Deutschland sich nicht zu Richtern eignen, weil ihr sittliches Empfinden und ihre Rechtsbegriffe anders als die des deutschen Volkes geartet sind. Zu diesem Zwecke mußte natürlich der Talmud, das Mädchen für alles, hervorgeholt werden. Fritsch fälschte also eine Talmudstelle, um daraus Waffen gegen die Juden zu schmieden. Oder seien wir gerecht, er fälschte nicht, er zitierte nur eine gefälschte Stelle aus Rohling, Briman oder irgend einem anderen berufsmäßigen Fälscher. Denn der Gelehrte Fritsch selbst ist wohl kaum imstande, auch nur eine Zeile des Talmud zu lesen oder gar zu übersetzen. In diesem Zitate wurde ein Satz, und zwar der wichtigste, unterschlagen, ein erdichteter Satz hineingeschmuggelt, einzelne Wörter sinnwidrig übersetzt, und es entstand so eine echte Mißgeburt nach antisemitischem Geschmack. In unserer Nummer vom 16. Oktober 1907 nagelten wir diese schamlose, unehrliche Methode fest, wiesen die gemeine Fälschung nach und forderten den Herausgeber des „Hammer“ in den schärfsten Worten heraus, uns zu widerlegen und seine „Wissenschaft“ — denn er gilt ja bei Antisemiten und Konservativen als wissenschaftliche Autorität — zu verteidigen. Herr Fritsch reagierte nicht darauf, trotzdem der Verfasser unseres Artikels ihm die betreffende Nummer rot angestrichen noch besonders eingeschickt hat. Wir monierten wiederholt, Herr Fritsch blieb stumm. Er hatte ja wichtigere Sachen zu tun, den deutschen Mittelstand, und zwar gegen seinen eigenen Willen, zu retten und neue Auflagen seines „Handbuches der antisemitischen Verdächtigungen“ zu besorgen. So verflossen fast 6 Monate. Endlich entschloß er sich zu einer Erwiderung. Im letzten Hefte des „Hammer“ schüttet er seine ganze Weisheit aus in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Ist der Talmud ein giltiges Gesetzbuch?“ Wir wollen hier also, ohne auf die sattsam bekannte Art und die persönlichen Angriffe einzugehen, diese Frage untersuchen.

Ein Gesetzbuch ist eine Sammlung von staatlich sanktionierten Bestimmungen ziviler oder krimineller Natur. Die staatliche Sanktion ist das wichtigste Kriterium eines giltigen Gesetzes. Denn dem Gesetze muß ja eine wirkliche und nicht bloß moralische Macht innewohnen. Der Bürger muß durch Androhung von Strafe gezwungen werden können, dieses Gesetz zu beobachten. Wir sprechen ja juristisch immer von „Inkrafttreten“, damit ist die Kraft als wirkliches Merkmal des Gesetzes bezeichnet. Im übertragenen Sinne sprechen wir freilich auch von ethischen und aesthetischen, von sozialen und gesellschaftlichen Gesetzen. Wir sind uns aber dabei bewußt, daß es sich nur um freiwillige Normen handelt, die nur von gewissen Gruppen anerkannt sind. Ein allgemein giltiges Gesetzbuch aber kann schlechterdings nur eine vom Staate bestätigte, für alle Mitglieder bindende Normensammlung sein. Ist es nun in diesem Sinne berechtigt, vom Talmud als Gesetzbuch zu sprechen? Wir antworten entschieden: Nein! Schon ein kurzer Rückblick auf die jüdische Geschichte zeigt uns die Unmöglichkeit dieser antisemitischen Behauptung. Als die Juden zur Zeit des ersten Tempels einen eigenen Staat bildeten, war vom Talmud noch keine Spur. Die Staatsverfassung und zugleich das allein giltige Gesetzbuch war die Bibel, d. h. die fünf Bücher Mosis. Die Richter richteten nach diesem Buche, allerdings nicht nach dem Wortlaut, sondern nach dem Sinne. So ist es bekannt, daß der Satz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ stets nur so gedeutet wurde, daß der Schmerz und die verminderte Arbeitskraft, die durch den Schaden entstanden sind, durch Geld entschädigt werden mußte. Ebenso ist es bekannt, daß die Todesstrafe, die so häufig in der Bibel angedroht wird, in Wirklichkeit nur einmal in 70 bis 80 Jahren zur Anwendung kam. Die Bestimmung, daß nur durch zwei Zeugen der Tatbestand festgestellt werden konnte, die peinliche Prüfung der sittlichen und geistlichen Qualitäten und der etwaigen Motive der Zeugen, die Notwendigkeit der genauesten Beobachtung aller Einzelheiten des Vorganges erschwerten ungemein die Verurteilung. So entwickelten sich in der Zeit Regeln und Traditionen über die Auslegung des Gesetzes Mosis. Daraus entstanden später die Anfänge des Talmud, der „mündlichen Lehre“ im Gegensatz zur „schriftlichen Lehre“. Diese mündliche Lehre durfte nicht niedergeschriben werden, um nicht zum Gesetz zu werden. Sie hatte also nie die Bedeutung und die Giltigkeit der Lehre Mosis, sie war nur Tradition und Sitte. Sie konnte eben stets nur eine Erweiterung, ein Ausbau des Gesetzes Mosis sein und durfte sich nie mit ihm im Widerspruch befinden. Nun gebietet die Bibel sogar in Bezug auf den Nichtjuden im jüdischen Staate:

„Wenn in eurem Lande ein Fremder wohnt, sollt ihr ihn nicht benachteiligen. Wie ein Bürger aus eurer Mitte sei euch der Fremdling, der mit euch lebt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn Fremdlinge wart ihr im Lande Egypten. (Moses III, Kap. 19, 33—35.)“

„Ein Gesetz gelte für die ganze Gemeinschaft, für euch wie für den bei euch wohnenden Fremdling, ein ewiges Gesetz für alle Geschlechter, für euch wie für den Fremdling, ein Gesetz Gottes. Eine Lehre und ein Recht sei für euch und den Fremdling, der mit euch lebt. (Moses IV, Kap. 15, 15—17.)“

Da war es doch sicherlich noch mehr Pflicht, die Bürger eines Staates, dessen Schutz man genießt, gerecht und human zu behandeln. Keine Tradition hätte Gesetze schaffen dürfen, die im schreienden Widerspruch zu diesem humanen Geiste stehen und darauf zielen, den Nichtjuden zu benachteiligen oder gar zu betrügen. Es wäre also eine Anomalie, wenn sich im Talmud etwas fände, was nach der Richtung hin gedeutet werden könnte.

Später im babylonischen Exil wurde das Studium der Bibel und der oft uferlose Ausbau zur Erweiterung der Lehre häufiger als früher betrieben. Es bildeten sich viele Schulen unter berühmten Meistern, die ähnlich wie die Scholasten die Bibel auslegten, weitgehende Diskussionen über verschiedene Fragen eröffneten und diese scharfsinnige Beschäftigung zum Lebensberufe machten. Diese Schulen waren keine gesetzgebenden Körperschaften und sie wollten es auch nicht sein. Denn neben den juristischen Erörterungen wurden auch moralische Sinnsprüche, medizinische Ratschläge, alle möglichen Wissenschaften gepflegt und sogar das Gebiet der Sage und des Märchens, der Fabeln und Parabeln wurde eifrig behandelt. Man wird diese Schulen am besten mit den philosophischen Schulen des Altertums und den theologischen des Mittelalters vergleichen dürfen. So entstand eine gewaltige Gedankenwelt, kühn und geistvoll, aber chaotisch und ungeordnet. Es lag eben fern, ein systematisches Werk daraus zu bilden, das Bedürfnis der Gegenwart und der Genuß an der Forschung überwogen alle anderen Interessen. Psychologisch ist es zu verstehen, daß die Gelehrten, die von ihrem Staate und ihrer Heimat verjagt und vom eigentlichen Leben abgeschnitten waren, sich in der Verbannung auf diese einzige Beschäftigung, die dabei

auch noch ein frommes Werk war, leidenschaftlich stürzten. Manche Gedanken dieser talmudischen Schulen sind von tiefster Weisheit. Manche dagegen atmen den Geist der Verbannung, der Entsagung und der Askese, sie sind auf den einen Ton des nationalen Chauvinismus und der religiösen Ueberschwenglichkeit gestimmt Es ist sehr wahrscheinlich, daß die ganze talmudische Forschung eine andere Wendung genommen hätte, wenn die Juden nie von ihrem Boden vertrieben worden wären. Der Kenner der jüdischen Literatur weiß, daß die Schöpfungen des jüdischen Geistes überall da, wo die Juden Freiheit genossen haben, einen gesunden, geraden Charakter tragen, während überall da, wo ein schwerer Druck auf den Juden lastete, auch ihre geistige Entwicklung pessimistische und mystische Bahnen wandelt. Aber, was man auch von diesen Gedanken der Tanaiten und Amoräer sagen mag, sittlich stehen sie auf einer seltenen Höhe. Natürlich kann man sie nur aus dem Geiste damaliger Zeit beurteilen und mit den Anschauungen anderer Völker damaliger Zeit vergleichen.

Als die Juden aus dem Exil nach Jerusalem zurückkehrten und aus kleinen Anfängen ihren Staat wieder aufrichteten, zog ein frischer Geist und ein neues Leben in ihre Reihen ein. Man fing an, sich wieder mit dem eigentlichen Leben und seinen Erscheinungen, mit den politischen und sozialen Strömungen zu befassen. Man sehe, wie schlicht und lebenskräftig die Regenerationsarbeit der Propheten Esra und Nehemias auch auf kulturellem Gebiete war. Auch im neuen Staate war noch kein fertiger Talmud und auch da konnte er kein giltiges Gesetzbuch sein. Auch da sprach man nach dem Gesetze Mosis Recht, allerdings erweitert durch Einsicht und Erfahrung. Wie sollte man überhaupt ein unfertiges Werk, ein Sammelwerk aller möglichen Meinungen, das dazu noch jedem Einzelnen nur bruchweise aus dem Gedächtnis bekannt sein konnte, als bindendes Gesetzbuch betrachten? Man darf ja nicht vergessen, daß die Zeit vom Anfang bis zum Abschluß des Talmud eine Periode von ungefähr 800 Jahren bildet. In dieser Zeit war die Gedankenwelt der Talmudisten eine flüssige, sich stets bewegende und keine konstante. Nach Inhalt und Form machten die talmudischen Ideen viele Wandlungen durch und nahmen mit jedem Tage eine andere Entwicklung an. Nur ein Gott, aber kein irdischer Richter hätte nach diesem schier unermeßlichen Meere des Talmud richten können.

Erst viel später gestattete man, die Fülle der aufgesammelten Gedanken niederzuschreiben, aber auch da blieb dieser Talmud, wie schon das Wort sagt, eine Lehre, eine Wissenschaft und kein Gesetz. Ja, man bezeichnete sie ausdrücklich als Lehre der mündlichen Tradition, um ihre geringe Bedeutung gegenüber dem geltenden Gesetz, der Lehre Mosis, für alle Zeiten zu kennzeichnen. Man schritt nur zaghaft zur schriftlichen Fixierung des Talmud, man sah sich aber dazu gezwungen, weil man fürchtete, daß all die historischen Dokumente, all die Gesetzesauslegungen und ethischen Abhandlungen mit der Zeit verloren gehen könnten. Damit schloß man aber auch das Werk für alle Zeiten und verbot jede weitere Hinzufügung, um sich vor unberufenen Lehren zu schützen. Als diese gewaltige Arbeit vollbracht war, war aber auch bereits die Herrlichkeit des zweiten jüdischen Staates dahin, und die Juden hatten im neuen Exil nur in sehr wenigen Ländern und nur in sehr beschränktem Maße hie und da eine eigene Gerichtsbarkeit. Schon aus diesem äußeren Grunde also konnte auch in dieser Epoche der Talmud kein giltiges Gesetzbuch sein.

Betrachten wir den Charakter des Talmud, dann leuchtet es uns sofort ein, daß er nie als Gesetzbuch hat gelten können. Der Talmud ist wohl geordnet nach Materien, aber nicht wissenschaftlich methodisch. Die beiden Hauptbestandteile, Halacha (Gesetzesauslegung) und Agada (historisch-belletristische Momente), laufen fast immer neben einander und sind nicht scharf von einander getrennt, so daß wir in einem Traktat, der vom Immobilienrecht handelt, wunderbare Märchen finden, und in einem anderen Traktate, der sich mit dem Eherecht befaßt, Schilderungen der Tempelzerstörung entdecken. Dazu kommt, daß sich über jede einzelne Frage weit ausgedehnte Diskussionen entwickeln und daß stets mindestens zwei, oft aber auch vier bis fünf verschiedene Meinungen einander schroff gegenüberstehen. Nun gab es wohl in einzelnen Fällen Bestimmungen darüber, wessen Meinung maßgebender war, aber diese Regeln existieren eben nur für einzelne Fälle, und auch diese Regeln sind oft strittig. Wie sollte man nach einem solchen Buche in praktischen Fällen entscheiden? Wichtiger aber noch als alle diese angeführten Gründe ist die Bestimmung der Bibel: „Nichts sollt ihr hinzutun zu dem Worte, das ich heute gebiete, und nicht sollt ihr es vermindern (Moses V, Kap. 4, 2.)" Am allerwenigsten hätte man also solche Gesetze schaffen und praktisch durchführen können, die dem Sinne der Bibel strikt widersprechen.

Der Talmud war und ist ein Studium für Gelehrte, eine Quellensammlung für den Forscher, und in seinem ethischen Teile ein Erbauungsbuch für Fromme. Nicht mehr und nicht weniger. Ein giltiges Gesetzbuch war er nie und hat nie sein können. Auf dem Gebiete des Zivil- und des Kriminalrechts gilt und galt stets der talmudische Grundsatz: „Dina demalchuta dina — **das Gesetz des Staates, unter dem die Juden leben, hat bindende Kraft.**" Sämtliche Kommentatoren des Talmud wiederholen bei jeder Gelegenheit die Wichtigkeit dieses Grundsatzes. Einen praktischen Wert konnten also nur die Vorschriften des Talmud haben, insofern sie sich auf das religiöse Leben und auf den Kultus beziehen, rein theologischer Natur waren, also ganz analog den christlichen Kirchenlehren. Aber auch sie waren nur in beschränktem Maße kanonisch, und sie gestatteten oft viele Abweichungen, je nach den örtlichen und zeitlichen Bedürfnissen. Sie wurden erst konstant, seitdem der Schulchan Aruch existiert. Dieser Schulchan-Aruch ist ein Auszug des halachischen Teiles des Talmud. Soweit dieses Werk sich mit rein religiösen und Kultusangelegenheiten befaßt, hat es auch heute noch für den religiösen Juden Giltigkeit. Der Rabbiner entscheidet über die Ordnung der Gebete, die Form des Kultus, über die Pflicht des Fastens, über das, was koscher ist, usw. nach dem Schulchan-Aruch. Aber auch darin gibt es Abweichungen zwischen den Juden verschiedener Länder. Die ganze Responsen-Literatur beweist, daß auch hier eine freie Entwicklung nach den dringendsten Bedürfnissen vor sich ging. Diejenigen Teile des Schulchan-Aruch, die sich mit Kriminal- und Zivilrecht befassen, haben längst jede praktische Bedeutung verloren, weil die Juden in allen Ländern den staatlichen Gesetzen unterworfen sind und religionsgesetzlich verpflichtet sind, sich diesen Gesetzen zu unterordnen. Der Verfasser des Schulchan-Aruch war sich selber dessen bewußt, daß der größte Teil seiner Gesetzessammlung nur Theorie bildete, denn er hat auch all diese Bestimmungen gesammelt und geordnet, die sich auf den Kultus des Tempels zu Jerusalem beziehen, und hat auch alle Pflichten aufgenommen, deren Ausführung nur im jüdischen Staate geboten und möglich ist. Man darf nicht vergessen, daß bei den alten Gelehrten und Forschern, namentlich bei solchen ohne systematische Schulung, die Freude am Studium selbst vorherrschend war und das Bedürfnis des praktischen Lebens erst in zweiter Reihe in Betracht kam. Diese Leute, die meistens von der Welt abgeschieden waren, kannten keine höhere Wonne als die des Studiums der

Thora und seiner Quelle. Je größer der äußere Druck war, desto mehr wandte sich ihr ganzes Leben nach innen. Sie lebten meistens mehr in der Vergangenheit und in der Zukunft, als in der Gegenwart, mehr im Traum als in der Wirklichkeit, und die Talmudforschung war ihnen eine liebe fromme Beschäftigung. Sie waren häufig gewaltige Idealisten, weltvergessene Träumer, und ihre Forschung war ihr eigentliches Lebenselement.

(Schlußartikel folgt.)

Amerikanischer Brief.

Es hieße Vogel Strauß-Politik treiben, wollte man nicht sehen und zugeben, daß auch in dem freien, demokratischen Amerika der Antisemitismus, wenigstens der nichtpolitische, herrscht. In dem jetzigen Feldzuge der Temperenzler gegen den Alkohol ist die Beschuldigung, Schankwirt zu sein, eine besonders herabsetzende. Sofort heißt es, die meisten Schankwirte seien „die Nachkommen jener, die Christus gekreuzigt haben". In Wirklichkeit ist ein jüdischer Schankwirt in den Vereinigten Staaten eine große Seltenheit. Bierbrauer sind fast nur Christen, und auch unter den Destillateuren sind die Juden nur etwa verhältnismäßig vertreten. Ebenso heißt es, wie gewöhnlich und überall, die Juden lieferten ein besonders starkes Kontingent zum Verbrechertum. In Wirklichkeit ist kaum ein einziger Jude Insasse eines Zuchthauses und selbst an geringeren Vergehen sind sie weniger beteiligt. Doch was hilft alles Widerlegen, es wird doch immer wieder gelogen. Es genügt bei den Antisemiten, eine Lüge einmal ersonnen zu haben, um ihr ewiges Bestehen zu sichern. Unbegreiflich ist nur die Keckheit der ersten Erfindung. Wir erinnern uns, daß seinerzeit in Limerick behauptet worden war, drei Viertel aller Zivilprozesse seien von Juden gegen harmlose, natürlich übervorteilte und bewucherte Bauern angestrengt. In Wirklichkeit waren von den 1387 Klagen in einem Jahre nur 31 von Juden erhoben und in dem darauffolgenden Quartal von 329 nur acht, die von Juden herrührten.

Aber alles das hält selbst die sich auf ihre Bildung so viel zu gute tuenden Bewohner Bostons, des amerikanischen Athen, nicht ab, streng darauf zu sehen, daß sie nicht Wohnungen an Juden vermieten, so daß sie, die strengen frommen Puritaner, genau auf derselben Stufe stehen wie die von ihnen als Götzendiener verachteten irischen Katholiken, wie die von einem Mönch aufgehetzten ungebildeten katholischen Bewohner desselben Limerick, die an Juden nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel verkaufen wollten. Genau so wie die Limericker Katholiken die Limericker Juden nötigten, die Unterstützung wohltätiger Menschen in Anspruch zu nehmen, wollten diese nicht verlangern, so nötigen die frommen puritanischen und gebildeten Bostoner die Juden und die mit ihnen befreundeten Bostoner Christen die Kontrakte zu umgehen, bezw. in die Kontrakte eine Bedingung aufnehmen zu lassen, die den christlichen Mieter in den Stand setzt, die von ihm in dieser Absicht gemietete Wohnung weiter zu vermieten, natürlich an den befreundeten Juden.

Vor einigen Wochen starb ein Herr Adolph Meyer, aus dessen Nekrolog freilich kein Deutscher entnehmen wird, daß es ein Jude war. Er wurde im Jahre 1842 in Nachez, im Staate Missouri, geboren, wollte sich dem Rechtsstudium widmen, schloß sich aber 1862 den Konföderierten an. Seiner Tapferkeit und Begabung hatte er es zu verdanken, daß er noch vor Beendigung des Krieges Generaladjutant des Generals Williams von Kentucky wurde. Nach dem Kriege, da er sich mit dem Anbau von Baumwoll- und Zuckerplantagen beschäftigte und eine hervorragende Stellung in der Handels- und Finanzwelt einnahm, interessierte er sich noch immer so lebhaft für militärische Angelegenheiten, daß er 1881 zum Brigadegeneral der Truppen des Staates Louisiana ernannt wurde. Seit 1890 vertrat er Louisiana im Kongreß. Er saß auch im Marineausschuß und machte sich um die Förderung der Marine sehr verdient. Die Marinestation in New-Orleans verdankt ihm ihre Existenz. Und alles das ein — Jude.

Aus dem antisemitischen Lager.

Den Berliner Knabenmord in beziehungsvolle Verbindnung zu bringen mit dem Konitzer Mord ist den „Deutsch-sozialen Blättern", die sich immer auf ihren „vornehmen" Antisemitismus so viel zu gute tun, vorbehalten geblieben. Das Blatt wittert allerlei Unrat. Die Berichterstattung eines Berliner liberalen Blattes, das einfach aus einer allen Berliner Blättern zugegangenen gleichlautenden Notiz eines Lokalberichterstatters einige belanglose Zeilen gestrichen hatte, findet es höchst „merkwürdig." Man weiß ja auch sofort, was den „Verdacht" des Antisemitenblattes erregt hat: „ausgeblutete Leichenteile", „Erstickung" als Todesursache und nachherige „Zerstückelung". Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Der „Ritualmord" liegt doch sonnenklar zu Tage! Zwar gehört das bedauernswerte Opfer, dessen Identität mit dem vermißten Sohne eines eingewanderten Ungarn Blecher jetzt ebenso wie die Person des arischen Mörders festgestellt ist, dem Judentum an. Doch was ficht das hartgesottene antisemitische Verleumder an! Die Blamage hätte sich das Leiborgan des Herrn Liebermann v. Sonnenberg, wenn es seine Ungeduld, der Polizei die „richtige Fährte" zu zeigen, etwas gezügelt hätte, wirklich sparen können.

Die hämischen Glossen der „Deutschen Reform" über die Niederlage der Deutschsozialen in Norden-Emden-Leer, die wir in der letzten Nummer der „Mitt." erwähnt haben, waren ureigenstes Produkt der Redaktion. Der Vorsitzende der Reformpartei, Abg. Zimmermann, hält es für angezeigt, zurückzupfeifen; er schickt seinem Blatt zur Beschwichtigung der empörten „Bruderpartei" folgende Notiz:

„In meiner Abwesenheit und ohne jegliches Vorwissen meinerseits hat in Nr. 27 der „Deutschen Reform" ein Artikel Aufnahme gefunden, der an den Deutschsozialen wegen ihrer Kandidatur in Emden eine durchaus irrige Kritik übt. Ich kann nur annehmen, daß durch ein Versehen der Dresdner Geschäftsstelle dieser wohl aus konservativer Quelle stammende Artikel zum Abdruck gelangt ist. Die Bewerbung der Deutschsozialen um den Kreis war ebenso begründet wie die einer jeden anderen Partei. Ihre bedauerliche, aber durchaus ehrenvolle Niederlage ist auf ganz andere Gründe zurückzuführen, als der Artikel annimmt. Ein konservativer Kandidat dürfte höchstwahrscheinlich ebensoviel oder noch mehr Stimmen verloren haben als der Deutschsoziale."

Daß der Artikel von „konservativer Seite" inspiriert war, wie Herr Zimmermann annimmt, ist blanker Unsinn. Er ist in der Redaktion des reformparteilichen Blattes geschrieben worden und war das Produkt reinster Freude, nämlich der Schadenfreude über den kläglichen Zusammenbruch der antisemitischen Konkurrenzpartei. Herr Zimmermann hält es nur für angezeigt, schon jetzt seine eigene Partei gegen ähnliche Vorwürfe zu salvieren, wenn sie sich demnächst anschickt, dem Beispiel der Deutschsozialen folgend, in konservativen Jagdgründen zu pürschen.

Von der Revolverpresse. Aus München wird uns geschrieben: In der schönen Kunststadt an der Isar blüht neben manchen Sumpfblumen auch die Revolverpresse. Wir haben beinahe ein halbes Dutzend von diesen Organen der „Volksaufklärung". Die Führung hat das famose „Bayerische Vaterland" und es ist stets bemüht, sich diesen Ruhm zu erhalten. Zum geistigen Inventar dieses Blattes hat von jeher eine große Oasis Antisemitismus gehört. Aber während der Gründer dieses Blattes, Dr. Sigl, wenigstens einen etwas derben, aber echt bajuvarischen Witz damit verband, suchen seine Nachfolger durch eine Grobheit, die schon an

Roheit grenzt, zu imponieren. Nach bewährten Mustern **wird alles mögliche und unmögliche mit der Judenheit in** Verbindung gebracht, um seine Schimpfsucht zu befriedigen. Neulich hielt ein Herr Sontheimer in München einen Vortrag über die Unsterblichkeit der Seele, und er stellte sich **auf den Boden des Darwinismus. Das ist natürlich für** das „Vaterland" Grund genug, auf Juden und Judentum im Tone der Gassenschenke zu schimpfen. Wir wissen wirklich nicht, ob dieser Herr Sontheimer Jude ist, aber soviel **wissen wir bestimmt, daß der Darwinismus weder mit der** „jüdischen Rasse", noch mit der jüdischen Religion etwas zu schaffen hat. Es ist nicht nur niedrig, sondern auch dumm, **die Juden als Darwinisten von Geburt hinzustellen. Als** Probe für die vornehme Sprache dieses Hetzblattes wollen wir nur folgenden Satz zitieren:

„Wenn Sontheimer behauptet, der Mensch stamme vom Affen, dann hat ja diese Ansicht scheinbar viel für sich, wenn man so manche Judentypen mit den Gorillas, Schimpansen und Pavians in den zoologischen Gärten vergleicht."

Und dieses Blatt hat noch den traurigen Mut, sich häufig darüber zu beklagen, daß die Katholiken nicht mit genügender Rücksicht behandelt werden!

Aus Wiesbaden. Unter der Spitzmarke „Antisemiten-Häuptlinge unter sich" veröffentlicht das „Wiesbadener Tageblatt" folgendes hübsches Genrebildchen, **für dessen Richtigkeit wir dem Blatte die Verantwortung überlassen:**

Vor das hiesige Schöffengericht waren an einem der letzten Tage zwei Antisemitenführer geladen, der Redakteur des „Kasseler Beobachter" Wallbach und der „Redakteur" des hier so ziemlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Anti-Judenblattes „Germania" Glasreiniger Kaiser. Es drehte sich darum, daß Kaiser seinen Gesinnungsgenossen und Kollegen in seinem Organe als Revolverjournalisten bezeichnet hatte. Wallbach hatte deshalb eine Privatklage wider ihn angestrengt. Vor Gericht behauptete der Beklagte, daß sein Gegner überhaupt nicht prozeßfähig sei, daß es ihm im Oberstübchen spuke und das Gericht gut tue, ihn, bevor es weiter verhandele, auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen. Er begründete diesen Standpunkt in einer längeren Rede, die aber derart konfus war, daß selbst das Gericht seinen Ernst nicht immer zu wahren in der Lage war. Im übrigen erhielt das Gericht aus der Rede den Eindruck, daß im Verstandskasten von Kaiser selbst nicht alles in Ordnung sei und zunächst wurde daher seine Beobachtung für nötig erachtet. Zu diesem Behufe wurde der Termin vertagt.

Kaiser ist, wie dem Hamburger „Israelitischen Familienblatt" im Anschluß an diese erbauliche Geschichte mitgeteilt wird, seit Jahren vergeblich bemüht, in der Wiesbadener Gegend den Antisemitismus zu propagieren.

Vermischtes.

Eine gewerkschaftliche Organisation der Reichstagsabgeordneten. Die Antisemiten sind unerschöpflich in der Austüftelung skurriler Vorschläge. In einer Sitzung des deutschsozialen Vereins Hamburg schilderte nach dem Bericht des offiziellen Parteiorgans der Abg. Raab „in anschaulicher Weise die Notlage der Volksvertreter. Man empfand allgemein, daß eine gewerkschaftliche Organisation der Reichstagsabgeordneten ein Bedürfnis sei und daß unserem Parteiprogramm die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit unserer Volksvertreter einverleibt werden müsse."

Auf die programmatische Formulierung dieser Forderung darf man wirklich gespannt sein. Andere Parteien haben ein Bedürfniß nach dieser Richtung bisher u. W. noch nicht empfunden. Vielleicht denkt aber Herr Raab bei der „gesetzlichen Festlegung der Arbeitszeit" der Reichstagsabgeordneten insbesondere an die hartnäckigen Schwänzer —; dann dürfte sein nächster Parteigenosse Herr Köhler von diesem Vorschlage jedenfalls nicht sehr erbaut sein.

Akademischer Freibund. Mit der Bitte um Kenntnisnahme geht uns folgende Mitteilung zu:

Der deutsch-akademische Freibund, eine Vereinigung zur Verbreitung liberaler Gesinnung unter den Studierenden, wird vom 23. bis 25. April in Frankfurt a. M. seine jährliche Tagung abhalten. Neben internen Beratungen soll am 23. April ein Begrüßungsabend und am 24. April eine große öffentliche Versammlung stattfinden, in der Herr Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Günther aus München über: „Was bedeutet die akademische Freiheit?" und Herr Pfarrer Korell über: „Student und Politik" sprechen werden. Alle freiheitlich Gesinnten, insbesondere die liberal und demokratisch denkenden Akademiker, sind herzlichst eingeladen. Zu jeder weiteren Auskunft ist der Lokalausschuß (Frankfurt a. M., Hochstraße 6 II.) gerne bereit.

Das rohe Schimpfwort des österreichischen Abg. Bielohlawek gegen Tolstoi gibt dem Wiener Korrespondenten des „Tag", Oswald von Romstedt, Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

„Wer die Massen gewinnen will, darf sich von ihnen nicht abheben, darf nicht einmal Primus inter pares sein wollen. Der getreuen Befolgung dieses Dogmas haben die Christlichsozialen manchen Sieg zu danken. Sie ist den geistig überragenden Führern freilich nicht immer so leicht geworden wie den „Barrierestöcken", die nur in ihrer Haut zu verbleiben hatten und nicht erst gezwungen waren, die Uniform der Unbildungsfanatiker anzulegen. Lueger, Geßmann, Weiskirchner mußten sicherlich oft ein Sacrificio dell' intelletto bringen, als sie sich zu den Plattitüden erniedrigten, die den Wählern genehm sind, und die ihnen den Beweis erbringen, daß die Führer von ihnen durch keine Schranke getrennt sind. Was aber ursprünglich eine vor dem Spiegel einstudierte Rolle war, wurde später zur unbewußten und auch bei unpassenden Gelegenheiten geübten Gewohnheit. Wer aber die Kapazität Luegers, Geßmanns oder Weiskirchners an dem Gedankeninhalt ihrer Reden messen würde, täte den Herren bitter Unrecht und fände keine Erklärung für ihre positiven Leistungen auf dem Gebiet der Verwaltung, die ihnen unerreichbar wären, wenn ihr geistiges Niveau sich in ihren Worten spiegeln würde.

Für die Aeußerlichkeiten der Taktik, mit denen ein Lueger um die Gunst der Wähler wirbt, haben seine Nachahmer immer Verständnis bewiesen. Aber sie übertreiben die Art des Führers und die Ehrfurcht vor dem kleinen (auch geistig kleinen) Mann, den sie als Quintessenz der Klugheit und der praktischen Lebensauffassung preisen, und den sie beschwören, daß er sich vom Bildungsnebel seinen klaren Blick nicht trüben lasse. Denn die anderen sind die Teppen und machen sich besonders verdächtig, wenn sie aus dem Auslande stammen und es wagen, „erbgesessene Wiener" zu belehren. Freilich: die Zahl der Erbgesessenen mindert sich von Tag zu Tag. Lueger hat selbst dazu beigetragen, als er das neue Wien schuf und damit den Einfluß der großindustriellen Arbeiterschaft stärkte. Im österreichischen Arbeiter lebt ein ehrlicher Bildungshunger, und sein Sinn ist empfänglich für geistigen Heroenkultus. Darum besitzt er kein Verständnis und keine Neigung für die geringschätzende Art, mit der christlichsoziale Führer die geistig Großen beschimpfen. Jede dieser Beschimpfungen führt der Sozialdemokratie neue Mitglieder zu. Denn gerade der Autodidakt ist besonders empfindlich, wenn der Versuch gemacht wird, die Werte, die er sich mühsam gesammelt hat, herabzusetzen. Und nicht immer ist ein Lueger bei der Hand, der durch eine Tat ausgleicht, was ein Wort des Herrn Biehlolawek verschuldet hat."

Die Juden im russischen Militärdienst. Der jüdische Dumaabgeordnete L. N. Nissetowitsch veröffentlicht in der vom „Kadettenführer" Miljukow herausgegebenen Zeitung „Rjetsch" einen Artikel, in dem er der Beschuldigung, die Juden entzögen sich geflissentlich dem Militärdienst, durch Mitteilung folgender Ziffern den Boden entzieht. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1897 gab es im russischen Reiche 4,13 Prozent Juden. Wenn man nun dieses Verhältnis bei den Rekrutenerhebungen von den Jahren 1902 und 1903 berücksichtigt, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Christen und Juden	Die Anzahl d. Jud. sollte gemäß den 4,13 Proz. Mann ausmachen	Wirklich einberufene Juden	Differenz zum Nachteil der Juden
1902				
Stellungspflichtige . .	11017267	42013	56632	14349
Zur Aushebung wurden bestimmt	318745	13013	19705	6541
1903				
Stellungspflichtige . .	11053572	43512	58635	15123
Zur Aushebung wurden bestimmt	320832	13250	19811	6661

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur **50 Pf.** (und 12 Pf. Bestellgeld) **vierteljährlich** bei der Post.

Nr. 18. | **Berlin, 29. April 1908.** | **18. Jahrgang.**

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition,** Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die **„Mitteilungen"** direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3675.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14,** und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**



Charles L. Hallgarten †.

Charles Hallgarten †

Ein Bürger zweier Welten war Charles Hallgarten, dessen Tod wir zu beklagen haben, in einem doppelten Sinne. Ein Bürger der neuen und der alten, ein Bürger der praktischen und der idealen Welt. In Deutschland geboren, in Amerika zum Manne gereift und an große geschäftliche Unternehmungen gewöhnt, dann verhältnismäßig früh aus dem Geschäftsleben sich loslösend und reiche Mittel und Kräfte in den Dienst der Humanität und der sozialen Fürsorge stellend, hat er sein äußeres wie sein inneres Leben zwischen großen materiellen Interessen und großen ideellen Bestrebungen geteilt. Sein Entwicklungsgang wie seine Charakteranlage befähigten ihn in gleicher Weise, seinem Idealismus eine praktische Richtung zu geben und den erworbenen Reichtum zu einem Instrument der Humanität zu machen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden gemeinhin als die hohe Schule der Jagd nach materiellem Gewinn angesehen. Aber unter der Oberfläche dieser hastig dahin schießenden Flut gibt es eine idealistische Unterströmung von großer Kraft. Dieser praktische Idealismus des Amerikaners war mit dem gefühlsmäßigen Idealismus des Deutschen in Charles Hallgarten zu einer ungewöhnlich glücklichen Mischung vereinigt. Er gab nicht nur gern und reichlich, er gab auch mit Umsicht und innerer Anteilnahme. Seine Unterstützungen waren keine Almosen; sie waren sympathische Hülfe, gleichsam Akte ausgleichender Gerechtigkeit auf dem Gebiete privater Fürsorge. Die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit war die stärkste Triebfeder seines öffentlichen Wirkens. Diese Triebfeder führte ihn auch unsrem Verein zu. Mit Rickert und Gneist einer der Gründer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, blieb er die Seele des Frankfurter Zweigverbandes. Er war Jude, aber es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß er, wenn er einer christlichen Konfessionsgemeinschaft angehört hätte, die Bestrebungen unsres Vereins mit gleicher Wärme und Hingebung gefördert haben würde.

Als er an der Bahre Heinrich Rickerts in eindrucksvollen Worten der Dankbarkeit für die durch Rickert dem Verein geleisteten Dienste Ausdruck gab, bekannte er, daß nicht die Konfession ihn unsrem Vereine zugeführt habe, sondern der Wunsch, dem Grundsatz staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit zum Siege zu verhelfen. Nicht für die Juden allein verlangte er diese Rechtsgleichheit, sondern für alle, denen sie versagt war, einerlei um welche Konfession, um welchen Stand, um welche politische Partei es sich handelte. Der Hinweis auf offizielle Ehrenbezeugungen, die hervorragenden Glaubensgenossen zu Teil wurden, vertiefte in ihm nur das Gefühl des Unrechts, das die Regel bildet. Da wo die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit ins Spiel kam, blieb er auch völlig taub gegen opportunistische Erwägungen. Hier verwarf er die Politik der Abschlagszahlungen, die seinem praktisch geschulten Geist sonst durchaus nicht abstieß. Er war durchdrungen von der einfachen Wahrheit, daß die Gerechtigkeit keine Summe ist,

die man größer, kleiner besitzen kann
und immer doch besitzt,

daß es bei der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit nur ein alles oder nichts gibt.

Unser Verein hat viel an ihm verloren, einen werktätigen Helfer, einen umsichtigen Berater und eine feste Stütze in der charaktervollen Handhabung der Vereinspolitik. Es gibt nur eine Form der Dankbarkeit, die seiner würdig ist: daß der Verein bei der Verfolgung seines gerechten Zieles nicht erlahmt.

Theodor Barth.

* * *

Was der Verein zur Abwehr des Antisemitismus als Gesamtorganisation durch den Tod Hallgartens verloren, ist an anderer Stelle bereits gewürdigt, was der Verblichene uns, dem Frankfurter Zweigverein gewesen, vermag nur der ganz zu ermessen, der, wie der Schreiber dieser Gedenkzeilen, während voller 17 Jahre in ständigem Kontakt mit ihm geblieben ist. 17 Jahre gemeinsamer Arbeit mit Hallgarten heißt Erfahrungen sammeln, bedeutet seine Menschenkenntnis bereichern, sein Wissen mehren! Durch seine Tätigkeit für unser Bureau ging von Anfang an der Grundgedanke, daß man bei allen äußeren Schwierigkeiten auf des Gerechten und Guten Sieg hoffen dürfe. Hat er sich doch gelegentlich selbst als Optimisten auf pessimistischer Grundlage bezeichnet; und blieben ihm trübe Erfahrungen auch bei uns nicht erspart, nie ließ er die Hoffnung sinken auf ein kommendes „sonnenhelleres Jahrhundert". Dieser Glaube an den einstigen Sieg von Recht und Gerechtigkeit erschien ihm entscheidend schon bei den Vorbesprechungen und bei der anfangs 1891 erfolgten Gründung des Vereins. Gemeinsam mit Stadtrat Flinsch, der ihm von da ab freundschaftlich verbunden blieb, rief er alsbald das Frankfurter Bureau ins Leben. Zu jener Zeit mußte vieles in den Hintergrund treten, was bis dahin Hallgartens Interesse beansprucht hatte. Er machte sich selbst kein Hehl über die Schwierigkeiten der Arbeit. Keine Wege waren geebnet, keinerlei praktische Erfahrungen vorhanden, die diese hätten weisen können. Welche Arbeit mußte geleistet werden, als anfangs der neunziger Jahre die Hochflut des Antisemitismus über Hessen und Kurhessen hereinbrach, zu welch schweren persönlichen Opfern fand sich Hallgarten bereit. Und die auf anderen Gebieten betätigte vornehme Art des Helfens trat auch hier in die Erscheinung: nur die Nächstbeteiligten waren Eingeweihte. Und wenn die großen Opfer auch nur kleine Erfolge lohnten, wie beglückte ihn das als ein Erfolg der guten Sache. Ebenso stark wie ich unter dem Eindruck seiner Gesamttätigkeit für unser Bureau stehe, denke ich in dieser Stunde an die Unterredung, die einen Tag vor der Erkrankung Hallgartens stattfand. Eingehend sprachen wir über unsere Angelegenheiten und erörterten insbesondere die politische Lage, soweit sie unseren Interessenkreis berührte.

Als er mir beim Abschied die Hand mit einem „Auf Wiedersehen" reichte, wies nichts auf eine nahe Katastrophe hin. Es war der letzte Händedruck, und es gab nur ein schmerzbewegtes Wiedersehen an der Bahre.

Groß ist die Lücke, die der Verstorbene hinterläßt, unersetzlich der Verlust dieser Persönlichkeit gerade für unsere Wirkungsbereiche. Eine Kraft wird nicht ausreichen, diesen Einen zu ersetzen. Darum werden die, die an seine Stelle treten, um zusammen mit Stadtrat Flinsch sich in die Leitung des Frankfurter Bureaus zu teilen, keinen leichten Stand haben.

Der Verblichene hat noch vor wenig Wochen mit mir die Notwendigkeit einer „Verjüngung" des Vorstandes — soweit Frankfurt in Frage kommt — anerkannt. Die Männer, die ausersehen sind für diese Verjüngung, und deren Wahl kürzlich in einer Sitzung des geschäftsführenden

Ausschusses gutgeheißen wurde, werden nun das Erbe antreten.

Wenn wir Alle, die wir an dieser Stätte arbeiten, uns das Bild des Verstorbenen als leuchtendes Beispiel nehmen, können wir, so schwer uns auch der Verlust getroffen hat, hoffen, daß unsere Sache im Geiste des Heimgegangenen mit Eifer und Hingebung weitergeführt und die Zeit nicht mehr fern sein werde, die sein Optimismus erhoffte: die Zeit, da der Kampf um Recht und Gerechtigkeit zum endlichen Siege führt. Otto Strauß.

* * *

Charles L. Hallgarten war am 18. November 1838 in Mainz geboren. Sein Vater war Kaufmann und wanderte in den 1840er Jahren nach Amerika aus. In New-York gründete er das Bankhaus Hallgarten und Co., das heute noch diesen Namen trägt. Charles L. Hallgarten war mit seinen Brüdern im väterlichen Unternehmen tätig und brachte es darin zu hohem Ansehen. Aus gesundheitlichen Rücksichten verließ er 1875 Amerika, um Reisen in Europa zu machen und, was ursprünglich wohl gar nicht beabsichtigt war, sich dauernd in Deutschland niederzulassen; er blieb aber Teilhaber der Newyorker Firma. Bald nachdem er sich in Frankfurt a. M. niedergelassen hatte, wandte er sein Interesse Wohltätigkeitsbestrebungen aller Art zu. Immer weiter verzweigten sich seine philantropischen Bestrebungen, immer vielseitiger wurden seine Interessen, so daß schließlich das ganze Leben dieses Mannes in idealer Arbeit aufging. Seine Opferwilligkeit, sowohl in bezug auf persönliche Betätigung wie nach der materiellen Seite hin, war nahezu unbegrenzt. In Frankfurt existiert kaum eine größere Stiftung, deren Förderung er nicht auf die eine oder andere Weise betrieben, fast kein gemeinnütziger Verein, den er nicht mit reichlichen Mitteln bedacht hätte. Er war Gründer oder Mitbegründer vieler wohltätiger Institutionen, wie sie in solcher Fundierung, Ausgestaltung und Wirksamkeit kaum in einer anderen Stadt zu finden sind, so der Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen, des Vereins für die Idiotenanstalt zu Idstein, des Vereins für Kinderhorte, der Zentrale für private Fürsorge, des Asylvereins für Obdachlose; ferner der Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen, des Ausschusses für Volksvorlesungen, des Sozialen Museums, des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung usw. In sozialen bahnbrechenden Fragen war Hallgarten in enger Fühlung mit Oberbürgermeister Miquel, dem nachmaligen Finanzminister, aber auch mit vielen anderen hervorragenden Persönlichkeiten der Politik, der Wissenschaft und der Kunst stand er in engen, zum Teil lebhaft freundschaftlichen Beziehungen. Er widmete sich der Jewish Colonisation Assoziation, dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Er saß in der Verwaltung der Alliance Israelite Universelle und war Mitglied des Zentralausschusses des Hilfsvereins deutscher Juden in Berlin. In ganz besonders hochherziger Weise und mit Einsetzen seiner ganzen Kraft nahm er sich seiner bedrückten und vertriebenen Glaubensgenossen in Rußland an.

War Hallgartens Arbeit für seine Glaubensgenossen auch besonders intensiv, da sie seiner am dringendsten bedurften, so kannte er doch als Wohltäter keine Konfession. Er stand nicht nur den interkonfessionellen Vereinen zur Seite, er übte die Wohltätigkeit auch in der Stille, und zwar in einem Umfang, den nur Eingeweihte zu übersehen vermögen. Es machte ihn glücklich helfen zu können, es war ihm ein Bedürfnis, praktische Ratschläge geben zu dürfen. Er war in seinem Heim in der Miquelstraße für jeden zu sprechen, gewann bald ein Urteil über die Sachlage und fand für die verwickeltsten Situationen einen Ausweg. Sein Rat war ebenso wertvoll wie seine materielle Unterstützung und keiner verließ ihn, den er nicht aufgerichtet, mit neuem Vertrauen gestützt hätte. Niemals ließ er den Bittsteller empfinden, daß er als Bittender kam. Den meisten ging er hilfreich zur Hand: Er unterstützte Einzelne und Familien, kam bei armen begabten Kindern für das Schulgeld auf, er gewährte Schriftstellern, Malern, Schauspielern Stipendien, ermöglichte manchem den Besuch einer Universität und nahm sich seiner Schutzbefohlenen durch Protektion und die Tat auch weiter an, so daß viele in ihm den Mann verlieren, der ihnen eine Existenz geschaffen hat.

Persönlich war Hallgarten von größter Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit, eine gesellige Natur, der bei allem Lebensernst auch die humoristische Note nicht fehlte, dazu ein Mann von großem Wissen und reicher, auf vielen Reisen gewonnener Erfahrung. Er wurde zu vielen Aemtern und Würden berufen und trug ihre Lasten mit Hingabe und Freudigkeit. Offiziellen Auszeichnungen dagegen ging er, der sich politisch zum Liberalismus bekannte und mit vielen Parlamentariern enge Beziehungen hatte, aus dem Wege. Er hat, wie wir der „Frankf. Ztg." entnehmen, Ordensangebote ausgeschlagen und auch darauf verzichtet, ins Herrenhaus einzutreten, in das man ihn berufen wollte. Ein schneller gnädiger Tod hat Hallgarten in der Nacht zum 19. April mitten aus seinem arbeitsreichen Leben, ehe noch das Alter ihn drückte, herausgenommen.

* * *

Unter den zahlreichen Rednern, die dem Heimgegangenen an seinem Sarge Worte der Liebe, der Bewunderung und des Dankes widmeten, befanden sich der Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus Dr. Theodor Barth und ein anderes Vorstandsmitglied des Vereins, Pfarrer Battenberg, der etwa folgendes ausführte:

Ohne besonderen Auftrag, aus eigenem Antrieb komme ich und doch, wie ich glaube, im Geist der Gemeinschaft, zu der ich gehöre. Wir wollen als Christen diesem edelsten der Juden unsern Dank und unsere Verehrung aussprechen. So wahr es ist, was wir so vielfach preisen hörten, daß er die Interessen der jüdischen Gemeinschaften mit Liebe und Tatkraft wahrgenommen hat, so gewiß ist doch auch seine Freiheit von jeder konfessionellen Engherzigkeit. Er wußte, daß Kern und Herzschlag aller Religionen die Liebe ist, und daß keine Konfession allein die Liebe in Anspruch nehmen kann. Ich weiß, wie er auch Christen gegenüber seinen Edelmut betätigte, selbst in Fällen, wo er befürchten mußte, offenen Undank zu ernten. Ein Vorbild der Toleranz besitzen wir in ihm, einen Trost, daß es in unserer zerissenen Zeit noch Höheres gibt, als die Einseitigkeit der Konfession, nämlich reines, höheres, mutiges, liebevolles Menschentum. Dank dafür, daß du auch soviel Not in unseren Kreisen gelindert hast. Ruhe sanft, du guter Mensch!

Die Fusion der Handlungsgehilfen.

Schon seit den letzten Monaten des vorigen Jahres waren, wie unsere Leser wissen, allerlei Bestrebungen im Gange, zwischen dem antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande zu Hamburg und dem Verbande Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, die sich bisher heftig befehdet hatten, bessere Beziehungen zu schaffen. Ein paar Monate lang gingen die Verhandlungen, mündlich und schriftlich, zwischen den beiden Parteiinstanzen. Da flog am 26. Januar d. Js. als Frucht einer Berliner Konferenz eine Resolution in die Welt, die nicht nur in Handlungsgehilfenkreisen wie eine Bombe wirkte. Sie besagte in dürren Worten, daß es angebracht erscheine, eine Verschmelzung des Leipziger Verbandes mit dem Hamburger Verbande in die Wege zu leiten.

Ein Sturm der Entrüstung brach bei den Leipziger Verbändlern los. Es regnete Protestbriefe. Kreis- und Gauvereine machten gegen den Vorstand Front. Im

„deutschnationalen" Lager blieb es auffallend still, während bei den Leipzigern der Sturm bald zum Orkan anwuchs.

Der Vorstand tat den rechten Schritt, er unterbreitete die heikle Affäre einer Generalversammlung, die am Sonntag, den 26. April d. Js., im Kristallpalast in Leipzig, zusammen trat.

Sie wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats Weber-Leipzig geleitet. 21000 von mehr als 80000 Stimmen waren durch etwa 300 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches vertreten. Das Hauptthema war der „Bericht über die Verhandlungen mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-verband und Erörterung einer Interessen-gemeinschaft".

Als der Vorsitzende die Verhandlungen über diesen Punkt eröffnete, flogen ihm gleich vier Resolutionen auf den Tisch. Eine Resolution Rettich-Berlin besagte:

„In Erwägung, daß die Forderungen der Deutschen Handlungsgehilfen erst dann wirkungsvoll aufgestellt werden können, wenn sie möglichst von der gesamten deutschen Gehilfenschaft mit gehörigem Nachdruck vertreten werden, beauftragt die XXV. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen den Vorstand und Aufsichtsrat, den Versuch zu machen, eine Interessengemeinschaft der größeren nationalen kaufmännischen Gehilfenvereine bezw. Verbände, unter Fortbestand ihrer vollen Selbständigkeit, herbeizuführen.

Wenn der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hieran sich beteiligen will, hat er eine klare bündige Erklärung darüber abzugeben, daß er in seinen Satzungen den sogenannten Judenparagraphen streichen will, da nach der Ansicht der Generalversammlung der Antisemitismus absolut nichts mit den materiellen Forderungen der Gehilfenschaft zu tun hat und die öffentliche Betätigung desselben geeignet ist, die Mitglieder des Handlungsgehilfenstandes zu schädigen."

Der Marburger Vertreter Viehweg beantragte, diesen zweiten Absatz zu streichen und dafür zu setzen:

„Diese Interessengemeinschaft soll sich ausschließlich mit der sozialpolitischen Förderung des gesamten Standes befassen und parteipolitische und religiöse Bestrebungen unter allen Umständen ausschließen." —

Eine Resolution Hoffschulte-Halle verlangte eine Interessengemeinschaft mit allen andern Handlungsgehilfenverbänden.

Eine Resolution des Elster-Saale-Gaues hielt sich im gleichen Sinne. Sie lehnte auch eine Verschmelzung mit den Deutschnationalen glatt ab.

Hübner-Berlin schlug folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung nimmt von den bisherigen Verhandlungen mit dem Deutschnationalen Verbande Kenntnis und stellt für deren Fortsetzung folgende Richtlinien auf:

1) Eine Verschmelzung ist angesichts der zwischen den beiden Verbänden bestehenden Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art (Aufnahme jüdischer Kollegen, Frauenfrage, Wirtschaftspolitik) abzulehnen, ebenso der Eingang einer Verpflichtung zu gleichen Beiträgen und gleichen Leistungen, sowie die Errichtung einer gemeinsamen sozialpolitischen Abteilung, da dies der Anfang einer Verschmelzung wäre.
2) Im Uebrigen ist der Einsetzung einer Achtzehner-Kommission zur Herbeiführung einer Uebereinstimmung beider Verbände in der Stellungnahme zu den sonstigen wichtigeren Standesfragen zuzustimmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Vorschläge dieser Kommission nicht einem gemeinsamen Verbandstage, sondern den Tagungen der beiden Verbände getrennt vorgelegt werden. Falls diese Kommission zu einer dauernden Einrichtung ausgestaltet wird, soll anderen Verbänden der Beitritt gestattet werden, sodaß sich daraus ein Hauptausschuß aller entschiedene Sozialpolitik treibenden Verbände entwickeln kann. Den beiderseitigen Ortsvereinen bleibt es überlassen, entsprechende örtliche Kommissionen zu bilden.

Nach der Verlesung der Resolutionen erhielt Hiller-Leipzig, der Vorsitzende des Verbandes, das Wort zum Bericht über die Verhandlungen mit den „Deutschnationalen". Er führte kurz aus:

Der widerwärtige bisherige Kampf, die ruhmlose Selbstzerfleischung haben zu dem Wunsche geführt, zum Frieden zu kommen. Das Friedensbedürfnis war gegenseitig, so daß sich nicht feststellen läßt, bei wem es zuerst zum Ausdruck kam. Man wollte zu einer Einigung in Bezug auf die sozialpolitischen Programmpunkte kommen. Die letzte Besprechung ergab die Verschmelzungsresolution, deren Fassung leider nicht sehr glücklich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man dachte noch an keine Fusion, nur an ein einheitliches sozialpolitisches Vorgehen, da es sich um zwei Verbände handelt, die sich nahe stehen. (Widerspruch.) Einflußnahme auf die Statuten sei nicht beabsichtigt gewesen. Nun solle vorläufig die Januarresolution ausgeschaltet werden. Man habe gestern im Vorstande einen Neunerausschuß gewählt, der am 17. Mai mit den „Deutschnationalen" die sozialpolitischen Programmpunkte besprechen solle und der darüber entscheiden solle, ob das Resultat der Besprechung einer gemeinsamen Tagung beider Verbände oder beiden Hauptversammlungen getrennt vorgelegt werden solle. Das letztere sei wohl am vorteilhaftesten. (Beifall.)

Diesem Referate folgte eine lebhafte, zuweilen stürmische Aussprache. Rettich-Berlin:

Durch die ganze Affäre sind unsere Mitglieder unsicher geworden. Den Vorteil davon haben die „Deutschnationalen". Das hat man bei den Berliner Kaufmannsgerichtswahlen gesehen. Das Verhalten des Vorstandes ist sonderbar. Im Januar spricht er klar von einer beabsichtigten Verschmelzung. Jetzt soll's wieder nicht wahr sein. Daraus kann niemand klug werden. Warum will man gerade mit den „Deutschnationalen" paktieren und nicht mit den anderen Verbänden? Weil die anderen Verbände anderer Meinung sind, als wir? Ja, haben wir denn nicht die größten Differenzen gerade mit den „Deutschnationalen", mit denen man uns jetzt verbrüdern will? (Lebh. Beifall.) Gut, wir wollen eine Interessengemeinschaft mit allen Verbänden anstreben, aber die „Deutschnationalen" müssen erst ihren Judenparagraphen streichen. (Lebh. Beifall.) Der Antisemitismus hat mit der Kaufmannschaft nichts zu tun. Wir können unsere Kunden nicht fragen, ob sie Juden sind oder nicht. Wir bedienen jeden, der kommt. Auch durch schroffes Auftreten gegen die Prinzipale zeichnen sich die „Deutschnationalen" aus. Alle diese üblen Eigenschaften würde man bei einer Verbrüderung auch uns anhängen. (Lebh. Zustimmung.) Gehen wir mit diesen Herren Arm in Arm, dann wird man uns bald nur als Anhängsel des „Deutschnationalen" Verbandes ansehen. Dadurch werden wir aufs schwerste geschädigt. (Beifall.) Ehe wir weiter verhandeln: Fort mit dem Judenparagraphen! (Lebh. Beifall.)

Hoffschulte-Halle:

Keine Verschmelzung, höchstens eine Interessengemeinschaft. Leicht wird uns auch diese nicht, wenn wir bedenken, wie gehässig bisher stets die „Deutschnationalen" gegen uns vorgegangen sind. (Beifall.)

Hantelmann-Leipzig:

Ich will nicht über die Vergangenheit sprechen, um nicht trübe Bilder aufzurollen, an denen der „deutschnationale" Verband schuld ist. Schack soll im Dezember 1907 geradezu erklärt haben, er arbeite auf eine Fusion hin. (Lebh. Hört! Hört!) Wenigstens will er sie etappenweise erreichen. (Erneutes Hört! Hört!) Diese Herren sind gewiegte Leute, sie haben uns mit ihrer Fusionsgeschichte ein Kuckucksei ins Nest gelegt. (Sehr richtig!) In ihrer Kampfesweise sind sie bis heute dieselben geblieben, trotz aller Konferenzen. Wenn diese häßliche Kampfesweise durch eine Interessengemeinschaft beseitigt werden könnte, so wäre das erfreulich. (Zustimmung.)

Hübner-Berlin:

Die „Deutschnationalen" kleben an der antisemitischen Frage. Sie behaupten, sie seien unpolitisch. Das ist eine Unwahrheit! Sie erziehen auf Grund ihrer Satzungen die Handlungsgehilfen zu Antisemiten. (Sehr richtig!) Der Verband ist nichts weiter als eine Rekrutenschule der antisemitischen Partei. (Zustimmung.) Die „deutschnationalen" Führer haben sich einer Partei angeschlossen, die bewußt den Handel schädigt. Diese Herren sägen also den Ast ab, auf dem die Handlungsgehilfen sitzen. (Zustimmung.) Wir müssen die Handlungsgehilfenbewegung vor der antisemitischen Umnachtung und vor dem antisemitischen Bazillus bewahren. (Lebh. Beifall.)

Hiller-Leipzig:

Die großzügige Idee einer Zusammenschließung aller Verbände bricht sich nur langsam Bahn. Wir können uns nur mit jemandem verbinden, der stark ist, und der Erfolge erzielt hat. Herr Schack hat nur nebenbei erklärt, daß später vielleicht einmal eine Fusion möglich sein werde. (Zurufe: Also doch!) Wenn wir etwas erreichen wollen, dürfen wir uns nicht mit kleinlichen Zänkereien abgeben. Die Statuten eines anderen Verbandes gehen uns nichts an. Wir brauchen uns nicht um den sogen. Judenparagraphen zu kümmern. (Lebh. Oho-Rufe.) Wir werden von den „Deutschnationalen" nicht verschluckt, wir bleiben absolut selbständig. Wir haben bisher niemals Politik gemacht, wir werden es auch jetzt nicht tun. (Beifall.) Wir haben nun einmal verhandelt und können die Sache nicht einfach ins Wasser fallen lassen, sonst schwimmen uns als betrübten Lohgerbern die Felle fort. (Beifall.)

Es wird dem Vorstande mitgeteilt, daß sich ein „Deutschnationaler" in den Saal geschlichen hat, um die Verhand-

lungen zu belauschen. Er wird nach einer heftigen Szene an die frische Luft gesetzt.

Müller-Königsberg warnt vor Uebereilung beim Abschluß von Verhandlungen.

Tabertshofer-Pforzheim:

Die „Deutschnationalen" kommen zu uns, weil sie abgewirtschaftet haben, weil sie bankrott sind. (Lebh. Zustimmung.) Sie haben ihre Leute zu einem häßlichen Kampf gegen uns eingedrillt und unsere Vertrauensmänner mit Beleidigungen überschüttet. Jetzt sollen wir ihnen auf einmal die Bruderhand reichen. Das geht schwer an. (Lebh. Beifall.) Es ist besser, wir marschieren getrennt. Die „Deutschnationalen" führen ja sowieso immer etwas im Schilde. (Beifall.)

Quitschau-Königsberg:

Auf der einen Seite der Medaille steht der Judenparagraph. Wir brauchen daher die andere Seite gar nicht zu sehen, denn diese Medaille ist für uns unbrauchbar. (Beifall.) Schack hat erklärt, er komme zu den Verhandlungen mit völlig reinem Herzen. Glaubt irgend jemand noch an das reine Herz des Herrn Schack? (Lebh. Beifall.) Die Geschichte mit dem Judenparagraphen ist von großer Bedeutung, denn wir müssen auf unsere jüdischen Mitglieder Rücksicht nehmen. (Beifall.) Wir sollen jetzt die Hand drücken, die uns Jahrzehnte lang mit Schmutz beworfen hat. Wir wollen keine Fusion, jetzt nicht und auch in 50 Jahren nicht. (Beifall.)

Sachs-Breslau:

Entweder eine Interessengemeinschaft mit allen Verbänden oder mit keinem. Die „Deutschnationalen" haben nur Giftpflanzen herangezogen.

Bernhard-Leipzig verteidigt die Taktik des Vorstandes. Auch bei den Besprechungen sei man den „Deutschnationalen" durchaus gewachsen gewesen.

Viehweg-Marburg:

Was geht uns der Judenparagraph an? Die „Deutschnationalen" machen uns ja auch keine Vorschriften. (Lachen.) Der Judenparagraph ist für uns von Vorteil, weil er uns viele Mitglieder zuführt, die sich durch ihn abgestoßen fühlen.

Hausmann-Köln:

Die „Deutschnationalen" kommen eben zu uns, weil es mit dem Judenparagraphen nicht weiter geht.

Nach unwesentlichen weiteren Ausführungen wurde dann die Diskussion geschlossen.

Der **Vorstand** legte folgende Resolution vor:

„**Die Generalversammlung billigt den Versuch einer Verständigung mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande** und hofft, daß auch mit den anderen kaufmännischen Organisationen eine sozialpolitische Verständigung zu erzielen ist."

Darauf erhielten die Antragsteller das Schlußwort. **Rettich**-Berlin bekämpfte noch einmal heftig jeden Fusionsgedanken, der einen Massenaustritt zur Folge haben müsse.

Hübner-Berlin:

Die Generalversammlung muß klipp und klar erklären, daß eine Fusion bei Beibehaltung des Judenparagraphen unmöglich ist.

Hantelmann-Leipzig:

Wir können nicht mit den „Deutschnationalen" zusammengehen. Was sollen wir mit einem Zwitter, der weder Mann noch Weib ist?

Hiller-Leipzig:

Auch der Vorstand denkt an keine Fusion. Stimmen Sie darum der Vorstandsresolution zu. (Beifall.)

Trotz des anfänglichen Widerspruchs des Vorstandes wird in seiner Resolution vor dem Worte „**Verständigung**" das Wort „**sozialpolitischen**" **eingeschaltet**, so daß die Resolution jetzt lautet:

„Die Generalversammlung billigt den Versuch einer sozialpolitischen Verständigung mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande usw."

Diese **Resolution** wird unter Ablehnung aller anderen Anträge **einstimmig** angenommen.

Unter mannigfachen Schwierigkeiten wurde dann die Neunerkommission gewählt, die am 17. Mai mit dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande" die sozialpolitischen Programmpunkte beraten soll.

Von dem Ausgang dieser Besprechung wird es abhängen, wie man sich zu der geplanten Interessengemeinschaft zu stellen hat.

Wiener Brief.

VI.

(Der „Fall Feilbogen". — Pater Galen. — Die Resolution Schmid. — Der tolerante Minister und sein Blatt.)

Wien, den 26. April 1908.

Für das Wiener „Deutsche Volksblatt" sind jetzt paradiesische Zeiten angebrochen. Der Absatz der täglich zweimal auftauchenden gedruckten Kulturschande ist zwar gering, aber ein anderes Geschäft blüht: Die Hetze gegen die Juden. Unter der Aufschrift: „Das Sakrileg" hat das würdige Blatt eine eigene Rubrik eröffnet, in der auf einen Exzeß gegen die Juden munter hingearbeitet wird. Den Anlaß dazu gab ein bedauerlicher Vorfall, der sich am Ostersonntag in der Sixtinischen Kapelle zu Rom abgespielt hat. Die Schilderungen gehen weit auseinander. Fest steht nur, daß Herr Professor Dr. Feilbogen, der an der Wiener Exportakademie unterrichtet, mit seiner Frau und mit einer anderen Dame dem Gottesdienste beiwohnte und daß sie dabei — wie Professor Feilbogen versichert, von einem Zuge fortgerissen — auch vor den Papst hintraten und aus dessen Händen die Kommunion empfingen. Dabei will — wie die Antisemiten behaupten — die eine Dame die heilige Hostie wieder aus dem Munde genommen haben. Die drei Wiener sind nämlich Juden. Daß diese bei der heiligen Handlung nichts zu tun hatten, daß also ein ungebührliches Verhalten vorliegt, selbst wenn bloß die Absicht vorwaltete, dem grandiosen Schauspiele aus dem Hintergrunde zu folgen, steht fest. Die Wiener Israelitische Kultusgemeinde hat sich denn auch beeilt, ihr Bedauern über den peinlichen Zwischenfall auszudrücken und den Vorfall zu mißbilligen.

Bei dem Schlußgottesdienst des israelitischen Osterfestes hielt der Oberrabbiner Dr. **Güdemann** folgende Ansprache:

„Es hat nach Zeitungsberichten in den letzten Tagen ein Ereignis stattgefunden, welches uns alle **auf das tiefste betrübt**. Dies ist der ehrfurchtswidrige Vorgang, der angesichts des Oberhauptes der katholischen Christenheit, Sr. Heiligkeit des Papstes, während einer der heiligsten Handlungen der katholischen Kirche sich zugetragen hat und bei dem leider einige Mitglieder unserer Kultusgemeinde beteiligt sein sollen. Unsere Religion stellt den Grundsatz auf: „Die Frommen aller Völker, also auch aller Kulte haben Anteil an der ewigen Seligkeit." Damit ist für uns Juden die Verpflichtung gegeben, den gottesdienstlichen Handlungen eines jeden Kultus **Ehrfurcht** entgegenzubringen. Wir müssen daher auch vom Standpunkte unserer Religion jenen ehrfurchtswidrigen Vorgang nicht nur auf das tiefste beklagen, sondern auch **auf das schärfste verurteilen**. Diese Erklärung gebe ich hier von der Kanzel an heiliger Stätte im Namen des Vorstandes und sämtlicher Rabbiner unserer Kultusgemeinde ab."

Im übrigen aber drängt sich die Frage auf, woher das Recht abgeleitet werden kann, aus den Mißgriffen eines Einzelnen oder aus der Verfehlung dreier Menschen Pauschalverdächtigungen und Pauschalanklagen abzuleiten? Für das „Deutsche Volksblatt" kommen nicht **drei** jüdische Glaubensgenossen, sondern die Juden schlechtweg in Betracht und aus einem einzelnen Vorfall wird eine ganze Kette von Gotteslästerungen beziehungsweise Hostienschändungen gemacht. Was das dunkle Mittelalter an Verdächtigungen der Juden aufgestapelt hat, alle Märlein von durch Juden verübten Hostienentweihungen werden jetzt in dem Blatte des kaiserlichen Rates Vergani aufgetischt, um den Beweis zu erbringen, daß sich die Israeliten gleichgeblieben seien und daß an ihnen kein gutes Haar sei. Die Chroniken des Mittelalters sind eine große Fundgrube für die Antisemiten; aber warum schaffen sie nicht alles zutage, was ihnen in die Hände fällt, weshalb erzählen sie nicht auch von den Hexenprozessen, die diese Zeit charakterisieren? Und dann: Was

hat Herr Feilbogen und seine Umgebung mit dem Judentum in seiner Gesamtheit zu tun? Ist er ein erwählter Repräsentant dieser Religionsgenossenschaft? Hat er im Auftrage oder im Einvernehmen mit den Israeliten gehandelt, als er die Sixtinische Kapelle betrat? Daß er jüdischer Eltern Kind ist, bedeutet wenig. Sein Bruder wirkt in der Nähe Wiens als christlicher Hetzpfaffe den Christlichsozialen sehr zu Gefallen, ohne daß es ihnen einfallen würde, dieses Bemühen — von ihrem Standpunkte aus — den Juden zugute zu halten.

Doch schließlich: Jeder wie er kann! Das „Deutsche Volksblatt" würde sich den schwachen Ast absägen, auf dem es sitzt, wenn es nicht lügen, verdrehen, verallgemeinern und hetzen würde. Wer von der Lüge lebt, kann schwer zur Wahrheit zurückkehren. Sonderbar ist es nur, daß Herr Pater Galen, der jetzt in der Wiener Kirche „zu den neun Chören der Engel" allabendlich predigt, Herrn Verganis Lob zu erringen sucht. Gewiß, der Platz eines Pfarrers Deckert ist augenblicklich frei, aber uns scheint, daß der mächtige Benediktiner-Pater einen höheren Ehrgeiz hat, als den, des sattsam bekannten Judenvertilgers von Weinhaus Nachfolger zu werden. Pater Galen, ein geborener Graf, ist der geistige Beherrscher des St. Bonifaciusvereines, der den Samen des Klerikalismus über ganz Oesterreich verbreitet und gegen den Liberalismus und die Aufklärung mit Flugschriften, Kanzelreden usw. ankämpft. Die neue klerikale Aera wäre in Oesterreich ohne die Mitarbeit solcher Männer, wie Pater Galen, nicht so leicht und sicherlich nicht so rasch angebrochen. Wer soviel erreicht hat, der kann doch nicht mit den „Triumphen" zufrieden sein, die der selige Wiener Pfarrer von Weinhaus mit seinen Schimpfpredigten errang.

Ein anderer Liebling des „Deutschen Volksblattes" ist Herr Professor Heinrich Schmid, den seinen Abgeordneten zu nennen, der Wiener vierte Bezirk das „Vergnügen" hat. Der gute Mann erlangte sehr rasch eine traurige Berühmtheit. In einer Sitzung des Budgetausschusses überrumpelte der christlichsoziale Professor an der Wiener Staatsgewerbeschule, Herr Schmid, mit einer Resolution, die es der Regierung nahe legt, Untersuchungen anzustellen, wie der starken Frequenz der Mittelschulen durch Juden wirksam begegnet werden könne. Da nur ein Teil der Mitglieder dieses Ausschusses anwesend und die Christlichsozialen stark vertreten waren, wurde die Resolution angenommen. Professor Schmid blieb es mithin vorbehalten, einen Vorstoß gegen die interkonfessionelle Schule und gegen die Gleichberechtigung der Konfessionen zu führen, wie er gleich rücksichtslos schon lange nicht versucht worden ist. Wohl wird der Erfolg vorerst ein rein theoretischer bleiben, denn die Resolution dürfte das gleiche Schicksal haben wie die hundert anderen Resolutionen, die im Laufe der Jahre angenommen wurden; allein als Zeichen der Zeit ist sie doch sehr bemerkenswert. Mit Resolutionen beginnt man und mit Gesetzen hört man nicht selten auf. Es kann in Oesterreich noch weit kommen, wenn die Christlichsozialen weiter am Ruder bleiben.

Allerdings haben die Herren einen gewaltigen Verbündeten: Die Dummheit der verschiedenen Bevölkerungskreise und mit diesem Waffengenossen kann man schon vieles wagen und erreichen. Man muß nur sehen, wie umbuhlt Herr Geßmann wird, seitdem er Minister ist. Nicht zuletzt sind es Juden, die — man kann dies nur mit einem Gefühl der Beschämung sagen — den neuesten Sport der Geßmann-Huldigung mitmachen. Der Herr Minister tut freilich alles, um in guter Gesellschaft vergessen zu lassen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, wie er redet, wenn er in Volksversammlungen den Demagogen hervorkehren muß. Von Mann zu Mann verkehrt er voll erkünstelter Vornehmheit und er fehlt an keinem offiziellen Bankette, wenn auch die Israeliten noch so stark vertreten sind. Im Gegenteile: Dann fühlt er sich erst wohl und er macht so den Hof als wäre er Zeit seines Lebens ein „Judenliberaler" gewesen. Der „Organisator der christlichsozialen Siege" ahmt hierin dem Dr. Lueger nach und auch er findet seine Gimpel, die ihm auf den Leim fliegen. In der Gesellschaft des Herrn Ministers — nämlich dann, wenn Juden dabei sind — darf man das Wort Antisemitismus garnicht in den Mund nehmen. Da kennt der schlaue, tückische Mann nur Toleranz. Aber er kann es eben auch anders. Das zeigt sein Blatt, die „Reichspost". Wo man sie aufschlägt, findet man die wahre Gesinnung ihres Herrn und Meisters. Wir greifen aufs Geratewohl eine Stelle heraus, die im letzten Sonntagblatt enthalten ist:

„Ein Kongreß, der uns nottäte!

Es ist eine alte Klage, daß mit der zunehmenden Verjudung des Aerztestandes, der ein Hort der Humanität war, die sprichwörtliche Menschenliebe immer mehr einem Händler- und Geschäftsgeist Platz macht. Nicht Kranke zu heilen hält der jüdische Arzt für seinen Beruf, sondern Geld zu verdienen. Der unvergeßliche Billroth, gewiß kein Antisemit, hat für diese Erscheinung die schärfsten Worte gefunden, die ihm heute noch in ganz Juda nachgetragen werden. Ein geradezu typischer Fall dafür, wie der jüdische Arzt seinen Beruf erfaßt, erzählt das „Bukowinaer Volksblatt:

Der jüdische Gemeindearzt in St. Putilla Dr. Glas wurde unlängst von einem Bauern um 10 Uhr vormittags zu seiner Frau behufs Hilfeleistung bei der Geburt gebeten. Der Arzt verlangte von dem Bauern ein Honorar von fünfzig Kronen, widrigenfalls er nicht gehe. Bitten und Vorstellungen des armen Bauern, der die Summe momentan nicht auftreiben konnte, halfen nichts. Am nächsten Tag um 11 Uhr vormittags kam der Herr endlich zum Bauern, nachdem dieser das verlangte Honorar von 50 Kronen tatsächlich zuvor bezahlt hatte. Es war jedoch zu spät! Der Herr Glas konnte bloß konstatieren, daß die Frau in den letzten Zügen lag. Einige Minuten später starb sie. Einige, denen das Leid des Bauern naheging, ersuchten den Dr. Glas, er möchte dem Bauern wenigstens die Hälfte des Betrages zurückerstatten. Aber davon wollte er nichts hören und fuhr davon. Gegen Dr Glas wurde die Strafanzeige erstattet.

Der jüdische Arzt wollte zuerst Geld, in Anbetracht der Armut des Bäuerleins sehr viel Geld sehen, dann erst war er bereit, seine Kunst zur Verfügung zu stellen. Es war zu spät. Aber der Jude hatte den Betrag für seinen verspäteten „guten Willen" und war zufrieden. Wo ist der christliche Arzt, der derartiges über sein Herz brächte? — Wir leben in der Zeit der Aerztekongresse. Dem Internistenkongreß folgte der Tuberkulose- und diesem der Laryngologenkongreß. Aber wo bleibt der Kongreß gegen die Verjudung des Aerztestandes?"

Das „Bukowinaer Volksblatt" als Quelle mag denselben Wert haben, wie etwa das „Deutsche Volksblatt" als Materialsammlung. Wer die ökonomischen Verhältnisse in der Bukowina kennt, wird wissen, daß es dort einem Landarzte nicht einmal im Traume einfallen kann, 50 Kronen zu verlangen. Damit ist die Glaubwürdigkeit der Nachricht schon dargetan. Aber bei der „Reichspost" handelt es sich doch bloß darum, zu schimpfen und zu hetzen. Die „Verjudung des Aerztestandes": diesen Schlager darf man nicht Herrn Vergani zur alleinigen Verwertung überlassen. Was wird sich nun der noble Minister für öffentliche Arbeiten — lies: Versammlungsreden — gedacht haben, als er die Beschimpfung der jüdischen Aerzte las? Doch nur dies, daß nicht nur die Regierenden, sondern auch die Regierten oft sehr wenig Verstand besitzen. Denn sie glauben an die Lüge von den antisemitisch-klerikalen Wölfen im Schafspelz, die das Gute und nichts als das Gute wollen. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Im Reichstagswahlkreise Kolmar=Czarnikau=Filehne, dessen Mandat durch das Ableben des derzeitigen konservativen Vertreters, des Gutsbesitzers Zindler erledigt ist, haben die Antisemiten, die seit dem Mißerfolge des Jahres 1893 auf jegliche Agitation im Kreise verzichtet hatten, für die bevorstehende Nachwahl wiederum einen Kandidaten in der Person des Schneidemühler Ziegeleibesitzers und Stadtverordneten Hoffmann, eines Bruders des Konitzer Fleischermeisters Hoffmann, aufgestellt. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielten die Konservativen, die unter der Flagge der vereinigten deutschnationalen Parteien segelten, 14431, die Polen 6841, das Zentrum 1811, die Freisinnigen 2033, die Sozialdemokraten 1327 Stimmen. Der Rückgang der liberalen Stimmen gegen 1903 war in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Aufstellung einer freisinnigen Kandidatur von den Zentralleitungen beider freisinnigen Parteien für die Provinz Posen, die mit den rechtsstehenden Parteien schon vorher ein auf die Reichstags= und Landtagswahlkreise der ganzen Provinz Posen sich erstreckendes Kompromiß abgeschlossen hatten, bekämpft wurde. Die „nationalen" Parteien hatten infolgedessen dem freisinnigen Kandidaten gegenüber eine sehr günstige Position. Sie brauchten nur auf das Kompromiß der Posener Zentralleitungen der konservativen und freisinnigen Parteien zu verweisen. An dieser Klippe wird auch jetzt die antisemitische Kandidatur scheitern. Allerdings dürfte diesmal den sogenannten nationalen Parteien die Aufstellung eines geeigneten Kompromißkandidaten einige Schwierigkeiten bereiten. Wir glauben einigermaßen unterrichtet zu sein, daß die mittelparteilichen Elemente unter keinen Umständen mehr zugeben werden, daß der gemeinsame deutsche Kandidat der extremsten rechtsstehenden Partei entnommen wird. Dazu kommt, daß der Bund der Landwirte, der allerdings die stärkste Organisation im Wahlkreise besitzt, durch seine widerwillige Zustimmung zum polnischen Enteignungsgesetz bei den Mittelparteien und insbesondere bei den in der Provinz Posen politisch nahezu autoritativen Spitzen der Behörden stark an Sympathien verloren hat. Unter diesen Umständen kann es immerhin bei der Aufstellung des gemeinsamen deutschnationalen" Kandidaten zu einer interessanten Kraftprobe zwischen Freikonservativen und Nationalliberalen einerseits und den extremen Agrariern anderseits kommen. Für die Freisinnigen empfiehlt sich unter diesen Umständen zunächst eine abwartende Haltung.

Die Aufstellung der antisemitischen Sonderkandidatur gewinnt dadurch einen pikanten Reiz, daß damit die Reformpartei dem von den Deutschsozialen in Norden=Emden=Leer gegebenen Beispiele folgt und trotz der Blockpolitik in konservativen Besitzstand einbricht; der Mißerfolg der Reformpartei in Kolmar=Czarnikau=Filehne wird freilich ein noch weit kläglicherer sein als der der deutschsozialen „Bruderpartei" in Norden-Emden=Leer.

Ueber die Niederlage der Deutschsozialen in Norden=Emden=Leer stimmt das hessische Organ der antisemitischen Bruderpartei, der „Reichsherold", noch nachträglich einen Jubelgesang an:

„Der Ausfall der Wahl in Norden=Emden=Leer wird zweifellos einen Wendepunkt in der Geschichte der antisemitischen Parteien bilden. An der ostfriesischen Küste ist das deutschsoziale Piratenschiff gestrandet. Als elendes, hülfloses Wrack wird es sich noch eine kurze Spanne Zeit auf dem politischen Meere herumtreiben, und dann, wenn die deutsche Reformpartei sich auf ihre beste Zeit besinnt, in Trümmer gehen."

Das reformerische Blatt zieht aus dem Zusammenbruch der Deutschsozialen in Ostfriesland, deren Agitation es direkt als „widerlich" bezeichnet, folgende Nutzanwendung für die eigene Partei:

„Am wichtigsten ist das Ergebnis für die Reformer. Mögen diese endlich und endgültig Mann für Mann einsehen, daß nichts hinter dem deutschsozialen Tamtam steckt, daß nur etwas zu erreichen ist, wenn sich die Reformpartei ganz auf eigene Füße stellt, wenn sie darauf hört, was der Abg. Zimmermann, was Harmony immer gesagt haben: „Die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit den Deutschsozialen ist vollkommen ausgeschlossen."

Aus Schlesien ist die Reformpartei schon seit einiger Zeit durch die deutschsoziale Partei verdrängt. Jetzt hat auch der Deutsche Volksbund dort seine letzte Stütze an die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg abgeben müssen. Der langjährige Gauvorsteher des Deutschen Volksbundes, L. Wolff=Breslau ist nämlich zu den Deutschsozialen übergegangen und beabsichtigt, nachdem zunächst eine deutschsoziale Ortsgruppe in Breslau neugegründet worden ist, den Antisemitismus in Schlesien auf der Basis der deutschsozialen Partei neu zu organisieren. Da den Deutschsozialen die reichen Geldmittel des Bundes der Landwirte zur Verfügung stehen, empfiehlt sich für die Parteien der Linken, insbesondere für die Freisinnigen, die in Niederschlesien einen großen Besitzstand zu verteidigen haben, verschärfte Wachsamkeit.

Der antisemitische Abg. Bindewald, der als Mitglied der Reformpartei den hessischen Wahlkreis Alsfeld=Lauterbach=Schotten im Reichstage vertritt, scheint mit seiner Partei in Differenzen geraten zu sein wegen des Verhältnisses zu den antisemitischen „Bruderparteien". Er will anscheinend freundnachbarliche Beziehungen zu den Deutschsozialen und Christlichsozialen unterhalten, worüber aber der „Reichsherold", das neu gegründete hessische Organ der Reformpartei, sehr ergrimmt ist. Es demonstriert in der letzten Nummer die beiden „verwandten Richtungen" an zwei besonders signifikanten Fällen ad oculos. Ob Herr Bindewald diesen zarten Wink verstehen wird? Anläßlich seiner letzten Reichstagsrede über die hessischen Regierungserlasse gegen die Antisemiten, die ihm wiederholt den ironischen Beifall des ganzen Hauses eintrug, widmet übrigens der „Kladderadatsch" Herrn Bindewald folgenden allerliebsten Stammbuchvers:

„Im Reichstag laut Gelächter schallt,
Denn wieder spricht Herr Bindewald.

Er tobt und schreit und schimpft und schilt,
Da lacht die ganze Bande wild.

„Nur Freiheit herrscht im Hessenland!"
Und wieder lacht die wilde Band'.

Die Rede des Herrn Bindewald
Verflog, ach, in die Winde bald."

Der hessische antisemitische Landtagsabg. Hirschel will gegen das Urteil der Gießener Strafkammer, die ihn wegen Unterschlagung zu 5 Wochen Gefängnis verurteilte, das Reichsgericht anrufen. Inzwischen übt er sein Mandat als Landtagsabgeordneter nach wie vor aus, was bei den übrigen Landtagsabgeordneten einiges Erdstaunen hervorgerufen hat. Er gedenkt auch anscheinend weiterhin am politischen Leben teilzunehmen, denn wie eine ihm nahestehende Korrespondenz mitteilt, trafen aus allen Teilen des Großherzogtums Kundgebungen bei Herrn Hirschel ein, in denen dem Abgeordneten weiteres Vertrauen entgegengebracht und gesagt wird, daß das Ansehen Hirschels bei der Landbevölkerung nicht gelitten habe. Man werde ihm Beweise davon demnächst geben.

Vielleicht interessiert die hessischen Antisemiten, die jetzt so treu zur Fahne ihres kriminell entgleisten Abgeordneten stehen, was die gleichfalls antisemitische Magdeburger „Sachsenschau" vor wenigen Tagen anläßlich der Nachricht, daß der Vertrauensmann einer sozialdemokratischen Ortskrankenkasse der Maurer, **Kreutz,** 3000 Mark unterschlagen habe, schrieb:

„Es gibt in allen Parteien räudige Schafe, und es ist albern, wenn eine Partei der andern diese ankreidet. Hier heißt es nicht: Soll ich meines Bruders Hüter sein? sondern: Kann ich überhaupt meines Bruders Hüter sein? Anders liegt die Sache, wenn die

Partei solche übelberüchtigten Leute in ihren Reihen duldet. Eine solche Partei ist keinen Schuß Pulver wert. Da heißt es: Sage mir, mit wem Du umgehst, so will ich Dir sagen, wer Du bist."

Wir sind einmal in der seltenen Lage, mit dem Magdeburger antisemitischen Blatt durchaus übereinzustimmen.

Einen köstlichen Eiertanz führt die deutschsoziale Presse auf, um den unbequemen früheren Parteigänger von ihren Rockschößen abzuschütteln. Die „Deutschsozialen Blätter" behaupten nämlich, Hirschel habe früher zu den Reformern gehört, sei jedoch schon seit Jahren einer der eifrigsten Vorkämpfer für die **Nationalliberalen** in Hessen.

Die Nationalliberalen werden sicherlich sehr erstaunt sein, daß Herr Hirschel jetzt mit einem Male zu ihnen gehören soll. Als Beweis kann das Liebermannsche Blatt dafür auch weiter nichts anführen, als daß nach im letzten Wahlkampf Hirschel im Wahlkreise Friedberg-Büdingen mit Feuereifer gegen die Deutschsozialen und für den nationalliberalen Grafen Oriola eingetreten sei. Das Blatt verschweigt natürlich mit der ihm eigenen Wahrheitsliebe, daß Graf **Oriola Bündler**kandidat war und Herr Hirschel, dessen Blättchen lange Zeit vom Bundesgelde sein antisemitisches Dasein fristete, deshalb wohl oder übel für Oriola einzutreten hatte. Weiter verschweigen die „Deutschsozialen Blätter" daß Herr Hirschel mit seinem Anhang vor einigen Jahren mit großem Getöse sich von den Reformern lossagte und zu den — Deutschsozialen überging, was damals triumphierend berichtet wurde in den — „Deutschsozialen Blättern"! Es geht doch nichts über antisemitische Wahrheitsliebe!

Vermischtes.

Ueber die Finanzen der linksliberalen Parteien verbreitet die konservativ-agrarisch-antisemitische Presse von jeher geflissentlich phantasievolle Darstellungen, als ob diese Parteien im Golde schwämmen. Insbesondere wurden der Freisinnigen Vereinigung, die besonders als Partei des Geldsacks verschrien war, geradezu märchenhafte Reichtümer angedichtet. Daß in Wirklichkeit die Dinge ganz anders lagen, war freilich nur einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Parteiangehörigen bekannt, da selbstverständlich keine Partei ohne Not ein solches öffentliches Eingeständnis machen wird. Auf dem Frankfurter Delegiertentage der Freisinnigen Vereinigung ist nun allerdings in dieser Beziehung ein offenes Wort gesprochen worden. Der Generalsekretär Weinhausen wie der Schatzmeister Abg. Mommsen legten freimütig dar, daß die finanzielle Lage der Partei nicht eben günstig sei; jedenfalls nicht derart, daß sie an die weitere Anstellung von Parteisekretären denken könne. Darob in der reaktionären Presse zunächst allgemeine Verblüffung, dann die hämische Anspielung, daß auch die „großen Kapitalisten" von den Freisinnigen nichts mehr wissen wollten. Nur die „Deutschsozialen Blätter" des Herrn Liebermann von Sonnenberg hatten selbstverständlich die richtige Witterung; sie hatten nämlich mit feinem Spürsinn herausgefunden:

„Daß es mit der Organisation nicht weit her ist, wußten wir schon, mit dem **Geldmangel** ist es jedoch eine eigene Sache. Diese Leute **glaubten**, sie seien **stockarm**, wenn sie nicht für jeden Wahlkreis 100 000 Mk. zur Verfügung haben" —

Wir glauben keine Indiskretion zu begehen, wenn wir verraten, daß z. B. die Freisinnigen in Norden-Emden-Leer, trotzdem sie einer beispiellos heftigen antisemitischen Attacke ausgesetzt waren, noch keine 10000 Mark gebraucht haben, daß allerdings auch diese zum Teil noch ungedeckt sind. Was hier von den Finanzen der Freisinnigen Vereinigung gesagt ist, gilt im großen und ganzen auch für die beiden anderen freisinnigen Parteien insofern wenigstens, als sie auch noch nicht über den zehnten Teil des Wahlfonds verfügen, der ihnen von den reaktionären Parteien zu Agitationszwecken angedichtet wird. Die „reichen Parteien" sind heute in einem ganz anderen Lager zu suchen, in dem jedenfalls Herr Liebermann von Sonnenberg sehr genau Bescheid weiß und in dem er sich auch recht wohl fühlt. Der **Bund der Landwirte** verfügt über einen eisernen **Wahlfonds von über 1 Million Mark und** erhebt in jedem Wahljahre einen **doppelten** Jahresbeitrag von seinen Mitgliedern, der das artige Sümmchen **von ½ Million Mark** einbringt. Das sind keine aus der Luft gegriffene Zahlen, jedermann kann sie in den Geschäftsberichten des Bundes der Landwirte nachlesen. Der „Mammonismus" ist also heute ganz wo anders vertreten, als auf Seiten der bürgerlichen Linken.

„Die Deutschen." Arthur **Möller van den Bruck** hat unter diesem Titel ein Sammelwerk herausgegeben, das unsere Teutomanen, trotzdem der Verfasser ihnen geistig sehr nahe steht, mit einem heiteren und einem nassen Auge betrachten. In der letzten Nummer des von Th. Fritsch, dem Begründer der „Antisemitischen Korrespondenz" herausgegebenen „Hammer" widmet **Ludwig Schemann** dem Werk einen Panegyrikus, in dem es u. a. heißt:

„Ich wenigstens kenne kaum ein zweites Buch, das mir **die ganze Fülle deutscher Herrlichkeit** so, nicht in abstrakter Anpreisung, sondern nach ihrem ganzen konkreten Gehalt, aufgewiesen, und nur wenige, nach deren Lesung ich das **Glück und den Stolz, ein Deutscher und Germanen-Enkel zu sein, so voll empfunden hätte**."

Nur einen bedauerlichen Mangel weist dieses herrliche Werk auf, der sich wie ein Mehlthau auf die Begeisterung des antisemitischen Kritikers legt; er weiß **kein Wort der Gegnerschaft gegen die Juden** zu finden:

„Moeller hat mehrfach klar und schön die Antagonismen des Germanentums und Deutschtums — physisch, als Rasse und Volk, gegen andere europäische Rassen und Völker, geistig, als Welt-Anschauung, gegen Christentum und Antike — klar und schön entwickelt. Von dem **gegen das Judentum dagegen schweigt er**, wiewohl doch eben jenes selbe Germanentum und Deutschtum gerade gegen das Judentum den doppelten Entscheidungs-Kampf, physisch als Rasse und Nation, geistig als Welt-Anschauung, zu kämpfen hat und fort und fort zu kämpfen haben wird. In den gesamten sechs Bänden findet sich überhaupt **über das Judentum s. z. s. kein Wort**. Das ist vielleicht bewußte Absicht, indem der Verfasser in rein positiver Weise hätte zeigen wollen, was das Deutschtum ist, bedeutet und soll, und alsdann mit Recht der Ansicht gewesen wäre, daß eine deutsche Gesinnung wie die seinige an sich schon das beste Gegengewicht gegen die jüdische, und eine Betätigung derselben wie in seinem Buche der wirksamste Schlag gegen das Judentum sei. So könnte man den Verfasser an sich ja nur begreifen und loben. Aber gerade unter den Aufgaben der Deutschen steht doch nun einmal die **Niederkämpfung des Jüdischen mit obenan**, ganz davon zu schweigen, daß dementsprechend denn auch bei einigen unserer größten Deutschen diese Bekämpfung geradezu ein Hauptteil ihrer Lebensarbeit gewesen ist, also schon darum nicht ganz niedergeschwiegen werden durfte. **Vollends** hätte es dem Verfasser **nicht begegnen sollen**, daß er (im dritten Bande) **einen Juden unter die hier skizzierten Deutschen aufnahm**. Das könnte ihn sonst dem Anscheine aussetzen, als habe er aus anderen Gründen das Judentum bei Seite gelassen."

Schauderhaft, höchst schauderhaft!

Das neue englische Ministerium und seine jüdischen Mitarbeiter. Englische Tagesblätter melden, daß der neue englische Premier Mr. Asquith den gewesenen Untersekretär Mr. **Herbert Samuel** eine höhere Stelle in seinem Kabinett angeboten habe. Mr. Samuel habe jedoch gebeten, ihn in seiner bisherigen Stellung zu belassen, um das neue Kinderschutzgesetz, das ein Werk Samuels ist und demnächst ins Unterhaus gelangen soll, endgiltig vorbereiten und vertreten zu können. Ministerpräsident Asquith habe nun diese Argumente gewürdigt, sich jedoch vorbehalten, nach Durchführung dieses Gesetzes die wertvolle Kraft, als welche Mr. Samuel sich erwiesen, für einen höheren Posten in Anspruch zu nehmen. — Dieselben Blätter melden auch, daß Mr. Asquith das jüdische Parlamentsmitglied Hon. E. S. **Montagu** zu seinem Privatsekretär ernannt hat. Mr. Montagu war zur Zeit, als Asquith Schatzkanzler war, dessen parlamentarischer Sekretär.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. (und 12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 19. | Berlin, 6. Mai 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Vom Heinedenkmal in Korfu.

Der Kaiser hat als Eigentümer des Achilleions auf Korfu bekanntlich angeordnet, daß an der Stelle des dort befindlichen Heinedenkmals von Hasselris ein Standbild der verewigten Kaiserin Elisabeth errichtet werden soll. Es war zu erwarten, daß die antisemitische Presse aus diesem Vorgang Kapital schlagen und bei dieser Gelegenheit zur Abwechslung wieder einmal das Oberhaupt des Deutschen Reiches als Gesinnungsgenossen reklamieren würde. Leider hat sie damit gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt kein Glück, denn es sind erst wenige Wochen her, daß sich der Kaiser in antisemitischen Blättern versteckte Angriffe deshalb gefallen lassen mußte, weil er Meyerbeer für seinen Lieblingskomponisten und die „Hugenotten"-Musik mehr als jede andere zu schätzen erklärt hatte. Das ist ein im antisemitischen Sinne sehr bedauerlicher Beweis dafür, daß der Monarch in Fragen der Kunst nicht die Konfession, sondern ausschließlich seinen G e s c h m a c k entscheiden läßt, ganz wie das jeder andere gebildete und vernünftige sterbliche Mensch selbstverständlich auch tut. So ist auch die Heinedenkmals-Angelegenheit für den Kaiser nichts weiter als eine Geschmacksfrage und kann durchaus unbefangen allein als solche betrachtet werden. Daß Wilhelm II. für den D i c h t e r Heinrich Heine nicht viel Sympathien haben kann, ist jedem, dem die Wesensart und Geistesrichtung des Monarchen nur einigermaßen vertraut ist, psychologisch ohne weiteres klar; nicht minder, daß die Kaiserin, die gerade im vorliegenden Falle als Instanz vielleicht noch mehr als ihr Gemahl in Frage kam, keine Heine-Freundin sein kann. Diese Abneigung hat mit Konfession und Rasse genau so wenig zu tun, wie wenn etwa der Kaiser sich Gerhart Hauptmann gegenüber ablehnend verhält; wenn er von Lederers Hamburger Bismarck-Denkmal nichts wissen mag, wenn er in der Malerei die ganze moderne Impressionistenschule und in der Musik die herrschende Richtung Wagner-Strauß verwirft.

Gerade in der Heinedenkmal-Angelegenheit kommt nun noch hinzu, daß es sich um einen Vorgang völlig privater Natur handelt. Man bedenke: Korfu liegt in Griechenland, und Heine hatte mit dieser sogenannten Phäakeninsel nie auch nur das Geringste zu tun; lokale Beziehungen für sein Denkmal gerade an jener Stelle fehlen also ganz. Seine Errichtung entsprang ausschließlich dem Privatbedürfnis der edlen Fürstin, die in Heine ihren Lieblingsdichter verehrte und sein Marmorbild in ihrem weltabgeschiedenen Schlößchen am blauen Mittelmeer dauernd vor Augen zu haben wünschte. Nicht für die Oeffentlichkeit, sondern ganz für sich allein hat Kaiserin Elisabeth dort in ihrem Garten das Standbild aufstellen lassen. Die Oeffentlichkeit hat deshalb auch nicht das geringste Interesse daran, ob nun, nachdem das Achilleion seinen neuen Besitzer erhalten hat, das Denkmal dort stehen bleibt, wo es seither gestanden hat, oder anderswo. Wenn noch irgend eine Erinnerung Heines Person gerade mit diesem ausländischen Fleckchen Erde verknüpfte, wie etwa Byron mit Missolunghi, Shelley mit Lerici und dergl., so könnte es allenfalls eine Pietätlosigkeit genannt werden, daß das Denkmal von dort wieder verschwinden soll, nachdem es einmal da gestanden hatte. Es soll aber aller Voraussicht nach nicht einmal verschwinden, sondern wahrscheinlich nur eine andere Stelle erhalten, und wo diese sein wird, kann doch wirklich höchstens die paar hundert Globetrotter oder Luxustouristen interessieren, die einzeln oder als Cooksche Gesellschaftsreisende alljährlich der Insel ihren Besuch abstatten. Wenn es dem Kaiser und seiner straffen Natur nicht behagt, in seinem Privatbesitztum wochenlang das reichlich sentimental und melancholisch aufgefaßte Denkmal eines in Krankheits- und leidender Weltschmerzpose dargestellten Dichters beständig dicht vor Augen zu haben, zu dem er nun einmal kein inneres Verhältnis hat und haben kann, so wird nur Unverstand oder Uebelwollen ihm das Recht bestreiten, darüber nach seinem Belieben zu disponieren. Was der Privatwille einer Fürstin zur eigenen Erbauung sich geschaffen hat, kann der Privatwille eines Fürsten auch wieder ändern oder entfernen und es ist schlechterdings nicht zu verstehen, weshalb man sich darüber, sei's im schadenfrohen, sei's im abfälligen Sinne ereifern mag.

Wenn überhaupt von einer Verletzung der Pietät die Rede sein könnte, so wäre es höchstens die gegen die verewigte österreichische Kaiserin, und gerade in Oesterreich mag es in der Tat vielfach etwas peinlich vermerkt worden sein, daß der neue Herr des Achilleions sozusagen gleich im Moment der Besitzergreifung eine der Lieblingsschöpfungen der vorigen Besitzerin aus dem Wege zu räumen die Absicht äußerte. Mit etwas weniger Eile wäre dieser Eindruck zu vermeiden gewesen. Für Heine aber, für sein Werk, seine Bedeutung und für die Liebe, die ihn als Dichter weite Volkskreise bewahren, ist die Frage seines korfiotischen Denkmals ohne jeden Belang.

* * *

Die von uns mehrfach erwähnte A e u ß e r u n g des F ü r s t e n B i s m a r c k über H e i n e, die durch seinen langjährigen Vertrauten, den Chef der Reichskanzlei, Exzellenz R o t t e n b u r g der Oeffentlichkeit vor zwei Jahren

übergeben worden ist, hat Anspruch auf vollste Authentizität. Dem Professor Herter gegenüber hat Rottenburg sich wörtlich in derselben Weise ausgesprochen, wie er es vor zwei Jahren dem Schriftsteller Alfred Kerr gegenüber schriftlich getan hat. Bismarck habe es durchaus gerechtfertigt gefunden, daß Heine ein Denkmal in Deutschland erhalte. Der Fürst habe am Schlusse des Gesprächs noch bemerkt:

„Und vergessen die Herren denn ganz, daß Heine ein Liederdichter ist, neben dem nur noch Goethe genannt werden darf, und das Lied gerade eine spezifisch deutsche Dichtungsform ist?“

Interessant ist auch, wie die bauernbündlerisch-antisemitische „Neue Bayerische Landesztg.“ zu der durch das Vorgehen des Kaisers neu aufgerollten Denkmalsfrage Stellung nimmt:

„Wir sind gewiß keine enthusiastischen Verehrer des Dichters Heine, aber mißbilligen gleichwohl die Beseitigung seines Denkmals, welches zugleich die Erinnerung an die unglückliche Kaiserin Elisabeth festhielt, jene vornehme, hochherzige Frau, welche ein besseres Schicksal verdient hätte als durch Mörderhand zu fallen. Solche Denkmäler sollten ebenso heilig und unverletzlich sein wie die Gräber. Vor der Majestät des Todes soll jeder — der Kaiser wie der Knecht, der Christ wie der Jude — ehrfurchtsvoll Halt machen.“

Wenn die antisemitische Presse in ihrer Mehrheit dem Kaiser bei der Heinedenkmal-Affäre jetzt zujubelt, so fällt sie freilich dabei etwas aus der Rolle. Bislang sind es gerade antisemitische Blätter gewesen, welche sich berechtigt glaubten, dem Kaiser in privaten Angelegenheiten Vorschriften machen zu dürfen. Noch in der letzten Nummer des „Hammer“ war in einem Artikel „Die Freunde der Könige“ folgende grobe Taktlosigkeit zu lesen:

„Die Bahn, in welche das private Leben unserer Fürsten durch den Verkehr mit den Angehörigen niederer Rassen gelenkt wird, kann dem deutschen Volke nicht gleichgiltig sein. Vorläufig haben wir noch kein Mittel, zu verhindern, daß der König von Preußen einer Horde gewissenloser Spekulanten das Prädikat des Adels beilegt, sich mit ihnen an einen Tisch setzt, oder auf eine photographische Platte bringen läßt. Wenn aber Sr. Majestät dem Kaiser dabei wohl zu Mute ist, so ist er für das deutsche Volk rettungslos verloren.“

So sieht die Loyalität der Antisemiten, die sich immer als die festesten Stützen von Thron und Altar aufspielen, in der Praxis aus.

Der Leipziger Parteitag der antisemitischen Reformpartei.

Der 12. Parteitag der Deutschen Reformpartei, der am 25. v. M. in Leipzig stattfand, trug unverkennbar den Stempel des Niederganges der Partei; sie kann der Konkurrenz der Deutschsozialen, zu denen ihre früheren treuesten Anhänger in hellen Scharen überlaufen, immer schwerer Stand halten. Es waren diesmal mit Einschluß der Abgeordneten nur zirka 70 Delegierte, in der überwiegenden Mehrheit aus Sachsen, erschienen. Norddeutschland scheint sonst überhaupt nur durch den Berliner Verein vertreten gewesen zu sein; auch das offizielle Parteiorgan, dessen Bericht auf einen ziemlich resignierten Ton gestimmt ist, hebt hervor, daß „der Besuch nicht so stark war wie s. Z. auf dem Dresdner Parteitage.“ Zweifellos hat zu der flauen Stimmung innerhalb der Partei auch der Umstand wesentlich mit dazu beigetragen, daß es die vornehmlichste Aufgabe des Parteitages sein solle, die Partei auf eine solidere finanzielle Grundlage zu stellen. Vom Zahlen wollen auch die in der Theorie für größte Opferwilligkeit schwärmenden Antisemiten in der Praxis nichts wissen. Um der chronischen Finanzmisère der Partei wenigstens einigermaßen abzuhelfen, wurde die Gründung eines Reichsbundes — die deutschsoziale „Bruderpartei“ hat bekanntlich in dem „Reichsverband“ eine ähnliche Einrichtung — beschlossen, der nach seinen Satzungen „die einheitliche Regelung der antisemitisch-reformerischen Aufklärungs- und Werbetätigkeit, insbesondere die Vorbereitung der Reichstagswahlen bezweckt, und sich die Aufgabe stellt, die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen.“ Zu diesem Zwecke sind drei Kategorien von Mitgliedern vorgesehen: ordentliche, unterstützende und korporative. Zwischen dem Reichsbund und der Partei besteht die engste Verbindung, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß der Reichsbund die auf dem Parteitage gewählte Parteileitung als seinen Vorstand, die dort bestellten Kassenrevisoren als die seinigen anerkennt. Im Gesamtvorstande der Partei ist der Reichsbund durch seinen Geschäftsführer, außerdem nach Höhe seiner finanziellen Leistungen vertreten. Die Partei betrachtet, wie der Abg. Zimmermann näher ausführte, „den Reichsbund als ihre einheitliche Organisation durch das Deutsche Reich, die Kasse des Reichsbundes als ihre Parteikasse“. Das letztere war wohl bei der ganzen Gründung die Hauptsache. Der Landesverein für das Königreich Sachsen, der bisher die Führung der Organisationen der Reformpartei innehatte, willigte in diese capitis diminutio nur unter der Bedingung, daß der „Reichsbund“ mit den einigen Tausend sächsischen Mitgliedern auch die Schulden der sächsischen Landesorganisation übernimmt. Diese günstige Gelegenheit benutzte Herr Bindewald gleich, um auch noch 300 Mk. ungedeckte Wahlschulden seines Wahlkreises Alsfeld-Lauterbach-Schotten dem „Reichsbund“ aufzuhängen. Nach langem Gezänke über die Beitragshöhe der korporativen Mitglieder an die Zentralorganisation wurde diese schließlich auf „die Hälfte ihrer regelmäßigen Jahresbeiträge“ mit dem Zusatz „jedoch nur bis zur Höhe von 2 Mk.“ normiert. Die lokalen Vereine der Reformpartei sind damit immer mehr zu bloßen Geldbewilligungsmaschinen degradiert. Bei der Abstimmung soll nach der Magdeburger „Sachsenschau“ die „Erregung eine große“ gewesen sein, das Blatt schreibt darüber:

„Zunächst ließ sich das Stimmverhältnis nicht genau feststellen. Es folgte eine Art Hammelsprung mit dem verblüffenden Resultat: Stimmengleichheit. Abg. Zimmermann, der sich zunächst der Stimme enthalten hatte, gab alsdann den Ausschlag dafür, daß die örtlichen Vereine für jedes Mitglied zwei Mark an den Reichsbund zu zahlen haben, eine Mark dagegen, wenn sie die Versendung der Drucksachen auf eigene Kosten übernehmen.“

Vorher und nachher hatte es noch ziemlich starken persönlichen Zank gegeben. Der Herausgeber des Kasseler „Reichsherold“, der sich bisher als offizielles Organ der hessischen Landesorganisation aufspielen konnte, Wallbach-Kassel, wurde „fast einstimmig“ aus der Partei ausgeschlossen mit der Begründung:

„Daß Wallbach: 1) bei einer Stichwahl aufgefordert haben soll, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; 2) bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel für den sozialdemokratischen Kandidaten Scheidemann gestimmt hat; 3) den deutschsozialen Reichstagsabgeordneten Lattmann wegen unterlassener Anmeldung einer Versammlung bei der Polizei angezeigt hat; 4) im „Reichsherold“ trotz der Abmahnungen des Parteivorstandes fortfuhr, die Deutschsozialen zu bekämpfen.“

Entscheidend für diese Abhalfterung des einzigen Angehörigen der Partei, der zuweilen noch wirkliche demokratische Töne fand, dürfte wohl das letztere Motiv gewesen sein. Die Reformpartei hat infolge ihrer inneren Schwächung ein starkes Bedürfnis, mit dem großen deutschsozialen Bruder in Frieden zu leben.

Herr Bruhn wurde für seine Zustimmung zum Börsengesetz durch Nichtwiederwahl in den Vorstand bestraft. Oswald Zimmermann hat sich damit seines gefährlichsten Rivalen im Vorstand entledigt; er selbst wurde mit 66 Stimmen gegen 3, die auf Bruhn entfielen, als Parteivorsitzender wiedergewählt. Die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder gestaltete sich wie folgt; es erhielten:

„Abg. Bindewald 67, Abg. Werner 65, Abg. Gräfe 54, Justizrat Schnauß-Leipzig 48, Gastwirt Rieprich-Berlin 43 und Architekt Biener-Berlin 39 Stimmen. Ferner erhielten Abg.

Bruhn 34, Dr. Richter-Dresden 18 Stimmen, die übrigen Stimmen zersplitterten sich."

Ueber die vorhergegangene Debatte, in der Herrn Bruhn anscheinend ziemlich unsanft der Kopf gewaschen wurde, hatte man vorsichtigerweise nichts in die Presse gebracht, wie überhaupt die Parteileitung diesmal Vorsorge getroffen hatte, daß die unabhängige Berichterstattung ausgeschlossen wurde. Herr v. Mosch, der bekanntlich nach seinem Hinauswurf aus dem Deutschen Volksbunde bei der Reformpartei parteipolitischen Unterschlupf gefunden hatte, produzierte sich in diesem Rahmen zum ersten Male in der an den Parteitag sich anschließenden öffentlichen Volksversammlung.

Aus der Großväterzeit.

In Mode, Kunst, Kunstgewerbe und Literatur hat neuerdings die sogenannte Biedermeierzeit, die Zeit, „als der Großvater die Großmutter nahm", eine Art Wiederkehr gefeiert. Eine markante und vielgelesene Erscheinung des Büchermarkts, der Roman „Jettchen Gebert" von Georg Herrmann, dem die „Mitteilungen" vor anderthalb Jahren einen Aufsatz gewidmet haben, hat einen guten Teil seines Erfolges, wie man weiß, den darin vorherrschenden vorzüglichen Milieuschilderungen aus jenen vormärzlichen Tagen zu danken. Viele nichtjüdischen und vielleicht auch manche jüdischen Leser dieses Romans mögen mit einigem Staunen daraus erfahren haben, daß es auch schon in den Tagen vor der Emanzipation in Berlin, wo ja nach dem Jargon der antisemitischen Publizistik heute nur „Tiergarten-, Börsen- und Pressejuden" wuchern, ein seßhaftes, jüdisches Bürgertum von solider, alter Kultur gegeben hat, wie überall und noch heute, wo die Rassenhetze nicht ihre zersetzende und zerfressende Wirkung hat ausüben können. Und manchem wird dabei vielleicht die Erkenntnis gedämmert haben, welches schmähliche Unrecht dem Judentum als solchem geschieht, wenn man die mancherlei unsympathischen Erscheinungen, die sich aus dem allzu raschen Zustrom östlicher Einwanderer und der unerhört schnellen Entwicklung einer Millionenstadt an der Oberfläche der Verhältnisse herausgebildet haben, immer wieder als den typischen Wesenskern des eingesessenen deutschen Judentums hinzustellen bestrebt ist.

Wie sehr sich die Gegensätze seit jenen Tagen verschärft und vertieft haben, lehrt auch das unlängst erschienene Erinnerungsbuch „Aus der Kindheit", von Julius Rodenberg*), dem bekannten Begründer und nun bald achtzigjährigen Leiter der „Deutschen Rundschau". Auch dieses Buch führt uns ähnlich wie Herrmanns Roman, in die Zeit zwischen der Juli- und der Märzrevolution zurück, nur daß sein Schauplatz westlich der Elbe liegt und nicht die Großstadt ist, sondern ein kleines Nest in Westdeutschland.

Es sind durchaus idyllische und freundliche Erinnerungen, die das Kinderland des greisen Verfassers beleben. Die geräumigen Verhältnisse eines sicher gegründeten jüdischen Hausstandes, die Obhut tüchtiger Eltern, viel ländliche Freiheit ohne Ungebundenheit bestimmten die Entwicklungsjahre des begabten Knaben, der von seinen Geschwistern der Aelteste war. In dem kurhessischen Landstädtchen Rodenberg, unweit der blauen Hügelkette des Deister, kannte man in jenen Tagen der Postkutsche den Unfrieden der Konfessionen noch nicht, der heute gerade in Oberhessen so zerklüftend und vergiftend wirkt, und dem jungen Julius Levy — der für diesen Namen noch als Schüler mit Genehmigung des Kurfürsten den seines Geburtsortes eintauschte — blieben die Pariagefühle und Verletzungen erspart, die andere Kinder seines Namens oft so früh schon verwunden. Um so ungetrübter ist die Heimatliebe, mit der er von dem Lande seiner Jugend erzählt, von all den historischen und landschaftlichen Eindrücken des Bodens, auf dem dereinst Germanikus bei Idistaviso die Cherusker aufs Haupt geschlagen, von den Sitten und Trachten der Landbevölkerung, ihren Sachsenschädeln und ihrem Bauernstolz, von den Besuchen in dem noch englisch kultivierten Hannover und dem nahen Schwefelbad Renndorf, von Großeltern und Hauslehrern, von Familien- und Dorfanekdoten. Der Hauch einer weltkundigen, liebenswürdigen Persönlichkeit liegt über alledem und der verklärende Schimmer der Erinnerung übergoldet auch unbedeutendes, was dem Auge des in Sinnen versunkenen Betrachters wieder aufsteigt.

Unwillkürlich vergleicht man diese Kindheitsschilderung des hessischen Juden Rodenberg mit der des schwäbischen Juden Berthold Auerbach, von der gleichfalls hier vor kurzem (im Anschluß an Anton Bettelheims Biographie) die Rede war. Beider Jugend war nur durch wenige Jahre Unterschied zeitlich getrennt, beide entstammen dem ackerbauenden Lande und beide haben durch die in ihren Schriften überzeugend bewiesene innige Liebe zur Heimatscholle gezeigt, wie ungerecht und töricht der den deutschen Juden so oft gemachte Vorwurf ist, sie seien ein wurzelloses Volk von Fremden ohne tieferes Vaterlandsgefühl. Auerbach so wenig wie Rodenberg sind in ihren jungen Jahren von dem Gifthauch des Rassenhasses gestreift worden, eben darum hat gerade der Verfasser der „Schwarzwälder Dorfgeschichten" späterhin den Ausbruch der antisemitischen Bewegung förmlich fassungslos vor Weh empfunden, nur weil seine kindliche anima candida davon nichts verstand. Und Beide sind eben deshalb typische Beispiele dafür, in welchem Grade der deutsche Jude in deutscher Kultur aufgehen und selbst zum allgemein geachteten Kulturkörper werden kann, ohne darum — wie es speziell bei Auerbach der Fall war — aufzuhören, ein treuer Anhänger des Glaubens seiner Väter zu sein.

Andere, aber ähnliche Gedanken löst das kürzlich erschienene Buch „Memoiren einer Großmutter, Bilder aus der Kulturgeschichte der Juden Rußlands im 19. Jahrhundert" von Pauline Wengeroff aus*). Auch hier wird die Zeit der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts vor uns lebendig, und auch hier tritt, trotzdem wir uns im Zarenreiche befinden, der Gegensatz zwischen Einst und Jetzt ziemlich kraß zutage, denn ein jüdisches Patrizierhaus von dem Stile dessen, in dem Pauline Wengeroff ihre Kinder- und Mädchenjahre verlebte, ohne etwas von Unterdrückung und Haß zu verspüren, dürfte es heute im heiligen Rußland schwerlich noch geben. Allerdings liegen die Dinge hier anders als im deutschen Westen. Man lebt in Brest-Litowsk, das noch heute eine zu drei Vierteln jüdische Bevölkerung hat, und man kommt demgemäß fast nur mit Glaubensgenossen in Berührung. Aber Vater und Großvater stehen als weithin gebietende Handelsherren in hohem Ansehen — der Großvater, der für die Regierung große Chausseebauten übernimmt, genießt in Warschau das Ehrenbürgerrecht, der Vater ist außer seinem kaufmännischen Berufe ein unermüdlicher Talmudforscher und Verfasser gelehrter Arbeiten — und im Hause gehen als Gäste hohe Militärs, Ingenieure, Baukommissäre u. dgl. aus und ein. In Ermanglung eines genügenden Gasthofes pflegt der Kommandant die angesehenen Fremden in dem reichbestellten jüdischen Hause einzuquartieren, mit dessen Besitzer er auf freundschaftlichem Fuße steht. Im übrigen ist das Familienleben, wie es die Verfasserin mit großer Gedächtnistreue schildert, aufs engste mit dem religiösen Festkalender des Jahres verwachsen, wobei nicht nur die sogenannten großen Feiertage, sondern auch zahlreiche kleinere mit peinlicher Gewissenhaftigkeit eingehalten werden. Auch die Zahl der rituellen Bräuche im Hause und im Alltagsleben ist bei den orthodoxen Juden von damals noch größer, als heute, aber sie werden nicht äußerlich und mechanisch befolgt, sondern

*) Berlin, Gebrüder Paetel 1907.

*) Berlin 1908, M. Poppelauer. Mit einem Geleitwort von Dr. Gustav Karpeles.

wurzeln in tiefer Religiosität. Dem entspricht auch die starke Ergriffenheit, mit der der gläubige Jude gerade in Rußland seine religiösen Uebungen vollzieht, die sich an besonders weihevollen Tagen, wie am Vorabend des Passah-, des Neujahrs- und Versöhnungsfestes bis zu Tränenausbrüchen steigert. Der Glaube an die Verheißungen der heiligen Schrift lebt noch in der alten Macht, und das Gemeinschaftsgefühl stärkt die Schwachen und Darbenden.

Wie bei Rodenberg sehen wir auch hier ein hochangesehenes Bürgerhaus, in dem eine kluge und gütige Mutter waltet. Sonst aber ist der Unterschied zwischen Ost und West trotz derselben Zeit, in der man lebt, außerordentlich groß. In Rußland trugen damals die Juden noch ihre eigene, mehr oder minder malerische Tracht (hohe Mütze mit Pelzstreifen und Pejes, Kaftan, Gürtel, kurze Kniehosen usw.); erst ein kaiserlicher Ukas von 1845 zwang sie zum Anlegen westeuropäischer Kleidung. Auch ihre Schulen, in denen jüdische Volksschullehrer (Melamdim) im Jargon Unterricht erteilten, waren nur hebräische Schulen, in denen weder Russisch, noch Polnisch gelehrt wurde, bis mit dem Jahre 1838 eine gründliche Reformperiode einsetzte.

Alles in allem kann man es zwar begreifen, wenn Pauline Wengeroff aus der Erinnerung an eine glückliche Jugend heraus zur laudatrix temporis acti wird und ihr Vaterhaus als Kindheitsparadies schildert, aber im Interesse der jüdischen Allgemeinheit wird man es kaum beklagen, daß jene Zeit des einseitigen Talmudkultus heute vorüber ist. Daß freilich das soziale Los der russischen Juden sich durch die Reformen der letzten beiden Menschenalter nur vorübergehend gebessert hat und nun schon seit Jahrzehnten aller Menschlichkeit und Gerechtigkeit Hohn spricht, ist nur zu wahr; nicht minder wahr aber, daß die jüdische Intelligenz Rußlands in derselben Zeit eine ganz außerordentliche Entwicklung durchgemacht hat. Diesen Aufstieg vor Augen zu führen, ist das vorliegende Memoirenwerk in besonderem Grade geeignet. E.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Landtagswahlen in Hannover. Man schreibt uns von dort:

Die Landtagswahlen in Hannover werden sich zu einer großen Entscheidungsschlacht zwischen Liberalismus und Konservatismus gestalten. Herr Dr. Diederich Hahn und seine Getreuen haben geschworen, den Liberalismus in der Provinz Hannover mit Stumpf und Stiel auszurotten und nicht eher zu ruhen, bis die Provinz nur noch Konservative in den Landtag (und dementsprechend in Zukunft wohl auch in den Reichstag) entsendet, und die vereinigten Konservativen, Antisemiten und Mittelstandsretter entfalten in der Tat eine beachtenswert eifrige und unermüdliche Agitationstätigkeit, um dies Ziel zu erreichen. Ueberall sind sie als die ersten mit Aufstellung ihrer Kandidaten am Platze. Mit Vorliebe nominieren sie Landräte, obwohl Landratskandidaturen gerade in Hannover nichts weniger als beliebt sind. In Diepholz haben sie Exminister Podbielski aufgestellt. Nun ist ja gerade durchaus nicht anzunehmen, daß den Bündlern ihr Anschlag glücken sollte. Der Konservatismus in altpreußischer Form ist in Hannover eine fremde Pflanze und hat hier nie recht Boden gewinnen können und noch weniger vermögen die Antisemiten und ihre Bundesgenossen dem hannoverschen Bürger und Landmann zu imponieren. Beweis genug dafür sind außer der Stichwahl in Norden-Emden, die den Freisinnigen einen glänzenden Wahlsieg brachte, die letzten Landtags-Ersatzwahlen in Geestemünde, Rotenburg und Göttingen, die alle drei mit nationalliberalen Wahlsiege endeten und den Agrariern und ihren Bundesgenossen keine Erfolge eintrugen. Immerhin sollte die Agitationstätigkeit der Bündler nicht unterschätzt werden und die Liberalen zu gleich rastloser Arbeit ermuntern. Ueberraschungen sind bei Wahlen ja nie ausgeschlossen, besonders wenn sie unter einem so sonderbaren Wahlrecht wie dem preußischen erfolgen, und Lässigkeit rächt sich bei ihnen nur zu oft.

Für Hannover kommen in erster Linie die Nationalliberalen in Betracht. Sie haben von den 35 Landtagswahlkreisen der Provinz nicht weniger als 22 zu verteidigen, so daß man Hannover mit Recht als Hochburg dieser Partei bezeichnen kann, und mehrere ihrer Wahlkreise erscheinen in der Tat ziemlich gefährdet. Wünschenswert wäre es, wenn die Nationalliberalen die liberale Seite ihres Wesens mehr in den Vordergrund stellen und stärker betonen möchten. Ein allgemeines Wahlbündnis mit den Freisinnigen wäre in Hannover durchaus angebracht. In Emden-Norden sind die Nationalliberalen größtenteils für Fegter eingetreten, und so sollten die Bruderparteien auch bei den Landtagswahlen Hand in Hand gehen. Dann dürfte es ihnen angesichts der liberalen Grundstimmung der gesamten Bevölkerung Hannovers nicht schwer fallen, den Ansturm der vereinigten rechtsstehenden Parteien abzuschlagen und noch eine Reihe weiterer Mandate hinzuzuerobern. Von freisinnigen Kandidaturen sind bis jetzt erst die des Amtsgerichtsrates Hertz in Harburg, des Rektors Berghaus in Norden und des Pastors Dr. Pfannkuche (Osnabrück) in Lehe-Geestemünde bekannt geworden; vielleicht wird noch in einigen anderen Kreisen ein freisinniger Kandidat aufgestellt. Nationalliberale und Freisinnige sollten sich rechtzeitig einigen, sich überall gegenseitig unterstützen und ihre ganze Kraft gegen die Gegner von rechts kehren, denn dann wäre in dieser Provinz sicher ein sehr günstiges Wahlresultat zu erzielen und Hannover könnte wesentlich dazu beitragen, die nachgerade unerträglich werdende einseitige Herrschaft der konservativen Partei im preußischen Landtage brechen und beseitigen zu helfen.

Ein christlichsozialer Bezirkstag hat Ende v. M. in Siegen stattgefunden, der das Verhalten der Partei bei den preußischen Landtagswahlen in den Siegerländer Wahlkreisen regelte. Interessant war eine Aeußerung des in einem andern Wahlkreise als Nachfolger des Pastors von Bodelschwingh kandidierenden Lic. Mumm, „daß ohne die Christlichsozialen und die Wirtschaftliche Vereinigung der Block (im Reichstag) nicht fruchtbringend arbeiten kann; wir bilden das Zünglein an der Wage."

Am Tage darauf tagte der Kirchlichsoziale Kongreß in Bielefeld, der sich im großen und ganzen wohl aus denselben Teilnehmern wie die christlichsoziale Partei zusammensetzt. Wiederum referierte Herr Mumm in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer und hob dabei rühmend hervor das Wachstum der „christlichen Presse", die „zu ihren alten Vorkämpfern „Kreuzztg.", „Reichsbote", „Neue Westfälische Volkszeitung" und „Volk" nun außer „Staatsbürgerztg." und „Reich" auch den „Ravensberger", die „Westdeutsche Zeitung" und den „Casseler Beobachter" hinzugewonnen habe.

Man sieht, was hier unter „christlicher Presse" aufgeführt wird, gehört samt und sonders zum politischen Antisemitismus, der doch mit wahrem Christentum so gar keine Gemeinschaft besitzt.

Aus Weener wird uns geschrieben: Die hiesigen Antisemiten können sich über den gewaltigen Reinfall, den sie bei der jüngsten Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Emden-Norden-Leer-Weener mit ihrem hier ansässigen Kandidaten Rechtsanwalt Groeneveld erlitten haben, noch immer nicht beruhigen. Jede passende und unpassende Gelegenheit benutzen sie, um ihr wuterfülltes Herz durch

Schimpfen zu erleichtern. In dem hier erscheinenden Blatt „Rheiderland“ nimmt solch ein Antisemit den Aufruf unter die Lupe, den der „Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen an seine Glaubensgenossen richtet. Dieser Aufruf lautet:

„Die Neuwahlen für den preußischen Landtag werden aller Voraussicht nach im Juni d. Js. stattfinden. Die Bedeutung der Landtagswahlen für uns kann gar nicht genug hervorgehoben werden; denn wenn auch der Schwerpunkt der Gesetzgebung im Reichstage liegt, so tritt doch der Antisemitismus in der Praxis der Verwaltungsbehörden der Einzelstaaten hauptsächlich in Erscheinung. Wir erinnern nur daran, daß die Besetzung fast aller öffentlichen Aemter, die Ernennung der Richter, der Notare, die Verwaltung der Universitäten, die Auswahl der Schöffen und Geschworenen, das Schulwesen u. a. m. zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehört. Wir erinnern weiter an den berüchtigten Assessorenparagraphen, der vor einer Anzahl von Jahren nur mit wenigen Stimmen Mehrheit abgelehnt worden und dazu bestimmt gewesen ist, den Zutritt unserer Glaubensgenossen zur Richterlaufbahn fast ganz unmöglich zu machen. Wir legen unsern Glaubensgenossen deshalb nahe, sich schon jetzt politischen Organisationen anzuschließen, und sich möglichst rege an den Vorbereitungen zu den Wahlen zu beteiligen, um die Wahl und wenn möglich schon die Aufstellung antisemitischer oder antisemitisch gefärbter Kandidaten zu verhindern. Eine eifrige Mitarbeit bei den Wahlen ist aus Gründen der Selbsterhaltung und der Selbstachtung dringend geboten.“

Jeder, nur einigermaßen mit Gerechtigkeitsgefühl Ausgestattete wird aus diesen ruhigen und zutreffenden Darlegungen nichts weiter herauslesen, als die Aufforderung an die jüdischen Wähler, durch Ausübung des ihnen verfassungsgemäß zustehenden Wahlrechtes die Verwirklichung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Staatsbürger herbeizuführen suchen. Die Feststellung der Tatsache im Aufrufe, daß durch die Praxis der Verwaltungsbehörden gerade die jüdischen Staatsbürger in verfassungswidriger Weise zurückgesetzt werden, ist so wichtig, daß jeder vernünftige Mensch den dringenden Appell an die jüdischen Wähler sehr begreiflich finden wird. Anders unser anonymer Antisemit. Er bringt es fertig, aus dem Aufruf eine Zusammenkittung von Religion und Politik herauszulesen. Kein Wort davon findet sich dort; nur von den staatsbürgerlichen Rechten ist die Rede. Geradezu lächerlich ist der Schlußsatz, welcher lautet: „Aus diesem Grunde, und weil das Reich und die Einzelstaaten außer von ihren Fürsten vornehmlich von den Parlamenten regiert werden, charakterisiert sich der Aufruf und das Streben nach Einfluß in den letzteren als eine Betätigung des jüdischen Willens zur Macht und Herrschaft.“ Also, weil die Juden nichts weiter als ihr gutes Recht verlangen und erringen wollen, erstreben sie „Einfluß, Macht und Herrschaft“. Man glaubt Ahlwardt oder Pückler reden zu hören. Bei der Reichstagswahl wurden andere Töne angeschlagen. Da ward Herr Groeneveld, der antisemitische Kandidat und der antisemitische Agitatorenstab um die jüdischen Stimmen, wurde ein über das andere Mal versichert, daß jüdisches Eigentum und staatsbürgerliche Rechte nicht angetastet werden sollten, da wollte Herr Groeneveld gar kein richtiger Antisemit sein.

In einem Punkte ist der antisemitische Kritiker den Gepflogenheiten der Antisemiten bei der Reichstagswahl treu geblieben, nämlich es mit der Wahrheit nicht ganz genau zu nehmen. Wenn er behauptet, daß der liberale Verein in Weener „unter jüdischer Führung“ steht, so setzt er sich bestimmt mit der Wahrheit in Gegensatz, da ihm sehr wohl bekannt ist, daß an der Spitze des Wahlvereins ein hiesiger angesehener, christlicher Kaufmann steht.

Der Versuch, aus Berlin zahlenmäßig den Nachweis zu erbringen, daß unter den dortigen Amtsrichtern, Landrichtern, Notaren, Rechtsanwälten, Universitätsprofessoren, Aerzten, ein großer Prozentsatz jüdisch ist, daß somit „den Juden die Laufbahn der Richter, Notare, öffentlichen Lehrer nicht verschlossen“ ist, steht auf recht schwachen Füßen. Selbst wenn die Zahlen so richtig wären, wie sie es nicht sind, beweisen sie gar nichts. So lange nicht volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchgeführt ist, haben die Juden ein Recht, sie mit allen Mitteln zu erstreben und jeder recht und liberal Denkende wird sie in diesem Kampfe unterstützen.

Vererbung eines Wahlkreises? In dem „Reichsherold“, dem bisherigen hessischen Organ der Reformpartei, das sich zur Hauptaufgabe die Bekämpfung der deutschsozialen Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg gemacht hat, lesen wir:

„Wie hoch man die politische Schulung der Wähler in Fritzlar-Homberg-Ziegenhain in der Familie Liebermann aus Bielscastruga in Ostpreußen bewertet, kann man vielleicht auch aus einer Aeußerung des jugendlichen Studenten E. von Liebermann schließen, der jüngst erzählte: „Wenn mein Onkel stirbt, werde ich Abgeordneter seines Kreises; der Wahlkreis ist in der Familie Liebermann erblich.“

Wenn diese Aeußerung richtig wiedergegeben ist, so scheint allerdings der Neffe dem Onkel an Selbstgefühl nicht nachzustehen.

Gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband macht jetzt auch der Verband katholischer kaufmännischer Vereine Front. Der Verein Saarbrücken des Verbandes hat vor kurzem, wie die „Handelswacht“ schreibt, zwei seiner Mitglieder ausgeschlossen, „weil diese in einer öffentlichen Versammlung dem Redner des Deutschnationalen Verbandes Beifall bezeugt hatten“. Die Berufung an die Generalversammlung blieb erfolglos, trotzdem eine recht ansehnliche Zahl Handlungsgehilfen sich gegen den Ausschuß erklärten. Das Deutschnationale Handlungsgehilfenorgan bemerkt hierzu entrüstet:

Woher diese Nervosität? Auf der Tagung der sozialen Kommission des K. k. V. in Berlin ist es bereits zum Ausdruck gekommen, daß in allen Städten Deutschlands, natürlich auch in den katholischen, ein starkes Anwachsen des D. H. V. festzustellen ist. Die Kollegen wollen ihre Standesinteressen eben in erster Linie gewahrt sehen und finden das im D. H. V. Und sie finden der durchaus richtigen Anschauung, daß zur Vertretung parteipolitischer oder religiöser Fragen genug Gelegenheit in anderen Vereinen ist, daß hierfür ein kaufmännischer Verein kein Mandat besitzt. Nachdem der K. k. V. die Erfolglosigkeit seiner stillen Arbeit gegen den D. H. V. eingesehen hat, scheint er nunmehr zu öffentlicher Gegnerschaft übertreten zu wollen. Wir bedauern das, machen aber unsere katholischen Kollegen zwecks Abwehr darauf aufmerksam.“

Hier hat sich die „Handelswacht“ einmal in der eigenen Schlinge gefangen. Also die „Vertretung parteipolitischer oder religiöser Fragen“ gehört nicht in die Standesorganisationen. Ganz recht, da wird aber der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der diese religiöse Neutralität durch den Ausschluß der jüdischen Handlungsgehilfen gröblich verletzt und eine der stärksten Stützen des parteipolitischen Antisemitismus ist, seine Satzungen schleunigst ändern und die Personalunion seiner leitenden Männer mit den Vorsitzenden von Organisationen des politischen Antisemitismus aufgeben müssen.

In einer Polemik zwischen der sozialdemokratischen Presse und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband erinnert der „Vorwärts“ an ein Gerichtsurteil vom 16. Mai 1902, worin Herrn Schack klipp und klar bescheinigt wird, daß er „wider besseres Wissen“ gehandelt und damit „gegen die guten Sitten“ verstoßen habe.

Damals hatte Schack gegen den Verein für Handlungskommis von 1858 den Vorwurf der falschen Buchführung usw. erhoben. Der Verein für Handlungskommis klagte gegen den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und gegen den Verbandsvorsteher Schack. Vor Gericht suchte Schack seinen Vorwürfen eine harmlosere Deutung zu geben, das Landgericht zu Hamburg schenkte ihm aber keinen Glauben, sondern erkannte:

(16. Mai) wörtlich:

„Da sonach die Einwendungen des Beklagten Schack gegen die tatsächlich festgestellten Behauptungen hinfällig sind, der Beklagte Schack aber selbst nicht die Wahrheit dieser Ausstellungen zu behaupten vermag, so ergab sich ohne weiteres, daß derselbe widrr besseres Wissen gehandrtt hat.... Mit Rücksicht auf die Geschäftsgewandtheit des Beklagten Schack halte das Gericht keinen Zweifet, daß derselbe sich über diese tatsächlichen Verhältnisse klar war und daß er sehr wohl die Unwahrheit seiner Behauptungen gekannt hat.... Da der Beklagtr die Jahresberichte gekannt hat, welche bis Sommer v. J. erschienen waren, so ist ein Zweifel an der Kenntnis der Unwahrheit seiner Behauptungen ausgeschlossen. — Das Verhalten des Beklagten verstieß unzweifrlhaft gegen die guten Sitten."

Man wird es demnach begreiflich finden, daß die erdrückende Mehrheit der Mitglieder des Leipziger Verbandes es abgelehnt hat, sich mit einem Verein zu fusionieren, dessen Leitung gerichtlich also stigmatisiert ist.

Der „Grobian", das unseren Lesern zur Genüge bekannte antisemitische „Witz"- und Skandalblatt in München, veröffentlicht anläßlich der geplanten Ausstellung der Bismarckhalle in der Walhalla ein unfäglich geistloses und schmutziges Gedicht, das auf die Frage, warum „ein Preuß jetzt in die Walhalla kommt", antwortet:

„Der Ruhm, der Ruhm ist's liebes Kind!
Und Bismarck hot, ich sag' es offen,
Von allen, die darinnen sind,
Ja doch den meisten — Rum gesoffen!"

Merkwürdig nur, daß gewisse alldeutsche und antisemitische Organe, die sich jetzt über dieses rohe Machwerk so patriotisch entrüsten, kein Wort des Tadels finden, wenn dasselbe Blatt in womöglich noch gemeinerer Form die Juden in ihrer Gesamtheit anpöbelt und ihnen unverblümt Ritualmorde andichtet, wofür es allerdings erst im vorigen Jahre die Quittung von dem Strafrichter erhalten hatte. — In der „Köln. Volksztg." lesen wir hierzu noch:

„Verschiedene Blätter nannten den „Grobian" ein „ultramontanes Witzblatt" und entrüsteten sich über „klerikalen Bismarckhaß". Die „Ultramontanen" und „Klerikalen" haben, so bemerkt dazu die „Germania", mit dem Blatte nichts zu tun; es ist ein antisemitisch-bauernbündlerisches Organ. Die entrüsteten Blätter selbst teilen mit, daß die „Augsb. Postztg." gegen die rohen Witze scharf protestiert und den Parteicharakter des „Grobian" festgestellt hat. Trotzdem ist man so „loyal", es den „Klerikalen" anzuhängen."

Vermischtes.

Charles Hallgarten, dem unvergeßlichen und unersetzlichen Philanthropen widmet auch die „Gemeinde", das im Auftrage der Evangelischen Vereinigung zu Frankfurt a. M. von Pfarrer Veit herausgegebene evangelische Wochenblatt, einen warmen Nachruf, dem wir das Folgende entnehmen:

„Hallgarten war der opferwilligste und entschiedenste Freund seiner Volksgemeinschaft, und er war andererseits wie nur wenige herausgewachsen aus den Schranken seiner Konfession, er war der unbefangenste und weitherzigste Menschenfreund, er war der edelste Vertreter einer Toleranz, die den anders Gesinnten nicht nur erträgt und gewähren läßt, sondern auch würdigt und zu verstehen sucht.

Hallgarten war kein gelehrter, aber er war ein hochgebildeter Mann, der ein feines Verständnis hatte für alles Menschenwürdige, für jegliche Kunst, für alles wissenschaftliche Streben. Aber stärker noch als sein Urteil und sein ästhetisches Empfinden, war sein Herzensleben. Welch ein werktätiges Erbarmen bewies doch dieser Mann gegenüber allen Bedrückten und Notleidenden, bisweilen auch solchen gegenüber, die ihm mit offenem Undank lohnten, oder offenkundige Gegner seiner Bestrebungen waren. Gegenüber den unzähligen Hilfesuchenden war seine Frage nie: „Ist dieser der Hilfe würdig?" sondern stets die andere: „Ist er der Unterstützung bedürftig?" Die Menge und die Höhe seiner Unterstützungen geht ja ins Unglaubliche, sie ist überhaupt gar nicht kontrollierbar, weil er das meiste im Verborgenen tat und man immer nur durch Zufall auf die Entdeckung kam: „Also in diesem Fall hat er auch geholfen!" Aber wertvoller noch als das, was er gab, war die Art, wie er gab. Ihm war es wahrlich nicht darum zu tun, mit seinem Namen in den Unterstützungslisten der Zeitungen zu glänzen, wiewohl es andererseits zu seinen des öfteren ausgesprochenen Grundsätzen gehörte, daß die Aufgabe der Philanthropen sei, nicht nur selbst zu geben, sondern durch ihr Beispiel auch andere reiche Leute zum Geben zu veranlassen. Und mir ist ein Fall bekannt, wo er einem anderen jüdischen Geldfürsten einen Tausend-Mark-Schein wieder zurückschickte mit dem Bemerken, diese Gabe sei im Verhältnis zur Höhe des Notstands und dem Vermögen des Gebers nicht angemessen . . ."

„Jüdische Untertanen-Treue." Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg glaubt anläßlich des 100jährigen Gedenktages des Zusammenbruchs des Friderizianischen Preußen gegen die Juden einen besonderen Trumpf durch die Erwähnung der Tatsache ausspielen zu können, daß sie damals Napoleon als ihrem Befreier von tausendjähriger Knechtschaft allenthalben zugejubelt hätten. Es gräbt aus den Essener „Allg. politischen Nachr." vom 25/2. 1808 einen Artikel aus, worin über die Ovationen, die die Juden in Westfalen König Jérôme bereiteten und über einen Dankgottesdienst im Tempel zu Kassel berichtet wird. Das Blatt macht hierzu die hämische Bemerkung:

„Dieselben Kasseler Juden ließen, als ihr „herrlicher" König Lustik 1813 flüchtete, mit demselben lauten Eifer den wiedereinrückenden „angestammten" Kurfürst von Hessen hochleben."

Es ist sehr unvorsichtig von den „Deutschsozialen Blättern", an den damaligen Stimmungsumschwung der Juden zu erinnern. Die befolgten doch nur das Beispiel, das ihnen von den herrschenden Klassen gegeben wurde. Die würdelose Kriecherei des preußischen Junkertums vor Napoleon und seinen Kreaturen nach den schimpflichen Niederlagen von Jena und Auerstedt war doch noch viel verächtlicher. Die Juden, die von allen Seiten bisher gemißhandelt worden waren, erblickten in Napoleon mit Recht ihren politischen Messias und erhofften auch nach seinem Sturz von den zurückkehrenden „legitimen" Herrschern eine Bestätigung ihrer neuerworbenen Bürgerrechte. Das feige preußische Junkertum, das in erster Linie den Zusammenbruch des Friderizianischen Staates auf dem Gewissen hatte, kann aber für seine Schweifwedeleien vor den neuen Machthabern, die nur geiler Genußsucht entsprangen, nicht die mindeste Entschuldigung anführen. Vielleicht interessiert die konservativ-antisemitische Presse, die sich ja sonst immer gern auf den Altreichskanzler beruft, wie Bismarck in einem Gespräch mit Rottenburg, das dieser Tage von Prof. Herter mitgeteilt wurde, über den Heineschen Napoleonkultus urteilte; der Fürst sagte:

„Hat denn Heine so unrecht gehabt? Können wir leugnen, daß der Rechtstitel Friedrichs des Großen auf Schlesien nicht einwandfrei war?" Heine hat Napoleon verherrlicht. „Ich kann es ihm nicht verargen," meinte Bismarck, „ich hätte, wäre ich an seiner Stelle gewesen, kaum anders gehandelt. Hätte es mir, wenn ich wie Heine als Jude geboren wäre, gefallen können, wenn man um 8 Uhr abends die Tore der Judenstadt abgesperrt, überhaupt die Juden unter die schärfsten Ausnahmegesetze gestellt hat? Ein Heine mußte naturgemäß in dem Manne, der die französische Gesetzgebung in die Rheinlande brachte, die Ausnahmegesetze aufhob, einen Erlöser von martervollem Drucke preisen."

Der Antisemitismus und die Schächtfrage. Es muß immer wieder angenagelt werden, wie heuchlerisch und verlogen die antisemitische Phrase vom Rassenkampf ist. In Wirklichkeit sind unsere Antisemiten trotz aller Versicherung auch in religiösen Fragen den Juden gegenüber stets intolerant. Sie möchten eben dem Juden auf jede Weise das Leben verkümmern und sie machen auch vor den Gewissensfragen nicht Halt. Ueberall, wo sich Gelegenheit zeigt, gegen das Schächten zu hetzen, sind sie an der Spitze. Für sie ist natürlich die Grausamkeit des Schächtens eine Tatsache, trotzdem viele wissenschaftliche Kapazitäten das Gegenteil bekundet haben. Dabei passiert ihnen oft das Malheur, daß sie von ihren eigenen Freunden im Stich gelassen werden. Im Gemeinderat zu Schmalkalden wurde vor kurzem über einen Antrag, das Schächten künftig auf wöchentlich nur 2 Stück Großvieh und einige Stück Kleinvieh zu beschränken, beraten. Wir kennen das Bedürfnis

für rituelles Fleisch dieser Gemeinde nicht und wissen nicht, ob dieser Antrag nicht antisemitischer Engherzigkeit entsprungen ist. Das Organ der Deutschsozialen Partei aber ist wütend darüber, daß es noch Menschen gibt, die in der Schächtgegnerschaft keine hohe Kulturaufgabe erblicken. Es schreibt:

„Befremdet hat aber entschieden die Stellungnahme des Fabrikanten S., der bat, die Vorlage abzulehnen. Dieser Herr ist s. Zt. bei den Wahlen von deutschsozialer Seite vorgeschlagen und wohl von den meisten unserer Anhänger als ein Oppositionsmann ins Stadtparlament gewählt worden. Wir sind enttäuscht!"

Also darf ein Antisemit ouch in dieser Frage keine eigene Meinung haben und muß sich auf Gnade und Tot dem hohen Urteile der Führer unterwerfen. Das nennt man im antisemitischen Lager deutsche Freiheit!

„Jüdische Schmarotzer". Zu den antisemitischen Dogmen gehört bekanntlich auch die „Arbeitscheu der Juden". Man nimmt die wahre Tatsache, daß die größte Anzahl der gegenwärtig in Deutschland lebenden Juden dem Handels- oder Gelehrtenberufe angehört, und zieht nach berühmten Mustern alle möglichen schiefen Schlüsse daraus. Zunächst wird der Begriff Arbeit auf rein manuelle Beschäftigungen beschränkt. Die Antisemiten folgen darin ihrem Antipoden Karl Marx, der ebenfalls den Begriff der produktiven Arbeit sehr eng zieht.

Aber geradezu komisch ist es, wenn man die russischen Juden und die nach Amerika ausgewanderten Juden des Ostens Schmarotzer nennt. Von den 600000 in Newyork lebenden Juden sind mindestens 500000 Arbeiter und man findet sie in allen Fabriken, namentlich in der Herrenkonfektion, sehr stark vertreten. Der weitgrößte Teil dieser Arbeiter lebt von einem Einkommen unter 2000 Mark, viele erhalten direkt einen Hungerlohn, und man weiß, daß für sie das Wort Schwitz-System geprägt worden ist. Solche Leute Schmarotzer zu nennen, das ist bitterer Hohn und das bekommt nur der fertig, der für menschliche Leiden kein Verständnis hat. In einer antisemitischen Betrachtung über die Juden in Amerika finden wir folgenden Schluß:

„Das mit Naturschätzen so reich gesegnete und auch sonst gewaltig emporkommende Reich der Vereinigten Staaten bietet den hebräischen Handelsnomaden so recht ein Feld für ihre volksaussaugende Schmarotzertätigkeit."

Wie tief muß man gesunken sein, wenn man auch aus dem menschlichen Elend Kapttal für die Hetze schlägt! Die wahren Schmarotzer unserer modernen Gesellschaft scheinen uns die antisemitischen Agitatoren und Tintenkulis zu sein, denn sie leben von Hetze, Lüge und Verleumdung.

Den Antisemiten ins Stammbuch. Aus Worms erhielt die „Jüd. Presse" folgende Zuschrift:

Dieser Tage wurde hier der erste evangelische Stadtpfarrer i. P. Kirchenrat Müller zu Grabe getragen, ein braver, leutseliger, vorurteilsfreier Mann. Ich hatte während fünfundzwanzig Jahre mit ihm den Religionsunterricht an der höheren Mädchenschule erteilt und bin ihm dadurch sehr nahe getreten, so daß ich auch nach seiner Pensionierung öfters mit ihm verkehrte. Vor mehreren Jahren starb ihm ein verheirateter Sohn in der badischen Stadt K. Bei einem Kondolenzbesuche lud er, der bis ins hohe Greisenalter an Spaziergänge gewöhnt war, mich zu einem solchen ein. Unterwegs erzählte er mir von seinem Sohne und von seiner Familie, hob hervor, wie seine beiden Prinzipale so edel an der ganzen Familie gehandelt haben. Als er den Namen der Firma nannte, sagte ich unwillkürlich: „Das sind ja Juden!" „Natürlich sind es Juden," antwortete er. Und als er mir ausführlich erzählte, was diese braven Leute auch nach dem Tode seines Sohnes für dessen Hinterbliebene getan, sagte ich: „Wie schade, daß nicht Antisemiten Zeugen unserer Unterredung sein können!" Darauf erwiderte er: „Sie kennen mich ja schon lange und wissen, wie ich über diese Frage denke, so daß ich nicht notwendig habe, mich ausführlich hierüber zu äußern; aber wenn ich nur einen Funken von Antisemitismus in mir verspürt hätte, wäre er längst durch folgendes Erlebnis in mir erstickt worden. Ich war, ehe ich hierher kam, Pfarrer in einem oberhessischen Städtchen. Einem christlichen Studenten fehlten noch 600 Gulden zur Vollendung seiner Studien. Ich besuchte einen Justizrat, der gern nach außen glänzte, und bat um ein Darlehen in diesem Betrage. Nach langer Unterhandlung sagte ich: „Herr Justizrat, ich bin nicht gekommen, um von Ihnen Ratschläge zu holen, sondern ich möchte Sie nochmals fragen, ob Sie mir das Geld geben wollen oder nicht?" Auf seine verneinende Antwort verließ ich ihn unwillig; im Vorzimmer traf ich einen mir nur vom Sehen bekannten Juden. „Herr Pfarrer, würden Sie nicht die Freundlichkeit haben, auf der Straße wenige Minuten auf mich zu warten, da ich den Herrn Justizrat nur etwas zu fragen habe." Anfangs war ich, durch die ablehnende Antwort des Justizrats ohnedies verärgert, betroffen, wie der Mann, den ich persönlich gar nicht kannte, ein derartiges Ansinnen an mich stellen konnte. Doch willfahrte ich seinem Wunsche. Als er dann wirklich gleich erschien, sagte er mir, daß er meine Unterredung mit dem Justizrat, da die Tür nicht geschlossen war, mit angehört habe. „Wieviel Geld brauchen Sie, Herr Pfarrer?" „Sechshundert Gulden." „Begleiten Sie mich nach Hause, ich gebe Ihnen das Geld." Da ich nicht gleich einwilligte, sagte der jüdische Herr: „Es kann Ihnen doch gleichgültig sein, wer Ihnen das Geld gibt, ich oder der Justizrat." Mir war ein Stein vom Herzen gefallen und dem Studenten war geholfen. Jahre vergingen, da kam der frühere Student zu dem Juden — Beide hatten sich nicht gekannt —, überbrachte das Darlehen und legte auch die Zinsen auf den Tisch. Der Jude sagte: „Ich habe dem Herrn Pfarrer das Geld gegeben, von Zinsen war keine Rede, und die nehme ich auch nicht." Der frühere Student lehnte diese Liebenswürdigkeit in ebenso höflicher wie energischer Weise ab, da er durch seine bevorstehende reiche Heirat auch die Zinsen leicht entrichten könne. Als der Jude merkte, daß sein Schuldner von seinem Vorhaben nicht abzubringen sei, nahm er auch die Zinsen an und fragte vorübergehend nur noch, wann und wo seine Hochzeit stattfinde. Am Hochzeitstage erhielt das Brautpaar ein Geschenk, das denselben Wert darstellte, wie die Zinsen betrugen. „Glauben Sie", so schloß Kirchenrat Müller, „daß man nach solchen Erlebnissen Antisemit sein könne?" S. Rothschild.

Ein jüdischer Minister. Aus Amsterdam, 30. April wird der „Köln. Ztg." geschrieben:

Vorgestern beging der niederländische Staatsminister Dr. jur. T. M. C. Asser seinen siebzigsten Geburtstag, und sämtliche Blätter feiern in gebührender Weise die Verdienste dieses hervorragenden Staatsmannes, die nicht nur in den seinem Vaterlande geleisteten Diensten, sondern auch — und in noch größerm Maßstab — in seinen Leistungen auf dem Gebiete des internationalen Rechts gesucht werden müssen. Kaum dreißig Jahre alt, wurde er am Athenäum in Amsterdam Professor des Handelsrechts, in welcher Eigenschaft er auch an die aus dem Athenäum 1876 hervorgegangene städtische Universität überging; einige Jahre später, 1875, ernannte ihn der König Wilhelm III. zum ständigen Ratsmann (adviseur) beim Ministerium des Aeußern; im Jahre 1893 wurde er als ordentliches Mitglied in den Staatsrat berufen, und seine vor ein paar Jahren erfolgte Ernennung zum Staatsminister war die öffentliche Anerkennung seiner allseitig bewunderten Tätigkeit. Schon nach seiner Ernennung zum Professor war er der ständige Vertreter seines Landes auf allen das internationale Recht behandelnden Kongressen, mit Rolin-Jacquemyns errichtete er die „Revue de droit international et de législation comparée", zu der er die meisten Beiträge lieferte, ferner war er Mitglied des Komitees der Rheinuferstaaten, und sowohl auf der ersten wie auf der zweiten Friedenskonferenz gehörte er zu den niederländischen Vertretern, in welcher Eigenschaft er bei der Vorbereitung und Abfassung der von der Konferenz zu bearbeitenden Materien häufig eine ausschlaggebende Rolle spielte. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß kein Vertrag, in dem schwierige internationale

Rechtsfragen gelöst werden mußten, von den Niederlanden mit einem andern Staat geschlossen worden ist, bei dem Assers Einfluß sich nicht geltend gemacht hat. Es steht fest, daß er seinem Vaterlande zu der Ehre verholfen hat, den ersten Anstoß zur Festlegung des internationalen Privatrechts gegeben zu haben, und welchen Anteil er bei dem Zustandekommen des Nordseeabkommens gehabt hat, kann man nach dem bisher Gesagten von selbst erraten. Vermeldet mag noch werden, daß der außerordentlich sprachengewandte Jubilar auch ein genialer und bewunderter Meister des Vortrags ist und daß er sich trotz seiner siebzig Jahre eine fast jugendliche Frische und Arbeitskraft erhalten hat. In den Wunsch, daß diese noch recht lange zum Nutzen und Frommen des von ihm so vielfach geförderten Friedensgedankens und der stets tiefere Wurzeln schlagenden Interessengemeinschaft der Staaten und Völker erhalten bleiben möge, werden alle Verehrer Assers freudig einstimmen.

Antisemitische Verwaltungspraxis in Rußland. In Sebastopol existiert ein Institut zur Erforschung der Fauna des Schwarzen Meeres. Da in Sebastopel der Kriegszustand proklamiert ist, mußte die Moskauer Universität für ihre Studenten, welche im Sommer im genannten Institut arbeiten wollten, eine spezielle Erlaubnis seitens des Generalgouverneurs von Sebastopol auswirken. Eine solche Erlaubnis wurde auch wirklich gewährt mit dem Vermerk, *Studenten jüdischen Glaubens könne diese Erlaubnis nicht erteilt werden.* Die jüdischen Naturforscher können also die Fauna des Schwarzen Meeres nicht erforschen.

Evangelischer Schnaps. Die Zeitschrift für Spiritusindustrie, offizielles Organ der Spiritusfabrikanten in Deutschland, Herausgeber Prof. Dr. M. Delbrück in Berlin, wird von Brennereiverwaltern, Brennmeistern, Gehilfen und ähnlichen Angestellten sehr häufig als Insertionsorgan benutzt, wenn dieselben in eine neue Stelle kommen wollen. Bei Durchsicht dieser Inserate muß es auffallen, daß die Religion auch bei der Erzeugung des Schnapses eine Rolle zu spielen scheint; denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß in vielen Stellengesuchen die „evangelische Religion“ unter den übrigen Vorzügen aufgeführt wird. In der Nr. 14 vom 2. April 1908 sind nicht weniger als neun derartige Inserate, aber in keinem einzigen der übrigen 17 Inserate findet sich ein „katholischer“ oder gar ein „jüdischer“ Schnapserzeuger.

Sprechsaal.

Das Recht bei der Offizierswahl.*)

Im Herbst 1906 hat der Kriegsminister v. Einem eine gutachtliche Aeußerung von den Truppenteilen und Bezirkskommandos verlangt bezüglich einiger Neuerungen bei der Wahl von Reserveoffizieren. Diese Neuerungs-Vorschläge seitens des Kriegsministers sollten oft wiederholten Vorkommnissen begegnen, wie solche in letztjährigen Reichstagsversammlungen mißbilligend besprochen worden sind und denen Fälle zugrunde lagen, in denen einwandsfreie Aspiranten aus politischen und konfessionellen Gründen bei der Offizierswahl abgelehnt worden sind. Der Kriegsminister, der gelegentlich erklärt hat, daß er — wie eigentlich selbstverständlich — durchaus auf dem Standpunkt der Reichsverfassung bezw. des Gesetzes vom 3. Juli 1869 steht, glaubt, eine durchschlagende Aenderung dadurch erwirken zu können, daß er die Offiziersaspiranten, vor die Alternative stellt, entweder ihre Offizierswahl nach der sogenannten Uebung I bei dem aktiven Offizierkorps oder nach der Uebung II bei dem Landwehr- und Reserve-Offizierkorps zu beantragen.

Wie bekannt, hat auch der bayrische Kriegsminister sich zu denselben Vorschlägen entschlossen. Es ist klar und beweisbar, daß diese Vorschläge nur Scheinmittel sind, welche das Uebel der oft und schwer empfundenen und ohne Rechtfertigung gebliebenen Zurücksetzungen von Staatsbürgern und Verstöße gegen die Verfassung nicht treffen oder heilen können.

Um wieviel weniger sind solche Maßnahmen geeignet, bewiesene Unbilligkeiten und Verfassungs-Verletzungen ein für alle Mal aus dem Bereich der *Möglichkeit* zu entfernen. Die Fragen, welche bei den Reichstagsverhandlungen mit Recht aufgeworfen und behandelt wurden, stellen sich vielmehr so dar, daß jeder Staatsbürger, seiner Pflicht durch den Militärdienst gehorchend, ein *Recht* hat, zu fragen, *durch wen und auf welche Weise* er dahin gelange, *sein in der Verfassung gewährleistetes Recht* zum Avancement *in gerechtem und begründetem Urteil* zu erhalten, sofern er während seiner Dienstzeit seine Pflichten erfüllt, sich gut führt und eine zweckentsprechende Ausbildung als Soldat ordnungsmäßig durch Prüfungen nachgewiesen hat. Der Gedanke ist als schmählich zurückzuweisen, durch eine gelegentlich zu konstruierende Strafe die Unfähigkeit eines Gebildeten zum Avancement beweisen zu wollen. Der Abgeordnete Roeren hat schon am 16 März 1906 sehr richtig ausgeführt, daß die Achtung vor dem Gesetze erheische, dieses ganz unglückliche Institut *der Wahl durch die Reserveoffiziere* zu beseitigen.

Bisher wird der Aspirant beurteilt und verurteilt, gewählt oder abgelehnt von einem Offizierkorps, in einer unkontrollierbaren Abstimmung, ohne daß die Intervention einer höheren Instanz angerufen werden kann, durch welche Irrtümer und Unbilligkeiten dieses Urteils aufgeklärt und richtig gestellt werden könnten und *müßten*.

In *jedem* Offizierkorps aber sind — bei aller Hochachtung vor diesen Körperschaften — zahlreiche jugendliche Mitglieder, denen es zweifellos oft an solcher Lebenserfahrung und Menschenkenntnis eben wegen ihrer Jugend mangelt, um einen Anwärter für ein *Staatsamt* — und solches ist das eines Reserveoffiziers — auf Charakter, Lebensstellung, Würde und selbst militärische Eigenschaften beurteilen zu können. Und *wie* sollte dies auch *möglich* erscheinen nach der *kurzen* Zeit des Zusammenlebens und gemeinschaftlichen Dienstes der Aspiranten und der aktiven Offiziere! Eine tatsächliche Beurteilung *kann* man wohl den *älteren* Offizieren zutrauen, die nicht bloß in der Front, sondern auch im Leben gestanden haben und sich, hier wie dort, die notwendige Erfahrung zur Beurteilung Dritter angeeignet haben können. Man denke sich einen Juristen, einen Künstler, einen Beamten, einen Kaufmann, einen Techniker u. a. nach kurzem Zusammenwirken beurteilt von jungen Herren, die oft soeben eine Kadettenschule absolviert haben oder einer Fähnrichspresse entwachsen sind und *derartige* Kandidaten durch wenig gereiftes Urteil zurückweisen als *unfähig* und unwürdig zum Staatsamte des Reserveoffiziers! Kann es begriffen und gebilligt werden, daß kein Recht des Einspruchs hiergegen geschaffen werde?

Zu alledem die Befangenheit durch Vorurteil gegen Andersgläubige und gewisse Stände, die zu der *ungeheuerlichen*, jedem zivilisierten Staatswesen Hohn sprechenden *Tatsache* geführt hat, daß *kein* jüdischer Staatsbürger Offizier der aktiven deutschen Armee *ist* und nur sehr wenige als Offiziere der Reserve oder Landwehr angehören. An dieser Tatsache kann auch das Bekenntnis des Herrn General Sixt von Armin nichts ändern, daß ihm Einzelfälle der Zurücksetzung jüdischer Soldaten nicht bekannt gegeben wurden. Bedarf es hiernach noch eines Beweises, daß nicht mit Uebung a oder b, sondern mit dem endgültigen Aufheben des *Wahlmodus* eine *prinzipielle* Aenderung in diesen Mißständen geschaffen werden muß, wenn das Recht des Staatsbürgers nicht gebeugt werden soll? Entweder muß eine Grenze im Lebensalter oder in der lebenserfahrenen höheren Charge für die Mitglieder der Wahlbehörde gesetzlich festgelegt werden. *So allein* ist eine Urteilsfähigkeit vorauszusetzen und anzunehmen! Unsere Offiziere, die sich selbst — ob mit Recht oder Unrecht -- eine besondere Empfindung für Ehre und Ehrbewußtsein zuschreiben, müßten sich um so leichter *klar* darüber werden, welche Zurücksetzung und Kränkung diejenigen empfinden, die nach dem Urteil von Offizieren, ohne glaubhaft gemachte Begründung, unwürdig befunden werden, einem deutschen Offizierkorps anzugehören. Ein *falsches*, auf inhumanen Anschauungen beruhendes Urteil verletzt aber auch zweifellos *die Ehre des Urteilenden.* Vielmehr kann und soll jeder zum Urteil Berufene sein ablehnendes Votum *schriftlich* oder zu *Protokoll* mit *Gründen versehen*, welche nachzuprüfen einer höheren Instanz vorbehalten werden muß. Diese soll eine Richtigstellung und Aufklärung im Falle der Ablehnung *verlangen* und ist *verfassungsgemäß verantwortlich* für eventuelle Unrichtigkeiten und Unbilligkeiten. Dem abgelehnten Aspiranten ist auf Wunsch in einer Abschrift Kenntnis der Motive für seine Zurückweisung zu geben, und es soll ihm *gestattet* sein, auch seinerseits den höheren Richter anzurufen, ohne daß diese Maßnahme als eine unerlaubte Beschwerde aufgefaßt werden *darf*.

Unter *allen* Umständen ist aber schon jetzt, selbst bei unveränderten Wahlmodalitäten der Wahlvorsteher zu *verpflichten*, die Wahlkörperschaft ausdrücklich durch Vorlesung der gesetzlichen Bestimmungen *vor* der Wahl auf die Verfassung hinzuweisen, um *Vorurteile* auszuschalten, welche dem Gesetze widersprechen und der Zivilisation, der Bildung, Moral und Ehre *entgegenstehen*.

Es muß erwartet werden, daß die deutschen Volksvertreter *jeder* politischen Richtung in diesem Sinne wirken werden und sich mit dem Ausspruch des Kaisers Wilhelm II. eins wissen und fühlen: „Recht muß Recht bleiben!“ Henry Hoffstaedt.

---

*) Diese Ausführungen sind uns von dem Verfasser mit der Bitte um unverkürzten Abdruck zugegangen. D. Red.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. (und 12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 20. Berlin, 13. Mai 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Senatt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Mittelständler und Wahlrecht.

In der Deutschen Mittelstnndsvereinigung kracht es wieder einmal an allen Ecken und Enden. Die „Deutsche Volkspost", das offizielle Organ der Vereinigung, macht jetzt gegen den eigenen Vorsitzenden, Herrn Obermeister Rahardt, Front, weil er die bisher angeblich beobachtete politische Neutralität dadurch verletzt habe, daß er die Mittelstandsvereinigung in der Wahlrechtsfrage durch Vorstandsbeschluß auf die Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts festgelegt hat. Das ist richtig, eine solcher Beschluß ist vom Gesamtvorstand vor 14 Tagen gefaßt worden, sehr zum Leidwesen der Konservativen und des Bundes der Landwirte, deren Vertreter im Vorstande, insbesondere der bekannte Schriftsteller Dr. Wegner, sich die größte Mühe gegeben haben, eine solche Entschließung zu hintertreiben. Für die Konservativen war dieser Beschluß ein schwerer Schlag. Sie behaupten seit Jahren landauf landab, daß das öffentliche Wahlsystem, wie es in Preußen noch existiert, sich durchaus bewährt und daß insbesondere der „Mittelstand" keinerlei Interesse an der Aufhebung der öffentlichen Stimmabgabe habe. Und nun kommt die offizielle Vertretung derjenigen Gruppe des Mittelstandes, in dessen Namen sie überhaupt nur Forderungen „im Interesse des Mittelstandes" zu erheben berechtigt waren, und entzieht ihnen mit einem Federstrich, mit einer programmatischen Resolution bei dem Wahlrechtskampf in Preußen den Boden unter den Füßen. Ja, noch schlimmer, die Resolution zu Gunsten der geheimen und direkten Wahl ist mit dem ausdrücklichen Zusatz angenommen worden, daß diese Forderung schon jetzt in der preußischen Landtagswahlbewegung mit allem Nachdruck vertreten werden soll. Weiterhin ist in der Sitzung des Gesamtvorstandes der Mittelstandsvereinigung mit dürren Worten ausgesprochen worden „daß die bisherigen konservativen Landtagsabgeordneten die Interessen des Mittelstandes nicht genügend gewahrt hätten". Das ist freilich für die Konservativen, die sich immer so gern als die einzigen wahren Freunde des Mittelstandes aufspielen, eine bittere Pille. Sie wissen ganz genau, daß ihnen dieses vernichtende Verdikt ihrer bislang intimsten Freunde bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen, wenn es von den liberalen Parteien geschickt ausgenutzt wird, einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Landtagsmandate kosten kann. Die „Konf. Korr." giebt sich daher auch schon die größte Mühe, die Tragweite dieses Beschlusses abzuschwächen, indem sie u. a. behauptet:

„Die zu Berlin tagenden Vorstandsmitglieder hatten offenbar nicht die Interessen des gesamten, sondern nur die des großstädtischen Mittelstandes im Auge, als sie den erwähnten Beschluß faßten".

Aus den großen Städten rekrutieren sich ja aber gerade die Hauptkadres der zünftlerischen Mittelstandsvereinigung, die in den kleinen und mittleren Provinzialstädten überhaupt keinen Boden gefaßt hat, da dort der gesamte Mittelstand noch immer treu zur Fahne der liberalen Parteien hält. Das ist ja gerade der Aerger der Agrarier, daß alle ihre Bemühungen und finanziellen Aufwendungen, sich in den Städten eine mittelständlerische Hilfstruppe zu schaffen, bisher immer ein elendes Fiasko erlitten haben. In dem Wahlkreise des Herrn Dr. Roesicke, des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, sind z. B. bei der Nachwahl in der letzten Legislaturperiode in der Stadt Kaiserslautern von über 4000 abgegebenen Stimmen, wenn wir uns recht erinnern, noch nicht 100 Stimmen auf den agrarischen Mittelstandskandidaten entfallen. Diese und ähnliche Erfahrungen entlockten erst vor wenigen Tagen der „Deutschen Tagesztg." die schmerzliche Klage:

„Bei den letzten Reichstagswahlen hatte der Bund der Landwirte unter Zurückstellung der besonderen ländlichen Interessen städtische Mittelstandskandidaten aufgestellt. Die Landleute waren für diese Kandidaten geschlossen und mit aller Entschiedenheit eingetreten. Dagegen hatte der städtische Mittelstand hie und da bedauerlicherweise versagt und sich wieder von solchen Parteien ins Schlepptau nehmen lassen, welche die Interessen des Mittelstandes bisher vernachlässigt hatten.

... Der städtische Mittelstand hat in einem gewissen Sinne sein Schicksal in seiner eigenen Hand. Vermag er die Eigenbrödelei, den Sondersinn, die Kurzsichtigkeit, die Unklarheit nicht zu überwinden, dann muß er der Bedeutungslosigkeit verfallen."

Die Prophezeiung des agrarischen Blattes hat sich schneller, als es vielleicht selbst geahnt bezw. befürchtet hat, erfüllt. Die von zünftlerisch-reaktionärem Geist getragene städtische Mittelstandsvereinigung befindet sich in der Tat in voller Auflösung und es bleibt der „Deutschen Tagesztg. nur der eine schwache Trost, daß Herrn Rahardts Landtagskandidatur in Neuhaldensleben-Wolmirstedt nach dieser Beschlußfassung des Gesamtvorstandes der Mittelstandsvereinigung nunmehr auch die Unterstützung der nationalliberalen Partei gefunden hat. Seltsam berührt dieses offizielle Eintreten der Nationalliberalen für einen Mittelständler, der sich selbst zur konservativen Partei rechnet und ihr im Falle seiner Wahl auch beitreten will, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß derselbe Herr Rahardt noch bei den letzten Reichstagswahlen der schärfste Gegner der Nationalliberalen gewesen ist und bei der Nachwahl in

Kalbe-Aschersleben vor 3 Jahren das Reichstagsmandat in der Stichwahl am liebsten den Sozialdemokraten in die Hände gespielt hätte.

Wie sich auf der andern Seite in Zukunft das Verhältnis des Herrn Rahardt zur konservativen Partei gestalten wird, ist z. Z. noch ganz ungewiß. Die „Deutsche Volkspost“, wie gesagt das offizielle Organ der Mittelstandsvereinigung, steht vor einem Rätsel; sie schreibt, von ihrem Standpunkt, ganz folgerichtig:

„Er hat sich doch zweifellos als Politiker selber in die heikelste Lage gebracht, denn im Mittelpunkt des konservativen und freikonservativen Wahlaufrufes steht die Ablehnung jeder Wahlrechtsänderung, mit besonderer Schärfe aber wenden sich beide Parteien noch gegen das geheime Wahlrecht. Mit seinem Antrag hat er sich ja förmlich den Eintritt in eine der konservativen Fraktionen verbaut.“

Die „Deutsche Volkspost“ ist aber auch grundsätzlich eine entschiedene Gegnerin des Vorstandsbeschlusses. Sie erblickt hierin, wie schon bemerkt, nicht nur eine vollständige Preisgabe der bisher angeblich beobachteten politischen Neutralität, sie befürchtet auch eine heillose Verwirrung ihrer Mitglieder bei der Stellungnahme zu den einzelnen Parteien im jetzigen Landtagswahlkampf; sie führt in dieser Beziehung u. a. aus:

„Wenn der Beschluß bindend ist, dann werden zahlreiche Mitglieder der Mittelstandsvereinigung in dem bevorstehenden Wahlkampf vor die schwersten Gewissenskonflikte gestellt, denn sie können dann unter keinen Umständen — wenn ein Konservativer oder Freikonservativer im Felde steht — für den Konservativen stimmen, weil die bestimmt formulierte Wahlrechtsforderung von den Konservativen im Wahlaufruf verworfen, in dem Wahlkampf angegriffen und genau in der Fassung des Antrags Rahardt einzig und allein nur von den Liberalen vertreten wird.“

Das ist richtig. Der Vorstandsbeschluß der Mittelstandsvereinigung deckt sich durchaus mit den Wahlrechtsforderungen des Magdeburger nationalliberalen Parteitages; es fehlt nur noch die Zustimmung zu einer Aenderung der Wahlkreiseinteilung, die wohl aber ebenfalls als gegeben betrachtet werden darf. Kurz und gut, die Mittelstandsvereinigung ist durch die Aufrollung der Wahlrechtsfrage in die schlimmste Bedrängnis geraten. Daß sie aus dieser Zwiespaltigkeit, die geradezu eine Anarchie in der Vereinigung heraufbeschworen hat, jemals wieder herauskommen werde, ist ganz undenkbar; sie wird und muß an ihrer inneren Zerfahrenheit zu Grunde gehen. Der Mittelstand als Gesamtkörper aber wird, nachdem er sich von seinen falschen Ratgebern endgiltig losgesagt hat, und die ihm innewohnenden starken Kräfte wieder freigeworden sein werden zur vollen ungehinderten Entfaltung der alten vorbildlichen Tüchtigkeit des deutschen Handwerker- und Gewerbestandes, hoffentlich um so kräftiger emporblühen.

Konservative und Wirtschaftliche Vereinigung.

Zwischen den Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage besteht z. Z. ein so herzliches Einvernehmen wie zwischen Katze und Maus. Die Konservativen können den Verlust des Wahlkreises Norden-Emden-Leer an die Freisinnigen, der nach ihrer Meinung ausschließlich durch das brutale Vorgehen der Antisemiten verschuldet ist, noch immer nicht verwinden. Die „Kreuzztg.“ insbesondere drängt auf eine Klarstellung des zukünftigen Verhältnisses zwischen beiden Parteien; sie stellte die Alternative, daß die Wirtschaftliche Vereinigung entweder wieder reuig in den Schoß der Partei, aus der sie hervorgegangen, zurückkehre, oder daß die konservative Partei scharf die Grenzlinie zwischen ihr und der Gefolgschaft des Herrn Liebermann von Sonnenberg zieht. Die erstere Möglichkeit erscheint ganz ausgeschlossen. Die „Deutschsozialen Blätter“ erwiderten hierauf sehr von oben herab:

„Die „Kreuzztg.“ ist gar zu gütig, aber was sollen wir denn in ihrer kleinen Laube machen, wo die Enge des Raumes auch die Enge des geistigen Horizonts bedingt?“

Das war reichlich grob; ein im Anschluß hieran von Herrn Liebermann von Sonnenberg gemachter Versuch, zwischen der „Kreuzztg.“ und der konservativen Gesamtpartei Unfrieden zu stiften, war freilich ergebnislos. Die „Konf. Korr.“ beeilte sich gegenüber einer hinsichtlich ihres autoritativen Charakters nicht ganz geklärten Reichstags-Aeußerung des Hospitanten der Partei, Abg. Pauli:

„Ich stelle im Namen der Fraktion fest, daß die „Kreuzztg.“ kein offizielles Organ der konservativen Partei ist. Die „Kreuzztg.“ ist selbständig, wir haben keinen Einfluß auf sie“

zu versichern, daß die konservative Partei nach wie vor die „Kreuzztg.“ als eines ihrer vornehmsten Organe anerkenne. Mit diesem Flankenangriff auf die „Kreuzztg.“ hat also Herr Liebermann von Sonnenberg wenig Glück gehabt. Das Organ des Bundes der Landwirte, das dem etwas unvorsichtigen Bundeszenossen vielleicht gern zur Seite gesprungen wäre, hütete sich wohl, in dieser Sache Partei zu ergreifen, zumal es kurz vorher über das antisemitische Vorgehen in Norden-Emden-Leer selbst einen leisen Tadel ausgesprochen hatte. Das Klügste wäre nun für die Wirtschaftliche Vereinigung gewesen, zu schweigen und eine günstigere Gelegenheit zur Revanche abzuwarten. Statt dessen fühlte sich das enfant terrible der Vereinigung, Herr Dr. Böhme, der die konservative Partei, deren Anhänger das Hauptkontingent seiner Wähler in Marburg bilden, in den letzten Wochen schon mehrfach koramiert hat, bemüßigt, im „Tag“ einen neuen Vorstoß gegen die Konservativen zu unternehmen. Die „Kreuzztg.“ repliziert hierauf spöttisch:

„Wir kommen so bald nicht mehr in die Versuchung, Herrn Dr. Böhme für einen beachtenswerten Gegner zu halten. Als wir vor kurzem seine Forderung eines Enteignungsgesetzes gegen den deutschen Großgrundbesitz zu Zwecken der inneren Kolonisation zurückgewiesen hatten, nahm ihn das „Reich“ des Lic. Mumm in Schutz. Dann sahen wir ihn in der Börsengesetzkommission auf dem Schoße des Zentrums sitzen, von wo aus er Anträge im Sinne des Zentrums stellte. In der Plenarverhandlung gab seine eigene Fraktion diese Anträge ihres irrlichterierenden Vorkämpfers preis. Und jetzt erweckt er stille Heiterkeit dadurch, daß er für eine „Fraktionsgemeinschaft der Rechten“ (Konservative und Wirtschaftliche Vereinigung) plädiert. Die Weltgewandtheit und taktische Geschicklichkeit dieses jungen Herrn spricht für sich selber.“

Auch die konservative Reichstagsfraktion wendet sich sehr scharf gegen den jungen Mann des Herrn Liebermann von Sonnenberg; die „Kreuzztg.“ ist in der angenehmen Lage, folgendes ihr von einem „hervorragenden Mitgliede“ der Fraktion zugegangenes Schreiben zu veröffentlichen:

„Die Fraktion ist in ihrer überwiegenden Mehrheit nach wie vor dankbar dafür, wenn die „Kreuzztg.“ sie in ihren politischen Bestrebungen unterstützt; wenn ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, Dr. Böhme, kürzlich sehr unfreundliche Worte über die „Kreuzztg.“ und ihr Verhältnis zur Fraktion geschrieben hat, so werden diese von der Mehrheit der Fraktion verurteilt und bedauert und als durchaus unzutreffend anerkannt, er kann sich höchstens auf Mitteilungen eines oder weniger Mitglieder beziehen; seine angeblichen Kenntnisse der Ansichten in der Fraktion sind gänzlich unzutreffend: ebenso werden seine Bemerkungen über den Wert der „Kreuzztg.“ durchaus verurteilt; es wird anerkannt, daß der politische Teil der „Kreuzztg.“ zu dem Besten gehört, was die Presse aufweisen kann; die wenigen Nörgler haben zugeben müssen, daß sie die „Kreuzztg.“ nicht kennen.“

Es bleibt also dabei, daß „Kreuzztg.“ und konservative Partei auch in Zukunft zu einander gehören. Der Vorschlag des noch etwas sehr jugendlichen Herrn Abg. Dr. Böhme, daß Konservative und Wirtschaftliche Vereinigung sich zu einer „Fraktionsgemeinschaft der Rechten“ zusammenschließen sollten, zeugt übrigens von einer merkwürdigen Naivetät. Dieser Zusammenschluß könnte doch nur erfolgen auf Grund einer programmatischen Annäherung beider Parteien,

Nun hat aber die Wirtschaftliche Vereinigung — ein Unikum unter den Parteien — überhaupt kein eigenes Programm; ihr Zweck erhellt, wie ein Blatt der Partei erst vor wenigen Tagen auf eine Anfrage erklärte, aus den beiden ersten Paragraphen ihrer Geschäftsordnung. Sie lauten:

„§ 1. Zum Zweck der wirksamen Vertretung der Interessen der produktiven Gewerbe (Landwirtschaft, Industrie und Handwerk) wird eine wirtschaftliche Vereinigung von Mitgliedern des Reichstages gebildet.

§ 2. Die Vereinigung hat insbesondere die Aufgabe:

1. Die im Reichstage eingebrachten Gesetzesvorlagen, Anträge und Interpellationen vorzuberaten, welche die Interessen dieser Gewerbe berühren.

2. Anträge vorzubereiten und im Reichstage einzubringen, welche die Interessen zu fördern geeignet erscheinen."

Das ist alles; nach welcher Richtung die doch sehr oft stark auseinanderlaufenden Interessen der Angehörigen der „produktiven Gewerbe" wahrgenommen werden sollten, darüber schweigt sich diese famose wirtschaftliche Interessenvertretung vollkommen aus. Kein Wunder, daß sie daher beim Zolltarif und insbesondere bei den Steuergesetzen in der letzten Legislaturperiode wie Kraut und Rüben durcheinander stimmte. Herr Liebermann von Sonnenberg hat alle diese heterogenen Elemente, bestehend aus reinen Agrariern, städtischen Mittelständlern, deutschsozialen Antisemiten, christlichsozialen Arbeitern und einem Welfen nur zu dem Zweck zusammengeschmiedet, um als Vorsitzender dieser Elitetruppe eine wenn auch noch so bescheidene Rolle im Block spielen zu können.

Ist der Talmud ein giltiges Gesetzbuch?

II.

So also sieht es mit der Gesetzeskraft des Talmud und des Schulchan-Aruch aus. Die Bedeutung dieser Werke hat sich entwickelt nach den Gesetzen der Psychologie und des wirklichen Lebens, genau wie die Lehren aller Kirchen und aller Religionen. Beide Werke bilden heute nur noch für einen sehr geringen Teil des Judentums Heiligtümer, aber auch für diesen Teil ist der Talmud nur Gesetzesquelle und auch der Schulchan-Aruch ist religionsgesetzlich nur giltig, soweit er interne Kultusangelegenheiten und Ritualien behandelt.

Wo jede logische und historische Grundlage fehlt, da setzt gewöhnlich die Phantasie ein, und die Phantasie unserer Antisemiten ist sehr groß. Die Juden sind schlecht, das muß eben als Dogma aufrecht erhalten werden, da man sonst deren Bekämpfung als barbarisch betrachten müßte. Diese Schlechtigkeit muß doch eine Quelle haben. Also: sie sind schlecht, weil ihre Rasse, d. h. ihr Blut, Keime des Verbrechens in sich trägt; und sie sind ferner schlecht, weil ihre Religion sie dazu verpflichtet. Ihre Religion? Ja, ihre Bibel ist doch die Grundlage aller Religionen! Schön, aber es gibt neben der Bibel einen Talmud, den wir zwar nicht gesehen und noch viel weniger gelesen haben, von dem aber Rohling und Konsorten mit Hilfe einiger verkommener Renegaten alles Böse herausgelesen haben. Folglich ist dieser Talmud die religiöse Quelle aller sittlichen Verderbtheit. Das würde aber noch nicht genügen, wenn der Talmud keine bindende Kraft hätte, also stempeln wir ihn zum giltigen Gesetzbuche. Das ist der Gedankengang aller antisemitischen Volksvergifter, und Herr Theodor Fritsch bildet darin keine Ausnahme. Traurig genug, daß diese niedrige Methode noch immer Anhänger findet! Nun, so wollen wir nochmals wiederholen, was christliche hervorragende Gelehrte wie Franz Delitzsch, Nöldeke, Strack, Wünsche längst wissenschaftlich zur Evidenz bewiesen haben, daß der Talmud nie ein Gesetzbuch gewesen ist und sein konnte, und daß er wohl veraltete, nicht mehr zeitgemäße, aber keine unsittlichen Lehren enthält. Herr Fritsch wiederholt nur das, was längst als Fälschung nachgewiesen ist, er schreibt nur immer wieder ab, was er in seinem famosen Handbuche auf Grund unlauterster Quellen zusammengeschmiert hat. Wenn man aber eine Lüge hundertmal wiederholt, so wird sie darum noch nicht zur Wahrheit.

Herr Fritsch sucht für seine ungeheuere Behauptung, daß der Talmud ein giltiges Gesetzbuch ist, jüdische Kronzeugen. Nun ist doch eigentümlich, daß die Juden, wenn sie aussagen, daß der Talmud nicht unsittlich ist, keinen Glauben verdienen, wenn sie aber behaupten, der Talmud sei ein Gesetzbuch, dann plötzlich als einwandfreie Zeugen gelten. Aber — diese Zeugen versagen überhaupt, denn das, was Fritsch behauptet, haben sie nie ausgesagt. Herr Professor Cohen in Marburg ist uns als hervorragender Philosoph, aber nicht als Orientalist und Talmudkenner bekannt. Aber sehen wir uns an, was er vor Gericht deponierte. Herr Fritsch schreibt:

„Am 25. April 1888 wurde vor der Strafkammer in Marburg ein Prozeß gegen einen antisemitischen Redakteur verhandelt, der den Vorwurf erhoben hatte, daß der Talmud unsittliche Lehren enthalte. Bei dieser Gelegenheit beschwor der als Sachverständiger geladene Professor Cohen aus Marburg: Die im Talmud enthaltenen Vorschriften des Glaubens und der Sitte sind für die Juden bindend, sie gelten als Gesetz (Halacha)."

Wir wissen nicht, ob das der authentische Wortlaut ist, aber selbst wenn Prof. Cohen dieses ausgesagt hätte, so hat er ja nur von den „Vorschriften des Glaubens und der Sitte" gesprochen, d. h. das, was im Talmud in bezug auf Sabbathfeier, Kultusangelegenheiten, Ritualien usw. für den frommen Juden Bedeutung hat. Das ist doch kein giltiges Gesetzbuch. Ist jedes Erbauungsbuch, das dem Frommen wert und teuer ist, ein giltiges Gesetzbuch?

Das Reichsgericht soll sogar nach Fritsch die Giltigkeit des Talmud und des Schulchan-Aruch anerkannt haben. Ja worin? Etwa in Handelsangelegenheiten zwischen Juden und Christen, oder gar in Strafsachen? Nein, in einer Eheangelegenheit, wo die beiden Streitteile Israeliten waren und wo — wahrscheinlich handelt es sich um die religionsgesetzliche Scheidung — das mosaisch-talmudische Eherecht, wie es im Schulchan-Aruch kodifiziert ist, zugrunde gelegt werden müsse. Bis zum Jahre 1900 existierte in Eheangelegenheiten in verschiedenen deutschen Staaten ein gemeines protestantisches Recht und ebenso ein jüdisches, das mit dem terminus technicus „mosaisch-talmudisches Recht" bezeichnet wurde, sich aber nur auf den Schulchan-Aruch stützte. Erstens also ist hier nur vom Schulchan-Aruch die Rede und zweitens handelt es sich um eine Eheangelegenheit zwischen zwei jüdischen Teilen.

Herr Fritsch arbeitet wie ein geschickter Jongleur und spricht bald von Talmud, bald von Schulchan-Aruch, als wenn es dasselbe wäre. Zur Entschuldigung dieser Methode schreibt er:

„Daß aber der Schulchan-Aruch im Wesentlichen identisch ist mit dem Talmud, dafür besitzen wir das Zeugnis eines anderen Sachverständigen, des Rabbiners Dr. Fink in Aurich, der am 5. Jan. 1895 öffentlich erklärte:

„Die Lehren des Schulchan-Aruch sind nur soweit für die Juden bindend, als sie im Talmud begründet sind."

Wiederum wissen wir nicht, ob dieser Wortlaut authentisch ist; wenn er es aber wäre, so würde dieser Ausspruch nur besagen, daß der Schulchan-Aruch aus dem Talmud schöpfte, was wohl wahr ist und was niemand bestritten hat. Wie man daraus schließen kann: „Das Maßgebende bleibt also immer der Talmud; er allein ist für den gläubigen Juden giltig und bindend," ist uns unbegreiflich. Wenn Herr Fritsch einmal ein Kolleg über Logik hören wollte, dann würde er erfahren: Wenn alle A gleich B sind, so sind darum noch nicht alle B gleich A. Wenn alle Menschen

zwei Beine haben, so sind alle, die zwei Beine haben, noch lange keine Menschen. Wenn alles, was im Schulchan=Aruch steht, aus dem Talmud geschöpft ist, so ist noch lange nicht der ganze Talmud im Schulchan=Aruch enthalten und am allerwenigsten wird der Talmud dadurch zum giltigen Gesetzbuch. Unser deutsches Recht hat vieles vom Corpus juris, darum wird aber kein Mensch behaupten dürfen, daß der Corpus juris für Deutschland ein giltiges Gesetzbuch ist.

Nicht anders verhält es sich mit dem Zeugnis des Herrn Landrabbiners Dr. Gronemann in Hannover, auf das sich Herr Fritsch beruft. Der genaue Wortlaut der Aussage wird hier überhaupt nicht gegeben, es heißt nur, daß er vor Gericht beteuerte, daß der Talmud die maßgebliche Gesetzesquelle der Juden sei und noch volle Giltigkeit besitze. So kann Herr Dr. Gronemann sich unmöglich ausgedrückt haben. Er kann nur den Talmud als Quelle des Gesetzes und nicht als Gesetzbuch und zwar in religiöser, aber nicht in zivil= oder kriminalrechtlicher Beziehung bezeichnet haben*).

Herr Fritsch ist uns also den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben. Er wird aber trotzdem mit seinen alten Zitaten weiter hausieren gehen, denn er sucht nicht die Wahrheit, sondern die Hetze. Es kommt ihm ja nur darauf an, Wahres und Unwahres, Altes und Neues mit einander zu vermengen, um daraus einen giftigen Trank herzustellen. Die Verwirrung der Geister, die Schürung des Hasses ist ja sein höchstes Ziel. Wenn man diesem „Gelehrten" nachweist, daß die von ihm angeführte Talmudstelle gefälscht ist, dann antwortet er in aller Ruhe, das sei im wesentlichen nur eine Bestätigung seines Zitates. Mit einem solchen Manne kann man nicht gut diskutieren. Seine Unwissenheit und sein unehrliches Verfahren schützen ihn vor jedem Angriff.

Da der Talmud ein „sehr gefährliches" Buch ist, so muß er natürlich auch ein „geheimes" Buch sein. Wie ein Buch gefährlich, ein giltiges Gesetzbuch und dabei unter allen Kulturvölkern und durch alle Zeiten geheim bleiben konnte, das ist ein schwieriges Problem. Aber freilich die Juden sind ja alle Zauberer und durch Hexerei kriegen sie alles fertig. In Wirklichkeit aber verhält es sich mit der Heimlichkeit des Talmud ebenso wie mit seiner Gefährlichkeit und seiner Gesetzeskraft. Der Talmud ist gefährlich — für die Fälscher, weil ihr Betrug nachgewiesen wird. Er hat Gesetzeskraft — im Reiche des Traumes und er ist ein ewiges Geheimnis — für Ignoranten, wie Fritsch, die ihn nicht zu lesen vermögen. Es gibt kaum eine große öffentliche Bibliothek, die nicht den Talmud besitzt, er ist also allen zugänglich. Daß er aber eine gewisse Vorbildung und eine Sachkenntnis voraussetzt, das hat er mit allen Werken der Wissenschaft gemein. Das Exemplar, das wir bei dieser Arbeit benutzten, und zwar in einer weltberühmten Staatsbibliothek, ist in Rußland mit Erlaubnis der kaiserlichen Zensur gedruckt. Man kann sich nun denken, wie geheim und gefährlich sein Inhalt sein muß. Wenn sogar die russische Regierung, die Juden gegenüber gewiß nicht sehr rücksichtsvoll ist, den Druck gestattet, nachdem jedes Wort des Werkes von dem christlichen Zensor peinlichst kontrolliert worden ist, dann gehört schon eine große Portion von Dummheit und Dreistigkeit dazu, ein solches Werk als geheim und gefährlich zu proklamieren.

Aber Herr Fritsch will auch diese Behauptung durch Beweise erhärten. Er zitiert:

„Im Jalkut chadasch f. 171, 2 heißt es: Es ist verboten, einem Nichtjuden die Geheimnisse des Gesetzes zu offenbaren; wer sich dessen schuldig macht, tut so Schlimmes, als ob er die ganze Welt zerstörte."

Nun, was ist der Jalkud chadasch? Ein kabbalistisches Erbauungsbuch, dessen Verfasser bis heute unbekannt ist. Das Buch stützt sich überall auf Agada, Midrasch und Sohar, hat mit Halacha gar nichts zu tun. Auf fast jeder Seite findet man den haarsträubendsten kabbalistischen Blödsinn. Soll die Judenheit dafür verantwortlich gemacht werden? Dann müßte auch das deutsche Volk mit derselben Logik für all die Torheiten zur Verantwortung gezogen werden können, die Herr Fritsch in seinen Büchern und Artikeln verzapft. Aber die angeführte Stelle ist überhaupt nicht schlimm. Es ist darin von der **kabbalistischen Geheimlehre,** von der Mystik des Neuplatonismus die Rede. Im Satz vorher wird ausdrücklich verboten, einem jüdischen Laien dieses Geheimnis zu offenbaren. Es wirkt also wenig befremdlich, daß der mystische Verfasser die geheimen Weisheiten einem Nichtjuden nicht anvertraut sehen möchte. Die ganze Seite im betreffenden Buche handelt von den verschiedenen Stufen der Heiligkeit Gottes, hat also weder mit Talmud, noch mit irgend einer Gesetzeslehre etwas zu tun. Jeder moderne Jude wird es ablehnen, den Inhalt dieses kabbalistisch verschnörkelten Buches sich zu eigen zu machen, aber harmlos ist das Buch, wie jedes Traumbuch und jede mystische Philosophie.

Herr Fritsch zitiert weiter:

„Und der Schaare theschuba sagt noch nachdrücklicher, daß ein Jude, der etwas aus dem Talmud oder der sonstigen Rabbinischen Literatur übersetzt und dem Nichtjuden zugänglich macht, als Masur (Verräter) zu betrachten sei und heimlich aus der Welt geschafft werden müsse."

Herr Fritsch schreibt „der" Schaare, er weiß also nicht einmal, daß Schaare eine Pluralform ist. Wir gestehen, daß wir dieses Buch nicht kennen. Dem Namen nach (Tore der Buße) scheint es ein Erbauungsbuch zu sein. Wo und wann ist das Buch gedruckt? Auf welcher Seite steht dieses Zitat? „Masur" steht sicherlich nicht darin, denn dieses Wort als Substantivum existiert in der hebräischen Sprache gar nicht. Welcher Charlatan war hier der Gewährsmann des Herrn Fritsch? Denn Herr Fritsch selbst kennt nicht einmal die ersten Anfänge der hebräischen Sprache, das beweist er ja zur Genüge durch seine Zitate. Soviel scheint uns sicher, vom Talmud kann in diesem Zitate der Schaare theschuba ebensowenig die Rede sein, wie in Jalkut chadasch.

Fritsch schreibt:

„Auch der Sanhedrin (59a) und Chagiga (13a) lehren, daß ein Nichtjude, der den Talmud studiert, oder ein Jude, der einen Nichtjuden im Talmud unterrichtet, mit dem Tode zu bestrafen sei."

Sehen wir uns die Stellen genau an. In Sanhedrin heißt es:

„Rabbi Johanan sagt, ein Akun, der sich mit der Thora befaßt, verdient den Tod."

Die Rede ist also von der Thora, von der Bibel und nicht vom Talmud. Der wahre Grund ist, wie der Kommentarist Jizchaki sagt, nicht die Gefährlichkeit, sondern daß niemand eine Lehre lernen soll, die er doch nicht befolgen wird. Das ist aber nur die Meinung eines einzelnen Talmudisten, denn weiter heißt es an derselben Stelle im Talmudtext:

„Rabbi Meir sagt: selbst ein Akun, der sich mit der Thora befaßt, wird wie ein Hoherpriester (die höchste Ehre in Israel) geachtet."

Es stehen sich also zwei Meinungen schroff gegenüber und das Ganze ist nur theoretische Diskussion, die nie zu einer Gesetzesbestimmung wurde. Man weiß, daß Luther sich bei seiner Bibelübersetzung der Hilfe der Rabbiner erfreute und daß Mohamed jüdische Lehrer hatte. Es gab zu jeder Zeit christliche Gelehrte, die die jüdischen Werke studierten, und die jüdischen Gelehrten boten ihnen bereitwillig jede Hilfe. Auch der berühmte Reuchlin hatte be-

*) Wir kommen noch auf diese Zeugnisse zurück, wenn wir Authentisches darüber ermittelt haben.

kanntlich einen Juden, den Leibarzt des Kaisers Friedrich III. Jechiel Loans, zum Lehrer. Man kann also schon daraus ersehen, wie es mit diesem Verbote und dieser Geheimhaltung bestellt ist.

Noch wunderlicher ist die Berufung auf Chagiga. Dort ist die Rede ausdrücklich von Kabbalistischen Geheimnissen, von der „Maasze hamerkabah", von der Beschaffenheit des göttlichen Thrones. Es heißt da, daß man diese Geheimnisse nur alten frommen und angesehenen Männern offenbaren darf. Dann heißt es wörtlich: „Rabbi Ami sagt, man soll diese Lehren keinem Kutheer anvertrauen". Es ist also weder vom Talmud, noch vom Gesetze die Rede, sondern von der Mystik, und die Kutheer werden hier auf eine Stufe gestellt mit den Juden, die das fünfzigste Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ohne antisemitische Brille kann man beim besten Willen diese Stelle nicht gefährlich finden.

Herr Fritsch wirft die Frage auf:

„Wenn die jüdische Lehre nicht geheim ist und die Juden[s] oft bei dem Bekanntwerden ihrer Gesetze nichts zu fürchten hätte: warum sträubt sie sich so nachdrücklich gegen eine Uebersetzung des Talmud, und warum hat sie dahin gehende Versuche stets zu hintertreiben gewußt?"

Wann hätten sich die Juden jemals gegen eine wissenschaftliche Uebersetzung des Talmud gesträubt? Jüdische Gelehrte haben ja bereits viele Traktate ins Französische und Deutsche übertragen. Wenn sich christliche Gelehrte zusammentäten, um den ganzen Talmud zu übersetzen, was allerdings eine Aufgabe für Jahrzehnte hinaus wäre, so wären die Juden die ersten, die dieses Werk freudig fördern würden. Wenn aber antisemitische Hetzer in einem Parlament den Antrag stellen, der Staat solle den Talmud übersetzen, und zwar mit der Begründung, daß dieses Buch moralisch gemeingefährlich sei, dann kann man nicht erwarten, daß die Juden sich für dieses Projekt begeistern. Es ist eine unerhörte Dreistigkeit, wenn gefolgert wird:

„Es ist also kein Zweifel, daß die Juden ihre Lehre und Gesetze geheim zu halten suchen und daß man deshalb mit Fug und Recht von der „jüdischen Geheim-Gesetzgebung" sprechen darf."

Wir können gegenüber diesen Fälschungen und Verdrehungen nur erklären: der Talmud ist weder sittlich gefährlich noch war er jemals geheim gehalten worden. Der Talmud enthält vieles, was sich mit unseren heutigen Anschauungen nicht verträgt, er ist wie jedes Werk des Altertums nur aus der Zeit und aus den Verhältnissen, in denen er entstanden ist, zu erklären. Nie hat er als bindendes Gesetzbuch gegolten, wohl aber war er Gesetzesquelle in religiöser Beziehung, und was darin gesetzlichen Charakter trägt, ist im Schulchan-Aruch kodifiziert. Wer aber die Verhältnisse der heutigen Juden kennt, weiß, daß nur ein geringer Teil der deutschen Judenheit den Schulchan-Aruch kennt und noch ihm lebt. Mindestens 99 Prozent aller deutschen Juden haben nie den Schulchan-Aruch gesehen und sind nicht fähig, ihn zu lesen. In gesetzlicher Beziehung gelten für die deutschen Juden wie für alle andern Bürger einzig und allein das Bürgerliche Gesetzbuch und das deutsche Strafgesetzbuch. In sittlicher Beziehung haben sie längst die Anschauungen des deutschen Volkes zu den ihrigen gemacht, und all die Unterschiede und Merkmale, die im Ghetto wohl existiert haben mögen, sind längst geschwunden. Wer unsittlich aber ungesetzlich handelt, der tut es nicht, weil er Jude ist, sondern trotzdem er Jude ist. Denn seine Religion verpflichtet ihn zu strengster Sittlichkeit und zur weitgehendsten Nächstenliebe. Die deutschen Juden leben mitten im deutschen Volke, nehmen an allen sittlichen, kulturellen Bestrebungen in Deutschland teil, jeder hat also Gelegenheit, sich von der wahren Sachlage zu überzeugen. Wer von den Juden anders behauptet, ist entweder von einem blinden fanatischen Haß beseelt, oder er hetzt berufsmäßig mit kalter Berechnung, um daraus ein Geschäft zu machen. Diese Leute sind natürlich weder zu bekehren noch zu überzeugen. Denjenigen aber, die der Wahrheit zugänglich sind, haben wir bewiesen, wie es mit der Ehrlichkeit und der Gelehrtheit der wissenschaftlichen Autoritäten des Antisemitismus bestellt ist. F. S.

Aus dem antisemitischen Lager.

Los vom Block! — das ist die vorläufig noch etwas schüchtern zum Ausdruck kommende Parole der Deutschsozialen und der Wirtschaftlichen Vereinigung, welche politischen Gruppen ja so ziemlich ein und dasselbe sind. Auf dem am 26. April stattgehabten Verbandstag der Westmark der deutschsozialen Partei ist einstimmig folgende Resolution angenommen worden:

„Der Parteitag der Westmark spricht den Herren Abgeordneten für ihre Tätigkeit im Reichstage seinen Dank und seine Zustimmung aus, bittet aber darum, dahin wirken zu wollen, daß in Zukunft die Blockpolitik nur im nationale'n Rahmen als angegeben zu betrachten ist, alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen aber der freien Erledigung des Reichstages überlassen bleiben."

Namens der Wirtschaftlichen Vereinigung erhebt Herr Lic. Mumm, der unter dem Pseudonym Monheim die christlichsoziale, antisemitische und gelegentlich auch die bündlerische Presse mit Artikeln versorgt, die gleiche Forderung:

„Wir denken nicht daran, eine Minute länger in diesem Bau (dem Block) von keineswegs idealem Grundriß zu bleiben, wie seine Leistungen dem nationalen Interesse entsprechen. Wir sind gleichweit vom Blockhaß wie von Begeisterung entfernt. Der Block hat den Vorzug, den Freisinn Mores zu lehren, und die nationalpolitischen Forderungen, auch hinsichtlich der Kolonien, glatt zu erfüllen. Das Übrige, das manchen Blockkompromissen anhaftet, gefällt uns herzlich wenig."

Nun weiß man wenigstens, welche schön. Rolle die Antisemiten den Freisinnigen in der Aera der Blockpolitik zugedacht haben.

Antisemitische Loyalität. Unsere Antisemiten geberden sich meistens als die einzigen Stützen der Monarchie, in Wirklichkeit aber war der alte Spruch

„Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen tut"

stets ihre Maxime gewesen. Sie loben den König und die Regierung, wenn man in ihrem Sinne handelt, wissen aber auch revolutionäre Töne anzuschlagen, wenn sie sehen, daß der Antisemitismus noch immer nicht der leitende Gedanke im Staate und Reiche ist.

Das Begnadigungsrecht ist zweifellos eines der vornehmsten Rechte des Fürsten. Dieses Recht ist sogar in den republikanischen Ländern geblieben, um eben ein zu hartes Urteil zu mildern und die Gnade anstelle des Rechtes zu setzen. Man weiß auch, daß in Preußen jede Begnadigung nur nach genauer Untersuchung und auf Empfehlung des Justizministers erfolgt. Es ist also gänzlich ausgeschlossen, daß jemand ohne wichtigen Grund begnadigt wird. Gegen die Begnadigung an sich haben auch unsere Antisemiten nichts einzuwenden, nur dürfte nach ihrer Auffassung ein Jude nie begnadigt werden, denn als Jude geboren zu sein, gilt ja in ihren Augen als das größte Verbrechen. Vor kurzem ist ein jüdischer Rechtsanwalt in Berlin, der ein Kind mit dem Automobil überfuhr, zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt worden. Diese Strafe ist auf dem Gnadenwege in eine Geldstrafe von 1000 Mark umgewandelt worden und das bringt unsere Antisemiten in so große Aufregung, daß sie jede Rücksicht vergessen. Die „Deutschsozialen Blätter" leisten sich folgende Glosse dazu:

„Die Könige sind manchmal die erfolgreichsten Zerstörer des monarchischen Gedankens gewesen; am gründlichsten räumen sie mit

ihm auf, wenn sie sich durch eine enge Verbindung mit dem Judentum vor ihrem eigenen Volke kompromittieren."

Ja, man ist „monarchisch bis in die Knochen" bei den Wahlen, man kann aber auch den Monarchen abkanzeln, wenn er sich „judenfreundlich" verhält.

„Dühring-Wahrheiten". Unter diesem Titel hat jüngst Professor Dr. Döll eine Zusammenstellung von markanten Stellen aus den Schriften Eugen Dührings veröffentlicht, die von den Antisemiten mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen wird. Der fanatische Haß des Mannes gegen die Juden, der das Christentum als „Die Schmach des Jahrtausends" bezeichnet hat, ist ihnen natürlich hoch willkommen. Andererseits können sie nicht leugnen, daß ihrem wissenschaftlichen Idol nichts heilig gewesen ist. Und so bricht ein bekümmerter antisemitischer Kritiker im „Hammer" denn auch in folgende schmerzliche Klage aus:

„Ewig schade, daß dieser große Kämpfer nicht bloß eine außerordentliche Fülle von Widerständen energisch überwindet und sich dem Niederträchtigen gegenüber, an dem die Welt so reich ist, siegreich behauptet, sondern auch im Schlechtfinden gegnerischer Zustände, im Schlechtmachen unvollkommener Leistungen eine — Wildheit aufbietet, die ebenso unedel wirkt, als die Ziele dieses Befeindens immer nur edel und hochsinnig erscheinen sollen. Daß dieser feine Kritiker, der von sich rühmt, daß er stets „nach jedem echten Verdienst" spähe und die Eigenschaft habe, „die wahren Größen der Wissenschaft nicht nur hochzuhalten, sondern für sie auch unter Opfern zu wirken," — daß dieser Kritiker eine förmliche Lust daran findet, der Mit- und Nachwelt alles Mögliche zu verleiden, was bisher zahlreichen Guten, Frommen und Weisen zur Freude, zum Trost und zur Erhebung gereicht hat, das ist tief beklagenswert."

Und weiterhin heißt es:

„Aber wie nun, wenn Dühring immer nur „Feinde", nie bloß „Gegner" sieht? Wenn er so tut, als gäbe es nirgends mehr solides Gelehrtentum, soliden Wissenschaftsbetrieb, sondern statt dessen nur noch „verkehrtes" Lumpentum? Wenn er nicht bloß der Ueberschätzung unserer Literatur-Größen entgegentritt, sondern beispielsweise Schiller den — „Schillerer" nennt, der mit erkünstelter unwahrer Rausch-Poesie gleißnerisch aufwartet", den „Ideal-Tartüffe", der seinen Nebenbuhler Bürger habe „strangulieren" wollen, oder Goethe den — „Kothe" schimpft, für den „die Kotherei" kennzeichnend sei, die in den Poesien „nicht etwa bloß sittlichen Schmutz, ja Verbrecher-Sympathie, sondern auch ästhetische Vernachlässigung und Unreinheit, als verstände sich derartiges von selbst", zur Schau trage?"

Daß gerade eine wissenschaftliche Leuchte des Antisemitismus unsere beiden deutschesten Dichter in so schmählicher Weise verunglimpft, ist doch wohl nicht bloß ein Zufall.

Vermischtes.

Charles L. Hallgarten. Unser Büro in Frankfurt a. M. teilt uns einige Stellen aus einem Vortrage mit, den unser verstorbenes Vorstandsmitglied im Jahre 1897 in mehr internem Kreise gehalten hat und die gewiß auch heute noch größerem Interesse begegnen dürften. Hallgarten führte u. a. aus:

„Ich finde den Antisemitismus in dem freien Lande Amerika ebenfalls, und bei meiner letzten Anwesenheit daselbst im vergangenen Jahre wurde mir auch viel darüber geklagt; doch ich konnte meinen amerikanischen Freunden nur sagen, daß wir in Deutschland sie um den amerikanischen Antisemitismus beneiden könnten, denn nichts hindert dort den Juden, sich vollständig frei zu entwickeln, nichts hindert ihn, die höchsten Stellungen zu erreichen. Nirgends wird sein gemeinnütziges, sein wohltätiges Wirken so anerkannt, wie in diesem freien Lande und trotzdem, obwohl es ihnen dort nach unseren Begriffen so gut geht, haben sie sich beklagt über den Antisemitismus, der allerdings — wenn auch nur gesellschaftlich — dorten existiert. Dieser gesellschaftliche Antisemitismus wird das letzte Bollwerk sein, das wir vernichten müssen, und erst dann, wenn in anderen Ländern die volle Gleichberechtigung erreicht sein wird, mag die Ueberwindung des gesellschaftlichen Antisemitismus nach Generationen gelingen . . . .

Komme ich aber von meiner Rundreise nach Deutschland zurück, so bietet sich da in dieser Beziehung, gerade in letzter Zeit, ein sehr trauriges Bild. — Hier finden wir den Antisemitismus in verschiedenen Formen leider bei allen Parteien. Es ist heute, meiner Ueberzeugung nach, die sogenannte antisemitische Partei in ihren verschiedenen Zerstückelungen die wenigst gefährliche. Gefährlicher ist, daß der Antisemitismus als schleichendes Gift in die verschiedensten Parteien eingedrungen ist, wie dies sich in den letzten Tagen in Darmstadt zeigte, wo ein hervorragender Mann diesem Einfluß unterliegen mußte.

. . . . Derjenige Antisemit jedoch, der erst im Werden begriffen ist, der sich selbst seiner Tendenz noch nicht recht bewußt ist, wird seine Unterhaltung mit Juden so führen, daß er anhebt mit den Worten: „Sehen Sie, ich bin kein Antisemit, aber — —", in diesem „aber", liegt sein Bekenntnis, und ein solches wird dann nach und nach schon seine Gründe finden . . . . — Ich hatte kürzlich, während meines Aufenthalts in Berlin, mit vielen Leuten zu verkehren, mit Leuten, die sich für unbefangen hatten. Einer dieser Herren, der es, wie ich glaube, heute noch gut meint, äußerte in der Unterhaltung, „ja wo Rauch ist, da ist auch Feuer," worauf ihm ein Pfarrer, der sich ebenfalls an der Unterredung beteiligte und der vollständig unbefangen ist, erwiderte „ja es gibt auch Feuer, das aus Papier gemacht wird."

Und gegen Schluß seiner Ausführungen sagte Hallgarten:

„Wir müssen tatkräftig eintreten, ohne zu fürchten, daß es schlimmer wird. Sicher wird es durch unsere Bestrebungen nach dem Richtigen nicht schlimmer und tun müssen wir es in dem Glauben, daß auf diese Reaktion eine Gegenreaktion kommt; daran dürfen wir glauben, indem wir einen Rückblick werfen in die Vergangenheit und uns vergegenwärtigen, daß unsere Voreltern viel Widrigeres und Schlimmeres zu erdulden hatten, als wir in der Gegenwart Und mit Hoffnung dürfen wir in die Zukunft sehen, die auch für uns das tatsächlich bringen wird, was uns versprochen wurde und was wir für eine kurze Zeit genossen — die Gleichberechtigung."

* • *

Die Mitglieder der Deutschen Konferenz-Gemeinschaft der Alliance Israélite Universelle haben an Stelle des heimgegangenen Charles L. Hallgarten einstimmig Herrn Philipp Schiff in Frankfurt a. M. zum stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Konferenz-Gemeinschaft gewählt.

Juden als christliche Geistliche. Die Antisemiten, die an den unheimlichen jüdischen Einfluß glauben oder wenigstens so tun, als wenn sie daran glaubten, möchten am liebsten alle Menschen, soweit sie sich nicht durch eine antisemitische Gesinnung legitimieren können, zu Juden oder „Judenstämmlingen" stempeln. Zu diesem Zwecke wird auf phantastischem Wege jeder jüdische Blutstropfen verfolgt und überall, wo sich eine liberale Gesinnung zeigt, da wird die semitische Abstammung gewittert. Jetzt ist das Leiborgan Liebermann v. Sonnenbergs auf die Idee gekommen, unter dem Titel „Juden als christliche Geistliche" eine lange Liste von Juden aufzustellen, die als Geistliche in der evangelischen und katholischen Kirche ein Amt bekleidet haben.

Der Zweck dieser merkwürdigen Liste ist nicht recht ersichtlich. Auch vom antisemitischen Standpunkte hätte diese Aufstellung nur einen Sinn, wenn dadurch bewiesen werden könnte, daß diese Renegaten dem Christentum zum Schaden gereichten. Wir finden aber darunter hochangesehene Priester und herrorragende Männer der Wissenschaft. Allein die ganze Art, wie diese Statistik fabriziert worden ist, zeigt uns wieder die alte Tatsache, wie wenig Respekt unsere Antisemiten vor der Wahrheit und der Wissenschaft haben.

Es wird einfach jeder, der jemals in irgend welcher Beziehung zu einem Juden stand, zum Juden gemacht. Zwei Päpste und nicht weniger als zehn Bischöfe werden ohne jeden Nachweis als Juden bezeichnet und ebenso zuverlässig ist die Liste der evangelischen Juden. Alle Namen

nachzuprüfen, ist nicht leicht, denn das Verzeichnis greift bis ins 12. Jahrhundert zurück, bei vielen Namen aber konnten wir uns sofort von der Fälschung überzeugen. So wird der katholische Pfarrer Dr. Friedrich Frank in Bayern als „jüdischer Herkunft" bezeichnet, weil er einige Schriften gegen den Antisemitismus veröffentlicht hat. Das ist notorisch unwahr, Frank ist christlicher Abstammung und und er hat oft die antisemitischen Verleumder öffentlich aufgefordert, ihm seine jüdischen Ahnen nachzuweisen, ohne daß jemand diesen Beweis geführt hätte. Es ist ebenso unwahr, daß Professor Franz Deltzsch und Professor August Wünsche jüdischer Abstammung sind. Von Pastor Gurland in Mitau (nicht in Riga) wird behauptet, daß er früher Rabbiner in Odessa gewesen sei. Das ist nicht wahr, Gurland ist wohl getaufter Jude, aber er war nie Rabbiner. Schon diese Stichproben genügen, und wir sind überzeugt, daß bei genauer Prüfung sich ergeben wird, daß das Meiste darin erlogen ist. Geradezu komisch wirkt folgende Bemerkung:

„Stärker als anderswo ist in Spanien die katholische Geistlichkeit mit Judenstämmlingen durchsetzt. Die eifrigsten Inquisitoren und Angeber sind jüdischer Abkunft gewesen; sie haben auch aus der Inquisition ein Geschäft gemacht und die jüdische Intoleranz (vgl. Buch Esther und 1. und 2. Buch der Könige u. a. m.) in die christliche Kirche übertragen."

Nun weiß jeder, daß die spanische Inquisition sich hauptsächlich gegen die Juden gerichtet hat und daß hunderte von Juden ihrem fanatischen Blutdurst zum Opfer gefallen sind. So hätten also die „jüdischen" Inquisitoren zur Vernichtung ihres eignen Stammes viel beigetragen. Ein solcher Gedanke kann nur im kranken Gehirn eines Antisemiten entstehen. Die ganze Liste beweist nur, wie es um die antisemitische Wissenschaft bestellt ist.

Jüdische Richter und Staatsanwälte in Bayern.

Aus München wird dem Organ des Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens geschrieben:

Im Märzheft dieser Zeitschrift findet sich in der Rubrik: „Korrespondenzen" ein Passus, der lautet: „Im Königreich Bayern werden Juden Staatsanwälte, präsidieren als Landgerichtspräsidenten den Schwurgerichten." Dieser Satz bedarf einer Berichtigung und einer Ergänzung: Richtig ist, daß in Bayern seit dem Jahre 1879 Juden zu Staatsanwälten an den Landgerichten und Oberlandesgerichten ernannt wurden und auch jetzt noch ernannt werden. Niemals aber wurde ein Jude „Erster Staatsanwalt" bei einem Landgerichte oder „Oberstaatsanwalt" bei einem Oberlandesgerichte — d. h. die leitenden Stellen der Staatsanwaltschaft sind auch in Bayern den Juden verschlossen, obwohl sie als „zweite Staatsanwälte" und als „Staatsanwälte bei dem Oberlandesgerichte" nicht selten in die Lage kommen, den Chef der Staatsanwaltschaft zu vertreten. Also „Bürde" ohne „Würde!" Landgerichtspräsident oder Landgerichtsdirektor ist in Bayern noch kein Jude geworden. Meist führt der Weg zu diesen „leitenden" Stellungen durch die Staatsanwaltschaft — aber nicht für Juden! Zu Präsidenten der Schwurgerichte werden in Bayern nur Oberlandesgerichtsräte ernannt. Zurzeit gibt es in Bayern fünf jüdische Oberlandesgerichtsräte. Diese werden, insoweit die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, auch regelmäßig zu Präsidenten der Schwurgerichte berufen. Bekanntlich ist die „Bürde" eines Schwurgerichtspräsidenten keine geringe, die „Würde" eine sehr vorübergehende. Weiter ist zu bemerken, daß in Bayern noch nie ein Jude zur ständigen oder nur zur vorübergehenden Dienstleistung ins Ministerium einberufen wurde. Dagegen ist der Schöffen- und Geschworenendienst den Juden geöffnet, wie sie auch in genügender Zahl zu Handelsrichtern ernannt werden. Noch mag die Bemerkung Platz greifen: Noch niemals wurde ein jüdischer Staatsanwalt oder ein jüdischer Oberlandesgerichtsrat zum Rat bei dem Reichsgericht ernannt. Dagegen wurde vor nicht langer Zeit ein jüdischer Oberlandesgerichtsrat in Zweibrücken — allerdings nach seinem Uebertritt zum Christentum — zu dieser höchsten Richterstellung berufen. Hiernach dürfte der freudige Hinweis auf Bayern als das Idealland für Durchführung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1869 in der wirklichen Sachlage nicht begründet sein.

Sprechsaal.*)

Die antisemitische Lüge von der Ueberschwemmung Deutschlands durch die Juden.

Zwei Punkte der Stellung der Juden in Deutschland sind für den Antisemitismus von hoher Bedeutung; auf diese beiden Punkte sei hier im Anschlusse an eine Abhandlung des Regierungsrats Knöpfel-Darmstadt („Jüdische Mischehen und konfessionelle Erziehung der Kinder") hingewiesen: 1. auf die jüdischen Mischehen und ihre Folgeerscheinung, die konfessionelle Erziehung der betreffenden Kinder, und 2. auf die Trennung der als Juden Geborenen von ihrer Konfession.

Die Beantwortung dieser beiden Fragen ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Denn einerseits zeigt sich hier eine Schwäche in der jüdischen Position, andrerseits die Verlogenheit des Antisemitismus, der oft und gern von einer „Ueberschwemmung Deutschlands durch die Juden" spricht.

Zuerst wollen wir die Mischehen ins Auge fassen. Die statistische Zeichnung (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1905, 1906, 1907) ist folgendermaßen:

Bekenntnis des Mannes	Bekenntnis der Frau: Evangelisch			Römisch-Katholisch			Anderes christliches Bekenntnis			Israelitisch			Sonstig		
	1903	1904	1905	1903	1904	1905	1903	1904	1905	1903	1904	1905	1903	1904	1905
Evangelisch										218	256	255			
Römisch-Katholisch										70	74	85			
Anderes christlich. Bekenntnis										13	5	16			
Israelitisch	279	316	361	68	74	74	11	16	14	3831	4001	3905	5	6	9
Sonstig										4	1	5			

Das Ergebnis ist also, unter Heranziehung der entsprechenden Ziffern für 1901 und 1902:

	Jüdische Ehen	Jüdische Mischehen
1901	3878	658
1902	3925	626
1903	3831	668
1904	4001	748
1905	3905	819

Während die graphische Darstellung der Entwicklung der jüdischen Ehen eine um den Punkt 3900 kreisende Linie wäre, steigt die Kurve der jüdischen Mischehen, nur ein Mal unterbrochen, in so mächtigen Sprüngen aufwärts, daß wir zuletzt vor dem Verhältnis 3905 : 819 stehen.

Ein Blick auf jene Zahlen macht ein nicht nur ähnliches, sondern sogar stark anwachsendes Anschwellen der jüdischen Mischehen derartig wahrscheinlich, daß man jene Möglichkeit als einen Faktor in die Zukunftsrechnung einstellen kann und

---

*) Für die in dieser Rubrik erscheinenden Beiträge übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

einstellen muß. Wie diese Zukunftsrechnung aussehen wird, erzählen die Ziffern in erkennbarer Weise: eine ungemeine Schwächung der zahlenmäßigen Bedeutung des Judentums durch jüdische Mischehen. Man mache sich die Bedeutsamkeit dieser Erkenntnis klar! Jede dieser Ziffern birgt eine Potenzierungsmöglichkeit in sich; es sind gewissermaßen trächtige Zahlen: es sind die Zahlen der Eheschließungen, die Zahlen, die auch vom Schicksal der Kinder jener Ehen erzählen.

Man halte diese Tatsachen den Herren Antisemiten entgegen, die nicht laut und oft genug von einer Judenüberschwemmung sprechen können!

Und weiter! Nähren sich die Mischehen mehr von jüdischen Männern oder von jüdischen Frauen? — Dies ist nicht mit Sicherheit zu entscheiden. Für die Vergangenheit, ungefähr bis zum Jahre 1895, ist der Anteil der Frauen stärker; dann aber gewinnen die Männer Schritt vor Schritt Terrain, bis sich das Verhältnis in der letzten Zeit so darstellt:

	Frauen		Männer
1903	305	im Verhältnis zu	363
1904	336	„	412
1905	361	„	458

Die Vorwärtsbewegung ist also unter den Männern gegenwärtig ansehnlich schneller; doch verbietet die Vergangenheit, mit Bestimmtheit einen Schluß auf die Zukunft zu ziehen.

Eine Betrachtung der Konfession des nicht jüdischen Eheteils offenbart mehr von jener Konfession als vom Judentum; auch hier zeigt sich die Geschlossenheit der römisch-katholischen Kirche. Zu diesem Punkte sei noch erwähnt, daß das Anwachsen der Mischehen auch außerhalb Deutschlands festzustellen ist, und daß die Mischehen besonders in den Großstädten gedeihen. Dieser letzte Umstand weist deutlich einerseits auf die wirtschaftliche Grundlage der Mischehen, andrerseits auf die Wandlung der jüdischen Disposition in den Großstädten hin.

Die oben ausgesprochene Behauptung, daß jene Zahlen Potenzierungsmöglichkeiten in sich bergen, sei noch mit folgenden — allerdings nur für Preußen gültigen, aber doch typischen — Ziffern begründet:

Im Jahre 1900 gab es:
Kinder eines jüdischen Vaters und einer christl. Mutter: 3151; davon jüd.: 872; Kinder einer jüdischen Mutter und eines christlichen Vaters: 2635; davon jüd.: 529.

Diese Zahlen stellen also eine Verlustliste für das Judentum dar.

Zugleich scheint es, wie wenn der Mann fester im Judentum wurzele als die Frau.

Bevor wir zur zweiten Frage (zum Austritt des Juden aus seiner angeborenen Konfession) übergehen, ist eine Vorbemerkung notwendig: nämlich die, daß die folgenden Ziffern nicht etwa schon teilweise in den vorhergehenden enthalten sind. Denn entweder erfolgt der Austritt aus dem Judentum vor der Eheschließung: dann liegt für die Statistik keine Mischehe vor; oder aber nachher: dann ergibt sich allerdings eine Komplizierung. Doch darf man wohl unbestritten den Fall, daß der Austritt aus dem Judentum vor der Eheschließung erfolgt, als die Regel bezeichnen. Deswegen bleiben die Ziffern im großen und ganzen richtig.

Die zahlenmäßige Wiedergabe des Austritts aus dem Judentum ist sehr unsicher, da sich fast widersprechende Behauptungen gegenüberstehen.

Nach den statistischen Mitteilungen aus deutschen evangelischen Landeskirchen beträgt die Zahl der Uebertritte von Juden zum Protestantismus jährlich etwa 500. Dagegen berechnet das Bureau für Statistik der Juden die Austritte aus dem Judentum auf 259 insgesamt für das Jahr 1903. Diese Zahlen sind unvereinbar. Nehmen wir aber auch nur die geringste — 259 — als Grundlage! Die Zahl der Uebertritte zum Judentume beträgt jährlich ungefähr 70. Stellt man diese der Zahl 259 — der Anzahl der aus dem Judentum Ausgetretenen — entgegen, so ist der jährliche Verlust des Judentums in seiner ganzen Größe deutlichst sichtbar. Jetzt denke man daran, was vorher von den Potenzierungsmöglichkeiten jener Ziffern gesagt wurde; denn auch hier handelt es sich zumeist gewiß um heiratsfähige Personen. Dann wird man erkennen, daß die Stellung des Judentums an diesen beiden Punkten sehr stark und immer stärker abbröckelt. Zugleich aber kennzeichnen jene Zahlen die antisemitische Behauptung von der „Ueberschwemmung Deutschlands durch die Juden“ als eine Lüge.

Berk.

Briefkasten.

R. W. in Dresden. Es war uns nicht entgangen, daß die dortige „Deutsche Reform“, das parteioffizielle Organ der Reformpartei, in ihrer vorletzten Nummer folgende liebliche Briefkastennotiz enthielt:

„Werter Gesinnungsfreund! Machen Sie doch keine Torheiten. Die Mitteilungen zur Abwehr des Antisemitismus sind Gott sei Dank nicht in der Lage uns Reformer zu beleidigen. Ein Jude kann uns doch überhaupt nicht beleidigen. Also mäßigen Sie Ihren deutschen Zorn und lassen Sie die Hundepeitsche zu Hause, wenn Sie nach Berlin fahren. Es ist dem Hebräer zu viel Ehre angetan, wenn Sie sich in dieser Weise mit ihm unterhalten. Nur keine Gewalttätigkeiten gegen einen Juden unternehmen ohne von ihm selbst tätlich angegriffen zu werden. Deutschen Gruß! H. M.“

Sie werden uns nun doch wohl nicht im Ernst zumuten wollen, daß wir auf ein solches ordinäres Geschimpfe reagieren. Gegen Anwürfe von der Art sind wir absolut abgestumpft. Daß der Herausgeber und verantwortliche Redakteur der „Mitteilungen“ kein Jude ist, weiß das Blatt natürlich sehr genau. Das ist ja gerade die Wut der Antisemiten, daß unser von Christen beider Bekenntnisse gegründete Verein die Oeffentlichkeit und insbesondere die Presse aller nichtantisemitischen Parteien durch die „Mitteilungen“, wie neuerdings durch die jede Woche zirka 250 Zeitungen zugehende „Abwehrvereins-Korrespondenz“ über das demagogische Treiben der Antisemiten eingehend informiert. Die Drohung mit der Hundepeitsche ist übrigens nicht einmal neu. Der Herr „Chefredakteur“ Seblatzek vom antisemitischen „Generalanzeiger“ der jetzt nach vielfachen Irrfahrten wiederum bei der Reformpartei gelandet ist, hat uns früher schon einmal diese „schlagende“ Entgegnung angekündigt. Wir sind aber nicht so schreckhaft veranlagt, wie diese angenehmen Zeitgenossen vielleicht annehmen.

Anonymus in Frankfurt a. M. Wie können in der Angelegenheit K-L nur dann etwas tun, wenn Sie unter Nennung Ihres Namens dem Frankfurter Büro die tatsächlichen Unterlagen geben.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 21. | Berlin, den 20. Mai 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1.10 Mark sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Straße 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt VI, Nr 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Antisemiten und die preußischen Landtagswahlen.

Bisher ist es im Lager des politischen Antisemitismus noch ziemlich still; die materiell wie intellektuell zurückgebliebenen Schichten, aus denen sich die Anhänger der antisemitischen Parteien rekrutieren, sind in ihrer politischen Betätigung durch das preußische Wahlrecht mit seiner plutokratischen Abstufung und der öffentlichen Stimmabgabe stark eingeengt. Bei den Landtagswahlen in Preußen haben daher die Antisemiten bisher wohl oder übel ihre agitatorischen Gelüste stark einschränken müssen; sie haben lieber Anschluß an die ihnen nahestehenden reaktionären Richtungen gesucht, da sie die Erfahrung gemacht haben, daß mit der Entfaltung des „reinen" antisemitischen Programms bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause keine sonderlichen Geschäfte zu machen sind. Hat doch selbst der in allen Agitationskünsten und -Kniffen so bewanderte Herr Liebermann von Sonnenberg trotz mehrfacher Versuche in seinem Reichstagswahlkreise das Landtagsmandat nicht erringen können; er unterlag regelmäßig dem konservativen Bewerber. Jetzt, wo das hessische Wahlbündnis der Deutschsozialen mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte vielleicht günstigere Vorbedingungen für eine Kandidatur des Führers der deutschsozialen antisemitischen Gruppe geschaffen hätte, resigniert er mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter. Da Herr Lattmann in Kassel-Land das bisher von ihm inne gehabte Landtagsmandat an die Konservativen abgetreten hat als Gegenleistung für deren Wahlhilfe bei der Reichstagswahl, wird die deutschsoziale Partei in der nächsten Legislaturperiode im preußischen Abgeordnetenhause voraussichtlich überhaupt nicht vertreten sein. Die wenigen Kandidaten, die sie in anderen Wahlkreisen im Verein mit dem Bund der Landwirte aufgestellt hat, bieten kaum Aussicht auf einen Erfolg.

Auch die Reformpartei hat stark damit zu rechnen, daß ihrem einzigen Vertreter im preußischen Landtag, Herrn Werner, diesmal die Pforten des Abgeordnetenhauses verschlossen bleiben werden, trotzdem Herr Oswald Zimmermann, sein Reichstagskollege und dortiger Fraktionsvorsitzender, sich die größte Mühe gibt, wenigstens diesen einen Sitz im preußischen Landtage zu retten. Werner ist in Rotenburg-Hersfeld bei der letzten Wahl nur mit 119 gegen 106 Stimmen gewählt worden, die auf den konservativen Kandidaten von Stockhausen entfielen. Diesmal hat er gegen zwei rechtsstehende Mitbewerber anzukämpfen, gegen den von den Konservativen aufgestellten Landrat Tuercke und den von dem Bund der Landwirte und den Deutschsozialen auf den Schild erhobenen Rittergutsbesitzer von Bodelschwingh-Schwarzenhasel. Wenn die Liberalen in den Städten nur einigermaßen rührig sind, können sie trotz ihrer relativ geringen Zahl das Zünglein an der Wage bilden; allerdings dürfte ihnen die Entscheidung, nach welcher Richtung sie den Ausschlag geben sollen, nicht gerade leicht fallen.

Von den Kandidaturen, die die Christlichsozialen aufgestellt haben, kommt ernsthaft nur die Bewerbung des Lic. Mumm um das zuletzt von dem bekannten Bielefelder Pastor von Bodelschwingh innegehabte Mandat in dem Landtagswahlkreise Halle-Bielefeld-Herford in Betracht. Es wurden in diesem Wahlkreise, der drei Mandate zu vergeben hat, für die Konservativen im Jahre 1903 abgegeben 417—429 Stimmen gegen 408—399 Stimmen, die auf die Kandidaten der vereinigten Liberalen entfielen; außerdem entfielen damals auf die sozialdemokratischen Bewerber 130 bis 131 Stimmen. In der Stichwahl enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme, da die Liberalen das ihnen von den Sozialdemokraten auf der Basis von 2 Liberalen und 1 Sozialdemokraten angetragene Stichwahlbündnis nicht akzeptierten. In diesem Wahlkreise kommt es zweifellos wiederum zur Stichwahl zwischen Konservativen und Liberalen, und die Konservativen verbleiben im Besitz dieser 3 Mandate, wenn sich die Parteien der Linken nicht in der Stichwahl verständigen.

Im Nachbarwahlkreise Minden-Lübbecke, wo im Jahre 1903 neben dem Konservativen Bosse der den christlichsozialen Antisemiten nahestehende Landwirt Sielermann mit 301 gegen 215 liberale Stimmen gewählt worden ist, bleibt die gleiche Konstellation bestehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diesmal die Sozialdemokratie, die es 1903 bei allerdings nur lauer Wahlagitation auf $1\frac{1}{2}$ Dutzend Wahlmänner brachte, den Ausschlag gibt zwischen der Reaktion und den vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen. Die übrigen Kandidaten der Christlichsozialen, die im Kompromiß mit anderen rechtsstehenden Parteien in einzelnen sicheren nationalliberalen Wahlkreisen aufgestellt worden sind, sind nur als Zählkandidaten zu betrachten.

Im Verein mit dem Bund der Landwirte und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben die Deutschsozialen ferner noch in Nordhausen dem bisherigen volksparteilichen Abgeordneten Dr. Wiemer den Kammerherrn von Bila-Hainrode als Kandidaten entgegengestellt.

In Göttingen-Münden wird von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Versuch gemacht, die Nationalliberalen, die im Jahre 1903 den Wahlkreis noch mit der imposanten Mehrheit von 253 gegen 56 konservative Stimmen behauptet haben, durch die deutschsoziale Kandidatur des

Oberlehrers Dr. Henke aus dem Besitz zu verdrängen. Bei der Nachwahl im varigen Jahre hatte sich das Stimmenverhältnis allerdings etwas zugunsten des bündlerischen Kandidaten verschoden. Immerhin berührt es recht merkwürdig, daß nun van nationalliberaler Seite den antisemitischen Varurteilen Konzessianen gemacht werden. In einer antisemitischen Wahlversammlung, in der der Abgeordnete Dr. Bähme sprach, erklärte nach dem Bericht des „Gättinger deutschen Baten" Kaufmann Blackeradt:

„Wir Nationalliberale fassen den Antisemitismus von der Seite auf: Wo es an einem Orte gute christliche und deutsche Geschäftsleute gibt, da soll man bei diesen kaufen und nicht bei Juden."

Seltsamerweise hat sich die nationalliderale Partei disher noch nicht zur Desavouierung dieses angenehmen Zeltgenossen verstehen kännen.

Van der Mittelstands-Vereinigung ist disher nur Herr Rahardt in Neuhaldensleben-Walmirstedt im Verein mit den Kanservativen auf den Schild erhoben worden; außerdem sind mittelständlerische Kandidaten in Danzig, Känigsberg und Osterhalz-Blumenthal-Achim naminiert warden.

In Berlin haben Kanservative und Stöckersche Christlichsaziale vollständig abgewirtschaftet; sie machen nur noch in Moabit mit Herrn Rechtsanwalt Ullrich, der bekannten antisemitischen Leuchte, und in Berlin I mit Amtsgerichtsrat Köhler einen letzten schüchternen Versuch, ihre immer dünner gewordene Gefolgschaft zu sammeln.

Zur Reichstagsnachwahl in Kolmar-Czarnikau-Filehne.

Im Reichstagswahlkreise Kolmar-Czarnikau-Filehne, wo für den verstarbenen konservativen Abg. Zindler eine Nachwahl stattzufinden hat, haben sich die Mittelparteien, die bisher immer den Kanservativen willig Heeresfolge leisteten, nunmehr jelbständig gemacht. Zu der van dem „Deutschen Wahlverein" aufgestellten kanservativ-bündlerischen Kandidatur des Gutsbesitzers Ritter und zu der antisemitischen Kandidatur des Schneidemühler Stadtverordneten und Ziegeleibesitzers Haffmann wird varaussichtlich nach eine mittelparteiliche Kandidatur des Schänlanker Pfarrers Altmann hinzutreten. Wenigstens ist in einer van Vertretern des Ostmarkenvereins, Natianalliberalen und Freisinnigen nach Schönlanke einberusenen großen Wählerversammlung am 17. d. M. diesem Herrn, nachdem er sein palitisches Pragramm entwickelt hatte, die Kandidatur einstimmig angetragen warden. Der Mißmut weiter Valkskreise über den van den Agrarkanservativen disher bei der Aufstellung der Reichstags- und Landtagskandidaten geübten Terrorismus kam drastisch zum Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Resalutian:

1. Mehr als 300 in Kramps Hotel versammelte Schönlanker Wähler aller deutschgesinnten Parteien erheben entschiedenen Protest dagegen, daß in dem deutschen Wahlverein, der doch die verschiedenen politischen Richtungen einigen soll, ausschließlich hochkonservative agrarische Interessen zur Vertretung kommen, und erwarten für die nächste Zukunft eine grundlegende Aenderung der Zusammensetzung des deutschen Wahlkomitees.

2. Bezüglich der kommenden Wahlen erklärt sich die Versammlung im Interesse der Einigung aller Deutschgesinnten mit den Landtagskandidaturen Viereck und v. Knes einverstanden.

3. Im Hinblick auf die Reichstagswahl ist die Versammlung der Ansicht, daß das deutsche Wahlkomitee, falls es die unter dem Zeichen einseitiger Parteipolitik über die Köpfe der Wähler hinweg proklamierte bündlerische Kandidatur Ritter aufrecht erhält, eine Einigung der verschiedenen politischen Richtungen von vornherein unmöglich macht und damit einem erbitterten Wahlkampf Vorschub leistet.

4. In der Aufstellung eines Kandidaten, der eine gemäßigte Richtung vertritt, sieht die Versammlung die einzige Möglichkeit, eine Einigung herbeizuführen.

5. Die versammelten konservativen, nationalliberalen und linksliberalen Wähler geben ihrer einmütigen Ueberzeugung Ausdruck, daß im Kreise Czarnikau, der nach Lage der Sache den Kandidaten für die Reichstagswahl zu nominieren har, der Pastor Altmann, der sich der nationalliberalen Fraktion anschließen würde, als die geeignete Persönlichkeit erscheint, und schlagen allen deutschgesinnten Parteien vor, ihn als ihren Kandidaten zu proklamieren."

Damit ist genau das eingetreten, was wir schon vor 4 Wachen auf Grund genauer Kenntis der politischen Verhältnisse des Wahlkreises angekündigt haben. Die Mittelparteien, insbesondere die Nationalliberalen, die disher von den extremen Kanservativen mit uneingelästen Versprechungen immer an der Nase herumgeführt warden sind, haben dieses entwürdigende Spiel endlich satt bekammen und stellen sich auf eigene Füße. Es wird alsa, wenn die Agrarkonservativen die Kandidatur Ritter, der als bündlerischer Heißsparn dekannt ist, nicht zurückziehen, nun doch zu einer Kraftprobe zwischen den deutschen Parteien kammen.

Die Antisemiten sind im Wahlkreise schon überaus rührig. Herr Bruhn zieht als Manager der antisemitischen Kandidatur Haffmann schon jetzt von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Darf und scheint sich auch der wahlwallenden Neutralität der Behörden zu erfreuen, die den Freisinnigen bisher stets versagt geblieben war. Bei den letzten Wahlen wetteiferten Bündler und Verwaltungsdehörden geradezu in dem Bestreben, den Freisinnigen die Lakale abzutreiben. Während bei den Wahlen des Jahres 1898 und 1903 die Freisinnigen wenigstens noch ca. 40 bez. 25 Versammlungen in ländlichen Orten abhalten konnten, sank diese Zahl dei der letzten Wahl auf ein knappes haldes Dutzend herab, und es wurde auch in diesen Orten schon erklärt, daß die Freisinnigen das Lakal zum letzten Mal erhalten hätten; so trefflich funktionierte der behördlich-dündlerische Terrorismus.

Die Landräte, die in diesem, wie in allen pasenschen Wahlkreisen die gebarenen Wahlmacher sind, hatten allen ihren Einfluß geltend zu machen gesucht, um die Aufstellung einer antisemitischen Kandidatur zu verhindern. Der Landrat des Kalmarer Kreises, Herr van Plettenberg, hatte zu diesem Zweck persönlich mit Herrn Bruhn verhandelt; wenn er diese agitations- und mandatslüsterne Gesellschaft besser gekannt hätte, würde er wahrscheinlich davan Adstand genommen haben. Herr Bruhn erklärte ihm sehr kühl, daß die Antisemiten gar nicht daran dächten, die Kandidatur zurückzuziehen, und versprach nur, dafür Sarge zu tragen, „daß der Wahlkampf in durchaus ruhiger Weise" geführt werden salle. In einer in den Schneidemühler Blättern veräffentlichten Erklärung fügte Herr Bruhn noch geschmeichelt hinzu:

„Als ich mich von den Herren verabschiedete, reichte mir Herr Landrat Freiherr von Plettenberg die Hand mit den Worten: „Nun Herr Bruhn, wenn also der Kampf geführt werden soll, so wollen wir ihn möglichst ruhig, ohne Leidenschaft führen."

Man wird ja alsbald hären, wie die Antisemiten dieses Versprechen einlösen werden.

Der Wahlkreis Kalmar-Czarnikau-Filehne ist bekanntlich der einzige pasensche Wahlkreis, der in das bei den letzten Reichstagswahlen zwischen den Kanservativen und Freisinnigen erneuerte Kompromiß für sämtliche Reichstags- und Landtagswahlkreise der Provinz nicht einbezagen worden ist. Freilich kehrten sich die Kanservativen schan bei den letzten Reichstagswahlen nicht an diese Admachungen, indem sie wahrheitswidrig behaupteten, daß auch dieser Wahlkreis zum unantastdaren kanservativen Besitzstande gehöre. Da die Zentralleitungen der freisinnigen Parteien in Posen leider unvarsichtig genug gewesen waren, diese Ausnahmestellung des Wahlkreises Kalmar-Czarnikau-Filehne in den Abmachungen nicht schriftlich zu fixieren und da leider auch freisinnige Landtagsabgeardnete der konservativen Kandidatur Varschub leisteten, kämpften die Freisinnigen bei der

letzten Wahl van vornherein mit gebrochener Schlachtreihe. Daß sie jetzt mit den Nationalliberalen zusammengehen, um womöglich durch einen Kandidaten aller gemäßigten Elemente die konservative Phalanx zu durchbrechen, ist daher nur ein Gebot kluger Selbstbescheidung. Jedenfalls haben die liberalen Parteien alle Veranlassung, gerade im jetzigen Augenblick mit allem Nachdruck die Abtretung eines Mandats, sei es des Reichstagsmandats, sei es eines der drei Landtagsmandate, zu fordern, als Gegenleistung für die bisher gewährte uneigennützige Unterstützung der extremen rechtsstehenden Parteien.

Der Krach in der Mittelstandsvereinigung.

Der Wirrwarr in der Mittelstands-Vereinigung ist kaum noch zu überbieten. Zuerst kanzelt das offizielle Organ der Vereinigung, die „Deutsche Volkspost", den ersten Vorsitzenden ganz gehörig ab wegen seiner reformfreundlichen Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage und jetzt erläßt die Geschäftsstelle der Vereinigung eine Erklärung, worin dem bisherigen offiziellen Organ einfach der Laufpaß gegeben wird. Wann diese Absägung der „Deutschen Volkspost" erfolgt ist, wird nicht gesagt. Tatsache aber ist, daß das Blatt noch in seiner letzten Nummer den Vermerk als offizielles Publikationsorgan der Mittelstands-Vereinigung enthielt. Die Mitglieder der Vereinigung wissen noch heut nicht, wenn sie nicht zufällig die Erklärung der Geschäftsstelle in der politischen Tagespresse gelesen haben, daß ihr Vereinsblatt von dem Vorstande in Acht und Bann getan worden ist.

Dieselbe Unklarheit bleibt bestehen hinsichtlich der Stellung des Vorstandes zur Abänderung des preußischen Wahlrechts. Es wird bestritten, daß ein formeller Beschluß zugunsten des geheimen und direkten Wahlrechts in der letzten Vorstandssitzung gefaßt worden sei; nur darin stimmt eine Erklärung der Geschäftsstelle mit einer Aeußerung in der letzten Nummer der „Deutschen Volkspost" überein, daß die Auffassung der großen Mehrheit der Vorstandsmitglieder dahin ging, „daß es wünschenswert sei, daß den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten die Stimmabgebe durch geheime und direkte Wahl erleichtert werden möge."

Es ist, um ein einheitliches Votum zu erzielen, von der Beschlußfassung über einen Antrag nach dieser Richtung abgesehen worden und nur eine Resolution angenommen worden, „in der für eine Abänderung des preußischen Wahlrechts eine noch stärkere Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes erstrebt werden soll."

„Noch stärker" ist gut. Die große Mehrheit selbst der zünftlerischen Mittelstands-Vereinigung steht mit sämtlichen Angehörigen des Mittelstandes auf dem Standpunkt, daß der Mittelstand von dem jetzigen Wahlrecht überhaupt nicht berücksichtigt wird, und hier wird von einer kleinen, offenbar ganz direktionslosen Klique die Verlegenheitsforderung einer „noch stärkeren" Vertretung aufgestellt. Wahrscheinlich wissen die Herren selber nicht, was sie eigentlich wollen.

Einigermaßen neugierig darf man sein, was nun in Zukunft aus der Mittelstands-Vereinigung werden wird. Die Geschäftsstelle der Vereinigung erläßt nämlich eine weitere Erklärung des Inhalts:

„1. daß die D. V. P. nicht mehr offizielles Organ der D. M. V. war, 2. Herr Buchholz, der bisherige Redakteur der D. V. P., aus der D. M. V. ausgeschieden ist, 3. in der Sitzung des Gesamtvorstandes der Vereinigung ein Beschluß, für die direkte und geheime Wahl einzutreten, wie die D. V. P. angibt, nicht gefaßt worden ist, und daß auch kein diesbezüglicher Antrag, weder vom Vorsitzenden der Vereinigung, noch von irgend jemandem sonst gestellt worden ist. 4. Endlich ist der D. M. V. vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Allgemeinen Deutschen Verlagsgenossenschaft die Mitteilung gemacht, daß er eine neue Redaktion bestellen werde."

Daß die bisherige Redaktion der „Deutschen Volkspost" sich so ruhig beiseite schieben lassen werde, ist kaum anzunehmen. Der Vorstand der Mittelstands-Vereinigung „kennt Buchholtzen wirklich schlecht", wenn er etwa glauben sollte, daß dieser ehrgeizige Agitator nun seine Rolle in der Mittelstandsbewegung als ausgespielt betrachtet. Im Gegenteil, Herr Buchholtz, der konservativ-klerikale Reichstagskandidat bei der letzten Wahl in Liegnitz-Goldberg-Haynau, wird Herrn Rahardt wahrscheinlich sehr bald in einer anderen Umgebung und auf anderem Gebiet zum Tanze aufspielen, und Herr Rahardt dürfte seines jetzt errungenen Sieges über den unbequemen Nebenbuhler in der Leitung der Mittelstands-Vereinigung kaum froh werden.

*

Diese Differenzen in der Leitung des Vorstandes haben auch schon ihre Rückwirkung auf einzelne Ortsgruppen im Lande ausgeübt. In der Ortsgruppe Lüneburg-Winsen ist eine Spaltung eingetreten. Von den 13 Vorstandsmitgliedern haben 10 ihre Aemter niedergelegt. Gleichzeitig haben diese Herren mit einer Ausnahme ihren Austritt aus dem Verein erklärt. Ihrem Beispiele sind eine Reihe von Mitgliedern gefolgt. Sie begründeten ihren Austritt in einer öffentlichen Erklärung, in der es u. a. heißt:

Ohne Vorwissen des Gesamtvorstandes pflogen diese Mitglieder (des Vorstandes. D. Red.) Verhandlungen, welche eine konservative Kandidatur einseitig bezweckten. Dahin ist ferner der Vorgang zu rechnen, welcher sich am 24. April in der Mittelstandsversammlung abspielte, als über die Stellung der Vereinigung zur Landtagskandidatur Beschluß gefaßt werden sollte. Seitens des Bundes der Landwirte war eine Anzahl seiner Mitglieder aufgeboten, die, um bei der Abstimmung eine erhebliche Mehrheit für Herrn Sponagel zu erzielen, erst am Versammlungsabend die Mitgliedschaft forderten und erlangten. Wo mit solchen Waffen gekämpft wird, da ist Mitgliedern mit liberalen Anschauungen eine Mitarbeit unmöglich gemacht. Aus diesen Gründen legten wir unsere Aemter im Vorstande nieder und schieden aus der hiesigen Mittelstandsvereinigung aus.

Wiener Brief.

VII.

(Nachträgliches zur „Affäre Feilbogen". — Die Christlichsozialen wühlen. — Festzugsgeschäfte. — Bielohlawek und die Gelehrten.)

Wien, den 9. Mai 1908.

Die „Affäre Feilbogen" hat die christlichsozialen Volksaufwühler in ihrer wahren Gestalt gezeigt und die christlichsoziale Presse, die Oesterreichs Luft verpestet, schwamm in Wonne. Um so bemerkenswerter war die Haltung, die das Wiener „Vaterland" einnahm. Dieses Blatt gilt als das Organ des Episkopats, und wenn es auch im Ganzen und Großen der christlichsozialen Partei Vorschub leistet und gelegentlich kräftige antisemitische Akzente anschlägt, so steht es doch hoch über dem „Deutschen Volksblatt" oder über ähnlichen Presseerzeugnissen. In der „Affäre Feilbogen" hat das „Vaterland" sich größter Objektivität befleißigt, und die Berichte, die es aus Rom über den bedauerlichen Vorfall in der Sixtinischen Kapelle brachte, waren bestrebt, beruhigend einzuwirken und den christlichsozialen Aufwieglern einen Damm zu setzen. Das konnte Herrn Vergani zwar nicht hindern, seine täglich zweimal produzierten Verleumdungen fortzusetzen, aber auf besonnere Elemente ist die Haltung des allerchristlichsten Blattes der Monarchie nicht ohne Eindruck geblieben. Besonders interessant ist ein Detail, das allerdings wenig Beachtung fand. Pater Galen hat bei seinen Hetzpredigten auch erzählt, daß der Papst, als er den Frevel der Hostienschändung sah, in Tränen ausbrach und außer stande war, die heilige Handlung fortzusetzen. An diese Mitteilung knüpfte der sonderbare Kanzelredner und Verkünder der Nächstenliebe entsprechend zugespitzte Bemerkungen, die auf die dicht gedrängte Schar der Gläubigen gewiß nicht versöhnlich und beruhigend eingewirkt haben. Nach den Berichten des „Vaterland" ist an der Schauermär des frommen Paters kein Wort wahr. Der Papst erfuhr erst nach der Beendigung

der Zeremonie von dem peinlichen Vorkommnisse, und er war sogleich davon überzeugt, daß nicht Mutwille oder die Absicht zu stören schuld sei, sondern eine bedauerliche Verkettung von Zufällen.

Doch die Wiener antisemitischen Hetzblätter gaben sich mit der einen „Affäre" nicht zufrieden. Es traf sich gerade, daß in Wiener Kirchen belanglose „Zwischenfälle" vorkamen, die ihren Erklärungsgrund in der künstlich gesteigerten, beziehungsweise hervorgebrachten Gereiztheit der Kirchenbesucher fanden. Das veranlaßte die „Reichspost", erst recht ins Feuer zu blasen, und das alberne Blatt ging in seiner tückischen Borniertheit so weit, einen harmlosen Ohnmachtsanfall so darzustellen, als hätte auch hier der „jüdisch-freimaurerische" Geist eine Religionsstörung, eine Störung des Gottesdienstes bewirkt. Da die Dummen nicht alle werden, gibt es immer Leute, auf die solches Gefasel Eindruck macht. In den Köpfen entstehen so falsche Vorstellungen, aus denen sich Fanatismus und Gehässigkeit herausbildet. Die Partei, die Wien beherrscht und verwaltet, sollte doch soviel Verantwortlichkeitsgefühl haben, daß sie den Frieden der Stadt nicht durch bewußte Lügen gefährdet. Wenn das „Deutsche Volksblatt" Exzesse begeht, kann sich die Partei, beziehungsweise Herr Dr. Lueger dahin ausreden, daß man einem Privatunternehmen keine Vorschriften machen könne. Die „Reichspost" ist jedoch ein Parteiunternehmen, das unter dem besonderen Schutze Seiner Exzellenz des Herrn Dr. Gerstmann, des k. k. Ministers für öffentliche Arbeiten, steht und dem der Bürgermeister von Wien nur einen Wink geben müßte, um Ruhe zu schaffen.

Geschäft ist Geschäft, und auch der große Kaiserhuldigungsfestzug, der in Wien am 12. Juni stattfinden soll, ist für die christlichsozialen Patrioten ein Geschäft, bei dem alles erlaubt scheint. Bekanntlich wollte der Kaiser ursprünglich von dem prunkvollen Festzug nichts wissen, aber die christlichsozialen Genossenschaftsvorstände sagten rund heraus, daß die Huldigung, die viele Tausende Menschen nach der Hauptstadt locken dürfte, große Erträgnisse abwerfen würde, und deshalb aus Geschäftsrücksichten nicht unterbleiben könne. Die christlichsoziale Partei verhielt sich passiv, doch die antisemitische Presse blies unermüdlich ins Horn, und so gab der Kaiser endlich nach. Das Festzugskomitee, an dessen Spitze Gemeinderat Dr. Klotzberg steht, der sich vor Jahren vom Liberalen zum „gemütlichen" — nicht aggressiven — Christlichsozialen gemausert hat, konnte ans Werk gehen und die Inszenierung des grandios angelegten Schauspiels vornehmen. Weil die Zeit drängte, mußten die vielen Lieferungen rasch vergeben werden, und so kam es, daß auch einige „jüdische" Firmen mit Aufträgen bedacht wurden. Darum ist nun in der christlichsozialen Hetzpresse ein Wutgeheul angestimmt worden, das täglich erneuert wird und immer lauter erdröhnt.

Aber der Kampf, der geführt wird, ist kein „prinzipieller", — den man schließlich als zum Parteigeschäfte gehörig ansehen könnte, — sondern die niederträchtigsten persönlichen Verdächtigungen machen sich breit. Man hat sogar ein förmliches Spitzelsystem organisiert. Unlängst wurde von der ehrenwerten Konkurrenz in Erfahrung gebracht, daß ein jüdischer Tuchhändler, der mit Festzugslieferungen betraut ward, einige Kisten mit Waren aus Berlin bezogen hatte, obwohl der Grundsatz besteht, nur heimische Fabrikate in Verwendung zu bringen. Zwei christlichsoziale Gemeinderäte erfrechten sich daraufhin, die Firma mit ihrem Besuche zu behelligen und ein hochnotpeinliches Verhör anzustellen, dem ein christlichsozialer Konkurrent, der anscheinend den Haderer gespielt hatte, zugezogen ward. Leider war der Firmenchef zu freundlich, um die Herren zur Türe hinauszuweisen, und so erschien denn im Blatte des Herrn Vergani ein sensationeller Bericht, der — unnötig, es zu sagen — aus Lügen bestand. Das Festzugskomitee hat den „Fall" aufgeklärt, der zu den Arrangeuren des Festzugs gehört. Von einem Maler war ein Tuch verlangt worden, das in Oesterreich nicht erzeugt wird. Da der Maler dennoch darauf bestand, die von ihm gewünschte Sorte zu verwenden, mußte das Tuch aus dem Auslande herbeigeschafft werden. Das ist der nüchterne Tatbestand, der zu einem halben Dutzend aufgeregter Lügenartikel herhalten mußte. Viele werden sich erstaunt fragen, weshalb die Christlichsozialen eben jetzt zu den erbärmlichsten Verdächtigungen jüdischer Kaufleute greifen und dadurch die Harmonie eines Festes stören, das alle Landeskinder vereinen soll und einem Kaiser gilt, dessen geschichtliches Verdienst es ist, die Gleichberechtigung der Religionen begründet zu haben. Doch die richtige Antwort kann für den nicht schwer sein, der weiß, welch nichtswürdiges Spiel von den Antisemiten mit dem Patriotismus getrieben wird. Bei ihnen handelt es sich um den Vorteil der Partei, und nur um diesen allein. Die Gewerbetreibenden sind den Christlichsozialen zum Teile schon unbotmäßig geworden — der Verein „Mittelstand" macht Sorgen — und deshalb muß helfen, was immer helfen kann. Darum redet man den Gewerbetreibenden ein, daß sie jetzt von den „Juden" um glänzende Geschäfte gebracht worden sind und, um die Wirkung voll zu machen, verbreitet man noch Lügen, die die betrügerische Schlechtigkeit der Juden grell dartun sollen. Der arme christlichsoziale Festzugskomiteepräsident Dr. Klotzberg! Selbst ihm wird kein Pardon gegeben.

Bisweilen ist es unterhaltend, in das Blättchen zu blicken, das Herr Hermann Bielohlawek, der christlichsoziale Hanswurst, unter dem Titel „Oesterreichische Volkspresse" herausgibt. Diese Geheimschrift — die Zeitung erscheint so ziemlich mit Ausschluß der Oeffentlichkeit — bietet ein ganz besonderes Bild, besonders wenn man zuerst den Inseratenteil — das Wertvollste im Blatte — ansieht. Eine halbe Seite füllten die „Niederösterreichischen Landesversicherungsanstalten", die das Blatt natürlich bloß aus Rücksichten auf das Geschäft und nicht darauf, daß der Herausgeber Landesausschuß ist, einrücken lassen. Selbstredend inserieren auch die diversen Unternehmungen der Stadt Wien nicht, um dem Gemeinderat Bielohlawek einen klingenden Gefallen zu erweisen. Wer wäre genug schlecht, das Gegenteil zu glauben? Drei ganze Seiten sind einem christlichsozialen Bankhause eingeräumt, das für den schönen Inseratenauftrag — im volkswirtschaftlichen Teile schreiben darf, was es will. Das ist doch einfach und dürfte nicht wenig tragen. Einen Textteil gibt es in der „Volkspresse", die sich nur einmal wöchentlich ans trübe Licht wagt, auch noch. Und da lesen wir in der letzten Nummer folgende Notiz:

„Aus Anlaß meines Ausspruches (!) über Tolstoi sind mir gerade aus Gelehrtenkreisen soviele Anerkennungsschreiben zugekommen, daß ich selbst darüber erstaunt war. Das (das, statt daß!) gewisse Leute den Anlaß benutzten, um als intelligent zu gelten, was sonst niemand konstatieren könnte, ist zwar eine bedauerliche aber begreifliche Tatsache. Bekanntlich hat mich deswegen im österreichischen Parlamente mit Ausnahme des gewesenen Hausknechtes Schuhmeier kein deutsches Mitglied getadelt. — Im Gegenteil. Viel haben gesagt: „Recht haben Sie, aber sagen darf man's nicht."

Wie niedlich doch Hermann, der ehemalige Greisler, ist. Vielleicht würde er verraten, wer die gratulierenden „Gelehrten" sind. Die Frau Sopherl vom Naschmarkt wird darunter doch nicht fehlen? rm.

Die jüdischen Rekruten in Rußland.

In der Duma ist kürzlich ein von Vertretern der äußersten Rechten gestellter Antrag auf Abschaffung der Dienstpflicht der Juden und Auferlegung einer Geldsteuer zur Verhandlung gebracht, jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Dafür stimmten nur eine kleine Gruppe der Gefolgschaft des antisemitischen Fanatikers Purischkewitsch und einige „Gemäßigte". Die Begründer

des Antrages stützten sich zum Beweise der „jüdischen Defizite“ in der Hauptsache auf notorisch falsche oder gefälschte Statistiken. Da die Frage der Wehrpflicht der russischen Juden bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in der Duma zur prinzipiellen Erörterung gebracht worden ist, seien aus den Verhandlungen die wesentlichsten Gesichtspunkte nach den Berichten russischer Blätter in folgendem wiedergegeben.

Der Abg. Roditschew (Kadett) erwiderte den Antragstellern u. a.:

„Würden die Scharfmacher sich die Frage stellen, warum die Zahl der fehlenden jüdischen Soldaten von 2000 im Jahre 1904 auf 10 000 in den nächsten Jahren gestiegen ist, und würden sie gleichzeitig die Zahlen der jüdischen Auswanderung untersuchen, so wäre es ihnen leicht, zu begreifen, welchen Gründen diese Steigerung zuzuschreiben ist. Im Jahre 1904 wanderten 78 000 Juden aus, und seit jenem Jahre steigt die Zahl der Auswanderer immer mehr und erreicht schon jetzt die runde Zahl von 100 000. Der Vorredner hat auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß die Zahl der fehlenden Rekruten am allergrößten in den Grenzdistrikten sei. Nun, das ist ja leicht verständlich, da dort die Auswanderung am stärksten ist, und da nicht nur die Juden, sondern auch die Nichtjuden in großen Massen auswandern und dadurch einen großen Teil des Rekrutenkontingents ausfallen lassen. Krupenski sagte, „solange man die Juden nicht von anderen Beschränkungen, die sie betroffen, befreien würde, sei es ungerecht, von ihnen die Erfüllung der Militärpflicht zu fordern“. Nun kann man aber diese Ungerechtigkeit beseitigen. Keine Pflichten ohne Rechte. Gebt den Juden Rechte, und ihr werdet die Ungerechtigkeit beseitigen, die Logik der Ungerechtigkeit bezüglich der Juden führt tatsächlich zum Verfall des Landes.“

Als der Abg. Roditschew im weiteren Verlauf seiner Rede den Nationalitätenhaß geißelte und dringend davor warnte, auf dem bisherigen Wege, der Rußland an den Rand des Abgrundes geführt habe, fortzuschreiten, rief der sattsam bekannte Herr Purischkewitsch dazwischen: „Judenpatron“. – Tout comme chez nous!

Der kadettische Abg. Pergamenter ergänzte die Ausführungen seines Fraktionskollegen noch durch folgende statistische Angaben:

Vergleicht man das Zahlenverhältnis der zur Aushebung gerufenen Juden mit dem Zahlenverhältnis der zur Aushebung nicht erschienenen, so stellt sich ein großer Mangel an jüdischen Rekruten dar. Man vergißt aber dabei ein anderes Zahlenverhältnis, und das ist das wichtigste und entscheidendste. Die Quantität der zur Aushebung Berufenen ist ja eine abstrakte Ziffer. Um richtig zu bestimmen, ob die Juden in einer rechtmäßigen oder unrechtmäßigen Proportion zum Militärdienst herangezogen werden, muß man das Prozentverhältnis der Juden zu der allgemeinen Bevölkerungszahl genau feststellen, und schon Abgeordneter Samhslowski selbst hat ja zugegeben, daß die Juden in einem ihr Verhältnis stark übertreffenden Quantum zur Aushebung berufen werden. Wenn Sie z. B. den angeblichen Rekrutenmangel auf seiten der Juden für das Jahr 1906 genau untersuchen, so sehen Sie, daß man eigentlich nur das Recht hatte, 50 240 jüdische Rekruten auszuheben, in Wirklichkeit aber verlangte man von den Juden 64 000 Rekruten. Es ist also kein Wunder, daß 10 000 fehlten, im Gegenteil, es besteht in der Wirklichkeit kein Mangel, sondern man hat 4000 Rekruten von den Juden zuviel ausgehoben. Erwägen Sie die Ziffern für 1907, so werden Sie ganz dasselbe feststellen können. Der Grund für diesen Uebelstand liegt in der Tatsache, daß die polizeiliche Gesetzgebung ganz andere Regeln für die Aushebung der Juden als für die der Nichtjuden aufstellt. Als die Bedingungen wegen der allgemeinen Militärpflicht veröffentlicht worden sind, befand sich die jüdische Bevölkerung in einem vollständigen Wirrwarr bezüglich der Matrikeleinschreibung. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß im Laufe der ersten 10 Jahre nach deren Einführung solange die Matrikulierung der Juden nicht in Ordnung gebracht worden war, sich ein Ziffernmaterial angesammelt hat, das nicht den wirklichen Verhältnissen, sondern ganz falschen willkürlichen Angaben entsprach.

Das Bestreben, sich dem Militärdienst zu entziehen, ist kein ausschließliches Merkmal der jüdischen Bevölkerung. Es ist ein Uebel, dem man in allen Bevölkerungsklassen und in allen Teilen der russischen Monarchie begegnet und gegen das man überall in entsprechender Weise ankämpfen muß.

Würde ich versuchen, Ihnen hier Gutachten aus der allgemeinen Literatur über die Ausdauer und die Tapferkeit der jüdischen Soldaten anzuführen, so würde ich wahrscheinlich einem Mißtrauen und einem skeptischen Lächeln Ihrerseits begegnen. Aber gestatten Sie mir, ein Gutachten des Oberbefehlshabers, des Großfürsten zu zitieren, das im Regierungsblatt vom 6. Dezember 1875 Nr. 271 gedruckt war, gestatten Sie mir auch das Gutachten des Regierungsanzeigers vom 6. Januar 1881 zu erwähnen und zum Schlusse das Gutachten Kuropatkins, das im militärischen Sammelbuch vom Jahre 1883 Nr. 7 veröffentlicht worden ist, und Sie werden sehen, daß diese Autoritäten, deren Aufrichtigkeit, Sachkenntnis und Unparteilichkeit niemand bezweifeln wird, die Tüchtigkeit der jüdischen Soldaten in beredter Weise bestätigen (Ruf: „Wir brauchen Kuropatkin nicht!“).

Es wäre interessant, den Abgeordneten Samhslowski zu befragen, ob er das Zahlenverhältnis der Kategorie der vom Militärdienst befreiten Nichtjuden und der Juden dieser Kategorie kennt? Wenn er es nicht weiß, so werde ich ihm mitteilen, daß auf nichtjüdischer Seite 23 pCt., auf jüdischer Seite hingegen kaum 9 pCt. befreit worden sind, und auch von diesen 9 pCt. wurden in der Folge manche noch zum Militärdienst herangezogen.

Auch die beiden Redner der Oktobristen, die das Wort nahmen, M. J. Kapustin und L. W. Polowzow, wandten sich gegen den Antrag. Ersterer erklärte, daß es einem Riesenreiche wie Rußland, das die verschiedensten Völkerschaften unter seinem Szepter vereinige, nicht anstehe, einzelne Volksstämme zu bedrücken, sondern alle zum Dienste für das Vaterland heranziehen müsse. Polowzow bestritt, daß die Beschuldigungen gegen die Juden erwiesen seien; es wäre ein brutales Unrecht, auf Grund sehr anfechtbaren Geredes, das nicht von ziffernmäßigen Daten bekräftigt werde, einen ganzen Volksstamm durch Ausnahmegesetze zu ächten.

* * *

Man sieht, in den Ausführungen der Freunde und Gegner des Antrages ist reichlich mit statistischem Material operiert worden. Mit der Statistik läßt sich nach einem bekannten Wort alles beweisen. Das mag stark übertrieben sein, Tatsache ist jedoch, daß es mit der russischen Statistik eine ganz eigene Bewandtnis hat. Man weiß trotz der Zählung von 1897 noch immer nicht, ob Rußland, wie offiziell angenommen wird, 127 oder, wie man von anderer Seite berechnet, 152 Millionen Einwohner hat — allein die Aufstellungen des Generalstabes über Armeeangelegenheiten verdienen doch ein gewisses Vertrauen. Nach den Berichten desselben betrug im europäischen Rußland das Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur nichtjüdischen in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts 3,82 pCt., während das Verhältnis der in die russische Armee eingereihten jüdischen Soldaten zwischen 5,2 und 5,8 pCt. schwankte — mit anderen Worten, die russischen Juden lieferten der Armee verhältnismäßig viel mehr Soldaten als die übrige Bevölkerung. Wenn seitdem eine Aenderung dieses Verhältnisses eingetreten ist, so kann das nur den unter der Regierung Alexanders III. gegen die Juden gerichteten immer härter gewordenen Maßregeln zugeschrieben werden.

Was nun die angebliche Schlappheit der jüdischen Soldaten anlangt, so darf wohl daran erinnert werden, daß selbst der Kriegsberichterstatter der stark antisemitischen „Nowoja Wremja“ versichert hat, daß sich während des russisch-japanischen Krieges nicht wenige unter den Juden als „vortreffliche, tapfere und umsichtige Soldaten“ erwiesen haben. Viele von ihnen seien mit Georgskreuzen dekoriert worden, manche hätten deren sogar zwei und drei bekommen, und diese Kreuze seien nicht von der Obrigkeit verliehen, sondern von der Kompagnie verteilt worden, auch die Offiziere hätten die Juden nicht genug loben können.

Aus dem antisemitischen Lager.

Dem Prozeß Hirschel, der, wie erinnerlich, zu der Verurteilung des Angeklagten zu einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung geführt hat, widmet die „Frankf. Ztg.“ noch einen längeren Kommentar, dem wir das Folgende entnehmen:

„Gleich nach der Verurteilung Hirschels begann die Legende ihre Strahlenkränze um den „Märthrer“ zu weben. Aus allen Teilen des Landes, so wußte eine geschäftige Korrespondenz zu melden, besonders aus den Kreisen Friedberg, Gießen und Büdingen, trafen Kundgebungen von Vereinen, Ortsgruppen und ein-

zelnen Personen an den Landtagsabgeordneten Hirschel ein, in denen trotz des Gießener Strafkammer-Urteils dem Abgeordneten weiteres Vertrauen ausgesprochen und gesagt wurde, daß das Ansehen Hirschels bei der Landbevölkerung nicht gelitten habe. Man werde ihm, so hieß es, davon demnächst Beweise geben. Diese „Ergebenheitsadressen" mochten, soweit sie nicht etwa „bestellte Arbeit" waren, von blinden Anhängern Hirschels herrühren oder von solchen, die sich gedrungen fühlten, ihm für irgendwelche Dienste sich dankbar zu erweisen. Man braucht diesen Kundgebungen zwar keinen übertriebenen Wert beizulegen, aber es verdient doch die merkwürdige Tatsache registriert zu werden, wie leichten Herzens alle diese Leute die Augen zudrückten über offenkundige Verfehlungen, die nirgends geduldet werden dürfen, am wenigsten aber in einer Bewegung, die für Treu und Glauben zu fechten kündet.

Diesen einfachen Truppen der agrarischen Bewegung wird man indessen um so weniger einen Vorwurf machen dürfen, wenn man wahrnimmt, daß selbst in Kreisen, die zweifellos urteilsfähiger sind, der Verurteilte anscheinend nichts von seinem Ansehen verloren hat. Hirschel war trotz der wider ihn erhobenen Anklagen und obwohl durch eine Revision außer allem Zweifel gestellt war, daß er die Anforderungen des Postens bei der Hauptgenossenschaft in Friedberg keineswegs erfüllte, nach kurzer Suspension durch die Generalversammlung zum alleinigen Direktor bestellt worden. Aufsichtsrat und Vorstand der Friedberger Genossenschaft also hatten nichts gegen die erneute und zudem mit erweiterten Befugnissen ausgestattete Bestallung eines Mannes, von dessen Unzulänglichkeit für eine geordnete Geschäftsführung sie überzeugt sein mußten, und dessen Unzuverlässigkeit schon damals sichtlich strafbaren Charakter verriet. Eine derartige Weitherzigkeit konnte allenfalls nach hingehen, solange die Angelegenheit Hirschels sub judice war und man vielleicht noch darüber im Zweifel sein konnte, ob die eigenartigen Praktiken dieses Direktors der Hauptgenossenschaft sich als Unterschlagungen qualifizierten. Nachdem nun aber der Strafrichter seinen Spruch gefällt hat, muß es geradezu peinliches Aufsehen erregen, daß bis zum heutigen Tage noch nichts geschehen ist, den Mann, dem im Gerichtsurteil gröblicher Vertrauensbruch strafverschärfend angerechnet wird, von seinem Posten zu suspendieren.

Die nackte Tatsache erscheint in ganz besonderer Beleuchtung, wenn man sich erinnert, daß in dem Aufsichtsrat der Hauptgenossenschaft eine ganze Reihe von Leuten sitzt, die im politischen Leben eine Rolle spielen und darum für das, was die öffentliche Moral verlangt, ein besonders feines Gefühl besitzen müßten. Wir haben gleich nach der Urteilsfällung auf die eigentümliche Rolle hingewiesen, die *Geheimrat Haas* in dem Gießener Prozeß gespielt hat. Es steht fest, daß Geheimrat Haas der Generalanwalt der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Friedberger Hauptgenossenschaft von den Verfehlungen Hirschels längst gewußt hat, ohne daß er, wie es seine Pflicht gewesen wäre, ernstlich dagegen einschritt. Schon in einer Aufsichtsratssitzung vom 1. Mai 1905 ist die verdächtige Geschäftsführung Hirschels durch Direktor Schlenke zur Sprache gebracht worden. Direktor Schlenke hat, wie es seine Pflicht war, den Aufsichtsratsvorsitzenden über alle vorgekommenen Unregelmäßigkeiten auf dem laufenden gehalten, und trotzdem erfolgte von dieser Seite nichts Wesentliches. Vielmehr wurden die Dinge immer wieder vertuscht, auch dann noch, als bereits die Genossenschaftsbank in Darmstadt den typischen Unterschlagungen nachging und von den Verfehlungen in der Friedberger Hauptgenossenschaft gesprochen wurde. Um nicht draußen in den Verdacht der Mitschuld zu geraten, sah sich Direktor Schlenke nunmehr gezwungen, selbst zur Anzeige zu schreiten. Man ist geneigt anzunehmen, daß Geheimrat Haas das Odium der Anzeige mit voller Absicht auf den mit Hirschel zusammen arbeitenden Direktor Schlenke abzuwälzen suchte; er konnte auf diese Weise den Schädling, für den er Hirschel halten mußte, loswerden, ohne es mit dem einflußreichen Agitator und in seinen Kreisen angesehenen Politiker, der Hirschel war und blieb, zu verderben. Der Organisator der landwirtschaftlichen Genossenschaften war sich jedenfalls klar darüber, daß durch die Aufdeckung der heillosen Zustände in Friedberg die genossenschaftliche Sache Schaden leiden würde.

Wie es um die Verwaltung und den Betrieb der Hauptgenossenschaft bestellt war, und wie wenig sie unter den herrschenden Verhältnissen ihren Zweck erfüllen konnte, darüber bestand bei den Einsichtigen wohl kaum ein Zweifel. In der Gerichtsverhandlung ist von sachverständigen Zeugen bekundet worden, daß die beiden Direktoren nicht imstande waren, eine Bilanz aufzustellen, und daß diese von einem aus Darmstadt entsandten Revisor gemacht wurde. Man erzählt sich glaubwürdig, daß die Bilanzen, namentlich der kleineren Genossenschaften, fast regelmäßig von den Revisoren angefertigt werden und obendrein nicht einmal immer am Sitze der Genossenschaft, so daß zu diesem Zwecke die Bücher auf Wochen hinaus in Darmstadt gehalten werden und während dieser Zeit die Genossenschaften selbst ohne Bücher sind. Da kann es denn wohl auch vorkommen, daß die Revisoren ihre eigene Arbeit begutachten und daß eine Unterbilanz, die bei geordneter Aufmachung zum Vorschein gekommen wäre, hinwegfrisiert wird.

Was der „Geheimrat" sagt und rät, halten die Bauern für recht und gut. Er ist der Lenker ihrer Geschicke, aber über ihm droht anscheinend, wie über den alten Göttern das Fatum, der Landtagsabgeordnete Hirschel, an den sich ein jeder wendet, der in politicis Ambitionen hat.

Es bleibt die Frage offen, ob mehr die Dankbarkeit für die politischen Dienste, die ihm der Agitator Hirschel geleistet hat, einen so allmächtigen Mann wie Geheimrat Haas veranlaßt hat, es mit ihm nicht zum Bruche kommen zu lassen, oder mehr die Rücksicht auf eine drohende Schädigung seines Genossenschaftswesens."

Thomas Reuther, ein bekannter antisemitischer Agitator in Hessen und jetziger Herausgeber eines kleinen antisemitischen Wochenblattes in Gießen, hatte den Landwirt Ludwig *Emmel* auf dem Warthof bei Grünberg wegen Beleidigung verklagt. Emmel ist einer der *Führer des Bundes der Landwirte* im Gießener Reichstagswahlkreis und hat sich die Feindschaft der Antisemiten hauptsächlich dadurch zugezogen, daß er sich im Landtagswahlkreis Grünberg als Kandidat des Bundes für die im Herbst stattfindende Landtagswahl aufstellen ließ, während für die Antisemiten der kürzlich nach Worms versetzte Oberlehrer Dr. Werner als Mandatsbewerber auftritt. In einer Versammlung des Bundes der Landwirte bezeichnete Herr Reuther seinen Parteifreund Dr. Werner als politischen Märtyrer, der aus politischen Rücksichten nach Worms versetzt worden sei. Herr Emmel erwiderte darauf, Dr. W. sei wahrscheinlich versetzt worden, weil er mit Reuther verkehre. Dieser *trinke Schnaps* und *betrinke sich*, auch sei er vorbestraft und seine Vergangenheit anrüchig. Dies gab Herrn Reuther Veranlassung, eine Beleidigungsklage anzustrengen. In der Beweisaufnahme wurde zeugeneidlich festgestellt, daß R. in der Tat in politischen Versammlungen stark angetrunken war und verschiedentlich wegen *Bettelns, Aufreizung zum Klassenhaß, Beleidigung* und *Preßvergehen vorbestraft* ist. Das Gericht *sprach* den Beklagten Emmel *frei* und legte dem Privatkläger die Kosten auf. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt, in der Aeußerung, Dr. Werner sei wegen seines Umgangs mit Reuther versetzt worden, sei keine Beleidigung zu erblicken. Auch wurde dem Beklagten der Schutz des § 193 zugesprochen.

Prinzipientreue der Antisemiten. In der letzten Reichstagstagung hatten die Antisemiten einen Antrag der Regierung für neue Dampferlinien dem Norddeutschen Lloyd 500 000 Mark jährliche Unterstützung zu gewähren, abgelehnt und nur etwa die Hälfte dieser Summe bewilligt. Nun erhält das antisemitische Organ, das famose Stöckersche „Reich" einen entrüsteten Brief aus Hamburg, in dem diese Stellungnahme scharf getadelt wird. Und sofort rutscht dem „Reich" auch schon das Herz in die Hosen: Jener Beschluß könnte zur Folge haben, daß eine Reihe von Stimmen der armen Partei (sie hat sie bekanntlich sehr nötig) verloren gehen könnte. Also was geschieht? Das „*Reich*" beeilt sich zu erklären:

„Wir sind überzeugt, daß die Wirtschaftliche Vereinigung, *sollte im Herbst eine ähnliche Vorlage* kommen, gern *unbefangen prüfen* wird, welche Ausgaben zu rechtfertigen sind."

Damit wird also der Umfall im Herbst in sichere Aussicht gestellt. Das nennt man einmal Prinzipientreue!

Vermischtes.

Charles Hallgarten. Unser Bureau in *Frankfurt* a. M. schreibt uns: Bei einer von der „Frankfurt-Loge" veranstalteten und überaus eindrucksvoll verlaufenen *Trauerfeier* hielt Herr Rabbiner Dr. M. *Horovitz*, ein Freund des Verstorbenen, die Hauptgedächtnisrede. Aus seinen Erinnerungen wußte er viel des Interessanten mitzuteilen; so berichtete er:

Unvergeßlich bleibt mir eine Stunde, da wir zusammenkamen, um ein Komitee zu gründen zur Linderung der Not der russischen Glaubensgenossen. Es waren drei zusammen: Hallgarten, Platke und ich. Da trat der unvergeßliche *Rickert* ein und sagte:

„Warum müssen Sie denn immer die ersten sein?“ Und Plotke sagte: „Ja, die Familie muß immer zuerst helfen; das sind unsere Glaubensgenossen, da müssen wir zuerst dabei sein.“ Rickert aber sagte: „Die Verfolger sind doch aber Christen, da müssen wir doch die ersten sein, das wieder gut zu machen.“ Da sprach Hallgarten: „Die Leute, die dort in Rußland das getan haben, die haben das nicht als Christen getan. Verfallen wir nicht in den Fehler, den unsere Gegner machen. Das haben sie nicht als Christen getan, darum müssen wir als Menschen den Fehler gut machen. Die Juden aber haben gelitten, weil sie Juden sind; darum müssen wir noch schneller dabei sein, weil wir Juden sind.

Auch eine andere Episode, die für die außerordentliche Vielseitigkeit Hallgartens spricht, sei hier festgehalten:

Der Zentrumsführer Dr. Lieber fuhr von Wien, wo er in einem katholischen Verein einen Vortrag gehalten hatte, über Frankfurt nach Hause und besuchte mich, der ich mit ihm langjährige Beziehungen hatte. Da erzählte er, in Wien sei ein Mann aufgetreten, Dr Lueger, den er auch sprechen hörte. Da sollten wir doch vorsichtig sein, das sei ein gefährlicher Mann. Damals war Dr. Luegers Stern erst im Aufsteigen begriffen. Während wir sprachen, kamen Hallgarten und Plotke zu mir, um in einer Angelegenheit mit mir zu sprechen. Selbstverständlich unterhielten sie sich mit Lieber, und Lieber erzählte, es sei ihm aufgefallen, wie schlagfertig dieser Dr. Lueger sei. Es sei in dieser Versammlung dem Dr. Lueger entgegnet worden, es stünde doch im Pentateuch, im 3. Buch, im 19. Kapitel: „Du sollst lieben deinen Nächsten wie dich selbst!“ Da antwortete Dr. Lueger: „Das heißt nicht deinen Nächsten, das heißt deinen Volksgenossen!“ und Lieber sagte: „Ich muß Ihnen sagen, ich war frappiert“. Da sprach Hallgarten: „Nun, wissen Sie denn nicht, Herr Doktor, daß in dem Pentateuch auch der Satz steht: „Und ihr sollt lieben den Fremdling, und du sollst ihn lieben, wie dich selbst, denn ein Fremdling warst du in seinem Lande“ Also derselbe Ausdruck steht doch auch beim Fremdling. Und Plotke fügte hinzu: „Das steht in demselben Kapitel“. Da sagte Lieber: „Meine Herren, Sie scheinen alle Theologen zu sein. Das ist doch wirklich herrlich, wie man sich von Ihnen belehren lassen kann.“ Da sagte Hallgarten: „Ich bin kein Theologe, aber wissen Sie, das ist mein Fach. Ich bin mit im Verein zur Abwehr des Antisemitismus, und da muß ich doch erst unser Judentum kennen, um Angriffen gegenüber gewappnet zu sein. Und so habe ich mich mit der Sache beschäftigt.“ Ich aber fügte hinzu, und ich wiederhole das jetzt: „Hallgarten ist darin ein Fachmann. Denn in dem Fach „Du sollst lieben deinen Nächsten als dich selbst“, gibt es keinen besseren Fachmann als Hallgarten . .“

Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Förster, der zweite Vorsitzende des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, der ausgezeichnete Astronom, kann am 20. Mai das fünfzigjährige Jubiläum als Berliner Universitätslehrer begehen. Der berühmte Gelehrte, der leider kürzlich durch das Hinscheiden seiner Lebensgefährtin in Trauer versetzt ist, habilitierte sich am 20. Mai 1858 in der Berliner Philosophischen Fakultät. Er war damals bereits ein paar Jahre Assistent von Encke an der Berliner Sternwarte, deren Leitung er dann 1865 als Zweiunddreißigjähriger übernahm und fast vier Dezennien erfolgreich geführt hat. An der Universität rückte er 1863 zum außerordentlichen, 1875 zum ordentlichen Professor auf, und vor 17 Jahren ruhte in seiner Hand die Würde des Rektors. Geheimrat Förster hat auch als Lehrer sich immer die volle Liebe seiner Schüler erworben, aus deren Kreisen viele angesehene Fachgelehrte hervorgegangen sind. Der Jubilar hat sich nie auf seine Fachwissenschaft beschränkt, sondern sich zugleich auch schöpferisch als Organisator betätigt, so bei der Einführung des Maß- und Gewichtswesens in Deutschland, weiter bei der internationalen Maß- und Gewichtsorganisation — er ist noch jetzt der allverehrte Präsident des internationalen Komitees — ferner bei der Ausbildung des öffentlichen Zeitdienstes und bei der Begründung neuer wissenschaftlicher Anstalten, z. B. des Geodätischen Instituts und der damit verbundenen internationalen Erdmessung, der Sonnenwarte und der Physikalisch-technischen Reichsanstalt; er war hier der vertraute Helfer des Kronprinzen, des späteren Kaisers Friedrich, der für diese Bestrebungen durch seinen Lehrer, den Mathematiker Prof. Schellbach, gewonnen war. Aber die Blicke des Jubilars richteten sich noch weiter. Beseelt von dem Grundsatze, daß Wissen und Kunst Gemeingut werden sollten, wirkte er von jeher für Volksbildung und sittliche Veredelung. So schuf er die Urania, die Vereinigung von Freunden der Astronomie und der kosmischen Physik; so widmete er als Vorsitzender des Aufsichtsrats auch dem Schiller-Theater seine treue Fürsorge, so begründete und leitete er die Gesellschaft für ethische Kultur. Eine große weite und charaktervolle Wirksamkeit, für die dem trefflichen Gelehrten und edlen Menschenfreunde Dank und Anerkennung gebühren.

Leopold Schönhoff. In den Nekrologen über den kürzlich in Wiesbaden verstorbenen langjährigen Berliner Theaterkritiker der „Frankfurter Zeitung“ und (seit 1901) des „Tag“, Leopold Schönhoff, war vielfach zu lesen, er sei geborener Bayer gewesen, armer katholischer Bauern Kind und früh zum Geistlichen bestimmt, habe sich aber diesem Beruf abgewandt, um, seiner Neigung entsprechend, Literat zu werden. Nach der Mitteilung, die einer seiner Freunde, Hugo Alt, in einem Artikel der „Schaubühne“ macht, sind diese Angaben ins Bereich der Fabel zu verweisen. Schönhoff stammte aus Wischau in Mähren (war also ein engerer Landsmann J. J. Davids). war der Sohn wohlhabender jüdischer Eltern und hat sich dadurch, daß er gegen deren Willen Journalist wurde, mit den Seinen überworfen. Er war zuerst in Böhmen als Redakteur tätig und trat dort für die Sache des Deutschtums ein, später kam er nach Berlin und übernahm an Otto Brahms' Stelle die Theaterberichte für die „Frankfurter Zeitung“.

Ein merkwürdiges Begräbnis. Aus Warschau, vom 14. Mai, sendet der „Frankf. Ztg.“ ein Mitarbeiter folgende Schilderung:

Vorgestern sammelte sich vor der russischen Kathedrale auf der Miodowa-Straße eine fast tausendköpfige Menge, bestehend aus armen, langröckigen Juden und Judenfrauen, an. Sie waren gekommen, um einem Begräbnis beizuwohnen, denn von der Kathedrale aus sollten die sterblichen Reste des verschiedenen demissionierten Obersten Lew Ossissow zu Grabe getragen werden. Der Oberst besaß im Judenviertel einige Zinshäuser und zeichnete sich nicht nur als nachsichtiger Hausherr, sondern auch als Mensch durch Opferwilligkeit und echte Nächstenliebe aus. Er trat in persönliche Beziehungen zu sämtlichen in seiner Gegend wohnenden jüdischen Familien, lernte dadurch deren Leben, Handel und Wandel kennen und griff oft in der Not mit Rat und Tat ein, so daß er sich in den jüdischen Kreisen Warschaus nicht nur große Popularität, sondern auch Freundschaft und Liebe erwarb. Nun drängten sich seine Freunde vor der Kirche, viele jammernd und schluchzend, um ihm das letzte Geleite zu geben. Als der Pope Tartarow erfuhr, worauf die Judenversammlung vor der Kathedrale zurückzuführen sei, befahl er, den Juden Einlaß in die Kirche zu gewähren, und die füllte sich bald bis aufs letzte Plätzchen mit einem an jenem Orte ungewöhnlichen Publikum. Der Geistliche hielt dann eine Trauerrede, in der er betonte, daß der Dahingeschiedene zwar kein eifriger Kirchenbesucher gewesen sei, jedoch durch sein gutes menschliches Wirken den Einzug in den Himmel errungen habe. Der Sarg wurde dann von den weinenden Juden hinausgetragen und in den Leichenwagen gestellt. Vor dem Grabe hielten wieder jüdische Freunde des Verstorbenen ergreifende Trauerreden in russischer und hebräischer Sprache. Sie wiesen darauf hin, daß menschliche Bruderliebe sich über Nationalitäten und Religionen hinwegsetze, und es wurde ein biblischer Satz zitiert, daß die Gerechten ungeachtet ihrer Religion das ewige Seelenheil erringen. Nach der Beisetzung stimmte die Menge das ergreifende Totenlied an, das bei jüdischen Begräbnissen so erschütternd wirkt. Juden und Russen vergaßen für den Moment all ihr Leid und Wehe; es war ein Verbrüderungsfest auf einem Boden, der an die Vergänglichkeit alles Irdischen erinnert . . .

Die Nataler Juden an den Gouverneur Mathew Nathan. Die jüdische Gemeinde von Durban in Südafrika entsendete an den Gouverneur von Natal eine Deputation, die dem Gouverneur eine herrlich ausgestattete Begrüßungsadresse überreichte. Der Sprecher der Deputation beglückwünschte Sir Nathan zu dem hohen Posten, auf welchen ihn das Vertrauen des Königs gesetzt habe. Er betonte, daß die Juden stolz seien auf ihren Glaubensgenossen, der trotz seiner hervorragenden Stellung niemals vergesse, daß er Jude sei. Sir Nathan dankte der Deputation für die Ehrenbezeigung und versicherte ihr, daß er das Leben und Wirken der Juden in

Südafrika mit dem größten Interesse und „natürlichen Wohlwollen" verfolge. – Er ist überzeugt, daß die Juden von Notal sowie ihre Gloubensbrüder in anderen Ländern durch ihren Fleiß und ihre Anhänglichkeit zu ihrem Wohnlande neuerlich den Beweis erbringen werden, doß ein jedes Land in seinem Interesse handle, wenn es die Juden aufnimmt und ols freie, gleichberechtigte Bürger behondelt. Die Juden müßten noch immer viel mehr leisten für dos Allgemeinwohl ols jeder andere, denn leider werden ihre Handlungen noch immer unter eine besondere Lupe genommen, und der kleinste Fehler eines einzigen Juden werde noch immer als ein großes Gebrechen dem ganzen Judentum zur Last gelegt. Der Gouverneur unterhielt sich mit den Mitgliedern der Deputation länger als eine Stunde.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.*)

Augustusbad bei Radelberg.
Bansin. Hotel Aegir (Necker und Naumann). Concordia (Naumann). Familienpension Strandhaus (Necker) nebst zugehörigen Villen, Pensionen und Gartenhous. Haus „Kehrwieder". Die Villen „Elfriede" und „Minna". Haus „Aegir".
Binz. Villa „Glückspilz". Villo „Quisisana". Villa „Seeblick". Potenbergs Hotel. Villa „Sonnenschein". Restaurant „Imperial".
St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder".
Borkum.
Bozen. „Zur weißen Rosen". „Zum Reußen".
Braunlage (Braunschweig).
Bruchhausen (Schwarzwold).
Cabarz in Thüringen.
Chiemsee. Die Fraueninsel.
Cuxhaven. Koiserhof und Seepavillon.
Einöd. Luft- und Wasserkurort bei Priesach in Obersteiermark.
Ebbs und Erl am Inn.
Ettlingenweiler (Schworzwald).
Finsterbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.
Freudenstadt (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
Fürstenblick bei Tambach in Thüringen.
Gaisenstein.
Gormisch. Gosthof zum Lamm.
Gehlberger Mühle bei Oberhof in Thüringen.
Hahnenklee. Pension Bergfriede.
Harzburg. Villa Winterberg.
Hasserode bei Wernigerode. Kurhaus der Frou Dr. Kubel.
Heiligenhofen.
Herzberg am Harz.
Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz" und „zum roten Adler". Hotel Kreid.
St. Johann bei Heiden in Appenzell.
Juist.
Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillporzer, Alte Wiese. Hous Römischer Feldherr, Neue Wiese. Hous Oelzweig, Marienboder Straße. Haus Italia, Schloßberg. Haus Stadt Warschau, Koiserstraße. Hous Malta, Kaiserstraße. Haus Rosenstock, Kaiserstraße. Haus Brandenburger Tor, Kreuzstraße. Haus Germania, Schloßberg. Hous Egeria, Egerstroße. Hous Diamant, Egerstraße. Hous Engl. Krone, Egerstroße.
Kieferfelden o. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.
Kitzbühel (Tirol).
Königsfeld im Schwarzwald.
Klausen. Gasthof zur Post.
Kudowa. Villa Wunsch.
Kufstein, Gasth. zur Schonz b. K., Sandwirth zum Sparchen b. K.
Lakolk o. Röm.
Landeck i. Schl. Logierhaus Elysium.
Langhampfen.
Ligau bei Dresden.
Metlisalp (Berner Oberland).
Mezzolembardo. Rest. Gröbner.
Montavon. Inner Bartholomä und Baudaus (Vorarlberg).
Mühlenthol (Ferienheim bei Wernigerode).
Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
Müllheim in Boden. Hotel zum Löwen.
Münchweiler, Bez. Pirmasens.
Müritz.
Neustodt on der Tafelfichte im Isergebirge.
St. Nicolai bei Ebbs.
Oberaudorf o. Inn.
Oberbozen.
Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
Ottilienberg. Pensionat am Frauenkloster.
Pyrmont. Richters Pension.
Reusch bei Bozen.
Rupolding in Oberbayern.
Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhous.
Schierke (Horz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schöring am Inn. Kuranstolt Dr. Ebenhecht.
Schwarzoch bei Weigandstal.
Schreiberhau. Landhaus Morio Elisabeth.
Sermione a. Gordasee. Hotel promessi sposi.
Sielbeck bei Uklei. Hotel und Pension Kellersee.
Spindelmühle. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.
Swinemünde. Beckers Strandhotel (Bes. Wwe. Becker). Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Böttcher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhous, Bes. Wwe. Hübner).
Szczawnico (Golizien).
Taborz (Großtabarz und Kleintobarz) in Thüringen. Kurhaus. Hotel Schießhaus.
Thiersee.
Trovemünde. Villa „Mira Mare", Kaiserallee.
Unterriß (Bayern).
Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.
Volderbod bei Holl in Tirol.
Wornemünde. Villa Seeblick.
Westerland auf Sylt. Pension Lambeck (Bes. Krone und Frau geb. Lambeck).
Wildbad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß und Woldeck.
Wildungen. Villa Wald-Eck.
Wildbihl (Tirol).
Zellerfeld im Horz. Johanneser Kurhaus.
Zinnowitz.

* * *

Die Badedirektion von **Borkum** trägt der Stimmung, wie sie in dem Ergebnis der letzten Reichstagsersatzwahl zutage getreten ist, bereits Rechnung. Ein Herr hat der Badedirektion mitgeteilt, daß er einige Wochen auf Borkum verleben wolle, und zugleich gebeten, ihm, **da er Jude sei, nichtantisemitische Wirte** nachzuweisen. Dos Antwortschreiben lautet:

Sehr geehrter Herr!

Antwortlich Ihres geehrten Schreibens vom 3. d. M. teilen wir Ihnen ganz ergebenst mit, daß zu Anfang Juli gewünschte Wohnungen **genug** zu haben sind, und dürfte es hiermit sich empfehlen, nach Ankunft erst die Räume zu besehen und danach zu mieten. Selbstverständlich stehen wir **gern** mit Rat und Tat zur Verfügung.

Ein Prospektbüchlein, woraus Sie das Nähere über hiesige Verhältnisse ersehen werden, senden wir heute als Drucksache an Ihre werte Adresse ab. Stets gern zu Ihren Diensten, zeichnen

Hochachtungsvoll

Bade-Direktion des Nordseebades Borkum,
Bakker, Bade-Direktor.

---

*) Diese Liste wird in der gegenwärtigen Badesaison nur noch zweimal veröffentlicht und zwar Anfang Juli und Anfang August.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 22. Berlin, den 27. Mai 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

1.10 Mark sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Straße 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.

Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Assimilations-Gedanken.

In jüngster Zeit war wieder einmal in verschiedenen Zusammenhängen das Assimilationsproblem Gegenstand der Erörterung. Ein Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" beschäftigte sich mit einem in Oldenburg gehaltenen Vortrage des Berliner Rechtsanwalts und Zionisten Dr. Klee und im Zusammenhang damit auch mit dem Aufruf eines jüdischen Landtagswahlkomitees im Wahlkreise Oder- und Niederbarnim. Dr. Klee redete einer Abwendung der deutschen Juden vom Radikalismus das Wort und wünschte zugleich auf diese die Mahnung des Zentrumsabgeordneten Bachem angewandt zu sehen: „Heraus aus dem Turm!" Das agrarische Blatt findet dieses Bestreben nach Hochhaltung der eigenen Nationalität an und für sich „durchaus anerkennenswert und sympathisch", führt aber als Gegenbeispiel gleich den erwähnten Wahlaufruf an, in dem gegen die Kandidatur Dr. Schepps zu Felde gezogen und jedem jüdischen Wähler, der „nur einen Funken jüdischen Stolzes und jüdischen Selbstbewußtseins" habe, zur Pflicht gemacht wird, diesem liberal-konservativen Blockkandidaten seine Stimme zu versagen. „Die ganze Politik des Judentums gegenüber seinen Wirtsvölkern," bemerkt das Blatt dazu, „ist widerspruchsvoll und unlogisch, wie das Auftreten dieser beiden national-jüdischen Gruppen. Unlogisch im höchsten Grade ist es, wenn das Judentum seine eigene Nationalität hochhalten will, dabei aber nicht nur die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, sondern auch einen Anteil an der staatlichen, militärischen und geistigen Führung des deutschen Volkes verlangt. Selbst wenn Deutschland ein Nationalitätenstaat wäre, könnte ein Judentum, das nur seine eigene Nationalität leidenschaftlich behauptet, doch nur den Anspruch auf eine prozentuale Beteiligung an dieser Führung erheben. Entweder geht das Judentum im Deutschtum auf, dann wäre ein weitergehender Anspruch berechtigt. Die Erfahrung, namentlich die Ziffern der deutschjüdischen Mischehen, die unwiderleglich darlegen, daß eine Blutmischung zwischen den beiden Rassen in den allermeisten Fällen zum Aussterben führt, lehrt, daß ein solches Aufgehen nur in einzelnen Fällen zu beobachten ist . . . Wie völlig allerdings einzelne Juden im Deutschtum aufgehen können, bezeugte ein Gegner der jüdischen Ansprüche, Heinrich von Treitschke, an den Fällen des jüdischen Musikers Mendelssohn und seines Jugendfreundes Oppenheimer. Aber das sind und bleiben Ausnahmen. Die große Mehrheit des Judentums ist solcher Selbstentsagung nicht fähig und hat auch gar nicht den ernsten Willen dazu. Das lehrt ja überaus deutlich die Rede des Rechtsanwaltes Klee in Oldenburg; und in diesem Punkte stimmen die Herren, die im Wahlkreise Nieder-Barnim die entgegengesetzte politische Parole ausgaben, mit den Zionisten völlig überein. Nur darum kann es sich noch handeln, ob nicht ein großer Teil des Judentums doch wirklich sich vom Radikalismus abwendet und so, wenn auch nicht im Deutschtum aufgeht, doch ein wertvoller Faktor unseres politischen Lebens wird."

Das scheint uns, sehr höflich ausgedrückt, eine mindestens recht einseitige Betrachtung der Dinge. Zunächst ist nicht einzusehen, worin das Widerspruchsvolle und Unlogische bestehen soll, wenn in Oldenburg ein Zionist dafür eintritt, daß die Juden sich dem politischen Radikalismus fernhalten sollten, während in Nieder-Barnim ein Wahlkomitee den jüdischen Wählern das gegenteilige Verhalten empfiehlt. Unlogisch und widerspruchsvoll kann das nur jemand finden, der — wie es der Antisemitismus gewohnheitsmäßig tut — im deutschen Judentum eine kompakte Interessengemeinschaft, ähnlich dem katholischen Zentrum, sieht oder sehen will. Das agrarische Blatt übersieht, daß die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens keine politische Partei bilden, sondern daß sie sich ihrem politischen Glaubensbekenntnis nach auf alle Parteien verteilen, zum mindesten auf alle von den Rechtsnationalliberalen bis zur Sozialdemokratie; daß es deshalb ebensowohl regierungsfreundliche Juden, wie überzeugte jüdische Sozialdemokraten gibt, genau wie bei den nichtjüdischen Staatsangehörigen. Wenn also am einen Ort ein jüdischer Redner den Radikalismus, am andern ein jüdisches Komitee den liberal-konservativen Block bekämpft, so zeige man uns, was daran „unlogisch" sein soll. Es beweist nur, daß die Juden sich keineswegs als geschlossene Masse, als Staat im Staate fühlen, sondern von dem Rechte individueller Meinungsverschiedenheit und politischer Gruppenbildung genau denselben Gebrauch machen, wie alle andern politisch denkfähigen Deutschen, und der Mangel an Logik scheint uns hier durchaus auf seiten der „Deutschen Tageszeitung" zu sein.

Er ist es noch mehr in einem zweiten Punkte, darin nämlich, daß das Blatt die Möglichkeit einer jüdischen Assimilation allen Ernstes von dem politischen Verhalten der Juden abhängig macht. Mit andern Worten: den „ernsten Willen" zur Assimilation können diese nach der Ansicht des konservativen Leitartiklers nur dadurch beweisen, daß sie sich „vom Radikalismus abwenden". Deutsch sein heißt also nach diesem Katechismus konservativ sein oder liberal sein, in keinem Fall aber demokratisch oder gar sozialdemokratisch sein. Die mehr als drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, von denen naturgemäß schon aus statistischen Gründen nur ein winziger Bruchteil dem Judentum angehören kann, wären da-

nach trotz ihrer unverfälscht arischen Herkunft keine Deutschen im Sinne der „Deutschen Tageszeitung". Wobei außerdem noch die Frage offen bliebe, wodurch denn nun die bekanntlich sehr große Partei der Nichtwähler, in diesem Falle also der jüdischen, ihren „ernsten Willen" zur Assimilation bekunden könnte oder sollte. Man kann nicht gerade behaupten, daß dieser Kulturpolitiker auf einer höheren Warte steht, als auf der Zinne der Partei, — seiner Partei.

* * *

Auch von sozialdemokratischer Seite ist das Assimilationsthema in jüngster Zeit behandelt worden, allerdings mehr im Hinblick auf Rußland als auf Deutschland. In den „Sozialistischen Monatsheften" (Heft 10 vom 14. Mai) wirft Maxim Anin die Frage auf: „Ist die Assimilation der Juden möglich?" wobei er den Theoretikern seiner Partei von Karl Marx bis auf die Gegenwart den Vorwurf macht, dieses schwierige Problem bisher durchweg von falschen Gesichtspunkten aus betrachtet und seine Eigenart zu wenig berücksichtigt zu haben. „Ja, man ging sogar noch weiter: selbst der bloßen Aufwerfung der Judenfrage als selbständiges soziales Problem wurde mit Mißtrauen und Unlust begegnet; sogar als Verrat an der Sache des internationalen Sozialismus konnte man dies bezeichnen hören. Es sei hier nur auf die große Mehrheit der russischen Genossen hingewiesen, die das Vorhandensein einer speziellen sozialen Judenfrage und daher auch die Berechtigung einer besonderen Problemstellung hartnäckig bestreiten. Andrerseits können wir heute schon mit Genugtuung konstatieren, daß dieser Vogelstrauß-Standpunkt mehr und mehr überwunden wird, daß sich die Tendenz bemerkbar macht, auf einer festen wissenschaftlichen Grundlage und auf Grund des Tatsachenmaterials der Frage näherzutreten." Als ein Versuch in dieser Richtung wird namentlich das Buch von Otto Bauer über „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" (Wien, 1907) bezeichnet, dessen Verfasser seinerseits zu dem Ergebnis kommt, daß die Judenfrage durch die Assimilation der Juden gelöst werden könne und müsse.

An diese These nun, die von der Mehrheit der sozialistischen Kreise anerkannt wird, legt der Kritiker der „Soz. Monatsh." seine Sonde an. Er erklärt es insbesondere — und darin wird man ihm ohne weiteres beistimmen können — für einen verbreiteten Grundirrtum, daß zwischen den Lebensbedingungen und sozialen Gliederungen der ost- und der westeuropäischen Juden zu wenig unterschieden werde. In beiden Fällen handle es sich um ganz verschiedene soziale Phänomene. Während in Westeuropa die jüdische Bevölkerung ganz überwiegend den bürgerlichen Schichten angehöre, finde man in Osteuropa das Judentum — freilich in eigenartigem Verhältnis — auf fast alle Gesellschaftsklassen verteilt, deren Situation und Interessen grundverschieden und einander widerstreitend sind. Demgemäß seien auch die Assimilationsmöglichkeiten für diese einzelnen Schichten ganz verschieden, sowohl in ökonomischer wie in individuell-kultureller Hinsicht. Während die jüdische Bourgeoisie in Rußland sich trotz ihrer politischen Rechtlosigkeit immer intensiver ihrer nationalen Umgebung assimiliere, ähnlich wie in Westeuropa — was die erwähnte Schrift von Bauer speziell für die Juden Böhmens statistisch nachzuweisen versucht hat — sei es um die Assimilationsaussichten des russisch-jüdischen Proletariats ganz anders bestellt. Durchaus scharfsinnig wird bemerkt: der unpersönliche Charakter, d. h. die von seinem individuellen Träger unabhängige Existenz des Kapitals ermögliche die sozialökonomische Eingliederung der Bourgeoisie in die nationale Umgebung, ohne dabei zugleich die persönliche Assimilation des einzelnen Individuums zu fordern; dagegen führe die Gebundenheit des einzigen Besitztums des Arbeiters, seiner Arbeitskraft, an seine physische Person notwendig dazu, daß beim Proletariat die individuelle Assimilation der sozialökonomischen vorausgehen muß. Im Hinblick darauf sagt Bauer a. a. O. (S. 329):

„Wenn es möglich werden soll, daß die Juden in allen Produktionszweigen ihre Arbeitsstellen finden sollen, so müssen sie kulturell dem modernen Arbeiter der anderen Nationen ähnlich werden. Solange der Ton ihrer Sprache, ihrer Gebärden, ihre Kleidung, ihre Sitten den christlichen Klassengenossen, den Werkmeister, den Unternehmer verletzen, vererbt sich der alte Gegensatz des Bauern und des jüdischen Händlers noch in Gestalt einer instinktiven Abneigung . . . auf die Nachkommen beider; solange ist die örtliche und wirtschaftliche Verteilung des jüdischen Proletariats unmöglich, bleiben die jüdischen Arbeiter, deren Zahl infolge der Vernichtung des alten jüdischen Handels und Gewerbes schnell wächst, auf den beschränkten Arbeitsmarkt weniger Gewerbe in wenigen Orten beschränkt."

Es zeigt sich nun aber, daß dem jüdischen Arbeiterproletariat in Rußland diese Assimilierungsmöglichkeit tatsächlich versperrt ist, denn wie eine Statistik (auf Grund der Materialien, die von der Jüdischen Kolonisationsgesellschaft über die ökonomische Lage der Juden in Rußland gesammelt worden sind) ergibt, werden jüdische Arbeiter in dem Grade weniger beschäftigt, als die industrielle Produktion der einzelnen Landesteile zunimmt. Während z. B. im Nordwesten des Reiches die durchschnittliche Summe der in jeder Fabrik jährlich erzeugten Produkte 22 888 und der Prozentsatz jüdischer Arbeiter hier noch 43,24 beträgt, machen diese im Süden, wo die Durchschnittssumme der jährlich in jeder Fabrik erzeugten Produkte die Zahl 112 231 erreicht, nur 2,75 Prozent der beschäftigten Arbeiter aus. Somit sehen wir das jüdische Proletariat „vor die äußerst peinliche Aussicht der Nichtindustrialisierung gestellt, eine Aussicht, die dem jüdischen Handwerks- und Manufakturproletariat den Uebergang zu höheren Formen der industriellen Entwickelung ganz erheblich erschwert." Gibt man nun mit Bauer zu, daß die jüdischen Arbeiter sich individuell der nationalen Umgebung anpassen müßten, bevor sie moderne Industrieproletarier werden könnten, so muß man auch zugeben, daß ihnen das nur möglich wäre, wenn sie auch tatsächlich in das industrielle Leben dieser Umgebung hineingezogen, d. h. industrielle Fabrikarbeiter würden. Und so gerät man in einen circulus vitiosus, aus dem sich kein Ausweg entdecken läßt.

Auf Grund solcher Deduktionen kommt Maxim Anin zu dem Schlusse, daß die sozialökonomische und daher auch die individuell-kulturelle Assimilation der breiten jüdischen Arbeitermasse in absehbarer Zukunft eine Unmöglichkeit sei. Und zu dem gleichen Ergebnis aus ähnlichen Gründen gelangt der Verfasser hinsichtlich des jüdischen Kleinbürgertums, der Kleinhändler und Handwerker. Auch hier sei eine Assimilation durch die sozialen Verhältnisse ausgeschlossen. „Die nähere Betrachtung der ökonomischen Lage der überwiegenden Mehrheit der Juden läßt uns vielmehr eine immer schärfer werdende Absonderung erkennen. An Stelle der alten Ghetto-Mauern türmen sich immer höher und höher die Mauern eines sozialökonomischen Ghettos, die keineswegs durch die juridisch-bürgerliche Emanzipation der Juden vernichtet werden können. Eine Behauptung, deren Richtigkeit die Vorgänge in Rumänien und Galizien gezeigt haben, wo die durchaus elende Lage der meisten Juden sich durch ihre Emanzipation in keiner Weise gebessert hat." Daraus erkläre sich auch der bedeutende nationale Aufschwung, den Bauer überall da konstatiert, wo die Juden in größeren Massen zusammenleben. „Jüdische Organisationen entstehen," heißt es bei ihm (a. a. O. S. 323), „in den Versammlungen werden in jüdischer Sprache die neuen Kulturwerte den Massen vermittelt, es entsteht eine Presse in jüdischer Sprache . . . und bald zeigen sich auch erste Anfänge einer neuen selbständigen jüdischen Literatur." — Mit diesen Ausführungen, ihre objektive Richtigkeit zugegeben, würde nur die speziell auf das osteuropäische Judentum gerichtete Auswanderungs- und Kolonisationspolitik ihre erneute Rechtfertigung finden. Dagegen beweisen sie natürlich für das ost-

europäische, im besonderen das deutsche Judentum gar nichts. Offenbar rechnet der sozialistische Verfasser dieses seiner überwiegenden Mehrheit nach zur Bourgeosie — während es, wie wir sahen, das konservative Parteiorgan überwiegend zum „Radikalismus“ zählt. „Dat is all so, as dat Ledder is,“ sagt der biedere Gottlieb Nüßler.

* * *

In diesem Zusammenhang ist auch „ein Gespräch zwischen Künstlern“ anzuführen, das Richard Dehmel jüngst unter dem Titel „Talent und Rasse“ im „Tag“ (Nr. 210, 211, 212) erscheinen ließ. Ein deutscher Dichter, der natürlich Dehmel selber ist, und ein im ungeniertesten Berlinisch redender „jüdischer Maler“, in dem man schon bei den ersten Worten unschwer Max Liebermann erkennt, unterhalten sich über Kunst- und Rassenfragen. Der Maler, der sich mit Stolz als jüdisches „Vollblut“ bezeichnet, der noch nicht wie viele seiner Stammesgenossen schon „so ins allgemein Menschliche vermanscht“ sei, und zu der Ansicht neigt, daß gewisse Dinge in der Kunst nur ein richtiger „Rassekerl“ fertig bringen könne, wird von dem Dichter schrittweise dahin belehrt, daß die vermeintliche Rassenreinheit bei kultivierten Völkern ein Unding sei, und daß keinerlei künstlerische Begabung primär mit Rassenmerkmalen zusammenhänge oder gar durch sie bedingt sei und daß vielmehr gerade durch Rassenkreuzungen und Blutmischungen erst die Epochen höchster künstlerischer Kultur gezeitigt worden seien. Die Germanen z. B. seien erst von dem Zeitpunkt an künstlerisch produktiv geworden, wo sie aufhörten, rassenrein zu sein. Und nun gar das moderne Europa! „Woher denn auf einmal seit etwa fünfzig Jahren die Hochflut aller möglichen neuen oder doch neu-sein-wollenden Kunstrichtungen, von Skandinavien und Rußland bis Frankreich und Spanien?! Sollte es bloßer Zufall sein, was auch hier wieder unverkennbar vorangegangen ist: die Durcheinanderwürfelung aller Nationen durch die napoleonischen Kriege, die Entfesselung internationaler Tendenzen durch Handel, Industrie und Technik, die moderne Steigerung des Völkerverkehrs durch die Eisenbahnen und andere Transportreformen, in alledem noch als wahrer Rassenextrakt eine Fülle nie dagewesener Mischungsversuche durch die Emanzipation der Juden!“ Und der deutsche Dichter führt dann mit seinen Deduktionen — bei denen allerdings Herrn Houston Stewart Chamberlain und seinen Anhängern alle Haare zu Berge stehen müssen — den jüdischen Maler weiter dahin, daß man „mehrere Rassen im Blut haben muß, damit sich eine davon als die stärkere fühlen und mit ihrer ‚reinen Natur‘ hervortun kann.“ Er weist dem anderen nach, daß er, der enragierte Jude, doch die norddeutsche Landschaft samt ihrem Volksschlag, von Hamburg bis hinter Amsterdam, mit solcher natürlichen Kraft gemalt habe, wie bis jetzt noch kein holländischer oder friesischer Künstler, wogegen z. B. der Holländer Rembrandt trotz germanischer Abkunft seine Motive und Modelle mit Vorliebe aus dem Judenviertel nahm. Und auf das Zugeständnis des Malers, daß er „blaß blonde Weiber liebe“, erwidert er ihm: „Ja, sehen Sie, und mir ergeht es gerade umgekehrt; ich stamme aus durchweg blauäugigen und überwiegend blonden Familien und liebe die dunkeln jüdischen Frauen. Ich finde bei keiner anderen Art Weib so viel hellen Geist mit seelischer Glut verbunden.“ Und so kommt Dehmel — der übrigens hier durchaus pro domo spricht, da er sowohl in erster als in zweiter Ehe mit Jüdinnen verheiratet war resp. ist — zu dem Schluß, daß nicht in der Erhaltung, sondern in der Mischung der Rassen das Heil zu finden sei.

Das ist alles sehr geistvoll begründet und ausgedrückt, freilich auch mit so viel Paradoxie, daß es an dieser Stelle mehr aus Kuriositätsinteresse mit erwähnt wird. Aber es zeigt doch, wie einer der zweifellos Bedeutendsten unserer lebenden deutschen Dichter über die Assimilationsfrage denkt, wenn auch ihre Lösung dadurch praktisch um nichts gefördert wird.

Heine-Hetze.

Der Kulturhistoriker der Zukunft wird die von Bartels und Genossen inszenierte Hetze gegen Heinrich Heine kaum begreifen und vergebens wird er über die literarisch-antisemitische Verwirrung unserer Tage grübeln. Man kann es noch begreifen, daß man einem Zeitgenossen, der von der Parteien Haß und Gunst umbraust ist, parteiisch gegenüber steht, daß man da nicht die Kraft findet, sich zu einem höheren Standpunkt emporzuringen. Das ist in der menschlichen Schwäche begründet. Aber einen Dichter, der schon ein halbes Jahrhundert im Grabe ruht, immer wieder hervorzuzerren und mit Schmutz zu bewerfen, — für diese Roheit würde man keine Erklärung finden, wenn man nicht wüßte, daß in Heines Adern jüdisches Blut rollte und daß bei gewissen „Literaturgrößen“ dieses Verbrechen in aller Ewigkeit nicht zu sühnen ist.

Unsere Antisemiten, die es glücklich fertiggebracht haben, den engherzigen Rassenstandpunkt auch in die literarische Kritik hineinzutragen, sind a priori von einem solchen Haß gegen den „Juden“ Heine beseelt, daß sie gar nicht fähig sind, den Dichter Heine nach seinen Dichtungen zu werten. Sie würden Heine seine liebenswürdigen Ungezogenheiten, seine stark gewürzten Ironien und seine beißenden Satiren leichten Herzens verzeihen, ja, sie würden das alles als Früchte einer ausgeprägten dichterischen Individualität sehr interessant finden, wenn — er nicht jüdischer Abstammung wäre. Wir sind überzeugt, daß sie Goethe nicht um ein Haar besser behandeln würden, wenn sie bei seinen Ahnen einen jüdischen Blutstropfen entdecken würden. Julius Stettenheim machte vor Jahren unter dem Titel „Im Konzert“ folgende Verse:

„Du bist wie eine Blume —
Ein wundervoller Text,
Das ist das Lied der Lieder,
Das hat mich schier behext.
Ich find' auf dem Programme
Des Dichters Name nicht:
Es ist gewiß von Goethe,
So deutsch, so tief, so schlicht.
„Das Liedchen ist von Heine!“
Ein Jude macht das Lied?
Jetzt find' ich's ganz abscheulich,
Ich bin Antisemit.“

Das ist für eine gewisse Klasse von Philistern nicht nur im Konzert, sondern auch in der literarischen Kritik tatsächlich charakteristisch. Sie genießen Heine in ihren besten Stunden mit ganzem Herzen, dann aber erinnern sie sich seines Judentums und — werden grob. Wir haben noch keinen Jüngling gefunden, der nicht am genialen Lyriker Heine seine Herzensfreude hätte. Später aber hat mancher von ihnen auf ihn mächtig geschimpft, weil es zum „guten Ton“ und zum konservativen Stil gehört. Das eine wird dem Psychologen bei diesem traurigen Kampfe gegen Heine klar, daß der Dichter des „Buches der Lieder“ noch heute zu den lebendsten deutschen Lyrikern gehört, denn nur ein Lebender kann so gehaßt und verfolgt werden wie er.

So oft ein neues Buch über Heine erscheint — und das geschieht im schreiblustigen Deutschland nicht selten —, erleben wir dasselbe Schauspiel: Der Haß erhebt sich in seiner ganzen abscheulichen Gestalt und der antisemitische Geist spritzt Gift und Galle nach allen Richtungen. Vor kurzem erschien der erste Band der Heine-Briefe.*) Nun weiß man,

*) Heine-Briefe, gesammelt und herausgegeben von Hans Daffis. Erster Band, Pan-Verlag, Berlin.

wie wertvoll die Briefe eines Dichters für die Erkenntnis seiner Natur sind. Aber diese Kost ist, wie alles Intime und Reinsubjektive, mit Vorsicht zu genießen. Briefe sind getreue momentane Wiederspiegelungen des Seelenlebens, Photographien ahne Retauche. Sie sind oft widerspruchsvoll wie die Seele selbst, aber der Psychaloge findet hier charakteristische Züge, und aus scheinbaren Kleinigkeiten kann er sich ein Bild des Werdens, des Gärens und Brausens, des Empfindens und Schaffens der Dichterseele konstruieren. Für den, der nicht von einem blinden Heine-Haß beseelt ist, sind diese Briefe wundervolle Einblicke in das reiche und ungemein schmerzvolle Leben eines mit sich und der Welt ringenden Dichters. Unsere Antisemiten finden darin nur Schmutz, Verrot und Niedrigkeit, weil sie nichts anderes suchen. In der „Deutschen Tageszeitung" leistet sich ein Herr R. J. eine ausführliche Besprechung dieser Heine-Briefe, die geradezu ein Musterbild kleinlicher, engherziger Krittelei ist. Der Verfasser betrachtet Heine als gänzlich tot, er muß aber seine Studien und Beobachtungen ausschließlich in den Kreisen der Dühring-Jünger und Bartels-Nachschwätzer gemacht haben. Er schreibt: „Heute kann man bereits sagen, daß Heine bei den besten Deutschen überwunden ist." Wir werden uns mit diesem Kritiker schwerlich über den Begriff „besten Deutschen" verständigen. Wahrscheinlich ist für ihn das Kriterium des Deutschtums eine graße Dosis Antisemitismus. Aber jeder Buchhändler könnte diesen Herrn belehren, daß Heine noch immer viel gekauft wird und gewiß nicht nur van den Juden. Direkt unwahr ist die Behauptung, daß die Spenden für das Heine-Denkmal „fast ausschließlich von Israeliten, Asphaltliberalen und Sozialdemokraten" stammen. Unser urteutonischer Kritiker schreibt mit breitem Behagen: „Heute betrachten die Deutschen wirklich bereits in überwiegender Mehrzahl Heine nicht mehr als einen deutschen Klassiker." Es tut uns leid, ihm diese Freude verderben zu müssen. Heine ist nach immer, trotz aller Anstrengungen von Bartels und Genossen, ein Liebling des deutschen Volkes und gehört zu den gelesensten deutschen Klassikern. Es ist ein alter, aber im Grunde weder vornehmer noch besonders kluger Trick, seine eigene werte Ansicht zu der Ansicht der Besten des Volkes oder gar der Mehrheit der Nation stempeln zu wollen. Damit bekundet man eigentlich nur seine eigene Armut.

Eigentümlich sind die Bahnen, die der literarische Antisemitismus wandelt. Die Antisemiten vermögen der Logik nicht zu falgen, weil das heilige Rassendagma ihnen stets im Wege ist, und sa verwickeln sie sich immer in neue Widersprüche. Unser Heinetöter gibt zu, daß zunächst aus den Briefen Heines das Bild eines wirklich deutschen, jungen Paeten uns entgegentritt. Die Sturm- und Kraftnatur findet er natürlich nur „aufgeschminkt und nachempfunden", aber er sieht doch nach vieles in Heine, was anheimelt, die schwärmerische Verehrung für den „heiligen Sänger" Klopstock, die „wirklich deutsche Burschenweise" in seinen ersten Studentenbriefen und seine Begeisterung für deutsche Sprache und deutsche Geschichte. Ja, es wird ihm sagar folgende Zensur ausgestellt:

„Wäre dieser mit so wundersamem poetischen Tolent begabte Jüngling in solchen Bohnen verblieben und hötte er sich ganz ouf seine Kunst, darauf beschränkt, die goldenen Saiten seiner Lyra zum Tönen zu bringen, so hötte er sicherlich unsterblichen Ruhm bei den Deutschen gewonnen und wäre — eben wie Felix Mendelssohn — ouch von Treitschke ein „Deutscher jüdischer Abstammung genonnt worden"."

Nun aber erinnert sich unser Kritikus, daß er wie Bileam zum Fluchen und nicht zum Segnen von der „Deutschen Tageszeitung" gerufen warden ist, und sa wird schnell künstlich ein Gegensatz zwischen Deutschtum und Judentum konstruiert, um dem armen Dichter, da er Jude ist, das Epitheton Deutscher polizeilich abzuerkennen. Er schreibt:

„Aber seiner Stellung ols deutscher Dichter mußte es ungeheuer schaden, doß er keineswegs geneigt war, sich als Juden oufzugeben, sondern vielmehr nicht oufhören wollte, ganz spezifische jüdische Interessen zu verfolgen."

Diese gefährlichen „spezifisch jüdischen Interessen", die das Deutschtum verscheuchten, bestehen darin, daß Heine für das Recht der Juden als Bürger warm eintrat und — a, wie schrecklich — einem „Verein für Kultur und Wissenschaft der Juden" beitrat. Diesem Verein gehörten auch Männer wie Zunz, Gans, Markus, Möser und Auerbach als Mitglieder on, alsa Männer, deren deutsche Gesinnung kein onständiger Mensch bezweifeln wird. Heine spottete in einer leichtfertigen Manier über manches Christliche. Das wird niemand verteidigen, aber taten es nicht viele unverfälschte christliche Germanen auch? Heine zitierte in einem seiner Briefe an Moser den Vers aus den Psalmen „Vergesse ich dein Jerusalem, so verdorre meine Rechte", — welch ein Verbrechen? Zitieren evangelische Pastoren nicht auch mit Varliebe die Psalmen? Unser Heinefeind ist aber unerbittlich. Du kennst und liebst die Psalmen, Verräter, fort mit Dir! Er versteigt sich zu folgendem Urteil: „Diese Liebe für „Jeruscholagim" ist aber wohl etwas zu überschwänglich, und vom deutschen Standpunkte, van dem aus deutsche Dichter doch betrachtet sein wollen, wird man sagen müssen, daß niemand zween Herren zugleich dienen könne." Das Deutschtum ist nur für den antisemitischen Philister so eng, daß es für andere Ideale keinen Platz mehr hat. Die besten Deutschen wußten, mit ihrer deutschen Gesinnung gor viele andere hohe Ideale zu verbinden, ohne mit sich in Konflikt zu geraten. Heine war ein guter Deutscher, weil er wie wenige die deutsche Volksseele kannte, in ihr lebte und zum deutschen Gemüt sprach. Freilich, für das reaktionäre Deutschland konnte er sich nicht begeistern und er haßte die Sklaverei, das Muckertum und die Kriecherei mit dem glühenden Haß einer echten Dichterseele. War Heine ein guter Jude, so hat er am besten dadurch bewiesen, daß man Jude und Deutscher sein und beide Elemente in sich harmonisch verschmelzen kann.

Gewiß, Heine konnte frivol sein und mit seiner ätzenden Satire sehr weh tun, aber er verschonte niemand, nicht einmal sich selber und alles, was er liebte. Man darf seine Worte, die oft nur der Ausdruck einer Augenblicksstimmung waren, nicht zu tragisch nehmen. Welch schiefes Bild würden wir erhalten, wenn wir uns aus einzelnen abgerissenen Sätzen eine Charakteristik Goethes oder Schillers zurechtlegen wollten! Wir nehmen den Dichter in seiner Tatalität mit all seinen Tugenden und Fehlern, die zu seiner Eigenart gehören, und erfreuen uns an seinem Leben und Dichten. Das ist die Methode der Liebe, der alles verstehenden, alles verzeihenden Liebe. Der Haß aber sucht die Schatten, weil er die Saune nicht vertragen kann.

Es zeugt von einer beispiellasen Unfähigkeit, Heine zu verstehen, wenn unser Kritiker ihn als Sozialdemokraten betrachtet und diese Gesinnung natürlich auf seine jüdische Abstammung zurückführt. Heine war ein begeisterter Sänger der Freiheit, aber kein politischer Parteimann. Er schwärmte für die große französische Revolution, — welcher wahre Dichter hätte es nicht getan? Sie war das Gewitter, das die Luft reinigte, damit die Pflanze Freiheit gedeihen konnte. Ohne sie wären wir heute noch mitten im Sumpfe des Mittelalters. Im geistigen Sinne revolutionär sind im Grunde alle bedeutenden Geister, denn sie räumen mit dem Alten, Morschen auf und schaffen freie Bahn für das heranstürmende Neue, Gesunde. Es ist also lächerlich, das Heine als Fehler anzurechnen, was wir bei andern Denkern und Dichtern als die höchste Tugend rühmen. Ja, unser Kritiker gönnt Heine nicht einmal das Recht, krank zu sein und sich gedrückt zu fühlen. Er scheint nicht zu begreifen, daß der Dichter noch mehr wie der gewöhnliche Mensch Stimmungen unterworfen ist

und von seinem physischen Zustande in seinem Schaffen stark beeinflußt wird.

Diese ganze Art der Kritik mutet uns so kleinlich an, daß es uns mit Trauer und Beschämung erfüllt, im zwanzigsten Jahrhundert in Deutschland solchen Geistern zu begegnen. Das ist keine Heine-Kritik mehr, sondern eine abscheuliche Hetze, die nicht den Dichter, sondern den Kritiker schändet. Zu den Merkmalen des deutschen Charakters hat stets eine hohe Achtung vor dem schöpferischen Geiste gehört und unsere jämmerlichen Heine-Hetzer beweisen durch ihre sachlich ungerechten und ästhetisch unerträglichen Angriffe auf Heine nur, wie wenig deutsch sie sind.

Aus dem antisemitischen Lager.

Zu den preußischen Landtagswahlen. Einen geradezu unglaublichen Beschluß haben die Nationalliberalen im Wahlkreise Hersfeld-Rotenburg gefaßt, indem sie, wie die Blätter meldeten, dahin übereingekommen sind, ihre Parteigenossen aufzufordern, für den — Antisemiten Werner, den bisherigen Abgeordneten des Kreises im Reichstage und im Landtage, zu stimmen. Männer, die sich liberal nennen, entschließen sich dazu, für einen Vertreter des wüstesten Antisemitismus zu stimmen und noch dazu für einen Mann wie Werner, dem vor einigen Jahren vom Amtsgericht zu Cassel in einem rechtskräftigen Urteil attestiert worden ist, daß er, obwohl antisemitischer Abgeordneter, im Reichstage für einen jüdischen Journalisten gegen Bezahlung Berichte geliefert und dadurch, daß er diese Tatsache ableugnete, bewußt die Unwahrheit gesagt, d. h. gelogen hat! Einem solchen Manne ist jeder andere Kandidat, welcher Parteirichtung er auch angehören möge, aus gewissen ethischen Gründen vorzuziehen. Seine Beseitigung müßte geradezu eine Aufgabe für alle anderen Parteien sein. Und nun kommen die Nationalliberalen und unterstützen die Wahl dieses Mannes, der ihnen politisch und persönlich so fern stehen müßte wie nur irgend jemand!

Leider sind ja in dem dortigen rein agrarischen Wahlkreise nur noch zwei Konservative, ein stramm antisemitischer Bündler und der Landrat Türcke, aufgestellt, welch letzterer bezüglich des Wahlrechts auffallend liberale Anschauungen geäußert hat. Wenn es das liberale Gewissen der Nationalliberalen nicht zuließ, diesen Kandidaten als das „kleinste Uebel" zu wählen, so ist es doch mehr als merkwürdig, daß man statt dessen zu dem schärfsten Agrarier und ausgesprochensten Feind des Liberalismus und zu einem Manne von den Qualitäten eines Werner griff.

Aus Minden wird uns geschrieben:

Die Aufzählung von Minden-Lübbecke unter den antisemitischen Wahlkreisen im Leitartikel vom 20. d. M. darf nicht ohne Widerspruch bleiben. Unser jetziger Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Sielermann ist nach Kürschners Handbuch stellvertretender Vorsitzender der deutschkonservativen Partei des Reichstages, muß daher auf ihrem Standpunkte stehen. Judenfeind ist er nicht mehr als der Durchschnitt der Konservativen. Zu den Christlichsozialen gehört er so wenig, daß diese bei den letzten beiden Reichstagswahlen einen Gegenkandidaten stellten, 1903 Huwendieck, 1907 Behle. Diese beiden blieben mit der Stimmenzahl an letzter Stelle. Christlichsozial ist unser Wahlkreis daher auf keinen Fall.

Der Reichstagsabgeordnete Bruhn und die Juden. Die Antisemiten scheuen im Interesse des Stimmenfanges vor keinem Mittel zurück. Es kommt ihnen sogar nicht darauf an, um jüdische Stimmen zu betteln. Das stärkste auf diesem Gebiete hat kürzlich Herr Wilhelm Bruhn geleistet, der für die am 30. Juni stattfindende Reichstagsersatzwahl in Kolmar-Czarnikau-Filehne die antisemitisch-mittelständlerische Agitation leitet. In einer Versammlung in Schneidemühl betonte er, wie wir einem Bericht des „Sch. Tagebl." entnehmen, es sei nicht wahr, daß der Mittelstandsbund nur antisemitische Politik treibe. Der Mittelstandsbund wolle gar nicht, daß die in Deutschland wohnenden Juden entrechtet oder wirtschaftlich benachteiligt werden sollten. Er sei nur gegen eine weitere Einwanderung russischer Juden nach Deutschland. Redner sprach dann über das Eingreifen des Herrn 1. Bürgermeisters Dr. Krause in die Wahlbewegung, insbesondere über dessen Stellungnahme zur Kandidatur des Mittelstandsbundes. Die Erklärung in der letzten Nummer der hiesigen Zeitungen*) lasse wieder die alte Geschichte erkennen: der Mittelstandsbund trage durch seine antisemitische Agitation Unzufriedenheit in die Stadtvertretungen. Er müsse dies entschieden in Abrede stellen. Der Mittelstandsbund zähle sogar sehr viele Juden zu seinen Freunden. Den besten Beweis liefere das Ergebnis in seinem Wahlkreise. In letzter Wahl habe der freisinnige Kandidat nur 54 Stimmen erhalten. Er könne nach diesem Ergebnis also ruhig behaupten, daß seine Kandidatur auch von den Juden unterstützt worden sei.

Einer der Hauptführer des Radau-Antisemitismus bestreitet also, daß er die Juden entrechten wolle und versteigt sich zu der Behauptung, daß Juden ihm ihre Stimme gegeben haben. Kann es ein dreisteres und plumperes Wahlmanöver geben? Daß es einen Erfolg haben wird, möchten wir doch bezweifeln.

„Konkurs der Firma Gerson & Co." So ist in dem Inhaltsverzeichnis an der Spitze der „Wahrheit", des pornographischen Wochenblattes (Nr. 19 vom 9. Mai) des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, zu lesen. Man denkt hierbei natürlich an die angesehene Berliner Weltfirma. Es stellt sich aber heraus, daß es sich um eine in Hamburg domizilierte, dem großen Publikum gänzlich unbekannte Firma handelt. Mit derartigen unsauberen Praktiken sucht der skrupellose Agitator, der nicht genug über jüdischen Schwindel und jüdische Reklame zu schimpfen weiß, die Käufer anzulocken.

Wie die Deutschnationalen Handlungsgehilfen den Antisemitismus ableugnen. Im „Anhaltischen Staats-Anzeiger" wurde vor mehreren Wochen ein „Eingesandt" mit der Unterschrift „Ein Deutschnationaler" veröffentlicht, in dem der anonyme Einsender die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Dr. Cohn-Dessau in einer Posener Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die jüdischen Prinzipale möchten die bei ihnen angestellten Deutschnationalen hinauswerfen, dazu benutzte, Herrn Dr. Cohn als einen Gegner der Koalitionsfreiheit hinzustellen. In einer späteren Nummer desselben Blattes erwiderte Herr Dr. Cohn, die Deutschnationalen nähmen nach ihren Statuten und ihrer Praxis Deutsche jüdischen Glaubens in ihrem Verband nicht auf; ihr

*) In der Erklärung des Dr. Krause hieß es: Ich habe mit aller Schärfe gegen das Bestreben, die antisemitische Agitation in unseren Wahlkreis, in unsere Provinz hineinzutragen, Front gemacht. Hierzu fühle ich mich gerade in meiner Stellung als Bürgermeister verpflichtet. Ueberall in der Provinz, in großen und kleinen Gemeinden haben wir bisher mit unseren jüdischen Mitbürgern friedlich und zum Segen der Städte zusammengearbeitet, wir haben stets mit ihnen Schulter an Schulter gestanden, wenn es galt, dem Deutschtum zum Siege zu verhelfen, und jüdische Mitbürger in erster Linie sind es gewesen, welche in großen und kleinen Städten zum Besten der Armen, für kommunale Zwecke und dergl. regen Wohltätigkeitssinn bewiesen haben. Eine antisemitische Agitation wird das bisherige friedliche Verhältnis stören und statt dessen Uneinigkeit und Zwietracht in Stadt und Land hineintragen.

Führer Schack sei antisemitischer Abgeordneter und, wo antisemitische Kandidaten zum Reichstag aufgestellt werden, hätten regelmäßig die Deutschnationalen Handlungsgehilfen ihnen Wahlhilfe geleistet. Trotzdem verschmähten sie es nicht, sich bei deutschen Prinzipalen jüdischen Glaubens einzudrängen. Es sei deshalb Ehrensache für einen Deutschen jüdischen Glaubens, einen, der ihm die staatsbürgerlichen Rechte nehmen will, nicht in seinem Geschäft als Mitarbeiter zu dulden. Das habe mit der Koalitionsfreiheit nicht das mindeste zu tun. Der Deutschnationale erwiderte bald darauf in einem abermaligen Eingesandt, es gebe genug politische Parteien, die praktischen Antisemitismus treiben; gegen diese möge Dr. Cohn sich wenden, aber nicht gegen die Handlungsgehilfen, die in gewissem Sinne wehrlos seien; möge er sich in den Reichstag wählen lassen, um dort gegen seine Widersacher loszugehen. Herr Dr. Cohn blieb die Antwort nicht schuldig, sondern schrieb bald darauf an derselben Stelle: Die Deutschnationalen schlössen die Juden aus Antisemitismus aus, den sie auch sonst, namentlich bei Reichstagswahlen, an vielen Orten betätigt haben. Diese antisemitische Praxis könne der Herr Deutschnationale nicht aus der Welt schaffen. Ein Deutschnationaler, der auf Ehre halte, sollte dankbar sein, wenn er der peinlichen Lage enthoben würde, bei einem Juden, den er der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nicht für würdig erachte, angestellt zu sein. In einem „letzten Wort an Herrn Dr. Cohn" wurde der Deutschnationale sentimental. Er wies darauf hin, daß 1903 die Dessauer Mitglieder des D. H. V. für Herrn Kommerzienrat Roesicke und im Vorjahre für Herrn Schrader gestimmt hätten und in Magdeburg für den Freisinnigen Kobelt eingetreten seien. Man könne ihnen also doch nicht gut antisemitische Praxis vorwerfen. Herr Dr. Cohn habe an das Ehrgefühl der Deutschnationalen appelliert; aber dann hätte er es auch nicht mit seinem Ehrgefühl vereinbaren können, zum Brotlosmachen verheirateter Mitglieder aufzufordern. — Herr Dr. Cohn hat auf diesen letzten Angriff eine Antwort nicht mehr für nötig gehalten. Es genügte ihm das prinzipielle Ablehnen des Antisemitismus durch die Deutschnationalen. Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die früher in seinem amtlichen Organe ausgesprochene Absicht, die Sperre über alle jüdischen Geschäfte zu verhängen, sobald er genügend gestärkt würde, bisher nicht zurückgenommen hat.

Zwischen dem antisemitischen Abg. Dr. Böhme und der „Kreuzzeitung" ist eine heftige Fehde entbrannt, die die „freundnachbarlichen" Beziehungen der Deutschsozialen und der Konservativen zu trüben geeignet ist. Die Konservativen können den Antisemiten den Einbruch in den Wahlkreis Emden nicht vergessen, und die Folge war eine gereizte Polemik der „Kreuzzeitung" gegen Herrn Böhme, in der es heißt, Böhme sei „n i c h t ein beachtenswerter Gegner", er habe „auf dem Schoße des Zentrums gesessen", er sei „ein irrlichtelierender Vorkämpfer" und ein „junger Herr". In der letzten Nummer der „Deutschsozialen Blätter" antwortet nun Dr. B ö h m e in einem nach antisemitischen Begriffen recht milden Artikel. Immerhin wird von „anmaßender Sprache", „weltfremden Ideen", „taktischen Ungeschicklichkeiten", von „Machwerken", „flegelhafter Form" und „Marasmus senilis" der „Kreuzzeitung" gesprochen. Vom Verfasser des Kreuzzeitungs-Artikel wird gesagt, daß er „sich bereits wieder im Alter der Kindheit befindet" und daß seine Vorwürfe „geradezu albern" sind. Gekrönt wird diese Blütenlese durch folgende Drohung:

„Hoffen wir, daß die schon seit längerer Zeit infolge der n o t o r i s c h e n U n f ä h i g k e i t der „Kreuzzeitung" bei angesehenen konservativen Politikern vorhandenen Bestrebungen, ein n e u e s g r o ß e s Z e n t r a l o r g a n zu schaffen, einen baldigen praktischen Erfolg haben, sowohl im Interesse der Konservativen wie der gesamten Reichsparteien."

Also eine Konkurrenz für die „Kreuzzeitung" in Sicht? Das könnte einen hübschen Bruderkrieg geben!

Aus der Provinz Hannover wird uns geschrieben:

Der V e r b a n d N i e d e r s a c h s e n d e r d e u t s c h s o z i a l e n P a r t e i hielt am 11. Mai cr. in Hannover einen Delegiertentag ab unter dem Vorsitz des Oberamtsrichters Dr. B r a n d i s aus Braunschweig, welcher bekanntlich sehr mandatshungrig ist und bisher vergeblich versucht hat, Reichstagsabgeordneter zu werden. — Von Parteigrößen war u. a. Abg. Dr. B ö h m e erschienen. In der Debatte wurde Zeitungsnachrichten zufolge beschlossen, sich an die rechtsstehenden Parteien anzuschließen und die linksstehenden, darunter auch die Nationalliberalen, zu bekämpfen. Wie dieser Anschluß nach rechts ausgeführt wird, beweist die letzte Reichstagsersatzwahl in Emden, wo durch eine deutschsoziale Kandidatur die Rechte verdrängt worden ist.

Den Liberalen im Hannoverschen kann es also nur angenehm sein, wenn die Helden der deutschsozialen Partei, welche den Mund sehr voll nehmen, sich ordentlich regen. Der Erfolg der Agitation der Antisemiten wird jedes Mal der sein, daß die extremen Elemente der Rechten den Antisemiten zufallen, während die Gemäßigten sich doch mit Abscheu von dem Treiben der Antisemiten abwenden, um so mehr als man sich überhaupt hier schämt, sich öffentlich als Antisemit zu bekennen. Das beweist auch der in den Blättern veröffentlichte Bericht über den erwähnten Parteitag. Während die Namen der in Braunschweig wohnenden Vorstandsmitglieder sämtlich genannt werden, bleiben die Namen der in den Städten Hannover, Hildesheim, Göttingen, Münden, Celle, Wolffenbüttel usw. wohnenden Beisitzer ungenannt. Sogar die Handlanger der deutschsozialen Partei, die Deutschnationalen Handlungsgehilfen, suchen stets ihren Antisemitismus zu verbergen. Der politische Antisemitismus ist hier überhaupt dem Untergang geweiht und die Kerntruppen der deutschsozialen Partei der Provinz Hannover sind nur noch die Führer der Deutschnationalen, welche auch anscheinend die Agitationskosten aufbringen.

Die früheren Führer der Hannoverschen Antisemiten, meistens Kaufleute, verlassen wie die Ratten das Schiff, nachdem sie eingesehen haben, daß sie mit ihrer Agitation, durch welche sie die Konkurrenz der jüdischen Kaufleute beseitigen wollten, keinen Erfolg gehabt haben. Nicht einmal Wahlschulden, die vor langen Jahren gemacht sind, können bezahlt werden. In H i l d e s h e i m hat sogar ein antisemitischer Bankier, welcher die Wahlkosten vorgeschossen hat, seine früheren Parteifreunde auf Erstattung der Auslagen verklagt. Natürlich hat diese Klage auch den Verfall der Hildesheimer antisemitischen Partei, die mit so großem Aplomb von Liebermann von Sonnenberg dereinst ins Leben gerufen worden ist, herbeigeführt.

Die Säulen der Partei, darunter der erwähnte Bankier, haben Zuflucht in der im vorigen Jahre gegründeten konservativen Partei gesucht; um hier der antisemitischen Agitation sich hinzugeben. —

Man wundert sich in Hildesheim, daß der Bankier Antisemit geworden ist. Er hat in einem vornehmen jüdischen Bankhause seine Lehre bestanden und ohne diese Lehre wäre es ihm doch nicht möglich gewesen, sich in Hildesheim eine solch hervorragende Stellung in Bank- und Industriekreisen — er ist nämlich auch Mitbesitzer der bedeutendsten und bestrentierenden Ziegelei — zu erwerben. Man sollte annehmen, daß er schon aus Dankbarkeit gegen seinen früheren Lehrherrn, und dessen Firma, aus welcher auch noch andere bedeutende Fachleute hervorgegangen sind, der antisemitischen Agitation entsagen würde.

Berichtigung. Herr stud. jur. E. v. L i e b e r m a n n in Marburg schreibt uns:

Durch Zufall ersehe ich aus einer Kasseler Zeitung, daß Sie unlängst in Ihrer Zeitungskorrespondenz eine Notiz des in Kassel erscheinenden „Reichsheroldes“ wiedergegeben haben, in der mir eine von Albernheit sprühende Bemerkung über den Wahlkreis meines Onkels, des Abg. v. Liebermann, und seine Erblichkeit in der Familie Liebermann zugeschrieben wird. Für die Bewertung dieser Nachricht haben Sie ja erfreulicherweise das richtige Gefühl dadurch bewiesen, daß Sie die Folgerung, die Sie aus jener Mitteilung zogen, mit den Worten „Wenn diese Aeußerung richtig wiedergegeben ist“ sorglich hypothetisch begrenzten. Jene Notiz beruht nicht etwa nur auf einer nicht richtig wiedergegebenen Aeußerung, sondern ist von Anfang bis zu Ende absolut unwahr, was nach der Quelle, aus der sie stammt, auch nicht weiter verwunderlich ist.

Vermischtes.

Alte Irrtümer. Von jüdischer Seite wird uns geschrieben:

Wie das Drama Bösewichte braucht, um das Licht der guten Charaktere besser leuchten zu lassen, so scheinen auch viele Vertreter der Wissenschaft Weltanschauungen, die ihnen nicht gefallen, besonders schwarz zu zeichnen, um ihre eigene Weltanschauung als die allein berechtigte preisen zu können. Besonders hat die Bibel und das historische Judentum unter dieser Methode zu leiden. Man darf ohne Uebertreibung behaupten, daß die jüdische Wissenschaft noch heute, in einer Zeit, wo die „Rettung“ aller möglichen Figuren und Systeme zur Mode geworden ist, das Stiefkind der Forschung geblieben ist. Der berühmte Begründer der modernen jüdischen Wissenschaft, Leopold Zunz, sagt mit Recht, daß erst dann der Jude richtig gewürdigt wird, wenn die jüdische Wissenschaft die verdiente Anerkennung gefunden haben wird. Selbst so vorurteilsfreie Denker wie Wellhausen und Harnack glauben oft das Judentum schwarz malen zu müssen, um das Christentum richtig abheben zu können. Daran wurden wir wieder einmal erinnert, als wir den Bericht über den Vortrag der Predigerin Gertrud v. Pätzold in Berlin lasen. Die theologisch geschulte Rednerin behauptet, daß die Lage der Frauen bei den Juden eine niedrige war und daß erst mit dem Christentum das Ansehen und die Würde des Weibes gehoben wurde. Das ist eine gänzlich falsche Auffassung. Wo Frauen als Dichterinnen, als Richterinnen und Nationalheldinnen eine Rolle spielten, da kann die Achtung vor der Frau nicht gefehlt haben. Politische Rechte besaßen die Frauen im Judentum nicht, aber es ist überhaupt gewagt, im Altertum von politischen Rechten zu sprechen. Sie waren bürgerlich geschützt und genossen das höchste Ansehen zu einer Zeit, wo das Weib bei den meisten andern Völkern nur Lustsklavin war. Im Talmud gibt es viele Stellen, die höchste Verehrung vor der Frau bekunden, so der Spruch: „Wenn deine Frau klein ist, so bücke dich zu ihr und höre auf ihre Worte“, oder: „Schütze deine Frau vor Tränen, denn die Tränen der Frau dringen eher zum Himmel.“ Wenn die Stellung der Frau in der altchristlichen Gesellschaft eine günstige war, so kommt das zweifellos daher, daß die Menschen von jüdischem Geiste getränkt waren. Die altchristliche Gemeinschaft war ja ethisch und religiös nichts anderes als eine reformierte jüdische Gemeinde. Fräulein v. Pätzold meint: „Polygamie und leichte Ehescheidung blieb das Vorrecht des Mannes.“ Mit der Polygamie verhält es sich in der Wirklichkeit so, daß sie im Judentum gesetzlich gestattet, in Wirklichkeit aber schon in der talmudischen Zeit nur sehr selten vorkam, während sie in mancher christlichen Gesellschaft gesetzlich verboten, in der Praxis aber häufig vorkam. Die Scheidung war durchaus nicht so leicht, denn erstens mußten wichtige Gründe vorliegen, und zweitens war die Prozedur an sich eine sehr umständliche und schwierige. Fräulein v. Pätzold behauptet weiter: „Ein rabbinischer Spruch dankt Gott, daß der Rabbi nicht als Heide, nicht als Frau oder als Dummkopf geboren sei.“ Zunächst ist das kein rabbinischer Spruch, sondern eine veraltete Gebetformel. Dann aber bedeutet dieses Gebet keine Herabsetzung des Weibes. Es gab viele Pflichten im Judentum, von denen die Frau befreit war, und der fromme Mann dankte Gott dafür, daß er ihn durch so viele heilige Gebote ausgezeichnet hat. Das ist der wahre Sinn dieses Gebetes.

Aus allen diesen Einwendungen wird man also mit Recht nicht folgern können, daß das Weib bei den Juden weniger Ansehen genoß, als bei den ersten Christen. Wenn eine christliche Predigerin das Christentum rühmt, so ist das sehr schön, aber wir meinen, daß dies auch möglich ist, ohne künstliche Gegensätze zum Judentum zu konstruieren. Die Sonne bedarf keiner künstlichen Verdunkelung wie das Theater — sie leuchtet auch so.

Fürst Chlodwig zu Hohenlohe und die Emanzipation der Juden. Der zweite Kanzler des Reiches, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hatte als Mitglied der Ersten bayrischen Kammer nach seinen von Curtius herausgegebenen „Denkwürdigkeiten“ im April 1861 das Referat über einen von der Zweiten Kammer ausgegangenen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung gewisser Beschränkungen der Freizügigkeit und des Gewerbebetriebs der Juden, übernommen. Indem er diesen Gesetzentwurf zur Annahme empfahl, mußte der Fürst dem bei den Reichsräten erhobenen Einwurf entgegentreten, daß bei zunehmender Gleichberechtigung der Juden der bayrische Staat aufhören werde, ein christlicher Staat zu sein und an dessen Stelle der „nackte Rechtsstaat“ treten werde.

Der Fürst legte in der Kammer den Begriff des christlichen und des Rechtsstaats dar und resümierte sich dahin:

„Der moderne Staat hat den mit einer wahrhaft christlichen Anschauungsweise unvereinbaren Begriff der Rechtlosigkeit irgendwelcher Individuen längst ausgemerzt und den Begriff des Staatsbürgertums, auf welchem unser heutiges Staatsleben vornehmlich basiert ist, über alle Untertanenklassen ausgebreitet, ohne daß deshalb, wie man allgemein wird zugestehen müssen, der christliche Charakter des Staats alteriert worden wäre. War aber im christlichen Charakter des Staats unserer Zeit kein Hindernis gegeben, den Nichtchristen die staatsbürgerlichen Rechte zu verleihen, so durfte der Verleihung aller bürgerlichen Rechte an die Juden noch weniger ein gegründetes Bedenken entgegenstehen. Jeder moderne Staat kann, ohne seiner ganzen historischen Entwicklung untreu zu werden, den Juden die politische und rechtliche Gleichstellung mit den Christen nicht versagen.“ —

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungsorte. Aus Bad Wildungen schreibt uns die Besitzerin der Pension Villa Wald-Eck:

Ew. Wohlgeboren teilen wir ergebenst mit, daß wir in einem Exemplar der von Ihnen herausgegebenen „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ unsere Pension unter den als antisemitisch angeführten Erholungsorten gefunden haben. Es trifft dies durchaus nicht zu, und wir können uns die Aufnahme in diese Liste nur so erklären, daß wir einmal jüdische Kurgäste abgewiesen haben, weil es nicht mit den Zimmern paßte und die betreffenden Gäste ohne Pension mieten wollten, worauf wir niemals eingehen, da wir nun einmal alles für volle Pension eingerichtet haben. Die Fälle, wo Gäste jüdischer Konfession keine Aufnahme bei uns gefunden haben, sind meist darauf zurückzuführen. Es ist uns nicht angenehm, daß unser Haus in den Ruf eines judenfeindlichen Pensionshauses kommt, weniger wegen des materiellen Schadens, der daraus für uns entstehen könnte, denn das Haus ist stets sehr gut besucht, sondern weil es durchaus nicht in unserem Interesse liegt, dem gebildeten, jüdischen Publikum gegenüber offiziell eine feindliche Stellung einzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Frau Dr. Thilenius.

Die unfehlbare Anthropologie. Zu den beliebtesten Gästen der vornehmen Pariser Salons gehört gegenwärtig der berühmte amerikanische Anthropologe Douglas Thornton, von dem der indiskrete „Cri de Paris" folgende hübsche Anekdote zum besten gibt: Bei der Gräfin G. fand jüngst zu Ehren Thorntons ein großes Abendessen statt. Nach der Tafel holte Thornton aus seiner reichen Sammlung von Dokumenten eine stark vergrößerte Photographie hervor und bemerkte erläuternd: „Hier, meine Damen, haben Sie einen rein semitischen Typus, über den man sich unmöglich täuschen kann. Sehen Sie doch die gebogene Nase mit dickem Ende. Sogar die Unterlippe ist dick, was den reinen semitischen Typus darstellt, wie man ihn auf den assyrischen Denkmälern sieht. Er ist subbrachycephal .... Seine Nase ist eine der schönsten Spezies, die ich kenne ...." Dabei reichte er die Photographie der Dame des Hauses hin, die auf den ersten Blick das Bild Léon Daudets, eines der wütendsten Antisemiten, erkannte. Was hätte der amerikanische Anthropologe erst gesagt, wenn er das Bild Eduard Drumonts zur Hand genommen hätte!

Wien. Der Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi beantwortete in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Mai eine Interpellation des Abg. Dr. Zadel (Zionist) betreffend die Aufnahme von Israeliten in das militärärztliche Offizierkorps und führte aus, daß bei der Auswahl der mit Stipendien zu beteilenden Hörer der Medizin konfessionelle Rücksichten nicht maßgebend sind. Der Minister legte dar, daß nach dem Stande vom Dezember 1907 die Israeliten unter den Oberärzten mit 5,6 pCt. und unter sämtlichen 1042 Angehörigen des militärärztlichen Offizierkorps mit 18 pCt. beteiligt sind. Von einer Verletzung des Staatsgrundgesetzes durch die Militärverwaltung könne nach diesen Daten nicht die Rede sein.

Die russische Judenfrage taucht immer wieder in neuer Form auf. Jetzt heißt es, daß der Ministerrat sich abermals mit der Sache beschäftigt habe. Nach Anhörung eines Vortrages, der im Ministerium des Innern ausgearbeitet und von einem Vertreter desselben verlesen wurde, hat der Ministerrat prinzipiell die Notwendigkeit anerkannt, im Herbst mit einer fertigen Gesetzesvorlage über die Juden vor die Duma zu treten. Vorläufig wurde beschlossen, eine Kommission aus den Vertretern aller Ministerien einzusetzen, der das vorhandene Material zur Sichtung und Verarbeitung vorgelegt werden soll. Die definitive Beschlußfassung über den Gesetzentwurf soll einem neuen Ministerrat vorbehalten bleiben. Inzwischen werden die Verhandlungen in der Duma „unentwegt" fortgesetzt. Bezeichnend ist dafür eine Sitzung der Dumakommission für die Justizreform, in der die Judenfrage in der Advokatur behandelt wurde. Die Frage war folgende: In dem von der Regierung verfaßten Entwurf der Justizreform wird vorgeschlagen, daß die seit 1899 existierenden Beschränkungen bei der vom Justizminister abhängenden Ernennung der Juden zu Privatverteidigern und Rechtsanwälten weiter beibehalten werden sollen. In der Sitzung wurde der Antrag gestellt, daß die obengenannten Beschränkungen abgeschafft werden sollen. Da man von vornherein auf diesen Antrag vorbereitet war, so hatte sich die Kommission in voller Zahl versammelt. Abwesend waren nur einige Mitglieder der Rechten und der einzige der Kommission angehörende Sozialdemokrat. Der Antrag wurde gestellt vom Kadetten Abschemow und unterstützt von den polnischen Deputierten Partschewski und Dymscha, wie auch vom Kadetten Tschernoswitow. Im Namen des Justizministers sprach der Ministergehilfe, welcher den Antrag bekämpfte, indem er behauptete, daß diese Frage keineswegs von der Kommission gelöst werden kann, sondern auf gesetzgeberischem Wege durchgeführt werden solle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag über die Abschaffung der Beschränkungen für Juden in der Advokatur, und zwar für Privatverteidiger mit der Mehrheit von 21 gegen 8, für Rechtsanwälte von 15 gegen 14 angenommen, ein Teil der Oktobristen stimmte mit der Linken. Wenn man die Stimmung der Dumamehrheit in Betracht zieht, so bildet der Beschluß der Kommission gewissermaßen eine Ueberraschung. Und deswegen existiert die ernste Gefahr, daß er von der Duma selbst nicht angenommen wird.

Ehrung eines jüdischen Militäroberarztes in Rußland. Fast zu derselben Zeit, als die antisemitischen Reaktionäre in der Duma den Versuch unternahmen, die Juden vom Militärdienst auszuschließen, fand im Offizierskasino zu Kremenez ein großer Abschiedsabend zu Ehren des nach 28jähriger Dienstzeit in den Ruhestand tretenden jüdischen Oberarztes Dr. Samuel Rotmann statt. Obgleich Dr. Rotmann in dieser Garnison erst seit 1½ Jahren stationiert war, hatte er sich dennoch die Liebe und Anhänglichkeit seiner Offizierskameraden in dem Maße erworben, daß sie ihn nur ungern aus dem Dienste scheiden sehen. Dr. Rotmann begann seine Karriere beim Minsker Regiment, das in Kischinew steht. In diesem Regiment verbrachte Dr. Rotmann 26 Jahre seiner Dienstzeit. Interessant ist der Brief, den der Landsmann der berüchtigten Krupenski und Purischkewitsch, Regimentskommandant Baron Reiknig an die Kremenezer Garnison anläßlich dessen Scheidens vom Militärdienste richtete. Der Brief lautet:

„Dr. Rotmann wurde von seiner Stelle als Oberarzt Ihres Regiments befreit. Während der 26 Jahre, die der Herr Doktor in unserem Regimente verbrachte, verstand er es, sich die allgemeine Wertschätzung und Liebe sowohl der Offiziere, als auch der leidenden Kranken zu erwerben. Zu jeder Stunde, am Tage und in der Nacht, war Dr. Rotmann stets bereit, den Kranken zu Hilfe zu eilen. Aber nicht nur seine Kenntnisse stellte er in den Dienst der Leidenden, sondern auch sein gutes Herz. Stets fand er ein Wort des Trostes und der Aufmunterung für seine leidenden Kranken. In den Offiziersfamilien unserer Garnison war Dr. Rotmann als der ausgezeichnetste Arzt unserer Garnison hochgeachtet und als ein Mann von großer Herzensgüte und Mildtätigkeit in allen Kreisen der Bevölkerung geliebt.

Ich, der ich 26 Jahre lang mit Dr. Rotmann zusammen gedient habe, kann Euch versichern, daß viel Zeit verstreichen wird, ehe wieder ein so guter opferfähiger Mann zu uns kommen wird, wie Dr. Rotmann einer ist.

Jetzt, da unser treuer Kamerad, der gute Mensch und ausgezeichnete Arzt aus dem Dienste scheidet, spreche ich ihm im Namen der ganzen Garnison unseren tiefempfundenen Dank aus und fühle mich verpflichtet, Euch auf den großen Verlust hinzuweisen, den Ihr durch sein Scheiden von Euch erleidet. Ich spreche die Hoffnung aus, daß Dr. Rotmann seine „Minsker Familie" nicht vergessen werde, so wie ich die Ueberzeugung habe, daß jedes einzelne Mitglied unserer Garnison, klein und groß, stets mit Stolz des schweren und ehrenvollen Dienstes ihres Kameraden und Freundes Dr. Rotmann gedenken werden.

Baron von Reiknig,
Regimentskommandant."

Der amerikanische Handels- und Arbeitsminister Oskar Straus erhielt dieser Tage vom Präsidenten Roosevelt ein Schreiben, in welchem mitgeteilt wird, daß er neuerdings auf weitere sechs Jahre zum Vertreter der Vereinigten Staaten am Haager Internationalen Schiedsgerichte ernannt wurde.

Briefkasten.

R. Der kürzlich verstorbene Arabien-Reisende Dr. Eduard Glaser war Jude.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 23/24. Berlin, den 3. Juni 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

1.10 Mark sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Straße 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.

Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Bengét, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

☛ Der Pfingstfeiertage wegen fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen" aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Jettchen Geberts Geschichte.

Es war klug und vorbedacht von dem Verfasser des Romans „Jettchen Gebert", daß er am Schlusse gleich den Hinweis auf den künftigen zweiten Band gab, den er seiner Heldin zu widmen gedachte: andernfalls hätte man ihn nach dem großen Erfolge, den sein Buch gefunden hat, böswilligerweise beschuldigen können, daß er nur die Konjunktur habe ausnutzen wollen. Tatsächlich hatte ja auch jener erste Band wohl ein Ende, aber keinen Schluß gehabt; denn damit, daß das schöne Jettchen, das als Waise bei ihren reichen Verwandten aufgewachsen und durch Beschluß des Familienrats mit dem Lederhändler Julius Jacoby aus Bentschen verheiratet worden ist, von der Hochzeit weg und in die Winternacht hinausläuft, hätten sich die vielen Leser und besonders die Leserinnen des Romans auf die Dauer nicht beruhigt. Nun erst, da der zweite und Schlußband von „Jettchen Geberts Geschichte" unter dem Titel „Henriette Jacoby" erschienen ist*), nun erst hat sich Jettchens Schicksal, das freilich nicht ganz „so kam, wie es kommen mußte", erfüllt und ihr Lebensring geschlossen.

Man hätte annehmen können, daß der Verfasser nun in diesem zweiten Bande Jettchens Ehe, diese trostlose Ehe mit dem plebejischen Vetter aus Bentschen, schildern und sie darin allmählich zugrunde gehen lassen würde. Dann wäre wohl ein Roman aus der häufig dagewesenen Gattung etwa von Flauberts „Madame Bovary" oder Maupassants „Une vie" oder Felix Hollaenders „Frau Ellin Röte" herausgekommen. Hermann hat einen originelleren Weg gewählt. Er läßt das im Brautkleid durch die Straßen irrende Jettchen von ihrem jüngsten und unverheirateten Onkel Jason einholen und in sein eigenes wohlgeordnetes, an erlesenen Kunstschätzen reiches Junggesellenheim bringen, wo sie vorläufig bleiben soll, bis die erste Aufregung in der Familie und die erste Skandalfreude der Gesellschaft sich gelegt hat. Jason Gebert, man erinnert sich dessen aus dem ersten Bande, ist ein Schönheitsucher und Kunstkenner, der sich mehr für alte Stiche, Bücher und Porzellan, für Literatur und Politik, als für das große Manufakturwarengeschäft seines Bruders Salomon, dem er eigentlich als Teilhaber angehört, oder für die große Fuhrhalterei seines anderen Bruders Ferdinand interessiert. Seine jugendliche Freiheitsliebe hat er ehedem als junger Mensch mit einem Schuß ins Bein und etlichen Monaten Hausvogtei gebüßt und hinkt nun als ein geistvoller, leicht vom Weltschmerz angekränkelter Sarkast durch das Leben. Was seine Nichte Jettchen, die unter seinen Augen in Salomons Hause groß, schön und klug geworden ist, diesem äußerlich kühlen Ironiker und Weltmann bedeutet, ließ der erste Teil des Romans schon erkennen, obwohl gerade Jason es war, der Jettchen mit seinem jüngeren Freunde, dem Schriftsteller Dr. Fritz Kößling bekannt machte und die zwischen den beiden aufkeimende Herzensneigung mit entsagungsvoller Güte begünstigte. Jetzt tritt er mit seinem feinen und charaktervollen Wesen, seiner lächelnden Resignation, seiner Selbstverspottung und Herzenszagheit ganz in den Vordergrund und beherrscht die Szene, auf der Jettchen selbst und der immer noch etwas unfertige und uninteressante Kößling eigentlich nur die zweite Rolle spielen. Zwar ist er als Dritter im Bunde nur der entsagende Brackenburg und Kößling der eigentliche Egmont in diesem kleinen Drama, aber geistig sind die Rollen vertauscht, und der brave Kößling, schon im ersten Bande eine etwas farblose und in ihrer Anziehungskraft für Jettchen nicht ganz begreifbare Figur, weist hier vollends alle Eigenschaften des typischen Brackenburg auf.

Die Handlung aber verläuft ganz anders, als der Leser des ersten Bandes geglaubt hatte, daß „es kommen müßte". Jettchen bleibt vorerst bei Onkel Jason, der sie mit einer entzückend respektvollen Ritterlichkeit behandelt und verwöhnt und damit unbeabsichtigterweise dem jeder Galanterie ungewohnten Kößling mehr Konkurrenz macht, als durch eine noch so stürmische Werbung, und das sonderbare dreieckige Verhältnis zwischen Onkel, Nichte und deren Verehrer spielt sich in einer Reihe ungemein fein gesehener Szenen mit wechselnder Beleuchtung ab. Inzwischen tut die Familie Gebert, die den begangenen Fehler erkannt hat, das ihrige, um Jettchen möglichst schmerzlos von der Ehefessel mit Herrn Julius Jacoby aus Bentschen wieder zu befreien, was nicht ohne vielstellige Subtraktionen in Onkel Salomons Hauptbuch abgeht. Als dann der achtzigjährige Onkel Eli — eine von liebenswürdigstem Humor umspielte Originalfigur, die man nur ungern scheiden sieht — seinen ersten Schlaganfall erleidet, zieht Jettchen in sein Haus, um erst ihn und dann

*) Berlin. Egon Fleischel & Co. — Der erste Band wurde in den „Mitteilungen" 1906, Nr. 47 besprochen.

die kleine alte Tante Minchen zu Tode zu pflegen. Vorher aber ist es zwischen ihr und Jason gelegentlich zu einer wortlosen Verständigung gekommen, bei der es aller seiner Selbstbeherrschung bedurfte, um nicht das entscheidende Wort zu sprechen und Jettchens Gefühl, wie er fürchtet, zu verwirren: in Wirklichkeit ist dieses Gefühl schon verwirrt, ist sie selbst sich nicht klar darüber, ob es sie noch immer zu Kößling, der doch ihrem ganzen Lebenskreise wie ein Fremder, fast unbeholfen gegenübersteht, oder schon ganz zu Jason hinzieht, ob nicht ihre verwandtschaftlich-kindliche Schwärmerei für diesen feinsinnigen und stets verständnisvollen Onkel schon in andere Empfindungen übergegangen sind. Die grausame Klarheit darüber wird ihr erst an dem Tage, als sie draußen in Potsdam, wo sie die hohen Sommertage verbringt, sich dem andern in willenloser Stunde zu eigen gibt, um dann schaudernd zu erkennen, daß ihre Sinne ihr Herz getäuscht haben. Und sie — die nicht umsonst kurz vorher ein Buch über die unglückliche Charlotte Stieglitz gelesen hat — geht aus dem Leben, nachdem sie in einem langen Abschiedsbriefe an Kößling diesem ihre Gemütslage offenbart hat, einem Brief, der viel zu schön und zu lang und zu literarisch ist, um echt zu sein, und der vielleicht das einzige Unechte an dem ganzen Buche ist, denn Jettchen ist eine viel zu einfach angelegte Natur, um in solcher Verfassung einen solchen Brief zu schreiben. Wie denn überhaupt die ganze Schlußwendung, die Hingabe an Kößling, zu dem man ihre seelischen Beziehungen schon für stark gelockert halten muß, und der Selbstmord durch eine silberne Nadel, zu dem eine geradezu heroisch wilde Energie gehört, nicht mehr überzeugend wirkt.

Indessen, an dieser Stelle soll uns weniger die ästhetische Kritik des Buches beschäftigen, das durchweg mit einer klaren, feinen Wärme und Stetigkeit geschrieben ist und einen evidenten Fortschritt gegenüber dem stellenweise noch etwas krausen, durch Wiederholungen ermüdenden ersten Teile darstellt, sondern ein anderes. Denn was ihm seinen höheren als nur literarischen Sinn gibt und was die Kritik merkwürdigerweise, soweit wir sehen konnten, bisher gar nicht erwähnt hat, ist der jüdische Aristokratismus, wenn das Wort erlaubt ist, dem der Verfasser darin Ausdruck gibt. Die Familie Gebert auf der einen Seite, die in den Traditionen einer alten gutbürgerlichen Kultur dahinlebt, auf ihren guten Namen stolz ist, dem König gibt, was des Königs ist, und sich nicht für schlechter hält als jeder andere redlich und tüchtig schaffende Mitbürger, und auf der andern Seite die Familie Jacoby, der die Gattinnen Salomons und Ferdinands und der ungekrönte Gemahl Jettchens, Vetter Julius, nebst seiner ganzen unfeinen Bentschener Sippe entstammen — diese beiden Familien gewinnen bei Hermann typische, um nicht zu sagen demonstrative Bedeutung (etwa wie, mutatis mutandis, die Uhlen und die Kreien, die Leute von der Marsch und von der Geest bei Gustav Frenssen). Er will ganz offenbar einmal an einem Stück dargestellten Lebens zeigen, daß Jude und Jude zweierlei ist, daß es ein tendenziöser Irrtum ist, den besonders der Antisemitismus geflissentlich großgezogen hat, wenn immer von „den Juden" schlechthin gesprochen wird, als seien etwa der jüdische Gelehrte, der im Studierzimmer der Wissenschaft seine Tage weiht, und der schnell reichgewordene, ungebildete Börsenprotz, der weitsichtige, besonnene Inhaber eines alten, blühenden Geschäftshauses und der kleinste Tabuletkrämer vom Lande, der jüdische Maler oder Musiker und ein vom Provisionswucher lebender Theateragent, als sei das alles „das Judentum", als gäbe es nicht innerhalb des deutschen Judentums eine ganze Menge von Schichten und Abstufungen sozialer und kultureller Natur, die nichts weiter als die jüdische Abstammung gemeinsam haben, sonst aber in ihren Eigenschaften, Interessen, Sitten und Lebensgewohnheiten oft himmelweit voneinander abweichen.

Die Geberts — das sind die Vertreter einer seit so und so vielen Generationen eingesessenen Familie, die Wurzel geschlagen hat und Ansehen genießt, die Träger einer soliden festen, bürgerlichen Mittelstandskultur, die keine Ghettogefühle kennt, und ihre Erfolge der Arbeit, Pflichttreue und einem regen Geschäftssinn ohne Schachergeist verdankt. Die Jacobys — das sind die Zugewanderten, die aus dem Osten stammen, die Geräuschvollen, Unfeinen, Unkultivierten, die aus kleinen und engen Verhältnissen kommen und über dem ewigen Raffen und Feilschen vielfach noch nicht zu Geistes- und Herzensbildung gekommen sind. Hermanns unausgesprochene Absicht geht nun offenbar dahin, zu beweisen, daß das Rassenproblem, auf das sich der Antisemitismus beruft, im Grunde viel mehr ein Gesellschaftsproblem ist, daß es die Jacobys — im weitesten Sinne — sind, die gewisse antisemitische Reaktionen hervorrufen, und daß es eine große (vielleicht die größere) Zahl von Geberts im deutschen Judentum gibt, die darunter zu leiden haben; die vor allem auch darunter leiden, daß man sie mit den Jacobys in der Oeffentlichkeit stets zusammenwirft. Es ist der jüdische Autor in Hermann, der mit allem Stolz auf sein Judentum doch dagegen protestiert, daß die große Masse der anständigen, ruhigen, gebildeten und deutsch empfindenden Juden dank der antisemitischen Wassertrübung immer wieder mit den zweifellos auch — speziell in manchen Großstädten — vorhandenen unsympathischen Elementen, die ihrem ganzen Wesen nach mehr an der Oberfläche sichtbar und fühlbar werden, identifiziert oder verwechselt werden.

Dieser Tendenz gibt der Autor taktvollerweise nirgends mit Worten Ausdruck, aber sie lebt deutlich genug in seinem zweibändigen Buche, sie bildet recht eigentlich dessen Grundgedanken, und es entspricht nur dieser Absicht, wenn die Handlung des Romans in den Ausgang der dreißiger Jahre, in die Zeit vor der Emanzipation verlegt ist, wo es eine „Judenfrage" im jetzigen Sinne noch nicht gab. Diese Tendenz offenbart sich auch nicht etwa in einer Schwarz-Weiß-Malerei, die alles Licht auf die Gebert-Seite und allen Schatten auf die Jacoby-Seite fallen läßt: man muß es dem Autor lassen, daß er so gut wie gar nicht idealisiert und den Geberts ebenso ihre Schwächen läßt, wie er die Jacobys lebensgetreu, aber ohne jede Unterstreichung ihrer minder erfreulichen Eigenschaften zeichnet. Und auch dahin zielt er nicht etwa, einen Kastengegensatz zwischen Vornehm und Niedrig zu konstruieren, wonach die wohlhabenden Juden die besseren und die armen die schlechteren wären. Vielmehr gehören bei ihm die Geberts und die Jacobys beide den besitzenden Klassen an, nur daß die einen sich im Lauf der Generationen zu einem seßhaften Familienorganismus mit einem Anhauch von ruhigem Patriziertum entwickelt haben, während jene in ihren Provinznestern trotz ihres Besitzes innerlich und äußerlich Plebejer geblieben sind und vielleicht auch bleiben wollten.

Ein Vergleich mag das verdeutlichen: man weiß, daß „der Deutsche" auf Reisen im Ausland als der Mann mit dem Jägerhemd und den schlechten Manieren bekannt ist und in den Witzblättern des In- und Auslandes eine ständige Figur bildet. Solche deutsche Reisende gibt es ohne Frage in Menge, wir wissen das selbst, aber wir wissen auch, daß es noch viel mehr deutsche Touristen gibt, die es an guten Umgangsformen und Pflege der äußeren Erscheinung mit jedem Engländer oder Franzosen mindestens aufnehmen. Würden wir es nun gelten lassen, wenn das Ausland „die Deutschen" nach jener unzweifelhaft vorhandenen Spezies von Touristen taxieren und sein Urteil über die ganze Nation danach bilden wollte? (Wobei diese Leute im Wollhemd, die den Fisch mit dem Messer essen, persönlich durchaus ehrenwerte Menschen sein können.) Aehnlich nun steht Hermann auf dem Standpunkt, daß man bei Beurteilung des Juden-

tums im allgemeinen mehr *unterscheiden* und weniger generalisieren solle, wie sich das bei uns in Deutschland in weiten Kreisen eingebürgert hat. Diese gerechte *Unterscheidungspflicht* will sein Roman dem deutschen Lesepublikum zu Gemüt führen — zugleich aber auch vielleicht den jüdischen Lesern die Mahnung, ihr Solidaritätsgefühl nicht zu weit zu treiben und nicht zu blind walten zu lassen.

Der Wert und die Bedeutung seines Buches liegt schließlich noch in einer anderen Eigenschaft; liegt darin, daß der nichtjüdische Leser hier einmal den jüdischen Bürger- und Familiensinn von seiner guten und liebenswürdigen Seite aus der Nähe kennen lernt, daß er — dem immer nur die angeblichen Nationalfehler des Judentums demonstriert werden: Erwerbsgier, Habsucht, Zersetzungsgeist, orientalische Sinnlichkeit und der schönen Dinge mehr — einmal in ein jüdisches Familienmilieu mit seiner Gemütswärme, seinem Humor und dem liebevollen Zusammenhalten seiner Mitglieder in guten und schweren Stunden gleichsam als unbemerkter Beobachter Einblick erhält. Selbst der skeptische, den Seinen an Geist und Wissen überlegene Hagestolz Jason Gebert unterliegt diesem Gemeingefühl des Familienlebens und drückt das Jettchen gegenüber einmal mit den Worten aus: „Weißt du, man mag reden, was man will, Jettchen, — eigentlich ist das doch das Einzige, was uns Halt gibt im Leben. Es ist mit der Familie *wie mit dem Ofen*: solange Sommer ist, wollen wir nichts von ihm wissen, und jedesmal, wenn wir durchs Zimmer gehen, stoßen wir uns dran, und wenn wir ihn anfassen, ist er hundekalt. Aber sowie es Winter ist, da merken wir erst, was er uns bedeutet und was wir ohne ihn überhaupt wären."

* * *

Doppelt wichtig darf eine solche Darstellung jüdischen Heimlebens — ohne beschönigende wie ohne entstellende Tendenz — erscheinen, wenn man mit Ekel und Schmerz wahrnehmen muß, bis zu welchen an Exhibitionismus grenzenden Verirrungen sich andere, sensationslüsterne jüdische Schriftsteller versteigen. Ein trauriger Beweis für das, was auf diesem Gebiete möglich ist, ist der kürzlich erschienene Roman „*Der Weg nach Zion*" von Curt *Münzer* (Stuttgart, Axel Junckers Verlag), demselben Autor, der sich jüngst für seinen Einakterzyklus „Das verlorene Lied" wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften — nicht das erstemal — vor Gericht zu verantworten hatte und mit einer Geldstrafe von 100 Mark davonkam. Dieser Roman, von dem selbst ein so unverdächtiger Zeuge, wie das Wiener „Deutsche Volksblatt" bekennt, er sei „verworren konzipiert", und das unausgesetzte „krankhafte Schwelgen des Autors in Erotomanie" verbiete ein Eingehen auf Einzelheiten, ist die denkbar widerwärtigste Ausgeburt einer marksaulen, krankhaften Phantasie, ein Werk, in dem fast nur verbuhlte, sittenlose, degenerierte Menschen, ihr Wesen treiben: den eigentlichen „Stoff" bildet die Liebe zwischen Bruder und Schwester, die schließlich zum vollendeten Inzest führt. Und der talentvolle Autor, der diesen 600 Seiten langen Knäuel von Scheußlichkeiten — er ist erst 28 Jahre alt und kann es also noch weit bringen — in die Bücherwelt gesetzt hat, faßt die Lebensanschauung eines seiner jüdischen Helden in die lapidaren Sätze zusammen:

„Nicht bloß wir Juden sind so entartet und am Ende einer ausgesogenen, aufgebrauchten Kultur. Alle Rassen von Europa — vielleicht haben wir sie infiziert, haben wir ihr Blut verdorben. *Ueberhaupt ist ja alles heute verjudet.* Unsere Sinne sind in allen lebendig, unser Geist regiert die Welt. Wir sind die Herren. Denn was heute Macht hat, ist unseres Geistes Kind. Man mag uns hassen, uns fortjagen, mögen unsere Feinde nur über unsere Körperschwäche triumphieren. Wir sind nicht mehr auszutreiben. *Wir haben uns eingefressen in die Völker*, die Rassen durchsetzt, *verschändet, die Kraft gebrochen, alles mürbe, faul und morsch gemacht* mit unserer abgestandenen Kultur. Unser Geist ist nicht mehr auszurotten!"

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die antisemitische Presse solche und ähnliche für sie kostbare Stilblüten mit hellem Entzücken pflückt und für ihre Leser zum Strauß sammelt.*) Trotzdem selbst das schon erwähnte „D. Vlksbl." die Darstellung Münzers „sinnlich überhitzt" nennt (was sehr gelinde ausgedrückt ist), und von dem „verworren konzipierten" Roman bemerkt, er betrachte „die ganze Welt vom Standpunkt des Geschlechtlichen", steht es für das Blatt fest, daß hier „ein Wissender" „mit naturalistischer Echtheit" „eine fürchterlich wahre Schilderung" von dem grauenhaften sittlichen Verfall des Judentums gebe. Habeat sibi! Wir unsererseits sind getrost der Meinung, daß jeder halbwegs gesund empfindende Leser sich von dem faulen und widerwärtigen Inhalt eines derartigen Buches angeekelt abwenden und nicht einen Augenblick auf den Gedanken kommen wird, daß diese Bilder einer ausschweifenden und entarteten Schriftstellerphantasie auf typische oder generelle Bedeutung irgendwelchen Anspruch machen könnten. Daß ein *jüdischer* Autor ein derartiges Buch zu schreiben vermocht hat, bleibt zwar bedauerlich genug, aber es zeigt doch nur, daß es eben in jedem Stand und Gewerbe Vögel gibt, die ihr eigenes Nest beschmutzen, und daß die „Freude am Stinken", die Nietzsche gelegentlich bei Zola konstatiert hat, auch bei Schriftstellern jüdischer Abstammung gelegentlich vorkommen kann.

Etwas vom „Simplizissimus".

So manches Mal schon hatten wir es mit allem Nachdruck abgelehnt, wenn in antisemitischen Blättern immer wieder gewisse Kulturerscheinungen, wie der „Simplizissimus", auf das nie genug zu belastende Konto des Judentums gesetzt wurden, trotzdem weder der Begründer und Verleger des Münchner Blattes, noch dessen Redakteure, noch dessen hauptsächlichen künstlerischen Mitarbeiter — den einen, Th. Th. Heine ausgenommen — jüdischer Abkunft sind. Nun will es die Ironie des Schicksals, daß der unbedingt schärfste Angriff, der je gegen den „Simplizissimus" gerichtet worden ist, soeben von einem *jüdischen* Autor ausgeht, dem in Italien lebenden, einer alten Königsberger Familie entstammenden Schriftsteller Rudolf *Borchardt*, der erst vor Jahresfrist durch seine eigenartige kleine Prosadichtung „Das Buch Joram" (Leipzig, Insel-Verlag) das Interesse der literarischen Kreise erregt hat. Borchardt hat in den „Süddeutschen Monatsheften" (München) einen Artikel veröffentlicht, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„In allen deutschen Großstädten, München und Berlin wie billig voran, fließt eine treibende und *ausgerissene Gesellschaft* zusammen, deren eiskalte *Entsittlichung* und *Verrohung*, deren *Korruption* und Verklammerung ein viel zu sicheres Zeichen der Agonie ist, als daß es den Betrachter erregen dürfte. Ein Organ wie der „Simplizissimus" in seinen Anfängen es war, hatte aber nur einen Sinn, wenn es das *Leben* der Nation mitlebte, nicht ihre *Verwesung* teilte. Leider war dies Blatt nun nicht das Organ seiner Künstler, sondern das des Herrn Albert Langen; eine Geschäftsunternehmung, ja *einfach ein Geschäft*. Das war seine Grundlüge, die ihn heute vernichtet. Die Wahrheit zu sagen oder darzustellen, kann wohl einmal etwas einbringen; aber man kann seine Rente nicht darauf gründen, daß man Wahrheit sagt. In dem Maße, in dem der „Simplizissimus"

*) Als charakteristisch sei auch folgende Stelle aus der Rede eines christlichsozialen Parteiführers angeführt, die dieser jüngst in Wien gehalten hat: „Nun ist in der letzten Zeit auch ein neuer Judenroman erschienen von Kurt Münzer „Der Weg nach Zion". Es ist unglaublich, was in diesem Romane geleistet wird; der Staatsanwalt hätte sich eigentlich mit dem scheußlichen Inhalte dieses Romanes zu befassen. In dem Romane wird die Blutschande verherrlicht, typisch ist aber das freimütige Bekenntnis, das einer der Helden ablegt, wie weit es die Juden gebracht haben, daß sie alle Völker und Rassen vergiftet haben. Diese Worte sollen uns eine Mahnung für alle Zeiten sein; der Jude soll uns nicht umsonst gewarnt haben, wir wollen uns einig zusammenschließen."

seine Effekte geschäftsmäßig abschätzen lernte und schablonierte, ist er in eine rückläufige Bewegung der vorwärts gehenden Nation gegenüber getreten; auch ohne das mußte ihn, da er ein bloßes Geschäft war, schon der Abstumpfungskoeffizient um alle Qualität bringen; hatte er mit Salz begonnen, so mußte er nun die Speisen versalzen, um noch gespürt zu werden; hatte er gestern zum Pfeffer und heute zum Paprika gegriffen, so mußte es morgen Curry sein: es ist seit langer Zeit *Höllenstein* geworden und ist heut *Chlor*, das überall, wohin es trifft, *lebendiges Gewebe zerstört*; und zwar *gesundes Gewebe*, nicht das morsche von einst, das wohl ferro et igni hätte angefaßt werden dürfen. Daraus ist resultiert, daß der Simplizissimus in viel tiefere Schichten des Publikums hat sinken müssen und immer weiter sinkt, je mehr er gezwungen ist, *für Mob zu arbeiten*, und es resultiert ferner daraus jene beklagenswerte Verwüstung der künstlerischen Kräfte, der Mißbrauch superiorer Talente, der sich von selbst versteht, wo Künstler wie Wilke durch das Geschäftsinteresse an jeder Entwickelung gehindert werden, wo ein Schriftsteller von dem Range und der Reinheit Hermann Hesses zum *Renommierdeutschen* des Herrn Albert Langen herabgewürdigt wird und einer *leeren Vielschreiberei* verfällt, die ihn ruinieren muß; — ihnen bleibe das Urteil darüber, was an dieser Misere, außer gelegentlichen Requisiten, noch bayerisch, noch münchnerisch, noch süddeutsch ist. Was daran ich nicht als *Klüngel* im bösen Kölner Sinne erkenne, das ist *Camorra*, eine mit allen Camorren Frankreichs und des Nordens, endlich auch Italiens verbrüderte Camorra, wie sie sich beim Schwiegersohne des Herrn Björnsterne Björnson, des determiniertesten Feindes unseres Volkstums, von selber versteht; der Rest ist typisches Rheinländertum im verrufenen Sinne des leider von der Geschichtsunkenntnis meist romantisch verwandten Wortes; es ist der typische politische Kölner im Sinne vernichtender Sätze Treitschkes; den faux bonhomme im Blute und die feile Phrase immer gebrauchsfertig im Munde, ohne Knochen und Grat, mit der Vielseitigkeit der Wetterfahne und der Schamhaftigkeit seines Plakattieres."

Der Sperrdruck in diesem Zitat rührt nicht von uns her, sondern von der „Deutschen Tageszeitung", die Borchardts Aufsatz so vortrefflich findet, wie sie sagt, daß sie schon zweimal Auszüge daraus gebracht hat. Aber weder ihr, noch den andern antisemitischen Blättern, die gleichfalls Borchardts Ausführungen mit zustimmenden Glossen abdrucken, fällt es auch nur im geringsten ein, davon Notiz zu nehmen, daß es ein *jüdischer* Autor ist, den sie hier als Eidhelfer zitieren. Ja, Herr Dr. Friedrich Lange, der sich in seiner „Deutschen Welt" diese scharfe Simplizissimus-Kritik natürlich auch nicht entgehen läßt, hat sogar Logik und Ueberzeugungstreue genug, in der von ihm geschriebenen längeren Einleitung zu den aus Borchardts Artikel zitierten Stellen, in gewohnter Weise „Simplizissimus" und Judentum wieder auf die selbe Anklagebank zu setzen. Der Ehrlichkeit dieser Herren kommt es natürlich nicht in den Sinn, etwa aus der Tatsache, daß gerade von jüdischer Seite so scharf Kritik an dem Münchner Blatte geübt wird, den naheliegenden — und von ihrem Standpunkt aus anerkennenden — Schluß zu ziehen, daß „das Judentum" als Gesamtheit so wenig wie weite nichtjüdische Kreise den mancherlei Ausartungen des „Simplizissimus" in politischer und sittlicher Hinsicht kritiklos oder gar beifällig gegenübersteht. Eine solche Feststellung, die nach den zahlreichen früheren Ausfällen dieser Blätter eine einfache Pflicht des Anstandes gewesen wäre, wird im Gegenteil sorgfältigst vermieden: hätte aber ein Herr namens Borchardt etwa *für* den „Simplizissimus" sich ins Zeug gelegt, er wäre totsicher als ein neuer Beweis dafür zitiert worden, daß allein „das Judentum" den Simplizissimus-Geist unterstütze und großgezogen habe. Im geschickten Drehen und Wenden dessen, was just in ihren Kram paßt und was nicht, läßt sich diese Spezies von Publizistik wahrlich nicht so leicht übertrumpfen! —

Antisemitische Königstreue.

In den antisemitischen Kreisen erregt ein im „Hammer" erschienener und von uns bereits kurz gestreifter Artikel „Die Freunde des Königs" in jüngster Zeit großes Aufsehen. In vielen antisemitischen Vereinen wird er als eine Art Offenbarung vorgelesen und als eine kühne erlösende Tat gepriesen. Dieser von einem Herrn v. R. unterschriebene Artikel ist aber im Grunde nichts weiter als ein salbungsvolles Elaborat niedrigster Sorte. Herr v. R. sieht das Deutsche Reich und das Kaisertum in Gefahr, weil am Hofe sich in jüngster Zeit neben so und so vielen Junkern auch drei bis vier neugeadelte Großkapitalisten jüdischer Abstammung bewegen. Diesen gewaltigen Schmerz können wir ihm nachempfinden, denn nur der alte Adel, der seine Ahnen bis in das Raubrittertum hinein nachweisen kann, darf sich der Sonne des Hofes erfreuen. Wenn aber jemand, in dessen Adern jüdisches Blut rollt, zu Hofe zugelassen wird, dann ist das ganze Vaterland in Gefahr. Dieses alte Lied kennen wir, und Herr v. R. braucht nur den Ton anzuschlagen, dann ist die antisemitische Begeisterung da. Der in seinem Patriotismus tief erschütterte antisemitische Mann schmettert seinen Schmerz in pathetischen Jamben in die Welt hinaus. Er scheint den Untergang des Reiches vor sich zu sehen. Er schreibt:

„Wir können uns durchaus nicht vorstellen, welche Ruhmestat deutscher Geschichte, oder welche große Zeit der preußischen Entwickelung sich dem modernen Zeitungsleser vergegenwärtigen sollte, wenn sein Auge in einem Hofbericht auf die Namen Mosse, Friedländer, Manheimer, Schwabach, Caro oder Simon fällt. — Die atavistischen Begriffe jener „dunklen" Zeiten, in denen namenlose Orientalen mit ihren Bündeln auf dem Rücken an die Türen unserer Vorväter klopften, sind ja überwunden — heute, wo die Töchter jener Moses mit den Gräfinnen Metternich und Sayn Arm in Arm Theater spielen."

Nicht gar so tragisch, Herr v. R.! Mit solchen Phrasen imponiert man heutzutage nur noch dem niedrigsten Bierbankpolitiker. Wir leben doch sozusagen im 20. Jahrhundert und wissen, wie es mit den Verdiensten mancher Vertreter des alten Adels um Deutschland bestellt ist. Kann jemand im Ernst behaupten, daß alle bei Hofe zugelassenen Junker dem Vaterlande große Dienste geleistet haben? Der Kaiser weiß schon, was er tut, wenn er einen frischen Zug in die vermoderten alten Hofsitten hineinträgt. Die Großkapitalisten, die jetzt bei Hofe verkehren, haben große Summen für wohltätige und öffentliche Zwecke gestiftet, haben Kunst und Wissenschaft gefördert, — das ist immerhin etwas wert fürs Vaterland. Es gibt immer noch Leute in Deutschland, die es für weniger gefährlich halten, den Kaiser von Simon, Mosse, Caro usw. umgeben zu sehen, als von Lynar, Hohenau und Eulenburg.

Unser weinender Patriot kann aber auch energische Töne anschlagen, wo es gilt, das Vaterland zu retten. Er schreibt weiter im Stile eines zürnenden Propheten:

„Wir hätten keine Veranlassung, uns mit Fürsten oder Standesgenossen über Fragen des Geschmacks zu streiten. Wer mit Angehörigen einer körperlich und moralisch so inferioren Rasse sich öffentlich in Aufführungen sehen läßt, muß gestatten, daß wir sein Anstands- und Taktgefühl nicht für voll entwickelt halten. Für unsere *regierenden* Fürsten aber müßte es mehr sein als eine bloße Gefühlssache. Und deshalb haben wir Grund, uns mit den Liebhabereien des heutigen preußischen Hofes zu beschäftigen. Die Bahn, in welche das private Leben unserer Fürsten durch den Verkehr mit den Angehörigen niederer Rassen gelenkt wird, kann dem deutschen Volke nicht gleichgültig sein. Vorläufig haben wir noch kein Mittel, zu verhindern, daß der König von Preußen einer Horde gewissenloser Spekulanten das Prädikat des Adels beilegt, sich mit ihnen an einen Tisch setzt, oder auf eine photographische Platte bringen läßt. *Wenn aber Sr. Majestät dem Kaiser dabei wohl zu Mute ist, so ist er für das deutsche Volk rettungslos verloren.*"*)

Wir sind gewiß keine Anhänger des Byzantinismus, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß der aufrichtige Schriftsteller das Recht hat, auch Mißstände am Hofe zu kritisieren. Aber auf das *Wie* kommt es hier an, und wir müssen gestehen, daß diese Sprache ungehörig und taktlos

*) Der Sperrdruck stammt von Herrn v. R. und nicht von uns. D. Red.

im höchsten Grade ist. Wenn ein Sozialdemokrat solche Töne wagen würde, wären unsere Antisemiten die Ersten, die ihre sittliche Empärung darüber zum Ausdruck bringen würden. Das ist beinahe die Sprache eines Pückler. Dazu kommt noch, daß es sich hier um rein private Angelegenheiten des Kaisers handelt, die im Grunde niemand angehen. Niemand wird im Ernst glauben wollen, daß die paar bei Hofe zugelassenen Juden irgend welchen Einfluß auf den Lauf der Regierung zu gewinnen trachten.

Die Gefahr der Mittelstandsbewegung und ihre kulturfeindliche Tendenz.

Die politische reaktianäre Gruppe des Herrn Liebermann von Sannenberg, des Vorsitzenden der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage, stützt sich, seitdem die Werbekraft des spezifischen Antisemitismus mehr und mehr versagt hat, mit Vorliebe auf das mittelständlerische Pragramm. Damit sucht die städtische Hilfstruppe des Bundes der Landwirte nunmehr auch in Thüringen, wo die Blockpolitik den Deutschsazialen bei den letzten Wahlen zwei Reichstagsmandate in den Schoß gewarfen hat, weiterhin festen Fuß zu fassen. Auf liberaler Seite hat man die von dieser Seite drohende Gefahr nicht verkannt, und es ist daher eine verdienstliche Tat des freisinnigen Weimarschen Landtagsabgeordneten Palz, daß er den Mittelstandsagitatoren im allgemeinen und dem bekannten politisch hin- und her irrlichterierenden Prof. Lehmann-Hohenberg, der neuerdings den Antisemiten in dieser Hinsicht politische Gefolgschaft leistet, energisch entgegentritt. Herr Polz hat in der Weimarer Zeitung „Deutschland" mit obigem Titel die gesamte zünftlerisch-reaktionäre Mittelstandsbewegung vor einigen Wochen treffend geschildert; wir geben den Artikel in folgendem im Wortlaut wieder:

Die 1904 zu Hannover gegründete „Deutsche Mittelstandsvereinigung", der auch die hiesige Ortsgruppe angehört, sucht alle Kreise des Mittelstandes, auch die Privatbeamten und Angestellten in Handel und Industrie, Lehrer und Geistliche heranzuziehen und hat zu diesem Zwecke ein Programm aufgestellt, das jedem etwas bringen will. Graf von Posadowsky sagte aber schan am 3. Februar 1906 sehr richtig:

„Eine allgemeine Mittelstandsfrage gibt es nicht, man kann wohl von einer Handwerker-, Kaufmanns- oder Privatbeamtenfrage reden; der Begriff allgemeine Mittelstandsfrage ist aber vollkommen inhaltlos."

Die Mittelstandsvereinigung hat ihr früher vierundzwanzig Punkte umfassendes Programm alljährlich revidiert und auf der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. auf folgende elf Punkte beschränkt: 1. Abänderung des Submissionswesens; 2. Sicherung der Forderungen für Bauhandwerker; 3. Errichtung von Taxämtern; 4. Bekämpfung der Warenhäuser und Konsumvereine; 5. Regelung des Ausverkaufswesens und Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs; 6. Hebung des mittelständischen Kredits; 7. Privatbeamtenfürsorge; 8. Konkursordnung, Rechtssicherheit gegen Schuldner; 9. Belastung des Mittelstandes durch die soziale Gesetzgebung; 10. Meistertitel, Befähigungsnachweis, Handwerksgerichte und 11. Entlastung des Haus- und Grundbesitzes

Mit diesem Programm suchen nun die Mittelständler, da sie angeblich keine Politik treiben wollen, Schutz bei den politischen Parteien; nach dem Muster des Bundes der Landwirte will die Mittelstandsvereinigung van den bestehenden Parteien denjenigen Kandidaten unterstützen, der sich auf ihr Programm einschwört. Professor Dr. Lehmann proklamierte die Mittelstandsvereinigung aber genau wie Dr. Wegener schon als politische Partei!

Wer als Politiker vorurteilsfrei an die Prüfung des Mittelstandsprogramms herantritt, muß ahne weiteres zugestehen, daß die elf Punkte dem liberalen Parteiprogramm entnammen sind, und wer die Parlamentsgeschichte genau kennt, wird bestätigen müssen, daß der Liberalismus die Interessen des Mittelstandes allezeit energisch vertreten hat. Jetzt sall auf einmal der Liberalismus in Mittelstandsfragen versagen. Wie geht das zu?

In den Kreisen der Kanservativen, des Bundes der Landwirte und der Antisemiten hat man die Mittelstandsforderungen einfach ahne objektive Prüfung akzeptiert, um im Reichstagswahlkampf Mandate zu erringen. So ist ja auch der 1. weimarische Wahlkreis dank des Zusammengehens obiger drei Parteien mit Hilfe der Mittelstandsvereinigung an einen Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung (Antisemiten) ausgeliefert warden, obwohl der liberale Kandidat ein warmes Herz gerade für den Mittelstand hatte und die Programmpunkte der Mittelstandsvereinigung im Reichstag mannhaft vertreten haben würde. Ueberall im Deutschen Reiche verschreiben sich die Mittelständler mit Leib und Seele dem Antisemitismus und Konservativismus. Und darin liegt eine graße Gefahr für unser deutsches Volkstum. Denn durch das Zusammengehen mit den Antisemiten verschärfen die Mittelständler den Rassenhaß, der ebenso verdammenswert ist wie der Klassenhaß der Sazialdemokratie! Die Mittelständler stellen sich sonst immer turmhoch über die Sozialdemokraten, bedenken aber nicht, daß sie durch ihre antisemitische Gesinnung tief, tief unter denselben stehen. Die deutsche Reichsverfassung schreibt ausdrücklich vor, daß der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnis unabhängig sein soll; unsere Verfassung kennt weder Juden, noch Evangelische, noch Katholiken, noch Dissidenten, sondern sie redet nur von deutschen Staatsbürgern. Vor dem Gesetze sind alle Deutschen gleich! Wie kann der gebildete Deutsche heute noch antisemitische Prapoganda treiben! Der Rassenhaß entspringt den niedrigsten menschlichen Trieben, der Eifersucht, dem Neid, dem Egoismus. Unser Schiller sagt: „Menschenhaß ist ein verlängerter Selbstmord, Egoismus die höchste Armut eines erschaffenen Wesens." Sa wisset denn, Ihr Bürger, der Stadt Schillers und Goethes, die Euch Haß predigen, erlösen Euch nicht. Ungöttlich ist der Haß, göttlich nur die uneigennützige Liebe! Die Mittelstandsvereine sallten sich wenigstens von dem volksverhetzenden Treiben der Antisemiten fernhalten. Die Antisemiten sind eine gerngesehene Hilfstruppe der Konservativen, wie das ja auch wieder die Reichstagsersatzwahl in Emden-Norden, wo die Antisemiten freilich kläglich abgeschnitten haben, beweist. Auch in Emden-Norden leisteten die Mittelständler mit den Antisemiten den Konservativen Schlepperdienste.

Soll man die Vertrauensseligkeit der Mittelständler oder die Naivität der Konservativen mehr bewundern? Wie kommen die Konservativen dazu, sich als vorzugsweise Vertreter des Mittelstandes auszugeben? In Wahrheit sind doch die kanservativen Parteien Parteien des Großgrundbesitzes. Im preußischen Abgeordnetenhause sitzen 88 Adelige, darunter 20 bis 30 konservative Grafen, meist Rittergutsbesitzer! Nun denke man sich diese Persönlichkeiten als Bundesgenossen des kleingewerblichen Mittelstandes! Im Reichstage fühlen sich die 62 Konservativen und 24 Freikonservativen nebst den antisemitisch angehauchten 19 wirtschaftlichen Vereinlern berufen, Mittelstandspalitik zu treiben. Seit einem Vierteljahrhundert sind die Konservativen ausschlaggebend in der Gesetzgebung und in der Verwaltung, im Reich wie in Preußen. Was haben sie in diesen 25 Jahren für den Mittelstand getan? Ihre Interessen laufen den Interessen des Mittelstandes schnurstracks zuwider.

Die Interessen der Junker sind andere als die des bäuerlichen Mittelstandes; die Erhöhung der Lebensmittelzölle lag in ihrem Interesse; diese mit zu erkämpfen, waren die Kleinbauern gut genug; von den Landwirtschaftskammern in Preußen aber werden die Kleinbauern ferngehalten. Die Junker treten für Beibehaltung der Fideikommisse ein und heimsen allein die 40 Millianen Mark betragende Liebesgabe ein; dem Kleinbauer aber erschweren sie die Erwerbung an Grund und Boden, ja sie verkünden sogar die Gründung von genossenschaftlichen Brennereien. Die Zollpalitik der Kanservativen bringt dem Junker großen Gewinn; dem Kleinbauer verteuert sie die Futtermittel und landwirtschaftlichen Geräte. Und wie auf dem Lande, so haben die Konservativen dem Mittelstand in der Stadt geschädigt. Die zünftlerische Gesetzgebung, die dem Kleingewerbetreibenden die Kankurrenz mit den Großbetrieben erschwert, verdanken die Mittelständler den Kanservativen! Durch die Warenhaussteuer sowie durch die Kansumvereinsbeschränkung führen die Konservativen den Mittelstand nur irre; statt den letzteren auf den Weg der Selbsthilfe gegen die graßkapitalistischen Detailbetriebe zu verweisen, reden die Kanservativen dem Mittelstande vor, daß er durch Staatshilfe gerettet werden kännte. Durch die Bärsengesetzgebung haben die Kanservativen den Mittelstand aus dem Bankwesen verdrängt und die Konzentratian des Kapitals herbeigeführt. Bemerkenswert ist die vom Deutschen Bankbeamtenverein vor kurzer Zeit erst einstimmig angenammene Resolutian. In dieser Resalution heißt es:

„Zwälf Jahre hat das Bärsengesetz nicht nur die gesamte Valkswirtschaft schwer geschädigt, sandern auch auf die Lage der Bankbeamten den nachteiligsten Einfluß ausgeübt. Wird die jahrelang gehegte Haffnung auf eine durchgreifende Refarm aufs neue enttäuscht, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß wieder eine graße Anzahl von mittleren Bankgeschäften ihre Tätigkeit, die nur in dieser Haffnung bisher nach aufrecht erhalten wurde, einstellt, und damit die Existenzbedingungen vieler Kollegen untergraben werden. Ein dauernd sozialer Fortschritt für die Bankangestellten in ihrer

Gesamtheit ist aber nur denkbar, wenn auch der bankgeschäftliche Mittelstand, der sich gegenwärtig nur noch mit Mühe behauptet, die Möglichkeit erhält, sich wieder emporzuarbeiten. Die Versammlung richtet daher die dringende Bitte an den Reichstag, bei den bevorstehenden Beratungen und Beschlüssen auch der gefährdeten Interessen der Bankbeamten eingedenk zu sein, mindestens die Regierungsvorlage wieder herzustellen, und damit endlich dem deutschen Bankgewerbe und seinen Angestellten diejenige Förderung angedeihen zu lassen, auf die die Angehörigen dieses Berufes berechtigten Anspruch haben."

Die Konservativen versuchen immer wieder, dem städtischen Mittelstand das *Genossenschaftswesen* zuwider zu machen; für sich selbst aber nehmen sie dasselbe in Anspruch. Bei Beratung der Gewerbegesetznovelle erschwerten die Konservativen das Detailreisen; sie aber bezeichnen sich als Freunde des gewerblichen Mittelstandes! Die ganze Schutzzollpolitik, die Konservative mit dem Bunde der Landwirte eifrig treiben und die heute Gewerbetreibende, Beamte und kleinere Landwirte am eigenen Leibe verspüren, liegt nicht im Interesse des Mittelstandes. Unter der Herrschaft dieser Schutzzollpolitik haben sich die Kartelle und Syndikate gebildet, deren Segnungen für die Regelung der Produktion nicht verkannt werden dürfen; aber es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Kartelle und Syndikate auf eine Erhöhung des Preises aller Bedürfnisse hinwirken. Unter der Wirkung des Schutzzollsystems ist auch, das konnte gar nicht ausbleiben, der Industrie die große Masse der Rohstoffe verteuert worden. Die Liberalen haben in der im Reichstage stattgefundenen Kohlendebatte die Regierung einmütig auf die Gefahr der Kartelle und Syndikate aufmerksam gemacht und sind für Abstellung sichtbarer Schäden energisch eingetreten. Den Kampf, den Konservative im Verein mit dem Bunde der Landwirte gegen die Warenhäuser und Konsumvereine führen, dient nur zur Verdeckung der Zollwirtschaftspolitik. Die konservative Partei erklärt sich innerlich überwunden, wenn sie am 18. März durch ihren Führer, Herrn v. Heydebrand und der Lasa, im preußischen Abgeordnetenhaus erklären ließ: „Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir den Fortschritt wollen; aber wir wollen ihn nicht ohne weiteres, unter Aufhebung bewährter, bestehender Verhältnisse." Um ihren Besitzstand zu behaupten, braucht die konservative Partei ebenso wie der Bund der Landwirte neue Hilfstruppen; daher das Liebeswerben um den städtischen Mittelstand. Das Zusammengehen der Mittelständler mit den Konservativen bedeutet für unser Vaterland eine ernste Gefahr; denn die Konservativen sind in diesem Falle die Leiter, die Mittelständler die Geleiteten, die Geduldeten, die Folgsamen. Wie die Konservativen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, von Kirche und Schule, der Technik und Industrie die Kulturentwickelung nicht gerade fördern, braucht nur erwähnt zu werden. Der städtische Mittelstand, der da glaubt, er sei in dieser Gefolgschaft gut aufgehoben, führt nicht nur eine weitere Zersplitterung unseres so wie so schon zerrissenen Parteilebens herbei, sondern tritt sogar mit für den Rückschritt ein.

Konservative und Antisemiten bekämpfen gemeinschaftlich die Gewerbefreiheit, ohne die Deutschlands Volkswirtschaft gar nicht denkbar ist, grundsätzlich. Ja, die Herren Rahardt, Suchsland, Rieseberg u. G. erkühnen sich, in ihren Vorträgen schon nicht mehr von Gewerbefreiheit, sondern von Gewerbefrechheit zu reden; sie wollen, wie Bäckermeister Rieseberg auf dem in Gera stattgefundenen Thüringer Mittelstandstag ausführte, die individuelle Bewegungsfreiheit einschränken und die Gewerbefreiheit aufgehoben wissen. Solch törichte Bestrebungen sollten doch jedem selbstdenkenden Menschen die Augen öffnen!

Die liberalen Parteien, deren Vorfahren die Schöpfer des modernen Staates, der modernen Kultur und Zivilisation, der persönlichen Freiheit des Menschen auf allen Gebieten gewesen sind, sind davon überzeugt, daß mit der Preisgabe ihrer liberalen Grundsätze, auf denen unser gesamtes Kulturleben aufgebaut ist, auch ihre Daseinsberechtigung verwirkt wird, und deshalb bekämpfen sie die reaktionären Forderungen der Konservativen und Antisemiten.

Den Zusammenschluß der Kleingewerbtreibenden auf wirtschaftlichem Gebiete begrüßen die Liberalen mit Freude, nur fordern sie, daß der Mittelstand sich womöglich aus eigener Kraft emporarbeitet und durch Zusammenwirken von Selbsthilfe und Staatshilfe den Kampf gegen das Großkapital siegreich führe. Die positive Mittelstandspolitik liegt in der Richtung der Kleinarbeit, der besseren Fachbildung und genossenschaftlichen Schulung. Es ist höchste Zeit, daß sich das deutsche Handwerk nicht länger von zünftlerischen Utopien und rückschrittlichen Bestrebungen ködern läßt; gegen die Reaktion auf der einen und gegen den sozialistischen Terrorismus auf der andern Seite muß sich das deutsche Handwerk selbst durchsetzen zum Segen des gesamten deutschen Volkes.

Wie kann sich der Handwerker und Kleinkaufmann in den Schutz der Konservativen begeben! Der *Bund der Landwirte* schaltet durch die 20 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften, die 1595 Berufsgenossenschaften, die 3062 Produktivgenossenschaften und die 10 000 Kreditgenossenschaften mit ihren 100 000 Mitgliedern die Kleingewerbetreibenden so gut wie vollständig aus. Haben die Agrarier nicht auch durch ihre Genossenschaftsbäckereien und Fleischereien viele selbständige Handwerker vernichtet?

Die liberalen Parteien hoffen angesichts vorstehender Tatsachen, die in kleinen gewerblichen Kreisen gar nicht bekannt zu sein scheinen, daß der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand, der bislang gut liberal war, sich recht bald von seinen vermeintlichen Freunden wieder lossagt. Die moderne Mittelstandsbewegung fußt, und das kann nicht scharf genug betont werden, im Grunde auf einer unerbittlichen Feindschaft gegen das Kapital; und doch ist Wesen und Ziel der modernen wirtschaftlichen Entwicklung Befreiung des Menschen von beengenden Fesseln, der moderne technische Kapitalismus hat uns die Fortschritte gebracht und nicht das mittelalterliche Zunftwesen, nach dem sich gewisse Mittelständler wieder sehnen. Darum bedeutet die Mittelstandsbewegung eine ernste Gefahr für unser Kultur- und Wirtschaftsleben; denn dadurch daß die Mittelständler mit den Konservativen, Antisemiten und dem Bunde der Landwirte gemeinsam marschieren, gefährden sie den gesunden Fortschritt, ja sie fördern sogar die Reaktion, den Rückschritt. Durch die geradezu ungeheuerliche Agitationsweise des *antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes*, dessen sich die Mittelständler in allen Wahlkämpfen bedienen, sägen sich die Mittelständler selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen; denn die politische Feindschaft überträgt sich auch auf unser bürgerliches Leben, und wer da den Schaden hat, braucht nicht näher angeführt zu werden.

Es ist deshalb nicht zu verstehen, daß Männer der Wissenschaft, die vom Antisemitismus stark beeinflußten Mittelstandsvereine noch durch Vorträge in dem Bewußtsein bestärken, daß die Mittelstandsbewegung zur Lösung hoher Kulturaufgaben berufen sei. Die Mittelstandsbewegung hat in ihrer jetzigen Form zweifelsohne eine kulturfeindliche Tendenz und bedeutet für das Deutschtum eine große und ernste Gefahr!

Eine russische Alkoholstatistik.

Wenn auch die Reichsduma, wie ein russischer Minister naiv ausrief, „Gott sei Dank kein Parlament ist," so macht sie doch die parlamentarische Mode Westeuropas mit und fängt an, sich mit sozialpolitischen Fragen zu befassen. Ich sage „die Mode", denn ein inneres Bedürfnis scheinen ihr diese modernen Bestrebungen nicht zu sein. Eine Sozialpolitik aber, die nicht dem Willen entspringt, Hilfe zu leisten, ist nicht nur ethisch, sondern auch nationalökonomisch von nicht allzu großem Wert.

Jede sozialpolitische Erkenntnis fängt mit der Statistik an, und so veröffentlicht jetzt die Budgetkommission der Reichsduma eine Statistik über den Alkohol, den nationalen Krebsschaden Rußlands. Diese Statistik besteht aus 2 Tabellen, einer, die aus der Regierungskanzlei stammt, und einer andern, die die Kommission selber zusammengestellt hat. Die Regierungstabelle gibt nur die Bevölkerungsziffer und den Branntweinverbrauch von 1863—1906 an, also für eine Epoche von 44 Jahren. Die zweite aus der Kommission selber hervorgegangene Tabelle umfaßt nur die relativ kurze Zeit von 5 Jahren (1903—1907), aber sie gibt uns genaue Ziffern über die einzelnen Provinzen des großen Zarenreiches.

Die Statistik befaßt sich nur mit dem „russischen Nationaltrank", mit dem Branntwein, und läßt Wein und Bier ganz unberücksichtigt. Wein wird in Rußland, von der Halbinsel Krim und einem kleinen Teile des Südens abgesehen, nur von den sehr reichen Leuten getrunken, und Bier war bis vor einigen Jahren ziemlich unbekannt und bricht sich jetzt erst langsam Bahn. Aber auch die Branntweinstatistik darf auf Vollkommenheit und Zuverlässigkeit keinen Anspruch erheben. Zunächst ist die Bevölkerungsziffer auf sehr unsicherer Basis aufgebaut. Es darf nicht vergessen werden, daß man bis zum Jahre 1897 in Rußland keine allgemeine Volkszählung kannte. Die Ziffern vor 1897 sind also bloß Schätzungen und auch die Volkszählung von 1897 vollzog sich nicht mit absoluter Genauigkeit wie etwa in Deutschland. Dazu kommt, daß das Branntweinmonopol erst seit 1896 eingeführt ist, während vorher der Schnaps zwar mit einem Akzis belastet war, der Handel damit aber frei stand. Der

Verbrauch kann also statistisch nur nach der Akzisabgabe festgestellt werden. Es ist aber Tatsache, daß in Rußland viel Branntwein gebraunt wurde, ohne Akzis zu entrichten, was bei den russischen Verhältnissen nicht zu verwundern ist. Auch wurde, namentlich in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, viel Branntwein vom Auslande eingeschmuggelt, und viele Städtchen und Dörfer an der deutschen Grenze lebten geradezu vom blühenden Schnapsschmuggel. Es ist also kein Zweifel, daß in Rußland weit größere Quantitäten von Branntwein verbraucht wurden, als die offiziellen Ziffern angeben.

Man muß auch bedenken, daß der Majorität der heutigen Duma nicht nur das Verständnis für eine gesunde Sozialpolitik fehlt, sondern meistens auch der gute Wille. So fehlen in dieser Statistik die Relativzahlen gänzlich, und gerade sie wären in sozialethischer Beziehung am wertvollsten. Wir können aus dieser Statistik nicht den Wohlstand der Trinker, nicht die verschiedenen Gruppen und Volksklassen und auch nicht die Art des Konsums ersehen. Das wäre aber unbedingt nötig, wenn man daraus Schlüsse für sozialreformerische Zwecke ziehen wollte.

Trotzdem gewähren schon diese magern Ziffern einen tiefen Einblick in die russischen Verhältnisse und sind daher auch für den westeuropäischen Politiker von großem Wert. Wir sehen hier vor allem die Tatsache bestätigt, daß oft die Trunksucht nicht die Mutter der ökonomischen Not, sondern nur das Symptom einer vorhandenen Krankheit ist. So hat mit der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland die Trunksucht wesentlich und zwar spontan abgenommen. Noch im Jahre 1863 wurden in Rußland bei einer Bevölkerungszahl von ungefähr 67 Millionen nicht weniger als 82 Millionen Eimer Branntwein vertilgt, auf jeden Einwohner kam also 1,25 Eimer jährlich, auf jeden erwachsenen Mann mindestens 6 Eimer jährlich. Schon im Jahre 1864, dem ersten Jahre nach der Befreiung von der Leibeigenschaft, sehen wir einen großen Fortschritt, und der Konsum sinkt rapid auf 0,8 pro Kopf der Bevölkerung. Man sieht also, daß die Gewährung ökonomischer und menschlicher Freiheiten — von politischen konnte man da in Rußland noch nicht sprechen — als bestes Prohibitivmittel gegen die Trunksucht wirkte.

Noch eine andere wichtige Sache lehrt uns die Tabelle. Bei der Einführung des Branntweinmonopols versprach sich der damalige Finanzminister Witte von dieser Reform eine Verminderung der Trunksucht, und er proklamierte das Staatsmonopol als höchsten sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Seine Erwartung, wenn sie überhaupt ehrlich gemeint war, ist arg getäuscht worden. Denn die Trunksucht hat in den letzten 10 Jahren der Monopolwirtschaft nicht ab-, sondern stark zugenommen. Im Jahre 1895 wurden in Rußland 122 Millionen Eimer Branntwein konsumiert, das macht pro Kopf der Bevölkerung 0,53 Eimer jährlich. Diese Zahl bleibt 6 bis 7 Jahre hindurch fast stabil, steigt aber in den letzten 3 Jahren immer mehr und erreicht im Jahre 1907 die Höhe von 0,63 Eimer pro Kopf der Bevölkerung. Nun muß berücksichtigt werden, daß in den letzten Jahren der Preis des Branntweins sehr in die Höhe ging und daß die Bevölkerung Rußlands durch den unglücklichen Krieg gegen Japan und durch die damit verbundenen ökonomischen Krisen stark gelitten hat, — und dennoch diese gewaltige Zunahme der Trunksucht! Als der Branntweinhandel frei war, behauptete man, die Juden, die namentlich in Westrußland den Schnapsbetrieb in den Händen hatten, verleiten frivol die Bevölkerung zum Trinken. Das hat sich als Argument des Vorurteils und nicht der Vernunft erwiesen. Man kann sich davon überzeugen, daß die Trunksucht heute unter der Regieverwaltung der Regierung mit ihren „echt russischen" Beamten noch mehr als früher im Schwung ist.

Auch die Behauptung der reaktionären Parteien, daß die revolutionäre Bewegung die Trunksucht gefördert hat, erweist sich als unhaltbar. Im Jahre 1905, wo die Revolution am schlimmsten wütete, wurde, wie die Ziffern lehren, nicht mehr getrunken als durchschnittlich in den vorangegangenen 6 Jahren. Dagegen ist die Trunksucht im Jahre 1907, wo die Revolution bereits stark im Erlöschen war, sehr gestiegen. Vielleicht ist auch das nur Zufall, jedenfalls aber beweist das, daß politische Bewegungen in keinem inneren Zusammenhange mit der Trunksucht stehen.

Auch die zweite Tabelle der Kommission wirft trotz aller Dürftigkeit interessante Streiflichter auf die russischen Verhältnisse. Sie zeigt uns, daß in denjenigen Provinzen, in denen den Juden das Wohnrecht eingeräumt ist, in Litauen und Polen, die Trunksucht viel geringer ist als im innern Rußland. In Süd- und Westrußland kommen 0,33 Eimer pro Kopf der Bevölkerung jährlich, während in den anderen Provinzen der Durchschnitt 0,53 Eimer pro Kopf und Jahr beträgt. In den Jahren 1904 und 1905 bemerken wir sogar im sogenannten „Judenrayon" eine wesentliche Abnahme des Branntweinkonsums, nur im letzten Jahre 1907 steigt der Konsum auf 0,39 Eimer pro Kopf der Bevölkerung. Im selben Jahre aber nimmt die Trunksucht im übrigen Rußland eine geradezu unheimliche Höhe an und sie steigt bis auf 0,63 Eimer pro Kopf. Während also der Konsum im Innern Rußlands um 0,13 zugenommen hat, nimmt er im Judenrayon nur um 0,06 zu. Am meisten getrunken wird in den Provinzen Moskau und Petersburg. Die Tabelle selber verzeichnet als Grund der Mäßigkeit in Polen, West- und Südrußland, „weil dort viele Juden leben, die bekanntlich keine großen Trinker sind".

Das eine kann der Unbefangene daraus lernen, daß auch die mangelhafteste Statistik mehr geeignet ist, Vorurteile zu beseitigen und die wahren Verhältnisse zu beleuchten, als phrasenhafte oder gar fanatische Reden. Rußland wird erst dann dem Fortschritt entgegensteuern, wenn es den Mut findet, die sittlichen und wirtschaftlichen Schäden da zu suchen, wo sie sind; wenn es in der Politik wie in der Kultur nicht die verschlungenen Pfade der Instinkte, sondern die freie, lichte Bahn der Vernunft wandeln wird.

Wiener Brief.

(Heugabeln und Wissenschaft. — Lueger und die Bauern. — Pattai als Millionen-„Verschwender". — Die Budgetdebatte. — Der Thronfolger.)

VIII.

Wien, den 30. Mai 1908.

Die Christlichsozialen haben in die österreichischen Universitätskämpfe eine neue Nüance gebracht. Ihnen war es vorbehalten, das Argument der Heugabeln ins Treffen zu führen. In Graz fand vor 14 Tagen ein Sturm der Bauern auf die Universität statt, bei dem drei christlichsoziale Abgeordnete das Kommando übernommen hatten. Herr Hagenhofer, dessen Körperkraft seine Geisteskraft zweifellos überragt, wollte den katholischen, das heißt christlichsozialen Studentenverbindungen zur Hilfe eilen, denn diese liegen mit der freiheitlichen Studentenschaft in Fehde. In der letzten Zeit erheben nämlich die klerikalen Studenten den Anspruch auf das Tragen burschenschaftlicher Abzeichen, wogegen sich die Hörerschaft, die nicht im Gefolge der christlichsozialen Parteien einherzieht, hartnäckig zur Wehre setzt. Daß zur Austragung solcher Streitigkeiten die ehrsamen Landbewohner der grünen Steiermark aufgeboten werden, die im allgemeinen mit dem Pfluge besser umzugehen wissen, als mit der Feder, und für die der Viehstall eine vertrautere Räumlichkeit als der akademische Hörsaal darstellt, ist gewiß eine höchst eigentümliche Erscheinung. Noch sonderbarer jedoch erscheint die Tatsache, daß der Anführer der zweihundertköpfigen Bauernschar, die auf dem akademischen Boden vorzudringen suchte,

im österreichischen Parlamente wie ein Held empfangen wurde. Die Christlichsozialen sind jetzt eine Regierungspartei, sie werden durch zwei Minister im Kabinette vertreten und man sollte meinen, sie würden sich dadurch verpflichtet fühlen, für die Aufrechterhaltung der Ruhe Sorge zu tragen. Das ist nun ganz und gar nicht der Fall. Schon von allem Anbeginn hat die Partei Dr. Luegers durch ihr Auftreten zu verstehen gegeben, daß sie nur zu fordern gedenke und nicht auch Gegenleistungen bieten wolle. Rücksicht wurde von ihr nie genommen.

Welch' geistiges Leben in der Reihe der christlichsozialen Partei herrscht, konnte man dieser Tage beim ersten Bundestag der niederösterreichischen Bauernvereine wahrnehmen. Aus ganz Niederösterreich waren die Bauern nach Wien geeilt, und die christlichsozialen Parteigrößen haben sie mit allem Pomp empfangen, denn der „Bauerntag" sollte ja nichts anderes sein als eine parteipolitische Veranstaltung. Von den eigentlichen Bauernfragen war nicht viel die Rede, und Herr Schraffl, der Tiroler Bauernkönig, der z. B. über die Altersversorgung hätte sprechen sollen, ließ sich hauptsächlich über politische Themen vernehmen. Auch der Bürgermeister von Wien, Herr Dr. Lueger, hielt eine Ansprache, in der er den richtigen Ton für die Versammlung traf. Vor allem entschuldigte er sich, daß er ein Doctor juris utriusque sei, und fügte dann hinzu, daß die Bauern ihm gegenüber noch immer etwas voraushätten. „Ich kann den Pflug nicht führen, sie aber können ihn führen", meinte der Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt. Bescheiden sprach er davon, daß er den Bauern durch Rechtskenntnisse überlegen sei. Soll darin vielleicht ein Eingeständnis liegen? „Die Bauern und auch die Gewerbetreibenden," fuhr Dr. Lueger fort, „haben die nämlichen Rechte wie jeder in Oesterreich, sie genießen die gleiche Freiheit wie die Herren auf der Universität, und wenn sie auch nicht soviel Bücher gelesen haben, so können sie wieder auf einem anderen Gebiete mehr als: Rectores, Doctores, Professores, Decani". Die Bauern klatschten dem berühmten Stadtoberhaupte natürlich Beifall, und vielleicht wird der eine oder andere Schelm gedacht haben, daß sich der Mann daheim — im Niederösterreichischen — zum Vorsteher der „Gmoan" (Gemeinde) eignen würde. Weniger passend ist dieses Verhalten für das Oberhaupt der größten Stadt einer Vierzig-Millionen-Monarchie, die gleichzeitig der Sitz der ersten wissenschaftlichen Institute des Reiches ist. Ein geringeres Maß von Hochachtung hat der Wissenschaft bisher nur Herr Gregorig gezollt, der für sie lediglich das Wort „Pflanz" (Schwindel) übrig hatte. Herr Gregorig, der sich übrigens vor längerer Zeit ins Privatleben zurückzog, war bloß ein kleiner Pfaidler, während Dr. Lueger Jurisdoktor ist.

Ausgezeichnet haben sich die Christlichsozialen auch bei der letzten Generaldebatte über das Budget, die gestern im Abgeordnetenhause zum Abschlusse kam. Schon vor sechs Jahren fand die letzte Generaldebatte über den ordentlichen Staatsvoranschlag statt, weil man sich seither mit Budgetprovisorien forthalf. Mittlerweile sind die Christlichsozialen die größte und mächtigste Partei des Reiches geworden, und man hätte selbst bei der tiefsten Einschätzung der geistigen Qualitäten der Herren um Dr. Geßmann erwarten können, daß die Redner der klerikal-antisemitischen Reichspartei wenigstens einigermaßen Hörbares über den Staat, seine Organisation und Verwaltung zum besten geben würden. Herr Silberer unterhielt sich jedoch damit, eine Bluse zu demonstrieren, die für Staatsarbeiter in Verwendung kommen soll, und der alte Monsignore Scheicher, der früher doch bessere Tage gesehen hat, witzelte über Buchstaben. Der Minister des Aeußern heiße Aehrenthal und nicht Ehrenthal, der Kriegsminister nicht Schöneich, sondern Schönaich; daraus könne man alles Mögliche ableiten. Es ist wohl wahr, daß die Budgetdebatte im großen und ganzen weit unter dem Niveau stand, das sich für das österreichische Parlament geziemen würde, allein das entschuldigt die Christlichsozialen in keiner Weise. Die Partei, die ein Fünftel der Sitze des „hohen Hauses" innehat, wäre verpflichtet, für die Hebung des Ansehens zu sorgen.

Jüngst fand in einem Wiener Bezirksgerichte eine Verhandlung statt, die zur Kenntnis der christlichsozialen Stadtverwaltung wichtig ist. Bei den letzten Gemeinderatswahlen hat Herr Dr. Pattai in einer Versammlung gesagt, daß man von den 360 Millionenanleihen eigentlich eine Million Kronen für die christlichsoziale Presse verwenden sollte. Diese köstliche Anschauung eines Mannes, der als Landesausschuß selbst in der Lage ist, auf die Verwaltung öffentlicher Gelder Einfluß zu nehmen, wurde nachher in einer freiheitlichen Versammlung vorgebracht. Ein anwesender Christlichsozialer schämte sich dieser Aeußerung und hielt sie auch für unmöglich. Deshalb warf er dem liberalen Kandidaten vor, daß er lüge. Bei dem Ehrenbeleidigungsprozeß, der diesen Zwischenfall zum Abschluß brachte, stellte sich heraus, daß Dr. Pattai, der lange Zeit als erster Ministerkandidat der Christlichsozialen galt, tatsächlich der Meinung war, daß Gelder, die von der Stadt Wien für öffentliche Zwecke aufgenommen werden, publizistischen Preßunternehmungen zugewendet werden können, ohne daß dadurch gegen die primitiven Moralbegriffe verstoßen würde.

Die Christlichsozialen, die sich so gern an die Mächtigen im Reiche heranmachen, werden gewiß nicht über den „Pester Lloyd" von Donnerstag erfreut gewesen sein. Das ungarische Blatt brachte aus der Feder eines mit den Verhältnissen genau vertrauten Mannes eine Charakteristik des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Este, in der die Fabel von der antisemitischen Gesinnung des kaiserlichen Prinzen wieder einmal zerstört wurde. Der Thronfolger ist sehr religiös, aber er weiß auch die Religiosität der andern, nicht nur der römischen Katholiken, zu schätzen. Insbesondere erkennt er die Vorzüge der Juden an, und er selbst beschäftigt Israeliten, die es bei ihm zu hohen Verwaltungsstellen gebracht haben. Diese Mitteilungen kränkten Herrn Vergani mutmaßlich sehr, denn er nahm von ihnen keine Notiz. Die Leser des „Deutschen Volksblattes" und der anderen christlichsozialen Blätter dürfen nicht beunruhigt werden. Wenn man sie über alle Geschehnisse getreulich unterrichten würde, dann ging ihnen zu früh ein Lichtlein auf. Das soll um jeden Preis vermieden werden. Nacht muß es eben sein, damit die Sterne der Christlichsozialen leuchten können. rm.

Amerikanischer Brief.

In Preußen wird ja, wenn dieser Brief dort eintrifft, die Landtagswahlkampagne beendet sein. Da werden die Antisemiten wohl öfter außer sich gewesen sein bei dem Gedanken, daß hier und da ein Jude als Kandidat aufgestellt werden könnte, und noch mehr außer sich gewesen sein, wenn einer wirklich aufgestellt worden ist. Da lese ich aber eben, daß sogar in Süd-Wales, das sich doch keiner so alten Kultur rühmen kann, wie Preußen, drei Juden der Legislatur angehören und einer von ihnen, der obendrein den ominösen Namen Cohen führt, zum Vizepräsidenten gewählt worden ist, ein Jude, der seine Zugehörigkeit zum Judentum keineswegs unter den Scheffel stellt, sondern eine führende Rolle in der jüdischen Gemeinde spielt. Hier im Staate Illinois ist ein Jude, der erst seit 1886 in Chicago ansässig ist, als Wahlmann für die bevorstehende Präsidentenwahl aufgestellt worden.

Freilich glaubt man hier trotz des auch vorhandenen Antisemitismus nicht an solche Märchen, wie sie von den deutschen Antisemiten über die Juden dem Publikum erzählt werden. Man glaubt im Lande der Milliardäre nicht daran, daß die Juden die einzig oder hauptsächlich reichen Leute

in der Welt seien und allein den Geldmarkt kontrollieren. Senator La Follette hat unlängst die hundert Großkapitalisten aufgezählt, die den Geldmarkt beherrschen. Unter diesen hundert befinden sich nur drei Juden: Jakob Schiff, James Speyer und die Guggenheims. Was aber will selbst der Reichtum eines Jakob Schiff und der anderen beiden jüdischen Familien bedeuten gegenüber dem Reichtum eines Carnegie, dessen Jahreseinnahme auf mindestens 100 Mill. Mark geschätzt wird, d. h. auf mehr als sämtliche Monarchen Europas, mit Ausnahme des Kaisers von Rußland, an Zivillisten erhalten? Und dieser Carnegie war in seiner Jugend ein armer Teufel, hat als sehr gering bezahlte „Hand" in Fabriken gearbeitet. Nicht minder ist der Reichtum des sehr frommen Rockefeller, Pierpont Morgan, der Vanderbilt, der Astor sehr viel größer als der der obengenannten reichsten Juden.

Da sollen ja nach antisemitischer Lehre die Juden alle Aemter an sich reißen, wenn man ihnen nicht den Zutritt verweigert. Nun, in den Vereinigten Staaten, wo sogar ein Jude Kabinettsminister ist, in New York, wo jeder fünfte Einwohner ein Jude ist, gibt es unter den 5 534 städtischen Beamten 904 jüdische, d. h. nicht ganz so viele, als der Kopfzahl noch bei paritätischer Verteilung auf sie entfallen müßte.

Nach antisemitischer Lehre sollen die Juden keine Patrioten sein können. Aber der Kriegsminister Taft hat unlängst in einer Rede erklärt, er habe bei einem Besuche der besonders von Juden bewohnten Stadtteile und von jüdischen Schülern besuchten Schulen einen tiefen und dauernden Eindruck mitgenommen. „Nie," sagte er, „habe ich Liebe zum Vaterlande so in Fleisch und Blut eingedrungen, nie so zum Ausdruck gelangen gesehen wie dort." Und die ganze Versammlung, eine sehr große, keine jüdische, eine Versammlung, in der vielleicht auch Juden gewesen sein mögen, aber nicht weiter bemerkt wurden, brach in lauten Beifall bei dieser Erklärung des früheren Kriegsministers und nunmehrigen Präsidentschaftskandidaten aus.

Antisemiten geben sich nicht die Mühe, ihre Anschauungen und Vorurteile zu korrigieren. Sie sollten, wenn sie vernünftig sein könnten, es so machen, wie es unlängst eine Missionsgesellschaft in Amerika gemacht hat. Sie lud einen Rabbiner ein, ihren Mitgliedern einen Vortrag über das Judentum zu halten und ihnen so eine bessere Kenntnis des Judentums zu verschaffen. Der Rabbiner sprach ganz frei von der Leber. Er sprach von den fundamentalen religiösen Differenzen zwischen Judentum und Christentum und redete keineswegs den Zuhörern nach dem Schnabel. Im Gegenteil wies er mit Nachdruck auf den Mangel an Bekanntschaft mit Juden und mit dem Judentum, der schuld sei an den herrschenden Vorurteilen und an der Feindschaft der Christen gegen die Juden. Die Zuhörer folgten mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrage, und sie dürften so manches Vorurteil abgelegt haben. Die deutschen Antisemiten hingegen schließen sich in ihren antisemitischen Kneipen und Sommerfrischen ein, pflegen da ihre durch keinerlei Sachkenntnis beeinträchtigten Anschauungen über die Juden und halten es für vollständig überflüssig, sich eines Besseren belehren zu lassen.

Eines der bekanntesten Vorurteile, daß die Antisemiten für unwiderleglich halten, ist, daß die Juden keinen Ackerbau treiben, auch keinen treiben wollen, weil er harte Arbeit bedinge. In Wirklichkeit hat es selbst in Rußland trotz aller bekannten Schwierigkeiten und Hindernisse nach einer amtlichen Statistik im Jahre 1897 über 40 600 jüdische Bauern gegeben. In dem Etatsjahre 1906/07 sind in Amerika 2558 jüdische Farmer eingewandert, von Kanada, Argentinien ganz abgesehen. Die Zahl der jüdischen Landwirte in den Vereinigten Staaten beträgt eher mehr denn weniger als 5000, und es gäbe ihrer sicher mehr, wenn die Einwanderer mehr Geld zur Verfügung hätten. Leonard G. Robinson, der Generaldirektor der jüdischen landwirtschaftlichen und industriellen Gesellschaft, erklärte, wie wir der „Sun" entnehmen, auf Grund seiner Forschungen und Erfahrungen, daß, wenn er die gegenwärtige Aera in der Geschichte der Juden charakterisieren sollte, sie höchst wahrscheinlich als die Aera der Kolonisation bezeichnen würde. „Niemals," sagte er, „hat sich das Verlangen der Juden, zur Landwirtschaft zurückzukehren, so deutlich und stark offenbart, wie gerade jetzt, und niemals sind solche Anstrengungen von einzelnen wie von organisierten Gesellschaften gemacht worden, dieses Ziel zu erreichen." Bezeichnend für die Zunahme der Zahl jüdischer Landwirte in den Vereinigten Staaten ist sicherlich, daß jetzt eine jüdische Monatsschrift unter dem Titel „Der jüdische Farmer" in den Vereinigten Staaten erscheint.

Das alles wird aber die Antisemiten nicht weiter stören und abhalten, noch wie vor, als etwas ganz Selbstverständliches, zu sagen, daß die Juden nicht Landwirte werden, weil sie nicht schwere Arbeit übernehmen wollen. Sie verzapfen ja noch immer in jedem jungen Jahr das Ritualmordmärchen sogar, und es gibt genug Antisemiten, die es sogar glauben. Was glauben Antisemiten nicht alles, wenn es nur gegen die Juden gerichtet ist. Da gibt es in Barklay West, in der Kapkolonie, einen achtjährigen Bengel, der behauptet, er könne alle Kranken heilen, Weiße wie Schwarze, nur Juden nicht. Die Mutter erklärt, diese Begrenzung seiner Heilkraft sei ihrem Jungen vorgeschrieben worden von den Engeln, die ihm gedroht hätten, ihm seine Heilkraft zu nehmen, wenn er jemals versuchen würde, sie zugunsten der Juden anzuwenden. — Die brave Frau weiß vermutlich, daß die Juden sich nicht so leicht etwas vormachen lassen und hat die jüdischen Nörgler und Kritiker von vornherein lieber gleich von der Kundschaft ausgeschlossen, unter welcher sie sich sehr bald als „Element der Dekomposition" entpuppen und den jedenfalls sehr einträglichen Kurschwindel entlarven und empfindlich stören würden. „Antisemitische Engel" ist jedenfalls eine Errungenschaft, auf die die Antisemiten der ganzen Welt stolz sein können. Viel weiter geht es nicht mehr.

Aus dem antisemitischen Lager.

Bruhns „Wahrheit" ist kürzlich in einer Sitzung der Kreissynode Berlin-Kölln-Stadt und zwar in der Debatte über die kirchlichen und sittlichen Zustände zum Gegenstande der Kritik gemacht worden. Syn. Pastor Riemer sagte, man müßte sich gegen die Skandalpresse, die jetzt mit so viel Lärm auf den Straßen verkauft werde, wehren. Redner verlas einige Ueberschriften von Artikeln in einer einzigen Nummer der „Wahrheit" vom 23. Mai und betonte, wie geradezu ekelerregend die in den Artikeln gebotene Kost zum Teil sei.

Vermischtes.

Professorenstreit und Rassenkampf. Daß man für eine ungerechte Sache dadurch Reklame zu machen sucht, daß man an die nationale Eitelkeit oder an den Rassenstolz appelliert, das ist keine neue Erscheinung. Es hat immer Leute gegeben, die ihr Töpfchen an der patriotischen Flamme wärmten und die Gefühle oder die Schwächen der Volksmassen für ihre persönlichen Zwecke ausbeuteten. Durch nichts aber gewinnt man heutzutage in Deutschland den politischen Pöbel so leicht für sich, als dadurch, daß man seine Sache durch sophistische Kunstmittel mit der Judenfrage in Zusammenhang bringt und sich in der Polemik der antisemitischen termini technici bedient. Daran erinnert uns wieder der gegenwärtige lei-

dige Professorenstreit in Lausanne. Man weiß, mit welchen kleinlichen Mitteln oft auch Gelehrtenkämpfe ausgefochten werden, und diese Kämpfe sind noch widerlicher, wenn sie rein materieller Natur sind. Wir würden daher nie zu diesem Streite das Wort ergriffen haben, wenn er nicht ganz ins antisemitische Fahrwasser geraten wäre. Herr Professor Kuhlenbeck besaß den schlechten Geschmack, seine Sache mit dem modernen Rassehaß zu verquicken, und so sind die Antisemiten aller Schattierungen seine Bundesgenossen geworden. Ob die Partei Kuhlenbeck-Van Vleuten oder die Partei Herzen-Sternberg recht hat, das zu entscheiden ist vorläufig, wo Aussagen gegen Aussagen stehen, schwer zu sagen. In jedem Falle aber ist es ein grober Unfug, die Judenfrage, die damit absolut nichts zu schaffen hat, in die Debatte gewaltsam zu zerren. Weder Privatdozent Sternberg noch Professor Herzen sind Juden, und wenn unsere Antisemiten sie zu Juden stempeln, so geschieht es wider besseres Wissen. Professor Herzen ist der Enkel von Alexander Herzen, und wer sich mit den politischen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts befaßt hat, dem ist dieser Name nicht fremd. Herzen stammt von altem russischen Adel und nicht von Juden ab. Es ist wahrlich Zeit, daß die Unsitte aufhört, Leute, die einem aus irgend einem Grunde nicht gefallen, als Juden zu verdächtigen, um gegen sie die niedrigsten Instinkte des Pöbels zu wecken.

Zentrumsabgeordneter und Güterzertrümmerer. Unter dieser Ueberschrift tritt die bauernbündlerisch-antisemitische „Neue Bayrische Landes-Ztg." der parteipolitischen Ausbeutung einer geschäftlichen Transaktion eines bayerischen Zentrumsabgeordneten gegenüber. Der Vorgang wird in einer entrüsteten Zuschrift an das Blatt wie folgt geschildert:

„Der Zentrumsabgeordnete Anton Lang von Biesenhofen hat sein großes Anwesen an jüdische Güterzertrümmerer verkauft. Das Zentrum und Herr Lang haben immer gegen die Güterzertrümmerer gewettert und ein Gesetz zu deren Bekämpfung verlangt. Nun sündigt Herr Lang selber gegen das Parteigebot und seine eigene Meinung. Wir erwarten von der Redaktion, daß dieses Verfahren von ihr scharf gegeißelt wird, zumal die Zentrumsblätter und die Zentrumsredner seinerzeit den Bauernbundsführer Wieland, obschon er nur im Interesse von Geschwistern und Mündeln, ohne für sich Nutzen zu suchen, zwei große Güter zertrümmert hatte, in der gemeinsten Weise als Güterschlächter verächtlich gemacht, beschimpft und zu Tode geärgert haben. Also haut sie, die Bösewichter!"

Das Würzburger antisemitische Blatt lehnt mithin dieses „christliche" Ansinnen entschieden ab mit einer bei dem Blatt leider nur selten anzutreffenden Objektivität in der Begründung; es bemerkt nämlich hierzu:

„Kennen wir doch die näheren Umstände gar nicht, welche Herrn Lang zum Verkauf seines Anwesens an Güterzertrümmerer veranlaßt haben. Zweifellos hat er eine schwerwiegende und dringende Veranlassung gehabt, sonst gibt ein alteingesessener, ahnenstolzer Bauer seinen schönen Hof nicht so leichten Herzens ab. Lang ist auch nicht der erste, der das getan hat. Dutzende, ja Hunderte von großen und mittleren Bauern haben es vorgemacht. Schulden, Unglück, Alter, Kinderaussteuerung, Krankheit, Todesfälle, Familienzwist, Widerwärtigkeiten, Dienstbotennot und andere Ursachen haben schon manchen Bauern fortgetrieben. Warum soll nicht auch Herr Lang aus diesem oder jenem Grunde zur Veräußerung seines Gutes gezwungen worden sein? Und wenn er einmal dies vor hatte und vielleicht tun mußte und keinen rechten Käufer fand, so nahm er eben zahlungsfähige jüdische Händler an. In Altbayern ist es leider ebenso wie in Franken, daß, wenn ein Bauer etwas verkaufen will, die anderen Bauern zugeknöpft und ablehnend sich verhalten. Wenn aber der Jude dazwischen kommt, dann geht in der Regel der Handel, die Bauern beißen lieber an, sie steigern und kaufen. Unter solchen Umständen können wir auf den Abgeordneten Lang keinen Stein werfen. Ne ultra posse nemo tenetur. Man kann von niemand Unmögliches erwarten."

Früher hat freilich auch Herr Memminger, wenn es ihm gerade in den Kram paßte, die volle Schale seines Zornes über die ganze Zunft der Güterparzellanten ausgeschüttet. Im Juni v. J. war z. B. folgendes in der „N. B. L.-Ztg." zu lesen:

„Dem bayerischen Landtag ist am 31. Mai großes Heil widerfahren. Oberpfälzische Waldler haben als ihren Vertreter einen Güterhändler, den Herrn Rothfischer, gewählt, dem dieser Titel sogar gerichtlich zuerkannt wurde, und der sich trotz heftigsten Sträubens in den Lokalblättern 8 Gutszertrümmerungen und Gutshandelschaften unter Angabe der Geschäftsteilhaber, der Verkäufer, der Ein- und Verkaufspreise, Gewinnanteile und notarieller Kaufbriefe usw. aufzählen lassen mußte. Der Gewählte siegte sogar über den offiziellen Zentrumskandidaten, den Gerichtssekretär Vogel, mit einem Mehr von 200 Stimmen und beabsichtigt, in der Kammer der Zentrumsfraktion beizutreten."

Man sieht, bald so, bald so, wie's trefft!

Der Hilfsverein der Deutschen Juden, der unter der Leitung der Herren James Simon, Dr. Paul Nathan, Eugen Landau, Dr. Horovitz u. a. steht, verschickt soeben seinen sechsten Geschäftsbericht, der einen Einblick in die stetig wachsende gemeinnützige Tätigkeit des Vereins gestattet. Der Verein zählt nicht weniger als 18000 Mitglieder in 638 Orten und verfügt über 320 Lokalkomitees und Vertrauensleute. Trotz großer Ausgaben hat der Verein ein Vermögen von 956542 Mark am Beginn dieses Jahres ausweisen können. Indessen sind die Anforderungen an die Hilfstätigkeit so groß, daß die andauernde Opferfreudigkeit weiter Kreise nötig ist, soll dem Bedürfnis auch nur annähernd genügt werden. Der Verein entfaltet eine kulturelle und zivilisatorische Tätigkeit, die über die Grenzen des Judentums hinaus heilsam wirkt. Er schafft Schulen, Kindergärten, Seminare, Kreditgenossenschaften, Krankenhäuser, Industrien in Ländern, wo Not und Elend herrschen. Er tritt dem Wucher, dem Mädchenhandel, der Arbeitslosigkeit entgegen. Er sucht die Massen zu eigener Kraft und Regsamkeit zu erziehen, ihnen die Möglichkeit zu geistiger und wirtschaftlicher Entwickelung zu bieten. Wir sehen, wie er in Galizien Spitzenhäkeleien, Filetguipure-Technik, Klöppelei, Haarnetzerei und andere Gewerbe pflegt, um einer darbenden Bevölkerung aufzuhelfen, wie in Rumänien für die unter Rechtlosigkeit und Verfolgungen leidenden Juden durch Unterrichtsanstalten, Lehrmittelsammlung, Laboratorien, Handwerker- und Haushaltungsschulen und Vorschußkassen nach Möglichkeit gesorgt wird, wie in Bulgarien, der Türkei, Palästina Schulen aller Art gefördert, in Jerusalem eine Lehrerbildungsanstalt, eine Handelsrealschule, eine Zentralbibliothek, ein Mädchenheim betrieben werden. Durch eine große Zahl solcher Institute aller Art wird dauernder Nutzen geschaffen, während zugleich der augenblicklichen Not weitherzig gesteuert wird. Große Summen haben die Judenhetzen in Rumänien und Rußland erfordert. In musterhafter Weise hat der Hilfsverein wiederum den Strom russischer Auswanderer nach dem Ausland geleitet. Nicht weniger als 20097 Auswanderern hat er Unterstützung gewährt, nicht nur durch materielle Fürsorge, sondern auch durch zweckmäßige Belehrung. Für die Auswanderungsarbeit allein hat der Hilfsverein rund 400000 Mark verausgabt, wovon er selbst etwa eine Viertelmillion beigesteuert hat. Interessante Mitteilungen enthält der Bericht über die Tätigkeit des Hilfsvereins in Abessinien und Marokko. Kurzum, der Jahresbericht ist ein glänzendes Zeugnis für die ebenso geschickte wie beharrliche Tätigkeit des Vereins zur Besserung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lage der Juden besonders im Ausland. Das Wirken des Vereins verdient die rückhaltlose Anerkennung und werktätige Unterstützung jedes Menschenfreundes.

Der Erfinder des Benzin-Automobils. Eine Gedenktafel für den Erfinder des Benzin-Automobils wird an dessen Geburtshause in Malchin angebracht. Der Erfinder hieß Siegfried Marcus und wurde am 18. September 1831 in dem Nebenhause der Malchiner Apotheke als Sohn des mecklenburgischen israelitischen Oberrats

Marcus geboren. Er erlernte in seiner Heimat die Mechanik, ging dann nach Hamburg und fond 1848 eine Stelle bei der neu gegründeten Firma Siemens & Halske in Berlin. Hier wurde er ein besonderer Günstling des großen Werner Siemens. Seit 1852 lebte Marcus in Wien, wo er mehrere Johre am Josephinum und im chemischen Loboratorium von Prof. Ludwig tätig war, 1860 machte er sich in Wien selbstständig. Vielerlei Apparate gingen aus seiner Werkstätte hervor. Für seine Thermosöule erhielt er von der Akademie die große goldene Medaille und 200 Gulden. Für einen Telegraphen des Feldzuges 1870/71 wurde ihm eine Anerkennung des Generals v. Blumenthal zu teil. Sein erstes Benzin-Automobil, das 1875 fertiggestellt wurde, befindet sich noch gegenwärtig im Besitz des Wiener Automobil-Klubs.

Judenhetze und Deutschenhetze in Rußland. In einem Artikel der „Köln. Volksztg." über Zunahme des Antisemitismus in Rußland heißt es:

Nachdem in Rußland die Macht der Revolution gebrochen ist, machen die nationalistische Idee und die Reaktion gute Fortschritte. Dies zeigt sich in einer Zunahme der antideutschen Strömung, auf die wir schon wiederholt hingewiesen, zugleich aber in einem starken Aufflammen des Antisemitismus, und darüber möchten wir heute einige Worte sagen. Gewöhnlich wird dieser Haß gegen die Juden mit ihrer Teilnahme an der revolutionären Bewegung begründet, und dieselbe mag dazu auch mit beigetragen haben; dennoch ist hier aber nicht der wahre und der Hauptgrund zu finden. Wir wissen aus den zuverlässigsten Quellen — und die uns van ganz verschiedenen Seiten zugegangenen Angaben stimmen bemerkenswerter Weise in allen Punkten genau überein — daß die antisemitische Bewegung diesmal varnehmlich von hohen Armeekreisen ausgeht. Es soll diese Kreise ganz unglaublich wurmen, daß Rußland die erste europäische Großmacht ist, die in einem großen Kriege von einer nichtkaukasischen und nichtchristlichen Nation gründlich aufs Haupt geschlagen wurde. Und da sie sich zugleich auch den holden Kinderglauben nicht rauben lassen möchten, daß der russische General und der russische Soldot der beste der Welt sei, müssen eben — andere die Schuld tragen. Man hat schon auf die Deutschen verwiesen, und es bezeichnend gefunden, daß das üble Triumvirat Stössel-Fock-Reiß deutscher Abkunft sei. Aber den Hauptschuldigen hat man jetzt in der Gestalt des — jüdischen Soldaten entdeckt. Der Jude, sa sagt man, zersetzt die Armee mit seinen revolutionären Ideen, er desertiere leicht und in der Schlacht ergreife er baldmöglichst die Flucht. Dieses böse Beispiel ahmten dann die braven Russen nach, also wäre die Schlacht von Mukden nicht verlaren worden, wenn die russische Armee nicht so viele jüdische Soldaten gehabt hätte.

Aus diesen Erwägungen heraus ist der Gedanke entstanden, die Juden vom Dienst in der Armee auszuschließen und sie dafür mit einer hohen Loskaufssumme vom Armeedienst oder einer Wehrsteuer zu belegen. Der erste Ansturm nach dieser Richtung ist zwar abgeschlagen, indem die Duma einen dahingehenden Antrag abgelehnt hat, aber man erwartet, daß die Reaktionäre trotzdem den Mut nicht sinken lassen.

. . . Bezeichnend ist diese Debatte (in der Duma), welche mehrere Tage dauerte, hauptsächlich als Stimmungssymptom, indem sie auf eine scharfe Verstärkung der antisemitischen Strömung in Rußland schließen läßt. Es ist auch bezeichnend, daß die Preßhetze in den Blättern der Rechten gegen die Juden fortdauert. Schon wird eine Einschränkung der Zahl der jüdischen Advokaten gefordert, die damit begründet wird, daß in St. Petersburg von den 1514 vereidigten Rechtsanwälten und Rechtsanwaltsgehilfen über die Hälfte dem Judentum angehärten, nämlich 718. Dies erklärt sich aber aus der absoluten Sperrung anderer häheren Berufe für die Juden. Richter und Verwaltungsbeamte können sie nicht werden, also widmen sie sich der Advokatur oder werden Aerzte. Trotzdem hat diese Hetze gegen die jüdischen Advakaten schon Erfalg gehabt, denn der Justizminister Schtschuglowitoff hat saeben dem Beschlusse des Warschauer Gerichtshofes, zehn Rechtsanwaltsgehilfen jüdischen Glaubens für die Advokatur zu verzeichnen, die Bestätigung versagt. Die gesamte Presse stellt fest, daß ein solcher Fall in 15 Jahren nicht mehr vorgekammen sei. Die linke Presse übt an der ministeriellen Verfügung scharfe Kritik, während die Rechtenblätter sagen, dies sei wegen der an „talmudische Spitzfindigkeiten gewöhnten" Rhetorik der jüdischen Advokaten geschehen.

Man sieht daraus, daß jetzt in Rußland der Wind scharf gegen die Juden und gegen die Deutschen bläst. Es ist ein schlimmer Chauvinismus erwacht, bei dem man sich noch auf manches gefaßt machen kann.

Die finnländischen Fortschrittler über die Judenfrage. Noch einer großen antisemitischen Versammlung in Helsingfors, welche den Beschluß faßte, den Juden in Finnland keine Rechte zu gewöhren, fand eine Protestversammlung in Helsingfors statt, in welcher gegen die antisemitischen Hetzreden Stellung genommen wurde. An der Versammlung nahmen einige tausend Menschen, Vertreter aller Klassen und Parteien, teil.

In der Eröffnungsrede teilte der zum Vorsitzenden gewählte frühere Landtagsdeputierte Nuodtewo mit, daß der Zweck der Versammlung sei, gegen die eine Woche früher stattgehabte Versammlung der finnländischen Handelstreibenden und ihre judenfeindlichen Beschlüsse Stellung zu nehmen. Er hoffe, daß die Diskussion das Wesen der Judenfrage in Finnland ohne jede Animosität klarstellen werde. Das Referat hatte Herr S. Jacobson, einer der bekanntesten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Juden in Finnland. Jacobson hielt seine Rede in finnländischer Sprache, die er vorzüglich beherrscht.

Der Referent führte aus, doß alle heutigen Begrenzungen der Rechte der Juden in Finnland ihren Ursprung in alten vermoderten Gesetzen haben, die heute keine Existenzberechtigung besitzen. Im Jahre 1772, als ein Teil von Finnland noch zu Schweden gehörte, wurde ein Gesetz geschaffen, wonach in Schweden und Finnland nur diejenigen Bürgerrechte genießen könnten, die dem christlichen Glauben angehören. Einige Jahre später wurde den Juden dennoch erlaubt, sich in Stockholm, Nordkofing und Goteborg niederzulassen. Die finnländischen Juristen haben wohl schon damals das Gesetz vam Jahre 1772 dahin interpretiert, daß Juden in Finnland überhaupt nicht wohnen dürfen, das praktische Leben erwies sich jedoch stärker als alle juristische Theorie und so ließ man die Juden, die nun einmal da waren, im Lande bleiben, schuf jedoch immer neue Rechtsbegrenzungen, welche den Juden das Leben in Finnland verbitterten. Besonders rücksichtslos war hierin die administrative Gewalt. Da jedoch die finnländische Regierung stets darauf bedacht war, das Dekorum der Gesetzlichkeit nach außen hin zu wahren, so wurde denn im Jahre 1889 eine Verordnung (kein Gesetz) erlassen, durch welche bestimmt wurde, daß die Juden nur in drei Städten des Landes wohnen dürfen, doß es ihnen selbst zu geschäftlichen Zwecken verboten sei, ihre Wahnung auf eine Entfernung von drei Kilometern zu verlassen. Als Erwerbszweige wurde ihnen der Handel mit Obst und Zündhölzchen, Zigaretten und Zigarren, alten Kleidern zugewiesen. Außerdem wurde verordnet, daß jüdische Kinder, die in den drei Städten wohnen und eine Ehe mit einer außerhalb Finnland wohnenden Person eingehen, verhalten sind, das Land sofort zu verlassen. Auf diese Weise wollte die Administration einen gesunden, kräftigen jüdischen Nachwuchs im Lande hintanhalten. Alle diese Verordnungen beziehen sich jedoch nur auf die Juden, die schon im Lande leben, was jedoch die fremden Juden betrifft, so dürfen solche nicht länger als drei Tage sich in Finnland aufhalten. Herr Jocobson schließt seine Ausführungen mit dem Nachweise, daß alle diese Verordnungen nicht nur der modernen Auffassung von Völkermoral und sozialem Fortschritt, sondern auch den Staatsgrundgesetzen des Landes widersprechen.

Hierauf sprach ein Verwandter des Vorsitzenden, Landtagsabgeardneter Nuastewa, schwedisch. Er kritisierte scharf die Vorgänge in der antisemitischen Versammlung und führte dann ous: Auch heute müsse genau sa wie im finsteren Mittelalter die Ursache des Judenhasses im religiösen Aberglauben gesucht werden, der unter den christlichen Volksmassen lebt. Das gehe schon aus der Tatsache hervor, daß der Jude, der seiner Väter Glauben verläßt und das Christentum annimmt, sofort aller bürgerlichen Rechte teilhaftig wird. Es ist wahrscheinlich, daß die meisten dieser Juden, die die Taufe nehmen, hierzu nicht durch die innere Ueberzeugung, sondern durch äußeren Druck und materielle Notlage getrieben wurden und daß dieser, gewissermaßen zwangsweise getaufte Jude in seinem Herzen mehr Groll empfindet gegen das Christentum, als der Jude, dem die Kraft und die Möglichkeit gegeben ist, seinem Glauben treu zu bleiben. Und dennoch wird der getaufte Jude eine angesehene Persänlichkeit, ein geachteter Mann, er wird reich und mächtig, ja er wird sogar in den Adelstand erhoben. Es ist wahrhaftig ein Jammer, zu sehen, wie ein ganzes Land zittert vor ein paar Juden, die, wie ein Delegierter der antisemitischen Versammlung, ohne Heiterkeit zu erwecken, behauptete, das ganze Land verschlingen könnten. Das aber will keiner sehen, daß der jüdische Händler sich mit einem geringeren Profit begnügt, als der finnische. Dies wäre aber eher ein Grund dafür, daß das finnische Valk mehr ihre konnationalen Händler fürchte als die jüdischen.

In keinem Falle aber sehe Redner ein, daß es gerecht wäre, Menschen nur deshalb zu bedrücken und zu verfolgen, weil sie klüger

und fleißiger sind als ihre Bedrücker. Die Behauptung, daß die Juden sich nur mit Handel abgeben und sich nicht an den kulturellen Bestrebungen des Landes beteiligen, ist eine arge Verleumdung. In den Ländern, in denen Juden gleichberechtigte Bürger sind, haben sie stets an der kulturellen Entwickelung des Landes in hervorragender Weise mitgearbeitet. Redner will nicht all die graßen Männer aufzählen, welche das jüdische Valk der Menschheit gegeben, er walle nur ein Beispiel anführen: Dieser Tage kommt der berühmte Kritiker Gearg Brandes nach Finnland. Alle finnländischen Zeitungen begrüßen sein Kammen mit großem Enthusiasmus und weisen darauf hin, daß es für Finnland eine große Ehre bedeute, daß Brandes kamme und hier drei Varlesungen holten werde. Ich brauche Ihnen nicht erst zu erzählen, welche Stellung Georg Brandes in der madernen Kulturbewegung inne hot; es weiß jeder, der nur ein wenig mit der Literatur bekannt ist. Die finnländischen Zeitungen sind jetzt voll des Labes über Georg Brandes, aber eines vergessen sie hinzuzufügen, daß er Jude ist, der nach den Gesetzen Finnlands nur mit Obst, Zündhälzchen und alten Stiefeln handeln darf, oder richtiger gesagt, auch das nicht darf, da er ja nicht in Finnland geboren ist und daher hier sich höchstens drei Tage lang aufhalten dürfte. Es wird interessant fein, zu sehen, wie sich die Administration Brandes gegenüber benehmen werde. Solche Juden wie Brandes gibt es aber unzählige und würde man das jüdische Valk, seinen Körper und seine Seele weniger bedrücken, so würde die Welt sicherlich mehr Nutzen als Schaden haben. Er wendet sich schließlich gegen die Ausfälle der Antisemiten und warnt das finnische Volk, den Phrasen dieser niedrigen Vaterlandsbeglücker aufzusitzen, die ihm mehr Schaden zufügen kännten, als alle Juden der Welt zusammengenommen.

Nach einer längeren Diskussion, an welcher sich auch mehrere Antisemiten beteiligten, wurde schließlich die folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

1. Die administrativen Begrenzungen gegen die Juden sind eine Schande und Schmach für das finnische Volk.

2. Den Juden sind zumindest dieselben Rechte zu gewähren, wie die Ausländer sie genießen. (Anmerkung: Ausländer, welche nach Finnland kommen, erhalten nach dreijähriger Seßhaftigkeit die gleichen Rechte mit den Finnländern. Während der ersten drei Jahre dürfen Ausländer frei handeln und jedem Erwerbe nachgehen; sie besitzen nur kein Stimmrecht für die Landtagswahlen und können keine staatliche Stellung bekleiden.)

Ritualmordmärchen in Ungarn. In dem Städtchen Szinervaralja ist kürzlich ein Ritualmordmärchen ins Wasser gefallen. Der Fall gewährt einen Einblick in die Werkstätte der gewissenlosen Fabrikanten von Ritualmordmärchen. Bei dem Geschäftsführer Isak Bernstein in dem genannten Städtchen ist die zehnjährige Flora Buzilla als Kindermädchen bedienstet. Bernstein läßt das Kind unterrichten. Am 7. April erschien im Hause Bernstein das fünfzehnjährige Christenmädchen Martha Mark und fragte nach der Buzilla. Als sie erfuhr, daß das Mädchen in den Kaufmannsladen geschickt wurde, ging die Mark ihm nach und veranlaßte es, anstatt zu seinem Dienstgeber zurückzukehren, sie zu einem außerhalb der Stadt wohnenden Arbeiter namens Georg Vajka zu begleiten. Dort angekommen, wurde die kleine Flora in ein Zimmer gesperrt. Auf die Frage des erschreckten Kindes, was man mit ihm eigentlich vorhabe, kam stets die Antwort: „Das wirst du schon erfahren.“ Am nächsten Tage wurde Flora Buzilla ihrer Kleider entledigt und strenge bewacht. Selbst die Notdurft konnte sie nur unter Bewachung des Vajda verrichten. Flora weinte den ganzen Tag, denn man verweigerte ihr auch die Nahrung, nur einmal im Tage erhielt sie durchs Fenster ein Stück Maisbrot. Auf ihr wiederholtes Jammern sagte Vajda: „Weißt du denn nicht, daß die Juden zu ihren Ostern Christenmädchen schlachten, weil sie das Blut brauchen? Bleibe du nur ruhig bei uns, wir werden auf dich achtgeben.“ In einem unbewachten Momente gelang es Flora Buzilla, aus ihrer Haft zu entkommen, aber sie getraute sich nicht, zu Bernstein zurückzukehren, sondern lief zu ihrer Mutter, die in dem benachbarten Dorfe Borhid wohnt. Als Flora Buzilla am 7. April von ihrem Wege zum Kaufmann nicht heimgekehrt war, nahm der Dienstgeber Bernstein an, daß sie zu ihrer Mutter nach Borhid gegangen sei. Er schrieb daher unverzüglich an die Mutter, sie möge ihre Tochter ihm zurückschicken, da er ihrer bedürfe. Die Mutter ging auf die Suche nach ihrer Tochter, und als sie drei Tage lang vergeblich nach dem Kinde gesucht hatte, schrieb sie an Bernstein, daß er für das Verschwinden der Flora verantwortlich sei, und daß sie am anderen Tage die Anzeige gegen ihn erstatten werde. Am anderen Tage war jedoch, wie eben erwähnt, das gesuchte Mädchen im Hause seiner Mutter erschienen. Beide begaben sich, nachdem Flora ihre Leidensgeschichte erzählt hatte, in die Stadt zu Bernstein, der nun seinerseits den ganzen Vorfall bei dem Oberstuhlrichter zur Anzeige brachte. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab nun den oben geschilderten Tatbestand, und da die Verführerin der Flora Buzilla, das Bauernmädchen Martha Mark, weinend eingestand, daß sie im Auftrage des Georg Vojda auch ein anderes Christenmädchen wegzulocken versuchte, wird die Untersuchung auch nach dieser Richtung fortgesetzt. Was wäre mit der armen Flora geschehen, wenn sie nicht aus der Haft ihrem „Beschützer“ entronnen wäre?

Ein anderer Fall wird aus Hermannstadt berichtet: In der Nacht des 19. v. M. wurde der Schächter der Gemeinde Sina, Jakob Perlmutter, durch einen schrecklichen Lärm vor seinem Hause aus dem Schlafe geweckt. Perlmutter ging ans Fenster und gewahrte zu seinem nicht geringen Schrecken eine lärmende Menge; es waren die Arbeiter der unweit des Dorfes gelegenen Sägewerke, die in drohender Haltung die Herausgabe des $2\frac{1}{2}$jährigen Mädchens des Subunternehmers Dobra forderten. Vergebens beteuerte Perlmutter, daß das gesuchte Kind sich nicht bei ihm befinde, und vergebens berief er sich auf seinen Fuhrmann, daß er, als er an demselben Tage aus der Stadt einfuhr, niemanden mit sich hatte; die Arbeiter ließen nicht locker und drohten, den Schächter zu töten und sein Haus anzuzünden, wenn er das Kind nicht herausgebe. Zum Glück für Perlmutter passierte der Gendarmerieposten auf seinem Streifzuge in diesem kritischen Momente die Gasse, in welcher sich diese Szene abspielte, und Perlmutter wurde aus seiner gefahrvollen Lage befreit. Mehrere Gendarmen begaben sich noch in derselben Nacht in das Sägewerk und fanden nach eingehender Untersuchung das Kind in einer zur Wohnung seiner Eltern befindlichen Kammer in einem Wasserbottich ertrunken. Es wird nun die Untersuchung nicht nur gegen die revoltierenden Arbeiter, sondern auch gegen die Eheleute Dobra wegen sträflicher Unachtsamkeit geführt werden.

Briefkasten.

Dr. L. in Berlin. Der in dem Artikel „Heine-Hetze“ erwähnte Herr R. J., der die Heine-Briefe in der „Deutschen Tageszig.“ besprochen hat, ist in der Tat Robert Jaffé.

C. B. in Amsterdam. Besten Dank für die Zusendung des „Algemeen Handelsblad“ (16. Mai), eines von Christen geleiteten Blattes, welches die antisemitischen Ausschreitungen in Borkum scharf verurteilt.

H. in Meiningen. Wieder ein Beweis für den antisemitischen Charakter der Hildburghauser „Dorfzeitung“.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 25. Berlin, den 17. Juni 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Die preußischen Landtagswahlen.

Die diesjährigen Landtagswahlen haben an dem reaktionären Charakter des preußischen Landtages, der ihm nunmehr schan seit drei Jahrzehnten anhaftet, nicht das geringste geändert. Die beiden konservativen Parteien haben sogar, tratzdem die Freikanservativen van 64 auf 59 Mandate zurückgegangen sind, insgesamt ihre Mandate um eins vermehrt; sie zählen zusammen nunmehr 211 gegen 210 Abgeordnete in der letzten Legislaturperiode. Den kleinen Verlust der Freikonservativen haben die Kanservativen durch einen Gewinn von 8 Mandaten, der ihre Zahl von 144 auf 152 erhäht, wieder wettgemacht. Wenn nicht durch die varjährige Wahlgesetznovelle die Gesamtzahl der Abgeordneten um 10 vermehrt worden wäre, wäre die Gefahr einer absaluten Mehrheit der beiden kanservativen Parteien in bedenkliche Nähe gerückt warden. Was das für die van unserem Verein in erster Linie vertretenen Interessen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Konfessionen bedeutet hätte bedarf keiner besanderen Erläuterung; man braucht nur an den berüchtigten Assessorenparagraphen und ähnliche geheimen Wünsche und Pläne der Dunkelmänner zu erinnern.

Die Möglichkeit einer rein konservativen Mehrheitsbildung ist auch dadurch erheblich abgeschwächt warden, daß mit dem erstmaligen Eintritt einer sazialdemakratischen Fraktian in den preußischen Landtag in einer Stärke van 6—7 Mann die Linke eine kleine Verstärkung erfahren hat. Nimmt man hinzu, daß das Zentrum von 96 auf 105 Mandate angewachsen ist, und daß auch die Polen ihren bisherigen Besitzstand von 13 Mandaten auf 15 erhöht haben, daß ferner die beiden freisinnigen Parteien insgesamt etwa 3 bis 4 Mandate gewannen haben, sa ist die Abwehrmehrheit gegen kanfessianelle Ausnahmegesetze trotz des Verlustes van 12 Mandaten, den die Nationalliberalen erleiden, immerhin mit einer wenn auch winzigen Verstärkung zurückgekehrt.

Die Hauptleidtragenden der diesjährigen Wahl sind wiederum, wie bei der varigen Wahl, die Nationalliberalen. Der diesmalige Verlust van 12 Mandaten übersteigt sagar nach den Verlust van 1903 um 3—4 Mandate. Es ist charakteristisch, daß die Partei diese Mandate in der Mehrzahl an das Zentrum hat abgeben müssen. Man wird wahl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die unentschiedene Haltung der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage und die wachsende Abneigung der Bevölkerung gegen Erregung konfessioneller Leidenschaften die Hauptursachen dieser Erscheinung sind.

Die geringfügige Vermehrung der freisinnigen Mandate, die noch dazu durch die Erhöhung der Gesamtziffer der Abgeordneten ziemlich bedeutungslas wird, kann leider nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Gesamtliberalismus in allen seinen Schattierungen durch das Wahlergebnis eine schwere Enttäuschung erfahren hat. Von einem ausgesprachenen „Zug nach links", wie er vielfach in den Kreisen der liberalen Wählerschaft erhafft wurde, kann nirgends die Rede sein. Denn die Erfalge der Sazialdemakraten sind nicht auf Kosten der rechtsstehenden Parteien, sandern auf Kasten des Liberalismus errungen warden und tragen geradezu den Charakter van Protestwahlen gegen die liberalen Parteien, die unter dem Zeichen der Blockpalitik sich immer mehr mit reaktionären Elementen angefreundet, und in dem Maße, wie dieses Freundschaftsverhältnis an Intimität zunahm, es in der Vertretung der alten liberalen Grundsätze an der früheren Entschiedenheit haben fehlen lassen. Die schlimmste Versündigung an allen freiheitlichen Grundsätzen war das Wahlbündnis der Freisinnigen Valkspartei in Ober- und Nieder-Barnim mit den Kanservativen, deren Kandidaten sich ja ebenfalls zu dem antisemitischen Tivali-Programm bekennen. Alle liberalen Grundsätze wurden da einfach ignariert, selbst die nächststehende liberale Partei, die Nationalliberalen, die im Verein mit den Freisinnigen den Kampf gegen die Reaktion gern aufgenammen hätten, wurden beiseite geschaben und ein Pakt mit den erbittertsten Gegnern der liberalen Weltanschauung geschlossen. Eine solche Preisgabe aller guten Traditianen der Vergangenheit, zu der ein Eugen Richter, wie wir fest überzeugt sind, niemals seine Hand geboten hätte, wird sich, wie wir fürchten, in Zukunft an der Partei nach schwer rächen. Die Zentralleitung der Freisinnigen Valkspartei hat sich auch nicht gescheut, im XII. Berliner Wahlkreise und in Rixdorf-Schöneberg bei den Stichwahlen zur Stimmabgabe für die kanservativen Wahlmänner aufzufardern. Dabei war im ersteren Wahlkreise von kanservativer Seite ein waschechter Antisemit, der Rechtsanwalt Ulrich, als Kandidat aufgestellt, der um ein Haar — es fehlte ihm nur eine Stimme — in Stichwahl mit dem Sazialdemokraten gekammen wäre. Was haben unter diesen Umständen alle nach sa feierlichen Pratestkundgebungen gegen den Antisemitismus auf Parteitagen, wie z. B. dem varjährigen Berliner Parteitage der Volkspartei, noch für einen politischen Wert, wenn im entscheidenden Augenblick das liberale Pragramm einfach in die Tasche gesteckt und mit Kanservativen und Antisemiten wahlpalitische Geschäfte gemacht werden? Und das alles unter ausdrücklicher Appabatian der Parteileitung?

Den einzigen Lichtblick bei dieser Wahl bildet das Verschwinden der beiden einzigen Vertreter des spezifischen parteipolitischen Antisemitismus aus dem preußischen Land-

tage. Der deutschsoziale Abg. Lattmann hat sein bisheriges Landtagsmandat in Cassel-Land schon vor der Wahl an die Konservativen als Gegenleistung für die ihm von diesen bei der Reichstagswahl geleistete Hilfe abgeben müssen. Und in Hersfeld-Rotenburg ist der reformparteiliche Abg. Werner diesmal, trotz der ihm von den Nationalliberalen geleisteten Unterstützung, über die später noch einige Worte zu sagen sein wird, dem freikonservativen Landrat Türck mit 108 gegen 128 Stimmen unterlegen.

Auf Einzelheiten der Wahlbewegung und des Wahlergebnisses kommen wir in der nächsten Nummer noch zurück.

Die Mittelständler und die Landtagswahlen.

Der Zersetzungsprozeß im Lager der Mittelstands-Vereinigung macht immer stärkere Fortschritte. Herr Rahardt, der 1. Vorsitzende, hat zwar das heiß ersehnte parlamentarische Mandat jetzt dank der Unterstützung von nationalliberaler Seite in Neuhaldensleben-Wolmirstedt erreicht; die Organisationen der Mittelstands-Vereinigung im Lande befinden sich aber in voller Auflösung. Die sonst noch von mittelständlerischer Seite aufgestellten Landtagskandidaturen haben sämtlich mit einem großen Fiasko geendet. Es fehlte eben, wie das bisherige offizielle Verbandsorgan, die „Deutsche Volkspost" bekümmert feststellt „die rechte Stimmung, um die Massen der oft in Gleichgültigkeit dahingehenden Mittelständler zu sammeln."

Im einzelnen schildert das Blatt die kläglichen Ergebnisse der mittelständlerischen Landtagswahlpropaganda wie folgt:

„Die übrigen Kandidaturen (mit Ausnahme des Herrn Rahardt d. R.) des Mittelstandes haben leider keinen großen Erfolg gehabt. Das Wahlergebnis in Königsberg war förmlich ein Zusammenbruch. In Liegnitz hätte man nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen unbedingt ein günstigeres Wahlbild erwarten dürfen. Vorläufig läßt sich noch nicht überblicken, durch welche allgemein politischen oder örtlichen Gründe dort . . . der Mißerfolg verschuldet wurde. In Nordhausen wurde eine mittelständische Kandidatur freiwillig aufgegeben, weil aus den eigenen Reihen Streberei und Ehrgeiz als der Beweggrund für die Bewerbung um das Mandat genannt wurde. Die Aussichten waren, weil die Zustimmung der Nationalliberalen unbedingt zu erwarten war, durchaus nicht schlecht. Durch die Niederlegung der Kandidatur allerdings wurde die Stellung des Gegenbewerbers sehr begünstigt. Hier zeigte sich also deutlich, daß es in den Kreisen des Mittelstandes an der notwendigen Einigkeit fehlt. Für jede Organisation aber gibt es nur zwei Gefahren: Schlechte Führung und innere Zersplitterung."

Hierzu bemerkt die gleichfalls mittelständlerische und in dieser Beziehung daher wohl zu einem kompetenten Urteil berechtigte Magdeburger „Sachsenschau":

„Der Mittelstand, d. h. der gewerbliche Mittelstand wird sich eben nie einig, weil der eine dem andern nichts gönnt. Deshalb ist dieser gewerbliche Mittelstand nie für einen politischen Zusammenschluß und gemeinsame Arbeit zu haben. Die „Deutsche Volkspost" predigt daher tauben Ohren."

Herr Rahardt sieht sich als Abgeordneter nunmehr in einer sehr peinlichen Situation. Er, der sich einst der stolzen Hoffnung hingegeben hatte, an der Spitze einer besonderen Mittelstandsgruppe seinen Einzug in's Parlament zu halten, sieht sich nunmehr vollkommen isoliert. Mit den Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause hat er es durch seine Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtage gründlich verdorben, und im Lande ist unter den Organisationen der Mittelstands-Vereinigung der offene Aufruhr ausgebrochen. Die letzte Nummer der „Deutschen Volkspost" wirft ihm „Paschawirtschaft" vor, sie warnt vor den „Gefahren des autokratischen Systems", geißelt die selbstherrliche Art, wie Herr Rahardt verfügte" und apostrophiert ihn als „Zar der Mittelstands-Vereinigung". Die Redaktion weist urkundlich nach, daß der Generalsekretär der Vereinigung, eine Kreatur des Herrn Rahardt, um eine geschäftliche Transaktion zu verhindern, ein Rundschreiben erlassen hat, von dem der Verfasser selber sagt, daß es „nicht ganz ernst", d. h. in diesem Falle nicht ganz ehrlich gemeint gewesen sei. Gleichzeitig teilt Herr Buchholz, der bisherige Redakteur des Blattes und Reichstagskandidat der Mittelstands-Vereinigung bei den letzten Wahlen im Wahlkreise Liegnitz-Goldberg-Haynau, mit, daß er im Verein mit seinem Vorstandskollegen Plach Herrn Rahardt vor Gericht zur Verantwortung ziehen wird; zur Begründung fügt er hinzu:

„Da wir schon längst die Zweckmäßigkeit eines öffentlichen Austrages des Streites, behufs Charakterisierung der schuldigen Persönlichkeiten, erkannt haben, so ist uns die Erklärung des Herrn Rahardt und die dadurch gebotene Gelegenheit ihn vor Gericht zu ziehen, nicht unwillkommen."

Auch dem übrigen Publikum und insbesondere denjenigen Schichten des Mittelstandes, die den zünftlerischen Rattenfängern bisher immer noch allzu vertrauensselig gefolgt sind, kann eine solche öffentliche Klarstellung nur willkommen sein.

Die Nachwahl in Colmar-Czarnikau-Filehne.

Im Wahlkreise Colmar-Czarnikau-Filehne befindet sich die Wahlbewegung für die am 30. d. M. stattfindende Nachwahl nunmehr in vollem Gange. So viel Mandatsbewerber wie diesmal, 6 an der Zahl, hat der Wahlkreis noch niemals gesehen. Die Nachricht, daß der von den Freisinnigen unterstützte nationalliberale Kandidat Pastor Altmann-Schönlanke seine Kandidatur zurückgezogen habe, hat sich als ein plumper Wahlschwindel des konservativen „Posener Tageblatt" entpuppt. Der liberale Kompromißkandidat ist im Gegenteil, unterstützt von den lokalen Vertrauensmännern und durch die Zentrale der nationalliberalen Partei, energisch an der Wahlarbeit, die hoffentlich einen günstigen Erfolg haben wird. Pastor Altmann hat sich in seinen Reden, was insbesondere die Konservativen sehr verschnupft hat, als ein entschiedener Gegner des Bundes der Landwirte bekannt. Er konnte dies um so mehr, als er selbst in den Kreisen der ländlichen Wähler als langjähriger Vorsitzender einer den ganzen Wahlkreis umspannenden großen landwirtschaftlichen Genossenschaft sich großer Sympathien erfreut, und ihm also Verständnis und Wohlwollen für die Landwirtschaft von seinen agrarischen Gegnern nicht wohl abgesprochen werden können. Für den liberalen Kandidaten treten jetzt in öffentlichen Versammlungen insbesondere auch Angehörige der höheren Beamtenschaft, wie der Gymnasialdirektor und der Postdirektor in Schneidemühl ein, die früher den freisinnigen Kandidaten direkt oder indirekt bekämpft haben. Diese Tatsache verdient deswegen besondere Beachtung, weil sie zeigt, daß nunmehr auch die rechtsstehenden Nationalliberalen sich nicht mehr länger von den Agrariern als politische Heloten mißbrauchen lassen wollen. Gymnasialdirektor Braun-Schneidemühl erklärte in einer Versammlung:

Das sogenannte deutsche Wahlkomitee sei in Wirklichkeit ein streng konservativ-agrarisches Komitee. Man könne dies ja am besten daraus beurteilen, daß der Vorschlag der Städte, ihnen die zukommende stärkere Vertretung im Wahlkomitee zu gewähren und dadurch die politische Stimmung zum Ausdruck zu bringen, vielfach abgelehnt worden sei. Das liberale Wahlkomitee habe sich erst in letzter Stunde gebildet und dem deutschen Wahlkomitee bereits zur Genüge nachgewiesen, daß die Stimmung im Wahlkreise doch nicht für den konservativen Kandidaten sei. Die Wünsche der Liberalen seien aber zurückgewiesen worden. Die Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Einigung hätten ebenfalls kein Ergebnis gehabt. Die Nationalliberalen müßten jetzt also, nachdem auch der Freisinn einmütig seine Unterstützung zugesichert hätte, mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten. Mögen die Nationalliberalen im Verein mit dem Freisinn so energisch wirken, daß der nationalliberale Kandidat in die Stichwahl komme.

An Bemühungen, eine Einigung zwischen den deutschen Parteien herbeizuführen, hat auch der freisinnige Landtagsabgeordnete für Bromberg, Kommerzienrat Aronsohn, es nicht fehlen lassen. Er wies, nach Schneidemühler Blättern, in einer vertraulichen Besprechung darauf hin, es sei nicht ausgeschlossen, daß schließlich der Pole und der Antisemit in die Stichwahl käme. Das aber müsse unter allen Umständen vermieden werden, denn bei dieser Gegenüberstellung gerieten die liberalen Parteien in eine sehr mißliche Lage. Sie würden ihre Stimmen sicherlich nicht dem Antisemiten geben und, auch das könne man wohl annehmen, nicht dem Polen, dadurch würden sie zur Stimmenthaltung gezwungen.

Der konservative Schneidemühler Erste Bürgermeister Dr. Krause bemerkte hierzu in einer Versammlung, die Ausführungen des Herrn Abg. Aronsohn „seien so überzeugend gewesen, daß sämtliche Führer der verschiedenen Parteien einstimmig erklärten, für den konservativen Abgeordneten stimmen zu wollen. Allerdings hätten hier die freisinnigen Parteien die Bedingung geknüpft, daß für die nächste Reichstags- oder Landtagswahl auch von der konservativen Partei ein Kandidat der liberalen Partei nominiert und unterstützt werde. Diese Bedingung sei bisher nicht erfüllt worden." — Tatsächlich ist sie später ausdrücklich und in brüsker Form abgelehnt worden.

Der Kandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirte, Gutsbesitzer Ritter-Stieglitz, ein agrarischer Heißsporn, für den sich persönlich auch sein Parteigenosse Bürgermeister Krause nicht sonderlich erwärmen kann, ist ein Intimus des Herr Major Endell, der die Kandidatur überhaupt gemacht hat. Der „kleine Plötz" hat bei dieser Gelegenheit wieder einmal seinem bekannten Städtehaß die Zügel schießen lassen. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man bei der Reichstagswahl auch auf die Städter Rücksicht nehmen müßte, hat er rund heraus erklärt, „das habe man nicht nötig, das Land habe die Majorität." — Die Wahlagitation für Ritter wird in der Hauptsache von Agitatoren des Bundes der Landwirte und dem konservativen Reichstagsabgeordneten Pauli besorgt, da Ritter selbst kein Redner ist; den Mangel an rednerische Befähigung „ersetzt" er durch brutales Auftreten politischen Gegnern gegenüber, wie Schreiber dieser Zeilen am eigenen Leibe verspürt hat. Die Steine, die ihm vor 10 Jahren nach Abschluß einer stürmischen Versammlung in dem benachbarten Runau auf dem Nachhausewege um den Kopf sausten, waren zwar ganz gewiß nicht von Herrn Ritter dirigiert worden; er hat aber durch sein haßerfülltes Auftreten gegenüber dem liberalen Redner sein gut Teil dazu beigetragen, bei den durch Freibier und Freischnaps in die „richtige Kampfesstimmung" gebrachten Versammlungsteilnehmern die Disposition für einen solchen schmachvollen Ueberfall politischer Gegner zu schaffen.

Der Kandidat des Mittelstands-Bundes, d. h. der Antisemiten, Ziegeleibesitzer Hoffmann-Schneidemühl, wird von dem Manager dieser Kandidatur, Herrn Bruhn, von Versammlung zu Versammlung geschleppt und muß dort schlecht und recht sein eingelerntes Sprüchlein aufsagen, worauf Bruhn oder Bindewald eine antisemitische Dauerrede halten. Mit den Konservativen ist der Mittelstandsbund schon scharf aneinandergeraten. In Filehne ist Herr Bruhn aus einer konservativen Versammlung, in der der Abg. Pauli sprach, exmittiert worden. Auch in Schönlanke endete eine konservative Versammlung, in der der Kandidat Ritter sprach, der nach der „Schönlanker Zeitung" u. a. „an der angeblich schmutzigen Agitation der Antisemiten eine herbe Kritik übte", unter großen Sturmszenen. Als den Nationalliberalen, die in der Diskussion heftig angegriffen worden waren, nicht mehr das Wort erteilt wurde, obwohl sich noch 5 Herren gemeldet hatten, sondern die Versammlung Hals über Kopf geschlossen wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. In einem benachbarten Saal versammelten sich sofort ca. 300 Teilnehmer der soeben geschlossenen Versammlung; daß mit den Konservativen hier nicht gerade glimpflich umgesprungen wurde, lag auf der Hand.

Die Polen, das Zentrum und die Sozialdemokraten stellen wiederum die Kandidaten der letzten Wahl auf, nämlich den Redakteur v. Lebinski-Posen, den Abg. Erzberger und den Maurer Schulz-Posen. Eine Stichwahl mit den Polen ist wiederum sicher, um so ungewisser jedoch, welche von den drei größeren Parteien, Konservative, Antisemiten und Liberale, in die Stichwahl gelangen wird.

Irrungen — Wirrungen in Hessen.

Die Interpellation Bähr in der hessischen II. Kammer wegen Versetzung des antisemitischen Oberlehrers Werner von Gießen nach Worms, die in voriger Woche zur Verhandlung kam, hat den Antisemiten den erhofften politischen Ertrag nicht gebracht. Eine jämmerlichere Rolle hat selten ein Abgeordneter gespielt, als der Abg. Bähr bei dieser Verhandlung, der sein Bildungsniveau selbst am besten dadurch charakterisierte, daß er den Minister Braun „ein altes Waschweib" nannte. Seine eigenen Parteifreunde hielten es sogar für geraten, deutlich von Herrn Bähr abzurücken, indem sie erklärten, nichts mit der Anfrage des Herrn Bähr zu tun zu haben. Die stramm antisemitisch-agrarische „Hessische Tageszeitung" schrieb z. B. zu dieser Harlekinade:

„Die Fraktian als solche begnügt sich mit der Versicherung des Ministers, daß bei der Versetzung lediglich dienstliche Gründe in Frage gekommen seien. Diese Gründe sind für die Fraktian maßgebend, und sie hat um sa weniger Grund, sich in diese Sache zu mischen, als es sich um einen Mann handelt, der seit Jahr und Tag unermüdlich bestrebt ist, in die Bauernbewegung in Oberhessen an Stelle vernünftiger wirtschaftlicher Bestrebungen wieder reinen Rassenantisemitismus und einseitiges Parteiinteresse zu setzen."

Diese Aeußerung eines gewiß sachverständigen und unverdächtigen Blattes gewinnt noch eine erhöhte Bedeutung, wenn man sie in Zusammenhang bringt mit den kürzlichen Verhandlungen über den Antrag der Antisemiten auf Aufhebung des bekannten Schlippeschen Erlasses gegen die antisemitische Betätigung der Beamten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Darmstadt, wo nicht weniger als 3 antisemitische Vereine bestehen, in den antisemitischen Versammlungen der bekannte Amtsrichter Dr. Mahr, der vor einigen Jahren einen harmlosen israelitischen Kommis bei der Heimfahrt im Eisenbahncoupé gröblich insultiert hat, und die christlichsoziale Koryphäe Gustav Freiherr Schenk zu Schweinsberg, der Direktor des Großherzoglichen Haus- und Staatsarchivs und Präsident des „Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen" das große Wort führen, so ergibt sich die Beantwortung der Frage, ob der Beamtenerlaß wirklich überflüssig geworden ist, von selbst. Uebrigens hat nunmehr auch die I. Hessische Kammer zu diesem Antrage Stellung genommen und im Gegensatz zur II. Kammer die ablehnende Haltung der Regierung in allen Teilen gebilligt. In dem Bericht des Ausschusses der I. Kammer heißt es u. a.:

„Wir kännen uns dem (der Beschlußfassung der II. Kammer d. R.) nicht anschließen, treten vielmehr der Auffassung der Großherzaglichen Regierung bei. Es wird in der Begründung des Antrages anerkannt, daß die Regierung zu den Beamten in einem anderen Verhältnis steht als zu den übrigen Staatsangehörigen. Salange diese sich gegen die allgemeinen Strafgesetze nicht vergehen, kann man ihnen nichts anhaben, mögen sie auch verwerfliche Handlungen varnehmen. Dagegen kann sich der Beamte durch solche Handlungen der disziplinarischen Bestrafung aussetzen. Zu diesen Handlungen konnte seitens der Re-

gierung sehr wohl die Teilnahme an Bestrebungen gerechnet werden, welche dahin zielen, einer Klasse von Staatsangehörigen die ihnen verfassungsmäßig und gesetzlich zustehenden Rechte zu entziehen oder zu schmälern. Von der Teilnahme an diesen Bestrebungen die Beamten abzumahnen und im Falle des Zuwiderhandelns disziplinarisches Einschreiten in Aussicht zu stellen, war die Regierung berechtigt. Ueber die Berechtigung dieses Einschreitens im einzelnen Falle haben die Disziplinarbehörden zu entscheiden, und die Unabhängigkeit der Richter wird durch die Verfügung in keiner Weise berührt. Wir beantragen daher: 1. dem Antrage nicht stattzugeben; 2. denselben für erledigt zu erklären."

Man sieht, in Hessen ist rechter Hand, linker Hand alles vertauscht. Für den Fernerstehenden ist es daher überaus schwer, die politischen Entwickelungstendenzen einigermaßen zuverlässig abzuschätzen. Pfarrer Korell glaubt, in der jüngsten Nummer der „Hessischen liberalen Wochenschrift" das politische Horoskop folgendermaßen stellen zu sollen:

Die Bauernbündler, besonders soweit sie mit den Deutschsozialen verbündet sind, werden schwere Tage vor sich haben: Der Bund der Landwirte und die Nationalliberalen haben sich gefunden.

Einst waren die Herren Hirschel, Köhler, Bähr die unumschränkten Gebieter in Oberhessen. Von „dem Bund der Bauernfänger", wie Köhler sagte, wollten sie nichts wissen. Dann aber kam der Bund mit seinen gutbezahlten Stellen, seinen Wahlunterstützungen und hohen Verbindungen. Herr Hirschel kapitulierte zuerst. Die anderen Aufrechten folgten. Die Bauernvereine wurden Filialen des Bundes; nur wenige blieben mißtrauisch. Einige Jahre bündlerischer Agitation, der Herr Graf erscheint bei allen Festen, die Zeitung „rein wirtschaftlichen Charakters" erscheint, und — der Bund der Landwirte vergilt Herrn Köhler das Wort von der Bauernfängerei: er fängt ihn und seine Leute selbst und wirft sie jetzt zur Türe hinaus.

Der Bund der Landwirte sagt: es schadet unserer agrarischen Bewegung, wenn sie mit unfruchtbarer Rassepolitik verknüpft ist. Wie edel! Als ob er andere als antisemitische Politik mache, weil er die Firma nicht herausgesteckt haben will. Der Bund will nicht anstoßen durch die demokratischen Allüren des Herrn Bähr und seiner Freunde; er will Demagogie in den Formen des Salontirolers treiben. Er will Verbindungen nach der Stadt, wo noch Wahlkreise zu holen sind, nach der Regierung, wo noch liberale Unterströmungen zu bekämpfen sind, haben. Darum hinaus mit den unbequemen Bauern! Grafen, Freiherren und Justizräte, nationalliberale natürlich, passen besser in diesen Kurs.

Herr Haas, der Kammerpräsident und Protektor Hirschels, sieht sein politisches Ideal in Erfüllung gehen. Die Bauern sind für den Bund gewonnen, der Nationalliberalismus ist agrarisch geworden: nun kann die neue Blüte des Nationalliberalismus, die ihr Ende am Bauernbund gefunden hatte, beginnen . . ."

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Wohl keine politische bezw. gewerkschaftliche Organisation versteht es, die von der gesamten Presse ohne Unterschied der Parteirichtung seit Jahren schwer empfundenen Mängel des Berichtigungsparagraphen des Preßgesetzes, der sich geradezu zu einem Schutzwall für die Aufrechterhaltung notorisch falscher Darstellungen ausgebildet hat, so raffiniert auszunutzen wie die gewerkschaftliche Hilfstruppe der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Wo immer nur in der Presse über den Verband etwas behauptet wird, was nicht gerade gerichtsnotorisch ist, ist flugs die Geschäftsleitung mit einer sogenannten „Berichtigung" zur Stelle, deren Aufnahme auf Grund des famosen § 11 des Preßgesetzes, der den Gipfel der gesetzgeberischen Pfuscherarbeit des Reichstags darstellt, erzwungen wird. Dies vorausgeschickt, damit die Leser den Wert nachstehender „Berichtigung" des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes richtig einzuschätzen wissen.

„Berichtigung!

Die in Nr. 10 der „Mitteilungen" enthaltene Behauptung, für jede Reichstagsnachwahl, an der ein deutschsozialer Kandidat beteiligt sei, würde in den Ortsgruppen des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes der Klingelbeutel gerührt, ist unwahr."

Das ist natürlich nur ein Spiel mit Worten, möglich ist es immerhin, daß einmal eine Nachwahl, an der ein deutschsozialer Kandidat beteiligt gewesen ist, stattgefunden hat, für die in den Ortsgruppen der Deutschnationalen nicht gesammelt worden ist. Was will ein solcher Ausnahmefall aber besagen gegenüber der Tatsache, daß z. B. bei der Nachwahl für Herrn Raab, der doch als Porzellanmaler dem Handwerkerstande angehört und jedenfalls nicht aktives Mitglied des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sein kann, wie Herr Schack, über 1000 M. als Beitrag zu den Wahlunkosten von den Ortsgruppen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gespendet worden sind? Und können die berichtigungslüsternen Herren von der Zentralleitung des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes ferner etwa bestreiten, daß die „Deutschsozialen Blätter", das offizielle Parteiorgan der deutschsozialen Antisemiten, wiederholt bei Wahlen über Beiträge aus den Organisationen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes öffentlich quittiert haben?

Man sieht also hier wiederum an einem klassischen Beispiel, welcher schmähliche Mißbrauch mit dem sogenannten Berichtigungsparagraphen getrieben werden kann!

* * *

Zum „Vergnügen" der antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfen trägt es bei, wenn jüdische Chefs sich dieser, in jüdische Geschäfte nicht gehörenden Elemente entledigen. So schreibt ihr Organ, die „Deutsche Handelswacht" im Briefkasten:

„Die jüdische Firma J. B . . . , Eisenwarenhandlung Karlsruhe, hat bereits mehrere Angestellte vor die Wahl gestellt, aus unserem Verband auszutreten oder die Stellung zu verlassen. Unsere Mitglieder haben mit Vergnügen die Stellung aufgegeben. Firmen, die auf diese Weise gegen die guten Sitten verstoßen, sind meistens auch in anderen Beziehungen nicht zu empfehlen."

Merkwürdig, Juden, welche den Antisemiten zu verdienen geben, werden von letzteren gern gesehen, verstoßen nicht gegen die guten Sitten und sind auch in anderen Beziehungen zu empfehlen. Noch nie hat wohl ein Deutschnationaler eine gute Stellung aufgegeben, weil er jüdisches Geld nicht nehmen wollte. Das „Vergnügen", die Stellung zu verlieren, macht er sich erst, wenn der jüdische Chef es ablehnt, einem Anhänger des Erz-Antisemiten Schack sein Vertrauen länger zu schenken. Wir lieben, bemerkt das „Israel. Familienblatt" hierzu, unsere Feinde so innig, daß wir ihnen das Vergnügen, von dem Herr Schack spricht, gönnen. Aber Herr Schack ist vorsichtig; seine „jungen Freunde", wie er salbungsvoll seine Schäflein zu nennen liebt, könnten ihm, wenn er ihnen andere Stellen verschaffen soll, doch lästig fallen. Darum steht gleich unter der ersten Briefkastennotiz eine zweite:

„Ihre Erkenntnis ist zweifellos richtig. Es liegen unzweideutige Anzeichen dafür vor, daß die ungünstige wirtschaftliche Lage weiter nachteilig wirkt auf den Arbeitsmarkt. In dieser Zeit sollte niemand seine Stellung leichtfertig aufgeben, denn die Aussichten, schnell wieder Stellung, — vor allem bessere Stellung — zu erhalten, sind nicht günstig."

Also sollen nach Schack, bis bessere Zeiten kommen, seine Freunde nur ruhig Judengeld annehmen, bis sie sich das „Vergnügen" machen können, sich an die frische Luft setzen zu lassen.

* * *

Die Revision des wegen Unterschlagung zu 5 Wochen Gefängnis verurteilten antisemitischen hessischen Landtagsabgeordneten Hirschel ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Vermischtes.

Geschäftlicher Boykott aus Anlaß der Landtagswahlen. Die agrar-konservativ-antisemitische Presse erhebt ein großes Lamento darüber, daß die Sozialdemokraten in einzelnen Fällen ihren politischen Gegnern den geschäftlichen Boykott angedroht haben. Ueber die grundsätzliche Verwerflichkeit eines solchen Kampfmittels ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber — haben gerade die reaktionären Parteien ein Recht, sich über dieses Vorgehen der Sozialdemokratie zu beklagen? Seit Jahren hetzen die Antisemiten in Deutschland bald heuchlerisch frömmelnd, bald in national-chauvinistischer Gestalt gegen die wirtschaftliche Existenz ihrer jüdischen Mitbürger und ihr häßlicher Schlachtruf „Kauft nicht bei Juden!" erschallt in den Volksversammlungen und in der Presse, ohne daß sich jemals unsere Konservativen darüber aufgeregt hätten. Wo blieb da der Ruf nach Gesetz und Verwaltung? Wo blieben da unsere privilegierten Hüter der Gerechtigkeit? Ja, Bauer, das ist etwas anderes! Freilich ist das etwas anderes, aber die Sache ist hier gegenüber den Juden moralisch nicht besser, sondern noch schlimmer. Die Sozialdemokraten können wenigstens mit Recht klagen, daß man sie durch ein veraltetes Wahlsystem rechtlos gemacht hat, daß man ihnen trotz ihrer gewaltigen Stimmenzahl auch nicht einen einzigen Abgeordneten zugestehen will. Ihre Erbitterung ist also begreiflich, wenn auch das Mittel verwerflich. Wie steht es aber mit der Jahre hindurch betriebenen öffentlichen Boykottierung der Juden? Die jüdischen Kaufleute haben niemand bedrängt und niemand um sein Recht gebracht. Nur wilder Haß, abscheuliche Hetze, aus Neid erzeugt, waren es, die das für einen Kulturstaat beschämende Treiben inszeniert haben. Und unsere vornehmen Konservativen sahen dieser ekelhaften Kampfesweise stillvergnügt zu und ihr Gewissen rührte sich nicht. Wer erklärt uns diesen Widerspruch der Natur? Oder ist es etwa gerechter, gegen ein Glaubensbekenntnis als gegen eine politische Meinung mit Machtmitteln zu kämpfen? Hat der jüdische Kaufmann nicht ebenso das Anrecht auf Schutz seiner Religion wie der bürgerliche Wähler auf Schutz seiner antisozialdemokratischen politischen Ueberzeugung? Oder denken wir an die Abstammung! Kann jemand dafür, daß er so und nicht anders geboren ist? Hat man das Recht, ihn zu strafen und zu verfolgen, weil seine Nase ein wenig anders aussieht?

Nein, logisch und ethisch gedacht ist die Sache in beiden Fällen vollständig dieselbe. Aber — es gibt Leute, die erst dann ein Unrecht erkennen, wenn sie es an ihrem eigenen Leibe spüren. Ja, unsere Konservativen sind nur darum gegen dieses Unrecht empört, weil sie fürchten, dabei die Leidtragenden zu sein. Aber alle Schuld rächt sich auf Erden und auch die Methode des wirtschaftlichen Boykotts trägt böse Früchte. Die Antisemiten haben unter dem Schutze der Konservativen damit begonnen, — nun richten sich die von ihnen geschmiedeten Waffen gegen sie selber. Vielleicht gehen sie endlich in sich und rufen mit dem Büßer: Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa!

* * *

Eidesleistung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Deutschlands. Man schreibt uns:

Die „Nordd. Allg. Ztg." beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern mit dem Ergebnis der Landtagswahlen und bemerkt u. a.:

„Auch den sozialdemokratischen Abgeordneten steht die Ablegung des Eides auf die Verfassung bevor, der den Treueid gegen den Monarchen in sich schließt. Die Genossen werden den Eid wohlgemut leisten, nannte doch Bebel schon vor geraumer Zeit die Verfassungseide „Zwirnsfäden", die die Sozialdemokraten in ihren Bestrebungen nicht hinderten. Immerhin wird es ein denkwürdiger Moment sein, wenn die Genossen zum Schwur vortreten und Gott zum Zeugen dafür anrufen, daß sie die monarchische Verfassung Preußens treu und gewissenhaft zu halten entschlossen seien!"

So die „Nordd. Allg. Ztg.".

Aber nicht nur für die Sozialdemokratie sind Verfassungseide Zwirnsfäden, auch andere Leute gibt es im Deutschen Reiche, und namentlich in Preußen, denen Verfassungseide Zwirnsfäden sind, die ihre Bestrebungen nicht hindern, Leute, die der „Norddeutschen" weit näher stehen als die Sozialdemokraten.

Hat nicht jeder, der einen Eid auf die Verfassung abgelegt, beschworen, daß jeder Deutsche vor dem Gesetz gleich sein soll, daß Rang und Standesunterschiede nicht existieren sollen, und daß alle öffentliche Aemter jedem Deutschen ohne Unterschied des Glaubens erreichbar sein sollen?!!

Und wie werden diese Eide gehalten? Müssen nicht auch sehr hochgestellte Personen, wenn sie den Eid auf die Verfassung leisten, zum Schwur vortreten und Gott zum Zeugen dafür anrufen, daß sie die Verfassung treu und gewissenhaft zu halten entschlossen seien!? Und fragen wir dann weiter: Wird die Verfassung bei uns in der Tat heilig gehalten und ist jeder, der die Verfassung beschworen hat, bemüht, sie gewissenhaft zu beobachten? Herrscht in unserem Heere die jedem Deutschen zugeschworene Gleichheit? Herrscht sie in der Verwaltung? Kann z. B. ein Deutscher jüdischen Glaubens Offizier werden? Kann ein Deutscher jüdischen Glaubens Landrat oder Leiter irgend eines staatlichen Instituts werden, wenn er dem Glauben seiner Väter treu bleiben will?

Nein, auch dann nicht, wenn er alle Eigenschaften, die ihn dazu befähigen, in hervorragendem Maße besitzt.

Wir haben zwar die Verfassung und die maßgebenden Personen haben Gott zum Zeugen angerufen, daß sie sie halten wollen, aber dem Deutschen jüdischen Glaubens gegenüber sind die geleisteten Eide Zwirnsfäden, die diese maßgebenden Persönlichkeiten in ihren Bestrebungen nicht hindern. Darum möchte ich der „Nordd. Allg. Ztg." zurufen:

„Es kehre jeder vor seiner eigenen Tür, dann ist es allerorten rein!"

* * *

Die Beamtenfreundlichkeit der Konservativen wird recht anschaulich illustriert durch folgende Bemerkungen, die der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli, wie wir der Wahlzeitung des Mittelstandsbundes entnehmen, in seinen Reden zur Unterstützung der bündlerischen Kandidatur Ritter-Stieglitz im Wahlkreise Colmar-Czarnikau-Filehne „wörtlich" zu machen pflegt:

„Die Konservativen wollen die Unwiderruflichkeit der Ostmarkenzulage nicht. Wir wollen nicht haben, daß die Behörden von den unteren Beamten abhängig sind; der obere Beamte hat zu befehlen, der untere hat zu gehorchen. Soll denn die Regierung abhängig sein von ihren Beamten? Die Ostmarkenzulage wird gegeben, damit der Beamte gegen das Polentum Stellung nimmt. Wenn der Beamte, nachdem er die Zulage erhalten hat, zu den Polen übergeht, muß ihm die Zulage wieder genommen werden können."

Schade, daß dieses Geständnis einer schönen konservativen Seele, das so recht bezeichnend ist für das „Wohlwollen" konservativer Kreise gegenüber den Beamten, nicht schon vor den Landtagswahlen bekanntgeworden ist. Vielleicht würden dann manche Beamte, z. B. in Danzig, doch wohl Bedenken getragen haben, einer Partei Gefolgschaft zu leisten, die sie einfach zu Heloten der jeweilig herrschenden politischen Richtung herabdrücken will.

* * *

** **Die Berliner Freie Studentenschaft** an der Friedrich-Wilhelms-Universität befindet sich augenblicklich in einer ernsten Krise. Schon seit Monden hatte sie unter allerlei scharfen organisatorischen Maßnahmen des Rektors und Senats zu leiden, die ihr das Dasein sauer machten. All-

gemein bildende Varträge, die Männer der Wissenschaft in den Versammlungen der Freien Studentenschaft halten sallten, wurden van den akademischen Behörden aus nichtigen Gründen verbaten. Nun will man der Finkenschaft völlig den Garaus machen, ihren Lebensnerv zerschneiden, indem man ihr die freiheitliche Organisation nehmen und sie einfach zu einem Verein machen will, wie alle übrigen, die in kleinlicher Eigenbrödelei verkommen.

Rektor und Senat machen Ernst und verlangen nun Mitgliederlisten der Freien Studentenschaft. Sie aber, die prinzipiell alle Studenten vertreten will, die keinem Verein angehören, kann diesem Ansinnen nicht nachgeben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Freistudenten wird sich noch im Laufe dieser Woche mit dieser Lebensfrage der Freistudentenschaft beschäftigen. Auch der geistige Leiter der deutschen freistudentischen Bewegung, der Privatdozent Dr. Ohr-München, wird an den Beratungen teilnehmen. Bereits liegt ein Antrag vor, die Berliner Organisation an der Universität aufzulösen.

Sall auf diese Weise die größte freiheitliche studentische Organisation Deutschlands an der Berliner Universität, die in sozialer Beziehung sa aufklärend gewirkt hat, ihr Ende finden? — Es wäre ein schmerzlicher Verlust.

* * *

Gegen den Rassenhaß sprach man sich in scharfer Weise auf dem diesjährigen evangelisch-sozialen Kangreß aus, der in den Pfingsttagen unter dem Varsitz des Prafessars Dr. Harnack-Berlin in Dessau stattfand. Pastar Clemens Schulz-Hamburg besprach die wichtige Frage der Jugendfürsorge und verdammte dabei mit aller Schärfe die verhetzenden Tendenzen gewisser Kreise. Wer die Jugend erzieht zum Rassen-, Klassen- und Massenhaß, erklärte er, der versündigt sich an ihr. —

Das sallten sich besonders verschiedene Herren aus dem Hamburger Wirkungskreise des Redners hinter die großen Ohren schreiben.

* * *

Alte Irrtümer. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Bezugnehmend auf den Artikel: „Alte Irrtümer" in Nr. 22, bemerke ich folgendes:

Die Frage, ob Polygamie oder Monogamie bei den Juden geherrscht hat, wird meistens im Sinne der Polygamie unrichtig beantwortet. Jeder weiß, daß bei den Erzvätern Polygamie vorhanden war, daß Polygamie gesetzlich erlaubt war, also wird auch — so schließt man — Polygamie allgemeiner vorhanden gewesen sein. Der Irrtum rührt zumeist daher, daß das Wesen der patriarchalischen Familie nicht richtig verstanden wird. „Patriarchalische Familie ist die Familie", so sagt man, „bei der der Vater alles zu sagen hat." Vollständig verkehrte Auffassung. Dann wäre im alten Rom die Familie weit mehr patriarchalisch gewesen. Das Charakteristische der patriarchalischen Familie ist das, daß die ganze Familiensippe (gens im alten Rom) eine einzige Wirtschaftseinheit bildete. Als die Söhne Jakobs sich verheirateten, da gründeten sie keine neue Wirtschaftseinheit, wie sie es im alten Rom getan haben würden, sondern blieben wirtschaftlich im Familienverbande. Der Leiter dieser Wirtschaftsgruppe war der Patriarch, dessen Würde sich nach dem Recht der Erstgeburt vererbte. Er war ein Herrscher im Kleinen. Wie überall im Orient, konnte er sich einen Harem halten. In Israel waren es aber keine Kebsweiber, durch die Polygamie wurde die Stellung dieser Frauen gehoben. In der ganzen biblischen Geschichte sehen wir überall, daß der Mann aus dem Volke nur ein Weib hatte.

Die patriarchalische Familie kommt nach Morgan (Urgeschichte der Menschheit) bei allen Völkern dann vor, wenn sie sich von der Oberstufe der Barbarei zur Zivilisation entwickeln. Wenn wir unsere heutige geschlechtliche Moral mit der Moral jener Zeiten, wo die Mutterfamilie noch nicht so lange überwunden war, bei Nachbarvölkern zum Teil erst im Verschwinden begriffen war, vergleichen, verfallen wir leicht in Irrtümer, indem wir die Entwickelungsgeschichte der Familie außer Acht laßen.

Wie die Frau in der Bibel geachtet wird, dafür legt am besten Zeugnis 5. Mos., Kp. 21, 10—14.

Wenn wir erwägen, wie im heidnischen Altertum das gefangene Weib behandelt wurde — die Helden vor Troja zankten sich um die schöne Briseïs wie um irgend ein anderes Beutestück —, wie im christlichen Mittelalter und auch in der Neuzeit (China, Afrika) mit den Weibern der Besiegten verfahren wurde, dann müssen wir sagen: Hier zeigt der Gesetzgeber eine Gesinnung, die alles ihm Zeitgenossentliche an Humanität derart überragt, daß irgend etwas anderes, was das Zeitgenossentliche in gleicher Weise humanitär überragt, nicht gefunden werden kann.

Dr. Sternberg, Emden.

* * *

„Der Jude Scherl." Unter der Spitzmarke „Aufgepaßt!" stand in der Mai-Nummer der zu Hannover erscheinenden „Nardwestdeutschen Handwerkerzeitung", dem amtlichen Organ der Handwerkskammern zu Altona, Flensburg, Hannover, Harburg, Hildesheim, Osnabrück und Stadthagen nachstehende Natiz, die um so auffallender erscheinen muß, als ohne Zweifel eine Anzahl unserer jüdischen Mitbürger den betreffenden Kammern angehören, deren affizielles Organ dies Blatt ist. Die Natiz lautet:

„Scherl, der berühmte Verleger, verbreitet Millionen Prospekte im deutschen Vaterlande für sein neues Kulturwerk. Für 10 Pf. die Woche erhält man leihweise einen berüchtigten Schauerroman. Handwerker, laßt diese Kulturwerke nicht Eingang finden in euren Familien. Hinaus mit diesen Geistesprodukten. Wer ein gutes Buch in seiner Familie haben will, dem ist genug und übergenug Gelegenheit geboten, dazu braucht ihr keinen Juden Scherl."

Sa weit die Natiz. Es kammt uns natürlich nicht in den Sinn, auch nur mit einer Silbe für das Scherlsche Geschäftsunternehmen einzutreten, diese Seite der Sache geht uns nichts an und kann uns nicht interessieren. Wagegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden müssen, ist die antisemitische Tendenz dieses Artikels, die jedes mißliebige Varkammnis den Juden in die Schuhe schieben mächte. Nun sollte vor allem ein Mann, der als Redakteur eines amtlichen Blattes fungiert, wissen, daß Scherl kein Jude ist, auch kein Judensprößling, sondern unbezweifelt christlicher Abstammung ist. Aber selbst wenn dies anders wäre, ist es geradezu unerhört, daß das amtliche Organ einer öffentlichen Körperschaft wie es die Handelskammer ist, sich der antisemitischen Waffen bedient, die eine rein geschäftliche Manipulatian eines Einzelnen, die mit dem Glauben absolut nichts zu tun hat, mit der Kanfessian verquickt und verallgemeinert. Was sagt denn das Präsidium der Handwerkskammern, der doch auch Juden zugehören, dazu, daß hier sa affen in dem amtlichen Organ der Handwerkskammer Antisemitismus getrieben wird und noch dazu auf Kosten der Wahrheit. Vielleicht bringt die „Nardwestdeutsche Handwerkerzeitung" die Notiz nach einmal mit dem abgeänderten Schlußsatz: „Dazu braucht ihr keinen Christen Scherl." Das wöre zwar ebenso wenig zu billigen, aber das enthielte wenigstens keine Unwahrheit!

* * *

Jüdische Aerzte und russische Paßvarschriften. Die leidige Angelegenheit der russischen Paßvarschriften ist kürzlich Gegenstand der Verhandlungen der Ostpreußischen Aerztekammer gewesen.

Es ist bekannt, daß zur Reise nach Rußland ein Paß gehört, der von dem russischen Konsulat visiert werden muß. Dieses Visum wird den Christen anstandslos erteilt, während bei den Juden drei Kategorien unterschieden werden. Die erste Kategorie umfaßt die Inhaber gerichtlich eingetragener Firmen, die zweite die jüdischen Handlungsreisenden solcher Firmen, die dritte alle übrigen Juden. Die erste Klasse erhält das Visum gegen Vorlegung eines amtlichen Handelsregisterauszugs, die zweite hat eine beglaubigte Vollmacht ihrer Firmen beizulegen. Die dritte Klasse, welche unter dem Kollektivbegriff „Sonstige Reisende" alle Personenklassen umfaßt, die nicht zu Firmeninhabern und Handlungsreisenden gehören, also z. B. Aerzte, Anwälte, Schriftsteller, Privatpersonen usw., können das Visum nur in der Weise erlangen, daß sie den deutschen Generalkonsul in Petersburg bitten, bei dem russischen Minister des Innern Fürbitte einzulegen, ihnen die Erlaubnis der Reise nach Rußland zu erteilen. Diese Erlaubnis wird in den allerseltensten Fällen er-

teilt und dann noch an entwürdigende Bedingungen, wie Aufenthaltsbeschränkungen u. a. m., geknüpft. Bis diese Erlaubnis erteilt wird, vergehen in der Regel Monate, so daß auch die schließlich erteilte Genehmigung hierdurch in den meisten Fällen wertlos wird. Am häufigsten trifft dies bei den Aerzten zu, die zu schleunigen Konsultationen, Operationen usw. nach Rußland berufen werden, also in Fällen, die keinen Aufschub zulassen. Eine Umgehung dieser Vorschriften soll zuweilen dadurch möglich gemacht worden sein, daß einzelne Aerzte sich von Inhabern eingetragener Handelsfirmen Vollmachten zum Abschluß von Handelsgeschäften ausstellen ließen. Natürlich weist die weit überwiegende Zahl der deutschen Aerzte diesen entwürdigenden Weg mit Entrüstung zurück, sehr zum Schaden auch der Patienten, die ihren ärztlichen Beistand wünschen.

Längst haben diese Zustände in weiten ärztlichen Kreisen tiefen Mißmut erregt und Erwägungen veranlaßt, ob und wie Abhilfe zu schoffen sein würde. Infolge einer aus Anlaß eines krassen Einzelfalles an die Ostpreußische Kammer gerichteten Eingabe ist der Stein endlich ins Rollen gekommen. In der dieser Tage stattgehabten Sitzung dieser Aerztekammer erklärte der Referent Forstreuter: „Meine Herren! Sie werden wohl mit den Antragstellern übereinstimmen und die Paßvorschriften, wie sie nach der gedruckten Anweisung des russischen Konsuls in Königsberg für deutsche Aerzte mosaischen Glaubens bestehen, für entwürdigend und die Interessen des ärztlichen Standes schädigend erachten. Da, wie wir gesehen haben, auch die Kollegen mosaischen Glaubens anderer Aerztekammerbezirke unter denselben Mißständen zu leiden haben, so stelle ich den Antrag, die hier zusammengefaßten Schriftstücke dem Aerztekammer-Ausschuß zu überreichen mit dem Antrage: „Durch den Herrn Minister der Medizinalangelegenheiten den Herrn Reichskanzler zu bitten, eine Gleichstellung der Paßvorschriften für deutsche Aerzte mosaischen Glaubens mit denen für die übrigen Aerzte erwirken zu wollen." — Der Antrag wurde einstimmig angenommen und beschlossen, durch den Ausschuß der preußischen Aerztekammer alle anderen Kammern aufzufordern, dem Beschluß beizutreten.

* * *

Im Persischen Porlament bilben bie Priester die Mehrzohl. An ihrer Spitze ober vielmehr on der Spitze der gonzen Valksvertretung steht, wie wir einem Briefe eines ber wenigen Vertreter ber persischen Intelligenz, Dr. phil. Kitabgi Chan, on bie „Gazette be Lausanne" entnehmen, der Großpriester Aga Seid Abdulla, der wohre Urheber der konstitutionellen Bewegung in Persien, ber Mann, ber von seiner Kanzel herab, ohne die persönliche Lebensgefahr zu berücksichtigen, ahne Rost noch Ruh das elenbe Regiment bes Prinzen Aine-eb-Dawle verurteilt hat. Das ist ber Mann, bem dos persische Volk seine Freiheit verbonkt. Ihm zur Seite sitzt der Großpriester Ago Seid Mahammeb, ein ehrwürbiger Greis mit langem, weißen Bort. Merkwürbig! Diese beiden Großpriester, biese beiben Abkömmlinge des Prapheten, biese beiben Stützen ber Notion sinb auch bie Vertreter ber Christen unb Juden im Persischen Parlament. Welch' ein schönes Beispiel für den ongeblichen Liberalismus gewisser Völker bes Westens! Gonz in der Nähe der beiben Männer sitzt ein weißbeturbanter Imam. Auch er hat on Juben unb Christen denkwürbige Warte gerichtet: Ihr seib die Kinber besselben Vaterlanbes wie wir; barum seid ihr unsere Brüder; wo immer ihr ouch sein möget, seib ohne Furcht; wir werden ba sein, um euch zu lieben, euch zu helsen, euch zu beschützen . . .

Feuilleton.

Zum 20. Todestage Kaiser Friedrichs III.

Von Dr. Abalph Kahut.

(Nachdruck verboten.)

I.

Am 15. Juni 1888 hauchte Koiser Friedrich III. seine edle Seele aus. Seine Witwe, bie Kaiserin Friedrich, melbete dos Ableben bes erlösten Dulbers ihrer Mutter, ber Königin Viktoria von Englanb, mit den erschütternben Worten: „Um Deinen Sohn weint biejenige, die so stolz unb glücklich war, seine Frau zu sein, mit Dir, arme Mutter. Keine Mutter besoß solchen Sohn."

Am 20. Todestage des Fürsten geziemt es sich, seiner pietätvall zu gebenken unb sein Anbenken durch ein Blott weihevoller Erinnerung zu feiern.

Prinz Friedrich Wilhelm wor ein van ber Vorsehung mit allen Gaben ebelster Menschlichkeit ousgestatteter Jüngling; unb die ihm seitens seiner erhabenen Eltern zuteil gewordene Erziehung trug nicht wenig dazu bei, bie varhonbenen Keime ibeolster Gesinnung zu üppiger Blüte gelongen zu lassen. Seine militärischen und bürgerlichen Erzieher und Lehrer, wie der Generol von Unruh unb Ernst Curtius, ber später berühmt gewardene Archäologe, sowie sein langjähriger Flügelabjutont Helmut von Moltke, ber unsterbliche Schlochtenbenker und Schlochtenlenker, hoben in bie empfängliche Seele des hohen Fürsten die Liebe für bie Menschheit, das Pflichtgefühl unb bie Begeisterung für dos Göttliche gleichsolls gesät.

Prinzessin Augusta Viktorio übergob ihren jugendlichen Sahn Ernst Curtius mit der Weisung, baß Friedrich Wilhelm stark an Geist unb Leib aufwachse, um ben ungeheuren Aufgoben ber Zeit Rechnung trogen zu können. Sie lebte gonz in der Zukunft ihres Sohnes, unb ihr eifrigstes Bestreben wor borouf gerichtet, ous dem Knoben nicht ollein einen ausgezeichneten Fürsten, sanbern auch einen trefflichen Menschen zu machen. Diese Arbeit wurbe bem Erzieher sehr erleichtert, benn er brouchte keine bösen Triebe auszurotten, weil diese nicht vorhanben waren, sonbern nur die zarten Pflanzen bes Guten unb Schönen sorgsom zu pflegen. In einem Briefe, den Ernst Curtius on seine Brout unb spätere Gattin Viktarine Baissonnet — unter bem 27. Januor 1845 — schrieb, heißt es van dem Prinzen:

„Wie gern tue ich alles für ihn! Je mehr sich das junge Gemüt an mich anschließt, je mehr sich der Wunsch der Mutter zu erfüllen scheint, ich möchte ihm ein Freund fürs Leben werden, an dem er zum Leben heranwachse, je mehr tägliche Tat mich fühlen läßt, daß meine Arbeit gesegnet ist, desto dankbarer bin ich für diese Stellung, in die ich berufen bin. Ihn wach und lebendig zu machen, ihn fühlen zu lehren, was für Keime in einer unsterblichen Seele liegen, und daß sie ihren Flügel nicht zum Kriechen, sondern zum Fliegen habe, darauf gehen alle meine Gedanken hin; und schon spürt er den Anhauch einer frischen Morgenluft. . . . Ich sah meinen Prinzen in einem Privatkreise von schlichten Bürgersleuten, und ich freute mich herzlich, zu sehen, wie einfach und unbefangen und fröhlich er war, keine Spur eines steifen Zurückhaltens. Gott erhalte ihn so! Auch lieben ihn alle Menschen, welche ihn kennen."

Und einige Johre später schreibt er an Curb von Schlaezer aus Babelsberg — Anfang September 1848:

„Die Blicke werden sich wohl mehr und mehr auf den Prinzen richten, ihn erkennen, wie ausgezeichnet er in vieler Hinsicht begabt ist, wie rein und edel sein Herz, wie sicher seine Tat, wie gut er mit den Menschen umzugehen versteht, wie ein festes Gerechtigkeitsgefühl ihm angeboren ist."

Curtius wurbe nicht müde, die graße Liebenswürbigkeit, Leutseligkeit unb liebreiche Herzlichkeit, Eigenschaften, bie unwiderstehlich ouf die Menschen wirken, bei dem Prinzen zu rühmen, ihm eine graße unb segensreiche Zukunft prophezeienb.

„Ich kann mir nicht anders denken," so schreibt er einmal an seine Eltern — Potsdam, 2. Weihnachtstag 1848 —, „als daß diese Reinheit und dieser Adel der Gesinnung, diese lautere Frömmigkeit, diese Empfänglichkeit für alles Menschliche, Schöne und Edle, die große Fassung und Selbstbeherrschung, der sichere und natürlichere Takt, der unerschütterliche Gerechtigkeitssinn, die bürgerliche Einfachheit seines Wesens und endlich die schöne Gabe, durch Werk und Wort die Herzen aller guten Menschen zu gewinnen — ich kann mir nicht denken, daß alle diese Gaben nicht den Völkern sollten zum Segen werden, an deren Spitze ihn das Schicksal berufen wird. Doch wie es auch kommen mag, ich kann der frohen Ueberzeugung sein, daß er jedes tränenschwere Mißgeschick, das ihm bestimmt sein mag, schuldlos und mit edler Fassung tragen würde."

Welche prophetischen Warte, die buchstöblich in Erfüllung gingen!

War es auch Kaiser Friedrich III. nicht vergönnt, als Herrscher die Ideale, die seine Seele erfüllten, zu verwirklichen, so hat er doch auch als Kronprinz, soweit es in seiner Macht stand, alles aufgeboten, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu schützen, der Unduldsamkeit der Zeloten entgegenzutreten und die Menschenrechte und Menschenwürde zu verteidigen.

Einige Ruhmesblätter aus dem Dasein des Kronprinzen werden dies vollinhaltlich bestätigen.

Der lorbeergeschmückte Sieger in so vielen Schlachten, der kühne Held, war ein glühender Freund des Friedens, der nur ungern, ja, nur mit äußerstem Widerstreben in den Krieg zog, weil das Blutvergießen ihn anwiderte. Der Dichter Gustav Freytag, der ihm im Leben nahegestanden hat, sagt in seinen 1889 erschienenen Erinnerungsblättern, wo er von der Haltung des Siegers von Wörth — am 6. August 1870 — spricht:

„Die Schlacht war eine der blutigsten und ruhmvollsten, die wir erlebt haben, alles gestürmt und zerschlagen unter schrecklichen Verlusten. Jedermann fühlte, daß dies ein grimmiger, menschenmordender Krieg sei. Der Kronprinz war an diesem Abend still, auch seine mannhafte Kraft erschöpft, er sagte zu mir in größter Bewegung:

„Ich verabscheue dieses Gemetzel. Ich habe nie nach Kriegesehren gestrebt, o, lieber hätte ich solchen Ruhm jedem anderen überlassen. Und es wird gerade mein Schicksal, aus einem Krieg in den anderen, von einem Schlachtfeld über das andere geführt zu werden und in Menschenblut zu waten, bevor ich den Thron meiner Vorfahren besteige. Das ist ein hartes Los!"

„Dafür mögen Sie als König im Segen des Friedens regieren," erwiderte Gustav Freitag.

Wie seine von ihm abgöttisch geliebte Gattin Viktoria, die, in der Luft der Freiheit Albions aufgewachsen, keine konfessionelle Unduldsamkeit kannte und jede Verfolgung und Verhetzung eines Menschen um seines Glaubens willen, haßte und verabscheute, so war auch er ein entschiedener, ja leidenschaftlicher Gegner all der Demagogen in geistlichem oder bürgerlichem Gewand, die das Schüren der konfessionellen Vorurteile gleichsam gewerbsmäßig betreiben, und die statt Liebe zu predigen und zu säen, Haß und Zwietracht pflanzen und eine Bevölkerungsklasse gegen die andere aufzuhetzen suchen. Wie hätte dies auch anders sein können! War doch seine Gemütsart, wie der spätere Geh. Legationsrat Prof. Dr. Aegidi in der von Gervinus einst herausgegebenen „Deutschen Zeitung" nach eigener Anschauung ihn treffend charakterisierte, „immer sanft und mild, jeder reineren und höheren Regung nachgebend, empfänglich für Mitleid, zart besaitet und weich, stets geneigt, wohlzutun und Frieden zu stiften, selbstvergessen und gehorsam, aber auch unerschütterlich fest in seinem Gewissen, frei von jeder Unwahrheit und allem Groll." Grund und Boden des Prinzen war eben die Reinheit der Seele in Wahrhaftigkeit und Biederkeit; sie gab ihm das feine Gefühl, Recht von Unrecht zu unterscheiden, das Sein von dem Schein und unter den Menschen die Guten zu wählen, die Schlechten zu meiden und die Halben zu übersehen. Auch lieh sie ihm von Kindheit auf eine eigene, freundliche Würde; so weich auch sein Herz und Gemüt, so unerschütterlich war er in seiner Ueberzeugung. Nie und nimmermehr hätte er je der Stimme seines Gewissens zuwidergehandelt, und die Sprache seines Gewissens wurde bei ihm, zumal Bescheidenheit und Wahrhaftigkeit sein Herz heiligten, zur Offenbarung.

Als der Kronprinz des Deutschen Reiches — am 13. September 1883 — in Wittenberg die „Lutherhalle" eröffnete, erhob er die dringende Mahnung, allezeit einzutreten für das Bekenntnis der Reformation und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung, der die Kraft und das Wesen des Protestantismus berge, nicht in Buchstaben, sondern in dem zugleich lebendigen, urdeutschen, mutigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit.

Die Duldung galt ihm von jeher als eine gegen jedermann zu übende, heilige Pflicht. Wie er bei seinen Reisen im In- und Ausland in gewissenhafter Weise allen Bekenntnissen, auch dem jüdischen, gleichmäßig gerecht zu werden suchte, so verhehlte er nie seinen Widerwillen gegen jede Gehässigkeit, die wegen der Verschiedenheit des Glaubens hervortrat. So oft er nur irgend konnte, förderte er ein gutes Einvernehmen zwischen den einzelnen Konfessionen und verdammte alle Störungen des religiösen Friedens.

Es ist bekannt, daß er den Antisemitismus überaus streng verurteilte, weil derselbe dem Geist der Duldsamkeit widerspreche und geradezu ein Hohn auf die Menschheit sei.

Wir müssen bei diesem Punkte etwas länger verweilen, weil von seiten der Antisemiten wiederholt versucht wurde, die durch keine Sophistereien aus der Welt zu schaffende klare Stellung des Kaisers Friedrich zum Antisemitismus zu trüben. Wir folgen in unserer genetischen Darstellung des betreffenden Verhältnisses der quellenmäßigen Biographie von Margaretha von Poschinger, M. Philippson und anderen Biographen des Kaisers Friedrich, die gar keine Deutung und Deutelung zulassen.

Am 15. Januar 1881 hatte die jährliche Generalversammlung des Vorstandes der Viktoria-National-Invalidenstiftung zu Berlin unter dem Vorsitz des Kronprinzen stattgefunden. Bald nach Aufhebung der sehr großen Geschäftssitzung wendete sich der Kronprinz an den stellvertretenden Vorsitzenden, den Geh. Kommerzienrat und Stadtrat Meyer Magnus mit der Frage, ob er mit dem vergangenen Jahre zufrieden gewesen sei. Der Angeredete entgegnete, daß angesichts der Sr. Kaiserlichen Hoheit wohlbekannten antisemitischen Agitation das Jahr für ihn eines der böseften seines Lebens gewesen sei. Wenn ihm und unzähligen seiner Glaubensgenossen inmitten der traurigen Bewegung ein starker Trost geblieben wäre, so sei es die lebendige Erinnnerung an den an dieser Stelle (im Jahre zuvor) getanen Ausspruch des Kronprinzen, daß er die Bewegung bedaure und daß sie eine Schmach für unsere Zeit sei. Mit allem Nachdruck bemerkte hierauf der Kronprinz, daß er dieselbe Anschauung auch heute noch wie damals hege, daß er die gehässigen Bestrebungen auf das entschiedenste mißbillige und verwerfe. Was sein Gefühl dabei am meisten verletze, sei die Hineintragung dieser Tendenzen in die Schule und die Hörsäle; in die Pflanzstätten des Edlen und Guten sei dieses böse Samenkorn hineingeworfen worden. Hoffentlich werde es nicht zur Reife gelangen. Er vermöge es nicht zu fassen, wie Männer, die auf geistiger Höhe stehen oder ihrem Berufe nach stehen sollten, sich hier zu Trägern und Hilfsmitteln einer in allen Voraussetzungen und Zielen gleichmäßig verwerflichen Bewegung hergeben konnten. Der Kronprinz zog zur Erläuterung dieser Anschauungen einen einzelnen markanten schwachen Fall jener Zeit herbei, wogegen er auf die Geschichte der Agitation in allen einzelnen Phasen einging.

Der hohe Herr fragte im weiteren Verlauf der Unterredung, ob es wahr sei, daß viele jüdische Familien Berlin zu verlassen beabsichtigten. Meyer Magnus entgegnete, daß ihm kein einziger derartiger Fall zur Kenntnis gekommen sei, und daß er auch nicht daran glaube. Unter den Juden herrsche wohl eine leicht begreifliche und tiefgehende Erregung; die frühere Aeußerung des Kronprinzen und manche anderen Umstände hätten aber mächtig dazu beigetragen, die feindseligen Bestrebungen in ihrer nächsten Wirkung abzuschwächen. Der Kronprinz bemerkte hierauf, auch er gebe sich der sicheren Hoffnung hin, die Bewegung werde sich langsam im Sande verlieren, denn derartige ungesunde Dinge könnten keinen Bestand haben.

(Fortsetzung folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 26. Berlin, den 24. Juni 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1.10 Mark sind an die Expedition, Berlin W 35, Magdeburger Straße 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Organisation der konservativen Parteien.

Die Zeiten, wo politische Richtungen auch ohne die Grundlage parteipolitischer Organisationen, nur durch die Gunst des Augenblicks oder die aura popularis getragen, bei politischen Wahlen sich durchsetzen konnten, ist endgültig vorüber. Wahlpolitische Erfolge werden heute nur von Parteien errungen, die in den einzelnen Wahlkreisen über kräftige und arbeitsfreudige lokale Organisationen verfügen. Die konservativen Parteien konnten bislang noch am ehesten solche organisatorischen Stützpunkte entbehren, da in den ländlichen Wahlkreisen, auf die sie immer mehr zurückgedrängt worden waren, das große Heer der Verwaltungsbeamten, vom Landrat bis zum Nachtwächter, teils freiwillig, teils gezwungen, die Wahlarbeit für sie leistete. Das ist mit dem Eintritt rein wirtschaftlicher Organisationen in den politischen Kampf, wie des Bundes der Landwirte und seit einigen Jahren der Wirtschaftlichen Vereinigung, anders geworden. Auch die beiden konservativen Parteien sahen sich genötigt, wollten sie ihre Selbständigkeit gegenüber diesen beiden wirtschaftspolitischen Interessenvertretungen aufrechterhalten, ihre Anhänger politisch zu organisieren.

Am längsten hatte die Reichspartei — in Preußen freikonservative Partei genannt — mit dem Ausbau ihrer politischen Organisation sich Zeit genommen. Ein eigentliches Programm besaß sie bisher nicht, auch keine spezifische Parteipresse; die „Post" galt immer mehr als das Sprachrohr ihres preußischen Führers, Herrn von Zedlitz, und das andere Hauptorgan dieser Richtung, die „Schlesische Zeitung", bezeichnete sich selbst einmal vor Jahren als „freiwillig-gouvernemental". Mit diesem Wort war wohl auch die politische Richtung der Partei, die so „frei" war, sich „konservativ" zu nennen, und die selbst von weiter rechtsstehenden Politikern bei gelegentlichen Verstimmungen sich sagen lassen mußte, daß es wohl freikonservative Abgeordnete, aber keine freikonservativen Wähler gebe, richtig gekennzeichnet worden. Sie war eben „Regierungspartei sans phrase" und hat mit diesem „Programm" gar keine schlechten Geschäfte gemacht, da sie in Wahlkreisen, die von den extremen Parteien der Rechten und Linken heiß umstritten waren, als „geborene Mittelpartei" auf die große Masse der politisch Unentschiedenen eine nicht geringe Anziehungskraft ausübte.

Mit Beginn des neuen Jahres tritt jedoch die Reichs- und Freikonservative Partei als selbständig organisierte Partei auf mit einem eigenen amtlichen Parteiorgan, der „Freikonservativen Korrespondenz", die von dem Generalsekretär der Partei, Dr. Specht, der in seiner bisherigen langjährigen Tätigkeit als Parlamentsjournalist vorzugsweise mit den freisinnigen Parteien in Verbindung stand, redigiert wird. Von der konservativen Partei wird diese organisatorische Selbständigmachung ihres nächsten politischen Nachbarn mit unverhohlenem Mißtrauen betrachtet. Die „Amtlichen Mitteilungen des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg" erblicken in diesem Schritt bereits „die äußerlich sichtbaren Merkmale der Trennung zwischen (soll wohl heißen von) den Deutschkonservativen", finden aber einen Trost darin, daß „in der Provinz Brandenburg das bisherige Zusammengehen beider Richtungen nicht berührt werden dürfte". Auch sonst ist übrigens bei den jetzigen preußischen Landtagswahlen die alte Waffenbrüderschaft zwischen beiden konservativen Richtungen nicht gestört worden. Nur in Tecklenburg hat die konservative Partei versucht, den bisherigen freikonservativen Mandatsinhaber mit Hilfe des Zentrums zu verdrängen, während andererseits der freikonservative Reichstagsabgeordnete Löscher sich freilich vergeblich bemüht hat, in seinem Landtagswahlkreise den Konservativen ein Mandat abzujagen.

An eine ernsthafte Gegnerschaft zwischen beiden konservativen Gruppen ist indes nicht zu denken. Herr von Zedlitz, der im Wahlkampfe einen Augenblick dem Gedanken einer mittelparteilichen Koalition (mit Einschluß der linksliberalen Gruppen) gegen Konservative und Zentrum nachzuhängen schien, hat, als er seine eigene parlamentarische Position dadurch ernstlich gefährdet sah — in seinem langjährigen Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza hatte ihm daraufhin der Bund der Landwirte zusammen mit den Konservativen den Stuhl vor die Türe gesetzt, und in Waldenburg in Schlesien, wo ihm seine Parteigenossen Unterschlupf gewähren wollten, war seine Wahl infolge der drohenden Haltung des Zentrums ebenfalls sehr zweifelhaft geworden — schnell wieder Anschluß an die Konservativen gesucht und gefunden und sich seine Wahl in Waldenburg durch einen Kniefall vor dem Zentrum gesichert. Damit war der chimärische „Kulturblock von Zedlitz bis Kopsch" schon vor der Wahl wie eine schillernde Seifenblase geplatzt. Es bleibt also auch in dieser Beziehung alles beim alten; die Freikonservativen werden nach wie vor mit den Konservativen ein Herz und eine Seele sein. Ihre politische Selbständigmachung auf Grund eines ad hoc beschlossenen Programms, das in der Hauptsache aus nationalen

Phrasen*) besteht, hat nur den Zweck, ihre parlamentarischen Mandate bei Neuwahlen gegen Angriffe von rechts und links zu sichern.

Aber auch bei den *Konservativen* hat der politische Organisationstrieb immer tiefere Wurzel geschlagen. Sie beginnen jetzt ebenfalls mit der Errichtung *provinzieller Parteisekretariate*. Das erste ist im Anfang dieses Jahres für die Provinz Brandenburg ins Leben getreten; die schon erwähnten „Amtlichen Mitteilungen des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg" sind sein offizielles Publikationsorgan. Die konservative Partei fühlt insbesondere ihre *Landtagsmandate* in der Provinz Brandenburg *bedroht*. Daher auch das keineswegs überraschende Mandatsgeschenk an die Freisinnigen in Ober-Barnim; sie mußten befürchten, alle 3 Mandate an die vereinigten Parteien der Linken zu verlieren. Ihren jahrelangen Besitzstand in Frankfurt-Lebus haben die Konservativen schon bei den Wahlen 1903 an die nationalliberal-freisinnige Koalition abgeben müssen. In *Guben*, *Teltow-Beeskow-Storkow* haben sie bei den jetzigen Wahlen nicht mehr die absolute Mehrheit erhalten. Könnten sich die Parteien der Linken über ein gemeinsames Vorgehen verständigen, so würden die Konservativen hier wiederum 3 Mandate verlieren; das Gubener Mandat ist ihnen jetzt schon durch das Eintreten der Sozialdemokraten für den Freisinnigen entrissen worden. In Kottbus-Spremberg, Brandenburg-Westhavelland und Zauch-Belzig haben die vereinigten liberalen Parteien die Zahl ihrer Wahlmänner gegen 1903 nicht unerheblich vermehren können. Auch hier würde im Falle einer Verständigung zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen die Möglichkeit gegeben sein, die Konservativen zu verdrängen. Den Konservativen ist die Schwäche ihrer brandenburgischen Positionen bei den nächsten Landtagswahlen weit stärker zum Bewußtsein geworden, als ihre Gegner, die Liberalen und Sozialdemokraten, überhaupt nur zu ahnen scheinen. Sie arbeiten daher jetzt schon mit fieberhafter Hast an dem Ausbau von lokalen Organisationen in jedem einzelnen Wahlkreise. Zwei politische Agitatoren, die den Antisemiten nahestehenden Herren *Mannes*, der auch das offizielle Publikationsorgan verantwortlich zeichnet, und Redakteur *Döring*, sind, wie aus dem Blatt ersichtlich ist, zusammen mit dem Abg. *Pauli* unausgesetzt organisatorisch tätig, insbesondere auf dem flachen Lande. Auf die Städte, insbesondere auch auf die *kleineren* Provinzstädte, scheinen die Konservativen keine allzu großen Hoffnungen mehr zu setzen. Muß doch ihr brandenburgisches Korrespondenzorgan in einem Artikel, „Die konservative Partei in den Städten" offen zugestehen:

„*Der konservative Gedanke befindet sich vielfach in den Städten im Niedergang begriffen.*"

Das ist das offene Eingeständnis des *Bankerotts der sogenannten mittelständlerischen Bewegung*, die doch einzig und allein zu dem Zweck ins Leben gerufen war, um den Agrariern und Konservativen in den Städten die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Wenn die Parteien der Linken die Gunst der Zeit zu nützen verständen, wenn sie in den Vordergrund stellten das, was sie im Kampfe gegen die Reaktion eint, wenn sie nebeneinander nicht gegeneinander den Konservativen auch in den bisher rein agrarischen Bezirken resolut entgegentreten würden, so würde wahrscheinlich schon bei den nächsten Landtagswahlen die konservative Herrlichkeit in der Provinz Brandenburg, in Sachsen, Westfalen, Schlesien und anderwärts, elendiglich zusammenbrechen.

*) Es heißt zwar in dem Programm u. a.:
„Die Partei tritt entschieden für die kulturelle und soziale Hebung unsers Volkes ein. Sie fordert *freie Betätigung für alle Konfessionen*, Förderung der Volksbildung, zeitgemäße Entwicklung der Schule und Fürsorge für die schulentlassene Jugend." . . . . „Ebenso fest und entschlossen, wie die Partei für die Monarchie und die Rechte der Krone eintritt, ebenso *heilig und unverletzlich* sind ihr die verfassungsmäßigen *Rechte und Freiheiten des Volkes*." — Durch solche liberal schillernde Phrasen wird sich aber niemand, der die stramm *antisemitische* Haltung der „Post", die erklärte *Gegnerschaft* des Herrn *von Zedlitz* gegen das *Reichstagswahlrecht* kennt, über den reaktionären Charakter der Partei hinwegtäuschen lassen.

Nachklänge zu den preußischen Landtagswahlen.

Wir haben schon vorige Woche in einer allgemeinen Erörterung des Ausfalls der preußischen Landtagswahlen die Tatsache entsprechend gewürdigt, daß die beiden bisherigen Vertreter des spezifischen parteipolitischen Antisemitismus *Werner* und *Lattmann*, nunmehr aus dem Landtage entfernt sind; das einzige, in Zellerfeld-Ilfeld wiedergewählte Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, Amtsgerichtsrat *Caelle*, ist unseres Wissens als prononzierter Antisemit bisher nicht hervorgetreten.

Es bleibt nur noch zu erwähnen, daß auch Herr Lic. *Mumm*, der Intimus Stöckers, der in *Halle-Bielefeld-Herford* als Nachfolger des greisen Pastors von Bodelschwingh, des Leiters der Betheler Anstalten, kandidierte, das Schicksal des Herrn Werner geteilt hat. An seiner Stelle wurde mit sozialdemokratischer Unterstützung der volksparteiliche Stadtrat Lorenz gewählt; die beiden andern Mandate des Wahlkreises verbleiben im Besitz der Konservativen, da sich die Liberalen mit den Sozialdemokraten über eine Aufteilung der Mandate nicht einigen konnten. Die Unterstützung gegen den Christlichsozialen Mumm hat die *Sozialdemokratie* dem volksparteilichen Kandidaten *ohne Gegenleistung* gewährt und damit gewissen leider tonangebenden Kreisen der freisinnigen Volkspartei, die lieber mit Konservativen und Antisemiten politische Schachergeschäfte machen, ein nachahmenswürdiges Vorbild für eine *praktische* Bekämpfung des Antisemitismus geliefert.

In *Hersfeld-Rotenburg* ist der bisherige antisemitische Abg. *Werner* trotz der ihm von den Nationalliberalen gewährten Unterstützung, wie bereits in der vorigen Nummer der „Mitteilungen" erwähnt, dem freikonservativen Landrat Türcke unterlegen, der sowohl in der Frage der Abänderung des Wahlrechts wie in bezug auf seine Gegnerschaft gegen den Antisemitismus in Politik und Verwaltung den Liberalen entgegenkommende Erklärungen abgegeben haben soll. Um so unverständlicher und kompromittierender für die Nationalliberalen ist es, daß der dortige Vorstand der Partei die Kandidatur Werner nicht nur offiziell durch Wahlflugblätter und Inserate, durch einen *gemeinsamen* Wahlaufruf unterstützte, sondern die eigenen Wahlmänner direkt für den antisemitischen Kandidaten verpflichtete. Wir nehmen es als ganz selbstverständlich an, daß die nicht geringe Anzahl von Juden, die eingeschriebene Mitglieder der nationalliberalen Partei oder gar Vorstandsmitglieder sind, den ihnen durch eine Parteiorganisation angetanen Schimpf nicht auf sich sitzen lassen, sondern spätestens auf dem nächsten provinziellen oder allgemeinen Parteitage mit den verantwortlichen Instanzen ein ernstes Wort reden werden.

Zur Wahlbewegung in Colmar-Czarnikau-Filehne.

Die Agitation der drei größeren deutschen Parteien hat, je näher der Tag der Reichstagsnachwahl (30. Juni) herangerückt ist, allmählich einen um so lebhafteren, zum Teil stür-

mischen Charakter angenommen. Amüsant ist, wie die auf die Kandidatur Ritter vereinigten Konservativen und der Bund der Landwirte in letzter Stunde den sonst doch so wesensverwandten Antisemiten auf den Pelz rücken, von deren Sonderkandidatur sie eine Ausschaltung aus der Stichwahl befürchten. Zur Unterstützung der konservativ-agrarischen Kandidatur war auch der Abg. v. Böhlendorff im Wahlkreise erschienen; außerdem hatte der deutschkonservative Hauptverein den Parteisekretär Leutnant a. D. Meier in den Wahlkreis entsandt. Im Wahlkreise selbst traten besonders warm der Schneidemühler 1. Bürgermeister Dr. Krause und der freikonservative Landtagsabgeordnete des Kreises, Landgerichtspräsident Viereck, für den agrarkonservativen Kandidaten ein. Die Empfehlung des letzteren durch Herrn Major a. D. Endell scheint indes nicht gerade geeignet, seine Chancen zu bessern. Stellt doch selbst die „Kreuzzeitung" in einem „Eingesandt", das wir wegen seiner treffenden Charakterisierung der antisemitischen Agitationsmethode weiter unten in seinen wesentlichsten Teilen zum Abdruck bringen, fest, daß „in weiten städtischen und auch in manchen ländlichen, besonders genossenschaftlichen Kreisen eine lebhafte Abneigung gegen den Major Endell besteht." — Der konservative Parteisekretär „Leutnant" a. D. Meier scheint übrigens ein nettes enfant terrible zu sein. In einer Versammlung in Schneidemühl polemisierte er gegen die Nationalliberalen, die durch Einführung direkter Reichssteuern die „Reichen aus dem Lande jagen" würden, und führte nach dem Bericht der konservativen „Schneidemühler Zeitung" als „Beispiel an, daß Sternberg nach seiner Verurteilung wegen sittlicher Verfehlungen seinen Wohnsitz einfach nach Paris verlegt habe. So gehe der Nutzen von (!) den Reichen dem eigenen Lande verloren." — Wie wird sich Sternberg in Paris freuen, daß wenigstens von einer Seite und noch dazu aus so eminent „staatserhaltendem" Kreise sein Scheiden aus Deutschland als ein „Verlust am Nationalreichtum" bedauert wird!

Im übrigen steht der Wahlschwindel und der Stimmenfang in üppigster Blüte. Ein besonders beliebtes Agitationsmittel der „nationalen" Parteien ist das Graulichmachen vor der „polnischen Gefahr". Es bestehe, wenn die drei größeren deutschen Parteien nicht wenigstens in der (unvermeidlich gewordenen) Stichwahl gegen die Polen zusammenständen, die „höchste Gefahr", daß alsdann die 6000—6500 Stimmen aufbringenden Polen mit Hilfe von 2000 Zentrumsstimmen und über 1000 sozialdemokratischen Stimmen den Sieg an sich rissen und damit der Wahlkreis zum ersten Male seit Bestehen des Reichs an die Polen fiele. Wenn dieser allerdings nicht sehr wahrscheinliche Fall wirklich eintreten sollte, dann würden freilich die Konservativen einzig und allein die Schuld daran tragen. Obwohl der Wahlkreis jetzt nahezu 10 000 städtische Wähler zählt, wird doch an diese städtischen Wähler bei jeder Wahl das dreiste Ansinnen gestellt, einen extrem agrarischen Kandidaten, noch dazu einen Protegé des Herrn Majors Endell, zu wählen, und zwar „im Interesse des Deutschtums"! Daß die liberale Wählerschaft, und insbesondere die Nationalliberalen, sich diese unerträgliche Bevormundung nicht länger gefallen lassen und sich nunmehr selbständig gemacht haben, war nur ihr gutes Recht und wird ihnen von den Liberalen im ganzen Reiche gedankt werden, gleichviel welcher Erfolg der liberalen Kompromißkandidatur des Pastors Altmann am 30. Juni beschieden sein wird.

Den Vogel schießen bei dem Stimmenfang natürlich wieder die Antisemiten ab, die sich schon jetzt durch allzu durchsichtige Komplimente vor dem Zentrum und den Sozialdemokraten deren Stimmen für die Stichwahl, in die sie zu gelangen hoffen, zu sichern suchen. Hat doch Herr Bruhn es fertiggebracht, selbst die Freisinnigen und — welche edle Vorurteilslosigkeit — sogar die jüdischen Wähler um ihre Stimmen schon im ersten Wahlgange anzubetteln, weil sie doch den Antisemiten angeblich „am nächsten stehen". Die Anhänger des entschiedenen Liberalismus werden, wie wir bestimmt erwarten, auf dieses unkeusche Verlangen der Antisemiten am 30. Juni eine nicht mißzuverstehende Antwort geben.

Von konservativer Seite hat man wiederholt versucht, die jüdischen Wähler, die einen nicht geringen Prozentsatz der städtischen Wählerschaft bilden, durch das Schreckgespenst einer Stichwahl zwischen dem Antisemiten und dem Polen, bei der dann der Antisemit freilich die besten Aussichten hätte, mit Unterstützung der in der Stichwahl ausgefallenen Konservativen und des Gros der Nationalliberalen gewählt zu werden, gruslich zu machen, um sie zur Stimmabgabe für den Konservativen zu bewegen. Erfreulicherweise hat diese Spekulation auf die politische Kurzsichtigkeit bei den jüdischen Wählern vollkommen versagt. Die führenden Kreise der entschiedenen Liberalen im Wahlkreise, soweit sie dem Judentum angehören, haben sich von Anfang an einhellig für die liberale Kompromißkandidatur erklärt und diese auch nach Kräften im Verlaufe der Wahlbewegung unterstützt. Daß die freisinnigen Wähler, falls die liberale Kandidatur keinen Erfolg haben und wider Erwarten der Antisemit in die Stichwahl mit dem Polen kommen sollte, alles daransetzen würden, um dem Schützling des Herrn Bruhn den Weg in den Reichstag zu versperren, ist ganz selbstverständlich und wird sogar, was besonders bemerkenswert ist, auch von den Konservativen als selbstverständlich betrachtet.

* * *

Der „Kreuzzeitung" geht von einem, offenbar der Wahlbewegung sehr nahestehenden „Ostmärker" eine Zuschrift zu, die das Auftreten der Antisemiten recht anschaulich — und mit unseren eigenen Informationen durchaus übereinstimmend — schildert; wir lassen diese Darstellung hier im Wortlaut folgen:

„Die antisemitische Reformpartei stand mit ihrem Kandidaten zuerst auf dem Platze. Die Rührigkeit, die eifrige und oft geschickte Agitation dieses Parteichens ist ebenso bekannt wie der Umstand, daß sie ihre Angriffe fast nur gegen den konservativen Besitzstand richtet, und es fast stets sorgfältig vermeidet, die Eroberung freisinniger oder sozialdemokratischer Sitze zu versuchen: sie fühlt wohl ganz richtig, daß diese Parteien die Schürung von Unzufriedenheit noch besser verstehen, während in konservativen Kreisen der eifrig betonte nationale Standpunkt nicht ohne Eindruck bleibt. Daß dieser dann oft zur Phrase wird, und die Reformpartei unbedenklich Sozialdemokraten und Freisinnigen im Kampf mit den Konservativen zum Siege verhilft, ist ebenfalls durch zahlreiche Beispiele erhärtet.

In dem jetzigen Wahlkampfe zeigt die Reformpartei jedoch einige ganz neue Züge und in mancher Hinsicht eine richtige Chamäleonsnatur. Da behauptet der eine Agitator in der Stadt, die Landwirtschaft sei genügend vertreten, und es müßten mehr Städter in den Reichstag. Der andere stellt sich als Mitbegründer des Bundes der Landwirte vor, als dessen Kandidat er gewählt sei. Als solcher müsse er zur Wahl des Antisemiten raten. Hier wird der Kandidat als Angehöriger des gewerblichen Mittelstandes geschildert, dort wird es so dargestellt, als sei dies nur Nebensache und die Bewirtschaftung von 120 Morgen Landbesitz die Hauptsache. Wieder wo anders wird der frühere Beruf als Fleischermeister ins Treffen geführt. Der eine Redner erklärt, der Bund der Landwirte stehe vollkommen unter dem Einfluß von Junkern und Großgrundbesitzern, die auf das Interesse der Bauern nicht die geringste Rücksicht nähmen, der andere meint, der Bund der Landwirte stehe zu seiner Partei in einem viel engeren Verhältnis als zur konservativen. Von der einen Seite wird die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Abkömmlinge als das einzig Wahre gerühmt und nicht verfehlt, als Beispiel einen konservativen Grundbesitzer aus dem Kreise X . . . anzuführen, der diese Steuer bekämpfe, dabei aber jedem seiner Kinder 100 000 M. vererben könne. Von dieser

Summe könnten doch gut 3000 M. an den Staat fallen. Als von gegnerischer Seite die Bauern darauf aufmerksam gemacht wurden, daß, wenn eine solche Erbschaftssteuer komme, sie bei der Zusammensetzung des Reichstages aller Wahrscheinlichkeit nach bei einem viel geringeren Satze beginnen werde, und eine Bevorzugung des unbeweglichen Kapitals sehr zweifelhaft sei, bestreitet acht Tage darauf in einem Nachbardorf ein *anderer* Agitator, daß seine Partei einer Ausdehnung der Erbschaftssteuer nicht anders als im *alleräußersten Notfalle* zustimmen werde. Da empfiehlt der eine Redner eine verstärkte Heranziehung nur der höchsten Einkommen, deren jetzige Belastung er teils falsch, teils unvollständig schildert, z. B. als ob in Preußen der Prozentsatz der erhobenen Steuer von 100 000 M. ab wieder sinke. Ein anderer Freund direkter Reichssteuern will einen besonderen Reichszuschlag schon bei einem Einkommen von 900 M. beginnen lassen.

Als der *eine* Redner auf *Ahlwardt* gestellt wird, *bestreitet* er, daß dieser jemals *zur Reformpartei* gehört habe. Ein *anderer* antisemitischer Wortführer weist darauf hin, daß der Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde seit 1892 antisemitisch vertreten sei, zuerst durch „*unseren Ahlwardt*".

Ein antisemitischer Abgeordneter weiß nur von zwei kleineren Landwirten, und zwar aus Bayern, die zur konservativen Fraktion gehören; derselbe gibt wenigstens zu, daß die *Reformpartei* mit ihren sechs Abgeordneten im Reichstag allein, und zur *Wirtschaftlichen Vereinigung* nur in *freundschaftlichen Beziehungen* und zwar erst neuerdings steht, aber nicht zu ihr gehört. Ein anderer behauptet, beide seien eins, und zählt auf, wie viele Handwerker, Bauern und Arbeiter zu dieser Richtung gehörten; dabei nannte er nur Abgeordnete der Wirtschaftlichen Vereinigung. Daß die antisemitischen Angriffe auf die Kreise der Linken fast stets erfolglos gewesen sind, wird bestritten und behauptet, die Mandate der Reformpartei seien fast nur früherer liberaler Besitzstand. Der Name „Reformpartei" wird überwiegend verschwiegen und die antisemitische Kandidatur als eine solche des Mittelstandes schlechtweg hingestellt.

Gegen das Judentum hat wohl schwerlich jemand einen Angriff aus dem Munde der antisemitischen Agitatoren gehört. Es wird ganz *ausschließlich gegen Großgrundbesitz und Junkertum gefochten* und nur hier und da ganz theoretisch und nebenbei erklärt, daß die anderen Parteien noch weniger taugten als die konservative. Nicht nur den Katholiken wird manch freundliches Wort gesagt, was jeder Patriot billigen wird, sondern auch auf das Zentrum wird mehr Rücksicht genommen, als aus sachlichen Gesichtspunkten erklärlich ist. Dem Polentum gegenüber nimmt die antisemitische Agitation eine mehr als laue Stellung ein. Es wird zur Ruhe auf beiden Seiten gemahnt, die Hoffnung auf Besserung der unerquicklichen Zustände ausgesprochen, man solle die ruhigen und besonnenen Polen nicht unnütz reizen, eine grundlose Hetze gegen das Polentum mache man nicht mit und dergleichen mehr. Die Reformpartei hat sich aber anscheinend noch nicht von derjenigen Anschauung freigemacht, aus der heraus *ihre Leitung 1894 und 1895 in Meserik bei den Stichwahlen zwischen Freikonservativen und Polen Wahlenthaltung proklamierte.*

Wenn auf das Verhalten sächsischer Antisemiten bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten hingewiesen wird, so wird erklärt, daß die Sozialdemokratie der Reformpartei allerdings näherstände als die Konservativen. Die *Losung, für einen Sozialdemokraten zu stimmen,* sei aber niemals ausgegeben worden. Der Eingeweihte weiß indes, was sich 1903 in *Stettin* zugetragen hat.

In den Agitationsreden wird häufig erklärt, daß man keine übertriebenen Versprechungen geben wolle. Dabei werden die Wähler, insbesondere die arbeitenden Standes, damit gelockt, daß man Herabsetzung der Grenze bei der Altersrente auf 60 Jahre bewirken werde. So werden die Konservativen, die die Rentengewährung mit 65 Jahren anstreben, übertrumpft, ohne daß die Deckungsfrage irgendwelche Kopfschmerzen bereitet. Es ist festgestellt, daß nach Schluß einer Versammlung in einem großen Dorfe, als ein Teil der Versammelten mit den antisemitischen Rednern im Privatgespräch beisammen blieben, diese „*alle 4 Wochen ein Tanzvergnügen*" *in Aussicht stellten.* Etwaige Vertrauensselige werden vermutlich auf die Erfüllung dieser Zusage ebenso lange zu warten haben, als die antisemitischen Wähler eines Dorfes im Kreise F. . . auf die *Aufteilung einer benachbarten Domäne,* die ihnen von reformparteilicher Seite 1898 *versprochen* war.

Daneben fehlen nicht Erzählungen wie die, daß 1898 alle 38 Wähler eines Dorfes, von denen man eine unbequeme Stimmabgabe vermutet habe, mit Strafmandaten bedacht seien, daß für den Bau von Chausseen nur das Interesse des Großgrundbesitzes maßgebend sei, und so fort.

Redefreiheit wird in jeder Versammlung zugesagt, dann aber nur mangelhaft gewährt, insbesondere gegenüber persönlichen Angriffen das Wort fast stets abgeschnitten."

Der „vornehme" Bartels.

Der durch sein Pamphlet gegen Heine bekannte Professor Adolf Bartels fühlt das Bedürfnis, den Antisemitismus von dem Vorwurf der Unvornehmheit zu reinigen.

Er beginnt mit der Behauptung, „der Ruf des Antisemitismus sei vom Judentum und der jüdischen Presse gemacht worden." Die Ansicht, daß der Antisemitismus etwas Unvornehmes sei, ist nach Herrn Bartels immer noch sogar bei geheimen Judengegnern vorhanden. Nun fragen wir, wie kann das Judentum auch mit Hilfe der jüdischen Presse sogar einem Gegner die Ueberzeugung von seiner eigenen Unvornehmheit beibringen, wenn nicht der Vorwurf berechtigt oder die Judengegner polizeiwidrig dumm wären. Herr Bartels antwortet natürlich, das Judentum sei allmächtig. Nun möchten wir dieser oft genug aufgestellten törichten Behauptung die gleichfalls oft genug getane Frage entgegenstellen, woher es komme, daß das „allmächtige" Judentum sich nicht vor Verfolgung, vor Unterdrückung, nicht einmal vor den antisemitischen Beschimpfungen schützen, nicht die Ernennung eines einzigen jüdischen Leutnants durchsetzen kann? Nicht einmal Herrn Bartels zum Schweigen zu bringen wäre das allmächtige Judentum imstande, wenn es überhaupt Wert darauf legte. Wo steckt da die Allmacht?

Die Vornehmheit zeigt sich am ehesten im Verhalten einer Klasse wie der Individuen gegen Schwächere. Ist es etwa vornehm, wenn die Antisemiten in Deutschland über sechzig Millionen deutsche Bürger zum Vernichtungskampf auffordern gegen eine halbe Million Juden? Wenn man in Rußland Pogroms en gros und en detail veranstaltet, jüdische Schulkinder beschimpft? Das Märchen von der Allmacht der Juden ist genau so dumm wie das Ritualmordmärchen und fast so dumm wie das Märchen von dem jüdischen Reichtum. Wir sagen „fast so dumm". Denn wenn auch die Behauptung, daß die Juden reich seien, offensichtlich unwahr ist, so können doch diejenigen, die von dem Reichtum der Juden faseln, immerhin auf eine gewisse Anzahl reicher und selbst sehr reicher Juden hinweisen. In Wirklichkeit sind die Juden im Durchschnitt nicht wohlhabender als ihre christlichen Mitbürger.

Herr Bartels — man höre und staune — gibt zu, daß es eine antisemitische Straßendemagogie gegeben hat, die „sich unvornehmer Formen bediente". Aber Herr Bartels müßte nicht er selbst und Antisemit sein, wenn er nicht gleich hinzufügte, die Juden seien an dieser Unvornehmheit des Antisemitismus schuld. Der Heinetöter schreibt:

„Den *Grafen Pückler* hat im Grunde auch nicht der Antisemitismus, sondern das Judentum großgezogen. Das Judentum brauchte ihn, um darzutun, daß der Antisemitismus unvornehm, ordinär sei, und so machte es immer wieder auf ihn aufmerksam — es sind, wenn ich nicht irre, selbst Wolffsche Depeschen über ihn verbreitet worden — und hetzte den Mann glücklich in den Wahn seiner ‚Berufung' hinein."

Und das wagt der sehr ehrenwerte Herr Professor Adolf Bartels in *derselben Zeitung* zu veröffentlichen, die des Grafen Pückler wahnsinnigste Reden in *Extraausgaben auf der Straße in Berlin gratis verteilt und den Schulkindern selbst aufgedrängt hat.*

Herr Bartels sagt in dem hier in Rede stehenden Artikel weiter der Wahrheit gemäß, daß Tausende deutscher Judenfeinde von Anfang an vom Grafen Pückler nichts haben wissen wollen. Aber sollten nicht viele Antisemiten von dem Grafen Pückler nur deshalb abgerückt sein, weil er dem deutschen

Volke den wahren antisemitischen Charakter gar zu sehr **ad oculos** demonstrierte, weil er über die eigentlichen antisemitischen Wünsche und Ziele aus der Schule plauderte und alle anständigen Leute mit Abscheu vor dem Antisemitismus erfüllte? Nicht weil er zu roh den Antisemiten war, sind sie von ihm abgerückt, sondern weil er zu offenherzig war. Und vielleicht hat Graf Pückler gerade über dieses Verhalten seiner antisemitischen Gesinnungsgenossen seinen Verstand verloren.

Leider können wir nicht verzichten, noch auf einige andere Punkte des „vornehmen" antisemitischen Vorkämpfers einzugehen. Mit einer Keckheit sondergleichen behauptet Herr Bartels, daß der Beweis erbracht sei, daß das Judentum unser materielles, geistiges und sittliches Leben verderbe. Tausendmal sei dieser Beweis erbracht worden, in allerneuester Zeit wieder — man lese und staune! — durch die bekannten Sensationsprozesse. Welches waren die Sensationsprozesse der allerneuesten Zeit? Das waren die Petersprozesse und die Prozesse gegen etliche andere Kolonialbeamte, wie den Exgouverneur v. Puttkamer u. a. m. In allen diesen Prozessen hat kein Jude irgend eine Rolle gespielt. Außerordentliche Sensation hat der Prozeß Hau mit allen seinen Nachspielen gemacht. Hau ist kein Jude. In verschiedenen anderen Prozessen haben Fürst Eulenburg, Graf Hohenau, Graf Lynar keine beneidenswerte Rolle gespielt. Sie sind keine Juden, und sie sind schon durch ihre gesellschaftliche Stellung gegen den Vorwurf geschützt, daß sie sich durch intimen Umgang mit Juden geistig und sittlich haben verderben lassen. Die Lewandowski und ihr Reichsgraf sind keine Juden. In dem Prozeß Heider spielt zwar ein Jude eine Rolle, aber das war ein armer Junge, der ermordet oder getötet worden ist, während der Mörder kein Jude ist. Auch der wegen Verführung minderjähriger Mädchen und Verleitung zum Meineid verurteilte Dr. Riedel ist unseres Wissens kein Jude. An welche Sensationsprozesse der letzten Zeit, die ihn zu seiner Behauptung auch nur im geringsten berechtigen könnten, denkt Professor Bartels? Und die hier erwähnten Prozesse sollten ihn doch mindestens verhindern, auf die Juden mit Steinen zu werfen.

Kaum minder unfaßlich für jedes nichtantisemitische Gehirn ist die Keckheit, mit welcher der Herr aus Weimar deutschen Politikern vorzuwerfen wagt, daß sie es für eine Ehre halten, als „Judenschutztruppe" zu dienen. Man denke, der kleine Professor wagt es, Männern wie Mommsen, Virchow, Rickert und sehr, sehr vielen anderen, von denen jeder ihn turmhoch überragt hat, vorzuwerfen, daß sie nicht seine Begriffe von Ehre haben. Er wagt es, deutschen Professoren vorzuhalten, daß es nicht angehe, ganze Schulen jüdischer Germanisten und Literarhistoriker aufzuziehen. Herr Bartels wagt es, den deutschen Schriftstellern Mangel an Vornehmheit vorzuwerfen, weil sie an „Judenblättern" mitarbeiten. Wer ist der Herr aus Weimar im Vergleich zu den ersten wissenschaftlichen und literarischen Größen Deutschlands, die Beiträge in Zeitungen veröffentlicht haben und jeden Tag veröffentlichen, die Herr Bartels beliebt „Judenblätter" zu titulieren?

Der weimarische Herr hat sich in seinem in der „Staatsbürgerzeitung" vom 17. d. M. unter der Ueberschrift „Der „unvornehme" Antisemitismus" veröffentlichten Artikel wahrlich nicht als vornehmer Kämpfer gezeigt, nicht einmal zugunsten seiner verschämten antisemitischen Gesinnungsgenossen, denen er in Bausch und Bogen Feigheit und schmutzige Gesinnung vorwirft, die es nicht wagt, sich offen zu bekennen, aus Furcht, von den Juden geschädigt zu werden.

Um mit der Charakterisierung des Herrn Bartels als eines vornehmen antisemitischen Protagonisten zu schließen, stellen wir nur noch fest, daß er in seinem famosen Artikel auch den Spieß umdreht und sagt: „Tut nichts, der Antisemit wird verbrannt." Herr Bartels kennt sonach wenigstens den „Nathan" Lessings und die Fabel von Wolf und Lamm.

Wie's trefft!

Einem Berliner antisemitischen Blatte ist das Malheur passiert, einen Juden zu loben. **Nathan Straus**, der Bruder des amerikanischen Handelsministers, wurde als Philanthrop bezeichnet und seinen Bestrebungen im Interesse der Verminderung der Kindersterblichkeit Erfolg gewünscht. Wahrscheinlich hat das Antisemitenblatt nicht gewußt, daß Straus Jude ist, denn bei Amerikanern sind altbiblische Namen ja keine Seltenheit. Oder es spekulierte darauf, daß in den trägen Gehirnmassen seiner Leser der Gedanke nicht aufleuchten werde, daß ein Mann, der als Bayer und Amerikaner und Menschenfreund bezeichnet wird, Jude sein könne. Denn nach antisemitischen Vorstellungen kann ein Jude nur Jude, nicht aber Amerikaner, geschweige denn Bayer und ein guter Mensch sein, dem ein antisemitisches Blatt Erfolg zu wünschen übers Herz bringt. Jedenfalls wird nicht erwähnt, daß Straus, der mit so großen Opfern aus seiner Tasche in verschiedenen Ländern so viel Nützliches geschaffen, Jude sei. Wenn es sich aber um einen noch so kleinen Missetäter handelt, dann wird nicht nur niemals verabsäumt, ihn den Lesern als Juden zu bezeichnen, sondern die Gelegenheit gleich benutzt, um **allen** Juden die Ehre abzuschneiden und die verletzendsten Folgerungen daraus zu ziehen.

In den letzten Tagen erst wurde frischweg behauptet, und zwar ohne die Spur eines Beweises vorzubringen, daß der Handel mit Schmutzbildern und pornographischen Schriften fast ausschließlich in den Händen der Juden liege. Obwohl Juden redlich an dem Kampfe gegen den **Mädchenhandel** teilnehmen, heißt es immer von neuem, die Juden seien vorzugsweise Mädchenhändler, und die Sache wird sogar so dargestellt, als ob die Gesamtheit der Juden diese Schändlichen in Schutz nehme. Weil der von dem kürzlich verurteilten Heider ermordete Knabe ein ausländischer Jude war, wird verlangt, daß man die ausländischen Juden ausweise oder Juden aus dem Auslande nicht über die Grenze lasse. „Auskehr halten! fordert auch der Mord des Judenjungen." Nein, das fordert nicht der Mord des jungen Menschen, sondern das fordert die Borniertheit der „Staatsbürgerzeitung". — So furchtbar streng ist man gegen einen halbwüchsigen Knaben, über dessen Schuld wir, da ja die Verhandlungen im Prozeß gegen seinen Mörder unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden haben, nur ungenau orientiert sind. Dagegen ist man sehr milde gegen den französischen Antisemiten, den Veranstalter einer Bilderausgabe von Drumonds „Das verjudete Frankreich", der auch sonst eine recht anrüchige Vergangenheit hat, obgleich er einen **Mordanschlag** auf **Dreyfus** unternommen hat, aus keinem anderen Grunde, als weil sein Verteidiger Zola im Pantheon beigesetzt wurde. Wenn aber Juden in Rußland infolge eines der ganzen Welt bekannten unerträglichen Drucks und nach so und so vielen gräßlichen **Pogroms** sich in vielleicht verhältnismäßig etwas größerer Anzahl an den revolutionären Bestrebungen im Verein mit ungezählten anderen Landeskindern, zum Teil aus den besten Kreisen, beteiligen, dann sind sie der Auswurf der Menschheit, der überall nur auf Bürgerkrieg hinarbeitet.

Es ist die ausgesprochenste Judenfeindschaft, die so sinnlos schreibt und spricht. Sie drapiert sich auch nicht einmal mit der Rassensuperiorität. Sonst könnte die „Staatsbürgerzeitung" sich nicht so auf die Seite der Tropenbewohner

stellen, die Behauptungen von deren angeblicher Faulheit und Unfähigkeit verurteilen, denn die Negerrasse steht doch gewiß den weißen Rassen nach. Aber die Antisemiten urteilen, weil sie überhaupt kein Urteil haben, „wie's trefft", wie es ihnen in den Kram paßt, heute so, morgen so, wenn es nur immer gegen die Juden sich verwerten läßt. Darum können wir auch keinen so großen Wert darauf legen, daß ein Nathan Straus gelobt wird, obwohl er Jude ist, daß dem Staatssekretär Dernburg Beifall für sein Eintreten zugunsten einer besseren Behandlung der Neger gezollt wird, obwohl er „Judenstämmling" ist. L. K.-D.

Wiener Brief.

(Dr. Geßmann, der alles kann. — Ein erdichtetes Kaiserwort. — Schimpfen und kaufen.)

IX.

Wien, 20. Juni 1908.

Die Hauptstütze der Regierung Beck scheint der Minister für öffentliche Arbeiten, Herr Geßmann, zu sein, oder richtiger gesagt, er sucht wenigstens den Anschein zu erwecken, als würde das Ministerium keinen Tag länger im Amte bleiben können, wenn er dem Kabinette seinen Schutz entzöge. Der christlichsoziale Minister gehört zu jenen korkartigen Menschen, die immer an der Oberfläche schwimmen, die stets gesehen werden wollen und unglücklich sind, wenn man einmal nicht von ihnen spricht. Herr Geßmann ist noch aus jener Zeit in Erinnerung, in der er mit dem antisemitischen Heerbann seelenverwandt schimpfte und fluchte und sich dadurch eine Position erwarb, daß er als Doktor und Bibliothekar der Wiener Universität die Juden ebensosehr für jegliches Unglück verantwortlich machte, wie Gevatter Leim, Zwirn oder Knieriem. In den letzten Jahren hat der durch seine Rücksichtslosigkeit bekannte Demagoge, allerdings wie soviele seiner Parteigenossen, in den Fusel des Antisemitismus Wasser hineingegossen, nur daß er dies ungeschickter als die andern tat. Unmittelbar nach den letzten Reichsratswahlen sprach er von der Notwendigkeit, Toleranz zu üben, was sich ungefähr so ausnahm, als würde ein Wolf, der eben im Hühnerstalle sein Unwesen getrieben und sich übermäßig gesättigt hat, eine Predigt gegen die Gefräßigkeit und gegen Fleischnahrung halten. Jetzt, da Geßmann Minister ist, trieft er förmlich von Versöhnlichkeit; er will alle „retten": die Großen und die Kleinen, die Christen und die Juden. Wirklich auch die Juden! Wo es eine Gelegenheit gibt, sich in Szene zu setzen, ist Herr Geßmann auf dem Platze und er verhilft der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze insofern zur Anerkennung, daß er auch an Kongressen, bei denen die Juden zufälligerweise in der Mehrzahl sind, gerne teilnimmt. Am letzten Montag erschien er auch bei dem Kongresse der Exportvereine in Prag, obwohl er dort eigentlich gar nichts zu suchen hatte. Der Handelsminister, Doktor Fiedler, liebt die öffentlichen Schauspiele nicht und er überläßt seinem Kollegen, der sich um die öffentlichen Arbeiten kümmern sollte, neidlos das Feld der rednerischen Betätigung. Was Herr Geßmann auf dem Kongresse sprach, verdient alle Beachtung. „Meine Herren!" — sagte der Minister. — „Schon Homer hat den Kaufmann als denjenigen hingestellt, der den Verkehr der Völker vermittelt, der die Neuigkeiten hinausträgt über die Meere und in die Ferne. Der Kaufmann ist eigentlich so recht der Träger moderner Ideen und deshalb gestatten Sie mir zum Schlusse eine Bitte: Auch wir in Oesterreich müssen moderner werden, viel moderner, als es bisher der Fall war." .... Ei, ei!, man traut seinen Ohren kaum. Ist das derselbe Geßmann sein, der einst mit seinen Parteigenossen über den „jüdischen Zwischenhandel" nicht genug schimpfen konnte, der als Leiter des niederösterreichischen Unterrichtswesens die Klerikalisierung der Volksschulen betrieb und freudig mit ansah, wie seine Gesinnungsfreunde durch den Kampf gegen die achtjährige Schulpflicht dauerliche Wahlbezirke eroberten.

Herr Geßmann preist die Bedeutung des Kaufmannsstandes, obwohl er und seine Partei bei der jüngsten Reform der Gewerbeordnung ängstlich darauf gesehen haben, daß den Handeltreibenden die Führung eines Gewerbebetriebes so gut wie unmöglich gemacht und den Konfektionären die Erzeugung von Kleidern nach Maß geradezu unterbunden wurde. Der demagogische Minister für öffentliche Arbeiten schämt sich nicht, mit dem Lobgesang der Modernität politische Gimpel einzufangen; oder erscheint ihm vielleicht die Verschärfung des Befähigungsnachweises als die schönste Blüte des modernen Denkens und Handelns? So wird in Oesterreich Politik gemacht: Das nennt man Ernst und Gesinnung. Und es gibt gar Leute, die diese Verstellungskünste schön finden und sich nicht voll Ekel von dem Manne abwenden, der aus seinem Herzen eine Mördergrube macht. Entweder der Antisemitismus des Herrn Geßmann war Schwindel — warum hat er dann wissentlich die Bevölkerung irregeleitet? — oder die modernen Anwandlungen stellen sich als Clownspäße dar und können als Spiel mit einer guten Sache nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

Was ist den christlichsozialen Volksbeglückern überhaupt die Wahrheit? Was ist den Antisemiten heilig genug, um nicht für Parteizwecke mißbraucht zu werden? Mittwoch berichtete die „Reichspost", das offiziöse Organ der Christlichsozialen, daß der Kaiser am Tage vorher bei der Eröffnung der Kinderschutzstation in Währing, auf den Studentenstreik anspielend, zum Unterrichtsminister, Professor Marchet, gesagt habe: „Machen Sie einmal diesem Skandal ein Ende. Ihre Rektoren sind eine nette Gesellschaft." Diese Meldung erregte außergewöhnliches Aufsehen. Kaiser Franz Josef ist sonst in seinen Aeußerungen sehr zurückhaltend und diese scharfen Worte wären als der Ausdruck besonderen Unbehagens aufzufassen gewesen. An Kaiserworten soll man nicht deuteln und drehen, man muß sie nehmen, wie sie gefallen sind. Aber welch bodenlose Verlogenheit muß vorhanden sein, wenn man Kaiserworte fälscht und dadurch die Oeffentlichkeit betrügt! Der „Reichspost" war zuzutrauen, daß sie authentische Nachrichten bringe, denn ihre Informatoren — die christlichsozialen Funktionäre — hatten sich bei der Eröffnungsfeier eingefunden. Nun aber stellt sich heraus, daß die Meldung des Blattes jedenfalls unrichtig ist, denn der Unterrichtsminister hat gestern im Parlamente erklärt, daß die Worte des Kaisers „weder gegen die Rektoren überhaupt, noch gegen deren Beschlüsse gerichtet waren". Es stehen demnach zwei entgegengesetzte Auslassungen einander gegenüber, und die Entscheidung, wem man größeres Vertrauen entgegenzubringen habe, kann nicht schwer werden. Dabei gefallen sich die Christlichsozialen in der Maske der Patrioten und der allergetreuesten Verteidiger der Dynastie. Sie singen das „Gotterhalte" öfter als jeder andere, aber sie lassen es mit falscher Stimme ertönen, und es erklingt unaufrichtig. Würde ihnen der Kaiser tatsächlich so hoch stehen, dann wäre die mißbräuchliche Verwertung seiner Reden nicht gut denkbar.

Die Gemeinde Wien schreitet eben jetzt an die Begebung ihrer neuen Investitionsanleihe im Betrage von 360 Millionen Kronen. Bisher hat die Länderbank als „christliche Bank" die Ehre gehabt, das Institut der christlichsozialen Gemeindevertretung zu sein, nun aber kommen auch die „jüdischen" Bankdirektoren mit Herrn Dr. Lueger sehr gut aus. An der Spitze der Banken, die das Anleihegeschäft mit der Kommune machen, schreitet die Bodenkreditanstalt,

die von Herrn von Tauffig regiert wird. Ritter von Tauffig war bis vor mehr als Jahresfrist Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde in Wien, doch wurde er damals zur Niederlegung seiner Würde gezwungen, weil er die Begebung der russischen Rente hervorragend förderte. Herr von Tauffig hat ein gutes Gedächtnis, und wenn er sich jetzt all der Beschimpfungen erinnert, die ihm früher von den Christlichsozialen zugeflogen sind, dann wird er sich über den Wandel der Zeiten seine Gedanken machen müssen. Doch gibt es eine schärfere Widerlegung der christlichsozialen Lügen und Verleumdungen als das Vorgehen der Christlichsozialen selbst? Ihnen steht jetzt die ganze Welt offen; mit der mächtigen Regierungspartei macht jeder gerne Geschäfte. Wenn Dr. Lueger trotzdem zu „jüdischen" Banken geht, so weiß er wahrscheinlich warum. Jedenfalls würde er den Weg in die Teinfaltstraße nicht zurückgelegt haben, falls er dort nicht aufs beste bedient worden wäre. Hier gilt wieder einmal das Sprichwort: Wer schimpft, der kauft. **rm.**

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann von Sonnenberg und Ballin. Von der „Informationsreise" der Reichstagsabgeordneten ist ein kleines, der politischen Pikanterie nicht entbehrendes Vorkommnis zu berichten. Auf dem Dampfer „Amerika" gab die Hamburg-Amerika-Linie den Abgeordneten ein Festessen, und Generaldirektor Ballin hielt die Ansprache an seine Gäste. Namens der Abgeordneten erwiderte — ausgerechnet! — der Herr Liebermann v. Sonnenberg! Und er weihte sein Glas der Hamburg-Amerika-Linie, „diesem großen deutschen Unternehmen", das seinen großen Aufgaben zu eigenem Ruhm und Vorteil und zur Ehre unseres Vaterlandes noch lange nachgehen möge!" Herr v. Liebermann als Lob- und Tafelredner der Hamburg-Amerika-Linie, dieser, um im antisemitischen Jargon zu sprechen, „verjudeten" Gesellschaft, die durch ihren jüdischen Generaldirektor einen „unheilvollen Einfluß auf Seine Majestät" ausübt! Das spöttisch-verächtliche Wort „Ballinismus", mit dem dieser angebliche Einfluß gekennzeichnet werden soll, ist, so schreibt die „Liberale Korrespondenz", unseres Wissens eine ureigene Erfindung des Herrn v. Liebermann. Kaum ein großkapitalistisches Unternehmen ist so sehr von den Antisemiten verdächtigt und angegriffen worden, wie die Hamburg-Amerika-Linie! Und nun dieser Dithyrambus des Herrn von Liebermann! So wird im Handumdrehen aus einem antisemitischen Saulus ein ballinverehrender Paulus!

* * *

Wie es mit der Solidarität unter den deutschen Handlungsgehilfen bestellt ist, davon gibt die folgende Mitteilung eines Lesers der „Berl. Volksztg.", der auch zu dieser Erwerbsgruppe gehört, Aufschluß:

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der stets bestreitet, antisemitisch zu sein oder ähnliche Tendenzen zu verfolgen, leistete sich vor kurzer Zeit folgendes Bravourstückchen, das verdient, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden.

Eine Ortsgruppe dieses Verbandes im Norden Groß-Berlins versendet an die Mitglieder vertrauliche Schreiben, in denen der Adressat aufgefordert wird, für seinen Verband, also den antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, Mitglieder zu gewinnen.

Wenn es nun dem Mitgliede gelingen sollte, zwölf neue Mitglieder zu gewinnen, dann würde sein Name auf einer im Verbandshause aushängenden Ehrentafel verzeichnet werden.

Diese Art der Gewinnung von neuen Mitgliedern, die an die liebe Eitelkeit appelliert, würde noch hingehen können. Indessen nun kommt der Schlußeffekt der ganzen Sache:

Oben am Kopfe des Werbebriefes, der zur Gewinnung von Mitgliedern auffordert, findet sich ein sogenannter antisemitischer „Scherz".

Man erblickt dort einen mit einem Knüppel um sich schlagenden Deutschnationalen, der auf der einen Seite einen neben ihm stehenden Sozialdemokraten verhaut. Auf der anderen Seite zeigt sich ein als überaus ängstlich dargestellter junger, jüdischer Mann, der jetzt an die Reihe kommt.

Mit solchen lächerlichen Dummheiten kämpft der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, mit dem sich die anderen Verbände verschmelzen sollten! Das gemeinsame Ziel, die Erkämpfung besserer sozialer und wirtschaftlicher Lebensbedingungen, wird dadurch zur Farce gemacht!

Vermischtes.

Das plötzliche Ableben des Kieler Nationalökonomen Georg Adler wird in akademischen Kreisen mit einer tiefen seelischen Depression des hervorragenden Gelehrten wegen konstanter Zurücksetzung, bei der das konfessionelle Moment die Hauptrolle gespielt haben soll, in Verbindung gebracht. Adler, der Sohn eines Rabbiners, wurde ein Mal nach dem anderen bei der Berufung übergangen; ganz junge unbekannte Herren wurden ihm vorgezogen, die vielleicht noch die Schulbank drückten, als Adler bereits ein anerkannt hervorragender wissenschaftlicher Vertreter seines Faches war. Adler war ein Schüler von Professor Lexis, der in Freiburg i. Br. den Lehrstuhl der Nationalökonomie innehatte; dort habilitierte sich Adler im Jahre 1886 mit einer Schrift über die nationalökonomischen Lehren des Karl Marx, in der er eine Widerlegung der marxistischen Lehre zu geben suchte. Man schätzte vor 20 Jahren solche kritische Leistungen in akademischen und Regierungskreisen viel höher ein als die Erweiterung unserer positiven Erkenntnis. Den Anregungen von Lexis folgend schrieb sodann im Jahre 1888 Georg Adler über internationalen Arbeiterschutz eine Schrift, in welcher er gegenüber den reinen Nationalisten des Arbeiterschutzes in richtiger Voraussicht die Chancen des internationalen Arbeiterschutzes verteidigte. In Basel hat Adler als Lehrer an den handelswissenschaftlichen Kursen Erfolg gehabt, während seine Vorträge über Sozialismus oder über den Zukunftsstaat nicht mehr jenes Interesse fanden, das seinem Vorgänger Alphons Thun zuteil geworden war.

Erst im Jahre 1900 gelang es ihm, in Kiel als außerordentlicher Professor wieder Fuß zu fassen. Der jetzt viel genannte Prof. Bernhard — ebenfalls Nationalökonom und ebenfalls Dozent in Kiel, — war, obwohl viel jünger an Jahren und weit weniger bekannt als Adler, bereits ordentlicher Professor, während Adler noch immer Extraordinarius war.

In den in Kiel erschienenen Schriften trat er für Mittelstandspolitik und Pensionsversicherung der Gewerbetreibenden ein, ohne dadurch etwa mehr Anerkennung zu finden, als durch seine frühere kritische Tätigkeit. Neue Männer, unbeschriebenere Blätter fanden mehr Gnade bei jenen, die über das Vorwärtskommen eines Akademikers zu entscheiden haben.

„Ein Herz läßt sich nicht kränken, das rechter Meinung ist," sagt Ulrich von Hutten. Georg Adler aber, ein streitbares und reizbares Temperament, scheint im Bewußtsein erlittener Kränkung dahingeschieden zu sein.

Der Berliner Pfarrer Karl Witte ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Lange Jahre war er der Gegenstand der Verfolgung durch seinen „Amtsbruder“ Stöcker. Den fanatischen Antisemitismus dieses Hofpredigers hat Witte nie geteilt, ihn vielmehr als einen Akt der Barbarei und als eine Schmach für die christliche Kirche bezeichnet. Diese Offenheit zog ihm den unversöhnlichen Haß des Herrn Stöcker zu. Die Verfolgung des Pfarrers von St. Golgatha gehört zu den traurigsten Episoden der Berliner Kirchengeschichte. Kleine kollegiale Mißhelligkeiten harmloser Art mußten schließlich das Material dazu liefern, den unbequemen Gegner des mächtigen Hofpredigers unschädlich zu machen. Wegen „beginnenden Querulantenwahnsinns“ wurde Witte am 4. Januar 1892 durch das Konsistorium vom Amte suspendiert. Das Medizinalkollegium hat das dieser Verfügung zugrunde liegende ärztliche Gutachten zwar umgestoßen, aber das Konsistorium hat den verfolgten Mann gleichwohl von Amt und Einkommen getrennt, so daß er lange Jahre auf ein klägliches Sustentationsgeld angewiesen war. Herrn Stöckers undrüderliche Gesinnung gegen Witte ist sehr alten Datums. Schon im Prozeß Stöcker-Bäcker erklärte, woran die „Voss. Ztg.“ erinnert, der Gerichtshof für erwiesen, daß Stöcker, weil Witte bei einer Reichstagswahl ihn nicht als Kandidaten unterstützen, sondern ihm den Fabrikanten Hoppe gegenüberstellen wollte, den Schreiber Grünberg beauftragt habe, Witte in öffentlicher Versammlung anzugreifen, auch wenn er bei seiner Absicht beharren sollte, „ihn fallen zu lassen“. Herr Stöcker schrieb vor dem Prozeß an Witte, er möchte sich über diese Vorgänge mit ihm vor dem Termin besprechen, um sein Gedächtnis für die Zeugenaussage aufzufrischen. Es ist noch unvergessen, welche Preßfehden dann zwischen Stöcker und Witte ausgemacht wurden, wieviel Broschüren Witte schrieb, wieviel Prozesse gegen antisemitische Hetzer er anstrengen mußte. Scheuten doch einzelne seiner Gegner nicht einmal davor zurück, ihm Fälschung und Unterschlagung nachzusagen! Und doch überragte er sie als Ehrenmann turmhoch.

* * *

Vom Allgemeinen Deutschen Burschenbund. In den Pfingsttagen hat in Frankenhausen am Kyffhäuser der 25. Bundestag der im Allgemeinen Deutschen Burschenbund (A. D. B.) vereinigten Burschenschaften stattgefunden. Ueber 300 alte und junge Burschenschafter hatten sich vereinigt, um dieses Jubiläum festlich zu begehen. Die akademische Reformorganisation, die jetzt auf ein 25jähriges Bestehen zurückblickt, nimmt es mit dem burschenschaftlichen Wahlspruch „Freiheit, Ehre, Vaterland“ ernst. Rein äußerlich spricht dafür, daß neben den Reichstagsabgeordneten Fischbeck und Dr. Stresemann auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David dem Bunde angehört, während der gleichzeitig im benachbarten Kelbra tagende Verein deutscher Studenten einen Naumann vor die Türe gesetzt hat! Der A. D. B. hat auch seinen israelitischen Mitgliedern gegenüber stets Gleichberechtigung walten lassen. Bezeichnend dafür ist, daß der antisemitische Abgeordnete Bindewald, der dem Bund einstens angehört hat, keinen Platz mehr darin fand. Tolerant erwies sich der Bund auch in anderem Sinn, als er, wohl als erster, Korporationen an technischen Hochschulen als durchaus gleichberechtigte Glieder aufnahm. Man begreift, daß bei den zurzeit auf den Universitäten herrschenden Anschauungen Vertreter von Grundsätzen, wie diese sind, zu denen sich solche wie Verwerfung der Bestimmungs- und Sportmensur, gleichmäßige körperliche und geistige Ausbildung, Vertiefung des Begriffs der Vaterlandsliebe, vor allem aber Erziehung zur Ueberzeugungstreue gesellen, schwerer Anfeindung begegnen mußten, und daß es auch im Inneren harter Kämpfe bedurft hat, bis die Ansichten geklärt waren. Wenn sich der jetzt innerlich gefestigte und freiheitlich ausgebaute Bund auch äußerlich in dem Maße weiter entwickelt, wie er es in den letzten fünf Jahren getan, so darf man ihn wohl als einen Faktor von einiger Bedeutung im akademischen Leben einstellen.

* * *

München. Dem Unteroffizier Abraham Gutmann in der Schutztruppe zu Deutsch-Südwestafrika wurde das bayerische Militärverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern verliehen, und zwar in Anerkennung seiner hervorragenden kriegerischen Tapferkeit im Feldzuge gegen die Herero. Gutmann ist bayerischer Jude!

* * *

In Rumänien beginnt's zu dämmern. Als vor einiger Zeit der Präfekt von Jassy den Befehl gab, die Juden aus den Dörfern seines Distrikts hinauszujagen, angeblich weil die Juden den Dorfbewohnern verhaßt seien und so die Ursache neuer Ruhestörungen werden könnten, hatte eines der tonangebenden Bukarester Journale den für ein rumänisches Blatt anerkennenswerten Mut, die Königin — Carmen Sylva — aufzufordern, ihre humanitären Ideale in Rumänien zu verwirklichen und einstweilen den antisemitischen Maßregeln Halt gebieten zu lassen. Noch bemerkenswerter und wichtiger ist, daß ein junger Gelehrter, Dozent an der Universität, der sich durch mehrere wissenschaftliche Werke bereits einen Namen gemacht hat, Prof. Dr. P. Zosin, in seinem Werke „Die Zukunft Rumäniens“ eine Lanze für die Juden einlegt. Dabei sei bemerkt, daß Prof. Zosin selbst von rumänischen Bauern abstammt, als Student auch viel auf dem Lande gewesen ist, also die Verhältnisse und Bedürfnisse auf dem Lande gut kennt. Er leugnet, daß die Juden die Landleute ausbeuten. In der weit überwiegenden Mehrzahl seien die Juden überhaupt nicht Landbewohner, sondern sie wohnten in den Städten, wo sie Unternehmer, Großkaufleute, Bankiers, Pächter oder — und das seien die meisten — Krämer und Handwerker seien. Nur wenige hundert Juden seien reich, und der Neid auf diese Wenigen hauptsächlich ist es, unter dem die jüdischen Massen zu leiden haben. Den jüdischen Geschäftsleuten mache man Kniffe zum Vorwurf, die nichts mit dem Judentum zu tun haben, sondern im Wesen des Handels liegen. Dr. Zosin legt dann dar, welche Maßregeln zu ergreifen seien, um die rumänische Nation auf die politische Gleichberechtigung der Juden vorzubereiten. Denn früher oder später werde man in Rumänien aus denselben Gründen wie in anderen Ländern die Gleichberechtigung den Juden gewähren müssen. Es sei aber besser, die Emanzipation mit als ohne vorbereitende Schritte durchzuführen. Die Juden dürfen nicht als Neueingewanderte und Ausländer behandelt werden, sondern als Kinder des Landes.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Wiger, Magdeburger Straße 11.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 27. Berlin, den 1. Juli 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich. Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I. Telephon: Amt VI, Nr. 3875

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Reichstagsnachwahl in Colmar-Czarnikau-Filehne.

Wiederum ist am 30. Juni ein antisemitischer Anschlag auf konservativen Besitzstand mißlungen, und ein großer agitatorischer Aufwand schmählich vertan. Die Führer der Reformpartei hatten es sich in den Kopf gesetzt, der antisemitischen „Bruderpartei" des Herrn Liebermann von Sonnenberg, die erst vor wenigen Wochen mit ihrem Husarenritt in die konservativen Jagdgründe von Norden-Emden-Leer so blamable Erfahrungen gemacht hat, zu zeigen, welche ungleich größeren Erfolge eine wahre antisemitische „Volkspartei" unter gleichen Verhältnissen zu erringen vermag. So entstand die reformparteiliche Kandidatur des Schneidemühler Stadtverordneten und Ziegeleibesitzers Hoffmann, eines herzlich unbedeutenden Menschen, der mit dem „Nimbus" enger verwandtschaftlicher Beziehungen zu dem aus der Konitzer Mordaffäre bekannten Fleischermeister Hoffmann umkleidet war. Und das Resultat der krampfhaften Bemühungen der Herren Bruhn, Werner und Bindewald, der drei „M. d. R." der Reformpartei, die wochenlang mit ihrem Schützling von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt wanderten? Ganze 3500 Wähler vermochten sie von der konservativen Stimmenzahl von 1907 abzusprengen; sie erzielten wenig mehr als ein Drittel der konservativen Stimmen, obwohl sie in den letzten Tagen damit prahlten, daß sie die Stichwahl mit den Polen, und damit das sichere Mandat schon in der Tasche hätten. Nach diesem für die Reformpartei so überaus kläglichen Ergebnis, wird es sie schwerlich noch einmal gelüsten, den Wahlkreis mit einer antisemitischen Kandidatur zu beglücken. Wie werden sich die Herren Liebermann von Sonnenberg, Schack und Genossen vor Freude die Hände reiben, daß es ihrer antisemitischen Konkurrenz in Kolmar-Czarnikau-Filehne nicht um ein Haar besser gegangen ist, wie ihnen selbst in Norden-Emden-Leer!

Die abschließenden Ziffern liegen bei Redaktionsschluß noch nicht vor, wenn auch an der Tatsache, daß die Stichwahl zwischen den Konservativen und den Polen stattzufinden hat, und daß die konservative Stimmenzahl von 1907, wenn man die jetzt abgesplitterten zirka 3500 antisemitischen Stimmen dazurechnet, ziemlich unerschüttert geblieben ist, nicht gezweifelt werden kann. Einen kleinen Zuwachs haben die beiden rechtsstehenden Parteien diesmal auch durch den Verzicht des Zentrums auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten erhalten; die 1800 Zentrumsstimmen der letzten Wahl sind diesmal zum größten Teil auf die Konservativen und die Reformpartei übergegangen.

Bedauerlich ist es, daß der liberalen Kompromißkandidatur des nationalliberalen Schönlanker Pfarrers Altmann, kein größerer Erfolg beschieden gewesen ist. Er hat, obwohl diesmal angesehene nationalliberale Männer aus dem Wahlkreise, die früher immer mit den Konservativen durch Dick und Dünn gegangen waren, mit Eifer und Geschick für ihn agitierten, und obwohl auch die Freisinnigen sich lebhaft an der Unterstützung der Kandidatur beteiligten, nur 300 Stimmen mehr erhalten als der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung bei den letzten allgemeinen Wahlen, der zwar ein sehr angesehener deutscher Rechtslehrer, aber im Wahlkreise ganz unbekannt und — Jude war. Die hier und da abermals ausgesprochene Vermutung, daß die Aufstellung eines jüdischen Kandidaten den Rückgang der freisinnigen Stimmen veranlaßt habe, findet ihre beste Widerlegung in dem Ergebnis der jetzigen Nachwahl; die Aufstellung eines im Wahlkreise angesessenen, in weiten Kreisen beliebten evangelischen Pfarrers, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer großen ländlichen Genossenschaft auch in bäuerlichen Kreisen auf große Sympathie rechnen durfte, hat, trotzdem diese Kandidatur von zwei liberalen Parteien gestützt wurde, für den Liberalismus kein günstigeres Ergebnis gehabt,„ als die spezifisch freisinnige Kandidatur der letzten Wahl, die noch dazu erst 3 Wochen vor der Wahl aufgestellt worden war und für die fast keine einzige bäuerliche Versammlung abgehalten werden konnte, da die Agrarier im trauten Verein mit den Distriktskommissaren den Freisinnigen überall die Säle abtrieben.

Ganz falsch wäre es jedoch, aus diesem für die Liberalen unbefriedigenden Ergebnis etwa den Schluß ziehen zu wollen, daß der Liberalismus in der Provinz Posen keinen Boden besitzt. Es steckt im Gegenteil in dem ostmärkischen Bauer und dem städtischen Mittelstand ein starkes freiheitliches Gefühl, das aber mit der Polizeiknute niedergehalten wird. Landräte und Distriktskommissare, die politischen Beamten, machen in der Provinz Posen auch die politischen Wahlen. Von dem Augenblick an, wo diesen Beamten die strengste politische Neutralität auferlegt, und im Weigerungsfalle seitens des Ministers sofort eingeschritten würde, würde auch der Liberalismus in der Ostmark zu seinem politischen Recht kommen. Das darf aber nicht sein wegen der angeblichen „polnischen Gefahr". Und die Junker und Agrarier lachen sich dabei ins Fäustchen!

* * *

Aus dem Verlaufe der Wahlbewegung in den letzten acht Tagen vor der Wahl sind noch einige interessante Momente zu verzeichnen. Das wichtigste ist die von dem nationalliberalen Wahlkomitee festgestellte Tatsache, daß der amtliche Apparat wiederum gegen die liberalen Beamten und zugunsten der bündlerischen Kandidatur in

Bewegung gesetzt worden ist. In einer Publikation des nationalliberalen Wahlkomitees, die von dem Direktor des Schneidemühler königlichen Gymnasiums, Braun, gezeichnet ist, heißt es u. a.:

„... Schon beginnt die Regierung für den Konservatismus oder vielmehr für die Kandidatur des Bundes der Landwirte sich in unzulässiger und unbegreiflicher Form zu engagieren. Ein zur Kandidatur geeigneter höherer Beamter wird nach Bromberg zitiert — und stumm gemacht für die liberale Sache. Direkt und indirekt, mit der rollenden Stimme ernster Vermahnung oder im leisen Flüsterton sanften Ratschlags werden führende Männer der Nationalliberalen von Vertretern der Regierung nach der Richtung bearbeitet, die nationalliberale Kandidatur des Pastors Altmann zurückzuziehen oder zumindest sich selbst ihr gegenüber passiv zu verhalten. Im allgemeinen ist der Erfolg gering: die Herren wissen zu gut, daß es unbegründete Redensart ist, wenn man darzustellen beliebt, daß durch die nationalliberale Kandidatur das hiesige Mandat für das Deutschtum gefährdet werde; mit großem Recht weisen sie immer wieder auf die Haltung des früheren Oberpräsidenten von Bitter hin, der ausdrücklich die Einschließung unseres Kreises in das deutsche Wahlkartell mit der Bemerkung abgelehnt hat, daß in Czarnikau—Filehne—Colmar i. P. die Deutschen wegen ihrer bedeutenden Uebermacht über die Polen — es handelt sich um höchstens siebentausend polnische gegen mindestens zwanzigtausend deutsche Stimmen! — erst ihre Sache untereinander auspauken könnten."

Das ist ja eine nette Illustration zu dem eben erst noch vor den Landtagswahlen abgegebenen feierlichen Versprechen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Fürsten Bülow, daß sich die Verwaltungsbehörden jeglicher Einmischung in die Wahlen enthalten würden. Für die Bromberger Behörden existiert die Anordnung des preußischen Ministerpräsidenten einfach nicht; auch ein hübsches Beispiel dafür, welche Autorität der oberste Beamte des Reiches bei den noch in den Puttkamerschen Traditionen aufgewachsenen Beamten genießt, die sich nur als politische Exekutivorgane des Junkertums fühlen. Denn daß Fürst Bülow etwa im vorliegenden Falle die Bromberger Behörden von der Befolgung seiner Anordnung dispensiert hätte, ist doch kaum anzunehmen.

Am schlimmsten hat es mit diesen erbärmlichen Denunziationen das konservative „Posener Tageblatt" getrieben, das zu dem Posener Oberpräsidium notorisch die besten Beziehungen unterhält. Dort wurden die Führer der Nationalliberalen im Wahlkreise unter Namensnennung als Männer dargestellt, die unter dem Hohnlachen der Polen den Keil in das Deutschtum getrieben haben. Ihre Beamteneigenschaft wurde dabei besonders betont: „Gymnasium und Post ragten hervor." Von welchem Geiste dieser ganze Artikel inspiriert war, mag auch folgendes Zitat lehren:

„Die nationalliberal-freisinnige Versammlung in Schneidemühl ... bestand mindestens ¾ aus Beamten und Volksschullehrern, die trotz der Ostmarkenzulage usw. sich nicht scheuten, gegenüber dem Hohnlachen der Polen einen Keil unter die Deutschen zu treiben."

Wenn in diesem Satz nicht eine Denunziation schlimmster Art liegt, mit dem deutlichen Wunsch nach oben, sich die Empfänger der Ostmarkenzulage daraufhin anzusehen, ob sie auch der Ostmarkenzulage „würdig" seien, dann gibt es, wie das nationalliberale Wahlkomitee in seiner Abwehr dieses erbärmlichen Attentats auf die politische Unabhängigkeit der Beamten mit Recht hervorhob, überhaupt keine Denunzitation!

Und eine solche Kampfesweise, wie sie früher nur gegen die Freisinnigen als politisch und moralisch erlaubt galt, wird jetzt von den Agrarkonservativen im Bunde mit den Behörden selbst gegen die Nationalliberalen zur Anwendung gebracht, gegen dieselben Nationalliberalen, die im Reichstag geradezu den Kern der Bülowschen Blockpolitik bilden. U. E. sind die Nationalliberalen ihrer politischen Reputation es schuldig, daß sie den Reichskanzler bezw. preußischen Ministerpräsidenten bei der nächsten Gelegenheit im Reichstage oder Abgeordnetenhause interpellieren, ob er von diesem faktiösen Treiben der posenschen Verwaltungsbeamten Kenntnis besitzt und ob er gewillt ist, seinen eigenen Anordnungen Geltung zu verschaffen, oder sich von seinen eigenen Beamten eine Nase drehen zu lassen.

Mit der Einigkeit im deutschen Lager ist es nun für lange Zeit vorbei. Der Deutsche Wahlverein, bisher die Vereinigung aller rechtsstehenden und mittelparteilichen Elemente, ist durch das paschamäßige Vorgehen des Vorsitzenden, der einfach über den Kopf der Mitglieder hinweg die Ablehnung des höflichen Verlangens der Liberalen um Abtretung eines der drei Mandate an die Liberalen dekretierte, gesprengt; zwei seiner tätigsten Vorstandsmitglieder sind nach diesen ihnen angetanen Affront sofort ausgeschieden.

Die Antisemiten haben in den letzten Tagen vor der Wahl ihre politische Chamäleonsnatur und ihre Demagogentum wieder sattsam bekundet. Ihre Agitatoren, denen sich noch der Abg. Werner zugesellte, zogen landauf, landab, den Wählern das Blaue vom Himmel versprechend, dem Landarbeiter z. B. 3,50 Mark Tagelohn, dem Schweinezüchter 60 Mark als Minimum für den Zentner Lebendgewicht; ganz im Stile Ahlwardts und Böcklers, der sich den Nachbarwahlkreis Schlochau-Flatow im Jahre 1903 ja ebenfalls mit solchen demagogischen Mitteln erobert hatte. In den Städten wurden eigene Beamtenversammlungen veranstaltet, in denen ein Herr Schäfer, „früher Oberpostassistent, jetzt Schriftleiter und Herausgeber der Postunterbeamten-Zeitung „Die Postwelt", die Beamten für die antisemitische Partei zu gewinnen suchte. Gegen die Juden wetterte Herr Bruhn nur, wenn ihm in der Diskussion scharf eingeheizt wurde. In den öffentlichen Publikationen spielte er die gekränkte Unschuld. In einer mit seinem Namen gezeichneten Polemik gegen die Konservativen heißt es u. a.:

„Hat der Einsender irgendwo einmal gehört, daß ich oder meine Freunde von „Judenknechten" usw. gesprochen. Es ist den Konservativen sowohl als auch den Nationalliberalen augenscheinlich unbequem, daß wir unsere Aufgabe nicht darin erblickt haben, öde Schimpferei auf die Juden zu betreiben; deshalb bohren sie andauernd nach dieser Richtung hin. Das lehnen wir eben ab. Die Herren mögen sichs aber nun endlich merken und uns mit den Juden in Ruhe lassen"

Diese Heuchelei ist kaum noch zu überbieten. Eine solche Fuchspredigt hält ein Mann, der jahrelang den Impresario eines Grafen Pückler gespielt, der in der Konitzer Affäre durch seine schamlosen Hetzereien viele Hunderte von Juden in Not und Elend gestürzt hat!

Im letzten Flugblatt arbeiteten die Antisemiten ausschließlich mit liberalen Programmforderungen: da wurde gegen die Bier-, Tabak- und Fahrkartensteuer, gegen die Vermehrung der indirekten Steuern, polemisiert, eine Reichseinkommen-, Reichsvermögen- und Reichserbschaftssteuer gefordert, eine Erhöhung der preußischen Einkommensteuer über den bisherigen Höchstsatz von 4 pCt. usw. — man glaubte ein Flugblatt der linksliberalen Parteien vor sich zu haben. Kurz, der Wahlschwindel wurde von den Antisemiten en gros betrieben.

Wahlbetrachtungen aus dem Wahlkreise Hersfeld-Rotenburg.

Das sonst so schöne Land der alten Chatten ist schon seit Jahrzehnten der klassische Boden des politischen Antisemitismus; Deutschsoziale und Reformer sind im Besitze fast aller seiner Reichstagsmandate. Der Reformer Ludwig Werner ist bisher sogar im Besitze eines Doppelmandats gewesen, da der Wahlkreis Hersfeld-Rotenburg ihm auch das Mandat für den Landtag seit 10 Jahren übertragen hatte. Als am 3. Juni das Landtagsmandat aufs neue zu vergeben war, stritten

sich sogar zwei antisemitische Kandidaten um dasselbe. Der im Kreise ansässige Franz von Bodelschwingh, ein Neffe des bekannten Pastors gleichen Namens zu Bethel bei Bielefeld, hatte sich vom Bund der Landwirte auf den Schild erheben lassen. Dieser mandatslüsterne hochfeudale westfälische Adelssproß und antisemitische Heißsporn hatte schon bei der vorigen Reichstagswahl erfolglos gegen den Abgeordneten Werner kandidiert. Nunmehr versuchte er es mit dem umgekehrten Mittel. Unter tausenderlei Versprechungen suchte er Werner zu bewegen, zu seinen Gunsten zu verzichten. Als ihm das nicht gelang, verfiel er auf einen genialen Schachzug. Um die schon lange von konservativer Seite geplante Kandidatur des Landrats Tuercke in Rotenburg unmöglich zu machen, hatte er in einer Versammlung des Bundes der Landwirte den Beschluß durchgesetzt, daß politische Beamte als Kandidaten abzulehnen seien, und um eine Verzichtleistung des gemäßigt konservativen Landrats förmlich zu erzwingen, ließ er sich vom Bunde der Landwirte als Kandidat nominieren, ohne erst den Beschluß der konservativen Parteileitung abzuwarten. So war denn ein ganzes Sortiment von Antisemiten auf dem Kampfplatze erschienen, und damit ward die Wahl vielen zur Qual. —

Der um sein Mandat bangende Abgeordnete Werner wußte, welch einflußreichen Gegner er an dem Landrat Tuercke zu Rotenburg a. F. finden würde. Drum galt es, alle möglichen Hilfstruppen heranzuziehen. Die Konservativen und Bündler waren vergeben, nur die Nationalliberalen in Hersfeld schwankten und wußten noch keine Formel zu finden. Da warf der schlaue Agitator mit feinberechneter Diplomatie diesen Auchliberalen einen Köder vor. Er stellte sich mandatsmüde und erklärte, nur aus Rücksicht auf seine vielen Anhänger und Freunde im Wahlkreise nur noch dieses eine Mal für den Landtag zu kandidieren. Bei der nächsten Wahl sei er bereit, zugunsten der Liberalen zurückzutreten, falls ihm jetzt von ihrer Seite Unterstützung zuteil werde. Und auf diesen Leim gingen wirklich die guten Leute. Willig öffneten sich die großen nationalliberalen Geldbeutel, die Parteikasse der Reformer war wohl nie so wohlversorgt. In großem Stile wurde nun für Werner agitiert, und in der Lokalpresse regnete es nur so von Riesengeingesandts und Wahlaufrufen zugunsten des Antisemiten Werner. So waren die stolzen Nationalliberalen, die sonst so viel auf Reputation halten, über Nacht zu Mitläufern des Antisemitismus und damit zu Schleppenträgern der Reaktion geworden.

Nicht minder fein ersonnen war der zweite Trick der Reformer. Es galt, die jüdischen Wähler fernzuhalten oder gar für Werner zu gewinnen. Werner hatte schon seit Jahren sein antisemitisches Programm in der Tasche behalten, in seinen Partei- und Wahlversammlungen ist kein verdächtiger Ausdruck, keine antisemitische Wendung mehr gefallen. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit wurde sogar von seinen nächsten Parteifreunden behauptet, Werner sei gar kein Antisemit mehr. Mit eifrigster Beflissenheit wurde dagegen auf die sehr scharfe antisemitische Tonart des Bündlers von Bodelschwingh hingewiesen. Die Kandidatur des Landrats Tuercke wurde als ganz aussichtslos, dagegen die des v. Bodelschwingh als sehr chancenreich hingestellt. Damit sollten die jüdischen Wähler eingeschüchtert oder gar für Werner geworben werden. Und diese Behauptungen wurden mit einer solchen Dreistigkeit und Kühnheit verbreitet, daß wahrlich nicht viel fehlte, und die Manöver wären gelungen. Zum Glück gab es aber noch einige besonnene Männer im Kreise, darunter in erster Reihe die jüdischen Lehrer, welche ihre warnende Stimme erhoben und an die Selbstachtung ihrer Glaubensgenossen appellierten. Mit Eifer und Energie wurde zur Unterstützung des Landrats Tuercke, der auf seinem Programme „Gleichberechtigung der Konfessionen“ stehen hatte, aufgefordert. Und welch schöner überraschender Erfolg. Bei den Urwahlen war fast kein jüdischer Wahlmann vom Wahltisch ferngeblieben, selbst Greise und Schwache taten ihre Pflicht. Der Eifer war so groß, daß an einem Orte, in dem die jüdischen Wählerstimmen ausschlaggebend waren, die jüdischen Wähler, die zumeist Viehhändler sind und einen an einem Nachbarorte stattgefundenen Viehmarkt besuchten, zur Wahlstunde eigens nach Hause fuhren, um ihrer Bürgerpflicht zu genügen und um dann wieder zum Markte zurückzukehren. Und wie dieses geschlossene Vorgehen wirkte, das zeigte sich am Wahlergebnis. An allen Orten mit jüdischer Bevölkerung siegten die für Tuercke aufgestellten Wahlmänner auf der ganzen Linie. In der Kreisstadt Rotenburg hatten die Reformer und Bündler trotz angestrengtester Agitation auch nicht einen einzigen Wahlmann durchbringen können. So war es möglich, den Landrat Tuercke in die Stichwahl zu bringen und in der letzteren ihm zum Siege verhelfen. B. R.

Von der Mittelstands-Vereinigung.

Die Mittelstandsvereinigung rechnet im neuen preußischen Abgeordnetenhause zu ihren näheren politischen Freunden, abgesehen von ihrem Vorsitzenden Rahardt, die Abgg. Malkewitz, Felisch, Hammer, Karow (Danzig), Koelle und Meyer (Bielefeld). Die Niederlage Jakobskötters in Erfurt hat die Mittelständler sehr schmerzlich berührt. An die Bildung einer mittelständlerischen Fraktion im Abgeordnetenhause ist jedoch nicht zu denken, da in wichtigen Fragen — man denke nur an die Wahlrechtsreform — die Meinungen in diesem halben Bäckerdutzend weit auseinander gehen. Herr Hammer ist — anscheinend wegen der Wahlrechtsfrage — schon vor Ostern aus dem Zentralvorstand der Mittelstandsvereinigung ausgeschieden. Von Herrn Rahardts politischer Befähigung haben seine früheren Freunde selber nur eine sehr geringe Meinung. Die „Deutsche Volkspost“, das nach wie vor offizielle Organ der Vereinigung, erwartet zuversichtlich, daß die „alten bewährten Führer ihn im Parlament unter ihre Fittiche nehmen, denn gerade noch eine in den Anfängen steckende Bewegung, wie die unsrige, verlangt auf vorgeschobenen Posten Männer, denen das eigene „Ich“ nichts, die Bewegung alles ist.“

Das ist eine bittere Pille für Herrn Rahardt. Nebenher erfährt man auch, daß „alle Vorgänge seit der Begründung der „Volkspost“ zum Teil Gegenstand zivilrechtlicher Klagen, zum Teil auch der Gegenstand von Privatbeleidigungsklagen“ geworden sind.

Eine schöne Einigkeit unter den Mittelständlern!

Wie wenig übrigens die ganze mittelständlerische Organisation zu bedeuten hat, hat ja auch wieder das Ergebnis der jetzigen preußischen Landtagswahlen gezeigt. Aus eigenen Kräften hat die Vereinigung überhaupt keine Abgeordneten durchgebracht; Herr Rahardt ist von den Konservativen und Nationalliberalen gewählt worden, von den letzteren aber nur wegen seines Eintretens für die geheime direkte Wahl; alle übrigen Abgeordneten, die die Mittelstandsvereinigung als ihr nahestehend bezeichnet, gehören in festem oder Hospitantenverhältnis den rechtsstehenden Fraktionen an. Aber auch diese sind in der Mehrzahl nicht von Handwerkern oder anderen Angehörigen des städtischen Mittelstandes, sondern von Groß- und Kleinagrariern gewählt. Das ist ja eben der große Aerger, daß der städtische Mittelstand, insbesondere die Handwerker, von der zünftlerisch-reaktionären Mittelstandsvereinigung nach wie vor nichts wissen will. Muß doch die „Deutsche Volkspost“ bekümmert feststellen, daß z. B. in Liegnitz bei den jetzigen Landtagswahlen „die freisinnigen Wahlmänner fast durchweg Handwerker waren“. Das schmerzt natürlich eine brave mittelständ-

lerische Seele. Und dazu die Zerrissenheit und die Fahnenflucht im eigenen Lager. Ist es dann ein Wunder, wenn ein Magdeburger Blatt, das von Anfang an sich der Mittelstandsbewegung liebevoll angenommen hat, die „Sachsenschau“, in die elegische Klage ausbricht:

„Die Mittelstandsvereinigung hat mehr geschadet als genützt, sie hat den Parteien, welche für eine vernünftige Wirtschaftsordnung eintraten, noch die wenigen Mitglieder im Gewerbe entführt, welche für politische Parteiarbeit zu haben waren. Manche von diesen haben für die Mittelstandsvereinigung schwere Opfer an Geld und Zeit gebracht und stehen nun am Grabe gescheiterter Hoffnungen. Sie, welche den politischen Parteien willkommene Mitstreiter gewesen wären, legen nun müde und verzweifelt die tatkräftigen Hände in den Schoß. Was noch da ist von den Ortsgruppen der Mittelstandsvereinigung, das wird bald von den politischen Gegensätzen zerrissen werden.“

Daß hier die Zustände in der Mittelstandsvereinigung nicht zu schwarz gemalt werden, hat die „Deutsche Volkspost“ selbst vor wenigen Wochen zu ihrem schmerzlichen Bedauern zugeben müssen. Sie schrieb damals (Nr. 97 I J.) in einem Artikel: „Warum zeigen die Bestrebungen zur Hebung des Handwerkerstandes so wenig Erfolge“:

„Ja, diese Interesselosigkeit und Eigenbrödelei, Selbstsucht und Hartnäckigkeit auf seiten des Handwerkerstandes selber, sie sind die beklagenswerten Uebel, welche die Handwerkerbewegung so sehr hemmen und verhindern, daß sie die Erfolge zeitigt, die sie längst hätte erreichen können. Und sie geben die wundeste Stelle ab, wo die Gegner der Bewegung einsetzen; sie sind die gewissermaßen angeborenen Hilfsfaktoren jener Nichtfreunde des Handwerks.“

Merkwürdig nur, daß den fälschlich als „Nichtfreunde des Handwerks“ verschrieenen Parteien noch heute die überwiegende Mehrheit des Handwerkerstandes willig und freudig politische Heeresfolge leistet! Der Grund ist freilich ein sehr einfacher; die liberalen Parteien suchen Schritt für Schritt dem Handwerker zu helfen, wenn seine eigenen Kräfte zu erlahmen drohen, während die Zünftler die moderne Entwicklung um Jahrhunderte zurückschrauben möchten. Ist es da verwunderlich, daß die Reihen der Mittelstandsvereinigung sich imer mehr lichten, daß ihre Versammlungen fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, so daß kürzlich das oben genannte Magdeburger Blatt zu der Tatsache, daß sich in Dresden zu einer Versammlung der Mittelstandsvereinigung, obwohl 4 wichtige Referate angekündigt waren, ganze 8 Mann eingefunden hatten, bissig bemerkt: „Ein Bötelessen, ein Preisskatturnier oder ein Wettkegeln hätte eine stärkere Beteiligung gefunden.“

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Deutsche Reformpartei und der Deutsche Volksbund sind jetzt ein Herz und eine Seele. Herr von Mosch tritt neben den Herren Bruhn und Zimmermann in den Versammlungen der Reformpartei auf und der reformparteiliche Abg. Bindewald revanchiert sich dafür durch Gastvorstellungen in den Veranstaltungen des Deutschen Volksbundes. Es fragt sich nur, wie lange dieser schöne Freundschaftsbund Bestand haben wird.

Die Wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage sucht ihre Bedeutungslosigkeit in der Gesetzgebung durch um so dreistere Anforderungen an die Presse zu verschleiern. Von verschiedenen Seiten — u. a. aus Stuttgart — wird gemeldet, daß ganz kleine Ortsgruppen oder auch nur Einzelmitglieder an die politische Tagespresse das schriftliche Ansinnen gestellt haben, „in den Berichten über den Reichstag künftig die Reden der Mitglieder der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ ausführlicher zu bringen“.

Die Herren glauben offenbar, daß sie nur recht anmaßlich aufzutreten brauchen, um die Presse, auch die ihnen politisch fernstehende, ihren Wünschen gefügig zu machen. Die Liberalen sollten aller Orten ein wachsames Auge darauf haben, daß in ihre Presse nicht etwa auf diese Weise reaktionäre Konterbande eingeschmuggelt wird. Die Methode der Wirtschaftlichen Vereinigung ist übrigens nicht neu. Der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat mit dieser systematischen Beeinflussung der Presse den Anfang gemacht und damit dank seinem rücksichtslosen Auftreten leider auch bei manchen liberalen Blättern Erfolg gehabt.

Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband erhalten wir schon wieder eine sog. „Berichtigung“, die sich auf eine in der vorigen Nummer der „Mitteilungen“ enthaltene Information der „Berl. Volks-Ztg.“ bezieht. Der antisemitische Verband erklärt daraufhin:

„Es ist unwahr, daß der Name des Mitgliedes, dem es gelingt, 12 neue Mitglieder zu werben, auf einer im Verbandshause aushängenden Ehrentafel verzeichnet wird.

Es ist unwahr, daß sich am Kopf des Werbebriefes, der zur Gewinnung von Mitgliedern auffordert, ein sogenannter antisemitischer „Scherz“ befindet.

Es ist unwahr, daß man dort einen mit einem Knüppel um sich schlagenden Deutschnationalen erblickt, der auf der einen Seite einen neben ihm stehenden Sozialdemokraten verhaut.

Es ist unwahr, daß sich auf der anderen Seite ein als überaus ängstlich dargestellter jüdischer junger Mann zeigt, der jetzt in die Reihe kommt.“

Wie wir über den Wert solcher „Berichtigungen“ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes denken, darüber glauben wir in der letzten Nummer der „Mitteilungen“ uns mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen zu haben.

Begnadigt. Die gegen den Redakteur der von dem antisemitischen Reichstagsabg. Bruhn herausgegebenen „Wahrheit“ Otto Weber am 22. Februar durch Urteil der 4. Strafkammer wegen Beleidigung des Rechtskandidaten Bernhard v. Bülow, eines Neffen des Reichskanzlers, erkannte zweimonatige Gefängnisstrafe ist jetzt durch einen Kaiserlichen Erlaß in eine Geldstrafe von 300 Mark im Gnadenwege umgewandelt worden.

Vermischtes.

Adolf Harnack, der hervorragende evangelische Theologe und geistvolle Vertreter eines modernen Christentums, ist, weil er in seinem epochalen Werk „Das Wesen des Christentums“ der Bedeutung des Alten Testaments vielleicht nicht ganz gerecht geworden ist, neuerdings wieder in den seltsamen Verdacht gekommen, daß er ein Gegner des Judentums sei. Um die Haltlosigkeit dieses Vorwurfs nachzuweisen, braucht man nur an folgende Sätze eines Artikels zu erinnern, den Adolf Harnack anläßlich der Begründung und Eröffnung des „Evangelischsozialen Kongresses im Jahre 1890 geschrieben hat:

„Endlich gilt es, noch einen Punkt ins Auge zu fassen und vor der Beschäftigung mit ihm zu warnen: Das ist die Judenfrage. Es mag eine Judenfrage im nationalen und im wirtschaftlichen Sinne geben — ich weiß das nicht und bin darüber nicht kompetent — das aber weiß ich, daß den Antisemitismus auf die Fahnen des evangelischen Christentums zu schreiben, ein trauriger Skandal ist. Die, welche das getan haben, haben freilich immer das nationale und wirtschaftliche Interesse mit hineingezogen, weil sie als Christen hätten schamrot werden müssen, wenn sie einfach im Namen des Christentums die Parole des Antisemitismus ausgegeben und das Evangelium in einen neuen Islam verwandelt hätten. Aber wer kann leugnen, daß auch das geschehen ist? Das heißt aber die Macht, welche dazu in der Welt ist, die Gegensätze der Rassen und Nationen zu mildern und Menschenliebe selbst dem Feinde gegenüber zu erwecken, in entgegengesetzter Richtung mißbrauchen. Wir dürfen voraussetzen, daß auf dem Kongreß, der der Verbrüderung dienen soll und nicht der Vergiftung, kein Versuch gemacht werden wird, die „Judenfrage“ hineinzuziehen. Sollte er gemacht werden, so wird eine kräftige Abwehr nicht fehlen.“

Wir meinen, das war deutlich genug. **Stöcker**, der Vater des politischen Antisemitismus in Deutschland, hatte auch die Tragweite dieser programmatischen Erklärung einer so prononzierten Persönlichkeit auf dem Evangelischen Kongreß mit richtigem Instinkt sofort erkannt und dem Kongreß, der seiner antisemitischen Propaganda ein so vernichtendes Zeugnis ausgestellt hatte, alsbald die Freundschaft gekündigt.

Bei der Richtfeier der Hamburger neuen Michaeliskirche, die dieser Tage stattfand, hat Senior Dr. **Behrmann** seine Kranzrede mit dem Vers geschlossen:

„Herr Gott, vom Himmel sieh darein,
Laß Deutschland stark und einig sein,
Gib allen Deutschen rechten Mut,
Daß sie es meinen wahr und gut,
Doch **Klassenhaß** und **Rassenhaß** —
Herr, hilf uns, daß wir lassen das!"

Diese sehr zeitgemäße Mahnung des Hamburger Geistlichen hat einem Gesinnungsgenossen der Herren Liebermann von Sonnenberg und Schack sehr verdrossen und zu einer wütenden Epistel an den Geistlichen veranlaßt. Nun ärgern sich wiederum die „Deutschsozialen Blätter", daß Herr Dr. Behrmann das taktlose Schreiben einfach in den Papierkorb versenkt hat, und zwar dort, wo er am tiefsten ist.

Ernst von Wolzogen, der heute im 54. Lebensalter stehende vielseitige Novellist und Essayist, der Verfasser des „Kraftmayr" und Begründer des „Ueberbrettl" usw., hat vor einiger Zeit unter dem Titel „Ansichten und Absichten" (F. Fontane-Berlin) eine Art **Lebensbeichte** abgelegt, die auf einen ziemlich bissigen Ton gegen die Kritik, die ihn freilich oft sehr grausam zerzaust hat, gestimmt ist. Wenn auch für uns außer Frage steht, daß das Urteil über die literarische Bedeutung Wolzogens allzuoft durch persönliche Animosität getrübt worden ist, so scheint uns doch Wolzogen selbst in den gleichen Fehler zu verfallen, wenn er seinen Aerger über die ungerechte und boshafte Kritik an einzelnen jüdischen Literaten ausläßt. Der Darmstädter Journalist **Hans R. Fischer**, ein literarischer Parteigänger Wolzogens, scheint uns durchaus das Richtige zu treffen, wenn er dem von der Kritik Mißhandelten entgegenhält:

„Sie haben eine starke Wut gegen die aus Polen eingewanderten Jünglinge, also die **Juden**. Bester Herr Baron, diese „**Jünglinge**", die auch ich kenne, sind **nicht die Juden**, sind nicht **das Judentum**. Seien wir ehrlich: finden Sie nicht gerade in den von den Juden geleiteten Organen herzliche Anerkennung? Der **Jude** ist oft **toleranter**, allerdings häufig auch klüger als der Christ. Dem **antisemitischen Karl Bleibtreu** öffnet gerne der von dem seelensguten **J. Landau** geleitete „**Berliner Börsen-Courier**" seine Spalten. Nun, die Angegriffenen wissen, daß es Ihnen nicht so ernst ist; Ihr Temperament, das sprudelnde, muß sich nach rechts und links, nach oben und unten kampfesfreudig betätigen... Aber lassen Sie nun des Scheltens genug sein!"

Die Zeitschrift des Allgemeinen deutschen Sprachvereins enthält in Nr. 6 l. J. folgende Briefkastennotiz:

„... Die in voriger Nummer Sp. 143 angeführte **Ausländerei** eines Wiener Patentanwalts ist auch in der **deutschen Reichshauptstadt** vertreten, wie folgender Briefaufdruck beweist: Albert Elliot, Ingenieur Conseil Dr. M. Lilienfeld. Chimiste. Einem naheliegenden Einwurf muß im voraus durch die Bemerkung begegnet werden, daß Herr Elliot bis 1901 Itzigsohn hieß."

Was soll dieser gehässige antisemitische Kommentar, durch den die Zeitschrift des Allgemeinen deutschen Sprachvereins ihre an sich guten und nützlichen Bestrebungen nur schädigt? So wenig ein aus den angedeuteten Motiven erfolgter Namenswechsel an sich zu billigen ist, so wenig kann daraus ein **verallgemeinernder** Schluß auf mangelndes Gefühl der Juden für die Muttersprache oder gar mangelnden Patriotismus gezogen werden. Wir können uns übrigens denken, daß in der Hochflut des Radauantisemitismus ein Träger eines so prononziert jüdischen Namens manchen antisemitischen Insulten ausgesetzt gewesen sein mag.

Karlsruhe. Im Monat Juni waren es **hundert Jahre**, daß den **badischen Juden Gleichberechtigung** mit den übrigen Staatsbürgern verliehen wurde. Während die jüdische Religionsgemeinschaft noch im ersten Konstitutionsedikt vom 14. Mai 1807 als konstitutionsmäßig geduldet angesehen wurde — die evangelische Kirche lutherischen und reformierten Bekenntnisses, sowie die katholische waren anerkannte Kircheneinrichtungen —, vollzog das sechste Konstitutionsedikt vom 4. Juni 1808 den Uebergang der Einwohner „jüdischer Nation" von geduldeten Schutzbürgern zu gleichberechtigten Ortsbürgern (und „erbfreien Staatsbürgern"). Schon im darauffolgenden Januar 1809 veröffentlichte Karl Friedrich, Badens aufgeklärter erster Großherzog, ein weiteres Edikt, worin er Bezug nimmt auf die am 4. Juni 1808 erfolgte Gleichstellung der Juden mit den Christen und zur völligen Durchführung der Gleichberechtigung auch für die Juden eine kirchliche Behörde, den israelitischen Oberrat, einsetzt, der also im nächsten Jahre seine Hundertjahrfeier begehen kann.

Henrik Wergelands, der norwegische Nationaldichter, dessen 100. Geburtstag in diesen Tagen (17. Juni) in ganz Norwegen unter großer Teilnahme aller Volkskreise feierlich begangen worden ist, hat sich in seinen letzten Lebensjahren — er ist leider nur 37 Jahre alt geworden, als ihn plötzlich ein Lungenleiden dahinraffte — mit besonderem Eifer der völligen **politischen Emanzipation der Juden in Norwegen** gewidmet, ein Kampf, dem auch eine Reihe von schönen Gedichten Wergelands ihren Ursprung verdanken.

Die amerikanischen Christlichsozialen gegen den Antisemitismus. Der Bund der Christlichsozialen Amerikas hat auf seiner jüngsten, drei Tage dauernden Konferenz, eine **scharfe Absage an die europäischen Christlichsozialen** erlassen, die sich mit dem Antisemitismus identifizieren. Die betreffende Resolution lautet:

„Der Bund der Christlichsozialen ist gegründet zum Zwecke der Ausbreitung der Kenntnis der Grundsätze religiösen Glaubens und Fühlens. Angesichts der politischen Bedeutung des Ausdrucks „christlichsozial" in europäischen Ländern, ist es **nötig**, auszudrücken, daß sich der Bund in seinem Geiste und Ziele völlig von den sogenannten christlichsozialen Parteien in Deutschland und anderen Ländern unterscheidet. Er hat **nichts gemein** mit den halbphilanthropischen und sozialen Reformbewegungen, die öfters als christlich-sozial bezeichnet werden. Er hat aber auch keinen Zusammenhang, im Gegenteil, er **verurteilt** aufs entschiedenste die sogenannte **christlichsoziale Partei** in **Deutschland, Oesterreich** und anderen Ländern des Kontinents, die eine heftige antisozialistische und **unchristliche Propaganda des Antisemitismus** betreibt und die Sozialdemokratie, die Bewegung der arbeitenden Klasse, bekämpfen."

Zum 20. Todestage Kaiser Friedrichs III.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Nachdruck verboten.)

II. (Schluß.)

Unsere Leser erinnern sich wohl noch, daß diese Aeußerungen des Kronprinzen nachmals die öffentliche Meinung vielfach beschäftigten. Die Konservativen und Antisemiten gaben sich alle Mühe, die Wirkung der kronprinzlichen Meinungskundgebung gegen den Antisemitismus abzuschwächen und die letztere sogar als liberale Erfindung zu bezeichnen. Im preußischen Abgeordnetenhause am 6. Dezember 1883 und im Reichstag am 22. März 1893 kam es deswegen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Jeder Zweifel an der Authentizität der angeführten Worte bezw. der Brandmarkung der antisemitischen Bewegung aus so hohem Munde ist jedoch ausgeschlossen. Wie der Kaiser 1880 den Antisemitismus als eine Schmach für unsere Zeit bezeichnete, so wiederholte er diese Charakteristik, wie gesagt, auch ein Jahr später. Und daß diese in der Tat erfolgte, das bestätigen neben dem Geh. Rat Magnus noch andere hochstehende Per-

sönlichkeiten, deren Wahrheitsliebe nicht angetastet werden darf; so der Staatsminister von Stosch und Dr. G. von Bunsen. Auch an Gerichtsstelle erhielt die Wahrheit des hier geschilderten Vorganges durch das Erkenntnis des Reichsgerichtes in dem Prozeß des Hofpredigers Stöcker gegen den Redakteur Bäcker heilsam ihre urkundliche Notifizierung. In der Eingabe der Gebrüder Magnus an den Präsidenten des Reichstags, Herrn von Levetzow, — vom März 1893 — wurden auch Aussprüche der Kronprinzessin Viktoria angeführt, die entschiedene Mißbilligung der Judenhetze durch diese hohe Frau darlegend. In dem gleichen Geiste der Duldsamkeit und Menschlichkeit war es, daß der Kronprinz wenige Tage nach der jährlichen Versammlung des Vorstandes der Viktoria-National-Invalidenstiftung nach dem Anhören eines Vortrages des Berliner Stadtschulrats Cauer, der sich gegen Unduldsamkeit in Glaubenssachen richtete, den Druck dieses Vortrages zum Gedächtnis Gotthold Ephraim Lessings veranlaßte*).

War die lebhafte Stellungnahme des Kronprinzen in erster Linie, wie gesagt, zurückzuführen auf den ihm angeborenen Sinn, Bedrängte und Verfolgte in Schutz zu nehmen und die Glaubensfanatiker zu schanden zu machen, so kam daneben noch in Betracht, daß er — wie Margaretha von Poschinger mit Recht bemerkt — bei der Durchführung seiner philanthropischen Bestrebungen vielfach von reichen Israeliten unterstützt wurde. Es war nun naheliegend, daß er es nicht ansehen konnte, daß gerade diese Männer, deren Freigebigkeit zu edlen Zwecken seine höchste Anerkennung herausforderte, einer schimpflichen sozialen Verfolgung ausgesetzt waren.

Die wiederholte Brandmarkung des Antisemitismus durch den Kronprinzen ist eine geschichtliche Tatsache, an der nicht gerüttelt werden und ein Kaiserwort, an dem nicht gedeutelt werden kann. Sie wird noch bestätigt durch den Brief des Fürsten von Hohenzollern an seinen Sohn, den König von Rumänien, vom 24. Januar 1880.**)

In gleichem Sinne hat er sich noch öfter ausgesprochen; jeder schriftlichen und mündlichen Kundgebung gegen den Antisemitismus, die zu seiner Kenntnis kam, gab er seine lebhafte Zustimmung zu erkennen. Als Kämpfer für Gewissensfreiheit und Duldung, welche Tugenden fleißig zu üben er in einem fort ermahnte, erschien ihm der große Gotthold Ephraim Lessing. Deshalb begrüßte er auch freudig den Gedanken, dem Dichter des „Nathan des Weisen" in der Reichshauptstadt ein Denkmal zu errichten. Nicht nur in Preußen selbst, sondern auch auf seinen Reisen im Reiche ließ der Kronprinz, wie schon erwähnt, keine Gelegenheit vorübergehen, um zu zeigen, daß ihm die Deutschen israelitischen Glaubens gerade so nahe standen, wie die des katholischen und evangelischen Bekenntnisses. So beehrte er unter anderen in Gesellschaft seiner Gemahlin und des erbprinzlichen Paares von Meiningen einst ein Konzert, das in der Wiesbadener Synagoge zum Besten des Pensionsfonds für israelitische Kultusbeamte gegeben wurde, mit seiner Gegenwart. Aus meiner eigenen Kenntnis kann ich mitteilen, daß der Kronprinz für Moses Mendelssohn, den besten Freund Lessings, eine besondere Vorliebe hatte, ihn als Dichter wie als Menschen hochschätzend. Als mein Buch „Moses Mendelssohn und seine Familie" (1886) erschienen war, nahm ich auch Veranlassung, dem Kronprinzen zu schreiben und ihm eine Reihe meiner Schriften, die ich namhaft machte, mit der Bitte anzubieten, dieselben als kleines Zeichen meiner großen Ehrerbietung hochgeneigtest annehmen zu wollen. Unter diesen war auch das genannte Werk verzeichnet. Der Kronprinz ließ mir eine sehr liebenswürdige Zuschrift durch seinen Adjutanten von Kessel, wenn ich nicht irre, jetzt Generalleutnant und Kommandeur des Gardekorps, zukommen, worin ich ersucht wurde, nur mein Buch „Moses Mendelssohn und seine Familie" dem hohen Herrn zu übersenden, was dann auch geschah und mir ein sehr freundliches Dankschreiben eintrug.

Daß ihm der Vater der sogenannten Berliner Bewegung, der Hofprediger Adolf Stöcker, in der tiefsten Seele zuwider war und daß er, soweit er es nur ermöglichen konnte, seinen Einfluß aufbot, um diesen Mann politisch kalt zu stellen, bedarf keines näheren Beweises. Da jedoch der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck in Stöcker einen Sturmbock gegen den ihm so verhaßten Liberalismus erblickte, war es dem Kronprinzen nicht vergönnt, den Agitator so rasch los zu werden, wie er es so gern gewünscht hätte. Der Kronprinz mußte, wie Martin Philippson in seinem „Leben Kaiser Friedrichs III." richtig ausführt, sehr zu seinem Leidwesen in Anbetracht der Allmacht Bismarcks einsehen, daß jedes Löken wider den Stachel vergeblich sein würde; wollte er nicht den leitenden Staatsmann und Kanzler, der sich um Preußen und Deutschland solch unvergängliche Verdienste erworben, ganz und gar vor den Kopf stoßen und diesen zum Rücktritt veranlassen, durfte er es nicht zum äußersten kommen lassen. Als er jedoch zur Regierung gelangte, verkündete er feierlich in seinem Erlaß an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Gewissensfreiheit und religiöse Duldung mit den schönen Worten: „Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Untertanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe — haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt" — und damit waren auch die Tage Stöckers als Politiker gezählt!

Von verschiedenen amtlichen und kirchenregimentlichen Seiten war ohnehin ein repressives Vorgehen gegen den Hofprediger Stöcker in Berlin und dessen damalige christlichsoziale Agitation angeregt worden und zwar wurde gewünscht, daß in einem Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers über diese Angelegenheit verhandelt werde. Es wurden Maßregeln angeregt behufs sofortiger Beseitigung dieses Domgeistlichen. Bismarck widersetzte sich auch diesmal der vollständigen Lahmlegung des Sturmbocks, indem er erklärte, daß die Angelegenheit dieses geistlichen Agitators eine Disziplinarsache sei, die nur von dem Evangelischen Oberkirchenrat entschieden werden könne, und betonte mit Nachdruck, daß Stöckers Kampf gegen die Umsturzpartei nicht ohne Nutzen für den Staat gewesen sei. Doch diesmal waren die Bedenken Bismarcks für Kaiser Friedrich nicht maßgebend. Stöcker wurde bekanntlich vor die Wahl gestellt: entweder seine Stellung als Hof- und Domprediger beizubehalten oder seine öffentliche Agitation in Volksversammlungen fortzusetzen. Wie man weiß, wählte der so in die Enge getriebene Mann den Verzicht auf die Agitation und behielt die Stellung des Hof- und Dompredigers einstweilen bei, bis ihm auch diese im Jahre 1890, ein halbes Jahr nach dem Sturze Bismarcks, entzogen wurde. Seit seiner Maßregelung verlor Stöcker von Tag zu Tag immer mehr an Einfluß, denn es war ihm die Macht genommen, die Volksmassen gegen die Juden aufzuwiegeln und allerlei Scheiterhaufenreden loszulassen. Als Hof- und Domprediger konnte er keinen weiteren Schaden anrichten. Übrigens wurde er bei der Abhaltung des sonntäglichen Gottesdienstes von der königlichen Familie in Charlottenburg stets übergangen. Fürst Bismarck rühmte sich einst in den „Hamburger Nachrichten", daß es ihm gelungen sei, in bezug auf Stöcker die Absichten des schwer leidenden Herrschers zu vereiteln. Dieser habe das Auftreten des Hofpredigers mit der Stellung eines amtlichen geistlichen Beraters des Monarchen

*) Näheres s. Antisemitenspiegel S. 313 ff. D. Red.

**) Vergleiche das Leben König Karls von Rumänien, Band 4, Stuttgart 1900, Seite 239 und M. Philippson, Das Leben Friedrichs III., Wiesbaden 1900, Seite 356 ff.

unvereinbar gefunden und beabsichtigt, ihn direkt von seinem Amte zu entfernen. Dagegen habe jedoch er, der Reichskanzler, angekämpft und es so durchgesetzt, daß die Maßregelung des Agitators in den bereits erwähnten Grenzen geblieben sei.

Von den israelitischen Politikern, die Kaiser Friedrich ab und zu seines Umganges würdigte und für die er hohe Achtung hegte, nenne ich hier nur Eduard Lasker und Ludwig Bamberger. Der erstere war ihm schon deshalb besonders sympathisch, weil er seine Lieblingsidee, dem König von Preußen die Kaiserkrone aufzusetzen und ein neues Kaiserreich zu gründen, aufs nachhaltigste unterstützte. Am 10. Dezember 1870 hatte der Reichstag die Bundesverträge mit den süddeutschen Staaten angenommen und eine von Lasker verfaßte Adresse zu der seinigen gemacht. Lasker hatte nämlich beantragt, das Parlament möge König Wilhelm ersuchen, die Kaiserkrone anzunehmen, und beschließen, zur Ueberreichung dieses Schriftstückes eine Deputation nach Versailles zu senden. Damals war König Wilhelm noch keineswegs geneigt, den Kaisertitel anzunehmen, und der Kronprinz stand fast ganz isoliert mit seinen Wünschen da. Um so angenehmer berührte es ihn, daß der israelitische Führer der Nationalliberalen im Reichstag mit solchem Nachdruck und mit solcher Beharrlichkeit seine Bestrebungen unterstützte. Auch sonst ehrte er die politischen Fähigkeiten und charaktervolle Haltung Laskers.

Nicht minder schätzte er Ludwig Bamberger, mit dem er wiederholt interessante und bedeutsame Unterredungen hatte.

Berthold Auerbach, den ausgezeichneten israelitischen Romanschriftsteller und Philosophen, las der Kronprinz mit großem Interesse. Er wurde auch wiederholt zum Tee bei dem Kronprinzen geladen. Der Thronfolger teilte mit seinem Schwager, dem Großherzog von Baden, die Verehrung für den Dichter.

Zu seinen Vertrauten zählte der Reichstagspräsident Eduard Simson, dessen Intervention er sich manchmal zur Ausführung des einen oder anderen wichtigen Schrittes bediente. Dies war z. B. auch 1870 der Fall. Der Reichstag hatte anläßlich der Beratung des allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches sich für die Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen, doch widersetzte sich die preußische Regierung dieser Neuerung. Der Kronprinz stand nicht auf dem Standpunkt der Regierung, sondern auf dem des Reichstages, doch vergebens waren alle seine Bemühungen, seinen Vater und den Reichskanzler für seine Ansichten zu gewinnen. Als ihm dies nicht gelang, war er wenigstens bestrebt zu retten, was zu retten war, d. h. die Todesstrafe für politische Verbrechen in Fortfall zu bringen. Doch vermochte er nicht, mit seiner Anschauung beim Kronrat durchzudringen. In jener kritischen Lage wandte er sich an den Reichstagspräsidenten Simson, damit dieser seinen Wunsch den Führern der ausschlaggebenden nationalliberalen Partei übermittele, und dieser Wunsch des Thronfolgers genügte, daß der Reichstag nachgab, wodurch das Werk des nationalen Strafgesetzbuches nicht mehr gefährdet wurde.

Man weiß, daß viele Jahre hindurch der bevorzugte Berater des Kronprinzen in allen eigentlichen staatsrechtlichen Fragen der Justizminister Heinrich Friedberg, wie Simson von israelitischer Abstammung, war. Dieser gehörte zu denjenigen, denen er gleich beim Antritt seiner Regierung den Schwarzen Adlerorden und dadurch den erblichen Adel verlieh. Derselben Auszeichnung wurde auch der Präsident des Reichsgerichts, der schon genannte Dr. Simson, teilhaftig.

Nicht unerwähnt kann ich es lassen, daß Kaiser Friedrich III. sehr gern und oft das Alte Testament las und sich an der Poesie, Ethik und Moral desselben erbaute. Gern zitierte er im Umgang bei passenden Anlässen biblische Sprüche und Gedanken. Wie bibelfest er war, beweisen die biblischen Sätze, die er in der Kirche in Golm beim Neuen Palais anbringen ließ. Dies Gotteshaus wurde als eine bleibende Erinnerung an die Feier seiner silbernen Hochzeit neu gebaut. Im September 1881 wurde der Grundstein gelegt und am 24. Juli 1886 fand die Einweihung der Kirche im Beisein des kronprinzlichen Paares statt, das sich die Förderung des Baues und der inneren Einrichtung unausgesetzt hatte angelegen sein lassen. Die, wie gesagt, an den Wänden der Kirche befindlichen Bibelsprüche sind ein Ausdruck seines eigensten religiösen Empfindens. Man wird sie nicht ohne tiefe Wehmut lesen. Es ist, als wenn schon damals trübe Ahnungen eines schweren Schicksals den hohen Herrn erfüllt hätten. Margareta von Poschinger hat den ersten Entwurf zu diesen Gedanken aus der Bibel, von des Kronprinzen eigener Hand herrührend, mitgeteilt. Ich lasse ihn hier auszugsweise folgen.

Ueber der Tür aus dem Turmraum in das Schiff ist zu lesen: „Gedenke der vorigen Zeit bis hierher und betrachte, was der Herr getan hat an den alten Vätern." (5. Buch Moses, K. 32, 7.)

An der Wand beim Hereinkommen links ebendaselbst: „Gleichwie der neue Himmel und die neue Erde, so ich mache, vor mir stehen, spricht der Herr, also soll auch Euer Name und Same stehen." (Jesaias, K. 66, 22.)

Ueber dem Schönau-v. d. Gröbenschen Grabstein: „Der Herr unser Gott sei mit uns, wie er gewesen ist mit unseren Vätern!" (1. Könige, K. 8, 57.)

Ueber der Tür aus dem Altarraum in die Sakristei: „Und laß das Buch dieses Gesetzes nicht von Deinem Munde kommen, sondern betrachte es Tag und Nacht, auf daß Du haltest und daselbst allerdings nach dem, was darin geschrieben stehet." (Josua, K. 1, 8.)

Links von der Orgel: „Ist aber unsere Stunde gekommen, so wollen wir ritterlich sterben, um unserer Brüder willen, und unsere Ehre nicht lassen zuschanden werden." (1. Buch der Makkabäer, K. 9, 10.)

Innerhalb des Königlichen Stuhles über der Eintrittstür: „Behüte Dein Herz mit allem Fleiß, denn daraus gehet das Leben." (Sprüche, K. 4, 23.) — „Befiehl dem Herrn Deine Wege und hoffe auf Ihn, er wird's wohl machen." (Psalm, K. 37, 5.) — „Sei stille dem Herrn und warte auf ihn." (Psalm, K. 37, 7.) — „Schaff' in mir, Gott, ein reines Herz und gieb mir einen neuen gewissen Geist." (Psalm, K. 57, 12.)

Trefflich charakterisiert Martin Philippson Kaiser Friedrichs Religiosität mit den Worten:

„Sein reiner Sinn und sein tiefes Empfinden erfüllte ihn mit inniger Frömmigkeit, aber eben deshalb haßte er, gleich seinem Ahnen, dem Großen Kurfürsten, die konfessionelle Ausschließlichkeit und Unterdrückung und die zur Schau getragene Frömmelei, verwarf er die Benutzung der Religion als Werkzeug zum Regieren und als politische Waffe. Er sah hierin ein Unternehmen, das, ohne der Regierung wesentliche Dienste zu leisten, die Religion zu einer ihrer unwürdigen, ihr verderblichen Rolle verurteilte. Nicht starres Dogmentum erkannte er an, sondern wahre Religiosität, die zugleich Liebe und Duldsamkeit, sowie die Gleichberechtigung aller tüchtigen und guten Menschen ohne Rücksicht auf ihre philosophisch-konfessionellen Anschauungen und Ueberzeugungen wiedergibt, die eine grundsätzliche Gegnerin alles intoleranten und selbstgerechten Pharisäertums ist. Als Vertreter dieses edlen und schönen Empfindens von der höchsten und ruhmreichsten Stelle des Staats- und Volkslebens aus hat sich Kaiser Friedrich unsterbliche Verdienste erworben, deren Nachwirkung in Deutschland ebensowenig verschwinden wird, wie der schöne Glanz seines teuren Fürstennamens."

Seit zwei Jahrzehnten ruht, was sterblich war an Kaiser Friedrich III., in der Erde Schoß, aber der gute Genius, der ihn stets umschwebte, und das Meer von Licht, das von ihm ausging und noch immer fortwirkt, mahnt uns daran von Jahr zu Jahr, von Geschlecht zu Geschlecht, daß das Unsterbliche an dem ruhmreichen Helden und edlen Hohenzollernfürsten noch immer fortlebt, den Lebenden zum Gedächtnis und den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung. Möchten namentlich die deutschen Israeliten in allen Stürmen des Daseins dessen eingedenk sein, daß es einen gekrönten Märtyrer gegeben, der den Friedensstörern und Volksaufwieglern ein „Quos Ego" zugerufen und die Geister der Verneinung in ihre Schranken zurückgewiesen hat!

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Augustusdad dei Radelderg.

Bansin. Hatel Aegir (Necker unb Naumann). Cancorbia (Naumann). Familienpension Strandhaus (Necker) nedst zugehärigen Villen, Pensianen und Gartenhaus. Haus „Kehrwieder". Die Villen „Elfriede" und „Minna". Haus „Aegir".

Binz. Villa „Glückspilz". Villa „Quisisana". Villa „Seedlick". Patendergs Hotel. Villa „Sonnenschein". Restaurant „Imperial".

St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder".

Barkum.*)

Bozen. „Zur weißen Rosen". „Zum Reußen".

Braunlage (Braunschweig).

Bruchhausen (Schwarzwald).

Cadarz in Thüringen.

Chiemsee. Die Fraueninsel.

Cuxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.

Einäd. Luft- und Wasserkurort dei Priesach in Obersteiermark.

Edds und Erl am Inn.

Ettlingenweiler (Schwarzwalb).

Finsterdergen dei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.

Freubenstadt (Schwarzwald). Pension Palmenwald.

Fürstendlick bei Tambach in Thüringen.

Gaisenstein.

Garmisch. Gasthaf zum Lamm.

Gehlderger Mühle bei Oberhof in Thüringen.

Hahnenklee. Pensian Bergfriede.

Harzdurg. Villa Winterderg.

Hasserabe bei Wernigerobe. Kurhaus der Frau Dr. Kudel.

Heiligenhafen.

Herzberg am Harz.

Innsdruck. Die Gasthäfe „zum weißen Kreuz" und „zum raten Adler". Hotel Kreid.

St. Johann bei Heiden in Appenzell.

Juist.

Karlsdad. Hatel Morgenstern. Hatel National. Hatel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillparzer, Alte Wiese. Haus Rämischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Oelzweig, Mariendader Straße. Haus Italia, Schlaßderg. Haus Stadt Warschau, Kaiserstraße. Haus Malta, Kaiserstraße. Haus Rosenstock, Kaiserstraße. Haus Brandenburger Tar, Kreuzstraße. Haus Germania, Schlaßberg. Haus Egeria, Egerstraße. Haus Diamant, Egerstraße. Haus Engl. Krone, Egerstraße.

Kieferfelden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.

Kitzbühel (Tiral).

Känigsfeld im Schwarzwald.

Klausen. Gasthaf zur Past.

Kudowa. Villa Wunsch.

Kufstein, Gästh. zur Schanz b. K., Sandwirth zum Sparchen b. K.

Lakalk a. Räm.

Landeck i. Schl. Logierhaus Elysium.

Langhampfen.

Ligau bei Dresden.

Metlisalp (Berner Oberland).

Mezzalembarba. Rest. Gräbner.

Mantavan. Inner Bartholamä und Bandaus (Vorarlberg).

Mühlenthal (Ferienheim bei Wernigerode).

Mühlgraden bei Oberaubarf (Tiral).

Müllheim in Baden. Hotel zum Löwen.

Münchweiler, Bez. Pirmasens.

Müritz.

Neustadt an der Tafelfichte im Isergebirge.

St. Nicolai bei Edbs.

Oberandarf a. Inn.

Oberdazen.

Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.

Ottilienderg. Pensionat am Frauenkloster.

Pyrmont. Richters Pension.

Reusch bei Bozen.

Rupalbing in Oberbayern.

Salzbrunn i. Schl. Dachroebens Hof, christliches Logierhaus.

Schierke (Harz). Hatel Hoppe und Haus Tannenheim.

Schäring am Inn. Kuranstalt Dr. Edenhecht.

Schwarzach bei Weiganbstal.

Schreiderhau. Landhaus Maria Elisadeth.

Sermiane a. Gardasee. Hatel pramessi spasi.

Sieldeck bei Uklei. Hatel und Pensian Kellersee.

Spinbelmühle. Hatel Wiesenhaus und Villa Hercynia.

Swinemünde. Beckers Strandhatel (Bes. Wwe. Becker). Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Bättcher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wwe. Hübner).

Szczawnica (Galizien).

Tadarz (Großtadarz unb Kleintadarz) in Thüringen. Kurhaus. Hotel Schießhaus.

Thiersee.

Travemünde. Villa „Mira Mare", Kaiserallee.

Unterriß (Bayern).

Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.

Volderbad dei Hall in Tirol.

Warnemünde. Villa Seedlick.

Westerland auf Sylt. Pension Lambeck (Bes. Krane und Frau ged. Lamdeck).

Wilddad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß und Waldeck.

Wilddihl (Tirol).

Zellerfeld im Harz. Johanneser Kurhaus.

Zinnowitz.

*) Wir haben Borkum bis auf weiteres noch auf unserer Liste belassen, obwohl die Abstimmung der Borkumer Einwohnerschaft bei der letzten Reichstagsnachwahl, wie die kürzliche Erklärung der Badedirektion keinen Zweifel darüder lassen, daß die überwiegende Mehrheit der dortigen Bevölkerung mit dem Antisemitismus nichts gemein haben will. Wir nehmen auch als selbstverständlich an, daß die dortigen Verwaltungsbehörden, entsprechend der von dem Minister des Innern im Herrenhause abgegebenen Erklärung, jeden öffentlichen Versuch, jüdischen Badegästen den Besuch der Insel zu verleiden, energisch entgegentreten werden. Immerhin wird man damit rechnen müssen, daß die Invasion antisemitischer Elemente aus dem Reiche auch in diesem Jahre noch eine ziemlich starke sein wird. Wir werden im nächsten Jahre auf Grund der Erfahrungen, die unsere Freunde noch in der diesjährigen Saison gemacht haben werden, ein Verzeichnis derjenigen Hotels veröffentlichen, die als „judenrein" gelten wollen.
D. Red.

Briefkasten.

B. R. in S. Sie finden es merkwürdig, daß Graf Zeppelin zu der aufsehenerregenden Mitteilung von Adolf Gelber (Wien) im „Neuen Wiener Journal", wonach der inzwischen verstordene, aus Ungarn gedürtige Kaufmann Adolf Schwarz der Erfinder des ersten lenkbaren Luftdallons ist, bisher geschwiegen hat. Es ist also wohl anzunehmen, daß diese Angade richtig ist, ebenso wie die Behauptung, daß Graf Zeppelin nach dem Tode von Adolf Schwarz sich mit dessen Witwe zum Ausbau und zur weiteren Entwickelung der Schwarzschen Erfindung assoziiert hat. Die Tragik des Erfinderschicksals ist nach der Darstellung, die Gelber von den vielfachen Irrfahrten des Mannes, den grausamen Enttäuschungen unmittelbar vor den letzten Entscheidungen und seinem qualvollen Ende gidt, eine wahrhaft erschütternde.

C. D. in B. Gewiß erfordert die politische Agitation, die heute jeden einzelnen Wähler zu fassen sucht, bei allen Parteien größere Mittel wie früher. Auf der äußersten Linken wie der äußersten Rechten ist das auch von der Wählerschaft durchaus degriffen worden. Die Sozialdemokratie verfügt genau so wie der Bund der Landwirte über stetig steigende regelmäßige Einnahmen. Dazu kommen noch außerordentliche Beiträge. Erst in diesen Tagen ist dem Konservativen Verein in Dresden eine Spende von 15 000 Mark zugeflossen. Mit solchen Summen läßt sich schon organisieren; denn ohne politische Organisation, ohne ständige politische Berufsarbeiter winkt auch kein Erfolg.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 28. Berlin, den 8. Juli 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1,10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 2a I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Der Mittelstand und das preußische Landtagswahlrecht.

Von den Wortführern der konservativen Parteien und der Regierung wird in der Diskussion der Wahlrechtsreform mit einer einer besseren Sache würdigen Zähigkeit an der nachgerade bei ihnen zur fixen Idee gewordenen Behauptung festgehalten, daß das derzeitige Dreiklassenwahlsystem und die öffentliche Wahl samt allen ihren Begleiterscheinungen sich durchaus „bewährt" haben, und daß insbesondere die Interessen des Mittelstandes durch dieses Wahlrecht nach jeder Richtung gewahrt würden. Es wird der plutokratische Charakter des bestehenden Dreiklassenwahlrechts nicht nur von den Konservativen bestritten, selbst aus dem Munde von preußischen *Ministern* ist im Verlaufe der jüngsten Debatten im Abgeordnetenhause dieses Wahlrecht geradezu als ein *Musterwahlrecht* für den Mittelstand gefeiert worden. Merkwürdig nur, daß der *gesamte* Mittelstand, mit Einschluß der reaktionär-zünftlerischen Organisationen, in dieser Beziehung durchaus anderer Meinung ist. Die Regierung und die einer durchgreifenden Aenderung des Wahlrechts feindlich gesinnten Parteien können auch nicht eine einzige Stimme aus dem mittelständlerischen Lager anführen, die ihrer Auffassung beipflichtete. Herr *Rahardt*, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, ist in Neuhaldensleben-Wolmirstedt jetzt erstmalig in den preußischen Landtag gewählt worden, nachdem er vorher aus freien Stücken, ja im Gegensatz zu dem Programm der Konservativen, die ihn auf den Schild erhoben, die Notwendigkeit einer Aenderung der Wahlkreiseinteilung und der Einführung der geheimen Wahl sehr entschieden betont hatte. Und nun lese man ferner, was die „*Mittelstands-Zeitung*", das *offizielle* Organ des Innungsausschusses der vereinigten Innungen in Frankfurt a. M. in ihrer letzten Nummer (4. Juli) zu diesem Thema schreibt:

„Die zweite Lehre aber, die sich aus dem ungeheuren Wahlterrorismus der Sozialdemokratie ergibt, ist die, daß die *Reform* des preußischen Wahlrechts unbedingt und *schleunigst nötig* ist hinsichtlich der *Ersetzung der öffentlichen* durch die geheime Stimmabgabe. Nichts hat schlagender bewiesen, daß die Stellungnahme der deutschen Mittelstandsvereinigung in diesem Punkte durchaus richtig war, als die Wahl am 3. Juni. *Mögen auch die Verfechter der öffentlichen Stimmabgabe noch so viele und schöne ideale Gründe* für ihren Standpunkt ins Feld führen, angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse kann bei den Landtagswahlen der *Mittelstand nur* unter dem *geheimen* Wahlrecht zur Geltung kommen, das hat der 3. Juni aufs überzeugendste bewiesen. *Nur das geheime* Wahlrecht garantiert dem Mittelstande die persönliche Freiheit bei den Landtagswahlen, nur dieses sichert ihm die wirtschaftliche Existenz gegenüber dem brutalen Terrorismus der Sozialdemokratie.

Die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes sollten sich daher durchweg, ganz gleich, zu welcher politischen Partei sie sich rechnen, auf die geheime Wahl verpflichten."

Das Mittelstandsorgan hat hier nur auf den sozialdemokratischen Terrorismus in den großen und größten Städten Bezug genommen, in vielleicht noch höherem Grade ist aber der Mittelstand in den kleinen Städten und auf dem Lande des Schutzes vor Terrorismus und Boykott bedürftig, der dort von Junkern, industriellen Scharfmachern und den Verwaltungsbeamten geübt wird. Immerhin ist das Urteil der „Mittelstands-Zeitung" auch in seiner einseitigen Exemplifikation von schlagender Beweiskraft. Werden demgegenüber der preußische Ministerpräsident Fürst *Bülow* und der Finanzminister Herr von *Rheinbaden* den Mut haben, bei der nächsten Debatte über die Wahlrechtsreform ihre skurrile Behauptung, daß das derzeitige Wahlrecht gerade die Interessen des Mittelstandes wahrnimmt, aufrecht zu erhalten?

Nachklänge zur Reichstagsersatzwahl in Colmar-Czarnikau-Filehne.

Das nunmehr vorliegende amtliche Ergebnis*) der Reichstagswahl vom 30. Juni ändert an den von den Parteien schon am Wahltage festgestellten Endziffern fast nichts. Es bleibt dabei, daß die *Antisemiten* trotz ihrer 77 Versammlungen sehr schlecht abgeschnitten haben. Denn die 3650 Stimmen, die sie auf ihren Kandidaten vereinigten, bedeuten nicht etwa, daß die Antisemiten nun 3650 Wähler für ihr wirtschaftliches oder politisches Programm gewonnen haben. Ganz im Gegenteil. Die liberalen Parteien wären weit eher berechtigt, diese Stimmen für sich zu reklamieren, da die Antisemiten in progammatischer Beziehung fast durchweg mit dem liberalen Kalbe gepflügt haben. Auf dem Lande haben die Antisemiten überhaupt nur ganz vereinzelt Stimmen bekommen. Von den 3650 Stimmen, die der Kandidat des „Mittelstands-Bundes" insgesamt erzielt hat, hat er nicht weniger als 1635 in Schneidemühl erhalten, wo er seit Jahren ansässig und im kommunalen Leben tätig ist; selbst viele Liberale, darunter leider auch der Führer der Liberalen bei der Wahl des Jahres 1898, wo der freisinnige Ab-

*) Es erhielten Ritter (kons.) 9492, v. Ledinski (Pole) 6531, Hoffmann (Mittelstandsbund) 3650, Altmann (lib.) 2456, Schulz (Soz.) 1006 Stimmen.

geordnete Ernst gewählt wurde, traten diesmal öffentlich für Hoffmann ein, nicht, weil er der Schützling des Antisemiten Bruhn war, der freilich sein antisemitisches Programm ebenfalls verleugnete, sondern weil er sich als liberaler „Volksmann" aufspielte.

Die persönliche Beliebtheit hat bei dieser Wahl überhaupt eine große Rolle gespielt. So erhielt z. B. der liberale Kandidat Pastor Altmann in seinem Wohnort Schönlanke 554, der Antisemit Hoffmann — 13 Stimmen.

Das Zentrum scheint, da es diesmal von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur Abstand genommen hatte, in der überwiegenden Mehrheit für die Konservativen gestimmt zu haben. Wenigstens wird für die Stadt Schneidemühl auf Grund einer statistischen Untersuchung, der die Zahl der katholischen Wähler und der Prozentsatz der diesmaligen Wahlbeteiligung untergelegt ist, mit viel innerer Wahrscheinlichkeit eine Berechnung aufgemacht, wonach von den 1151 Stimmen, die dem Prozentsatz der Wahlbeteiligung entsprechend, von katholischen Wählern abgegeben sein dürften, 275 auf den polnischen und 876 auf die deutschen, d. h. fast ausschließlich auf den konservativen Kandidaten entfallen sein dürften. Denn für den liberalen Kandidaten sind diesmal keine katholischen Stimmen, die z. B. der freisinnige Kandidat Direktor Ernst immer erhalten hat, abgegeben worden, weil der diesmalige liberale Mandatsbewerber stark kulturkämpferisch angehaucht war. Aber auch der Kandidat des „Mittelstands-Bundes" hat von den katholischen Wählern kaum eine erhebliche Anzahl von Stimmen erhalten, und zwar gerade aus konfessionellen Motiven. Die Katholiken protestierten entschieden dagegen, daß durch Herrn Bruhn die Fackel des Religions- und Rassenhasses in die Bevölkerung hineingetragen wurde. Deswegen wurde auch in den von Katholiken ausgehenden Erklärungen gerade auch die Gegnerschaft gegen den Antisemitismus in den Vordergrund gestellt. In einer dieser öffentlichen Kundgebungen, die von einem deutschen Katholiken gezeichnet war, heißt es u. a.:

„Wir verurteilen als gläubige Katholiken auch die Judenhetze. Der Radauantisemitismus ist tot; der zahme Antisemitismus liegt im Sterben. Dies hat der 16. Juni bewiesen, denn die beiden Antisemiten wurden in den Landtag nicht wieder gewählt. Die antisemitischen Agitatoren bestreiten jetzt zwar, Judenfeinde zu sein; aber ihr Kandidat Herr Hoffmann erklärte ehrlich und offen, Antisemit zu sein. Aber Herr Bruhn, der Held des Tages, redete auch im Januar v. J. ganz anders. Nach einem mir vorliegenden, an die Wähler unseres Nachbarkreises Dt.-Krone gerichteten Flugblatte, welches unterzeichnet ist: Wilhelm Bruhn, Vorsitzender der Deutschen Reformpartei für Norddeutschland — führte er seinen antisemitischen Kandidaten u. a. mit folgenden Worten ein:

„Als infolge der Vorgänge in Konitz im Jahre 1900 Prozesse über Prozesse gegen diejenigen Männer angestrengt wurden, die Licht in das Dunkel von Konitz dringen wollten, u. a. auch gegen mich, war es Herr Rechtsanwalt Simons, der unerschrocken und treu mir in dem gewaltigen Kampfe, der von jüdischer Seite gegen mich geführt wurde, zur Seite stand."

Im „Dunkel von Konitz" wurde auch die Kandidatur Hoffmann für unsern Wahlkreis geboren.

Wir deutschen Katholiken beteiligen uns an keiner Hetze, auch nicht gegen die Juden. Deshalb können wir Herrn Hoffmann nicht wählen."

Herr Hoffmann ist nun freilich auch nicht gewählt worden, ja — sehr zum Leidwesen der Antisemiten — nicht einmal in die Stichwahl gekommen. Herr Bruhn erklärt zwar am Schlusse einer Danksage des „Deutschen Mittelstand-Bundes" an die Wähler seines Kandidaten ziemlich selbstbewußt:

„Unser Erfolg bei dieser Wahl berechtigt uns, bei der nächsten wiederum in die Entscheidung mit einzugreifen und das wird geschehen."

Bis zur nächsten Wahl ist noch viel Zeit und Herr Hoffmann wird es sich jedenfalls bis dahin sehr reiflich überlegen, ob er sich 1912 noch einmal so viel Arbeit und — Kosten für eine gänzlich aussichtslose Sache aufbürden soll. Ob freilich der „Deutsche Mittelstands-Bund", bez. Herr Bruhn, trotz der wenig günstigen Erfahrungen, die er bei dieser Nachwahl gemacht, diese Resignation bei der nächsten Wahl üben wird, muß abgewartet werden. Herr Bruhn scheint es sich in den Kopf gesetzt zu haben, wenigstens einen Kreis in der Provinz Posen für die Antisemiten zu gewinnen; er macht nämlich in einer öffentlichen Erklärung in den Schneidemühler Blättern folgende Andeutung:

„Für uns können in der ganzen Provinz Posen nur zwei Kreise in Frage kommen: Czarnikau—Filehne—Colmar und Meseritz—Bomst. In bezug auf den letzten Kreis bestehen zwischen den Konservativen und uns bestimmte Abmachungen, von denen unsererseits nicht abgegangen werden wird."

Diese Enthüllung ist insofern von nicht unwesentlicher Bedeutung, als bisher nur bekannt war, daß zwischen den Liberalen bez. Freisinnigen und den Konservativen ein Wahlabkommen für die ganze Provinz Posen schon 1903 geschlossen und für die Wahlen der Jahre 1907/8 erneuert worden war. Daß außerdem noch ein Separatvertrag zwischen Konservativen und Antisemiten besteht, wie der Abg. Bruhn hier öffentlich erklärt, ist uns ganz neu und sicher auch den liberalen Abgeordneten, die seinerzeit den Vertrag mit den Konservativen abschlossen. Man darf wohl erwarten, daß die Konservativen sich alsbald zu dieser Indiskretion des antisemitischen Abgeordneten äußern werden.

An dem wenig befriedigenden Ergebnis der Wahl für die Liberalen hat, wie schon erwähnt, den Hauptanteil der von den Agrariern und den Verwaltungsorganen geübte Terrorismus; infolgedessen war das platte Land für die Liberalen — wie übrigens auch für die Antisemiten — nahezu steril. Mit welchen Mitteln seitens des Bundes der Landwirte gegen den Liberalismus angekämpft wurde, zeigt u. a. ein von dem Kreisvorsitzenden des Bundes, Schwarzenberger, gezeichnetes Flugblatt, das mit den Worten begann:

„Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß ein Teil der Lehrer eine rege Agitation für den nationalliberalen Kandidaten Altmann betreibt, daß einzelne Wähler befürchten, daß ihrer Wahl wegen die Schulstrafen strenger als sonst üblich zur Anwendung kommen werden, so usw."

Wer da weiß, in welcher politisch geknechteten Stellung der Lehrer sich gerade in der Provinz Posen befindet, kann das Maß von Frivolität ermessen, das dazu gehört, den Lehrern einen solchen Mißbrauch ihrer amtlichen Befugnisse zu politischen Zwecken anzudichten.

Nochmals antisemitische Königstreue.

Die Lorbeeren des geistigen „Revolutionärs", des „Hammer", dessen Patriotismus wir in der Nummer 23/24 der „Mitteilungen" beleuchtet haben, haben den Leitartikler von Liebermanns Gnaden, Frisius, nicht schlafen lassen. Auch er besaß den Ehrgeiz, einen Sturm im Wasserglase hervorzurufen und so setzte er sich voller Verzweiflung hin und schrieb in den „Deutschsozialen Blättern" einen Artikel in zwei Fortsetzungen über die „Berliner Gesellschaft". Auf die Berliner Gesellschaft samt dem Hofe ist nämlich der Antisemitismus nicht gut zu sprechen. In der Gesellschaft der Reichshauptstadt sehen unsere „reinen Arier" nur Juden und Judenabkömmlinge, Wucherer, Spekulanten, Barbaren und erotische Scheusale. Und der Hof hat seinen romantischen Glanz und seinen deutschen Charakter für sie verloren, seitdem mit der heiligen preußischen Tradition gebrochen worden ist und einige Großkapitalisten jüdischen Blutes vom Kaiser geadelt worden sind. Rittergutsbesitzer, ehemalige Budiker und Metzger dürfen wohl in den Adelstand erhoben werden, aber Juden, brr! Nun denkt man im Süden Deutschlands überhaupt nicht so wichtig über diesen Akt der Standeserhebung. Der persönliche Adel ist da mit einigen hohen Orden verbunden und in Bayern z. B. sind fast alle höheren

Beamten und Offiziere geadelt. Der Adel ist hier leichter zu erlangen und er steht daher auch nicht so hoch im Kurse. In Wien wird jeder, der eine ganze Hose hat, „Herr Baron" tituliert, und wenn der Fremde den Titel bescheiden ablehnt, dann antwortet der Kellner treuherzig: „Dös macht gor nix, bei uns is jeder Lump Baron!" In Preußen gibt es noch viele Leute, die die Adelung furchtbar ernst nehmen und sich einbilden, mit dem neuen Titel ein höheres Wesen geworden zu sein. Man kann über diese Schwäche lachen, aber eine spezifisch jüdische Eigenschaft ist sie ebensowenig, wie alle menschlichen Schwächen. Es gibt jüdische Männer in Deutschland, die in ihrem demokratischen Stolz jede Auszeichnung zurückweisen. Wir brauchen nur an unsern unvergeßlichen Charles Hallgarten zu erinnern, der stets jeden Titel konsequent ablehnte. Ebenso ist es bekannt, daß Herr James Simon, der sehr hoch in der Gunst des Kaisers steht, ein ausgesprochener Gegner aller hohlen Titel ist. Auf der andern Seite weiß man, daß tausende christlicher Männer einen Titel oder Orden als höchstes Ziel ihrer Sehnsucht betrachten. Natürlich gibt es auch unter den Juden parvenüistische Protzen und Streber, aber sie bilden gewiß nicht die Regel. Baron v. Cohn, oder Freiherr v. Levy mag etwas komisch klingen, aber die Herren v. Schulz und v. Müller machen auch keinen überwältigenden Eindruck.

So denkt jeder ernste Mensch über diese Sache, er nimmt sie einfach nicht so ernst und findet sich damit ab, wie mit mancher grotesken Erscheinung unserer Zeit. Unsere Antisemiten aber nehmen die Sache blutig ernst und am liebsten würden sie den Kaiser wegen dieser schrecklichen Taten verklagen. Ja, der Kaiser hat sie gar zu sehr enttäuscht. Als er als junger Prinz der bekannten Versammlung beim Grafen Waldersee beiwohnte, glaubten sie, ihn für die Stöckerei gewonnen zu haben, und sie können es ihm nicht verzeihen, daß seine Entwickelung nachher eine ganz andere Richtung genommen hat. Der Aerger ist also begreiflich, ob es aber klug ist, die Maske der Königstreue ganz abzuwerfen und im Unteroffizierstone kleinliche Kritik über den deutschen Kaiser zu üben, das ist mehr als fraglich. Die Verbitterung ist eine schlechte Ratgeberin, namentlich in politischen Dingen.

Herr Frisius kriegt es fertig, noch geschmackloser und dreister als Herr v. R. zu sein, und das will viel sagen. Natürlich schreibt auch er in Moll und wittert Gefahr in der Luft. Ja, wenn selbst der Hof „verjudet" ist, dann muß die Gefahr unmittelbar nah sein. Er schreibt:

„Es wirkt wie schleichendes Gift, wenn man im Volke raunt und flüstert über das unruhige Leben des Herrschers, das heute auch dem geringsten Untertanen offen vor Augen liegt."

Sind das nicht revolutionäre Töne? I bewahre! Ja, wenn das ein Sozialdemokrat geschrieben hätte oder gar ein Jude, dann wäre es allerdings eine freche Sprache, so aber ist das natürlich der höchste antisemitische Patriotismus, der nur Lob verdient. Und in seinem glühenden Patriotismus geht unser Fürstenerzieher noch weiter und er ist so gütig, dem Kaiser ein Lebensprogramm aufzustellen. Er meint:

„Wohl soll ein Kaiser der erste sein, aber doch nur in gut bürgerlichen Tugenden, und in prunkender Pracht und prahlendem Pomp mögen die aus dem Ghetto stammenden Parvenüs ruhig den ersten Platz einnehmen. Es sind des Kaisers Freunde nicht, die da meinen, daß es „bei Kaisers mindestens so hoch hergehen muß wie bei Ephraims und Rothschilds". Diese haben es dringend nötig, den anrüchigen Ursprung ihres Reichtums durch Glanz und Glimmer vergessen zu machen."

Doch die Sprache wird immer edler und vornehmer. Die Adelung von Männern, die sich nicht durch antisemitische Gesinnung als „echte Deutsche" legitimieren können, wird als nationale Sünde betrachtet und dem Kaiser tüchtig die Meinung gesagt. Es heißt da:

„In Wirklichkeit ist dieses heiße Bemühen vergeblich; auch wenn der kaiserliche Freund seine jüdischen Klubgenossen von vorne und von hinten adelt, die Imponderabilien werden dadurch nicht errungen. Und wenn die Bank- und Börsenjuden sich auch scharenweise dem Spiel- und Sportkoller hingeben — Gott weiß, wie schwer es ihnen werden mag, da sie weder geistig noch körperlich die nötigen Vorbedingungen dazu aufweisen — auch aus dem eleganteſten Sportkostüm heraus wirkt die nicht elegante Nase Moses v. Cohns deprimierend, sobald man sie erblickt, ist es mit der Wirkung des Ganzen vorbei."

Nun ist es eigentlich eine Inkonsequenz, wenn man die Juden auf der einen Seite als Schwächliche und Feiglinge bezeichnet, und dann, wenn sie sich als tüchtige Sportsmänner zeigen, wozu doch Kraft und Mut gehört, wiederum schimpft. Aber — was braucht ein Antisemit konsequent zu sein und logisch zu denken? Es genügt, daß man laut schreit und eine recht ernste Miene aufsetzt. Mehr verlangen die anspruchslosen antisemitischen Leser nicht. Das Komische bei der ganzen Sache ist, daß auch der „gute dicke Pod" es mit den Antisemiten verdorben hat. Dieser Liebling aller Agrarier hat nämlich bei der Gründung eines neuen Rennvereins, der nicht ganz judenrein ist, eine Rede gehalten, und das ist doch unverzeihlich. Unser Kritikus macht folgende Randglosse dazu:

„Die konstituierende Versammlung tagte unter dem Vorsitz des biedern dicken Pod; die anderen Teilnehmer wissen genau, daß einige rotblonde Köpfe dabei sein müssen, weil ein Verein mit lauter schwarzgelockten Schädeln nun einmal nicht das nötige Ansehen genießen würde. Die Geheimräte Jakob und Goldberger, die Kommerzienräte Hecht und Steinthal unterstützen denn auch wacker den braven Pod, der die Taufrede halten mußte."

Ach, wie konnte sich dieser größte Schweinezüchter Deutschlands so weit vergessen, mit Leuten an einem Tische zu sitzen, die nicht einmal Schweinefleisch essen! Das ist noch viel schlimmer als die Geschichte mit Tippelskirch, und wenn er nicht schon längst „a. D." wäre, müßte er jetzt unbedingt abdanken. Das Schlimmste aber ist, wenn unsere Antisemiten anfangen, Witze zu machen. Herr Frisius schreibt:

„Da alle diese Klubs stark verjudet sind, kann man sich denken, welch eine liebliche Mischpoke zusammenkommt, wenn diese Herrschaften auf dem Rennplatz vereinigt sind. Ein Wunder wäre es nicht, wenn den edlen Tieren vor lauter Widerwillen Flügel wüchsen und sie auf Nimmerwiedersehen enteilten."

Hier ist der Punkt, wo wir anfangen, uns zu ärgern, denn — über einen antisemitischen Witz ist wahrlich nicht zu lachen! Wir meinen, wenn der gute Pegasus so geduldig ist, die antisemitischen Dichter zu tragen, dann werden wohl die Rennpferde, die ja schon an und für sich etwas verjudet zu sein scheinen, wohl noch die paar jüdischen Teilnehmer am Sportplatz vertragen können — nota bene, wenn sie nicht inzwischen durch die „Deutschsozialen Blätter" aufgeklärt werden.

Die deutschen Studenten in Lausanne.

Die Vorgänge an der Lausanner Universität sind ein Schulbeispiel dafür, zu welchen Absurditäten die Ueberspannung des Nationalitätsgedankens führen kann. Die Diskussion zwischen den aufgeregten Teutoholden in der „Täglichen Rundschau" und der „Deutschen Zeitung" einerseits und den Vertretern der reichsdeutschen Studenten in Lausanne anderseits über die angebliche „Verwelschung" des dortigen deutschen Hilfsvereins ist jetzt glücklich auf dem Punkt angelangt, daß sich die waschechtesten Antisemiten in den Haaren liegen. Die „Akademischen Blätter", das offizielle Organ des antisemitischen Vereins Deutscher Studenten, geben den „Deutschsozialen Blättern", welche natürlich in Professor Herzen, einem der an dem Streite Hauptbeteiligten der Lausanner Professoren, sofort „den Juden" gewittert (obwohl er aus einer alten russischen Adelsfamilie stammt) und dem Organ des V. D. St. wegen seiner „Indifferenz" einen Rüffel erteilt hatten, folgende gepfefferte Antwort:

„Bei Gelegenheit dieser Zuschriften wollen wir auch der verehrl. Schriftleitung der „Deutschsozialen Blätter“ eine Antwort geben auf ihre Frage: „Wo war in diesem Falle (Lausanne) der sonst (!) so aufmerksame und streng nationale V. D. St. (D.-S. Bl. Nr. 46). Der verehrl. Schriftleitung scheint an der Antwort viel zu liegen, denn nachdem sie einen Artikel über Lausanne uns schon zugeschickt, aber keine Antwort erhalten hatte, bekam die Schriftleitung eine Nummer, wo ein Artikel: „Unwürdiges aus deutschen Studentenkreisen“, zum Ueberfluß rot angestrichen war. Ueberdies ging diese Nummer, ebenso geziert, den einzelnen Vereinen (ob allen?) zu. Nachdem wir einer verehrl. Schriftleitung der „D.-S. Bl.“ für ihre freundschaftliche Anteilnahme gebührend gedankt haben, möchten wir ihr sagen, daß **wir als akademisch gebildete Menschen erst einmal Ansichten zu Wort kommen lassen** wollten, da wir doch die Verhältnisse nicht persönlich kennen. Es ist **unsere Art nicht, auf Gerüchte hin Vorwürfe und Verdächtigungen auszusprechen**, oder gar den Zufall, daß ein Mann, von dem wir sonst nichts wissen, mit einem **Berliner Kinderschänder** gleichen Namen hat, perfid auszuschlachten. Wir nehmen, allerdings offenbar im Gegensatz zu anderen Leuten, **nur Stellung**, wenn wir **wirklich wissen** wozu, wenn wir eine Sache wirklich **kennen**. Das war hier um so schwieriger, als offenbar dem ganzen Streit persönliche Gründe unterliegen. Wir **lehnen es**, offenbar wieder **im Gegensatz zu anderen Leuten, auch ab, uns in Dinge zu mischen, die uns nichts angehen.**“

Die verehrlichen „Deutschsozialen Blätter“ hatten, wie zur Erläuterung noch hinzugesetzt sei, den Umstand, daß einer der Wortführer der angegriffenen deutschen Studenten in Lausanne **Sternberg** hieß, ebenfalls sofort in der hier von dem antisemitischen Bruderblatt so hübsch charakterisierten Weise antisemitisch auszuschlachten gesucht. Was wird Herr **Liebermann von Sonnenberg**, der bisher immer einer der Hauptfestredner bei den Stiftungsfesten des V. D. St. war, nunmehr tun, um sich für den ihm von dem Verbandsorgan angetanen Affront Genugtuung zu verschaffen? Vielleicht ein kleiner Gang auf Sabul oder Pistolen gefällig?

Wiener Brief.

X.

(Die Resolution Schmid. – Graf Thun. – Deutschtum und Geschäft.)

Wien, den 5. Juli 1908.

Die Christlichsozialen haben am 26. Juni im Reichsrate eine Niederlage erlebt, die für die selbstbewußten Herrschaften hätte vernichtend sein müssen, wenn sie nicht die besondere Gabe besäßen, über alle Erscheinungen, die ihnen unlieb sind, kühl hinwegzublicken und desto verzückter auf die Zeichen ihrer politischen Erfolge hinzustarren. In einer kaum beschlußfähigen Sitzung des Budgetausschusses des Wiener Abgeordnetenhauses kam vor einiger Zeit durch eine Ueberrumpelung ein Beschluß zustande, durch den die Regierung aufgefordert wird, Erhebungen anzustellen, wie das Ziffernverhältnis der jüdischen zu den christlichen Mittelschülern mit den Bevölkerungsziffern in Einklang zu bringen sei und über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Der Urheber dieser Resolution war der Abgeordnete des IV. Wiener Bezirkes, Professor Heinrich Schmid, der an der Staatsgewerbeschule unterrichtet.

Die Resolution Schmid mußte nun dem Plenum des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden, um je nach dessen Votum entweder in den Papierkorb zu wandern oder als Willenskundgebung des „hohen Hauses“ zu erscheinen. Die Führer der neuen Reichspartei haben bisher mit weisem Bedacht jede Stellungnahme des Parlaments zu ihrer Politik hintangehalten, und als ihnen bei der Abstimmung über die Freiheit der Wissenschaft und Hochschulen das Wasser bis an den Mund stieg und sie zu überschwemmen drohte, da schlossen sie sich mit einem jesuitischen Kommentar dem Antrag Professor **Masaryks** an. Damals wurde also eine Niederlage vermieden.

Daß jetzt der Uebereifer eines Parteigängers eine abermalige Verlegenheit heraufbeschwor, war den Drahtziehern der christlichsozialen Fraktion natürlich höchst unerwünscht. Aber die einmal eingebrockte Suppe mußte beherzt ausgelöffelt werden. Mit Hochdruck wurde im Parlamente gearbeitet, um der Resolution Schmid eine glänzende Annahme zu sichern und den Beschluß zum Wahrzeichen christlichsozialen Einflusses zu machen. Von Mann zu Mann gingen die stolzen Herren, denn das ganze Haus sollte sich mit Ausnahme der „Judenliberalen“ und „Judensozi“ diesmal auf ihrer Seite befinden. Doch die mühsame Werbearbeit in den Couloirs und im Sitzungssaale trug keine herrlichen Früchte. Als es am 26. Juni zur Abstimmung kam, wurde die Resolution Schmid mit 205 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Wenn man bedenkt, daß die Christlichsozialen den letzten Mann aufgeboten, also selbst über neunzig Stimmen gestellt hatten, dann kann man das Fiasko der aufgeblasenen Reichsparteiler füglich als kläglich bezeichnen. Das Abgeordnetenhaus hat sich besser als sein Ruf gezeigt. Deutlicher konnte es nicht mehr manifestieren, daß es von der christlichsozial-antisemitischen Spiegelfechterei und Verhetzung nichts, aber schon gar nichts wissen wolle.

Im Herrenhause gab es am vorletzten Samstag eine interessante Budgetdebatte, die freilich zu Debatte über die Wahrmund-Affäre geworden ist. Die Klerikal-Feudalen schickten den Grafen Franz Thun ins Feld, der sich **selbst** für ihren besten Redner hält. Nur Lumpe sind bescheiden, würde der erlauchte Graf sagen, wenn er sich mit dem Studium der Klassiker befaßt hätte. So aber raubt ihm das Geschäft des politischen Intriganten und Ministerstürzers jede Muße. Nur eine geraume Zeit hindurch hat dieser hochnasige Mann, der das Monokel gar effektvoll einzuklemmen versteht, sein ränkevolles Tagewerk unterbrochen, das war damals, als er an der Spitze eines Ministeriums stand. In dieser Stellung hat er auch gezeigt, was bemitleidenswerte Borniertheit zu leisten imstande ist, und er konnte sich schließlich nur mit der Gendarmerie forthelfen. Ein Mann, der dieses Maß von Unfähigkeit repräsentiert, sollte schön bescheiden schweigen. Die Kriegsrede eines Thun ist ja heute nicht mehr das, was einstens der Kampfesruf derer von Thun gewesen, als sie noch eine stattliche Schar von Reisigen hinter sich hatten; sie wird nicht gefährlich, sie wirkt nur unangenehm. Seine Exzellenz beliebte nun auf den Kampf um die Lehrfreiheit, der in den letzten Monaten die Jugend Oesterreichs in Atem hielt, zurückzukommen, und höhnisch auf den Fall Rohling hinzuweisen. Kanonikus Rohling, der Professor an der Universität Prag, hatte den Talmud nach seiner Weise — „authentisch“ meint Graf Thun — übersetzt und damit dem Antisemitismus Vorschub geleistet. Als er hierauf von Dr. Bloch der Fälschungen und des Meineides bezichtigt wurde, entschloß er sich nur schwer, zu klagen, und dann — nachdem die Angelegenheit zwei Jahre verschleppt worden war — kniff er im Schwurgerichtssaale aus. Daraufhin wurde ihm von der Unterrichtsbehörde nahegelegt, die Konsequenzen zu ziehen. Trotzdem hat die Oeffentlichkeit nicht Zeter und Mordio geschrien, wie jetzt (wo es sich in erster Linie um ein Prinzip und nicht um eine Person handelte, wo schließlich ein Professor in Frage kam, der weder der Fälschung, noch des Meineides geziehen wird, noch aus dem Gerichtssaal geflohen ist — Herr Graf!). Doch um Seine Exzellenz zu beruhigen, wollen wir auf etwas anderes hinweisen. Rohling ging in den achtziger Jahren, also zurzeit des Taaffeschen Regimes, da die geistigen Väter des Grafen Franz Thun Oesterreich bedrückten. Daß in den Tagen des „eisernen Rings“ Professoren nicht wegen des Antisemitismus gemaßregelt wurden, ist für jeden einleuchtend, der nicht über Thuns geistige Qualitäten verfügt, denn die Regierung Taaffe hat bekanntlich Dr. Lueger auf jede Weise gefördert.

Die Christlichsozialen lassen jetzt den Unterrichtsminister ihre Macht unangenehm fühlen. Wir schwärmen nicht für

Professor Marchet, der als „Liberaler" in der Regierung sitzt, aber die plumpen Angriffe in den letzten Tagen hat er nicht verdient. Auffallend war es schon, daß Dr. Lueger jüngst bei der Beeidigung eines zum Wiener Bürger ernannten Volkssängers an diesen die Mahnung richtete, dafür zu sorgen, daß die nach Wien strömenden Tschechen germanisiert werden. Was hatten dem Bürgermeister plötzlich die „lieben Böhm" angetan? Bald sah man, wohin der Hase lief. In der letzten Gemeinderatssitzung erhob Herr Tomola — der früher ein deutschnationaler Lehrer war und zum Lohn für seine Häutung Direktor, Gemeinderat, Stadtrat und Reichsratsabgeordneter wurde — gegen den Unterrichtsminister heftige Klage, weil dieser den Prüfungsmodus bei der tschechischen Komensky-Schule im X. Wiener Bezirke, die kein Oeffentlichkeitsrecht besitzt, abgeändert hat. Dr. Lueger tat daraufhin sehr entrüstet und versprach, den deutschen Charakter Wiens zu „retten". Die antisemitische Presse jedoch schlug wegen dieses Attentats an dem Deutschtume sofort Lärm und forderte das Haupt des Ministers.

Dieser Theatersturm ist köstlich! Was Herrn Tomolas Gewissen beunruhigte, was er geheimnisvoll ans Licht zog, das war der Oeffentlichkeit seit Wochen bekannt, das wurde vom Minister im Budgetausschusse besprochen, ohne daß Luegers und Tomolas deutsche Herzen erbebten. Der Minister hat auch den niederösterreichischen Landesschulrat befragt, ehe er seine jetzt beanstandete Verfügung traf. Dieser wieder wandte sich an den Bezirksschulrat, dessen Obmann — der Wiener Bürgermeister ist, und in dem auch Herr Tomola sitzt, um ein Gutachten, das er dreimal negierte und dennoch erst am 22. Juni nach erfolgter Befürwortung der ministeriellen Maßregel erhielt. Der Bezirksschulrat lehnte diese allerdings ab, allein er hätte das eine Woche vorher tun können, wenn es ihm um die Geltendmachung seines Einflusses zu tun gewesen wäre. Immerhin ließen die Christlichsozialen 10 Tage verstreichen, ehe sie den Mund öffneten. In dieser Zeit aber hätte Professor Marchet — wenn die Besorgnis Tomolas echt wäre — das arme Wien mit Kind und Kegel den bösen Tschechen verkaufen können.

Um den deutschen Charakter der Hauptstadt kümmern sich die Christlichsozialen ja auch wenig. Indem sie davon reden, meinen sie etwas ganz anderes. Wahrscheinlich wollen sie Herrn von Beck den Revolver an die Brust setzen, um irgend etwas zu verlangen. Die Schlaumeier! rm.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten Grover Cleveland und die Juden.

Vor kurzem ist Grover Cleveland, den das amerikanische Volk zweimal zum Präsidenten gewählt hat, gestorben. In der amerikanischen Kirche zu Berlin hat letzten Sonntag eine Gedächtnisfeier für ihn stattgefunden, und der Geistliche rühmte ihn als einen Mann von redlichem, lauterem Charakter, der in vielen Beziehungen mit Bismarck große Aehnlichkeit gehabt und gleich diesem und Luther sein großes Ziel nie aus den Augen gelassen habe.

Einen Mann, den ein christlicher Geistlicher in der Kirche mit zwei so echt deutschen Männern wie Bismarck und Luther vergleicht, werden unsere Antisemiten wohl nicht als einen Judenknecht zu bezeichnen wagen, wenn sie zu ihrem Leidwesen erfahren, wie sehr er sich der Juden annahm.

Cleveland hatte zum Gesandten in Wien einen gewissen Keiley ernannt, der aber von der österreichischen Regierung abgelehnt wurde, weil er mit einer Jüdin verheiratet war. In dem aus diesem Anlaß an den Kongreß von dem Staatssekretär Bayard erstatteten Bericht heißt es:

„Der Präsident glaubt nicht, daß zu einer solchen die Religions- und Gewissensfreiheit vernichtenden Theorie wie Praxis, die jeder Weitherzigkeit ermangelte und entgegen dem Geiste des Zeitalters ist, in welchem wir leben, die große Familie der zivilisierten Völker auch nur für einen Augenblick sich bekennen kann oder daß gestattet werden darf, daß sie Einfluß habe auf ihren diplomatischen Verkehr. Ganz gewiß aber wird sie nach meiner Ueberzeugung niemals vom amerikanischen Volk anerkannt oder von einer Regierung berücksichtigt werden, die die Gefühle des amerikanischen Volkes repräsentiert."

Das war im Jahre 1885. Zwei Jahre später ernannte Cleveland auf Befürwortung von Karl Schurz und von dem berühmten Geistlichen Hary Ward Beecher den jetzigen amerikanischen Handelsminister Oskar Straus zum amerikanischen Gesandten in Konstantinopel.

Auch nachdem Cleveland in das Privatleben zurückgetreten war, trat er wiederholt für die Juden ein. Auf dem in New York abgehaltenen Entrüstungsmeeting aus Anlaß der Kischinewer Greuel sagte Cleveland u. a.:

„Jedes menschliche Gefühl in Amerika ist entsetzt über das mörderische, barbarische und nach jeder Richtung hin empörende Attentat auf die Juden in Rußland. Als Mitglieder der Menschheitsfamilie, als Bürger eines freien Landes sind wir hier versammelt, den Empfindungen Ausdruck zu geben, die jeden wahren Mann beseelen, jeden Amerikaner, der dieses Namens würdig ist. Ich bin entschieden und ganz unzweideutig der Ansicht, daß wir unsere Regierung in nicht mißzuverstehenden Ausdrücken in Kenntnis setzen müssen von unserer tiefen Entrüstung über die vorgekommenen Judenmetzeleien in Rußland. . . . Unsere Staatsdiener sollten uns sprechen hören . . . Möge das Volk der Vereinigten Staaten in jedem Teile des Landes sich in solchen Versammlungen wie diese zusammentun und furchtlos der zivilisierten Welt erklären, daß es gegen jede vermeintliche Zivilisation protestiere, die mittelalterliche Verfolgungen gestattet, gegen jeden bigotten Glauben, der religiöse Duldung und Gewissensfreiheit nicht zuläßt, gegen jede falsche Aufklärung, die Haß und Grausamkeit gegen irgendeine Menschenrasse verteidigt und gegen jede Art von Regierung, die irgendein menschliches Wesen des Rechtes beraubt, in Sicherheit zu leben und in Frieden zu arbeiten."

Auch bei der Feier des 250jährigen Jubiläums der jüdischen Ansiedlung in den Vereinigten Staaten war Cleveland einer der Hauptredner.

„Es ist Zeit, sagte er, rückhaltlos anzuerkennen, daß die Duldung und Gleichberechtigung, die den Juden in den Vereinigten Staaten zugestanden worden sind, reichlich dem Lande vergolten worden sind. Und wenn wir die Rechnung aufmachen, wollen wir nicht unterlassen zu ihren Gunsten zu vermerken, daß sie uns Gelegenheit geben, durch gesunde Uebung den Geist weitherziger Gerechtigkeit und Rücksicht zu stärken, den wir, solange wir uns selbst treu sind, unerschütterlich erhalten müssen als ein unsere Nationalität auszeichnendes Merkmal."

Bemerkt sei noch, daß Cleveland im Jahre 1897 durch sein Veto die in der Hauptsache gegen die jüdischen Einwanderer gemeinte Vorlage zu Falle gebracht hat, nach welcher die Einwanderer einer Bildungsprüfung unterworfen werden sollten. Es gehörte viel Mut und Ueberzeugungstreue zu einem solchen Schritt; denn der Entwurf war im Repräsentantenhause mit 195 gegen 26 und im Senate mit 52 gegen 10 Stimmen angenommen worden. Die Begründung seines Vetos war so meisterhaft, daß seitdem ein ähnlicher Vorschlag keine Aussicht auf Erfolg hat.

Aus dem antisemitischen Lager.

Im Reichstagswahlkreise Prenzlau-Angermünde, wo für den verstorbenen Alterspräsidenten Geh. Rat von Winterfeld-Menkin eine Nachwahl stattzufinden hat, hat sich die von den Konservativen in Aussicht genommene Kandidatur des Sohnes des Verstorbenen, O b e r p r ä s i d i a l r a t s von W i n t e r f e l d - P o t s d a m, zerschlagen. Er hat, wie die „Angermünder Ztg." erfährt, die Kandidatur „a u s a m t l i c h e n G r ü n d e n a b g e l e h n t". Sollte ihm vielleicht die Regierung einen leisen Wink gegeben haben? Möglich wäre es immerhin, daß die Regierung angesichts der großen Zahl von Verwaltungsbeamten im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhause diese Kandidatur verhindert hat, da sie sich der Tatsache nicht verschließen kann, daß diese Häufung von

Beamten-Kandidaturen je länger je mehr bei allen Parteien Widerspruch findet.

Die liberalen Parteien haben sich, wie wir hören, nach längern Verhandlungen auf die Kandidatur des Pastors Schmidt-Massow geeinigt, der sich um die Ausbreitung entschieden liberaler und sozialer Ideen in seinem bisherigen pommerschen Wirkungskreise große Verdienste erworben hat, freilich auch durch sein warmes Eintreten für die soziale Hebung der Landarbeiter die erbitterte Feindschaft der Junker und Agrarier zugezogen hat. Die Kandidatur Schmidt wird von den Organisationen der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung, der Demokratischen Vereinigung und voraussichtlich auch von den Nationalliberalen unterstützt werden; letztere sind allein viel zu schwach, um eine nennenswerte Stimmenzahl auf einen eigenen Kandidaten zu vereinigen, haben aber andrerseits alle Veranlassung, sich für den selbstlosen Verzicht der Freisinnigen Vereinigung bei der jetzigen Nachwahl in Colmar—Czarnikau—Filehne zugunsten eines nationalliberalen Kandidaten erkenntlich zu zeigen. Trotzdem der bisherige, im Wahlkreise ungemein beliebte Mandatsinhaber bei der letzten Wahl noch mit 13 266 gegen 4237 sozialdemokratische und 3710 freisinnige Stimmen im ersten Wahlgange siegte, ist, bei rühriger Agitation der Liberalen und angesichts der für die Konservativen schwierigen Regelung der Kandidatenfrage, eine Stichwahl diesmal nicht unbedingt ausgeschlossen. Und zwar würde dann der liberale Kandidat, Pastor Schmidt, wegen der Sympathien, die ihm aus kleinbäuerlichen und Landarbeiterkreisen entgegengebracht werden, die bessere Aussicht haben, in die Stichwahl zu gelangen, als der Sozialdemokrat.

Die nationalliberale Partei ist leider schon seit einiger Zeit in manchen Gegenden antisemitischen Einflüssen nicht unzugänglich. Das trifft besonders für die Gegenden zu, wo die Nationalliberalen sich allzusehr mit dem extremen Agrariertum eingelassen haben. Was aus einem solchen Freundschaftsverhältnis mit den Bündlern politisch für die Nationalliberalen herausschaut, das hat in diesen Tagen erst der frühere Abg. Dr. Böttger in einer Artikelserie in der „Nationalzeitung" an der politischen Entwickelung Hannovers gezeigt, wo die Nationalliberalen trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer schwächlichen Nachgiebigkeit gegenüber dem Bunde der Landwirte politisch immer mehr den Krebsgang gegangen sind und bei den jetzigen Landtagswahlen allein in dieser Provinz, der nationalliberalen Hochburg zu Zeiten eines Bennigsen, 9 Mandate verloren haben. Trotzdem gibt es aber nationalliberale Abgeordnete, welche nach wie vor mit den reaktionärsten Bündlern ein Herz und eine Seele sind. Am 2. d. M. hat auf dem Schlaßberg bei Gudensberg in Hessen ein Sommerfest des Bundes der Landwirte stattgefunden, unter dessen Ehrengästen neben zwei so waschechten Antisemiten wie Liebermann von Sonnenberg und dem früheren bündlerischen Abg. Schrempf der nationalliberale Landtagsabg. Gleim-Melsungen Platz genommen hatte. Danach scheint also das Wahlkartell zwischen Antisemiten und Nationalliberalen in Hersfeld-Rotenburg keine vereinzelte Erscheinung mehr bedeuten zu sollen, sondern den Anfang einer Verbrüderung zwischen beiden Parteien in ganz Hessen.

Im Rheinland scheint sich dieselbe Entwickelung zu vollziehen. Dort hat im März d. J. der nationalliberale Parteisekretär Klein sich nach bisher unwidersprochen gebliebenen Mitteilungen in einer Versammlung des „Nationalen Wahlvereins" zu Mülheim (Ruhr) wörtlich folgendermaßen geäußert:

„Ich habe in den letzten 18 Jahren noch keine Viertelstunde auf nationalliberalem Boden gestanden. Ich bin Deutschsozialer und bleibe es bis an mein Ende."

Also die nationalliberale Partei beschäftigt als Parteisekretär einen Mann, der sich öffentlich seiner Mitgliedschaft zur Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg rühmt. Und das geschieht widerspruchslos in einer Partei, die zu ihren glänzendsten Vertretern in der Vergangenheit einen Mann zählt wie Rudolf Gneist, den Begründer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus!

Der Rückgang der Konservativen bei den jetzigen Landtagswahlen in der Provinz Brandenburg tritt in einer von dem amtlichen konservativen Parteiorgan für die Provinz Brandenburg veröffentlichten Zusammenstellung der gewählten Wahlmänner recht deutlich in die Erscheinung. Danach wurden insgesamt gewählt:

	Konservative	Liberale und Sozialdemokraten
1903	7258	4177
1908	6626	5587

Die Konservativen haben also gegen 1903 trotz der Bevölkerungszunahme und der daraus resultierenden Vermehrung der Zahl der Wahlmänner 632 Wahlmänner verloren, die Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammen 1410 Wahlmänner gewonnen. Welche großen Erfolge die vereinigten Parteien der Linken trotz des ungünstigen Wahlsystems bei den nächsten Wahlen erzielen könnten, zeigt schon zur Genüge die Tatsache, daß die beiden konservativen Parteien noch jetzt in der Provinz Brandenburg (ausschließlich Berlin) 31 Mandate besitzen, die gesamte Linke mit Einschluß der Nationalliberalen aber nur — 7.

Die schlimmsten internationalen Friedensstörer und Kriegshetzer befinden sich regelmäßig im antisemitischen Lager. So auch jetzt wieder anläßlich des neuesten Zwischenfalles in Marokko, der durch die instruktionswidrige Besetzung von Asemur seitens des Generals d'Amade hervorgerufen worden ist. Die französische Regierung hat den heißspornigen General sofort zurückgepfiffen und Erklärungen abgegeben, deren Loyalität auch von der deutschen Regierung durchaus anerkannt worden ist. Das paßt aber gewissen Kreisen, die die politische Hetze gewerbsmäßig betreiben, nicht in den Kram, und so bläst denn der dem Bund der Landwirte und den deutschsozialen Antisemiten nahestehende „Göttinger deutsche Bote" also in die Kriegstrompete:

„Lassen wir uns auch dies Neueste noch gefallen, so stehen wir vor der ganzen Welt da als die Leute, denen man alles bieten und die man überall ungestraft beiseiteschieben darf. Sind wir Deutschen wirklich soweit heruntergekommen, oder haben wir eine elende, feige und jämmerliche Regierung, die wie 1806 den festen Entschluß nicht finden kann, solange es die rechte Zeit ist?"

Solche Liebenswürdigkeiten bekommt der Herr Reichskanzler Fürst Bülow von einem blockfrommen Blatt der äußersten Rechten zu hören! Wenn es nach diesen politischen Desperados ginge, müßte Deutschland, wie ein echter antisemitischer Raufbold, mit aller Welt Händel anfangen!

Vermischtes.

Die österreichische Studentenbewegung und die reichsdeutsche antisemitische Presse. Wie tendenziös in reichsdeutschen antisemitischen Blättern über die durch den Fall Wahrmund hervorgerufene studentische Bewegung in Oesterreich berichtet wird, dafür liefert ein typisches Beispiel die agrarische „Deutsche Tageszeitung", die an die Nachricht, daß sich die freiheitlichen Studenten Innsbrucks an sämtliche Kommilitonen Deutschlands und Oesterreichs mit der Bitte gewandt haben, nächstes Semester nach Innsbruck zu kommen, und sie bei der Abwehr klerikaler Angriffe zu unterstützen, die „witzige" Bemerkung knüpft:

„Da wird sich Innsbruck auf rituelle Schlächtereien einrichten müssen, um alle die „freiheitlichen“ Herren Studenten würdig zu speisen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß sicher sehr genau, daß die „freiheitliche Bewegung“ in Oesterreich fast ausschließlich von den deutschnationalen, d. h. den antisemitischen Studenten getragen wird, die gegen jede Kooperation mit jüdischen Studenten selbst in diesem Falle, wo ein gemeinsames Interesse vorlag, entrüstet protestierten.

Im Lager der deutschnationalen Studentenschaft erscholl zuerst der Ruf nach dem Streik, dort wurde der Streikplan gefaßt, ohne daß — in Wien wenigstens — die liberale Studentenschaft die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die von den Vertretern der deutschnationalen Verbindungen gefaßten Beschlüsse gehabt hätte. Die Führung der Wiener Studentenschaft haben die Deutschnationalen an sich gerissen, die, in vielen Punkten ebensowenig freisinnig und ebenso reaktionär wie die Klerikalen, es ablehnten, mit ihren — jüdischen Kommilitonen auch nur in Versammlungen beisammen zu sitzen. In Prag war es genau so.

Auf der gleichen Höhe antisemitischer Wahrhaftigkeit steht die Behauptung von der „jüdischen Professorenclique“, welche den Studentenstreik gefördert habe. Der Wiener Rektor Professor Ebner entstammt einer alten Tiroler Familie, der Grazer Rektor Professor Hildebrand ist Norddeutscher, beide Herren sind also hoch erhaben über den „Verdacht“, daß jüdisches Blut in ihren Adern rollt und daß sie jüdische Interessen vertreten.

Alles das weiß das agrarisch-antisemitische Blatt genau so wie wir, trotzdem hetzt es gegen die an der ganzen Affäre ganz unbeteiligten, höchstens als Leidtragende in Betracht kommenden Juden, nach dem in seinen Kreisen beliebten Grundsatz: Calumniare audacter, semper aliquid haeret!

Gegen die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ wird seitens der pietistisch-reaktionären Clique um Stöcker schon wieder ein Kesseltreiben veranstaltet. Auf den Scheiterhaufen soll diesmal der durch seine populärwissenschaftlichen Vorträge bekannte Pastor und Schriftsteller Zimmerli gebracht werden, weil er sich erkühnt hat, einige Vorträge über die Themata zu halten: „Echter Liberalismus ist echte Religion“, „Die Gefährlichkeit des Dogmenglaubens für die heranwachsende Jugend“ und — horribile dictu — „Die Frage der sexuellen Aufklärung der Jugend in der Familie und in der Schule“.

Das ist natürlich für das „Volk“, das Organ des „teuren Gottesmannes“ Stöcker, ein verabscheuungswürdiges Unterfangen und so schoß es denn folgenden vergifteten Pfeil gegen die verhaßte Gesellschaft und ihren Redner ab:

„Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß einem Manne wie dem Herrn Zimmerli nicht untersagt werden kann, sich noch Pastor zu nennen. Vor der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ mit ihrem freisinnigen Generalsekretär Tews sollte aber allenthalben nachdrücklich gewarnt werden.“

Der größte . . . . im ganzen Land, das ist und bleibt d. r Denunziant!

Bei den Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen, deren überraschende Ergebnisse noch vielfach erörtert werden, sind eine große Anzahl von Kandidaten jüdischer Konfession, ganz erheblich mehr als bei der letzten Wahl, gewählt worden, trotzdem in einigen Orten noch der Antisemitismus im Wahlkampfe eine Rolle spielte; in einem Flugblatt war sogar zu lesen: „Man sollte alle Juden ertränken“. Die großen Ziffern, die aber gerade für einzelne jüdische Kandidaten abgegeben wurden, beweisen, daß es sich hier nur um einen Einzelfall von antisemitischem Fanatismus handelt. In Straßburg, wo bisher nur ein Jude im Gemeinderat saß, wurden diesmal 3 Juden gewählt. In Hagenau erhielt Sanitätsrat Dr. Weill die Höchstzahl von sämtlichen auf die 70 Kandidaten entfallenen Stimmen.

Konfessionelle Engherzigkeit. In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir: Wir hatten vor einigen Tagen einen Fall besprochen, wonach in der Pfalz ein katholischer Geistlicher aus konfessionellen Gründen die Einstellung einer gut qualifizierten protestantischen Handarbeitslehrerin verhinderte und daran die ironische Frage geknüpft hatte, wann endlich eine reinliche Scheidung zwischen protestantischen und katholischen Strümpfen und Handschuhen erfolgen werde.“ Die „Kölnische Volkszeitung“ erzählt dazu ein Seitenstück. Ein protestantischer Direktor in Mülheim a. d. Ruhr habe für seine Anstalt einen Mathematiker gesucht und nun den ihm sonst genehmen Kandidaten gefragt, ob er katholisch, ob sein Vater katholisch, ob er auch streng katholisch, ob er bei einer katholischen Verbindung gewesen sei usw. Der betreffende Kandidat habe bejaht und die Stelle nicht erhalten. Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß wir, vorausgesetzt, daß der Fall sich so, wie von dem Blatte geschildert, zugetragen hat, auch diesen Fall protestantischer Unduldsamkeit genau so beurteilen wie den Pfälzer Fall. Ob Handarbeitslehrerin oder Mathematiklehrer ist ganz gleich, das System konfessioneller Engherzigkeit ist verwerflich, von wem es auch immer geübt wird.

Kiel. Am 1. Juni trat der einzige Jude, der bis dahin bei der Marine als Dekassierer diente, der Oberverwalter B. Frank-Kiel, nach 25jähriger tadelloser Dienstzeit mit gesetzlicher Pension in den Ruhestand, nachdem er seit vier Jahren den höchsten Rang, den ein Jude bisher bei der Marine bekleiden kann, erreicht hatte.

Bretten. Man schreibt von hier dem „Heidelberger Tagbl.“: Einen schönen Beweis von echter Toleranz erbrachten anläßlich der Fronleichnamsprozession zahlreiche evangelische und israelitische Bürger hier, indem sie ihre Wohnhäuser ebenso wie die Katholischen dekorierten. Für die hierdurch den katholischen Mitbürgern bewiesene Noblesse sprach das katholische Stadtpfarramt in den hiesigen Blättern öffentlich seinen Dank aus.

London. Anläßlich der Nachwahl in Manchester, in welchem bekanntlich Minister Churchill als Kandidat der liberalen Partei unterlegen ist, richtete die konservative Zeitung „Manchester Courier“ einen beleidigenden Angriff gegen den Minister, indem sie ihm vorwarf, daß er im Burenkrieg, als er von den Buren gefangen ward, entgegen seinem gegebenen Worte, nicht zu entfliehen, dennoch entflohen sei. Minister Churchill sandte der Zeitung eine Berichtigung, die sie jedoch nicht aufnahm, so daß die Angelegenheit vor Gericht kam. Der Vertreter des beklagten Blattes bat hier einen Ausgleich an, der auch akzeptiert wurde. Die Redaktion leistete Abbitte und zahlte 300 Pfund Sterling, welche Minister Churchill zugunsten des jüdischen Spitals von Manchester spendete.

Graf Nikolaus Ignatiew, der in diesen Tagen verstorbene frühere russische Minister des Innern, war der intellektuelle Urheber der Fremdenverfolgungen in Rußland. Ein Verfechter des engherzigen Nationalismus, ein Apostel altmoskowitischer Traditionen und Anschauungen, ein Vorkämpfer jener panslavistischen Doktrin, welche die historische Mission Rußlands in der Vereinigung aller Slaven unter der Führerschaft Rußlands und in der Aufpflanzung des russischen Kreuzes auf der Haggia Sophia in Konstantinopel erblickt, hat Graf Nikolaus Ignatiew in allen hohen Aemtern, die er bekleidete, mit allen denkbaren Mitteln auf den Sieg dieser Doktrin hingearbeitet und dadurch oftmals Situationen geschaffen, welche dem Zarenreiche arge Verlegenheiten und sogar große Schwierigkeiten bereiteten. Ignatiew war sozusagen der Ahnherr jener Kategorie von Staatsmännern in Rußland, welche in ihrer Verblendung und ihrem Eigendünkel glaubten, der Welt Gebote diktieren und das eventuell mit Waffengewalt erzwingen zu können. Er war der

Ahnherr jener russischen Staatswürdenträger, welche noch in neuester Zeit den Krieg gegen Japan leichtfertig entfesselten und Rußland dadurch beispiellosen Erniedrigungen aussetzten.

Der „Vater der Lüge", wie er nach seinen schwindelhaften Situationsberichten, die er dem Zaren über die Lage in Bosnien und Bulgarien erstattete, allgemein genannt wurde, konnte es niemals verschmerzen, daß sein Werk auf dem Berliner Kongreß von 1878 beschnitten und zugestutzt wurde, und seinen Haß gegen Deutschland und die Deutschen drückte Ignatiew oft in Reden aus, welche er als Präsident der Slavischen Wohltätigkeitsgesellschaft hielt. Er spornte auch diese Gesellschaft zur Agitation unter den österreichischen Slaven an, und es ist bekannt, mit welchen Mitteln der Verstorbene für seine Ideen kämpfte.

In der inneren Politik Rußlands richtete Ignatiew als Minister des Innern unter Alexander III. im Jahre 1881 ungeheure Verheerungen an. Er inaugurierte die Verfolgung der Fremden in Rußland, er schuf eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen Deutsche, Polen, Finnländer und Juden. Er war der Schöpfer der bekannten Bestimmung vom 3. Mai 1882, welche den Juden den Aufenthalt in den Dörfern verbot und sie dadurch großem Elend preisgab.

Der Bialystoker Pogromprozeß. Aus Bialostok wird der „Voss. Ztg." berichtet:

Der große Prozeß von Bialystok, mit dessen Hilfe die Regierung hoffte, das von der Abordnung der ersten Duma gesammelte Material über die Vorgeschichte der Judenhetze und die Beteiligung der Truppen daran zu entkräften, fand einen würdigen Abschluß: von den 29 armen Teufeln, die als alleinige Urheber des Pogroms auf die Anklagebank gesetzt worden waren, sind fünfzehn, die des Mordes und der Plünderung einwandfrei überführt wurden, zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt, die übrigen vierzehn aber, gegen die die Anklage „nur" auf Plünderung lautete, freigesprochen worden. Wenn man bedenkt, daß 84 Menschenleben der grausigen Hetze zum Opfer gefallen sind, so muß ein solches Ergebnis sehr bedenklich erscheinen. Für die, die den Gang des Prozesses aufmerksam verfolgt haben, hat der Ausgang allerdings nichts Ueberraschendes, denn weder die Staatsanwaltschaft noch der Gerichtshof machte ein Hehl daraus, daß sie nicht das geringste Bestreben haben, die Urheber der Hetze zu ermitteln und zu bestrafen. Schon vor der Verhandlung faßte der Gerichtshof den Beschluß, die Vorgänge in Bialystok nur soweit in Erwägung zu ziehen, als sie für die Schuld der Angeklagten in Betracht kommen. Die Staatsanwaltschaft hat keinen Versuch gemacht, die Militär- und Polizeibehörden von Bialystok zur Verantwortung zu ziehen, denen nicht nur die einheimische Bevölkerung, sondern auch die nach Bialystok entsandten Dumamitglieder die Hauptschuld an der Hetze zuschrieben. Aber auch hinsichtlich der Angeklagten machte die Anklageschrift eher den Eindruck einer Verteidigungsrede, denn sie schrieb die Hauptschuld an der Hetze wieder den . . . Juden selbst zu, die sie angeblich durch aufreizende Handlungsweise veranlaßt hatten. Mit offeneren Karten kann man nicht spielen.

Und doch ist die Beweisaufnahme durchaus nicht in dem von der Staatsanwaltschaft und dem Gerichtshof gewünschten Sinne verlaufen, ja sie hat sogar neue Enthüllungen über das Treiben der Polizei- und Militärbehörden in Bialystok zutage gefördert, die das bereits Bekannte vollauf bestätigen. Die Untätigkeit und sogar direkte Beteiligung der angeblich zum Schutze der jüdischen Bevölkerung auf den Straßen aufgestellten Truppen und die beispiellose Gleichgültigkeit des Truppenkommandanten, angesichts der Morde und Plünderungen wurden selbst von den vernommenen Polizeibeamten bestätigt. Daß die Hetze von der Bialystoker Polizei nicht nur erwartet, sondern auch gewünscht wurde, bewies die Tatsache, daß ein paar Tage vor der Hetze in der amtlichen Gouvernementskanzlei von Grodno in großer Zahl von Exemplaren fingierte Telegramme gedruckt wurden, in denen es hieß, daß die Juden eine christliche Prozession überfallen hätten. Die Gerüchte von der bevorstehenden Hetze fanden eine solche Verbreitung in der Stadt, daß unter den Juden eine wahre Massenflucht entstand. Die jüdischen Kaufleute wagten nicht mehr, die für sie auf der Eisenbahn lagernden Frachtgüter in Empfang zu nehmen. Eine jüdische Abordnung wurde zum Gouverneur Küster entsandt, um ihn zu bitten, Maßregeln zum Schutze der jüdischen Bevölkerung zu ergreifen; sie wurde aber von ihm kühl aufgenommen. Der Gouverneur beschränkte sich auf die Zusicherung, daß keine Hetze stattfinden werde, falls in die alljährlich am 1. (14.) Juni stattfindende russische und polnische Kirchenprozession keine Bombe geworfen werden würde. Der Reviervorsteher Scheremetow drohte den Juden dagegen mit einer blutigen Hetze, falls sie sich erdreisten sollten, auf das Grab des kurz vorher ermordeten judenfreundlichen Polizeimeisters Derkatschelo einen Kranz niederzulegen. Sie haben es trotzdem getan, und es hat den Anschein, daß Scheremetow sich dafür an den Juden gerächt hat. Mit der in die Kirchenprozession angeblich geworfenen Bombe hat es eine eigene Bewandnis: niemand hat sie gesehen, keiner wurde von ihr verletzt, und die Zeugen konnten nicht mit Sicherheit sagen, ob wirklich eine Bombe oder eine Petarde geworfen worden sei.

Wie die Juden während der Hetze von der Polizei behandelt wurden, erzählten die Polizeibeamten selbst. Einer von ihnen traf auf der Straße drei Juden und zwei Soldaten. In der Annahme, daß die Soldaten vielleicht verkleidete Revolutionäre seien, befahl er, alle fünf zu verhaften. Da seine Annahme sich später als irrtümlich erwies, wurden die Soldaten freigelassen, die Juden aber auf dem Revieramte erschossen. Ein anderer Polizeioffizier erzählte, daß sein Reviérlokal von den Juden beschossen worden sei, und daß er infolgedessen den Befehl gegeben habe, vor dem Amte Soldaten aufzustellen. Die Folge war, daß ein Haus in der Nähe in Brand gesteckt wurde und man nach kurzer Zeit in der Nachbarschaft sechs Leichen fand. Auf die Frage, weshalb sich denn die Soldaten so benommen haben, antwortete der Zeuge, sie hätten auf die Beschießung geantwortet, und als man ihm vorhielt, daß die Beschießung des Polizeireviers doch vor der Aufstellung der Soldaten stattgefunden habe, wußte er überhaupt keine Antwort zu geben und hüllte sich in verlegenes Schweigen.

Wenn die Anklageschrift viel von der aggressiven Handlungsweise bewaffneter Judenbanden zu erzählen wußte, so wurde im Gegensatz hierzu vor dem Gericht festgestellt, daß während der Hetze bei der Durchsuchung jüdischer Häuser nur ein einziger Revolver gefunden wurde. Es ist denn auch während der ganzen Zeit kein einziger Soldat getötet worden. Unter solchen Umständen konnte doch wohl von „aggressiven Handlungen" der Juden keine Rede sein. Die Handlungsweise des Truppenkommandanten Generals Bogajewski hingegen verdient im vollsten Sinne des Wortes als aggressiv bezeichnet zu werden. Er hatte nach Angabe des Gouverneurs von Bialystok die Regierungsgewalt in der Stadt an sich gerissen, ohne von jemandem dazu ermächtigt worden zu sein, und verlangte sogar von dem Gouverneur, daß dieser sich in seine Anordnungen nicht einmische.

Wir sehen da also ein wohlbekanntes Bild, das freilich mit solcher Deutlichkeit noch vor keinem russischen Gerichte vorgeführt worden ist.

Die Lage der Juden in Finnland. Aus Helsingfors, 13. Mai, wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Seit Jahren haben die Freisinnigen Finnlands ernste Anstrengungen gemacht, um eine Aenderung der noch heute mit Bezug auf die Juden geltenden, besonderen Gesetzbestimmungen herbeizuführen, bis jetzt indes ohne Erfolg. Als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß von freisinniger Seite im Landtage neue Versuche gemacht werden würden, um den Juden in Finnland ein menschenwürdiges Los zu verschaffen, veranstalteten die Antisemiten sofort eine kräftige Agitation, um diese humanitären Bestrebungen zum Scheitern zu bringen. Unter anderem hatten die antisemitischen Agitatoren vor einigen Tagen hiesige Geschäftsleute verschiedener Art zu einer Versammlung eingeladen, um ihnen mitzuteilen, daß von den Judenfreunden wieder ernste Gefahr drohe. Zugleich wurde an die Versammlung die Frage gerichtet, wie sie sich zu einer etwaigen Abänderung der für die Juden in Finnland geltenden Gesetzbestimmungen stellen würde. Die Antwort ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: die Versammlung erklärte, daß es die Zerstörung der Existenz der einheimischen Geschäftsleute bedeuten würde, wenn den (übrigens nur wenig zahlreichen in Finnland geborenen und aufgewachsenen) Juden erlaubt würde, mit den christlichen Geschäftsleuten auf gleichem Fuße zu konkurrieren. Außerdem wurde den Polizeibehörden vorgeworfen, daß sie nicht immer schroff genug gegen die Juden einschreiten! So geschehen im freien Finnland im Monat Mai 1908!

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 29. Berlin, den 15. Juli 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 2a I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Juden und das Deutschtum in der Ostmark.

In der amtlichen Direktorenversammlung in der Provinz Posen 1907, bei der die Königliche Regierung unter anderen durch den Provinzialschulrat Professor Dr. Wege und den Geheimen Oberregierungsrat Matthias vertreten war, hat der Professor Dr. A. v. Sanden, Direktor des Comenius-Gymnasiums zu Lissa, am 7. Juni einen Vortrag über das Thema: „Was kann die höhere Schule der Ostmark tun, um das Heimatgefühl in der ihr anvertrauten Jugend zu wecken und zu vertiefen?" gehalten. Hierbei hat der Vortragende nach der amtlichen Publikation „Verhandlungen Band 77, Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1907" A. 115 ausgeführt: Die Frage sei zu beschränken 1. betreffs der polnischen Schüler; 2. auch die jüdischen Schüler seien nicht zu berücksichtigen, da bei ihnen von einem Heimatgefühl nicht gesprochen werden könne. Das wurde unter anderem begründet durch die Leichtigkeit, mit der die jüdische Bevölkerung ihren Heimatort aufgebe und nach dem Westen abwandere, wenn Gründe materiellen Vorteils vorliegen.

Auf eine von dem „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegen diese Auffassung gerichtete Beschwerde bei dem Kultusminister Dr. Holle hat dieser wie folgt geantwortet:

„Berlin, den 25. Mai 1908.

Auf das Schreiben vom 31. März d. Js. erwidere ich ergebenst folgendes: Das Protokoll der Direktorenkonferenz gibt in gedrängter Zusammenfassung Ausführungen wieder, die etwa zwei Stunden dauerten. In seiner Kürze und aus dem Zusammenhang mit dem Thema und mit der ganzen Gedankenausführung losgelöst, klingt der beanstandete Satz anders und schärfer, als er gemeint und gesprochen worden ist. Der Referent, Direktor von Sanden, ging aus von den Schwierigkeiten, die sich den Lehrern der Provinz Posen bei dem Bestreben, der Forderung des Themas (Pflege des Heimatgefühls) gerecht zu werden, entgegenzustellen. Dabei setzte er auseinander, daß der in der Provinz Posen ansässige Jude im allgemeinen Heimatgefühl für das Posener Land vermissen lasse; er werde hier selten bodenständig, sei vielmehr geneigt, nach dem Westen abzuwandern, sobald er zu Wohlstand gekommen sei oder anderswo bessere Existenzbedingungen sehe. Zum Teil bewegten sich diese Auseinandersetzungen in derselben Richtung wie die auch in der Beschwerdeschrift S. 3 enthaltenen Gedanken. Direktor von Sanden erklärt ausdrücklich, daß ihm jede Absicht einer Beleidigung völlig fern gelegen habe; er hat auch gar nicht von den Juden im allgemeinen gesprochen, sondern von den tatsächlichen Vorgängen in der Provinz Posen, wobei er es nicht unterlassen hat, auch Ausnahmen ausdrücklich zu konstatieren. Daß Direktor von Sanden nicht die Absicht gehabt hat, irgendjemanden zu kränken, geht auch daraus hervor, daß er ganz ohne Ansehen der Person gesprochen und es ebenso beklagt hat, daß viele Beamte, die in die Provinz Posen versetzt werden, nach kurzem Wirken alle Hebel in Bewegung setzen, um wieder fortzukommen. Auch alle Zuhörer haben unter dem Eindruck gestanden, daß Verletzendes nicht gesagt oder gedacht ist. Wäre es geschehen, so würde der Vorsitzende, Provinzialschulrat Dr. Wege, dem sofort entgegengetreten sein. Auch mein bei der Versammlung anwesender Kommissar hat denselben Eindruck gehabt, wie die übrigen Anwesenden. Danach dürfte jede Veranlassung für die Bitte der Beschwerdeschrift vom 31. März, daß ich geeignete Maßnahmen ergreifen möge, um schwere und ungerechtfertigte Beleidigungen einer ganzen Bevölkerungsklasse für die Zukunft zu verhindern, fortfallen. Den mir unterstellten Behörden und Lehrerkollegien liegt die Neigung vollkommen fern, solcher Beleidigungen sich schuldig zu machen.

gez.: Holle."

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen, steht aber doch schief darum. Zunächst hat der Lissaer Gymnasialdirektor nach dieser Darstellung doch tatsächlich das gesagt, wogegen die Beschwerde sich richtete; daß er — vielleicht nur ganz nebenher, um die „Parität" zu wahren — auch die Beamten tadelte, die sehr schnell wieder das wenig reizvolle Land zu verlassen trachten, will nicht viel besagen. In den Mittelpunkt seiner Kritik hat er jedenfalls mit vollster Absicht das nach seiner Ansicht in nationaler Beziehung wenig verläßliche Verhalten der Juden in der Provinz Posen gestellt; sein Tadel galt in erster Linie den Juden. Hat der Herr Gymnasialdirektor aber auch in dem Augenblick, als er sich vielleicht von seiner persönlichen Antipathie gegen die Juden zu diesem allgemeinen Verdikt hinreißen ließ, daran gedacht, daß kein Geringerer als der Vorsitzende und Begründer des Ostmarkenvereins, der verstorbene von Tiedemann seinerzeit öffentlich erklärt hat: „In der Provinz Posen Antisemitismus treiben, heißt nichts anderes, als mit sehenden Augen einen Teil des Bürgertums von der deutschen Partei absprengen"?

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit der Behauptung, daß die Juden in der Provinz Posen selten bodenständig seien? Es ist richtig, daß in den letzten 10 Jahren eine starke jüdische Abwanderung aus den gemischtsprachigen preußischen Landesteilen stattgefunden hat; aber nicht eine freiwillige, sondern eine durch den Druck der ökonomischen Verhältnisse erzwungene. Seit 1880, d. h. seit Beginn der antisemitischen Bewegung im Reiche und Inaugurierung der Polenpolitik standen und stehen die Juden in der Provinz Posen zwischen zwei und noch mehr Feuern. Die Polen wollen nichts von ihnen wissen und boykottieren sie, weil sie deutsch sprechen, deutsch denken, deutsch handeln und

deutsch wählen. Die Agrarier boykottieren und beleidigen sie, weil sie Juden sind. Die Beamtenwelt schneidet sie, teils aus Kastengeist, der aus tausend Gründen gerade in jener Gegend so unangebracht als möglich ist, teils aus dei ihnen offen oder latent vorhandenem Antisemitismus. Gesellschaftlich halten sich die Polen geschlossen und die Deutschen, Offiziere, Beamte, Kaufleute getrennt fern von ihnen.

Der neue polnische Mittelstand mag von dem Marcinawski-Verein geschaffen worden sein, das schnelle Anwachsen haben Antisemiten und Regierung sowie der Kastengeist in bedauerlicher Kurzsichtigkeit selbst verschuldet. Neben dem polnischen „Kauft bei keinem Deutschen!" erscholl der Ruf der Antisemiten „Kauft bei keinem Juden!" und die Folge war, daß die Juden polnische und deutsche Kunden verloren und ihr Geschäft mit der Zeit nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Mit der polnischen Konkurrenz hätten es die gewandten jüdischen Geschäftsleute noch aufnehmen können, mit dieser und der polnischen sowie deutschen Abstinenz dazu war es unmöglich. Die Regierung aber war kurzsichtig genug, nicht rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Geschäftlich und gesellschaftlich in den Hintergrund gedrängt, ohne Aussicht auf eine nahe und wirksame Aenderung sahen die Juden sich genötigt, an sich ohnehin wenig anziehende Gegenden zu verlassen und sich anderswo anzusiedeln.

Seit mehr als einem Jahrhundert betrachten die Juden in ganz Europa „die Erziehung der jüdischen Jugend zur Bodenkultur" als das beste Mittel, das antisemitische Vorurteil zu bekämpfen. Die deutschen Juden, die sich als Landwirte trefflich bewähren, würden vielleicht selbst keine üblen Vertreter der Landwirtschaft sein, wenn man ihnen das nicht so sehr erschwerte und durch eine verkehrte Politik und durch den zunehmenden Rassenantisemitismus den Aufenthalt in den Ostmarken verleidete. Hier haben die Juden früher auf dem Lande zwischen den katholischen Polen und den deutschen Protestanten vermittelnd gewirkt und die Kluft zwischen den Nationalitäten überbrückt, die jetzt durch die Verdrängung der jüdischen Elemente und eine ungesunde gegenseitige Güterpreistreiberei sich immer mehr erweitert. Die Entvölkerung der Ostmarken durch den Wegzug der Juden ist nicht den Polen zuzuschreiben, wenn auch das slavische Element sich dadurch dort immer mehr ausbreitet, sondern den Verwaltungskreisen, die sich durch nationale Redensarten über den Wert des jüdischen Bevölkerungselements für eine Provinz mit gemischten Nationalitäten täuschen lassen. Daß viele Juden in den Ostmarken den Staub von den Füßen geschüttelt haben, war auch nur eine natürliche Folge der Wahrnehmung, daß ihre Begeisterung für deutsche Sprache und Gesittung von vielen protestantischen Deutschen unterschätzt, von den katholischen Polen aber ihnen arg verübelt und mit geschäftlicher Schädigung vergolten wird.

Daß die Abwanderung der Juden nur unter dem Zwange der für sie traurigen Erwerbsverhältnisse stattfindet, bedarf keines Beweises; denn gerade den östlichen Juden zieht nicht der Glanz des Großstadtlebens von seiner alten Scholle fort; er ist viel zu nüchtern und neigt viel zu wenig zum Uebermut, als daß er sich entschließen könnte, ohne Not den Ort zu verlassen, an dem die Eltern und Ureltern ihr Auskommen gefunden haben.

Die Bedeutung des Judentums in der Provinz Posen für die Förderung des Deutschtums haben selbst enragierte politische Gegner anerkannt, so der Landesökonomierat Wendorf, ein bekannter Agrarier, der in einer Broschüre: „Der Kampf der Deutschen und Polen um die Provinz Posen" die rapide Abnahme der jüdischen Bevölkerung in den Städten aufs tiefste bedauerte und ausdrücklich anerkannte, daß „die jüdische Bevölkerung sich zu den Deutschen hält!" Selbst die „Kreuzztg." hat vor Jahresfrist einmal, wenn auch widerwillig, zugestanden:

„Der solide jüdische Geschäftsmann beginnt sich in den Ansiedelungsbezirken einzuleben, wo er mit seiner Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit auch offenbar einem Bedürfnis entspricht."

Die Juden haben, so lange sie in Posen sind, ihr Deutschtum bewahrt und hochgehalten. Die Szudert und Szumann und Szulc sind auf jüdischer Seite nicht zu finden. Sie rekrutieren sich aus den Kreisen, die als reine Arier vielleicht die Sympathien des Lissaer Herrn Gymnasialdirektors genießen.

In Wirklichkeit waren und sind noch heute die Juden die besten Stützen des Deutschtums in der Ostmark. Sie, die beweglichen Geschäftsleute und Handwerker — in der Ostmark hat es nämlich stets auch sehr zahlreiche jüdische Handwerker gegeben — fördern tatsächlich das Deutschtum mehr und besser, als selbst der westfälische oder irgend ein anderer germanischer Ansiedler, der doch an seine Scholle gebunden, mit polnischen Arbeitern fertig zu werden suchen muß und wenig Zeit, Stimmung und oft nur selbst Interesse und Willen hat für das Deutschtum Propaganda zu machen.

Es ist aber auch gar nicht einmal wahr, daß die junge jüdische Generation in der Provinz Posen „kein Heimatgefühl" besitze, wie Herr Prof. von Sanden behauptet. Die neugegründete Akademie in Posen ist als Zentralstätte deutscher Kultur gedacht. Ihre Hörer sollen Pioniere des Deutschtums sein. Das ist eine Aufgabe, für die gewisse Kreise unsere jüdischen Mitbürger nicht für fähig halten. Interessant ist nun in dieser Hinsicht das Hörerverzeichnis der Akademie zu Posen. Nach den Angaben des Kultusministeriums ergab sich für das letzte Jahr folgende Statistik:

Hörer:

m	w.	ev.	kath.	jüd.	zusammen
616	523	644	198	299	1139

26,2 Prozent aller Hörer gehören also dem jüdischen Bekenntnis an. Die Akademie in Posen ist nicht die Vorstufe für Berufe, Stellung und Verdienst. Mit dem jüdischen Materialismus, von dem der Herr Gymnasialdirektor spricht, ist es also auch nichts.

Herr Prof. von Sanden scheint aber auch ganz vergessen zu haben, was der preußische Finanzminister Herr v. Rheinbaben in seiner Rede auf dem Schiller-Kommers in Posen vor zwei Jahren gesagt hat:

„An uns selber sollen wir Kritik üben, nicht aber zuerst an den anderen. Sie ist ja eigentlich ein Grundzug unseres deutschen Wesens, die unsere Einigkeit gefährdende, zersetzende Kritisierung der anderen. Aber ein jeder soll an seine Brust schlagen und daran arbeiten, daß dieser bedauerliche Grundzug deutschen Wesens zurücktritt und das tut doppelt not hier in den Ostmarken. Hier darf es sich nicht darum handeln, ob Bürger oder Bauer, ob Protestant, Katholik oder Jude, ob Beamter oder nicht, hier muß es uns darum zu tun sein, daß das Bewußtsein einer nationalen Pflicht in uns brennt."

Wir hoffen, daß der Lissaer Gymnasialdirektor sich diese sehr beherzigende Mahnung eines höchsten preußischen Beamten für die Zukunft ad notam nehmen wird.

Studentisches.

XX Im Akademischen Bund Ethos, der vor einigen Jahren zur „Regeneration" der deutschen Studentenschaft gegründet wurde, kriselt es wieder einmal wegen der „Judenfrage". Der Bund, der trotz behördlicher Subvention, in ganz Deutschland nur etwa 150 Mitglieder zählt, verfolgt angeblich „ethische Reformbestrebungen in der Studentenschaft."

Oeffentlich gesprochen wurde das erste Mal von ihm in weiteren Kreisen, als er vor etwa zwei Jahren als erste ethische Reformtat, seine jüdischen Mitglieder zum Austritt zwang.

Nun ist wieder einmal die Judenfrage für den Bund akut geworden. In zwei Bundesversammlungen in Berlin hat er sich kürzlich mit dem Thema beschäftigt: „Die Stellung des Bundes zur Judenfrage".

Nach den offiziellen Mitteilungen im amtlichen Organ des Bundes kam es beide Male zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Die Versammlung teilte sich in drei Gruppen, die eine verschiedene Stellung zu der Streitfrage einnahmen. Die einen, so heißt es in dem Bericht, „erklärten den Ausschluß der Juden für eine grundbedeutende Notwendigkeit wirklich zweckvoller praktischer Tätigkeit des Bundes." — Begütigend wurde hinzugefügt, daß die rein menschliche Stellung des Einzelnen dem Juden gegenüber nicht im geringsten getroffen werde.

Die anderen „wünschten mit Rücksicht eben auf diese rein menschlichen Gesichtspunkte, sowie auf das ideale Ziel des Bundes die Mitgliedschaft der Semiten."

Eine dritte Gruppe endlich stellte, um zu vermitteln, den Antrag, im § 4 der Bundessatzungen an Stelle von „jeder Student deutschen Stammes" nunmehr zu setzen: „jeder deutsche Student". Dabei erhielt der Bund stets die Möglichkeit unangenehme Elemente fern zu halten.

Diese drei Hauptgedanken wurden mit mehr oder weniger Geschick etwa eine Stunde lang verfochten, dann wurde der Punkt als unerledigt von der Tagesordnung abgesetzt.

Acht Tage später fand man sich zu einer neuen Bundesversammlung zusammen, um dasselbe Thema noch einmal zu behandeln. Große Reden wurden geschwungen. Schließlich präzisierte der Vorsitzende, ein Herr Boelicke, seinen Standpunkt dahin: „Selbst wenn man zugibt, daß der Ausschluß der Juden, rein ethisch betrachtet, eine gewisse Ungerechtigkeit bedeutet, so ist doch aus taktischen Gründen eine Organisation, die in der deutschen Studentenschaft wirken will, zu diesem Schritte gezwungen, da sie sich anderenfalls selbst den Lebenspfaden abschneidet. Diese Stellung des Bundes hat natürlich nicht das geringste zu tun mit der Stellung des Einzelnen zum Judentum." — Dieser Erklärung stimmte die Mehrheit der Versammlung zu.

Die Herren vom Bunde „Ethos" müssen eine sonderbare Ethik haben. Wenn sie übrigens meinen, daß nur antisemitische Verbände in der Studentenschaft wirken können, so seien sie nur an den „Allgemeinen Deutschen Burschenbund" (A. D. B.) und an die „Freie deutsche Studentenschaft" erinnert, zwei große studentische Verbände, die an fast allen deutschen Hochschulen vertreten sind, und die zahlreiche jüdische Kommilitonen zählen.

Freilich auch gegen die Erklärung des Vorsitzenden wurde Widerspruch laut, aber die antisemitische Mehrheit war zu groß.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß ein Antrag auf Zulassung der jüdischen Kommilitonen zum Bunde mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung abgelehnt wurde.

Darauf wandten wieder einige Mitglieder dem Bunde den Rücken, der nun, seit er im antisemitischen Fahrwasser segelt, eine immer traurigere Rolle spielt. Bemerkt sei noch, daß dieser Bund von den Berliner Universitätsbehörden aus allgemeinen studentischen Mitteln finanziell unterstützt wurde, und daß er ein Schoßkind des derzeitigen Rektors Stumpf ist, der vor einigen Wochen die liberale Freie Studentenschaft an der Berliner Universität kurzer Hand auflöste, als sie ihn um Zurücknahme neuer gegen sie gerichteter drakonischer Gesetze bat.

* * *

Die österreichischen Studentenvereine, die im Waidhofener Verbande organisiert sind, sind bisher mit dem antisemitischen Vereine Deutscher Studenten im Reichsgebiet durch dick und dünn gegangen.

Berechtigtes Aufsehen mußte es daher erregen, als in der Mainummer des Organs des Waidhofener Verbandes, dem „Kyffhäuser", ein Artikel „Burschen heraus" erschien, der als „Mahnwort an die österreichischen Vereinsstudenten" gedacht war, und der von einem „Alten Herrn" herrührte.

In dem Artikel wurden ganz neue Töne angeschlagen, wie sie im „Kyffhäuser" noch nie gehört worden sind. Der Verfasser erinnerte nämlich an die Tivolirede des Geheimen Sanitätsrates Dr. Küster-Berlin vom 21. Januar 1883, die zur Gründung des liberalen „Allgemeinen Deutschen Burschenbundes" führte. Im Anschluß an diese Betrachtungen, die auf eine Reform studentischen Lebens abzielen, forderte der österreichische Alte Herr die österreichischen Studentenvereine auf, die Beziehungen zu den antisemitischen Vereinen Deutscher Studenten im Reiche abzubrechen und sich mit den liberalen Burschenschaften zu vereinigen. —

Der Schreck ob solcher frevlen Forderung mag den antisemitischen Heißspornen bös in die Glieder gefahren sein. Und schon in der nächsten Nummer des „Kyffhäusers" erklären sich sechs österreichische Vereine gegen diesen Vorschlag. Nun teilt auch noch der Vorsitzende des Waidhofener Verbandes in den „Akademischen Blättern" mit, daß die österreichischen Studentenvereine den antisemitischen deutschen Studentenvereinen auch weiterhin treu bleiben wollen. Ein Grußtelegramm des Dr. Küster zur Waidenhofener Tagung habe man nur aus Schicklichkeit erwidert, im übrigen halte man am Antisemitismus fest, usw. —

Kein Baum fällt auf einen Streich. Es war auch nicht zu erwarten, daß der Artikel „Burschen heraus" vorläufig eine andere Wirkung haben konnte. Immerhin ist es interessant, daß er überhaupt geschrieben wurde und daß er im „Kyffhäuser" Aufnahme fand. Das läßt manches für die Zukunft erhoffen.

* * *

Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten scheint den Höhepunkt seiner Werbekraft überstiegen zu haben. Wenn er in seinen Semesterberechnungen immer noch gegen die Vorzahl einige Mitglieder mehr herausrechnet, so liegt das wohl daran, daß er im Gegensatz zu allen anderen studentischen Verbänden an Hochschulen aller Art seine Grüppchen bildet, an Bergakademien, Tierärztlichen Hochschulen usw., auf denen die großen studentischen Verbände gar nicht vertreten sind. Auffallend groß ist in letzter Zeit die Zahl der aus dem Verband geschiedenen Mitglieder. Die zweite Juninummer der „Akademischen Blätter" meldet allein den Austritt von 10 bisherigen Mitgliedern aus dem Verbande. Die erste Julinummer kündet weiter den Austritt von 11 Mitgliedern gegenüber 15 Neuanmeldungen an. Welches mag der Grund dieser sich stetig mehr bemerkbar machenden Fahnenflucht sein?

Amerikanischer Brief.

Wie schon wiederholt an dieser Stelle betont worden ist, gibt es in den Vereinigten Staaten einen Antisemitismus im Sinne russischer, rumänischer und deutscher Antisemiten nicht. Es geht dies ja auch schon daraus hervor, daß ein Jude Minister ist, daß mehrere Juden Gesandtenposten und andere bedeutende Reichs- und Staatsämter bekleidet haben und noch bekleiden. Am nächsten den europäischen Antisemiten kommen noch die Snobs, die etwas darin suchen, als exklusiv und vornehm zu gelten und darum in Bädern, Sommerfrischen, Hotels und selbst Privathäusern nicht mit Juden zusammenwohnen wollen. Allerdings muß diesen Amerikanern zugestanden werden, daß viele der vor nicht langer Zeit eingewanderten Juden aus Rußland und Rumänien, die hier zu Geld gekommen sind, verwöhnteren Leuten des zivilisierten Westens, die ja nicht immer die anständigsten und einwandfreiesten Herrschaften zu sein brauchen, nicht gerade angenehmen Umgang bieten. Wenn freilich diese Herren und Damen an die eigene Vergangenheit oder bestenfalls an die ihrer Väter und Großväter dächten, müßten sie bei nur einiger Pietät einem Mangel an feineren Umgangsformen gegenüber toleranter sein. Indessen ist es ja ein alter Erfahrungssatz, daß niemand mehr auf Aeußerlichkeiten sieht, als der Parvenu, der aus den allerunterſten Schichten sich **per fas aut nefas** emporgearbeitet hat.

Aber es ist schon dafür gesorgt, daß auch den Juden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Sind es nicht Antisemiten im europäischen Sinne, die ihnen Kummer bereiten, so sind es die **Temperenzler**, **Abstinenten** und am allermeisten die **Pietisten**. Man wird zugeben, daß über die Alkoholfrage, d. h. über die Frage, ob man sich den gefährlichsten Gesellen ganz vom Leibe halten soll, oder aus seinen gewissen angenehmen und selbst nützlichen Eigenschaften Vorteile ziehen soll, verschiedener Meinung sein kann. Man ist es auch, und gerade in Deutschland dürfte das Verlangen, daß dem Genuß von Bier, Wein und anderen alkoholischen Getränken der Garaus gemacht oder die allerengsten Schranken gezogen werden sollen, nur sehr wenig Anklang finden. Die amerikanischen Abstinenten aber machen den Juden, die sich ihrer Forderung gegenüber ablehnend verhalten, weil sie die strengen gesetzlichen Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, für überflüssig, ja schädlich erachten, zum Vorwurf, daß sie es aus Egoismus tun, weil unter den Juden selten Säufer zu finden, dagegen viele Juden an Brauereien und Brennereien materiell beteiligt seien. Anstatt auf die Juden hinzuweisen, die ohne Suff fertig werden können, statt ihnen ihre Mäßigkeit anzurechnen, dreht man ihnen aus dieser sogar einen Strick und gibt nicht zu, daß sie mehr als fast alle anderen Völkerschaften, mindestens aber doch so wie diese meistens auch das Recht haben sollen, sich ablehnend der erzwungenen Abstinenz gegenüber zu verhalten.

Was die Pietisten betrifft, so möchten sie gar zu gern der Union den christlichen Stempel aufdrücken, Amerika als ein christliches Land erklären. Die Juden, eingedenk der Uebel, die unter solchem Denkmal ihnen zugefügt worden sind, zugefügt werden und zugefügt werden können, widersetzen sich, wie übrigens auch viele andere der sehr zahlreichen christlichen Sekten, diesem Bestreben auf das nachdrücklichste, und das wird von den Frommen ihnen mehr als allen anderen verdacht.

Das bezeichnete Bestreben der Pietisten ist um so befremdlicher, als gerade die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich erst nach und nach von der engherzigsten Kirchlichkeit auch im staatlichen Leben zu vollständiger Emanzipation — und wahrlich nicht zum Schaden des Gemeinwesens — durchgerungen haben. Im 17. Jahrhundert mußte in Virginia nach dem Gesetz jeder, der dem Sonntagsgottesdienst ohne ausreichende Entschuldigung fernblieb, zur Strafe ein Pfund Tabak hergeben. Wer gar einen Monat hindurch dieselbe Missetat beging, hatte fünfzig Pfund Tabak zu zahlen. Allmählich wurde mit solchen Strafen und Beschränkungen aufgeräumt. Jetzt wird in den Verfassungen aller Unionsstaaten — in den Staaten West-Virginia, New Hampshire, Vermont, Michigan, Tennesse und Oregon wird von der Gottheit gar keine Notiz genommen — nur des allmächtigen Gottes, des höchsten Wesens, des obersten Leiters des Weltalls, des Schöpfers u. dgl. m., d. h. der Gottheit **ohne jede konfessionelle Färbung** Erwähnung getan. Einige Staaten bestimmen, daß Beamte nur sollen werden können, die an Gott, Pennsylvanien und Tennesse auch noch, daß jeder Beamte an Gott und an Lohn und Strafe in einer zukünftigen Welt glauben müsse. Aber eine bestimmte Religion, also auch die christliche, wird nicht anerkannt. Die Erklärung des Landes als ein christliches widerspricht der Unionsverfassung, der allmählichen Entwickelung der Staatsgesetzgebung und den Interessen der wohl hundert christlichen Sekten im Lande.

Trotzdem suchen die Pietisten bei jeder möglichen Gelegenheit, die weder mit der Religion, noch speziell mit dem Christentum etwas zu tun haben, das Christentum einzuschmuggeln und rufen dadurch immer von neuem Widerstand und Kontroversen hervor. Die republikanische Konvention neulich, an der auch Juden teilnahmen, wurde beispielsweise von Bischof Muldoon eröffnet mit einem Gebet an Gott den Vater, den Sohn und Heiligen Geist. Dieselbe Konvention aber nominierte Taft als Präsidentschaftskandidaten, der sich selbst als einen **Unitarier** bezeichnet, d. h. als zu einer christlichen Sekte gehörig, die nicht an einen dreieinigen Gott glaubt. Der Bischof hat in seinem Gebet, der dreieinige Gott möchte den Geist der Konvention leiten. Da nun die Konvention sich für einen Unitarier entschieden hat, hat entweder der dreieinige Gott, wenn er das Gebet des Bischofs erhört hat, sich gegen sich selbst erklärt, oder aber er hat das Gebet nicht erhört. Zu solchen für die Religion wenig ersprießlichen Erörterungen und Folgerungen aber wird und muß es überall kommen, wenn man eine bestimmte Religion mit rein weltlichen Angelegenheiten verschmilzt.

Endlich machen auch die Gegner der **Einwanderung** den Juden viel Verdruß. Die Leute sind unermüdlich, obgleich die infolge der verschlechterten wirtschaftlichen Lage eingetretene bedeutende Zurückwanderung und gleichzeitige Abnahme der Einwanderung sie auf andere Gedanken zu bringen geeignet gewesen wäre. Wie sehr auch die Einwanderung der Juden abgenommen hat, ersieht man aus folgenden Ziffern: Im Mai sind 36 317 Personen eingewandert gegen 184 886 im Mai 1907 und 150 927 im Mai 1906. Aus Rußland sind im Mai eingewandert 3830 gegen 35 503 im Mai 1907 und 28 817 im Mai 1906. In den sechs Monaten Dezember bis Mai einschließlich sind gelandet 227 283 gegen 674 684 in den entsprechenden sechs Monaten des Vorjahres und 616 508 das Jahr vorher. Allerdings ist die Zahl der jüdischen Einwanderer nicht so bedeutend zurückgegangen wie die der anderen Einwanderer, aber doch auch sehr bedeutend.

Eine hübsche Illustration zu der oft gehörten antisemitischen Behauptung, die Juden leisteten nichts in der **Kunst**, bietet die Tatsache, daß, während es noch keinem christlichen Amerikaner gelungen ist, eine Oper in Europa zur Aufführung zu bringen, der amerikanische Jude Mildenberg seine Oper „Michaelo" in der bevorstehenden Saison das Glück haben wird, an der Hofoper in Wien, sowie in Budapest, Prag, Salzburg und München aufgeführt zu sehen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Im Wahlkreise Prenzlau—Angermünde ist die interessante Situation eingetreten, daß die Konservativen nach wie vor an der Kandidatur des Oberpräsidialrates von Winterfeld-Menkin festhalten, obwohl dieser aus „amtlichen Gründen" den ehrenvollen Antrag abgelehnt hat. Es scheint demnach, daß die Konservativen diese Kandidatur der Regierung gegenüber erzwingen wollen. In einer Versammlung der Konservativen zu Angermünde sprach der Vorsitzende die Erwartung aus, „daß die Schwierigkeiten, welche der endgültigen Annahme der Kandidatur des Herrn von Winterfeld noch entgegenstehen, sich in Kürze beheben lassen werden."

In Hessen tritt für die bevorstehenden Neuwahlen zur II. Kammer die deutschsoziale Partei, die bislang immer mit den Bauernbündlern zusammengegangen war, nach der zwischen beiden Gruppen eingetretenen Entfremdung zum erstenmal als selbständige Organisation in den Wahlkampf. Der „Hessische Landesverband der deutschsozialen Partei" erläßt zu diesem Zweck einen Wahlaufruf in den „Deutschsozialen Blättern", der u. a. von den hessischen Landtagsabgeordneten Köhler und Bähr, Amtsrichter Dr. Mahr-Darmstadt und dem in letzter Zeit vielgenannten Oberlehrer Dr. Werner-Worms unterzeichnet ist. Danach scheint sich Herr Wolff-Stadecken, der bisherige Intimus der deutschsozialen Antisemiten des Herrn Liebermann von Sonnenberg zu der bauernbündlerischen Gruppe des Herrn Hirschel geschlagen zu haben. Auch sonst liegen Anzeichen vor, daß die bisherige Freundschaft zwischen den Bündlern und den Antisemiten immer mehr Risse zu bekommen scheint. Man kann auf die weitere Entwicklung dieser zunehmenden Spaltung in der reaktionären Parteigruppe einigermaßen gespannt sein. Ist das bloßer Konkurrenzneid oder vollzieht sich ein allgemeiner Frontwechsel? Bis jetzt ist allerdings nur ein Stimmungsunterschied zwischen beiden Gruppen zu entdecken: Die reinen Agrarier sind gesättigter und darum zur Ruhe geneigter, bei den Antisemiten herrscht noch die „tatendurstigere" Stimmung vor.

In der Mittelstands-Vereinigung ist wieder holder Friede und Eintracht eingezogen. Herr Rahardt hat in einer kombinierten Sitzung des Aufsichtsrats der „Deutschen Volkspost" und des Vorstandes Herrn Buchholz, dem Redakteur des Blattes, die Hand zur Versöhnung gehoten. In einer weiteren Sitzung ist es nach einer offiziösen Mitteilung „durch beiderseitiges Entgegenkommen, und vor allen Dingen auch durch weitere Aufhellung über die Motive erfreulicherweise zu den Präliminarien einer endgültigen Verständigung gekommen." — Herr Rahardt ist einstimmig in den Aufsichtsrat des Blattes gewählt worden, und es steht nunmehr der Wiedereinsetzung der „Deutschen Volkspost" als offizielles Organ der Mittelstands-Vereinigung nichts im Wege.

Die „Deutsche Hochwacht", das Organ des antisemitischen Deutschen Volksbundes, hat wieder einmal einen Wechsel in der Schriftleitung vorgenommen. Schriftleiter ist seit dem 1. Juli 1908 Herr Gustav Simons.

Der „Göttinger deutsche Bote", das dem Bund der Landwirte und den deutschsozialen Antisemiten nahestehende Blatt, setzt seine tollhäuslerischen Angriffe gegen die auswärtige Politik der Regierung fort. In einer der letzten Nummern, die sich mit der Marokko-Affäre befaßt, heißt es u. a.:

„Wir sind der Meinung, daß die deutsche Regierung jetzt auf sofortigem Abzug d'Amades und auf Abberufung dieses Generals bestehen muß, wenn sie sich nicht im eigenen Lande lächerlich machen will und mehr. Deutschlands Ehre in der Welt darf nicht durch Unfähigkeit seiner Regierenden, einen Entschluß zu fassen, der Verachtung preisgegeben werden."

So „wahrt" ein antisemitisches Blatt die Ehre und das Ansehen Deutschlands vor aller Welt!

Auf der diesjährigen **Straßburger Tagung des Raiffeisenverbandes** trug ein Vortrag von Pfarrer Dr. Buchholz über „Die Raiffeisenvereine als Träger der gemeinschaftlichen Aufgaben der Landbevölkerung" eine merkbar antisemitische Note, die in der Aufforderung zutage trat, den Händlern jüdischen Glaubens die Geschäfte zu erschweren. Das sei besser, als sie auf Kosten der Landbevölkerung leben zu lassen, die im Schweiße ihres Angesichts den Lebensunterhalt verdiene. Redner prophezeite, daß die Genossenschaften das Erbe des Großgrundbesitzes antreten werden, als Bindeglied zwischen Ackerbau und Industrie. Auch Reichstagsabgeordneter Dr. Will-Bischheim aus dem ehemals Blumenthalschen Wahlkreise wandte sich in der Diskussion gegen die „spekulative Arbeit, die keine Mühe fordert."

Der Handel hat eben nach Auffassung dieser Herren überhaupt keine Existenzberechtigung, höchstens als „dienende Magd", wie Herr von Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte einmal mit zynischer Offenheit gesagt hat. Auf die Juden schlägt man, den gesamten Handel aber meint man, das sollten sich vor allem die vielen Tausende von Angehörigen des Kleingewerbestandes gegenwärtig halten, wenn die Sendboten der Agrarier und ihrer bezahlten mittelständlerischen Hilfstruppen sie zum Vorspann für ihre Sonderinteressen mißbrauchen wollen. Herr Dr. Roesicke, der 2. Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat jedenfalls ganz genau gewußt was er tat, als er seinerzeit bei der Gründung der Mittelstandsvereinigung als einer der ersten mit einem Beitrag von 1000 Mark beitrat.

Die Entmündigung des Grafen Pückler-Klein-Tschirne, der sich immer noch in einem Sanatorium bei München aufhält, soll dieser Tage nach den Meldungen der Blätter durch das Amtsgericht Glogau wegen Geisteskrankheit vollzogen worden sein. Damit ist einer Wiederkehr des unwürdigen Spektakelstückes, bei dem die Autorität der Gerichte am meisten gelitten hat, wohl ein für allemal vorgebeugt.

Vermischtes.

Ueber literarische Inquisition, wie sie vornehmlich in den Kreisen der Alldeutschen und Antisemiten betrieben wird, spricht Dr. Otto Knapp in der letzten Nummer (28) des „Blaubuch" ein kräftiges Wörtlein. Er weist darauf hin, daß es Literaturgeschichten gibt, die auf einer Seite die Vertreter der nationalen, der historischen und der Heimatkunst versammeln und sie als die gottbegnadeten Dichter und Führer des Volkes preisen, auf die andere aber Moderne, Dekadente und Juden stellen und diese auf jede Weise dem Volke verdächtig und verächtlich machen. Was der eigentliche Zweck dieser Uebung ist, setzt Knapp recht anschaulich auseinander:

„Soll die deutschnationale Kunst etwa dadurch befördert werden, daß man sie in ein modisches Deutschtum hineinhetzt, daß man ihr einen teutonischen Mantel ausstudiert und zusammenschneidert, daß man den erstarrten germanischen Reckensaal mobil macht, um sie dem vielverleumdeten Geschlecht der Gegenwart als Kraftnaturen und Tugendtypen vorzuführen, daß man alles, was nicht bauernrassig und altgläubig befunden wird, mit Hunden aus der Gemeinde hetzt? Wahrhaftig, wenn teutonisches Gepolter, wenn Barbiete und Messiaden, wenn Denunziation und Judenfresserei das goldene Zeitalter reiner deutscher Kunst versprechen würden, dann wären unsere lauten nationalen Herolde noch überflüssiger als sie es ohnedies sind; denn abgeschmackte Moden finden zu jeder Zeit von selbst ihre Narren, und je bornierter eine Torheit ist, desto sicherer ist sie schon dutzendmal dagewesen."

Knapp hat durchaus nichts gegen eine rationelle vorurteilsfreie Behandlung der Rassenfrage:

„Es ist gewiß selbstverständlich, daß der Naturforscher und der Geograph die Rassenfrage emsig studieren und sich zunutze machen, es mag verständlich erscheinen, wenn eifrige Politiker sie auszubeuten suchen, es ist nicht eben schön, aber immerhin noch menschlich, wenn der feurige Patriot sich van ihr zu Liebe und Haß begeistern läßt; ebenso *sinnlos* als *niedrig* ist es, wenn mit ihr auf dem Gebiet der Kunst *im Namen der nationalen Gesinnung eine wütende Hetze* getrieben wird auf alles, was nicht altfränkischer oder altsächsischer Art ist. Wahrlich ein herrlicher Schluß für deutsche Idealisten von den Knochen auf den Geist, von der Schalle auf das Herz, van der Rasse auf das Genie . . .“

„. . . Gehen wir unserer Literaturinquisitian aber auf den Grund, so finden wir, daß ihr trüber Strom aus einer unlauteren Quelle fließt: Die Erbpacht des deutschen Geisteslebens ist ihr Ziel, Neid ihr Mativ und Basenklatsch ihre Methode. Man will für die Kunstberühmtheit eine Familienversicherung auf Gegenseitigkeit abschließen, daher das Ausforschen der Abstammung und der Konfession, daher die Losung: *Juden raus!* Verdächtige und Moderne in die Ecke! Altgläubige und Bauernsähne vor! Das ist die kurze Formel des ganzen, gegenwärtig so toll sich gebärdenden deutschtümelnden Zaubers.“

„Mehr Rassenbewußtsein“ — fa stähnt das Organ des Herrn Liebermann van Sonnenberg, dem ein Gesinnungsgenasse aus Bad Nauheim eine Nummer der Zeitschrift „*Sport im Bild*“ übersendet, aus dem es mit Entsetzen ersieht, daß schan wieder zwei *adelige Offiziere* sich mit *Töchtern* aus dem Stamme *Israels verlabt* haben. Die „Deutschsazialen Blätter“ stellen daher die Forderung:

„Angesichts saicher leider allzu häufigen Verlobungen gerade in den besten Kreisen erscheint es *notwendig*, doch mindestens in den *höheren Schulen auf die Verderblichkeit der Rassenmischung* hinzuweisen.“

Vielleicht nach zur besseren Veranschaulichnng mit *lebenden Bildern!* Wir fürchten nur, daß da gerade manche nichts weniger als „rassenreine“ Antisemiten sehr schlecht abschneiden würden.

Ein neues Streben in Adelskreisen signalisiert die „Allg. ev.-luth. Kirchenztg.“, Nr. 28. Das Blatt beginnt mit einem Vergleich des preußischen, speziell des astelbischen Adels, mit dem süddeutschen und schreibt:

Er ist weit jünger als der süddeutsche, und führt seine Reihen allenfalls bis zum 14. Jahrhundert zurück, während „die da unten“, die Bodmann und Seldeneck und wie sie alle heißen, bis zu Pipin rechnen. Der preußische Adel hat auch weniger Kultur, als der süddeutsche, aber härtere Kolonistenart. Es ist nicht wahr, daß er verweichlicht und degeneriert ist, es ist nicht wahr, daß der unselige Eulenburg, hinter dem sich nun wohl bald die Zuchthauspforten schließen, typisch für ihn ist. Typisch ist der preußische Schwertadel. Von der einen Familie v. Roëll liegen mehr als die Hälfte aller männlichen Mitglieder erschlagen auf brandenburgisch-preußisch-deutschen Schlachtfeldern und ähnlicher Familien gibt es viele. Bei so starkem Blutzoll hatten sie denn auch — trotz aller Strauchritterei — keine Zeit, viel Schätze zu sammeln. Der preußische Adel ist arm und hat in der Aera des Autamobils sein altes Hofmonopol vielfach mit den Jüngstdeutschen hethitisch-semitischen Stammes teilen müssen. Deren Verständnis lag van Natur die neue Zeit näher, diese Zeit, die den Grundbesitz entwurzelt und das Geld in allen Erdteilen arbeiten läßt. Schließlich — welche Verzerrung der Dinge! — wurde Shylock zum „Königlichen Kaufmann“. Diesen Ehrentitel Antanios von Venedig hat in einer Schmeichlerbroschüre Herr Albert *Ballin*, der annoch ungetaufte Generalgewaltige der Hamburg-Amerika-Linie, sich zulegen lassen. Und doch liegt nichts gerade Königliches in seinem Wirken, sondern nur die Teilerfüllung der alten Weissagung, daß Israel alle Välker fressen soll. Immer mehr deutsche Schiffahrtsunternehmungen unterwarf sich der ruhelose Mann und verschlang alle Hamburger Kleinen, nicht zum Vorteil des nationalen Gedankens. Nicht mehr diesem dienten sie fortan, sondern nur noch dem ehrgeizigen Streben Ballins, der Jahr um Jahr sich mit höheren Klassen preußischer Orden behängen konnte, aber vielfach ausländischen Interessen deutsche hintansetzte, ja sogar in diesen Tagen schwerster nationaler Spannung den Bau des neuesten Riesendampfers an eine englische Firma vergab, während deutsche Werften längst ihr Meisterstück gemacht haben und nach Aufträgen lechzen. Preußische Edelleute aber wurden gezwungen, an der kaiserlichen Tafel dem „Herrn von Ohngefähr“ alle Ehren zu erweisen. Man hat geknirscht über die „Benzingarde“ des Kaiserlichen Automobil-Clubs, über den „Ballinkurs“ und alles, was damit zusammenhängt, aber man war wehrlos. Der preußische Adel kennt noch nicht, wie der englische, die Weisheit des Talmud, daß ein Silberling „in die Handlung“ gelegt hundertfättig mehr bringt als ein Acker. Da aber ist ihm in den süddeutschen Genossen, alten Reichsunmittelbaren, ein Rächer und Führer erstanden. Die Fürstenbergs und die Hohenlahes, eine finanzielle und industrielle Großmacht, sind Herrn Ballin in den Arm gefallen, als er gerade die Hand nach einem weiteren deutschen Unternehmen ausstreckte, der Levantelinie. In der vorigen Woche fand auf der Generalversammlung in Hamburg der entscheidende Kampf statt und Ballin mußte weichen, erlitt die erste öffentliche Niederlage seines Lebens. Jetzt ist der Stein im Rollen. Vielleicht stehen wir am Beginn der Modernisierung des deutschen Adels überhaupt, wenn er jetzt von seinen Burgen herniedersteigt und in der Arena des Welthandels wider alles Undeutsche die Lanze einlegt. Das sind Dinge, für die in unserer hastigen Zeit die Tagesblätter noch wenig Verständnis zu haben scheinen — große Umwälzungen werden immer erst spät gemerkt. Und doch ist ein solches Ereignis wichtiger, als alle kleine Tagespalitik, wichtiger als der Zank der Parteien und der Parteichen, denn vielleicht bedeutet es das Morgenrot eines neuen Jahrhunderts deutscher Bewährung auf einem Gebiete, das bisher fast ausschließlich Fremdlinge für sich beackerten, auch wenn die Flagge deutsch war.

Hierzu bemerkt die kathalische „Käln. Volksztg.“:

„Die Angriffe gegen *Ballin* verstehen wir eigentlich nicht. Er hat für die Entwickelung der deutschen Reederei und Schiffahrt viel geleistet und in dem Umstande, daß er Jude ist, liegt doch kein Grund, ihn zu bekämpfen. Wenn ein Jude sich keine Angriffe gegen den christlichen Glauben zuschulden kammen läßt — und das hat Herr Ballin unseres Wissens nie getan —, so soll man ihn ungeschoren lassen. Nebenbei verzeichnen wir, daß kürzlich das Gerücht umlief, besonders auch in der ausländischen Presse, Ballin habe ein Jahr Urlaub genammen und dieser Urlaub sei der Vorläufer seines definitiven Rücktrittes. Ob die Herren Kraft zu Hohenlohe, Fürstenberg usw. mit der Levante-Linie bessere Geschäfte machen werden, als es die Hamburg-Amerika-Linie getan hätte, wird abzuwarten sein. Uebrigens fehlt es seit längerer Zeit auch im astelbischen Adel keineswegs an Herren, die ein lebhaftes Interesse und Verständnis für kommerzielle Dinge bekunden. Wir erinnern nur an Herrn v. *Podbielski*. Groß ist auch die Zahl der Adeligen in Aufsichtsräten der verschiedensten Gesellschaften.“

Ueber den gesellschaftlichen Zusammenklang der jüdischen und christlichen Elemente in Deutschland berichtet das „Korrespandenzblatt“ Nr. 2 des „Verbandes der deutschen Juden“. Es wird dabei kanstatiert, daß die *Beziehungen der Juden* zu ihren *christlichen Mitbürgern* in regelmäßiger Steigerung *schlechter werden vom Südwesten zum Nordasten des Deutschen Reiches*. Die *befriedigendsten* Berichte stammen aus *Lathringen*, *Baden* und dem *Rheinland*. Zum Schlusse wird die folgende sehr beachtenswerte Feststellung gemacht:

Mehr als einmal finden wir den Eindruck wiedergegeben, daß die Schuld für die Geringfügigkeit und Kälte des jüdisch-christlichen Verkehrs zum großen Teil *an den Juden selber liege*, weil diese sich *scheu* und *unsicher* zurückhielten. Die christliche Bevälkerung wäre für eine intimere Gestaltung des Verhältnisses wohl zu haben, die *Juden* aber seien *durch den Antisemitismus eingeschüchtert*, es mangle ihnen an Zuversicht und Stolz, um ihren christlichen Mitbürgern freimütig und selbstbewußt entgegentreten zu können.

Antisemitische Badearte usw. Unsere Liste bedarf nach folgender Ergänzungen:

Wennigstedt a. Sylt.

In dem aus Anlaß des 50jährigen Bestehens dieses Bades herausgegebenen Prospekte für die Saison 1908 veröffentlichen der Vorsitzende und ein Mitglied des aus sechs Persanen bestehenden Verkehrsausschusses, die Herren Chr. Matzen und Wilh. Möller, außerdem die Herren Hans Boysen, Berlin, Blegg Anzeigen, wonach sie für ihre Logierhäuser ausdrücklich nur den „Verkehr von Gästen christlichen Glaubens“ zulassen ader erklären: „Gäste mosaischer Konfession werden nicht angenommen.“

Bad Salzbrunn i. Schl., „Villa Anna“.

Papst Pius X. steht, wie bekannt, schan seit den Anfängen seiner Priesterzeit mit Juden in freundschaftlichen Beziehungen. Es wird jetzt ein Schreiben veräffentlicht, das er als

Erzpriester Giuseppe Sarto vor 40 Jahren an eine jüdische junge Dame, die jetzige Gräfin Elisa Sacerdoti di Carrobio, gerichtet hat. In diesem Briefe, der die Abgeklärtheit und Milde des späteren Statthalters Christi widerspiegelt, stattet er der Dame den Dank dafür ab, daß sie, unterstützt durch ihren Vater, die damalige arme Pfarre Sartos aus einer finanziellen Bedrängnis gerettet habe. Der Brief beginnt mit den Worten:

„Sehr geschätzte und edelste Frau!

Die Liebenswürdigkeit, mit der Sie mir von dem Augenblicke an entgegengekommen sind, da ich zum ersten Male das Vergnügen hatte, Ihnen meine Huldigung darzubringen, macht mich kuhn genug, das Stillschweigen zu brechen und Ihnen den Ausdruck der tiefstgefühlten Erkenntlichkeit für den Schritt entgegenzubringen, den Sie bei ihrem teuren Vater gemacht haben. Sie haben ihm dargelegt, welche Unannehmlichkeiten dem Orte drohen und daß die Gefahr eines Zwistes vorhanden wäre, den Ihr Verdienst nun aus der Welt geschafft hat."

Zum Schlusse heißt es:

„Aber auch Sie, Signora Elisa, die Sie einen so großen Anteil an dieser Sache hatten, müssen bei unserer Freude mittun und erlauben, daß ich Ihnen im Namen der geistlichen Administration und der Herren Kapläne den tiefstgefühlten Dank übermittle, und diesem Danke gesellt sich der arme Unterzeichnete bei, der besser als irgendeiner zu beurteilen weiß, wie sehr Ihre Handlung unser materielles Wohl und den wiederhergestellten Frieden gefördert hat. Also Dank für die Wohltat des herrlichen Uebereinkommens.

Dr. Concina und die Herren Kapläne wünschen Ihnen, dem Herrn Sacerdoti, der guten und wackeren Adele (Tochter der Frau Sacerdoti und gegenwärtige Gemahlin des Herrn Giulio Salom in Venedig) in Erinnerung gebracht zu werden. Ihrem Gemahl sowohl wie Ihrer Tochter mögen Sie meine respektvolle Huldigung übermitteln. Mit dem Ausdrucke der aufrichtigsten Dankbarkeit habe ich die Ehre, mich, edelste Signora, zu unterzeichnen als Ihr ergebenster und stets verpflichteter Diener.

Salzano, 11. Juli 1868. Don Giuseppe Sarto."

Rom, 2. Juli. Der König hat zwei Juden, den Advokaten Giacomo Levy-Civita, Vizebürgermeister in Padua, und Dr. Pio Foa, Professor der pathologischen Anatomie an der Universität Turin, zu Senatoren ernannt. Dem Senat gehören nunmehr neun Juden an.

Juden in der englischen Armee. Der Rabbiner Adler macht infolge eines Vorschlages, ein eigenes jüdisches Detachement in der Territorialarmee zu bilden, darauf aufmerksam, daß die Juden in allen Waffengattungen des englischen Heeres bereits stark vertreten sind. Herr Adler sagt:

Es ist durchaus unwahr, daß die Juden in militärischer Beziehung gleichgültig seien. Meine Berichte über das Jahr 1907 ergaben, daß sich in der Flotte und in der regulären Armee nicht weniger als 60 jüdische Offiziere und in der Yeomanry und den Volunteers mehr als 100 Offiziere und über 800 Mann jüdischen Glaubens befanden. Die Juden stellen einen weit höheren Prozentsatz zu der Armee, als die übrige Bevölkerung. An dem südafrikanischen Kriege nahmen nicht weniger als dreitausend jüdische Soldaten in der regulären Armee und in den Hilfstruppen teil. In der Zentral-Synagoge wurde ein Denkmal enthüllt für hundertsechzehn jüdische Soldaten, die im Kriege ums Leben kamen. Der Vorschlag, ein Londoner jüdisches Regiment zu bilden, wird bei uns auf heftigsten Widerstand stoßen, weil wir ernstlich wünschen, in andere Regimenter aufgenommen zu werden, und nicht als ein abgesondertes Regiment zu dienen. Der englische Jude ist außerordentlich bestrebt, die Privilegien und die Pflichten des Reiches zu teilen, dessen Bürger zu sein er stolz ist.

Eine jüdische Familie von Marineoffizieren. Bei den Schlußprüfungen der amerikanischen Marineakademie in Annapolis wurde jetzt der 21jährige Harold A. Strauß mit Auszeichnung zum Marineoffizier befördert. Der junge Offizier stammt aus einer Familie, deren mehrere Mitglieder auf dem Wasser Karriere gemacht haben. Sein Onkel ist der bekannte Fachmann und Erfinder Kommandant Joseph Strauß, der erst vor kurzem seine Stellung als Kommandant der Hauptversuchsanstalten der amerikanischen Kriegsschiffe zurückgelegt, um zum Chef des neuen Kreuzers „Montana" befördert zu werden. Auch andere Mitglieder der Familie haben sich als Schiffskapitäne ausgezeichnet. Der jüngste Marineoffizier in der Familie wurde auf den Kreuzer „North Carolina" zur Dienstleistung kommandiert.

Eine antisemitische Herausforderung in der russischen Duma. Bei dem Zwischenfall Pergament-Markow hat letzterer eine gröbliche Beleidigung und Verhöhnung gegen Pergament geschleudert. Markow machte Andeutungen auf die jüdische Abstammung Pergaments und um den Kadettendeputierten zu verletzen, sprach er überhaupt von dem Schaden der getauften Juden und ihrer revolutionären Tätigkeit in Odessa. Pergament, den die jüdische Bevölkerung von Odessa zweimal in die russische Volksvertretung gesandt hat, erwiderte seinerseits mit einer Beleidigung. Markow verrichte die Arbeit eines Geheimpolizisten. Die Dumaatmosphäre war schon ohnehin mit Zündstoff geladen gewesen, dies war der Funke, der die Explosion hervorrief. Auf der Tribüne der Duma forderte Markow den „Juden" Pergament zum Duell.

Purischkewitsch und Genosse Schulgin waren rasch zur Stelle und boten ihre Ritterdienste an. Ihre Absicht war dabei, den Kadetten und Juden Pergament einzuschüchtern. „Die Kadetten haben ja schon einige Male ihre Feigheit bezeugt, und nun noch gar ein Jude!" Diesmal aber hatten sich die „Patrioten" geirrt. Die Kadettenpartei hatte sich zu der Annahme der Forderung durch Pergament zustimmend verhalten. Sie wollten einfürallemal den frechen Herausforderungen der Radaumacher Markow, Purischkewitsch usw. ein Ende bereiten. Pergament ist mit der Handhabung von Waffen gut vertraut und hat schon einmal ein Duell ausgefochten. Die Patrioten waren durch diese unerwartete Entschlossenheit Pergaments etwas in Verlegenheit geraten. Die „Nowoje Wremja" schlug infolgedessen einen ganz verzweifelten Ton an. Man bedenke wohl, daß es für die Patrioten ein herber Schlag wäre, wenn ein Jude, der aus Feigheit sich in Rußland der Militärpflicht entzieht, nun gar in einem Duell einen echt-russischen Mann totschießen würde. Die Fabel von der jüdischen Feigheit würde also durch das Verschulden der Patrioten selbst verscheucht werden. Die reaktionäre Presse und auch die geistlichen Deputierten der Duma verurteilten nun plötzlich das bevorstehende Duell, das übrigens ziemlich unblutig verlief.

Warschau. Im laufenden Jahre haben 30 Juden die hiesigen Gymnasien und 12 Juden die Landwirtschaftliche Schule in Pulawy mit der höchsten Auszeichnung (Medaillen) beendet. Zusammen mit denen, die die Schulen im vorigen Jahre beendet haben, gibt es augenblicklich im Königreich Polen 75 solcher mit Medaillen ausgezeichneten jungen Juden. Die „Medaillisten", wie man sie nennt, haben bei der Aufnahme in die Universität den Vorrang. Trotzdem soll die zehnprozentige Norm beibehalten werden, d. h. die „Medaillisten" werden nur dann aufgenommen werden, wenn die Zahl der christlichen Kandidaten 750 erreicht. Bisher aber sind erst 500 Bittschriften um Aufnahme von Christen eingelaufen.

Der Pogrom in der Badehose.*)

Vor ungefähr hundert Jahren bereiste eine geistreiche Französin die deutschen Lande und nannte uns, froh ihres eigenen Geistes und dankbar für genossene Gastfreundschaft, das Volk der Dichter und Denker. Für solche Schmeicheleien hat jede Nation ein gutes Gedächtnis. Sie bewahrt derartige Kostbarkeiten sorglich und läßt die Kleinodien gern und oft vor aller Welt im Licht der Sonne funkeln. Die Frau, die einst dieses Wort sprach, hat sich in Deutschland die Unsterblichkeit erworben, die ihre Werke ihr nicht zu sichern vermochten. Noch heute — und heute öfter denn je — zitieren wir mit wohlgefälligem Lächeln das Urteil der

*) Aus der „Welt am Montag".

Französin, ohne daran zu denken, daß wir die Güter, die die Väter uns vererbten, immer aufs neue erwerben müssen, um sie ganz zu besitzen. Wir brüsten uns damit, daß wir in drei großen Kriegen gesiegt haben, daß unsere Industrie ein Netz über den Erdball gespannt hat, daß unsere Technik die höchsten Leistungen aufzuweisen vermag; zugleich aber glauben wir, auch den alten, längst verjährten Ruhmestitel, den die Zeitgenossin des großen Korsen uns zusprach, noch unser nennen zu können. Die deutsche Kultur, so wähnen wir, sei auch heute „noch in der Welt voran". Und wir wundern uns, daß es uns gar nicht gelingen will, in der Ostmark des Reiches über die Slawen zu siegen, denn wir sind doch fest davon überzeugt, daß die deutsche Kultur der polnischen weit überlegen ist, und unsere nationalen Sprecher heben mit Festredenoptimismus hervor, daß sie doch schließlich siegen und daß die Welt, die slawische zumal, am deutschen Wesen genesen müsse.

Wer sich dazu erzogen hat, sich selbst und die eigenen Volksgenossen, soweit es menschlicher Schwäche möglich ist, objektiv zu betrachten, der wird sich nicht mit so stolzer Freude in dem Wahn wiegen können, daß uns das kostbare Gut nationaler Kultur schon gesichert sei. Ich möchte heut an einem Einzelfalle den Beweis zu erbringen suchen, daß wir uns selbst überschätzen, wenn wir uns alle Siegfriedstugenden beilegen. Seit Jahren entfliehe ich, wenn der Straßendunst Berlins schier erstickend wird, der Atmosphäre der Stinkstäuber und versuche, mich am Ostseestrande rein zu baden. Nach dem Beispiele jenes Eberhard der Rauschebart, dem es ein lieber Zeitvertreib war, „zu waschen und zu strecken den narbenreichen Leib". Gleich am ersten Tage eile ich froh an den Strand hinab und versetze mich in einer primitiven Zelle in den unerläßlichen Urzustand. Da fällt aber auch mein Blick schon auf die Wände, und mit Schaudern gewahre ich, daß auch in diesem Jahre schon andere vor mir sich in einen seelischen Urzustand versetzt haben, um den ich sie freilich nicht zu beneiden vermag. Die Wände sind mit Bleistift bekritzelt und beschmiert, Verse und Zeichnungen wechseln miteinander ab, und alle enthalten einen Unrat, einen Schlamm, der aus den tiefsten Tiefen der menschlichen Seele aufgewühlt scheint. Alle diese Ergüsse gelten den Juden. Sie berauben uns unserer Habe, sie verführen unsere Jungfrauen, sie schänden den Geist unseres Volkes, sie sind häßlich, feige, betrügerisch, schmarotzerhaft und schmutzig, und immer wieder ertönt der Ruf „Juden raus!" Nun muß, wer über diese Dinge mit einiger Autorität sprechen will, zunächst bekennen, ob er selbst jüdisches Blut in den Adern hat. Ich bemerke daher für die Leser, die mir etwa nicht trauen sollten, daß ich auf einen tadellos arischen, durch viele Generationen belegbaren Stammbaum blicken darf. Ich finde es auch durchaus nicht unbegreiflich, daß einem Arier die jüdische Rasse unsympathisch ist oder daß er den Geist des Judentums in manchen seiner Aeußerungen bekämpft. Der Haß ist eine ebenso berechtigte Empfindung wie die Liebe, und ich möchte in der deutschen Geschichte weder die finstere Gestalt Hagens von Tronje noch das Wort Bismarcks vermissen: „Ich habe wieder die ganze Nacht gehaßt." Aber was hier an den Wänden der Badezelle dem Beschauer entgegentritt, das ist nur die schmutzige Feigheit und Geilheit niedriger Seelen, die ihren Haß gegen den erfolgreichen Konkurrenten ausschleimen. Nirgends zeigt sich deutlicher, wie sehr die lange Zeit der politischen Hörigkeit und Dumpfheit unserem Bürgertum geschadet hat. In den Ostseebädern verkehren die mittleren Schichten, die unpolitischen Schichten, die jahrzehntelang dazu erzogen wurden, den Staat wie eine von Gott auferlegte Last zu tragen, sich demütig den Joch der Regierenden zu beugen und nach jedem Fußtritt von oben heimlich knirschend die Faust zu ballen, offen aber den Kotau zu verrichten. Diese Schichten haben nicht den Mut der freien Meinung; sie werden jedem Juden ins Gesicht hinein höflich, ja vielleicht freundlich sein, in der Einsamkeit der Badezelle aber machen sie sich Luft, und dann müssen wir uns bekennen, daß die Gesinnung, die in Rußland die Pogrome hervorruft, auch in unserem Volke vorhanden ist. Sie verdichtet sich nicht zur Tat, aber das ist kein großes Lob, denn wir sind ja überhaupt tatenscheu, und die eiserne Disziplinierung des Staates unterdrückt neben unzähligen guten auch einige schlechte Instinkte. Die breiten Schichten unseres Volkes aber, die sich an Kultur dem Russen so unendlich überlegen dünken, stehen ihm leider viel näher, als sie und als wir alle es glauben wollen. Es ist sonderbar, daß nicht ein einziger dieser „gebildeten" Leute klug und gerecht genug ist, auch den historischen Standpunkt einmal hervorzuheben. Jede Anklage, die wir gegen einen Juden schleudern, ist doch zugleich eine Selbstanklage; denn die Juden leben seit Jahrhunderten mit uns, und wir selbst haben sie zu dem gemacht, was sie sind. Das ist zum Teil unser Ruhm, zum Teil unser Fluch. Es ist unsäglich traurig, daß unser Bürgertum so wenig realpolitisch empfindet, wie die Zellenexzesse es beweisen. Wer die Juden bekämpfen will, der möge doch zu wirksameren Mitteln greifen, als diese Selbstbefleckung es ist, die jeden menschlich Empfindenden dem Antisemitismus entfremden muß.

Hier könnte ein Reaktionär mich unterbrechen und mir zurufen: „Nun, sind denn diese Schichten, deren politische Unreife du tadelst, wirklich schon zur Selbstregierung mündig, und darf man es wagen, ihnen die Waffe des allgemeinen Wahlrechts in die Hände zu geben?" Darauf erwidere ich: Wer warten will, bis ein Volk politisch reif ist, der kann sehr lange warten. Immer, in jedem Entwickelungsstadium, wird die Behauptung sich aufstellen lassen, daß das Volk noch nicht fähig sei, sich selbst zu regieren. Es gibt aber nur eine Möglichkeit, eine Nation zu dieser Fähigkeit zu erziehen, und das ist die, daß wir an ihr Vermögen, sich selbst zu lenken, glauben. Diesen Idealismus haben die Herrschenden niemals aufzubringen vermocht; sie haben immer nur die eine Kunst gekannt, die Aufstrebenden niederzuhalten und die Keime der Entwickelung zu ersticken. Seit die modernen Institutionen Europa erobert haben, hat sich politische Bildung und Einsicht in erstaunlichem Grade verbreitert, wenn auch vielleicht nicht vertieft. Heute sind unter den Massen bereits Hunderttausende, deren politisches Denken — in großen Zügen gesehen — gesund und gerecht ist. Und nach einigen Jahrzehnten einer helleren Erziehung werden gewiß auch die sinnlosen und empörenden Demonstrationen, die ich hier schilderte, verschwinden. Die intellektuelle Aufklärung wird auch die Seele des Volkes erleuchten und reinigen und unsere Nachkommen werden die Zeiten belächeln, in denen der Pogrom in der Badehose die blöde Tierheit enthüllte, die uns noch heute anhaftet. Eduard Goldbeck.

Briefkasten.

R. G. in M. Die Nachricht, welche die antisemitischen Blätter in so starke Aufregung versetzt hat, daß dieser Tage von allerhöchster Stelle ein Erlaß an die Kommandostellen abgegangen sei, wonach in Zukunft bei der Offizierswahl keine Rücksicht auf die Konfession des Aspiranten genommen werden darf, kann schon wegen der Quelle, aus der sie geflossen ist, leider wenig Glaubwürdigkeit beanspruchen. Unseres Erachtens handelt es sich hierbei nur um eine gänzlich unsubstanziierte Meldung. Wir empfinden infolgedessen auch kein Bedürfnis, auf das Geschrei der antisemitischen Presse näher einzugehen.

H. J. in K. Besten Dank für die Vervollständigung der Liste der antisemitischen Badeorte.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 30. | Berlin, den 22. Juli 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen“ 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 21 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Juden und das Deutschtum.

In den gemischtsprachigen Ländern sind die Juden allenthalben der Prügelknabe, auf den von beiden Seiten losgeschlagen wird. Das ist in Böhmen, Galizien und Ungarn nicht anders wie in der Ostmark des Deutschen Reiches. Der palnische Fanatismus in der Pravinz Pasen ist varzugsweise gegen die jüdischen Geschäftsleute gerichtet, da diese treu am Deutschtum festhalten. Bis zu welchem Grade sich diese nationalpolnische Gehässigkeit gesteigert hat, zeigt folgender Hetzartikel der „Gazeta Grudz“ anläßlich der letzten Landtagswahl:

„Ferner ist es sehr wichtig, daß das polnische Volk immer mehr begreifen lernt, daß der polnische Groschen zum Polen getragen werden muß und nicht, daß er Fremden gegeben werde. Aus diesem Grunde mußten aus zahlreichen Städten und Dörfern viele jüdische sowie deutsche Handwerker und Kaufleute fortziehen; an ihrer Stelle haben sich Polen niedergelassen. Deshalb haben wir auch diesmal an vielen Orten in der ersten oder der zweiten Klasse gesiegt, wo früher an den Sieg eines polnischen Wahlmannes nicht gedacht werden konnte. . . . Möge das polnische Volk in Zukunft nur noch mehr dafür sorgen, daß diese jüdischen und deutschen Schmarotzer aus unseren Städten und Dörfern hinausgeräuchert werden, möge es bloß keinen Pfifferling mehr den deutschen und jüdischen Kaufleuten zukommen lassen, dann werden wir in fünf Jahren noch mehr Grund zur Freude haben.“

Die „Gazeta Grudz“ ist das Organ des Reichstagsabgeordneten Kulerski, der der „demakratischen“ Richtung angehört. Herr Gymnasialdirektar van Sanden in Lissa machte, wie in der letzten Nummer der „Mitteilungen“ erwähnt, den Juden einen „Mangel an Heimatsgefühl“ zum Vorwurf, mit welchem Recht, zeigt dieses affene Eingeständnis des polnischen Blattes, daß der geschäftliche Boykott in erster Linie gegen die Juden gerichtet ist. Denn die christlichen deutschen Kaufleute kommen schon wegen ihrer in den kleinen Städten verhältnismäßig geringen Zahl weniger in Betracht, und andererseits wird für sie von der Regierung und den staatlichen Organisatianen, wenn sie durch den polnischen Boykott ihrer Existenz beraubt sind, in jeder nur erdenklichen Weise gesargt. Um die jüdischen, durch den Boykott vertriebenen Geschäftsleute aber kümmert sich niemand, am allerwenigsten eine Behörde, mögen sie sich um die Förderung des Deutschtums auch noch sa verdient gemacht haben.

Dieser haßerfüllte Kampfruf der Palen gegen die Juden ist nicht etwa eine vereinzelte Erscheinung. Var einigen Wochen brachte der in Pelplin erscheinende „Pielgrzym“ (Der Pilger), der als Orgon der höheren Geistlichkeit gilt und in der Diäzese Kulm sich einer graßen Verbreitung und Beliedtheit erfreut, einen ähnlichen Hetzartikel, in dem es u. a. heißt:

„. . . . Es schneidet wahrlich das Herz, wenn man unsere Polinnen sich förmlich mit Gewalt in die jüdischen Läden drängen, ihnen die polnischen Groschen zutragen sieht. Und warum tun sie das? . . . . „Weil meine Mutter dort gekauft hat, kaufe ich auch dort“ so sagen sie, ohne darauf zu achten, daß wir jetzt anders handeln müssen als früher.

Und so überträgt sich diese schreckliche Seuche von einer unvernünftigen Generation auf die andere, und die Juden bereichern sich nach wie vor mit polnischem Gelde und verfolgen dann alles, was polnisch, was katholisch ist.

Mancher dürfte einwenden, daß diese Juden keine Hakatisten sind. O ja, wenn sie mit Dir in ihrem Laden sprechen, spielen sie sich als Freunde der Polen heraus. In ihrem Laden wissen sie nichts davon, daß der Hakatismus uns jetzt schon die Zunge (Sprache) ausreißen will, daß er seine blutgierigen Krallen nach unserem Boden, unseren Gütern, unseren Hütten ausstreckt, und uns mit Gewalt aus ihnen vertreiben will. In ihrem Laden tun diese Nachkommen der Pharisäer, als wüßten sie nichts von alledem, aber außerhalb ihres Geschäftes sind sie unsere schlimmsten Feinde.

Die Juden fördern und unterstützen aufs eifrigste den preußischen Hakatismus, jüdische Zeitungsschreiber und Bankiers. Wer hat den H. K. T.-Verein begründet? . . . der Jude Hansemann! Wer hat in verschiedenen Versammlungen die barbarische Losung: „Macht geht vor Recht!“ ausgegeben — der Jude Wagner! Welche hakatistischen Blätter hetzen am meisten gegen uns, welche verbreiten die abscheulichsten Lügen wider uns? . . Die Blätter, welche von jüdischen Firmen herausgegeben, von Jüdchen redigiert werden. Ueberall, wo nur ein Anschlag gegen uns geschmiedet wird, helfen die Juden.“

Fürwahr eine abscheuliche Hetze. Das Blatt weiß natürlich ganz genau, daß der Mitbegründer des H. K. T.-Vereins, Hansemann, mit dem Judentum in keinerlei Verbindung steht. Der „Jude Wagner“ (übrigens ein Katholik!) ist der Chefredakteur der „Posener Neusten Nachrichten“, desjenigen Blattes, das van allen Hakatisten mit einem grimmigen Hasse verfalgt wird, weil es seit Jahren — fast ganz allein in der deutschen Presse der Pravinz Pasen — die verfehlte Palenpolitik der Regierung energisch bekämpft. Mit salchen vergifteten Waffen wird jetzt von der palnischen Presse der Kampf gegen die unbequeme geschäftliche Kankurrenz der Juden geführt!

Die politische Diversian des Herrn van Sanden gegen die Juden hat übrigens, insbesondere in den Kreisen seiner früheren jüdischen Schüler, überrascht. Wir erhalten van befreundeter Seite eine Zuschrift, die wir mit Hinweglassung einiger heute nicht mehr interessierender Stellen nachstehend wiedergeben:

„Vor 28 Jahren war es, als ich als Tertianer des damals städtischen Progymnasiums zu Kempen i. P. in dem genannten Herrn meinen Ordinarius verehrte — und aufrichtig verehrte. Er stand bei allen Schülern, auch denen der höheren Klassen, in hohem Ansehen. Von einer Voreingenommenheit gegen

die Juden war bei ihm nicht eine Spur zu entdecken. Es waren vielmehr meist jüdische Schüler, welche nach Absolvierung der Anstalt in den Ferien mit besonderer Vorliebe Herrn v. Sanden besuchten und von ihm in väterlich-freundschaftlicher Weise aufgenommen wurden.

Wenn Herr v. Sanden damals schon antisemitische Neigungen gehabt haben sollte, was ich nicht glaube, so hätte er es jedenfalls verstonden, sie sorgsam zu verbergen . . .

Ich erinnere mich aus jener Zeit eines zwischen einzelnen Mitgliedern der Stadtverwaltung und deren Anhang in der Oeffentlichkeit zum Austrag gebrachten Streites — der übrigens mit Antisemitismus nichts zu tun hatte —, in welchen Herr v. Sanden, wie mir scheint, unberufen, mit einem Flugblatt einzugreifen für nötig fand. Ein Anhanger der Gegenpartei, ein Rechtsanwalt, hat darauf in einem Gegenflugblatt dem Herrn v. Sanden eine ziemlich blamable Abfuhr bereitet. Schon damals hat also Herr v. Sanden eine gewisse Neigung bekundet, sich politisch hervorzutun, mit wenig Geschick freilich. Wie sein neuerlicher Vortrag beweist, hat Herr v. Sanden auf dem Gebiete der Politik nun einmal kein Glück. Man kann ein hervorragender Gelehrter und Pädagoge und dabei ein mittelmäßiger Politiker sein. („Mittelmäßig" war bei uns die 5. Stufe der 6stufigen Zensurenskala.) Es ist zu bedauern, daß Herr v. Sanden seine geistige Spannkraft, wie es scheint, dauernd auf einem für ihn so unfruchtbaren Gebiete erschöpft.

Als Lehrer wird er mir und, wie ich glaube, allen seinen Schülern aus jener Zeit unvergessen bleiben, und meine Dankbarkeit für ihn kann durch seine antisemitische Gesinnung nicht beeinträchtigt werden . . ."

* * *

Dem „B. V. C." wird zu der Frage des Heimatsinnes der Juden noch geschrieben:

„Der beste Kenner der Geschichte der Provinz Posen, der dieses Fach auch an der Posener Akademie vertritt, ist gegenwärtig unbedingt Archivrat Prof. Dr. Warschauer. Trotz jüdischer Abstammung und jüdischen Glaubens, hielt er häufig im Auftrage der Regierung Wandervorträge über die Geschichte des Deutschtums in der Provinz Posen. Einem dieser Vorträge in Kempen, der Heimat Prof. Warschauers, wo übrigens Gymnasialdirektor v. Sanden, von dem die in Rede stehende Aeußerung stammt, längere Zeit gewirkt hat, hat Schreiber dieser Zeilen selbst beigewohnt und konstatiert, daß derselbe gewissermaßen einen offiziellen Charakter an sich trug. Denn sämtliche Behörden, von dem an der Spitze des Kreises stehenden, mit dem Titel Geh. Regierungsrat geschmückten Landrat, dem Träger eines altadeligen Namens, bis zum untersten Post- und Eisenbahnschaffner, Gendarm und Stadtpolizisten herab waren erschienen und lauschten den beredten Worten des Vortragenden, der dem Sachverhalt gemäß auseinandersetzte, wie eingewanderte Protestanten aus Schlesien und Juden stets die Träger des Deutschtums in der Provinz Posen waren.

Was die Beteiligung der Juden in der Provinz Posen am politischen und speziell kommunalen Leben anlangt, so war dieselbe stets eine überaus rege. Die Stadt Inrotschin, Laskers Geburtsort, hatte 24 Jahre lang in der Person des tatkräftigen ehemaligen Klempnermeisters Goldenring einen das Deutschtum nach allen Richtungen hin fördernden jüdischen Bürgermeister, der Nachbarort Borch ebenfalls lange Zeit hindurch einen jüdischen Kämmerer, Werner, der sein Amt zur allgemeinen Zufriedenheit verwaltete. Auch jüdische stellvertretende Bürgermeister im Ehrenamte, zur Vertretung bei Vakanzen in Krankheitsfällen und so weiter sind durchaus nicht selten, desgleichen jüdische Stadtälteste, Stadtväter, Kreis- und Provinziallandtagsabgeordnete. Auch in das preußische Abgeordnetenhaus sind ja neuerdings wieder drei jüdische Abgeordnete, Kommerzienrat Aronsohn-Bromberg, Landgerichtsrat Peltasohn und Justizrat Wolff-Lissa, durch das Vertrauen der Wählerschaft hineingewählt worden. Die Zahl der jüdischen Stadtverordneten in der Provinz Posen ist Legion. Die Provinzialhauptstadt Posen hatte seit drei Dezennien nur jüdische Stadtverordnetenvorsteher. Der Reihe nach waren es folgende Herren: Kommerzienrat Bernhard Jaffé, Geh. Justizrat Orgler, Sanitätsrat Dr. Landsberger, jetzt Stadtverordneter in Charlottenburg, Justizrat Lewinsky und seit drei Jahren Justizrat Salz. Schließlich sei noch auf die große Zahl landsmännischer Vereine, die auf Städte in der Provinz Posen ihren Ursprung zurückführen und von ehemaligen jüdischen Bewohnern derselben in Großstädten wie Berlin und Breslau begründet worden sind, hingewiesen. Vereine, wie der Hilfsverein der Posener, Rawitscher, Meseritzer, Grätzer, Schrimmer, Ostrowoer usw., die ihre Hilfstätigkeit nicht bloß auf ihre am Orte wohnenden Landsleute, sondern auch nach der alten Heimat erstrecken, beweisen zur Genüge das Heimatsgefühl der Juden in der Provinz Posen, über das es nach dem Vorhergesagten unnötig ist, noch ein Wort zu verlieren."

Die Zurücksetzung der Juden im Heere.

Der angebliche Erlaß des Kaisers an die Kommandostellen wegen der Offizierswahlen, bei denen keinerlei Rücksicht auf die Konfession der Aspiranten genommen werden soll, schrumpft, wenn eine Meldung der „Information" richtig ist, zusammen in eine Mitte Juni ergangene Verfügung des Kriegsministeriums, die ältere, bereits bekannte Bestimmungen über diese Angelegenheit von neuem ins Gedächtnis zurückruft, „da, wie hinzugefügt wird, hierzu Veranlassung vorlag."

In der Order wird darauf aufmerksam gemacht, daß sowohl bei der Zulassung der Einjährig-Freiwilligen zur Vorbereitung zur Reserveoffiziersaspiranten-Ausbildung, als auch bei der darauffolgenden Prüfung vor Beendigung der einjährigen Dienstzeit, bei den dann abzuleistenden Uebungen A und B mit Prüfungen sowie bei der Wahl des Reserveoffizier weder der Stand des Vaters, noch etwa die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft von Einfluß sein sollen. Es soll vielmehr lediglich die moralische und dienstliche Führung für die Zulassung zu der erwähnten Ausbildung und für die Wahl zum Reserveoffizier maßgebend sein.

Die Auffrischung dieser Orders könnte, wenn ihnen überall Folge geleistet würde, und das Kriegsministerium sich die Mühe nicht verdrießen lassen wollte, einzelne Fälle von Ablehnungen nachzuprüfen, zweifellos zu einem Bruch mit der bisherigen traditionellen Ablehnung jüdischer Offiziersaspiranten führen. Wird aber bei allen in Frage kommenden Stellen auch die Geneigtheit hierzu vorhanden sein?

Mit der gnädigen Bewilligung einiger jüdischen „Konzessionsschulze" wäre dem seit Jahren gröblich verletzten Rechtsempfinden selbstverständlich in keiner Weise Genüge geschehen. Und wenn etwa der in der Verfügung ausdrücklich gemißbilligten Rücksichtnahme auf Stand und Herkunft ein Hintertürchen dadurch geöffnet werden sollte, daß fortan zwar nicht mehr bei den christlichen Aspiranten, dafür aber bei den jüdischen nach „Verdienst und Würdigkeit" der Herrn Väter gefragt und entschieden werden soll, so würde man sich aus Gründen der allgemeinen Moral für einen solchen „Fortschritt" ebenfalls bedanken müssen. Solange nicht das Prinzip der Rechtsgleichheit restlos und ohne Ansehen der Person durchgeführt ist, kann von einer gewissenhaften Beobachtung der klaren Bestimmugen der Verfassung nicht gesprochen werden. Wir haben schon in der letzten Nummer dieses Blattes erklärt, daß wir, solange nicht eine authentische Beglaubigung der Verfügung vorliegt, keine Veranlassung haben, das hysterische Geschimpfe der antisemitischen Presse ernst zu nehmen. Nur auf ein sauberes Fechterstückchen der „Deutsch-sozialen Blätter" sei hier mit einigen Worten eingegangen. In ihrem ersten Schimpfartikel mit der Ueberschrift: „Wir verstehen unseren Kaiser nicht", heißt es wörtlich:

„Leider konnte eine Meldung durch die Presse gehen, die, wenn sie sich bewahrheitet, jedem Vaterlandsfreunde, jedem Freunde einer schlagfertigen Armee, die schlimmsten Besorgnisse einflößen muß."

Und der vorletzte Satz des betreffenden Artikels lautet:

„Noch immer aber hoffen wir auf Erklärungen, die unsere ernsten Befürchtungen als grundlos hinstellen. Schwindel hat das Judentum schon oft betrieben, um sich bemerkbar zu machen, hoffentlich auch in diesem Falle."

In einer späteren Nummer des Blattes aber heißt es in einer Notiz unter der Spitzmarke „Hauptmann Itzig und Oberst Schmul":

„Die gesamte jüdisch-freisinnige Presse regt sich gewaltig auf über die von uns gebrachte Mitteilung, daß der jüdischen „Konfession" die Pforten weiter geöffnet werden sollen, die bislang ihr Eindringen in die Offizierkreise verwehrten."

So nimmt das Blatt die nach seiner eigenen Meldung einer anderen Quelle entstammende Nachricht, die sie eben

erst als „*jüdischen Schwindel*" gekennzeichnet hat, sowie es zu merken glaubt, daß die Nachricht *wahr* ist, für sich selbst in Anspruch.

Doch das nur nebenbei. Denn daß die Antisemiten mit der Wahrheit und Ehrlichkeit permanent auf gespanntestem Kriegsfuß stehen, ist ja zur Genüge bekannt. Bemerkenswerter ist der Schluß der letzterwähnten Notiz, welcher lautet:

„Die *Offiziere* werden auch hinfort in *freier Wahl* über die Aufnahme neuer Kameraden beschließen und da es neben der Fähigkeit auch noch auf die *Würdigkeit ankommt*, so wird es *schwerlich* jemals heißen: *'n Tag Kamerad Itzig!*"

Das ist eine zwar etwas gewundene, aber recht *deutliche Aufforderung*, die Kabinettsorder des Kaisers, bezw. die Verfügung des Kriegsministers, zu mißachten. *Das* ist die antisemitische *Königstreue*, von der wir schon so manches Pröbchen haben mitteilen können. *Das* ist die *Loyalität* derjenigen, die nicht müde werden, von den Juden zu sagen, sie seien antimonarchisch, sie seien revolutionär. Wie nennen die Antisemiten eine an das Offizierskorps gerichtete Aufforderung, sich an eine Order des obersten Kriegsherrn nicht weiter zu kehren? Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut! Oder will das antisemitische Organ zwar nicht die Offiziere zur Nichtbeachtung des kaiserlichen Willens auffordern, sondern nur insinuieren, daß unser Offizierkorps ganz selbstverständlich tun werde, was ihm passe, nicht was der Kaiser befehle? Gegen eine solche Verleumdung mag sich das Offizierkorps wehren.

Vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.

Der antisemitische deutschnationale Handlungsgehilfenverband beteuert bekanntlich bei jeder Gelegenheit seine angeblich politische „Neutralität"; Glauben findet er damit freilich nur noch bei politischen Kindern oder Botokuden. Wie sehr man sich selbst im Lager der Konservativen daran gewöhnt hat, in dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband einen politischen Bestandteil der Rechten zu erblicken, zeigt folgende Notiz auf Seite 158 des *konservativen Kalenders für 1908*, der im *amtlichen* Auftrage der Partei herausgegeben ist:

„Zur Wirtschaftlichen Vereinigung haben sich verschiedene Gruppen verbündet. Die Deutsch-soziale Partei unter Liebermann v. Sonnenberg; der Deutsche Volksbund unter Professor Förster; die Christlich-Sozialen unter Hofprediger Dr. Stöcker; die Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfen unter Schack und verschiedene andere Richtungen."

Nun kann Herr Schack wieder „berichtigen"!

Der *Größenwahn* des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes treibt übrigens possierliche Blüten. In der letzten Nummer seines Verbandsorgans leitet er eine Serie von gegnerischen Preßäußerungen mit den selbstgefälligen Worten ein:

„Wir hatten *schon häufig Gelegenheit*, durch den Hinweis auf Zeitungsstimmen darzutun, *wie sehr* man sich allenthalben daran *gewöhnt* hat, den *deutschnationalen Handlungsgehilfenverband* als die *treibende Kraft vieler öffentlichen Vorgänge hinzustellen*. So sollten wir in der *Wahlnacht* 1907 Urheber und *Veranstalter der nationalen Kundgebung vor dem kaiserlichen Schlosse* in Berlin gewesen sein. Wir haben damals festgestellt, daß davon natürlich keine Rede sein kann."

Ach nein, das hat die „Deutsche Handelswacht" nicht festgestellt, zunächst wenigstens nicht. Sie hat im Gegenteil den betreffenden Passus eines ihr politisch sehr nahestehenden Blattes, der die „fabelhafte Gewandheit" des Verbandes in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung rühmte und zum Beweise dafür anfügte:

„Auch die *bekannten Massendemonstrationen* vor dem Reichskanzlerpalais und dem königlichen Schlosse in der *Wahlnacht* des vergangenen Winters waren das *Ergebnis einer Schar geschickt unter das Publikum verteilter deutschnationaler Handlungsgehilfen.*"

schmunzelnd übernommen unter Hervorhebung der lobenden Worte durch Sperrdruck, *ohne mit einer Silbe* die darin enthaltene *Anerkennung abzulehnen*. Erst als die „*Norddeutsche Allgemeine Zeitung*", — wie man annehmen darf, im Auftrage des Reichskanzlers, der über diese Feststellung der Provenienz der „großen nationalen Kundgebung" nicht gerade sehr entzückt gewesen sein dürfte — gegen diese Darstellung Einspruch erhob, lehnte Herr Schack in einer „Berichtigung" an das offiziöse Blatt das Verdienst des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an dieser „erhebenden patriotischen Kundgebung" mit der ihn zierenden Bescheidenheit ab. Wenn die „Nordd. Allg. Zeitung„ und andere rechtsstehende Blätter nicht Lärm geschlagen hätten, würde der antisemitische Handlungsgehilfenverband sich wahrscheinlich noch heute mit Stolz der Initiative zu dieser patriotischen Tat rühmen. Also nur immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, verehrte „Handelswacht"!

Das Organ der antisemitischen Handlungsgehilfen reibt sich in diesem Artikel auch an dem bekannten Karlsruher freisinnigen Politiker Prof. *Hummel*, obwohl dieser die soziale Arbeit des Verbandes ausdrücklich anerkannt hat; er hat aber in einem Artikel des „März" über „die Armee der Privatbeamten" freilich auch an der antisemitischen Tendenz des Vereins herbe Kritik geübt, indem er schrieb:

„*Ueber hunderttausend junge Kaufleute sehen in den Juden das böse Prinzip* unserer Wirtschaftsentwicklung und führen im deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mit großem Aufwand von Kraft und Stimme einen lebhaften Kampf gegen ihre Kollegen von der semitischen Fakultät. Es ist bis zu einem gewissen Grad bedauerlich, daß es gerade *diese dickfahligen, teutschen jungen Männer* waren, die den Ton angaben in der Aktion zugunsten der Herbeiführung einer Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die in diesem Herbst viel von sich reden machte. *Adler* nennt den Antisemitismus den „Sozialismus der Dummen". Er will damit anregen, hinter unserer Lage die Einflüsse der gesamtkapitalistischen Entwicklung überhaupt zu suchen, statt anzunehmen, die „Alliance israelite" unter Anführung des Großrabbiners von Frankreich sei boshafterweise am Werk, die Menschheit in ihre wirtschaftliche Gewalt zu bringen."

An diesen hanebüchenen Unsinn glauben aber auch heute noch Tausende von politisch unreifen Mitgliedern des Verbandes, trotz der „Aufklärungsarbeit" der Verbandsleitung.

Wiener Brief.

XI.

(Der Bruderkrieg. — Pro und contra. — Die Bukowina.)

Wien, den 18. Juli 1908.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat seine Sommerferien angetreten und der Wiener Gemeinderat ist schon vor einigen Tagen mit gutem Beispiele vorangegangen. Bald wird über allen Gipfeln Ruhe sein: die schwüle Stille des Sommers. Jetzt freilich zittert noch die Erregung nach, und es ist ganz lustig, die führenden Blätter der christlichsozialen Partei in einen Bruderkrieg verwickelt zu sehen. Das „Deutsche Volksblatt" und die „Reichspost" sagen einander Wahrheiten, für die das Wort derb eine zu milde Charakteristik gibt. Die Ursache des Streites ist die Wahl im siebenten schlesischen Wahlkreis, die vor einigen Tagen einem Sozialdemokraten zu einem Parlamentssitz verholfen hat. Bisher war der Bezirk durch einen deutschen Agrarier, also durch einen bürgerlichen Abgeordneten, vertreten. Es ist nun bekannt, daß die Christlichsozialen nicht ohne zeitweiligen Erfolg bemüht gewesen sind, die deutschfreiheitlichen Abgeordneten in ihre Netze zu fangen. Als Köder wurde

dabei der Gedanke einer Abwehrvereinigung gegen die Arbeiterpartei benutzt. Alle Vertreter bürgerlicher Interessen müßten zusammenhalten, hieß es, um der Partei des Proletariats, die auf einen gewaltigen Siegeszug zurückblickt, mit vereinten Kräften aussichtsreicher begegnen zu können. Erst kommt der Selbsterhaltungskampf, der alle nichtsozialdemokratischen Abgeordneten vereint finden müsse, und dann erst dürfe man an die Unterschiede der Weltanschauung denken. Da die Dummen nicht alle werden, war es den Christlichsozialen gegönnt, sich ins Fäustchen zu lachen. Und jetzt stellt es sich heraus, daß die christlichsozialen Wähler in Schlesien jüngst — in einzelnen Orten fast geschlossen — für den Sozialdemokraten gestimmt und so in der Stichwahl den Ausschlag gegeben haben. Darüber herrschte natürlich in den Kreisen der düpierten bürgerlichen Politiker große Verstimmung, denn die Ehrlichkeit der Partei, deren Stratege Dr. Geßmann ist, hatte die Probe schlecht bestanden.

Doch zum Glück erfaßte das Laster noch nicht alle Edeln und Herr Vergani — kein Engel ist so rein — hält strenge Wacht. Nicht um der christlichsozialen Prinzipien willen, die er nach dem Zeugnisse der „Reichspost" nicht verstehen soll, sondern wegen der Reklame für sein Blatt, von dem man nichts mehr spricht und wenig mehr sieht. Herr Vergani hat also seine Feder tiefer als sanft in die Tinte getaucht und erbost einen Artikel nach dem anderen geschrieben. Er suchte den Nachweis zu erbringen, daß die einstens so „charaktervolle" Partei jetzt im Sumpfe der Niedertracht unterzugehen Gefahr laufe. Alles Uebel aber komme von der „Piusvereinspresse" her, die auf die Politik der Christlichsozialen korrumpierend wirkt und — das hat der ehemalige Bürgermeister von Mühldorf nicht erwähnt — Herrn Vergani ins Geschäft pfuscht. Die „Reichspost" konnte diese Angriffe nicht schweigend über sich ergehen lassen. Sie schimpfte vor allem über die „Judenblätter", die angeblich an dem unerwarteten Ausgange der Wahl im siebenten schlesischen Reichsratswahlkreise schuld sein sollen, und las dann dem „Deutschen Volksblatt" gehörig die Leviten. Herr Vergani blieb die Antwort nicht schuldig und er hielt wieder der „Reichspost" vor, daß sie das christlichsoziale Programm fälsche; im übrigen möge sie sich drehen und wenden wie sie wolle, „die Tatsache, daß die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten durch die Wähler des Barons Grimmenstein (des christlichsozialen Wahlwerbers bei der Hauptwahl) eine Lumperei und eine Meuterei war, wird sie nicht aus der Welt schaffen."

Es ist eben nicht leicht, sich im christlichsozialen „Programm" zurechtzufinden. Zwei Jahrzehnte hat die Partei Dr. Luegers Grundsätze überhaupt nicht besessen und erst Herr Geßmann ließ vor den letzten Reichsratswahlen einen Aufruf produzieren, der als programmatische Grundlage der Reichspartei hingestellt ward. Das Papier ist geduldig und die Massenherstellung von Programmblättern kostet nicht viel. Wer also Freude daran hat, kann sich in den Besitz eines christlichsozialen Programmes setzen, in dem ihm alles versprochen wird, was die agrarisch-zünftlerischen Weisen aller Völker jemals gefordert haben. Dazu bekommt er noch gratis die Versicherung, daß gegen die Sozialdemokratie und gegen den „jüdisch-freimaurerischen" Einfluß unentwegt gekämpft werden solle. Was dieses nette Programm, das den Antisemitismus „zurückstellte", in der Praxis für eine Bedeutung hat, das kann man bei vielen Debatten im Parlamente beobachten. Freitag wurde über ein Handlungsgehilfengesetz beraten, das von der Gehilfenschaft freudig begrüßt wird. Doch siehe da: Herr Johann Pabst, dem Exzellenz Dr. Geßmann eines seiner beiden Mandate zur Verfügung gestellt hat, sprach heftig gegen die Vorlage, die im Schutze der Gehilfen zu weit gehe. Wie gesagt: So urteilte ein Mann, dem der „Organisator der christlichsozialen Siege", der ursprünglich Minister für Sozialpolitik werden wollte, in die Steigbügel half. Allein die christlichsoziale Partei weiß sich zu helfen. Hat Herr Pabst den Greislern Honig um den Mund geschmiert, dann wird halt Herr Axmann vorgeschickt, um vor den Gehilfen ein Kompliment zu machen. Herr Axmann ist jener berühmte Gehilfenobmann gewesen, der die Wahlen in den Gehilfenausschuß des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft jahrelang verzögerte und dadurch ein einträgliches Mandat behielt, das er bei ordnungsgemäßen Wahlen nicht zu behaupten vermochte. Gestern erinnerte er sich voll Wehmut der schönen Jugendzeit, da er noch Führer der damals antisemitischen Gehilfenschaft war und hieß die Gesetzesvorlage, die lange gehegten Wünschen Rechnung trage, herzlich willkommen . . . . Das ist nur ein Schulbeispiel christlichsozialer Programmtreue und prinzipieller Klarheit. Es muß jedoch nicht erst hervorgehoben werden, daß in dieser Vielseitigkeit Methode liegt. Wenn man pro und contra stimmt, kann man jedem etwas bringen: Dem einen die gesperrt gedruckte „glänzende" Rede des Anwaltes aller Geschäftsleute, dem anderen die „ausgezeichneten" Ausführungen des Gehilfenfreundes. Was nicht paßt, übergeht man mit einigen kurzen Worten oder schweigt es ganz tot.

Im Abgeordnetenhause hat Dr. Straucher, der jüdischnationale Abgeordnete und Präsident der israelitischen Kultusgemeinde in Czernowitz, die Agitation der antisemitischen Reichspartei in der Bukowina zur Sprache gebracht und darauf hingewiesen, daß die christlichsozialen Hetzer sich ungeniert auf die Patronanz des Herrn Dr. Geßmann — des k. k. Ministers — berufen. In der Bukowina ist der Prozentsatz der Juden ein großer — es leben dort 96 000 Israeliten — und da die Partei der „dummen Kerls von Wien" nicht annehmen kann, daß die Juden der kleinen Provinz für sie stimmen werden, bemüht sie sich, einen Keil in die national ohnehin genug zerrissene Bevölkerung zu treiben und einen starken Judenhaß zu entfachen, um dann die für den Antisemitismus erzogene fanatisierte christliche Wählerschaft um sich scharen zu können. An Geld für die Volksverhetzung fehlt es nicht; Herr Geßmann ist nicht kleinlich, ihm kommt es auf ein Wühlblatt mehr oder weniger nicht an, denn seine Devise lautet: Alles für ein Mandat, um alles durch die Mandate zu erreichen! Die Stellung eines Ministers wäre freilich mit der gleichzeitigen — wenn auch nur indirekten — Entzweiung der Bevölkerung nicht vereinbar, sofern der gute Geschmack und die so oft mißhandelte Moral in Frage käme. „Doch was schert mich Weib, was schert mich Kind, ich trage ein höheres Verlangen!" mag Dr. Geßmann denken. Ist es nicht schön genug, ist es nicht reizend, daß er in Wien den Gentleman hervorzukehren bestrebt ist und von Bankett zu Bankett zieht, ohne nach den Taufscheinen zu fragen? . . . Die „Reichspost", das Organ des Ministers, läßt sich allerdings schreiben, daß die Juden mit der Boykottierung der Christen angefangen hätten. Aber Lügen waschen nicht rein und Ausreden entlasten nicht. rm.

* * *

In unserm letzten Wiener Brief mußte u. a. die bedauerliche Tatsache verzeichnet werden, daß für den im österreichischen Reichsrat zur Abstimmung gebrachten Antrag Schmid, der die Juden vom Mittelschulstudium und auch vom Hochschulstudium ausschließen will, die deutschen sog. „freiheitlichen" Parteien — lucus a non lucendo — nahezu geschlossen gestimmt oder wenigstens durch absichtliche Absentierung ihre Sympathien für den Antrag bekundet haben. Gegen den Antrag stimmten anderseits geschlossen die Sozialdemokraten und mit wenigen Ausnahmen die Polen und die Tschechen, also das slawische Element. Daß diese unbegreifliche Konzession der „freisinnigen" deutschen Parteien an die antisemitischen Forderungen der Christlichsozialen nicht ohne politische Folgen bleiben wird, läßt sich ohne besondere prophetische Begabung schon heute voraussagen. Dadurch, daß die deutschen Parteien die Juden in Deutschböhmen

und in *Mähren*, welche jahrzehntelang die *treuesten und verläßlichsten Stützen des Deutschtums* waren, von sich weggestoßen, haben sie ihre eigene Kraft im nationalen Kampfe gegen die Tschechen geschwächt. Für die Deutschen in Oesterreich waren die Juden so wichtig und unentbehrlich, wie sie es den Magyaren in Ungarn sind. Ein getreuer Eckart der Deutschen in Mähren, das „*Mährische Tagblatt*" in Olmütz, konstatiert dies mit folgenden eindringlichen Worten:

„Herr Professor Dr. Sommer muß mit der Tatsache rechnen, daß die Juden in Mähren zum deutschen Volke zählen. Er selbst wird gewiß, wenn er das Verhältnis der Bevölkerungszahl in Mähren nach Nationalitäten feststellen wird, die jüdischen Einwohner aus der Volksziffer der Deutschen nicht ausscheiden, und er wird es auch nicht leugnen können, daß die Juden Mährens zu den opferwilligsten Anhängern des Deutschtums zählen, ohne welche das deutsche Volkstum in manchen Städten mit gemischter Bevölkerung kaum erhalten werden könnte, ohne welche selbst bei uns in Olmütz es den vordringenden Tschechen weit leichter würde, sich bald siegreich festzusetzen. Wir brauchen da nicht erst auf die bevorstehenden Handelskammerwahlen hinzuweisen. Wir möchten an den Herrn Professor die bescheidene Anfrage richten, ob er etwa glaubt, daß hier das deutsche Kasino, das deutsche Theater usw. sich erhalten könnten, wenn es heute den Juden einfiele, aus dem Verhalten einzelner freisinniger deutscher Abgeordneter gegenüber den Juden die Konsequenzen zu ziehen? Freisinnige Abgeordnete, so nennen sich ja die Herren Oberleithner und Sommer. Sind sie in Wahrheit freisinnig? Kann ein freidenkender Mensch es billigen, daß man einem Teile des Volkes die Möglichkeit, sich zu bilden, verweigern will, wie dies heute nur noch in Rußland geschieht? Ist es überhaupt ein Zeichen freien Sinnes, Bildungsschranken aufrichten zu wollen und gegen das erste und wichtigste konstitutionelle Grundrecht, gegen die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, seine Stimme zu erheben?"

Aus dem antisemitischen Lager.

Gegen die sächsische Mittelstandsbewegung, die der deutschen Mittelstands-Vereinigung, die sich (auf dem Papier) über ganz Deutschland verbreitet, zum Vorbild gedient hat, eröffnet das „*Vaterland*", das *amtliche* Publikationsorgan der *sächsischen Konservativen*, in seinem zu parteioffiziellen Kundgebungen reservierten Teile eine ungemein heftige Polemik, weil die Vereinigung ihren „einzigen und aufrichtigen Freunden" — das sind nämlich die Konservativen — in der Wahlreform in den Rücken fällt. Und warum — so fragt das konservative Blatt erbittert — dieses merkwürdige und jedem wahren Mittelstandsfreunde unbegreifliche Vorgehen?

„*Weil* einige wenige Männer, die *durchaus* eine *politische Rolle* spielen möchten, bei dem von den Konservativen unter dem Druck der Verhältnisse gutgeheißenen Wahlkompromiß nicht auf ihre Kosten zu kommen glauben, weil sie meinen, bei dem Regierungsentwurfe durch die Verhältniswahlen einige Sondermandate für sich erobern zu können.

Ist damit dem Mittelstande gedient? Können einige Abgeordnete, nur weil sie durch die Mittelstandspartei auf den Schild gehoben wurden, auch nur annähernd das erreichen, was bisher die konservative Mehrheit durchzusetzen vermochte?

Wer aus den Mittelstandskreisen nur ein wenig über die tatsächlichen Verhältnisse nachdenkt, wird leider zugeben müssen, daß die *so verheißungsvoll begonnene Bewegung* durch den *falschen Ehrgeiz der Führer in verkehrte Bahnen* gelenkt worden ist, in Bahnen, die nimmermehr zum Erfolge führen können."

Der offenbar von einem konservativen sächsischen Parteiführer herrührende Artikel schließt mit den zornigen Worten:

„Wer die Sachlage kennt, weiß genau, daß die ganze Wahlrechtsbewegung, die von den Leitern der Mittelstandsvereinigung ins Werk gesetzt wird, nicht im Interesse des Mittelstandes sein kann und daher auch keine Resonanz in diesen Kreisen finden wird. *Zeit* ist es darum endlich, daß man *aufhört*, eine *Mittelstandspolitik zu treiben*, die *keinen Nutzen bringt*, sondern nur geeignet ist, die Gegner zu stärken und damit die Aussicht auf Erfolge zu verringern."

Diese Klageepistel des *sächsischen* offiziellen Parteiorgans der Konservativen über die verkehrte und der Partei gefährliche Politik der Mittelständler läßt tief blicken. In *Preußen* denken die Konservativen bekanntlich *jetzt* genau ebenso, wie verschiedene Auslassungen der „Kreuz-Zeitung" zur Genüge erkennen lassen. Danach scheint eine weitere Entfremdung zwischen den Konservativen und der Mittelstands-Vereinigung zu erwarten zu sein, die sich wahrscheinlich alsdann noch enger an den Bund der Landwirte und die Wirtschaftliche Vereinigung anschließen wird.

Die hessischen Landtags-Ersatzwahlen, die voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Oktober stattfinden, dürften an dem bisherigen bunten Parteigewirr der II. Kammer nichts Wesentliches ändern, da einer gründlichen parteipolitischen Umgestaltung ihres reaktionären Charakters auch immer das veraltete Wahlrecht entgegensteht. Die Aussichten für das Zustandekommen überhaupt einer Wahlreform haben sich im letzten Jahre keineswegs gebessert. Der Widerstand des Zentrums und der unter der Führung des nationalliberalen Herrn von Heyl stehenden I. Kammer haben jedoch die entschiedene Linke einander näher gebracht, so daß sich zwischen *Sozialdemokraten* und *Freisinnigen* voraussichtlich eine wahltaktische Verständigung erzielen lassen wird.

Die schon in der letzten Nummer erwähnte Spaltung im *bauernbündlerischen Lager*, von dem sich die „reinen" Antisemiten unter deutschsozialer Flagge nunmehr getrennt haben, kann vielleicht zu einer Stärkung des agrarischen Flügels der Nationalliberalen führen, sicher aber auch zu einer selbständigen antisemitischen Fraktion unter der Leitung der bisherigen Abgg. Bähr und Köhler. Herr *Hirschel*, den der Bauernbund in seinem bisherigen Wahlkreise Grünberg wegen seiner gerichtlichen Bestrafung hat fallen lassen, soll von seinen näheren Freunden nun doch noch in Butzbach aufgestellt werden.

Die nunmehr zum ersten Male selbständig in den Wahlkampf eintretenden *deutschsozialen Antisemiten* bezeichnen sich in ihrem schon erwähnten Wahlaufruf selbst als „Kern- und Kristallisationspunkt der rechtsstehenden Kreise". Es gab allerdings eine Zeit, in der sich diese Leute für Demokraten ausgaben. Seitdem sie sich aber dem Bund der Landwirte angeschlossen, ist der demokratische Geist längst verflogen. Der Abg. *Köhler*-Langsdorf hat sich noch bis vor kurzem als freiheitlicher Volksmann aufgespielt, davon scheint er jetzt aber zurückgekommen zu sein, denn auch er will, wie seine Unterschrift unter dem Wahlaufruf der Deutschsozialen beweist, die rechtsstehenden Kreise kristallisieren helfen. Es ist nur gut, daß die demokratisch gesinnten Bauern rechtzeitig erfahren, wohin diese deutschsozialen Nachkommen Dr. Böckels steuern. Bis jetzt sind dem Vernehmen nach folgende deutschsoziale Kandidaten aufgestellt: Oekonom *Lutz*-Elpenrod für *Grünberg*, Oekonom W. *Fenchel*-Ober-Hörgern für *Butzbach*, *Hauck*-Schaafheim für *Groß-Umstadt—Dieburg*, Lehrer *Link*-Ruppertshain für *Schotten—Laubach*, Rechnungsrat *Götz* für *Darmstadt*, Amtsrichter *Mahr* für *Griesheim—Büttelborn*.

Aus Hessen. Der bekannte *Antrag auf Aufhebung der Antisemiten-Erlasse* kam in der *ersten hessischen Kammer* vor Schluß der Session nochmals zur Beratung. *Fürst Stolberg-Roßla* erklärte, daß er seinen ursprünglichen Vorschlag, dem Antrag nicht stattzugeben, nachträglich revidiert habe und nun selber der Meinung sei, daß, solange wir in so ruhigen Zeiten wie eben leben, diese Erlasse keine Anwendung finden sollen. Hierzu erklärte der *Staatsminister Dr. Ewald*, es sei eine ganz andere Frage, ob heute ein derartiger Erlaß gerechtfertigt sei, oder ob eine derartige Bestimmung zurückzunehmen sei. Gewiß seien die Erlasse nur für vorübergehende Erscheinungen bestimmt gewesen, die heutzutage nicht mehr beständen, aber eine *Zurücknahme* würde den Gedanken nahelegen, daß die Regierung den ihnen zugrunde liegenden gesunden Gedanken *aufgebe*. Deshalb sei die Zurück-

nahme unzulässig. Der Oberlandesgerichts-Präsident Lippold war derselben Ansicht, worauf der Antrag mit großer Majorität abgelehnt wurde.

Die Gemeinderatswahlen in den Reichslanden werden in der „Straßburger Israelitischen Wochenschrift" vom Standpunkt der reichsländischen Juden einer interessanten Erörterung unterzogen. Der Verfasser kommt dabei zu dem Schluß:

„Im großen und ganzen haben die Wahlen wieder einmal dargetan, was vielen unter uns eine unumstößliche Wahrheit ist, daß wir in Elsaß-Lothringen in den Augen der Mehrzahl unserer Mitbürger doch keine Bürger zweiten Grades sind. Dieselbe Wahrnehmung läßt sich zwar auch vielfach außerhalb unserer engeren Heimat bei den Wahlen zu städtischen Ehrenämtern machen, aber es kann doch kaum ernstlich bestritten werden, daß unsere Verhältnisse besonders günstig sind. Jüdische Bürgermeister und Beigeordnete findet man, wenn überhaupt, nirgends sonst in solch verhältnismäßig großer Anzahl. Trotz alledem hat es nicht an einem kalten Wasserstrahl gefehlt. Vereinzelt nahm, wie in diesem Blatte berichtet, der Wahlkampf einen direkt judenfeindlichen Charakter an.

Man wird im allgemeinen gerade während einer Wahl solche Flugblattliteratur nicht allzu tragisch nehmen, man darf sie jedoch auch nicht ganz unbeachtet lassen. Auf irgend eine Unterströmung weist sie schon hin, von deren Existenz Kenntnis zu haben und Notiz zu nehmen sich immerhin der Mühe lohnen dürfte.

Wirklich unangenehm ist das unerwartete Sichbemerkbarmachen derartiger Stimmungen eigentlich nur für die, welche sich gern einer Selbsttäuschung hingeben und nun plötzlich aus ihrer Ruhe aufgeschreckt werden. Allen anderen kann es dagegen nur recht sein, wenn die Wirklichkeit unverhüllt vor ihre Auge tritt. Die Dinge klar und richtig zu erkennen, ist nun einmal eine notwendige Vorbedingung zum Verständnis der Aufgaben, die wir uns stellen müssen.

Die Tatsache, daß eine gewisse Abneigung gegen uns in manchen Kreisen der nichtjüdischen Bevölkerung anzutreffen ist, hat wohl niemanden sonderlich überrascht. Daß sie einmal augenfällig in die Erscheinung getreten ist, — davon nehmen wir Vermerk, nicht gerade, um angsterfüllt und zitternd Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, sondern um — keine Vogelstraußpolitik zu treiben.

Der Judenhaß ist eine alte, tiefeingewurzelte Volkskrankheit, die viel, viel Zeit braucht, um auszuheilen, wenn wir auch die Möglichkeit zugeben, daß dies doch noch geschehen wird. Häufig bleibt ihr Vorhandensein unbemerkt, sie wühlt nur im Innern. Dann aber wiederum bricht sie bald an diesem, bald an jenem Gliede aus. Ein Universalmittel gegen sie ist noch nicht erfunden. Das wird es auch nie geben. Hie und da läßt sich vielleicht ein Pflästerchen auflegen, in hartnäckigen Fällen ist auch wohl ein operativer Eingriff dringend zu empfehlen, vielfach wird man aber auch genötigt sein, den Anfall einfach austoben zu lassen.

Letzteres ist für uns nicht gleichbedeutend mit vollständiger Untätigkeit. Wir gehören nicht zu denen, deren einziger Grundsatz es ist: Um keinen Preis Staub aufwirbeln, ja nicht den Gegner provozieren, sonst möchte es noch schlimmer werden. Die Zeiten sind vorüber, in denen geduldige Bescheidenheit und zarte Zurückhaltung der höchste Trumpf der jüdischen Politik war. Nur ist es nicht notwendig, jeden einzelnen Fall antisemitischer Regungen und Umtriebe aufzubauschen, das könnte tatsächlich Schaden anrichten, schon dadurch allein, daß er dem wohlverdienten Unbeachtetbleiben entrissen wird.

Immer aber werden solche Fälle für uns eine Mahnung sein müssen, auf der Hut zu sein, die antisemitische Bewegung als solche nicht aus den Augen zu lassen und am Kampf um unser Recht rege teilzunehmen, mögen auch unsere besonderen Verhältnisse etwas günstiger sein als die allgemeinen."

Die Entmündigung des Grafen Pückler wird jetzt von antisemitischen Blättern, die früher die „kernigen Späße" des irrsinnigen Grafen mit Behagen ihren Lesern servierten, als eine „befreiende Tat" bezeichnet. Ehren-Bruhn aber, der mit dem armen geisteskranken Schächer jahrelang politische und private höchst einträgliche Geschäfte gemacht hat, findet in seinem pornographischen Blättchen, dessen letzte Nummer wieder den „Brief eines Lebemannes" („Im Hörselberg") enthielt, der an Aufpeitschung sinnlicher Lüste das Menschenmöglichste leistet, kein Wort eines politischen Kommentars. Dafür schreibt ihm aber das Organ des „Deutschen Volksbundes" folgenden schönen und treffenden Vers ins Stammbuch:

„Nur dadurch konnte Pückler jahrelang eine an sich gute Sache so unglaublich schädigen, daß antisemitische Blätter aus gewinnsüchtiger Absicht es nicht verschmähten, mit Pücklerreden, die doch nur kindliches Gestammle waren, Geschäfte zu machen. Er und seine Helfer sind den Juden zwar ungewollte, aber tatsächlich beste Bundesgenossen gewesen. Sie alle zusammen haben es erst der jüdischen und judenfreundlichen Presse ermöglicht, die ernste vaterländische Sache des Antisemitismus in den Augen vieler Außenstehender zu einer bekannten Zirkusfigur zu machen. Wünschen wir Pückler als Landwirt eine gute Kartoffelernte nach dem Motto: Jedem das Seine, aber wünschen wir endlich dem Antisemitismus keine weiteren Auflagen ähnlicher politischer Hanswurstiaden."

Dieser Stoßseufzer wird freilich ein frommer Wunsch bleiben; denn die Rolle des politischen Hanswurstes scheint bei gewissen antisemitischen Winkelblättern sehr begehrt zu sein.

Vermischtes.

Prof. Aug. Wünsche in Dresden, wohl der hervorragendste christliche Talmudkenner und Verfasser der ausgezeichneten Arbeiten über „Die Bildersprache der Bibel" und „Die Schönheit der Bibel", feiert am 22. d. M. seinen 70. Geburtstag. Auch unseren Bestrebungen ist der verdienstvolle Gelehrte ein treuer Förderer gewesen. Er ist in der Hochflut des Antisemitismus als Mann der Wissenschaft den antisemitischen Tendenzlügen mit kraftvoller Entschiedenheit entgegengetreten. Als die Krone seiner Verdienste in dieser Hinsicht kann jenes ausgezeichnete Gutachten gelten, das er, gemeinsam mit Prof. Nöldecke, in dem Meineidsprozeß Rohling-Bloch mit ebensoviel Fleiß wie Sachkenntnis erstattet hat.

Hoffentlich ist es dem Jubilar, der u. a. zusammen mit Herrn Rabbiner Dr. Winter die vortrefflichen Midrasch-Uebersetzungen herausgegeben hat, vergönnt, sich noch recht lange seiner verdienstvollen wissenschaftlichen Tätigkeit zu widmen.

Frankfurt a. M. Zu Ehren des verstorbenen Philanthropen Charles Hallgarten, dessen Munifizenz die Stadt wie die Bevölkerung von Frankfurt a. M. ganz außerordentliche Zuwendungen zu verdanken hat, hat der Magistrat im Einverständnis mit dem Polizeipräsidium einer neu angelegten Straße den Namen „Hallgarten-Straße" beigelegt.

Berthold Auerbach-Denkmal. Der im vorigen Jahr ergangene Aufruf hat den Erfolg gehabt, daß die zur Errichtung des Denkmals nötigen Mittel nach kurzer Zeit beisammen waren. An der Spitze der Beitragenden stehen König Wilhelm II. von Württemberg und der inzwischen verstorbene Großherzog Friedrich I. von Baden. In dessen Auftrage hat gleich nach Auerbachs Tod der Bildhauer Professor H. Volz in Karlsruhe eine Büste modelliert. Nach dieser wird der Künstler nunmehr eine überlebensgroße Erzbüste schaffen, die sich auf einem Unterbau von Schwarzwaldgranit erheben wird. Das Denkmal, dessen Aufstellung im Mai 1909 erfolgen soll, wird sich bei dem Lieblingsplatz des Dichters erheben, gegenüber der noch zu seinen Lebzeiten ihm zu Ehren gepflanzten Linde in den Kursaalanlagen in Cannstatt.

Die Juden — Schürer und Inspiratoren der Ostmarkenpolitik — das ist die neueste Glanzleistung auf dem Gebiete der antisemitischen Erfindungen. Das Münchener „Deutsche Volksblatt" des Herrn Wengg, das ja allerdings zu den hartgesottensten Verleumderblättern zählt, schreibt nämlich mit eherner Stirn:

„Wir zweifeln gar nicht daran, daß bei den Schwierigkeiten in Preußisch-Polen trotz aller preußischen Rücksichtslosigkeiten die östlichen und westlichen Juden ein gemessenes Teil Schuld an der schlimmen Lage des bodenständigen katholischen Polentums tragen. Die westlichen Juden haben ein wohlbegründetes Interesse, in der judenliberalen Presse die preußische Regierung immer von neuem gegen die Polen scharf zu machen. Die Fortsetzung der Ostmarkenpolitik gibt ihnen die herrlichste Gelegenheit in

Grundstückswucher und Bodenspekulation en gros zu machen."

Nun weiß man also wenigstens: nicht die Hansemann, Kennemann und Tiedemann, nicht der preußische Ministerpräsident Fürst Bülow, der sich bisher immer mit Stolz der Erfolge „seiner" Polenpolitik gerühmt hat, sind seit Jahren die treibenden Kräfte dieser Antipolenpolitik, sondern spekulationslüsterne Juden! Herr Wengg scheint das dringende Bedürfnis zu empfinden, die durch die Entmündigung des Grafen Pückler in der antisemitischen Bewegung entstandene bedauerliche „Lücke" würdig auszufüllen.

Das antisemitische Kommerslied der Breslauer Referendare hat ein Seitenstück erhalten in einem Tafellied, das anläßlich des 22. Provinzial-Bundesschießens am 13. Juli im Breslauer Schießwerder gesungen wurde. Die dritte und vierte Strophe dieses Poems lauteten nämlich:

Und die „Koppe", wo der Tate
Mit der Mamme raufgekeucht,
Moritz er, Kommerzienrate,
Sie Sydonie, wie mir deucht.
„Eis" bestellt die Mammeleben,
Doch der Ober, der sagt „Nee".
„Moritz, nich mal Eis tut's geben,
Fahr' wer lieber an die See."
:,: O Schlesien, o Schlesien usw.

Leiden und Gebrechen heilen
Schlesiens Bäder weltbekannt,
Und an seinen Quellen weilen
„Unse Leit" aus Polenland.
Salzbrunn ist beliebt vor allen,
Ach, und ist's nicht herrlich scheen:
Wenn se in de Wandelhallen
Wandeln über beide Zeh'n.
:,: O Schlesien, o Schlesien usw.

Verfasser dieses Liedes — das in Gegenwart von Vertretern der Militär- und der Stadtbehörde gesungen wurde — ist der antisemitische Breslauer Stadtverordnete von Roux. Merkwürdig nur, daß sich kein Vorstandsmitglied gefunden hat, das gegen die Drucklegung bez. Verteilung eines solchen taktlosen Machwerkes Einspruch erhoben hat. Unter den Schützen befanden sich doch sicher auch viele Juden, die sich durch eine solche antisemitische Pöbelei mit Recht gekränkt fühlen mußten.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus in Wien hat am 22. v. M. unter der Leitung seines Präsidenten Prof. Dr. Szeberinyi seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Am Schlusse des umfangreichen Geschäftsberichts teilte der Vorsitzende mit, daß sich der bekannte Ethiker Graf Arthur Dessours-Walderode bereit erklärt hat, den durch das Ableben des Grafen Dr. Heinrich Coudenhove-Kalergi freigewordenen Posten eines 1. Vizepräsidenten anzunehmen.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Militärsuperintendent i. R. und Universitätsprofessor Dr. J. Szeberinyi, Präsident; Fideikommißherr Arthur Graf Dessours-Walderode, I. Vizepräsident; Bürgerschullehrer Oswald Hohensinner, II. Vizepräsident; Magistratsrat i. R. Dr. Ferdinand Kronawetter, Vorstandsmitglied; Kommerzialrat, Gemeinderat Dr. Alexander R. v. Dorn, Vorstandsmitglied; k. k. Regierungsrat Heinrich Löhner, Vorstandsmitglied; Oberinspektor F. R. Engel (Schriftführer), Vorstandsmitglied. Als Ehrenpräsidentin fungiert Frau Baronin Bertha von Suttner, geb. Gräfin Kinsky.

Ein von Herrn Dr. Bernhard Münz begonnener Vortrag über „Katholische Priester" mußte wegen vorgerückter Zeit und großer Hitze von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Vorsitzende betonte in seinem Schlußwort, die Existenz des Vereins zur Abwehr bilde an sich eine historische Antwort und der Verein sei insolange eine Notwendigkeit, als nicht in die breitesten Schichten die Erkenntnis eingedrungen sei, daß man im Nächsten den Menschen lieben müsse, gleichgültig, ob er Christus oder Moses oder Mohammed folge — wenn er ein Mensch sei, so gebühre ihm Recht und Schutz.

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungsorte. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Hotel zur Traube in Bad Neuenahr als antisemitisch zu bezeichnen ist.

Ueber Borkum schreibt die in Emden erscheinende „Ostfriesische Zeitung":

„... Man befürchtet vielleicht, daß in Borkum Erholung suchende Israeliten durch judenfeindliche Elemente aus dem Reiche immer noch schikanösen Belästigungen ausgesetzt sein könnten, trotzdem auch der Minister des Innern im Herrenhause eröffnet hat, jedem derartigen öffentlichen Versuche entgegentreten zu wollen. Der Unterstützung der Einwohner Borkums dürfen Minister und Badegäste sicher sein."

Einen neuen Beweis dafür, daß die Bewohner von Borkum einsehen, wie schmachvoll und nachteilig ihnen das Treiben der antisemitischen Badegäste ist, liefert folgende Mitteilung des Herrn Erich Friedländer in Kottbus:

„Vor einigen Wochen empfing ich einen Prospekt des Nordsee-Hotels, Besitzer F. Schmidt, Nordseebad Borkum, und gleichzeitig die Mitteilung, daß Borkum neben vielen Vorzügen nunmehr einen ruhigen (fettgedruckt) Kuraufenthalt gewähre, weil die Abendkonzerte nicht mehr störend einwirken. Ich schrieb darauf an den Besitzer des Nordsee-Hotels, F. Schmidt, und teilte mit Bezugnahme auf seinen Prospekt mit, daß ich die Absicht hätte, in diesem Jahre meinen Sommeraufenthalt in Borkum zu verleben, daß ich Jude sei, in seinem Hotel wohnen und bereits jetzt für mehrere Wochen ein Zimmer bestellen würde, wenn er mir garantiere, daß antisemitische Pöbeleien in seinem Hotel nicht vorkämen, damit der angepriesene ruhige Aufenthalt tatsächlich vorhanden wäre. Als Antwort empfing ich: „Im Besitz Ihres werten Schreibens teile Ihnen mit, daß ich Sie in jeder Weise in Schutz nehmen werde, eine Garantie für Andersdenkende zu geben, ist mir jedoch nicht möglich!"

In dem neuesten Prospekt der Kurverwaltung von Königsfeld im badischen Schwarzwald, einem Höhenort, der 1806 als Kolonie der Evangelischen Brüdergemeinde in Herrenhut gegründet wurde, findet sich folgende Bemerkung:

„Der christliche Charakter des Ortes bedingt auch christliche Hausordnung in den meisten Häusern, Hotels und Pensionen, weshalb Israeliten ihn nicht aufsuchen."

In einem früheren Prospekt soll der Besuch von Juden direkt verbeten worden sein.

Den Abgeordneten Liebknecht und den Grafen Pückler bringen die „Rechtsgelehrten" der „Lustigen Blätter" aus Anlaß der Verweigerung des Urlaubs aus der Strafhaft, die der sozialdemokratische Abgeordnete zurzeit auf der Festung Glatz verbringt, in eine anmutige Gedankenverbindung:

„Dem Liebknecht wird hierdurch eröffnet, daß er aus der Strafhaft nicht beurlaubt werden kann, um an den Sitzungen des Preußischen Abgeordnetenhauses teilzunehmen. Der Liebknecht sollte sich vergegenwärtigen, daß es total gleichgültig ist, ob der 11. Berliner Wahlkreis im Landtag gesetzlich vertreten ist, oder nicht. Den Liebknecht machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß er sich nicht einbilden darf, ähnlich behandelt zu werden wie der antisemitische Graf v. Pückler-Tschirne, der allerdings zeitweilig aus der Strafhaft entlassen wurde. Dem Liebknecht schwebt vielleicht der Fall jenes Sängers vor, der Strafurlaub erhielt, um an einer Opernvorstellung mitzuwirken. Wenn der Liebknecht nachzuweisen vermag, daß er ein antisemitischer Graf ist und daß er den Urlaub zur Beschimpfung preußischer Behörden zu benutzen gedenkt, so wird sich über die Unterbrechung der Strafhaft reden lassen. Sollte der Liebknecht inzwischen eine hervorragende Tenorstimme und einen Kontrakt mit einer Hofoper nachweisen können, so wird die Strafunterbrechung zu erwägen sein. Andernfalls bleibt es bei dem, was wir dem Liebknecht bereits eröffnet haben."

Bestrafte antisemitische Roheit. Aus Straßburg wird berichtet:

Auf der Straße in Tauberbischofsheim hatte ein Schmied aus Hochhausen seinem Unmut über einen die Gegenpartei in einem Prozeß vertretenden Rechtsanwalt dadurch Ausdruck gegeben, daß er den Anwalt als Israeliten mit antisemitischen Schimpfworten überhäufte und plötzlich mit der Faust ins Gesicht schlug. Wegen schwerer Körperverletzung vom Schöffengericht zu zwei Wochen Ge-

fängnis verurteilt, legte der Schmied gegen das Urteil Berufung ein. Auf die gleichzeitig von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde aber von der Strafkammer in Mosbach die Strafe auf zwei Monate erhöht. Diese Erhöhung wurde mit dem Hinweise begründet, daß einer derartigen Anwendung des Faustrechts gegen einen Rechtsanwalt, als den Angehörigen eines mit den Gerichten zur Rechtsfindung berufenen Standes, kräftig entgegengetreten werden müsse.

Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand gilt als ein Mann von tiefer religiöser Lebensanschauung; er ist ein überzeugter Christ, aber er schätzt auch jedes andere Religionsbekenntnis und bringt daher auch dem Judentum Achtung entgegen. Er betonte des öfteren, daß er die Juden als Patrioten und treue Untertanen kenne, und benützte schon manche Gelegenheit, um sich anerkennend über sie auszusprechen.

In der österreichischen Armee wird bei der Beförderung nach der Religion nicht gefragt. Es existiert infolgedessen auch keine Zurücksetzung der Juden, wie die Tatsache beweist, daß die österreichische Armee eine ziemlich große Zahl von jüdischen Offizieren auch in den höheren Chargen aufweist.

Der flammende Aufruf des Grafen Tolstoi: „Ich kann nicht schweigen", bereitet der reaktionären deutschen Presse schweres Aergernis. Der „Rundschauer" der „Kreuz-Zeitung", Prof. Schiemann, wütet förmlich gegen den mutigen Grafen:

„An all dem Blute, das damals von den Bauern in bestialischer Erregung vergossen worden ist, und wiederum an all dem Blut, das bei der Pflicht der Regierung, die staatliche Ordnung herzustellen, vergossen werden mußte, hat der Graf Leo Tolstoi seinen Anteil. Mit welchem Rechte tritt er als Ankläger auf? Es steckt eine ungeheure innere Unwahrheit in seinem Treiben, und er hat nicht einmal die Entschuldigung aufzuweisen, daß er als weltfremder Theoretiker einer Utopie nachgeht."

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" fügen zum Schimpf noch den Hohn:

„Graf Leo Tolstoi schließt seinen Aufruf mit den Worten: „Es ist unmöglich, so zu leben; ich wenigstens kann und will nicht so leben," er sehnt sich danach, daß seine „alte Kehle" durch den Strick des Henkers zusammengepreßt werde. Der Wunsch wird ihm nicht erfüllt werden. Denn für Schwärmer und wunderliche Toren hat das Gesetz noch immer Milderungsgründe gehabt: Er wird in seinem Bette sterben."

Für solche Roheiten, wie sie die „Kreuz-Zeitung" und das Leipziger alldeutsche Blatt hier verüben, gibt es allerdings keine „Milderungsgründe".

„21 000 jüdische Deserteure". Herr Theodor Fritsch, dessen Wahrheitsliebe wir schon wiederholt an drastischen Beispielen gekennzeichnet haben, hat kürzlich in seinem „Hammer" die alte Lügenmär wieder aufgefrischt, daß von den 63 300 jüdischen Rekruten, die bei der letzten Aushebung in Rußland stellungspflichtig waren, rund 21 000 sich ins Ausland geflüchtet hatten. Zu Hause geblieben wären vorwiegend nur diejenigen, die wegen ihrer mangelhaften körperlichen Verfassung keine Aushebung zu befürchten hatten. Daran war der liebliche Kommentar geknüpft:

Wie sagte doch der alte Pharao in Aegypten? — „Es ist kein Verlaß auf sie, und im Falle eines Krieges möchten sie sich zu unseren Feinden schlagen."

Diese Behauptung ist nichts anderes als eine verkürzte Neuauflage der Verleumdung, die in einer Anfang Mai stattgehabten Sitzung der russischen Duma, der Führer der „Schwarzen Hundert", Purischkewitsch verübt hatte, um den gewaltsamen Ausschluß der Juden aus dem russischen Militärdienst, den er beantragte, schmackhaft zu machen. In derselben Sitzung aber war dieses ganze Lügengewebe sofort von Roditschew, dem hervorragendsten Führer der Kadetten, in seiner ganzen Erbärmlichkeit dargetan und zerfetzt worden. Das Wichtigste aus seiner Rede ist die von ihm durch Zahlen lückenlos bewiesene Tatsache, daß die angeblich so kolossale Ziffer jüdischer Deserteure nur dadurch zustande kommt, daß die Aushebungsregister in einer unglaublich liederlichen und bewußt irreleitenden Weise geführt werden. So werden Verstorbene und seit Jahren Ausgewanderte, die zum großen Teil als kleine Kinder das „gastliche" Land bereits mit ihren Eltern verlassen haben, ruhig weiter geführt und zur Aushebung beordert. Wenn sie dann, wie natürlich, nicht erscheinen, so werden sie als „fahnenflüchtig" gebucht. Ja, noch mehr: es wird sogar von irgendwie auffindbaren Angehörigen dieser „Deserteure" die Strafe von 360 Rubel eingezogen! Diese Feststellungen blieben in der Duma unwidersprochen und führten die Ablehnung des Antrages Purischkewitsch herbei. Ob sie aber unseren einheimischen Hetzern endlich genügen werden? Bei deren bekannter Seelenverfassung kaum anzunehmen. Es wird immer flott und plump weiter verleumdet.

Die Juden-Einwanderung in Amerika im Lichte der Kriminalstatistik. Nicht geringes Aufsehen erregte vor einem Jahre die Behauptung des Newyorker Polizei-Oberkommissars Bingham, daß die eingewanderten Juden das größte Kontingent der Verbrecher in Amerika stellen. Bingham behauptete insbesondere, daß von den 2000 Photographien des Newyorker Verbrecheralbums 1200 Juden darstellen. Ueberdies schrieb der Sekretär Binghams in einem Briefe an den Politiker Barondes, daß von den 189 202 Individuen, welche im Jahre 1902 verhaftet wurden, 35 000 Juden waren. Daß diese Angaben von den Judenfeinden und Gegnern der Einwanderung gründlich ausgenützt wurden, ist selbstverständlich. Nun hat die Redaktion der „Federation Review", eines Organs der „Federation of Jewish Societies" sich der Mühe unterzogen, auf Grund amtlicher Daten die Angaben Binghams und seines Sekretärs auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Mit der Arbeit wurden die Professoren Isaak Hurwitz und M. G. Katz betraut und diese haben bald festgestellt, daß die erwähnten Daten nichts anderes als haarsträubende böswillige Entstellungen sind. Die offiziellen statistischen Daten ergaben, daß im Verlaufe des Jahres 1907 in Newyork im ganzen 666 Juden angeklagt wurden, was bei einer jüdischen Bevölkerung von über ¾ Million 0,81 per Mille ausmacht. Vergleicht man die Zahl der jüdischen Verbrecher mit derjenigen der nichtjüdischen, so ergibt sich folgendes: Am Ende des Jahres 1907 hatte Newyork etwas weniger als zwei Millionen christliche Einwohner; christliche Angeklagte gab es im Jahre 1907 rund 3910, d. h. 2 per Mille. Mit anderen Worten: die Zahl der jüdischen Verbrecher war im genannten Jahre im Verhältnisse zu ihrer Bevölkerungsziffer mehr als um das doppelte kleiner als die der christlichen Verbrecher. Von den 666 jüdischen Angeklagten wurden 86 im Verlaufe der Verhandlung befreit, 120 Fälle wurden in anderer Weise erledigt und bloß 460 wurden endgültig verurteilt. Betrachtet man die Art der Verbrechen, wegen welcher die 460 Juden verurteilt wurden, so findet man, daß 269 Verbrechen gegen das Eigentum und die übrigen Verbrechen gegen die Person waren. Interessant ist auch der Vergleich zwischen den jüdischen Arrestanten und den christlichen. Es wurden insgesamt 153 Juden in die staatlichen Gefängnisse gebracht, d. h. 1 : 5000, während bezüglich der christlichen Bevölkerung schon auf jede 2000 Personen ein Arrestant entfällt. Wichtig ist auch die folgende Darstellung: Mehr als die Hälfte der jüdischen Verbrecher steht im Alter zwischen 15 und 20 Jahren, während bekanntlich der größte Teil der jüdischen Einwanderer über zwanzig Jahre alt ist. Aber trotzdem übersteigt die Verhältnisziffer der jüdischen jugendlichen Verbrecher nicht diejenige der christlichen jugendlichen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 31. Berlin, den 29. Juli 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich. Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I. Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Juden — Staatsbürger zweiter Klasse.

Wir haben festgestellt, daß in Preußen-Deutschland in bezug auf die Ernennung von Juden zu Offizieren neuerdings keine Aenderung zum Besseren eingetreten ist. Die in der Presse erwähnten Verfügungen beziehen sich auf unsere jüdischen Mitbürger nicht; es bleibt alsa bei der bisherigen Praxis, wonach sie die Gleichberechtigung in der Armee nicht genießen.

Da die antisemitischen Blätter nicht müde werden, im Verlauf der über diese Frage geführten Diskussion die alten Legenden über die Untauglichkeit der Juden zum Militärdienst überhaupt, über ihre Ungeeignetheit für den Offiziersberuf im besanderen aufzufrischen, so sehen wir uns genötigt, mit wenigen Worten darauf zurückzukommen, nicht um die törichten Argumente wieder einmal im einzelnen zu widerlegen, sondern lediglich um die Situation einer erneuten Beleuchtung zu unterziehen.

Da wird in Artikeln und anonymen Zuschriften auseinandergesetzt, daß den Juden infolge der ihnen anhaftenden Rasseneigenschaften die nötige Autorität mangele, daß in den weitesten Kreisen unserer christlichen Bevölkerung nun einmal erfahrungsgemäß der Jude nicht als geeignet zum Führer angesehen werde usw usw.

Demgegenüber sei auf die Tatsache hingewiesen, daß es in fast allen Armeen der zivilisierten Welt zahlreiche jüdische Offiziere gibt, die an der Seite ihrer christlichen Kameraden im Dienste des Vaterlandes ihre volle Schuldigkeit tun.

Die Armeen der uns befreundeten Dreibundstaaten Oesterreich-Ungarn und Italien zählen jüdische Offiziere. Italien hat sagar einen jüdischen Karpskammandanten und einen jüdischen Kriegsminister gehabt. In dem Offizierskarps der englischen Armee und Marine sind Juden vertreten. Jüdische Offiziere bis in die höchsten Rangstufen finden wir in der Armee und in der Marine der Vereinigten Staaten.*)

Auch in der holländischen Armee werden Juden ahne weiteres in das Offizierskorps aufgenommen. Erst dieser Tage sandte uns der Lehrer a. D. A. Bromberg in Pankow „zur Illustration des in den Niederlanden herrschenden freiheitlichen Geistes" eine Schilderung folgender Episode, die sich in Amsterdam abspielte:

„Am 11. d. M. fand die Vereidigung meines Enkelkindes, namens Richard Bromberg, eines 22 Jahre alten Studenten der Medizin, in Gegenwart seiner in Amsterdam wohnenden Eltern auf dem großen Exerzierplatze der Kaserne statt. An der einen Seite ein Regiment Infanterie in Reihe und Glied im Karree aufgestellt. In der Mitte Richard in Galauniform, mit der linken Hand die Fahne festhaltend. Der Regimentsoberst und zwei höhere Offiziere zu Pferde neben ihm und im Hintergrunde eine Gruppe von 20 Offizieren und daneben seine Eltern mit einem zu ihrer Orientierung beigegebenen Ordonnanzoffizier. Der Oberst hielt erst eine kurze kernige Ansprache, stellte Richard seinen nunmehrigen Offizierskameraden als gleichberechtigt vor, und sprach ihm dann den Eid vor, den R. mit erhobenen zwei Fingern laut nachsprach. Dann defilierten die Truppen vor dem Obersten, wobei Richard seine Kompagnie schon selbst führte. Nachher wurden die Eltern in der Offiziersstube von dem Obersten allen Offizieren vorgestellt und mußten mit allen bei einem Glase Portwein (vom Obersten dargereicht) anstoßen. — Richard ist Jude, seine Eltern und ich sind es ebenfalls.

Das ist schön und erfreut das Herz. Möchte dieser Akt in unserem preußischen und deutschen Vaterlande Anklang und Nachahmung finden."

In der französischen Armee gibt es über 300 aktive jüdische Offiziere. Erst vor einigen Wochen ist der General Valabrègue, Kommandeur der 21. Infanteriebrigade, zum Divisiansgeneral befärdert worden. Unsere gewerbsmäßigen antisemitischen Verleumder meinen nun, daß schon die Fälle Dreyfus und Ullmo gegen die Zulassung van jüdischen Offizieren in der deutschen Armee sprechen müßten. Abgesehen davan, daß Dreyfus durch Gerichtsurteil freigesprochen bezw. rehabilitiert warden ist, ist es doch eine Unverfrorenheit sondergleichen, es so darzustellen, als ob die Juden vorzugsweise des Landesverrats sich schuldig machten. Selbst ein antisemitisches Blatt, die „Sachsenschau" verurteilt ein solches Gebaren ihrer Parteigenossen, indem sie schreibt:

„Wir begreifen nicht, wie man heute noch den Juden den Landesverrat als ein nur bei ihnen vorkommendes Verbrechen ankreiden kann. Wir haben in letzter Zeit soviele schwere Landesverratsverbrechen von richtigen Deutschen, ja sogar von deutschen militärischen Chargen begehen sehen, daß kein Deutscher mehr Veranlassung hat, hier den Pharisäer zu spielen. Immer gerecht bleiben! Die Deutschen haben in Landesverräterei genau soviel auf dem Kerbholz."

In allen Armeen wird den Juden valle Gleichberechtigung gewährt. Man hält es überall für selbstverständlich und macht kein Aufheben davon. Nur bei uns werden die Juden systematisch vam Offizierkarps ausgeschlassen.

Den Hinweis der Antisemiten auf die „minderwertige Rasse" hat sich der Kriegsminister v. Einem, als er im Reichs-

---

*) Im spanisch-amerikanischen Kriege verfügte die Armee der Vereinigten Staaten über 4000 jüdische Soldaten. Diese Zahl wurde auf die Weise festgestellt, daß so viele Juden das Verlangen gestellt hatten, am jüdischen Versöhnungstage einem Gottesdienste beiwohnen zu dürfen.

Bekannt ist, daß Präsident Roosevelt, der das berühmte Regiment der Rough-Riders im Kriege in Cuba und auf den Philippinen befehligte, unter seinem Kommando siebzehn jüdische Soldaten hatte und wiederholt erzählt hat, daß jeder einzelne von ihnen im Kriege den größten Mut und die stärkste Ausdauer bekundete und sie alle Mitkämpfer durch ihren Heldenmut überraschten. Roosevelt sagte: „Der Jude kennt im Kriege keine Angst!"

tage über die Zurücksetzung der Juden interpelliert wurde, nicht zu eigen gemacht. Er hat nicht behauptet, daß die Juden wegen ihrer Abstammung nicht das Zeug zum Offizier hätten. Er würde damit ja auch den Stab gebrochen haben über die christlichen Offiziere jüdischer Herkunft. Der Herr Minister hat sogar den jüdischen Soldaten das beste Zeugnis ausgestellt. Er sei überzeugt, daß sie überall ihre Schuldigkeit in Krieg und Frieden tun. „Sie können jedem sagen, der es hören will, daß die jüdische Religion unter keinen Umständen einen Grund abgeben kann, Juden nicht zu befördern" — rief Herr v. Einem aus.

Und doch war die Erklärung des Ministers eine ausweichende. Er berief sich auf die Abneigung des Offizierkorps, Juden in seine Reihen aufzunehmen und suchte diese Abneigung u. a. mit der wenig liebevollen Behandlung, welche die unter jüdischer Leitung stehenden Blätter dem Offizierkorps zuteil werden ließen, zu rechtfertigen. Mit einem solchen merkwürdigen Beschönigungsversuch setzte sich der Minister über die klaren Bestimmungen der Verfassung hinweg. Die Worte des Ministers waren nicht nur nicht geeignet, unsere jüdischen Mitbürger zu befriedigen, sondern mußten sogar das Offizierkorps in der Zurückweisung jüdischer Aspiranten geradezu bestärken.

Es muß immer wieder klipp und klar ausgesprochen werden: die Gleichberechtigung der Juden, insbesondere auch auf dem Gebiete der Heeresverwaltung, steht bei uns nur auf dem Papier. Welcher Hohn liegt darin, daß dieselben Juden, die wegen ihres angeblich übermächtigen Einflusses in deutschen Landen befehdet und beschimpft werden, tatsächlich Staatsbürger zweiter Klasse sind!

Aus dem Landtagswahlkreis Emden-Norden.

Man schreibt uns:

Unter den angefochtenen Landtagsmandaten befindet sich auch das des nationalliberalen Oberbürgermeisters, Geheimrats Fürbringer-Emden. Bei der Wahl von 1903 eroberten die Nationalliberalen erstmalig das Mandat mit nur einer Stimme Mehrheit; und durch das Wachsen der Einwohnerzahl Emdens und seiner Vororte waren dieses Mal die Chancen der Liberalen etwas günstiger geworden. Die Agrar-Konservativen setzten deswegen ihrerseits alle Hebel in Bewegung, um das Mandat wieder zurückzugewinnen.

Der Landrat von Frese-Emden — selbstverständlich konservativ — beliebte eine Wahlbezirkseinteilung, die in einzelnen Bezirken das Wahlresultat in seinem Sinne zu beeinflussen geeignet war. So mußten z. B. die Wähler aus dem 800 Einwohner zählenden Larrelt, die bei der letzten Reichstagswahl durchgehends liberal gestimmt hatten, nach dem um die Hälfte kleineren Orte Wybelsum, das bei der Reichstagswahl antisemitisch gewählt hatte, zur Ausübung des Wahlrechts wandern. Im Wahlort Abbingwehr-Grimersum-Wirdum wurde nicht, wie bei allen früheren Wahlen, das in der Mitte des Bezirks liegende, die weitaus meisten Einwohner zählende Wirdum als Wahlort bestimmt, sondern das in der äußersten Ecke gelegene kleine Grimersum, so daß die Wähler von Abbingwehr durch Wirdum nach Grimersum pilgern mußten.

Diese für unbefangene Gemüter unverständliche Anordnung erscheint in richtiger Beleuchtung, wenn man weiß, daß Wirdum, der Wohnsitz des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Fegter, bei der Reichstagswahl mit überwältigender Majorität liberal stimmte, während Grimersum geschlossen für den Deutschsozialen Groeneveld eintrat.

Eine Beschwerde des Abgeordneten Fegter hatte, wie zu erwarten war, keinen Erfolg. Der über die Kgl. Regierung in Aurich eingegangene Bescheid lautete:

„Aurich, 18. Mai 1908.

Auf Ihre an den Herrn Minister des Innern gerichtete Beschwerde über den Landrat des Landkreises Emden vom 4. d. M. erwidere ich Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst nach stattgehabter Prüfung, daß für mich nach §§ 1 und 7 des Wahlreglements keine Veranlassung zum Einschreiten vorliegt.

gez.: v. Ratibor."

Fegter erhob nunmehr Beschwerde beim Ministerium gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten und bat insbesondere, wenn wegen der Kürze der Zeit eine Aenderung der Wahlbezirke nicht mehr möglich sein sollte, im Wahlbezirk 7 an Stelle des Wahlortes Wybelsum doch Larrelt und im Wahlbezirk 16 an Stelle von Grimersum doch Wirdum als Wahlort zu setzen, weil diese Orte für die übergroße Mehrzahl der Urwähler am gelegensten seien. Auf diese Eingabe wurde Fegter am 20. Juni (die Landtagswahl war bekanntlich am 16.) durch Vermittelung des Gemeindevorstehers von Wirdum wie folgt beschieden:

Berlin, den 5. Juni 1908.

Der Minister des Innern.

Ihre Vorstellung vom 25. Mai d. J., in der Sie über einzelne Anordnungen des Herrn Landrats in Emden aus Anlaß der Urwahlen zum Hause der Abgeordneten Beschwerde führen, ist erst am 30. v. M. hier eingegangen. Eine Abänderung der Urwahlbezirkseinteilung und in der Bestimmung der Wahlorte und Wahllokale war daher nicht mehr möglich. Die vorgenommene Prüfung hat aber auch ergeben, daß die betreffenden Anordnungen des Herrn Landrats auf sachlichen Gründen beruhen. Der anbei zurückfolgende abweisende Bescheid des Herrn Regierungspräsidenten in Aurich ist daher gerechtfertigt.

Im Vertretung: (Unterschrift unleserlich).

Zu dieser eigentümlichen Wahlbezirksgeometrie gesellte sich als weitere Merkwürdigkeit das folgende Stückchen. Borkum ist von jeher liberal gewesen. Bei der Reichstagswahl 1908 wurden in der Hauptwahl von 341 abgegebenen Stimmen nur 21 für den agrarisch-antisemitisch-konservativen Kandidaten abgegeben und in der Stichwahl von 314 nur 46. Die Wahlmännerwahlen in Borkum zur diesjährigen Landtagswahl zeitigten aber das überraschende Ergebnis, daß sämtliche 9 gewählte Wahlmänner sich verpflichtet hatten, ihre Stimme dem konservativen Kandidaten Landrichter Smid zu geben. Wie war dieser Ausgang möglich? Bald sollte das Dunkel gelichtet werden, und es zeigte sich, daß das Resultat durch einen Kuhhandel zustandegekommen war.

Die Insel Borkum gehört zur Landschaftlichen Zwangsbrandkasse und hat, obwohl Borkum rein städtische Verhältnisse besitzt, in der ländlichen Abteilung die recht erheblichen Beiträge zu entrichten. Sie belaufen sich in diesem Jahre auf 2 pro Mille, während die Versicherten in den Städten und Flecken nur 0,8 pro Mille zu zahlen haben. Da der Unterschied in der Beitragsleistung für die Borkumer jährlich rund 12 000 Mark beträgt, hegen sie seit langen Jahren den begreiflichen Wunsch, mit den Städten auf eine Stufe gestellt zu werden. Alle Bestrebungen scheiterten aber an dem hartnäckigen Widerstand der Kassenvertretung, bis Konservative auf den Einfall kamen, hieraus bei der Landtagswahl Kapital zu schlagen. Wie aus eingeweihten Kreisen glaubwürdig verlautet, soll zwischen dem Gemeindevorsteher Kievich-Borkum und dem Landschaftsrat Georgs-Damhusen, dem Führer des Bundes der Landwirte, und einigen anderen Herren folgender Kuhhandel in Szene gesetzt worden sein: Wenn die Borkumer ihre neun Wahlmänner für die Kandidatur Smid stellen würden, dann würde dem Antrag Borkums, in die städtische Feuersozietät versetzt zu werden, Folge gegeben.

Die Entscheidung über die Versetzung stand bei den 6 Landschaftsräten, wovon je 2 von der Ritterschaft, den Städten und den Landgemeinden gewählt sind.

Es verlautet sogar, daß dieser Kuhhandel schriftlich fixiert wurde, weil man Borkumerseits auf mündliche Versprechungen, die vor der Wahl abgegeben würden, sich nicht einlassen wollte.

Daß es ferner noch an Beeinflussung abhängiger Wähler nicht fehlte, ist beim preußischen Dreiklassenwahlrecht selbstverständlich. Selbst Wahlmänner in der Stadt Emden, die sich verpflichtet hatten, für Fürbringer zu stimmen, suchte man abspenstig zu machen. Der Bürgermeister D. aus Emden (liberaler Wahlmann) wurde während des Wahltermins in Marienhofe plötzlich unwohl und verließ den Saal, konnte ihn aber unter dem Beistand liberaler Freunde bald wieder betreten. Böse Zungen bringen dieses plötzliche Unwohlsein in Verbindung mit einem Besuch, den der Landrat von Frese und Oekonomierat Wychram, 2. Vorsitzender des Bundes der Landwirte, dem Wahlmann D. tags zuvor abstatteten.

Wenn trotz aller dieser Mittel und Mittelchen der nationalliberale Kandidat gesiegt hat, so ist das wesentlich der tatkräftigen Unterstützung der Linksliberalen zu verdanken, denen es gelang, in den ländlichen Wahlbezirken, namentlich des Landkreises Norden, eine unerwartet große Zahl liberaler Wahlmänner durchzubringen. Die Linksliberalen sind gern so energisch für Fürbringer eingetreten, weil dieser bei der Reichstagsstichwahl seine Wähler aufgefordert hatte, gegen den Antisemiten für den Freisinnigen Fegter zu stimmen. Beide Mandate werden die vereinigten Liberalen zu verteidigen wissen und sie sehen auch dem Ausgange des gegen Fürbringers Wahl eingelegten Protestes mit gleichmütiger Ruhe entgegen.

Es wäre aber zu wünschen, daß überall da, wo es sich darum handelt, gegen agrarisch-antisemitisch-konservative Richtung zu kämpfen, die Liberalen stets in der hier gezeigten vorbildlichen Weise einig vorgingen. Keine Partei vergibt sich dabei etwas, und der Gesamtliberalismus wird bedeutend gefördert.

Aus dem antisemitischen Lager.

Berthold von Ploetz, dem Mitbegründer und 1. Vorsitzenden des *Bundes der Landwirte*, widmet die „*Deutsche Tageszeitung*", das Hauptorgan des Bundes, anläßlich der 10. Wiederkehr seines Todestags (24. Juli) einen Gedächtnisartikel. Wir vermissen darin die Erwähnung der Tatsache, daß Herrn von Ploetz hauptsächlich der spezifisch *antisemitische Charakter* der agrarischen Bewegung in Deutschland zuzuschreiben ist. Agrarische Hochschutzzöllnerei ist mit Antisemitismus nicht von vornherein identisch. In anderen Ländern besteht ebenfalls eine starke agrarische Bewegung, aber ohne antisemitischen Einschlag. Ja, der *Begründer* der internationalen agrarischen Agitation, David *Lubin*, dessen Name auch die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt mit großer Achtung genannt hat, ist selbst *Jude*. Bekannt ist, daß er den König von Italien für die Gründung eines internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom zu gewinnen verstanden hat, dessen feierliche Eröffnung am 23. Mai d. J. begangen worden ist. Viktor Emanuel hat das Verdienst Lubins um diese Gründung wiederholt in schmeichelhaften Schreiben anerkannt.

Anders in Deutschland. Der Abg. von Ploetz schloß in der Versammlung, in der die Auflösung des „Deutschen Bauernbundes" und der Uebertritt zum Bunde der Landwirte angenommen wurde, seine Rede mit einem Aufruf an alle Produktivstände, sie möchten sich vereinigen, um einen festen Damm „gegen die zersetzenden Mächte des Freisinns, des *Judentums* und der Sozialdemokratie zu errichten".

Bereits im nächsten Jahre hatte der Bund der Landwirte den Antisemitismus offen auf seine Fahne geschrieben, indem auf seiner im Februar 1894 stattgehabten Generalversammlung einstimmig beschlossen wurde, daß jedes Mitglied einer der christlichen Konfessionen angehören müsse.

Auch die späteren Generalversammlungen trugen einen ausgesprochen antisemitischen Charakter, Herr *Liebermann von Sonnenberg* wurde einer der beliebtesten, stets mit stürmischem Beifall begrüßten Redner in diesen Generalversammlungen. Er erklärte sich denn auch „ganz zufrieden mit dem Ausdruck antisemitischer Gesinnung, wie er ihn im Bunde gefunden hätte". „Ein Jubel ohne Ende" — rief Herr von Liebermann unter dem Beifall der Generalversammlung vom Februar 1897 — „würde die deutschen Lande durchbrausen, wenn wir auch eine Grenzsperre bekämen *gegen die Judeneinfuhr*".

In derselben Bundesversammlung sprach Major a. D. *Endell*, der „kleine Ploetz", von den Juden, die auf Gummirädern zur Börse fahren, aber nicht das Vaterland verteidigen können! Stürmischen Beifall fanden folgende Verse, welche Herr Lucke vorlas:

> In allen Börsensälen ist Ruh!
> Von den Kindern Israels findest Du
> Kaum einen Hauch.
> Da drüben sind noch einige Schreier!
> Aber warte nur, Abraham Mayer,
> Bald ruhest Du auch.

Solche faden Witze fanden stürmischen Beifall in einer Vereinigung von Berufsgenossen, welche die deutsche Landwirtschaft vertreten und die Mittel ausfindig machen wollen, wie ihr zu helfen wäre!

Im Reichstagswahlkreise Wolfenbüttel-Helmstedt, wo für den verstorbenen nationalliberalen Hospitanten von Kaufmann eine Nachwahl stattzufinden hat, beabsichtigt der gesamte reaktionäre Klüngel — wahrscheinlich unter der Firma der Wirtschaftlichen Vereinigung — eine eigene Kandidatur aufzustellen, um das Mandat an sich zu reißen. Der bisherige Vertreter ist zwar bei den letzten Reichstagswahlen schon im ersten Wahlgange mit 14 122 gegen insgesamt 13 346 Stimmen der anderen Parteien gewählt worden, aber nur deswegen, weil die rechtsstehenden Parteien infolge der durch die Blockpolitik geschaffenen Situation von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur Abstand genommen hatten. Bei den vorhergehenden Wahlen im Jahre 1903 hatten der Kandidat des Bundes der Landwirte, Landwirt *Römer*, der ausdrücklich als „*Angehöriger der deutschsozialen Partei*" bezeichnet wurde, 5049 Stimmen erhalten und war somit hinter dem nationalliberalen Kandidaten, der 5810 Stimmen erhalten hatte, nur um wenige hundert Stimmen zurückgeblieben. Die Bündler und Antisemiten spekulieren jetzt offenbar darauf, daß sie mit *welfischer Unterstützung* die *Nationalliberalen* aus der Stichwahl mit den Sozialdemokraten *verdrängen* können. Wie bei Redaktionsschluß gemeldet wird, hätten sich „alle bürgerlichen Parteien" für die am 11. September stattfindende Ersatzwahl auf die Kandidatur des braunschweigischen Landtagsabgeordneten *Kleye*-Jerxheim geeinigt, der wohl als „mittelparteilicher Wilder" bezeichnet werden kann.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist prompt mit seiner von uns vorausgesagten „Berichtigung" zur Stelle. Er bestreitet die Richtigkeit der in dem konservativen Kalender für 1908 enthaltenen Behauptung, daß sich auch „*die deutschnationalen Handlungsgehilfen* unter Schack" der *Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen* haben und erklärt, daß er schon unterm 30. Dezember v. J. dem Verlage des konservativen Kalenders eine entsprechende Richtigstellung habe zugehen lassen.

Wir nehmen selbstverständlich von dieser Zuschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes nur rein referierend Vermerk, wie wir dies auch hinsichtlich der Notiz des konservativen Kalenders getan haben. Im übrigen dürfen wir wohl daran erinnern, daß das *Kasseler deutschsoziale Blatt* im März d. J. eine Notiz ent-

hielt, wonach in dem Vorstande der dort gegründeten Ortsgruppe der Wirtschaftlichen Vereinigung falgende Gruppen und „Richtungen" vertreten seien:

„Christlichsaziale, Deutschsaziale, Deutschnationale Handlungsgehilfen, die christlichen Gewerkschaften, die konfessionellen (evangelischen) Arbeitervereine und die — Gemeinschaftsleute."

Merkwürdig, daß Herr Schack diese Natiz des ihm politisch nahestehenden Blattes, die dach die Angabe des konservativen Kalenders durchaus bestätigt, bisher noch nicht „berichtigt" hat.

Thomas Reuther-Gießen, der, wie unseren Lesern bekannt, als antisemitischer Redakteur auf eine „sehr bewegte" Vergangenheit zurückblickt, ist wieder einmal wegen Verleumdung zu drei Manaten Gefängnis verurteilt worden.

Im Februar d. J. brachte die in Gießen erscheinende antisemitische „Hessische Wochenzeitung" einen Artikel, in dem die Tierärzte in Babenhausen, Höchst i. O. und Reichelsheim beschuldigt wurden, sie hätten in einer Gerichtsverhandlung in Sachen des Pferdehändlers Aron Meyer-Reichelsheim i. O. ein unrichtiges Sachverständigen-Gutachten abgegeben. Die Tierärzte stellten Strafantrag wegen Beleidigung. Der Staatsanwalt gab jedoch dem Antrag nicht Folge. Infolgedessen strengten die Beleidigten gegen Reuther die Privatklage vor dem Schöffengericht in Reichelsheim i. O. an. Da die Zeugenaussagen nichts Belastendes gegen die Tierärzte ergaben, erkannte das Gericht auf eine Strafe von drei Monaten unter Versagung mildernder Umstände.

Mit der Sensntionspresse beschäftigt sich aus Anlaß des Eulenburg-Prozesses die „Köln. Volks-Ztg." in einem längeren Artikel, der neben manchen Schiefen und zu unrecht Verallgemeinernden doch auch bittere Wahrheiten für die deutsche Presse enthält, insbesandere für die „Wahrheit" des antisemitischen Reichstagsabg. Bruhn, die das Zentrumsargan mit in erster Linie unter diesen übel beleumundeten Blättern aufzählt. Der Artikel gibt van dieser Skandalpresse folgende allgemeine Charakteristik:

„Die Käufer all dieser Sensationsblätter aber sind nicht die Gebildeten, sondern Leute vom Valke, Bürger und Arbeiter. Wieviele tausend Groschen werden im Jahr für diese Sumpfpflanzen der Reichshauptstadt geopfert. Und meistens ist der Käufer noch der Gefappte. Dem Titel entspricht meist nicht der Inhalt mit den dunkeln, allgemeinen Andeutungen und unwahren Uebertreibungen. Bisweilen greift dann der Staatsanwalt ein mit einer Anklage. Der betreffende Sitzredakteur wird bestraft, und ein anderer treibt die Sensationsarbeit weiter, zum Schaden des Valkes."

Das trifft Wort für Wort gerade auf das saubere Blättchen des Herrn Bruhn zu, das dem Berliner Sittenschilderer des angesehenen Zentrumsargans offenbar als Porträtstudie gedient hat.

In Freiwaldnu in Oesterreichisch-Schlesien ist in diesen Tagen bei einer Nachwahl zum Reichsrat für den verstarbenen deutschnationalen Abg. Kaiser ein Sozialdemokrat gewählt warden und zwar, was dem Ergebnis der Wahl einen besonders pikanten Beigeschmack verleiht, mit Hilfe christlichsazialer Wähler, abwohl deren Parteileitung die Parole zugunsten des deutschnationalen Agrariers ausgegeben hatte. Der agrarischen „Deutschen Tageszeitung" wird hierzu van ihrem österreichischen Korrespondenten geschrieben:

„Von grazem Interesse ist dabei, daß der nationale Flügel der Christlichsozialen die Abgabe christlichsozialer Stimmen für den sazialdemokratischen Kandidaten aufs schärfste verurteilt, während der klerikale Flügel nichts gegen ein salches schwarz-rotes Kartell einzuwenden hat, ja nicht übel Lust zeigt, ein Zusammengehen der Christlichsozialen mit den Sazialdemokraten bei künftigen Wahlen behufs Vernichtung der anderen deutschen Parteien ernstlich ins Auge zu fassen. Es zeigt sich alsa auch hier der starke Zwiespalt, der in der heutigen christlichsozialen Partei besteht und der sich fartgesetzt verschärft und schließlich zu einem Bruche führen wird."

Zum „Fall Ullmo" bemerkt die „Deutsche Reform", das offizielle Organ der antisemitischen Refarmpartei am Schlusse einer längeren Notiz, in der sie auch den „Fall Dreyfus" erwähnt:

„Ein jüdischer Hochverräter löst den andern ab."

Für das Organ des Herrn Zimmermann bleibt also Dreyfus, trotzdem seine Unschuld vor aller Welt durch Urteil des höchsten französischen Gerichtshofs klargestellt ist, der „jüdische Hochverräter". Eine feine Moral, die Moral der gewerbsmäßigen Verleumder!

In der Barmer Ortsgruppe der Mittelstands-Vereinigung kracht es, wie in sa vielen anderen. Die Herren von der Zentralleitung möchten gar zu gern die Fiktion aufrecht erhalten, daß die Mittelstands-Vereinigung ein Sammelpunkt für alle Angehörigen des Mittelstandes sei, gleichviel welchen Berufes und welcher sozialen Stellung. Die Beamten, Techniker, Privatbeamte, Lehrer usw. verhalten sich aber zum großen Leidwesen der Herren um Rahardt den Liebeswerbungen dieser Sarte Mittelständler gegenüber kühl bis ans Herz hinan. Es hat sich infalgedessen in Barmen aus diesen Kreisen eine starke Gegenagitation gegen dies Zünftlertum der Mittelstands-Vereinigung gebildet, die die dortige Ortsgruppe gar sehr in den Harnisch gebracht hat. Auch die „Deutsche Valkspost" fühlte sich veranlaßt, zu der von der Ortsgruppe gegen diese „Quertreibereien" beschlossenen Resolution noch einige „aufmunternde" Worte zu sagen:

„Die Mittelstands-Vereinigung soll das sein, was ihr Name besagt, eine Vereinigung aller Gruppen und Berufsstände des deutschen Mittelstandes. Bekanntlich werden von einigen Führern einer anderen rheinischen Ortsgruppe fortgesetzt Versuche gemacht, durch die Ausschaltung der Privatbeamten, Lehrer usw. aus der Mittelstandsvereinigung Verwirrung in derselben anzurichten; namentlich soll dies von einem noch sehr jugendlichen Herrn geschehen, der selbst weder Kaufmann noch Handwerker ist und der sich hüten sollte, mit Steinen gegen ein Glashaus zu werfen, in dem er selber sitzt. . . . Jedenfalls hat sich die Ortsgruppe Barmen ein Verdienst darum erworben, in einer an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Resalution jenen Standpunkt klipp und klar zum Ausdruck gebracht zu haben, der dauerndes und festes Gemeingut aller Ortsgruppen werden muß. Bis zur Generalversammlung muß jedenfalls die Frage in denselben vollkammen geklärt sein; die Delegierten müssen mit einer festen Marschroute hierin nach Düsseldorf gehen, die keinesfalls einen Kanossagang vor jener anderen Richtung „mit der ihr gehörenden Zukunft" bedeutet."

Das klingt nicht gerade sehr siegesfreudig. Offensichtlich haben die Herren von der Zentralleitung einige Besorgnis, daß es auf der diesjährigen Generalversammlung in Düsseldorf nicht ganz nach ihren Wünschen gehen wird.

Vermischtes.

Das „mangelnde Heimatsgefühl" der Juden in der Provinz Posen in der Beurteilung des Statistikers. Herr Gymnasialdirektor von Sanden in Lissa i. P. kann unmöglich die statistischen Quellenwerke über die nationale Verschiebung der Bevölkerung in der Provinz Posen gelesen haben, sanst würde er sich schwerlich zu dem ungerechten Urteil über die jüdische Abwanderung haben hinreißen lassen, das ihn nun in der antisemitischen Presse zum wissenschaftlichen Heros erhebt. Der ehemalige Direktar des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Professor Dr. Boeckh, bekanntlich auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik eine der hervorragendsten Autoritäten, hat im dritten Heft des Jahrgangs 1894 der „Preußischen Jahrbücher" einen „Die Verschiebung der Sprachverhältnisse in Posen und Westpreußen" betitelten Aufsatz veröffentlicht, dem die Ziffern der Volkszählung van 1890 zugrunde lagen, der ersten, bei welcher seit 1830 die Erhebungen auch auf die Muttersprache ausgedehnt worden waren. Vam kon-

fessionellen Gesichtspunkt gelangte der hervorragende Statistiker dabei zu folgendem Ergebnis:

„Hier zeigt sich, daß die Abnahme der jüdischen Bevölkerung einen wesentlichen Faktor des Rückganges der deutschen Sprache bildet, wie ich schon in meiner „Volkszahl des Deutschen" betonte, daß „in verschiedenen Posener Städten das Vorherrschen des deutschen Idioms in der starken Vertretung der jüdischen Bevölkerung seine Ursache hatte."

Statistisch findet diese Erscheinung prägnanten Ausdruck in der Tatsache, daß unter den 458 144 weniger vorgefundenen Deutschsprechenden nicht weniger als 60 720 Juden sind, wogegen nur 434 Juden mehr bei den Polen gefunden wurden!

Wenn diese unverhältnismäßig starke Abnahme der deutschsprechenden Juden noch nicht die Augen darüber öffnet, daß mit der Zerreibung der von polnisch-nationaler, wie von deutsch-nationaler Seite in gleicher Weise angegriffenen jüdischen Bevölkerung der Ostprovinzen nur die Geschäfte der großpolnischen Agitation getrieben werden, dem ist überhaupt nicht zu helfen.

*

Von dem Gymnasialdirektor Herrn Prof. von Sanden erhalten wir unmittelbar vor Redaktionsschluß folgendes Schreiben, auf das näher einzugehen wir keine Veranlassung haben:

Der Umstand, daß in Nr. 30 Ihres Blattes einer meiner früheren Schüler sich mit meiner Person beschäftigt (in einer, wie ich dankbar anerkenne, freundlichen Weise), bestimmt mich, von meinem Grundsatz, ungerechtfertigten Angriffen nur Schweigen entgegenzusetzen, einmal abzugehen.

Ihr Gewährsmann findet nach meiner ganzen Vergangenheit antisemitische Gesinnung bei mir unbegreiflich. Ganz recht; dann hätte es doch aber nahe gelegen, zunächst ruhig und ohne Voreingenommenheit zu prüfen, ob wirklich in meinen Ausführungen antisemitische Gesinnung zutage tritt. Ich habe in einem fachwissenschaftlichen Referat u. a. die Schwierigkeit dargelegt, die sich uns Lehrern der Provinz Posen bei der Aufgabe entgegenstellen, in unsern Schülern Heimatgefühl zu wecken, und habe dabei ausgesprochen, daß im allgemeinen (d. h. nicht ohne Ausnahme) die Juden wenig Anhänglichkeit an das Posener Land zeigten. Dies und nichts mehr ist der Sinn meiner Ausführungen. Ich habe also auf einen Zug hingewiesen, den ich für einen Mangel bei einem Teile der jüdischen Bevölkerung halten muß. Heißt nun aber eine Schwäche in dem jüdischen Wesen erkennen und aussprechen Antisemit sein? In der Bejahung dieser Frage läge implizite der Anspruch, daß der Jude ohne Mängel, schlechthin vollkommen ist. Wird die obige Frage bejaht, so muß auch folgender Schluß gelten: in seiner aus Anlaß meines Referates an den Herrn Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten gerichteten Eingabe spricht der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens davon, daß der Deutsche in der Fremde leicht und schnell seine Stammesangehörigkeit vergesse; er hebt also einen Mangel des deutschen Wesens hervor; mithin ist er antideutsch. Soll dieser Schluß gezogen werden? — Ich bin wiederholt ohne jede Rücksicht für meine jüdischen Schüler eingetreten, wo ich sie benachteiligt sah — ein Beispiel dürfte von den hiesigen Abiturienten Ostern 06 zu erfahren sein —; folgt daraus etwa, daß ich Philosemit bin? Mit nichten; ich bin weder dieses noch jenes, aber ich bin seit 30 Jahren bestrebt, alle meine Schüler ohne Ansehn der Person, des Standes, der Konfession, der Nationalität nach Billigkeit und mit Wohlwollen zu behandeln, und ich habe oft die Freude gehabt, dies auch von jüdischen Eltern anerkannt zu sehen. —

Als „politische Diversion" können meine in einem geschlossenen Kreise von Fachmännern vorgetragenen Ausführungen nicht bezeichnet werden; ich wurde durch das mir gestellte Thema mit Notwendigkeit darauf geführt.

Ihr Gewährsmann kommt dann auf eine weit zurückliegende Episode zu sprechen. Da er, damals wohl noch Schüler, kaum mehr als den äußeren Rahmen der Begebenheiten kennt, muß ich seine Darstellung in einem für mich wesentlichen Punkte ergänzen. In die Meinungsverschiedenheiten über eine kommunale Frage und die daraus hervorgehenden öffentlichen Erörterungen, die damals, d. h. vor ca. 25 Jahren, die Bewohner Kempens in 2 Lager teilten, geriet auch ein Kollege von mir, der bereits verstorbene Mathematiker K., hinein. Er wurde darauf von der Gegenpartei scharf angegriffen, wollte antworten, kam aber nicht dazu, da er erkrankte. Um den augenblicklich wehrlosen Kollegen zu decken, trat ich — ἑκὼν ἀέκοντί γε θυμῷ — ein. Also nicht „unberufen", sondern aus einem Motiv, für das meinem ehemaligen Schüler das Verständnis hoffentlich nicht abgehen wird, griff ich in den Streit der Parteien ein. Die Antwort, die mir von einem Gegner zuteil wurde — nicht Mangel an sachlichen Gründen — bestimmten mich durch ihren Ton, auf eine Fortsetzung der Debatte zu verzichten. Wenn mein ehemaliger Schüler das „eine ziemlich blamable Abfuhr" nennt, so ist das seine persönliche Auffassung, die ich ihm nicht nehmen will. Mir kommt es nur darauf an, festzustellen, daß „eine Neigung, mich politisch hervorzutun," mir damals ebenso fremd gewesen ist, wie jetzt. Ich muß daher auch das mir von diesem zweifellos sehr berufenen Beurteiler zuerteilte Prädikat in politicis dankend ablehnen. Genauere Einzelheiten, auch Namen, stelle ich ihm bereitwilligst privatim zur Verfügung, falls er es für angezeigt halten sollte, seinem alten Lehrer mit offenem Visier gegenüberzutreten.

Ich überlasse es Ihrem Billigkeitsgefühl, ob Sie meinen Ausführungen in Ihrem Blatte einen Platz gewähren wollen; jedenfalls würden Sie mich zu Dank verpflichten, wenn Sie meinem früheren Schüler dieses Schreiben zugänglich machen wollten.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Prof. von Sanden, Kgl. Gymn.-Direktor.

Ne quid nimis. Von geschätzter jüdischer Seite wird uns geschrieben:

Wie ich in der Juli-Nummer der Monatsschrift „Ost und West", des Organs der deutschen Konferenz-Gemeinschaft der Alliance Israélite Universelle, lese, sagte der Geschäftsführer in dem Bericht, den er in der am 31. Mai in Berlin abgehaltenen Generalversammlung erstattete, u. a. folgendes:

„Nur böser Wille kann verkennen, daß der Alliance gelungen ist, was den Kreuzzügen mit ihren Myriaden von Menschenopfern nicht gelang: daß sie europäische Kultur nach dem Orient zurückgetragen, dem Heimatlande des Lichts, der Gesittung dieses Licht wiedergegeben hat. Wenn einst die Geschichte der Kultur im Orient von einem wahren Historiker geschrieben werden wird, so werden ihre stolzesten Blätter der Alliance Israélite Universelle gewidmet sein. Denn die Geschichte des Fortschritts, der Kultur im Orient ist die Geschichte der Alliance selbst!"

Das ist denn doch eine starke Uebertreibung, die den geschichtlichen Tatsachen widerspricht. Niemand kann gerechterweise bestreiten, daß die Alliance Israélite Verdienste hat. Man hat deshalb nicht nötig, zu derartigen Ueberschwänglichkeiten seine Zuflucht zu nehmen. Gerade weil wir Juden uns fortgesetzt der Unwahrheiten und Entstellungen der Antisemiten zu erwehren haben, sollten wir Wert darauf legen, in den Urteilen über die Bedeutung des Judentums und über den Einfluß jüdischer Organisationen uns der strengsten Objektivität zu befleißigen. Geschieht das nicht, so liefern wir nur Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus.

Während des elften deutschen Turnfestes in Frankfurt a. M. trat auch der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft, die jetzt fast 900 000 Mitglieder zählt, zu wichtigen Beratungen zusammen. Der greise Vorsitzende Dr. Ferd. Goetz-Leipzig legte dabei dem Gesamtausschuß, der alljährlich zusammentritt, den Jahres- und Geschäftsbericht für das vergangene Jahr 1907 vor. Er gedenkt darin auch der Feinde der Deutschen Turnerschaft, die freiheitlich gesinnt ist. Zu diesen gehässigen Feinden rechnet Dr. Goetz auch diejenigen, die „in stärkerer und schwächerer Tonart das Parteisteckenpferd des Antisemitismus auf dem Gebiete des Turnwesens reiten." —

Dr. Goetz denkt dabei an die drei- oder viertausend Turnbunds-Helden in Deutschland, die zuerst Antisemiten und dann erst Turner sind. Ferner gedenkt er dabei noch des ausgeschiedenen österreichischen Kreises XVa, dem es wegen seiner antisemitischen Tendenzen bei den freiheitlichen deutschen Turnern nicht mehr behagte. Die freiheitlichen österreichischen Turner waren natürlich, wie immer, so auch auf dem diesjährigen Turnfeste sehr stark vertreten und ernteten mit ihren Vorführungen lebhaften Beifall.

Wie geschäftsmäßig die antisemitischen Turner übrigens denken, zeigt folgendes Geschichtchen, das die „Deutsche Turnzeitung", das offizielle Organ der Deutschen Turnerschaft, mitteilt. Da hatte der antisemitische Turnbund in Oesterreich den Turnverein zu Vöcklabrück auf Antrag des Salzburg-Oberösterreichischen Gaues aus dem Bunde ausgeschlossen, weil der Turnrat des Vereins zu Vöcklabrück seinen Antisemitismus vergessen hatte und daher zur Erbauung einer Turnhalle einen Beitrag von einem jüdi-

schen Geschäftsmann erbeten und erhalten hatte. Man schloß den Turnverein aus, weil sein Vermögen durch das jüdische Geld „verseucht" sei.

Nun stellte sich auf irgend eine Weise heraus, daß der ausgeschlossene Verein recht wohlhabend ist. Da reute die antisemitischen Größen ihr Tun, und sie mühen sich nun, den Verein wieder einzufangen, freilich ohne Erfolg.

„Ist das nicht lustig, „verseuchtes Vermögen", weil ein Jude etwas dazugegeben hat?" schreibt die „Deutsche Turnzeitung".

Juden als Geschworene. In den *Reichslanden* werden, wie im Anschluß an unsere Mitteilungen über die verhältnismäßig nicht geringe Anzahl von Juden, die bei den jetzigen Gemeinderatswahlen gewählt worden sind, noch vermerkt sei, Juden auch häufiger zu Geschworenen ernannt als in den übrigen Teilen des Reiches, insbesondere in Preußen. Das Straßburger „Israelitische Wochenblatt" führt mehrere Fälle aus den letzten Jahren, so aus Mülhausen und Sierenz, an.

Als Künstler im Wohltun charakterisiert Stadtrat Dr. Carl Flesch-Frankfurt a. M. in der Augustnummer der „Süddeutschen Monatshefte" den verstorbenen *Charles Hallgarten:*

„Zum Wohltun gehört nicht der persönliche Reichtum, Männer wie Bodelschwingh in Deutschland, Booth in England haben, auf dem allerdings begrenzteren Gebiet der reinen Armenpflege arbeitend, sogar Größeres erreicht als Hallgarten, ohne selbst vermögend, geschweige denn reich genannt werden zu können. Aber es genügt auch nicht, wenn man, sei es als Eigentümer, sei es als Vorstand eines Vereins, einer Stiftung usw. die Macht hat, über äußere Mittel zu verfügen, nicht einmal dann, wenn zu dieser Macht, dem „Vermögen", der Wille zum Helfen hinzutritt. Es braucht die überlegene, abgeklärte Ruhe des Urteils, die — in der Armenpflege wie in jeder anderen Kunst — nicht nur Ausfluß der persönlichen Sinnesart, sondern vor allem die Folge der genauen Erkenntnis der Unzulänglichkeit aller schulmäßigen Regeln und Vorschriften ist, ohne die freilich die gewöhnliche handwerksmäßige Ausübung schwer gelingen möchte. Man soll ohne peinliche Prüfung des Falles, ohne Aufnahme eines Fragebogens, strenge Untersuchung aller Verhältnisse in der Wohnung, Nachforschung bei den Arbeitgebern und Bekannten des Hilfsuchenden keine Unterstützung geben. Hallgarten unterhielt zur Unterstützung der Privatwohltätigkeit, die er selbst und andere ausübten, ein großes Bureau mit geschulten Beamten. Aber er war sich ebenso klar über die Notwendigkeit, von jenen Regeln abzuweichen und ohne ängstliche Untersuchung und mißtrauische Nachprüfung der ihm vorgetragenen Tatsachen zu geben, wenn der Fall danach angetan schien. Und er wußte anderseits auch, daß die Armenpflege, die am einzelnen Fall geübt wird, vielfach mit Notwendigkeit unzulänglich ist; da nämlich, wo der einzelne Fall selbst nur eine Folge des Vorhandenseins allgemein wirkender Verarmungsursachen ist. Solchen allgemein wirkenden Verarmungsursachen kann der Einzelne nicht steuern; sie abzuschwächen ist die Aufgabe, der innere Zweck der gesamten Staatstätigkeit und der unaufhörlich sich vollziehenden volkswirtschaftlichen Entwicklung . . . .

Auf diesem Gebiet liegt das Verdienst aller Meister des Wohltuns, liegt auch das Hallgartens. Wo es galt, Anstalten zu errichten, neue Einrichtungen ins Leben zu rufen, Vereine zum Studium einzelner sozialer Uebel oder Arbeiten zur Erforschung einzelner Probleme ins Leben zu rufen, war er zur Stelle. Gab es doch in Frankfurt keinen diesen Fragen gewidmeten lokalen Verein, und in Deutschland keine den Problemen der Armenpflege gewidmete Zentralorganisation, gab es doch in Europa kaum eine zum Wohl seiner Glaubensgenossen errichtete internationale Anstalt, zu deren Förderern er nicht gehört hatte. Und zwar zog er diese Art der opferwilligen Tätigkeit mit Recht derjenigen vor, die sich darauf beschränkt, eine einzelne Anstalt zur Abschaffung eines einzelnen Uebels ins Leben zu rufen und diese dann noch eigenem Gutdünken zu verwalten. Er wollte nicht allein geben; sondern er wollte die anderen vermögenden Leute, „seine Klassengenossen", wie der sozialdemokratische Terminus technicus lautet, veranlassen, mit ihm zu geben; und er wollte nicht allein in einer von ihm begründeten Anstalt herrschen und verwalten, sondern er wollte die Mildtätigkeit derjenigen in Anspruch nehmen, die mit ihm das Interesse an der Linderung des einzelnen Notstandes teilten. Wollte man seine Tätigkeit mit Schlagworten aus dem politischen Gebiet kennzeichnen, so müßte man sagen, daß er, jedenfalls so weit die Aufgaben der Armenpflege und Wohltätigkeit und der sozialen Hilfeleistung in Frage kamen, nicht Monarchist oder Aristokrat, sondern Demokrat im besten Sinne war. Im Atelier, am Schreibtisch oder im Laboratorium mag der Einzelne, wie der Soldat im Gefecht, „auf sich selber ganz allein stehen". Beim Kampf gegen soziale Schäden wird er, selbst wenn seine geistigen Kräfte und die äußeren Mittel, über die er verfügt, ungewöhnlich groß sind, doch dem Heer von Uebeln und der Vielheit der Ursachen und Verhältnisse gegenüber, mit denen zu rechnen ist, nicht das gleiche leisten können, wie eine Mehrheit von Leuten in gemeinschaftlicher Arbeit. Hallgarten wußte dies; und wenn ihm weder die berufliche Beamtenorganisation des Staats oder der Gemeinde zu Gebot stand, noch die auf Grund religiöser Ueberzeugung geleistete Gefolgschaft von Anhängern und Jüngern, so konnte er dafür die Bedeutung der freien Vereinstätigkeit."

Mit der Vertretung des Deutschtums in Oesterreich durch die sechs deutschen Minister ist unsere alldeutsche antisemitische Presse sehr unzufrieden. Die „*Deutsche Zeitung*" des Herrn Dr. Friedrich Lange veröffentlicht eine lange Klagepistel, welche an dem Deutschtum dieser Herren, der Christlichsozialen bez. Klerikalen Baron Bienerth, Ebenhoch und Geßmann und der „Deutschnationalen" Marchet, Prade und Derschatta, kein gutes Haar läßt. Die *nationale Tätigkeit* der „deutschen" Minister sei „nach der Seite: bloßer Abwehr slawischer Bestrebungen *gleich Null.*"

Wie im Parlamente das Deutschtum mehr und mehr an die Wand gedrückt werde, so auch im Kabinett, obwohl hier sechs „angebliche Deutsche" einem offiziell farblosen Ministerpräsidenten, einem Juden (Klein), zwei Tschechen und zwei Polen gegenüberstehen.

Der Eisenbahnminister Derschatta, der früher der schärferen Tonart der (antisemitischen) deutschen Volkspartei angehörte, bekommt folgende niedliche Bosheit zu hören:

„Soviel ist gewiß: wäre heute ein Slawe Eisenbahnminister — die *Verslawung der Staatseisenbahnverwaltung* könnte sich unmöglich *rascher* und *glatter* vollziehen, *als unter diesem Deutschen.*"

Selbst die durch die letzten Wahlen vollständig zertrümmerte *Schönerer-Gruppe* findet keine Gnade mehr vor den Augen dieses unbarmherzigen Kritikers, der allein die „echt deutsche" Gesinnung in Erbpacht besitzt:

„Die *völlige Verneinung*, die diese Gruppe seit langem kennzeichnete, machte sie ohnehin meist zu einer *fruchtbaren* Vertretung der deutschen Interessen *untauglich.*"

Da die „Deutsche Zeitung" mit Bezug auf den „Juden Klein" ausdrücklich erklärt, daß er als deutscher Minister „nicht in Betracht kommt", so können also die antisemitischen Elemente der deutschen Parteien in Oesterreich diese artigen Komplimente des sonst so gesinnungsverwandten alldeutschen Berliner Blattes ganz unter sich nach Verdienst und Würdigkeit verteilen.

Eine ungewöhnliche „Ehrenrettung". Zu der Bildung eines demokratischen Verbandes in Rheinland-Westfalen unter der Führung des bekannten westfälischen Demokraten Rechtsanwalt *Kohn* hatten die „Deutschsozialen Blätter" ihre übliche antisemitische Glosse gemacht. Dazu bemerkt die „*Deutsche Hochwacht*", das Organ des antisemitischen deutschen Volksbundes:

„Wer das liest, muß ohne weiteres auf den Gedanken kommen, daß diese westfälischen Demokraten, es handelt sich nämlich um demokratische Vereinigungen in Dortmund, Hamm und Hagen, einem Judenkopfe folgten. *Dagegen* muß *Verwahrung* eingelegt werden. *Rechtsanwalt Friedrich Kohn*, Dortmund, ist *ein guter Rassendeutscher* und ein deutschvölkisch *gesinnter Mann.*"

Antisemit ist er aber, wie wir gleich hinzufügen wollen, *nicht.* Die blöde Judenriecherei hat da freilich dem Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg einen schlimmen Streich gespielt. Rechtsanwalt Kohn gehört einer in Westfalen ziemlich verbreiteten Familie Kohn an, die — wie viele andere des gleichen Namens — ihren arischen Ursprung bis in die Reformationszeit zurückführen kann. Der vor einigen Jahren verstorbene langjährige Redakteur der „*Freihandels-Korrespondenz*" in Berlin stammte ebenfalls aus dieser Familie. Daß auch der

Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vor einigen Jahren und vielleicht auch jetzt noch einen Träger dieses allen waschechten Antisemiten verhaßten alttestamentlichen Namens zu seinen eifrigsten Mitgliedern zählte, scheint das Antisemitenblatt ebenfalls vergessen zu haben.

Ein Muster objektiver Geschichtsschreibung. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Die Mitteilungen des Vereins für Nassauische Altertumskunde bringen schon seit Jahren eine Reihe wertvoller, gediegener Arbeiten historischer Forschung auf dem Gebiete des ehemaligen Herzogtums Nassau. Um so befremdlicher ist es, daß eine in Nr. 2 des Jahrganges 1907/8 veröffentlichte — im übrigen recht verdienstliche — Arbeit über die Westerwälder („Der große Notstand des Westerwaldes im 19. Jahrhundert") dasjenige Maß von Objektivität und vorurteilsloser Betrachtung vermissen läßt, das als Grundlage jeder historischen Forschung absolut unerläßlich ist. Bei Schilderung der Notstandsverhältnisse heißt es wörtlich: „Wo ein Aas ist, da sammeln sich die Geier, es konnte also nicht fehlen, daß solche sich einstellten, die die Notlage des Westerwaldes ausnutzten. Beim Fehlen aller Kreditanstalten waren sie mit Erfolg als die Bankiers tätig. Viele Bauern hatten eine Schuldenlast auf sich geladen, die jemals abzutragen, unmöglich schien, von der die unverhältnismäßig hohen Wucherzinsen nicht einmal aufzubringen waren. Juden und „Judengenossen" hatten dazu in großartigem Maße Viehverleihgeschäfte eingerichtet." Was soll bei einer objektiven geschichtlichen Darstellung dieses polemisch-gehässige, antisemitische Schlagwort von den Judengenossen, die doch — ein Zweifel daran ist nicht möglich — nicht etwa Teilhaber, sondern die erbittertsten Konkurrenten derjenigen Juden waren, die das gleiche Gewerbe wie sie betrieben. In objektiver Darstellung heißt der Satz: „Juden und „Christen" hatten dazu in großartigem Maße Viehverleihgeschäfte eingerichtet." Wenn es Sitte werden sollte, Christen, die gleiche Bestrebungen wie Juden haben und betätigen, mit „Judengenossen" zu bezeichnen, dann würde man ja wohl auch die Mitglieder des Vereins für Nassauische Altertumskunde in Juden und Judengenossen einteilen müssen. Der Herr Verfasser der genannten Arbeit wäre sonach ebenfalls als Judengenosse anzusprechen — ich fürchte nur, es würde dies manchem Juden nach der vorstehend dargetanen Probe seines Objektivierungsvermögens nicht recht sein. Jedenfalls verletzt mich eine derartige Art der Schilderung in einem der Wissenschaft dienenden Blatte. Dort sollten Animositäten, wie die hier gerügte, keinen Platz finden. Wie übel mögen erst unsere geschätzten Mitarbeiter jüdischen Glaubens diese Entgleisung empfunden haben!"

Katholiken ausgeschlossen. Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Germania": In Nr. 167 des „Aerztlichen Vereinsblattes" vom 21. Juli d. J. findet sich folgende Anzeige:

In der Großherzoglichen Irrenanstalt Sachsenberg bei Schwerin in Mecklenburg ist sofort die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Anfangsgehalt 1800 M. für das Jahr und freie Station 1. Klasse. Meldungen evangelischer Bewerber werden unter Beifügung eines Lebenslaufes und etwaiger Zeugnisse an die Direktion der Anstalt erbeten. Großherzogliche Direktion der Irrenanstalt.

Katholische Aerzte werden wohl auf Grund der in Mecklenburg herrschenden „Parität" nicht zugelassen. Es sollte aber einmal die bayerische Regierung für eine staatliche Irrenanstalt einen Assistenzarzt suchen und nur katholische Bewerber zulassen!"

Unsere Leser wissen, daß nicht selten die Verwaltungen staatlicher und kommunaler Krankenanstalten christliche Aerzte suchen. Da heißt es also: Juden ausgeschlossen!

Malchin. Ueber den (in Nr. 23 der „Mitt." erwähnten) Plan der Errichtung einer Gedenktafel für den Erfinder des Benzin-Automobils Siegfried Marcus an dessen Geburtshause und den Lebensgang des Erfinders berichtet der hiesige „Generalanzeiger" ausführlich wie folgt:

Am 18. September d. J. wird voraussichtlich in unserer Stadt eine bedeutsame Denktafel enthüllt werden. Am 18. September 1831 wurde in dem heutigen Hause des Kürschnermeisters Michaelsen neben der Apotheke als Sohn des Oberrates Liepmann Marcus Siegfried Marcus geboren. (Liepmann Marcus hat sich um die Organisation der Juden in unserem Lande große Verdienste erworben. Von ihm rührt die Schrift her: „Kurze Uebersicht der Verhältnisse der Einwohner mosaischen Glaubens in den Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Landen, Güstrow 1833.) Es hätte sich damals niemand in Malchin träumen lassen daß das Genie des Neugeborenen einst eins unserer bedeutsamsten Verkehrsmittel erfinden würde. Etwa 1845 kam Siegfried Marcus zu einem Hamburger Schlosser in die Lehre, ging 1848 nach Berlin zu der damals neugegründeten Firma Siemens & Halske und scheint (nebenher ?) den Unterricht der Berliner Gewerbeschule genossen zu haben. Er wurde ein Günstling von Werner Siemens. 1852 war er bereits in Wien, im folgenden Jahre nahm er Stellung bei dem Hofmechaniker Kraft, darauf war er drei Jahre lang Mechaniker am Physikalischen Institut des Josephinums, dann Assistent im Chemischen Laboratorium von Professor Ludwig. Um 1860 machte er sich in der Mariahilferstraße selbständig. Vielerlei Apparate gingen aus seiner Werkstätte hervor, so z. B. ein Telegraphenrelais der österreichischen Bahnen, ein elektromagnetischer Sprengapparat, eine ventillose Rotationspumpe, Lampen, Pistolen usw. Für seine Thermosäule erhielt er die Goldene Medaille der Akademie und einen Preis von 2000 Gulden, für seinen Feldtelegraph, der 1870-71 in Verwendung war, eine Anerkennung des Generals von Blumenthal. Seit 1861 arbeitete Marcus an einem Benzinkraftwagen, vollendete ein unvollkommenes Modell 1868 und verbesserte dies bis 1875 zu einem brauchbaren Wagen, der heute im Besitz des Oesterreichischen Automobilklubs in Wien ist. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1898 starb Marcus in Wien. Auf Anregung des in Wien lebenden Historikers der Technik F. M. Feldhaus soll die erwähnte Gedenktafel für Marcus zustande kommen. Bisher haben der Kaiserliche Automobilklub in Berlin, der Oesterreichische Automobilklub in Wien, der Rheinisch-Westfälische Automobilklub, der Bayerische Automobilklub, der Thüringische Automobilklub, die Firma Siemens & Halske und die Vereinigung der Oesterreichischen Petroleum-Industriellen Beiträge zu der Bronzedenktafel zur Verfügung gestellt. Nach dem ersten Entwurf zeigt die Denktafel das von einer Lorbeerranke umrahmte Bildnis von Marcus. Links daneben sieht man sein erstes Automobil vom Jahre 1875. Rechts davon fährt ein moderner Rennwagen durch die Landschaft. Im Hintergrunde dieser beiden Automobile ragen Schornsteine empor, die auf die neue Automobilindustrie hindeuten. Im Vordergrunde liegen zwei gefesselte Sphinxe, die erstaunt auf die neuen Fahrzeuge blicken. Sie verkörpern das Naturgeheimnis, dem der Erfinder seine Erfolge entlockt hat. Die Inschrift der Tafel wird lauten: „Geburtshaus von Siegfried Marcus, Erfinder des Automobils, geb. 18. September 1831."

Antisemitische Bade- und Kurorte usw. Unsere Liste bedarf noch folgender Ergänzungen auf Grund uns gedruckt vorliegender Prospekte:

Groß-Tabarz, Pension Hanna (Villa Voelcker).
Wernigerode a. H., Haus „Harzfriede".
Neubrandenburg i. M., Haus „Gottesfrieden".

Auf Westerland-Sylt steht die Pension Lambeck (Inhaber G. Crome und Frau geb. Lambeck) schon seit Jahren auf unserer Liste. Interessant ist, daß sich die Inhaber neuerdings durch folgendes Inserat empfehlen:

„Unsere seit 10 Jahren im Badeprospekt von Sylt veröffentlichte Annonce mit dem Vermerk „Verkehr von Herrschaften nur christlichen Glaubens" ist uns seitens des komm. Bürgermeisters Dr. Bahrfeldt verweigert worden. Unsere Pension ist das einzige Haus Westerlands, welches keine Juden aufnimmt."

Ueber Borkum lesen wir in einem „Eingesandt" der Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land":

„Augenblicklich ist es sehr schwer, hier unterzukommen. Was den antisemitischen Charakter des Bades betrifft, so scheint derselbe auch noch für die nächste Zeit gewahrt zu bleiben. Das Borkum-Lied wird täglich mittags vor dem Kaiserhof gesungen. Abends wird es sowohl von der Kurkapelle im Kaiserhof, als in Kohlers Strandhotel begleitet. Proteste seitens „prosemitischer" Badegäste habe ich noch nicht bemerkt."

Das Testament eines Konfessionslosen. Der kürzlich in Baden bei Wien verstorbene Gymnasialprofessor Dr. Franz Süß hat in seinem Testament, in welchem er aus seinem ansehnlichen Nachlaß eine Reihe von Legaten für arme Schüler, Studenten, Waisenheime, städtische Arme usw. ausgesetzt hat, streng das Prinzip durchgeführt, daß weder nach völkischer Abstammung noch Glaubensbekenntnis gefragt wird. So heißt es u. a.:

„Für die armen Schüler ohne Unterschied des Volksstammes und Glaubensbekenntnisses des Gymnasiums in Landskron und für den dortigen Studentenverein, sofern ein solcher besteht, und zwischen den Schülern in volklicher und glaubenssachlicher Hinsicht keinen Unterschied macht, 600 Kr.; für den Deutschen Schulverein in Wien, wenn er noch auf nichtantisemitischem Boden steht, das heißt Deutschen mosaischen Glaubens (deutschen Juden) den Beitritt gestattet, 600 Kr.; der Stadt Baden für in Baden wohnende Arme ohne Unterschied des Geschlechts, der Zuständigkeit, des Glaubensbekenntnisses (auch Konfessionslose zählen mit) und des Volksstammes 0000 Kr."

In dem Testament legt der Verstorbene folgendes Glaubensbekenntnis ab:

„Ich habe mich im Laufe der Zeit, nicht aus Leichtsinn und Uebermut, sondern infolge sehr ernsten Nachdenkens und gründlichen Studiums zu einer Welt- und Lebensanschauung emporgeschwungen, die mich ebenso, ja noch mehr beglückt und beseligt, als ehemals meine katholische Strenggläubigkeit. Ich habe deshalb allen Konfessionalismus abgestreift."

Jüdische höhere Ministerialbeamte in Ungarn. Nach dem in diesen Tagen erfolgten Ableben des Ministerialrats im Justizministerium Michael Szántó gibt es zurzeit in Ungarn nur noch einen Juden, der die hohe Stelle eines Ministerialrates ohne Taufe erlangt hat. Es ist dies der Ministerialrat im Handelsministerium und Chef des Patentamtes Dr. Ludwig Ballai. Ferner hat das Ministerpräsidium in Herrn Edmund Klein einen jüdischen Sektionsrat.

Das 50jährige Bürgerjubiläum der englischen Juden. Die zahlreiche Gemeinschaft der Staatsbürger jüdischen Glaubens in Großbritannien kann den 26. Juli 1908 festlich begehen, in Erinnerung daran, daß es der 26. Juli 1858 war, an dem der letzte Baustein zu ihrer völligen Gleichstellung mit Bürgern anderer Bekenntnisse hinzugetragen wurde.

„Wie bei so manchen anderen Reformen in England, schreibt die „Frankf. Ztg.", so war es auch in diesem Falle das Haus der Lords, das der Neuerung einen beharrlichen Widerstand entgegensetzte und damit diesen Kulturfortschritt immer wieder aufhielt, nachdem das Land schon längst sich zu seinen Gunsten erklärt hatte. Seit vielen Jahrhunderten schon sind die Juden in England ansässig, ja bis zum Jahre 740 zurück läßt sich ihre Anwesenheit im Lande nachweisen. Wilhelm der Eroberer begünstigte sie, und sein Nachfolger William Rufus ernannte in einem Gemisch von Begünstigung der Juden und Verachtung der religiösen Institutionen seines Königreiches Juden sogar zu kirchlichen Bischöfen. Zu Oxford, schon damals eine Stätte der Gelehrsamkeit, besaßen sie drei Lehrinstitute, Lombard Hall, Moses Hall und Jacobs Hall, hauptsächlich für das Studium des Talmud und der hebräischen Sprache, und diese Lehrstätten wurden nicht nur von Schülern ihres eigenen Bekenntnisses besucht, sondern auch von zahlreichen anderen. Auch sonst erfreuten sie sich mancher Freiheiten, und der Wohlstand mehrte sich unter ihnen. Aber eben der wachsende Wohlstand brachte ihnen Mißgunst und Feindschaft und wurde ihnen — für eine Zeit wenigstens — zum Verhängnis. Es gelang ihren Widersachern, ihre Rechte einzuschränken, und als bei der Krönung von Richard Löwenherz im Jahre 1189 die Anwesenheit mehrerer Juden bemerkt wurde, obwohl sie ihnen ausdrücklich untersagt worden war, gab dies Anlaß zu einem Ausbruch der Bevölkerung gegen die Juden im ganzen Lande. Ihre Häuser wurden beraubt und niedergebrannt, und obwohl der Oberrichter des Königreichs einschritt und sogar drei der Missetäter aufknüpfen ließ, wurden die Verfolgungen dennoch fortgesetzt. Mit Richards Rückkehr aus Palästina kam eine bessere Zeit für die Juden in England, aber unter seinen Nachfolgern hatten sie wiederum keinen Frieden und im Jahre 1253 baten sie um Erlaubnis, das Land verlassen zu dürfen. Doch verhandelte man mit ihnen und bewog sie, im Lande zu bleiben, und allmählich wurde ihr Los erträglicher. Wiederum vermehrten sie ihren Wohlstand, und da man allmählich achtbare Mitbürger in ihnen sah, schritt man im Jahre 1723 dazu, sie zu britischen Untertanen zu erklären. Damit wurden sie unter die Staatsbürger aufgenommen, und unter dem Schutze der Bürgerrechte entwickelte sich nun unter ihnen ein reges Leben. Schulen, Synagogen, Krankenhäuser und andere Wohltätigkeitsanstalten wurden errichtet, und man suchte auch gemeinnützige Arbeit in Kommune und Staat zu leisten. Darin aber stand den Juden ein Hindernis entgegen durch die Fassung der Gesetze und Vorschriften. Im Jahre 1831 entschloß sich die City von London, ihrerseits diese Hindernisse zu beseitigen und den Juden den Eintritt in ihre Kommune zu gestatten, und im Jahre 1836 beschloß das Unterhaus das Gleiche für den Staat. Das Oberhaus aber verwarf das Gesetz. Königin Victoria, die mittlerweile zur Regierung gekommen war, konnte zwar an diesem Zustand, den sie als unwürdig empfand, nichts ändern, aber sie hielt persönlich mit ihren Gunstbezeugungen für die Juden nicht zurück. Sie verlieh Moses Montefiore den Adel und auch Isaac Lyon Goldschmid und Anthony Rothschild machte sie zu „Baronets". Der Letztgenannte wurde im Jahre 1849 ins Parlament gewählt, jedoch scheiterte sein Eintritt an der Fassung der Eidesformel für die Mitglieder, und um diese erhob sich nun ein Kampf zwischen den beiden Häusern des Parlaments, dem Unterhaus und dem Oberhaus. Jahrelang ging die Eidesvorlage von einem Haus zum andern, immer wieder verweigerten die Lords ihre Genehmigung, bis sie endlich der öffentlichen Meinung nicht mehr widerstehen konnten und es gutheißen mußten, daß die Eidesformel für Staatsbürger jüdischen Bekenntnisses entsprechend abgeändert werde. Das war im Jahre 1858, und das stellte den letzten Schritt dar auf dem Wege zur völligen Gleichberechtigung der Juden in England. Daß sie nicht nur eine Gleichberechtigung auf dem Papier ist, die Schranken von Verordnungen und Klassenvorurteilen illusorisch machen wie in anderen Ländern, das ist bekannt. In England gibt es kein Amt und keine Würde, die den Juden verschlossen wären. Sie sind im Offizierkorps der Armee und Marine vertreten, zum Teil in hohen Stellungen, sie sind Ministerialbeamte so gut wie andere Staatsbürger und kein Portefeuille wird ihnen vorenthalten ihres Glaubens oder ihrer Abstammung wegen. Haben sie doch auch England einen seiner bedeutendsten Staatslenker geliefert, den Premierminister Benjamin Disraeli, den nachmaligen Lord Beaconsfield, den die Königin Victoria schätzte, wie nicht viele ihrer Minister.

Beiden Häusern gehört seit Jahren eine Anzahl Bekenner des Judentums an; im gegenwärtigen Unterhause sind es sechzehn. Mit dem Eintritt ins Parlament ist theoretisch den Juden natürlich auch die Zulassung zu allen politischen Staatsstellungen gewährt worden. Doch ist in Wirklichkeit noch niemals ein Jude Mitglied des Kabinetts gewesen. Unterstaatssekretäre waren mehrere; auch in der jetzigen Regierung ist ein jüdischer Abgeordneter, Herr Herbert Samuel, Unterstaatssekretär, und zwar im Ministerium des Innern. Der höchste politische Posten, den ein Jude in England bisher erreicht hat, ist der des Solicitor General. Sir George Jessel bekleidete dieses Amt in Gladstones erstem Ministerium. In den Kolonien haben es mehrere jüdische Politiker zu Ministerposten gebracht; Sir Julius Vogel war Premierminister von Neuseeland. Die jüdische Gemeinde Englands wird das Andenken ihrer Emanzipation im Herbst feiern.

Der „Nowoje Wremja", dem bekannten russischen Antisemitenblatt, ist ein komisches Malheur passiert. War da kürzlich folgendes Inserat zu lesen:

„Gesucht wird ein Korrektor, der seine Arbeit gut versteht und lange in Redaktionen praktiziert hat. Gehalt 40 Rubel per Monat. Befähigter erhält bald Zulage. Die Redaktion ist wohl eine russische, doch wird ein Jude oder ein Deutscher, Russe, nur in dem Falle, wenn er nachweislich kein Trunkenbold ist, aufgenommen."

Ob der berüchtigte Chefredakteur der „Nowoje Wremja", der seinerzeit die wütendsten Artikel über die angebliche Trunkenheit der Juden veröffentlichte, dieses Inserat wohl vor der Drucklegung gesehen haben mag?!

Briefkasten.

L. N. in P. Besten Dank für die Mitteilung, daß mit dem in dem Hetzartikel des „Pielgrzym" erwähnten „Juden Wagner" der Justizrat Wagner, das bekannte Vorstandsmitglied des Ostmarkenvereins, gemeint war, der allerdings ebensowenig wie der Chefredakteur der „P. N. N." Jude, sondern Protestant ist und, wenn wir uns recht erinnern, ein werktätiges Mitglied des Evangelischen Bundes ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 32. Berlin, den 5. August 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Züchtung des Edelmenschen.

Ein neues „Utopia" soll in der Form der „Erneuerungsgemeinde", die sich aus den Kreisen der „Hammer"-Leser rekrutiert, entstehen. Seit Jahren schon wird hierfür in dem Organ des Herrn Th. Fritsch die Werbetrommel gerührt, bisher ohne erkennbaren Erfolg. Jetzt tritt ein kleiner „vorläufiger Ausschuß der deutschen Erneuerungsgemeinde", dem Angehörige aller Erwerbsstände aus den verschiedensten Teilen Deutschlands angehören, mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit zum Beitritt zu einer Vereinigung von Männern, „die sich und ihr Geschlecht von der in der heutigen Gesellschaft um sich greifenden leiblichen und seelischen Zerrüttung bewahren" wollen. Geplant ist eine Niederlassung auf dem Lande nach dem Muster der Siedelung „Eden" bei Oranienburg, „die in der Hauptsache den Charakter einer Gartenbau-Kolonie tragen soll. Auf genossenschaftlicher Grundlage will diese „Erneuerungs-Gemeinde" ein größeres Gelände erwerben und ihre Mitglieder dort ansiedeln. Ein landschaftlich reizvoll gelegenes größeres Gut mit günstigen Bodenverhältnissen ist dazu ausersehen. Ankaufsverhandlungen sind im Gange."

Th. Fritsch widmet dem phantastischen Projekt, das eine „Mischung von individualistischem und kommunistischem Betrieb" darstellt und durch seine Mannigfaltigkeit (Gemein-Wirtschaft und Einzel-Wirtschaft) jedem erlauben soll, nach seiner Fasson selig zu werden, ein Geleitwort, in dem die wirtschaftlichen Vorteile des Kollektivbetriebs und die Annehmlichkeiten des Landaufenthalts für das einzelne Individuum der Reihe nach aufgezählt werden; alsdann heißt es:

„Es müßte also merkwürdig zugehen, wenn die neue Siedelung, auf vernünftigen Grundlagen errichtet und von vernünftigen praktischen Männern geleitet, nicht gedeihen wollte. Die bisherigen teilweisen Fehlschläge beweisen nichts, weil einige Kolonien schon durch die Phantastik ihrer Begründer den Todeskeim in sich trugen und überhaupt kein gesundes Wirtschaftsprinzip zur Grundlage hatten. Meist waren es unpraktische Köpfe, die ein bis ins kleinste ausgearbeitetes Paragraphen-System aufstellten und dann das wirtschaftliche Leben in die so geschaffenen Zwangsformen pressen wollten, anstatt umgekehrt nach allmählich sich entwickelnden Lebensverhältnissen die genaueren geistigen und wirtschaftlichen Leitsätze zu bilden. — Das Leben paßt sich keiner Formel an, sondern die Formel muß sich dem Leben anpassen.

Aber die neue Gemeinde wird ihren Siedlern nicht nur materielle, sondern auch geistige Kost zu bieten haben. Die Eintönigkeit des Landlebens ist es ja, die heute viele vom Lande hinweg scheucht. Das wird in der neuen Gemeinde vermieden werden. Es werden geistig regsame und tatkräftige Personen in ihr vereinigt sein. Wird sie sich doch vorwiegend aus Leuten zusammensetzen, die des „Hammer"-Geistes voll sind, also nicht zu den Schlummerköpfen und Genußduselern gehören, die heute die große Masse bilden. Der „Hammer" hat durch seine rauhe Eigenart von jeher die Weichlinge und Feiglinge sich fern gehalten. Es werden auserlesene Menschen sein, die nach unserer Siedelung kommen . . ."

Diese „auserlesenen Menschen", die alle vorher „auf Herz und Nieren geprüft" werden und eine Probezeit durchmachen müssen, sollen natürlich auch die Urheber eines auserlesenen Geschlechts werden. Der zukünftige „Edelmensch" wird in dieser „Erneuerungs-Gemeinschaft" gezüchtet werden. Die „Zuchtwahl" wird oberstes Prinzip sein, wie früher schon wiederholt angekündigt worden ist. Also auf ins Land Utopia! Für 500 Mark kann schon eine Aktie erworben werden, also immer heran, ihr „teutschen" Jünglinge und „teutschen" Jungfrauen!

Die Sachkenntnis des Herrn Prof. Schiemann.

Wir erhalten von Herrn Dr. Paul Nathan, der im Interesse des Hilfsvereins deutscher Juden wiederholt längere Zeit in der Türkei und Kleinasien geweilt hat und erst vor einigen Wochen wieder von einer Informationsreise nach Deutschland zurückgekehrt ist, die nachstehende Zuschrift:

Hochgeehrte Redaktion!

Sie senden mir die „Kreuz-Ztg." vom 29. Juli mit einem Artikel des Herrn Prof. Th. Schiemann über auswärtige Politik. Herr Schiemann bespricht die neuesten Vorgänge in der Türkei und schreibt wörtlich:

„Wir finden also zwei Gruppen am Werk: die revolutionäre antidynastische, deren Wortführer zum Teil Armenier und Juden sind, und die eigentlichen Jungtürken, die, wie sich nachträglich herausstellt, in der türkischen Armee unter den Offizieren überaus zahlreiche Anhänger hatten."

Sie fragen mich, was es mit dieser Behauptung des Herrn Prof. Schiemann auf sich habe.

Darauf kann ich erwidern: Man wird den guten Glauben des Herrn Prof. Schiemann hinsichtlich der Behauptung, daß orientalische Juden als Führer der „antidynastischen" Bewegung in der Türkei in Betracht kommen, unter einer Voraussetzung nicht in Zweifel ziehen dürfen. Man braucht nur anzunehmen, daß Herr Prof. Schiemann von den Zuständen und den Verhältnissen in der Türkei nicht die geringste sichere Kenntnis hat, und es scheint mir, daß auf diese mildernden Umstände zu plädieren ist. Denn auch nicht Armenier oder Jungtürken sind die vornehmsten Träger der Bewegung. Armenier und Jungtürken haben sich im letzten Augenblick angeschlossen, während die Führung bisher bei dem gebildeten liberalen, aber keineswegs radikal gesinnten Offizierskorps geblieben ist, das ganz wesentlich seine modernen Anschauungen guter deutscher Unterweisung

verdankt. Das alte Regime in der Türkei ist zusammengebrochen, weil der Sultan zur Verteidigung seines Reiches freilich gebildete Offiziere haben wollte. Aber er übersah dabei, daß gebildete Offiziere, die im modernen Sinne kriegstüchtig sind, nicht zugleich willenlose Werkzeuge einer bedenklichen Palastregierung bleiben können.

Was die Juden in der Türkei anbelangt, so glaube ich, daß nicht ein einziger in irgendeiner Beziehung die neuesten orientalischen Vorgänge beeinflußt hat. Das muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, obgleich es ja rühmlich wäre, Anteil an einer Bewegung zu haben, die auf die Regeneration des eigenen Vaterlandes abzielt und die im Interesse der Kultur unternommen worden ist.

Die türkischen Juden betrachtete der Sultan aus zureichenden Gründen als völlig ungefährlich. Irgendwelche politischen Aspirationen lagen ihnen bisher gänzlich fern; sie waren leicht zu regieren, und dieser Erkenntnis entsprach es, daß der Sultan ihnen ein wohlmeinender Herrscher gewesen ist. Noch jüngst erwies sich dies bei einem Zwischenfall in Jaffa. Der dortige Kaimakan hatte sich antisemitische Ausschreitungen erlaubt, und auf ein Telegramm der Gemeinde an die Zentralbehörden wurde dieser Beamte sofort abgesetzt und zur Berichterstattung nach Konstantinopel berufen.

Die orientalischen Juden, die streng religiös sind, stehen politischem Radikalismus bisher völlig fern, und ich zweifle nicht, daß sie Anlehnung suchen werden an jene mohammedanischen Kreise, die den Staat modernisieren wollen, ohne die bestehenden Zustände umzustürzen, und die vor allem an die Person des Chalifen nicht rühren werden.

In vorzüglicher Hochachtung
Paul Nathan.

* * *

Von der definitiven Erhebung der Türkei zu einem Verfassungsstaat profitiert auch die nicht unerhebliche Anzahl der Juden im Reiche des Padischah, deren staatsbürgerliche Stellung bisher jeglicher festen Unterlage entbehrte. Sie haben nicht nur gemeinsamen Anteil an der Preßfreiheit und an dem Versammlungs- und Petitionsrecht, auch die verfassungsmäßigen Garantien des Eigentums sowie die gleichmäßige, und gesetzliche Verteilung der Steuern sind gerade für die Juden und besonders für die jüdischen Ansiedlungen in der asiatischen Türkei, d. h. in Palästina und Syrien, von kaum zu überschätzender Bedeutung. Die Zulassung zu allen öffentlichen Aemtern ohne Unterschied der Religion ist für die Juden weniger wichtig als für die Christen, da die Juden auch bisher schon in der Zulassung zu höchsten Staatsstellungen keinen Schwierigkeiten begegneten. Dagegen dürfte die neu gewährte Unterrichtsfreiheit für die Regeneration der türkischen Juden sehr wichtig sein. Schließlich ist natürlich auch der Einfluß der offiziellen Teilnahme der Juden an beiden Parlamenten auf das Verhältnis von Juden und Türken zueinander nicht gering anzuschlagen.

Die Bismarck-Gedächtnisfeier der Alldeutschen.

In einem Gedächtnisartikel anläßlich des 10. Todestages des Fürsten Bismarck sagt das Organ des Vereins Deutscher Studenten gewissen alldeutschen und antisemitischen Ueberpatrioten recht bittere Wahrheiten:

„Als nach Bismarcks Entlassung manche Fehlschläge der neuen Politik die Kritik herausforderten, da entstand die große Partei derer, die immer und immer wieder riefen nach den bismarckischen Zeiten; begreiflich solange der Kanzler selbst in Zeitungsartikeln und Aussprüchen manche Maßnahme der Regierung mit seinem Warnungsrufe begleitete. Aber gefährlich war diese Art der Kritik, nicht des Kanzlers, sondern derer, die hinter ihm „unentwegt" hergingen, doppelt gefährlich, weil sie eine Art oberflächlicher politischer Kritik züchtete, die vielfach ohne wirkliche Kenntnisse scharfe Urteile fällte. Wohl war es eine Nachfolge Bismarcks; aber keine gute. Noch jetzt hat ein ruhiger Beobachter oft gegen derartige Kritik zu kämpfen, die bei jeder einzelnen Frage, ob groß ob klein, Bismarck zitiert und an Bismarck die Gegenwart mißt, nicht in Betracht ziehend, daß seit jener Zeit gar vieles auf der Welt sich geändert und manches alte Bild eine andere Färbung angenommen hat. Speziell alldeutsche Gedankengänge laufen da oft Gefahr, schädlich zu wirken, so gut sie gemeint sind.

Eine schädliche Nachfolge Bismarcks — denn sie ist bequem und bedarf keiner Kenntnisse. Keine Nachfolge im Geist und Sinne des Kanzlers. Denn gerade er hat immer und immer wieder die Notwendigkeit der politischen Bildung für unser Volk betont. Er hat uns das allgemeine Wahlrecht gegeben, das als notwendiges Korrelat eine „Politisierung der Massen" verlangt, die Durchbildung zu selbständiger Anschauung, selbständigem Urteil. Man kann deshalb die blinde kritiklose Uebernahme einzelner Bismarckischer Aeußerungen nicht scharf genug verurteilen."

Es wird Herrn Liebermann von Sonnenberg ganz besonders schmerzen, diese bittere Kritik in dem Organ des Kyffhäuser-Verbandes zu lesen, der ihm bisher ein treuer Mitstreiter gewesen ist. Wahr aber bleibt es doch: niemand hat auch dem derzeitigen Reichskanzler in der auswärtigen Politik unter Mißbrauch Bismarckscher Zitate so oft und so viele Knüppel zwischen die Beine geworfen als die verstordenen Herren Prof. Hasse, Graf Reventlow und der Antisemitenhäuptling Liebermann von Sonnenberg, d. h. also gerade die Hauptvorkämpfer der Alldeutschen und der Antisemiten.

Mit dem toten Bismarck politische Geschäfte zu machen, ist übrigens schon seit geraumer Zeit ein beliebter Trick nationalistischer und antisemitischer Elemente. Nicht alle stellen es freilich so plump an, wie die „Deutschsozialen Blätter", die sich in ihrem Gedächtnisartikel der letzten Nummer fürchterlich entrüsten über die „Beschimpfungen", denen Bismarck bei seiner Entlassung angeblich von freisinniger Seite ausgesetzt gewesen war, und zum Beweise dafür einige tendenziöse Zitate aus der Bismarckbiographie des „Täglichen Rundschau"-Redakteurs Strecker anführen, sich aber gleich darauf selber Lügen strafen durch Abdruck eines Artikels aus dem gesinnungsverwandten „Hammer", in dem wahrheitsgemäß konstatiert wird, daß das Verhalten des Fürsten Bismarck nach seiner Entlassung seinerzeit von der Presse aller Parteien scharf kritisiert wurde. Von der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg.", die damals u. a. schrieb:

„So werden alle, die diesen Dingen nahe gestanden, mit Schrecken erkennen, daß die Erinnerungen des Fürsten bereits anfangen, sich völlig zu verwirren."

„So stehen die Männer, denen die ehrenvolle Berufung zuteil geworden, das Werk des Fürsten fortzuführen, vor der Aufgabe, ihre Arbeit vor allem zu schützen vor dem Mann, dessen Schöpfung sie erhalten sollen."

ganz abgesehen, haben doch gerade mittelparteiliche Organe, aber auch die „Kreuz-Ztg." und die Zentrumspresse damals zum Teil recht scharfe Töne gegen Bismarck angeschlagen. Der Artikelschreiber des „Hammer", ein Herr v. R., erinnert mit Recht daran, daß die nationalliberale „Köln. Ztg." den ersten Reichskanzler damals einen „Reichsnörgler", die „Germania" einen „Buschklepper" nannte, daß aber auch die „Kreuz-Ztg." dem Grafen Caprivi für seinen bekannten Brief nach Wien — den sogenannten Urias-Brief — ausdrücklich den Dank des Vaterlandes abstattete. Es waren also nicht nur freisinnige und sozialdemokratische Blätter — welche damit übrigens nur ihrer bisherigen langjährigen oppositionellen Stellung gegen die Politik des ersten Reichskanzlers treugeblieben waren —, die an dem herostratischen Beginnen des Fürsten Bismarck scharfe Kritik übten; die verletzendste Kritik wurde gerade von der Presse der Rechten geübt. Also nur immer hübsch bei der Wahrheit bleiben!

Ein Mittelstandsprogramm.

In der „Westdeutschen Mittelstandszeitung" veröffentlicht ein Demokrat August Rot, der allerdings von dem „freien, ungehinderten Wettbewerb" nichts mehr wissen will, ein wirtschaftspolitisches Glaubensbekenntnis, das auch von der Frankfurter „Mittelstandszeitung" nicht unsympathisch aufgenommen wird. Wir geben die wesentlichsten Gedankengänge des Artikels im Wortlaut wieder:

... Der Freisinnige ist dem Mittelstandsmann nach des letzteren politischen ABC der grausigste Gegner. Er sieht in ihm nur den Manchestermann, der dem ungezügelten Ellbogenkampf das Wort redet, der dem freien Wettbewerb bis an den Grenzen des Einbruchsdiebstahls huldigt, für den nur Macht Recht ist.

Die organisierten Angehörigen des Mittelstandes wären nicht so felsenfest von der Nichtsnutzigkeit des Freisinns überzeugt, wenn sie nicht immer und immer schwarz auf weiß gedruckt fänden, daß nur drei politische Parteien sich um den gewerblichen Mittelstand verdient gemacht, nur diese drei den ehrlichen Willen hätten, praktische und greifbare Hilfe zu leisten, während der Freisinn die Partei des Großkapitals, der Warenhäuser und Abzahlungsgeschäfte sei. Tatsächlich aber ist ein großer Teil der Handeltreibenden freisinnig und findet, daß die linken Parteien nicht schlechter seine Interessen wahren, wie die Parteien des Großgrundbesitzes und der Großindustrie.

Der demokratische Mittelstandsmann setzt dann auseinander, aus welchen Gründen er dem sozialpolitischen „Manchestertum" seine Freundschaft gekündigt hat und macht zur Deckung des Reichsdefizits von einer halben Milliarde Schulden den Vorschlag, daß

a) jeder Großgrundbesitzer mit über 100000 Mark Roheinnahmen 1 pCt., für die zweiten 100 Mille 2, steigend bis 4 pCt. zur Erhaltung der deutschen Wehrkraft opfere;
b) jeder Industrielle mit über 1 Million Mark Umsatz in ähnlicher Weise indirekte Steuern zu Lasten der minderbemittelten Klassen überflüssig mache;
c) jeder Detaillist mit höherem Umsatz von 1 Mark pro Einwohner für die erste halbe Million über dem steuerfreien Maximalumsatz (je nach der Branche verschieden, Nahrungs- und Genußmittel frei) ½ pCt., steigend pro Satz um je ½ bis 4 pCt., entrichte.

Man sieht, die Steuervorschläge dieses Demokraten entbehren insofern nicht einer gewissen Originalität, als sie keinen der großen Erwerbsstände auf Kosten des anderen bevorzugen, sondern alle gleichmäßig zur Deckung des Defizits heranziehen wollen; daß ihre theoretische Formulierung um vieles leichter ist als ihre praktische Durchführung, bedarf andererseits wohl kaum einer näheren Erläuterung. Der Verfasser selbst macht zu diesen Vorschlägen noch folgende Anmerkung:

„So malt sich im Kopfe eines Demokraten wirksame Mittelstandspolitik aus. Kommt dazu eine Erhöhung der Kaufkraft der großen Massen, dann würde auch Handel und Gewerbe in den Mittelstandskreisen blühen. Das ist aber nur möglich, wenn unsere jetzige Politik gestäupt wird, da diese eine Politik zur Verelendung des Mittelstandes ist, die unaufhaltsam dahinführen muß, daß es in hundert Jahren nur noch Großkapitalisten und Besitzlose gibt; die ersteren vereint in einen großen Trust, der ihnen die Beherrschung des Sklavenmarktes erleichtert.

Ich wette, wenn morgen Anträge an den Reichstag kämen, die neuen Lasten zuerst von den Großen und Mächtigen einzuziehen, daß im Bundesrat und später in den Kommissionen solange daran gefeilt würde, bis am letzten Ende nur noch Wertheim und Tietz als zahlende Bürger übrig bleiben. Und im nächsten Wahlkampf rühmten sich alle wieder, wie bei der letzten Wahl, ihrer unbändigen Mittelstandsfreundlichkeit."

Die letztere Behauptung zeugt jedenfalls, wie man auch zu dem Programm des demokratischen Mittelstandsmannes im ganzen sich stellen mag, von einer scharfen politischen Beobachtungsgabe des Verfassers; er kennt seine mittelständlerischen Pappenheimer, ihre sinnlose Wut gegen die Warenhäuser als den Urquell alles Elends auf der Welt, und ihre sozialpolitischen Quacksalbereien.

Die Juden als Landwirte.

Ueber die jüdischen Ackerbaukolonien im Gouvernement Jekaterinoslaw veröffentlicht der Statistiker der Semstwoverwaltung des Gouvernements, M. E. Semzow, soeben eine interessante Studie: „Jüdische Bauern", die sich zwar jedes Raisonnements über die gewonnenen statistischen Unterlagen enthält, aber durch die Vergleiche zwischen diesen jüdischen Kolonien und den benachbarten Kolonien der russischen Kleinbauern und denen der eingewanderten deutschen Ansiedler überaus wertvolles Material zur Beurteilung der grundsätzlichen Frage der Eignung der Juden für die Landwirtschaft beibringt. Das Werk selbst, das einen amtlichen Charakter besitzt, liegt uns zurzeit noch nicht vor, aus einem uns vorliegenden Auszug entnehmen wir jedoch, daß der Verfasser, der 17 jüdische Kolonien, die in den Regierungsbezirken Mariupol und Alexandrowsk belegen sind und eine Einwohnerzahl von ca. 11000 Personen mit insgesamt ca. 25000 Morgen Land umfassen, besucht hat, es als „zahlenmäßig festgestellt" bezeichnet, „daß die Landwirtschaft bei den Juden auf einem etwas höheren Niveau steht, als bei der Majorität der christlichen Bevölkerung." Der Verfasser, der auch „die Anhänglichkeit der jüdischen Kolonisten an ihre Siedelungen und die außerordentliche Sorgfalt, mit der sie das Aeußere derselben pflegen", rühmt, resümiert sich über die Zukunft dieser jüdischen Kolonien folgendermaßen:

„Die jüdischen Kolonien entwickeln sich trotz aller Ungunst der Verhältnisse von Jahr zu Jahr. Das alte Geschlecht macht natürlich allmählich dem jüngeren Platz; es kommen neue lebensfreudige, auf dem Lande aufgewachsene und in der Landwirtschaft aufgehende Menschen, die mit der Zeit auch die neuen Arbeitsmethoden sich aneignen und zunutze machen. Hier haben wir es tatsächlich mit kräftigen, arbeitstüchtigen jüdischen Bauern zu tun, und wollte ich in meiner hier vorliegenden Untersuchung das Wort „jüdisch" streichen, so würde keine einzige Erscheinung, kein einziger Zug darauf hindeuten, daß nicht von ganz normalen und recht gut prosperierenden Bauernsiedelungen, wie man sie all überall bei den Kulturvölkern vorfindet, die Rede war."

Wir kommen auf diese interessante Publikation des russischen Agronomen und Statistikers später noch zurück.

Eine wertvolle Ergänzung findet dieses Thema durch den soeben veröffentlichten Jahresbericht des amerikanischen Staatsdepartements für öffentliche Erziehung, in dem zwei jüdischen Farmschulen folgende Anerkennung gezollt wird:

„Eine der besten landwirtschaftlichen Schulen ist die „National Farm School" in Doylestown, die, obgleich im Jahre 1896 eröffnet, heute nicht mehr als 40 Schüler aufzunehmen in der Lage ist. Eine ausgezeichnete Fakultät, an deren Spitze der gewesene Präsident einer unserer besseren landwirtschaftlichen Hochschulen steht, hält dort Vorlesungen in vierjährigen Kursen. Knaben aus allen Staaten werden als Schüler aufgenommen, ohne Unterschied der Konfession, obgleich die Anstalt ursprünglich für junge Juden gegründet wurde und auch fast ausschließlich von Juden besucht wird. Die Söhne Abrahams, wenngleich in ihrer frühesten Geschichte an den Pflug gewöhnt, waren in späteren Jahrhunderten lange Zeit gezwungen, auf eigenen Landbesitz zu verzichten und sind daher heute in größerem Maße Stadtbewohner als jede andere Rasse. Die meisten Schüler aller anderen landwirtschaftlichen Anstalten haben, bevor sie in die Anstalt treten, längere Zeit auf Farmen gelebt, diese Jungen aber kommen, ohne Ausnahme aus größeren Städten. Aber die theoretischen und praktischen Kenntnisse der Landwirtschaft werden ihnen so gründlich gelehrt, daß die Absolventen durchweg erfolgreiche Farmleiter wurden oder auf ähnlichem Gebiete ihre Geschicklichkeit zu beweisen in der Lage waren. Mehrere von ihnen sind in den Dienst des Ministeriums für Landwirtschaft in Washington eingetreten und zeichnen sich dort durch ihre Arbeiten in den Versuchsstationen aus. Auch die Baron Hirschsche landwirtschaftliche Schule in Woodbine versieht ähnliche Arbeit."

Wiener Brief.

XII.

(Die Anleihe. — Der Reklameheld Geßmann. — Wie man im christlichsozialen Tirol das heimische Gewerbe fördert. — Was dem „Deutschen Volksblatt" passieren kann.)

Wien, den 1. August 1908.

Die christlichsoziale Wiener Kommunalpolitik hat jüngst eine niederschmetternde Niederlage erlitten. In den Zeitungen, in den liberalen sowohl, als in den christlichsozialen — war davon freilich nichts zu lesen, aber Tatsachen werden auch nicht ungeschehen gemacht, wenn man sie totschweigt. Die Gemeinde Wien beschloß vor einiger Zeit, eine Anleihe von insgesamt 360 Millionen Kronen aufzunehmen, und Dr. Lueger liquidierte vor kurzem den ersten Teil der Schuld. Ein Konsortium von Wiener Banken, mit der Boden-Credit-Anstalt an der Spitze, übernahm um 200 Millionen Kronen vierprozentige Anleihen der Stadt Wien, von denen es 150 Millionen zur öffentlichen Subskription auflegte. Für diese neue Anleihe wurde eine Riesenreklame inszeniert, und man stellte sie als Prüfstein für das Vertrauen hin, das die Luegersche Stadtverwaltung bei den großen und kleinen Kapitalbesitzern genießt. Allein der Tag der Subskription endete mit einem seit Dezennien nicht dagewesenen Fiasko. Im ganzen wurden nur etwa 104 Millionen gezeichnet, von denen bloß 76 Millionen in Sperrstücke vorgemerkt worden sind. Das solide Sparkapital beteiligte sich also bei einer Anleihe von 200 Millionen im ganzen mit dem dritten Teil des Betrages. Aber selbst darin liegt eine Uebertreibung, denn der größte Teil der Subskribenten rechnete mit einer starken Ueberzeichnung und bewarb sich um mehr Papiere, als er wünschte. Er wird nun seinen Optimismus mit einer Kurs- und Zinsendifferenz büßen müssen. Allerdings könnte von den Antisemiten, die sich über das Ergebnis gründlich ausschweigen, zweierlei eingewendet werden, und wir wollen gleich sehen, welches Bewenden es mit dem Widerspruch hätte. Das eine Argument, das den Leuten à la Bergani wohl immer zur Verfügung steht, lautet: Ja, die Juden sind schuld. Nehmen wir an, das jüdische Kapital würde sich wirklich zurückgezogen haben, obwohl Dr. Lueger Herrn von Taussig um die Uebernahme des Geschäftes in aller Form gebeten hat, was wäre damit gesagt? Nichts, gar nichts! Schließlich gibt es doch — wenn wir schon bei der Terminologie antisemitischer Intelligenz bleiben wollen — nicht nur „jüdisches Kapital", sondern auch anderes. Hinter Dr. Lueger stehen doch bei den Wahlen nicht bloß die kleinen Leute, die im Schweiße ihres Angesichtes einige Gulden erwirtschaften, um kümmerlich leben zu können. Die Christlichsozialen haben ja den ersten Wahlkörper in den meisten Bezirken Wiens seit vielen Jahren erobert, und in diesem sind die reichsten Leute „vom Grund" vertreten. Ein Haus oder einen ausgebreiteten, erträgnisreichen Geschäftsbetrieb muß jeder Angehörige des ersten Wahlkörpers mindestens sein eigen nennen. Wo sind diese Bürger mit ihren ungezählten Millionen geblieben? Warum waren sie nicht auf dem Platze, als es galt, für Dr. Luegers Schuldenwirtschaft mit der eigenen Börse einzustehen? Und wo sind die reichen Klöster am Tage der Subskription gewesen, die den Christlichsozialen ausgiebige materielle Wahlhilfe leisten, und die nach der offiziellen Statistik enormen Besitz — nicht allein an Grundstücken und Unternehmungen, sondern auch an Effekten und Bargeldern — haben? Es ist doch wirklich ein bemerkenswertes Symptom, daß die eigentlichsten Stützen des christlichsozialen Regimes wohl Loblieder für die Verwaltung Wiens anstimmen, aber kein finanzielles Vertrauen zu ihr aufbringen ... Noch könnte eingewendet werden, daß die vorgesehene Verzinsung des Kapitals zu gering sei, und daß andere sichere Werte einen höheren Prozentsatz abwerfen. Bis zu einem gewissen Grade ist dieses Argument richtig, ohne jedoch das Faktum der Niederlage irgendwie abzuschwächen. Das Anleihengeschäft wurde von sechs großen Banken im Vereine mit der Bodenkredit-Anstalt durchgeführt, und man wird den Direktoren dieser Institute zugestehen müssen, daß sie die Geldverhältnisse genau kennen und die Marktlage zu beurteilen vermögen. Immerhin dürften sie ein psychologisches Moment in ihre Berechnung eingestellt haben, dem sie vielleicht zu viel Bedeutung beilegten: Wir meinen die Anziehungskraft des Namens Dr. Lueger, der auf den Anleihepapieren steht ...

In diesen Tagen der schwülen Sommerhitze wird man durch Herrn Dr. Albert Geßmann, den Reklamereisenden der christlichsozialen Partei und des k. k. österreichischen Ministeriums unangenehm gestört. Wenn andere Menschenkinder eine Reise tun, wissen sie was zu erzählen. Deshalb machen sie aber nicht die ganze Monarchie verrückt. Und wenn Minister auf Regimentsunkosten eine Erholungsfahrt antreten und es sich im Automobil einer k. k. Statthalterei wohl sein lassen, dann schweigen sie erst recht ... Anders Herr Dr. Albert Geßmann, der mit dem Fluche beladen zu sein scheint, sich immer geschmacklos zu gebärden. Er bereist jetzt Tirol, wo die Berge gar schön und die Täler abwechselungsreich sind. In der gesunden Gebirgsluft suchen Zehntausende Erholung — darunter viele Fürstlichkeiten, verschiedene Minister usw. —, aber niemand benützt das Erholungsbedürfnis zu einer widerwärtigen Reklame. Nur Herr Geßmann läßt durch sein Preßbureau täglich ellenlange Telegramme versenden, in denen von „Triumphzügen", von „Ovationen" und von endlosem Jubel die Rede ist. Natürlich „inspiziert" der Minister alles, denn sein Amt hat sich mit dem Fremdenverkehr zu befassen. Wenn der Minister sich nicht in allen Hotels bewirten und festlich empfangen ließe, dann ginge das Fremdengeschäft in Tirol wahrscheinlich gar nicht ... Als ob Herr Geßmann eine so anziehende Erscheinung wäre, daß man sich bewogen fühlen würde, seinen Spuren zu folgen. Am dreistesten scheint uns jedoch die Tatsache zu sein, daß der Minister für öffentliche Arbeiten (für Geschäftsreklame wäre ein zweckentsprechenderer Titel) den Lesern einreden möchte, er studiere die Verkehrsverhältnisse wirklich und mache sich mit den Bedürfnissen vertraut. Welch' hohe Intelligenz und welch' erstaunliche Auffassungskraft müßte doch in dem Herrn Universitätsbibliothekar von einstmals stecken? Eine dreiviertel Stunde dauerte zum Beispiel eine Sitzung der Organisation zur Förderung des Fremdenverkehrs; der größte Teil dieser Zeit entfiel selbstredend auf eine schwungvolle Ansprache an den Minister und auf eine salbungsvolle Antwort Seiner Exzellenz. Wirklich blieben noch einige Minuten für Händedrücke übrig, dann aber sauste das Automobil mit Serenissimus — pardon: mit Dr. Geßmann weiter, der nun alle Schmerzen des Landes kennt ... Wie wäre es, wenn im Ministerpräsidium eine eigene Sektion für guten Geschmack errichtet würde, die an das Ministerium für öffentliche Arbeiten Weisungen zu erteilen hätte? Die ärgsten Ungereimtheiten würden dann vielleicht unterbleiben.

Dieweil Herr Geßmann in Tirol herumfährt, um seine Gesundheit zu kräftigen und für sich und seine Partei, die Tirol beherrscht, Reklame zu machen und „Rettung" jeglichem christlichsozial stimmenden Menschenkinde zu verheißen, geht ein dickes Buch in die Welt hinaus, das „Tirols Erhebung im Jahre 1809" wissenschaftlich darstellt und ein Ruhmesblatt auf die Gräber der gefallenen Kämpfer für „Gott, Kaiser und Vaterland" legen will. Dieses Buch ist bei Heinrich Schwick in Innsbruck verlegt; es soll also allenfalls auch der Förderung des heimischen Gewerbes dienen, denn es hat äußerlich den Charakter eines Prachtwerkes. Der Landesausschuß von Tirol, in dem die Getreuen des Ministers für öffentliche Arbeiten das große Wort führen, hat das Werk subventioniert, und es wäre fast alles in Ordnung, wenn nicht — ja, wenn das „Wenn" nicht wäre.

So aber wurde das Buch nicht einmal im Inlande gedruckt, und selbst der Einband kam aus dem Auslande. Für die „Retter" des heimischen Gewerbes ist das eine wenig erfreuliche Wahrnehmung. In Tirol gibt es bedeutende Druckereien und selbst solche klerikaler Färbung. Mit Recht spottet deshalb eine Zeitung, daß man das Werk doch wenigstens in einer klerikalen Druckerei hätte herstellen lassen sollen. Dort würde es auch ohne des Papstes Segen fertiggebracht worden sein. Doch wozu braucht man Scherereien zu riskieren? Es genügt jo, wenn man dem Handwerk mit Worten beispringt. Doch Taten . . . ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Voll Humor wurde dieser Tage in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" ein Versehen gebrandmarkt, das dem edlen Herrn Vergani unlängst unterlaufen war. Wir lassen das Blatt selbst die Geschichte erzöhlen:

„Das „Deutsche Volksblatt" gehört zu jener Sorte dummer Kinder, die, obwohl sie sich schon mehr als einmal tüchtig verbrannt haben, die Finger immer wieder auf die heiße Herdplatte legen. Das letztemal verbrannte sich das dumme Kind folgendermaßen: In einem reizenden Hetzartikelchen zog es wieder einmal gegen die Juden los, die alles auf der Welt zum willkommenen Anlaß nehmen, ihre braven christlichen Nebenmenschen übers Ohr zu hauen. Sogar die Einführung der Kronenwährung. Indem nämlich diese Juden auf den ursprünglichen „Taferln", auf denen die Preise ersichtlich waren, bloß die Bezeichnung Gulden in Kronen umändern und den Preis, der zum Beispiel früher für ein Paar Schuhe galt, nun per Stück, also für einen Stiefel gelten lassen. Dadurch wird der ahnungslos vorübergehende Christ getäuscht weil der Preis hier um die Hälfte billiger ist, als nebenan beim christlichen Schuster, der die Kronenwährung für zwei Stiefel, also für ein Paar eingeführt hat. Besonders hart wurde der „jüdische Schuster" Hlawatschek mitgenommen, der obige Manipulation vorgenommen haben sollte. Als wir diesen Namen lasen, stutzten wir: Ein Jude, der Hlawatschek heißt? Sonderbar! Aber am nächsten Tage mußte das „Deutsche Volksblatt" eine „Berichtigung" abdrucken. Von dem Juden Hlawatschek. Dieser schrieb, daß er erstens kein Jude sei, sondern ein guter Katholik und Abonnent des „Deutschen Volksblatt", zweitens, daß er die „Taferln" nur deshalb belassen habe, weil die neuen Taferln, die er bestellt habe, noch nicht eingetroffen seien und jeder, der in der Auslage die Preise in Gulden verzeichne, von der Behörde bestraft werde. Er habe also nicht anders können. Und drittens sei er — Bürger von Wien!! . . . Die krampfhaften Wendungen, in denen sich das „Deutsche Volksblatt" nach dieser „Berichtigung" erging, forderten entschieden zum Mitleid heraus. Diesmal hat sich das dumme Kind wirklich gehörig verbrannt."

Das wird leider nicht die letzte Fälschung sein, bei der man ein Blatt ertappt, das durch ein Jahrzehnt das Leiborgan des Wiener „Spießers" war und das aus der Besudelung der Juden einen schwunghaften, einträglichen Handel machte. .rm.

* * *

Auch die Bukowina, die bisher eine judengegnerische Agitotion nicht kannte, ist nunmehr antisemitisch durchseucht, und zwor ist das das „Verdienst" des österreichischen christlichsozialen Parteiministers Geßmann, der auf einer im Februar v. J. unternommenen Inspektionsreise den Antisemitismus dort, besonders in der Presse, geradezu organisiert hat. Die offiziellen Organe der organisierten antisemitischen Parteien im Lande, so das „Bukowinaer Volksblatt", die „Apararea Neamului" und die „Vointa Poporului", die Organe des k. k. Regierungsrates und Landtagsabgeordneten Josef Wiedtmann, des Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Dr. Aurel Ritter von Onciul und des Landesbankpräsidenten Dr. Florian Lupu, erklären ausdrücklich, daß sie unter der Patronanz und werktätigen Förderung Seiner Exzellenz des Ministers Dr. Geßmann stehen. Zur Illustrotion dafür, mit welchen demagogischen Mitteln in dieser Presse der Judenhaß entfacht wird, sei nur folgende Auslassung des in Czernowitz erscheinenden christlichsozialen „Bukowinaer Volksblatts" zitiert, die wir der von dem Abg. Straucher hierüber im Reichsrat eingebrachten Interpellation entnehmen:

„. . . Der Feind, der dem Christen gefährlicher wird als alles hier aufgezählte, ist der Jude, gefährlicher deswegen, weil wir ihm gegenüber noch nicht ganz gerüstet sind, und weil der Kampf mit ihm zumeist ein Kampf mit unzulänglichen Mitteln ist, denn Wanzentinkturen gegen Wanzen und gezogene Läufe gegen Raubtiere sind längst in Anwendung, während wir erst eine Zacherlinspritze gegen die Juden erfinden müssen.

Wenn wir sie, allerdings noch immer gänzlich unzureichend, mit irgend einer Gefahr vergleichen sollen, dann können wir sie höchstens noch zu einem alles verheerenden Heuschreckenschwarm oder einer nicht einzudämmenden Feuersgefahr in eine Parallele bringen.

Daß auch dieser Vergleich viel zu schwach diese Blutegel charakterisiert, erhellt daraus, daß sowohl Heuschrecke als Feuersbrunst nur die Früchte deiner Arbeit, während die Juden dir auch das Stückchen Erde, das dir geblieben, wegeskamotieren, dir also nicht die kleinste Hoffnung auf eine bessere Zukunft lassend. Das sind die Intentionen dieser Blutegel, dahin gehen die Bestrebungen der schmochtlockigen Heuschrecken.

Du wirst also einsehen, christliches Volk, daß Heuschrecke, Feuersbrunst, Pest keine größere Gefahr für dich sind, denn sie lassen dir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wenn nicht dies, so doch die Hoffnung auf ein besseres Jenseits, während der Jude mit seinen Saugwarzen wie ein langsam tötendes Gift an deinem Gut, ja sogar an Leib und Seele nagt." — —

Man konn dem Interpellanten nur zustimmen, wenn er hierzu bemerkt: Eine solche gewissenlose Agitation kann nur die bösesten Früchte zeitigen, und es ist unerhört, daß in einem modernen Rechtsstaate ein Mitglied der Regierung, welches die geltenden Gesetze beschworen hat, Parteien und deren Organe offenkundig favorisiert, die die vorgeschilderten Tendenzen verfolgen und die im vorstehenden angedeutete gesetzwidrige Agitation und Verhetzung betreiben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Zur Reichstagsersatzwahl in Wolfenbüttel-Helmstedt schreibt man uns aus dem Kreise:

Der von allen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Welfen, aufgestellte Kandidat Klehe ist der Wahlkreisvorsitzende des Bundes der Landwirte. Es ist eigentlich nicht recht verständlich, daß die Nationalliberalen, die den Kreis seit 1867 — mit Ausnahme von 1890—93, wo ihn der jetzige Führer der Freisinnigen Vereinigung Direktor Schrader vertrat — ununterbrochen besessen haben, jetzt plötzlich zugunsten des Bündlers abdanken. Schlimmer noch würden freilich die Dinge liegen, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß Klehe im Falle seiner Wahl sich der Wirtschaftlichen Vereinigung anzuschließen gedenkt. Die Nationalliberalen sind wohl von keiner Seite, die Sozialdemokratie eingeschlossen, so infam bekämpft worden, wie gerade von den Anhängern der sogen. Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Nationalliberalen im Wahlkreise wie auch die Zentralleitung sind sich hoffentlich darüber klar, was sie in weiten Kreisen an politischem Kredit einbüßen würden, wenn sie einen Kreis, der nach seinen Traditionen einer ihrer besten genannt werden darf, stillschweigend und ohne Schwertstreich den politischen Abenteurern der Wirtschaftlichen Vereinigung auslieferten.

Im Reichstagswahlkreise Prenzlau-Angermünde hot der Sohn des verstorbenen Abg., Oberpräsidialrat von Winterfeld, die ihm von den Konservativen angebotene Kandidatur nunmehr, wie dem „Angermünder Kreisblatt" in „offiziöser Weise" mitgeteilt wird, endgültig angenommen. Die Verzögerung der Annahme war, wie erinnerlich, damit begründet worden, daß Herr von Winterfeld unmittelbar vor der Versetzung in ein höheres Amt stünde und Bedenken trage, den Wahlkreis alsdann nochmals vor die Notwendigkeit einer Neuwahl zu stellen. Man darf einigermaßen neugierig sein, welchen Ausweg Herr von Winterfeld und die Regierung ans diesem „Dilemma" gefunden haben. Wie verlautet, tragen sich die Nationalliberalen, die anfangs unverbindliche Zusicherungen gegeben hatten, die Kandidatur des freisinnigen Pastors Schmidt-Massow zu unterstützen, mit der Absicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Unter Umstönden könnte dieses gesonderte Vorgehen der beiden liberalen Gruppen — vorausgesetzt, daß im Wahlkampfe unsachliche Schärfen

zwischen beiden vermieden werden — dem Gesamtliberalismus nur förderlich sein, insofern nämlich, als er die Chancen des Zustandekommens einer Stichwahl dadurch stärkt.

Unter falscher Flagge. Man schreibt uns aus Kassel: Die hessische Residenzstadt ist geradezu eine „Brut"stätte „nationaler" Veranstaltungen. Meistens stecken antisemitische Kreise hinter solchen Unternehmungen. So hatten eine Reihe nationaler Vereine für den letzten Sonntag (2. August) eine Bismarckfeier vorbereitet. Einige Antisemiten hatten die Leitung in dem festvorbereitenden Ausschuß geschickt an sich zu reißen gewußt, und erst wenige Tage vor der Feier stellte sich heraus, daß diese allgemeine nationale Feier nichts anderes sein wird, als eine reine Vorführung antisemitischer Häuptlinge. Die Festredner sollen sein: Der deutschsozial-antisemitische Abg. Liebermann v. Sonnenberg, ferner die Abgg. Raab und Gräf von derselben Partei sowie die beiden „Konservativen" Landrat v. Pappenheim und Landtagsabgeordneter v. Stockhausen. Der letztere hot sein Mandat von den Deutschsozialen abgetreten bekommen, der erstere hofft einmal, den jetzt von seinem Vater vertretenen Wahlkreis Hofgeismar-Wolfhagen mit deutschsozialer Hilfe zu erlangen. Das ganze aber nennt sich allgemeine „nationale" Feier. Die Kosten — und zwar sowohl im parteipolitischen wie im materiellen Sinne des Worts — tragen die veranstaltenden „nationalen" Vereine, die zu ihren unterstützungsfreudigsten Mitgliedern nicht wenige — Israeliten zählen!! Erst zwei Tage vor dem Fest wurde man des antisemitischen Manövers gewahr und der nationalliberale Führer und Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, Professor Hebel, veröffentlichte nachstehenden Protest:

In einer der ersten Sitzungen zur Vorbereitung der Bismarck-Gedenkfeier am 2. August war die Forderung erhoben und allseitig gebilligt worden, daß zu Rednern keine Persönlichkeiten Kassels — an auswärtige Redner dachte man damals noch nicht — ausgewählt würden, die im parteipolitischen Leben stünden, damit der rein nationale Charakter des Festes gewahrt würde. Und nun eröffnete der Ausschuß den Kasselanern, daß zu Rednern gewonnen wären die Herren Landrat Rabe v. Pappenheim, die Reichstagsabgeordneten Liebermann v. Sonnenberg, Friedrich Raab, Oberamtsrichter Graef und Landtagsabgeordneter Rittergutsbesitzer v. Stockhausen, also ein konservativer Landrat, drei deutsch-soziale Reichstagsabgeordnete und ein konservativer Landtagsabgeordneter, und fügt, wahrscheinlich zur Beruhigung der über die Namen der Redner erstaunten Gemüter, hinzu: „Aus den Namen der Redner geht zur Genüge hervor, daß die Feier in keiner Beziehung irgendwelcher Parteipolitik dienen, sondern eine rein nationale und vaterländische Kundgebung sein soll." Glaubt der Ausschuß wirklich, daß ein einziger Kasselaner dieser Versicherung Glauben schenkt?

Als Vorsitzender der Männerortsgruppe Kassel des auf rein nationalem Boden stehenden „Allgemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande" oder wie er jetzt treffender heißt, des „Vereins für das Deutschtum im Auslande", habe ich natürlich nach dem Bekanntwerden der Namen der Herren Festredner meinen Austritt aus dem Ausschuß für die Bismarckgedenkfeier erklärt.

Vielseitigkeit eines antisemitischen Redakteurs. Auf dem hessischen Parteitage der Reformpartei im vorigen Jahre war u. a. die Erhebung der in Wiesbaden erscheinenden „Germania" zum Parteiorgan und die Anstellung des Parteimitgliedes Wallbach aus Kassel als Redakteur für dieses Blatt beschlossen. Wallbach war gut für sein neues Amt gewappnet. Das ganze Manuskript für die erste Nummer trug er bereits fix und fertig bei sich in der Tasche und überantwortete es dem voraussichtlichen Drucker gleich nach der Versammlung. Zu seinem großen Bedauern aber ging nicht alles so glatt her, wie er es vorausgesetzt hatte. Zunächst hatte man Schwierigkeiten mit dem Drucker, weil dieser sich bald auch als Mitglied der sozialdemokratischen Partei entpuppte und daher aus der Reformpartei ausgeschlossen werden mußte. Dann verweigerte — und das war das Schlimmste — der hessische Parteitag den Wiesbadener Beschlüssen seine Zustimmung. Wallbach gründete in dem „Reichsherold" ein eigenes Blatt, und der Drucker der „Germania" stellte sich in der Person eines Fensterputzers einen „Redakteur" auf seine eigenen Kosten an. Da geschah eines Tages etwas Seltsames. Der „Reichsherold" und die „Germania" erschienen in der Hauptsache vollständig mit demselben Text, weil das gelegentlich des Wiesbadener Parteitages von Wallbach herausgegebene Manuskript aus Mangel an besserm Stoff vollständig von der „Redaktion" der „Germania" verwertet worden war, und weil auch Wallbach den ganz besonders zugkräftigen Stoff nicht unverwertet lassen wollte. Natürlich war Wallbach keineswegs einverstanden mit der Annektierung seines geistigen Eigentums. Er klagte Drucker und Redakteur der „Germania" wegen widerrechtlichen Nachdrucks an, es mußte jedoch, wie wir der „Köln. Ztg." entnehmen, aus formellen Gründen ein Freispruch ergehen.

Damit ist aber, wie uns hierzu noch aus Kassel geschrieben wird, der Humor noch nicht erschöpft. Der Verleger und Herausgeber der „Germania" ist ein Herr Kayser in Wiesbaden. Dieser Herr und Herr Wallbach sahen sich schon einmal vor dem Forum des Gerichts. Und bei dieser Gelegenheit beantragte Herr Kayser, seinen Antipoden auf seinen — Geisteszustand untersuchen zu lassen. Wohlgemerkt: denselben Mann, dessen schriftstellerische Arbeiten er für würdig erachtete, in seiner eigenen Zeitung zu verwenden. Kein Wunder, daß das Gericht auf den Gedanken kam, nicht Herrn Wallbach, wohl aber Herrn — Kayser auf die Intaktheit seines Geistesvermögens untersuchen zu lassen.

Studentisches. Anläßlich des zehnjährigen Todestags des Fürsten Bismarck wollten auch die Berliner Studenten eine Gedächtnisfeier veranstalten. Man plante eine große Kundgebung mit Fackelzug und Auffahrt am Bismarckdenkmal. Zu der Feier sollten möglichst alle Berliner Studenten herangezogen werden. Aber schon bei den Vorberatungen kam es zu dem üblichen Krach zwischen den farbentragenden Korporationen und den „schwarzen" Vereinen. Daraufhin machten die Herren von der „Couleur" eine eigene Feier und ließen die schwarzen Organisationen unter sich. Diese wollten nun ebenfalls nicht zurückstehen und beschlossen, eine eigene Feier in Szene zu setzen. Die Vertreter von etwa 50 schwarzen Korporationen wurden zusammengetrommelt, und der antisemitische Verein Deutscher Studenten fühlte sich berufen, die Sache in die Hand zu nehmen. Der Erfolg war großartig. Bei dieser Führerschaft verzichtete die Mehrzahl der schwarzen Korporationen überhaupt auf eine Bismarckfeier. Ganze 21 Korporationen scharten sich um den V. D. St. und zogen unter dessen Anführung nach dem Bismarckdenkmal. Dieser Zug von 22 Wagen machte die „große Kundgebung" der Berliner Studenten für Bismarck aus. Die Festrede hielt ein Herr vom V. D. St., ein stud. geom. von der Landwirtschaftlichen Hochschule. Dieser Studierende der Landwirtschaftlichen Hochschule gehört also dem V. D. St. an der Universität an, denn an der Landwirtschaftlichen Hochschule gibt es keinen V. D. St. Nun ist aber den Korporationen an der Universität streng verboten, Studierende anderer Hochschulen aufzunehmen. Verschiedene Vereine sind erst in letzter Zeit wegen Nichtbeachtung dieses Verbots aufgelöst worden. Der Verein Deutscher Studenten darf sich aber über die Bestimmungen hinwegsetzen. Er ist ja das Schoßkind der Universitätsbehörden.

* * *

Im Neuphilologischen Verein an der Universität, der dem Weimarer Kartellverbande neuphilologischer

Vereine angehört, scheinen sonderbare Dinge vorzugehen. Bisher war er ein Gegner des antisemitischen V. D. St. und bekämpfte ihn heftig bei den Lesehallenwahlen. Der Vorsitzende dieses Neuphilologischen Vereins wurde sogar erster Vorsitzender der Lesehalle, als die antisemitische Herrschaft im Jahre 1906 gestürzt wurde. Nun ist dieser Herr plötzlich aus dem Verein ausgeschlossen worden, und der Verein selbst ist dem antisemitischen „Deutschen Verbande wissenschaftlicher Vereine" beigetreten, der dem V. D. St. treue Gefolgschaft leistet. Diesem Verbande gehören damit jetzt sechs Vereine an, neben dem Neuphilologischen noch der Akademisch-Pharmakognostische Verein, der Juristen-Verein Teutonia, der Theologische Studentenverein, der Akademisch-Philologische Verein und der Akademische Verein für Mathematik und Physik.

Vermischtes.

Die Juden und das Duell. In einem Artikel: „Offiziersstand und Judentum", der u. a. die bodenlos freche Lüge enthält:

„Alle Völker, die sich gesund fühlen, weisen es von sich, ihre jüdische Bevölkerung kriegsdienstleisten zu lassen."

besitzt das Organ des Herrn Abg. Zimmermann, die „Deutsche Reform", die Dreistigkeit zu behaupten:

„Der Israelite steht fast immer im Lager der Duellgegner. Das ist an sich nicht schlimm; denn es handelt sich um eine Kulturerscheinung, deren Berechtigung man mit hundert Gründen bestreiten und ebenso vielen verteidigen kann. Aber das Judentum ist geschlossen in diesem Lager zu finden. Soll da die Feigheit nicht doch einige Rolle spielen unter der Maske der „Humanität" und des „Fortschritts"? Es wird wohl nicht leicht ein Beweis allgemeiner Art für oder gegen zu erbringen sein. Aber Tatsache ist wiederum, daß in Russisch-Polen allein im vergangenen Jahre wiederum 27 000 Juden aus den militärischen Erziehungsanstalten entflohen sind. Wie viele mögen erst während des russisch-japanischen Krieges fahnenflüchtig geworden sein? Und wer spielt die Hauptrolle auf unseren Friedenskongressen und in den Parteien, die der bewaffneten Verteidigung vaterländischer Interessen am abholdesten sind?"

Beinahe soviel Worte wie grobe Unwahrheiten. Den Schwindel mit den „27 000 entflohenen" jüdischen Gestellungspflichtigen in Rußland haben wir erst in der letzten Nummer näher beleuchtet, wie oft wird aber trotzdem diese lügnerische Behauptung wiederholt werden! Die Juden sollen ferner „geschlossen im Lager der Duellgegner" zu finden sein? Theoretisch vielleicht, in der Praxis aber verhält sich die Sache ganz wesentlich anders. Es dürfte doch auch Herrn Oswald Zimmermann nicht ganz unbekannt geblieben sein, wie oft jüdische Studenten gezwungen sind, sich für Anrempelungen seitens ihrer antisemitischen Kommilitonen mit der blanken Waffe Genugtuung zu verschaffen. Es läuft auf deutschen Hochschulen solcher entsprechend „gezeichneten" antisemitischen Jünglinge eine ganz stattliche Anzahl herum.

Gleichstellung der jüdischen mit den christlichen Feiertagen. In den Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Börsengesetz wird zum ersten Male die Anerkennung der hohen jüdischen Festtage und ihre Gleichstellung mit den christlichen Feiertagen ausgesprochen. Unter Artikel IX der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. Mai 1908, betreffend die Geschäftsbedingungen der Produktenbörse zu Berlin für den Zeithandel in Getreide und Mehl heißt es: „Als Feiertage gelten die staatlich anerkannten allgemeinen Feiertage, die beiden jüdischen Neujahrstage und der Versöhnungstag."

Eine „ungewöhnliche Ehrenrettung". Zu der unter dieser Spitzmarke in Nr. 31 der „Mitt." gebrachten Notiz teilen uns die „Deutschsozialen Blätter" mit, daß sie die Nachricht von der Bildung eines demokratischen Verbandes in Rheinland-Westfalen unter der Führung des R.-A. Kohn-Dortmund mit keiner antisemitischen Glosse versehen haben und daß somit auch der Vorwurf der „blöden Judenriecherei" nicht zutreffend sei. Wir hatten die Notiz in den „Deutschsoz. Bl." selbst nicht gelesen, sind vielmehr auf sie erst durch die gleichfalls antisemitische „Deutsche Hochwacht" aufmerksam gemacht worden, welche ausdrücklich geschrieben hatte, wer die Notiz der „Deutschsoz. Bl." lese, „müsse ohne weiteres auf den Gedanken kommen, daß diese westfälischen Demokraten . . . einem Judenkopfe folgten."

Die Notiz des Hamburger deutschsozialen Blattes gibt allerdings, wie wir uns durch Einsicht in die Originalfassung überzeugt haben, zu dieser Schlußfolgerung der „Deutschen Hochwacht" keinen Anlaß; wahrscheinlich hat aber das Organ des deutschen Volksbundes es als ganz selbstverständlich angenommen, daß das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg den Namen Kohn mit einer antisemitischen Glosse versieht, wie es umgekehrt die „Deutschsoz. Bl." von der „Deutschen Hochwacht" ebenfalls als selbstverständlich vorausgesetzt hätten.

Die Agitation der Schächtgegner, die s. Z., wie erinnerlich, eine Eingabe an sämtliche deutsche Bundesregierungen beschlossen hatten, daß nach dem Beispiele des Königreichs Sachsen die Betäubung vor der Blutentziehung für sämtliche Schlachttiere vorgeschrieben, d. h. das Schächten verboten werden möge, hat, wie es scheint, nur bei der Regierung des Fürstentums Reuß einen Erfolg gehabt. Dort ist auf diese Eingabe hin die entsprechende Verordnung vom 2. Juli 1890 folgendermaßen abgeändert worden:

„Das Schlachten sämtlichen Viehes mit Ausnahme des Federviehes darf, abgesehen von Notschlachtungen, nur nach vorgängiger Betäubung durch Kopfschlag stattfinden. Beim Rind soll die Betäubung unter Benutzung der Schlachtmaske ausgeführt werden, soweit nicht beim Jungvieh die ungenügende Entwickelung des Schädels eine Ausnahme erheischt. Im übrigen werden für Schweine der Bolzenapparat und für Kälber und Schafe der Holzhammer, die Holzkeule und der stumpfe Keilhammer empfohlen."

Die württembergische Regierung hat jedoch unterm 10. v. M. die israelitische Oberkirchenbehörde davon in Kenntnis gesetzt, daß nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern vom 3. v. M. die Vorstellung des Verbandes der Tierschutzvereine keine Veranlassung zu einer Aenderung der in Württemberg geltenden Vorschriften über das Schächten gegeben habe, und daß der Verband dementsprechend benachrichtigt worden sei.

Nach einer Information der „Jüd. Presse" ist das Verlangen auch von der preußischen Regierung zurückgewiesen worden. In einem gemeinsamen Erlaß der Ministerien des Innern, des Kultus, des Handels und der Landwirtschaft wurde dem Verbandsvorstand bedeutet, daß zu einer Aenderung der gegenwärtigen Bestimmungen über das jüdisch-rituelle Schächten kein Anlaß vorliege. Allem Anscheine nach haben somit die Schächtgegner sich bei sämtlichen Bundesregierungen, mit Ausnahme von Reuß ältere Linie, wo oder überhaupt nicht geschächtet wird, eine Niederlage geholt.

Im Anschluß hieran sei noch ein Gutachten erwähnt, das der Direktor des Greifswalder anatomischen Instituts, Prof. Dr. Kallius, in einer Publikation vom 15. Juli d. J. erstattet hat:

„. . . Ich habe persönlich auf dem Schlachthofe Erfahrungen gesammelt und kann nur sagen, daß meiner Meinung nach die Schächtung ein Tier auf die schnellste und schonendste Weise bewußt-

los macht und tötet. Die außerordentlich sichere Führung des peinlichst scharf und sauber gehaltenen Messers, das groß genug ist, um mit schnellem Zuge die großen Arterien durchzuschneiden, hat auf mich immer einen großen Eindruck gemacht. Ich habe mich daher vollkommen davon überzeugt, daß die Angriffe gegen diese Tötungsmethode durchaus ungerechtfertigt sind und sicher von Leuten ausgehen, die keine Erfahrungen in dieser Angelegenheit haben. Soweit meine persönlichen Kenntnisse reichen, möchte ich glauben, daß es durchaus wünschenswert sei, wenn den übrigen Tötungsarten die Schächtung allgemein vorgezogen würde."

Der „Suff" eine „völkische Pflicht". Im „Gablonzer Tagblatt" findet sich folgendes Eingesandt vom Freitag, den 24., „Heumonds":

„Deutsche Turnverbindung „Jahn". „Durch Reinheit zur Einheit." Einladung zu der Sonnabend, den 25. Juli, 9 Uhr abends, im Vereinslokal, Scholzes Restaurant, Wustung, stattfindenden Hauptkneipe. In Anbetracht der völkischen Bestrebungen der Kneipen ist es Pflicht eines jeden Jahners (!) pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Mit unverfälscht deutschem Turnergruß: Das Kneipamt."

Das Deutsch dieser Aufforderung zeichnet sich zwar gerade nicht durch besondere „Reinheit" aus, dafür ist aber der edle Zweck des völkischen Kannenschwingens um so mehr anzuerkennen. Wenn die alkoholische Leistungsfähigkeit im österreichischen Nationalitätenkampfe entscheidend wäre, so würden die braven Schönerianer ihre gesamten slawischen Gegner schon unter den Tisch ge—rungen haben.

Die Stellung der Kadetten zur Judenfrage. Die Fraktion der konstitutionellen Demokraten der russischen Reichsduma hat jetzt, nach Schluß der ersten Session, ihren Rechenschaftsbericht herausgegeben. Hinsichtlich ihrer Stellung zur Judenfrage äußert sie sich folgendermaßen:

„Zur Judenfrage hat — unabhängig von der Fraktion — das Mitglied, Herr Nisselowitsch, wiederholt Stellung genommen. Die Fraktion als Ganze hat sich in der Verteidigung der Juden gegen die Angriffe der Rechten mit aller Energie beteiligt, besonders wenn diese mit Vorschlägen, die Juden betr., wie z. B. wegen Ausschließung der Juden aus der Armee, hervortraten. Den Versuch des Mitglieds der Rechten, Zamislowski, einen solchen Antrag mit ziffernmäßigen Daten zu begründen, hat Pergament mit glänzendem Erfolge zerstört. Diese Rede war — darin stimmen alle überein — eine der gehaltvollsten und besten Reden, die in der dritten Duma gehalten wurden, und hat auch auf alle einen tiefen Eindruck gemacht. Zur selben Frage sprachen auch Roditschew und Friedmann.

Was die Frage betrifft, ob eine selbständige Gesetzesvorlage, betreffend die Regelung der Judenfrage, jetzt in der Duma eingebracht werden solle, steht die kadettische Fraktion auf dem Standpunkte, daß bei der gegenwärtigen antisemitischen Stimmung der Duma-Majorität an eine gerechte Lösung der Judenfrage nicht gedacht werden könne! Selbst in der ersten „Platform", welche die Führer der Majorität in der Duma vor Eröffnung derselben durchführen wollten und nicht konnten — weil nicht alle sie akzeptieren wollten — wurde bloß von Aufhebung der „überflüssigen Begrenzungen" gegenüber den Juden gesprochen und selbst dies nur mit unklaren, halben Andeutungen zum Ausdruck gebracht. Da in den Zeitungen die Nachricht verbreitet wurde, daß Herr Nisselowitsch den Versuch gemacht habe, mit der Duma-Majorität diesbezüglich zu einem Uebereinkommen zu gelangen, mußte der Obmann der Fraktion, Miljukow, öffentlich erklären, daß die Fraktion diesen Unterhandlungen ferne steht. Gleichzeitig hiermit erklärte die Fraktion nochmals, daß laut dem Beschluß des Helsingforser Parteikongresses unsere Fraktion bereit ist, jede Bestrebung, welche nur irgendwie ernstlich mit dem Programm der Kadettenpartei übereinstimmt, mit allem Nachdrucke zu fördern."

Amerikanischer Bürgerstolz. Von keiner Regierung eines Landes werden die Interessen der im Ausland lebenden bezw. ihrem Gewerbe nachgehenden Staatsangehörigen so energisch vertreten, wie von der amerikanischen Union. Das zeigt sich auch jetzt wieder in den programmatischen Kundgebungen der einzelnen Parteien für die Präsidentenwahl. Sämtliche Parteien haben in ihre „Platform" einen Satz aufgenommen, der sich auf die Abänderung der Behandlung jüdischer Reisender in Rußland bezieht. Am deutlichsten spricht die diesbezügliche Forderung der demokratischen Partei, deren Kandidat Bryan ist. Die betreffende Stelle im Wahlprogramm lautet:

„Wir verpflichten uns, zu fordern, daß unsere Bürger zu Hause wie im Auslande geschützt werden. Wir verpflichten uns, die gesetzlichen Mittel anzuwenden, durch welche unseren Bürgern — ohne Unterschied der Rasse und des Glaubens und ohne Rücksicht darauf, ob sie im Lande geboren oder hier naturalisiert wurden — alle diejenigen Rechte und Privilegien erwirkt werden können, welche ihnen auf Grund unserer Verträge mit anderen Staaten zukommen. Sollten sich einige Staaten weigern, unsere Bürger wegen ihrer Rasse oder Religion hineinzulassen und unsere Pässe anzuerkennen, fordern wir, daß Amerika mit diesen Staaten sofort in Verhandlungen trete, auf daß sie diese unsere Bürger genau so behandeln, wie jeden anderen amerikanischen Bürger.

Wir fordern, daß der amerikanische Paß in den Händen eines amerikanischen Bürgers in der ganzen Welt als Beweis dafür angesehen werde, daß er amerikanischer Bürger ist und als solcher auf alle festgesetzten Rechte und Privilegien Anspruch hat."

Das sind nicht nur patriotische Versprechungen vor der Wahl, sondern noch jeder Präsident der amerikanischen Union, gleichviel welcher Partei er angehörte, hat auch dementsprechend gehandelt. Das einstige stolze „Civis romanus sum" der alten Welt ist von dem kräftig aufstrebenden Bundesstaat der neuen Welt als nationale Devise übernommen worden.

Das Urteil eines Japaners über den Antisemitismus. In der „Münchener Post" äußert sich ein Japaner im Anschluß an die Enzyklika des Papstes gegen die Modernisten über die freigeistige Bewegung im allgemeinen und kommt in diesem Zusammenhange auch mit einigen wenigen Worten auf die antijüdische Bewegung in Deutschland zu sprechen:

„In Deutschland gibt es eine Partei Judenfeinde. Diese Leute rufen laut, man muß alle Juden totschlagen. Nun, wie ist es? Gerade diese Leute nennen sich „aufrechte Christen". Es ist dreist, so zu sagen. Die Regierung der Deutschen verbietet aber fast gar nicht das Reden von dem Judentotschlagen. Es soll doch nur ja kein Redakteur schreiben: „Schlagt alle Grafen und Barone tot!" Oder eine Volksversammlung dazu auffordern. Sehr schlecht ginge es ihm, auch in Japan, denn wir haben einen alten, würdigen Adel mit vielen großen Namen, die jeder achten muß. Nein, das also nicht — warum aber die Juden? In Amerika haben sie auch geschrien: „Schlagt die Japaner tot!" Wie können wir Oestlichen denn Vertrauen haben, wenn Missionare kommen zu predigen: „Alle Menschen sind Brüder im Herrn Christus." . . . Nein, wir können alle diese Dinge nicht glauben, wir verstehen es nicht."

Also auch dieser Japaner, der übrigens der jüdischen Religion wenig Geschmack abgewinnen kann, lehnt den „Kulturfortschritt" des Antisemitismus entschieden ab.

Briefkasten.

N. B. in M. Uns sind zwar von verschiedenen Seiten Mitteilungen darüber gemacht worden, daß von der Münchener Ausstellung „amtliche Ausstellungspostkarten" in den Verkehr gebracht werden, welche das „Münchener Kindl" als „kleinen Kohn" darstellen, keiner der Beschwerdeführer hat es aber für nötig erachtet, uns eine solche Karte originaliter einzuschicken, damit wir uns über Tendenz und „künstlerische" Ausführung ein eigenes Urteil bilden können.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 33. Berlin, den 12. August 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Beuell, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Aus der Gründungsperiode der „Kreuz-Zeitung" und der konservativen Partei.

Das führende Organ der konservativen Partei hat in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag gefeiert und aus diesem Anlaß in einer Artikelserie einen Rückblick voll stolzen Selbstgefühls auf die nichts weniger als verheißungsvollen Anfänge des Blattes und der Partei geworfen. In der Tat gehören „Kreuzzeitung" und konservative Partei untrennbar zu einander. Wie sehr auch der programmatische Gehalt der Partei im Laufe der letzten Jahrzehnte durch wirtschaftspolitische Strömungen beeinflußt worden ist — an dem innigen Zusammenhange zwischen Partei und Blatt haben weder die politische Selbständigmachung des Antisemitismus und des Stöckerschen „christlichen" Sozialismus, noch die Gründung des Bundes der Landwirte, dessen Hauptorgan die „Deutsche Tageszeitung" sich vor einer Reihe von Jahren in einem Werbezirkular rühmte, daß es die „Kreuzzeitung" bald aus ihrer bisherigen dominierenden Stellung herausgedrängt haben würde, irgend etwas geändert.*) Es entspricht daher durchaus der geschichtlichen Wahrheit, wenn der Vorsitzende der konservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, der Abg. Dr. von Heydebrand und der Lasa in dem offiziellen Glückwunschschreiben der Partei an das Blatt u. a. hervorhob:

„Sie dürfen mit Recht und mit verdientem Stolze sagen, daß ohne die treue und tapfere, gediegene und furchtlose Arbeit Ihres Blattes, das in schweren Tagen die konservative Fahne mitunter allein vorangetragen hat, unsere Partei nicht das sein würde, worauf wir Konservativen mit Befriedigung jetzt hinblicken dürfen."

Der weiter von Herrn von Heydebrand ausgesprochene Wunsch, daß „so wenig wie bisher auch später ein Schatten dieses gute Einvernehmen zwischen dem Blatt und der Partei trüben möge", ist nicht nur ein programmatisches Bekenntnis, sondern klingt auch wie eine leise Absage an die Depossedierungsgelüste der Herren um Wangenheim und Dr. Hahn und zeigt gleichzeitig, wie töricht die vor kurzem von dem Liebermann von Sonnenbergschen Blatt ausgestreute Behauptung war, daß man sich im konservativen Lager mit der Absicht trage, eine neues parteioffizielles Organ zu gründen. Die Spekulation der Herren vom Bund der Landwirte und des Führers der Wirtschaftlichen Vereinigung war eine verfrühte; noch ist es nicht so weit, daß ihre Kreaturen das Erbe der „Kreuzzeitung" in der journalistischen Führung der konservativen Partei antreten könnten. Die Herren müssen sich noch etwas gedulden.

Aus der „kleinen, aber mächtigen Partei" der Reaktionszeit, in welcher die „Kreuz-Zeitung", wie ihr hervorragendster erster Redakteur und Geschichtsschreiber der Partei, Hermann Wagener, mit Recht schrieb, „als das Hauptquartier der royalistischen Partei" bezeichnet wurde, ist inzwischen — wenigstens in Preußen — eine große und die mächtigste Partei des Landes geworden, und zwar gerade unter der hervorragenden Mitwirkung des Blattes. Es ist keineswegs Eigenlob, sondern entspricht ebenfalls nur der historischen Wahrheit, wenn Wagener in seinem Quellenwerk schreibt:

„Eine eigentliche selbstbewußte konservative Partei begann sich erst mit der Entwicklung der „Kreuz-Zeitung" zu bilden."

Den interessantesten Abschnitt in dem Rückblick der „Kreuz-Zeitung", bildet die Schilderung der anfänglichen Abneigung des jungen Otto von Bismarck, der freilich später ein „eifriger gelegentlicher Mitarbeiter" wurde, gegen eine zu starke Hervorkehrung pietistischer Bestrebungen. In diesem Zusamenhange darf vielleicht daran erinnert werden, daß selbst Stöcker vor etwa 15 Jahren einmal öffentlich beklagt hat, daß die „Kreuz-Zeitung", die doch als konservativ-protestantisches Blatt gegründet war, im Laufe der Jahre „zu sehr auf die katholische Seite gefallen" sei. Die Furcht vor einer indirekten Stärkung des Pietismus durch das Blatt war im Jahre 1847 selbst in adeligen Kreisen Preußens noch so stark, daß daran der erste im Juli dieses Jahres von Otto von Bismarck, dem Generalleutnant Fürsten Radziwill und dem Geh. Reg.-Rat von Werdeck unternommene Gründungsversuch scheiterte, obwohl der von diesen drei Männern gezeichnete Aufruf den Erfolg gehabt hatte, daß eine ganze Anzahl von Anteilscheinen — offenbar aber doch nicht genügend — gezeichnet wurden. Man stieß sich, wie Ludw. von Gerlach, der nachherige bekannte „Rundschauer" des Blattes, in seinen Tagebuchaufzeichnungen freimütig bekennt, an dem „pietistischen Ruf" seines Bruders Leopold von Gerlach, des Generaladjutanten Friedrich Wilhelms IV., der die treibende Kraft hinter den Kulissen war. Bismarck selber stand, wie die „Kreuz-Zeitung" bekümmert konstatiert, „den streng kirchlichen Kreisen nicht besonders sympathisch gegenüber", und sie kann ihm, trotzdem sie selbst ihn als „die Seele des Versuchs aus dem Jahre 1847" bezeichnet, den Vorwurf nicht ersparen:

„In dem Bestreben Bismarcks und einiger seiner politischen Gesinnungsgenossen, jeden Schein des Pietismus zu vermeiden, lag auch eine gewisse Konzession an den stark rationalistischen Geist der Zeit, die dem Glauben

*) In Kreisen, welche der Redaktion des agrarischen Blattes nahe stehen, war damals, wie unwidersprochen geblieben ist, die Aeußerung gefallen, man werde die „Kreuz-Ztg." schon „klein kriegen". D. R.

entsprang, das Betonen des positiven Glaubensstandpunktes würde manche politisch zu gewinnende Kreise abschrecken."

Auch unter dem Landadel war, wie die „Kreuz-Zeitung" hinzufügt, „vielfach eine rationalistische Auffassung des Christentums verbreitet". Zum Beweise da zitiert sie eine aus Pommern auf das zweite Werbeschreiben des nächstfolgenden Jahres eingegangene Antwort eines Hern von K.:

„Es findet eine weitverbreitete Furcht statt, daß das Unternehmen zu sehr pietistisch sein werde, d. h. zu sehr christlich, und leider auch unter den sogenannten Konservativen bekommt der größte Teil bei dem bloßen Gedanken ein Gruseln."

Nebenbei bemerkt, befindet sich am Schlusse dieses Briefes ein im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Entwickelung der konservativen Partei, welche den Schutzzoll zum förmlichen Dogma erhoben hat, interessanter Passus: „Wir Pommern sind alle Freihändler."

Trotzdem befand sich Bismarck in einer Selbsttäuschung über die Stärke dieser antipietistischen Strömung unter seinen Standesgenossen. Tatsache ist jedenfalls, daß, als nach den Märzstürmen des Jahres 1848, der Versuch der Gründung eines konservativen Blattes wiederholt wurde — und zwar diesmal mit Erfolg — das „pietistische" Element nicht nur nicht ausgeschlossen wurde, sondern geradezu den Sauerteig der neuen politischen Gruppierung bildete. Man braucht nur, um sich hiervon zu überzeugen, die Namen der eigentlichen Gründer des Blattes vor Augen zu führen, in erster Linie die Gebrüder von Gerlach, Hans von Kleist-Retzow, der seinem Bruder Ferdinand, der unter dem niederschmetternden Eindruck des 18. März ihm gegenüber den pietistischen Geist für das ganze Unglück verantwortlich machte, ganz gehörig den Kopf wusch, den hyperorthodoxen Adolf v. Senfft-Pilsach, den seit Jahren dem Könige nahestehenden schwerreichen Grafen von Voß-Buch, ebenfalls ein Mann „von streng kirchlicher Gesinnung", den späteren Kultusminister von Bethmann-Hollweg, der damals „politisch wie kirchlich auf der äußersten Rechten stand", und den Reichsgrafen Finck von Finckenstein, welche zusammen das Komitee, den ersten Aufsichtsrat des Blattes, bildeten. Die drei Männer, welche den ersten erfolglosen Aufruf des Vorjahres unterzeichnet hatten, traten — mit Ausnahme Bismarcks — bei der definitiven Gründung des Blattes in den Hintergrund. Von dem Fürsten Radziwill will es übrigens die „Kreuz-Zeitung" dahingestellt sein lassen, „wie weit er aus vollem Herzen bei der Sache war. Es ist möglich, daß er mehr zu dekorativen Zwecken mit ins Komitee gezogen war."

Trotzdem stellten sich Wagener, der auf einer Rundreise durch Deutschland und Oesterreich (!) Förderer und Mitarbeiter zu gewinnen suchte, noch mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Man hielt den ganzen Plan für die „fixe Idee eines nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen" und stellte Wagener das Prognostikon, daß er „bald mit der Laterne und dem Strick nähere Bekanntschaft machen würde".

Interessant ist es, aus vielen kleinen Einzelheiten des Jahres 1848 zu ersehen, wie sehr man, sowohl im Lager der Demokratie wie der Reaktion, sich über die Stärke des Gegners täuschte. Wilhelm von Raumer, der märkische Geschichtsforscher, lehnte eine Beteiligung an der Gründung des Blattes mit der resignierten Begründung ab, „am 1. Juli werde in Berlin überhaupt nichts gedruckt werden, geschweige denn die „Kreuz-Zeitung"; am nächsten Tage werde das Zeughaus der Pleds übergeben oder von ihr genommen, man stände unter der Herrschaft einer polnischen Fraktion, die den König entthronen wolle. Preußen werde wehrlos eine Beute der Russen und Franzosen, die Zivilisation gehe unter."

Nun, die Zivilisation ist Gott sei Dank nicht untergegangen, wenn auch das Junkertum damals wie heute sich wahrlich nicht das Verdienst zuschreiben kann, die „Zivilisation gerettet" zu haben. Klagte doch selbst ein Bismarck am 26. März 1848 in einem Briefe an den Präsidenten Ludwig von Gerlach:

„Wer kann das Gebäude halten, dessen Eckstein morsches Holz ist."

Wenn selbst der damals noch in hochfeudalen Anschauungen befangene Deichhauptmann Otto von Bismarck so abfällig von dem wurmstichigen Preußen sprach und dringend vor „Reaktion" warnte, so wird es wohl seine Richtigkeit damit gehabt haben. Charakteristisch für die politische Denkweise des Mannes, der der „Kreuz-Zeitung" für alle Zeiten den Stempel seines Geistes aufgedrückt hat, ist, daß Ludwig von Gerlach in seinem Tagebuch zu dieser Warnung die Bemerkung machte:

„Aber gerade auf Reaktion — ganz verschieden Rückschritt — kam es an."

Diese „Reaktion" war in erster Linie gegen die Bestrebungen, ein wirkliches freiheitliches Wahlrecht einzuführen, gerichtet. An dem Tage, als dem Landtage „ein Wahlgesetz auf breitester Grundlage" vorgelegt wurde, traf Ludwig im Café Royal, wo er zu Mittag aß, mit den vom Landtage kommenden Thadden, Schenckendorf, Bismarck u. a. zusammen. Thadden bemerkte, alles sei „erstarrt von eisiger Furcht". Mit der „Krapüle" wollte man nicht die geringste Gemeinschaft pflegen. Als in dem den Brüdern von Gerlach gehörigen Gut Rohrdeck in Pommern bei der gleichzeitigen Wahl zur Frankfurter und preußischen Nationalversammlung, für die letztere der (konservative) Pächter Studenrauch, für die erstere aber der Tagelöhner Radloff gewählt wurde, verzeichnete Ludwig von Gerlach entrüstet in sein Tagebuch:

„Es drängte sich mir auf, wie demoralisierend schon dieser bloße Wahlakt auf das Dorf wirken müsse."

Der Kuriosität halber sei hier noch eingeschaltet, daß Hermann Wagener in seiner Geschichte der konservativen Partei erzählt, wie der damalige Vertreter des Wahlkreises Neustettin sich wegen seiner vor der Wahl gegebenen weitgehenden Versprechungen von Landschenkungen nachher aus der Verlegenheit zog. — Der brave Ahlwardt hat also in diesem Wahlkreise schon einen Vorgänger gehabt, der sich das Mandat mit ebensolcher fairen Mitteln „erobert" hat. Und trotzdem hat sich ein führendes Mitglied der konservativen Partei gefunden, das seinerzeit unter dem stürmischen Beifall der Versammlung erklären konnte: „Lieber zehn Ahlwardts als einen Freisinnigen" —

Die Gerechtigkeit erfordert es übrigens, anzuerkennen, daß es damals noch Männer in der konservativen Partei gab, die bei aller Abneigung gegen ein demokratisches Wahlrecht doch für „ihre" Bauern ein warmes Herz hatten. Als der „wackere, fromme und ritterliche Edelmann", wie die „Kreuz-Zeitung" Hans von Kleist-Retzow in Anerkennung der dem Blatt geleisteten hervorragenden Dienste wiederholt nennt, beim Besuche des soeben aus England zurückkehrenden Prinzen von Preußen nach Stettin deordert wurde, vergaß er nicht, seine getreuen Schulzen mitzunehmen, die so wacker für seine Anregung, den Prinzen um seine Rückkehr aus England zu bitten, eingetreten waren. Der Oberpräsident wollte diese schlichten Männer nicht zur Festtafel zulassen, aber als Kleist erklärte, er bliebe da, wo seine Schulzen blieben, wurde auch für sie Platz geschaffen. — Heute haben die Herren Junker auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte oder bei sonstigen größeren Parteiveranstaltungen, sobald die Bauern ihre Statistenrolle zur Zufriedenheit der Herren absolviert haben, nur den einen dringenden Wunsch, möglichst „unter sich" zu bleiben.

(Schluß folgt.)

Aus dem Lebensbuche einer deutschen Frau.

In dem schönen Gedenkbuche „Im Schatten der Titanen“, das Frau Lily Braun kürzlich dem Gedächtnis ihrer Großmutter Baronin Jenny von Gustedt gewidmet hat (Braunschweig, George Westermann, 1908), finden sich einige Stellen, die besonders erwähnt zu werden verdienen. Jenny von Gustedt (1812—1891) war eine natürliche Tochter des Königs Jérôme von Westfalen aus dessen geheimen Liebesbunde mit Diane von Pappenheim, der schönen Hofdame seiner Gattin. Sie kam in früher Kindheit mit ihrer verwitweten Mutter nach Weimar, wo sie als Gespielin der nachmaligen Kaiserin Augusta, als Jugendfreundin des späteren Großherzogs Karl Alexander und der Enkel Goethes, Wolf und Walter, in einer wahrhaft aristokratischen Geistessphäre aufwuchs, später selbst Hoffräulein der Großherzogin Maria Paulowna wurde und mit fünfundzwanzig Jahren den Gutsbesitzer Werner v. Gustedt heiratete. Als ein ständiger und gerngesehener Gast im Hause Goethes hatte sie u. a. auch Gelegenheit, dort den jungen Felix Mendelssohn kennen zu lernen und spielen zu hören und berichtet darüber u. a.:

„Von Anfang an verbrachte er den größten Teil des Tages im Goetheschen Hause. Er war wirklich Goethes David, denn er verscheuchte jede Wolke von der Jupiterstirn unseres verehrten Dichters. Jedem, der damals Mendelssohn kannte, wird es begreiflich sein, trat er doch mit dem ganzen Zauber der Jugend, der Genialität, der glücklichen Zukunftsträume in unseren Freundeskreis. Es fiel niemandem ein, wie dies heute in anderen Städten der Fall sein würde, ihn seiner Abstammung wegen mißtrauisch zu betrachten. Der Gedanke wäre im damaligen Weimar unmöglich gewesen, und wird es sein, solange die großen Traditionen nicht zur Fabel geworden sind. (Heute residiert bekanntlich Professor Adolf Bartels in diesem selben Weimar! D. Red.) Goethe schätzte die Menschen nach ihrem Wert, Karl August hatte es stets getan und war von seiner einmal gewonnenen Ueberzeugung selbst durch Gegenbeweise nicht abzubringen gewesen. Am herrlichsten befolgte unsere geliebte Großfürstin (Maria Paulowna, die nachmalige Großherzogin und Mutter der ersten Deutschen Kaiserin. D. Red.) diesen Grundsatz, und wir alle hätten uns geschämt, nicht diesen großen Vorbildern nachzueifern. So gehörte Rahel, so gehörte Mendelssohn zu unserer anerkannten Aristokratie.“

Tempi passati! Die diese Erinnerung niederschrieb, hat dann selbst in einem langen, mit standhaft ertragenem Leid, aber auch mit innerer Harmonie reichgesegnetem Leben das hohe Beispiel weitherzigster Menschenliebe bei ernstem, geistigem und sittlichem Streben und einer seltenen Charaktergröße gegeben. Sie beschloß ihre Jahre auf dem Gute eines ihrer Schwiegersöhne hoch oben im äußersten Winkel von Ostpreußen, und hatte hier noch reichlich Gelegenheit, an der Entwickelung der Dinge im neuen Reich als scharfblickende Beobachterin teilzunehmen. Die Oberflächlichkeit, die Genußsucht, die Unempfindlichkeit dem sozialen Elend gegenüber, die sie bei der jüngeren Generation ihrer Standesgenossen fand, schmerzten und empörten sie. „Adlig sein, heißt eine adlige Gesinnung haben,“ war ihr Standpunkt, mit dem sie sich freilich ziemlich allein fand. Eine andere Variation dieses Standpunktes war es nur, wenn sie gegenüber dem zunehmenden Antisemitismus der achtziger Jahre die Juden verteidigte:

„Ich teile den Haß gegen die jüdischen Gesinnungen,“ schrieb sie, „nur daß ich das ‚jüdisch‘ als Eigenschaftswort für unsere Zeit und nicht bloß für die Juden ansehe. Wenn heute alle Juden verschwänden, blieben unzählige Christen aller Nationen, um den jüdischen Geist fortzusetzen. Wenn der Ursprung dieser Gesinnungen nicht ganz, aber vielfach den Juden zur Last fällt, so müssen wir nicht vergessen, daß die Folgen von Druck, Qual, Mißhandlungen während vieler hundert Jahre nicht durch Emanzipation von einem halben Jahrhundert ausgeglichen werden können und ein mehr als tausendjähriger Haß sich nicht in fünfzig Jahren verwischt. Daß sie ohne Vaterland eine kompakte Nation geblieben sind, gereicht ihnen zum Ruhm, uns Namenchristen aber zum Vorwurf. Im Eifer für ihre Idee leugnen die Antisemiten fast die Geschichte, ignorieren Foltern, Judengäßchen, Judensteuern, Qualen jeder Art, Ausschließen von fast jedem Amt und Erwerb. Nennen sie Krämer, nicht Handelsherren, angesichts eines Rothschild! Läuten die Sturmglocke gegen hunderttausend Juden und ihre Siege über Millionen Christen, doch gehören zu jedem Betrüger Leute, die sich betrügen lassen, und die Armeen sind auch nicht zu finden, mit denen uns die Juden vertilgen. Sind es denn geistige, diabolische Waffen, so laßt uns nur Christen sein, anstatt zu Millionen überzulaufen in das Lager des Schwindels, des Betrugs und der Gründerei, die nirgends so schamlos sind, wie in Frankreich, wo es sehr wenig Juden gibt. Laßt uns in unseren christlichen Bestrebungen so zäh, so klug, so ausdauernd sein wie die Juden, laßt uns, wie sie, erst erwerben und dann ausgeben, anstatt uns beim Ausgeben solange aufzuhalten, bis wir den Halsabschneidern selbst in die Arme laufen, weil es für faule Verschwender keine rechtlichen Leiher gibt.“

Ihr freiheitlich aufgeklärter Sinn, der aus allen ihren Briefen und Aufzeichnungen spricht, brachte die hochbetagte Frau noch in den eigentümlichen Konflikt, daß sie sich als die politische Gegnerin ihres in den Reichstag gewählten hochkonservativen Sohnes Otto v. Gustedt empfinden mußte, wie überhaupt das Leben dieser seltenen Frau an inneren tragischen Zügen reich und das ihr gewidmete Buch eines der lesenswertesten seiner Art ist, die seit Jahrzehnten erschienen sind.

Jesus — ein Arier?

Den Antisemiten ist großes Heil widerfahren. Auf dem Internationalen Historiker-Kongreß, der zurzeit in den Mauern Berlins tagt, hat ein Zunftgelehrter die profunde Entdeckung der Antisemiten, daß Christus gar kein Jude, sondern ein echter Arier sei, „wissenschaftlich“ begründet. Prof. Paul Haupt von der Universität Baltimore, entwickelte nämlich in einem Vortrag über die Galiläer folgende Gedankengänge:

„Jesus ist nicht in Bethlehem geboren, wie die altchristliche Tradition aus dem Michaspruch herausgelesen hat, sondern in Nazareth. Die von dem ersten Evangelium erwähnte Steuereinschätzung, die den Anlaß gab zu Josefs Reise nach Bethlehem, fand frühestens im Jahre 7, also 11 Jahre nach Christi Geburt, statt, auch brauchte Maria den Josef durchaus nicht zu begleiten. Wellhausen läßt darum seinen Text des ersten Evangeliums erst mit dem dritten Kapitel beginnen, bringt ihn also in Uebereinstimmung mit dem Markusevangelium und läßt die legendenhaften Geburtssagen und Kindheitsgeschichten mit um so mehr Grund fort, als Jesus selber die Meinung, der Messias sei ein Abkömmling Davids, für einen unhaltbaren Aberglauben der Pharisäer gehalten habe (?). Es ist für Paul Haupt sehr wahrscheinlich, daß Jesus und seine Jünger jüdischer Rasse waren, sehr wahrscheinlich, daß die Galiläer Arier waren. Die nichtjüdische Abkunft Jesu habe schon der berühmte Jurist Jhering vor 40 Jahren behauptet mit den Worten: „Dem Boden seines Volkes ist Christi Lehre nicht entsprossen, das Christentum bezeichnet im Gegenteil eine Ueberwindung des Judentums, es steckt bereits bei seinem ersten Ursprung etwas vom Ariertum in ihm.“ Diese Vermutung greift Haupt auf; er hat, wie er erzählt, bei einer Ueberfahrt über den Ozean in der Dampferbibliothek ein Buch gefunden, das ihm diesen Glauben suggeriert hat. Der Beweis, den er erbringt, hat denn auch etwas von amerikanischer Knotenpunktgeschwindigkeit an sich und zeigt die eilige Geburt während einer Dampferüberfahrt. Die Einwanderung arischer Kolonisten in Galiläa unter Tiglathpileser begann 16 Jahre vor Samarias Fall: sie waren nicht Griechen, sondern aus Medien und dem Südabhang des armenischen Taurus, als Bogenschützen berühmt wie ihre Vorgänger. Haupt kommt zu dem Resultat: es ist sehr unwahrscheinlich, daß Jesus ein Abkömmling Davids war, aber mindestens ebenso wahrscheinlich, daß er ein Nachkomme ist des von Sargon II. nach dem galiläischen Hamat zur Kolonisation gesandten medischen Fürsten — oder gar ein Nachkomme Zoroasters (!).“

Diese kühnen „Behauptungen“, vorgetragen mit einem in Formeln der Bescheidenheit sich hüllenden stattlichen Selbstbewußtsein, mit der lässigen Randbemerkung: Ich trage hier nur einen Teil meines Materials vor, andere Seiten des Themas werde ich auf den internationalen Kongressen in Kopenhagen und Oxford entwickeln, reizten, wie wir dem Bericht des „B. T.“ entnehmen, zum Widerspruch. Haupt

wurde zweimal von Professor Adolf Deißmann, dem neuen ausgezeichneten Berliner Neutestamentler, gründlich abgeführt. Deißmann will die Frage offen lassen, ob Jesus seinem Blut nach Jude war, die Frage sei (trotz der Erklärung des Paulus im Römerbrief) wissenschaftlich nicht zu erledigen. Aber seiner Religion nach war Jesus unzweifelhaft ein Jude, und das Christentum ist unzweifelhaft jüdischer Abkunft. Deißmann, unterstützt von dem Rostocker Theologen Sellin, zerpflückte im einzelnen die auffallend dürftigen Argumente des Deutschamerikaners, und der Vorsitzende Geheimrat Schäfer hatte Mühe, die streitenden Parteien durch liebenswürdigen Hinweis auf einige brauchbare allgemeine Gedanken in Haupts Vortrag zu besänftigen.

Tatsache ist also jedenfalls, daß Herr Prof. Haupt für seine bizarre These auf dem glänzenden internationalen Historiker-Kongreß keine Gläubigen fand; dafür wird ihm aber wahrscheinlich von antisemitischer Seite um so reichlicher Weihrauch gespendet werden.

* * *

Der religiös gesinnte Teil der Antisemiten haßt in den Juden die Mörder Christi, obschon es wahrscheinlich ist, daß die Römer einen ebenso großen Teil der Schuld an seinem Tode trugen. Das Todesurteil hat der Arier Pilatus gesprochen.

Der national gesinnte Teil der Antisemiten macht ein anderes Kunststück. Er leugnet die jüdische Herkunft Christi und erklärt Jesus für einen Arier! Welch ein Unsinn! Der Beginn des Neuen Testaments will die Abstammung Christi aus davidischem, d. i. doch wohl jüdischem Hause, erweisen, wobei mehr als ein halbes Hundert „Erzjuden" und verschiedene Jüdinnen aus dem „sogenannten A. T." als Ahnen und Ahnfrauen Christi erwähnt werden; ja als Mutter Christi wird dort die Jüdin Maria (Mirjam) angeführt und von dieser selbst (Luc. 2. 48) der Jude Joseph Vater Jesu genannt; das N. T. läßt gegen Schluß (Offenb. 22, 16) Jesus als „Wurzel und Stamm Davids" erscheinen; die davidische Abstammung Jesu bildet sonach „das Alpha und Omega" des N. T.; die Kritik bezweifelt zwar die davidische Abstammung — ob mit Recht oder nicht, kann hier füglich unerörtert bleiben, die jüdische Abstammung Christi aber kann keine Kritik anfechten!

Es ist daher vergebliches Beginnen, wenn Antisemiten, z. B. Theodor Fritsch, Christus zum Arier machen, oder die „Ostdeutsche Rundschau" (9. Juli 1896) schrieb:

„Es ist nicht im Entferntesten bewiesen, daß Christus auch wirklich jüdischer Abstammung gewesen sein muß. Abgesehen davon, daß Christus rotblond und blauäugig und sein Vater ein Zimmermann war, also ein Handwerk betrieb, welches erwiesenermaßen ein Jude noch nie (!!) ausgeübt hat, so wird dieser Gegenbeweis durch die jüngsten Ergebnisse der Forschung bestärkt, daß mindestens schon 1500 v. Chr. eine blondhaarige und blauäugige Rasse nach Palästina einwanderte und seitdem dort neben dem dunklen Rassengepräge des Orients hauste. Und gibt man auch zu, daß mütterlicherseits (!!) eine hebräische Trübung des germanischen (!!) Blutes erfolgt sein könnte, dann ließe sich immer noch H. W. Hoffmeisters Bemerkung ins Feld führen, daß, wie Christus — nach jüdischer Trübung durch das Hebräerblut seiner Mutter — in eigener Person zu seinem deutschen Blute zurückgekehrt, so auch das Christentum zu seiner germanischen Heimat zurückgewandert sei. An den Früchten, die der christliche Geist gerade unter die Deutschen — natürlich vom Klerikalismus abgesehen, welcher im Gegensatze zu wahrem christlichen Geiste noch immer im jüdischen Boden des Alten Testaments wurzelt — getragen hat, erkennt man, daß der Sozialismus Christi ein deutscher und keineswegs ein jüdischer war."

Aber es gibt noch konsequentere Antisemiten. „Arier" ist ein weiter Begriff und der Nationalstolz ist nicht genügend befriedigt. Flugs sagen einige Antisemiten: Christus ist ein Germane. So hat es Ahlwardt ausgesprochen (1895). Ein Geh. Regierungsrat E. v. Seldtow-Rudnik hat 1896 eine Schrift über den Antrag Kanitz veröffentlicht (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht) in der er Christus nennt „das zur Wirklichkeitsgestalt seines Traumhelden Odin gewordene Gottesebenbild."

Und im antisemitischen „Deutschen General-Anzeiger" (13. Januar 1895) war zu lesen: „Was die Hinweise auf die Geburt und das Erscheinen unseres Heilandes Jesu Christi betrifft, so sind solche auch in der Edda enthalten; denn dieselbe läßt u. a. an einer Stelle Wodan sagen: Der aber nach mir kommen wird, ist größer als ich, doch wage ich nicht ihn zu nennen."

Die „Kreuz-Ztg.", entsetzt über diese Verquickung von Christus und Wodan, schrieb damals (Febr. 1898):

„Zwischen Wodan und Christus gibt es keine Versöhnung, sondern nur Unterwerfung. Und Sieger in diesem weltgeschichtlichen Kampfe ist Christus geblieben, der Heerfürst, in dessen Namen sich beugen sollen aller derer Kniee, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind."

Darauf antwortete das „teutsch-antisemitische" Blatt „Heimdall":

„Wir legen im Namen unseres uns von Gott verliehenen Deutschtums, das wir nicht schmähen lassen, Verwahrung dagegen ein, daß sich germanische Art und germanischer Hochgeist vor anderen als nur vor Gott zu unterwerfen habe. Wir, die wir uns bestreben, unseren hohen Vorvorderen wieder ähnlich zu werden, beugen, wie diese, vor niemandem das Knie. Wir haben als Krieger nicht vor unserem Heldenkaiser das Knie gebeugt, sondern haben strack vor ihm gestanden und frei in sein Adlerauge geschaut, wir würden auch beim gottbegnadeten Arier Jesus ohne Kniebeuge seinem Seherblicke begegnen. Wir sind Deutsche und vom Holze des Herrenvolkes geschnitzt. Heil unserem freien Walde! Heil unserem deutschen Gotte!"

All diese Bestrebungen, Christus zum Germanen usw., d. h. zum Arier zu stempeln, fertigte Eugen Dühring höhnisch in seinem „Ersatz der Religion" mit den Worten ab:

„Jene pure Verlegenheitshypotheose von der nicht rassenjüdischen Natur von Christus ist nämlich, genauer untersucht, pure Willkür und wäre nie aufgestellt worden, wenn man nicht das heutige Christentum moderner Völker von der Mißliebigkeit hätte bewahren wollen, auch persönlich einen rein rassenjüdischen Ursprung und überdies zum Gegenstand seines Kultus oder wenigstens der moralischen Achtung einen Stammesjuden zu haben."

Natürlich lassen es sich die andern arischen Völker nicht gefallen, daß Christus zu einem Germanen gestempelt wird. Auch ihr Rassenstolz regt sich. Das in Agram erscheinende kroatische Tageblatt „Hrvatska" (1894) hat aus Christus einen Serben gemacht, ein englischer Methodist dagegen aus ihm einen Engländer. Dieser hielt nämlich an die Malgaschen in Tamatawe folgende Anrede (s. Globus 1865, Bd. 7, S. 267 f.):

„Meine Freunde! Die Franzosen sagen, die Religion, welche sie euch verkündigen, sei gut. Glaubt das nicht. Als Jesus Christus, unser Aller Herr, die Erde durch seine Gegenwart heiligte, betrat er England und verkündigte uns seine Lehre; haltet aber wohl in Obacht, daß er niemals einen Fuß auf französischen Boden setzte. Daraus allein schon könnt ihr annehmen, wer die wahre Religion hat."

Man sieht, die Rassenschnüffelei blüht allenthalben, wenn sie sich auch bisher — wenigstens in der anerkannten Wissenschaft — noch nicht so keck an die Person Christi herangewagt hat, wie jetzt auf dem Internationalen Historiker-Kongreß.

Aus dem antisemitischen Lager.

Den „Fall Schücking" in die „richtige", d. h. natürlich antisemitische Beleuchtung zu rücken, war dem Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg vorbehalten geblieben. Die „Deutschsozialen Blätter" hatten nämlich mit feinem Instinkt sofort die tieferen Beweggründe des „Gebarens der tobsüchtigen Judenpresse" erkannt; sie forschten nach dem Nationale des Husumer Bürgermeisters und „stellten fest":

„Es steckt jüdisches Blut in ihm, das kann sich nicht der deutschen Auffassung anpassen. Der Husumer Bürgermeister ist der Bruder des ebenso „entschieden liberalen" Marburger Professors,

beide sind Enkel des Dichters Levin Schücking, und mütterlicherseits mit der jüdischen Rasse verbunden. Obschon es die 4. Generation der Mischlinge ist, und vorausgesetzt, daß das arithmetische Gesetz auch auf biologische Verhältnisse anwendbar ist, wir in dem Husumer Bürgermeister nur 1/16 Juden herausrechnen können, so liefert er uns doch den vollgültigen Beweis, daß das deutsche Volk keine Juden verdauen kann."

Was zu beweisen war! Die „Beweisführung" grenzt zwar stark ans Idiotische, bei den politischen Freunden eines Grafen Pückler ist das ja aber wohl nicht weiter verwunderlich. Von Herrn Prof. Dr. Walter Schücking-Marburg, dem dieser antisemitische „Steckbrief" bis in seinen Sommeraufenthalt nachgefolgt ist, erhalten wir aus St. Moritz hierzu nachfolgende Zuschrift:

„Die Antisemiten haben diese Sache einmal wieder frei erfunden. Wir sollen in der vierten Generation von Juden abstammen, davon ist keine Rede. Wir können unseren Stammbaum für mehrere Jahrhunderte jederzeit offenlegen. Meine vier Urgroßeltern waren: 1. Der Dr. jur. Paulus Modestus Schücking, Friedensrichter zu Clemenswerth bei Meppen, und Ehefrau Katharina, geb. Busch, Tochter des Stadtrichters zu Dülmen i. W. 2. Der General Freiherr Ludwig von Gall, auch Kammerherr zu Darmstadt, und dessen Ehefrau, geb. von Müller, Tochter eines Oberst von Müller zu Darmstadt. 3. Der Oberst Philipp von Borries, und Ehefrau, geb. von Stoeßer, Tochter eines Majors von Stoeßer. 4. Der Pfarrer Beitzke zu Polzin in Hinterpommern, und dessen Ehefrau, geb. Gley, Bürgerstochter aus Kolberg.

Wahrscheinlich will die Behauptung meine Urgroßmutter Schücking, die zu 1 genannte Katharina Busch, als Jüdin hinstellen, weil ihr Sohn, mein Großvater, Levin hieß. Der Vorname Levin ist aber heute noch im kath. Heiligenkalender enthalten und ist mit Lebuin identisch. Gerade in alten Familien findet sich der Name auch noch häufig, z. B. heißen die Grafen von Wolff-Metternich fast alle so, auch ein kürzlich gestorbener Graf von Witzingerode, der als Führer des Protestantenvereins hervorgetreten. Daß die Urgroßmutter Busch keine Jüdin, geht aus jeder Biographie von Annette von Droste hervor, von der sie angeschwärmt wurde und die auf Kath. Busch auch eines ihrer schönsten Gedichte gemacht hat."

Bülow und Bismarck in antisemitischer Beleuchtung. Der Reichskanzler Fürst Bülow ist kürzlich in Norderney geknipst worden. Auf dem Bilde befindet sich neben den nächsten Familienangehörigen und Herren aus der Reichskanzlei auch der Berliner Bankier von Mendelsohn, der sogar, wie ein antisemitisches Blatt, die „Neue Bayr. Landes-Ztg." bekümmert feststellt, „den schönsten Platz zwischen den beiden Ehegatten einnimmt". Das Organ des Herrn Memminger ist darob sehr ergrimmt und hält dem Herrn Reichskanzler folgende niedliche Standpauke:

„Der Kanzler ist keine x-beliebige Privatperson, sondern hat Rücksichten zu nehmen auf das hohe Amt, das er bekleidet. Wir fragen daher, was soll der jüdische Geldmann auf der öffentlichen Photographie neben dem deutschen Reichskanzler?"

Glaubt Herr Bernhard v. Bülow den jüdischen Bankier nicht entbehren zu können — vielleicht bei der Verwaltung seiner vom Oheim Godefroy in Hamburg geerbten Millionen —, dann mag er ihn in den Salons seiner Frau empfangen — dort verkehrt gemischte Gesellschaft genug —, aber er soll sich nicht mit ihm öffentlich photographieren lassen. Das beleidigt das deutsche Empfinden unseres Volkes."

Der Herr Reichskanzler hat eben keine Ahnung davon, was sich für einen wahrhaft deutschen Mann schickt und ziemt; er wird bei einem antisemitischen Geschichtsprofessor erst noch ein Kolleg über nationale Würde belegen müssen.

Man sieht, dem Fürsten Bülow geht es um kein Haar besser, wie dem Fürsten Bismarck, dessen intimer Verkehr mit Bleichröder ja ebenfalls unsere antisemitischen Exaltados mit tiefem Ingrimm erfüllt hat. Selbst bei seinem jetzigen 10 jährigen Todestage bricht der alte Haß der Antisemiten gegen Bismarck aus diesem Anlaß durch. Die „Deutsche Reform", das parteiamtliche Organ der „Reformpartei", übernimmt zur würdigen Feier dieses Tages einen Schmähartikel der „Allg. Wien. Ztg.", worin der erste Reichskanzler während der Zeit, wo er als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. weilte, mit dürren Worten der erfolgreichen Bestechung durch Rothschild geziehen wird — er habe nicht nur 5 Jahre im Rothschildschen Palais gewohnt, sondern auch „außerdem von seinem Hausherrnrecht bedeutende finanzielle Zuwendungen erhalten" — und fügt seinerseits mit heuchlerischem Augenaufschlag noch hinzu:

„Schlimm genug, wenn es wahr sein sollte! Die Stimmen sind ja nie verstummt, die dem Glauben Ausdruck liehen, daß Bismarck das von ihm erhoffte, erlösende Wort gegen die Börse nicht gesprochen hat, weil er sich aus seiner ersten Zeit einzelnen Juden (Rothschild, Bleichröder) verpflichtet erachtete."

So ehren die Antisemiten das Andenken an den großen Kanzler. Fürst Bülow wird sich daher über die unverschämte Zumutung des bayerischen bauernbündlerisch-antisemitischen Organs wohl kaum sonderlich aufregen.

Die Stöckerschen Christlichsozialen sind unablässig bemüht, ihre Organisation in Rheinland-Westfalen weiter auszubauen, um bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen allenthalben in den Industriebezirken den nationalliberalen Besitzstand anzugreifen, bez. die Nationalliberalen aus der Stichwahl mit den Sozialdemokraten oder dem Zentrum zu verdrängen. Das ist der offen eingestandene Zweck der intensiven Agitationstätigkeit; daß die Christlichsozialen nicht ohne Erfolg gearbeitet haben, haben leider schon die jüngsten Landtagswahlen gezeigt, wo eine Reihe von alten nationalliberalen Mandaten dadurch verloren gegangen sind, daß die Gefolgschaft des Herrn Stöcker den Ausschlag zugunsten der Konservativen oder des Zentrums gab. Die politischen Organisationen der Christlichsozialen gewinnen zusehends an Einfluß und Stärke. In dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Partei wird mit Genugtuung verkündet:

„Das verflossene Parteijahr gehört zu den entwickelungsreichsten Jahren, die jemals unsere Partei erlebt hat. Jedenfalls hat unsere parteipolitische Organisation seit der Berliner Bewegung nicht wieder ein solch starkes zahlenmäßiges Wachstum zu verzeichnen gehabt wie in den letzten 10 Monaten."

Die Liberalen aller Schattierungen sollten sich an dieser lebhaften politischen Werbearbeit der reaktionären Partei ein Beispiel nehmen, damit sie dem Ansturm ihrer Gegner bei der nächsten Wahl besser gerüstet gegenüberstehen.

Die Krankenkasse des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ist, wie unseren Lesern bekannt, seinerzeit von dem bekannten Hamburger Nationalökonomen R. E. May in einer Broschüre „Kaufmännische Krankenkassen" (E. Boysen, Verlag, Hamburg 1906) einer nicht eben günstigen Kritik unterzogen worden. Die Kasse des D. H.-V. verklagte daraufhin im Oktober 1906 den Verfasser und Verleger der Schrift beim Landgericht Hamburg auf Unterlassung der weiteren Verbreitung dieser Behauptungen, deren Richtigkeit sie bestritt. Das Landgericht wandte sich an das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung um Aufgabe von Sachverständigen. Bei einem von diesem vorgeschlagenen Versicherungsrevisor beim Polizeipräsidium Berlin holte das Gericht ein Gutachten ein, das im März 1908 erstattet wurde. Der Sachverständige glaubte sich dem ungünstigen Urteil Mays nicht anschließen zu können; der Beitrag reiche aus, den Mitgliedern gegenüber die satzungsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen und den gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich der Ansammlung des Reservefonds zu genügen, so daß zu der Annahme, die Kasse werde spätestens bis zum Jahre 1909 eine Aenderung in den Beiträgen vornehmen müssen, ein ausreichender Anlaß nicht vorliege.

Dieses Gutachten hat, wie die „Frankf. Ztg." mitteilt, die Klägerin den Sachverständigen in der Verhandlung vom 20. Mai cr. vor dem Landgericht Hamburg beschwören

lassen, ohne ein Wort davon zu sagen, daß sie bereits fünf Tage vorher in ihrem Organ, der „Deutschen Handelswacht" vom 15. Mai, eine wesentliche Erhöhung der Beiträge beantragt hatte, die in einer gleichzeitig auf den 28. Juni einberufenen Generalversammlung beschlossen werden sollte. Nach dem sehr lückenhaften Bericht der „Deutschen Handelswacht" vom 15. Juli ist es in dieser außerordentlichen Generalversammlung heiß hergegangen:

Von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends währten die Verhandlungen, obgleich die „Redner ihre Wünsche durchweg kurz und bündig zum Ausdruck brachten." Wohl schien es einmal, als sollte ein Beschluß zustande kommen, für dessen Durchführung der bisherige Kassenvorstand die Verantwortung nicht hätte übernehmen können, wohl wurde von den Anträgen des Kassenvorstandes gar mancherlei abgefeilt, wogegen von den Anträgen, die aus den Kreisen der Mitglieder eingebracht worden waren, eine stattliche Reihe zur Annahme gelangte.

Ueber die angenommenen Anträge selbst schweigt aber die Berichterstattung zum Teil ganz. Angesichts dieser Sachlage ist die Motivierung der Verwaltungsanträge in der „Deutschen Handelswacht" vom 15. Juli von besonderem Interesse:

Im Jahre 1907 sind die Einnahmen der Kasse an Beiträgen und Eintrittsgeldern (488 465 Mark) vollständig aufgebraucht worden. Der Ueberschuß von 219 665 Mark, der noch erzielt wurde, ist in der Hauptsache auf die Zinsen aus dem Kassenvermögen und die Verzugsgebühren für verspätete Beitragszahlung zurückzuführen . . . Die Kasse wird aber in den nächsten Jahren jährliche Ueberschüsse von rund 60 000 Mark erzielen müssen, um dem Reservefonds die erforderlichen Rücklagen zuführen zu können. Das ist mit den bisherigen Kassenbeiträgen nicht möglich, darum ließ sich ihre allgemeine Erhöhung nicht vermeiden.

Was den Mayschen Prozeß anbelangt, so hat das Gericht neuerdings beschlossen, die philosophische Fakultät in Göttingen (wo ein Seminar für Versicherungswissenschaft besteht) um ein Gutachten zu ersuchen.

Im Reichstagswahlkreise Prenzlau-Angermünde wird erst am 16. d. M. die Entscheidung darüber fallen, ob die Nationalliberalen dem freisinnigen Kandidaten Pastor Schmidt, Massow, unterstützen werden; am 14. bez. 15. wird der Bund der Landwirte sich darüber schlüssig machen, ob er den konservativen Kandidaten Oberpräsidialrat von Winterfeld unterstützen wird. Beide Parteien haben zu diesen Tagen ihre Wahlkreisorganisation zur endgültigen Beschlußfassung einberufen.

Der hessische antisemitische Landtagsabg. Hirschel ist von der Staatsanwaltschaft aufgefordert worden, die ihm wegen Unterschlagung von Genossenschaftsgeldern zudiktierte fünfwöchige Gefängnisstrafe in der Zellenstrafanstalt Butzbach anzutreten. Der Antritt ist verschoben worden, da inzwischen Hirschel ein Gnadengesuch in Darmstadt unterbreitet, worin er um Umwandlung der Gefängnis- in eine Geldstrafe gebeten hat. Herr Hirschel lebt, bemerkt die „Lib. Hess. Wochenschr." hierzu, offenbar nach der seinerzeit erfolgten Begnadigung seines Parteifreundes Köhler in der Hoffnung, daß ihn die über ihn verhängte Strafe ebensowenig treffen werde, wie Herrn Köhler. Man darf einigermaßen darauf gespannt sein, wie sich die Landesjustizverwaltung dazu stellen wird.

Wegen Verbreitung Pücklerscher Flugblätter wurden der Schneider Robert Richter und der Privatier Richard Giese von der ersten Ferienkammer des Landgerichts I-Berlin in einer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindenden Verhandlung zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Beide standen unter der Anklage, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zur Begehung von Gewalttätigkeiten angereizt zu haben. Bald nach Erlaß des Redeverbots gegen den Grafen Pückler wurden Flugblätter verbreitet, die die bekannten Hetzreden des Dreschgrafen in noch gröberem Stile enthielten. Zwei dieser Flugblätter mit der Ueberschrift „Kauft nicht bei Juden" und „Die verfaulte Gesellschaft" tauchten im November v. J. in Berlin auf. Der Inhalt, der sich als eine Aufforderung zum Vergehen gegen § 130 St. G. B. herausstellte, veranlaßte die Staatsanwaltschaft, die Beschlagnahme anzuordnen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die Angeklagten die Verbreiter dieser Flugblätter waren. Beide wurden auf der Straße festgenommen und hatten, wie eine Durchsuchung ergab, eine größere Anzahl der Flugblätter, unter das Jakett geknöpft, bei sich.

Vermischtes.

Juden im Heere. Der angebliche Erlaß von höchster Stelle, der erneut in Erinnerung bringen soll, daß bei der Offizierswahl keine Rücksicht zu nehmen sei, auf die Konfession der Aspiranten, beschäftigt noch immer die Presse der verschiedenen Parteien. Wie es mit der Authentizität dieses Erlasses bestellt ist, wissen wir nicht; von sachkundiger Seite wird sie noch immer stark angezweifelt. Dieser Zweifel kann auch nicht eher als beseitigt gelten, als bis der Eintritt des ersten jüdischen Offiziers in die aktive Armee amtlich publiziert wird und ferner Garantien dafür vorliegen, daß es sich hier nicht etwa nur um einen Ausnahmefall handelt. Auch möchten wir dringend davor warnen, bei der Beförderung zum Reserveoffizier etwa das Beispiel Bayerns nachzuahmen, wo jüdische Aspiranten offensichtlich nur in bestimmten Regimentern Aussicht auf Avancement haben. In Bayern, das ja allerdings, was die Anerkenntnis der grundsätzlichen Gleichberechtigung der Konfessionen anbelangt, Preußen mit gutem Beispiel vorangeht, befinden sich zwar unter den letzten zu Reserveoffizieren beförderten 67 Aspiranten auch 10 Juden; aber diese sind nur auf einige Regimenter verteilt. Ein katholisches antisemitisches Blatt in Bayern schildert die Sachlage folgendermaßen:

„In den Regimentern mit 70 bis 80 christlichen Einjährig-Freiwilligen wird bei der Qualifikaton ganz anders „gesiebt" als in jenen Regimentern, in denen etwa neben einem christlichen 7 bis 8 jüdische Einjährig-Freiwillige zur Beförderung stehen. Viele, die in den erstgenannten Regimentern die Qualifikation nicht erreichen, würden in den Regimentern mit wenigen, überwiegend jüdischen Einjährigen als zum Reserveoffizier vollständig befähigt befunden werden. Und umgekehrt bei der Konkurrenz in einem Regiment mit ungefähr 70 christlichen Einjährigen würde der jüdische Einjährige wohl keine zu glänzende Rolle spielen. Aber wie die Sachen jetzt liegen, macht man es bei den in Betracht kommenden Regimentern halt so, daß man den christlichen Einjährigen, der etwa vorhanden ist, und außerdem „anstandshalber", „um nicht in den Verdacht der Parteilichkeit zu kommen", auch einen oder zwei von den sieben bis acht jüdischen Einjährigen zum Reserveoffizier qualifiziert. Auf diese Weise erklärt sich die übergroße (!) Anzahl jüdischer Reserveoffiziere im bayerischen Heer.

Wir sind weit davon entfernt, von der Heeresverwaltung etwa zu verlangen, daß die jüdischen Anwärter auf den Reserveoffizier anders behandelt werden sollen, als die christlichen. Aber es kann und muß durch entsprechende Verordnungen dafür gesorgt werden, daß eine Verteilung der jüdischen Einjährigen auf die einzelnen Regimenter vorgenommen werden kann. Der Zustand, daß man von Regimentern mit christlichen und von Regimentern mit jüdischen Einjährigen sprechen kann, ist ein Unfug. Die Heeresverwaltung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht Qualifikationen jüdischer Bewerber zum Reserveoffizier „anstands"- und „schandenhalber" erfolgen, dafür zu sorgen, daß der jüdische Bewerber um den Reserveoffizier mit dem christlichen in Konkurrenz zu treten hat."

Ganz unsere Meinung; daß selbst ein notorisch antisemitisches Blatt sich zu einer solchen freilich nur der Gerechtigkeit entsprechenden Forderung aufrafft, zeugt immerhin von einem Fortschritt. Uebrigens muß selbst das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg anerkennen:

„Auch wir sind damit zufrieden, daß „ein jüdischer Aspirant militärisch und nach seinen persönlichen Verhältnissen qualifiziert" sein muß. Die „Konfession" hat damit gar nichts zu tun."

Wenn dem wirklich so ist, so sollten auch die entscheidenden Stellen danach handeln!

Zur Paßfrage in Rußland. Wiederholt ist von den Vertretungen des Handels geklagt worden über die zahlreichen Vexationen, denen deutsche Reisende jüdischer Konfession, ganz entgegen dem Geiste des deutsch-russischen Handelsvertrages, in Rußland ausgesetzt sind. Die Bezeichnung des Paßinhabers als Jude ist von vornherein eine Aufforderung an die russischen Behörden, mit Schikanen aller Art gegen den Reisenden vorzugehen.

Eine durchgreifende Abstellung der hierdurch bedingten Mißstände herbeizuführen, ist bisher bekanntlich nicht gelungen; man muß daher mit kleinen moralischen Fortschritten zufrieden sein. Als solcher ist ein Bescheid anzusehen, den das bayerische Staatsministerium des Aeußeren einem bekannten jüdischen Großhändler in München unterm 1. August hat zugehen lassen. Der Beschwerdeführer hatte in seiner Eingabe darauf hingewiesen, daß unsere deutschen Paßformulare keine Rubrik für die Religionsangehörigkeit aufweisen. Es wäre daher eigentlich konsequent, wenn die deutschen Verwaltungsbehörden es ablehnten, für die russische Regierung Recherchen bezüglich der Konfession des Reisenden zu pflegen, zumal dieser Vermerk der israelitischen Konfession während der Reisen des Paßinhabers in Rußland vielfach den Ausgangspunkt und den Vorwand für Schikanen und Drangsalierungen aller Art seitens untergeordneter russischer Polizeiorgane bilde. — Das Ministerium hat hierauf wie folgt geantwortet:

„Das Königliche Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Aeußeren hat veranlaßt, daß die Religionsangehörigkeit des Paßinhabers in den zur Reise nach Rußland bestimmten Pässen von den bayerischen Paßbehörden nicht angegeben wird. Hiervon wird Euer Hochwohlgeboren in Erwiderung auf die Eingabe vom 23. v. M. in Kenntnis gesetzt."

Es ist jedenfalls erfreulich, daß es Bayern fortan ablehnt, der russischen Regierung Schergendienste zu leisten. Wann wird die preußische Regierung sich zu demselben mannhaften Entschlusse aufraffen?

Zur Schächtfrage. Die Agitation für den Erlaß eines Schächtverbotes hat, wie bereits in der letzten Nummer dieses Blattes erwähnt, fast allenthalben bei den entscheidenden Stellen eine entschiedene Zurückweisung erfahren. Auch dort, wo in Preußen ein partielles Schächtverbot bestand, ist dasselbe wieder rückgängig gemacht worden. So wird uns mitgeteilt, daß die Königliche Regierung zu Coblenz unter Zustimmung des Kriegsministers die seinerzeit erlassene Verfügung, wonach das Proviantamt zu Coblenz den Bezug des Fleisches geschächteter Tiere fortan ablehnen muß, weil das Schächten „festgestelltermaßen eine unerwünschte Tierquälerei" bedinge und daher „auf Anregung der Königlichen Regierung zu Coblenz" für den Bereich der Militärverwaltung verboten worden sei, wieder rückgängig gemacht. Ferner war im vorigen Jahre die Frage der Einführung eines Schächtverbotes für die Stadt Schweidnitz akut geworden. Jetzt wird bekanntgegeben, daß auf Grund einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten der Erlaß des Schächtverbotes daselbst nicht in Frage kommen könne. In der Verfügung ist ausgeführt, daß nach einem Erlaß des Handelsministers innerhalb des Geltungsbereiches der Oberpräsidialverordnung vom 4. November 1890, betreffend das Verfahren beim Viehschlachten, mit Rücksicht auf § 1 dieser Verordnung die Einführung eines ortspolizeilichen Schächtverbotes nicht zulässig ist.

Die nationale „Widerstandsfähigkeit" der Deutschen. In Kurland ist die Zahl der verletteten Deutschen größer, als die der germanisierten Letten. Daß die deutschen Kurländer den größten Prozentsatz der russifizierten Deutschen gestellt haben, ist eine allgemein gültige, aber nicht erwiesene Tatsache. Daß aber die Kinder eines eingewanderten preußischen Sergeanten, die Kinder eines Küsters aus dem Wuppertal, nicht mehr wissen, daß ihre Väter Deutsche waren und kaum ein Wort Deutsch können, daß in einer Schulzengemeinde nicht weniger als 6 Gesindewirte aufzuzählen sind, deren Väter Deutsche waren und die geschworene Letten sind, Trautmanns, Cleinows usw., das kann nur der glauben, der mit eigenen Augen sieht, wie wenig nationales Rückgrat zumal der deutsche Mittelstand im Auslande hat.

So zu lesen in dem Kasseler deutschsozialen Organ, das sich dabei auf ein ethnographisches Werk des Mitauer Landesarchivdirektors Dr. Oskar Stavenhagen stützt. Der Einsender dieser Zuschrift an das antisemitische Blatt ist jedoch weit entfernt, den „niederen deutschen Mittelstand" für die Preisgabe des Deutschtums allein verantwortlich zu machen; er erklärt ausdrücklich:

„Dieses Aufgehen im Lettentum aber stellt auch einem großen Teil der deutschen Grundbesitzer in Kurland kein gutes Zeugnis aus. Der bei ihnen angestellte deutsche Proletarier war für sie kein Deutscher; er war nur der Knecht, sonst nichts. Der Handwerker wurde nicht in die deutschen Kreise hineingezogen: er war nicht standesgemäß."

Man sieht, tout comme chez nous! Der deutsche Kastengeist kann sich selbst in der Fremde nicht verleugnen.

Ein Witz der Weltgeschichte. Auf dem schlesischen Provinzial-Bundesschießen, auf dem, wie kürzlich mitgeteilt, ein Tafellied mit stark antisemitischer Tendenz gesungen worden ist, wurde, wie wir dem „Isr. Fam.-Bl." entnehmen, Bundeskönig der jüdische Kaufmann Hermann Krämer-Kattowitz.

Der antisemitische Polizeisergeant. In der „B. B.-Z" lesen wir:

„Auf dem Düsseldorfer Bahnhof war seinerzeit der Reisende Arndt unter dem Verdachte des Diebstahls fälschlich verhaftet worden. Als Arndt auf der Bahnpolizeiwache seine Legitimationen vorzeigte, äußerte sich der wachthabende Polizeisergeant Karl Töpfer: „Das ist ja alles Judenschmus!" Auf Grund dieser Aeußerung hatte Arndt Beleidigungsklage gegen den Beamten angestrengt. Diese endete vor dem Schöffengericht mit der Verurteilung des Töpfer aus § 185 des Strafgesetzbuches mit 10 M. Geldstrafe."

Der bluttrinkende Europäer. In der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung" vom 10. Juni d. J. lesen wir:

„Eine Reihe von Eingeborenen in Nairobi hatten nach dem „East Africa Standard" Furcht, nach Dunkelwerden ihre Hütten zu verlassen, da unter ihnen das Gerücht verbreitet war, daß in Nairobi ein Europäer sich aufhielte, welcher Schwarze tötete und ihnen dann das Blut aussaugte.

Der Sachverhalt scheint recht harmlos zu liegen. Viele Europäer haben die Angewohnheit, falls sie von einem Askari angeredet werden, den Ausdruck zu gebrauchen: „I want blood", d. h. zu Deutsch eigentlich wörtlich: Ich brauche Blut. Der Engländer gebraucht diese Phrase jedoch nur in übertragenem Sinne, indem er damit etwa sagen will: Mach mich nicht böse!

Der aber wörtlich übersetzende Schwarze muß über diesen Ausdruck einen gehörigen Schrecken bekommen. Der „East African Standard" rät ob dieses Vorfalles für die Zukunft zur Vorsicht."

Man sieht, die geistig beschränkten Schwarzen haben für ihre kindische Furcht vor dem „blutgierigen" Deutschen immer noch eine gewisse Unterlage in einer mißverstandenen Drohung, während die Ritualmordgeschichten unserer Antisemiten durchweg glatt erlogen sind zu dem Zweck, die verhaßten Juden einem vorher von ihnen fanatisierten Pöbel ans Messer zu liefern.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Augustusbad bei Radelberg.
Bansin. Hotel Aegir (Necker und Naumann). Concordia (Naumann). Familienpension Strandhaus (Necker) nebst zugehörigen Villen, Pensionen und Gartenhaus.

Haus „Kehrwieder". Die Villen „Elfriede" und „Minna". Haus „Aegir".
Binz. Villa „Glückspilz". Villa „Quisisana". Villa „Seeblick". Potenbergs Hotel. Villa „Sonnenschein". Restaurant „Imperial".
St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder".
Borkum.*)
Bozen. „Zur weißen Rosen". „Zum Reußen".
Braunlage (Braunschweig).
Bruchhausen (Schwarzwald).
Cabarz in Thüringen.
Chiemsee. Die Faueninsel.
Cuxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.
Einöd. Luft- und Wasserkurort bei Priesach in Obersteiermark.
Ebbs und Erl am Inn.
Ettlingenweiler (Schwarzwald).
Finsterbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.
Freudenstadt (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
Fürstenblick bei Tambach in Thüringen.
Gaisenstein.
Garmisch. Gasthof zum Lamm.
Gehlberger Mühle bei Oderhof in Thüringen.
Hahnenklee. Pension Bergfriede.
Harzburg. Villa Winterberg.
Hasserode bei Wernigerode. Kurhaus der Frau Dr. Kubel.
Heiligenhafen.
Herzberg am Harz.
Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz" und „zum roten Adler". Hotel Kreid.
St. Johann bei Heiden in Appenzell.
Juist.
Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillparzer, Alte Wiese. Haus Römischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Oelzweig, Marienbader Straße. Haus Italia, Schloßberg. Haus Stadt Warschau, Kaiserstraße. Haus Malta, Kaiserstraße. Haus Rosenstock, Kaiserstraße. Haus Brandenburger Tor, Kreuzstraße. Haus Germania, Schloßberg. Haus Egeria, Egerstraße. Haus Diamant, Egerstraße. Haus Engl. Krone, Egerstraße.
Kieferfelden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.
Kitzbühel (Tirol).
Königsfeld im Schwarzwald.
Klausen. Gasthof zur Post.
Kudowa. Villa Wunsch.
Kufstein, Gasth. zur Schanz b K, Sandwirth zum Sparchen b. K.
Lakolk a. Röm.
Landeck i. Schl. Logierhaus Elysium.
Langhampsen.

*) Auf Borkum scheinen nach wie vor die Hotels Kaiserhof und Köhlers Strandhotel auf die Beibehaltung ihres bisherigen antisemitischen Charakters Wert zu legen, da in ihnen allabendlich das Borkumlied gesungen wird. Dahingegen wehren sich die übrigen Hotels mit erfreulicher Entschiedenheit gegen das Eindringen antisemitischer Elemente.

Wie das „Leerer Anzeigenblatt" erfährt, verlangte kürzlich ein Badegast in einem Hotel das „Borkumlied". Der Leiter der Musikkapelle weigerte sich aber, es zu spielen, worauf die anti- und philosemitischen Geister heftig aufeinanderplatzten. Tags darauf wurde dem Badegast bedeutet, es wäre besser, wenn er die Insel verließe. Daß schon die bekundete Geneigtheit, den antisemitischen Radaumarsch zu unterdrücken, auf die Frequenz des Bades von günstigem Einfluß ist, erhellt u. a. auch daraus, daß die Zahl der Badegäste auf Borkum, im Vergleich zum Vorjahr, um fast 1000 gestiegen ist.

Ligau bei Dresden.
Metlisalp (Berner Oberland).
Mezzolombardo. Rest. Gröbner.
Montavon. Inner Bartholomä und Vandans (Vorarlberg).
Mühlenthal (Ferienheim bei Wernigerode).
Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
Müllheim in Baden. Hotel zum Löwen.
Münchweiler, Bez. Pirmasens.
Müritz.
Neuenahr. Hotel zur Traube.
Neustadt an der Tafelfichte im Isergebirge.
St. Nicolai bei Ebbs.
Oberaudorf a. Inn.
Oberbozen.
Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
Ottilienberg. Pensionat am Frauenkloster.
Pyrmont. Richters Pension.
Reusch bei Bozen.
Rupolding in Oberbayern.
Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhaus. Villa Anna.
Schierke (Harz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schäring am Inn. Kuranstalt Dr. Ebenhecht.
Schwarzach bei Weigandstal.
Schreiberhau. Landhaus Maria Elisabeth.
Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
Sielbeck bei Uklei. Hotel und Pension Kellersee.
Spindelmühle. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.
Swinemünde. Beckers Strandhotel (Bes. Wwe. Becker). Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Böttcher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wwe. Hübner).
Szczawnica (Galizien).
Tabarz (Großtabarz und Kleintabarz) in Thüringen. Kurhaus. Hotel Schießhaus. Pension Hanna (Villa Boelker).
Thiersee.
Travemünde. Villa „Mira Mare", Kaiserallee.
Unterriß (Bayern).
Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.
Volderbad bei Hall in Tirol.
Warnemünde. Villa Seeblick.
Wenningstedt auf Sylt. Logierhäuser der Eigentümer Chr. Maten, Wilh. Möller, Hans Boysen, Berlin und Blegg.
Wernigerode a. H. Haus „Harzfriede".
Westerland auf Sylt. Pension Landeck (Bes. Krone und Frau geb. Landeck).
Wildbad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß und Waldeck.
Wildbühl (Tirol).
Zellerfeld im Harz. Johanneser Kurhaus.
Zinnowitz.

Briefkasten.

M. A. in Berlin. Besten Dank für freundliche Uebersendung des kolonialen Blattes.

M. D. in W. Sie haben ganz Recht; als Beweis für die „Feigheit der Juden" läßt sich der mutige Rettungsversuch des Wiener Ingenieurs Kahnberger bei dem beklagenswerten Unfall auf Westerland, bei dem der Bankdirektor Daniel aus Berlin sein Leben eingebüßt hat, nicht gerade anwenden.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 34. Berlin, den 19. August 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 34 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Aus der Gründungsperiode der „Kreuz-Zeitung" und der konservativen Partei.

(Schluß.)

Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz gelang es der zähen Energie des Hauptvorkämpfers der konservativen Gruppe, des Magdeburger Oberlandesgerichtspräsidenten Ludwig von Gerlach, des späteren berühmten „Rundschauers" der Zeitung, die erste Nummer des Blattes am 16. Juni 1848 herauszubringen, die zweite und dritte folgte am 21. bezw. 29. Juni. Die „Kreuz-Zeitung" konnte gleich mit einer Auflage von 3000 Exemplaren, einer für die damalige Zeit, wo sich die politische Tagespresse noch in den Urzuständen ihrer Entwickelung befand, immerhin stattlichen Ziffer, in die politische Arena eintreten mit einem Programm, das sie im großen und ganzen, wie ihr auch von gegnerischer Seite bezeugt werden muß, im Verlauf der 60er Jahre innegehalten hat in gutem (vom konservativen Standpunkt aus) wie im schlechten Sinne. Im letzteren insofern, als sie wiederholt der „Wahrheit und Wahrhaftigkeit", die sie von ihren Freunden und Mitarbeitern verlangte, selber gröblich ins Gesicht geschlagen hat. Die politische Rolle, die — um nur zwei Beispiele zu erwähnen — Leopold von Gerlach und Goedsche, zwei ihrer hervorragendsten Mitarbeiter, in der preußischen Reaktion gespielt haben, bilden kein Ruhmesblatt weder in der Geschichte der konservativen Partei noch ihres Hauptorgans.

Die „Kreuz-Zeitung" beklagt sich bitter darüber, daß die erste Nummer des Blattes von dem Berliner „Pöbel" den Austrägern gewaltsam entrissen, zerfetzt und in den Rinnstein geworfen worden sei:

„Die „Freiheitsmänner" verlangten für sich die größte Ungebundenheit und Zügellosigkeit, anderen Ansichten gegenüber aber erschien ihnen jedes Mittel der brutalen Gewalt und des maßlosesten Terrorismus als ganz selbstverständlich. Auch heute sehen wir ja Aehnliches fast noch alle Tage in den mehr oder minder krassen Fällen des sozialdemokratischen Terrorismus."

Die „Kreuz-Zeitung" hätte besser getan, an diese „Akte des Terrorismus" von damals, die keineswegs beschönigt werden sollen, nicht zu erinnern. Machen es denn heute — nach sechzigjährigem kulturellen Fortschritt — die Gesinnungsgenossen des konservativen Blattes in Ostelbien um ein Haar anders? Wer mit den Verhältnissen in Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien nur einigermaßen Bescheid weiß, weiß auch, welchen politischen Drangsalierungen die liberale Presse dort auch jetzt noch in der Aera der glorreichen konservativ-liberalen „Paarung" auf dem Lande ausgesetzt ist. Gastwirte, welche liberale Blätter halten, werden von dem Herrn Amtsvorsteher scheel angesehen, die Agrarier boykottieren das Lokal. Gelegentlich konfisziert auch ein agrarischer Heißsporn ein liberales Blatt in dem Lokale des Gastwirts oder zerreißt es mit entsprechendem Kommentar vor seinen Augen, wie das aus dem Wahlkreise Greifswald-Grimmen wiederholt mitgeteilt worden ist. Das heißt also, die um zwei Menschenalter in der Kultur fortgeschritteneren Herren vom Bunde der Landwirte machen sich des gleichen Verbrechens schuldig, wie vor 60 Jahren die eben erst dem absoluten Regiment entwachsene, zum ersten Male des Segens einer Preßfreiheit sich erfreuende, politisch noch gänzlich ungeschulte unruhige Bevölkerung einer werdenden Großstadt. Die „Kreuz-Zeitung" muß übrigens selbst im weiteren Verlaufe der Schilderung der „furchtbaren Drohungen", die gegen das Blatt ausgestoßen wurden, zugeben:

„Zu dem Schlimmsten kam es allerdings nicht, denn wie so oft, war auch hier der Mund größer als der Mut."

— Na also!

Ungleich größeren Zorn als diese Bagatelle erweckte bei dem konservativen Blat offenbar die Passivität der damaligen Regierung, welche zwischen Liberalismus und Reaktion noch unschlüssig hin- und herschwankte. Die „Kreuz-Zeitung" gibt dem Aerger darüber den charakteristischen Ausdruck:

„Die Verwirrung wurde noch dadurch gesteigert, daß man bei der Ratlosigkeit und dem schnellen Wechsel der Minister niemals genau wußte, wie oben der Wind wehte, wie sich dies so drastisch in dem bekannten Stoßseufzer eines Geheimrats ausspricht, der da sagte: „Man trüge ja so gern den Mantel nach dem Winde, wenn man nur wüßte, woher er käme."

Daß das für einen großen Teil der Konservativen und der konservativen Presse noch heute zutrifft, bedarf keines weiteren Beweises, und es ist vielleicht das einzige Anerkenntnis, das der „Kreuz-Zeitung" auch von ihren politischen Gegnern gezollt werden kann, daß sie in dieser Beziehung in der konservativen Presse eine Ausnahme bildet. Die „Kreuz-Zeitung" ist eben das Organ der großen und mächtigen konservativen Partei, deren Angehörige alle einflußreiche Aemter in der Verwaltung bekleiden, und vor der auch die Regierung in fatalistischer Resignation sich beugt.

Mit besonderem liebevollem Interesse verweilt die „Kreuz-Zeitung" bei der Schilderung der Bedeutung der Familie von Gerlach für die konservative Sache. Schon von dem Vater der Gebrüder von Gerlach, dem ehemaligen kurmärkischen Kammerpräsidenten, rühmt sie, daß er sich durch sein furchtloses Auftreten gegen

die Erpressungen der napoleonischen Generäle ausgezeichnet habe, „im Gegensatz zu der damals leider so vielfach hervortretenden allgemeinen Feigheit und Unterwürfigkeit", die aber, wie das Blatt leider hinzuzufügen vergißt, damals vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, bei den Angehörigen des preußischen Junkertums zu finden war. Der älteste und der jüngste Sohn, Wilhelm und Otto, waren aus dem gleichen Holz wie der Vater und die beiden andern Brüder geschnitzt. Insbesondere scheint Wilhelm eine starke cholerische Natur gewesen zu sein. Als Kammergerichtsrat geriet er mit seiner vorgesetzten Behörde in Konflikt wegen der von ihm beantragten Verweigerung der Arretierung eines als „Demagogen verdächtigen Buchhändlers Reimer", und er starb, wie die „Kreuz-Zeitung" behauptet, infolge der „Aufregung" über eine abermalige Verweigerung der Inhaftierung eines angeblichen „demagogischen Auskultators". — Mit dem Vorwurf der „Demagogie", der ja heute selbst in gewissen freisinnigen Blättern politischen Kurswert erhalten hat, war man, wie Figura zeigt, schon in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Preußen sehr schnell bei der Hand. Von dem jüngsten der Gebrüder von Gerlach, Otto, weiß die „Kreuz-Zeitung" anerkennend hervorzuheben, daß er im Jahre 1836 „vor der Gefahr einer Suspension vom Amte wegen Verweigerung einer Trauung aus Gewissensbedenken" stand. — Man sieht, die vier Brüder von Gerlach repräsentierten in sich eine festgeschlossene Weltanschauung, die bei aller Verstiegenheit doch eines gewissen imponierenden Zuges nicht entbehrte.

Auch Ludwig von Gerlach hatte seinen Konflikt mit dem Justizminister. Als dieser ihn aus Magdeburg, wo er sich durch sein starres Festhalten an dem absolutistischen Regime mißliebig gemacht hatte, entfernen wollte, erklärte er in einem amtlichen Memorandum, „einer solchen ihn dem Spott der Menschen aussetzenden Suspension zöge er gewaltsame Amtsentsetzung vor". — Man wird heute in konservativen Kreisen vergeblich nach solchen Männern suchen. Heute wollen die preußischen Junker — nach dem doch gewiß unanfechtbaren Zeugnis des Fürsten Bismarck „Karriere machen". „Man will doch nicht ewig Landrat bleiben." Von den „Kanalrebellen" hat kein einziger vor dem Konflikt der Regierung sein Amt zur Verfügung gestellt. Sie warteten lieber, bis der Sturm im Glase Wasser vorüber war und sie beim nächsten Avancement die Treppe hinauffielen.

Der pietistische Zug war bei Leopold und Ludwig von Gerlach nichts Angeschminktes, wie bei dem späteren hervorragenden „Kreuz-Zeitungs"-Redakteur, Herrn von Hammerstein, der sogar seinen Intimus Stöcker durch eine zur Schau getragene Frömmigkeit zu täuschen verstand, während er gleichzeitig mit der Jüdin Flora Gaß sich zu traulichen Schäferstündchen verabredete. Leopold „liebte und ehrte förmlich seinen jungen Bedienten Henke, der ein rechter Pietist" war — in der Aera der Moltke- und Eulenburg-Prozesse eine nicht ganz unbedenkliche Reminiszenz — und Ludwig nahm sogar nach seiner Verheiratung einen Berliner, namens Hut, der einen großen Teil seines Lebens im Zuchthause zugebracht hatte, als Bedienten zu sich, „weil er ihn, der sich gebessert haben sollte, vollends zu retten hoffte".

Der erste leitende politische Redakteur der „Kreuz-Zeitung" war, wie bekannt, Hermann Wagener, den Ludwig von Gerlach von Magdeburg aus, wo er als Oberlandesgerichts- und Konsistorialassessor amtierte, für die politische Leitung des Blattes gewonnen hatte. Daß das Kuratorium des Blattes und insbesondere auch die konservative Partei mit der Wahl dieses Mannes, des späteren Geschichtsschreibers der Partei, keinen schlechten Griff getan hat, steht heute außer Zweifel. Wagener und Ludwig von Gerlach können als die eigentlichen Gründer der konservativen Partei, was ihre organisatorische Ausgestaltung anlangt, bezeichnet werden. Der programmatische Gehalt der Partei ist freilich nicht aus christlich-germanischen Quellen geflossen, er stammt von dem getauften Juden Stahl. Die Erinnerung hieran mag ja für die „Kreuz-Zeitung" und die konservative Partei, die noch immer auf das Dogma vom „christlichen Staat" schwören, etwas Peinliches haben; immerhin dürfte es doch wohl auch in manchen Kreisen der Partei nicht gerade angenehm berühren, daß die „Kreuz-Zeitung" in ihren Erinnerungsartikeln über diesen Mann und seine Bedeutung für die Partei ängstlich hinweghuscht; sie hält es sogar für angebracht, hervorzuheben, daß in der ersten Zeit „namentlich der Geheime Rat Prof. Stahl nur sehr wenig für die „Kreuz-Zeitung" geschrieben hat".

Von den übrigen Redakteuren des Blattes hat sich nur einer noch einen, allerdings traurigen, Nachruhm geschaffen, Gödsche, der bekannte Zeuge im Waldeckprozeß. Die „Kreuz-Zeitung widmet dem Andenken dieses Mannes im Gegensatz zu dem der anderen leitenden Redakteure bei Gründung des Blattes einen ungewöhnlich großen Raum, ohne freilich seine schmähliche Rolle in dem „Bubenstück, ersonnen, um einen Mann zu verderben", wie der Vorsitzende des Gerichtshofs im Prozeß Waldeck diese Intriguen der Hintermänner der „Kreuz-Zeitung" treffend charakterisierte, auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, — wohl aus erklärlichem Schamgefühl; sie schreibt über ihn u. a.:

„Der eigentliche Redakteur des Zuschauers war Gödsche. Auch er war ein gewandter Romanschriftsteller. Er focht nicht allein in der Zeitung wacker gegen die Mächte des Umsturzes, sondern er verfaßte auch mancherlei Plakate, die damals seitens der royalistischen Partei angeschlagen und verbreitet wurden. Unermüdlich war er tätig, um den konservativen Grundsätzen auch in den unteren Volksschichten Eingang zu verschaffen und die Demokratie lächerlich zu machen."

Daß Gödsche auch als Romanschriftsteller eine überaus traurige Rolle gespielt hat, verschweigt die „Kreuz-Zeitung" freilich ebenfalls. Die erdichtete Großrabbinerrede, mit der die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg in den 80er Jahren den tollsten Unfug trieb und die noch im vorigen Jahre in Hunderttausenden von Exemplaren in Rußland zur Vorbereitung von Pogroms verbreitet wurde, stammt wortgetreu aus einem Sensationsroman niedrigster Gattung des Herrn Rechnungsrats und „Kreuz-Zeitungs"-Redakteurs Hermann Gödsche, der als Romanschriftsteller den Namen John Retcliff führte. Die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" haben seinerzeit diesen Schwindel ans Tageslicht gezogen, und die Antisemiten sowohl, wie Herr Gödsche, wie die „Kreuz-Zeitung" haben bisher schuldbewußt geschwiegen. In einem Jubiläumsartikel des Blattes hätte freilich diese Reminiszenz sich nicht gerade recht vorteilhaft ausgenommen und am allerwenigsten in dem die Artikelserie beschließenden Hymnus der „Kreuz-Zeitung" auf ihre ersten Redakteure, „deren Geist unter uns lebendig geblieben ist". Zur Ehre der jetzigen Redakteure des Blattes muß dem widersprochen werden. Auch der politische Gegner der „Kreuz-Zeitung" muß anerkennen, daß seit dem unrühmlichen Ende des Herrn von Hammerstein dem Redaktionsstab des Blattes nur journalistische Ehrenmänner angehört haben. Die persönliche Verunglimpfung des politischen Gegners entsprach übrigens keineswegs dem Geschmack der wirklich geistig hervorragenden ersten Publizisten des Blattes. Die „Kreuz-Zeitung" erinnert in ihrem Rückblick selbst daran, daß Hermann Wagener in seinen Aufzeichnungen erzählt, „daß sich die Führer der Demokratie in jener Zeit durchaus anständig gegen ihn benahmen".

In diesem Rückblick auf die Entstehungszeit der „Kreuz-Zeitung", ist die Entwickelung der konservativen Partei nur insoweit behandelt, als sie mit der Geschichte des Blattes — und das war ja zumeist der Fall — verknüpft war. Die theoretischen Anfänge einer konservativen Weltanschau-

ung liegen freilich weiter zurück. Wenn es auch vielleicht der historischen Wahrheit nicht ganz entspricht, wenn der Abg. von Meyer, Arnswalde, im Jahre 1872 erklärte, die heutige konservative Partei verehre in *Ludwig von Marwitz* ihren Stifter und ersten Vorkämpfer, so wird doch der gewissenhafte Historiker in einer Geschichte der konservativen Partei an diesem trotzigen märkischen Junker, der das Legitimitätsprinzip in Reinkultur verkörperte, nicht achtlos vorübergehen können. Von Marwitz, der sich über die Hardenbergsche Revolutionierung des Staates entrüstete und empört fragte, ob denn „*unser altes ehrwürdiges Brandenburg-Preußen ein neumodischer Judenstaat*" werden solle, hat die konservative Partei jedenfalls das Bekenntnis zum christlichen Staat übernommen, desgleichen seinen heftigen *Widerwillen gegen die großen Städte*, der in den von Zeit zu Zeit erscheinenden heftigen Philippiken der agrarkonservativen „Deutschen Tages-Ztg." gegen die großen „Sündendabel" seine konsequente Fortsetzung findet. Von Marwitz endlich hat die konservative Partei auch die *Abneigung* gegen „*den nichtswürdigen gebildeten Mittelstand*", d. h. die Träger des liberalen Gedankens, geerbt. Man darf daher zum mindesten wohl sagen, daß das, was dem störrischen Junker von der Marwitz in den Jahren 1806/07 vorläufig noch in nebelhaften Umrissen als politisches Ideal vorgeschwebt hat, von der „Kreuz-Zeitung" und ihren Begründern in programmatische Form gegossen worden ist.

Mittelstandsbewegung und politische Neutralität.

Die sog. *Düsseldorfer* Richtung, die sich vor einiger Zeit von der Gruppe um Rahardt losgesagt hat, wenn sie auch noch im Verbande der Mittelstands-Vereinigung verblieben ist, legt in ihren Propagandavorträgen Wert auf die Feststellung, daß in ihren Ortsgruppen Angehörige jeder politischen Richtung und *jeder Konfession* willkommen sind. Der Syndikus dieser Vereinigung, Assessor *Stocky*, hat jüngst in mehreren Versammlungen (Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden) das Düsseldorfer Programm entwickelt und dabei folgende Grundsätze in den Vordergrund gestellt:

„Es war ein Fehler, daß zu Anfang parteipolitische Strömungen vorhanden waren. Wir müssen strengste Neutralität wahren. Es war ein *Fehler*, daß wir in den *Wahlkämpfen die eine Partei gegen die andere unterstützten*. Wir müssen so stark werden, daß die Parteien zu uns kommen und erklären, daß sie zu Konzessionen bereit seien. In Düsseldorf haben wir eine liberale Kommission und eine Zentrumskommission gebildet, die aus Angehörigen dieser Parteien bestehen und bei Wahlen mit ihren Parteien wegen Aufstellung von Mittelstandsvertretern verhandeln. So gibt es in Düsseldorf liberale und Zentrums-Mittelstandsvertreter. Die Hauptsache ist uns, daß die Leute in Mittelstandsfragen informiert sind und unsere Interessen vertreten. So allein ist es möglich, alle Parteien in der Mittelstandsvereinigung zu sammeln. Wir dürfen uns nicht auf eine Partei allein stützen. Unter allen Umständen muß auch religiöse Neutralität gewahrt werden. In manchen Gegenden hat die Vereinigung unter antisemitischen Strömungen gelitten. *Ich möchte dringend raten, den Antisemitismus entschieden zurückzuweisen.* Das Hervortreten des Antisemitismus hat verschuldet, daß tüchtige Kaufleute vor den Kopf gestoßen worden sind. In *Düsseldorf*, wo wir auch religiös völlig neutral sind, haben wir *tüchtige Juden im Vorstand*. Gewiß können Antisemiten auch Mitglieder sein, aber sie haben als Parteimänner zu schweigen. Die Mittelstandsvereinigung soll eine Berufsvertretung der Handwerker und Kaufleute sein und eine Standesvertretung des gesamten Mittelstandes."

Das läßt sich hören, man wird freilich abwarten müssen, ob die Düsseldorfer Richtung, die sich zunächst in Rheinland-Westfalen und besonders in Hessen betätigen will und die Gründung eines Landesverbandes für die Provinz Hessen-Nassau und das Großherzogtum ins Auge gefaßt hat, sich gegenüber ihrer antisemitischen Konkurrenz wird behaupten können. In allen den oben erwähnten Versammlungen sind dem Syndikus antisemitische Mitglieder der Mittelstands-Vereinigung entgegengetreten, allerdings, wie es scheint, ohne sonderlichen Erfolg. Bemerkenswert ist, daß die *Frankfurter „Mittelstands-Zeitung"*, die sich in ihrer letzten Nummer noch in einer Briefkastennotiz mit der dortigen Mittelstandsversammlung beschäftigt, erneut gegen einen Geschäftsantisemiten zu Felde zieht, „der glaubte, unsere wirtschaftliche Bewegung zu seinen *Geschäftszwecken mißbrauchen* zu dürfen, und vor *keinem*, selbst dem *gemeinsten* Mittel zurückscheute".

Die Richtung *Rahardt-Buchholz* hingegen, deren Organ die „Deutsche Volkspost" ist, glaubt auf den Antisemitismus als politisches Werbemittel nicht verzichten zu können. Geh. Rat *Konrad Küster*, der auf seinen vielfachen politischen Irrfahrten seit einigen Jahren an der agrarisch-mittelständlerischen Küste gelandet ist, schrieb kürzlich in einer Empfehlung der nationalökonomischen Vorschläge des bekannten agrarischen „Sachverständigen", Professor Dr. Ruhland:

„Der *politische Glaube* ist ebenso wie der *konfessionelle* Glaube eine *reine Privatsache* oder sollte und müßte es doch sein. Jeder hat seinem Bildungsgrade, seiner Umgebung, in der er aufgewachsen ist, seinem eigenen Denkvermögen entsprechend seine Weltanschauung, seinen politischen und religiösen Glauben. Zu einem Glauben kann man ebensowenig wie zur Liebe gezwungen werden, beide entwickeln sich aus dem eigensten Innern heraus. Von Staats wegen einen Glauben auf politischem und religiösem Gebiete zu verlangen, ist daher ein Unding und führt zur Heuchelei und Charakterlosigkeit. Ja, es hält sogar schwer, selbst einige vermeintlich gleichgesinnte Leute unter einen Hut zu bringen, denn bei näherer Betrachtung hat jeder doch wieder seine Meinung für sich. Bismarck hat einmal geäußert: wenn es den Deutschen frei stände, würde jeder sich einen König für sich wählen. Dies ist richtig und bestätigt meine Ausführungen. Hierzu kommt, daß die Parteien vielfach von ehrgeizigen, herrschsüchtigen Führern ins Schlepptau genommen werden, denen Parteinullen die liebsten sind, weil sie ihnen gar keinen Widerstand leisten. Von allen diesen *Parteiungen* muß die *Mittelstandsbewegung* sich so *fern* wie irgend möglich halten, sie darf nicht einmal mit einer Partei liebäugeln. Sie hat einen viel festeren Kitt als wie die Parteien. Das ist die allseitige Schädigung am Geldbeutel. Das sind die Schädigungen seitens ungesunder Wirtschaftspolitik, wie sie von dem wuchernden Kapital hervorgerufen werden."

Wir haben dieses wirtschaftliche Glaubensbekenntnis des bekannten Berliner Arztes etwas ausführlicher wiedergegeben, da es für viele unserer Leser, welche wissen, in welchem politischen Lager Geh. Rat Küster *früher* gestanden hat, nicht ohne Interesse sein dürfte. Bemerkenswert ist nun, daß das offizielle Organ der Mittelstands-Vereinigung die interkonfessionelle Parole Küsters nicht billigt; sie bemerkt dazu in einer Fußnote:

„Wir können bezüglich des Satzes, daß *Religion Privatsache* sei, dem Herrn Verfasser *nicht beipflichten*. Selbst die Sozialdemokratie, die mit diesem Wort aus dem Erfurter Parteiprogramm bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten hausieren geht, hat längst eingesehen, daß die Dinge in Wirklichkeit anders sind. *Wir befinden uns nun einmal in einem christlichen* Staate. Das ganze Wesen dieses Staates ist auf religiöser Grundlage aufgebaut. Da kann also die Religion unmöglich Privatsache sein."

Mit anderen Worten: Herr Rahardt und seine Gesinnungsgenossen wollen auf den *Antisemitismus* als politisches Propagandamittel *nicht verzichten*. Die liberalen Handwerker und sonstigen Angehörigen des Mittelstandes, die den Rassen-, Klassen- und Glaubenshaß ablehnen, werden sich danach zu richten wissen.

* * *

Die Reichsfinanzreform und die Mittelständler. Bei der Stellung zu den einzelnen Steuervorschlägen, die die Reichsfinanzreform des Herrn Staatssekretärs Dr. Sydow enthalten soll, tritt die wirtschaftspolitische *Verschwommenheit* der agrarisch-zünftlerischen Mittelstands-Vereinigung so recht in die Erscheinung. Als Hörige des Bundes der Landwirte, auf dessen finanzielle Unterstützung sie bei den politischen Wahlen angewiesen ist, darf sie es mit den Herren

um Wangenheim und Dr. Roesicke nicht verderben und muß infolgedessen jede direkte Reichssteuer, auch die Erweiterung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten, bekämpfen. Sie tritt aber natürlich mit Begeisterung für eine Dividenden- und Tantiemensteuer ein, und ebenso für eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern. Es ist überaus bezeichnend, daß ein Organ, das angeblich die Interessen des Mittelstandes vertritt, sich mit besonderer Verve für die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer ins Zeug legt; das offizielle Organ der Mittelständler, die „Deutsche Volkspost", schreibt nämlich:

„Bier und Tabak könnten ja ganz gut einen beträchtlich höheren Betrag liefern, als bisher. Sie sind als reine Genußmittel auch besonders geeignete Steuerobjekte."

Mit solchen geradezu mittelstandsfeindlichen Forderungen werden die Herren um Rahardt bei den breiten Schichten des Mittelstandes schwerlich viel Gegenliebe finden.

Amerikanischer Brief.

Die amerikanischen Juden, besonders die Juden in New York, haben einen guten Freund verloren in dem vor kurzem gestorbenen protestantischen Bischof Dr. Henry Godman Potter, der in schönstem Sinne praktisches Christentum trieb. Oft luden ihn die Juden New Yorks zu ihren Veranstaltungen ein, und nur selten hat er solche Einladungen abgelehnt, und auch dann stets nur, wenn er durchaus verhindert war, ihnen zu folgen. Bischof Potter hielt jedes Rassenvorurteil, wie er schriftlich erklärte, für unentschuldbar und behauptete, er habe keinen Unterschied im sittlichen Verhalten zwischen Juden und Christen bemerkt. Die gegen die Juden herrschenden Vorurteile seien in Wirklichkeit nicht gegen die Juden als solche anzusehen, sondern gegen die Gewohnheiten und Manieren, die sie mit Deutschen, Polen und Amerikanern gemeinsam haben und die Leute von Bildung und Geschmack abstoßen. Gesellschaftlicher Verkehr habe freilich nichts mit bürgerlicher Gleichstellung zu tun. Er sei Sache des Geschmacks und gesellschaftlicher Beziehungen; man habe ebensowenig das Recht, zu verlangen, daß man von jemand in gesellschaftlichen Verkehr gezogen werde, wie man das Recht habe, von jemand zu verlangen, daß er gewisse Gerichte essen solle.

Den Antisemiten ist es nicht angenehm, wenn hervorragende Persönlichkeiten judenfreundlich sind, und sie lieben es, mit Autoritäten zu krebsen, die angeblich den Juden nicht freundlich gesinnt sind. Dabei verfahren sie aber wenig gewissenhaft und verleumden oft ohne jeden Grund lebende wie tote Autoritäten als Judenfeinde. So haben sie auch den berühmten Robert Louis Stevenson für einen Antisemiten ausgegeben. Der aber setzte sich zur Wehr und erklärte es für seltsam, ihn als Antisemiten hinzustellen. Isajah und David und Heine sind gut genug für mich, von anderen zu schweigen. Usw. – Wenn Antisemiten hervorragende Persönlichkeiten der Vergangenheit zu den ihrigen zählen, so vergessen sie durchweg, daß diese von Juden wenig wußten, fast gar nicht mit ihnen verkehrten und die Juden nur in dem Gewande kannten, das ihnen durch die traurigen Gesetze aufgezwungen war. Goethe gestand dies ohne weiteres ein. In einer Unterhaltung mit dem Prager Bankier Simon v. Laemel, im Mai 1812, gestand er, daß seine ersten Eindrücke von den Juden in seiner Vaterstadt schreckliche waren. Er konnte nicht verstehen, wie das Volk der ihm so sehr sonderbar und in ihrer Erscheinung ihm unverständlich vorkommenden Juden der Frankfurter Judenstadt das bemerkenswerteste Buch habe schaffen können. „Als ich aber später mit vielen glänzend begabten und feinsinnigen Juden bekannt wurde, vereinigten sich bei mir Achtung und Bewunderung."

Die anti-alkoholische Bewegung wird in noch schlimmerer Weise gegen die Juden ausgenutzt. „Die Juden," heißt es in einem solchen Temperenzlerpamphlet, „erheben ein großes Geschrei, wenn in Rußland ein paar Shylocks getötet werden, aber sie stellen Getränke her und verkaufen sie, durch die hunderttausend Amerikaner jährlich getötet werden. Und wir Sklaven, die wir sind, dulden das schweigend." Es lohnt sich natürlich nicht, auf die Widerlegung dieses Unsinns ein Wort auch nur zu verschwenden, aber die trinkfesten Germanen in Deutschland, namentlich auch die großen Brauer, die ja fast durchweg nicht Juden sind, werden aus diesen wenigen Worten ersehen, wie leicht man zum Opfer einer Hetze gemacht werden kann.

Obwohl die Abnahme der Einwanderung und die Zunahme der Rückwanderung das Interesse für die Agitation zugunsten verschärfter Einwanderungsbeschränkungen wesentlich abgeschwächt haben, ist es doch zweifellos, daß der nächste Kongreß sich wieder mit der Einwanderungsfrage zu beschäftigen haben wird. In das Programm der republikanischen Partei ist keine Bemerkung bezüglich der Einwanderungsfrage aufgenommen worden, obgleich Polen, Italiener, Franzosen, Böhmen und Juden um die Aufnahme einer Resolution dringend ersucht haben.

Mit Recht wird denen, die einen gewissen Bildungsgrad von den Einwanderern verlangen, entgegengehalten, daß ja auch von den eingeborenen Wählern kein Bildungszeugnis verlangt werde. So lange die Einwanderung die jetzigen Grenzen nicht überschreite, sei nichts zu befürchten. Statt die Einwanderung zu erschweren, sollte ein Teil des von den Einwanderern gezahlten Geldes auf ihre Verteilung über ein weiteres Gebiet verwendet werden. Denn die meisten Einwanderer blieben im Norden, während der Süden und der Westen fast leer ausgehen. Gute 90 Prozent der Einwanderer nämlich gehen nicht weiter als bis Chicago im Westen und Pennsylvanien im Süden.

Ein jüdischer Seidenfabrikant, namens Louis B. Magid, wird der Frau Taft, wenn ihr Gatte zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wird, ein Kleid schenken aus in Amerika hergestellter Seide. Herr Magid züchtet Seidenwürmer auf seiner Besitzung in Tullulah und für die von ihm fabrizierte Seide hat er auf der Ausstellung in St. Louis die Goldene Medaille erhalten. Das Kleid selbst wird in Washington angefertigt werden. Die Seidenindustrie, an der die Juden in hervorragendem Maaße beteiligt sind, hat in den Vereinigten Staaten außerordentliche Fortschritte gemacht. Ein Kaufmann, der bis vor kurzem in jedem Jahr nach Europa ging, um Seide in Crefeld, Lyon und in der Schweiz einzukaufen, sagte uns neulich, er brauche jetzt nur noch kaum 10 Prozent seines enormen Bedarfs in Europa einzukaufen, und könnte auch diese 10 Prozent entbehren. Freilich spricht da wohl auch der hohe Zoll mit, der auf Seidenimporten liegt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Kriegshetzereien gewisser antisemitischer Blätter hören nicht auf. Den Alldeutschen im Reiche sekundieren jetzt die österreichischen Christlichsozialen. So bringt zum Beispiel das „Deutsche Volksblatt", das Organ des Herrn Dr. Lueger — wahrscheinlich zur „Begrüßung" des Ischler Besuchs des Königs Eduard bei dem greisen österreichischen Monarchen —, eine maßlos heftige Philippika gegen England mit der ausgesprochenen Absicht, Deutschland und England in einen Krieg zu hetzen; in diesem chauvinistischen Erguß heißt es u. a.:

„Alle weitsichtigen Politiker Europas sind überzeugt, daß bald zwischen England und Deutschland ein entscheidender Todeskampf stattfinden wird. Die ungeheure Entfaltung von Deutschlands Macht zu Lande und zur

See bedeutet für England eine politische und wirtschaftliche Katastrophe, die eine neue Epoche in der Weltgeschichte involviert."

Die deutschlandfeindliche Presse in England kann sich, wie man sieht, auf gar keinen besseren „Zeugen" für die angebliche deutsche Kriegslust berufen, als auf das Hauptorgan der stärksten Partei im österreichischen Reichsrat. Es kommt aber noch besser:

„Wenn die Deutschen sich bis jetzt noch nicht entschlossen haben, das „moderne Karthago" für ewig unschädlich zu machen, so geschieht das aus der bekannten deutschen Vorsicht, bedingt durch die etwas langsame aber desto sichere Vorbereitung des Totschlages. Englands letzte Stunde wird bald schlagen."

Kann es gerade vom deutschnationalen Standpunkt aus eine schlimmere Gewissenlosigkeit geben, als diese frivole Kriegshetzerei eines in deutscher Sprache erscheinenden und angeblich — wenn auch außerhalb des Deutschen Reichs — für die Interessen des Deutschtums eintretenden Blattes?

Zur Reichstagsersatzwahl in Wolfenbüttel-Helmstedt. Der Kandidat der „nationalen" Parteien, Landtagsabg. Kleye-Jerxheim, hat kürzlich in einer Versammlung in Helmstedt Veranlassung genommen, seine politische Stellung näher zu präzisieren. Er erklärte nach dem Bericht des dortigen Lokalblattes, er sei „ein liberaler Mann" und stehe mit seinen Ansichten der nationalliberalen Partei am nächsten. Als Kandidat aller Parteien ließe er sich keine gebundene Marschroute vorschreiben, auch dem Bunde der Landwirte habe er erklärt, daß dieser von ihm keine bindenden Erklärungen fordern dürfe, man müsse ihn nehmen wie er wäre. Mit dem Schutz, den die Landwirtschaft jetzt genießt, wäre er zufrieden. Das Zustandekommen der Reichssteuerreform mit Hilfe des Blocks werde er mit allen Kräften unterstützen. Der sozialpolitischen Gesetzgebung, dem Ausbau der Witwen- und Waisengesetzgebung, der Privatbeamtenversicherung, sowie allen berechtigten Forderungen jeden Standes werde er gewissenhaft prüfend seine Aufmerksamkeit widmen. Die Behauptung über seinen geplanten Beitritt zur Wirtschaftlichen Vereinigung und ein Wirken im agrarischen Sinne erklärte Herr Kleye für falsch.

Danach würde Herr Kleye also ungefähr dieselbe politische Stellung einnehmen, wie der verstorbene Mandatsinhaber von Kaufmann, der Mitglied des Bundes der Landwirte war und der nationalliberalen Reichstagsfraktion als Hospitant angehörte. Es fragt sich nur, ob er sich nicht schließlich in derselben Weise „weiterentwickelt" wie Herr Dr. Friedrich Hahn, der ja politisch genau so angefangen hat.

Jeder dieser — Ehrenmänner wird vom andern abgetan. In der letzten Nummer berichteten wir von dem gehässigen Ausfall der „Deutschen Reform" des Abg. Zimmermann gegen den Fürsten Bismarck, den sie unter Berufung auf ein übelbeleumundetes Wiener Blatt versteckt der Käuflichkeit durch den Baron Rothschild bezichtigte; sie machte nämlich zu der Perfidie des Wiener Blattes folgende Glosse:

„Schlimm genug, wenn es wahr sein sollte! Die Stimmen sind ja nie verstummt, die dem Glauben Ausdruck liehen, daß Bismarck das von ihm erhoffte, erlösende Wort gegen die Börse nicht gesprochen hat, weil er sich aus seiner ersten Zeit einzelnen Juden (Rothschild, Bleichröder) verpflichtet erachtete."

Eine gepfefferte Antwort gibt hierauf der bekannte antisemitische Schriftsteller Paul Dehn, die u. a. auch von den „Deutschsozialen Blättern" übernommen wird: es heißt darin u. a.:

„Derartige Verdächtigungen finden nachgerade nirgends mehr Glauben. Auch die ehrlichen Gegner und Feinde Bismarcks wollen mit solchen Verleumdungen nichts zu tun haben."

Nun hat es Herr Zimmermann schwarz auf weiß, wie er von seinen antisemitischen Gesinnungsgenossen eingeschätzt wird.

Uebrigens hat Bismarck selbst jede geschäftliche Verbindung mit Rothschild in Abrede gestellt. Zu Moritz Busch äußerte er darüber am 2. Dezember 1881 ausdrücklich:

„Ich habe als Minister niemals mit Rothschild Geschäfte gemacht und auch als Gesandter in Frankfurt wenig; er zahlte mir meinen Gehalt aus, und einmal tauschte ich bei ihm Rentenbriefe gegen österreichische Papiere aus .... Ich habe es auch nicht nötig; mein Gewerbe als Minister hat mir was eingebracht, ich bin ein reicher Mann geworden durch die Dotationen, die Schenkung in Lauenburg. Freilich, wenn ich ein Geschäft, einen Handel betrieben hätte und darauf so viel Mühe und Verstand verwendet, da hätte ich wohl mehr verdient."

Lenkbarer Luftballon-Antisemitismus. Man schreibt uns: Dieser Terminus technicus ist sprachlich töricht, so töricht wie der Begriff, den er deckt, aber — er existiert. Warum auch nicht? Wenn es einen Ritualmord-Antisemitismus und einen Schächt-Antisemitismus gibt, warum nicht auch einen Luftballon-Antisemitismus? Wir leben ja in einer Zeit, wo jede Wissenschaft besondere Spezialzweige ausbildet, warum soll nun die Wissenschaft aller Wissenschaften, der Antisemitismus, nicht mit der Mode gehen und sich immer neue Spezialitäten zulegen? Als ein tückisches Schicksal das Luftschiff des kühnen Luftbändigers Zeppelin vernichtete, fragte ich mich gleich: könnten nicht vielleicht die bösen Juden auch an dieser Katastrophe schuld sein? Haben sie nicht vielleicht den Herrn der Lüfte bestochen, damit er das stolze Werk eines genialen Mannes zerstöre? Der Zweck war mir freilich nicht klar, und die Absicht erschien mir so dunkel wie ein Bewersches Gedicht. Aber — bei den Juden ist ja alles mystisch, sie treiben ja immer unterirdische Politik, und bei jedem Schritt befolgen sie die Vorschrift des „Geheimbundes", wer mag nun wissen, welche gefährlichen Pläne sie wieder ausgedacht haben? Mit nervöser Unruhe griff ich jeden Tag nach den antisemitischen Zeitungen, ob nicht endlich diese neue jüdische Niederträchtigkeit behandelt werde. Nun, diese Entdeckung kam nicht aber eine andere, die an Tragweite jener fast gleichkommt. Unsere stets findigen Hüter des Vaterlandes, ich meine die Antisemiten, haben herausgefunden, daß die Juden die Luftschiffe geschäftlich ausbeuten und aus der Begeisterung der deutschen Nation für das Werk Zeppelins Kapital schlagen wollen. Geheimrat Rathenau soll nämlich, wie die Zeitungen berichten, dem Kaiser einen Plan entwickelt haben, Zeppelin einen Beirat aufzudrängen, und das brachte die „Deutschsozialen Blätter" auf die Fährte, daß die deutsche Judenheit Zeppelin betrügen und ihre Taschen mit dem gesammelten Gelde füllen will. Sie schreiben mit begreiflicher Entrüstung:

„Daß das Judentum versuchen würde, die Zeppelinsche Erfindung, sobald eine Fruktifizierung mit Sicherheit zu erwarten war, zu einem Gegenstand seines Goldhungers zu machen, ließ sich voraussehen. Nicht aber, daß man es so plump anfangen würde. Herr Rathenau, ein Vertrauter des Kaisers, soll den hohen Freund für den Plan gewonnen haben, dem Grafen Zeppelin einen Beirat zu geben. Ein Leser unseres Blattes bemerkt zu dieser Nachricht. „So etwas hat gerade noch gefehlt. Was doch so ein morgenländisches Hirn nicht alles ersinnt. Männer wie Graf Zeppelin brauchen keinen Wegweiser, sie finden allein besser das Rechte! Zudem würden sie durch allerhand minderwertigen Ballast in ihrer Schaffensfreudigkeit beschwert werden. Wie bei der Aufteilung der Kolonien kann man auch bei der Nutzbarmachung eines jeglichen anderen Unternehmens gewisse Leute immer im Vordergrunde finden."

Die Juden verbinden damit, wie dieses Blatt meint, einen Akt der Rache, weil Zeppelin ein Graf und kein Demokrat ist. Nun haben wir ja des Rätsels Lösung. Warum aber dieselben Juden so reichlich für die Sammlung spendeten und warum die „judliberalen" Zeitungen mit so großer Begeisterung für Zeppelin eintreten, das ist uns freilich weniger klar. Wir wissen auch noch nicht, wie man bei diesem

Unternehmen, das doch nur strategischen Zwecken dienen soll, etwas profitieren könnte, aber — wer kann alles begreifen? Die Hauptsache ist, daß wieder einmal ein antisemitisches Blatt eine rettende Tat beging und vor der drohenden Gefahr warnte. Da schimpft man auf die Hundstage, ein richtiger Antisemit aber hat gerade in diesen Tagen die besten Einfälle, und auch im kältesten Sommer steigt den antisemitischen Redakteuren die Hitze zu Kopf.

„Antisemiten und Semiten im Parlament". Unter dieser Spitzmarke stimmt die „Deutsche Reform", das offizielle Organ der Reformpartei, ein wahres Indianerfreudengeheul darüber an, daß dem derzeitigen Reichstage nur noch 5 Juden angehören, während dem verflossenen Reichstage deren 13 angehört hätten. Wir sind in der Lage, dem antisemitischen Blatt eine ganz besondere Freude durch die Mitteilung zu bereiten, daß es sich dabei noch sehr stark — und zwar zu seinen „Ungunsten" — verrechnet hat. Es sind nicht 5, sondern nur 3 Juden, die zurzeit dem Reichstage angehören. Wie das Blatt dazu gekommen ist, die beiden sozialdemokratischen Abgg. Dr. David-Mainz und insbesondere Dr. Südekum zu Juden zu stempeln, ist sein Geheimnis. Auf der gleichen Höhe antisemitischer Wahrheitsliebe steht die Behauptung, daß der Braunschweiger Welfe von Damm Antisemit sei; er hat sich allerdings der Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen, deren politisches Programm im Reichstage bekanntlich die Programmlosigkeit ist, wenn auch ihre sonstigen Mitglieder durchweg stramme Antisemiten sind, persönlich hat er bisher jedoch nach stets jede Gemeinschaft mit dem Antisemitismus in Abrede gestellt.

Ottomar Beta, auch eine Leuchte der antisemitischen „Wissenschaft", zieht seit Jahren gegen das verruchte „jüdisch-römische" Recht zu Felde, das einzig und allein die Schuldknechtschaft so vieler braver Deutscher hervorrufe. Großen Eindruck scheint er aber mit diesen Rodomontaden selbst bei seinen nächsten Gesinnungsgenossen bisher nicht gemacht zu haben. Wenigstens wird man kaum als ein zustimmendes Votum registrieren können, was z. B. ein Herr L. H. Müller unter 14. v. M. in der letzten Nummer des „Hammer" schreibt:

„Es ist richtig, daß Herr Ottomar Beta seit Jahren die Hammerleser mit seinen tiefsinnigen volkswirtschaftlichen Betrachtungen erfreut. Er hält uns Deutschen unsere Poverität vor und preist den reichen Vetter Mylord. Richtig ist ferner, daß niemand versteht, worauf Herr Beta hinaus will. Darin sind schuld 1. sein Tiefsinn — of course! 2. seine Grausamkeit: er wiederholt uns bis zur Bewußtlosigkeit, daß ein Butterbrot mit Mettwurst besser sei als ein unbelegtes, sagt uns aber nie, wo wir die Mettwurst herholen sollen. Und dabei weiß er's!!"

Man sieht, Herr Müller hat Humor und Witz, den er auch im Schluß seiner volkswirtschaftlichen Vorlesung an seinen politischen Freund und Gönner nicht unter den Scheffel stellt:

„Es ist richtig, daß sich unser Volksleben im Zustande allgemeiner Versumpfung befindet. Ein Bild dieser Versumpfung gibt der „Hammer" in meisterhaften Zügen. Aber ich mache mich anheischig aus meiner Jugendzeit ein Bild des damaligen Zustands zu liefern, das stellenweise der Gegenwart gegenüber noch einen Versumpfungsrekord aufweisen wird. Dasselbe hat mir mein Großvater von seiner Jugendzeit behauptet."

„Es ist richtig, daß Reformen nötig sind überall wo was faul ist, und daß es überall faul ist. Aber ich hierüber nicht im allgemeinen seit der Zeit, wo Herr Jeremias, der Prophet, der immer vorbei prophetete, seine Harfe an die Weiden hing — Worte genug gewechselt? Es gibt Sänger, von denen man sagen kann: „Ihr Lied ist zu vergleichen dem Unkenruf in Teichen." Die Unke meint's gut, aber sie schädigt sich selbst durch ihre Monotonie."

Gerade diese Monotonie, dieses ewige Herunterleiern von der Wissenschaft längst aufgegebener Lehrsätze ist aber die Hauptstärke der antisemitischen Unken.

Berichtigung.*) Mit Bezug auf die in Nr. 26 der „Mitt." enthaltene, der „Berl. Volks-Ztg." entnommene Notiz erhalten wir von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband folgende Zuschrift:

„Es ist unwahr, daß der Name des Mitgliedes, dem es gelingt, 12 neue Mitglieder zu werben, auf einer im Verbandshause aushängenden Ehrentafel verzeichnet wird.

Es ist unwahr, daß sich am Kopf des Werbebriefes, der zur Gewinnung von Mitgliedern auffordert, ein sogenannter antisemitischer „Scherz" befindet.

Es ist unwahr, daß man dort einen mit einem Knüppel um sich schlagenden Deutschnationalen erblickt, der auf der einen Seite einen neben ihm stehenden Sozialdemokraten verhaut.

Es ist unwahr, daß sich auf der anderen Seite ein als überaus ängstlich dargestellter jüdischer junger Mann zeigt, der jetzt an die Reihe kommt.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband."

Vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband erhalten wir mit Bezug auf die in letzter Nummer enthaltene Notiz über die Krankenkasse des Verbandes folgende Zuschrift:

Es ist unwahr, daß wir den vom Landgericht Hamburg in unserer Klage gegen den Hamburger Nationalökonomen May ernannten Sachverständigen das in der Nr. 33 Ihres Blattes vom 12. August 1908 unter der Ueberschrift „Die Krankenkasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes" wiedergegebene Gutachten haben beschwören lassen. Vielmehr hat der Sachverständige beschworen:

1. Die Behauptung Mays, bei etwa gleichem Mitgliederbeitrage seien die Höchstleistungen der Ortskrankenkasse in Hamburg bis zu 251 pCt. größer als bei der Deutschnationalen Krankenkasse, ist falsch.
2. Die Leistungen der Ortskrankenkasse stellten sich nach den Geschäftsberichten beider Kassen um 5,2 pCt. teurer als bei der Deutschnationalen Krankenkasse.
3. Den erwerbsfähigkranken Mitgliedern kosteten die Leistungen der Ortskrankenkasse 16 pCt. mehr als bei der Deutschnationalen Krankenkasse, während umgekehrt den erwerbsunfähigkranken Mitgliedern der Deutschnationalen die Leistungen 1,8 pCt. teurer waren.
4. Die Behauptung des Beklagten May, daß die Deutschnationale Kranken- und Begräbniskasse die leistungsunfähigste aller zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen sei, ist unzutreffend.
5. Die Behauptung, daß der Verwaltungsapparat der Deutschnationalen Kasse gerade nochmal so teuer arbeite als bei den übrigen Kassen, ist unzutreffend.
6. Bisher haben die Jahresbeiträge mit alleiniger Ausnahme des Jahres 1905 ausgereicht, die Ausgaben zu decken und die gesetzlichen Rücklagen zu machen, auch der Durchschnitt der in den drei Beobachtungsjahren also einschließlich des für die Deutschnationale Kasse ungünstigen Jahres — gemachten Ausgaben bleibt so weit hinter dem Durchschnitt zurück, daß nach mehr als 10 pCt. des Beitrages — der gesetzlich vorgeschriebene Mindestbeitrag — dem Reservefonds zugeführt werden konnten.

Ich kann mich daher dem ungünstigen Urteil des Beklagten May — das durch die bisherigen Erfahrungen nicht begründet ist — nicht anschließen. Natürlich liegt es nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß im Falle der Wiederkehr krankenreicher Jahre ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben bewirkt werden muß.

*) Wir haben diese „Berichtigung" schon einmal vollinhaltlich in Nr. 27 der „Mitt." zum Abdruck gebracht; die Geschäftsstelle des Verbandes moniert jedoch, daß sie nicht in derselben Schrift wiedergegeben ist, wie die Notiz, welche angeblich berichtigt wird. Daher die Wiederholung. Die Red.

Es ist sodann ferner unwahr, daß es in der Generalversammlung vom 28. Juni heiß hergegangen ist. Das Gegenteil ist wahr.

Schließlich ist unwahr, daß das Gericht neuerdings beschlossen hat, die philosophische Fakultät in Göttingen um ein Gutachten zu ersuchen. Vielmehr hat das Gericht beschlossen, die philosophische Fakultät um Benennung eines geeigneten Sachverständigen zu ersuchen, sofern die Beklagten May und Boysen bis zum 1. August 1908 einen Kostenvorschuß von 600 M. leisten würden.

Deutschnationale Kranken- und Begräbniskasse Hamburg.

Vermischtes.

Die Juden in der bayerischen Armee. Mit Bezug auf die in Nr. 33 der „Mitt." enthaltene, einem katholischen bayerischen Blatt entnommene Darstellung der Avancementsverhältnisse der Juden in der bayerischen Armee erhalten wir von geschätzter Seite aus München folgende Zuschrift:

„Als jüdischer Reserveoffizier und mit den Verhältnissen vertraut, bemerke ich, daß Juden in allen bayerischen Regimentern als Offiziere aufgenommen werden und tatsächlich in fast allen bayerischen Regimentern jüdische Reserveoffiziere vorhanden sind. Gewöhnlich werden sie in diejenigen Regimenter aufgenommen, in welchen sie dienen!

Als Beweis für die Vorurteilslosigkeit, die in dieser Beziehung in Bayern herrscht, sei Ihnen mitgeteilt, daß der stellvertretende Kommandeur des Infanterie-Leibregiments (des 1. bayer. Regiments und der preußischen Garde entsprechend) einst ein — ungetaufter, wirklicher Jude war! Es war dies der 1897 verstorbene kgl. bayer. Oberstleutnant Karl Henle in München! Derselbe ließ sich dann allerdings später infolge seiner zweiten Heirat taufen! Dies war aber erst nach seiner Pensionierung als Oberst a. D., und als solcher war er noch ungetaufter Jude!

Wir Juden haben uns in Bayern, was die Offizierskarriere betrifft, in keiner Hinsicht zu beklagen, denn es gibt auch aktive jüdische Offiziere zurzeit in Bayern. Und zwar noch und wieder!"

Wir wären unseren Freunden in Bayern sehr dankbar, wenn sie uns mit zuverlässigem statistischem Material über die früheren und derzeitigen Avancementsverhältnisse der Juden in sämtlichen bayerischen Regimentern an die Hand gehen wollten; diese Informationen werden selbstverständlich im einzelnen diskret behandelt.

Einführung in den Talmud. Prof. D. Hermann L. Stracks verdienstvolles Werk über den Talmud ist soeben in einer Neubearbeitung (vierte Auflage, Leipzig, J. C. Hinrichs) erschienen. Die „Mitteilungen" haben über die Frage der jüdischen Geheimbücher ihre Leser im Laufe der Jahre so ausgiebig unterrichtet, daß wir es uns versagen können, bei diesem Anlaß auf die hervorragende wissenschaftliche Arbeit Stracks, die in Wahrheit ein Standardwerk ist, in breiter Ausführlichkeit einzugehen. Wir möchten daraus nur hervorheben, was der Verfasser gegenüber der fortgesetzten tendenziösen Stimmungsmache der Antisemiten gegen die „jüdischen Geheimbücher" des Talmud sagt:

„Der Talmud (ich wiederhole, was ich seit vielen Jahren mehrfach feierlich erklärt habe) enthält keine Nachricht oder Aeußerung, welche, selbstverständlich wenn sie wirklich darin steht, der sprach- und sachkundige christliche Gelehrte zu finden nicht vermöchte. Was speziell die Zensurlücken betrifft, so sind in Deutschland schwerlich zehn Rabbiner, welcher alle vier S. 81 genannten, in meiner Bibliothek befindlichen Schriften besitzen. Ueberhaupt gibt es innerhalb des gesamten Judentums weder eine Schrift, noch eine mündliche Tradition, welche kundigen Christen unzugänglich wäre. Die Juden sind nicht bemüht vor den Christen etwas zu verbergen, und sie können auch nicht etwas vor ihnen verbergen. Der Talmud, der Schulchan Aruch und andere jüdische Schriftwerke sind Geheimbücher nur für diejenigen — Juden nicht minder als Christen — welche weder die zum Lesen der Grundtexte erforderlichen Kenntnisse sich erworben haben, noch von den vorhandenen Uebersetzungen usw. wissen. Für solche ist auch Cäsars Bellum Gallicum ein Geheimbuch."

Mit Prof. Herm. Settegast, dem am 11. d. M. im Alter von fast 90 Jahren verstorbenen Begründer der „Großen Freimaurerloge von Preußen, genannt Kaiser Friedrich zur Bundestreue", ist auch unseren Bestrebungen ein treuer Mitstreiter durch den Tod entrissen. Er ist, als er im Jahre 1889 einstimmig zum Großmeister der Großloge Royal York gewählt wurde, den sich in der Loge geltend machenden antisemitischen Abschließungstendenzen sofort mit größtem Nachdruck entgegengetreten und hat keinen Augenblick gezögert, die Konsequenzen zu ziehen, als er mit seinen Reformvorschlägen nicht durchdrang. Seiner zähen Energie in der Erschöpfung aller rechtlichen Instanzen ist es zu danken, daß das Monopol der drei altpreußischen Großlogen in Preußen durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 22. April 1893 aufgehoben und so die Bahn frei wurde für die Gründung von Logen Hamburger Systems, deren erste von Settegast selbst auf Berliner Boden verpflanzt wurde. Wir fügen zum ehrenden Gedächtnis an den Verstorbenen noch folgende Stelle aus seinem Werk „Die deutsche Freimaurerei" an:

„In der Verurteilung des Antisemitismus sollten die Freimaurer einig sein, denn wem unter ihnen könnte entgehen, daß die widerwärtigen Erscheinungen, welche diese kulturfeindliche Bewegung im Gefolge hat, die Volksmoral je länger je mehr schädigen und die Idee der Freimaurerei verhöhnen. Die Freimaurer vor allem wären dazu berufen, versöhnend zu wirken und ein leuchtendes Beispiel dafür zu geben, daß einträchtiges, friedliches Zusammenwirken in Verfolgung gemeinsamer, großer Ziele jeden Zwiespalt ausschließen muß, der sich auf religiöse Unterschiede der Verbündeten stützt. Will der christliche Bundesbruder, so müssen wir fragen, nicht anerkennen, daß das Christentum aus dem Judentum hervorgegangen und nur dessen Vollendung ist; will er leugnen, daß der Hauptunterschied zwischen Christen und Juden nur darauf beruht, daß jene sich überzeugt halten, der Heiland und Erlöser sei in Christus bereits erschienen, diese aber, er solle noch kommen? Will er ferner der Freimaurer bestreiten, daß die Gesetze der Sittlichkeit, welche, unabhängig und losgelöst von dogmatischen Besonderheiten, der königlichen Kunst ihr Gepräge geben, im Christen- und Judentum die nämlichen sind? — — In Wirklichkeit ist das auch der Freimaurerei zugrunde liegende Gebot ein Gesetz der Juden. — — Ein kleingeistiger Antisemit würde sich demgegenüber zu der Behauptung aufschwingen, daß weder die Religion, noch Rassenunterschiede dem Christen die Juden entfremden, sondern der Gesamtcharakter des jüdischen Volksstammes und Einzelheiten seines Wesens, begründet in gewissen, dem Christen unangenehmen Angewöhnungen und Manieren. Wer auf solcher Grundlage sich sträubt, zur Erreichung hoher und sittlicher Ziele den Juden Bruder zu nennen und Hand in Hand mit ihm für die Herrschaft der Humanität auf Erden zu wirken, der mag ein schätzbares Mitglied der profanen Gesellschaft sein, aber für die Idee der Freimaurerei ist er nicht reif. Mag er sich noch so sehr darauf steifen, daß die Freimaurerei auf den Grundsätzen des Christentums beruht, seine Unreife wird dadurch um nichts gemindert. Denn die Grundsätze des Christentums sind nicht identisch mit dem christlichen Glaubensbekenntnis im Sinne der konfessionell-christlichen Kirche."

Juden in der Landwirtschaft. Seit einigen Jahren gibt es in Russisch-Polen eine große Anzahl von jüdischen Gärtnern, während dieser Beruf früher bei den Juden ganz unbekannt war. In der letzten Zeit aber hat die Gärtnerei als Berufsbeschäftigung der Juden eine solche Ausdehnung gewonnen, daß jetzt die jüdischen Gärtner die Hauptexporteure für Gemüse aus Polen nach Deutschland und auch die Hauptlieferanten in Polen selbst sind. Sogar die Bauern kaufen bei den jüdischen Gärtnern das Gemüse für ihren eigenen Bedarf. Besonders große Ausdehnung hat die Gärtnerei bei den Juden in den Gouvernements Suwalki, Lomza, Siedlec und Plock gefunden. Aber auch in den anderen Gouvernements vergrößert sich die Zahl der jüdischen Gärtner von Jahr zu Jahr. Hauptsächlich treiben sie Gemüsebau, und zwar produzieren sie besonders Gurken, Rüben aller Art und Kraut.

Man sieht auch daran, daß die Juden durchaus sich nicht freiwillig auf den Handel beschränken. Wo die Verhältnisse

es ihnen einigermaßen gestatten, da arbeiten sie sich auch in jeden anderen Beruf sehr rasch ein, wobei ihnen in vielen Fällen ihre kaufmännische Veranlagung zustatten kommen mag.

Henrik Wergeland, der kürzlich verstorbene Pastor, Dichter und Vorkämpfer der Judenemanzipation in *Norwegen*, war durch zwei marokkanische Israeliten für die Befreiung des Judentums von dem staatlichen und wirtschaftlichen Druck lebhaft angeregt worden. Es waren dies, wie wir der „A. Z. d. J." entnehmen, zwei Hausierer, deren patriarchalische Gestalten ihm so imponierten, daß er in seinen autobiographischen Notizen bemerkt:

„Hausierer, jawohl Hausierer, aber nehmt Eure Hüte in Ehrfurcht ab, Ihr christlichen Handelsfürsten oder Priester, vor diesen herrlichen patriarchalischen Männern . . . . Ich fühlte mich so demütig, als stände ich vor zwei der Väter des Menschengeschlechts oder vor Abraham und Melchizedek. Ich mußte mich umwenden, um diese stattlichen Gestalten, ihre weißen, wallenden Bärte, ihr königliches und doch mildes Antlitz, die schöne Bronzefarbe ihrer Haut zu bewundern, kurz alles, das ich nur in einer idealen Menschengestalt zu finden erwarten konnte."

Acht Jahre später sah er, während er sein Pfeifchen rauchte, wie in einer Vision die beiden ehrwürdigen Männer in ihren schwarzen Kaftanen, mit ihren Turbanen: die beiden marokkanischen Juden. Er erinnerte sich jedes Wortes, das er mit ihnen über die Lage der Juden in Marokko gesprochen, und daß sie diese als erträglich bezeichnet hatten, verglichen mit der Behandlung, die den Juden in mehreren christlichen Ländern zuteil wird:

„Natürlich wandten sich meine Gedanken zu der Stellung, die man bei uns gegen die Juden einnimmt, und die ich für skandalös hielt. Auf keine würdigere Weise könnten die Norweger ihre Dankbarkeit gegen Gott ausdrücken für die Freiheit, deren sie sich erfreuen, als durch Liebe und Interesse für sein auserwähltes Volk. . . . So entstand die Bewegung für die Emanzipation der Juden. Aber die Anerkennung hierfür gebührt deshalb nicht mir, sondern den beiden marokkanischen Juden."

Eine von Wergelands Erzählungen behandelt die *Begegnung eines Mohamedaners, eines Christen und eines Juden* in einer Oase. Keiner von ihnen wollte laut beten, aus Furcht, den anderen zu verletzen. Da aber begannen in einer Palmenkrone drei verschiedene Vögel einen Jubelgesang, und nun betrachteten die drei Männer dies als Omen und vereinigten sich in einem Dankgebet an den gemeinsamen Schöpfer.

Sehr interessant ist eine *Weihnachtsgeschichte Wergelands*:

„In einem schrecklichen Schneesturm schleppt sich mühsam ein alter jüdischer Hausierer nach der norwegischen Seite der schwedischen Grenze, wo die Frauen, da es Weihnachtsabend ist, ungeduldig auf seine Waren warten. Noch nie hat der alte Jakob es versäumt, an Feiertagen zu erscheinen. Aber während er unter seiner schweren Bürde dahinkeuchte, vernahm er durch das Sturmgeheul das Weinen eines Kindes, und er folgt dieser Stimme in den dunkeln, wegelosen Wald. Endlich findet er das Kind, aber es war tot. Weg wirft er sein Pack kostbarer Waren, reißt seinen fadenscheinigen Rock auf, hüllt das Kind darein, entblößt seine Brust und legt die kalte Wange des Kindes an diese, bis er fühlt, daß sein eigener Herzschlag erwidert wird. Rasch eilt er weiter. Zufällig stößt er auf eine Hütte, klopft, erhält aber auf seine Erklärung, daß er, der alte Jude Jakob, Einlaß begehre, von Mann und Frau zur Antwort: „Jude, fort! Wir haben nichts zu kaufen. Und wehe uns, wenn wir etwa in dieser Nacht, in welcher der Heiland geboren worden ist, einen eintreten ließen, der ihn gemordet." „Ich?" „Ja, Dein Volk, und diese Sünde muß durch zahllose Generationen bestraft werden."

Er hörte nichts mehr, beugte sich über das Kind und versank in den Schlaf, der kein Erwachen kennt.

Als das Ehepaar am nächsten Morgen aus der Türe trat, fanden sie zu ihrem Entsetzen den alten Juden auf ihrer Schwelle tot, und gleichfalls tot und an ihn geschmiegt ihre eigene kleine Tochter, die ohne ihr Wissen hatte heimkehren wollen, um Weihnachten mit ihnen zu feiern.

Da lag er tot vor dem Herde, wo der Mann saß mit Augen starr gleich des toten Juden, und da saß die Mutter des kleinen Mädchens, das die steifen Arme um den Hals des alten Jakob geschlungen hatte. „Sie gehört nicht mehr uns," schluchzte die Frau, „und wir können unsere Kleine nicht von ihm nehmen. Wir gebrauchen ihre Gebete bei Christus, daß er für uns vermittle bei Gott dem Vater."

Georg Brandes und das Judentum. Der bekannte deutsch-dänische Schriftsteller veröffentlicht zur Abwehr von Angriffen, die gegen ihn von jüdischer Seite wegen seiner Stellung zur Judenfrage in Finland erhoben worden waren, in der „Frankf. Ztg." einen Artikel: „Die Juden in Finland", der u. a. folgendes *persönliche Bekenntnis* enthält:

„Als ich im Mai dieses Jahres mich in Finnland aufhielt, wurde in den dortigen Blättern nicht wenig über mich geschrieben, oftmals so wohlwollend, daß ich meiner Dankbarkeit hierfür nicht genug Ausdruck geben kann. In der Regel wurde dabei, zumeist in scherzhaftem Tone, *meiner jüdischen Herkunft gedacht*. Beiläufig bemerkt: Es ist keine Gefahr vorhanden, daß es mir entfallen könnte, in welcher Religionsgenossenschaft ich geboren bin! Ich gestehe, daß ich, würde ich nicht mein Leben lang unablässig von anderen daran gemahnt worden sein, es vergessen hätte, so geringe Bedeutung hat es für mich selbst gehabt. Aber ich kann mit Börne sagen: „Es ist wie ein Wunder. Tausendmal habe ich es erfahren und dennoch bleibt es mir beständig neu. Ein Haufe Menschen wirft mir vor, daß ich Jude bin. Ein anderer vergibt es mir. Ein dritter lobt mich dafür. Aber alle denken sie daran. Sie sind wie hineingebannt in diesen magischen Judenkreis; keiner von ihnen kann aus ihm herauskommen.

Sobald jemand die Feder aufs Papier setzt, um etwas über mich zu schreiben, für oder gegen mich, so ist unabänderlich das erste, was er mitteilt, daß ich ein Jude! Wie komisch! Gibt es etwas, das ich in tieferem Sinne nicht bin, so ist es dies. Ganz Dänemark wie ganz Finland sind vom Judentum durchdrungen, ihr Gott ist jüdisch, ihre Religion ist umgebildetes, weiterentwickeltes Judentum mit einigen mystischen Zusätzen. Das alte Testament ist hier wie dort ein heiliges Buch, und das neue, das noch heiliger ist als das alte, ist von Juden geschrieben. Die Hälfte der dänischen Kultur stammt aus Palästina; die Hälfte seiner Literatur ist von dorther inspiriert. Selbst die Namen der echtesten dänischen Petersen, Hansen, Jensen usw., sind jüdische Namen, biblische Namen. Gelingt es einem vereinzelten jungen Manne sich für kurze Zeit von dem herrschenden Judentum loszumachen, so fällt er alsbald auf allen Vieren darin zurück, kehrt, wie so viele Dänen, zurück zu einem der vielen Repräsentanten Jerusalems, zum Papste oder zu Grundtvig, oder (wie Strindberg) zu Swedenborg. Es gab eine Zeit, da war ich so ziemlich der einzige Mensch im ganzen Lande, der kein Jude war. Und nichtsdestoweniger könnte man fast sagen, das einzige, was alle Leute im Lande von mir wissen, und das einzige, was sie beständig dem Auslande von mir mitteilen, ist, daß ich einer sei. Alle leben und atmen sie in Jerusalems Atmosphäre. Alle Kirchen sind von ihr voll. Es ist nicht lange her, daß sie an der Universität eingeatmet wurde. Und denjenigen unter den Dänen, der am frühesten, eifrigsten und hartnäckigsten in seinem Geistesleben nach Athen zurückgestrebt hat, werden sie nicht müde, abweisend oder zum Scheine anerkennend, auf das Jerusalem zurückzuführen, das sie sich selbst nie aus dem Sinn schlagen können!"

Briefkasten.

H. N. in Schweidnitz. Von hoher militärischer Seite wird eben in Abrede gestellt, daß ein solcher Erlaß überhaupt ergangen ist. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte — worüber wir uns nur freuen könnten —, so wird es doch immer darauf ankommen, ob an den entscheidenden Stellen auch der energische Wille, ihm praktische Geltung zu verschaffen, vorhanden sein wird.

K. L. in N. Wir haben in jüdischen Blättern davon gelesen, daß bei den *olympischen Spielen in London* zwei jüdische Teilnehmer aus *Budapest* erste Preise gewonnen und die Weltmeisterschaft errungen haben, und zwar Herr Eugen Fuchs im Fechten und Herr Richard Weiß im Ringen. Budapester Blätter berichteten ausführlich über die stürmischen Ovationen, die den beiden sieggekrönten Preiskämpfern bei ihrer Rückkehr dargebracht wurden.

N. F. in W. Ueber die antisemitischen Bocksprünge der braven Alldeutschen in Oesterreich wundern wir uns nicht mehr. Diese Sorte Pantasten ist zu allem fähig. Und wenn neuerdings, wie wir in dem „Isr. Fam.-Blatt" lesen, in der guten deutschen Stadt *Teschen Juden der Eintritt in die städtische Badeanstalt verboten* worden ist, und der Bürgermeister dieses Verbot ausdrücklich gebilligt hat, so ist es wirklich schwer, noch an geistige Intaktheit dieser Leute zu glauben. Bedauerlich ist nur die moralische Einbuße, die das Deutschtum in seiner *Gesamtheit* bei den Kulturvölkern durch solche Ausflüsse kranker Gehirne erleidet.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 35. Berlin, den 26. August 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Antisemitismus und Interessenpolitik.

Das Wort Interessenpolitik hat im Zeitalter der Sozialreformen seinen unangenehmen Beigeschmack verloren. Jede soziale Frage bedeutet die Interessenwahrnehmung eines Standes oder einer Gruppe und sie ist in ihrem Entwickelungsprozeß ein Kampf um Macht. Da die Politik im 20. Jahrhundert mit der sozialen Frage eng verbunden ist, so ist sie schließlich, bewußt oder unbewußt, die Interessenwahrnehmung eines kleinen oder großen Teiles des Volkes. Es gibt einen veredelten Egoismus, der für die Menschheit viel fruchtbarer ist, als der häufig nur theoretische Altruismus, und die Interessenwahrnehmung, sozial aufgefaßt, kann viel Idealismus und Gerechtigkeit enthalten. Die moderne Politik ist kein lyrischer Hauch, kein poetischer Traum, sie ist reale Arbeit im Dienste lebendiger Interessen des Volkes und ihr Kampf ist oft der Kampf ums Dasein einer Volksgruppe. Die Zeit der Ideologie ist, für die Politik wenigstens, vorüber, und die Menschheit gruppiert sich heute um Lebensfragen und nicht um Schlagworte und Thesen. Wenn man also heute von einer Partei sagt, sie dient den Interessen eines Standes, so mag der großzügige Politiker dies einseitig finden, ethisch aber ist damit kein abfälliges Urteil ausgesprochen.

Tatsächlich haben unsere heutigen Parteien in der Theorie wohl Programme, die allen Klassen gerecht zu werden versuchen, in ihrem praktischen Kampfe aber decken sie sich mehr oder minder mit den Interessen irgend eines Standes. Jede Partei hat heute soziale Forderungen in ihr Programm aufgenommen, und soziale Forderungen sind meistens Forderungen eines Standes. Mit Ausnahme des Zentrums, das von einem politisch-konfessionellen Gedanken künstlich zusammengehalten wird, kann man jeder Partei in Deutschland einen Untertitel geben, der die soziale Schicht, der sie entsprungen ist, bezeichnet. Die Konservativen sind Agrarier, die nationalliberale Partei ist die Partei der Großindustriellen, höheren Beamten und eines Teils der Akademiker, der Freisinn besteht wesentlich aus kleineren Landwirten, Kaufleuten, Kleingewerblern, Gelehrten und einem Bruchteil von Arbeitern, und die Sozialdemokratie vertritt die großen Massen der Arbeiterklasse. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, und solange die Wahrnehmung der Interessen eines Standes ohne Schädigung eines anderen geschieht, ist sie eine gesunde soziale Arbeit.

Wenn also unsere Antisemiten in dem Sinne Interessenpolitik trieben, daß sie sich in den Dienst eines Standes stellten und für ihn kämpften, so ließe sich nichts dagegen sagen. Eine genaue Untersuchung zeigt uns aber, daß das nicht der Fall ist und auch gar nicht sein kann. Ihre Bestrebungen sind fast durchweg antisozial und sie treiben nur in dem Sinne Interessenpolitik, daß ihre Führer und Agitatoren häufig von der Politik leben. Die antisemitischen Parteien sind trotz aller Wandlungen und aller Programmänderungen in der Hauptsache antisemitisch, d. h. sie bekämpfen die deutschen Bürger jüdischen Glaubens berufsmäßig. Und sie bekämpfen sie nur in ihrer Eigenschaft als Juden und ohne Ausnahme — aus instinktiver Abneigung Alle Feigenblätter helfen wenig, um diesen barbarischen Grundzug zu verdecken. Der Judenhaß ist der Lebensnerv dieser Parteien und ihr bestes, zugkräftigstes Agitationsmittel. Sie würden in dem Moment, wo sie auf diese Würze verzichten, zu einen blutleeren Schemen verblassen. Wenn sie also auch andere Punkte in ihr Programm aufnehmen und sich auch sozialreformerisch gebärden, so geschieht es nur in der Erkenntnis, daß man mit dem Judenhaß allein heutzutage keine praktische Politik machen kann. Man will als politischer Faktor Bedeutung haben und das kann nur dadurch geschehen, daß man allen möglichen Richtungen Konzessionen macht und in allen Farben schillert. Die Antisemiten treten bald für die extremsten Agrarforderungen ein und bald geben sie vor, die einzigen Retter des Mittelstandes zu sein, ohne einsehen zu wollen, daß die Interessen dieser beiden Gruppen miteinander kollidieren müssen. Wenn man keine Grundsätze und keine geschlossene Weltanschauung besitzt, so bleibt nichts anderes übrig, als mit allen Strömungen der Zeit zu paktieren, allen Schwächen des Volkes Rechnung zu tragen, um sich zu erhalten.

Eine gesunde Sozialpolitik ist mit der generellen Bekämpfung der Juden unvereinbar und man gerät bald in ein Dilemma, entweder seine antisemitische Gesinnung zu verstecken oder sich seiner sozialen Aufgabe durch dilettantenhafte Phrasen zu erledigen. Ein wirtschaftlicher Antisemitismus ist ein Unsinn, weil ein wirtschaftlicher Kampf gegen die Juden einen Kampf gegen alle Stände bedeuten würde. Die Juden bilden in Deutschland keine Interessengruppe, sie können also auch nicht als Gegner irgend einer Gruppe bekämpft werden. Sie sind in der Hauptsache Kaufleute, aber — in Abstufungen vom berühmten Weltkaufmann bis zum armen Hausierer. Kein Gott kann alle diese Schattierungen unter einen sozialen Hut fassen. Es finden sich auch nicht wenige Industrielle, Beamte, Gelehrte und Proletarier unter ihnen. Von welchem sozialen Gesichtspunkt also will man alle diese verschiedenen, oft einander widerstreitenden Elemente bekämpfen? Die Juden sind gewiß keine Gegner der Arbeiter, denn als kleine Kaufleute sind sie auf diese Kundschaft angewiesen und es ist gewiß kein Zufall,

daß man jüdische Führer in vielen Arbeiterparteien findet. Auch als Antiagrarier wird man sie generell nicht bezeichnen dürfen. Nur da, wo die Wünsche der Agrarier maßlos sind, wo sie das Leben verteuern und die Industrie und den Handel erschweren, kollidieren sie in ihren Interessen mit ihnen. Und auch das wird man nicht von *allen* Juden sagen dürfen, denn es gibt bekanntlich auch jüdische Großgrundbesitzer, die wohl ebenso wie der Feudaladel für einen weitgehenden Schutzzoll schwärmen. Auch Gegner der Industrie können sie unmöglich in ihrer Gesamtheit sein, weil sie zum kleinen Teil selber Industrie treiben und zum großen Teil von der Vermittelung der Produkte der Industrie leben. Noch unsinniger wäre es, die Juden zu Gegnern des Mittelstandes stempeln zu wollen. Das können sie nicht sein, weil sie selber dem Mittelstande angehören. Freilich muß man den Begriff Mittelstand nicht in der Definition von Theodor Fritsch auffassen, sondern im modernen sozialen Sinne d. h. als eine Volksschicht mit einem mittleren Einkommen, mit einem jährlichen Verdienst von etwa zwei- bis fünftausend Mark. Zu dieser Klasse aber gehört — die Steuerstatistik beweist es — die größte Anzahl der deutschen Juden. Gewiß gibt es sehr reiche Juden, aber sie bilden kaum 2 Prozent der Gesamtheit. Auch an Proletariern fehlt es im Judentum nicht, — das beweisen die Armenkassen aller jüdischen Gemeinden. Aber auch sie bilden nur einen kleinen Bruchteil, die große Masse setzt sich aus kleinen selbständigen Kaufleuten und kaufmännischen Beamten zusammen, die man gerechterweise nur zum Mittelstand zählen kann.

Die Juden stehen also keiner Interessengruppe feindlich gegenüber und sie können auch in ihrer Gesamtheit von keiner Gruppe mit einem vernünftigen Grunde bekämpft werden. Es fehlt hier jede Basis eines berechtigten Interessenkampfes und es ist meistens nur ein soziales Mäntelchen für ein Chaos unklarer Gefühle und unausgereifter Ideen. Die antisemitischen Parteien erweisen sich, wenn man der Sache auf den Grund geht, nicht nur in ethischer und kultureller, sondern auch in sozialer Beziehung als ungerecht und schädlich. Auch als Interessenparteien sind sie voller Widersprüche und ohne klares Ziel. Sie versuchen, mit allen Interessengruppen zu paktieren und — nützen keiner. Mit dem alleinseligmachenden Rezepte der „Judenreinheit“ versprechen sie, alle Stände zu retten und alle Uebel zu beseitigen. Das ist die Politik des Charlatans und nicht die des wahren Volksfreundes. Die ganze Geschichte und der Entwickelungsgang des Antisemitismus zeigt, daß er aus einem unklaren niedrigen Instinkte heraus und nicht aus einer sozialen Not oder gar einer tiefen Erkenntnis geboren ist. Diesen Ursprung kann er auch heute nicht verleugnen und er ernährt sich aus Atavismen, Beschränktheiten und antisozialen Gefühlen. Fast überall leben die antisemitischen Parteien von den Abfällen aller Parteien und aller Weltanschauungen. Daher stellen sie das bunteste politische Gebilde dar und sie sind eigentlich nur einig im Hasse gegen das Judentum, in allen anderen Punkten aber gibt es unter ihnen Dutzende von Richtungen und Meinungen, die einander heftig bekämpfen.

Der Antisemitismus war immer stark nach der *negativen Seite* hin, als zersetzende, zerstörende Kraft, als Aufwühlung aller bösen Leidenschaften, weil er da eine mächtige Stütze in den niederen Instinkten des Volkes fand. Er war aber stets schwach nach der *positiven Seite* hin und es ist ihm nie gelungen, eine klare Erkenntnis zu begründen und eine Weltanschauung aufzubauen. Er vermochte es nie, Kulturwerke zu schaffen und Fortschritte zu fördern, weil er stets in schroffem Gegensatz zu Vernunft und Recht stand. Wenn man die Leidenschaften des Volkes wachruft, so kann man für den Augenblick große agitatorische Erfolge erzielen, aber eine gesunde Weltanschauung kann man darauf nicht basieren, zu dieser muß man sich durch sittliches Streben langsam emporringen und hinaufläutern. Daher mußte der Antisemitismus so viele Wandlungen durchmachen und immer neue Formen annehmen. Innere Wandlungen sind ehrenhaft; weil sie ein Zeichen von Leben und Fortschritt sind. Aeußere Wandlungen aber und ewige Konzessionen bekunden die innere Unhaltbarkeit und die sittliche Schwäche einer Partei. Und auch alle diese Kunstmittel vermochten den Geist der Zersetzung nicht zu bannen und wir erleben jeden Tag neue Konflikte und neue Gegensätze innerhalb dieser Parteien. Auf den öffentlichen Paraden wird die Kluft mit schönen Phrasen überbrückt, bei ernsten Angelegenheiten aber kracht es an allen Ecken, weil der Haß ein schlechter Kitt ist, um die Menschen für die Dauer aneinander zu binden.

Dem Antisemitismus fehlt auch im Rahmen einer gesunden Interessenpolitik jede Existenzberechtigung. Was er vorgibt zu wollen, wird von anderen Parteien viel besser und rationeller vertreten, und was er in Wirklichkeit will, ist ebenso barbarisch wie unvernünftig und nur auf den Ruinen des modernen Staates zu erreichen. Eine Entwickelung auf gerader Linie würde den Antisemitismus längst zur völligen Negation der modernen Kultur und zur Selbstvernichtung geführt haben. Nur wird hier die Bahn der natürlichen Entwickelung durch eine schlaue Geschäftspolitik durchkreuzt und dadurch wird die Existenz verlängert. Kommt einmal das Volk zur Besinnung und fängt an, die Erscheinungen und ihre Ursachen ohne Voreingenommenheit zu betrachten, dann werden freilich die Instinkte des Hasses nicht mit einem Male weichen, der politische und soziale Antisemitismus aber dürfte dann seine Rolle ausgespielt haben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage veröffentlicht in der ihr nahestehenden Presse einen Rechenschaftsbericht, der eine so aufdringliche Reklame für das programmlose Parteichen macht, daß es den Neid eines Jahrmarktsausschreiers erregen könnte; nur einige Kostproben, wie sich die Fraktion Kraut und Rüben selbst beweihräuchert:

„Ohne durch *unnötiges Reden* zum Fenster hinaus die Arbeit des Reichstages aufzuhalten, fanden doch alle Mitglieder Gelegenheit, in die Beratungen im Plenum einzugreifen.“

„*Niemals* haben die Abgeordneten der „W. V.“ durch *oberflächliche Redensarten* oder überflüssige Wiederholungen die Arbeitszeit des Parlaments vergeudet. Aber in allen Fällen konnte sie gut unterrichtete, fachkundige Redner vorschicken, deren Darlegungen oft *bestimmenden Einfluß* auf die zu fassenden Beschlüsse ausübten.“

Mit diesen ruhmredigen Plattheiten vergleiche man das vernichtende Urteil, das die „*Kreuzzeitung*“, eine gewiß unverdächtige Zeugin, erst kürzlich über die „Kerntruppen“ der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Deutschsozialen und die Christlichsozialen fällte; über die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg urteilte das konservative Blatt wie folgt:

„Das *Vertrauen* zu dieser Richtung ist überall im Volke *stark geschwunden*, sie hat noch ein paar Kreise aus den ersten Zeiten ihres Emporkommens gerettet, aber *werbende Kraft besitzt sie nicht mehr.*“

Und den *Christlichsozialen* schrieb die „Kreuz-Ztg.“ folgende schöne Note ins Stammbuch:

„Wenn diese Gruppe, statt sich in den Jagdgründen der linksstehenden Gegner zu tummeln und ihrer selbstgewählten Aufgabe nachzugehen, die Arbeiter aus den Händen der Sozialdemokratie zu befreien, Anstalten trifft, in *konservative Gebiete einzufallen*, wenn sie die ehemalige Taktik des „Volk“ wieder aufleben läßt und die konservative Partei — zwar nicht in allen, aber doch in wesentlichen Punkten — als reaktionär, als überlebt hinstellt und den Zeitpunkt für gekommen erachtet, das „Erbe“ dieser „nicht mehr widerstandsfähigen“ Partei anzutreten, dann ist es für uns an der Zeit, zu zeigen, daß die *konservative Partei* „auch noch da“ und fest entschlossen ist, den *im Trüben Fischenden* das *Handwerk* zu legen. Nach den neueren Anzeichen ist,

das wiederholen wir, Vertrauensseligkeit gegen die Christlichsozialen auf keinen Fall angebracht." . . .

Vielleicht fügt die Wirtschaftliche Vereinigung diese „ehrenden Zeugnisse" des Hauptorgans der konservativen Partei ihrem Rechenschaftsbericht noch als Nachtrag an.

Liebermann von Sonnenberg, der Führer der deutschsozialen Antisemiten, hat in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag gefeiert; die Wirtschaftliche Vereinigung hatte zu Ehren ihres Vorsitzenden ein Festmahl veranstaltet. Als Festartikel machte durch die deutschsozialen und christlichsozialen Blätter ein Waschzettel die Runde, der die üblichen geschmacklosen Ueberschwänglichkeiten enthält. Wenn es an einer Stelle zu Lob und Preis der unverwüstlichen agitatorischen Kraft des Jubilars heißt:

„Es dürften nur wenige Versammlungen gewesen sein, deren meist begeisterte Nachfeier der Führer vor den letzten verlassen hat."

so mag die darin implicite enthaltene Anerkennung der Trunkfestigkeit des deutschsozialen Führers ja wohl berechtigt sein, ob sie ihm aber gerade in diesem Augenblick besonders angenehm berühren wird, dürfte doch wohl zu bezweifeln sein. Bemerkenswert ist, daß sowohl dieser Waschzettel wie der eigene Gratulationsartikel des deutschsozialen Hauptorgans Liebermann von Sonnenberg insbesondere als Hauptvorkämpfer des Antisemitismus neben Stöcker preisen. Ob das in den Festreden bei der Feier der Wirtschaftlichen Vereinigung, die ja gelegentlich schon den Antisemitismus — aus wahltaktischen Gründen — ganz abgeleugnet hat, wohl ebenfalls der Fall gewesen sein mag?

Im Reichstagswahlkreis Wolfenbüttel-Helmstedt betreibt die Agitation für den mittelparteilichen Kandidaten aller „nationalen" Parteien, Herrn Kleye, in der Hauptsache ein Agitator des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Kretzschmer, der von der Zentrale des Verbandes für die Wahlzeit dorthin geschickt worden ist. Daneben sind die Hauptstützen dieser Kandidatur die Bürgermeister der kleineren Orte. Die Linksliberalen und auch viele andere, die ihre Unterschrift für die Kandidatur Kleye gegeben haben, sind damit einfach einem Ueberrumpelungsmanöver zum Opfer gefallen. Wie diese Kandidatur in Szene gesetzt worden ist, dafür liefert eine Entrüstungskundgebung „mehrerer Wähler der Ordnungsparteien" im „Helmstdt. Tagbl." einen interessanten Einblick; es heißt in diesem „Eingesandt" u. a.:

„Es scheint uns, als ob eine Anzahl der Herren, die ihre Unterschrift zum Wahlaufruf für Herrn Kleye gegeben haben, dabei unter einem gewissen Zwange standen. Wenn man hört, wie die Versammlung zustande gekommen ist, wird das auch verständlich. An eine Versammlung für die Zeppelin-Spende nämlich, zu der man vorsichtiger und bezeichnender Weise nur Herren geladen hatte, deren man sicher zu sein glaubte, schloß sich sofort eine Wahlbesprechung an. Der Herr Kreisdirektor Pini, der bislang den Vorsitz geführt hatte, handelte sehr korrekt, als er nunmehr dies Amt niederlegte. Die Leitung übernahm dann Herr Bürgermeister Schönemann, der u. a. für die Wahl des Herrn Kleye eintrat, eines Herrn, der wiederholt in scharfer Weise gegen die Interessen der Stadt Helmstedt aufgetreten ist. Nachdem dann auch Herr Kleye geredet und einige nichtssagende und unverbindliche Erklärungen abgegeben hatte, erfolgte nur von seiten des katholischen Geistlichen ein Widerspruch gegen die Kandidatur Kleye. Ob aber die übrigen zustimmenden Herren von ganzem Herzen einverstanden waren, müssen wir dahingestellt sein lassen."

Der Protest dieser „Wähler der Ordnungsparteien" richtet sich dann gegen das prononzierte Agrariertum des Kandidaten Kleye, der „aus seiner agrarischen Haut nicht herauskönne":

„Wir haben aber keine Lust, uns von einer kleinen Minderheit, die sich allerdings für sehr einflußreich halten mag, politisch mundtot machen zu lassen. Diese Minderheit unterstützt den Bund der Landwirte, der sich herausgenommen hat, den übrigen Parteien seinen Kandidaten einfach aufzuzwingen. Sollten denn die Anhänger der übrigen vertretenen Parteien so wenig Selbstgefühl besitzen, daß sie sich, ohne zu murren, diesem Drucke fügen? Sollten denn die übrigen Bürger der Städte, die Beamten, Lehrer und Handwerker nicht begreifen, daß es für sie eine Blamage bedeutet, wenn sie zu einem ausgesprochenen Agrarier ihre Zuflucht nehmen, der in erster und letzter Linie die Interessen der Großbauern vertreten wird und der entschiedene Gegner der städtischen Gemeinwesen ist? Ebenfalls kann der kleine Mann auf dem Lande, welchem Beruf er auch angehören mag, unmöglich einen Großbauern wählen, der stets bestrebt sein wird, ihn stramm in den Zügeln zu halten."

Wenn auch diese Opposition sich in erster Linie auf gemäßigt welfische Kreise stützt — deren Kandidat R.-A. Dedekind wird zum Schluß direkt empfohlen — so dürften doch sicherlich auch linksliberale Kreise der Kandidatur Kleye wenig Sympathien abgewinnen. Von welfischer Seite wird den „Ordnungsparteien" zum Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht mit ihnen, wie in den beiden anderen braunschweigischen Wahlkreisen, wo Langerfeld und von Damm als Kandidaten sämtlicher bürgerlicher Parteien aufgestellt waren, über die Person eines gemeinsamen Kandidaten geeinigt haben; eine solche von welfischer Seite erfolgte Anregung aus dem Wahlkreise sei von den Führern der „Ordnungsparteien" brüsk abgelehnt worden. Von einem extrem welfischen Standpunkt der braunschweigischen Rechtspartei kann übrigens im Ernst nicht mehr gesprochen werden; sie selbst verwahrt sich sehr energisch gegen eine solche Auffassung; zur Empfehlung ihres Kandidaten wird u. a. hervorgehoben:

„Daß ein Herzoglich Braunschweigischer Notar keine reichsfeindlichen Ziele verfolgen kann und darf ist doch wohl selbstverständlich."

Von seiten der „Ordnungsparteien" wird den Welfen andererseits zu Gemüte geführt, daß sie doch den „jedenfalls im Einverständnis mit Preußen erfolgten Eintritt des jungen Prinzen in die bayerische Armee" loyalerweise als einen unzweideutigen „Beweis preußischen Entgegenkommens" anerkennen müßten. Trotzdem liegen zurzeit noch keine Anzeichen dafür vor, daß etwa die Kandidatur Dedekind zurückgezogen werden wird. Bleibt sie bestehen, so wird die Hauptwahl am 11. September noch keine Entscheidung bringen, sondern erst in der Stichwahl zwischen den „nationalen" Parteien und den Sozialdemokraten über den Besitz des Mandats entschieden werden.

Die Landtagswahlbewegung in Hessen kommt allmählich in Fluß. Immer deutlicher tritt die wahlpolitische Entente zwischen Nationalliberalen, Bund der Landwirte und Zentrum in die Erscheinung. Die Freisinnigen, deren 3 Mandate in Gießen, Alsfeld und Schotten abgelaufen sind, und die Sozialdemokraten gehen getrennt vor, werden wohl aber vereint den Gegner zu schlagen suchen. Eine ziemlich klägliche Rolle spielen bisher die Antisemiten, die sich bekanntlich unter der deutschsozialen Führung als hessische Landesorganisation selbständig gemacht haben. Sie haben auf der ganzen Linie vor dem Bund der Landwirte tapfer den Rückzug angetreten und sogar Grünberg, das Hirschelsche Mandat, freigegeben, indem sie die Kandidatur Benner-Treis zugunsten einer bündlerischen Kandidatur zurückzogen. Man hört nichts mehr von Dr. Werner und Dr. Mahr, und wo sie Kandidaten aufstellen, geschieht es nur zur Bekämpfung der Liberalen, wie in Alsfeld und Schotten, oder zur indirekten Unterstützung der Nationalliberalen, wie es in Darmstadt der Fall sein dürfte. Daß sie nicht auch in Gießen den Mut gezeigt haben, sich gegen Dr. Gutfleisch zu stellen, wird ihnen von der bündlerischen „Neuen Tagesztg." recht verübelt. Die Rolle ist übrigens gar nicht übel, die der Bund der Landwirte den Antisemiten zuweist; sie sollen ihre Hauptangriffsfront gegen die Linksliberalen nehmen (ein Geschäft, das ihnen offenbar selbst nicht „liegt") und im übrigen die

Jagdgründe des Bundes verschanen und den Schutzbefahlenen des Bundes, den Nationalliberalen und dem Zentrum, die Kastanien aus dem Feuer holen. Der Bund der Landwirte hat nicht nur die Antisemiten ziemlich matt gesetzt, er hat es auch, wie die „Lib. Hess. Wachenschr." schreibt, meisterhaft verstanden, auch die städtischen Nationalliberalen unter seinen Einfluß zu bekommen. Die Zukunft wird zeigen, daß hierbei selbst Nationalliberale von der Färbung der Mainzer, die bisher noch als leidlich liberal galten, keine Ausnahme mehr machen. Ist es ein Wunder, wenn unter solchen Umständen der Bund der Landwirte sich schon als „Kristallisatianspunkt" im hessischen Parlament sieht, als die „gebarene Kerntruppe", die dazu berufen ist, die hessische Politik in seinem Sinne zu beeinflussen? Der Traum des Bundes der Landwirte kann sehr leicht in Erfüllung gehen, wenn die Linksliberalen die einzige „bürgerliche" Partei bleiben, die die Gefahr dieses Einflusses richtig erkannt und sich von diesem freigehalten hat. Geht das so fort, dann ist Hessen die längste Zeit ein „liberaler Musterstaat" gewesen.

Unlauterer Wettbewerb? Die „Kreuz-Ztg." sieht sich zu folgender Veröffentlichung genötigt:

„Wiederholt werden wir aus unserem Leserkreise darauf aufmerksam gemacht, daß dem Inserenten nach Einrückung einer Familienanzeige in unserer Zeitung von einem anderen Blatte das Gesuch um Erlaubnis zur eventuellen kostenlosen Aufnahme der betreffenden Anzeige zugeht.

Nicht allen unseren geehrten Abonnenten wird es genügend bewußt sein, daß solche Gesuche nur in geschäftlichen und Propagandazwecken der betreffenden Blätter ihren Grund haben. Wir würden für gelegentliche Mitteilung derartiger Fälle dankbar sein."

Ob die agrarische „Deutsche Tageszeitung", die seit Jahr und Tag sich demüht, in den Abonnentenbestand des altpreußischen konservativen Blattes Bresche zu legen und der solche Geschäftsmanöver wie das obige auch schan van anderer Seite unter die Nase gerieben worden sind, diesen zarten Wink verstehen wird?

Aus der nationalliberalen Partei. Mit Bezugnahme auf die in Nr. 28 der „Mitt." enthaltenen, christlichsozialen Blättern entnommene Notiz, wonach der nationalliberale Parteisekretär Klein in einer Versammlung des „Nationalen Vereins" in Mülheim (Ruhr) die Aeußerung getan hat:

„Ich habe in den letzten 18 Jahren noch keine Viertelstunde auf nationalliberalem Boden gestanden. Ich bin Deutschsozialer und bleibe es bis an mein Ende."

erhalten wir von dem Parteisekretär der nationalliberalen Partei in Frankfurt a. M. eine Zuschrift, der wir das Folgende entnehmen:

„Ich erlaube mir nach eingezogenen Erkundigungen bei dem Vorsitzenden der nationalliberalen Wahlkreisorganisation zu Mülheim a. d. Ruhr, Kommerzienrat Gerhard Küchen, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Wahlvereins, Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Deicke, folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Klein ist weder Parteisekretär, noch **nationalliberaler** Parteisekretär. Er steht auch in keinerlei Verhältnis, sei es als Mitglied oder Beamter zu irgendeiner nationalliberalen Organisation.

2. Der nationale Wahlverein in Mülheim a. d. Ruhr ist keine nationalliberale Organisation, sondern ein Zusammenschluß ganz verschiedenartiger Parteimitglieder zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens bei den Wahlen. Neben diesem nationalen Wahlverein besteht ein selbständiger organisatorischer Zusammenschluß der Nationalliberalen.

3. In dem nationalen Wahlverein hat Herr Klein die Stelle eines Sekretärs (was soviel heißen will als Schriftführer) bekleidet."

Mit dieser Richtigstellung, die wir im Interesse des Ansehens der nationalliberalen Partei nur mit Genugtuung verzeichnen können, entfallen selbstverständlich auch die an die Aeußerung geknüpften Schlußfalgerungen bez. der Stellung der rheinisch-westfälischen Nationalliberalen zum Antisemitismus.

Aus dem Wahlkreise Hamberg-Fritzlar-Ziegenhain, dem parlamentarischen Stammsitz des Herrn Liebermann van Sonnenberg wird der „Hessischen Landes-Ztg." geschrieben:

„Ohne sich übermäßigen Hoffnungen hinzugeben oder sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, kann man behaupten, daß in unserem engeren Heimatlande wie in ganz Deutschland so etwas wie eine Sehnsucht, wie ein dringendes Verlangen nach Liberalismus erwacht ist. Schon einmal war Liberalismus allgemeiner Volksglaube; er ist durch das unvergeßliche Jahr 1848 geweckt worden. Leider kamen dann rückschrittliche Zeiten, an die Stelle der liberalen Majorität der Parlamente trat eine erdrückende Mehrheit der Rekation. Auch der obengenannte Wahlkreis hat diese Wandlung mit durchgemacht und wird heute noch, nachdem er lange Jahre nationalliberaler Besitz gewesen, durch einen Reaktionär der schlimmsten Sorte, den Herrn M. Liebermann von Sonnenberg, im Reichstag vertreten, und zwar schon seit fast zwei Dezennien. Bekanntlich wurde nun bei der letzten Reichstagswahl von liberaler Seite der Versuch gemacht, den Wahlkreis zurückzuerobern. Wenn dies auch nicht gleich gelang, so ist dieses Unternehmen doch nicht vergeblich gewesen; denn der liberale Kandidat, Herr Lehrer Freudenstein, gewann ohne jegliche Agitation und Organisation der Liberalen im hiesigen Wahlkreise annähernd 4000 Stimmen. Seit jener Wahl macht sich in dem Kreise ein starker liberaler Zug bemerkbar, wofür schon die Gründung des liberalen Vereins Treysa und der im Entstehen begriffene liberale Verein Ziegenhain und Homberg sprechen, wie auch die eingeleitete Organisation aller Liberalen im Wahlkreise. Enige Orte, wie Wabern, Niederstein, Treysa, Homberg, sowie die meisten Dörfer des Kreises Fritzlar hatten schon bei der letzten Reichstagswahl eine liberale Majorität zu verzeichnen! „Schwarzseher" wähnen zwar den Kreis als sicheren uneinnehmbaren Besitz der Agrarier, da der Kreis Ziegenhain mit den „unbelehr- und unbekehrbaren" Schwälmern immer den Ausschlag zugunsten der Reaktion geben würde. Doch „Tempora mutantur". Die von Max Liebermann so oft gepriesene und gefeierte Treue (zu ihm selbst) ist nicht mehr so stark, wie der Herr Abgeordnete glaubt; das beweist der Eintritt zahlreicher wohlhabender Schwälmer in die liberalen Vereine des Kreises, das beweist die geringe Beteiligung seitens der Schwälmer an dem „antisemitischen Radaufeste", das beweist endlich der Austritt zahlreicher Schwälmer aus der antisemitischen Organisation! Die Schwalm wird bei der nächsten Wahl schon zeigen, daß sie der Lobreden und der Versprechungen der Herren Antis satt ist; sie hat es nur bitter empfunden, daß liberale Agitatoren sie fast unbesucht gelassen. Gott sei Dank fehlt es nicht an Männern in unserem Wahlkreise, die eine Lanze für den Liberalismus brechen, obgleich es auch nicht an solchen mangelt, welche sich „liberal von der Fußsohle bis zum Scheitel" nennen und ihre Kollegen auffordern, sich möglichst als konservative Wahlmänner aufstellen zu lassen! Gott sei Dank ist diese Anzahl nur sehr gering. Alles in allem muß die momentane Stimmung im Wahlkreise für den Liberalismus als äußerst günstig bezeichnet werden. Darum heißt es arbeiten! Niemand glaube, daß seine Persönlichkeit zu gering oder zu unscheinbar sei, mitraten, mitarbeiten und mithelfen zu können. Jeder ist hier willkommen, der ein Gefühl hat, daß wir für die kommenden Generationen dermaleinst verantwortlich gemacht werden. Wie wir unsere Väter und Großväter fragen, was sie denn geleistet haben, menschlich und politisch, so werden auch unsere Kinder und Enkel einmal die schwere Frage stellen, ob wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, ob wir ohne Furcht und Zagen gerungen und gekämpft für Deutschlands, für unserer engen Heimat Freiheit!"

Hoffentlich birgt dieser zarte Hoffnungskeim keine Enttäuschung.

Der Reform-Antisemit var dem Kaufmannsgericht. Der Hauptmann a. D. und jetzige Brotfabrikant Simons in Cassel gehört zu jener Gruppe der „freideutschen" Reform-Antisemiten, die einst auszog, um die deutschsozialen „Brüder" niederzuringen und „ganz Hessen freideutsch" zu machen, die aber jetzt nur noch Stoff für Witzblätter zutage fördert, wenn sie von sich reden macht. Besagter Hauptmann a. D. mit dem urarischen Namen Simons kandidierte 1907 im Wahlkreise Hofgeismar-Rinteln-Wolfhagen zum Reichstage und versuchte im gleichen Wahlkreise auch bei den letzten Landtagswahlen sein Glück. Besonders pries er in den Wahlkämpfen seine Mittelstandsfreundlichkeit und schalt just wie ein echter Deutschsozialer auf das „jüdische Großkapital". Die Wähler trauten besonders der Mittel-

standsfreundlichkeit des brotfabrizierenden Hauptmanns nicht und ließen ihn unbarmherzig durchfallen, obwohl bei der Landtagswahl zwischen den Wahlmännerwahlen und den Abgeordnetenwahlen sein getreuer Wahlhelfer und gleichzeitiger Angestellter seiner Brotfabrik, Bellinger, in großen Inseraten der staunenden Mitwelt verkündete, daß der „Herr Hauptmann" mit seinen Wahlmännern in Stichwahl stände. Als der Tag der Abgeordnetenwahl herankam, stimmten von 216 Wahlmännern ganze — 29 für Simons. Seitdem soll der Herr Hauptmann auf seinen Wahlhelfer nicht gut zu sprechen sein, und seine Abneigung ging so weit, daß Herr Bellinger sogar einen Teil seiner Gehaltsansprüche vor dem Kaufmannsgericht in Kassel dieser Tage geltend machen mußte. Das Pech des Herrn Hauptmanns wollte, daß an diesem Tage als Beisitzer der jüdische Kaufmann Herr Freundlich fungierte. Diese Tatsache brachte natürlich das arische Blut des brotbackenden Hauptmanns in Wallung, und forsch richtete er an den Vorsitzenden die noble Anfrage, ob er sich von dem „jüdischen Element" aburteilen lassen müsse. Der Vorsitzende, Stadtrat Brunner, lehnte es natürlich ab, sich mit dem antisemitischen Hauptmann in eine Diskussion einzulassen, obwohl der ordinäre antisemitische Ausfall eine gehörige Zurechtweisung verdient hätte. Der Reform-Antisemit gab sich aber noch nicht zufrieden, sondern erklärte, daß er Herrn Freundlich als Beisitzer ablehne. Der Vorsitzende mußte dem sich zum Gesetzgeber für qualifiziert haltenden Antisemiten erst darüber belehren, daß eine solche Ablehnung gesetzlich unzulässig sei. Der „Ordnungsmann" Simons erklärte daraufhin, daß er sich nun auf weitere Verhandlung nicht einlasse. Das Gericht beantwortete diese antisemitische Renitenz mit einem Versäumnisurteil gegen Simons. Böse Zungen behaupten, daß Herr Simons mit dem Ausgang nicht unzufrieden zu sein brauche, da er, der das Kaufmannsgericht schon öfter beschäftigt hat, seinen meist „deutschnationalen" Handlungsgehilfen eine Behandlung angedeihen läßt, für die antisemitische Handlungsgehilfenblätter sich dann sehr interessieren, wenn sie angeblich in — jüdischen Geschäften vorkommen.

Dem früheren antisemitischen Abg. Hirschel, der wegen Unterschlagungen, die er in seiner Eigenschaft als Genossenschaftsdirektor begangen hatte, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat die Landwirtschaftsgenossenschaft für Oberhessen in ihrer Generalversammlung zu Friedberg soeben ein Vertrauensvotum ausgestellt, indem sie ihn einstimmig wiederum zum Direktor wählte, trotzdem er die Kasse geschädigt und 30 000 Mark uneinbringlich und eigenmächtig ausgeliehen hatte.

Kenner der „Psyche" der antisemitischen Bauernbündler hatten diese „Rehabilitierung" Hirschels vorausgesehen. Es liegt hier wieder ein klassisches Beispiel dafür vor, wie fortgesetzte demagogische Agitation nach dem Muster der hessischen Antisemiten zu einer Umkehrung aller sittlicher Begriffe führen muß.

Georg Schönerer hat nicht nur seine Rolle als politischer „Ritter Georg", wie er sich von seinen alldeutsch-antisemitischen Knappen in Oesterreich gern nennen hörte, ausgespielt, er ist auch aus der „völkischen" Turnbewegung, d. h. der Organisation der antisemitischen Turner, deren Mitbegründer er gewesen ist, ausgeschieden, da man dort seine Verdienste um die „rassenreine Turnsache" mit schnödem Undank gelohnt hat. In „nationalen" reichsdeutschen Blättern lesen wir darüber:

„Die Ursache bildeten heftige Angriffe des Bundes gegen Schönerer. Auf dem Bundestage, der zu Ostern in Eger stattfand, gab der Vertreter des Brandenburger Gaues offen die Erklärung ab, daß es absurd sei, in Wort und Schrift stets von den Grundsätzen „Jahns, Bismarcks und Schönerers" in einem Atem zu sprechen. Hierbei kam es zu einer Debatte über die Person Schönerers, wobei sein persönliches und politisches Verhalten und sogar seine Familienverhältnisse kritisiert wurden. Schönerer verlangte infolgedessen die Streichung seines Namens aus der Mitgliederliste. Der Vorschlag der Anhänger Schönerers, einen besonderen Schönerer-Turngau zu schaffen und ihn der Organisation des deutschen Turnerbundes anzuschließen, wurde von letzterem abgelehnt."

Also selbst die reichsdeutsche antisemitische Turnerschaft will von Schönerer nichts mehr wissen. Armer Ritter Georg!

Prälat Dr. Scheicher, der bekannte christlichsoziale Führer in Oesterreich, will bei den Neuwahlen für den niederösterreichischen Landtag nicht mehr kandidieren und zwar sowohl wegen seines hohen Alters als wegen Unzufriedenheit mit der Regierung, die den Sozialdemokraten zu viel Konzessionen mache. Der christlichsoziale niederösterreichische Landtag habe eine ganze Reihe von Gesetzen zugunsten des Volkes geschaffen, welchen sich die Regierung weigert, ihre Zustimmung zu geben. Der Landtag habe ein Straßengesetz, ein Jagdgesetz und ein Gesetz zum Schutze gegen die Automobilraserei beschlossen, denen die Regierung Sanktion und Vollzug verweigert, während sie mit den Staatsfeinden, den Sozialdemokraten, in innigstem Kontakt lebe. „Wenn die Gewalthaber, die Kielmannsegg, Beck, Siephert," sagt Dr. Scheicher, „mit den Genossen auf die linke Hand getraut sind, gefällt mir die Geschichte nicht, und ich will derselben nicht länger mehr zusehen."

Herrn Dr. Lueger und den andern christlichsozialen Parteiführern, insbesondere den Parteiministern, gefällt die Geschichte aber recht gut; es wird also mit der „Verbrüderung" zwischen Regierung und Sozialdemokraten wohl nicht so gefährlich sein.

Vermischtes.

Bismarck und Rothschild. Legendenhaft wie die phantasievolle Einschätzung des Rothschildschen Vermögens ist auch meistens das Gute und das Böse, das von diesem Welthause erzählt wird. Daß das Haus Rothschild stets nur saubere Geschäfte gemacht hat und sich vom Börsenjobbertum fern hielt, das wagt auch kein Antisemit zu bestreiten. Als das Stammhaus in Frankfurt a. M. vor einigen Jahren einging, bedauerte es die Bankwelt Frankfurts am meisten, weil Rothschild ausschließlich Diskontogeschäfte machte, niemand durch Konkurrenz schadete und sehr vielen Bankhäusern nützte. Unsere Antisemiten versuchen daher auf andere Weise Unsinn zu verbreiten, den politischen Einfluß Rothschilds als gewaltig zu schildern und so zu tun, als wenn die Staatsmänner Europas im Nebenamte Agenten dieses Finanzhauses wären. Auch das ist eine Ausgeburt blühender Phantasie. Es ist Tatsache, daß die Rothschilds nie versucht haben, die äußere oder innere Politik eines Staates zu beeinflussen. Sogar in den Zeiten der schlimmsten Judenverfolgungen in Rußland haben es die Rothschilds abgelehnt, auf Rußland irgendwelchen Druck auszuüben. Das ist ihnen von mancher jüdischen Seite übel vermerkt worden, aber — diese Taktik strengster Neutralität entsprach der Tradition des Hauses. Es war daher zu blödsinnig, Bismarck, den größten, vorsichtigsten und weitschauendsten aller Diplomaten der Neuzeit, als bezahlten Günstling Rothschilds hinzustellen. Aber ebenso unsinnig ist es, wenn Paul Dehn im „Hammer" Bismarck als Antisemiten und Verächter Rothschilds anfassen möchte. Der alte Rothschild scheint schon im jungen Bismarck das Genie erkannt zu haben, und er kam ihm mit einer ehrlichen Bewunderung entgegen. Aber auch Bismarck hegte eine gewisse Sympathie für den

originellen alten Mann. Wenn er sich in seinem zitierten Briefe an seine Frau etwas drastisch über Rothschild ausdrückte, so darf man nicht vergessen, daß der damalige Bismarck noch ganz in den vererbten Anschauungen des Junkertums steckte und auch in der Sprache stets den Adligen markierte. Man weiß, daß er darin in der Zeit seiner Größe ganz anders war. Sein Verkehr mit Bamberger, Simson und Bleichröder beweist das. Bismarcks Horizont war viel zu weit, um Antisemit zu sein. Zu der Zeit, als er die Macht des Liberalismus brechen wollte, mag er die Berliner Bewegung als Mittel zu diesem Zweck gern gesehen haben, es ist aber bekannt, wie er später den Vater dieser Bewegung, den Hof- und Versammlungsprediger Stöcker, energisch abschüttelte. Daß ihm Politiker wie Bruhn, Werner und Schack noch viel unsympathischer wären, darf als sicher angenommen werden. Ein Mann, der einen Juden zu seinem Bankier wählte und einem getauften Juden das höchste Richteramt in Deutschland gab, war gewiß kein Rassenantisemit. Daß er in seinen letzten Jahren einem Journalisten jüdischen Blutes das höchste Vertrauen schenkte, ist wohl auch kein Zeichen von Judophobie.

Es ist übrigens ebenso unvernünftig, wenn die Antisemiten unseren Kaiser, weil er unter so vielen Junkern auch einige jüdische Finanziers an seinem Hofe duldet, in Gegensatz zu seinem Großvater bringen möchten. Rothschild, Bleichröder und Baron Cohn-Dessau verkehrten häufig am Hofe Kaiser Wilhelms I., und das geschah gewiß nicht gegen den Willen Bismarcks. Dabei muß man bedenken, daß der erste deutsche Kaiser sich in erster Reihe als Soldat fühlte und bürgerliche Elemente überhaupt nicht gern an seinen Hof zog. Von Kaiser Friedrich weiß man, wie oft und wie gern er sich mit hervorragenden Juden unterhielt. Der verstorbene Psychologe Professor Dr. Moritz Lazarus gehörte zu den Männern, für die der unvergeßliche erste deutsche Kronprinz eine hohe Verehrung hegte. Also, ihr Herren Antisemiten, daß ihr die Politik fälscht, ist schon traurig genug, aber — lasset wenigstens die Geschichte in Ruh.

Purischkewitsch und die „Tägl. Rundschau". Das Organ des „vornehmen" Antisemitismus in Deutschland hat das dringende Bedürfnis gehabt, mit dem Führer der „echt russischen Leute", der sich auf der Rückreise von seiner Sommerreise mehrere Tage in Berlin aufgehalten hat, einige zärtliche Worte auszutauschen. Ueber Antisemitismus scheint zwar in der Unterredung, die ein Vertreter der „T. R." mit dem Herrn hatte, nicht gesprochen worden zu sein. Mit um so größerer Emphase gerierte sich jedoch Herr Purischkewitsch als glühender Verehrer Deutschlands. Doch lassen wir ihn selbst sprechen:

„Die russische Regierung und das russische Volk seien zwei ganz verschiedene Dinge. Wenn die Regierung augenblicklich wirklich zu England hinneigen sollte, so habe das russische Volk doch noch nie Sympathien für England gehegt, es fragt sich immer, was hinter der Maske der englischen Philantropie stecke, und was England damit bezwecke, steht also England stets mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Dagegen schätzen die rechtsstehenden Parteien die kraftvolle und tüchtige deutsche Art; er glaube dies auch im Namen der 85 Abgeordneten seiner Partei sagen zu können. Purischkewitsch selbst bezeichnete sich als einen großen Freund Deutschlands, das er so liebe, daß er sich jedes Jahr einige Monate in Deutschland aufhalte. Seine größte Freude würde es sein, Deutschland und Rußland wieder in der alten Freundschaft zu sehen, die während so vieler Jahrhunderte bestanden habe. Jedenfalls sei keine Partei der Ansicht, daß weder augenblicklich noch später irgendeine Ursache vorliegen könnte, zwischen Rußland und Deutschland Schwierigkeiten entstehen zu lassen."

Von seiner russischen Heimat hat Herr Purischkewitsch einige Tage darauf dem deutschen nationalistischen Blatt, das diese Liebesbeteuerungen mit einer skeptischen Randglosse versehen hatte, noch ein Schreiben zugesandt, worin er diesen Standpunkt noch einmal kräftig unterstützt. Merkwürdig nur, daß die Taten der „echt russischen Leute" bisher in einem so auffälligen Gegensatze zu diesen Worten ihres parlamentarischen Führers standen. Und wenn man die gesamte Presse der „echt russischen Leute" Revue passieren läßt, wird man auch heute noch nicht ein einziges Blatt finden, das dieselbe zärtliche Hinneigung zu Deutschland bekundet. Sie betrachtet sich im Gegenteil gerade auch in diesem Punkt als Testamentsvollstreckerin des fanatischen Deutschenhassers Katkow.

Qui trompe-t-on? Es gehört doch wohl nicht ein allzu großer Scharfsinn dazu, um die wahren Gründe dieses plötzlichen Liebeswerbens zu erkennen. Im Herbst soll bekanntlich wieder eine neue große russische Anleihe — man spricht von 600—800 Millionen Rubel — auf dem internationalen Geldmarkt untergebracht werden. Der allzeit nüchterne Engländer hat trotz der Revaler Entente zwischen den Monarchen beider Länder offensichtlich wenig Lust, die Kosten dieser neuen Intimität zu tragen. Frankreich ist mit russischen Anleihen so übersättigt, daß es dieses kostspielige Vergnügen gern einmal einem anderen überlassen möchte. Bleibt der brave deutsche Michel, den man beizeiten durch solch stürmische Liebeserklärungen für russische Anleihen empfänglich machen will. Wir hoffen, daß diese Liebesmüh eine vergebliche sein wird, und daß auch unsere heimischen Emissionsbanken von vornherein von dem Versuch abstehen werden, die deutschen Rentner für die Sanierung der Finanzen eines halbbankrotten und stockreaktionären Staats zu „interessieren".

Die Erneuerungs-„Gemeinde", jene von der „Hammer"-Gemeinde des Herrn Th. Fritsch beabsichtigte utopische Gründung, in der der „Edelmensch" gezüchtet werden soll, findet nicht einmal den Beifall der nächsten Gesinnungsgenossen dieser Rassenfanatiker. Ja, Herr Th. Fritsch muß zu seinem großen Schmerz erleben, daß selbst das antisemitische Parteiorgan, das an seinem Kopf noch immer seinen Namen als den Begründer des Blattes trägt, die „Deutschsozialen Blätter", das Projekt ziemlich unwirsch ablehnen, und zwar mit folgender Begründung:

„So sehr wir die idealen Beweggründe verstehen und begreifen, so dringend möchten wir davon abraten, auf dieses Unternehmen allzu große Hoffnungen zu setzen. Nur dann bleibt man vor Enttäuschungen bewahrt. Selbst wenn der Versuch gelingen würde, was wir trotz unserer besten Wünsche bezweifeln, was wäre damit praktisch errungen?

Im Zeitalter der Elektrizität und Luftschiffahrt mutet jeder Anklang an Weltflucht und Askese seltsam genug an; mag ein Einzelner Befriedigung dabei finden, auf das Volk als ganzes bleiben auch solche Vorbilder ohne jede Wirkung. Nicht die Hiobsgesinnung, die in dem Glauben wurzelt, das Schicksal kann der Mensch nicht meistern, sondern der Siegfriedmut, der den Kampf liebt und aufsucht, ist dem deutschen Wesen dienlich. Wer in dieser harten steinerbauten Welt beweisen will, was er denkt und minnt, dem dürfen keine lockenden Klosterglocken klingen, der muß auf dem Kampfplatze die Lanze schwingen, wie er berufen ist. Ueber dem Glück des Einzelmenschen steht für den rechten Volksfreund das Wohl der Gesamtheit und dies wird nicht errungen durch Versuche, die von den Gegnern als Schwärmerei und Spielerei belächelt werden. Nein, im dichtesten Getümmel muß der Streithammer geschwungen werden, da ist immer die meiste Aussicht, daß er feindliche Köpfe trifft. Aus großer Entfernung geworfen verfehlt er leicht sein Ziel. Alle mönchischen Absonderungsgelüste sind zu verurteilen; auch damals, als sich die Besten hinter Klostermauern verbargen, wurden die Andern nur noch schlechter."

Die deutschsozialen Siegfriedsrecken befürchten offenbar, daß, wenn die Herren Th. Fritsch und Willibald Hentschel sich mit ihren Klosterbrüdern vom politischen Kampfe in die Einsamkeit zurückziehen, sie allein den jüdischen Lindwurm nicht zur Strecke bringen werden.

Borkum ist nicht mehr das antisemitische Dorado, wie früher, wo der einzelne jüdische Badegast direkter Belästigung ausgesetzt war. Damit soll indes nicht gesagt sein, daß die Insel in der jetzt zu Ende gehenden Saison von Antisemiten nicht besucht worden ist. Es hat im Gegenteil wieder eine

ziemlich starke Invasion antisemitischer Elemente stattgefunden, auch das Borkumlied ist in den seinerzeit von uns genannten beiden Lokalen regelmäßig gesungen worden; außerhalb dieser beiden Lokale hat man aber von antisemitischer Betätigung nichts gemerkt. Eine von der Borkumer Ortsgruppe des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes veranstaltete Versammlung mit dem Referat: „Das Deutschtum auf Borkum" und eine Bismarck-Gedächtnisfeier, zu der von Alldeutschen und anderen „nationalen" Vereinen eingeladen worden war, sollten wohl nach den geheimen Wünschen der Entrepreneure dazu dienen, das lecke Schifflein des Antisemitismus auf Borkum wieder flott zu machen, erreichten aber diesen Zweck nicht. Anzuerkennen ist, daß die Badedirektion — entsprechend der Erklärung des Ministers des Innern im Herrenhause — jeder öffentlichen antisemitischen Manifestation energisch entgegentritt.

Religion und Konfession. Ueber beide Begriffe herrscht bei den Antisemiten eine heillose Verwirrung. Sie erblicken im Christentum offenbar keine Religion, sondern eine Konfession. Nur durch Bildung dieser Fiktion wurde ihnen z. B. das Taschenspielerkunststückchen möglich, daß sie den — freilich noch sehr legendären — *Erlaß* betr. die *Avancementsverhältnisse in der preußischen Armee*, worin zum Ausdruck gebracht sein soll, daß kein Unterschied in der Konfession gemacht werden solle, dahin auslegten, daß er sich *nur* auf *Protestanten* und *Katholiken* beziehen könne.

Die gleiche skurrile Auffassung vertritt jetzt das Organ der Mittelstandsvereinigung, die „*Deutsche Volkspost*", gegenüber einer Auslassung des Geh. Rat Dr. *Küster*, der in einer Studie über den agrarischen Nationalökonomen Prof. Ruhland angeblich den Standpunkt vertreten hat, daß auch die Mittelstandsvereinigung nach dem Grundsatz handeln müsse, Religion sei Privatsache. Mit dieser Auffassung konnte sich aber das mittelständlerische Blatt, wie letzthin mitgeteilt, nicht befreunden und es ist daher jetzt überglücklich, eine Zuschrift Geh. Rat Küsters veröffentlichen zu können, worin dieser ihm mitteilt, „er habe nicht gesagt Religion, sondern der konfessionelle Glaube sei Privatsache". Dazu bemerkt das Blatt erfreut:

„*Darin* befinden wir uns mit Herrn *Geheimrat Küster in voller Uebereinstimmung*. Die Spaltung in der christlichen Kirche, die das deutsche Volk gewissermaßen in zwei Teile scheidet, ist, das wird jeder, der es mit seinem Christentum ernst meint, uns zugeben, tief bedauerlich."

Mit dieser Interpretation seiner Aeußerung dürfte nun wahrscheinlich Geh. Rat Küster wieder nicht ganz einverstanden sein, dem es jedenfalls, als Begründer der gegen die antisemitischen Studentenverbindungen gerichteten A. D. V.-Burschenschaften, vollständig fern gelegen haben wird, das Judentum aus der Reihe der religiösen Bekenntnisse auszuscheiden.

Heinrich Weil. Am 26. August begeht der Nestor der klassischen Philologie und hervorragendster französischer Gräzist in Passy bei Paris seinen 90. Geburtstag, der dem Institute de France Anlaß zu einer besonderen Ehrung geben wird. Seine erste Erziehung hat Henri Weil, ein Sohn des als freiheitlichen Politikers und Schriftstellers rühmlichst bekannten Frankfurter Dr. Jakob Weil, in Frankfurt erhalten; auf deutschen Universitäten in Heidelberg, Bonn, Berlin, Leipzig hat er seine klassischen Studien getrieben, in Paris, wo er 1845 promovierte, hat er sie noch weitergeführt. Erst dann ließ er sich in *Frankreich naturalisieren*, aus dem Grunde, der viele seiner Glaubensgenossen in diesen Jahren aus ihrem deutschen Vaterlande vertrieben hatte: *wegen der Unmöglichkeit, als Jude öffentlich seine Wissenschaft zu lehren.* In Frankreich wurde er bald Professor und 1873 Dayen der Fakultät an der Universität zu Besançon, 1876 kam er nach Paris, wo er bis zu seiner freiwilligen Pensionierung (1893) eine der hervorragendsten Stellen an der Ecole pratique des hautes études einnahm. Alle Ehren, welche die Franzosen zu vergeben haben, sind ihm zuteil geworden; lange schon ist er ordentliches „Membre de l'institut".

Henri Weil ist, wie die „Frankf. Ztg." zutreffend hervorhebt, so recht ein *Beispiel*, *wie der Antisemitismus*, oder da dieser Terminus in der Zeit seiner Jugend noch nicht gebildet war, die rückständige Judengesetzgebung *den deutschen geistigen Nationalwohlstand geschädigt* hat. Was die Franzosen an ihm gewonnen haben und was Deutschland an Weil verloren hat, zeigt seine allgemeine Wertschätzung.

Ueber seine wissenschaftliche Bedeutung gibt seine umfassende literarische Betätigung erschöpfenden Aufschluß:

Die Publikationen Weils umfassen außer Editionen des Aeschylos, Demostenes, Stücken aus Dionysius von Halikarnaß, des Euripides und Teilen des Plutarch zahlreiche Studien, namentlich über das antike Drama und die meisten der philologischen Tagesfragen. Als 79-jähriger hat er die „Etudes sur le drame antique" herausgegeben; von größeren Werken erschienen 1900 „Etudes sur l'antiquité Grecque", 1902 „Etudes de littérature et Rhythmique Grecque", ferner kommen dazu eine Fülle kleinerer Abhandlungen über den Landmann des Menander, den delphischen Dionysos Päan, über die Abhandlung des Dionysius von Halikarnaß, über den Stil des Demosthenes, über einen poetischen Text und ein juristisches Dokument auf einem Papyrus, über die Elegien des Tyrtaeus, über den Historiker Kratippos als Nachfolger des Thukydides, über eine griechische Inschrift aus Aegypten, Metrisches, Bemerkungen über den Text des Orestes und der Phönizierinnen des Euripides, über einen neuen Komödienprolog, über neue griechische Ostraca aus Aegypten, die alle in französischen Gelehrten-Zeitschriften oder den Abhandlungen der Akademie erschienen sind. Auch jetzt, an der Schwelle des 10. Dezenniums, interessiert sich der lebhafte Greis noch für seine Wissenschaft; und wenn man ihm (allerdings mit leisester Stimme) eine Frage aus der griechischen Philologie vorlegt, dann erwacht der alte Löwe und zeigt, daß er seine ganze außerordentliche und klare Intelligenz bewahrt hat.

Juden als Soldaten. In diesen Tagen ist die Ernennung des Oberstleutnants der französischen Kolonial-Artillerie *Bernard*, eines Bruders des bekannten Schriftstellers Bernard Lazare, gemeldet worden. Ueber seine *Verdienste* schreibt nun das „*Journal officiel*": „25 Dienstjahre, 10 Schlachten, einmal besondere lobende Erwähnung im Tagesbefehl, hervorragende Dienste geleistet als Präsident der Kommission zur Festlegung der französisch-siamesischen Grenze (Dezember 1904 bis Mai 1907), welche zur friedlichen Beilegung des Konfliktes zwischen Frankreich und Siam geführt haben."

Oberstleutnant Bernard, der der jüngste seines Ranges in der französischen Armee ist, ist jetzt auch der jüngste Kommandeur der Ehrenlegion.

Tisza-Eszlar. Diesen Monat (August) vollenden sich 25 Jahre seit Aufrollung jenes „großen Prozesses", der nach den lapidaren Worten des hervorragenden Anwalts des Beklagten, Karl *Eötvös*, „seit 1000 Jahren währt und noch immer nicht zu Ende ist". Dr. Paul Nathan hat seinerzeit ein treffliches Kulturbild dieses schmachvollen Prozesses (Der Prozeß von Tisza-Eszlar, Berlin, F. Fontane & Co., 1892) gezeichnet. Der „Antisemitenspiegel" gibt den Tatbestand in knappen Worten wie folgt wieder:

„Am 1. April 1882 verschwand in dem kleinen an der Theiß gelegenen Dorfe Tisza-Eszlar das junge Bauernmädchen Esther Solymossi. Nirgends war sie zu finden, und so fing der dörfliche Klatsch des entlegenen Fleckens in der Pußta an, die Juden zu beschuldigen, sie hätten das Mädchen ermordet, um ihr das Blut abzuzapfen und damit die Osterkuchen zu bereiten. Die Behörde wies zunächst die Bauern mit ihren Verdächtigungen zurück. Da aber einer der antisemitischen Abgeordneten, Onody, gerade Vertreter jenes Wahlkreises war, in dem Tisza-Eszlar liegt, so bemächtigte er sich der Angelegenheit, und unterstützt von gleichgesinnten Freunden, wußte er die öffentliche Meinung länger als ein Jahr über den wahren Sachverhalt zu täuschen. Dieser Onody oder seine Helfers-

helfer schoben auf eine niemals aufgeklärte Weise einen Untersuchungsrichter namens Bary an jene amtliche Stelle, der den gesetzlichen Bedingungen für das Amt nicht entsprach, trotzdem aber betraut wurde, den dunklen Vorgang „aufzuklären".

Zufällig wurde der Leichnam des verschwundenen Mädchens gefunden, ihr Körper wurde von den Fluten der Theiß ans Ufer geworfen; sie war verunglückt und so lange mit ihren Kleidern auf dem Grunde des Flusses hängen geblieben, bis allmähliche Fäulnis die Tote wieder an die Oberfläche kommen ließ. Da Verletzungen an dem Leichnam nicht vorhanden waren, wäre damit die ganze Anklage zusammenstürzt. Bary gab indessen das Spiel nicht auf. Er ließ Zeugen so lange foltern, einsperren und schlagen, bis sie bekannten, die in der Theiß gefundene Leiche sei nicht die der Esther Solymossi, sondern von ihnen herbeigeschafft, um den Irtum zu erregen, es sei die Esther. Zugleich wurde der Sohn des verdächtigen Juden Scharf im Gefängnis durch ein gemischtes System von Drohungen und Schlägen einerseits — von Gewährung geschlechtlicher Freuden und alkoholischer Getränke andererseits so lange bearbeitet, bis er selbst seinen Vater des Mordes an der Esther Solymossi beschuldigte. Doch ergaben Augenschein und ärztliches Gutachten die Lügenhaftigkeit der von dem jungen Scharf gemachten Angaben, der übrigens nach Beendigung des Prozesses ihre Unwahrheit reuevoll zugestand. Scharf und die anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Es dürfte feststehen, daß die von der Theiß gelandete Leiche die der Esther Solymossi war."

Die Konfessionsschnüffelei in Sachen Schücking hat, wie unsere Leser wissen, dem Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg eine böse Blamage eingetragen; es tritt jetzt in folgender Briefkastennotiz einen kläglichen Rückzug an:

„Es ist *möglich* (!), daß unser Gewährsmann sich ge*irrt* hat. Der Betr. sieht sehr jüdisch aus, er scheint wie Gerlach durch seinen politischen Glauben innerlich und äußerlich zum jüdischen Typus zu gelangen. Ein genauer Nachweis ist schon aus dem Grunde überflüssig, weil diese *Sache gar nicht so wichtig* ist, um sich deswegen *Arbeit und Kosten zu machen*. Das ganze marktschreierische Verhalten des Mannes beweist doch seine geistige Verjudung."

Der ganze Ton dieses lendenlahmen Rückzuges beweist die Wut der „Deutschsozialen Blätter" über ihren schmählichen Reinfall.

Von Cid, dem berühmter Nationalhelden Spaniens, erzählt der Vicomte d'Avenel in der „Revue des deux mondes" folgendes Geschichtchen:

„Vom Könige verbannt, wollte er einen Kriegs- und Raubzug gegen die Mauren unternehmen, aber es fehlte ihm an Geld zur Ausrüstung. Da handelte er nach dem polnischen Sprichwort: Kiedy bieda to do zyda (In der Not geht man zum Juden).

Ein moderner russischer Tschinownik hätte vielleicht einen Pogrom veranstaltet, um das nötige Kleingeld zu bekommen, aber der Spanier des elften Jahrhunderts war doch zivilisierter als ein orthodoxer treuer Diener des Zar Nikolaus. Er beschloß, 2000 Goldstücke bei Juden zu borgen gegen Pfand. Er hatte aber nichts zu versetzen oder wollte die Juwelen seiner Töchter nicht verpfänden. Da ließ er denn zwei große Kisten mit Sand füllen und sie wohl verschließen und versiegeln; dann ließ er zwei Juden einladen, nahm sie mit großer Höflichkeit auf, wie es ja die noblen Christen gewöhnlich tun, wenn sie das Geld des Juden brauchen, und gab ihnen die zwei Kisten als Pfand für das Darlehn, indem er den Juden versicherte, daß sie ganz mit Silbergeräten gefüllt seien. Doch zeigte er ihnen selbstverständlich den Inhalt nicht und ließ sich von ihnen das Versprechen geben, die Kisten erst zu öffnen, wenn sie nach Ablauf eines Jahres keine Bezahlung erhalten würden. Die „Beschnittenen", voll Vertrauen auf das Wort des christlichen Helden, zahlten ihm die 2000 Goldstücke und ließen die mit Sand gefüllten Kisten in ihr Haus bringen, wo sie sorgfältig aufbewahrt wurden.

Selbst der spanische Dichter findet es für nötig, die „schlechte Tat" seines Helden mit dessen Not zu entschuldigen. Indessen, der Cid hatte Glück auf seinem Kriegszug, machte viele Beute und löste bei seiner Rückkehr die uneröffneten Kisten bei den Juden ein. Von Zinsen wird nichts gesagt, und es scheint, sie haben das Geld nur aus Gefälligkeit geliehen. Der Dichter läßt aber auch den Cid sagen, er habe die Juden nicht getäuscht

„Denn mein Wort war in den Kisten,
Und mein Wort ist gutes Geld."

Was wäre nun geschehen, wenn der christliche Held von den Ungläubigen besiegt worden wäre? Dann hätten die Juden, die seinem Worte trauten, die Zeche bezahlt und die spanischen Antisemiten sie noch ausgelacht. Uebrigens hätte ein moderner Gerichtshof den Helden, wenn er das Geld nicht hätte zurückzahlen können, wohl wegen Betruges verurteilt.

Briefkasten.

Dr. Sp. in Magdeburg. Besten Dank für Ihre Ergänzung des in unserem Artikel: „*Jesus — ein Arier?*" enthaltenen Materials; wir entnehmen daraus, daß auch Prof. *Haeckel*-Jena in der ersten Auflage seiner „Welträtsel" Jesu zum Arier stempelte, daß aber in späteren Auflagen diese Auffassung sich nicht mehr vorfindet.

Dr. E. in B. Die in unserer ersten Notiz enthaltene Angabe war die richtige; das norwegische Volk hat kürzlich den 100jährigen Geburtstag Henrik Wergelands, der im Jahre 1845 verstorben ist, gefeiert.

K. L. in D. Graf *Zeppelin* hat nunmehr, wie Sie wohl aus der Tagespresse ersehen haben werden, die von österreichischen Blättern vertretene Behauptung, daß dem verstorbenen Kaufmann David *Schwarz* die Priorität der Erfindung des ersten lenkbaren Luftballons starren Systems gebühre und daß Graf Zeppelin die Schwarzsche Erfindung nur weiter ausgebaut habe, berichtigt. Danach hatte Graf Zeppelin seinen Ballon in den Grundzügen schon im Jahre 1873 ausgedacht, und auch die erste Konstruktion im Jahre 1892 und die Begutachtung dieses Erstlingswerkes im Jahre 1894 erfolgte *vor* den ersten mißlungenen Versuchen seines Rivalen. Damit fällt wohl auch die in diesen Artikeln gleichfalls enthaltene Behauptung, daß Graf Zeppelin sich mit der Witwe des Schwarz assoziiert habe — ohne daß es dazu noch eines besonderen Dementis bedürfte — in sich zusammen.

Unsere allgemeinen Betrachtungen über Erfinderschicksale werden durch diese Feststellung natürlich nicht berührt. Die Tagespresse nennt fortgesetzt Namen von Männern, die sich im Laufe des letzten Jahrhunderts mit mehr oder minder Erfolg um das Problem des lenkbaren Luftballons bemüht haben. Erst in diesen Tagen war in einem von einem hervorragenden Spezialisten stammenden Artikel der „Neuen Freien Presse" das Folgende zu lesen:

„Alle Flugtechniker berührt es gewiß schmerzlich, daß bei all den großen Ehrungen, die in jüngster Zeit dem „Eroberer der Luft", Zeppelin, zu teil wurden, das deutsche Volk seinen *größten Helden* auf dem Gebiete der Flugforschung, Ingenieur Otto *Lilienthal*, wieder gänzlich in Vergessenheit gelassen hat. Dieser fruchtbare, geniale Erfinder und Denker, von dem alle Aviatiker heute noch zehren — zum Beispiel die gewölbte Fläche usw. — der für seine Idee sein Leben ließ, hat bisher keine weitere Ehrung gefunden, als die Anbringung seines Namens an einem kleinen Holzhäuschen, das auf dem Terrain seiner einstigen Gleitflugversuche steht."

R. M. in H. Wir glauben in solchen Dingen einige praktische, durch jahrelangen ständigen Verkehr im Reichstage gewonnene Erfahrungen zu besitzen, auf Grund deren wir uns berechtigt erachten, Herr van *Damm*, den Vertreter des 3. braunschweigischen Wahlkreises, wenngleich Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, doch nicht zu den Antisemiten zu zählen. Die persönliche Erfahrung, die Sie, dessen Konfession als Jude ihm bekannt war, mit Herrn von Damm gemacht haben, der Ihnen in so außerordentlich liebenswürdiger Weise zu einer Einlaßkarte in den Reichstag — noch dazu in die Diplomatenloge — verschafft hat, bestätigt also nur unser Urteil. Wir wissen übrigens auch von anderer Seite, daß Herr von Damm nichts weniger als Antisemit ist.

Prof. Tr. in O. Besten Dank für Ihre freundliche Anerkennung der propagandistischen Wirkung unserer „Abwehrvereins-Korrespondenz" und für die Mitteilung, daß Sie in *Le Havre* in der Normandie während Ihres diesjährigen dortigen Sommeraufenthaltes keine Spur von Antisemitismus gemerkt haben, im Gegenteil eine ungezwungene Herzlichkeit in dem Verkehr zwischen christlichen und jüdischen Badegästen konstatieren konnten.

M. L. in B. Die in den letzten acht Tagen veröffentlichten *Veruntreuungen von Bankkassierern* haben mit den Juden nichts zu schaffen. Sowohl der Direktor *Becker* von der Solinger Bank, wie der Prokurist *Eckert* von der Dresdener Bank, der ca. ¼ Million Mark veruntreut hat, wie auch der Kuponkassierer *Goltermann* von der Mitteldeutschen Kreditbank, Filiale Frankfurt a. M., der ½ Million Mark unterschlagen hat, sind rasseneine Germanen und Christen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 36. Berlin, den 2. September 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.

Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 2a I.

Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 1a, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 1a.

Zwei Generationen.

In unzähligen Aufsätzen, Feuilletons, Romanen und Schauspielen sind von den verschiedensten, zum Teil angesehensten Schriftstellern — wir erinnern nur an Paul Lindau, Max Nordau, Arthur Schnitzler, Ludwig Jacobowski — die Konflikte und Leiden geschildert worden, die Juden infolge der antisemitischen Bewegung haben durchmachen müssen, und die oft tragisch geendet haben. Wenig behandelt dagegen sind die natürlich geringeren, aber auch recht peinlichen Konflikte und Situationen, in die Christen infolge derselben Bewegung geraten sind. Wir sprechen hier nicht davon, daß in Rowdy-Versammlungen oder in öffentlichen Lokalen Christen, die schwarze Haare hatten oder eine jüdische Physiognomie, verprügelt oder sonst mißhandelt worden sind. Auch von romantischen Wirren, die doch immerhin selten vorkommen, wollen wir absehen. Vielmehr möchten wir von einfacheren Konflikten Notiz nehmen, die alle Tage vorkommen können und vorkommen, um zu zeigen, daß die antisemitische Hetze nicht bloß den Juden unangenehme Stunden eingetragen hat.

Kommt da ein vorurteilsloser hoher Gerichtsbeamter auf seinen neuen Posten in einer Stadt, in welcher die jüngeren juristischen Kollegen durchweg antisemitisch angekränkelt sind. Er ist eben erst dorthin versetzt worden und hat keine Ahnung von der antisemitischen Vergiftung, an welcher seine untergeordneten Kollegen leiden. Seine Kinder kennen keine Unterscheidung nach Rasse und Religion, ebensowenig wie der Vater sie kennt. Die Töchter freunden sich besonders mit einem jüdischen Mädchen an, die Freundschaft und der Verkehr werden ziemlich intim. Das erregt das Mißfallen der Herren Kollegen. Sie schütteln die Köpfe und das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und den Herren Amts-, Land- und Oberlandesrichtern bleibt ein auffallend kühles. Der Präsident, der aus Erfahrung ja weiß, wie langsam die Herren in der Provinz oft auftauen, wie schwerfällig die in Kastengeist eingeengten Beamten im gesellschaftlichen Verkehr sind, nimmt zunächst weiter keine Notiz davon, in dem Glauben, daß mit der Zeit sich schon alles finden werde. Er kann es aushalten. Unbehaglicher wird das eisige Verhältnis einer lebenslustigeren Dame aus dem Juristenkreise, die ihr Recht auf Amüsement verkürzt sieht. Mit derjenigen Devotion, die selbst der stolzesten Teutonin einem Vorgesetzten ihres angetrauten Gatten eigentümlich ist, wendet sie sich gelegentlich einer der eisig verlaufenden Abfütterungen, die bekanntlich unumgänglich sind, an den Präsidenten mit der submissesten Frage, warum er seinen Töchtern den Umgang, ja den freundschaftlichen, um nicht zu sagen, intimen Verkehr seiner so lieben Töcher mit der kleinen X. dulde.

„Warum, gnädige Frau, sollte ich den Verkehr nicht dulden? Das Kind, das öfter zu uns kommt, ist ein wohlerzogenes Kind, und entstammt einer gebildeten Familie. Ich wüßte wirklich nicht, weshalb ich den Verkehr nicht dulden sollte."

„Herr Präsident wissen wohl gar nicht," lautet die Antwort, „daß es ein Judenmädchen ist. Es wird dies in unseren Kreisen mit Erstaunen bemerkt und, wenn Herr Präsident mir dies zu sagen gestatten, ungern gesehen."

„Aber warum denn, gnädige Frau?"

„Herr Präsident haben sicherlich überhört, es handelt sich um ein Judenmädchen, und der Umgang muß ja schließlich abfärben, und darum sehen viele Eltern bereits den Umgang ihrer Kinder mit Ihren reizenden Töchterchen ungern und, die Wahrheit zu sagen, suchen ihn einzuschränken, wollen ihn sogar verhindern."

„Der Umgang soll abfärben? Aber meine verehrte gnädige Frau, ich habe von frühester Jugend viel mit Juden verkehrt. Ich war von Hause aus nicht begütert und verdanke dem Justizrat, bei dem ich als Referendar arbeitete, sehr viel dadurch, daß er mir Gelegenheit gab, mir durch Arbeiten Geld zu verdienen und mich durchzuschlagen. Noch jetzt werde ich in der Familie des alten Herrn, wie zu ihr gehörig behandelt, und ich verabsäume nie, wenn ich nach der Stadt, in der mein alter Freund und Gönner, der mir wie ein Vater zur Seite gestanden, ansässig ist, die Familie aufzusuchen. Ich sehe es auch nicht ungern, daß mein Sohn vorzugsweise mit jüdischen Studiengenossen verkehrt. Denn offen gestanden sind, wenigstens unter den juristischen Kommilitonen, die jüdischen die fleißigsten und strebsamsten."

Die gnädige Frau ist durch diese Gründe nicht überzeugt worden, daß die Tochter eines so hohen Gerichtsbeamten ohne Gefahr mit einem wohlerzogenen Mädchen aus gebildeter jüdischer Familie verkehren könne. Das Verhältnis zwischen den Töchtern der Justiz und den Präsidententöchtern blieb ein kühles, das der anderen höheren Töchter zu den mit einem wohlerzogenen Mädchen aus gebildetem jüdischen Hause verkehrenden Präsidentenkindern ein feindliches. Ob er den gordischen Knoten gelöst oder zerschnitten hat, ist uns unbekannt. Er hat nur sich sehr hüten müssen, nicht als philosemitischer Richter verdächtigt und verlenmdet zu werden. Dagegen wissen wir von einem anderen Richter, daß er sich von seinem einzigen Töchterchen hat trennen und es nach einer anderen Stadt in Pension hat schicken müssen, weil er sich nicht dazu verstehen konnte, gegen sein Rechtsgefühl seinem Kinde den Verkehr mit einer jüdischen Freundin zu verbieten, dieses aber auch nicht den Sticheleien und dem Boykott der antisemitischen höheren Töchter der Stadt aussetzen wollte.

Wenden wir uns aus der Provinz nach der Metropole der Intelligenz. Da sind in einem großen Bureau jüngere und ältere nur akademisch gebildete Männer beschäftigt. Von den Jüngeren sind etliche Antisemiten, die sich weiter nicht genieren, wenn die jüdischen Kollegen nicht anwesend sind, ihren antisemitischen Gefühlen Luft zu machen. Erst hielten die älteren Herren die Auslassungen für Scherze, sahen sie als Versuche an, die antisemitischen Späße der Gasse und der Kneipe zu parodieren. Auf den Gedanken, daß in den geheiligten Hallen, in welchen nur ernste Männer ernste Arbeiten zu verrichten hatten, dergleichen ernst gemeint sein könnte, daß Kollegen so über Kollegen denken, so feindselig über sie urteilen könnten, kamen sie gar nicht. Als sich die antisemitischen Ausfälle aber immer häufiger wiederholten, da machte einer der älteren Beamtengeneration einer jüngeren Korona Vorhaltungen. „Nun," wurde ihm entgegnet, „der Dr. Cohn ist wohl kein Snob? Prahlt in unerträglicher Weise mit seinen Diners, Sektfrühstücken, wo er doch weiß, daß so mancher von uns nicht weiß, wie er mit seinem Gehalt auskommen soll." „Ich gebe Ihnen, meine Herren, ohne weiteres zu," antwortete der ältere Beamte, „daß Dr. Cohn ein unerträglicher Snob ist. Aber nicht nur Sie finden ihn unerträglich, sondern auch wir und auch die jüdischen Kollegen. Mit demselben Recht, mit welchem Sie die Juden verdammen, weil Dr. Cohn ein widerwärtiger Patron ist, müßten Sie die Juden loben, weil die anderen jüdischen Kollegen sehr nett und liebenswürdig sind. Ja mit mehr Recht, denn Dr. Cohn ist nur einer, die anderen jüdischen Kollegen sind drei an der Zahl. Mir würde es durchaus nicht recht sein, wenn etwa die jüdischen Kollegen daraus, daß Sie hier als Antisemiten auftreten, mich auch für einen Antisemiten hielten, und ich bin überzeugt, daß anderen Kollegen es ebenso unangenehm wäre, für Antisemiten gehalten zu werden. Früher waren wir hier nur Kollegen, und fragte man nicht, ob Jemand Christ oder Jude sei. Fand sich einmal ein ekliger Kerl unter uns, so schnitten wir ihn, ob er Jude war oder Christ."

Der Vertreter der älteren Generation erreichte mit seiner Rede weiter nichts, als daß man ihn so behandelte wie den Dr. Cohn, den zu verteidigen ihm nicht eingefallen war. Der alte Herr konnte das verschmerzen, so weit seine Person in Betracht kam, aber er litt sehr darunter, daß die Zeiten und Sitten sich so geändert haben, daß die Pöbelhaftigkeit und die Oberflächlichkeit auch in die heiligen Hallen eingedrungen waren, in welchen er so lange gearbeitet und in welchen bisher ein so ganz anderer Ton, eine so ganz andere Auffassung geherrscht hatten.

Wir haben absichtlich einige gar nicht tragische Beispiele erzählt, Beispiele aus dem Leben, die zeigen, daß Christen ganz unter sich wegen des Antisemitismus in Differenzen geraten. Wir wollten nicht an das Gemüt appellieren, sondern an den Verstand. Wir wollen fragen, welchem unbefangenen Manne, welcher denkenden Frau gefallen nicht die Vertreter der älteren Generation in den hier aufgezählten verhältnismäßig harmlosen, alltäglichen Beispielen besser, als die Vertreter der jüngeren, der modernen Generation? Wer möchte der Einseitigkeit, der Lieblosigkeit der Jüngeren den Vorzug geben vor der Gerechtigkeit und Vernünftigkeit der älteren? Wir sind über die Antwort unbefangener Männer und Frauen nicht einen Augenblick im Zweifel.

Um nun aber auch von Einzelfällen auf allgemeine, vom Kleinen zum Großen überzugehen, fragen wir: Wem gefällt nicht das Rußland Alexanders II. besser als das moderne mit seinen Pogroms? Wem gefällt nicht das Frankreich, in welchem man von keiner Dreyfusaffäre hörte, besser als das, in welchem eine solche Affäre ein Jahrzehnt hindurch eine so verhängnisvolle Rolle spielen konnte? Vor kurzem ging durch die englische Presse die Nachricht von dem glänzenden Siege eines armen jüdischen Studenten an der Universität Cambridge, und an diese knüpften englische Blätter die Bemerkung, daß, wenn die heutigen Einwanderungsgesetze vor zwanzig Jahren schon existiert hätten, der Vater des mit dem höchsten Preise gekrönten Studenten nicht ins Land gelassen worden und der begabte Mathematiker dem englischen Volke, vielleicht der Menschheit verloren gegangen wäre. In diesen Tagen ist der Vater des berühmten englischen Schriftstellers Israel Zangwill gestorben. Hätten früher die jetzigen Einwanderungsgesetze schon bestanden, dann hätte der Vater Zangwills nicht in England sich niederlassen können und die englische Literatur wäre um eine ganze Anzahl novellistischer und dramatischer Werke bester Art, das englische Volk um viele literarische Genüsse ärmer gewesen.

Wer gibt nicht in allen diesen Fällen, in Deutschland, England, Rußland und Frankreich der älteren Generation den Vorzug vor der neuen, der antisemitischen? Wer möchte leugnen, daß die neuere Generation im Vergleich zu der vorangegangenen einen höchst bedauerlichen Rückschritt darstellt?

Ein Verband der antisemitischen Vereine Groß-Berlins

ist soeben ins Leben gerufen worden. Die treibende Kraft zu dieser neueiten „nationalen" Gründung war der Alt-Herrenverband des Vereins deutscher Studenten. Der Verband ist bereits mit einer Festlichkeit an die Oeffentlichkeit getreten. Die Entrepreneure gaben vor, über den bisherigen Erfolg freudig überrascht zu sein, da bereits 17 Vereine sich dem Verbande angeschlossen haben. Man braucht nur die Namen dieser Vereine zu nennen, und man weiß Bescheid. Da finden wir den Freien Vaterländischen Bund des Herrn von Mosch, den Deutschbund, den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, den Alldeutschen Verband, den deutschnationalen Kolonialbund, den Tiroler (!) Volksbund, den Bund der Vaterländischen Arbeitervereine, den Vaterländischen Arbeiterverband Groß-Berlin, den Alldeutschen Sprach- und Schriftverein, den alldeutschen Turnverein, den deutschvölkischen Turnverein, den Alt-Herren-Verband des Vereins deutscher Studenten und einige farblose Sprachvereine. Durch den Verband sollen die „nationalen" Kräfte Groß-Berlins enger zusammengefaßt werden. „Gemeinsame Kundgebungen" sollen in Szene gesetzt werden, also wahrscheinlich „italienische Nächte", Sonnenwendfeiern, Bockbierfeste, Dampferpartien usw.

Aufgenommen kann in den Verband jeder Verein werden, „der bei Verfolgung seiner Ziele im nationalen Sinne wirkt". — Die Herren sind sehr weitherzig, um möglichst viele anzuloden. Recht humoristisch wirkt es, wenn man vernimmt, daß der Verband es sich versagen müsse, Vereine aufzunehmen, „die einer politischen Partei oder Konfession dienstbar sind. Sind die Herren um Hans von Mosch, die Alldeutschen, die Volks- und anderen Bündler keiner politischen Partei dienstbar? Und ebenso die Alten Herren vom Verein deutscher Studenten: Herr Dr. Diederich Hahn, Herr Dr. Böhme, und wie sie alle heißen?

Hier tritt wieder die Heuchelei kraß zutage, die bei allen antisemitischen Gründungen eine Rolle spielt, und die sich immer breit macht, wenn mit dem Wörtchen „national" jongliert wird.

Der Verband will Lesehallen errichten, in denen wahrscheinlich in der Hauptsache antisemitische Blätter zu finden sein werden, er will Vortragsabende veranstalten und schon die schulentlassene Jugend bearbeiten.

Von Berlin aus soll der Verbandsgedanke weiter getragen werden ins Reich. In Elberfeld, Magdeburg, Lübeck, Potsdam sollen bereits ähnliche Bestrebungen im Gange sein. Und schließlich wird zu den vielen regelmäßigen Kongressen noch an die Abhaltung eines „Deutschtages" gedacht. Dieses „letzte ideale Ziel" verspricht noch mehr. Sicherlich werden dann die einzelnen Provinzen ihre besonderen „Tage"

abhalten. Wir werden einen Brandenburger-, einen Schlesier-, einen Pommern-, einen Lippe-Detmold-, einen Schwarzburg-Rudolstadt-„Tag" usw. usw. bekommen. Dann werden die einzelnen Städte aus den Provinzen herausgegriffen werden.

Wie lange wird's noch dauern, und wir haben einen Berlin-„Tag", einen Magdeburg-„Tag", einen Potsdam-„Tag" usw. Alles zur höheren Ehre des allein seligmachenden deutschnationalen — d. h. antisemitischen — Glaubens. Wieviel Kommerse wird's dann geben, die Herr von Liebermann „als letzter verlassen" kann!

Aus dem antisemitischen Lager.

Im Reichstagswahlkreise Prenzlau-Angermünde beginnen die einzelnen Parteien, nachdem die Kandidatenfrage von den drei miteinander konkurrierenden Parteien fest geregelt und der Wahltermin auf den 14. Oktober festgesetzt ist, nunmehr sich etwas intensiver zu betätigen als bisher. Für den Kandidaten der Konservativen und des Bundes der Landwirte, Oberpräsidialrat von Winterfeld, den Sohn des verstorbenen Mandatsinhabers, betreiben die Agitation vorzugsweise frühere antisemitische Agitatoren, die allerdings schon seit einiger Zeit von der konservativen Partei in ihren Dienst übernommen worden sind, so u. a. der frühere „Staatsb.-Ztg."-Redakteur Konrad Döring. Die Antisemiten selbst sind im Wahlkreise nicht organisiert, die „Deutschsoz. Blätter" des Herrn L. v. Sonnenberg lassen sich aber von „einem Kenner des Wahlkreises" schreiben, daß sie nicht müßig sein wollen; der Erfolg des Kandidaten der linksliberalen Partei, Pastor Schmidt-Massow „soll gleich null sein, dafür wollen auch wir Antisemiten sorgen".

Es scheint demnach dem Wahlkreis, der bei früheren Wahlen von gehässiger Agitation ziemlich verschont geblieben ist, diesmal eine Aufpeitschung der konfessionellen Gegensätze nicht erspart zu bleiben.

Im Reichstagswahlkreise Wolfenbüttel-Helmstedt war von den Freisinnigen, die sich bei den beiden letzten Wahlen nicht mehr mit selbständigen Kandidaturen beteiligt haben, beabsichtigt, für die jetzige Nachwahl wieder einen eigenen Kandidaten aufzustellen, da der Kandidat der „Ordnungsparteien", Herr Kleye, tatsächlich der Kandidat des Bundes der Landwirte ist. Dieser hat ihn den anderen „Ordnungsparteien" als geeignetsten Kompromißkandidaten präsentiert. Man darf also wohl annehmen, daß Herr Kleye auch innerlich dem Bunde der Landwirte weit näher steht als den Nationalliberalen.

Die selbständige freisinnige Kandidatur hat sich jedoch im letzten Augenblick wieder zerschlagen. In der „Braunschweig. Landes-Ztg." lesen wir nämlich:

„Gestern (Freitag) fand im Wilhelmsgarten in Anwesenheit des Abgeordneten Kopsch-Berlin eine zahlreich besuchte Versammlung freisinniger Vertrauensmänner aus den beiden ersten braunschweigischen Wahlkreisen statt. Man beschloß, für dieses Mal von der Aufstellung eines Kandidaten für den Wahlkreis Wolfenbüttel-Helmstedt abzusehen, im unmittelbaren Anschluß an die Wahl aber in lebhafter Agitation für die freisinnige Partei einzutreten und die Wahlkreise Braunschweig I und II zu organisieren."

Trotzdem erscheint, da die Antisemiten deutschsozialer Richtung — sehr zum Aerger der Agrarier — ausdrücklich beschlossen haben, ihren Anhängern die Wahl zwischen Kleye und R.-A. Dedekind, dem Kandidaten der braunschweigischen Rechtspartei, freizustellen, eine Entscheidung im ersten Wahlgange nahezu ausgeschlossen.

Interessant ist die Entwickelung der welfischen Frage in Braunschweig. Seitens der „Ordnungsparteien" wird behauptet, daß von den „extrem welfischen" Kreisen die Abgeordneten der beiden anderen braunschweigischen Wahlkreise, Kreisdirektor Langerfeld und Notar von Damm, als ihre Parteianhänger in Anspruch genommen werden. Es wäre daher eine starke Arroganz, nun auch noch den dritten braunschweigischen Wahlkreis mit einem ausgesprochenen Welfen (Dedekind) besetzen zu wollen. Hierin liegt zweifellos eine maßlose Uebertreibung. Von einer Agitation der braunschweigischen Rechtspartei nach dem Muster der welfischen Partei in Hannover kann gar keine Rede sein; die braunschweigische Bevölkerung hat sich mit den Ereignissen des Jahres 1866 vollkommen abgefunden; nur wenn sie sich durch gewisse bureaukratische Unliebenswürdigkeiten Preußens brüskiert fühlt, kommt die alte Mißstimmung für einige Zeit wieder zum Vorschein, aber bei der ganzen Bevölkerung, ohne Rücksichtnahme auf die politische Parteistellung. Uebrigens dürfte auch diese Streitfrage wohl am längsten die Oeffentlichkeit beschäftigt haben, vorausgesetzt, daß Herr Kleye, wie man aber wohl annehmen darf, gut unterrichtet ist; er erklärte nämlich in einer Wählerversammlung zu Helmstedt:

„Meines Erachtens können wir unter die braunschweigische Frage einen Strich machen; sie ist jetzt auf eine gute Grundlage gestellt, und ich begehe keine Indiskretion, wenn ich sage, daß unser Regent, Herzog Johann Albrecht, bemüht ist, die etwa noch vorhandenen persönlichen Differenzen auszugleichen; ich weiß aus ganz zuverlässiger Quelle, daß auch der Herzog von Cumberland mit der jetzigen Lage der Dinge zufrieden ist. Durch den, jedenfalls mit Wissen und Zustimmung des Kaisers erfolgten Eintritt des jungen Prinzen Ernst August in das deutsche (bayerische, D. Red.) Heer ist die endgültige Lösung der Frage angebahnt, und man darf hoffen, daß sie nicht allzu lange auf sich warten lassen wird."

Die im Wahlkreise nur spärlich vertretenen Anhänger des Zentrums dürften voraussichtlich für Dedekind stimmen, da Herr Kleye in einer Versammlung in Wolfenbüttel erklärt hat, er würde sich „unter allen Umständen dem sozialdemokratie- und zentrumfeindlichen Block anschließen".

Die hessische Landesorganisation der deutschsozialen Antisemiten motiviert ihre für die jetzigen Wahlen erfolgte Selbständigmachung damit, daß sowohl früher im hessischen Bauernbund wie nach Fusionierung des Bauernbundes mit dem Bund der Landwirte es dieser Organisation an politischer Geschlossenheit und an der nötigen „strammen Fraktionsdisziplin" gefehlt habe; daher die „verhältnismäßige Machtlosigkeit" des Bundes. Also urteilt Herr Dr. Will M[illegible]r, der bekannte Darmstädter Antisemitenführer, in dem [illegible]sch-sozialen Parteiorgan über die politischen Erfolge des B[illegible]kelschen Bauernbundes und des Bundes der Landwirte. Als vorläufiges Hauptziel der antisemitischen Organisation, welche insgesamt 7 Kandidaten für die Landtagsneuwahlen aufgestellt hat, wird ganz offen ausgesprochen die Bildung einer wenn auch anfangs noch kleinen Gruppe der „Wirtschaftlichen Vereinigung", um die sich die in der bündlerischen Fraktion organisierten agrarischen Elemente kristallisieren sollen.

Die deutsche Mittelstands-Vereinigung hält in der Zeit vom 19.—22. d. M. ihre fünfte Generalversammlung in Düsseldorf ab. Abgesehen von dem politisch bisher noch farblosen Syndikus der Düsseldorfer Gruppe, Assessor Stocky, figurieren als Referenten ausgesprochene Zünftler und bekannte Parteigänger des politischen Antisemitismus, nämlich außer Herrn Rahardt der Oberantisemit Th. Fritsch-Leipzig, ferner die aus der „Berliner Bewegung" bekannten Dr. Wegener-Steglitz und Postsekretär Stockmann, der schon wiederholt für die Antisemiten kandidiert hat; der weiterhin als Referent genannte Kaufmann Joh. Janssen-Barmen steht u. W. den Antisemiten ebenfalls nahe. Auch der der freikonservativen Partei als Hospitant angehörige Danziger Landtagsabg. Karow hat ein Referat übernommen.

Auf der Generalversammlung dürfte es nach dem kräftigen Präludium, das schon jetzt von der schärferen Tonart derer um Rahardt und Buchholz gegen die sog. Düsseldorfer Rich-

tung wegen der von dieser befürworteten strikten politischen Neutralität angestimmt wird, ziemlich *heiß hergehen*. Auch gegen das *Zentrum*, mit dem die Düsseldorfer Richtung gern eine nähere politische Verbindung suchen möchte, wird in dem Begrüßungsartikel der „Deutschen Volkspost", des offiziellen Organs der Mittelstands-Vereinigung, ein ungemein *kriegerischer* Ton angeschlagen. Es heißt darin u. a.:

„Solange das *Zentrum die* Mittelstandspolitik treibt, die wir von ihm verlangen, ist es uns als *Mitkämpfer* für unsere Sache *willkommen*, aber es *fällt uns nicht* ein, um der *schönen Augen der Zentrumsherren willen denjenigen Parteien den Rücken zu kehren*, die seit Dezennien mit aller Wärme und mit dem gebührenden Nachdruck für die Sache des Mittelstandes eingetreten sind. Daß dies die *Konservativen* und die *Wirtschaftliche Vereinigung* waren, das ist eine anerkannte Sache, zu der wir nichts getan haben, und deshalb bewahren wir ihnen die Treue."

Hier wird also wieder einmal mit dankenswerter Offenheit zugestanden, daß die Mittelstands-Vereinigung bei den politischen Wahlen *Zutreiberdienste* in erster Linie für die *Konservativen und Antisemiten* leistet.

Die Fusionsbestrebungen zwischen dem Deutschnationalen und dem Leipziger Handlungsgehilfen-Verbande sind infolge weiterer Reibereien zwischen beiden Verbänden auf einen *toten Strang* gelaufen. Es hat wegen eines von dem Leipziger Verbande erlassenen Zirkulars an die Prinzipale, worin für eintretende Vakanzen das Stellenvermittelungsbureau des Verbandes empfohlen wird, ein erregter Briefwechsel stattgefunden. Auf das Monitum des Deutschnationalen Verbandes hat der Leipziger Verband kühl geantwortet:

„Leipzig, am 12. August 1908.

An den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband,
Hamburg.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Zuschrift vom 3. ds., *lehnen es aber ab*, Ihnen Erklärungen über unsere geschäftlichen Maßnahmen zu geben.

Glauben Sie gegen unsere Handlungsweise „Stellung nehmen zu müssen", so werden wir uns darüber *nicht aufregen*.

Hochachtungsvoll!
Verband Deutscher Handlungsgehilfen.
Der Vorstand.
Bernhard."

Die Freundschaft zwischen beiden Verbandsvorständen ist also sehr bald in die Brüche gegangen.

Vom „Reichsherold". Aus Kassel schreibt man uns:

Der verantwortliche Redakteur und Herausgeber des reformantisemitischen Monatsblattes „Reichsherold", *Wallbach*, hatte gegen den „Büroverband Reform" in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht, in dem er den Verband als ganz minderwertiges, leistungsunfähiges Institut bezeichnete, das sich eine regelrechte Ausbildung seiner Schüler überhaupt nicht angelegen sein lasse. In dem Institut werde so vielerlei gelehrt, daß man selbst nicht wisse, was alles gelehrt werde. Das größte Mißtrauen gegen den Verband sei daher am Platze. Gegen diese Anschuldigungen erhob der Verband Klage, und das Schöffengericht verurteilte *Wallbach* zu 50 Mark Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis; außerdem erkannte das Gericht dem Kläger die Publikationsbefugnis des Urteils auf Kosten des Angeklagten zu. Dem armen „Reichsherold", dem schon manchmal schier der Atem auszugehen drohte, dürfte dieser „Schlag" das Leben endgültig kosten. Da die Reformpartei Wallbach offiziell ausgeschlossen hat, ist es mit dem freideutsch-reformantisemitischen Spuk wohl nun für immer vorbei.

In Bulgarien kann die Sumpfpflanze des Antisemitismus nicht so recht gedeihen, trotz aller verzweifelten Anstrengungen der Antisemiten, da die Behörden — anders als in Rußland — ein wachsames Auge auf die politischen Brunnenvergifter geworfen haben. Es sind daher bisher alle etwa beabsichtigten Pogrome nach russischem Muster im Keime erstickt worden; so jüngst auch in dem *Jassyer Prozeß*. Es war dort von dem als Antisemiten bekannten Direktor des chemischen Instituts gegen 86 *jüdische Schankwirte* ein Verfahren wegen angeblicher Fälschung von Getränken anhängig gemacht worden, in dessen Verlauf die Getränkebestände dieser Wirte konfisziert und auf die Straße gegossen wurden.

Das „Eigenartige" bei diesem Vorgehen war das *Unterlassen* jedweder Inspektion bei *christlichen* Schankwirten. Nur die „jüdischen Getränke" — und zwar alle ausnahmslos — wurden für gesundheitsschädlich befunden. Eine einzige Ausnahme hätte des Chemikers Vorgehen weniger parteiisch erscheinen lassen können. Es hatte aber genügt, daß der Wirt einen jüdischen Namen hatte, um seine Getränke, in denen er sein ganzes Vermögen stecken hatte, auf die Straße gegossen zu sehen.

Gegen eine solche Brutalität protestierten die Beteiligten in einem an den Minister des Innern gerichteten Memorandum. Die Presse erfuhr hiervon und veröffentlichte das Gesuch, was Herrn Sumuleanu, dem Direktor des chemischen Instituts, nicht besonders angenehm war. Er fühlte sich beleidigt und verklagte alle Gesuchschreiber wegen Verleumdung. Die Jassyer Behörden merkten, worauf es den Prozeßführern ankäme und trafen alle Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von „Ordnungsstörungen" aus diesem Anlasse. Als Beweis, daß solche Maßnahmen gerechtfertigt erschienen, mag die Angabe des Anwalts Abgar Briclin dienen, welcher ganz offen erklärte, daß die jüdischen Wirte *nur* den *Christen gesundheitsschädliche* Speisen und Getränke vorsetzen und daß aus diesem Grunde ein *Rückgang in der christlichen* zugunsten der jüdischen Bevölkerung zu beobachten wäre. Diese lügenhafte und blödsinnige Behauptung hatte natürlich den Zweck, die Massen gegen die Juden aufzureizen und Krawalle zu verursachen. — Es ist ihm diesmal aber noch nicht gelungen, weil der Prozeß nicht zu Ende geführt werden konnte.

Das „Central-Vermittelungs-Bureau" von Wilhelm Hartenfels in Frankfurt a. M. hat auf die Annonce eines Hamburger *christlichen* Kaufmannes, welcher sich „die Offerten von Maklern und Vermittelungsbureaus verbeten" hatte, wie es Tausende von Inserenten tun, welche die direkte Verbindung vorziehen, diesem einen Brief geschrieben, der folgende antisemitische Invektiven enthält:

„Stünden wir auf Ihrer Kulturstufe, so würden wir sagen: „Sie sind ein ungehobelter, grober Flegel!" So aber konstatieren wir: Der Vermerk Ihres Inserates: „Makler und Agenten Papierkorb" argumentiert uns, daß Sie sehr krank geworden sind, schwindsüchtig am Geldbeutel, verhunzt im „Oberstübchen" und ordinär im „Herzen". Wenn Sie noch ein *Milligramm von Anstandsgefühl* im zerrissenen Herzen haben, zeigen Sie uns doch, bitte, einmal so viel Mut, uns Ihren goldenen Namen zu nennen, damit wir Ihre schmutzige Wirtschaftswäsche einmal etwas genauer untersuchen können! Das sind stets zweifelhafte Helden, die in einen schmutzigen Sack hineinheulen, ohne so viel Kurage zu zeigen, dem anzugreifenden Gegner mit offenem Visier entgegenzutreten. *Moses wollen wir heißen*, wenn Sie nicht als Cohn, Katz oder wie die Edlen des „auserwählten Volks" alle benamset sind, zu der *Schlangenbrut* zählen, die mit zertretenem Kopf den Giftzahn zur sonderbaren Erbauung gesund denkender deutscher Männer zückt, um vermeintlich „Naive" und „Harmlose" über den stinkenden Sumpf Ihrer wahren, faulen Geschäftslage verschmitzt verlogen hinwegzutäuschen. So ein *Held der Professionslüge* muß diesen Zweig edler Kultur schon von Kindesbeinen an systematisch geübt haben, um endlich darin solche Meisterschaft zu erlangen. Wie wär's *Cohnche*, mit em e falsche „*Bankeruttche*", was? Zentral-Vermittlungs-Bureau für Immobilien, Associationen usw. W. Hartenfels."

Auch ein Beitrag zur Kulturhöhe der antisemitischen Bildung!

Vermischtes.

Juden im Heere. Aus Bayern erhalten wir von beteiligter Seite folgende Informationen über jüdische Offiziere in der bayerischen Armee*):

„Ich habe behauptet, es gibt heute noch hin und wieder in Bayern aktive, ungetaufte jüdische Offiziere und Militärbeamte. Nachstehend der Beweis!

In München lebt der kgl. bayer. Hauptmann zur Disposition Max Hollerbaum, welcher im k. Bezirkskommando München verwandt wird. Er ist religiöser Jude! Ein anderer jüdischer Offizier ist der, allerdings nicht mehr aktive, kgl. bayer. Hauptmann und Kompagniechef außer Dienst Herr Maximilian Marx in München, Sohn des verstorbenen aktiven kgl. bayer. Majors Isidor Marx in München.

Ein aktiver Offizier ist ferner der kgl. bayer. Major O.; der Garnisonort ist mir zurzeit nicht bekannt! Derselbe ist als Oberleutnant aus dem Judentum ausgetreten und vor einigen Jahren anläßlich seiner Heirat wieder Jude geworden! Ferner ist ein k. Hauptmann K. und ein k. Leutnant K. vorhanden. Vor einigen Wochen erst wurde ein jüdischer Hauptmann der Reserve K., der bis dahin in Deutsch-Südwestafrika diente, als aktiver k. Hauptmann in die bayerische Armee übernommen. Auch sonst sind im letzten Dezennium mehrere jüdische Reserveoffiziere in die aktive bayerische Armee ungetauft, d. h. als Juden, übernommen worden. Der kgl. bayer. Major Wilhelm Friedmann in Straubing hat sich erst vor einigen Jahren als k. bayer. Hauptmann infolge eines Zwischenfalles katholisch taufen lassen.

Weitere ungetaufte aktive jüdische Offiziere sind der kgl. bayer. Militärintendanturbausekretär und Abteilungsvorstand Ignatz Schulherr in München, der k. bayer. Kriegsgerichtsassessor Dr. F. und der k. bayer. Kriegsgerichtsassessor Dr. A., ferner die aktiven k. Stabs- und Bataillonsärzte, also Hauptleute Dr. F, Dr. St. und Dr. M. Ferner die k. Oberärzte Dr. H., Dr. S. und Dr. F.

Vor drei Wochen erst wurde der aktive k. Stabsarzt Dr. Julius Dreschfeld und etwas früher der aktive kgl. Stabsarzt Dr. David Roßnitz in Germersheim (jetzt München) pensioniert!

Aktive jüdische Sanitätsoffiziere könnte ich noch eine ganze Anzahl mit Namen anführen, ebenso andere Offiziere und Militärbeamte! Ich denke aber, ich habe auch in vorstehendem den Beweis erbracht, daß es in Bayern wirkliche Gleichheit gibt.

Bemerken möchte ich noch, daß es auch einen jüdischen Militärkapellmeister K. gibt und einen getauften mit Namen Kaufmann vom 19. bayer. Inf.-Regt. in Erlangen."

Dem verstorbenen italienischen Kriegsminister General Ottolenghi hat Kaiser Wilhelm II., wie die Hinterbliebenen des Verstorbenen in einem Schreiben an die „Augsb. Postztg.", welche eine unwahre Behauptung über Ottolenghi gebracht hatte, mitteilen lassen, anläßlich seiner beiden Besuche in Rom eigenhändig zwei hohe Ordensauszeichnungen angelegt. — Wenn der oberste deutsche Kriegsherr einen jüdischen Offizier — freilich einen Ausländer und Kriegsminister — einer so hohen Ehre würdigt, kann er die systematische Uebergehung jüdischer Offiziersaspiranten in seiner eigenen Armee unmöglich gutheißen.

Ein Monument für den französischen jüdischen Kapitän Braun. In einem Städtchen in der Nähe von Paris, in Levallois-Perret, wurde dieser Tage das Denkmal des Kapitäns Salomon Braun, der im Alter von 30 Jahren im Dienste seines Vaterlandes den ehrenvollen Tod gefunden hatte, feierlichst enthüllt:

Die Feierlichkeit wurde vom Marineminister M. Thomson eingeleitet. In glänzender Rede schilderte der Minister die Tapferkeit und Ausdauer des jungen Offiziers, der mit einer gefährlichen Mission betraut wurde und der Uebermacht unterlag. Salomon Braun wurde am 9. Juli 1868 in Levallois-Perret geboren. Er war das Kind sehr armer Eltern, sein Vater stammte aus Polen, seine Mutter war eine Elsässerin. Unterstützt und gefördert durch Lehrer und Gönner wie Josef Derenbourg wurde ihm ein Freiplatz im Lycée Carnot gewährt und wurde er nach harter Arbeit und vielen Entbehrungen später in die polytechnische Hochschule aufgenommen, die er nach Absolvierung derselben als Offizier der Marine-Artillerie verlassen hat. Nachdem er in den Regimentern, welche den Sudan okkupierten, mit Erfolg gedient hatte, wurde er der Bretonnet-Mission nach dem Kongo zugeteilt. Hier war es nun im Jahre 1898, als er an der Spitze von 44 Franzosen Tausenden von Arabern gegenüberstand und nach mutigem Kampfe den Heldentod fand, den zu Ehren das soeben enthüllte Denkmal berufen ist

Wie ich ein halbes Jahr meines Lebens verlor? Unter dieser Spitzmarke erzählt Archivar Dr. Brüning-Aachen im „Hammer" mit breiter Selbstgefälligkeit, wie er als Oberprimaner des Gymnasiums in Hohenstein i. Ostpr. im Jahre 1883 einen Klassenvortrag über Gustav Freytags „Soll und Haben" hielt, der, anknüpfend an die Figur des Veitel Itzig, mit maßlosen Gehässigkeiten gegen das Judentum „gewürzt" war. Zum Schluß heißt es dann:

„Es war mir interessant, zu beobachten, wie mein Vortrag, den ich vor der Klasse und neben dem Katheder des Direktors stehend, ganz frei hielt, wirkte. Es herrschte lautlose Stille. Nur von dem Throne säuselte zuweilen ein unbehaglicher Atemzug hernieder, der sich gegen den Schluß zu hartem Räuspern verdichtete. Die Köpfe meiner Freunde, meist Gutsbesitzerssöhne, hoben sich mehr und mehr, und aus ihren Augen blitzte es mir verständnisinnig entgegen. Die Nasenflügel eines ganz besonders guten Kameraden, mit dem ich in den Ferien jagte und ritt, umspielte ab und zu ein humoristisches Lächeln. Er kannte die Getreide- und Spiritus-Juden, die in den ostpreußischen Landstädten wie Riesenspinnen hocken und die agrarischen Fliegen in ihr Netz locken, genau. Die Musterschüler, eine vermuckerte Gesellschaft, die nie einen eigenen Gedanken hatten und ihn auch bei einem anderen als Untat empfanden, senkten die Blicke und krochen in sich zusammen. Und die Juden? Die Abrahamsohn, die Löwenberg und Veilchenstengel? Sie ballten wahrscheinlich die Fäuste, aber unter der Bank. — Der „Direx" brauchte geraume Zeit, um sich von dem schreckhaften Erstaunen zu erholen, in das ihn mein Vortrag versetzt hatte. Dann aber erfolgte die Abkanzelung. Unerhört schien ihm mein Vergehen. Leicht begreiflich, denn er war ein Freisinniger und „Nathan der Weise" sein Morgen- und Abendgebet. Das Ende vom Liede: Ich wurde ein halbes Jahr vom Examen zurückgestellt, weil ich, wie mir mein Ordinarius mitteilte, durch meinen Vortrag gegen die Schuldisziplin verstoßen und eine allgemeine moralische Unreife an den Tag gelegt hätte."

Also weil der Direktor pflichtgemäß diese grobe, unerhörte Taktlosigkeit mit den ihm zu Gebote stehenden disziplinaren Mitteln ahndete, wird er als ein „Freisinniger" verdächtigt. Glaubt denn der Herr Archivar, der auf dieses „Heldenstück" seiner Pennälerzeit anscheinend noch heut sehr stolz ist, daß irgend ein Direktor irgend eines deutschen Gymnasiums, mag er politisch ein noch so intimer Anhänger Stöckers oder Liebermann von Sonnenbergs sein, es vor seinem Gewissen verantworten könnte, eine solche beispiellose Verhöhnung der Schuldisziplin ungeahndet zu lassen? Das fehlte gerade noch, daß schon die Schulen zu Tummelplätzen der politischen und konfessionellen Leidenschaften gemacht würden, und daß vielleicht demnächst schon die Herren Sextaner „ex cathedra" über Fragen der hohen Politik ihre geschätzten Ansichten zum besten geben.

Der Voigt-Rummel gehört ganz gewiß nicht zu den „erhebenden Momenten" in der Kulturgeschichte unseres Volkes; man sollte sich aber auch davor hüten, die Geschmacklosigkeiten einzelner Preßorgane über Gebühr aufzubauschen. Natürlich ist eine gewisse Presse, wie u. a. die „Deutsche Welt", sofort bei der Hand, daraus den „jüdisch-demokratischen" Blättern einen Strick zu drehen. Der „Lokal-Anz.", der bei diesen unwürdigen Manifestationen eine führende Rolle gespielt hat, ist, wie man in diesem Lager auch ganz gut weiß, kein „jüdisches Blatt". Die „Deutsche Welt" schlägt sich mit dieser Behauptung aber auch selber ins Gesicht. Herr Fritz Lienhardt, der Schreiber des betreffenden Artikels, hebt mit vollem Recht hervor, daß in „der Liste dieser blamablen Entgleisungen des Volksurteils doch der Empfindsam-

*) Der Verfasser hat uns die vollen Namen der im Text aufgeführten jüdischen Offiziere angegeben; wenn einzelne hier nur mit dem Anfangsbuchstaben genannt werden, so geschieht dies aus für unsere Leser leicht erkennbaren Gründen. D. Red.

keitskoller der Königlich sächsischen öffentlichen Meinung um die weiland Kronprinzessin und jetzige Frau Toselli nicht vergessen" werden darf, und fügt dann hinzu:

„Damals bekamen wir den ersten üblen Geschmack von der Perversität, deren das Königlich sächsische „Gemüt" fähig ist. Die zweite Probe gab uns dann die Entrüstung und süße Verzückung um Grete Beyer. In der Tat — das durch slavische Mischung und allzuviel Industrie nervenschwach gewordene Sachsen und das großstädtisch entartete Berlin sind im Punkte der Entgleisungen des Volksempfindens einander sehr nahe verwandt und durchaus ebenbürtig."

Also in Sachsen, wo, wie Herr F. L. sicher sehr gut weiß, es eine „jüdische Presse" überhaupt nicht gibt, sondern die brave mittelparteiliche Ordnungspresse die „öffentliche Meinung" macht, muß der „slawische Einschlag" und die starke Entwickelung der Industrie die Rolle des jüdischen Prügelknaben übernehmen. Sollte es in gebildeten Kreisen wirklich Leute geben, die eine solche geistreiche Entdeckung ernst nehmen?

Mehr Schamgefühl. Gegen die überhandnehmende „Schamlosigkeit in der Damenmode" wird in der Presse und von der Kanzel, von berufenen und unberufenen Sittenpredigern zu Felde gezogen. Natürlich sind es die „putzsüchtigen Jüdinnen", die nach der Behauptung antisemitischer Blätter mit dem schlechten Beispiel vorangehen. Da ist es denn interessant, in der „Germania" zu lesen, wie ein Katholik Dr. K., im Anschluß an die jüngst durch die Presse gegangene Philippika des amerikanischen protestantischen Geistlichen Dr. Liston Batz in St. Louis sich auf Grund eingehender Spezialstudien über Schamgefühl und Konfession äußert:

„Wir stehen nicht an, uns dem Protest des wackeren Amerikaners aus voller Ueberzeugung anzuschließen. Was dieser beklagt, ist ja überall, ist auch bei uns zu konstatieren, nämlich der bedauerliche Mangel an Schamgefühl, den im allgemeinen die heutige Frauenwelt — selbst teilweise die katholische! — bekundet. Wir haben allerdings noch keine Damen im Herrensattel, aber im übrigen stehen unsere Damen hinter den amerikanischen in der Kunst, sich möglichst „vorteilhaft" dem Auge zu präsentieren, in keiner Weise zurück. Das Dekolletieren haben jene ja erst von den unseren gelernt, und wer einmal am Strande die heutigen „Familienbäder" betrachtet, die ja in Wirklichkeit diesen Namen gar nicht verdienen, der muß sagen, daß auch bei uns die Frau — und zwar nicht bloß die Jüdin! — das Höchstmaß der „Unbefangenheit" erreicht hat. Katholische Kirchgängerinnen, ja Kommunikantinnen in einem Aufzug, als gingen sie zum Konzert, in ausgeschnittenen, durchsichtigen, kurzärmeligen Blusen mit buntem Gürtel und engem Kleid ohne hinreichenden Unterrock, sind leider heute keine Seltenheit mehr, und an die Unverfrorenheit, bei Trauungen im völlig dekolletierten Ballkleide vor dem Altare zu erscheinen, haben wir uns ja auch schon gewöhnt. Hier liegt eine wahre Inferiorität, eine Inferiorität der katholischen Frau vor, an deren Beseitigung alle Freunde der guten, christlichen Sitte mit Ernst herantreten sollten. Leider aber herrscht heute bei Beurteilung dieser Schamlosigkeiten in der weiblichen Kleidung eine ziemliche Weitherzigkeit, und es ist betrübend, daß in diesem Punkt ein amerikanischer Prediger unser sittliches Bewußtsein schärfen kann."

Daß die Modesünden, die so oft das Gefühl der Schicklichkeit vermissen lassen, an keine Konfession gebunden sind, bedarf keines näheren Beweises. Es wird hier von den Vertreterinnen aller Konfessionen gleichmäßig gesündigt. Die Dékolletés gehören aber seit undenklichen Zeiten zum höfischen Zeremoniell und werden bei festlichen Veranstaltungen direkt vorgeschrieben.

„Die Urheimat unserer Väter." (Von M. A. Schmitz du Mulin. Leipzig, Teutonia-Verlag.) Einer Besprechung dieses Buches von B. Nabich in Nr. 34 der „Allg. Dtsch. Lehrerztg." entnehmen wir das Folgende:

„Ein eigenartiges Buch! Mit außerordentlich großer Belesenheit, scharfen, oft kühnen, häufig verblüffenden Schlußfolgerungen, mit einem mystischen Einschlag sucht der Verfasser zu beweisen, daß die Urheimat unserer Väter Kleinasien, das Asenland, war. Vor Jahrtausenden bestanden dort mächtige deutsche Reiche. In jahrhundertlangen Zwischenräumen wanderten die Teutonen (Franken, Sachsen, Thüringer) aus und besiedelten Europa, namentlich die Gegenden der Donau und am Rhein, während erst zur Zeit der Völkerwanderung die Gothen kamen, und zwar aus Zentralasien, und sich schließlich im Norden Europas festsetzten. So sind die Bayern Nachkommen der Trojer; Xanten ist eine Nachahmung Trojas, gegründet von trojanischen Auswanderern. Die Juden haben meist deutsches Blut; die Türken sind den Deutschen stammverwandt, ja der Verfasser vermutet einen Zusammenhang zwischen Tür-ken und Tü-ringe unter Vermittlung von Tor, dem Deutschen Gott. Halbmond, Stern und Kreuz sind heilige Zeichen unserer Vorväter lange vor Christi. Die Patriarchen- und Apostelgeschichte, Homers Heldensagen und die Völkerwanderung erscheinen in ungewöhnlicher Beleuchtung. — Der wissenschaftliche Nachweis im geschichtlichen Teil ist mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt."

Soviel aus der Rezension. Demnach wären die Juden, weil nach dem Verfasser in ihren Adern deutsches Blut fließt, also auch keine echten Semiten, sondern reine Germanen und die Deutschen — rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht — möglicherweise semitischen Ursprungs. Was sagen unsere Antisemiten zu dieser Schlußfolgerung?

Eine Gedenktafel für Heinrich Heine in seiner Vaterstadt Düsseldorf ist am 25. v. M. an dem Hause in der alten Bolker Straße, wo der Dichter vor 111 Jahren das Licht der Welt erblickt hat, angebracht worden:

Bis jetzt war das Haus, das Heine in den „Reisebildern" selbst geschildert hat, nur mit einer kleinen unscheinbaren Tafel geschmückt, die die Inschrift trug: „Geburtshaus von Heinrich Heine". Die prächtige Bronzetafel, die alle Vorübergehenden fesseln wird, ist von Herrn Felix Marcus in Brüssel gestiftet worden, dem auch die Tafel an dem Hause in der Taubenstraße in Berlin, wo Heine als Student gewohnt hat, zu danken ist. Das Bronzerelief ist von dem bekannten Bildhauer Hugo Beerwald modelliert; es ist der Heine-Kopf, den Ludwig Grimm, der Bruder von Jakob und Wilhelm Grimm, 1827 in Kassel gezeichnet hat. Darunter steht folgende, sehr glücklich gewählte Inschrift aus den „Reisebildern": „Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön, und wenn man in der Ferne an sie denkt und zufällig dort geboren ist, wird einem wunderlich zu Mute. Ich bin dort geboren, und es ist mir, als müßte ich gleich nach Hause gehen."

Die alte Tafel soll nunmehr am Hinterhause angebracht werden, das wohl noch ganz so erhalten ist wie zu Heines Zeit, während das Vorderhaus wiederholt umgebaut wurde. Viele behaupten sogar, daß Heine im Hinterhause geboren worden sei. Mindestens ist dort noch die Linde erhalten, von der er wiederholt spricht, und der Hühnerwinkel, worin ihn der Vater gewöhnlich einsperrte, wenn er Trauben genascht, und die braune Tür, worauf die Mutter ihn die Buchstaben mit Kreide schreiben lehrte. Wie es heißt, soll Herr Marcus nun auch noch beabsichtigen, eine dritte Tafel — mit dem Bronzerelief von David d'Anglotz — an dem Hause Nr. 50 in der Rue d'Amsterdam in Paris anzubringen, wo Heine auf seiner Matratzengruft lag, und wo er auch gestorben ist.

In Düsseldorf soll demnächst auf Anregung des bekannten Heine-Biographen Dr. Gustav Karpeles ein Heinearchiv und eine Gesellschaft begründet werden, deren Zweck es sein wird, den Mittelpunkt zu bilden, um den sich die Forschung über diesen Dichter gruppieren soll und die sein Andenken pflegen will. Die angesehensten Männer verschiedener politischer und literarischer Richtungen in Stadt und Land haben dem Unternehmen bereits ihr Interesse und ihre Teilnahme zugesagt.

Ueber das Geburtshaus Heines und seinen jetzigen Besitzer wird der „Frankf. Ztg." noch geschrieben:

„Die Notiz über Heine und Düsseldorf erinnert mich wieder an ein persönliches Erlebnis, das ich schon längst einmal öffentlich bekannt machen wollte. Vielleicht lohnt es sich bei dieser Gelegenheit, für die Nachwelt aufzuzeichnen, wie sich Düsseldorf zu Anfang des 20. Jahrhunderts seines bis dahin immer noch größten Sohnes würdig zeigte. Im Jahre 1904 verlangte ich nach einem Besuche der damals gerade veranstalteten Ausstellung von einem der am Eingang haltenden Kutscher, er solle mich nach Heines Geburtshaus in der Bolkerstraße fahren. Der Aermste, der mich erst gar nicht verstehen konnte, wandte sich nach meinen weiteren Auseinandersetzungen an einen Kollegen mit der im schönsten Niederrheinisch gestellten Frage: „Du, Heinrich Heine in der Bolkerstraß — was ist das für'n Geschäft?" Da der andere „das Geschäft" ebensowenig kannte, so fuhren wir ruhig drauflos nach Bolkerstraße 53, und hier erkannte ich an einer Gedenktafel — die also damals schon vorhanden war — sofort das gesuchte Haus. Man

wies mich an den Eigentümer, der im zweiten Stock wohne. Herr v. d. Beck, ein biederer Metzgermeister, empfing mich mit der größten Freundlichkeit, zeigte mir das im Hofe stehende Hinterhaus — denn in dem sei der Dichter geboren — und holte mit wohltuender Pietät zwei kleine Heine-Reliquien hervor, die er bei Reparaturarbeiten im Hause gefunden hatte: ein Tintenfaß und einen Ring mit Inschrift. Auch die Ansichtskarte, die ich Ihnen zum Beleg mitschicke, ist ein rein persönliches Zeichen der Verehrung des wackeren Herrn v. d. Beck für Heine und seine Geburtsstätte. Er habe, so sagte er mir, die Karten auf seine Kosten herstellen lassen, wie denn überhaupt von der Oeffentlichkeit, zumal von der Stadt Düsseldorf, noch nie etwas für das Heine-Haus geschehen sei. Fremde kämen deshalb sehr selten, und er freue sich um so mehr, manchmal einem Getreuen des Dichters Auskunft geben zu können. Einmal freilich habe man ihn zu einer Versammlung in Köln eingeladen und ihm eine Geldsumme — ich glaube, er nannte 200 bis 300 M. — dafür geboten, daß er die Gedenktafel beseitigen lasse. Er war zuerst geneigt, darauf einzugehen, weil er für das Geld eine Büste des Dichters anschaffen und vor dem Hause aufstellen wollte. Als man aber von ihm verlangte, er solle sich verpflichten — durch Unterschreiben eines Reverses, wenn ich mich recht erinnere — nie wieder in irgend welcher Form an die Bedeutung des Hauses zu erinnern, ging er auf und davon. So erzählte mir damals — es muß Sonntag, der 29. Mai 1904 gewesen sein — Herr v. d. Beck, indem er mich ermächtigte, gegebenenfalls von seiner Mitteilung öffentlich Gebrauch zu machen."

Schade, daß die Namen dieser Patrioten nicht genannt werden. Die Herren Adolf Bartels, Max Bewer und Konsorten würden ihnen gewiß ein begeistertes Loblied singen.

Feuilleton.

Varnhagen von Ense und Rahel Levin.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Nachdruck verboten.)

Am 4. September 1908 ist ein halbes Jahrhundert verflossen, seitdem der ausgezeichnete Diplomat, Schriftsteller und freisinnige Politiker Varnhagen von Ense in seinem Hause, Mauerstraße 36, zu Berlin seine müden Augen für immer geschlossen. Ein intimer Freund Wilhelm und Alexander von Humboldts, Ludwig Uhlands, Ferdinand Lassalles und anderer liberaler Führer jener Zeit, hat er in Wort und Schrift in rühmlicher Weise für die Gewissens-, Glaubens- und geistige Freiheit gekämpft. In seinen „Tagebüchern", wie in seinen sonstigen Schriften findet sich eine Fülle bedeutsamer Aussprüche, die rühmliches Zeugnis von der Unabhängigkeit der Gesinnung, dem lauteren Charakter und der idealen, großzügigen Richtung seines ganzen Wesens ablegen. Er muß zu den Großen im Reiche der Humanität gezählt werden, deren Verdienste unvergänglich sind und deren Name noch in kommenden Jahrhunderten mit Anerkennung und Dank genannt werden wird. Ein Staatsmann und Denker, war er zugleich ein granitner Charakter, den das reaktionäre Treiben in der tiefsten Seele anwiderte und der warnend seine Stimme gegen ein Gebaren erhob, das nur dazu beitragen konnte, die Gemüter zu verhetzen, die vorhandene Kluft zwischen den einzelnen Klassen und Rassen noch mehr zu erweitern und, statt die Gegensätze zu versöhnen, sie zu verschärfen. Er hat ein schönes Wort gesprochen, das so recht sein ganzes Denken und Sinnen kurz zusammenfaßt: „In dem Leben der Menschheit ist alles gewissermaßen eben nur eine Entwickelung, das Einzelne gehört dem Ganzen an, aber auch das Ganze dem Einzelnen". Daß ein Mann, in dessen Salon alle diejenigen verkehrten, die ihre ganze Kraft daransetzten, die alten eingewurzelten und eingerosteten Vorurteile zu beseitigen und eine neue Zeit der Freiheit heraufzubeschwören, alles aufbot, um auch für die damaligen Parias der Menschheit, die Israeliten, zu kämpfen, und die Judenemanzipation im vollsten Sinne des Wortes und ohne jede Einschränkung und Klausel herbeizuführen, versteht sich von selbst. In seinen schon genannten „Tagebüchern" findet sich manches treffende und anerkennende Wort über die stets Unterdrückten und geringschätzig Behandelten jüdischen Stammes. So bemerkt er einmal, anknüpfend an die Lektüre des Werkes: „Die religiöse Poesie der Juden in Spanien" von Dr. Michael Sachs, dem bekannten Berliner jüdischen Kanzelredner:

„In dem Buch gelesen und viele Betrachtungen über Juden angestellt; die Zähigkeit und Ausdauer des Volkes ist merkwürdig und mit ihrer wesentlichen, aber tiefsten Frömmigkeit in engstem Zusammenhang. Sie haben dem allgemeinen Bildungsgange der Menschheit den ausgestoßenen Jesus gegeben, dann Spinoza und geben noch täglich die außerordentlichsten Kräfte ab in Tausenden von Getauften und Nichtgetauften, ohne daß ihr innerer Bestand ärmer wird."

Varnhagen von Ense, der am 21. Februar 1785 in Düsseldorf, der Hauptstadt des Niederrheins und der Heimat Heinrich Heines, das Licht der Welt erblickt hatte, sog freiheitlichen Geist, der von jeher in jenem Lande herrschte, gleichsam von Kindheit an in sich ein. Ein starrer Liberaler konnte er sich die deutsche Einheit ohne die deutsche Freiheit nicht denken, und als er im Jahre 1816 zum preußischen Ministerresidenten am Hofe zu Baden ernannt wurde, verwaltete er denn auch dieses Amt in durchaus liberalem Sinne. Der reaktionären Strömung gefiel aber ein solcher Staatsmann nicht, der gar kein Zeug zu einem Streber in sich hatte, und die Folge davon war, daß ihm der Gesandtschaftsposten in — Nordamerika angeboten wurde. Er verstand diesen Wink mit dem Zaunpfahl; als Geheimer Legationsrat privatisierte er fortan in Berlin bis an sein Lebensende, sich mit schriftstellerischen Arbeiten beschäftigend und aufs eifrigste bemüht, den freiheitlichen Gedanken Eingang in Staat und Verwaltung zu verschaffen. In fortgesetzter, lebendiger und inniger Fühlung mit den maßgebenden Richtungen in jener Zeit und in regster Korrespondenz mit den namhaftesten Publizisten und Staatsmännern lebend, geißelte er ohne Rücksicht nach oben und unten die Schildknappen des Rückschrittes, stets darauf bedacht, für den Fortschritt und die Kultur des deutschen Volkes zu retten, was zu retten war; er fühlte sich von dem Tun und Treiben der Finsterlinge so sehr angewidert, daß er im Jahre 1848 radikale Maßregeln gegen sie forderte. Der seit Jahrzehnten bei ihm aufgespeicherte Groll, von dem seine „Tagebücher" deutliche Beweise genug geben, wollte von keinem Kompromiß mit der Reaktion etwas wissen; als man dem preußischen Diplomaten mit den Goetheschen Manieren und Allüren sein Jakobinertum vorwarf, rief er: „Ach was, denken Sie an Kant, und was der sagte, als man die Uebertreibungen der Jakobiner beklagte; er hat gesagt: sie haben ja das Erbrecht noch bestehen lassen."

Für unsere Leser hat Varnhagen von Ense noch eine andere, nicht minder weittragende Bedeutung dadurch, daß er die geniale Denkerin und geistsprühende Philosophin, die vielgefeierte und vielgerühmte Dichterin Israels, Rahel Levin, heiratete und, an ihrer Seite im Mittelpunkt des geistigen und künstlerischen Lebens Berlins in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in glücklichster Ehe lebend, einen Salon schuf, der auf die moralische und intellektuelle Empfindung des modernen Geschlechts von größtem Einfluß wurde. Die jüdische Abstammung dieser Dame berührte ihn nicht im geringsten, ja ich möchte sogar behaupten, daß er gerade deshalb aufs mächtigste sich zu ihr hingezogen fühlte und Jahrzehnte hindurch unter dem Bann ihres Genius stand. Schrieb er ihr doch als Bräutigam in überschwenglicher Weise:

„Als ein Apostel möchte ich leben, in dieser Verrichtung ist mir am wohlsten, fühle ich meine Bestimmung am vielseitigsten erfüllt. Ich sprach bei Pfeffers von Dir, als der dritten Lichtgeburt der jüdischen Nation, die erste und zweite seien Christus und Spinoza der Zeit nach, Du aber dem Inhalt nach die Erste."

Er erblickte in ihr die Verkörperung des Gedankens der Freiheit, der Unabhängigkeit des Besitzes und des Gemütes des jüdischen Stammes. Von dem ersten Augenblick, wo er sie gesehen, bis zum Ableben, ja noch weit über ihren Tod hinaus, bis zu seinem letzten Atemhauch wor er der begeistertste Herold Rahels, hot ihr die herrlichsten Bücher gewidmet und machte es ihm die größte Freude, wenn er wahrnahm, doß ihre Weisheitsaussprüche und ihre genialen Gedankenblitze verständig aufgefaßt und weitergetrogen wurden. Ihre Wahrheitsliebe, die Gabe, den Menschen und Dingen ins Herz zu sehen und offen, mutig und unmittelbar das treffende Wort zu finden und zu sagen, fesselte ihn aufs mächtigste. Die Naturen der beiden Ehegatten ergänzten einander in wunderbarer Weise, sie gab erst seinen vielseitigen Anlagen und Bestrebungen Halt und Mittelpunkt. In diesem Sinne schrieb er ihr einst:

„Du bist mir ja für mein Leben das, was einem Frommen die Bibel sein kann, überall denkt er an sie, bezieht auf sie die Begebenheit und findet ihre Sprache in allem. Sie erfaßt sein Wissen und den ganzen Kreis seiner Freuden und Leiden, sie wird immer mehr das Licht seines Lebens."

Rahel dagegen bekennt:

„Von Dir lernte ich geliebt zu sein, Du hast Neues in mir geschaffen, was mein Wesen mit Befriedigung durchdringt, das wahre, wirkliche Empfangen der Seele, sie nimmt und gibt und so wird ein wahres Leben geboren. Freue Dich, wenn Du wirklich etwas von mir hältst und mein Leben und Sein für ein außerordentliches nimmst, Du hast es ja zu einem menschlichen gestempelt."

Die besten und glänzendsten Eigenschaften Israels offenbarten sich in der in ihrer Art einzig dastehenden Frau, und die großartige Natürlichkeit und die Tiefe ihres Wesens, die so ganz abwich von der Oberflächlichkeit und der Genußsucht so vieler ihrer Geschlechtsgenossinnen, hielten ihn für immer in ihren Bann. Er staunte sie wie ein seltenes Phänomen an, er, der ihr Wesen am treuesten studierte, äußert sich auch in seinen „Denkwürdigkeiten" am klarsten über den Eindruck, den sie auf ihn und seine Zeitgenossen machte, und zwar mit den Worten:

„Ich kann sagen, daß ich in ihrer Gegenwart das volle Gefühl hatte, einen echten Menschen, das herrlichste Gottesgeschöpf in seinem reinsten und vollständigsten Typus vor Augen zu haben. Ueberall Natur und Geist im frischen Wechselhauche, überall organisches Gebild, zuckende Faser, mitlebender Zusammenhang für die ganze Natur, überall originale und naive Geistes- und Sinnesäußerungen, großartig durch Unschuld und Klugheit und dabei in Worten wie in Handlungen die rascheste und gewandteste zutreffendste Gegenwart, dies alles war durchwärmt von der reinsten Güte, der schönsten stets regen und tätigen Menschenliebe, der lebhaftesten Teilnahme für fremdes Wohl und Wehe. Die Vorzüge menschlicher Erscheinung, die mir bisher einzeln begegnet waren, fand ich hier beisammen, Geist und Witz, Teilnahme und Wahrheitsliebe, Einbildungskraft und Laune, verbunden zu einer Folge raschen, leisen, graziösen Lebensbewegung, welche gleich Goethes Worten ganz dicht an der Sache sich halten, ja, diese selber sind und mit der ganzen Macht ihres tiefsten Gehalts augenblicklich wirken. Neben allen Größen und Schärfen quoll aber auch immerfort die weibliche Milde und Anmut hervor, welche besonders den Augen und dem edlen Munde den lieblichsten Ausdruck gaben, ohne den starken der gewaltigsten Leidenschaft und des heftigsten Aufwallens zu verhindern."

Varnhagen war, wie gesagt, ein starrer Liberaler, der, jeden Kampromiß verschmähend, seine Grundsätze nie verleugnete. Doch glaube man nicht, daß er internationalen, kosmopolitischen Anschauungen in der Palitik huldigte, vielmehr gehörte er zu den begeistertsten deutschen Patrioten, die schon zu einer Zeit für deutsche Einheit und ein Deutsches Reich schwärmten, als solche Anschauungen von Obrigkeits wegen noch streng verpönt waren. Auch Rahel wor eine glühende Patriotin, und dieser Umstand bildete nicht minder ein einigendes Band zwischen ihnen. Es muß hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß Rahel ebensogut wie ihr Bruder, der Dichter Ludwig Robert, zu den eifrigsten Parteigängern Fichtes, des großen Erziehers der deutschen Nation zur Voterlandsliebe, gehörte. Entzückt lauschte sie seinen flammenden Reden, die der berühmte Philosoph vor einem Jahrhundert in Berlin über deutsche Einheit und Freiheit hielt. Als sie 1800 in Poris war, rühmte sie sich mit Stolz, daß sie eine deutsche Jüdin sei. Ihr Glaube und ihre politische Ueberzeugung lebten in bester Hormonie miteinander. Tief verwochsen mit ihrer Vaterlandsliebe wor ihre unwandelbore Verehrung für Friedrich den Großen, der das schöne Wort gesprochen, daß in seinem Staote jeder nach seiner Fassan selig werden könnte. „Sonst kannte Preußen stolz sein", sagte sie einmal, ihren Blick von der traurigen Gegenwart ablenkend, „und Friedrich II. wog uns in die Höhe van Europa. Wir hatten alle einen Teil von seinen Siegen, von und an seiner Einsicht, ich auch. Nichts wäre ich bei meiner Geburt ohne ihn, er gab jeder Pflanze Raum in seinem sonnenzugelassenen Lande, und eine Ehre war es, sich daher zu nennen, und wirklicher Vorteile für Leben und Geist."

An diesen Grundanschauungen hielt sie Zeit ihres Lebens fest, indem sie das Preußen Friedrichs II., das die konfessionellen Schranken durchbrach und den Menschen nicht nach seiner Religion, sondern nach seinem Tun und Lassen beurteilte, das Land, in dem der große und gerechte Geist des Philosaphen von Sanssouci waltete, immerdar im Herzen trug. Daher glühte sie auch für den Prinzen Lauis Ferdinand van Preußen, in dem sie einen Helden von Friedrichs Art erblickte, und als er sich bei Saalfeld aufgeopfert hatte, weinte sie ihm Tränen echter Freundschaft nach, und ihre Verzweiflung kannte keine Grenzen. Die Liebe zum Vaterlande und zum Staate ging mit ihr aber Hand in Hand mit dem Gefühl für edles und wahres Menschentum. Daher war ihr Patriotismus ganz frei von aller chauvinistischen Beimischung, jede menschliche Größe imponierte ihr und erschien ihr als der Ausfluß einer göttlichen Kraft. Wie sehr ouch ihr Nationalgefühl durch Napoleon gekränkt war, so konnte sie doch nicht umhin, die Bedeutung dieses Mannes, der im Sinne Friedrichs des Großen und noch weit über ihn hinausgehend, die staotsbürgerliche Freiheit für alle Konfessionen brachte, aufrichtig zu bewundern. Noch 1814, nach seiner Abdankung und Verbannung, rief sie staunend aus: „Das größte ist mir, daß Napaleon sich zum Kaiser machte und nicht ruhte, bis er es nicht mehr war. Alles er selbst, wer hätte ihn angetastet. Man muß es nicht vergessen, der Mann hat ganz allein, wie Macbeth, fünf Akte gespielt. Seine Zauberschwestern kennt man noch nicht." (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

An unsere Herren Mitarbeiter. Wir sind mit Manuskripten zurzeit so reichlich versehen, daß wir den Stoff nur allmählich unterbringen können. Wir können daher nur ganz aktuellen Fragen Raum gewähren und müssen alle uns zugesandten Aufsätze über Themata, die des Reizes der Neuheit ermangeln, zurückstellen.

N. B. in G. Sie können unmöglich verlangen, daß wir von jeder antisemitischen Torheit oder von jedem antisemitischen Wahnwitz Notiz nehmen. Wenn jetzt ein russisches Blatt „Wjetsche" zur „Lösung der Judenfrage" den Vorschlag macht, daß nach dem Beispiel Amerikas, wo angeblich Verbrecher durch Kastrierung „unschädlich" gemacht werden, ein „Judenkastrierungsgesetz" in Rußland eingeführt werde, das, wie zur Empfehlung hinzugefügt wird, jedenfalls „für die Juden besser wäre als die periodischen Pogrome", so gehört das eben auch zu dem Kapitel gemeingefährlichen politischen Irrsinns, von dem wir jüngst schon einige Proben mitgeteilt haben.

M. H. in E. Ihnen ist auf Ihrer Durchreise durch Schlawe i. P. aufgefallen, daß die dortige Firma Heil & Radetzki auf einer Reklametafel am Bahnhof sich als „erstes christliches Geschäft" empfiehlt. Es will also damit wohl zu erkennen geben, daß es auf jüdische Kundschaft verzichtet.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 37. Berlin, den 9. September 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Akademische Rundschau.*)

Die „Akademischen Blätter", nicht die des Kyffhäuserverbandes der Vereine deutscher Studenten, sondern das Organ der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler, haben nach zwölfjährigem Bestehen ihr Erscheinen eingestellt. In einer der letzten Nummern legt noch ein Wissender die Schattenseiten der studentischen Verbindungen im Reiche dar. Er hebt besonders hervor, daß sie „die Kastenunterschiede verschärfen und eine persönliche Gehässigkeit und Intoleranz innerhalb der akademischen Kreise heraufbeschwören und die freie Meinung durch Einschwören auf einseitige Parteimeinungen erdrücken." — Nun verkehren die siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler, die in nicht unbeträchtlicher Zahl die Hochschulen des Reiches besuchen, vornehmlich in den Kreisen der Vereine deutscher Studenten und der sogenannten „alten" Burschenschaften. Auf sie ist also dieses vernichtende Urteil gemünzt, das um so schärfer eingeschätzt werden muß, da es von einem Freunde dieses Verbindungsstudententums herrührt.

* * *

Im „Kyffhäuser", dem Organe der österreichischen Vereine deutscher Studenten, war vor einigen Wochen der Gedanke zum Ausdruck gekommen, den antisemitischen Vereinen deutscher Studenten im Reiche die Freundschaft aufzukündigen und Seite an Seite mit dem liberalen Allgemeinen Deutschen Burschenbunde (A. D. B.) zu kämpfen.

Die Forderung wirkte wie ein heller Trompetenstoß. Die reichsdeutschen Vereine deutscher Studenten ließen sich hochoffiziell von den österreichischen bestätigen, daß man auch fernerhin im antisemitischen Glauben zusammenstehen wolle. Um die Antisemiten im Reiche noch mehr zu beruhigen, tut der österreichische Waidhofener Verband noch ein übriges, er läßt dem liberalen Deutschen Burschenbunde eine förmliche Absage zuteil werden. Ein Wiener Herr, mit dem urdeutschen Namen Petricevic, bemüht sich darum in der letzten Nummer des „Kyffhäuser" in einem Artikel, der sich eingehend mit dem A. D. B. beschäftigt.

Der Reformbewegung wird zum Vorwurf gemacht, daß sie den großen nationalen Gedanken fern blieb, daß sie ins Hintertreffen geraten sei, daß sie sich nicht national betätigt habe — weil sie die antisemitischen, chauvinistisch-alldeutschen Mätzchen nicht mitmachte.

*) Wir werden von nun ab unter dieser Rubrik allmonatlich eine zusammenfassende Uebersicht über die uns interessierenden Vorgänge auf studentischem Gebiete geben. D. Red.

Der Autor unterzieht dann die Grundsätze des A. D. B. einer abfälligen Kritik, besonders den, daß den Mitgliedern eine allgemein-politische Bildung gegeben werden soll, während der V. D. St. bekanntlich nur eine einseitig-antisemitische Ausbildung für seine Mitglieder kennt. Es heißt da:

„Dieser Grundsatz des A. D. B. wurde praktisch auch noch auf andere Weise verwertet, in dem Philosemitismus. Juden wird der Eintritt in die Burschenschaft gestattet. Polen und Welfen lassen sie zu."

Die Zusammenstellung von Juden, Polen und Welfen ist mindestens grotesk. Bewußte Nationalpolen treten überhaupt in keine deutschen Studentenvereine ein, die haben ihre eigenen Konventikel. Und die Welfen sind wenig mehr als harmlose Idealisten, die nicht mit der Wirklichkeit zu rechnen verstehen.

In dem Artikel wird weiter ausgeführt:

„Während die Korps und die anderen Burschenschaften Deutschlands, die alle noch in den studentischen Unsitten stecken, die der A. D. B. verurteilt, stillschweigend keine Juden mehr aufnehmen seit mehreren Jahren, ist der A. D. B. auch heute noch eine angenehme Unterkunft für Semiten. Wenn jetzt diese Tendenz auch etwas abflaut, seit mehr als zwei Jahrzehnten hat er den Kampf gegen den Antisemitismus geführt. In Nr. 13 des Jahres 1888 der (inzwischen eingegangenen) „Allgemeinen Deutschen Universitätszeitung" stehen von seiten des A. D. B. die heftigsten Angriffe auf die österreichische Studentenschaft ihres Antisemitismus halber, werden die Auflösungen und Verfügungen der Behörden, die uns damals schädigten, gebilligt. Der V. D. St. wurde heftig angegriffen."

Die berechtigten Angriffe gegen das demagogische Treiben der Antisemiten müssen gewirkt haben, sonst würde man nicht immer noch schmerzlich ihrer gedenken.

Der Verfasser schließt mit dem Gelübde: „Wir bleiben den alten Grundsätzen treu." — Zunächst bleibt also in den österreichischen Studentenkreisen in bezug auf den Antisemitismus alles beim alten — aber es kriselt! —

* * *

Ueber „Altes und neues Vereinsstudententum" plaudert derselbe Herr Petricevic im Namen des Waidhofener Verbandes an anderer Stelle. Er führt dazu aus:

„In Oesterreich war der Gedanke der arisch-germanischen Abstammung (O! Herr Petricevic!) verhältnismäßig schnell Gemeingut der deutschen Studentenschaft geworden. Der Einfluß der politischen Parteien, des Liberalismus, der abgewirtschaftet hatte, nachdem er unsägliche Not über Oesterreich gebracht hatte, schließlich auch das Rassenbewußtsein, wie der Gegensatz der Religion, waren Momente, die von dem kühnen Geiste Schönerers (!) erfaßt, eine gewaltige Aenderung in den Anschauungen junger Leute hervorrufen konnten. Der praktische Antisemitismus wurde allerdings von den in Betracht kommenden studentischen Korporationen verschieden vertreten. Den Juden die Genugtuungsfähigkeit abzusprechen (Waidhofener Prinzip), ist ein

Gedanke, welchen die österreichischen Vereine auch noch heute propagieren müssen, da ihm der größte Teil der nationalen Korporationen noch abhold ist."

Das heißt denn doch die Unverfrorenheit auf die Spitze getrieben! Freilich wissen die jüdischen Kommilitonen gegebenenfalls für Unverschämtheiten mit der Waffe zu antworten, aber Helden gegenüber von der Art des Herrn Petricevic wäre allerdings ein anderes Vorgehen gebotener.

Der schreibselige Herr fährt fort:

„Trotzdem uns eine Begründung fast lächerlich erscheint, weil auch wir hier die gesellschaftliche Trennung für etwas Selbstverständliches halten (!), scheint mir doch der praktische Antisemitismus der Erörterung und Erweiterung zu bedürfen, weil wir uns an den theoretischen gewöhnt haben und sehen, wie ihn viele Studenten nicht betätigen."

Ein Gemütsmensch, dieser urarische Herr Petricevic.

* *

In der letzten Nummer der „Hochschul-Nachrichten", die von Dr. Paul von Salvisberg-München herausgegeben werden, bespricht der Herausgeber ein von Professor Eulenburg-Leipzig auf Grund eines Vortrags beim ersten Hochschultage in Salzburg herausgegebenes Werk über die Lage und die Aufgaben der Extraordinarien und der Privatdozenten. Das Werk kommt zu dem Schluß, daß es bei dem bisherigen Zustande nicht bleiben könne. Dr. von Salvisberg erinnert daran, daß der Berliner Universitätsprofessor Max Dessoir die Arbeit ebenfalls besprochen hat und zu dem gleichen Schluß gekommen ist.

Bemängelt hat Professor Dessoir aber an der Eulenburgschen Arbeit, daß sie über die Zugehörigkeit der Dozenten zum Judentum keine Angaben mache, „da erst hierdurch manche Tatbestände ganz begreiflich werden". — Dr. von Salvisberg, dem man eine Kenntnis der Verhältnisse zugestehen muß, hält dieses Argument für einleuchtend. Er fügt hinzu:

„Der Gegenstand spielt doch so stark hinein und ist mit soviel anderen Momenten verknüpft, daß man das Fehlen von Angaben bedauern muß, obgleich man verstehen kann, daß Eulenburg sein Unternehmen durch unzart scheinende Fragen nicht in Gefahr bringen mochte."

Klagen über Zurücksetzung jüdischer Privatdozenten sind nichts Neues. Meist werden sie der breiten Oeffentlichkeit vorenthalten, weil der Betreffende selbst häufig nicht geneigt ist, seine Person zum Gegenstand der öffentlichen Besprechung zu machen. Aber in wenigen Monaten findet ja in Jena der zweite deutsche Hochschultag statt, an dessen Spitze fast durchweg liberale Männer stehen. Hier wäre die passende Gelegenheit, diese Frage durch Austausch von Erfahrungen zur Klärung zu bringen.

* *

Zum Lausanner Professorenstreit, der mit der Amtsentsetzung der Professoren Kuhlenbeck und Van Kleuten endete, nehmen nun auch die „Hochschulnachrichten" Stellung, indem sie das provokatorische Verhalten der antisemitischen „Täglichen Rundschau" aufs schärfste mißbilligen. Sie schreiben:

„Die „Tägl. Rundsch." hat mit ihrer unwahren Berichterstattung gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte. Sie hat die Lage ihrer alldeutschen Schützlinge nur verschlimmert und sich selbst blamiert bis auf die Knochen. Daß sie darüber weidlich schimpft, entspricht ihren sonstigen Allüren. Damit steht sie aber auch ziemlich isoliert da, denn weder die übrige deutsche Presse, noch die immer wieder direkt und indirekt durch allerhand grundlose Denunziationen alarmierte Reichsregierung ließen sich in ihrer korrekten Haltung beeinflussen, und die deutsche Kolonie, sowie die reichsdeutschen Studenten Lausannes entzogen durch ihre übereinstimmende Darlegung des Sachverhalts der ganzen Hetze noch den letzten Rest der Berechtigung. Alldeutscher Chauvinismus" und „verbohrter Rassendünkel" haben hier nicht nur, wie die „Vossische Zeitung" von Kuhlenbeck sagt, einem unstreitig hochbegabten und reichgebildeten Mann den klaren Blick getrübt, sondern ihn auch zu Taktlosigkeiten verleitet, die nicht ungesühnt bleiben konnten. Man hat Herrn Kuhlenbeck nicht nach Lausanne berufen, um das schweizerische Nationalbewußtsein zu korrigieren oder eine preußische Filialuniversität zu inaugurieren, sondern um den reichsdeutschen Studenten deutsches Recht beizubringen."

Die Abfuhr ist kräftig, aber gerecht.

* *

An der Universität Freiburg i. Br. feiert die Intoleranz wieder einmal Triumphe. Dort hat sich die Studentenschaft zu einem neuen Verbande zusammengeschlossen. Ausgeschlossen davon wurden aber die katholischen Verbindungen und die jüdische Verbindung im K.-C. (Kartell-Convent der Tendenzverbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens).

* *

Von Zeit zu Zeit pflegt die „nationale" Presse über das Anwachsen der Zahl der studierenden Ausländer an deutschen Hochschulen zu lamentieren. Sie gibt sich dabei ganz den Anschein, als ob die deutschen Studenten schon befürchten müßten, von den „inferioren ausländischen Elementen" verdrängt zu werden. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Zahl der studierenden Ausländer von Jahr zu Jahr gefallen ist, obwohl sogar mehrere neue Hochschulen ins Leben gerufen wurden. Im Sommersemester 1908 studierten 3594 Ausländer in Deutschland gegen 3869 im Wintersemester 1907/08, 3766 im Sommersemester 1907, 4151 im Wintersemester 1906/07 und 3889 im Sommersemester 1906. Von der Gesamtzahl der Studierenden von 47 799 machen die Ausländer ganze 7,5 pCt. aus, gegen 8,3 pCt., 8 pCt., 9,2 pCt. und 8,6 pCt. in den früheren Semestern. Zugenommen hat die Zahl der studierenden Japaner, Bulgaren, Rumänen, Serben, Türken, Italiener, Schweizer, Belgier, Holländer, Franzosen, Oesterreicher und Afrikaner. Die Zahl der Studierenden aus anderen Nationen ist geringer geworden. Die Zahl der studierenden Russen ist erheblich gesunken, nämlich von 1600 auf 1373. Gewöhnlich wird von der antisemitischen Presse behauptet, daß alle diese Russen jüdisch sind, es wird von einer „jüdischen Invasion" usw. gefaselt. Das ist natürlich der bare Unsinn. Daran ändert auch Fürst Bülow nichts, wenn er auch versucht hat, die Gesamtheit der bei uns studierenden „Untertanen" des von ihm so umschmeichelten Beherrschers des Zarenreiches als „Schnorrer und Verschwörer" zu stigmatisieren. Jeder, der die studentischen Verhältnisse kennt, weiß, daß einen erheblichen Teil der studierenden Russen die deutschen Balten der Ostseeprovinzen ausmachen. Freilich sind auch jüdische Studenten stark vertreten, die ihr Geburtsland verlassen haben, weil sie dort ihres Lebens nicht mehr sicher waren, und weil man ihnen ja auch nur in ganz geringer Zahl gestattet, die Universitäten des Landes zu beziehen. Die Moskauer Universität ist ihnen sogar völlig verschlossen. — Die meisten Ausländer haben sich in Berlin niedergelassen, und zwar 869, dann in Leipzig 504, in Heidelberg 237, in Halle 207, in Jena 158 usw.

* *

Der Allgemeine Deutsche Burschenbund (A. D. B.), der wegen seiner liberalen Tendenzen von antisemitischer Seite heftig angefeindet wird, hat im letzten Semester eine Stärkung erfahren. Die Zahl seiner studierenden Mitglieder ist von 493 auf 562 gestiegen. Dazu treten noch 863 Alte Herren und Ehrenmitglieder. Aus eigener Kraft gelang es ihm, in Breslau zwei Korporationen zu gründen, so daß ihm jetzt 24 offene und eine suspendierte Burschenschaft an den deutschen Universitäten und Hochschulen angehören. Am stärksten ist er in München vertreten.

* *

Die antisemitische Presse gibt sich die redlichste Mühe, Abonnenten einzufangen. Die antisemitischen Vereine werden gepreßt, mehrere Parteiblätter zu lesen. Auch unter den Studenten wird eine lebhafte Agitation entfaltet, und manche alldeutschen und antisemitischen

Preßorgane betrachten es geradezu als eine ihrer Hauptaufgaben, die Gemüter der jungen Akademiker parteipolitisch zu beeinflussen. Um nun die Studenten zum Abonnement zu verlocken, wird ihnen das Blatt bedeutend billiger geliefert als anderen Sterblichen. Nach den letzten Feststellungen liefern z. B. die „Leipziger Neuesten Nachrichten" das Blatt an Studenten zur Hälfte des sonstigen Bezugspreises. Die „Deutsche Zeitung" gewährt jährlich 4 Mk. Vergünstigung. Die „Staatsbürger Zeitung" erstattet jährlich 3 Mk. zurück, ebenso „Das Reich". Die „Tägliche Rundschau" gibt jährlich 6 Mk. Rabatt, die „Post" fordert nur 1 Mk. monatlich Bezugspreis. Es ist auffallend, daß gerade die „nationalen" Blätter so eifrig darauf bedacht sind, um jeden Preis studentische Leser zu bekommen.

* * *

Die „Akademischen Blätter" des Kyffhäuserbundes stellen fest, daß bei der famosen Berliner Bismarckfeier, die unter der Leitung des Vereins deutscher Studenten vor sich ging, nicht ein stud. geod. von der Landwirtschaftlichen Hochschule, also ein Studierender der Geodäsie, die Festrede hielt, sondern ein stud. germ., ein Germanist, von der Universität. Der Druckfehlerteufel hat in unserer Notiz aus dem stud. geod. einen stud. geom. gemacht. Daß nur ein stud. geod. gemeint sein konnte, liegt auf der Hand, denn der stud. geom. existiert nur in der Phantasie der „Akademischen Blätter". Wir haben keinen stud. geom., keinen „Studierenden der Geometrie". Nächstens werden die „Akad. Bl." wohl noch mit stud. stud. alg. und trig., Studierenden der Algebra und Trigonometrie, hervorrücken.

Abgesehen davon aber berührt es doch an der Notiz der „Ak. Bl." recht auffällig, daß der Verfasser es dabei bewenden läßt, vergnüglich auf einem Wort herumzureiten, statt offen zu erklären: „Nein, im Verein deutscher Studenten an der Universität Berlin sind niemals Studierende anderer Berliner Hochschulen aktiv gewesen!" Diese Erklärung fehlt! Man begnügt sich damit, zu erklären, daß gerade ein bestimmter Herr nicht der Landwirtschaftlichen Hochschule, sondern der Universität angehört. — Weiter kein Wort. „Das läßt tief blicken!" würde Sabor gesagt haben. — —z—

Die Juden auf den preußischen Universitäten im Jahre 1905-06.

In der neuesten Nummer der „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" macht Dr. jur. Bruno Blau-Berlin hierüber folgende statistische Angaben:

„Im Durchschnitt des Sommersemesters 1905 und des Wintersemesters 1905/06 studierten auf den preußischen Universitäten im ganzen 18 667 reichsinländische Personen. Davon waren

evangelisch . . .	12 069
katholisch	5 194
jüdisch	1 301

Unter 100 reichsländischen Studenten waren

evangelisch . . .	64,65
katholisch	27,62
jüdisch	6,97

Auf je 10 000 männliche Bewohner des betreffenden Bekenntnisses kamen Studenten

bei den Evangelischen	8,31
„ „ Katholiken	7,38
„ „ Juden	58,73
„ „ Sonstigen	6,30
überhaupt	6,95

Diese Zahlen zeigen wieder den außerordentlichen großen Anteil, den die Juden am Universitätsstudium haben. Schon auf den höheren Schulen (Realschulen, Oberrealschulen, Realprogymnasien, Realgymnasien und Gymnasien) ist ihre Frequenz sehr stark. Ihrem Verhältnis zur gesamten männlichen Bevölkerung entsprechend müßten 2200 jüdische Schüler die höheren Schulen besuchen, während in Wirklichkeit diese Zahl mehr als fünfmal so groß ist und 12 612 beträgt.

Was nun die Verteilung der reichsinländischen Studierenden auf die einzelnen Fakultäten anlangt, so studierten

	Evang.	Kath.	Juden	Zusammen
evang. Theologie	991	—	—	991
kathol. Theologie	—	656	—	856
Jurisprudenz	3746	1455	539	5765
Medizin	1210	426	319	1977
Philosophie	6120	2456	443	9076

In den drei nichttheologischen Fakultäten waren unter je 100 reichsinländischen Studierenden

	Evang.	Kath.	Juden
in der juristischen Fakultät	65,01	25,24	9,35
„ „ medizinischen Fakultät	61,20	21,55	16,14
„ „ philosophischen Fakultät	67,41	27,08	4,66
in den 3 nichttheolog. Fakultäten zusammen	65,86	25,80	7,73

Hiernach besteht die philosophische Fakultät zu zwei Dritteln aus Evangelischen, zu etwas über einem Viertel aus Katholiken und zu einem knappen Zwanzigstel aus Juden. In der juristischen Fakultät ist der Anteil der beiden christlichen Konfessionen etwas geringer, während die Juden in ihr mit fast einem Zehntel vertreten sind. Die medizinische Fakultät endlich ist zu einem Sechstel jüdisch; die evangelischen Studenten sind an ihr mit etwas über drei Fünfteln und die katholischen mit etwas mehr als einem Fünftel beteiligt.

Wenn auch die Zahl der jüdischen Mediziner zugunsten der Juristen weiter abgenommen hat, so ist sie im Verhältnis zu den Angehörigen der christlichen Konfessionen immer noch sehr hoch.

Welche einzelnen Universitätsstädte überhaupt und von den Juden im besonderen besucht wurden, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Universität	Die nebenstehenden Universitäten wurden besucht			
	überhaupt		von Juden	
	im S.-S. 1905	im W.-S. 1905/06	im S.-S. 1905	im W.-S. 1905/06
Berlin	5655	7616	1069	1267
Bonn	2851	2789	76	72
Breslau	1857	1804	218	235
Göttingen	1762	1736	57	53
Greifswald	757	666	12	14
Halle	1666	1790	34	56
Kiel	1037	762	19	18
Königsberg	964	963	110	106
Marburg	1523	1276	53	47
Münster	1375	1376	17	19
Braunsberg	29	29	—	—
Zusammen	19696	20613	1665	1904

Vorstehende Tabelle umfaßt im Gegensatz zu den oben angeführten Zahlen nicht nur die reichsinländischen, sondern auch die ausländischen Studenten.

Reichsausländer studierten im Durchschnitt der beiden Semester auf den preußischen Universitäten 1490; darunter befanden sich 483 Juden, von denen 39 = 20,31 pCt. auf die juristische, 250 = 55,80 pCt. auf die medizinische und 194 = 22,82 pCt. auf die philosophische Fakultät entfielen.

Die Militärverhältnisse der reichsinländischen Studierenden ergeben sich aus nachstehender Zusammenstellung:

	Studierende überhaupt		Juden	
	S.-S. 1905	W.-S. 05/06	S.-S. 1905	W.-S. 05/06
Es dienten	276	617	21	21
„ hatten gedient	2228	2414	91	110
„ waren der Ersatzreserve oder dem Landsturm überwiesen	1173	1353	86	106
„ waren militärfrei	503	566	42	45
„ waren noch ohne Entscheidung . .	13163	16629	967	1113

Der Prozentsatz der dienenden jüdischen Studenten war hiernach etwas höher als ihr Anteil an den Studierenden überhaupt; er beträgt 7,07 pCt."

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Mittelstandsvereinigung sucht sich jetzt an die Lehrer heranzupirschen, um diese in das reaktionäre Lager herüberzuziehen. Die „Deutsche Volkspost" macht das freilich so plump, daß — ganz abgesehen von der politischen Ueberzeugungstreue der liberalen Lehrer — der Erfolg gleich Null sein dürfte. Das Organ der Mittelstandsvereinigung umschmeichelt nämlich die soziale Gleichstellungsbewegung unter der Lehrerschaft, um mit ihrer Hilfe einen Keil in die liberale Lehrerschaft zu treiben und insbesondere ihren verdienten Vorkämpfer Johannes Tews, den Geschäftsführer der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, in der Wertschätzung seiner Berufsgenossen herabzusetzen. Diese Angriffe gegen Tews werden offenbar von einer Zentralstelle aus dirigiert. Fast gleichzeitig finden sich nämlich in der „Kreuz-Ztg." und dem „Reichsboten" ähnliche heftige Polemiken gegen den allen Dunkelmännern verhaßten erfolgreichen Agitator der Aufklärung. Das Organ der Mittelstandsvereinigung, das von einer „zweideutigen Rolle des Freisinnsmanns Tews" faselt, renommiert mit einer angeblichen — aber in der Oeffentlichkeit nirgends bekannt gewordenen und beglaubigten — Sympathiekundgebung der Gleichstellungsfreunde für die Mittelstandsparteien und fügt gönnerhaft hinzu:

„Wir beglückwünschen diese Kreise der Lehrerschaft zu der Erkenntnis, die ihnen hier gekommen ist, und wir hoffen, daß sie die Wege finden wird, die sie zum Ziele führen."

Der Artikel schließt mit folgender Selbstbeweihräucherung:

„Die Deutsche Mittelstandsvereinigung ist heute bereits eine Macht, mit der die Gegner rechnen müssen, wenn sie sich nicht verrechnen wollen. Das werden auch die preußischen Lehrer erfahren, die in ihrem berechtigten Kampfe sich auf die Unterstützung der berufenen Vertreter des Mittelstandes unbedingt verlassen können, wie sie der Vorsitzende der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Herr Landtagsabgeordneter Rahardt, in der Versammlung in Eisleben am 22. August allen Ernstes auch versichert hat."

Wir glauben Herrn Rahardt „allen Ernstes" versichern zu können, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrer diesen Sirenengesängen der mittelständlerischen Filiale des Bundes der Landwirte nicht folgen wird.

Das Vorspiel zu der Düsseldorfer Generalversammlung der Mittelstands-Vereinigung wimmelt von grellen Dissonanzen. Sowohl im Lager der Partei Rahardt wie ihrer Gegner wünscht man eine klare Entscheidung. Wir haben schon in der letzten Nummer mitgeteilt, daß der derzeitige Vorstand und sein Vereinsorgan, die „Deutsche Volkspost", gegen die sog. Düsseldorfer Richtung mobil machen, welche eine strikte politische Neutralität verlangt an Stelle des bisherigen Liebäugelns mit Agrariern und Antisemiten. Die Düsseldorfer Richtung steht mit ihrer Opposition gegen den Vorstand aber nicht allein. In der Frankfurter „Mittelstands-Zeitung" wird ebenfalls mit den Herren um Rahardt ein kräftiges Wörtlein gesprochen. Es heißt da in einem „Eingesandt" der letzten Nummer:

„Wer die Vorgänge seit der Rahardtschen Fehde objektiv verfolgte, dem mußte sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß die „Deutsche Volkspost" für die Folge das alleinige Publikationsorgan der Deutschen Mittelstandsvereinigung nicht sein kann. Statt den provinzialen Interessen und deren lokalen Organen als Zentralblatt helfend beizustehen, schürt dieses sogenannte Zentralorgan die Flamme der Zwietracht in unsern Mittelstandskreisen nur aus egoistischen Motiven, und jede Ortsgruppe, die nicht einzig und allein auf die „Deutsche Volkspost" schwört und die einseitige, politische Mache mitmacht, wird von ihr in Bann getan. Das fehlte uns Mittelständlern in der Provinz noch, daß wir uns von der „Deutschen Volkspost" verhetzen lassen, zum Gaudium der Gegner. In Düsseldorf wird hoffentlich ein Strich gezogen im Interesse des ganzen. R. W."

Es kann also in Düsseldorf recht lustig werden.

Antisemitismus in der Aera Holle? In der „Ztschr. f. Schulgesundheitspflege" (21. Jg. 1908) veröffentlicht Dr. med. Julius Moses in Mannheim „ein Nachwort zur Darmstädter Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege" und teilt darin mit, daß das ihm erst in Aussicht gestellte medizinische Referat über die Mädchenschulhygiene Herrn Prof. Dr. Schmidt in Bonn mit der unzutreffenden Begründung erteilt worden sei, daß dieser die Frage zuerst angeregt habe. In Darmstadt habe ihm der Vorsitzende des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege aber offen erklärt, er habe sich unter Hinweis auf seinen in Baden unter allseitigem Beifall gehaltenen Vortrag für ihn eingesetzt, der Vorstand habe ihn aber wegen seines Namens abgelehnt, nicht aber wegen seines Namens als Schulhygieniker, sondern wegen seines alttestamentarischen Charakters. Es sei in jener Sitzung erklärt worden, daß, wenn sein Name als Referent auf der Tagesordnung stünde, das preußische Ministerium sich auf keinen Fall in Darmstadt vertreten lassen würde. Dr. Moses-Mannheim schreibt:

„Das Vorgehen des Vereinsvorstandes zielt darauf hinaus, die Mitglieder, die gleich mir mit der ohnehin nicht leicht zu tragenden Bürde eines alttestamentarischen Namens belastet sind, zu Mitgliedern zweiter Klasse zu degradieren und ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Qualitäten von der aktiven Beteiligung im Vereine auszuschließen. Die Rechtloserklärung einer Gruppe von Mitgliedern, denen man nichts vorwerfen kann als ihren Namen, hat mit dem politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Antisemitismus nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um die schroffe Durchbrechung der Gepflogenheiten der wissenschaftlichen Körperschaften, die auch in den vom Antisemitismus am lebhaftesten durchtobten Zeiten und Ländern einen neutralen Boden darstellten, auf dem alle wissenschaftlichen Arbeiter Platz fanden. In dem von Vorurteilen diktierten Verlassen eines in der Wissenschaft sonst hochgehaltenen Prinzips erblicke ich eine große Gefahr für das Gedeihen des Vereins selbst."

Bemerkenswert ist, daß der Berichterstatter über die Darmstädter Versammlung in derselben Nummer der Zeitschrift schreibt:

„ . . . Nur so darf es erklärt werden, wenn verdiente Mitarbeiter auf dem Gebiete der Schulgesundheitspflege aus rassenpsychologischen Gründen an die Wand gedrückt und hinsichtlich praktischer Mitarbeit kaltgestellt werden. Das ist bedauerlich und fördert gewiß die Arbeitsfreudigkeit und die lebhafte Beteiligung an den Fragen der Schulgesundheitspflege in keiner Weise."

Es ist zu erwarten, daß man von liberaler Seite den schier unglaublichen Vorfall im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache bringen wird. Da muß es sich herausstellen, ob die Erklärung des Vorsitzenden auf Informationen beruht, die ihm von amtlicher preußischer Seite zugegangen sind.

Der Antisemitismus unter den Polen. Auf ein in der „Posener Zeitung" veröffentlichtes Eingesandt, welches sich mit dieser Frage beschäftigte und speziell den Angriffen des polnischen Blattes „Postep" auf die Juden entgegentrat, antwortet der „Dziennik Poznanski":

„Vor allem ist uns der Antisemitismus im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. der Judenhaß nur aus dem Grunde, daß die Juden einer anderen Rasse angehören daß sie ein anderes Religionsbekenntnis haben und von anderen Anschauungen und Grundsätzen sich leiten lassen, vollkommen fremd. Wenn wir tatsächlich zu unseren mosaischen Mitbürgern nicht allzu große Sympathien hegen, so sind die Ursachen dieser Abneigung auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen. In erster Reihe spielt hier eine Rolle die politische Haltung der hiesigen jüdischen Bevölkerung. Abgesehen davon, daß diese Bevölkerung, die, wenn auch nicht ausschließlich, so doch überwiegend ihren Wohlstand der polnischen Gesellschaft verdankt, fast ohne Ausnahme die Partei unserer Feinde hält, und in politischer, wie auch in nationaler Hinsicht nichts mit uns gemein hat, so ist es dabei viel schlimmer, daß von den hiesigen Juden eine überaus zahlreiche Schar den wütendsten Germanisatoren angehört. Dies tritt zutage, u. a. in den Räten unserer Städte und Flecken, wo die Juden Sitz und Stimme haben. Gedenken wir z. B. der Umtaufung von

Inowrazlaw in Hohensalza, die nur vermittelst der Unterstützung der jüdischen Stadträte zustande gekommen ist. Auch in Posen läßt die Haltung der jüdischen Stadträte, sobald es um Angelegenheiten der polnischen Bevölkerung zu tun ist, viel zu wünschen übrig. Unter diesen Umständen wäre ja doch ein folgerichtiger Boykott der jüdischen Geschäfte seitens der polnischen Bevölkerung begreiflich, um so mehr, da ein solcher nur eine Notwehr jener Bevölkerung sein würde, welche seit einer Reihe von Jahren in den Ostmarken einer systematischen Politik des Aushungerns preisgegeben wird. Von einem solchen Boykott kann, wenigstens vor der Hand, keine Rede sein. Ueberzeugen wir uns doch täglich, daß es in manchen jüdischen Geschäften förmlich wimmelt von polnischen Kunden. Und es wäre eine arge Täuschung, wenn einer meinen sollte, diese Kundschaft rekrutiere sich lediglich aus der Landbevölkerung und überhaupt aus den Volksklassen, in denen einerseits das nationale Bewußtsein noch nicht genügend entwickelt oder bei denen andererseits ein Preisunterschied, wenn auch nur ein minimaler, von Belang wäre. Nein, wir müssen auf Grund bestimmter und glaubwürdiger Bekundungen erklären, zu den Stammkunden der jüdischen Kaufleute zählt eine bedeutende Menge von Vertretern und insbesondere von Vertreterinnen unserer Intelligenz, ebenso der ländlichen wie der städtischen. Es ist schwer zu verstehen, wie man angesichts solcher bekannten Tatsachen von Boykott und Antisemitismus reden kann. Es ist damit jedoch die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, unsere Gesellschaft werde mit der Zeit aus derartigem haßerfüllten Vorgehen unserer jüdischen Mitbürger uns gegenüber, wie die Auseinandersetzungen des Verfassers des in der „Pos. Ztg." aufgenommenen Briefes in sich bergen, angemessene Schlüsse ziehen, infolgedessen erst ein richtiger Antisemitismus unter der hiesigen polnischen Bevölkerung festeren Fuß fassen wird. Wir glauben, es läge im Interesse der Juden, eine solche Möglichkeit nicht aufkommen zu lassen."

Man kann dem leitenden polnischen Organ für diese Offenheit nur donkbar sein. In nicht mißzuverstehender Weise werden die jüdischen Mitbürger mit schwerster wirtschaftlicher Schödigung bedroht, wenn sie nicht ihre deutsche Gesinnung verleugnen. Wir sind überzeugt, doß die Drohung ihren Zweck verfehlen wird. Aber immer wieder muß betont werden, in welch schwieriger Lage sich die Juden in den Ostmorken befinden. Auf der einen Seite werden sie von dem Polentum hart bedrängt, auf der onderen Seite von den Deutschen keineswegs als gleichberechtigte Kömpfer für das Deutschtum angesehen und behandelt. Trotz der Mahnungen eines der Begründer und Leiter des Ostmorkenvereins, des Herrn von Tiedemann, und des Ministers von Rheinbaben, herrscht dort noch wie vor ein schädlicher Kastengeist und storke Voreingenommenheit gegen die jüdische Bevölkerung, die in der Beamtenschaft ihre hauptsächlichste Stütze findet.

Zwischen dem Alldeutschen Verband und dem Verein Deutscher Studenten hat eine kleine Holzerei stattgefunden, die aber wohl das bisherige freundschaftliche Verhöltnis nicht allzulange trüben dürfte. Den Anlaß zu dem Konflikt gob ein Artikel des Mitherausgebers der „Akadem. Blätter", Dr. Bergsträßer: „Bismorck ols Erzieher", der den heftigsten Unwillen der „Alldeutschen Blötter" hervorrief. Dos alldeutsche Organ, dessen Neigung, sich als obersten Zensor in nationolen Fragen aufzuspielen, offenbar schon seit einiger Zeit von anderen „notionolen" Organen unangenehm empfunden wird, schlug in seiner Kritik einen bisher im Verkehr mit den ihm nohestehenden Organisotionen unerhörten Ton an, der in einer Erwiderung der „Akad. Bl." aus der Feder von Eberhard Kayser-München also chorokterisiert wurde:

„Der Verfasser der „Alld. Wochenschau" begnügt sich nicht mit dem geläufigen Mittel eines gereizten Parteiblättchens, seinen Gegner als gänzlich unwissenden Menschen hinzustellen, er beschuldigt auch Dr. B. unfeiner Gesinnungen. Es wäre doch recht bedauerlich, wenn Gepflogenheiten, die jeder zünftige Politiker heutzutage haben zu müssen glaubt, nun auch zwischen diesen beiden nationalen Verbänden Mode werden sollten."

Der Verfasser sieht sich alsdann zu der Feststellung veronloßt, doß ein von den „Alldeutschen Blättern" anscheinend angenommenes „seitheriges unbedingtes Einverständnis" zwischen beiden Verbänden nicht bestehe, doß im Gegenteil „eine große Anzohl von Mitgliedern des V. D. St. mit dem Alldeutschen Verbande nicht in ollen Punkten übereinstimme" und zwar wegen der „gewohnheitsmößigen Kritik des Alldeutschen Verbandes on allen gegenwörtigen Zustönden und Ereignissen". Zum Beweise wird auf die Stellungnohme der „Alldeutschen Blötter" zu der Notionalspende für Zeppelin hingewiesen, die dem Vertreter des V. D. St. im höchsten Grade mißfollen hat, und zwar mit vollem Recht; er sogt nämlich:

„In diesem Absatz ist vom Unglück des Grafen Zeppelin und der Nationalspende die Rede, und es wird uns darin genau nachgewiesen, daß die große Volksbewegung, die gegenwärtig ganz Deutschland in Atem hält, doch nicht so eigentlich von der richtigen nationalen Begeisterung getragen ist. Schwärmerei für das „sogenannte Kulturwerk", das Mittel zur Anbahnung der internationalen Solidarität bestimmt die einen (sicher Sozialdemokraten!), bei den andern ist es eine „in Ueberschätzung ausartende Bewunderung jeden technischen Fortschritts", bei den dritten ist es die Persönlichkeit Zeppelins oder nationale Eitelkeit oder Sportswut. Jedenfalls ist dieser „Enthusiasmus bedenklich", und von einer „nationalen Tat kann nicht die Rede sein". Nur ein ganz kleiner Teil erkennt die wahre nationale Bedeutung des Zeppelinschen Werkes; natürlich sind diese wenigen echt und recht Begeisterten nur in den Reihen des „Alldeutschen Verbandes" zu finden.

Wer also bislang an dieser gewiß urkräftigen und ursprünglichen Volksbewegung seine Freude hatte, dem ist sie nun sicherlich durch diesen Artikel gründlich verdorben worden, und bei der nächsten ähnlichen Gelegenheit wird sich jeder zu überlegen haben, ob er auch über das reine einwandfreie nationale Empfinden verfügt, um sich dem Vorwurf zweifelhafter Beweggründe nicht aussetzen zu müssen."

Dieser Hohn ist vollkommen berechtigt. Die Alldeutschen treten in sog. nationalen Fragen mit einer Arrogonz auf, die zu dem schärfsten Protest — und zwar aller Porteien — herousfordern würde, wenn das Grüppchen nicht gar so bedeutungslos für die große Politik wäre. Immerhin ist es nicht ohne einen pikanten Reiz, zu sehen, wie hier ein „Nationoler" über den andern herfällt.

Georg von Schönerer ist, wie nachträglich bekannt wird, von dem „Deutschen Turnbund", seiner ureigensten Schöpfung, deswegen gewimmelt worden, weil er — horribile dictu — einen katholischen (!) Hausgeistlichen halte, tschechische Arbeiter beschäftige und eine Frau jüdischer Abkunft geheirotet hobe. Schönerer hat nun an den „Treugenossen" bittere Rache genommen. Er gab der Oeffentlichkeit die „Eide" preis, die ihm der Bund geschworen, und die Lehren aus dem Turnerbund-Kotechismus, die sich auf ihn, Schönerer, bezogen. So schrieb der Bundesturnrat zu Schönerers Geburtstag 1904:

„Wie es freien Deutschen ziemt, echten Söhnen des edlen Turnvaters, erinnern wir uns — wohl im Gegensatz zum Brauche der Welt — der Dankbarkeit, jener hohen germanischen Tugend, die jeder Ihnen schuldet, dessen Herz gelernt hat, heiß für sein Volkstum zu schlagen, dessen Sinn jene Anliegen und Erfordernisse erfaßt hat, die in heutiger Zeit des Volkes Wohl und Größe bedingen."

Aus dem Katechismus des Turnerbundes mußte jeder, der die Vorturnerprüfung oblegen wollte, folgende Stellen auswendig lernen:

„Welche unvergänglichen Verdienste hat sich Schönerer um das Deutschtum erworben? Schönerer ist der Bahnbrecher des alldeutschen (!) Hochgedankens. Er hat den Deutschen im Reiche sowie in der Ostmark in seinem Linzer Programm den Weg gewiesen, wie sie auf gesetzmäßige Weise zur Einheit, zu einem gemeinsamen Vaterlande (!!) gelangen können. Er ist der gewaltigste Vertreter des deutschen Einheitsgedankens (!) in den letzten Jahrzehnten, hat die Rassenlehre volkstümlich gemacht und die Los-von-Rom-Bewegung (!!!) wirkungsvoll eingeleitet . . . Als ein Mann von unerschütterlichem Mute und von unerbittlichem Zorne gegen alles Unrechte und Undeutsche, fühlte sich Schönerer berufen, in der Stunde der Gefahr seine Stimme zu erheben, sein Volk zu ermutigen. Man hat ihn daher mit Recht den getreuen Eckart des deutschen Volkes genannt."

Nun hot auch Ritter Georg, der „getreue Eckort" des deutschen Volkes, am eigenen Leibe die Wandelbarkeit der Volksgunst erfahren müssen.

Vermischtes.

Der Kummer der Rassenfexe. Trotz der lawinenartig anschwellenden „aufklärenden“ Literatur über die Rassenfrage gibt es zum großen Leidwesen der Rassenproblem-Apostel noch immer hartnäckige Ungläubige, die an die neue Heilslehre nicht glauben wollen. Dafür werden ihnen jetzt die *Mongolen* als Muster von Rassenstolz vorgehalten. Es hat sich nämlich folgendes schreckliche Ereignis zugetragen: *Bischof Awdry*, das Haupt der anglikanischen Kirche in *Japan* und einer der besten Kenner dieses Landes, hat sich kürzlich in einem Brief an die „Japan Times“ ausführlich über den japanischen Volkscharakter ausgelassen und gegen die jetzt in angelsächsischen Ländern herrschende Neigung, die Japaner zu unterschätzen, protestiert. Er hob hervor, daß die japanische Handelswelt mehr und mehr einen „Standard“ der Standesehre herausarbeite und mahnte, das *Pflichtgefühl*, mit dem in Japan der einzelne sich und seine Interessen dem Gemeinwohl unterordne, *zum Muster* zu nehmen. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen war der, daß eine *Vermischung der östlichen und westlichen Rassen durch Heiraten* untereinander den prächtigsten und *fortschrittlichsten Typus der Menschheit* ergeben werde, wenn auch jetzt infolge der gesellschaftlichen Verschiedenheiten solche Mischheiraten im allgemeinen noch unmöglich seien.

Auf japanischer Seite fand diese Empfehlung allerdings nur bedingte Zustimmung, aus sehr begreiflichen *politischen Gründen*. Dagegen sprach sich der *Leibarzt des Kronprinzen von Japan, Dr. von Bälz*, mit großer Bestimmtheit für Mischheiraten aus. Vor 20 Jahren sei er sehr dagegen gewesen, aber *langjährige genaueste* Beobachtung habe ihn eines Besseren belehrt, und er habe nichts Nachteiliges besonders in bezug auf die Nachkommenschaft bemerken können. Er bedauerte den feindseligen Ton der „Japan Times“, die im Ausland als halbamtliches Blatt gelte und so dazu beitrage, die Kluft zwischen Ost und West zu erweitern.

Darob natürlich große Entrüstung unter sämtlichen Rassenfrage-Spezialisten beider Hemisphären. Der „Hammer“ stimmte folgendes bewegliche Klagelied an:

„Wenn ein weltfremder, deutscher Gelehrter daheim in seinem Studierstübchen die Rassenvermischungsidee ausgeklügelt hätte, würde man die Achseln zucken und lächeln. Hier aber sind es *zwei* Leute, die seit langen Jahren im Lande der aufgehenden Sonne leben, als *Kenner Japans* gelten und *ernst genommen* sein wollen. Ein *Seelenhirte* und ein *Leibarzt* in hohen Stellungen. Ihr Ideal ist die Rassenverbrüderung. Beide waren baß erstaunt, daß der Japaner den erhabenen Gedanken nicht sofort mit freudiger Dankbarkeit aufgriff. Ganz und gar nicht schienen sie aber zu verstehen, daß er sich gegen das Projekt der Ehen zwischen Weiß und Geld heftig verwahrte, denn sie konnten bei dem gelben Manne ja nicht gut eine Eigenschaft voraussetzen, die sie nicht kannten: Rassestolz.“

Es ist immer dasselbe Lied bei Antisemiten, Alldeutschen und Rassefanatikern, die diese Eigenschaft ja zumeist in einer Person vereinigen: sie allein haben das richtige Gefühl für Menschenwürde und Persönlichkeitswertung, sie stellen auch eine ganz besondere Auslese der Gattung homo sapiens dar. Leider glaubt ihnen den Schwindel aber kein vernünftiger Mensch.

Zur Frage der Zulassung von jüdischen Offizieren im deutschen Heere nimmt nun auch das „*Deutsche Adelsblatt*“, das Organ der deutschen Adelsgenossenschaft, Stellung. Daß dies in schroff ablehnender Weise geschieht, ist bei den verknöcherten Tendenzen des Blattes nicht weiter verwunderlich. Das „Deutsche Adelsblatt“ hält es für ganz *ausgeschlossen*, daß der *Kriegsminister* einen Erlaß veröffentlicht habe, wonach bei der Offizierswahl kein Unterschied zwischen Christen und Juden gemacht werden solle. — „Das wäre“, so erklärt das Blatt, „eine entschiedene Beeinträchtigung der Freiheit des Wahlrechts der Offizierkorps, zu der nicht der mindeste Anlaß vorliegt. Wenn man bisher von der Aufnahme von Juden in die Offizierkorps Abstand genommen hat, so ist das nicht ohne Grund geschehen. Die Juden sind zu Offizieren nicht geeignet; an dieser Tatsache läßt sich nichts ändern.“ — — —

Es wäre zwecklos, wenn man versuchen wollte, das „Deutsche Adelsblatt“ zu belehren. Wer nun einmal noch bis zum Hals im Sumpfe mittelalterlicher Anschauungen steckt, von dem ist nicht zu erwarten, daß er sich noch bemüht, *logisch zu denken*. Es sei nur daran erinnert, daß es anderwärts zahlreiche jüdische Offiziere gibt, nur im heiligen Preußen nicht. Wer in Bayern für geeignet befunden worden ist, kann doch nicht in Preußen ungeeignet sein. Freilich, zum preußischen „Jardeleutnant“, der zum dankbaren Objekt der Witzblätter der ganzen zivilisierten Welt geworden ist, gehören außergewöhnliche Veranlagungen.

Die verjudete Kolonialgesellschaft. Der bekannte Alldeutsche *Fritz Bley* schreibt in den von ihm herausgegebenen „Zeitfragen“ (6. September), einer Wochenbeilage der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“:

„In *Elberfeld* haben sich kürzlich folgende Vereine: Alldeutscher Verband, Allgemeiner Deutscher Sprachverein, Deutschbund, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Evangelischer Arbeiter-Verein und Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (Deutscher Schulverein) zwecks Veranstaltung großer öffentlicher Vorträge allgemein völkischer Art zusammengeschlossen. Zu diesem Zusammenschlusse hatte anfänglich auch der Flottenverein seine Zustimmung gegeben, aber er zog seine Zustimmung wieder zurück, nachdem die Kolonialgesellschaft, die in Elberfeld von Dr. Henry von Brettinger geleitet wird, abgelehnt hatte. Ihre Ablehnung begründete die Kolonialgesellschaft u. a. damit, daß ihr die Zugehörigkeit des Deutschbundes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu dieser Vereinigung *den Beitritt unmöglich mache, und zwar aus Rücksicht auf die jüdischen Mitglieder*. Da sich eine derart würdelose Rücksichtnahme selber richtet, enthalten wir uns jeglicher Kennzeichnung dieses Verhaltens. Aber eine Frage möchten wir stellen. Ist man im Vorstande der Abteilung Elberfeld der Kolonialgesellschaft wirklich der Ansicht, in völkischen Fragen dadurch Segensreiches erreichen zu können, daß man, um den Juden nur ja nichts Unangenehmes zu bereiten, einem Zusammengehen mit bewußt deutschen Kreisen ausweicht? Wenn unser Volkskörper wieder gesunden soll, dann ist es nach unserem Dafürhalten notwendig, daß sich alle deutschbewußten Menschen im völkischen Gedanken sammeln, ohne danach zu fragen, ob dadurch Angehörige anderer Rassen und fremder Völker unangenehm berührt werden. Jedenfalls kann jenes Verhalten vom völkischer Standpunkte nicht scharf genug verurteilt werden, denn es zeigt, daß gewisse Kreise in der Bauchrutscherei vor dem Judentum und dadurch in der Verletzung des deutschen Empfindens gesund völkischer Kreise nicht genug tun können. In einer Hinsicht freilich muß man die Haltung der Elberfelder Abteilung durchaus entschuldigen! Sie handelt nur ganz folgerichtig im Sinne der Gesamtleitung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, die *immer tiefer in die Verjudung hinabgesunken* ist und die völkischen Grundgedanken immer mehr verwäscht, aufweicht und verwischt. Man erkennt immer tiefer, daß in einer solchen Gesellschaft kein Platz ist für diejenigen aufrichtigen Freunde unserer Kolonien, die in der jüdischen Landspekulantenwirtschaft und „Idiosynkrasie“ die schlimmste Bremse für die ernste Arbeit der Pflanzer, Kaufleute und völkischgesinnten Beamten erblicken.“

Jetzt wird also schon der unter der Leitung des Regenten von Braunschweig stehenden deutschen Kolonialgesellschaft die deutsche, völkische Gesinnung abgesprochen. Die Zahl der „echt deutschen Leute“ schrumpft immer mehr zusammen.

Heinrich Heine und die Hamburger Schulbehörde. Dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ wird von einem Parteigenossen geschrieben:

„Auf Anraten ihres Lehrers wollte sich meine jüngste *Tochter* dem *Lehrerinnenberuf widmen* und hatte sich zu diesem Behufe dem erforderlichen Examen zu unterwerfen. Nach dem schriftlichen *Examen* folgte das mündliche, und hier hatten die Examinanden u. a. auch ein *Gedicht vorzutragen*. Und nun kommt das Bezeichnende! Kaum hatte meine Tochter den Namen *Heine* genannt und die „*Zwei Grenadiere*“ zum Vortrag angekündigt, als sie durch den Examinator mit dem Zuruf unterbrochen wurde: „*Mit Heine bleiben Sie mir weg!*“ Leicht begreiflich, daß es nun auch mit dem Lehrberuf nichts war.“

Wenn mit dem letzten Satz etwa gesagt sein soll, daß die Examinandin wegen dieses Zwischenfalls die Prüfung nicht

bestanden hat, so erscheint uns diese Behauptung so ungeheuerlich, daß wir vorerst doch noch ein Fragezeichen dahinter machen möchten. Natürlich findet der Herr Examinator die lebhafteste Anerkennung der antisemitischen Presse. Die „Staatsbürgerztg." z. B. bemerkt dazu:

„Die Hamburger Schulbehörde hat ganz recht gehabt, wenn sie eine solche Schülerin nicht zum Lehrerinnenberuf zuließ. Wer Heinrich Heine zum Lieblingsdichter hat, den Mann, der sein Vaterland begeiferte und beschmutzte, der die Ehre der Frauen im Simplicissimuston ständig mit Füßen trat, hat sicher nicht jenes Maß von nationaler Zuverlässigkeit sowie geistiger und sittlicher Reife aufzuweisen, das für eine Erzieherin der Jugend unbedingt verlangt werden muß."

Die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, der doch gewiß selbst der verbissenste Antisemit nicht ein feines Empfinden für Frauenehre und die „sittliche Reife" wird aberkennen wollen, war bekanntlich anderer Meinung; zur Hamburger Lehrerin hätte sie es freilich, wie dieser beschämende Vorfall zeigt, nicht bringen können.

Anläßlich des 80. Geburtstages Leo Tolstois sei es gestattet, daran zu erinnern, daß der große Freiheitsapostel jederzeit und mit allem Nachdruck für die Juden und gegen den Barbarismus der russischen Machthaber eingetreten ist. Von den zahlreichen Kundgebungen, über die wir im Laufe der Zeit berichtet haben, sei heute die Unterredung erwähnt, die der Rechtsanwalt Tenerowo aus Elisabethgrad im Jahre 1906 mit dem Grafen Tolstoi gehabt und deren Inhalt er im „Siècle" wiedergegeben hat.

„Seit den Schrecken der Sklaverei, sagte Tolstoi, weiß ich nichts Furchtbareres als diese ruchlose, gegen ein ganzes Volk verübte Grausamkeit. Menschen wie Tiere in einem Käfig einsperren, sie mit schändlichen Ausnahmegesetzen absondern, sie durch gemeine und noch Bestechungen gierige Aufseher überwachen lassen, sie von jeder vernünftigen und legitimen Beschäftigung und namentlich vom Landbau wegdrängen, und alles dies zu tun einzig zu dem empörenden Zwecke, den Pöbel auf die Juden loszulassen, so oft dies für Petersburg dienlich erscheint, das ist genau dasselbe, was unter den römischen Cäsaren geschah, da die Bestien in den Zirkussen auf Verbrecher und Christen losgelassen worden sind. Das, ja das ist die Lage der Juden in Rußland.

Es ist schrecklich, schrecklich! Genau so wie die Cäsaren und ihre schmeichlerischen Höflinge den Pöbel mit blutigen Schauspielen unterhielten und so die Augen der Massen von den Verbrechen der Regierungen ablenkten, genau ebenso hat die nicht minder listige, aber noch mächtigere Bureaukratie einen ungeheuren Zirkus errichtet, den sie den Rayon der jüdischen Ansiedlungen nennt, und in diesem Zirkus hält sie die Gefangenen für dieselben blutigen Schauspiele und zu demselben niedrigen Zwecke, um nämlich die Augen des Volkes von den Verbrechen der Regierung abzulenken, so oft das Land zu erwachen sich anschickt, oder wenn die Lüge allen die Augen zu öffnen droht.

Um die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken, lädt sie das Land zu neuen Gladiatorenkämpfen und schickt sie Herolde von Stadt zu Stadt, um den verarmten Pöbel aufzufordern, die Läden und Wohnungen der Juden zu plündern.

. . . Das russische nationale Gefühl soll darin bestehen, Läden zu plündern und Greisen und Frauen die Köpfe einzuschlagen! Mein Gott, der Zorn kocht in mir, mein ganzes Wesen empört sich über diese Verleumdung unseres Volkes, dessen Führer nicht wert sind, ihm die Schuhriemen zu lösen, den Saum des Gewandes zu berühren.

In Kiew wurde ein einfacher Polizist plötzlich von Mitleid ergriffen, verteidigte einen Juden und jagte seine Angreifer davon. Sofort kam ein Vorgesetzter auf ihn zu und ermahnte ihn mit folgenden Worten: „Du darfst nicht die Aeußerungen des Volkszornes verhindern."

Ein ganzes Volk, ein so altes Volk, welches der Welt so viel gegeben hat, wird in einen Zuber verwandelt, in den sich der Zorn der Russen ergießen soll, wird ausgepreßt und zur Verzweiflung gebracht durch das Joch der Bureaukratie. Die Juden sind der Kanal geworden, der den Lauf der russischen Volkswut ablenken soll. Ein solcher Fluch ist von den Propheten niemals vorhergesehen worden.

Seit meiner Kindheit wohne ich in einem ganz und gar russischen Dorfe, und niemals habe ich etwas bemerkt oder gehört, was auch nur im entferntesten zu dem Gedanken berechtigte, daß unsere Bauern den Juden feindlich gesinnt seien, sei es gegen ihre Religion oder gegen ihre Rasse."

Kronprinz Rudolf von Oesterreich, der vor nahezu 20 Jahren ein so tragisches Ende genommen hat, hätte am 21. August d. J. seinen 50. Geburtstag gefeiert. Es ist bekannt, daß der Sohn der Kaiserin Elisabeth ein entschiedener Gegner des Rassenhasses war. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, daß er seiner Ueberzeugung einst in folgendem Epigramm Ausdruck gegeben hat, das in seinem vom Grafen Wilczek publizierten literarischen Nachlaß enthalten ist:

Die Antisemiten!

„Nicht den Glauben, nicht die Rasse
Verfolgen sie mit ihrem Hasse —,
Denn dazu sind sie doch aufgeklärt;
Wie ich die Sache fasse,
Gilt ihr Haß der Wertheimkasse,
Nach der es sie begehrt."

Der Justizrat und Notar Ferdinand Cohn aus Glogau, der Ende vorigen Monats nach mehrmonatigem Krankenlager in Berlin wenige Tage nach seinem 60. Geburtstage verschieden ist, erfreute sich in seinem Glogauer Wirkungskreise einer ungemein großen Wertschätzung. Zu seiner Klientel gehörten u. a. der Oberpräsident von Schlesien, der Herzog Christian von Schleswig-Holstein, Schwager unseres Kaisers, und andere hochgestellte Persönlichkeiten.

Ueber den kürzlich nobilitierten oberschlesischen Gutsbesitzer Karl Guradze, den Besitzer der aus etwa 30 Dörfern und 2 Städten bestehenden Fideikommißherrschaft Tost-Peiskretscham, wird aus Breslau geschrieben:

„Die Bewirtschaftung und Verwaltung der dieser Herrschaft zugehörigen Rittergüter und Dominien gilt seit Jahrzehnten bereits als mustergültig, und man hätte eine Auszeichnung des Besitzers im Kreise seiner Standesgenossen längst erwartet. Herr v. Guradze ist ein Sohn des vor etwas länger als einem Lustrum verstorbenen Oekonomierates Salo Guradze, dessen Vater Abraham Guradze (ursprünglich Gurascher geheißen), der vor etwa 60 Jahren die Herrschaft Tost-Peiskretscham von dem damaligen Besitzer, dem Grafen Gaschin, erstand, noch ein strengfrommer Jude war. Aus jener Zeit datiert auch der Aufschwung der Herrschaft, die seitdem das Neidobjekt der oberschlesischen Granden bildet."

Feuilleton.

Varnhagen von Ense und Rahel Levin.

Von Dr. Adolph Kohut.

(Fortsetzung.)

Als der Chauvinismus nach der Niederwerfung Napoleons hier und da üppig ins Kraut schoß, sprach sie Worte ähnlich denjenigen, mit denen ein Jahrhundert später der unvergeßliche Kaiser Friedrich III. nationale Ueberhebung und Arroganz tadelte. Sie mahnte ihre Landsleute zur Bescheidenheit, sie schrieb damals an Varnhagen die schönen Worte:

„Wir Deutschen müssen uns nur mit dem echtesten Schmuck schmücken, das ist Gerechtigkeit, Mäßigung, Rechtlichkeit und Gesetzmäßigkeit. Feure nah und fern, wie du nur kannst, zu dieser stärkenden, allein heilbringenden Ordnungsmäßigkeit und Rechtsanerkennung an. Ich bin ein Nichts und Kraft und Stimme spare ich dazu, keinen Tag, bei keinem Menschen, bei keiner Gelegenheit, wenn ein jeder so tut und wirkt, so werden alle besser, und daß dies geschehe, dazu sei unser langes Elend und unser herbes Streiten uns gut; daß wir nicht nur ein starkes, derbes, sondern auch ein gutes und gottgefälliges Mustervolk werden."

Ihr Herz ging auf, als sie gewahrte, daß auch die Berliner Juden und Jüdinnen in den Befreiungskriegen große materielle Opfer brachten, um das Vaterland zu befreien, und als das Bestreben, das Sklavenjoch der Fremdherrschaft abzuschütteln, alle Konfessionen geeinigt hatte. Ihre Briefe aus jener Zeit sind voll überströmender Dankbarkeit und Enthusiasmus. Aus der Fülle ihrer damaligen brieflichen Mitteilungen sei nur der nachstehende Passus über ihre Tätigkeit im großen Berliner Lazarett, wo mangels geordneter Ueberwachung trostlose Zustände eingerissen und die Kranken, deren Zahl durch eingelieferte Verwundete stark ange-

wachsen war, zusammengepferchţ lagen und offenbare Not litten, wiedergegeben:

„Ich schried Markus, dieser Böhm, Böhm dem Zivilgouverneur, die schnellsten Einsammlungen kamen in drei Tagen zusammen. Vom Neuen Lazarett wurde alles hergeschickt, alle Aerzte sammelten und fuhren mit großen Geldbeuteln, Wäsche aller Art, Betten wurden nach ihren Häusern geschickt, Essen, wo immer 125 Frauen kochen ließen. Keinen Schlaf, keine Ruhe mehr, mir hat es einen großen Teil Gesundheit gekostet, aber ich bin gesund und kann sehr laufen.... Ich schreibe dies mit Tränen in den Augen und mit Entzücken über unsere Stadt. Den ersten Tag gab Markus, meine beiden jüngsten Brüder und noch sechs andere für hundert Taler Wein, und noch dreißig Taler und Wäsche. Die Juden, was sie nur besitzen, an die wandte ich mein Geschrei zuerst. Die Herz[1]) ist unendlich tätig, ich sporne sie noch mehr, nein wie freut mich die Stadt, kommt sie doch zu sich selbst ... Ach lieber, lieber Gott, gäben doch die Christen so wie die Juden, dann wäre hier wenigstens keine Nat."

Die Berliner und preußischen Juden jener Zeit gaben, wie Rahel auch bei anderen Anlässen hervorhebt, glänzende Proben ihres Patriotismus und ihrer Liebestätigkeit. Speziell der Bankier Abraham Mendelssohn, ein Sohn Moses Mendelssohns, betrug sich nach ihrem Urteil wie der größte „Weltpatriot", und auch sein Schwager Bartholdy spendete große Summen für die Soldaten, Invaliden und deren Hinterbliebenen. Wie glücklich war sie, daß sie, wie in Berlin so auch später in Breslau, ihr Scherflein zur Milderung der Not beitragen konnte. Voll Entzücken berichtete sie aus Breslau an Varnhagen:

„Ich despreche, delause alles und mache mit der mir vertrauten Summe das mögliche, daher vertraue ich es auch niemanden als mir selbst an und verschmähe es, öffentlichen Behörden einzuliefern und öffentlichen Dank, den ich für Bequemlichkeit und nicht pflichtgebotene Menschendienste dekäme, anzunehmen. Zeit aber behalte ich gar nicht, denn mein Beginnen verzweigt sich zu einem großen Geschäft und ich melde Dir's, weil's Dich freut. Meine Landsleute suchen Rat, Hilfe, Trast, ja, und Gott erlaubt mir, klein und gering geboren und verarmt wie ich din, es ihnen zu geden. Ich habe unserem Monarchen schreiben lassen, damit die Seinen von seiner Seite besser verpflegt werden. ... Ich tröste mit Worten Jäger und Soldaten so gut und eindringend und einfach, daß sehr Leidende schon oft plötzlich vor Freude lächelten van meinen blaßen Worten, und es fuhr wie Sonnenblick über düsteres Gewölk über ihr Gesicht. ... Wie kann man seine Pflicht nicht tun, ich verstehe es nicht."

Was die große Frau hier von sich selbst sagt, wird auch von ihren Zeitgenossen bestätigt. So schreibt z. B. der Franzose Graf Adolphe von Custine in seinem Werk, betitelt „Madame Varnhagen", über sie treffend:

„Sie hatte den Geist eines Philasophen und das Herz eines Apostels und dennoch ungeachtet war sie Kind und Frau, so sehr wie es nur sein kann ... Die innere Kraft ihres Lebens mußte, ahne es zu wollen, alles beseelen, sie begriff nicht nur, sie personifizierte ihr die Gedanken, ihr Geist war eine Welt, in der wie in der Welt Gottes alles seine Verwendung hatte. In einer höher organisierten Gesellschaft würde Rahel für die Völker das gewesen sein, was sie hier für einen kleinen Kreis vertrauter Freunde war, eine Leuchte der Geister, eine Führerin der Seelen. ... Ihre genialen Eingebungen entstammten jenem ahnungsreichen Schauen, jener intuitiven Erkenntnis, die Gott den wahrhaftigen Seelen gewährt, diese Märthrerseelen kämpfen für die Wahrheit, die sie ahnen, leiden für Gott, den sie lieben und ihr ganzes Leben ist eine Schule der Ewigkeit."

Rahel war ein tiefreligiöses Gemüt, und obschon sie später eine Konvertitin wurde, hörte sie nicht auf, voll Liebe und Pietät von ihrem angestammten jüdischen Glauben zu sprechen. Sie war Monotheistin durch und durch; wer sich der Mühe unterzieht, ihre zahlreichen Briefe und ihre sonstigen Aufzeichnungen durchzustöbern, wird das hier Gesagte vollinhaltlich bestätigt finden. Hier nur einige Proben:

„Neulich sagte einer, das Gewissen sei wie ein Vorposten auf einer Zinne, der umherschaue, ob Recht geschehe. Mir däucht, des Gewissens Tätigkeit wird bis jetzt zu sehr deschränkt und mit seiner Tiefe und Einfachheit verwechselt. Das Gewissen sagt uns nicht allein, ob wir Recht oder Unrecht tun, sondern auch ob uns Recht oder Unrecht geschieht, ob wir eine Behauptung, ein Ereignis, einen Zustand der Wahrheit gemäß finden oder nicht. Es ist das letzte einfache Wollen in uns, welches wir eingepflanzt in uns vorfinden, von einem höheren uns unbekannten Prinzip.

Nur zu einem Guten in der Welt muß man sich zwingen und nur das eine bleibt, meines Bedünkens, auch erzwungen, noch Gutes: zum Rechttun nämlich. Alles andere läßt sich, bei mir wenigstens, nicht erzwingen."

Die jüdische Denkerin hat sich mit der Religion und ihren Problemen stets aufs eifrigste beschäftigt, und in ihren Briefen an Heinrich Heine und andere ihr nahestehende Dichter und Schriftsteller behandelt sie gar oft die Religionsfrage. Mit der Beantwortung derselben durch die St. Simonisten war sie in keiner Weise zufrieden. Nach ihrer Ansicht durften sie ihre Lehre nicht, wie sie es taten, als eine neue Religion bezeichnen, denn eine solche könne nicht deduziert werden. Sie müsse als Gebot offenbart oder durch Wunder bewiesen werden, sonst sei sie eine „Lehre, der vorhandenen Vernunft angereiht" — also eine Lehre der Philosophie. An diese Erörterung schließt sie die folgende, für die Tiefe ihres Rechtsbewußtseins und ihres Gottesglaubens so recht bezeichnende Betrachtung:

„Das ist aber das Schöne unseres jetzigen Zweifels, daß das Gute und Heilsame bewiesen werden kann und also bewiesen werden muß und daß das als Recht Anerkannte uns zum höchsten in uns führt und so von uns geehrt wird, wie die unerwartetste Offenbarung, von Chören von Engeln aus den Wolken gereicht. Diese unumstößliche Anerkennung des Rechten, diese heilig gewordene Verehrung dafür ist jetzt religiös, aber nicht mehr Religion. Das ist jetzt das heilige Antlitz Gottes, welches wir erkennen: eine Evidenz, der nichts widerstehen kann."

In den Bekenntnissen und geheimsten Offenbarungen ihrer großen Seele betätigt sich ein inniges Vertrauen zu Gott und eine rührende Zuversicht in seine Führung des Weltalls. In dem Tagebuch, das sie, dem Gebrauch der Zeit entsprechend, fleißig führte, gab sie ihrer heiligen Ueberzeugung von der Vorsehung beredten Ausdruck. Es sei eine Gefahr für die Menschheit, wenn sie glaube, sie sei im Leiden verlassen. Wir dürften nie vergessen, daß Gott unsere Läuterung hier auf Erden, aber nicht unser Verderben will.

Dem Dichter Friedrich de la Motte Fouqué gegenüber sprach sie ihre Ueberzeugung aus, daß die Religion sich nicht von Mensch zu Mensch übertragen lasse, daß der Glaube nicht lehrbar, sondern ein intimes, ganz persönliches Verhältnis zwischen Gott und dem Menschen sei, ein Geschenk der Offenbarung, das in „tiefst unterworfener Demut" abgewartet werden müsse. Sie wollte lieber allen Zweifeln und Seelenkämpfen ausgesetzt sein, als die Religion je als Notbehelf ergreifen. Doch jene Gnade, die sie dem Geschenk des Daseins vergleicht, sei ihr widerfahren. Gott habe sich ihr offenbart in den harten Drangsalen, in den Martern ihres Lebens. Schwer fühle sie seine Hand auf sich liegen, aber sie lerne, je älter sie werde, um so tiefer den Segen des Leides empfinden. „Mir wird bei Leiden das Herz offen," sagte sie, und: „Wie durch eine Schleuse strömt Liebe ein, Liebe aus, und viele, die besten Gedanken werden rege. Wär's nicht Sünde, würde ich sagen: Ich weiß dann mehr von Gott, dem ich kniend danke."

Freilich hatte sie Augenblicke in ihrem Leben, wo ihr Sinn verwirrt, ihr Herz betrübt und ihre Willenskraft gelähmt war, da alle ihre Philosophie versagte und Verzweiflung sich der starken Seele bemächtigen wollte; dann gelang es ihr nur schwer, sich zum vollen Vertrauen zu Gott zu erheben:

„Könnte man sich nur recht zu Gott wenden, so wäre einem gleich geholfen. Mit seiner Hand hebt er einen heraus, ich habe sie schon an mir gefühlt, diese Hand. Aber so recht, wie man kann und soll, sich so ganz mit den Augen an ihn ansaugen, das gelingt nicht immer, man will und kann nicht immer stark genug."

(Schluß folgt.)

[1]) Die bekannte Henriette Herz.

Briefkasten.

M. L. in N. Besten Dank für Ihre Mitteilungen, die sich ja in der Hauptsache mit den in der vorigen Nummer unseres Blattes veröffentlichten Angaben eines jüdischen Offiziers der bayerischen Armee decken. Bezüglich des Vorhandenseins van aktiven jüdischen Offizieren in Bayern war Ihr Gewährsmann, wie Sie gesehen haben, aber doch nicht ganz richtig informiert.

D. Z. in München. Wir bitten um Angabe Ihrer näheren Adresse, da ein ohne Angabe der Straße adressierter Brief als unbestellbar zurückgekommen ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 38. Berlin, den 16. September 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich. Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 21 I. Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Optimistisches und Pessimistisches im antisemitischen Lager.

Der Grundton der antisemitischen Weltanschauung, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden darf, ist der Pessimismus. Die Welt ist schlecht in kultureller, ethischer und sozialer Beziehung, und sie muß schlecht sein, sonst wären ja die gewaltigen vom Antisemitismus angestrebten Reformen überflüssig. Das Vaterland schwebt beständig in großer Gefahr und muß immer von neuem „gerettet" werden. Und es kann nur durch die Antisemiten gerettet werden, denn die anderen Parteien sind mehr oder minder alle korrumpiert und durch den Geist des Mammonismus und des Materialismus von Grund aus verdorben. Das steht fest. Ein Streit herrscht nur noch darüber, ob die agrarisch-konservativen Elemente um Liebermann von Sonnenberg oder die sich freidenkerisch und revolutionär gebärdenden Urgermanen um Zimmermann die berufenen Befreier des Vaterlandes sind.

Indessen ist dieser Pessimismus kein absoluter à la Schopenhauer, sondern ein relativer. Den ganz düster gefärbten Pessimismus und die Verzweiflung an der Gegenwart findet man nur noch im „Hammer" und hie und da in Broschüren und Reden. Die politisch organisierten Antisemiten aber sind nur relative Pessimisten und sie glauben an die Möglichkeit einer Besserung, ja, sie stellen sie oft sogar mit Bestimmtheit schon in nächster Zeit in Aussicht, nur müsse man ihnen natürlich die Möglichkeit geben, ihre Kuren zu erproben, man müsse ihnen die nötige Macht verleihen. Sie geben den Patienten nicht auf, nur muß er sich natürlich von seinen bisherigen Aerzten radikal lossagen, muß die neuen Kuren getreulich beobachten und streng diät leben. Das Tragikomische des Antisemitismus liegt nur darin, daß der Patient sich meistens gar nicht krank fühlt und über die Diagnosen dieser ungerufenen Aerzte spottet. Es ist wirklich nicht hübsch vom deutschen Volke, daß es gar nicht „gerettet" werden will und daß es die dargebotene Hilfe mit schnödem Undank zurückweist.

Seitdem der Antisemitismus danach strebt, ein politischer Machtfaktor zu werden, sieht er ein, daß man mit dem ganz schwarzen Pessimismus keine agitatorischen Geschäfte machen kann, und so fügte man auch helle Farben zu dem Bilde. Man rühmt diese Welt als die beste aller Welten, die nur durch den schrecklichen Semitismus ein wenig verdorben worden ist. Ja, man verlangt nicht einmal eine gänzliche Vernichtung dieses Semitismus, nur will man seinen Einfluß schwächen und seine Schädlichkeit vermindern. Politisch klingt das viel annehmbarer, aber die jugendlichen Elemente und die Stürmer sind mit diesem System nicht zufrieden. Sie revoltieren oft, und die Führer haben eine schwere Aufgabe, die Berserkerwut der Jugend zu bändigen und ihren Tatendrang in richtige Bahnen zu lenken.

Damit hängt auch eng zusammen die Frage der Regierungsfreundlichkeit. Die Parteien, namentlich die deutschsozialer Observanz, wollen als die treuesten Anhänger der Regierung angesehen werden und streben danach, ganz hoffähig zu werden. Die radikalen Elemente dagegen befürchten davon eine Verwässerung des Antisemitismus und sie möchten die Parteien immer mehr in die Opposition drängen. Sie sehen mit scharfem Blick, daß eine positiv arbeitende politische Partei den Antisemitismus nur in stark verdünnter und verzuckerter Form genießen kann, und sie sehnen sich nach einer kräftigeren Kost. So hat der Prozeß der Gärung innerhalb der Partei eigentlich nie aufgehört, nur wird er häufig der Außenwelt gegenüber verleugnet, — solange es eben geht. Manchmal aber zeigt er sich in seiner ganzen zersetzenden Stärke und er führt langsam, aber sicher zu einer neuen „reinlichen Scheidung".

Lehrreich nach dieser Richtung hin ist eine Auseinandersetzung in einer der letzten Nummern der „Deutschsozialen Blätter". Ein „sehr geschätzter Mitarbeiter" des Blattes sieht sehr düster in die Zukunft und prophezeit Schlimmes. Er vergleicht unsere Tage mit der Zeit vor Jena, mit der Periode von 1780—1807. Er schreibt wörtlich:

„Auch heute erheben Oberflächlichkeit, Ausleben, verknöcherte Bureaukratie, Bevorrechtigung des Geldes, Nichtachtung der Persönlichkeit, Strebertum u. a. Uebel kühn ihr Haupt. Es ist nicht alles Gold, was glänzt! Auch nicht im Wesen unserer Regierung!"

Das ist nicht sehr schmeichelhaft für die Regierung und auch nicht für den Antisemitismus, der sich dieser Regierung immer anbiedert und ihr die treueste Gefolgschaft verspricht. Aber der Verfasser wird immer finsterer und er greift zu den verzweifeltsten Tönen. Folgende Schilderung gibt er zum Besten:

„Bedenkliche Zeichen der Korruption sickern durch. Entfernung rückgratfester Beamten, Rechtsentscheidungen bedenklichster Art, Polizeispitzeltum mehren sich in gefährlicher Weise. Beweise hierfür lassen sich zu Dutzenden erbringen und wie viele Fälle bleiben unbekannt und dringen nicht an die Oeffentlichkeit. Unser Gerichtsverfahren ist meist eine leere Form unter dem Zwange von Paragraphen. Wer Schöffe war, wird erlebt haben, daß mit dem Angeklagten meist nicht viel Federlesens gemacht wird."

Unsere Lage nach außen sieht der Verfasser als gänzlich trostlos an. Wir seien „unten durch", unser ganzes Glück sei nur, daß in England noch kein richtiger Tatenmensch da sei, sonst wären wir rettungslos verloren und dem Feinde preisgegeben. Die bevorstehende Finanzreform wird nach unserem besorgten Patrioten wieder nur das schaffende, arbeitende

Volk bedrücken und das Großkapital schonen. Kurzum, alles in diesem Staate ist faul und Deutschland steht vor dem Untergange. Was den Verfasser so sehr in Wut gebracht hat, das verrät er erst zum Schluß:

„Das Paktieren mit dem Freisinn ist die Bankerotterklärung unserer Staatsmaschine. Der Blockzug befindet sich auf abfallender Strecke 1—70, bremsenlos in den Rachen der „Mammonarchie". Ihr Nationalen, fahrt ihr weiter mit?"

Darauf gibt die Redaktion des Blattes, wie sie im Briefkasten versichert, „dem düstern Bilde einige helle Striche mit", um den vielen Schatten auch einiges Licht zuzufügen und der Gegenwart gerecht zu werden. Sie warnt vor übertriebener Schwarzseherei und rühmt die großen Errungenschaften des Antisemitismus. Nicht besonders klug scheint es uns zu sein, daß sie den Einfluß und die Uebermacht der Juden, die unter den Antisemiten stets als Dogma verkündet wurden, gänzlich in Abrede stellt. Sie schreibt:

„Mit dem Einfluß des Judentums ist es eine gar eigene Sache. In den Parlamenten sind die Juden auf Freisinnige und Sozialdemokraten beschränkt, die studentischen Kreise lehnen sie nach wie vor ab, der gesellschaftliche Antisemitismus ist stärker als je, das Offizierkorps bleibt ihnen auch zukünftig verschlossen."

Diese Schilderung trifft leider zu, und wir möchten sie den Liberalen und auch den jüdischen Elementen, die die Gegenwart mit einer rosigen Brille sehen und jede Abwehrtätigkeit und jede Volksaufklärung über den Antisemitismus für überflüssig halten, zum eifrigen Studium empfehlen. Die Tatsache, daß selbst der Kaiser, der sehr vorurteilsfrei denkt, nicht mächtig genug ist, die preußische reaktionäre Tradition zu verdrängen und dem verfassungswidrigen Unfug bei der Beförderung zum Reserveoffizier ein Ende zu machen, sollte jeden politisch reifen Menschen zu denken geben. Der gesellschaftliche Antisemitismus ist tatsächlich, dank der Wühlarbeit der Antisemiten und der Protektion der Regierung, erstarkt und es droht uns die Gefahr, daß innerhalb der Bürgerschaft konfessionelle Schranken aufgerichtet werden, die jedes gegenseitige Verständnis ausschließen. Dieser Erscheinung müssen wir stets unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Geradezu unverschämt ist die Bemerkung der Redaktion über den Kaiser. Sie schreibt:

„Es ist für einen guten Deutschen zwar eine peinliche Erscheinung, wenn sein Kaiser sich mit einer überwiegend jüdischen Suite umgibt und dadurch sich und uns in der ganzen alten Welt, von Damaskus bis Drontheim, in Mißkredit bringt; aber daran ist auch mit viel Hoffnung gar wenig zu ändern. Das muß hingenommen werden wie eine Influenzaepidemie, doch verstärkten vorbeugenden Selbstschutz der Gesunden. Zweifellos würde ein wirklich deutsch-national gesinnter Herrscher für das Ansehen des Reiches eine glücklichere Hand haben."

Es ist geradezu ekelhaft, heuchlerisch, im selben Artikel seine streng monarchische Gesinnung zu versichern und dann den Kaiser als Verräter und schlechten Deutschen zu behandeln, weil er nicht erst die Genehmigung der Herren Antisemiten einholt, diejenigen Elemente an seinen Hof zu ziehen, die ihm passen.

Es ist für den Kenner der Verhältnisse gar kein Zweifel, daß die Optimisten im antisemitischen Lager recht haben. Sie haben gewiß nicht alles erreicht, was sie wollen, aber sie wußten im Grunde selber, daß das nicht möglich sein wird. Ihre Errungenschaften auf kulturellem und sozialem Gebiete ist gleich Null. Aber dahin ging auch ihr Streben gar nicht. Was sie wirklich wollten, das war die Schwächung des liberalen Gedankens, die Verneinung der Grundidee der modernen Verfassung und ihre Umgehung durch reaktionäre Praktiken, die Verwirrung des Volkes über die einfachsten Begriffe von Recht und Vernunft. Und auf dem Wege zu diesem Ziele haben sie bereits einige wichtige Etappen erlangt. Solange die freiheitlichen Elemente des Volkes nicht einsehen, daß der liberalen Entwickelung von dieser Seite die größte Gefahr droht, solange es Leute gibt, die sich liberal nennen und dabei mit antisemitischen Anschauungen kokettieren, wird eine wirksame Abwendung dieser moralischen Seuche nicht möglich sein. Liberal sein heißt nicht, einem liberalen Bezirksverein angehören und einen liberalen Zettel in die Urne werfen, sondern liberal denken und empfinden, liberal leben und handeln.

Der Antisemitismus im österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, den 5. September 1908.

Wenn man die Verhältnisse eines Parlaments genau kennen lernen will, dann genügt es im allgemeinen, nach der Veranlagung der einzelnen Parteien und nach dem Kräfteverhältnis der verschiedenen Gruppen Ausschau zu halten. Im österreichischen Abgeordnetenhause versagt diese Methode jedoch einigermaßen, weil das Gefüge der meisten Fraktionen ein ganz loses ist und weil nicht die Parteikörper, sondern die Abgeordnetenindividualitäten den Ton angeben. Darum ist es auch schwer, mit trockenen Ziffern darzulegen, wie sich das Parlament zum Antisemitismus stellt, und man muß sich zufrieden geben, wenn man ein ganz allgemeines Bild gewinnen kann. Die Ergebnisse der Betrachtungen sind allerdings nicht erfreulicher Natur.

Im österreichischen Abgeordnetenhause sitzen 14 Juden. Vier davon gehören dem jüdischen Klub, vier dem Polenklub, drei der Sozialdemokratie an, und drei stehen in keinem Parteiverbande. Wie liegen nun die Verhältnisse bei den 502 übrigen Volksvertretern? Die Stellung der 88 Sozialdemokraten ist durch das Programm dieser Partei gegeben, denn die Arbeitergruppe repräsentiert immerhin eine Einheit im Denken und Handeln. Auf der anderen Seite können die 96 Christlichsozialen von vornherein als Tragbalken des Antisemitismus bezeichnet werden, da alle Spaltungen und Meinungsverschiedenheiten in dieser Gruppe nicht so weit reichen, daß sie die prinzipielle Haltung gegenüber den Juden berühren würden. In der Taktik lassen sich allerdings verschiedene Nüancierungen beobachten, denn vom „gemäßigten" Antisemitismus eines Lueger bis zum tiefschwarzen Klerikalismus eines Morsey gibt es viele Spielarten. In der Betätigung des Antisemitismus ist auch für die drei Alldeutschen im Parlamente der Weg vorgezeichnet; ihre auf Rassevorurteilen aufgebaute Weltanschauung läßt kein Schwanken zu.

Viel schwieriger ist schon die Feststellung bei den Abgeordneten, die den anderen deutschen Parteiverbänden angehören. Hier haben wir zunächst die 17 Mitglieder der deutschfortschrittlichen Gruppe, die letzten Reste der einst herrschenden liberalen Partei. Von ihnen ist ein aggressives Vorgehen gegen die Juden nicht zu befürchten, ebensowenig wie man ein warmes Eintreten für die Gleichberechtigung, für die Freiheit der Israeliten mit Beruhigung in allen Fällen erwarten kann. Als das letzte Kurienparlament zum ersten Male zusammentrat, haben die deutschfortschrittlichen Abgeordneten sehr lange darüber debattiert, ob sie einen jüdischen Gesinnungsgenossen in ihre auserlesene politische Gesellschaft aufnehmen sollen, und als sie sich gefälligst zur Erlassung eines gelegentlichen Toleranzpatentes herbeiließen, glaubten sie, wie einst Kaiser Joseph II., eine historische Tat vollbracht zu haben. Unmittelbar nach dem Zusammentreffen der aus den ersten Volkswahlen hervorgegangenen deutschfortschrittlichen Abgeordneten spielte sich eine ähnliche Szene ab. Dr. Gustav Groß, der mit Hilfe der Iglauer Juden ins Parlament gekommen war, bemühte sich im Schweiße seines edlen Angesichtes, eine große deutsche Partei zustandezubringen, deren erste Vorbedingung die „Judenreinheit" sein sollte. Das Nichtzustandekommen dieser Vereinigung kränkte

niemanden mehr, als den wackeren Groß, der ganz stolz darauf war, einige Tage als Agent der Christlichsozialen gewirkt zu haben. Neben solchen Jammergestalten gibt es in der deutschfortschrittlichen Gruppe auch sehr pflichtbewußte und kluge Männer, aber das Verhältnis der Aufrechten zu den Schwachmütigen ließe sich erst nach einer entscheidenden Kraftprobe bestimmen. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse im deutschnationalen Verbande. Die 21 Agrarier, die ihm angehören, sprechen sich in ihrem Programme über die Judenfrage überhaupt nicht aus. Mit dem Antisemitismus ist in ihren rein bäuerlichen Wahlkreisen wenig anzufangen, allein wir möchten sie nicht auf die Probe gestellt sehen, ob sie in der Wertschätzung der Juden weniger vorurteilsvoll sind als ihre christlichsozialen Kollegen. Angriffe gegen das Judentum werden von dieser Seite wohl nicht erfolgen, aber zur Abwehr von Vorstößen antisemitischer Tendenz dürften sich die Agrarier nicht veranlaßt sehen. Der zweite Flügel des deutschnationalen Verbandes besteht aus den 30 Mitgliedern der ehemaligen deutschen Volkspartei. Diese Gruppe hat ein entschieden antisemitisches Programm, das den Kampf gegen die Juden offen proklamiert. In Wahlzeiten wird zwar da und dort das Gegenteil behauptet, ohne daß dadurch an der Tatsache etwas geändert würde. Da die Judenfresserei bei der Bevölkerung an Anklang wesentlich eingebüßt hat, sehen sich die Volksparteiler nicht mehr veranlaßt, zum Angriff zu blasen, und es gibt in ihrer Mitte sogar weiße Raben, die innerlich gerecht denken, und andere wieder, die auf die Juden im Wahlbezirke Rücksicht nehmen wollen. Der eine oder andere deutschvölkische Abgeordnete brächte es also über sich, in einem entscheidenden Falle und unter irgendeinem Vorwand der Abstimmung zu enteilen, aber man kann sich darauf nicht verlassen. Nun kommt noch die deutschradikale Partei in Betracht, deren zwölf Mann von K. H. Wolf geführt werden. Einst standen sie im alldeutschen Lager, und sie haben aus jener Zeit noch ihre Rassephilosophie bewahrt. Ihrer Grundstimmung nach sind sie antisemitisch, was nicht hindert, daß in dem einen oder andern Wahlbezirke von ihren Mandatswerbern eine gegenteilige Auffassung verbreitet wird. Es gibt unter ihnen vielleicht den einen oder anderen Abgeordneten, der der kraftlosen Phrase des Antisemitismus bereits müde ist, doch die Juden müssen in dieser Gruppe dennoch eine feindliche Truppe erblicken.

Sehen wir uns jetzt unter den Tschechen um. Die zwei Realisten — Masaryk und Drtina — sind wirklich freisinnige Menschen, die in der Judenfrage wie Männer von Verstand und Unbeirrtheit denken. Die jungtschechische Gruppe, der 18 Abgeordnete angehören, hat in ihrem Verhalten zu den Juden mit den deutschen Fortschrittsparteien vieles gemein. Vor 15 Jahren galten die Jungtschechen nicht nur als volkstümlich, sondern auch in religiöser Hinsicht als unbedingt tolerant. Sie waren die Liberalen im tschechischen Volke und eine Elitetruppe des Liberalismus überhaupt. Seither ist vieles einem Wandel unterworfen gewesen, und die jungtschechische Partei im Abgeordnetenhause hatte zum Beispiel einen Prager Handschuhmacher in ihrer Mitte, der in seinem beschränkten Judenhasse nicht weit hinter dem Wiener Mechaniker Schneider stand. Auch jetzt gibt es unter ihnen Männer, die es mit ihrer Freisinnigkeit nicht allzuernst nehmen, und einer der Führer soll sich in Privatgesprächen — wir wissen nicht, ob in Weinlaune? — für die russischen Pograms begeistert haben. Die tschechischen Nationalsozialen machten aus dem Antisemitismus keinen Geschäftsartikel, allein sie bildeten mit einem Manne wie Dr. Baxa — der in der Zeit des Polnaer Ritualmordprozesses einer der ärgsten antisemitischen Schreier war — die Gemeinschaft der radikalen Tschechen, was zumindestens nicht sehr geschmackvoll war. Die tschechischen Agrarier weisen ähnliche Züge wie ihre deutschen Kampfgenossen auf, nur daß das Bild, speziell soweit Mähren in Frage kommt, nach etwas unfreundlicher ausfallen müßte. Die tschechischen Klerikalen endlich wissen gelegentlich auch den Antisemitismus als politisches Handwerkszeug zu gebrauchen.

Es hätte keinen Zweck, die einzelnen Nationen und die verschiedenen Parteien weiter durchzugehen, denn die Eindrücke, die bei der kurzen Wanderung durch das Parlament gewonnen wurden, würden keine Verschiebung oder Bereicherung erfahren. Wir sahen schon, daß es an warmen, zielbewußten und immer verfügbaren Verfechtern der Gleichstellung aller Konfessionen gebricht, denn man würde in dem kopfreichen Parlamente hochgerechnet 150 Leute finden, auf die man sich unbedingt verlassen kann, die man als geschworene Gegner der gesetzlichen und praktischen Entrechtung einer bestimmten Religionsgenossenschaft zu bezeichnen vermag. Dazu kommen vielleicht 200 Abgeordnete, die sich durch vorsichtiges Lavieren aus der Affäre zu ziehen wüßten, von denen man aber doch nicht mit Bestimmtheit sagen kann, ob sie Fisch oder Fleisch sind. Der Rest der Abgeordneten wird von überzeugten Antisemiten gebildet. Während in der Bevölkerung die antisemitische Phrase an Klang verliert, während selbst die Christlichsozialen ihren Antisemitismus zeitweilig „zurückstellen", weil sie mit dem Judenhaß keinen freudigen Widerhall auslösen, während es also in den Volksmassen langsam lichter wird, gestaltet sich das Bild des Abgeordnetenhauses unerquicklich genug. Die Abgeordneten lösen sich als Individuen vom politischen Antisemitismus fast schwerer los, als die Wählermassen dies am Tage der Entscheidung tun. Immerhin kann man wohl sagen, daß das Abgeordnetenhaus für antisemitische Vorstöße jetzt nicht zu haben sei, wenn es auch mit der Verteidigung der Gleichberechtigung der Juden recht traurig aussieht. .rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Protest gegen die Wahl des antisemitischen Abg. Dr. Böhme hatte bekanntlich zur Folge, daß der Reichstag Beweiserhebungen über die Mehrzahl der Protestpunkte beschloß. Diese Erhebungen haben in letzter Zeit stattgefunden. Geschäftige Antisemitenblätter wußten zu berichten, daß die Erhebungen nur einige bedeutungslose Formalienverletzungen ergeben hätten. Demgegenüber wird uns von gutunterrichteter Seite folgendes mitgeteilt: Der Protest hatte keinerlei formale Verstöße behauptet, wohl aber hat der Reichstag ex officio über eine ganze Reihe von Mängeln in den amtlichen Protokollen Beweiserhebungen veranlaßt und ausdrücklich gerügt, daß der Wahlkommissar diese Mängel nicht in den Akten angeführt hat. Die Zeugenaussagen über die im Protest behaupteten Vorgänge sind sehr ungünstig für die Antisemiten ausgefallen. Eine große Anzahl Beeinflussungen durch amtliche Organe ist ebenso zweifelsfrei festgestellt worden, wie die Tatsache, daß sich Böhme-Stimmzettel in den amtlichen Wahlumschlägen mehrerer Bezirke vorfanden, und die Umschläge mit den einliegenden Böhme-Zetteln von den Wahlvorstehern den Wählern verabfolgt wurden. Die Mehrheit der Zeugenaussagen ist aber gar nicht bekannt geworden, da der Regierungspräsident mit den Beweiserhebungen nicht nur die Gerichte, sondern auffälligerweise auch die — Landratsämter betraut hatte, obwohl der Protest sich gerade auf die landrätliche Wahlbeeinflussung stützt. Es ist auch bereits festgestellt, daß die Bürgermeister und Gendarmen des Kreises Kirchhain vor der Wahl zur „Instruktion" auf dem Landratsamt versammelt wurden. Ueber die Art der ergangenen Instruktionen, die der Kreissekretär erteilt hat, verlautet noch nichts, da die mit der Vernehmung betrauten Behörden dem Protesterheber die Teilnahmeberechtigung an

den Beweisterminen bestritten, wogegen Beschwerde beim Reichskanzler erhoben wurde. Dieser hat jetzt mitgeteilt, daß er die Angelegenheit dem Reichstagspräsidenten zur Herbeiführung einer Entscheidung überwiesen habe. Aus alledem erhellt wohl zur Genüge, daß die Antisemiten mit ihren Behauptungen wieder einmal recht voreilig gewesen sind.

Der antisemitische Exabgeordnete Otto Hirschel, der „erklärte" Liebling der oberhessischen Agrarier, der zuversichtlich seiner Begnadigung entgegenharrt, die ihn von der Verbüßung der über ihn wegen Unterschlagung erkannten Gefängnisstrafe befreien soll, hält es für notwendig, in der Darmstädter „Neuen Tageszeitung" folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Verschiedene Zeitungen, so die „Butzbacher Zeitung", beschäftigen sich mit meiner angeblichen Kandidatur im Wahlkreise Butzbach. Demgegenüber versichere ich auf das bestimmteste, wie ich dies auch auf der Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Friedberg erklärt habe, daß ich unter keinen Umständen für den Landtag kandidieren werde.

Friedberg, den 8. September. Otto Hirschel."

Interessant ist an dieser Erklärung, bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.", zunächst die Nachdrücklichkeit, mit der sich Hirschel gegen eine Kandidatur anscheinend zu wehren hat. Er will nicht, aber die Freunde wollen! Zum anderen läßt es „tief blicken", daß er bereits auf der Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Friedberg, die bekanntlich den wegen einer schweren Verfehlung wider Treu und Glauben verurteilten Hirschel einstimmig zum Direktor wiederwählte, eine ähnliche „bestimmteste" Erklärung abzugeben sich veranlaßt gesehen hat. Jedenfalls bestätigt dieses kleine Bekenntnis des ehemals — und vielleicht heute noch — allmächtigen Wahlmachers des Bauernbundes, daß die Politik mit den genossenschaftlichen Aemtern und Geschäften sich aufs allerbeste verträgt, und es wird damit unsere wiederholt geäußerte Vermutung illustriert, daß bei der Besetzung der „Pöstchen" bei den hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften die politische Betätigung nichts weniger als hinderlich ist. Denn wie die obige Erklärung zeigt, gibt es in jenen Kreisen Leute, die den geschäftlich nicht gerade sehr verläßlichen Otto Hirschel nicht nur für geeignet halten, einen Direktorposten zu bekleiden, sondern die allen Ernstes meinen, daß er für ein Landtagsmandat in einem vielumstrittenen Wahlkreis immer noch ein würdiger Vertreter sei.

Die Antisemiten unter sich. In der „Deutschen Reform" des Abg. Zimmermann finden wir folgende Briefkastennotiz:

„Nach Magdeburg. Sie schreiben: Die Gründung einer Hammergemeinde oder Hammerleservereinigung wird auch hier geplant. Ist das nötig? Jeder Reformer mag den „Hammer" lesen. Aber wozu noch eine „Hammerpartei". Schließlich kommt noch eine „Vereinigung der Inhaber des Handbuchs der Judenfrage"! — Mit Ihrer Ironie gegen die Zersplitterungsversuche haben Sie nur allzusehr recht. Jeder will eine Extrawurst und die am lautesten über Einigkeit schreien, sind die ersten zu immer neuen Gründungen, die die Kräfte zersplittern."

Was wird Herr Theodor Fritsch zu dieser Unfreundlichkeit sagen?

Antisemitischer „Sauherdenton". Schamlose Beschimpfungen des Freisinns enthält ein Artikel der „Deutschsozialen Blätter" vom 5. September, an dessen Schlusse es heißt:

„Soziales Gefühl, Nationalsinn und Finanzpolitik, das sind die drei Hauptstellen, wo der Freisinn sterblich ist, heute, in den Tagen des Alters, wie in seiner Jugend. Schon sind an dem Lindwurm die Spuren des Alters und des Verfalls zu entdecken, möge dem giftgeschwollenen Ungeheuer bald der Gnadenstoß gegeben werden."

In der nächstfolgenden Nummer des Blattes veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Böhme einen Schimpfartikel gegen die Freisinnigen, der die „Liberale Korrespondenz" zu der Bemerkung veranlaßt, der Abg. Dr. Böhme gefalle sich darin, sich wieder einmal in der schnoddrig-naseweisen Art frühreifer junger Leute an den freisinnigen Parteien zu reiben.

Die Auflage der antisemitischen Presse. Die „Feder", das Organ des Allgemeinen Schriftsteller-Vereins, bringt eine statistische Uebersicht über die Auflagenhöhe der wichtigsten politischen Zeitungen. Da die Statistik nur die Zeitungen mit mehr als 5000 Abonnenten berücksichtigt, so fallen die kleinen antisemitischen Blättchen, die nur notdürftig ihr Dasein fristen, gänzlich aus. Es kommen infolgedessen weder die „Staatsbürgerzeitung" noch die „Deutschsozialen Blätter" noch die „Deutsche Reform" noch die „Deutsche Hochwacht" und auch nicht die „Neue bayrische Landes-Zeitung" in Würzburg dabei in Frage. An der Spitze der mehr oder weniger dem Antisemitismus zuneigenden Tagesblätter marschieren die „Leipziger Neuesten Nachrichten", die ihre Auflage auf 80- bis 100 000 Exemplare angeben. Es folgen die „Tägliche Rundschau" mit 40- bis 50 000 Exemplaren, die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bundes der Landwirte, mit 25- bis 30 000 Exemplaren, die „Deutsche Zeitung" des Herrn Dr. Friedrich Lange mit 20- bis 25 000 Abonnenten; dabei scheinen aber sehr viele Freiexemplare zu sein. Der „Reichsbote" schätzt sich auf 10- bis 12 000, die „Kreuzzeitung" auf 8- bis 10 000 Exemplare ein.

Das ist alles, was noch bei weitgehender Beurteilung zur antisemitischen Presse gerechnet werden kann. Einzelne dieser Blätter sind indes geschäftsklug genug, nur hin und wieder den antisemitischen Pferdefuß herauszustecken.

Vermischtes.

Der „Jude" Kürnberger. Zu den deutschen Dichtern, die der Literaturhistoriker Professor Adolf Bartels in seiner Literaturgeschichte als Juden besonders stigmatisieren zu müssen glaubte, gehört auch der 1879 gestorbene Oesterreicher Ferdinand Kürnberger, den Herr Bartels wohl hauptsächlich wegen der großen Unerschrockenheit, mit der er geschlechtliche Dinge zu behandeln pflegt, gerne zum „Dekadenten" gestempelt und als solchen natürlich gerne im besonderen als „jüdischen" Dekadenten gebrandmarkt hätte. Wie sehr ihm dies vorbeigelungen ist, hat er sich jüngst von dem bekannten und verdienstvollen Grazer Literaturhistoriker, Universitätsprofessor Dr. Anton E. Schönbach — dem Verfasser des vielverbreiteten Buches „Lesen und Bildung" — öffentlich in recht blamabler Weise sagen lassen müssen. Dieser stellt in einem Aufsatze über den ihm persönlich befreundet gewesenen Kürnberger („Wiener Abendpost" vom 5. September) u. a. fest, daß dessen erzählende Werke technisch und stofflich noch ganz von den späteren deutschen Romantikern (Tieck, Eichendorff usw.) bestimmt gewesen seien und bemerkt dann beiläufig:

„Daher hätte Adolf Bartels kein schlimmeres Versehen passieren können, als daß er Kürnberger mit der Dekadence verknüpfte, eine Erscheinung, die Kürnberger gar nicht mehr erlebt hat, und die zwei Menschenalter nach seiner Bildungszeit sichtbar geworden ist. Diesem Fehler reiht ein anderer sich gleichwertig an: Bartels will Kürnberger, den Sohn eines magistratischen Laternenanzünders und einer Obstfrau vom Naschmarkt, mit aller Gewalt für einen Juden erklären, vermutlich, weil er in Kürnbergers Schriften bisweilen genaue Kenntnis jüdischer Lebensgebräuche angetroffen hat und nicht weiß, daß ein gewisses Interesse für das Rembrandtsche Halbdunkel des orthodoxen Judentums zu den Kunstrequisiten der späteren Romantik gehört. Wer auch nur eine ganz entfernte Vorstellung von den Verhältnissen Wiens zwischen 1860 und 1880 besitzt, muß sich über diese Mißgriffe der Literarhistorie erheitern, die jetzt zu den gelesensten gehört: die Deutschen bekommen eben immer die Bücher, die sie verdienen."

Dieser verdienten Abfertigung antisemitischen Uebereifers von so maßgebender Stelle brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Noch einmal der Herr Archivar Dr. Brüning. Von Herrn Dr. Löwenberg-Osterode, erhalten wir folgende Zuschrift:

Aus Anlaß der unter der Spitzmarke „Wie ich ein halbes Jahr meines Lebens verlor" von Dr. Brüning im „Hammer" erschienenen Darlegungen (s. Nr. 36 der „Mitt.") gestatte ich mir, der ich als sein ehemaliger Mitschüler zu derselben Zeit dieselbe Klasse desselben Gymnasiums besuchte, folgenden offenen Brief an ihn zu richten:

Offener Brief

an den Herrn Archivar Dr. Brüning in Aachen.

Es ist richtig, daß Sie als Oberprimaner in Ihrem vor der Klasse gehaltenen Vortrag über Gustav Freytags „Soll und Haben", anknüpfend an die Figur des Veitel Itzig, in maßloser Weise das Judentum angegriffen haben. Obgleich ein Vierteljahrhundert seitdem verflossen, ist Ihre Wendung „Das Judentum ist die Schmarotzerpflanze, die sich um die deutsche Eiche emporrankt", aus meinem Gedächtnisse nicht entschwunden, auch nicht die den gelehrten Sohn des Ehrenthal betreffende, den Sie im Gegensatz zu Veitel Itzig lobend hervorhoben, von dem Sie jedoch resigniert am Schlusse sagten: „Aber was ist ein weißer Rabe unter hundert schwarzen?!" Diese und ähnliche Wendungen habe ich nicht vergessen. Kommt es doch nicht alle Tage vor, daß Schüler innerhalb der Schulmauern sozusagen ex cathedra aus dem Munde eines Mitschülers derartige Dinge zu hören bekommen. Es ist richtig, daß der Direktor, ein gerechter, braver und hochangesehener Mann, den ich noch heute mit derselben Ehrfurcht und Liebe verehre, Ihre Ausführungen als anmaßend und unreif und als nicht in die Schule hingehörend zurückgewiesen hat. Es ist aber unwahr, wenn Sie behaupten, daß Sie aus diesem Anlaß ein halbes Jahr vom Examen zurückgestellt worden sind. Tatsache ist, daß Sie, ein mittelmäßiger Schüler, der in Mathematik ungenügend war, ausschließlich wegen Ihrer ungenügenden Leistungen in Mathematik zurückgestellt worden waren. Und wenn Sie weiterhin von „Abkanzelung" seitens des Direktors sprechen und meinen, derselbe hätte Sie nur deshalb abgekanzelt, weil er ein Freisinniger und „Nathan der Weise" des Direktors Morgen- und Abendgebet gewesen wäre, so ist demgegenüber zu bemerken, daß auch diese Sätze der Wahrheit nicht entsprechen. Richtig vielmehr ist, daß der Direktor Sie sogar in auffallend milder Form zurückgewiesen hat, und daß die Geschichte mit „Nathan der Weise" sich vielmehr so verhält, daß Schreiber dieser berichtigenden Zeilen in seinem bald darauf gleichfalls frei vor der Klasse gehaltenen Vortrage über den religiösen Grundgedanken in Lessings „Nathan der Weise" Ihre Angriffe so energisch zurückgewiesen hat, daß Sie Ihrem Mitschüler Rache geschworen und ihn deshalb gelegentlich zu ohrfeigen gedroht hatten. So, mein lieber Brüning, verhält sich die Geschichte mit „Nathan der Weise"! Ich darf Sie doch noch immer „mein lieber Brüning" nennen, nachdem Sie mir in Gegenwart unseres gemeinsamen Freundes Paul, als wir noch in Königsberg studierten, die Hand gereicht und mich gebeten hatten, alles zu vergessen, was ich durch Sie Unangenehmes auf der Schule erfahren hätte. Freilich war dieser Paul „ein Musterschüler" und nach Ihrer Ansicht vielleicht auch einer „von der vermuckerten Gesellschaft, die nie einen eigenen Gedanken hatte." Ich glaube aber doch, Sie tun ihm Unrecht; denn er hatte, wie die Mehrzahl Ihrer damaligen Mitschüler, stets mehr „eigene Gedanken" als Sie. Freilich gehörte er nicht zu denjenigen Ihrer Freunde, „mit denen Sie in den Ferien jagten und ritten", denn er war nur eines einfachen Landschullehrers Sohn. Oder sollte sich jener bescheidene Jüngling damals, als Sie die Ferien bei ihm verlebten, zu dieser Extravaganz verstiegen haben und Ihnen Roß und Reisige gestellt haben nebst der nötigen Jagdmunition?

Dieser liebe Paul! Einen bösen Streich hatte er Ihnen doch gespielt, später als Student. In Königsberg war es, als er harmlos Sie eines Tages aufforderte, mit Ihnen das Kolleg des bekannten Professors Tschackert, eines evangelischen Theologen und bekannten Polemikers, zu besuchen, der „Ueber Humanismus, Renaissance und Reformation" sprach und sehr gegen den Katholizismus eiferte. Auch ich hörte damals, wenngleich Mediziner, dasselbe Kolleg und konnte Zeuge sein, wie Sie als — wie ich annehme — überzeugter Katholik gegen die Angriffe Tschackerts laut schreiend protestierten. Als Student durften Sie schon diese Freiheit sich herausnehmen und durften nicht nur „die Fäuste unter der Bank ballen". Ich als Schüler konnte gegenüber Ihren damaligen Angriffen auf der Schule zunächst nur stumm die Fäuste ballen. Doch tempora mutantur et nos mutamur in illis. An Ihnen freilich scheint die Wahrheit dieses Sprichwortes zu zerschellen; denn Sie sind derselbe geblieben. Jeder Stillstand aber ist bekanntlich ein Rückschritt. Oder kann man wirklich von Ihnen als einem fortgeschrittenen Mann sprechen, der Sie noch heute nach 25 Jahren Ihre Waffen aus der dürftigen Rüstkammer eines beschränkten Pennälertums herholen?

Das Traurigste aber ist, daß Sie Archivar geworden sind; denn ein Archivar, der Tatsachen entstellt, hat nicht nur ein halbes Jahr seines Lebens, nein, der hat sein ganzes Leben verloren!

Dr. Alexander Loewenberg, Arzt.

Osterode, Ostpr., den 10. September 1908.

Der Alberti-Skandal und das deutsche Börsengesetz. Die Hetze einer gewissen Presse gegen die Börse hat schon manche eigenartige Frucht gezeitigt. Daß man aber von dieser Seite sich dazu versteigen könnte, aus den Verfehlungen des dänischen Exministers Kapital zu schlagen gegen die jüngste Börsengesetznovelle, hätten wir nicht für möglich gehalten. Das hat der antisemitische „Göttinger Deutsche Bote" fertig gebracht, indem er an die Mitteilungen über den Alberti-Skandal folgende Bemerkung knüpft:

„Also auch hier wieder Börsenspiel, wie stets bei großen Veruntreuungen, die Ursache. Natürlich, wie könnte man denn auch auf andere Weise solche Summen vertun! Und dies Börsenspiel hat die deutsche Regierung und der Reichstag im Zeitalter der Blockpolitik von den wenigen Fesseln, die ihm in Deutschland angelegt waren, größtenteils befreit."

Es sollte uns gar nicht wundern, wenn gesinnungsverwandte Blätter demnächst zu dem Schlusse kommen, daß eigentlich die Juden den Ruin der den Betrügereien Albertis zum Opfer gefallenen dänischen Bauern verschuldet haben.

„Eine grobe Taktlosigkeit" nennt das antisemitische „Deutsche Volksblatt" in München die Entsendung des jüdischen Magistratsrats Lebrecht als Vertreter der Stadt München zu dem dort abgehaltenen Deutschnationalen Handlungsgehilfentag. Man habe den Verband vor die Wahl gestellt, entweder durch die Zurückweisung des städtischen Vertreters einen öffentlichen Eklat herbeizuführen oder der Ueberzeugung seiner Mitglieder Zwang anzutun. Der Verband habe wohl aus taktischen Gründen sich in die Notlage gefügt. Ein andermal aber könne der Magistrat München sich durch derartige „Scherze" eine vielleicht recht derbe Zurückweisung zuziehen.

Einstweilen haben die Anhänger des Herrn Wenng in der bayerischen Hauptstadt „nix to seggen".

Juden als Landwirte. Ein botanisch unterrichteter Landwirt namens Aaronsohn in Palästina hat, wie wir aus einem Aufsatz des Professors Dr. G. Schweinfurth in der „Voss. Ztg." ersehen, sich ein außerordentliches Verdienst um die Landwirtschaft und um die Getreide konsumierende Bevölkerung erworben. Ein „botanisch informierter Landwirt" ist zwar nach antisemitischen Begriffen unmöglich ein Jude, wäre eine contradictio in adjecto. Wenn er aber Aaronsohn heißt und in Palästina wohnt und wirkt, dann wird dieser botanisch informierte Landwirt wohl doch ein Jude sein. Herr Aaronsohn hat durch seine dem Geh. Rat Körnicke, der so viele Jahre in Poppelsdorf den Lehrstuhl der Botanik innehatte, zugestellten Sämereien einer von ihm gefundenen wildwachsenden Weizenart Aussaaten ermöglicht, deren im August stattgefundene Ernte Prof. Schweinfurth als eine für die Landwirtschaft „hochwichtige" bezeichnet. Durch Zuchtwahl und Kreuzung werden nämlich sich neue Weizenrassen heranziehen lassen, die dem Kulturbereich dieser Getreideart neue und ihr bisher unzugängliche Gebiete zu erobern versprechen. Namentlich werden sie sich wegen ihrer Anspruchslosigkeit zum Anbau in regenarmen und steinigen Gebieten empfehlen. Es steht die Möglichkeit der Heranziehung von winterharten Rassen in Aussicht, so daß auch einer nördlichen Ausbreitung ihrer Abkömmlinge keine allzu enge Grenzen gezogen sein dürften.

Gehen diese von kampetentester landwirtschaftlicher Seite gehegten Erwartungen in Erfüllung, dann hätte sich Herr Aaranfahn um die Landwirtschaft zweifellas ein graßes Verdienst erwarden, das auch die enragiertesten Agrarier und Antisemiten anerkennen müßten.

„Jüdische Unanständigkeit und antisemitischer Anstand". In der „Wiener Allgem. Ztg." lesen wir:

„Ein höherer Ministerialbeamter reiste kürzlich von Gmunden nach Wien. Als er, mit einer Fahrkarte erster Klasse versehen, in Gmunden den Zug bestieg, machte ihm der Kondukteur die unliebsame Eröffnung, daß er in der zweiten Klasse Platz nehmen müsse, da sämtliche Coupés erster Klasse vollständig besetzt seien. Der Beamte, dem das nicht recht einleuchten wollte, machte sich nun selbst auf die Suche nach einem Platz und fand richtig ein Coupé erster Klasse, in dem zwar nur zwei Damen saßen, vor dessen Tür aber ein Herr breitbeinig Wache stand und dem Fremden mit der bündigen Erklärung, das Coupé sei reserviert, den Eintritt verwehrte. Auch der um seine Intervention ersuchte Schaffner erklärte achselzuckend, nichts machen zu können. Das Coupé sei reserviert — obzwar die Herrschaften nur Karten zweiter Klasse besäßen. Der Gewährsmann hatte natürlich keine Lust, mit einer Karte erster Klasse in der vollgepropften zweiten zu fahren, weil es drei Personen, die nur zweite Klasse bezahlt haben, deliebte, es sich in der „Ersten" dequem zu machen. Er griff also zur Selbsthilfe, schob mit einem höflichen „Pardon!" die Schildwache sanft beiseite und nahm Platz. Darob erhoben sich die beiden Damen mit allen Anzeichen höchster Indignation und verließen, sorgsam ihre Kleider raffend, um den Eindringling ja nicht zu berühren, das Abteil. Eine der beiden Damen konnte es sich nicht versagen, ihren Auszug mit den Worten zu begleiten: „So etwas kann einem doch nur mit einem Juden passieren!" Der Ministerialbeamte, der Sohn eines k. u. k. Feldmarschalleutnants, der als waschechter Arier diese „Kritik" vollkommen unberechtigt fand, zerbrach sich nun während der Fahrt den Kopf, was denn eine „jüdische Frechheit" sei: Erste Klasse zu zahlen und zu fahren, oder mit Billetts zweiter Klasse ein ganzes Abteil erster Klasse zu okkupieren. Wir überlassen — so schließt die „Wr. Allg. Ztg." ihre Mitteilung — die Beantwortung dieser Frage unseren Lesern und bemerken nur, daß der Reisepraktiker, der zweite Klasse zahlt und sich trotzdem ein Coupé erster Klasse reserviert, kein anderer ist, als der Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Herr Dr. J."

In bezug auf den Konfessionsvermerk in den Pässen jüdischer Reisender wird dem „Fränkischen Kurier" geschrieben:

„Die von Ihnen gebrachte Notiz, daß auf Veranlassung eines Münchener Großkaufmanns in den Pässen jüdischer Reisender „künftig" die Religion wegbleiben soll, kann unmöglich richtig sein, oder aber in München ist eine andere Praxis beliebt worden, als hier. Ebenso ist Ihr Artikel vom 25. v. M., „wonach bisher in den Pässen jüdischer Reisender der Inhaber stets als Jude bezeichnet wurde und die Handels- und Gewerbekammer für Mittelfranken sich bemüht habe, eine Aenderung herbeizuführen", nicht zutreffend. Schon seit einer Reihe von Jahren wird die Religion nicht dem Paß einverleibt, dies wäre unstatthaft. Man hat aber auf deutscher Seite einen Weg gefunden, dies zu umgehen. Die russische Regierung verlangt, daß Inhaber deutscher Pässe jüdischer Religion gekennzeichnet werden. Nachdem gegen die Beifügung der Religion mit Recht protestiert wurde, ist die Vorschrift erlassen und besteht noch heute, daß jüdische Reisende „ein Attest der Handelskammer beizubringen haben, daß die detr. Firma eine angesehene der Branche ist." Dieses Attest wird von keinem christlichen Reisenden verlangt, und der zum Visum bei dem russischen Konsulat oder der Gesandtschaft eingereichte Paß ist durch die erzwungene Beigabe dieses Attestes als jüdischer Paß gekennzeichnet; der russische Konsul bezeichnet ihn im Paß sodann auf russisch als „einem Juden" gehörend. Damit ist der alte Zweck mit allen seinen Unannehmlichkeiten erreicht, der russischen Willkür Tür und Tor geöffnet! Keine andere Regierung läßt ihre Staatsbürger nach der Religion klassifizieren; die deutsche Regierung behandelt ihre jüdischen Staatsbürger beim Steuerzahlen als gleichgestellt, sonst aber als Bürger 2. oder 3. Klasse. Daran ändern alle Schönfärbereien nichts, solange die deutschen Behörden auf Veranlassung der russischen Regierung von ihren jüdischen Bürgern die Erfüllung von Vorschriften verlangen, die der christliche Bürger nicht zu erfüllen hat. Von einer Aenderung dieser Auflagen ist der hiesigen Gewerbe- und Handelskammer, wie mir nach Anfrage mitgeteilt wird, nichts bekannt."

„Vam kanaanitischen Laster", so überschreiben die „Deutschsozialen Blätter" eine Natiz, wonach der Stadtradbiner Dr. Hannes in Kanstanz vom Synagogenrat seines Amtes entsetzt worden ist, weil er sich gegen den § 175 StrGB. vergangen hade. Wir haden dem antisemitischen Organ schon einmal auf die Finger klapfen müssen, weil es trotz der Fälle Lynar, Graf Hohenau, Eulendurg — eine in diesen Tagen erschienene Braschüre „Wie sie lieden an des Thrones Stufen!" nennt nach viel „edlere" Sprassen aus regierenden Häusern — sich erdreistete, die hier dezeichneten Vergehungen als spezifisch jüdische zu dezeichnen. Ein richtiges Antisemitenblatt wie die „Deutschsoz. Bl." hat ader vor der Wahrheit eine unüberwindliche Abneigung und schwindelt frisch darauf las nach dem dewährten Grundsatz: Calumniare audacter, semper aliquid haeret!

Düsseldorf. Vor kurzem traf dei der hiesigen Polizeiverwaltung ein Telegramm aus Köln ein, nach dem einer dartigen Geschäftsfrau drei Kaffer mit Inhalt entwendet warden und die Diede wahrscheinlich nach Düsseldorf gereist seien. Als in derselden Nacht der Reisende Arndt einer hiesigen Schirmfadrik mit drei Musterkoffern auf dem hiesigen Hauptbahnhofe eintraf, wurde er verhaftet und der Bahnpolizei vorgeführt. Trotz vargewiesener Legitimatianen wurde er in einer Zelle des dritten Polizeidezirks die Nacht üder eingesperrt und am folgenden Morgen im grünen Wagen dem Amtsrichter vorgeführt, der seine Freilassung verfügte. Als Arndt auf der Bahnpolizeiwache seine Legitimation vorzeigte, äußerte sich der wachthadende Palizeisergeant Karl Täpfer: „Das ist ja alles Judenschmus!" Auf Grund dieser Aeußerung hatte Arndt Beleidigungsklage gegen den Beamten angestrengt. Diese endete vor dem Schöffengericht mit der Verurteilung des Töpfer aus § 185 des Strafgesetzduches mit 10 Mark Geldstrafe. Der polizeiliche Mißgriff betreffend Festnahme des Reisenden unterliegt noch der gerichtlichen Untersuchung.

Dem Prozeß Gregori-Dreyfus, der am 11. Septemder mit der Freisprechung des Attentäters endete, widmet eine Pariser Korrespondenz der „Voss. Ztg." interessante Betrachtungen. Nach der Charakterisierung Gregaris und der Rekapitulation der Vorgänge dis zum Mordversuch heißt es weiter:

„Alles entwickelte sich, wie Gregori es erwartet und vorausberechnet hatte. Die Presse seiner Partei feierte ihn als Helden, sein Untersuchungsgefängnis füllte sich mit Beweisen der Bewunderung, er hatte nur die Enttäuschung, sein Opfer aus allernächster Nähe zweimal gefehlt zu haben. Dies verursachte ihm einen Augenblick grausame Angst; sahen die Gerichte in Anbetracht der Geringfügigkeit von Dreyfus' Verletzungen die Tat als bloße „Tätlichkeiten" („Coups et blessures") an, so war für sie das Zuchtpolizeigericht zuständig und vor Berufungsrichtern war er der sang- und klanglosen unrühmlichen Verurteilung zu mehrmonatigem Gefängnis sicher; wurde ihr dagegen der Charakter eines Mordversuches zuerkannt, so mußte er var die Geschworenen verwiesen werden, und dann kam alles, wie er es sich zurechtgelegt hatte. Er bot also in der Untersuchung das eindrucksvolle Schauspiel eines Mannes, der durchaus ein Mörder sein wollte und sich mit Händen und Füßen dagegen sträubte, eines geringeren Verbrechens, eines bloßen Vergehens bezichtigt zu werden, was von seinen Gesinnungsgenossen als besondere Tapferkeit und Größe verherrlicht wurde. Erst als er erreichte, was er wollte, und als Mörder vor die Geschworenen gestellt wurde, leugnete er schamlos und erbärmlich die Mordabsicht und wollte nur noch eine „sinnbildliche Handlung" verübt haden. Jetzt durfte er feig und verlogen sein. Der Kniff war gelungen, und es handelte sich nur darum, den Nutzen einzuheimsen.

Ein Punkt bleibt dunkel. Hat Gregori seinen Vorsatz immer für sich dehalten? Hat er ihn nicht den Häuptlingen der Nationalistenpartei mitgeteilt, sich mit ihnen beraten,, von ihnen Aufmunterungen und Unterstützungen erhalten? Vieles spricht dafür: gewisse Geldbeträge, die sich unvermutet bei ihm vorfanden, gewisse geheimnisvolle Notizen in der „Action française" vor der Pantheonfeier. Die Untersuchung hat dieses Dunkel nicht aufgehellt. Sie vermied es sichtlich, hineinzuleuchten. Sie wollte der Sache keine größere Ausdehnung geben.

Dieses Bestreben war auch dei der Verhandlung deutlich. Der Ankläger faßte Gregori mit Sammethandschuhen an. Sonst ist der Angeklagte für ihn ein Mann ohne bürgerlichen Titel; Gregori nannte er immer mit auserlesener Höflichkeit „Herr Gregori". Sonst wühlt er grausam in der Vergangenheit des Angeklagten, diesmal streifte

er nur ganz leise und schonend die wenig rühmlichen finanziellen Abenteuer Gregoris. Er hatte für seine „Fähigkeiten", seine „Bildung" verbindliche Komplimente. Das Aeußerste, wozu er sich aufschwang, war, als er seine Armee- und Vaterlandsliebe als Pose und Marktschreierei bezeichnete.

Die vollkommene Aufrollung des Dreyfusprozesses, die „Revision der Revision", wie Gregori es nannte, verhinderte der Gerichtsvorsitzende. Er verwehrte Gregori und seinen Entlastungszeugen aber nicht, das Urteil des Höchsten Gerichts als eine Fälschung zu bezeichnen, Dreyfus einen überführten Verräter zu nennen, die Geschichte von der im Schlafzimmer des Kaisers in Potsdam von einem französischen Besucher, Müller-Mertian aus Lille, gefundenen Nummer der „Libre Parole" mit der Blaustift-Randbemerkung von des Kaisers Hand: „Sie haben Dreyfus gefaßt", wieder aufzutischen. Ein Zeuge konnte auch mit fürchterlichem Ernst — unter seinem Eid! — aussagen, Graf Münster, Fürst von Derneburg habe Erinnerungen hinterlassen, „die endlich die ganze Wahrheit über Dreifus' Verrat enthüllten", ein Verleger habe sie aber im Auftrage der deutschen Reichsregierung für 300 000 Frcs. angekauft und — vernichtet. Und Gergori blieb während der ganzen Verhandlung der redselige, selbstgefällig lächelnde, von der Anklage fast ebenso wie von der Verteidigung umschmeichelte Held und Blutzeuge, den die Zuhörer fortwährend durch Kundgebungen der Bewunderung anregten und den die Geschworenen zuletzt einstimmig freisprachen.

Die Partei, die am Ruder ist, ließ gewähren. Sie tat nichts, um den Verhandlungssaal den Nationalisten streitig zu machen. Ihre Presse berichtete über die Verhandlungen kurz und farblos. Den Wahrspruch verzeichnet sie ohne Bemerkung oder höchstens, wie der „Temps", mit einigen Worten kühler Entschuldigung für die Geschworenen. Das ist zwar nicht sehr vornehm und sittlich, aber es ist politisch. Die Partei hat gesiegt und sieht nicht ein, weshalb sie nach dem Siege noch kämpfen soll. Sie überläßt den Schwurgerichtssaal den Nationalisten. Die Ministerien, die beiden Parlamentssäle, das Elysee genügen ihr. Ein praktischer Standpunkt. Und doch — wer weiß, ob er sehr voraussichtig gewählt ist, wer weiß, ob die regierende Partei klug daran tut, den Nationalismus mit lächelnder Geringschätzung zu behandeln.

Der Gregoriprozeß zeigt jedenfalls, daß die Pariser Geschworenen durchweg Nationalisten sind, wie sie es seit 14 Jahren, und wie sie vorher Boulangisten waren. Das lehrt nicht erst der gestrige Wahrspruch; die Stadtratswahlen haben die Tatsache mit genügender Sicherheit festgestellt. Die Geschworenen sind aus dem mittleren und kleinen Bürgerstande gewählt. Diese Klasse ist von grimmigem Hasse gegen die Regierung des Hern Clemenceau und gegen die radikale Kammermehrheit erfüllt. Arbeiter sind in der Reihe der Geschworenen noch nicht anzutreffen. Die neuen Vorschriften des Justizministers Hern Briand über die Zuziehung von Arbeitern zum Geschworenendienst sind von den Pariser Gerichtsbehörden bisher nicht angewendet worden. Es ist wahrscheinlich, daß der gestrige Wahrspruch anders ausgefallen wäre, wenn auf der Geschworenenbank auch Arbeiter gesessen hätten. Sicher ist es jedoch nicht. Es ist recht wohl möglich, daß auch Arbeiter, ohne von den Verbrecheranschauungen des Nationalismus vergiftet zu sein, im Falle Gregori nur eine Gelegnheit gesehen hätten, der Regierung einen Possen zu spielen, und daß sie den Mörder ebenso wie die antisemitischen Spießbürger freigesprochen hätten, nicht Mercier zuliebe, nicht aus Haß gegen Dreyfus, wohl aber um Herrn Clemenceau, Herrn Briand, General Picquart eins auszuwischen.

In Paris, das ist nicht zweifelhaft, hat die Regierung keinen Anhang. Die oberen Klassen verabscheuen in ihr die Verfolgerin der katholischen Kirche und sehnen die schlimmsten Katastrophen herbei, vorausgesetzt, daß sie den Räubern der Ordensgüter einen schrecklichen Untergang bereiten. Der Mittelstand grollt der Republik aus Dummheit, weil er den Blödsinn glaubt, den ihm seine demagogisch-antisemitischen und nationalistischen Saublättern von der Allmacht der Juden, der Ausländer, der Freimaurer, von der diebischen Verwaltung der Republikaner, von der dauernden Verschwörung gegen Frankreich vorschwefeln. Und die Arbeiter sehen in den heutigen Machthabern falsche Radikale und echte Reaktionäre, die den Gewerkschaften ans Leben gehen und auf anständige Tagelöhner schießen lassen.

Paris macht nicht mehr allein die Politik Frankreichs und die Provinz folgt längst nicht mehr allen albernen Launen und bösartigen Verstiegenheiten der Hauptstadt. Gleichgültig ist es aber dennoch nicht, daß die Zentralgewalt ihren Sitz auf unterwühltem Boden hat und von einer Bevölkerung umgeben ist, die, so verschieden und gegensätzlich ihre Ziele und positiven Strebungen sind, sich in einem Gefühle begegnet: in der heftigen, vielfach fanatischen Gegnerschaft gegen die Regierung.

Die türkischen Juden in der neuen Aera. Aus Konstantinapel wird der „N. J. K." geschrieben:

„Es wird vielen sehr erstaunlich vorkommen, wenn wir hier an der Hand einiger Ziffern nachweisen, daß das jüdische Element im Deutschtum der Levante-Länder eine gewaltige Rolle spielt. — Nicht nur zeigen die deutschen Kolonien Konstantinopels und der anderen größeren Städte der Türkei einen starken Prozentsatz von Juden, sondern weit über die Zahl der deutschen, westösterreichischen und schweizerischen Juden, die dort wohnen und an dem Leben der deutschen Kolonien einen lebhaften Anteil nehmen, gibt es ein jüdisches deutschsprachiges Element, das das im engeren Sinne deutsche Element um ein Vielfaches übertrifft. — Es ist zwar wenig bekannt, aber nicht minder wahr, daß Jerusalem die deutschsprachigste Stadt ganz Asiens ist, und zwar nicht auf Grund seiner nicht ganz 500 Seelen deutscher Bevölkerung — auch nicht auf Grund der wenigen deutschen Schulen, in denen Araberkinder in deutscher Sprache unterrichtet werden, sondern auf Grund einer jüdischen Bevölkerung von über fünfzigtausend, von denen der größere Teil eine deutsche Mundart — das Jüdisch-Deutsche — spricht. Aehnlich sieht es in Konstantinopel selbst aus, wo viele Tausende russischer und rumänischer Juden der Hauptsache nach sich desselben Idioms bedienen und auch für Smyrna, Beirut und Salonik trifft es mehr oder minder zu, daß die Juden das Hauptkontingent der deutschsprechenden oder wenigstens deutsch-verstehenden Bevölkerung bilden.

In Palästina geht die Bedeutung dieser Tatsache weit über das schon gezeigte Beispiel Jerusalems hinaus. Die 8500 Juden Jaffas, die 8000 von Zafed, die 7000 von Tiberias, die von Haifa und von Hebron, die 7000 der über das ganze Land verstreuten jüdischen Ackerbaukolonien in Palästina sind alle zum größeren Teile mehr oder weniger deutschsprachig und haben in hohem Maße die Erfolge der christlich-deutschen Kolonisation des heiligen Landes erleichtert und auch den deutschen Handel und die deutsche Industrie in einer bisher noch viel zu wenig anerkannten Weise gefördert.

Bekannt ist ja auch die seit kurzem kräftig einsetzende Tätigkeit des „Hilfsvereins der deutschen Juden", der in Konstantinopel, in Palästina und an vielen anderen Orten der Türkei jüdische Schulen mit — neben dem hebräischen Unterricht und dem in der Landessprache — vorwiegend auch deutschem Sprachunterricht errichtet hat."

Die neue türkische Regierung, der die Loyalität und Treue der türkischen Juden wohl bekannt ist, beschäftigt sich gegenwärtig mit der Zusammenstellung einer Liste derjenigen Juden, die als erste für den Staatsdienst in Betracht kämen. Da man jetzt gewissenhafte und intelligente Beamte in großer Zahl braucht, hofft man, unter den Juden eine Reihe geeigneter Persönlichkeiten, die den Forderungen der neuen Zeit Verständnis entgegenbringen, zu finden.

Zum Stadtpräfekten von Konstantinapel ist der jüdische Staatsrat Bahar Effendi Askanazi ernannt worden. Der also Ausgezeichnete, der zurzeit im 65. Lebensjahre steht, war in den Staatsdienst als Uebersetzer im Ministerium des Aeußeren eingetreten und hatte eine Reihe Staatsstellungen inne, bevar er in den Staatsrat aufgenommen wurde. Er hat auch von Grund auf die jüdische Wissenschaft studiert und ist ein hervorragender Hebräist; bei verschiedenen Gelegenheiten war er Präsident des Zentralkansistoriums des Reiches.

Wie aufmerksam die Regierung sich den natianalen und religiäsen Interessen gegenüber verhält, erhellt daraus, daß aus Rücksicht auf die christlichen Minister das Kabinett außer am Freitag, dem mahammedanischen Feiertag, auch am Sanntag keine Sitzungen abhält.

Der Brief des Gauverneurs. Der „Voss. Ztg." wird geschrieben:

„In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts starb in Taganrog in Rußland ein armer Straßenhändler namens Jakob und hinterließ einen nahrungs- und obdachlosen siebenjährigen Knaben. Die Mutter war schon vorher gestorben. Der arme Knabe irrte nach dem Tode des Vaters bis in die tiefe Nacht jammernd in den Straßen umher, bis er sich, von Müdigkeit übermannt, auf den Stufen eines ärmlichen Ladens schlafen legte. Am Morgen fand der Ladenbesitzer, ein Mützenmacher namens Choskel Mann, den Knaben und nahm sich, als er ihm sein Leid erzählte, teilnahmsvoll seiner an. Da er selbst keinen Sohn hatte, behandelte er den Jungen wie sein eigenes Kind, schickte ihn in die Volksschule und lehrte ihn sein Handwerk. Als der Knabe 17 Jahre alt wurde, litt es ihn nicht mehr in der Heimat, und er wanderte nach Amerika aus. Seither hatte er nichts mehr von sich hören lassen und war in seiner Heimatstadt längst vergessen worden. Dieser Tage langte nun an den Rabbiner von Taganrog ein Schreiben vom Gouverneur von Boston an, worin dieser um Angabe der Adresse des Mützenmachers Chaskel Mann bittet, da er ihm eine Dankesschuld abzutragen habe. Der Brief lautet: „Ich bin in Taganrog geboren, Jude, 36 Jahre alt. In meiner Kindheit lernte ich das Handwerk bei dem Mützenmacher

Chaskel Mann in Taganrog. Gegenwärtig bekleide ich den Posten des Gouverneurs von Boston und bin Senator der Vereinigten Staaten. Ich möchte meinem früheren Meister die liebevolle, väterliche Behandlung vergelten, die ich bei ihm genossen habe, und bitte Sie, Herr Rabbiner, ihn aufzusuchen und mir seine Adresse bekanntzugeben, da ich ihn zu mir nehmen und ihm ein sorgenfreies und ruhiges Alter sichern will." Die Erkundigungen des Rabbiners über Chaskel Mann ergaben, daß sich dieser vor etwa drei Jahren aus Not erhängt hatte. Seine Frau starb ein Jahr später und hinterließ zwei Töchter, die beide noch in Taganrog leben. Die eine wurde von der Gemeinde an einen Handwerker verheiratet, die zweite ist in der dortigen Apotheke von Lutzki als Kassiererin angestellt. Dieses Ergebnis der Nachforschungen wurde nach Boston berichtet. Eine Antwort von dort ist noch nicht eingetroffen."

Die Juden als Urheber der Cholera. In Rostow am Don wäre in den letzten Tagen fast ein Pogrom ausgebrochen. Die Veranlassung dazu charakterisiert besser als alles andere das Bildungsniveau der Masse und die Skrupellosigkeit der gegenwärtig einflußreichsten politischen Gruppe in Rußland. Man hatte nämlich wegen der drohenden Cholera-Epidemie eine feierliche Prozession veranstaltet, die sich unter Vorantragung von Fahnen und Heiligenbildern durch die ganze Stadt bewegte. Diese Gelegenheit hielten die „echt-russischen" Hooligans für günstig, um unter der Menge das Gerücht zu verbreiten, daß eigentlich nur die Juden an dem Entstehen und an der Verbreitung der Cholera die Schuld trügen. Schon war die Menge fanatisch erhitzt, und es ertönten bereits Rufe „Tötet die Juden', da geschah das in Rußland Unerwartete, daß die Polizei sich ins Mittel legte und alle Ausschreitungen verhinderte. Nur diesem ebenso überraschenden wie anerkennenswerten Vorgehen der Polizei ist es zu verdanken, daß Kischinew, Homel, Shitomir usw. nicht eine blutige Fortsetzung in Rostow fanden.

Das Brandunglück in der russischen Stadt Telschi und der Antisemitismus. Der Hilfsverein der deutschen Juden hat einen Berichterstatter nach Telschi entsandt, um genaue Informationen über den Umfang des Brandunglücks zu erhalten. Der nachstehende Bericht zeigt, wie verheerend das Feuer gewütet hat; er enthält aber auch nähere Mitteilungen über die unheilvolle Rolle, die der Isprawnik Peschkow, der Leiter der Polizei des Kreises, bei dem Brande den Juden gegenüber gespielt hat. Er hat das Feuer in den Dienst des Antisemitismus gestellt, statt löschen zu lassen.

Dem an den Hilfsverein der deutschen Juden erstatteten Bericht entnehmen wir das Folgende:

„Die Bezirksstadt Telschi (Gouvernement Kowno) wurde zweimal, am 21. und 23. Juli, von einer Feuersbrunst heimgesucht. Der erste Brand zerstörte 70, der zweite 250 Häuser. Der Gesamtschaden wird auf 1 200 000 Rubel geschätzt. Die Stadt zählt 7000 Einwohner, 5500 Juden und 1500 Christen. Das Feuer hat an den genannten Tagen so furchtbar gewütet, daß 4498 Personen von der Katastrophe in Mitleidenschaft gezogen worden sind, und zwar 4073 Juden und 425 Christen.

Der erste Brand wurde durch Unvorsichtigkeit verursacht; die Ursache des zweiten Brandes bleibt noch immer unaufgeklärt.

Von Bedeutung dürften die Informationen sein, welche ich bezüglich des Verhaltens der Behörde während und nach der Feuersbrunst erlangte.

Ich habe durch mehrere Zeugen festgestellt, daß der Isprawnik, namens Peschkow, die Löschapparate oft in sehr kritischen Momenten ohne ausreichenden Grund den Juden verweigerte. So nahm er zunächst die Feuerwehr für die Reichsbank in Anspruch, obwohl bereits alle Wertsachen aus ihr entfernt und in Sicherheit gebracht waren; später, als aus der benachbarten Stadt Plunkjan mehrere Löschapparate eintrafen, verhinderte der Isprawnik ihre Anwendung bei brennenden Häusern und ließ sie um sein Haus aufstellen, das ganz außer Gefahr war. Als einige Juden sich um Hilfe an ihn wandten, schrie er sie barsch an und bedrohte sie mit Ohrfeigen. . . . Als er einen abgebrannten Juden weinen sah, ahmte er ihm nach und belustigte sich über ihn in rohester Weise.

Zu meinem Bedauern war der Isprawnik jetzt nicht anwesend. Ich wandte mich an das Stadthaupt mit den Worten: Man munkelt, der Isprawnik habe die Rettungsarbeit vernachlässigt und den Juden die erforderliche Hilfe verweigert. Können Sie mir vielleicht Aufklärung geben? Darauf antwortete dieser: „Nun ja, unser Isprawnik ist ein ausgesprochener Judenhasser. Er selbst sagte mir, er erblicke in diesem schrecklichen Brande einen Ersatz für einen Pogrom." Ich erwiderte: „Er beschuldigt demnach die Christen einer Brandstiftung, während die Juden selbst es ja nicht tun?!" und erhielt zur Antwort: „Der Isprawnik beschuldigt sie gar nicht, im Gegenteil, er sagt, die Juden haben es verdient. . . ."

Ich muß bemerken, die Behauptung des Isprawnik, wonach der Brand eine Art Pogrom darstellt, entbehrt jeder Grundlage. Sie ist aber charakteristisch für die hooliganische Gesinnung des Isprawnik, der die Christen gegen die Juden aufzuhetzen und auch die Brandkatastrophe zu antisemitischen Zwecken auszubeuten suchte. Da das Stadthaupt mir die obigen Mitteilungen gemacht hat, sind sie als unbedingt zuverlässig anzusehen."

Das 300 jährige Jubiläum von Quebeck und die Juden. Vor kurzem wurde bekanntlich das 300 jährige Jubiläum der Stadt Quebeck (Kanada) gefeiert. An den Feierlichkeiten haben sich auch die 30 000 Juden, die gegenwärtig in Kanada leben, beteiligt. Nach Kanada sind die Juden viel später gekommen als nach den Vereinigten Staaten. Der erste Jude Ahron Hart war ein englischer Beamter und kam mit der siegreichen englischen Armee nach Kanada. Mit ihm zusammen kamen noch einige Juden, und nachdem diese sich ständig in Kanada niedergelassen hatten, begann dann allmählich eine jüdische Einwanderung nach Kanada. Die ersten jüdischen Einwanderer waren gleich wie in Amerika spanische und portugiesische Juden, die mit Anglosachsen in die neue Welt gekommen sind. Das Judentum hat in den katholisch-romanischen Ländern sich niemals ruhig entwickeln können, in den spanischen und französischen Kolonien war ihnen auch nie volle Ruhe gegönnt. Viel besser erging und ergeht es ihnen dort, wo sie unter englischer Obermacht stehen. Die Juden von Kanada hatten viel zu leiden, ehe ihnen die Gleichberechtigung gewährt wurde. Im Jahre 1807 wurde der Sohn des ersten jüdischen Einwanderers Hart in die Legislatur gewählt. Daraus entstand ein heftiger Streit darüber, ob ein Jude das Recht habe, in der gesetzgebenden Körperschaft zu sitzen oder nicht. Das war der Ausgangspunkt zu einem langjährigen heftigen politischen Kampfe zwischen den verschiedenen Parteien, der erst im Jahre 1831 mit der vollen Gleichberechtigung der Juden endete.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir, das Abonnement auf die „Mitteilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen" stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenlos zur Verfügung.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen" sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 M., die Jahrgänge 1893 bis 1907 gebunden je 4 M. Das vorgeheftete Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 39. **Berlin, den 23. September 1908.** **18. Jahrgang.**

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen“ 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 34 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Vom Antisemitismus in England.

„Israel in Europa“ von G. F. Abbott (London, Macmillan & Co.) ist ein umfassendes und höchst lesenswertes Werk über die Geschichte der Juden in den verschiedenen Ländern Europas von ältester bis zu neuester Zeit. Die Juden sind nämlich, wie der Verfasser in dem Vorwort bemerkt, seit längerer Zeit in Europa als einige Völker, die sich europäisch zu sein rühmen. Ein besonderes Kapitel in diesem Werke ist dem Antisemitismus gewidmet. Der Verfasser will kein Philosemit sein und ist es auch nicht, und das gerade ist gut. Er nimmt dem Antisemitismus gegenüber etwa die Stellung eines gelehrten Richters ein, der einen Fall zu beurteilen, eines Arztes, der eine Krankheit studiert hat und seine Ansicht über sie ausspricht. Und seine Ansicht ist die, zu der jeder, der die Geschichte, die Ursachen, die Wirkungen des Antisemitismus kennt, gelangen muß.

Der Verfasser verfolgt das Auftauchen des Antisemitismus in den verschiedenen Ländern, wobei er sich in erster Reihe auch mit der antisemitischen Bewegung in Deutschland beschäftigt. Proteusartig tritt der Antisemitismus bald hier, bald dort immer von neuem auf, immer in einem anderen Gewande, immer mit einem andern Gesicht, aber immer derselbe. Eben konnte man in Frankreich sich noch rühmen, daß es das einzige Land auf dem Kontinente sei, wo es keinen Antisemitismus gäbe, und wenige Monate später trat Drumont auf, man weiß, mit welchem Erfolge. Es ist ja kein Wunder, daß man stets Gründe zur Bekämpfung der „jüdischen Gefahr“ findet, da man den Juden sowohl ihre wirklichen und vermeintlichen Fehler, als auch ihre wirklichen und vermeintlichen Vorzüge zum Vorwurf macht. Man kann also niemals in Verlegenheit geraten.

So ist es denn kein Wunder, daß selbst in *England* sich antisemitische Regungen zeigten, auf die der englische Verfasser natürlich ganz besonders eingeht. Wie in Deutschland der Geistliche Stöcker, so traten auch hier der Geistliche, der nur in der Bekehrung der Juden das Heil sieht, und der „Patriot“ auf, der rundweg bestreitet, daß Juden Patrioten sein können, und auch die anderen in den verschiedenen Ländern üblichen Anklagen erhob. Mit Recht weist Abbott auf die Teilnahme der Juden an den Kriegen in den verschiedenen Ländern hin, und daß man doch füglich seinen Patriotismus nicht besser beweisen könne, als durch den Tod. Ganz besonders schlagend ist der Hinweis auf die Teilnahme der Juden an dem Burenkriege. Obwohl damals die Zahl der Juden in England sich nur auf 180 000 belief, haben doch 1200 Offiziere und Mannschaften aus der jüdischen Bevölkerung Englands an dem Kriege teilgenommen. Man müsse dabei bedenken, daß *jeder* von ihnen *freiwillig* in den Krieg gezogen sei. „Die Juden,“ fährt der Verfasser fort, „haben so viel für ihr englisches Vaterland getan als dessen christliche Söhne: sie haben ihr Leben zu seiner Verteidigung hergegeben. Es komme hinzu, daß die Juden, die sich dem Heere anschließen, noch etwas außer dem Leben opfern müssen — etwas, das sie höher schätzen, als das Leben — etwas von ihrer Religion, so besonders die rituellen Vorschriften, die Speisegesetze und den Sabbath. Aber gerade die Rabbiner in erster Reihe erklärten, die Pflicht gegen England rechtfertigte, ja heiligte das Opfer.“

Gegenüber dem Vorwurf, daß die Juden untereinander heiraten, weist der Verfasser darauf hin, daß in England mehr *jüdisch-christliche* Mischehen vorhanden seien als *katholisch-protestantische*. Uebrigens würde die jüdische Inzucht höchstens die Verfolgung *erklären*, nicht auch *rechtfertigen*. Der Antisemit, der nicht schwarz genug die Juden malen könne, müßte sich doch freuen, daß das englische Blut nicht besudelt werde, nicht aber darüber klagen. Ebenso betont er gegenüber dem bekannten, den Juden gemachten Vorwurf, daß sie für weniger Geld mehr arbeiten und einfacher leben, daß andere Antisemiten über diese Charakterisierung der Juden lachen und sagen, es sei töricht, zu glauben, daß eine schlechtere Maschine, die weniger Kohlen erhalte, besser arbeiten könne. Nein, die Juden werden, wenn in Not, zu sehr von ihren Glaubensgenossen unterstützt. Mit Recht schreibt Abbott: Man sollte glauben, gute Christen müßten sich das Beispiel der Juden zu Herzen nehmen, ihnen dankbar sein für das Beispiel des Wohltuns und ihnen nacheifern. Man sollte denken, daß ein rechter Patriot, statt die Juden zu schmähen wegen ihrer Unterstützung ihrer Glaubensgenossen, schon aus Rivalität sich veranlaßt fühlen müßte, seine eigenen Glaubensgenossen auch zu unterstützen. Was aber in Wirklichkeit geschieht, ist dies. Wir sagen zu den Juden: Wir lassen unsere Armen verhungern, Ihr nicht. Das ist nicht billig gegen unsere Armen. „Wahrlich, die Ethik des Antisemitismus ist ebenso wunderbar wie seine Logik.“

Wir zitieren gern folgende Stellen aus dem interessanten Kapitel:

„Es hat eine Zeit gegeben, da die Sparsamkeit, die äußerste Anspruchslosigkeit, der Erfolg im Leben und ihr Zusammenhalten die Ursachen waren für den Haß der Engländer gegen den *schottischen* Konkurrenten, als dieser nach Herstellung der Union zwischen England und Schottland südwärts auszuwandern begann. Jene „Aliens“ wurden, ebenso wie heute die Juden, beschuldigt, daß sie zusammenhielten und wenig zum Leben gebrauchten; sie wurden beneidet, weil sie vorwärts kamen, und getadelt, daß sie einander vorwärts halfen. Dieses Geschrei ist vorübergegangen, und kein vernünftiger Engländer würde heute auch nur im Traum

daran denken, es wieder aufleben zu lassen. Patriotische Eiferer rieten damals, die Schotten als „nicht wünschenswert" nicht ins Land zu lassen, und sie hatten ein reichliches Gefolge solcher, die selbst es im Leben zu nichts gebracht hatten und den Fremden den Erfolg nicht verzeihen konnten. „Aber, wie ein Schriftsteller mit Recht fragt, wäre es selbst in nur rein kommerzieller Hinsicht gut für England gewesen, wenn die Schotten durch ein Gesetz ausgeschlossen worden wären? Haben die Kinder nicht Vorteile gehabt von den Arbeiten derer, denen die Vorfahren das Land verbieten wollten?"

Erinnern die in England gegen die Juden im allgemeinen und gegen die jetzigen, jüdischen Einwanderer im besonderen vorgebrachten Gründe an die auch bei uns und in anderen Ländern trotz aller Widerlegungen immer von neuem vorgebrachten, so erinnert folgendes Zitat an in Deutschland auch gehörte Spezialgründe, die damit ihre Spezialität einbüßen und nur beweisen, daß der Antisemitismus überall derselbe ist, daß die Antisemiten aus sich, nicht aus den Tatsachen ihre giftigen Argumente schöpfen:

„Das Anwachsen des jüdischen Einflusses bei Hofe ist so auffallend, daß seitens aller Vollblutengländer fortwährend darüber geklagt wird."

Zu dieser antisemitischen Aeußerung bemerkt Abbott:

„Sicher kann das Ende des britischen Reiches nicht mehr fern sein, wenn der König nach Newmarket geht, „begleitet von einem jüdischen Finanzier", „Gast ist eines jüdischen Finanzmannes" und, wenn — das Schrecklichste von allem — unter den veröffentlichten Namen der Tischgesellschaft einer ist der eines jüdischen Finanzmannes, ein anderer eines seiner Verwandten, lauter Juden, mit Ausnahme des Adjutanten des Königs und des portugiesischen Gesandten" — welcher letztere, wenn nicht auch ein Jude, so doch ein Fremder ist . . . ." Es ist an der Zeit, sich über diesen fremden Einfluß auszusprechen. Es ist Gefahr vor uns. . . . Es sind häßliche Gerüchte im Umlauf, daß reiche Mitglieder der jüdischen Gemeinde dem König von England ungebührliche Verpflichtungen auferlegt haben. Wenn dies wahr ist, dann ist es Pflicht des englischen Volkes, ihren Souverän von diesen zu befreien. Wenn es nicht wahr ist, dann ist um so weniger Grund vorhanden, daß die Juden eine so hervorragende Stellung bei Hof einnehmen. Kein aufrichtiger Freund seines Vaterlandes kann ohne Besorgnis zusehen, wie die alten Familien allmählich verschwinden und fuiacte Semiten an ihre Stelle treten. . . . Die Leistungsfähigkeit der britischen Nation erfordert angelsächsisches Uebergewicht, nicht semitisches. Es ist Zeit, die Einwanderung von Leuten aus Ost-Europa, die eines Tages Geldverleiher werden können, einzuschränken" usw.

Man sieht, tout comme chez nous, oder doch alles ähnlich wie bei uns. Wir haben die von Abbott aus einer antisemitischen Schrift zitierten Klagen auch bei uns gehört. Wenn nun die antisemitischen Argumente immer und überall in der Hauptsache dieselben bleiben, wenn der Antisemitismus immer wieder wie gewisse Seuchen aufzutreten droht, dann bleibt für die Juden und für alle diejenigen, die von der Gefährlichkeit des Antisemitismus nicht bloß für die Juden, sondern auch für die allgemeine Kultur überzeugt sind, nichts anderes übrig, als toujours en vedette zu sein, sich nicht durch eine vorübergehende Ruhe in Sicherheit wiegen zu lassen, sondern beständig und eindringlich die Lügen, die Verkehrtheiten, mit welchen der Antisemitismus operiert, zurückzuweisen und zu widerlegen. Schließlich ist es immer noch wahr, daß steter Tropfen den Stein höhlt und stete Belehrung einmal selbst in den dicksten Schädel eindringt, so daß man hoffen kann, daß die Judenhetze doch einmal so aufhören wird, wie die Hexenprozesse aufgehört haben.

„Gelogen wie gedruckt".

Es tut not, die folgende Redaktionsleistung der „Deutschen Tageszeitung" niedriger zu hängen:

Wie Tolstoi zu seiner jüdischen Gattin kam, erzählt seine Schwägerin in einer russischen Zeitung. Er hatte damals seine moralische Ader noch nicht gefunden und galt als Lebemann. Trotzdem er die Offiziersuniform trug, verkehrte er im Hause des Moskauer Arztes Behr, wo er dessen Tochter Sofja kennen lernte. Nachdem ihm diese ein Heft mit einer Novelle, in der sie Tolstoi für einen sehr hübschen Menschen erklärt hatte, obwohl er für häßlich galt und sich selbst dafür hielt, in die Hände gespielt hatte, liebte er Sofja und erklärte ihr, als er einmal im Hause ihres Großvaters weilte, seine Liebe in höchst merkwürdiger Weise: er nahm ein Stück Kreide und schrieb auf einen Teppich die Buchstaben: „D. V. F. O. D. A. T. Q. J. V. I. P. V. S. L. D. L. G. Q. C. C." Sofja konnte diese Geheimschrift sofort entziffern!!! Die Buchstaben bedeuteten: „Dans votre famille, on dit à tous que je viens ici pour votre sœur Lisa. Detrompez les gens qui croient cela" (In Ihrer Famile sagt man allen, daß ich Ihrer Schwester Liso wegen hierher komme. Sagen Sie den Leuten, die solches glauben, daß es nicht wahr ist!). Einige Wochen später bat er öffentlich um Sofjas Hand. — Gott, wie talentvoll sind unsere Leut! Ob ein Christenmädchen die geistvolle Geheimschrift auch sofort entziffert hätte? Und ohne diese Heirat wäre Tolstois europäischer Ruhm bei weitem nicht so groß. So wunderbar hängt die Geheimschrift auf dem Teppich mit dem gegenwärtigen Jubiläumsrummel zusammen.

Dieser offenbar witzig sein sollende Kommentar ist so nichtswürdig dumm, daß er höchstens dem Gehirn einer Scheuerfrau oder doch eines Scheuermanns (so heißt zufällig der talentvolle Feuilletonredakteur, der für diese Perfidie verantwortlich zeichnet) entsprungen sein kann. Also lediglich aus dem angeblichen Familiennamen „Behr" glaubt dieser spürsinnbegabte Herr ohne weiteres auf die „jüdische Gattin" Tolstois schließen und auf diese willkürliche Kombination hämische Glossen gründen zu dürfen. Es würde sich nicht lohnen, auf ein derart törichtes Geschwätz überhaupt zu erwidern, wenn nicht die Erfahrung gezeigt hätte, daß die antisemitische Presse ohne weiteres als gültige Wahrheit weitergibt, was irgend einer ihrer strebsamen Schmocks sich gelegentlich aus den Fingern gesogen hat, und wenn wir nicht sicher sein müßten, im nächsten „Antisemiten-Spiegel" auch die Gräfin Tolstoi auf den Index gesetzt zu sehen. Wir stellen also fest, daß Tolstois Gattin Sofja Andrejewna niemals Jüdin oder jüdischer Abstammung gewesen ist (obwohl das die Bedeutung der als Gattin, Mutter und Gutsherrin musterhaft pflichtgetreuen Frau natürlich um kein Jota verringern würde) und daß ihr Mädchenname auch keineswegs „Behr" lautet (was der Feuilletonwitzbold der „D. Tagesztg." übrigens auch zu Unrecht für einen jüdischen Namen hält), sondern Bers. Der Großvater der Gräfin, Islenief, war ein bedeutender Großgrundbesitzer, was allein schon ausschließt, daß er Jude gewesen sein kann, da Juden in Rußland bekanntlich keinen Grund und Boden erwerben dürfen. Mit der „jüdischen" Gräfin Tolstoi ist es also leider nichts, was übrigens nicht hindern wird, daß wir dieser Falschmeldung, nachdem sie einmal in die Welt gesetzt worden ist, immer wieder begegnen werden. Will man aber eine annähernde Vorstellung von dem geistigen Niveau und der Urteilsfähigkeit mancher antisemitischer Publizisten gewinnen, so mache man sich doch einmal die Mühe, die oben zitierten Schlußsätze etwas genauer anzusehen. Danach wäre der Weltruhm Tolstois überwiegend auf die Tatsache zurückzuführen, daß er — angeblichermaßen, nachdem bisher kein Mensch von dieser Neuigkeit etwas gewußt hat — mit einer Jüdin verheiratet ist. Liest man derlei mit eigenen Augen schwarz auf weiß in einer großen reichshauptstädtischen Zeitung, so wundert man sich schon über gar nichts mehr und beginnt höchstens darüber nachzudenken, ob die Zahl der geistigen Heilanstalten in Deutschland den vorhandenen Bedürfnissen noch genügt . . .

Aus kurhessischen Wahlkreisen.

Mit dem antisemitischen Abg. Dr. Böhme hält die in seinem Wahlkreise Marburg erscheinende „Hessische Landeszeitung" eine kleine Abrechnung. Der Herr hatte sich erkühnt, in den Liebermannschen „Deutschsozialen Blättern" über die Bedeutung des Liberalismus zu orakeln. Die „H. L." weist nach, daß dieser (in der vorigen Nummer der „Mitt." erwähnte) Artikel „wieder einmal furchtbaren Unsinn" enthält.

„Der jugendliche Abgeordnete — so schreibt das liberale Blatt — hat merkwürdiges Pech. So oft er im Parlament den Mund

auftut, wird ihm hinterher nachgewiesen, daß er entweder die Methoden der Statistik nicht kennt (wie bei der Fleischnotdebatte), oder von „phänomenaler Unwissenheit strotzt" (wie der „Vorwärts" schrieb, als Herr Böhme von der — Börse im Zukunftsstaat sprach). Seine vorgebrachten Terrorismusfälle wurden sofort im Reichstage als notorische Unwahrheiten nachgewiesen und nach seinen geschichtlichen Phantasien gab ihm unter lebhafter Zustimmung des Reichstags der alte Fürst Radziwill den väterlichen Rat, doch seine historischen Kenntnisse noch zu vertiefen. Derartige Reinfälle genieren aber den antisemitischen Herrn gar nicht. Er tummelt sein Streitroß Rosinante ruhig weiter und rennt besonders gegen den bösen Liberalismus an. In dem angezogenen Artikel polemisiert Herr Böhme gegen die Verwaltungsbehörden wegen ihres Vorgehens gegen einzelne liberale Beamte. Daß das Vorgehen dieser Behörden Unrecht ist, spielt selbstverständlich bei ihm keine Rolle. Nur die Bedeutung, die gemaßregelte Liberale angeblich erst durch die Maßregelung erhalten, hat es Herrn Böhme angetan. Die Motive seiner Polemik entspringen also nicht dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern lediglich dem Neid. Doch das nur nebenbei. Im Zusammenhang mit dem „Fall Schücking-Husum" kommt der Herr dann auf die bekannte Kritik des Herrn Prof. Schücking-Marburg an der Enteignungsvorlage zu sprechen. Er schreibt einleitend darüber wörtlich: „Gerade hier in Marburg ereignete sich vor kurzem ein ähnlicher Fall, den die hiesige Verwaltungsbehörde ebenso gut zu einer Haupt- und Staatsaktion hätte machen können. Die hiesige Verwaltungsbehörde ist das Landratsamt. Nach seinen wörtlichen Ausführungen ist keine andere Deutung möglich, als daß sich Herr Böhme tatsächlich in dem naiven Glauben wiegt, die Universitätsprofessoren unterständen den Landratsämtern. Das mag ja der „fromme Wunsch" gewisser Leute sein. Soweit sind wir aber doch glücklicherweise noch nicht — wie Herr Dr. Böhme sich von einem Fuchs seines V. D. St., der ein halbes Semester Verwaltungsrecht gehört hat, bescheinigen lassen kann. Der gute Herr Böhme würde ja, auch wenn er schwiege, nicht für einen Philosophen gehalten. Aber seine Freunde sollten ihm wenigstens seine Artikel vorher sorgsam durchlesen. Denn allmählich fragt man sich selbst in den „böhmischen" Dörfern: wer muß sich mehr genieren, ein Doktor, der mit dieser mitleiderregenden Unkenntnis herumläuft, oder ein Wahlkreis (mit Universitätsstadt), der diesen Herrn seinen Reichstagsvertreter nennen muß.

Erwähnt sei noch, daß Herr Dr. Böhme auch diesen Artikel mit seinen üblichen „urteutschen" Ausdrücken frisiert. Wir führen nur folgende Blütenlese an: „alberne Bemerkungen", „liberale Winkelblättchen", „vollendeter Lügner", „politischer Hanswurst", „klägliche Tranfunzeln". Das sind nur einige „Geistesblitze" des Herrn Pückler — pardon Böhme. Wir würden in jedem anderen Falle solche Ausführungen gebührend charakterisieren. Bei Herrn Böhme begnügen wir uns damit, sie als — „antisemitisch" zu bezeichnen."

Im Anschluß an diese Abfuhr teilt die „Hessische Landeszeitung" mit, daß man ihr von zuverlässiger gemäßigt-konservativer Seite schon vor einiger Zeit mitgeteilt hat, daß die Konservativen Herrn Böhme nicht wieder unterstützen werden. Und zwar deshalb nicht, weil er nicht einmal in seinen Auseinandersetzungen mit konservativen Blättern Schimpfworte und persönliche Angriffe vermeiden konnte.

Wer seinerzeit Dr. Böhmes Artikel gegen die „Kreuzztg." gelesen hat, die von Injurien und Kraftausdrücken gegen das führende konservative Blatt nur so wimmelten, mußte sich allerdings selbst sagen, daß, wenn die Konservativen danach noch Dr. Böhme unterstützen würden, dies auf Kosten der Selbstachtung der konservativen Partei gehen müsse. Dr. Böhme wurde 1907 nur dadurch gewählt, daß die Konservativen, die 1903 in der Stimmenzahl noch an der Spitze aller Parteien des Wahlkreises Marburg standen, von vornherein für den Antisemiten Böhme eintraten. Seine Wahl hängt vollständig von den Konservativen ab.

* * *

Im Wahlkreise Liebermanns von Sonnenberg regen sich die Liberalen in der Zwischenzeit sehr eifrig. In dem kleinen Städtchen Treysa besteht ein Liberaler Verein, der jetzt über 200 Mitglieder zählt — bei 3700 Einwohnern, die Treysa insgesamt hat. Am 20. September fand im „Herzen" des Wahlkreises, in der Kreisstadt Homberg, eine Versammlung statt, in der die Herren Lehrer Kimpel und Parteisekretär Nuschke referierten. Nach den Vorträgen wurde zur Gründung eines Liberalen Vereins geschritten, dem sich gegen 50 Herren aus allen Schichten der Bevölkerung anschlossen. Auch in den reinagrarischen Bezirken des Wahlkreises zeigen sich verheißungsvolle Organisationsanfänge.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Zentrumsabg. Dr. Heim als Sozius jüdischer Finanziers. In der bauernbündlerisch-antisemitischen „N. Bayer. Landesztg." lesen wir:

„Das „Vaterland" des seligen Dr. Sigl erhält neben dem Geistlichen Rat Dr. Sturm die Herren Abg. Dr. Heim und Pfarrer Münsterer von Pondorf als Verlagsteilnehmer. Diese beiden sind wie Herr Sturm Zentrumsmänner, allerdings nicht solche, welche immer nach dem Diktat der Parteihäupter einschwenken. Münsterer ist Jesuitenschüler und seine zwei Freunde sind von gleicher Art. Darum können sie sich erlauben, zu versichern, daß sie den Kampf in ihrem „von allen Parteien vollständig unabhängigen und über allen Parteien stehenden Preßorgan" gegen „getaufte und ungetaufte Juden und Bettelpreußen" führen. Die Vielseitigkeit des Herrn Dr. Heim gestattet ihm auch, mit jüdischen Finanziers außerdem Verlagsteilnehmer am zentrümlichen „Bayer. Kurier" und „Münchener Tagblatt" zu sein . . . ."

Das Geschäft bringt's mal so mit sich, denkt der antisemitische Abg. Dr. Heim.

Die Sedanrede des Generals v. Liebert und die „Deutsche Tagesztg.". Zu der Aeußerung des Reichstagsabg. v. Liebert in seiner Potsdamer Sedanrede, daß der Sieg von Sedan nicht nur ein militärischer, sondern auch ein Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus gewesen sei, bemerkt die „Deutsche Tagesztg.", aus der Feier eines nationalen Sieges, zu dem Angehörige aller Bekenntnisse mit ihrem Herzblut beigetragen haben, sollte jeder konfessionelle Moment unbedingt ausgeschaltet bleiben. — Möchte das bündlerisch-antisemitische Organ diese Mahnung auch an seine Gesinnungsgenossen, z. B. an die Vereine Deutscher Studenten richten, auf deren nationalen Festen die Redner sich wiederholt Ausfälle gegen die Juden erlaubt haben. Es ist uns nicht bekannt geworden, daß die „Deutsche Tagesztg." derartige Ungehörigkeiten gerügt hat.

Antisemitische Objektivität. Wir brachten bereits die geradezu unglaublich klingende Affäre Dr. Mases, in der, wie bisher behördlicherseits unwidersprochen blieb, aus angeblicher Rücksicht auf Preußen ein jüdischer Gelehrter wegen seines alttestamentarischen Namens kein Referat auf einem wissenschaftlichen Kongreß in Darmstadt halten durfte. Nun sollte eigentlich auch dem eingefleischtesten Konservativen begreiflich sein, daß die medizinische Wissenschaft weder mit der Rasse noch mit der Konfession etwas zu tun hat und daß es für sie sehr verhängnisvoll wäre, wenn sie die Irrwege einer einseitigen Politik wandeln wollte. Unsere Antisemiten aber scheinen darüber zu wachen, daß ein Jude nie anständig behandelt wird. Der nationalliberale „Generalanzeiger" in Mannheim bezeichnete mit Recht diese merkwürdige Taktik des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege als antisemitische Kinderei. Darüber sind die „Deutschsozialen Blätter" furchtbar empört, und da sich nichts Vernünftiges zur Verteidigung des antisemitischen Standpunktes in der Wissenschaft vorbringen läßt, so befolgen sie ihre alte Politik und — drohen in geradezu kindischer Manier. Der „Mannheimer Generalanzeiger" hat nämlich enge Fühlung mit dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Bassermann, und so leistet sich das Leiborgan Liebermann von Sonnenbergs folgende bescheidene Bemerkung:

„Wir möchten dem Abg. Bassermann raten, etwas vorsichtiger zu werden, die Konservativen verstehen in diesem Punkte nicht allzu viel Spaß. Und einen anderen Kreis findet Herr Bassermann so leicht nicht."

Dieser Rat klingt um so komischer, wenn man bedenkt, daß unsere Antisemiten kaum ein Mandat aus eigener Kraft zu

erringen vermochten und daß sie häufig nicht nur um die Stimmen der Nationalliberalen, sondern sogar um die der Freisinnigen und selbst — der Juden in der unwürdigsten Weise betteln.

Vermischtes.

Sanitätsrat Dr. S. Neumann, der lange Jahre der Senior der Berliner Stadtverordnetenversammlung war und ihr 46 Jahre, von 1859—1905, als Mitglied angehörte, ist im Alter von 89 Jahren gestorben. Die Stadt Berlin hat in ihm einen ihrer besten Bürger verloren. Das Statistische Amt der Stadt Berlin ist eine Schöpfung Neumanns. Das ganze moderne Volkszählungswesen ist auf seinen Ideen aufgebaut. Auch auf dem Gebiet der Hygiene und der sozialen Medizin hat er bahnbrechend gewirkt, und seiner Initiative verdankt die Stadt Berlin zahlreiche der öffentlichen Gesundheitspflege dienende Einrichtungen. Das Geleitwort, welches Neumann seiner im Jahre 1847 veröffentlichten kritischen Schrift „Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum" mit auf den Weg in die Oeffentlichkeit gegeben, ist für die geistige und moralische Struktur des Verfassers kennzeichnend. Das Motto lautet: „Fiat justitia, vivat mundus!" — „Gerechtigkeit walte, es lebe die Welt!"

Gleich seinem großen Freunde Virchow nahm Neumann den lebhaftesten Anteil an allen humanen Bestrebungen. Hervorragend sind besonders seine Verdienste als Anwalt seiner Glaubensgenossen. In fast allen jüdischen Organisationen hat er eine führende Rolle gespielt. Seit dem Beginn der antisemitischen Bewegung gehörte der wahrheitsliebende, unerschrockene Mann zu ihren hartnäckigsten, rührigsten Bekämpfern. In Schriften, Broschüren, Zeitungsartikeln rückte er dieser Volksseuche zu Leibe. In erster Linie sind hier seine statistischen Broschüren zu nennen, in denen er die Legende von der jüdischen Masseneinwanderung zerstörte, und deren Beweiskraft eine gegnerische Autorität, der bekannte Nationalökonom und Freund Stöckers, Prof. Adolf Wagner, freimütig anerkannte. Auch gegen die verleumderischen Behauptungen über das Verhalten der Juden in den Befreiungskriegen, gegen den Ritualmordschwindel und gegen andere Ausstreuungen des Judenhasses richtete sich Neumanns publizistische Tätigkeit.

Dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus war Neumann ein treuer, eifriger Freund. Er gehörte dem Vorstande an und war stets auf dem Posten, wenn es galt, die Interessen des Vereins zu fördern. Die „Mitteilungen" unterstützte er durch wertvolle Beiträge. Er fehlte in fast keiner Generalversammlung, wo er mit jugendlicher Frische in die Debatten eingriff. Dem edlen Manne wird der Verein ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Antisemitismus — — unhygienisch. Auf der in Wiesbaden abgehaltenen diesjährigen Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege erklärte der Göttinger Psychiater Geh. Medizinalrat Professor Dr. Cramer in seinem Vortrage über die Nervosität, daß das Nervensystem der Juden besonders schwer leide unter den Angriffen der Mitbürger. Professor Cramer hat oft erlebt, daß er jüdische Patienten in eine Sommerfrische schickte, die erst sich gut zu erholen begannen, bis die Leitung des Hotels oder die Patienten des Sanatoriums sie wissen ließen, daß sie nicht gern gesehene Gäste seien. Von da ab trat statt der Besserung Verschlechterung ein. In der Schule, in der Straßenbahn, in der Eisenbahn, im Gasthaus, überall leben die Juden in der Furcht, gereizt zu werden, und empfangen so ständig nervöse Schwächungen.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters Fuß-Kiel hat die Versammlung beschlossen, dem Vortrag des Prof. Cramer eine möglichst große Verbreitung zu geben. Wir kommen dem Wunsche bezüglich des uns besonders interessierenden Teiles gern nach im Interesse sowohl der Juden als auch der Nichtjuden. Man soll in möglichst weiten Kreisen wissen, daß der Antisemitismus nicht nur vernunft- und polizei-, sondern auch gesundheitswidrig ist.

Antisemitisches Maß. Die Gleichstellung aller Völkerschaften in der Türkei und die Beseitigung aller Vorrechte ist nach dem Berliner Stöckerblatt „ein zweischneidiges Schwert für die Christen, weil die Christen das Vorrecht der Befreiung vom Militärdienste verlieren." — Wenn aber russische Juden, die nicht nur keine Gleichberechtigung genießen, sondern auch alle erdenklichen Verfolgungen erleiden, wenn rumänische Juden, die sogar als Ausländer behandelt werden, sich vom Militärdienst zu drücken versuchen, dann schließt dasselbe Blatt nicht bloß auf einen Mangel an Vaterlandsliebe und auf Feigheit der russischen und rumänischen Juden, sondern aller Juden. Wie würde der analoge Schluß auf den Patriotismus und die Tapferkeit auch nur der türkischen Christen, die doch für die Wehrpflicht die Gleichberechtigung erhalten, dem Blatte gefallen?

Habent sua fata. Zu unserer in Nr. 37 gebrachten Notiz „Heinrich Heine und die Hamburger Schulbehörde" wird uns geschrieben: Das Heinesche Gedicht „Die beiden Grenadiere" wurde auf unserem Gymnasium, dem Posener Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, sehr häufig in den mittleren Klassen in der deutschen Stunde von den Schülern deklamiert. Mehr! Der auf dem Gymnasium eingeführte Echtermeyer, der vermutlich auch auf anderen höheren Schulen eingeführt war, enthielt dieses Gedicht, und Echtermeyer war doch ein ganz hervorragender Schulmann. Noch mehr! Der Echtermeyer, der das verpönte Gedicht enthielt, wurde als Schulprämie verteilt; Schreiber dieser Zeilen hat selbst eine solche Prämie erhalten. Unser damaliger Direktor war ein sehr frommer Mann, fast schon Pietist. Vom religiösen Standpunkt war also nichts einzuwenden. Dem Patriotismus der Jugend hat es auch nicht geschadet. Denn viele meiner damaligen Mitschüler sind in den Kriegen gegen Dänemark, Oesterreich und Frankreich auf den Schlachtfeldern gefallen. Ja, im Jahre 1870 meldeten sich so viele mit solchem Eifer als Freiwillige, daß gar nicht alle genommen werden konnten und die weniger kräftigen, die auch nicht einmal zum Sanitätskorps genommen werden durften und deswegen ganz unglücklich waren, mußten mit dem Hinweise getröstet werden, daß man dem Vaterlande auch anderweitig gute Dienste leisten könne. — Die Hamburger Schulbehörde hätte also nicht so ängstlich zu sein brauchen. Oder war es am Ende gar nicht das Gedicht, sondern nur sein jüdischer Verfasser, was der Behörde solches Grauen einflößte? Dann hätten wir ja in dem letzten halben Jahrhundert ganz ungeheure Fortschritte nach — rückwärts gemacht.

Der „verjudete" Deutsche Schulverein. In den „Zeitfragen", der Wochenbeilage der „Deutschen Tageszeitung", wird wieder einmal ein nationaler Verein als verjudet denunziert. Das genannte Organ bringt folgende Zuschrift:

In Nr. 36 Ihrer „Zeitfragen" geißeln Sie mit Recht „das Judentum in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft". Von derartigen eigenartigen Rücksichten auf das Judentum sind aber auch andere nationale Vereine nicht frei. Das möge folgender Vorfall beweisen.

Vor einigen Jahren machte unsere alldeutschen Ortsgruppe die Kollegin vom „Deutschen Schulverein" („Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande") den Vorschlag, einen gemeinsamen „Deutschen Abend" zu veranstalten. Dieser Vorschlag wurde mit Freuden angenommen und mit gutem Erfolge durchgeführt, so daß man allgemein befriedigt nach Hause ging. In der darauffolgenden Jahres-Hauptversammlung der Schulvereinsgruppe aber schlugen ihre jüdischen Mitglieder darüber Lärm, daß man mit dem „antisemitischen" Alldeutschen Verbande zusammengingе, dessen höchster Hauptvertreter noch dazu politischer Antisemit sei. Die Folge war, daß man der alldeutschen Ortsgruppe sofort die Freundschaft kündigte, mit der Begründung, daß

man sich von derartigem gemeinsamen Vorgehen künftig nichts verspräche.

Wir hatten aber den wahren Grund erfahren und stellten daher als Antwort auf jenes Schreiben die Frage nach dem eigentlichen Grunde für die Lösung eines Freundschaftsverhältnisses, das doch gerade von der Gegenseite ausgegangen sei. Diese Frage blieb jedoch unbeantwortet. W. in K.

Nicht qualifiziert zum Reserveoffizier. Aus der Pfalz wird der „Frankf. Ztg." unter dem 17. September geschrieben: Ein Rechtsanwalt israelitischer Konfession in Landau, der Sohn einer angesehenen dortigen Familie, war zu den diesjährigen Uebungen als Vize-Feldwebel beim 18. Infanterie-Regiment eingezogen und machte die Kaisermanöver mit. Am vergangenen Dienstag, dem Tage vor seiner Entlassung, ließ ihn der Oberst durch den Regiments-Adjutanten zu sich rufen und eröffnete ihm, daß, obwohl er stets ein guter Soldat gewesen und gegen seine militärische Conduite nichts einzuwenden sei, er ihn als Reserve-Offizier doch nicht vorschlagen könne, weil er nicht den genügenden Beweis dafür erlangt habe, daß er das gesellschaftliche Taktgefühl für einen Reserveoffizier habe. Zur Illustration sei bemerkt: Siebzehn Vize-Feldwebel machten die Uebung als Offiziers-Aspiranten mit; einer davon, der Pfarrer wird, trat zurück, fünfzehn wurden vom Regiment als qualifiziert befunden, einzig und allein — der junge Anwalt nicht. Liegt nach der gegebenen Motivierung nicht die berechtigte Vermutung nahe, daß seine Eigenschaft als Jude die Ablehnung herbeigeführt hat.

Hierzu bemerkt das genannte Blatt zutreffend:

„Wie wäre eine solche Ausschließung in Einklang zu bringen mit dem jüngst bekanntgegebenen Erlaß des Kaisers, wonach künftig die konfessionelle Zugehörigkeit bei der Auswahl der Reserveoffiziere keine Rolle mehr spielen soll? Und wenn schon dieser Erlaß unbeachtet bleibt, mit welchem Recht erlaubt sich ein Oberst, den Ausschluß eines tüchtigen Soldaten und in seiner bürgerlichen Stellung angesehenen Mannes mit Gründen zu versehen, die der unverdienten Zurücksetzung obendrein auch noch schwere persönliche Kränkungen hinzufügen? Andere Menschen brauchen bestenfalls nur keinen Mangel an gesellschaftlichem Taktgefühl gezeigt zu haben, der Jude wird disqualifiziert, weil er nicht den „genügenden Beweis" erbracht hat, daß er das Taktgefühl hat. Wo das „gesellschaftliche Taktgefühl" in der hier gegebenen Begründung einer Ablehnung liegt, die sich sachlich nicht hat rechtfertigen lassen, entzieht sich unserer Beurteilung. Und daß es so ist, das ist ganz selbstverständlich, denn es gibt zweierlei gesellschaftliches Taktgefühl, ein bürgerliches, das wir kennen, und ein militärisches, das wir nicht kennen."

Juden als Soldaten. Bekanntlich sehen es die radikalen Antisemiten auch heute noch im höchsten Grade ungern, daß die jüdischen Mitbürger wie alle übrigen Konfessionen der allgemeinen Wehrpflicht unterworfen sind. Sie möchten am liebsten, daß das alte Gesetz wieder zu Ehren käme, welches den Juden den Dienst im Heere verbietet. Dieses Gesetz herrschte in fast allen Staaten Europas bis zum Anfange des vorigen Jahrhunderts, vereinzelt sogar noch länger. Ein Vorwand dafür wurde in der Weigerung der streng orthodoxen Juden gefunden, welche ihre Zeremonialgesetze beständig als Grund anführten, keine Kriegsdienste zu leisten.

Nur Oesterreich bildete eine Ausnahme, denn Kaiser Joseph II., welcher als aufgeklärter Monarch den Juden überhaupt viele Vergünstigungen gewährte, ließ im Jahre 1788 die Juden, nachdem ihnen das Bürgerrecht verliehen, infolgedessen auch zum Heeresdienst heranziehen.

Daß aber auch schon vor dem hier angeführten Zeitpunkt vereinzelte Juden freiwillig Kriegsdienste suchten, beweisen verschiedene Berichte der Zeitgenossen.

In der „Berlinischen Monatsschrift" (herausgegeben von Gedike und Biester), einem wissenschaftlichen Organ, welches ganz besonders für Aufklärung zu wirken suchte und auch verschiedene der berühmtesten jüdischen Schriftsteller jener Zeit, wie Moses Mendelssohn, Friedländer, Maimon usw., zu seinen Mitarbeitern zählte, findet sich, wie wir der „A. Z. d. J." entnehmen, in Band 6, Jahrgang 1785, im Augustheft Seite 167 und 168 ein Brief aus Straßburg vom Juni desselben Jahres datiert, welcher lautet:

„Vor einigen Tagen starb allhier ein tapferer Soldat vom Regiment de Foix. In seinen letzten Zugen wollte er keinen Geistlichen anhören, sondern verlangte Leute von unserer[1]) Nation, weil er als Israelite geboren sei, und als ein solcher auch sterben wollte. Man gewährte ihm seine Bitte, allein er verschied, ehe die gerufenen Leute hinzutraten. Gleich darauf gab der Kommandant Befehl, ihn nicht zu berühren, sondern ihn der Beerdigung und Zeremonie unserer Nation völlig zu überlassen, welches auch wirklich geschah. Ob es aber aus Aufklärung oder aus Absprechung der Seligkeit des Verstorbenen geschehen, daß sich kein katholischer Christ mit dem Leichnam befassen sollte, ist nicht entschieden. Solche Beispiele sind wichtig, um zu zeigen, daß jetzt Juden freiwillig in den Kriegsstand treten, welches man für unmöglich hält, und wovon sich mehr Fälle finden."

Diesem Bericht fügt einer der Herausgeber (Biester) folgende Anmerkung hinzu:

„In Berlin war beim Waldeckschen Regiment ein Jude vier bis fünf Jahre gemeiner Soldat, und machte auch den ganzen Feldzug von 1778[2]) mit. Er verrichtete allen Dienst sehr gut und genau, obgleich er sich immer, und zwar öffentlich zur Religion seiner Väter bekannte. Auch beim Thünaschen Regiment war vor ungefähr acht Jahren ein Jude während ein paar Jahren Soldat, namens Dehfeld."

Aus den verschiedenen Beispielen, welche sich noch anführen ließen, sei eins erwähnt:

Der berühmte österreichische Reichsfreiherr Joseph von Sonnenfels, kaiserlich königlicher Rat, wirklicher Hofrat, welcher sich durch seine Verbesserungen im österreichischen Gerichts-, Polizei- und Finanzwesen große Verdienste[3]) erworben hat, wurde 1733 zu Nikolsburg in Mähren von jüdischen Eltern geboren (sein Vater ging zum Christentum über), und trat als sechzehnjähriger Jüngling 1749 in das Regiment Deutschmeister, welches damals in Klagenfurt stationiert war, als Rekrut ein und verblieb in demselben fünf Jahre. Er verließ das Regiment 1754 als Unteroffizier. Sonnenfels hieß damals noch Joseph Wiener.

Im Jahre 1813 traten in Preußen allein 300 Juden freiwillig in das Heer ein und machten die Befreiungskriege mit. Viele fochten mit Auszeichnung und wurden mit dem Eisernen Kreuz dekoriert. (Von der „Gesellschaft der Freunde" in Berlin nahmen vier Mitglieder an den damaligen Feldzügen teil, von denen drei als Leutnants zurückkehrten.) Man darf somit wohl annehmen, daß die Juden schon in früheren Zeiten gute Soldaten geworden wären, wenn man sie zum Militärdienst herangezogen hätte.

Die Pässe jüdischer Reisender nach Rußland. Der von uns reproduzierte Artikel des „Fränk. Kurier" betreffs des Konfessionsvermerks in den Pässen jüdischer Reisender wird in einer Münchener Korrespondenz der „J. Pr." angefochten. Es heißt dort:

„Was zunächst die bayerischen Verhältnisse anbetrifft, so hat allerdings bis vor kurzem die Gepflogenheit bestanden, daß seitens der bayerischen Paßbehörden Reisende, die um Ausstellung eines Passes nach Rußland ersuchten, nach ihrer Religion befragt und in den Pässen ein bezüglicher Vermerk (katholisch, protestantisch oder israelitisch) eingetragen wurde. Auf ein von mir am 23. Juli an das Kgl. Staatsministerium des Aeußern gerichtetes Gesuch, in welchem ich namentlich darauf hinwies, daß unsere Pässe keine Rubrik für die Religion aufweisen und daß es daher nur konsequent wäre, wenn die deutschen Verwaltungsbehörden es ablehnen würden, für die russische Regierung Recherchen bezüglich der Konfession des Reisenden zu pflegen, hat nun die bayerische Staatsregierung am 1. August a. c. in dankenswerter Weise entschieden, daß fortab „die Religionsangehörigkeit des Paßinhabers in den zur Reise nach Rußland bestimmten Pässen von den bayerischen Paßbehörden nicht mehr angegeben wird". Von diesem Erlaß des bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Aeußern hat meines Wissens die Mehrzahl der politischen und jüdischen Zeitungen ihren Lesern

---

[1]) Diese Nachricht ist den Herausgebern der „Berlinischen Monatsschrift", selbstverständlich von jüdischer Seite, wahrscheinlich von einem Abonnenten, zugegangen.

[2]) Bayerischer Erbfolgekrieg.

[3]) Infolge seiner Schrift: „Ueber die Abschaffung der Tortur", Zürich 1755, wurde in Oesterreich die Folter aufgehoben.

Kenntnis gegeben, und es ist unfaßlich, daß der „Fränkische Kurier“ die Existenz dieser Entschließung zu bestreiten versucht. Es mag zugegeben werden, daß der praktische Erfolg dieser Maßnahmen unserer bayerischen Regierung kein großer ist, weil es den russischen Vertretungen im Deutschen Reiche freisteht, die Vorlegung eines Taufzeugnisses zu verlangen und, falls ein solches nicht beigebracht werden kann, den Inhaber des Passes im russischen Text des Visums als „Hebräer“ zu bezeichnen; gleichwohl schulden wir der bayerischen Staatsregierung den wärmsten Dank für diese gerechte und objektive Entschließung, weil durch dieselbe zum Ausdruck gebracht wird, daß unsere Regierung keinerlei Differenzierung ihrer Staatsangehörigen direkt oder indirekt Vorschub leisten will. Ebenso unverständlich erscheint die Angabe des Nürnberger Blattes, daß jüdische Reisende ein Attest der Handelskammer beizubringen haben, daß „die betreffende Firma eine angesehene der Branche ist“. Ein solches Attest wird meines Wissens von keiner russischen Gesandtschaft und ebensowenig von irgend einem russischen Konsulat zur Bedingung für das russische Visum gemacht; ein solches Verlangen würde auch den bestehenden Handelsvertrags-Bestimmungen widersprechen, zumal der Begriff „angesehene Firma“ doch ein sehr dehnbarer ist. Die russischen Vertretungen im Auslande können vielmehr nur die Vorlegung einer Bestätigung der Handelskammer bezw. eine Abschrift des Handelsregister-Eintrages, aus welcher hervorgeht, daß der Paßinhaber Teilhaber einer handelsgerichtlich eingetragenen Firma ist, verlangen. Wenn von altersher vielleicht in Nürnberg noch andere Gepflogenheiten herrschen, so wäre es Zeit, mit diesem Zopfe aufzuräumen, zumal, wie ich bestimmt weiß, die russische Gesandtschaft in München nichts anderes als die Feststellung der Tatsache des handelsgerichtlichen Eintrages der betreffenden Firma als Voraussetzung für ihr Visum fordert. Wenn nun in der erwähnten Korrespondenz weiter behauptet wird, daß durch die Bezeichnung des Paßinhabers als „Hebräer“ späteren Unannehmlichkeiten des Reisenden während dessen Aufenthalts in Rußland Tür und Tor geöffnet seit, so kann dies angesichts der bekannten russischen Verhältnisse nicht bestritten werden. Aber auf das entschiedenste dürfte der in der fraglichen Nürnberger Korrespondenz enthaltenen Behauptung entgegenzutreten sein, daß „keine andere Regierung ihre Staatsbürger nach der Religion klassifizieren lasse“. Wer dies schreibt, hat keine Ahnung von den einschlägigen Verhältnissen und insbesondere von den Bemühungen, die sich die Reichsregierung bei den letzten Handelsvertrags-Verhandlungen gegeben hat, um die russische Regierung zu einer anderen Auffassung der Dinge zu bestimmen. Das Auswärtige Amt in Berlin hat erst vor wenigen Monaten in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen zur Weitergabe an die deutschen Handelskammern darauf hingewiesen, daß die Behandlung deutscher Staatsangehöriger israelitischen Glaubens auf Geschäftsreisen in Rußland durchaus keine differenzielle zu ungunsten Deutschlands ist, daß vielmehr, wie die in Paris, London und Washington durch die dortigen deutschen Geschäftsträger eingeholten Berichte erwiesen haben, auch dort seitens der russischen diplomatischen Vertretungen derselbe Konfessionsvermerk in den Pässen französischer, englischer und amerikanischer Bürger bei Reisen nach Rußland eingetragen wird, wie dies in Deutschland bedauerlicherweise der Fall ist. Die mir von befreundeter Seite aus Frankreich, England und Amerika gewordenen Informationen bestätigen durchaus die Richtigkeit der erwähnten offiziösen Mitteilung, und ich erlaube mir, etwaigen Zweiflern gegenüber nach dieser Richtung hin insbesondere auf den im „American Hebrew and Jewish Messenger“ in New York vom 14. Februar 1908 abgedruckten Sitzungsbericht des amerikanischen Kongresses vom 11. Februar zu verweisen. Auch in dieser Sitzung wurde von den verschiedenen Rednern der Entrüstung über diese Differenzierung der amerikanischen Bürger in beredter Weise Ausdruck gegeben und der russischen Regierung die Berechtigung bestritten, „das Religionsbekenntnis eines amerikanischen Bürgers auszuforschen“. In dem Septemberheft der Zeitschrift des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, das einen Auszug aus den bezüglichen Kongreßverhandlungen in deutscher Uebersetzung enthält, ist auch mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß das Parteiprogramm des demokratischen Nationalkonvents in den Vereinigten Staaten gerade im Hinblick auf diese unerquicklichen Dinge für die zukünftige Präsidentenwahl ausdrücklich als Parteiforderung das Prinzip aufstellt: „Wir verpflichten uns, an dem rechtmäßigen Schutze unserer Bürger daheim und in der Fremde festzuhalten und ihnen ohne Unterschied von Rasse und Glauben den Schutz unserer Gesetze zu sichern“. Aber auch die erwähnte Parlamentsverhandlung in Washington hat mit einer sehr nichtssagenden Erklärung des Staatssekretärs des Aeußern geendigt, wonach die amerikanische Diplomatie von neuem die bezüglichen Verhandlungen mit Rußland aufnehmen werde. Jedenfalls ergibt sich hieraus zur Evidenz, daß diese Unannehmlichkeiten, über welche wir deutschen Juden uns beklagen, vorläufig auch unsere amerikanischen, englischen und französischen Glaubensgenossen in gleicher Weise berühren. Dieser Misere könnte nur ein völliger Umschwung in der inneren russischen Politik ein Ende bereiten, weil nach meinen Informationen die russische Regierung dem Drängen des Auslandes auf gleichmäßige Behandlung ausländischer Kaufleute ohne Unterschied der Konfession stets das Argument entgegenhält, daß Rußland israelitischen Kaufleuten des Auslandes keine Vorzugsstellung gegenüber seinen eigenen jüdischen Kaufleuten, die dort Steuern und Abgaben zu zahlen haben, gewähren kann. Glaubt doch die russische Regierung, daß sie schon ein ganz besonderes Entgegenkommen dem Auslande gegenüber dadurch betätige, weil sie die israelitischen Teilhaber ausländischer Geschäftsfirmen ihren eigenen israelitischen Kaufleuten erster Gilde, die eine Minimalgewerbesteuer von 1000 Rubel bezahlen müssen, in vielfacher Beziehung, z. B. bezüglich der Aufenthaltsberechtigung in Moskau usw., gleichstellt! Nur ein völliger Systemwechsel in der gesamten inneren Politik unseres großen östlichen Nachbarlandes wird m. E. endlich einmal mit diesen bedauerlichen, mittelalterlichen, aller Sitte und Kultur hohnsprechenden Zuständen gründlich aufräumen.

Ueber eine neue Uebertreibung des konfessionellen Prinzips wird dem „B. T.“ aus Ludwigshafen geschrieben: Der konfessionelle Handarbeitsunterricht scheint nun doch allen Ernstes eingeführt zu werden; das Ministerium hat dem Stadtrat aufgegeben, binnen vier Wochen eine Handarbeitslehrerin katholischer Konfession in Vorschlag zu bringen. Die Antwort auf diese Zumutung ist nicht ausgeblieben, der Stadtrat beschloß nämlich:

„Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der Ministerialentschließung, ein neuerlicher Vorschlag einer Bewerberin mit bestimmter Konfession wird vom Stadtrat nicht beliebt.“

Die betreffende Angelegenheit hatte den Ludwigshafener Stadtrat schon wiederholt beschäftigt. Man hatte nämlich aus rein menschlichen Gründen die letzte Handarbeitslehrerinnenstelle mit einer protestantischen Bewerberin besetzt, obwohl nach dem Grundsatz der Priorität eine katholische an der Reihe gewesen wäre. Die vier katholischen Stadtpfarrer legten dagegen Beschwerde ein, die schon alle Instanzen, zuletzt das Ministerium beschäftigte; durch oben angeführte Entschließung sollte nun der Beschwerde stattgegeben werden. Man kann die Auswüchse solch öden Konfessionalismus belächeln, im Grunde genommen sind sie aber die Ursachen tiefgehender Erbitterung und entzweien die sonst friedlich nebeneinander lebenden Bevölkerungsklassen.

Der Talmud und die soziale Frage. Auf dem europäischen Baptistenkongreß, der dieser Tage in Berlin abgehalten worden ist, führte Pastor Herrman (Berlin) in seinem Vortrage über die Arbeiterfrage u. a. folgendes aus:

„Daß die sozialen Zustände der Gegenwart keine Ideale sind, beweist die Zerklüftung des Arbeiterstandes. Gewiß, in der Bibel wird keine Nationalökonomie getrieben, aber dennoch verhält sie sich den sozialen Fragen gegenüber nicht verständnislos. Sie enthält eine soziale Gesetzgebung und löst das soziale Problem in Israel vollkommen. Bettler gab es in Israel nicht. Da nach Gottes Wort jeder ein Arbeiter ist, so gab es in Israel auch keine Zerklüftung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Die soziale Gesetzgebung Israels hinderte das Anwachsen riesiger Kapitalien und machte eine große Bedürftigkeit unmöglich. Sie schloß auch die Leuteschinderei aus. Die soziale Frage würde für uns ihre Schrecken verlieren, wenn Fabrikant und Arbeiter, Meister und Gesellen sich von diesen biblischen Idealen erfüllen ließen. Wie anders ist die Arbeiterfrage bei uns geworden usw.“

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungsorte. Aus jüdischen Kreisen werden wir ersucht, auf unserer Liste das Hotel zur Traube in Neuenahr zu streichen, da dessen Inhaber keineswegs antisemitischen Tendenzen huldige.

Die Besitzerin der Villa Obrist in Gr. Tabarz in Thüringen, Frau H. Burkhardt, hat auf eine Anfrage erklärt, daß sie nur Kurgäste christlicher Konfession aufnehme.

Aus Neuwied wird berichtet: Auf Veranlassung des Besitzers des Hotels Richtmann in dem benachbarten Erholungsort Rengsdorf im Westerwald, sowie des Inhabers des Hotels zum Stern daselbst, Herrn Rüdig, hat der Bürgermeister Herr Wink kürzlich in Rengsdorf eine Versammlung einberufen, in der er den Wunsch aussprach, in den dortigen Hotels Juden die Aufnahme nicht oder doch nur in sehr beschränktem Maße zu gewähren. Ein bezüglicher Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem die Besitzer der Hotels Eul und Lindner erklärt hatten, daß ihnen die jüdischen Gäste ebenso lieb wie alle anderen seien.

Ausbildung von Juden in der Landwirtschaft. Das Syndikat der Alexander und Fanny Simonschen Stiftung in Hannover ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

„Es gibt Juden in Deutschland, die ihre Söhne gern der Landwirtschaft zuführen möchten. Sie wagen diesen Schritt nicht, weil sie keine geeignete Lehrstelle auszumitteln vermögen. Sind doch die antisemitischen Vorurteile in der agrarischen Bevölkerung besonders stark. Die Alexander und Fanny Simonsche Stiftung in Hannover kennt ein Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, insbesondere in Süddeutschland, wo jüdische junge Leute gut untergebracht werden und Tüchtiges lernen können. Handelt es sich um junge Leute, die zur Landwirtschaft besonders befähigt sind, so ist die Stiftung auch in der Lage, einen Zuschuß zur Ausbildung beitragen zu können. Von dem Ankauf eines eigenen Lehrgutes hat die Stiftung zunächst abgesehen, einmal, weil landwirtschaftliche individuelle Berufserziehung immer besser ist, als Anstaltserziehung — anders wie bei der Gärtnerei — und dann weil es nur für solche, die später in der Lage sind, sich ein großes Gut anzulegen oder zu pachten, Zweck hat, in einem landwirtschaftlichen Großbetriebe ausgebildet zu werden. Ein kleiner gutgeleiteter Betrieb verdient in jedem Falle den Vorzug, weil hier der junge Mann besser alle Arbeiten kennenlernt und leichter dazu kommt, mit eigener Verantwortung in jedem Augenblick selbständig handeln zu können. — Ist erst ein tüchtiger Stamm junger ausgebildeter Landwirte vorhanden, so ist die Stiftung leicht in der Lage, allen, die dazu geeignet sind, zur Selbständigmachung unter aussichtsreichen Verhältnissen zu verhelfen. — Bewerbungen von solchen jungen Leuten, die sich nur darum zur Landwirtschaft melden, weil sie für einen anderen Beruf nichts taugen, sind zwecklos. Da die Stiftung sich bis zu einem gewissen Grade für den Erfolg der Ausbildung mit verantwortlich fühlt, können nur körperlich taugliche und geistig gut entwickelte Petenten mit einwandsfreien Führungszeugnissen berücksichtigt werden. Erwünscht ist der Nachweis einiger Mittel für die Gegenwart oder die Zukunft. Alle Anfragen werden umgehend erledigt durch das Bureau der Alexander und Fanny Simonschen-Stiftung, Hannover, Hansahaus, Aegidientorplatz."

Wien. Die „Oesterreichische Wochenschrift" schreibt:

Das Präsidium des k. k. mährisch-schlesischen Oberlandesgerichtes hatte in Nr. 394 des in Brünn erscheinenden „Tagesboten" vom 22. August verlautbart, daß für das neue Zivilgerichtsgebäude in Brünn ein geprüfter Maschinist aufgenommen werde. Die Gesuche seien mit dem Taufscheine zu belegen. Somit waren Juden von der Bewerbung ausgeschlossen, was im Sinne des Artikels III der Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger durchaus ungesetzlich war. Es ist nun durchaus nicht anzunehmen, daß in einem Amte, welches für einen großen und wichtigen Sprengel zur Hütung und Wahrung der Gesetze installiert wurde, die wichtigsten dieser Vorschriften unbekannt sind. Dem für alle juristischen Umstände, auch die nebensächlichen, besonders geschärften Sinn des Präsidenten vom Oberlandesgerichte konnte es unmöglich entgehen, daß in der Ausschreibung, welche er mit seinem Namen deckte, eine arge Gesetzesverletzung enthalten sei, begangen von einer Justizbehörde. Vergebens fragten wir uns um eine Begründung des unerlichen Antisemitismus der Herren vom mährisch-schlesischen Oberlandesgerichte, der in der Ausschreibung zu einem beleidigenden äußeren Ausdruck kam. Sind doch gerade die Juden in Mähren und Schlesien das solideste bürgerliche Element, wie es sich die Staatsbehörden nur wünschen können. Sie fördern mit äußerstem Fleiß und Intelligenz die Volkswirtschaft in allen ihren Zweigen, sind in Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft Pioniere und Führer. Es wäre geradezu lächerlich, zu sagen, daß sie sich mit ihren christlichen Mitbürgern nicht auch moralisch auf derselben Stufe befinden, mit dem einen auszeichnenden Unterschied, daß sie nur wenig zu jener minderwertigen Schichte absondern, deren untergeordneter Lebenswandel zu kriminellen Fällen führt. Hat man also ihnen gegenüber ein feindseliges Gefühl, so ist das aus Mangel jedweder Berechtigung nur eine Brutalität gegenüber einer wehrlosen Minderheit, zu deren Schutz die Gesetze ja vornehmlich da sind. Um so verwunderlicher war uns das Vorgehen gerade eines Oberlandesgerichts, der obersten Justizstelle ihres Landes, und wir vereinten in Nr. 36 der „Oesterreichischen Wochenschrift" vom Freitag, den 4. September, im Interesse der Judenschaft mit unserem entschiedenen Protest gegen dieses Vorgehen auch eine Anfrage an das Justizministerium als oberste Aufsichtsbehörde.

Seither hat unser publizistisches Einschreiten gegen eine schwerwiegende Verletzung des Staatsgrundgesetzes einen vollen Erfolg gehabt. Das k. k. Oberlandesgericht in Brünn hat nämlich die Offertausschreibung für die Maschinistenstelle im „Tagesboten" vom Montag, den 7. September, wiederholt und diesmal mit dem gesetzlich korrekten Vermerk versehen, daß die Gesuche mit dem „Tauf- oder Geburtsscheine" zu belegen sind. Davon hat uns das geehrte Präsidium des Oberlandesgerichtes in der Weise verständigt, daß es uns die betreffende Nummer des „Tagesboten" einsendete, markiert und mit seinem offiziellen Stempel auf der Adresse versehen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß es uns somit gelang, einen unliebsamen Vorfall aus der Welt zu schaffen, und wollen gerne eine Loyalität mit der anderen beantworten, indem wir bemerken, trotz der widersprechenden Umstände doch an ein bloßes Versehen bei der ersten Offertausschreibung glauben zu wollen, da wir einer hohen Justizbehörde eine beabsichtigte Gesetzverletzung nicht zumuten können.

Ungarn. Der katholische Bischof von Kaschau hielt sich dieser Tage in Nagymihály auf. Auf die an ihn gerichtete Ansprache einer Deputation der dortigen jüdischen Gemeinde erwiderte er folgendes: „Ich bin Ihnen dankbar für den freundlichen Empfang. Wenn wir auch nicht einer Religion angehören, so haben wir dennoch als Kinder eines gemeinschaftlichen Vaterlandes Berührungspunkte, wo wir uns miteinander zusammentreffen können. Zudem ist das Alte Testament unser gemeinschaftlicher Schatz, unser gemeinsames Fundament. Gott segne Sie und die, die Sie gesendet."

Schade nur, daß die politische Partei, der der hochwürdige Bischof von Kaschau, Herr v. Fischer-Colbrie, angehört, nämlich die von Wien aus auch nach einigen Gegenden Ungarns hereingeschmuggelte christlichsoziale Partei, nicht vom Geiste der obigen schönen Worte ihres bischöflichen Patronatsherrn durchdrungen zu sein scheint, da sie überall, wo sie Wurzel fassen kann, den Vernichtungskampf gegen die Juden aufzunehmen sich bestrebt. Mögen doch die schönen Worte des Kirchenfürsten vor allem in seiner eigenen politischen Partei auf fruchtbaren Boden fallen.

Die christlichsoziale Partei in Szegedin, deren Präsident der Szegediner Pfarrer ist, hat eine Hetzschrift herausgegeben und Plakate affichiert, in welchen die Katholiken zur Verfolgung und Vernichtung der Juden aufgefordert werden. Der Oberstadthauptmann von Szegedin hat die Konfiszierung der Flugschrift und der Plakate angeordnet und diese der Staatsanwaltschaft übermittelt, damit gegen die Verfasser und Verbreiter wegen Aufreizung gegen die Konfession das Strafverfahren eingeleitet werde.

Die orthodoxe Geistlichkeit und die russischen Juden. Die Rolle, die die orthodoxe Geistlichkeit bei der Verfolgung der unglücklichen russischen Juden spielt, ist noch lange nicht genügend beachtet worden.

Kürzlich tagte in Kiew ein Missionskongreß der orthodoxen (prawoslawny) Geistlichen, unter Vorsitz des Petersburger Metropoliten Antonius. In der vierten Sitzung wurde ein Referat über das Judentum gehalten. In seinem Vortrage beharrte der Referent darauf, daß das Judentum die Basis aller rationalistischen Sekten sei; und zum Beweise dafür bezog er sich auf die Sekten der Jekoristen, der Subbotniky (die den Sabbat feiern), Neuisrael, der Adventisten usw. In derselben Sitzung beantragten der Vorsitzende Antonius und der Wolynier und Zytomirer Erzbischof, den Synod zu bitten, eine neue Bibelübersetzung in russischer Sprache, aber nicht aus dem hebräischen, sondern aus dem griechischen Texte zu veranstalten; dieselbe soll mit Parallelstellen versehen werden, weil die gegenwärtige Parallelisation keine rechtgläubige, sondern eine lutherische sei. — Einige Redner, die die Sekten der Adventisten beurteilen, finden in ihrer Lehre Züge aus dem Judentum. Solange die Erzmutter aller Sekten — das Judentum — bestehen wird, erklärte in einer langen Rede der Geistliche Kulinsky — solange werden auch überall alle übrigen Sekten existieren. — „Genug!" ertönt es von verschiedenen Seiten des Saales. „Es ist notwendig," — fügte der Geistliche Kulinsky hinzu, „alle Juden zum Christentum zu bekehren, ohne dieses wird man die Sekten nicht vernichten können." Es ertönen wiederum die Rufe: „Genug! Er hat uns ermüdet!" Der Odessaer Missionär Kalnew sagte folgendes: Kulinskys Rede ist nur für ein Mitglied des Verbandes des russischen Volkes überzeugend, besonders für den Odessaer Verband, für mich aber ist dieselbe durchaus

nicht überzeugend. Der Adventismus ist nicht durch das Feiern des Sabbats gefährlich, nicht einmal durch die Beschneidung, denn in mehreren Orten erkennen die Adventisten die Beschneidung nicht an, sondern durch ihre mystische Lehre über das baldige Heranrücken des goldenen Zeitalters.

Warschau. Charakteristisch für die Verhältnisse, unter denen die hiesigen Juden leben, ist folgender Fall: Ein reicher Jude möchte seinen Sohn, der mit gutem Erfolge die Vorschule absolviert hat, in der Handelsschule unterbringen. Es wird ihm aber der Bescheid, daß der Prozentsatz bereits erreicht sei und daher sein Sohn nicht mehr aufgenommen werden kann. Die Not macht aber erfinderisch. Nach einigem Suchen gelang es dem Juden, drei geeignete arme christliche Jünglinge zu finden, die er nun auf seine Kosten in der Handelsschule unterbrachte. Durch die derartige Vermehrung der christlichen Schülerzahl ergab sich noch ein Platz für einen Juden, den nun sein Sohn, der auf diese Weise die vierfachen Unterrichtsgebühren zahlt, einnehmen wird.

Rumänische Geschäftsantisemitea. Wir entnehmen dem „Bukarester Tageblatt“: „In den Nummern vom 2., 3. und 4. September der „Epoca“ waren unter dem Titel „Zur Wahrheit“ eine Anzahl von Artikeln von ausgesprochen antisemitischer Tendenz erschienen. Ueber den Geist und Inhalt dieser Artikel kann man sich aus folgenden Stellen ein Urteil bilden:

„Der besondere Charakter der jüdischen Rasse ist, daß sie vagabundiert und sich in erstaunlicher Weise vermehrt. Der Jude hat sich nicht geändert, und die Vorstädte, in denen der Sohn Israels wohnt, haben alle den gleichen Geruch. Geldwechsler oder Pächter, Makler oder Kuppler, Philosoph oder Journalist, hat der Jude nur ein einziges Bestreben: für sein zersprengtes Volk und gegen den Staat, der ihn ernährt, zu arbeiten. Sehr anhänglich und solidarisch seinen Religionsgenossen gegenüber, wird er absolut unzugänglich, wenn es sich um diejenigen handelt, die nicht Verehrer Mosis sind. Er ist ein Moment der Auflösung und der Verpestung für das Milieu, in dem er lebt, das er zersetzt und in Fäulnis bringt . . . Wer erhebt in Ungarn mit größerer Wut die Faust gegen Wien, als der magyarisierte Jude; wer anders als die in Joschko und Istvan umgeänderten Schmachtlockenträger hetzen die magyarische Nation gegen unsere Brüder jenseits der Berge auf? Der Jude an den Ufern der Seine will französischer scheinen als der Urfranzose; und in Pest ist der Nachkomme Mosis der strenggläubige Ungar. Die Menge, die zum Unglücke der Menschheit und zur Verpestung der Menschheit vor Tausenden von Jahren vom Jordanflusse ausgegangen ist, vergißt keinen Augenblick, daß dort, wo ununterbrochen und ungestört der Friede unter den Menschen herrscht, für sie das Leben unmöglich wäre, und daß — nach dem Ausdrucke des Generals Mercier — die jüdische Rasse, die Quelle ihres Lebens aus dem Tode anderer Völker zieht. Das ist der Gedanke, der die Schritte dieser Rasse lenkt. Welches immer das Volk sein mag, unter das er sich anfangs demütig, später frech einschleicht, hat der Jude keinen anderen Gedanken, als das Milieu, dem er angehört, auszubeuten, auszusaugen und zu erniedrigen. Der Jude ist so geartet, daß er bloß von den Lastern und Fehlern des Fremden leben kann. Alles was fault, oder was sich zersetzt, möstet ihn.“

Und in diesem Tone geht es fort bis ins Unendliche. Man kann sich denken, welchen Eindruck dieser Artikel in dem leitenden Blatte einer Partei, die auf Regierungsfähigkeit Anspruch macht, auf die jüdische Bevölkerung machen mußte. Die „Epoca“, die wie alle hauptstädtischen Blätter aus den Inseraten der jüdischen Kaufleute beträchtliche Einnahmen erzielt, scheint infolge dieser Artikel einen Ausfall der diesbezüglichen Einnahmen verzeichnet zu haben. In ihrer gestrigen Nummer veröffentlicht sie deshalb unter dem Titel „Unsere Haltung“ einen Artikel, in welchem sie zunächst erwähnt, daß an viele jüdische Kaufleute Exemplare der „Epoca“ mit „angeblichen“ antisemitischen Artikeln geschickt wurden, um die jüdischen Kaufleute zu veranlassen, daß sie der „Epoca“ keine Inserate mehr geben. Das Blatt konstatiert hierauf, daß das Bestreben vorhanden sei, ihm seine zahlreiche jüdische Klientel abwendig zu machen und veröffentlicht infolgedessen folgende Erklärungen:

„In der „Epoca“ wurden stets alle diejenigen, ob sie Rumänen oder Juden waren, angegriffen, die in irgendeiner Weise eines der hohen Interessen des rumänischen Landes und Volkes schädigen. Niemals aber und unter keinen Umständen haben wir daran gedacht, irgendeinen Juden anzugreifen, bloß weil er Jude ist. Im Gegenteil, wenn sich die Gelegenheit ergab, in lobender Weise von einem Juden zu sprechen, der sich in irgend einem Zweige der allgemeinen Tätigkeit ausgezeichnet hat, so haben wir diese Gelegenheit mit Vergnügen benützt.“

Diese Erklärungen sind ja sehr schön. Nur stehen sie einigermaßen in Widerspruch mit den früher zitierten Erklärungen und machen den Eindruck opportunistischer Interessiertheit. Wir haben Respekt vor jeder ehrlichen Ueberzeugung, auch wenn sie der unsrigen widerspricht, aber solche Mauldrehereien können bei jedem anständig Denkenden bloß Mißtrauen und Widerwillen erregen.“

Finnland. Wie Wolffs Telegraphenbureau aus Helsingfors meldet, haben die Vertreter der Handelsgesellschaften Finnlands beschlossen, den Senat zu ersuchen, ein Komitee aus Sachverständigen zu bilden zur gründlichen Prüfung der Judenfrage, welche in Finnland gesetzlich nicht geregelt ist. Die Erlaubnis zu freier Uebersiedelung der Juden und die Gewährung voller Gleichberechtigung würde nach Ansicht einheimischer Handelskreise die wirtschaftliche Lage Finnlands ungünstig beeinflussen.

Wir vermuten, die finnländischen Handelskreise identifizieren sich ebenso mit dem Handel wie unsere Agrarier sich mit der Landwirtschaft, unsere zünftlerischen Handwerksmeister sich mit dem Handwerk identifizieren. Die jüdischen Handelsleute mögen den einheimischen Handelsleuten unbequeme Konkurrenten sein, damit ist aber noch nicht im entferntesten gesagt, daß sie dem Handel schaden. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Die Juden pflegen durch ihre Rührigkeit und ihren Handelsgeist überall neues und regeres Leben in den Handel zu bringen, was den Konsumenten zum Nutzen gereicht. Handelsleute, die nicht dem Grundsatz huldigen, leben und leben lassen, sind in der Regel schlechte Vertreter des Handels sowohl wie der wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit. Vielleicht, daß sie ihre eigenen Interessen vertreten. Daß sie das wollen, das bezweifeln wir nicht, daß sie es aber in der rechten Weise tun, scheint uns sehr zweifelhaft.

Juden in Rhodesien. Aus Bulawayo wird dem „Jewish Chronicle“ geschrieben: Infolge der starken finanziellen Depression, die in manchen Teilen Südafrikas gegenwärtig herrscht, macht sich jetzt eine lebhafte Judeneinwanderung nach Rhodesien fühlbar. Rhodesien eignet sich zunächst für diejenigen, die in Gruben arbeiten oder im Farmerwesen einige Erfahrung besitzen, daher sind jüdische Einwanderer hier in ihrem Fortkommen mehr oder weniger behindert. Es ist daher erfreulich, zu hören, daß trotzdem Juden zahlreich zu Grubenarbeiten genommen werden. Andere wieder wenden sich den Tabakbauarbeiten zu. Besonders interessant ist zu erwähnen ist, daß die berühmte Viehzucht von Zambesi fast ausschließlich in jüdischen Händen liegt, die in der Tat für den Aufschwung von Nordwest-Rhodesien, das sie bis an den Kongo durchdrungen haben, hervorragende Pionierdienste geleistet haben. Einer dieser Pioniere, A. B. Diamand, ist der erste, der das Land von Lialui, dem Territorium des Königs Lewanika bis an die Lobitabai durchkreuzt hat. Bulawayo, das geistige Zentrum der Juden Rhodesiens, befindet sich in sehr gesunder Lage, und die Juden daselbst befinden sich in durchaus guten Verhältnissen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 40. Berlin, den 30. September 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 17. Oktober 1908, abends 7½ Uhr

findet in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstraße 92/93, die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Vaterlandsliebe und Bodenständigkeit bei unseren jüdischen Mitbürgern.
   Referent: Landtagsabgeordneter Prof. Dr. S. Günther, München.
3. Die Zurücksetzung der Juden im Heere.
   Referent: Oberst a. D. Gädke, Steglitz.
4. Wahl des Vorstandes.

Berlin und Frankfurt a. M., im Oktober 1908.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. Wilhelm Foerster. Stadtrat H. Flinsch.

Generalversammlung der Mittelstands-vereinigung.

Ein Teilnehmer an der Versammlung schreibt uns:

In den Tagen vom 18. bis 22. September ist in Düsseldorf die Deutsche Mittelstandsvereinigung zu ihrer diesjährigen, der fünften Generalversammlung zusammengetreten. Die geschäftlichen Beratungen fanden meist hinter verschlossenen Türen statt.

Der neugebackene preußische Landtagsabgeordnete und Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, war mit sorgenvollem Haupt nach Düsseldorf gefahren. Die Herren dort machten ihm viel Kopfschmerzen. Die „Düsseldorfer Richtung" zeigte sich gar zu rabiat. Sie wollte die Mittelstandsvereinigung ganz unpolitisch und rein wirtschaftlich machen und sie von Agrariern und Antisemiten trennen.

Herr Rahardt hatte allen Grund, sorgenvoll zu sein. Denn die „Düsseldorfer Richtung", die den politisch neutralen Charakter vertritt, hat sich in der Mittelstandsvereinigung immer mehr durchgesetzt. Hatte man noch in Straßburg bei der vorigen Tagung ihre Vertreter an die Wand gedrückt, so war sie in der Zwischenzeit unter der Leitung ihres rührigen Vorsitzenden, Assessor Stocky, zu einem bedeutsamen Faktor in der Mittelstandsvereinigung geworden. Assessor Stocky wußte lebhaft den Gedanken zu propagieren, daß es ein grober Fehler war, daß die Mittelstandsvereinigung bisher von parteipolitischen Strömungen sich treiben ließ. Sie müsse rein wirtschaftlich wirken und alle Parteien für ihre Wünsche zu interessieren versuchen.

Demgegenüber suchten die um Rahardt an den alten reaktionären Freunden festzuhalten. Man tagte hinter verschlossenen Türen stundenlang und lärmte sich gegenseitig die Ohren voll. Dazwischen aber erschollen die Friedensschalmeien derjenigen, die eine Ueberbrückung der vorhandenen Kluft anstrebten. Herr Rahardt war eifrig darauf bedacht, daß kein Sterbenswörtlein von den inneren Kämpfen in die Oeffentlichkeit kam, und wenn ein Redner in der öffentlichen Versammlung sich verschnappte, dann erhob er beschwörend die Hände und erinnerte an das Schweigegebot. Das Hauptreferat in der geheimen Versammlung hatte Assessor Stocky, der, soviel durchgesickert ist, gegen die reaktionären Berliner kräftig vom Leder zog, und der mit aller Entschiedenheit für die politische Neutralität der Mittelstandsvereinigung eintrat. Ihm sekundierten die anderen Herren aus Rheinland und Westfalen. Assessor Stocky bedauerte es, daß die Mittelstandsvereinigung sich bisher auf politischen Irrwegen befunden habe. Sie dürfe sich nur wirtschaftlich betätigen. Sie solle keine eigene Partei sein; denn als solche würde sie nichts erreichen. Sie würde niemals über ein „Fraktiönchen" hinauskommen, da der Mittelstand in den seltensten Fällen in den Wahlkreisen in kompakter Masse sitze. Die Mittelstandsvereinigung dürfe sich daher nicht parteipolitisch gebärden. Sie müsse vielmehr versuchen, alle Parteien für ihre Forderungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke empfehle es sich, mit den verschiedensten Abgeordneten in Verbindung zu treten. In Düsseldorf habe man z. B. in der Vereinigung eine Zentrumskommission und eine liberale Kommission gebildet. Sie treten an die betreffenden Abgeordneten heran und tragen ihnen die Wünsche der Mittelstandsvereinigung vor. Herr Stocky empfahl diese Methode auch den anderen Ortsgruppen zur Nachahmung.

Herr Rahardt und die Abgeordneten Bäckermeister Rieseberg und Herzog von der Wirtschaftlichen Vereinigung schauten mißmutig drein. Auch Herr Pauli-Potsdam, Herr Malkewitz und der redelustige Breslauer Major Stroffer rückten unruhig auf den Stühlen hin und her.

Das Ende der stürmischen Aussprache war der Sieg der Düsseldorfer Richtung. Der unpolitische Charakter der Mittelstandsvereinigung wurde festgelegt. Als Ziel der Mittelstandsvereinigung wird nun in den Statuten angegeben: „Zweck der Vereinigung ist die Wahrung und Förderung der Berufs- und Standesinteressen des deutschen Mittelstandes." — Sonderkandidaturen der Mittelstandsvereinigung sollen nicht mehr aufgestellt werden, nur dann, wenn keine andere bürgerliche Partei auf dem Plane erscheint. Werden nun die mittelständlerischen Sonderkandidaten Rahardt und Rieseberg diesem Beschlusse entsprechend ihre Mandate niederlegen?

Es mag Herrn Rahardt schwer angekommen sein, in der öffentlichen Versammlung den unpolitischen Charakter der Mittelstandsvereinigung zu proklamieren. Recht sonderbar aber mutet es an, wenn Herr Rahardt, ohne mit den Wimpern zu zucken, die Behauptung aufstellte: „Wir haben niemals den geringsten Ansatz gemacht, eine eigene politische Partei zu bilden." — Das ist doch — gelinde gesagt — eine mehr als kühne Behauptung. Und weiter fuhr er fort: „Wir haben das aus Klugheitsrücksichten nicht getan, aus Gründen der Vernunft. Die leidige politische Zersplitterung unseres Vaterlandes ist so groß, daß es ein Verbrechen wäre, wenn man den vielen bestehenden politischen Parteien noch eine neue hinzufügen wollte." — Vor Tische las man's anders. Wie schmiegsam Herr Rahardt ist. Er weiß trefflich den Verhältnissen anzupassen. Und weiter erklärt er: „Vernunftgründe und Gründe der Selbsterhaltung lassen es uns geboten erscheinen, uns nicht mit den Parteien zu entzweien, die unsere Interessen vertreten. Wir sind nicht einfältig genug, einen Kampf des Mittelstandes gegen seine Vertreter zu entfachen, denn nirgends, in keinem Wahlkreise, wären wir stark genug, eigene Kandidaten durchzusetzen. Im nationalen Interesse würden wir das dümmste machen, was es gibt, wenn wir eigene Kandidaten aufstellen würden." — O, wie rasch ist Herr Rahardt vom Saulus zum Paulus geworden. Sollten vielleicht die lieben Freunde vom Bund der Landwirte etwas nachdrücklich gebohrt haben? Oder ist Herr Rahardt damit zufrieden, sein eigenes Mandat in der Tasche zu haben? Mit erhobener Stimme gab er dann die Erklärung ab, daß die Mittelstandsvereinigung eine rein wirtschaftliche Gemeinschaft sein wolle. Das Endziel ist natürlich das, andere Parteien zu veranlassen, berufene Mittelständler in die Parlamente zu schicken.

Herr Theodor Fritsch, der Herausgeber des „Hammer", bejammerte den schlechten Stand der mittelständlerischen Presse. Dann streifte man in den öffentlichen zwei Versammlungen in raschem Fluge eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen, schimpfte auf Regierung und Reichstag, ulkte die anwesenden Abgeordneten wegen ihrer Untätigkeit an und einigte sich schließlich auf eine der üblichen Resolutionen.

Die erschienenen Vertreter einiger Behörden, die dringend vor übertriebenen Forderungen warnten, hatten sich frühzeitig aus dem Staube gemacht. Die Abgesandten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Bundes der Landwirte und des antisemitisch angehauchten Verbandes der Rabattsparvereine hielten aber getreulich aus.

Trotz allen unpolitischen Charakters trat die dicke Freundschaft mit dem Bund der Landwirte doch auffallend stark zutage. Der Abgeordnete Heckenroth feierte sie in hohen Tönen, nachdem schon vorher die mittelständlerische „Volkspost" des Bundes Lob mit voller Stimme gesungen hatte.

Mit dem Ausgang der Tagung selbst wird die „Volkspost" wenig zufrieden sein. Denn die von ihr heftig bekämpfte „Düsseldorfer Richtung" hat noch einen anderen Gedanken durchgesetzt. Die Düsseldorfer stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß in der Mittelstandsvereinigung nur der gewerbliche Mittelstand sich zusammenfinden solle, also Handwerksmeister und Kaufleute, während die Norddeut-

schen auch Beamte, Handlungsgehilfen und die freien Berufe heranziehen wollen. Man gab schließlich dem Drängen der Düsseldorfer soweit nach, daß beschlossen wurde, „zunächst“ den gewerblichen Mittelstand zu bearbeiten; den anderen also erst in zweiter Linie.

Praktische Arbeit ist in Düsseldorf nicht geleistet worden. Der Kleistertopf war die Hauptsache. Man wird abwarten müssen, wie die Herren in der Praxis handeln werden.

Wiener Brief.

XIII.

(Niederösterreichische Wahlen. — Wählerlisten. — Kompromisse. — Eine bäuerliche Opposition. — Kaiserhuldigung. — Eine Lehrermaßregelung und ihre Folgen. — Das Budget von Wien. — Eine Episode.)

Wien, den 27. September.

In Niederösterreich werden jetzt die Vorbereitungen für die Ende Oktober stattfindenden Landtagswahlen getroffen. Wie immer, haben die Christlichsozialen in Wien die Wahlarbeit der freiheitlichen Parteien durch ganz unzuverlässige Wählerlisten gehemmt und in den einzelnen Bezirken waren viele Tausende Reklamationen notwendig, um nur einigermaßen Ordnung zu schaffen. Im ersten Bezirk, wo sich die Christlichsozialen unsicher fühlen, wurde ein ganz willkürliches Arrangement getroffen, dessen Absicht leicht zu erkennen ist. Ein Vergleich der Landtagswählerliste mit der vor Jahresfrist aufgelegten Reichsratswählerliste lehrt, daß über zweitausend Bürger, die das Reichsratswahlrecht hatten, ausgelassen worden sind. Allerdings besteht insofern ein Unterschied, als für die Reichsratswahlen eine einjährige und für die Landtagswahlen eine dreijährige Seßhaftigkeit vorgeschrieben ist, doch diese Bestimmung kommt gerade in der City Wiens kaum in Betracht, weil daselbst das reiche Bürgertum seinen Sitz hat, das den Aufenthaltsort kaum zu ändern pflegt. Indes noch auffallender als das Verschwinden von Wählern ist das Hinzukommen von etwa zweitausend neuen Wählern, die im Mai 1907 noch kein Wahlrecht besessen hatten. Wenn man die Berufsgliederung auch der Neuaufgenommenen untersucht, dann findet man sofort des Rätsels Lösung. Es wurden einfach jene Bürger, von denen man annehmen konnte, daß sie freiheitlich stimmen würden, weggelassen und dafür Wähler konstruiert, bei denen man sich der christlichsozialen Gesinnung für versichert hielt. Durch diese Manipulation dürften die Christlichsozialen in dem einen umstrittenen Bezirke allein etwa tausend Stimmen gewonnen haben, denn durch das Reklamationsverfahren war im ersten Bezirk kaum ein kleiner Bruchteil der Unregelmäßigkeiten gut zu machen. Im Gemeinderat hat der Bürgermeister einen Magistratsbericht verlesen lassen, der sich um den Kern der Sache herumdrückt, und damit glaubt er die Akten über dieses in der politischen Korruptionsgeschichte einzig dastehende Vorkommnis geschlossen zu haben. Für die Wiener Rathausherren gilt eben die Parole: „Hilf, was helfen kann!“ Im ersten Bezirk kandidieren zwei Vizebürgermeister, und da muß die Volksstimmung unter allen Umständen soweit korrigiert werden, daß es den Anschein hat, als würden die Wähler noch immer auf die christlichsoziale Partei schwören. Der Wiener Wählerlistenunfug ist natürlich der Aufsichtsbehörde — der Statthalterei — bekannt. Aber Graf Kielmannsegg befindet sich ganz in den Händen der herrschenden Partei, die durch zwei Minister in der Regierung vertreten ist und so über Sein oder Nichtsein der Beamten mitentscheiden kann.

Die Wahlbewegung bietet im allgemeinen ein wenig erfreuliches Bild. Das freiheitliche Bürgertum ist in den Provinzstädten nicht weniger ermattet als in der Reichshaupt- und Residenzstadt und das politische Verantwortungsgefühl scheint fast geschwunden zu sein. So konnte es kommen, daß ernsthaft erwogen wurde, ob nicht mit den Christlichsozialen Kompromisse zu schließen wären. Man vergaß also ganz, welche unüberbrückbaren Gegensätze zwischen der jungklerikalen Richtung und den freiheitlichen Prinzipien bestehen. Es mußte erst nach Wien eine Konferenz der freiheitlichen Vertrauensmänner einberufen werden, um Klarheit zu schaffen. Allen Ernstes beratschlagte man darüber, ob man gegen die Christlichsozialen wirklich zu Felde ziehen solle, und wenn schließlich auch beschlossen ward, daß der Kampf aufzunehmen sei, so bleibt die Tatsache des Schwankens doch bemerkenswert. So sehr hat die Verwirrung in Niederösterreich um sich gegriffen, wo man einstens am freiheitlichsten dachte, wo der Ruf nach all den Einrichtungen, die die Christlichsozialen heute zerstören wollen, am frühesten erklang. Trotz der Kampfeslosung wird es dennoch Kompromißkandidaten geben, die das Wunderbare zu vollbringen vermögen, gleichzeitig christlichsozial, klerikal und freiheitlich zu denken.

Mit welchen unlauteren Mitteln die Christlichsozialen arbeiten, möge nur eine Episode illustrieren. Dr. Karl Lueger hat für den 4. Oktober alle Landbürgermeister Niederösterreichs nach Wien berufen, weil er die Leute vor den Wahlen beisammen haben möchte, um sie mit seinen Witzen zu regalieren und, soweit sie noch schwanken, für sich zu gewinnen. Damit jedoch der eigentliche Zweck verdunkelt werde, wurde eine Kaiserhuldigung zum Vorwand genommen. Wer zu Hause bleibt und Dr. Luegers Liebenswürdigkeiten ausweicht, ist ein schlechter Patriot und kann als „Umstürzler“ verschrieen werden. Wer aber nach Wien kommt, der muß die Agitationsreden der christlichsozialen Oberhäupter anhören, wofür er freilich einem großen Bankett beiwohnen darf, das auf Kosten der Wiener Steuerträger im Rathause gegeben wird.

Als einzige erfreuliche Erscheinung in der Wahlbewegung soll die Betätigung des jungen „Hauer- und Bauernbundes“ verzeichnet werden. Diese vorerst allerdings schwache Organisation stellt den Versuch dar, die Bauernschaft der christlichsozialen Führung zu entreißen. Sie ist im Frühjahr in Krems entstanden und greift sehr rührig in die Wahlbewegung ein. Daß der „Hauer- und Bauernbund“ den Leuten um Geßmann und Lueger sehr unangenehm wurde, beweisen schon die Verleumdungen, mit denen die Führer der freiheitlichen Bauernvereinigung bedacht werden. An der Spitze der mit der herrschenden Partei unzufriedenen Bauern stehen drei Landwirte Trollhann, Pöckl und Faltl, denen man gute Erfolge wünschen muß.

Gegen die christlichsoziale Volksbeglückung hat sich dieser Tage auch der österreichische Verwaltungsgerichtshof ausgesprochen, der gewiß als unparteiischer Beurteiler in Betracht kommt. Im Jahre 1902 wurden mehrere freiheitlich gesinnte Volks- und Bürgerschullehrer von der christlichsozialen Gewerbeschulkommission plötzlich entlassen. Unter den von dieser Maßregelung Betroffenen befand sich auch der Bürgerschuldirektor Josef Bock, der an den gleichfalls christlichsozialen Landesschulrat rekurrierte. Aber es verging Jahr und Tag, ohne daß er eine Erledigung seiner Eingabe erwirken konnte, denn die satten christlichsozialen Funktionäre haben es mit der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht sehr eilig. Es bedurfte der Intervention des Unterrichtsministers und des Statthalters, damit Herr Bock endlich verständigt wurde — daß sein Rekurs verloren gegangen sei. Herr Bock mußte mithin einen neuen Rekurs einreichen und erhielt schließlich einen ablehnenden Bescheid. Erst der Verwaltungsgerichtshof machte jetzt dem Skandal ein Ende, indem er die seinerzeitige Entlassung als unrechtmäßig bezeichnete. Herr Bock kommt nun wieder zu seinem Rechte, doch er mußte freilich darauf sechs Jahre warten, denn solange wußten die christlichsozialen Volksbeglücker die Entscheidung hinauszuschieben.

Für die leichtsinnige Art und Weise, in der die Christlichsozialen mit der öffentlichen Meinung umspringen, ist der Vorgang charakteristisch, der bei der Veröffentlichung des Ge-

meinde-Hauptrechnungsabschlusses für 1907 beobachtet wurde. Der Rechnungsabschluß muß nach der Gemeindeordnung 14 Tage zu jedermanns Einsicht aufliegen. Allein die Gemeinde Wien sah sich erst nach erfolgter Auflegung veranlaßt, die Tatsache bekanntzugeben. Zudem wurden die Hauptziffern des Rechnungsabschlusses den Redaktionen nur durch eine offiziöse Korrespondenz übermittelt, die bei der Gruppierung der Posten natürlich nach Belieben verfahren konnte. Die Gesamteinnahmen betrugen 175 677 874 Kr., die Ausgaben 175 932 885 Kr., es ist somit ein Defizit von einer viertel Million Kronen vorhanden.

Zum Schlusse sei noch ein heiteres Geschichtchen vermerkt, das so recht deutlich die christlichsoziale Mache erkennen läßt. In Graz, der Hauptstadt Steiermarks, die zum Unterschiede von Wien eine deutschvölkische Stadtverwaltung hat, findet jetzt eine Handwerkerausstellung statt, um deren Zustandekommen sich der deutschvölkische Abgeordnete Einspinner verdient machte. Bei der Eröffnung war selbstredend der unvermeidliche Minister für öffentliche Arbeiten, Dr. Geßmann, anwesend, der seine ganze staatsmännische Tätigkeit mit feierlichen Begrüßungen ausfüllt. Ein Minister kann nun nicht alles wissen, und nicht alle Leute kennen, und so mag es schon vorkommen, daß unliebsame Verwechslungen passieren. Herr Geßmann sagte nämlich zu einem Redakteur, den er irrtümlich für einen Parteifreund hielt, und der jedoch — o weh — bei einem freiheitlichen Blatte beschäftigt ist, in aller Gemütsruhe unmittelbar nach dem feierlichen Eröffnungsakte: „Es ist ja alles recht schön, aber bitt' Sie, machen's nur für den Einspinner keine Reklame!" Der christlichsoziale Minister versteht wahrhaftig sein Geschäft, allein er hat den einen Fehler, daß er zu eifrig bei der Sache ist. Blinder Eifer schadet nur, und man hat auch in Graz über die Entgleisung herzlich gelacht. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der sächsische Parteitag der antisemitischen „Reformpartei", der kürzlich in Riesa abgehalten wurde, nahm nach einem Referat des Justizrats Schnauß-Leipzig über „gemeingefährliche Einwanderung in das Deutsche Reich" eine Resolution an, in der die sächsische Regierung ersucht wird, die Einwanderung von Nichtgermanen einzuschränken und ihre dauernde Niederlassung zu verhindern, Ausländern den Besuch der Universität, der Technischen Hochschule, der Bergakademie und der höheren Unterrichtsanstalten zu erschweren und die Gemeinden zur Führung von Ausländerlisten anzuhalten. — Auf die von dem Referenten vorgebrachten und oft genug widerlegten Argumente hier wieder einzugehen, haben wir keine Veranlassung.

In der Diskussion gab Abg. Zimmermann seinem Schmerze darüber Ausdruck, daß in der Ausländerfrage der Minister des Innern im sächsischen Landtage sich ablehnend geäußert und gesagt habe, er könne doch nicht eine chinesische Mauer um Sachsen ziehen. Dem Geh. Kommerzienrat Zwaininger, der in der Ersten Kammer von einem Vorgehen gegen die Ausländer nichts hat wissen wollen, bestritt Herr Z. jedes Verständnis für die nationalen Beweggründe der Antisemiten. — „National" sind natürlich nur die Zimmermann, Liebermann, Bruhn, Pückler und Genossen.

Unbedingte Zustimmung fanden übrigens in der Versammlung die Vorschläge des Referenten nicht. Ein Schneidermeister Rother-Leipzig vertrat die Anschauung, daß in manchen Berufszweigen die Ausländer nicht zu entbehren wären. So müßten z. B. in Leipzig die Herren nackt herumlaufen, wenn die tschechischen Schneider nicht wären. (Große Heiterkeit.) Er, Redner, sei als geradezu verrückt erklärt worden, weil er keine tschechischen Gehilfen habe. — Hier erhob also ein dem Mittelstand angehörender Handwerksmeister Widerspruch gegen das von den patentierten Schützern des Mittelstandes empfohlene Rezept.

Auf Widerstand stieß auch ein Antrag, worin die Abgg. Zimmermann, Gräfe und Gäbel ersucht werden, im Reichstage eine Kuponsteuer in Vorschlag zu bringen. Er wurde durch den Justizrat Schnauß bekämpft, da eine derartige Steuer nur den Mittelstand benachteilige. Für besser halte er die Vermögens- oder die Dividendensteuer. Schließlich wurde der Antrag der Parteileitung als Material überwiesen. Ein nicht gerade schmeichelhaftes Ergebnis für jene Agitation, die jahraus, jahrein mit der Kuponsteuer hausieren geht.

Mit der Inseratensteuer werde die Reichsregierung einem sehnlichen Wunsche der Antisemiten nachkommen, behauptet die „Liberale Korrespondenz", indem sie ausführt:

„Zwar steht die Inseratensteuer nicht ausdrücklich im Programm der antisemitischen Parteien, aber von jeher ist sie ein Haupt- und Kabinettstück der antisemitischen Agitation gewesen. Selbstverständlich war der leitende Gedanke der, mit einer Annoncensteuer das Judentum, als den angeblichen Hauptvertreter der „Großmacht" Presse, möglichst empfindlich finanziell zu treffen. Der Nebengedanke war der, durch eine solche Steuer der notleidenden antisemitischen Presse indirekt auf die Beine zu helfen. Wenn die großen Blätter, die „Annoncenplantagen", so kalkulierten die Antisemiten, Tausende und Hunderttausende für die Inserate an den Staat abgeben müssen, so müssen sie ihr Abonnement erhöhen und dann werden wir konkurrenzfähig! Aus diesem Grunde wurde auch stets in Antisemitenkreisen lebhaft sogar für ein Inseraten-Monopol eingetreten.

Es steht also fest, daß die Regierung am Werke ist, einen Gedanken zu verwirklichen, der zuerst in antisemitischen Hirnen aufgesproßt ist und deshalb von anderer Seite stillschweigend und mit Recht ad acta verwiesen wurde. Als im Jahre 1906 in der Finanzreformkommission, irren wir nicht, der Abgeordnete Dr. Burckhardt (christlichsozial) einen Antrag auf Einführung einer Inseratensteuer stellte, wurde die Idee sofort geräuschlos begraben. Der Antragsteller zog seine Anregung höchst eigenhändig, ohne daß über sie debattiert worden war, zurück. Die Antisemiten wollten damals die Inserate mit einer Stempelabgabe belegen, die bei Auflagen von über 25 000 Stück sich auf die runde Summe von 10 pCt. des gezahlten Preises belief. Der Herr Staatssekretär Sydow will ja nun zwar die Sache etwas anders anfassen, aber die geistige Urheberschaft verdankt er den Antisemiten, deren volkswirtschaftliche Kenntnisse stets im umgekehrten Verhältnis zu der Größe ihrer Redewerkzeuge gestanden haben."

Der antisemitische Reichstagsabg. Dr. Böhme über die Nationalliberalen. Die in Marburg erscheinende freisinnige „Hessische Landeszeitung" schreibt:

„Herr Dr. Böhme ist bekanntlich mit Hilfe der hiesigen Nationalliberalen in den Reichstag gezogen, da bei der Stichwahl viele nationalliberale Parteigänger für ihn stimmten. Herr Dr. Böhme bemüht sich nun gegenwärtig, den Nationalliberalen für ihre Unterstützung auch in der ihm eigentümlichen Weise den „Dank" abzustatten. Kürzlich fand in Wetzlar eine „große Festversammlung der Christlichsozialen" statt, in der auch Herr Dr. Böhme wieder sein Licht leuchten ließ. Er sprach unter anderem seine Freude darüber aus, daß der Wahlkreis Wetzlar den Nationalliberalen durch seinen Freund Behrens entrissen worden sei. „Die Nationalliberalen müßten an die Wand gedrückt werden, daß sie quietschen." Dieses Wort Bismarcks habe auch heute noch Geltung bei der Wirtschaftlichen Vereinigung. — Diese Fußtritte erhalten die Nationalliberalen nicht unverdient. Wer es als liberaler Mann fertig bringt, einen „Politiker" wie Dr. Böhme zu unterstützen, der muß sich schon eine solche Behandlung gefallen lassen. Ob die hiesigen Nationalliberalen daraus die nötige Lehre ziehen werden! Allzu große Hoffnungen haben wir nicht."

Der Abgeordnete Köhler-Langsdorf ist das Schreckenskind des Bundes der Landwirte. Das kommt daher, weil er politisch sozusagen ein Zwitter ist, denn er ist nicht nur Bündler, sondern daneben auch deutschsozial. Eigentlich passen ihm die Parteien beide nicht; dem Abg. Köhler paßt überhaupt keine Partei, die wie ein Anzug auf Konfektion gemacht ist. Er möchte sich am liebsten eine eigene Partei auf seinen Leib zuschneiden: Die Partei Köhler-Langsdorf, die demokratisch ist und politisch liberal und oppositionell bis auf die Knochen, wirtschaftlich aber auf das Programm des „Bundes der Landwirte" schwört: Amen! Auf dieses Credo hat der amüsante Herr Köhler „seinen Freund", den Landtagskandidaten für

den Wahlkreis Schotten-Laubach, den Lehrer Link-Nunzingshain vereidigt. Der ist sein Mann, und ihm sollen namentlich die Lehrer ihr Vertrauen schenken. So hatte Köhler im „Schulboten für Hessen" geschrieben. Aber weil Köhler nicht nur auf den Lehrer-, sondern auch auf den Bauernfang ausgegangen war, indem er Link als den „Kandidaten des Bauernbundes" empfohlen hatte, nimmt die orthodox-bündlerische „Neue Tageszeitung" den braven Köhler beim Ohr und tränkt ihm folgendes ein:

„Wir bemerken dazu wiederholt: 1. daß es in Hessen seit 1903 keinen „Hessischen Bauernbund" mehr gibt; 2. daß vom Bunde der Landwirte, in den der Hessische Bauernbund aufgegangen ist, nicht Herr Lehrer Link, sondern Herr Forstmeister Weber-Konradsdorf als Landtagskandidat proklamiert wurde; 3. Herr Link ist lediglich Kandidat der deutschsozialen Partei. Bezeichnet man ihn als „Kandidaten des Bauernbundes", so ist das eine Irreführung der Wähler. Wir verstehen das Vorgehen des Herrn Abg. Köhler nicht, der als Mitglied des Landesvorstandes des Bundes der Landwirte für den Gegenkandidaten Propaganda macht. Ein Mitglied des Landesvorstandes sollte doch in allererster Linie die Entschließungen seiner Organisation achten. Ist ein Mitglied unserer Bundesorganisation nicht mit der Aufstellung eines Kandidaten einverstanden, so steht es ihm noch lange nicht zu, für einen Gegenkandidaten Propaganda zu machen. Und was für einfache Mitglieder nicht angeht, das dürfen erst recht nicht Männer tun, die im Bunde eine Ehrenstellung bekleiden wollen."

Die „Neue Tageszeitung", bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg.", sollte dem Abg. Köhler wenigstens mildernde Umstände zubilligen. Es ist nämlich allmählich auch für einen, der wie Köhler „in der Bewegung" steht, unmöglich geworden, sich in dem in Zersetzung befindlichen Parteikonglomerat, genannt „Hessischer Bauernbund" — den auch die „Neue Tageszeitung" nicht weg „erklären" kann — zurechtzufinden. Was sollen da erst die armen Wähler anfangen?

Die „Deutsche Hochwacht", die den Kampf gegen Juden, Junker, Juristen und Jesuiten auf ihre Fahne geschrieben hat, kommt aus der Krise nicht heraus. Der bisherige Geschäftsführer Eduard Snell hat nun auch den volksbündlerischen Staub von seinen Füßen geschüttelt. Nach dem „Zeitungsverlag" ist jetzt bei der Firma „Deutsche Hochwacht" G. m. b. H., der Rechtsanwalt Eduard Züngst in Berlin zum Geschäftsführer bestellt worden.

Vermischtes.

Vom Taktgefühl. Man schreibt uns: Das Taktgefühl ist das Merkmal des feineren Menschen, es ist gewissermaßen der veredelte Instinkt des Kulturmenschen. Es ist kein Privileginm einzelner Stände und Klassen, es findet sich bei den auserlesenen Exemplaren aller Stände und aller Klassen. Es ist meistens wie jede Begabung angeboren, kann aber durch Erziehung gesteigert, korrigiert und in die richtigen Bahnen geleitet werden. Es ist daher ein Unsinn, wenn man irgend einer Gemeinschaft oder gar einem ganzen Volksstamm das Taktgefühl abspricht. Dieses Vorurteil ist eines modernen Menschen unwürdig. Am meisten leiden unter dieser Verkennung die Minoritäten unter den Völkern, und wer im Auslande gelebt hat, der weiß, wie oft man ungerechterweise dem Deutschen das richtige Taktgefühl abspricht. Wir haben daher alle Ursache, darin vorsichtig zu sein und jedem möglichst gerecht zu werden. Man bekundet das richtige Taktgefühl in erster Reihe durch die weitgehendste Rücksicht auf die Empfindungen anderer Menschen, durch die Schonung der Gefühle solcher Menschen, die anders denken als wir. Wer aber stets auf andere schmäht und sich intolerant gegen jede andere Gesinnung zeigt, der hat das Recht verscherzt, als taktvoll zu gelten. Wenn also unsere Antisemiten, die von der Unduldsamkeit leben, das Taktgefühl anderer kritisieren, so erinnert das nur an den Ausspruch Lessings, daß jeder gern von solchen Tugenden spricht, die er nicht besitzt.

Es gehört zum Repertoire unserer Antisemiten, das Taktgefühl aller Juden zu verneinen, und sie führen auch diesen Blödsinn auf die Rasse zurück. Wer aber nicht im Monde lebt, kann sich leicht von der Ungerechtigkeit dieser Behauptung überzeugen. Es gibt unter den Juden Leute mit einem sehr zart ausgebildeten Taktgefühl, und wer in gebildeten jüdischen Kreisen verkehrt, der weiß, von welcher hoher Sensibilität gerade die modernen Juden sind. Freilich findet man unter ihnen auch Parvenüs, die es als ihre Aufgabe ansehen, sich durch Ungeschicklichkeit lächerlich zu machen. Aber — sie sind hier, trotzdem die Judenemanzipation noch relativ jung ist, prozentualiter nicht stärker vertreten als unter anderen Gemeinschaften. Es muß daher befremden, wenn, wie es jüngst geschehen ist, ein Oberst einen jüdischen Rechtsanwalt nicht zum Reserveoffizier vorschlagen zu können glaubt, „weil er nicht den genügenden Beweis erbracht habe, daß er das gesellschaftliche Taktgefühl für einen Reserveoffizier habe". Es zeugt von der grenzenlosen Anmaßung eines privilegierten Standes, wenn man sich einbildet, daß ein Offizier mehr Taktgefühl als sonst ein gebildeter Mensch besitze. Man begreift aber vollends nicht, wie man bei jemand das Taktgefühl anzweifeln kann, bevor man irgendwelche Ursache dazu hat. Wir meinen, eine noch höhere Pflicht als das Taktgefühl ist für einen wirklich vornehmen Stand die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Wer nicht wahr und nicht gerecht ist, dessen Takt ist nur äußerer Firnis und für die Kultur gänzlich wertlos. Ein antisemitischer Oberst sollte wenigstens den Mut der Ehrlichkeit haben und offen bekennen, daß er den Juden lediglich wegen seiner Religion nicht befördert. Das Verhüllen seiner atavistischen Gefühle durch Phrasen erscheint uns wenig ritterlich und wenig deutsch.

Ein wichtiges Gerichtsurteil. Aus Mannheim wird berichtet: Einer derjenigen Gründe, die den Prinzipal nach § 72 des Handelsgesetzbuches zur sofortigen Entlassung des Handlungsgehilfen berechtigen, ist gegeben, wenn sich letzterer „erhebliche Ehrverletzungen" gegen den Prinzipal oder dessen Stellvertreter zuschulden kommen läßt. Daß hierunter antisemitische Aeußerungen des Angestellten fallen, die ihre Spitze unmittelbar gegen den jüdischen Prinzipal richten, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. In einem Rechtsfalle, der dem Kaufmannsgerichte in Mannheim zur Entscheidung vorlag, handelte es sich nun darum, daß der Kommis eines jüdischen Prinzipals nicht gegenüber diesem, sondern mit Bezug auf einen jüdischen Kunden des Geschäfts antisemitische Aeußerungen getan hatte. Während der Kunde, mit dem der Handlungsgehilfe in einem auf sachliche Meinungsverschiedenheiten zurückzuführenden Wortwechsel geraten war, hinausging, äußerte letzterer, daß er sich von dem Judenbub (oder Dreckjudenbub) nichts gefallen lasse. Später kam jener wieder, um etwas anderes zu holen, und mußte zusehen, wie der Kommis einen nach ihm gekommenen Kunden zuerst bediente und ihn selbst warten ließ. Auf seinen Vorhalt erklärte ihm der Kommis, er sei Antisemit und gehöre dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande an, er bediene ihn nicht. Hieraus entstand ein Wortwechsel zwischen beiden, in dessen Verlauf der Prinzipal hinzukam. Von dem Vorausgegangenen unterrichtet, eröffnete er dem sauberen Verkäufer seine sofortige Entlassung. Der wollte sich die Entlassung nicht gefallen lassen und verklagte die Firma auf Weiterzahlung seines Gehaltes für die Zeit bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist. Das Kaufmannsgericht hat die Klage abgewiesen mit folgender Begründung:

„Das Wort „Judenbub" oder „Dreckjudenbub", welches Kläger dem Salomon A. gegenüber gebraucht hat, hat sich zwar nicht direkt gegen die Inhaber der beklagten Firma, die Prinzipale des Klägers, gerichtet. Aber es liegt auf der Hand, daß Kläger durch diese Aeußerung sich einer Mißachtung der jüdischen Konfession überhaupt schuldig gemacht hat. Damit stimmt überein seine späterhin er-

folgte Aeußerung, er sei Antisemit. Das Gericht ist der Meinung, daß die Inhaber der beklagten Firma sich derartige, gegen ihre Konfession sich richtende Aeußerungen eines Angestellten nicht gefallen zu lassen brauchen, daß man ihnen nicht zumuten könnte, einen Angestellten in ihren Diensten zu behalten, der in ihrem Geschäfte in Anwesenheit von Kunden und vor dem anderen Personale sich antisemitischer Tendenzen gerühmt hatte."

Dieses Urteil, das in der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht", Organ des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, veröffentlicht ist, wird die ungeteilte Billigung aller rechtlich Denkenden finden. Es ist die richtige Antwort auf die respektlose Anmaßung, im Hause des jüdischen Brotherrn sich antisemitische Rüpeleien leisten zu wollen.

Der Verband der Friedhofsbeamten Deutschlands tagte in der Zeit vom 14.—17. September in Kiel. Bei der Neubesetzung des Vorstandes schlug der erste Vorsitzende, Herr Friedhofsinspektor Lüdke-Berlin, vor, „um dem Verbande den Charakter der Gleichheit aller Religionen zu verleihen, auch ein jüdisches Mitglied zu wählen, so daß im Vorstand 1 Protestant, 1 Katholik und 1 Jude sind". Die Versammlung, welche aus allen Städten Deutschlands beschickt war und weit über 100 Personen umfaßte, stimmte diesem Vorschlage zu. Es wurde darauf in den Vorstand der Friedhofsinspektor der Berliner jüdischen Gemeinde, Herr Weidenreich, gewählt. Diese Handlung eines Verbandes, welcher sich zum weit überwiegenden Teile aus christlichen Mitgliedern zusammensetzt, ist als ein Zeichen schöner Toleranz zu registrieren.

Nomina sunt odiosa. Zu der Zurückweisung des Dr. Moses-Mannheim als Referenten durch den Vorstand des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege wegen seines alttestamentlichen Namens wird uns geschrieben: „Wenn ein weltberühmter Engländer mit einem alttestamentlichen Vornamen — was in England keine Seltenheit ist — zum Kongreß käme. Wenn dieser Unglückliche dank seinen wissenschaftlichen Leistungen, was in England auch nichts Seltenes ist, den Ritterschlag erhalten oder den Baronetstitel, dann hieße es in den Referaten Sir Moses Lister, Sir Isaac Newton usw., ja unter Weglassung des Stammnamens nach englischer Gepflogenheit bloß Sir Moses, Sir Isaac usw. Schrecklich, gräßlich! Er müßte aus dem Kongreß ausgeschlossen, über den Kanal zurückgeschickt werden, aber man würde in der Entsendung eines mit einem solchen alttestamentlichen Namen versehenen Gelehrten gar eine Herausforderung sehen."

Aus der Provinz Posen wird berichtet: An verschiedenen Orten, wie in Powidz und Mieltschin, sind in den letzten Jahren die jüdischen Gemeinden vollständig verschwunden. Die polnischen Blätter führen mit großem Behagen diesen Rückgang des jüdischen Elements darauf zurück, daß mit der wirtschaftlichen Erstarkung des polnischen Elements die Erwerbsmöglichkeiten sich für Juden verringern. Der lachende Erbe ist der Pole, der Deutsche hat das Nachsehen.

War Jesus ein Arier? Prof. Haupt aus Baltimore bereist Europa in diesem Jahre mit der Entdeckung, daß Jesus ein Arier war. Er hat auf dem Historikerkongreß in Berlin (s. Nr. 34 der „Mitt.") und auf dem Orientalistenkongreß in Kopenhagen seine Lehre vorgetragen, und auch auf dem in Oxford abgehaltenen Internationalen Kongreß für Religionsgeschichte lockte die Frage „War Jesus der Rasse nach ein Jude?" große Zuhörerscharen an. Prof. Haupt — so heißt es in einem Bericht der „Frankf. Ztg." — sprach sehr amüsant über seine Reise auf einem Dampfer des „Norddeutschen Lloyd", die Anfeindungen, die ihm seine Theorie eingetragen, seine Kämpfe mit dem Berichterstatter einer Berliner Zeitung. Ueberhaupt verfolgen ihn die Zeitungen in Europa und Amerika gewaltig, aus einem Grunde, den der Professor aus Takt nicht nennen wollte. Hingegen findet, wie er mitteilte, seine Entdeckung — und er erwartete davon nichts weniger als eine Revolutionierung der Wissenschaft — die ernsteste Beachtung der Gelehrten; Prof. Deißmann allerdings habe sie zurückgewiesen, aber dieser verstehe nichts vom semitischen Altertum. Unter seinen Vorgängern in der Theorie, daß Jesus kein Rassenjude war, nannte Haupt den Juristen R. v. Jhering — der doch wohl kein Semitist von Fach war — und Houston Stewart Chamberlain, über welch letzteren er indessen mit großer Herablassung urteilt. Seine eigene Entdeckung hat zwei Punkte: 1. Hemath war die Hauptstadt von Galiläa; 2. Ituräer bedeutet Assyrer. Die Galiläer waren von den assyrischen Königen verpflanzte medische Kolonisten, also Arier, die später zum Judentum bekehrt wurden; Jesus war mithin höchstwahrscheinlich ein Arier jüdischer Konfession. In der Diskussion wurde dem Vortragenden entgegengehalten, daß der Begriff „Rasse" bei ihm auf gänzlich veralteten Vorstellungen fuße; daß Jesus, angenommen selbst, es sei richtig, daß seine Ahnen 700 Jahre vorher eingewanderte Arier waren, in seinem Glauben, Denken und Bewußtsein ein Jude gewesen ist und damit ein Jude schlechthin. Herr Haupt erwiderte darauf mit der Gegenfrage, ob ein Neger, der sich heute von einem englischen Pastor taufen lasse, morgen bereits ein Engländer sei. Sämtliche Teilnehmer an der Diskussion sprachen gegen die Theorie des Herrn Haupt, der es aber, dem allgemeinen Empfinden nach, in unhöflicher Form, ablehnte, ihre Gründe zu erörtern. Beachtenswert scheint ein von Dr. Gaster angeführtes Argument gegen die Hypothese, daß die Galiläer nicht jüdischer Rasse waren: die Juden pflegten die zu ihrem Glauben bekehrten Nachbarstämme sehr von oben herab zu betrachten und sahen sie durchaus nicht als „voll" an. Wenn Christus aus einem Milieu dieser Art hervorgegangen wäre, so hätte er mit gar keiner Aussicht auf Erfolg in Jerusalem als Messias der Juden auftreten können.

Von den Alldeutschen. Unter der Spitzmarke „Eine alldeutsche Gesinnungsliste" schreibt Otto Hartmann-Eßlingen a. N. in der „Hilfe":

„Vor kurzem erhielt ich einen Brief, der lautete:

„Berlin, den 29. August 1908. Sehr geehrter Herr! Nachdem wir, einem aus Oesterreich gekommenen Wunsche entsprechend, ein Verzeichnis der uns als nationalgesinnt bekannten reichsdeutschen Rechtsanwälte angefertigt haben, gestatten wir uns, Ihnen in der Anlage ein Exemplar zu überreichen. Für den Fall, daß Sie von demselben Gebrauch machen können, bitten wir Sie, durch gefl. Einsendung von 0,30 M. in Briefmarken zur Deckung der Druckkosten beizutragen. Hochachtungsvollst Alldeutscher Verband. Die Geschäftsstelle. v. Hartwig."

Das Verzeichnis ist nach Gerichtssitzen geordnet. Natürlich suchte ich zuerst Eßlingen und entdeckte, daß ich unter den fünf Anwälten meines Platzes der einzige nationalgesinnte bin. Was wird der Kollege Reserveoffizier sagen? Dann schrieb ich folgende Zeilen:

„Der Geschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes, Berlin. Ich erhielt Ihr Schreiben vom 29. August 1908, sowie ein „Verzeichnis nationalgesinnter deutscher Rechtsanwälte" und bin über die Dreistigkeit erstaunt, mit der man meinen Namen, ohne mich zu fragen, in eine politische Publikation Ihres Verbandes aufgenommen hat, dessen Tendenzen und Gepflogenheiten zu bekämpfen ich als meine patriotische Pflicht erachte. Hochachtungsvoll Rechtsanwalt Hartmann."

Hierauf blätterte ich weiter. Von den 90 Stuttgarter Anwälten sind 43 auf der alldeutschen Liste. Neben unzweifelhaften Merkurpolitikern waschechte Zentrumsleute, ausgesprochene Antichauvinisten, alte Oppositionsmänner und gar der Führer der süddeutschen Demokratie, Payer! Gibt das schon genug zu lachen, so wird die Sache vollends lustig, wenn man Herren findet, die seit Jahren nicht mehr Anwälte sind, und einige Juden, deren Namen den Listenführer täuschten. Er wird dies schmerzlich bedauern. Denn seinen ganzen Schweiß hat er daran gerückt, aus einem Anwalts-

katalog von anno dazumal die deutschen Namen herauszuschreiben".

Ueber die widerspruchsvolle Politik der Alldeutschen, deren Verdienste um das Deutschtum im Auslande er im übrigen anerkennt, äußert sich im „März" Otto Seidl wie folgt:

„Zwei Seelen wohnen in der Brust der Alldeutschen: die großdeutsch-schwärmerische und die großpreußisch-reaktionäre. Dazu kommt manchmal noch etwas Stimmung für germanistische Romantik, Odinsanbetung und dergleichen. Doch ist diese deshalb höchst kümmerlich, weil jeder Gedanke an deutsches Altertum, an den Glauben unserer Urväter, dazu führen muß, den Nordleuten die Hand zu bieten, ihnen zu danken für die Ueberlieferung und Fortbildung des germanischen Erbes. Als preußisch-nationale Reaktionäre aber wollen die „Alldeutschen" die jütisch-dänische Sprache in Nordschleswig ausrotten. So treiben sie die Norweger, auch die Dänen, in die Arme Englands. Ein armer, viel beschäftigter nordischer Gott muß als „Heimdall" einer Berliner Zeitschrift für Sprachenteignung seinen Namen leihen, während er als „Hejmdal" in Apenrade unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten H. P. Hanssen für Verteidigung der dänisch gesinnten Jüten kämpft. Den Niederländern aber können die Alldeutschen hold sein, da es im Deutschen Reiche keine bodenständigen Bürger mit niederländischer Schriftsprache gibt. Auch durch den Vorschlag niederdeutscher Sprache im Seewesen sucht man die Brüder am Niederrhein und an der Schelde zu födern.

In einem tollen Widerstreit befinden sich die großdeutsch-schwärmerische und die preußisch-nationale Seele der Alldeutschen in der deutsch-österreichischen Frage. Sie ersehnen und erstreben in deutschedler Schwärmerei den Anschluß der österreichischen Brüder an das Deutsche Reich. Aber sie fürchten sich gleichzeitig als gute Erzpreußen gar sehr vor diesem Zuwachs, „weil Oesterreich so katholisch ist". Während sie als getreue Diener und Förderer der preußischen Reaktion eifrig neue Ausnahmegesetze zur Sprachentrechtung und Vertreibung der preußischen Polen erfinden und begeistert befürworten, müssen sie es erleben, daß ihre besonderen Schützlinge, die deutschen Bauern in Galizien und Ungarn, sich über den Eindruck der Polenpolitik auf das Ausland beklagen. Während die preußischen Alldeutschen mit Bedauern Deutsch-Oesterreicher von den tschechischen Gesellen in Wien und so weiter erzählen hören, arbeiten sie im eigenen Lande für die Polonisierung Niederschlesiens, Berlins, Bochums — durch ihre Ansiedlungspolitik in den preußischen Ostmarken."

Ein französischer Minister auf der jüdischen Farm in Minsk. Wie die Minsker Zeitung „Minsk Echo" erzählt, hat der gewesene französische Minister für Landwirtschaft, J. Tisserand, Ende vorigen Monats der jüdischen Farm in Minsk einen Besuch abgestattet. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Pariser Komitees der „Ica" hat Herr Tisserand eine Reise nach Rußland unternommen, um die von der „Ica" gegründeten oder unterstützten jüdischen landwirtschaftlichen Anlagen zu inspizieren. Herr Tisserand ist schon ein Greis von 79 Jahren, aber noch sehr rüstig und ein unermüdlicher Arbeiter. Den ganzen Tag, von früh morgens bis spät abends, verbrachte er auf der Farm, besichtigte die Felder, die Gärten und die Orangerien, die Meiereien und die Wirtschaftsgebäude. Auf dem Felde unterzog er die Feldarbeiter, die durchwegs in der Farm ihre praktische Ausbildung genossen, einer Prüfung, informierte sich eingehend über die Ausgaben, Einnahmen und eventuelle Wünsche der beteiligten Parteien usw. und schrieb zum Schlusse in das Fremdenbuch folgendes ein:

„Mit besonderem Interesse besuchte ich die Minsker Musterfarm für Landwirtschaft und Gärtnerei. Ich habe alle Parteien der Anstalt angehört. Alles, was ich hier gesehen, dient dem Komitee und dem Verwalter der Schule zur Ehre. Die Anstalt hat sicher eine große Zukunft und kann sich zu einem Mittelpunkte des Fortschritts in Rußland wenden. Herr Feinberg hat den Ort für die Musterfarm sehr glücklich gewählt und hat alle Aussicht auf Erfolg und sein Ziel zu erreichen."

Die Cholera als Hetzmittel gegen Juden und Intellektuelle. Man schreibt aus Petersburg:

In diesen Tagen, da die Volksphantasie durch die grausigen Erlebnisse ohnehin besonders überhitzt ist, treibt die schwarze Presse mit Rücksicht auf die aktuellen Vorgänge eine sehr gefährliche Agitation. Die „Patrioten" haben es nämlich herausgefunden, daß die Cholera überhaupt von den Juden und Intellektuellen herrühre. Wie dürfe es geschehen, klagt die „Rußkoje Snamja", daß Juden, die „schon dem Wesen ihrer religiösen Lehren nach unmöglich wissenschaftliche Sanitätsärzte sein können", als solche zur Verwendung kommen? Was aber die Intellektuellen im allgemeinen anbetreffe, so habe man ihrerseits im Laufe der Jahre so viele Gemeinheiten und Verbrechen gesehen, daß man auf den Gedanken komme, ob nicht auch in der Cholerafrage das Prinzip „je schlimmer, desto besser" befolgt werde. „Das Volk stirbt. Es sollte etwas geschehen. Und was zu tun sei, das weiß jedes Kind. Weshalb wird es nicht vollbracht?" Und die Leser der „Rußkoje Snamja" verstehen sehr wohl diese Sprache. Durch eine ständige Schule eifriger Hetzpropaganda hindurch, die oft genug die Winke fallen läßt und zu richtigen Pogromaufforderungen übergeht, haben es die „patriotischen" Massen gelernt, sofort zu begreifen, wenn von Tun und Vollbringen die Rede ist. Die Jünger des echtrussischen Verbandes wissen es ohne weiteres, daß darunter die gewaltsame Abschaffung der Verfassung und die Ausrottung der Juden gemeint sei. Denn dieser Leitsatz wird bei jeder noch so unpassenden Gelegenheit den Verbandsmassen eingetrichtert.

Uebrigens zeitigt die Hetze der schwarzen Hundertschaften auch bereits ihre giftigsten Früchte. Schon werden Krankenwärter, Aerzte und Hilfspersonal hier und da vom Pöbel angegriffen, und die dunklen Gerüchte, daß die Juden und Studenten absichtlich das Wasser verseuchen, verbreiten sich immer mehr und erschweren die Bekämpfung der Epidemie.

Kein umgekehrter Pogrom! Die „Nowoje Wremja" hatte berichtet, daß in Nikolskajaslobodka bei Kiew die Juden über die „echt russischen Leute" hergefallen seien, und daß so gewissermaßen ein umgekehrter Pogrom stattgefunden habe. Diese Nachricht, die auch in die nichtrussische Presse überging, ist absolut unwahr. Ueber den Vorgang erhält die „Nationalztg." folgende Depesche aus Petersburg vom 27. September:

„Ein amtlicher Bericht des Kiewer Polizeiministers an das Polizeidepartement stellt fest, daß die starken Unruhen in Slobodka von der Kampftruppe des echt russischen Volksverbandes veranstaltet worden sind. Bei dem Versuche, einen Häftling, der zu den echt russischen Leuten gehörte, gewaltsam zu befreien, kam es zu einem förmlichen Kampfe zwischen bewaffneten Verbändlern und der Ortspolizei, wobei letztere unterlag. Erst aus Kiew herbeigeeilte berittene Polizei schuf Ordnung und verhaftete eine Anzahl Verbändler. Um die ihrigen zu befreien und vor Strafe zu schützen, wurde darauf die Sachlage vollkommen auf den Kopf gestellt, und der Tschernigower Vizegouverneur fand sich bereit, die Sache der Verbändler zu der seinigen zu machen, und die Slobodkaer Polizeibeamten wurden daher gemaßregelt. Der nunmehrige offizielle Bericht betont ausdrücklich, daß der echt russische Verband die öffentliche Ruhe gefährdet, und daß die Straflosigkeit der Beteiligten die Tätigkeit der Behörden lähmt."

Ein jüdischer Soldat als Lebensretter. Anläßlich des großen Brandes, der vor kurzem in den Werkstätten der Moskau-Brester-Eisenbahn gewütet hat, hat ein jüdischer Soldat aus dem Kolomensker Regiment mit Hintansetzung seines eigenen Lebens mehrere Personen aus den Flammen gerettet. Bei dieser heldenmütigen Rettungsaktion erhielt der jüdische Soldat mehrere schwere Kopfwunden durch einen niederstürzenden Balken. Der Regimentskommandant belobte den jüdischen Soldaten vor dem ganzen Regimente und schlug ihn für eine kaiserliche Auszeichnung vor. Ob dieser jüdische Soldat trotz seines Heldenmutes und mit samt seinem wertvollen Orden nicht nach Schluß seines Militärdienstes aus seiner Geburtsstadt „mangels eines nachweisbaren Wohnrechtes" wird verjagt werden, kann bei den russischen Verhältnissen nicht als sicher angenommen werden.

Zu dem Antisemitismus in Finnland schreibt der Korrespondent der „Köln. Ztg." in Helsingfors:

„Ein Vorspiel zu der Beratung der Judenfrage im gegenwärtigen Landtag liefert der finnische Handelsstand, der nach einem soeben gefaßten (in Nr. 39 der „Mitt." kritisierten) Beschluß an den Senat das Gesuch richten wird, eine gründliche Prüfung der Frage ins Werk zu setzen. Die in Finnland lebenden Juden sind bekanntlich so gut wie recht- und heimatlos, indem sie zum Verweilen im Lande eine Aufenthaltskarte lösen müssen, die immer nur auf sechs Monate gilt und deren Verlängerung von dem guten Willen der finnischen Regierungsbehörden abhängt. Sie haben weder politische noch kommunale Rechte. Es dürfen nicht einmal die jüdischen Kinder die staatlichen Schulen besuchen. Die Ständelandtage verhielten sich gegen alle Anträge ablehnend, die eine Verbesserung der Lage der Juden bezweckten, doch liegt nun dem jetzigen Landtag ein Gesetzentwurf vor, der eine völlige Gleichberechtigung der Juden mit der übrigen Bevölkerung anstrebt. Dagegen richtet sich das erwähnte Gesuch des Handelsstandes, der geltend macht, daß die Verleihung aller Rechte an Juden die wirtschaftliche Lage Finnlands ungünstig beeinflussen würde. Wie die Handels-, Industrie- und Handwerkerkreise Finnlands in der Judenfrage denken, zeigte sich bereits in einer im Frühjahr veranstalteten und aus dem ganzen Großfürstentum beschickten Versammlung, die sich einstimmig dahin aussprach, das finnische Volk sei noch nicht stark genug, um den Wettbewerb mit den Juden zu ertragen. Berücksichtigt man, daß die Anzahl der in Finnland lebenden Juden nur etwa tausend beträgt, so legt die finnische Geschäftswelt gerade kein sonderliches Vertrauen auf ihre Tüchtigkeit an den Tag. Selbst die liberale Art, mit der die finnischen Regierungsbehörden in den letzten Jahren die altertümlichen Bestimmungen zur Anwendung brachten, haben den Zorn der Erwerbskreise erregt, und erst ganz kürzlich kam der Fall vor, daß sich ein Schneider bei dem Gouverneur über die einigen Juden bewilligte Verlängerung des Aufenthalts am Orte beschwerte. In einem Lande, das mit allen Kräften für Erhaltung seiner Rechte kämpft, macht diese Sucht zur Unterdrückung der Juden einen eigentümlichen Eindruck."

Ueber einen antisemitischen Prozeß wird der „Frankf. Ztg." aus Bukarest, 20. September, geschrieben:

„Vor einigen Monaten ist vom Jassyer Schwurgericht ein Prozeß vertagt worden, der großes Aufsehen gemacht und den dortigen Antisemiten oder Nationalliberalen, wie sie sich hierzulande nennen, Anlaß gegeben hat, ihren auch anständigen rumänischen Politikern unleidlich gewordenen Terrorismus zu entfalten. Der Tatbestand des Prozesses ist folgender: Die Stadt Jassy besitzt ein chemisches Institut. Dessen Direktor ist ein Herr Schumuleanu, der gleichzeitig Mitglied des Exekutivkomitees der antisemitischen Partei ist, die, von den Herren Professoren Jorgo und Cuza geleitet, an Gemeinheit des Tones und brutaler Verhetzung das äußerste leistet. Dieser Herr Schumuleanu erhielt nun vom Ministerium des Innern den Auftrag, auf das Genaueste die in Jassy zum Verkauf angebotenen Nahrungsmittel und Getränke zu analysieren, und er soll angeblich zu diesem Zweck mit außerordentlichen, den Gesetzen widersprechenden Vollmachten ausgestattet worden sein. Auf Grund dieser weitgehenden Befugnisse begann Herr Schumuleanu seine Tätigkeit und zwar nur bei den jüdischen Schankwirten, die er denn auch alle für schuldig erklärte, um entgegen den klaren Vorschriften des Gesetzes summarisch gegen dieselben vorzugehen, indem er einfach die in ihren Kellern eingelagerten Weine auf die Straßen auslaufen ließ. Dabei hat Herr Schumuleanu die gestzlichen Vorschriften nicht beachtet, indem er von den entnommenen Weinproben den Betroffenen keinen unter Siegel gelegten Teil zurückließ und, ohne ein gerichtliches Urteil abzuwarten, eigenmächtig zur Exekution schritt. Ja, wie die Schankwirte behaupten, soll er sogar den Wein aus ganz anderen Fässern als jenen, aus denen er die Proben entnommen hatte, ausgeschüttet haben. Die solcherart moralisch und materiell geschädigten Wirte erhoben Klage beim Minister des Innern, indem sie diesem ein gedrucktes Memoire überreichten. Herr Schumuleanu klagte nun auf dieses Memoire hin gegen die Schankwirte wegen Verleumdung durch die Presse und zerrte 88 jüdische Kaufleute vor die Geschworenen, indem er als Zivilpartei eine Entschädigung von nicht weniger als 150 000 Le forderte. Zum Termin erschienen als Verteidiger des Herrn Schumuleanu die Professoren Jorga und Cuza und der ganze Stab der antisemitischen Partei bis auf den Armenier Agdar Buiklin. Im Saale hatte der ganze antisemitische Anhang Platz genommen und außerhalb des Saales übten auch Anhänger des antisemitischen Chemikers ihren Terrorismus aus. Es galt in dieser Weise einen Druck auf die Geschworenen, die auch sonst vielleicht dem Einflusse des Antisemitismus unterlagen, auszuüben. Damals wurde der Prozeß vertagt, weil einige der Schankwirte nicht erschienen waren. Nunmehr liegen beim hiesigen Kassationshof zwei Gesuche vor um Verweisung des Prozesses an ein anderes Schwurgericht, das eine von den Schankwirten, das andere von Herrn Schumuleanu selbst. Seine Verteidiger, die Herren Cuza und Jorgo, haben mittlerweile gegen sämtliche Jassyer Richter den Vorwurf der Bestechlichkeit erhoben, weil sie in einigen Prozessen gegen Juden nicht nach antisemitischem Wunsche geurteilt haben, — und daraus leitet Herr Schumuleanu den Vorwurf der Befangenheit gegen die Jassyer Richter ab. Es ist zu wünschen, daß der Kassationshof den Prozeß einem anderen Gerichtshofe zuweist."

Briefkasten.

Auf mehrere Anfragen. Der Feuilleton-Artikel „Varnhagen von Ense und Rahel Levin" war in Nr. 37 beendet; der Vermerk „Schluß folgt" beruhte auf einem Versehen.

S. G. in Frankfurt a. M. Besten Dank für den gesandten Beitrag; der geschilderte Vorfall ist aber schon vor längerer Zeit in einem unserer Wiener Briefe verwertet worden

R. in Hamburg. Das ist ein Irrtum des Blattes. Der kürzlich verstorbene Bildhauer Max Klein war jüdischer Abstammung, aber getauft. Er ist auch auf einem hiesigen evangelischen Kirchhof beigesetzt worden.

B. Wenn das Würzburger Antisemitenblatt bei Erörterung der Vorgänge im sozialdemokratischen Lager die jüdischen Berliner Radikalen den süddeutschen arischen Genossen gegenüberstellt, so ist das töricht. Wir brauchen bloß daran zu erinnern, daß zu den Hauptvertretern des Revisionismus der frühere Abg. Eduard Bernstein und der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte", Bloch, gehören. Uebrigens sind die Berliner Radikalen Bebel, Ledebour, Ströbel, Zubeil usw. doch keine Juden. Wenn das Blatt es ferner als bemerkenswert bezeichnet, daß „die mit Israël getauften Genossen in Bayern offen oder geheim zur Berliner Parteityrannis halten", so sei nur darauf hingewiesen, daß der von den Radikalen am meisten angefeindete Chefredakteur der „Fränk. Tagespost" in Nürnberg, Eisner, Jude ist.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir, das Abonnement auf die „Mitteilungen" rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen" stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenlos zur Verfügung.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 41. Berlin, den 7. Oktober 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.

Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.

Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 17. Oktober 1908, abends 7½ Uhr

findet in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstraße 92/93, die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Vaterlandsliebe und Bodenständigkeit bei unseren jüdischen Mitbürgern.
   Referent: Landtagsabgeordneter Prof. Dr. S. Günther, München.
3. Die Zurücksetzung der Juden im Heere.
   Referent: Oberst a. D. Gädke, Steglitz.
4. Wahl des Vorstandes.

Berlin und Frankfurt a. M., im Oktober 1908.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. Wilhelm Foerster. Stadtrat H. Flinsch.

Ein Epilog zur Düsseldorfer Tagung der Mittelstands-Vereinigung.

Schon heute gibt man sich auch im Lager der engagierten Anhänger des Herrn Rahardt keinerlei Illusionen darüber hin, daß die Gegensätze in der Mittelstands-Vereinigung durch die Kompromißresolution, welche die Einbeziehung der Beamten und Angestellten in die Mittelstands-Vereinigung auf eine spätere Zeit verschiebt, nur mühsam verkleistert, aber keineswegs abgeschwächt, geschweige denn beseitigt sind. Die „*Deutsche Volkspost*", die — nebenbei bemerkt — jetzt mit ihrem, nur nach schweren Kämpfen behaupteten offiziellen Charakter als Organ der Mittelstands-Vereinigung renommiert, gesteht im Gegenteil in einer Polemik gegen die „Westdeutsche Mittelstands-Ztg." unumwunden zu, daß die „politischen Gegensätze innerhalb der Mittelstands-Vereinigung in Düsseldorf durch das bekannte Kompromiß *nur schwer überbrückt werden* konnten".

Auch im Lager der den Zünftlern nahestehenden Parteien steht man dem Düsseldorfer Kompromiß mit sehr geteilten Gefühlen gegenüber. Einzig und allein die „*Kreuz-Ztg.*" ist mit der Beschränkung auf die Zusammenfassung des Mittelstandes in Handel und Gewerbe einverstanden, muß sich aber deswegen schon von der vergleichsweise noch gemäßigten „*Staatsbürger-Ztg.*" den Rüffel einstecken:

„*Darum verstehen wir auch nicht*, wie ein Blatt wie die „Kreuzzeitung" auf dem Standpunkt stehen kann, daß bei Zuziehung der Beamten und Handlungsgehilfen die innere Geschlossenheit der Mittelstands-Vereinigung gefährdet würde! Sind selbst bis in *diese konservativen* Kreise die freisinnigen *Schlagworte* unter dem Regiment des Blocks gedrungen?"

Weit gepfefferter aber noch ist die Kritik, die die spezifisch zünftlerische politische Presse an der Düsseldorfer Tagung übt. Das Hauptorgan der deutschsozialen Antisemiten tobt:

„Leider siegte hier die falsche, engherzige Auffassung: man will nicht den ganzen Mittelstand, sondern nur Teile desselben zusammenfassen. Auf die rührigsten Elemente verzichtet man großmütig, in dem irrigen Glauben, mit den selbständigen Gewerbetreibenden allein die Ziele zu erreichen. Wer diese „*führen*" Köpfe kennt, wird über den Optimismus des gefaßten Beschlusses lächeln. Dieser selbst ist eine *glatte Bankerotterklärung*, womit die Mittelstands-Vereinigung sich auf das Altenteil gesetzt hat."

Besonders ergrimmt aber ist das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg darüber, daß der Syndikus der Düsseldorfer Mittelstands-Vereinigung, Assessor Stocky, in der Generalversammlung die politische Neutralität der Vereinigung durchgesetzt — wie es in der Praxis damit aussehen wird, steht freilich auf einem anderen Blatt — und insbesondere den Antisemitismus bekämpft hat. Es mehren sich übrigens die Anzeichen dafür, daß man auch anderwärts im Lager der Mittelständler von dem Antisemitismus nichts mehr wissen will. So veröffentlichte kürzlich die „*Mittelstands-Ztg.*" in *Frankfurt* a. M. anläßlich der dortigen Stadtverordnetenwahlen eine Erklärung der Mittelstands-Vereinigung, in der es zum Schluß hieß:

„Wir in der Mittelstands-Vereinigung sind eine wirtschaftliche Vereinigung unter Ausschluß aller religiösen und politischen Tendenzen, und daß wir das *ernst* meinen, haben die Herren *Laaß* (der Hauptführer der Frankfurter Antisemiten und Besitzer des antisemitischen Hotels „Kölner Hof". D. Red.) und andere bei uns *deutlich erfahren*.

Die Magdeburger „*Sachsenschau*" spricht den Mittelständlern nach diesem Beschlusse überhaupt jede Befähigung ab und wird direkt *grob*:

„Wie hat man sich nun in Düsseldorf geholfen und die stets im Mittelstande klaffenden Risse wieder einmal verkleistert?

Man hat kurzerhand beschlossen, sich in erster Linie um Kleinkaufleute und Handwerker zu kümmern, aber ruhig die übrigen Berufsgruppen in der Mittelstands-Vereinigung zu belassen. Man *traut* also den Handlungsgehilfen, Technikern, Privatbeamten usw. *die Dummheit* zu, weiter zu zahlen und für das selbständige Kleingewerbe zu arbeiten. So *dumm* sind diese Berufsgruppen *nicht*. Aus diesem Beschlusse geht wieder aufs deutlichste hervor, daß nicht einmal die jetzt sich zu Führern aufwerfenden Leute in der Mittelstands-Vereinigung die *geringste politische Befähigung* besitzen."

Bemerkenswert ist auch das überaus *abfällige* Urteil, das das offizielle Organ der sächsischen *Konservativen*, das „*Vaterland*", über die Mittelstands-Vereinigung fällt:

„Es wäre im Interesse unseres deutschen Mittelstandes lebhaft zu bedauern, wenn die Uneinigkeit, die leider seit einiger Zeit im Lager der Mittelstandsfreunde bemerkbar ist, zunähme und die unter so günstigen Zeichen begonnene Bewegung wieder verflachte. Leider *fehlen* ihr, wie wir einmal hervorheben zu müssen glauben, *hervorragende, weitschauende Politiker*, die durch die Macht ihrer Persönlichkeit die widerstrebenden Richtungen mit sich fortreißen und zunächst einmal einheitliche Bahnen schaffen. Es ist schon schwierig genug, die verschiedenartigsten Interessen der einzelnen Berufsarten miteinander in Einklang zu bringen, als daß man noch durch *persönliche Wünsche* die Arbeit erschweren sollte."

Also Herr *Rahardt* gehört nicht zu den „hervorragenden, weitschauenden Politikern", die das „Vaterland" so schmerzlich vermißt; warum haben ihn dann die Parteigenossen des konservativen Blattes aber — so darf man wohl fragen — in den preußischen Landtag gewählt?

Die in Dresden erscheinende „*Deutsche Reform*", das Hauptorgan der Reformpartei, kann sich offensichtlich mit den Düsseldorfer Beschlüssen ebenfalls wenig befreunden; sie benutzt die Gelegenheit, um auch gleich der sächsischen Gruppe der Mittelstands-Vereinigung etwas am Zeuge zu flicken. In Düsseldorf war für die deutsche Mittelstands-Vereinigung die Ausscheidung der *Wahlrechtsfrage* empfohlen worden; hierzu bemerkt das sächsische Antisemitenorgan:

„Die *sächsische* Mittelstandsvereinigung tut bekanntlich das *Gegenteil*, sie beschäftigt sich, unter Zurückstellung der wichtigsten Lebensfragen des Mittelstandes, vorwiegend mit der Wahlrechtsfrage, und ihre jetzigen Wortführer sind freiwillige Regierungskommissare."

Man sieht, die reaktionären Parteien haben allenthalben ihre Plage mit ihrem ungeratenen Schoßkind, das auf die Ermahnungen der Eltern nicht mehr hören will, und die Selbständigmachung des eigensinnigen Sprößlings stößt ebenfalls allerorten an Ecken und Kanten.

Antisemitischer Ramsch-Ausverkauf.

Früher Ladenpreis 20 Mark, jetzt nur noch 2 Mark!

Wehe dem Geschäftsmann, der einen solchen Satz in seinen Reklamen veröffentlichte. Und dreimal wehe dem *jüdischen* Geschäftsmann, der so etwas riskierte. Unsere „ollen ehrlichen" Antisemiten würden sich zu entrüsteten Verwünschungen aufschwingen, deren nur eine teutsche Heldenseele fähig ist. Und Herrn Liebermann von Sonnenbergs edles Blättchen würde — da es nur zweimal wöchentlich erscheint und jetzt gerade die Nr. 79 von 1908 herausbringt — zum 79. Male in diesem Jahre den Kohl vom „jüdischen Schwindel" wiederkäuen. Aber ein solcher Satz befindet sich in keiner Anzeige eines Geschäftshauses, und auch kein jüdisches Geschäftshaus erläßt ein derartiges Angebot. Wohl aber finden wir ein solches in den — Teut, verhülle Dein Haupt! — „*Deutschsozialen Blättern*". Die Geschäftsstelle dieses Antisemitenblättchens veranstaltet einen „*Räumungsausverkauf wegen Umzuges*", also etwas, das schon von unseren Antisemiten verdächtigt wird — wenn es sich in israelitischen Geschäften als notwendig erweist. Und bei dieser Gelegenheit offeriert die deutschsoziale Geschäftsstelle eine Zusammenstellung von Büchern und Schriften, die nach den Angaben des Inserates einen Ladenpreis von rund 20 Mark haben, für 2 Mark bei portofreier Zusendung. Entweder traut die Geschäftsstelle den antisemitischen Geistesprodukten oder aber der Solvenz ihrer Gesinnungsgenossen nicht allzuviel zu — vielleicht auch beiden nicht —, denn im Fettdruck heißt es weiter in dem Inserat: „Der Versand geschieht nur gegen *vorherige* Einsendung des Betrages."

Am interessantesten jedoch ist an dem Inserat unstreitig, daß in ihm die geistige Verfassung des Antisemitismus recht deutlich zutage tritt, und nur aus diesem Grunde drucken wir nachstehend das Verzeichnis der offerierten Schriften z. T. ab:

Th. Fritsch, Kurze Geschichte des jüdischen Volkes.
— Urteile berühmter Männer über das Judentum.
— Die Juden in Rußland, Polen, Ungarn usw.
— Talmud und Schulchan Aruch, die Sittenlehre des Judentums.
— Fragen und Antworten über das Judenthema.
— Jüdische Selbstbekenntnisse.
— Statistik des Judentums.
Die Juden unter Friedrich d. Großen.
Was lehrt der Talmud?
50 antisemitische Kernsprüche.
Stoßseufzer einer christlichen Seele in St. Blasien.
Die zehn Gebote für Antisemiten.
Die Mischpoche von A bis Z.
Otto Glagau. Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland. — Der Verfasser ist vorzüglich unterrichtet und schildert in eingehender, äußerst interessanter Weise den gewaltigen Raubzug, der in den 70er Jahren auf die Taschen des arbeitenden Volkes von den Börsenschwindlern mit vielem Erfolge unternommen wurde.
Die Frankfurter Juden und die Aufsaugung des Volkswohlstandes.
Die Rothschildgruppe und der Konversionsschwindel von 1881.
Juden und Junker, eine Beleuchtung des Spieler- und Wucherer-Prozesses in Hannover.
Die jüdische Moral und das Blutmysterium.
Die Aufhebung der Judenemanzipation.
Die Juden und das Christenblut.
Liebermann v. Sonnenberg, Verträgt sich die Talmudmoral mit dem deutschen Staatsbürgerrecht?
— Gegen die Börse, Reichstagsrede vom 7. 12. 93.
Marr, Goldene Ratten und rote Mäuse.
Naudh, Israel im Heere.
Prof. Dr. Rohling, Talmud-Jude.
Rudow, Die Bombe.
Dr. Stille, Der Kampf gegen das Judentum, ein vorzügl. Handbuch.

Greller als alles andere beleuchtet dieses Verzeichnis die wirkliche Stellung der deutschsozialen Antisemiten zur „Judenfrage". Man muß es erlebt haben, wie die „vornehmen Antisemiten" (diese contradictio in adjecto hat Herr Lattmann geprägt) in städtischen Versammlungen ihre Stellung zu den Juden darzustellen belieben. Nur gegen den „jüdischen Geist" wendeten sich die Deutschsozialen, behauptet Herr Lattmann regelmäßig, der auch sonst erklärt, das Wort Antisemit sei für ihn Schimpfwort. Nun, Herr Lattmann: Wiederholt ist obiges Inserat in Ihrem Parteiorgan erschienen. Schriften werden darin von der Geschäftsstelle Ihrer Partei angepriesen, die als Produkte wüster antisemitischer Hetze bezeichnet werden müssen; Schriften, die sogar den hirnverbrannten Unsinn vom Ritualmord enthalten. Es ist Ihnen, Herr Lattmann, aber nicht eingefallen, das Inserat und damit die Verbreitung derartiger Hetzschriften zu inhibieren. Das wollten wir nur feststellen — für den Fall, daß Sie wieder einmal den „vornehmen Antisemiten" spielen. Und für den anderen Fall, daß Sie wieder einmal — sich um Stimmen jüdischer Wähler bemühen!

Akademische Rundschau.

In Jena fand am 28. und 29. September der zweite Deutsche Hochschullehrertag statt. Freiheitlich gesinnte Hochschullehrer hatten sich vor allem aus Süddeutschland und Oesterreich eingefunden. Nachdrücklichst vertrat man die Freiheit in Forschung und Lehre. Daß an solchen Beratungen die fügsamen Berliner Professoren und ihre Kollegen aus Halle, Greifswald, Breslau usw. nicht teilnehmen konnten, liegt auf der Hand. Die Herren fürchteten, daß die Teilnahme an diesem Hochschullehrertage ihnen „oben" übel gedeutet werden könne. Drum blieben sie zu Hause. Der Hauptredner, Professor v. Almira-München, gedachte auch der erzieherischen Bestrebungen der Freien Studentenschaften. In der Aussprache wies Professor Alfred Weber-Heidelberg darauf hin, wie heutzutage versucht werde, bei der Zulassung zum Lehrberuf gesellschaftliche und politische Momente in den Vordergrund zu schieben. Die Frage des akademischen Nachwuchses rief eine eingehende Erörterung hervor. Professor Alfred Weber-Heidelberg erklärte dabei mit voller Schärfe:

„Eine Menge von Lehrkräften wird aus bestimmten sozialen und, wie ich mit aller Schärfe unterstreichen muß, aus gewissen Rassenvorurteilen nicht in die Stellen befördert, die ihnen eigentlich gebühren würden. (Lebhafte Zustimmung der Versammlung.) Bei einer umfangreichen Neubesetzung der Lehrfächer in einer Fakultät ist kein einziger Jude berücksichtigt worden, obgleich diese die geeignetsten Bewerber waren. Sollen diese Akademiker der Guillotine verfallen und hinausgeworfen werden?"

Die Klagen über die Zurücksetzung der Juden bei der Besetzung von Lehrstühlen sind allgemein. Auf diesem Gebiete wird es aber nicht eher anders werden, als bis mit dem ganzen System gebrochen wird. Der Hochschullehrertag wird sich ein Verdienst erwerben, wenn er immer wieder auf die bestehenden Mißstände hinweist.

* * *

Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund" (A. D. B.) nimmt nun auch in der letzten Nummer seiner Monatsschrift zu der Frage einer Verständigung mit dem österreichischen Waidhofner Verbande Stellung. Dieser Verband österreichischer Studentenvereine steht zurzeit mit dem antisemitischen Kyffhäuserverbande der Vereine Deutscher Studenten im Reiche in näherer Beziehung. Nun machte kürzlich ein alter Herr des Waidhofner Verbandes den Vorschlag, diese Beziehungen zu lösen und dafür mit dem liberalen Deutschen Burschenbunde in engere Fühlung zu treten. Die führenden antisemitischen Geister im Waidhofner Verbande wiegelten aber ab.

Auch der Allgemeine Burschenbund hebt nun die Momente hervor, die ihn von dem Waidhofner Verbande trennen. Auch ihm erscheint eine Verständigung mit den Waidhofnern zurzeit ausgeschlossen. Denn der Waidhofner Verband will nicht, wie der A. D. B., seine Mitglieder zu Kämpfern für die Kultur erziehen, nein, er stellt sie, wie der antisemitische Kyffhäuserbund, in aller ihrer Unreife mitten in das Getriebe des politischen Kampfes hinein. „Diese Auffassung des Waidhofner Verbandes," so heißt es in der A. D. B.-Zeitschrift, „widerspricht aber auch so sehr dem naturgemäßen Zweck des akademischen Lebens, daß ein nennenswerter Erfolg seines Wirkens ebensowenig eintreten wird, wie es beim reichsdeutschen Kyffhäuserverband der Fall ist und sein wird." — In dem Artikel wird weiter darauf hingewiesen, daß der Waidhofner Verband sich ebenso in den Dienst der antisemitischen Bewegung gestellt hat, wie der deutsche V. D. St. der 80er Jahre.

„Aber," fährt der Referent fort, „es ist zu hoffen, daß auch für unseren befreundeten Nachbarstaat einmal wieder ruhigere Zeiten kommen, daß ein Ausgleich der Rassen- und Konfessionsgegensätze gefunden wird. Dann aber wird genau wie jetzt bei uns der V. D. St., der Waidhofner Verband in Oesterreich mehr und mehr jede Bedeutung verlieren. Wohl gelingt es dem V. D. St. noch jetzt, in wenigen größeren Hochschulstädten gelegentlich eine geräuschvolle Versammlung durch seine Beziehungen zu politischen Kreisen zustande zu bringen. Aber irgendwelche kulturellen Werte hat er nicht geschaffen und konnte er auch nicht schaffen. Denselben Weg wird der Waidhofner Verband gehen, wenn er seine bisherigen Tendenzen beibehält."

Bezüglich der Judenfrage wird in dem Artikel die antisemitische Behauptung als lächerlich zurückgewiesen, daß die deutsche Kultur durch die Juden bedroht sei. Dabei müsse noch in Erwägung gezogen werden, daß die Mehrzahl der reichsdeutschen Juden doch zur deutschen Kultur gehören. Es liege auch durchaus nicht im Interesse des Deutschtums, die großen geistigen Kräfte, die unleugbar das Judentum hat, zurückzustoßen. Nein, wer sich der deutschen Kultur anschließen wolle, der dürfe nicht zurückgestoßen werden, weil er vielleicht zufällig einer anderen Rasse angehöre. Das in dem Artikel

über den Verein Deutscher Studenten gefällte abfällige Urteil wird in weiten Kreisen der Studentenschaft durchaus geteilt.

* * *

Ein neuer Studenten-Verband mit antisemitischen Tendenzen ist, wie jetzt bekannt wird, in den Hundstagen in Frankfurt a. M. gegründet worden. Es hatten sich dort die Vertreter von verschiedenen nichtfarbentragenden studentischen Korporationen Deutschlands zusammengefunden, um über die Gründung eines Verbandes zu beraten. Die Gründung wurde beschlossen, und zwar unter dem Namen „Schwarzer Verband" (S. V.). Mitglieder der Verbandsvereine können nur Studenten „arischer Abstammung" werden. Bisher haben sich dem Verbande sieben Korporationen angeschlossen, und zwar Askania-Berlin, Fridericiana-Berlin, Fridericiana-Leipzig, Thuringia-Halle, Chattia-Gießen, Normannia-Bonn und Apollo-München.

* * *

In Münster ist der an der dortigen Universität bestehende liberale „Freibund" aufgelöst worden, weil er eine öffentliche Versammlung einberufen hatte, in der Pastor Dr. Pfannkuche über „Student und soziale Frage" sprach.

* * *

In den „Akademischen Blättern" des Kyffhäuserbundes der antisemitischen Vereine Deutscher Studenten polemisiert ein junger Rechtsbeflissener gegen die liberale „Freie Studentenschaft". Er kann es ihr durchaus nicht verzeihen, daß sie allerorten ein Gegengewicht gegen die verhetzende Tätigkeit des V. D. St. bildet. Bitter beklagt er sich darüber, daß einer der Führer der „Freien Studentenschaft", der Tübinger Privatdozent Dr. Ohr, in einer Propagandaschrift noch einmal die Tatsache festgenagelt hat, daß das vom V. D. St. so sehr mißhandelte Wörtchen „national" durch diese Pferdekuren schon ziemlich die Bedeutung von „antisemitisch" angenommen hat. Diese Stellungnahme gegen den V. D. St. macht der Studiosus der Freien Studentenschaft zum Vorwurf, weil sie dadurch das Prinzip der Neutralität verletze. Warum legen die Herren jetzt auf einmal so viel Gewicht auf Neutralität? Sie nehmen doch selbst bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit scharf Stellung. Die Berliner Herren vom V. D. St. schicken Chargierte, wenn die antisemitischen Handlungsgehilfen Feste feiern oder die „nationalen" Arbeiter „Massenversammlungen" in Szene setzen.

Dann wird in dem Artikel darüber gescholten, daß die Freien Studenten nach „Akademischer Freiheit" verlangen. Das sei ein Schlagwort! Und wer hat denn den lächerlichen Kampf gegen die katholischen Verbindungen immer gerade als „Kampf für die akademische Freiheit" hingestellt? Wieder dieselben Herren vom V. D. St. Damals war's der Ausdruck heiliger Begeisterung. Heute ist's auf einmal ein Schlagwort; wie's den Herren gerade in den Kram paßt.

Der Artikelschreiber orakelt dann über die Zusammensetzung der freien Studentenschaften. Zunächst meint er, schließen sich ihnen solche Studenten an, die vom Verbindungswesen überhaupt nichts wissen wollen, weil sie jeden Zwang verabscheuen. Das mag richtig sein. Recht unsinnig ist aber die Behauptung, daß die Mehrzahl der Freien Studenten solche sind, die in einer Verbindung nicht Aufnahme gefunden haben. Jeder, der die heutigen studentischen Verhältnisse kennt, weiß, wie weitherzig alle Verbindungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder sind. Die meisten Korporationen ringen ja um ihre Existenz und nehmen Mitglieder, wo sie sie nur kriegen können; die paar Leutchen, die aus irgendwelchen Gründen nirgends Aufnahme finden, kommen gar nicht in Betracht. Sie werden sich auch schön hüten, dann zur Freien Studentenschaft zu gehen, wenn sie gern Verbindungsstudent werden wollten. Nein, sie schlagen dann den einfachsten Weg ein und gründen eine eigene Verbindung. Die Sache ist höchst einfach. In Berlin brauchen nur zehn Studenten sich zusammentun, einen schönen Namen ausklügeln, beim Rektor sich melden, und die Sache ist gemacht. Vielleicht schließen sie dann mit dem V. D. St. ein Bündnis ab, er wird herzlich gern dazu bereit sein. Denn der V. D. St. ist in der Wahl seiner Freunde sehr weitherzig, zu Beginn jedes Semesters überschwemmt er z. B. alle jungen Studenten, deren Name nur einigermaßen „arisch" klingt, mit Einladungen aller Art. Wer sich nur meldet, kann sicher sein, in den Verein aufgenommen zu werden. Diese Leichtherzigkeit bei der Aufnahme neuer Mitglieder hat dann freilich auch zur Folge, daß die Zahl der Austritte auffallend groß ist.

Der Artikel schließt mit dem abgedroschenen Kampfruf gegen „die drei internationalen Mächte, die unser Volkstum zu zersetzen drohen: Judentum, Sozialdemokratie, Ultramontanismus". — Das sind die Früchte der Agitationsschule des Berliner Vereins Deutscher Studenten. — Und dieser Jurist will einmal ein objektiv urteilender Richter werden!

* * *

Der Berliner Verein Deutscher Studenten hatte sich in letzter Zeit hin und wieder mit dem Alldeutschen Verbande herumgezankt. Jetzt herrscht unter den nur kurze Zeit feindlichen Brüdern wieder die schönste Eintracht. Die diesjährige Tagung des Alldeutschen Verbandes in Berlin Anfang September hat Gelegenheit gegeben, die fast zerrissenen Freundschaftsbande wieder festzuknüpfen. Am Begrüßungsabend rückten die festesfrohen V. D. St.er schon mit drei Chargierten im vollen Wichs an, und ihr Sprecher feierte den alten Freundschaftsbund. Man schlägt sich und verträgt sich auch wieder.

* * *

Der „Kyffhäuserverband" scheint jetzt zur Unterstützung der antisemitischen Bestrebungen auf der Insel Borkum in jeder Saison dort eine feste Niederlassung einzurichten. Im letzten Sommer bestand bereits dort ein Stammtisch der Alten Herren des Kyffhäuserverbandes. Ein großes Schild mit der Inschrift: V. D. St. gab den „Interessenten" davon Kunde. An anderen Stellen hatte man ähnliche Plakate angebracht.

* * *

Der antisemitische akademische Bund „Ethos" besteht immer noch, obwohl man in der Oeffentlichkeit wenig über ihn hört. In dem Bericht über das verflossene Semester muß der Vorsitzende selbst zugeben, daß der Zusammenhang mit den Mitgliedern außerordentlich gelockert ist. Selbst die Angehörigen des Bundes sind über die heillose Wirtschaft befremdet. Die Zahl der Mitglieder, die nie — für ganz Deutschland — über 200 hinausging, ist weiter gesunken.

* * *

In Bonn wurde bisher alljährlich ein Bismarckfackelzug veranstaltet, an dem nur die in der „Vertreter-Versammlung" geeinigten Korporationen teilnahmen. Dieser Vertreter-Versammlung gehörten die katholischen Korporationen und die jüdische Verbindung im K. C. „Rheno-Silesia" nicht an. Auf Veranlassung des Rektors nahmen in diesem Jahre auch die katholischen Verbindungen und die „Rheno-Silesia" am Fackelzuge teil. Da ließen plötzlich kurz vor dem Abmarsche die Korps erklären, daß sie am Fackelzuge nicht teilnehmen würden. In der Presse gaben sie dann an, daß sie wegen der Teilnahme der jüdischen Verbindung sich abgesondert hatten. Später drehten sie die Sache so, daß sie erklärten, daß ihre Absage nur aus formellen Gründen erfolgt sei, da über die Teilnahme der „Rheno-Silesia" nicht ordnungsgemäß abgestimmt worden sei. — Auf diese Ausflucht ist natürlich kein Wert zu legen.

Aus dem Wahlkreise Norden-Emden-Leer.

Ueber die Verlogenheit und Schäbigkeit der antisemitischen Agitotionsweise bei der Reichstagsersatzwohl im März d. J. haben wir schon früher an dieser Stelle berichtet. Selbst Blätter, wie die „Emder Zeitung" und das „Rheiderland", die für die rechtsstehenden Porteien eingetreten sind, haben die Agitation abfällig beurteilt. Trotzdem hotte man auf antisemitischer Seite die Unverfrorenheit, in einem „Eingesandt" des in Weener, dem Wohnort des antisemitischen Kandidoten, erscheinenden „Rheiderlond" die in jeder Weise noble Agitation der Liberalen zu verunglimpfen. Chorakteristisch für die antisemitische Kampfesweise ist die Art, wie man dabei vorging. Man brachte nicht etwa Tatsochen — abgesehen von der einen Tatsache, daß Parteisekretär Wulffes eine Tracht Prügel bekam — mit Ort und Namen vor, so daß sie von jedermann nachkontrolliert werden konnten, sondern man erzählte Schauergeschichten ohne Namen der Personen und Orte. Selbst was 15jährige Viehhändlersöhne gesagt hoben sollen — „sollen" — wurde der liberalen Partei zur Last gelegt. In der von liberaler Seite am 25. April im „Rheiderland" erschienenen Antwort wurde gesagt, daß ein besserer Beweis für die höchst vornehme Agitation der Liberalen nicht gebracht werden könne, als wenn von antisemitischer Seite derartige nicht kontrollierbare Lappalien vorgebracht würden. (Selbst der Umstand, daß Wulffes sich Prügel zugezogen hat, konnte der liberalen Parteileitung nicht angehängt bleiben, weil gerade diese sich bei der Polizei Mühe gegeben hatte, W. vor der aufgeregten Menge zu schützen, nachdem von seiten der Antisemiten durch Rufe „Pfui, Fegterwähler", Absingen des Borkumliedes usw. hinreichend Provokationen voraufgegangen waren.)

In dem Eingesandt hieß es weiter: „Wahlnachklänge, Besprechungen der Agitationsweise sind sehr angebracht und können erzieherisch wirken, wenn sie nach der Art und Weise gemacht werden, wie es z. B. unser Wahlhelfer Redakteur Nuschke in der „Hess. Londeszeitung" vom 17. 4. gemacht hat. Er bespricht das Verhalten der Deutschsoziolen in unserem Wahlkampfe und zwar, wie er in der Einleitung hervorhebt, „ausschließlich an der Hand antisemitischer Publikationen und verbürgter Totsachen". Was er an verbürgten Tatsachen vorbringt, mag hier wiedergegeben werden. — Es heißt dort:

„Am letzten Tage versuchten die Antisemiten ihr Glück mit gefälschten Inseraten, die die Unterschriften „Viele Nationalliberale", „ein alter Nationalliberaler" oder auch „Mehrere Arbeiter" usw. trugen. Der „Simplizissimus" wurde nach Böhmeschem Muster gegen uns ausgenutzt. Er wurde als freisinnig-jüdisches Witzblatt ausgegeben! Das Gemeinste war ein Inserat, unterzeichnet „Arbeiter aus Leer, die Rückgrat haben". Das liberale Wahlbureau hat festgestellt, daß dieses Inserat von antisemitischer Seite aufgegeben worden ist. In diesem Inserat wurden die schlimmsten sozialdemokratischen Preßstimmen angeführt, die je gegen den Freisinn geschrieben worden sind; das Inserat war so abgefaßt, als ob es von Sozialdemokraten ausginge! Wenn die Liberalen durch ehrliche Politik sozialdemokratische Stichwahlhilfe erlangen, schimpfen die Antisemiten am meisten. Hier suchten die Antisemiten — wie früher schon in Waldeck, Gießen und Heilbronn — durch Fälschungen sozialdemokratische Stimmen zu erschwindeln."

Diesen schweren Vorwurf der Fälschung haben die Antisemiten ruhig eingesteckt und nichts erwidert, weil diese Tatsachen richtig sind. Wenn man aber geglaubt hat, doß hiernach die Deutschsozialen im Kreise Weener ruhig bleiben würden, so hatte man sich geirrt. Es erschienen im „Rheiderland" nun Eingesandts, unterzeichnet von der deutschsozialen Gruppe des Rheiderlands, in welchen der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens angegriffen wurde. Ob dieses geschah, um die Aufmerksamkeit des Publikums von dem Vorwurf der Fälschungen, die man nicht abstreiten kann, abzulenken? Wir stellen hiermit fest, daß der Vorwurf der Fälschungen, der am 25. April im „Rheiderland" öffentlich erhoben wurde, bislang unwidersprochen geblieben ist. Wenn die Antisemiten im Kreise Weener weiterhin mit „Eingesandts" im „Rheiderland" aufgetreten sind, ohne auf den Vorwurf der Fölschungen zu reagieren, so muß dieses als ein indirektes Eingeständnis aufgefaßt werden. (Es ist übrigens nicht das erstemol, daß im Wohlkreise von der rechtsstehenden (bündlerisch-antisemitisch-konservativen) Partei bei der Stichwahl im letzten Augenblick, wo eine Richtigstellung nicht mehr möglich war, mit falschen Meldungen, direkten Fölschungen oder falschen Unterschriften operiert worden ist.)

Wir trogen also jetzt auf die Debetseite der antisemitischen Portei weiter ein: Fälschung von Unterschriften und Versuch, durch solche Fälschungen soziodemokratische Stimmen für sich zu erschwindeln.

Amerikanischer Brief.

Man wirft den Juden bekanntlich Ueberempfindlichkeit vor. Mit Recht zugleich und mit Unrecht. Die Juden sind sehr empfindlich, aber nicht aus schwächlicher Sentimentalität. Das wird am besten bewiesen durch die Totsache, daß sie untereinander die Schwächen und Fehler und etwaigen Lächerlichkeiten ihrer Glaubensgenossen sehr scharf kritisieren und selbst Andersgläubigen gegenüber mit solcher Kritik nicht zurückzuhalten pflegen, wenn sie von diesen überzeugt sind, daß sie vorurteilslos und gerecht sind. Was Ueberempfindlichkeit zu sein scheint, ist tatsächlich nur das durch vielhundertjährige Erfahrungen erlangte und befestigte Bewußtsein, daß jede noch so unbegründete Anklage, jeder noch so leichtfertige Vorwurf gegen die Juden von der gegnerischen Seite mit wahrer Wollust verbreitet und übertrieben, von der Menge leicht geglaubt und, selbst wenn es sich nur um die Schwächen, Fehler usw. einzelner Juden handelt, zuungunsten der ganzen Judenheit ausgelegt und ausgenutzt wird. Im wahren Sinne „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triede", setzen sie sich bei jeder Gelegenheit zur Wehr, suchen sie Vorwürfe zu widerlegen oder wenigstens auf das richtige Maß zurückzuführen. Sie müssen es, weil sie überzeugt sind, daß man alles, um nochmals mit Schiller zu reden, ihnen „zu künstlichem Gewebe vereinen und eine Klage furchtbar d'raus bereiten" werde.

Große Aufregung unter den Juden ganz Amerikas hatte in letzter Zeit eine in zwei angesehenen Zeitschriften von dem Polizeigewoltigen Bingham aufgestellte und mit statistischen Daten belegte Behauptung hervorgerufen, daß die Juden in ganz außerordentlicher Weise an der Kriminalität beteiligt seien, eine Behauptung übrigens, die bekanntlich auch in verschiedenen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland, häufig verbreitet wird, nur mit dem Unterschied, daß man in Europa, namentlich auch in Deutschland, auch wenn man hundertmal die Grundlosigkeit der Behauptung nachweist, die Antisemiten nichts zurücknehmen, während in Amerika die Widerlegung auch sofort einen freimütigen Widerruf zur Folge hatte. Die Behauptung Binghams widersprach so sehr allen Annahmen und Erfahrungen, daß die Juden, zunächst in New York, auf das allerentschiedenste die Behauptung zurückgewiesen. Man begnügte sich aber nicht damit, nur in Versammlungen und in Zuschriften an die Zeitungen zu protestieren, man prüfte auch die statistischen Daten und fand alsbald, daß Bingham in seinen Artikeln einmal ganz leichte Vergehen und noch gar nicht erledigte Anklogen zu Verbrechen gezählt, sodann auch sich auf ganz falsche Daten gestützt hat, so daß von vornherein seine Behauptung, etwa die Hälfte der New Yorker Verbrecher seien Juden, zwei Drittel der Photographien im Verbrecheralbum stellten Juden dar, hinfällig wurde. In Wirklichkeit waren von 1807 in Amerika geborenen angeklagten Verbrechern nur 8 pCt., von 1041 eingewanderten nur 30 pCt. Juden. Nun darf man nicht vergessen, daß in New York auf je vier oder fünf Einwohner schon ein Jude kommt, und daß unter den Einwanderern die Juden, aus Rußland und Rumänien besonders, einen sehr großen Prozentsatz bil-

den. Auf das weitere Eingehen auf die statistischen Angaben verzichten wir und weisen nur noch darauf hin, daß nach jüdischer Statistik Juden selten wegen schwerer Verbrechen verurteilt worden sind, und daß sie an den geringeren Vergehen mit einem verhältnismäßig kleineren Prozentsatz beteiligt sind.

Herr Bingham war nun anständig genug, seine Behauptung vollumfänglich und ohne jeden Vorbehalt zurückzunehmen. Er erklärte: Die in den Artikeln von mir angeführten Zahlen sind nicht von mir zusammengestellt worden, sondern wurden mir geliefert und unglücklicherweise für richtig gehalten. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Zahlen unzuverlässig sind. Es ist daher meine Pflicht, das einzugestehen und sie zurückzuweisen. Er geht dann näher auf die Irrtümer ein und fährt fort:

„Angesichts alles dessen und in Anbetracht der Tatsache, daß viele ehrenwerte Bürger sich verletzt fühlen durch das, was ich ohne die geringste böse Absicht, ohne Vorurteil und Gehässigkeit (denn ich kenne keine) geschrieben habe, ziehe ich die angefochtenen Behauptungen frank und frei und ohne jeden Vorbehalt zurück."

Mit diesem Widerruf haben sich die führenden Juden vollständig zufrieden erklärt. Es wäre wahrlich zu wünschen, daß deutsche Antisemiten sich an dem Vorgehen Binghams ein Beispiel nähmen. Aber Antisemiten sind ja unbelehrbar und unbekehrbar. Bingham ist ja kein Antisemit. Aber wenigstens die anständigeren Elemente sollten aus dem hier Mitgeteilten ersehen, wie wenig sie antisemitischer Statistik trauen dürfen, zumal diese doch durchweg in böser und betrügerischer Absicht direkt zu Verhetzungszwecken angefertigt wird.

Wie groß auch der gesellschaftliche Antisemitismus leider selbst in Amerika sein mag, die Regierung, die Gesetze, die Behörden kennen einen solchen nicht: Das hat so recht wieder die weitgehende Rücksichtnahme der Zivil- wie Militärbehörden anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes bewiesen. Die Unions-, die städtischen und die Militärbehörden waren von jüdischer Seite gebeten worden, jüdische Beamten und Soldaten, die die hohen Feiertage zu feiern wünschten, zu beurlauben. Der Kriegsminister instruierte sofort telegraphisch die Kommandeure in den Vereinigten Staaten, in den Philippinen, Kuba usw., den jüdischen Soldaten zu gestatten, dem Gottesdienste beizuwohnen. Ebenso entsprach der Mayor von New York dem Wunsche. Der Generalpostmeister ging noch weiter. Er beurlaubte nicht nur die jüdischen Postbeamten, sondern veröffentlichte auch eine Bekanntmachung, in welcher er das Publikum ersuchte, in Hinblick auf die jüdischen hohen Feiertage am 26. und 27. September und 5. Oktober die Postsachen möglichst frühzeitig aufzugeben, damit sie noch vor den Feiertagen befördert werden könnten. Viele Postbeamte seien Juden, sie wünschten, die Feiertage zu begehen, das Publikum möchte daher mithelfen, daß man ihre Wünsche befriedigen könne, ohne eine Stauung im Postverkehr herbeizuführen.

Außerhalb der Türkei selbst hat die erfolgreiche türkische Revolution wohl nirgends solche freudige Aufregung hervorgerufen, wie in den jüdischen Kreisen Amerikas. Der türkische Konsul in New York, Mundji Bey, hat in einer von Juden einberufenen Versammlung eine Ansprache gehalten, in welcher er mit Stolz darauf hinwies, daß in der Türkei selbst unter dem alten Regime die Juden freundschaftlich behandelt worden seien. Es wohnen, sagte er u. a., etwa 300 000 Juden in der Türkei. Ihr seid, meinte er, geschickte Geschäftsleute, Finanziers, Schriftsteller, Künstler und könnt uns daher von großem Nutzen sein. Ihr werdet uns helfen, das Land neu zu beleben, und Ihr werdet mit uns gemeinschaftlich arbeiten. Im Verein mit Euch, mit Eurer Hilfe, darf die Türkei hoffen, eines Tages eine große Macht zu werden, so daß wir imstande sein werden, uns gegen auswärtige Feinde zu verteidigen. Den Zionisten machte Mundji Bey wenig Hoffnung. Jeder ausländische Jude, der ottomanischer Bürger werden will, wird, sagte er, der Türkei willkommen sein. Wir bedürfen der Juden, die mit ihrer Energie uns helfen können, das Land aufzubauen. Aber Palästina wird die Türkei niemals aufgeben. Palästina muß eine türkische Provinz bleiben. Wenn die Juden in Palästina die Majorität erlangen, dann wird man ihnen lokale Autonomie gewähren. Als Reichsbürger werden die Juden in Palästina willkommen sein, und sie werden dort Freiheit, Gerechtigkeit und lokale Selbstverwaltung genießen.

Aus dem antisemitischen Lager.

In Hessen scheint sich eine Einigung der antisemitischen feindlichen Brüder anzubahnen. In der der deutschsozialen Partei nahestehenden „Neuen Kasseler Ztg." lesen wir nämlich:

„Der aus Anlaß der Aufstellung des deutschsozialen Abgeordneten Dr. Böhme in Marburg zwischen den Deutschsozialen und den Reformern entstandene Zwist scheint nunmehr endgültig beigelegt worden zu sein. Nachdem die Reformpartei auf ihrem letzten Parteitag den Urheber weiterer Zwistigkeiten, einen Herrn Wallbach in Kassel, ausgeschlossen hatte, was direkt mit den Schwierigkeiten begründet wurde, die von dieser Seite aus fortgesetzt dem deutschsozialen Abgeordneten, Amtsgerichtsrat Lattmann, gemacht worden waren, werden jetzt bereits gemeinsame Versammlungen abgehalten. Wie wir hören, fanden am letzten Sonnabend und Sonntag gemeinsame Versammlungen der Abgeordneten Bindewald von der Reformpartei und Dr. Böhme in den Städten Alsfeld, Lauterbach und Schlitz statt, denen sich auch im Marburger Wahlkreis einige weitere anschließen sollen."

Herr Dr. Böhme fühlt sich anscheinend in seinem Marburger Wahlkreis nicht mehr ganz sicher; er wirbt daher für den Fall, daß sein Mandat vom Reichstag kassiert wird, schon jetzt um die Unterstützung der antisemitischen „Bruderpartei".

Georg von Schönerer hat bekanntlich, wie seinerzeit mitgeteilt, wegen der in der Hauptversammlung des Bundes der (antisemitischen) deutschen Turnvereine publizierten Tatsache, daß er, der fanatische Rassenantisemit, eine von Juden stammende Frau hat, als erklärter Tschechenfeind tschechische Arbeiter beschäftigt und als Begründer der „Los von Rom"-Bewegung einen katholischen Schloßkaplan hält, die Mitgliedschaft und Ehrenmitgliedschaft bei vielen Turnvereinen aufgegeben und sich vom öffentlichen Leben gänzlich zurückgezogen. Seine diesbezügliche Erklärung im „Alldeutschen Tagblatt" schließt wie folgt:

„Nach meinem Ableben wird vielleicht wieder eine größere Anzahl gleichgesinnter Volksgenossen den Bau dort weiterführen, wo ich aufzuhören gezwungen wurde. Heil Alldeutschland! Schönerer."

— Am Grabe noch pflanzt dieser unverwüstliche Optimist die Hoffnung auf.

Antisemitische Ausschreitungen in Lissabon. Große Ausschreitungen haben, wie der Brüsseler „Petit Bleu" erfährt, portugiesische Antisemiten in Lissabon während der Bestattung eines israelitischen Kaufmannes namens Paul Cagy begangen. Sie bewarfen den Leichenwagen auf dem Wege von der Synagoge nach dem israelitischen Friedhofe mit Steinen und schlugen auf die Leichenträger mit Stöcken ein. Der Sarg kam in dem Gedränge zu Fall. Nur mit Mühe machte die Polizei dem Skandal ein Ende. Mehr als zwanzig Israeliten wurden verletzt, darunter neun schwer. Die ganze portugiesische Presse verurteilt den Vorgang aufs schärfste.

Vermischtes.

Die „Erneuerungs-Gemeinde", die jenes phantastische Eden schaffen soll, das von den „Hammer"-Freunden des Herrn Th. Fritsch erstrebt wird, kann anscheinend nicht leben

und nicht sterben. In der letzten Nummer des „Hammer" wird bitter über die Interesselosigkeit nicht nur der Presse überhaupt, sondern auch der „befreundeten" Organe geklagt. Die große Tagespresse steht und muß dem Projekt kühl gegenüberstehen, weil sie es nicht mit den großen Instituten verderben möchte, die „mit den Bodenspekulationen verschwägert sind: mit Hypothekenbanken und dergleichen, die gute Inserenten sind" — so behauptet wenigstens der „Hammer"-Freund. Andererseits verschließt er sich aber doch auch nicht der Erwägung, daß der *Arierparagraph* das Unternehmen zum mindesten nicht begünstigt.

„Vor allem aber: dieser *verwünschte Arier-Paragraph!* Wir sehen hier wiederum einen Beweis dafür, wie unser Volk bereits in Fesseln geschlagen ist; d. h. wie notwendig es ist, daß man es befreie und praktische Arbeit tue! Oder man müßte schon im aufreibenden Kampfe ehrlos geworden sein und sich selbst aufgegeben haben. Einige Zeitungen haben sich zu helfen gewußt in ihrer *schlotternden Angst:* sie haben den Arier-Paragraphen verstümmelt oder ganz weggelassen. Damit aber haben sie dem ganzen Aufrufe den grundlegenden Sinn genommen und einen *unlogischen Torso* daraus gemacht. In der Praxis wird das aber nicht viel zu bedeuten haben; denn wer sich auf den Torso hin meldet, der erfährt ja von der Leitung des Unternehmens bald genug, daß nur Deutsche sich beteiligen können. Nur werden sich manche eben deshalb nicht melden, weil sie den Arier-Paragraphen vermissen; sie werden das Unternehmen für aussichtslos halten, weil sie glauben, das Element der Zersetzung habe Zutritt zur Erneuerungs-Gemeinde."

Den größten Schmerz hat der „Erneuerungs-Gemeinde" jedoch das (von uns schon kürzlich verzeichnete) *ablehnende* Verhalten der spezifisch *antisemitischen*, also der diesen Phantasten politisch nächststehenden Presse bereitet. In der Klageepistel heißt es nämlich:

„Was mich aber besonders *gekränkt* hat, das ist die *nörgelige*, aller praktischen Beweisführung offenbar abholde Art, wie theoretisch berufene und bewährte Blätter sich zu dem Aufrufe gestellt haben. Ich begreife vor allem nicht die Kurzsichtigkeit der „*Deutschsozialen Blätter*" in Hamburg, die den großen Schweige-Zeitungen geradezu die Ausrede liefern für ihr verlegenes Schweigen. Die „Deutschsozialen Blätter" meinen, man solle sich nicht in dieser weltfremden, „klösterlichen" Art von dem Gros des Volkes absondern, sondern mitten drin bleiben und um sich hauen.

Das klingt zunächst bestechend, ist aber — mit Verlaub zu sagen — *heller Unsinn.* Denn wie kann man einen solchen praktischen Versuch machen, ohne eine sorgfältige Auslese zu treffen? Darauf beruht ja das ganze Unternehmen. Es will ja nur den Beweis für das liefern, was auch die „Deutschsozialen Blätter" theoretisch verfechten. Ist denn die Leser- und Anhängerschaft der „Deutschsozialen Blätter" nicht auch eine Auslese? Ist nicht auch ihr Stamm von Abgeordneten und Führern eine Schar, die es mit dem Wahlspruch hält: Klein, aber rein? Ich verstehe die „Deutschsozialen Blätter" nicht!

Gerade dieses Blatt kennt doch unsern *Theodor Fritsch.* Es ist von ihm begründet, es lernt tagtäglich von ihm, wie man rassisch zuverlässig bleibt, und holt sich immer wieder Rat von seinem Instinkt. Es verlegt in seinem deutschnationalen Verlage das Handbuch der Judenfrage, das Theodor Fritsch geschrieben hat. Es versicht Fritschens Gedanken; und wo er sie in die Tat umsetzen will, da erklärt es ihn für einen Schwärmer, einen Sonderling. Das verstehe, wer will.

Gerade die „Deutschsozialen Blätter", die Fritsch so genau kennen, sollten doch wissen, wie dieser Mann in der Praxis des Lebens steht, und was er praktisch bereits geleistet hat. Sie wissen doch, daß er die *Seele der Mittelstandsbewegung* ist; daß er in der sächsischen Mittelstandsbewegung gezeigt hat, wie man nach all den Reden und Schreiben praktische Arbeit leistet. Auch in der *antisemitischen Bewegung* war es immer wieder *Theodor Fritsch*, der die *Standarte hochhielt* und den Feind im Auge, wenn die Phantasten und Ideologen der Bewegung, die wahren Schwärmer, wie Meteore auseinanderstoben und an aller Welt Enden umherirrten, daß kein Mensch wußte, wo sie einmal niederfallen würden. Und dieser Mann sollte auf einmal weltfremd geworden sein?"

Th. Fritsch selbst setzt kein Wort hinzu; er begnügt sich damit, diese Zuschrift abzudrucken, wohl in der stillen Hoffnung, daß der Schmerzensschrei nicht ungehört verhallen möge.

Der „Fall Dr. Moses"-Mannheim, dem, wie kürzlich in der Presse berichtet wurde, ein Referat für die Darmstädter Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege wieder abgenommen wurde mit der Begründung, wenn der Name Moses als Referent auf der Tagesordnung stünde, würde sich das preußische Ministerium auf keinen Fall in Darmstadt vertreten lassen, stellt sich nach neuerlichen Informationen der „N. I. K." doch etwas anders dar. Herr Dr. Moses hatte in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" von vornherein sich nur über das „Vorgehen des Vereinsvorstandes" beklagt, der sich „eine schroffe Durchbrechung der Gepflogenheiten der wissenschaftlichen Körperschäften" habe zuschulden kommen lassen, und hatte damit gleich zu erkennen gegeben, daß er der von dem Vereinsvorstande gegebenen Begründung keinen Glauben schenke. Es stellt sich nun heraus, daß diese Vermutung durchaus berechtigt war. Das preußische Ministerium erklärt nämlich jetzt, daß es von der ganzen Sache gar keine Ahnung hatte und niemals eine solche Bedingung für seine Teilnahme an der Tagung des Vereins für Schulgesundheitspflege gestellt habe. Der Vorstand dieses Vereins hat sich also jene famose Begründung selbst erfunden und hat nun das Wort zur Rechtfertigung seines für den Vorstand eines wissenschaftlichen Vereins in zwiefacher Hinsicht unwürdigen Vorgehens.

Eine entsprechende Erklärung unter Anführung des ministeriellen Schreibens wird in der nächsten Nummer der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" von deren Redaktion veröffentlicht werden.

Der Fall Brandau — eine neue Beamtenmaßregelung. Der Lehrer *Brandau* in Kassel war bei der letzten Reichstagswahl in seiner freien Zeit für seinen Kollegen *Kimpel* agitatorisch tätig, der in Eschwege-Schmalkalden gegen den *Antisemiten Raab* für die vereinigten Freisinnigen und die Nationalliberalen kandidierte. In einer Versammlung wurde Brandau gefragt, was er im Falle einer *Stichwahl* zwischen dem *Antisemiten* und dem *Sozialdemokraten* tun würde. Er erwiderte, daß es „gegen seine Ueberzeugung sein würde, wolle er den Antisemiten wählen. Er müsse sich in diesem Falle *der Stimme enthalten.*" Die *Antisemiten* haben unter anderen auch die zwar nicht deutsche, wohl aber „teutsche" Eigenschaft, zu *denunzieren.* Sie teilten die Antwort Brandaus der Regierung in Kassel mit, die Brandau in eine *Disziplinarstrafe von 60 M.* nahm. Brandau focht diese Bestrafung an. Nunmehr hat jedoch der Kultusminister *Holle* als letzte Instanz die Strafe *bestätigt.* Die „Frankf. Ztg." bemerkt hierzu mit Recht:

„Dieser unerhörte Fall, daß man Leute, die nichts „getan" haben oder nichts tun wollen, gerade deshalb maßregelt, steht bei der Kasseler Regierung leider nicht vereinzelt da. Bekanntlich wurde auch der Lehrer Kimpel gemaßregelt, obwohl er nach seiner Stichwahl-Aufforderung gegen den Sozialdemokraten für den Antisemiten zu stimmen, gewiß nicht im Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung stehen konnte. Er erhielt die höchstzulässige Disziplinar-Geldstrafe von 90 Mark, weil er in einer Versammlung, der er präsidierte, den Referenten (Dr. Barth) nicht rektifiziert habe, als dieser einem taktischen Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie das Wort redete, und weil er es gewagt hatte, in einer Versammlung gegen den Volksschulgesetzentwurf in Wiesbaden zu referieren, in der auch der Sozialdemokrat Dr. Quarck sprach. Herr Holle hat auch diese Disziplinierung bestätigt. Dabei lagen die „Vergehen" Kimpels verhältnismäßig weit zurück, und es mutete wie bittere Ironie an, daß das Disziplinarverfahren gegen ihn erst nach der Reichstagswahl eingeleitet wurde, in der sich Kimpel gerade als eifriger Anhänger der Blockpolitik betätigt hatte. Auch über diese Maßnahmen schlimmster Reaktion wird sich die Regierung vor dem Landtage zu verantworten haben."

Konfession und militärische Beförderung. Ein interessanter *Beleidigungsprozeß* wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in *Lahr* verhandelt. Angeklagt war der Rentier Josef Kaufmann aus Lahr wegen Beleidigung des *Hauptmanns v. Denicke* vom Infanterieregiment Nr. 169. Der Angeklagte hatte behauptet, der Hauptmann habe einen Einjährigen, Dreyfus, seines *israelitischen* Glaubens wegen bei der Beförderung übergangen. Die Anklage wurde auf Antrag des Regiments erhoben. Die Verteidigung des Angeklagten lag in den Händen des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Dr. Frank-Mannheim. In der Beweisauf-

nahme gab (wie die „Mannheimer Volksstimme“ mitteilt) der als Zeuge vernommene Oberst v. Ranbow auf Befragen des Verteidigers zu, daß im Laufe des letzten Jahres eine Kaiserliche Kabinettsorder durch den Kriegsminister den Regimentern zur Kenntnis gebracht worden sei, in der bestimmt wird, daß bei militärischen Beförderungen keinerlei Unterschied zwischen den Angehörigen der verschiedenen Konfessionen gemacht werden dürfe. Er — der Oberst — fasse diese Kabinettsorder so auf, daß sich diese Order nicht nur auf die Beförderung von Katholiken und Protestanten, sondern auch auf die Beförderung von Juden beziehe, und er fühle sich schwer beleidigt, wenn ihm jemand den Vorwurf mache, daß er einer Allerhöchsten Kabinettsorder zuwider handle. Tatsächlich wurde dann auch festgestellt, daß im Regiment Nr. 169 eine durchaus gleichmäßige Beförderung stattgefunden habe. Das Urteil des Gerichts lautete auf 50 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte Gefängnis beantragt.

Das vor einigen Monaten in der Presse aufgetauchte Gerücht, daß eine solche Kabinettsorder erlassen sei, hat hier zum erstenmal eine authentische Bestätigung erfahren. Eine vollständige Aufklärung würde allerdings nur die Veröffentlichung des Wortlauts der Kabinettsorder bringen.

Taufe und Anstellung im Staatsdienst. Prof. Max Weber-Heidelberg hat die konfessionelle Differenzierung bei der Besetzung staatlicher Aemter schon vor dem Jenaer Hochschultag (vergl. die Akademische Rundschau in dieser Nummer) in einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ behandelt und dabei den Fall erwähnt, daß ein Historiker und Nationalökonom seine Habilitation an einer preußischen Universität u. a. deshalb nicht erreichen konnte, weil er seine Kinder nicht taufen ließ. Weber stellte fest, daß die akademische Laufbahn bei uns nur für den offen steht, der u. a. „ein bestimmtes Minimum kirchlicher Gesinnung betätigt und, eventuell, erheuchelt.“ Er folgert daraus, daß „religiöse Gemeinschaften, welche, wissentlich und offenkundig, ihre Sakramente dazu gebrauchen lassen, auf gleicher Linie mit Korpsbändern und Reserveoffiziers-Patenten als Mittel zum Karrieremachen zu dienen, jene Mißachtung reichlich verdienen, über welche sie sich zu beklagen pflegen.“ — Hierzu bemerkt Pfarrer Rade-Marburg in der „Christlichen Welt“:

„Nun ist zur Entschuldigung der „Kirchen“ zu sagen, daß ihnen solche Fälle in der Regel nicht zur Kenntnis kommen, daß die Beziehungen der „Kirchen“ zum Staat überaus verwickelte sind, und daß „der Staat“ an derlei Nötigungen der Gewissen schuldiger ist als die „Kirchen“. Wir unsererseits brauchen kaum zu versichern, daß wir es in unserm religiös-kirchlichen Sinn als einen unerträglichen Zustand empfinden, wenn der Staat die Erfüllung kirchlicher Pflichten zur Bedingung bürgerlichen Fortkommens macht. Will man hier Schranken aufrichten, um eine Auslese zu erzielen, so soll man wenigstens die Religion nicht dazu mißbrauchen!“

Die Psychologie der Aussage und die Ritualmordprozesse. Der preußische Medizinal-Beamten-Verein hielt seine diesjährige Hauptversammlung in den Tagen vom 28. bis 30. September in Berlin ab. U. a. hielt Professor Dr. Lochte, Kreisarzt in Göttingen, einen interessanten Vortrag über die Psychologie der Aussage, der auch viele richterliche Personen angelockt hatte. Der Redner kam an der Hand eines reichen Materials und logischer Erwägungen zu dem Schlusse, daß der Richter bei der Vernehmung von Zeugen große Vorsicht walten lassen muß, denn sehr viele Zeugen lassen sich von allerlei äußeren Momenten beeinflussen. Der Redner erinnerte dabei an die verschiedenen Ritualmordprozesse und andere Gerichtsverhandlungen, bei denen der antisemitische Fanatismus eine Rolle gespielt hat. Er gedachte des Tisza-Eszlarer Ritualmordprozesses vor dem südungarischen Kreisgericht Nieregyhaza im Mai und Juni 1883, der Fälle in Xanten 1891/92 und in Polna 1899. In allen diesen Fällen haben sich in der Vorstellung der Zeugen die Tatsachen immer plastischer gestaltet. Die Zeugen sagten immer sicherer aus, je länger die Tatsachen zurücklagen. Normalerweise verblaßt aber doch gerade im Gegenteil die Erinnerung, und die Aussage muß naturgemäß immer undeutlicher werden. Zeugen gegenüber, die mit solcher Sicherheit sich angeblich genau der kleinsten Einzelheit entsinnen können, ist stets die allergrößte Vorsicht geboten.

Was ist den „Hammer“-Leuten die Bibel? So fragt mit prononzierter Geringschätzung ein Herr Alexis von Königslöw, der etwas pikiert darüber ist, daß das Blatt die „paradoxen Züge in der Bibel mit einer Ausführlichkeit behandelt, die einer besseren Sache würdig wäre“. Und zwar wütet dieser junkerliche Teutobold in gleichem Maße gegen das Alte wie das Neue Testament. Als überzeugter Rassenantisemit will er von dem ersteren überhaupt nichts wissen:

„Was sollen uns die Märchen und Erzählungen eines Volkes, das wir als unseren gefährlichsten Feind immer und immer wieder brandmarken? Was sollen wir und unsere Kinder mit den unsauberen Erzählungen vom Betrüger Jakob, vom Kuppler Abraham und vom Wucherer Joseph? Die Nachkommen und Kopien jener wunderbaren Gestalten laufen ja heute noch lebend zwischen uns herum.“

Das Neue Testament und insbesondere die Person Christi wird nicht minder verächtlich behandelt:

„Was tun wir mit einem Christus, dessen Reich nicht von dieser Welt ist, in Zeiten, wie die der Befreiungskriege? Einen Blücher, einen Gneisenau, einen Körner und Arndt kann Deutschland allezeit brauchen, keinen Christus. Der Gott, der bei Leuthen, bei Leipzig, bei Sedan angerufen wurde, war nicht der Gott der Liebe, auch nicht der Gott Abrahams.

Christus tröstet die Elenden, Schwachen und Kranken. Gewiß, auch wir bedauern diese Armen und versuchen, ihre Lage zu mildern, aber sie sind unbrauchbar für uns und unsere Zukunft. Sie schädigen nur das, was uns das Höchste ist: deutsches Wesen. Starke, Gesunde und Lebensfrohe haben wir nötig. Laßt den Elenden das Himmelreich, solange wir die Erde behalten.

Gebt also die Bibel den Elenden und Kranken, den Stubenhockern und Gelehrten, die das Gesicht auf dem Rücken haben! Vor uns liegt das Leben und andere Aufgaben, als Interpretieren und Kommentieren, Ausscheiden und Uebertünchen überlebter Vorstellungen und phantastischer Berichte.“

Wie mag wohl Herr Stöcker über diesen seinen antisemitischen Gesinnungsgenossen denken?

Moses und Israel. Zu unserer Notiz in der vorigen Nummer unter der Spitzmarke „Namina sunt adiasa“ wird uns noch geschrieben: Der Name „Moses“ soll in Berlin wegen seines alttestamentlichen Ursprungs ungern gehört werden? Abgesehen davon, daß Moses ein ägyptischer Name ist, gibt es in Berlin ja sogar einen Pastor namens Israel. Israel ist ein echt alttestamentlicher und natürlich der israelitischste aller israelitischen Namen. Aber obwohl Pastor Israel schon seit dreißig Jahren seines Amtes in Berlin waltet, besteht die Welt noch, ist der preußische Staat nicht aus den Fugen gegangen, steht Berlin noch, vermehrt sich sogar und gedeiht, und selbst die betreffende Berliner Kirchengemeinde hat weiter kein Ungemach erfahren, obgleich sie sonntäglich den Predigten eines Israel lauscht. Man ist in der Hauptstadt des Musterländle demnach viel preußischer als in der preußischen Hauptstadt. Man hat halt nicht vergessen, daß Deutschland die Heimat der Schildaer und Schöppenstedter ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 42. Berlin, den 14. Oktober 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Friedbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Beuoll, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die gesetzgeberische Befähigung der Mittelstands-Vereinigung.

Die Verstaatlichung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs wird von den Mittelständlern wieder einmal als Allheilmittel gegen die finanziellen Nöte des Reichs empfohlen. Der bekannte Antrag des Herrn Dr. Arendt im preußischen Abgeordnetenhause hat es den Finanz-„Fachmännern" der Mittelstands-Vereinigung angetan, die die Vorteile einer solchen Verstaatlichungs-Aktion in den verführerischsten Farben schildern; es heißt in einem solchen Dithyrambus der „Deutschen Volkspost" u. a.:

„Wenn nun der Staat bezw. das Reich bei 250 Milliorden Depositenkopitalien mit dem niedrigsten Verdienste der Bankiers, mit 2 pCt. fürlieb nöhme, welche fobelhafte Summe würde sich da für den Fiskus ergeben. Trotz ihrer ungeheuren Ergiebigkeit wäre das eine Steuer, die den Betroffenen nicht Lasten, sondern, wie gesogt, nur Wohltaten brächte, dem werbenden Publikum dauernd billiges Leihgeld und die Sicherheit ihrer Depositen, dem Staote aber kolossale Mittel zur Bestreitung oller Ausgaben für Kultur- und andere Aufgaben, die ihm heute ganz oder teilweise fehlen. Die Leidtragenden wören allerdings die Bankiers, eine Hondvoll reicher Leute, eine kleine ober sehr mächtige Gruppe, denen dos Handwerk gelegt würde, den arbeitenden und werbenden Teil des Volkes gelegentlich auszurouben oder durch Bankpleiten um seine Spar- und Betriebsgelder gonz und gor zu bringen. Es ist gar nicht zu verstehen, warum die Regierung in dieser Frage fast fanatisch gegen ihr eigenes Fleisch kömpft, im Gegensotz zum Gesamtinteresse des Volkes, und um jeden Preis das Großkapital zu schützen sucht."

Ja, warum sträubt sich nun die Regierung gegen einen so plausibel klingenden Vorschlag? Etwa aus zarter Rücksichtnahme auf die „Handvoll reicher Leute", denen das mittelständlerische Organ gern den Garaus machen möchte? Ach nein! Denn diese würden schon Mittel und Wege finden, sich für diesen Verlust durch andere finanzielle Transaktionen schadlos zu halten. Gerade im Interesse des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Provinzbanken, deren ganze Existenz auf den Depositen- und Kontokorrentverkehr aufgebaut ist. Der preußische Finanzminister Herr von Rheinbaden, der eine solche reiche Einnahmequelle gewiß nicht von der Hand weisen würde, hat im Abgeordnetenhause mit Recht gegen dieses Danaergeschenk, wie es im Buche steht, geltend gemacht:

„Durch die Entziehung der Depositengelder fürchtet die Regierung, besonders die kleinen Bankiers zu schädigen, als den kaufmännischen Mittelstand, dessen Existenz sie allgemein wirtschaftlich für sehr wünschenswert erachtet."

Herr von Rheinbaden sah sich also gezwungen, einen nicht unwichtigen Bestandteil des gewerblichen Mittelstandes vor den gefährlichen Quacksalbereien von Leuten zu schützen, die angeblich in erster Linie für die Interessen des bedrängten Mittelstandes eintreten.

Die wohlgemeinten und derechtigten Warnungen der Regierung haben übrigens erfreulicherweise den Erfolg gehabt, daß man selbst im Lager der Rechten an der vermeintlichen segensreichen Wirkung einer solchen Verstaatlichungsaktion zweifelhaft geworden ist. Das mittelständlerische Organ sieht sich nämlich zu der betrüblichen Eröffnung veranlaßt:

„Bedauerlich ist es, feststellen zu müssen, daß auch ein Teil der Presse, die der störkeren Heranziehung der Großbanken bei der Finanzierung der Reichsschulden bisher wärmstens das Wort geredet hat, und in der von uns behandelten Frage der Depositengelder eines Sinnes mit uns gewesen ist, in letzter Zeit eine merkwürdige Aenderung ihrer Stellung hierin vorgenommen hat. — Wir wagen nicht zu behaupten, ob dies auf den Einfluß der ihr nahestehenden Politiker zurückzuführen ist. Tatsöchlich vermindert sich aber die Zahl der Widerspenstigen gegen die Tendres und Intentionen der Staatsregierung, die, wie immer, Arm in Arm mit den Großbanken marschiert, von Tag zu Tag. Als unbeugsame Säule im Widerstand soll jetzt hauptsächlich nur noch ein Abgeordneter der Wirtschaftlichen Vereinigung in Betracht kommen."

Wahrscheinlich ist diese letzte „ragende Säule" Herr Dr. Böhme, dessen volkswirtschaftliche Kenntnisse ja selbst bei seinen nächsten Freunden schon gelindes Grauen hervorgerufen haben. Wenn aber selbst im Lager der patentierten Mittelstandsparteien eine solche Ernüchterung eingetreten ist, so wird das Trifolium Arendt-Rahardt-Böhme schwerlich in die Lage kommen, diese finanzpolitische Mißgeburt aus der Taufe zu heben.

Der „Fall Dr. Moses-Mannheim".

Die betrüblichen Erfahrungen, die der praktische Arzt Dr. Julius Moses-Mannheim seines Namens wegen auf der Darmstädter Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege gemacht hat, faßt er in folgendem Nachwort zusammen, das als Sonderabdruck der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" erschienen ist:

„Da es mir seit löngerer Zeit als ein Mangel erschienen war, daß sich für die Hygiene der Mädchenschulen in Literatur und Praxis noch keine klaren, sich auf die anatomische, physiologische und pathologische Eigenart des heranwachsenden weiblichen Geschlechtes aufbauenden Grundsötze herausgebildet haben, schlug ich, besonders im Hinblick auf die bevorstehende Reform des preußischen Mädchenbildungswesens, im April 1907 vor der Karlsruher Jahresversammlung dem Vorsitzenden des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege das Themo der Mädchenschulhygiene für die Karlsruher Tagung vor. Ich kam mit meinem Vorschloge zu spät. Herr Prof. Griesbach teilte mir mit, daß die Tagesordnung für Karlsruhe so besetzt wöre, daß unmöglich ein neues Thema eingefügt werden könne. Ich einigte mich nun mit dem Herrn Vorsitzenden darüber, daß in Darmstadt der Gegenstand auf die Tagesordnung gestellt würde. In wiederholten schriftlichen und mündlichen Mitteilungen bestätigte mir

Herr Prof. Griesbach, daß in Darmstadt die Materie behandelt werde und ich als Referent in Aussicht genommen sei. Da erhielt ich Oktober 1907 von dem Sekretär des Vereins auf einer Postkarte die Mitteilung, daß der Vorstand sich veranlaßt gesehen habe, das medizinische Referat über die Mädchenschulhygiene Herrn Professor Schmidt in Bonn zu übertragen, „weil dieser die Frage zuerst angeregt habe". Man wolle mir aber als erstem Diskussionsredner das Wort geben. Ich zweifelte die Richtigkeit der Motivierung an, und sowohl von Herrn Prof. Griesbach, wie von Herrn Prof. Schmidt wurde mir bestätigt, daß letzterer auf der Karlsruher Tagung die Behandlung des Themas angeregt hätte; da ich schon vor der Karlsruher Versammlung die Anregung gegeben habe, so fiel die Begründung des Vorstandes für sein Vorgehen in sich zusammen.

Da ich aber das Referat in guten Händen wußte und es mir um die Sache, nicht um meine Person zu tun war, beruhigte ich mich bei dem Bescheide des Vorstandes. In Darmstadt aber suchte ich die Gelegenheit, mit Herrn Prof. Griesbach einmal mündlich über das Vorkommnis mich auszusprechen, und hier erfuhr ich nun aus dem Munde des Vorsitzenden des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege einen Sachverhalt, der mit der mir auf jener Postkarte gegebenen Motivierung nicht übereinstimmt. Prof. Griesbach erzählte mir, daß er in der Vorstandssitzung sich selbst unter Berufung auf die stattgehabte Korrespondenz für mich eingesetzt und insbesondere auch noch auf meinen inzwischen in London über die Mädchenschulreform gehaltenen Vortrag hingewiesen habe, mit dem ich allseitigen Beifall gefunden hätte. Der Vorstand aber hätte mich abgelehnt wegen meines Namens. Den weiteren Ausführungen des Herrn Dr. Griesbach konnte ich mit Genugtuung entnehmen, daß nicht etwa mein Name als Schulhygieniker das Mißfallen der Vorstandsmitglieder erregt hat, sondern sein alttestamentarischer Charakter. Ja, der Anstoß, der an diesem Namen genommen wurde, sei so weit gegangen, daß in jener Vorstandssitzung erklärt wurde, daß das preußische Ministerium auf keinen Fall in Darmstadt sich vertreten lassen würde, wenn mein Name als Referent auf der Tagesordnung stünde. Prof. Griesbach selbst ließ mir keinen Zweifel darüber, daß auch er allen Ernstes diese Befürchtung, daß mein Name als Abschreckungsmittel auf die höchste preußische Schulbehörde gewirkt hätte, teile. Ich sagte Herrn Dr. Griesbach, daß die hier zum Durchbruch gekommene Anschauung des Vorstandes für mich und für alle mit dem Stigma eines altbiblischen Namens behafteten Schulhygieniker den Ausschluß von jeder aktiven Betätigung in den Vereinsversammlungen bedeute. Herr Prof. Griesbach bestätigte dies und verwies mich auf die internationalen Kongresse, die mir nach wie vor als Redner offen stünden. Nach dem Schlusse der Unterredung überkam es mich wie ein Gefühl von Erleichterung, daß ich das Referat in Darmstadt nicht übernommen hatte; denn sonst wäre das Fernbleiben der maßgebenden preußischen Behörden, die man seitens des Vorstandes wohl mit Befremden vermißt hätte, auf das Schuldkonto meines Namens gesetzt worden, eines Namens, den ich ererbt habe von einem Manne, der in jahrzehntelanger Arbeit für die deutsche Schule grau geworden ist.

Ich darf vielleicht noch bemerken, daß ich mich niemals vorher zu einem Referate in dem Deutschen Verein für Schulgesundheitspflege gemeldet und auch die von mir auf den beiden internationalen Schulhygienekongressen gehaltenen Vorträge nur auf Aufforderung hin übernommen habe.

Kaum hätte ich es gewagt, an dieser Stelle eine persönliche Angelegenheit meinen Fachgenossen in der Schulhygiene zu unterbreiten, wenn nicht ernste Interessen allgemeiner Natur und insbesondere Interessen des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege in Frage stünden. Das Vorgehen des Vorstandes des genannten Vereins zielt darauf hinaus, eine Gruppe von Vereinsmitgliedern zu Mitgliedern zweiter Klasse zu degradieren und sie ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Qualitäten von der aktiven Betätigung im Vereine auszuschließen. Das ist die Gruppe von Mitgliedern, die gleich mir mit der ohnehin nicht leicht zu tragenden Bürde eines alttestamentarischen Namens belastet sind. Wie groß diese Gruppe ist, ist gleichgültig; sie kann, so lange den Trägern solcher Namen der Eintritt in den Verein nicht verwehrt ist, ja stetig wachsen; aber auch heute treffen wir in der Mitgliederliste Namen wie Cohn, Levy und andere dem Pentateuch entstammende. Ist es vielleicht auch der jetzt erst den Außenstehenden bekannt gewordenen Anschauung des Vorstandes zuzuschreiben, daß auch der alte Vorkämpfer der Schulhygiene Herrmann Cohn nie ein Referat auf einer deutschen Versammlung gehalten, sondern den Weg zu einem internationalen Kongresse genommen hat, ein Weg, der auch mir gütigst offen gelassen wurde. Die Rechtloserklärung einer Gruppe von Vereinsmitgliedern, denen man wohl nichts vorwerfen kann als ihren Namen, hat mit dem politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Antisemitismus nichts zu tun. Diese Fragen scheiden doch wohl hier auf dem Gebiete der Wissenschaft aus. Es handelt sich vielmehr um die schroffe Durchbrechung der Traditionen und Gepflogenheiten der wissenschaftlichen Körperschaften, die auch in den vom Antisemitismus am lebhaftesten durchtobten Zeiten und Ländern einen neutralen Boden darstellten, auf dem alle wissenschaftlichen Arbeiter Platz fanden. Dieses Prinzip der Neutralität ist speziell auch in den medizinischen Gesellschaften und Kongressen Deutschlands stets hochgehalten worden. Als Vorstandsmitglieder der angesehendsten medizinischen Körperschaft Deutschlands, der Berliner Medizinischen Gesellschaft, fungieren Träger altbiblischer Namen, wie Abraham und Israel. Unter den medizinischen Forschern, welche auf ärztlichen Kongressen Referate erstatten durften, ohne daß deshalb preußische Ministerialvertreter den Versammlungen fernblieben, finden wir Namen wie Aron und Aronsohn, Samuel und Lazarus, Cohn und Levy in allen Spielarten. In dem von Vorurteilen diktierten Verlassen eines in der Wissenschaft sonst hochgehaltenen Prinzips durch den Vorstand des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege erblicke ich eine große Gefahr für das Gedeihen und die Entwickelung des Vereins selbst. Diese meine Ansicht ist nicht etwa aus einer eitlen Ueberschätzung meines persönlichen Erlebnisses in dem Vereine entsprungen. Es beherrscht heute viele deutsche Schulhygieniker die Anschauung, daß an Stelle der strengen Wissenschaftlichkeit in der Tätigkeit des Vereins sich eine Tendenz nach Veräußerlichung geltend macht. In Darmstadt wurde mir von kompetenten Männern über die geringe Ausbeute geklagt, welche die letzte Tagung in bezug auf die wissenschaftliche Hygiene gebracht hat; nur die Darbietungen und Vorführungen der Zahnärzte haben in wissenschaftlicher Hinsicht befriedigt. Peinlich berührte das vollkommene Fehlen der wissenschaftlichen Vertreter der Hygiene, Psychiatrie, Pädiatrie und Pädagogik an den deutschen Hochschulen. Es ist ein Irrtum der Leitung, wenn sie eine Wirkung auf die maßgebenden Behörden auf anderem Wege zu erreichen hofft, als durch streng wissenschaftliche Arbeit. So stellt sich der von mir hier mitgeteilte Vorgang, von einem höheren als dem rein persönlichen Standpunkt aus betrachtet, dar als ein weiterer Schritt abseits von dem Pfade, der etwas mühselig vielleicht, aber um so höher die Schulhygiene hinaufführen könnte zu Ansehen und Autorität im Reiche der Wissenschaften und im Leben der Nationen."

Die Juden in Posen.*)

Von Dr. med. Karl Kassel-Posen.

Im Jahre 1833 wohnten in der Provinz Posen 70 000 Juden. Die Volkszählung am 1. Dezember 1905 zeigte, daß ihre Zahl bis auf 30 433 zurückgegangen ist. Und wer sich Mühe gibt, die Stimmung der Juden von heute kennen zu lernen, hört überall: „Nur heraus aus dem Osten! Unseren Kindern können wir es nicht mehr zumuten, hier zu bleiben". Aus dem bewunderswerten Optimismus der Posener Juden, der mir ein Stück Abfärbung von der einstigen polnischen Leichtlebigkeit bedeutet, klingt es grell pessimistisch heraus: „Für uns gibt es hier nur eine böse Zukunft." Zahlen reden für sich. Die Provinzialhauptstadt hatte im Jahre 1871 unter 10 000 Einwohnern 1279 Juden. Diese gingen bis 1905 auf 424 zurück. Es gibt (mit einer einzigen Ausnahme) keinen Ort in der Provinz, in dem dieser Rückgang der jüdischen Seelenzahl nicht zu konstatieren ist. Dabei bleibt aber bemerkenswert, daß auch der Prozentsatz der protestantischen Bevölkerung gerade in den Orten, in denen das Verschwinden der Juden besonders auffällt, zurückgegangen ist.

Das Bild, das uns die Entwickelung der Provinz Posen zeigt, ist interessant, weil es uns beweist, daß der bisher nicht glückliche Kampf des Deutschtums gegen das Polentum doch nicht nach den rein mechanischen Gesetzen der politischen Macht entschieden werden konnte und niemals auf diesem Weg zugunsten des Deutschtums zum Austrag gebracht werden wird. Wir sehen ferner, daß Polen und Juden gerade aus der Vernachlässigung des wichtigsten Momentes in der Behandlung von Völkerfragen, nämlich der seelischen Seite, einen beiden gemeinsamen Nutzen gezogen haben: die Polen, an die Scholle ihrer Heimat gebunden, sind auf dieser selbst erstarkt; die Juden, die ja nichts an ungastliches Land fesselt, sind eben ausgewandert; zu ihrem eigenen Besten zwar, aber leider sehr zum Nachteil der deutschen Entwickelung der Ostmark.

Zunächst einige Bemerkungen über die geschichtliche Entwickelung. Der erste Organisator des Polentums war der Arzt Marcinkowski. Er und alle seine Nachfolger, wie sehr auch ihre Wege auseinandergingen, sahen ein einziges praktisches Ziel vor sich. Sie strebten danach, die historische Kluft zwischen dem Adel und dem Proletariat auszufüllen und alle Elemente schließlich zu dem zusammenzufassen, was wir heute als fertiges Werk vor uns haben; zu der großen polnischen Republik in Preußen, wenige Stunden vor den Toren der Reichshauptstadt.

Einst wurde die Lücke von den Juden ausgefüllt. Sie waren Handwerker, Kaufleute, spielten auch die Rolle des Vermittlers aller Ein- und Verkäufe an den Höfen des polnischen Adels und waren die Berater in den intimsten Familienangelegenheiten. Bei dem den Polen früher eigenen Mangel an kaufmännischen Kenntnissen und bei dem Fehlen jeglichen Interesses für die Umsatzfragen hatten diese Juden ein recht gewinnreiches Geschäft in Händen. Die Polen dämmerten hin und gingen dabei wirtschaftlich immer mehr zurück, bis die preußische Regierung sie aus ihrem traumhaften Zustand

*) Einer Anregung des Verfassers gern nachkommend, unterbreiten wir diesen instruktiven Aufsatz aus der letzten Nummer der „Zukunft" auch unserem Leserkreise. D. R. d. M.

weckte. In den dreißiger Jahren begannen die Repressalien der Behörden. Aber hiermit erwachte zugleich in einigen tüchtigen polnischen Köpfen der Plan, Polens Kampf nicht mehr im Ausland zu führen, sondern zu einem Kampf um die eigene Scholle und auf ihr selbst zu organisieren. Drei Namen repräsentieren nun Anfang und Höhepunkt der Entwickelung von Polens Wiedergeburt: Marcinkowski, dem das Bildungsprinzip der Polen besonders am Herzen lag, Jackowski und der Probst Wawrzyniak, die das Genossenschaftswesen organisierten. Diese drei schufen einen Bürgerstand, der durch Fleiß, Intelligenz und Solidität eine wirksame Waffe in den Händen der polnischen Regierung wurde. Vortrefflich verstanden sie es auch, Gelder deutscher Banken für ihre Genossenschaften flüssig zu machen und durch große Verschlagenheit die Maßnahmen der Regierung zu vereiteln. Der Adel stand allerdings noch jahrzehntelang schmollend abseits. Er und die demokratischen Volksmassen befehdeten einander. Aber wie später durch richtige Arbeitsteilung eine Aussöhnung zwischen Demokratie und Klerus gelang, so sind heute auch schon die ersten Pfeiler zu der Brücke zwischen Adel und Volk gebaut. Der Adel tut jetzt mit. Er hat sich den Genossenschaften angeschlossen, um den polnischen Boden gegen den Verkauf an Deutsche zu verteidigen. Ein Verein der vornehmsten Polen beschäftigt sich auch damit, ungesunde Verhältnisse in ihren Kreisen zu sanieren. Außerordentlich rührig ist man bei der Arbeit, gegen die früheren Laster der Nation, Spiel und Trunk, vorzugehen, und die Erfolge sollen sehr groß sein. Wir dürfen schon heute sagen, daß das polnische Volk in Preußen, trotz aller Differenzen in seinen Reihen, bis auf den letzten Mann fest organisiert ist. Genossenschaften für Ein- und Verkauf und zur Ordnung des Kreditwesens unter weisester Benutzung gerade deutscher Geldquellen, Schutz gegen Verlust polnischen Bodens an Deutsche, weitestgehende Einwirkung auf die Erziehung der Jugend: dieses Bild zeigt heute das preußische Polen.

Durch den polnischen Zusammenschluß ist allmählich ein Teil der jüdischen Gewerbetreibenden überflüssig geworden. Der polnische Boykott griff besonders empfindlich den Kleinhandel der kleinen Orte, also die große Masse der Kaufleute an, machte sich dann aber auch dem höher organisierten Getreide-, Dünger- und Maschinenhandel fühlbar. Aber alle polnischen Organisationen, auch der Boykott nicht, hätten unter den Juden nicht so aufzuräumen vermocht, wenn nicht noch andere Momente den Polen geholfen hätten. Denn der freie Handel bleibt immer noch leistungsfähig in den Händen geschulter, umsichtiger, auch einmal etwas wagender freier Kaufleute, zumal trotz aller Feindschaft der Polen gegen die Juden in großen Kreisen gerade des Mittelstandes ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen beiden Völkern von alter Zeit her besteht: „Ich gehe zum Jud so und so", sagt der Pole; und es klingt, als wolle er sagen: Zu einer höheren Instanz. Für die Erhaltung der Reste jüdischen Handels wirkt ferner noch das unausrottbare Mißtrauen jedes Polen gegen den wirtschaftlich bessergestellten Volksgenossen und die ebenso unausrottbare Herrenspielerei gegenüber den niederen. Schließlich kommt in dem höher organisierten Handel noch die Kreditbeziehung zwischen Juden und Polen in Betracht. Sie besonders hindert den völligen Abbruch der geschäftlichen Verbindungen. Sehr viele Juden hatten hier im Osten Geld verdient und sehnten sich nun nach der großen Stadt. Eisenbahnen und verbesserter Nachrichtenverkehr ermöglichten ihnen, die Handelsgeschäfte nach und mit der Ostmark ebenso bequem von Handelszentralen aus zu besorgen. Die große Zahl an studierenden jüdischen Söhnen bedingte vielfach zunächst den Fortzug der Kinder, die sich in größeren Orten niederlassen wollten. Ihnen folgte nicht selten die ganze Familie. Die Provinz Posen ist die Wiege ungezählter „ureingeborener" Berliner, Hamburger, Frankfurter geworden. Dazu kommt, daß der jüdische Handwerker, der im Osten Stadt und Dorf bevölkerte, an seinem Leib zuerst die Konkurrenz der Fabrik fühlte und bei seiner Intelligenz rasch die richtigen Wege zu neuen Existenzbedingungen fand. Der Westen und die Neue Welt boten sie ihm. Auch an der Spitze von Handel und Industrie und in akademischen Berufsarten finden wir viele aus Posen gebürtige Männer, deren Geschichte auf Pakosch, Kosten, Znin, Moschin und so weiter zurückgeht. Sie kamen aus guter Schule und leisten auch in ihrem neuen Wirkungskreis Tüchtiges. Schließlich trug die Sperrung der russischen Grenze dazu bei, ganze Handelskreise der Provinz überflüssig und Industrien existenzunfähig zu machen.

„Die starke Abwanderung der Juden muß man sich nicht nur dann vor Augen halten, wenn man das Deutschtum in den Städten der Provinz Posen überhaupt, sondern auch, wenn man die einzelnen gewerblichen Berufe beurteilen will. So lange die Juden einen großen Teil der städtischen Bevölkerung ausmachten, waren sie nicht nur in den Zweigen des Handels, sondern auch in denen des Handwerks zu finden und ließen kein starkes polnisches Handwerk aufkommen." (Dr. Leo Wegener: „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen.") Aber auch dieser Gesichtspunkt kann noch nicht das Sinken der jüdischen Bevölkerungsziffer von 70 000 auf 30 433 in 70 Jahren bei wachsendem Wohlstand der Provinz erklären: und noch weniger die fast zur Kalamität gewordene Unmöglichkeit für jüdische Eltern, ihre Kinder, besonders in den kleinen Orten, an den Osten und an das väterliche Erbe zu fesseln. Wir müssen also noch nach anderen Gründen suchen. Industrie fehlt, wegen der Armut des Bodens an Naturprodukten, dem Osten fast völlig. Sein Lebensnerv ist die Landwirtschaft. Ihr Wert ist in den letzten Jahrzehnten aus den verschiedensten Gründen gestiegen. Der Kampf um den Boden schuf erhöhte Konkurrenzpreise, die Intelligenz und der Fleiß der östlichen Landwirte trug zu intensiver Bewirtschaftung bei, die Schutzzölle taten das Ihre. Der Osten blüht also wieder auf. Und trotzdem die übermäßige, weder durch den polnischen Zusammenschluß, noch durch allgemeine wirtschaftliche Entwickelung zu erklärende Abwanderung der Juden!

Während die Polen jetzt ihr Monroewerk gleichsam krönen, indem sie durch Judenhetzen den Juden die Reste der polnischen Erwerbsquellen zu entreißen trachten, gingen die protestantischen Deutschen einen anderen Weg. Sie fingen mit Judenhetzen an; und heute bemühen sich kluge Leute, zurückzustoppen, weil sie (freilich zu spät) die Bedeutung der Juden für die Erhaltung des Deutschtums im Osten einzusehen beginnen. Bis zu dem Augenblick nämlich, wo die preußische Regierung ihr Ansiedlungswerk begann (1886), konnte sie der polnischen Bewegung nichts anderes wirksam entgegensetzen, als ihren vorzüglich funktionierenden Beamtenapparat. Daß alle gegen die Polen direkt gerichteten Maßnahmen dem Slawentum nicht das mindeste antaten, daß die Politik der Nadelstiche und der Bedrückungen die Polen nur zu mancherlei Opfern persönlicher Art antrieben und sie noch enger zusammenschmiedeten, ist heute allgemein anerkannt. Der Werdeprozeß Neupolens in Preußen wurde beschleunigt; aber neben diesem Fehler der künstlichen Beschleunigung kommt als untilgbar auf das Konto der Beamtenpolitik die Schwächung des Deutschtums durch die Verdrängung der Juden.

In der Judenfrage rechnet man nämlich einfach so: Wenn wir den Juden als Konkurrenten ausschalten, und wenn wir an seine Stelle einen protestantischen Deutschen setzen, dann haben wir gewonnenes Spiel. Dieses Spiel hatte aber drei ganz wesentliche Fehler. Den Juden auszuschalten, konnte zwar nicht schwer sein. Dem Polen ist es gelungen; uns wird es auch gelingen. Aber erstens gab es keinen dem Juden gleichwertigen Ersatz den Polen gegenüber, zweitens hielten sich Polen und die übrigbleibenden Juden von dem Neukolonisator beruflich nach Möglichkeit fern; drittens verlor der deutsch-protestantische Gewerbetreibende durch den Fortzug der Juden gerade seine zahlungsfähigsten Kunden. Denn die Juden bildeten den nationalen und wirtschaftlichen Kern des Deutschtums. Sie waren aus dem übrigen Deutschland hier eingewandert. Neben ihnen lebten nur wenige christliche deutsche Familien in der Ostmark. So weit sie in Massen eingewandert waren (Bamberger), gingen sie im Polentum auf. Auch deutsche Einzelfamilien machten dieselbe Wandlung mit. Von den Juden dagegen ist nicht eine einzige Familie untergetaucht. Alle sind treue Deutsche geblieben. Ihre Umgangssprache war und ist die deutsche. Freilich waren sie so weise, neben der deutschen auch die polnische Sprache zu lernen, konnten also nicht nur die Händlerrolle innerhalb der Ostmark spielen, sondern auch die natürlichen Vermittler des östlichen Handels, auch des russischen, mit dem Westen werden. Nur wer das Aufblühen des polnischen Gewerbes jetzt hier beobachtet und weiß, daß diese Blüte erst nach der Beseitigung der Juden möglich wurde, kann ermessen, welchen Wert die Juden für den Osten hatten. Wenn wir ferner den Posener als Menschenschlag eigener Art beurteilen wollen, als Erziehungsprodukt der ganz einzigartigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, dann dürfen wir uns nicht durch einzelne unangenehm in die Augen fallende Typen beirren lassen. Volkswirtschaftlich bedeutet der Jude des Ostens einen strebsamen, fleißigen, reellen Deutschen. Denn nur durch diese Eigenschaften kann er sich überhaupt konkurrenzfähig erhalten. Der Jude zeigt eine große Neigung, über die Grenzen seines Berufes hinaus zu wollen und zu können. Hier blühen wissenschaftliche Zirkel und Vereine. Bei allen wissenschaftlichen und künstlerischen Darbietungen sieht man Juden auffallend reichlich als Gäste. Die Posener Akademie hatte im Winterhalbjahr 1906/07 588 evangelische, 176 katholische und 169 jüdische Hörer; im Winterhalbjahr 1907/08 301 evangelische, 121 katholische und 56 jüdische Hörer. Ein die jüdische Intelligenz ehrendes Verhältnis. Unübertroffen im ganzen Reich sind die Juden der Ostmark auf dem Gebiet des Wohltuns und der Wohlfahrtspflege. Daraus ist wohl zu erklären, daß im neuesten statistischen Bericht jüdische Fürsorgezöglinge ganz fehlen.

Einsichtige Verwaltungsbeamte haben es längst aufgegeben, die Juden hier als eine quantité négligeable zu betrachten. Man hat erkannt, daß man die Judenfrage im Osten anders beantworten muß als im übrigen Reich. Daß wir eine solche Ausnahmestellung dankend ablehnen, bedarf kaum der Erwähnung. Aber wir merken auch von solchem Versuch absolut nichts; vielmehr sehen wir täglich, wie durch systematische Agitation untergeordneter Organe versucht wird, den Juden in allen Erwerbszweigen aus der Konkurrenz auszuschalten. Diese wirtschaftliche Seite ist die wichtigste; denn der offizielle Kampf für das Deutschtum gegen die Polen spielt sich zum größten Teil ja auf dem wirtschaftlichen Gebiet ab. Die Grundfrage bleibt: Werden den deutschen Juden von den deutschen Protestanten Schwierigkeiten im Kampf ums Dasein gemacht und werden ohne Rücksicht auf Leistung christliche den jüdischen Gewerbetreibenden vorgezogen? Diese Frage kann niemand verneinen. Unsere Gegner sollten aber bedenken, ob die von ihnen unterstützten Krückenexistenzen den freiringenden Juden gleichwertig ersetzen können.

(Schluß folgt.)

Wiener Brief.

XIV.

Gegen die Universitäten. — Parteitag. — Ein gut getroffenes Bild. — Ein offenes Wort.

Wien, den 9. Oktober 1908.

Mit einem Schlage ist Oesterreich in die große Weltpolitik eingetreten, und dadurch sind, wenigstens für den Augenblick, die innerpolitischen Angelegenheiten in den Hintergrund getreten. Unter diesen Umständen fiel es nicht sehr auf, daß die Christlichsozialen ihre Vorbereitungen zur Eroberung der Universitäten getroffen haben. Schon auf dem letzten allgemeinen österreichischen Katholikentage war die Kampfesparole ausgegeben worden und auf dem niederösterreichischen Katholikentag, der letzthin in St. Pölten abgehalten wurde, erklang dieselbe Note. Zu getreulicher Ausführung des Rüstungsauftrages versammelte sich am 5. d. M. der Hochschulausschuß der christlichsozialen Vereinigung im Parlament, der an die Regierung die geharnischte Aufforderung richtete, „die Gleichberechtigung der katholischen Studenten an den Universitäten zu wahren und alle Bedrängungen der katholischen Studentenschaft hintanzuhalten“. Sollte diesem Wunsche nicht willfahren werden, dann würde die christlichsoziale Partei zur Opposition übergehen und den Unterrichtsminister Dr. Marchet stürzen. Den Jung- und Altklerikalen handelt es sich nicht so sehr darum, den an den meisten Hochschulen ganz schwach vertretenen klerikalen Studenten das Tragen von Kappe und Band zu erwirken, sondern sie wollen die freiheitlichen Hörer provozieren und die Universitäten neuerdings in Brand stecken. Mit Hilfe gewisser Hofkreise glauben sie, die maßgebenden Faktoren dann leichter gegen die Autonomie der ersten Lehranstalten des Reiches mobil machen zu können, und so dem klerikalen Einfluß, der heute bereits ziemlich groß ist, zur unbeschränkten Herrschaft zu verhelfen. Wenn nur erst der Kampf um die Hochschulen entbrannt ist, läßt sich auch die Wahrmundaffäre neuerlich aufrollen und die Unterstützung durch den Nuntius vermöchte möglicherweise zu leisten, was noch zu tun übrig bliebe. Kurz und gut, die Christlichsozialen träumen davon, in verhältnismäßig kurzer Zeit an das ersehnte Ziel zu gelangen, das Dr. Lueger in einem unbewachten Augenblick vor Jahresfrist auf dem Katholikentag in Wien seinem mächtigen Anhange vor Augen geführt hat. Doch die Bäume wachsen nicht in den Himmel und mit der Universitätsjugend ist nicht gut Kirschen essen. Die alpenländische Bauernschaft dürfte sich enger an die Christlichsozialen anschließen und den Kampf gegen die Universitäten mit derselben Hingebung auf sich nehmen, mit der einst die Kreuzzüge unternommen wurden. Aber die städtische Bevölkerung würde sich wie ein Mann gegen die Herrschbegier der Christlichsozialen auflehnen. Land und Stadt stünden einander gleich zwei großen feindlichen Heeresmassen gegenüber und der Sieg der schwarzen Fahne wäre durchaus nicht unvermeidlich. Vielleicht wird sich diese Erwägung auch der Christlichsozialen bemächtigen, vielleicht denken die Führer der siegestrunkenen Reichspartei daran, daß es nicht ratsam sei, über die eigene Kraft hinaus wachsen zu wollen.

Auch an Kleinarbeit lassen es die Herren von Wien und des Reiches nicht fehlen. Vor einigen Tagen fand der niederösterreichische Landesparteitag der Christlichsozialen statt, zu dem die Gläubigen von Nah und Fern herbeigetrommelt wurden. Alle Größen des antisemitischen Heerbanns waren vertreten. Seine Exzellenz Dr. Geßmann erstattete höchst persönlich ein Referat, der drollige Bielohlawek sprach über Sanitäts- und Wohlfahrtseinrichtungen — ohne die „Büchern“, die er gefressen hat, gelesen zu haben —, der Abgeordnete Prochacka befaßte sich mit der Beamtenschaft, Kunschak mit den Arbeitern und Stöckler mit den Bauern. Mit einem Worte, allen Ständen und Kreisen wurde die schleunigste Rettung versprochen. Wollten die christlichsozialen Volksbeglücker ihre Verheißungen wahr machen, so müßten sie über ungezählte Millionen frei verfügen können. Da nun die Landessteuern nicht neuerdings erhöht werden sollen, kann man sich denken, was von den rosigen Versprechungen zu halten ist. Allein die Zuhörer jubelten dennoch und verließen befriedigt die Volkshalle des Wiener Rathauses, denn es wurden ja nur die frömmsten unter den frommen Schäflein der christlichsozialen Herde zugelassen. Dr. Lueger ereiferte sich ganz besonders über die Freisinnigen, die (was nebenbei bemerkt gar nicht wahr ist) die Lostrennung vom flachen Lande, die Reichsunmittelbarkeitserklärung der Hauptstadt fordern. Der Bürgermeister bezeichnete diesen Gedanken als Frivolität und beschwor hoch und teuer, immer den Grundsatz vertreten zu haben, „daß alle aufeinander angewiesen sind, der Bauer auf den Städter, der Städter auf den Bauern“. Es ist wirklich merkwürdig, welch kurzes Gedächtnis Dr. Lueger hat. Andere Leute erinnern sich noch der Zeiten, da der jetzt jüngste Freund der Bauern, Herr Dr. Karl Lueger, gar kräftig nach der Reichsunmittelbarkeit Wiens geschrieen hat. Sind doch seither erst zwanzig Jahre verflossen . . . .

Die christlichsozialen Blätter treiben seit Jahren den Sport, alle günstigen Urteile über den wandlungsfähigen Wiener Bürgermeister zu sammeln. Wer zwischen zwei Zügen in Wien geweilt, und Dr. Lueger ein paar Minuten gesprochen hat, muß nur in irgendeinem in- oder ausländischen Blatt einen begeisterten Artikel über Wien und dessen Oberhaupt schreiben, wenn er sich des lärmenden Beifalls aller christlichsozialen Organe erfreuen will. Danach, ob der Mann irgendwelche tieferen Einblicke zu gewinnen vermochte, wird nicht gefragt. Wir aber können es uns heute nicht versagen, einer Charakteristik Dr. Luegers Raum zu geben, die ein Kenner der abwechslungsreichen Entwicklung des Bürgermeisters in einem niederösterreichischen Blatte entwirft. In der „Badener Zeitung“ vom 7. d. M. lesen wir im Leitartikel:

„Hat es Dr. Lueger nicht gar weit gebracht? Beherrscht er die Hauptstadt nicht unbeschränkt? Darf der Statthalter von Niederösterreich nur das geringste unternehmen, was den Herren von Wien gegen den Strich ginge? Und mußte sich der Ministerpräsident nicht gar ins Wiener Rathaus begeben? Wie ist Dr. Lueger zu dieser Macht gelangt? War er nicht auch einmal ein liberaler Parteimann? Noch im Jahre 1880 nahm er in Mödling an einem Parteitag der Deutschliberalen teil. Ja, er war sogar ein Anhänger der freien Schule. Professor Eduard Sueß verlas im April 1888 im Abgeordnetenhause eine gedruckte Wahlrede Dr. Luegers, worin der Satz vorkommt: „Ich wünsche, daß die Volksschule selbständig und frei sei! . . . .“

Der Artikel schildert nun, wie der liberale Dr. Lueger zum Demokraten wurde und gemeinsam mit Dr. Mandel das Jahrhundert in die Schranken forderte. „Noch im Jahre 1886“, heißt es weiter, „trat Lueger für die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Ungarn mit der Begründung ein, daß nur dadurch die militärische Einheit erhalten werden könne. Dabei verkleidete er sich auf einmal als chauvinistischer Kavalier, erklärte sich für das Duell bei großen Beleidigungen und forderte sogar den Photographen und Abg. Wrabetz. Er selbst beleidigte jeden, der ihm nicht paßte. Der Obmann des deutschen Schulvereins, der Abg. Dr. Weitloff, äußerte sich über Lueger im Abgeordnetenhause folgendermaßen: „Wenn Sie sich der Zeit erinnern, seit welcher ein gewisser Gifthauch weht, werden Sie nicht verkennen, daß sie mit jenem Momente zusammenhängt, in welchem der Abgeordnete des fünften Bezirks in diesem Hause seinen Einzug hielt. Der Erfolg, den Schönerer mit seinem Antisemitismus hatte, raubte Lueger den Schlaf, und er wurde radikal deutschnationaler Antisemit. Schönerer, Lueger, Pattai und Türk fanden sich zusammen und veranstalteten ein Wettrennen um die Gunst des Wiener Pöbels. Die national-chauvinistische Metamorphose dauerte jedoch nur kurze Zeit. Lueger bekleidete sich mit der Kutte des kirchlichen Chauvinismus, und erst damit kam er auf die

Bahn seines Erfolges." . . . Wie wäre es, wenn die „Reichspost" oder das „Deutsche Volksblatt" dieses lebenswahre Bildchen ihren Lesern bringen würden?

Doch nicht nur Lueger hat in seiner Vergangenheit geschwankt, die Christlichsozialen erscheinen jetzt tagtäglich in einem Dutzend Masken. Während Herr Dr. Geßmann zuletzt in einer Wählerversammlung als englischer Lord auf das Podium trat und statt zu schimpfen und zu verleumden, über die große Weltpolitik sprach, sagte zum Beispiel der kleine Parteiführer Professor Schmid — der Revolutions-Schmid — in einer Versammlung, die in Trojans Gasthaus stattfand: „Die christlichsoziale Partei darf nun, da sie an der Macht ist, ihren Antisemitismus nicht in der Brust verschlingen. Wir dürfen von diesem Programmpunkt nicht abgehen, denn auf ihm fußt unsere Partei. Er ist das eiserne Piedestal, an dem nicht gerüttelt werden darf. Wenn dieses Piedestal verschwindet, dann hat die Partei ihren Boden im Volke verloren, und dann verdient sie, daß sie untergehe." Man sollte diese Worte allen jenen in Erinnerung rufen, die sich in der letzten Zeit mit den Christlichsozialen angefreundet haben, weil sie der Anschauung sind, daß der glorreiche Führer Dr. Geßmann seinen Getreuen die antisemitischen Giftzähne ausgerissen hätte. Einen schwereren Irrtum als diese Annahme kann man wohl nicht begehen.

rm.

Das Testament eines Konfessionslosen.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 31 l. J. von einem Testament des kürzlich in Baden bei Wien verstorbenen christlichen und durchaus „rassenreinen" Gymnasialprofessors Dr. Franz Süß. Bei dem Legate war das Prinzip streng durchgeführt worden, daß weder nach völkischer Abstammung noch nach dem Glaubensbekenntnis gefragt werde. Mit den Fanatikern dieser Theorien hatte der Verstorbene in seinem Leben allzu schmerzliche Erfahrungen gemacht. Den Antisemiten hat er 1¼ Jahr vor seinem Tod: in einem Artikel der „Badener Zeitung" (6. April 1907) folgende bittere Wahrheiten gesagt:

„Ein beliebtes Wort im Sprachschatze der Antisemiten ist das Wort Verjudung. Da will ich zuerst sagen, was keine Verjudung ist. Es ist keine Verjudung, daß wir Deutsche mit den Juden zusammen auf derselben Erde, in demselben Staate, in derselben Stadt, unter demselben Dache wohnen; es ist keine Verjudung, daß Deutsche und Juden miteinander verkehren und Geselligkeit pflegen; denn in allen diesen Fällen liegt das Verhältnis der Gegenseitigkeit vor und die sogenannte Verjudung auf der einen Seite wird zweifelsohne durch die Verdeutschung auf der anderen Seite aufgewogen. Von einer Abhängigkeit des einen von dem anderen kann keine Rede sein. Wollte jemand behaupten, daß wir dabei den kürzeren ziehen, so müßte er von deutscher Kraft wahrlich eine sehr schlechte Meinung haben. Aehnlich steht die Sache, wenn es sich um ein Kauf- oder Verkaufsgeschäft handelt; um der schönen jüdischen Augen willen kommt ja ein solches Geschäft nicht zustande; es wird hingegen durch dieselben Gründe veranlaßt, aus welchen überhaupt Geschäfte zwischen Volksgenossen und zwischen verschiedenen Völkern zustande kommen. Ich gehe weiter und bestreite, daß wir uns deshalb von den Juden abhängig fühlen müßten, weil sie unsere Gläubiger wären. Diese als Grund aufgestellte Behauptung ist an und für sich höchst fraglich, dann überhaupt nicht zutreffend. Denn erstens ist meines Wissens keineswegs festgestellt, wie groß der Anteil der Juden an dem auf der Welt vorhandenen Kapital ist; auch sind die Darlehnsvermittler noch lange nicht Darlehnsgeber. Augenscheinlich sehen wir nur, daß einem reichen Juden Tausende von armen Juden gegenüberstehen, und wegen dieser wenigen reichen Juden schlechtweg die Juden als große Kapitalisten hinzustellen, wäre ebenso verkehrt, wie wenn jemand z. B. die Leute im Böhmerwalde deshalb für große Kapitalisten erklärte, weil der millionenreiche Fürst Schwarzenberg zu ihnen gehört . . ."

Prof. Süß weist dann im einzelnen nach, wie das Christentum auf dem Alten Testament sich aufbaut, und sagt zum Schluß:

„So oft ich mit Antisemiten, die nicht Christlichsoziale sind, über die Judenfrage streite, befinde ich mich in einer etwas schwierigeren, aber keineswegs aussichtslosen Lage; doch gegenüber den Christlichsozialen habe ich von vornherein gewonnenes Spiel. Mir fällt bei solcher Gelegenheit immer eine Sitzung des niederösterreichischen Landtags ein, welche vor vielen Jahren stattfand, als noch die Liberalen, darunter der Abt Karl von Melk, die Mehrheit in diesem Vertretungskörper besaßen. Mein Gedächtnis dürfte mich da auch in Einzelheiten nicht trügen. Da stand ein christlichsozialer Führer auf und nannte den allseits geschätzten Abt „Rabbi von Melk"; sodann erhob sich ein zweiter Häuptling und rief aus: „Wir Christlichsoziale haben wieder die Kirchen gefüllt!" höhnend den Abt und die gesamte Geistlichkeit, weil sie sich einer solchen Leistung nicht rühmen könnten; zum Beweise seiner Behauptung verwies er auf Dr. Lueger, der sich seit Aufhebung des Konkordates zuerst als Abgeordneter am Frohnleichnamsumgange im Wiener Bezirke Margareten beteiligt und, ich weiß nicht mehr wo, eine Volksmission in auffallender Weise mitgemacht hatte. Als ich den Zeitungsbericht über obige Sitzung las, sagte ich mir: Falls die Christlichsozialen jemals wahr gesprochen haben, so haben sie es in dieser Sitzung mit der Bemerkung über den Kirchenbesuch getan. Es ist nicht zweifelhaft, daß sie den Kirchenbesuch — zunächst in Wien, wo er seit Ende der sechziger Jahre stark abgenommen hatte — wieder in Mode brachten. Mir liegt es vollkommen fern, daran Kritik zu üben und ein Urteil darüber abzugeben; ich begnüge mich mit der Festsetzung des Tatsächlichen. Allein dadurch haben sie die Leute auch wieder dem Judentum näher gebracht und sie haben mithin jedenfalls kein Recht, jemandem Beziehungen zum Judentume vorzuwerfen.

Zum Schlusse muß ich auch einiges Persönliches vorbringen, so ungern ich es tue. Falls die Leute von der Schriftleitung des „Badener Volksblatt" Beweise dafür in den Händen haben, daß irgend ein Vorfahre oder irgend eine Vorfahrin von mir dem jüdischen Volksstamme angehörte, so mögen sie diese Beweise bekanntgeben und mich dann immerhin einen Judenstämmling heißen; ich werde darauf nur erwidern: In solange es ein Christentum gibt, kann ein Judenstämmling zum mindesten ebenso gehobenen Hauptes durch die Welt schreiten wie ein Teutonenhäuptling."

Der Stifter der christlichen Religion — kein Jude.

Die angeblich arische Abstammung Jesu ist, wie wir in Nr. 33 l. J. der „Mitt." berichteten, mit einem wahren Feuereifer von dem Prof. Paul Haupt-Baltimore auf dem Internationalen Historiker-Kongreß, der im August in Berlin tagte, verfochten worden. Trotzdem ihm zwei so hervorragende theologische Autoritäten wie Prof. Deißmann und Sellin energisch und mit guten Gründen opponierten, hat sich Herr Haupt in seiner Ueberzeugung nicht wankend machen lassen und kurze Zeit darauf in Oxford (s. Nr. 40 der „Mitt.") und in Kopenhagen diese These mit demselben Fanatismus vertreten.

Auf dem Orientalisten-Kongreß in Kopenhagen kam es zu sehr erregten, peinlichen Auseinandersetzungen, wie sie innerhalb eines derartigen Gelehrten-Areopags wohl kaum je zuvor sich abspielten. Prof. Haupt benutzte einen Vortrag über einige Ortsnamen in Galiläa, um abermals seine Hypothese zu „beweisen", daß der Stifter der christlichen Religion kein Jude, sondern ein Arier gewesen sei. Er ging davon aus, daß der in der Bibel wiederholt genannte Ort Hamath nicht, wie allgemein angenommen werde, in Nord-Syrien, sondern in Galiläa, und zwar in nächster Nähe des Tiberias-Sees gelegen haben müsse. Diese seine Hypothese suchte er mit allerlei Konjekturen und Emendationen verschiedener Bibelstellen zu stützen, um dann auf dieser „Grundlage" die Ansiedlung der Meder und anderer angeblich arischer Mischvölker in der Gegend von Hamath, die im sechsten vorchristlichen Jahrhundert durch die assyrischen Könige erfolgte, nach Galiläa zu versetzen und hieraus den Schluß herzuleiten, daß der Stifter des Christentums, der nach Haupts Ansicht „unmöglich ein Judäer gewesen und ebensowenig in Bethlehem geboren sein kann", von arischer Abstammung sein müsse. Er schloß seine Ausführungen mit den sehr bezeichnenden Worten: Die Feststellung (!), daß Jesus kein Judäer, sondern ein Arier gewesen, sei von höchster weltgeschichtlicher Bedeutung; denn die Rasse sei Alles, und Alles könne nur aus der Rasse erklärt werden. Auch hier müsse das Wort des Jeremias seine Anwendung finden: „Kann denn ein Neger seine Haut ändern?" Ebensowenig könne Jesus als Judäer angesehen werden, „da er nun doch ein Arier war".

Dieser mit hochfahrender Selbstgefälligkeit vorgetragene Speech, namentlich sein Ausklang, hat Verblüffung und nahezu ungeteilten Unwillen erregt, der auch in den Tageszeitungen ein Echo fand. Das angesehenste Blatt „Politiken“ kennzeichnete das Gebaren Haupts in einem besonderen Artikel, der dem Baltimorer „Gelehrten“ kaum große Freude bereitet haben dürfte. Begreiflicherweise gestaltete sich die Diskussion sehr lebhaft.

Dr. Kaminka-Wien erklärte, daß er bereits vor achtzehn Jahren aus rein geographischen Erwägungen in einer wissenschaftlichen Zeitschrift dieselbe Vermutung über die Lage von Hamath aufgestellt, aber später als gänzlich hinfällig erkannt habe, weil ihr geographische und gewichtige historische Momente widerstreiten. Prof. Gunkel-Gießen bemerkte, daß, wenn es auch als feststehend betrachtet werden müsse, daß Jesus kein Judäer, sondern ein Galiläer (nicht aus der jüdischen Provinz Judäa, sondern aus der jüdischen Provinz Galiläa) gewesen, so lasse sich doch seine Abstammung von Ariern nicht beweisen. Ueberhaupt sei es sehr schwierig, die Abstammung eines Einzelnen von einer bestimmten Rasse darzutun, und in diesem Falle müßte Haupt zumindest erst den Nachweis dafür bringen, daß in Galiläa nicht ein einziger Judäer übrig geblieben sei. Privatdozent Dr. Mittwoch-Berlin meinte, daß die Schlüsse, die Haupt u. a. auch aus einigen Ueberlieferungen über die fremdartige Aussprache der Galiläer auf die fremde Abstammung Christi und seiner Apostel herleiten möchte, nicht stichhaltig seien. Prof. Ginzber-New York widerlegte auf Grund von mehreren Stellen, die er aus der alten, namentlich der talmudischen Literatur anführte, die Annahme Haupts auch in bezug auf die Lage anderer Orte in Galiläa. Lizentiat Dr. Jeremias-Leipzig betonte, daß Jesus nur als Jude verstanden werden könne, und daß alle Versuche, ihn als Arier begreiflich zu machen, nur verwirrend wirken müßten. Am Ende könnte Haupt seine Beweisführung auf alle Juden ausdehnen und sie alle von Ariern abstammen lassen. In gleichem Sinne sprach sich der Bonner Theologie-Professor Ed. König aus, indem er erklärte, daß er seine ganze, dreißigjährige wissenschaftliche Tätigkeit verleugnen müßte, wenn er nicht gegen Haupts Annahme nachdrückliche Verwahrung einlegte. Herr Dr. Yahuda-Berlin kritisierte in eingehenden Ausführungen die unwissenschaftliche Art, wie Haupt seine Hypothese zu beweisen suchte. Man könnte wohl fragen, ob Jesus ein Judäer oder Galiläer, nicht aber, ob er Judäer oder Arier war. Was würde man darüber denken, wenn reinblütige Semiten, nach Art der reinblütigen Arier, große Männer der Weltgeschichte für ihre Rasse reklamieren würden, und es später jemandem einfiele, auf ähnliche Art, wie es Prof. Haupt tut, den Beweis zu erbringen, daß beispielsweise Goethe von polnischen Juden abstammte, weil in Frankfurt a. M. auch solche Juden angesiedelt sind? Wie, wenn es abessinischen Christen beikäme, zu beweisen, daß Jesus ein Abessinier, oder wenn indische oder chinesische Muhammedaner mit aller Gewalt dartun wollten, daß Muhammed ein Inder bezw. Chinese gewesen sei? Würde man das auch als mit dem Ernst wissenschaftlicher Forschung vereinbar ansehen? Wenn Prof. Haupt es sich zur Aufgabe gestellt habe, für eine Hypothese, die von Chamberlain erfunden wurde, Propaganda zu machen, so möge er es tun, nur dürfe er nicht wissenschaftliche Kongresse, die sich durchaus rein wissenschaftlichen Fragen zu widmen haben, zu diesem Zwecke benutzen. Prof. Haupt verwahrte sich dagegen, aus antisemitischen Motiven an die Frage nach der Abstammung Jesu herangetreten zu sein, und erklärte in ziemlich erregter, längerer Rede, daß er durchaus nicht den Anspruch erhebe, die Abstammung Jesu von Ariern definitiv entscheiden zu können, „da er selbst ja bei der Geburt Jesu gar nicht anwesend gewesen sei“.

Die Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus findet, wie wir noch einmal kurz wiederholen, am Sonnabend, den 17. d. M., abends 7½ Uhr, im Architektenhause, Wilhelmstr. 92/93, statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die Referate über „Vaterlandsliebe und Bodenständigkeit bei unseren jüdischen Mitbürgern“, erstattet von dem Landtagsabgeordneten Herrn Professor Dr. Günther-München, und „Die Zurücksetzung der Juden im Heere“, worüber Herr Oberst a. D. Gädke-Steglitz sprechen wird.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Konservativen und die Gleichberechtigung der Konfessionen. Die durch die Blockpolitik instradierte sogenannte konservative „liberale Paarung“ geniert die Konservativen nicht im geringsten, ihre urreaktionären Forderungen hinsichtlich der Benachteiligung der Juden in den akademischen Berufen auch weiterhin mit ungeschwächten Kräften zu propagieren. So hat erst in letzter Woche die „Konservative Korrespondenz“ von dem „jüdischen Nachwuchs“ gefaselt, der in „ganz ungeheurem Prozentsatz zu der jüdischen Bevölkerungsziffer“, die höheren Lehranstalten und die Universitäten bevölkere. Der Angriff ist charakteristisch für die Anschauungen, die in konservativen Kreisen gegenwärtig wieder herrschen; es heißt in dem Artikel u. a.:

„In den Berufen der Aerzte (namentlich der Spezialärzte), der Anwälte, der Hochschullehrer spielt das Judentum eine ziffernmäßig viel zu große Rolle. Schon der verewigte v. Kleist-Retzow hat zu Maßnahmen gegen dieses Vordringen, das dem Staat viel Geld kostet, dringend geraten. Statt diesen Rat zu befolgen, werden dem Judentum noch immer neue Wege zum Eindringen in akademische Berufe erschlossen. Und dieses Eindringen ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit Verdrängen christlicher Mitbewerber. Schon die Gerechtigkeit also sollte gebieten, die Juden zu akademischen Berufen nur im Verhältnisse der jüdischen Bevölkerungsziffer zuzulassen.“

Also eine Kontingentierung oder gar ein numerus clausus der Juden in den akademischen Berufen wird hier dreist und gottesfürchtig von dem parteiamtlichen Organ der Konservativen gefordert, ohne daß auch nur ein einziges liberales Blockorgan auf diese unerhörte Provokation — doppelt unerhört, weil sie in der Aera einer angeblichen konservativ-liberalen Orientierung unserer inneren Politik erfolgt — die entsprechende Antwort gegeben hätte.

Der Aufmarsch der Parteien in Hessen für die Ende dieses Monats stattfindenden Landtagswahlen ist nunmehr abgeschlossen. Die politische Gruppierung ist eine total veränderte wie bei den Reichstagswahlen. Der Reichstagsblock ist in Scherben gegangen. Zentrum, Nationalliberale und Bündler ziehen in einer Schlachtreihe gegen Freisinnige und Sozialdemokraten in den Kampf, welch letztere zwar kein formelles Bündnis miteinander abgeschlossen haben, bei den Stichwahlen aber zweifellos sich gegenseitig unterstützen werden. Um angesichts der Blockpolitik im Reich die Intimität zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht allzu auffällig zu machen, sind zwar in zwei Wahlkreisen, die überdies zum festen Besitzstand der betreffenden Partei gehören, von den beiden Parteien einander Gegenkandidaten gegenübergestellt worden; es handelt sich jedoch nur um einen Kulissenkampf, um den ungünstigen Eindruck des festen Wahlbündnisses in den sieben anderen Wahlkreisen zu verwischen.

Die Freisinnigen haben um ihre sämtlichen 3 Mandate in Gießen, Alsfeld und Friedberg zu kämpfen, die bedeutende Erstarkung der freisinnigen Organisationen im Lande im letzten Jahre berechtigt jedoch zu der Hoffnung, daß die

bewährten drei Vertreter dieser Kreise Gutfleisch, Reh und Tamm wieder in den Landtag einziehen werden.

In Mainz, wo das Kartell zwischen Zentrum und Nationalliberalen alle Hebel in Bewegung setzt, um die beiden bisherigen sozialdemokratischen Vertreter Dr. David und Adelung zu verdrängen, hat die stark besuchte Generalversammlung des freisinnigen Vereins, im Gegensatz zu einem Vorstandsbeschluß, der eine (für die Kartellparteien) wohlwollende Neutralität empfohlen hatte, sofortiges Eintreten für die Sozialdemokraten beschlossen. Desgleichen hat ein Teil der Jungliberalen in Mainz gegen das Bündnis zwischen Nationalliberalen und Zentrum protestiert.

Die Antisemiten deutschsozialer Couleur, die ein halbes Dutzend eigener Kandidaten aufgestellt haben, scheinen im letzten Stadium des Wahlkampfes wieder ein starkes Anlehnungsbedürfnis an den Bund der Landwirte empfunden zu haben.

In Baden erhoffen die Antisemiten von den nächsten Landtagswahlen den Wiedereintritt einiger Vertreter ihrer Partei in das Rondel. Bei den letzten Wahlen, die sich unter dem Zeichen des liberal-sozialdemokratischen Großblocks gegen das Zentrum und die Konservativen vollzogen, wurde, wie erinnerlich, der letzte antisemitische Abgeordnete, Mampel, aus dem Landtage hinausgewählt. Jetzt suchen sich die Deutschsozialen beizeiten mit dem Zentrum anzubiedern, dessen Taktik bekanntlich darauf ausgeht, die liberal-sozialdemokratische Mehrheit unter allen Umständen zu sprengen, selbst unter Zurückstellung der eigenen Fraktionsinteressen. Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg läßt zu diesem Zweck folgenden Lockruf erschallen:

„Das Zentrum will die nationalliberale Partei endgültig von dem Throne stürzen, den diese Partei vermöge des Großblocks im Landtag bisher einnahm und hat daher in den Wahlkreisen, wo es aus eigener Kraft nicht siegen kann, ein Interesse an der bedingungslosen Stärkung der anderen rechtsstehenden Parteien. Die Konservativen haben schon bei den letzten Landtagswahlen aus dieser Taktik Nutzen gezogen. Die Deutschsozialen, die in früheren Jahren über ein Dutzend eigner aber schlecht organisierter Vereine in Baden besaßen und auch Abgeordnete unter schwierigeren Verhältnissen als heute in den Landtag brachten, müssen nunmehr aus der mehrjährigen Passivität heraustreten."

Die Antisemiten möchten also ebenfalls ihren Anteil an der Futterkrippe des Zentrums haben. Fragt sich nur, ob die Konservativen sich diesen unlauteren Wettbewerb gefallen lassen werden, und ob dem Zentrum die Unterstützung der Antisemiten nicht etwas genierlich ist.

Antisemitische Geschäftspolitiker. Aus Kassel wird uns geschrieben: Die „rechte Hand" des Herrn Lattmann in Kassel ist der Landessekretär Kreis. Fast alle antisemitischen Artikel (besonders auch Broschüren über angebliche Halsabschneidereien), die hier das Licht der Welt erblicken, entstammen der Feder des anscheinend nicht gerade mit Amtsgeschäften überbürdeten antisemitischen Landessekretärs. Nur verantwortlich für seine Geistesprodukte hat Herr Kreis niemals gezeichnet. Als der antisemitische „Beobachter" ins Leben trat, übernahm dessen Verlag Herr Thiele, der Verleger des seither von Kreis redigierten antisemitischen „Kasseler Sonntagsblattes". Das Sonntagsblatt war für Herrn Thiele keine Quelle ungetrübter Freude. Zweimal wurde er, da er selbst verantwortlich zeichnete, wegen Beleidigung des liberalen Arztes Dr. Tienes zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Herr Kreis hütete sich natürlich als „teutscher" Mann, sich zu der Verfasserschaft der beleidigenden Artikel zu bekennen! Durch den „Beobachter" hoffte Herr Thiele reichlich für die erlittene Unbill entschädigt zu werden. Besonders auch finanziell . . . Wenn eine Tageszeitung etwas bringen soll, so muß man natürlich erst etwas opfern. Das sah auch Herr Thiele ein. Er opferte eine ganze Zeitlang. Aber die Geistesprodukte des Herrn Kreis wollten keine Leser, wenigstens keine zahlenden, finden. Und schließlich wurde der „Beobachter" mit Ach und Krach an die „Neue Kasseler Ztg." verkauft und mit dieser verschmolzen. Herrn Thieles Leiden waren damit aber nicht erschöpft. Ende der vergangenen Woche mußte Herr Thiele vor Gericht erscheinen. Kläger war Herr — Kreis. Noch interessanter war der Gegenstand der Klage: Thiele hatte sich verpflichtet, die für sein Sonntagsblatt aufgegebenen Inserate auch im „Beobachter" erscheinen zu lassen, dieweil die Akquisiteure des „Beobachters" fast überall abblitzten. Das Organ der Partei für „ehrliche Arbeit" sollte also einen Geschäftsgang vorspiegeln, den es tatsächlich nicht hatte! Herr Thiele sah das auch nur eine Weile mit an, und als der „Beobachter" sich wandelte, weigerte er sich, diese Geschäftsgebarung fortzusetzen. Herr Kreis besteht nun auf seinen Schein und klagt auf 500 Mark Entschädigung.

Die Verhandlung wurde zunächst bis zum 28. Oktober ausgesetzt.

Wahrscheinlich verliert Herr Thiele auch noch die 500 Mark, und Karl Johann Kreis läßt für das schöne Geld eine neue Broschüre über jüdische Halsabschneiderei drucken.

Gießen, 8. Oktober. Die hier erscheinende antisemitische „Hessische Wochenzeitung" hatte behauptet, bei der in geheimer Sitzung erfolgten Beratung einer Gehaltserhöhung für Oberbürgermeister Mecum habe Stadtv. Dr. Gutfleisch beantragt, dem Oberbürgermeister 20 000 Mark als Gratifikation zu gewähren, um diesem aus finanziellen Schwierigkeiten zu helfen. Schon ehe das Blatt diese Behauptung aufstellte, war sie in gewissen Kreisen mit Eifer kolportiert worden. Heute rechtfertigte Dr. Gutfleisch in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung die auf Antrag eines seiner Kollegen bewilligte Gehaltserhöhung, kennzeichnete aber gleichzeitig die Behauptung von einer beantragten Gratifikation als vollständig aus der Luft gegriffen. Der Oberbürgermeister habe weder angeregt, ihm eine Gratifikation zu gewähren, noch habe er oder ein anderer Kollege einen dahingehenden Antrag stellen können. Die in die Welt gesetzte Lüge scheine ihm mit einem gewissen Bedacht vorbereitet zu sein, um in der Bürgerschaft Mißtrauen gegen gewisse Personen der städtischen Verwaltung zu erregen. Stadtv. Krumm (Soz.) führte aus, nachdem er gehört habe, von welchen Personen diese Lügen verbreitet wurden, habe er sich des Verdachts nicht entschlagen können, daß es sich dabei um eine Wahlmache handle. Der Zweck sei, dem zur Wiederwahl stehenden Landtagsabgeordneten Gutfleisch einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Er — Krumm — werde von seiner Partei Dr. Gutfleisch als Landtagskandidat gegenübergestellt werden, er müsse aber Bedenken tragen, ein derartiges Mandat anzunehmen, wenn mit Mitteln, wie sie hier angewendet werden, versucht werde, dem politischen Gegner eins anzuhängen. Wenn wahr sein sollte, daß sogar ein Stadtverordneter diesen Klatsch weitergetragen habe, so müsse er ein derartiges Verhalten als Gemeinheit bezeichnen. Die Ausführungen beider Redner wurden wiederholt von der Versammlung mit lautem Beifall unterbrochen.

Mit dem Internationalen Mittelstands-Kongreß, der dieser Tage in Wien tagte, sind unsere gerichten Mittelständler in Deutschland sehr wenig zufrieden, obwohl ihre Hauptwortführer, wie Herr Professor Ruhland, und als Vertreter der deutschen Mittelstands-Vereinigung die Herren Generalsekretär Eisenträger und der Antisemit Lehrer Berg, an dem Kongreß ebenfalls teilgenommen haben. Schweres Aergernis bereitete den Zünftlern die von dem Vorsitzenden, Sektionschef Exner, ausdrücklich gebilligte Anwesenheit des Syndikus der deutschen Waren- und Kaufhäuser, Dr. Wernicke-Berlin, als voll- und gleichberechtigtes Mitglied der Versammlung. Der Vorsitzende machte den Beschwerden über die Teilnahme

Dr. Wernicke's gegenüber mit Recht geltend, daß die Stellung dieses Vertreters kein Hindernis sei für die Mitarbeit. Diese könne sogar von Nutzen sein, da Dr. Wernicke am besten in der Lage sei, die so wichtigen Informationen über die kommerzielle Leitung und über die Technik der Warenhäuser zu geben. Die Aufgabe des Internationalen Verbandes bestehe nicht darin, die Warenhäuser zu bekämpfen, sondern in dem Studium der einschlägigen Verhältnisse.

Gegen die unanfechtbare Logik dieser Argumentation verstummte selbst der Widerspruch des Vertreters der Deutschen Mittelstandsvereinigung, dem die „Deutschsoz. Blätter" deswegen folgende bittere Pille verabreichen:

„Der Vertreter der Deutschen Mittelstands-Vereinigung erklärte sich mit dieser naiven Antwort befriedigt, was zwar seinem glaubensfrohen Herzen und seinem Sachverstand alle Ehre macht, von den kundigen Thebanern des Mittelstandes aber wohl nur kopfschüttelnd gelesen werden wird."

Vermischtes.

Die Bekämpfung der Unsittlichkeit ist längst eine gemeinsame Forderung der anständigen Elemente aller Konfessionen. Früher war es eine Spezialität des Herrn Stöcker, die Juden bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die wachsende Unsittlichkeit verantwortlich zu machen, und auch heute noch findet man das Echo dieser gewissenlosen Hetze in manchen antisemitischen Blättern. Insbesondere ist da ein beliebtes Thema der jüdische Mädchenhandel, wobei freilich geflissentlich verschwiegen wird, daß gerade aus den Kreisen der deutschen Juden die auf die Bekämpfung dieser schändlichen Institution abzielenden Bestrebungen und Institutionen die tatkräftigste Förderung erfahren, und daß eine besondere jüdische Organisation seit Jahren Schulter an Schulter mit den anderen Komitees kämpft. Auch auf der in diesen Tagen stattgehabten 6. deutschen Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels war der jüdische Frauenbund vertreten und ist mit eigenen Anträgen, die auch einstimmige Annahme fanden, hervorgetreten. Ebenso nahm auf der am 12. d. M. in Frankfurt a. M. stattgehabten 19. Konferenz deutscher Sittlichkeitsvereine der Referent Lic. Weber, der Herrn Stöcker politisch und kirchlich sehr nahe steht, ausdrücklich Veranlassung, in seinem Aufruf zur Bekämpfung der sogenannten Nacktkulturbewegung, sich nicht nur an die Bekenner der christlichen Religion zu wenden:

„Wir hoffen, daß auch unsere israelitischen Mitbürger, die an den Gott Abrahams glauben, mit uns zusammenstehen werden in dieser Sache. (Lebhafte Zustimmung.)"

Insbesondere aber hob Lic. Weber rühmend hervor die tatkräftige Unterstützung, die der Verein im Kampfe gegen die Bordelle durch einen, dem derzeitigen Abgeordnetenhause leider nicht mehr angehörigen Parlamentarier erfahren hat:

„Besonderen Dank spreche ich noch dem Abgeordneten Münsterberg aus. Ich bedaure, daß er nicht hier ist. Er hat die ernste Frage im Parlament mit Nachdruck vertreten."

Der frühere Abg. Münsterberg-Danzig war nicht nur ein bei allen Parteien hochangesehenes Mitglied des Abgeordnetenhauses, sondern er ist auch eine Zierde des Judentums.

Ueber ein wenig faires Verhalten der Hartweizen-Griesfabrik Aktiengesellschaft in Lambrecht einem ihrer Vertreter gegenüber lesen wir in dem Hamburger „Isroel. Fam.-Bl.":

„Eines Tages bittet die Hartweizen-Griesfabrik Aktiengesellschaft in Lambrecht — wohlgemerkt: nicht ein beliebiger Krämer, der es nicht besser versteht, sondern eine veritable Aktiengesellschaft — den jüdischen Kaufmann Sch. in M.-Gladbach, ihre Vertretung zu übernehmen. Sch. erfüllt diese Bitte und ist im Schweiße seines Angesichts darum bemüht, als Agent für die Fabrik zu wirken. Nicht ohne Erfolg. Da erklärt ein Abnehmer, schlecht bedient zu sein; Sch. gibt diese Reklamation unter Beifügung des Beweismaterials in einem höflichen Schreiben weiter, erhält aber als Antwort einen schwer beleidigenden Brief. Sch. bleibt ruhig, bittet um direkte Erledigung der geschäftlichen Differenz zwischen Fabrik und Abnehmer und fügt hinzu: „Auf Ihr Schreiben kann ich Ihnen nichts anderes erwidern, als daß ich mit dem heutigen Tage Ihre Vertretung niederlege." Diese anständige Beantwortung der Beleidigung hatte die Aktiengesellschaft nicht erwartet. Sie fühlt sich durch das Ausbleiben jeder verletzenden Gegenäußerung beschämt, geht aber nicht in sich, sondern — sinnt auf Rache; Rache dafür, daß der Agent vornehmer gesonnen ist als sie. Bald soll die Gelegenheit sich bieten. Sch. bittet höflichst um Einsendung einer Provisionsnota, wird keiner Antwort gewürdigt, wiederholt dann seine Bitte — wieder ohne jeden Erfolg. Nach Verlauf von einigen Wochen ersucht Sch. zum drittenmal um Einsendung der Abrechnung, „andernfalls ich die Angelegenheit meinem Rechtsbeistande zur Erledigung übergeben werde". Nun läßt sich endlich die Hartweizen-Griesfabrik Aktiengesellschaft aus ihrer stoischen Ruhe bringen, schickt Sch. die Nota, auf die er längst Anspruch hat, und „ersucht um Empfangsanzeige ohne jüdische Drohung". Sch.'s angemessene Antwort bestand in der Anstrengung einer Beleidigungsklage."

Ein jüdischer Feldmarschall-Leutnant. Das vor wenigen Tagen zur Ausgabe gelangte Verordnungsblatt für das österreichisch-ungarische Heer bringt die Verleihung des Titels und Charakters eines Feldmarschall-Leutnants an den Generalmajor des Ruhestandes Eduard Ritter v. Schweitzer. FML. Schweitzer, der sich in der Armee einen glänzenden Namen zu erringen wußte, ist in Gyöngyös von armen jüdischen Eltern geboren, trat im Jahre 1866 als einfacher Soldat in die Armee ein, kämpfte noch im selben Jahre in Böhmen, machte im Jahre 1878 die Okkupation von Bosnien mit, erhielt als Oberleutnant für besonders tapferes Verhalten den Orden der Eisernen Krone 3. Klasse mit der Kriegsdekoration und wurde gleichzeitig in den erblichen Ritterstand erhoben. Nach der Okkupation absolvierte er die Kriegsschule mit sehr gutem Erfolg, avancierte 1892 außertourlich zum Major, 1895 zum Oberstleutnant, 1898 zum Oberst und wurde noch in demselben Jahre zum Kommandanten des Infanterieregiments Nr. 26 Michael Großfürst von Rußland ernannt. Nach vierjähriger ausgezeichneter Kommandoführung wurde er im Jahre 1902 Offizier des Franz-Joseph-Ordens und avancierte im Jahre 1904 zum Generalmajor und Kommandanten der Infanteriebrigade Nr. 53. Nach vollendeter 40jähriger Dienstzeit trat er im Jahre 1906 unter Verleihung des Ausdrucks der allerhöchsten Zufriedenheit in den Ruhestand über. FML. Ritter v. Schweitzer, der zu den volkstümlichsten Generälen der Armee zählt, besitzt eine Reihe von hohen fremdländischen Dekorationen, unter anderem ist er Kommandeur des russischen Stanislaus-Ordens mit dem Stern und des sächsisch-ernestinischen Hausordens vom weißen Falken.

In der Behandlung der russischen Pässe deutscher Juden herrscht anscheinend ein grenzenloses Durcheinander. Wir haben mehrfache Beispiele hierfür aus Bayern, wo wenigstens die Regierung das Interesse ihrer Staatsangehörigen energisch wahrnahm, und aus Preußen erwähnt, dessen Regierung sich auch nicht zu dem schwächlichsten Protest gegen die russische Willkür aufschwingen kann. Wie in Oberschlesien die Pässe deutscher Juden behandelt werden, geht aus folgendem uns zur Verfügung gestellten Privatschreiben aus Kattowitz hervor:

„Meinen russischen ganzen Kaufmannspaß bekomme ich bei der hiesigen Polizei; den ausgestellten Paß sende ich, nachdem ich mir eine Gewerbe-Legitimationskarte besorgt habe, an meine Firma nach Breslau, welche denselben nebst einer Abschrift der handelsgerichtlichen Eintragung der Firma dem russischen Konsul in Breslau präsentiert, woselbst ich ein Visum auf sechs Monate erhalte. Unsere Behörde macht keinerlei Eintragungen wegen der Religion, nur muß ich als Jude für das Paßbüchel 3 Mark bezahlen, während Christen resp. Andersgläubige nur 1,50 Mark zahlen. Der russische Konsul hingegen schreibt neben meinen Namen das Wort „Jude" in russischer Schrift. Es wäre wirklich Zeit, daß man den Leuten eine solche Ungehörigkeit verbietet."

Briefkasten.

R. B. in D. Sie sind im Irrtum. Der langjährige badische Finanzminister Elstätter ist als Jude gestorben. Der derzeitige bayerische Kultusminister Dr. von Wehner, der Enkel eines jüdischen Hausierers Wiener, stammt jedoch von schon getauften Eltern.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nr. 43. Berlin, den 21. Oktober 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen“ 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 17. d. M., abends 7½ Uhr, fand in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstr. 92/93, die diesjährige Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus statt, die sich eines überaus zahlreichen Besuchs, auch von Mitgliedern aus dem Reiche, erfreute. Der Hauptversammlung war, wie üblich, eine Sitzung des erweiterten Vorstandes vorausgegangen, in der eine allgemeine Aussprache über die internen Angelegenheiten des Vereins gepflogen wurde. An beiden Sitzungen nahmen auch Vertreter des österreichischen Abwehrvereins, und zwar die Herren Vorstandsmitglieder k. k. Regierungsrat Löhner und Oberinspektor Engel teil, die von der befreundeten Organisation unseres Nachbarlandes zu der Versammlung delegiert waren, um mit dem Vorstande des deutschen Abwehrvereins über eine engere publizistische Verbindung beider Organisationen zu konferieren.

Hauptgegenstände der diesjährigen Generalversammlung waren die Referate über „Vaterlandsliebe und Bodenständigkeit bei unseren jüdischen Mitbürgern“, erstattet von dem Herrn Landtagsabg. Prof. Dr. Günther-München, und „Die Zurücksetzung der Juden im Heere“, erstattet von Herrn Oberst a. D. Gädke-Steglitz. Eröffnet wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden Herrn Dr. Th. Barth, der nach einer Begrüßungsansprache an die Gäste die Notwendigkeit einer ungeschwächten Fortsetzung der Vereinstätigkeit mit dem Hinweise auf einige besonders gravierende Fälle von Verletzung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aus der jüngsten Zeit belegte. Hieran schloß sich ein Ueberblick über die derzeitige Lage des politischen Antisemitismus, den der Geschäftsführer des Vereins, Herr Bürger, mit dem Geschäftsbericht verknüpfte. Den Referaten über die beiden genannten Hauptthemata folgte die Wahl des engeren Vorstandes, der in seiner bisherigen Zusammensetzung per Akklamation wiedergewählt wurde, verstärkt durch Zuwahl zweier Frankfurter Vorstandsmitglieder, der Herren von Lasaulx und R.-A. Dr. Bärwald. Den Abschluß der Verhandlungen bildete eine angeregte Diskussion, an der sich außer den beiden Referenten und dem Vorsitzenden die Herren Sanitätsrat Dr. Peiser-Königsberg N.-M., Dr. Bernhard Weiß-Berlin und die Herren Hoffstaedt, Jaffé und Neumann-Berlin beteiligten. Wir lassen nunmehr den ausführlichen Bericht zum großen Teil nach stenographischen Aufzeichnungen folgen:

Die Eröffnungsansprache des Herrn Dr. Barth:

„Die diesjährige Generalversammlung des V. z. A. d. A. ist eröffnet. Indem ich die Anwesenden willkommen heiße, bin ich dieses Mal in der angenehmen Lage, auch zwei Vorstandsmitglieder des befreundeten österreichischen V. z. A. d. A., die Herren K. k. Reg.-Rat Löhner, Ober-Inspektor Engel, als Gäste willkommen heißen zu können. Der Antisemitismus liebt es bekanntlich, sich in recht grelle nationale Farben zu kleiden, aber die Häßlichkeit und Kulturwidrigkeit seines politischen Charakters trägt nichtsdestoweniger in allen Ländern die gleichen Züge. Es ist daher begreiflich, daß auch die Abwehrmittel in den verschiedenen Ländern sich ähnlich gestalten müssen. Unsere österreichischen Freunde suchen von uns zu lernen, wie wir von ihnen.

Bevor wir in die reichhaltige Tagesordnung unserer heutigen Generalversammlung eintreten, gestatten Sie mir noch, zweier besonders schmerzlicher Verluste zu gedenken, die unseren Verein in diesem Jahre betroffen haben. Zwei Mitbegründer des Vereins, Charles Hallgarten in Frankfurt a. M. und Sanitätsrat Dr. Neumann in Berlin, sind durch den Tod aus einem unermüdlichen humanitären Wirken abberufen. Sie gehörten zu den treuesten Freunden unserer Sache und zeichneten sich insbesondere auch dadurch aus, daß sie nicht dafür zu haben waren, den Ernst und den Nachdruck unseres Kampfes für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden durch opportunistische Erwägungen irgendwelcher Art abschwächen zu lassen. Das Andenken dieser beiden ausgezeichneten Männer wird in Ehren gehalten werden, vor allem auch dadurch, daß wir den Kampf gegen den Antisemitismus mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit führen. Es ist ja bedauerlich, daß ein Verein wie der unsrige in einem modernen Kulturlande überhaupt noch nötig ist. Daß man in unserem sogen. Rechtsstaat des zwanzigsten Jahrhunderts noch um konfessionelle Gleichberechtigung zu streiten hat, ist ein betrübender Beweis, wie schwach das strenge Rechtsgefühl im heutigen Deutschland entwickelt ist. Unser Verein ist weder ein Verein von Juden noch ein Verein für Juden; er ist ein Verein von Gerechtigkeit liebenden Bürgern christlicher wie jüdischer Konfession, dessen alleiniger und ausgesprochener Zweck die Durchführung der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit ist, die unseren jüdischen Mitbürgern tatsächlich nicht gewährt wird. Hie und da ist die Meinung aufgetaucht, daß der Antisemitismus sich wenigstens abgeschwächt habe. Ich vermag diese Ansicht durchaus nicht zu teilen. Leute wie Ahlwardt und Graf Pückler zwar sind vom Schauplatz abgetreten, aber Antisemiten dieses Kalibers waren von jeher dem Antisemitismus selbst gefährlicher als dessen Gegnern. Der gefährliche Antisemitismus ist der Antisemitismus in Glacéhandschuhen, der das Rechtsgefühl mit allerlei Zweckmäßigkeitserwägungen einzulullen versucht. In dieser Beziehung sind die Dinge im abgelaufenen Jahre gewiß nicht besser, sondern eher schlimmer geworden. Ich will aus der reichen Fülle von Fällen, die diese Behauptung beweisen, nur drei besonders prägnante hervorheben. Zunächst den Fall des Arztes Dr. Julius Moses in Mannheim, der auf der Darmstädter Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, trotz seiner anerkannten wissenschaftlichen Qualifikation, aus keinem anderen Grunde als Referent zurückgewiesen wurde, als weil sein Name einen alttestamentarischen Charakter trage. Wie weit ist es gekommen, wenn der Vorstand einer wissenschaftlichen Vereinigung sich nicht scheut, in dieser Weise sich vor den absurdesten antisemitischen Vorurteilen zu verbeugen!

Der zweite Fall charakterisiert die einflußreichste politische Partei Preußens. Vor wenigen Tagen erst hat die „Konservative Korrespondenz“, ein offizielles Sprachrohr der konservativen Partei, gefordert, daß die Juden zu akademischen Berufen nur im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer zugelassen würden. So geschehen im Jahre 1908, im zweiten Jahre der Blockpolitik.

Der dritte Fall ist noch charakteristischer. Der Lehrer Brandau in Kassel war bei der letzten Reichstagswahl in Eschwege-Schmalkalden für seinen Lehrerkollegen, den freisinnigen Kandidaten Kimpel, gegen den Antisemiten Raab tätig. In einer Versammlung wird Brandau gefragt, was er in dem Falle einer Stichwahl zwischen dem antisemitischen und dem sozialdemokratischen Kandidaten tun werde. Brandau, der in diesem Kreise gar nicht zu wählen hatte,

erwidert, daß es „gegen seine Ueberzeugung sein würde, wollte er den Antisemiten wählen. Er müsse sich in diesem Falle der Stimme enthalten." Wegen dieser Aeußerung ist Brandau in eine vom Kultusminister bestätigte Disziplinarstrafe von 60 Mark genommen worden.

Vor einem Vierteljahrhundert bezeichnete bekanntlich der Vater des jetzigen Königs von Preußen den Antisemitismus als eine Schmach unserer Zeit, und jetzt im folgenden Jahrhundert wird ein Volksschullehrer, der es mit seinem Gewissen für unverträglich hält, einen Vertreter dieser Schmach ins Parlament zu schicken, von einem preußischen Kultusminister einer Disziplinarstrafe unterworfen. In demselben preußischen Kultusministerium wird der ordentliche Professor der Rechte Walter Schücking, der einem seiner früheren Schüler, einem Referendar jüdischer Konfession, mit Erfolg behilflich gewesen war, durch eine Eingabe an den Justizminister antisemitische Vorurteile zu überwinden, die sich seiner Anstellung entgegenstellten, mit einer disziplinarischen Strafe bedroht, weil er, der Professor des Rechts, sich in Dinge gemischt habe, die ihn nichts angingen.

Angesichts solcher und zahlreicher ähnlicher Vorkommnisse kann nicht davon die Rede sein, daß wir die Waffen niederlegen, im Gegenteil, wir müssen sie schärfen und rücksichtsloser gebrauchen. Was bedeuten alle gelegentlichen Auszeichnungen prominenter Juden durch Orden, Titel und ähnliche Konzessionen an die menschliche Eitelkeit angesichts der fortgesetzten Verleugnungen des Grundsatzes der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit gegenüber der Gesamtheit unserer jüdischen Mitbürger. Wir verlangen kein besonderes Wohlwollen für diesen oder jenen Juden, sondern volle Rechtsgleichheit für alle Staatsbürger jüdischer Konfession, und diese Rechtsgleichheit nicht ausnahmsweise, sondern ausnahmslos, und eine Rechtsgleichheit, die auch nicht vor dem bunten Tuch Halt macht. In diesem Sinne hat der Vorstand Ihres Vereins bisher die Geschäfte geleitet, in diesem Sinne wird er sie weiterführen, wenn Sie ihn wiederwählen."

Regierungsrat Löhner-Wien vom österreichischen Verein zur Abwehr des Antisemitismus dankt dem deutschen Verein für seine erfolgreiche Arbeit. „Wir werden alles tun, um diese humanen Bestrebungen zu fördern." (Beifall.)

Die Lage des politischen Antisemitismus und der Geschäftsbericht.

Herr Bürger:

„Angesichts der großen Bedeutung, die die beiden Hauptthemata der heutigen Tagesordnung insbesondere auch durch die Personen der Referenten für sich beanspruchen können, werde ich Sie mit dem naturgemäß etwas trockenen Geschäftsbericht nicht allzulange behelligen. Gleichwohl halte ich es für angezeigt, wie in früheren Jahren, dem wenigen, was mir in dieser Beziehung aus taktischen Gründen in einer öffentlichen Versammlung zu sagen gestattet ist, einige Worte über den derzeitigen Stand des politischen Antisemitismus in Deutschland vorauszuschicken. Als ich das letztemal den Vorzug hatte, Ihnen einen solchen Bericht zu erstatten, waren erst wenige Wochen seit den letzten Reichstagswahlen verflossen. Wie Sie wissen, haben diese Wahlen, die sich unter einer eigenartigen politischen Konstellation vollzogen, insofern eine erhebliche Veränderung der parteipolitischen Struktur des Reichstages zur Folge gehabt, als nicht nur die linksliberalen Parteien eine Stärkung erfahren haben, sondern auch die reaktionären Parteien, und zwar die reaktionären Parteien in höherem Grade als die liberalen, und leider relativ am stärksten die antisemitischen Gruppen. Denn mit den nahezu zwanzig antisemitischen Abgeordneten, die jetzt inkl. der Mittelständler im Reichstag sitzen, hat der parlamentarisch-politische Antisemitismus die bisher höchste Zahl erreicht. Selbst in der Zeit der antisemitischen Hochflut Anfangs der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist die parlamentarische Vertretung des Antisemitismus im Reichstage nicht so stark gewesen. Es war daher nicht verwunderlich, wenn hier und da in unserem Freundeskreise pessimistische Anwandlungen sich geltend machten, wenn man fürchtete, daß dieses Anwachsen der Vertretung des politischen Antisemitismus in unserem Hauptparlament vielleicht eine Renaissance — wenn man das Wort auf eine so demagogische Bewegung anwenden darf — des Antisemitismus einleiten könnte. Wir waren indes der Meinung, daß zu einer solchen Besorgnis wohl kaum ein begründeter Anlaß vorlag, und die späteren Ereignisse, besonders die Nachwahlen zum Reichstag, die ja den besten Gradmesser für die Volksstimmung abgeben, haben uns recht gegeben. (Sehr richtig!) Im Anfang des Jahres hat in Norden-Emden-Leer eine Nachwahl stattgefunden; die Antisemiten hatten die feste Hoffnung, den Wahlkreis zu erobern. Es ist ja bekannt, daß diese Partei der geborenen politischen Marodeure sich besonders gern auf solche Nachwahlen stürzt und die Wahlkreise alsdann mit ihrem ganzen Apparat überschwemmt, um den Wahlkreis erst einmal in Besitz zu bekommen. Mit der denkbar größten Rücksichtslosigkeit ist die Truppe des Herrn Liebermann von Sonnenberg auch in Norden-Emden-Leer vorgegangen. Die konservative Partei, die den Kreis bisher innehatte, wurde einfach beiseitegeschoben. Und was war der Erfolg? Ein Debakle sondergleichen, ein Zusammenbruch, wie er in der Geschichte politischer Wahlen fast unerhört ist. Von den rund 11 000 Stimmen, die die Konservativen noch das letztemal auf ihren Kandidaten vereinigten, haben die Deutschsozialen wenig mehr als 6000 aus diesem Zusammenbruch gerettet.

Wir brauchen wohl kaum zu versichern, daß unser Verein zu seinem Teile mit dazu beigetragen hat, dieses Wahlergebnis herbeizuführen. Von führender Seite der linksliberalen Parteien im Wahlkreise ist unsere Mitwirkung auch dankbar anerkannt worden. Norden-Emden-Leer war ein Mißerfolg der Deutschsozialen, wie sie ihn, solange die Partei besteht, noch nicht erlebt hat.

Der antisemitischen Reformpartei ging es in Colmar-Czarnikau-Filehne nicht viel besser. Dort versuchte Herr Bruhn, der frühere Herausgeber der „Staatsbürgerzeitung", dem Bruder des aus der Konitzer Affäre bekannten Schlachters Hoffmann ein warmes Nestchen zu bereiten. Und der Erfolg der lärmenden Agitation? Von 23 000 Stimmen hat die Reformpartei zirka 3500 erhalten. Es ist nur eine hohle Rodomontade, wenn Herr Bruhn nachher erklärt: Bei der nächsten Wahl sehen wir uns wieder! — Die Herren werden es sich wohl noch sehr reiflich überlegen, ob sie Zeit und Geld noch einmal an eine so aussichtslose Sache verschwenden sollen. (Sehr richtig!)

Allerdings wird es nötig sein, daß die Liberalen in der ganzen Provinz Posen ein wachsames Auge haben. Denn es scheint sich zwischen den Antisemiten und Konservativen ein Kompromißgeschäft anbahnen zu wollen für die nächsten Landtagswahlen. Die Antisemiten verlangen „Kompensationen" in Meseritz-Bomst. Wenn das richtig ist, dann wird also hier hinter dem Rücken der Liberalen, die schon seit zwei Legislaturperioden mit den Konservativen ein Wahlabkommen für die ganze Provinz getroffen haben, mit den Antisemiten gekuhhandelt. Ein solches höchst illoyales Verhalten der Konservativen müßte nicht nur den schärfsten Protest hervorrufen, die Liberalen würden es sich auch sehr zu überlegen haben, ob sie unter diesen Umständen das Kompromiß bei den nächsten Wahlen aufrecht erhalten können. Soviel über die Nachwahlen zum Reichstage, an denen Antisemiten beteiligt waren.

In der Zwischenzeit haben in dem führenden Bundesstaat Preußen auch Landtagswahlen stattgefunden. Es ist dabei erfreulicherweise gelungen, das preußische Abgeordnetenhaus trotz seines den reaktionären Parteien so günstigen Wahlsystems zum ersten Male antisemitenrein zu machen. (Beifall.) Unter den 443 Abgeordneten befindet sich kein einziger parteipolitischer Antisemit mehr, während im letzten Abgeordnetenhause sich noch zwei Antisemiten befanden. Herr Lattmann von den Deutschsozialen hat freiwillig verzichtet, weil ihm die Trauben zu hoch hingen, und der Reformparteiler Werner ist seinem freikonservativen Gegner unterlegen. Auch Herr Liz. Mumm, der Intimus des Herrn Stöcker, hat das Ziel seiner Wahlwünsche nicht erreicht. Es ist anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie im Wahlkreis Halle-Bielefeld-Herford realpolitisch und besonnen genug gewesen ist, entgegen ihrem ausdrücklichen Parteileitungsbeschluß, der für eine Unterstützung bestimmte Bedingungen stellte, den liberalen Gegner Mumms ohne jede Gegenleistung zu unterstützen. Hoffentlich wird diese wahlpolitische Entente, wenigstens soweit es die Bekämpfung des Antisemitismus angeht, auch für die Zukunft bestehen bleiben.

Zu den weniger erfreulichen Erscheinungen gehören die Wahlen in Oldenburg, wo zwei antisemitische Hauptkämpfer, der frühere Reichstagsabgeordnete Müller-Rutzhorn und das führende Mitglied des Bundes der Landwirte v. Levetzow ein Mandat erlangten. In Hessen stehen unsere Freunde vor schweren Entscheidungen. Die dortigen Liberalen, unsere Vorstandsmitglieder Herr Justizrat Gutfleisch und Herr Justizrat Reh an der Spitze, werden hoffentlich dem Landtag erhalten bleiben, und es dürfte wohl auch gelingen, die aufgestellten antisemitischen Kandidaten, die sich dort anschicken, sich von den Bauernbündlern zu emanzipieren, der zweiten Kammer zum größten Teile fernzuhalten.

Von den politischen Parteien nicht zu trennen sind die sogenannten Mittelständler, zum mindesten diejenige Gruppe, die sich in der sogenannten „Deutschen Mittelstands-Vereinigung" organisiert hat, und die ja nunmehr auch einen Vertreter im preußischen Landtag besitzt, den Obermeister Rahardt. Die „Mitteilungen" beschäftigen sich schon seit geraumer Zeit, wie Sie gesehen haben, ziemlich aufmerksam mit der Mittelstandsfrage und zwar aus guten Gründen. Man könnte ja sagen, daß Mittelstandsfragen nicht direkt in den Rahmen unserer Bestrebungen fallen. Dieser Einwand ist aber nicht stichhaltig, erstens weil die Antisemiten dort, wo sie mit ihrem spezifisch antisemitischen Programm keine Geschäfte mehr machen, sich mit Vorliebe als die wahren Vertreter des Mittelstandes aufspielen, dann aber auch aus dem einfachen Grunde, weil 90 bis 95 Prozent unserer jüdischen Mitbürger ja ebenfalls dem Mittelstande angehören. Das Schlagwort von dem „jüdischen Kapital", das alle anderen wirtschaftlichen Existenzen unterjocht, ist weiter nichts als antisemitische Demagogie. Tausende und Abertausende von kleinen Kaufleuten und sonstigen Gewerbetreibenden, Handwerkern usw., insbesondere in der Provinz Posen, gehören zum Mittelstande und sind volkswirtschaftlich vielleicht wertvollere Mitglieder des Mittelstandes als die Schichten, die sich gewissenlose Agitatoren als ihre politischen Sachwalter erkoren haben. (Sehr richtig!) Was will auch die Handvoll wirklich reicher Juden besagen, deren Namen von der antisemitischen Presse als Inkarnation des „mammonischen Geistes" Tag für Tag in den Kot gezogen werden? Diese winzige Zahl spielt eine verschwindend geringe Rolle gegenüber den großen Vermögen, die sich in christlichen Händen befinden, im Großgrundbesitz, im Bergbau, in Industrien aller Art. Wir glauben Ihre Zustimmung zu finden, wenn wir den Mittelstandsproblemen auch weiterhin unsere vollste Aufmerksamkeit schenken, indem wir einerseits einer wohlverstandenen Mittelstandspolitik gern unsere Unterstützung leihen, einer irregeleiteten Bewegung aber, die von den

Antisemiten nur für ihre Parteizwecke mißbraucht wird, auch fernerhin mit Nachdruck entgegentreten. (Beifall.)

Aus diesem kurzen Ueberblick über das Auf und Nieder der antisemitischen Bewegung dürften Sie wohl die Ueberzeugung gewonnen haben, daß von einer stärkeren Infizierung der Bevölkerung durch das antisemitische Gift nicht eben gesprochen werden kann. Sobald erst einmal die derzeitige parteipolitische Konstellation, wie sie durch die Ereignisse des Dezembers 1906 geschaffen worden ist, in die Brüche gegangen sein wird, werden die Antisemiten auch nicht mehr hoffen können, von den anderen Parteien bei den nächsten Wahlen in dem Maße unterstützt zu werden, daß sie in gleicher Stärke in den Reichstag zurückkehren. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte mit der gebotenen Reserve über die *innere Tätigkeit des Vereins*, die ja auch den Hauptgegenstand der Verhandlungen der vorausgegangenen Sitzung des erweiterten Vorstandes gebildet hat.

Auch im vergangenen Jahre hat sich eine Erweiterung und Vertiefung unserer literarischen Aufklärungsarbeit als notwendig herausgestellt. Wir haben neben den „Mitteilungen", die Ihnen ja zum größten Teil bekannt sind, seit Anfang dieses Jahres eine *Abwehrvereins-Korrespondenz* herausgegeben, um den Redaktionen der unseren Bestrebungen nahestehenden Blättern die Benutzung der aktuellen Artikel der „Mitt." möglichst bequem zu machen. Im allgemeinen haben wir die Wahrnehmung gemacht, daß die „Korrespondenz" von der liberalen Presse dankbar aufgenommen worden ist, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß bei manchen liberalen Blättern noch eine gewisse ängstliche Scheu vorherrscht, sich mit dem Antisemitismus überhaupt zu beschäftigen. Es gibt große und weniger große liberale Blätter, die oft Wochen und Monate hindurch nicht ein Wort der Kritik gegenüber dem demagogischen Treiben der Antisemiten finden, die aber in jeder Nummer in einem oder oft auch mehreren Artikeln sich in schärfster Weise gegen den Gegner nach links richten. Es liegt uns selbstverständlich vollständig fern, diesen Blättern irgendwelche Vorschriften zu machen. Wir hoffen auch zuversichtlich, daß, je schneller sich die durch die Ereignisse des Dezember 1906 geschaffene parteipolitische Kombination ihrem Ende zuneigt, die auffällige Zurückhaltung eines Teils der liberalen Presse in der Bekämpfung des reaktionärsten Gegners von rechts und der besondere Elan, der auf der anderen Seite in dem Kampf nach links prästiert wird, sich einigermaßen ausgleichen werden.

Zu den ältesten Publikationen des Vereins gehört, wie Sie wissen, der „*Antisemiten-Spiegel*", dessen im Jahre 1900 erschienene 2. Auflage in der Zwischenzeit in wesentlichen Teilen freilich veraltet ist. Es ist infolgedessen mehrfach aus den Kreisen der besonders an der politischen Aufklärungsarbeit gegen die politischen Parteien Beteiligten der Wunsch an uns herangetreten, den „Antisemiten-Spiegel" einer Neubearbeitung zu unterziehen. Es ist zu diesem Zwecke eine Redaktionskommission unter Beteiligung eines besonders rührigen Mitgliedes unseres Frankfurter Vorstandes zusammengetreten, die über die Grundzüge einer Neubearbeitung des „Antisemiten-Spiegels" in mehreren Sitzungen beraten hat. Die Vorarbeiten werden so rechtzeitig in Angriff genommen werden, daß die dritte Auflage spätestens ein Jahr vor den nächsten Reichstagswahlen in den Besitz unserer Freunde gelangen kann.

Außer dem „Antisemiten-Spiegel" haben aber noch zwei andere im Kampfe gegen den politischen Antisemitismus nützliche Publikationen, die zwar nicht von uns direkt, aber von einer unseren Bestrebungen nahestehenden Vereinigung seinerzeit herausgegeben worden sind, sich als erneuerungsbedürftig erwiesen. Es sind dies die Broschüren: „*Die Kriminalität der Juden in Deutschland*" und „*Die Juden als Soldaten*", die in den Jahren 1896 bezw. 1897 erschienen sind. Ueber beide Fragen verbreiten fortgesetzt die Antisemiten sowohl in Parlamenten wie in der öffentlichen Agitation allerlei tendenziöse Unwahrheiten und grobe Entstellungen. Bei der Neuauflage des ersteren Werkes würde es sich insbesondere darum handeln, die Ergebnisse der inzwischen erfolgten zwei neueren statistischen Aufnahmen, die eine erhebliche Besserung der statistischen Ziffern der Juden gerade auf den von den Antisemiten mit Vorliebe behandelten kriminellen Gebieten gezeigt haben, entsprechend zu verarbeiten, alsdann aber soll in der Neubearbeitung dieser Broschüre auch der schon in einer früheren Generalversammlung von unserem verehrten Vorstandsmitgliede Herrn Geh. Rat Prof. v. Liszt mit so überzeugender Wissenschaftlichkeit geführte Nachweis, daß es sich auch in den Fällen, wo die Juden besonders kriminell veranlagt *scheinen*, in Wahrheit gar nicht um eine Kriminalität der Konfession, sondern um eine Kriminalität der sozialen Berufe handelt, durch weitere Forschungen von Spezialisten auf diesem Gebiete noch ergänzt werden. Die letzte Auflage der Broschüre „Die Juden als Soldaten" umfaßt im wesentlichen nur die Beteiligung der Juden von den Freiheitskriegen bis zu den Jahren 1870/71, auf Grund der bis zur Abfassung der Broschüre im Jahre 1897 bekanntgewordenen authentischen Materialien. In der Zwischenzeit ist aber noch ein reichliches Material aus amtlichen Quellen hinzugekommen und hat die Beteiligung jüdischer Soldaten an Kriegen, die andere Staaten miteinander geführt haben, noch so vielfache interessante Ergebnisse geliefert, daß auch diese allen Anspruch darauf haben, in einer Neuauflage dieses Werkes verwertet zu werden.

Wir geben uns der hoffentlich nicht unberechtigten Erwartung hin, daß die hervorragenden Spezialisten auf beiden Gebieten die ja zum großen Teil unserem Verein auch als Vorstandsmitglieder angehören, uns bei dieser Arbeit ihre Unterstützung leihen werden.

Sie dürften, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ich glaube, aus diesen kurzen Mitteilungen und knappen Andeutungen entnommen haben, daß noch ein sehr umfangreiches Pensum literarischer Aufklärungsarbeit der Erledigung harrt. Wir werden uns bemühen, die Vorarbeiten möglichst rasch zu fördern, und hoffen insbesondere, auch eine andere, in meinem Bericht noch nicht erwähnte Publikation, die insbesondere den Gewerbetreibenden willkommen sein dürfte, Ihnen schon in der nächsten Generalversammlung vorlegen zu können." (Beifall.)

Vaterlandsliebe und Bodenständigkeit bei unseren jüdischen Mitbürgern.

Abg. Prof. Dr. *Günther*-München:

„Wenn sonst ein Redner das Pult betritt, so ist sein Gefühl — oder es sollte wenigstens so sein — das der Freude aber eines gewissen Stolzes, wenn er über eine wichtige Sache vor einem großen Publikum reden kann. Dieses Gefühl kann aber heute in mir so wenig wie in Ihnen aufkommen. Uns beseelt das Gefühl der Scham, der brennenden Scham, daß solche Vorträge heute noch nötig sind, daß es noch als eine Notwendigkeit betrachtet werden muß, einen integrierenden Teil unserer Mitbürger in Schutz nehmen zu müssen gegen allerlei Angriffe. Das ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit. (Sehr richtig!) Ein solcher Vortrag ist nicht erfreulich. Er zeigt, wie tief wir noch in den Kinderschuhen des Mittelalters stecken, daß wir noch genötigt sind — um ein Wort des großen Königs zu gebrauchen — uns mit solchem Gesindel herumzuschlagen. Aber wir müssen aus der Not eine Tugend machen und uns mit diesen Fragen beschäftigen. Ich muß das Thema verallgemeinern, weil die ganze Frage eigentlich nur unter geschichtlichen Gesichtspunkten aufgefaßt werden kann.

Daß es bereits im *Altertum* Antisemiten gegeben hat, ist ganz natürlich. Daß die Römer insbesondere für eine Religion und ein Volkstum, das ihnen feindlich entgegentrat, wenig Sympathie haben konnten, ist verständlich. In jener Zeit hat das Christentum genau dieselben Vorwürfe und Anfeindungen ertragen müssen wie das Judentum. Dem Nationalrömer war das Wesen des Moses, wie des Christus in gleicher Weise unverständlich. Wir haben aus jener Zeit eine interessante Schrift des Lamartianus, die man als das erste Evangelium eines Antisemiten bezeichnen kann. Er ist sich nur nicht klar darüber, ob ihm die Christianer oder die Judäer unsympathischer sind, beide sind ihm gleich verhaßt.

In späterer Zeit trat offenbar ein Rückschlag ein. Aus dem früheren Mittelalter wissen wir wenig von Judenverfolgungen, und bei demjenigen Volke, das an die Stelle der herrschenden Völker des Abendlandes trat, bei den Arabern, haben die Juden eine hervorragend wichtige Rolle gespielt. In den alten Ländern am Euphrat und Tigris im heutigen Marokko, auf der pyrenäischen Halbinsel schufen sie Kulturstätten. Christliches, muhammedanisches und jüdisches Geistesleben wirkten zusammen.

Karl dem Großen ist es anscheinend in erster Linie zu danken, daß jüdische Elemente sich in Deutschland angesiedelt haben. Die Familie Palominos, die wegen ihrer mathematischen Kenntnisse berühmt war, wurde von ihm nach Mainz verpflanzt. In dieser uralten Kulturstätte Mainz konnte die erste jüdische Gemeinde im eigentlichen Deutschland gegründet werden, während eine solche in Prag schon früher bestanden haben mag. Der große Frankenkaiser stand also nicht nur auf einem *nichtantisemitischen* Standpunkte, er nahm sogar einen *philosemitischen* Standpunkt ein. Er nahm eben das Gute, wo er es fand, und Bildungsträger und Kultur bemühte er sich heranzuholen auf jedem Wege, der sich ihm zeigte. Auch seine Nachfolger sind ihm auf diesem Wege gefolgt. Selbst sein Sohn *Ludwig der Fromme*, der in der Geschichte vielfach unrichtig beurteilt wird, war ein sehr klarer staatsmännisch denkender Kopf, und wir wissen, daß er den Juden gegenüber die duldsame, ja sogar die fördernde Stellung seines Vaters teilte. Ueberhaupt kann von den älteren deutschen Kaisern nicht gesagt werden, daß sie irgendwie Bahnen beschritten hätten, die etwas mit dem Antisemitismus zu tun haben.

Die *Kreuzzüge* brachten eine Aenderung zum Schlimmen. Damals galt es, gegen einen Christenfeind zu ziehen. Da wurde alles, was nicht christlich war, in einen Topf geworfen. Wenn man statt der Sarazenen in Spanien und im gelobten Lande in der Heimat die Juden bekämpfte, so war das eine viel bequemere Sache. Man brauchte keine großen Feldzüge und hatte wenig Gefahren zu befürchten. Bald kamen die berüchtigten Taten des *Walter von Habenichts*. Jetzt setzten Judenverfolgungen ein, die das ganze Mittelalter hindurch nun nicht mehr aufgehört haben.

Nicht alle Staaten haben sich den Juden gegenüber gleich verhalten. In dieser Beziehung herrschten große Unterschiede. In England waren die Judenverfolgungen eine Seltenheit, während sie z. B. in den östlichen Ländern verhältnismäßig häufig vorgekommen sind. Besonders zu nennen sind auch Speyer, Worms, Nürnberg. Die Gründe sind immer die gleichen. Zunächst sind sie religiöser Natur. In zweiter Linie war der Wunsch maßgebend, sich in den Besitz der schönen Dinge zu setzen, die das Publikum im Besitz der Juden glaubte, wie das ja auch bis zu einem gewissen Grade der Fall war. Auch mancher Grund trat hinzu, der damals einleuchtend schien. Das war besonders die Behauptung des nationalen Gegensatzes. Auch jetzt noch geht der Antisemitismus zum großen Teil darauf zurück, daß der Antisemit im Juden etwas erblickt, was nicht so ist wie er. Der Fremde aber erscheint ihm hassenswert. Einer unserer größten historischen Sittenschilderer,

Macaulay, hat in seiner klassischen History of England vortrefflich das Bild eines alten Landjunkers aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gezeichnet, der in seinen vier Pfählen wohnt, Jagd treibt und niemals etwas Aufregendes in seinem Leben erfahren hat. Er lebt nur vom *Haß*. Er haßt *alles*, die Londoner, die Städter überhaupt, die Franzosen, die Schottländer und die Irländer. Er haßt die Katholiken und auch die Juden, obwohl sie keine große Rolle spielen. Er haßt aber auch Protestanten, wenn sie nicht ganz auf seinem Standpunkte stehen. Er haßt die Liberalen, aber auch die Hofleute, die Umgebung des Königs. Sein ganzes Dasein setzt sich aus *kombiniertem Haß* zusammen. So ist es auch bei vielen von unseren modernen Antisemiten. Es muß gehaßt werden. Das ist ja auch der alldeutsche Gedanke. Bald sind es die Franzosen, gegen die sich der Haß richtet, bald die Engländer, die Spanier, die Italiener und als Pièce de résistance immer wieder die Juden. So war es früher, und auch im zwanzigsten Jahrhundert zeigt sich dieselbe unerfreuliche Erscheinung.

Durch einige kluge nationalökonomisch denkende Fürsten ist es allmählich ein wenig besser geworden. Dem praktischen Antisemitismus, der in Totschlag und Geldraub den Juden gegenüber sein Heil erblickte, ist ein Ende gemacht worden. Freilich, man preßte die Juden wie einen Schwamm aus, dann ließ man sie sich wieder erholen, allerdings mit dem Gedanken, sie bei Gelegenheit wieder auszuplündern. Sie waren ein bequemes Kreditmittel geworden.

Vom 17. Jahrhundert an tritt allmählich eine Glättung der antisemitischen Wogen ein. Was das 18. Jahrhundert anlangt, so müssen wir unseren Vorfahren Lob zollen. Die Aufklärungszeit zeigte sich noch besser als die Jahre vorher. Die Männer, die damals am geistigen Ruder der Nation standen, waren in der Tat weit davon entfernt, Antisemiten oder überhaupt Verfolger irgendeiner politischen oder religiösen Richtung zu sein. Damals war der große Gedanke der Toleranz nicht bloß ein Wort, sondern er war allen Menschen in Fleisch und Blut übergegangen. (Beifall.) Lesen Sie nach, was viele katholische Religionslehrer, von den protestantischen ganz abgesehen, über die Pflicht der Duldung Andersgläubigen gegenüber sagen. Betrachten wir die jetzigen Verhältnisse, so müssen wir uns schämen. (Zustimmung.) Ein *Mendelssohn* war trotz seiner sozial niedrigen Stellung damals eine Person, die zur allerhöchsten, angesehensten geistigen Stellung sich aufschwingen konnte. Auf das alles schauen wir nur zurück wie durch einen Nebel.

Nun das 19. Jahrhundert. Wenn ich an meine Jugend zurückdenke und dann auf unsere Jetztzeit schaue, so muß ich die betrübliche Wahrnehmung machen, daß wir sehr zurückgegangen sind. Ich habe selbst das große Jahr 1870/71 miterlebt. Wer hat da gefragt, was der andere für eine Konfession hat, welchem Volksstamm er angehörte? Der Gedanke war ganz unausdenkbar. Wir gehörten alle einem Volke an. Wenn damals jemand derartigen Rassenzündstoff in die Menge geschleudert hätte, er wäre von der allgemeinen Verachtung weggefegt worden. Damals waren noch Ideale im Volke. Wie jemand zu seinem Gotte sich stellte, das war gleichgültig. Heute sind wir dagegen schon soweit gekommen, daß nur ein konfessionell abgestempeltes Dasein in den Augen der Mächtigen dieser Erde Anspruch auf Beachtung gibt. Ich denke oft schmerzlich an die vergangene bessere Zeit zurück.

Ich erinnere an das Beispiel der studentischen Korporationen. Damals fragte man durchaus nicht nach der Konfession. Man hatte Mitglieder, die dem Judentum angehörten, und die trotzdem um kein Haar weniger angesehen waren als die anderen. Das verstand sich damals von selbst. Daß beim Studenten auf etwas anderes gesehen wurde, als auf Tüchtigkeit und wissenschaftlichen Sinn, daran war nicht zu denken. Die Zeit hat uns manchen Fortschritt gebracht, aber auf dem Gebiete der Toleranz sind wir noch weit zurück.

Das eigentliche Geburtsjahr der *neuen antisemitischen Bewegung* war das Jahr 1880. Ich gehörte damals dem Reichstag an. Ich kann feststellen, daß damals alles erstaunt war, wo denn dieses neu aufgewärmte Stück Mittelalter herkam. Man betrachtete die Sache zunächst nicht als Ernst. Erst allmählich bemerkte man, daß gewaltige Kräfte dahinter standen. Gelegentlich stieg auch ein hervorragender Herr zum Volke herab und half, die Volksseele zum Kochen zu bringen. (Hört! Hört!) Man sah bald, daß man es mit einer gefährlichen Sache zu tun hatte, die den kulturellen Besitzstand des deutschen Volkes in Gefahr brachte. (Sehr richtig!)

Zwei Arten von Antisemitismus traten hervor: der *religiöse Antisemitismus* und der *Rassenantisemitismus*. Einer ihrer liebenswürdigen Züge war, daß sie oft in Radauantisemitismus ausarteten. Der religiöse Antisemitismus ist jetzt stark in den Hintergrund getreten. Man hat auf christlicher Seite eingesehen, daß es keine schlimmere Prostitution der hohen Würde des christlichen Glaubens geben kann als die Hetzerei gegen Andersdenkende. Das hat man allmählich begriffen. Der Träger der Bewegung lebt ja jetzt noch in Berlin. Aber er wird allmählich ein stiller Mann, was ja für ihn das beste ist. Ich meine natürlich nur in bezug auf sein Auftreten in der Oeffentlichkeit, sonst wünsche ich ihm ein hohes Alter. (Heiterkeit.)

Der Rassenantisemitismus ist eine höchst seltsame Frage. Wir wissen ethnologisch, daß es eine reine Rasse überhaupt nicht gibt. Diese Zeiten sind längst vorbei. Bei unserer Durcheinanderwürfelung der Rassen ist es lächerlich, von einer reinen Rasse zu reden. (Beifall.) Rudolf *Virchow*, auf den Berlin, Preußen und Deutschland stolz sein können, hat den Finger auf die Wunde gelegt und die Unmöglichkeit einer solchen Rassentheorie auf das klarste beleuchtet. Gegenwärtig wird in Vorträgen wieder auf das Prinzip der Rassenerhaltung hingewiesen, als ob die menschliche Rasse sich so aufrechterhalten ließe. Man will uns den Begriff der germanischen Rasse in einer neuen bengalischen Beleuchtung zeigen. Man hängt der Sache ein neues Mäntelchen um. Es sind nicht bloß die Bruhn Bindewald und Genossen, von denen wir ja wissen, daß die Wissenschaftlichkeit nicht ihre starke Seite ist (Heiterkeit), es sind auch ernstere Leute dabei. Damit wird ein gefährliches Element in die Frage hineingebracht, weil die Antisemiten mit den Sammetpfötchen eine gewisse Unterstützung bekommen, wenn sie sagen können, daß selbst die Wissenschaft einen gewissen Rassenunterschied anerkennt.

Dadurch sind wir auf die Frage gekommen, wie es denn überhaupt mit der *Bodenständigkeit unserer jüdischen Mitbürger* steht.

Wäre es ein Wunder, wenn die Bodenständigkeit unserer jüdischen Mitbürger stark zu wünschen übrig ließe? Gewiß nicht. Es ist geradezu ein Wunder, daß von einer solchen Bodenständigkeit, und zwar mit vollem Recht, gesprochen werden kann. Man hat ja die Juden zu einem Wanderleben gezwungen. Man wies sie allerorten aus, verbrannte ihre Synagogen und ihre Güter und trieb sie weiter. Konnten sie so bodenständig sein?

Das wäre eine große Kunstleistung gewesen, wenn man niemals weiß, ob man länger als einen Monat in einem Gebiet bleiben kann. Es wurde damals den jüdischen Mitbürgern ein Zigeunerdasein geradezu zur Pflicht gemacht. Ich erinnere mich selbst noch der Zeit, als in einer deutschen Reichsstadt es den Juden verboten war, zu übernächtigen und sie gezwungen waren, am Abend die Stadt zu verlassen, um eine andere aufzusuchen, in der ihnen das Wohnen gestattet war. Erst die Emanzipation hat diesen antediluvianischen Zuständen ein Ende gemacht. Unter solchen Verhältnissen konnte aber keine Bodenständigkeit erworben werden.

Und gerade den Stand des Ackerbauers, der zuerst bodenständig macht, hat man ihnen ja verschlossen. In Judäa, Samaria, Palästina war das jüdische Volk eher alles andere als kaufmännisch und handeltreibend. Der Handel lag in den Händen der Phönizier. Die Juden aber waren so bodenständig und konservativ in ihrem Erwerb wie nur möglich. Ackerbau- und Handwerksleute, das waren die alten Juden. Als sie dann in alle Welt zerstreut wurden, waren sie natürlich nicht in der Lage, sich selbst eine Scholle anzubauen. Welches Gesicht würden wohl die damaligen Grundherren gemacht haben, wenn ein Jude sich bei ihnen angesiedelt hätte, um Ackerbau zu treiben. Er wäre nur wenige Tage dort geblieben, dann hätte man ihm den Weg gezeigt.

Gerade in den *Donauländern*, wo sie immer einen schweren Stand hatten, gibt es eine große Zahl von Juden, die an der Lebensart der alten Juden festhalten. Jedenfalls ist es eine große Ungerechtigkeit, eine Bodenständigkeit zu fordern, nachdem man sie systematisch unmöglich gemacht hat. Wenn wir heute lesen, daß ein reicher Jude einen großen Besitz erworben hat, dann sehen die agrarisch-konservativen Grundherren eine schwere Beeinträchtigung ihrer Rechte darin. Sie sagen gleich: Was will der hier? Hier hat er nichts zu suchen! — Und der Jude kann noch soviel sagen, daß er bodenständig werden und sich mit dem Ackerbau beschäftigen will, es hilft nichts: der Jude wird verbrannt! — Es ist die größte Ungerechtigkeit, wenn man den Leuten ihre Kleider auszieht und ihnen dann ihre Nacktheit vorwirft.

Man hindert die mosaische Bevölkerung ja daran, bodenständig zu werden. Wenn sie es versucht, dann ist man entrüstet. Weiter wundert man sich, daß unter den *Aerzten*, *Advokaten* und *Universitätslehrern* viele Juden sind. Seht, heißt es gleich, hier dringen die Juden in die akademischen Berufe ein. Die Juden würden ebensogern in den Staatsdienst treten oder Jurist oder Offizier werden. Der Feldmarschall v. *Schweitzer*, ein strenggläubiger Jude, hat ja jetzt in Oesterreich auch den Rang einer Exzellenz bekommen. Das geschieht im Nachbarstaat, auf den wir gern von oben herabblicken. Die Juden würden gern zu diesen und anderen Erwerbstätigkeiten greifen, man macht es ihnen aber unmöglich und weist sie überall zurück. Dadurch tritt in den Berufen des Arztes, Rechtsanwalts und Universitätslehrers natürlich eine Stauung ein.

Mit dem Handwerk steht es ebenso. Solange das Handwerk zunftgemäß organisiert war, war es einem jüdischen Lehrling ganz unmöglich, die einzelnen Etappen zurückzulegen. Man hätte versucht, ihn bald abzuschrecken. Wenn man den Juden so häufig einen Vorwurf daraus schmiedet, daß die handeltreibende Bevölkerung einen so großen Prozentsatz unter ihnen ausmacht, so vergißt man, daß es im Mittelalter für sie keine andere Möglichkeit der Existenz gegeben hat. Ja, wäre es so fortgegangen, wie Karl der Große es wollte, wäre eine große Anzahl von Handwerkern und Künstlern aus dem Judentum hervorgegangen, dann wäre vieles anders geworden. Aber die eigentümliche soziale Gliederung des Mittelalters schob einen Riegel vor. Und es blieb den Juden nichts anderes übrig als der Handel und der Geldhandel. Nach dem kanonischen Gesetz war das ganze Mittelalter hindurch das Nehmen irgendeines Zinses verboten. Die Juden durften aber Zinsen nehmen. Ein geistreicher Schriftsteller läßt einen Raubritter sich mit einem jüdischen Hausierer unterhalten: „Könnt Ihr nicht zwei Prozent weniger nehmen?" fragt er jenen. „Gewiß," antwortet der, „wenn Sie uns garantieren, daß wir nicht alle Jahre einmal ausgeplündert und aus der Stadt

gesagt werden." — So lagen die Dinge. Die hohen Zinsen wären eine notwendige Existenzversicherung geworden. Das Zinsennehmen in vergangener Zeit hat auch mit viel höheren Ziffern gerechnet, als wir dies in unserer sozialdenkenden Epoche tun.

Wenn wir alle diese Dinge betrachten, so müssen wir uns wundern, daß unsere jüdischen Mitbürger sich in der Tat in das Volksgefüge so eingeschmolzen haben, wie es geschehen ist, daß sie bodenständig geworden sind. Man hat es ihnen schwer genug gemacht. Es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, genau unter denselben Bedingungen ihr Dasein zu führen, wie die Angehörigen anderer Konfessionen. Daran fehlt es noch viel. Das ist der springende Punkt, wo immer unsere Agitation einsetzen muß. Mit jedem einzelnen Schritt, den wir gegen den Antisemitismus vorwärts machen, haben wir einen weiteren Schritt getan, um unsere jüdischen Mitbürger uns vollständig zu assimilieren. (Beifall.)

Nun zur Vaterlandsliebe. Rein menschlich betrachtet, wäre es kein Wunder, wenn der Jude sich in seinem Vaterlande wenig heimisch fühlen würde. Kann man von einem Juden verlangen, daß er sich als ein guter Russe fühlt? Wenn man an die Pogrome denkt, die nichts sind, als eine neue Auflage der mittelalterlichen Judenverfolgungen, so müßte man von der menschlichen Natur zu viel verlangen, wenn man das fordern würde. (Sehr richtig!) Es wäre geradezu charakterlos, wenn ein Jude sich in Rußland als guter Russe fühlen würde. (Sehr wahr!) Etwas anders liegt es ja in den Donaufürstentümern, obgleich in Rumänien die Juden ja ebenfalls schwere Drangsale durchmachen mußten. (Sehr richtig!) Denken wir aber an die polnischen Gebiete in Deutschland, Oesterreich und Rußland. Welche wichtige Rolle haben nicht da die Juden als Kulturträger gespielt. Ich weiß von manchem antisemitischen Herrn, der in eine der interessanten Städte im Osten kam und von keinem Menschen verstanden wurde, daß er freudig berührt war, wenn er dann von einem jüdischen Faktor ein deutsches Wort hörte, daß er dann seine antisemitische Gesinnung in den Schrank stellte — freilich, um sie bei nächster Gelegenheit wieder hervorzuholen.

So sind es vielerorten die Juden, die an der deutschen Sprache noch festhalten. Es sind nicht etwa die höher stehenden Kasten, die die deutsche Sprache in Ungarn und auf dem Balkan z. B. weiter bewahren, nein, es ist der einfache jüdische Mann. Auf diese Weise wird der deutschen Kultur eine Gasse gebrochen. Wenn gerade der Gedanke an das deutsche Vaterland bei diesen Leuten, die nichts mehr damit zu tun haben, sich noch so lebhaft in der Sprache erhalten hat, so muß man sagen, daß das ein unbewußter Akt großer Vaterlandsliebe ist. (Sehr richtig!) So sehr wir uns mit den Antisemiten herumschlagen, so wird es doch niemanden einfallen, uns mit Rußland oder Rumänien auf eine Stufe zu stellen. Bei uns weiß der begabte Jude sich schon durchzusetzen. Wir haben eine Reihe von Sternen in der Kunst und in der Wissenschaft, die jüdische Namen tragen.

In Deutschland kann von einer Vaterlandsliebe der Juden seit alten Zeiten mit vollem Recht gesprochen werden. Sie nimmt ständig zu, je mehr der künstliche Unterschied zwischen Deutschen und Juden verschwindet. (Beifall.)

Wir müssen natürlich auch dahin wirken, dem Feinde keine Nahrungsstoffe zuzuführen. Es versteht sich von selbst, daß dem Feinde neue Waffen gegeben werden, wenn ein Teil unserer jüdischen Mitbürger in einer Art von Verzweiflung vom Vaterlande nichts wissen will, sondern nur von Palästina. Hier muß die deutsche Judenschaft eingreifen, um solchen Phantastereien abzuhelfen. Selbstverständlich ist das Bestreben völlig berechtigt, den Notleidenden und Vertriebenen ein Asyl zu verschaffen im heiligen Lande oder sonstwo. Ich betrachte aber diese zionistische Bewegung als eine Art Fahnenflucht. (Sehr richtig!) Man muß den Kampf aufnehmen und durchkämpfen mit Hilfe der christlichen Mitbürger, die auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung stehen. Unser Vaterland muß für alle Bürger gleiche Rechte und Pflichten haben. Unter dieser Devise müssen wir kämpfen. (Beifall.)

Wir haben noch einen schweren Kampf durchzukämpfen. Darüber sind wir uns nicht unklar. Wir müssen uns also mit allen Hilfsmitteln wappnen, die uns in den Stand setzen, den uns aufgezwungenen schweren Kampf mit Ehren zu bestehen. Wir müssen uns die Hände reichen und gegenseitig die Waffen schärfen. Es wäre ganz verkehrt, wenn unsere jüdischen Mitbürger die Flinte ins Korn werfen würden. Wir müssen zeigen, daß es innerhalb unseres Vaterlandes gar keine Verschiedenheiten in der Auffassung über Pflichten und Rechte geben kann. (Beifall.)

Es gibt nun im Judentum verschiedene Richtungen, wie in jedem Bekenntnis. Das wird überall so sein und schadet auch nichts. In der Bibel heißt es ja: In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen! (Sehr gut!) Man darf sich aber keine Blößen geben. Warum sollen die beiden Richtungen nicht nebeneinander bestehen? In Bayern ist das schwieriger, weil hier an jedem Ort nach dem Edikt von 1817 nur eine einzige jüdische Gemeinde besteht. Gegenseitig muß Toleranz und Achtung gezeigt werden, denn der Gegner würde sich sehr freuen, wenn es ihm gelingen würde, in einen allenfalls vorhandenen Spalt seinen Hebel einzusetzen und Zwietracht zu säen. Auch nach dieser Seite kann viel geschehen, um die Hoffnungen und Spekulationen der Gegner zu enttäuschen.

Der gesunde Sinn unseres Volkes ringt sich allmählich durch. Das deutsche Volk ist an und für sich nicht intolerant. Wenn man die Intoleranz nicht künstlich hineinträgt, so würde sie aus dem Schoße des Volkes nicht geboren werden. Die geborenen Unruhestifter, die man Antisemitenhäuptlinge nennt, sind Elemente, die ihre Gegenwart und Zukunft nur in der Anstiftung von Unruhe sehen. Ein eminent persönliches Interesse besteht bei dieser ganzen antisemitischen Bewegung. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk als solches wird sich immun machen können gegen die Verseuchung der Antisemiten, die nur mit den alten Schlagworten operieren, daß ein fremder Stamm im Volke lebe, der zu unserer Rasse nicht gehöre. Der Rest der mittelalterlichen Ruinen wird nicht lange mehr standhalten. Gegen die Unzuträglichkeiten im sozialen und gesellschaftlichen Leben muß die Tätigkeit aller einsetzen. Von seiten der jüdischen Mitbürger kann Direktes, Positives auf diesem Gebiete nicht geschehen. Ein durchaus tadelloses bürgerliches Leben muß allen diesen Angriffen Trotz bieten. (Beifall.) Von uns anderen kann viel geschehen durch Belehrung und Kampf, ein Kampf, der das, was schlecht ist, als schlecht bezeichnet, der kein Blatt vor den Mund nimmt, und der der Zustimmung aller Gutgesinnten sich schließlich erfreuen muß. Die große antisemitische Flutwelle der achtziger Jahre ist abgeflaut, sie wird sich nicht mehr zeigen, auch durch unseren Kampf werden wir eine Besserung erzielen. Alle Kreise des Volks bis zu jeder Höhe hinauf müssen aufgeklärt werden. (Lebhafter Beifall.)

Es kam mir darauf an, an der Hand der geschichtlichen Entwickelung zu zeigen, wie der Antisemitismus geworden ist, mit welchen Mitteln er arbeitet, und mit welchen Mitteln wir ihn bekämpfen müssen. Sorgen wir dafür, daß man uns nicht nachsagen kann, wir hätten unsere Pflicht nicht getan. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Herr Dr. Barth dankt dem Redner für die eindringliche, interessante und warme Art, mit der er sich der Abwehrsache angenommen hatte. — Er gibt dann das Wort Herrn Oberst a. D. Gädke-Steglitz, der nicht bloß ein militärischer Sachverständiger, sondern auch ein Sachverständiger als Kämpfer fürs Recht sei (Lebh. Beifall), zu seinem Vortrage über

Die Zurücksetzung der Juden im Heere.

Herr Oberst a. D. Gädke-Steglitz:

„Mein Herr Vorredner hat mir die Einleitung, mit der ich beginnen wollte, vorweggenommen. Auch ich wollte dem Gefühl der Scham, der brennenden Scham Ausdruck geben, daß ich mein Thema nicht mit den Worten beginnen kann: Tempi passati! Aber leider muß ich sagen: Ja, sie besteht noch, die Zurücksetzung der Juden im Heere. Noch immer werden wir kämpfen müssen, bis auf diesem letzten und wohl festesten Bollwerk des Antisemitismus endlich auch die siegreiche Fahne der Humanität weht. Der Antisemitismus auf diesem Gebiete ist für mich viel weniger eine Frage der Verfassung, des Rechts und der Gerechtigkeit, als vielmehr am letzten Ende eine Frage der Kultur. Es ist ein Kampf einer rückständigen mittelalterlichen Kultur gegen die siegreichen Ideen der neuen Zeit, der sich die alte Zeit mit allen Mitteln widersetzt. Der Antisemitismus ist der Rest einer rückständigen Kultur, die leider uns Deutsche von den vorgeschrittenen Völkern des Westens noch immer trennt, die uns unmittelbar an die Seite von Rußland stellt und teilweise selbst noch unter die Türkei. Der Antisemitismus ist halb Rassenvorurteil, halb religiöser Zelotismus, dazu kommt aber auch das nackteste Geschäftsinteresse. In jedem Falle ist er ein Zeichen minderwertiger Bildung, ein Zeichen, daß noch immer nicht die Vernunft den Sieg über rein animalische Instinkte davontragen will. Im wesentlichen entstammt der Antisemitismus, wie er sich auch im Heere breitmacht, der gleichen Wurzel und saugt seine Kraft aus den gleichen Anmaßungen wie auch das Junkertum, dessen Herrschaft schwer auf unserem Volke lastet. (Beifall.) Er reiht sich würdig in das reaktionäre System ein, das uns augenblicklich drückt. Man muß dieses System und den Antisemitismus als eine Einheit, als etwas in sich Zusammenhängendes betrachten. Man kann nicht das eine oder das andere bekämpfen. Man muß beide zusammen niederzwingen.

Es entspringt dem gleichen Klasseninteresse, wenn auch der bürgerliche Offizier mit dem Adligen noch immer nicht gleichberechtigt ist. Besonders in gesellschaftlicher Beziehung merkt er das wohl, vor allem im Kreise der Landjunker. Wer das Gegenteil behauptet, dem gereicht im günstigsten Falle seine Unwissenheit zur Entschuldigung. Der Adlige drängt sich zu den bevorzugten Regimentern, häuft sich in den Garnisonen, die der Sitz von Fürstenhöfen sind. Die schlechten Grenzgarnisonen aber, die langweiligen, unergiebigen, überläßt er den Bürgerlichen. Die maßgebenden Stellen im Heere sind mit wenigen Ausnahmen für die Adligen reserviert. Ebenso steht man auch dem Eintreten der Juden in das Offizierkorps ablehnend gegenüber. Die Gründe sind wesentlich egoistischer Natur.

Es ist höchst bezeichnend, daß der Antisemitismus zwar im tiefsten Grunde einem Rassenvorurteil entspringt, daß er sich aber im Heere angesichts der Verfassungsbestimmungen zurückzieht auf die Religion, so daß der Jude, der die Religion wechselt, alle Aussicht hat, dort eine freundliche Stätte zu finden. So hat sich der Antisemitismus selbst ins Unrecht gesetzt. Er hat das, was eine soziale Frage des Standes war, zurückführen müssen auf eine Frage der Religion. Damit aber hat er die Religion der Nächstenliebe in ein eigenartiges Licht gesetzt. Es widersteht einem fast, sich ernsthaft mit den Gründen zu beschäftigen, die für die Zurücksetzung der Juden angeführt werden. Der einzige Grund liegt im Uebermaß der Macht, es ist der Mißbrauch der Gewalt, den wir sehen, der seine Triumphe feiert. Wir wollen nicht, sagt das herrschende Junkertum, die ganze Sache paßt uns nicht. Geradezu kindisch ist es, wenn ein berüchtigtes, nationali-

stisches Blatt mit naiv tuender Entrüstung fragt, wer denn dem Juden ein Recht gegeben habe, deswegen Offizier zu werden, weil er Jude sei. (Heiterkeit.) Als wenn jemals ein Verständiger verlangt hätte, daß jeder Jude zu den Offizierstellen des Heeres zugelassen werden müsse. Man hat bescheiden nur immer gefordert, daß kein Jude deswegen, weil er Jude ist, von den Stellen des Heeres ausgeschlossen werden dürfe. Das sind zwei diametral verschiedene Standpunkte. Nun will man ganz offen die Stellen im Heere den Besitzern des Landes, „die es mit Schwert und Pflug erworben haben", reservieren. Man betrachtet die Juden noch als Landsfremde, die nur Gastfreundschaft genießen, die etwas Unbilliges verlangen, wenn sie gleiche Rechte mit den „Einheimischen" haben wollen.

Die Rassentheorie Chamberlains ist ein großer Unsinn. Wo ist denn eigentlich die einheitliche deutsche Art? Was sich „deutsch" nennt, ist ein Gemisch aus Kelten, Germanen und Slawen. Ein reichlicher Teil jüdischen Blutes ist aufgenommen, besonders in die Geschlechter des Adels. Andererseits ist auch in das Judentum deutsches Blut eingedrungen. Außerdem ist es eine geschichtliche Tatsache, daß ein großer Teil der Juden in einem Teile Deutschlands, z. B. im Westen, länger leben und zu Hause sind, als die Deutschen im Osten. Sind aber die Deutschen und Juden nicht auch durch eine mehr als tausendjährige Geschichte verbunden? Ist der Anteil der Juden an der Entwickelung unserer Kultur so gering, wie die Antisemiten es hinstellen? Man muß doch auch den Anteil, den sie an der Entwickelung von Handel und Geldwerten haben, als vollwertige Münze in Rechnung stellen, denn auch hier liegen Fortschritte in der nationalen Entwickelung vor.

Weiter sagt man, der Jude eigne sich nicht für den Kriegsdienst, er sei nicht kriegerisch veranlagt, er gebe keinen guten Soldaten ab, weil er von Natur undiszipliniert und zur Kritik geneigt sei. Der Franzose soll bekanntlich auch undiszipliniert sein, deswegen ist er ja auch immer geschlagen worden. (Heiterkeit.) Alle diese Vorwürfe widersprechen den einfachsten Tatsachen, sie sind ebenso unwahr wie die Behauptungen der Junker, sie hätten den Staat gegründet, sie hätten auf den Schlachtfeldern vorzugsweise ihr Blut verspritzt und die Monarchie erhalten und vergrößert. Natürlich alles ohne Entgelt. Bekanntlich ist unser Adel ja durch die Monarchie arm geworden. (Heiterkeit.) Aber ist nicht die Geschichte des Mittelalters voll von der Felonie des Adels? In alle Länder hat er seine Reisläufer geschickt und aller Länder Herren gedient.

Ueberall aber hat er sich so schnell als möglich entnationalisiert, zu allen Zeiten sich skrupellos gegen sein eigenes Land gewendet, sobald sein Vorteil es ihm geboten erscheinen ließ. Ich erinnere nur an die verräterische Flucht des preußischen Landadels in der Schlacht bei Tannenberg und an die Rheinbundfürsten. (Sehr richtig!) Haben etwa Bürger und Bauern weniger geblutet auf den Schlachtfeldern als die Adligen? Wenn sie als Offizier allerdings nicht kämpfen konnten, so lag das daran, daß man sie eben zu den Offizierstellen nicht z u l i e ß. Es gab keine bürgerlichen Offiziere, man ließ sie ins Offizierkorps nicht hinein. Dort sollte der Adlige eine Versorgung finden und eine sehr gute, denn es ist ein Märchen, daß er fast unentgeltlich gedient habe, um der Ehre willen. Der Idealismus des Schwertberufs verträgt sich mit dem Gefallen am „schnöden" Mammon recht gut.

So ließ man auch die Juden nicht ins Heer, und sagt nun ganz unverfroren: „Ihr eignet Euch ja nicht dazu, wir sind es, die das Vaterland schirmen." Freilich, wenn die Junker die Führer siegloser Armeen waren, dann sprachen sie weniger gerne davon, dann war das ganze Volk schuld daran. So noch jetzt zu lesen im Werke des Großen Generalstabs über die Niederlage von 1806.

Nun ist es gewißlich nicht wahr, daß der Jude sich auf dem Schlachtfelde nicht bewährt habe. Sobald die Schranken gefallen waren, die ihn wie einen Paria vom Waffendienste ausschlossen, hat er mit derselben Treue, Opferwilligkeit und Tapferkeit die Sache unseres Vaterlandes auch auf dem Schlachtfelde geführt, wie irgendein christlicher Junker. Das haben die Juden getan, obwohl man sie vorher wirklich nicht verwöhnt und besondere Vaterlandsliebe ihnen nicht beigebracht hatte. An den Befreiungskriegen von 1813—15 haben 343 Juden teilgenommen. Davon sind 263 freiwillig eingetreten. Der Prozentsatz der Freiwilligen ist also außerordentlich viel größer als bei der christlichen Bevölkerung. Dabei ist das Material nicht einmal vollständig. Eine ganze Anzahl dieser Juden sind auch Offiziere geworden, eine ganze Reihe ist gefallen. Einer ist auch im Frieden im Heere geblieben, er hat es bis zum Stabsoffizier gebracht, es war der M a j o r B u r g, ein tadelloser Mann, dem man es recht schwer machte, Jude zu bleiben. Auch an ihn trat man mit der Forderung heran, überzutreten. Er ist aber treu und fest geblieben und nach einigem Zögern hat Friedrich Wilhelm III. das Gerechtigkeitsgefühl gehabt, ihn trotzdem zu befördern. Er ist im Dienst gestorben. Heute würde vielleicht eine solche Weigerung überzutreten als Mangel an richtigem Offiziersgefühl angesehen werden.

Auch der Hoch-Tory Wellington bescheinigt, daß seinem Heere in der Schlacht bei Waterloo Juden angehört haben, u. a. fünfzehn jüdische Offiziere, denen er ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellte. Sehr groß war ihre Beteiligung am amerikanischen Sezessionskriege. Amerika aber kennt keinen Dienstzwang, alle sind also freiwillig eingetreten. An den Heeren der beiden feindlichen Lager haben 658 jüdische Offiziere gekämpft, darunter 9 Generale, 18 Obersten, 8 Oberstleutnants usw. Man wird sagen: Dort konnte man leicht General werden! Das gilt dann aber für die Christen ebenso, gilt übrigens schließlich auch für andere Länder. Mal wird man durch Verdienst General, mal durch Verbindung. (Heiterkeit.) Insgesamt kämpften außerdem noch 7257 jüdische Unteroffiziere und Soldaten. Das sind 5,87 Prozent der damals in den Vereinigten Staaten lebenden Juden und somit entspricht diese Beteiligung dem höchsten Prozentsatz, den das deutsche Heer im Kriege erreichen wird, wenn wir jetzt einmal einen Krieg haben sollten. Während wir diesen Prozentsatz aber im Wege des Zwanges erreichen, sind die Juden dort, wie gesagt, freiwillig eingetreten. Es wird ihnen von christlichen Generalen bescheinigt, daß sie immer ihren Dienst treu und fleißig getan und an Tapferkeit mit ihren christlichen Mitbürgern gewetteifert haben. Aber wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen. An dem Feldzuge von 1864 beteiligten sich 194 Juden, im Jahre 1866 gegen Oesterreich 1025 und 1870/71 gegen Frankreich 4500. Von letzteren waren 44 Offiziere, ohne die zahlreichen Aerzte und Offizierstellvertreter zu rechnen. Von den jüdischen Soldaten sind 448 getötet und verwundet worden. Das sind also 10 Prozent, ein hoher Prozentsatz! 373 haben Auszeichnungen erhalten. Dabei wird niemand behaupten wollen, daß man die Juden bevorzugt hat. (Heiterkeit.) Wenn daher ein so hoher Prozentsatz dekoriert worden ist, so werden sie es ja wohl ehrlich und recht verdient haben. Es muß sich um tapfere Männer gehandelt haben, die mit vollem Recht die Auszeichnungen erhielten. Auch damals wurde es den Juden natürlich nicht leicht gemacht, Offizier zu werden. Es galt auch damals schon, allerlei Vorurteile zu bekämpfen. Ich habe Juden unter meinem Kommando gehabt, und ich habe niemals den geringsten Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Soldaten gemerkt. Ich habe auch niemals gemerkt, daß sie es an Schneid oder an körperlicher Tüchtigkeit fehlen ließen oder ihren christlichen Kameraden nachstanden. Unsere jüdischen Mitbürger haben das Recht, den Vorwurf mit Entrüstung von sich zu weisen, der ihre Vaterlandsliebe oder ihre Waffentüchtigkeit zu bezweifeln wagt, der es zu bezweifeln wagt, daß sie gewillt sind, für Deutschlands Ehre und Macht mit Gut und Blut einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Wie war nun ihr Verhalten im Frieden? Im Jahre 1847 ist eine Enquete über die Tauglichkeit der Juden als Soldaten veranstaltet worden, und alle Generalkommandos haben ohne Ausnahme sich günstig über die Juden ausgesprochen. Sowohl ihre Führung wie auch ihre Leistungen wurden günstig beurteilt, so daß die amtliche Denkschrift zu dem Schluß kommt, „daß die Juden des preußischen Heeres von den Soldaten der christlichen Bevölkerung im allgemeinen nicht erkennbar unterschieden sind, daß sie im Kriege gleich den übrigen Preußen sich bewährten, im Frieden den übrigen Truppen nicht nachgestanden haben, daß insbesondere die jüdischen Religionsverhältnisse nirgends als ein Hindernis im Kriege hervorgetreten sind." —

So stellen sich die Dinge in Wirklichkeit dar, wenn wir vorurteilslos die Kriegstüchtigkeit und die militärische Eignung der Juden beurteilen wollen.

Uebrigens ist die ganze Rassentheorie, die die kriegerische Ueberlegenheit einer bestimmten Rasse begründen will, außerordentlich töricht. Eine glückliche Woge hat seit einigen Jahrhunderten die europäischen Völker emporgetragen, die ihnen einen Vorrang der Kultur, der politischen Macht vor den anderen Völkern verschafft hat. Aber ist es ewig so gewesen? Wissen wir nicht, daß die Zeiten schon umgekehrt waren? Daß auch Mongolen und Sarazenen Zeiten höherer Macht, vorgeschrittener Kultur gehabt haben? Daß die tapferen Arier oft genug vor ihnen weichen mußten?

Tapferkeit und Tüchtigkeit sind nirgends an eine Rasse geknüpft. Alle Rassen sind vielmehr gleichtapfer und gelegentlich auch einmal gleichfeige. (Heiterkeit.) Die Tapferkeit hat mit der Farbe der Haut, der Augen und der Haare nichts zu tun. Sie beruht auf ganz anderen Dingen. Das Generalstabswerk muß in seiner Schilderung des letzten südwestafrikanischen Krieges selbst anerkennen, daß schwarze und weiße Krieger auf dem Schlachtfelde nicht zu unterscheiden waren, muß den Hereros und Hottentotten, den verachteten Wilden zugestehen, daß sie tapfer und heldenmütig gefochten haben, daß der schwarze Krieger dem weißen vollwertig und gleich, ja sogar anfänglich infolge seiner Kenntnis des Landes ihm in mancher Hinsicht überlegen war.

So ist es überall. Die stolzen blonden Russen sind von den kleinen Japanern in den Staub gestoßen worden, die edle arische Rasse von der verachteten mongolischen. So haben auch die Italiener das Schlachtfeld von Adua räumen müssen vor den mit Speeren bewaffneten Abessiniern. Was wir Tapferkeit nennen, ist eine Frage der militärischen und politischen Organisation. Es ist auch eine Frage der Bewaffnung, der Ausbildung, der Führung. Das wirkliche Ueberlegenheitsgefühl stellt sich immer erst nach dem Siege ein. (Heiterkeit.) —

Wie stehen nun die anderen Heere der Judenfrage gegenüber? Haben sie soviel weniger Interesse daran, nur tüchtige Leute in ihren Reihen zu haben, oder ist die Schlamperei bei allen anderen Völkern Europas so groß, daß es ihnen nicht darauf ankommt, auch minderwertiges Volk einzustellen? Nun, überall, vielleicht mit Ausnahme Rußlands und allenfalls Spaniens, haben die Juden ohne weiteres Zutritt zu dem Offizierkorps. Ueberall sind ihnen diese Reihen völlig geöffnet. Wir haben den Vorzug, in dieser Frage neben den rückständigsten und kulturell zurückgebliebensten Staaten zu stehen, weitab von anderen Völkern. In I t a l i e n ist sogar ein Jude Kriegsminister gewesen, der General Ottolenghi. Ja, er war sogar der Erzieher des Kronprinzen! Wie würden unsere Junker die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn einmal unseren Kronprinzen ein jüdischer Offizier erziehen sollte! Sie würden min-

destens den Zerfall Deutschlands, vielleicht den Untergang der Welt für die nächste Zeit als sicher voraussagen.

In *Frankreich* ist es wie in Italien. Im Jahre 1883 waren unter 18 500 Offizieren 721 Juden. Sie sind immer zu den höchsten Stellen gelangt, sind Generale und selbst Korpskommandanten geworden. Wenn wir den *Fall Dreyfus* rückblickend betrachten, so war er nichts als ein letztes Aufbäumen der alten Militäraristokratie gegen das in das Heer eingetretene Judentum. Er endete mit dem vollkommenen moralischen Zusammenbruch des militärischen Antisemitismus. In den letzten Monaten erst ist der jüdische General Valadrègue zum Divisionskommandeur befördert worden.

In *Oesterreich* ist es noch „schlimmer"! (Heiterkeit.) Hier waren 1897 unter 26 900 Offizieren 2179 Juden, während die Zahl der Protestanten verhältnismäßig geringer ist. Sie sind also offenbar schlechtere Soldaten. (Heiterkeit.) Gewiß zeigen sich auch dort manchmal noch antisemitische Regungen. Als der Oberst Ritter v. *Schweitzer* zum General befördert werden sollte, hatte der Kriegsminister allerdings erhebliche Bedenken. Er stellte dem Kaiser vor, daß er — der Kaiser — dann dieselbe Uniform tragen müsse, wie ein jüdischer Offizier, nämlich die Generalsuniform. Der Kaiser aber hatte nur die kurze Antwort: „Wenn er sie verdient, dann soll er sie auch haben!" — Und er hat sie ehrenvoll getragen.

Unter den Reserveoffizieren sind zahlreiche Juden; ja man kann sich das österreichische Heer ohne Juden in seiner Struktur gar nicht mehr denken. In gewissen galizischen Regimentern sind sogar 40 bis 50 Prozent der *Unteroffiziere* Juden. Das sind doch sicherlich nur tüchtige Leute. Man würde sie nicht dazu machen, wenn sie ihrer Stellung nicht völlig gewachsen wären. Das wird auch durch folgende Auslassung eines österreichischen Offiziers in einem 1893 erschienenen Schriftchen erhärtet: „Obwohl, meint er, obwohl nichts weniger als Philosemit, muß ich der Wahrheit gemäß bekennen, daß ich wenigstens mit meinen Juden ein Sauglück hatte. Ich hatte einige, die ich zu den besten und schneidigsten Reitern zählen konnte, eine Ordonnanz treu wie Gold, alle waren fleißig, brav, anständig und kein Dieb und kein Betrüger darunter." — Ich muß wirklich sagen, das ist mehr, als man von manchen rein christlich zusammengesetzten Eskadronen sagen kann. —

Nun sagt man aber noch, daß die Juden vaterlandslos seien und daß man sich nicht völlig auf sie verlassen kann, da auch das deutsche Vaterland für sie nur ein vorübergehender Aufenthalt sei und daß für sie noch immer das alte Wort Geltung habe: Patria est ubi bene est!

Das ist ein merkwürdiger Vorwurf aus dem Lande eines Volkes, das durch seinen Wandertrieb wie kein anderes Volk der Welt bekannt geworden ist, das die ganze Welt mit seiner Bevölkerung erfüllt hat. Wohin wir sehen, überall sind Deutsche ausgewandert. Dieser Vorwurf ist doppelt merkwürdig im Munde unserer Junker, die wahrhaftig wenig bodenständig waren, wenn sie irgendwo ihr Glück machen wollten. Denken Sie an die zahlreichen deutschen Adelsnamen im russischen Heere, an die baltischen Edelleute, die Deutschen im französischen Heere, in der Fremdenlegion usw.

Die Juden sind vielmehr unsere besten Verbündeten im Kampfe z. B. gegen das Slawentum. Nichts hindert die Germanisation unserer östlichen Provinzen mehr als das Abströmen des Judentums, da sie sich infolge des Vordringens des Antisemitismus jetzt dort weniger wohl fühlen und lieber Gegenden aufsuchen, wo zivilisiertere Menschen wohnen. (Sehr richtig!) Nun sagt man allerdings: Es wird ja nun anders werden, es ist ja ein *Erlaß* gekommen, der darauf hinweist, daß man Unterschiede in den Konfessionen nicht mehr machen soll bei der Wahl von Offizieren. Und Herr v. *Einem*, mein lieber Spezialfreund (Heiterkeit!) hat ja im Reichstage betont, daß die Juden überall ihre Schuldigkeit im Krieg und im Frieden getan hätten. Er hat den Reichsboten zugerufen: Sie können jedem sagen, der es hören will, daß die jüdische Religion unter keinen Umständen einen Grund abgeben kann, Juden nicht zu befördern! — Er hat sich dann freilich auf die Abneigung der Offizierkorps zurückgezogen. Darauf zieht man sich immer zurück, wenn man einen Ableiter haben will für den öffentlichen Zorn und für seine eigene Handlungen nicht einstehen will oder kann. (Beifall.) Jeder weiß, daß jedes Offizierkorps so diszipliniert und so in der Hand seiner Vorgesetzten ist mit seiner ganzen Gegenwart und Zukunft, daß, wenn die Vorgesetzten ernstlich wollen, man sicher sein kann, daß auch das Offizierkorps will. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie daher bitten, auf diese Aeußerungen des Kriegsministers und auf diesen Erlaß, der ja wirklich eine Tatsache ist, nicht allzu große Hoffnungen zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.) Erlasse macht man für die Oeffentlichkeit, aber das Handeln geschieht im Verborgenen. (Sehr wahr!) Solche Erlasse sind ein ausgezeichnetes ministerielles Bekleidungsstück! Sie beheben die Verantwortlichkeit, und man hat immer etwas schwarz auf weiß vorzuweisen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen. (Sehr gut!) Tatsächlich wird dieser Erlaß, wie bei uns die Verhältnisse liegen, noch lange ein leeres Stück Papier bleiben.

Ich habe in meiner augenblicklichen Stellung einigen Einblick gewonnen in die Verhältnisse, wie sie liegen. Es kommen viele Leute zu mir, die sich beschwert und benachteiligt fühlen, ich sehe sie mir aber sehr genau an und prüfe ihre Anliegen, ehe ich ihnen Glauben schenke.

In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe jüdischer Mitbürger zu mir gekommen und wiesen nach, daß sie ihre militärische Pflicht und Schuldigkeit völlig getan hätten, sich nichts vorwerfen könnten, keine Strafe erlitten, sondern Lob geerntet hätten, aber zu Offizieren sind sie nicht befördert worden. Die Sache wird natürlich fein gedreht. Es heißt da, der Betreffende sei ein guter Mensch, aber zum Militärdienst eigne er sich nicht, der liege ihm nicht. Man gibt ihm wohl auch noch die Tressen, oft allerdings etwas später als den anderen. Man läßt ihn wohl auch noch die erste Uebung machen. Dann aber scheitert er. Nur manchmal kommt es auch vor, daß einer noch die zweite Uebung mitmacht. Dann scheitert er schließlich an der Wahl des Offizierskorps. Dann müssen die Reserveoffiziere es machen, wenn alle Stränge reißen. Gewöhnlich erspart man ihm das. Man untersucht den Betreffenden, was für ein Geistes Kind er ist, nicht nur er selbst, nein, was sein Vater, seine Mutter, sein Großvater waren, ob er eine gute Gesinnung hat, ob er sich schon einmal geschlagen hat usw. Mit welcher Leichtigkeit man dabei gelegentlich vorgeht, davon las ich erst heute ein Beispiel, wie man einem jungen tüchtigen Einjährigen die Offizierskarriere abschnitt. Sein Hauptmann beantragte seine Ausschließung vom Einjährigen-Unterricht mit folgenden Worten: „Ich bitte den Einjährigen X. aus dem Einjährigen-Unterricht zu entfernen, da derselbe wegen seines *jüdischen Aussehens* nicht diejenigen körperlichen Eigenschaften besitzt, die an einen Offizier gestellt werden sollen." — (Große Heiterkeit.) Der Mann ist wenigstens ehrlich und von einer erfrischenden Offenheit.

Nirgendwo läßt man einen jüdischen Mitbürger zum Reserveoffizier zu. Leute von tadelloser Familie und tadelloser Bildung weist man zurück. Wir können uns da an den Süddeutschen ein gutes Vorbild nehmen. Sie sind uns in der Kultur voran. Leider Gottes *verpreußen* sie aber immer mehr. (Zurufe: Leider!)

In Bayern ist es schon fast genau so wie in Preußen. Seit vier bis fünf Jahren sollen auch in Bayern keine Juden mehr zu Reserveoffizieren gemacht worden sein. Man ist mißtrauisch gegen die jüdischen Einjährigen geworden, die von Norddeutschland hinüberkamen, weil ihnen dort die Beförderung verschlossen war.

Freilich, auch der Jude kann Reserveoffizier werden unter einer Bedingung: wenn er *übertritt*! Ein tüchtiger junger Mann war in einem Berliner Truppenteil zum Unteroffizier befördert worden und machte auch die erste Uebung mit. Weiter kam er als Jude aber nicht. Da wurde er Christ und ging nun wieder an seinen Regimentskommandeur mit der Frage heran: Kann ich jetzt Offizier werden? — Gewiß, hieß es, jetzt ist der Hinderungsgrund weggefallen. (Hört! Hört!) Aber, erklärte der Kommandeur weiter, die erste Uebung, die Sie als Jude gemacht haben, gilt nicht. (Große Heiterkeit.) Und der junge Mann mußte als Christ noch einmal eine erste Reinigungsübung mitmachen. (Erneute große Heiterkeit.)

Ich will die Motive derjenigen nicht anzweifeln, die zum Christentum übertreten. Aber es liegt oft eine gewisse Besorgnis vor, als ob nicht immer rein ideale Beweggründe dabei maßgebend seien. Wer ist der beste Charakter? Derjenige, der dem Glauben seiner Väter und seiner Ueberzeugung treu bleibt oder derjenige, der um materieller Vorteile willen übertritt? (Beifall.)

Die Verhältnisse hängen mit der ganzen Stellung unseres Reserveoffizierkorps zusammen, das im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Hauptwaffe der Reaktion geworden ist. (Sehr richtig!) Durch unser Reserveoffiziertum greift die Kommandogewalt des Königs tief in das bürgerliche Leben ein. (Sehr wahr!) Die Reserveoffizierkorps sind eine Kerntruppe der Reaktion. Darum will man niemand hineinlassen, dem man politisch nicht ganz traut, den man politisch nicht für reaktionär, sondern vielleicht gar für liberal hält. Wer zum Christentum übertritt, hat gezeigt, daß er ein zuverlässiger Mann ist im Sinne unserer Regierung. Darum nimmt man ihn auf. (Sehr gut!) Ihn kann man ohne Besorgnis akzeptieren, er wird eine Stütze unseres Regimes werden. (Sehr wahr!)

Darum bin ich der Ansicht, daß vorläufig die Stunde noch nicht geschlagen hat, wo wir im Heere die volle Gleichberechtigung unserer israelitischen Mitbürger durchsetzen werden. Darum muß in dieser Richtung immer weiter gekämpft werden, um so mehr, da dieser Ausschluß einer Disqualifikation der Juden gleichkommt. Es ist eine Tatsache, daß ihr gesellschaftliches Ansehen darunter leidet. Es steht heute so, daß man, um zur ersten Gesellschaftsklasse zu gehören, Korpsstudent oder Reserveoffizier, am besten beides, sein muß. Wer beides nicht ist, gehört kaum zur zweiten, eigentlich höchstens zur dritten Klasse der Gesellschaft. Es haftet ihm nach der Ansicht vieler — es sind wohl Narren, aber sie sind in großer Zahl — eine Art Makel an.

Erst verhindert man also die Juden, Offiziere zu werden. Und dann kommt man mit dem Vorwurf, daß sie gesellschaftlich nicht auf der Höhe stehen, weil sie nicht Offiziere sind. Lassen Sie uns, die wir Söhne eines Volkes sein wollen, und die wir glauben, daß in einem Staate alle ehrlichen Männer gleichberechtigt sind, lassen Sie uns weiter kämpfen, bis die Devise der Hohenzollern, die Inschrift des Schwarzen Adlerordens in diesem Lande wirklich zur Wahrheit wird: Suum cuique! Jedem das Seine! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Nachdem Herr Dr. *Barth* dem Redner den wärmsten Dank ausgesprochen hatte, wurde zur *Wahl des Vorstandes* geschritten, die auf Antrag der Herren Jaffé und Max Nathan durch Zuruf erfolgte. An Stelle des verstorbenen Herrn Charles *Hallgarten*-Frankfurt

am Main wurden zwei Herren neu in den Vorstand berufen, nämlich Herr Rechtsanwalt Dr. Bärwald-Frankfurt am Main und Herr v. Lasaulx-Frankfurt am Main. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt, nämlich die Herren Dr. Barth-Berlin zum Vorsitzenden, Geheimrat Professor Wilhelm Förster-Berlin zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Stadtrat Flinsch-Frankfurt a. M., und Herr Dr. de Gruyter-Lichterfelde zum Schatzmeister an Stelle des Herrn Geh. Rat Benoit-Karlsruhe, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter darum gebeten hatte, ihn von dieser Tätigkeit zu entbinden.

Darauf wurde in die Diskussion über die Referate und den Geschäftsbericht eingetreten.

Herr Sanitätsrat Dr. Peiser-Königsberg (Neumark) wies darauf hin, daß sich der deutsche Jude zur Zeit der Kreuzzüge von dem Franken gar nicht unterschied. Der Unterschied im äußeren Aussehen entstand erst, als man die Juden in das Ghetto zwang. Die Tracht, die heute von den polnisch-russischen Juden getragen wird, und die in Witzblättern vielfach verhöhnt wird, ist nichts weiter als die Tracht des Mittelalters, der mitteldeutsche jüdische Rock. Wie ihre Kleidung, so haben auch die Juden ihre deutsche Sprache bewahrt. Tief in Rußland hört man noch die alte deutsche Sprache in jüdischen Gemeinden. In dem sogenannten Jiddisch finden wir Worte, die noch heute in einzelnen Schweizer Kantonen im Umlauf sind. Auch als die Juden aus Spanien vertrieben wurden, konnte man den jüdischen Edelmann nicht von dem stolzen Hidalgo unterscheiden. Sie standen den Spaniern völlig gleich. Im Orient sind solche ehemals spanisch-jüdische Gemeinden aufgefunden worden, die noch jetzt das klassische Spanisch des Mittelalters sprechen. So treu haben sie die alte Sprache bewahrt. Die Fremdartigkeit der Juden war nicht der Grund des Antisemitismus. Die Quellen liegen auf ganz anderem Gebiete. Zwei Momente waren es stets, die immer in den Vordergrund traten: der Chauvinismus und die religiöse Orthodoxie. Der Jude hat immer mit Begeisterung an seinem deutschen Vaterlande gehangen. Bis weit in den Osten hat er deutsche Sprache und deutsche Kleidung mitgeschleppt. Der Antisemitismus schädigt nur den Staat, wenn er den Juden aus dem Osten verdrängen will. Denn an seine Stelle tritt der Pole. Der Redner hebt hervor, daß im Heere eine ganze Reihe von Sanitätsoffiziersstellen unbesetzt seien, obgleich jüdische Aerzte dafür zu haben wären. Wahrscheinlich rechne man damit, daß im Falle der Not, wenn ein Krieg ausbrechen würde, die jüdischen Aerzte sich trotz aller bisherigen Zurücksetzung doch zum Dienst melden würden. Der Redner schließt: Ein Wort noch, das überall gehört werden sollte. Es sind immer die großen Regenten gewesen, die Religionshaß nicht kannten, und die auch den Juden ihr Recht ließen, Alexander, Cäsar, Karl der Große, Napoleon. Auch Friedrich der Große hätte nicht geduldet, daß man die Juden so schlecht behandelt, wie es heute geschieht. Die Monarchen sollten sich vor kleinlichen antisemitischen Einflüssen hüten. (Beifall.)

Abg. Prof. Dr. Günther-München dankt dem Redner für die Ergänzung zu seinem Vortrage.

Herr Dr. Weiß-Berlin stellt fest, daß in Bayern hier und dort in diesem Jahre wieder jüdische Einjährige in das Reserveoffizierkorps aufgenommen worden sind. Er kann sich selbst als Beispiel dafür anführen. Allerdings sei er nicht bei seinem ursprünglichen Regiment — einem Kavallerieregiment — Offizier geworden, sondern beim Train. (Aha-Rufe.) Er ist von 9 Juden als Einziger Offizier geworden. (Erneute Aha-Rufe.) Der Redner schließt mit den Worten: Lieber eine Ausnahme als gar keine, lieber etwas als gar nichts!

Herr Dr. Barth: Wir begnügen uns mit solchen Ausnahmen nicht. Wir wollen keine ausnahmsweise, sondern eine ausnahmslose Rechtsgleichheit. (Beifall.)

Herr Oberst a. D. Gädke-Steglitz: Ich freue mich außerordentlich, daß Bayern nicht ganz so verpreußt ist. (Heiterkeit.) Bezüglich der Sanitätsoffiziere möchte ich mitteilen, daß es keinen aktiven Arzt mehr im preußischen Heere gibt. Ueber die Vaterlandsliebe der russischen Juden wird viel gescholten. Demgegenüber möchte ich erklären, daß ein echter russischer Christ mir zu Beginn des russisch-japanischen Feldzuges sagte: Ich hasse das System und die Armee, und ich wünsche, daß Rußland Schläge kriegt, anders kann es nicht besser werden.

Herr Henry Hoffstaedt-Berlin: Ich habe den letzten Feldzug mitgemacht und war Vizefeldwebel mit der Offiziersqualifikation in der Tasche. Mein Hauptmann hat mich zweimal aufgefordert, mich zur Wahl stellen zu lassen. Ich habe das aber abgelehnt, weil ich mich nicht einem ablehnenden Votum aussetzen wollte. (Sehr gut!) Als in den achtziger Jahren die Wogen des Antisemitismus sehr hoch gingen, wurde in den antisemitischen Blättern den Juden auch der Vorwurf der Feigheit gemacht. Darauf luden jüdische ehemalige Krieger alle alten jüdischen Soldaten zu einer Versammlung ein, um diesen Vorwurf zu widerlegen. Damals erschienen 3000 alte jüdische Soldaten. Davon waren mindestens 300 dekoriert. Selbst Veteranen aus den Befreiungskriegen waren noch dabei. Der Vorwurf der Feigheit wurde von den alten Kriegern mit aller Schärfe zurückgewiesen.

Der Redner fordert schließlich, daß es den Offizieren bei der Ablehnung eines Offiziersanwärters zur Pflicht gemacht werde, ihren Standpunkt zu begründen.

Herr Oberst a. D. Gädke: Die Kommandogewalt des Kaisers ist die Hauptsache. Ist hier erst eine Bresche geschossen, dann ist alles andere Spielerei. Der Wahl darf man nicht zuviel Bedeutung beilegen. Sie ist mehr eine Formensache. Wenn ein Regimentskommandeur einen Herrn zur Wahl stellt, dann sagt das Offizierkorps auch nicht nein. Wenn man die Begründung der Motive verlangt, so heißt das leeres Stroh dreschen, denn Gründe sind so billig wie Brombeeren. Wenn man jemanden abhalftern will, dann findet man auch einen Grund dazu. Es heißt einfach: Du hast uns dienstlich nicht gefallen! — Dann soll einer nachweisen, daß dieser Grund falsch ist. (Sehr richtig!) Der Kriegsminister zieht sich auf die Kommandogewalt des Kaisers zurück. Solange sich der Reichstag das gefallen läßt, sind alle Gründe für die Ablehnung gleichgültig.

Herr Dr. Weiß-Berlin: In Bayern gibt es fast bei allen Infanterieregimentern jüdische Reserveoffiziere. Die Reserveoffizierkorps sind nicht schuld daran, wenn Juden nicht Offizier werden. Schuld daran sind die Bezirkskommandeure, weil sie keine Juden zur Wahl stellen. Hier sollte der Kriegsminister eingreifen.

Herr Jaffé-Berlin: Wir haben unseren Führern für ihre erfolgreiche Arbeit gedankt und sie auch wiedergewählt. Damit bekunden wir, daß wir mit ihrer Tätigkeit zufrieden sind. Haben wir Mitglieder aber auch immer unsere Schuldigkeit getan, um dem Verein neue Mitglieder zuzuführen? Wir müssen weiter für ihn Propaganda machen, damit er noch mehr bekannt wird, und damit die „Mitteilungen" noch weitere Verbreitung erfahren. Die „Mitteilungen" werden noch nicht soviel gelesen, wie es sein sollte; der Verein ist lange noch nicht volkstümlich genug. Das ist unsere Schuld. Wir können nur siegen, wenn jeder seine Schuldigkeit tut. (Beifall.)

Herr Dr. Theodor Barth: Diese Anregungen unterstütze ich vollkommen. Es kann nicht besser agitiert werden, als wenn unsere Mitglieder selbst die Bedeutung unserer Bestrebungen hervorheben. Auch Frauen können jetzt als vollberechtigte Mitglieder aufgenommen werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß für jede gute und gerechte Sache gerade die Frauen einen Idealismus und einen Schwung in der Agitation entwickeln, der über das hinausgeht, was Männer tun können. Wir hoffen, daß recht viele Frauen sich in den Dienst unserer Sache stellen werden. (Beifall.)

Herr Neumann-Berlin spricht sich ebenfalls für die stärkere Heranziehung der Frauen zu den Abwehrbestrebungen aus und bemängelt in diesem Zusammenhang die Form der Einladungszirkulare („Sehr geehrter Herr"). Dieses Monitum wird als berechtigt anerkannt und Abänderung zugesagt.

Damit fand die Generalversammlung, die das Interesse der zahlreich erschienenen Mitglieder nahezu 4 Stunden in Anspruch genommen hatte, ihren Abschluß.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14. — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg Druckerei A.-G. Berlin W., Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 44. Berlin, den 28. Oktober 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35. Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 2a I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die niederösterreichischen Landtagswahlen oder was man in Oesterreich alles tun darf.

Wien, den 27. Oktober 1908.

Die niederösterreichischen Landtagswahlen haben ihren Anfang genommen. Gestern waren die Wähler der allgemeinen Wählerklasse zur Urne gerufen; von den 121 gewählten Abgeordneten, die der von Geßmann im Vorjahre ganz nach den Bedürfnissen der Christlichsozialen rekonstruierte Landtag für Niederösterreich kennt, kamen die 48 Mandate der Stadt Wien, drei allgemeine Landstädte- und sieben Landgemeindensitze zur Vergebung. Unter geringerer Teilnahme der Bevölkerung hat sich wohl noch nie ein Wahlakt von so großer Bedeutung vollzogen. Die gesetzlich festgelegte Wahlpflicht zwang zwar zum Erscheinen an der Urne, aber es fehlte jedes Interesse für das Schicksal der Kandidaten, und das Straßenbild bot nicht die geringste Abweichung von den alltäglichen Zügen. Gewählt wurden 52 *Christlichsoziale und sechs Sozialdemokraten*. Die letzteren konnten in Wien nur die fünf absolut sicheren Mandate in drei Arbeiterbezirken — Favoriten (X.), Ottakring (XVI.) und Floridsdorf (XXI.) erobern. In der Provinz gelang es ihnen bloß in Bruck an der Leitha-Wiener Neustadt Fuß zu fassen. Von den freiheitlich-bürgerlichen Kandidaten ist keiner durchgedrungen, obgleich Männer wie der ehemalige Burgtheaterdirektor und bekannte Schriftsteller Hofrat Max Burkhard im ersten Bezirke und der Obmann des Vereines „Freie Schule" und Reichsratsabgeordneter Hofrat Baron Hock im zweiten Bezirke aufgestellt worden waren. Alle umstrittenen Bezirke: I, II, V, IX, XI, XII und XX sind der herrschenden Partei zugefallen, deren Organe heute Jubelhymnen anstimmen. Der 26. Oktober wird von ihnen als Ehrentag gefeiert, und es sind ja auch tatsächlich die großen Führer: Lueger, Geßmann und Prinz Alois Liechtenstein zweimal gewählt worden. Sogar der Mechaniker Ernst Schneider ist in Fünfhaus mit 4413 gegen 3010 sozialdemokratische Stimmen durchgekommen, obgleich dieser Bezirk im Abgeordnetenhause des Reichsrates durch den Sozialdemokraten August Forstner vertreten wird. Bemerkt sei noch, daß im alten Landtage nur *ein* Sozialdemokrat, der Lehrer Seitz, saß.

Doch lassen wir uns durch den ersten Eindruck nicht beirren und untersuchen wir die Grundlagen der christlichsozialen Erfolge. Vor allem drängt sich die Erkenntnis auf, daß die Verteilung der Mandate zur parteipolitischen Schulung der Wählerschaft in schreiendem Kontraste steht. In Wien entfielen auf die Rathauspartei 169 000 und auf die freiheitlichen Mandatsbewerber 127 000 Stimmen, wovon 107 000 den Sozialdemokraten und 20 000 den Liberalen zu gute kommen. Die Mehrheit der Christlichsozialen steht also in keinem Verhältnis zu ihrer Mandatsbeute. Während sie nur 1⅓ soviele Anhänger aufweisen konnten als ihre Gegner, sicherten sie doch fast neunmal soviele Sitze als die freiheitlichen Parteien für ihr Gefolge. Das Geßmannsche Wahlrecht ist eben ein Monstrum, einzig in seiner Art. Es bricht mit dem Prinzip der Reichsratswahlordnung: Ein Bezirk, ein Mandat! und hält sich in Wien an die politische Gliederung der Stadt, während es auf dem Lande ganz willkürliche Kombinationen schafft. Dadurch werden sehr bedeutende Minoritäten herbeigeführt, die leer ausgehen müssen. Im II. Bezirke, wo Dr. Lueger kandidierte, entfielen auf ihn 12 300 Stimmen; seine Gegner aber erhielten immerhin über 11 000 Stimmen. Im XI. Bezirke siegten 4581 Christlichsoziale über 3262 Sozialdemokraten, im XII. Bezirke 9991 über 8391, im XX. Bezirke 6900 über 5849. Doch das Geßmannsche Wahlrecht fälscht noch nach einer anderen Richtung das Bild der Wahlen. Bei der Aufteilung der Mandate auf die einzelnen Bezirke wurde mit beispielloser Rücksichtslosigkeit verfahren. Weder die Bevölkerungszahl, noch die Steuerleistung, noch beide Faktoren zusammen kamen zur Geltung. Das Parteiinteresse hat allein den Ausschlag gegeben. Einige Beispiele statt vieler Worte! Im XVI. Bezirk, in Ottakring, haben 15 129 und im X. Bezirk, in Favoriten, 11 599 Sozialdemokraten je zwei Parteiangehörige in den Landtag entsendet. Dagegen durften im IV. Bezirk 6596 Christlichsoziale vier, im I. Bezirk 5 153 Christlichsoziale sechs und im XVIII. Bezirk 9 119 Christlichsoziale drei Parteifreunde wählen. So ist das „allgemeine, gleiche" Wahlrecht Sr. Exzellenz des Herrn Dr. Geßmann geartet, das ist christlichsoziale Gerechtigkeit und Volksfreundlichkeit!

Schon die bisherigen Darstellungen, die auf amtlichem Material fußen und demnach unanfechtbar sind, werden dargetan haben, daß der Kern der christlichsozialen Siege faul ist, daß eher zur Schande als zum Jubel Anlaß vorhanden wäre. Allein wir sind noch nicht bis an den eigentlichen Sitz des Uebels vorgedrungen. Bis jetzt haben wir angenommen, daß die zur Urne gerufenen Bürger wirkliche Wähler gewesen sind und daß in den Abstimmungsziffern tatsächlich der Wille aller 24jährigen österreichischen Staatsbürger, die am Tage der Wahlausschreibung in Wien drei Jahre seßhaft waren, zum Ausdrucke gekommen ist. Aber in dieser Voraussetzung steckt ein arger Irrtum. *Die Siege der Christlichsozialen wurden in Wahrheit von zwei Behörden bewerkstelligt: vom Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, für den der Bürgermeister Dr. Karl Lueger und*

der Direktar Dr. Richard Weiskirchner — der zugleich Präsident des österreichischen Abgeardnetenhauses ist — maralisch verantwortlich sind, und von der k. k. niederästerreichischen Statthalterei, an deren Spitze Se. Exzellenz Graf Kielmannsegg und der Liebediener der Christlichsozialen Graf Lamezan stehen. Man muß in Wien leben um zu wissen, was das heißt: Wiener „Wählerlistenschwindel". Auf die Verschiedungen, die der Magistrat im ersten Bezirke vorgenammen hat, haben wir schon in unserem varletzten Briefe hingewiesen. (In Nr. 40 der „Mitt.".) Im zweiten Bezirke wurde van den Sozialdemokraten ein Flugblatt im Formate des „Berliner Tageblattes" verdreitet, das auf vier eng bedruckten Seiten nichts anderes enthielt als die Namen und Adressen jener in der Wählerliste dieses Bezirkes verzeichneten „Wähler", die laut den amtlichen Auskunftsscheinen der k. k. Palizeidirektion in Wien entweder tot oder schan längst abgemeldet ader überhaupt nicht angemeldet, ader nicht lange genug seßhaft gewesen sind. Mit Galgenhumar war ausdrücklich bemerkt, daß die Liste unvallständig sei, weil die vier Seiten die Schandtaten nicht zu fassen vermachten. Und nun bedenke man nur eines: das Material für die Beanstandungen mußte innerhalb 14 Tage aufgedracht werden. 26 000 Wähler waren demnach auf ihre wahltechnischen Qualitäten zu untersuchen. Dabei weigerte sich die Palizei anfänglich unter Hinweis auf ihr Amtsgeheimnis, die Anfragen zu erledigen, dann farderte sie für jede Auskunft, die natürlich nur die zweifelhaften „Wähler" betreffen konnte, 10 Heller, und schließlich erledigte sie wegen des ungeheueren Andranges nur einen Teil der Fragezettel. Die Eruierung der Mängel in der Wählerliste war deshalb der Zahl nach sehr lückenhaft. Das muß bei der Bewertung der entdeckten Ungehörigkeiten in Betracht gezagen werden. Aehnlich wie im zweiten Bezirke wurde auch in vielen anderen, für die Christlichsazialen zweifelhaften Bezirken verfahren — verfahren vom Magistrate der Stadt Wien, dem die Evidenzhaltung der Wählerlisten obliegt. Die beim Magistrate einlangenden Reklamatianen sind innerhalb dreier Tage dem Statthalter varzulegen, der über sie zu entscheiden hat. Die niederästerreichische Statthalterei jedach ließ sich dei ihren Entscheidungen von den Berichten des Magistrates leiten, und die „Wiener Ardeiter-Zeitung" hat tagtäglich viele Spalten mit ungesetzlichen Entscheidungen unter Nennung der Aktenziffern und der Anfangsbuchstaben der Namen publiziert. Die Entscheidungen des Reichsgerichtes wurden von der Statthalterei mit Füßen getreten, wie denn von ihr überhaupt mit sträflicher Leichtsinnigkeit vargegangen wurde. Das Reichsgericht wird in mehr als hundert Fällen nachträglich zu entscheiden haben, abgleich es klar ist, daß ganz wenige Staatsbürger um eines einmaligen Stimmrechtes willen den beschwerlichen Rechtsweg zum abersten Gerichte detreten. Im XX. Bezirke wurden zum Beispiele 1486 wohlbegründete Reklamatianen um Aufnahme in die Wählerliste eingedracht, von denen blaß 488 Erfalg hatten. Dagegen wurden auf Betreiben der Christlichsazialen 500 der sazialdemokratischen Parteiangehärigkeit verdächtige Wähler nachträglich aus der Wählerliste gestrichen. Bezeichnend für die politischen Verhältnisse in Wien ist es, daß van diesen Skandalen überhaupt nur zwei Wiener nichtchristlichsoziale Blätter — außer der schon erwähnten „Arbeiter-Zeitung" noch die „Neue Freie Presse" — Natiz nahmen. Die anderen „liberalen" Zeitungen schwiegen und brachten im übrigen fleißig Berichte über die Versammlungen Seiner Exzellenz Dr. Geßmann. Diese Teilnahmslosigkeit der berufenen Moralhüter ist natürlich ein Privileg für die Maralverletzer.

Alles in allem: die Christlichsozialen haben im ersten Treffen 52 Mandate erwarden, aber Ehre heben sie damit nicht auf. Sie befleckten nicht nur sich mit ihren Siegen, sie beschmutzten auch eine k. k. Behärde, sie ließen daran zweifeln, daß Niederösterreich zu einem Rechtsstaat gehäre. Und der Ministerpräsident Freiherr von Beck? Ach, der Mann der „mittleren Linie", spielt schan seit langem mit den Christlichsozialen unter einer Decke — obwohl diese als Regierungspartei — deständig Opposition machen.

rm.

Theorie und Praxis.

Die „Käln. Volks-Ztg." bekämpft mit durchschlagenden Argumenten die von der „Augsd. Past-Ztg.", gleichfalls einem Zentrumsblatt, ausgegebene Parale der Konfessionalisierung der wirtschaftlichen und politischen Organisationen; sie wendet dagegen nämlich mit Recht ein:

„Eine Oberflächlichkeit ist es unter anderem, wenn bie A. P. bie Ablehnung konfessioneller Wirtschafts- und Partei-Organisationen nur auf Taktik zurückführt. Nach unserer Auffassung handelt es sich dabei um wirtschaftliche unb staatsbürgerliche Notwendigkeiten. Die Ablehnung des konfessionellen Charakters ist uns bei diesen Organisationen wesentlich. Wo wirtschaftliche Interessen zu vertreten sind, gehören bie Vertreter gleicher Interessen zusammen, ohne Rücksicht auf die Konfession. Wo die Interessen des Staates wahrzunehmen und auszuüben sinb, gehören wir als Staatsbürger zusammen, unb wir sinb überzeugt, daß bie Katholiken auf allen diesen Gebieten sehr wohl mit religiös Andersdenkenden einheitlich in benselben Organisationen wirken können, ohne von ihrem katholischen Stanbpunkte auch nur um ein Jota abzuweichen."

Ein ganz vortrefflicher Standpunkt, schade nur, daß das Zentrum selbst ihn praktisch so wenig befolgt. Wa wirtschaftliche Interessen zu vertreten sind, gehören die Vertreter gleicher Interessen zusammen ohne Rücksicht auf die Kanfession — sagt die „Käln. Valks-Ztg." mit Recht. Was für eine Existenzberechtigung haben danach z. B. die kathalischen kaufmännischen Vereine? Kaffee, Zucker, Petroleum sind doch nicht konfessionell differenziert, warum scheiden sich dann ader diejenigen, die damit handeln, nach Konfessionen, als ad es kathalischen Kaffee, pratestantischen Zucker und jüdisches Petroleum gäbe!

Konsequenz läßt das Zentrum in dieser Frage überhaupt stark vermissen. In Berlin hatte der Zentralwahlverein des Zentrums zum 26. d. M. eine große Katholiken-Versammlung einberufen, um den Einfluß der Kathaliken auf die kammunalen Wahlen zu stärken; es heißt in dem diesbezüglichen Aufrufe der „Germania" u. a.:

„Es ist in erster Linie bie anfangs bieses Jahres bewirkte Neuorganisation der Zentrumspartei für Berlin unb die Provinz Brandenburg auszubauen und somit ben den Katholiken gebührenben Einfluß auf dem Gebiete des staatlichen und kommunalen Lebens allmählich zu gewinnen. Denn wenn man sich beispielsweise ben für die Katholiken geradezu unwürbigen Zustanb hinsichtlich der Vertretung im Berliner Stadtparlament vergegenwärtigt, in welchem dort über 200 000 katholische Bürger keinen einzigen Vertreter, währenb bie 85 000 jübischen Mitbürger eine verhältnismäßig hohe Anzahl von Vertretern zu sitzen haben, so muß diese Tatsache für die Berliner Katholiken geradezu beschämend sein."

Die „Germania" und die Herren vom Zentrumswahlkomitee gehen hierbei van einer ganz falschen, leider immer wiederkehrenden Voraussetzung aus. Die „95 000 jüdischen Mitbürger" van Berlin sind als Konfession im Stadtparlament überhaupt nicht vertreten. Soweit Juden der Stadtverardnetenversammlung angehären, sind sie als Vertreter der einzelnen Fraktionen gewählt warden und zwar van den Fraktianen der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken. Nach der Kanfessian ist bei der Nominierung der Kandidaten so wenig gefragt worden, daß häufig jüdische Kandidaten im heftigsten Wahlkampfe einander gegenüberstanden. Es ist auch nicht wahr, daß etwa, wie nach dieser Darstellung angenommen werden könnte, unter den mehr als 120 Stadtverordneten kein einziger Katholik wäre. Saviel wir wissen, ist u. a. der Stadtverordnete Karl Goldschmidt, der Vorsitzende

der Gewerkvereine, Katholik. Mit Ausnahme der Städte in den überwiegend katholischen Gegenden des Westens und einigen anderen katholischen Bezirken hat sich das Zentrum übrigens in den kommunalen Vertretungen bisher absichtlich nicht als politische Partei konstituiert, sondern meistens sich einer sogenannten wirtschaftlichen Vereinigung, die alle rechtsstehenden Elemente umfaßt, angeschlossen. Auch hier gilt also das, was die „Köln. Volks-Ztg." mit Recht in die Worte zusammenfaßt: Wo wirtschaftliche Interessen zu vertreten sind, gehören die Vertreter gleicher Interessen zusammen, ohne Rücksicht auf die Konfession.

Die Berufung von Juden zu ordentlichen Professoren an den medizinischen Fakultäten Deutschlands.

Das auffällige Mißverhältnis in der Zahl der ordentlichen Professoren jüdischen Glaubens zu dem Prozentsatz der jüdischen Universitätslehrer der medizinischen Fakultäten hat im Laufe der letzten Jahre bei besonders in die Augen springenden Föllen von Uebergehungen anerkannt hervorragender jüdischer Gelehrter wiederholt auf Kongressen und in der Presse zu lebhaften Kontroversen über das Berufungs- bezw. Vorschlagsrecht der Fakultäten und den Anteil der Regierung an diesen Zurücksetzungen geführt. Im „Berl. Tagebl." (22. Okt. 08) werden hierüber von einer offenbar gut unterrichteten Seite folgende detaillierte Angaben gemacht:

„Zurzeit gibt es in Deutschland vier jüdische ordentliche medizinische Professoren: die Physiologen Bernstein-Halle und Rosenthal-Erlangen, beide 1872 berufen; der Pharmakologe Jaffé-Königsberg, ernannt 1873; der Physiologe Herrmann-Königsberg, ernannt 1884.

Außer diesen jetzt noch im Amt befindlichen Herren hat es an deutschen medizinischen Fakultäten bisher folgende jüdische Ordinarien gegeben: Herz, innerer Kliniker in Erlangen, ernannt 1869; Traube, innerer Kliniker in Berlin 1872 bis 1876, Ebstein, innerer Kliniker in Göttingen 1874 bis 1907; Freund, Gynäkologe in Straßburg 1878 bis 1901, Laqueur, Ophthalmologe in Straßburg 1878 bis 1906. Niemand wird es wagen, zu bestreiten, daß alle diese Männer als Forscher, als Lehrer und als Beamte ihren Platz mit höchster Würde ausgefüllt haben oder noch ausfüllen.

Aus diesen Angaben geht nun hervor, daß es heute nur noch vier im Amt befindliche jüdische Ordinarien gibt; diese ausschließlich in theoretischen Fächern. Diese geringe Zahl ist bei der sehr großen Menge von jüdischen Medizinern und solchen unter ihnen, die wissenschaftlich tätig sind, höchst erstaunlich, und man muß nach einer Erklärung für diesen auffallenden Widerspruch suchen.

Natürlich hat man zu allererst an die Möglichkeit zu denken, daß unter der, wenn auch noch so großen Zahl jüdischer Mediziner keine geeigneten Persönlichkeiten vorhanden waren oder sind. Da gibt aber zunächst die auffallende Tatsache zu denken, daß, wie obige Zahlen lehren, in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sieben Männer der Auszeichnung für würdig befunden wurden; dann noch ein Herr 1884; seitdem ist keine einzige Ernennung mehr erfolgt. Sind die jüdischen Mediziner in ihrer Entwickelung, die vor 30 Jahren mit der der christlichen Kollegen noch einigermaßen Schritt hielt, seitdem zurückgeblieben? Oder sind sie einem merkwürdigen Degenerationsprozeß verfallen, daß seit 25 Jahren kein einziger mehr für fähig gehalten werden konnte, eines der zirka 230 Ordinariate zu bekleiden?

An der Hand von einigen bestimmten und besonders auffallenden Beispielen müssen wir hier zunächst einmal diese Frage besprechen, obgleich sie wohl von jedermann als eine rein rhetorische empfunden werden wird. Wir wollen uns natürlich hier auf Namen solcher Männer beschränken, deren Karriere abgeschlossen ist, und die viel zu hoch dastehen, als daß ihnen ein journalistischer Hinweis auf ihre Person auch nur im mindesten nützlich sein könnte.

Vor drei Jahren erregte es in weiten Kreisen Aufsehen, daß der Titularprofessor, Privatdozent an der Berliner Universität, Dr. Albert Fränkel freiwillig auf die Venia legendi für das Fach der inneren Medizin verzichtete. Während heute die große Mehrzahl der inneren Kliniker sich auf die Bearbeitung eines mehr oder weniger engen Spezialgebietes beschränkt, war Fränkel gerade durch die Bearbeitung der verschiedensten Gebiete der klinischen Medizin ausgezeichnet. Seine Lehrbefähigung war eine allgemein anerkannte, und noch heute gelten in den wissenschaftlichen Vereinen seine Auseinandersetzungen als hervorragend klar. Als Arzt und Leiter eines großen Krankenhauses hat er sich auch den Ruf eines ausgezeichneten Praktikers erworben. Dieser Mann legte verstimmt und verärgert seine Stellung als Privatdozent nieder, weil man in 28 (!) Jahren ihn nicht über diese Anfangsstufe hinaus hatte gelangen lassen.

Nun könnte jemand einwenden, daß wir einen solchen Ueberfluß an hervorragenden inneren Klinikern hatten, daß selbst ein so qualifizierter Mann bei Berufungen immer noch durch einen Ueberlegenen, noch Tüchtigeren, in die zweite Reihe gedrängt wurde. Nun, jeder Eingeweihte weiß, mit welchen Schwierigkeiten seit langem gerade die Besetzung der Lehrstühle für innere Medizin mangels geeigneter Kräfte zu kämpfen hatte; wie schließlich so manche Besetzung unter allgemeinem Kopfschütteln der urteilsfähigeren Kreise erfolgt ist.

Schon etwa zwei Jahre vorher hatte auch Professor Hermann Oppenheim auf seine Stellung als Privatdozent an der Berliner Universität verzichtet, weil die Beförderung, auf die er Anspruch zu haben glaubte, nach siebzehnjähriger Lehrtätigkeit ausgeblieben war. Kein Sachverständiger wird etwas einzuwenden haben, wenn wir ihn als den bedeutendsten deutschen Neurologen neben Erb bezeichnen und hinzufügen, daß seine wissenschoftlichen, diagnostischen und therapeutischen Leistungen Weltruf genießen. Aus aller Herren Ländern strömen seit vielen Johren Aerzte herbei, um Oppenheim zu hören, denn es zeichnet ihn eine ganz ungewöhnliche Lehrbefähigung aus, die er auch heute noch, wo sie dem Unterricht der Studierenden der Universität nicht mehr zugute kommen kann, mit glänzendem Erfolg in privaten Aerztekursen ausübt. Und eine solche Kraft haben sich sämtliche deutschen Fakultäten entgehen lassen, als ob der Reichtum an bedeutenden Lehrern heute wer weiß wie groß wäre.

Man wird nun hier einwenden, daß eine Berufung zum Ordinarius schon deshalb ausgeschlossen war, weil ein besonderes Ordinariat für Neurologie nicht existiert. Damit ist erstens die blamable Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Oppenheim es nach siebzehnjähriger Lehrtätigkeit nicht einmal zum Extraordinarius gebracht hat. Zweitens aber hat man gar nicht so selten besonders verdiente Männer zu Ordinarien gemacht, auch wenn für das betreffende Fach bis dahin kein Ordinariat bestand. Wir erinnern hierzu an die Pädiater Heubner-Berlin, Czerny-Breslau, den Dermatologen Neißer-Breslau, die Otiater Römer-Rostock, Passow-Berlin, den Orthopäden Lange-München. Will irgend wer behaupten, daß Oppenheims Leistungen denen der genannten Herren nicht ebenbürtig sind?

Ein drittes Beispiel, auf das übrigens die letzten Ausführungen auch passen: Als vor acht Johren der Berliner außerordentliche Professor P. Ehrlich nach Frankfurt ging, hat nicht eine deutsche Fakultät Anstrengungen gemacht, sich die Zugehörigkeit dieses Mannes zu sichern, dessen Taten auf dem Gebiete der experimentellen Biologie und Therapie zu den glänzendsten der neueren Medizin und Naturwissenschaften gehören. Später ist dann allerdings Ehrlich, obwohl in Frankfurt weiter wohnhaft, „ordentlicher Honorarprofessor" in Göttingen geworden. Das ist eine rein dekorative Stellung, ohne jeden Einfluß in der Fakultät.

Um nicht zu breit zu werden, nennen wir hier nur noch Namen wie Senator, Born, Weigert, Israel, Rosenbach, um zu zeigen, daß es auch nach 1884 jüdische Mediziner gegeben hat, die wohl ein Ordinariat würdig ausgefüllt hätten. Aber auch ohne weitere Namensnennungen können wir aus statistischem Material einen Beitrag zu dieser Frage geben.

Nehmen wir uns das letzte Personalverzeichnis der Berliner medizinischen Fakultöt vor. Danach hoben wir: 18 Ordinarien (0 Juden); 11 ordentliche Honorarprofessoren (3 Juden); 43 Extraordinarien (8 Juden); 113 Privatdozenten (44 Juden). Ist wirklich unter so vielen jüdischen Dozenten keiner, der eine Stelle als Ordinarius ausfüllen konnte? Verlieren diese Mönner im Gegensatz zu ihren christlichen Kollegen nach längerer Tätigkeit als Privatdozent ihre Fähigkeiten?

Spricht nicht ferner gegen die Annahme, daß unter den Juden niemand zum medizinischen Ordinarius qualifiziert ist, wenn der jüdische Professor M . . . .*) im selben Augenblick Direktor der medi-

---

*) Mit Bezug auf diese Angabe erhielt das „B. T." einige Tage später eine Zuschrift des Geh. Rats Prof. Dr. Paul Grawitz-Greifswald, in der es nun heißt:

„Eine Angabe des leider ungenannten Verfassers muß ich aber richtigstellen. Herr Professor Minkowski ist ganz wesentlich auf mein Betreiben — ich war damals Dekan der medizinischen Fakultät — als Leiter der medizinischen Klipik hierher berufen worden. Er war Jude und hat seine Ernennung zum ordentlichen Professor als Jude bekommen."

Das „B. T." bemerkt hierzu: Tatsächlich ist Herr Professor Minkowski erst zum Christentum übergetreten, nachdem er seine Ernennung in Händen hatte. Bei seiner Berufung hat die Frage des Uebertritts also keine Rolle gespiekt. Er hat seinen Glauben nicht gewechselt, um die Berufung zu erlangen, und die Greifswalder Fakultät hat die Berufung nicht von dem Glaubenswechsel abhängig gemacht. Die Greifswalder Universität hat damit, wie der übrige Inhalt des Artikels über „das Recht der Fakultäten" beweist, eine schöne Ausnahmestellung eingenommen.

Dem „B. T." wird ferner noch folgender Fall aus Marburg als verbürgt mitgeteilt:

Dort kam ein jetzt in Wien lebender bekannter Naturforscher

zinischen Klinik in Gr. wird, wo er in schon vorgerücktem Alter seinen väterlichen Glauben abschwört und zum Christentum übertritt?

Nach dem angeführten Material wird wohl niemand mehr daran zweifeln, daß unter den deutschen jüdischen Medizinern wie in den siebziger Jahren so auch später stets Männer waren, denen ein Ordinariat zum Nutzen für die Studierenden, zur Förderung der Wissenschaft hätte anvertraut werden dürfen. Wer trägt nun die Schuld, daß auch in diesem Punkt wieder einmal eine schwere Verletzung der Verfassung vorliegt, die den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von der Konfession gemacht wissen will? Die Fakultäten oder die Regierungen?

Da die meisten diesbezüglichen Verhandlungen sehr vertraulich geführt werden, ist es im speziellen Fall natürlich sehr schwer, hier den Schuldigen zu ermitteln. Aber einige wertvolle allgemeine Anhaltspunkte haben wir doch.

Erstens: Von den 20 medizinischen Fakultäten haben 14 keinen einzigen jüdischen Privatdozenten. Daß dies ein Zufall ist, wird wohl kein Verständiger glauben. So viel ist aber sicher, daß die Regierungen auf diesen Zustand ohne jeden Einfluß sind; es sind ausschließlich die Fakultäten hierfür verantwortlich. Zweitens: Der Ernennung zum Ordinarius geht bekanntlich stets der Vorschlag der Fakultät voraus, und diese Vorschlagslisten werden fast immer offiziell oder offiziös bekannt. Wir fragen nun, wann hat in den letzten Jahrzehnten eine medizinische Fakultät in Deutschland einen Juden überhaupt auf die Vorschlagsliste gesetzt? Unseres Wissens in keinem einzigen Fall.

Damit sind die Ministerien schon des größten Teiles ihrer Verantwortlichkeit enthoben, und die Fakultäten erscheinen aufs schwerste belastet."

Die Juden in Posen.

Von Dr. med. **Karl Kassel**-Posen.

(Schluß.)

Zwei große Organisationen sind für die Juden in der Ostmark von größter Bedeutung geworden: die Gründung der Ansiedlungskommission im Jahre 1886 und der im Jahre 1894 gegründete „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken", nach den Anfangsbuchstaben der Gründer Hansemann, Kennemann und Tiedemann auch H.-K.-T.-Verein genannt. Das Programm des Hakatismus verdient Anerkennung. Er will durch Stipendien die Ausbildung aller deutschen Gewerbetreibenden fördern. Auch bemüht er sich, Handwerkern, Kaufleuten, Aerzten und Rechtsanwälten geeignete Orte zur Niederlassung nachzuweisen. Die alle Deutschen ohne Unterschied der Konfession zusammenfassende Tendenz ist jedoch völlig verloren gegangen. Die in großer Anzahl aus rein deutschen Gegenden nach dem Osten versetzten Beamten brachten für das Prinzip der deutschen Zusammenfassung und für die wirtschaftliche Bedeutung der Juden kein Verständnis mit und pflegten in dem Verein, dem fast jeder Beamte angehört, den Antisemitismus. Sie tun es jetzt zwar kaum mehr offen; in seinem Ressort aber schaltet jeder Beamte, wenn es irgend geht, die Juden bei Lieferungen und Vergebung von Arbeiten aus. Ihnen schlossen sich natürlich alle Gewerbetreibenden an, denen diese Begünstigung reichlich Vorteil bringt, und die deshalb Antisemiten von Konkurrenz wegen sind. Der H.-K.-T.-Verein ist also die Verkörperung des praktischen Judenboykotts geworden.

Von hier aus wurde auch die Anklage gegen die Juden wegen nationaler Unzuverlässigkeit verbreitet. Sie stützte sich in den letzten Jahrzehnten besonders fest darauf, daß gerade in den politischen Kreisen, denen die meisten Juden angehören, eine deutlich ausgesprochene Skepsis gegenüber den Maßnahmen der Regierung laut wurde. Das Recht zu solcher Skepsis scheinen die Urdeutschen heute für sich allein in Anspruch zu nehmen.

Ein Wort zur historischen Entwicklung dieses Mißtrauens. Nach dem Beginn der antipolnischen Aera in den dreißiger Jahren wurden die Juden zunächst der Spielball zwischen den einander bekämpfenden Parteien, den Deutschen und den Polen; sie merkten nicht oder wollten vielleicht nicht merken, daß man sie als eine eigene Partei betrachtete. Unter dem polnischen Druck auf der einen, dem deutschen Antisemitismus auf der anderen Seite schwankten die Juden hin und her. Rein äußerlich zeigt sich dieses Schwanken in den Vorgängen bei der Festsetzung der Familiennamen. Unter Brüdern nannten sich solche, die mehr polnische Beziehungen hatten, mit polnischen Eigennamen, die anderen mit deutschen; zum Beispiel: Samter-Szamatulski, Schwersenz-Schwersenzki, Smoschewer-Smoschewski, Warschauer-Warschawski, Plonsk-Plonski. Bald kam die Zeit, wo sich die Polen von allen Nichtpolnischen lossagten. Von der Regierung wurden dann die Juden heute verwöhnt, morgen abgestoßen. Dieser Fehler hat sich an den Juden und an der Regierung in gleicher Weise gerächt. Die Regierung hätte durch Zusammenfassung die politisch unerfahrenen Juden an sich fesseln müssen. Bei dem Hin- und Herstoßen wurden die Juden jedoch wirr und planlos, was sich durch den Mangel an jeder zusammenfassenden Organisation unter ihnen schließlich bis in die heutige Zeit hinein fühlbar machte. Hierzu kam, daß die Juden den christlichen deutschen Kulturträgern eine billige Gelegenheit boten, den Aerger über das Mißglücken aller antipolnischen Maßregeln an einem geduldigen Prügelknaben auszulassen.

Welchen Einfluß hatte nun die Tätigkeit der Ansiedlungskommission auf die Lage der Juden? Sie arbeitet jetzt seit zwanzig Jahren. Sie ist eine königlich preußische Behörde. Das bedeutet zunächst, daß sie gegenüber dem leichter arbeitenden polnischen Apparat schon durch ihre schwerfällige Organisation gehemmt ist. Ihr fehlt völlig der gesunde, praktische, die gute Gelegenheit schnell erfassende Kaufmannsgeist. Dieser Grundfehler hat sich bitter gerächt; die Kinderjahre waren sehr kostspielig. Die Juden aber wurden dadurch die Leidtragenden in der Geschichte der Ansiedlung, daß diese, dem Zug der Zeit folgend, all ihre Gründungen genossenschaftlich aufbaute und dadurch viele Zwischenhändler ausschaltete. Bei der Wichtigkeit dieses Teils der Darstellung sei es gestattet, einige Zeilen der lehrreichen Jubiläumsschrift der Kommission selbst wiederzugeben: „Die Ansiedler in ihrer isolierten Stellung vor Ausbeutung zu schützen, gab es nur ein Mittel: die organisierte Selbsthilfe, wie sie sich in Genossenschaften findet. Von der Einführung des Genossenschaftswesens in die Ansiedlungen und der nachhaltigen Pflege des genossenschaftlichen Geistes ließ sich außerdem zugleich eine günstige Wirkung auf das Gemeindeleben erwarten. Das erste, was in dieser Richtung geschah, war die Gründung deutscher Spar- und Darlehnskassen in den neuen Gemeinden . . . Wie sich aber allgemein im Genossenschaftswesen die Erkenntnis Bahn brach, daß es mit den Spar- und Darlehnskassen allein nicht getan sei, so auch im Ansiedlungsgebiet. Um den genossenschaftlichen Zweck zu erreichen, auch um Betriebe auf Ansiedlungsgütern zum Nutzen der Ansiedlung fortzuführen, war es nötig, Betriebsgenossenschaften (Molkerei-, Brennerei-Genossenschaften, Ein- und Verkaufsvereine und so weiter) einzurichten. Ein Teil der Landwirte suchte sich dadurch zu helfen, daß er den Kaufleuten und Handwerkern Ware und Lohn über die Ernte hinaus schuldig blieb, wodurch diese gezwungen waren, von ihrem Großhändler und ihrem Fabrikanten über Gebühr langen und teuren Kredit in Anspruch zu nehmen, und manches gewerbliche Unternehmen konnte nur deshalb nicht gedeihen. Hauptsächlich aber machte der Landwirt seine Geschäfte mit dem Getreidehändler. Er verkaufte ihm sein Getreide, bezog dafür von ihm Futter und Düngemittel, verhandelte ihm sein Vieh, übertrug ihm die Versicherungen, kurz, er bediente sich seiner zugleich als Abnehmer, Lieferanten und Bankier in laufender Rechnung. Das verteuerte die Wirtschaft und machte sie unübersichtlich, und die Folge war nicht selten der finanzielle Zusammenbruch. Der Staat glaubte, in der Ansiedlung deutscher Bauern das Mittel gefunden zu haben, der Ausbreitung des Polentums zu steuern. Daher hatte er die Pflicht, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die neu herangezogenen Deutschen zu sichern. Daß sich ihm hierfür im Genossenschaftswesen das einzige Mittel bot, liegt im Wesen unserer ganzen augenblicklichen wirtschaftlichen Anschauungen, denen sich zu allerletzt die Regierung verschließen kann". („Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit.")

Die Ansiedlungskommission hat der Judenabwanderung ihre Aufmerksamkeit zugewandt und festgestellt, daß sie zwar unaufhaltsam vorwärts schreitet, aber in den Städten des Ansiedlungsgebietes langsamer als in den anderen Städten. Die Kommission sucht den Grund dafür in der reichlicheren Erwerbsgelegenheit, die ihr Gebiet gewährt. In Mogilno trat im letzten Jahrfünft sogar eine Vermehrung des jüdischen Bevölkerungsanteils (um 10 Prozent) ein. Diese Verhältnisse werden durch folgende Tabelle klar: Nach Jahrfünften verlief die prozentische Abwanderung der Juden wie folgt:

	1885—90	90—95	95—00	00—05	1885—05
Ansiedlungsstädte	— 11,81	— 9,45	— 10,35	— 15,62	— 39,59
Andere Städte	— 15,22	— 15,27	— 18,71	— 21,64	— 54,25

Die leitende Behörde macht in ihren Bezirken keinen Unterschied zwischen Juden und Christen. Hierfür spricht das von ihr herausgegebene Verzeichnis der deutschen Handwerker und Gewerbetreibenden, das jedem Ansiedler als Wegweiser für seine Ein- und Verkäufe in die Hand gegeben wird, und außerdem der amtliche Anzeiger der Königlichen Ansiedlungskommission „Neues Bauern-Land". In dem Verzeichnis sind sämtliche jüdischen Firmen, Aerzte und Anwälte neben den nichtjüdischen Deutschen genannt. Das Verzeichnis mancher Ortschaften macht fast den Eindruck einer jüdischen Geschäfts-

---

M . . . . mit jüdisch klingendem Namen für die Berufung als Pharmakologe in Frage. Die Marburger Fakultät wandte sich an einen mit M . . . . persönlich bekannten Professor und bat ihn, unter der Hand zu erkunden, ob M . . . . Jude sei oder nicht; man wolle davon die Berufung abhängig machen. Auf die Anfrage schrieb M . . . . zurück: „Ich bin zwar nicht Jude, aber wenn die Fakultät besonderen Wert darauf legt, kann ich es ja werden." Ob die Fakultät von der Antwort sehr erbaut war, wissen wir nicht, jedenfalls wurde M . . . . berufen.

liste. Der amtliche Anzeiger wird von sehr vielen Juden als Annoncenorgan benutzt. Daß hier und da Verwalter ihrem antisemitischen Herzen durch Ausschaltung der Juden Luft zu machen suchen, ist nicht zu verhindern. Aber es ist uns authentisch bekannt, daß judenfreie Verzeichnisse, die von antisemitischen Herren eingereicht waren, von der Zentralbehörde beanstandet wurden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der genossenschaftliche Handel für die ersten Jahre des Ansiedlerlebens in der Ostmark der rationellste Betrieb ist. Die hier noch fremden Bauern bedürfen der staatlichen Stütze; nur fragt sich, ob diese eine dauernde sein soll oder muß. Denn bei der Berechnung des Ansiedelungs- und Genossenschaftsgeschäftes haben wir zunächst jetzt mit einem Minus zu rechnen, nämlich dem Verlust selbständiger deutscher Existenzen zugunsten bedürftiger, an Zahl allerdings überlegener deutscher Bauern und Gewerbetreibender. Wenn die Ansiedlungspolitik im Laufe der Jahre sich als gute Verzinsung der vielen Millionen erweisen wird und wenn die Ansiedler völlige Selbständigkeit erreicht haben werden, dann wird die Abwanderung nicht zu bedauern gewesen sein, so schwer die geschäftlich Geschädigten sie heute auch empfinden mögen.

Mit den Genossenschaften, die noch eine breite Existenzfläche für den freien Verkehr übrig lassen, arbeiten Juden recht reichlich. Trotzdem bleibt vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu bedauern, daß im Gange einer vielleicht notwendigen, sicher aber nicht stets und überall glücklich und geschickt durchgeführten Politik eine im wirtschaftlichen Kampf bewährte Anzahl von Juden verdrängt werden mußte, um einer großen, für viele Jahre hinaus ohne Stütze nicht existenzfähigen Masse Platz zu machen. Wer nun noch die Reste der Juden verdrängen will, der bedenke vorher, daß die Ostmarkenfrage eine rein wirtschaftliche geworden, und daß der Jude in der Ostmark historisch fester verwurzelt ist als die vielen dem hiesigen harten Boden fremden neuen Kulturträger. Auch vergesse man nicht, daß das Genossenschaftswesen, wie alles im volkswirtschaftlichen Leben, nur ein vorübergehender Zustand ist, der entweder zum höheren und größeren, über die engen Grenzen einer Provinz hinausreichenden, also an nationalen Kämpfen nicht mehr interessierten Geschäftsverband führt oder sich auflöst und wieder der freien Konkurrenz weicht. Beide Möglichkeiten bieten dem Deutschtum nicht gerade die günstigsten Chancen. Dabei bleibt die Judenfrage also immer ein wichtiger Teil der deutschen Ostmarkenfrage.

Die ökonomische Entwickelung der polnischen Banken beleuchtet der von der Bank Przemislowcow (Polnische Handwerkerbank) herausgegebene Bericht über das Jahr 1907. Trotz der allgemein ungünstigen Geschäftslage hatte die Bank eine erhebliche Steigerung des Geschäftsverkehrs zu verzeichnen. Verluste hatte sie nicht, so daß der Reingewinn 483 275,65 Mark beträgt und die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent vorgeschlagen werden konnte. Die Geschäftsanteile betragen 3 173 913 Mark; zur Verteilung der Dividende sind also 333 987,90 Mark erforderlich; dem Reservefonds sollen 87 655 Mark zugeschrieben werden, so daß er nun um 600 000 Mark die gesetzlich vorgeschriebene Höhe übersteigen wird. Die Entwickelung der Bank zeigen ein paar Ziffern. Zahl der Mitglieder im Jahre 1900: 2916; 1906: 5075; 1907: 5314. Höhe der Geschäftsanteile im Jahre 1900: 1 465 278 Mark; 1906: 4 520 408 Mark; 1907: 5 173 913 Mark. Höhe der Depositen im Jahre 1900: 3 812 248; 1906: 15 060 580; 1907: 15 300 038 Mark. Wechselverkehr 1900: 4 680 493; 1906: 18 258 432; 1907: 20 116 782 Mark.

Jeder einzelne Pole, der Arbeiter wie der Edelmann, ist längst auch auf dem Wirtschaftsgebiet ein Kämpfer für die gemeinsame nationale Sache geworden. Wie anders ists bei den Deutschen! Hier überwog bis in die jüngste Zeit die Begeisterung des Wortes, die sich zum engherzig konfessionell trennenden Chauvinismus auswuchs, während die wirtschaftliche Seite wenig beachtet wurde. Das ist von um so größerer Bedeutung, als das Polentum vor dem Deutschtum des Ostens schon einen natürlichen Vorsprung hat. Denn jenes besteht fast ausschließlich aus Leuten, die für den freien Wirtschaftsmarkt Werte schaffen und deren Arbeit dem gesamten Polentum zugute kommt, während im Zentrum des Deutschtums ein großes Beamtenheer steht. Auch haben viele eingewanderte Deutsche die Neigung, ihre Kaufbedürfnisse in der Heimat oder sonstwo im Westen zu decken; besonders gern tun das die Beamten. Hierdurch wird der deutsche Handel in der Ostmark geschädigt. Und wo es geht, wird nicht beim Juden gekauft. Die Polen konsumieren mehr, beziehen alles aus polnischen Geschäften und vielfach ist schon das Eindringen der polnischen Konkurrenz in den deutschen Konsumentenkreis zu merken. Im Leben der Völker beweisen Erfolge die Richtigkeit des Handelns. Die selbständigen Juden werden verdrängt; sie sollen Kolonisatoren, die der Stütze bedürfen, Platz machen. Das sollte den Leitern der Geschicke unserer Grenzmark zu denken geben.

Wir Aerzte kommen manchmal in die Lage, am Krankenbett uns sagen zu müssen: „Was wir tun, ist falsch.“ Das ist für uns die fürchterlichste Situation. In dieser Lage ist seit Jahrzehnten die preußische Regierung. Aber die ärztliche Kunst ist Jahrtausende alt. Sie gab uns alte Erfahrungen: Sammlung der Kräfte und Ruhe! Beides wäre auch dem Deutschtum der Ostmark dringend zu wünschen. Jeder Ostmärker hat seine eigene Antwort auf die Ostmarkenfrage. Es ist stets ein schlimmes Zeichen für die Heilbarkeit einer Krankheit, wenn sie allwöchentlich den Ruhm neuer Heilmittel verkünden hilft.

* * *

Der vorstehende Artikel hat dem Verfasser heftige Angriffe der polnischen Presse eingetragen, welche er in der „Posener Ztg.“ vom 21. Oktober wie folgt zurückweist:

„Die Aufregung, in welche die polnische Presse über den Artikel in der „Zukunft“ „Die Juden in Posen“ geraten ist, wäre überflüssig gewesen, wenn die Verfasser der Leitartikel mit etwas mehr Gründlichkeit jene gelesen hätten; denn in ihm steht nichts von aggressiver Politik gegen die Polen, sondern ausschließlich ist die Notwendigkeit betont, der polnischen Monroe, also einem wirtschaftlichen Kampfprinzip, eine lückenlose deutsche Monroe als Abwehr entgegenzustellen. Allerdings bin ich der Meinung, daß nur die Lückenhaftigkeit der deutschen Phalanx die Zahl der Opfer auf ihrer Seite verschuldet und daß erst dann auch der von mir ersehnte Friede möglich ist, wenn beide Teile der Ostmark in voller Rüstung dastehen; denn das geschlossene Polentum hat heut noch sich gegenüber das dreigeteilte Deutschtum, in dem die drei Konfessionen offen oder hinterrücks einander bekämpfen, d. h. in dem drei Wirtschaftsfaktoren einander schwächen. Und daß drei geschwächte Teile zusammen kein starkes Ganze geben, ist trotz der Kindererzählung von dem Bündel Stäbe im Wirtschaftsleben eine Binsenweisheit.

Eine Binsenwahrheit ist es auch, daß die Juden sich noch stets und überall in Völkergemischen dem Teile der Höchstkultur angeschlossen haben. Bei aller meiner Bewunderung für das imposante Aufstreben polnischen Könnens wüßte ich nicht einen Faden zu finden, der uns Juden mit der polnischen Kultur verbindet. Ich bewundere ihre Künstler und Dichter, das löst mich, den Juden, aber doch nicht los von dem Geiste des Kant und Fichte und Lessing und Goethe und Schiller, auf dem die Erziehung der jüdischen Jugend sich aufbaut.

Meine Betrachtungen gipfelten in dem Verlangen, dem Judentum Anerkennung seitens des übrigen Deutschtums zu verschaffen. Die Besprechung mußte eine lückenhafte sein, da ich mit möglichster Schärfe die rein wirtschaftliche Frage abgrenzen wollte. In einer Presse, welche fast ausschließlich meinen Stammesbrüdern in die Hände kommt, habe ich wiederholt andere Teile dieses Themas besprochen und hierbei wiederholt vor konfessionellen Konflikten mit dem Katholizismus gewarnt, übrigens ein Moment, welches als erstes mich dazu führte, die Juden vor dem Fraktionsliberalismus zu warnen.

Wenn ich die Ansiedlungspolitik als berechtigt anerkenne, so erkenne ich damit den Scharfsinn der Polen, welche diese seit Jahrzehnten in ausgiebigster und erfolgreichster Weise treiben, an. Und die deutsche Genossenschaft ist auch erst den Spuren der polnischen gefolgt.

Dagegen halte ich es, wie deutlich aus dem Artikel erhellt, in Hinsicht auf die Politik der Nadelstiche und sonstigen Bedrückungen mit dem Bismarck vom Jahre 1851, da er aus Frankfurt an Manteuffel schrieb: „Die Erfahrungen des letzten Menschenalters haben so vielfach bewiesen, daß jede rechtlose Politik ihre Strafe unausbleiblich mit sich führt, indem sie ihre Urheber an dem erstrebten Ziel vorbei oder darüber fortreißt, ohne ihnen etwas anderes zu hinterlassen, als das Bewußtsein, das Rechte nicht gewollt und das Gewollte nicht erreicht zu haben.“

Die Kampflage in der Ostmark, in welcher das Polentum eine undurchdringliche Festung darstellt, gebietet allen anderen auf das Entschiedenste Stellung zu nehmen. Die Möglichkeit eines späteren Friedens auf Kosten und über die Köpfe der Juden hinweg ist kein neuer Gedanke, heut und morgen kommt er nicht und für die lange Zeit bis dahin ist es doch wohl nötig, die Juden, welche nun einmal im Osten noch leben, politisch zu beraten. Ich bin ein einzelner, fern jeder politischen Organisation, hinter mir stehen nicht d i e Juden Posens, an sie habe ich mich freilich gewandt, weil die Wirtschaftspolitik der sie boykottierenden Polen uns alle zur Stellungnahme in der Ostmarkenfrage zwingt.

Die Geschichte der Juden glaube ich zu kennen und wirtschaftspolitische Dinge zu betrachten habe ich auch gelernt und in der Ostmarkenfrage habe auch ich eines der tausend Urteile.

Daher schrecken mich die Drohungen mit einer Zukunft, in welcher der Ostmarkenjude einmal von polnischer Seite zerfleischt werden könnte, gar nicht. Die Jahrtausende von Leiden, aus denen wir schließlich zu dem heutigen Rechenfaktor emporgewachsen sind, haben uns das Lachen gelehrt! Was wir sind, sind wir durch uns geworden, und dieses selbständige Wachstum läßt uns mit kaltem Hohn auf Drohungen hinabsehen und mit Mitleid und Verachtung auf alle die, welche uns ankläffen und dabei mit einem Auge suchend auf Rückendeckung bedacht sind. Die „Kölnische Volkszeitung“ erkennt in einer Besprechung des Zukunftsartikels die Tüchtigkeit der Juden an: wir fürchten uns also auch nicht vor der polnischen Sense.

Wirtschaftspolitisch handelt es sich für uns Juden darum, auszuwandern oder Partei zu ergreifen, da der Platz zwischen zwei Stühlen für die Dauer keine Existenzmöglichkeit bietet: entwicke-

lungsgeschichtlich *und* interessenpolitisch gehören wir an die Seite der Deutschen.

Die Ostmarkenfrage ist in ihrem Ursprunge eine nationale. Der Kampf wurde von polnischer Seite auf das wirtschaftliche Gebiete übertragen und an ihm sind alle Deutschen der drei Konfessionen in annähernd gleicher Weise interessiert. In ihm gehen aber leider viele Kräfte ohne Nutzen verloren: Haß und Verbitterung sind keine kulturellen Förderer.

Kommt es einmal zum wirtschaftlichen Ausgleich, dann — das wissen wir — bleiben noch die konfessionellen Differenzen für die Ostmark übrig, wofern nicht bis dahin der *Geist*, welcher in den Religionen der Kulturvölker steckt, als Tat siegreich geworden!"

Aus dem antisemitischen Lager.

Auf dem christlichsozialen Parteitag in Herfard, welchem der Präsident der Partei, Abg. *Stöcker*, aus Gesundheitsrücksichten fernbleiben mußte, hat man kanstatiert, daß im verflassenen Jahre *600 öffentliche Agitationsversammlungen* abgehalten und die Zahl der eingeschriebenen zahlenden Mitglieder *von 9000 auf 14000 gestiegen* sei. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Partei im letzten Jahre auch in eine Reihe van städtischen Parlamenten Eingang gefunden habe, so in Siegen und „selbst in Hagen". In *Reuß* ä. L. sei es gelungen, einen christlichsozialen Vertreter in das Parlament zu wählen, während „das preußische Landtagswahlrecht keinen Sieg ermöglicht" habe. An dieser Rührigkeit der Stöcker-Partei sollten sich die Gegner ein Beispiel nehmen.

Der „Deutsche Volksbund", der nach dem Uebertritt seines rührigsten Agitators Hans van Mosch zur Reformpartei nur noch kümmerlich vegetiert, steht, wie es scheint, wieder einmal vis à vis de rien. Auf der Tagesardnung des van dem Varsitzenden Prof. Paul Förster zum 1. November einberufenen „Großen Rates" steht nämlich als wichtigster Antrag: „Die Weiterführung des Deutschen Volksbundes und sein Verhältnis zur Deutschen Hochwacht". Wie die Magdeburger „Sachsenschau" kürzlich mitteilte, hat nämlich der „Deutsche Volksbund" die „Deutsche Hochwacht" an den Druckereibesitzer Wengel-Berlin „verpachtet", auch ist in die Redaktion an Stelle des Herrn Gustav Simons Herr Calaw getreten. Die wievielte „Sanierung" des Blattes mag das wohl gewesen sein?

Der antisemitische Reichstagsabg. Dr. Böhme hat in einer am 16. d. M. in *Marburg* stattgehabten Versammlung sich eine böse Abfuhr geholt. Der liberale Gegenredner, Redakteur *Pörsch*, erwiderte Herrn Dr. Böhme u. a., wenn dieser die *Liberalen* als *Schwindler* und *Lügner* bezeichne, so habe er gewiß an seine *eigene Partei gedacht*, von der der „Reichsherold", das offizielle Organ der antisemitischen Reformpartei, schrieb:

„*Der Jude muß noch geboren werden, der es im Schwindeln mit der Truppe des Herrn Liebermann von Sonnenberg aufnehmen kann.*"

Herr Dr. Böhme sprang sofort auf und erklärte, daß der „*Reichsherold*" *im Judensolde gestanden* habe und seine Hintermänner van den Juden gekauft warden wären. — Die Versammlung nahm diese Erklärung teils mit stürmischer Heiterkeit, teils mit lebhaften Pratestrufen auf.

„Eine freche Fälschung" sagt die agrarisch-antisemitische „*Deutsche Tages-Ztg.*", das Organ des Bundes der Landwirte, dem Pyritzer „*Mittelstand*", dem Organ des Expastors und Exabgeardneten Krösell nach und führt auch gleich zum Beweise das Falgende an:

„Wir hatten kürzlich uns an leitender Stelle mit der sogenannten Nacktkultur befaßt. Dabei hatten wir eine uns zugegangene Zuschrift auszugsweise mitgeteilt, in der die Nacktkulturbestrebungen verteidigt wurden, und im Anschlusse hieran den Inhalt, die Auffassung der Zuschrift und die gesamten Nacktkulturbestrebungen *aufs schärfste und aufs entschiedenste verurteilt*. Die in Pyritz erscheinende Tageszeitung „*Der Mittelstand*" bringt es fertig, die Sache so darzustellen, als ob die „Deutsche Tageszeitung" die *Anschauungen* jener Zuschrift, die wir aufs schärfste bekämpften, ihrerseits *vertreten* habe. Das genannte Blatt bringt es weiter fertig, zu schreiben, die „Germania", mit der wir in dieser Frage vollkommen übereinstimmen, habe uns eine gründliche Widerlegung zuteil werden lassen. Für diese *empörende Fälschung* fehlt uns jeder parlamentarische Ausdruck. Wir bedauern diejenigen Mittelstandskreise, welche sich ein derartiges Blatt gefallen lassen."

Wenn Antisemiten und Mittelständler solche Liebkosungen, wie „freche" und „empörende Fälschung", sich schon gegenseitig an den Kopf werfen, sa können die Gegner bald die Hände in den Schoß legen und sagen: „Ich sehe längst im Stillen zu, *wie dieser Feind sich selbst vernichtet*."

Der frühere antisemitische Abgeordnete Krösell hat wieder einmal vor Gericht eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt. Zwar wurde er von der *Anklage des Betruges* vom Schöffengericht Stargard freigesprachen, doch waren die Begleitumstände für ihn dabei nicht sehr schmeichelhafter Natur. Die „L. C." berichtet darüber:

Krösell sollte am 7. Januar den preußischen Justizfiskus um 18 Mark dadurch geschädigt haben, daß er sich Reise- und Aufwandskosten zahlen ließ, obwohl ihm die Ladung zu einem an diesem Tage abgehaltenen Termin seinerzeit selbst in seinem Wohnort Pyritz zugestellt worden war. Krösell hielt es nun für „gerichtsnotorisch", daß er aus Gesundheitsrücksichten seinen Wohnsitz vom April 1907 bis dahin 1908 nach Misdroy „verlegt" habe (wobei er seinen Wohnsitz in Pyritz niemals aufzugeben gedachte); er habe sich in gutem Glauben befunden, als er sich die Reisekosten erstatten ließ. Daß er dann aber nicht etwa nach Misdroy zurückgefahren ist, sondern sich nach Stettin begab, erklärte Krösell damit, daß er erst auf der Rückreise nach Misdroy aus seinem Notizbuch ersehen habe, es seien ihm 2000 Mark bei der antisemitischen „Hochwacht" gefährdet, die er begreiflicherweise zu retten versucht habe. Der Gerichtskassenrendant sagte als Zeuge aus, er hätte Krösell niemals die Summe ausbezahlt, hätte er nicht aus dessen Aeußerungen entnommen, daß ihm die Ladung nach Misdroy nachgesandt worden sei. Der Gerichtshof verkündete nach Ablehnung eines Vertagungsantrages das Urteil dahin, es sei zweifellos vom Angeklagten bei Abhebung der Gebühren der Umstand verschwiegen worden, daß ihm die Ladung in Pyritz zugestellt sei, eine Vorspiegelung falscher Tatsachen liege aber nicht vor, vielmehr ein Verschweigen wahrer Tatsachen. Eine Vermögensschädigung im Sinne des § 263 R.-Str.-G.-B. hält das Gericht ebenfalls für vorliegend, doch sei dem Angeklagten nicht nachzuweisen, daß er bei Abhebung der Gebühren den Vorsatz gehabt habe, nicht nach Misdroy zurückzukehren. Es müsse daher seine Freisprechung erfolgen.

Finanznöte in der Ortsgruppe der deutschnationalen Handlungsgehilfen zu Frankfurt a. M. Die „Frankf. Valksstimme" veröffentlichte jüngst folgendes Zirkular:

„Frankfurt a. M., 1. Okt. 1908.

Werter Herr Kollege!

Die ausgedehnte sozialpolitische Tätigkeit unserer Ortsgruppe stellt an unsere Kasse außerordentliche Ansprüche, die sich von Jahr zu Jahr steigern. In diesem Jahre war es der Kampf um den Achtuhrladenschluß, der uns zu großen Ausgaben zwang, und in einigen Monaten haben wir hier wiederum einen Wahlkampf um die Besetzung des Kaufmannsgerichts zu bestehen.

Diesen Anforderungen ist unsere Kasse nicht gewachsen. Wir haben bisher mit einer *ständigen Unterbilanz* zu rechnen, wenn wir nicht rechtzeitig um Deckung besorgt sind. Um uns nun die notwendigen Gelder zu verschaffen, haben wir die Veranstaltung einer

Ortsgruppen-Lotterie

beschlossen.

In der Einlage senden wir Ihnen nun zwei der Lose à 1 Mark und bitten Sie, uns dadurch zu unterstützen, daß Sie uns für dieselben den Betrag portofrei einsenden. Den Spielplan finden Sie auf der Rückseite der Lose, bei dessen Durchsicht Sie erkennen werden, daß das Opfer für Sie außerordentlich gering ist. Sollten Sie sich aber trotzdem nicht entschließen können, unsere Bitte zu erfüllen, dann ersuchen wir um Rücksendung der Lose. Wenn die Lose bis zum 10. d. Mts. nicht in unseren Händen sind, dann nehmen wir an, daß Sie sich zum Kauf derselben entschlossen haben und werden Sie für den Betrag belasten.

Herr Kollege! Ist Ihnen darum zu tun, daß wir auch ferner erfolgreich hier arbeiten, dann kaufen Sie die beiden Lose und

senden uns den Betrag von 2 Mark umgehend ein. Wir werden durch verdoppelte Arbeit zum Wohle unseres Standes uns dankbar erweisen.

Deutschen Gruß!
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.
Ortsgruppe Frankfurt a. M.
Der Vorstand.
J. A.: Leinberger. Degelmann."

Die Authentizität dieses Zirkulars hat auch der Hauptvorstand des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in einer natürlich prompt erfolgten „Berichtigung", welche feststellte, daß dieses Zirkular nur von der Frankfurter Ortsgruppe versandt worden ist, nicht bestreiten können. Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Kaufmännische Ztg." bemerkt mit Recht zu diesem Bettel:

„Das soziale Lottospiel ist eine neue Erfindung des D. H. V., die ebenso geschmacklos wie verzweifelt erscheint. Daß die Kosten für den Achtuhrladenschluß zum größten Teil von anderen Vereinen gedeckt wurden, ist Eingeweihten wohlbekannt. Es müssen daher wohl andere Ursachen sein, die zum neuen „D. H. V.-Sparsystem" raten. Vielleicht haben die „Siegeskneipen" soviel gekostet, daß jetzt nach neuen Geldquellen gesucht werden muß. — In anderen Vereinen geht man aber beizeiten haushälterischer vor und erspart sich derartige Blamagen."

Der Verleger des Münchener „Grobian", Anton Leib, ist vor einigen Tagen von dem Schöffengericht in München wegen Beleidigung des R.-A. Holländer zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden:

„Er hatte in den Nummern 37 und 39 der von ihm redigierten Wochenschrift behauptet, der Rechtsanwalt Dr. Holländer führe nur Prozesse, um Geld zu verdienen. Ferner schrieb Leib: „Der Münchener Filialleiter des jüdischen Denunziantenvereins sei der koschere Rechtsgelehrte Dr. Holländer" und ließ sich in seinem Artikel gegen die Juden aus. Veranlassung zu diesen beiden Artikeln gab ein Beleidigungsprozeß mit einem Kantor, den Rechtsanwalt Dr. Holländer verteidigte, der gegen Leib eine schwere Freiheitsstrafe beantragte. Leib wurde damals zu einer Woche Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht erhob Leib gegen Rechtsanwalt Dr. Holländer Widerklage, mit der Behauptung, dieser habe ihm in einem Schriftsatz einen Falscheid unterschoben. Zu seiner Verteidigung erklärte Leib, er sei zu den Artikeln provoziert worden, im übrigen habe sein Blatt die Richtung geändert, es sei kein antisemitisches Blatt mehr. (!) Unter Hinweis auf seine hochgradige Nervosität, wegen der er auch, wie er angab, im Oktober 1907 in die Schweiz gereist sei, flehte er den Privatkläger wiederholt um einen Vergleich an. Da der Vertreter des Klägers aber jeden Vergleich rundweg ablehnte, verurteilte das Gericht Leib wegen Beleidigung zu einer Woche Gefängnis und sprach den widerbeklagten Dr. Holländer frei.

Vermischtes.

Professor Dr. Ignaz Praetorius in Graudenz ist am 20. Oktober im 73. Lebensjahre plötzlich gestorben. Das Lehrerkollegium des dortigen Gymnasiums sagt von ihm:

„Ein Vorbild treuester Pflichterfüllung und schlichter Lebensführung, sein mannigfaches Interesse bis zuletzt auch wissenschaftlich betätigend, liebenswürdig in dem Verkehr mit den Amtsgenossen — so haben wir ihn unter uns wirken sehen, und so werden wir sein Andenken allezeit in Ehren halten."

In Graudenz war Dr. Praetorius aber erst seit acht Jahren und hier meistens in der Stille tätig. Der Schwerpunkt seiner öffentlichen Wirksamkeit und damit seiner reichen Verdienste lag in Konitz, wo er vordem eine lange Reihe von Jahren Gymnasialoberlehrer und gleichzeitig ein hervorragender Führer der Bürgerschaft war. Es gab dort wohl kein gemeinnütziges Unternehmen, das nicht in Dr. Praetorius seine Hauptstütze hatte; für alle arbeitete er gleich anspruchslos, vielseitig und hingebend. In der Stadtverordnetenversammlung, im Bürgerverein, der lediglich gemeinnützigen Bestrebungen dient und dessen Ehrenmitglied er zuletzt war, im landwirtschaftlichen Verein, dem er namentlich als Naturwissenschaftler diente, in der gemäßigt liberalen politischen Bewegung, überall war Dr. Praetorius dort das in praktischer Arbeit belebende Element. Unvergessen ist seine zum Frieden, zur Duldsamkeit, zur Vernunft mahnende Wirksamkeit, als nach der Ermordung des Gymnasiasten Winter die Wogen des Antisemitismus in Konitz plötzlich so mächtig aufschäumten und zu Ausschreitungen der blinden Leidenschaftlichkeit führten. Leider konnte er hier seine Versöhnungsmission nicht fortsetzen, da er nach Graudenz berufen wurde, eine an sich günstige Versetzung, die er aber gerade damals schmerzlich empfand.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus hat dem wackeren Manne folgenden Nachruf gewidmet:

Durch den plötzlichen Tod des

Herrn Prof. Dr. Praetorius, Graudenz,

ist uns einer der charakterfestesten Förderer unserer Bestrebungen entrissen worden. Wir bedauern schmerzlich in dem Heimgegangenen einen edlen, selbstlosen Verfechter der Menschenrechte, der einst aus der Brandung irregeleiteter Instinkte durch vorurteilslose Klarheit und wahrhaftige Menschenliebe wie ein Fels emporragte, verloren zu haben. Dies, sowie die Würde, mit welcher er sein hierdurch ihm auferlegtes Martyrium trug, sichern ihm bei uns ein dankbares, ehrenvolles Gedächtnis.

Zum Aerztemangel in Heer und Flotte hatte der militärische Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau", Generalleutnant Litzmann zwei Artikel veröffentlicht, in denen er eine Menge von Gründen für diesen Mangel anführt, die auffällige Uebergehung von jüdischen Aerzten aber mit keiner Silbe erwähnt. Ein „der Reserve des Sanitätsoffizierkorps angehöriger Chefarzt einer größeren Heilstätte" sendet dem genannten Blatt hierzu eine Ergänzung, die u. a folgenden Satz enthält:

„Zunächst verdient ein Punkt volle Aufmerksamkeit: Während unter den Reserveoffizieren aller Truppengattungen sich kaum ein einziger jüdischer befindet, sind unter den Militärärzten der Reserve Juden keineswegs selten; ohne die Frage vom antisemitischen Standpunkt aus betrachten zu wollen, muß ich doch die Ansicht vertreten, daß die Offiziere der Reserve und die Militärärzte der Reserve in dieser Richtung vollkommen gleich behandelt werden müßten."

Fürwahr ein wahrhaft salomonisches Urteil. Soll nun den qualifizierten jüdischen Offiziersaspiranten nach Ansicht dieses Chefarztes der Zutritt zu dem Reserveoffizierkorps ganz allgemein geöffnet werden oder sollen in Zukunft Juden auch von der Beförderung zu Militärärzten der Reserve ausgeschlossen sein? Es zeugt nicht gerade von besonderem teutonischen Mut, daß der Herr Chefarzt sich um die klipp und klare Beantwortung dieser Frage herumdrückt.

Die plumpe Reklame des Alldeutschen Vereins, der, wie wir kürzlich berichteten, mit einem Verzeichnis „national-gesinnter Rechtsanwälte" hausieren ging, hat ihm aus den Kreisen der durch diese kompromittierende Empfehlung schwer beleidigten Standesvertretung einen gehörigen Denkzettel eingetragen. Der Leiter der Zeitschrift des deutschen Notarvereins, R.-A. und Notar Weißler in Halle a. S., schreibt nämlich mit Bezug hierauf in Nr. 10 des Blattes:

„Man hätte ja die Kinderei unbeachtet lassen können. Allein zunächst fühlte der Leiter dieser Zeitschrift, den man in die Liste aufgenommen hat, persönlich das Bedürfnis, sich diese Ehre entschieden zu verbitten. Sodann durfte der Anschein nicht zugelassen werden, als sei die Rechtsanwaltschaft und das Notariat irgendwie bei diesem Gebaren beteiligt, das die ungeheure Mehrheit aller Kollegen der nichtnationalen Gesinnung verdächtigt. Man muß nämlich wissen, wie die Liste aufgestellt ist. Sie zählt nicht mehr wie einige hundert Namen. In Berlin haben sich nur 16 nationalgesinnte Rechtsanwälte gefunden, in Leipzig, Hamburg und Breslau überhaupt keine. München hat ihrer sieben, einen mehr als M.-Gladbach, Braunschweig dagegen 38, sämtlich dem alldeutschen Verbande angehörig. Wir möchten glauben, daß auch die Leitung des Verbandes der Sache

fernsteht und Gelegenheit nehmen wird, den Schritt ihrer Geschäftsstelle als das zu bezeichnen, was sie ist: eine ungeheure Dummheit."

Einen warmen Appell an die nationale und konfessionelle Verträglichkeit richtete bei Beginn des neuen Semesters der scheidende Rektor Geh. Rat Erdmann in Bonn an die studentische Jugend:

„Mit dem Geist, der unsere Studentenschaft beseelt, dürfen wir trotz der sich drängenden Menge der Hörer im ganzen zufrieden sein. Noch allerdings ist die Stimmung, die unsere Väter und Großväter vom ethischen Idealismus reden ließ, nicht durchgängig wieder lebendig; noch auch der Gesichtskreis der Studierenden nicht in allen Fällen soweit und der Ernst rechter Charakterentwickelung nicht überall so tief, wie wir wünschen; auch die nationale und konfessionelle Einigkeit in den Kreisen unserer Hörer nicht so völlig erreicht, wie das Gedeihen unseres Vaterlandes fordert: aber die Zeichen mehren sich, daß jene Gesinnung mit all' der Maßhaltung und ernsten Einsicht, die sie verlangt, wiederkehrt, daß das Banausen- und Philistertum jeder Art, diese schlimmen Feinde rechter wissenschaftlicher Bildung und selbständiger Lebensführung, zurücktritt und die Bestrebungen nach konfessioneller und nationaler Einigkeit an Boden gewinnen, wie insbesondere das einmütige Zusammenstehen der Studentenschaft gegenüber dem Versuche eines Eingriffes in die Lehrfreiheit zu Beginn meines Amtsjahres, ferner die Verhandlungen mit den Vertretern der Studentenschaft behufs Einigung zu einer Gesamtvertretung und endlich die Teilnahme der konfessionellen Verbindungen an dem Fackelzuge zu Ehren Bismarcks gezeigt haben. Mit dem allen wird auch die Lebensführung derer, die berufen sind, mit der Fackel der Erkenntnis voranzuleuchten und ihr Wissen zu heben, und die Grundlage solcher Lebensführung, das innere Ehrgefühl der freien, sich selbst bestimmenden Persönlichkeit, sich noch weiter heben."

Auf dem Ostdeutschen Frauentag, der am 13. d. M. in Allenstein stattfand, hielt u. a. Frl. Dr. Käthe Schirrmacher einen Vortrag über „die nationale Frage", in dem sie die Wendung gebrauchte „die Polen seien international ebenso großartig organisiert, wie die Juden organisiert sind". Als in der an den Vortrag sich anschließenden Diskussion Herr Oberlehrer Levy-Allenstein gegen diese Behauptung protestierte, schränkte die Vortragende diese Bemerkung dahin ein, daß sie nur die Analogie der Zerstreutheit der Polen angeführt und nicht daran gedacht habe, „sein Volk" zu beleidigen. Auch gegen diese Redewendung protestierte Herr Levy mit der entschiedenen Versicherung, daß sein Volk das deutsche sei! Diese Worte wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt und von der Referentin anerkannt.

Aus Baden, 21. Okt. In einem Lande, in dem die politischen und konfessionellen Gegensätze seit Jahren aufs äußerste zugespitzt sind, verdient jeder erfreuliche Vorgang konfessioneller Duldung auch in der Oeffentlichkeit erwähnt zu werden. An der kirchlichen Einweihung der katholischen Kirche in Offenburg nahmen der protestantische Oberbürgermeister mit dem Stadtrat, der Amtsvorstand, Geh. Rat v. Senger, das gesamte Offizierkorps, der evangelische Stadtpfarrer sowie der Bezirksrabbiner teil. Bei dem sich an die kirchliche Feier anschließenden Essen mahnte der Weihbischof Knecht, wie der klerikale „Badische Beobachter" mitteilt, zur gegenseitigen Achtung und Duldung unter den Konfessionen. Besonders bemerkenswert war die Ansprache des evangelischen Geistlichen, der hauptsächlich die Friedensmission der beiden christlichen Konfessionen betonte. Der Bezirksrabbiner rühmte in seiner Rede die Einträchtigkeit, die in Offenburg herrsche. Der Landgerichtspräsident Dr. Zehnter, Mitglied des Reichstags und Landtags, hielt die Festrede.

Briefkasten.

N. M. in O. Wenn die reaktionäre Presse ihre hämischen Glossen darüber macht, daß der Parteisekretär der Freis. Vereinigung in Lübeck, Kuhn, mit der Parteikasse flüchtig geworden ist, so lassen Sie ihr ruhig dieses kindliche Vergnügen. Die ausgleichende Gerechtigkeit hat sehr bald für einen kräftigen Dämpfer gesorgt. Der konservative Landesverein in Sachsen ist nämlich, wie dieser Tage sächsische Blätter ausführlich zu berichten wußten, von einem seiner Beamten, Oberleutnant a. D. Riedel, durch Unterschlagungen um ca. 5000 M. geschädigt worden. Im übrigen können wir solchen kriminellen Milchmädchenrechnungen der politischen Parteien wirklich keinen Geschmack abgewinnen. Bewiesen wird durch sie jedenfalls nicht das geringste.

W. B. in Dr. Die dortigen antisemitischen Preßverhältnisse sind zu undurchsichtig, als daß wir uns ein Urteil darüber bilden könnten. An die mit großem Eklat zusammengebrochene „Deutsche Wacht" ist dieser Tage wieder die Erinnerung wach gerufen worden, als die Notiz durch die Presse ging, daß ihr ehemaliger Redakteur Geißler, der vor Jahresfrist zum Vorsitzenden des Vereins Dresdner Presse gewählt wurde, in der eben abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins nicht wiedergewählt wurde. Er vereinigte nur wenige Stimmen auf sich. Wie sein Vorgänger Starke, dessen Vorsteherschaft nach dem Dresdner Presseskandal ein plötzliches Ende fand, schlich er, wie die „L. V.-Z." schrieb, nach der für ihn so blamablen Abstimmung wie ein begossener Pudel von dannen.

C. L. in W. Wir möchten vorerst davon absehen, von den zum Teil übrigens in eingeweihten Kreisen schon bekannten Mitteilungen der Finanzwochenschrift „Hermes" über den bekannten Stöcker-Intimus Adolf Stein, den Herausgeber des „Deutschen", Vermerk zu nehmen. So verlockend auch die Gelegenheit wäre, uns für mancherlei Angriffe aus dem Hinterhalt — die zeitweilige Herstellung des „Deutschen" und der „Mitteilungen" in derselben Druckerei hat zu mancherlei von der Gegenseite gierig aufgegriffenen Indiskretionen über interne geschäftliche Dinge geführt — zu revanchieren, so widerstrebt es uns doch, eine kleinliche Rache zu nehmen. Im übrigen wird sich das Gericht mit diesen Dingen zu beschäftigen haben. Herr Stein hat eine Erklärung veröffentlicht, daß er Strafantrag gegen den Herausgeber des „Hermes" und als Reserveoffizier ehrengerichtliche Untersuchung gegen sich selbst beantragt habe, die Tatsache freilich, daß die „Leipziger Neuesten Nachrichten" so ostentativ von ihrem früheren Vertreter in öffentlicher Erklärung abrücken, läßt tief blicken.

S. W. in R. Die Wahl der Antisemiten bez. Bündler im Fürstentum Lübeck war keineswegs ohne das Kompromiß der bürgerlichen Parteien gesichert. Die „Deutschsoz. Bl." berichteten über das Ergebnis der Wahlmännerwahlen wie folgt:

„Die freisinnigen Wahlmänner unterstützen die Wahl der Kandidaten des Bundes der Landwirte, Hauptmann a. D. v. Levetzow-Sielbeck und Rentier Francke-Schwartau, während die Wahlmänner des Bundes der Landwirte für die Wahl der freisinnigen Abgeordneten Lehrer Voß-Eutin und Zimmermeister Steenbock-Eutin eintreten wollen. Die Wahl dieser vier Kandidaten ist unter diesen Umständen gesichert. Hoffentlich halten die freisinnigen Wahlmänner an diesen Abmachungen fest. Die Sozialdemokraten dürften dann ihre zwei Sitze im Fürstentum wieder verlieren."

Diese Hoffnung hat die Antisemiten, wie das Wahlergebnis gezeigt hat, nicht getrogen.

R. F. in G. Im Großherzogtum Hessen ist die parteipolitische Konstellation, wie ja auch die jetzigen Landtagswahlen zeigen, eine total andere wie in Kurhessen. Wenn der antisemitische Reichstagsabg. Lattmann in einer vorige Woche in Kassel stattgehabten Versammlung nach dem von den „Deutschsoz. Bl." übernommenen Bericht der „Neuen Kasseler Ztg." mit Genugtuung darauf hinwies, „man habe aber mit der Blockpolitik auch etwas Gutes erreicht, nämlich das, daß der Linksliberalismus mehr und mehr nach rechts abgeschwenkt sei", so trifft das für das Großherzogtum Hessen nicht zu, wo Freisinnige und Sozialdemokraten sich bei den an diesem Mittwoch stattfindenden Landtagswahlen auf Grund offizieller Parteiparolen zur Bekämpfung der Antisemiten, Bündler, Nationalliberalen und des Zentrums gegenseitig unterstützen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: [illegible] Bürger, Magdeburger Straße 11.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., [illegible] 105
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 45. Berlin, den 4. November 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Das Ergebnis der am 28. v. Mts. stattgehabten Ergänzungswahlen in Hessen hat den Erwartungen der Parteien der Linken leider nicht entsprochen. Zwar sind die bisherigen drei freisinnigen Abgeordneten, Justizrat Gutfleisch in Gießen, Justizrat Reh in Alsfeld und Herr Damm in Friedberg, die beiden ersteren sogar ohne Gegenkandidaten, wiedergewählt worden. Die Stoßkraft der demokratischen Linken hat aber doch durch den Verlust, den die Sozialdemokratie in Mainz erlitten hat, wo ihre beiden seit 24 Jahren in ihrem Besitz befindlichen Mandate an die Kandidaten der Nationalliberalen und des Zentrum übergingen, eine erhebliche Schwächung erfahren; unter diesem Gesichtspunkt wird insbesondere die Niederlage Dr. Davids in Mainz, die zugleich zur Folge hat, daß die Führung der nunmehr von 7 auf 5 Mitglieder reduzierten sozialdemokratischen Kammerfraktion an den im Landtage verbliebenen radikalen Abg. Ulrich übergeht, bis weit in die Reihen des gemäßigten Liberalismus bedauert. Wenn man von Mainz absieht, wo die Nationalliberalen und das Zentrum je ein Mandat gewinnen, ist eine Veränderung des Besitzstandes der einzelnen Parteien durch die Wahlen nicht erfolgt. Es werden daher die Parteien im neuen Landtage in folgender Stärke vertreten sein: Nationalliberale 19 (bisher 18), Bauernbündler 13 (13), Zentrum 8 (7), Sozialdemokraten 5 (7), Freisinnige 3 (3), Wildliberale 2 (2).

Einen Trost haben die Parteien der Linken: Die Antisemiten deutschsozialer Färbung, die sich von dem Bauernbunde emanzipiert und sechs eigene Kandidaten aufgestellt haben, sind ebenfalls vollständig leer ausgegangen; denn der in Grünberg, dem früheren Wahlkreise des Herrn Hirschel, wahrscheinlich (die Parteizugehörigkeit einzelner gewählter Wahlmänner steht noch nicht genau fest) gewählte Landwirt und Rittmeister der Landwehr Lutz ist als Bündler gewählt von den vereinigten Bündlern und Antisemiten. Die Richtung Liebermann von Sonnenberg hatte hier ursprünglich einen strammen Parteimann, Bürgermeister Benner in Trais, aufgestellt, der den Bündlern jedoch in der Wahlrechtsfrage nicht reaktionär genug war und daher Herrn Lutz weichen mußte. Herr Dr. Mahr, der Landesvorsitzende der Deutschsozialen, der schon als Führer der neuen antisemitischen Landtagsfraktion in Aussicht genommen war, ist in Groß-Gerau kläglich unterlegen; der bisherige Vertreter, Bauernbündler Sensfelder, wird mit 23 Wahlmännerstimmen über 21 der Sozialdemokraten siegen; Wahlmänner für Herrn Dr. Mahr sind anscheinend überhaupt nicht gewählt worden. In Schotten-Laubach hatten die Antisemiten im letzten Augenblick noch die Kandidatur des Lehrers Link infolge gänzlicher Aussichtslosigkeit zurückgezogen. In Butzbach hat der deutschsoziale Fendel, der den Sieg schon sicher in der Tasche zu haben glaubte, das Mandat dem bisherigen Abgeordneten Bündler Joutz überlassen müssen; aus Wut darüber schreibt das Gießener antisemitische Blatt, daß Herr Joutz seine Wahl nur „dem einmütigen Eintreten der Sozialdemokraten für ihn verdankt". In Darmstadt war noch von den Antisemiten Rechnungsrat Götz aufgestellt worden, der aber nur einige abgesplitterte Stimmen erhalten haben kann; in dem ziffernmäßigen Wahlergebnis, wonach in Darmstadt 3032 nationalliberale, 1801 sozialdemokratische und 904 freisinnige Stimmen abgegeben worden sind, ist von antisemitischen Stimmen überhaupt nicht die Rede. Das ist also der Erfolg, der von den Deutschsozialen mit einem großen Aufwand demagogischer Mittel — der Abgeordnete Wolf-Stadeken beehrte z. B. in einer Zentrumsversammlung in Ober-Ingelheim nach dem Bericht der „Lib. Hess. Wochenschrift" seine freisinnigen Abgeordnetenkollegen mit dem schönen Titel „Halunken" — betriebenen Agitation. Den spezifisch politischen Antisemitismus hat freilich die deutschsoziale Partei auch bei dieser Wahl meist schamhaft verborgen. Die Judenfrage wurde nur nebenbei erwähnt, indem man die Aufhebung des Beamten- und des sogenannten Schlippeschen Erlasses forderte, der den Beamten Zurückhaltung in der antisemitischen Bewegung zur Pflicht macht.

Um diese diplomatische Zurückhaltung richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß nach der „Südd. Reichskorr." sonst das deutschsoziale hessische Parteiorgan seine Theaterbesprechungen danach einrichtet, ob es sich um Stücke nichtjüdischer oder jüdischer Verfasser handelt.

Für die linksliberalen Parteien hat sich im Wahlkampfe besonders schmerzlich fühlbar gemacht das Fehlen einer lokalen Parteipresse. In Darmstadt hatte das wider Erwarten ungünstige Ergebnis wenigstens den Erfolg, daß sich noch am Abend des Wahltages dem in der Bildung begriffenen Konsortium zur Gründung einer freisinnigen Tageszeitung 50 Teilnehmer anschlossen. Auch der Zufall hat den Freisinnigen häufig übel mitgespielt. In Ingelheim-Mombach gingen ihnen 12 Wahlmänner, die die Entscheidung gaben, durch das Los verloren. Ueberaus bezeichnend ist der Kommentar, den die mittelparteiliche und häufig von Regierungskreisen inspirierte „Südwestd. Korr." hierzu macht:

„Eines der Mandate, Ober-Ingelheim, verdankt das Zentrum im wahrsten Sinne des Wortes dem Knobelbecher, da seine Mombacher Wahlmänner gleichviel Stimmen wie die der Linken erhielten und sie auch beim Würfeln mehr Glück hatten als der Freisinn. Es gehört mit zu den Wunderlichkeiten des geltenden Wahlsystems, daß unter Umständen die Wahl von zwölf Wahlmännern vom Würfelbecher abhängt."

Das gleiche widrige Schicksal verfolgte die Kandidatur des Pfarrers Korell in Oppenheim, wo die freisinnigen Wahlmänner oft nur mit 2 oder 3 Stimmen unterlagen; hier siegte der nationalliberale Alldeutsche und Katholikenhasser Winkler nur durch die restliche Unterstützung des Zentrums, das in letzter Stunde telegraphisch von dem Abgeordneten Brentano aus Offenbach in Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Schmitt-Mainz angewiesen wurde, unter allen Umständen alle Wähler gegen Korell aufzubieten. Diese Weisung, alsbald durch Maueranschlag bekanntgemacht, wurde noch durch die Hausagitation der katholischen Geistlichkeit unterstützt.

Zweifellos hat auch das indirekte Wahlsystem die siegenden Parteien über alle Maßen begünstigt; einen schlagenden Beweis hierfür liefert gerade das Wahlergebnis in dem letztgenannten Wahlkreise, wo insgesamt auf den gewählten nationalliberalen Kandidaten Dr. Winkler 1200, auf den gleichfalls nationalliberalen Braun 300 Stimmen entfielen, während Pfarrer Korell 1900 Stimmen, also 400 mehr als seine beiden Gegenkandidaten zusammen, erhielt. Nimmt man hinzu, daß in Darmstadt etwa 1500, in Mainz etwa 1000 Wähler infolge der Steuerkautelen (Steuerrückstände) ihres Wahlrechts verlustig gingen, also Wähler, aus den Arbeiterschichten, die mit erdrückender Mehrheit für Sozialdemokraten und Freisinnige gestimmt hätten, so hat man damit eine weitere ungezwungene Erklärung für das im ganzen vom liberalen Standpunkt aus unbefriedigende Ergebnis der diesjährigen hessischen Landtagswahlen.

Auch ein Interpret von Lessings „Nathan".

Von Dr. M. Spanier-Magdeburg.

Das Schulprogramm des Realgymnasiums zu Cöln-Nippes (1908) enthält eine Abhandlung des Direktors der Anstalt, betitelt: Entstehung und Auffassung von Lessings „Nathan dem Weisen". Das Thema an sich ist interessant genug, um die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf den Gegenstand zu lenken, doch hätten wir trotzalledem — in Anbetracht des Umstandes, daß Schülerprogramme nur einen winzigen Leserkreis aufweisen — uns in Stillschweigen gehüllt, wenn nicht diese Abhandlung als Einleitung zu einer Schulausgabe von Lessings „Nathan", die demnächst erscheinen wird, dienen würde. Nachdem die Entstehungsgeschichte des Dramas erörtert und „die polternde Kampfesweise, die fanatische Wut und lieblose Intoleranz" des Hamburger Hauptpastors Götze gekennzeichnet worden ist, präzisiert der Verfasser seine Stellung zu Lessings „Nathan". Er bemängelt es, daß mit dieser „Toleranzpredigt" außerpoetische Zwecke verfolgt werden und meint mit A. Bartels, man dürfe mit Recht verlangen, „daß der Vertreter des Christentums neben denen der beiden anderen Religionen als die geistig höchststehende Persönlichkeit hingestellt würde, zumal die christliche Religion a priori die Idee der Toleranz in sich birgt, die beiden anderen aber nicht." Schon den grimmigen Judenhasser, den Weimarer Literatur-Professor, als Gewährsmann anzuführen, kennzeichnet die Gesinnung des Verfassers. Mit tiefem Leid erfüllt uns die Auffassung des Herrn Gymnasialdirektors, daß edelgesinnte Menschen nicht aus dem Judentum hervorgehen könnten, als ob die christliche Religion vom Himmel gefallen und nicht aus dem Judentum erwachsen wäre. Welch leichtfertige Auffassung eines Schulmannes, die Entwickelung zu einer charaktervollen Persönlichkeit von der Konfession, die schließlich doch nur ein Zufall der Geburt, abhängig zu machen. „In Wahrheit! mit welcher Stirn kann ein Mensch," sagt M. Mendelssohn (Ges. Schriften, Leipzig 1843, Bd. 3, S. 477), „der noch ein Gefühl der Redlichkeit in sich hat, einer ganzen Nation die Wahrscheinlichkeit absprechen, einen einzigen ehrlichen Mann aufweisen zu können? Einer Nation, aus welcher, wie sich der Verfasser der Juden ausdrückt, alle Propheten und die größesten Könige aufstanden? Ist sein grausamer Richterspruch gegründet? Welche Schande für das menschliche Geschlecht! Ungegründet? Welche Schande für ihn? Ist es nicht genug, daß wir den bittersten Haß der Christen auf so manche grausame Art empfinden müssen; sollen auch diese Ungerechtigkeiten wider uns durch Verleumdungen gerechtfertigt werden?"

Es gehört in der Tat zu den größten Ungeheuerlichkeiten, in unseren Tagen diesen mittelalterlichen Wahn wissenschaftlich zu vertreten, außer der christlichen Kirche gibt es kein Heil, ganz im Gegensatz zu der jüdischen Auffassung, daß die Frommen aller Völker der ewigen Seligkeit teilhaftig werden. Wenn die Minderwertigkeit der jüdischen Ethik der christlichen gegenüber betont und dabei hervorgehoben wird, daß der christlich-germanische Einfluß veredelnd auf unsere sittlichen Anschauungen eingewirkt habe, so darf man allerdings nicht denken an den 30 jährigen Sachsenkrieg (772—803), nicht an die Juden, die zu Tausenden geplündert, hingemordet wurden, nicht an die Kreuzzüge, nicht an die furchtbaren Hussitenkriege in Böhmen, nicht an die Errichtung der Inquisition, der Ketzer- und Hexengerichte, nicht an die Hugenottenkriege, nicht an den entsetzlichen 30 jährigen Krieg usw. usw.

Wenn Goethe wünscht, daß das im Drama verherrlichte göttliche Duldungs- und Schonungsgefühl der Nation heilig und wert bleiben möge, so hat der Verfasser keines Hauches davon verspürt. Die herrlichen Worte in Nathan: „Sind denn Christ und Jude eher Christ und Jude als Mensch?" sind dem Herrn Direktor nicht in Fleisch und Blut übergegangen, nicht die schönen beherzigenswerten Worte: „Es eifre jeder seiner unbestochenen, von Vorurteilen freien Liebe nach!" Es scheint aber, als ob Intoleranz und Engherzigkeit auszeichnende Eigenschaften seiner christlichen Humanität wären, sonst würde der Verfasser nicht behaupten: „Jene Höhe der Religiosität, auf die Lessing seinen Nathan erhebt, ist überhaupt erst möglich, seitdem das Christentum in die Welt gekommen, — ist, soweit sie etwa bei anderen Religionen sich finden sollte, unbedingt in irgend einer Weise unter der Einwirkung des Christentums erwachsen. Das bestätigt Lessing gewissermaßen selbst in den Worten, die er den Klosterbruder ausrufen läßt: „Nathan, Nathan! Ihr seid ein Christ! Bei Gott, Ihr seid ein Christ. Ein besserer Christ war nie!" Es wird hierbei nur das Wort Nathans an den Klosterbruder: „Was mich Euch zum Christen macht, das macht Euch mir zum Juden!" übersehen, ein Wort, das so recht im Sinne Moses Mendelssohns, dem Lessing in Nathan ein Denkmal setzt, gesprochen wird. „Nathan, der Weise", fährt der Verfasser fort, ist somit ganz gegen die Absicht seines Verfassers tatsächlich in gewissem Sinne eine Verherrlichung des Christentums. Nur aus einem christlichen Volke konnte ein solcher Mann und ein solches Werk hervorgehen; nur in einem christlichen Volke konnte sich ein Mann zu dieser Höhe der Gesinnung aufschwingen, zu dieser tiefen Erkenntnis göttlicher und menschlicher Dinge ausbilden. Das sagen nicht wir, sondern ein jüdischer Philosoph, Lessings treuester Freund, Moses Mendelssohn, der damit die sittliche Unzulänglichkeit der Religion seiner Väter zugibt und das Christentum als die eigentliche Humanitätsreligion anerkennt." Das, was hier unserem Philosophen vindiziert wird, findet sich in seinen „Morgenstunden" (Band II, S. 367) und lautet also: „Nunmehr (nach

der Erscheinung des „Nathan") drang die Kabale aus den Studierstuben und Buchläden in die Privathäuser seiner Freunde und Bekannten mit ein, flüsterte jedem ins Ohr, Lessing habe das Christentum beschimpft, ob er gleich nur einigen Christen und höchstens der Christenheit einige Vorwürfe zu machen gewagt hatte. Im Grunde gereicht fein Nathan, wie wir uns zugestehen müssen, der Christenheit zu wahrer Ehre. Auf welcher hohen Stufe der Aufklärung und Bildung muß ein Volk stehen, in welchem sich ein Mann zu dieser Höhe der Gesinnungen hinaufschwingen, zu dieser feinen Kenntnis göttlicher und menschlicher Dinge ausbilden konnte!" Man vergleiche diese beiden Stellen miteinander und die Fälschung springt in die Augen; die Schlußfolgerung erweist sich als eitel Täuschung. Mendelssohn soll seine Religion herabgewürdigt haben, er, der ausdrücklich bekennt: „Gelobt sei Gott, der uns die Lehre der Wahrheit gegeben. Wir haben keine Glaubenssätze, die gegen die Vernunft oder über dieselbe seien. Wir tun nichts mehr zu der natürlichen Religion hinzu, als Gebote, Satzungen und gerade Vorschriften, aber die Grund- und Glaubenssätze unserer Religion beruhen auf dem Fundamente des Verstandes, sie stimmen mit der Forschung nach jeder Seite hin, ohne jeden Widerspruch und Widerstreit, überein. Und das ist der Vorzug unserer Religion, der wahren und göttlichen, vor allen übrigen Glaubensbekenntnissen."

Zum Schluß gestatten wir uns die Frage: Ist in dem Herrn Direktor nicht das Bewußtsein einer schweren Verantwortlichkeit vorhanden, wenn er seinen im Denken unreifen Schülern Lehren predigt, die ihr Gemüt zu vergiften und einen argen Zwiespalt zwischen Schüler und Schüler herbeizuführen imstande sind?

Wir können die Abhandlung des Herrn Direktor Dr. Friedrich Kortz als Einleitung zu einer Schulausgabe von Lessings „Nathan dem Weisen" nur als bittere Ironie bezeichnen.

Staatsmoral.

Man schreibt uns aus Süddeutschland:

Wir modernen Menschen haben es verlernt, im Staate den Vertreter Gottes auf Erden zu sehen. Für uns ist der Staat keine mystische Einrichtung, mit einer Allmacht ausgestattet, sondern eine menschliche Institution, eine Zusammenfassung aller Bürger, ein Organ der Oeffentlichkeit. Aber gerade darum, weil wir ihn seines mystischen Nimbus entkleidet haben, ist für uns seine Bedeutung gewachsen. Weil er für die Bürgerschaft da ist, muß er mit ihr fortschreiten, sich im Geiste der Zeit entwickeln und befähigt werden, großen Aufgaben zu dienen. Der Staat ist nicht nur dazu berufen, Steuern zu erheben und zu gebieten, sondern er soll im Namen des Volkes das öffentliche Wohl auf allen Gebieten fördern und den Weg zu einer höheren Menschlichkeit bahnen. In dieser Erkenntnis haben wir in den letzten Dezennien dem Staate eine Fülle sittlicher und sozialer Aufgaben aufgebürdet. Wir verlangen auf sozialem Gebiete nicht, daß der Staat messianische Zustände schaffen und alle Bürger zu glücklichen Menschen machen soll, wohl aber wünschen wir, daß durch weise und gerechte Einrichtungen die Not möglichst gemildert und das schreiende Elend beseitigt werde. Auf dem Felde der Sittlichkeit wünschen wir nicht, daß der Staat Vorsehung spielt, sich um die Gefühle und Anschauungen der Bürger bekümmert, persönliche Angelegenheiten unter Kontrolle stellt und die individuelle Freiheit einengt, wohl aber soll der Staat den sittlichen Schmutz verbannen, soll die Jugend und die Unschuld schützen und alles das aus dem Wege räumen, was die Oeffentlichkeit zu verseuchen geeignet ist.

Die Grundlage des Staates aber und die Quelle aller gesunden staatlichen Bestrebungen ist die Gerechtigkeit. Nur aus ihr können gute Reformen und nützliche Neuerungen fließen. Die höchste Aufgabe des modernen Staates ist die ausgleichende Gerechtigkeit. Diese zeigt sich vornehmlich in der gleichen Behandlung aller Bürger, in der gerechten und vorurteilslosen Ausübung der Staatsgesetze, in der Verwirklichung der Grundsätze der Verfassung. Die Gerechtigkeit kann am besten da bekundet werden, wo keine Machtfaktoren sie dazu zwingen, also gegenüber der Minorität, gegenüber einer Bevölkerungsklasse, die unter den Vorurteilen der Majorität zu leiden hat. Da, wo es gilt, atavistische Gefühle einer ungebildeten Masse zu überwinden und an Stelle des vererbten Unrechts das Gesetz der Vernunft und der Menschlichkeit durchzuführen und die Bürger durch Handlungen und nicht durch Worte zu modern denkenden Menschen zu erziehen, da zeigt sich die wahre Staatsmoral, die öffentliche Gerechtigkeit.

Nun bilden die Juden in Deutschland eine sehr geringe Minorität, sie können sich nur auf Recht und nicht auf Macht stützen. Ihre bürgerliche Gleichheit ist noch relativ jungen Datums, und die kurze Zeit hat noch nicht ausgereicht, um alte eingewurzelte Vorurteile gegen sie zu verscheuchen. Die staatliche Gerechtigkeit muß sich hier also ganz besonders zeigen. Denn der Staat, der den Juden Rechte gab, hat die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie lebendige und keine bloßen papierenen Rechte sind, er hat darüber zu wachen, daß diese Bürger trotz aller Atavismen eines Teiles des Volkes der Wohltat des gesetzlichen Schutzes sich erfreuen und ihre Rechte wie die anderen Bürger genießen. Diese Rechte sind ihnen ja nicht spontan in einer großmütigen Laune geschenkt worden, sondern sie wurden im langen Kampfe, an dem sich die edelsten Männer der Nation beteiligt haben, errungen, und man verlieh sie ihnen auf Grund gleicher Pflichten und in der Erkenntnis, daß ein moderner Staat keinen Unterschied der Klassen und Konfessionen kennen darf. Hier ist also ein echtes Kriterium der Gerechtigkeit gegeben.

So hat sich in jüngster Zeit tatsächlich die sogenannte Judenfrage, d. h. die Behandlung der jüdischen Bürger und die Handhabung der Gesetze und Verordnungen ihnen gegenüber, zu einem Barometer der öffentlichen Gerechtigkeit ausgebildet. Dieses Barometer aber zeigt im größten deutschen Bundesstaate auf „unveränderlich schlecht". Preußen, das berufen ist, in Kultur und Staatsmoral den anderen Bundesstaaten voranzugehen, kann sich immer noch nicht von seinen reaktionären Traditionen trennen und manchmal scheint es ganz zu vergessen, daß wir am Anfang des 20. und nicht des 19. Jahrhunderts leben. Der junkerliche Geist herrscht heute da noch genau so wie in den „guten alten Zeiten", und manche Behörden scheinen die Verfassung als ein totes Dokument zu betrachten, das irgendwo im Archiv schlummert, das aber fürs Leben gar keine Bedeutung hat. Von Zeit zu Zeit werden wir immer wieder daran erinnert, daß man in Preußen noch immer glaubt, im christlichen und nicht im modernen Staate zu leben. Und das Wort „christlich" wird hier nicht so aufgefaßt, daß man nach der höchsten Gerechtigkeit strebt und die Liebe zum herrschenden Prinzip macht, sondern in dem Sinne, daß man überall nach dem Taufschein fragt und den nichtgetauften Juden als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Wohlgemerkt: es handelt sich um Behörden, also um Organe der Oeffentlichkeit, und hier ist es, wo alle Parteien, die auf politische Gerechtigkeit Anspruch erheben, die Pflicht haben, mit aller Kraft für den Geist des Gesetzes einzutreten und gegen die Verletzung der Verfassung laut zu protestieren. Gegen den gesellschaftlichen Antisemitismus einzuschreiten, ist Sache der Kultur und der Aufklärung, da verlangen wir nicht die Hilfe des Staates. Aber — einen

staatlichen Antisemitismus darf es nicht geben, weil er in schreiendem Widerspruche zur Verfassung, zur Grundsäule des öffentlichen Lebens steht.

Und es handelt sich hier um die *höchste Justizbehörde* — das ist die bitterste Ironie. Das preußische Abgeordnetenhaus hat seinerzeit die gesetzliche Handhabe, den sogenannten Assessoren-Paragraphen abgelehnt, aber eine weise preußische Behörde weiß sich auch ohne neue Paragraphen zu helfen, man ist ein wenig „politisch" und korrigiert die Gesetze im konservativen Sinne. Es ist ja viel einfacher, daß man den jüdischen Juristen den Weg zur Staatsprüfung erschwert, dann kommen sie gar nicht in die Verlegenheit, sich als Gerichtsassessoren zu melden, ja sie können dann nicht einmal so leicht Rechtsanwälte werden. Das geschieht dadurch, daß man von verschiedenen Oberlandesgerichten sie als Referendare ablehnt. Seit Jahren sind viele solche Fälle bekannt geworden, wa verschiedene Oberlandesgerichtspräsidenten jüdische Referendare ohne jeden Grund zurückgewiesen haben. Wir kennen einen Fall, wo ein jüdischer Jurist dadurch ein ganzes Jahr verloren hat und endlich in Sachsen nur dann zugelassen wurde, nachdem er schriftlich erklärt hatte, daß er auf die Richterlaufbahn verzichtet. Jetzt erfährt man aber, daß diese Taktik mancher Oberlandesgerichtspräsidenten sich des Beifalls und des Schutzes des Herrn Beseler, der anfangs die reaktionären Traditionen seines Vorgängers verlassen zu wollen schien, erfreut, ja daß das Ministerium es als eine Ungehörigkeit betrachtet, wenn ein liberaler Gelehrter diese Taktik zu durchkreuzen sucht.

Der Staatsrechtslehrer an der Universität Marburg. Herr Professor Dr. *Walter Schücking*, schildert in der Presse, wie er im Ministerium unbeliebt geworden ist:

„Im Frühjahr 1807 hatte sich ein neues Unwetter über meinem Haupte zusammengezagen. Manate vorher war ein *jüdischer Rechtskandidat*, den ich mehrere Semester unterrichtet und im Referendarexamen geprüft hatte, bei mir gewesen und hatte mir geklagt, daß ihm von *fünf Oberlandesgerichtspräsidenten* ohne triftigen Grund, offenbar seines Judentums wegen, die *Anstellung* als Referendar *versagt* worden war. Ich halte ihm zu einer Eingabe an den Justizminister geraten und, als er dafür ganz hilflos war, diese Eingabe als sein alter Lehrer für ihn im eigenen Namen gemacht und in der Eingabe darauf hingewiesen, daß ich als Mitglied der Prüfungskommission, die unmittelbar dem Justizminister unterstellt ist, den Betreffenden auch geprüft hätte. Seine Anstellung ist dann auch erfolgt, wenn er auch statt nach Frankfurt a. M. zu kommen, nach Königsberg gehen mußte und im ganzen etwa fünf Monale für seine Laufbahn verloren hat. Als ich nun im Frühjahr 1907, mittlerweile längst Ordinarius und damals gerade Dekan, aus politischem Anlaß in Berlin weilte, ging ich nichtsahnend in das Ministerium, ließ mich bei dem Universitätreferenten, Herrn Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. *Elster**) melden und begann ihm varzutragen, daß meine persönlichen Bemühungen, in Marburg das öffentliche Recht zu pflegen, an den in dieser Beziehung kläglichen Zuständen unserer Seminarbibliothek scheitern müßten. Wir hätten nur eine Auflage van Labands Staatsrecht von 1882 (!) und einen Kammentar zur Reichsaewerbeordnung hätten wir überhaupt nicht. Kaum hatte ich zwei Sätze gesprochen, als Herr Elster mich in schroffer Weise unterbrach: „Was soll das ganze, was versprechen Sie sich van dieser Unterredung?" Ich wurde auf den Weg der schriftlichen Eingabe durch den Kuratar verwiesen, mir aber gleichzeitig eröffnet, daß auf einen Erfolg dieser Eingabe kaum zu rechnen sei, da kaum für irgend eine Seminarbibliathek so viel geschehen sei, wie für die unsrige. Tatsächlich habe ich dann auch auf diese Eingabe verzichtet. Dann aber kam Herr Elster sehr bald auf die Angelegenheit meines jüdischen Schülers zu sprechen, überhäufte mich mit Varwürfen, wie ich es wagen känne, mich an den Justizminister zu wenden, und sagte dabei wörtlich: „Was geht Sie überhaupt dieser Rechtskandidat an, mischen Sie sich nicht in Angelegenheiten, die Sie nichts angehen. Die Sache schwebt noch, und Sie werden dafür nach eine *disziplinarische Bestrafung* erhalten."

Man sucht also, systematisch dem jüdischen Juristen den Weg zum praktischen Vorbereitungsdienst zu versperren, um ihm seine Existenz zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Das sieht man als hohe Staatsweisheit an, um die Zahl der jüdischen Juristen auf diesem „nicht mehr ungewähnlichem Wege" zu verringern. Und sucht ein Gelehrter aus dem Gefühle der Gerechtigkeit heraus, sich gegen diese Anomalie zu wenden, dann wird ihm mit der disziplinarischen Bestrafung gedroht. Ja, ein Professor soll sich um das geschriebene Recht und nicht um die lebendige Gerechtigkeit kümmern. Seine Welt sollen die schönen Paragraphen bilden, die aber natürlich die Praxis nicht tangieren dürfen. Das nennt man in Preußen Staatsmoral. Und das geschieht in der Epoche des Blockes! Man zieht die Liberalen heran, wo man sie nötig hat, um Gelder zu bewilligen und neue Steuerquellen zu finden, verhöhnt aber die elementarsten Begriffe der liberalen Weltanschauung und regiert weiter konservativ-reaktionär zur Freude der Antisemiten, der gefährlichsten Feinde des modernen Staates. Wie sollen nun die Bürger zur Wahrhaftigkeit und zur Gerechtigkeit erzogen werden, wenn die Behörden häufig ein Beispiel geben, wie man die Verfassung umgeht, und die Gesetze einseitig handhabt? Eine gesunde Staatsverwaltung muß stets gerechter und vornehmer als der einzelne Bürger sein, denn sie verkörpert in sich das öffentliche Recht. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß diese Sache im Landtage zur Sprache gebracht wird. Man darf nicht warten, bis die Kluft zwischen Verfassung und Verwaltungspraxis so tief wird, daß von der Konstitution nur noch der Namen übrig bleibt.

In der letzten Zeit ist oft und gewiß mit Recht über die Beschränkung der Lehrfreiheit geklagt worden. Die Wissenschaft kann ohne Freiheit gar nicht gedeihen, und wenn man wie in Preußen ein gewisses Maß kirchlicher und konservativer Gesinnung als canditio sine qua non für den akademischen Lehrer betrachtet, dann trägt zweifellos die Wissenschaft den Schaden davon. Wenn man, wie es *Schücking* gegenüber passierte, sagt, der Professor dürfe alles lehren, aber er müsse mit dem Umstand rechnen, daß man eines Tages von seiner Lehrtätigkeit keinen Gebrauch machen werde, so ist das eine Freiheit, die eher russisch als deutsch genannt zu werden verdient. Aber selbst wenn wir eine Lehrfreiheit besäßen, was würde sie uns nützen, solange wir keine Lebensfreiheit haben? Das Leben ist wichtiger als alle Theorien. und eine Freiheit, die im Leben nicht betätigt werden kann, verdient diesen Namen nicht. Wer es ernst mit seinen Grundsätzen meint, der muß dafür seine ganze Persänlichkeit einsetzen und muß dahin streben, daß sie zur Wirklichkeit werden. Daher ist es Pflicht aller wirklich liberalen Männer, diese klaffende Wunde der Staatsmoral aufzudecken, und eine Besserung anzustreben. Das sind sie nicht den Juden, sondern dem Liberalismus schuldig.

Die Männer, die zu jeder Zeit bereit wären, für das Recht einzutreten und das Unrecht gegen irgendeine Bürgerklasse zu geißeln, werden leider immer seltener. Es gehört schon heute ein hoher sittlicher Mut dazu, für einen Juden einzutreten, auch da wo sein Recht sehr klar liegt. Das Unrecht gegen die Juden zu bekämpfen, ist heute in Preußen eine sehr undankbare Aufgabe. Wer aber für Freiheit und Fortschritt begeistert ist, der wird sich von den äußeren Unannehmlichkeiten nicht abschrecken lassen, um seine Ueberzeugung zu bekunden und für sie zu kämpfen. Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger ist die Grundlage des modernen Staates, mit ihr steht und fällt der Liberalismus.

---

*) Herr Elster, der allmächtige Persanalreferent im Kultusministerium, war schon in *Breslau*, von wo aus er in das Ministerium berufen wurde, ein eifriger Parteigänger der konservativen Partei. Der Justizminister, Herr *Beseler*, der ja ebenfalls in Breslau amtiert hat, konnte also über die politische Richtung, die mit Herrn Elster in das Kultusministerium einzog, nicht zweifelhaft sein. D. R.

Erinnerungen an die Affäre Dreyfus.

Henri Brisson, der derzeitige Präsident der französischen Deputiertenkammer, der zweimal Ministerpräsident war, ist in gewissem Sinne ebenfalls ein Leidtragender der „Affäre“ gewesen. Ein Politiker von unbestechlicher Wahrhaftigkeitsliebe, hat er während seiner zweiten Ministerpräsidentschaft infolge der gewissenloser falscher Informierung das Gewebe von Lüge und Bosheit nicht sofort erkannt und dem Fälscherkonsortium den Prozeß machen können. Jetzt hat Brisson seinen mehr passiven Anteil an der Affäre in einer besonderen Publikation (Henri Brisson, Souvenirs d'Affaire Dreyfus, Paris, Cornély) geschildert, die immerhin noch manche interessante Einzelzüge dem historischen Drama einfügt. Einer zusammenfassenden Darstellung des Inhalts dieses Memoirenwerkes, die wir in der „Neuen Freien Presse“ finden, entnehmen wir das Folgende:

„Brisson gibt ganz verstreute, wenig bekannte Artikel heraus, die zur Zeit des Streites um die letzte Revision des Prozesses Dreyfus im Jahre 1903 erschienen sind. Wie Clemenceau bei der „Aurore“, wie der Senator Ranc beim „Radical“, wie Jaurès in der „Petite République“, so hat Brisson, wie er sagt, Gastfreundschaft beim „Siècle“ gefunden. In einem Augenblick, wo der letzte Damm durch Jaurès' ungeheure Faustkraft und des Kriegsministers André Ehrlichkeit zertrümmert wurde, gab er die Erinnerungen an sein Ministerium des Jahres 1898 der Oeffentlichkeit. Die zweite Revision sollte wissen, wie die erste zustande kam. Brisson kam zwischen Méline und dem dritten Ministerium Dupuy: als ein Treffer zwischen zwei bösen Nieten. Méline hatte einmal gesagt: Es gibt keine Affäre Dreyfus, aber auf ihm ruht die Schande des Prozesses Zola für alle Zeiten. Dupuy wieder hat Dreyfus furchtbarer foltern lassen als alle; er hat die Revision, selbst als sie schon unvermeidlich war, mit seinem berühmten „loi de déssaisissement“ noch korrumpieren wollen. Mit jenem Ausnahmegesetz, durch das die Frage der Revision der Gesamtheit des Kassationshofes abgetreten wurde. Brissons Ministerium hat zwei entscheidende Wendungen gebracht, zwei große Peripetien der Affäre: die Enthüllung Cavaignacs, des Kriegsministers in seinem Kabinett, auf der Tribüne über das neue, für Dreyfus scheinbar zerschmetternde, den Verrat bestätigende Beweisstück, wo der Name des Kapitäns Dreyfus ausdrücklich und voll ausgeschrieben genannt war. Das war im Juli. Dann im August: die ungeheure Entdeckung, dieses selbe Dokument sei eine Fälschung. Die „neue Tatsache“, das fait nouveau, das zur Revision Unentbehrliche, jetzt war es gegeben, jetzt waren die Betrüger entlarvt. Die Nationalisten schäumten vor Zorn. Brisson beschreibt alle Gefahren für den Staat, wie der Boden ihm unter den Füßen schwankt, wie es um ihn zischelt und flüstert, wie die Heimlichkeit der Bureaus mit ihren Kisten und Truhen, mit ihren Kniffen und Listen, wie die offene Revolte der Kriegsminister ihn vernichtet. Er war das richtigste Werkzeug für den Triumph des Rechtes, er selbst ein Muster der Treue der Gesinnung. Dennoch hat er ihn nur vorbereiten dürfen. Unter der Regierung des Redlichsten, des Altrepublikaners, dessen, der nach seinem eigenen Worte auf den Knieen der Republik erzogen wurde, ist Picquart, der zäheste Verteidiger der Unschuld, von den Generalen verhaftet worden. . . .

Cavaignac, Zurlinden, Chanoine, drei Kriegsminister von den fünfen, die Dreyfus gehaßt und verfolgt haben, hat Brissons Regierung in dem Zeitraum von etwas mehr als vier Monaten des Jahres 1898 verbrauchen müssen. Am 7. Juli wird die Rede Cavaignacs in den 30 000 Gemeinden Frankreichs angeschlagen mit dem vollen Beweise für die Schuld Dreyfus', mit der Enthüllung über die Kanaille Dreyfus. Zwei Tage später schrieb der damalige Oberstleutnant Picquart, jetzt selbst Kriegsminister von Frankreich, einen Brief, wo er die Richtigkeit aller Beweise, die Cavaignac anführte, zu erweisen sich erbot. Daraufhin zwar Untersuchung im Kriegsministerium, vom Hauptmann Cuignet geleitet; daneben aber der Beginn einer furchtbaren Campagne gegen Picquart. Er wird der Reihe nach zuerst wegen Verrats von Amtsgeheimnissen, dann wegen Fälschung verfolgt; dann soll er wegen Verleumdung, endlich — und das ist der geistreichste, der Kapitaltrumpf Cavaignacs — mit dem ganzen „Syndikat“, mit Trarieux, Zola, Labori, Clemenceau vom Staatsgerichtshof wegen Komplotts und Hochverrats abgeurteilt werden. Das ist das Gegenspiel, die Gegenmine des Generalstabes. Für den Fälscher Henry der Fälscher Picquart. Henry wird vernichtet, nun, so soll auch Picquart zertrümmert werden. Hat Henry sich getötet, wer weiß, vielleicht findet sich in Algier jemand, der Picquart umbringt. . . . Das schien so eine Art Kompensation, eine moralische Genugtuung. . . . Am 14. August hat Hauptmann Cuignet als unzweifelhaft erklärt, daß Henry, der Delegierte des Generalstabes beim ersten Kriegsgericht, gegen Dreyfus gefälscht habe. Cavaignac, der Kriegsminister, schweigt. Er läßt Picquart verhaften, wegen Verrats des Amtsgeheimnisses verklagen. Er verschweigt Brisson die Verhaftung, er verschweigt seine Ueberzeugung von der Fälschung des Dokuments, die feststeht. Brisson erfährt davon erst am 30. August, erst nach dem Geständnis des Schuldigen. Als Henry mit durchschnittener Kehle, das Rasiermesser in die linke Hand gepreßt, gefunden wird, als ganz Frankreich für einen Augenblick in Einigkeit seinen Willen zur Revision des Prozesses herausschrie — da wurde Brisson etwas sehr Wichtiges, eine Tatsache von überragender Bedeutung verschwiegen. Der General v. Pellieux, der Esterhazy zum Freispruch geführt hat, schrieb an Cavaignac: Er sei düpiert worden von ehrlosen Menschen, die ihn auf Grund von Fälschungen arbeiten ließen. Er wolle seine Entlassung. Brisson erfuhr von diesem Briefe — am 6. April 1903. Pellieux hatte ihn auf Grund der Intervention Cavaignacs zurückgezogen. Aber Brisson stürmte in dieser Sitzung des 6. April mit einem löwenhaften Zorn auf Cavaignac ein und schrie ihm zu: „Segnen Sie die Amnestie, denn Sie hätten verdient, auf die Anklagebank zu kommen.“ . . . Er weist feierlich auf die Statue Cavaignacs des Vaters, der Louis Napoleon unterlag. Sie steht hoch auf dem Montmartre; sie trägt denselben Namen wie er, der die Republik preisgegeben hat. „Sie wird sich erheben und Ihnen zurufen: Sie gehören nicht mehr zu unserem Stamme.“ Vous n'êtes plus de notre lignée!

Dieser Ministerpräsident hat gleich darauf mit Zurlinden und Chanoine dasselbe erlebt wie mit Cavaignac. Zurlinden tritt mit der festen Ueberzeugung ein: die Revision sei unvermeidlich geworden. Und plötzlich durch eine schwer erklärliche hypnotische Suggestion — zwischen dem 6. und 12. September — wird er ihr Gegner. Als dennoch der Wille des Ministerpräsidenten unbeugsam bleibt, gibt er seine Entlassung, demissioniert, wie Chanoine am 25. Oktober in offener Kammersitzung seinen Platz verläßt, den er in voller Einigkeit mit Brisson eingenommen hat. Er hatte Picquart wegen Fälschung des Petit Bleu, des Dokuments gegen Esterhazy, ins Militärgefängnis sperren lassen: Brisson erfuhr das wieder nicht zur rechten Zeit. Es ist eine Verschwörung, ihn nicht zu unterrichten. Er muß telephonieren, Depeschen selber lesen, um zu erfahren, was in seiner Kriegsverwaltung vorgehe! Eine traurige Rolle, wahrlich, ein Ministerpräsident, der die Dinge zu spät erfährt: um Tage, um Wochen und gar um Jahre!“

Brisson hat also die Revision vorbereitet, er hat mit prächtigem Elan Méline gestürzt und Waldeck-Rousseau gerettet; das Ende des neunzehnten Jahrhunderts hat mittelbar durch ihn in Frankreich allein eine Erhebung des politischen Kampfes gezeitigt, ein vielleicht nie in diesem Maße gesehenes Bewußtsein öffentlicher Sittlichkeit. Er konnte in einer Rede für Scheurer-Kestner sagen: Der Triumph der Republik ist zugleich der Triumph der Wahrheit und Gerechtigkeit. Das war keine Phrase.

Die Zurücksetzung der Juden im Heere.

Ueber die Vorschriften, die für die Ergänzung der Offiziere des Beurlaubtenstandes offiziell erlassen sind, herrscht vielfach noch eine gewisse Unklarheit, die sich insbesondere die reaktionäre Presse zunutze macht. Es erscheint daher angezeigt, den Wortlaut dieser Vorschriften wieder einmal ins Gedächtnis zu rufen. Es werden darin folgende Direktiven gegeben:

„Die Einjährig-Freiwilligen sind, soweit sie sich hierzu eignen, zu Offizieren des Beurlaubtenstandes heranzubilden. Die Freiwilligen, welche sich gut geführt und ausreichende Dienstkenntnisse erworben haben, können nach mindestens sechsmonatiger Dienstzeit zu überzähligen Gefreiten und diejenigen unter letzteren, die sich besonders durch Eifer und Kenntnisse auszeichnen, nach mindestens neunmonatiger Dienstzeit zu überzähligen Unteroffizieren befördert werden. Freiwillige, die an Eifer nachlassen oder den Erwartungen nicht entsprechen, sind durch den Kommandeur von der Ausbildung zu Offizieren auszuschließen. Wer die Prüfung besteht, wird bei der Entlassung zum Reserveoffiziersaspiranten ernannt und erhält ein Befähigungszeugnis. Die Befehlshaber aller Grade sind persönlich dafür verantwortlich, daß die für den Krieg erforderliche Zahl brauchbarer Offiziere herangebildet wird. Alle Aspiranten müssen . . . . zwei achtwöchige Uebungen ableisten, um ihre dienstliche und außerdienstliche Befähigung zum Offizier darzutun. Zur Wahl werden nur Aspiranten gestellt, die nach dem Urteil des Bezirkskommandeurs durch Lebensstellung und außerdienstliches Verhalten zum Offizier geeignet sind, Vizefeldwebel sind, die Einverständniserklärung (des Truppenteils, bei dem Uebung B stattfand) besitzen, die von der außerdienstlichen Haltung und einer praktischen Prüfung ab-

hängig ist, eine gesicherte bürgerliche Stellung einnehmen und sich mit der Beförderung schriftlich einverstanden erklärt haben."

In allen diesen grundlegenden Bestimmungen ist von der Religion keine Rede, nur von Tüchtigkeit und Bildung und bürgerlichem Ansehen. Und doch gibt es (wie ein „alter Offizier" in der „Frankf. Ztg." näher auseinandersetzt) eine zu Mißdeutungen Anlaß bietende Vorschrift, die, wenn auch nur für die Ergänzung der aktiven Offiziere gegeben, als Einfluß übend auf die gesamte Offiziersersatzfrage bezeichnet werden muß. Das ist die Kabinettsorder vom 29. März 1890. In ihr heißt es:

„Die Heranziehung eines ausreichenden und geeigneten Offizierersatzes ist eine ernste Pflicht der Truppenkommandeure. Die Fahnenjunker müssen aus Kreisen genommen werden, in denen der Adel der Gesinnung zu Hause ist, der das Armeekorps zu allen Zeiten beseelt hat. Neben den Sprossen der adligen Geschlechter, neben den Söhnen meiner braven Offiziere und Beamten erblicke ich die Träger der Zukunft meines Heeres auch in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesittung gepflegt werden."

Daraus könnte, wenn man es rein buchstäblich nimmt, gefolgert werden, daß die Annahme eines jüdischen jungen Mannes für die Laufbahn des aktiven Offiziers abgelehnt werden dürfe, auch wenn der Nachsuchende alle von einem Fahnenjunker (gemäß Offiziersergänzungsvorschrift vom 18. März 1905) verlangten Eigenschaften besitzt: „körperlich brauchbar, unverheiratet, schuldenfrei ist und nach Herkunft, Erziehung und Gesinnung Gewähr bietet, ein würdiges Mitglied des Offizierkorps zu werden." Nach solcher rein buchstäblichen Auffassung dieser Kabinettsorder verfährt nun aber der Truppenteil bei der Beförderungsfrage seiner jüdischen Einjährigen. Nach ihr handelt, wenn ein besonders tüchtiger jüdischer Einjähriger es bis zum Unteroffizier und Offiziераspirant gebracht hat, der Kommandeur des Regiments, der nach der Uebung B seine „Einverständniserklärung" geben soll. Und schließlich bildet diese Order die Richtschnur für den Bezirkskommandeur, der den glücklich Offizieraspirant Gewordenen zur Wahl stellen soll.

Sollten aber diese Klippen endlich umschifft sein, so bleibt noch das Landwehroffizierkorps selbst, das den vorgeschlagenen Aspiranten zum Offizier zu wählen hat und mit Stimmenmehrheit entscheidet. Dieses Landwehroffizierkorps will nun um keinen Preis hinter dem aktiven Offizierkorps „zurückstehen" und ist daher meist päpstlicher als der Papst, das heißt, es sagt „Nein!", obwohl die Vorschrift für den Offizierersatz im Beurlaubtenstande der Wahl nicht entgegensteht. (Heerordnung.)

Soll also eine wirklich liberale, moderne, Gegensätze ausgleichende und Vorurteile ausrottende Tat geschehen, so muß jene Kabinettsorder revidiert, die Offiziersergänzungsvorschrift und die Heerordnung vervollständigt werden in dem Sinne, daß die Religion kein Hindernis für die Wahl zum deutschen Offizier sein darf. Politisch sind unsere jüdischen Mitbürger gleichberechtigt mit den Bekennern anderer Religionen und überall im bürgerlichen Leben tun sie ihre volle Schuldigkeit und zeigen sich tüchtig in allen Berufen. Nur der eine Stand bleibt ihnen — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — verschlossen, der Offizierstand. Und dabei ist weder unser Offiziersersatz ausreichend, noch ist der Beweis erbracht, daß jüdischer Ersatz ungeeignet sei.

* *

Zum Aerztemangel im Heere äußerte sich dieser Tage die „Deutsche Medizinische Wochenschrift", indem sie darauf hinwies, daß trotz gelegentlicher Erlasse an die Kommandostellen, bei der Wahl zum Offizier keine Rücksicht auf die Konfession der Aspiranten Platz greifen zu lassen, nach wie vor ein nahezu prinzipieller Ausschluß der jüdischen Aerzte aus der aktiven Armee besteht. In diesem Umstande aber liegt die hinreichende Erklärung für den Mangel an Aerzten im Heer wie in der Flotte. Herr Dr. Nitschke, der Chefredakteur der konservativen „Schlesischen Morgenzeitung" schrieb zu den Darlegungen des Fachblattes:

„Der „Breslauer Morgen-Ztg." scheint es unbekannt zu sein, daß es bis nach dem Jahre 1870 in der preußischen Armee jüdische Militärärzte gegeben hat. Es kamen aber so viele Durchstechereien beim Ausheben der Rekruten vor, daß man sich genötigt sah, von der Mitwirkung jüdischer Militärärzte dabei abzusehen. Und jüdische Offiziere in der Armee? Nein. Unsere Armee ist uns zu teuer, um dem wenig zur Nachahmung reizenden Beispiel anderer Armeen zu folgen und das jüdische Element in größerem Maßstabe in unser Offizierkorps hineinzuwünschen. Vereinzelte Ausnahmen mögen gelten. Uebrigens sagt der erwähnte kaiserliche Erlaß: „keine Rücksicht auf die Konfession". Konfession ist etwas anderes als Religion und gar als Stammeseigenart."

Es dürfte Herrn Pastor a. D. Dr. Nitschke schwer fallen, bemerkt hierzu die „Bresl. Morgenztg.", den Nachweis zu erbringen, daß das von ihm genannte Delikt den jüdischen Militärärzten auch nur mit einem Scheine des Rechts zur Last gelegt werden konnte, wie es ihm nicht minder schwer fallen dürfte, zu beweisen, daß der Ausschluß der jüdischen Aerzte von der aktiven Militärkarriere mit jenem vermeintlichen Delikte in irgend welcher ursächlichen Verbindung stehe. Für diesen Ausschluß ist lediglich der stille, aber sehr hartnäckige Antisemitismus verantwortlich zu machen, der — obschon es von „maßgebender" Stelle, so oft man will, in Abrede gestellt wird — in fast allen preußischen Amtsgebieten grundsätzlich gepflegt wird. Die Bestimmung der Verfassung, daß alle Preußen gleiches Recht genießen sollen, steht eben lediglich auf dem Papiere, und jeder Verwaltungschef darf sich erdreisten, ihr zuwider zu handeln, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird. Im Gegenteil, er würde seiner Karriere einen schlechten Dienst erweisen, wenn er auch nur den Schein erweckte, als ob er jüdischem Talente und Fleiße und jüdischer Ehrenhaftigkeit mit förderſamem Wohlwollen begegnete. Recht schade aber ist es, daß Herrn Dr. Nitschke nicht Gelegenheit geboten werden kann, sein Wort von den „Durchstechereien" jüdischer Aerzte an forensischer Stätte zu beweisen. Vielleicht erlebten wir dann wieder das Schauspiel eines kläglichen Rückzuges. Jedenfalls wollten wir die neueste Leistung dieses Herrn auf dem Gebiete der frivolen Behauptungen niedriger hängen.

Aus dem antisemitischen Lager.

In der Mittelstandsbewegung jagt eine Neugründung die andere. Nun ist schon wieder eine neue Mittelstandspartei, „Die Wirtschaftliche Volkspartei für das Großherzogtum Hessen-Nassau" unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Generalmajor von Kloeden, der bei den letzten Landtagswahlen in allen Farben schillerte, vor einigen Tagen gegründet worden. Während die deutsche Mittelstands-Vereinigung des Herrn Rahardt, wie der Verlauf der Düsseldorfer Generalversammlung gezeigt hat, ihre liebe Not hat, auch nur die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zusammenzufassen, werden von der neuen Gruppe des Herrn Generalmajors von Kloeden alle Angehörigen des Mittelstandes eingeladen, als da sind: Geistliche, Lehrer, Staats-, Kommunal- und Privatbeamte, Gewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker, Landwirte und endlich auch, man höre und staune, der mittelstandsfreundliche Arbeiter. Alle diese Berufsgruppen und Stände mit ihren so überaus verschiedenen Interessen will die Wirtschaftliche Volkspartei unter einen Hut bringen.

Im Lager der Rahardtschen Mittelstands-Vereinigung ist man von dieser unerwarteten Konkurrenz erklärlicherweise nicht sonderlich erbaut. Die „Südwestd. Mittelstands-Ztg." spricht sich denn auch sehr abfällig über die neue Grün-

dung aus, die zwar „recht selbstbewußt" und „großsprecherisch" auftrete, sich aber doch wohl „auf Enttäuschungen gefaßt machen" müsse. Zum Schlusse dieses wenig freundlichen Geleitbriefes heißt es:

„Der größte Fehler aber, den man begeht, ist der, daß man einer wirtschaftlichen Organisation einen politischen Hut aufsetzen möchte. Eine neue Partei! Die hat uns nun gerade noch gefehlt. — Was wird man mit dieser kleinen Partei, vorausgesetzt, daß sie überhaupt lebensfähig wird, erreichen? Nichts, rein gar nichts, das dem Mittelstande dienen könnte. Man wird höchstens eine heillose Zersplitterung des Mittelstandes herbeiführen, und weiterhin die Parteien, die sich jetzt der Wünsche und Forderungen des Mittelstandes annehmen, durch diese Neugründung vor den Kopf stoßen. Mit einem Fraktiönchen der wirtschaftlichen Volkspartei ist dem Mittelstande nicht gedient, zur Durchsetzung seiner berechtigten Forderungen bedarf er einer mittelstandsfreundlichen Majorität in den Parlamenten.

Uebrigens berührt es ganz besonders eigenartig, daß gerade Herr von Kloeden, der doch wissen mußte, daß zur Lösung des Mittelstandsproblems politische Neutralität die erste Hauptbedingung ist, nachdem er sich schon so lange mit dieser Materie befaßt hat, mit dieser neuen Partei auf dem Plane erscheint."

Die „Südwestd. Mittelstands-Ztg." kennt eben Herrn Generalmajor von Kloeden noch zu wenig. Dieser Herr hat einen nicht minder brennenden Ehrgeiz, unter allen Umständen und trotz bescheidenster Fähigkeiten eine politische „Führer" Rolle zu spielen, wie Herr Rahardt.

Der Sieg der Christlichsozialen bei den Landtagswahlen in Niederösterreich hat bei ihren antisemitischen Gesinnungsgenossen in Deutschland eigenartige Illusionen wachgerufen; sie berauschen sich an dem Gedanken, daß Berlin in nicht allzu ferner Zeit dem Beispiele Wiens folgen werde. Die „Staatsbürger-Ztg." fragt zwar noch etwas schüchtern: . . . „Ob in des Deutschen Reiches Hauptstadt wohl auch einmal solch ein Zahltag kommen wird??"

In anderen gesinnungsverwandten Blättern regt sich aber schon ein etwas stärkerer Hoffnungskeim. Nur die „Deutschsoz. Bl.", denen allerdings noch ihre blamable Niederlage in Norden-Emden-Leer in den Knochen liegt, sind skeptischer und verlegen sich darum lieber auf das ihnen auch geläufiger aus der Feder und dem Munde fließende Schimpfen: „Eins aber ist sicher: an politischem Instinkt sind die Wiener den Berlinern ganz entschieden über." Das antisemitische Blatt vergißt dabei nur eins: Die liberalen Parteien Wiens sind, wenn auch nicht im niederösterreichischen Landtag, so doch im Reichsrat und auch mit einem halben Dutzend von Parteiangehörigen im Gemeinderat vertreten, während die Berliner Antisemiten, ganz abgesehen von Reichstag und Landtag, seit Jahren auch nicht einen einzigen Vertreter mehr in die Stadtverordnetenversammlung haben hineinbringen können. Dabei ist in der deutschen Reichshauptstadt trotz aller Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit des kommunalen bezw. des preußischen Wahlrechts das Wahlergebnis doch immer als der adaequate Ausdruck der Volksstimmung von den Parteien im großen und ganzen anerkannt worden. Anders in Wien, wo die christlichsozialen Machthaber vor der schlimmsten Wahlkreisgeometrie und den empörendsten Wahlrechtsverkürzungen nicht zurückschreckten. Rechnerisch läßt sich nachweisen, daß durch die Seßhaftigkeitsklausel und den Betrug der Behörden in Wien nahezu 30 000 Arbeiter ihr Wahlrecht verloren haben. Es muß daher sehr eigentümlich berühren, daß auch ein liberales Blatt, die „Köln. Ztg.", den Wiener Christlichsozialen die ethische Reinheit ihres Wahlerfolges bescheinigt, indem sie unter dem Beifall des Stöckerschen „Volk" schreibt:

„Die Wähler haben die Tatsache erwiesen: die Masse der Wähler in Niederösterreich ist heute christlichsozial. Sogar in der Leopoldstadt, dem Judenviertel Wiens, vermochten die jüdischen Kandidaten der Sozialdemokraten nur die Hälfte, die jüdisch-freisinnigen Kandidaten nur ein Drittel der christlichsozialen Stimmenzahl zu erreichen, während in der inneren Stadt, der Hochburg des freisinnigen Kapitals und der Intelligenz, die christlichsoziale Mehrheit beinahe noch 2000 Stimmen beträgt. Der oft prophezeite Zusammenbruch der christlichsozialen Partei ist also noch im weiten Felde."

Das letztere mag richtig sein; aber ebenso gewiß ist, daß die Herrschaft der Christlichsozialen nur auf maßlosem Terrorismus und direktem Wahlbetrug aufgebaut ist. Weit zutreffender scheint uns das Urteil des Wiener Korrespondenten des „Tag", Herrn Oswald von Romstedt, den kein Kundiger liberaler Sympathien zeihen wird:

„Tausende von Wählern, die am 26. Oktober für die Christlichsozialen stimmten, stehen nicht in diesem Lager und neigen einem Neoliberalismus zu, für den die erlösende Formel noch nicht gefunden ist."

Geschäftspraktiken des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die Ortsgruppe St. Johann-Saarbrücken des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes hat einer Anzahl von Geschäftsleuten folgendes Zirkular zugehen lassen:

„St. Johann a. d. S., 5. 9. 08.

Die unterzeichnete Ortsgruppe des D. H.-V., welche mehr als 600 Mitglieder zählt, begeht am 19. 9. d. J. das 15. Verbandsstiftungsfest.

Neben verschiedenen Arrangements soll auch eine Verlosung stattfinden, deren Erlös zum Besten der Ortsgruppe verwendet wird. Die benötigten Gewinne, bestehend aus allerhand Waren und Gebrauchsgegenständen, sollen durch freiwillige Spenden aufgebracht werden. Wir richten daher auch an Sie die höfliche Bitte, uns durch Uebersendung einer Probe Ihrer Fabrikate zu beehren. Ein großer Teil unserer Mitglieder ist in Geschäften tätig, die das ganze Jahr hindurch mit dem Verkauf Ihrer Artikel beschäftigt sind, und wird ohne Zweifel bei diesen das Interesse für Ihre Produkte bedeutend gefördert werden, wenn auch Sie zu den edlen Spendern zählen.

Während des Festes werden die Gegenstände hübsch ausgestellt und bilden somit auch eine sehr wirksame Reklame.

Gefl. Sendungen bis 16. d. M. erbitten wir an den Unterzeichneten.

Mit vorzüglicher Hochachtung und deutschem Gruß

Ortsgruppe St. Johann-Saarbrücken.
J. A.: Emil Post."

Und da behaupten die Leute noch, die Schnorrerei sei etwas spezifisch Jüdisches.

Vermischtes.

Die Staatsbeihilfen in Preußen zu den leistungsunfähigen Kultusgemeinden. Bei der Beratung des Pfarrerbesoldungsgesetzes im Abgeordnetenhause kam der Abg. Prof. Eickhoff auch auf die disparitätische Behandlung der jüdischen Kultusgemeinden zu sprechen und führte in diesem Zusammenhange nach dem stenographischen Bericht aus:

„Meine Herren, wenn man sich aber auf diesen Standpunkt stellt — und, wie mir scheint, tut es die große Mehrheit dieses Hauses —, dann muß man auch konsequent sein, dann muß man meines Erachtens allen anerkannten Kirchengemeinschaften diese Beihilfen gewähren, dann darf man sie auch den leistungsunfähigen jüdischen Kultusgemeinden nicht vorenthalten, wie ich hier mit aller Deutlichkeit betonen möchte, ohne im übrigen auf diese Seite der Frage näher einzugehen. Denn wir können doch von unseren jüdischen Mitbürgern nicht verlangen, daß sie zu unseren Kirchenlasten beitragen sollen, ohne daß wir unsererseits arme jüdische Kultusgemeinden unterstützen. Ich glaube, das ist unbestreitbar, und darum werden wir uns Anträgen nicht entziehen können, die von unterstützungsbedürftigen jüdischen Gemeinden zu dem Zwecke gestellt werden, dauernde staatliche Beihilfen zur Unterhaltung ihrer Rabbiner zu erlangen."

Publikum und künstlerisches Interesse. Unter dem Titel „Unser Publikum" veröffentlicht Hanns Heinz Ewers in der „Neuen Revue" eine temperamentvolle und von Uebertreibungen nicht ganz freie Anklage gegen die gebildeten Schichten des deutschen Volkes, die die Künstler und Dichter

verhungern ließen; so wenig Interesse bekundeten sie für die Erzeugnisse der Künstler durch Ankauf oder sonstige materielle Unterstützung. Zum Schlusse der, wie gesagt, etwas über das Ziel hinausschießenden Philippika heißt es dann:

„So gehen unsere Talente zugrunde, und es ist das Publikum, das die Schuld trifft. Dutzendschriftsteller sehen wir reich werden mit ihren Verlegern und Theaterdirektoren; Schauspieler sehen wir, die horrende Gagen beziehen: einen Dichter, den seine Kunst reich macht, hat Deutschland noch kaum gesehen.

Wir maßen uns nicht im entferntesten an, Auflagen zu erzielen, wie Leutnant Bilse und Margarete Bohme, aber wir möchten gern, daß es unter achtzig Millionen Deutschen zehntausend geben möchte, die Interesse genug und Verständnis haben, um ihre Dichter zu kaufen: das heißt einer unter achttausend. Aber es finden sich noch nicht 1000 unter 80 Millionen, die einen Gedichtband Dehmels, noch nicht 300, die einen Roman von Scheerbart erstehen. Und in dieser Schar sind ein Drittel selbst Schriftsteller, ein gutes zweites Drittel sind die *von allen Seiten geschmähten jüdischen Kunstfreunde.*

Ohne unsere jüdische Intelligenz, die nicht nur das Hergebrachte, sondern auch das Werdende und Neue verstehen will, würde heute den mit Problemen ringenden Künstlern, der ernsten Literatur und bildenden Kunst *eine starke Nährquelle* fehlen, eine der wenigen, die wir überhaupt haben, die einzige vielleicht, die sich greifbar nachweisen läßt."

„In Bosnien herrschen ausschließlich die Jesuiten und die Juden", so behauptet wenigstens die in London lebende russische politische Agentin *Olga Nowikow*, die seinerzeit sowohl durch ihre glänzende Erscheinung in der englischen Gesellschaft, wie durch ihre diplomatischen Verbindungen eine gewisse Rolle spielte. Die „Neue Freie Presse" erwidert auf diese Geschichtsklitterei mit Recht:

„Pater Abel wird die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen und der General der Jesuiten in Rom sich die Augen reiben, um nachzusehen, ob das wirklich gedruckt steht, was selbst im Gedanken sich nie zusammenfand, Jesuiten und Juden. Gothein erzählt freilich in seiner vortrefflichen Geschichte des Jesuitenordens, daß einer der *Gehilfen*, die dem heiligen *Loyola am nächsten* standen, als *Jude* geboren wurde. Der Jesuitenorden schwebte sogar in Gefahr, daß dieser Judenstämmling an seine Spitze trete, was nur durch den Widerstand des Königs Philipp von Spanien verhindert wurde. Aber das ist schon lange, und die Beziehungen zwischen Jesuiten und Juden sind seither weniger freundlich geworden. Pater Abel steht dem Arbeitsminister Geßmann gewiß näher als den Mitbürgern der gewissen Konfession. Madame Olga Novikow hat diese merkwürdige Räubergeschichte von der Allianz zwischen Jesuiten und Juden aus einem Gesuche herausgefischt, das aus Bosnien an den Friedenskongreß nach Haag geschickt wurde. Wir könnten augenblicklich nicht sagen, wie viele Jesuiten sich in Bosnien befinden. Dagegen zeigt ein Blick in die Statistik, daß die *Juden in den Okkupationsländern*, wo sie zumeist in tiefster Armut leben, kaum *ein halbes Prozent* der Bevölkerung ausmachen. Würde es nicht merkwürdig sein, daß gerade dieses halbe Prozent stärker wäre als der ganze übrige Rest und daß die Jesuiten darauf versessen sein sollten, mit dieser winzigen Minorität sich zu verbünden und in Bosnien von der tödlichen Feindschaft abzusehen, mit der sie die Angehörigen dieses Glaubens verfolgen? In die panslawistische Mischung muß jedoch ein wenig Hepphepp immer hinein, wie auch selten jene innere, deutlich herauszuspürende Unwahrheit fehlt, die in der Natur so vieler männlichen und weiblichen Anhänger des verstorbenen Katkow aus Moskau steckt."

Graf Tolstoi und die Antisemiten. Ein weißer Rabe unter den antisemitischen Kritikern des greisen russischen Freiheitsapostels ist ein Herr von *Holleufer-Kypke*, der in einer Anzahl von antisemitischen Blättern (u. a. „Deutsche Reform" vom 25. Oktober d. J.) Leo Tolstois Aufruf: „Ich kann nicht schweigen" eine überraschend wohlwollende Beurteilung zuteil werden läßt. Der antisemitische Kritiker gibt sich, wie man anerkennen muß, redliche Mühe, den flammenden Empörungsschrei des unerschrockenen Philosophen aus dem ganzen Elend der russischen Verhältnisse zu erklären und faßt sein Gesamturteil in die Worte zusammen:

„Wenn wir uns nun ein Urteil über Tolstois Aufruf und über seine Person selber erlauben wollen, so dürfen wir *nicht so kleinlich* sein und deswegen über ihn *abfällig urteilen*, weil er in manchen Anschauungen von den unsrigen *abweicht*, weil er manches Absonderliche aufweist. Sucht er doch selber bei anderen alles zu entschuldigen, wir müssen es daher auch bei ihm tun.

Wir können doch nicht *so kleingeistig* und beschränkt sein und nur die Leute achten, deren Gesinnung sich mit der unsrigen deckt. Nein, wir müssen auch die *achten*, welche in ihrem Streben nach etwas Gutem auf Wege geraten, die wir nicht billigen können. Und zu solchen Leuten gehört der greise Graf Leo Tolstoi. Wir können in ihm einen *großen russischen Patrioten*, einen *idealen Menschen* bewundern, wenn wir ihn auch als Politiker nicht immer billigen können."

Für einen in antisemitischen Vorurteilen befangenen Kritiker zeugt diese Würdigung Tolstois von leidlicher Objektivität. Wie wir die antisemitische Presse, die den Artikel ohne redaktionelle Einschränkung abgedruckt hat, kennen, fürchten wir nur, daß dieses besonnene Urteil nicht allzu lange Bestand haben wird.

Vom Judenschicksal in Rußland. Der Odessaer Duma-Abgeordnete A. Nikolski berichtet in der „Retsch" über das tragische Schicksal eines jüdischen Jünglings, das ob der im Hintergrunde wirkenden russischen Brutalitätsgesetze aus dem Persönlichen ins Allgemeine übergreift.

„Der junge Mann, Fich mit Namen, fand nach glänzender Absolvierung einer Realschule und nach ebenso glänzend bestandener Konkursprüfung am Kiewer Polytechnikum Aufnahme. Nach zweijährigen Studien machte er das lateinische Ergänzungsexamen und wollte sich seinen Anlagen gemäß in der Universität immatrikulieren lassen. Trotz seiner ausgezeichneten Zeugnisse war er jedoch dessen nicht sicher, ob ihm dies Glück so bald beschieden werden würde. Darum suchte er sich für jeden Fall als Einjährig-Freiwilliger eine Vakanz in irgendeinem Regiment zu besorgen. Da er nunmehr keine Gefahr mehr zu laufen glaubte, daß er als einfacher Soldat zum langwierigen und peinvollen Militärdienst herangezogen werden würde, begann er seine Aufnahme in die Universität zu betreiben. Er lief zum Kurator des Odessaer Lehrbezirks, lief zum neugewählten Rektor der Odessaer Universität und hatte mit seinen Bemühungen wirklich „Glück". Der Kurator erklärte, daß man mit solchen Zeugnissen nicht zurückgewiesen werden könne, der Rektor Lewaschow, obwohl ein Judenfeind, gab seine Zustimmung und ließ den Glücklichen seine ersten Kollegiengelder entrichten.

Nun verzichtete Fich zugunsten eines Mitbewerbers auf die Vakanz als Einjährig-Freiwilliger. Zwei freudige Tage vergingen. Als jedoch der angehende Student nach der Universitätskanzlei kam, um die Erkennungskarte abzuholen, da bekam er statt deren seine 25 Rubel zurück, mit dem Bescheid, daß seine Aufnahme nicht erfolgt sei. Denn die Baronin Koulbars, die Frau des Odessaer Militärkommandierenden, hatte kurz nach Fich den Rektor besucht und ihren jüdischen Kandidaten empfohlen, der zwar nicht über solche Zeugnisse, aber über gute Beziehungen verfügt. In Odessa gilt es nämlich als Regel, daß Juden auch in den Grenzen der Prozentnorm nur vermittelst der Protektion der Behörden aufgenommen werden.

Fich sollte infolgedessen einfacher Soldat werden. Dies bedeutete für ihn als verheirateten Mann, der noch dazu ein Kind besaß, außerordentliche Not und eine wahrhaft tragische Wendung. Mit dem Sturz von allen Hoffnungen verlor er auch sein seelisches Gleichgewicht und machte seinem Leben ein Ende. Als Leiche kam Fich in das gerichtlich medizinische Kabinett der Universität zwecks Obduktion. In dieser Form konnte die Universität Odessa dem Juden Fich die Aufnahme schließlich nicht mehr versagen . . ."

Briefkasten.

N. G. in P. Auf die Beeinflussung der unpolitischen Presse verstehen sich die Antisemiten von jeher ausgezeichnet; es wundert uns daher auch gar nicht, daß es Herrn *Richard Nordhausen* gelungen ist, einen aufdringlichen Lobartikel auf die Wirtschaftliche Vereinigung in die bekannte Wochenschrift „*Daheim*" einzuschmuggeln, die freilich von jeher solchen Einflüssen nicht unzugänglich gewesen ist.

E. L. in Gr. Wir haben davon Vermerk genommen, daß Ihrem früheren langjährigen Landtagsabgeordneten und Führer der hessischen Antisemiten *Hirschel* die ihm wegen Unterschlagung zuerkannten *5 Wochen Gefängnis in Gnaden erlassen* bezw. in eine Geldstrafe von 600 Mark umgewandelt worden sind. Wir sind nur gespannt, ob jetzt das Organ des Herrn Liebermann v. Sonnenberg über diese Milde des Landesherrn ebenso zetern wird wie kürzlich über einen ähnlichen Fall in Preußen, wo die gegen einen jüdischen Rechtsanwalt, dessen Automobil ein Kind überfahren hatte, verhängte Gefängnisstrafe ebenfalls auf dem Gnadenwege in eine Geldstrafe umgewandelt worden war.

J. S. in M. Ihre religionsgeschichtlichen Betrachtungen über die Verlogenheit der Antisemiten sind gewiß beachtenswert. Die fanatischsten Judenfeinde berufen sich jetzt auch viel weniger auf die Bibel wie überhaupt auf die Religion, die ihnen im allgemeinen ziemlich gleichgültig ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14. — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei A.-G. Berlin W., Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 46. | Berlin, den 11. November 1908. | 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Stöcker.

Das Ausscheiden des Führers und Begründers der christlichsozialen Partei aus dem politischen Leben, das er in einem Schreiben an seinen Parteifreund, den Abg. Dr. Burckhardt, mit seinem unbefriedigenden Gesundheitszustand begründet, hat aufmerksame Beobachter der Vorgänge innerhalb seiner Partei nicht überrascht. Schon seit 2 Jahren hat er an keiner größeren politischen Veranstaltung mehr aktiven Anteil genommen. Schon vor Jahresfrist war sein Gesundheitszustand so erschüttert, daß seine Umgebung das Schlimmste befürchtete. Der 73jährige hat sich langsam wieder erholt, hat auch den Sitzungen des Reichstages, so oft es ihm möglich war, beigewohnt, politisch aber war er schon seit mehreren Jahren ein stiller Mann geworden. Nun hat er durch die Niederlegung seines Reichstagsmandats in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf auch formell mit der politischen Betätigung abgeschlossen.

Wenn der einst von seinen Anhängern umjubelte Hofprediger a. D., der „Vater des Antisemitismus", der „zweite Luther", wie er sich gern nennen hörte, nunmehr am Abend seines Lebens im stillen Kämmerlein auf seinem Partenkirchener Besitztum „Rainstaler Hof" unterhalb der Zugspitze das Fazit seiner politischen und kirchlichen Wirksamkeit zieht, wird er das Gefühl der Bitterkeit nicht verscheuchen können, daß ein Leben von angestrengtester agitatorischer Arbeit so wenig ertragreich gewesen ist.

Die antisemitische Bewegung in Deutschland, von ihm mit den skrupellosesten Mitteln inszeniert und rastlos gefördert, hat als parteibildender politischer Faktor jämmerliches Fiasko gemacht; selbst die kleinen Fraktionssplitter, die sich aus dem Schiffbruch der erträumten großen antisemitischen Partei gerettet haben, sahen sich gezwungen, wollten sie überhaupt noch kümmerlich fortvegetieren, sich ein wirtschaftspolitisches Mäntelchen umzuhängen. Die Deutschsozialen verkleideten sich als Wirtschaftliche Vereinigung, die Reformpartei als Mittelstandsbund, und er selbst gründete die christlichsoziale Partei. Die „Berliner Bewegung", die den Ausgangspunkt für eine große antisemitische Reichspartei bilden sollte, ist elend zugrunde gegangen, ohne auch nur eine Spur ihres traurigen Erdendaseins zu hinterlassen. Die mit allen Künsten eines abgefeimten Demagogentums gegen die liberale Stadtverwaltung von Berlin geführte Kampagne, der „Sturm auf das rote Haus", hat mit einem in der parteipolitischen Geschichte beispiellosen Debakle geendet; dank dem gesunden Sinn der Bevölkerung der Reichshauptstadt ist die Partei des Herrn Stöcker, wie überhaupt der politische Antisemitismus schon seit Jahren aus der Stadtverordnetenversammlung herausgewählt; die letzten Niederlagen waren so niederschmetternd, daß seit 3 Jahren überhaupt keine antisemitischen Kandidaten mehr aufgestellt wurden.

Einen letzten Versuch, eine politische Rolle zu spielen und politischen Einfluß zu gewinnen, machte Herr Stöcker vor etwa 3 Jahren, als er mit dem Klingelbeutel umherzog und für eine geheimnisvolle Aktion größere Mittel flüssig zu machen suchte. Es sind damals insgesamt etwa 60 000 M. — soviel wurden gerade „gebraucht" — zusammengekommen. Wie unwidersprochen geblieben ist, wurde dieser Betrag für die politische Mobilisierung der christlichen Arbeitervereine benötigt. Die anfangs von dem Reichskanzler Fürsten Bülow patronisierten christlichen Arbeitervereine sollten als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter nach Kräften gefördert werden, und Stöcker gab sich wohl der Hoffnung hin, an der Spitze der christlichen Arbeiter das heißersehnte Ziel auf Umwegen zu erreichen. Auch hier folgte eine grausame Enttäuschung. Das „Reich", das als Ableger der von Stöcker Herrn Bruhn abgekauften „Staatsbürgerztg." speziell der christlichen Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden sollte, kann sich nur mühsam über Wasser halten. Die erhoffte große Anziehungskraft der christlichen Arbeiterbewegung auf die evangelischen Arbeiter ist ausgeblieben. Unter den zirka 700 000 Mitgliedern, die die christlichen Arbeiter heute zählen, befinden sich, wie kürzlich von einem Zentrumsblatt etwas indiskret ausgeplaudert wurde, nur etwa 60 000 evangelische Arbeiter, in allen Teilen Deutschlands zerstreut, die zudem, wie in Süddeutschland, entschiedene Gegner des politischen Antisemitismus und der Stöckerschen christlichsozialen Partei sind.

Aber auch dem Kirchenpolitiker Stöcker ist kein Erfolg beschieden gewesen. Der Führer der evangelischen Orthodoxie in Preußen, der in der gehässigsten Weise den Protestantenverein bekämpfte, den er in Erfurt ein „Mistbeet" nannte, hat, obwohl seine Anhänger noch heute auf den Synoden und in der Generalsynode die überwiegende Mehrheit besitzen, den Vormarsch der liberalen Richtung auf den Universitäten nicht aufhalten können, und es muß ein besonders schmerzliches Gefühl für den Hofprediger a. D. und einstigen Günstling Kaiser Wilhelm II. sein, der mit seinem Scheiterhaufenrezept einst die Huld des Monarchen sich für alle Zeiten zu sichern wähnte, daß heute ein Harnack der kirchenpolitische Vertrauensmann des Kaisers ist.

Es ist still geworden um Stöcker, so still, wie zur Winterszeit auf seiner im Sommer so idyllischen Alpe bei Partenkirchen.

— — —

Akademische Rundschau.

Das Wintersemester hat seinen Anfang genommen. Die ersten Vorlesungen sind bereits „gestiegen", und der schüchterne Mulus, der noch vor wenigen Wochen die Schulbank drückte, ist zum vollberechtigten akademischen Bürger geworden. Die Hochschulstädte haben Scharen auswärtiger Studenten bereits wieder in ihren Mauern aufgenommen. Die akademischen Verbindungen aller Art setzen oder mit einer intensiven „Keiltätigkeit" ein. Besonders die farbentragenden Korporationen tun in dieser Beziehung das Menschenmöglichste. Für sie steht ja stets viel auf dem Spiele weil ihnen z. B. in ganz Norddeutschland nur wenige Mitglieder angehören. Die jungen Semester, die nun zur Hochschule kommen, werden mit Einladungen überschwemmt. Man sucht ihrer auf alle mögliche Weise habhaft zu werden.

Jüdische Studenten merken freilich von diesem Liebeswerben weniger. Denn alle die „alten" Korporationen, die Korps, die im A. D. C. vereinigten Burschenschaften und auch die Landsmannschaften haben sich antisemitische Grundsätze zu eigen gemacht. Auch von den anderen farbentragenden Korporationen bekennen sich viele zu antisemitischen Anschauungen. Neben den jüdischen Couleurkorporationen gibt es an den einzelnen Universitäten nur wenige farbentragende Verbindungen, die jüdische Kommilitonen in ihren Reihen aufnehmen. Da ist vor allem der Allgemeine Deutsche Burschenbund, der das studentische Couleurkorporationswesen reformieren will, und der an fast allen deutschen Hochschulen mindestens mit einer Burschenschaft vertreten ist. Er zählt viele jüdische Mitglieder.

Die Freie Studentenschaft und auch der Freibund verfolgen im wesentlichen ähnliche modern-studentische Ziele wie der A. D. B.

Wer Raufen und Saufen am höchsten schätzt, der wird sich bei den „nationalen" Korporationen wohl fühlen. Dort weiß man noch den Humpen zu schwingen und mit dem Sabul zu rasseln. Wer idealere Ziele verfolgt, der wird andere Wege zu finden wissen.

* * *

Im Kyffhäuserbunde der antisemitischen Vereine Deutscher Studenten kriselts wieder einmal. Schon vor Jahresfrist machten sich, wie erinnerlich, scharfe Gegensätze zwischen der orthodoxen „Berliner Richtung" und einigen moderner denkenden süddeutschen Gruppen geltend. Mühsam verkleisterte man die Risse im Verbande und verließ sich darauf, daß die Zeit bald die Wunden verharschen würde. Aber der Funke der Unzufriedenheit glimmte fort im Kyffhäuserbunde. In der Redaktion der „Akademischen Blätter" war ein Revirement eingetreten. Nach außen sah alles recht friedlich aus, wenn auch die „Berliner Richtung" es nie unterließ, jeden kleinsten Widerspruch gegen ihre starren Dogmen aufs schärfste zurückzuweisen.

Vor kurzem hatte nun der neue Herausgeber der „Akademischen Blätter", Dr. Bergsträßer, eine scharfe Auseinandersetzung mit den Alldeutschen, deren stetige Nörgelsucht und Kritikomanie er verurteilte. Man sagte sich gegenseitig einige Liebenswürdigkeiten, vertrug sich aber schließlich wieder.

Einige alldeutsche Herren im Kyffhäuserbunde sind trotzdem aber aufs höchste entrüstet darüber, daß man überhaupt gewagt hat — und sogar noch ein Kyffhäuserbündler — an der Unfehlbarkeit der Alldeutschen zu zweifeln. In seinen eigenen „Akademischen Blättern" wird daher von einem Vertreter dieser neuen Gruppe dem waghalsigen Dr. Bergsträßer gehörig der Kopf gewaschen. Wie könne er es wagen, den Kyffhäuserbund in den ganzen Streit hineinzuziehen, da die Alldeutschen die scharfe Abwehr gegen Dr. Bergsträßers Urteil nur gegen diesen persönlich gerichtet hätten. Dr. Bergsträßers Aeußerung sei durchaus nicht etwa als Aeußerung des Kyffhäuserbundes anzusehen. Ganz prözise wird erklärt:

„Alle Mitglieder (des Kyffhäuserbundes) wünschen nach wie vor durchaus ein einiges Zusammengehen beider Verbände, und auch in Zukunft werden sie das unterstützen. Wir vermögen die Vorwürfe, die Dr. B. gegen den Alldeutschen Verband erhoben hat, nicht als berechtigt anzuerkennen. Er spricht von einer oberflächlichen politischen Kritik, die vielfach ohne wirkliche Kenntnis scharfe Urteile fällte. Es dürfte nicht leicht sein, das zu beweisen. Jeder (!) weiß, daß hinter der Kritik der Alldeutschen ein tiefes Wissen und eine gründliche Kenntnis der Sachlage steht. (!) Also wir können der Kritik Dr. Bergsträßers nicht zustimmen."

Interessant ist, daß hier im Kyffhäuserbunde eine ganz neue alldeutsche Gruppe in der Bildung begriffen ist, die eifersüchtig über ihre vermeintlichen Rechte wacht, und die sich selbst nicht scheut, dem Herausgeber des Verbandsorgans gehörig auf die Finger zu klopfen, wenn er an die zarten Bande zwischen V. D. St. und Alldeutschen zu rühren wagt.

Dr. Bergsträßer nimmt freilich keinen Anstand, trotz aller Drohungen nochmals zu erklären, daß er die maßlose alldeutsche Kritik immer noch für schädlich und verderblich halte.

Das ist die vielgerühmte Einigkeit im Kyffhäuserbunde, der gepriesene selbstlose Idealismus. Alle diese Eigenbrödler und Gruppen bilden zusammen den Kyffhäuserbund. Ein Band hält sie noch zusammen, der gemeinsame antisemitische Glauben. Aber selbst dieses Band weist hier und dort schon fadenscheinige Stellen auf. Freilich für diejenigen, die sich zur Berliner Gruppe zählen, steht der „Kampf gegen den Antisemitismus" noch immer im Vordergrunde ihrer programmatischen Bestrebungen.

* * *

In weiterer Ausführung des deutsch-amerikanischen Gelehrtenaustausches werden in diesem Wintersemester wieder zwei amerikanische Professoren als Gäste an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität Vorlesungen halten und zwar Professor W. M. Davis von der Harvard-Universität zu Cambridge und Professor Dr. Felix Adler von der Columbia-Universität zu New York.

Professor Dr. Adler wurde im Jahre 1851 als Sohn eines Rabbiners in Alzey in Deutschland geboren. Er wird, wie die „Berliner Akademischen Nachrichten" mitteilen, in seinen Vorlesungen ethische Probleme in Amerika behandeln, so die Negerfrage, die Frage der Einwanderung aus dem Osten usw. Dr. Adler erwarb 1870 in Columbia den ersten akademischen Grad, studierte dann in Berlin und promovierte hier in der philosophischen Fakultät. Von 1874 bis 1876 war er Professor der hebräischen und orientalischen Literatur an der Cornell-Universität. 1876 gründete er in New York die Gesellschaft für ethische Kultur. Er ist Professor der politischen und sozialen Ethik an der Columbia-Universität und Mitherausgeber des internationalen ethischen Journals. Dreißig Jahre lang hat Professor Adler an jener bedeutenden Bewegung zur Förderung der Schulorganisation, der Unterrichtsmethoden und der Disziplin mitgewirkt und dadurch viel Ersprießliches auf dem Gebiet der Volksbildung geleistet.

* * *

An der Berliner Universität gibt es ständig Ausschußschmerzen. Jede Hochschule im Reiche besitzt bekanntlich einen studentischen Ausschuß, der mit den akademischen Behörden die notwendigen Vereinbarungen bezüglich des Auftretens der Studentenschaft nach außen trifft. Die größte Hochschule des Reiches, die Berliner Universität, erfreut sich einer solchen Institution nicht. Hier ist der Universitätsrichter Herr Daude unumschränkter Herrscher, der sich bei seinen Maßnahmen jegliche Einmischung von seiten der Studentenschaft ganz entschieden verbittet Will er mit der Studenten-

schaft Feste feiern, dann zitiert er den gefügigen Verein Deutscher Studenten zu sich und beauftragt ihn damit, eine Versammlung von Korporationsvertretern einzuberufen. Meist kommt auf diese Art wirklich von Fall zu Fall eine Einigung unter den Korporationen zustande.

Schließlich haben aber die verschiedenen Korporationen endlich eingesehen, daß sie bei einem solchen Verfahren eine recht traurige Rolle spielen. Und der Ausschußgedanke macht sich wieder geltend. Die schwarzen Korporationen trachten nun zunächst danach, eine Einigung unter sich zu erzielen. Verschiedene Verhandlungen haben bereits stattgefunden, aber der ganze Plan wird sicherlich wieder in die Brüche gehen, weil der antisemitische Verein deutscher Studenten allerlei Einwendungen gegen die jüdischen Korporationen macht. Man kann es diesen nicht verdenken, wenn sie unter diesen Umständen auf eine weitere Beteiligung an dem Vorhaben verzichten. Die weitere Folge ist dann aber, daß ein erheblicher Teil der anderen Korporationen, denen das Auftreten des V. D. St. schon lange unsympathisch ist, gleichfalls nicht mehr „mitmacht". Damit wäre dieser neue Versuch, für Berlin einen studentischen Ausschuß zu gründen, als gescheitert anzusehen.

* * *

Die Wahlen zum Direktorium der Akademischen Lesehalle an der Berliner Universität, bei denen der Antisemitismus stets eine Rolle zu spielen pflegt, werden in den ersten Tagen des Dezembers stattfinden. Durch die Uneinigkeit der liberalen Korporationen gewannen bekanntlich die Antisemiten bei der letzten Wahl wieder die Oberhand, nachdem sie im Jahre vorher zum ersten Male seit längerer Zeit eine empfindliche Niederlage erlitten hatten.

* * *

Die jüdisch-studentische Bewegung blickt jetzt auf ein etwa 25 jähriges Bestehen zurück. „Eine Hauptrolle in dieser Entwickelung," so wird in der „Akademischen Turnzeitung" ausgeführt, „kommt ohne Frage dem Antisemitismus zu; seine in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hochbrandenden Wellen gaben den Anstoß, daß sich am 23. Oktober 1886 die erste jüdisch-studentische Abwehrvereinigung organisierte, die „Viadrina" in Breslau, die sich trotz mehrfacher Suspendierung und anderer Schwierigkeiten und Hindernisse zu halten verstand und als „Thuringia" noch jetzt existiert."

Die Bewegung hat dann einen raschen Fortschritt genommen. Es bildeten sich im Laufe der Jahre eine Reihe von Schwesterverbindungen, die sich zum Kartell-Convent (K. C.) zusammenschlossen, der auf dem Boden deutsch vaterländischer Gesinnung steht und den Kampf gegen den Antisemitismus führt. Ihm gehören jetzt sieben Korporationen an: Thuringia-Breslau (gegr. 1901), früher Viadrina (gegr. 1886); Bavaria-Heidelberg (gegr. 1902), früher Badenia (gegr. 1890); Sprevia-Berlin (gegr. 1894); Licaria-München (gegr. 1895); Rheno-Silesia Bonn (gegr. 1899); Ghibellinia-Freiburg (gegr. 1904), früher Friburgia (gegr. 1896); und Viadrina-Darmstadt (gegr. 1906).

Neben dem K. C., dem nur Farbenverbindungen angehören, entstand im Jahre 1900 der „Bund jüdischer Korporationen" (B. J. C.). Ihm gehören jetzt an:

Der Verein Jüdischer Studenten (V. J. St.) Berlin (gegr. 1895); der V. J. St. Makkabäa-Berlin eine Tochterkorporation der vorgenannten (gegr. 1906/7); der zurzeit suspendierte V. J. St. Leipzig (gegr. 1899); der V. J. St. Breslau (gegr. 1899/1900); der V. J. St. München (gegr. 1900); der V. J. St Charlottenburg (gegr. 1901/02); der V. J. St. Straßburg (1903; bestand seit 1901/02 als „Akademisch-jüdischer Verein"); der V. J. St. Freiburg (gegr. 1903/04); der V. J. St. Königsberg i. Pr. (gegr. 1903/04); der V. J. St. Marburg (gegr. 1906/07).

Ferner besteht noch das im Jahre 1906 gegründete „Kartell zionistischer Verbindungen", zu dem Hasmonäa-Berlin (gegr. 1902) und Jordania-München (gegr. 1904) gehören.

Weiterhin besteht noch auf dem Technikum in Cöthen ein akademisch-zionistischer Verein „Tchioh" (gegr. 1903) und ein Verein zionistischer Studenten in Leipzig, ebenso eine pharmazeutische Freie Verbindung Dahlemia-Berlin, die gleichfalls zionistische Tendenzen hat. Früher gab es auch in Breslau einen zionistischen Verein „Makkabäa", der aber 1903 suspendierte.

Im Jahre 1906 wurde noch ein „Bund jüdischer Akademiker" gegründet zur Stärkung des gesetzestreuen Judentums. Er hat Zweigvereine in Berlin, München und Straßburg.

Neben diesen spezifisch jüdischen Studentenverbindungen, die vielfach zur Abwehr antisemitischer Uebergriffe gegründet wurden, gibt es natürlich eine ganze Reihe von paritätischen Verbindungen, in denen die jüdischen Kommilitonen einen großen Prozentsatz ausmachen.

* * *

Die „Akademischen Blätter", das Organ der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler, die sich oft antisemitisch gebärdet haben, und die bereits von den Lesern Abschied genommen hatten, werden nun doch wieder weiterbestehen.

In der „A. D. B.-Zeitschrift", dem Organ der farbentragenden Allgemeinen Deutschen Burschenschaft bespricht Dr. Dienstag-Berlin in sympathischer Weise das neue Jahrbuch des K. C., des Verbandes von Korporationen Deutscher Studenten jüdischen Glaubens. Er rühmt das Werk, dessen Aufsätze von der Liebe und Begeisterung zum Vaterlande einerseits und zum Judentum anderseits durchglüht sind. Er gedenkt dabei der schweren Kämpfe, die heutzutage den jüdischen Kommilitonen auf den Hochschulen beschieden sind.

> „Ein seelischer Konflikt schwerster Art ist es," so führt der Verfasser aus, „der das heutige Judentum durchzieht, in verstärktem Maße natürlich den akademischen Teil des Judentums. Es ist das Problem der Vaterlandsliebe. Seit Hunderten von Jahren Angehörige fremder Nationen, betrachten sich die Juden mit Recht als Glieder dieser Nationen. Zwar rollt in ihren Adern nicht das reine Rassenblut – doch wo konnte man heute noch überhaupt von einer reinen unverfälschten Rasse reden – aber in ihrem Sinnen und Denken, in ihren Gefühlen und Handlungen fühlen sie sich durchaus als Volksangehörige. Die deutschen Juden lieben Deutschland, ihr Vaterland genau so, wie die deutschen Bekenner des christlichen Glaubens, sie suchen überall die Ehre des deutschen Namens genau so zu verteidigen, wie Angehörige anderer Konfessionen. Auch für sie gilt noch heute der Wahlspruch des hervorragenden Juden Gabriel Rießer:
>
> Einen Vater in den Höhen,
> Eine Mutter haben wir,
> Gott, ihn, aller Wesen Vater,
> Deutschland, unsere Mutter hier.
>
> Aber dieses Streben und Arbeiten für Deutschlands Ruhm wird nicht anerkannt, vielmehr werden sie von den anderen Konfessionen mit scheelen Augen angesehen; man nimmt ihnen systematisch die rege Anteilnahme am staatlichen Leben, indem man sie nicht in die höheren staatlichen Stellungen einrücken läßt und sie bei jeder Gelegenheit zurücksetzt, obwohl dies dem Geiste unserer Verfassung widerspricht . . .
>
> Es ist klar, daß sich gegen diesen „politischen Antisemitismus" die Opposition des Judentums in erster Linie richtet. In besonderer Weise hat sich hier die jüdische studierende Jugend hervorgetan."

Dr. Dienstag hebt dabei die Gründung des K. C. im Jahre 1886 hervor, der den jüdischen Studenten veranlaßte, mit der [illegible] dem christlichen Beleidiger entgegenzutreten. Freilich habe der K.-C.-Verband seine Ziele noch nicht erreicht, die deutsche Hochschuljugend sei nur noch antisemitischer geworden.

Dr. Dienstag glaubt nun, daß der Kampf gegen den Antisemitismus im A. D. B. besser geführt werden könne, als im K. C. Er erklärt dazu:

„Wir bekämpfen den Antisemitismus hauptsächlich auf Grund unserer liberalen Weltanschauung . . . Wir A. D. B.-er führen selbst diesen Kampf mit aller Energie. Möge diese Energie nie erschlaffen, das ist der Wunsch, den ich an dieser Stelle aussprechen möchte. Denn dann wird sich der A. D. B. ein wirkliches Kulturverdienst erwerben."

Die „Deutschsozialen Blätter" sind über diese Kundgebung sehr ergrimmt und glauben, über die Bedeutungslosigkeit des A. D. B. spötteln zu können. Die „Deutschsozialen Blätter" irren sich da ganz gewaltig. Der A. D. B. ist an fast allen deutschen Hochschulen vertreten. Im letzten Jahre hat er z. B. in Breslau aus eigener Kraft gleich zwei Korporationen aufgemacht. In Berlin gehören ihm z. B. fünf Korporationen an. Insgesamt zählt der Verband 25 Burschenschaften mit 562 studierenden Mitgliedern und 863 alten Herren und Ehrenmitgliedern. Am stärksten sind die Münchner Vereine.

Vergleiche mit anderen Verbänden zeigen, daß er verhältnismäßig sehr rasch hoch gekommen ist. Die alten Kösener S. C.-Korps, zu denen seit Jahrzehnten schon die Söhne der Alten Herren strömen, und die jeder Förderung „von oben" sich zu erfreuen haben, haben jetzt in ihren 92 Korps nur 2978 Mitglieder. Der Akademische Turnerbund hat in 35 Vereinen 1300 Mitglieder, der Verband mathematisch-naturwissenschaftlicher Vereine hat 600 Mitglieder, der katholische Unitas-Verband 580, die „alte" Deutsche Burschenschaft in 64 Korporationen 3180, die farbentragenden Turnerschaften in 50 Korporationen 1832, der antisemitische Schwarze Verband etwa 100, der antisemitische Bund „Ethos" rund 150, der antisemitische Ruderbund rund 120 und der antisemitische Kyffhäuserbund 1200.

* * *

Der Verband „nationaler" Vereine von Groß-Berlin hat seine erste öffentliche Versammlung abgehalten, und zwar unterhielt man sich über die Reichsfinanzreform. Bekanntlich spielen die Antisemiten in diesem Verbande die erste Rolle. Alle antisemitischen Vereinchen in Berlin jeglichen Genres haben sich dem Verbande angeschlossen. Jetzt sucht man auch die Verbände von Alten Herren der Berliner studentischen Korporationen für den Verband zu gewinnen, indem man sie mit besonderen Einladungen beehrt. Natürlich können sich nur die „nationalen" Korporationen dieser Aufmerksamkeit erfreuen, diejenigen, die als freiheitlich angekränkelt gelten, sind mit seinen Einladungen nicht bedacht worden, die jüdischen selbstverständlich auch nicht. F . . . z.

Die russischen Pässe deutscher Juden.

Die Klagen brechen nicht ab, daß im Verkehr mit Rußland deutsche Staatsbürger je nach ihrem Religionsbekenntnis verschieden behandelt werden. Die bayerische Regierung hat zwar angeordnet, daß Zusätze über die Religion der Reisenden aus ihren Paßformularen fortbleiben. Dasselbe ist aber in Preußen von jeher der Fall, ohne daß damit erreicht wäre, daß die russischen Konsulate die Visa gleichmäßig erteilen. Der Verband deutscher Juden hat infolgedessen, wie wir dem soeben erschienenen Jahresbericht entnehmen, der Zeugnis ablegt von der regen Tätigkeit, die der Verband insbesondere auch durch eingehende Informierung der Behörden und gesetzgebenden Körperschaften über die andauernde Benachteiligung der Juden auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens entfaltete, unterm 2. Juni dieses Jahres folgende Eingabe an den Minister des Innern gerichtet:

„. . . Die russische Regierung hat im Schlußprotokoll zu Artikel 1 und 12 des Handelsvertrages von 1894 an Deutschland die Meistbegünstigung hinsichtlich des Paßwesens zugestanden.

Wiederholt ist behauptet worden, daß trotzdem die Behandlung deutscher Staatsangehöriger jüdischen Glaubens in Ansehung des Paßwesens seitens der russischen Behörde eine minder günstige sei, als diejenige der Staatsangehörigen gewisser anderer Länder.

Noch neuerdings hat der Minister für Handel und Gewerbe durch einen an die Handelskammer in Oppeln gerichteten Bescheid vom 4. Februar 1908 es für angezeigt erklärt, den Quellen derartiger Gerüchte möglichst auf den Grund zu gehen.

Wir haben uns bemüht, Ermittelungen über die Handhabung gegenüber Angehörigen anderer Länder anzustellen. Nach dem Ergebnis dieser Ermittelungen sind wir nicht in der Lage, zu behaupten, daß die russischen Gesetze und Verwaltungsvorschriften eine ungünstigere Behandlung der Deutschen gegenüber den Angehörigen anderer Länder vorsehen. Indessen erscheint dies nicht allein entscheidend, denn, wie die Verhältnisse einmal in Rußland liegen, so ist dort die Art der tatsächlichen Handhabung oft wichtiger als das geschriebene Gesetz und die geschriebene Verwaltungsvorschrift, und auf diese tatsächlichen Verhältnisse wird der ausländische Staat, der seinen Angehörigen die gleiche Wettbewerbsmöglichkeit mit Angehörigen anderer Länder schaffen will, Rücksicht nehmen müssen.

Wir möchten nun glauben, daß die wiederholt aufgetauchten Gerüchte über die unterschiedliche Behandlung der Deutschen jüdischen Glaubens im Verhältnis zu Franzosen, Engländern und Nordamerikanern jüdischen Glaubens dennoch in diesem Zusammenhang nicht ohne Begründung sind. Es scheint nämlich in Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht selten vorzukommen, daß die russischen Konsuln und deren Unterbeamte bei Erteilung des Paßvisums die konfessionelle Unterscheidung nicht immer mit gleicher Schärfe tatsächlich durchführen, wie dies in Deutschland geschieht, und daß sie namentlich mitunter, sei es aus besonderem Wohlwollen, sei es aus anderen Beweggründen, unterlassen, den Paßinhaber ausdrücklich als Juden zu kennzeichnen und ihn so den in Rußland für Juden bestehenden Beschränkungen zu unterwerfen.

Es scheint, daß die Möglichkeit einer derartigen Handhabung der russischen Paßvorschriften für Angehörige jener Länder damit zusammenhängt, daß die dortigen Regierungen es in der Regel jeder einzelnen Person, welche ein Paßvisum zu erlangen wünscht, überlassen, sich unmittelbar mit dem russischen Konsul über dessen Anforderungen bezüglich des Nachweises eines bestimmten Religionsbekenntnisses auseinanderzusetzen, während in Deutschland in der Regel die eigene Polizeibehörde dem russischen Konsul bei seinem Unterscheidungsversuch zu Hilfe kommt, indem sie aus ihren eigenen Registern in irgend einer Form Bescheinigungen über das Religionsbekenntnis ausstellt, deren Vorlegung dann der russische Konsul fordert. Im einzelnen scheint die Handhabung an verschiedenen Orten eine verschiedene zu sein. Aus Breslau liegt uns z. B. ein vom Dezember 1905 datiertes Formular vor, welches die gedruckte Adresse „An das Kaiserliche Russische Konsulat" trägt, und in welchem das dortige Polizeipräsidium eine Mitteilung über das in dem Polizeiregister angegebene Glaubensbekenntnis des betreffenden Paßnachsuchers erteilt. In Königsberg scheint die Polizei nur den Christen, aber nicht den Juden eine ähnliche Bescheinigung mitzugeben und hierdurch die letzteren gegenüber dem Konsulat zu kennzeichnen. An anderen Orten scheint noch anders verfahren zu werden.

Wenn die bisherige Handhabung seitens der preußischen Behörde wohl darauf zurückzuführen war, daß die hiesigen Staatsangehörigen vor der Unannehmlichkeit geschützt werden sollten, daß nachträglich im Innern Rußlands Zweifel über ihr Religionsbekenntnis entstehen, so möchten wir glauben, daß diese Fürsorge zu weit geht, und dem Einzelnen überlassen werden könnte, ob er ohne genügenden Nachweis über sein Religionsbekenntnis eine Reise nach Rußland unternehmen, und wie er sich mit den russischen Behörden hierüber auseinandersetzen will.

Die preußischen Behörden sind nicht verpflichtet, weder nach Gesetz, noch soweit wir wissen, nach zwischenstaatlichem Uebereinkommen, Auskunft über die Religion zu geben. Zu einer solchen Auskunftserteilung besteht auch keinerlei Bedürfnis, da, wie das Beispiel anderer Länder zeigt, der Nachweis auch auf anderem Wege beschafft werden kann.

Die grundsätzliche Ablehnung jeder polizeilichen Auskunft über die Religion erscheint uns der einzige Weg, um die Gleichstellung der deutschen Paßnachsucher mit denen anderer Staaten zu erreichen. Die Zulassung der Erteilung der Auskunft auf Antrag würde nicht genügen, um tatsächlich den beabsichtigten Zweck zu erzielen.

Indem wir zugleich auf die Besprechung unseres Ausschußmitgliedes Makower mit Herrn Geh. Oberreg.-Rat Heinrichs vom 14. Mai d. J. Bezug nehmen, stellen wir den ergebenen Antrag,

die inländischen Polizeibehörden anweisen zu wollen, von Ausstellung polizeilicher Bescheinigungen über das Religionsbekenntnis von Paßnachsuchern, unter welcher Form immer sie erteilt werden mögen, gänzlich Abstand zu nehmen und den einzelnen Paßnachsuchern zu überlassen, die etwa vom russischen Konsul geforderten Nachweise auf anderem Wege zu beschaffen."

Diesem wohlbegründeten Antrage hat der Minister des Innern, wie der Geschäftsbericht leider etwas lakonisch konstatiert, „nicht entsprechen zu können geglaubt". Wir dürfen wohl annehmen, daß der Verband deutscher Juden sich mit diesem Bescheide nicht begnügen, sondern nunmehr, da es sich um eine Bestimmung des Schlußprotokolls des russischen Handelsvertrags handelt, an den Reichstag rekurrieren wird. Jedenfalls wird dort im Falle einer abermaligen Ablehnung seitens der Regierung auf einer materiellen Begründung der Weigerung der Reichsregierung bestanden werden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Reichstagsersatzwahl in Siegen, die durch die Mandatsniederlegung Stöckers erforderlich geworden ist, wird zu einem scharfen Wettbewerb der Parteien führen. Stöcker ist zwar 1907 schon im ersten Wahlgange gewählt worden, aber nur mit knapper Mehrheit. Er erhielt 15361 Stimmen, während auf die anderen Parteien insgesamt 15261 Stimmen entfielen, nämlich auf die Nationalliberalen 8283, auf das Zentrum 3075, auf die Freisinnige Vereinigung 2954, auf die Sozialdemokratie 949 Stimmen. Stöcker hat als Mandatsnachfolger den Vertrauensmännern der christlichsozialen Partei dringend empfohlen den Lic. Mumm, der auch sicher aufgestellt werden wird. Was Herrn Mumm an persönlicher Beliebtheit bei der christlichsozialen Wählerschaft vielleicht fehlt, wird er durch eine um so größere Rührigkeit in der Agitation zu ersetzen suchen. Stöcker hat bei der letzten Wahl überhaupt keine Versammlung mehr besucht, wohl schon infolge seines leidenden Gesundheitszustandes, die Sympathien der christlichsozialen Wählerschaft sind ihm trotzdem in ungeschwächter Weise erhalten geblieben.

Wenn der Wahlkreis den Christlichsozialen mit Erfolg streitig gemacht werden soll, kann dies nur geschehen durch ein besonnenes Hand in Hand-Arbeiten der liberalen Parteien. Die meiste Gewähr für einen Erfolg verspräche ein liberaler Kompromißkandidat, dessen Stellung zu sozialpolitischen Fragen geeignet ist, ihm Sympathien bei der überwiegend aus Arbeitern und kleinen selbständigen wirtschaftlichen Existenzen bestehenden Wählerschaft zu schaffen. Da die Nationalliberalen die weitaus stärkere der beiden liberalen Gruppen sind, hätten sie natürlich den Anspruch, den gemeinsamen liberalen Kandidaten zu stellen, der in seinen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen auf dem linken Flügel der Partei stehen müßte. Die Aufstellung eines der Großindustrie nahestehenden nationalliberalen Kandidaten wäre ein großer Fehler, da, selbst wenn dieser in die Stichwahl gelangte es die größten Schwierigkeiten machen würde, die freisinnigen Arbeiterwähler in der Stichwahl diesem nationalliberalen Kandidaten zuzuführen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch die Nationalliberalen die einer solchen großindustriellen Kandidatur entgegenstehenden Bedenken durchaus würdigen und daß die durch die Presse gehende Notiz, daß von nationalliberaler Seite der Berghauptmann a. D. Vogel als Kandidat in Aussicht genommen sei, den Tatsachen nicht entspricht. Aber auch nach der kirchenpolitischen Richtung hin dürften die liberalen Kandidaten, bez. wenn es zu einer Einigung über die Kandidatenfrage kommt, der liberale Kompromißkandidat keine Angriffspunkte bieten. Das Zentrum, das ja ohnehin für die Christlichsozialen starke Sympathien besitzt, würde, falls es auch nur den leisesten Anlaß zu der Annahme hätte, daß die liberalen Kandidaten von kulturkämpferischen Anwandlungen nicht ganz frei seien, seine 3000 Stimmen geschlossen in der Stichwahl Herrn Mumm zuführen, vorausgesetzt, daß es nicht überhaupt schon im ersten Wahlgange für den christlichsozialen Kandidaten stimmt. Den liberalen Parteien kann daher bei der Regelung der überaus schwierigen Kandidatenfrage nur der dringende Rat gegeben werden: Unité et sagesse, surtout sagesse!

In Mecklenburg, das bisher von antisemitischen Agitatoren im großen und ganzen verschont geblieben ist, versucht neuerdings die deutschsoziale Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg festen Fuß zu fassen. Sie hat ihren Generalsekretär Henningsen in den beiden Hauptorten, Schwerin und Rostock, eine Gastvorstellung geben lassen, mit deren agitatorischem Ertrag die Parteileitung jedoch schwerlich sehr zufrieden sein dürfte. In beiden Orten treten liberale Vertrauensmänner den antisemitischen Hetzversuchen energisch und mit Erfolg entgegen. Es erscheint uns auch noch recht zweifelhaft, ob dieser antisemitische Husarenritt überhaupt gegen die Besitzstände der Liberalen gerichtet ist. Die „Deutschsoz. Bl." schreiben nämlich:

„Die Konservativen haben in Mecklenburg leider so wenig gearbeitet, daß die Liberalen sich in vielen Bezirken festsetzen konnten und natürlich wütend sind über unsere Aufklärungsarbeit."

Mit der „Wut" der Mecklenburger Liberalen über die „Aufklärungsarbeit" der Antisemiten ist es, wie wir zu wissen glauben, nicht so gefährlich. Weit gefährlicher scheinen uns diese Gastrollen der deutschsozialen Agitatoren für die Konservativen in Mecklenburg zu sein. Wie die Katze das Mausen nicht läßt, so können die Antisemiten es trotz aller üblen Erfahrungen nicht lassen, in den konservativen Jagdgründen zu pirschen und eines schönen Tages den konservativen Mandatsinhaber mehr oder weniger höflich und mit mehr oder weniger Erfolg hinauszukomplimentieren.

Herr Dr. Diedrich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, der nach seiner Exmission aus der nationalliberalen Partei im Reichstage lange Jahre wild geblieben, dann aber in immer intimere Beziehungen zur konservativen Fraktion getreten war, zu deren Fraktionssitzungen er schon in den beiden letzten Jahren regelmäßig zugezogen wurde, hat jetzt seinen vollständigen Anschluß an die konservative Partei vollzogen. Die „Kreuz-Ztg." bemerkt hocherfreut dazu:

„Die Fraktion hieß den bewährten Abgeordneten in ihren Reihen herzlich willkommen. Der Entschluß des Abgeordneten Dr. Hahn, zu der deutschkonservativen Partei in ein enges Verhältnis zu treten, wird allseitig mit Befriedigung begrüßt und als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß die Beziehungen der Partei zum Bunde der Landwirte, dessen Direktor Herr Dr. Hahn ist, vortreffliche sind."

Nunmehr gehören also sämtliche parlamentarischen Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirte, nämlich die Herren Dr. Roesicke, Dr. Hahn, von Oldenburg-Januschau, der konservativen Reichstagsfraktion an; wenn die Herren von Wangenheim, Dr. Oertel, der Chefredakteur der „Deutschen Tagesztg.", und Herr Schrempf, der Geschäftsführer des Bundes für Württemberg, die sämtlich während ihrer parlamentarischen Tätigkeit ebenfalls der konservativen Fraktion angehörten, noch im Reichstage säßen, würden sie dieses Trifolium noch verstärken. So sieht die angebliche parteipolitische „Neutralität" des Bundes aus. Die nationalliberalen Mitglieder des Bundes haben im Vorstande überhaupt keine Vertretung, dahingegen stehen an der Spitze von Provinzialorganisationen eine ganze Anzahl der intimen Freunde des Herrn Liebermann von Sonnenberg.

Das Pluralwahlrecht in Ungarn — eine Begünstigung der Juden? Diese grandiose Entdeckung eines Budapester klerikalen Blattes, des „Alkotmany", wird merkwürdigerweise von der „Germania" ernstgenommen. Das gesinnungsverwandte Budapester Blatt hat sich nämlich eine Tabelle zurechtgemacht, welche den Nachweis liefern soll, daß die neue das Pluralwahlrecht enthaltende Wahlrechtsvorlage des Grafen Julius Andrassy förmlich den Juden auf den Leib geschnitten sei, da jeder jüdische Wähler min-

destens über zwei Stimmen verfüge. Obwohl die „Germania" die Berechtigung dieser letzteren Annahme selbst in Zweifel zieht und anerkennen muß, daß die Tabelle infolge des Fehlens der Gesamtziffern ein abschließendes Urteil nicht gestatte, macht sie sich doch die Schlußfolgerungen des Budapester Blattes zu eigen:

„Hiernach würden also die Juden in sämtlichen Komitaten ein über ihren Wählerprozentsatz zum Teil sehr weit hinausgehendes Wahlrecht erhalten, und es wäre somit der Andrassysche Ausspruch, daß seine Wahlreform den Antiklerikalismus zu stärken bestimmt sei, dahin zu ergänzen: Gegen die Katholiken — und für die Juden!"

Das ist denn doch eine mehr als gewaltsame Auslegung der Wahlrechtsabsichten der ungarischen Regierung. Der Gedanke, daß die Juden vor allen anderen Konfessionen hinsichtlich des Wahlrechts bevorzugt werden sollen in einer Zeit, wo das Judentum noch allenthalben darum zu kämpfen hat, daß ihm nur die verfassungsmäßig gewährleistete Gleichberechtigung nicht verkümmert werde, ist so grotesk, daß er einer ernsthaften Widerlegung kaum bedarf. Gewiß werden die Juden in den westeuropäischen Staaten überall, wo ein Pluralwahlrecht besteht oder eingeführt werden soll, davon einen größeren Vorteil haben als die Angehörigen anderer Konfessionen, da sie einen verhältnismäßig größeren Prozentsatz zu denjenigen Klassen der Bevölkerung stellen, die ein vermehrtes Wahlrecht erhalten. Welche Perspektiven eröffnen sich aber da für unsere deutschen Antisemiten und Mittelständler, welche ja, wie in Sachsen, die eifrigsten Vorkämpfer für ein Pluralwahlrecht sind! Die Christlichsozialen fordern es seit Jahren nicht nur für Preußen, sondern sogar für das Reich.

Wie Herr Dr. Böhme, der antisemitische Reichstagsabg. für Marburg, **sein Wort hält.** Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Hess. Landesztg.":

„Der deutschsoziale Reichstagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Dr. Böhme, hat in mehreren Versammlungen, die in letzter Zeit in Marburg und Umgegend stattfanden, besonders lebhaft betont, daß er aus nationalen Gründen für den Sprachenparagraphen stimmen mußte.

Es ist eigentümlich, wie schnell sich die Ansichten des Herrn Dr. Böhme gewandelt haben.

Bei den letzten Reichstagswahlen, als er die Zentrumsstimmen unseres Wahlkreises brauchte, da gab Dr. Böhme öffentlich das Versprechen ab, gegen alle Ausnahmegesetze (Juden ausgeschlossen) auf politischem Gebiete im Falle seiner Wahl zu stimmen. Als er aber kurz darauf im Reichstage saß, trat eine merkwürdige Verschlechterung seines Gedächtnisses ein, und er stimmte für das ausnahmegesetzliche Sprachenverbot, das ganz besonders von der Zentrumspartei bekämpft wurde.

Um das Gedächtnis des Herrn Dr. Böhme etwas aufzufrischen, lassen wir hier die Erklärung folgen, die er am 2. Februar 1907 im „Oberheß" veröffentlichte. Sie lautet:

„Die „Hessische Landeszeitung" sucht die katholischen Wähler dadurch zu täuschen, daß sie behauptet, die Antisemiten seien für Ausnahmegesetze und daher ein Eintreten der Zentrumswähler für mich unmöglich. Ich erkläre hiermit, daß ich gegen alle Ausnahmegesetze auf religiösem und auch auf politischem Gebiete, gegen Zuchthaus-, Umsturzgesetze und ähnliche Regierungsvorlagen bin. Es ist auch völlig unzutreffend, daß unsere Partei überhaupt für Ausnahmegesetze eintritt. Lediglich dem Judentum gegenüber fordert sie folgendes:

Fernhalten der Juden von allen Berufen, in denen ihre Eigenart für unsere Kulturentwickelung schädlich ist, namentlich Ausschluß von den gesetzgebenden Körperschaften, vom Richterstande, vom Offiziersstande und vom Berufe eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden, sowie Beschränkung der Zulassung zum Berufe eines Anwalts oder Notars, tunlichstes Fernhalten jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Verbot der Aenderung jüdischer Familiennamen, Führung einer Statistik über die im Deutschen Reiche lebenden Personen jüdischen Stammes, Verbot der Einwanderung von Juden, wissenschaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorschriften und deren Uebersetzung ins Deutsche.

Gegen derartige Forderungen wird kein Zentrumswähler etwas haben und ebenso kann ich aus voller Ueberzeugung mich auf den Boden der Kölner Beschlüsse stellen. Dr. K. Böhme."

Wie Figura zeigt, besteht zwischen den Worten und den Taten des Herrn Dr. Böhme ein großer Widerspruch. Die Wählerschaft weiß jetzt wenigstens, was sie von den Worten des Herrn Dr. Böhme zu halten hat. Insbesondere die Zentrumswählerschaft wird sein Versprechen für die Zukunft richtig einzuschätzen wissen und nicht vergessen, daß er grundsätzlich für ein Gesetz gestimmt hat, das einen großen Teil ihrer Wähler unter ein Ausnahmegesetz stellte."

Die Alldeutschen und die Juden in der Provinz Posen. Die „Kölnische Volkszeitung", das angesehene Zentrumsblatt, schrieb kürzlich, daß der Reichskanzler Fürst Bülow das wichtigste, was geschehen konnte, das, was am meisten im Auslande beruhigt hätte, unterlassen habe. Er habe nicht das Treiben der alldeutschen Hetzer verdientermaßen derart gebrandmarkt, daß jeder Versuch, die Alldeutschen der deutschen Politik an die Rockschöße zu hängen, fortan unterblieben wäre. R.-A. Kirschner-Posen weist nun in den „Pos. Neuest. Nachr." mit Recht darauf hin, daß besonders die deutsche Politik in den Ostmarken klar ergebe, wie wenig es in der Absicht oder in der Macht des deutschen Reichskanzlers liege, die Alldeutschen von sich abzuschütteln. Die vielfach zu den Alldeutschen gehörenden preußischen Beamten verhalten sich so ablehnend den Juden gegenüber, daß diese, die bisher als Pioniere des Deutschtums oder mindestens als friedliche Vermittler zwischen den christlichen Deutschen und den Polen wirkten, gesellschaftlich und wirtschaftlich von beiden Seiten bedrängt, den Staub von den Füßen schütteln, während der Pole zum Nachteile für das deutsche Element jeden freiwerdenden Platz sofort mit Beschlag belegt. Der deutsche Agrarier verkauft unter Umständen seine deutsche Scholle ohne Not an Polen, wenn sie einen höheren Preis bieten als die Ansiedlungskommission. Der deutsche Jude entäußert sich seines Besitztums oft selbst zum niedrigsten Preise nur mit schwerem Herzen, weil er, vereinsamt oder erwerbsunfähig gemacht es nicht mehr behalten kann. Dann spricht ihm der „alldeutsche Professor", wie wir es vor kurzem erlebten, in kränkender Weise „das Heimatsgefühl" ab.

Bleibt er aber in der Ostmark, weil er sich schwer von dem Orte trennt, an dem seine Wiege stand und wo die letzte Ruhestätte seiner Eltern ist, dann muß er sich von einem Mitarbeiter des offiziellen Organs des deutschen Ostmarken-Vereins in der Zeitschrift „Ostmark" nachsagen lassen:

„Lebte ich vorher des Glaubens, die Juden seien im gewissen Sinne Pioniere des Deutschtums, weil sie zu Hause fast immer unsere Sprache reden, so sah ich hier mehr und mehr ein, daß sie im Grunde genommen nur schädlich wirken. Von einem Gefühle engerer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Volke kann bei ihnen kaum die Rede sein. Zweisprachig, wie sie sind, ermöglichen sie dem Polen den Bezug aller möglichen deutschen und überseeischen Erzeugnisse, ohne daß er um diese in gewissem Sinne kulturellen Bedürfnisse ein einziges Wort deutsch radebrechen darf."

Solche Auslassungen im offiziellen Blatte des angeblich nichtantisemitischen, nur der deutschen Sache dienenden H.-K.-T.-Vereins dürfen nach meiner Ueberzeugung nicht übersehen, sondern sie müssen niedriger gehängt werden. Die jüdischen Deutschen im Osten haben ihr Deutschtum seit undenklicher Zeit hochgehalten ohne Rücksicht, ob es ihnen Vorteil oder Nachteil brachte. Freilich haben sie blinden Haß gegen die andere Nationalität, mit der wir zusammenleben, nie gehegt. Leute wie der Mitarbeiter der „Ostmark" haben die Polenpolitik der Regierung in den Sumpf geführt, in den sie geraten ist. Und wenn auch immer wieder von alldeutscher Seite der Ruf nach neuen Gewaltmaßregeln sich erheben wird, so werden dennoch nur Kulturmittel, nur Gerechtigkeit und Duldung den Frieden in den Ostmarken herstellen.

Statt den Juden die leider nicht immer bei ihnen vorhandene Doppelsprachigkeit vorzuwerfen, sollte man bemüht

sein, allen Deutschen in der Provinz Posen die Kenntnis der polnischen Sprache beizubringen, um sie stark und ebenbürtig im wirtschaftlichen Konkurrenzkampfe zu machen. Nur eine ganz besondere Kurzsichtigkeit kann sich darüber freuen, wenn Bürger unserer Provinz nur Deutsch verstehen. Wer beide Sprachen beherrscht, wird nicht so häufig bei Bewerbungen um Stellen ausgeschaltet werden, und er wird gerade durch die Kenntnis der Sprache auch dem Wesen und der Art unserer polnischen Mitbürger leichter gerecht werden können.

Wenn aber die Alldeutschen durchaus ihren Paradegaul teutonischen Hasses tummeln wollen, so mögen sie wenigstens die Juden in der Provinz Posen mit ihrer Unduldsamkeit verschonen.

Den Juden wird niemand bestreiten können, daß sie auf dem heißen Boden der Ostmark ihre Bürgerpflicht als Deutsche erfüllen, länger als die hakatistischen Heißsporne, die sich so schnell wie möglich in andere Gegenden verflüchtigen, wenn sie hier Unfrieden genug gestiftet haben.

Vermischtes.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft war kürzlich in Verbindung gebracht worden mit einer Annonce in der Vakanzenliste des Bundes der technischen industriellen Beamten, in der es zum Schluß hieß, daß auf „Ausländer, Juden und Katholiken" nicht reflektiert würde. Wie wir sofort vermuteten, steht die A. E. G. dieser Annonce vollständig fern. In einem Schreiben der Direktion an uns werden ziffernmäßige Angaben über die Personalverhältnisse der Angestellten gemacht, die der Annonce auch materiell jede Grundlage entziehen. Wir lesen da:

„In unserer Zentralverwaltung werden Korrespondenzen oder Notizen über das Glaubensbekenntnis der Angestellten überhaupt nicht geführt, ebensowenig ist uns bekannt, welches das Glaubensbekenntnis der Angestellten unserer auswärtigen Organisationen ist.

In unseren Berliner Fabriken haben wir feststellen lassen, daß von den ungefähr 2400 Beamten, welche hier beschäftigt sind, 269 katholisch, 69 jüdisch und 10 Dissidenten sind, und daß sich über 83 Ausländer unter den Beamten befinden."

Eine Reihe von bayerischen Zentrumsblättern hatte auf Grund dieser irreführenden Annonce gegen die A. E. G. heftige Angriffe gerichtet; es ist ihnen daraufhin folgende Berichtigung seitens der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zugegangen:

„Die sämtlichen, in dem Bericht „Ausländer, Juden und Katholiken" behaupteten, auf unsere Gesellschaft bezüglichen Tatsachen sind unwahr. Weder unsere Fabrik Schlegelstraße, noch irgend eine unserer Organisationen hat eine Ausschreibung veranlaßt, nach welcher Ausländer, Juden und Katholiken nicht angestellt werden; ebenso unwahr ist, daß einem Bewerber, weil er katholisch ist, geantwortet sein soll, die Stelle sei anderweitig besetzt, und man könne von seinem Angebot keinen Gebrauch machen.

Es handelt sich, wie es scheint, um eine böswillige Irreführung der öffentlichen Meinung oder um geflissentliche Verleumdung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Wir haben bereits Schritte getan, um den Urheber zu ermitteln."

Was nach Ansicht des Hamburger Schöffengerichts nicht gegen die guten Sitten verstößt. Die „Deutsche Handelswacht", das offizielle Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, brachte in der Nummer vom 1. Mai d. J. folgende Notiz:

„Die jüdische Firma B., Eisenwarenhandlung, Karlsruhe, hat bereits mehrere Angestellte vor die Wahl gestellt, aus unserem Verband auszutreten oder die Stellung zu verlassen. Unsere Mitglieder haben mit Vergnügen die Stellung aufgegeben. Firmen, die auf diese Weise gegen die guten Sitten verstoßen, sind meistens auch in anderen Beziehungen nicht zu empfehlen."

Durch diese Notiz, besonders durch die Behauptung, die Forderung, aus dem Verbande auszutreten oder die Stellung aufzugeben, verstoße gegen die guten Sitten, fühlte sich der Kaufmann Bähr in Karlsruhe beleidigt und stellte Strafantrag gegen das deutschnationale Handlungsgehilfenorgan, der vorige Woche vor dem Schöffengericht in Hamburg verhandelt wurde. Es wurde festgestellt, daß B. zwei seiner Angestellten, die dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande als Mitglieder angehören, vor die Alternative gestellt hat, aus ihrem Vereine oder aus seinem Geschäfte auszutreten.

Das Gericht erkannte nach längerer Verhandlung auf Freisprechung der Beklagten und legte dem Kläger die Kosten des Verfahrens auf. In der Notiz sei eine strafbare Beleidigung nicht zu finden; anderseits habe der Arbeitgeber das Recht, Leute, die ihm unsympathisch seien, zu entlassen. In der Gegenwart werde von den Arbeitnehmern manches, was ihnen bei den Arbeitgebern häßlich erscheine, als Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet.

Ist es schon verwunderlich, daß das Hamburger Schöffengericht sich hier ohne weiteres Auffassungen zu eigen macht und als richtig anerkennt, die angeblich in den Kreisen der Angestellten gegen die Arbeitgeber kursieren, so muß man noch mehr darüber erstaunen, daß das Gericht den entscheidenden Gesichtspunkt in seinem Urteilsspruch offenbar gar nicht gewürdigt hat, nämlich den Verstoß gegen die guten Sitten, dessen sich die beiden deutschnationalen Handlungsgehilfen schuldig gemacht haben, die trotz ihrer Mitgliedschaft bei einer notorisch und satzungsgemäß antisemitischen Organisation sich einem jüdischen Chef verpflichtet haben. Wer ein prinzipieller Gegner der Juden ist, sollte auch soviel Ueberzeugungstreue und soviel Ehrgefühl besitzen, Geschäften, deren Inhaber Juden sind, fernzubleiben. Von einer wirklichen inneren Anteilnahme an dem Prosperieren des Geschäftes, wie sie mit fortschreitender Kultur in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, kann unter diesen Umständen natürlich nicht die Rede sein. Die Revisionsinstanz, die vom Kläger, wie wir annehmen, angerufen werden wird, wird diesen primären Verstoß der antisemitischen Handlungsgehilfen gegen die guten Sitten hoffentlich entsprechend würdigen.

Jüdische Offiziere in der österreichischen Armee. Von geschätzter Seite aus Wien werden uns im Anschluß an die in dem Referat des Herrn Oberst a. D. Gädke auf unserer Generalversammlung enthaltenen Angaben noch folgende, allerdings auf Vollständigkeit nicht entfernt Anspruch machende detaillierte Mitteilungen gemacht:

„Ich verfolge jetzt die Verhältnisse nicht mehr so genau. In Erinnerung ist mir beispielsweise, daß der im vorigen Jahre in Pension gegangene Infanteriebrigadier Generalmajor Ritter von Schweitzer, welcher in Budapest im Ruhestand lebt und auch inzwischen in den Vorstand der dortigen israelitischen Kultusgemeinde eingetreten ist, Jude geblieben ist. Er hatte von der Pike auf gedient und wurde als Oberleutnant und Adjutant im bosnischen Feldzuge mit dem Eisernen Kronenorden dekoriert. Ferner weiß ich, daß der vor kurzem in Pension gegangene Kommandant des 38. Infanterieregiments Oberst Simon Vogel Jude geblieben ist, ebenso der Oberst des 72. Infanterieregiments Ulrich Edler von Trenkheim, welcher noch einen Bruder, den aktiven Oberstleutnant Severin Ulrich in der Armee hat. Ferner ist mir der Kommandant des seinerzeitigen 12. Korps-Artillerieregiments in Laibach, Oberst Adolf Beer, als Jude in Erinnerung. Ebenso der Major Straß des 2. Husarenregiments. Bei der Marine kommt der im vorigen Jahre in Pension gegangene Oberste Schiffbauingenieur (mit Generalrang) Popper als Jude in Betracht. Er ist der Erbauer unserer neuen Type von Schlachtschiffen. Auch der Chef der Elektrotechniker in der Marine, Ingenieur Burstyn, welcher im vorigen Jahre gestorben ist, war Jude. Ferner sind mir als jüdische Offiziere bekannt: Major Grünfeld (der Bruder des Pianisten und Cellisten), Rittmeister Schey vom 15. Husarenregiment, Oberleutnant v. Goldschmidt vom 12. Husarenregiment; der pensionierte Rittmeister (9. Hus.-Reg.) Wolf Bardach, Edler v. Chlumberg, der als Feuerwerker bei Chlum im Jahre 1866 mit der goldenen Tapferkeitsmedaille dekoriert wurde. Oberstleut-

nant Israel Herschkowitz (68. Inf.-Reg.), im bosnischen Feldzug als Reserveoffizier dekoriert und verwundet; ferner Oberstleutnant in demselben Regiment Gustav Morgenstern (im bosnischen Feldzug mit der goldenen Tapferkeitsmedaille, der höchsten Auszeichnung, als Kadett dekoriert), der, wenn ich nicht irre, auch Jude ist, und vom Zaren die Dotation für den tapfersten Soldaten der Armee erhalten hat."

Aus Anlaß der bevorstehenden Balkan-Konferenz war von dem Vorsitzenden des Hilfsvereins der Deutschen Juden, Herrn James Simon, infolge von aus Rumänien an den Hilfsverein ergangenen Anregungen an die Reichsregierung die Frage gerichtet worden, ob sie geneigt sein würde, auf der bevorstehenden Konferenz das Verhalten der rumänischen Regierung in bezug auf die laut § 44 des Berliner Vertrages übernommenen Verpflichtungen zur Sprache zu bringen. Das Auswärtige Amt hat erklärt, daß es zurzeit nicht in der Lage sei, eine dahingehende Zusage zu geben, und diesen Standpunkt in folgender Weise motiviert:

„Soweit sich übersehen läßt, besteht bei allen Signatarmächten des Berliner Vertrages der Wunsch, das Programm einer eventuellen Konferenz auf diejenigen Fragen zu beschränken, die durch die politischen Vorgänge auf dem Balkan akut geworben sind. Artikel 44 des Berliner Vertrages ist durch diese Vorgänge nicht berührt worden. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß man deutscherseits die Initiative bei Aufstellung des Programms für eine eventuelle Konferenz vermieden, dagegen aber bei den bisherigen Erörterungen aus schwerwiegenden politischen Erwägungen nachdrücklich den oben angedeuteten Standpunkt der Einschränkung des Konferenzprogramms vertreten hat. Deutschland würde daher gänzlich aus seiner Rolle fallen, wenn es jetzt eine Diskussion des Artikels 44 verlangen wolle."

Diesem Standpunkt gegenüber mußte sich der Vorsitzende des Hilfsvereins der Deutschen Juden im Augenblick darauf beschränken, die Reichsregierung zu ersuchen, die Angelegenheit im Auge zu behalten und in Fühlung mit den anderen Signatarmächten des Berliner Vertrages zu bleiben, an welche sicherem Vernehmen nach gleichartige Anträge gerichtet werden sollen.

Friedrich Nietzsches Schwester war bekanntlich mit dem in den 80er Jahren in der antisemitischen Bewegung ziemlich stark tätig gewesenen Dr. Berhard Förster verheiratet, der Philosoph selbst aber bis zu seinem letzten Atemzuge ein entschiedener Gegner des Antisemitismus. Daraus mögen sich nun mancherlei kleine Dissonanzen ergeben haben, wie folgendes im Novemberheft der „Neuen Rundschau" jetzt mit einer Reihe von anderen Briefen veröffentlichtes Schreiben Nietzsches an seine Schwester vom 26. Dezember 1887 deutlich erkennen läßt:

„Eine der größten Dummheiten hast Du, mein armes Lama, gemacht — für Dich und für mich! Deine Verbindung mit einem antisemitischen Chef drückt eine Fremdheit gegen meine ganze Art zu sein aus, die mich immer von neuem mit Groll oder Melancholie erfüllt. Du sagst zwar, Du habest den Kolonisator Förster und nicht den Antisemiten geheiratet, und dies ist auch richtig; aber in den Augen der Welt wird Förster bis an sein Lebensende der Antisemitenchef bleiben. Also um des Himmels willen kein „Friedrichsland" oder „Friedrichshof". Ich habe Dich doch ausdrücklich um den Namen „Lamaland" gebeten. Weißt Du, mein gutes Lama, es ist eine Ehrenschuld für mich, nach Seiten des Antisemitismus hin absolut reinlich und unzweideutig zu sein, nämlich ablehnend, wie ich es in meinen Schriften tue. Man hat mich in den letzten Jahren mit Briefen und antisemitischen Korrespondenzblättern heimgesucht; mein Widerwille vor dieser Partei (die gar zu gern ihren Vorteil von meinem Namen haben möchte!) ist so ausgesprochen wie möglich, aber die Verwandtschaft mit Förster, ebenso wie die Nachwirkung meines ehemaligen antisemitischen Verlegers Schmeitzner, bringen immer wieder die Anhänger dieser unangenehmen Partei auf die Vorstellung, ich müsse wohl zu ihnen gehören. Wie sehr mir das schadet und geschadet hat, kannst Du Dir kaum vorstellen. Die gesamte deutsche Presse schweigt meine Schriften tot — seitdem! sagt Overbeck! Es erweckt vor allem Mißtrauen gegen meinen Charakter, wie als ob ich öffentlich etwas ablehne, was ich im Geheimen begünstige, — und daß ich nichts dagegen zu tun vermag, daß in jedem antisemitischen Korrespondenzblatt der Name „Zarathustra" gebraucht wird, hat mich schon mehrere Male beinahe krank gemacht. — Verzeihung! Es ist unrecht, Dir das zu sagen und unbillig, das arme Lama für die Gesinnungen dieser Partei verantwortlich zu machen. Aber ich bin nicht immer „billig" gesinnt. Malvida (v. Meysenbug) schrieb mir einmal, daß ich gegen Zwei ungerecht wäre: gegen Wagner und gegen Dich, meine Schwester. Warum wohl? Vielleicht, weil ich Euch Beide am meisten geliebt habe und den Groll nicht überwinden kann, daß Ihr mich verlassen habt? -- Deshalb lies aus all meinen schlimmen Gedanken und scharfen Worten den Schmerz heraus, daß ich Dich verloren habe und daß Dein Name mit einer Partei in Verbindung gebracht wird, mit der Dich kein einziger gemeinschaftlicher Gedanke verbindet, mit welcher Du nichts zu tun hast."

Das moralische Amtsgericht und das unmoralische Heinedenkmal. In der „Frankf. Ztg." lesen wir:

„Wenn in der nächsten Zeit, wie beabsichtigt ist, die Akten des ehemaligen Düsseldorfer Heinedenkmal-Komitees der Stadt- und Landesbibliothek überwiesen und dem Heine-Forscher zugängig gemacht sein werden, wird besonders ein Aktenstück sein Interesse erregen, das bisher nur wenigen zur Kenntnis gekommen ist. Der vor einigen Jahren verstorbene Geh. Justizrat Emil Bloem, der von Anfang an an der Spitze des Komitees gestanden und der in dem unglückseligen Kampf um das Düsseldorfer Heinedenkmal mit großer Tapferkeit für den Dichter gestritten hat, beabsichtigte im Jahre 1900 für den noch vorhandenen ansehnlichen Fonds einen gesetzlichen Pfleger zu bestellen. Das in diesem Jahre in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch enthält Bestimmungen, die eine solche Pflegschaft und damit die gesetzliche Sicherung solcher Fonds ermöglichen. Einer von Bloems Sekretären sollte Pfleger werden. Der Justizrat im Verein mit den übrigen noch lebenden Mitgliedern des Komitees richtete also einen dahingehenden Antrag an das Amtsgericht Düsseldorf. Zu ihrem nicht geringen Erstaunen wurde ihm alsbald ein „Beschluß" dieses Gerichts zugestellt, worin die Bestellung eines Pflegers abgelehnt wurde, weil — „die Gelder zu einem unmoralischen Zwecke gesammelt seien." So wörtlich zu lesen in dem „Beschluß", der in den Akten des Komitees nachzulesen ist und der wahrlich verdient, als document humain aufbewahrt zu werden. Auf eine sofortige Beschwerde hob dann das Landgericht Düsseldorf unter dem persönlichen Vorsitz des damaligen Landgerichtspräsidenten Witle den „Beschluß" des Amtsgerichts Düsseldorf auf und bestellte den beantragten Pfleger. Der Amtsrichter, der jenen wahrhaft grotesken Bescheid ersonnen hat, wandelt heute noch unter uns."

Der Brief des Gouverneurs. Unter dieser Ueberschrift berichtete kürzlich die „Voss. Ztg." von einem jüdischen Kürschnerlehrling Jakob aus Rußland, der es in zwanzig Jahren zum Senator der Vereinigten Staaten und zum Gouverneur in Boston gebracht haben sollte und seinen Wohltäter belohnen wollte, der leider sich voreilig erhängt hatte. Hierzu schreibt nun Herr Gotthard Deutsch aus Cincinnati der „Allg. Ztg. des Judentums":

„Gestatten Sie mir, daß ich meine Verwunderung darüber ausspreche, daß Sie (wie auch viele andere Zeitungen, darunter auch wir. Die Red der „M.") einer so absurden Erfindung Glauben schenken konnten. Sie hätten doch auf dem regelmäßigen Wege etwas davon erfahren, wenn ein Jude, und noch dazu ein vor zwanzig Jahren als Mützenmacher eingewanderter russischer Jude, es zum Vereinigten Staaten-Senator gebracht hatte, gerabeso wie Sie die viel weniger auffällige Wahl Isidor Rayners und Simon Guggenheims erfahren haben. Ferner sollte man doch auch in Deutschland wissen, daß die Aemter eines Gouverneurs und eines Senators nicht kumuliert werden können. Es ließe sich doch vermuten, daß, wenn ein Jude zum Gouverneur eines Staates gewählt worden wäre, was bisher nie der Fall war, dieses Ereignis nicht erst durch einen Brief an den Rabbiner von Taganrog bekannt werden würde. Solche Geschichten sollte man doch den Jargonblättern überlassen, die Entdeckungen weniger zu fürchten haben, wenn sie ihre Leser auf diese Weise erbauen."

Briefkasten.

J. F. in B. Ob es jüdische Handelslehrer im Hauptamt an öffentlichen Anstalten gibt, können wir im Augenblick nicht feststellen, nehmen es aber als sicher an und glauben auch nicht, daß jüdischen Bewerbern um solche Stellen wegen ihrer Religion ähnliche Schwierigkeiten gemacht werden, wie bei den anderen Unterrichtsanstalten. Handelslehrer im Nebenamt gibt es nicht wenige, z. B. in Oberschlesien.

R. M. in B. Wenn die „Post" schreibt, daß die von der Reichspartei im Reichstage eingebrachte Interpellation zu der Veröffentlichung des Kaiser-Interviews auch von der Wirtschaftlichen Vereinigung unterzeichnet ist, so weiß das Blatt in seiner eigenen Partei nicht Bescheid. Die mitunterzeichneten Abgeordneten der antisemitischen Reformpartei (Bindewald, Bruhn, Gäbel, Gräfe, Werner, Zimmermann) haben sich der Wirtschaftlichen Vereinigung seinerzeit nicht angeschlossen, weil sie sich nicht unter das Szepter des Herrn Liebermann von Sonnenberg beugen wollten. Um in den Kommissionen vertreten zu sein und Anträge stellen zu können, haben sie das bekannte Abkommen mit der Reichspartei abgeschlossen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14. — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei A.-G. Berlin W., Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 47. Berlin, den 17. November 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Die Kaiserinterviewdebatten und die Antisemiten.

Die gesamte antisemitische Presse hallt wieder von Lobeshymnen über die vortreffliche Rede des Herrn Liebermann von Sonnenberg im Reichstage bei Beratung der bekannten Interpellation. Wir wollen nun keineswegs leugnen, daß die Rede einen starken Eindruck gemacht hat und auch vielen, die nicht zu den Parteigenossen der Antisemiten gehören, aus der Seele gesprochen war. Was aber gerade diesen Eindruck hervorgerufen hat, war nicht der antisemitische Aufputz der Rede — der diesmal überdies vollständig fehlte — sondern die kräftige Betonung der Volksrechte. Und hat da Herr Liebermann von Sonnenberg mit fremdem Kalbe gepflügt. Er hat einmal in dieser Rede sich auf Eugen Richter berufen, aber noch weit öfter bei seinem verstorbenen Gegner rednerische Anleihen gemacht, so in dem effektvollen Schluß, als er mahnte, man solle von dem geräuschvollen Festefeiern, von dem Klingklanggloria und dem Hurraschreien ablassen. Das war wörtlich einer Rede Eugen Richters entnommen. Auch soll nicht abgeleugnet werden, daß schon vorher die Presse des Herrn Liebermann von Sonnenberg bei der Besprechung der ganzen blamablen Affäre so kräftige Töne angeschlagen hat, wie sie sonst nur in der sozialdemokratischen Presse anzutreffen waren. So schrieben z. B. die „Deutschsoz. Bl." (31. Oktober):

„Jede Hoffnung muß ein für allemal zu Grabe getragen werden, wenn wir den allerneuesten Geniestreich betrachten, der in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Aus dem Erstaunen wird man, wie gewöhnlich, bald zur Entrüstung gelangen und schließlich zur Verachtung, ohne daß wir moralisch berechtigt sind, uns dagegen zu wehren."

Und weiter in derselben Nummer:

„Die Politik ist eine gefährliche Kunst, worin das Auftreten unbegabter Dilettanten gesetzlich verhindert werden sollte. Wem das Talent zum Tragöden fehlt, der sollte sich mit dem Posten im Souffleurkasten begnügen, wenn er durchaus im Theater mitspielen will. Ein großes tüchtiges Volk, das ruhig zusieht, wie es von einem untüchtigen Führer ins Unglück gestürzt wird, begeht eine Sünde wider den nationalen Geist, die ihm auch nach dem Untergang nicht vergeben werden wird."

Der Begründer des deutschsozialen Parteiorgans, Herr Th. Fritsch, wurde im „Hammer" noch um einige Grade deutlicher und anzüglicher:

„Der Kaiser kann keine selbständige Natur neben sich ertragen. Und doch wird eine Form gefunden werden müssen, die die Seitensprünge des Kaisers, der zu nichts so wenig Talent besitzt, als zu einer ernsthaften Politik, einigermaßen paralisiert und den fremden Mächten das rechte Verständnis für die Sachlage beibringt.

Uns Hammer-Leute, die wir den tieferen Zusammenhang der Dinge erkennen, überraschen all solche Erscheinungen nicht. Wir wissen, daß es so kommen mußte, und wir sind auf noch Schlimmeres gefaßt. Wo die Vernunft nicht mehr zu Worte kommt, da muß unsägliche Verwirrung Platz greifen und ein Unheil aus dem anderen geboren werden. Wir sind auf Zustände gefaßt, denen gegenüber die Vorkommnisse der letzten Jahre nur bescheidene Vorspiele sind. Das eine Gute hat der schmerzliche Vorgang gehabt: er hat klärend gewirkt."

Ganz sicher haben diese Tage „klärend" gewirkt, klärend aber doch wohl auch, was das zukünftige taktische Verhältnis zwischen den Konservativen und der Wirtschaftlichen Vereinigung anlangt. Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg bezeichnet die Konservativen, die es verhindert haben, daß die sonst von allen anderen Parteien gewünschte Adresse an den Kaiser zustande kam, als „charakterlose Byzantiner". Die „Kreuz-Ztg." wiederum veröffentlichte die Zuschrift eines Parteigenossen von Reichel-Terpen, die mit den Worten beginnt:

„Als ich gestern abend die Rede des Abgeordneten Herrn Liebermann v. Sonnenberg, eines, wie er sich selbst nennt, überzeugten Monarchisten, las, stieg mir die Schamröte ins Gesicht über die Kritik, die derselbe an der Person unseres Kaisers übt."

Wir haben keinen Anlaß, uns in diesen häuslichen Streit weiter einzumischen, er liefert aber jedenfalls einen amüsanten Beitrag zur Charakteristik der Konservativen und ihrer ungeratenen Sprößlinge. Bis zu den nächsten Wahlen werden sich die „echten" und die „falschen" Freunde der Monarchie schon wieder zusammenfinden.

Frhr. von Hardenberg.

Am 19. d. Mts. feiert der preußische Staat und das gesamte preußische Volk die Hundertjahrfeier der preußischen Städteordnung. Von dem Frhrn. v. Stein, dem Begründer der Städteordnung, (Denkschrift über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzialbehörden im preußischen Staat 1807), stammt der programmatische Spruch:

„Soll die Nation veredelt werden, so muß man dem unterdrückten Teile derselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigentum geben und ihr den Schutz der Gesetze angedeihen lassen."

Der geniale Mitarbeiter des Frhrn. v. Stein und Verfasser des Manifestes, das den wenn auch vorerst noch bescheidenen Anfang einer konstitutionellen Staatsform bildete, war auch der Urheber des Ediktes vom 11. März 1812, das den Juden die gleichen bürgerlichen Rechte mit den Christen gewährte. Bei Beratung dieses sogen. Juden-Ediktes sprach Freiherr von Hardenberg die lapidaren, freilich noch heute der Erfüllung harrenden Worte:

„Ich kann kein Gesetz über Juden billigen, das mehr als vier Worte enthält: „**Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.**"

Schon in der 1807 von Hardenberg in Riga ausgearbeiteten Denkschrift über die „Reorganisation des preußischen Staates" findet sich die eindringliche, von warmem vaterländischen Empfinden diktierte Mahnung:

„Jede Stelle im Staat, ohne Ausnahme, sei nicht dieser oder jener Kaste, sondern dem **Verdienste** und der Geschicklichkeit und **Fähigkeit** aus allen Ständen offen. Bei keinem, er sei noch so klein, noch so gering, töte der Gedanke das Bestreben: dahin kannst du bei dem regsten Eifer, bei der größten Tätigkeit, dich fähig zu machen, doch nie gelangen. Keine Kraft werde im Emporstreben zum Guten gehemmt."

Der von dem preußischen reaktionären Junkertum wegen seiner liberalen Anschauungen mit giftigem Haß verfolgte und in öffentlichen Schriften als „Judenminister" beschimpfte Reorganisator des preußischen Staates scheute sich auch nicht, den hetzerischen Angriffen, die gegen die Juden in der Presse erhoben wurden, energisch entgegenzutreten, wie folgende von ihm gezeichnete ministerielle Verfügung bekundet:

„Der öffentliche Schriftwechsel über die Juden und die Anzeige davon in den Zeitungen scheinen mir in **polizeiwidrige Unarten** auszuarten. Ein vernünftiger Zweck liegt dabei durchaus nicht zugrunde. **Haß** gegen die Juden erregen ist ebenso unpolitisch wie **unmoralisch**. Es ist unfehlbar, daß bei Fortsetzung öffentlicher Beleidigung der Juden, wodurch die geringe Volksmasse der Christen sich aufgefordert und berechtigt finden wird, die Juden zu beleidigen, Ausschweifungen von der einen und von der anderen Seite nicht zu vermeiden sind. Diesem Uebel muß vorgebeugt werden. Auch scheint es mir **dem preußischen Staat nicht zur Ehre zu gereichen**, wenn von der Residenz aus **Intoleranz** gegen eine Kolonie gepredigt wird, welche der Staat schützt. Ueber das, was einmal geschehen ist, würde meiner Meinung nach wegzusehen sein, und für die Folge würde ich nachstehende Polizeimaßregeln vorschlagen:

1. Weder für noch wider die Juden dürfte vor der Hand etwas gedruckt werden.

2. Den Zeitungsbureaux würde zu untersagen sein, die bisher erschienenen Schriften durchaus auf keine auffallende oder gar beleidigende Art anzukündigen.

3. Den Polizeibehörden würde aufzugeben sein, keine zur Beleidigung der Juden gereichende Bekanntmachung jener Schriften, durch öffentlichen Anschlag oder andere Art, zu gestatten."

Dem tapferen Verhalten der **jüdischen Soldaten in den Befreiungskriegen** zollte der damalige Staatskanzler Fürst von Hardenberg in einem Schreiben vom 4. Januar 1815 vollste Anerkennung:

„Auch hat die Geschichte unseres letzten Krieges wider Frankreich bereits erwiesen, daß die Juden des Staats, der sie in seinen Schoß aufgenommen, **durch treue Anhänglichkeit sich hervortun**. Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengefährten ihrer christlichen Mitbürger gewesen, und wir haben unter ihnen Beispiele des wahren Heldenmuts und der rühmlichsten Verachtung der Kriegsgefahren aufzuweisen, sowie die übrigen jüdischen Einwohner, namentlich auch die Frauen, in **Aufopferung jeder Art den Christen sich anschlossen**."

Uns scheint, daß dem preußischen Staate ein zweiter Hardenberg bitter nottut.

Amerikanischer und deutscher Bäder-Antisemitismus.

(Aus einem Amerikanischen Briefe.)

Die amerikanischen Juden, die aus Europa von ihrem Sommerausfluge heimkehren, wissen von Jahr zu Jahr immer mehr ihren erstaunt zuhörenden Glaubensgenossen zu erzählen, wie unbefangen und freundschaftlich auch in deutschen Bädern und Sommerfrischen der Verkehr zwischen Juden und Christen sei. Das wird unseren Lesern nicht wenig verwunderlich klingen, da sie ja wissen, in wie vielen Bädern und Sommerfrischen Deutschlands Wert auf „Judenreinheit" gelegt wird. Aber noch mehr dürften sie sich verwundern darüber, daß das Staunen der amerikanischen Juden über solche Berichte nicht etwa darin seinen Grund hat, daß man sich von deutschen Bädern andere Vorstellungen gemacht hat, sondern darin, daß es in Amerika in dieser Beziehung viel schlimmer ist trotz aller politischen und gesetzlichen Gleichberechtigung. Ja, es wird sogar behauptet, daß diese Zustände in Amerika die Hauptursache sind, daß so viele Juden statt die Sommerferien im Lande zu genießen, scharenweise nach Europa flüchten, um die Ferienzeit ohne gesellschaftliche Kränkung verleben zu können. Denn während es in Deutschland im ganzen doch nur Bäder und Sommerfrischen niederen Ranges und obskure Hotels sind, die mit ihrer Judenreinheit paradieren und bessere Geschäfte machen zu können glauben, ist das Ausschließen der Juden in Amerika einmal viel häufiger und gerade eine Eigentümlichkeit bester Bäder und Hotels.

Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es bekanntlich doch nicht ganz dasselbe, auch wenn es noch so sehr dasselbe zu sein scheint. In Deutschland wie in Amerika sind allerdings die Juden der mehr oder weniger leidende Teil. Aber bei den Amerikanern ist es nicht sowohl Antisemitismus, als snobbisches Getue und — alles was recht ist — eine gewisse Notwehr von der Kultur mehr beleckter Amerikaner gegenüber den zahlreichen von abendländischer Kultur so gut wie gänzlich unbeleckten eingewanderten russischen und rumänischen Juden, die es zu etwas gebracht haben oder in der Gefolgschaft reicher Verwandten Bäder und Hotels unsicher machen. Die reichen Amerikaner, die ja keine Titel und Orden, also keine Mittel besitzen, sich von der übrigen Menschheit abzuheben, aber doch nicht jedem auf die Nase binden können, daß sie so und so viele Dollars zusammengescharrt haben, glauben dadurch, daß sie gewisse Klassen der Bevölkerung von sich fernhalten, den Eindruck erwecken zu können, daß sie etwas zu bedeuten haben, daß sie vornehm seien. Dieser Snobbismus, von dem die meisten Menschen etwas, die Engländer viel, und die Amerikaner trotz ihrer republikanischen Gleichheit und Brüderlichkeit sehr viel in ihrer Brust bergen, aber nicht verbergen können, würde, wenn er sich nicht bequem gegen Juden geltend machen könnte, zweifellos Iren ausschließen — die in der Tat oft ausgeschlossen werden und als noch nicht so viele Juden im Lande waren, noch viel häufiger ausgeschlossen worden sind — auch Deutsche, überhaupt alle Ausländer ausschließen. Die Knownothings gehen in der Tat in dieser Beziehung aufs Ganze und möchten am liebsten das Land allen Ausländern verschließen, die nicht würdig seien, mit ihnen dieselbe Luft zu atmen, mit ihnen, die es fast durchweg selbst am wenigsten wert sind. Es kommt hinzu, daß die Amerikaner sehr viel auf den äußeren Habitus eines Menschen geben, die zahlreichen russischen Juden aber, oder auch die noch nicht lange amerikanisierten, in dieser Beziehung wie jeder Besucher Karlsbads und Marienbads wissen wird, sehr viel, fast alles zu wünschen übrig lassen.

In den deutschen judenreinen Bädern, Sommerfrischen, Hotels, Restaurants ist dagegen nur Antisemitismus das Motiv der Ausschließung. Die nach Stellung, Bildung und selbst nur materiellem Besitz meist sehr untergeordneten Größen, die in gewissen Bädern keine Juden neben sich dulden wollen, sind eben nur Antisemiten und weiter nichts. Man muß diesen Zeitgenossen so viel Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie schwerlich jemals sich einbilden, etwas Besonderes zu sein. Höchstens, wenn sie blondes Haar von größerer Länge und blaue Augen haben, mögen etliche besonders unwissende Gäste sich dem Wahne hingeben, daß sie der arischen Rasse angehören. Aber selbst diese geistig minderwertigsten Badegäste bilden sich kaum ein, daß diese vermeintliche Zugehörigkeit zu der arischen Rasse ihr besonderes Verdienst ist. Mit anderen Worten, in den Vereinigten Staaten werden die Juden ausgeschlossen, weil die Ausschließenden Snobs sind und hauptsächlich auf Aeußerlichkeiten achten, in Deutschland, weil die Juden — Juden sind.

Wiener Brief.

XV.

(Wahlen. — Geßmanns Dank für Herrn von Beck. — Stipendien und Politik. — Universität. — Ein seltsamer Einfall.)

Wien, den 14. November 1908.

Nun haben auch die Wahlen für den niederösterreichischen Landtag aus der Zensuskurie und aus der anderen Kurien stattgefunden. Daß die Landgemeinden wie bisher den Christlichsozialen zufallen werden, stand außer Zweifel. In den Dörfern ist es sehr finster, und die Bewegung, die vom „Hauer- und Bauernbund" ausging, war zu schwach, um Erfolge erzielen zu können. In den Landstädten sind vier Mandate von den deutschvölkischen Kandidaten behauptet worden, während die übrigen Sitze von den Anhängern Luegers und Geßmanns eingenommen wurden. Ueberraschungen hat also der zweite Wahltag nicht gebracht, wie er denn überhaupt ruhig und ohne jede Erregung abgelaufen ist. Das Bild des Landtages entspricht also dem Bilde des letzten Landesparlaments. Die niederösterreichische Handelskammer entsandte Abgeordnete, die — vielleicht mit Ausnahme Kornel Spitzers — weder freiheitlich noch klerikal sind und ein stilles, beschauliches Dasein führen werden. Der Großgrundbesitz wieder wählte im Wege eines Kompromisses sogenannte verfassungstreue und konservative Abgeordnete; allein auch sie erweisen sich als ziemlich farblos. Eine nennenswerte Opposition gegen das herrschende Regime kann ihnen nicht einmal zugemutet werden. Standen im alten Landtage den siebenundvierzig Christlichsozialen — außer den Großgrundbesitzern, den Handelskammerdelegierten und Virilisten — bei insgesamt achtundsiebzig Mandaten, acht Deutschnationale und ein Sozialdemokrat gegenüber, so werden im neuen Landtage, der hundertundsiebenundzwanzig Abgeordnete zählt, vierundneunzig Christlichsoziale vier Deutschnationale und sechs Sozialdemokraten vor sich haben. Die Schwäche der Opposition entspricht jedoch nicht den politischen Kräfteverhältnissen in der Bevölkerung. Wir haben schon in der vorletzten Nummer der „Mitteilungen" der haarsträubenden Schwindeleien gedacht, die den Wahlen in Wien vorausgegangen waren. Hätte der Wiener Magistrat nicht Wunder gewirkt, hätte er nicht allen Regeln der Moral Hohn gesprochen, und wäre endlich die Statthalterei ihrer Pflicht gerecht geworden, dann würden die entschiedenen Gegner des christlichsozialen Regimes im Landtage um wenigstens sechs bis acht Köpfe mehr zählen. Für die freiheitliche Bevölkerung ist es schon an sich eine schwere Aufgabe gegen die Leichtgläubigkeit, die den Herren von Wien Anhänger zuführt, mit Erfolg anzukämpfen; der Niedertracht, die aus den Wählerlisten spricht, können sie nicht noch außerdem beikommen.

Die österreichische Regierung, die den unerhörten Wahlschwindel in Wien geduldet und dadurch dem Ansehen des Staates einen schweren Schlag versetzt hat, wurde übrigens von den Christlichsozialen schlecht belohnt. Seit Wochen haben die Blätter der einflußreichen Partei gegen Freiherrn von Beck scharf gemacht und dabei im Auftrage der christlichsozialen Minister gehandelt. Jetzt aber haben die Geßmann und Konsorten dem bisherigen Ministerpräsidenten ein Bein gestellt, so daß er fallen mußte. Das Gesamtministerium übergab dem Kaiser sein Entlassungsgesuch, und man muß die Regierung Beck zu den Toten zählen. Der aus dem Amte scheidende Ministerpräsident war der erste Staatsmann in Oesterreich, der die antisemitischen Demagogen regierungsfähig machte. Der aus dem klerikalen Lager kommende Dr. Ebenhoch, der seinen Antisemitismus nur von Fall zu Fall und da verhältnismäßig anständiger als seine Kollegen zum Ausdruck gebracht hat, wurde Ackerbauminister, und für Dr. Geßmann mußte gar erst ein eigenes Ministerium geschaffen werden. Vor einigen Monaten noch hat der schlaue Demagoge so getan, als würde der österreichische Gewerbestand unrettbar verloren sein, wenn das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht bestehen und Geßmanns Geist nicht im Amte walten würde. Nun verläßt er das von ihm aufgerichtete Gebäude kalten Herzens, und dem Mittelstand bleibt bloß der einzige Trost übrig, daß der christlichsoziale Nachfolger in der Volksverführung ebenso Meister sein werde wie der Begründer des Amtes in der Wiener Liechtensteinstraße. Zur Stunde läßt sich über das neue Beamtenministerium noch nichts sagen, da seine Namensliste erst festgestellt wird; seine Existenz dürfte aber von kurzer Dauer sein. Sicher ist nur, daß die Christlichsozialen das Ministerium Beck bloß aus dem Grunde gestürzt haben, weil sie ein Uebergangsministerium wünschten, um später eine Regierung ins Leben zu rufen, die ganz ihre Farbe zeigt. Doch bereits für das ursprünglich geplante parlamentarische Uebergangskabinett melden sie drei offizielle Parteigenossen an. Das Präsidium des provisorischen Kabinetts ist dem bisherigen Minister des Innern, Herrn von Bienerth, zugefallen, der den Christlichsozialen stets ein gehorsamer Diener war. Bienerth ist ein Enkel Schmerlings, aber von diesem hat er weder den Geist noch die Gesinnung geerbt. In einer Verlautbarung der christlichsozialen Korrespondenz „Austria" wurde vor kurzem besonders hervorgehoben, daß die Christlichsozialen das Ministerium Beck nicht zuletzt wegen des Unterrichtsministers Dr. Marchet zu Falle brachten, denn sie seien mit der Haltung der Regierung in der Wahrmund-Affäre und im Studentenstreit nicht einverstanden gewesen und glaubten, Sühne verlangen zu müssen. Das Ministerium Beck, das ohnehin fast ein Ministerium Geßmann war, schien ihnen zu „liberal". Wenn das kein schlechter Witz der Korrespondenz „Austria" ist, kann man sich auf nette Erlebnisse gefaßt machen. Allerdings geht der Krug solange zum Brunnen, bis er bricht, und auch die Christlichsozialen werden in ihrem Uebermute und in ihrer Herrschsucht ihren Niedergang nur beschleunigen. Vorläufig aber sprechen sie noch als die stärkste Partei des Abgeordnetenhauses ein sehr gewichtiges Wort mit.

Wie weit die Rücksichtslosigkeit der Lueger-Geßmannschen Reichspartei reicht, hat man dieser Tage an einem krassen Beispiel gesehen. Der Bürgermeister von Wien vergibt in seiner Eigenschaft als Stadtoberhaupt verschiedene Stipendien an Universitätshörer, die meistens von liberalen Männern gestiftet worden sind und den würdigsten Bewerbern ohne jegliche Einschränkung zufallen sollen. Was tut nun Dr. Lueger? Er verlangt von jedem Studenten, der des Stipendiums teilhaftig werden will, eine schriftliche Erklärung, in der der junge Mann bekennen muß, daß er seiner Gesinnung nach weder Sozialdemokrat noch Alldeutscher sei, und daß er diesen Parteien niemals angehören werde. Diese Einengung der Bewegungsfreiheit, die sicherlich nicht dem Geist der Stifter entspricht, hat in den Kreisen der Studentenschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Doch Dr. Lueger will sich nicht eines Besseren überzeugen lassen, und er erklärt, an der von ihm eingeführten Form der Stipendienverleihung festhalten zu wollen.

An der Wiener Universität (vergl. auch die Notiz: Ist das deutsch?) hat es in den letzten Tagen Schlägereien gegeben. Die jungen deutschnationalen Herren wollten wieder einmal den deutschen Charakter der alma mater „wahren" und deshalb mobilisierten sie ihre Uebermacht gegen die — deutschen Hörer jüdischer Konfession, die sich wohl zum Teile „jüdischnationale" nennen. Den Ausgang des Konfliktes bildete der alte Streit über die Satisfaktionsfähigkeit der Juden. Die deutschnationalen Herren belieben nämlich die Mitglieder der jüdischen Verbindungen als nicht „gleichwertig" anzusehen. Sie selbst aber erbringen für ihre „Mehrwertigkeit" schlechte Beweise . . .

Wenn man die christlichsoziale Presse liest, stößt man oft auf Ungeheuerlichkeiten, bei denen man im Zweifel ist, ob

sie normaldenkende Menschen ersonnen haben. Auch in der „Reichspost“, die jetzt das einflußreichste antisemitische Blatt Oesterreichs ist, feiert die Dummheit manchmal Orgien, obgleich sich diese Zeitung bemüht, die Pfade des Herrn Vergani zu meiden und im allgemeinen als seriös zu gelten. Um so alberner ist ein Ausfall, den sich das Blatt in der Nummer vom 5. d. M. geleistet hat. Die Notiz läßt die sonderbaren Verirrungen erkennen, zu denen das antisemitische Denken führt, und darum sei sie hier abgedruckt und gleichzeitig tiefer gehängt. In der „Reichspost“ heißt es:

Englisch-jüdische Preßhetzer.

Einige englische Blätter, allen voran der dem britischen Auswärtigen Amte nahestehende „Daily Telegraph“, hetzen Serbien und Montenegro in einen Krieg mit der Monarchie. Der „Daily Telegraph“ sieht einen serbisch-österreichischen Krieg als etwas Zwingendes, Unabänderliches an und empfiehlt den Serben, vorläufig bloß zu rüsten und vor Beginn der Feindseligkeiten sich noch den Rücken durch ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Türkei und anderen benachbarten Balkanstaaten zu decken . . . Eigentümlich und auf eine bestimmte Quelle hinweisend sind die Bemerkungen des Blattes über eine angebliche „Jesuitenherrschaft“ in Wien. Nach einem beleidigenden persönlichen Vorstoß gegen die Person des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand fährt das Blatt fort: „Die serbische Rasse kann sich von einem illyrischen Reich unter dem Szepter Oesterreichs nicht viel erhoffen, denn die Wiener Politik wird von einer extrem klerikalen Partei geleitet.“ (!)

Die „Neue Freie Presse“ knüpft in ihrem heutigen Abendblatte mit schadenfroher Behendigkeit an diesen Hetzartikel des „Daily Telegraph“ an, um gegen die „slavisierende und klerikalisierende Koalitionspolitik im Inneren“ loszufahren.

Zur Aufhellung der zwischen dem „Daily Telegraph“ und der „N. Fr. Pr.“ bestehenden Interessengemeinschaft sei festgestellt, daß der „D. T.“ Eigentum eines Mr. B. B. Lawson ist, der seit 1903 im englischen Oberhause sitzt, vorher aber Levy hieß. Er ist der journalistische Intimus des Königs Eduard und der großen englischen Weltfirmen. Da auch die „Frankfurter Ztg.“, das Organ der Alliance israelite in Deutschland, in ihrem gestrigen Abendblatte für Serbien-Montenegro und gegen die Monarchie Stellung nimmt, entpuppen sich die englischen Angriffe als ein Preßmanöver der Alliance israelite.

Wie naiv müssen doch die Leser christlichsozialer Blätter sein. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Reichstagsersatzwahl in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf. Die Christlichsozialen, die dem Wunsche Stöckers entsprechend als seinen Nachfolger den Liz. Mumm als Kandidaten aufgestellt haben, reiben sich schmunzelnd die Hände über die Zerfahrenheit im Lager ihrer Gegner. Nach den neuesten Meldungen sind nicht weniger als drei liberale Kandidaten aufgestellt, nämlich von den Nationalliberalen der Berghauptmann a. D. Vogel, von einem Teil der Anhänger der freis. Volkspartei in der Stadt Siegen der frühere Landtagsabg. Karl Goldschmidt, während eine von den Vertrauensmännern aller freisinnigen Organisationen einberufene Versammlung in Laasphe, an der im Auftrage der Parteileitung der freis. Volkspartei der Landtagsabg. Dr. Schepp, im Auftrage der freis. Vereinigung das Vorstandsmitglied Prof. Schloßmacher-Düsseldorf teilnahm, einstimmig als gemeinsamen Kandidaten der drei linksliberalen Parteien den Redakteur Nuschke-Kassel proklamiert hat. Also die liberalen Parteien glauben, sich den Luxus dreier einander mehr oder minder scharf bekämpfenden Kandidaten leisten zu dürfen gegenüber einem so gefährlichen und so starken Gegner, wie es der antisemitisch-christlichsoziale Kandidat ist, der, wenn überhaupt, nur durch ein festes Zusammenhalten aller Liberalen geworfen werden kann. Wir glauben zwar nicht, daß die Verblendung im liberalen Lager so weit gehen wird, daß diese drei Sonderkandidaturen bis zum Tage der Wahl aufrechterhalten werden. Aber auch wenn, was wir bestimmt erwarten, der einen oder anderen dieser Kandidaturen sehr bald durch einen Machtspruch des Einigungsausschusses das Lebenslicht ausgeblasen werden wird, so muß doch die agitatorische Stoßkraft der liberalen Parteien gegen den gemeinsamen Gegner durch den jämmerlichen Parteiegoismus im liberalen Lager eine so erhebliche Einbuße erleiden, daß die Antisemiten dem Ausgang der Wahl nicht ohne allzu große Besorgnis entgegenblicken können.

Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. Unser Bureau in Frankfurt a. M. schreibt uns:

Die am 12. November stattgefundenen Wahlen sind in ihrem Ergebnis für uns — soweit es die nunmehrige Zusammensetzung des Stadtparlaments betrifft — eigentlich nur von sekundärem Interesse. Aber in einer Richtung erscheinen sie bemerkenswert. Bei der Mittelstandsvereinigung — der Antisemit Ohlenschlager an der Spitze — die bei den Wahlen im Jahre 1906, trotz ihres Bündnisses mit Nationalliberalen und Zentrum nicht einen einzigen Erfolg zu erzielen vermochte, hat sich inzwischen eine so starke Mauserung vollzogen, daß auch solche Elemente innerhalb dieser Vereinigung Platz finden konnten, denen man in der Tat antisemitische Gesinnungen beim besten Willen nicht nachsagen konnte. So gehörte auch einer unserer jüdischen Mitbürger der Vereinigung ebenfalls an. Innerhalb dieser merkwürdigen Vereinigung, welche auch sonst einige besonnere Elemente in sich barg, die der Meinung huldigten, daß der Antisemitismus in der Mittelstandsvereinigung keine Stätte haben dürfe, kam es anläßlich der Wahl zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und zu folgenschweren Auseinandersetzungen. Eine offizielle reinliche Scheidung zwischen denen „um Ohlenschlager“ und den „Andersgläubigen“ war das Ergebnis, und kurz vor der Wahl erschien folgende

Erklärung:

„In der gestern in der Börse stattgefundenen Versammlung der Mittelstandsgruppen hat Herr Ohlenschlager in seinen Ausführungen unter anderem erklärt, daß die Mittelstandsvereinigung sich bereit finden könnte, auch die Kandidatur eines Deutschsozialen für den Reichstag zu unterstützen, sofern der Kandidat das wirtschaftliche Pragramm der Mittelstandsgruppen unterschreiben würde. Diese rein persönliche Aeußerung des Herrn Ohlenschlager, welche in der Bekundung antisemitischer Gesinnung gipfelt, veranlaßte den Leiter der Versammlung und Vorsitzenden des Wahlkomitees, Herrn Adolf Jung, jene Aeußerung in seinem und dem Namen der Unterzeichneten mit Entrüstung zurückzuweisen. Da Herr Ohlenschlager trotz Aufforderung seine Worte nicht widerrief, verließen die Unterzeichneten mit dem größeren Teile der Anwesenden unter Protest den Saal zur Klarstellung ihres entgegengesetzten Standpunktes.

Die Unterzeichneten erklären hiermit ihren Austritt aus der Mittelstandsvereinigung. Die Unterzeichneten erklären weiter, daß sie nach wie vor aber für das van ihnen als richtig erkannte rein wirtschaftliche Programm einzutreten bereit sind, und betonen, unter Ausschluß jeglicher konfessionellen und politischen Tendenz für die Gesamtinteressen der Bürgerschaft im Stadtparlament für den Fall ihrer Wahl tätig sein zu wollen.“ (11 Unterschriften.)

Nach dieser Erklärung zu urteilen, befindet Herr Ohlenschlager sich jetzt mit wenigen Gesinnungsgenossen so ziemlich allein, und da seine nichtantisemitischen einstigen „Kollegen“ bei den Stichwahlen gewisse Chancen haben, dürfte er die Entwickelung der Dinge doppelt schmerzlich empfinden.

Die neueste „Sanierung“ des Deutschen Volksbundes des Herrn Prof. Paul Förster wird in dem Bundesorgan, der „Deutschen Hochwacht“, in der Form mitgeteilt, daß „in bezug auf programmatischen Inhalt, auf äußere und innere Organisationsformen, auf finanzielle Gesundung wesentliche Aenderungen“ getroffen seien. Die „finanzielle Gesundung“ des schon seit Jahren politisch wie finanziell halbbankrotten Bundes scheint die Hauptsache zu sein. Ohne eine Schröpfung werden wohl aber die braven Bundesmitglieder dabei schwerlich davonkommen. Zwischen der Kassenverwaltung der Bundesbeiträge und den Abonnementsbeiträgen des Bundesorgans soll fortan eine reinliche Scheidung stattfinden. An der Spitze der Verwaltung befindet

sich jetzt Herr **Simons**, Geschäftsführer der „Hochwacht", ist der bekannte antisemitische Rechtsanwalt Eduard **Jüngst**.

Die „Wahrheit" und die Warenhäuser. Das pornographische Wochenblatt des Reichstagsabgeordneten Wilhelm **Bruhn** beschäftigt sich sehr häufig mit dem Warenhause **Wertheim**, wobei nicht bloß angebliche geschäftliche Sünden, sondern auch Familiengeschichten — bekanntlich eine Spezialität der „Wahrheit" — an die große Glocke gehängt werden. Neuerdings verursacht es dem würdigen Blatte arge Beklemmungen, daß der Hauptinhaber der Firma ernstlich danach trachte, **Kommerzienrat** zu werden. Und um dieses Unheil vom deutschen Volke abzuwenden, bringt das Blatt in der Nummer vom 31. Oktober einen von sittlicher Entrüstung triefenden Artikel, der in dem Satze gipfelt: Wenn Wertheim den Kommerzienratstitel erhalten sollte, so würde sich derjenige Minister, der diese Verleihung befürwortet, glatt in Widerspruch setzen zu weiten Kreisen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, die durch Wertheim schwer geschädigt werden. Zwei Wochen später kommt das Blatt auf das Thema zurück und gibt seiner Empörung darüber Ausdruck, daß die **Kronprinzessin** das Protektorat über die Ausstellung internationaler Kunstwerke aller Länder, die vom 15. Januar bis 15. Februar 1909 in den Räumen des Warenhauses Wertheim stattfinden wird, übernommen habe. Weite treugesinnte Kreise unseres Volkes hätten mit tiefem Bedauern davon Kunde erhalten. Das Warenhaus Wertheim sei ein Krebsschaden für unseren kaufmännischen Mittelstand usw.

Weshalb wir von diesen Elaboraten des antisemitischen Blattes Notiz nehmen? Nicht um für oder gegen die Warenhäuser, für oder gegen Wertheim Partei zu ergreifen. Auch haben wir kein Interesse daran, ob Wertheim Kommerzienrat wird oder nicht. Nein, nur um die Heuchelei, die Gesinnungslosigkeit und die Geschäftstüchtigkeit des Bruhnschen Organs festzunageln. Dieselbe Nummer nämlich, worin in der oben angegebenen Weise das Warenhaus Wertheim als Ruin des Mittelstandes gekennzeichnet wird, bringt eine seitenlange Annonce des **Warenhauses Jandorf**! Wir sind überzeugt, daß, wenn letzteres dem Blatte des Herrn Bruhn die Annoncen entzöge, die „Wahrheit" gegen die Firma Jandorf in ähnlicher Weise Front machen würde, wie es ja auch wenn wir uns recht erinnern, früher der Fall gewesen ist, als Jandorf noch nicht mit Bruhn in Geschäftsverbindung stand.

Fürwohr, ein prächtiger Schützer des Mittelstandes, dieser antisemitische Volksvertreter!

Ist das deutsch? An der **Wiener** Universität ist es dieser Tage zwischen zionistischen und deutschnationalen Studenten zu einem heftigen Zusammenstoß gekommen. Ein zionistischer Student war von einem Mitglied der deutschnationalen „Alemannia" **tätlich** insultiert worden; als der arische Held darauf von dem Zionisten gefordert wurde, kniff der Wackere, indem er sich hinter der von den antisemitischen Studenten in Oesterreich offiziell proklamierten **Satisfaktionsunfähigkeit der Juden verschanzte**. Die Zionisten demonstrierten gegen diesen einem ihrer Mitglieder angetanen Schimpf daraufhin in einer Massenkundgebung auf der Rampe der Universität, indem sie den deutschnationalen Studenten den Eingang versperrten. Es kam, da sich die Reihen beider Parteien durch Zuzug immer mehr verstärkten, zu einer solennen Keilerei, in deren Verlauf die Balustrade der Rampe einstürzte und eine ganze Anzahl von zionistischen Studenten in den Sturz mit hinabzog. Es sind infolgedessen mehr als 50 jüdische Studenten zum Teil nicht unerheblich verletzt worden. Auf Seiten der deutschnationalen Studenten, deren Zahl zum Schluß bis auf etwa 2000 angewachsen war, sollen bei dieser Holzerei u. a. auch **Stinkbomben**, die mit Schwefelsäure gefüllt waren, und Ammoniakflaschen geworfen sein. Die Polizei hat, ohne sich zu rühren, diesem Skandal, wie behauptet wird, mit freudiger innerer Anteilnahme zugesehen, und die Fiakerkutscher haben den deutschnationalen Studenten sogar geholfen. Der Rektor der Universität, dem bisher eine einseitige Parteinahme nicht nachgesagt werden kann, hat den zionistischen Antrag, daß über die „Alemannia" das Farbenverbot ausgesprochen werde, abgelehnt, es heißt indes, daß er gewillt sei, gegen das Mitglied der deutschnationalen Verbindung, welches den Anlaß zu der Rauferei gegeben hat, disziplinarisch vorzugehen.

In Deutschland wird man über dieses unqualifizierbare Verhalten „deutschnationaler" Studenten nur das Gefühl **tiefster Beschämung** empfinden. Wie stark auch die Animosität eines großen Teils unserer Studenten gegen ihre jüdischen Kommilitonen sein mag, so hat es doch im Reiche noch keine antisemitische schlagende Verbindung gewagt, Juden, die eines ihrer Mitglieder wegen Beleidigung fordern mußten, die Satisfaktion zu verweigern. Die allgemeine Empörung über eine solche undeutsche Feigheit hätte die Verbindung sofort hinweggefegt. In Oesterreich aber, wo gewisse deutschnationale Kreise mit dem anmaßlichen Anspruch auftreten, daß sie die alleinigen Hüter des unverfälschten Deutschtums seien, wird die Ehre des deutschen Studenten durch solche erbärmliche Kneifereien befleckt.

Vermischtes.

Ueber die „Verjudung" des preußischen Offizierkorps — unglaublich, aber wahr — zetert der „Hammer"-Freund **Wilhelm Schölermann**. Er ist sehr erbost darüber, daß die liberale Presse immer wieder die Zurücksetzung der Juden im Heere auf das religiöse Gebiet hinüberspiele, und stellt in dem Organ seines Freundes Fritsch die entrüstete Frage:

Was hat die **Religion** mit dieser Tatsache zu **schaffen**? Da man aber immer wieder das alberne Gerede von der „Religionsfreiheit", mit freisinniger Tunke übergossen, uns aufbinden möchte, so muß schon oft Gesagtes immer wieder gesagt werden. Ein verstorbener alter Professor von sehr wohlwollendem Sinn (Carl von Lützow) pflegte das drastisch so auszudrücken: „Der **Glaube** ist uns einerlei — In der **Rasse** liegt die Schw . . . . rei!"

Natürlich. Und so lange mit dieser Rassensch . . . . rei nicht gründlich aufgeräumt wird, ist auch keine Besserung zu erhoffen. Die neuen Edelmenschen, die von der Erneuerungsgemeinschaft herangezüchtet werden sollen, werden wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen, und bis dahin muß dieser Brave blutenden Herzens zusehen, wie das deutsche Offizierkorps immer mehr „verjudet". Herr Schölermann schreibt nämlich:

„Schwer ist es, keine Satire zu schreiben, wenn man weiß, wie das **preußische Offizierkorps**, das feudalste der Welt, im Fahrwasser des kaiserlich „neuen Kurses" durch **Geld-(Liebes-)Heiraten in jüdischen Bankkreisen** schon dafür sorgt, daß ins deutsche Offizierkorps, ins deutsche Volksheer das Blut Judas aus erster Degeneration eingeführt wird. Beweist das nicht schlagend, wie „vorurteilsfrei" man im reaktionären Preußen geworden ist?"

Ach nein, von einer „vorurteilsfreien" Auffassung kann dabei nicht im entferntesten gesprochen werden, wohl aber von einer blamablen Inkonsequenz der herrschenden Kreise. Denn darin hat dieser grimme Feind der Rassenverschmelzung allerdings nicht ganz unrecht: Es zeugt weder von Konsequenz, noch von Ehrlichkeit, alle bisherigen Bedenken gegen den Eintritt jüdischer Aspiranten in das Offizierkorps in dem Augenblick fallen zu lassen, wo die Betreffenden ihre bisherige Religion abschwören. Das preußische Offizierkorps mag ja im allgemeinen aus gläubigen und frommen Anhängern des Christentums bestehen. Einen solchen naiven Glauben, daß der schlichte Akt der Taufe bisher militärisch Untaugliche plötzlich mit allen Vorzügen kriegerischen Geistes begnadet, wird man aber selbst bei den Frömmsten der Frommen schwerlich voraussetzen dürfen.

Aus alten Mappen. Der im Jahre 1872 in Stadthagen verstorbene Arzt G. Baar, der dort 40 Jahre als Amtswundarzt und städtischer Armenarzt für 5 Taler Gold und von 1846—1872 als Eisenbahnarzt für 25 Taler Gold pro Jahr amtiert hat, wurde, als die deutschen Truppen 1871 aus Frankreich zurückkehrten und die 7. Jäger vorübergehend in Stadthagen einquartiert wurden, zur ärztlichen Behandlung der im Feldzug verwundeten oder krank gewordenen Soldaten hinzugezogen. Bei dem Scheiden der Truppen erhielt Herr Baar, wie wir einem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Privatschreiben entnehmen, eine Zuschrift des Generalarztes Dr. Vogelsang, die folgendermaßen beginnt:

Verehrter Kollege!

„Bei dem Scheiden des Truppenteils aus Stadthagen kann es nicht unerwähnt bleiben, daß Sie sich stets sehr kameradschaftlich gegen unseren Truppenteil benommen und aus Gefälligkeit dem Staate Dienste geleistet haben. Der Staat hat zwei Mittel der Anerkennung: 1. durch Honorierung, 2. durch Dekorierung."

Folgen alsdann vertrauliche Mitteilungen, wie der Staat in solchen Fällen vorzugehen pflegt. Der im Jahre 1869 zum Fürstl. Schaumburg-Lippischen Amtsphysikus ernannte alte Herr hat jedoch bescheiden jede Art der Anerkennung bezw. Honorierung abgelehnt.

Das Eden der Erneuerungsgemeinde, das den Namen „Heimland" führen soll, wird in Mecklenburg oder Pommern gegründet werden; es sind zwei dort befindliche Güter zur engeren Wahl gestellt worden. Eine am 18. Oktober in Leipzig stattgehabte, von etwa 30 Interessenten besuchte Versammlung hat einen Aufsichtsrat mit Herrn Fritsch an der Spitze gewählt, der den Ankauf des Gutes in die Hand nehmen soll. Die durchweg zum radikalen Antisemitismus sich bekennenden Phantasten erleben jedoch den Schmerz, daß der politisch organisierte Antisemitismus von dem nebelhaften Projekt nichts wissen will. Wir haben kürzlich schon eine überaus scharfe Kritik wiedergegeben, die das deutschsoziale Parteiorgan an dem Unternehmen übte. Jetzt verurteilt auch das Organ des Deutschen Volksbundes den Siedelungsgedanken in Grund und Boden. In der „Deutschen Hochwacht" schreibt nämlich Paul Koch, ein Mitglied des „Großen Rats", zugleich im Namen der Redaktion:

„Innerhalb der letzten Wochen sind bei uns eine ganze Reihe von Zuschriften eingegangen, worin angefragt wurde, 1. was die Siedelungbewegung bedeute, welchen Zweck sie habe, welche Ziele sie verfolge, und 2. ob wir zu einer Beteiligung raten könnten. Indem wir die Fragen zu 1 mit dem Abdrucke des obigen aus sachkundiger Feder geflossenen Aufsatzes beantworten, müssen wir die zweite Frage, ob das Unternehmen zu empfehlen wäre, rundweg verneinen. Aus verschiedenen Gründen glauben wir nicht, daß die „deutsche Erneuerungsgemeinde" lebensfähig sei und eine Zukunft habe. Selbst wenn das Unternehmen aufblühen und nach Wunsch gedeihen sollte, was wir übrigens für ausgeschlossen halten, so blieben wir doch stets Gegner einer solchen Sonderbündelei, die dem Antisemitismus die besten Werbekräfte entzieht. Es ist unverantwortlich, die Triarier aus der Schlachtordnung gegen Israel herauszuziehen, das eigene Kriegsvolk im Stiche zu lassen und einem Wolkenkuckucksheim nachzujagen. Wenn das nicht Volksverrat ist, dann hat es nie einen gegeben."

Das moralische Amtsgericht und das unmoralische Heinedenkmal. Dieses in der vorigen Nummer erwähnte groteske Vorkommnis führte der freisinnige Abg. Ablaß bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung usw. als Beispiel dafür an, daß Kollegialgerichte dem Einzelrichtertum vorzuziehen sind. Er führte aus:

„Daß die Tätigkeit der Amtsrichter wiederholt der Anfechtung unterliegen kann, das will ich Ihnen an einem Beispiele klar machen, das soeben erst in der Presse veröffentlicht worden ist. Es ist ein Fall, der in der „Frankfurter Zeitung" aktenmäßig festgestellt ist. Sie können sich denken, daß ich mich nur auf diese Mitteilung verlassen kann, wie sie bisher in der Presse erschienen ist. Sie lautet folgendermaßen:

Wenn in der nächsten Zeit, wie beabsichtigt ist, die Akten des ehemaligen Düsseldorfer Heinedenkmalkomitees der Stadt- und Landesbibliothek überwiesen und dem Heineforscher zugänglich gemacht werden, wird besonders ein Aktenstück sein Interesse erregen, das bisher nur wenigen zur Kenntnis gekommen ist.

Es wird nun geschildert, daß bis vor wenigen Jahren an der Spitze des Denkmalkomitees der inzwischen verstorbene Geheime Justizrat Emil Blum gestanden hat, daß er, nachdem ein ansehnlicher Fonds aufgelaufen war, daran ging, zu versuchen, auf Grund der Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuchs dafür einen gesetzlichen Pfleger in der Person seines Sekretärs bestellen zu lassen, und daß er in diesem Sinne eine Eingabe an das Amtsgericht gerichtet hat. Der Amtsrichter aber hat ihm einen Beschluß des Amtsgerichts zustellen lassen, in dem die Bestellung des Pflegers abgelehnt wurde mit der Begründung, man könne einen Pfleger nicht bestellen, weil das Geld zu einem unmoralischen Zwecke gesammelt sei. Daraufhin hat sich naturgemäß der Geheimrat Blum beschwerdeführend an die Kammer des Landgerichts gewandt. Der Beschluß ist unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Witte aufgehoben worden. Man kann sagen: das ist ein einzelner Fall. Ganz recht, meine Herren, man soll auch Einzelfälle nicht generalisieren. Aber ich bin der Ueberzeugung, daß ein derartiger Fall in dieser Weise vor einem Landgericht niemals hätte zur Entscheidung gebracht werden können. Die Möglichkeit, einen Spruch herauszubekommen, der der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, daß eine Anzahl der besten Männer des Volks, die sich zusammengetan haben zu einem hochkünstlerischen Zweck, eine unmoralische Tätigkeit entwickelt haben, ist nur zu erklären durch einen Abweg, und, meine Herren, drei Richter gehen einen Abweg schwerer als ein Richter. (Sehr richtig! links.) Da komme ich zu dem Schlusse, daß wir der Gefahr beim Einzelrichter eher ausgesetzt sind als bei dem Kollegialgericht, daß ein Fehlspruch zustande kommt."

Kulturhistorische Kriminal-Prozesse. Der bekannte Berliner Gerichtsberichterstatter Hugo Friedländer, der seit mehr denn vierzig Jahren an fast allen Aufsehen erregenden Prozeßverhandlungen als Vertreter der Presse teilgenommen hat, hat ein lesenswertes Büchlein erscheinen lassen „Kulturhistorische Kriminalprozesse" -, in dem er aus dem Schatze seiner Erinnerungen düstere kriminalistische Bilder, die zum Teil schon der Vergessenheit anheimgefallen sind, zur Verwertung für den Kulturhistoriker wieder der Oeffentlichkeit unterbreitet. Unter den knappen Darlegungen, die er gibt, befinden sich auch „Fälle", die auf das Schuldkonto des skrupellosen Antisemitismus zu setzen sind, Fälle, bei denen der menschliche Irrwahn wahre Orgien gefeiert hat.

Da ist der unseren Lesern zur Genüge bekannte Tisza-Eszlarer Ritualmord-Prozeß vor dem Kreisgericht zu Nieregyhaza, Süd-Ungarn, im Mai und Juni 1883. Der Verfasser schildert die wilde Judenhetze, die unter dem Schutze der Behörden losbrach. Schließlich wurden 15 Juden unter Anklage gestellt. Die Verhandlungen dauerten mehrere Wochen. Inzwischen war die Leiche eines jungen Mädchens im Wasser aufgefunden und als die Vermißte rekognosziert worden. Das Oberstaatsanwaltssubstitut beantragte selbst Freisprechung aller Angeklagten und zerpflückte vollkommen das Ritualmordmärchen. Das Gericht schloß sich ihm an. In Dresden und Berlin stellten dann die geriebenen Antisemiten ein angebliches Bild des Mädchens gegen 50 Pfg. Eintrittsgebühr zur Schau. Später wurde festgestellt, daß die ganze Sache Schwindel war und daß es sich um das Porträt einer ungarischen Prostituierten handelte.

Ferner berichtet der Verfasser über die Neustettiner Synagogenbrand-Prozesse im Oktober 1883 und im Januar und Februar 1884 vor den Schwurgerichten zu Köslin und Konitz und vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts. Im Sommer 1881 hatten Berliner antisemitische Hetzer in ganz Pommern und besonders in Neustettin große Judenrevolten inszeniert. Nun brannte auf einmal in Neustettin die Synagoge ab. Die Juden sahen darin eine Gewalttat der Antisemiten, während diese behaupteten, die Juden hätten die Tat selbst begangen, um die Versicherungsprämie einzustecken. Fünf Juden wurden auch wirklich unter dem Hepp-Hepp-Geschrei des Straßenpöbels vom Schwurgericht zu

Köslin zu schweren Strafen verurteilt. Das Reichsgericht wies die Sache zurück an das Schwurgericht zu Konitz, das die Angeklagten sämtlich freisprach. Alle angeblichen Belastungszeugen waren hier, da sie nicht durch das Geheul des Pöbels ermuntert wurden, umgefallen.

Schließlich behandelt Fr. noch den Prozeß wegen des Skurezer Knabenmordes vor dem Danziger Schwurgericht im April 1885. Auch in diesem Falle ging die aufgehetzte Menge gegen die Juden vor. Die gegen einen Juden erhobenen Beschuldigungen waren aber so haltlos, daß gar nicht einmal Anklage erhoben wurde. Das Verfahren wurde vielmehr gegen einen christlichen Schlächter eingeleitet, der aber wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde.

Die Gerichte haben die antisemitischen Lügen gekennzeichnet als das, was sie sind. Ein trauriges Zeichen der Zeit aber ist es, daß solche Prozesse am Ausgang des 19. Jahrhunderts überhaupt noch möglich waren.

Aus Anlaß der Mandatsniederlegung Stöckers erzählt ein Mitarbeiter der „Frankf. Ztg." ein ergötzliches, bisher nur in internen Kreisen bekanntes Geschichtchen aus der Zeit, da der fromme Hofprediger sein Unwesen am lautesten trieb: Zu Anfang der achtziger Jahre, als der Stöckersche Petitionsrummel gegen die Gleichberechtigung der Juden in Szene gesetzt wurde, kam ein Formular auch an einen jüdischen Tierarzt in Essen, dessen Konfession dem Zusender offenbar trotz aller Schnüffelei — unbekannt geblieben war. Herr H. legte das Papier beiseite. Als er aber nach einiger Zeit gemahnt wurde, die von ihm gesammelten Unterschriften einzuschicken, holte er das Ding wieder hervor und schrieb darauf mit lakonischer Gedrängtheit: „Ich habe meine Patienten nicht zur Unterschrift bewegen können. — H., Tierarzt."

Der Kaiser von Oesterreich und die Juden in Bosnien. Einer Deputation der jüdisch-spaniolischen Bosnier, die anläßlich der Einverleibung der Okkupationsländer in den österreichischen Staat dem Monarchen am 11. d. Mts. ihre Huldigung darbrachten, erwiderte der Kaiser auf die Huldigungsansprache:

„Ihr Erscheinen und der Ausdruck Ihrer loyalen Gesinnungen gewährt Mir aufrichtige Befriedigung, da es Mir wohl bekannt ist, daß Ihre Glaubensgenossen stets ein Element der Ordnung in Ihrer Heimat gewesen sind. Durch die fortgesetzte Betätigung der bürgerlichen Tugenden in brüderlicher Eintracht mit dem gesamten Volke Bosniens und der Herzegowina werden Sie auch in Hinkunft ein wertvoller Faktor des kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Lebens bleiben. Meines landesväterlichen Wohlwollens mögen Sie bei Ihren patriotischen Bestrebungen versichert sein."

In dem an den offiziellen Huldigungsakt sich anschließenden Privatgespräch sprach der Monarch seine Freude darüber aus, daß die meisten Delegierten auch gut deutsch sprächen. Die Deputation hatte auch eine Audienz bei dem Reichsfinanzminister Burian, der ihr die Zusicherung gab, daß die Regierung, die im Laufe der Jahre Gelegenheit hatte, die Juden Bosniens und der Herzegowina als ein fleißiges, kultur- und wirtschaftförderndes Element kennen zu lernen, nicht daran denke, sie hinter den anderen Konfessionen des Landes zurückzusetzen. Wenn er, der Minister, in seinem Exposé in den Delegationen der Juden Bosniens nicht ausdrücklich Erwähnung getan habe, so habe dies nur darin seinen Grund, weil er nur Anlaß genommen habe, derjenigen drei Nationen und Konfessionen zu gedenken, die früher in politischer Fehde sich befunden. Er erkläre ausdrücklich, daß die Juden in dem zu schaffenden Landtage ihre Vertretung haben werden. Dr. Alkalay fragte den Minister, ob die Juden mit Bestimmtheit darauf rechnen können, daß ihnen gleich den anderen Konfessionen im Lande eine bestimmte Anzahl von Mandaten zugesichert werde, worauf der Minister erwiderte: „Alles, was die anderen Konfessionen bekommen, werden Sie auch bekommen."

Die Juden und das Pluralwahlrecht in Ungarn. Im ungarischen Parlament ist in diesen Tagen der Wahlrechtsausschuß zur Vorberatung der eingebrachten Pluralwahlrechtsvorlage gewählt worden.

Während der Abstimmung weilten die meisten Abgeordneten in den Couloirs, wo es zu einem starken Wortwechsel zwischen dem Abg. Samuel Kelemen und dem Publizisten Baron Ivor Kaas kam. Dieser kritisierte das Pluralitätswahlrecht des Grafen Andrassy hauptsächlich unter Berufung darauf, daß alle Juden auf Grund dieser Vorlage drei Stimmen erhalten und so bei den Wahlen dominieren würden. Darauf erwiderte Abg. Kelemen erregt, daß die Juden ebenso gute Patrioten seien wie sonst irgend jemand, und daß sie sich übrigens in viel zu geringer Zahl befänden, als daß sie wirklich dominieren könnten. In das Gespräch mischten sich auch andere Abgeordnete, darunter Professor Kmety, welcher meinte, daß die Juden wohl gute Patrioten seien, nur müsse man bezüglich der Zionisten eine Ausnahme machen. Graf Andrassy saß in unmittelbarer Nähe der Gruppe, in welcher die Diskussion stattfand, auf einem Sofa, sagte jedoch, wie die „Neue Freie Presse" schreibt, kein Wort, sondern lächelte bloß.

Das Testament eines jüdischen Sonderlings. Lediglich um gegenüber antisemitischen Entstellungen den wahren Sachverhalt festzustellen, geben wir folgende authentische Publikationen wieder. Die letzte Nummer des ungarisch-jüdischen Blattes „Egyenlöség" enthielt folgende Notiz:

„Im vorigen Jahre ist in Wien unser sonderbar veranlagter Glaubensgenosse Donato Taußig gestorben. Derselbe traf die letztwillige Verfügung, daß von seinem Vermögen eine Million Kronen der Orden der Barmherzigen Brüder erhalten soll, dagegen wurden vom Genuß seiner übrigen Verlassenschaft die sog. „polnischen" Juden ausdrücklich ausgeschlossen. Der Fall wurde durch eine eigentümliche Szene wieder aktuell, die sich kürzlich in der Wiener Synagoge in der Seitenstettengasse abspielte. Zu Beginn des Gottesdienstes erschienen hier nämlich zwei Mitglieder des Barmherzigen Ordens in vollem Ornat. In ihrer Begleitung befanden sich auch sechs Polizisten in Uniform. Die kleine Gesellschaft begab sich, so wie sie gekommen war, in den Tempel und nahm in der ersten Bankreihe auf den besten Sitzen Platz. Sie warteten still das Ende des Gottesdienstes ab, und als an das Kadischgebet die Reihe kam, erhoben sich die beiden Ordensbrüder und verrichteten mit den übrigen jüdischen Trauernden andächtig das Gebet für das Seelenheil des Verstorbenen. Später erklärten sie, warum sie dies getan haben. Weil Taußig die Million Kronen dem Wiener Ordenshause der Barmherzigen unter der Bedingung vermacht habe, daß der Orden am Jahrestage des Ablebens des Erblassers zwei Mitglieder in die Synagoge zu entsenden hat, um dort das Gebet für das Seelenheil des Verstorbenen gleichzeitig mit den übrigen Kadischsagern zu verrichten. Der Orden habe die Million auch unter dieser Bedingung angenommen. Schließlich ist eine Million Kronen schönes Geld, dafür kann man selbst in Wien Konzessionen machen."

Die antisemitische „Neue Bayerische Landes-Zeitung" hat sich daraufhin an die Wiener israelitische Kultusgemeinde um eine offizielle Auskunft gewandt und von dem Sekretär Dr. Adler folgende Antwort erhalten:

„Die Meldung des „Egyenlöség" entspricht im Ganzen und Großen den Tatsachen, doch muß der Tatbestand wie folgt festgestellt werden: Donato Taußig, ein mehrfacher Millionär, hat in seinem Testamente nebst zahlreichen großen Zuwendungen für jüdische Zwecke auch dem Barmherzigen-Orden eine Million Kronen vermacht. Im Testament äußerte Taußig den Wunsch, daß dem Kadischgebete an seinem Sterbetage — hiefür hat er bei der israelitischen Kultusgemeinde Wien eine besondere Gebetstiftung gemacht — auch die Vertreter des Ordens beiwohnen mögen. Am 18. Oktober, an welchem sich der Sterbetag zum erstenmale jährte, erschienen auch tatsächlich zwei Mönche in der Synagoge in der Seitenstettengasse und wohnten dem Gottesdienste bei. Die Anwesenheit der Ordensbrüder rief in der Synagoge begreiflicherweise großes Aufsehen hervor, obwohl sie sich alle Mühe gaben, sich unauffällig zu benehmen. Als am Schlusse des Gottesdienstes der Kantor das Totengebet anstimmte, erhoben sich die beiden Mönche und sagten — die in ihrer Nähe Stehenden sahen und hörten dies deutlich — aus einem mitgebrachten jüdischen Gebetbuche das Kadischgebet im Urtexte mit."

Die Juden in Dänemark haben in diesen Tagen den 250jährigen Gedenktag ihres Niederlassungsrechts gefeiert.

Christian IV., der zwei jüdische Leibärzte hatte, lud schon 1622 die Amsterdamer Juden nach Holstein ein, während im eigentlichen Dänemark Juden erst nach 1660 erschienen. Friedrich III., der erst nicht besonders freundlich gestimmt war, gestattete aus Portugal stammenden Juden schließlich, im Lande umherzureisen und Handel zu treiben. Deutschen Juden wurde dagegen noch unter Christian V. die Einwanderung verwehrt, was vielleicht noch weiterhin auf die geringe Vermehrung dänischer Juden Einfluß hatte, denn ihre Gesamtzahl beträgt nach antisemitischen Quellen heutigentags nur 2500, — seit 250 Jahren!

Und trotz dieser geringen Zahl haben sie — selbst nach antisemitischem Eingeständnis — auf das geistige und wirtschaftliche Leben Dänemarks einen großen und nicht unvorteilhaften Einfluß ausgeübt. Muß doch selbst ein so ausgesprochener Judengegner wie Hans Hertwig-Halensee in einem Feuilleton der „Zeitfragen“, das den bezeichnenden Titel führt: „Das gelobte Land“, und das die „jüdische Gefahr“ für Dänemark schildern soll, wenn auch widerwillig anerkennen:

„Freilich spielen sie im dänischen Leben teils eine gewisse Rolle, teils wird sie ihnen irrtümlich zuerkannt: sie herrschen im Finanzleben und in der Fabrikation der öffentlichen Meinung, wozu auch Literatur und Kritik gezählt werden mag, d. h. sie stellen die höheren Formen der Verjudung dar, die in den Bahnbrechern für Judenfreiheiten die besten Vorwände und Streitmittel an die Hand liefern, während die bitteren Erfahrungen der reicher beglückten südlicheren Wirtsvölker, wie Güterausschlachtung, Schleudergeschäfte, Mädchenhandel usw. den Dänen im großen und ganzen bisher erspart geblieben sind.“

Merkwürdig nur, daß die dänische Bevölkerung selbst an dieser höheren Form der Verjudung nicht den geringsten Anstoß nimmt und sich wirtschaftlich wie politisch und kulturell dabei jedenfalls sehr wohl fühlt.

Das Verhalten der amerikanischen und der deutschen Regierung in der Angelegenheit der russischen Pässe. Wir haben in der letzten Nummer der „Mitt.“ erwähnt, daß der preußische Minister des Innern einem Antrage des Verbandes deutscher Juden, der um den Fortfall des Religionsvermerkes bei der politischen Auskunftserteilung über die Personalien der um einen Paß nach Rußland nachsuchenden Reisenden petitioniert hatte, „nicht entsprechen zu können geglaubt hat“. Anders die amerikanische Regierung, die allerdings mit ihren Bemühungen bei der russischen Regierung zunächst keinen Erfolg erzielt hat, sich aber mit der Ablehnung nicht zufrieden zu geben geneigt ist, wie folgendes in der amerikanischen Presse veröffentlichte Schreiben des amerikanischen Staatssekretärs Elihu Root beweist:

„Die andere Frage betrifft die Bestrebungen, von der russischen Regierung eine Sicherheit dafür zu erlangen, daß alle amerikanischen Bürger, die den Wunsch haben, Rußland mit einem Paß zu betreten, ohne Rücksicht auf Glauben und Abstammung behandelt werden.

Unsere Regierung hat stets auf einer derartigen Behandlung bestanden, und gerade diese Verwaltung hat wiederholt die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf vorliegenden Punkt gelenkt, auch immer danach getrachtet, neue Verträge abzuschließen, um diese Frage neu zu regeln. Wir haben in allerletzter Zeit eine ungünstige Antwort auf unsere Vorschläge erhalten und haben jetzt Rußland den Ausdruck unseres Wunsches übermittelt, eine vollständige Revision des Vertrages von 1832 vorzunehmen, sowie eine dahingehende Ergänzung beizufügen, daß Gegenseitigkeit der Rechte der Bürger beider Staaten, zu reisen und sich aufzuhalten, verbürgt werde. Wir haben unserer Ansicht Ausdruck verliehen, daß eine derartige Regelung der vollständigen Beendigung des Vertrages vorzuziehen sei, die für die Regierungen beider Länder die Möglichkeit schaffen würde, ohne irgendwelche Rechte dazustehen, mit Ausnahme der Schaffung eines neuen Vertrages.

Die Politik, welche die Regierung in dieser Frage verfolgt, erscheint uns als die beste, das gesteckte Ziel zu erreichen, ein Ziel, von dem ich Ihnen die Versicherung geben kann, daß es die Regierung in eben demselben Maße verfolgt wie Sie.

In Freundschaft

Ihr

Elihu Root.“

Ein jüdischer Admiral. Die Regiernng der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat das Kommando über die atlantische Flotte dem Admiral Adolph Marix übertragen. Admiral Marix, eine Jude, hat sehr rasch Kariere gemacht und wurde durch ein eigenes Gesetz des Kongresses zweimal außer der Reihe befördert. Seine Beförderung erfolgte „in Anerkennung seines hervorragenden heldenmütigen Verhaltens in zwei Feldzügen“.

Das Muster einer Juden- und Tolstoi-Hatz. Man schreibt der „N. J. K.“ aus Odessa:

Längst ist das ehemalige Kulturzentrum Odessa nur noch der Schatten seiner selbst. Schlimmer als seine Vorgänger haust der gegenwärtige Gebieter Odessas, der General Tolmatschow, der alles Leben ertötet und nur nach den monarchistischen Weizen blühen läßt. Da erscheint unter seinem Regiment und dank seiner Gunst ein Blatt mit dem lieblichen Namen „Odessaer Gummischlauch“, von einem gewissen Globatschow herausgegeben, der auf der Odessaer Konferenz der monarchistischen Parteien eine große Rolle spielt.

Dieses Blatt, das zur „Beruhigung“ der Bevölkerung beitragen soll, ist ganz einzigartig. Beim Titel ist eine russische Faust abgebildet, die die „Jüden“ verhaut. Und nun der Inhalt! Da ist ein Leitartikel, der, nur wenige Zeilen umfassend, also lautet: „Nur eine Minute Zeit! Drum . . . nieder mit den Juden! Nieder mit den Juden! Verjagt die Juden! Vertreibt die Juden! Die verfluchten Juden! Die ekligen, die stinkenden Juden! O, die Juden! Gebt es den Juden! Rechnet mit den Juden ab!“ In derselben Nummer läßt sich das Blättchen aus Kischinew also schreiben: „Die Verbändler bereiten sich eifrig zur Feier des dritten Jahresfestes der Oktobertage vor. Die Juden packen schleunigst ihre Siebensachen“ . . .

Die beschimpften und so leidenschaftlich gehaßten Juden befinden sich jedoch in guter Gesellschaft. In derselben Nummer ist ein Galgen abgebildet, auf dem Tolstoi in Gestalt eines Affen hängt. Darunter ist zu lesen: „Ein Jubiläumsgeschenk an den Grafen Leo Tolstoi vom Redakteur und den Mitarbeitern des „Odessaer Gummischlauchs“. In dem Artikel „Ich kann nicht schweigen“ hat Tolstoi gebeten, ihm einen eingeseiften Strick um den Hals zu tun und ihn zu erhängen. Mit Vergnügen vollziehen wir seinen Wunsch.“ Solche Früchte trägt der Odessaer „Patriotismus“.

Briefkasten.

„Sachsenschau“ in Magdeburg. Es gehört eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, das Märchen wieder aufzufrischen, daß Tolstois Gattin eine Jüdin sei.

„Deutsche Hochwacht“. Nachdem Prof. Schücking den genealogischen Nachweis geführt hat, daß er nicht von jüdischer Abstammung sei, machen Sie sich einer bewußten Unwahrheit schuldig, wenn Sie ihn und den Bürgermeister Schücking zu Judenabkömmlingen stempeln.

N. B. in Berlin. Wir können ebenfalls nicht finden, daß die „judenliberale“ Presse, wie die Antisemiten immer behaupten, antisemitische Schriftsteller in ihrer literarischen Tätigkeit boykottiert oder sie gar in ihrer Existenz zu schädigen sucht. Herr Dr. Georg Biedenkapp-Steglitz, der fortgesetzt in den „Zeitfragen“, der literarischen Beilage der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ und im „Hammer“ den Kampf gegen das Judentum predigt, gleichzeitig aber zu den bevorzugten Mitarbeitern der Montagsbeilage eines großen Berliner freisinnigen Blattes gehört, hat am allerwenigsten ein Recht, sich über diese Beziehung zu beklagen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14 — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg Druckerei A.-G. Berlin W., Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 48. Berlin, den 25. November 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.

Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.

Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Der Tiroler Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs und sein antisemitischer Geschäftsführer Dr. Rohn.

Nunmehr ist dei der durch den Rücktritt des bisherigen Mandatsinhabers Dr. Erlers notwendig gewordenen Ersatzwahl zum Reichsrat auch das *zweite Mandat* der Stadt *Innsbruck in den Besitz der Sozialdemokraten* übergegangen. In der Stichwahl siegte der Sozialdemokrat Holzhammer mit 2416 Stimmen über den Deutschnationalen Dr. Rohn, der 1906 Stimmen erhielt; im ersten Wahlgange waren abgegeben worden für die Sozialdemokraten 1745, für die Deutschnationalen 1479, für die Christlichsozialen 1223 und für einen Schönerianer 280 Stimmen. Die Deutschnationalen hatten schon gegenüber dem Ergebnis der allgemeinen Wahlen im vorigen Jahre nicht weniger als 600 Stimmen eingebüßt.

Mit dem Verlust des Wahlkreises an die Sozialdemokraten hatten die einsichtigen Elemente unter den sogenannten freiheitlichen Parteien schon vorher als mit einer kaum noch adwendbaren Tatsache gerechnet; auch die Anhänger der Fortschrittspartei hatten sich schon zu einer Zeit, wo der deutschnationale Kandidat seine antisemitische Gesinnung noch schamhaft verbarg, in dieser Beziehung keinen Illusionen hingegeben; die „Neue Freie Presse" hat dea nunmehr eingetretenen Verlust des Wahlkreises ziemlich deutlich vorausgesagt, und zwar lange devor der von *allen* freiheitlichen Parteien aufgestellte Kandidat plötzlich mit dem Antisemitismus zu kokettieren degann. Herr Dr. *Rohn* — so heißt dieser etwas vielseitige Herr — ist nämlich ein Politiker von ganz desonderer Art und verdient wegen seiner Stellung, die er als *Sekretär des Landesverbandes zur Hebung des Tiroler Fremdenverkehrs* einnimmt, noch mit einigen Worten gekennzeichnet zu werdea. Auch die vielen Tausende von *Reichsdeutschen*, die alljährlich nach der schönen Metropole Tirols kommen, haden ein Anrecht darauf, den Mann etwas näher kennen zu lernen, der beruflich nur das eine Interesse haben sollte, den Fremden den Aufenthalt in Tirol so angenehm wie möglich zu machen.

Herr Dr. *Rohn* benutzte diese seine Stellung als Sekretär des Landesverbandes zur Hedung des Fremdenverkehrs geradezu als *Vorspann* für seine Kandidatur, indem er z. B. in einer Wählerversammlung am 4. November erklärte:

„Für Tirol und insbesondere auch für Innsbruck kommt in erster Linie der *Fremdenverkehr* in Betracht, der heute im wirtschaftlichen Leben unserer Bevölkerung wohl die Hauptrolle spielt. Ich kann die Versicherung geben, daß ich, falls die Wahl auf mich fällt, nicht nur aus beruflichem Interesse, sondern auch mit vollster persönlicher Hingabe für die Förderung des Fremdenverkehrs eintreten werde. Im Fremdenverkehr ist gegenwärtig ein solches Kapital an Geld und Arbeitskraft investiert, von ihm sind so zahlreiche wirtschaftliche Existenzen abhängig, daß es geradezu einen *wirtschaftlichen Ruin* für die Stadt und das ganze Land bedeuten würde, wenn diese *Erwerbsquelle versiegen* oder auch nur eingeschränkt würde."

Gegen die Richtigkeit dieser Darlegungen wird niemand etwas einwenden können; auch das politische Taktgefühl wird nicht im mindesten etwa dadurch verletzt, daß hier persönliche bez. Berufsinteressen mit politischen Interessen verknüpft werden; denn ganz Tirol hat eben ein eminentes wirtschaftliches Interesse daran, daß der Fremdenverkehr nach Möglichkeit gefördert werde. Nun kommt aber das schier Unglaubliche. In derselden Rede predigte Herr Dr. Rohn einen förmlichen *Kreuzzug gegen die Juden*:

„Die ehrlich arbeitenden Stände haben ein Recht, zu verlangen, daß sie nicht um die Früchte ihrer Arbeit durch *schwindelhafte Praktiken* gebracht werden, zu denen sie selbst nicht fähig sind. Da es sich hierdei vielfach um *Geschäftsmethoden* handelt, die *das Judentum* in das geschäftliche Leben *eingebürgert* hat, möchte ich bei dieser Gelegenheit erklären, daß wir vom Standpunkte unseres deutschnationalen Programmes aus den *schädlichen jüdischen Einfluß* auf wirtschaftlichem Gebiete rücksichtslos zu bekämpfen dereit sind, aber auch vom nationalen Standpunkt aus entschiedene Gegner des Judentums sind. Von diesem Standpunkte aus können wir *die Juden nicht als Bestandteil unseres Volkstums* anerkennen, sondern sind im Gegenteil der Ueberzeugung, daß der jüdische Einfluß in unserem Volkskörper wie ein *zersetzendes Gift* wirkt. Dies gilt insbesondere von dem Einflusse der jüdischen Presse, die ihre international organisierte Macht stets nur zur Förderung der Interessen der eigenen Rasse und zur Aufrichtung einer rücksichtslosen Herrschaft über das Volk, in dem das Judentum seine *parasitäre Existenz* führt, verwendet hat."

Wenn Herr Dr. Rohn persönlich ein so grimmiger Gegner der Juden ist, so war es für ihn als Kandidaten *aller* bürgerlichen freiheitlichen Parteien zum mindesten unklug, mit dieser seiner persönlichen Meinung so scharf hervorzutreten, oder er hätte loyaler Weise von vornherein auf die Unterstützung der ehrlich freisinnigen und daher auch nicht antisemitischen Elemente der Wählerschaft verzichten müssen. Er hat es aber nicht getan, sonst hätte die Fortschrittspartei doch wohl einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der mindestens soviel Stimmen wie der Schönerianer — wahrscheinlich viel mehr — erzielt hätte. Man drauchte aber die freiheitlichen Wähler bis zum letzten Mann, um sich nicht durch die Christlichsozialen aus der Stichwahl verdrängen zu lassen, daher die zweideutige Haltung des deutschnationalen Kandidaten.

Doch die politische Vielseitigkeit des Herrn Kandidaten spielt bei dieser ganzen Affäre nur eine sekundäre Rolle.

Von ungleich größerer Bedeutung — und deswegen haben wir von dieser sonst nicht gerade weltbewegenden Nachwahl in unserm Nachbarstaate etwas ausführlicher Vermerk genommen — ist die offene Kriegsansage des Leiters des Tiroler Fremdenverkehrsvereins gegen die Juden in ihrer Gesamtheit. Wir können unmöglich glauben, daß Herr Dr. Rahn, der Sekretär des Vereins, im Sinne seiner Auftraggeber, des Vorstandes des Tiroler Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs, gesprochen hat. Daß eine ganze Körperschaft, der doch sicherlich eine ganze Reihe besonnener und welterfahrener Männer angehören, so verblendet sein könnte, anzunehmen, daß mit solchen Mitteln der Hebung des Fremdenverkehrs in Tirol gedient werde, ist doch ganz ausgeschlossen. Wie, wenn die Tausende und Abertausende von begüterten Juden, die alljährlich im Sommer die Dolomiten, Bozen, Meran, Toblach, Madonna di Campiglio, Sulden, Trafoi, Gossensaß — um nur die frequentiertesten Erholungsorte Tirols zu nennen — für mehrere Wochen besuchen, nach diesem unerhörten Schimpf, den ihnen der erste Beamte des Tiroler Verkehrsvereins angetan hat, fortan das ungastliche Tirol meiden und die Schweiz oder andere Sommerfrischen aufsuchen, wo sie mit offenen Armen aufgenommen würden? Sind nicht bei den verheerenden Wasserkatastrophen, die beinahe alljährlich das eine oder andere Gebirgstal von Tirol heimsuchen, gerade aus jüdischen Kreisen die Hilfsmittel stets in reichlichster Weise geflossen?

Herr Dr. Rahn wagt es, von „schwindelhaften Praktiken" zu sprechen. Ist es nicht eine schwindelhafte Praktik erster Güte, den Juden im Sommer das Geld abzuknöpfen und sie im Winter zu beschimpfen?

Wir sind überzeugt, daß der Vorstand des Landesvereins weit entfernt ist, diese frivolen Angriffe seines Sekretärs gegen das Judentum zu billigen, und daß sowohl auch Herrn Dr. Rahn — zumal nach seiner beschämenden Niederlage — die Lust vergehen wird, sich noch einmal als politischer Sittenprediger aufzuspielen.

Die Abwehrbestrebungen in Deutschland und Oesterreich.

** Aus dem Berichte über unsere diesjährige Generalversammlung ist bekannt, daß der Abwehrverein in Wien zwei Delegierte zu den Verhandlungen entsandt hatte. Es war die erste offizielle und öffentliche Vertretung und Beteiligung des österreichischen Brudervereins. Bei den naturgemäß gegebenen zahlreichen allgemeinen Berührungspunkten mochte es sogar verwunderlich erscheinen daß der nähere Kontakt erst jetzt zustande gekommen ist. Das liegt vielleicht mit daran, daß die Wege, auf denen die Erreichung der Vereinsziele angestrebt wird, angesichts der besonderen Verhältnisse in Oesterreich dort nicht die gleichen sein können. Darum ist die, wenn auch etwas spät zustande gekommene Entente doppelt erfreulich.

Ein vom Wiener Abwehrverein auf den 21. November anberaumter Vortragsabend gab die Anregung zur Entsendung eines Delegierten des deutschen Abwehrvereins. Der Leiter des Zweigvereins in Frankfurt a. M., Herr Otto Strauß, erfreute sich einer sehr sympathischen Aufnahme, zumal, wie es in einem, uns aus Wien zugegangenen Berichte heißt, er hauptsächlich gekommen war, „um die zwischen beiden, die gleichen Tendenzen verfolgenden Organisationen bereits unter erfolgverheißenden Auspizien angebahnte Verbindung fester zu knüpfen."

Der Präsident des Wiener Vereins, Herr Feldsuperior und Universitätsprofessor Dr. von Seberiny begrüßte die Versammlung. Er geißelte den Antisemitismus als einen aufs tiefste zu beklagenden, Recht und Gesetz, Menschenwürde und Christentum in gleicher Weise verletzenden Auswuchs des Jahrhunderts und bezeichnete den Bestand der beiden Abwehrvereine in Berlin und Wien geradezu als eine Ehrenrettung der Christenheit und der Zivilisation. Mancher mochte wohl beim Anblicke des Redners, eines geistesfrischen 84jährigen Greises an sein Gegenstück, den Hofprediger Stöcker in Berlin oder an den katholischen Bischof Brynych in Königgrätz gedacht haben, welch letzterer bekanntlich die Blutbeschuldigung der Juden als gerechtfertigt ansah.

Hierauf gab der Vertreter des deutschen Abwehrvereins der Freude über das Zustandekommen engerer Beziehungen zwischen den beiden Organisationen Ausdruck. Er erwähnte, daß antisemitische Vorkommnisse in der österreichischen Monarchie wiederholt auch von den deutschen Antisemiten fruktifiziert worden seien, und daß beispielsweise der „Ritualmord" bei dem Prozesse Hülsner auch den deutschen Verein in die Lage versetzt habe, aufklärend und für die Wahrheit kämpfend einzutreten. Der Redner schilderte hierauf in knappen Zügen die einzelnen Arbeitsgebiete, die agitatorische Tätigkeit und die bisherigen Erfolge des Vereins in Deutschland und betonte die moralische Bedeutung des geplanten engeren Zusammenschlusses der beiden Organisationen. Insbesondere wies Herr Strauß auf die Notwendigkeit einer ausgiebigen Kontrollierung der antisemitischen Zeitungen einerseits, und die Nützlichkeit der Verbreitung aufklärender Notizen und Darlegungen durch die „Abwehr-Korrespondenz" andererseits hin.

Einige kurze Angaben über die Bekämpfung antisemitischer Schundliteratur, wie sie der deutsche Abwehrverein erfolgreich betätigt, vervollständigten die sachlichen Darlegungen.

Zum Schluß gab der Vortragende der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeit der beiden Abwehrorganisationen keine vergebliche sein werde, und daß wir alle, die wir mitwirken an der Bekämpfung der antisemitischen Bewegung — trotz aller Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, — auf eine Zeit des endlichen Sieges und des Friedens hoffen dürfen.

Eine geborstene „wissenschaftliche" Säule der Agrarier und Antisemiten.

Der Prozeß Ruhland-Biermer, der dank der raffinierten Verschleppungsmanöver des Klägers sich zu einer förmlichen Seeschlange zu entwickeln drohte, ist nunmehr nach fünfjähriger Dauer vor dem Berliner Schöffengericht zum Austrag gebracht worden und hat, wie vorauszusehen war, mit einer Freisprechung des Angeklagten geendet. Das Gericht hat den Wahrheitsbeweis für die in der Broschüre des Gießener Nationalökonomen Prof. Dr. Biermer enthaltene Charakteristik des famosen „wissenschaftlichen Experten" des Bundes der Landwirte als erbracht anerkannt. Wir haben seinerzeit (Nr. 7 der „Mitt." v. 1903) von dem wesentlichsten Inhalt der Broschüre unseren Lesern Kenntnis gegeben und glauben auch durch gelegentliche indiskrete Anfragen über den Stand des Prozesses zu unserem Teile dazu beigetragen zu haben, daß der Prozeß nicht, wie es zeitweise den Anschein hatte, versumpft ist. Es erübrigt sich daher für uns, auf die Vorgeschichte des Prozesses noch einmal ausführlich einzugehen; nur soviel sei kurz rekapituliert, daß Biermer in seinem Vorwort sich die Aufgabe gestellt hatte, angesichts des rücksichts- und schamlosen Vorstoßes gegen die akademische Lehrfreiheit, der auf nichts geringeres abzielte, als auf eine Degradierung der Nationalökonomie als Lehrfach zu einem Mittel für die bessere Vertretung selbstsüchtiger wirtschaftlicher Interessen „einen wissenschaftlichen Geschäftsmann, wie es Herr Professor Ruhland unzweifelhaft ist, und als welchen ihn die Fachwelt längst erkannt hat, endlich mit gebührender Rücksichtslosigkeit des unlauteren Wettbewerbs zu überführen".

Diesen Nachweis hat Herr Prof. Biermer vor Gericht in erschöpfender Weise zu führen vermocht. Die Koryphäen unserer deutschen Nationalökonomie, der Freihändler Prof. Lujo *Brentano*, die gemäßigten Schutzzöllner *Conrad* und *Lexis* fällten ein geradezu vernichtendes Verdikt über den Mann, der sich seinen Professortitel in Freiburg in der Schweiz geholt, der sich selbst von landwirtschaftlichen Autoritäten hat nachsagen lassen müssen, daß er von der Landwirtschaft nichts verstünde. Wir geben aus den Gutachten der Sachverständigen folgende Stellen wieder:

Prof. Dr. *Brentano*-München hat seine Aussage schriftlich zu Protokoll gegeben; es heißt darin u. a.:

„Der Privatkläger habe seit seiner Tätigkeit für den Bund der Landwirte wissenschaftlich und praktisch das Gegenteil von dem vertreten, was er früher vertreten habe. Er habe sich in Zürich und nicht in München habilitiert, weil er das Abiturientenexamen nicht gemacht habe. Er behaupte, daß sämtliche Professoren der Nationalökonomie den wahren Bedürfnissen der Landwirtschaft verständnislos gegenüberständen. In Streitschriften gegen ihn (den Zeugen) habe der Privatkläger unwahre Verdächtigungen gegen seine Tätigkeit aufgestellt und sei dann zu direkten *Verleumdungen* übergegangen. Der Zeuge bezeichnet den Privatkläger als „*wissenschaftlichen Hochstapler*". Unter einem Hochstapler verstehe man jemand, der, um sich einen Namen zu verschaffen, sich als mehr ausgibt, als er ist. Brentano sucht nachzuweisen, daß dies auch bei dem Privatkläger zutrifft, und verbindet damit den nach seiner Ansicht zutreffenden Nachweis, daß Dr. Ruhland nicht die Qualitäten besitze, die man an den Inhaber eines Lehramts an einer Universität stellen müsse. Auch dessen *sittliche Qualitäten* werden *bemängelt*. Es sei wohl anzunehmen, daß es den Dominikanern, an deren Institut Herr Dr. Ruhland tätig gewesen, nicht bewußt war, daß R. Protestant ist, denn bekanntlich bekämpfen die Dominikaner nachdrücklichst die Häresie. Die Tätigkeit als Güterdirektor des Gutsbesitzers Schmidtmann stehe im Gegensatz zu Ruhlands Bauernfreundlichkeit. Ruhland habe seinerzeit versucht, mit Hilfe der Zentrumsleute als Strafprofessor nach München zu kommen."

Prof. Dr. *Conrad*-Halle a. S.:

„Daß *erstaunliche Wandlungen* vorliegen, sei ganz unzweifelhaft. Prof. Brentano habe die unvermittelten Gegensätze in der wissenschaftlichen Ueberzeugung des Privatklägers mit vollster Klarheit dargelegt, und er komme zu denselben Ergebnissen. Es liegen ganz bestimmte verschiedene nationalökonomische Auffassungen des Privatklägers vor, die unvermittelt und gegensätzlich seien, und für die man damals ein richtiges Bild über die Motive der Wandlung sich nicht machen konnte. Er selber sei über die Wandlung *in hohem Maße frappiert* gewesen und habe sich gefragt: Wie ist so etwas möglich?! Man dürfe nicht außer acht lassen, daß diese Wandlung in verhältnismäßig kurzer Zeit eingetreten war, und diese Frage, wie so etwas möglich sei, damals in jedermanns Munde war. Ein Beweis, daß dieser Wechsel nicht aus innerer Ueberzeugung sich vollzogen hat, lasse sich natürlich nicht erbringen, aber ein gewisses Mißtrauen sei berechtigt gewesen. Wandel in den Auffassungen, auch in diesen Fragen, sei fortdauernd vorgekommen bei den wissenschaftlichen Männern, und an und für sich könne man ihnen daraus einen Vorwurf nicht machen, aber bei dem Privatkläger treten die Gegensätze zu unvermittelt hervor, beispielsweise in der Währungsfrage. Der Privatkläger habe sich früher zweifellos entschieden gegen die Doppelwährung ausgesprochen, während später das Gegenteil der Fall gewesen sei. Selbst die Kreise, denen er sich anschloß, seien darüber stutzig geworden. Ihm sei es auch nicht gelungen, diese Wandlung hinterher aufzuklären, und der Gegensatz sei ihm, dem Gutachter, bis zum heutigen Tage vollständig unverständlich. Ganz ebenso liege die Sache bei der Frage: Freihandel oder Schutzzoll? Auch hier habe sich der Kläger, der früher als Bekämpfer der Schutzzölle und der Getreidezölle aufgetreten war, in kurzer Zeit zu ganz anderer Anschauung bekannt. So stoße man auf Widersprüche und Gegensätze, die sich nicht erklären lassen. Aber er, der Sachverständige, könne doch den Vorwurf der Gewissenlosigkeit und Charakterlosigkeit nicht erheben, denn dafür habe er keine Beweise. Im „Vaterunser" sei von irgendwelcher Wissenschaftlichkeit in den Ausführungen absolut keine Rede, und es sei unbegreiflich, wie jemand, der einen wissenschaftlichen Standpunkt einnehmen will, derartiges schreiben kann. Bedenklich und auffallend sei ferner die Habilitation des Klägers in Zürich, ohne daß er von seinem Dozententum Gebrauch gemacht habe, und die Tatsache, daß er sich von Freiburg i. Schw. nach kurzer Zeit beurlauben ließ und nicht wieder zurückkehrte. Dies rechtfertige den Verdacht, daß die Habilitation nur dazu dienen sollte, ihm ein gewisses wissenschaftliches Relief zu geben. So etwas werde in den Kreisen der Professoren außerordentlich scharf beurteilt. Sie sträuben sich gegen nichts mehr, als daß Persönlichkeiten an die Universitäten kommen, denen dies nur als Mittel zum Zweck diene. Der Kläger sei mit vollem Recht ein Agitator genannt worden, der sich zur Vertretung einseitiger Interessen seiner Auftraggeber hergebe. Er gehe bei der Vertretung seiner wissenschaftlichen Meinung infolgedessen stets nur von einer vorgefaßten Meinung aus, während es Aufgabe der Wissenschaft sei, die Wahrheit zu suchen. Der Kläger sei mehr und mehr in die agitatorische Richtung hineingekommen und habe sich mehr und mehr der Wissenschaft entfremdet. Der Verdacht sei berechtigt gewesen, daß der Kläger, um sein Ziel zu erreichen und Eindruck auf Hörer und Leser zu machen, oft etwas ausgesprochen und geschrieben habe, was er bei ruhiger Ueberlegung nicht aufrechterhalten konnte. Aber den Vorwurf der Charakterlosigkeit könne er nicht erheben. Er sei seinerzeit dem Kläger mit Respekt, Interesse und freundlicher Gesinnung gegenübergetreten und habe es bedauert, daß er mehr und mehr von ihm abrücken mußte. In den wissenschaftlichen Kreisen herrschte dieselbe Auffassung, wie sie aus der Broschüre des Prof. Biermer herausklinge; letzterer habe darin zweifellos seine feste Ueberzeugung ausgedrückt. Es sei nur zu beklagen, daß er in seinen Ausdrücken zu weit gegangen sei.

Prof. Dr. *Lexis*-Göttingen:

Der Sachverständige erwähnt, daß der Privatkläger ein Schüler von Schäffle sei, und sucht unter eingehender Würdigung der vom Privatkläger herausgegebenen Schriften, Aeußerungen desselben auf Kongressen usw. gleichfalls nachzuweisen, daß Ruhland früher der freihändlerischen Richtung zuneigte und gegen die Getreidezölle sich erklärte, nachher aber darin eine vollständige Wandlung stattgefunden habe. Daß er dabei gegen seine bessere Ueberzeugung gehandelt hätte, lasse sich nicht nachweisen. Er zeigte eine gewisse Konsequenz gegen die Anschauungen seiner agrarischen Freunde, aber folgte doch nicht willenlos dem allgemeinen Strom, sondern machte immer wieder seine Vorbehalte. Andererseits habe aber auch der Angeklagte in gutem Glauben und nicht gegen besseres Wissen gehandelt, wenn er dem Privatkläger in bezug auf Schutzzoll und Bimetallismus einen *Gesinnungswechsel* vorwarf, der durch seine Stellung beim Bunde der Landwirte veranlaßt sei. In den Schriften des Klägers fänden sich in der Tat viele Stellen, die, für sich betrachtet, in bezug auf jene Fragen miteinander in Widerspruch stehen. Wenn der Angeklagte sich in seiner Polemik einer äußerst scharfen Ausdrucksweise bedient, so sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte vom Kläger zuerst persönlich angegriffen worden sei, nämlich in dem von Herrn Ruhland eingesandten Artikel der „Gießener Neuesten Nachrichten" zugunsten des Antrags Köhler-Langsdorf, nach welchem dem Angeklagten ein Professor der „Quesnayschen Richtung", am besten unter Berufung des Herrn Prof. Ruhland selbst, als Konkurrent zur Seite gestellt werden sollte. In diesem pro domo geschriebenen Artikel sei die Rede davon, daß jede Wissenschaft, die ausschließlich den ordentlichen Professoren überlassen sei, als Bremszeug am Rade der Volksentwickelung zu wirken Gefahr laufe, und daß die Wahl der Nachfolger ausschließlich aus den Lieblingsschülern oder Verwandten der Professoren wie jede Inzucht wirke. Der Angeklagte sei zweifellos zu einer entschiedenen Abwehr berechtigt gewesen und zwar nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Wissenschaft; denn für die Volkswirtschaftslehre, die als Wissenschaft nach möglichster Objektivität streben soll, würde es, ganz abgesehen von der Person des Klägers, *unheilvoll* sein, wenn eine *Interessenpartei*, gleichviel welcher Richtung, auf die Besetzung ihrer Lehrstühle einen maßgebenden Einfluß ausübte. Aus den sonstigen Schlußfolgerungen des Sachverständigen ist noch folgendes hervorzuheben: Der Kläger hatte immer über die Ursachen der landwirtschaftlichen Notlage und die Mittel zu ihrer Beseitigung seine eigenen Ansichten und Projekte, und zwar verlangte er bis 1894 eine Beschränkung des Verkehrs in landwirtschaftlichen Grundstücken, die auf eine Herabdrückung der Bodenpreise hinausgelaufen wäre; später aber befürwortete er Beschränkung des Börsenhandels, Maßregeln gegen die Effektenbanken und womöglich Gründung einer internationalen Vereinigung zur Bekämpfung des „ausbeutenden, vaterlandslosen Großkapitals". Schutzzölle und Bimetallismus kamen ihm für seinen Teil eigentlich nur als temporäre oder nebensächliche Hilfsmittel in Betracht. Aber er paßt sich, wenn er von ihnen spricht, mehr oder weniger seinem Leserkreise oder seiner Umgebung an. So erscheint er in seiner ersten Periode den Schutzzöllen abgeneigt und als Kritiker des Bimetallismus, nach 1894 aber, nachdem er zu dem Bunde der Landwirte in Beziehungen getreten war, stimmte er in beiden Rücksichten einen wesentlich verschiedenen Ton an. Seine Schriften nahmen jetzt auch einen überwiegend agitatorischen Charakter an, was wohl durch seine Stellung bedingt war. Sie zeigten in ihrer Beurteilung des Handels, des Kapitals, des Bankwesens entschieden große Einseitigkeit und *Mangel an wissenschaftlicher Objektivität*.

Auf Grund dieser Gutachten der hervorragendsten deutschen Nationalökonomen kam das *Gericht* zu folgendem *Urteil:*

Der Gerichtshof habe den *Wahrheitsbeweis* im allgemeinen für *geführt* erachtet und nicht das geringste Bedenken gehabt, die Richtigkeit der Aussagen der vernommenen Sachverständigen voll anzuerkennen, denn es könne nicht angenommen werden, daß Männer wie Brentano, Conrad und Lexis unter ihrem Eide etwas Unwahres bekunden würden. Aus der Beweisaufnahme habe das Gericht die Ueberzeugung geschöpft, daß der Privatkläger tatsächlich große wissenschaftliche Wandlungen durchgemacht habe, die wesentlich auf äußere Motive zurückzuführen seien. Für die Richtigkeit dieser Tatsache spreche die große Wandlung, die der Privatkläger 1894 durchmachte, als er in den Dienst des Bundes der Landwirte trat. In diesem Punkte seien sich alle Sachverständigen einig gewesen. Nebenbei habe sich der Privatkläger an die Zentrumspartei herangemacht und zu gleicher Zeit auch Verbindungen mit demokratischen und sozialdemokratischen Blättern gesucht. Schließlich sei er als Protestant und Reichsdeutscher an eine nichtdeutsche Universität zu einer Zeit gegangen, als selbst gut katholische Professoren diese Universität gemieden hätten. Die Aussage des Redakteurs Oeser von der „Frankfurter Zeitung" habe außerdem deutlich ergeben, daß Kläger Anfang 1894, also kurz bevor er in den Dienst des Bundes der Landwirte trat, die „Frankfurter Zeitung" für eine antiagrarische Liga gewinnen wollte. Das Gericht sei auch der Ueberzeugung, daß der große Urlaub, den Kläger sich von der Universität Freiburg (Schweiz) habe geben lassen, um ein großes wissenschaftliches Buch herauszugeben, ein nicht begründeter Urlaub sei, denn der Kläger habe ihn nicht zu wissenschaftlichen Studien benutzt, sondern zu politischen und agitatorischen Arbeiten. Trotz dieser Tatsachen habe der Privatkläger die behaupteten Wandlungen immer in Abrede gestellt; wenn er nur aus inneren Motiven zu anderen wissenschaftlichen Anschauungen gekommen wäre, so würde nicht einzusehen sein, warum er etwas derartiges leugne.

Der Kläger habe sich in seinen Angaben auch wiederholt *mit der Wahrheit in Widerspruch* gesetzt und Tatsachen bestritten, die jetzt von dem Geschäftsführer der „Münchener Post", Cohn, und vom Redakteur Oeser von der „Frankfurter Zeitung" unter Eid bestätigt seien. Wenn nun Kläger sage, der Angeklagte habe ihn in seinen Schriften falsch verstanden, und er habe in seinen Ausführungen etwas ganz anderes sagen wollen, so sei das seine eigene Schuld; ebenso wie der Angeklagte faßten die Professoren Conrad, Brentano und Lexis die Bücher des Klägers auf, und ihnen könne man doch wohl zutrauen, daß sie einen Mann wie den Privatkläger nicht mißverstehen. Das Gericht nahm ferner als erwiesen an, daß schon vor dem Erscheinen der Streitschrift des Prof. Biermer in der Presse der verschiedensten Parteien gegen den Kläger scharfe Angriffe gerichtet wurden, und er dagegen nichts getan habe.

Der Zeuge Abg. Köhler habe unter seinem Eide ausgesagt, daß er zu seinem Antrag in der hessischen Kammer weder direkt noch indirekt vom Privatkläger bestimmt worden sei. Es liege kein Anlaß vor, an dieser Aussage zu zweifeln, aber nach Ansicht des Gerichts liege eine intellektuelle, unbeabsichtigte Beeinflussung vor. Der Abg. Köhler wurde zu seinem Antrage durch einen Artikel des Schriftstellers Klapper in der deutschen Agrarzeitung veranlaßt. In diesem Artikel wurde der erste Band von Prof. Ruhlands „System der politischen Oekonomie" lobend erwähnt. Dieser Artikel stammte aus dem Bureau des Bundes der Landwirte, und wenn der Gerichtshof auch nicht annehme, daß der Kläger den Artikel selbst verfaßt habe, so sei er doch von seiner nächsten Umgebung verfaßt worden. Jedenfalls habe der Angeklagte annehmen können, daß der Antrag Köhler mit Wissen und Willen des Klägers gestellt wurde, zumal in dem Antrage auch der Name Ruhland genannt worden sei. Es sei eine ganz ungewöhnliche Erscheinung, daß ein solcher Antrag mit Nennung eines bestimmten Namens gestellt werde. Da heute die Parlamente mit der Besetzung akademischer Lehrstühle nichts zu tun haben, so habe ein solcher Antrag dem Beklagten Anlaß zu scharfen Angriffen geben können. Der Gerichtshof habe auch erwogen, daß für den Angeklagten seine ganze Existenz und wissenschaftliche Ehre auf dem Spiele stand. Unmittelbar nach der Einbringung des Antrages Köhler im hessischen Parlament habe der Privatkläger in den „Gießener Neuesten Nachrichten" einen Artikel für die lex Köhler geschrieben und sich mit dieser lex Köhler identifiziert. Er habe in diesem Artikel die schärfsten Angriffe gegen den Angeklagten gerichtet und behauptet, daß dieser von der Notlage der Landwirtschaft nichts verstehe, er selbst dagegen das Allheilmittel in seiner Hand habe. Auch werde in dem Artikel dem Angeklagten vorgeworfen, daß er mit Börsenkreisen in Verbindung stehe. Dieser Artikel sei am 7. Februar erschienen, und der Angeklagte habe die Angriffe auf der Stelle erwidert. Nach Ansicht des Gerichts liege also hier eine Erwiderung auf der Stelle vor, eine solche könne auch schriftlich erfolgen.

Hiernach sei der Gerichtshof zu dem Endergebnis gekommen, daß der Angeklagte für straffrei zu erklären sei, einerseits weil die ihm zugefügten Beleidigungen von ihm auf der Stelle erwidert wurden, andererseits aber auch, weil der Wahrheitsbeweis im großen und ganzen als gelungen anzusehen sei. Außerdem habe der Gerichtshof dem Angeklagten auch den Schutz des § 193 — *Wahrnehmung berechtigter Interessen* — zugebilligt, wenn er auch in der Form etwas zu weit gegangen sei und Ausdrücke gebraucht habe, die zwar keine Schimpfworte, aber doch beleidigend seien. Der Gerichtshof habe, um seine Mißbilligung über die Form, in der der Angeklagte den Angriff zurückgewiesen habe, zum Ausdruck zu bringen, die Kostenverteilung so vorgenommen, daß jede Partei die Hälfte der Kosten tragen soll.

Die „Wissenschaftlichkeit" des Herrn Ruhland steht also nach diesem Gerichtsurteil ungefähr auf derselben Höhe wie die nationalökonomischen Kenntnisse seines hohen antisemitischen Protektors, des Abg. Köhler, der ja im hessischen Landtage schon wiederholt ergötzliche Proben davon abgelegt hat. Herr „Prof." Ruhland, der in lächerlicher Ueberhebung davon sprach, daß er die revisionistische Bewegung in der Sozialdemokratie „geschaffen" habe, ist als wissenschaftlicher Charlatan entlarvt, der nicht nur sich, sondern auch die ihm nahestehende politische und wirtschaftliche Richtung in der empfindlichsten Weise bloßgestellt hat. Wie schmerzlich auch den Bund der Landwirte diese moralische Stäupung seines „wissenschaftlichen Experten" getroffen hat, zeigt am besten die Tatsache, daß die agrarische Presse bis zur Stunde — 4 Tage nach dem Urteil — sich von ihrer Bestürzung noch nicht erholt hat und bisher sprachlos geblieben ist.

Der Erfinder des Automobils.

Die Denkmalsenthüllung für *Siegfried Marcus*, den Erfinder des Benzinautomobils, in seiner Vaterstadt *Malchin* i. M., steht binnen kurzem bevor. Wie wir bereits vor einigen Wochen meldeten, war die ursprünglich für den 18. September, dem Geburtstage des am 1. Juli v. J. verstorbenen Erfinders, geplante Feier plötzlich verschoben worden. Auf eine Anfrage nach dem Grunde des Aufschubes antworteten Bürgermeister und Rat von Malchin unter dem 3. Oktober, „daß hier näheres über das Wirken des Siegfried Marcus und dessen *angebliche* Erfindung nichts bekannt ist. Auch hat der Eigentümer des Geburtshauses des Marcus bisher seine Zustimmung zur Anbringung einer Gedenktafel nicht erteilt, und es ist zweifelhaft, ob die Genehmigung überhaupt erfolgen wird." Diese Zweifel hat nun eine Mitteilung des mecklenburgischen Ministeriums vom 26. Oktober, daß es die Bedenken der Stadtverwaltung in Malchin zerstreut habe, endgültig behoben. Daß dieser Wink von oben nötig war, kann übrigens nach der Tragikomödie der Heine-Denkmalsfrage niemanden befremden.

Ueber den Lebensgang und das Lebenswerk des Erfinders, dessen eine Nichte eine Schwägerin jenes Dr. Liebmann in Stavenhagen war, der als Freund Fritz Reuters bekannt ist, und dessen andere Nichte die Schriftstellerin Rosa Warrens mit Alexander von Humboldt im Briefverkehr gestanden, im dänischen Kriege 1864 sich als Krankenpflegerin betätigt und auch mit dem Bismarckschen Hause in Verbindung gestanden hat, entnehmen wir zur Vervollständigung unserer früheren Angaben einer biographischen Skizze von Dr. Max Grunwald noch das folgende:

Siegfried Marcus zeigte als Knabe eine ungewöhnliche musikalische und besonders gesangliche Begabung. Etwa 1848 kam er zu einem Hamburger Schlosser in die Lehre. Drei Jahre später trat er bei der damals neugegründeten Firma *Siemens & Halske* in Berlin ein. Werner Siemens wurde auf seine Begabung aufmerksam und bestärkte ihn in seinem Bildungsstreben. Schon 1852 finden wir Marcus in Wien und das Jahr darauf bei dem Hofmechaniker Kraft beschäftigt. Drei Jahre lang war er als Mechaniker am physikalischen Institut des Josephinums angestellt, später Assistent im chemischen Laboratorium bei Professor Ludwig. Etwa 1860 richtete er sich in der Mariahilfer Straße (Nr. 95?) eine mechanische Werkstätte ein, aus der eine Unzahl wertvoller Erfindungen hervorgegangen sind. Wie so viele, fühlte sich auch *Kronprinz Rudolf* von dem originellen Geist angezogen. Von je einem Paar Manschetten- und Chemisettenknöpfen mit Diamanten und blauen Steinen, die er vom Kronprinzen zum

Geschenk erhalten, spricht Marcus in seinem Testament vom 6. Juni 1666.

Von Marcus gebaut, etwa 1861, waren die ersten Schreiber mit Selbstauslösung, die im Telegraphendienst der österreichischen Eisenbahnen verwendet wurden. Für seine Thermosäulen, die er übrigens später verbessert hat, erhielt er die goldene Medaille der Wiener Akademie und einen Preis von 2000 fl., für seinen Feldtelegraphen, der im deutsch-französischen Kriege in Gebrauch war, eine Anerkennung v. Blumenthals, des Generalstabschefs der Armee des Kronprinzen. Mit Hilfe des Marcusschen Minenzündapparats haben Payer und Weyprecht auf ihrer Nordpolexpedition einen Eisbären in die Luft gesprengt. Auch das Walfischmesser, dessen sich die Mitglieder der Expedition bedienten, hat Marcus erfunden. Bekannt sind ferner seine „Sirius"-Gaskarburatoren und sein lautsprechendes Mikrophon. Von ihm stammt ein Ruhmkorff eigenen Systems und eine Petroleumglühlichtlampe von 600 Kerzen Leuchtkraft.

Marcus war der erste, der Gas auf anderem Wege als aus Kohlen erzeugte. Er nannte es Astralgas. Seine Verbesserungen in der Torpedotechnik sind in der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine eingeführt worden. Aehnlich wie einst im 16. Jahrhundert Abraham Colonna am Hofe der Este in Ferrara, konstruierte Marcus eine Faustpistole, die hintereinander 100 Schüsse abgibt. Aus seiner Werkstätte kamen die Apparate für Kratky-Baschik, den Zauberer im Wurstelprater, ferner Kreiselpumpen, Bogenlampen, galvanische Propellerelemente, Gasglühlicht-Petroleumlampen („Sturmlampen") und eine Menge anderer Erfindungen, die diesem fruchtbaren Geiste entsprungen sind. Wie seine Bekannten versichern, hat er ohne Zweifel sehr viele unausgenützt ins Grab mitgenommen. Es war ihm unmöglich, eine jede Erfindung unter Patentschutz zu stellen. Er tat dies erst dann, wenn sich ein Reflektant auf eine gefunden hatte. Durch eine einzige Firma erwarb Marcus in den Jahren 1876—96 27, durch eine zweite zwischen 1892 und 1898 nicht weniger als 76 Privilegien, in Oesterreich 12, Ungarn 4, Belgien 9, England und Frankreich je 6, Deutschland 7, Amerika 6, Italien 4, der Schweiz und Finnland je 3, Spanien, Rußland und Norwegen je 2 usw. Es sind Patente auf einen automatischen Bilderapparat, seine Simplex-Lampe, eine direkt rotierende Maschine, Neuerungen an Wagenfedern, ein elektrisches Läutewerk, einen neuartigen Rost, ein neuartiges galvanisches Element und verschiedene neue Beleuchtungskörper für Oel, Gas, flüssige Kohlenwasserstoffe u. a. m. Auf den entlegensten Gebieten der Technik hat sich Marcus mit Erfolg versucht. Seine Geschicklichkeit als Zahnartist wird gerühmt. Nur den wenigsten dürfte es bekannt sein, daß er viele Jahre hindurch eine — künstliche Wange getragen hat, vermutlich gleichfalls sein eigenes Erzeugnis.

Seine unsterbliche Leistung ist aber der Bau des ersten Benzinkraftwagens. Der auf der Wiener Weltausstellung 1873 und der Wiener Spiritusausstellung 1904 vorgeführte Marcus-Wagen, jetzt im Besitze des Oesterreichischen Automobilclubs in Wien, ist nicht der erste Typ. Nach den Aussagen eines Arbeitsgenossen, der 1864 bei Marcus eingetreten ist — ein anderer lebt noch heute hier — war ein Benzinkraftwagen, an dem Marcus etwa fünf Jahre gearbeitet hatte, schon damals montiert, 1868 hat er dieses Modell vollendet und bis 1675 zu einem brauchbaren Vehikel verbessert. Marcus benützte dazu einen ganz gewöhnlichen Handwagen. Er nahm die Hinterräder ab und setzte an ihre Stelle die beiden Schwungräder des Benzinmotors, den er übrigens auch damals schon für ein Luftschiff verwenden wollte. Dieser Motor ist 1870 photographisch aufgenommen worden. Zu den nächtlichen Probefahrten lud Marcus aus einem benachbarten Café, er wohnte zuletzt am Neubau, Lindengasse 4, Gäste ein. Diese Fahrten wurden aber wegen des Geräusches, das sie verursachten, polizeilich verboten.

Die Frage nach der Priorität der Erfindung des Automobils und Marcus' Urheberschaft kam bekanntlich in Fluß, als Frankreich und die Vereinigten Staaten hierauf Anspruch erhoben. In Amerika berief sich George B. Selden auf ein Patent, das er 1879 angemeldet habe, das ihm aber erst 1895 erteilt worden ist. Nach einem Protokoll, das eine Kommission des französischen Automobilklubs verfaßt hat, wurde Lenoirs Automobilgrundtype in das Jahr 1862 verlegt. Nach den Mitteilungen des Arbeitsgenossen Marcus' läge aber dessen Erfindung weiter zurück.

Die Frage der Priorität der Erfindung ruhte dann wieder und Marcus fand keine Ehrung, bis jetzt, ein Jahrzehnt nach seinem Tode (am 1. Juli), auf Anregung des Herrn F. M. Feldhaus durch Beiträge des Kaiserlichen Automobil-Clubs in Berlin, des Oesterreichischen, Rheinisch-westfälischen, Bayrischen und des Thüringischen Automobil-Clubs sowie der Firma Siemens & Halske jene Gedenktafel gestiftet wurde, die ihrer Enthüllung entgegensieht. Sie zeigt lorbeerumrahmt Marcus Kopf, daneben links sein Automobil aus dem Jahre 1875. Rechts sieht man einen modernen Kraftwagen durch die Landschaft sausen. Dahinter ragen Schlote empor, ein Hinweis auf die Automobilindustrie. Im Vordergrunde bestaunen zwei gefesselte Sphinxe die beiden Fahrzeuge wie eine Mutter ihr Neugeborenes: das der Natur entlockte Geheimnis hat der Erfindung das Dasein gegeben. Die Inschrift der Tafel lautet: „Geburtshaus von Siegfried Marcus, Erfinder des Automobils, geboren den 18. September 1831."

Aus dem antisemitischen Lager.

Das Reichstagsmandat des Wahlkreises Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf soll nach dem Willen seines bisherigen Inhabers den Charakter eines Stöckerschen Familien-Fideikommisses erhalten. Gleichzeitig mit der Niederlegung des Mandats und der warmen Empfehlung des Herrn Lic. Mumm als seinen Mandatsnachfolger gibt Herr Stöcker nämlich in der ihm nahestehenden Presse die Verlobung seiner Nichte mit Herrn Mumm bekannt. Da der Schützling und halbe Schwiegersohn des Herrn Hofpredigers a. D. ferner auch in dem zweiten Gründungsunternehmen des Herrn Stöcker, dem Freien Kirchlich-sozialen Kongreß, der sich bekanntlich seiner Zeit von dem Evangelischen Kongreß wegen der dorin vertretenen freieren kirchlichen Richtung trennte, das Amt eines ersten Generalsekretärs bekleidet, so hat Herr Mumm also alle Anwartschaft darauf, das politische Gesamterbe Stöckers anzutreten. Es fragt sich nur, ob die politischen Wähler in Siegen geneigt sind, die Herrn Stöcker bisher entgegengebrachten Sympathien restlos auf Herrn Mumm zu übertragen.

Nach den neuesten Meldungen ist den Christlichsozialen aus den Reihen der christlichnationalen Arbeiter eine nicht ungefährliche Gegenkandidatur in der Person des Bergmanns Schneider aus Wahlbach erwachsen. Die Vertrauensmänner-Versammlung, die diese in der Presse irrtümlicherweise als nationalliberal etikettierte Kandidatur auf den Schild erhob, war von Vertretern der christlichnationalen Arbeiter, meist Bergarbeitern, aus 23 Ortschaften besucht. Da die große Stimmenzahl, die Stöcker bisher immer erzielte, in der Hauptsache von den Bergarbeiterwählern aufgebracht wurde, kann den Christlichsozialen diese Sonderkandidatur unter Umständen recht peinliche Ungelegenheiten bereiten.

Es stehen sich, nachdem das Zentrum inzwischen den Generalsekretär des Verbandes des Windhorstbundes, Dr. Scharmitzel aufgestellt hat, und der Zwist im freisinnigen Lager, wie wir als sicher annehmen konnten, durch den Spruch des Einigungsausschusses, der unter dem Vorsitz von Prof. Walter Schücking am Mittwoch getagt hat, dadurch seine Erledigung gefunden hat, daß Redakteur Otto Nuschke als Kandidat aller linksliberalen Parteien einstimmig nominiert worden ist, nunmehr also „nur" noch 6 Kandidaten gegenüber, nämlich der Christlichsoziale Mumm, der Nationalliberale Vogel, der Zentrumskandidat Scharnitzel, der Christlichnationale Outsider Schneider, der Freisinnige Nuschke und der Sozialdemokrat Gogowski. Die Agitation hat schon kräftig eingesetzt. Für Mumm, der selbst schon wiederholt gesprochen hat, ist noch der christlichsoziale Parteisekretär Rüffer tätig, der meist unter dem Vorsitz christlichsozialer Pastoren oder Lehrer Agitationsversammlungen abhält.

Bei den Münchener Gemeinderatswahlen, die am 23. d. M. stattfanden, gehen die Christlichsozialen, die sich „unbeirrt" durch ihre bisherigen ständigen Mißerfolge mit einem großen Geschrei über die Korruption und Unfähigkeit aller anderen Parteien in den Wahlkampf gestürzt hatten, wiederum vollkommen leer aus. Es werden die ausscheiden-

den 20 Mitglieder ersetzt werden durch 7 Liberale, 6 Sozialdemokraten, 6 Zentrum und 1 Mitglied der *Hausbesitzergruppe*, das zum großen Schmerz der Antisemiten *Jude* ist. Von den insgesamt bei 85 pCt. Wahlbeteiligung abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liberalen 10 210, die Sozialdemokraten 8756, das Zentrum 8041, die Hausbesitzerpartei 1523, die Christlichsozialen 1074 und die Wirtschaftliche Vereinigung 373 Stimmen. Die Partei des Herrn Wengg hat also sich nur mit Mühe auf ihrer alten Höhe von zirka 1000 Stimmen erhalten können, während die Liberalen gegenüber der letzten Wahl vom Jahre 1905 zirka 2500, die Sozialdemokraten zirka 2300 Stimmen gewannen und das Zentrum zirka 1200 Stimmen verlor. Mit der Niederwerfung der bisherigen liberalen Rathausmehrheit nach Wiener Muster, die die Christlichsozialen in ihrem Flugblatt prophezeiten, war es also wieder einmal nichts. Auch hatte Herr Wengg noch am letzten Sonntag in seinem antisemitischen Winkelblättchen einen „schönen Erfolg" seinen ungeduldigen Lesern in sichere Aussicht gestellt. Auch die „*Deutsche Tages-Zeitung*", das Organ des Bundes der Landwirte, schrieb in einer Korrespondenz aus München:

„Die Christlichsozialen, die schon bei den Wahlen vor drei Jahren einen ihrer Kandidaten durchbrachten, dürften diesmal mit den alten Parteien in sehr *ernsten Wettbewerb* treten und finden in den Sünden dieser Parteien den vorteilhaftesten Agitationsstoff . . ." „Sie treten darin mit solcher Entschiedenheit für die Interessen des Mittelstandes ein, daß sie wohl einen sehr *namhaften* Teil der Wähler aus diesen Kreisen auf ihre Seite ziehen werden."

Diesen excessiven Hoffnungen ist eine grausame Enttäuschung gefolgt. Dabei haben es die Christlichsozialen an Aufreizungen demagogischer Art wahrlich nicht fehlen lassen. In einem antisemitischen Wahlaufruf heißt es u. a.:

„*Mitbürger!* Keine der anderen Parteien erhebt ihre Stimme gegen die *Anmaßung des Judentums* und seinen zerstörenden Einfluß. Sie sind entweder ausgesprochene Schutztruppen desselben, oder unterlassen es aus Feigheit, ihm entgegenzutreten. Der Grund- und Hausbesitzer-Verein hat sogar *einen Juden* als Kandidaten aufgestellt und die sogenannte Wirtschaftliche Vereinigung wird aus dem Hintergrunde von Juden dirigiert. Drei Juden haben ihr Gründungszirkular unterzeichnet."

Man kann sich ungefähr vorstellen, wie groß der Katzenjammer im antisemitischen Lager sein muß, nachdem gerade dieser *jüdische* Kandidat als einziger von der Liste der Hausbesitzerpartei gewählt worden ist.

Bei den hessischen Landtagswahlen haben die Antisemiten, wie erinnerlich, von ihren Parteikandidaten keinen einzigen durchgebracht; dagegen sind im Kompromiß mit dem Bauernbund und anderen Parteien einige Abgeordnete gewählt worden, welche ihnen politisch nahestehen, u. a. in dem bisherigen Hirschelschen Wahlkreise Grünberg der bündlerische Abg., Rittmeister a. D. *Lutz*. Welchen Umständen dieser Herr seine Wahl verdankt, darüber gibt eine Zuschrift des Herrn Dr. Ebel-Gießen an die „Lib. Hess. Wochenschrift" folgende Auskunft:

„Erstens der ausgezeichneten antisemitisch-bündlerischen Organisation und einer rührigen Bearbeitung des Wahlkreises, die es fertig gebracht hat, daß oberhessische Bauern einen Großgrundbesitzer drei aus ihrer Mitte präsentierten Kandidaten, die noch dazu persönlich die größten Sympathien in allen Orten des Wahlkreises genießen, vorzogen. Zweitens und ausschlaggebend jedoch dem Umstand, daß die Vorsitzenden der Wahlkommissionen die *Wahlstunden* meist auf eine *Tageszeit festsetzten*, die es den auswärts arbeitenden *Handwerkern* und *Arbeitern unmöglich* machte, *ihr Wahlrecht* auszuüben. Die Wahlstunden fielen fast überall in die Zeit zwischen 12 und 2 Uhr. Einer der Vorsitzenden hat, so wurde mir berichtet, auf das Ersuchen, die Wahlzeit auf den Abend zu verlegen, geantwortet, da habe er viel zu tun, wenn er sich auch noch am Abend hinsetzen sollte. Daß durch ein derartiges Verfahren einer sehr großen Anzahl von Wählern, namentlich in der Umgegend von Gießen, das Wahlrecht geradezu genommen wurde, liegt auf der Hand. Denn es darf niemandem zugemutet werden, einen halben Tagelohn zu opfern, um seine Stimme abgeben zu können. Wäre die Wahlzeit nach Billigkeit auf den Abend gelegt worden, dann wäre heute nicht Herr Lutz Abgeordneter des Wahlkreises Grünberg, sondern unser Kandidat, Herr Sann-Weitershain."

Die „Aufklärungsarbeit" des Bundes der Landwirte. In *Württemberg* verbreitet der Bund der Landwirte zurzeit ein *Flugblatt*, das die „sittliche Berechtigung des Bauernbundes" nachweisen soll. Darin findet sich folgender nichtsnutziger Angriff gegen Handel und Gewerbe:

„Es ist ja freilich für manche Leute, besonders Vieh-, Holz-, Getreidehändler, Geldverleiher, Inhaber von *Schwindelgeschäften* viel angenehmer, wenn sie mit dem einzelnen Bauern es zu tun haben ihn *übervorteilen*, *überlisten* können, wenn sie dem einen Bauern für ein *Schandgeld* seine Ware und sein Gut abkaufen und es andern wieder teuer aufhängen. Wie wichtig es da ist, wenn die Bauern zusammenstehen, sich gegenseitig aufklären, nicht mehr sich freuen, wenn der Nachbar Schaden leidet und zugrunde geht, sondern ein jeder dem andern mitzuhelfen sucht."

Im Stuttgarter „Beobachter" führt nun ein Mann, der, wie er schreibt, selber „Ar und Halm" besitzt, und „diese Zeilen nicht etwa von der Redaktionsstube aus schreibt, sondern mitten unter Bauernbündlern drin sitzt und „deshalb mindestens ebenso objektiv urteilen kann", diese „sittliche Bedeutung und fortschrittlichen Erscheinungen auf ihren wahren Wert zurück. Er erzählt u. a.:

„Hierzulande merkt man von dieser „Aufklärungsarbeit" des Bauernbundes auch in dieser Beziehung noch nicht viel, im Gegenteil. In einer Gemeinde unserer Nachbarschaft waren es gerade *führende Bündler* (die überdies zum Teil im Gemeinderat sitzen, und bei denen man doch einigermaßen ein Verständnis für derartige Fragen voraussehen sollte), die den *Güterschlächtern*, nachdem sie sich ein volles Jahrzehnt nicht mehr haben blicken lassen, *wieder Eingang verschafften* und denselben durch Fertigung von Voranschlägen, Beschreibung der Güter usw. an die Hand gingen. In einer andern Gemeinde des Bezirks schämten sich „aufgeklärte" *Bündler* nicht, einem geistig *beschränkten* Manne, der nachher in der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten untergebracht werden mußte, sein Gut um ein „*Schandgeld*" *abzunehmen* und dann mit gutem Profit wieder zu verkaufen."

Man sieht, es sind wirklich Gemütsmenschen, diese Herren vom Bund der Landwirte.

Die *Güterspekulation* wird übrigens nicht nur von den württembergischen Bündlern, sondern auch von *hessischen Antisemiten* keineswegs als ein so hassenswertes Gewerbe angesehen, wie man es nach den Entrüstungsartikeln antisemitischer Blätter annehmen müßte. In der „Hess. Landes-Ztg." lesen wir nämlich folgende Notiz aus dem *Bezirk Vöhl*:

„Seit einigen Monaten zeigt sich in hiesiger Gegend ein überaus reger Güterhandel. Nachdem das Kaiserische Gut in Basdorf von auswärtigen Händlern aufgekauft und vereinzelt wurde, ist jetzt das Schwagersche Gut in Höringhausen, das ca. 800 Morgen groß ist, mit sämtlichem Inventar durch Herrn Sparkassenrendant Schnarr zu Vöhl für den Preis von 455 000 M. an dieselben Herren verkauft worden. Wir könnten nun eigentlich die kurze Notiz beschließen, zufällig liegt uns jedoch Nr. 100 der „Korbacher Zeitung" und Nr. 74 des „Frankenberger Kreisblatts" vor. In diesen beiden Blättern wird über die *zunehmende Güterschlächterei* infolge des Talsperrenprojektes geklagt. Weit davon entfernt, ein reelles Gütergeschäft mit diesem Namen zu belegen, glauben wir doch unseren deutschsozialen Gegnern einen Gefallen zu tun, ihnen diese Gütervereinzelungen als Material für künftige Agitationsreisen in unserem Bezirke zu überweisen. Hinzufügen möchten wir, daß der *Vermittler* des Schwagerschen Gutes *Vertrauensmann*, *Agitator* und *Vorsitzender* einer Ortsgruppe der *deutschsozialen* Partei ist, der sich in öffentlicher Gesellschaft im Prinzip als — Gegner der Güterschlächterei bekannte. Wie's trefft!"

Vermischtes.

Die israelitischen Religionslehrer in Bayern. Aus christlichen Lehrerkreisen wird uns geschrieben:

Bayern steht heute im Zeichen der Konfessionsschule. Die Simultanschule nimmt zwar jüdische Kinder auf, stellt aber keine israelitischen Lehrer an, so daß der Name „Simultanschule" nur eine Drapierung ist. Durch diese Sachlage bekommt die jüdische Konfessionsschule in Bayern Existenzberechtigung, mag man sonst prinzipiell jede konfessionelle

Spaltung des Schulwesens auch ablehnen. Unter diesen Umständen ist der Staat verpflichtet, den jüdischen Religionslehrer, sowie jeden andern materiell sicher zu stellen, vorausgesetzt natürlich, daß er vollbeschäftigter Lehrer an einer jüdischen Konfessionsschule werde. Die heutige Lage der jüdischen Religionslehrer in Bayern ist einfach unhaltbar. Im Auftrage des „Israelitischen Lehrervereins für das Königreich Bayern" hat Lehrer Dingfelder-München eine Denkschrift ausgearbeitet, der wir nach der „Freien Bayerischen Schulzeitung" folgende Zahlen entnehmen:

„Im rechtsrheinischen Bayern gibt es 113 Religionsschulstellen mit 119 Religionslehrern (in München 6, in Nürnberg 4, in Augsburg 2). Die größte Anzahl Religionsschulstellen hat Unterfranken (62); es folgen dann Mittelfranken (27), Oberfranken (11), Schwaben (8), Oberbayern (7), Oberpfalz (3), Niederbayern (1). Von diesen Schulstellen haben 15 ein Gehalt von unter 500 M., 49 tragen zwischen 500—800 M., 18 sind zwischen 800—1000 M. dotiert, zwischen 1000—1300 M. bringen 14 Stellen; nur 6 bewegen sich zwischen 1300—2000 M., 17 endlich, natürlich in größeren Stadtgemeinden, tragen über 2000 M. Von den 119 Religionslehrern des rechtsrheinischen Bayerns beziehen also 82, d. i. 70 pCt., eine Besoldung von weniger als 1000 M., während 15, d. i. über 12 pCt., nicht einmal 500 M. erhalten. Dabei sind fast alle diese Beamten gleichzeitig Lehrer, Kantoren und Schächter; es sind unter ihnen Männer von 41—74 Lebensjahren und 16—47 Dienstjahren. Für sie gibt es keine Alterszulagen, keine Pensions- und Reliktenversorgung, insofern nicht eben der Verein mit seinen bescheidenen Mitteln eine Art Selbsthilfe darstellt."

Solche Zustände können unmöglich weiter fortbestehen, da sie den Gipfel von Rechtlosigkeit bedeuten. Zu einer Besserung sind die vielen kleinen und armen jüdischen Kultusgemeinden außerstande, solange der bayerische Staat nicht andere Grundsätze in seiner Bildungspolitik verfolgt.

8. **Israelitische Erziehungsanstalt Ahlem.** Man schreibt uns: Die Kuratoriumssitzung, die seit Bestehen der Anstalt stets in Hannover stattfand, tagte Sonntag zum ersten Male in Berlin. Da Ahlem den Interessen des gesamten Judentums dient, trug man dieser Tatsache Rechnung, indem man die Reichshauptstadt wählte. Eine ungewöhnlich lebhafte Beteiligung aus Nah und Fern war die Folge.

Der Vorstand konnte feststellen, daß die Gründung Ahlems durch Konsul Simon durch das bislang Erreichte vollauf gerechtfertigt ist; daß die in Ahlem ausgebildeten Gärtner ohne Schwierigkeit Stellung gefunden haben; und daß eine erhebliche Zahl dieser jungen Leute sich sogar schon in selbständigen oder wenigstens leitenden Stellungen befindet.

Ueberdies wird durch eine von der Anstalt in allen Einzelheiten und mit größter Objektivität geführte Statistik nachgewiesen, daß aus der Schülerabteilung annähernd 70 Prozent Gärtner- und Handwerkerlehrlinge hervorgegangen sind.

Es wurde in der Sitzung dann noch über den Etat verhandelt, der nach einer längeren Reihe von Jahren wieder in Einnahme und Ausgabe balanciert.

Unter Leitung des Vorsitzenden des Berliner Lokalkomitees Herrn Louis Rosenbaum fand dann abends im großen Logensaale, Wilhelmstr. 118, eine besonders von Damen stark besuchte Versammlung statt, in der das Hauptinteresse ein Vortrag des Vorstandsmitgliedes Herrn Zuckermann aus Hannover bot.

Herr Zuckermann gedachte des Gründers der Anstalt. Indem er ein fesselndes Bild seiner Persönlichkeit entwarf, hob er hervor, daß Konsul Simon sich bei der Gründung der Anstalt zum leitenden Grundsatz gemacht hatte, daß Ahlem nicht ein Wohltätigkeitsinstitut sein, sondern in den Dienst einer sozialen Idee gestellt werden solle. Redner schilderte die verschiedenen Erziehungsmethoden, wie sie in Ahlem betätigt werden, und machte über das Schicksal der ehemaligen Ahlemer eingehende Angaben, die ein beredtes Zeugnis ablegten für die gute Ausbildung der Schüler.

Das Verhältnis der Anstalt zu der Konsul Simon'schen Stiftung brachte der Vortragende ebenfalls zur Sprache und legte dar, wie die Erträgnisse der Stiftung den Ideen der Anstalt nutzbar gemacht werden.

Dem Vortrage folgte eine äußerst angeregte Besprechung. Herr v. Gerlach beleuchtete die Wirksamkeit der Anstalt Ahlem hauptsächlich vom politischen Standpunkte aus. Er ist der Meinung, daß die stärkere Beteiligung der Juden an der Bearbeitung des Bodens von höchster Wichtigkeit sei. Herr Dr. Heymann würdigte die Ziele der Anstalt in bezug auf die Erhaltung der jüdischen Volksmasse und die Heranbildung qualifizierten Menschenmaterials als Pioniere für alle jüdischen Kolonisationsbestrebungen.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich u. a. Herr Rosenow, Vorsitzender der Anstalt Weißensee und des Verbandes zur Förderung des Handwerks und des Ackerbaus unter den preußischen Juden. Herr Curt Bürger, Redakteur der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", führte auf Grund seiner langjährigen politischen Erfahrungen im Lande den Nachweis, daß es eine ganze Anzahl von jüdischen Landwirten in Deutschland gibt, deren hervorragende Befähigung für die Landwirtschaft auch von ihren politischen Gegnern anerkannt wird.

In seinem Schlußwort forderte Herr Dr. Zuckermann die Freunde der Sache auf, sich durch einen persönlichen Besuch über die Arbeiten und das Wirken der Anstalt zu orientieren.

Ein Denkmal für Felix Mendelssohn-Bartholdy in Berlin wird anläßlich des bevorstehenden 100. Geburtstages (3. Februar 1909) des Komponisten in der Berliner Presse angeregt. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, welcher Wertschätzung sich Mendelssohn der schon als 17jähriger die Ouvertüre zu Shakespeares „Sommernachtstraum" verfaßt hat, sich bei dem Olympier in Weimar erfreute, in dessen Haus er durch Zelter im Jahre 1821 eingeführt wurde. Goethe war von den musikalischen Schöpfungen des Knaben hingerissen und sagte zu Zelter, daß er solche Leistungen in so jungen Jahren nicht für möglich gehalten habe. „Und Du hast doch den Mozart in seinem siebenten Jahre in Frankfurt mit angehört," erwiderte Zelter. „Ja," sagte Goethe, „damals zählte ich selbst erst zwölf Jahre und war allerdings erstaunt. Was aber Felix jetzt schon leistet, mag sich zum damaligen Mozart verhalten wie die ausgebildete Sprache eines Erwachsenen zu dem Lallen eines Kindes."

Felix Mendelssohn schrieb aus Weimar in den vierzehn Tagen dieses ersten Aufenthalts bei Goethe in seiner kindlichen Art nach Hause: „Jeden Morgen erhalte ich vom Autor des „Faust" und des „Werther" einen Kuß und jeden Nachmittag von Frau v. Goethe zwei Küsse. Bedenkt!!! Nachmittags spiele ich Goethe über zwei Stunden vor" . . . . . Nach dem langen Besuche Mendelssohns mit Zelter in Goethes Hause schrieb der Dichter am 5. Dezember 1821 an den Vater seines jungen Lieblings:

„Wenn der talentvolle, fähige und fertige Felix mich manchmal beym Nachtisch den Kopf umwenden und nach dem Flügel schauen sähe, so würde er fühlen, wie sehr ich ihn vermisse und welches Vergnügen mir seine Gegenwart gewährte. Denn seit dem Scheiden der so willkommenen Freunde ist es wieder ganz still und stumm bey mir geworden, und wenn es höchst genußreich war, gleich beym Empfang nach langer Abwesenheit meine Wohnung in dem Grade belebt zu finden, so ist der Kontrast an trüben und kurzen Wintertagen leider allzu fühlbar . . ."

Hans von Bülow sagte einmal feierlich zu seinen Schülern: „Ich kann Ihnen versichern, daß Mendelssohn als Tondichter in das nächste Jahrhundert hineingeht, während viele andere nicht."

Ein anderer ebenfalls kompetenter Beurteiler im Reiche der Töne, Robert Schumann, sagt in seinen „Gesammelten Schriften über Musik und Musiker":

„Mendelssohn ist der Mozart des 19. Jahrhunderts, der hellste Musiker, der die Widersprüche der Zeit am klarsten durchschaut und zuerst versöhnt. —

Wozu viele Worte über solche Musik? Die Grazie zu zerlegen, das Mondlicht wiegen zu wollen, was nützt es! Wer Dichters Sprache versteht, wird auch diese verstehen, und wenn neulich irgendwo von Jena aus berichtet wurde, es fehle dem Mendelssohnschen Phantasieschwung zuweilen an der rechten Höhe, — ei, so häng dich auf, Liederknirps von Jena, wenn dir die schöne Erde zu niedrig vorkömmt. —

— Laßt uns diesen Mendelssohn-Paulus hochachten und lieben, er ist der Prophet einer schönen Zukunft, wo das Werk den Künstler adelt, nicht der kleine Beifall der Gegenwart: sein Weg führt zum Glück — —."

Anläßlich des Erscheinens der Gesamtausgabe der Werke Mendelssohns, der es nur auf ein Lebensalter von 37 Jahren gebracht hat, schrieb L. Ehlert:

„M. gehörte wie Mozart zu den Sonntagskindern der Kunst, in deren Wiege die Anmut des schön Menschlichen und die schicksalbeschwörende Macht des Bescheidens gelegt war. Ihm gaben die Sterne der eigenen Brust Licht und Leitung genug. Es fehlt das Ironische, Weltschmerzliche und Ueberspannte."

Mendelssohn hat übrigens, als er die Gestalten des Elias und Paulus für die Tonkunst herausmeißelte, seine Herkunft aus dem Judentum, zumal er stolz auf Moses Mendelssohn als seinen Großvater war, ausdrücklich betont. Der genannte Kritiker meint, daß ihm das bei der Mit- und Nachwelt wahl geschadet hat; abwohl doch wahrlich die Musik ein neutrales Gebiet sein sallte.

Der jüngste Biograph Mendelssohns, W. Schrader, bemerkt zu dem Bekenntnis Bülows: Ein „Lied ohne Worte" von Mendelssohn ist für mich ebenso klassisch wie ein Gedicht von Gaethe mit Recht:

„Solche Bekenntnisse tun wohl in einer Zeit, in der Cliquenfehde und Rassenhaß sich redlich bemühen, ihnen nicht konvenierende Erscheinungen fanatisch in den Staub zu treten . . ."

Selbst ein so erklärter Antisemit wie Heinrich von Treitschke sagt („Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert", IV, S. 155) van Felix Mendelssohn-Bartholdy:

„Mendelssohns edles und großes Wirken bewies für alle Zukunft, daß der deutsche Jude wahren Ruhm erringen kann, wenn er ganz und ohne Vorbehalt im deutschen Leben aufgeht."

Ueber Alexander von Humboldt ist ein Essai auch in hebräischer Sprache veröffentlicht warden von dem russischen Mathematiker und Astranamen Slonimski, der im Jahre 1844 nach Berlin kam, um hier seine physikalischen Erfindungen zu verwerten. Das Buch, das den Titel führt: „Alexander von Humboldt. Eine biographische Skizze. Dem Nestor des Wissens gewidmet zu seinem achtundachtzigsten Geburtstage von S. Slonimski" (Berlin 1857) enthält eine ausführliche Lebensbeschreibung Humbaldts sawie eine eingehende Besprechung der von ihm in französischer und deutscher Sprache erschienenen Werke. Mit welchem Beifall das Erscheinen der Humboldt-Biographie vom hebräischen Lesepublikum aufgenommen wurde, beweist der Umstand, daß sie, wie wir einem Gedenkblatt van S. Meisels in dem „Hamburger Israelitischen Familienblatt" entnehmen, drei Auflagen erlebte, — was bei hebräischen Büchern, zumal Biagraphien, selten varkommt.

Als Slonimski im Jahre 1857 zum zweiten Male in Berlin weilte, überreichte er dem Farscher die biagraphische Skizze nebst einem Begleitschreiben van dem Orientalisten Dr. Michael Sachs. Darauf erhielt Slonimski von Humboldt den folgenden Dankesbrief:

Verehrtester Herr Slonimski!

Ich bin tief in Ihrer Schuld durch so lange Verzögerung des Dankes für eine Ehre, die Ew. Wohlgeboren mir so wohlwollend bereitet haben. Die unruhige Lage, in der ich lebe, in einer politisch und gesellschaftlich so bewegten Zeit, kann mich kaum rechtfertigen. Eine Empfehlung von zwei berühmten, mir so teueren Freunden wie Bessel und Jacoby läßt einen dauernden Eindruck. Der hebräischen Literatur leider entfremdet, aber von früher Jugend an mit den edelsten Ihrer Glaubensgenossen innigst verbunden, ein lebhafter und ausdauernder Verfechter der ihnen gebührenden und so vielfach noch immer entzogenen Rechte, bin ich nicht gleichgültig für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben. Das Zeugnis eines tiefen orientalistischen Sprachkenners, des vortrefflichen, so mannigfach ausgebildeten Dr. Michael Sachs, kann eine solche Auszeichnung nur erhöhen. Es ist für den biographisch Belobten fast eine Beruhigung, der Ursprache nicht mächtig zu sein. Ich werde vom Dienstag an einige Wochen wieder in Berlin wohnen, und vom Dienstag an wird jeden Tag zwischen 1 und 2 es mir eine Freude sein, Herrn Slonimski, falls er nicht schon nach Warschau zurückgekehrt ist, in Berlin zu empfangen und Ihnen den Ausdruck der innigen Hochachtung mündlich zu erneuern, die Ihren schönen früheren wissenschaftlichen Bestrebungen gebührt. Ew. Wohlgeboren gehorsamster Alexander v. Humboldt. Potsdam, den 12. September 1858."

Juden im österreichischen Offizierkorps. Die kürzlich uns von geschätzter Seite aus Wien zugegangenen detaillierten Angaben über jüdische Offiziere in der österreichischen Armee glaubt das antisemitische Wiener „Deutsche Volksblatt", wie wir einem Auszuge der „Staatsbürgerzeitung" entnehmen, noch wie folgt ergänzen zu können:

„Wir können dem Herrn natürlich die weit über 100 aktiv dienenden Militärärzte, die weit über 100 aktiv dienenden Truppenrechnungsführer aus dem Stamme Israels namentlich aufzählen. Vielleicht forscht dieser Herr auch über die Abstammung des Truppendivisionärs in Linz, FML. Karl Glückmann nach. Wir haben unter den aktiv dienenden Generalen mindestens zehn getaufte oder ungetaufte Juden, unter den Stabs- und Oberoffizieren des Soldatenstandes der Armee haben wir mehr als hundert Juden. In der Gendarmerie haben wir zum Beispiel den Juden Alois Weinmann, der als Oberstleutnant Landesgendarmeriekommandant ist, den Oberleutnant Aiven Leib Jungfrau (!), den pensionierten Obersten Leopold Midelburg usw."

Der „Staatsbürgerztg." ist der Schreck über diese „Verjudung" der Armee des befreundeten Dreibundstaates dermaßen in die Glieder gefahren, daß sie in düsterem Kassandratone prophezeit:

„In Oesterreich zwei Drittel der Offiziere magyarisch und tschechisch, ein Drittel deutsch, jüdisch, polnisch, kroatisch, italienisch; in Italien jüdischer Geist im Kriegsministerium; in Deutschland Juden gleichfalls überall (?) in der Armee — solch Los droht dem Dreibund und seinem „festesten Bollwerk" den drei verbündeten Armeen! Lieb' Vaterland, magst ruhig sein!"

Die „Staatsbürgerztg." vergißt nur hinzuzufügen, daß nach ihren eigenen wiederholten Versicherungen die französische Armee ebenfalls total „verjudet" ist, und da die russische Armee und Flotte, die einzige, in der es keine jüdischen Offiziere gibt, ihre hervorragende strategische Befähigung ja so glänzend im Kriege mit Japan bewiesen hat, ja ist dach das durch die angebliche „Verjudung" der Dreibund-Armeen schwererschütterte europäische Gleichgewicht glücklich wieder hergestellt. Heil!

Zum Kapitel vom „rechten Glauben". In einer Zuschrift an die „Frankf. Ztg." wird darauf aufmerksam gemacht, daß schon in der bekannten mittelalterlichen Spruchsammlung „Bescheidenheit", deren Verfasser sich „Freidank" nennt, sich eine Stelle findet:

„Gott hat der Kinder dreierlei,
Christ, Jude, Heide sind die drei.
Ein jedes hat sein eigen Leben
Und sagt: Gott hab' es ihm gegeben;
Ihr Leben sei gut oder schlecht,
Ein jedes nennt das seine recht.
Was Gott mit diesen Kindern tu?
Das stehet keinem Toren zu.
Sie wollen ihren Glauben wahren,
In meinem will ich stets beharren."

Ist das nicht dieselbe Taleranz, die Lessings „Nathan" predigt? Allerdings klagt der „Freidenker" an einer anderen Stelle:

„Eins ist es, was mich gar betrübt:
Daß Gott das gleiche Wetter gibt
Den Christen, Juden, Heiden
Ohn' alles Unterscheiden."

Aber können wir dem Weltbetrachter des 13. Jahrhunderts solchen „Gefühlsantisemitismus" übelnehmen? Und können wir mit gutem Gewissen behaupten, daß unsere „so herrlich weit" fartgeschrittene Zeit davan frei sei?

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14 — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg Druckerei A. G. Berlin W, Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig und (12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 49. Berlin, den 2. Dezember 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Kaiser Franz Josef.

Wien, den 28. November 1908.

Am 2. Dezember werden sechzig Jahre seit dem Tage verflossen sein, an dem der 18 jährige Erzherzog Franz Josef in der alten mährischen Stadt Olmütz den Thron der Habsburger bestieg. Obwohl jetzt durch die kritische Gestaltung der Beziehungen Oesterreichs zum Orient für den Staat schwere Sorgen heraufbeschworen worden sind, wird die Festesstimmung am 2. Dezember doch keine Einbuße erleiden, denn die aufrichtige Verehrung aller Volkskreise für den greisen Monarchen kann durch äußere Ereignisse keine Beeinträchtigung erfahren. Sie lebt tief in den Herzen und wird dem Festtage seine eigentliche Weihe geben.

Kaiser Franz Josef ist die lebendige Verkörperung der 60 jährigen österreichischen Geschichte und seine Regierungszeit war auch für die Stellung der Juden in Oesterreich von ausschlaggebender Bedeutung. Die Revolution hatte theoretisch die empörende Zurücksetzung der Israeliten aufgehoben und die Ghettoschranken wenigstens formell niedergerissen. Die Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates, die am 25. April 1848 erschienen ist, sagt in ihrem Paragraphen 17 allen Staatsbürgern die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zu, und der Paragraph 25 betont besonders, daß die Wirksamkeit der Verfassungsurkunde für alle Staatsbürger gleich sei. Paragraph 31 endlich lautet: „Allen in der Monarchie durch die Gesetze anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Kultus ist freie Ausübung des Gottesdienstes gewährt." Doch schon zehn Tage, ehe dieses denkwürdige Gesetz bekanntgemacht wurde, hatte sich die Reaktion zu einem Vorstoße gesammelt; am 15. April erschien zum erstenmal Sebastian Brunners „Kirchenzeitung", die ihre publizistische Wirksamkeit mit einem Artikel über: „Kirche, Priester und Schreiber" eröffnete. Dieses Blatt atmete aus jeder Zeile Intoleranz und es war mehrere Jahrzehnte hindurch ein unermüdlicher Herold antisemitischer Aufhetzungsideen. Allein es dauerte nicht lange und die „Kirchenzeitung" hatte eine stattliche Anzahl von Bundesgenossen erhalten, die sich in Angriffen auf das Judentum überboten. In der zweiten Hälfte der Revolutionsperiode ertönte das Geschrei der antisemitischen Presse schon ziemlich lebhaft und die rüdesten Beschimpfungen der Juden wurden zu täglichen Erscheinungen. Indes, nicht nur in der Publizistik hatte sich der Antisemitismus breit gemacht, er lebte sich auch in brutalen Judenkrawallen aus, die an den verschiedensten Plätzen Oesterreichs ausgebrochen sind, ohne glücklicherweise allzu große Dimensionen annehmen zu können. Als die Reaktion über den Staat hereinbrach, war die Situation der Israeliten womöglich noch ungünstiger als vor den Märzstürmen. Die versprochene Gleichberechtigung hatte keine praktische Wirkung gehabt, aber die Feinde der Israeliten gingen zum offenen Angriffe über.

Zur Zeit, da der jugendliche Kaiser die Regierung antrat, breiteten sich demnach über den Juden düstere Wolken aus. Noch im Jahre 1853 ordnete ein kaiserliches Patent an, daß die vor der Revolution bestandenen Vorschriften, die das Besitzrecht auf Grund und Boden für die Juden einschränkten, vorläufig wieder in Kraft zu treten hätten. Aber gegen Ende der 50 er Jahre hatte die Leidenszeit ihren Höhepunkt erreicht und von da ab begannen die zielbewußten Bestrebungen, die Rechtsungleichheit aufzuheben und allen Staatsbürgern ohne Rücksicht auf ihre Konfession gleiche Rechte zuzumessen. Im Jahre 1859 erfolgte die Aufhebung des Verbotes für die Juden, christliche Dienstboten zu halten. Später hob man den politischen Ehekonsens auf und beseitigte die Bestimmung des bürgerlichen Gesetzbuches, die es den Juden verwehrte, Testamentszeugen bei Christen zu sein und in Prozessen gegen Christen Zeugenschaft abzulegen. In den 60 er Jahren wurde den Israeliten unter gewissen Beschränkungen der Erwerb von Grundstücken gestattet und die Zwangstaufe jüdischer Findelkinder verboten. Schließlich wurde auch volle Freizügigkeit eingeräumt.

Die vollständige Gleichberechtigung erlangten die Juden aber erst durch die Staatsgrundgesetze vom Jahre 1867, und es ist ein stolzer Ruhmestitel Kaiser Franz Josefs, daß diese wichtige gesetzgeberische Tat unlösbar mit seinem Namen verknüpft erscheint. Was der große Habsburger Josef II. allen Vorurteilen zum Trotz angestrebt hat, der nun jubilierende Monarch hat es vollendet: Die Juden sind unter seiner Herrschaft vollwertige Staatsbürger geworden und sie haben es an Dankbarkeit und Treue nicht fehlen lassen. Das Grundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte sagt in seinem Artikel 2: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich"; der 3. Artikel bestimmt: „Die öffentlichen Aemter sind für alle Staatsbürger gleich"; im 6. Artikel ferner wird gesagt: „Jeder Staatsbürger kann an jedem Orte des Staatsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, Liegenschaften jeder Art erwerben und über dieselben frei verfügen, sowie unter den gesetzlichen Bedingungen jeden Erwerbszweig ausüben."

Durch diese Vorschriften waren die Ketten gesprengt, die das Judentum Jahrhunderte lang in Oesterreich mit sich schleppen mußte, die es gehindert hatten, von Parias zu vollwertigen Bürgern aufzusteigen. Als das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom Abgeordneten- und Herrenhause angenommen worden war und als es die kaiser-

liche Sanktion erhalten hatte, ging ein Jubelschrei der bisher Unterdrückten durch alle Gaue, in den sich unauslöschliche Dankbarkeit mischte. In den Gesetzesbüchern wenigstens waren fortab alle Unterschiede beseitigt.

An diese rühmenswerte Tat Kaiser Franz Josefs werden am 2. Dezember die österreichischen Juden voll Liebe denken, und auch wir wollten hier an sie erinnern. Anläßlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums läßt man all die segensreichen Neueinrichtungen Revue passieren, die in die Aera Franz Josefs fallen und darum soll nicht des Werkes vergessen werden, das wahrhaftig nicht das geringste ist. Der Monarch hat sich seit dem Inslebentreten der Dezemberverfassung als das Muster eines konstitutionellen Herrschers gezeigt, unter dessen weiser Führung der Staat mächtigen Aufschwung nehmen konnte, obwohl das Gemisch der Nationen und die einander lähmenden Interessen den Aufstieg ungemein erschwerten. Kaiser Franz Josef ist ein treuer Hüter der Staatsgrundgesetze gewesen und soweit seine Person in Betracht kam, sein Wollen entschied, haben sich die Juden über die Verkürzung gegenüber dem Gesetze nicht zu beklagen gehabt. Als die trüben Fluten der christlichsozialen, antisemitischen Bewegung über Wien hinbrausten, machte der Monarch aus seinem Abscheu kein Hehl, wenngleich es auch der in seinem Wesen begründeten Zurückhaltung ferne lag, dies in so demonstrativer Weise zu tun, wie Erzherzog Rainer. Immerhin fiel bei dem Besuche des Grazer Tempels eine bemerkenswerte Aeußerung, die nur der nicht verstehen konnte, der sie nicht verstehen wollte. So ist denn Kaiser Franz Josef ein Schirmer des Rechts, der den Unterdrückten aufwärts verhalf und sie mit seinem mächtigen Schild vor ihren engherzigen, blindwütigen Feinden deckte. Am Donnerstag, den 26. v. M., haben die Vertreter der verschiedenen Konfessionen dem Monarchen gehuldigt und die Repräsentanten der Juden konnten sich wirklich als Sendlinge all ihrer Glaubensgenossen fühlen, da sie dem Herrscher ihre Huldigungen und Wünsche darbrachten. Kaiser Franz Josef erwiderte auf die Ansprache, die der Präsident der Wiener israelitischen Kultusgemeinde an ihn richtete:

„Für die Huldigung sage ich Ihnen meinen wärmsten Dank. Die israelitische Bevölkerung hat immer eine staats- und gesetzestreue Gesinnung, Ergebenheit für mein Haus und Anhänglichkeit an meine Person bekundet; ich schätze auch ihren Familiensinn und ihre Freude am Wohltun. Seien Sie versichert, daß Ihre Glückwünsche meinem Herzen wohlgetan haben und daß Sie und Ihre Glaubensgenossen meines kaiserlichen Schutzes gewiß sein können."

Das schöne Verhältnis zwischen Fürst und Volk kommt in diesen Worten zu lebhaftem Ausdruck, und die gewerbsmäßigen Verfälscher der Wahrheit müssen bei diesem kaiserlichen Vertrauensbeweise beschämt und verlegen schweigen . . .

rm.

* * *

Die Antwort, die Kaiser Franz Josef auf die Huldigungsansprache der Abordnung der evangelischen Geistlichkeit, in deren Namen der Präsident des Oberkirchenrats, Sektionschef Dr. Rudolf Franz, sprach, gab, hat viel Aehnlichkeit mit Gedankengängen aus der Proklamation bei dem Regierungsantritt des unvergeßlichen Kaiser Friedrich III. Der österreichische Kaiser sagte nämlich:

„Gerne sehe Ich die Vertreter der evangelischen Kirche Augsburger und Helvetischen Bekenntnisses hier versammelt. Ich habe es stets als Meine Pflicht erachtet, den Gedanken zu verwirklichen, daß in Meinem Reiche jedem Bürger die volle Freiheit religiöser Ueberzeugung und Kultusübung gewährleistet sei.

Wollen Sie, meine Herren, Ihren Glaubensgenossen, deren Arbeitsamkeit und ernste Lebensauffassung Mir bekannt sind, mit Meinem Dank für Ihre patriotische und loyale Gesinnung die Versicherung überbringen, daß Ihre Glückwünsche Mich herzlich gefreut haben und daß alle Konfessionen Meines kaiserlichen Schutzes gewiß sein dürfen."

Das Manifest Kaiser Friedrich III. vom 12. März 1888 enthielt bekanntlich das herrliche Bekenntnis:

„Ich will, daß der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Untertanen, welcher Religionsgenossenschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein Jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe. — Haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt." — —

Von den Geistlichen aller Konfessionen, insbesondere von gewissen Politikern im Talare, verdient beherzigt zu werden die eindringliche Mahnung, die der österreichische Kaiser an die Vertreter der katholischen Geistlichkeit richtete, in deren Namen Kardinal Gruscha gesprochen hatte:

„Streit und Parteiung sind unvermeidlich; Ihre Sendung aber ist es, die Versöhnung und den Frieden zu künden, den die Welt sich selbst nicht geben kann."

Auch die Beamten in Preußen, die, wie gewisse Verwaltungskreise in Ostelbien, nur allzuoft geneigt sind, ihre staatlichen Befugnisse in den Dienst ihrer Partei zu stellen, könnten aus der Ansprache des österreichischen Kaisers an die Vertreter der dortigen staatlichen Behörden und Aemter etwas lernen. Der Kaiser sagte nämlich:

„Nur der wird ein guter Beamter sein, der die Schwere der Verpflichtungen fühlt, die diesem Vertrauen entspringen. Ihres Wirkens Ausgangs- und Schlußpunkt muß das Gesetz und nichts als das Gesetz sein. Je reger das Parteileben wird, um so fester müssen Sie sich auf die parteilose Gesetzlichkeit stützen; Sie werden darin den stärksten Halt, Sie werden dafür Anerkennung und Dankbarkeit finden.

Meine Völker haben eine große Anzahl gemeinsamer Interessen, die nur durch eine gemeinsame Beamtenschaft gefördert werden können. Den Angehörigen jedes Meiner Völker steht in gleicher Weise der Eintritt in den öffentlichen Dienst offen. Meine Beamtenschaft muß und soll Söhne aller Nationen umfassen, die, ohne ihre Stammeszugehörigkeit zu vergessen, doch stets eingedenk bleiben, daß sie den gemeinsamen Interessen aller dienen und daß das Amt niemals Partei sein darf. Nicht das nationale Gefühl, wohl aber der nationale Widerstreit muß aus dem Amte verbannt bleiben."

Das konfessionelle Moment im amerikanischen Wahlkampf.

In amerikanischen Wahlkämpfen wird, wie man weiß, noch weit unverschämter gelogen wie — anderswo. Insbesondere werden den im Vordergrund der Agitation stehenden Personen und den Kandidaten alle nur erdenklichen Schlechtigkeiten nachgesagt. Die politische Tagespresse hat eine Fülle von mehr oder minder amüsanten Details aus diesem Verleumdungsarsenal der amerikanischen Parteien zur Kenntnis auch der deutschen Leser gebracht. Uns interessiert insbesondere ein gegen die angebliche Konfession des republikanischen Kandidaten Taft gerichteter Angriff und seine ehrliche und tapfere Zurückweisung durch den bisherigen Präsidenten Roosevelt. Es war nämlich von antirepublikanischer Seite das falsche Gerücht verbreitet worden, Tafts Brüder und seine Frau seien katholisch. In einem offenen Brief eines Herrn Martin an Roosevelt war ferner gesagt worden, viele Wähler würden nicht geneigt sein, für einen Mann zu stimmen, der selbst ungläubig (Unitarier) sei und eine katholische Frau und katholische Brüder habe. Während der Wahlbewegung hat Roosevelt es nicht für nötig erachtet, auf diesen Brief eine Antwort zu geben; nach der Wahl hat er jedoch mit seiner Ansicht nicht zurückgehalten. Die Antwort ehrt ihn nicht minder wie die bisherige amerikanische Tradition. Roosevelt sagt darin zunächst, daß er die Anfrage während der Wahl absichtlich nicht beantwortet habe, denn es gehe niemanden etwas an, ob Herr

Taft ein Unitarier sei oder nicht. Dies sei eine Gewissenssache, die Herr Taft mit seinem Schöpfer ganz allein abzumachen habe. Wenn man gegen einen Mann auf Grund seines speziellen religiösen Glaubens opponieren wolle, so könne man bei einem andern wegen eines anderen Glaubens genau dasselbe tun, und es sei dann kein Ende ab zusehen, wohin das führen solle. Lincoln habe in der Tat keiner Kirche angehört, John Quincy Adams sei Unitarier gewesen, und der jetzige Senatskaplan Hale gehöre demselben Glauben an. Nachdem der Präsident in dieser Weise den ersten Teil der Anfrage des Herrn Martin erledigt, fährt er wie folgt fort:

„Was nun Ihre Bedenken gegen Herrn Taft aus dem Grunde betrifft, weil Sie annehmen, daß seine Gattin und sein Bruder Katholiken sind, so ist dies zufällig nicht der Fall. Wenn sie es aber wären, oder wenn er selbst Katholik wäre, so sollte das nicht im mindesten Einfluß auf die Frage üben, ob ihn jemand für das Amt des Präsidenten unterstützt. Sie sagen, die Masse der Stimmgeber, welche nicht Katholiken sind, würden keinen Katholiken bei der Bewerbung um irgendein Amt unterstützen, am wenigsten aber bei der Bewerbung um das Präsidentenamt. Ich glaube, daß Sie damit Ihre Mitbürger verleumden. Ich nehme keinen Augenblick an, daß die Masse unserer Mitbürger oder auch nur eine beträchtliche Anzahl derselben sich durch solche engherzige Bigotterie so beeinflussen lassen würden, daß sie sich weigerten, für einen vollkommen aufrichtigen und geeigneten Mann zu stimmen, weil er zufällig einem besonderen Religionsbekenntnis angehört. Eine solche Rücksicht sollte niemals als ein Grund betrachtet werden, einen Kandidaten für ein politisches Amt zu unterstützen oder ihm Opposition zu machen. Ist Ihnen bekannt, daß es mehrere Staaten in der Union gibt, in welchen die Majorität der Bevölkerung katholisch ist? Ich würde in den schärfsten Ausdrücken Katholiken verurteilen, welche in diesen oder irgendwelchen anderen Staaten sich weigerten, für den Fähigsten ihre Stimme abzugeben, weil er gerade Protestant ist, und mein Verdammungsurteil lautet genau so strenge über Protestanten, welche sich im umgekehrten Falle weigern würden, für einen Katholiken zu stimmen. Ich freue mich, sagen zu können, daß ich im öffentlichen Leben viele Männer gekannt habe, welche in Distrikten, in welchen die überwiegende Majorität eines anderen Glaubensbekenntnisses war, zu öffentlichen Aemtern gewählt und immer wieder gewählt wurden. Ich kenne Katholiken, welche seit vielen Jahren Wähler vertreten haben, welche hauptsächlich Protestanten waren, und Protestanten, welche seit vielen Jahren Wähler vertreten haben, welche hauptsächlich Katholiken waren. Und unter den Kongreßmitgliedern, mit welchen ich besonders genau bekannt bin, befand sich ein Mann mosaischen Glaubens, welcher einen Distrikt vertrat, in welchem kaum ein einziger Jude zu finden war. Alle diese Männer widerlegen durch ihr bloßes Vorhandensein im politischen Leben die üble Nachrede, welche Sie bezüglich Ihrer amerikanischen Mitbürger geäußert haben. Ich glaube, daß diese Republik noch viele Jahrhunderte bestehen wird. Wenn so, werden sich unter ihren Präsidenten Protestanten und Katholiken und sehr wahrscheinlich zu einer Zeit Juden befinden. Ich war, während ich Präsident war, konsequent bemüht, meinen amerikanischen Mitbürgern katholischen Glaubens gegenüber so zu handeln, wie, wie ich hoffe, jeder künftige Präsident, falls er ein Katholik sein sollte, gegen seine amerikanischen Mitbürger protestantischen Glaubens handeln wird. Hätte ich irgendeinen anderen Kurs befolgt, so hätte ich mir sagen müssen, daß ich ungeeignet sei, das amerikanische Volk zu repräsentieren. In meinem Kabinett sitzt gegenwärtig Katholik neben Protestant, Christ neben Jude, und jeder davon wurde auserseben weil ich ihn für die Ausübung der Amtspflichten, mit welchen ich ihn im Interesse des ganzen Volkes betraute, besonders geeignet hielt. Das religiöse Bekenntnis beeinflußt die Erledigung seiner Pflichten in keiner Weise oder nur so, daß es ihn um so eifriger macht, in seinen Beziehungen zu allen gerecht und aufrichtig zu handeln. Die Prinzipien, welche obgewaltet haben bei der Ernennung der Kabinettsmitglieder, der höchsten Beamten unter mir, und bei jeder wichtigen Politik meiner Administration, sind dieselben Prinzipien, nach welchen alle guten amerikanischen Bürger bei der Auswahl der Männer, durch Wahl oder Ernennung, für irgendein Amt, vom höchsten bis zum niedrigsten im Lande, handeln sollten.

Achtungsvoll Ihr (gez.) Theodore Roosevelt."

Man hat Roosevelt oft — zuweilen nicht ohne Grund, wie bei der Trustfrage — den Vorwurf gemacht, daß seine Worte sich nicht immer mit seinen Taten decken. In der Frage der religiösen Gleichberechtigung hat er sich jedoch stets als ein Staatsmann gezeigt, der es mit deren politischer Durchführung und den Grundsätzen der Toleranz ernst meint. Roosevelt war es bekanntlich, der einen Juden, Straus, der sich freilich als amerikanischer Gesandter in Konstantinopel, als permanentes Mitglied des Haager internationalen Schiedsgerichts schon einen geachteten Namen geschaffen hatte, vor mehreren Jahren zum Handelsminister ernannte. Daß die Vereinigten Staaten mit diesem jüdischen Minister nicht schlecht gefahren sind, muß sogar die „Kreuz-Ztg." eingestehen, die vor einigen Tagen schrieb:

„Dieser (Straus) hat übrigens seinen Posten in anerkennenswerter Weise ausgefüllt, zumal als Chef der Einwanderungsbehörden, wo er sich bestrebt zeigte, den fremden, feindlichen Bestrebungen der Jingoes energisch entgegenzutreten. Wenn er das auch hauptsächlich mit Rücksicht auf seine osteuropäischen Glaubens- und Stammesgenossen getan haben mag — jedenfalls hat er es getan, und dadurch zahlreichen Einwanderern viel Kummer und Leid erspart."

Merkwürdig nur, wie objektiv das Hauptorgan der preußischen Konservativen über — ausländische Juden zu urteilen vermag, deren Verdienste es noch nicht einmal aus eigener Anschauung so genau kennen gelernt haben kann.

Es unterliegt schon jetzt keinem Zweifel, daß der Nachfolger Roosevelts, Herr Taft, auch in dieser Frage dem Beispiel seines von ihm hochgeschätzten und verehrten Parteifreundes folgen wird. Wie verlautet, hat Taft die Absicht, sowohl Herrn Loeb, den langjährigen Privatsekretär Roosevelts, in das Ministerium zu berufen, wie auch seinen Freund, den N.-A. König, der als besonderer Vertrauensmann der jüdischen Bevölkerung des Ostends von New York gilt. Als er jetzt als republikanischer Kandidat für den Posten des Ministers des Innern aufgestellt wurde, erhielt er sowohl von Roosevelt wie von Taft herzliche Begrüßungsschreiben. An der Spitze der amerikanischen Flotte, die jetzt nächst der englischen die stärkste ist, steht ebenfalls ein Jude. Und keinem amerikanischen Bürger, auch solchen nicht, die für ihre Person vielleicht den Juden nichts weniger als sympathisch gesinnt sind, fällt es auch nur im Traum ein, sich etwa über die Ernennung von Juden zu Ministern zu entrüsten. Wer schreitet nun an der Spitze der Kultur? Preußen oder die Vereinigten Staaten von Amerika? Der alte oder der neue Erdteil?

Die Antisemiten und das persönliche Regiment.

Die Presse der deutschsozialen Partei des Herrn Liebermann v. Sonnenberg, die sich sonst immer als die „monarchische Kerntruppe" aufzuspielen liebte, scheint diesmal Gefallen daran zu finden, den wilden Republikaner zu spielen. Der „Göttinger Deutsche Bote" macht zu dem Kieler Hurraerlaß folgende Glosse:

„Was soll man eigentlich dazu sagen? Wenn das Hurrarufen auf den Schiffen nun eingeübt wird, wird man glauben, die deutsche Flotte sei von einer Bande von Verrückten eingenommen. Uebrigens wird uns mitgeteilt, daß auch bei einem Erfurter Truppenteil das gleichmäßige Hurrarufen geübt, ja sogar der Gesang des Flottenflaggenliedes im Schritt eingeübt sei. Bald kann nur noch der Irrenarzt helfen gegen diesen Uebereifer."

Auch das offizielle Parteiorgan, die „Deutschsozialen Blätter", variieren unermüdlich dasselbe Thema:

„Den 51 Jahre alten Kaiser Wilhelm II. haben alle traurigen Erfahrungen einer verfehlten Regierung nicht zu einem Diplomaten machen können, er wird auch keiner sein, wenn er 100 Jahre alt ist. In den zwanzig Jahren seiner Herrschaft hat sich Deutschlands Lage nach innen und außen verschlechtert. Die letzte journalistische Tat hat nur das Maß zum Ueberlaufen gebracht, voll war es längst. Und im Innern haben die herausfordernden Reden gegen die Sozialdemokratie erst recht das Uebel groß werden lassen. Den schrecklichen Gedanken, auf Vater und Mutter zu schießen, durfte man nicht einmal andeuten."

Damals, als das „schreckliche Wort" fiel, hat kein antisemitisches Blatt widersprochen. Die jetzige stark verspätete Entrüstung wird also wohl ihre besonderen Gründe haben. Der

„Hammer“ (Nr. 155) des Herrn Fritsch erinnert an die Anspruchslosigkeit Friedrichs des Großen, um dann fortzufahren:

„Die Zeiten haben sich geändert, heute reisen die Fürsten mit einem Kostenaufwande von 3½ Millionen Mark in die Sommerfrische nach dem Süden und brauchen dabei sechs Automabile und allabendlich 30000 Glühlampen im Schloß, um ihre Herrscherwürde zum Ausdruck zu bringen. — O, es ist eine glorreiche Zeit, in der wir leben!“

Ein hervorragender Mitarbeiter des „Hammer“, Wilhelm Schölermann, ist sehr pessimistisch gestimmt, er schreibt in derselben Nummer:

„Kann man oder will man nicht sehen, daß Wilhelm II. an eben der Zeitkrankheit leidet, die heute so verbreitet ist, daß Weitblickende schon an der Besserung dieser Zustände verzweifeln, was einen Teil den „Hammer“-Leser zum Zusammenschluß in der Erneuerungsgemeinde geführt hat, die in einer ländlichen Siedelung einen neuen Stützpunkt schaffen will gegen die allgemeine Auflösung?

Ist des Kaisers Reisewut und Redewut etwas anderes als ein vorgeschrittenes Symptom dieser Krankheit? Kann man ihn anders noch entschuldigen, als wenn man ihn für schwerkrank erklärt? Seine Worte wirken mit ihrer „Hyperbolik“ durch und durch pathologisch. Seine Unruhe, sein völliger Mangel an Takt dafür, das Richtige auch rechtzeitig zu erkennen, sein beständiges Danebenhauen und Sich-in-den-Verhältnissenvergreifen, im Ausdruck seiner Gedanken und Empfindungen: Alles deutet auf dieselbe Diagnose hin. Und da will man in naiven Gemütern noch immer an eine Aenderung im Wesen Wilhelms II. glauben? Hören wir auf zu hoffen! Jetzt ist die Zeit zum Handeln.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, was an dieser galligen Kritik richtig oder falsch oder übertrieben ist, als Symptom der Stimmung in antisemitischen Kreisen erscheint sie indes im hohen Grade bemerkenswert.

Eine literarische Reklame-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit.

Natürlich spielt dabei der Literaturgewaltige von Weimar — um Mißverständnisse zu vermeiden und nicht den großen Olympier in schmählichen Verdacht zu bringen, sei der Name des modernen Thersites gleich genannt —, Herr Prof. Adolf Bartels, die Hauptrolle. Er muß sich wieder einmal fürchterlich entrüsten über die Unfähigkeit und die parteipolitische Voreingenommenheit unserer literarischen Schiedsgerichte. „Tantris der Narr“ von Ernst Hardt ist mit dem doppelten Schillerpreis gekrönt worden, und von Adolf Bartels dichterischen Schöpfungen spricht niemand. Das schmerzt. Und so läßt er denn in der „Deutschen Welt“, der Feuilletonbeilage der „Deutschen Zeitung“, „rinnen der Tränen vergeblichen Lauf“:

„Immerhin will ich zugeben, daß „Tantris der Narr“, wenn auch kein wirkliches Drama, doch eine Dichtung ist: Es sind selbständige Erfindungen, Stimmungs- und Verskunst vorhanden. Der Schillerpreis ist jedoch für solche Dichtungen nicht, wenigstens nicht der königliche, er ist einzig und allein für die gesunde, hoffnungsvolle, zum Hohen strebende deutsche Dichtung bestimmt, nicht für Werke, in denen sich Sadismus und Hysterie breitmachen, nicht für die Tageskunst der modernen Virtuosen. Das mußten die Herren, die für den König von Preußen das zu krönende Stück auszuwählen hatten, die Professoren Erich Schmidt und Roethe vor allem, die ja in der Literatur stehen, wissen, sie mußten auch den künstlichen Charakter von „Tantris der Narr“, in dem zuletzt nicht eine Spur wirklich echten Lebensgefühls steckt, erkennen. Aber sie haben, unsere deutschen „Geistesträger“, nicht weniger vollständig versagt als die deutschen Diplomaten. Den Leuten vom Volksschillerpreis nehme ich ihre Entscheidung weniger übel, dieser Volksschillerpreis ist ja im Grunde der „jüdische“ Preis, und so sind die Herren ihrer Geistesrichtung nur treu geblieben, wenn sie, die zuerst Beer-Hofmann gekrönt, diesmal außer „Tantris der Narr“ noch zwei jüdische Stücke, Babs „Blut“ und Hofmannsthals „Oedipus und die Sphinx“, in die engere Wahl brachten und das wahrscheinlich stärkste historische Stück, das die letzten Jahre gebracht, Erlers „Zar Peter“, einfach ausschieden. Eben darum ist das Ergebnis der diesmaligen Konkurrenz so unheilvoll, weil bei ihr zum erstenmal das Judentum auch „offiziell“ gesiegt hat; denn, mag Hardt selber auch kein Jude sein, seine Dichtung ist jüdisch, dem Geist wie der Form nach. Wir sollten aber endlich einmal daran denken, aus der jüdischen Dekadenz herauszukommen, statt immer tiefer in sie hinein, sollten anfangen, Stücke zu schätzen, die dem ganzen deutschen Volke etwas geben können, statt derer, die bloß das jüdische Premierenpublikum unterhalten und reizen. Gerade, weil wir in der Gegenwart so „tief drin stecken“, ist uns ein neues hohes geschichtliches Drama so dringend not, das wirklich lehrt, was Deutschtum ist — aber unsere Weisen krönen manierierte und schwächliche, krönen sogar sadistische Hofmannsthaliaden!“

Wir haben den Schluß dieser 5 Seiten langen Jeremiade des Herrn Adolf Bartels hier unverkürzt wiedergegeben, weil er einen pikanten Einblick gewährt in die Fechterkunststückchen einer gewissen literarischen Clique, die deswegen über die „Verjudung“ der Literatur zetert, weil ihre eigenen armseligen Schöpfungen sich keine Anerkennung zu erringen vermögen. Hier hat sich Herr Bartels aber selbst bis auf die Knochen bloßgestellt. Warum sucht er sich neben Prof. Roethe gerade Erich Schmidt unter den Mitgliedern des Schiedsrichterkollegiums für den staatlichen Schillerpreis aus, um sein Mütchen an ihm zu kühlen? Weil Erich Schmidt sein entschiedenster Gegner in der Beurteilung Heinrich Heines ist. Weil Schmidt, lange bevor die Bartelssche Schmähschrift über Heine erschienen war, geschrieben hatte:

„Der Dichter des „Atta Troll“, in dem ich vorläufig das letzte große Werk deutscher Volkspoesie erblicke, war Singvogel und Raubvogel zugleich. Was Wunder, daß ihm Gimpel und Krähen feind sind.“

Eine solche unerhörte Beleidigung der Gimpel und Krähen mußte natürlich gerochen werden, und Herr Adolf Bartels machte sich zu ihrem Anwalt und verfolgt seit dieser Zeit Erich Schmidt mit giftigem Haß. Hinc illae lacrimae. Und nun das Glanzstück der antisemitischen Kampagne gegen das Votum der beiden Schillerpreiskommissionen. Adolf Bartels schimpft wie ein Rohrspatz, daß das „wahrscheinlich stärkste Stück“ des letzten Jahres, Erlers „Zar Peter“, von der Kommission einfach beiseitegeschoben worden ist — und als Echo ertönt a tempo in den „Zeitfragen“ ein schmerzliches Klagelied des beiden gemeinsamen Freundes Dr. L. Lorenz-Erfurt, daß das Erlersche Werk und Adolf Bartels' „Luther-Trilogie“ nicht den Schillerpreis erhalten haben. So wird's gemacht. Die literarische Clique um Herrn Bartels sucht sich seit Jahr und Tag auf diese Weise in den ihnen nahestehenden Blättern gegenseitig in die Höhe zu loben, freilich, wie es scheint, mit nur sehr mäßigem Erfolg. Und diese Gesellschaft hat dann noch die Stirn, sich über den „jüdischen Ring“ zu entrüsten, der angeblich alle Werke „nationaler“ Autoren totschweigt. Das ist doch wohl — mit Herrn Bartels zu reden — das „stärkste Stück“ der letzten Jahre.

Zum „Fall Dr. Moses-Mannheim“.

Die seinerzeit angekündigte redaktionelle Erklärung zu der befremdlichen Nachricht, daß der praktische Arzt Dr. Moses in Mannheim als Referent auf der Darmstädter Versammlung des „Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege“ wegen seines „alttestamentlichen“ Namens abgelehnt worden sei, liegt jetzt in der Nr. 9 der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ vor. Die Erklärung der Redaktion hat folgenden Wortlaut:

„In seinem Aufsatze (Heft 7, S. 340) „Ein Nachwort zur Darmstädter Versammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege“ hat Dr. Moses in Mannheim ausgeführt, ihm sei das Referat über das Thema der Mädchenschulhygiene nach mündlicher Mitteilung des Herrn Professors Dr. Griesbach vom Vorstande des Vereins deshalb nicht übertragen worden, weil man an seinem alttestamentarischen Namen Anstoß genommen habe. Es sei in der Vorstandssitzung sogar erklärt worden, daß das preußische Ministerium auf keinen Fall in Darmstadt sich vertreten lassen würde, wenn sein Name als Referent auf der Tagesordnung stände. Wir sind nicht in der Lage, prüfen zu können, ob der Vorstand tatsächlich eine solche Ansicht ausgesprochen hat und wodurch er sie hat begründen wollen. Denn fest steht doch, was Herr Dr. Moses selbst schon zutreffend

bemerkt hat, daß preußische Ministerialvertreter sehr häufig an Versammlungen teilnehmen, auf denen Herren mit alttestamentarischen Namen Referate zu erstatten haben, und deshalb würde gewiß auch die Betätigung eines als tüchtig bekannten Schulhygienikers, wie des Dr. Moses, als Referenten kein Hindernis für die Beteiligung der preußischen Ministerien geboten haben. Unseres Erachtens dürften die Gründe, weshalb die Versammlungen des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege nur selten von dem am nächsten interessierten preußischen Ministerium, dem der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten beschickt werden, auf ganz anderem Gebiete zu suchen sein, als in Namens- und Konfessionsfragen; jedenfalls ist zur Darmstädter Versammlung kein Vertreter dieses Ministeriums entsandt warden, obwohl Herrn Dr. Mases ein Referat nicht übertragen worden war."

Man darf in dieser sehr vorsichtig formulierten Erklärung, in der der Hauptwert darauf gelegt werden muß, was zwischen den Zeilen zu lesen ist, wohl auch eine Antwort des preußischen Ministeriums erblicken, zumal Herr Geh. Ober-Reg.-Rat im preußischen Kultusministerium Dr. Mathias selbst Mitglied der Redaktion des Blattes ist. Uns scheint, als ob gewisse Leute im Vorstand des „Vereins für Schulgesundheitspflege", die es bisher ängstlich vermieden haben, auf die in der Presse erhobenen Angriffe auch nur mit einer Silbe zu antworten, bei der beschämenden Affäre eine nicht gerade rühmliche Rolle gespielt haben.

Wer ist der Güterhändler und Bodenwucherer in Rußland?

Ueber die gegenwärtige Lage der deutschen Grundbesitzer in Südrußland verbreitet sich auf Grund langjähriger persönlicher Erfahrungen Edmund Schmid-Odessa in einem Artikel der „Zeitfragen" (Nr. 11), der Feuilletonbeilage der agrarischen „Deutschen Tages-Ztg." Der Verfasser ist ein strammer Antisemit, und der Artikel verfolgt offensichtlich die Tendenz, gegen die jüdischen Händler scharf zu machen. Er schildert die wirtschaftliche Entwickelung der deutschen Ansiedler in Südrußland in den letzten 25 Jahren und insbesondere ihren Landhunger. Während anfangs der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Deßjätine (= 109,25 Aar) Land noch für 30--40 Rubel erhältlich war, kostete sie Anfang der 80er Jahre infolge der starken Nachfrage — der Vater stattete die Söhne in einer Generation nach der andern nicht mit Geld, sondern mit eigenem oder Pachtland aus -- 80--100 Rubel. Hierzu bemerkt der Verfasser:

„Und dach begann nun erst der Handel mit dem Land.

Bisher hatten die Bauern Land gekauft, um es zu bewirtschaften. Und nur, taenn sie ein größeres Gut kauften, und das Geld langte nicht, verkauften sie ihr kleines Besitztum. Nun aber fingen sie unter dem Einflusse der Juden — die selbst Landbesitz nicht ertaerben dürfen — an, Land zu handeln. Deutsche Unternehmer kauften Land, nicht um es zu bewirtschaften, sondern um am Weiterverkauf zu gewinnen. Sie machten einen Privatvertrag, gaben ein ardentliches Stück Handgeld und ließen den natariellen Abschluß des Kaufvertrages auf 1—2 Jahre hinausstellen. Inzwischen suchten sie das Gut mit Gewinn weiterzuverkaufen. Auf diese Weise ging manchmal ein Gut in drei, vier Hände über, ehe ein Kaufvertrag geschlossen wurde. Das Land wurde lebendig, und es entstand eine Gutsbesitzerwanderung, wie sie Deutschland wohl nie gesehen hatte. Die Landpreise stiegen in 10—15 Jahren auf das Doppelte und Dreifache. Es wurden schon 250 Rubel für die Deßjätine bezahlt, als die Krisis eintrat. Ein jeder Bauer wollte jedem seiner Sähne — und deren waren nicht selten 4, 6 und noch mehr — mindestens ebensaviel Land mitgeben, als er selbst besaß. „Die Kinder ettaas lernen lassen? Fällt mir nicht ein. Ich geb' meinen Buben Land, das ist besser." Wenn man nur eben die Notariatsgebühren bezahlen kannte, so wurde gekauft. Auch Gesellschaften taten sich zusammen zu gemeinsamem Kaufe."

Also nicht „der Jude", sondern die deutschen Ansiedler waren nach dem unanfechtbaren Zeugnis dieses Sachverständigen diejenigen, welche den Güterhandel en gros betrieben; der Jude, der selbst kein Land erwerben durfte, war aber als Geldgeber willkommen. Auch über den Verdienst der Großpächter erzählt Herr Schmid interessante Einzelheiten:

„Die Pachten gingen an und brachten etwas ein, wenn sie nicht weiter als in die zweite Hand gingen und wenigstens das dritte Jahr eine entsprechende Ernte brachte. Aber das Pachtsystem entwickelte sich in den letzten 10 Jahren zum Raubsystem. Ein Landstück ging manchmal in drei, vier Hände, bis es an den kam, der es bebaute. Ich weiß einen Fall, daß ein Landgut van 15 000 Deßjätinen im ganzen van einem deutschen Gutsbesitzer gepachtet wurde zu sechs Rubel die Deßjätine. Das Ganze gab er an einen Zweiten ab für neun Rubel die Deßjätine; dieser gab's an den Dritter für elf Rubel und dieser an den Vierten für zwölf Rubel 70 Kopeken. Dieser letzte ließ es durch einen Juden verwalten, der van den Bauern — Russen und Deutschen — achtzehn Rubel die Deßjätine nahm. Vielleicht auch war der Jude der letzte Pächter, und der Deutsche gab nur seinen Namen dazu. Gewiß, solche Fälle sind nur einzelne Auswüchse. Aber diese einzelnen Auswüchse machen das böse Blut, unter dem alle zu leiden haben. Sie schufen den ersten allgemeinen schlimmen Haß der Russen gegen die Deutschen. Solange die Deutschen Land kauften und selbst bebauten, zuckte der russische Bauer die Schulter und sagte: „Da schau die Deutschen! Das sind Kerle!" Und wenn der Deutsche ein größeres Gut pachtete und den benachbarten Russen kleine Stücke davan zu einem angemessenen Preise, den ganz armen um den dritten Haufen abgab, dann war er dankbar dafür. Wenn aber sein Leichtsinn und seine Armut von den Deutschen aber von den Juden im Namen der Deutschen ausgenutzt und ihm der letzte Blutstropfen ausgepreßt wurde, dann wurde er böse, und mit Recht. Diese Blutsauger sind schuld, daß in dem aufrührerischen Jahre mancher deutsche Gutshof abgebrannt wurde."

Hier wird also von einer über jeden Verdacht der „Judendienerei" erhabenen Seite mit dürren Worten anerkannt, einmal, daß die deutschen Ansiedler die Hauptbodenwucherer sind und weiter, daß die Juden in den meisten Fällen den Prügelknaben für die Sünden ihrer christlichen Auftraggeber abgeben mußten.

Aus dem antisemitischen Lager.

Antisemitische Parteisekretäre. Die antisemitischen Gruppen klagen zwar immer sehr über ihre geringen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, sind aber doch imstande, nahezu in jedem Jahre neue Parteisekretariate einzurichten; ein Beweis dafür, daß ihre beweglichen Klagen bei den Parteigenossen im Lande nicht ungehört verhallen. Die deutschsoziale Gruppe Liebermann von Sonnenbergs beschäftigt neben ihrem Generaliekretär Hennigsen die Parteisekretäre Wulfes und Hesse, die fortgesetzt die hessischen und thüringischen Wahlkreise bearbeiten, gelegentlich auch kleine Probetouren nach anderen Gegenden unternehmen. Die christlichsoziale Partei Stöckers hat als Hauptorganisator den Lic. Mumm, seinen in Aussicht genommenen Mandatsnachfolger im Reichstagswahlkreise Siegen, der unterstützt wird von dem langjährigen Parteisekretär Rüffer und den erst neueingestellten Parteisekretären Weigelt und Meisinger. Weigelt hat seine Arbeit im Osten begonnen; er hat sich zunächst Schlesien aufs Korn genommen. Die Ankündigung, daß demnächst auch Ost- und Westpreußen und Pommern von den Christlichsozialen in Bearbeitung genommen werden würde, hat kürzlich der „Kreuz-Ztg." schon einige schmerzliche Töne entlockt. Auch die Reformpartei beabsichtigt, wie wir der Magdeburger „Sachsenschau" entnehmen, demnächst einen Herrn von Hollenffer-Kypke als Parteisekretär für Sachsen anzustellen.

Unsere Freunde sollten sich an dieser Rührigkeit und Opferwilligkeit im antisemitischen Lager ein Beispiel nehmen.

Das Deutschtum gewisser konservativer Kreise im Osten wird durch Vorgänge bei der jüngsten Stadtverordnetenwahl in Konitz in eine charakteristische Beleuchtung gerückt. Dort hat vor einigen Tagen die Stichwahl

in der ersten Abteilung stattgefunden, bei der sich der deutsche Kandidot, Justizrot Moschke, und der polnische Kondidat, Konfmonn A. Jeleniewski, gegenüberstonden. Das Ergebnis war der völlig unerwartete Sieg des Polen mit 21 gegen 19 Stimmen. Das ungemeines Aufsehen erregende Resultot ist dodurch herbeigeführt worden, daß sich Männer, die sich sonst ouf ihr Deutschtum etwas zugute tun, entweder der Stimmabgabe enthielten oder direkt für den Polen stimmten. Zu ersteren gehörte nach der „Danz. Ztg." auch der hier gewählte konservative Londtogsobgeordnete Regierungsrat Weißermel, trotzdem er gestern noch on einer Beamtenversommlung in Konitz teilnahm. Auch ein streng konservativer und ein notionolliberaler Stodtrot sollen, abwohl im Wohllokol anwesend, sich der Stimmobgobe entholten hoben. Für künftige Landtogswohlen im hiesigen Wohlkreise wird der 30. November 1908 eine Warnung sein. Der hiesige Reichstogswahlkreis ist ein sicherer Besitz der Polen, im Landtogswahlkreise hängt der deutsche Besitzstand an wenigen Stimmen.

Sollte etwa diese indirekte Unterstützung des polnischen Kondidaten durch so hervorragende Vertreter des deutschen Beomtentums dorin ihren Grund haben, daß der deutsche Kandidat zufällig ein Jude war?

Bei den Stadtverardnetenwahlen in Witten ist diesmal zum ersten Male in der zweiten Abteilung — in der ersten war schan vor einigen Jahren einmal ein jüdischer Bonkier gewählt worden — ein Jude gewöhlt worden; es siegte der jüdische Konsmonn Joseph Lindenbaum mit 245 gegen 108 Stimmen, die auf seinen Gegenkandidat, einen ebensolls in den Kreisen der Bürgerschaft hochgeochteten Monn, den Vorsitzenden des notionolliberalen Vereins, entfielen. Die antisemitische Bewegung, die seinerzeit gerode in Witten unter der Führung des bekannten Dr. König-Witten sa hohe Wellen schlug, hat also erfreulicherweise jede Werbekrost unter der Bürgerschaft eingebüßt.

Die Stadtverordnetenwohlen in Frankfurt a. M. Die in Nr. 47 gebrachte Korrespondenz enthält insofern eine tatsächliche Unrichtigkeit, als im Jahre 1906 die Notionolliberolen zusammen mit den übrigen liberalen Porteien den Kampf gegen die reaktionären Parteien durchgeführt haben.

Die am 30. November stattgefundenen Stichwohlen haben das Ergebnis gehabt, daß die Kandidoten, die noch der früher geschilderten „reinlichen Scheidung" dem nicht antisemitischen Teil der Mittelstandsportei angehören, den Sieg davon trugen.

Nach der Stärke der Parteien setzt sich die Stadtverordnetenversommlung nunmehr wie falgt zusammen: 17 Demokroten, 15 Sozialdemokroten, 12 Fortschrittler, 10 Nationalliberale, 7 Mittelständler, 1 Zentrum, 2 Wilde (der ontisemitische Laaß und Professor Trommershausen).

Die Gemeindewahlen in München. Die Münchener Christlichsozialen machen von dem Recht des Besiegten, zu schimpsen und über die moralische Verkommenheit der Gegner zu lamentieren, etwas allzu verschwenderischen Gebrauch. Es mog ja für Herrn Wengg, der als einziger Kondidot der christlichsozialen Liste dreimol gehäuft wurde und tratzdem kein Mandat erlongen konnte, gewiß sehr schmerzlich sein, daß er wiederum bei der Gemeindewahl mit Glanz durchgefallen ist; doß er aber über diese persönliche Niederlage ein förmliches Wutgeheul anstimmt, dorüber dürften wohl ouch seine näheren politischen Freunde recht wenig erbaut sein. Herr Wengg ist gonz fassungslos:

„So ist denn wieder einmal ein mit Aufgebot aller Kräfte geführter Kampf für die Christlichsozialen ohne positive Erfolge verlausen und sind die aufgewendeten Mühen und die schweren Opfer, welche unsere Gesinnungsgenossen gebracht haben, nahezu vergeblich gewesen. Die Christlichsozialen sind dem Stumpfsinn der Masse und den vergifteten Waffen der Gegner unterlegen. Der Herdentrieb hat wieder einmal Triumphe gefeiert, der Münchener Weißwurstphilister hat es bequemer gefunden, dem großen Hausen zuzulaufen, bei welchen ihm das Denken erspart bleibt, als sich zu eigenem Urteil aufzuraffen.

Es ist eine schmachvolle Feststellung, die aber im Interesse der Wahrheit nötig ist: München hat sich bei den letzten Gemeindewahlen widerstandsloser unter das Judenjoch beugen lassen, wie jemals vorher. Zwar ist die Zahl der Judengegner angewachsen, aber auch die Schwächlinge und Konfusionsräte und die Gesinnungslosigkeit, Feigheit und Gedankenfaulheit haben in erschreckendem Maße zugenommen."

Nachdem Herr Wengg dergestalt sich seinen teutonischen Zorn von der bajuvarischen Männerbrust geschrieben hat, geht er on die „Abrechnung" mit dem „verräterischen" Zentrum. Der Führer des Zentrums, Oberinspektor Abel, hatte am Abend des Wahltages, als dos auch für dos Zentrum unbefriedigende Wahlergebnis schon vorlag, in einer Wählerversammlung erklärt:

„Es ist das eine heilsame Lehre insbesondere für die Christlichsozialen, woraus sie ersehen können, daß in München für sie kein Boden ist. Um ihnen diese Lehre zu geben, haben wir es abgelehnt, unsere Liste mit ihnen zu verbinden."

Herr Wengg erwidert hierauf giftig:

„Herr Abel ist als Politiker noch zu jung und sein erstes Debut hierin zu unglücklich ausgefallen, als daß wir von ihm eine Lehre anzunehmen geneigt sein könnten. Die Listenverbindung ist vom Zentrum abgelehnt worden, weil eine solche die Wahl unseres Herausgebers gesichert hätte. Der Führer der Christlichsozialen ist den braven Herren von der Zentrumsleitung ebensowenig angenehm, wie den Liberalen. Sie fürchteten, daß gewisse kleine Pfennig-lichter verdunkelt werden könnten und haben sich wohl auch gesagt, was jedermann weiß, daß der Einzug des Redakteurs Wengg in das Rathaus die christlichsoziale Bewegung um ein gutes Stück vorwärts gebracht hätte. Dagegen sträubte sich der Partei-Egoismus der Herren vom Zentrum, hinter welchem selbstverständlich das allgemeine Interesse zurücktreten muß. Nun, die Christlichsozialen werden wohl sehr rasch Gelegenheit erhalten, sich ihren liebenswürdigen Verbündeten von 1905 dankbar zu erweisen."

Im übrigen verdient noch erwähnt zu werden, daß das Hauptblott der boyerischen Zentrumspartei, die „Augsb. Postztg.", in ihrer kritischen Betrachtung über die Gemeindewahlen in München meint, es sei eine Absurdität, in Deutschland und Bayern auf katholischer Seite eine eigene antisemitische Partei schaffen zu wollen, während doch die christlichsoziale Partei Oesterreichs nichts anderes sei als die auf österreichische Verhöltnisse übertragene deutsche Zentrumspartei. Das heißt, bemerkt die „Frankf. Ztg." hierzu, den Antisemitismus besorgt in Bayern das Zentrum mit, dazu braucht es keine Sonderportei. Dieses Bekenntnis bringt zwar keine Ueberraschung, aber es sei doch registriert.

Hirschels Abdonkung. Der frühere hessische ontisemitische Landtagsabgeordnete Otta Hirschel in Friedberg, Direktor der „Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschoft für Oberhessen in Friedberg", hat den Varstand dieser Genossenschaft in Kenntnis gesetzt, daß er am 1. Januar 1909 von der von ihm seither innegehabten ersten Direktorstelle freiwillig zurücktrete. Am 22. August d. J. in der 7. Generalversommlung der Hauptgenossenschaft unter Vorsitz des Geheimrat Haas-Dormstadt wurde bekonntlich Hirschel, trotz seiner Verurteilung wegen Unterschlagung, einstimmig auf weitere drei Jahre für den in Rede stehenden Posten wiedergewählt. Der Grund der Abdikotion ist der, um einem an Hirschel ergongenen Rufe der „Vereinigten Landwirte von Fronkfurt a. M. und Umgegend" Folge zu leisten. Die „Vereinigten Landwirte" beobsichtigen, ihre Vereinigung nach verschiedenen Richtungen unter Hirschels Leitung weiter auszubauen. — Herr Hirschel wird sich trotz des Vertrauensvotums wohl nicht mehr ganz wohl in seiner Direktorstelle gefühlt haben.

Die „Fronkf. Ztg." schreibt hierzu, insbesandere über die auch von uns schon mehrfach erwähnte eigenartige

Rolle, die der nationalliberale Reichstagsabgeordnete und hessische Kammerpräsident Geh. Rat Haas bei der ganzen Affäre gespielt hat:

„Den Eingeweihten kommt diese Meldung nicht ganz unerwartet, da schon vor längerer Zeit allerlei Ungünstiges über die Geschäftsführung des von der Genossenschaft nach seiner Verurteilung sogar zum alleinigen Direktor bestellten Herrn Hirschel durchgesickert war. Welcher Verschlungen Herr Hirschel neuerdings sich schuldig gemacht hat, ist bisher nicht bekannt geworden. Nach allem Vorausgegangenen muß von den leitenden Persönlichkeiten und den Organen der Genossenschaft gefordert werden, daß sie unverzüglich der Oeffentlichkeit klaren Wein einschenken. Auf das sonderbare Verhalten, welches die Genossenschaft und, was in diesem Fall das gleiche ist, ihre führende Stelle im Fall Hirschel gezeigt hat, ist in der „Frankfurter Zeitung" in einem Artikel, der kurz nach der Reaktivierung Hirschels erschien (Fünftes Morgenbl. v. 17. Mai d. J.) aufmerksam gemacht worden. Hirschel, der zusammen mit Oekonomierat Schlenke in der Genossenschaft die Direktorialgeschäfte versah, hatte sich der Unterschlagung schuldig gemacht. Schon in einer Aufsichtsratssitzung vom 1. Mai 1805 war von Direktor Schlenke die verdächtige Geschäftsführung Hirschels zur Sprache gebracht worden. Aber die Dinge wurden immer wieder vertuscht, auch dann noch, als die Genossenschaftsbank in Darmstadt einen typischen Unterschlagungsfall aufgedeckt hatte und die Oeffentlichkeit mit den Verfehlungen in der Friedberger Hauptgenossenschaft sich schon beschäftigte. Es ist damals von uns ausgesprochen worden, daß Geheimrat Haas, der Generalanwalt der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vorsitzender des Friedberger Aufsichtsrates von den Verfehlungen Hirschels längst gewußt hat, ohne daß er, wie es seine Pflicht gewesen wäre, ernstlich dagegen einschritt. Auch gegen die Bestellung des wegen Unterschlagung zu Gefängnis verurteilten Subdirektors Hirschel sogar zum alleinigen Direktor scheint er nichts getan zu haben, denn gegen den Widerspruch des allmächtigen Geheimrats wäre Hirschel nie und nimmer zum Direktor gemacht worden. Herr Haas hat seinerzeit unserer Feststellung nicht widersprochen, aber auch nicht den Versuch einer plausiblen Erklärung eines Verhaltens unternommen, das unter allen Umständen als im höchsten Grade mindestens auffällig und tadelnswert erscheinen mußte. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Herrn Hirschel erteilten Vertrauenskundgebungen — und ihre Krönung war sein Aufrücken zum alleinigen Direktor — mit den Zweck hatten, die Vorbedingungen für die inzwischen erfolgte Begnadigung Hirschels zu schaffen. Die Wiederwahl Hirschels erfolgte seinerzeit, wie uns versichert wird, gegen das Versprechen Hirschels, seine ganze Tätigkeit lediglich in den Dienst der Hauptgenossenschaft zu stellen, wofür ihm entsprechend hohe Einkünfte gewährt wurden. Wie sich Hirschels neue Verfehlungen charakterisieren, ob sie auf dem Gebiete der Vernachlässigung der ihm übertragenen Geschäfte liegen, oder gar Schlimmeres, ist für die Beurteilung der für seine Wiederwahl verantwortlichen Stellen ziemlich gleichgültig. Die Wiederanstellung und sogar Beförderung eines Mannes, der soeben wegen schwerer Verfehlungen zu Gefängnis verurteilt worden war und über dessen Handlungen die Urteilsgründe in geradezu vernichtender Weise sich äußerten, war mehr, als eine auch nur halbwegs ausgebildete Verantwortlichkeit wagen durfte."

Köhler-Stil. Der antisemitische Abg. Köhler-Langsdorf hat an den Großherzog folgendes Telegramm gerichtet:

„Im Sinne der allgemeinen Volksstimmung des Landtagswahlbezirkes Lich-Hungen, bitte ich Ew. Ew. Königlichen Hoheiten, zur Geburt des zweiten Hessenprinzen die herzlichsten und ehrerbietigsten Glückwünsche der engeren Heimat Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin entgegenzunehmen. Unser Hessisches Volk preist die göttliche Vorsehung, die uns den heimischen, edelen Stämmen Hessen und Solms, uns Allen zum Heil, neues hoffnungsreiches Leben entsprießen ließ. Möchte der Prinz in einem glücklichen und langen Leben einmal sich würdig erweisen seinen beiden großen Ahnen: Philipps von Hessen und Philipps zu Solms."

Herr Köhler, der sich gern als Demokrat Aufspielende, führt neue byzantinische Moden ein, denn bei der nächsten Prinzengeburt werden sämtliche Landtagsabgeordnete aus ihren Wahlkreisen Depeschen schicken müssen, wenn sie nicht hinter ihren Kollegen in Loyalitätsbeweisen zurücktreten wollen.

Die Antisemiten unter sich. Bei der Stichwahl im Innsbrucker Wahlkreise haben die Schönerianer dort zur Hälfte für den sozialdemokratischen Kandidaten Holzhammer gestimmt und ihm dadurch zum Siege verholfen. Hierzu bemerken die „Deutschsoz. Bl." des Hrn. Liebermann von Sonnenberg:

„Die angeblich deutsch und antisemitisch gesinnten Schönerianer scheinen also ihre Drohung ausgeführt zu haben. Für eine solche verräterische Haltung wird man in deutschen Kreisen nur ein Gefühl der **Verachtung** haben können."

Aus Luegers Reich. Die „Oesterreichische Schulzeitung" erzählt folgendes Stückchen aus Wien:

„Donnerstag, den 8. Oktober, harrten im Wiener Rathause beiläufig 200 arme Menschen von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags auf den Wiener Bürgermeister, um ihm den Handschlag zu geben und das Gelöbnis abzulegen, niemals Sozialdemokrat oder Schönerianer zu werden. Was den Bürgermeister so lange aufgehalten hat, warum diese armen Menschen so sündhaft lange auf den schönen Augenblick warten mußten, erzählte unser Gewährsmann nicht; aber etwas anderes erzählte er uns, was sicherlich alle Lehrer höchlichst interessieren dürfte. Nach der Beeidigung ging der Bürgermeister die Reihen der jungen Lehrerinnen ab und fragte: „Was ham's denn für an Protektor?" Erröten und Schweigen der jungen Dame. Der „Alte" meinte darauf gemütlich: „Na! No! Tuans nit a so; mir wissen ja, daß ka Mädl a Lehrerin wird ohne an Protektor?" Ging zur nächsten und weiter, fragte überall dasselbe und hörte Namen: Bischof Marschall, Exzellenz Geßmann, Bezirksschulrat Rummelhardt, Probst Menda, Prälat Smolk, Stadtrat Tomola, Gemeinderat Philp, Oberlehrerin v. Ambros, kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand, Abgeordneter Heitinger, Präsident Weißkirchner usw. usw. — kurz, jedes dieser jungen Mädchen nannte mehr oder weniger stolz seinen Protektor, und so kam es an den Tag: „Ka Mädl wird a Lehrerin, wann's kan Protektor hat." — Ja, Er kennt sich aus!"

Unter diesem Regiment sind die Frequenzen der Wiener Volksschulen ständig gestiegen. Herr Lueger hat aber mehr Interesse für die Protegierten und ihre Protektoren.

Vermischtes.

Prof. Paul Ehrlich, der mit dem diesjährigen Nobelpreis ausgezeichnete Direktor des Frankfurter Instituts für experimentelle Therapie, ist Jude und konnte, wie uns mitgeteilt wird, wegen dieses konfessionellen „Fehlers" keine ordentliche Professur in Berlin erhalten. So muß sich Preußen durch das Ausland beschämen lassen.

„Professor Paul Ehrlich ist 1854 zu Strehlen in Schlesien geboren und machte seine medizinischen Studien in Breslau und Straßburg. Nachdem er 1878 die ärztliche Staatsprüfung abgelegt hatte, wurde er Assistent an der ersten medizinischen Klinik an der Charité, die damals Frerichs leitete. 1889 wurde er als Privatdozent an der Universität zugelassen. Als nach der Darstellung des Tuberkulins 1890 für die von Robert Koch eingeleitete Richtung der Bekämpfung der bakteriellen ansteckenden Krankheiten das Institut für Infektionskrankheiten begründet wurde, trat Ehrlich an dieses über. Er wandte sich fortan Forschungen über Immunität zu. Die wichtigen Ergebnisse dieser Forschungen waren die Veranlassung, daß Ehrlich zunächst 1891 eine außerordentliche Professur erhielt und sodann 1896 an die Spitze des damals begründeten Instituts für Serumforschung und Serumprüfung gestellt wurde. Diese Anstalt gab den Grundstock des Instituts für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. ab, das Ehrlich seit 1899 leitet."

Jüdische Oberlehrer. An der Hand des vor kurzem herausgegebenen 15. Jahrgangs des bekannten „Kunzeschen Kalender für das höhere Schulwesen Preußens" berechnet die „Jüdische Presse" die Zahl der am 1. Mai d. J. an den höheren Lehranstalten der Monarchie als Oberlehrer, Probanden und Seminarmitgliedern tätigen Angehörigen des höheren Lehrfaches wie folgt:

„Oberlehrer sind angestellt in 1. Ostpreußen 1, davon 1 an einer königlichen Anstalt, 2. Westpreußen 4, davon 3 an königlichen Anstalten, 3. Brandenburg 6, davon 2 an königlichen Anstalten, 4. Berlin 51, davon 0 an königlichen Anstalten, 5. Pommern keiner, 6. Posen 3, davon 3 an königlichen Anstalten, 7. Schlesien 8, davon 1 an königlichen Anstalten, 8. Sachsen 2, davon 0 an königlichen Anstalten, 9. Schleswig-Holstein keiner, 10. Hannover keiner, 11. Westfalen keiner, 12. Hessen-Nassau 18, davon 16 an den beiden jüdischen Anstalten in Frankfurt a. M., 13. Rheinprovinz keiner."

Demnach hat am 1. Mai 1908 die Gesamtzahl der jüdischen Oberlehrer 84 betragen, von denen 51, d. h. mehr als die Hälfte, allein in Berlin, 16 an spezifisch-jüdischen, 10 an königlichen, und die übrigen an städtischen Anstalten wirkten. Die westlichen Provinzen, mit Ausnahme von Hessen-Nassau,

haben keinen einzigen jüdischen Oberlehrer, während ihre Zahl im Osten eine größere ist. Was den Nachwuchs anbetrifft, so sind vorhanden: anstellungsfähige Kandidaten 5, Probanden 6, Seminarmitglieder 4. Ersichtlich ist also der Nachwuchs ein sehr geringer, da die 4 jüdischen Seminarmitglieder z. B. auf die Gesamtzahl von 790 entfallen, also noch nicht ein halbes Prozent betragen.

Selbst die soziale Fürsorge für Dienstboten ist nicht vor antisemitischen Anpöbelungen sicher. In einem Berliner Frauenverein ist kürzlich über die von dem Verein für die Interessen der Hausangestellten vereinbarten Verträge debattiert worden. An der an das Referat von Frau Gertrud Zucker sich anschließenden Diskussion beteiligten sich Frl. Zeppler, Frau Sußmann und Frau Deutsch. Die antisemitische Presse setzt hinter jeden Namen ein bedeutungsvolles Fragezeichen. Die „Deutsche Tagesztg." besitzt aber noch die Infamie, zu den Einzelheiten des Vertrags folgende Bemerkung zu machen:

„Daß für Dienstmädchen ausdrücklich eine Waschgelegenheit gefordert wurde, erklärt sich vielleicht aus gewisser Gewohnheit gewisser Herrschaften; in christlichen Familien ist es selbstverständlich, daß sich, wie die anderen Familienmitglieder, auch das Dienstmädchen wäscht und daß sie ein Waschgeschirr erhält. Vermißt haben wir in dem Vertrag einen Paragraphen, der sich gegen die Uebergriffe der männlichen Familienmitglieder in gewissen Häusern wendet, Uebergriffe, die gerade von den Dienstmädchen in Berlin W. und ähnlichen Gegenden oft beklagt werden. Oder zielt darauf die „Forderung des von innen verschließbaren Zimmers" hin?"

Das Organ des Bundes der Landwirte weiß sicherlich sehr genau, daß nirgendwo das „Herrenrecht" gegenüber den weiblichen Dienstboten brutaler ausgeübt wird, als auf junkerlichen Gutshöfen in gewissen Gefilden Ostelbiens, wo man sich nur schwer von der Vorstellung frei machen kann, daß das **jus primae noctis** einer glücklicherweise überwundenen „Kultur"-Periode angehört. Daß in der Großstadt in dieser Beziehung ebenfalls von Angehörigen aller Konfessionen gesündigt wird, kann ruhig zugegeben werden. Wer aber selbst im Glashause sitzt, sollte sich doch wohl hüten, auf andere mit Steinen zu werfen.

Eine wilde Räubergeschichte von einem „jüdischen Lüstling", Emil Friedmann aus Wien, Am Tabor 6, tischt die „Deutsche Hochwacht" ihren leichtgläubigen Lesern auf. Um sich den Schein der besonderen Informiertheit zu geben, wird haarklein geschildert, wie dieser „Lüstling" die armen Opfer einfängt. Man liest u. a.:

„Die meiste Zeit im Jahre befindet er sich auf Reisen, und besonders sind es die Großstädte Salzburg, Mailand, München, Berlin und Kopenhagen, wo er sich seine Opfer von weiblichen Detektivs oder Kupplerinnen zutreiben läßt. Bei seiner Ankunft nimmt er in einem der ersten Hotels Wohnung, um eine Briefadresse zu haben, am nächsten Tage aber mietet er ein Absteigequartier, manchmal auch gleich ein zweites in einer anderen Stadtgegend, und lebt dort ohne polizeiliche Meldung, damit ihm die Behörde nicht hinter sein Treiben kommen kann, bis er nach mehreren Wochen den Schauplatz nach einer anderen Stadt verlegt. In Berlin steigt er im „Phönix-Hotel" ab und bezieht dann ein Quartier im Westen, dessen Fenster einen weiten Ausblick über den Lützow-Platz gewähren. Dort liegt er den ganzen Nachmittag im Fenster und sucht mit dem Fernrohr (!) die Schmuckanlagen nach kleinen Mädchen ab, während sich die über die Bänke des Platzes verteilten Kupplerinnen ihres Dienstes bereit halten. Hat er ein Kind entdeckt, das ihm gefällt, dann gibt er mit einer Fahne ein Zeichen, die Schlepperinnen sprechen es an und locken es unter mannigfachen Vorwänden oder großen Versprechungen nach der Wohnung des perversen Lüstlings."

Wenn der Gewährsmann des antisemitischen Blattes das alles so genau wußte, so zeugt es doch von einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit, daß er nicht sofort die Polizei von seinen Beobachtungen in Kenntnis gesetzt hat, damit diesem sauberen Patron das Handwerk sofort gelegt werden konnte. Friedmann soll zurzeit in Dänemark weilen; er wird es nach diesen „sensationellen" Enthüllungen also wohl nicht so eilig haben, wieder nach Berlin zu kommen. Oder ist vielleicht der Gewährsmann der „Deutschen Hochwacht" von den Flunkereien der Madame Steinheil angesteckt worden?

Die reaktionäre Presse und die Warenhäuser. Der Vespasianische Grundsatz „**non olet**" steht bei allen reaktionären Blättern in großem Ansehen. Es ist nicht nur die „Staatsbürgerztg.", die in jeder Nummer des Blattes vorn wütende Attacken gegen die Verderblichkeit der Warenhäuser reitet und im Inseratenteil schmunzelnd die fetten Warenhausannoncen aufnimmt. Im Süden und Südwesten ist es genau so. Das „Deutsche Volksblatt" und die „Deutsche Reichspost" in Stuttgart, das bauernbündlerische und das Zentrumsorgan schimpfen und zetern, wie wir dem „Beobachter" entnehmen, das ganze Jahr gegen die Warenhäuser. Aber das hat sie nicht gehindert, in halbseitigen Anzeigen die Eröffnung des neuen Warenhauses Knopf auch ihren Lesern in Erinnerung zu bringen. Es warf ja als Inseratengebühr eine nette Summe ab.

Konfessioneller Eissport. In der „Breslauer Morgen-Ztg." lesen wir:

„Vor zwei Jahren wurde in Breslau der Eislaufverein begründet. Hochangesehene und betriebsame Bürger widmeten dieser sportlichen Vereinsschöpfung ihr Interesse, und da ihr auch die Presse ohne Unterschied der Partei mit fördersamer Teilnahme begegnete, so wuchs und gedieh das junge Unternehmen zur Freude aller. Wie sollte es auch nicht gedeihen? Breslau ist eine eislauffrohe Stadt und verfügt zudem über eine Eislaufbahn, wie sie schöner nirgends angetroffen wird. Und doch! Auch dies Gebilde erfreute sich keiner vollen Gesundheit, auch ihm blieb die Prüfung einer Krankheitskrisis nicht erspart. Der Eislaufverein rekrutiert sich aus allen Schichten der Bevölkerung, soweit sie für sportliche Zwecke überhaupt in Betracht kommt, insonderheit aber soll jedes konfessionelle Moment ausgeschaltet sein. Da ereignete sich dieser Tage ein befremdlicher Vorfall. Einige angesehene Bürger und Bürgerinnen beantragten, hierzu durch ein Mitglied des Propagandakomitees des Vereins aufgefordert, die Aufnahme in den Verein, erlebten aber allesamt durch das statutarisch vorgeschriebene Geheimvotum der Mitglieder — eine Ablehnung! Ob dieses überraschenden Ausfalls der Wahl allgemeine Bestürzung im Vorstande des Vereins und begreifliche Entrüstung bei denen, welchen man die Tür zum Eislaufverein geschlossen hielt. Und weshalb erfolgte die Ablehnung der Herrschaften, deren Mitgliedschaft dem Vereine sicherlich nicht zur Unehre oder zum Schaden gereicht hätte? Nun, die Antwort ist im hohen Maße beschämend und tief bedauerlich; man lehnte die Aufnahme der zum Eintritt sich meldenden Bürger und Bürgerinnen ab, weil sie jüdischen Glaubens waren. Also Antisemitismus auch in dem harmlosen Sportverein der Eislauffreunde! Es heißt, die peinliche Angelegenheit wäre durch energisches Eingreifen des Vereinsvorstandes in zufriedenstellender Weise geregelt, und es wäre Vorsorge getroffen worden, daß ähnliches künftighin nicht mehr vorkommen könne. Ein jüdisches Mitglied des Vereins — denn jüdische Herren zählten auch zu den Gründern des Eissportklubs — ist „sogar" in den Vorstand gewählt worden. Wir wollen hoffen, daß das antisemitische Krankheitssymptom, das sich in der gekennzeichneten Weise im jungen Breslauer Eislaufverein bemerkbar machte, in Zukunft nie mehr zutage treten wird. Schon das peinliche Vorkommnis dieser Tage hat nicht dazu beigetragen, dem Vereine den Besitz der alten Sympathien zu sichern, Wiederholungen aber würden zur Folge haben, daß diese Sympathien gänzlich schwinden und dem Gegenteile Platz machen. Jedenfalls würde die liberale Presse ihre Unterstützung einem Vereine nicht mehr gewähren, der die doch wirklich interkonfessionellen Zwecke seiner Sportbestrebungen mit konfessionellen Abgeschmacktheiten verquicken zu dürfen glaubt."

Sohrau (O.-Schl.). Ein hübsches Bild konfessioneller Eintracht läßt sich aus unserm Nachbarort Goldmannsdorf berichten:

„Als ein jüdisches Ehepaar, das hier Jahrzehnte hindurch ansässig gewesen war, seinen Wohnsitz verlegte, verkündeten sowohl der dortige katholische Priester, als auch der zuständige evangelische Geistliche in der Kirche das Scheiden der jüdischen Mitbürger, und rühmten von der Kanzel herab das segensreiche Wirken des Ehepaares, das die Liebe und Dankbarkeit der ganzen Gemeinde sich verdient hätte und dessen Wegzug jeder als seinen eigenen Verlust empfinde. Die katholischen wie die evangelischen Gemeindemitglieder waren, wie es in einem uns vorliegenden Bericht heißt, zu Tränen gerührt. Dieses Beispiel mag denen vor Augen gehalten werden, die nach Beweisen dafür verlangen, wie Juden da, wo man sie kennt, und wo ihnen freie Wirksamkeit verstattet wird, gewertet werden.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14. — Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei A.-G., Berlin W., Lützowstraße 105. — Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig (und 12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 50. Berlin, den 9. Dezember 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 2a I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Antisemitismus und Englandfeindschaft.

Der Lateiner sagt: Si duo faciunt idem, non est idem (wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe), und dieser Spruch enthält eine tiefe psychologische Wahrheit. Denn andere Motive und andere Beweggründe gestalten die Tat selbst zu einer andern. Nicht nur zur Beurteilung des Täters, sondern auch zur Bewertung der Tat ist es wichtig, das innere und äußere Milieu, aus dem heraus die Tat entstanden ist, zu kennen. Denn mit derselben Tat kann der eine das Höchste, der andere das Niedrigste erstreben. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch unsere Antisemiten einmal eine anständige Tat begehen und eine kluge Rede halten. Aber — was eine Tat adelt und sie zu einer vornehmen macht, das ist die Gesinnung, das sittliche Wallen. Bei unseren Antisemiten lauert aber meistens das antisemitische Tierchen im Hintergrund auch da, wo es nicht so leicht zum Vorschein kommt. Der wahre Antisemit ist es eben nicht im Nebenamt, sondern stets und immer, weil der Antisemitismus für ihn kein politisches System, sondern eine Geschäftssache ist.

In der denkwürdigen Novemberwoche, wo sich die Vertreter des deutschen Volkes versammelt haben, um in ernster Stunde ein ernstes Wort über die verfahrene äußere Politik des Reiches zu sprechen, da fehlten auch die antisemitischen Abgeordneten nicht, und die Redner beider Richtungen, die Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann, führten eine gar scharfe Sprache gegen das persönliche Regiment. Einem Nichteingeweihten könnte dieser Stolz vor Königsthronen sehr imponieren, und er könnte gar glauben, die Verfechter der Rassen- und Klassenpolitik seien plötzlich gewaltige Demokraten geworden. Die Sache liegt aber doch ein wenig anders, und wer die Verhältnisse kennt, merkt die Absicht und wird verstimmt. Unsere Antisemiten hätten gegen ein antikonstitutionelles persönliches Regiment gar nichts einzuwenden, auch dann, wenn es alle Freiheit untergraben würde, nur darf es keine antisemitischen Interessen tangieren und sich nicht gegen das heilige Rassenprinzip versündigen. Sie waren früher die begeistertsten Anhänger der Politik des Kaisers. Seitdem aber der Kaiser einige getaufte Juden geadelt und einige nichtgetaufte in seiner Nähe duldet, sind sie die schärfsten Oppanenten und sie bekunden ihren Mannesmut durch geradezu unglaubliche Taktlosigkeiten. Das ist die unentwegte nationale Politik und die unerschütterliche Königstreue unserer Antisemiten.

Besonders schlecht sind sie auf den Kaiser zu sprechen, seitdem er seine Sympathie für England deutlich zeigt. Die Abneigung gegen England gehört stets zum Repertaire der deutschen Reaktion, und es muß einmal ausgesprochen werden, daß der Haß gegen England seine stärksten Wurzeln im Antisemitismus hat. Wann und wo es auch galt, gegen England zu hetzen, waren unsere Antisemiten in den vordersten Reihen. Es ist ein Hohn auf die von ihnen hochgehaltene Rassenlehre, daß sie stets für das halbasiatische slawische Rußland mehr Sympathie hegten als für das stammesverwandte England. Der Grund ist einfach der, daß England ein freies Land ist, von dessen Berührung sie Gefahr für die deutsche Reaktion fürchten. Dem stockfinsteren Rußland verzeihen sie sogar die blutige Verfolgung des Deutschtums, denn das Zarenreich ist das Dorado des Judenhasses und das schöne Musterbild antisemitischer Politik. Durch diese leuchtende Tat werden alle alten und neuen Sünden Rußlands gebüßt. Die Antisemiten möchten am liebsten alle Engländer als Halbjuden hinstellen, denn sie sind Kaufleute, dazu noch in ihrer Mehrheit Freihändler, das ist schlimm. Schlimmer aber ist es, daß sie keinen Antisemitismus kennen, ja, ihn nicht einmal begreifen. Der Engländer ist eben viel zu nüchtern, um sich von Gefühlen und Instinkten leiten zu lassen, er bewertet den Menschen nach seiner Gesinnung und seinen Handlungen und nicht nach der Nase. Dazu kommt, daß fast jeder Engländer die Bibel kennt und liebt und in den Juden das Volk der Bibel verehrt. Daher wird jede Gelegenheit gern wahrgenommen, gegen England und alles englische zu hetzen. Es ist sogar das eben so schöne wie geschmackvolle Wort „weiße Juden" für die Engländer geprägt worden.

Freilich ist England für unsere Produkte noch immer eines der größten Absatzgebiete, was für ein Land wie Deutschland, das auf den Export angewiesen ist, doch sehr schwer ins Gewicht fällt. Aber unsere Antisemiten schmähen ja mit Vorliebe auf die Großindustrie, was geht sie der Export an? Sie wollen nur reaktionäre Ideen nach dem Auslande exportieren und sie haben es tatsächlich fertiggebracht, daß die französischen und russischen Antisemiten ihre gelehrigen Schüler geworden sind. Auch politisch ist es zweifellos für Deutschland am ratsamsten, Annäherung an möglichst viele Kulturstaaten zu suchen, und wir haben gewiß viel mehr politische und kulturelle Berührungspunkte zu England als zu Rußland. Aber unsere Antisemiten denken nur dann an die deutsche Zukunft, wenn sie jeden Juden als Gefahr schildern, sonst aber ist die Agitation und die Rücksicht auf die Gefühle der blinden Masse die Hauptsache.

Auch die Begeisterung für die Buren, die in den antisemitischen Reihen wahre Orgien feierte, floß aus derselben Quelle. Man liebte die Buren, weil man die Engländer

haßte, der Haß war hier primärer und echter als die Liebe. Es ist gewiß für Deutschland sehr ehrenhaft, wenn es Sympathie und Mitleid für das bedrängte kleine tapfere Volk der Buren zeigte, für die Antisemiten aber, die sich in den Vordergrund drängten, war die ganze Sache nur Reklame und eine dankbare Gelegenheit, auf das „verjudete“ England zu schimpfen.

Wer den Antisemitismus psychologisch betrachtet, der muß zu der Erkenntnis gelangen, daß der Antisemitismus ohne Chauvinismus, ohne Hetze gegen andere Völker gar nicht bestehen kann, weil ihm aus dieser Quelle seine Existenzmöglichkeit und Existenzberechtigung strömt. Stellt man einmal die falsche Maxime auf, daß das Deutschtum das Höchste auf Erden ist, daß der Deutsche lauter Tugenden und gar keine Fehler hat, dann muß man die anderen Völker als mehr oder minder inferior betrachten. Denn, während man bei sich nur die Tugenden und nicht die Fehler sieht, erschaut man bei den anderen nur die Fehler. Ohne ruhig und gerecht abwägende Vernunft gibt es keine gesunden Vergleiche, das a priori urteilende Gefühl will gar nicht vergleichen, es will behaupten, ohne zu beweisen. Die paar Juden allein genügen schließlich für die Dauer nicht, um alles Böse von ihnen abzuleiten, und da das Böse eine fremde Pflanze sein muß, denn das Germanische ist über alle Kritik erhaben, so muß man schließlich auf alle möglichen Nationen zurückgreifen und sie zu Sündenböcken stempeln. Das Laster kommt natürlich von Frankreich her, die Falschheit von England und der materialistische Schachergeist von den Juden. Der Deutsche bleibt so stets engelrein ohne Makel und ist immer nur ein Opfer des Fremdentums. Daß man Narren und Schwächlinge durch eine solche heuchlerische Politik für sich gewinnt, ist begreiflich, der wahren Volksmoral aber erweist man dadurch keine guten Dienste: Wehe dem Volke, das verlernt hat, über seine Fehler zu wachen und stets an seinem sittlichen Fortschritte weiter zu arbeiten. Es sind falsche Propheten, die dem Volke seine Fehler verschweigen, um seinen Schwächen zu schmeicheln. Unsere großen Dichter haben stets ehrlich unsere Fehler gegeißelt, aus reiner Liebe zum Volke. Bismarck, der als der Deutscheste aller Deutschen gepriesen wird, hat sehr oft von den Fehlern des deutschen Volkes gesprochen, und niemand wird verkennen, daß es in bester patriotischer Absicht geschehen ist. Es ist für jedes Volk ruhmvoll, seine Eigenart, in der seine innere Kraft ruht, zu lieben und zu pflegen. Aber jede Eigenart hat auch ihre Schlacken, und kann man sie nicht ohne Gefahr beseitigen, dann soll man sie wenigstens ehrlich eingestehen und nicht als fremde Ware etikettieren.

F. S.

Antisemitische Handlungsgehilfen bei jüdischen Chefs.

Die „Deutsche Handelswacht“, das Organ des antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, widmet unserer Kritik an dem Urteil, das das Hamburger Schöffengericht in der Beleidigungsklage des jüdischen Kaufmanns Baer in Karlsruhe gegen das antisemitische Handlungsgehilfenorgan gefällt hatte, 1½ Spalten ihres kostbaren Raumes. Wie erinnerlich, hatte das Blatt damals geschrieben:

„Die jüdische Firma B., Eisenwarenhandlung, Karlsruhe, hat bereits mehrere Angestellte vor die Wahl gestellt, aus unserem Verband auszutreten oder die Stellung zu verlassen. Unsere Mitglieder haben mit Vergnügen die Stellung aufgegeben. Firmen, die auf diese Weise gegen die guten Sitten verstoßen, sind meistens auch in anderen Beziehungen nicht zu empfehlen.“

Der angegriffene Kaufmann strengte auf Grund dieser ehrenkränkenden Notiz Beleidigungsklage an, das Hamburger Gericht wies ihn jedoch ab, mit der Begründung, „in der Notiz sei eine strafbare Beleidigung nicht zu finden; andererseits habe der Arbeitgeber das Recht, Leute, die ihm unsympathisch seien, zu entlassen. In der Gegenwart werde von den Arbeitnehmern manches, was ihnen bei den Arbeitgebern häßlich erscheine, als Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet.“

Unsere Kritik richtete sich in erster Linie gegen das Urteil und seine Begründung, und erst in zweiter Linie gegen die, zwar vielleicht „deutschnationalen“, aber wirklichem deutschen und nationalen Empfinden wahrhaftig nicht entsprechenden Gepflogenheiten antisemitischer Handlungsgehilfen, in „jüdischen Geschäften“ Stellung anzunehmen, sich das Vertrauen jüdischer Chefs zu erwerben, und hinter deren Rücken den gewerkschaftlichen oder politischen Antisemitismus zu fördern. Wir schrieben damals:

„Man muß darüber erstaunen, daß das Gericht den entscheidenden Gesichtspunkt in seinem Urteilsspruch offenbar gar nicht gewürdigt hat, nämlich den Verstoß gegen die guten Sitten, dessen sich die beiden deutschnationalen Handlungsgehilfen schuldig gemacht haben, die trotz ihrer Mitgliedschaft bei einer notorisch und satzungsgemäß antisemitischen Organisation sich einem jüdischem Chef verpflichtet haben. Wer ein prinzipieller Gegner der Juden ist, sollte auch so viel Ueberzeugungstreue und so viel Ehrgefühl besitzen, Geschäften, deren Inhaber Juden sind, fernzubleiben. Von einer wirklichen, inneren Anteilnahme an dem Prosperieren des Geschäfts, wie sie mit fortschreitender Kultur in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als selbstverständlich vorausgesetzt werden darf, kann unter diesen Umständen natürlich nicht die Rede sein . . .“

Die „Deutsche Handelswacht“ weiß nicht recht, was sie auf diese Kritik erwidern soll; sie bezeichnet unsere Argumente teils als „Blender“, teils als „eitel Geflunker“, und sucht dann selbst ihren Lesern, deren eigenes Urteilsvermögen sie beleidigend gering einschätzt, vorzuflunkern, wir hätten ganz allgemein den Käufern den Rat gegeben: „Wer ein prinzipieller Gegner der Juden ist, sollte auch soviel Ueberzeugungstreue und soviel Ehrgefühl besitzen, Geschäften, deren Inhaber Juden sind, fernzubleiben.“

Ach nein, davon stand bei uns nichts geschrieben. Wer Inhalt und Zusammenhang unserer Ausführungen nicht direkt fälschen will, muß ohne weiteres zugeben, daß unsere Schlußfolgerung sich nur auf die inkonsequenten antisemitischen Handlungsgehilfen bezog, die trotz ihrer persönlichen Aversion gegen die Juden in jüdischen Geschäften Stellung nehmen. Daraus aber den Schluß zu ziehen, es sei zweifelhaft, ob „wir (die „Mitteilungen“) daran eine besondere Freude hätten, wenn alle deutschgesinnten Käufer diese Vorwürfe beherzigen und keinen Schritt mehr in ein jüdisches Geschäft machen würden“, grenzt wirklich schon an Pücklersche und Ahlwardtsche Verdrehungen.

Die „Handelswacht“ sucht gleichwohl ihren prinzipiellen Standpunkt in der Frage, ob antisemitische Handlungsgehilfen in jüdischen Geschäften Stellung nehmen sollen und dürfen, noch einmal sachlich zu begründen; sie schreibt nämlich:

„Gewiß ist es wünschenswert, daß deutsche Handlungsgehilfen nicht mehr bei jüdischen Firmen in Stellung zu treten brauchen, solange aber die wirtschaftlichen Verhältnisse solche sind, wie wir sie heute haben, wird leider noch mancher deutsche Handlungsgehilfe gezwungen sein, solche Stellungen anzunehmen, weil eben diese Verhältnisse und die harten Notwendigkeiten der Selbsterhaltung stärker sind, als persönliche Willensbetätigung. Den deutschen Handlungsgehilfen aber daraus einen Vorwurf zu machen, ist ebenso widersinnig, wie wenn man etwa einem Impfgegner Mangel an Ueberzeugungstreue vorwerfen wollte, weil er seine Kinder unter dem Zwange gesetzlicher Vorschriften ebenfalls impfen läßt.“

Dieses Beispiel ist spottschlecht gewählt. Wo besteht denn für den antisemitischen Handlungsgehilfen ein gesetzlicher Zwang, bei Juden Stellung zu nehmen, wie bei dem Impfgegner, der allerdings sich den gesetzlichen Vorschriften beugen muß? Jedes Mitglied des D. H. V. hat die freie Wahl, Stellung zu suchen, bei wem es will, bei Christen, Freireligiösen oder Wotananbetern, nur nicht bei Juden, denn diese muß er ja auf Grund seiner politischen und sozialen Anschauung heraus, zu der er sich durch das Juden ausschließende

Statut bei seinem Eintritt verpflichtet, als seine persönlichen Gegner betrachten. Wer anders handelt, handelt gegen den Geist des Statuts, er handelt vor allen Dingen undeutsch, denn zu den schönsten Tugenden des deutschen Nationalcharakters gehört Offenheit und Ehrlichkeit; die von dem antisemitischen Handlungsgehilfenverbande empfohlene Methode hat aber mit Ueberzeugungstreue und Wahrhaftigkeit nichts zu schaffen.

Ein antisemitisches Hetzblatt vor Gericht.

Der „Göttinger Deutsche Bote", ein deutschsoziales Organ, das zurzeit von dem bekannten antisemitischen Redakteur Ruprecht geleitet wird, ist in diesen Tagen von dem Schöffengericht in Göttingen als ein Blatt charakterisiert worden, das sich einer durchaus verwerflichen Kampfesweise gegenüber dem politischen Gegner bedient.

Das liberale „Göttinger Tageblatt" hatte einen (den „Mitteilungen" entnommenen) Artikel der „Berliner Volksztg." abgedruckt, und dazu bemerkt, daß dem „Göttinger Deutschen Boten" mit einer solchen Polemik doch zu viel Ehre angetan werde; in Göttingen nehme man das Geschreibsel des Blattes im allgemeinen und nun gar seine Kannegießereien über die auswärtige Politik so wenig ernst, daß man sie überhaupt nicht liest. Die Gemeingefährlichkeit des Blattes liege auf einem anderen Gebiete, und davon werde man demnächst noch einiges hören.

Daraufhin hatte Herr Ruprecht den Redakteur des „Göttinger Tageblatts" wegen Beleidigung verklagt, und zwar wegen des ganzen Artikels. Das Gericht hat der Klage aber nur stattgegeben in bezug auf diese Zusatzbemerkungen; in den abgedruckten Ausführungen der „Berliner Volkszeitung" scheint es also, schreibt das „Göttinger Tageblatt" in den einleitenden Bemerkungen zu dem Prozeßbericht, keine Beleidigung des Herrn Ruprecht erblickt zu haben.

In der vorigen Woche kam die Klage vor dem Göttinger Schöffengericht zur Verhandlung. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Fuldner, führte zunächst in längerer Rede aus, was der Beklagte damit gemeint habe, wenn er sagte, die Gemeingefährlichkeit des „Boten", liege auf einem anderen Gebiete. Er habe damit gemeint die Gewohnheit des „Boten", rein private oder persönliche Angelegenheiten hiesiger Einwohner in der rücksichtslosesten Weise öffentlich zu erörtern, und dadurch die Betreffenden in unerhörtem Maße bloßzustellen. Rechtsanwalt Fuldner hielt darauf dem Kläger ein langes Register solcher Fälle vor. Ein derartiges Verfahren zu bekämpfen und als gemeingefährlich zu bezeichnen, sei das gute Recht jedes Göttingers, und somit müsse dem Angeklagten Lemme auf jeden Fall der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt werden. Redakteur Lemme erklärte noch, was ihn speziell zu seinen Bemerkungen über den „Boten" veranlaßt habe. Ein hiesiger Gymnasiast, der wegen eines Dummenjungenstreiches eine Schulstrafe zu gewärtigen hatte, war aus Angst ausgerückt und erst nach mehreren Tagen wieder nach Hause gekommen. Diesen Vorfall, bei dem es sich um eine rein interne Schulangelegenheit handelte, trat der „Bote" in der gehässigsten Weise breit und benutzte die Gelegenheit, wie schon so oft, zu einer äußerst widerwärtigen konfessionellen Hetze.

Der Kläger Ruprecht schlug einen sehr pathetischen Ton an und bat, das Gericht möge ihn, durch Bestrafung des Angeklagten Lemme, doch helfen dahin zu wirken, daß der Ton in der hiesigen Presse endlich einmal ein friedlicherer werde. Leider fiel die Antwort, die das Gericht darauf gab, nicht so aus, wie Herr Ruprecht es anscheinend mit großer Sicherheit erwartet hatte. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Bütemeister, verkündete folgendes Urteil:

„Wenn der Angeklagte das Ruprechtsche Blatt als gemeingefährlich bezeichnet hat, so liegt darin zweifellos objektiv eine Beleidigung. Das Gericht ist aber der Meinung, daß der Angeklagte dabei berechtigte Interessen vertreten hat, denn in dem Ton, in welchem der Kläger Ruprecht die betreffende Schulangelegenheit behandelt hat, liegt nicht nur eine Hetze gegen den einzelnen Menschen (einen jüdischen Gymnasiasten. D. R.), der in diesem Falle in Frage kam, sondern eine Verhetzung gegen eine ganze Rasse, und man kann sehr wohl in einem Gemeinwesen wie Göttingen eine derartige Rassenverhetzung für nicht wünschenswert halten und sie bekämpfen. Dem Angeklagten Lemme steht also der Schutz des § 193 zur Seite, und das Gericht hat deshalb auf Freisprechung erkannt. Die Kosten fallen dem Privatkläger Ruprecht zur Last."

Gegen den verantwortlichen Redakteur der „Mitteilungen" schwebt zurzeit eine ähnliche Klage des Verlegers und Redakteurs der Dresdener „Deutschen Reform". Auch in diesem Falle handelt es sich um eine perfide Verdächtigung und konfessionelle Verhetzung schlimmster Art aus Anlaß des Falles Ullmo in Frankreich, der das antisemitische Blatt in Verknüpfung mit dem Fall Dreyfus zu der Pauschalverleumdung veranlaßt hat: „So löst ein jüdischer Hochverräter den anderen ab." Eigentümlicherweise fühlte sich durch die von uns hieran geübte Kritik: „Eine feine Moral, die Moral der gewerbsmäßigen Verleumder", der Verleger und verantwortliche Redakteur, Herr Meyer — warum nicht auch der Reichstagsabg. Oswald Zimmermann, der als Herausgeber zeichnet? — getroffen und erhob Beleidigungsklage. Wir sehen dem Ausgange dieses Prozesses in Ruhe und Gelassenheit entgegen.

Warenhausinserate in der warenhausfeindlichen Presse.

Bisher hat die reaktionäre Presse, die im politischen Teil Pech und Schwefel auf die „mittelstandsmörderischen" Warenhäuser herniederregnen läßt und im Inseratenteil schmunzelnd die fetten Annoncen der Warenhäuser einheimst, auf den Vorhalt, daß sie sich damit doch der Inkonsequenz und der politischen Unmoral schuldig macht, stets mit einem verlegenen Schweigen geantwortet. Nun aber hat sich ein süddeutsches Blatt, die Stuttgarter „Deutsche Reichspost", das Organ der Konservativen und des Bundes der Landwirte in Württemberg, zu einer „Rechtfertigung" aufgerafft; sie ist aber auch freilich danach — das Blatt hat sich nämlich einen politisch ihm nahestehenden gefälligen „Geschäftsmann" verschrieben, der sich im „Briefkasten" also vernehmen läßt:

„Erstaunt und, ich muß offen gestehen, empört zugleich war ich, als ich vor einigen Tagen in den Spalten Ihres Anzeigenteiles eine größere Ankündigung eines Warenhauses entdeckte. . . . Aber gleichwohl finde ich Ihren Schritt begreiflich und er ist mir um so verständlicher, wenn ich Anzeigen solcher Firmen, deren Inhaber mir als der konservativen Partei angehörig oder doch sehr nahestehend bekannt sind, in zahlreichen anderen und auch solchen Blättern sehe, die gewöhnlich für die Konservativen etwas anderes als Liebenswürdigkeiten übrig haben. Halten es diese Geschäftsleute nicht für notwendig, das Organ ihrer Partei zu unterstützen, und es auf diese Weise lebensfähig zu erhalten, so sollten sie sich auch nicht wundern, wenn die „Deutsche Reichspost", die, wie jedes andere Blatt, auch nicht von der Luft leben kann, Anzeigen aufnimmt, die manchen von ihnen ein Dorn im Auge sind.

Solange sich die „Deutsche Reichspost" wie bisher hütet, Schmutz- und Schwindelinserate aufzunehmen, wird sie des Dankes ihrer Leser sicher sein. Dagegen nehme ich an den Anzeigen von Warenhäusern, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, durchaus vornehmen Charakter tragen, nicht im geringsten Anstoß. (Daß die norddeutschen konservativen Blätter, wie die „Kreuzzeitung" und der „Reichsbote", seit langem derartige Inserate veröffentlichen, sei nur nebenbei bemerkt.) Ich meine vielmehr, wenn ich heutzutage eine gute und preiswerte Ware führe und meine Kunden pünktlich bediene, so werde ich Geschäfte machen, trotz aller Warenhäuser und ihrer Riesenreklame."

Man sieht, dieser politische Geschäftsfreund des württembergischen Bundesorgans hat sich die Rechtfertigung außerordentlich leicht gemacht. „Von der Luft“ kann auch die prinzipiell warenhausfeindliche Presse, die in den Warenhäusern „die Totengräber des Mittelstandes“ erblickt, „nicht leben“ — ergo lebt sie von den Annoncen ihrer politischen und wirtschaftlichen Gegner, derzumalen ihre eigenen politischen Freunde, was die Unterstützung ihrer Presse anlangt, zumeist den Mann mit zugeknöpften Taschen spielen. Was sagen nun aber speziell die mittelständlerischen Kreise zu dieser feinen Moral ihrer politischen Hauptstützen? Es ist doch auch unerhört, daß hier das politische Landesorgan der konservativen Partei Württembergs die allen mittelständlerischen Deklamationen ins Gesicht schlagende Auffassung vertreten läßt, daß der Kaufmann in Deutschland trotz aller Warenhäuser auch heute noch sein Auskommen findet, wofern er nur auf gute und preiswerte Ware hält und seine Kunden preiswert bedient! Und dieser bündlerische und konservative Vertrauensmann findet sogar, daß die Warenhausanzeigen einen „durchaus vornehmen Charakter“ tragen! Was wird Herr Rahardt und das Organ der „Mittelstands-Vereinigung“ zu diesen Ketzereien sagen?

Aus dem antisemitischen Lager.

Der fällige Quartalskrach im antisemitischen Lager ist nach prompt vor Jahresschluß eingetreten. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn ist, wie das offizielle Organ der Partei in einem Bericht über die letzte Sitzung des Gesamtvorstandes meldet, aus der Organisation der Reformpartei ausgeschieden, während gleichzeitig der D. A. B. (Deutscher Antisemiten-Bund) um Aufnahme in die Organisation der Reformpartei nachgesucht hat. Beide Ereignisse stehen in einem kausalen Zusammenhange. Herr Bruhn, der langjährige Vorsitzende des D. A. B., war bekanntlich vor einiger Zeit mit der Mehrheit der Vereinsmitglieder in scharfen Konflikt geraten — es sollen, wie wir damals nach den Aeußerungen eines Vorstandsmitgliedes in der „Staatsbürgerztg.“ berichteten — „Unstimmigkeiten“ in der Kassenführung vorgekommen sein — und wurde infolgedessen nicht wiedergewählt. Man darf wohl annehmen, daß er nunmehr auch seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion der Reformpartei erklärt. Vielleicht gründet der betriebsame Verleger der pornographischen „Wahrheit“ zusammen mit seinem alten Freunde Ahlwardt, dessen freundschaftlichem Verzicht er ja sein Reichstagsmandat in Friedeberg-Arnswalde zu verdanken hat, um „einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen“, eine neue antisemitische Partei, die Partei der allein wahren, echten und unverfälschten Antisemiten.

In Baden planen die Reaktionäre aller Schattierungen die Gründung einer „Deutschnationalen Vereinigung“. Es sollen in ihr vertreten sein die Konservativen, die auf Zentrums Krücken es bei der letzten Wahl auf 3 Abgeordnete gebracht haben, die Bündler, die durch den Abg. Schmidt-Bretten im Landtage vertreten sind, die deutschsozialen Antisemiten, deren einziger Vertreter Mampel bei den letzten Wahlen aus dem Landtage hinausgewählt worden ist, und die Christlichsozialen, die freilich nur eine winzige über das ganze Land zerstreute und bisher unorganisierte Anhängerschaft besitzt. Ein engerer Anschluß an die relativ stärkste Gruppe der rechtsstehenden Parteien, an die Konservativen, wird von den drei anderen Gruppen abgelehnt mit der in den „Deutschsoz. Bl.“ gegebenen Motivierung: „Der Name konservativ ist bei uns im Süden zu sehr in Mißkredit, als daß eine konservative Partei größere Erfolge erzielen könnte“. Mit der „Deutschnationalen Vereinigung“ werden aber die Reaktionäre schwerlich ebenfalls viel Seide spinnen, zumal die bisherigen, übrigens von Zentrumswählern gewählten 3 konservativen Abgeordneten sofort aus der Kammer verschwinden, wenn das Zentrum seine Hand von ihnen abzieht.

Bei den Breslauer Stadtverordnetenwahlen in diesem Jahre hat sich die „Freie Vereinigung“, deren politisch zu den Konservativen bezw. zu dem Zentrum zählende Mitglieder auch mehr oder minder stark zum Antisemitismus hinneigen, eine empfindliche Schlappe zugezogen. Sie verliert insgesamt fünf Sitze, von denen vier die Sozialdemokratie, eins die Freisinnigen gewinnen. In der Stichwahl verlor die Freie Vereinigung auch das Mandat im 21. Bezirk, wo zuletzt noch antisemitische Instinkte durch ein Flugblatt für die „Kandidaten der christlichen Partei“ wachgerufen werden sollten. Bei den Stichwahlen haben sich zum erstenmal Freisinnige und Sozialdemokraten in größerem Umfange gegenseitig unterstützt. Die freisinnige „Breslauer Morgen-Ztg.“ schrieb am Tage vor der Wahl:

„Man verabschiede endlich die törichte Ansicht, daß man sich an der öffentlichen Ordnung und Wohlfahrt versündige, wenn man einem Sozialdemokraten die Stimme gäbe, man halte sich vielmehr stets vor Augen, daß die reaktionären Gegner, wie in anderen, so auch in politischen Dingen, ausschließlich den eigenen Vorteil zur Richtschnur ihres Handelns machen. Nur diesen nüchternen Grundsatz befolgt auch der Liberale, der heute in der Stichwahl, unbeschadet seiner sonstigen schärfsten Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, für die sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme abgibt.“

Diese verständige Mahnung ist, wie das Endergebnis der Wahl gezeigt hat, bei der liberalen Wählerschaft auf fruchtbaren Boden gefallen.

Unlauterer Wettbewerb zwischen zwei konservativen Preßorganen. Die „Kreuz-Ztg.“ beklagt sich fortgesetzt darüber, daß ein anderes nicht näher bezeichnetes Blatt — vielleicht weiß die agrarische „Deutsche Tages-Ztg.“ hierüber nähere Auskunft zu geben — ihre Familienannoncen nachdruckt. Es gehe den Inserenten der „Kreuz-Ztg.“ nach Einrückung einer Familienanzeige oder eines Nachrufes „von einem anderen Blatte das Gesuch um Erlaubnis zur event. kostenlosen Aufnahme der betreffenden Anzeige“ zu. Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt dazu:

„Nicht allen unseren geehrten Abonnenten wird es genügend bewußt sein, daß solche Gesuche nur in geschäftlichen und Propagandazwecken der betreffenden Blätter ihren Grund haben.“

Daß das Organ des Bundes der Landwirte dem altpreußischen konservativen Organ gern die Abonnenten abtreiben möchte, ist eine bekannte Tatsache. Schon vor mehreren Jahren war die „Lib. Korr.“ in der Lage — ohne dementiert zu werden — eine in den Kreisen des agrarischen Blattes gefallene Aeußerung zu zitieren, man „werde die „Kreuz-Ztg.“ schon klein kriegen“.

In der Prozeßangelegenheit Ruhland-Biermer hat die agrarisch-antisemitische Presse noch immer nicht die Sprache wiedergefunden, um zu dem Urteil Stellung zu nehmen. Die „Deutsche Tages-Ztg.“ und das Gießener antisemitische Organ setzen ihren Lesern dreist und gottesfürchtig die Lüge vor, daß der angeklagte Prof. Biermer „zwar für schuldig“ befunden, aber freigesprochen wurde, da ihm die Wahrung berechtigter Interessen zur Seite stand. Ach nein, es war ein glatter Freispruch, schuldig befunden wurde Herr Prof. Ruhland. Das Gericht hat alle die ihm von dem Gießner Nationalökonomen gemachten schweren moralischen Vorwürfe als berechtigt anerkannt. Das steht auch mit aller Deutlichkeit im Urteil, daher unterschlägt die agrarisch-antisemitische Presse größtenteils auch ihren Lesern den Wortlaut des Urteils.

Das Weihnachtsgeschäft als politisches Pressionsmittel. In dem in Beuthen O.-Schl. erscheinenden antisemitischen Zentrumsblatt „Oberschl. Ztg.“ lesen wir:

„Daß vor Weihnachten nicht mehr gewählt wird, hat sich, wie aus der heutigen Bekanntmachung des Magistrats hervorgeht, als eine fehlgeschlagene Annahme erwiesen. Die großen Erwartungen, die die jüdisch-liberalen Kreise der Kaufmannschaft an diese Hoffnungen knüpften, sind arg getäuscht worden. Es wird noch vor Weihnachten gewählt, und die Weihnachtsgabe wird für die jüdisch-liberale Geschäftswelt ganz davon abhängen — wie sie wählen wird!! Das mögen sich die Herren von der Gegenpartei merken!"

Das katholische Blatt scheint gar keine Empfindung dafür zu haben, wie sehr es mit dieser nichtswürdigen Boykottandrohung die religiösen Gefühle aller wahrhaft gläubigen Katholiken verletzen muß. Wir sind überzeugt, daß die katholische Geistlichkeit in Oberschlesien eine solche abscheuliche Verquickung von Religion und Geschäft entrüstet von sich weisen wird.

Die „Germania", das norddeutsche Hauptorgan des Zentrums, hat zwar schon häufig antisemitische Anwandlungen gehabt; noch niemals aber sind sie so kraß zutage getreten, wie letzthin in einer „Berliner Plauderei". Ein ständiger feuilletonistischer Mitarbeiter, der unter dem Pseudonym „Lodola" schreibt, gibt da folgendes Zwiegespräch zweier Damen wieder, das er neulich im Parkett eines Berliner Theaters erlauscht haben will:

„Was ich sehe, Frau Löwenzahn, da haben Se ja mitgebracht 's Isidorche, wie alt is er denn schon, 'n reizender kleiner Bengel übrigens." So sprach die eine. Und die andere antwortete: „Nu, Frau Veilchenfeld, warum soll ich nich mitnehmen 's Isidorche zum Theater, wo er doch neilich is geworden sechs Jahr. Mein Mann sagt auch, mer kann nie zu früh de Kinder anleiten, daß sich schärft ihr Gaist. Wenn er nich tut dies, macht'r was anderes. Was macht denn Ihre Recha, 's Kindchen mit de schwarzen Locken, zu süß! Se solltn auch mehr draufpassen aufs Mädchen, daß se wird aufgeklärt und kritisch. Ja — kritisch und aufgeklärt muß 'n junges Mädchen sein heitzutage. Leben mer doch in de neie Zait . . ." „Gott der Gerechte!" unterbrach Frau Veilchenfeld. „Was soll ich machen mit de Recha, wo se hat kein Interesse for's Theater, und geht lieber in'n Aispalast. Mama, hat se gesagt, ha'm wer doch Theater genug zu Hause. Was soll ich Ihnen sagen, Frau Löwenzahn, der Kinderball neilich bei uns war entzückend. Mein Mann kann sowas fein arranschieren. 'S war ganz wie bei uns Große, bloß en miniature. Auch mit Sekt und Likör. Und der Cotillon mit Blumenregen! Kam de Recha nachher zu meinen Mann gelaufen. „Tate", sagt se 'n ins Ohr, „der Isaac Mendelsohn liebt mich — ja, er hat sich schon erklärt." Ist das nich alles Mögliche von e zwölfjähriges Mädel?"

Die „Germania" ist ein ernstes, angesehenes Blatt, das Hauptorgan der größten Fraktion des Reichstags. Um so mehr sollte sie sich hüten, solche aus den Fingern gesogenen Geschmacklosigkeiten weiter zu verbreiten. So, wie hier der phantasievolle feuilletonistische Mitarbeiter des Blattes Berliner Jüdinnen — noch dazu Besucherinnen des Parketts — sprechen läßt, spricht keine jüdische Dame, auch keine ungebildete Jüdin, so sprechen nur mauschelnde Antisemiten. Der Jargon, wie wahrscheinlich auch der Inhalt des Gesprächs, ist eine freie Erfindung des Herrn „Lodola", dem die Redaktion des Blattes in Zukunft etwas schärfer auf die Finger sehen sollte, damit er die „Germania" nicht weiterhin auf das Niveau des Münchener „Grobian" und ähnlicher „Witzblätter" herabzieht.

Ein antisemitischer Schmäher deutschen Gewerbefleißes. Der Petersburger Korrespondent der „Deutschsozialen Blätter", ein Deutsch-Russe Warregg, hat kürzlich an der Qualität deutscher Waren kein gutes Haar gelassen, dagegen die Erzeugnisse unserer Konkurrenten auf dem Weltmarkt über den grünen Klee gelobt. Er schrieb u. a.:

„Hier (also in Rußland) kauft man lieber englische Tuchstoffe, englische Stahlwaren, amerikanische und französische Maschinen und Mechanismen als billige deutsche Schundware."

Das war denn doch auch für deutsche Antisemiten ein etwas zu starker Tabak, und so sah sich denn das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg genötigt, folgende geharnischte Erwiderung eines politischen Gesinnungsgenossen aufzunehmen:

„Als deutscher Kaufmann erhebe ich gegen diesen Ausspruch mit aller Entschiedenheit Einspruch! Ich bereise Rußland seit dem Jahre 1900, hatte also während neun Jahren Gelegenheit, den russischen Markt ziemlich genau kennen zu lernen und mir ein Urteil über die nach Rußland ausgeführten deutschen Erzeugnisse zu bilden. Heute, Herr Warregg, nehmen wir auf dem russischen Markt noch den allerersten Platz ein. Das dürfte nicht der Fall sein, wenn wir deutsche Schundware einführen würden. Englische Stoffe kauft man nicht nur in Rußland gern, das dürfte in der ganzen Welt und nicht zuletzt in unserem Vaterlande der Fall sein. Aber Solinger Stahlwaren, deutsche Buchdruckmaschinen, sämtliche elektrotechnischen Artikel, Papierwaren, chirurgische und optische Instrumente, Gummiwaren und Kämme, landwirtschaftliche Maschinen usw. usw., mit allen diesen deutschen Erzeugnissen beherrschen wir den Markt, das kann aus der Ausfuhrstatistik wohl jederzeit nachgewiesen werden.

Ich will hier eine Episode von meiner diesjährigen Frühjahrsreise wiedergeben: In Rostow a. Don bestieg ich mit einigen Reisekameraden den Schnellzug nach Baku-Tiflis. Trotzdem es im Kaukasus vier Wagenklassen gibt, muß man dort unten im Süden, um einigermaßen sauber und bequem zu reisen, I. Klasse fahren. Der Wagen zu sechs Abteilungen mit je vier Schlafplätzen war stark besetzt, und als wir im Laufe der 52stündigen Fahrt Gelegenheit hatten, alle Mitreisenden kennen zu lernen, da stellte es sich heraus, daß sämtliche Insassen dieses Wagens deutsche Kaufleute waren, die mit deutschen Erzeugnissen nach dem Kaukasus fuhren. Es war nicht ein Engländer, Amerikaner oder Franzose darunter. Werkzeuge aus Remscheid, Treibriemen aus Leipzig, Stahlwaren aus Solingen, Kruppsche Waren aus Bendorf, Gummikämme aus Hamburg, Papierwaren aus Berlin, Bleistifte aus Nürnberg, ja sogar mit Böcklingraphüren fuhren wir unserem Ziele entgegen. Ich muß offen gestehen, gerade damals war ich stolz auf unseren deutschen Handel in Rußland, und der Herr Gesinnungsgenosse wird meinen Einspruch gegen die „deutsche Schundware" wohl verständlich finden. Und noch eins will ich hervorheben: Es war nicht ein Jude unter uns. Aber das war Zufall, denn im allgemeinen stellt der jüdische Reisende trotz aller Schwierigkeiten einen hohen Prozentsatz in Rußland."

Knopfschmerzen eines antisemitischen Redakteurs. Herr Wengg, der Führer der Münchener Christlichsozialen, ist ein schlimmer Pechvogel. Nicht nur, daß er bei den letzten Gemeindewahlen wiederum kein Mandat erlangt hat, er hat auch bisher niemals auch nur die geringste Auszeichnung von oben erhalten. Wie ganz anders werden dagegen die christlichsozialen Redakteure in Oesterreich ästimiert. Er zählt nun eine ganze Reihe von Chefredakteuren antisemitischer Wiener Blätter auf, die anläßlich des österreichischen Kaiser-Jubiläums ausgezeichnet worden sind, und bricht in die schmerzliche Klage aus:

„Fast etwas zu viel auf einmal! Dafür werden in Bayern nicht bloß christlichsoziale Redakteure, sondern die Redakteure der politischen Presse überhaupt von öffentlichen Anerkennungen vollständig ausgeschlossen."

Bisher hat sich aber noch kein Redakteur irgendeiner politischen Partei in Bayern etwa über eine Zurücksetzung in dieser Beziehung beklagt; wir glauben überhaupt nicht, daß in den Kreisen der deutschen Journalistik, die sich über Orden- und Titelwesen auf Grund ihrer intimeren Kenntnis der menschlichen Schwächen ihr eigenes Urteil gebildet hat, irgendwelche Sehnsucht nach solchen Auszeichnungen besteht. Nur die antisemitische Presse scheint auch da eine wenig rühmliche Ausnahme zu machen.

Vermischtes.

Max Arnhold-Dresden †. Eine der prominentesten Persönlichkeiten der deutschen Finanzwelt ist mit Kommerzienrat Max Arnhold, dem Seniorchef der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus rühmlichst bekannten Bankfirma Gebrüder Arnhold-Dresden, am 1. d. M. ins Grab gesunken. Die Zahl der kommerziellen und industriellen Unternehmungen, die der weitausschauenden Initiative dieses genialen Organisators ihre Entstehung oder wirksame Unterstützung verdanken, ist Legion. Arnhold war bei aller persönlichen Bescheidenheit ein wahrhaft „königlicher Kaufmann". Seine Sachkenntnis und Objektivität in Bank- und Handelssachen wur-

den auch von den Behörden hochgeschätzt; er wurde infolgedessen auch seinerzeit als Sachverständiger in die Börsen-Enquete-Kommission berufen. Seine Selbstlosigkeit zeigte sich auch darin, daß die von ihm geleitete Firma nicht selten notleidenden finanziellen Unternehmungen beisprang, obwohl kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß diese Hilfsbereitschaft der Firma große finanzielle Opfer auferlegte. Kommerzienrat Arnhold war aber nicht nur ein glänzender Finanzpolitiker, er war auch als Philantrop für Dresden das, was Hallgarten für Frankfurt a. M. bedeutete. Seine soziale Fürsorge erstreckte sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Die Kinderheilanstalt, der Verein zur Speisung bedürftiger Schulkinder, der Verein zur Förderung Dresdens und des Fremdenverkehrs, und viele andere gemeinnützige Anstalten verlieren in dem Dahingeschiedenen einen stets hilfsbereiten Förderer; in welchem großen Umfange Arnhold auf humanitärem Gebiete noch im stillen gewirkt hat, entzieht sich natürlich jeder Schätzung. Die Dresdener Bevölkerung, ohne Unterschied der Konfessionen und sozialen Stände, gab der Trauer über das Hinscheiden dieses verdienten Mannes, dem Rabbiner Dr. Winter einen warmen Nachruf widmete, durch eine imposante Beteiligung an der Trauerfeier Ausdruck. Im Auftrage des Regenten von Reuß legte Hofmarschall von Titzenhofer einen prächtigen Kranz nieder, und zahllos waren die telegraphisch einlaufenden Beileidskundgebungen, unter ihnen auch eine vom Grafen Zeppelin. Wie erinnerlich, hatte das Bankhaus Gebrüder Arnhold in Dresden unmittelbar nach der Katastrophe von Echterdingen zu der Nationalspende für Zeppelin einen Beitrag von 100 000 Mark gespendet. Das Andenken an diesen vortrefflichen Mann, der auch unseren Bestrebungen jederzeit gern mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes in Ehren gehalten werden.

Mit dem Kgl. Oberamtmann Ludwig Cohn, der in diesen Tagen in Charlottenburg verstorben ist, hat die Deutsche Landwirtschaft einen ihrer an praktischen Erfahrungen kenntnisreichsten Vertreter, eine Kapazität ersten Ranges, verloren. Cohn genoß in den Kreisen der schlesischen Großgrundbesitzer gerade wegen seiner hervorragenden Tüchtigkeit als Landwirt das größte Ansehen. Welcher Wertschätzung er sich auch im Preußischen Landwirtschaftsministerium erfreute, zeigt die Tatsache, daß er noch vor wenigen Wochen vom Ministerium als einzige ausschlaggebende Instanz für Gutachten berufen wurde. Der Verstorbene, der lange Jahre an der Spitze des „Vereins zur Förderung der Bodenkultur unter den Juden Deutschlands" stand, hat allen diesem Ziele dienenden Bestrebungen seine opferwillige Unterstützung geliehen.

Die „Nackt-Kultur"-Bewegung, der wir mit Rücksicht auf die zunehmende Demoralisation unserer Großstadtjugend herzlich wenig Sympathien abgewinnen können, wird von gewissen rekationären Blättern geflissentlich den Juden in die Schuhe geschoben; „orientalische Lüsternheit" spiele dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Demgegenüber ist es bemerkenswert, daß selbst ein so rabiater Antisemit wie der frühere Abgeordnete Prof. Paul Förster nicht a priori den sogenannten Schönheitskult verdammen möchte. Er schreibt hierüber im „Tag":

„Sind dergleichen Darstellungen unsittlich? Ich verneine die Frage. Das Nackte an sich ist nicht unsittlich; sonst müßte es auch in den Kunstwerken, sonderlich in denen auf den Straßen der an die Verhüllung gewöhnten Nordländer (in den von den Berlinern sogenannten „Puppen") vermieden werden; sonst wären auch die Aktstudien der Künstler unsittlich, und das Baden im Freien usw. Es kommt offenbar alles auf den Zweck und auf die zuschauenden Personen an, und da wird folgendes Urteil zutreffen:

Wenn reife Menschen, mit Ausschluß der breiten Oeffentlichkeit, sich des Anblicks der Schönheit wohlgelungener menschlicher Form in Ruhe und Bewegung (Tanz) erfreuen wollen; wenn alles Lüsterne, Sinnenkitzelnde fehlt, so ist eine solche Schaustellung nicht unsittlich, höchstens gegen die „gute Sitte", d. h. gegen das Herkommen, das Vorurteil, die religiöse Befangenheit.

Von solchem Standpunkte aus ist aber gegen die in Frage stehenden Aufführungen kein Einwand und der Polizei, die sie duldet, kein Vorwurf zu machen. Daß eine gewisse Verhüllung verlangt wird, ist berechtigt; leider entspricht diese dem guten Geschmack gar wenig; sie ist ein Schlag ins Auge alles guten Geschmacks.

Und dieses rechtfertigende Urteil wird noch bestärkt, wenn wir fragen, was sonst nicht alles im öffentlichen Leben, im Zirkus, im Ballett, in Variétés usw. seit je zugelassen gewesen ist, mit dem Unterschied, daß viele dieser Schaustellungen gemein sind, trotz einer gewissen Verhüllung, diese Schönheitsvorführungen aber anständig sind trotz der fast völligen Nichtverhüllung. Auf den gesundheitlichen Wert der Befreiung vom Ballaste der durch die Sitte geheiligten Kleidung will ich gar nicht eingehen.

Alles in allem: Es ist kein Grund, Aergernis zu nehmen."

O doch. Wir sind überzeugt, daß weite antisemitische Kreise, denen durch diese objektive Stellungnahme eines ihrer führenden Gesinnungsgenossen das Konzept verdorben ist, an diesen Ausführungen sehr starkes Aergernis nehmen werden.

Ein Mahnwort zum konfessionellen Frieden. Die nationalliberale „Köln. Ztg." sieht sich genötigt, im Interesse des harmonischen Zusammenlebens der einzelnen Konfessionen Protest einzulegen gegen die maßlosen Angriffe, die von einzelnen Heißspornen des Evangelischen Bundes gegen den Katholizismus erhoben werden, und führt in diesem Zusammenhange aus:

„Wenn es eine antiquierte Anschauung ist, daß Politik und Religion nichts miteinander zu tun haben, so werden wir uns bemühen, diese Anschauung, so viel an uns liegt, wieder zu beleben. Die politischen Glaubenskämpfe haben Deutschland Wunden geschlagen, an denen es nahezu verblutet wäre; wer sie heute in unserm paritätischen Staate wieder anfacht, wer die Dinge in dieser Welt zunächst als Protestant, Katholik oder Jude und erst dann als Deutscher sieht, wer den Konfessionalismus zur Grundlage seines politischen Urteils macht, der schädigt die nationale Wohlfahrt. Wir sind darum noch wie vor der Meinung, daß es lediglich darauf ankommt, ob jemand ein guter oder ein schlechter Staatsbürger ist, nicht aber darauf, ob er in der protestantischen Kirche, im katholischen Dom oder im Judentempel zu Gott betet, wenn er nur seine Pflicht an dem Platze der menschlichen Gesellschaft tut, an den er gesetzt ist."

Das sind beherzigenswerte Worte, die sich die Angehörigen aller Parteien ad notam nehmen sollten.

Zusammenwirken von Deutschen und Polen. Die politische Tagespresse registriert je nach ihrer Parteistellung abfällig oder zustimmend die einzelnen Fälle, wo bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in der Provinz Posen die beiden Nationalitäten sich nicht geschlossen gegenüber gestanden, sondern vereinzelte Absplitterungen stattgefunden haben. Viel erörtert in der Presse wurde die Stadtverordnetenwahl in Wirsitz, wo die deutschen Beamten in der Mehrzahl für einen Polen, der seit Jahren als einziger von seinen Landsleuten der Stadtverordnetenversammlung angehört, gestimmt haben. Die alldeutsche Presse erhob deswegen ein großes Lamento und zeterte über nationalen „Verrat" und dergleichen Unsinn mehr. Es ist nun interessant, wie in der Bromberger „Ostdeutschen Rundschau" die Vorwürfe, die deswegen gegen die deutschen Beamten gerichtet worden sind, zurückgewiesen werden. Es wird zunächst auseinandergesetzt, daß der betreffende Pole, Schmiedemeister Kazmierski, sich niemals als nationaler Heißsporn gezeigt, bei dem polnischen Schulstreik als Mitglied des Schulvorstandes energisch für die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität eingetreten ist, als dekorierter Kriegsveteran von 1870 an allen patriotischen Feiern teilgenommen hat; alsdann aber heißt es weiter:

„Niemals hat man hier in Wirsitz daran gedacht, daß es eines deutschen Bürgers unwürdig sein soll, einen so biederen Mann wie Herrn Kazmierski zum Stadtverordneten zu wählen. Wir waren im Gegenteil immer der Ansicht, daß gerade durch die Wahl des Herrn Kazmierski das Deutschtum gefördert würde. Es wird dadurch gewissen polnischen Elementen eben gezeigt, wie sie sich zu benehmen

haben, wenn sie als gleichberechtigte preußische Bürger angesehen werden wollen. So ist Herr Kazmierski bei nicht weniger als fünf Wahlen ununterbrochen von Deutschen und Polen fast einstimmig gewählt worden. Bei den früheren Wahlen haben alle Beamten für ihn gestimmt, ohne daß irgend jemand darin eine Gefährdung des Deutschtums erblickte."

Noch interessanter als diese Enthüllung, daß der furor teutonicus gewisser Elemente erst jetzt nach fünfmaliger anstandsloser Wahl des Polen plötzlich in die Erscheinung tritt, ist aber die Bemerkung, die die konservative „Kreuz-Ztg." zu dem erzieherischen Motiv macht:

„Wo die nationalen Gegensätze noch nicht auf die Spitze getrieben sind und ein Zusammenwirken zwischen Deutschen und Polen ohne Schädigung berechtigter deutscher Interessen noch möglich ist, sollte man doch nicht ohne Not die Gegensätze verschärfen helfen."

Das ist der einzig richtige Standpunkt, der von liberaler Seite bisher immer vertreten worden ist. Gerade die Juden in der Provinz Posen waren und sind vermöge ihrer ganzen sozialen und nationalen Stellung am besten geeignet, die nationalen Gegensätze zwischen Deutschen und Polen abzuschleifen. Statt sie in dieser Vermittlerrolle zu stützen, werden sie durch eine kurzsichtige Politik der herrschenden Kasten aus den Städten, wo ihre Wiege stand, geradezu fortgeekelt.

Die Landesversammlung der württembergischen Friedensvereine, die am 22. v. M. in Stuttgart stattfand, beschäftigte sich in einer öffentlichen Sitzung auch mit der orientalischen Frage. Der Referent, Kirchenrat Dr. Kroner-Stuttgart, führte u. a. aus, daß die neuesten Ereignisse einen Bruch des Berliner Vertrags von 1878 herbeigeführt haben. Die einseitige Aufhebung eines von vielen Staaten geschlossenen Vertrags sei eine sehr zu verurteilende Tat. Denn der Abschluß eines Vertrags gebe den Völkern eine gewisse Ruhe und Beruhigung. Darum wirke der Bruch eines solchen wie eine Verletzung der Treue. Die Gefahr eines solchen Vorgehens liege in der Bedrohung des Völkerverkehrs, der Festigkeit und Sicherheit anderer Verträge. Der schweren moralischen Verantwortung seien sich die vertragsverletzenden Staaten bewußt, denn es schwinden Treue und Glaube. Nachdem der Vortragende die bekannten Ereignisse auf dem Balkan skizziert hatte, fuhr er fort: Der Bürger hat gegenüber seinem Nachbar einen Schutz gegen Vertragsbruch im Gericht. Nicht so ein Volk, da existiert noch kein anerkanntes Völkergericht. In Rumänien leben 265 000 Juden, welche nach Bestimmung des Berliner Vertrags Bürgerrecht und Gleichberechtigung haben sollten. Trotzdem werden sie als Fremde und Rechtlose behandelt, ohne daß eine Macht dagegen protestiert. Da muß vor allem eine Besserung und Veredelung des menschlichen Gefühls angestrebt, die Erkenntnis vermehrt werden von der Unantastbarkeit der Gesetze der Menschlichkeit und allgemeinen Gerechtigkeit.

Pfarrer Dr. Gmelin sprach über die Stellung des Staats zu den Minderheiten und gelangte in seinem Vortrage zu dem Schluß, daß es Aufgabe des Kulturstaates sei, auch in seinem Verhalten zu den Minderheiten strenge Gerechtigkeit zu üben: Denn, sprach er mit dem Propheten Jesaja: „Zion kann nur durch Recht gerettet werden und seine Bewohner durch Gerechtigkeit."

Konfessionelle Zahnschmerzen. In der „Deutschen Zahnärztlichen Wochenschrift" vom 14. November findet sich folgendes Inserat:

„Gesucht auf Februar, event. früher oder später, durchaus tüchtiger, solider, zuverlässiger, für feine Familienpraxis geeigneter, approbierter Zahnarzt (Christ nach Abstammung) als Assistent für dauernde Stellung. Nur solche Bewerber, welche schon in guter Praxis erfolgreich assistiert haben, operativ selbständig arbeiten können, in Goldfüllungen geübt und in der Technik erfahren sind, wollen Offerten mit genauen, erschöpfenden Mitteilungen über Personalien, Bildungsgang, Militärpflicht, Leistungen und Gehaltsansprüche einsenden an Hofzahnarzt Scholtz, Karlsruhe (Baden), Douglasstraße 5."

Dieser Herr Hofzahnarzt ist, bemerkt die „D. I. Z." mit Recht hierzu, noch strenger als mancher Staat, der die Juden nicht befördert, wenn sie nicht getauft sind, sie aber nach der Taufe wohlgefällig avancieren läßt. Beim Herrn Hofzahnarzt hilft auch die Taufe nichts. Ein Christ nach Abstammung muß es sein!! Hört, hört! Dennoch kuriert der Herr Hofzahnarzt wohl auch keinen Juden und reißt ihm keinen Zahn aus. O du schönes Musterländle!

Der Doppelselbstmord der Novellistin Ilse Frapan-Akunian und der Künstlerin Mandelbaum in Genf gibt den „Deutschsoz. Bl." erwünschten Stoff zu tiefsinnigen Betrachtungen über die „zersetzenden Züge des jüdischen Geistes". „Der Umgang mit den russischen Jüdinnen in Genf," wo sie lange Jahre wohnte habe schließlich „über die im deutschen Hamburg erworbene Solidität den Sieg davongetragen". Das Judentum sei „kein jugendfrisches, tapferes Volk, sein meist aus persönlicher Feigheit stammender Weltschmerz endet nur zu oft in Verzweiflung und Selbstvernichtung."

Diesen greulichen Unsinn hätte das deutschsoziale Blatt sich durch einen Blick in das gesinnungsverwandte „Volk" ersparen können; dort hätte es nämlich lesen können, daß die durch ein schweres Krebsleiden lebensmüde gewordene Ilse Frapan mit dem Judentum in gar keinen Beziehungen steht, sondern einer in Deutschland eingewanderten französischen Hugenotten-Familie entstammt.

Wallertheim (Rheinpfalz). In den letzten Jahren dienten aus der hiesigen jüdischen Gemeinde sechs junge Leute beim Militär, die den Familiennamen „Isaac" führen. Alle sechs wurden zu Unteroffizieren befördert.

Nordeck. Der Antisemitismus ist hier erfreulicherweise, obwohl er früher hier ein Zentrum hatte, soweit zurückgegangen, daß bei der diesjährigen Gemeinderatswahl zum erstenmal ein Jude gewählt wurde, und zwar der Gemeindeälteste Stern.

Von Siegfried Marcus, dem Erfinder des Automobils, erzählt der Schriftführer des Wiener Abwehrvereins, Herr Oberinspektor Engel, aus seiner persönlichen Erinnerung das Folgende:

„Da ich im Josefinum zu Wien aufwuchs, lernte ich Siegfried Marcus persönlich kennen und schätzen, zu jener Zeit allerdings nur von der persönlichen Seite, die sich als sehr liebenswürdig und gefällig erwies. Er hatte trotz der zahlreichen und äußerst schwierigen Anforderungen, die an sein Erfindertalent als Mechaniker seitens des Physiologen Prof. Dr. Karl Ludwig gestellt wurden, stets ein gutes heiteres Wort für uns Jungen, die wir gerne uns in seiner Werkstätte herumtrieben. Schon uns und überhaupt allen, die mit ihm in Berührung kamen, fiel seine Universalität auf. Gar manche der Experimente und Beobachtungen wurden seinem Professor erst durch die vorzüglich durchdachten Apparate Marcus' ermöglicht, bei dem oft nur ein Wunsch, eine Anregung genügte, um eine Schöpfung fast sofort erstehen zu machen. Folgerichtig sollte auf der an seinem Geburtshaus in Malchin angebrachten Tafel außer dem Automobil auch einer der vielen wissenschaftlichen Apparate, die er konstruierte, etwa der Seismograph verewigt sein. Seine in den Dienst des Krieges gestellte Kunst datiert von früher als dem deutsch-französischen Kriege. Als im Jahr 1866 der Kampf mit Preußen beziehungsweise Italien begann, erhielt die Maschinenfabrik von G. Sigl in Wien 40 Seeminen in Bestellung, welche mit elektrischen Zündapparaten von Siegfried Marcus ausgerüstet wurden. Der glorreiche Tag von Lissa bewirkte, daß sie nicht zur Anwendung gelangten, damit war aber auch Marcus um seinen Ruhm gebracht! Ich hielt es daher für meine Pflicht, als ich im Jahre 1896 einen Nachruf für G. Sigl in der „Zeitschrift des österr. Ingenieur- und Architekten-Vereins" (Nr. 19) veröffentlichte, des genialen Konstrukteurs dieses wichtigsten Bestandteiles der unterseeischen Höllenmaschinen zu gedenken. Auch bei dieser Erfindung hatten wohl andere — nicht er — den Nutzen."

Der barbarische Eidschwur more judaico in Rumänien ist am 24. November durch Spruch des Hohen Kassationshofes abgeschafft worden:

Das Hauptverdienst an der Beseitigung dieser der heutigen Zeit unwürdigen Erniedrigung der Juden gebührt Herrn Ober-

rabbiner Dr. J. Niemirower in Jassy, der sich als Erster weigerte, einen solchen Schwur more judaico abzunehmen. Er wurde deshalb vom Gericht mit einer Geldstrafe von 50 Frcs. belegt. Gegen diesen Spruch reichte Dr. Niemirower Berufung beim Tribunal in Jassy ein, das ihn jedoch mit der Begründung abwies, daß die Art, wie die Beweise vor Gericht zu führen und zu bekräftigen seien, nach rumänischem Gesetz dem Richter anheimgestellt, und daß die Weigerung des Dr. Niemirower demgemäß eine innere Administrationsfrage des Gerichts sei, die von diesem selbständig und definitiv erledigt werden könne. Dr. Niemirower appellierte gegen dieses Urteil beim Kassationshof, der über diese Sache am letzten Dienstag in seiner ersten Sektion unter dem Vorsitz des Präsidenten Scarlat Ferikyde verhandelte. Der frühere Justizminister C. Dissescu, der als Verteidiger Dr. Niemirowers fungierte, behauptete vor dem Kassationshof, die Verordnung vom Jahre 1844, durch welche dieser Schwur eingerichtet wurde, sei durch die neue Zivilprozeßordnung aufgehoben. Demgemäß hätte der Jassyer Richter irrig geurteilt, wenn er sich auf die Dispositionen der Verordnung vom Jahre 1844 betreffend den Eidschwur more judaico berief, um den Eid unter dieser barbarischen Form zu erzwingen. Dissescu nahm ferner Bezug auf die Rechtsprechung des Kassationshofes vom Jahre 1904, in welcher der Hohe Gerichtshof bestätigt habe, daß der Eidschwur more judaico, so wie er in der Verordnung von 1844 vorgesehen ist, ganz willkürlich und ungesetzlich sei und gegen die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit verstoße. Nach derselben Rechtsprechung hatte der Kassationshof festgesetzt, daß der Eidschwur nur vor dem Gericht geleistet werden dürfe, und zwar sollte bei der Eidesleistung von Juden statt des Kreuzes auf dem Richtertisch die offene Bibel, an der Stelle der zehn Gebote aufgeschlagen, gelegt werden.

Nach halbstündiger Beratung hob der Kassationshof das Urteil, durch das Rabbiner Dr. Niemirower wegen Verweigerung des Eides more judaico zu 50 Frcs. Geldstrafe verurteilt worden war, auf. Damit dürfte diese alte und immer van neuem aufregende Frage endlich beseitigt, der Eidschwur more judaico auch in Rumänien definitiv abgeschafft worden sein.

Die Polen in Rußland, die bisher an der Seite der Kadetten als unterdrückte nationale Minorität gegen jedes politische ader konfessionelle Ausnahmegesetz gekämpft haben, haben eine auffällige Schwenkung nach rechts gemacht. Nach der Zeitung „Slowo" hat kürzlich der Führer der Oktabristen, Gutschkow, im Klub der Oktabristen seinen Freunden mit Genugtuung mitgeteilt, daß die Oktobristen und die gemäßigte Rechte die Herren der Lage sind. Die Oppositian zeige nur elende Reste von alter Herrlichkeit. Die Palen gehen Hand in Hand mit den Oktabristen, die ihnen für das Känigreich Polen alles, was sie selbst in Rußland besitzen, d. h lokale Selbstverwaltung, versprochen haben. Aber die Palen wünschen in der Selbstverwaltung des Känigreichs Palen keine Gleichberechtigung für die Juden.

Die Lehren der Geschichte sind alsa auch bei den Palen, die doch wahrlich aus ihrem wechselvollem Geschick hätten etwas lernen kännen, spurlas varübergegangen.

Mittelstands-Vereinigung und Stadtverardnetenwahlen. Die Deutsche Mittelstands-Vereinigung hat mit gutem Vorbedacht bei den zurzeit stattfindenden Stadtverardneten- bezw. Gemeinderatswahlen sich im allgemeinen große Reserve auferlegt. Wa sie sich überhaupt an den Wahlen beteiligt hat, hat sie dies nur in Verbindung mit anderen kommunalpolitischen Gruppen getan. Daß ein selbständiges Vargehen einer einzigen wirtschaftlichen Gruppe unter Umständen für die von ihr vertretenen Interessentenkreise manche Schattenseiten haben kann, muß auch die „Westdeutsche Mittelstands-Ztg.", die freilich nicht ganz auf dem Boden der Rahardtschen Mittelstandsgruppe steht, anerkennen; sie präzisiert ihren Standpunkt zu derartigen Wahlen in folgender Weise:

„Es gibt Leute, die sagen, im Stadtrate gebe es ausschließlich wirtschaftliche Fragen, und deshalb dürfe auch die rein wirtschaftliche Mittelstandsvereinigung sich aktiv an den Stadtratswahlen beteiligen. Wir sind in dieser Beziehung anderer Meinung, und besonders in den großen Städten gibt es in den Rathäusern neben den allerdings überwiegenden wirtschaftlichen Fragen so viele rein politischer Natur, daß einer Mittelstandsvereinigung äußerste Zurückhaltung zu empfehlen ist. Insbesondere da ist ein selbständiges Vorgehen äußerst gefährlich, wo ihr, wie in Frankfurt, die politischen Parteien als Mitbewerber um die Stadtratsmandate gegenüberstehen. Selbst, wenn man es bei dieser Gelegenheit zu einigen Mandaten bringt, so ist der Erfolg für den Mittelstand ein sehr fraglicher. Zunächst macht man sich die politischen Parteien, denen man in offener Fehde gegenübertreten mußte, zu entschiedenen Gegnern in Mittelstandsfragen, und dann verursacht man eine heillose Zersplitterung des Mittelstandes selbst. Viele Kaufleute und Handwerksmeister sind Anhänger der bekämpften politischen Partei und gehen deshalb infolge des selbständigen Vorgehens der Mittelstandsvereinigung dieser verloren. Es wird also weiter nichts bewirkt, als daß die Kreise, deren wirtschaftliche Interessen die Mittelstandsvereinigung wahrnehmen soll, und die durch letztere geeinigt werden sollen, sich erst recht feindlich gegenüberstehen werden. Die Folgen eines selbständigen Vorgehens der Mittelstandsvereinigung bei den Stadtratswahlen sind also genau so schlimm wie bei den Wahlen zum Landtag oder Reichstag. Tritt die Mittelstandsvereinigung als geschlossenes Ganzes den politischen Parteien entgegen, so wird sie zur Partei, diese Tatsache ist nach allen gemachten Erfahrungen nicht wegzuleugnen. Und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den baldigen Zusammenbruch, denn als Partei kann sich die Mittelstandsvereinigung unmöglich halten. Auch das haben wieder einmal die letzten Frankfurter Vorgänge bewiesen. Bei den diesjährigen Stadtratswahlen bestand wiederholt die Gefahr, daß die dortige Mittelstandsvereinigung auseinanderfiel, und zwar lediglich wegen der verschiedenartigen politischen Auffassungen ihrer Mitglieder. Will man einen Stand wirtschaftlich einigen, dann muß man eben alles beiseite lassen, was die Gemüter entzweien könnte, dieser Satz muß der oberste Grundsatz der Mittelstandsvereinigung sein. Die Parteipolitik muß sie, wenn sie sich nicht die Finger verbrennen will, den Parteien überlassen. Das schließt jedoch nicht aus, daß sie auch versucht, Einfluß in den politischen Parteien zu bekommen. Dabei darf sie aber niemals als Ganzes auftreten, sondern dies kann nur durch ihre den verschiedenen Parteien angehörenden Mitglieder geschehen. Letztere haben die Aufgabe, in jeder Weise ihren Einfluß innerhalb der Partei zu stärken und diese geneigt zu machen, die Interessen des gewerblichen Mittelstandes energisch zu vertreten."

Briefkasten.

N. W. in D. Der Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe ist eben wieder einmal ein recht sinnfälliges Beispiel dafür, daß Konfession und Fallissements gar nichts miteinander zu tun haben. „Jüdische" wie „christliche" Banken können das gleiche Schicksal erleiden, von dem gleichen Mißgeschick heimgesucht werden. Die Bonner Bank galt speziell als ein katholisches Finanzunternehmen. „Von Partei und Kirche wurde," schreibt die „Rhein. Westf. Ztg.", „das Vertrauen zur Bonner Bank für Handel und Gewerbe genährt. Die war treu katholisch, also gut, und an ihrer Spitze standen die Führer der städtischen Zentrumspartei, also war sie solide. Darum wurden alle recht Gläubigen gern Gläubiger „ihrer" Bank. Bei 3 Millionen Aktienkapital schleppte man ihr über 5½ Millionen Mark Depositen, darunter 1½ Millionen Mark in Einzelkonten unter 1500 M., d. h. Spargroschen kleiner Leute, zu. Der Charakter als katholische und Zentrumsbank war das Aushängeschild, wirksamer als jede Reklame und persönliche Tüchtigkeit und Fähigkeit der leitenden Männer."

M. Fr. in Berlin. Wir können ebenfalls nicht annehmen, daß die Portiersfrau des Hauses Klopstockstr. 41, als sie Ihrer Frau Gemahlin gegenüber die verletzende Aeußerung tat: „Ach was, Juden wird die Wohnung gar nicht erst gezeigt", im Einverständnis mit der Besitzerin des Hauses gehandelt hat. Jedenfalls wird sich das ja sehr leicht feststellen lassen, zumal an dieser Feststellung die jüdischen Mieter, die das Haus schon längere Zeit bewohnen, ein besonderes Interesse haben dürften.

N. N. in L. Die in Frankfurt a. M. durch eine Kooperation mit den Sozialdemokraten bei den jetzigen Stadtverordnetenwahlen in der Stichwahl gewählten Mittelständler haben mit dem Antisemitismus nichts gemein; sie sind gerade wegen ihrer Gegnerschaft gegen den Antisemitismus aus der alten mittelständlerischen Organisation, an deren Spitze allerdings ein Antisemit stand, ausgetreten. Unter den gewählten Mittelständlern befindet sich auch ein Jude, Herr Joseph Fromm, ein Sohn des früheren Homburger Rabbiners N. S. Fromm.

Dr. S. in M. Die von der Kaffeefirma Hauswaldt in Magdeburg verbreiteten illustrierten Bilderbogen: „David und Goliath, eine wahre Geschichte" sind in Inhalt und Ausstattung ein so minderwertiges Machwerk, daß wohl kaum ein erwachsener Mensch sie zu Ende gelesen haben dürfte. Wenn die geschäftliche Leistungsfähigkeit der Firma auf derselben Höhe steht wie dieses „Kunstprodukt", so werden sich wohl auch die enragiertesten Antisemiten für den Hauswaldt-Kaffee schwerlich sehr begeistern; sie werden, wie Sie mit Recht schreiben, von dem Kaffee sagen: geschmacklos wie der Bilderbogen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig (und 12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 51. Berlin, den 16. Dezember 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1,10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstrasse 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburger Strasse 14.

Luxus.

Der Reichskanzler Fürst Bülow hat am 19. November im Reichstage eine herbe Kritik an dem materialistischen Geiste unserer Zeit geübt, die in der Presse — wie es scheint, bisher leider nur in dieser — eine ernste Beachtung gefunden hat. Der Reichskanzler wandte sich nämlich gegen den überhandnehmenden Aufwand und Luxus, indem er erklärte:

„. . . Meine Mahnung richtet sich gegen den überflüssigen Luxus; sie richtet sich in erster Linie an die mittleren und an die höheren Stände. Hier ist mit der Zeit Wohlleben und Luxus zu einem gesellschaftlichen Zwang geworden. Die gesellschaftlichen Beziehungen zwingen viele zu einem Luxus, den sie gar nicht leisten können . . . Die gesellschaftliche Schätzung ist eine Frage des Luxus, des Geldes geworden . . ."

Das ist leider nur zu wahr, aber ebenso unbestreitbar ist, daß das schlechte Beispiel das vielfach von oben herab gegeben wird, erst den Kern der bessergestellten sozialen Schichten zu diesem übermäßigen Aufwand verleitet hat. Daß die antisemitische Presse sich diese schöne Gelegenheit nicht entgehen läßt, um über das „jüdische Protzentum" einige anzügliche Bemerkungen zu machen, ist nicht weiter verwunderlich und kein objektiv urteilender Mensch wird bestreiten wollen, daß es auch unter den Juden — genau so wie unter den Christen — unerträgliche Knallprotzen gibt. Daß sie aber vorbildlich wirken oder gewirkt haben, ist weiter nichts als eine antisemitische Fabel. Die konservative Presse weiß auch im allgemeinen sehr wohl, wo die Wurzel des Uebels zu suchen ist; die freikonservative „Post" schrieb mit Recht:

„Wenn man den Ursachen der luxuriösen Entwicklung der Lebensführung und Lebensansprüche weiter Kreise unserer Bevölkerung und des Wirtschaftens aus dem Vollen in unseren Staats- und Kommunal-Finanz-Verwaltungen nachgeht, wird man erkennen, daß zu dieser Entwicklung die Neigung zur Prachtentfaltung, zu äußerem Gepränge und zur Nichtachtung der finanziellen Konsequenzen an der höchsten Stelle nicht unwesentlich beigetragen hat. Die Meinung ist sogar vielfach verbreitet, daß die Hauptquelle mancher entbehrlichen Ausgaben in der Heeres- und Marineverwaltung in der Kommandogewalt zu suchen ist. Soll in der Tat eine wirksame Besserung in bezug auf die Ausgabenseite unserer Privat- und Staatswirtschaften herbeigeführt werden, so wird vor allem gerade an der obersten Stelle mit gutem Beispiel voranzugehen und wieder in die Bahnen einzulenken sein, welche Kaiser Wilhelm I. auch in den Zeiten der Kaiserherrlichkeit so sorgsam innezuhalten wußte."

Frhr. von Zedlitz, der Führer der freikonservativen Partei, ergänzte diese Kritik nach der persönlichen Seite noch durch folgende Ausführungen in der Zeitschrift „Das deutsche Volk":

„Als bei dem Regierungsantritt unseres Kaisers die Lakaientracht mit Kniehosen und Wadenstrümpfen für die Zivilbeamten eingeführt werden sollte, erhob der Finanzminister v. Scholz dagegen Einspruch. Allein Bismarck, der doch so feinfühlig die politische Bedenklichkeit der Einführung einer besonderen Hoftracht erkannt hatte, ging darüber mit dem Bemerken hinweg, ihn berühre die Sache nicht, denn er trage ja Uniform. Diesmal aber war Herr v. Scholz der weitsichtigere. Er befürchtete in diesem Plane die erste Betätigung eines vornehmlich auf äußeren Glanz und Prunksucht gerichteten Sinnes erblicken zu müssen, dessen Wirkungen sich nur zu bald über den Hof hinaus in allen Zweigen der Staatsverwaltung geltend machen und zu einer so reichen Aufmachung des ganzen Reichs- und Staatsdienstes führen würden, daß dafür das Maß unserer finanziellen Leistungsfähigkeit nicht mehr ausreichen könnte. Er hat nur zu recht gehabt. Wohl spiegelt sich in der Führung unserer Reichs- und Staatswirtschaft vor allem der Umschwung in den Lebensgewohnheiten unseres Volkes wieder. Seit wir beträchtlich mehr verdienen als früher, haben wir uns auch gewöhnt, leicht und viel auszugeben. Mit der Zunahme des Einkommens hält die Zunahme des Vermögens nicht entfernt Schritt. Allein man kommt bei der Prüfung der Vorgänge in unserer Finanzwirtschaft doch zu dem Ergebnis, daß das Beispiel und die Initiative zu luxuriöser Wirtschaft nur zu oft von der Krone ausging. Der Bauluxus treibt seine üppigsten Blüten, wohin das Auge des Herrschers fällt. Im Bereiche der Kommandogewalt zu Wasser und zu Lande begegnet man der stärksten Außerachtlassung der Kostenfrage. Der Zug nach kostspieliger Repräsentation, welcher in unserem Staatsleben hervortritt, steht in ursächlichem Zusammenhange mit der übertriebenen Wertschätzung äußeren Glanzes an der höchsten Stelle. Wenn auch unter den Ursachen unserer Finanznot die Lust an Glanz und Prunk am Hofe nicht so entscheidende Bedeutung hat wie im Anfange des 18. Jahrhunderts bei der Finanznot Preußens, so bildete sie doch eine der bedeutendsten Triebkräfte für den Uebergang von der altpreußischen Sparsamkeit zu dem Wirtschaften aus dem Vollen, das zu unseren finanziellen Schwierigkeiten wenigstens beigetragen hat. Friedrich Wilhelm I. begann eingedenk des Satzes: „Verba docent, exempla trahunt" sein Reformwerk mit der Säuberung seines Hofhalts von allem prunkhaften Beiwerk und machte ihn zum Muster einer bürgerlich-sparsamen Wirtschaft."

In der „Schlesischen Zeitung", ebenfalls einem großen Organ der freikonservativen Partei, finden wir ähnliche Gedankengänge. Es wird darin ausgeführt, unserer Neigung zum Luxus hätten wir es auch zu verdanken, daß wir jetzt 500 Millionen neue Steuern aufbringen müßten. Das Blatt sucht dann darzulegen, daß das Leben über die Verhältnisse zum Nationallaster der Deutschen geworden sei. In Frankreich, England, Belgien und Holland werde zwar auch üppig gelebt, doch geschehe es dort in enger begrenzten Kreisen, obgleich der Kapitalbesitz dort weiter verbreitet sei, als bei uns. Eine Spezialität Deutschlands sei es, daß das repräsentative Genußleben aus den Häusern, wo man das Geld dazu habe, in Gesellschaftsschichten übergegangen sei, die es nicht übrig hätten. Eine unverhältnismäßige Rolle spiele in Deutschland der Sekt, die teuersten Genußmittel und die Qualitätszigarren.

Die „Kölnische Volksztg.", das angesehene west-

deutsche Zentrumsblatt, bemerkt zu diesem Vergleich Deutschlands mit anderen Kulturstaaten:

„Obgleich Frankreich ein reicheres Land ist, lebt der Franzose doch sparsamer als der Deutsche. In den oberen englischen und amerikanischen Gesellschaftskreisen spottet der Luxus zwar jeder Beschreibung, aber diese Leute „haben es auch dazu“. Milliardäre wie Rockefeller und Vanderbilt gibt es in Deutschland überhaupt nicht. (Nebenbei bemerkt, existieren in den Vereinigten Staaten auch keine Dollar-Milliardäre, sondern nur Mark-Milliardäre.) Aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß z. B. die mittleren und höheren Beamten, wenn sie kein Privatvermögen haben, in England und Amerika einfacher leben, als bei uns. Die amerikanischen Kabinettsmitglieder und Gesandten werden auch niedriger besoldet, als die preußischen Minister und deutschen Gesandten. Dabei ist das Leben in Amerika bekanntlich erheblich teurer als in Deutschland. In Frankreich sind die Gehälter im allgemeinen auch niedriger als in Deutschland, aber nur die höchsten Beamten halten dort „repräsentative“ Ausgaben für erforderlich. Ferner wird in Frankreich, Belgien und Holland mehr gespart, als bei uns.

Es ist richtig, wenn die „Schles. Ztg.“ die Ueberhandnahme des Luxus auf die Gründerzeit zurückführt. Damals kamen auch die „reichen Heiraten“ der Offiziere und höheren Beamten in Mode. Es hat früher preußische Minister gegeben, deren Frauen keine Mitgift in die Ehe gebracht hatten. Heute sucht sich jeder Leutnant und Assessor einen „Goldfisch“ zu angeln, und dadurch ist die Jagd nach dem Mammon zum Lebensprinzip der führenden Kreise der Nation geworden. Aber Beispiele von diesen maßgebenden Stellen üben eine unheimliche Zugkraft. Ueberall strebt man nach dem roten Golde und erblickt darin den höchsten Daseinszweck. Hat man aber viel Geld, so will man es auch genießen. Man mietet große Wohnungen und stattet sie mit dem teuersten Mobiliar aus. Dann folgt das natürliche Bestreben, auch Bekannte und Freunde diese Eleganz bewundern zu lassen, und zu diesem Zwecke müssen üppige Diners und Soupers gegeben, großartige Hausbälle veranstaltet werden.“

Zu demselben Thema gehört, was die „Germania“, wenn auch in anderem Zusammenhange, schreibt:

„Es gibt Mütter, die ihre Töchter nie zu früh in die Tanzstunde schicken können, damit sie ja recht zeitig das Flirten mit der Männerwelt ex officio lernen. Und die dummen Jungen, die diesen beim Contre, die weiße Nelke im Knopfloch, gegenüber stehen, sitzen am nächsten Vormittag in der Sekunda, den Cicero vor der Nase, zwischen dessen Blättern sie die Photographie ihrer „Angebeteten“ verborgen haben. Bei den oberen Zehntausend aber werden die Feste in den eigenen Räumen glänzend arrangiert, damit die Schuljugend in die Mysterien von Liebe und Alkohol möglichst früh eingeweiht werde.

Welche Verwüstungen werden in den Seelen einer solchen Jugend angerichtet, die, wenn sie dereinst ins Leben heraustritt, mit allen Allüren der „Wissenden“ ausgestattet, sich in den Strudel der Gesellschaft stürzt? Und welch krasses Gegenbild enthüllt sich uns, wenn wir in denselben Blättern gelegentlich die Statistiken lesen von den Tausenden armer Schulkinder, die nüchtern, ohne Frühstück, in die Schule gehen und den ganzen Tag über nicht einen warmen Löffel Suppe zu kosten bekommen! Wenn wir von den menschenfreundlichen Maßnahmen hören, die darauf gerichtet sind, solchen armen Kindern aus öffentlichen Mitteln wenigstens ein Glas warmer Milch in der Schule zu reichen!

Gewiß wollen wir uns hüten, im Angesichte mancher Erscheinungen moderner Ueberkultur in den Fehler der Verallgemeinerung zu fallen. Allein die vielen und häufigen Berichte und Schilderungen dieser Erscheinungen sagen uns doch, daß wir es mit Symptomen zu tun haben, die für die geistige Entwickelung des vaterländischen Nachwuchses gefährlich werden können, die uns deshalb warnend darauf hinweisen müssen, zu welchem Ende eine Vergeudung nationaler Geisteskraft durch oberflächliche Zersplitterung führen muß.“

Mit der Religion und mit der Konfession hat diese Genußsucht freilich nicht das mindeste zu schaffen, auch nicht einmal mit dem Kapitalismus an sich, sondern erst dann, wenn dieser zum Mammonismus ausgeartet ist. Es ist daher nicht recht ersichtlich, was die „Germania“ in einem zweiten Artikel „Kapitalismus und Christentum“ damit sagen will, wenn sie schreibt: „Der Geldreichtum findet sich zumeist bei Protestanten und Juden“. Ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung nur bedingt richtig ist, daß das Besitztum der „toten Hand“ wahrscheinlich die im Besitz von Protestanten und Juden befindlichen Werte bedeutend übersteigt, kommt es doch nicht hier nur auf den Geldbesitz, sondern auf die Geldverwendung an, und daß da auch die allerchristlichen Herrscher auf dem Throne Frankreichs nicht gerade zu den sparsamen Monarchen gehörten, wird doch wohl auch der „Germania“ nicht ganz unbekannt geblieben sein. Und wie sieht es denn in dem überwiegend katholischen Wien aus? In der „Neuen Freien Presse“ lesen wir in einem Feuilleton von Raoul Auernheimer über „Wiener Luxus“:

„Seit ungefähr zehn Jahren ist das anders geworden. Ein neuer Wohlstand hat sich etabliert, und zwar nicht auf dem schwanken Grund der Börse, sondern auf dem solideren der Arbeit. Die Geschäfte gingen gut, man hatte sich etwas zurückgelegt, jetzt fing man an, auch an die Ausschmückung des Daseins zu denken. Man machte Reisen und sah, wie es die Nachbarn trieben; man brachte die Erinnerung an kostspielige Einrichtungen und Sitten mit, die man zu Hause nachmachte. Man schämte sich beispielsweise sehr, daß man in Wien kein Nachtleben hatte, und suchte in Kabaretts und Champagnerhöhlen einen bescheidenen Ersatz zu schaffen. Die neue Kunst kam dazu und tat das ihrige. Kunst in den Alltag tragen, das Leben ästhetisch übergolden, war ihre Parole. Ein schöner Wahlspruch, aber die moderne Aesthetik kostete viel Geld. Es begann mit Kleinigkeiten, wie beim Luxus immer: Das feine persönliche Briefpapier, das schön gedruckte, elegant ausgestattete Buch, die stilvolle Krawatte waren der Anfang. Die Fortsetzung war die neue Wohnungseinrichtung, der geänderte Lebensstil; der Schluß das eigene Automobil oder der Konkurs — je nachdem. Aber da die Geschäfte im großen ganzen auch weiterhin gut gingen, was man trotz energischer Gegenversicherungen der Kaufleute als wahr annehmen darf, und da wir uns der Segnungen eines durch dreißig Jahre währenden Friedens zu erfreuen hatten, so entschieden sich die meisten doch für die erste Eventualität. Man lebte weiter über seine Verhältnisse, und siehe da, es ging. Das aber ist der psychologische Moment, wo die Gefahr des Luxus beginnt. Denn der Luxus berauscht seine Opfer, bevor er sie erwürgt. „Verkauft's mei' G'wand! I fahr' in Himmel!“ sang man am Ende der sechziger Jahre in Wien. Das Lied könnte noch einmal modern werden.“

Allerdings muß bei allen diesen zweifellos berechtigten Klagen die Einschränkung gemacht werden, daß es vorerst in der Hauptsache immer nur die großen und größten Städte eines jeden Landes sind, in denen die Verschwendungssucht so unheimliche Dimensionen angenommen hat. Der Kern unseres Volkes in den mittleren und kleineren Städten, wo freilich auch das schlechte von oben gegebene Beispiel fehlt, ist, Gott sei Dank, von dieser Kulturseuche noch nicht ergriffen und wird hoffentlich auch in Zukunft davon unberührt bleiben.

Die Reichstagsnachwahl in Meseritz-Bomst.

Die Ersatzwahl in Meseritz-Bomst, die am 12. d. M. für den verstorbenen konservativen Abg. von Gersdorff stattfand, hat nach einem überaus heftigen Wahlkampfe mit dem Siege des konservativen Kandidaten, des früheren Landrats des Kreises, späteren Polizeipräsidenten von Schöneberg, Grafen Westarp, über seinen Gegenkandidaten, den von den Polen unterstützten Zentrumskandidaten Propst Raenspieß, geendet; ersterer erhielt 11 506, letzterer 10 211 Stimmen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen hatte der konservative Kandidat ebenfalls im ersten Wahlgange gesiegt und zwar mit 11 388 Stimmen über 8427 polnische, 1682 Zentrums- und 102 sozialdemokratische Stimmen.

Das Zentrum war schon 1898 den Konservativen dicht auf den Fersen, hat es jedoch nicht bis zum Siege bringen können. Die katholischen Wähler sind jedoch zu über 80 pCt. Polen. Diesmal hatten sich Polen und Zentrum von vornherein auf einen deutschen Zentrumskandidaten, für den eine Reihe von Zentrumsparlamentariern aus dem Westen tätig waren, geeinigt, in der Erwartung, dadurch auch diejenigen Deutschkatholiken, welche bisher immer für den deutschen Kompromißkandidaten gestimmt haben, zu gewinnen und den Wahlkreis im ersten Wahlgange den Konservativen abzunehmen. In dieser Annahme hat das Zentrum sich jedoch getäuscht. Die Gegensätze zwischen Polen und Deutschen haben sich, wie man das auch bei der Reichstagsnachwahl in Kolmar-Czarnikau-Filehne hat sehen können, im Laufe der letzten Jahre so sehr verschärft, daß ein Paktieren von Ange-

hörigen einer deutschen Partei mit den Polen regelmäßig mit einem Fehlschlage endet. Man mag diese Unversöhnlichkeit der nationalen Gegensätze bedauern, der Realpolitiker muß aber mit ihr als einem zurzeit wenigstens unabänderlichen Faktor rechnen.

Aus diesem gespannten Verhältnis der beiden Nationalitäten im Wahlkreise ergab sich auch folgerichtig die politische Stellungnahme der in dem Wahlkreis trotz ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl eine ausschlaggebende Rolle spielenden *jüdischen* Wähler. Herr Lehrer *Becker* in Wollstein hatte an den deutschen Kandidaten, *Grafen Westarp*, eine offene *Anfrage* gerichtet und darauf folgende Antwort erhalten:

Schöneberg, 20. November 1908.

Sehr geehrter Herr Becker!

Ihr geschätzter Brief vom 18. d. M. ist mir eine Ueberraschung gewesen. Ausdrücklich bat ich um Fragen und Erörterungen, und jede kurze Anfrage, die Sie mir gestellt hätten, wäre beantwortet worden. Auch trifft Ihre Annahme nicht zu, ich hätte nur von evangelischen, katholischen und polnischen Wählern gesprochen; ich habe, wie ich ganz bestimmt weiß, gesagt: 9800 „nicht katholische", 400 polnische und 3300 deutsche katholische Wähler. Der Bericht im Kreisblatte zeigt, daß das auch anderwärts so verstanden ist.

Wenn ich auf die sogenannte Judenfrage eingegangen wäre, so würde ich etwa folgendes haben sagen können: Der religiöse Unterschied, der mich als Evangelischen von dem Judentum trennt, kann für mich — ebenso wie derjenige zur katholischen Konfession — niemals ein Anlaß sein, die jüdische Bevölkerung zu bekämpfen oder zu ihr in Gegensatz zu treten. Die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden erkenne ich vollkommen an und beabsichtige nicht, zu einer gesetzlichen oder sonstigen Einschränkung derselben meine Hand zu bieten. Im übrigen weiß ich und erkenne ich gern an, daß die Juden des Wahlkreises trotz mancher geschäftlichen Schwierigkeiten, die ihnen das einträgt, in verdienstvoller Weise sich zur deutschen Sache gehalten haben und an der Selbstverwaltungspflicht getreu teilnehmen. Uebrigens habe ich die Anerkennung der deutschen Haltung der Juden bei der Wahl ja auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich bei den Berechnungen der Wahlstimmen den katholischen Wählern, die nicht katholischen — und nicht wie Sie meinen — die evangelischen gegenübergestellt habe.

Den Grund, weshalb ich diese Ausführungen nicht gemacht habe, wollen Sie gefälligst aus demjenigen Teil meiner Rede ersehen, in dem ich über mein Verhältnis zur katholischen Konfession sprach. Ich sagte da, die von mir ausgesprochenen Grundsätze religiöser Toleranz seien mir so in Fleisch und Blut übergegangen, daß ich es eigentlich für überflüssig gehalten hätte, so ausführlich darüber zu reden. Letzteres täte ich nur, weil ich bestimmt annehmen müßte, daß ich von polnischer Seite in agitatorischer Absicht als Gegner der katholischen Kirche hingestellt werden würde. — Ich habe nun, das muß ich Ihnen offen sagen, nicht geglaubt, daß nach meiner Tätigkeit als Landrat und nach meiner Stellungnahme in den Wahlkämpfen der neunziger Jahre, die wir ja zusammen durchgemacht haben, Zweifel über meine Haltung zum Judentum vorhanden sein würden. Deshalb glaube ich es vermeiden zu können, diese Frage aufzurollen. Ich wollte möglichst nicht Gegensätze zum Leben erwecken, von deren Bestehen der dortige Wahlkreis in früheren Jahren genügende Proben geliefert hat, und die mir dieses Mal zu meiner Freude unter der Decke zu schlummern, vielleicht ganz im Entschwinden begriffen zu sein schienen. Herr Andres*) hatte in Unruhstadt gesagt: er und seine Freunde seien ja auch Antisemiten, aber doch mehr in dem Sinne, daß sie von der Judenfrage nicht reden, sie also nicht in den Vordergrund stellen wollten. In Wollstein sprach er überhaupt nicht davon. Ich freue mich in der kampfdurchtobten Provinz über jedes Symptom des Friedens, so daß ich alles ängstlich vermeiden möchte, was — wenn auch in guter Absicht — Gegensätze aufleben lassen könnte. Deshalb wollte ich in dieser Frage den Angriff einer Interpellation abwarten und habe mich dabei, wie ich aus Ihrem Briefe ersehe, nur insofern getäuscht, als ich bei Ihnen und Ihren Freunden nach meiner Vergangenheit ein größeres Vertrauen glaubte voraussetzen zu können, als Sie mir entgegengebracht haben. Und noch ein offenes Wort müssen Sie mir gestatten: Dadurch, daß Sie in Ihrem Brief mir vorhalten, daß die Juden im Wahlkreise etwa über 600 Stimmen verfügen, haben Sie es mir nicht erleichtert, Ihnen meinen Standpunkt darzulegen. Ich habe natürlich die Zahlenverhältnisse genau studiert und weiß selbst, daß die jüdischen Stimmen für den Sieg der deutschen Sache ein dringend erwünschter Zuwachs, aller Voraussicht nach sogar absolut nötig sind. Was ich aber am meisten vermeiden möchte, das ist, auch nur den Anschein zu erwecken, als ginge ich mit Aeußerungen, die meiner Ansicht nicht voll entsprechen, auf Stimmenfang. Ich sagte, was ich denke, und überlasse es meinen Wählern, ihr Verhalten nach ihren politischen Ansichten und ihrem nationalen Gewissen einzurichten. Nur so bitte ich auch die eingangs abgegebene Erklärung aufzufassen.

Ich bitte, von diesem Brief in der Oeffentlichkeit den weitestgehenden Gebrauch zu machen; ich wünsche nichts zu verbergen, und es wäre mir unlieb, wenn der Brief nur in einer ausschließlich von Ihren Glaubensgenossen gelesenen nicht politischen Zeitung bekanntgegeben und so der Anschein erweckt würde, als fürchtete ich die Oeffentlichkeit.

Meine nächste Anwesenheit in einer Stadt des Wahlkreises wird voraussichtlich am Sonntag, 29. d. M., 12 Uhr, in Bentschen sein; sobald der Termin endgültig feststeht, werde ich Ihnen Mitteilung machen. Ich denke dort im Sinne vorstehender Ausführungen öffentlich mich auszusprechen und bin gern bereit, mit Ihnen oder Ihren Freunden vor und in der Versammlung ausführlicher über die Sache zu reden.

Hochachtungsvoll ergebenst

Graf Westarp.

*) Der Führer der im Wahlkreis selig entschlafenen Deutschen Reformpartei.

Man muß, wie man auch politisch zu dem Grafen Westarp stehen mag, anerkennen, daß er diese, ihm mit Rücksicht auf den antisemitisch gesinnten Teil der Wählerschaft — bei den Nachwahlen 1894 und 1895 hatten schon antisemitische Kandidaten im Wahlkreise 3500 Stimmen aufgebracht — nicht gerade angenehme Frage durchaus würdig beantwortet hat. Wird er aber auch als Mitglied der konservativen Reichstagsfraktion dafür eintreten, daß nunmehr das den Kampf gegen das Judentum predigende sogenannte Tivoli-Programm beseitigt werde?

Von der Deutschen Mittelstands-Vereinigung.

Dem Düsseldorfer „Gottesfrieden" ist nur eine sehr kurze Dauer beschieden gewesen. Die sogenannte Düsseldorfer Richtung, die den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität absolut gewahrt wissen und auch nur die Interessen des Mittelstandes, soweit er dem Handwerk und dem Kleingewerbe angehört, vertreten will, hat die Unmöglichkeit eingesehen, mit den Herren Rahardt und Buchholtz zusammenzuarbeiten, die die Mittelstandsvereinigung doch nur den reaktionären Parteien als Wahlhilfstruppe zur Verfügung stellen wollen, und infolgedessen ihren Austritt aus der deutschen Mittelstandsvereinigung erklärt mit folgender Begründung:

„Dieser Beschluß hat sich als notwendig herausgestellt, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen an ein ersprießliches Zusammenwirken mit der Berliner Richtung nicht zu denken war. An dem Beschlusse haben die sämtlichen Ortsgruppen des Landesverbandes mitgewirkt; nur der Vertreter der Mittelstands-Vereinigung Barmen, die sich als nicht zum Landesverband gehörig betrachtet, hat sich der Abstimmung enthalten, jedoch die Trennung des Landesverbandes von der Deutschen Mittelstands-Vereinigung ebenfalls als die beste Lösung empfohlen. Die inneren Gründe für die Trennung liegen in der verschiedenen Auffassung, die zwischen den beiden Richtungen über den Charakter der Mittelstands-Vereinigung besteht. Die Düsseldorfer Mittelstands-Vereinigung und mit ihr die Ortsgruppen des früheren Rheinisch-Westfälischen Landesverbandes stehen auf dem Boden völliger *parteipolitischer Neutralität*, während die Berliner Zentrale nicht in demselben Maße dem rein wirtschaftlichen Charakter der Mittelstands-Vereinigung Rechnung trägt. Auch hält die Düsseldorfer Richtung eine Organisation der selbständigen Geschäftsleute und Handwerksmeister für ein unabweisbares Bedürfnis, während die Berliner Richtung ihre Fürsorge dem gesamten sogen. neuen Mittelstande zuwenden will. Die neue Mittelstands-Vereinigung für Handel und Gewerbe ist also nicht als eine Gegenorganisation gegen die deutsche Mittelstands-Vereinigung aufzufassen, ihr Ziel ist vielmehr eine umfassende wirtschaftliche Organisation des gesamten handel- und gewerbetreibenden Mitelstandes."

Demgemäß ist der rheinisch-westfälische Landesverband ausgeschieden und hat eine *neue* Mittelstands-Vereinigung für Handel und Gewerbe mit dem Sitz in Düsseldorf gebildet.

Die „*Deutsche Volkspost*", das offizielle Organ der Gruppe Rahardt und Buchholtz, verzeichnet diese Schwächung der Gesamtorganisation naturgemäß mit süßsaurer Miene, wenngleich ihr das Ausscheiden einzelner unbequem gewordener Kritiker nicht gerade unangenehm ist. Sie übernimmt mit Genugtuung eine Solidaritätserklärung der Düsseldorfer

Gruppe der deutschnationalen Handlungsgehilfen mit den Interessen der deutschen Mittelstands-Vereinigung und bemerkt zu diesem Beschlusse:

„Wir können der Resolution nur unsere volle Zustimmung geben. Die Mittelstands-Vereinigung hat, wir betonen dies fortgesetzt, die Interessen aller Mittelstandsgruppen wahrzunehmen und auf einen Ausgleich event. bestehender Gegensätze hinzuarbeiten, nicht aber neue zu schaffen. Die Handlungsgehilfen bilden einen großen Teil des Mittelstandes, und namentlich der deutschnationale Verband kämpft mit dem selbständigen Mittelstand Schulter an Schulter gegen die Auswüchse im kaufmännischen Leben, und für die Erhaltung der kleinen kaufmännischen Existenz, die zu erringen ihr eifrigstes Bestreben ist. Nachdem die Düsseldorfer Richtung in der Gesamtorganisation der Mittelstands-Vereinigung ihre Rolle ausgespielt hat, versteht es sich von selbst, daß der Rein.-Westf. Verband als Vertreter des Mittelstandes nicht weiter gilt und seine Ansichten über Mittelstandspolitik daher jeder Bedeutung entbehren. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband kann aber versichert sein, daß seine Interessen von der Deutschen Mittelstands-Vereinigung (Zentrale Berlin) nach wie vor mit dem gehörigen Nachdruck vertreten werden."

Also auch hier wieder eine Verbrüderung zweier wirtschaftlicher Organisationen auf antisemitischer Basis.

Nichtsdestoweniger kann die Deutsche Mittelstands-Vereinigung ihrer mehr als problematischen Erfolge nicht froh werden. Schon steigt nämlich am wirtschaftspolitischen Horizont eine neue mittelständlerische Konkurrenz auf. In München ist dieser Tage eine neue „Sozialvereinigung des Neuen Mittelstandes" gegründet worden, die mit folgendem Aufruf an die Oeffentlichkeit tritt:

„Die Arbeiter waren die ersten, die den Wert und die Notwendigkeit starker Organisationen erkannten. Der Organisierung des Proletariats folgte neuerdings die Organisierung der Angehörigen des sogenannten „Neuen Mittelstandes". Wir verstehen darunter alle die Berufsschichten, die weder Proletarier noch Kapitalisten noch auch Angehörige des gewerblichen Mittelstandes sind, also: Staats- und Gemeindebeamte, kaufmännische und technische Privatangestellte, die freien Berufe, wie Aerzte, Schriftsteller, Künstler usw., und schließlich auch die Studierenden, die fast ausnahmslos auf einen der genannten Berufe sich durch ihr Studium vorbereiten. Zur Organisierung der einzelnen Gruppen muß nun ein einigender großer Zug, das lebendige Solidaritätsbewußtsein der Gesamtheit des Neuen Mittelstandes hinzutreten, um bei vollster Freiheit jeder Organisation in all ihren Einzelbestrebungen die mannigfachen Organisationen des Neuen Mittelstandes zu fördern, auf gemeinsame Ziele hinzulenken, zu sammeln. Dieser Sammlung, frei von jeder parteipolitischen Tendenz mit voller Freiheit des einzelnen, sich persönlich nach Belieben politisch zu betätigen, will die „Soziale Vereinigung des Neuen Mittelstandes" dienen."

Das Organ der alten reaktionären Mittelstands-Vereinigung bemerkt hierzu verdrießlich:

„Die eifrige Betonung einer bestimmten Presse über die „Unterschiede" des alten und neuen Mittelstandes hat naturgemäß zu einer neuen Organisation führen müssen, die wir um so mehr bedauern, als es schließlich zu Differenzen und Gegensätzen zwischen den beiden sonst vollkommen gleichwertigen Ständen kommen wird, ja vielleicht kommen muß. Damit hätten die Gegner allerdings das erreicht, worauf sie hinarbeiten, durch künstliche Hervorkehrung von Gegensätzen die Mittelstands-Vereinigung zu sprengen."

Derartige Sprengungsversuche haben die Gegner der mittelständlerischen Gruppe des Herrn Rahardt gar nicht nötig; das besorgen diese Herren selber schon ausgiebig genug. In der hessischen Filiale, die erst kürzlich gegründet worden ist, hat es nämlich schon den ersten Krach gegeben. Der Vorsitzende der „Mittelstands-Vereinigung für Hessen-Nassau", Landtagsabgeordneter Major von Kloeden-Wiesbaden, hat nämlich seinen Austritt erklärt; an seiner Stelle wurde Redakteur Gottschalk gewählt. So jagt eine „Sanierung" in der Mittelstands-Vereinigung die andere.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Dr. Arendt, das führende Mitglied der Fraktionen der Reichspartei und der freikonservativen Partei, hat es mit den Antisemiten, die ihm bisher seine jüdische Abstammung gnädig verziehen und ihn sogar ihrer persönlichen Freundschaft für würdig erachtet hatten, jetzt gründlich verschüttet, und zwar wegen seiner Kritik an den drei neuen Reichstagsgemälden. Das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg, der bisher auch persönlich mit Herrn Dr. Arendt ein Herz und eine Seele war, schreibt nämlich voller Empörung:

„Mit einigem Befremden erblicken wir in den Reihen der modernen Bilderstürmer auch Herrn Dr. Arendt, M. d. R. und Vorsitzender der Reichspartei. Es ist bei ihm hoffentlich nicht die Stimme des undeutschen Blutes, die ihn verlockt, den Maler mit recht groben Worten herunterzureißen. Man kann ein treuer Bimetallist sein und dabei wenig Kunstgefühl besitzen. Dann soll man allerdings so klug sein und den Mund halten. Herr Dr. Arendt schreibt u. a.: „Ein deutscher Soldat senkt eine französische Fahne auf die Erde, welche Geschmacklosigkeit, welcher Mangel an historischem Sinn, welche Verletzung der Achtung vor dem Besiegten!" . . . .

Wie wir dem Abg. Dr. Arendt aus gewissen Gründen, die mit der Rassenfrage zusammenhängen, seine Stellungnahme nicht verübeln dürfen, so müssen wir es auch bei Dernburg senior halten."

Also gewogen und zu leicht befunden; über das „jüdische Blut", mag es auch noch so sehr verwässert sein, kommt kein antisemitischer Teutobold hinweg!

Weihnachtsflugblätter: „Kauft nicht bei Juden" werden nicht nur von spezifisch antisemitischen Vereinen, sondern neuerdings auch von Agrariern verbreitet. So empfiehlt neuerdings die offizielle Korrespondenz „Bund der Landwirte" eine „Weihnachtsmahnung" des „Schwäbischen Landmann", worin vor den „jüdischen großkapitalistischen Warenhäusern" gewarnt wird. Die großen Ein- und Verkaufsgenossenschaften des Bundes der Landwirte, die den Gewerbestand in den kleinen Landstädten weit empfindlicher schädigen als die Warenhäuser in den benachbarten größeren Städten, machen natürlich eine vorteilhafte Ausnahme. Glücklicherweise gehen aber weder das kaufende Publikum noch der gewerbliche Mittelstand auf diesen agrarischen Leim.

Ein von dem Deutschen Reformverein in Leipzig verbreitetes Flugblatt an die „deutschen Frauen" ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben ein unflätiges Geschimpfe auf das „jüdische Schachervolk", das das Geschäft „nicht aus Menschenfreundlichkeit" mache, sondern „mit höherem Nutzen und größerem Raffinement als seine christlichen Mitbewerber". Die Geschäftsfreunde der Antisemiten verkaufen natürlich aus „lauter Menschenfreundlichkeit" ihre Ware ohne jeden Nutzen. Zum Schluß heißt es nochmals:

„Jüdischer Schachergeist und jüdische großkapitalistische Wirtschaftspolitik verteuern alle Bedürfnisse."

Wie es die größeren Geschäftshäuser und Warenhäuser – die übrigens zum großen Teile unverfälschten Ariern gehören – auch machen, den reaktionären Zünftlern und Antisemiten werden sie es nie recht machen können, gleichviel, ob sie ihre Ware verschleudern oder, wie es ihnen im vorliegenden Falle zum Vorwurf gemacht wird, ihre Kunden angeblich überteuern. Zur Kennzeichnung des unsagbar niedrigen Tones dieses gehässigen Machwerkes, das mit allerlei unkontrollierbaren angeblichen Zitaten von Juden operiert, sei nur die perfide Behauptung wiedergegeben, daß „ein führender Jude im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft, das seine Stammesgenossen infolge der Unüberlegtheit unseres christlichen Volkes machen, das häßliche Wort gesprochen habe, daß es immerhin besser sei, Christus zu haben als die Pocken". Wann und wo hat ein „führender Jude" so gesprochen? Solange der deutsche Reformverein in Leipzig nicht den Beweis für diese Behauptung erbringt, können wir hierin nur ein schamloses Lügenmanöver der Verfasser des Flugblattes erblicken, das sicherlich alle anständigen christlichen Kaufleute mit Entrüstung von sich weisen werden.

Antisemitische Selbstbeweihräucherung. In einem ländlichen Orte des Verbandes Niedersachsen der deutschsozialen Partei — der Ort ist nicht näher angegeben — hat der Generalsekretär Henningsen am 4. oder 5. d. M. einen

Vortrag gehalten, der eine so phänomenale Wirkung auf die biederen Landbewohner ausübte, daß ein Zuhörer — nach dem Bericht der „Deutschsoz. Blätter" — erklärte, er sei zwar nicht mit allen Maßnahmen der Wirtschaftlichen Vereinigung einverstanden, aber er sei — wir zitieren wörtlich — „so ergriffen durch die Ausführungen des Redners und mit ihm wohl alle Zuhörer, daß er es nicht über sich gewinnen könne, durch eine Aussprache den vorzüglichen Eindruck zu stören".

Auch wir fühlen uns durch den Bombenerfolg des antisemitischen Redners so ergriffen und niedergeschmettert, daß die Feder den zitternden Händen entfällt.

Vermischtes.

Geh. Baurat Dr. ing. Emil Rathenau, dem Begründer und Leiter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Berliner Elektrizitätswerke, sind anläßlich seines 70. Geburtstages ganz ungewöhnliche Ehrungen zuteil geworden. Der Kaiser schickte folgendes Telegramm: „Am heutigen Tage, an welchem Sie Ihr siebzigstes Lebensjahr vollenden, gedenke Ich gern Ihrer hervorragenden Verdienste um die deutsche Industrie und Elektrotechnik und spreche Ihnen Meine wärmsten Glück- und Segenswünsche aus." An den Ehrungen beteiligten sich ferner der Reichskanzler, die Staatssekretäre von Bethmann-Hollweg, Krätke, Sydow, die Minister v. Einem und Delbrück, Vertreter der Stadt Berlin, Vertreter der Wissenschaft und der Technik, des Handels und der Industrie. — Kein Geringerer als Prof. Slaby, der als Vertreter der deutschen Ingenieure Dr. Rathenau seine Huldigungen darbrachte, sagte über die Bedeutung des Jubilars u. a.:

„Es war ein großes Glück für die deutsche Elektrotechnik, daß ihr neben Werner v. Siemens ein Mann erstand, von gleichen Ueberzeugungen beseelt, mit genialer Veranlagung zum Maschineningenieur erzogen, der, zwar nicht mit ihm vereint, wohl aber im edelsten Wetteifer mit ihm gleichen Zielen zustrebte. Dem Wirken dieser beiden Männer verdankte die deutsche Elektrotechnik ihre erstaunlich schnelle Entwicklung. Mit dem geschulten Blick des Maschineningenieurs, mit unvergleichlicher Schaffensfreudigkeit trat Emil Rathenau an die Seite von Werner Siemens. In ihnen vollzog die Elektrotechnik die geistige Ehe zwischen den fein verzweigten Nervensystemen der Wissenschaft mit den Muskeln der lebendigen Technik."

In schwungvollen Worten feierte der Redner die genialen Leistungen Rathenaus, um folgendermaßen zu schließen:

Aus den Zentralmagazinen der Naturkraft sah er sie, elektrisch verwandelt, hinausgetragen über das Land, in die Werkstätten der Industrie, auf den erschöpften Acker des Landes. Von allen Seiten drängte die Entwickelung nach dieser Richtung, aber Rathenau war der erste, der ihr den Erfolg der praktischen Tat verlieh. Ich sehe ihn vor mir, als er mit leuchtenden Augen die ersten Drehstrommotoren, aus seinen Werkstätten hervorgegangen, der erstaunten Fachwelt vorführte und ihre Konstruktion erklärte, denn durch diese allein rückte das Ziel erst in greifbare Nähe. In jenen denkwürdigen Tagen zu Frankfurt a. M., als die Wasserfälle des Neckar in der Ausstellung zu rauschen begannen, wurde es klar, daß die Kultur an einem neuen Wendepunkt stand. Ihm allein gebührt der Ruhm für den Vorsprung, den damals die deutsche Elektrotechnik gewann, und der von Rheinfelden bis zu den Viktoriafällen in Afrika seine wirtschaftliche Bedeutung behalten hat.

Wenn Rathenau auch die Detailarbeit anderen Händen überlassen mußte, überall sehen wir die Spuren seiner eigenen tief eindringenden, auf das Gestalten im großen gerichteten Geisteskraft. In diesem Sinne darf ich sagen, daß es kaum ein Gebiet der Technik gibt, auf dem nicht seine eigenste, elektrisch befruchtende Ingenieurtätigkeit wahrzunehmen ist. Die ausgedehnten Werkstätten, über welche er heute gebietet, gleichen einem riesigen Automaten, der durch seine Kraft erst Leben gewinnt, durchtränkt und durchgeistigt von der Intelligenz eines einzigen Mannes. Man hat solche Spitzen großer industrieller Betriebe nicht selten „Fürsten der Technik" genannt. Diese Bezeichnung trifft auf Emil Rathenau nicht zu. Ich möchte ihn eher einem Generalfeldmarschall vergleichen, der von dem erhöhten Standpunkt geistiger Intelligenz, unter genauer Kenntnis aller Einzelheiten des Terrains mit dem Blick auf das Große gerichtet, seine Truppen zum Siege führt. Nicht durch äußere Machtstellung beherrscht er das verwickelte Getriebe, sondern lediglich durch die Organisationskunst des großen Ingenieurs, durch überragende Klugheit, während er sich selbst nur als Mitarbeiter fühlt an dem gewaltigen Ganzen und in fleißiger, rastloser Tätigkeit mit seiner Person hinter die Größe seines eigenen Werkes zurücktritt. Dazu gehört mehr als Macht, dazu gehört Persönlichkeit und Charakter.

Wer jemals Emil Rathenau näher getreten ist, der weiß, daß an dieser festen und klaren Persönlichkeit nichts Kleinliches haftet; an der Lauterkeit seiner Gesinnung prallen die Pfeile des Neides und der Mißgunst, die ja häufig auf die Großen der Erde gerichtet sind, machtlos ab. Reichtum und äußere Ehren hat er als Selbstzweck niemals erstrebt, wenn sie ihm zuteil wurden, ist es, weil es ja sein mußte, weil die Mitwelt sie verlangte. Wenn wir uns heute um ihn versammelt haben, um ihn an seinem Lebensabend zu feiern, so geschieht auch dies nur aus dem zwingenden Gefühl unseres Herzens, um unserer Freude und Dankbarkeit Ausdruck zu geben dafür, daß er der unsrige ist und so großes für den industriellen Aufschwung des Vaterlandes vollbracht hat.

Und dieser Mann, der durch seine Geistesschärfe und seine Tatkraft den deutschen Namen auf der ganzen Welt zu Ehren gebracht hat, würde als Jude keinen Platz gefunden haben in der staatlichen Beamtenhierarchie, würde auf unseren Hochschulen nicht als ordentlicher Professor angestellt worden sein.

Die Institution der amerikanischen Austauschprofessoren führt den behördlichen Antisemitismus in Deutschland an einem praktischen Beispiele gründlich ad absurdum. Der in Boston erscheinende „Globe" darf nämlich in einer Notiz über den neuen amerikanischen Austauschprofessor Dr. Adler an der Berliner Universität mit Recht schreiben:

„Die Aufnahme Prof. Adlers, dessen jüdisches Stammestum und dessen Ausbildung zum jüdischen Theologen im offiziellen Verzeichnis der Berliner Universität verzeichnet ist, hat eine mehr denn rein akademische Bedeutung. Als amerikanischer Professor an einer preußischen Universität empfängt er Ehren und Auszeichnungen, auf welche deutsch-jüdische Professoren vergeblich warten sollen. Eine Sendung wie die Dr. Adlers überragt natürlich alle akademischen Abgrenzungen, und seine Aufnahme seitens der demokratischen Intelligenz der Berliner Universität muß einen merklichen Einfluß auf das öffentliche Gewissen bezüglich der Gleichberechtigung und brüderlichen Achtung der Juden ausüben."

So sollte es wenigstens sein; ob die Hoffnung des amerikanischen Blattes freilich so schnell in Erfüllung gehen wird, wie es anzunehmen scheint, muß man in Geduld abwarten.

Ueber den Wert der Juden- und Heiden-Missionen gibt man sich in nüchtern denkenden Kreisen der beiden christlichen Konfessionen wohl kaum noch irgendwelchen Illusionen hin. Es wird berichtet, daß die „Londoner Gesellschaft zur Verbreitung des Christentums unter den Juden", die jetzt auf eine 100 jährige Tätigkeit zurückblickt, in dieser Zeit 60 Millionen Mark für ihre Zwecke verausgabte. Es wurde berechnet, daß ein Renegat die Gesellschaft 1000 Pfund Sterling (20 500 Mark) koste!! Die englischen Blätter werfen die Frage auf, ob es nicht besser wäre, dieses Geld für wohltätige Zwecke auszugeben! — Das meinen wir auch. In früheren Jahren, wo die Juden nur zu den geduldeten Religionsgemeinschaften gehörten und die Ghettofesseln noch nicht gesprengt waren, mag es für die Apostel der Judenmission ja einen gewissen Reiz gehabt haben, „Seelen für das Christentum zu gewinnen." Heute, wo das ganze religiöse Leben im Christentum und im Judentum sich im Fluß befindet, sind solche Uebertritte, die nicht auf vollständig spontan gewonnener Ueberzeugung beruhen, nur von sehr problematischem Wert.

Mit der christlichen Mission in Afrika steht es auch nicht viel besser. In einem Artikel der „Münch. Neueste Nachrichten" schildert Walter Freiherr von Rummel die „Schattenseiten der Missionen" auf Grund persönlicher Erfahrungen wie folgt:

„Es ist nun immer — ich stelle das voran — ein Unding, daß Glaubensboten verschiedener Konfessionen auf einem und demselben kleinen Platze beisammen sitzen. Da kann es denn leicht so kommen,

wie es in einer unserer afrikanischen Kolonien einmal gegangen ist: Dort hatten sich auch Missionare verschiedenster Bekenntnisse und Richtungen an demselben Orte angesiedelt, und alle suchten sie möglichst viele Seelen zu gewinnen. Die gar nicht so unschlauen Neger halfen ihnen nach besten Kräften dabei. Am ersten Sonntag nach seiner Geburt wurde so ein kleiner Negersprößling in die katholische Kirche getragen und dort feierlichst getauft. Am zweiten Sonntag ging es, da keine zweite katholische Mission in der Nähe war, ebenso laut und feierlich in die evangelische Kirche, und dann ebenso fromm und gläubig an jedem nächsten Sonntag zu einer anderen neuen Mission, so lange noch eine da war. — Und wäre auch noch ein Rabbiner vorhanden gewesen, so wäre am sechsten Sonntag das hoffnungsvolle, bereits vier oder fünf Konfessionen angehörige Negerkindlein auch ihm zur Beschneidung präsentiert worden. — Die glücklichen Eltern aber waren von Stolz und Freude geschwellt, denn bei jeder Mission waren sie reichlich bewirtet und mit einem Korb voll Tauf- und Festgeschenken bedacht worden.

Abgesehen von dieser heiteren Seite, hat aber ein Wirken und Sichentgegenwirken verschiedener Missionen auf demselben Fleck Erde schon immer das Uebel im Gefolge, daß die Eingeborenen sofort die Uneinigkeit und Spaltung unter den Weißen, ihren Herren, sehen und zur Notiz nehmen.

Außerdem aber darf nicht vergessen werden, daß fast alle diese Naturmenschen über eine sehr große Portion Selbstgefälligkeit und Eitelkeit verfügen. Jeder möchte besser sein, höher stehen als der andere. Dazu wird nun sehr oft auch die Religionsangehörigkeit benutzt. Der Katholik dünkt sich besser als der Evangelische, dieser wieder besser als der Wesleyaner. Warum, das wissen sie selbst nicht, denn für dogmatische Streitfragen hat ein Wildengehirn keinerlei Interesse und Verständnis. Aber so ist's ihnen vorgesagt worden, so plappern sie es nach. — Selbst da, wa nur Missionen desselben Bekenntnisses tätig sind, ergibt sich in dieser Richtung ein Mißstand: Der Bekehrte und Getaufte blickt stolz und verächtlich auf seinen Stammgenossen, der verstockter Heide geblieben ist, herab. Er selbst glaubt nun dasselbe wie der weiße Mann, der andere aber ist der dumme, einfältige, schwarze Teufel geblieben."

Sallte man unter diesen Verhältnissen, die auf die Proselytenmacherei nicht gerade ein schönes Licht werfen, nicht doch lieber zu dem Grundsatze des bislang nach immer größten preußischen Känigs zurückkehren und jeden nach seiner Fasson selig werden lassen?

Kathalische Fußballklubs. Ueber ein Kölner Seitenstück zu dem beabsichtigt gewesenen christlichen Eissportverein in Breslau entnehmen wir dem „Kölner Lakalanz.", daß in Köln-Niehl kürzlich sieben Fußballabteilungen katholischer Jünglingsvereine zu einem Spielverband zusammengetreten sind; Vertreter von vier weiteren im Entstehen begriffenen Abteilungen waren bei dieser Gründung anwesend. Ferner hat sich der dartige kathalische Jünglingsverein und der Niehler Fußballklub zu einem „Katholischen Jugendkartell" zusammengetan. Damit, meint das Blatt, habe das System der kanfessianellen Scheuklappenpalitik wiederum einen neuen Ausläufer getrieben, und die bisher gehörte Parale: Kathalisch lesen, rechnen, schreiben, turnen und tanzen, könne um den Zusatz: Kathalisch fußballen erweitert werden. — Die „Käln. Ztg." bemerkt hierzu:

„Man ist auf den ersten Anblick solcher Erscheinungen hin versucht, sie mit einem Lächeln abzutun. Aber die Sache ist doch zu ernst, denn diese Einzelfälle schließen sich zu einem großen System zusammen, das dahin geht, das ganze bürgerliche Leben nach Gesichtspunkten zu gestalten, die dafür nicht in Frage kommen dürften. Vom gesellschaftlichen und sportlichen Leben aus werden solche Prinzipien weitergetragen ins wirtschaftliche und schließlich ins politische Getriebe. . . . Wenn es dem Zentrum mit seiner ewigen Beteuerung der Nichtkonfessionalität ernst wäre, dann müßte es mit Kraft und Nachdruck dafür sorgen, daß seine späteren Anhänger nicht in ihrer Jugend luftdicht von allem Nichtkatholischen abgeschlossen werden; denn wer es in seinen harmlosen Kindertagen nicht gelernt hat, mit Andersgläubigen ein heiteres Spiel zu treiben, der kann unmöglich in den Zeiten ernster Männerarbeit mit einem Andersgläubigen sich zusammenfinden zu ersprießlichem Tun; er wird in dem andern immer den zu Meidenden sehen."

Die „Köln. Valksztg.", das dartige Zentrumsorgan, will diese Charakteristik freilich nicht gelten lassen; sie wendet sich erregt gegen ihre nationalliberale Kollegin und glaubt diese kanfessianelle Absonderung falgendermaßen rechtfertigen zu können:

„Wenn es sich hier um die Neugründung katholischer Fußballklubs handelte, wie die „Köln. Ztg." anzunehmen scheint, so wären wir die ersten, die eine solche Gründung kühl ablehnen würden. Aber darum handelt es sich offenbar nicht. Die katholischen Jünglingsvereine bestehen längst, und bei dem Eifer, mit dem in Köln und Umgegend der Fußballsport betrieben wird, ist es auch gewiß nicht verwunderlich, wenn sich in diesen Vereinen zahlreiche Fußballspieler finden, die, wie das zur Ausübung dieses Sports anscheinend erforderlich ist, sich in Spielabteilungen gliedern. Wenn diese nun einen Spielverband gegründet haben, so wird das wohl auch nur zur Erleichterung des Spiels geschehen sein. Wir sind darüber nicht unterrichtet, verstehen auch selbst nichts vom Fußballspiel, aber unsere Vermutungen sind ja auch für den Laien sehr naheliegend.

Bleibt also nur noch die Frage: ist es überhaupt zulässig, daß sich Mitglieder konfessioneller Vereine innerhalb derselben mit sportlichen Leibesübungen befassen? Wir bezweifeln, daß selbst die „Kölnische Zeitung" bei ruhiger Ueberlegung diese Frage verneinen wird. Solange sie wenigstens nicht auch andere Veranstaltungen, wie z. B. Ausflüge, gesellige Unterhaltungen, Tanzkränzchen und dergleichen, auch das Kegel- und Billardspiel in den Vereinslokalen, den konfessionellen Vereinen — notabene protestantischen so gut wie katholischen — rundweg verbieten will, wird sie auch den Mitgliedern katholischer Jünglingsvereine das Fußballspielen unter sich nicht untersagen können. Wenn die „Köln. Ztg." konsequent sein will, dann muß sie die katholischen und ebenso die evangelischen Jünglingsvereine selbst wie überhaupt alle konfessionellen, auch die protestantischen und israelitischen Vereine bekämpfen, nicht bloß irgend eine Art der Geselligkeit in ihnen. Mit einem solchen Radikalismus wird sie aber nicht einmal bei ihren eigenen Freunden, insbesondere auch nicht bei den Mitgliedern protestantischer Vereine, die hier in Köln offizielle Wahltruppen der — nicht konfessianellen — nationalliberalen Partei sind, allseitigen Beifall finden."

Friedrich Hebbel über den Kampf der slawischen Nationen gegen das Deutschtum. In einer Abwehr tschechischer Angriffe gegen die Deutschen äußerte sich der Dichter falgendermaßen:

„Zu den schöpferischen Natianen gehären nun aber unstreitig die Deutschen, und zu den empfangenden rechnet die Welt allgemein Tschechen und Polen; ist dabei ein Irrtum unterlaufen, so müssen sie ihn dadurch berichtigen, daß sie Europa ihre Weltgebieter, ihre großen Fürsten, Staatsmänner, Dichter, Maler, Musiker und Philosophen aufzählen, nicht aber dadurch, daß sie eine evidente Tatsache negieren und denjenigen, der sie ihnen ins Gedächtnis zurückruft, für einen Juden erklären."

Vam „Schmelztiegel der Nationen". Präsident Roosevelt hat wiederum einmal am sogenannten Danksagungstage (einem amerikanischen natianalen Festtage, der am Schlusse des Kirchenjahres gefeiert wird) die segensreichen Wirkungen der Rassenvermischung gefeiert, der die Vereinigten Staaten varzugsweise den grandiasen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung verdankten. Am Vorabend des Danksagungstages wurde in Washingtan das Denkmal des berühmten Reitergenerals Sheridan enthüllt; bei dieser Gelegenheit hielt Roosevelt eine Ansprache, über die die kanservative „Kreuz-Ztg." in einem Briefe ihres New Yorker Karrespondenten wie falgt berichtet:

„Nachdem der Bischof O'Connell von der katholischen Universität von Amerika das Gebet gesprochen (Sheridan war ein katholischer Irländer), ergriff der Präsident das Wort und feierte Amerika als „Schmelztiegel der Nationen". Er hob hervor, daß, während Grant und Sherman aus alten amerikanischen Familien stammten, die Eltern Sheridans und Farraguts auf der anderen Seite des Ozeans (Irland) geboren seien, und doch seien die einen so gute und echte Amerikaner gewesen wie die andern. In diesem Lande hätten die Vertreter der Rassen sich zu einem neuen Menschenschlage verschmolzen. Der Präsident wies dann auf den Unterschied zwischen Amerika und verschiedenen Staaten der alten Welt hin, wobei er besonders an Oesterreich zu denken schien. Dort lebten die verschiedenen Stämme getrennt nebeneinander fort, aber in Amerika vereinten sie sich nach kurzer Frist zu einem einzigen Volke, und so entstände ein neuer Menschenschlag. Diese Rassenmischung habe in Amerika viele große Männer erzeugt, schon während des Bürgerkrieges. Auf der einen Seite Grant, Farragut, Sheridan, Sherman und Thomas, auf der anderen Lee, Jackson und die Johnstons. Dann feierte er Philipp Sheridan, dessen berühmter „Ritt bei Winchester" eine der kühnsten und größten Taten des Bürgerkrieges war.

Es ist bekanntlich eine Lieblingstheorie Roosevelts — die er schon oft ausgesprochen — wie auch fast aller anderen bedeutenden Amerikaner, daß die Größe Amerikas in allererster Linie der Rassenmischung seiner Bevälkerung zuzuschreiben sei. Das wird aber

mit dem Vorbehalt gesagt, daß sich die Rassenmischung auf die kaukasische Rasse beschränkt; Kreuzungen mit Schwarzen, Gelben und Roten werden als nationales Unglück betrachtet. Diese Lehren sitzen hier so fest, daß keine anders geartete Meinung dagegen aufkommen kann. Von den Theorien Gobineaus und Otto Ammons will niemand etwas wissen, und so kommt man zu dem Schlusse, daß die Amerikaner ein Elitevolk, gebildet aus der Creme aller Nationen, darstellten. Jede von ihnen hätte ihr Bestes hergegeben, um den Yankee zu formen, der Deutschlands Arbeitsamkeit und Frankreichs Esprit und Ritterlichkeit und Englands Intelligenz vereine — denn die Engländer haben sich hier in den nicht ganz einwandfreien Ruf gebracht, das gebildetste und klügste Volk Europas zu sein. Das ist natürlich Uebertreibung.

Die Eigenschaft, welche dem Europäer, der länger im Lande weilt, bei den Amerikanern besonders auffällt, ist ihre Tatkraft. Fast jeder Mensch schmiedet hier einen Plan, um mehr zu erreichen und sich „durchzusetzen", und wie oft geht der eine oder andere, dem man es „nicht ansieht", auf große Dinge aus! In Deutschland ist der alte Krupp in Essen vom Arbeiter und Handwerker zum Großfabrikanten emporgestiegen, aber wie viele Tausende solcher Krupps gibt es in Amerika! Diese Leistungsfähigkeit ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Amerikaner ein Volk von Einwanderern sind. Die Leute, welche seit 3—400 Jahren von Europa nach Amerika abwanderten, werden nicht immer zu den moralisch besten gehört haben, allein in ihrer großen Mehrzahl sind es die kühnsten, wagemutigsten und rücksichtslosesten gewesen. Wenn nun Elemente dieser gleichen Art sich aus verschiedenen Völkern zusammenschließen und vermischen, dann muß allerdings eine Rasse voll Lebensenergie und Vorwärtsstreben entstehen."

Man traut seinen Augen kaum, solche „Ketzereien" in dem Hauptorgan einer deutschen Partei zu finden, die geradezu fanatische Anhängerin der Gobineauschen und Houston Stewart Chamberlainschen Rassentheorie ist, wonach aller Verderb der germanischen Völkerstämme von der verdammten Rassenschw....... herkomme. Daß der Korrespondent der „Kreuz-Ztg." bei der Aufzählung der europäischen Einwanderer in Amerika die Juden nicht erwähnt, ist wahrscheinlich eine kleine Konzession an die antisemitischen Instinkte der Leserkreise des konservativen Blattes. Präsident Roosevelt hat bisher niemals, wenn er die Bedeutung der Rassenvermischung für sein Land behandelte, unterlassen, auch des jüdischen Einschlags in dem neuen amerikanischen Menschenschlage anerkennend zu gedenken.

Deutsche und Juden in Rußland. Aus Petersburg wird der „N. J. K." von ihrem dortigen Korrespondenten geschrieben:

„In Petersburg fand vor einigen Tagen eine Sitzung der deutschen Oktobristengruppe statt, die sich mit der Ausarbeitung der Grundsätze des Gruppenprogramms beschäftigte. Die Gruppe ist ein Teil der Oktobristenfraktion und besteht aus den deutschen Mitgliedern dieser Partei. Besonderes Interesse erregte bei den Beratungen die Frage der Gleichberechtigung aller russischen Bürger. Man sollte meinen, daß für die Deutschen, die doch eine verhältnismäßig kleine nationale Minderheit in Rußland bilden, diese Frage eigentlich gar keine Frage sein sollte. Gleichwohl aber trat in der Versammlung ein Herr von Freimann auf und äußerte die Ansicht, in dieser Angelegenheit, daß heißt also auch speziell in der Judenfrage, müsse jedem einzelnen volle Meinungsfreiheit (!) gelassen werden. Man könne über diese Dinge nicht von Fraktions wegen entscheiden. Herr von Hehking erwiderte darauf allerdings sehr energisch und führte aus, daß seiner Meinung nach die deutsche Oktobristengruppe prinzipiell für die Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Nationalität eintreten müsse. Anders würde sie den Ast absägen, auf dem die Deutschen in Rußland selber sitzen. Mit dieser Ansicht erklärte sich denn schließlich eine ziemlich große Majorität einverstanden. Es ist charakteristisch, daß es erst dieses Arguments bedurfte, um die baltischen Herren zur Raison zu bringen, und es ist vielleicht noch charakteristischer, daß sogar dieses selbstverständliche Argument noch eine ganze Anzahl von Mitgliedern nicht von ihrem Antisemitismus abzubringen vermochte."

Diese kleine Geschichte ist abermals ein trauriger Beweis dafür, daß es im Auslande fast immer die Deutschen sind, die den Antisemitismus verbreiten, oder die sich jedenfalls als seine stärksten Stützen erweisen. Und gerade in Rußland braucht man dazu die Deutschen wirklich nicht, die eben dort allen Anlaß hätten, ihren Antisemitismus zurückzustellen. Aber das fällt den baltischen Baronen zu schwer!

Juden als Landwirte. Nach dem Jahresbericht der Jewish Colonization Assoziation für 1907 haben die landwirtschaftlichen Unternehmungen der genannten Gesellschaft einen derartigen Aufschwung genommen, daß der Präsident Narcisse Léven in seiner Ansprache an die Teilnehmer der Generalversammlung sagen durfte:

„Die Rückkehr der Juden zur Landwirtschaft ist ein junges Problem. Sie haben Eigenschaften mitgebracht, die man ihnen nicht hat nehmen können: Intelligenz, Arbeitsliebe, Ausdauer. Gegenwärtig sind sie gute Landwirte. Es hat genügt, ihnen Aecker und Arbeitswerkzeuge zu liefern, um sie zum Erfolg zu führen — nach den Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts eine feststehende Tatsache."

Die größte Aufmerksamkeit der Gesellschaft gilt von jeher der Ansiedelung in Argentinien, dessen Kolonien sich fortdauernd ausdehnen und zusehends innerlich festigen. Im Berichtsjahre ist die Bevölkerung von 11 974 auf 13 212 gestiegen, die Saatfläche hat sich von 58 400 auf 64 000 Hektar erweitert, der Viehstand von 104 000 auf 142 000 Stück vermehrt. Nachstehende Tabelle gewährt ein Bild vom Bevölkerungsstande der argentinischen Kolonien am 31. Dezember 1907:

die Kolonien	Es zählten						
	konzessioniert Kolonisten	Kolonisten-Familien	Seelen	Eingewanderte Familien	Seelen	überhaupt Familien	überhaupt Seelen
Moiseville	356	467	2 642	88	645	555	3 287
Mauricio	200	270	1 384	190	934	460	2 318
Clara	448	542	3 000	146	810	688	3 810
San Antonio	116	132	794	1	10	133	804
Lucienville	223	305	1 716	117	645	422	2 361
Baron de Hirsch	104	114	611	4	21	118	632
Zusammen	1 448	1 830	10 147	546	3 065	2 376	13 212

Bemerkenswert ist, daß die Kolonisten überall Korporativgenossenschaften gebildet haben, welche als Grundlagen für eine immer mehr zu vervollkommnende Selbstverwaltung dienen sollen.

Das Ernteergebnis des letzten Jahres war befriedigend. Der Gesamtertrag der Winterkulturen belief sich auf 436 926 Zentner, die einem approximativen Wert von 4 800 000 Frcs. gleichkommen. Ihre Verpflichtungen gegen die J. C. A. erfüllen die Kolonisten ohne sonderliche Mühe. Sie haben am 30. April 1907 122 000 Frcs. mehr Annuitäten als ein Jahr zuvor zurückgezahlt.

In den jüdischen Kolonien Argentiniens bestehen 31 Schulen, deren Subsistenzmittel die Kolonisten noch nicht aufbringen können. Bisher hat die J. C. A. allein die Kosten getragen. Im vergangenen Jahre begannen auch die Provinzialregierungen zu den Schullasten beizusteuern. Die Schulen werden von 1095 Knaben und 914 Mädchen, insgesamt also von 2009 Kindern besucht, für deren Unterricht 75 Lehrer sorgen.

Weniger erfreulich sind die Zustände in der brasilianischen Kolonie Philippson, wo seit zwei Jahren große Trockenheit herrscht. Die Kolonie wird von 42 Familien mit 272 Personen bewohnt. Außerdem sind 97 männliche und 72 ebenso tüchtige weibliche Feldarbeiter beschäftigt.

Die Fortschritte der nordamerikanischen Kolonien sind zufriedenstellend. Die jüngste Industriekrise war nicht ohne Einfluß auf die Verbreitung des landwirtschaftlichen Berufs unter den eingewanderten Juden. Besonders günstig entwickelten sich die palästinensischen Kolonien, über die sich Narcisse Léven folgendermaßen äußern konnte:

„In den Kolonien von Palästina ist der wirtschaftliche und moralische Fortschritt, der schon im vorigen Jahre konstatiert werden konnte, noch deutlicher hervorgetreten. Seit zwei oder drei Jahren ist die Ernte gut gewesen. Die wirtschaftliche Lage der

Kolonisten hat sich befestigt. Sie hoffen auf Erfolg, der zumeist von ihrer Initiative und ihrer Anstrengung abhängt. Immer weniger brauchen sie fremde Hilfsarbeiter. Die persönliche Arbeit vermehrt ihre Einkünfte, und sie selbst sind es, die die eigene Existenz sichern. Sie werden noch weiter vorwärtskommen, wenn sie sich anstrengen, aus dem von ihnen bearbeiteten Boden herauszuholen, was er zu geben vermag. Man arbeitet überall fleißig."

Ferner handelt der Bericht von den 389 Hilfskassen in Rußland und deren segensreicher Tätigkeit. Im Gegensatz dazu leidet das große Schulwerk der J. C. A. in diesem Lande unter der allgemeinen Lage.

Die von der J. C. A. subventionierten 100 Leihkassen werden von 59 923 Mitgliedern in Anspruch genommen; von den 5 826 212 Rubel betragenden Darlehen wurden 4 500 836 Rubel zurückerstattet.

Auch in Galizien erfüllen diese Kassen ihren Zweck. Ihre Zahl betrug Ende 1907 17; die 11 130 Mitglieder hatten eine Haftsumme von 261 310 Kronen eingelegt. Die Kassen verfügten über einen Fonds von 1 073 916 Kronen, die bewilligten Darlehen betrugen 1 636 036 Kronen. Der Reservefonds ist auf 78 000 Kronen angewachsen.

Schließlich bemerkt der Bericht, daß die J. C. A. für ihre fernere Kolonisation den Orient ins Auge fasse.

Die Interpellation bezüglich der Judenfrage in der Reichsduma. Man schreibt der „Russ. Korr." aus Petersburg vom 8. Dezember:

„Trotz des erschreckenden Elends, an dem die russisch-jüdischen Massen unter dem administrativen und wirtschaftlichen Druck fast ersticken, trotz der immer sich wiederholenden Notschreie der in die Städte und Flecken des russischen Territorialghettos eingepferchten Millionen Juden nach irgendwelchen rechtlichen Erleichterungen, haben es die extrem rechten Abgeordneten der Reichsduma fertig gebracht, an das Parlament eine Interpellation betreffs des „unbefugten Aufenthaltes von Juden außerhalb des Ansiedlungsrayons" zu richten. Es handelt sich um eine geringe Gruppe von Juden, deren weitere Verfolgung wegen „unberechtigten Wohnens" in den östlichen Gouvernements laut einem Zirkular Stolypins vom 28. Mai d. J. einzustellen war. Stolypin hatte nämlich verfügt, daß Juden, die außerhalb des Ansiedlungsrayons bis zum 1. August 1906 gewohnt hatten, nicht weiter gestört werden sollten, auch wenn sie inzwischen das Wohnrecht eingebüßt hätten.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß auch, daß die Zahl dieser „Begünstigten", d. h. derer, denen das primitivste Recht zuteil werden soll, im Verhältnis zur gesamten jüdischen Bevölkerung minimal, ja verschwindend ist. Zudem hat es das Zirkular dem Ermessen der lokalen Behörden überlassen, darüber zu entscheiden, welcher Jude der zu gewährenden Vorteile würdig sei. Und trotzdem Zeter und Mordio seitens der Antisemiten! Geberdet sich doch dabei der Verband des russischen Volkes — welche Selbstironie! — als Wächter der Gesetze gegenüber dem willkürlichen Verfahren des Premiers.

Da nun das befehdete Zirkular für die russischen Juden im praktischen Sinne fast bedeutungslos ist, so erhellt schon daraus, daß es der schwarzen Sippschaft eigentlich darum zu tun ist, die Tribüne der Reichsduma, die schon oft genug durch barbarische und zynische Ausfälle entwürdigt worden ist, zu neuen Hetzreden gegen fünf Millionen Menschen auszunutzen, die unter den russischen Verhältnissen in Wirklichkeit fast gar keine Vertretung im Parlament besitzen.

Anderseits ist der Feldzug auch gegen Stolypin selber gerichtet. Schon vor einiger Zeit hat ja der berüchtigte, aber sehr einflußreiche Antisemitenhäuptling Graf Kanownyzin durch eine Privatklage gegen den Premier den regierenden Senat dazu gebracht, daß er das genannte Zirkular als ungesetzlich bezeichnet hat. Dadurch ist aber der Premier in eine sehr schwierige Situation geraten, wenn er im Parlament eine Aktion verteidigen muß, die vom obersten Gerichtshof des Landes als „ungesetzlich" proklamiert worden ist. Oder sollte er — wie er es schon so oft getan — sich beugen und den Nachweis zu führen versuchen, daß das Uebel nicht so groß gewesen sei, da das Zirkular nur in sehr geringem Maße und zwar nur auf „gutgesinnte" Juden Anwendung gefunden habe?"

Von Schaljapin, dem berühmten Bassisten der Petersburger Hofoper, dessen hervorragende Gesangskunst und dramatische Gestaltungskraft auch das deutsche musikverständige Publikum vor zwei Jahren anläßlich des Berliner Gastspiels der Monte-Carlo-Oper zu bewundern Gelegenheit gehabt hat, berichtet die „Petersburger Zeitung" folgendes Erlebnis aus jüngster Zeit:

„Auf der Sonnabend zu Ehren Schaljapins gegebenen Soiree kam es zu einem kleinen Skandal. Als sich gegen zwei Uhr nachts die Köpfe unter dem Einfluß der reichlich genossenen alkoholhaltigen Getränke erhitzt und Schaljapin eben ein russisches Lied gesungen hatte, erhob sich Herr Chodotow von seinem Platz und sagte etwa folgendes: „Meine Herren! Wir haben uns hier versammelt, ein Genie zu feiern, zu dessen Ehren russische, grusinische und italienische Lieder gesungen worden sind. Wir haben aber ein Volk vergessen, das Volk, welches unter allen Völkerschaften zerstreut lebt, und welches der Menschheit so viele Talente geschenkt hat. Wollen wir darum ein jüdisches Lied singen." Unter donnerndem Applaus stimmte darauf Herr Chodotow das jüdische Lied „Chason" an. Dem Beispiel Chodotows folgte Schaljapin und sang gleichfalls ein jüdisches Lied. In den immer mehr anschwellenden Beifall mischte sich plötzlich ein gellender Pfiff. Alle Anwesenden blickten gespannt umher und gewahrten einen Herrn, der zwei Finger in den Mund gesteckt hatte und unausgesetzt pfiff. „Hinaus mit ihm!" hörte man von allen Seiten rufen. Der Pfeifende, ein Herr Wichorew, erhob sich nun und erklärte, er sei durchaus kein Judenfeind, könne sich aber nicht damit zufrieden geben, daß von Russen ein Loblied auf die Juden angestimmt werde. Die erdrückende Majorität forderte die Entfernung des „Ruhestörers". Wer weiß, welchen Ausgang der Zwischenfall genommen hätte, wenn nicht Herr Schaljapin aufgestanden wäre und die „Dubinuschka" angestimmt hätte."

Juden im türkischen Parlament. Bisher sind 2 Juden gewählt, der eine, namens Emanuel Carasso, im Vilajet (Provinz) Salonich, und der andere, Nissim Mazliah, beide Rechtsanwälte, im Vilajet Aidin. Mazliah bekleidet seit Jahren das Amt eines Hauptsekretärs des jungtürkischen Komitees „l'Union et Progrès", und als solcher fand seine Kandidatur starke Unterstützung des Komitees. Das Parlament, welches zirka 250 Deputierte zählen wird, wird aller Voraussicht nach 5 Juden einschließen, und es kommen außer den beiden obengenannten Vilajets noch Konstantinopel, Jerusalem und Bagdad in Betracht, die je einen jüdischen Abgeordneten in das Parlament entsenden werden. Nachdem die jüdische männliche Bevölkerung in der ganzen Türkei auf 250 000 Einwohner geschätzt wird und nach dem Wortlaute des Gesetzes je 50 000 männlichen Geschlechtes auf einen Deputierten Anrecht haben, so werden, so bemerkt ein jüdisch-zionistisches Blatt hierzu, die Juden „in der Kammer richtig vertreten sein. Das ist als ein großer Erfolg anzusehen, da doch die Juden, wenn sie auf sich selbst angewiesen wären, angesichts ihrer Minorität lange nicht ein solches Resultat aufzuweisen gehabt hätten. Wie die Sache jetzt steht, haben z. B. die Armenier, die die Juden an Zahl bedeutend übersteigen, im Vilajet Aidin, dessen Sitz Smyrna ist, noch keinen einzigen Abgeordneten. Die Griechen, deren Bevölkerung bloß im Vilajet Aidin sich einer halben Million nähert, haben trotz Propaganda, die mit den lärmendsten Szenen verfolgt wurde, es nur mit Mühe auf zwei Deputierte bringen können. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Türken gegen die Griechen sehr argwöhnisch sind und den Juden Vertrauen entgegenbringen."

Briefkasten.

J. L. II in B. Wir bedauern, Ihrem Wunsch, den Wortlaut des nunmehr glücklicherweise abgeschafften rumänischen Eides more judaico — so genannt, weil er mit jüdischer Sitte nicht das mindeste zu tun hatte — in den „Mitteilungen" mit allen seinen ekelerregenden Einzelheiten abzudrucken, nicht entsprechen zu können, und zwar aus Gründen der Reinlichkeit. Es wird für alle Zeiten ein Dokument der Schande des „aufgeklärten" 19. Jahrhunderts sein, daß in einem angehenden „Kulturstaate" um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auf Betreiben eines fanatischen jüdischen Apostaten ein solcher barbarischer Eidschwur eingeführt wurde und bis zu diesem Jahre Gesetzeskraft behalten konnte.

B. K. in R. Die Zeitungen, die die Notiz aus unserer letzten „Abwehrvereins-Korrespondenz" abdruckten, haben den kleinen Druckfehler sofort erkannt und die richtige Spitzmarke vorgesetzt: Knopflochschmerzen eines antisemitischen Redakteurs.

M. Fr. in Berlin. Wir berichtigen gern, daß es sich nicht um das Haus Klopstockstr. 41, sondern Klopstockstr. 11 handelt, mit dessen antisemitisch angehauchter Portiersfrau ein Mitglied Ihrer Familie so eigenartige Erfahrungen gemacht hat.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Nur 50 Pfennig (und 12 Pfennig Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 52/53. Berlin, den 23. Dezember 1908. 18. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Durch die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburger Str. 14, direkt bezogen kosten die „Mitteilungen" 1.10 Mark vierteljährlich.
Die Versendung für Süd- u. Südwestdeutschland erfolgt durch das Bureau Frankfurt a. M., Feldbergstraße 24 I.
Telephon: Amt VI, Nr. 3575

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburger Str. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister Herrn Geh. Baurat a. D. Benoll, Berlin W., Magdeburger Straße 14.

Der Weihnachtsfeiertage wegen wird die vorliegende Nummer als Doppelnummer herausgegeben; die nächste Ausgabe der „Mitteilungen" erscheint am 6. Januar 1909.

Kamarilla.

Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Kamarilla gestattet eine gereizte Auseinandersetzung zwischen der „Deutschen Zeitung" und der „Kreuz-Ztg.". Das Organ der Alldeutschen beleuchtet nämlich das Treiben zweier journalistischer Hauptstützen der „Kreuz-Ztgs."-Partei, der Herren Adalf Stein und Praf. Schiemann, van denen man in den kritischen Tagen des Navember nie recht wußte, in welchem Lager sie standen.

Herr Adolf Stein, der frühere Redakteur des Stäckerschen „Valk" und Herausgeber des selig entschlafenen „Deutschen" ist plötzlich wieder aufgetaucht als Mitarbeiter der „Allg. Evangelisch-Lutherischen Kirchen-Ztg.", jenes bekannten orthodaxen Blattes, das schan wiederhalt bei schweren inneren Krisen reaktianären Intriguen Handlangerdienste geleistet hat. Es stellt sich jetzt heraus, daß jener großes Aufsehen erregende Artikel des Blattes, worin der Kaiser var zu „graßer Nachgiebigkeit" gegenüber dem „revolutianären Treiben" des Reichstags gewarnt wurde, von Herrn Adalf Stein herrührte. In dem Artikel war u. a. gesagt warden:

„Richter und Propheten voll heiligen Zornes müßten auftreten und dem Volke die Augen darüber öffnen, wie nahe daran wir sind, das herrliche Werk der Verfassung von 1867/71 zu verschandeln und alle staatsmännischen Energien lahmzulegen, ja wie nahe das Fieber der letzten Wochen uns an den Rand der Verblodung gebracht hat."

Nur blutwenige Männer, hieß es dann weiter, seien besannen genug gewesen, „entgegen einer rasenden, van der Tarantel gestochenen Menge, dem Kaiser tratz alledem zu geben, was des Kaisers ist." Zum Schlusse hieß es dann:

„Diese wenigen ahnten, wie nun überall gierige Wünsche erwachen würden, und sie wußten aus der Geschichte, daß, wenn alle den Kopf verlieren, das Revolutionmachen ein Kinderspiel ist."

Eine hübsche Prabe palitischer Giftmischerei; man kann sich varstellen, wie ein salcher in usum regis geschriebener Dithyrambus auf den Monarchen an einer gewissen Stelle wirken mußte. Herr Stäcker, der Mann des Scheiterhaufenbriefes, wird an diesem seinem gelehrigen Schüler seine helle Freude gehabt haben. Welchen ehrlichen Zorn diese raffinierte byzantinische Schweifwedelei bis weit in die Reihen der streng religiäsen Kreise ausgeläst hat, zeigt falgender temperamentvaller Protest des „Reichsbaten":

„Mit Entrüstung muß es jeden ehrlichen Patrioten erfüllen, wenn Schmeichler an den Kaiser herantreten, um ihm die Notwendigkeit der Umkehr auszureden. Kein Sterblicher — auch kein Kaiser — braucht sich der Erkenntnis gemachter Fehler und des Entschlusses der Besserung zu scheuen; aber viele haben schon Ursache gehabt, aufs tiefste die verhängnisvollen Folgen halsstarriger Verstockung und unbußfertiger Verhärtung zu beklagen. Gott der Herr lenke den Sinn unseres edlen teueren Kaisers und führe ihm allezeit ehrliche, gewissenhafte, charaktervolle Ratgeber zu."

Herrn Adalf Steins Ansehen als palitischer Journalist ist nun zwar in letzter Zeit etwas brüchig gewarden; wie erinnerlich, hat kürzlich eine Berliner Finanzwochenschrift sehr schwere Varwürfe gegen ihn erhaben, deren Richtigkeit var Gericht festgestellt werden wird. Er hat aber, da er über eine gewandte Feder verfügt, nach immer einflußreiche Freunde und Gänner in der kanservativen Partei, die sich diese schätzbare journalistische Kraft zu erhalten suchen. Zu ihnen gehärt Herr von Oldenburg-Januschau; wer die parlamentarische Kapuzinade dieses Ultra-Monarchisten anläßlich der Kaiser-Interview-Debatte aufmerksam nachliest, wird unschwer ähnliche Gedankengänge wie in dem Artikel der „Allg. Evang.-Lutherischen Kirchen-Ztg." finden.

Die „Deutsche Zeitung" des Wadananbeters Dr. Friedrich Lange hat aber auch mit dem palitischen Inspiratar der „Kreuz-Ztg.", Herrn Praf. Schiemann, ein Hühnchen zu pflücken, dem sie ebenfalls nicht über den Weg traut. Sie schildert ihn als einen Mann, der „seit dem Burenkrieg ... so völlig in affiziäsen Gedankengängen und in freiwilliger Abhängigkeit van einer völlig launischen und willkürlich subjektiven Haf- und Amtspolitik ertrunken ist, daß er heutzutage für Leute, die die auswärtige Palitik verfalgen, hächstens nach Tatsachenstaff liefert. Seine Urteile interessieren nicht mehr. Selbst nicht mehr als Wetterfahne für Anzeige der Windrichtung."

Das ist reichlich grab, wenn man bedenkt, daß „Deutsche Zeitung" und Prof. Schiemann früher lange Jahre hindurch palitisch ein Herz und eine Seele gewesen sind. Inwieweit Praf. Schiemann, der bekanntlich — als einziger deutscher Journalist — **persona gratissima** bei dem Kaiser ist, bei den verschiedentlichen auffälligen Preßäußerungen der „Kreuz-Ztg.", die auf einen ähnlichen Tan gestimmt waren wie die des Herrn Adolf Stein, seine Hand mit im Spiele ge-

habt hat, ist natürlich schwer zu sagen. Jedenfalls hat man auch in Kreisen, die dem Reichskanzler nahestehen, den Eindruck gehabt, daß er in letzter Zeit die „pupillarische Sicherheit" habe vermissen lassen. Es ist ja nun zwar neuerdings, wie wenigstens die „Kreuz-Ztg." versichert, die Einigkeit zwischen ihr und dem Reichskanzler wiederhergestellt; die Tatsache bleibt aber bestehen, daß Fürst Bülow Grund zum Mißtrauen gehabt hat. In Zukunft wird das „Deklaranten"-Organ jedenfalls etwas vorsichtiger operieren müssen, wenn es die Krone gegen den Reichskanzler ausspielen will.

Es wird in der Presse auch auf das eigenartige Zusammentreffen hingewiesen, daß die beiden Journalisten Adolf Stein und Prof. Schiemann, die in der so überaus gefährlichen Krise eine schwer definierbare Rolle gespielt haben, keine Reichsdeutschen, sondern Deutsch-Russen aus den baltischen Provinzen sind. Das will allerdings wenig besagen, zumal ein anderer führender Alldeutscher, Prof. Samassa u. W. ebenfalls kein Reichsdeutscher ist. Dahingegen ist es bemerkenswert, daß das andere alldeutsche Organ, die „Tägl. Rundschau" das zweideutige Verhalten der „Kreuz-Ztg." ebenfalls auf das schärfste verurteilt hat, indem sie schrieb:

„Offenbar hat diese unwürdige Umschmeichelung des Kaisers, die direkt zu einer Gefahr für den Monarchen wurde, und die gleichzeitige Verdächtigung des Fürsten Bülow sogar im Leserkreise der „Kreuzztg." so großen Widerwillen erregt, daß sie sich zum Einlenken entschließen mußte. Ob der Kanzler den etwa für die Zukunft abgegebenen Versprechungen innerlich traute oder nicht — seine außerordentliche Liebenswürdigkeit ist bekannt. So wies er, obwohl ihm das Treiben der „Kreuzztg." doch auch mit allen Einzelheiten bekannt war, die Reumütige nicht ab. Denn über einen Sünder, der Buße tut, ist mehr Freude, als über tausend Gerechte."

Auf den Vorhalt der „Kreuz-Ztg.", daß die „Tägliche Rundschau" sich mit dieser Darstellung ihres politischen Verhaltens während der Krise einer „Fälschung" schuldig mache, erwidert das Blatt grob, es bleibe von diesem Vorwurf nichts übrig „als die der „Kreuz-Ztg." eigene Methode gemeiner Ehrabschneiderei". — Wird das fromme Blatt mit dem Kreuz — Ohm und Goedscheschen Angedenkens — das auf sich sitzen lassen?

Die Reichstagswahlbewegung in Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf.

Die Agitation hat gleich von Anfang an unmittelbar nach der Mandatsniederlegung Stöckers auf allen Seiten ziemlich scharf eingesetzt. Die Parteien und ihre Kandidaten nebst den zur Unterstützung herbeigeeilten Parteisekretären haben sich mit großer Verve in den Wahlkampf gestürzt. Nur für die Weihnachtswoche, deren stiller Frieden nicht durch Parteigezänk gestört werden soll, ist zwischen den Nationalliberalen und den Christlichsozialen ein Waffenstillstand vereinbart worden, dem sich die Freisinnigen, wie wir bestimmt annehmen, anschließen werden. Alsdann wird aber der Wahlkampf bis zum 11. Januar voraussichtlich um so schärfer entbrennen, da es schon in dem ersten Abschnitt der Wahlbewegung zu heftigen Zusammenstößen gekommen ist.

Die Christlichsozialen haben den ganzen Heerbann ihrer Parteisekretäre im Reiche aufgeboten. Gilt doch ihr Kandidat Lic. Mumm, der Generalsekretär der christlichsozialen Partei, der schon bei der letzten Wahl in über 100 Ortschaften des Kreises gesprochen hat, auch als der präsumtive Nachfolger Stöckers in der Führung der Partei. Der Generalsekretär für Rheinland-Westfalen, Rüffer, in dessen Händen die Leitung des christlichsozialen Wahlbureaus liegt und der sich durch besonders gehässige Angriffe gegen die Liberalen hervorzutun sucht, wird wohl nach der empfindlichen Lektion, die er von dem Wetzlarer Gericht wegen Beleidigung eines nationalliberalen Reichstagskandidaten bei den letzten allgemeinen Wahlen erhalten hat — vergl. die besondere Notiz in dieser Nummer — im weiteren Verlauf der Wahlbewegung sich einige Reserve auferlegen. Dem christlichsozialen Wahlbureau stehen ferner noch als rednerische Kräfte zur Verfügung die christlich-sozialen Gewerkschaftssekretäre Hildenbrand und Rasslenbeul, Redakteur Ostehr (ein früherer deutsch-nationaler Handlungsgehilfe aus Dillenburg), der Parteisekretär Weigelt, ein Herr Lindner aus Frankfurt a. M. und Herr Dr. Oestreich-Berlin, der Angestellter der Geschäftsstelle des Evangelischsozialen Kongresses sein soll. Diese Annahme wird wohl aber eine irrtümliche sein; wahrscheinlich ressortiert Herr Dr. Oestreich vom Kirchlich sozialen Kongreß, den Stöcker bei seinem Ausscheiden aus dem Evangelischsozialen Kongreß als Konkurrenzunternehmen gegründet hat. Von Abgeordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung sind bisher schon Herr Schack — von seinen deutschnationalen Knappen mit stürmischen „Heil"-Rufen begrüßt — und Dr. Burckhardt Herrn Mumm zu Hilfe gekommen.

Einen abstoßenden Eindruck macht die geflissentliche Hervorkehrung des religiösen Motivs in diesem rein politischen Wahlkampfe. Herr Stöcker hat in einem Dankschreiben aus Partenkirchen an christlichsoziale Vertrauensmänner des Wahlkreises damit den Anfang gemacht, indem er schrieb, daß er „dem treuen Gott" seinen ganzen Wahlkreis „empfehle". Herr Rüffer setzte diese frömmelnde Methode in der christlichsozialen Wochenschrift „Die Arbeit" fort, um freilich alsbald die Gegner in ordinärster Weise zu beschimpfen. In einem Artikel des „Volk", worin er die feste Zuversicht aussprach, daß die langjährigen Wähler Stöckers keine „unbeständigen Galater" sein werden, prophezeite er den Sieg Mumms, „selbst wenn die Gegner mit Judenflinten schießen und orientalisches Goldpulver gegen uns verwenden werden." In einer Versammlung in Wallau erklärte er, als die Frage der auf den französischen Schlachtfeldern errungenen nationalen Einheit Deutschlands erörtert wurde, wörtlich nach stenographischen Aufzeichnungen:

„Das haben nicht die Nationalliberalen getan, sondern unsere Väter haben die Einigkeit auf dem Schlachtfelde mit ihrem Blute erkauft. Die paar Dutzend Kommerzienräte in der nationalliberalen Partei, die wegen ihrer Bettschwere nicht mit auf das Schlachtfeld ziehen konnten, haben dann nur in der Abstimmung der Reichsverfassung zugestimmt."

Der aus Schlesien importierte christlichsoziale Parteisekretär Herr Weigelt glaubte natürlich, hinter seinem Agitationschef an solchen Kraftleistungen nicht zurückstehen zu sollen und verübte nach der „Lib. Korr." gegen die Freisinnigen in einer Versammlung folgende Pöbelei:

„Die Freisinnigen waren gegen die Lex Heinze, die den Arbeitgeber, der seine Arbeiterin verführt, bestrafen sollte. Das wollten aber die Freisinnigen nicht, weil die freisinnigen Juden meist ihre Arbeiterinnen verführen."

Eine nette Frucht der von Herrn Stöcker ausgestreuten antisemitischen Saat. Wie sich die im Wahlkreise nur noch spärlich vertretenen Konservativen und der Bund der Landwirte verhalten werden, steht noch nicht fest. Der von den Konservativen früher einmal mit der Aufstellung einer Sonderkandidatur (Fabri) gemachte Versuch war ein so völliger Fehlschlag gewesen, daß sie dieses Experiment wohl kaum noch einmal wiederholen werden. Der Bund der Landwirte, der schon seit dem 6. Dezember Versammlungen im Wahlkreise abhält, wird sich über seine Stellung zu den konkurrierenden Parteien erst nach Weihnachten schlüssig machen; jedenfalls im Sinne einer Unterstützung der Christlichsozialen.

Die christlich-nationale Partei, die mit einer Sonderkandidatur des Bergmanns und Landwirts Schneider-Wahlbach in den Wahlkampf eingetreten ist, hat sich bisher — wohl infolge des Mangels an Geldmitteln — am wenigsten geregt; sie hat ein knappes halbes Dutzend Versammlungen in der Nähe des Wohnortes ihres Kandidaten abgehalten und sich im übrigen bisher auf die Verbreitung ihres Wahlaufrufs beschränkt.

Die liberalen Parteien lassen es an Rührigkeit ebenfalls nicht fehlen. Der nationalliberale Kandidat Berghauptmann a. D. Vogel, der sich persönlich schon in einer großen Anzahl von Ortschaften vorgestellt hat, wird rednerisch unterstützt von dem Vorsitzenden des Siegener Nationalliberalen Vereins Dr. Bellebaum, dem Generalsekretär Breithaupt-Berlin und den Parteisekretären Dr. Hugo Lümmel-Essen, Riedel-Gießen, Dr. Jacobi-Karlsruhe und Köster.

Dem freisinnigen Kandidaten Ruschke, der gleichfalls unverdrossen von Ort zu Ort zieht, leisten willkommene Wahlhilfe die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler Jakobs und Ziegler.

Das Zentrum hat sich darauf beschränkt, seinen Kandidaten, den Generalsekretär des Verbandes der Windhorstbünde, Dr. Scharmitzel, zu nominieren ist jedoch in die Wahlbewegung aktiv noch nicht eingetreten.

Die Christlichsozialen versichern renommistisch, daß sie wiederum im ersten Wahlgange siegen werden, eine Hoffnung, die jedoch angesichts der großen Stimmenzersplitterung, der überaus knappen Majorität der letzten Wahl und der gesteigerten Agitationskraft der anderen Parteien auf recht schwachen Füßen ruhen dürfte.

Akademische Rundschau.

Die bedauerlichen Vorgänge an der Prager Universität, der ältesten deutschen Hochschule, wo der Rassenhaß noch unlängst wilde Orgien feierte, haben in der ganzen deutschen Studentenschaft berechtigte Erregung hervorgerufen. Die wahnwitzigen Angriffe des tschechischen Pöbels gegen alles, was deutsch spricht und deutsch denkt, veranlaßten die deutschen Studenten im Reiche in Scharen ihren hart bedrängten Kommilitonen durch geschlossenes Auftreten in der böhmischen Hauptstadt zu Hilfe zu kommen. Getreulich stand der jüdische Student neben dem christlichen im Interesse des Deutschtums.

Auch die Berliner Freie Wissenschaftliche Vereinigung, die sowohl Christen wie Juden zu Mitgliedern zählt, hatte frühzeitig einen ihrer Führer, cand. jur. Löwenthal, nach der Stätte des Streites gesandt. Löwenthal wurde selbst vom Pöbel insultiert und entging nur mühsam Schlimmerem.

Fern vom Kampfplatz aber regte sich auch weiterhin im Reiche das studentische Solidaritätsgefühl, und allerorten fanden stattliche Protestkundgebungen gegen das Wüten der tschechischen Rassenfanatiker statt.

In Berlin berief zunächst der Verein Deutscher Studenten, der mit zahlreichen anderen antisemitischen Korporationen des studentischen Berlins liiert ist, eine Akademikerversammlung ein, die gegen das Treiben der Tschechen Stellung nahm. Es hatten sich etwa 1000 akademische Bürger eingefunden, darunter viele jüdische Kommilitonen. Ein Vertreter der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung nahm auch hier Gelegenheit, mit wenigen Worten dem V. D. St. dafür zu danken, daß er den Anstoß zu dieser studentischen Kundgebung gegeben hatte. Freilich wer die Agitationsweise des V. D. St. kennt, wird dieses Verdienst nicht allzu hoch schätzen, denn bekanntlich ist es dem V. D. St. vor allem darum zu tun, in der Oeffentlichkeit von sich reden zu machen. Er nimmt jede Gelegenheit wahr, die sich nur bietet, um „allgemeine“ Akademikerversammlungen zu inszenieren. Klappt die Sache, dann ist es gut. Klappt sie nicht, na dann wird eben eine andere Platte auf die Walze gelegt. Die Grundtonart ist aber immer: Reklame! Reklame!

Ueber die bescheidene Billigung des diesmaligen Verhaltens des V. D. St. durch die Freie Wissenschaftliche Vereinigung geriet aber der Berichterstatter der „Täglichen Rundschau“ — selbst ein Angehöriger des V. D. St. — ganz aus dem Häuschen. Er glaubte darin eine Zustimmung zu dem ganzen Auftreten des V. D. St. erblicken zu können trotz der „langen und historischen Kämpfe dieser beiden Verbände“. — Der Herr befindet sich dabei sicherlich ganz gehörig auf dem Holzwege. F. W. V. und V. D. St. werden immer diametrale Gegensätze bleiben. Das hindert natürlich nicht, daß auch die F. W. V. einmal einen Schritt des V. D. St. in einer wirklich nationalen Frage billigen kann.

Berief der V. D. St. „seine“ Akademikerversammlung, ehe noch die Dinge völlig geklärt waren, in hastigem Uebereifer, um nur als erster auf dem Platze zu sein, so unternahm es die Freie Wissenschaftliche Vereinigung allein, eine Akademikerversammlung zusammenzurufen, als die ersten authentischen Mitteilungen von Augenzeugen überbracht werden konnten. 2000 Studenten waren dem Rufe gefolgt, auch viele Universitätsprofessoren, von denen mehrere — u. a. auch der Landtagsabg. Professor v. Liszt — das Wort nahmen.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Wir, die am 6. Dezember mit ihren Professoren versammelte Studentenschaft der Hochschulen Berlins, sind mit Entrüstung den Vorgängen in Prag gefolgt, die in ihrem Angriff auf Professoren und Studentenschaft eine ernste Gefährdung der deutschen Bildung und Kultur bedeuten. Wir erkennen es als Pflicht jedes Deutschen, den bedrängten Kommilitonen jenseits der Grenze zu helfen.

Wir fordern die Kommilitonen auf, zu diesem Zweck dem Verein für das Deutschtum im Auslande möglichst zahlreich beizutreten.

Wir beschließen, von dieser Resolution der deutschen Universität zu Prag Kenntnis zu geben, zugleich mit dem Ausdruck unserer Sympathie für die mannhaften akademischen Vorkämpfer für deutsche Bildung und Kultur gegen Rassenhaß und Fanatismus.“

An die deutschen Studenten in Prag wurde aber folgendes Telegramm gerichtet.

„Die am 6. Dezember in der Philharmonie mit ihren Lehrern versammelten über 2000 Studenten der Hochschulen Berlins begrüßen ihre Brüder in Prag. Mit Schmerz und Zorn haben wir von der Schmach gehört, die man den Studenten der ältesten deutschen Universität anzutun wagte, weil sie ihr Deutschtum festhalten. Ueber Berge und Ströme, über die politischen Grenzen rufen wir Euch zu, daß wir mit Euch fühlen, daß wir zu Euch halten, daß wir eins sind mit Euch in der Empörung, eins aber auch in dem Willen, uns nicht beugen zu lassen und aufrecht zu kämpfen für die Idee des deutschen Studententums.“

* * *

Das alte traurige Bild parteipolitischer Zerklüftung zeigten, wie immer, auch in diesem Jahre die Wahlen zum Direktorium der Akademischen Lesehalle an der Berliner Universität. Kandidaten hatten zunächst aufgestellt der antisemitische V. D. St. mit seinem Klüngel, so sich „nationale“ Partei nennt. Ihm hatte sich auch die unter der Leitung des neuphilologischen Vereins stehende bisherige „Freie Deutsche Partei“ angeschlossen. Der neuphilologische Verein, der früher als moderne Korporation galt, ist jetzt ganz antisemitisch geworden, er gehört bereits auch dem antisemitischen deutschen Verbande an. Ferner kandidierten die katholischen Vereine und die liberale „Freie Verwaltungspartei“, die alle parteipolitischen Gegensätze aus der Lesehalle entfernen will. Da nun, nachdem die Immatrikulation von Frauen gestattet ist, auch Studentinnen ihr Wahlrecht ausüben konnten, setzte die Freie Verwaltungspartei auch eine Studentin auf ihre Kandidatenliste. Darob waren die „Nationalen“ im bisherigen Direktorium sehr erbittert und interpretierten einen Paragraphen der Geschäftsordnung dahin, daß der Dame das passive Wahlrecht genommen wurde. Sie mußte daher von der Liste gestrichen werden. Von neuem trat wieder die „Freie Wissenschaftliche Vereinigung“ auf den Plan, die seit einigen Jahren sich von den Kämpfen zurückgezogen hatte. Weiterhin nominierten noch die „Jüdischen Korporationen“ Kandidaten.

Die „nationale“ Partei arbeitete wieder mit einem besonderen Trick. Sie stellte vier Herren auf, die angeblich zur „nationalen Finkenschaft“ gehören

sollen. Zunächst gibt es in ganz Deutschland keine „nationale" Finkenschaft, sondern nur an den einzelnen Hochschulen eine Finkenschaft schlechthin, die selbstverständlich auf nationalem Boden steht. Hinzu kommt aber nun noch, daß es an der Berliner Universität überhaupt keine Finkenschaft mehr gibt! Sie ist unter dem Rektorat des Philosophen Prof. Stumpf der Auflösung verfallen. Wo kommt jetzt auf einmal diese „nationale Finkenschaft" her? Wenn verbotene studentische Körperschaften im Geheimen weiterbestehen, so verfallen ihre Mitglieder schweren Disziplinarstrafen. Entweder es besteht eine solche „nationale Finkenschaft" oder sie besteht nicht. Besteht sie, dann müssen die Mitglieder nach den Universitätsgesetzen behandelt werden. Besteht sie nicht, dann hat der V. D. St. in unverantwortlicher Weise ein Parteiwort benutzt, um den unerfahrenen nichtinkorporierten Studenten Sand in die Augen zu streuen. Legts zum anderen; es würde nur ein neuer Beleg für seine verwerfliche Agitationsweise sein.

Die „Nationalen" schlugen bei den diesjährigen Wahlen eine neue Taktik ein. Sie vermieden es, irgendwie den antisemitischen Pferdefuß zum Vorschein zu bringen. Sie leugneten sogar chauvinistisch-antisemitische Tendenzen. Mit Recht nagelte die „Freie Verwaltungspartei" diese Politik der Bauernfängerei fest, indem sie schrieb:

„Die „nationale" Partei stellt es in Abrede, chauvinistisch-antisemitische Tendenzen zu verfolgen. Wir bleiben bei dieser Behauptung. Zum Beweis nur das Folgende: Noch in den Jahren 1905 und 1906 finden wir in den Flugblättern dieser Partei: Kampf gegen Judentum und Ausländerei", „ewig uns fremde Rasse", „reinliche Scheidung", „hie nationales Deutschtum — hie internationales Judentum". Ist das antisemitischer Chauvinismus oder nicht?

Heute ist man weniger deutlich. Das diesjährige Flugblatt spricht nur davon, „gesunde nationale Gesinnung", „deutschnationale Gesinnung im Interesse der Lesehalle zu vertreten". Was das im Munde des V. D. St. bedeutet, das überlassen wir getrost der Entscheidung der Kommilitonen!" —

Recht unangenehm machte sich der alte Zwist zwischen der „Freien Wissenschaftlichen Vereinigung" und der „Vereinigung jüdischer Korporationen" bemerkbar, zum unverkennbaren Behagen der Antisemiten.

Die „Freie Wissenschaftliche Vereinigung" hatte erklärt:

„Wir wenden uns gegen alle, die die Gegensätze in der Studentenschaft verschärfen wollen. Wir wenden uns entschieden sowohl gegen die „nationalen" wie gegen die jüdischen Chauvinisten. Wir kämpfen gegen jegliche Unduldsamkeit. — Gerade die jüdischen Kommilitonen sollten uns dankbar sein, denn wir sind es gewesen, die die Gleichberechtigung der jüdischen Kommilitonen vor gefährlichen Angriffen geschützt haben. Wir haben den Zustand herbeigeführt, daß an der Universität Berlin sich heute alle gleich heimisch fühlen können. Die „nationale" Partei hat ihre Taktik geändert. Sie wagt es nicht mehr, alle ihre Gegner unnational zu nennen. Sie hat vielleicht eingesehen, daß sie nicht die geringste Berechtigung hat, sich als die einzige nationale Partei zu bezeichnen."

Die Vereinigung Jüdischer Korporationen wies den Vorwurf des Chauvinismus zurück mit der Erklärung:

„Es ist unwahr, daß die Vereinigung Jüdischer Korporationen ein jüdischnationales Programm vertritt. Eine derartige Behauptung bildet im Munde der Kenner studentischer Verhältnisse eine bewußte Unwahrheit. Seit jeher hat die Jüdische Partei im Wahlkampf zum Direktorium der A. L. H. ein reines Abwehrprogramm vertreten. Und seitdem sich sämtliche in jüdischen Fragen in scharfem Gegensatz stehenden Berliner Jüdischen Korporationen zu einer gemeinsamen Partei vereinigt haben, ist der Charakter dieser Partei durch den Zusammenschluß so scharf und deutlich bestimmt, daß er nur noch absichtlich verkannt werden kann. Die Vereinigung Jüdischer Korporationen kämpft gegen den Antisemitismus in der Berliner Studentenschaft. Dies und nichts anderes ist ihre Absicht."

Der Vereinigung Jüdischer Korporationen gehören die Verbindung im K. C. Sprevia, der Verein Jüdischer Studenten, der V. J. St. Maccabaea, die zionistische Verbindung Hasmonaea und die Freie Vereinigung Dahlemia an. Von der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung wurde darüber Klage geführt, daß die Vereinigung Jüdischer Korporationen ihre Hauptfront bei den Wahlen gegen sie gerichtet habe, obwohl sie doch die antisemitischen Tendenz in der Studentenschaft zum mindesten mit derselben Schärfe bekämpft, wie die Vereinigung Jüdischer Korporationen.

Die Wahlen fanden bei sehr schwacher Beteiligung statt. Es wurden im ganzen nur 1373 Stimmen abgegeben. Die Antisemiten erhielten 612 Stimmen, die anderen Parteien insgesamt 761, und zwar die katholischen Korporationen 215 (gegen 189 im Vorjahr), die Freie Verwaltungspartei 226 (214), die Freie Wissenschaftliche Vereinigung 171 und die Vereinigung Jüdischer Korporationen 149 (231). Der Rückgang der Stimmen der Vereinigung Jüdischer Korporationen ist wohl durch die Wiederbeteiligung der F. W. V. zu erklären. Andererseits bleibt er immerhin auffällig, da ja das Erbe der F. W. V. seinerzeit nur zum geringen Teile der Vg. J. K. zufiel, sondern vielmehr von der Freien Verwaltungspartei angetreten wurde.

— Wann werden sich endlich alle nichtantisemitischen Elemente zusammenschließen, um den Uebermut des antisemitischen Klüngels zu brechen? Was 1906 möglich war, könnte mit Leichtigkeit dauernd erzielt werden.

* * * *

Schon in unserer vorigen „Akad. Rundschau" wurde darauf hingewiesen, daß an der Berliner Universität Schritte zur Bildung eines Ausschusses der Schwarzen Korporationen im Gange seien, und daß etwa die Hälfte der in Betracht kommenden studentischen Verbindungen sich von dem Plane zurückgezogen hatte, als der Verein Deutscher Studenten mit seinem Anhange sich auffällig in den Vordergrund zu schieben begann.

Trotzdem hielten etwa 40 Korporationen mit dem V. D. St an dem Plane fest mit dem einzigen Ziele, wenigstens einen Fackelzug anläßlich des fünfzigsten Geburtstages des Kaisers im Januar 1909 zustandezubringen. Dann sollte dieser famose Ausschuß wieder zum alten Eisen gelegt werden. Wir sind wirklich weit gekommen mit unserem studentischen Idealismus! Und daran sind die Herren schuld, die nur daran denken, „nationale Feste" zu feiern, um sich „oben" gut anzuschreiben.

Das Häuflein um den V. D. St. beschloß also endgültig einen Fackelzug zu arrangieren. Da die Universität dabei so gut wie versagte, wandte man sich an alle anderen Hochschulen Berlins, von denen man sich sonst gern fernhält. Die wichtige Frage der Plätzeverteilung wurde sogar schon gelöst. Das Polizeipräsidium erteilte seine Genehmigung. Beim königlichen Hofmarschallamt ließ man mündlich anfragen, ob gegen den studentischen Fackelzug etwa Bedenken bestehen. Die Frage wurde verneint. Es wurde jedoch der Form wegen, um eine schriftliche Eingabe gebeten. Hierauf traf jetzt vom Hofmarschallamt folgendes Schreiben ein:

„. . . Auf das Schreiben vom 24. v. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß S. M. der Kaiser und König für die freundliche Absicht, den bevorstehenden allerhöchsten Geburtstag durch einen Fackelzug zu begehen, sehr dankbar sind, mit Rücksicht auf die kalte Jahreszeit aber bitten, von dieser Veranstaltung Abstand nehmen zu wollen.

gez.: A. Eulenburg."

Der Fackelzug wird also nicht stattfinden. Die Herren vom V. D. St. sollen aber, obgleich wir noch nicht in den kalten Januartagen leben, arg verschnupft sein. Wie konnte man aber auch so grausam sein, den Herren den so sorgsam einstudierten Spaß zu verderben? Wo waren nur die guten Fürsprecher, die ja sonst sogar Prinzen und Kronprinzen zum Besuch von simplen Bierkommersen zu bewegen verstehen? —

* * *

Die Freien Studentenschaften, die viele jüdische Mitglieder zählen, zeigten auch im vergangenen Semester eine gedeihliche Fortentwickelung. Die Berliner Freie Studentenschaft, die durch soziale Einrichtungen verschiedenster Art segensreich gewirkt hat, verfiel leider der Auflösung,

weil sie sich eines formellen Verstoßes schuldig machte. Zurzeit bestehen in Deutschland und in der Schweiz 31 freistudentische Organisationen. Neu begründet wurde eine Freistudentenschaft in Gießen.

* * *

Der **Akademische Freibund**, der ähnlich organisiert ist, wie die Freien Studentenschaften, hat nun bereits an mehreren Hochschulen Organisationen gegründet. Während die Freien Studentenschaften als solche parteipolitisch neutral sind, obwohl die große Mehrzahl ihrer Mitglieder freiheitlich gesinnt sind, tritt der Akademische Freibund offen für die liberale Weltanschauung ein. Besonders in Berlin hat er bereits eine rührige Tätigkeit entfaltet.

* * *

Die Gründung rein **modernistischer Studentenverbindungen** ist verschiedentlich in der Presse angeregt und nun auch bereits in die Wege geleitet worden. Die „alten" reaktionären Verbindungen stehen diesen Entwickelungstendenzen mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Nicht nur der Kyffhäuser Bund, auch die antisemitischen Burschenschafter, die Korps, die Turnerschaften und die technischen Verbände beginnen auf einmal, mit modernen studentischen Problemen sich zu beschäftigen; d. h. in dem Sinne, daß sie sich selbst — jede Gruppe für sich — als allein existenzberechtigt hinstellen.

Ihr Haß gilt vor allem den Freien Studentenschaften, dem Freibund und den Burschenschaften im Allgemeinen Deutschen Burschenbunde. Die „Akademischen Blätter" des Kyffhäuser Bundes nehmen sich besonders liebevoll der Freien Studentenschaften an, weil diese ein Sammelpunkt der liberalen Elemente sind. Sie glauben es rügen zu müssen, daß die Freien Studentenschaften sich für politisch neutral erklären, während ihre Mitglieder doch zum allergrößten Teil liberal gesinnt sind. Die Freien Studentenschaften sind politisch neutral. Wie sollte es auch anders sein? Sollen sie sich vielleicht parteipolitisch betätigen, wie der Verein Deutscher Studenten, indem sie als Organisationen für die rechtsstehenden Parteien Schlepperdienste bei Wahlen verrichten? Das böse Beispiel des Vereins Deutscher Studenten rät doch sehr davon ab, solche Wege einzuschlagen. Das Wort „national" wäre nie in dieser bedauernswerten Weise diskreditiert worden, wenn die verhetzende Tätigkeit der Herren vom Schlage des V. D. St. nicht gewesen wäre. Der V. D. St. hängt am Gängelbande reaktionärer Parteigruppen. Die Freie Studentenschaft weiß sich davon frei, auch der Freibund, der nicht eine bestimmte liberale Parteipolitik, sondern die liberale Weltanschauung überhaupt vertritt. Den Herren vom V. D. St. wird aber in ihren Vereinen nur das gelehrt, was von den Leitern approbiert ist. Eigene Gedanken soll keiner produzieren. Daher die auffällige Erscheinung, daß so viele ehemalige Angehörige der Vereine Deutscher Studenten gerade in die Reihen der extremsten Gegner des Kyffhäuser Bundes eintreten, kaum, daß sie der Oberaufsicht der Herren, die am Ruder sind, entlaufen sind.

* * *

Die diesjährigen **amerikanischen Austauschprofessoren** Professor Dr. Felix **Adler** und Professor **Davis** sind auch vom Kaiser empfangen worden. Der Audienz wohnten der Staatssekretär des Auswärtigen von Schoen und der amerikanische Botschafter **Hill** bei. Dr. Adler, der bekanntlich Jude ist, wurde vom Kaiser in ein Gespräch über geschichtliche Materien gezogen. Beide Professoren erstatteten dem Monarchen über ihre bisherige wissenschaftliche Tätigkeit, über ihre Arbeiten und Forschungen Bericht.

* * *

In Wien ist jetzt eine **österreichische Universitätsstatistik** erschienen, die die Verhältnisse vom Jahre 1863/64 bis 1902/03 behandelt. Auch die Konfessionen der Studierenden wurden einer Betrachtung unterzogen. Danach waren von den österreichischen Studenten im Jahre 1862/63 nicht weniger als 83,6 pCt. Katholiken, 11,2 pCt. Juden und 5,2 pCt. anderen Bekenntnisses; im Jahre 1883/84 waren 73,6 pCt. Katholiken, 19,9 pCt. Juden und 6,5 pCt. anderen Bekenntnisses; im Jahre 1902/03 gab es neben 76,2 pCt. Katholiken 16,4 pCt. Juden und 7,4 pCt. Anhänger anderer Bekenntnisse. Die Zahl der jüdischen Studenten ist also um einige Prozent zurückgegangen. Vielleicht liegt das daran, daß österreichische jüdische Studenten jetzt mehr als früher reichsdeutsche Universitäten besuchen.

* * *

Wie die „Hochschulnachrichten" mitteilen, setzt in **Rußland** bezüglich der **Aufnahme von Juden an den Hochschulen** eine neuere Verordnung des Ministerrats fest, daß diejenigen Hochschulen, welche in ihren Statuten keine diesbezüglichen Bestimmungen haben, folgenden numerus clausus einzuhalten haben: 3 pCt. für die Residenzschulen, 5 pCt. für die Schulen im übrigen Reiche außerhalb des jüdischen Ansässigkeitsgebiets, und 10 pCt. im letzteren.

f—z.

Eine Antwort an Hermann Bahr.

„Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn!"

(Antwort auf „Tagebuch" von Hermann Bahr, Nr. 45 des „Morgen".)
Von einem deutschen Juden.

Sehr geehrter Herr Bahr!

In Ihrem in Nr. 15 des „Morgen" veröffentlichten Tagebuch vom 10. Juni besprechen Sie in interessanter Weise einen Roman von **Schnitzler** und kommen dabei auf die Juden. Sie drücken Ihre Verwunderung darüber aus, daß „**die deutschen Juden an der deutschen Vergangenheit leiden**", daß **Schalom Asch** im Gegensatz zu Ihnen und anderen gläubig erzogenen Katholiken das **Vaterunser dem Wortlaut nach wußte**. Sie begreifen nicht, „daß die **Juden** von ihren andersgläubigen Mitbürgern auch **Liebe fordern**".*) Alles dies geschieht

*) Die hier nur kurz rekapitulierten Aeußerungen Bahrs lauten in dem Artikel des „Morgen" wörtlich wie folgt:

„Uns sitzt jedem, von den Großeltern her, noch irgendeine liebe dumme Theresianische Zärtlichkeit im Gemüt und macht uns das Blut dick. Darin sind wir gute Deutsche, denn deutsch ist es, an nichts tiefer zu leiden als an seiner Vergangenheit. Der Ruf des Todes ist es, der uns alles Leben hemmt. Da hätten nun die **Juden** vor uns dies **voraus**, daß sie **nicht unsere Vergangenheit haben**. Wie lang ist's denn her, daß sie erst eingelassen wurden? Warum nützen sie das nicht aus? Warum helfen sie uns nicht, wenn uns Erinnerung feig und kläglich macht? Wie oft muß ich mit dem elenden Großvater hadern, der durch mein Blut spukt und mir mit seinem Dunst des Statthaltereirats plötzlich den Verstand betäubt! Wie oft werde ich von mir wieder auf der albernsten Rührung ertappt, bis ich mich selber am Ohr nehme: Wach auf, das bist ja gar nicht Du, das ist schon wieder eine von den frommen Großmamas, die in Dir flennt! Daher das verfluchte Biedermeiern, in Gedanken und Gefühlen. Wir biedermeiern ja gar nicht, es biedermeiert in uns. **Was** aber **biedermeiert** in den **Juden** denn? Wie können sie an einer **Vergangenheit** leiden, die sie gar **nicht haben**? Statt aber eben darin ihren Stolz und den Mut zu sich selbst zu finden, **züchten sie sich jetzt unsere Vergangenheit an**, was natürlich gar nicht möglich ist und sie nur lächerlich und verächtlich macht. Alle leiden wir an jenem unnützen Erinnern. Wir erkennen, daß wir genau so viel leisten und vor der Zukunft einst gelten werden, als es uns gelingt, Vergangenheit zu vergessen und Vergangenheit vergessen zu machen. Eben das aber, was wir vergessen wollen, daran spritzen sich die Juden jetzt ein künstliches Erinnern ein. Das lustigste Beispiel ist mir immer die Geschichte mit dem **Vaterunser**, die ich so gern erzähle. Ein Jude sagte einmal, irgend etwas sei ihm unvergeßlich. Und um den Grad der Unvergeßlichkeit recht zu beteuern, sagte er: Unvergeßlich wie das Vaterunser! Ich stutzte. Ich versuchte, das Vaterunser aufzusagen. Es gelang mir nicht. Ich bin ganz fromm erzogen, meine Mutter war fast, was man eine Betschwester nennt, und in Salzburg, wohin ich dann ins Gymnasium kam, wurden wir sehr kirchlich gehalten. Es gelang mir aber nicht, ich fand schon den dritten Satz nicht mehr. Nun war ich neugierig, ich fing meine Freunde zu prüfen an. Zu-

in hochinteressanter, durchaus liebenswürdiger Weise. Gestatten Sie mir darauf möglichst liebenswürdig vom Standpunkt eines deutschen Juden zu antworten, d. h. vom Standpunkt eines jüdischen Reichsdeutschen. Sie wenden sich ja eigentlich in der Hauptsache an die österreichischen Juden, da aber fast alle in Ihrem Artikel erwähnten Vorbedingungen auch auf uns zutreffen, dürfen wir jüdische Reichsdeutsche uns wohl genau ebenso getroffen fühlen.

Ich beginne zunächst mit der „Vaterunser"-Angelegenheit. Ihre Verwunderung darüber ist entschuldbar. Man hat Sie zu Hause und in Salzburg wohl das Vaterunser gelehrt, aber nicht dabei erwähnt, daß sein Gedankeninhalt völlig, sein Wortlaut auch ziemlich ganz aus jüdischen Psalmen und Gebeten herstammt. Und da Sie dies nicht wußten, mußte es Sie in Erstaunen setzen, daß Schalom Asch, der russisch-jüdische Jargon-Schriftsteller, Ihnen und Ihren anderen christlichen Freunden das Vaterunser vorbeten konnte.

Weniger erklärlich erscheint mir Ihre Verwunderung darüber, daß wir deutsche Juden die deutsche Vergangenheit mitfühlen oder, wie Sie sich ausdrücken, darunter leiden. Der Ausdruck an und für sich kann uns ja nur angenehm sein, enthält er doch das Zugeständnis, daß wir nicht, wie vielfach behauptet, unserer Gastvölker Parasiten sind, die nur das Gute von ihnen nehmen. Sie haben recht, Herr Bahr, wir genießen nicht nur die Segnungen deutscher Kultur und vereinen sie je nachdem mehr oder weniger mit der unsrigen, nein, wir machen uns auch bewußt und unbewußt viele weniger gute und weniger nützliche Eigenschaften deutschen Wesens zu eigen und leiden daran. Und deswegen leiden wir auch an deutscher Träumerei und Sentimentalität. Aber kann Sie das bei einem Volksstamm wundern, dessen Angehörige zum Teil ganz freiwillig schon auf den Schlachtfeldern von 1813/15 mitgekämpft und geblutet haben, voller Freude darüber, daß man es ihnen gestattete, die 1864, 1866, 1870. 1871 weiter für ihre Vaterländer kämpften und starben. Doch Sie haben ja wohl mehr vom literarischen Standpunkt aus geschrieben, da dürfte Sie dieses Mitleiden erst recht nicht in Erstaunen setzen. Wie wäre es sonst möglich, daß aus dem Ghetto heraus ein Moses Mendelssohn, daß später ein Heinrich Heine, den Sie doch wohl auch für einen deutschen Dichter halten, daß so viele hervorragende Schriftsteller aus unserer Mitte hervorgegangen sind. Glauben Sie etwa, daß diese so ohne weiteres in ihre Zeit hätten hineinspringen können, wenn sie nicht auch den Hauch der deutschen Vergangenheit gespürt, ihre Segnungen gefühlt, ihre Leiden mit gelitten hätten? Glauben Sie, daß ohne dieses Mitleiden ein so zahlreiches jüdisches Publikum gerade der deutschen Literatur, die deutsche Eigenart schildert, soviel Verständnis entgegenbringen würde? Hat doch der alte Fontane nach einem Geburtstage oder Jubiläum in einem Dankgedicht sich sogar ironisch darüber geäußert, daß vom märkischen Adel, den er verherrlicht, Glückwünsche fehlten, daß sich aber unter den Gratulanten die „Hirschs, die Meyers und die Cohns, die Levis und die Levisohns" befanden!

Nun zu dem dritten, dem Hauptpunkte. Sie sagen, die Juden schädigen sich durch die Forderung, daß wir sie lieben sollen. Um Ihnen hierauf zu erwidern, muß ich eine Episode aus dem Alten Testament erwähnen und, da Sie das Gedächtnis an Ihren Religionsunterricht sogar beim Vaterunser in Stich gelassen, wohl oder übel etwas ausführlich werden. Als Jakob am Abend über den Jordan gegangen, begegnete ihm als erster in dem neuen Lande ein Mann, den er sofort um seinen Segen bat. Doch dieser weigerte sich. Da sprach Jakob: „. . . . Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn. . . ." Er hub an, mit ihm zu ringen und sie rangen, bis der Morgen anbrach. Da sprach der Mann: „. . . . Laß ab, Du hast mit einem Engel des Ewigen gerungen, deshalb sollst Du von nun an Israel, d. h. Gottesstreiter heißen." Jakob warf sich zur Erde, der Engel segnete ihn und verschwand.

Und der Segen dieser schönen Legende für die Kinder Israels ist der, daß sich diese Zähigkeit ihres Stammvaters Jakob bis heute auf sie vererbt hat. Auch wir haben den Jordan, der uns von dem gelobten Lande der Emanzipation trennte, in Deutschland und Oesterreich überschritten. Aber in diesem gelobten Lande müssen wir nicht nur mit Edomitern und Amalekitern usw., d. h. mit böswilligen Antisemiten kämpfen, nein, wir müssen auch mit Engeln ringen. Und diese Engel sind, etwas euphemistisch ausgedrückt, die guten oder doch viele gute Elemente des deutschen Volkes. Die wollen uns ja nicht aus dem gelobten Lande weisen, sie halten uns für ganz nette, tüchtige Leute, aber segnen wollen sie uns nicht. Und deshalb müssen wir mit ihnen ringen, bis wir von ihnen hören: „Es ist gut, daß das Schicksal einen Teil von Eurem Volksstamm zu uns verschlagen. Ihr wirkt in unserer Mitte belebend und befruchtend, Ihr versteht uns und unser deutsches Empfinden, Ihr ergänzt uns, deshalb segnen wir dies Geschick und lieben Euch als gute Volksgenossen!" Und als ein solcher Engel, (Sie müssen sich diese Bezeichnung nun schon gefallen lassen) als ein solcher Engel, der uns entgegentritt, erschienen Sie, Herr Bahr, mir mit Ihren Ausführungen. Ich aber bin kein Jakob, doch vielleicht rufen diese Zeilen einen solchen, d. h. einen deutschen Schriftsteller jüdischer Religion auf den Kampfplatz, daß er mit Ihnen ringt, bis der Morgen wirklicher Gleichberechtigung für uns heranbricht, daß er mit Ihnen kämpft unter dem Wahlspruche:

„Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn!"

Julius Wolfsohn, Berlin.

---

nächst die, welche in katholischen Klöstern erzogen sind, in Kremsmünster oder bei den Schotten. Siehe da, sie wußten alle das Vaterunser nicht mehr. Wenn ich aber an einen Juden kam, der wußte es. Ich habe das Experiment zuletzt noch in Berlin an unserm Tisch im Savoy gemacht. Da ist ein Baron, den die Jesuiten in Kalksburg erzogen. Dann ist ein Elsässer da, der einmal zu den großen Hoffnungen der katholischen Literatur gehörte. Wir drei versuchten nun, zusammen das Vaterunser zu buchstabieren. Es gelang uns nicht. Aber da kam lachend Schalom Asch und half uns aus, der wußte es. Ich hab' jetzt wenigstens ein Mittel, Juden zu erkennen. Ich frage einen bloß, ob er das Vaterunser weiß.

In Schnitzlers Roman ist auch manches Beispiel dafür. Er selbst, dies spürt man überall, er will ja mit aller Kraft heraus: von der angelogenen Vergangenheit weg und aufs Leben los, auf unser eigenes Leben! Jene jüdische Rührung über alles, was die Juden nicht angeht, hat er zu einer Stille, Weiche, Güte der Darstellung gezügelt, die einen künstlerischen Reiz aus ihr macht. Freilich fühlt man ihr bisweilen seine Neigung an, wegzutreten, beiseite zu stehen, nicht mitzutun, wozu Gerechtigkeit so viele von uns verführt. Er hat eine Neigung, gekränkt zu sein, wo es vielleicht nützlicher wäre, wütend zu werden (er kann mir allerdings antworten, daß sich Gefühle nicht kommandieren lassen). Ins Freie kommt man freilich, wenn man weggeht. Aber ist es die Freiheit von Flüchtlingen, die wir wollen? Wird Oesterreich frei, wenn man sich von ihm frei macht? Und an die Kraft der stillen Arbeit, von der ihr immer sprecht, kann ich nicht mehr glauben. Still gearbeitet wird in Oesterreich seit hundert Jahren; und es ist noch immer still.

Und noch etwas kann ich an Schnitzler nicht verstehen. Erstens teilt er den Irrtum der Juden in Oesterreich, als ob ihr Fall ein besonderer wäre. Das ist er nicht. Sie werden unterdrückt, gewiß. Aber es werden auch die Tschechen, die Ruthenen, die Kroaten, die Rumänen, die Slovenen und die Italiener und so weiter unterdrückt. Der Jude hat bei uns nicht dasselbe Recht wie irgendein deutscher Christ der herrschenden Klassen. Aber der Arbeiter hat es auch nicht. Gar nicht zu reden davon, daß auch der Protestant, oder wer keine Konfession hat, hinter den Rechten der Katholiken zurücksteht. Statt sich nun aber zu den anderen Unterdrückten zu schlagen, biedern sich die Juden entweder den Mächtigen an oder isolieren sich, ich weiß nicht, was dümmer ist. Und zweitens (was mich auch in diesem Roman zuweilen befremdet) schädigen sich die Juden durch eine Forderung, die man ihnen nie bewilligen wird: sie fordern Liebe. Das spüre ich in diesem Roman wieder so stark. Die Juden sitzen da und denken traurig nach, warum man sie nicht gern hat. Aber ich glaube nicht, daß sich das durch ein Gesetz ändern läßt. Ich muß auch gestehen, daß es mir durchaus unbegreiflich ist, wie man darunter leiden kann. Mich haben gewiß viele tausend Menschen gern, aber ich habe in meinem ganzen Leben noch keine Minute darüber nachgedacht, es hat mich immer gefreut. Was ist das für ein Wunsch, von aller Welt geliebt zu sein? Ich stelle mir das gar nicht so schön vor."

Wiener Brief.

XVI.

(Exzellenz Lueger. — Orden und Titel. — Der Festzugsskandal. — Wie man in der Bukowina hetzt. — Ein kleiner Gernegroß. — Der Arbeiterführer Kunschak. — Die Obstruktion im Wiener Gemeinderate.)

Wien, den 12. Dezember 1908.

Es ist ein seltenes Ereignis, daß der Weg vom Vorstadtswirtshaus in die geheime Ratsstube in der Hofburg führt. Der Glückliche, der diesen Entwickelungsgang zurückgelegt hat, ist der Bürgermeister von Wien, Dr. Karl Lueger, der aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät Wirklicher Geheimer Rat wurde. In Skandalprozessen hat die neue Exzellenz vor mehr als drei Jahrzehnten ihre ersten Lorbeeren geholt; der Demokrat, der für alle Orden und höfischen Auszeichnungen nur Hohn und Spott hatte, gefiel damals den Wiener Kleinbürgern recht gut. Noch größer war freilich der Zulauf, als die heutige Exzellenz mit den antisemitischen Schimpfereien begann und ganz Wien mit Haß und Zwietracht erfüllte. Lueger hat das Argument der Straße in der Politik geltend gemacht, in Straßenschlachten wurde er zum Manne des Volkes. Wer hätte in den neunziger Jahren gedacht, daß der schöne Karl bis zum vertrautesten Rat des Kaisers vorrücken würde? Seither hat Lueger freilich viel Wasser in seinen Fusel gegossen, und darum nahm man die Standeserhöhung des einstens umjubelten Mannes wie eine Selbstverständlichkeit hin. Gewiß, das schmähliche Geschöpf der christlichsozialen Partei, das der Bürgermeister von Wien geschaffen, ragt als Monument von unserer Zeiten Schande weiter in die Höhe und verbreitet Lüge und Feindschaft im Lande, aber sein Schöpfer bemüht sich, das einmal angerichtete Unheil wenigstens zu mildern. So ist der laute Antisemitismus in Wien zum stillwirkenden, die Verwaltung der Gemeinde beherrschenden Antisemitismus geworden, und da das Wort: „Nieder mit den Juden!“ nicht mehr täglich ertönt, glauben viele, daß der Geist, aus dem es geboren wurde, längst überwunden sei. Darum sieht man bei der Betrachtung Luegers meistens nur sein liebenswürdige, gewinnende Natur und vergißt des Werkes, das der jetzt kranke, versöhnlichere Mann mit der Vollkraft des rüstigen Menschen aufgerichtet hat.

Doch nicht nur der Führer der Partei, auch die kleinen Generäle der antisemitischen Presse haben am 2. Dezember viel Freude erlebt. Dr. Geßmann war nicht umsonst Minister; er hat für seine Leute reichlich gesorgt. Von der „Reichspost“ bis zum „Vaterland“, vom „Weltblatt“ bis zum „Deutschen Volksblatt“ sind Auszeichnungen hingeströmt, von denen man allerdings nicht sagen kann, daß sie dem Verdienste eine Krone aufsetzen. Als Herr Ernst Vergani, der Ehrenbürger von Mühldorf, seinerzeit kaiserlicher Rat wurde, sprach die „Wiener Zeitung“ verschämt vom „Realitätenbesitzer“. Jetzt wieder wurde „dem kaiserlichen Rat“ Vergani — wohlgemerkt: weder dem Realitätenbesitzer, noch dem Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ — der Orden der Eisernen Krone dritter Klasse verliehen. Als ob der Mensch nur dazu da wäre erst auf Grund von Geld Auszeichnungen und dann auf Grund der Auszeichnungen neue Ehren zu empfangen! Dem Chefredakteur der „Reichspost“ wurde gar das Offizierkreuz des Franz-Josef-Ordens zugedacht. Die Regierung hat diese Liebesgaben für die antisemitischen Preßmacher Oesterreichs dadurch zu beschönigen gesucht, daß sie auch an den jüdischen Redakteuren nicht achtlos vorbeiging. Es ist von dem Ministerium sehr schön, daß es den Grundsatz der Gleichberechtigung respektiert und die Mauern, die die Konfessionen trennen, niederreißt. Allein jede Auszeichnung setzt ein gewisses Verdienst voraus; Anerkennung soll nur einer dem Stande nützlichen, der Allgemeinheit ersprießlichen Tätigkeit zuteil werden. Nach dieser Richtung hin haben jedoch die antisemitischen Journalisten sicherlich nicht gewirkt, da sie ihre Feder immer in die Tinte der Verfolgungssucht, der Aufhetzung und der Herabwürdigung von Staatsbürgern zu tauchen pflegen.

Mit dem Jubiläum des Kaisers hing auch der Jubiläumsfestzug zusammen, der im Juni dieses Jahres auf der Wiener Ringstraße zur prächtigen Entfaltung kam. An der Spitze des Komitees standen zwei antisemitische Gemeinderäte, und da die Gemeinde Wien eine Subvention gewährte, wurde aus der ganzen patriotischen Kundgebung im Handumdrehen eine antisemitische Gewerberettungsaktion gemacht. Juden waren im allgemeinen von den Lieferungen ausgeschlossen. Als das „Deutsche Volksblatt“ dennoch in Erfahrung brachte, daß eine kleine Partie Stoffe durch Vermittelung eines jüdischen Händlers in Wien gekauft worden war, leitete es auf eigene Faust eine hochnotpeinliche Untersuchung ein. Der antisemitische Obmann des Festzugkomitees, der Gemeinderat Dr. Klotzberg, wurde geradezu an den Pranger gestellt, und der biedere Mann entschuldigte sich wirklich. Jetzt wird das „Deutsche Volksblatt“ vielleicht bedauern, daß man nicht ausschließlich oder wenigstens zum größten Teile jüdische Firmen engagiert hat. Der Festzugsrummel hat eben einen riesigen Festzugsskandal zurückgelassen. Das ganze Unternehmen wurde seinerzeit in der leichtsinnigsten Weise vorbereitet, obwohl der Kaiser und die Minister anfänglich entschieden abgeraten haben. Doch die ordensüchtigen, antisemitischen Herren ließen sich von der einmal gefaßten Idee nicht abbringen; sie waren keinem Einwand zugänglich, weil sie unbedingt ihre Knopflochschmerzen heilen wollten. Allerdings haben sie sich gründlich verrechnet. Kein Sternlein senkte sich am 2. Dezember auf ihre Brust, denn viele gut christliche Wiener Gewerbsleute behielten den Festzug in sehr schlechter Erinnerung. Das Defizit der „Gewerberettung“ mit dem patriotischen Aufputz beläuft sich auf mehr als eine Million Kronen, so daß viele Rechnungen unbeglichen sind. In der Not ist man allerdings nicht wählerisch, und es werden jetzt Versuche gemacht, die vor dem Festzuge verpönt gewesenen „jüdischen“ Bankdirektoren anzupumpen. Sie sollen dafür sorgen, daß der kleine Mann zu seinem Gelde komme, der Gewerbetreibende, den die Christlichsozialen aus den „Armen des Judentums“ zu reißen und in den Himmel zu heben versprachen.

Die neue „Reichspartei“ von Hrn. Dr. Geßmanns Gnaden hat zwei Gesichter. In Wien stellt sie den Antisemitismus zurück, um die indifferenten, aber nicht judenfeindlichen Bevölkerungsschichten anzuziehen, in der Provinz jedoch arbeitet sie mit den gemeinsten Mitteln, wenn diese mehr Vorteil verheißen. Dr. Geßmann hat es sich in den Kopf gesetzt, die Bukowina, in der es so viele Israeliten gibt, zu erobern. Zu diesem Zwecke wurde eine regelrechte Judenhetze eingeleitet. Welcher Ton im Nordosten Oesterreichs angeschlagen wird, kann man aus dem „Bukowinaer Volksblatt“ vom 6. Dezember erfahren. Dieses Blatt schrieb unter Hinweis auf die Israeliten:

„Diese Heuschrecken, die das Land verwüsten und verpesten, müssen ausgerottet werden mit Stumpf und Stiel.“

Mit Recht ruft ein liberales Bukowinaer Blatt dem augenscheinlich sehr gedächtnisschwachen Staatsanwalt den Paragraph 302 des Strafgesetzes in Erinnerung, der die Aufhetzung gegen eine Religionsgesellschaft mit drei bis sechs Monaten strengen Arrests bedroht. Diese eine Blütenlese aus der christlichsozialen Provinzpresse für viele!

Das österreichische Parlament tagt wieder und da kann man die verschiedenen Spezies der Antisemiten an der Arbeit sehen. Nur mit einigen Worten wollen wir das Treiben des Herrn Eduard von Stransky-Greiffenfels annageln. Dieser deutschradikale Abgeordnete wird im „hohen Hause“ von niemandem ernst genommen, nicht einmal von seinen Parteigenossen. Seine sachlichen Kenntnisse befähigen ihn nicht, etwas Vernünftiges zu sprechen, aber zu öden Schimpfreden und zu geistlosen Zwischenrufen reichen sie gerade aus.

Zu viel darf man von diesem guten Mann nicht reden, denn das würde seiner maßlosen Eitelkeit schmeicheln, also den umgekehrten Effekt erzielen. Popularität verdient aber wirklich niemand weniger als der kleine Abgeordnete von Asch, dessen Spezialität es ist, jüdische Redner im Parlament zu unterbrechen. Eine so komische Figur wird nur noch lächerlicher, wenn sie sich in die Pose des heldenhaften Rassenantisemiten wirft.

Auch die christlichsozialen Volksbeglücker lassen ihre bescheidenen Lichtlein leuchten. Unlängst hat der Führer der christlichsozialen Arbeiter, Herr Kunschak, das Wort ergriffen und dabei wieder gezeigt, wie wenig Verstand man braucht, und wie geringes Wissen erforderlich ist, um antisemitischer Volksbeglücker zu sein. Hören wir, was ein Wiener Blatt dem christlichsozialen Arbeiterführer nach seiner Rede vom 9. Dezember ins Stammbuch schrieb, es wird den Stolz des Mannes nicht heben:

„Aus dem Strauß von Unsinn, den Herr Kunschak produzierte, wollen wir eine einzige Blüte pflücken. Herr Kunschak behauptete, daß die Behörden die Sozialdemokraten „begünstigen“, wofür er folgenden Beweis vorführt: Als Herr Axmann, der selige Obmann der kaufmännischen Gehilfen, die Gehilfenwahl in mehreren Lokalen durchführen wollte, wurde es ihm von der Statthalterei als ungesetzlich verboten. Aber voriges Jahr konnte die Gehilfenwahl der Bäcker in zwei Wahllokalen vorgenommen werden; weil es die Sozialdemokraten brauchten, soll es plötzlich gesetzlich gewesen sein. Der Ignorant weiß also nicht einmal, daß dazwischen eine Aenderung des Gesetzes liegt. Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen, die natürlich noch in Geltung waren, als Herr Axmann der todsicheren Niederlage durch eine Dezentralisierung des Wahlaktes entgehen wollte, gehörte die Wahl des Gehilfenausschusses „in den Wirkungskreis der Gehilfenversammlung“, konnte also nur in dieser, die natürlich nur eine sein konnte, vorgenommen werden; um aber den durch die Zahl der Mitglieder mancher Gehilfenversammlungen entstandenen Schwierigkeiten zu begegnen, wurde in der Novelle vom 5. Februar 1907 bestimmt, daß „durch das Statut bestimmt werden kann, daß die Wahlen nach Bedarf auch in mehreren Wahllokalitäten vorgenommen werden können“. Wir übergeben den christlichsozialen Nichtwisser, der als „Arbeiterführer“ von den primitivsten Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze keine Ahnung hat, hiermit dem allgemeinen Gelächter.“

„Der heutige Tag ist für die Geschichte der Wiener Gemeindeverwaltung ein bedeutungsvoller: Heute errang der Wille zur ernsten Arbeit über die Obstruktion einen vollen Sieg.“ So leitete die „Reichspost“ ihren Bericht über die Sitzung des Gemeinderates am 18. Dezember ein. Kein Wort der Scham, kein Wort des Bedauerns! Man fragt sich unwillkürlich, ob der politische Anstandsbegriff bei einer Partei so ganz verschwinden könne, daß Beschimpfungen und Tücke wie Selbstverständlichkeiten übergangen werden. Doch hören wir zuerst, was vorgefallen war.

Im Gemeinderate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wurde in der letzten Woche das Budget für 1909 verhandelt. Durch ein freies Uebereinkommen zwischen der Mehrheit und Minderheit wurde bestimmt, daß die Debatte eine gewisse Zahl von Tagen dauern solle, damit es den Freisinnigen und Sozialdemokraten wenigstens möglich werde, an dem Gebaren der Majarität entsprechende Kritik zu üben. Die Verhandlung über die einzelnen Posten wickelte sich infolgedessen etwas schleppender ab, als es der Barrierestöcke-Mehrheit angenehm war, allein sie ging ruhig von statten. Doch die Situation änderte sich rasch, als Stadtrat *Hraba*, der kommunale „Finanzminister“ über das *Armenwesen* referierte. Dabei leistete er sich folgende Ausfälle: „Das Amt eines Armenrates ist das unerquicklichste, was es gibt. Die Leute und insbesondere die, die der Partei des Gemeinderats Skaret (Sozialdemokratie) angehören, fordern ja diese *Unterstützungen in der niederträchtigsten frechsten Weise.*“ Als Skaret auf diese Anflegelung erwiderte: „Das ist eine ordinäre Beschimpfung!“ setzte der „gute Christ“, der „sozial“ denkende Hraba fort: „Ich habe *immer* einen *Revolver* auf dem Schreibtische liegen ... Ich wünsche nur, daß die Armenräte uniformiert werden, und jeder soll eine *ordentliche Hundepeitsche* in die *Hand bekommen*, damit er sich vor der *Frechheit schützen* kann.“

Man muß sagen, Christlich*soziale*, die Armen mit der Hundepeitsche kommen, die das Elend und die Armut mit Revolvern kurieren wollen, die statt Milde zu üben, nach Uniformen mit Säbeln schreien! das sind nette Exemplare von Kultur, und Gefühlsmenschen! Das christliche Volk von Wien hat durch seine Leichtgläubigkeit wahrlich ein herrliches Regime aufgerichtet. Die christlichen Tugenden werden zwar nicht geübt, aber dafür heucheln die Herren im Rathause nicht und sagen, was sie denken! Revolver und Hundspeitschen für die Armen und Beladenen! Außerdem beschimpfen sie noch in der rüdesten Weise den Gegner, weil sie nicht gewöhnt sind, Mann- und Ehrenhaftigkeit beim Nächsten vorauszusetzen! Wenn sich nun der Beleidigte zur Wehre setzt, so wird nicht Abbitte geleistet, sondern der berüchtigte „Hausknechtsparagraph“ der Geschäftsordnung tritt in Kraft, Herr Vizebürgermeister Hierhammer, der Freitag den Vorsitz führte, hat der Opposition, die ob der Nichtswürdigkeit ihrer Gegner vor Empörung aufschäumte, nicht zu ihrem Rechte verholfen, sondern im Laufe der Verhandlung drei von den sieben sozialdemokratischen Gemeinderäten ausschließen lassen. Der Disziplinarausschuß, in dem nur Christlichsoziale sitzen, funktioniert tadellos: in zehn Minuten hat er sein Werk vollbracht. So mußten die Reichsratsabgeordneten Skaret, Winarsky und Wutschel, die auch dem Gemeinderate angehören, den Saal verlassen, in dem einst Dr. Lueger, als er noch die Minderheit führte, ungestraft die unbeschreiblichsten Tumulte arrangiert hat.

In ihrer gerechten Entrüstung griff die Opposition nun zur Obstruktion. Sonnabend hielt der Sozialdemokrat Neumann eine Dauerrede, und es war beschlossen worden, die Beratungen über Neujahr hinauszuziehen, um der Gemeinderatsmehrheit das Zustandebringen eines ordentlichen Budgets zu vereiteln. Sonnabend, zur Mittagsstunde, wurde die Sitzung bis vier Uhr unterbrochen. Dr. Lueger hatte um diese Zeit noch die Absicht, den Gemeinderat forttagen zu lassen und die Einladungen für die folgenden Sitzungen waren bereits gesetzt. Unmittelbar vor der Pause verlegte er sich aber aufs Unterhandeln. Er bot der Minderheit eine Ehrenerklärung für den Fall an, daß sie die Obstruktion einstellen würde. Der antisemitische Bürgerklub vereitelte jedoch das Betreten des Friedensweges. Zur offenen Beleidigung sollte eine offene Gewalttat hinzukommen. Als die Gemeinderatssitzung um 4 Uhr abermals aufgenommen wurde, erteilte Dr. Lueger dem Abgeordneten Neumann *nicht* zur Fortsetzung seiner Rede das Wort, sondern er setzte durch eine willkürliche Auslegung der Hausordnung die eben in Verhandlung befindliche Budgetpost ab. Dagegen stellte er das Schlußkapitel des Budgets zur Debatte, indem er, die Gemeinderatsminderheit überrumpelnd, über die *Bilanz* und die *Bedeckung des Hauptvoranschlags* abstimmen ließ. Selbstredend wurde das Kapitel angenommen, durch das der Bürgermeister das Recht erhält, die Steuern vom 1. Januar ab einzuheben. Im nächsten Jahre soll dann die Debatte über die einzelnen übersprungenen Posten des Gemeindevoranschlags fortgesetzt werden. Also erst die Bewilligung und dann die Kritik . . . .

Uebermacht verleitet oft zur Schamlosigkeit, doch der kommunale Zäsarismus übt sonst gewisse Rücksichten. Nur die Herren von Wien scheren sich um nichts: Weder um die bürgerliche noch um die politische Moral, weder um Recht noch um Billigkeit. — rm.

* * *

Ein Zwischenfall, der sich zwischen den beiden freisinnigen Abgeordneten Dr. *Pergelt* und Hofrat *Kuranda* in der Reichsratsitzung vom 15. d. M. ereignete, verdient noch, mit einigen Worten erwähnt zu werden. Dr. Pergelt

reagierte nämlich auf einen Zwischenruf des Abg. Dr. Horsky, daß die Deutschen in Böhmen nur mit Hinzuzählung der jüdischen Bevölkerung eine starke Minderheit darstellen, folgendermaßen:

„Seitdem die tschechischnationale Politik sich mit Boykott und Gewalttätigkeit befreundet hat, sind so viele Juden in das andere nationale Lager übergegangen — fragen Sie nur die Herren aus Böhmen, wie viele Juden sie aus den böhmischen Landstätten heute auch in ihrem Lager haben!"

Im Hause wurde alsbald bekannt, daß Abg. Dr. Pergelt außerdem noch hinzugefügt habe: „Wir sind auf die Juden nicht angewiesen, wir schenken euch die Juden."

Diese Aeußerung führte zu folgendem Zwischenfall:

Hofrat Kuranda, der während dieses Teiles der Rede nicht im Saale anwesend war, befand sich später unter jenen Abgeordneten, welche Dr. Pergelt beglückwünschten. Als Abgeordneter Kuranda nachträglich von dem erwähnten Ausspruche des Dr. Pergelt erfuhr, begab er sich an das Buffet und stellte dort den Abg. Dr. Pergelt mit folgenden Worten zur Rede:

„Ich habe dir gratuliert, in Unkenntnis der Worte, die du über die Juden gebraucht hast. Ich nehme selbstverständlich diese Gratulation nicht nur zurück, sondern muß dir folgendes sagen: Wenn Herr v. Stransky die schärfsten Angriffe gegen die Juden richtet, so lassen sie mich ebenso gleichgültig, als wenn ein Mitglied einer Partei, welche den Judenpunkt im Programm hat, die Juden als Mitstreiter im nationalen Kampfe von sich weist, aber das hätte ich nicht erwartet, daß in einem fast solennen Moment der Generalredner der Deutschen, und gerade der Deutschböhmen, ein Mitglied der deutschen Fortschrittspartei und ein so hochangesehener Mann wie du in so wegwerfender Weise die jahrzehntelange Mitstreiterschaft der deutschböhmischen Judenschaft verleugnet und auf ihre Mithilfe zu verzichten erklärt, in einer Rede, welche mit dem Appell an alle nichttschechischen Mitglieder des Hauses geschlossen hat, die Deutschen in Böhmen in ihrem Kampfe zu unterstützen. Wenn du die Namen auf den herabgerissenen Firmentafeln in Königinhof und in Laibach liest, so wirst du darauf fast keinen anderen Namen finden als jüdische. Herabgerissen wurden diese Tafeln wegen des deutschen Bekenntnisses. Für das Deutschtum zu leiden ist uns erlaubt, der Rechtsschutz, der für die Deutschen gefordert wird, wird aber für das Deutschtum leidenden Juden nicht gewährt. Ich kann nur auf das tiefste bedauern, daß gerade du es warst, der diese Worte gesprochen hat."

Dr. Pergelt erwiderte, es seien die Worte in der Erregung gefallen. Seine Aeußerung habe keine beleidigende Absicht gehabt, man könne ihn nicht einer antisemitischen Gesinnung beschuldigen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein „Deutscher Jugendbund" ist die neueste parteipolitische Gründung auf antisemitischer Basis, die in erster Linie den sozialdemokratischen Jugendorganisationen das Wasser abgraben soll. An der Spitze stehen drei bekannte Antisemiten: der Reichstagsabg. Ludwig Werner, der städt. Lehrer Holtz-Berlin, der schon wiederholt für die Reformpartei kandidiert hat, und der bekannte Intimus Ahlwardts, Hauptmann a. D. Franz Herter-Groß-Lichterfelde. Dieses Firmenschild zeigt deutlich genug, welche politischen Tendenzen unter der Maske der Bekämpfung der Sozialdemokratie in Wirklichkeit gefördert werden sollen.

Die Kassendefekte in antisemitischen Organisationen nehmen einen geradezu unheimlichen Umfang an. Kaum ist über die „Unstimmigkeiten" in der Kassenführung des Deutschen Antisemiten-Bundes, die zur Spaltung der Organisation und zum Austritt aus der Reformpartei führten, Gras gewachsen, so sieht sich die „Deutsche Hochwacht" in ihrer letzten Nummer zu folgender betrüblichen Eröffnung genötigt:

„Die Leser der „Deutschen Hochwacht", die in der Zeit vom 10. bis 18. November d. J. ihre Beiträge durch die Post eingesandt haben, werden um ihre Adresse und die Höhe der Summe gebeten. Der Empfänger hat das Geld nicht an mich abgeliefert. Deutsche Hochwacht. Paul Wengel."

Das heißt also in richtiges Deutsch übertragen: der Kassierer hat das Geld unterschlagen, oder weigert sich, es abzuliefern. Es geht doch nichts über antisemitische Ehrlichkeit. Und die Gesellschaft hat die Stirn, den Angehörigen einer gesamten Konfession die Redlichkeit und Reellität in Handel und Verkehr abzusprechen.

Die konservative Organisation für die Provinz Brandenburg beschäftigt als Wanderredner fast ausschließlich frühere Agitatoren der antisemitischen Parteien. Neben dem ehemaligen „Staatsbürger-Ztgs."-Redakteur Konrad Döring und Herrn Mannes, einem der Hauptvorkämpfer der Stöckerschen „Berliner Bewegung", ist neuerdings auch Herr Dr. Böckel, der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete und ehemalige „hessische Bauernkönig" für die konservative Provinzialorganisation tätig. Die letzte Nummer der „Amtlichen Mitteilungen des konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg" berichtet, daß er neuerdings für die konservative Partei in den Orten Eberswalde, Reinickendorf und Pankow gesprochen hat. Wie ungeniert die Konservativen die Evangelischen Arbeitervereine für ihre Parteizwecke mißbrauchen, wird recht nett illustriert durch die Tatsache, daß das amtliche Parteiorgan über den Vortrag des Herrn Dr. Böckel im Evangelischen Arbeiterverein Eberswalde in der stehenden Rubrik „Tätigkeit der Zweigvereine" berichtet. Die Evangelischen Arbeitervereine werden hier also offen zu Filialen der konservativen Partei gestempelt.

Ueber die politische Stellung der Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirte verbreitet die „Köln. Volks-Ztg." eine ganz unzutreffende Darstellung; sie will bemerkt haben, daß die „Deutsche Tages-Ztg.", das offizielle Bundesorgan, das Zentrum neuerdings in der gehässigsten Weise bekämpft habe, und fährt dann fort:

„Dies fällt vielfach auf, da der Bundesdirektor Dr. Hahn keineswegs ein solcher Zentrumsfresser ist. Aber der Dr. Hahn ist nicht die leitende Persönlichkeit des Bundes; man sagt ihm sogar nach, daß er sich aus der Dessauer Straße wegsehne. Der Regent des Bundes ist auch nicht der (ziemlich kaltgestellte) erste Vorsitzende, Frhr. v. Wangenheim, sondern der zweite Vorsitzende, Dr. Gustav Rösicke, Rittergutsbesitzer in Görsdorf bei Dahme in der Mark. Hr. Rösicke hat sich das Konservative und Agrarische erst im Laufe der Jahre angeeignet. Von Haus aus ist er liberal und Berliner; dem großen Bettfedergeschäft von Goschenhofer und Rösicke entsprossen. Ein sehr energischer Herr, hat er es verstanden, im Zeichen des „Bundschuh" die Blüte der ostelbischen Ritterschaft zu seinen Knappen zu machen. So lange Herr Rösicke an der Spitze steht, wird der Landbund fortfahren, im Zentrum seinen bittersten Feind zu bekämpfen und viel lieber mit dem Freisinn gehen. Wir heben das nicht etwa aus persönlicher Gegnerschaft gegen Hrn. Rösicke, sondern nur deshalb hervor, um unseren Lesern klar zu machen, daß es für das Zentrum nötig ist, aus dieser Stellungnahme Rösickes und des Landbundes die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen."

Richtig ist an dieser Darstellung nur das Eine, daß der frühere langjährige erste Vorsitzende Herr von Wangenheim nach seinem freiwilligen Ausscheiden aus der parlamentarischen Tätigkeit auch in der Leitung der Bundesgeschäfte in den Hintergrund getreten ist. Ganz falsch ist dagegen die Annahme, daß Herr Dr. Roesicke „von Haus aus liberal" sei. Weder hat ihn seine Herkunft aus einem Berliner Patrizierhause noch sein verwandtschaftliches Verhältnis zu seinem dem Liberalismus leider zu früh verstorbenen Bruder Richard Roesicke, der allerdings eine Zierde des Liberalismus war, jemals daran gehindert, seinen extrem agrarischen großstadtfeindlichen Standpunkt in schroffster Weise herauszukehren. Die „Köln. Volks-Ztg." mag sich beruhigen: so lange Herr Dr. Roesicke mit an der Spitze des Bundes der Landwirte steht, werden Freisinnige und Agrarier schwerlich die Streitaxt gegeneinander begraben.

Die Differenzen im badischen Liberalismus suchen die Antisemiten sich parteipolitisch nutzbar zu machen. Sie wollen vorerst alle ihre agitatorischen Kräfte auf die früher in ihrem Besitz gewesenen Landtagswahlkreise Heidelberg-Land und Weinheim konzentrieren und hoffen mit der ihnen schon zugesicherten Unterstützung des Zentrums die beiden Mandate dem Großblock bei den nächsten Landtagswahlen abzunehmen. Der Beihilfe des Zentrums glauben sie unter allen Umständen sicher zu sein, nachdem der Führer des badischen Zentrums, geistl. Rat Wacker, am 13. d. M. in einer Versammlung in Wiesloch nach der „K. V.-Z." feierlich erklärt hat:

„Jeder Verlust der Liberalen und Sozialdemokraten ist für uns ein Gewinn. Fällt das Mandat uns selbst zu, dann zählt der Gewinn doppelt, fällt er nicht uns zu, dann zählt er auch, aber einfach."

Mit den Konservativen und dem Bunde der Landwirte wollen die Antisemiten zu diesem Zwecke nur eine wahltaktische Vereinbarung, ähnlich wie bei den letzten Wahlen die liberalen Blockparteien mit den Sozialdemokraten, eingehen, um sich auch nach rechts hin freie Hand zu behalten. Hoffentlich gelingt es den Parteien der Linken bis zu den Wahlen die taktischen Differenzen zu beseitigen, und damit auch die antisemitische Spekulation zuschanden zu machen.

Im hessischen Landtage, der sich in diesen Tagen nach den letzten allgemeinen Ergänzungswahlen neu konstituiert hat, haben auf seiten der rektionären Fraktionen einige bemerkenswerte Verschiebungen stattgefunden: die bauernbündlerische Fraktion ist immer mehr ins Schlepptau der Agrarkonservativen geraten. Man hat jetzt dem Abg. Bähr den Vorsitz in der Fraktion im Landtage genommen und Köhler-Langsdorf zu verstehen gegeben, daß er nicht wieder zum Vizepräsidenten gewählt werden würde. Beide sind infolgedessen aus der Fraktion ausgeschieden. In der antisemitischen „Hessischen Wochen-Ztg." wird hierzu folgender Kommentar gegeben:

„Zu einer Einigung im Bauernbund ist es leider durch die nationalliberalen Einflüsse im Bund der Landwirte, welche durch die Abgg. Brauer, Erk und Weber, sowie durch den Rechtsanwalt Helmholt in Friedberg und den Reichstagsabg. Oriola gepflegt werden, nicht gekommen. Die früheren Gegner des Bauernbundes spielen heute die erste Geige. Die Abgg. Bähr und Köhler sind infolgedessen aus der Fraktion des Bauernbundes ausgetreten."

Der antisemitische Abg. Köhler veröffentlicht ferner in dem Blatt folgende Erklärung:

„Es ist den Einflüssen mancher Abgeordneten und besonders des, neuestens auch dem Bauernbunde beigetretenen Abg. Forstmeisters Dr. Weber gelungen, bei der neuen Konstituierung der Fraktion — nach Vorbereitungen von langer Hand — solche Konstellationen herbeizuführen, die den Abg. Bähr und mich veranlaßt haben, aus der Fraktion des Bauernbundes im Landtage, deren Grundlagen wir beide in 15 Jahren geschaffen haben, heute auszutreten. —

Damit ist die volkstümliche (!) und freiheitliche (!) Richtung in der hessischen Bauernbewegung auf eine Weile unterbrochen. Aber wir sind der gewissen Hoffnung, daß mit dem Sieg dieser reaktionären Elemente die Bauernbewegung der letzten 18 Jahre nicht ihren Abschluß genommen hat, sondern daß im Verlaufe nur kurzer Zeit die große Masse der in Wirklichkeit freiheitlich gesinnten Bauernschaft im Lande zu kräftiger Abwehr dieser reaktionären und bureaukratischen Bestrebungen sich aufraffen und ermannen wird.

Darmstadt, den 15. Dezember 1908.

Köhler-Langsdorf."

Der Abg. Bähr hat inzwischen seinen Platz auf der linken Seite des Hauses eingenommen, wohl um damit anzudeuten, daß er zu der Opposition gegangen ist. Die „Liberale Hessische Wochenschrift" bemerkt zu diesem Zersetzungsprozeß im rektionären Lager:

„Die Zurückbleibenden können sich jetzt ungestört nach rechts weiterentwickeln. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß der Name Bauernbund in Freikonservative Vereinigung umgewandelt wird. Köhler will unterdessen versuchen, die demokratischen Instinkte in der Bauernschaft wieder wachzurufen. Wenn er selber konsequenter Demokrat und noch dazu ein anderer Kerl wäre, könnte er's vielleicht machen, so aber zweifeln wir daran. Das Vorhaben des Herrn Köhler wird nur der entschiedene Liberalismus in die Tat umsetzen können."

Die sozialpolitische Unfähigkeit der Wirtschaftlichen Vereinigung hat sich bei den Reichstagsverhandlungen über die Frauenarbeit an einem drastischen Beispiel gezeigt. Zwischen Kommissionsberatung und Plenarverhandlung haben nämlich die beiden Kommissionsvertreter der W. V., Behrens und Schack, ihre Anschauung diametral verändert und im Plenum für das gestimmt, was sie in der Kommission unter heftigen Ausfällen gegen andere Parteien lebhaft bekämpft hatten. In einem Berichte christlichsozialer Organe über die Kommissionsverhandlungen war folgendes zu lesen:

„Im Reichstag wird in einer Kommission die große Gewerbeordnungsnovelle beraten. Da kann man erfahren, daß die Konservativen für die Arbeiter wenig und die Nationalliberalen überhaupt kein Verständnis haben. Ein Antrag Hitze (Ztr.) will für verheiratete Frauen eine Maximalarbeitszeit von neun Stunden und an Vorabenden von Festtagen sechs Stunden. Die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung, Behrens und Schack waren dafür. In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums, allgemein die neunstündige Arbeitszeit für Frauen einzuführen, mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Hitze, für den Sonnabend die sechsstündige Arbeitszeit für die verheirateten Arbeiterinnen festzusetzen, mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. Gegen die Anträge von Hitze stimmten geschlossen die Nationalliberalen. Schack und Behrens waren selbstverständlich dafür."

Das „Siegener Volksblatt" knüpft an diese Leistung folgende Bemerkungen:

„Nun liegen zwischen Kommissionsberatung und Plenarsitzung immerhin einige Tage. Mittlerweile schienen die Christlichsozialen Informationen erhalten zu haben, die sie bedenklich stimmten. Auch die Eingabe von 3000 Dresdener Zigarettenarbeiterinnen, die in dem Sechsstundentag an Sonnabenden einen „durch nichts gerechtfertigten Eingriff in die Erwerbsfreiheit" erblickten und in einer derartigen schematischen Regulierung ihrer Tätigkeit nicht eine arbeiterfreundliche Haltung sahen, mochte ihre Wirkung nicht verfehlt haben: in der zweiten Lesung jedenfalls fielen die Christlichsozialen um und traten zum Standpunkt der „arbeiterfeindlichen Nationalliberalen" über. Wenn wir uns nun auch der Tatsache freuen, daß die Vernunftgründe der Nationalliberalen obgesiegt haben, so können wir doch nicht umhin, das Verhalten der christlichsozialen Agitationspresse gebührend zu kennzeichnen. Hier ist die Ansicht des ehrlichen politischen Gegners wieder mal mit Füßen getreten, bevor sich die Herren der Tragweite dieser Ansicht, zu der sie sich selbst nachher bekennen müssen, durch rechtschaffene Prüfung überhaupt bewußt geworden sind. Ein solch schmähliches Verhalten der christlichsozialen Presse steht auf der Höhe, wie die übrigen landläufigen Anklagen sozialpolitischer Unzuverlässigkeit der nationalliberalen Partei gegenüber allesamt."

Einen gehörigen Denkzettel für grobe Beleidigungen hat vorige Woche der Generalsekretär der Stoeckerschen Christlichsozialen, Herr Rüffer, von der Strafkammer in Wetzlar erhalten.

Im Juni d. J. erschienen in den beiden christlichsozialen Organen „Nassauer Volksfreund" in Herborn und „Dillenburger Nachrichten" Artikel unter der Spitzmarke „Nassauer Lachtauben", in welchem ein „linksliberaler" Pfarrer „Schlingel aus Dreitausendfelden" in unerhörter Weise kritisiert wurde. Nicht nur das seelsorgerische Wirken des betreffenden Geistlichen war einer abfälligen Beurteilung unterzogen, sondern auch seine Lebensgewohnheiten, besonders aber seine Tätigkeit bei der Wahl in dem Lichte scharf satirischer Betrachtung dargestellt. So war u. a. gesagt, daß der „moderne Priester" dem Chauffeur einer Berliner „Stinkdroschke" gleiche, auch

behauptet, „Pfarrer Schlingel“ sei einmal in einer Wahlversammlung an die Luft gesetzt worden u. dergl. mehr.

Durch den betreffenden Artikel, welcher ersichtlich durch die politische Gegnerschaft des angegriffenen Geistlichen veranlaßt war, fühlte sich der als Vertreter liberaler Anschauungen bekannte Pfarrer Bingel von Dreifelden beleidigt und stellte Strafantrag. In der sehr ausgedehnten Verhandlung wurde die Unwahrheit beziehungsweise Uebertreibung einer Reihe der in dem Artikel aufgestellten Behauptungen erwiesen. Die Strafkammer kam infolgedessen zu einem Urteil, bei welchem die stellenweise über das Maß des Erlaubten beträchtlich hinausgehende Schärfe des Artikels erschwerend in Betracht gezogen wurde. Das Erkenntnis lautete gegen den Generalsekretär Rüffer, als den Verfasser des inkriminierten Artikels, auf sechs Wochen Gefängnis, während Redakteur Ostehr mit 150 Mark Geldstrafe belegt wurde. Dem beleidigten Pfarrer B. wurde außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen R. 400 Mark, gegen O. 200 Mark Geldstrafe beantragt. Das Gericht fühlte sich noch Lage der Sache jedoch veranlaßt, bei dem ersten Angeklagten über das beantragte Strafmaß hinauszugehen und, wie oben angegeben, zu erkennen.

Herr Wengg, der Herausgeber des Münchener antisemitischen „Deutschen Volksblatts“, triumphiert; er trägt den blutigen Skalp seines liberalen Preßgegners vom „Bayreuther Tagblatt“, der ihm im Verlaufe der letzten Landtagswahlbewegung nicht gerade mit Samthandschuhen angefaßt hatte, aus dem langwierigen durch alle Instanzen hindurch geführten Beleidigungsprozeß als Siegestrophäe nach Hause. Der Redakteur des liberalen Blattes, Joh. Kunkel, ist nämlich, nachdem er von drei Gerichten, dem Schöffengericht und dem Landgericht Bayreuth und dem Landgericht Bamberg, freigesprochen worden war, nunmehr in einer zweiten Verhandlung vor dem Landgericht Bamberg, an das die Sache auf den Revisionsantrag des Klägers durch den obersten Gerichtshof zur nochmaligen Verhandlung überwiesen worden war, zu — 5 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Wir finden — offen gestanden — den Triumph des Klägers nicht ganz im Einklang mit dem ganz ungewöhnlich niedrigen Strafmaß, das nahezu einem abermaligen Freispruch gleichkommt. Und dabei handelte es sich, wie Herr Wengg selbst mitteilt, um recht kräftige Verbalinjurien, wie „politisches Chamäleon“, „angeborene Frechheit eines in allen Farben schillernden, aus allen Parteien hinausgeworfenen Mannes“ usw. Wenn die schwerbeleidigte Ehre des Münchener Antisemitenhäuptlings durch ein seinem Gegner zudiktiertes Strafmandat von sage und schreibe 5 Mark wieder repariert ist, so muß Herr Wengg es selber ja am besten wissen, wie hoch er sich einzuschätzen hat

Ein „Güterschlächter“ als Zentrumskandidat. Bei den bayerischen Landtagswahlen hat das Zentrum schon wiederholt Kandidaten nominiert, die dem bei der Partei sonst so schlecht angeschriebenen Stand der Güterschlächter angehören. Der gleiche Fall hat sich jetzt in Württemberg bei den Gemeinderatswahlen ereignet. Bei der Ulmer Bürgerausschußwahl stellte das Zentrum einen Kandidaten, der Güterschlächter ist, und dazu noch unter falschem Titel auf. Die „Ulmer Ztg.“ schreibt zu dem sehr bezeichnenden Fall:

„Auf dem Wahlzettel des Zentrums prangt auch Herr „Landwirt“ August Knoll-Söflingen. — Jedermann in Söflingen weiß, daß Herr August Knoll wohl früher einmal Landwirt gewesen ist, seit einigen Jahren aber sich dem einträglichen Geschäft des Güterschlachtens und der Grundstücksvermittlung zugewandt hat und bei den Grundstückskäufen der Stadt Ulm als eine Art Unterhändler funktioniert. Warum scheut sich nun das Zentrum, das Kind bei dem rechten Namen zu nennen und den Herrn August Knoll seiner derzeitigen Beschäftigung gemäß als Grundstückshändler zu bezeichnen? Nun, die Antwort ist nicht schwer zu finden.“

Herr August Knoll ist eben gut katholisch, aber wehe, wenn er ein Jude wäre. Wie würden da gewisse antisemitische Zentrumsblätter über die „jüdische Güterschlächterei“ zetern!

Vermischtes.

Statistik der Sittlichkeitsverbrechen. Die Sucht, bestimmten Kategorien von Staatsbürgern oder den Angehörigen einer bestimmten Konfession eine besondere Disposition für Sittlichkeitsverbrechen anzuhängen, treibt zuweilen absonderliche Blüten. So hat in der württembergischen zweiten Kammer der Zentrumsabg. Rembold jetzt schon zum zweitenmal in leicht zu durchschauender Absicht die Anregung gegeben, es möge dem Hause eine Statistik über die Sittlichkeitsvergehen der Lehrer vorgelegt werden. Der volksparteiliche „Beobachter“ in Stuttgart bemerkt hierzu:

„Wenn Herrn Rembold so viel an dieser Statistik gelegen ist, so können wir ja demselben verraten, daß wir eine solche bereits in Händen haben, und zwar von katholischen Lehrern, und daß die Zahl und die Schwere dieser Verbrechen nicht größer ist als diejenigen Delikte der katholischen Geistlichkeit in Württemberg. Fast alle diese Verbrechen der Lehrer wurden vor dem irdischen Richter gesühnt, mit Ausnahme nur ganz vereinzelter Fälle, die, wie es scheint, in den Augen des vorgesetzten Ortsschulinspektors nicht groß genug waren oder auf sein Anraten durch eine Wallfahrt nach Rom und Uebertritt in einen bestimmten Verein sich sühnen ließen.

Weitaus größer ist die Zahl der Sittlichkeitsvergehen unter der katholischen Geistlichkeit, die ungesühnt geblieben sind, wobei sich die Delinquenten durch Selbstmord, Flucht ins Ausland, plötzliche Quittierung des Dienstes, bezw. Pensionierung dem irdischen Richter zu entziehen wußten. Ist doch Herr Gröber selbst in einem solchen Fall der heil. Justitia in die Arme gefallen und hat die Auslieferung eines geistlichen Päderasten zu verhindern gewußt. Bei diesen unsern Nachforschungen haben wir durchaus jene Fälle ausgeschlossen, welche nach der Moraltheologie eines hl. Alfons v. Liguori sich entschuldigen lassen.“

Agrarische und bauernbündlerische Blätter lieben es bekanntlich, die Großstädte als die eigentliche Brutstätte der Unsittlichkeit hinzustellen. Wir haben, um dieser Behauptung auf den Grund zu gehen, uns der Mühe unterzogen, aus einem großen bayerischen bauernbündlerisch-antisemitischen Blatt alle im Verlauf des letzten Quartals aus ihrem Verbreitungsbezirk gemeldeten rechtskräftigen Verurteilungen wegen Sittlichkeitsverbrechens zusammenzustellen; das Resultat war geradezu verblüffend. Das platte Land — allwo doch christliche Tugend und Sittsamkeit nach den heuchlerischen Deklamationen einer gewissen Parteipresse allein noch eine Zufluchtsstätte gefunden haben soll — stellte eine so erdrückende Mehrheit, daß die Zahl der aus den mittleren und Großstädten sich rekrutierenden Sittlichkeitsverbrecher dagegen fast verschwand. Wir werden die genauen Ziffern demnächst in einer umfassenden statistischen Aufnahme veröffentlichen.

Der Luxus der „oberen Zehntausend“ in Berlin. Der Berliner Korrespondent der Londoner „Daily Mail“ schildert den Uebergang von der früheren preußischen Einfachheit zu der verschwenderischen Fülle und Pracht, die jetzt in der Berliner Gesellschaft vorherrschend ist, und fährt dann fort:

„Die Berliner Gesellschaftsdame von 1908 ist erstaunlich reich equipiert. Sie entfaltet am Hof und in der Oper einen Hauch verfeinerten Reichtums, wie man ihn vielleicht sonst nur im Buckingham-Palace oder auf New Yorks berühmter „diamond horse show“ findet. Die Berliner Gesellschaft wird, abgesehen vom Hof, fast ausschließlich von Nichtdeutschen geleitet. Mit einer oder zwei Ausnahmen sind die Damen, die ein großes Haus führen,

Ausländerinnen von Geburt. Die erste politische Gastgeberin des Reiches, die Fürstin v. Bülow, ist eine geborene Italienerin, eine Prinzessin Camporeale, eine Frau von entzückender Liebenswürdigkeit, in deren Adern infolge ihrer Abstammung von dem historischen angloitalienischen Hause der Acton auch britisches Blut fließt. Die Fürstin Hendel v. Donnersmarck, die Gattin des bekannten Multimillionärs und schlesischen Minenmagnaten, die wegen ihrer Juwelen und ihrer prächtigen Hofroben einen besonderen Ruf genießt, ist eine Russin, Katharina Wassiliewna Slepzoff. Die schöne und lebensprühende Fürstin Pleß ist eine Engländerin, die Schwester der Herzogin von Westminster, und gleich dieser mit dem größten Grundbesitzer seines Landes vermählt. Die Herzogin von Ratibor, eine pikante Brünette und ein Liebling der Gesellschaft, ist ebenfalls eine Engländerin. Die Fürstin zu Fürstenberg, des Kaisers Gastgeberin in Donaueschingen, ist eine böhmische Gräfin. Die Prinzessin Max zu Thurn und Taxis, bekannt wegen der reizenden Bälle, die sie veranstaltet, ist eine Wienerin, biegsam und graziös. Eine andere nichtpreußische Führerin der Gesellschaft ist die Fürstin zu Wied, eine Tochter des Königs von Württemberg, und Amerika hat eine charmante Vertreterin in der Gräfin Johannes-Sierstorpff, die in New York Miß Knowlton hieß."

In dieser Liste dürfen, wenn man von den „oberen Zehntausend" spricht, die Damen der Berliner Finanzaristokraten natürlich nicht fehlen; der Berliner Korrespondent des verbreitetsten Londoner Blattes scheint jedoch — wir wissen nicht ob zu Recht oder zu Unrecht — anzunehmen, daß die Geburtsaristokratie die Finanzaristokratie an luxuriösem Aufwand noch immer bei weitem übertrifft.

Ludwig von Bar, der ausgezeichnete Göttinger Rechtslehrer, der auf dem Gebiete des internationalen Rechts wohl zurzeit die allererste Kapazität ist, hat in diesen Tagen sein goldenes Doktorjubiläum gefeiert. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus zählt diesen glänzenden Vertreter deutscher Wissenschaft mit Stolz zu seinen Begründern und schließt sich den zahlreichen Glückwünschen, die dem Jubilar aus den Kreisen seiner engeren Fachgenossen und näheren politischen Freunde — Herr von Bar gehörte von 1890—1893 dem Reichstage als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung an — zugingen, mit herzlichem Dank für seine oft bewiesene Ueberzeugungstreue an.

Eduard Glaser, dem kürzlich verstorbenen Forschungsreisenden und Gelehrten, der sich um die südarabische Altertumskunde hervorragende Verdienste erworben hat, widmete Prof. Hummel in einer, vorige Woche in München stattgehabten Versammlung der Orientalischen Gesellschaft einen ehrenden Nachruf. Am Schlusse seiner Ausführungen wies Prof. Hummel auf die Fülle kostbaren Materials hin, das der Nachlaß Eduard Glasers enthält. Vor allem ist die Inschriftensammlung des Verstorbenen von unschätzbarem Wert für die Wissenschaft. Mit einem warmen Appell, daß es gelingen möge, diese einzigartige Sammlung München zu erhalten, schloß der Vortragende seine eindrucksvollen Erörterungen. — Der imposanten Versammlung wohnte auch Prinz Ludwig bei.

„Ein jüdischer Lüstling". Zu der unter dieser Spitzmarke in Nr. 49 der „Mitteilungen" enthaltenen, der „Deutschen Hochwacht" entnommenen wilden Räubergeschichte, benachrichtigt uns der Bruderverein (Verein zur Abwehr des Antisemitismus) in Wien, daß es sich keineswegs um eine plumpe gemeine Lüge allein handelt, als welche sich das ganze dem unbefangenen Leser, dank der albernen Begleitumstände präsentieren konnte, sondern als eine bösartige, jedoch sehr ungeschickt eingeleitete Erpressung, worüber sich das obskure Ehrenblatt vor Gericht zu verantworten haben wird. Die erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.

Die „Deutsche Hochwacht" bestätigt, daß gegen sie wegen dieser Notiz ein Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet sei, und fügt renommistisch hinzu:

„Sämtliche Behauptungen in dem Aufsatze sind nicht nur wahr, sondern auch erweislich wahr und werden in der gegen uns „eingeleiteten Verhandlung" durch eine ganze Reihe von einwandfreien Zeugen erwiesen werden."

Abwarten!

Jüdische Gelehrte in der Schweiz. In dem „Israelitischen Familienblatt" war kürzlich ein Artikel von Maxim Lemaitre-Gießen „Jüdische Professoren, ein Beitrag zur jüdischen Martyrologie" erschienen, in dem insbesondere als wissenschaftliche Märtyrer ihres Judentums Prof. Cohen-Marburg und Prof. Ludwig Stein-Bern namhaft gemacht worden waren. Dem bekannten Feuilletonredakteur des Berner „Bund", und hervorragendem Mitarbeiter liberaler deutscher Blätter, wie auch der „Neuen Freien Presse", J. V. Widmann, war in dem Artikel zum Vorwurf gemacht worden, daß er Prof. Stein wegen seines Judentums verfolge. Widmann antwortet hierauf im „Bund"; er rekapituliert die ihm im einzelnen von seinem Kritiker gemachten Vorwürfe und fährt dann fort:

„Auf das alles möchte ich dem „Israelitischen Familienblatt" nur die eine Tatsächlichkeit entgegenhalten, daß in Bern noch niemals ein jüdischer Professor der Universität um seines Judentums willen angefeindet wurde. Im Gegenteil sind einzelne jüdische Professoren in Bern hoch gefeiert worden, nicht nur vor bereits langer Zeit der berühmte Lazarus, der ja selbst in seinen Lebenserinnerungen hierfür mit dankbarer Freude Zeugnis abgelegt hat, sondern so ist es auch bis in die Gegenwart immer gehalten worden. Ich brauche nur an Prof. Lichtheim zu erinnern, dessen Berufung nach Königsberg der ganzen Stadt leid getan hat und dessen alljährliche Besuche in Bern stets in weiten Kreisen der Berner Gesellschaft freudig begrüßt werden. Und wie war der Historiker Prof. Stern, jetzt in Zürich, verehrt und geliebt! An unserer Hochschule wirkt auch gegenwärtig eine stattliche Zahl ausgezeichneter jüdischer Professoren, denen niemand ihr Judentum zur Last legt. Wenn es bei Professor Ludwig Stein anders ist, so hat das mit seinen Kenntnissen im Talmud nichts zu tun, überhaupt nichts mit den Kenntnissen, die er besitzt. Wenn übrigens Bern für Herrn Stein ein Martyrium ist, wie das Maxim Lemaitre in seinem Artikel dargestellt hat und er sich als zu hart geriebener Stein unter Steinen vorkommt, so dürfte Reichskanzler Bülow doch wohl die Macht besitzen, seinen „Intimus" in ein sanfter fließendes Strombett zu versetzen."

Briefkasten.

C. W. in D. Es ist einfach krasse Heuchelei, wenn dieser oder jener liberale Parlamentarier oder ein liberales Blatt erklärt, ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie sei für sie grundsätzlich unmöglich. Wie es mit der gewissenhaften Beobachtung politischer Grundsätze im Liberalismus steht, haben ja die parlamentarischen Ereignisse des letzten Jahres zur Genüge erwiesen. Gelegentlich haben sich auch Konservative und Antisemiten nicht im mindesten geniert, einen kleinen Kuhhandel mit den Sozialdemokraten einzugehen. In diesen Tagen erst haben die Konservativen bei den lippeschen Landtagswahlen in der Stichwahl für einen Sozialdemokraten gestimmt, um das Zustandekommen einer freisinnigen Mehrheit im Landtage zu verhindern. Wenn daher jetzt in einer Reihe von rheinisch-westfälischen Städten — so in Essen, Mülheim a. Rhein, Kalk u. a. m. — offizielle Wahlbündnisse zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen abgeschlossen worden sind, so wundert uns das gar nicht. Einen um so widerwärtigeren Eindruck aber muß es freilich machen, wenn man dann später bei anderen Wahlen das alles abzuleugnen sucht und sich mit Entrüstung dagegen verwahrt, daß eine „monarchische" Partei jemals mit dem „Umsturz" paktieren könne.

Auf mehrere Anfragen. Die allwöchentliche regelmäßige Versendung unserer „Abwehrvereins-Korrespondenz" an etwa 200 Zeitungen erfolgt 24 Stunden vor der Postausgabe der „Mitteilungen"; der uns nahestehenden Presse wird dadurch die Möglichkeit gegeben, aktuelle Notizen und Artikel unseres Blattes gleichzeitig mit uns zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen.

W. K. in D. Der Physiker an der Pariser Sorbonne, Gabriel Lippmann, der ebenfalls einen diesjährigen Nobelpreis erhalten hat, ist gleichfalls Jude. Bisher haben insgesamt drei Juden den Nobelpreis erhalten; im Jahre 1907 der Physiker Prof. Michelson in Chicago und dieses Jahr Prof. Ehrlich-Frankfurt a. M. und Lippmann-Paris.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburger Straße 14.
Druck: Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105
Expedition: Berlin W., Magdeburger Straße 14